Deutscher Bundestag **Drucksache 18/700**
18. Wahlperiode 19.03.2014

Gesetzentwurf
der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2014 (Haushaltsgesetz 2014)

Bundesrepublik Deutschland
Die Bundeskanzlerin

Berlin, den 19. März 2014

An den
Präsidenten des
Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich gemäß Artikel 110 Absatz 3 des Grundgesetzes den von der Bundesregierung beschlossenen

> Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2014 (Haushaltsgesetz 2014)

mit Begründung.

Die Entwürfe des Gesamtplans und der Einzelpläne *) sind beigefügt.

Federführend ist das Bundesministerium der Finanzen.

Die Stellungnahme des Nationalen Normenkontrollrates gemäß § 6 Absatz 1 NKRG ist als Anlage beigefügt.

Dr. Angela Merkel

**) als Sonderdruck verteilt*

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2014 (Haushaltsgesetz 2014)

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Abschnitt 1

Allgemeine Ermächtigungen

§ 1

Feststellung des Haushaltsplans

(1) Der diesem Gesetz als Anlage beigefügte Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014 wird in Einnahmen und Ausgaben auf 298 500 000 000 Euro festgestellt.

(2) Der dem Kapitel 6002 des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2014 als Anlage 3 beigefügte Wirtschaftsplan des Sondervermögens „Energie- und Klimafonds“ wird für das Jahr 2014 in Einnahmen und Ausgaben auf 1 584 752 000 Euro festgestellt.

§ 2

Kreditermächtigungen

(1) Das Bundesministerium der Finanzen wird ermächtigt, zur Deckung von Ausgaben für das Haushaltsjahr 2014 Kredite bis zur Höhe von 6 500 000 000 Euro aufzunehmen.

(2) Dem Kreditrahmen nach Absatz 1 wachsen die Beträge zur Tilgung von im Haushaltsjahr 2014 fällig werdenden Krediten zu; deren Höhe ergibt sich aus dem Saldo der im Kreditfinanzierungsplan (Teil IV des Gesamtplans) ausgewiesenen Ausgaben zur Tilgung von Krediten (Nummer 2) und den sonstigen Einnahmen zur Schuldentilgung (Nummer 1.2). Dem Kreditrahmen nach Satz 1 wachsen im Falle eines unvorhergesehenen Bedarfs Beträge in Höhe von bis zu 15 000 000 000 Euro zum Rückkauf von Wertpapieren des Bundes oder zur Rückzahlung von Darlehen zu, soweit die in Satz 1 genannte Summe der Beträge zur Tilgung überschritten wird. Das Bundesministerium der Finanzen wird ermächtigt, Mehreinnahmen bei Kapitel 6002 Titel 133 01 zur Tilgung der Schulden des Bundes zu verwenden; insoweit vermindert sich die Ermächtigung nach Satz 1. Die dem Erblastentilgungsfonds aus dem Bundesbankgewinn zufließenden Mehreinnahmen bei Kapitel 6002 Titel 121 04 vermindern die Ermächtigung nach Satz 1. Bei Mehreinnahmen nach Satz 3 können Maßnahmen nach § 60 Absatz 2 der Bundeshaushaltsordnung ergriffen werden.

(3) Das Bundesministerium der Finanzen wird ermächtigt, ab Oktober des Haushaltsjahres im Vorgriff auf die Kreditermächtigung des nächsten Haushaltsjahres Kredite bis zur Höhe von 4 Prozent des in § 1 Absatz 1 festgestellten Betrages aufzunehmen. Diese Kredite sind auf die Kreditermächtigung des nächsten Haushaltsjahres anzurechnen.

(4) Auf die Kreditermächtigung ist bei Diskontpapieren der Nettobetrag anzurechnen. Fremdwährungsanleihen sind auf der Basis desjenigen Wechselkurses auf die Kreditermächtigung anzurechnen, der sich aus dem spätestens gleichzeitig abgeschlossenen ergänzenden Vertrag zur Begrenzung des Währungsrisikos ergibt.

(5) Das Bundesministerium der Finanzen wird ermächtigt, zum Aufbau von Eigenbeständen Kredite bis zur Höhe von 5 Prozent des Betrages der umlaufenden Bundesanleihen, Bundesobligationen, Bundesschatzanweisungen und unverzinslichen Schatzanweisungen aufzunehmen, dessen Höhe sich aus der jeweils letzten im Bundesanzeiger veröffentlichten Übersicht über den Stand der Schuld der Bundesrepublik Deutschland ergibt. Auf die Kreditermächtigung sind die Beträge anzurechnen, die auf Grund von Ermächtigungen früherer Haushaltsgesetze aufgenommen worden sind. Das Bundesministerium der Finanzen wird ferner ermächtigt, Eigenbestände in Form der Wertpapierleihe zu verwenden oder sie im Rahmen der Kreditermächtigungen des Satzes 1, des Absatzes 1 und des Absatzes 2 Satz 1 zu verkaufen oder zur Besicherung von Zins-Swap-Geschäften zu verwenden.

(6) Das Bundesministerium der Finanzen wird ermächtigt, im Rahmen der Kreditfinanzierung und der Kassenverstärkungskredite im laufenden Haushaltsjahr ergänzende Verträge abzuschließen

1. zur Optimierung der Zinsstruktur und zur Begrenzung von Zinsänderungsrisiken mit einem Vertragsvolumen von bis zu 80 000 000 000 Euro sowie
2. zur Begrenzung des Zins- und Währungsrisikos von Fremdwährungsanleihen mit einem Vertragsvolumen von bis zu 30 000 000 000 Euro.

Auf diese Höchstgrenzen werden zusätzliche Verträge nicht angerechnet, die Zinsrisiken aus bereits bestehenden Verträgen verringern oder ausschließen.

(7) Das Bundesministerium der Finanzen wird ermächtigt, auch im folgenden Haushaltsjahr bis zum Tag der Verkündung des Haushaltsgesetzes im Rahmen der Kreditaufnahme folgende Verträge abzuschließen:

1. Kreditverträge bis zur Höhe der Ermächtigung nach Absatz 2 Satz 1, wenn die Kredite zur Tilgung fällig werdender Kredite aufgenommen werden;

2. Verträge nach Absatz 6 in dem in dieser Vorschrift bestimmten Umfang.

Die so in Anspruch genommenen Ermächtigungen werden auf die jeweiligen Ermächtigungen des folgenden Haushaltsjahres angerechnet.

(8) Vor Inanspruchnahme der über 0,5 Prozent des in § 1 Absatz 1 festgestellten Betrages liegenden Kreditermächtigungen nach § 18 Absatz 3 Satz 1 der Bundeshaushaltsordnung ist der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages zu unterrichten, sofern nicht aus zwingenden Gründen eine Ausnahme geboten ist.

(9) Das Bundesministerium der Finanzen wird ermächtigt, Kassenverstärkungskredite bis zur Höhe von 10 Prozent des in § 1 Absatz 1 festgestellten Betrages aufzunehmen. Für Geschäfte, die den gleichzeitigen Ver- und Rückkauf von Bundeswertpapieren beinhalten, können weitere Kassenverstärkungskredite bis zur Höhe von 10 Prozent des in § 1 Absatz 1 festgestellten Betrages aufgenommen werden. Das Bundesministerium der Finanzen wird ferner ermächtigt, Kassenverstärkungskredite bis zur Höhe von 10 Prozent des in Absatz 6 Satz 1 Nummer 1 genannten Betrages zur Besicherung von Zins-Swap-Geschäften aufzunehmen. Auf die Kreditermächtigungen der Sätze 1 bis 3 sind die Beträge anzurechnen, die auf Grund von Ermächtigungen früherer Haushaltsgesetze aufgenommen worden sind.

(10) Das Bundesministerium der Finanzen wird ermächtigt, zur Finanzierung der der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung nach § 2 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 des Gesetzes über die Errichtung einer Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung vom 2. August 1994 (BGBl. I S. 2018, 2019), das zuletzt durch Artikel 11 des Gesetzes vom 9. Dezember 2010 (BGBl. I S. 1885) geändert worden ist, obliegenden Aufgabe Kassenverstärkungskredite bis zur Höhe von 7 000 000 000 Euro aufzunehmen. Auf die Kreditermächtigung sind die Beträge anzurechnen, die auf Grund von Ermächtigungen früherer Haushaltsgesetze aufgenommen worden sind.

§ 3

Gewährleistungsermächtigungen

(1) Das Bundesministerium der Finanzen wird ermächtigt, Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen bis zur Höhe von insgesamt 478 410 000 000 Euro zu übernehmen, davon

1. bis zu 165 000 000 000 Euro im Zusammenhang mit förderungswürdigen oder im besonderen staatlichen Interesse der Bundesrepublik Deutschland liegenden Ausfuhren,
2. bis zu 65 000 000 000 Euro
   a) für Kredite an ausländische Schuldner zur Finanzierung förderungswürdiger Vorhaben oder bei besonderem staatlichen Interesse der Bundesrepublik Deutschland,
   b) zur Absicherung des politischen Risikos bei förderungswürdigen Direktinvestitionen im Ausland,
   c) für Kredite der Europäischen Investitionsbank an Schuldner außerhalb der Europäischen Union,
   d) für Minderheitsbeteiligungen und nachrangige Darlehen der Kreditanstalt für Wiederaufbau, die im Zusammenhang mit der Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen in Programmländern des Euro-Währungsgebietes stehen und staatlichen Förderbanken und Fonds unter Beteiligung des jeweiligen Mitgliedstaates gewährt werden,
3. bis zu 16 700 000 000 Euro
   a) für Kredite zur Mitfinanzierung entwicklungspolitisch förderungswürdiger Vorhaben der bilateralen Finanziellen Zusammenarbeit,
   b) für zinsverbilligte Kredite für entwicklungspolitisch förderungswürdige Vorhaben der bilateralen Finanziellen Zusammenarbeit,
   c) für Förderkredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau für entwicklungspolitisch förderungswürdige Vorhaben der bilateralen Finanziellen Zusammenarbeit sowie
   d) für zinsverbilligte Kredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau für bilaterale Vorhaben des internationalen Klima- und Umweltschutzes,
4. bis zu 700 000 000 Euro für Marktordnungs- und Bevorratungsmaßnahmen auf dem Ernährungsgebiet,
5. bis zu 160 000 000 000 Euro zur Förderung der Binnenwirtschaft und zur Abdeckung von Haftungslagen im In- und Ausland,
6. bis zu 62 000 000 000 Euro im Zusammenhang mit der Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an europäischen oder internationalen Finanzinstitutionen und Fonds,
7. bis zu 1 010 000 000 Euro für die Nachfolgeeinrichtungen der Treuhandanstalt,
8. bis zu 8 000 000 000 Euro zur Absicherung des Zinsrisikos bei der Refinanzierung von Krediten für den Bau von Schiffen auf deutschen Werften.

Einzelheiten ergeben sich aus den verbindlichen Erläuterungen zu Kapitel 3208 des Bundeshaushaltsplans.

(2) Auf die in Absatz 1 Satz 1 genannten Höchstbeträge werden die auf Grund der Ermächtigungen früherer Haushaltsgesetze übernommenen Gewährleistungen angerechnet, soweit der Bund noch in Anspruch genommen werden kann oder soweit er in Anspruch genommen worden ist und für die erbrachten Leistungen keinen Ersatz erlangt hat.

(3) Gewährleistungen nach Absatz 1 Satz 1 können auch in ausländischer Währung übernommen werden; sie sind auf der Basis desjenigen Euro-Referenzkurses der Europäischen Zentralbank auf den Höchstbetrag anzurechnen, der vor der Ausfertigung der Gewährleistungserklärung zuletzt festgestellt worden ist.

(4) Eine Bürgschaft, Garantie oder sonstige Gewährleistung ist auf den Höchstbetrag der entsprechenden Ermächtigung in der Höhe anzurechnen, in der der Bund daraus in Anspruch genommen werden kann. Zinsen und Kosten sind auf den jeweiligen Ermächtigungsrahmen nur anzurechnen, soweit dies gesetzlich bestimmt ist oder bei der Übernahme ein gemeinsamer Haftungsbetrag für Hauptverpflichtung, Zinsen und Kosten festgelegt wird.

(5) Soweit in den Fällen der Gewährleistungsübernahme nach Absatz 1 Satz 1 der Bund ohne Inanspruchnahme von seiner Haftung frei wird oder Ersatz für erbrachte Leistungen erlangt hat, ist eine übernommene Gewährleistung auf den Höchstbetrag nicht mehr anzurechnen.

(6) Die in Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 bis 8 genannten Ermächtigungsrahmen können mit Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages auch für Zwecke der jeweils anderen Gewährleistungsermächtigungen verwendet werden.

(7) Das Bundesministerium der Finanzen wird ermächtigt, zusätzliche Gewährleistungen nach Absatz 1 Satz 1 bis zur Höhe von 20 Prozent des in Absatz 1 Satz 1 bestimmten Ermächtigungsrahmens mit Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages unter den Voraussetzungen des § 37 Absatz 1 der Bundeshaushaltsordnung zu übernehmen. Eine Ausnahme von der Einwilligung des Haushaltsausschusses ist nur aus zwingenden Gründen gestattet.

(8) Vor Übernahme von Bürgschaften, Garantien und sonstigen Gewährleistungen nach Absatz 1 Satz 1, die eine Übernahme einer Eventualverpflichtung von 1 000 000 000 Euro oder mehr vorsehen, ist der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages zu unterrichten, sofern nicht aus zwingenden Gründen eine Ausnahme geboten ist.

§ 4

Über- und außerplanmäßige Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen

(1) Der Betrag nach § 37 Absatz 1 Satz 4 der Bundeshaushaltsordnung wird auf 5 000 000 Euro festgesetzt. Über- und außerplanmäßige Ausgaben, die im Einzelfall den in Satz 1 festgelegten Betrag, im Falle der Erfüllung von Rechtsverpflichtungen einen Betrag von 50 000 000 Euro überschreiten, sind vor Einwilligung des Bundesministeriums der Finanzen dem Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages zur Unterrichtung vorzulegen, sofern nicht aus zwingenden Gründen eine Ausnahme geboten ist.

(2) Der Betrag nach § 38 Absatz 1 Satz 3 der Bundeshaushaltsordnung wird auf 10 000 000 Euro festgesetzt. Für überplanmäßige oder außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen, bei denen die Ausgaben nur in einem Haushaltsjahr fällig werden, wird der Betrag auf 5 000 000 Euro festgesetzt. Die Betragsgrenze nach Satz 2 wird auch überschritten, wenn bei mehrjährigen überplanmäßigen oder außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigungen der in Satz 2 genannte Betrag in einem Fälligkeitsjahr überschritten wird. Wenn überplanmäßige oder außerplanmäßige Ausgaben und überplanmäßige oder außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen zusammentreffen, gilt insgesamt der in Satz 1 genannte Betrag; Absatz 1 bleibt unberührt. Überplanmäßige und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen, die die in den Sätzen 1 bis 4 festgelegten Beträge überschreiten, sind vor Einwilligung des Bundesministeriums der Finanzen dem Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages zur Unterrichtung vorzulegen, sofern nicht aus zwingenden Gründen eine Ausnahme geboten ist. Bei überplanmäßigen und außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigungen ist § 37 Absatz 4 der Bundeshaushaltsordnung entsprechend anzuwenden.

(3) Das Bundesministerium der Finanzen wird ermächtigt, mit Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages bei Aktiengesellschaften, an denen der Bund beteiligt ist, einem genehmigten Kapital im Sinne des § 202 des Aktiengesetzes zuzustimmen und sich zur Leistung des auf den Bundesanteil entfallenden Erhöhungsbetrages zu verpflichten.

Abschnitt 2

Bewirtschaftung von Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen

§ 5

Flexibilisierte Ausgaben

(1) Auf die in Teil I des Gesamtplans aufgeführten Kapitel (flexibilisierte Ausgaben) des Bundeshaushalts sind die Absätze 2 bis 6 anzuwenden, soweit im Einzelfall keine andere Regelung durch Haushaltsvermerk getroffen ist.

(2) Innerhalb der einzelnen Kapitel der Einzelpläne 02, 04, 12, 14, 15, 32 und 60 sind jeweils gegenseitig deckungsfähig:

1. Ausgaben der Hauptgruppe 4, ohne Ausgaben der Titel der Gruppe 411, sowie Ausgaben der Titel 634 .3,
2. Ausgaben der Titel 511 .1, 514 .1, 517 .1, 518 .1, 519 .1, 525 .1, 526 .1, 526 .2, 526 .3, 527 .1, 527 .3, 539 .9, 543 .1, 544 .1, 545 .1 und der entsprechenden Titel der Titelgruppen 55 und 56 sowie der Titel 532 55, 532 56 und 546 88,
3. Ausgaben der Titel der Gruppe 711, der Titel 712 .1 und der entsprechenden Titel der Titelgruppen 55 und 56,
4. Ausgaben der Hauptgruppe 8.

Ausgaben anderer als der in Nummer 1 bis 4 aufgeführten Titel, die durch Haushaltsvermerk in die flexibilisierten Ausgaben einbezogen werden, sind innerhalb der einzelnen Kapitel dem jeweiligen Ausgabenbereich nach Maßgabe ihrer Hauptgruppenzugehörigkeit zuzuordnen. Entsprechende Titel der Hauptgruppe 6 mit Ausnahme des Titels 634 .3 bilden innerhalb der einzelnen Kapitel einen eigenständigen Ausgabenbereich und sind gegenseitig deckungsfähig.

(3) Innerhalb der einzelnen Kapitel der Einzelpläne 01, 03, 05, 06, 07, 08, 09, 10, 11, 16, 17, 19, 20, 23 und 30 sind jeweils gegenseitig deckungsfähig:

1. Ausgaben der Hauptgruppe 4, ohne Ausgaben der Titel der Gruppe 411, sowie Ausgaben der Titel 634 .3,
2. Ausgaben der Titel 511 .1, 514 .1, 517 .1, 518 .1, 519 .1, 523 .1, 525 .1, 526 .1, 526 .2, 527 .1, 527 .3 532 .1, 532 .2, 532 .3, 539 .9, 543 .1, 544 .1 und 545 .1,
3. Ausgaben der Titel 632 .9, 636 .9, 671 .9, 681 .8, 681 .9, 684 .9, 686 .9 und 687 .9,
4. Ausgaben der Titel der Gruppen 711 bis 739,
5. Ausgaben der Titel der Hauptgruppe 8.

Ausgaben anderer als der in den Nummern 1 bis 5 aufgeführten Titel, die durch Haushaltsvermerk in die flexibilisierten Ausgaben einbezogen werden, sind innerhalb der einzelnen Kapitel dem jeweiligen Ausgabenbereich nach Maßgabe ihrer Hauptgruppenzugehörigkeit zuzuordnen.

(4) Im Verhältnis der in den Absätzen 2 und 3 genannten Ausgabenbereiche zueinander dürfen zusätzliche Ausgaben bis zur Höhe von 20 Prozent der Summe der Sollansätze des jeweiligen Ausgabenbereiches aus Einsparungen bei den anderen in demselben Absatz genannten Ausgabenbereichen geleistet werden.

(5) Die Ausgaben der in den Absätzen 2 und 3 genannten Ausgabenbereiche sind übertragbar.

(6) Für die flexibilisierten Ausgaben in den Kapiteln 0111, 0311, 0511, 0611, 0711, 0811, 0911, 1011, 1111, 1611, 1711, 1911, 2011, 2311 und 3011 gilt in Ergänzung zu den Absätzen 3 bis 5 folgende Regelung: Mehrausgaben dürfen gegen Einsparung innerhalb der flexibilisierten Ausgaben desselben Ausgabenbereichs nach Absatz 3 der anderen Kapitel des jeweiligen Einzelplans geleistet werden, wenn über das Soll und die Ausgabereste des deckungsberechtigten Titels vollständig für dessen Zweck verfügt ist.

(7) Das Nähere bestimmt das Bundesministerium der Finanzen.

§ 6

Verstärkungsmöglichkeiten, Deckungsfähigkeit, Zweckbindung

(1) Innerhalb eines Kapitels fließen die Einnahmen den Ausgaben bei folgenden Titeln zu:

1. Titel der Hauptgruppe 4 aus Personalkostenzuschüssen für die berufliche Eingliederung behinderter und schwerbehinderter Menschen sowie für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und weitere Maßnahmen zur Eingliederung Arbeitsloser sowie aus Erstattungsleistungen nach dem Altersteilzeitgesetz vom 23. Juli 1996 (BGBl. I S. 1078) in seiner jeweils geltenden Fassung,
2. Titel der Hauptgruppen 5 bis 8 aus Sachkostenzuschüssen für die berufliche Eingliederung behinderter und schwerbehinderter Menschen,
3. Titel der Obergruppe 44 aus Erstattungen und Schadenersatzleistungen Dritter.

(2) Innerhalb eines Kapitels fließen die Einnahmen den Ausgaben bei den Titeln zu, die mit ihrem vollen Sollansatz den flexibilisierten Ausgabenbereichen gemäß § 5 Absatz 2 Nummer 1 oder 2 oder § 5 Absatz 3 Nummer 1 oder 2 zugeordnet sind, soweit es sich bei den Einnahmen um Erstattungen und Beiträge Dritter handelt.

(3) Für die Kapitel des Bundeshaushalts, auf die § 5 Absatz 2 bis 6 nicht anzuwenden ist, gilt:

1. Die obersten Bundesbehörden können die Deckungsfähigkeit der Ausgaben bei Titeln der Gruppen 511 bis 525, 527 und 539 innerhalb eines Kapitels anordnen, soweit die Mittel nicht übertragbar sind, die Mehrausgaben des Einzeltitels nicht mehr als 20 Prozent betragen und die Maßnahme wirtschaftlich zweckmäßig erscheint.
2. Soweit eine Deckung nach Nummer 1 nicht möglich ist, kann das Bundesministerium der Finanzen in besonders begründeten Ausnahmefällen zulassen, dass Mehrausgaben bei Titeln der Gruppen 514 und 517 bis zur Höhe von 30 Prozent des

Sollansatzes durch Einsparungen anderer Ausgaben innerhalb der Hauptgruppe 5 desselben Einzelplans gedeckt werden.

3. Mehrausgaben bei Titel 526 .1 können gegen Einsparungen bei anderen Ausgaben der Obergruppen 51 bis 54 desselben Einzelplans gedeckt werden.

(4) Innerhalb eines Kapitels dürfen Mehrausgaben für Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement bei Titel 518 .2 bis zur Höhe der Einsparungen bei den in die Flexibilisierung nach § 5 einbezogenen Titeln geleistet werden.

(5) Das Bundesministerium der Finanzen wird ermächtigt, mit Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages innerhalb des Einzelplans 14 die Deckungsfähigkeit der Ausgaben bei Titeln der Gruppen 551 bis 559 der Kapitel 1407, 1409, 1412, 1416 und 1420 sowie bei Titel 514 03 in Kapitel 1407 anzuordnen, falls dies auf Grund von Umständen, die nach Inkrafttreten des Haushaltsgesetzes eingetreten sind, wirtschaftlich zweckmäßig erscheint. Diese Regelung gilt auch für übertragbare Ausgaben. Das Bundesministerium der Finanzen wird darüber hinaus ermächtigt, mit Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages innerhalb des Einzelplans 14 die Deckungsfähigkeit der Ausgaben bei einzelnen Titeln mit Ausnahme der Titel der Gruppe 529 anzuordnen, wenn unvorhergesehen und unabweisbar Mehrausgaben geleistet werden müssen, um die Wirtschaftlichkeit des Betriebs der Streitkräfte zu verbessern.

(6) Bei Titel 537 02 des Kapitels 6003 fließen Erstattungen der obersten Bundesbehörden für die Inanspruchnahme des Flugdienstes zwischen Köln/Bonn und Berlin den Ausgaben zu. Bei den Titeln 527 .1 und 453 .1 der obersten Bundesbehörden fließen Erstattungen des nachgeordneten Bereichs sowie von Dritten im Zusammenhang mit dem Flugdienst zwischen Köln/Bonn und Berlin den Ausgaben zu.

(7) Innerhalb eines Kapitels können Mehreinnahmen aus der Veräußerung von Dienstkraftfahrzeugen herangezogen werden, um die Ausgaben für die Ersatzbeschaffung von Dienstkraftfahrzeugen zu verstärken. Das Nähere bestimmt das Bundesministerium der Finanzen.

(8) Das Aufkommen an Mineralölsteuer, das nach Artikel 1 des Straßenbaufinanzierungsgesetzes in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 912-3, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 285 der Verordnung vom 31. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2407) geändert worden ist, und nach Artikel 3 des Verkehrsfinanzgesetzes 1971 vom 28. Februar 1972 (BGBl. I S. 201), das zuletzt durch Artikel 99 des Gesetzes vom 8. Dezember 2010 (BGBl. I S. 1864) geändert worden ist, für Zwecke des Straßenwesens gebunden ist, ist auch für sonstige verkehrspolitische Zwecke im Bereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur zu verwenden.

(9) Ergibt sich zum Abschluss des Haushaltsjahres gegenüber dem Haushaltssoll per Saldo eine Entlastung des Bundeshaushalts, so dient dieser Betrag zur Leistung von Mehrausgaben bei Kapitel 6002 Titel 624 01, soweit dadurch keine Kredite zur Deckung von Ausgaben aufgenommen werden müssen.

§ 7

Überlassung und Veräußerung von Vermögensgegenständen

(1) Nach § 63 Absatz 3 Satz 2 der Bundeshaushaltsordnung wird zugelassen, dass Software, die von Bundesdienststellen im Bereich der Datenverarbeitung entwickelt worden ist, unentgeltlich an Stellen der öffentlichen Verwaltung im Inland abgegeben wird, soweit Gegenseitigkeit besteht. Das gilt auch für Software, die von Bundesdienststellen erworben worden ist. Für erworbene Lizenzen an Standardsoftware ist die jeweilige Lizenzvereinbarung maßgebend.

(2) Nach § 63 Absatz 3 Satz 2 der Bundeshaushaltsordnung wird zugelassen, dass Vorschriften in elektronischer Form, beispielsweise über das Internet, unentgeltlich oder gegen ermäßigtes Entgelt bereitgestellt werden können.

§ 8

Bewilligung von Zuwendungen

(1) Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen für Zuwendungen im Sinne des § 23 der Bundeshaushaltsordnung zur Deckung der gesamten Ausgaben oder eines nicht abgegrenzten Teils der Ausgaben einer Einrichtung außerhalb der Bundesverwaltung (institutionelle Förderung) sind gesperrt, solange der Haushalts- oder Wirtschaftsplan des Zuwendungsempfängers nicht von dem zuständigen Bundesministerium und dem Bundesministerium der Finanzen gebilligt ist.

(2) Die in Absatz 1 genannten Zuwendungen zur institutionellen Förderung dürfen nur mit der Auflage bewilligt werden, dass der Zuwendungsempfänger seine Beschäftigten nicht besser stellt als vergleichbare Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des Bundes. Entsprechendes gilt bei Zuwendungen zur Projektförderung, wenn die Gesamtausgaben des Zuwendungsempfängers überwiegend aus Zuwendungen der

öffentlichen Hand bestritten werden. Das Bundesministerium der Finanzen kann bei Vorliegen zwingender Gründe Ausnahmen zulassen. Die Sätze 1 und 2 gelten nicht, soweit eine Wissenschaftseinrichtung gemäß § 2 des Wissenschaftsfreiheitsgesetzes vom 5. Dezember 2012 (BGBl. I S. 2457) den bei ihr beschäftigten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern Gehälter oder Gehaltsbestandteile aus Mitteln zahlt, die weder unmittelbar noch mittelbar von der deutschen öffentlichen Hand finanziert werden. Satz 4 gilt auch für sonstige im wissenschaftsrelevanten Bereich Beschäftigte, wenn sie im Rahmen der Planung, Vorbereitung, Durchführung, Auswertung oder Bewertung von Forschungsvorhaben einen wesentlichen Beitrag leisten.

§ 9

Baumaßnahmen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben

Die §§ 24 und 54 der Bundeshaushaltsordnung bleiben für Baumaßnahmen zur Deckung des Raumbedarfs für Bundeszwecke nach § 2 Absatz 1 Satz 2 des Gesetzes über die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben vom 9. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3235), das durch Artikel 15 Absatz 83 des Gesetzes vom 5. Februar 2009 (BGBl. I S. 160) geändert worden ist, die im Wirtschaftsplan der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben veranschlagt werden, unberührt.

§ 10

Bezüge

(1) Abweichend von § 50 Absatz 3 der Bundeshaushaltsordnung können die Personalausgaben für abgeordnete Beschäftigte für die Dauer von bis zu drei Jahren von der abordnenden Verwaltung weitergezahlt werden. Weiterzahlungen über drei Jahre hinaus bedürfen, sofern sie nicht durch Haushaltsvermerk geregelt sind, der Einwilligung des Bundesministeriums der Finanzen.

(2) Innerhalb eines Kapitels dürfen Zulagen nach § 45 des Bundesbesoldungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Juni 2009 (BGBl. I S. 1434), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 15. August 2012 (BGBl. I S. 1670) geändert worden ist, für Beamtinnen und Beamte bis zur Höhe von 0,1 Prozent der veranschlagten Ausgaben der Titel 422 .1 geleistet werden. Innerhalb der Kapitel 1401 und 1403 dürfen Zulagen nach § 45 des Bundesbesoldungsgesetzes für Soldatinnen und Soldaten bis zur Höhe von 0,1 Prozent der veranschlagten Ausgaben des Titels 423 01 geleistet werden.

(3) Soweit Soldatinnen und Soldaten Leistungsprämien, Leistungszulagen oder Leistungsstufen gewährt werden, sind die Titel der Gruppe 423 der Kapitel 1401 und 1403 gegenseitig deckungsfähig.

§ 11

Verbriefung von Verpflichtungen

Das zuständige Bundesministerium wird ermächtigt, die Beteiligungen, Zuschüsse und Beiträge der Bundesrepublik Deutschland zugunsten der in Kapitel 0904 Titel 687 04, Kapitel 1605 Titel 896 02, Kapitel 2303 Titel 687 04 und 896 09, Kapitel 2304 Titel 687 01, 687 02, 687 03, 687 04 und 687 05 des Bundeshaushaltsplans erwähnten internationalen Finanzinstitutionen und Fonds durch Hingabe unverzinslicher Schuldscheine zu erbringen.

§ 12

Liquiditätshilfen, Fälligkeit von Zuschüssen und Leistungen des Bundes an die Rentenversicherung, Zuweisung an das Sondervermögen „Energie- und Klimafonds“

(1) Die Liquiditätshilfen an die Bundesagentur für Arbeit nach § 364 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch sind auf 8 000 000 000 Euro begrenzt. Der Ermächtigungsrahmen darf wiederholt in Anspruch genommen werden.

(2) Die Liquiditätshilfe an die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht ist auf 10 000 000 Euro begrenzt.

(3) Die Liquiditätshilfe an die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben ist auf 200 000 000 Euro begrenzt.

(4) Die Zuschüsse des Bundes an die allgemeine Rentenversicherung und seine an die allgemeine Rentenversicherung zu entrichtenden Beiträge für Kindererziehungszeiten werden in zwölf gleichen Monatsraten gezahlt. Abweichend von Satz 1 kann im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen die Zahlung vorgezogen werden, soweit dies zur Stabilisierung der Finanzlage der allgemeinen Rentenversicherung erforderlich ist.

(5) Liquiditätshilfen an den Gesundheitsfonds nach § 271 Absatz 3 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch dürfen bis zu einem Betrag von 2 000 000 000 Euro geleistet werden. Der Ermächtigungsrahmen darf wiederholt in Anspruch genommen werden. Die Zahlung von Leistungen des Bundes nach § 221 Absatz 1 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch kann im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen vorgezogen werden, soweit dies zur Vermeidung von Liquiditätshilfen nach § 271 Absatz 3 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch erforderlich ist.

(6) Das Bundesministerium der Finanzen wird ermächtigt, eine zinslose, zur Aufrechterhaltung einer ordnungsgemäßen Kassenwirtschaft notwendige Liquiditätshilfe an die Postbeamtenversorgungskasse bis zu einer Höhe von 250 000 000 Euro zu leisten. Das Darlehen ist so bald wie möglich zurückzuzahlen, spätestens jedoch mit dem Ende des Haushaltsjahres.

(7) Das Bundesministerium der Finanzen wird ermächtigt, nach Maßgabe des Satzes 2 der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung zur Erfüllung ihrer Aufgabe nach § 2 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 des Gesetzes über die Errichtung einer Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung verzinsliche Liquiditätshilfen bis zu einer Höhe von insgesamt 7 000 000 000 Euro zu leisten. Die Liquiditätshilfen dürfen nur in dem Umfang bereitgestellt werden, in dem die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung Ausgaben zu leisten hat und entsprechende Mittel aus dem Haushalt der Europäischen Union noch nicht zur Verfügung gestellt sind. Die Liquiditätshilfen sind so bald wie möglich zurückzuzahlen, spätestens jedoch mit Erhalt der Mittelzuweisungen aus dem Haushalt der Europäischen Union.

(8) Der Bund kann abweichend von § 4 Absatz 1 Nummer 4 des Gesetzes zur Errichtung eines Sondervermögens „Energie- und Klimafonds“ vom 8. Dezember 2010 (BGBl. I S. 1807) dem Sondervermögen im Wirtschaftsplanjahr 2014 zum Ausgleich eines Finanzierungsdefizits eine Zuweisung bis zu einer Obergrenze von 655 000 000 Euro gewähren.

§ 13

Rückzahlung, Titelverwechslung

(1) Die Rückzahlung zu viel erhobener Einnahmen kann aus dem jeweiligen Einnahmetitel geleistet werden und ist dann bei dem betreffenden Einnahmetitel abzusetzen.

(2) Bei einer unrichtigen Zahlung, bei Doppelzahlungen oder Überzahlungen darf die Rückzahlung, soweit § 5 gilt, stets von der Ausgabe abgesetzt werden, im Übrigen nur, wenn die Bücher noch nicht abgeschlossen sind. Die Rückzahlung zu viel geleisteter Personalausgaben ist stets beim jeweiligen Ausgabetitel abzusetzen.

(3) Titelverwechslungen dürfen nur berichtigt werden, solange die Bücher noch nicht abgeschlossen sind.

Abschnitt 3

Bewirtschaftung der Planstellen und Stellen

§ 14

Verbindlichkeit des Stellenplans

(1) Die Erläuterungen zu den Titeln 428 .1 sind hinsichtlich der Zahl der für die einzelnen Entgeltgruppen angegebenen Stellen verbindlich. Abweichungen von den verbindlichen Erläuterungen bedürfen der Einwilligung des Bundesministeriums der Finanzen. Pauschale Abweichungen kann das Bundesministerium der Finanzen unter der Bedingung zulassen, dass dadurch die Personalausgaben der einbezogenen Stellen um mindestens 5 Prozent gemindert werden.

(2) Die Erläuterungen zu den Titeln, aus denen Verwaltungskosten erstattet oder Zuwendungen im Sinne des § 23 der Bundeshaushaltsordnung zur institutionellen Förderung geleistet werden, sind hinsichtlich der Zahl der für die einzelnen Entgeltgruppen angegebenen Stellen verbindlich. Dies gilt nicht für Stellen, die für Projektaufgaben ausgebracht sind. Die Wertigkeit außertariflicher Stellen ist durch Angabe der entsprechenden Besoldungsgruppen zu kennzeichnen. Abweichungen von den verbindlichen Erläuterungen bedürfen der Einwilligung des Bundesministeriums der Finanzen. Für die Fälle unvorhergesehener und tarifrechtlich unabweisbarer Höhergruppierungsansprüche kann das Bundesministerium der Finanzen seine Befugnisse auf die obersten Bundesbehörden übertragen.

§ 15

Ausbringung von Planstellen und Stellen

(1) Das Bundesministerium der Finanzen wird ermächtigt, mit Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages Planstellen für Beamtinnen und Beamte und Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Planstellen oberhalb der Besoldungsgruppe B 3 für Soldatinnen und Soldaten zusätzlich auszubringen, wenn hierfür ein unabweisbarer, auf andere Weise nicht zu befriedigender Bedarf besteht. Die neu ausgebrachten Planstellen und Stellen sind in finanziell gleichwertigem Umfang durch den Wegfall anderer Planstellen und Stellen einzusparen. Die für den Einzelplan zuständige Stelle gibt dem Bundesrechnungshof Gelegenheit zur Stellungnahme.

(2) Das Bundesministerium der Finanzen wird ermächtigt, Planstellen und Stellen auszubringen, um Bedienstete folgender Einrichtungen zu übernehmen:

1. von bundesunmittelbaren juristischen Personen des öffentlichen Rechts,
2. von Unternehmen im Sinne von § 65 der Bundeshaushaltsordnung,
3. von Sondervermögen des Bundes oder
4. von Zuwendungsempfängern, die durch den Bund institutionell gefördert werden.

Die Ausbringung dieser Planstellen und Stellen setzt voraus, dass für diese Bediensteten keine Planstellen und Stellen im Bundeshaushalt ausgebracht sind, ein Personalüberhang bei den genannten Einrichtungen besteht, ein unabweisbarer, auf andere Weise nicht zu befriedigender Bedarf besteht, die Finanzierung der neu ausgebrachten Planstellen und Stellen auf Dauer sichergestellt ist und die Übernahme der Bediensteten zu einer Entlastung des Bundeshaushalts an anderer Stelle führt.

§ 16

Ausbringung von Planstellen und Stellen für Überhangpersonal

(1) Das Bundesministerium der Finanzen wird ermächtigt, bei nachgewiesenem Bedarf:

1. Planstellen und Stellen auszubringen, wenn feststeht, dass sie mit Überhangpersonal von Bundesbehörden besetzt werden; mit der Versetzung des Überhangpersonals fallen die freiwerdenden Planstellen und Stellen weg,
2. bis zu 300 Planstellen im Bereich Informationstechnik auszubringen, wenn feststeht, dass sie mit Überhangpersonal der Postnachfolgeunternehmen aus dem Bereich Informationstechnik besetzt werden.

(2) Die im Bundeshaushalt ausgebrachten Haushaltsvermerke, wonach Planstellen und Stellen nur mit Überhangpersonal besetzt werden dürfen, entfallen nach der Versetzung des Überhangpersonals.

§ 17

Ausbringung von Ersatzplanstellen und Ersatzstellen

(1) Soweit ein unabweisbarer Bedarf besteht, einen Dienstposten wiederzubesetzen, gilt eine Planstelle für die Beamtin oder den Beamten, die oder der als Ersatzkraft die Funktion wahrnehmen soll, als ausgebracht, wenn die bisherige Inhaberin oder der bisherige Inhaber des Dienstpostens

1. nach § 14 des Deutschen Richtergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. April 1972 (BGBl. I S. 713), das zuletzt durch Artikel 17 des Gesetzes vom 6. Dezember 2011 (BGBl. I S. 2515) geändert worden ist, in einem Land als Richterin oder Richter kraft Auftrags verwendet werden soll oder
2. mindestens sechs Monate im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit ohne Wegfall der Dienstbezüge verwendet oder auf eine entsprechende Verwendung vorbereitet werden soll.

Die Planstelle ist bis zur Rückkehr der bisherigen Inhaberin oder des bisherigen Inhabers des Dienstpostens befristet und hat die Wertigkeit der Besoldungsgruppe der Beamtin oder des Beamten, die oder der als Ersatzkraft die Funktion wahrnehmen soll; die Wertigkeit der Planstelle der bisherigen Inhaberin oder des bisherigen Inhabers des Dienstpostens wird nicht überschritten.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend für Richterinnen und Richter, Soldatinnen und Soldaten sowie für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

§ 18

Ausbringung von Leerstellen

(1) Eine Leerstelle der entsprechenden Besoldungsgruppe gilt von Beginn der Beurlaubung oder Verwendung an als ausgebracht für planmäßige Beamtinnen und Beamte,

1. die nach § 92 Absatz 1, § 95 Absatz 1, § 90 Absatz 3 Satz 1 Nummer 2 des Bundesbeamtengesetzes vom 5. Februar 2009 (BGBl. I S. 160), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 21. Juli 2012 (BGBl. I S. 1583) geändert worden ist, oder nach § 7 des Dienstrechtlichen Begleitgesetzes vom 30. Juli 1996 (BGBl. I S. 1183), das zuletzt durch Artikel 15 Absatz 1 des Gesetzes vom 5. Februar 2009 (BGBl. I S. 160) geändert worden ist, ohne Dienstbezüge mindestens für sechs Monate beurlaubt werden,
2. die nach § 6 der Mutterschutz- und Elternzeitverordnung vom 12. Februar 2009 (BGBl. I S. 320) mindestens sechs Monate ohne Unterbrechung Elternzeit in Anspruch nehmen,
3. die im unmittelbaren Anschluss an eine Elternzeit nach Nummer 2 zum Zwecke der Fortsetzung der Kinderbetreuung ohne Dienstbezüge beurlaubt werden,
4. die nach § 24 des Gesetzes über den Auswärtigen Dienst vom 30. August 1990 (BGBl. I S. 1842), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 14. November 2011 (BGBl. I S. 2219) geändert worden ist, unter Wegfall der Besoldung für die Dauer der Tätigkeit der Ehepartnerin oder des Ehepartners an einer Auslandsvertretung beurlaubt werden,
5. die im dienstlichen Interesse des Bundes unter Wegfall der Dienstbezüge mindestens sechs Monate für eine der folgenden Verwendungen beurlaubt werden:
   a) bei einer Fraktion oder Gruppe des Deutschen Bundestages oder eines Landtages,
   b) bei einer juristischen Person des öffentlichen Rechts,
   c) bei einer öffentlichen zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtung,
   d) im Rahmen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit oder bei einer Tätigkeit im Rahmen der Hilfe beim Aufbau des Rechtssystems der Staaten Mittel- und Osteuropas oder der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten oder bei einer Auslandshandelskammer,
   e) bei einem zu mindestens 50 Prozent aus Zuwendungen des Bundes institutionell geförderten Zuwendungsempfänger oder bei einer vergleichbaren Mitgliedseinrichtung der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz e. V.

oder

6. die beim Bundeskanzleramt oder beim Bundespräsidialamt verwendet werden.

(2) Kehren mehrere Beamtinnen und Beamte gleichzeitig in den Bundesdienst zurück, kann das Bundesministerium der Finanzen Sonderregelungen zur Nachbesetzung treffen.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten entsprechend für Richterinnen und Richter, Soldatinnen und Soldaten sowie für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

(4) Werden planmäßige Bundesrichterinnen oder Bundesrichter an einem obersten Gerichtshof des Bundes zu Richterinnen oder Richtern des Bundesverfassungsgerichts gewählt, kann die zuständige oberste Bundesbehörde für diese Richterinnen oder Richter eine Leerstelle der bisherigen Besoldungsgruppe ausbringen.

(5) Das Bundesministerium der Finanzen wird ermächtigt, Leerstellen, die nach Absatz 1 Nummer 1 bis 5 als ausgebracht gelten oder die für die in Absatz 1 Nummer 1 bis 5 genannten Tatbestände ausgebracht sind, anzupassen, wenn eine Beförderung erfolgen soll. Das Bundesministerium der Finanzen wird ermächtigt, die Befugnis nach Satz 1 auf die obersten Bundesbehörden zu übertragen. Leerstellen, die nach Absatz 1 Nummer 6 als ausgebracht gelten oder die für die in Absatz 1 Nummer 6 genannten Tatbestände ausgebracht sind, gelten als angepasst, wenn die oder der Bedienstete auf einer Planstelle oder Stelle des Bundeskanzleramtes oder des Bundespräsidialamtes befördert oder höhergruppiert worden ist.

§ 19

Umwandlung von Planstellen und Stellen

Die obersten Bundesbehörden werden ermächtigt, Planstellen in gleichwertige Stellen und Stellen in gleichwertige Planstellen umzuwandeln, soweit dafür ein unabweisbarer Bedarf besteht.

§ 20

Sonderregelungen bei kw-Vermerken

(1) Das Bundesministerium der Finanzen wird ermächtigt zuzulassen, dass von einem kw-Vermerk mit Datumsangabe abgewichen wird, wenn die Planstelle oder Stelle weiter benötigt wird, weil sie nicht rechtzeitig frei wird. In diesem Fall fällt die nächste frei werdende Planstelle oder Stelle der betreffenden Besoldungs- oder Entgeltgruppe weg.

(2) Die obersten Bundesbehörden werden ermächtigt, Planstellen und Stellen, die einen kw-Vermerk tragen, nach ihrem Freiwerden mit schwerbehinderten Menschen wiederzubesetzen, wenn es sich um eine Neueinstellung oder eine beamtenrechtliche Anstellung handelt und eine nach den §§ 71 bis 76 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch berechnete Beschäftigungsquote schwerbehinderter Menschen von 6 Prozent bei den Planstellen und Stellen des Einzelplans nicht erreicht ist. Mit Ausscheiden des schwerbehinderten Menschen aus der Planstelle oder Stelle fällt diese weg. Sie bleibt ausnahmsweise erhalten, wenn die Beschäftigungsquote nach Satz 1 zu diesem Zeitpunkt noch nicht erreicht ist und die Planstelle oder Stelle wieder mit einem schwerbehinderten Menschen besetzt wird. Die Sätze 1 bis 3 gelten nicht, wenn die Planstelle oder Stelle den Vermerk "kw mit Wegfall der Aufgabe" trägt, sowie für Ersatzplanstellen und Ersatzstellen, die nach § 17 oder auf Grund der entsprechenden Regelungen früherer Haushaltsgesetze ausgebracht wurden oder als ausgebracht gelten.

§ 21

Überhangpersonal

Freie Planstellen und Stellen sind vorrangig mit Bediensteten zu besetzen, die bei anderen Behörden der Bundesverwaltung wegen Aufgabenrückgangs oder wegen Auflösung der Behörde nicht mehr benötigt werden.

Abschnitt 4

Übergangs- und Schlussvorschriften

§ 22

Stelleneinsparung auf Grund der Verlängerung der Wochenarbeitszeit für Beamtinnen und Beamte

(1) Im Haushaltsjahr 2014 sind im Bundeshaushaltsplan ausgebrachte Planstellen für Beamtinnen und Beamte in dem finanziellen Umfang einzusparen, der sich ergäbe, wenn 0,4 Prozent dieser Planstellen kegelgerecht eingespart würden. Die Einsparung kann auch bei den Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erbracht werden. Nicht in die Berechnungsgrundlage einzubeziehen sind Planstellen, die neu ausgebracht wurden oder einen kw-Vermerk tragen.

(2) Das Bundesministerium der Finanzen wird ermächtigt, finanziell gleichwertige eigene Stelleneinsparkonzepte der Ressorts anzuerkennen.

(3) Die Einsparungen müssen spätestens bis zum 31. Dezember 2014 erbracht sein. Die betroffenen Planstellen fallen an diesem Tag weg.

(4) Das Nähere bestimmt das Bundesministerium der Finanzen.

§ 23

Fortgeltung

§ 2 Absatz 2 Satz 3 bis 5, Absatz 4und 5 sowie die §§ 3 bis 11, 12 Absatz 1 bis 7 und 13 bis 22 gelten bis zum Tag der Verkündung des Haushaltsgesetzes des folgenden Haushaltsjahres weiter.

§ 24

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2014 in Kraft.

Begründung

I. Allgemeiner Teil

Ausgangslage

Gemäß § 11 Absatz 1 der Bundeshaushaltsordnung (BHO) ist für das Haushaltsjahr 2014 ein Haushaltsplan aufzustellen. Der Entwurf des Haushaltsgesetzes und des Haushaltsplans werden gemäß § 29 Absatz 1 BHO von der Bundesregierung beschlossen.

Der vom Bundesministerium der Finanzen aufgestellte Entwurf des Haushaltsplans beruht auf den dem Bundesministerium der Finanzen von den jeweils zuständigen obersten Bundesbehörden übersandten Voranschlägen der Einzelpläne und den Ergebnissen der nachfolgenden bilateralen Ressortverhandlungen.

Der Inhalt des Haushaltsgesetzes als Jahresgesetz orientiert sich grundsätzlich an den Regelungen aus den vorhergehenden Jahren und berücksichtigt daneben aktuelle Entwicklungen und Erfordernisse. In Bezug auf das Haushaltsgesetz 2014 ist insoweit insbesondere auf folgende Änderungen gegenüber dem Haushaltsgesetz 2013 hinzuweisen:

- Im Rahmen des § 5 sind weitere Einzelpläne in das Konzept einer Neustrukturierung des Bundeshaushalts einbezogen worden.
- In § 6 Absatz 9 wird die Möglichkeit eröffnet, dem Sondervermögen „Investitions- und Tilgungsfonds“ (auch unabhängig von der in § 6 Absatz 1 des Gesetzes zur Errichtung des Sondervermögens „Investitions- und Tilgungsfonds“ geregelten Zuführung von Einnahmen aus dem Bundesbankgewinn) Haushaltsmittel des Bundes zur Schuldentilgung zuzuführen.
- § 12 Absatz 8 ermächtigt, dem Sondervermögen „Energie- und Klimafonds“ im Haushaltsjahr 2014 eine Zuweisung aus dem Bundeshaushalt bis zur Höhe von 655 Millionen Euro zu gewähren.
- In § 22 entfällt eine dem § 22 Absatz 2 Haushaltsgesetz 2013 entsprechende Regelung. Die für die Luftfrachtsicherheit erforderliche Personalausstattung kann ohne eine derartige Ausnahmeregelung sichergestellt werden.

Artikel 115 des Grundgesetzes

Nach Artikel 115 des Grundgesetzes (GG) in der durch Artikel 1 Nummer 6 des Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2248) geänderten Fassung ist der Haushalt grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen. Eine strukturelle Neuverschuldung des Bundes ist danach nur noch in Höhe von maximal 0,35 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) zulässig. Dieser Grundsatz des ohne Einnahmen aus Krediten ausgeglichenen Haushalts gilt bezogen auf die um finanzielle Transaktionen bereinigten Einnahmen und Ausgaben. Der strukturell zulässige Verschuldungsspielraum von 0,35 Prozent des BIP wird in konjunkturell schlechten Zeiten entsprechend den daraus folgenden Wirkungen auf den Bundeshaushalt erweitert und in guten Zeiten verringert (Konjunkturkomponente).

Das Gesetz zur Ausführung von Artikel 115 des Grundgesetzes vom 10. August 2009 (BGBl. I S. 2702, 2704) legt hierzu Näheres fest. Es regelt das Verfahren zur Berechnung der Obergrenze der jährlichen Nettokreditaufnahme. Hierzu gehören insbesondere die Bestimmung der strukturellen und der konjunkturellen Verschuldungskomponente und von Einzelheiten zur Bereinigung der Einnahmen und Ausgaben um finanzielle Transaktionen.

Im Rahmen einer Übergangsregelung (Artikel 143d Absatz 1 Satz 5 bis 7 GG) sind für den Bund noch bis einschließlich dem Jahr 2015 Abweichungen hinsichtlich des strukturellen Verschuldungsspielraums zugelassen. Nach § 9 Absatz 2 des Gesetzes zur Ausführung von Artikel 115 des Grundgesetzes findet die Schuldenregel für den Bund im Zeitraum vom 1. Januar 2011 bis zum 31. Dezember 2015 daher mit der Maßgabe Anwendung, dass das strukturelle Defizit des Haushaltsjahres 2010 ab dem Jahr 2011 in gleichmäßigen Schritten bis zur vollen Einhaltung der maximal zulässigen strukturellen Verschuldung von 0,35 Prozent des BIP im Jahr 2016 zurückgeführt wird.

Die dem Abbaupfad zugrunde gelegte strukturelle Kreditaufnahme im Bundeshaushalt 2010 beträgt 53,2 Milliarden Euro.

Diese strukturelle Kreditaufnahme entspricht rund 2,2 Prozent des BIP. Bei linearer Ausgestaltung des Abbaupfades führt dieser ab dem Jahr 2011 bis zur vollen Geltung der Schuldenregel im Jahr 2016 zu jährlichen Abbauschritten in Höhe von rund 0,3 Prozent des BIP. Für den Haushalt 2014 führt dies zu einer maximal zulässigen strukturellen Neuverschuldung von rund 1,0 Prozent des BIP. Danach ergibt sich folgende Berechnung der maximal zulässigen Nettokreditaufnahme:

Berechnung der maximal zulässigen Nettokreditaufnahme des Jahres 2014	
Maximal zulässige strukturelle Nettokreditaufnahme in Prozent des BIP	0,97 Prozent
Nominales BIP des der Haushaltsaufstellung vorangegangenen Jahres	2 735 800 Millionen Euro
Nach der Schuldenregel maximal zulässige strukturelle Nettokreditaufnahme	26 555 Millionen Euro
abzüglich Konjunkturkomponente (derzeit negativ)	minus 5 413 Millionen Euro
abzüglich Saldo der finanziellen Transaktionen	minus 2 890 Millionen Euro
Nach der Schuldenregel maximal zulässige Nettokreditaufnahme	34 858 Millionen Euro
Rundungsdifferenzen möglich	

Die im Entwurf des Bundeshaushalts 2014 veranschlagte Nettokreditaufnahme unterschreitet diese Neuverschuldungsgrenze und beträgt 6,5 Milliarden Euro. In die Berechnung der für die Schuldenregel relevanten Nettokreditaufnahme einzubeziehen ist neben der Nettokreditaufnahme des Bundeshaushalts auch der Finanzierungssaldo des Sondervermögens „Energie- und Klimafonds“, auf den die Ausnahmeregel des Artikels 143d Absatz 1 Satz 2 GG zu Sondervermögen nicht anwendbar ist. Dem gemäß ist zur Berechnung der für die Schuldenregel maßgeblichen Nettokreditaufnahme die Nettokreditaufnahme des Bundes um den im Sondervermögen „Energie- und Klimafonds“ veranschlagten negativen Finanzierungssaldo in Höhe von 94 Millionen Euro zu erhöhen.

Des Weiteren haben Bund und Länder vor dem Hintergrund der durch das Hochwasser im Mai und Juni des Jahres 2013 verursachten Schäden beschlossen, einen Fonds „Aufbauhilfe“ mit einem Volumen von 8 Milliarden Euro zu gründen, der im Jahr 2013 als Sondervermögen des Bundes errichtet wurde und dessen Finanzierungssaldo ebenfalls für die Schuldenregel relevant ist. Im Jahr 2013 sind 556 Millionen Euro aus dem Fonds verausgabt worden. Derzeit ist noch nicht absehbar, in welchem Zeitraum und mit welchen Jahresfälligkeiten die übrigen Mittel des Fonds abfließen werden. Selbst wenn man jedoch unterstellt, dass die verbliebenen rund 7,4 Milliarden Euro in voller Höhe im Haushaltsjahr 2014 abfließen, würde dies angesichts des vorliegenden Abstands zwischen der nach der Schuldenregel maximal zulässigen Nettokreditaufnahme (rund 34,9 Milliarden Euro) und der in diesem hypothetischen Fall zu unterstellenden, für die Schuldenregel relevanten Nettokreditaufnahme (6,5 Milliarden Euro + 94 Millionen Euro + 7,4 Milliarden Euro = rund 14 Milliarden Euro) nicht zu einer Verletzung der Schuldenregel führen.

Die Vorgaben des Artikels 115 GG und des Gesetzes zur Ausführung von Artikel 115 des Grundgesetzes sind damit eingehalten.

Gleichstellung von Frauen und Männern

Unter dem Gesichtspunkt der Gleichstellung wurden die Regelungen des Haushaltsgesetzes 2014 daraufhin untersucht, ob sie den unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern gerecht werden. Dabei wurde festgestellt, dass mit dem Haushaltsgesetz 2014 im engeren Sinne, dem Gesamtplan und den Übersichten zum Bundeshaushaltsplan 2014 sowie den Einzelplänen lediglich der finanzielle Rahmen der Fachpolitiken beschrieben wird. Mit dem Haushalt werden daher geschlechtsspezifische Rollen- und Aufgabenverteilungen nicht festgeschrieben oder verändert. Es bleibt Aufgabe der jeweiligen Fachpolitik, bei Inanspruchnahme des finanziellen Ermächtigungsrahmens Gender-Wirkungen zu berücksichtigen.

Vereinbarkeit mit der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie

Der Entwurf des Bundeshaushalts 2014 steht im Einklang mit der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung. Die mit ihm wie auch mit der zeitlich parallel beschlossenen mittelfristigen Finanzplanung des Bundes festgelegten haushaltswirtschaftlichen Eckwerte, insbesondere auch die sich daraus ergebende Entwicklung der Nettokreditaufnahme, schaffen die Voraussetzungen für die in den kommenden Jahren auf der Grundlage der im Grundgesetz verankerten neuen Schuldenregel voranzutreibende Konsolidierung des Bundeshaushalts und fördern damit die Zielsetzung finanzieller Nachhaltigkeit. Auf diesem Wege werden zugleich mittel- und langfristig diejenigen haushaltspolitischen Spielräume erhalten, die erforderlich sind, um die weiteren in der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie verankerten Zielsetzungen zu erfüllen. Diese weiteren Ziele im Einzelnen auszugestalten, bleibt dabei Aufgabe der jeweiligen Fachpolitik.

Erfüllungsaufwand

Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger sowie für die Wirtschaft

Durch das Haushaltsgesetz 2014 entsteht kein Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger sowie für die Wirtschaft.

Für Bürgerinnen und Bürger sowie für die Wirtschaft werden keine Informationspflichten eingeführt, vereinfacht oder abgeschafft.

Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Durch das Haushaltsgesetz 2014 entsteht für die Verwaltung kein Erfüllungsaufwand. Die in § 12 Absatz 8 geregelte Möglichkeit einer Zuweisung an den Energie- und Klimafonds begründet keine zusätzlichen Informationspflichten der Verwaltung.

Die Informationspflichten für die Verwaltung werden in dem bereits im Haushaltsgesetz 2013 angelegten Umfang fortgeschrieben.

Weitere Kosten

Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau

Mit seinen Ausgaben und Einnahmen wirkt der Bundeshaushalt direkt und indirekt auf eine Vielzahl von Einzelpreisen ein. Die vom Bundeshaushalt ausgehenden Auswirkungen auf das allgemeine Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, lassen sich nicht zuverlässig quantifizieren. Ob und inwieweit sich das Preisniveau verändert, hängt von den binnen- und außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und vom Verhalten der am Wirtschaftsprozess Beteiligten ab.

Sonstige Kosten für die Wirtschaft

Der Bundeshaushalt ermächtigt die Bundesregierung, Ausgaben zu leisten und Verpflichtungen einzugehen, von denen viele den Wirtschaftsunternehmen zugute kommen. Ansprüche oder Verbindlichkeiten werden durch den Bundeshaushaltsplan weder begründet noch aufgehoben. Kosten für die Wirtschaft entstehen daher nicht.

II. Besonderer Teil

Zu § 1

Die Vorschrift enthält die Zahlen des Gesamtabschlusses.

Zu § 2

Zu Absatz 1

Die Vorschrift enthält die erforderliche Ermächtigung zur Aufnahme von Krediten zur Deckung von Ausgaben.

Zu Absatz 2

Die Vorschrift bestimmt, dass sich der Kreditrahmen um Beträge zur Tilgung von im Haushaltsjahr fällig werdenden Krediten erhöht. Die Regelung in Satz 1 verweist insoweit auf den Saldo der im Kreditfinanzierungsplan (Teil IV des Gesamtplans) ausgewiesenen Ausgaben zur Tilgung von Krediten (Nummer 2) und den sonstigen Einnahmen zur Schuldentilgung (Nummer 1.2). Darüber hinaus ermöglicht Satz 2 die Anschlussfinanzierung bestimmter Kredite des Bundes, die im laufenden Haushaltsjahr getilgt werden müssen, ohne dass dies bei Verabschiedung des Bundeshaushalts vorhergesehen wurde. Dieser Fall kann vor allem eintreten, wenn in einem Haushaltsjahr mehr Bundesschatzbriefe als geplant zurückgegeben oder mehr Schuldscheindarlehen als erwartet fällig werden.

Mehreinnahmen bei Kapitel 6002 Titel 133 01 können gemäß Satz 3 zur Tilgung von Schulden des Bundes verwendet werden. In diesem Fall vermindert sich die Ermächtigung nach Satz 1 zur Anschlussfinanzierung entsprechend. Gleiches gilt auch für den Anteil am Reingewinn der Deutschen Bundesbank, der den bei Kapitel 6002 Titel 121 04 veranschlagten Betrag übersteigt und der nach § 6 Absatz 1 des Erblastentilgungsfonds-Gesetzes der Tilgung von Schulden des Erblastentilgungsfonds dient.

Zu Absatz 3

Insbesondere aus kreditpolitischen Erwägungen und aus Gründen der Wirtschaftlichkeit eröffnet die Ermächtigung die Möglichkeit, ab Oktober des Haushaltsjahres den Kreditmarkt flexibel zu nutzen.

Zu Absatz 4

Die Vorschrift in Satz 2 stellt sicher, dass durch den Einsatz von Fremdwährungsanleihen bei der Umrechnung in Euro die in den Absätzen 1 und 2 festgelegten Obergrenzen nicht überschritten werden.

Zu Absatz 5

Die Vorschrift ermächtigt zum Aufbau von Eigenbeständen; Einnahmen aus Verkäufen werden von der in Anspruch genommenen Ermächtigung abgeschrieben. Satz 3 stellt klar, dass der Bund Eigenbestände gemäß § 63 Absatz 4 BHO gegen Entgelt verleihen kann (hier erfolgt keine Anrechnung auf Kreditermächtigungen) oder verkaufen kann (hier findet eine Anrechnung auf die Kreditermächtigungen nach Absatz 1, Absatz 2 Satz 1 oder nach Absatz 5 Satz 1 statt). Die Wertpapierleihe dient insbesondere dazu, Knappheitssituationen an den Kapitalmärkten zu vermeiden. Im Vergleich zur entsprechenden Vorschrift des Haushaltsgesetzes 2013 umfasst die Ermächtigung zusätzlich auch die Verwendung von Eigenbeständen zur Besicherung von Zinsswapgeschäften des Bundes. Die im Rahmen der neuen EU-rechtlichen Anforderungen an den außerbörslichen Handel mit Finanzderivaten („European Market Infrastructure Regulation“) notwendige verstärkte Besicherung von Derivate-Geschäften erfordert eine entsprechende Regelung.

Zu Absatz 6

Die Ermächtigung schafft die Grundlage für den Abschluss von Zinsswapgeschäften, die ergänzend zu bestehenden Kreditverträgen abgeschlossen werden sollen. Die wirtschaftliche Wirkung von Zinsswapgeschäften besteht in der Begrenzung von Zinsrisiken, der Optimierung von Zinszahlungsströmen und der Senkung von Zinsausgaben. Die Gesamtstrategie zur Steuerung des Schuldenportfolios ist auf eine langfristige Verbesserung der Risikostruktur des gesamten Schuldenportfolios und auf ein mittelfristig angelegtes aktives Kosten-/Risikomanagement ausge-

richtet. Im Rahmen dieser Gesamtstrategie liegt die Obergrenze für Zinsswapgeschäfte wie im Vorjahr unverändert bei 80 Milliarden Euro.

Mit der Begebung von Fremdwährungsanleihen werden das Instrumentarium des Bundes als Emittent erweitert, eine Entlastung der Kreditaufnahme mit traditionellen Finanzinstrumenten erreicht und zur Stärkung der Investorenbasis beigetragen. Fremdwährungsanleihen werden nur begeben, wenn sich für den Bund aufgrund von Zinsdifferenzen an den Kapitalmärkten ein Vorteil ergibt. Mit der Ermächtigung können Fremdwährungsanleihen gegen die Risiken von Währungsschwankungen abgesichert werden (Kombination von Zins- und Währungsswaps), so dass für den Bund sichere Zinsvorteile erzielt werden können. Die auf 30 Milliarden Euro begrenzte Erweiterung der Ermächtigung besteht unabhängig von der betragsmäßigen Limitierung für strategische Zinsswaps und erlaubt realistische Größenordnungen beim Einsatz dieses Finanzinstruments.

Als zusätzliche Verträge, die Zinsrisiken aus bereits bestehenden Verträgen verringern oder ausschließen, gelten alle gegenläufigen Zinsswapverträge, deren Endfälligkeit von dem zugrunde liegenden Geschäft nicht mehr als sechs Monate entfernt liegt. Diese Verträge werden auf die in Absatz 6 genannten Höchstgrenzen nicht angerechnet.

Zu Absatz 7

Im Falle der verspäteten Verkündung des Haushaltsgesetzes für das folgende Haushaltsjahr wird der Bund ermächtigt, Verträge gemäß Absatz 2 Satz 1, Absatz 6 und im dort jeweils bestimmten Umfang abzuschließen. Die in Anspruch genommenen Ermächtigungen werden auf diejenigen des folgenden Haushaltsjahres angerechnet.

Zu Absatz 8

Gemäß § 18 Absatz 3 Satz 1 BHO gelten nicht in Anspruch genommene Kreditermächtigungen zur Deckung von Ausgaben (so genannte Restkreditermächtigungen) bis zum Ende des nächsten Haushaltsjahres und, wenn das Haushaltsgesetz für das zweitnächste Haushaltsjahr nicht rechtzeitig verkündet wird, bis zur Verkündung dieses Haushaltsgesetzes. In der aktuellen Haushaltspraxis werden daher zuerst die Kreditermächtigungen des laufenden Jahres verbraucht, bevor gegebenenfalls auf die Restermächtigung des Vorjahres zurückgegriffen wird.

Nach Absatz 8 ist im Regelfall vor Inanspruchnahme eines Betrages der Restkreditermächtigung, der oberhalb von 0,5 Prozent des in § 1 Absatz 1 festgelegten Gesamtvolumens des Bundeshaushalts liegt, der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages zu unterrichten. Die vorherige Unterrichtung kann für den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages Anlass sein, sich mit der Frage zu befassen, ob ein Nachtragshaushaltsverfahren einzuleiten ist.

Zu Absatz 9

Kassenverstärkungskredite dienen der Aufrechterhaltung einer ordnungsmäßigen Kassenwirtschaft, stellen die Liquidität des Bundes sicher und sind integraler Bestandteil des Schuldenwesens des Bundes. Der für besicherte Kassenverstärkungskredite erweiterte Ermächtigungsrahmen nach Satz 2 dient auch der Sicherung der Benchmarkposition und der günstigen Finanzierungskonditionen des Bundes auf dem Kapitalmarkt. Zur umfassenden Sicherstellung eines Einsatzes von Zinsswapgeschäften zur Finanzierung der Bundesschulden, die den in Absatz 5 Satz 3 genannten Möglichkeiten des Einsatzes von Eigenbeständen dient, sieht die Regelung – für das Haushaltsjahr 2014 erstmalig – vor, dass zusätzlich zu den nach Absatz 9 Satz 1 und 2 aufgenommenen Kassenverstärkungskrediten bis zu einer Höhe von 10 Prozent des in Absatz 6 Satz 1 Nummer 1 genannten Betrages Kassenverstärkungskredite zur Besicherung von Zinsswapgeschäften aufgenommen werden können.

Zu Absatz 10

Die Vorschrift ermächtigt den Bund, zur Vorfinanzierung der Durchführung von Maßnahmen nach Artikel 4 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über die Finanzierung, die Verwaltung und das Kontrollsystem der Gemeinsamen Agrarpolitik (ABl. EU Nr. L347 vom 20. Dezember 2013, S. 549), Kassenverstärkungskredite in bestimmter Höhe aufzunehmen. Damit wird eine wirtschaftliche Liquiditätsversorgung der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung, der die Vorfinanzierung obliegt, sichergestellt.

Die in Satz 2 enthaltene Anrechnungsregelung soll eine Kumulation von Kreditermächtigungen aus verschiedenen Haushaltsgesetzen verhindern und entspricht der bei Kassenverstärkungskrediten üblichen Regelung (vergleiche § 2 Absatz 9).

Zu § 3

Zu Absatz 1

Die Vorschrift enthält in Satz 1 die Gesamtsumme des Ermächtigungsrahmens und deren Aufteilung auf einzelne Gewährleistungstatbestände. Ergänzende Vorschriften sind in den verbindlichen Erläuterungen zu Kapitel 3208 des Bundeshaushaltsplans enthalten. Die Ermächtigungsrahmen zu Nummer 1, 2 und 3 werden erhöht. Die Erhöhung zu Nummer 1 erfolgt wegen anhaltend hoher Nachfrage nach Exportkreditgarantien mit langfristigen Risikolaufzeiten. Die Erhöhung zu Nummer 2 erfolgt wegen des prognostizierten stabilen Zuwachses von neuen Deckungszusagen. Im Vergleich zum Haushaltsgesetz 2013 wird zusätzlich der Gewährleistungstatbestand Nummer 2 Buchstabe d) aufgenommen, um Minderheitsbeteiligungen und

nachrangige Darlehen der KfW als Unterstützungsmaßnahme für kleine und mittlere Unternehmen in ausgewählten Programmländern des Euro-Währungsgebietes garantieren zu können, die von schwerwiegenden Finanzierungs- und Liquiditätsengpässen im Finanzsystem betroffen sind. Unterstützungsmaßnahmen sind auch mittelbare Maßnahmen, die dem Aufbau regionaler Kreditinstitute mit dem Schwerpunkt der Bereitstellung von Kreditmitteln für kleine und mittlere Unternehmen dienen. Die Erhöhung zu Nummer 3 erfolgt wegen erhöhten Garantiebedarfs für auf Öffentliche Entwicklungshilfe (ODA) anrechenbare Kredite der KfW. Die vom Gewährleistungstatbestand in Nummer 3 Buchstabe d) umfassten Mittel für Vorhaben des internationalen Klima- und Umweltschutzes werden im Haushaltsjahr 2014 nicht mehr im „Energie- und Klimafonds“, sondern in den Einzelplänen 16 und 23 veranschlagt. Der Ermächtigungsrahmen zu Nummer 7 vermindert sich. Die Gesamtsumme des Ermächtigungsrahmens erhöht sich damit auf 478,410 Milliarden Euro.

Zu Absatz 2

Die Vorschrift bestimmt, dass Gewährleistungen, die aufgrund von haushaltsgesetzlichen Ermächtigungen der Vorjahre eingegangen wurden, auf den neuen Gewährleistungsrahmen anzurechnen sind, sofern der Bund noch in Anspruch genommen werden kann oder für seine Leistungen keinen Ersatz erlangt hat.

Zu Absatz 3

Die Vorschrift bestimmt die Modalitäten der Anrechnung von in ausländischen Währungen übernommenen Gewährleistungen auf den Gesamtrahmen.

Zu Absatz 4

Es handelt sich um eine Bewertungsvorschrift, die regelt, in welcher Höhe Gewährleistungen, Zinsen und Kosten auf den jeweiligen Gewährleistungsrahmen anzurechnen sind.

Zu Absatz 5

Die Vorschrift enthält die Voraussetzungen, unter denen eine vom Bund übernommene Gewährleistung auf den Gewährleistungsrahmen nicht mehr anzurechnen ist.

Zu Absatz 6

Die Regelung gestattet es, die Ermächtigungsrahmen einzelner Gewährleistungstatbestände mit Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages auch für Zwecke anderer Gewährleistungsermächtigungen zu verwenden.

Zu Absatz 7

Die Vorschrift soll die Möglichkeit eröffnen, in Fällen eines unvorhergesehenen und unabweisbaren Bedarfs nach Ausschöpfung des in Absatz 1 bestimmten Ermächtigungsrahmens weitere Gewährleistungen bis zur Höhe von 20 Prozent des in Absatz 1 bestimmten Ermächtigungsrahmens zu übernehmen. Hierfür ist die Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages grundsätzlich erforderlich.

Zu Absatz 8

Die Vorschrift begründet eine Vorabunterrichtungspflicht gegenüber dem Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages bei Übernahme einer Eventualverpflichtung von einer Milliarde Euro oder mehr.

Zu § 4

Zu den Absätzen 1 und 2

In der Vorschrift werden die nach § 37 Absatz 1 Satz 4 sowie nach § 38 Absatz 1 Satz 3 BHO festzulegenden Beträge der Höhe nach bestimmt.

Daneben werden das Verfahren der Unterrichtung des Parlaments über überplanmäßige und außerplanmäßige Ausgaben im Interesse einer zeitnäheren Beteiligung des Parlaments und unter Berücksichtigung der Wertung von Artikel 115 GG sowie das Konsultationsverfahren bei überplanmäßigen und außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigungen geregelt. Die vorherige Unterrichtung eröffnet dem Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages die Möglichkeit, die Entscheidung herbeizuführen, ob ein Nachtragshaushaltsverfahren einzuleiten ist. Mit der Regelung in Absatz 2 Satz 6 wird das bei über- und außerplanmäßigen Ausgaben nach § 37 Absatz 4 BHO anzuwendende Unterrichtungsverfahren auf über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen übertragen.

Zu Absatz 3

Die Regelung ermöglicht es, kurzfristig notwendige Zustimmungen zu Kapitalerhöhungen bei Unternehmen mit Bundesbeteiligung zu erteilen, um das Beteiligungsverhältnis des Bundes beibehalten zu können. Zahlungen erfolgen über einen Ausgabetitel.

Zu § 5

Die Vorschrift enthält die grundlegenden Vorgaben der seit dem Bundeshaushalt 1998 für die Verwaltungskapitel geltenden Haushaltsflexibilisierung.

Zu Absatz 1

Die Vorschrift legt den Teil des Bundeshaushalts fest, der in die Flexibilisierung einbezogen wird. Die Vorschrift wurde auf Grund der Einfügung der Regelung im neuen Absatz 3 redaktionell geändert und durch eine Ergänzung im letzten Halbsatz inhaltlich klargestellt.

Zu Absatz 2

Die Vorschrift wurde in Satz 1 auf Grund der Neustrukturierung weiterer Einzelpläne (vgl. die Regelung in Absatz 3) redaktionell geändert und regelt nunmehr für die flexibilisierten Ausgaben der noch nicht in die neue Struktur einbezogenen Einzelpläne 02, 04, 12, 14, 15, 32 und 60 die volle Deckungsfähigkeit innerhalb der jeweils in den Nummern 1 bis 4 aufgeführten Ausgaben.

Neben den in Satz 1 aufgeführten Titeln sind zahlreiche Einzeltitel gemäß Haushaltsvermerk im Haushaltsplan in die Haushaltsflexibilisierung einbezogen. Satz 2 regelt klarstellend die Einbeziehung der Ausgaben dieser Titel in die gegenseitige Deckungsfähigkeit.

Zu Absatz 3

Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat das Bundesministerium der Finanzen beauftragt, das dort entwickelte Konzept zur Neustrukturierung der Einzelpläne und Kapitel im Bundeshaushalt umzusetzen. Ziel des Konzepts ist es, die Transparenz der Darstellung im kameralen Haushalt zu verbessern. Als ein Teilelement sieht das Konzept insbesondere im Bereich der Verwaltungsausgaben der Hauptgruppe 5 eine geänderte Titelstrukturierung und darauf aufsetzend eine geänderte Standardisierung flexibilisierter Titel vor. Der moderaten Erweiterung der Haushaltsflexibilisierung um kleinere, abgrenzbare Titel in der Hauptgruppe 6 und auf grundsätzlich alle in den Behördenkapiteln zu veranschlagende, außerhalb des Einheitlichen Liegenschaftsmanagements durchzuführende Hochbaumaßnahmen des Bundes steht eine Beschränkung des flexibilisierten Bereichs durch die gleichzeitig angestrebte Verringerung von Ausnahmetatbeständen gegenüber.

Die Umsetzung des Konzepts wurde im Rahmen einer Pilotierung mit drei Einzelplänen im Bundeshaushalt 2013 begonnen. Mit dem Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2014 wird die Neustrukturierung ausgeweitet und umfasst nunmehr die Einzelpläne 01, 03, 05, 06, 07, 08, 09, 10, 11, 16, 17, 19, 20, 23 und 30.

Absatz 3 regelt - strukturell vergleichbar der Regelung im Absatz 2 - die konkrete Ausgestaltung der gegenseitigen Deckungsfähigkeit innerhalb der flexibilisierten Ausgaben für diese Einzelpläne.

Zu Absatz 4

Die Vorschrift sieht innerhalb der einzelnen Kapitel die Deckungsfähigkeit zwischen den jeweils in Absatz 2 und 3 genannten Ausgabenbereichen in Höhe von 20 Prozent der Summe der Sollansätze des jeweiligen Ausgabenbereichs vor.

Im Interesse der notwendigen Flexibilität können die in den Absätzen 2 und 4 beziehungsweise den Absätzen 3 und 4 zugelassenen Deckungsfähigkeiten gleichrangig in Anspruch genommen werden.

Zu Absatz 5

Die Vorschrift begründet die Übertragbarkeit aller flexibilisierten Ausgaben gemäß den Absätzen 2 und 3. Die Übertragbarkeit der flexibilisierten Ausgaben der Hauptgruppen 7 und 8 ergibt sich im Übrigen auch aus § 19 Absatz 1 der BHO (Übertragbarkeit der Ausgaben für Investitionen).

Zu Absatz 6

Der Absatz regelt eine Deckungsmöglichkeit für die in den Kapiteln ..11 der umstrukturierten Einzelpläne des Bundeshaushalts (vergleiche die Ausführungen zu § 5 Absatz 3) zentral veranschlagten flexibilisierten Verwaltungsausgaben. Die Regelung ermöglicht innerhalb eines Einzelplans eine Verstärkung eines Not leidenden Titels des Kapitels ..11 zu Lasten eines flexibilisierten Ausgabentitels desselben Ausgabenbereiches nach Absatz 3 der anderen Kapitel. Voraussetzung hierfür ist, dass neben dem Soll auch über etwaig vorhandene Ausgabereste des deckungsberechtigten Titels vollständig für dessen Zwecke verfügt wurde.

Im Interesse der notwendigen Flexibilität können die neu geschaffene und die auch in den Kapiteln ..11 nach Absatz 3 und 4 geltenden, kapitelinternen Deckungsfähigkeiten gleichrangig in Anspruch genommen werden.

Zu § 6

Zu Absatz 1

Die Vorschrift lässt zu, dass die Einnahmen bei den genannten Titeln den Ausgaben zufließen; Haushaltsvermerke bei den einzelnen Titeln sind dadurch entbehrlich.

Zu Absatz 2

Die Vorschrift lässt für den Bereich der flexibilisierten Ausgaben der Hauptgruppen 4 und 5 zu, dass Einnahmen den Ausgaben in den jeweiligen Kapiteln zufließen, soweit es sich um Erstattungen und Beiträge Dritter handelt. Die Vorschrift soll einen Anreiz schaffen, Beiträge und Erstattungen Dritter abzuverlangen.

Zu Absatz 3

Die Regelung sieht Deckungsmöglichkeiten für die Kapitel des Bundeshaushalts vor, auf die § 5 Absatz 2 bis 6 keine Anwendung findet.

Zu Absatz 4

Die Vorschrift ermöglicht es, unterjährig im Rahmen des Einheitlichen Liegenschaftsmanagements auftretenden zusätzlichen Anmietungsbedarf aufzufangen.

Zu Absatz 5

Die Bestimmung enthält eine Ermächtigung für das Bundesministerium der Finanzen, mit Zustimmung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages die gegenseitige Deckungsfähigkeit von Ausgaben im Einzelplan 14 anzuordnen.

Zu Absatz 6

Die obersten Bundesbehörden und die anderen Nutzer erstatten für den Shuttleflugdienst zwischen Köln/Bonn und Berlin die auf sie entfallenden Flugkosten an den Titel 537 02 bei Kapitel 6003. Über diesen Titel erfolgt sodann die Abrechnung mit der privaten Fluggesellschaft.

Zur Vereinfachung des Abrechnungsverfahrens werden auch die auf den nachgeordneten Bereich des Bundes entfallenden Flugkosten aus den Inlandsreisekosten- bzw. Trennungsgeldtiteln der obersten Bundesbehörden an den Titel 537 02 bei Kapitel 6003 erstattet. In Höhe dieser Kosten wird deshalb den obersten Bundesbehörden die Möglichkeit eingeräumt, ihre Inlandsreisekosten- und Trennungsgeldtitel aus den entsprechenden Titeln der nachgeordneten Behörden zu verstärken.

Zu Absatz 7

Die Regelung ermöglicht es, die durch die Veräußerung von Dienstkraftfahrzeugen nach einem Jahr Laufzeit erzielten Einnahmen für den Neuerwerb einzusetzen, falls für die Ersatzbeschaffung keine Mittel veranschlagt sind. Die konkrete Ausgestaltung der Regelung gibt das Bundesministerium der Finanzen per Rundschreiben bekannt. Bei Einhaltung dieser Vorgaben ist die Einwilligung des Bundesministeriums der Finanzen nicht erforderlich.

Zu Absatz 8

Mit der Vorschrift wird die Zweckbindung eines Teils des Mineralölsteueraufkommens auch auf sonstige verkehrspolitische Zwecke im Bereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur ausgedehnt.

Zu Absatz 9

Die Regelung stellt sicher, dass dem Sondervermögen „Investition- und Tilgungsfonds“ auch unabhängig von der in § 6 Absatz 1 des Gesetzes zur Errichtung eines Sondervermögens „Investitions- und Tilgungsfonds“ vom 2. März 2009 (BGBl. I S. 417) in der Fassung vom 25. Juni 2009 (BGBl. I S. 1577) geregelten Zuführung von Einnahmen aus dem Bundesbankgewinn Haushaltsmittel des Bundes zur Tilgung seiner Schulden zugeführt werden können.

Zu § 7

Zu Absatz 1

Die Vorschrift erleichtert den Austausch von Software in der öffentlichen Verwaltung und sichert die Gegenseitigkeit. Unwirtschaftliche Doppelentwicklungen sollen vermieden werden. Außerdem wird klargestellt, dass für erworbene Lizenzen an Standardsoftware die jeweilige Lizenzvereinbarung maßgebend ist.

Zu Absatz 2

Mit der Regelung soll dem Informationsinteresse der Bürger an neuer Rechtsetzung und ähnlichen Informationen Rechnung getragen werden. Ergänzend wird die Abgabe von in elektronischer Form verfügbaren Entscheidungen der Bundesgerichte und Patentinformationsprodukten in § 4 des Gesetzes über Kosten im Bereich der Justizverwaltung bzw. in einem erweiterten Haushaltsvermerk bei Kapitel 0711 Titel 543 01 geregelt.

Zu § 8

Zu Absatz 1

Die Ermächtigung, an institutionelle Zuwendungsempfänger Ausgaben zu leisten, ist von der Billigung der Wirtschaftsplanentwürfe durch die genannten Bundesministerien abhängig. Sollten sich im Haushaltsvollzug bedeutende neue institutionelle Förderungen ergeben, wird die Bundesregierung den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages unterrichten.

Zu Absatz 2

Die Vorschrift normiert das Besserstellungsverbot für Beschäftigte von Zuwendungsempfängern des Bundes. Grundsätzlich dürfen Zuwendungen nur mit der Auflage bewilligt werden, dass von dem Zuwendungsempfänger keine günstigeren Arbeitsbedingungen vereinbart werden, als sie für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des Bundes vorgesehen sind. Im Wissenschaftsbereich ist eine Ausnahme normiert (vgl. §§ 2, 4 des Wissenschaftsfreiheitsgesetzes vom 5. Dezember 2012, BGBl. I S. 2457, 2458).

Zu § 9

Die Vorschrift stellt sicher, dass auch nach dem im Haushaltsjahr 2013 vollzogenen Wegfall der Darlehensfinanzierung von Baumaßnahmen diese nur im Wirtschaftsplan der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben veranschlagt und Mittel dafür eingesetzt werden dürfen, wenn die in § 24 Absatz 1 und § 54 Absatz 1 BHO und den hierzu geltenden Verwaltungsvorschriften genannten Unterlagen vom

Bundesministerium der Finanzen zuvor haushaltsseitig anerkannt worden sind. Im Falle einer Ausnahme nach § 24 Absatz 3 BHO bedarf die Aufhebung der Sperre der vorherigen Zustimmung (Einwilligung) des Bundesministeriums der Finanzen.

Zu § 10

Zu Absatz 1

Die Regelung enthält eine pauschale Ermächtigung zur Abweichung von § 50 Absatz 3 BHO. Für die Dauer von bis zu drei Jahren können die Personalausgaben von der abordnenden Verwaltung weitergezahlt werden. Weitere Ausnahmen können durch Haushaltsvermerk oder durch Einwilligung des Bundesministeriums der Finanzen zugelassen werden.

Zu Absatz 2

Die Entscheidung über die Zahlung von Zulagen nach § 45 des Bundesbesoldungsgesetzes (BBesG) trifft nach Absatz 3 dieser Regelung die oberste Dienstbehörde im Rahmen haushaltsrechtlicher Bestimmungen. Unter Berücksichtigung der allgemeinen Haushaltssituation ist es erforderlich, die Zulagengewährung auf 0,1 Prozent der im jeweiligen Kapitel veranschlagten Ausgaben der Titel 422 .1 bzw. 423 01 zu begrenzen.

Zu Absatz 3

Die Flexibilisierungsregelungen in § 5 Absatz 2, 4 und 5 finden nur teilweise Anwendung auf die Kapitel 1401 und 1403. Daher ist eine gesonderte Regelung zur Einsparung der Mittel zur Gewährung von Leistungskomponenten für den Bereich des militärischen Personals weiterhin erforderlich.

Zu § 11

Die an den bestimmten Haushaltsstellen genannten internationalen Finanzinstitutionen und Fonds können nach Maßgabe der jeweiligen Gründungsabkommen bzw. Resolutionen über die Kapitalaufstockung anstelle von Barleistungen auch Schuldscheine erhalten. Der Abruf der Schuldscheine erstreckt sich über einen Zeitraum von etwa zehn Jahren. Er richtet sich nach dem Finanzbedarf der jeweiligen Institution.

Durch die Begebung von Schuldscheinen wird eine nicht erforderliche Liquiditätshaltung bei den Institutionen zu Lasten des Bundeshaushalts vermieden.

Es handelt sich um folgende Institutionen:

- Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD, Weltbank);
- Afrikanische Entwicklungsbank (AfDB);
- Asiatische Entwicklungsbank (AsDB);
- Inter-Amerikanische Entwicklungsbank (IDB);
- Karibische Entwicklungsbank (CDB);
- Gemeinsamer Fonds für Rohstoffe (GF);
- Multilaterale Investitions-Garantie-Agentur (MIGA);
- Internationale Entwicklungsorganisation (IDA);
- Internationaler Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD);
- Sonderprogramm des IFAD für Subsahara-Afrika;
- Afrikanischer Entwicklungsfonds (AfDF);
- Asiatischer Entwicklungsfonds (AsDF);
- Sonderfonds der Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank (FSO);
- Sonderfonds der Karibischen Entwicklungsbank (SDF);
- Globaler Umwelttreuhandfonds (GET) der Globalen Umweltfazilität (GEF);
- Fonds für ärmste Entwicklungsländer und Sonderfonds Klimawandel im Rahmen der Klimarahmenkonvention;
- Multilateraler Fonds des Montrealer Protokolls über die Stoffe, die zum Abbau der Ozonschicht führen;
- Fonds zur Sanierung des Sarkophags in Tschernobyl bei der EBWE.

Zu § 12

Zu Absatz 1

Der Bund ist gemäß § 364 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch verpflichtet, der Bundesagentur für Arbeit Liquiditätshilfen zu gewähren, deren Rahmen durch das Haushaltsgesetz festgelegt wird. In Anbetracht der konjunkturbedingten Einnahme- und Ausgabeentwicklung wird zur Absicherung unterjähriger Liquidität der Finanzrahmen für das Jahr 2014 auf 8 Milliarden Euro festgelegt.

Zu Absatz 2

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht finanziert sich gemäß § 13 Absatz 1 des Gesetzes über die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (FinDAG) grundsätzlich vollständig durch Gebühren sowie durch Umlage ihrer Kosten auf die beaufsichtigten Unternehmen und Institute. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht ist zur Kreditaufnahme nicht berechtigt. Die Einnahmen fließen nicht kontinuierlich. Zur Vermeidung von Liquiditätsengpässen leistet der Bund nach § 13 Absatz 2 FinDAG die zur Aufrechterhaltung einer ordnungsgemäßen Kassenwirtschaft notwendigen Liquiditätshilfen als verzinsliches, unterjähriges Darlehen. Ein Finanzrahmen in Höhe von 10 Millionen Euro ist im Jahr 2014 angemessen.

Zu Absatz 3

Ein Betriebsmitteldarlehen für die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben ist erforderlich, um Vorsorge gegen Liquiditätsengpässe zu treffen. Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben finanziert sich aus der Verwaltung und Verwertung der ihr übertragenen Liegenschaften sowie aus vereinbarten Erstattungen. Die Einnahmen aus Liegenschaftsverkäufen sind von der Geschäftsentwicklung abhängig. Der Zufluss der

Verkaufserlöse steht zeitlich nicht immer im Einklang mit dem Ausgabebedarf. § 6 Absatz 2 des Gesetzes über die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImAG) untersagt der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben eine Kreditaufnahme am Markt; notwendige Kredite gewährt der Bund. Ein Finanzrahmen als unterjähriges Darlehen in Höhe von 200 Millionen Euro ist im Jahr 2014 angemessen.

Zu Absatz 4

Die Regelung in Satz 1 legt die Auszahlungsgrundsätze der Bundeszuschüsse sowie der Beiträge des Bundes für rentenrechtliche Kindererziehungszeiten gesetzlich fest. Nach Maßgabe von Satz 2 kann im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen vom Grundsatz der Zahlung in zwölf gleichen Monatsraten abgewichen werden, sofern dies zur unterjährigen Stabilisierung der Finanzlage der Rentenversicherung geboten ist.

Zu Absatz 5

Die in den Sätzen 1 und 2 enthaltene Regelung schafft die haushaltsrechtliche Ermächtigung für gegebenenfalls im Haushaltsjahr 2014 erforderlich werdende unterjährige Liquiditätshilfen an den Gesundheitsfonds. Die Regelung in Satz 3 ermöglicht es, die Inanspruchnahme derartiger Liquiditätshilfen gegebenenfalls zu vermeiden. Nach § 221 Absatz 1 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch (SGB V) erfolgen die Leistungen des Bundes zur pauschalen Abgeltung der Aufwendungen der Krankenkassen für versicherungsfremde Leistungen in monatlich zum ersten Bankarbeitstag zu überweisenden Teilbeträgen. Im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen kann der monatliche Bundeszuschuss vorgezogen werden, soweit es zur Vermeidung von Liquiditätshilfen nach § 271 Absatz 3 SGB V erforderlich ist.

Zu Absatz 6

Die Postbeamtenversorgungskasse erbringt nach § 15 Absatz 1 des Gesetzes zum Personalrecht der Beschäftigten der früheren Deutschen Bundespost Versorgungs- und Beihilfeleistungen an ehemalige Postbeamte und finanziert sich durch Beiträge der Postnachfolgeunternehmen sowie Zuschüsse des Bundes. Um kurzzeitige Liquiditätsengpässe insbesondere am Jahresende vor dem Eingang der Ausgleichszahlungen der Postnachfolgeunternehmen für Vorruhestandsprogramme zu vermeiden, erhält der Bund die Möglichkeit, die zur Aufrechterhaltung einer ordnungsgemäßen Kassenwirtschaft notwendigen Liquiditätshilfen als unverzinsliches unterjähriges Darlehen zu gewähren. Ein Finanzrahmen in Höhe von 250 Millionen Euro ist angemessen.

Die Regelung ist erforderlich, so lange die Postnachfolgeunternehmen Ausgleichszahlungen auf Grund der Vorruhestandsregelungen nach § 4 des Gesetzes zur Verbesserung der personellen Struktur beim Bundeseisenbahnvermögen und in den Postnachfolgeunternehmen leisten.

Zu Absatz 7

Die Kommission stellt den Mitgliedstaaten der Europäischen Union die zur Bestreitung von Ausgaben nach Artikel 4 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über die Finanzierung, die Verwaltung und das Kontrollsystem der Gemeinsamen Agrarpolitik (ABl. EU Nr. L347 vom 20. Dezember 2013, S. 549) erforderlichen Finanzmittel in Form von monatlichen Erstattungen zur Verfügung. Bis zur Überweisung dieser Zahlungen sind die Mitgliedstaaten unionsrechtlich verpflichtet, die betreffenden Finanzmittel vorzufinanzieren. In Deutschland obliegt die Bereitstellung der vorgenannten Mittel der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung. Die Liquiditätshilfen sollen die Bundesanstalt in die Lage versetzen, dieser gesetzlichen Aufgabenstellung nachzukommen.

Zu Absatz 8

Die Regelung dient der Deckung eines Finanzierungsdefizits für den Fall, dass die Einnahmen im Sinne von § 4 Absatz 1 Nummer 1 bis 3 des Gesetzes zur Errichtung eines Sondervermögens „Energie- und Klimafonds“ nicht ausreichen. Gemäß Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 wurde die RL 2003/87/EG dahin gehend geändert, dass die zur Versteigerung anstehenden Berechtigungen zur Emission von Treibhausgasen für die Jahre 2014 bis 2016 verknappt werden. Die finanziellen Auswirkungen dieser geplanten Maßnahme sind derzeit noch nicht abschließend zu übersehen.

Zu § 13

Zu Absatz 1

Die Regelung ist eine Ermächtigungsnorm für die Rückzahlung zu viel erhobener Einnahmen und stellt zugleich eine Buchungsvorschrift dar. Die Vorschrift betrifft Einnahmen, die sowohl im laufenden als auch in einem vorhergehenden Haushaltsjahr erzielt worden sind.

Zu Absatz 2

Die seit 1. Januar 1998 geltende Haushaltsflexibilisierung sieht die Übertragbarkeit nicht in Anspruch genommener Haushaltsmittel vor. Es ist daher geboten, in diesen Fällen eine generelle Absetzung von Rückflüssen bei den Ausgaben zuzulassen.

Zu Absatz 3

Es ist nicht möglich, Berichtigungen von Titelverwechslungen nach Abschluss der Bücher vorzunehmen.

Zu § 14

Zu Absatz 1

Während Planstellen für Beamtinnen und Beamte nach Besoldungsgruppen und Amtsbezeichnungen mit rechtsverbindlicher Wirkung für die Verwaltung ausgebracht sind, werden Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer lediglich in der Erläuterung der Titel ausgewiesen. Die Vorschrift bestimmt, dass die Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ebenfalls verbindlich sind, sofern das Bundesministerium der Finanzen keine Abweichungen zulässt.

Das Bundesministerium der Finanzen bleibt ermächtigt, Lockerungen von der Verbindlichkeit von Stellenplänen auch ohne Haushaltsvermerk zuzulassen, sofern sichergestellt ist, dass dies zu Einsparungen bei den Personalausgaben für die in die Flexibilisierung einbezogenen Stellen führt. Hiermit sollen ein wirtschaftlicherer Ressourceneinsatz erreicht und die Eigenverantwortung bei der Bewirtschaftung gestärkt werden.

Zu Absatz 2

Die zu den Zuschusstiteln des Bundeshaushalts (institutionelle Förderung) aufgenommenen Stellenübersichten sind Teil der Erläuterungen und damit grundsätzlich nicht verbindlich. Sie können ganz oder teilweise nach § 17 Absatz 1 Satz 2 BHO für verbindlich erklärt werden.

Da bei der Aufstellung des Bundeshaushalts nicht im Einzelnen abzusehen ist, welche Projektaufträge der jeweilige institutionell geförderte Zuwendungsempfänger im betreffenden Haushaltsjahr durchzuführen hat, werden die für die Durchführung derartiger Projektaufgaben bewilligten Stellen in die Verbindlichkeit des Stellenplans nicht einbezogen.

Für die Fälle unvorhergesehener und tarifrechtlich unabweisbarer Höhergruppierungsansprüche kann das Bundesministerium der Finanzen die Befugnis, Abweichungen von der Verbindlichkeit des Stellenplans zuzulassen, auf die obersten Bundesbehörden delegieren. Einzelheiten hierzu werden im Rahmen der Haushaltsführung festgelegt. Ausnahmen von der Verbindlichkeit des Stellenplans gelten nach Maßgabe entsprechender Haushaltsvermerke.

Zu § 15

Zu Absatz 1

Die Regelung ermächtigt das Bundesministerium der Finanzen, unter bestimmten Voraussetzungen mit Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages neue Planstellen und Stellen auszubringen.

Zu Absatz 2

Die Regelung ermöglicht die Übernahme von Überhangpersonal von Einrichtungen der mittelbaren Bundesverwaltung im weiteren Sinne, für die Planstellen bzw. Stellen im Bundeshaushalt nicht ausgebracht sind. Aufgrund der festgelegten materiellen Kriterien ist die Ermächtigung haushaltswirtschaftlich mit einer Planstellen- bzw. Stellenumsetzung nach § 50 BHO vergleichbar.

Eine Beteiligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages ist daher nicht erforderlich.

Zu § 16

Zu Absatz 1

Die Ermächtigung ist erforderlich, um eine Weiterbeschäftigung des Überhangpersonals von Bundesbehörden zu unterstützen. Voraussetzung ist ein nachgewiesener Bedarf bei der aufnehmenden Behörde. Die neu ausgebrachten Planstellen und Stellen dürfen nur mit Überhangpersonal von Bundesbehörden besetzt werden. Darüber hinaus werden bis zu 300 Planstellen für Beamtinnen und Beamte der Postnachfolgeunternehmen aus dem Bereich der Informationstechnik zur Verfügung gestellt, um den Bedarf der Bundesverwaltung in diesem Bereich zu decken.

Zu Absatz 2

Die im Bundeshaushalt bereits ausgebrachten Vermerke, wonach Planstellen und Stellen nur mit Überhangpersonal besetzt werden dürfen, entfallen bei der Besetzung mit Überhangpersonal von Bundesbehörden, da der Vermerk seinen Zweck erfüllt hat.

Zu § 17

Die Vorschrift bündelt alle Regelungen des Haushaltsgesetzes, die Ersatzplanstellen betreffen.

Zu Absatz 1

Zu Nummer 1

Beamtinnen und Beamte, die in das Richteramt im Landesdienst überwechseln, sind bis zu zwei Jahre als Richterinnen und Richter kraft Auftrags tätig. In dieser Zeit sind sie vom bisherigen Dienstherrn abgeordnet.

Die vorgesehene Regelung ermöglicht die Wiederbesetzung des Dienstpostens der abgeordneten Beamtin oder des abgeordneten Beamten.

Zu Nummer 2

Die Fallgruppe der internationalen Zusammenarbeit beinhaltet unter anderem die Verwendung bei einer zwischen- oder überstaatlichen Einrichtung, die Teilnahme an einer zwischen- oder überstaatlichen Konferenz sowie die Vorbereitung auf diese Tätigkeiten. Ersatzplanstellen gelten auch für eine

Verwendung im Rahmen von EU-Twinning- und vergleichbaren Projekten als ausgebracht.

Zu § 18

Die Vorschrift bündelt alle Regelungen des Haushaltsgesetzes, die Leerstellen betreffen.

Zu Absatz 1

Die Bestimmung ermöglicht es, frei werdende Planstellen in den aufgeführten Fällen (insbesondere Beurlaubung aus familiären Gründen oder zur Verwendung bei bestimmten Einrichtungen, Verwendung beim Bundeskanzleramt oder beim Bundespräsidialamt) unmittelbar nach dem Ausscheiden der Planstelleninhaber neu zu besetzen.

Zu Absatz 2

Bei gleichzeitiger Rückkehr mehrerer beurlaubter Beamtinnen und Beamter kann der Fall eintreten, dass auf lange Zeit jede frei werdende Planstelle für diesen Personenkreis benötigt wird. Die Vorschrift räumt dem Bundesministerium der Finanzen die Möglichkeit ein, in einer solchen Situation den Wegfall der Leerstellen zeitlich zu strecken.

Zu Absatz 3

Die Regelung erweitert den Anwendungsbereich der Regelungen der vorstehenden Absätze auf die genannten Beschäftigten.

Zu Absatz 4

Die Bestimmung regelt das Ausbringen einer Leerstelle beim Sondertatbestand der Wahl von Bundesrichterinnen und -richtern zu Richterinnen und Richtern am Bundesverfassungsgericht.

Zu Absatz 5

Bei Leerstellenanpassungen nach Satz 1 ist das Bundesministerium der Finanzen zu beteiligen. Damit soll sichergestellt werden, dass die materiellen Anforderungen für eine Leerstellenanpassung (Erfüllung der laufbahnrechtlichen Voraussetzungen, fiktiver Karriereverlauf, Plausibilität des Vorhandenseins einer freien Planstelle) im Einzelfall vorliegen.

Zu § 19

Die Ermächtigung zur Umwandlung von Planstellen und Stellen soll haushaltsmäßig einen flexibleren Personaleinsatz (zum Beispiel bei der Versetzung von Bediensteten) ermöglichen.

Zu § 20

Zu Absatz 1

Die Regelung trifft Vorsorge, dass auch bei geringer Fluktuationsrate und umfangreichem Stellenwegfall auf Grund von kw-Vermerken vorhandene Bedienstete auf Planstellen und Stellen geführt werden können. Die Abweichung gilt nur so lange, bis die nächste Planstelle und Stelle der entsprechenden Besoldungs- oder Entgeltgruppe frei wird.

Zu Absatz 2

Die Regelung erleichtert die Einstellung und Beschäftigung schwerbehinderter Menschen im öffentlichen Dienst des Bundes bis zu einer Beschäftigungsquote von 6 Prozent. Die Vorschrift verweist somit nicht auf die durch das Gesetz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Schwerbehinderter vom 29. September 2000 (BGBl. I S. 1394) von 6 auf 5 Prozent der Arbeitsplätze eines Arbeitgebers reduzierte Pflichtquote zur Beschäftigung schwerbehinderter Menschen. Die abgesenkte Beschäftigungsquote wurde in der Bundesverwaltung nahezu flächendeckend erreicht. Zum Erhalt der Förderwirkung wurde daher für den öffentlichen Dienst des Bundes an einer Beschäftigungsquote von 6 Prozent festgehalten.

Zu § 21

Die Regelung dient der Weiterverwendung von Bediensteten, die von ihrer bisherigen Dienststelle auf Dauer nicht mehr beschäftigt werden können.

Zu § 22

Ab 1. Oktober 2004 hatte sich die Wochenarbeitszeit für Beamtinnen und Beamte von zuvor 38,5 auf damals 40 Stunden durchschnittlich erhöht (Dreizehnte Verordnung zur Änderung der Arbeitszeitverordnung vom 23. September 2004). Dies bewirkte grundsätzlich eine Erhöhung der Arbeitskapazität um 3,9 Prozent und ermöglichte damit rechnerisch eine Einsparung von Planstellen in entsprechendem Umfang. Zur Erleichterung der Umsetzung soll diese Einsparung über einen Zeitraum von zehn Jahren (2005 bis 2014) erstreckt werden und auch im Bereich der Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erbracht werden dürfen.

Zu Absatz 2

Zur Erleichterung der Umsetzung der Stelleneinsparung können auch eigene Einsparkonzepte der Ressorts, die sich auch über mehrere Jahre erstrecken können, anerkannt werden, soweit sie finanziell gleichwertig sind.

Zu Absatz 3

Die Einsparungen sind jeweils bis zum Ende des Haushaltsjahres zu erbringen.

Zu § 23

Die Vorschrift zählt Bestimmungen auf, die bis zum Tag der Verkündung des Haushaltsgesetzes für das folgende Haushaltsjahr weiter gelten, soweit nicht bereits in einzelnen Vorschriften die Fortgeltung angeordnet wird. Ein Fortgelten auch des § 2 Absatz 8 des Haushaltsgesetzes bis zur Verkündung des Haushaltsgesetzes des folgenden Haushaltsjahres ist

nicht erforderlich. In diesem Zeitraum steht die Kreditermächtigung aus dem noch nicht beschlossenen Haushaltsgesetz des neu angebrochenen Haushaltsjahres noch nicht zur Verfügung, und es muss statt dessen zunächst als „sonstige Quelle“ im Sinne von Artikel 111 Absatz 2 des Grundgesetzes auf die nach § 18 Absatz 3 der Bundeshaushaltsordnung weitergeltende Restkreditermächtigung und danach auf die dem gegenüber nachrangige Kreditermächtigung aus Artikel 111 Absatz 2 des Grundgesetzes selbst zurückgegriffen werden. Eine Begrenzung der in dieser Phase vorrangig in Anspruch zu nehmenden Restkreditermächtigung auf 0,5 Prozent des Haushaltsvolumens gemäß § 2 Absatz 8 des Haushaltsgesetzes verfehlt daher im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung den Regelungszweck.

Zu § 24

Die Vorschrift regelt den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Haushaltsgesetzes 2014.

Anlage

Stellungnahme des Nationalen Normenkontrollrates

Der Nationale Normenkontrollrat hat den Entwurf des Gesetzes geprüft.

Zusammenfassung: Wirtschaft, Bürgerinnen und Bürger sowie Verwaltung - Erfüllungsaufwand: Keine Auswirkungen. Der Nationale Normenkontrollrat hat im Rahmen seines gesetzlichen Prüfauftrages keine Bedenken gegen das Regelungsvorhaben.

Im Einzelnen: Mit dem Haushaltsgesetz 2014 werden keine Vorgaben für Wirtschaft, Bürgerinnen und Bürger sowie Verwaltung eingeführt, geändert oder abgeschafft. Durch den Haushaltsplan werden Ansprüche und Verbindlichkeiten weder begründet noch aufgehoben. Der Haushaltsplan ermächtigt die Verwaltung, Ausgaben zu leisten und Verpflichtungen einzugehen. Im Übrigen werden die Informationspflichten für die Verwaltung aus dem Haushaltsgesetz 2013 fortgeschrieben.

Der Nationale Normenkontrollrat hat im Rahmen seines gesetzlichen Prüfauftrags keine Bedenken gegen das Regelungsvorhaben.

Entwurf

Bundeshaushaltsplan

2014

Gesamtplan des Bundeshaushaltsplans 2014 ... 27

Teil I: Haushaltsübersicht
- Einnahmen ... 30
- Ausgaben ... 32
- Verpflichtungsermächtigungen und deren Fälligkeiten ... 35
- Flexibilisierte Ausgaben nach § 5 des Haushaltsgesetzes ... 36

Teil II: Berechnung der zulässigen Kreditaufnahme nach § 5 des Artikel 115-Gesetzes sowie der Verordnung über das Verfahren zur Bestimmung der Konjunkturkomponente nach § 5 des Artikel 115-Gesetzes ... 37

Teil III: Finanzierungsübersicht ... 38

Teil IV: Kreditfinanzierungsplan ... 39

Übersichten zum Bundeshaushaltsplan 2014 ... 41

Teil I: Gruppierungsübersicht
A. Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Einnahme- und Ausgabegruppen ... 42
B. Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach ökonomischen Arten ... 47

Teil II: Funktionenübersicht ... 53

Teil III: Haushaltsquerschnitt
A. Gliederung der Einnahmen nach Funktionen und Einnahmegruppen ... 59
B. Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen ... 67

Teil IV: Übersicht über die den Haushalt in Einnahmen und Ausgaben durchlaufenden Posten ... 81

Teil V: Personalübersicht
A. Übersicht über die Planstellen der Beamtinnen und Beamten ... 83
B. Übersicht über die Planstellen der Richterinnen und Richter sowie der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte ... 89
C. Übersicht über die Planstellen der Professorinnen und Professoren, Hochschuldozentinnen und Hochschuldozenten, Oberassistentinnen und Oberassistenten sowie der Assistentinnen und Assistenten ... 90
D. Übersicht über die Stellen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ... 91
E. Übersicht über die Planstellen der Berufssoldatinnen und Berufssoldaten sowie der Soldatinnen und Soldaten auf Zeit ... 95
F. Übersicht über die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger im Haushaltsjahr 2012 ... 96

Teil VI: Sonderabgaben des Bundes ... 99

Teil VII: 20 größte Steuervergünstigungen des Bundes ... 111

Teil VIII: Größte sonstige steuerliche Regelungen des Bundes ... 113

Teil IX: 20 größte Finanzhilfen des Bundes ... 115

Teil X: ÖPP-Projekte und privat vorfinanzierte öffentliche Baumaßnahmen ... 117

Teil XI: Übersicht zu den EU-Einnahmetiteln des Bundes ... 119

Entwurf
Gesamtplan
des Bundeshaushaltsplans
2014

Teil I: **Haushaltsübersicht**

- Einnahmen
- Ausgaben
- Verpflichtungsermächtigungen und deren Fälligkeiten
- Flexibilisierte Ausgaben nach § 5 des Haushaltsgesetzes

Teil II: **Berechnung der zulässigen Kreditaufnahme nach § 5 des Artikel 115-Gesetzes sowie der Verordnung über das Verfahren zur Bestimmung der Konjunkturkomponente nach § 5 des Artikel 115-Gesetzes**

Teil III: **Finanzierungsübersicht**

Teil IV: **Kreditfinanzierungsplan**

Gesamtplan - Teil I: Haushaltsübersicht

Einnahmen

Epl.	Bezeichnung	Summe Einnahmen		gegenüber 2013 mehr (+) weniger (-)
		2014 1 000 €	2013 1 000 €	1 000 €
1	2	3	4	5
01	Bundespräsident und Bundespräsidialamt......................	**193**	193	-
02	Deutscher Bundestag..	**1 825**	1 832	-7
03	Bundesrat..	**73**	81	-8
04	Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt........................	**3 165**	3 112	+53
05	Auswärtiges Amt..	**145 215**	123 851	+21 364
06	Bundesministerium des Innern.......................................	**405 915**	405 871	+44
07	Bundesministerium der Justiz und für Verbraucher-schutz	**464 843**	484 334	-19 491
08	Bundesministerium der Finanzen...................................	**1 038 693**	246 222	+792 471
09	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie	**427 075**	426 313	+762
10	Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft ...	**120 489**	63 154	+57 335
11	Bundesministerium für Arbeit und Soziales.....................	**1 863 261**	1 582 305	+280 956
12	Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruk-tur	**5 200 367**	5 732 620	-532 253
14	Bundesministerium der Verteidigung..............................	**292 054**	323 332	-31 278
15	Bundesministerium für Gesundheit.................................	**99 546**	93 462	+6 084
16	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit..	**764 748**	326 524	+438 224
17	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend...	**68 452**	67 713	+739
19	Bundesverfassungsgericht...	**40**	40	-
20	Bundesrechnungshof..	**340**	354	-14
23	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung..	**566 030**	559 593	+6 437
30	Bundesministerium für Bildung und Forschung..............	**89 426**	111 746	-22 320
32	Bundesschuld...	**7 748 774**	26 350 994	-18 602 220
60	Allgemeine Finanzverwaltung...	**279 199 476**	273 096 354	+6 103 122
	Einnahmen...	**298 500 000**	**310 000 000**	**-11 500 000**

Zu Spalte 3: Darin enthalten sind
- Steuereinnahmen in Höhe von 268 920 000 T€,
- Einnahmen aus Krediten in Höhe von 6 500 000 T€ sowie
- sonstige Einnahmen in Höhe von 23 080 000 T€.

Gesamtplan - Teil I: Haushaltsübersicht

Einnahmen

Epl.	Bezeichnung	Steuern und steuerähnliche Abgaben 2014 1 000 €	Verwaltungs-einnahmen 2014 1 000 €	Übrige Einnahmen 2014 1 000 €
1	2	6	7	8
01	Bundespräsident und Bundespräsidialamt.............	-	3	190
02	Deutscher Bundestag..	-	1 825	-
03	Bundesrat...	-	43	30
04	Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt...............	-	3 127	38
05	Auswärtiges Amt..	-	144 815	400
06	Bundesministerium des Innern..............................	-	400 335	5 580
07	Bundesministerium der Justiz und für Verbraucher-schutz	-	464 559	284
08	Bundesministerium der Finanzen..........................	-	999 849	38 844
09	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie	-	414 602	12 473
10	Bundesministerium für Ernährung und Landwirt-schaft	-	107 731	12 758
11	Bundesministerium für Arbeit und Soziales............	-	80 404	1 782 857
12	Bundesministerium für Verkehr und digitale Infra-struktur	-	4 892 621	307 746
14	Bundesministerium der Verteidigung......................	-	264 904	27 150
15	Bundesministerium für Gesundheit.........................	-	98 906	640
16	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit..	-	50 609	714 139
17	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend...	-	7 133	61 319
19	Bundesverfassungsgericht......................................	-	40	-
20	Bundesrechnungshof...	-	340	-
23	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammen-arbeit und Entwicklung...	-	9 014	557 016
30	Bundesministerium für Bildung und Forschung.......	-	30 245	59 181
32	Bundesschuld..	-	850 000	6 898 774
60	Allgemeine Finanzverwaltung................................	269 138 000	7 194 300	2 867 176
	Summe Haushalt 2014...	**269 138 000**	**16 015 405**	**13 346 595**
	Summe Haushalt 2013...	**260 921 000**	**18 050 959**	**31 028 041**
	gegenüber 2013 mehr(+)/weniger(-)....................	**+8 217 000**	**-2 035 554**	**-17 681 446**

Gesamtplan - Teil I: Haushaltsübersicht

Ausgaben

Epl.	Bezeichnung	Summe Ausgaben		gegenüber 2013 mehr (+) weniger (-)
		2014 1 000 €	2013 1 000 €	1 000 €
1	2	3	4	5
01	Bundespräsident und Bundespräsidialamt......................	**33 110**	32 454	+656
02	Deutscher Bundestag...	**748 630**	731 452	+17 178
03	Bundesrat..	**23 000**	22 813	+187
04	Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt........................	**1 997 133**	2 053 525	-56 392
05	Auswärtiges Amt...	**3 633 455**	3 485 807	+147 648
06	Bundesministerium des Innern..	**5 770 901**	5 850 544	-79 643
07	Bundesministerium der Justiz und für Verbraucher-schutz	**641 268**	606 836	+34 432
08	Bundesministerium der Finanzen....................................	**5 188 279**	5 018 406	+169 873
09	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie	**7 407 112**	6 119 162	+1 287 950
10	Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft ...	**5 310 197**	5 269 184	+41 013
11	Bundesministerium für Arbeit und Soziales.....................	**122 318 255**	119 229 132	+3 089 123
12	Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruk-tur	**22 783 260**	26 410 981	-3 627 721
14	Bundesministerium der Verteidigung...............................	**32 835 676**	33 258 104	-422 428
15	Bundesministerium für Gesundheit.................................	**11 054 651**	11 986 862	-932 211
16	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit...	**3 646 836**	1 644 098	+2 002 738
17	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend...	**7 959 563**	6 881 754	+1 077 809
19	Bundesverfassungsgericht..	**46 065**	45 129	+936
20	Bundesrechnungshof...	**135 989**	132 851	+3 138
23	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung...	**6 443 836**	6 296 441	+147 395
30	Bundesministerium für Bildung und Forschung...............	**13 967 900**	13 740 350	+227 550
32	Bundesschuld..	**30 073 672**	32 983 271	-2 909 599
60	Allgemeine Finanzverwaltung...	**16 481 212**	28 200 844	-11 719 632
	Ausgaben..	**298 500 000**	**310 000 000**	**-11 500 000**

Gesamtplan - Teil I: Haushaltsübersicht

Ausgaben

Epl.	Bezeichnung	Personal-ausgaben 2014 1 000 €	Sächliche Verwaltungs-ausgaben 2014 1 000 €	Militärische Beschaffungen, Anlagen usw. 2014 1 000 €	Schulden-dienst 2014 1 000 €
1	2	6	7	8	9
01	Bundespräsident und Bundespräsidialamt...........	18 476	9 642	-	-
02	Deutscher Bundestag..	507 123	119 114	-	-
03	Bundesrat..	14 548	7 886	-	-
04	Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt............	267 935	682 087	-	-
05	Auswärtiges Amt..	925 077	300 119	-	-
06	Bundesministerium des Innern............................	3 155 457	1 112 949	-	-
07	Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz	420 375	138 012	-	-
08	Bundesministerium der Finanzen........................	2 960 613	681 036	-	-
09	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie ...	666 300	275 121	-	-
10	Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft	315 342	210 597	-	-
11	Bundesministerium für Arbeit und Soziales..........	206 607	121 037	-	-
12	Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur	1 475 650	2 046 324	-	-
14	Bundesministerium der Verteidigung...................	15 690 029	5 879 829	9 966 022	-
15	Bundesministerium für Gesundheit.....................	209 046	153 061	-	-
16	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit..................................	297 410	276 379	-	-
17	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend..	113 783	39 621	-	-
19	Bundesverfassungsgericht..................................	23 732	3 959	-	-
20	Bundesrechnungshof...	113 345	17 018	-	-
23	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.................................	80 546	49 935	-	-
30	Bundesministerium für Bildung und Forschung....	95 690	60 273	-	-
32	Bundesschuld..	-	34 090	-	28 839 582
60	Allgemeine Finanzverwaltung..............................	981 665	329 040	25 000	-
	Summe Haushalt 2014......................................	**28 538 749**	**12 547 129**	**9 991 022**	**28 839 582**
	Summe Haushalt 2013......................................	**28 478 392**	**12 407 148**	**10 395 892**	**31 595 604**
	gegenüber 2013 mehr(+)/weniger(-).................	**+60 357**	**+139 981**	**-404 870**	**-2 756 022**

Gesamtplan - Teil I: Haushaltsübersicht

Ausgaben

Epl.	Bezeichnung	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen) 2014 1 000 €	Ausgaben für Investitionen 2014 1 000 €	Besondere Finanzierungs-ausgaben 2014 1 000 €
1	2	10	11	12
01	Bundespräsident und Bundespräsidialamt	3 950	1 042	-
02	Deutscher Bundestag	99 316	23 077	-
03	Bundesrat	326	240	-
04	Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt	884 512	163 599	-1 000
05	Auswärtiges Amt	2 239 024	169 235	-
06	Bundesministerium des Innern	1 178 864	453 625	-129 994
07	Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz	66 251	16 630	-
08	Bundesministerium der Finanzen	1 412 352	134 278	-
09	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie	5 058 388	1 481 856	-74 553
10	Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft	4 314 091	493 167	-23 000
11	Bundesministerium für Arbeit und Soziales	121 981 314	9 297	-
12	Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur	6 708 982	12 552 304	-
14	Bundesministerium der Verteidigung	1 130 094	169 702	-
15	Bundesministerium für Gesundheit	10 630 540	62 004	-
16	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	855 892	2 228 490	-11 335
17	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	7 792 403	13 756	-
19	Bundesverfassungsgericht	936	17 438	-
20	Bundesrechnungshof	3 642	1 984	-
23	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	1 885 860	4 427 495	-
30	Bundesministerium für Bildung und Forschung	12 078 296	2 144 104	-410 463
32	Bundesschuld	-	1 200 000	-
60	Allgemeine Finanzverwaltung	11 111 237	4 384 270	-350 000
	Summe Haushalt 2014	**189 436 270**	**30 147 593**	**-1 000 345**
	Summe Haushalt 2013	**192 721 657**	**34 803 552**	**-402 245**
	gegenüber 2013 mehr(+)/weniger(-)	**-3 285 387**	**-4 655 959**	**-598 100**

Gesamtplan - Teil I: Haushaltsübersicht

Verpflichtungsermächtigungen und deren Fälligkeiten

Epl.	Bezeichnung	Verpflichtungsermächtigung 2014	von dem Gesamtbetrag (Spalte 3) dürfen fällig werden				
			2015	2016	2017	Folgejahre	in künftigen Haushaltsjahren
		1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
02	Deutscher Bundestag....................	27 319	8 893	9 938	-	-	8 488
04	Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt....................................	170 251	48 523	61 528	33 300	26 900	-
05	Auswärtiges Amt............................	2 328 112	674 065	545 886	415 899	658 262	34 000
06	Bundesministerium des Innern......	654 399	170 299	140 993	116 324	226 783	-
07	Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz...................	115 145	760	785	200	113 400	-
08	Bundesministerium der Finanzen..	352 974	65 502	54 777	49 575	171 120	12 000
09	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie..................................	3 140 603	1 014 364	1 054 176	715 040	357 023	-
10	Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft.........................	1 711 868	288 624	222 836	144 256	1 056 152	-
11	Bundesministerium für Arbeit und Soziales...	2 365 654	1 465 219	636 750	180 705	82 980	-
12	Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur................	24 455 475	5 783 022	4 158 880	3 434 229	6 779 344	4 300 000
14	Bundesministerium der Verteidigung..	6 109 698	1 892 338	1 979 235	1 291 921	883 794	62 410
15	Bundesministerium für Gesundheit	64 690	35 189	20 339	9 162	-	-
16	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit...	1 718 220	479 785	479 616	373 445	385 374	-
17	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.......	490 511	262 871	116 117	99 523	12 000	-
20	Bundesrechnungshof.....................	11 414	3 203	3 811	3 819	581	-
23	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung..	7 550 000	627 984	620 426	640 899	2 150	5 658 541
30	Bundesministerium für Bildung und Forschung..............................	4 682 797	1 209 333	1 239 123	1 149 466	1 084 875	-
60	Allgemeine Finanzverwaltung........	194 000	129 000	6 500	6 500	52 000	-
	Summe...	**56 143 130**	**14 158 974**	**11 351 716**	**8 664 263**	**11 892 738**	**10 075 439**

Gesamtplan - Teil I: Haushaltsübersicht

Flexibilisierte Ausgaben nach § 5 des Haushaltsgesetzes

Epl.	Bezeichnung	Kapitel	Summe 2014 1 000 €	Summe 2013 1 000 €	gegenüber 2013 mehr (+) weniger (-) 1 000 €
1	2	3	4	5	6
01	Bundespräsident und Bundespräsidialamt	01, 11, 12, 13	**23 369**	22 864	+505
02	Deutscher Bundestag	01, 03, 04	**282 097**	268 802	+13 295
03	Bundesrat	11, 12	**17 154**	16 812	+342
04	Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt	01, 02, 03, 05, 06, 07, 08, 09	**267 144**	258 847	+8 297
05	Auswärtiges Amt	02, 04, 11, 12, 13	**1 148 005**	1 133 248	+14 757
06	Bundesministerium des Innern	11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 23, 24, 25, 28, 29, 33, 34, 35	**3 516 669**	3 473 215	+43 454
07	Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz	10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19	**402 894**	402 787	+107
08	Bundesministerium der Finanzen	11, 12, 13, 14, 15, 16	**2 669 777**	2 465 973	+203 804
09	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie	11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18	**775 026**	733 691	+41 335
10	Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft	11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18	**391 359**	382 582	+8 777
11	Bundesministerium für Arbeit und Soziales	07, 11, 12, 13, 14, 15, 16	**214 792**	211 990	+2 802
12	Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur	01, 03, 04, 05, 08, 11, 12, 14, 16, 21, 23, 27, 28	**915 045**	960 272	-45 227
14	Bundesministerium der Verteidigung	01, 03, 04, 07, 09	**2 005 657**	2 217 743	-212 086
15	Bundesministerium für Gesundheit	01, 04, 05, 06, 10, 11	**283 582**	259 152	+24 430
16	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	11, 12, 13, 14, 15, 16, 17	**355 153**	246 178	+108 975
17	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	11, 12, 13, 14, 15	**116 598**	98 071	+18 527
19	Bundesverfassungsgericht	11, 12	**40 064**	39 748	+316
20	Bundesrechnungshof	11, 12, 13	**95 314**	93 249	+2 065
23	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	11, 12	**85 736**	83 861	+1 875
30	Bundesministerium für Bildung und Forschung	02, 11, 12	**126 840**	120 337	+6 503
	Summe		**13 732 275**	**13 489 422**	**+242 853**

Gesamtplan - Teil II:

Berechnung der zulässigen Kreditaufnahme nach § 5 des Artikel 115-Gesetzes sowie der Verordnung über das Verfahren zur Bestimmung der Konjunkturkomponente nach § 5 des Artikel 115-Gesetzes

Komponenten zur Berechnung der zulässigen Kreditaufnahme		Betrag für 2014 Millionen €
1		2
1.	Maximal zulässige strukturelle Nettokreditaufnahme (in % des BIP) (Basis 2010: 2,21%, Abbauschritt: 0,31% p.a.)	0,971
2.	Nominales Bruttoinlandsprodukt des der Haushaltsaufstellung vorangegangenen Jahres	2 735 800
3.	Maximal zulässige strukturelle Nettokreditaufnahme (Produkt aus 1. und 2.)	26 555
4.	Saldo der finanziellen Transaktionen (Differenz zwischen 4a. und 4b.)	-2 890
4a.	Finanzielle Transaktionen: Einnahmen	(1 990)
4aa.	Einnahmen aus finanziellen Transaktionen Bundeshaushalt	1 990
4ab.	Einnahmen aus finanziellen Transaktionen der Sondervermögen	-
4b.	Finanzielle Transaktionen: Ausgaben	(4 880)
4ba.	Ausgaben aus finanziellen Transaktionen Bundeshaushalt	4 880
4bb.	Ausgaben aus finanziellen Transaktionen der Sondervermögen	-
5.	Konjunkturkomponente (Produkt aus 5a. und 5b.)	-5 413
5a.	Nominale Produktionslücke	-25 781
5b.	Budgetsemielastizität (ohne Einheit)	0,21
6.	Abbauverpflichtung aus dem Kontrollkonto	-
7.	**Zulässige Nettokreditaufnahme** (Differenz zwischen 3. und der Summe der Positionen 4., 5. und 6.)	**34 858**
8.	Nettokreditaufnahme des Bundes	6 500
9.	Finanzierungssalden der Sondervermögen	-94
10.	**Für die Schuldenregel relevante Kreditaufnahme** (Differenz zwischen 8. und 9.)	**6 594**
Nachrichtlich: Stand des Kontrollkontos auf Basis des Haushaltsabschlusses 2013		83 388

Datengrundlage: Jeweils aktuelle Daten des Statistischen Bundesamts und gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen der Bundesregierung.

zu 4ab., 4bb. und 9: Zu den Sondervermögen gehören der "Energie- und Klimafonds" sowie der Fonds "Aufbauhilfe“. Der geplante Finanzierungssaldo des "Energie- und Klimafonds" beträgt -94 Millionen Euro im Jahr 2014. Es ist derzeit noch nicht absehbar, in welchem Zeitraum und mit welchen Jahresfälligkeiten die übrigen Mittel des Fonds "Aufbauhilfe" abfließen werden.

Differenzen durch Rundung möglich.

Gesamtplan - Teil III:

Finanzierungsübersicht

Finanzierungsübersicht		Betrag für 2014	Betrag für 2013
		1 000 €	
1		2	3
1.	**Berechnung des Finanzierungssaldos**		
1.1	Einnahmen	291 782 000	284 590 000
	(ohne Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt, Entnahmen aus Rücklagen, Einnahmen aus kassenmäßigen Überschüssen und Münzeinnahmen)		
	davon:		
	Steuereinnahmen	*268 920 000*	*260 611 000*
	Verwaltungseinnahmen	*22 862 000*	*23 979 000*
1.2	Ausgaben	298 500 000	310 000 000
	(ohne Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt, Zuführungen an Rücklagen und Ausgaben zur Deckung eines kassenmäßigen Fehlbetrages)		
	Negativer Finanzierungssaldo (Finanzierungsdefizit)	**-6 718 000**	**-25 410 000**
2.	**Deckung des Finanzierungssaldos**		
2.1	Münzeinnahmen	218 000	310 000
2.2	Nettoneuverschuldung (Nettokreditaufnahme) am Kreditmarkt	6 500 000	25 100 000
2.3	Summe	(6 718 000)	(25 410 000)

Gesamtplan - Teil IV:

Kreditfinanzierungsplan

Kreditfinanzierungsplan		Betrag für 2014	Betrag für 2013
		1 000 €	
1		2	3
1.	**Einnahmen**		
1.1	Einnahmen aus Krediten (Bruttokreditaufnahme)	(203 870 484)	(240 067 081)
1.1.1	Laufzeit mehr als vier Jahre	115 899 890	114 535 045
1.1.2	Laufzeit ein bis vier Jahre	49 538 698	56 173 649
1.1.3	Laufzeit weniger als ein Jahr	38 431 896	69 358 387
1.2	Sonstige Einnahmen zur Schuldentilgung	(1)	(6)
1.2.1	Bundesbankmehrgewinn (Kap. 6002 Tit. 121 04)	-	-
1.2.2	Länderbeiträge zur Tilgung kommunaler Altschulden	1	6
1.2.3	Spenden	-	-
1.2.4	Rückbuchung erloschener Restanten	-	-
	Einnahmen	**203 870 485**	**240 067 087**
2.	**Ausgaben zur Tilgung von Krediten**		
2.1	Laufzeit mehr als vier Jahre	85 527 275	92 145 085
2.2	Laufzeit ein bis vier Jahre	55 467 189	62 641 258
2.3	Laufzeit weniger als ein Jahr	59 061 590	69 460 048
	Ausgaben	**200 056 054**	**224 246 391**
3.	**Herleitung der Nettokreditaufnahme**		
3.1	Bruttokreditaufnahme (aus 1.1)	203 870 484	240 067 081
3.2	Sonstige Einnahmen zur Schuldentilgung (aus 1.2)	1	6
		(203 870 485)	(240 067 087)
3.3	Tilgung von Krediten (aus 2.)	-200 056 054	-224 246 391
		(3 814 431)	(15 820 696)
3.4	Eigenbestandsveränderung (Marktpflege)	94 553	-2 795 221
		(3 908 984)	(13 025 475)
3.5	Selbstbewirtschaftungsmittel		
3.5.1	Nicht kassenwirksame, NKA-erhöhende Haushaltsausgaben zur Finanzierung von Auszahlungen zur Verrechnung auf Selbstbewirtschaftungskonten	1 400 000	-
3.5.2	Kassenwirksame, nicht NKA-relevante Kreditaufnahme zur Finanzierung von Auszahlungen an Dritte aus Selbstbewirtschaftungskonten	-1 100 000	-200 000
3.6	Sondervermögen „Schlusszahlungsvorsorge“		
3.6.1	Nicht kassenwirksame, NKA-erhöhende Haushaltsausgaben zur Finanzierung der Zuführungen zum Sondervermögen	681 527	1 340 910
3.6.2	Kassenwirksame, nicht NKA-relevante Kreditaufnahme zur Finanzierung von Auszahlungen aus dem Sondervermögen	-	-1 372 910
3.7	Sondervermögen „Kinderbetreuungsausbau“ und "Kinderbetreuungsfinanzierung"		
3.7.1	Nicht kassenwirksame, NKA-erhöhende Haushaltsausgaben zur Finanzierung der Zuführungen zum Sondervermögen	-	-1 034 348
3.7.2	Kassenwirksame, nicht NKA-relevante Kreditaufnahme zur Finanzierung von Auszahlungen aus dem Sondervermögen	-388 000	534 348

Gesamtplan - Teil IV:

Kreditfinanzierungsplan

Kreditfinanzierungsplan		Betrag für 2014	Betrag für 2013
		1 000 €	
1		2	3
3.8	Sondervermögen "Aufbauhilfe"		
3.8.1	Nicht kassenwirksame, NKA-erhöhende Haushaltsausgaben zur Finanzierung der Zuführung zum Sondervermögen	-	8 000 000
3.8.2	Kassenwirksame, nicht NKA-relevante Kreditaufnahme zur Finanzierung von Auszahlungen aus dem Sondervermögen	-2 500 000	-1 000 000
3.9	Umbuchungen zum Haushaltsausgleich gemäß dem Haushaltsvermerk zu Kap. 3201	4 497 489	5 806 525
	Nettokreditaufnahme	**6 500 000**	**25 100 000**

Übersichten
zum Bundeshaushaltsplan
2014

Teil I: Gruppierungsübersicht

A. Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Einnahme- und Ausgabegruppen

B. Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach ökonomischen Arten

Teil II: Funktionenübersicht

Teil III: Haushaltsquerschnitt

A. Gliederung der Einnahmen nach Funktionen und Einnahmegruppen

B. Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen

Teil IV: Übersicht über die den Haushalt in Einnahmen und Ausgaben durchlaufenden Posten

Teil V: Personalübersicht

A. Übersicht über die Planstellen der Beamtinnen und Beamten

B. Übersicht über die Planstellen der Richterinnen und Richter sowie der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte

C. Übersicht über die Planstellen der Professorinnen und Professoren, Hochschuldozentinnen und Hochschuldozenten, Oberassistentinnen und Oberassistenten sowie der Assistentinnen und Assistenten

D. Übersicht über die Stellen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

E. Übersicht über die Planstellen der Berufssoldatinnen und Berufssoldaten sowie der Soldatinnen und Soldaten auf Zeit

F. Übersicht über die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger im Haushaltsjahr 2012

Teil VI: Sonderabgaben des Bundes

Teil VII: 20 größte Steuervergünstigungen des Bundes

Teil VIII: Größte sonstige steuerliche Regelungen des Bundes

Teil IX: 20 größte Finanzhilfen des Bundes

Teil X: ÖPP-Projekte und privat vorfinanzierte öffentliche Baumaßnahmen

Teil XI: Übersicht zu den EU-Einnahmetiteln des Bundes

Übersichten - Teil I: Gruppierungsübersicht

A. Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Einnahme- und Ausgabegruppen

Gruppe/Bezeichnung		2014	2013
		1 000 €	
1		2	3
0	**Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel**	**269 138 000**	**260 921 000**
01	Gemeinschaftsteuern und Gewerbesteuerumlage	211 163 000	202 312 000
02	EU-Eigenmittel	-27 070 000	-26 100 000
03-04	Bundessteuern	84 827 000	84 399 000
09	Steuerähnliche Abgaben	218 000	310 000
092	Münzeinnahmen (nur Bund)	218 000	310 000
099	Sonstige steuerähnliche Abgaben	-	-
1	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.**	**17 599 271**	**19 741 747**
11	Verwaltungseinnahmen	7 998 563	8 026 331
111	Gebühren, sonstige Entgelte	6 957 050	7 030 895
112	Geldstrafen, Geldbußen und Zwangsgelder (einschließlich der damit zusammenhängenden Gerichts- und Verwaltungskosten)	275 832	254 213
119	Sonstige Verwaltungseinnahmen	765 681	741 223
12	Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit und aus Vermögen (ohne Zinsen)	6 847 301	5 510 982
121	Gewinne aus Unternehmen und Beteiligungen	6 756 589	5 421 189
122	Konzessionsabgaben	16 105	16 105
124	Mieten und Pachten	64 677	64 781
125	Einahmen aus der Veräußerung von beweglichen Sachen und Diensten aus wirtschaftlicher Tätigkeit	3 978	3 608
129	Sonstige Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit und aus Vermögen (ohne Zinsen)	5 952	5 299
13	Einnahmen aus der Veräußerung von Gegenständen, Kapitalrückzahlungen	1 169 541	4 513 646
131	Einnahmen aus der Veräußerung von unbeweglichen Sachen	2 406	1 300
132	Einnahmen aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	135 135	162 346
133	Einnahmen aus der Veräußerung von Beteiligungen und sonstigem Kapitalvermögen	1 032 000	4 350 000
134	Kapitalrückzahlungen	-	-
14	Einnahmen aus der Inanspruchnahme von Gewährleistungen	355 000	285 000
141	Einnahmen aus der Inanspruchnahme von Gewährleistungen aus dem Inland	35 000	35 000
146	Einnahmen aus der Inanspruchnahme von Gewährleistungen aus dem Ausland	320 000	250 000
15	Zinseinnahmen aus dem öffentlichen Bereich	67 993	78 563
152	Zinseinnahmen von Ländern	67 082	77 443
153	Zinseinnahmen von den Gemeinden und Gemeindeverbänden	911	1 120
154	Zinseinnahmen von Sondervermögen	-	-
16	Zinseinnahmen aus sonstigen Bereichen	202 485	321 791
161	Zinseinnahmen von öffentlichen Unternehmen und Einrichtungen	2 876	4 462
162	Sonstige Zinseinnahmen aus dem Inland	89 461	207 530
166	Zinseinnahmen aus dem Ausland	110 148	109 799
17	Darlehensrückflüsse aus dem öffentlichen Bereich	354 122	376 305
172	Darlehensrückflüsse von Ländern	350 949	372 015
173	Darlehensrückflüsse von Gemeinden und Gemeindeverbänden	3 173	4 290
174	Darlehensrückflüsse von Sondervermögen	-	-
176	Darlehensrückflüsse von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesagentur für Arbeit	-	-
18	Darlehensrückflüsse aus sonstigen Bereichen	604 266	629 129
181	Darlehensrückflüsse von öffentlichen Unternehmen und Einrichtungen	26 586	42 606
182	Sonstige Darlehensrückflüsse aus dem Inland	125 279	140 691
186	Darlehensrückflüsse aus dem Ausland	452 401	445 832
2	**Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen**	**5 185 774**	**3 959 793**
21	Allgemeine (nicht zweckgebundene) Zuweisungen aus dem öffentlichen Bereich	1 000 000	-250 000
214	Allgemeine Zuweisungen von Sondervermögen	1 000 000	-
216	Allgemeine Zuweisungen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesagentur für Arbeit	-	-250 000

Übersichten - Teil I: Gruppierungsübersicht

A. Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Einnahme- und Ausgabegruppen

Gruppe/Bezeichnung		2014	2013
		1 000 €	
1		2	3
23	Sonstige (zweckgebundene) Zuweisungen aus dem öffentlichen Bereich	2 749 926	2 799 267
232	Sonstige Zuweisungen von Ländern	2 672 762	2 703 301
233	Sonstige Zuweisungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden	1 010	1 308
234	Sonstige Zuweisungen von Sondervermögen	52 000	72 000
236	Erstattungen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesagentur für Arbeit	24 044	22 548
237	Sonstige Zuweisungen von Zweckverbänden	110	110
26	Schuldendiensthilfen und Erstattungen von Verwaltungsausgaben aus sonstigen Bereichen	1 292 150	1 358 568
261	Schuldendiensthilfen und Erstattungen von Verwaltungsausgaben aus dem Inland	218 290	209 768
266	Schuldendiensthilfen und Erstattungen von Verwaltungsausgaben aus dem Ausland (soweit nicht von der EU)	1 073 860	1 148 800
27	Zuschüsse von der EU	-	-
271	Erstattungen von der EU	-	-
272	Sonstige Zuschüsse von der EU	-	-
28	Sonstige Zuschüsse aus sonstigen Bereichen	143 698	51 958
281	Sonstige Erstattungen aus dem Inland	125 429	29 079
282	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland	899	899
286	Sonstige Erstattungen aus dem Ausland (soweit nicht von der EU)	17 370	21 980
287	Sonstige Zuschüsse aus dem Ausland (soweit nicht von der EU)	-	-
29	Vermögensübertragungen, soweit nicht für Investitionen	-	-
297	Vermögensübertragungen von Unternehmen, soweit nicht Investitionszuschüsse	-	-
3	**Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen**	**6 576 955**	**25 377 460**
32	Schuldenaufnahmen am Kreditmarkt	6 500 000	25 100 000
321	Schuldenaufnahmen bei öffentlichen Unternehmen und Einrichtungen	-	-
325	Schuldenaufnahmen auf dem sonstigen inländischen Kreditmarkt	6 500 000	25 100 000
34	Beiträge und sonstige Zuschüsse für Investitionen	241 955	277 460
341	Beiträge	241 705	277 210
342	Sonstige Zuschüsse für Investitionen aus dem Inland	250	250
346	Zuschüsse für Investitionen von der EU	-	-
35	Entnahmen aus Rücklagen, Fonds und Stöcken	-	-
352	Entnahmen aus der Betriebsmittelrücklage	-	-
355	Entnahmen aus der Konjunkturausgleichsrücklage	-	-
37	Globale Mehr- und Mindereinnahmen	-165 000	-
372	Globale Mindereinnahmen	-165 000	-
38	Haushaltstechnische Verrechnungen	-	-
381	Verrechnungen zwischen Kapiteln	-	-
382	Durchlaufende Posten	-	-
	Gesamteinnahmen	**298 500 000**	**310 000 000**

Übersichten - Teil I: Gruppierungsübersicht

A. Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Einnahme- und Ausgabegruppen

Gruppe/Bezeichnung		2014	2013
		1 000 €	
1		2	3
4	**Personalausgaben**	**28 538 749**	**28 478 392**
41	Aufwendungen für Abgeordnete und ehrenamtlich Tätige	337 236	332 438
411	Aufwendungen für Abgeordnete	334 651	329 793
412	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	2 585	2 645
42	Bezüge und Nebenleistungen	18 670 732	18 410 005
421	Bezüge des Bundespräsidenten, Bundeskanzlers, der Ministerpräsidenten, Bürgermeister, Minister, Senatoren, Parlamentarischen Staatssekretäre und sonstiger Amtsträger	11 204	10 650
422	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	6 170 872	6 002 605
423	Bezüge und Nebenleistungen der Berufssoldaten/ -innen, der Soldaten/-innen auf Zeit, Wehrsold und Nebenleistungen der Wehrpflichtigen sowie Sold der Zivildienstleistenden (nur Bund)	6 949 515	7 118 086
424	Zuführung an die Versorgungsrücklage	148 945	108 368
427	Beschäftigungsentgelte, Vergütungen, Honorare für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	472 306	424 061
428	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigte)	4 895 310	4 721 455
429	Nicht aufteilbare Personalausgaben	22 580	24 780
43	Versorgungsbezüge und dgl.	6 761 771	6 629 905
431	Versorgungsbezüge des Bundespräsidenten, Bundeskanzlers, der Ministerpräsidenten, Bürgermeister, Minister, Senatoren, Parlamentarischen Staatssekretäre und sonstiger Amtsträger	15 421	15 065
432	Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	2 794 950	2 706 157
433	Versorgungsbezüge der Soldatinnen und Soldaten (nur Bund)	3 599 926	3 558 162
434	Zuführung an die Versorgungsrücklage	204 504	182 530
437	Versorgungsbezüge nach G 131	131 570	152 191
439	Sonstige Versorgungsbezüge und dgl.	15 400	15 800
44	Beihilfen, Unterstützungen, Fürsorgeleistungen und dgl.	1 563 990	1 557 007
441	Beihilfen, soweit nicht für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger	337 148	336 648
443	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen	199 133	196 903
446	Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen, Versorgungsempfänger und dgl.	1 027 709	1 023 456
45	Sonstige personalbezogene Ausgaben	455 020	699 037
451	Zuschüsse zur Gemeinschaftsverpflegung und zu Gemeinschaftsveranstaltungen sowie für soziale Einrichtungen	1 846	1 846
452	Personalbezogene Zahlungen an die Sozialversicherungsträger (soweit nicht unter Obergruppen 41 bis 44 erfasst)	44 359	46 386
453	Trennungsgeld oder -entschädigung, Umzugskostenvergütungen	407 177	399 399
459	Sonstige personalbezogene Ausgaben	1 638	251 406
46	Globale Mehr- und Minderausgaben für Personalausgaben	750 000	850 000
461	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	750 000	850 000
5	**Sächliche Verwaltungsausgaben, militärische Beschaffungen usw., Ausgaben für den Schuldendienst**	**51 377 733**	**54 398 644**
51-54	Sächliche Verwaltungsausgaben	12 547 129	12 407 148
511	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	681 313	607 078
514	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	557 327	531 346
517	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	1 348 024	1 284 215
518	Mieten und Pachten	3 779 214	3 766 534
519	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	229 413	235 621
521	Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens	1 058 939	1 107 570
523	Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen und Bibliotheken	1 137	1 136
525	Aus- und Fortbildung, Lehr- und Lernmittel	315 302	315 002
526	Ausgaben für Sachverständige, Gerichtskosten und und ähnliche Ausgaben	127 534	126 070
527	Dienstreisen	197 263	194 377
529	Verfügungsmittel	11 835	11 749
531-546	Sonstiges	3 973 384	3 923 948
547	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	266 444	302 502

Übersichten - Teil I: Gruppierungsübersicht

A. Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Einnahme- und Ausgabegruppen

Gruppe/Bezeichnung		2014	2013
		1 000 €	
1		2	3
55	Militärische Beschaffungen, Materialerhaltung, Wehrforschung, wehrtechnische und sonstige militärische Entwicklung und Erprobung sowie militärische Anlagen (nur Bund).	9 991 022	10 395 892
551	Wehrforschung, wehrtechnische und sonstige militärische Entwicklung und Erprobung	828 355	811 000
553	Materialerhaltung	3 594 267	3 516 792
554	Militärische Beschaffungen	4 450 600	5 011 700
558	Militärische Anlagen einschließlich kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	833 000	805 000
559	Beträge zu Beschaffungsvorhaben und zu Baumaßnahmen Dritter	284 800	251 400
57	Zinsausgaben an Kreditmarkt	28 839 582	31 595 604
573	Zinsausgaben für Ausgleichsforderungen (nur Bund)	41 601	41 601
575	Zinsausgaben an sonstigen inländischen Kreditmarkt	28 797 981	31 554 003
576	Zinsausgaben an Ausland	-	-
6	**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**	**189 436 270**	**192 721 657**
61	Allgemeine (nicht zweckgebundene) Zuweisungen an öffentlichen Bereich	655 006	10
612	Allgemeine Zuweisungen an Länder	6	10
614	Allgemeine Zuweisungen an Sondervermögen	655 000	-
62	Schuldendiensthilfen an öffentlichen Bereich	-	9 184
622	Schuldendiensthilfen an Länder	-	9 184
624	Schuldendiensthilfen an Sondervermögen	-	-
63	Sonstige (zweckgebundene) Zuweisungen an öffentlichen Bereich	124 292 925	130 811 952
632	Sonstige Zuweisungen an Länder	13 969 215	13 436 779
633	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	7 114	8 822
634	Sonstige Zuweisungen an Sondervermögen	5 985 389	13 911 605
636	Sonstige Zuweisungen an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesagentur für Arbeit	104 330 609	103 454 081
637	Sonstige Zuweisungen an Zweckverbände	598	665
66	Schuldendiensthilfen an sonstige Bereiche	1 098 435	1 043 643
661	Schuldendiensthilfen an öffentliche Unternehmen	1 009 865	936 740
662	Schuldendiensthilfen an private Unternehmen	86 413	104 968
663	Schuldendiensthilfen an Sonstige im Inland	2 157	1 935
666	Schuldendiensthilfen an Ausland	-	-
67	Erstattungen an sonstige Bereiche	588 308	576 370
671	Erstattungen an Inland	588 228	576 290
676	Erstattungen an Ausland	80	80
68	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke an sonstige Bereiche	62 173 772	59 668 574
681	Renten, Unterstützungen und sonstige Geldleistungen an natürliche Personen	27 779 362	26 508 669
682	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen (soweit nicht Gruppe 661)	802 576	839 653
683	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen (soweit nicht Gruppe 662)	3 617 778	3 538 851
684	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen (ohne öffentliche Einrichtungen)	1 891 907	1 864 622
685	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	20 936 000	20 451 466
686	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	1 160 273	1 093 020
687	Zuschüsse für laufende Zwecke im Ausland (soweit nicht Gruppe 688)	5 983 876	5 370 293
688	Abführung der Eigenmittel an die EU	2 000	2 000
69	Vermögensübertragungen, soweit nicht für Investitionen	627 824	611 924
697	Vermögensübertragungen an Unternehmen, soweit nicht Investitionszuschüsse	30 000	42 000
698	Vermögensübertragungen an Sonstige im Inland, soweit nicht Investitionszuschüsse	133 624	146 224
699	Vermögensübertragungen an Ausland, soweit nicht Investitionszuschüsse	464 200	423 700
7	**Baumaßnahmen**	**6 279 770**	**6 702 784**
8	**Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen**	**23 867 823**	**28 100 768**
81	Erwerb von beweglichen Sachen	989 059	964 063
811	Erwerb von Fahrzeugen	223 126	226 359
812	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	765 933	737 704

Übersichten - Teil I: Gruppierungsübersicht

A. Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Einnahme- und Ausgabegruppen

Gruppe/Bezeichnung		2014	2013
		1 000 €	
1		2	3
82	Erwerb von unbeweglichen Sachen	540 565	580 875
821	Grunderwerb	188 123	174 930
823	Erwerbsanteile im Rahmen von ÖPP-Projekten sowie Erwerb von privat vorfinanzierten unbeweglichen Sachen	352 442	405 945
83	Erwerb von Beteiligungen und dgl.	4 485 994	8 861 908
831	Erwerb von Beteiligungen und dgl. im Inland	142 570	175 060
836	Erwerb von Beteiligungen und dgl. im Ausland	4 343 424	8 686 848
85	Darlehen an öffentlichen Bereich	650	700
852	Darlehen an Länder	650	700
853	Darlehen an Gemeinden und Gemeindeverbände	-	-
854	Darlehen an Sondervermögen	-	-
856	Darlehen an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesagentur für Arbeit	-	-
86	Darlehen an sonstige Bereiche	393 465	1 651 379
861	Darlehen an öffentliche Unternehmen und Einrichtungen	1 000	26 000
862	Darlehen an private Unternehmen	-	-
863	Darlehen an Sonstige im Inland	4 215	4 015
866	Darlehen an Ausland	388 250	1 621 364
87	Inanspruchnahme aus Gewährleistungen	1 200 000	1 350 000
870	Inanspruchnahme aus Gewährleistungen	-	-
871	Inanspruchnahme aus Gewährleistungen aus dem Inland	500 000	460 000
872	Inanspruchnahme aus Gewährleistungen aus dem Ausland	700 000	890 000
88	Zuweisungen für Investitionen an öffentlichen Bereich	4 802 395	4 799 564
882	Zuweisungen für Investitionen an Länder	4 735 525	4 737 494
883	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	66 370	61 570
884	Zuweisungen für Investitionen an Sondervermögen	500	500
89	Zuschüsse für Investitionen an sonstige Bereiche	11 455 695	9 892 279
891	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	4 330 117	4 273 169
892	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	187 950	269 437
893	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	474 453	488 112
894	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	1 315 377	1 364 961
896	Zuschüsse für Investitionen an Ausland	5 147 798	3 496 600
9	**Besondere Finanzierungsausgaben**	**-1 000 345**	**-402 245**
91	Zuführungen an Rücklagen, Fonds und Stöcke	-	-
912	Zuführungen an Betriebsmittelrücklage	-	-
915	Zuführungen an Konjunkturausgleichsrücklage	-	-
916	Zuführungen an Fonds und Stöcke	-	-
97	Globale Mehr- und Minderausgaben	-1 000 345	-402 245
971	Globale Mehrausgaben	550 000	150 000
972	Globale Minderausgaben	-1 550 345	-552 245
98	Haushaltstechnische Verrechnungen	-	-
981	Verrechnungen zwischen Kapiteln	-	-
982	Durchlaufende Posten	-	-
	Gesamtausgaben	**298 500 000**	**310 000 000**

Übersichten - Teil I: Gruppierungsübersicht

B. Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach ökonomischen Arten

Ord.-Nr.	Ausgaben	2014	2013
		Millionen €	
1	2	3	4
Einnahmen der laufenden Rechnung			
1	Steuern zusammen	268 920	259 807
2	Steuerähnliche Abgaben (ohne Münzeinnahmen)	-	0
3	Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	6 847	4 886
31	Mieten und Pachten	65	69
32	Sonstige Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	6 783	4 817
4	Zinseinnahmen	270	191
41	von Verwaltungen	68	53
411	Länder	67	52
412	Gemeinden und Gemeindeverbände	1	1
413	Sondervermögen	-	-
414	Zweckverbände	-	-
42	von anderen Bereichen	202	138
421	Sozialversicherung	-	-
422	Sonstige	202	138
5	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	5 462	5 997
51	von Verwaltungen	3 726	2 714
511	Länder	2 673	2 652
512	Gemeinden und Gemeindeverbände	1	1
513	Sondervermögen	1 052	60
514	Zweckverbände	0	0
52	von anderen Bereichen	1 736	3 283
521	Sozialversicherung	24	-219
522	Sonstige - Inland	620	840
523	Ausland	1 091	2 661
6	Sonstige laufende Einnahmen	7 723	8 102
Einnahmen der laufenden Rechnung		**289 222**	**278 983**

Übersichten - Teil I: Gruppierungsübersicht

B. Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach ökonomischen Arten

Ord.-Nr.	Ausgaben	2014	2013
		Millionen €	
1	2	3	4
Einnahmen der Kapitalrechnung			
1	Veräußerung von Sachvermögen	138	195
2	Vermögensübertragungen	242	296
21	Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	242	296
211	von Verwaltungen	-	-
212	von anderen Bereichen	242	296
22	Sonstige Vermögensübertragungen	-	-
221	von Verwaltungen	-	-
222	von anderen Bereichen	-	-
2221	Unternehmen - Inland	-	-
3	Darlehensrückflüsse, Veräußerung von Beteiligungen	2 345	5 978
31	Darlehensrückflüsse	1 313	1 720
311	von Verwaltungen	354	477
312	von anderen Bereichen	959	1 243
32	Veräußerung von Beteiligungen, Rückflüsse von Kapitaleinlagen	1 032	4 258
4	Darlehensaufnahme bei Verwaltungen	-	-
Summe Einnahmen der Kapitalrechnung		**2 725**	**6 469**
5	Globalansätze (soweit nicht aufgeteilt)	-165	-
Einnahmen zusammen		**291 782**	**285 452**
Finanzierung			
6	Saldo Finanzierungsdefizit (+/-)	-6 718	-22 348
61	Nettokreditaufnahme	6 500	22 072
62	Münzeinnahmen	218	276
63	Entnahmen aus Rücklagen	-	-
Haushaltstechnische Verrechnungen			
7	Haushaltstechnische Verrechnungen	-	402
Einnahmen laut Haushaltsplan		**298 500**	**308 201**

Übersichten - Teil I: Gruppierungsübersicht

B. Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach ökonomischen Arten

Ord.-Nr.	Einnahmen	2014	2013
		Millionen €	
1	2	3	4
Ausgaben der laufenden Rechnung			
1	Personalausgaben	28 539	28 575
11	Aktivitätsbezüge	20 749	20 938
12	Versorgung	7 789	7 637
2	Laufender Sachaufwand	24 287	23 152
21	Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 288	1 453
22	Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	9 991	8 550
23	Sonstiger laufender Sachaufwand	13 007	13 148
3	Zinsausgaben	28 840	31 302
31	an Verwaltungen	-	-
32	an andere Bereiche	28 840	31 302
321	an Sozialversicherungsträger	-	-
322	an Sonstige	28 840	31 302
3211	für Ausgleichsforderungen	42	42
3222	an sonstigen inländischen Kreditmarkt	28 798	31 261
3233	an Ausland	-	-
4	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	187 060	190 781
41	an Verwaltungen	20 617	27 273
411	Länder	13 969	13 435
412	Gemeinden	7	8
413	Sondervermögen	6 640	13 829
414	Zweckverbände	1	0
42	an andere Bereiche	166 443	163 508
421	Unternehmen	26 453	25 024
422	Renten, Unterstützungen u. Ä. an natürliche Personen	27 779	27 055
423	an Sozialversicherung	104 331	103 693
424	an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	1 892	1 656
425	an Ausland	5 986	6 075
426	an Sonstige	2	5
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung		**268 725**	**273 811**

Übersichten - Teil I: Gruppierungsübersicht

B. Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach ökonomischen Arten

Ord.-Nr.	Einnahmen	2014	2013
		Millionen €	
1	2	3	4
Ausgaben der Kapitalrechnung			
1	Sachinvestitionen	7 809	7 895
11	Baumaßnahmen	6 280	6 264
12	Erwerb von beweglichen Sachen	989	1 020
13	Grunderwerb	541	611
2	Vermögensübertragungen	16 886	15 327
21	Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	16 258	14 772
211	an Verwaltungen	4 802	4 924
2111	Länder	4 736	4 873
2112	Gemeinden und Gemeindeverbände	66	52
2113	Sondervermögen	1	-
2114	Zweckverbände	-	-
212	an andere Bereiche	11 456	9 848
2121	Sozialversicherung	-	-
2122	Sonstige - Inland	6 308	6 393
2123	Ausland	5 148	3 455
22	Sonstige Vermögensübertragungen	628	555
221	an Verwaltungen	-	-
2211	Länder	-	-
2212	Gemeinden	-	-
222	an andere Bereiche	628	555
2221	Unternehmen - Inland	30	7
2222	Sonstige - Inland	134	141
2223	Ausland	464	406
3	Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen	6 080	10 810
31	Darlehensgewährung	394	1 436
311	an Verwaltungen	1	0
312	an andere Bereiche	393	1 436
32	Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	4 486	8 778
321	Inland	143	91
322	Ausland	4 343	8 687
33	Inanspruchnahme aus Gewährleistungen	1 200	596
4	Darlehensrückzahlung an Verwaltungen	-	-
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung		**30 775**	**34 032**
5	Globalansätze (soweit nicht aufgeteilt)	-1 000	-
Ausgaben zusammen		**298 500**	**307 843**
Finanzierung			
6	Zuführung an Rücklagen	-	-
7	Saldo Finanzierungsüberschuss	-	-
Haushaltstechnische Verrechnungen			
8	Haushaltstechnische Verrechnungen	-	358
Ausgaben laut Haushaltsplan		**298 500**	**308 201**

Übersichten - Teil I: Gruppierungsübersicht

B. Erläuterungen zum Teil I B

(Gruppierungsübersicht, Gliederung der Ausgaben und Einnahmen nach ökonomischen Arten)

Die vorstehende ökonomische Gliederung versucht, die Einnahmen und Ausgaben des Bundes als Teil des gesamtwirtschaftlichen Kreislaufs darzustellen. Sie deckt sich nicht vollständig mit der des Staatskontos der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, das teilweise Gesichtspunkten Rechnung tragen muss, denen eine auf Haushaltszahlen basierende Einteilung naturgemäß nicht in allen Fällen folgen kann; die Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach ökonomischen Arten ist jedoch soweit dem Staatskonto der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung angeglichen, dass sie einer gesamtwirtschaftlichen Beurteilung der Bundesfinanzen zugrunde gelegt werden kann.

Die ökonomische Gliederung (Teil I B) weicht vom Teil I A der Gruppierungsübersicht in folgenden Punkten ab:

- Die Zahlungen an/von Sozialversicherungsträger/n werden - der Finanzstatistik folgend - den anderen Bereichen zugeordnet.
- Zahlungen im Rahmen der Schuldendiensthilfen an Dritte, die für die Tilgung von Schulden bestimmt sind, werden nicht wie die Zinszuschüsse bei den laufenden Übertragungen, sondern bei den sonstigen Vermögensübertragungen nachgewiesen.
- Global veranschlagte Personalverstärkungsmittel sind den Aktivitätsbezügen zugeordnet.

Die ökonomische Gliederung berücksichtigt dagegen - wie die Gruppierungsübersicht (Teil I A) - die Fallgruppensystematik zur Bereinigung des Zahlungsverkehrs zwischen Bund und Ländern bzw. zwischen Bund und Gemeinden.

Im Einzelnen schließen die Ausgabe- und Einnahmepositionen der ökonomischen Gliederung folgende Gruppen ein:

Bezeichnung	Hgr./ Ogr./ Grp.
Steuern	01, 021 - 023, 03, 04
Steuerähnliche Abgaben	024, 093, 099
Mieten und Pachten	124
Sonstige Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	121 - 123, 125 - 129
Zinseinnahmen von Verwaltungen	151 - 154, 157
Zinseinnahmen von anderen Bereichen	156, 16
Laufende Zuweisungen von Verwaltungen	211 - 214, 217 - 224, 226 - 235, 237
Laufende Zuschüsse von anderen Bereichen	112, 216, 235, 236, 261, 266, 27, 28
Sonstige laufende Einnahmen	111, 119
Veräußerung von Sachvermögen	131, 132
Zuweisungen für Investitionen von Verwaltungen	331 - 334, 337
Zuschüsse für Investitionen von anderen Bereichen	336, 341, 342, 346
Sonstige Vermögensübertragungen einschließlich Tilgungszuweisungen und -zuschüssen	29
Darlehensrückflüsse von Verwaltungen	171 - 174, 177
Darlehensrückflüsse von anderen Bereichen	141, 146, 186, 176, 181, 182
Veräußerung von Beteiligungen, Kapitalrückzahlungen	133, 134
Darlehensaufnahme bei Verwaltungen	312 bis 317
Nettokreditaufnahme (Zu den Kreditmarkttransaktionen rechnen auch die Darlehensgewährung der Sozialversicherung bzw. deren Tilgung.)	32, 36 abzüglich 59
Entnahme aus Rücklagen	35
Münzeinnahmen	092
Haushaltstechnische Verrechnungen (Einnahmen)	38

Bezeichnung	Hgr./ Ogr./ Grp.
Aktivitätsbezüge	41, 42, 441, 442, 443, 45, 46
Versorgung	43, 446
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	519, 521
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	55
Sonstiger laufender Sachaufwand	511 - 518, 520, 523 - 529, 53, 54,67, 686
Zinsausgaben an Verwaltungen	56
Zinsausgaben an andere Bereiche	57
Laufende Zuweisungen an Verwaltungen (soweit nicht Tilgungszuweisungen)	611 - 614, 617 - 624, 627 - 634, 637
Laufende Zuschüsse an andere Bereiche (soweit nicht Tilgungszuschüsse)	661- 685,687, 688
Baumaßnahmen	7
Erwerb von beweglichen Sachen	81
Grunderwerb	82
Zuweisungen für Investitionen an Verwaltungen	881 - 884, 887
Zuschüsse für Investitionen an andere Bereiche	886, 89
Zuschüsse für Investitionen an Ausland	896
Sonstige Vermögensübertragungen an Verwaltungen (einschließlich Tilgungszuweisungen)	691 - 696
Sonstige Vermögensübertragungen an andere Bereiche (einschließlich Tilgungszuschüsse)	697- 699
Darlehen an Verwaltungen	851 - 854, 857
Darlehen an andere Bereiche	856, 861, 862, 863, 866
Erwerb von Beteiligungen und dergleichen	831, 836
Darlehensrückzahlungen an Verwaltungen	58
Inanspruchnahme aus Gewährleistungen	87
Zuführung an Rücklagen	91
Haushaltstechnische Verrechnungen (Ausgaben)	98

Übersichten - Teil II: Funktionenübersicht

Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Funktionen/Aufgabenbereichen

Funktion/Aufgabenbereich		2014		2013	
		Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben
		1 000 €			
1		2	3	4	5
0	**Allgemeine Dienste**	**3 301 968**	**69 403 818**	**3 372 095**	**72 948 999**
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	191 564	13 779 928	183 404	13 329 218
011	Politische Führung	66 953	3 420 881	68 012	3 121 171
012	Innere Verwaltung	5 225	210 626	5 191	200 902
013	Informationswesen	13 020	66 277	13 010	69 193
014	Statistischer Dienst	1 154	185 388	1 154	193 787
015	Zivildienst	685	62 098	455	47 353
016	Hochbauverwaltung	4 745	241 788	3 929	255 696
018	Versorgung einschließlich Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger, soweit nicht unter Funktionen 038, 039, 048, 058, 068, 118 und 138	4 503	8 835 020	4 963	8 716 769
019	Sonstige allgemeine Staatsaufgaben	95 279	757 850	86 690	724 347
02	Auswärtige Angelegenheiten	1 782 833	14 444 692	1 830 780	17 950 068
021	Auslandsvertretungen (nur Bund)	127 412	771 876	115 306	773 659
022	Internationale Organisationen	1 073 500	5 166 885	1 148 500	9 532 875
023	Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	566 021	6 324 395	559 574	6 181 014
024	Auslandsschulwesen und kulturelle Angelegenheiten im Ausland	7 500	765 270	3 000	675 252
029	Sonstige auswärtige Angelegenheiten	8 400	1 416 266	4 400	787 268
03	Verteidigung (nur Bund)	290 794	32 365 647	332 075	32 807 438
031	Bundeswehrverwaltung	102	4 011 163	-	3 786 055
032	Deutsche Verteidigungsstreitkräfte	269 402	22 183 799	297 080	22 957 459
033	Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte	1 640	37 430	11 745	52 125
036	Wehrforschung und wehrtechnische Entwicklung	14 600	952 469	18 200	927 463
037	Unterhaltssicherung	-	34 796	-	35 730
038	Versorgung einschließlich Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger im Bereich der Bundeswehrverwaltung	750	920 720	750	872 608
039	Versorgung einschließlich Beihilfen der Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr	4 300	4 225 270	4 300	4 175 998
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	447 116	4 350 332	447 131	4 525 257
042	Polizei	388 696	3 074 145	388 696	3 280 155
043	Öffentliche Ordnung	911	94 795	911	102 246
045	Bevölkerungs- und Katastrophenschutz	5 881	303 199	5 896	299 579
046	Wetterdienst	51 482	301 698	51 482	291 790
047	Schutz der Verfassung	-	209 712	-	206 632
048	Versorgung einschließlich Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger im Bereich der öffentlichen Sicherheit und Ordnung	146	366 783	146	344 855
05	Rechtsschutz	451 169	475 923	470 560	459 061
051	Gerichte und Staatsanwaltschaften	28 743	188 666	28 643	195 220
059	Sonstige Rechtsschutzaufgaben	422 426	287 257	441 917	263 841
06	Finanzverwaltung	138 492	3 987 296	108 145	3 877 957
061	Steuer- und Zollverwaltung	88 492	3 027 637	81 545	2 932 899
062	Schulden-, Vermögens- und sonstige Finanzverwaltung	25 000	31 000	100	30 800
068	Versorgung einschließlich Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger im Bereich der Finanzverwaltung	25 000	928 659	26 500	914 258
1	**Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten**	**119 321**	**19 185 108**	**128 917**	**18 951 937**
11-12	Allgemeinbildende und berufliche Schulen	-	20 674	-	3 424

Übersichten - Teil II: Funktionenübersicht

Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Funktionen/Aufgabenbereichen

Funktion/Aufgabenbereich		2014		2013	
		Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben
		1 000 €			
1		2	3	4	5
114	Öffentliche weiterführende allgemeinbildende Schulen (ohne Sonderschulen/Förderschulen)	-	18 050	-	-
124	Öffentliche Sonderschulen/Förderschulen des allgemeinbildenden Bereichs	-	-	-	-
127	Öffentliche berufliche Schulen	-	10	-	10
129	Sonstige schulische Aufgaben	-	2 614	-	3 414
13	Hochschulen	686	4 944 714	686	4 793 601
133	Öffentliche Hochschulen und Berufsakademien	686	62 065	686	63 652
134	Private Hochschulen und Berufsakademien	-	410	-	396
137	Deutsche Forschungsgemeinschaft	-	1 460 209	-	1 394 600
139	Sonstige Hochschulaufgaben	-	3 422 030	-	3 334 953
14	Förderung für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende und dgl.	59 181	2 657 878	72 501	2 675 294
141	Förderung für Schülerinnen und Schüler	-	561 000	-	577 000
142	Förderung für Studierende und wissenschaftlichen Nachwuchs	59 181	1 496 860	72 501	1 517 166
144	Förderung für Weiterbildungsteilnehmende	-	600 018	-	581 128
15	Sonstiges Bildungswesen	16	260 434	16	272 672
153	Sonstige Weiterbildung (ohne Förderung für Teilnehmende)	16	260 434	16	272 672
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen (ohne Wehrforschung und wehrtechnische Entwicklung, vgl. Funktion 036)	59 432	10 637 625	55 708	10 459 459
162	Wissenschaftliche Bibliotheken, Archive, Fachinformationszentren	1 030	220 463	977	221 765
163	Wissenschaftliche Museen	-	-	-	-
164	Gemeinsame Forschungsförderung von Bund und Ländern (ohne Deutsche Forschungsgemeinschaft)	-	4 230 477	-	4 002 440
165	Forschung und experimentelle Entwicklung	58 402	5 784 606	54 731	5 868 558
167	Zuschüsse an internationale wissenschaftliche Organisationen und zwischenstaatliche Forschungseinrichtungen	-	402 079	-	366 696
18-19	Kultur und Religion	6	663 783	6	747 487
182	Musikpflege	-	27 437	-	27 249
183	Museen, Sammlungen, Ausstellungen	-	369 624	-	387 862
186	Nichtwissenschaftliche Bibliotheken	-	1 800	-	1 800
187	Sonstige Kulturpflege	6	209 493	6	238 573
195	Denkmalschutz und -pflege	-	50 029	-	86 603
199	Kirchliche Angelegenheiten	-	5 400	-	5 400
2	**Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik**	**2 789 693**	**148 161 659**	**2 501 963**	**145 123 897**
21	Verwaltung für soziale Angelegenheiten	23 683	507 598	21 547	487 837
219	Sonstige Verwaltung für soziale Angelegenheiten	23 683	507 598	21 547	487 837
22	Sozialversicherung einschließlich Arbeitslosenversicherung	2 582 600	99 701 130	2 545 160	98 860 561
221	Allgemeine Rentenversicherung (nur Bundesträger)	-	74 479 157	-	72 674 342
222	Knappschaftliche Rentenversicherung (nur Bundesträger)	-	5 464 000	-	5 514 000
223	Unfallversicherung	100	285 100	100	313 447
224	Krankenversicherung	-	11 847 120	-	12 805 150
225	Arbeitslosenversicherung (nur Bund)	-	-	-	-
226	Alterssicherung der Landwirte (nur Bund)	-	2 177 000	-	2 176 000
229	Sonstige Sozialversicherungen	2 582 500	5 448 753	2 545 060	5 377 622

Übersichten - Teil II: Funktionenübersicht

Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Funktionen/Aufgabenbereichen

Funktion/Aufgabenbereich		2014		2013	
		Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben
		1 000 €			
1		2	3	4	5
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. Ä. (ohne Leistungen nach dem SGB VIII)	64 860	7 368 165	63 875	6 474 775
231	Kindergeld, Kinderzuschlag	110	487 900	75	491 000
232	Elterngeld, Erziehungsgeld und Mutterschutz	-	5 888 590	-	4 958 520
233	Wohngeld	-	500 000	-	630 000
235	Soziale Einrichtungen	3 750	165 018	3 800	48 584
236	Förderung der Wohlfahrtspflege	-	31 657	-	31 671
237	Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz	61 000	295 000	60 000	315 000
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	87 238	2 298 601	91 046	2 431 654
241	Kriegsopferversorgung und -fürsorge und gleichartige Leistungen	65 900	1 339 080	68 630	1 458 870
243	Lastenausgleich	18 711	18 324	19 784	21 018
244	Wiedergutmachung	-	160 913	-	168 783
246	Vertriebene und Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler	2 627	29 314	2 632	29 311
249	Sonstige Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen.	-	750 970	-	753 672
25	Arbeitsmarktpolitik	10 000	31 678 910	-241 500	31 924 910
251	Arbeitslosengeld II nach dem SGB II	-	19 500 000	-	18 960 000
252	Leistungen für Unterkunft und Heizung nach dem SGB II	-	3 900 000	-	4 700 000
253	Aktive Arbeitsmarktpolitik	10 000	4 232 910	-241 500	4 215 010
259	Sonstige Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II	-	4 046 000	-	4 049 900
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII (ohne Kindertagesbetreuung)	-	352 858	-	342 710
261	Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit	-	301 858	-	297 710
265	Hilfen zur Erziehung und Eingliederungshilfen	-	51 000	-	45 000
27	Kindertagesbetreuung nach dem SGB VIII	-	-	-	-
28	Soziale Leistungen nach dem SGB XII und dem Asylbewerberleistungsgesetz	-	5 493 900	-	3 886 550
282	Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII	-	5 493 900	-	3 886 550
29	Sonstige soziale Angelegenheiten	21 312	760 497	21 835	714 900
290	Sonstige soziale Angelegenheiten	21 312	758 239	21 835	712 798
299	Sonstige soziale Angelegenheiten	-	2 258	-	2 102
3	**Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung**	**403 753**	**2 005 687**	**430 912**	**1 740 333**
31	Gesundheitswesen	112 617	598 870	104 415	536 248
311	Gesundheitsverwaltung	640	640	1 290	1 290
313	Arbeitsschutz	710	83 753	710	87 364
314	Gesundheitsschutz	111 267	514 477	102 415	447 594
32	Sport und Erholung	-	135 203	-	131 570
322	Sport	-	135 203	-	131 570
33	Umwelt- und Naturschutz	24 801	667 535	24 323	426 991
331	Umwelt- und Naturschutzverwaltung	3 526	139 844	2 692	138 513
332	Maßnahmen des Umwelt- und Naturschutzes	21 275	527 691	21 631	288 478
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	266 335	604 079	302 174	645 524
341	Verwaltung für Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	11 576	48 672	11 220	47 886
342	Maßnahmen der Reaktorsicherheit und des Strahlenschutzes	254 759	555 407	290 954	597 638

Übersichten - Teil II: Funktionenübersicht

Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Funktionen/Aufgabenbereichen

Funktion/Aufgabenbereich		2014		2013	
		Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben
		1 000 €			
1		2	3	4	5
4	**Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste**	**455 801**	**2 182 211**	**493 556**	**2 314 504**
41	Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	451 827	1 670 122	488 421	1 714 047
411	Förderung des Wohnungsbaues	451 827	1 346 317	488 421	1 357 467
412	Wohnungsbauprämie/Vermögensbildung (nur Bund)	-	321 430	-	354 400
419	Sonstiges Wohnungswesen	-	2 375	-	2 180
42	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung, Städtebauförderung	74	507 589	35	594 857
422	Raumordnung und Landesplanung	-	792	-	744
423	Städtebauförderung	74	506 797	35	594 113
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste (ohne Straßenbeleuchtung, Abwasserentsorgung und Abfallwirtschaft)	3 900	4 500	5 100	5 600
5	**Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**	**36 957**	**953 980**	**40 078**	**974 547**
51	Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (ohne Betriebsverwaltung)	10 360	24 479	10 130	23 489
511	Verwaltung für Ernährung und Landwirtschaft	10 360	24 479	10 130	23 489
52	Landwirtschaft und Ernährung	26 112	926 051	29 408	947 108
521	Agrarstruktur und ländlicher Raum	19 550	566 570	22 849	566 562
522	Einkommenstabilisierende Maßnahmen	3 562	132 859	3 559	161 589
523	Landwirtschaftliche Produktion, Tiergesundheit und Ernährung	3 000	226 622	3 000	218 957
53	Forstwirtschaft und Jagd, Fischerei	485	3 450	540	3 950
531	Forstwirtschaft und Jagd	-	750	-	1 250
532	Fischerei	485	2 700	540	2 700
6	**Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen**	**6 434 199**	**4 394 527**	**8 413 796**	**4 589 378**
61	Verwaltung für Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe und Dienstleistungen	219 071	80 372	201 071	78 865
62	Wasserwirtschaft, Hochwasser- und Küstenschutz	-	25 000	-	25 000
625	Küstenschutz	-	25 000	-	25 000
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	975 280	1 621 119	4 350 330	1 576 289
631	Kohlenbergbau	-	1 371 554	-	1 326 124
632	Sonstiger Bergbau	-	147 070	-	148 070
634	Verarbeitende Industrie	975 280	102 495	4 350 330	102 095
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung	9 085	342 901	8 345	353 949
641	Kernenergie	-	160 317	-	169 240
642	Erneuerbare Energieformen	-	67 164	-	60 989
643	Elektrizitätsversorgung	-	76 700	-	85 000
649	Sonstige Energie- und Wasserversorgung	9 085	38 720	8 345	38 720
65	Handel und Tourismus	-	375 813	-	409 042
650	Handel und Tourismus	-	7 406	-	7 620
651	Handel	-	340 046	-	373 147
652	Tourismus	-	28 361	-	28 275
66	Geld- und Versicherungswesen	2 515 256	41 442	1 529 562	57 020
661	Banken und Kreditinstitute	2 500 000	30 220	1 500 000	43 220
669	Sonstiges Geld- und Versicherungswesen	15 256	11 222	29 562	13 800

Übersichten - Teil II: Funktionenübersicht

Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Funktionen/Aufgabenbereichen

Funktion/Aufgabenbereich		2014		2013	
		Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben
		1 000 €			
1		2	3	4	5
68	Sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen	2 675 577	1 305 193	2 284 558	1 487 793
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	39 930	602 687	39 930	601 420
691	Betriebliche Investitionen	33 265	582 794	33 265	588 794
692	Verbesserung der Infrastruktur	-	19 778	-	12 566
693	Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur	6 665	115	6 665	60
7	**Verkehrs- und Nachrichtenwesen**	**5 138 754**	**16 414 693**	**5 166 398**	**16 707 076**
71	Verwaltung des Verkehrs- und Nachrichtenwesens	301 686	630 633	309 372	599 541
711	Verwaltung für Straßen- und Brückenbau	5 550	-	5 550	-
712	Verwaltung für Wasserstraßen und Häfen	126 892	250 594	126 892	250 334
719	Sonstige Verkehrs- und Nachrichtenverwaltung	169 244	380 039	176 930	349 207
72	Straßen	4 435 737	7 434 708	4 558 749	7 196 046
721	Bundesautobahnen	4 427 685	3 667 690	4 550 685	3 713 444
722	Bundesstraßen	6 552	2 328 893	6 564	2 049 777
723	Landesstraßen	-	17 900	-	17 900
725	Gemeindestraßen	1 500	1 396 850	1 500	1 390 850
729	Sonstiger Straßenverkehr	-	23 375	-	24 075
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	98 981	1 785 283	94 384	1 777 975
731	Wasserstraßen und Häfen	94 981	1 725 983	90 384	1 718 675
732	Förderung der Schifffahrt	4 000	59 300	4 000	59 300
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	106 000	4 552 537	4 000	4 498 189
741	Öffentlicher Personennahverkehr	-	333 767	-	332 567
742	Eisenbahnen	106 000	4 218 770	4 000	4 165 622
75	Luftfahrt	193 000	354 876	196 543	363 404
77	Nachrichtenwesen	-	287 345	-	285 580
772	Rundfunk und Fernsehen	-	287 345	-	285 580
79	Sonstiges Verkehrswesen	3 350	1 369 311	3 350	1 986 341
8	**Finanzwirtschaft**	**279 819 554**	**35 798 317**	**289 452 285**	**46 649 329**
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	2 965 780	5 585 081	2 893 172	13 597 681
811	Grundvermögen	2 816 630	-	2 781 672	50
812	Kapitalvermögen	97 150	-	39 500	-
813	Sondervermögen	52 000	5 585 081	72 000	13 597 631
82	Steuern und Finanzzuweisungen	270 138 000	693 352	260 611 000	38 346
83	Schulden	6 543 774	28 842 672	25 260 613	31 602 471
84	Beihilfen, Unterstützungen u. Ä.	-	576 937	-	568 056
85	Rücklagen	-	-	-	-
86	Sonstiges	337 000	350 620	687 500	395 020
88	Globalposten	-165 000	-250 345	-	447 755
89	Haushaltstechnische Verrechnungen	-	-	-	-
	Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben	**298 500 000**	**298 500 000**	**310 000 000**	**310 000 000**

Übersichten - Teil III: Haushaltsquerschnitt

A. Gliederung der Einnahmen nach Funktionen und Einnahmegruppen

Funktion/Aufgabenbereich		Ge- bühren	Steuern	Übrige Verwal- tungs- ein- nahmen	Erlöse	Zinseinnahmen von				
						Verwaltungen			ande- ren Berei- chen	zu- sam- men
						Län- der	Ge- mein- den	LAF, ERP, Zweck- ver- bände		
		Millionen €								
1		2	3	4	5	6	7	8	9	10
0	**Allgemeine Dienste**	**1 206**	**-**	**281**	**110**	**-**	**0**	**-**	**114**	**114**
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	99	-	71	1	-	-	-	-	-
02	Auswärtige Angelegenheiten	117	-	32	3	-	-	-	105	105
03	Verteidigung (nur Bund)	80	-	81	102	-	0	-	9	9
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	431	-	8	2	-	-	-	-	-
05	Rechtsschutz	450	-	1	0	-	-	-	0	0
06	Finanzverwaltung	29	-	88	2	-	-	-	-	-
1	**Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten.**	**20**	**-**	**26**	**0**	**-**	**-**	**-**	**3**	**3**
13	Hochschulen	-	-	1	-	-	-	-	-	-
14	Förderung für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende und dgl.	-	-	-	-	-	-	-	3	3
15	Sonstiges Bildungswesen	-	-	0	-	-	-	-	-	-
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	20	-	25	0	-	-	-	-	-
19	Übrige Bereiche aus 1	-	-	0	-	-	-	-	-	-
2	**Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik**	**1**	**-**	**84**	**0**	**1**	**-**	**-**	**1**	**1**
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	-	-	0	-	-	-	-	-	-
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. Ä.	-	-	0	-	-	-	-	1	1
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	-	-	68	-	1	-	-	0	1
25	Arbeitsmarktpolitik	-	-	10	-	-	-	-	-	-
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII	-	-	-	-	-	-	-	-	-
29	Übrige Bereiche aus 2	1	-	6	0	0	-	-	0	0
3	**Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung**	**127**	**-**	**17**	**16**	**-**	**-**	**-**	**-**	**-**
31	Gesundheitswesen	103	-	9	0	-	-	-	-	-
32	Sport	-	-	-	-	-	-	-	-	-
33	Umwelt- und Naturschutz	2	-	6	16	-	-	-	-	-
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	21	-	2	-	-	-	-	-	-

Übersichten - Teil III: Haushaltsquerschnitt

A. Gliederung der Einnahmen nach Funktionen und Einnahmegruppen

Funktion/Aufgabenbereich	Gebühren	Steuern	Übrige Verwaltungseinnahmen	Erlöse	Zinseinnahmen von				
					Verwaltungen			anderen Bereichen	zusammen
					Länder	Gemeinden	LAF, ERP, Zweckverbände		
	Millionen €								
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
4 Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	**0**	**-**	**0**	**-**	**65**	**1**	**-**	**8**	**74**
41 Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	0	-	0	-	65	-	-	8	73
42 Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung, Städtebauförderung	-	-	-	-	0	-	-	-	0
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	-	-	-	-	-	1	-	-	1
5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	**10**	**-**	**17**	**0**	**0**	**-**	**-**	**0**	**0**
52 Landwirtschaft und Ernährung	-	-	17	-	0	-	-	0	0
522 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	-	-	4	-	-	-	-	-	-
529 Übrige Bereiche aus 52	-	-	13	-	0	-	-	0	0
599 Übrige Bereiche aus 5	10	-	1	0	-	-	-	0	0
6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	**867**	**-**	**4 215**	**975**	**1**	**-**	**-**	**1**	**3**
62 Wasserwirtschaft, Hochwasser- und Küstenschutz	-	-	-	-	-	-	-	-	-
63 Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	-	-	0	975	-	-	-	-	-
64 Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung	8	-	1	-	-	-	-	-	-
65 Handel und Tourismus	-	-	-	-	-	-	-	-	-
66 Geld- und Versicherungswesen	-	-	2 500	-	-	-	-	1	1
68 Sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen	850	-	1 471	-	-	-	-	-	-
69 Regionale Fördermaßnahmen	-	-	33	-	1	-	-	-	1
699 Übrige Bereiche aus 6	9	-	210	0	-	-	-	-	-
7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	**4 726**	**-**	**95**	**11**	**-**	**-**	**-**	**0**	**0**
72 Straßen	4 401	-	29	6	-	-	-	0	0
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	88	-	2	0	-	-	-	-	-
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	-	-	6	-	-	-	-	-	-
75 Luftfahrt	25	-	1	1	-	-	-	-	-
799 Übrige Bereiche aus 7	212	-	58	5	-	-	-	-	-

Übersichten - Teil III: Haushaltsquerschnitt

A. Gliederung der Einnahmen nach Funktionen und Einnahmegruppen

Funktion/Aufgabenbereich		Gebühren	Steuern	Übrige Verwaltungseinnahmen	Erlöse	Zinseinnahmen von				
						Verwaltungen			anderen Bereichen	zusammen
						Länder	Gemeinden	LAF, ERP, Zweckverbände		
		Millionen €								
1		2	3	4	5	6	7	8	9	10
8	**Finanzwirtschaft................................**	**-**	**268 920**	**3 154**	**57**	**-**	**-**	**-**	**75**	**75**
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen...	-	-	2 817	57	-	-	-	31	31
82	Steuern und Finanzzuweisungen.........	-	268 920	-	-	-	-	-	-	-
83	Schulden...	-	-	-	-	-	-	-	44	44
84	Beihilfen, Unterstützungen u. Ä............	-	-	-	-	-	-	-	-	-
88	Globalposten..	-	-	-	-	-	-	-	-	-
899	Übrige Bereiche aus 8.................................	-	-	337	-	-	-	-	-	-
	Summe aller Hauptfunktionen...........	**6 957**	**268 920**	**7 889**	**1 170**	**67**	**1**	**-**	**202**	**270**

Übersichten - Teil III: Haushaltsquerschnitt

A. Gliederung der Einnahmen nach Funktionen und Einnahmegruppen

Funktion/Aufgabenbereich		Darlehensrückflüsse					Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen von		
		Verwaltung			anderen Berei-chen	zu-sam-men	Verwaltungen		anderen Berei-chen
		Län-der	Ge-mein-den	LAF, ERP, Zweck-ver-bände			Länder	Gemein-den u. Sonstige	
		Millionen €							
1		11	12	13	14	15	16	17	18
0	**Allgemeine Dienste**	**-**	**0**	**-**	**453**	**453**	**4**	**1**	**1 133**
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	-	-	-	0	0	3	1	18
02	Auswärtige Angelegenheiten	-	-	-	452	452	-	-	1 074
03	Verteidigung (nur Bund)	-	0	-	1	1	0	-	17
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	-	-	-	-	-	0	-	6
05	Rechtsschutz	-	-	-	0	0	-	-	-
06	Finanzverwaltung	-	-	-	0	0	1	0	19
1	**Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten**	**-**	**-**	**-**	**67**	**67**	**1**	**-**	**2**
13	Hochschulen	-	-	-	-	-	-	-	0
14	Förderung für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende und dgl.	-	-	-	56	56	-	-	-
15	Sonstiges Bildungswesen	-	-	-	-	-	-	-	-
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	-	-	-	11	11	1	-	2
19	Übrige Bereiche aus 1	-	-	-	-	-	-	-	-
2	**Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik**	**0**	**-**	**-**	**16**	**16**	**2 664**	**-**	**23**
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	-	-	-	-	-	2 583	-	-
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. Ä.	-	-	-	3	3	61	-	-
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	-	-	-	13	13	6	-	0
25	Arbeitsmarktpolitik	-	-	-	-	-	-	-	-
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII	-	-	-	-	-	-	-	-
29	Übrige Bereiche aus 2	0	-	-	0	0	15	-	23
3	**Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung**	**-**	**-**	**-**	**-**	**-**	**-**	**-**	**2**
31	Gesundheitswesen	-	-	-	-	-	-	-	1
32	Sport	-	-	-	-	-	-	-	-
33	Umwelt- und Naturschutz	-	-	-	-	-	-	-	0
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	-	-	-	-	-	-	-	1

Übersichten - Teil III: Haushaltsquerschnitt

A. Gliederung der Einnahmen nach Funktionen und Einnahmegruppen

Funktion/Aufgabenbereich		Darlehensrückflüsse					Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen von		
		Verwaltung			anderen Berei-chen	zu-sam-men	Verwaltungen		anderen Berei-chen
		Län-der	Ge-mein-den	LAF, ERP, Zweck-ver-bände			Länder	Gemein-den u. Sonstige	
		Millionen €							
1		11	12	13	14	15	16	17	18
4	**Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste**	**340**	**3**	**-**	**38**	**381**	**-**	**-**	**-**
41	Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	340	-	-	38	378	-	-	-
42	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung, Städtebauförderung	0	-	-	-	0	-	-	-
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	-	3	-	-	3	-	-	-
5	**Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**	**5**	**-**	**-**	**4**	**10**	**-**	**-**	**-**
52	Landwirtschaft und Ernährung	5	-	-	4	9	-	-	-
522	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	-	-	-	-	-	-	-	-
529	Übrige Bereiche aus 52	5	-	-	4	9	-	-	-
599	Übrige Bereiche aus 5	-	-	-	0	0	-	-	-
6	**Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen**	**5**	**-**	**-**	**14**	**19**	**-**	**-**	**0**
62	Wasserwirtschaft, Hochwasser- und Küstenschutz	-	-	-	-	-	-	-	-
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	-	-	-	-	-	-	-	-
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung	-	-	-	-	-	-	-	-
65	Handel und Tourismus	-	-	-	-	-	-	-	-
66	Geld- und Versicherungswesen	-	-	-	14	14	-	-	-
68	Sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen	-	-	-	-	-	-	-	0
69	Regionale Fördermaßnahmen	5	-	-	-	5	-	-	-
699	Übrige Bereiche aus 6	-	-	-	-	-	-	-	-
7	**Verkehrs- und Nachrichtenwesen**	**-**	**-**	**-**	**3**	**3**	**4**	**-**	**300**
72	Straßen	-	-	-	0	0	-	-	-
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	-	-	-	-	-	4	-	5
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	-	-	-	-	-	-	-	100
75	Luftfahrt	-	-	-	-	-	-	-	167
799	Übrige Bereiche aus 7	-	-	-	3	3	-	-	28

Übersichten - Teil III: Haushaltsquerschnitt

A. Gliederung der Einnahmen nach Funktionen und Einnahmegruppen

Funktion/Aufgabenbereich	Darlehensrückflüsse					Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen von		
	Verwaltung			anderen Berei-chen	zu-sam-men	Verwaltungen		anderen Berei-chen
	Län-der	Ge-mein-den	LAF, ERP, Zweck-ver-bände			Länder	Gemein-den u. Sonstige	
	Millionen €							
1	11	12	13	14	15	16	17	18
8 Finanzwirtschaft	**-**	**-**	**-**	**8**	**8**	**-**	**-**	**1 052**
81 Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	-	-	-	8	8	-	-	52
82 Steuern und Finanzzuweisungen	-	-	-	-	-	-	-	1 000
83 Schulden	-	-	-	-	-	-	-	-
84 Beihilfen, Unterstützungen u. Ä.	-	-	-	-	-	-	-	-
88 Globalposten	-	-	-	-	-	-	-	-
899 Übrige Bereiche aus 8	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe aller Hauptfunktionen	**351**	**3**	**-**	**604**	**958**	**2 673**	**1**	**2 512**

Übersichten - Teil III: Haushaltsquerschnitt

A. Gliederung der Einnahmen nach Funktionen und Einnahmegruppen

Funktion/Aufgabenbereich		Schulden-aufnahmen bei Verwaltungen	Zuweisungen, Zuschüsse für Investitionen	Sonstige Vermögensübertragungen	Sonstige Einnahmen	Einnahmen zusammen
		Millionen €				
1		19	20	21	22	23
0	**Allgemeine Dienste**	**-**	**-**	**-**	**0**	**3 302**
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	-	-	-	-	192
02	Auswärtige Angelegenheiten	-	-	-	-	1 783
03	Verteidigung (nur Bund)	-	-	-	0	291
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	-	-	-	-	447
05	Rechtsschutz	-	-	-	-	451
06	Finanzverwaltung	-	-	-	-	138
1	**Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten**	**-**	**-**	**-**	**-**	**119**
13	Hochschulen	-	-	-	-	1
14	Förderung für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende und dgl.	-	-	-	-	59
15	Sonstiges Bildungswesen	-	-	-	-	0
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	-	-	-	-	59
19	Übrige Bereiche aus 1	-	-	-	-	0
2	**Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik**	**-**	**-**	**-**	**-**	**2 790**
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	-	-	-	-	2 583
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. Ä.	-	-	-	-	65
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	-	-	-	-	87
25	Arbeitsmarktpolitik	-	-	-	-	10
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII	-	-	-	-	-
29	Übrige Bereiche aus 2	-	-	-	-	45
3	**Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung**	**-**	**-**	**-**	**242**	**404**
31	Gesundheitswesen	-	-	-	-	113
32	Sport	-	-	-	-	-
33	Umwelt- und Naturschutz	-	-	-	-	25
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	-	-	-	242	266
4	**Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste**	**-**	**-**	**-**	**-**	**456**
41	Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	-	-	-	-	452
42	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung, Städtebauförderung	-	-	-	-	0
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	-	-	-	-	4
5	**Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**	**-**	**-**	**-**	**-**	**37**
52	Landwirtschaft und Ernährung	-	-	-	-	26
522	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	-	-	-	-	4
529	Übrige Bereiche aus 52	-	-	-	-	23
599	Übrige Bereiche aus 5	-	-	-	-	11

Übersichten - Teil III: Haushaltsquerschnitt

A. Gliederung der Einnahmen nach Funktionen und Einnahmegruppen

Funktion/Aufgabenbereich		Schulden-aufnahmen bei Verwaltungen	Zuweisungen, Zuschüsse für Investitionen	Sonstige Vermögensübertragungen	Sonstige Einnahmen	Einnahmen zusammen
		Millionen €				
1		19	20	21	22	23
6	**Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen**	**-**	**-**	**-**	**355**	**6 434**
62	Wasserwirtschaft, Hochwasser- und Küstenschutz	-	-	-	-	-
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	-	-	-	-	975
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung	-	-	-	-	9
65	Handel und Tourismus	-	-	-	-	-
66	Geld- und Versicherungswesen	-	-	-	-	2 515
68	Sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen	-	-	-	355	2 676
69	Regionale Fördermaßnahmen	-	-	-	-	40
699	Übrige Bereiche aus 6	-	-	-	-	219
7	**Verkehrs- und Nachrichtenwesen**	**-**	**-**	**-**	**-**	**5 139**
72	Straßen	-	-	-	-	4 436
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	-	-	-	-	99
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	-	-	-	-	106
75	Luftfahrt	-	-	-	-	193
799	Übrige Bereiche aus 7	-	-	-	-	305
8	**Finanzwirtschaft**	**-**	**-**	**-**	**-**	**273 102**
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	-	-	-	-	2 966
82	Steuern und Finanzzuweisungen	-	-	-	-	269 920
83	Schulden	-	-	-	-	44
84	Beihilfen, Unterstützungen u. Ä.	-	-	-	-	-
88	Globalposten	-	-	-	-	-165
899	Übrige Bereiche aus 8	-	-	-	-	337
	Summe aller Hauptfunktionen	**-**	**-**	**-**	**597**	**291 782**

Übersichten - Teil III: Haushaltsquerschnitt

B. Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen

	Funktion/Aufgabenbereich	Personalausgaben	Sächliche Verwaltungsausgaben	Rüstungskäufe usw.	Zinsausgaben	Zuweisungen und Erstattungen mit Ausnahme für Investitionen an			
						Länder	Gemeinden	Sondervermögen	zusammen
		Millionen €							
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
0	**Allgemeine Dienste**	**25 060**	**9 698**	**9 966**	**-**	**953**	**7**	**383**	**1 343**
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	3 801	1 606	-	-	309	7	173	490
02	Auswärtige Angelegenheiten	549	199	-	-	3	-	-	3
03	Verteidigung (nur Bund)	15 239	5 872	9 966	-	384	0	206	591
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	2 483	1 218	-	-	133	-	2	135
05	Rechtsschutz	270	132	-	-	12	-	1	13
06	Finanzverwaltung	2 716	672	-	-	112	-	0	112
1	**Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten**	**516**	**952**	**-**	**-**	**1 859**	**-**	**6**	**1 865**
13	Hochschulen	12	10	-	-	20	-	-	20
14	Förderung für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende und dgl.	-	-	-	-	1 361	-	-	1 361
15	Sonstiges Bildungswesen	10	67	-	-	2	-	-	2
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	493	866	-	-	464	-	6	470
19	Übrige Bereiche aus 1	1	10	-	-	12	-	0	12
2	**Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik**	**180**	**253**	**-**	**-**	**10 814**	**-**	**-**	**10 814**
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	36	-	-	-	-	-	-	-
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. Ä.	-	-	-	-	795	-	-	795
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	-	3	-	-	623	-	-	623
25	Arbeitsmarktpolitik	1	79	-	-	3 900	-	-	3 900
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII	-	25	-	-	-	-	-	-
29	Übrige Bereiche aus 2	143	146	-	-	5 496	-	-	5 496
3	**Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung**	**355**	**457**	**-**	**-**	**7**	**-**	**5**	**12**
31	Gesundheitswesen	207	238	-	-	1	-	4	6
32	Sport	-	4	-	-	-	-	-	-
33	Umwelt- und Naturschutz	89	157	-	-	-	-	-	-
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	58	59	-	-	6	-	0	6
4	**Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste**	**-**	**12**	**-**	**-**	**-**	**-**	**-**	**-**
41	Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	-	2	-	-	-	-	-	-
42	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung, Städtebauförderung	-	10	-	-	-	-	-	-
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	-	-	-	-	-	-	-	-

Übersichten - Teil III: Haushaltsquerschnitt

B. Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen

Funktion/Aufgabenbereich		Personalausgaben	Sächliche Verwaltungsausgaben	Rüstungskäufe usw.	Zinsausgaben	Zuweisungen und Erstattungen mit Ausnahme für Investitionen an			
						Länder	Gemeinden	Sondervermögen	zusammen
		Millionen €							
1		2	3	4	5	6	7	8	9
5	**Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**	**15**	**220**	**-**	**-**	**195**	**-**	**-**	**195**
52	Landwirtschaft und Ernährung	-	211	-	-	195	-	-	195
522	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	-	103	-	-	-	-	-	-
529	Übrige Bereiche aus 52	-	108	-	-	195	-	-	195
599	Übrige Bereiche aus 5	15	9	-	-	-	-	-	-
6	**Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen**	**68**	**422**	**-**	**-**	**1**	**-**	**-**	**1**
62	Wasserwirtschaft, Hochwasser- und Küstenschutz	-	-	-	-	-	-	-	-
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	-	0	-	-	-	-	-	-
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung	-	35	-	-	-	-	-	-
65	Handel und Tourismus	-	313	-	-	-	-	-	-
66	Geld- und Versicherungswesen	-	11	-	-	-	-	-	-
68	Sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen	-	41	-	-	-	-	-	-
69	Regionale Fördermaßnahmen	-	9	-	-	1	-	-	1
699	Übrige Bereiche aus 6	68	11	-	-	-	-	-	-
7	**Verkehrs- und Nachrichtenwesen**	**1 019**	**1 953**	**-**	**-**	**140**	**-**	**8**	**148**
72	Straßen	-	898	-	-	137	-	-	137
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	547	284	-	-	3	-	1	3
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	-	5	-	-	-	-	-	-
75	Luftfahrt	58	25	-	-	0	-	1	1
799	Übrige Bereiche aus 7	413	741	-	-	-	-	5	5
8	**Finanzwirtschaft**	**1 327**	**328**	**25**	**28 840**	**0**	**-**	**6 240**	**6 240**
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	-	-	-	-	-	-	5 585	5 585
82	Steuern und Finanzzuweisungen	-	-	-	-	0	-	655	655
83	Schulden	-	3	-	28 840	-	-	-	-
84	Beihilfen, Unterstützungen u. Ä.	577	-	-	-	-	-	-	-
88	Globalposten	750	-	-	-	-	-	-	-
899	Übrige Bereiche aus 8	-	325	25	-	-	-	-	-
	Summe aller Hauptfunktionen	**28 539**	**14 296**	**9 991**	**28 840**	**13 969**	**7**	**6 641**	**20 617**

Übersichten - Teil III: Haushaltsquerschnitt

B. Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen

Funktion/Aufgabenbereich		Zuschüsse und Erstattungen mit Ausnahme für Investitionen				
		Renten, Unterstützungen usw.	an Unternehmen	an Sozialversicherungen	an Sonstige	zusammen
		Millionen €				
1		10	11	12	13	14
0	**Allgemeine Dienste**	**45**	**7 446**	**487**	**5 435**	**13 413**
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	2	7 189	169	230	7 590
02	Auswärtige Angelegenheiten	8	90	-	4 679	4 777
03	Verteidigung (nur Bund)	35	102	-	370	507
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	1	5	0	129	135
05	Rechtsschutz	0	3	-	25	28
06	Finanzverwaltung	-	58	318	2	378
1	**Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten**	**685**	**11 228**	**-**	**469**	**12 382**
13	Hochschulen	-	3 897	-	12	3 909
14	Förderung für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende und dgl.	678	417	-	4	1 100
15	Sonstiges Bildungswesen	-	104	-	7	112
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	1	6 319	-	408	6 727
19	Übrige Bereiche aus 1	7	490	-	38	535
2	**Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik**	**27 015**	**4 426**	**103 836**	**1 032**	**136 309**
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	116	-	99 549	-	99 665
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. Ä.	6 373	155	4	41	6 573
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	906	16	185	93	1 199
25	Arbeitsmarktpolitik	19 607	3 903	4 046	25	27 581
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII	-	-	-	325	325
29	Übrige Bereiche aus 2	13	352	52	549	966
3	**Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung**	**33**	**89**	**-**	**192**	**314**
31	Gesundheitswesen	33	4	-	45	82
32	Sport	-	-	-	116	116
33	Umwelt- und Naturschutz	-	31	-	31	62
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	0	54	-	1	55
4	**Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste**	**-**	**1**	**-**	**-**	**1**
41	Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	-	1	-	-	1
42	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung, Städtebauförderung	-	-	-	-	-
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	-	-	-	-	-
5	**Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**	**-**	**6**	**-**	**90**	**96**
52	Landwirtschaft und Ernährung	-	4	-	90	94
522	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	-	4	-	17	21
529	Übrige Bereiche aus 52	-	-	-	73	73
599	Übrige Bereiche aus 5	-	2	-	0	2

Übersichten - Teil III: Haushaltsquerschnitt

B. Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen

Funktion/Aufgabenbereich		Zuschüsse und Erstattungen mit Ausnahme für Investitionen				
		Renten, Unter-stützungen usw.	an Unterneh-men	an Sozial-versicherungen	an Sonstige	zusammen
		Millionen €				
1		10	11	12	13	14
6	**Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen**	**-**	**1 745**	**-**	**132**	**1 877**
62	Wasserwirtschaft, Hochwasser- und Küstenschutz	-	-	-	-	-
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	-	1 521	-	-	1 521
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung	-	224	-	32	256
65	Handel und Tourismus	-	-	-	62	62
66	Geld- und Versicherungswesen	-	-	-	-	-
68	Sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen	-	0	-	37	38
69	Regionale Fördermaßnahmen	-	0	-	-	0
699	Übrige Bereiche aus 6	-	-	-	-	-
7	**Verkehrs- und Nachrichtenwesen**	**0**	**414**	**8**	**528**	**950**
72	Straßen	-	6	-	-	6
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	0	59	8	0	67
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	-	74	-	-	74
75	Luftfahrt	0	-	-	126	126
799	Übrige Bereiche aus 7	-	275	-	402	677
8	**Finanzwirtschaft**	**0**	**-**	**-**	**-**	**0**
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	-	-	-	-	-
82	Steuern und Finanzzuweisungen	-	-	-	-	-
83	Schulden	-	-	-	-	-
84	Beihilfen, Unterstützungen u. Ä.	-	-	-	-	-
88	Globalposten	-	-	-	-	-
899	Übrige Bereiche aus 8	0	-	-	-	0
	Summe aller Hauptfunktionen	**27 779**	**25 356**	**104 331**	**7 878**	**165 344**

Übersichten - Teil III: Haushaltsquerschnitt

B. Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen

Funktion/Aufgabenbereich		Schuldendiensthilfen an			
		Verwaltungen		andere Bereiche	zusammen
		Länder	Gemeinden und Sonstige		
		Millionen €			
1		15	16	17	18
0	**Allgemeine Dienste**	**-**	**-**	**-**	**-**
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	-	-	-	-
02	Auswärtige Angelegenheiten	-	-	-	-
03	Verteidigung (nur Bund)	-	-	-	-
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	-	-	-	-
05	Rechtsschutz	-	-	-	-
06	Finanzverwaltung	-	-	-	-
1	**Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten**	**-**	**-**	**196**	**196**
13	Hochschulen	-	-	-	-
14	Förderung für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende und dgl.	-	-	196	196
15	Sonstiges Bildungswesen	-	-	-	-
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	-	-	-	-
19	Übrige Bereiche aus 1	-	-	-	-
2	**Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik**	**-**	**-**	**1**	**1**
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	-	-	-	-
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. Ä.	-	-	-	-
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	-	-	-	-
25	Arbeitsmarktpolitik	-	-	-	-
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII	-	-	-	-
29	Übrige Bereiche aus 2	-	-	1	1
3	**Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung**	**-**	**-**	**-**	**-**
31	Gesundheitswesen	-	-	-	-
32	Sport	-	-	-	-
33	Umwelt- und Naturschutz	-	-	-	-
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	-	-	-	-
4	**Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste**	**-**	**-**	**806**	**806**
41	Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	-	-	806	806
42	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung, Städtebauförderung	-	-	-	-
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	-	-	-	-
5	**Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**	**-**	**-**	**9**	**9**
52	Landwirtschaft und Ernährung	-	-	9	9
522	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	-	-	9	9
529	Übrige Bereiche aus 52	-	-	-	-
599	Übrige Bereiche aus 5	-	-	-	-

Übersichten - Teil III: Haushaltsquerschnitt

B. Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen

Funktion/Aufgabenbereich		Schuldendiensthilfen an			
		Verwaltungen		andere Bereiche	zusammen
		Länder	Gemeinden und Sonstige		
		Millionen €			
1		15	16	17	18
6	**Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen**	**-**	**-**	**86**	**86**
62	Wasserwirtschaft, Hochwasser- und Küstenschutz	-	-	-	-
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	-	-	70	70
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung	-	-	-	-
65	Handel und Tourismus	-	-	-	-
66	Geld- und Versicherungswesen	-	-	-	-
68	Sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen	-	-	16	16
69	Regionale Fördermaßnahmen	-	-	0	0
699	Übrige Bereiche aus 6	-	-	-	-
7	**Verkehrs- und Nachrichtenwesen**	**-**	**-**	**-**	**-**
72	Straßen	-	-	-	-
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	-	-	-	-
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	-	-	-	-
75	Luftfahrt	-	-	-	-
799	Übrige Bereiche aus 7	-	-	-	-
8	**Finanzwirtschaft**	**-**	**-**	**-**	**-**
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	-	-	-	-
82	Steuern und Finanzzuweisungen	-	-	-	-
83	Schulden	-	-	-	-
84	Beihilfen, Unterstützungen u. Ä.	-	-	-	-
88	Globalposten	-	-	-	-
899	Übrige Bereiche aus 8	-	-	-	-
	Summe aller Hauptfunktionen	**-**	**-**	**1 098**	**1 098**

Übersichten - Teil III: Haushaltsquerschnitt

B. Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen

Funktion/Aufgabenbereich		Baumaßnahmen	Erwerb von beweglichem Vermögen	Erwerb von unbeweglichem Vermögen	Beteiligungen	Darlehen an Verwaltungen: Länder	Darlehen an Verwaltungen: Gemeinden und Sonstige	Darlehen an andere Bereiche: Sozialversicherung	Darlehen an andere Bereiche: Sonstige	Darlehen an: zusammen
		Millionen €								
1		19	20	21	22	23	24	25	26	27
0	**Allgemeine Dienste....................**	**270**	**709**	**17**	**4 343**	**-**	**-**	**-**	**388**	**388**
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung..................................	82	154	0	-	-	-	-	-	-
02	Auswärtige Angelegenheiten........	98	11	14	4 343	-	-	-	388	388
03	Verteidigung (nur Bund)...............	3	136	3	-	-	-	-	-	-
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung..	68	285	-	-	-	-	-	-	-
05	Rechtsschutz...............................	17	16	-	-	-	-	-	-	-
06	Finanzverwaltung.........................	2	108	-	-	-	-	-	-	-
1	**Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten...................................**	**63**	**76**	**-**	**-**	**-**	**-**	**-**	**-**	**-**
13	Hochschulen................................	-	1	-	-	-	-	-	-	-
14	Förderung für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende und dgl.........	-	-	-	-	-	-	-	-	-
15	Sonstiges Bildungswesen............	0	0	-	-	-	-	-	-	-
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen.......................................	63	74	-	-	-	-	-	-	-
19	Übrige Bereiche aus 1.................	-	1	-	-	-	-	-	-	-
2	**Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik......**	**2**	**6**	**-**	**-**	**1**	**-**	**-**	**0**	**1**
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung................	-	-	-	-	-	-	-	-	-
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. Ä...	-	-	-	-	-	-	-	-	-
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen..	2	-	-	-	1	-	-	0	1
25	Arbeitsmarktpolitik.......................	-	-	-	-	-	-	-	-	-
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII...............................	-	-	-	-	-	-	-	-	-
29	Übrige Bereiche aus 2.................	0	6	-	-	-	-	-	-	-
3	**Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung...................................**	**460**	**22**	**-**	**-**	**-**	**-**	**-**	**-**	**-**
31	Gesundheitswesen.......................	44	13	-	-	-	-	-	-	-
32	Sport...	-	-	-	-	-	-	-	-	-
33	Umwelt- und Naturschutz............	0	6	-	-	-	-	-	-	-
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz..	415	3	-	-	-	-	-	-	-

Übersichten - Teil III: Haushaltsquerschnitt

B. Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen

Funktion/Aufgabenbereich	Baumaßnahmen	Erwerb von beweglichem Vermögen	Erwerb von unbeweglichem Vermögen	Beteiligungen	Darlehen an Verwaltungen: Länder	Darlehen an Verwaltungen: Gemeinden und Sonstige	Darlehen an andere Bereiche: Sozialversicherung	Darlehen an andere Bereiche: Sonstige	Darlehen an: zusammen
	Millionen €								
1	19	20	21	22	23	24	25	26	27
4 Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	**-**	**-**	**-**	**-**	**-**	**-**	**-**	**4**	**4**
41 Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	-	-	-	-	-	-	-	4	4
42 Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung, Städtebauförderung	-	-	-	-	-	-	-	-	-
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	-	-	-	-	-	-	-	-	-
5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	**-**	**1**	**-**	**1**	**-**	**-**	**-**	**-**	**-**
52 Landwirtschaft und Ernährung	-	-	-	1	-	-	-	-	-
522 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
529 Übrige Bereiche aus 52	-	-	-	1	-	-	-	-	-
599 Übrige Bereiche aus 5	-	1	-	-	-	-	-	-	-
6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	**0**	**1**	**-**	**-**	**-**	**-**	**-**	**1 200**	**1 200**
62 Wasserwirtschaft, Hochwasser- und Küstenschutz	-	-	-	-	-	-	-	-	-
63 Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	-	-	-	-	-	-	-	-	-
64 Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung	-	-	-	-	-	-	-	-	-
65 Handel und Tourismus	-	-	-	-	-	-	-	-	-
66 Geld- und Versicherungswesen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
68 Sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen	-	-	-	-	-	-	-	1 200	1 200
69 Regionale Fördermaßnahmen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
699 Übrige Bereiche aus 6	0	1	-	-	-	-	-	-	-
7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	**5 485**	**174**	**524**	**142**	**-**	**-**	**-**	**1**	**1**
72 Straßen	4 395	57	524	-	-	-	-	-	-
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	817	66	-	-	-	-	-	-	-
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	-	-	-	-	-	-	-	-	-
75 Luftfahrt	-	1	-	142	-	-	-	1	1
799 Übrige Bereiche aus 7	272	49	-	-	-	-	-	-	-

Übersichten - Teil III: Haushaltsquerschnitt

B. Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen

Funktion/Aufgabenbereich		Baumaßnahmen	Erwerb von beweglichem Vermögen	Erwerb von unbeweglichem Vermögen	Beteiligungen	Darlehen an Verwaltungen: Länder	Darlehen an Verwaltungen: Gemeinden und Sonstige	Darlehen an andere Bereiche: Sozialversicherung	Darlehen an andere Bereiche: Sonstige	Darlehen zusammen
		Millionen €								
1		19	20	21	22	23	24	25	26	27
8	**Finanzwirtschaft........................**	**-**	**-**	**-**	**-**	**-**	**-**	**-**	**-**	**-**
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen.........................	-	-	-	-	-	-	-	-	-
82	Steuern und Finanzzuweisungen.	-	-	-	-	-	-	-	-	-
83	Schulden......................................	-	-	-	-	-	-	-	-	-
84	Beihilfen, Unterstützungen u. Ä....	-	-	-	-	-	-	-	-	-
88	Globalposten................................	-	-	-	-	-	-	-	-	-
899	Übrige Bereiche aus 8........................	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Summe aller Hauptfunktionen...	**6 280**	**989**	**541**	**4 486**	**1**	**-**	**-**	**1 593**	**1 594**

Übersichten - Teil III: Haushaltsquerschnitt

B. Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen

Funktion/Aufgabenbereich		Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen an				
		Verwaltung		andere Bereiche		zusammen
		Länder	Gemeinden und Sonstige	Sozialversicherung	Sonstige	
		Millionen €				
1		28	29	30	31	32
0	**Allgemeine Dienste**	**1**	**5**	**-**	**4 174**	**4 180**
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	-	-	-	57	57
02	Auswärtige Angelegenheiten	-	-	-	4 060	4 060
03	Verteidigung (nur Bund)	1	3	-	32	35
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	-	2	-	25	27
05	Rechtsschutz	-	-	-	-	-
06	Finanzverwaltung	-	-	-	0	0
1	**Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten**	**1 092**	**-**	**-**	**2 043**	**3 135**
13	Hochschulen	993	-	-	0	993
14	Förderung für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende und dgl.	-	-	-	1	1
15	Sonstiges Bildungswesen	-	-	-	70	70
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	99	-	-	1 846	1 944
19	Übrige Bereiche aus 1	-	-	-	127	127
2	**Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik**	**3**	**-**	**-**	**10**	**13**
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	-	-	-	-	-
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. Ä.	-	-	-	0	0
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	-	-	-	6	6
25	Arbeitsmarktpolitik	-	-	-	-	-
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII	3	-	-	-	3
29	Übrige Bereiche aus 2	-	-	-	4	4
3	**Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung**	**30**	**-**	**-**	**357**	**386**
31	Gesundheitswesen	-	-	-	9	9
32	Sport	16	-	-	-	16
33	Umwelt- und Naturschutz	14	-	-	340	354
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	-	-	-	8	8
4	**Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste**	**1 019**	**-**	**-**	**340**	**1 359**
41	Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	518	-	-	339	857
42	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung, Städtebauförderung	496	-	-	1	497
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	5	-	-	-	5
5	**Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**	**370**	**-**	**-**	**47**	**417**
52	Landwirtschaft und Ernährung	370	-	-	46	416
522	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	-	-	-	-	-
529	Übrige Bereiche aus 52	370	-	-	46	416
599	Übrige Bereiche aus 5	-	-	-	1	1

Übersichten - Teil III: Haushaltsquerschnitt

B. Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen

Funktion/Aufgabenbereich		Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen an				
		Verwaltung		andere Bereiche		zusammen
		Länder	Gemeinden und Sonstige	Sozial-versiche-rung	Sonstige	
		Millionen €				
1		28	29	30	31	32
6	**Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen**	**608**	**-**	**-**	**101**	**709**
62	Wasserwirtschaft, Hochwasser- und Küsten-schutz	25	-	-	-	25
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Bau-gewerbe	-	-	-	30	30
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung	-	-	-	52	52
65	Handel und Tourismus	-	-	-	-	-
66	Geld- und Versicherungswesen	-	-	-	-	-
68	Sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienst-leistungen	-	-	-	10	10
69	Regionale Fördermaßnahmen	583	-	-	10	593
699	Übrige Bereiche aus 6	-	-	-	-	-
7	**Verkehrs- und Nachrichtenwesen**	**1 575**	**61**	**-**	**4 384**	**6 021**
72	Straßen	1 353	61	-	3	1 418
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	-	-	-	-	-
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennah-verkehr	222	-	-	4 252	4 474
75	Luftfahrt	-	-	-	-	-
799	Übrige Bereiche aus 7	-	-	-	129	129
8	**Finanzwirtschaft**	**38**	**-**	**-**	**-**	**38**
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermö-gen	-	-	-	-	-
82	Steuern und Finanzzuweisungen	38	-	-	-	38
83	Schulden	-	-	-	-	-
84	Beihilfen, Unterstützungen u. Ä.	-	-	-	-	-
88	Globalposten	-	-	-	-	-
899	Übrige Bereiche aus 8	-	-	-	-	-
	Summe aller Hauptfunktionen	**4 736**	**66**	**-**	**11 456**	**16 258**

Übersichten - Teil III: Haushaltsquerschnitt

B. Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen

Funktion/Aufgabenbereich		Sonstige Vermögensübertragungen an: Verwaltungen: Länder	Sonstige Vermögensübertragungen an: Verwaltungen: Gemeinden und Sonstige	Sonstige Vermögensübertragungen an: andere Bereiche	Sonstige Vermögensübertragungen an: Zusammen	Sonstige Ausgaben	Ausgaben zusammen
		Millionen €					
	1	33	34	35	36	37	38
0	**Allgemeine Dienste**	**-**	**-**	**15**	**15**	**-**	**69 404**
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	-	-	-	-	-	13 780
02	Auswärtige Angelegenheiten	-	-	1	1	-	14 445
03	Verteidigung (nur Bund)	-	-	15	15	-	32 366
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	-	-	-	-	-	4 350
05	Rechtsschutz	-	-	-	-	-	476
06	Finanzverwaltung	-	-	-	-	-	3 987
1	**Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten**	**-**	**-**	**-**	**-**	**-**	**19 185**
13	Hochschulen	-	-	-	-	-	4 945
14	Förderung für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende und dgl.	-	-	-	-	-	2 658
15	Sonstiges Bildungswesen	-	-	-	-	-	260
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	-	-	-	-	-	10 638
19	Übrige Bereiche aus 1	-	-	-	-	-	684
2	**Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik**	**-**	**-**	**583**	**583**	**-**	**148 162**
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	-	-	-	-	-	99 701
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. Ä.	-	-	-	-	-	7 368
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	-	-	465	465	-	2 299
25	Arbeitsmarktpolitik	-	-	118	118	-	31 679
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII	-	-	-	-	-	353
29	Übrige Bereiche aus 2	-	-	-	-	-	6 762
3	**Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung**	**-**	**-**	**-**	**-**	**-**	**2 006**
31	Gesundheitswesen	-	-	-	-	-	599
32	Sport	-	-	-	-	-	135
33	Umwelt- und Naturschutz	-	-	-	-	-	668
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	-	-	-	-	-	604
4	**Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste**	**-**	**-**	**-**	**-**	**-**	**2 182**
41	Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	-	-	-	-	-	1 670
42	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung, Städtebauförderung	-	-	-	-	-	508
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	-	-	-	-	-	5

Übersichten - Teil III: Haushaltsquerschnitt

B. Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen

Funktion/Aufgabenbereich		Sonstige Vermögensübertragungen an				Sonstige Ausgaben	Ausgaben zusammen
		Verwaltungen		andere Bereiche	Zusammen		
		Länder	Gemeinden und Sonstige				
		Millionen €					
1		33	34	35	36	37	38
5	**Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**	**-**	**-**	**-**	**-**	**-**	**954**
52	Landwirtschaft und Ernährung	-	-	-	-	-	926
522	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	-	-	-	-	-	133
529	Übrige Bereiche aus 52	-	-	-	-	-	793
599	Übrige Bereiche aus 5	-	-	-	-	-	28
6	**Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen**	**-**	**-**	**30**	**30**	**-**	**4 395**
62	Wasserwirtschaft, Hochwasser- und Küstenschutz	-	-	-	-	-	25
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	-	-	-	-	-	1 621
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung	-	-	-	-	-	343
65	Handel und Tourismus	-	-	-	-	-	376
66	Geld- und Versicherungswesen	-	-	30	30	-	41
68	Sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen	-	-	-	-	-	1 305
69	Regionale Fördermaßnahmen	-	-	-	-	-	603
699	Übrige Bereiche aus 6	-	-	-	-	-	80
7	**Verkehrs- und Nachrichtenwesen**	**-**	**-**	**-**	**-**	**-**	**16 415**
72	Straßen	-	-	-	-	-	7 435
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	-	-	-	-	-	1 785
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	-	-	-	-	-	4 553
75	Luftfahrt	-	-	-	-	-	355
799	Übrige Bereiche aus 7	-	-	-	-	-	2 287
8	**Finanzwirtschaft**	**-**	**-**	**-**	**-**	**-1 000**	**35 798**
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	-	-	-	-	-	5 585
82	Steuern und Finanzzuweisungen	-	-	-	-	-	693
83	Schulden	-	-	-	-	-	28 843
84	Beihilfen, Unterstützungen u. Ä.	-	-	-	-	-	577
88	Globalposten	-	-	-	-	-1 000	-250
899	Übrige Bereiche aus 8	-	-	-	-	-	351
	Summe aller Hauptfunktionen	**-**	**-**	**628**	**628**	**-1 000**	**298 500**

Übersichten - Teil IV:

Übersicht über die den Haushalt in Einnahmen und Ausgaben durchlaufenden Posten

Einnahmen		Ausgaben	
Kapitel Titel Zweckbestimmung	Ist 2012 1 000 €	Kapitel Titel Zweckbestimmung	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4
Epl. 08 - Bundesministerium der Finanzen			
Kap. 0801 Tit. 382 01 Rückforderung von Lastenausgleich nach § 349 LAG	6 386	Kap. 0801 Tit. 982 11 Abführung der Rückforderungen nach § 349 LAG an den Entschädigungsfonds	6 386
Kap. 0802 Tit. 382 01 Leistungen der Entsendestreitkräfte	91 271	Kap. 0802 Tit. 982 01 Zahlung von Mieten, Pachten, Nutzungsentgelten und Bewirtschaftungskosten an Dritte für Liegenschaften, die für die Entsendestreitkräfte angemietet wurden	94 010
Summe	97 657	Summe	100 396
Epl. 09 - Bundesministerium für Wirtschaft und Energie			
Kap. 0918 Tit. 382 01 Einnahmen von Gebühren für die Energieregulierung im Auftrag der Länder und von Ausgleichsabgaben nach dem Postgesetz und von Abgaben zugunsten eines Vermittlungsdienstes für Hörgeschädigte	2 197	Kap. 0918 Tit. 982 01 Erstattungen von Gebühren für die Energieregulierung an die Länder und Ausgleichsleistungen nach dem Postgesetz und Leistungen an einen Vermittlungsdienst für Hörgeschädigte	2 197
Summe	2 197	Summe	2 197
Epl. 10 - Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft			
Kap. 1010 Tit. 382 07 Einnahmen aus der Abgabe der Mühlen gemäß § 12 des Mühlenstrukturgesetzes	-	Kap. 1010 Tit. 982 01 Kosten der Stilllegung von Mühlen, der Abfindungen für Ostmüller und anderer Maßnahmen gemäß § 12 des Mühlenstrukturgesetzes	-
Summe	-	Summe	-
Epl. 12 - Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur			
Kap. 1203 Tit. 382 07 Lotsgeld, Entgelte der Kanalsteurer auf dem Nord-Ostsee-Kanal	165 450	Kap. 1203 Tit. 982 07 Durchleitung von Fremdgeldern	170 270
Kap. 1203 Tit. 382 08 Befahrungsabgaben, die für Dritte erhoben werden	4 798		
Summe	170 248	Summe	170 270
Epl. 14 - Bundesministerium der Verteidigung			
Kap. 1403 Tit. 382 01 Einnahmen aus der Bewirtschaftung der Mannschafts-, Unteroffiziers- und Offiziersheime, der Verkaufsstellen sowie aus der Durchführung der Tage der offenen Tür und sonstiger Veranstaltungen	4 630	Kap. 1403 Tit. 982 01 Betreuungsmaßnahmen aus abgeführten Einnahmen, Überschüsse aus der Durchführung der Tage der offenen Tür und sonstiger Veranstaltungen	4 575
Summe	4 630	Summe	4 575
Gesamtsumme	**274 732**	**Gesamtsumme**	**277 438**

Übersichten - Teil V: Personalübersicht

A. Übersicht über die Planstellen der Beamtinnen und Beamten

ohne Leerstellen im Bundeshaushaltsplan 2014

a) = oberste Bundesbehörden
b) = nachgeordneter Bereich

Differenzen durch Rundung

Epl.	Geschäftsbereich	Gesamtzahl der Planstellen	in den Besoldungsgruppen											
			Besoldungsordnung B											
			zus.	B 11	B 10	B 9	B 8	B 7	B 6	B 5	B 4	B 3	B 2	B 1
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
01	Bundespräsident und Bundespräsidialamt................ a)	**97**	**19**	**1**	**-**	**3**	**-**	**-**	**2**	**-**	**-**	**13**	**-**	**-**
	Büro der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz.... a)	**8**	**2**	**-**	**-**	**-**	**-**	**-**	**1**	**-**	**-**	**1**	**-**	**-**
02	Deutscher Bundestag... a)	**1 401**	**81**	**1**	**-**	**4**	**-**	**-**	**14**	**-**	**-**	**62**	**-**	**-**
	davon Ersatzplanstellen	(2)												
	Der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages.. a)	**34**	**3**	**-**	**-**	**-**	**-**	**-**	**1**	**-**	**-**	**2**	**-**	**-**
03	Bundesrat... a)	**113**	**13**	**1**	**-**	**1**	**-**	**-**	**3**	**-**	**-**	**8**	**-**	**-**
04	Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt................. a)	**335**	**65**	**1**	**-**	**7**	**-**	**-**	**21**	**-**	**-**	**36**	**-**	**-**
	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung.. a)	**189**	**24**	**1**	**2**	**3**	**-**	**-**	**5**	**-**	**-**	**13**	**-**	**-**
	davon Ersatzplanstellen	(3)												
	Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien.. a)	**167**	**21**	**-**	**-**	**1**	**-**	**-**	**4**	**-**	**-**	**16**	**-**	**-**
	davon Ersatzplanstellen	(2)												
	nachgeordneter Bereich b)	621	9	-	-	-	-	-	2	-	-	2	5	-
	davon Ersatzplanstellen	(4)												
05	Auswärtiges Amt.. a)	**4 305**	**292**	**2**	**-**	**33**	**-**	**-**	**81**	**-**	**-**	**176**	**-**	**-**
	davon Ersatzplanstellen	(31)	(2)									(2)		
	nachgeordneter Bereich b)	98	13	-	-	-	-	-	1	-	-	12	-	-
06	Bundesministerium des Innern................................. a)	**1 167**	**121**	**2**	**-**	**11**	**-**	**-**	**23**	**1**	**-**	**84**	**-**	**-**
	davon Ersatzplanstellen	(28)	(2)									(2)		
	nachgeordneter Bereich b)	40 461	93	-	-	3	2	-	10	6	9	41	22	-
	davon Ersatzplanstellen	(53)												
07	Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz... a)	**680**	**73**	**2**	**-**	**6**	**-**	**-**	**15**	**-**	**-**	**50**	**-**	**-**
	davon Ersatzplanstellen	(5)												
	nachgeordneter Bereich b)	1 972	13	-	-	-	1	-	1	-	1	6	4	-
	davon Ersatzplanstellen	(4)												
08	Bundesministerium der Finanzen............................. a)	**1 432**	**155**	**3**	**-**	**10**	**-**	**-**	**27**	**1**	**-**	**114**	**-**	**-**
	davon Ersatzplanstellen	(20)												
	nachgeordneter Bereich b)	36 021	45	-	-	-	-	-	10	-	1	11	23	-
	davon Ersatzplanstellen	(83)												
09	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie......... a)	**1 085**	**140**	**3**	**-**	**9**	**-**	**-**	**31**	**-**	**-**	**97**	**-**	**-**
	davon Ersatzplanstellen	(18)	(1)									(1)		
	nachgeordneter Bereich b)	4 312	193	-	-	-	2	3	3	-	2	56	74	53
	davon Ersatzplanstellen	(79)												
10	Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft.. a)	**693**	**76**	**1**	**-**	**6**	**-**	**-**	**15**	**-**	**-**	**54**	**-**	**-**
	davon Ersatzplanstellen	(5)	(1)									(1)		
	nachgeordneter Bereich b)	866	120	-	-	-	-	-	4	-	2	27	32	55
	davon Ersatzplanstellen	(1)												
11	Bundesministerium für Arbeit und Soziales............... a)	**848**	**81**	**2**	**-**	**7**	**-**	**-**	**17**	**-**	**-**	**55**	**-**	**-**
	davon Ersatzplanstellen	(16)	(1)									(1)		
	nachgeordneter Bereich b)	627	28	-	-	1	-	-	2	-	-	-	15	10
	davon Ersatzplanstellen	(10)	(1)										(1)	
12	Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur... a)	**908**	**99**	**2**	**-**	**10**	**-**	**-**	**20**	**-**	**-**	**67**	**-**	**-**
	davon Ersatzplanstellen	(7)												
	nachgeordneter Bereich b)	7 144	58	-	-	-	-	-	5	9	-	11	26	7
	davon Ersatzplanstellen	(32)												
14	Bundesministerium der Verteidigung........................ a)	**1 193**	**106**	**2**	**-**	**5**	**-**	**1**	**21**	**-**	**-**	**77**	**-**	**-**
	nachgeordneter Bereich b)	24 521	142	-	-	3	-	7	10	3	15	39	65	-

Übersichten - Teil V: Personalübersicht

A. Übersicht über die Planstellen der Beamtinnen und Beamten

ohne Leerstellen im Bundeshaushaltsplan 2014

a) = oberste Bundesbehörden
b) = nachgeordneter Bereich

Differenzen durch Rundung

Epl.	Geschäftsbereich	Gesamtzahl der Planstellen	in den Besoldungsgruppen – Besoldungsordnung B: zus.	B 11	B 10	B 9	B 8	B 7	B 6	B 5	B 4	B 3	B 2	B 1
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
15	Bundesministerium für Gesundheit........................... a)	**366**	**55**	**2**	**-**	**5**	**-**	**-**	**11**	**-**	**-**	**37**	**-**	**-**
	davon Ersatzplanstellen	(2)												
	nachgeordneter Bereich b)	623	116	-	-	-	-	3	-	-	2	3	31	77
	davon Ersatzplanstellen	(2)												
16	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit.. a)	**646**	**76**	**2**	**-**	**6**	**-**	**-**	**17**	**-**	**-**	**51**	**-**	**-**
	davon Ersatzplanstellen	(8)												
	nachgeordneter Bereich b)	1 400	101	-	-	-	2	1	1	1	2	12	39	43
	davon Ersatzplanstellen	(9)												
17	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend... a)	**315**	**43**	**1**	**-**	**5**	**-**	**-**	**12**	**-**	**-**	**25**	**-**	**-**
	davon Ersatzplanstellen	(8)												
	nachgeordneter Bereich b)	365	3	-	-	-	-	-	1	-	-	2	-	-
	davon Ersatzplanstellen	(2)												
19	Bundesverfassungsgericht....................................... a)	**87**	**4**	**-**	**-**	**1**	**-**	**-**	**-**	**-**	**-**	**3**	**-**	**-**
	davon Ersatzplanstellen	(2)												
20	Bundesrechnungshof... a)	**668**	**66**	**1**	**-**	**1**	**-**	**-**	**10**	**-**	**-**	**54**	**-**	**-**
	davon Ersatzplanstellen	(2)												
	nachgeordneter Bereich b)	523	5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	5	-
23	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.. a)	**551**	**53**	**1**	**-**	**4**	**-**	**-**	**13**	**-**	**-**	**35**	**-**	**-**
	davon Ersatzplanstellen	(7)												
30	Bundesministerium für Bildung und Forschung......... a)	**625**	**74**	**2**	**-**	**8**	**-**	**-**	**15**	**-**	**-**	**49**	**-**	**-**
	davon Ersatzplanstellen	(9)												
	nachgeordneter Bereich b)	8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Summe oberste Bundesbehörden............................ a)	**17 908**	**1 742**	**33**	**2**	**146**	**-**	**1**	**379**	**2**	**-**	**1 179**	**-**	**-**
	davon Ersatzplanstellen	(172)	(7)									(7)		
	Summe nachgeordneter Bereich.............................. b)	119 559	938	-	-	7	7	14	50	19	34	222	341	245
	davon Ersatzplanstellen	(277)	(1)										(1)	
	Insgesamt...	137 467	2 680	33	2	153	7	15	429	21	34	1 401	341	245
	davon Ersatzplanstellen	(449)	(8)									(7)	(1)	

Übersichten - Teil V: Personalübersicht

A. Übersicht über die Planstellen der Beamtinnen und Beamten

ohne Leerstellen im Bundeshaushaltsplan 2014

a) = oberste Bundesbehörden
b) = nachgeordneter Bereich

Differenzen durch Rundung

Epl.	Geschäftsbereich	Gesamtzahl der Planstellen	in den Besoldungsgruppen – Besoldungsordnung A – höherer Dienst					gehobener Dienst						
			zus.	A 16	A 15	A 14	A 13h	zus.	A 13g +Z	A 13g	A 12	A 11	A 10	A 9g
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
01	Bundespräsident und Bundespräsidialamt...... a)	**97**	**21**	**8**	**8**	**5**	**-**	**29**	**1**	**19**	**7**	**1**	**1**	**-**
	Büro der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz...... a)	**8**	**2**	**1**	**1**	**-**	**-**	**3**	**-**	**2**	**1**	**-**	**-**	**-**
02	Deutscher Bundestag...... a)	**1 401**	**328**	**60**	**171**	**73**	**25**	**360**	**5**	**187**	**94**	**52**	**14**	**9**
	davon Ersatzplanstellen	(2)						(2)				(2)		
	Der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages...... a)	**34**	**16**	**4**	**7**	**5**	**-**	**12**	**-**	**7**	**3**	**2**	**-**	**-**
03	Bundesrat...... a)	**113**	**27**	**5**	**12**	**7**	**3**	**28**	**-**	**17**	**10**	**1**	**-**	**-**
04	Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt...... a)	**335**	**136**	**26**	**78**	**29**	**3**	**75**	**-**	**52**	**16**	**5**	**2**	**-**
	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung...... a)	**189**	**62**	**11**	**29**	**14**	**8**	**69**	**-**	**27**	**13**	**20**	**4**	**5**
	davon Ersatzplanstellen	(3)						(3)				(3)		
	Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien...... a)	**167**	**51**	**11**	**17**	**12**	**11**	**72**	**-**	**36**	**10**	**11**	**10**	**5**
	davon Ersatzplanstellen	(2)	(1)		(1)									
	nachgeordneter Bereich b)	621	109	10	31	48	20	296	-	35	59	142	23	37
	davon Ersatzplanstellen	(4)	(1)				(1)	(1)						(1)
05	Auswärtiges Amt...... a)	**4 305**	**1 235**	**205**	**487**	**324**	**219**	**1 518**	**-**	**571**	**288**	**278**	**211**	**171**
	davon Ersatzplanstellen	(31)	(16)	(1)	(8)	(3)	(4)	(10)		(5)		(3)	(1)	(1)
	nachgeordneter Bereich b)	98	50	-	13	21	16	35	-	4	4	11	11	5
06	Bundesministerium des Innern...... a)	**1 167**	**447**	**42**	**207**	**129**	**70**	**418**	**-**	**253**	**89**	**51**	**20**	**6**
	davon Ersatzplanstellen	(28)	(14)		(5)	(4)	(5)	(8)		(1)	(1)	(6)		
	nachgeordneter Bereich b)	40 461	1 987	155	566	772	494	17 937	4	1 335	2 543	4 635	5 749	3 671
	davon Ersatzplanstellen	(53)	(10)	(1)	(2)		(7)	(25)		(2)	(6)	(3)	(10)	(5)
07	Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz...... a)	**680**	**153**	**22**	**110**	**21**	**-**	**217**	**6**	**108**	**68**	**25**	**7**	**4**
	davon Ersatzplanstellen	(5)	(1)	(1)				(3)			(1)	(1)	(1)	
	nachgeordneter Bereich b)	1 972	1 064	49	823	96	96	589	-	126	178	254	13	20
	davon Ersatzplanstellen	(4)						(3)		(1)		(2)		(1)
08	Bundesministerium der Finanzen...... a)	**1 432**	**530**	**48**	**275**	**152**	**55**	**539**	**2**	**350**	**123**	**53**	**12**	**-**
	davon Ersatzplanstellen	(20)	(8)		(2)	(1)	(5)	(11)		(4)	(1)	(5)	(1)	
	nachgeordneter Bereich b)	36 021	876	58	271	376	171	13 049	1	1 481	2 651	3 713	3 166	2 038
	davon Ersatzplanstellen	(83)	(9)		(1)	(3)	(5)	(42)		(10)	(6)	(14)	(8)	(4)
09	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie...... a)	**1 085**	**456**	**52**	**214**	**123**	**68**	**321**	**2**	**201**	**67**	**39**	**12**	**1**
	davon Ersatzplanstellen	(18)	(9)		(5)	(1)	(3)	(6)		(1)	(1)	(4)		
	nachgeordneter Bereich b)	4 312	1 340	117	372	623	228	1 508	31	278	527	501	148	24
	davon Ersatzplanstellen	(79)	(9)	(1)	(3)	(2)	(3)	(34)				(11)	(22)	(1)
10	Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft...... a)	**693**	**280**	**27**	**154**	**80**	**19**	**194**	**5**	**123**	**43**	**16**	**6**	**1**
	davon Ersatzplanstellen	(5)	(2)		(1)	(1)								
	nachgeordneter Bereich b)	866	600	8	138	307	147	107	-	15	23	43	19	7
	davon Ersatzplanstellen	(1)	(1)				(1)							
11	Bundesministerium für Arbeit und Soziales.... a)	**848**	**329**	**41**	**145**	**95**	**48**	**303**	**4**	**161**	**65**	**32**	**34**	**7**
	davon Ersatzplanstellen	(16)	(8)		(5)	(2)	(1)	(7)				(6)	(1)	
	nachgeordneter Bereich b)	627	234	8	91	98	38	346	-	103	153	72	11	8
	davon Ersatzplanstellen	(10)	(2)				(2)	(7)				(4)	(3)	

Übersichten - Teil V: Personalübersicht

A. Übersicht über die Planstellen der Beamtinnen und Beamten

ohne Leerstellen im Bundeshaushaltsplan 2014

a) = oberste Bundesbehörden
b) = nachgeordneter Bereich

Differenzen durch Rundung

Epl.	Geschäftsbereich	Gesamt-zahl der Planstel-len	in den Besoldungsgruppen											
			Besoldungsordnung A											
			höherer Dienst					gehobener Dienst						
			zus.	A 16	A 15	A 14	A 13h	zus.	A 13g +Z	A 13g	A 12	A 11	A 10	A 9g
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
12	Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur.. a)	**908**	**413**	**41**	**209**	**114**	**49**	**296**	**16**	**172**	**67**	**34**	**3**	**4**
	davon Ersatzplanstellen	(7)	(4)		(2)	(1)	(2)	(3)				(3)		
	nachgeordneter Bereich b)	7 144	1 518	97	404	702	315	2 851	62	508	887	956	363	76
	davon Ersatzplanstellen	(32)	(11)			(2)	(9)	(11)			(1)	(1)	(6)	(3)
14	Bundesministerium der Verteidigung.............. a)	**1 193**	**397**	**28**	**297**	**72**	**-**	**339**	**10**	**233**	**67**	**21**	**8**	**-**
	nachgeordneter Bereich b)	24 521	3 962	276	1 170	1 875	641	9 036	85	1 065	2 309	3 279	2 017	281
15	Bundesministerium für Gesundheit................. a)	**366**	**175**	**23**	**71**	**58**	**24**	**98**	**-**	**67**	**18**	**10**	**2**	**2**
	davon Ersatzplanstellen	(2)	(1)		(1)			(1)				(1)		
	nachgeordneter Bereich b)	623	369	3	82	201	83	93	-	18	29	23	14	9
	davon Ersatzplanstellen	(2)	(1)				(1)	(1)				(1)		
16	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit............................. a)	**646**	**309**	**24**	**132**	**92**	**61**	**169**	**3**	**98**	**43**	**16**	**6**	**3**
	davon Ersatzplanstellen	(8)	(3)			(2)	(1)	(2)				(2)		
	nachgeordneter Bereich b)	1 400	737	24	154	348	212	415	6	91	134	93	64	27
	davon Ersatzplanstellen	(9)	(7)		(1)	(2)	(4)	(2)				(1)	(1)	
17	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.. a)	**315**	**122**	**17**	**44**	**29**	**32**	**94**	**-**	**60**	**12**	**17**	**3**	**3**
	davon Ersatzplanstellen	(8)	(3)		(1)	(1)	(1)	(3)				(3)		
	nachgeordneter Bereich b)	365	72	6	21	37	8	214	-	23	43	67	65	16
	davon Ersatzplanstellen	(2)	(2)			(1)	(1)							
19	Bundesverfassungsgericht............................. a)	**87**	**14**	**2**	**7**	**4**	**1**	**35**	**3**	**19**	**6**	**6**	**1**	**-**
	davon Ersatzplanstellen	(2)						(2)			(1)	(1)		
20	Bundesrechnungshof..................................... a)	**668**	**191**	**37**	**117**	**30**	**7**	**309**	**11**	**260**	**31**	**6**	**1**	**-**
	davon Ersatzplanstellen	(2)	(2)		(2)									
	nachgeordneter Bereich b)	523	110	2	57	50	1	358	12	254	76	12	4	1
23	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung............................ a)	**551**	**283**	**26**	**140**	**73**	**45**	**127**	**-**	**83**	**26**	**17**	**-**	**1**
	davon Ersatzplanstellen	(7)	(5)		(3)	(2)		(2)				(2)		
30	Bundesministerium für Bildung und Forschung.. a)	**625**	**266**	**36**	**113**	**76**	**41**	**178**	**-**	**107**	**31**	**19**	**11**	**10**
	davon Ersatzplanstellen	(9)	(7)	(1)	(3)	(2)	(1)	(2)				(2)		
	nachgeordneter Bereich b)	8	5	-	2	2	1	3	-	-	-	-	-	3
	Summe oberste Bundesbehörden.................. a)	**17 908**	**6 239**	**797**	**3 043**	**1 613**	**787**	**5 799**	**68**	**3 209**	**1 196**	**729**	**367**	**231**
	davon Ersatzplanstellen	(172)	(84)	(3)	(39)	(20)	(22)	(63)		(11)	(5)	(42)	(4)	(1)
	Summe nachgeordneter Bereich.................... b)	119 559	13 030	813	4 195	5 554	2 469	46 836	201	5 334	9 615	13 800	11 665	6 223
	davon Ersatzplanstellen	(277)	(52)	(2)	(7)	(9)	(34)	(124)		(13)	(13)	(36)	(48)	(14)
	Insgesamt..	137 467	19 269	1 610	7 237	7 166	3 256	52 634	269	8 543	10 811	14 529	12 031	6 454
	davon Ersatzplanstellen	(449)	(135)	(5)	(46)	(29)	(56)	(186)		(24)	(18)	(78)	(52)	(15)

Übersichten - Teil V: Personalübersicht

A. Übersicht über die Planstellen der Beamtinnen und Beamten

ohne Leerstellen im Bundeshaushaltsplan 2014

a) = oberste Bundesbehörden
b) = nachgeordneter Bereich

Differenzen durch Rundung

Epl.	Geschäftsbereich	Gesamtzahl der Planstellen	in den Besoldungsgruppen											
			Besoldungsordnung A											
			mittlerer Dienst						einfacher Dienst					
			zus.	A 9m+Z	A 9m	A 8	A 7	A 6m	zus.	A 6e	A 5	A 4	A 3	A 2/3
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	15	16
01	Bundespräsident und Bundespräsidialamt....... a)	**97**	**18**	**3**	**6**	**2**	**4**	**3**	**10**	**2**	**6**	**2**	**-**	**-**
	Büro der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz.. a)	**8**	**1**	**-**	**1**	**-**	**-**	**-**	**-**	**-**	**-**	**-**	**-**	**-**
02	Deutscher Bundestag...................................... a)	**1 401**	**405**	**70**	**166**	**108**	**49**	**12**	**227**	**50**	**157**	**18**	**-**	**2**
	davon Ersatzplanstellen	(2)												
	Der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages.. a)	**34**	**1**	**-**	**-**	**1**	**-**	**-**	**2**	**-**	**2**	**-**	**-**	**-**
03	Bundesrat... a)	**113**	**8**	**2**	**3**	**2**	**1**	**-**	**37**	**8**	**19**	**10**	**-**	**-**
04	Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt......... a)	**335**	**45**	**8**	**23**	**8**	**6**	**-**	**14**	**7**	**7**	**-**	**-**	**-**
	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung... a)	**189**	**24**	**4**	**11**	**5**	**4**	**-**	**10**	**2**	**5**	**3**	**-**	**-**
	davon Ersatzplanstellen	(3)												
	Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien... a)	**167**	**15**	**2**	**3**	**3**	**5**	**2**	**8**	**7**	**-**	**1**	**-**	**-**
	davon Ersatzplanstellen	(2)							(1)			(1)		
	nachgeordneter Bereich b)	621	160	8	11	59	64	18	47	7	7	29	-	4
	davon Ersatzplanstellen	(4)	(1)			(1)			(1)					(1)
05	Auswärtiges Amt.. a)	**4 305**	**1 027**	**167**	**298**	**229**	**218**	**115**	**234**	**60**	**102**	**65**	**-**	**7**
	davon Ersatzplanstellen	(31)	(3)			(1)	(2)							
	nachgeordneter Bereich b)	98	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
06	Bundesministerium des Innern........................ a)	**1 167**	**146**	**21**	**55**	**21**	**32**	**17**	**36**	**13**	**11**	**11**	**-**	**1**
	davon Ersatzplanstellen	(28)	(2)			(1)	(1)		(2)		(1)	(1)		
	nachgeordneter Bereich b)	40 461	20 226	2 868	6 899	7 538	2 768	154	220	35	69	95	-	21
	davon Ersatzplanstellen	(53)	(18)	(1)		(3)	(10)	(5)	(1)			(1)		
07	Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz... a)	**680**	**138**	**30**	**78**	**24**	**6**	**-**	**101**	**26**	**52**	**22**	**1**	**-**
	davon Ersatzplanstellen	(5)							(1)				(1)	
	nachgeordneter Bereich b)	1 972	250	26	63	103	59	-	56	16	28	9	4	-
	davon Ersatzplanstellen	(4)							(1)			(1)		
08	Bundesministerium der Finanzen.................... a)	**1 432**	**186**	**47**	**94**	**41**	**3**	**1**	**22**	**12**	**10**	**-**	**-**	**-**
	davon Ersatzplanstellen	(20)	(1)			(1)								
	nachgeordneter Bereich b)	36 021	21 208	2 647	6 189	6 774	4 617	982	844	325	426	91	-	2
	davon Ersatzplanstellen	(83)	(32)	(1)	(1)	(17)	(12)	(1)						
09	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie. a)	**1 085**	**100**	**29**	**62**	**7**	**1**	**1**	**68**	**15**	**33**	**19**	**1**	**-**
	davon Ersatzplanstellen	(18)							(2)			(1)	(1)	
	nachgeordneter Bereich b)	4 312	1 234	101	293	596	172	73	38	19	14	5	-	-
	davon Ersatzplanstellen	(79)	(37)			(13)	(24)							
10	Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft.. a)	**693**	**109**	**19**	**42**	**20**	**16**	**12**	**34**	**14**	**16**	**4**	**-**	**-**
	davon Ersatzplanstellen	(5)	(2)		(2)									
	nachgeordneter Bereich b)	866	39	7	11	17	4	-	-	-	-	-	-	-
	davon Ersatzplanstellen	(1)												
11	Bundesministerium für Arbeit und Soziales...... a)	**848**	**103**	**13**	**28**	**25**	**20**	**17**	**33**	**15**	**17**	**-**	**1**	**-**
	davon Ersatzplanstellen	(16)												
	nachgeordneter Bereich b)	627	12	5	4	2	-	1	7	1	6	-	-	-
	davon Ersatzplanstellen	(10)												

Übersichten - Teil V: Personalübersicht

A. Übersicht über die Planstellen der Beamtinnen und Beamten

ohne Leerstellen im Bundeshaushaltsplan 2014

a) = oberste Bundesbehörden
b) = nachgeordneter Bereich

Differenzen durch Rundung

Epl.	Geschäftsbereich	Gesamtzahl der Planstellen	in den Besoldungsgruppen											
			Besoldungsordnung A											
			mittlerer Dienst						einfacher Dienst					
			zus.	A 9m+Z	A 9m	A 8	A 7	A 6m	zus.	A 6e	A 5	A 4	A 3	A 2/3
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	15	16
12	Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur a)	908	67	12	24	19	7	5	33	9	16	7	-	1
	davon Ersatzplanstellen	(7)												
	nachgeordneter Bereich b)	7 144	2 677	149	415	1 146	869	99	41	13	25	1	2	-
	davon Ersatzplanstellen	(32)	(11)		(1)	(2)	(6)	(2)						
14	Bundesministerium der Verteidigung a)	1 193	261	55	130	68	8	-	90	39	51	-	-	-
	nachgeordneter Bereich b)	24 521	11 067	479	1 170	5 548	3 639	231	314	139	122	49	4	-
15	Bundesministerium für Gesundheit a)	366	21	6	10	3	2	-	19	6	7	6	-	-
	davon Ersatzplanstellen	(2)												
	nachgeordneter Bereich b)	623	31	6	16	3	3	4	14	9	5	-	-	-
	davon Ersatzplanstellen	(2)												
16	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit a)	646	66	14	43	6	3	1	26	7	6	9	-	4
	davon Ersatzplanstellen	(8)	(2)			(2)	(1)		(1)					(1)
	nachgeordneter Bereich b)	1 400	141	7	30	55	22	27	7	4	3	-	-	-
	davon Ersatzplanstellen	(9)												
17	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend a)	315	38	5	16	6	-	11	18	14	1	3	-	-
	davon Ersatzplanstellen	(8)	(1)			(1)			(1)			(1)		
	nachgeordneter Bereich b)	365	74	2	10	30	27	5	2	1	-	1	-	-
	davon Ersatzplanstellen	(2)												
19	Bundesverfassungsgericht a)	87	16	3	9	3	1	-	18	4	12	2	-	-
	davon Ersatzplanstellen	(2)												
20	Bundesrechnungshof a)	668	89	20	45	17	7	-	13	4	9	-	-	-
	davon Ersatzplanstellen	(2)												
	nachgeordneter Bereich b)	523	50	13	31	4	1	1	-	-	-	-	-	-
23	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung a)	551	67	8	22	18	13	6	22	6	10	5	-	1
	davon Ersatzplanstellen	(7)							(1)					(1)
30	Bundesministerium für Bildung und Forschung a)	625	66	9	24	9	9	15	42	13	20	9	-	-
	davon Ersatzplanstellen	(9)												
	nachgeordneter Bereich b)	8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Summe oberste Bundesbehörden a)	17 908	3 014	547	1 193	643	414	218	1 115	333	569	195	3	16
	davon Ersatzplanstellen	(172)	(11)		(2)	(6)	(4)		(9)		(1)	(4)	(2)	(2)
	Summe nachgeordneter Bereich b)	119 559	57 167	6 318	15 140	21 873	12 244	1 594	1 589	569	704	279	10	27
	davon Ersatzplanstellen	(277)	(98)	(2)	(2)	(35)	(52)	(7)	(3)			(2)		(1)
	Insgesamt	137 467	60 181	6 865	16 333	22 516	12 657	1 812	2 704	902	1 273	474	13	43
	davon Ersatzplanstellen	(449)	(109)	(2)	(4)	(41)	(55)	(7)	(12)		(1)	(6)	(2)	(3)

Übersichten - Teil V: Personalübersicht

B. Übersicht über die Planstellen der Richterinnen und Richter sowie der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte

ohne Leerstellen im Bundeshaushaltsplan 2014

a) =Bundesverfassungsgericht und oberste Gerichtshöfe des Bundes
b) =nachgeordneter Bereich (sonstige Bundesgerichte)

Epl.	Geschäftsbereich	Gesamtzahl der Planstellen	in den Besoldungsgruppen											
			B 11 + 1/3	B 11 + 1/6	Besoldungsordnung R									
					R 10	R 9	R 8	R 7	R 6	R 5	R 4	R 3	R 2	R 1
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	15	15
07	Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz.................................. a)	**333**	**-**	**-**	**3**	**1**	**38**	**3**	**232**	**-**	**-**	**45**	**11**	**-**
	nachgeordneter Bereich b)	122	-	-	-	-	1	-	-	-	1	27	93	-
11	Bundesministerium für Arbeit und Soziales.. a)	**81**	**-**	**-**	**2**	**-**	**20**	**-**	**59**	**-**	**-**	**-**	**-**	**-**
14	Bundesministerium der Verteidigung.......													
	nachgeordneter Bereich b)	15	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	13	-
19	Bundesverfassungsgericht....................... a)	**16**	**1**	**1**	**14**	**-**	**-**	**-**	**-**	**-**	**-**	**-**	**-**	**-**
	Summe Bundesverfassungsgericht und oberste Gerichtshöfe des Bundes............ a)	**430**	**1**	**1**	**19**	**1**	**58**	**3**	**291**	**-**	**-**	**45**	**11**	**-**
	Summe nachgeordneter Bereich (sonstige Bundesgerichte)...................... b)	137	-	-	-	-	1	-	-	-	1	29	106	-
	Insgesamt..	567	1	1	19	1	59	3	291	-	1	74	117	-

Übersichten - Teil V: Personalübersicht

C. Übersicht über die Planstellen der Professorinnen und Professoren, Hochschuldozentinnen und Hochschuldozenten, Oberassistentinnen und Oberassistenten sowie der Assistentinnen und Assistenten

ohne Leerstellen im Bundeshaushaltsplan 2014

a) = oberste Bundesbehörden
b) = nachgeordneter Bereich

Epl.	Geschäftsbereich	Gesamtzahl der Planstellen	in den Besoldungsgruppen Besoldungsordnung W		
			W 3	W 2	W 1
1	2	3	4	5	6
05	Auswärtiges Amt... a)	**4**	**1**	**3**	**-**
06	Bundesministerium des Innern.........................				
	nachgeordneter Bereich b)	36	7	29	-
08	Bundesministerium der Finanzen.....................				
	nachgeordneter Bereich b)	32	9	23	-
12	Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur..				
	nachgeordneter Bereich b)	1	-	1	-
14	Bundesministerium der Verteidigung................				
	nachgeordneter Bereich b)	448	199	108	141
	Summe oberste Bundesbehörden.................... a)	**4**	**1**	**3**	**-**
	Summe nachgeordnete Bereiche...................... b)	517	215	161	141
	Insgesamt...	521	216	164	141

Übersichten - Teil V: Personalübersicht

D. Übersicht über die Stellen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

ohne Leerstellen im Bundeshaushaltsplan 2014

a) = oberste Bundesbehörden
b) = nachgeordneter Bereich

Differenzen durch Rundung

Epl.	Geschäftsbereich	Gesamtzahl der Stellen	außertariflich	in den Entgeltgruppen						
				15	14	13	12 Kr. 12a	11 Kr. 11a	10 Kr. 10a	9 Kr. 9a
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
01	Bundespräsident und Bundespräsidialamt.................................. a)	83	-	3	-	-	4	2	1	6
	davon Ersatzplanstellen	(1)								(1)
	Büro der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz...................... a)	11	1	-	-	2	-	-	-	1
02	Deutscher Bundestag.. a)	1 049	1	22	12	8	71	54	21	114
	davon Ersatzplanstellen	(5)								(1)
	Der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages.................... a)	16	-	-	-	-	-	-	-	2
03	Bundesrat.. a)	77	-	-	-	-	2	8	2	12
04	Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt.................................... a)	240	4	4	4	-	10	9	2	10
	davon Ersatzplanstellen	(2)								
	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung.................... a)	293	4	31	26	6	14	32	16	33
	davon Ersatzplanstellen	(3)				(1)				(2)
	Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien...... a)	50	2	4	3	-	1	3	2	4
	davon Ersatzplanstellen	(1)							(1)	
	nachgeordneter Bereich b)	1 809	2	5	32	12	10	96	29	496
05	Auswärtiges Amt... a)	2 325	11	35	52	16	44	91	9	189
	davon Ersatzplanstellen	(12)		(2)	(1)		(1)	(1)		(3)
	nachgeordneter Bereich b)	92	-	-	-	1	-	-	2	7
	davon Ersatzplanstellen	(1)								(1)
06	Bundesministerium des Innern.. a)	386	1	6	4	2	11	32	3	13
	davon Ersatzplanstellen	(8)								
	nachgeordneter Bereich b)	11 332	10	49	136	165	440	859	164	769
	davon Ersatzplanstellen	(127)				(1)	(1)	(2)	(1)	(8)
07	Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz........... a)	461	1	-	6	-	3	5	3	16
	davon Ersatzplanstellen	(1)								
	nachgeordneter Bereich b)	1 156	-	8	2	-	2	24	21	92
	davon Ersatzplanstellen	(2)								(1)
08	Bundesministerium der Finanzen.. a)	418	-	5	2	1	16	8	14	33
	davon Ersatzplanstellen	(4)								
	nachgeordneter Bereich b)	4 700	-	2	8	25	18	183	26	343
	davon Ersatzplanstellen	(2)								
09	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie........................... a)	467	-	11	9	11	47	28	-	12
	davon Ersatzplanstellen	(12)				(1)				
	nachgeordneter Bereich b)	1 878	8	52	126	92	105	211	80	250
	davon Ersatzplanstellen	(10)				(1)		(1)	(3)	(2)
10	Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft................ a)	205	1	2	6	1	4	7	3	4
	davon Ersatzplanstellen	(2)								(1)
	nachgeordneter Bereich b)	2 293	2	10	77	98	50	128	110	238
	davon Ersatzplanstellen	(2)								(1)
11	Bundesministerium für Arbeit und Soziales................................. a)	409	3	2	1	5	37	10	10	13
	davon Ersatzplanstellen	(6)								
	nachgeordneter Bereich b)	461	1	12	30	17	47	68	15	37
	davon Ersatzplanstellen	(9)				(1)	(1)		(1)	(5)
12	Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur............ a)	516	-	6	42	18	32	31	5	39
	davon Ersatzplanstellen	(6)				(1)			(1)	(4)
	nachgeordneter Bereich b)	14 016	4	49	223	261	695	755	383	911
	davon Ersatzplanstellen	(110)				(7)			(14)	(11)
14	Bundesministerium der Verteidigung... a)	542	1	8	11	13	20	11	-	29
	nachgeordneter Bereich b)	60 794	9	56	149	175	314	803	291	2 711

Übersichten - Teil V: Personalübersicht

D. Übersicht über die Stellen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

ohne Leerstellen im Bundeshaushaltsplan 2014

a) = oberste Bundesbehörden
b) = nachgeordneter Bereich

Differenzen durch Rundung

Epl.	Geschäftsbereich	Gesamtzahl der Stellen	außertariflich	in den Entgeltgruppen						
				15	14	13	12 Kr. 12a	11 Kr. 11a	10 Kr. 10a	9 Kr. 9a
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
15	Bundesministerium für Gesundheit.. a)	**165**	**-**	**12**	**1**	**4**	**5**	**7**	**-**	**10**
	davon Ersatzplanstellen	(3)								
	nachgeordneter Bereich b)	866	1	37	88	53	15	37	18	150
	davon Ersatzplanstellen	(9)		(1)		(1)				(2)
16	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit.. a)	**266**	**-**	**9**	**9**	**6**	**19**	**8**	**3**	**8**
	davon Ersatzplanstellen	(5)								(2)
	nachgeordneter Bereich b)	1 831	7	48	201	253	177	206	77	153
	davon Ersatzplanstellen	(16)			(1)	(3)	(1)		(3)	(3)
17	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend... a)	**171**	**3**	**12**	**4**	**4**	**11**	**5**	**-**	**18**
	davon Ersatzplanstellen	(4)				(2)				(1)
	nachgeordneter Bereich b)	457	-	13	4	72	18	30	47	94
	davon Ersatzplanstellen	(5)					(3)			
19	Bundesverfassungsgericht.. a)	**70**	**-**	**2**	**1**	**-**	**-**	**-**	**-**	**9**
20	Bundesrechnungshof.. a)	**86**	**-**	**-**	**1**	**3**	**5**	**1**	**1**	**6**
	nachgeordneter Bereich b)	38	-	-	-	3	9	2	-	-
23	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung... a)	**184**	**1**	**12**	**7**	**6**	**9**	**16**	**3**	**4**
	davon Ersatzplanstellen	(4)			(1)					(1)
	nachgeordneter Bereich b)	2	-	-	-	-	-	-	-	1
30	Bundesministerium für Bildung und Forschung........................... a)	**302**	**3**	**12**	**2**	**2**	**34**	**6**	**3**	**9**
	davon Ersatzplanstellen	(5)								(2)
	Summe oberste Bundesbehörden... a)	**8 782**	**37**	**197**	**202**	**106**	**399**	**372**	**99**	**593**
	davon Ersatzplanstellen	(82)		(2)	(2)	(5)	(1)	(1)	(2)	(18)
	Summe nachgeordneter Bereich... b)	101 722	44	340	1 074	1 224	1 898	3 400	1 262	6 248
	davon Ersatzplanstellen	(291)		(1)	(1)	(13)	(6)	(3)	(20)	(33)
	Insgesamt..	110 504	81	537	1 276	1 330	2 296	3 772	1 361	6 840
	davon Ersatzplanstellen	(373)		(3)	(3)	(18)	(7)	(4)	(22)	(51)

Übersichten - Teil V: Personalübersicht

D. Übersicht über die Stellen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

ohne Leerstellen im Bundeshaushaltsplan 2014

a) = oberste Bundesbehörden
b) = nachgeordneter Bereich

Differenzen durch Rundung

Epl.	Geschäftsbereich	Gesamt-zahl der Stellen	in den Entgeltgruppen							
			8 Kr. 8a	7 Kr. 7a	6	5	4 Kr. 4a	3 Kr. 3a	2	1
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
01	Bundespräsident und Bundespräsidialamt....................................... a)	**83**	**15**	**-**	**32**	**10**	**8**	**2**	**-**	**-**
	davon Ersatzplanstellen	(1)								
	Büro der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz............................ a)	**11**	**1**	**-**	**2**	**2**	**1**	**-**	**2**	**-**
02	Deutscher Bundestag... a)	**1 049**	**166**	**70**	**262**	**64**	**50**	**119**	**16**	**1**
	davon Ersatzplanstellen	(5)			(3)					(1)
	Der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages......................... a)	**16**	**2**	**-**	**7**	**4**	**1**	**-**	**-**	**-**
03	Bundesrat... a)	**77**	**24**	**-**	**23**	**1**	**2**	**3**	**1**	**-**
04	Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt... a)	**240**	**32**	**23**	**47**	**63**	**8**	**23**	**1**	**-**
	davon Ersatzplanstellen	(2)				(1)		(1)		
	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung......................... a)	**293**	**45**	**-**	**30**	**32**	**9**	**15**	**-**	**-**
	davon Ersatzplanstellen	(3)								
	Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien........... a)	**50**	**8**	**1**	**11**	**7**	**5**	**-**	**-**	**-**
	davon Ersatzplanstellen	(1)								
	nachgeordneter Bereich b)	1 809	100	2	127	556	23	303	18	-
05	Auswärtiges Amt.. a)	**2 325**	**318**	**1**	**683**	**397**	**288**	**165**	**27**	**-**
	davon Ersatzplanstellen	(12)			(3)				(1)	
	nachgeordneter Bereich b)	92	7	-	18	16	6	19	16	-
	davon Ersatzplanstellen	(1)								
06	Bundesministerium des Innern... a)	**386**	**93**	**5**	**125**	**49**	**18**	**24**	**-**	**-**
	davon Ersatzplanstellen	(8)			(4)	(3)	(1)			
	nachgeordneter Bereich b)	11 332	1 734	180	1 005	2 493	125	3 028	180	-
	davon Ersatzplanstellen	(127)	(10)	(5)	(26)	(51)		(18)	(7)	
07	Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz................ a)	**461**	**82**	**4**	**146**	**111**	**17**	**50**	**19**	**-**
	davon Ersatzplanstellen	(1)						(1)		
	nachgeordneter Bereich b)	1 156	215	22	183	498	11	68	13	-
	davon Ersatzplanstellen	(2)				(1)				
08	Bundesministerium der Finanzen... a)	**418**	**108**	**7**	**146**	**51**	**16**	**11**	**1**	**-**
	davon Ersatzplanstellen	(4)				(4)				
	nachgeordneter Bereich b)	4 700	525	23	872	1 774	144	701	59	-
	davon Ersatzplanstellen	(2)	(1)			(1)				
09	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie................................ a)	**467**	**164**	**16**	**134**	**5**	**16**	**14**	**-**	**-**
	davon Ersatzplanstellen	(12)		(2)	(4)	(5)				
	nachgeordneter Bereich b)	1 878	300	53	245	287	13	55	5	-
	davon Ersatzplanstellen	(10)		(1)				(1)	(1)	
10	Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft.................... a)	**205**	**91**	**8**	**64**	**4**	**10**	**1**	**-**	**-**
	davon Ersatzplanstellen	(2)						(1)		
	nachgeordneter Bereich b)	2 293	264	116	536	437	46	157	30	-
	davon Ersatzplanstellen	(2)				(1)				
11	Bundesministerium für Arbeit und Soziales..................................... a)	**409**	**119**	**9**	**74**	**80**	**19**	**26**	**4**	**-**
	davon Ersatzplanstellen	(6)	(1)		(2)	(1)		(2)		
	nachgeordneter Bereich b)	461	64	10	76	69	7	11	-	-
	davon Ersatzplanstellen	(9)				(2)				
12	Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur................ a)	**516**	**136**	**13**	**116**	**39**	**16**	**24**	**-**	**-**
	davon Ersatzplanstellen	(6)								
	nachgeordneter Bereich b)	14 016	3 151	1 368	3 854	1 950	140	245	29	-
	davon Ersatzplanstellen	(110)	(5)	(3)	(25)	(40)	(3)	(1)	(2)	
14	Bundesministerium der Verteidigung... a)	**542**	**168**	**5**	**143**	**133**	**-**	**-**	**-**	**-**
	nachgeordneter Bereich b)	60 794	7 514	3 942	10 648	15 753	3 467	14 771	192	-

Übersichten - Teil V: Personalübersicht

D. Übersicht über die Stellen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

ohne Leerstellen im Bundeshaushaltsplan 2014

a) = oberste Bundesbehörden
b) = nachgeordneter Bereich

Differenzen durch Rundung

Epl.	Geschäftsbereich	Gesamtzahl der Stellen	in den Entgeltgruppen							
			8 Kr. 8a	7 Kr. 7a	6	5	4 Kr. 4a	3 Kr. 3a	2	1
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
15	Bundesministerium für Gesundheit a)	**165**	**53**	**4**	**41**	**19**	**11**	**1**	**-**	**-**
	davon Ersatzplanstellen	(3)			(1)	(2)				
	nachgeordneter Bereich b)	866	217	15	74	76	11	76	2	-
	davon Ersatzplanstellen	(9)		(2)	(1)	(1)		(1)		
16	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit a)	**266**	**74**	**4**	**56**	**48**	**21**	**2**	**-**	**-**
	davon Ersatzplanstellen	(5)			(1)		(2)			
	nachgeordneter Bereich b)	1 831	181	20	201	219	38	48	5	-
	davon Ersatzplanstellen	(16)			(1)	(5)			(1)	
17	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend a)	**171**	**29**	**4**	**47**	**15**	**15**	**7**	**-**	**-**
	davon Ersatzplanstellen	(4)			(1)	(1)		(1)		
	nachgeordneter Bereich b)	457	23	-	39	96	6	13	3	-
	davon Ersatzplanstellen	(5)			(1)	(1)				
19	Bundesverfassungsgericht a)	**70**	**25**	**2**	**5**	**18**	**2**	**6**	**-**	**-**
20	Bundesrechnungshof a)	**86**	**40**	**-**	**15**	**6**	**6**	**1**	**1**	**-**
	nachgeordneter Bereich b)	38	13	-	10	-	1	-	-	-
23	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung a)	**184**	**69**	**9**	**24**	**9**	**9**	**6**	**-**	**-**
	davon Ersatzplanstellen	(4)				(2)				
	nachgeordneter Bereich b)	2	1	-	-	-	-	-	-	-
30	Bundesministerium für Bildung und Forschung a)	**302**	**79**	**16**	**80**	**22**	**19**	**15**	**-**	**-**
	davon Ersatzplanstellen	(5)				(2)	(1)			
	Summe oberste Bundesbehörden a)	**8 782**	**1 938**	**201**	**2 308**	**1 183**	**566**	**513**	**71**	**1**
	davon Ersatzplanstellen	(82)	(1)	(2)	(19)	(20)	(4)	(5)	(1)	(1)
	Summe nachgeordneter Bereich b)	101 722	14 306	5 750	17 884	24 219	4 036	19 492	551	-
	davon Ersatzplanstellen	(291)	(16)	(11)	(53)	(103)	(3)	(21)	(11)	
	Insgesamt a)	110 504	16 244	5 951	20 192	25 401	4 602	20 004	621	1
	davon Ersatzplanstellen	(373)	(17)	(13)	(71)	(122)	(7)	(26)	(12)	(1)

Übersichten - Teil V: Personalübersicht

E. Übersicht über die Planstellen der Berufssoldatinnen und Berufssoldaten sowie der Soldatinnen und Soldaten auf Zeit

ohne Leerstellen im Bundeshaushaltsplan 2014

Bes.-Gr.	Dienstgrad	Gesamtzahl der Planstellen	davon	
			oberste Bundesbehörde	nachgeordneter Bereich
1	2	3	4	5
B 10	Generale	3	1	2
B 9	Generalleutnante, Vizeadmirale	24	5	19
B 7	Generalmajore, Konteradmirale usw.	48	5	43
B 6	Brigadegenerale, Flotillenadmirale usw.	127	14	113
	zusammen Generale	202	25	177
B 3	Oberste, Kapitäne zur See usw.	340	75	265
B 2	Oberste, Kapitäne zur See usw.	1	-	1
A 16	Oberste, Kapitäne zur See usw.	904	22	882
A 15	Oberstleutnante, Fregattenkapitäne usw.	3 295	408	2 887
A 14	Oberstleutnante, Fregattenkapitäne usw.	6 075	146	5 929
A 13	Majore, Korvettenkapitäne usw.	3 436	74	3 362
A 12	Hauptleute, Kapitänleutnante usw.	3 021	45	2 976
A 11	Hauptleute, Kapitänleutnante usw.	7 629	-	7 629
A 10	Oberleutnante, Oberleutnante zur See	7 858	1	7 857
A 9	Leutnante, Leutnante zur See	5 073	-	5 073
	zusammen übrige Offiziere	37 632	771	36 861
A 9 + Z	Oberstabsfeldwebel,Oberstabsbootsmänner	4 168	72	4 096
A 9 (StFw)	Stabsfeldwebel, Stabsbootsmänner	9 758	56	9 702
A 8 + Z	Hauptfeldwebel, Hauptbootsmänner usw.	22 299	-	22 299
A 7 + Z	Oberfeldwebel, Oberbootsmänner usw.	26 853	-	26 853
A 7	Feldwebel, Bootsmänner usw.	16 942	-	16 942
A 6	Stabsunteroffiziere, Obermaate	20 604	-	20 604
A 5	Unteroffiziere, Maate	6 887	-	6 887
	zusammen Unteroffiziere	107 511	128	107 383
A 5 + Z	Oberstabsgefreite	13 481	-	13 481
A 5 (StG)	Stabsgefreite	13 481	-	13 481
A 4 + Z	Hauptgefreite	7 401	-	7 401
A 4	Obergefreite	4 176	-	4 176
A 3 + Z	Gefreite	2 181	-	2 181
A 3	Grenadiere, Flieger, Matrosen usw.	1 913	-	1 913
	zusammen Mannschaften	42 835	25	42 810
	Berufssoldatinnen und Berufssoldaten sowie Soldatinnen und Soldaten auf Zeit insgesamt	187 978	924	187 054
	nachrichtlich: Freiwillig Wehrdienstleistende	12 500	-	12 500
	Reservistendienst Leistende	2 500	-	2 500

Übersichten - Teil V: Personalübersicht

F. Übersicht über die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger im Haushaltsjahr 2012

ohne ehemalige Amtsträger, ohne ehemalige Bahn- und Postbeamte sowie ohne unter Artikel 131 GG fallende Personen

Epl.	Geschäftsbereich	Anzahl der Versorgungsempfängerinnen und -empfänger am 1. Januar 2013		Anzahl der Versorgungszugänge (Ruhegehaltsempfänger)		Durchschnittliches Alter bei Eintritt in den Ruhestand	Anzahl der Reaktivierungen	Durchschnittliches Ruhegehalt (brutto) nach Laufbahngruppen im Monat Januar 2013 (in Euro)			
		Ruhegehaltsempfängerinnen und -empfänger	Hinterbliebene (Witwen, Witwer und Waisen)	wegen Dienstunfähigkeit	wegen Erreichens einer Altersgrenze			höherer Dienst	gehobener Dienst	mittlerer Dienst	einfacher Dienst
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
01	Bundespräsident und Bundespräsidialamt	43	12	-	1	60	-	5 500	3 070	2 040	1 480
02	Deutscher Bundestag	497	213	6	11	58	-	4 760	3 060	1 840	1 270
03	Bundesrat	33	9	-	1	65	-	5 240	3 240	1 330	1 180
04	Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt	856	344	5	26	62	-	4 250	2 880	2 100	1 140
	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung	114	53	-	3	65	-	4 660	3 150	2 330	1 270
	Der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien	226	36	2	24	64	-	4 290	2 580	1 590	1 220
05	Auswärtiges Amt	1 699	829	2	80	64	-	4 930	3 180	2 160	1 360
06	Bundesministerium des Innern, davon										
	Geschäftsbereich ohne Bundespolizei und Bundeskriminalamt	2 523	915	21	114	62	1	4 430	2 940	2 040	1 230
	Bundespolizei und Bundeskriminalamt	8 100	2 211	100	314	58	4	4 150	2 810	2 050	830
07	Bundesministerium der Justiz	1 768	741	2	79	64	-	4 750	3 010	2 110	1 320
08	Bundesministerium der Finanzen	17 191	9 788	110	453	62	7	4 380	2 900	2 150	1 450
09	Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie	2 609	798	15	111	63	1	4 100	2 930	1 890	1 210
10	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	796	284	4	35	63	-	4 010	3 050	2 050	1 150
11	Bundesministerium für Arbeit und Soziales	580	223	1	20	64	-	5 000	3 190	1 980	1 280
12	Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	3 998	1 623	23	157	64	2	4 150	2 970	1 910	1 330
14	Bundesministerium der Verteidigung, davon										
	ziviler Bereich	17 526	6 852	61	508	63	4	4 110	2 880	1 930	1 320
	militärischer Bereich	68 829	21 932	18	2 301	54	-	3 930	2 830	2 250	1 310
15	Bundesministerium für Gesundheit	366	119	3	15	64	-	4 160	3 050	2 140	1 350
16	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	458	89	3	28	64	1	4 400	3 150	1 960	1 410
17	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	325	121	-	11	65	-	4 720	2 940	1 880	1 080
19	Bundesverfassungsgericht	28	15	-	3	64	-	4 700	3 200	1 920	1 280
20	Bundesrechnungshof	512	202	4	21	64	1	4 640	3 140	2 090	1 400
23	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	305	76	2	6	61	-	4 620	3 190	2 110	1 380

Übersichten - Teil V: Personalübersicht

F. Übersicht über die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger im Haushaltsjahr 2012

ohne ehemalige Amtsträger, ohne ehemalige Bahn- und Postbeamte sowie ohne unter Artikel 131 GG fallende Personen

Epl.	Geschäftsbereich	Anzahl der Versorgungsempfängerinnen und -empfänger am 1. Januar 2013		Anzahl der Versorgungszugänge (Ruhegehaltsempfänger)		Durchschnittliches Alter bei Eintritt in den Ruhestand	Anzahl der Reaktivierungen	Durchschnittliches Ruhegehalt (brutto) nach Laufbahngruppen im Monat Januar 2013 (in Euro)			
		Ruhegehaltsempfängerinnen und -empfänger	Hinterbliebene (Witwen, Witwer und Waisen)	wegen Dienstunfähigkeit	wegen Erreichens einer Altersgrenze			höherer Dienst	gehobener Dienst	mittlerer Dienst	einfacher Dienst
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
30	Bundesministerium für Bildung und Forschung...............................	439	134	-	10	64	-	4 650	3 140	2 220	1 020
	Summe...	129 821	47 619	382	4 332		21				
	Durchschnitt...................................					58		4 100	2 880	2 170	1 300

Zu Einzelplan 01: zwei weitere Versorgungszugänge wegen Versetzung in den einstweiligen Ruhestand gem. § 54 BBG

Zu Einzelplan 04 (Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt): einschl. Bundesnachrichtendienst und Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration

Zu Einzelplan 04 (Der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien): einschl. Bundesarchiv, Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa und Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR

Zu Einzelplan 06 (Bundespolizei und Bundeskriminalamt) und 14 (militärischer Bereich): gesondert ausgewiesen wegen besonderer Altersgrenzen

Zu Einzelplan 14 (militärischer Bereich): Versorgungsbezüge nach dem Soldatenversorgungsgesetz (SVG) und nach dem Gesetz zur Verbesserung der Personalstruktur in den Streitkräften (PersAnpG). Zuordnung der Soldaten zu den beamtenrechtlichen Laufbahngruppen nach Vergleichbarkeit

Zu Einzelplan 17: ein weiterer Versorgungszugang wegen Versetzung in den einstweiligen Ruhestand gem. § 54 BBG

Zu Spalte 7: Ohne Berücksichtigung der Bereiche mit besonderen Altersgrenzen (Bundespolizei und Bundeskriminalamt sowie militärischer Bereich) liegt das durchschnittliche Alter bei Eintritt in den Ruhestand bei 63 Jahren.

Übersichten - Teil VI:

Sonderabgaben des Bundes

Die Nennung einer Abgabe in dieser Auflistung qualifiziert die Abgabe nicht als Sonderabgabe.

Epl.	Sonderabgabe		Abgabevolumen in Mio. €		
			Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
1	2		3	4	5
04	**Bezeichnung:**	**Filmabgabe der Kino- und Videowirtschaft sowie der Fernsehveranstalter**	49,70	48,80	59,82
	Rechtsgrundlage:	Filmförderungsgesetz (FFG)			
	Abgabezweck:	Förderung der Filmwirtschaft			
	verpflichtet:	Filmtheaterbetreiber (§ 66 FFG), Videowirtschaft (§ 66a FFG), Fernsehveranstalter (§ 67 FFG)			
	begünstigt:	Drehbuchautoren; Produzenten; Verleiher; kreativ-künstlerisches und technisches Personal der Filmwirtschaft, Videoprogrammanbieter, Videotheken			
08	**Bezeichnung:**	**Verwaltungskostenumlage der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht**	200,79	170,50	137,84
	Rechtsgrundlage:	§ 16 bis 16q des Finanzdienstleistungsaufsichtsgesetzes			
	Abgabezweck:	Erstattung von Verwaltungskosten der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht			
	verpflichtet:	beaufsichtigte Unternehmen			
	begünstigt:	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht			
08	**Bezeichnung:**	**Verwaltungskostenumlage der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht im Zusammenhang mit den Kosten des Bilanzkontrollgesetzes**	7,90	7,71	7,29
	Rechtsgrundlage:	§ 17d des Finanzdienstleistungsaufsichtsgesetzes			
	Abgabezweck:	Erstattung der im Zusammenhang mit dem Bilanzkontrollgesetz entstehenden Verwaltungskosten			
	verpflichtet:	Unternehmen, deren Wertpapiere im Sinne des § 2 Absatz 1 Satz 1 des Wertpapierhandelsgesetzes an einer inländischen Börse zum Handel zugelassen sind			
	begünstigt:	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht			
08	**Bezeichnung:**	**Verwaltungskostenumlage für das Bundesaufsichtsamt für den Wertpapierhandel**	0,01	0,01	0,01
	Rechtsgrundlage:	§§ 11, 42 Absatz 2 des Wertpapierhandelsgesetzes i. V. m. der Umlage-Verordnung-Wertpapierhandel			
	Abgabezweck:	Erstattung von Verwaltungskosten des Bundesaufsichtsamts für den Wertpapierhandel			
	verpflichtet:	Beaufsichtigte Unternehmen			
	begünstigt:	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht			
08	**Bezeichnung:**	**Verwaltungskostenumlage für das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen**	0,01	0,01	0,06
	Rechtsgrundlage:	§ 51 Absatz 1 des Gesetzes über das Kreditwesen i. V. m. der Verordnung über die Umlegung der Kosten des Bundesaufsichtsamtes für das Kreditwesen			
	Abgabezweck:	Erstattung von Verwaltungskosten des Bundesaufsichtsamts für das Kreditwesen			
	verpflichtet:	beaufsichtigte Unternehmen			

Übersichten - Teil VI:

Sonderabgaben des Bundes

Die Nennung einer Abgabe in dieser Auflistung qualifiziert die Abgabe nicht als Sonderabgabe.

Epl.	Sonderabgabe		Abgabevolumen in Mio. €		
			Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
1	2		3	4	5
	begünstigt:	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht			
08	**Bezeichnung:**	**Finanzierungszuschuss zur Museumsstiftung Post und Telekommunikation**	12,00	12,00	12,00
	Rechtsgrundlage:	§ 4 Absatz 1 Nummer 2 des Gesetzes zur Errichtung einer Museumsstiftung Post und Telekommunikation			
	Abgabezweck:	Finanzierung der Museumsstiftung Post und Telekommunikation			
	verpflichtet:	Deutsche Post AG, Deutsche Telekom AG			
	begünstigt:	Museumsstiftung Post und Telekommunikation			
08	**Bezeichnung:**	**Beiträge zur Einlagensicherung und Anlegerentschädigung der Wertpapierhandelsunternehmen bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau Bankengruppe**			
	Abgabezweck:	Deckung der Entschädigungsansprüche gegen die Entschädigungseinrichtung, der Verwaltungskosten und sonstigen Kosten, die durch die Tätigkeit der Entschädigungseinrichtung entstehen			
		Jahresbeitrag	7,30	7,30	7,10
	Rechtsgrundlage:	§ 8 Absatz 1 bis 3 des Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetzes i. V. m. § 1 f. der Verordnung über die Beiträge zu der Entschädigungseinrichtung der Wertpapierhandelsunternehmen bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau (Jahresbeitrag)			
	verpflichtet:	sämtliche Institute, die gemäß § 6 Absatz 1 des Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetzes der Entschädigungseinrichtung der Wertpapierhandelsunternehmen bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau zugeordnet sind			
	begünstigt:	die Gläubiger i. S. d. § 3 Absatz 1 des Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetzes von Instituten, die der Entschädigungseinrichtung der Wertpapierhandelsunternehmen bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau zugeordnet sind			
		Einmalige Zahlung	0,10	0,10	0,10
	Rechtsgrundlage:	§ 8 Absatz 1 bis 3 des Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetzes i. V. m. § 3 f. der Verordnung über die Beiträge zu der Entschädigungseinrichtung der Wertpapierhandelsunternehmen bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau			
	verpflichtet:	siehe Jahresbeitrag			
	begünstigt:	siehe Jahresbeitrag			
		Sonderzahlungen	13,70	13,70	28,20
	Rechtsgrundlage:	§ 8 Absatz 3a und 4 des Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetzes i. V. m. § 5 der Verordnung über die Beiträge zu der Entschädigungseinrichtung der Wertpapierhandelsunternehmen bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau			
	verpflichtet:	siehe Jahresbeitrag			

Übersichten - Teil VI:

Sonderabgaben des Bundes

Die Nennung einer Abgabe in dieser Auflistung qualifiziert die Abgabe nicht als Sonderabgabe.

Epl.	Sonderabgabe		Abgabevolumen in Mio. € Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
1	2		3	4	5
	begünstigt:	siehe Jahresbeitrag			
08	**Bezeichnung:**	**Beiträge zur Entschädigungseinrichtung deutscher Banken**			
	Abgabezweck:	Deckung der Entschädigungsansprüche gegen die Entschädigungseinrichtung, der Verwaltungskosten und sonstigen Kosten, die durch die Tätigkeit der Entschädigungseinrichtung entstehen			
		<u>Jahresbeitrag</u>	140,00	140,00	136,00
	Rechtsgrundlage:	§ 1 der Verordnung über die Beiträge zur Entschädigungseinrichtung deutscher Banken GmbH			
	verpflichtet:	sämtliche Institute, die der Entschädigungseinrichtung deutscher Banken GmbH zugeordnet sind			
	begünstigt:	die Gläubiger i. S. d. § 3 Absatz 1 des Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetzes von Instituten, die der Entschädigungseinrichtung deutscher Banken GmbH zugeordnet sind			
		<u>Einmalige Zahlung</u>	0,06	0,12	0,06
	Rechtsgrundlage:	§ 2 f. der Verordnung über die Beiträge zur Entschädigungseinrichtung deutscher Banken GmbH			
	verpflichtet:	siehe Jahresbeitrag			
	begünstigt:	siehe Jahresbeitrag			
		<u>Sonderbeitrag</u>	-	-	-
	Rechtsgrundlage:	§ 8 Absatz 3 und 3a Einlagensicherungs- und Anlegerschutzgesetz			
	verpflichtet:	siehe Jahresbeitrag			
	begünstigt:	siehe Jahresbeitrag			
	zu den Spalten 3 bis 5:	Ein Sonderbeitrag wird nicht erhoben.			
08	**Bezeichnung:**	**Beiträge zur Entschädigungseinrichtung des Bundesverbandes Öffentlicher Banken Deutschlands GmbH**			
	Abgabezweck:	Deckung der Entschädigungsansprüche gegen die Entschädigungseinrichtung, der Verwaltungskosten und sonstigen Kosten, die durch die Tätigkeit der Entschädigungseinrichtung entstehen			
		<u>Jahresbeitrag</u>	5,34	4,85	4,01
	Rechtsgrundlage:	§ 1 der Verordnung über die Beiträge zur Entschädigungseinrichtung des Bundesverbandes Öffentlicher Banken Deutschlands GmbH			
	verpflichtet:	sämtliche Institute, die der Entschädigungseinrichtung des Bundesverbandes Öffentlicher Banken Deutschlands GmbH zugeordnet sind			

Übersichten - Teil VI:

Sonderabgaben des Bundes

Die Nennung einer Abgabe in dieser Auflistung qualifiziert die Abgabe nicht als Sonderabgabe.

Epl.	Sonderabgabe		Abgabevolumen in Mio. €		
			Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
1	2		3	4	5
	begünstigt:	die Gläubiger i. S. d. § 3 Absatz 1 des Einlagensicherungs- und Anlegerschutzgesetzes von Instituten, die der Entschädigungseinrichtung des Bundesverbandes Öffentlicher Banken Deutschlands GmbH zugeordnet sind			
		<u>Einmalige Zahlung</u>	-	-	-
	Rechtsgrundlage:	§ 2 der Verordnung über die Beiträge zur Entschädigungseinrichtung des Bundesverbandes Öffentlicher Banken Deutschlands GmbH			
	verpflichtet:	siehe Jahresbeitrag			
	begünstigt:	siehe Jahresbeitrag			
		<u>Sonderbeitrag</u>	-	-	-
	Rechtsgrundlage:	§ 8 Absatz 3 und 3a Einlagensicherungs- und Anlegerschutzgesetz			
	verpflichtet:	siehe Jahresbeitrag			
	begünstigt:	siehe Jahresbeitrag			
	zu den Spalten 3 bis 5:	keine Einnahmen			
08	**Bezeichnung:**	**Abgabe aus der Biokraftstoffquote**	0,60	1,70	0,90
	Rechtsgrundlage:	§ 37c Absatz 2 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes			
	Abgabezweck:	Ausgleichsabgabe zur Einhaltung des Mindestanteils an Biokraftstoffen am Gesamtkraftstoffabsatz			
	verpflichtet:	Quotenverpflichtete, d. h. die Steuerpflichtigen nach dem Energiesteuergesetz (EnergieStG), die fossile Kraftstoffe nach § 2 Absatz 1 Nummer 1 und 4 EnergieStG in den Verkehr bringen, wenn der Mindestanteil an Biokraftstoffen am Gesamtkraftstoffabsatz nicht erreicht wird			
	begünstigt:	Bund			
09	**Bezeichnung:**	**Umlage für einen Vermittlungsdienst für gehörlose und hörgeschädigte Menschen**	1,72	1,72	1,72
	Rechtsgrundlage:	§ 45 des Telekommunikationsgesetzes			
	Abgabezweck:	Berücksichtigung der Interessen behinderter Menschen bei der Planung und Erbringung von Telekommunikationsdiensten für die Öffentlichkeit			
	verpflichtet:	Anbieter öffentlich zugänglicher Telefondienste			
	begünstigt:	Vermittlungsdienst Fa. Tess GmbH			
10	**Bezeichnung:**	**Beiträge zur Absatzförderung der deutschen Land- und Ernährungswirtschaft**	-	-	-
	Rechtsgrundlage:	Absatzfondsgesetz			
	Abgabezweck:	zentrale Förderung des Absatzes und der Vermarktung von Erzeugnissen der deutschen Land- und Ernährungswirtschaft			
	verpflichtet:	Unternehmen der deutschen Land- und Ernährungswirtschaft			

Übersichten - Teil VI:

Sonderabgaben des Bundes

Die Nennung einer Abgabe in dieser Auflistung qualifiziert die Abgabe nicht als Sonderabgabe.

Epl.	Sonderabgabe		Abgabevolumen in Mio. € Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
1	2		3	4	5
	begünstigt:	Deutsche Land- und Ernährungswirtschaft			
	zu Spalte 2:	Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hat am 3. Februar 2009 wesentliche Teile des Absatzfondsgesetzes für mit dem Grundgesetz unvereinbar und nichtig erklärt. Die Erhebung der Abgabe wurde eingestellt.			
10	**Bezeichnung:**	**Abgaben zur Förderung der Forst- und Holzwirtschaft**	-	-	-
	Rechtsgrundlage:	Holzabsatzfondsgesetz			
	Abgabezweck:	Förderung des Absatzes und der Verwertung von Erzeugnissen der deutschen Forst- und Holzwirtschaft			
	verpflichtet:	Unternehmen der deutschen Forst- und Holzwirtschaft			
	begünstigt:	deutsche Forst- und Holzwirtschaft			
	zu Spalte 2:	Das BVerfG hat am 12. Mai 2009 wesentliche Teile des Holzabsatzfondsgesetzes für mit dem Grundgesetz unvereinbar und nichtig erklärt. Die Erhebung der Abgabe wurde eingestellt.			
10	**Bezeichnung:**	**Abgabe für den Deutschen Weinfonds**	10,80	10,80	10,80
	Rechtsgrundlage:	§ 37 ff. des Weingesetzes			
	Abgabezweck:	Zentrale Förderung der Qualität und des Absatzes des Weines; hinwirken auf den Schutz der durch Rechtsvorschriften für inländischen Wein festgelegten Bezeichnungen im In- und Ausland			
	verpflichtet:	Erzeuger und Handel der deutschen Weinwirtschaft			
	begünstigt:	deutsche Weinwirtschaft			
10	**Bezeichnung:**	**Beitrag zum Klärschlamm-Entschädigungs-Fonds**	-	-	-
	Rechtsgrundlage:	Klärschlamm-Entschädigungsfonds i. V. m. § 11 Absatz 2 Düngegesetz			
	Abgabezweck:	Finanzielle Absicherung im Fall von Schäden an Personen und Sachen sowie sich daraus ergebenden Folgeschäden, die durch landwirtschaftliche Verwertung von Klärschlämmen entstehen			
	verpflichtet:	Hersteller und im Fall der Einfuhr Besitzer von Klärschlämmen, die diese zur landwirtschaftlichen Verwertung abgeben			
	begünstigt:	durch die landwirtschaftliche Verwertung von Klärschlamm Geschädigte			
	zu den Spalten 3 bis 5:	Ab 2008 werden keine Beiträge mehr erhoben.			
10	**Bezeichnung:**	**Produktionsabgabe Zucker bzw. Isoglucose**	35,10	35,10	35,10
	Rechtsgrundlage:	Artikel 51 der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007			
	Abgabezweck:	Preis- und Absatzgarantie der Erzeugung von Zucker			
	verpflichtet:	Zucker- und Isoglucosehersteller			
	begünstigt:	EU-Haushalt			
10	**Bezeichnung:**	**Abgabe im Milchbereich**	-	10,00	10,80
	Rechtsgrundlage:	Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 Kapitel III Abschnitt III			

Übersichten - Teil VI:

Sonderabgaben des Bundes

Die Nennung einer Abgabe in dieser Auflistung qualifiziert die Abgabe nicht als Sonderabgabe.

Epl.	Sonderabgabe		Abgabevolumen in Mio. €		
			Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
1	2		3	4	5
	Abgabezweck:	Erhebung einer prohibitiven Abgabe auf Vermarktungen von Milch, die einzelbetriebliche Erzeugerquoten überschreiten; Vermeidung eines Ungleichgewichtes zwischen Angebot und Nachfrage bei Milch und Milcherzeugnissen			
	verpflichtet:	Milcherzeuger, die ihre einzelbetriebliche Erzeugerquote überschreiten			
	begünstigt:	Europäischer Garantiefonds für die Landwirtschaft			
	zu Spalte 3:	Regelung läuft Ende des Quotenjahres 2014/2015 aus.			
10	**Bezeichnung:**	**Umlage nach dem Milch- und Fettgesetz**	22,00	23,00	24,00
	Rechtsgrundlage:	§ 22 des Milch- und Fettgesetzes (Artikel 183 der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007)			
	Abgabezweck:	Förderung und Erhaltung der Güte, Verbesserung der Hygiene, Milchleistungsprüfungen, Beratung der Betriebe, Fortbildung des Berufsnachwuchses, Werbung zur Verbrauchserhöhung			
	verpflichtet:	Molkereien, Milchsammelstellen, Rahmstationen			
	begünstigt:	Milcherzeuger			
	zu Spalte 3:	Angaben geschätzt			
11	**Bezeichnung:**	**Winterbeschäftigungs-Umlage**	325,00	305,00	328,40
	Rechtsgrundlage:	§§ 354 bis 357 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch (SGB III), Winterbeschäftigungs-Verordnung			
	Abgabezweck:	Die Mittel für das Wintergeld und die Erstattung der von den Arbeitgebern allein zu tragenden Beiträge zur Sozialversicherung für die Bezieher von Saison-Kurzarbeitergeld werden einschließlich der Verwaltungskosten und der sonstigen Kosten, die mit der Gewährung dieser Leistungen zusammenhängen, in den durch die Baubetriebe-Verordnung näher bestimmten Betrieben des Baugewerbes durch Umlage aufgebracht.			
	verpflichtet:	Arbeitnehmer und Arbeitgeber des Baugewerbes			
	begünstigt:	Arbeitnehmer und Arbeitgeber des Baugewerbes			
11	**Bezeichnung:**	**Umlage für das Insolvenzgeld**	1 268,00	1 291,00	314,20
	Rechtsgrundlage:	§§ 358 bis 361 SGB III			
	Abgabezweck:	Die Mittel für das Insolvenzgeld einschließlich des von der Bundesagentur für Arbeit entrichteten Gesamtsozialversicherungsbeitrags, die Verwaltungskosten und die sonstigen Kosten, die mit der Erbringung des Insolvenzgeldes zusammenhängen, werden durch eine Umlage aufgebracht.			
	verpflichtet:	Unternehmer			
	begünstigt:	Arbeitnehmer beim Eintritt des Insolvenzereignisses			
11	**Bezeichnung:**	**Schwerbehindertenausgleichsabgabe**	534,00	499,70	466,80
	Rechtsgrundlage:	§ 77 SGB IX			

Übersichten - Teil VI:

Sonderabgaben des Bundes

Die Nennung einer Abgabe in dieser Auflistung qualifiziert die Abgabe nicht als Sonderabgabe.

Epl.	Sonderabgabe		Abgabevolumen in Mio. €		
			Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
1	2		3	4	5
	Abgabezweck:	Förderung der Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben (§ 77 Absatz 5 SGB IX)			
	verpflichtet:	Arbeitgeber mit mind. 20 Arbeitsplätzen i. S. d. § 73 SGB IX, die die Beschäftigungsquote des § 71 SGB IX nicht erfüllen			
	begünstigt:	schwerbehinderte Menschen, die am Arbeitsleben teilhaben bzw. teilhaben werden			
15	**Bezeichnung:**	**Investitionszuschlag zur Krankenhaus-Investitionsfinanzierung in den neuen Ländern und Berlin (Ostteil)**	179,00	179,00	150,20
	Rechtsgrundlage:	Artikel 14 Absatz 1 des Gesundheitsstrukturgesetzes			
	Abgabezweck:	Finanzierung von Zinskosten von Darlehen oder von Kosten anderer privatwirtschaftlicher Finanzierungsformen oder für eine unmittelbare Investitionsfinanzierung für Krankenhäuser in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet (befristet bis zum 31. Dezember 2014)			
	verpflichtet:	Krankenkassen/Krankenhauspatienten			
	begünstigt:	Länder Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen			
15	**Bezeichnung:**	**DRG-Systemzuschlag**	21,43	21,69	21,41
	Rechtsgrundlage:	§ 17b Absatz 5 des Krankenhausfinanzierungsgesetzes			
	Abgabezweck:	Der Zuschlag, der für jeden abzurechnenden Krankenhausfall erhoben wird, dient einerseits den mit der Entwicklung eines diagnoseorientierten Fallpauschalensystems (auch DRG, Diagnosis Related Groups), eines pauschalierenden Entgeltsystems für psychiatrische und psychosomatische Einrichtungen und von Investitionsbewertungsrelationen beauftragten Selbstverwaltungspartnern zur Finanzierung des auf der Bundesebene entstehenden Aufwands zur Entwicklung, Einführung und laufenden Pflege der genannten Systeme. Andererseits werden Krankenhäusern Kostenanteile erstattet, die durch eine Kalkulationsteilnahme entstehen (sogenannter Zuschlagsanteil Kalkulation).			
	verpflichtet:	Krankenhauspatienten bzw. die die Krankenhausrechnung übernehmenden Kostenträger			
	begünstigt:	Die Einnahmen aus dem DRG-Systemzuschlag gehen an das InEK (Institut für das Entgeltsystem im Krankenhaus) und werden dort für die Pflege und Weiterentwicklung des DRG-Systems sowie ab 2009 auch für die Entwicklung des Entgeltsystems für psychiatrische und psychosomatische Einrichtungen und von Investitionsbewertungsrelationen eingesetzt. Dabei werden rd. 85 bis 90 Prozent der Einnahmen vom InEK an Krankenhäuser ausgezahlt, die sich freiwillig an den Kostendatenkalkulationen beteiligen.			
	zu den Spalten 3 und 4:	geschätzt			

Übersichten - Teil VI:

Sonderabgaben des Bundes

Die Nennung einer Abgabe in dieser Auflistung qualifiziert die Abgabe nicht als Sonderabgabe.

Epl.	Sonderabgabe		Abgabevolumen in Mio. €		
			Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
1	2		3	4	5
15	**Bezeichnung:**	**Zuschlag zur Finanzierung von Ausbildungsstätten und Ausbildungsvergütungen**	1 330,00	1 300,00	1 276,00
	Rechtsgrundlage:	§ 17a des Krankenhausfinanzierungsgesetzes			
	Abgabezweck:	wettbewerbsneutrale Umlagefinanzierung der Kosten der Ausbildungsstätten und der Mehrkosten der Ausbildungsvergütungen, damit ausbildende Krankenhäuser im DRG-Fallpauschalensystem keinen Preisnachteil haben			
	verpflichtet:	Krankenhauspatienten bzw. die die Krankenhausrechnung übernehmenden Kostenträger			
	begünstigt:	ausbildende Krankenhäuser			
	zu den Spalten 3, 4 und 5:	geschätzt			
15	**Bezeichnung:**	**fallbezogener Zuschlag für das Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen**	16,87	15,38	15,18
	Rechtsgrundlage:	§ 139c SGB V			
	Abgabezweck:	Der Zuschlag, der für jeden abzurechnenden Krankenhausfall erhoben wird, sowie die Anteile der kassenärztlichen und der kassenzahnärztlichen Vereinigungen aus der zusätzlichen Anhebung der Vergütungen für die ambulante vertragsärztliche und vertragszahnärztliche Versorgung dienen der Finanzierung des Instituts für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen.			
	verpflichtet:	Krankenhauspatienten, kassenärztliche und kassenzahnärztliche Vereinigungen bzw. die die Krankenhausrechnung übernehmenden Kostenträger			
	begünstigt:	Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen			
	zu den Spalten 3, 4 und 5:	geschätzt			
15	**Bezeichnung:**	**fallbezogener Zuschlag für die Finanzierung des Gemeinsamen Bundesausschusses**	32,04	27,33	19,58
	Rechtsgrundlage:	§ 91 Absatz 3 Satz 1 i. V. m. § 139c SGB V			
	Abgabezweck:	Der Zuschlag, der für jeden abzurechnenden Krankenhausfall erhoben wird, sowie die Anteile der kassenärztlichen und der kassenzahnärztlichen Vereinigungen aus der zusätzlichen Anhebung der Vergütungen für die ambulante vertragsärztliche und vertragszahnärztliche Versorgung dienen der Finanzierung des Gemeinsamen Bundesausschusses.			
	verpflichtet:	Krankenhauspatienten, kassenärztliche und kassenzahnärztliche Vereinigungen bzw. die die Krankenhausrechnung übernehmenden Kostenträger			
	begünstigt:	Gemeinsamer Bundesausschuss			
	zu Spalte 3:	geschätzt			

Übersichten - Teil VI:

Sonderabgaben des Bundes

Die Nennung einer Abgabe in dieser Auflistung qualifiziert die Abgabe nicht als Sonderabgabe.

Epl.	Sonderabgabe		Abgabevolumen in Mio. € Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
1	2		3	4	5
15	**Bezeichnung:**	**Qualitätssicherungszuschläge**	21,10	19,90	19,30
	Rechtsgrundlage:	§ 17b Absatz 1 des Krankenhausfinanzierungsgesetzes und § 7 Nummer 7 des Krankenhausentgeltgesetzes			
	Abgabezweck:	Der Qualitätssicherungszuschlag dient der Finanzierung der Qualitätssicherungsmaßnahmen in Krankenhäusern.			
	verpflichtet:	Krankenhauspatienten bzw. die die Krankenhausrechnung übernehmenden Kostenträger			
	begünstigt:	Landesgeschäftsstellen und Krankenhäuser			
	zu den Spalten 3, 4 und 5:	geschätzt			
15	**Bezeichnung:**	**Finanzierung der Gesellschaft für Telematik**	78,50	50,70	-
	Rechtsgrundlage:	§ 291a Absatz 7 Satz 5 und 6 SGB V i. V. m. den Verordnungen über die Anpassung des Betrages zur Finanzierung der Gesellschaft für Telematik vom 19. Dezember 2008 und vom 14. Januar 2010			
	Abgabezweck:	Die Finanzierung der Gesellschaft für Telematik erfolgt direkt aus dem Haushalt des Spitzenverbandes Bund der Krankenkassen.			
	verpflichtet:	Spitzenverband Bund der Krankenkassen			
	begünstigt:	Gesellschaft für Telematik			
15	**Bezeichnung:**	**Zuschlag zur Finanzierung der telematikbedingten Investitions- und Betriebskosten bei Krankenhäusern (Telematikzuschlag)**	-	-	-
	Rechtsgrundlage:	§ 291a Absatz 7a Satz 1 i. V. m. Absatz 7 Satz 4 Nummer 1 und Nummer 2 SGB V			
	Abgabezweck:	Finanzierung der bei den Krankenhäusern durch die Schaffung der Telematikinfrastruktur entstehenden Investitions- und Betriebskosten			
	verpflichtet:	die die Krankenhausrechnung übernehmenden Kostenträger			
	begünstigt:	Krankenhäuser			
	zu den Spalten 3 bis 5:	Die Höhe der Zuschläge wird durch die zuständigen Spitzenorganisationen vereinbart.			
15	**Bezeichnung:**	**Zuschlag zur Finanzierung der telematikbedingten Investitions- und Betriebskosten bei ambulant tätigen Leistungserbringern**	-	-	-
	Rechtsgrundlage:	§ 291a Absatz 7b Satz 1 i. V. m. Absatz 7 Satz 4 Nummer 1 und Nummer 2 SGB V			
	Abgabezweck:	Finanzierung der bei Leistungserbringern durch die Schaffung und Nutzung der Telematikinfrastruktur in der ambulanten Versorgung entstehenden Investitions- und Betriebskosten			
	verpflichtet:	die die Rechnung übernehmenden Kostenträger			

Übersichten - Teil VI:

Sonderabgaben des Bundes

Die Nennung einer Abgabe in dieser Auflistung qualifiziert die Abgabe nicht als Sonderabgabe.

Epl.	Sonderabgabe		Abgabevolumen in Mio. €		
			Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
1	2		3	4	5
	begünstigt:	in § 291a Absatz 7b SGB V genannte Leistungserbringer der ambulanten Versorgung			
	zu den Spalten 3 bis 5:	Die Höhe der Zuschläge wird durch die zuständigen Spitzenorganisationen vereinbart.			
15	**Bezeichnung:**	**Zuschlag bei Verwendung der elektronischen Gesundheitskarte außerhalb der gesetzlichen Krankenversicherung**	k. A.	k. A.	k. A.
	Rechtsgrundlage:	§ 2 Absatz 1 des Nutzungszuschlagsgesetzes - (NutzZG)			
	Abgabezweck:	Der Zuschlag ist eine gesondert berechnungsfähige Auslage nach § 3 der Gebührenordnung für Ärzte bzw. Zahnärzte. Er dient der Finanzierung der bei Leistungserbringern durch die Schaffung und Nutzung der Telematikinfrastruktur in der ambulanten privatärztlichen und -zahnärztlichen Versorgung entstehenden Investitions- und Betriebskosten. Der Zuschlag darf nicht höher sein als die im Rahmen der gesetzlichen Krankenversicherung vereinbarten Zuschläge.			
	verpflichtet:	Patienten im Rahmen einer Privatliquidation außerhalb der gesetzlichen Krankenversicherung bzw. die die Rechnung übernehmenden Kostenträger			
	begünstigt:	in § 2 Absatz 1 NutzZG genannte Leistungserbringer der ambulanten Versorgung			
15	**Bezeichnung:**	**fallbezogener Zuschlag für die Finanzierung des Instituts des Bewertungsausschusses**	4,99	5,23	k. A.
	Rechtsgrundlage:	§ 87 Absatz 3c SGB V			
	Abgabezweck:	Der Zuschlag, der auf jeden ambulant-kurativen Behandlungsfall in der vertragsärztlichen Versorgung erhoben wird, dient der Finanzierung des Instituts des Bewertungsausschusses für den Bereich der vertragsärztlichen Versorgung.			
	verpflichtet:	Krankenhauspatienten, kassenärztliche und kassenzahnärztliche Vereinigungen bzw. die die Krankenhausrechnung übernehmenden Kostenträger			
	begünstigt:	Institut des Bewertungsausschusses			
15	**Bezeichnung:**	**Notdienstpauschale nach dem Apothekennotdienstsicherstellungsgesetz (ANSG)**	101,51	42,30	-
	Rechtsgrundlage:	§ 20 Abs. 1 Apothekengesetz (ApoG)			
	Abgabezweck:	Apotheken erhalten für geleistete (Voll-)Notdienste einen pauschalen Zuschuss. Dieser Zuschuss wird aus dem dafür errichteten Fonds zur Förderung der Sicherstellung des Notdienstes der Apotheken (NNF) des vom Bund beliehenen Deutschen Apothekerverbandes (DAV) bezahlt. Dazu zieht der NNF 16 Cent pro abgegebene Packung von ANSG relevanten Fertigarzneimitteln (gesetzlich eingeführter Erhöhungsbeitrag des Festzuschlags für diesen Zweck) von allen Apotheken ein. Der sich daraus ergebende Betrag wird für die geleisteten Notdienste an die Apotheken quartalsweise ausgeschüttet.			

Übersichten - Teil VI:

Sonderabgaben des Bundes

Die Nennung einer Abgabe in dieser Auflistung qualifiziert die Abgabe nicht als Sonderabgabe.

Epl.	Sonderabgabe		Abgabevolumen in Mio. € Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
1	2		3	4	5
	verpflichtet:	alle Apotheken (einschließlich ausländischer Versandapotheken)			
	begünstigt:	alle Apotheken, die Notdienst leisten			
	zu den Spalten 3, 4 und 5:	geschätzt			
	zu Spalte 4:	Die Abgaben sind erst ab August 2013 angefallen.			
16	**Bezeichnung:**	**Abwasserabgabe**	k. A.	k. A.	307,62
	Rechtsgrundlage:	§§ 1 und 9 des Abwasserabgabengesetzes			
	Abgabezweck:	wirtschaftlicher Anreiz zur Verminderung der Schädlichkeit des in Gewässer eingeleiteten Abwassers			
	verpflichtet:	Einleiter von Abwasser in Gewässer (Direkteinleiter)			
	begünstigt:	Länder			

Übersichten - Teil VII:

20 größte Steuervergünstigungen des Bundes

in der Abgrenzung des 24. Subventionsberichts

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Steuervergünstigung	Lfd. Nr. 24. Subventionsbericht (Anlage 2)	Funktionsbereich	Steuermindereinnahmen des Bundes im Kassenjahr in Mio. €		
				2014	2013	2012
1	2	3	4	5	6	7
1	Stromsteuerbegünstigung für Unternehmen des Produzierenden Gewerbes in Sonderfällen (Spitzenausgleich) (§ 10 StromStG)	63	Gewerbliche Wirtschaft	2 000	2 000	2 008
2	USt-Ermäßigung für kulturelle unterhaltende Leistungen (§ 12 Abs. 2 Nrn. 1, 2 und 7 UStG)	98	Kultur	1 937	1 879	1 844
3	Steuerbegünstigung für die Stromerzeugung und die gekoppelte Erzeugung von Kraft und Wärme (§§ 37, 53 EnergieStG)	53	Gewerbliche Wirtschaft	1 800	1 800	2 200
4	Steuerbefreiung der gesetzlichen oder tariflichen Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit (§ 3b EStG)	94	Arbeit	1 148	1 124	1 101
5	Stromsteuerbegünstigung für Unternehmen des Produzierenden Gewerbes und der Unternehmen der Land- und Forstwirtschaft (§ 9 Abs. 3 StromStG; ab 1. Januar 2011 § 9b StromStG)	61	Gewerbliche Wirtschaft	1 000	1 000	994
6	Stromsteuerbegünstigung für bestimmte Prozesse und Verfahren (§ 9a StromStG)	68	Gewerbliche Wirtschaft	720	720	722
7	Steuerermäßigung für die Inanspruchnahme von Handwerkerleistungen für Renovierungs-, Erhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen in einem in der EU oder dem EWR liegenden Haushalt des Steuerpflichtigen (§ 35a Abs. 3 EStG)	38	Gewerbliche Wirtschaft	646	646	646
8	Energiesteuerbegünstigung für bestimmte Prozesse und Verfahren (§§ 37, 51 EnergieStG)	52	Gewerbliche Wirtschaft	612	612	612
9	Ermäßigter USt-Satz für Personenbeförderung im Nahverkehr (§ 12 Abs. 2 Nr. 10 UStG i.V.m. § 28 Abs. 4 UStG)	66	Verkehr	587	574	560
10	Ermäßigter Umsatzsteuersatz für Beherbergungsleistungen ab 1. Januar 2010 (§ 12 Abs. 1 Nr. 11 UStG)	99	Gewerbliche Wirtschaft	515	512	510
11	Steuerbegünstigung für Energieerzeugnisse, die im inländischen Flugverkehr verwendet werden (§ 27 Abs. 2 EnergieStG)	78	Verkehr	500	500	500
12	Förderung der privaten kapitalgedeckten Altersvorsorge durch Zulagen (Fördervolumen) (§ 10a EStG/Abschnitt XI des EStG)	91	Finanzen	497	459	412
13	Steuerbegünstigung für Betriebe der Land- und Forstwirtschaft (Agrardieselgesetz) (§ 57 EnergieStG)	19	Gewerbliche Wirtschaft	430	430	430
14	Teilweise Energiesteuerentlastung für die gekoppelte Erzeugung von Kraft und wärme (KWK) (§ 53b EnergieStG)	55	Gewerbliche Wirtschaft	300	350	-
15	Steuerbegünstigung der Energieerzeugnisse, die bei der Herstellung von Energieerzeugnissen zur Aufrechterhaltung des Betriebs verwendet werden (Herstellerprivileg) (§§ 26, 37, 44 EnergieStG)	50	Gewerbliche Wirtschaft	300	300	300

Übersichten - Teil VII:

20 größte Steuervergünstigungen des Bundes

in der Abgrenzung des 24. Subventionsberichts

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Steuervergünstigung	Lfd. Nr. 24. Subventionsbericht (Anlage 2)	Funktionsbereich	Steuermindereinnahmen des Bundes im Kassenjahr in Mio. €		
				2014	2013	2012
1	2	3	4	5	6	7
16	Ermäßigter Steuersatz für die Umsätze aus der Tätigkeit als Zahntechniker sowie für Lieferungen und Wiederherstellungen von Zahnprothesen und kieferorthopädischen Apparaten durch Zahnärzte (§ 12 Abs. 2 Nr. 6 UStG)	100	Gewerbliche Wirtschaft	278	273	268
17	Steuerbegünstigung für Flüssiggas und Erdgas, das als Kraftstoff verwendet wird (§ 2 Abs. 2 EnergieStG)	76	Verkehr	250	230	215
18	Energiesteuerbegünstigung für Unternehmen des produzierenden Gewerbes in Sonderfällen (Spitzenausgleich) (§ 55 EnergieStG)	58	Gewerbliche Wirtschaft	180	180	174
19	Energiesteuerbegünstigung für Unternehmen des produzierenden Gewerbes und Unternehmen der Land- und Forstwirtschaft (§ 54 EnergieStG)	57	Gewerbliche Wirtschaft	170	170	184
20	Steuerbegünstigung für Energieerzeugnisse, die in der Binnenschifffahrt verwendet werden (§ 27 Abs. 1 EnergieStG)	79	Verkehr	160	160	160

Übersichten - Teil VIII:

Größte sonstige steuerliche Regelungen des Bundes

in der Abgrenzung des 24. Subventionsberichts

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der sonstigen steuerlichen Regelung	Lfd. Nr. 24. Subventionsbericht (Anlage 3)	Funktionsbereich	Steuermindereinnahmen des Bundes im Kassenjahr in Mio. €		
				2014	2013	2012
1	2	3	4	5	6	7
1	Befreiung der Heilbehandlungen im Bereich der Humanmedizin, Krankenhausbehandlungen und ärztliche Heilbehandlungen durch Einrichtungen des öffentlichen Rechts sowie vergleichbare Einrichtungen, Leistungen im Rahmen von Verträgen zur integrierten Versorgung, sonstigen Leistungen von Gemeinschaften gegenüber ihren Mitgliedern im Bereich der Heil- und Krankenhausbehandlungen (§ 4 Nr. 14 UStG)	37	Gesundheit, Soziales	7 381	7 269	7 157
2	Abzug der Kirchensteuer als Sonderausgaben (§ 10 Abs. 1 Nr. 4 EStG)	5	Kultur, Soziales	1 468	1 422	1 383
3	Steuerbegünstigung von Ausgaben zur Förderung mildtätiger, kirchlicher und gemeinnütziger Zwecke sowie von Zuwendungen an politische Parteien (§ 10b EStG)	7	Kultur, Soziales, Allgemeine Verwaltung	669	649	620
4	Sonderausgabenabzug für sonstige Vorsorgeaufwendungen (insbesondere Kranken-, Pflege-, Haftpflicht-, Unfall- aber ohne Rentenversicherung); Neuordnung nach dem Alterseinkünftegesetz: Ab 2005 sind abziehbar Beiträge für Vorsorgeaufwendungen bis max. 2 400 € resp. 1 500 €, Anwendung des alten Rechts bei höherem Effektivabzug i. R. d. Günstigerprüfung. Infolge des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zur Absetzbarkeit von Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen rechnet ihre steuerliche Abziehbarkeit ab 2010 nicht mehr zu den sonstigen steuerlichen Regelungen (§ 10 Abs. 1 Nr. 3 EStG i.V.m. Abs. 4 und 4a n. F.)	4	Soziales	537	578	635
5	Ermäßigter Steuersatz für Krankenrollstühle, Körperersatzstücke, orthopädische Apparate und andere orthopädische Vorrichtungen sowie zum Beheben von Funktionsschäden oder Gebrechen sowie für Schwimm- und Heilbäder und die Bereitstellung von Kureinrichtungen (§ 12 Abs. 2 Nr. 1 und 9 UStG)	42	Gesundheit, Soziales	326	320	315
6	Ermäßigter Steuersatz für Leistungen gemeinnütziger, mildtätiger und kirchlicher Einrichtungen sowie von Personenvereinigungen und Gemeinschaften dieser Einrichtungen (§12 Abs. 2 Nr. 8 UStG)	43	Kultur, Soziales	179	176	173
7	Pauschalierung der Lohnsteuer bei bestimmten Zukunftssicherungsleistungen mit einem Steuersatz von 20 Prozent ab 1996 (§ 40b EStG)	12	Soziales	155	162	170

Übersichten - Teil VIII:

Größte sonstige steuerliche Regelungen des Bundes

in der Abgrenzung des 24. Subventionsberichts

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der sonstigen steuerlichen Regelung	Lfd. Nr. 24. Subventionsbericht (Anlage 3)	Funktionsbereich	Steuermindereinnahmen des Bundes im Kassenjahr in Mio. €		
				2014	2013	2012
1	2	3	4	5	6	7
8	Steuerermäßigung für die Inanspruchnahme einer haushaltsnahen Dienstleistung; ab 2006 Erhöhung für Pflege- und Betreuungsleistungen; ab 2009 Zusammenfassung mit der Steuerermäßigung für sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse in Privathaushalten (lfd. Nr. 10 des 22. Subventionsberichts) zu einem einheitlichen Fördertatbestand; Erhöhung des Steuerermäßigungsbetrages auf zusammengefasst 20 Prozent der Aufwendungen, höchstens 4 000 € (§ 35a Abs. 2 EStG)	10	Gewerbliche Wirtschaft	145	145	145
9	Steuerbefreiung für blinde, hilflose und außergewöhnlich gehbehinderte schwerbehinderte Menschen, Steuerermäßigungen um 50 Prozent für andere schwerbehinderte Menschen mit orangefarbenem Aufdruck im Behindertenausweis (§ 3a KraftStG)	47	Soziales	115	115	120
10	Steuerbegünstigung von Ausgaben zur Förderung mildtätiger, kirchlicher und gemeinnütziger Zwecke (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 KStG)	25	Kultur, Soziales	84	82	81
11	Steuerermäßigung bei Zuwendungen an politische Parteien und an unabhängige Wählervereinigungen (§ 34g EStG)	8	Allgemeine Verwaltung	40	38	37
12	Begrenzter Sonderausgabenabzug für Schulgeldzahlungen an private Schulen (höchstens 5 000 € p.a.; ab 2009 Ausweitung der Regelung auf das EU-Ausland) (§ 10 Abs. 1 Nr. 9 EStG)	6	Bildung	42	41	39
13	Freibetrag für Belegschaftsrabatte von 1 080 € (§ 8 Abs. 3 EStG)	3	Gewerbliche Wirtschaft	34	34	34
14	Steuerermäßigung für Aufwendungen eines privaten Haushalts bei Beschäftigung von geringfügigen Beschäftigten ("Mini-Jobber") (§ 35a Abs. 1 Nr. 1 EStG)	9	Gewerbliche Wirtschaft	30	28	26
15	Pauschalierung der Lohnsteuer bei bestimmten Vergütungen für Verpflegungsmehraufwendungen mit einem Steuersatz von 25 Prozent (§ 40 Abs. 2 Nr. 4 EStG)	11	Gewerbliche Wirtschaft	19	19	19

zu Spalte 2: Regelungen, die durch die seit dem 6. Subventionsbericht erfolgte neue Begriffsbestimmung nicht den Subventionen zuzuordnen sind. Die Anlage 3 des 24. Subventionsberichts weist insgesamt 53 sonstige steuerliche Regelungen aus. Für nur 15 Regelungen sind die Steuermindereinnahmen quantifizierbar.

Übersichten - Teil IX:

20 größte Finanzhilfen des Bundes

in der Abgrenzung des 24. Subventionsberichts

Lfd. Nr.	Kapitel	Zweckbestimmung	Lfd. Nr. 24. Subventionsbericht (Anlage 1)	Soll 2014 Mio. €	Soll 2013 Mio. €	Ist 2012 Mio. €
1	2	3	4	5	6	7
1	0903	Zuschüsse für den Absatz deutscher Steinkohle zur Verstromung und an die Stahlindustrie sowie zum Ausgleich von Belastungen infolge von Kapazitätsanpassungen	13	1 172	1 111	1 182
2	0903 6092	Zuschüsse im Rahmen des Programms "Energetisch Sanieren - CO_2- Gebäudesanierungsprogramm" an die KfW	58	1 117	759	834
3	0903 1602 6092	Förderung von Einzelmaßnahmen zur Nutzung erneuerbarer Energien	18	437	475	361
4	0902	Zuweisungen an die Länder für betriebliche Investitionen, GA "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" nur Teilbeträge der Haushaltsansätze (soweit Finanzhilfen)	36	408	408	411
5	1003	GA Agrarstruktur (ohne Küstenschutz) nur Teilbeträge der Haushaltsansätze (soweit Finanzhilfen)	11	400	400	374
6	1209	Verwendung der streckenbezogenen Lkw-Maut im Güterverkehrssektor	52	392	395	344
7	0901	Innovationsförderung, zentrales Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) nur Teilbeträge der Haushaltsansätze (soweit Finanzhilfen)	21	385	383	353
8	6092	Strompreiskompensation	17	350	-	-
9	1606	Prämien nach dem Wohnungsbau-Prämiengesetz	62	321	354	386
10	1606	Förderung des Städtebaus nur Teilbeträge der Haushaltsansätze (soweit Finanzhilfen)	53	160	181	205
11	1001	Zuschüsse an die Träger der landwirtschaftlichen Unfallversicherung	1	125	150	175
12	0903	Anpassungsgeld für Arbeitnehmer des Steinkohlebergbaus	14	118	118	106
13	0902	Maßnahmen zur Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen und freien Berufen sowie zur Stärkung der beruflichen Bildung	37	118	119	139
14	1202	Förderung von Umschlaganlagen des kombinierten Verkehrs	51	107	107	67
15	0405	Anreizprogramm zur Stärkung der Filmproduktion in Deutschland	42	60	70	53
16	0902	Zinszuschüsse im Rahmen von ERP-Förderprogrammen	25	63	64	60
17	0820	Zuschüsse an die Bundesmonopolverwaltung für Branntwein	8	58	80	65
18	1202	Finanzbeitrag an die Seeschifffahrt	48	58	58	61
19	1001	Zuschüsse zur Gewährung einer Rente an Kleinlandwirte bei Landabgabe (Landabgaberente)	2	30	34	35
20	6092	Energieeffizienzfonds	16	29	29	11

Übersichten - Teil X:

ÖPP-Projekte und privat vorfinanzierte öffentliche Baumaßnahmen

A. Öffentlich Private Partnerschaften (ÖPP)
(ÖPP-Erwerbermodell, ÖPP-Leasingmodell, ÖPP-Mietmodell, ÖPP-Inhabermodell und vergleichbare Modelle sowie sonstige ÖPP-Projekte von erheblicher finanzieller Bedeutung)

B. Private Vorfinanzierung öffentlicher Baumaßnahmen
(Leasing, Ratenkauf, Mietkauf und vergleichbare Modelle)

Epl. Kap. Titel	Maßnahme	Gesamt-ausgaben (Sp. 4-7)	Finanzierungsverlauf verausgabt bis 2012	Soll 2013	veranschlagt 2014	Folgejahre (insgesamt) 2015 ff.	Laufzeit (Vertragsende)	Kaufpreis bei Vertragsende (Option)
		Mio. €					Jahr(e)	Mio. €
1	2	3	4	5	6	7	8	9
	A. ÖPP-Projekte							
Epl. 12	II. Tiefbau							
	a) laufende Maßnahmen							
1209 823 11 (neu - vorher 1209 823 12)	A 8, Augsburg W-München Allach	843	124	23	24	672	30 (2037)	
	A 4, Herleshausen (Landesgrenze Hessen/Thüringen)-Gotha	554	94	15	15	430	30 (2037)	
	A 1, AK Bremen-AD Buchholz	1 003	100	31	32	840	30 (2038)	
	A 5, Offenburg-Malsch	959	46	21	22	870	30 (2039)	
	A 9, AS Lederhose-Landesgrenze Thüringen/Bayern	406	42	58	21	285	20 (2031)	
	A 8, Ulm-Augsburg	1 345	79	46	47	1 173	30 (2041)	
	b) neue Maßnahmen							
	A 7, AD Hamburg-NW-AD Bordesholm	1 200	-	-	60	1 140	30 (2044)	
	A 6, Wiesloch-Rauenberg-AK Weinsberg	1 100	-	-	-	1 100	30	
	A 7, AS Göttingen-AD Salzgitter	1 000	-	-	-	1 000	30	
	A 1, AS Münster/Nord-AK Lotte/Osnabrück und A 30, AS Rheine-AK Lotte/Osnabrück	1 300	-	-	-	1 300	30	
	A 44, Diemelstadt-Kassel/Süd	300	-	-	-	300	30	
	A 61, Landesgrenze Rheinland-Pfalz/Baden-Württemberg-Worms	500	-	-	-	500	30	
	A 94, Pastetten-Heldenstein	900	-	-	-	900	30	
Epl. 14	I. Hochbau							
	a) laufende Maßnahme							
1412 517 09	Fürst-Wrede-Kaserne, München	164	30	10	10	114	20 (2028)	
	III. Sonstige							
	a) laufende Maßnahmen							
1407 553 19	LH Bekleidung	1 718	1 242	140	130	206	14 (2016)	
1407 553 39	BwFuhrparkService	3 647	2 652	400	400	195	13 (2015)	
aus 1407 553 69	Simulatorenausbildung NH 90	656	161	47	50	398	15 (2022)	
1407 Tgr. 56	IT-Projekt HERKULES	6 155	3 565	655	643	1 292	10 (2016)	
Summe Teil A.		**23 750**	**8 135**	**1 446**	**1 454**	**12 715**		

Übersichten - Teil X:

ÖPP-Projekte und privat vorfinanzierte öffentliche Baumaßnahmen

A. Öffentlich Private Partnerschaften (ÖPP)
(ÖPP-Erwerbermodell, ÖPP-Leasingmodell, ÖPP-Mietmodell, ÖPP-Inhabermodell und vergleichbare Modelle sowie sonstige ÖPP-Projekte von erheblicher finanzieller Bedeutung)

B. Private Vorfinanzierung öffentlicher Baumaßnahmen
(Leasing, Ratenkauf, Mietkauf und vergleichbare Modelle)

Epl. Kap. Titel	Maßnahme	Gesamt-ausgaben (Sp. 4-7)	Finanzierungsverlauf: veraus-gabt bis 2012	Soll 2013	veran-schlagt 2014	Folgejahre (insge-samt) 2015 ff.	Laufzeit (Vertrags-ende)	Kaufpreis bei Vertrags-ende (Option)
		Mio. €					Jahr(e)	Mio. €
1	2	3	4	5	6	7	8	9
	B. Private Vorfinanzierung öffentlicher Baumaßnahmen							
Epl. 12	II. Tiefbau							
	a) laufende Maßnahme							
1210 823 12/ 1210 823 22	14 laufende Bundesfernstraßen-maßnahmen	3 906	3 236	216	130	324	15 (2018)	
Summe Teil B.		**3 906**	**3 236**	**216**	**130**	**324**		

Differenzen durch Rundung möglich

zu Spalte 2: Zweckbestimmung (ggf. Kurzfassung) / untergliedert nach I. Hochbau, II. Tiefbau, III. Sonstige sowie a) laufende Maßnahme und b) neue Maßnahme, soweit veranschlagt
zu Spalte 8: maßgebend ist grundsätzlich die längste Laufzeit

Übersichten - Teil XI:

Übersicht zu den EU-Einnahmetiteln des Bundes

Epl. Kap. Titel	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5
04	**Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt**			
0403	**Presse- und Informationsamt der Bundesregierung**			
272 01	Einnahmen aus Zuschüssen der EU	-	-	561
	Korrespondierende Ausgabetitel: 542 02.			
0405	**Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien**			
272 01	Einnahmen aus Zuschüssen der Europäischen Union	-		
	Korrespondierende Ausgabetitel: 686 12.			
0407	**Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa**			
272 01	Einnahmen aus Zuschüssen der Europäischen Union	-	-	-
	Korrespondierende Ausgabetitel: 684 01.			
05	**Auswärtiges Amt**			
0504	**Pflege kultureller Beziehungen zum Ausland**			
272 01	Zuschüsse von der EU	-	-	-
	Korrespondierende Ausgabetitel: 687 14 und 687 15.			
06	**Bundesministerium des Innern**			
0601	**Gesellschaft und Verfassung**			
272 01	Zuschüsse der Europäischen Union zu den Kosten innenpolitischer Maßnahmen	-	-	578
	Korrespondierende Ausgabetitel: 532 14.			
0603	**Integration und Migration, Minderheiten und Vertriebene**			
272 01	Einnahmen aus Zuschüssen des europäischen Flüchtlingsfonds	-	-	6 472
	Korrespondierende Ausgabetitel: 684 11.			
272 02	Einnahmen aus Zuschüssen des Europäischen Asyl- und Migrationsfonds (AMIF)	-		
	Korrespondierende Ausgabetitel: 684 10.			
272 03	Einnahmen aus Zuschüssen des Europäischen Integrationsfonds	-	-	13 840
	Korrespondierende Ausgabetitel: 684 17.			
272 04	Einnahmen aus Zuschüssen des Europäischen Rückkehrfonds	-	-	4 108
	Korrespondierende Ausgabetitel: 684 18.			
0610	**Sonstige Bewilligungen**			
272 01	Zuschüsse der Europäischen Union zu den Kosten innenpolitischer Maßnahmen	-		
	Korrespondierende Ausgabetitel: 687 07.			
0612	**Bundesministerium**			
272 02	Zuschuss der EU für Maßnahmen der Auseinandersetzung mit terroristischen und extremistischen Bestrebungen und einer Aufklärungskampagne zu Gefahren von Extremismus und Fremdenfeindlichkeit	-	-	-
	Korrespondierende Ausgabetitel: 532 02.			
0614	**Statistisches Bundesamt**			
272 02	Einnahmen aus Zuschüssen der Europäischen Union zu den Kosten statistischer Erhebungen	-	-	-
	Korrespondierende Ausgabetitel: 427 09, 539 09 und 812 01.			
0615	**Bundesverwaltungsamt**			
272 02	Zuschüsse der europäischen Union zu Kosten von Gemeinschaftsaufgaben	-	-	860
	Korrespondierende Ausgabetitel: Hgr. 4 und Hgr. 5.			

Übersichten - Teil XI:

Übersicht zu den EU-Einnahmetiteln des Bundes

Epl. Kap. Titel	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5
0616	**Bundesamt für Kartographie und Geodäsie**			
272 01	Zuschuss der Europäischen Union im Zusammenhang mit Vermessungsprojekten Korrespondierende Ausgabetitel: Tgr. 01 und Tgr. 03.	-	-	5
0623	**Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik**			
272 01	Zuschüsse der Europäischen Union für Maßnahmen auf dem Gebiet der IT-Sicherheit Korrespondierende Ausgabetitel: 532 04.	-	-	8
0624	**Bundeskriminalamt**			
272 01	Zuschüsse der Europäischen Union zu den Kosten innenpolitischer Maßnahmen Korrespondierende Ausgabetitel: 532 04.	-	-	643
272 02	Einnahmen aus Zuschüssen des Fonds für Innere Sicherheit (ISF Sicherheit) der Europäischen Union Korrespondierende Ausgabetitel: 685 01.	-		
0625	**Bundespolizei**			
272 01	Zuschüsse der Europäischen Union und der Vereinten Nationen Korrespondierende Ausgabetitel: 532 04 und 532 05.	-	-	1 008
272 02	Einnahmen aus Zuschüssen des Außengrenzenfonds der Europäischen Union Korrespondierende Ausgabetitel: 684 01.	-	-	24 049
272 03	Einnahmen aus Zuschüssen des Fonds für Innere Sicherheit (ISF Grenzen) der Europäischen Union Korrespondierende Ausgabetitel: 685 01.	-		
0628	**Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe**			
272 09	Einnahmen aus Zuschüssen der Europäischen Union Korrespondierende Ausgabetitel: 427 09, 525 01, 544 01 und 632 01.	-	-	420
0629	**Bundesanstalt Technisches Hilfswerk**			
272 01	Einnahmen aus Zuschüssen der Europäischen Union zur Durchführung von Hilfsmaßnahmen Korrespondierende Ausgabetitel: 427 09, 532 06, 544 01, 811 01 und 812 01.	-	-	1 127
0634	**Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung**			
272 01	Zuschüsse der Europäischen Union zu den Kosten innenpolitischer Maßnahmen Korrespondierende Ausgabetitel: 525 01.	-	-	-
0635	**Bundeszentrale für politische Bildung**			
272 01	Zuschüsse der Europäischen Union zu Maßnahmen der politischen Bildungsarbeit Korrespondierende Ausgabetitel: 532 02.	-	-	276
07	**Bundesministerium der Justiz**			
0712	**Bundesministerium**			
271 01	Erstattungen von der EU Korrespondierende Ausgabetitel: Kap. 0711 Tit. 545 01 und Kap. 0712 Tit. 532 07.	-	-	-
0718	**Bundesamt für Justiz**			
271 01	Erstattungen von der EU Korrespondierende Ausgabetitel: Kap. 0711 Tit. 545 01, Kap. 0718 Tit. 511 01, 532 01 und 812 02.	-	-	-

Übersichten - Teil XI:

Übersicht zu den EU-Einnahmetiteln des Bundes

Epl. Kap. Titel	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5
0719	**Deutsches Patent- und Markenamt**			
271 01	Erstattungen von der EU	-	-	-
	Korrespondierende Ausgabetitel: 422 01, 427 09, 428 01, 511 01, 527 01, 532 01, 539 99 und 812 02.			
08	**Bundesministerium der Finanzen**			
0811	**Zentral veranschlagte Verwaltungseinnahmen und -ausgaben**			
272 04	Einnahmen aus Zuschüssen der Europäischen Union zu besonderen Maßnahmen im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	-	-	136
	Korrespondierende Ausgabetitel: 526 02 und Kap. 0813 Tit. 539 99.			
346 01	Zuschüsse für Investitionen von der EU	-	-	-
	Korrespondierende Ausgabetitel: Kap. 0813 Tit. 812 01.			
09	**Bundesministerium für Wirtschaft und**			
0902	**Mittelstand: Gründen, Wachsen, Investieren**			
346 01	Einnahmen aus Zuschüssen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung	-	-	209 693
	Korrespondierende Ausgabetitel: 882 03.			
0910	**Sonstige Bewilligungen**			
272 01	Einnahmen aus Zuschüssen der Europäischen Union zu besonderen Maßnahmen	-	-	16
	Korrespondierende Ausgabetitel: Kap. 0902 Tit. 686 06, Kap. 0903 Tit. 686 02 und Kap. 0904 Tit. 687 01.			
10	**Bundesministerium für Ernährung**			
1004	**Marktordnung, Maßnahmen der Notfallvorsorge**			
272 01	Einnahmen aus Beteiligungen der EU-Strukturfonds	-	-	117
272 02	Sonstige Einnahmen	-	-	991
272 03	Einnahmen aus Erstattungen der Europäischen Union für Programme und Vorhaben zum Schutz des Waldes in der Union gegen Luftverschmutzung und Brände	-	-	-
272 04	Einnahmen aus Erstattungen der Europäischen Union für die Projekteinheit "Nationale Vernetzungsstelle" für den ländlichen Raum	-	-	536
	Korrespondierende Ausgabetitel: 671 02.			
11	**Bundesministerium für Arbeit und Soziales**			
1106	**Maßnahmen des Bundes mit Beteiligung Europäischer Fonds (ESF, EGF, FEAD) sowie sonstige internationale Angelegenheiten**			
272 01	Einnahmen aus Zuschüssen des Europäischen Globalisierungsfonds	-	-	-
	Korrespondierende Ausgabetitel: Tgr. 02, Kap. 1112 Tit. 422 01, 428 01 und 527 01.			
272 02	Einnahmen aus Zuschüssen des Europäischen Sozialfonds	-	-	479 954
	Korrespondierende Ausgabetitel: Kap. 0603 Tit. 684 16, Kap. 0902 Tit. 686 05, 686 07, 686 08, 686 10, Kap. 0912 Tit. 427 09, Kap. 1101 Tit. 685 11, Kap. 1105 Tit. 686 01, Kap. 1106 Tit. 686 11, 686 12, Kap. 1112 Tit. 422 01, 428 01, Kap. 1606 Tit. 686 05, Kap. 1702 Tit. 684 01, 684 02, Kap. 1703 Tit. 684 11, 684 12, 684 21, 684 22, Kap. 1710 Tit. 684 07, Kap. 1712 Tit. 422 01, 427 99, 428 01, Kap. 3002 Tit. 685 20, 685 41, 685 42, 685 43, Kap. 3003 Tit. 685 07, 685 16, Kap. 3004 Tit. 683 24 und Kap. 3012 Tit. 427 09.			

Übersichten - Teil XI:

Übersicht zu den EU-Einnahmetiteln des Bundes

Epl. Kap. Titel	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5
272 03	Einnahmen aus Zuschüssen der Europäischen Union zu besonderen Maßnahmen Korrespondierende Ausgabetitel: 687 32.	-	-	-
272 04	Einnahmen aus Zuschüssen des Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten von Armut betroffenen Personen Korrespondierende Ausgabetitel: 686 41 und 686 42.	-		
12	**Bundesministerium für Verkehr**			
1202	**Allgemeine Bewilligungen**			
271 01	Erstattungen der Europäischen Union Korrespondierende Ausgabetitel: 532 02.	-	-	-
272 01	Einnahmen aus Zuschüssen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung für das Bundesprogramm Verkehrsinfrastruktur Korrespondierende Ausgabetitel: Kap. 1201 Tit. 427 49, Kap. 1202 Tit. 532 15, 532 18, Kap. 1203 Tit. 752 12, Kap. 1210 Tit. 743 32, 743 42 und Kap. 1222 Tit. 891 04.	-	-	241 980
272 02	Einnahmen aus Zuschüssen der Europäischen Union für transeuropäische Netze Korrespondierende Ausgabetitel: 532 19, Kap. 1203 Tit. 752 11, Kap. 1210 Tit. 532 01, 743 12 und Kap. 1222 Tit. 891 03.	-	-	80 221
272 03	Einnahmen aus Zuschüssen der Europäischen Union zu besonderen Maßnahmen im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung Korrespondierende Ausgabetitel: 545 01.	-	-	-
1209	**Erhebung und Verwendung der Maut (Bundesfernstraßen)**			
272 01	Einnahmen aus Zuschüssen der Europäischen Union zur Entwicklung eines europäischen Mautsystems Korrespondierende Ausgabetitel: 526 02.	-	-	-
1227	**Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung**			
272 01	Einnahmen aus Zuschüssen der Europäischen Union zum Projekt "Concerted Action"		-	-
15	**Bundesministerium für Gesundheit**			
1501	**Bundesministerium**			
272 01	Einnahmen aus Zuschüssen von der EU Korrespondierende Ausgabetitel: 428 01, 527 01 und 544 01.	-	-	-
1502	**Allgemeine Bewilligungen**			
272 01	Einnahmen aus Zuschüssen von der EU Korrespondierende Ausgabetitel: 532 82, 684 69 und 686 18.	-	-	-
1504	**Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung**			
272 01	Einnahmen aus Zuschüssen von der EU Korrespondierende Ausgabetitel: 427 09, 511 01, 527 01, 531 06, 532 03 und 545 01.	-	-	-
1505	**Deutsches Institut für Medizinische Dokumentation und Information**			
272 01	Einnahmen aus Zuschüssen von der EU Korrespondierende Ausgabetitel: 427 09, 527 01, 532 55, 544 51 und 812 55.	-	-	11
1506	**Paul-Ehrlich-Institut**			
272 01	Einnahmen aus Zuschüssen von der EU Korrespondierende Ausgabetitel: Tgr. 01.	-	-	-

Übersichten - Teil XI:

Übersicht zu den EU-Einnahmetiteln des Bundes

Epl. Kap. Titel	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5
1510	**Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte**			
272 01	Einnahmen aus Zuschüssen von der EU	-	-	-
	Korrespondierende Ausgabetitel: 427 09, 428 01, 511 01, 527 01, 544 01, 685 02 und 812 01.			
1511	**Robert Koch-Institut**			
272 01	Einnahmen aus Zuschüssen von der EU	-	-	-
	Korrespondierende Ausgabetitel: 427 29, 428 21, 459 29, 547 21 und 812 21.			
16	**Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz,**			
1617	**Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung**			
272 01	Einnahmen aus Zuschüssen der Europäischen Union zum Projekt "Concerted Action"	-		
	Korrespondierende Ausgabetitel: 685 01.			
17	**Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend**			
1710	**Sonstige Bewilligungen**			
272 01	Einnahmen von der Europäischen Union für die Unterstützung der Aktivitäten des EURES-Netzwerkes	-	-	-
	Korrespondierende Ausgabetitel: 684 06.			
272 02	Einnahmen aus sonstigen Zuschüssen der Europäischen Union zu besonderen Maßnahmen	-	-	188
	Korrespondierende Ausgabetitel: Kap. 1702 Tit. 684 01, 684 02, 684 04, Kap. 1703 Tit. 684 12, 684 21, Kap. 1710 Tit. 684 07, Kap. 1711 Tit. 543 01, Kap. 1715 Tit. 542 01, 543 01, 544 01, 545 01 und 684 01.			
30	**Bundesministerium für Bildung und Forschung**			
3004	**Forschung für Innovationen, Hightech-Strategie**			
272 01	Einnahmen von der Europäischen Union für Bildungsprogramme	-	-	1 875
	Korrespondierende Ausgabetitel: Kap. 3002 Tit. 685 41, Kap. 3003 Tit. 685 17, Kap. 3004 Tit. 685 44 und 687 04.			
60	**Allgemeine Finanzverwaltung**			
6002	**Allgemeine Bewilligungen**			
271 01	Erstattung von Reisekosten für die Teilnahme an Sitzungen der Ratsgremien aus dem Gemeinschaftshaushalt der EU	-	-	468
	Korrespondierende Ausgabetitel: 527 01.			

Entwurf

zum

Bundeshaushaltsplan 2014

Einzelplan 01

Bundespräsident und Bundespräsidialamt

Inhalt

Kapitel	Bezeichnung	Seite
	Vorwort zum Einzelplan	2
	Überblick zum Einzelplan	3
	Haushaltsvermerk / Hinweise zum Einzelplan	4
0101	Bundespräsident	5
0111	Zentral veranschlagte Verwaltungseinnahmen und -ausgaben	9
	Einnahmen-Tgr. 57 Versorgung der Beamtinnen und Beamten sowie der Richterinnen und Richter	10
	Ausgaben-Tgr. 57 Versorgung der Beamtinnen und Beamten sowie der Richterinnen und Richter	11
0112	Bundespräsidialamt	16
0113	Büro der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz	24
	Aufwandsentschädigungen, Besondere Personalausgaben	31
	Übersicht	
	Personalhaushalt	33

Aufgaben und Aufbau der Verwaltung in den wichtigsten Grundzügen

Der Bundespräsident vertritt als Staatsoberhaupt die Bundesrepublik Deutschland völkerrechtlich; er schließt in ihrem Namen Verträge mit ausländischen Staaten, beglaubigt und empfängt die Botschafter und Gesandten. Der Bundespräsident fertigt die nach den Vorschriften des Grundgesetzes zustande gekommenen Gesetze aus und verkündet sie. Er trifft bestimmte Personalverfügungen (Ernennungen/Entlassungen), die ihm durch das Grundgesetz oder ein Bundesgesetz zugewiesen sind. Der Bundespräsident übt zudem im Einzelfall für den Bund das Begnadigungsrecht aus. Als Repräsentant der Ehrenhoheit des Bundes verleiht er Orden und Ehrenzeichen. Die Künstlerhilfe und die Übernahme von Ehrenpatenschaften sind weitere Mittel, verdienten und notleidenden Menschen zu danken und zu helfen.

Dem Bundespräsidenten steht zur Durchführung seiner vielseitigen Aufgaben das Bundespräsidialamt zur Verfügung, das von dem Chef des Bundespräsidialamtes (Staatssekretär) geleitet wird. Der Chef des Bundespräsidialamtes berät den Bundespräsidenten und unterrichtet ihn über die laufenden Fragen der allgemeinen Politik sowie über die Arbeit der Bundesregierung und der gesetzgebenden Körperschaften.

Das Bundespräsidialamt ist wie folgt gegliedert:

Abteilung 1 - Inland -
Abteilung 2 - Ausland -
Abteilung Z - Zentralabteilung -

Büro der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK):

Die Mitglieder der GWK haben im GWK-Abkommen von 2007 eine enge Koordination auf dem Gebiet der nationalen, europäischen und internationalen Wissenschafts- und Forschungspolitik vereinbart. Sie wirken zusammen bei der Förderung von Wissenschaft und Forschung außerhalb und innerhalb der Hochschulen, bei den Forschungsbauten und Großgeräten etc. Nähere Angaben zum Büro der GWK sind in einer Vorbemerkung zu Kapitel 0113 aufgeführt.

Überblick zum Einzelplan 01	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen..	3	3	-		75
Übrige Einnahmen..	190	190	-		1 188
Gesamteinnahmen..	193	193	-		1 263
Ausgaben					
Personalausgaben..	18 476	18 321	+155	43	16 821
Sächliche Verwaltungsausgaben...........................	9 642	9 442	+200	2 080	7 991
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	3 950	3 908	+42		5 249
Ausgaben für Investitionen.....................................	1 042	1 119	-77	1 391	434
Besondere Finanzierungsausgaben.......................	-	-336	+336		-
Gesamtausgaben...	33 110	32 454	+656	3 514	30 495
davon flexibilisiert...	23 369	22 864	+505	3 512	20 437
davon nicht flexibilisiert..	9 741	9 590	+151	2	10 058
Flexibilisierte Ausgaben nach § 5 HG					
Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3.......................	13 737	13 691	+46	43	12 722
Aus Hauptgruppe 5..	8 590	8 390	+200	2 078	7 281
Aus Hauptgruppe 7..	670	600	+70	580	205
Aus Hauptgruppe 8..	372	519	-147	811	229
Aus Hauptgruppe 9..	-	-336	+336		-
Zusammen...	23 369	22 864	+505	3 512	20 437

01 Haushaltsvermerk / Hinweise zum Einzelplan

Allgemeine Erläuterungen:

Ist-Angaben:

Die Ist-Ergebnisse der Einzeltitel sind kaufmännisch auf 1 000 € gerundet. Dadurch können bei Summenangaben Rundungsdifferenzen entstehen. Summenangaben können außerdem nicht durch Addition der gedruckten Titel errechnet werden, da in Vorjahren weggefallene Titel nur im Bundeshaushaltsplan 2014 abgedruckt werden, wenn bei diesen noch Ausgabereste bestehen.

Ausgabereste:

Die im Vorjahr verfügbaren Ausgabereste im nicht flexibilisierten Bereich sind kaufmännisch auf 1 000 € gerundet und einzeln bei dem jeweiligen Titel mit Stand Juli 2013 ausgewiesen. Die Inanspruchnahme dieser Ausgabereste muss grundsätzlich im jeweiligen Einzelplan durch Minderausgaben an anderer Stelle kassenmäßig eingespart werden. Ausgabereste bei den der Flexibilisierung gemäß § 5 Haushaltsgesetz 2014 (HG) unterliegenden Ansätzen werden lediglich in der Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben summarisch ausgewiesen. Für die Inanspruchnahme dieser Ausgabereste ist zentral Vorsorge getroffen und daher eine kassenmäßige Einsparung im gleichen Einzelplan grundsätzlich nicht erforderlich. Bei Summenangaben können Rundungsdifferenzen entstehen.

Flexibilisierung:

Die in die Regelung nach § 5 HG einbezogenen Ausgaben sind mit einem F vor der Titelnummer gekennzeichnet. Sie werden jeweils im hinteren Teil eines Kapitels im Anschluss an die nicht flexibilisierten Ausgabetitel entsprechend der Zuordnung nach § 5 HG in einer Zusammenstellung aufsummiert und sind danach einzeln aufgelistet. Neu in die Flexibilisierung einbezogene Titel sind dabei mit einem **F** hervorgehoben.

Personalausgaben:

Aufwandsentschädigungen und Besondere Personalausgaben werden gemäß der Übersicht, die nach dem letzten Kapitel des Einzelplans abgedruckt ist, veranschlagt.

Überblick zum Kapitel 0101	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Übrige Einnahmen	-	-	-		1 084
Gesamteinnahmen	-	-	-		1 084
Ausgaben					
Personalausgaben	292	295	-3		267
Sächliche Verwaltungsausgaben	780	780	-		585
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	3 648	3 648	-		4 631
Gesamtausgaben	4 720	4 723	-3		5 483
davon flexibilisiert	292	295	-3		267
davon nicht flexibilisiert	4 428	4 428	-		5 216

0101 Bundespräsident

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Einnahmen			
	Übrige Einnahmen			
232 01 -187	Beteiligung der Länder an der Deutschen Künstlerhilfe und sonstige ihr zugedachte Einnahmen	-	-	1 084
	Haushaltsvermerk: Mehreinnahmen sind zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 684 01.			
	Ausgaben			
	Haushaltsvermerk: Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.			
	Sächliche Verwaltungsausgaben			
529 01 -011	Außergewöhnlicher Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	780	780	585
681 01 -011	Übernahme von Patenschaften, Ausgaben aus besonderer Veranlassung und besondere Bewilligungen.	1 348	1 348	1 347

Haushaltsvermerk zu 529 01:

1. Die Erläuterungen sind verbindlich.
2. Es dürfen auch Ausgaben für repräsentative Verpflichtungen, die der Chef des Bundespräsidialamtes und im Einzelfall auch andere Angehörige des Bundespräsidialamtes für den Bundespräsidenten wahrnehmen, geleistet werden.

Erläuterungen:

Bezeichnung	€
Zur Verfügung des Bundespräsidenten	780 000

Hierzu gehören auch entsprechende Ausgaben für repräsentative Verpflichtungen des Ehegatten oder Partners des Bundespräsidenten, soweit diese Ausgaben nicht von Dritten übernommen werden.

Aus dem Mittelansatz dürfen auch Ausgaben für die Bewirtung mit Erfrischungen bei Besprechungen aus besonderem Anlass geleistet werden.

Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Aus den Belegen muss Anlass, Funktion und Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer (Begünstigte) erkennbar sein.

Eine Auszahlung ohne Beleg ist nicht zulässig.

Die Ausgaben sind für repräsentative Verpflichtungen gegenüber außerhalb des Bundespräsidialamtes stehenden Stellen bestimmt.

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)

(681 01) Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Übernahme von Patenschaften..	325
2. Ausgaben aus besonderer Veranlassung......................................	909

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu Titel 681 01			

Bezeichnung	1 000 €
3. Besondere Bewilligungen	114
Zusammen	1 348

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
684 01 -187	Deutsche Künstlerhilfe	2 300	2 300	3 284

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 232 01.

Erläuterungen:

Bundeszuschuss zur Künstlerhilfe. Damit unterstützt der Bundespräsident notleidende Künstlerinnen und Künstler, die sich mit ihrem Werk um das kulturelle Ansehen des Landes verdient gemacht haben.

Flexibilisierte Ausgaben

Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG

	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
Aus Hauptgruppe 4	292	295	267
Aus Hauptgruppe 5	-	-	-
Zusammen	292	295	267

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 421 01 -011	*Bezüge des Bundespräsidenten*	*214*	*217*	*199*

Haushaltsvermerk:

Der Bundespräsident hat freie Amtswohnung mit Ausstattung.

Erläuterungen:

Der Bundespräsident erhält Amtsbezüge in Höhe von 10/9 des Amtsgehalts der Bundeskanzlerin.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 421 02 -011	*Aufwandsgeld*	*78*	*78*	*68*

Erläuterungen:

Aus dem Aufwandsgeld (Aufwandsentschädigung) sind auch die Löhne des Hauspersonals für die Amtswohnung des Bundespräsidenten zu zahlen.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 453 01 -011	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	-	-	-

Erläuterungen:

Die Umzugskostenvergütung für den Bundespräsidenten wird entsprechend den Bestimmungen über Amtswohnungen, Umzugskostenentschädigung, Tagegelder und Entschädigung von Reisekosten der Mitglieder der Bundesregierung vom 10. November 1953 in der jeweils geltenden Fassung bemessen.

0101 Bundespräsident

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu flexibilisierte Ausgaben			
F *545 01 -011*	*Konferenzen, Tagungen, Messen und Ausstellungen*	-	-	-

Erläuterungen:

Kosten für einen Empfang aus Anlass der Amtseinführung des Bundespräsidenten.

Vorbemerkung

Wesentliche finanzwirksame Schwerpunkte des Kapitels

Im Kapitel 0111 sind bestimmte Verwaltungsausgaben für das Bundespräsidialamt zentral veranschlagt.

Einen Schwerpunkt hierbei bildet der Bereich Versorgung: In der Titelgruppe 57 veranschlagt sind die Einnahmen und Ausgaben der Versorgungsberechtigten, deren Versorgungsanspruch auf dem Gesetz über die Ruhebezüge des Bundespräsidenten und dem Gesetz über die Versorgung der Beamten und Richter des Bundes (BeamtVG) oder auf einem Vertrag mit dem Bund beruht.

Überblick zum Kapitel 0111	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen..	-	-	-		-
Übrige Einnahmen...	190	190	-		99
Gesamteinnahmen...	190	190	-		99
Ausgaben					
Personalausgaben...	5 302	5 121	+181		4 647
Sächliche Verwaltungsausgaben...........................	1 795	1 295	+500	187	1 389
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	226	194	+32		552
Gesamtausgaben...	7 323	6 610	+713	187	6 588
davon flexibilisiert...	2 014	1 452	+562	187	1 752
davon nicht flexibilisiert..	5 309	5 158	+151		4 836

0111 Zentral veranschlagte Verwaltungseinnahmen und -ausgaben

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Einnahmen			
	Übrige Einnahmen			
282 09 -011	Einnahmen aus Sponsoring, Spenden und ähnlichen freiwilligen Geldleistungen	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind wegen rechtsverbindlicher Verwendungsauflage Dritter zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 547 09.

Erläuterungen:

Das Bürgerfest des Bundespräsidenten wird zum Teil über Sponsoring finanziert. Die Sponsoringleistungen werden nicht im Haushalt des Bundespräsidialamts vereinnahmt bzw. verausgabt. Sie fließen unmittelbar in die Sach- und Dienstleistungen der Veranstaltung. Sie sind aus dem Sponsoringbericht der Bundesregierung ersichtlich.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0103 Tit. 282 09	-	-

	Titelgruppe 57			
Tgr. 57	Versorgung der Beamtinnen und Beamten sowie der Richterinnen und Richter	(190)	(190)	
119 57 -018	Vermischte Einnahmen	-	-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0167 Tit. 119 57	-	-

232 57 -018	Beteiligung an den Versorgungslasten des Bundes	190	190	99

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: **Tgr. 57.**

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0167 Tit. 232 57	190	99

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.

Ausgenommen ist Tgr. 57.

Sächliche Verwaltungsausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
542 01 -013	Öffentlichkeitsarbeit	268	268	119

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

Erläuterungen:

Im Einzelplan 01 sind außerdem folgende Maßnahmen für Öffentlichkeitsarbeit und Fachinformationen veranschlagt:

Bezeichnung	1 000 €
Öffentlichkeitsarbeit	
keine weiteren Titel	
Fachinformationen	
aus 0113 - 539 99	4

Der Ansatz dient der Information im In- und Ausland in Wort, Schrift, Bild und Ton über Amt und Aufgaben des Bundespräsidenten.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0103 Tit. 542 01	268	119

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
547 09 -011	Ausgaben für Vorhaben, die aus Spenden, Sponsoring und ähnlichen freiwilligen Geldleistungen finanziert werden	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 282 09.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0103 Tit. 547 09	-	-

Titelgruppe 57

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
Tgr. 57	Versorgung der Beamtinnen und Beamten sowie der Richterinnen und Richter	(5 041)	(4 890)	

Haushaltsvermerk:

1. **Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.**
2. **Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 232 57.**

0111 Zentral veranschlagte Verwaltungseinnahmen und -ausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 57

431 57 -018	Versorgungsbezüge der Bundespräsidenten und deren Hinterbliebenen	1 025	906	850

Erläuterungen:

Aus dem Titel werden auch Übergangsgelder für ehemalige Mitglieder der Bundesregierung (§ 14 Bundesministergesetz) und für ehemalige Parlamentarische Staatssekretärinnen und Parlamentarische Staatssekretäre (§ 6 ParlStG) gewährt.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0167 Tit. 431 57	906	850

432 57 -018	Versorgungsbezüge	3 116	3 020	2 768

Erläuterungen:

Aus dem Titel werden auch die Bezüge der in den einstweiligen Ruhestand versetzten Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter vom Ersten des auf den Beginn des einstweiligen Ruhestandes folgenden Monats an gewährt.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0167 Tit. 432 57	3 020	2 768

434 57 -018	Zuführung an die Versorgungsrücklage	144	105	97

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0167 Tit. 434 57	105	97

443 57 -018	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen einschließlich Inanspruchnahme von besonderen Fachdiensten/-kräften	-	-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0167 Tit. 443 57	-	-

446 57 -018	Beihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften	756	859	658

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0167 Tit. 446 57	859	658

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu Titelgruppe 57			
453 57 -018	Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen	-	-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0167 Tit. 453 57	-	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
632 57 -018	Erstattungen des Bundes für Versorgungslasten	-	-	344

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0167 Tit. 632 57	-	344

Flexibilisierte Ausgaben

Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG

	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3...	487	425	482
Aus Hauptgruppe 5...	1 527	1 027 *187*	1 270
Zusammen..	2 014	1 452 *187*	1 752

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***424 01*** *-011*	*Zuführung an die Versorgungsrücklage*	-	-	*35*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0103 Tit. 424 01	-	*35*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***441 01*** *-840*	*Beihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften*	*200*	*200*	*183*

Erläuterungen:

Weitere Ausgaben sind bei Kap. 0113 Tit. 441 01 veranschlagt.

Die für die Mitglieder der Bundesregierung geltenden beihilferechtlichen Vorschriften sind entsprechend anzuwenden.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0103 Tit. 441 01	*200*	*183*

0111 Zentral veranschlagte Verwaltungseinnahmen und -ausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F ***443 01*** *-840*	*Fürsorgeleistungen und Unterstützungen einschließlich Inanspruchnahme von besonderen Fachdiensten/-kräften*	*55*	*25*	*50*

Erläuterungen:

Weitere Ausgaben sind bei Kap. 0113 Tit. 443 01 veranschlagt.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0103 Tit. 443 01	*25*	*50*
Kap. 0103 Tit. 443 02	*5*	*2*
Zusammen	*30*	*52*

F ***452 02*** *-223*	*Unfallkasse des Bundes*	*6*	*6*	*6*

Erläuterungen:

Weitere Ausgaben sind bei Kap. 0113 Tit. 452 02 veranschlagt.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0103 Tit. 452 02	*6*	*6*

F ***526 01*** *-011*	*Gerichts- und ähnliche Kosten*	*7*	*7*	*-*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0103 Tit. 526 01	*7*	*-*

F ***526 02*** *-011*	*Sachverständige, Ausgaben für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen*	*120*	*120*	*27*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0103 Tit. 526 02	*120*	*27*

F ***545 01*** *-011*	*Konferenzen, Tagungen, Messen und Ausstellungen*	*1 400*	*900*	*1 243*

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0103 Tit. 545 01	*900*	*1 243*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F ***634 03*** *-011*	*Zuweisungen an den Versorgungsfonds*	*226*	*194*	*208*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0103 Tit. 634 03	*194*	*208*

Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel

281 57 -018	Sonstige Erstattungen aus dem Inland		-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0167 Tit. 281 57	-	-

0112 Bundespräsidialamt

Überblick zum Kapitel 0112	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen..	3	3	-		35
Gesamteinnahmen..	3	3	-		35
Ausgaben					
Personalausgaben..	11 632	11 637	-5		10 709
Sächliche Verwaltungsausgaben...........................	6 515	6 826	-311	1 891	5 496
Ausgaben für Investitionen....................................	1 030	1 107	-77	1 381	397
Besondere Finanzierungsausgaben......................	-	-336	+336		-
Gesamtausgaben..	19 177	19 234	-57	3 272	16 602
davon flexibilisiert..	19 177	19 234	-57	3 272	16 602

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

119 99 -011	Vermischte Einnahmen	2	2	17

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0103 Tit. 119 99	2	17

124 01 -011	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	-	-	15

Haushaltsvermerk:

1. Mehreinnahmen aus der zeitweisen Nutzung der Villa Hammerschmidt in Bonn durch Dritte dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 517 01.
2. Nach § 63 Abs. 4 BHO in Verbindung mit § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass die Villa Hammerschmidt in Bonn Dritten zur vorübergehenden Nutzung gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich überlassen wird, sofern die Überlassung Bundesinteressen dient.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0103 Tit. 124 01	-	15

132 01 -011	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	1	1	3

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0103 Tit. 132 01	1	3

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.

In die Flexibilisierung einbezogen sind auch Tit. 526 04, 532 04, 532 05 und 972 01.

0112 Bundespräsidialamt

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Flexibilisierte Ausgaben

Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG

	Aus Hauptgruppe 4	11 632	11 637	10 709
	Aus Hauptgruppe 5	6 515	6 826 *1 891*	5 496
	Aus Hauptgruppe 7	670	600 *580*	205
	Aus Hauptgruppe 8	360	507 *801*	192
	Aus Hauptgruppe 9	-	-336	-
	Zusammen	19 177	19 234 *3 272*	16 602

F ***422 01*** *-011*	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*5 049*	*4 877*	*3 775*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0103 Tit. 422 01	*4 877*	*3 775*

F ***422 02*** *-011*	*Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte*	-	-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0103 Tit. 422 02	-	-

F ***427 09*** *-011*	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*354*	*526*	*643*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0103 Tit. 427 09	*526*	*643*

F ***428 01*** *-011*	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*6 179*	*6 179*	*6 237*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0103 Tit. 428 01	*6 179*	*6 237*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F ***453 01*** *-011*	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	*50*	*50*	*52*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0103 Tit. 453 01	*50*	*52*

F ***511 01*** *-011*	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände, Software, Wartung*	*824*	*526*	*463*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0103 Tit. 511 01	*526*	*463*
Kap. 0103 Tit. 511 55	*600*	*209*
Zusammen	*1 126*	*672*

F ***514 01*** *-011*	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*	*180*	*170*	*173*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*Soll 2014*	*Soll 2013*
personengebundene Pkw	*9*	*9*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0103 Tit. 514 01	*170*	*173*

F ***517 01*** *-011*	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	*2 102*	*2 000*	*1 965*

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 124 01.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0103 Tit. 517 01	*2 000*	*1 965*

F ***518 01*** *-011*	*Mieten und Pachten*	*345*	*380*	*391*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0103 Tit. 518 01	*380*	*391*
Kap. 0103 Tit. 518 55	*8*	*1*
Zusammen	*388*	*392*

0112 Bundespräsidialamt

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F **519 01** -011	*Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen*	*1 040*	*1 210*	*1 066*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0103 Tit. 519 01	1 210	1 066

F **525 01** -011	*Aus- und Fortbildung*	*50*	*30*	*12*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0103 Tit. 525 01	30	12
Kap. 0103 Tit. 525 55	20	-
Zusammen	50	12

F **526 04** -011	*Kosten der Kommission unabhängiger Sachverständiger gemäß § 18 Abs. 6 Parteiengesetz*	-	-	-

Erläuterungen:

Honorare und Reisekosten der Sachverständigen sowie Sachausstattung des Sekretariats der Kommission.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0103 Tit. 526 04	-	-

F **527 01** -011	*Dienstreisen*	*190*	*190*	*178*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0103 Tit. 527 01	190	178

F **532 01** -011	*Aufträge und Dienstleistungen im Bereich Informationstechnik*	*85*	*82*	*81*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0103 Tit. 532 55	82	81

F **532 04** -011	*Kosten aus Anlass von Staatsbesuchen und Reisen des Bundespräsidenten im Ausland*	*1 500*	*1 500*	*787*

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Gegenstände an Dritte unentgeltlich abgegeben werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 532 04

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0103 Tit. 532 04	*1 500*	*787*

F ***532 05*** *-011*	*Kosten für Orden und Ehrenzeichen*	*85*	*85*	*47*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Orden und Ehrenzeichen mit Zubehör	*60*
2. Druckkosten	*24*
3. Sonstiges	*1*
Zusammen	*85*

Die Kosten für Ordensverleihungen aus Anlass von Staatsbesuchen des Bundespräsidenten im Ausland sind bei Tit. 532 04 veranschlagt.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0103 Tit. 532 02	*85*	*47*

F ***539 99*** *-011*	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*114*	*25*	*123*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0103 Tit. 539 99	*25*	*123*
Kap. 0103 Tit. 546 88	*-*	*-*
Zusammen	*25*	*123*

F ***711 01*** *-011*	*Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten*	*670*	*600*	*205*

Erläuterungen:

Einjährige Maßnahmen	*1 000 €*
Kleine Umbauten	*670*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0103 Tit. 711 01	*600*	*205*

F ***712 01*** *-011*	*Baumaßnahmen von mehr als 2 000 000 € im Einzelfall*	*-*	*-*	*-*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0103 Tit. 712 01	*-*	*-*

0112 Bundespräsidialamt

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F ***811 01*** *-011*	*Erwerb von Fahrzeugen*	-	-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0103 Tit. 811 01	*-*	*-*

F ***812 01*** *-011*	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)*	*210*	*250*	*93*

Erläuterungen:

Einjährige Maßnahmen	*1 000 €*
Erwerb von Ausstattungsgegenständen..	*210*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0103 Tit. 812 01	*250*	*93*

F ***812 02*** *-011*	*Erwerb von Anlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Software im Bereich Informationstechnik*	*150*	*257*	*99*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Erstbeschaffung	
1.1 Hardware..	*34*
1.2 Software..	*20*
2. Ersatzbeschaffung	
2.1 Hardware..	*88*
2.2 Software..	*8*
Zusammen...	*150*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0103 Tit. 812 55	*257*	*99*

F ***972 01*** *-880*	*Globale Minderausgabe für Einsparungen im flexibilisierten Bereich der Hgr. 4 und Ogr. 51-54 in den Kapiteln 01 u. 12*	-	*-336*	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0103 Tit. 972 01	*-336*	*-*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel

F 443 02 -313	*Inanspruchnahme überbetrieblicher betriebsärztlicher und sicherheitstechnischer Dienste, von Betriebsärztinnen und Betriebsärzten sowie Fachkräften für Arbeitssicherheit*		*5*	*2*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0103 Tit. 443 02	*5*	*2*

F 511 55 -011	*Geschäftsbedarf und Datenübertragung sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Software, Wartung*		*600*	*209*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0103 Tit. 511 55	*600*	*209*

F 518 55 -011	*Miete für Datenverarbeitungsanlagen, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Maschinen, Software*		*8*	*1*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0103 Tit. 518 55	*8*	*1*

F 525 55 -011	*Aus- und Fortbildung*		*20*	*-*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0103 Tit. 525 55	*20*	*-*

F 546 88 -012	*Förderung des Vorschlagwesens*		*-*	*-*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0103 Tit. 546 88	*-*	*-*

0113 Büro der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz

Vorbemerkung

Das Büro der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK) erledigt die laufenden Geschäfte der GWK und bereitet die Beratung der Gremien vor. Nach dem GWK-Abkommen vom 11. September 2007 (BAnz. Nr. 195, S. 7787) trägt der Bund die Ausgaben des Büros.

Überblick zum Kapitel 0113	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	-	-	-		40
Übrige Einnahmen	-	-	-		5
Gesamteinnahmen	-	-	-		45
Ausgaben					
Personalausgaben	1 250	1 268	-18	43	1 198
Sächliche Verwaltungsausgaben	552	541	+11	2	521
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	76	66	+10		66
Ausgaben für Investitionen	12	12	-	10	37
Gesamtausgaben	1 890	1 887	+3	55	1 822
davon flexibilisiert	1 886	1 883	+3	53	1 816
davon nicht flexibilisiert	4	4	-	2	6

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

119 99 -011	Vermischte Einnahmen	-	-	5

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0104 Tit. 119 99	-	5

132 01 -011	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	-	-	35

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0104 Tit. 132 01	-	35

Übrige Einnahmen

282 09 -011	Einnahmen aus Sponsoring, Spenden und ähnlichen freiwilligen Geldleistungen	-	-	5

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind wegen rechtsverbindlicher Verwendungsauflage Dritter zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 547 09.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0104 Tit. 282 09	-	5

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.

Sächliche Verwaltungsausgaben

529 01 -011	Außergewöhnlicher Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	4	4	3

Haushaltsvermerk:

Die Erläuterungen sind verbindlich.

Erläuterungen:

Bezeichnung	€
Zur Verfügung der Vorsitzenden der GWK..	4 000

0113 Büro der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Noch zu Titel 529 01				
	Aus dem Mittelansatz dürfen auch Ausgaben für die Bewirtung mit Erfrischungen bei Besprechungen aus besonderem Anlass geleistet werden. Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Aus den Belegen muss Anlass, Funktion und Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer (Begünstigte) erkennbar sein. Eine Auszahlung ohne Beleg ist nicht zulässig.			

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0104 Tit. 529 01	4	3

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
547 09 -011	Ausgaben für Vorhaben, die aus Spenden, Sponsoring und ähnlichen freiwilligen Geldleistungen finanziert werden	-	- *2*	3

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 282 09.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0104 Tit. 547 09	-	3

Flexibilisierte Ausgaben

Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG

	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3...	1 326	1 334 *43*	1 264
Aus Hauptgruppe 5..	548	537	515
Aus Hauptgruppe 7..	-	-	-
Aus Hauptgruppe 8..	12	12 *10*	37
Zusammen..	1 886	1 883 *53*	1 816

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***422 01*** *-011*	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*505*	*508*	*492*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0104 Tit. 422 01	*508*	*492*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***427 09*** *-011*	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*15*	*15*	*7*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0104 Tit. 427 09	*15*	*7*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F **428 01** -011	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*704*	*721*	*673*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0104 Tit. 428 01	*721*	*673*

F **441 01** -840	*Beihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften*	*23*	*21*	*23*

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind nur für das Kap. 0113 veranschlagt.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0104 Tit. 441 01	*21*	*23*

F **443 01** -840	*Fürsorgeleistungen und Unterstützungen einschließlich Inanspruchnahme von besonderen Fachdiensten/-kräften*	*1*	*-*	*-*

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind nur für das Kap. 0113 veranschlagt.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0104 Tit. 443 01	*-*	*-*
Kap. 0104 Tit. 443 02	*1*	*-*
Zusammen	*1*	*-*

F **452 02** -223	*Unfallkasse des Bundes*	*2*	*2*	*2*

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind nur für das Kap. 0113 veranschlagt.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0104 Tit. 452 02	*2*	*2*

F **453 01** -011	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	*-*	*-*	*1*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0104 Tit. 453 01	*-*	*1*

0113 Büro der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F ***518 01*** *-011*	*Mieten und Pachten*	*316*	*308*	*307*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0104 Tit. 518 01	*308*	*307*

F ***532 01*** *-011*	*Aufträge und Dienstleistungen im Bereich Informationstechnik*	*1*	*1*	*-*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0104 Tit. 532 55	*1*	*-*

F ***539 99*** *-011*	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*231*	*4*	*1*

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0104 Tit. 511 01	*57*	*45*
Kap. 0104 Tit. 511 55	*44*	*53*
Kap. 0104 Tit. 514 01	*9*	*4*
Kap. 0104 Tit. 517 01	*76*	*71*
Kap. 0104 Tit. 526 02	*4*	*2*
Kap. 0104 Tit. 527 01	*34*	*32*
Kap. 0104 Tit. 539 99	*4*	*1*
Zusammen	*228*	*208*

F ***634 03*** *-011*	*Zuweisungen an den Versorgungsfonds*	*76*	*66*	*66*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0104 Tit. 634 03	*66*	*66*

F ***711 01*** *-011*	*Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten*	*-*	*-*	*-*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0104 Tit. 711 01	*-*	*-*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F ***811 01*** *-011*	*Erwerb von Fahrzeugen*	-	-	27

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0104 Tit. 811 01	-	27

F ***812 01*** *-011*	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)*	-	-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0104 Tit. 812 01	-	-

F ***812 02*** *-011*	*Erwerb von Anlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Software im Bereich Informationstechnik*	12	12	10

Erläuterungen:

Ersatzbeschaffung von Hardware.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0104 Tit. 812 55	12	10

Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel

F *443 02* *-313*	*Inanspruchnahme überbetrieblicher betriebsärztlicher und sicherheitstechnischer Dienste, von Betriebsärztinnen und Betriebsärzten sowie Fachkräften für Arbeitssicherheit*		1	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0104 Tit. 443 02	1	-

F *511 01* *-011*	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände*		57	45

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0104 Tit. 511 01	57	45

F *511 55* *-011*	*Geschäftsbedarf und Datenübertragung sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Software, Wartung*		44	53

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0104 Tit. 511 55	44	53

0113 Büro der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 514 01 -011	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*		*9*	*4*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0104 Tit. 514 01	*9*	*4*

F 517 01 -011	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*		*76*	*71*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0104 Tit. 517 01	*76*	*71*

F 526 02 -011	*Sachverständige*		*4*	*2*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0104 Tit. 526 02	*4*	*2*

F 527 01 -011	*Dienstreisen*		*34*	*32*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0104 Tit. 527 01	*34*	*32*

Haushaltsvermerk:

In den Personaltiteln dieses Einzelplans sind folgende Aufwandsentschädigungen und Besondere Personalausgaben veranschlagt:

1. **Aufwandsentschädigungen**

   keine Titel mit Aufwandsentschädigungen

2. **Besondere Personalausgaben**

2.1 Betreuung aller Beschäftigten, die am Heiligen Abend nach 18 Uhr Dienst verrichten (zentral für den gesamten Geschäftsbereich) bei folgendem Titel:

Kap. 0112 Tit. 428 01.

2.2 Verfügungsfonds für vom Dienst freigestellte Gleichstellungsbeauftragte gem. § 18 Abs. 4 BGleiG in Höhe von bis zu jährlich 312 € (monatlich 26 €) bei folgendem Titel:

Kap. 0112 Tit. 422 01.

2.3 Außer- und übertarifliche Leistungen an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die mit Einwilligung des BMF gewährt werden, bei den Titeln der Gruppen 427 und 428.

Personalhaushalt

Einzelplan 01

Bundespräsident und Bundespräsidialamt

Inhalt

Kapitel	B e z e i c h n u n g	Seite
	Vorbemerkungen zum Personalhaushalt	34
	Gesamtübersicht	35
0112	Bundespräsidialamt	36
0113	Büro der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz	39
	Übersicht	
	Darstellung der den Planstellen zugeordneten Amtsbezeichnungen	40

Vorbemerkungen zum Personalhaushalt

1. Ersatz(plan)stellen werden zahlenmäßig in einer eigenen Spalte der Übersichten der ku- und kw-Vermerke in der Gesamtübersicht und in den einzelnen Kapiteln nachgewiesen.

   Ersatz(plan)stellen im Zusammenhang mit der Gewährung von Altersteilzeit sind mit dem Vermerk "kw mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten" ausgewiesen.

2. AT B ist die Kurzbezeichnung für Arbeitsverhältnisse mit Verträgen nach Anlage 1a oder 1b des BMI-Rundschreibens vom 18. November 2005 - D II 2 - 220 234 - in der jeweils geltenden Fassung.

3. Anzahl der im Haushaltsjahr 2012 eingesetzten Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen (umgerechnet auf vollbeschäftigte Arbeitskräfte im Haushaltsjahr) und Auszubildende (Jahresdurchschnitt):

Kapitel	Titel	Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen	Auszubildende
0112	427 09	6,0	1,0
0113	427 09	1,0	-
Zusammen		7,0	1,0

4. Arbeitsplatzbeschreibungen für alle Stellen der Gruppe 428 des Einzelplans liegen vor.

Gesamtübersicht

Planstellen, Stellen, Leerstellen

Kap.	Behörde	Beamtinnen und Beamte Tit. 422 .1		Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Tit. 428 .1		Zusammen (Spalten 3 bis 6)	
		2014	2013	2014	2013	2014	2013
1	2	3	4	5	6	7	8
	Planstellen und Stellen						
0112	Bundespräsidialamt	97,0	95,0	83,0	85,0	180,0	180,0
0113	Büro der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz	8,0	8,0	10,5	11,5	18,5	19,5
	Zusammen	105,0	103,0	93,5	96,5	198,5	199,5
	Leerstellen						
0112	Bundespräsidialamt	6,0	7,0	6,0	1,0	12,0	8,0

ku- und kw-Vermerke

Kap.	Dienststelle	Zusammen	davon fällig					Ersatz(plan)-stellen	Sonstige
			2014	2015	2016	2017	2018 ff.		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
	kw-Vermerke								
0112	Bundespräsidialamt	19,0	-	-	-	2,0	-	1,0	16,0
0113	Büro der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz	0,5	-	-	-	-	-	-	0,5
	Zusammen	19,5	-	-	-	2,0	-	1,0	16,5

0112 Bundespräsidialamt

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist- Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr: Neue Stellen, Stellenwegfall ohne ku/ kw-Vermerke +	-	Neue Stellen, Stellenwegfall und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken +	-	Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken +	-	Hebungen, Herabstufungen +	-	Umwandlungen, Umsetzungen +	-	von Sp. 2 entfallen auf Funktionsgruppen
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Beamtinnen und Beamte														
B 11	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 9	3,0	3,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 6	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 3	13,0	13,0	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 16	8,0	8,0	8,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 15	8,0	7,0	2,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 14	5,0	5,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 h	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g+Z	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g	19,0	18,0	15,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 12	7,0	7,0	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 11	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 10	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 g	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m+Z	3,0	3,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m	6,0	6,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 8	2,0	2,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 7	4,0	4,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 6 m	3,0	3,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 6 e	2,0	2,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 5	6,0	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 4	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	97,0	95,0	58,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
AT (B 9)	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
AT (B 6)	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
AT (B 3)	-	-	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
AT B	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	-	-	8,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 15	3,0	3,0	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 14	-	-	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 12	4,0	4,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 11	2,0	2,0	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 10	1,0	1,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 9	6,0	6,0	12,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 8	15,0	15,0	15,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 6	32,0	33,0	32,0	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
E 5	10,0	14,0	13,0	-	-	-	-	-	1,0	-	3,0	-	-	-
E 4	8,0	5,0	8,0	-	-	-	-	-	-	3,0	-	-	-	-
E 3	2,0	2,0	8,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 2	-	-	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	83,0	85,0	112,0	-	-	-	-	-	2,0	3,0	3,0	-	-	-
Insgesamt	83,0	85,0	120,0	-	-	-	-	-	2,0	3,0	3,0	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 422 01

1. Gemäß haushaltsgesetzlicher Regelung dürfen - abweichend von § 50 Abs. 3 BHO - bis zu 2 Soldatinnen oder Soldaten im Wege der Kommandierung beschäftigt werden, wobei vom Bundespräsidialamt die Stellenzulage für Verwendungen bei obersten Bundesbehörden zu zahlen ist.
2. **<u>Zu A 11:</u>**
   1 Planstelle darf mit Soldatinnen oder Soldaten besetzt werden.

Erläuterungen:

Zu Titel 422 01

Zu Spalte 4:
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
1,0 B9; 2,0 B6; 6,0 B3; 5,0 A15; 1,0 A14; 2,0 A13g; 1,0 A12; 3,0 A9m; 2,0 A8; 2,0 A7; 2,0 A6m; 1,0 A6e; 5,0 A5; 2,0 A4 (Zusammen: 35,0).

Zu Titel 428 01

Zu Spalte 4:
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
1,0 AT(B9); 1,0 AT(B6); 5,0 AT(B3); 1,0 ATB; 4,0 E15; 3,0 E14; 1,0 E12; 3,0 E11; 2,0 E9; 3,0 E8; 3,0 E6; 1,0 E5; 6,0 E3; 1,0 E2 (Zusammen: 35,0).

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 422 01				
			1.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
B 9	1,0	1,0	1.1	Wissenschaftsrat in Köln
B 3	1,0	1,0	1.3	Europäischer Gerichtshof (EuGH)
Zusammen	2,0	2,0		
			2.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen	4,0	5,0	2.1	gemäß §§ 90, 92, 95 BBG, § 7 DBeglG, § 6 MuSchEltZV, § 24 GAD
Insgesamt	6,0	7,0		
Zu Titel 428 01				
			1.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen	6,0	1,0	1.1	gemäß § 28 TVöD, § 9 UmzugsTV, § 15 BEEG, § 24 GAD

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
1	2	3	4	5	6	7
Zu Titel 422 01						
					kw	
				1.	**kw mit Wegfall der Aufgabe**	
				1.1	-	
B 3	1,0	-	1,0	1.1.1	bei dem ehemaligen Bundespräsidenten von Weizsäcker	-
B 3	1,0	-	1,0	1.1.2	bei dem ehemaligen Bundespräsidenten Herzog	-
A 16	1,0	-	1,0	1.1.3	bei dem ehemaligen Bundespräsidenten Köhler	-
B 3	1,0	-	1,0	1.1.4	bei dem ehemaligen Bundespräsidenten Wulff	-
				2.	**kw 31.12.2017**	
				2.1	-	
A 15	1,0	-	1,0	2.1.1	Unterstützung der Amtstätigkeit des Bundespräsidenten Gauck	-
A 13 g	1,0	-	1,0			-
Zusammen	6,0	-	6,0			
Zu Titel 428 01						
					kw	
				1.	**kw mit Wegfall der Aufgabe**	
				1.1	-	

0112 Bundespräsidialamt

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
1	2	3	4	5	6	7
E 15..................	1,0	-	1,0	1.1.1	bei dem ehemaligen Bundespräsidenten Scheel	-
E 9....................	1,0	-	1,0			-
E 9....................	1,0	-	1,0	1.1.2	bei dem ehemaligen Bundespräsidenten von Weizsäcker	-
E 5....................	-	-	1,0			Wegfall des Vermerks
E 4....................	1,0	-	-			Aufnahme des Vermerks
E 12..................	1,0	-	1,0	1.1.3	bei dem ehemaligen Bundespräsidenten Herzog	-
E 5....................	-	-	1,0			Wegfall des Vermerks
E 4....................	1,0	-	-			Aufnahme des Vermerks
E 11..................	1,0	-	1,0	1.1.4	bei dem ehemaligen Bundespräsidenten Köhler	-
E 5....................	-	-	1,0			Wegfall des Vermerks
E 4....................	1,0	-	-			Aufnahme des Vermerks
E 6....................	1,0	-	1,0	1.1.5	Hausmeisterdienst Liegenschaft Pücklerstr.	-
E 9....................	1,0	-	1,0	1.1.6	bei dem ehemaligen Bundespräsidenten Wulff	-
E 5....................	1,0	-	1,0			-
				2.	**kw**	
E 9....................	1,0	1,0	1,0	2.1	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	-
E 6....................	-	-	1,0			Wirksamwerden des Vermerks
E 5....................	-	-	1,0			Wirksamwerden des Vermerks
				3.	**kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber/innen**	
E 5....................	1,0	-	1,0	3.1	schwerbehindert	-
Zusammen.......	13,0	1,0	15,0			

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt-gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr										von Sp. 2 entfallen auf Funk-tions-gruppen
				Neue Stellen, Stellenwegfall				Wirksam-werden von ku- und kw-Vermerken		Hebungen, Herab-stufungen		Umwand-lungen, Umsetzungen		
				ohne ku/ kw-Vermerke		und Umsetzun-gen mit ku/ kw-Vermerken								
				+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Beamtinnen und Beamte														
B 6......................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 3......................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 16....................	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 15....................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g.................	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 12....................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m..................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen..........	8,0	8,0	7,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
AT B....................	1,0	1,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 13....................	2,0	2,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 9......................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 8......................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 6......................	1,5	1,5	1,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 5......................	1,5	1,5	1,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 4......................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 3......................	-	1,0	1,0	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
E 2......................	1,5	1,5	1,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen..........	9,5	10,5	9,5	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
Insgesamt...........	10,5	11,5	11,5	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014		2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Soll	Ersatz-(plan)st.				
1	2	3	4	5	6	7
Zu Titel 428 01						
					kw	
				1.	**kw**	
E 3....................	-	-	1,0	1.1	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbe-schäftigten	Wirksamwerden des Vermerks
E 2....................	0,5	-	0,5	1.2	-	-
Zusammen.......	0,5	-	1,5			

Anlage zu den Stellenplänen des Epl. 01
Darstellung der den Planstellen zugeordneten Amtsbezeichnungen

Bes.-Gr.	Kap.	**Amtsbezeichnungen** (Grundamtsbezeichnung in Fettdruck)
1	2	3
B 11	0112	Staatssekretärin oder Staatssekretär
B 9	0112	Ministerialdirektorin oder Ministerialdirektor
B 6	0112, 0113	Ministerialdirigentin oder Ministerialdirigent
B 3	0112, 0113	Ministerialrätin oder Ministerialrat
A 16	0112, 0113	Ministerialrätin oder Ministerialrat
A 15	0112, 0113	**Direktorin** oder **Direktor**
A 14	0112	**Oberrätin** oder **Oberrat**
A 13 g+Z	0112	**Oberamtsrätin** oder **Oberamtsrat**
A 13 g	0112, 0113	**Oberamtsrätin** oder **Oberamtsrat**
A 12	0112, 0113	**Amtsrätin** oder **Amtsrat**
A 11	0112	**Amtfrau** oder **Amtmann**
A 10	0112	**Oberinspektorin** oder **Oberinspektor**
A 9 g	0112	**Inspektorin** oder **Inspektor**
A 9 m+Z	0112	**Amtsinspektorin** oder **Amtsinspektor**
A 9 m	0112, 0113	**Amtsinspektorin** oder **Amtsinspektor**
A 8	0112	**Hauptsekretärin** oder **Hauptsekretär**
A 7	0112	**Obersekretärin** oder **Obersekretär**
A 6 m	0112	**Sekretärin** oder **Sekretär**
A 6 e	0112	**Oberamtsmeisterin** oder **Oberamtsmeister**
A 5	0112	**Oberamtsmeisterin** oder **Oberamtsmeister**
A 4	0112	**Amtsmeisterin** oder **Amtsmeister**

Entwurf

zum

Bundeshaushaltsplan 2014

Einzelplan 02

Deutscher Bundestag

Inhalt

Kapitel	Bezeichnung	Seite
	Vorwort zum Einzelplan	2
	Überblick zum Einzelplan	3
	Haushaltsvermerk / Hinweise zum Einzelplan	4
0201	Deutscher Bundestag	5
0203	Der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages	25
0204	Bundesversammlung	28
0205	Mitglieder des Europäischen Parlaments	30
0267	Versorgung der Beamtinnen und Beamten sowie der Richterinnen und Richter des Einzelplans 02	33
	Aufwandsentschädigungen, Besondere Personalausgaben	36
	Übersichten	
	Übersicht 1 Verpflichtungsermächtigungen (VE)	37
	Personalhaushalt	39

Aufgaben und Aufbau der Verwaltung in den wichtigsten Grundzügen

Der Deutsche Bundestag ist die Volksvertretung der Bundesrepublik Deutschland. Er beschließt die Bundesgesetze, wählt den Bundeskanzler/die Bundeskanzlerin und übt die parlamentarische Kontrolle über die Bundesregierung aus.

Dem 18. Deutschen Bundestag gehören 631 Abgeordnete an. Der Präsident, die vier stellvertretenden Präsidentinnen und die zwei stellvertretenden Präsidenten bilden das Präsidium.

Der Präsident wird bei der Führung der Geschäfte durch den Ältestenrat unterstützt. Dieser besteht aus dem Präsidium und 23 weiteren von den Fraktionen zu benennenden Mitgliedern. Der Ältestenrat führt eine Verständigung zwischen den Fraktionen über den Arbeitsplan des Parlaments herbei und beschließt über die inneren Angelegenheiten des Deutschen Bundestages, soweit sie nicht dem Präsidenten oder dem Präsidium vorbehalten sind.

Politisch gliedert sich der 18. Deutsche Bundestag wie folgt:

Fraktion der CDU/CSU: 311 Mitglieder

Fraktion der SPD: 193 Mitglieder

Fraktion DIE LINKE.: 64 Mitglieder

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: 63 Mitglieder

Die Fraktionen sind notwendige Einrichtungen des Verfassungslebens und maßgebliche Faktoren der politischen Willensbildung. Sie sind in die organisierte Staatlichkeit eingefügt und rechtlich selbstständig. Ihre Aufgabe ist es, an der Erfüllung der Parlamentsfunktionen mitzuwirken.

Der Bundestag hat 23 ständige Ausschüsse eingesetzt:
Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung
Petitionsausschuss
Auswärtiger Ausschuss
Innenausschuss
Sportausschuss
Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz
Finanzausschuss
Haushaltsausschuss
Ausschuss für Wirtschaft und Energie
Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft
Ausschuss für Arbeit und Soziales
Verteidigungsausschuss
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Ausschuss für Gesundheit
Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Ausschuss für Tourismus
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union
Ausschuss für Kultur und Medien
Ausschuss Digitale Agenda.

Als ständiger Unterausschuss des Haushaltsausschusses ist der Rechnungsprüfungsausschuss eingesetzt.

Ferner bestehen u. a.:
das Parlamentarische Kontrollgremium
das Gremium nach § 23c Abs. 8 Zollfahndungsdienstgesetz
das Gremium nach § 10a Abs. 2 BHO
das Gremium nach Art. 13 Abs. 6 GG
das Gremium nach § 3 Bundesschuldenwesengesetz
der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung
sowie als gemeinsame Gremien von Bundestag und Bundesrat:
der Gemeinsame Ausschuss (Art. 53a GG) und
der Vermittlungsausschuss (Art. 77 Abs. 2 GG).

Der Deutsche Bundestag ist in verschiedenen Interparlamentarischen Versammlungen und Konferenzen vertreten, in die er Delegationen entsendet. Dazu zählen u. a. die Interparlamentarische Union sowie die Parlamentarischen Versammlungen des Europarates, der NATO und der OSZE.

Zur Unterstützung seiner Arbeit ist beim Deutschen Bundestag eine Verwaltung eingerichtet. Die Verwaltung des Deutschen Bundestages ist eine Oberste Bundesbehörde. Sie untersteht dem Präsidenten, wird vom Direktor beim Deutschen Bundestag geleitet und ist wie folgt gegliedert:

Abteilung Parlament und Abgeordnete mit den Unterabteilungen:
Parlamentsdienste
Mandatsdienste
Europa
Ausschüsse
Abteilung Wissenschaft und Außenbeziehungen mit den Unterabteilungen:
Wissenschaftliche Dienste
Internationale Beziehungen
Petitionen und Eingaben
Abteilung Information und Dokumentation mit den Unterabteilungen:
Bibliothek und Dokumentation
Information und Öffentlichkeitsarbeit
Informationstechnik
Zentralabteilung mit den Unterabteilungen:
Zentrale Verwaltung
Recht
Technik und Betrieb

Unterabteilung des Wehrbeauftragten.

Überblick zum Einzelplan 02	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen..	1 825	1 832	-7		2 115
Übrige Einnahmen...	-	-	-		155
Gesamteinnahmen...	1 825	1 832	-7		2 270
Ausgaben					
Personalausgaben...	507 123	499 486	+7 637	1 469	461 401
Sächliche Verwaltungsausgaben...........................	119 114	118 252	+862	12 889	105 148
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	99 316	98 767	+549		92 848
Ausgaben für Investitionen....................................	23 077	14 947	+8 130	27 809	14 828
Gesamtausgaben...	748 630	731 452	+17 178	42 167	674 225
davon flexibilisiert...	282 097	268 802	+13 295	42 167	246 946
davon nicht flexibilisiert..	466 533	462 650	+3 883		427 279
Flexibilisierte Ausgaben nach § 5 HG					
Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3.......................	149 385	146 574	+2 811	1 469	135 260
Aus Hauptgruppe 5..	109 635	107 281	+2 354	12 889	96 858
Aus Hauptgruppe 7..	11 679	4 417	+7 262	13 085	9 849
Aus Hauptgruppe 8..	11 398	10 530	+868	14 724	4 979
Zusammen...	282 097	268 802	+13 295	42 167	246 946
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung...................................	27 319 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.................................	8 893 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.................................	9 938 T€				
in künftigen Haushaltsjahren bis zu.......................	8 488 T€				

02 Haushaltsvermerk / Hinweise zum Einzelplan

Allgemeine Erläuterungen:

Ist-Angaben:

Die Ist-Ergebnisse der Einzeltitel sind kaufmännisch auf 1 000 € gerundet. Dadurch können bei Summenangaben Rundungsdifferenzen entstehen. Summenangaben können außerdem nicht durch Addition der gedruckten Titel errechnet werden, da in Vorjahren weggefallene Titel nur im Bundeshaushaltsplan 2014 abgedruckt werden, wenn bei diesen noch Ausgabereste bestehen.

Ausgabereste:

Die im Vorjahr verfügbaren Ausgabereste im nicht flexibilisierten Bereich sind kaufmännisch auf 1 000 € gerundet und einzeln bei dem jeweiligen Titel mit Stand Juli 2013 ausgewiesen. Die Inanspruchnahme dieser Ausgabereste muss grundsätzlich im jeweiligen Einzelplan durch Minderausgaben an anderer Stelle kassenmäßig eingespart werden. Ausgabereste bei den der Flexibilisierung gemäß § 5 Haushaltsgesetz 2014 (HG) unterliegenden Ansätzen werden lediglich in der Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben summarisch ausgewiesen. Für die Inanspruchnahme dieser Ausgabereste ist zentral Vorsorge getroffen und daher eine kassenmäßige Einsparung im gleichen Einzelplan grundsätzlich nicht erforderlich. Bei Summenangaben können Rundungsdifferenzen entstehen.

Flexibilisierung:

Die in die Regelung nach § 5 HG einbezogenen Ausgaben sind mit einem F vor der Titelnummer gekennzeichnet. Sie werden jeweils im hinteren Teil eines Kapitels im Anschluss an die nicht flexibilisierten Ausgabetitel entsprechend der Zuordnung nach § 5 HG in einer Zusammenstellung aufsummiert und sind danach einzeln aufgelistet. Neu in die Flexibilisierung einbezogene Titel sind dabei mit einem **F** hervorgehoben.

Personalausgaben:

Aufwandsentschädigungen und Besondere Personalausgaben werden gemäß der Übersicht, die nach dem letzten Kapitel des Einzelplans abgedruckt ist, veranschlagt.

Angewandte Kurse:

1 CHF = 0,81460 €

Überblick zum Kapitel 0201	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen..	1 824	1 831	-7		2 065
Übrige Einnahmen..	-	-	-		-
Gesamteinnahmen..	1 824	1 831	-7		2 065
Ausgaben					
Personalausgaben..	469 065	462 508	+6 557	1 426	426 503
Sächliche Verwaltungsausgaben...........................	118 560	117 726	+834	12 715	104 200
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	98 653	97 990	+663		92 476
Ausgaben für Investitionen....................................	23 072	14 942	+8 130	27 801	14 786
Gesamtausgaben...	709 350	693 166	+16 184	41 942	637 965
davon flexibilisiert...	277 960	264 780	+13 180	41 942	242 866
davon nicht flexibilisiert...	431 390	428 386	+3 004		395 099
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung..................................	27 319 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.................................	8 893 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.................................	9 938 T€				
in künftigen Haushaltsjahren bis zu.......................	8 488 T€				

0201 Deutscher Bundestag

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

111 01 -011	Gebühren, sonstige Entgelte	487	487	488

Erläuterungen:

Einnahmen aus dem Betrieb der Kindertagesstätte (vgl. Tgr. 09) und für die Benutzung von Parkplätzen in Berlin.

119 01 -011	Einnahmen aus Veröffentlichungen	15	30	196

Haushaltsvermerk:

1. Mehreinnahmen zu Nr. 1 der Erläuterungen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 542 01.
2. Mehreinnahmen zu Nr. 2 der Erläuterungen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 542 01.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Abgabe von Publikationen	15
2. Vertrieb der Zeitschrift "Das Parlament"	-
Zusammen	15

119 99 -011	Vermischte Einnahmen	113	156	118

Haushaltsvermerk:

1. Mehreinnahmen aus Dienstleistungen der Datenverarbeitung dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Tgr. 55.
2. Mehreinnahmen zu Nr. 3 der Erläuterungen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 411 19.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Rückzahlungen überzahlter Beträge	-
2. Schadenersatzleistungen	70
3. Erstattungen Dritter	15
4. Sonstige vermischte Einnahmen	28
Zusammen	113

124 01 -011	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	1 155	1 129	1 066

Haushaltsvermerk:

1. Nach § 63 Abs. 4 BHO in Verbindung mit § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen,

   dass in der bundeseigenen Liegenschaft ehemaliges Reichstagspräsidentenpalais in Berlin Räumlichkeiten samt Inventar unentgeltlich an die Deutsche Parlamentarische Gesellschaft e. V., in der bundeseigenen Liegenschaft Unter den Linden 71 in Berlin Räumlichkeiten samt

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 124 01

Inventar unentgeltlich an die Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments e. V. und dass in der **Liegenschaft Schiffbauerdamm 40** in Berlin Räumlichkeiten samt Inventar unentgeltlich an die Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien e. V. überlassen werden.

2. Nach § 63 Abs. 4 BHO in Verbindung mit § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass den Rundfunk- und Fernsehanbietern im Plenarbereich Reichstagsgebäude in Berlin unentgeltlich Räume für die Berichterstattung aus dem Deutschen Bundestag zur Verfügung gestellt werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
132 01 -011	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	54	29	197

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen aus der Veräußerung von Gegenständen, deren Erwerb zu Ausgaben bei Tit. 812 56 geführt hat, dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 812 56.

Übrige Einnahmen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
282 09 -011	Einnahmen aus Sponsoring, Spenden und ähnlichen freiwilligen Geldleistungen	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind wegen rechtsverbindlicher Verwendungsauflage Dritter zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 547 09.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
381 01 -890	Leistungen von Bundesbehörden zur Durchführung von Aufträgen	-	-	(-)

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind wegen verbindlicher Vereinbarung mit anderen Bundesbehörden zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 542 01.

Erläuterungen:

Erstattungen durch die Bundeszentrale für politische Bildung.

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

1. Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.

   In die Flexibilisierung einbezogen sind auch Tit. 526 05, 531 02, 531 05, 531 06, 532 01, 532 02, 532 03, 532 05 und 547 91.

2. Aus Kap. 0201 (Deutscher Bundestag) können auch Leistungen an ehemalige Mitglieder des Präsidiums zur Wahrnehmung nachwirkender Aufgaben aus dem früheren Amt gezahlt werden. Diese Leistungen sind jeweils auf einen Zeitraum von bis zu vier Jahren nach dem Ausscheiden aus dem Präsidium begrenzt. Die zeitliche Begrenzung

0201 Deutscher Bundestag

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	für ehemalige Präsidentinnen und Präsidenten des Deutschen Bundestages erhöht sich um die Dauer ihrer Amtszeit.			
	3. Sachleistungen nach § 50 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes werden aus den Hgr. 5, 7 und 8 zur Nutzung erbracht.			
	Personalausgaben			
411 01 -011	Entschädigungen und Amtszulagen nach § 11 Abgeordnetengesetz	58 651	59 413	56 010

Haushaltsvermerk:

Die Präsidentin oder der Präsident hat freie Amtswohnung mit Ausstattung.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Entschädigungen	58 305
2. Amtszulagen der Präsidentin oder des Präsidenten und der Stellvertreterinnen und Stellvertreter	346
Zusammen	58 651

411 02 -011	Aufwandsentschädigungen nach § 12 Abs. 2 und 5 Abgeordnetengesetz	30 660	31 389	29 354

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Kostenpauschale	30 629
2. Aufwandsentschädigungen der Präsidentin oder des Präsidenten und der Stellvertreterinnen und Stellvertreter	31
Zusammen	30 660

411 03 -011	Aufwendungen für die Beschäftigung von Mitarbeitern nach § 12 Abs. 3 Abgeordnetengesetz	162 079	161 461	146 549

Haushaltsvermerk:

Die Erläuterungen sind verbindlich.

Erläuterungen:

Bezeichnung		1 000 €
1.	Höchstbetrag	
1.1	bis zu jährlich 192 228 € je Abgeordneter	119 182
	Der Höchstbetrag ändert sich ab 2014 um den gleichen Vomhundertsatz, um den die Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Bundesdienst durch Entgelt-Tarifverträge durchschnittlich geändert werden.	
1.2	Weihnachtsgeld bis zur Höhe von 82,14 Prozent des Erstattungsbetrages für den Monat Dezember	8 158
1.3	Urlaubsgeld	800
1.4	Ersatz für die Einstellung von Ersatzkräften	30
1.5	Zulage für langjährig beschäftigte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	1 300
1.6	Übergangsgeld	750
2.	Zusätzliche Leistungen	
2.1	Arbeitgeberanteile zur Rentenversicherung	12 247
2.2	Arbeitgeberanteile zur Arbeitslosenversicherung	1 944
2.3	Arbeitgeberanteile zur Krankenversicherung	9 461
2.4	Arbeitgeberanteile zur Pflegeversicherung	1 328

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 411 03

Bezeichnung	1 000 €
2.5 Arbeitgeberanteile zur freiwilligen Zusatzversorgung im VBLU einschließlich pauschaler Lohn- und Kirchensteuer	3 725
2.6 Beiträge zur Unfallversicherung	367
2.7 Entgeltfortzahlung bei Krankheit und Krankengeldzuschüsse	1 813
2.8 Entgeltfortzahlung bei Mutterschaft	386
2.9 Vermögenswirksame Arbeitgeberleistungen	130
2.10 Unterstützung in besonderen Härtefällen	3
2.11 Für ärztliche Untersuchungen zur Feststellung der Bildschirmtauglichkeit	3
2.12 Aus- und Fortbildung	200
2.13 Sterbegeld	31
2.14 Arbeitgeberhaftung	81
2.15 Kosten zusätzlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in besonderen Fällen	120
2.16 Kosten für Arbeitsschutz, Arbeitssicherheit und Unfallverhütung	20
Zusammen	162 079

Der Ersatz der Aufwendungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wird durch die vom Ältestenrat nach § 34 Abgeordnetengesetz erlassenen Ausführungsbestimmungen geregelt.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
411 04 -011	Zuschuss zu den Kosten in Krankheits-, Pflege- und Geburtsfällen sowie Unterstützungen nach §§ 27 und 28 Abgeordnetengesetz	7 996	7 996	7 021

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Zuschüsse nach § 27 Abgeordnetengesetz	7 986
2. Unterstützungen nach § 28 Abgeordnetengesetz	10
Zusammen	7 996

Zuschüsse nach § 27 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes an die Bundeskanzlerin, an Bundesministerinnen und Bundesminister, Staatsminister sowie Parlamentarische Staatssekretärinnen und Parlamentarische Staatssekretäre werden aus Tit. 441 01 des jeweiligen Kapitels gezahlt, aus dem dieser Personenkreis Bezüge erhält.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
411 05 -011	Übergangsgeld für ausgeschiedene Mitglieder des Deutschen Bundestages nach § 18 Abgeordnetengesetz	6 400	2 100	609
411 11 -011	Überbrückungsgeld/Sterbegeld an Hinterbliebene sowie Versicherungen nach §§ 24, 26, 35a, 35b, 37, 38 und 41 Abgeordnetengesetz	515	515	1 110

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: 411 12.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
411 12 -011	Altersentschädigung an ausgeschiedene Mitglieder des Deutschen Bundestages sowie Hinterbliebenenversorgung nach §§ 19 bis 22, 25, 26, 35, 35a, 35b, 37 und 38 Abgeordnetengesetz	38 805	37 800	35 566

Haushaltsvermerk:

Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 411 11 und 411 13.

0201 Deutscher Bundestag

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
411 13 -011	Versorgungsabfindung nach §§ 23 und 40 Abgeordnetengesetz	120	120	76
	Haushaltsvermerk: Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: 411 12.			
411 16 -011	Inlandsdienst- und Mandatsreisen der Abgeordneten nach §§ 16 und 17 Abgeordnetengesetz	6 340	6 340	7 331
	Haushaltsvermerk: Erstattungen Dritter fließen den Ausgaben zu.			
411 17 -011	Auslandsdienstreisen der Abgeordneten nach § 17 Abgeordnetengesetz, ohne Reisen zum Europarat, zur Interparlamentarischen Union, NATO und Parlamentarischen Versammlung der OSZE	5 000	5 000	4 366
	Haushaltsvermerk: 1. Die Ausgaben sind in Höhe von 500 T€ übertragbar. 2. Erstattungen Dritter fließen den Ausgaben zu.			

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Einzelreisen	649
2. Reisen der Ausschüsse, Kommissionen und Arbeitsgruppen sowie offizieller Delegationen	2 533
3. Internationale Zusammenarbeit der Parlamentariergruppen	495
4. Sonstige Informationsreisen	1 323
Zusammen	5 000

Die Reisen erfolgen nach Maßgabe der vom Ältestenrat beschlossenen Richtlinien.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
411 18 -011	Reisen zum Europarat, zur Interparlamentarischen Union, NATO und Parlamentarischen Versammlung der OSZE	700	700	429
	Haushaltsvermerk: Aus den Ausgaben können auch Zuschüsse zu den Aufwendungen deutscher Ehrenmitglieder gezahlt werden. Die Gewährung von Zuschüssen ist jeweils auf einen Zeitraum von vier Jahren begrenzt.			
411 19 -011	Aufwendungen zur Nutzung des gemeinsamen Informations- und Kommunikationssystems des Deutschen Bundestages sowie für Geschäftsbedarf nach § 12 Abs. 4 Nrn. 1 und 4 Abgeordnetengesetz	7 440	7 497	6 301
	Haushaltsvermerk: Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.			
411 20 -011	Kostenerstattung für die Benutzung der Verkehrsmittel der Deutschen Bahn und der Berliner Verkehrsbetriebe durch die Mitglieder des Deutschen Bundestages	2 148	2 087	2 078

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Sächliche Verwaltungsausgaben

529 01 -011	Außergewöhnlicher Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	442	449	236

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben zu Nr. 3 der Erläuterungen sind in Höhe von **50 T€** kw.
2. Die Erläuterungen sind verbindlich.

Erläuterungen:

	Bezeichnung	€
1.	Zur Verfügung	
1.1	der Präsidentin/des Präsidenten des Deutschen Bundestages..	115 200
1.2	der Vizepräsidentinnen und der Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages....	25 500
1.3	der Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden der Ausschüsse und Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages....	103 600
1.4	des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages....	26 400
1.5	des Direktors beim Deutschen Bundestag....	4 100
2.	Für sonstigen Aufwand in der Verwaltung und für das Verbindungsbüro des Deutschen Bundestages in Brüssel....	10 500
3.	Sonderveranstaltungen des Parlaments....	156 500
Zusammen....		441 800

Aus dem Mittelansatz dürfen auch Ausgaben für die Bewirtung mit Erfrischungen bei Besprechungen aus besonderem Anlass geleistet werden.

Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Aus den Belegen muss Anlass, Funktion und Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer (Begünstigte) erkennbar sein.

Eine Auszahlung ohne Beleg ist nicht zulässig.

Die Ausgaben sind zentral für den gesamten Einzelplan veranschlagt.

Aus den Ausgaben zu 1.1 können auch Zuwendungen aus besonderer Veranlassung für karitative Einrichtungen oder Zwecke und für die Übernahme von Schirmherrschaften bis höchstens 14 000 € jährlich geleistet sowie Repräsentationsaufwendungen von Bediensteten des Deutschen Bundestages mit Protokollaufgaben nach Maßgabe von Richtlinien gedeckt werden.

542 01 -013	Öffentlichkeitsarbeit	9 037	10 522	7 972

Haushaltsvermerk:

1. Mehrausgaben zu Nr. 1, 2, 3, 4 und 5 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 01.
2. Mehrausgaben zu Nr. 4 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 381 01.
3. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Werbe- und Informationsmaterialien gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

0201 Deutscher Bundestag

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 542 01

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Maßnahmen zur Verbesserung des Verständnisses des Parlamentarismus und der Arbeitsweise des Deutschen Bundestages, Analysen, Publikationen und zugehörige Nebenkosten, sonstige Printmedien und PR-Maßnahmen	2 930
2. Einrichtung, Betrieb und Unterhaltung von Informationsständen, Sonderveranstaltungen	3 815
3. Neue Medien	350
4. Parlamentskorrespondenz, Informations- und Pressedienste, Bilderdienste für Presse und Fernsehen, Zeitschrift "Das Parlament" und zugehörige Nebenkosten sowie Durchführung von Begegnungen, Informationsgesprächen und Veranstaltungen mit Journalistinnen und Journalisten	1 417
5. Publikationen der Wissenschaftlichen Dienste, Erstellung des Amtlichen Handbuches des Deutschen Bundestages und wissenschaftliche Editionen	525
Zusammen	9 037

Die Unterrichtung der Öffentlichkeit und der in- und ausländischen Presse über die Tätigkeit des Deutschen Bundestages und seiner Organe sowie über die Organisation und Arbeitsweise des Parlaments soll zu einem besseren Verständnis des Parlaments und der Parlamentsarbeit beitragen.

Im Einzelplan 02 sind außerdem folgende Maßnahmen für Öffentlichkeitsarbeit und Fachinformationen veranschlagt:

Bezeichnung	1 000 €
Öffentlichkeitsarbeit	
0204 - 542 01	-
Fachinformationen	
0201 - 531 02	7 808
0201 - 531 05	533
0203 - 545 01	15

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
547 09 -011	Ausgaben für Vorhaben, die aus Spenden, Sponsoring und ähnlichen freiwilligen Geldleistungen finanziert werden	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 282 09.

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
684 01 -011	Geldleistungen an die Fraktionen des Deutschen Bundestages	84 645	84 645	80 834

Haushaltsvermerk:

Die Mittel dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.

Sie werden monatlich abgerufen.

Erläuterungen:

Die Geldleistungen bemessen sich nach § 50 Abs. 1 und 2 Abgeordnetengesetz.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
685 01 -011	Zuschuss an Institute zur Technikfolgenabschätzung	2 108	2 108	2 068

Erläuterungen:

Die Ausgaben für die Vergabe von Gutachten im Zusammenhang mit TA-Projekten sind mitveranschlagt.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
685 12 -011	Förderung von Einrichtungen für parlamentarische Zwecke	2 594	2 594	2 065

Haushaltsvermerk:

Die Erläuterungen sind hinsichtlich der Ausgabenansätze der einzelnen Zuwendungsempfänger verbindlich.

Erläuterungen:

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
Institutionelle Förderung/Zuschüsse an Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO					
1. Deutsche Parlamentarische Gesellschaft e. V. .... *- aus Kap. 0201 Tit. 685 12*	83,57	100,00	1 537	1 537	1 357
2. Deutsche Vereinigung für Parlamentsfragen e. V. .... *- aus Kap. 0201 Tit. 685 12*	76,97	100,00	93	93	91
3. Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments e. V. .... *- aus Kap. 0201 Tit. 685 12*	60,21	100,00	94	94	93
4. Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien e. V. .... *- aus Kap. 0201 Tit. 685 12*	92,26	100,00	870	870	524
Zusammen			2 594	2 594	2 065
- Summe Tit. 685 12			*2 594*	*2 594*	*2 065*

Zu 1.:
Aufgabe der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft e. V. ist die Pflege menschlicher, sachlicher und politischer Beziehungen zwischen den Mitgliedern der Parlamente des Bundes, der Länder und der europäischen Institutionen. Die Gesellschaft unterhält Beziehungen zu Mitgliedern ausländischer Parlamente und zu gleichgearteten Gesellschaften des Auslandes.

Zu 1., 3. und 4. :

In den bundeseigenen Liegenschaften ehemaliges Reichstagspräsidentenpalais, Unter den Linden 71, und in der Liegenschaft Schiffbauerdamm 40 werden Räumlichkeiten samt Inventar unentgeltlich überlassen (s. Haushaltsvermerk bei Tit. 124 01).

Wegen noch fehlender Wirtschaftspläne sind die Ansätze des Vorjahres veranschlagt.

687 01 -011	Leistungen an internationale Organisationen/Leistungen im Zusammenhang mit internationalen Mitgliedschaften	1 360	1 360	1 334

Erläuterungen:

Bezeichnung der Organisation Rechtsgrundlage und Zweck der Mitgliedschaft	Mitgliedsbeitrag der Bundesrepublik Deutschland (Pflichtleistungen) in Prozent	in Tausend-Fremdwährung (gerundet)	in 1 000 € (gerundet)	Besondere (freiwillige) Leistungen außerhalb des Mitgliedsbeitrags in 1 000 € (gerundet)	Zusammen Spalte 4 + 5 in 1 000 €
1	2	3	4	5	6
1. Interparlamentarische Union, Genf...	7,5	823 CHF	677		677
Vereinigung der Generalsekretäre der Parlamente (angeschlossen der IPU)					
Beitrag für "Gruppe der Zwölf plus" innerhalb der IPU...............				3	3
2. Parlamentarische Versammlung der NATO, Brüssel..................	14,6		540		-
Davon trägt der Deutsche Bundestag 2/3..................................			360		360
3. OSZE-Parlamentarierversammlung...			268		268
4. Ostseeparlamentarierkonferenz...			18		18
5. Parlamentarische Versammlung der Union für den Mittelmeerraum...			29		29

0201 Deutscher Bundestag

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 687 01

Bezeichnung der Organisation Rechtsgrundlage und Zweck der Mitgliedschaft	Mitgliedsbeitrag der Bundesrepublik Deutschland (Pflichtleistungen)			Besondere (freiwillige) Leistungen außerhalb des Mitgliedsbeitrags in 1 000 € (gerundet)	Zusammen Spalte 4 + 5 in 1 000 €
	in Prozent	in Tausend-Fremdwährung (gerundet)	in 1 000 € (gerundet)		
1	2	3	4	5	6
6. Sonstiges			5		5
Zusammen			1 357	3	1 360

Differenzen durch Rundung möglich

Wegen noch fehlender Haushaltspläne sind die Ansätze des Vorjahres veranschlagt.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
687 02 -144	Förderung des deutsch-amerikanischen Jugendaustausches	4 350	4 290	3 790

Verpflichtungsermächtigung ... 4 330 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu ... 2 980 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu ... 1 350 T€

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind übertragbar.

Erläuterungen:

Dieser Titel wird auf der Grundlage der haushaltsmäßigen Veranschlagung nach Richtlinien bewirtschaftet, die der Ältestenrat im Einvernehmen mit dem Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages entsprechend der Geschäftsordnung erlassen hat. Veranschlagt sind die im Haushaltsjahr 2014 entstehenden Ausgaben für die 2. Hälfte des Parlamentarischen Patenschaftsprogramms 2013/2014 und die 1. Hälfte des Programmjahres 2014/2015. Die eingestellte Verpflichtungsermächtigung ermöglicht Vertragsabschlüsse zur Fortführung des Programms einschließlich des Programmjahres 2015/2016.

Flexibilisierte Ausgaben

Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG

	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3	145 807	143 083 *1 426*	132 088
Aus Hauptgruppe 5	109 081	106 755 *12 715*	95 992
Aus Hauptgruppe 7	11 679	4 417 *13 085*	9 849
Aus Hauptgruppe 8	11 393	10 525 *14 716*	4 937
Zusammen	277 960	264 780 *41 942*	242 866

	Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F	*422 01 -011*	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*54 364*	*54 004*	*47 967*
F	*422 02 -011*	*Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte*	*922*	*924*	*819*
F	*422 03 -011*	*Bezüge der Anwärterinnen und Anwärter sowie Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst*	*429*	*-*	*-*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 424 01 -011	*Zuführung an die Versorgungsrücklage*	*746*	*310*	*409*

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind - mit Ausnahme des Versorgungskapitels - zentral für den gesamten Einzelplan veranschlagt.

F 427 09 -011	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*7 272*	*6 409*	*6 901*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Entgelte für Vertragsstenografinnen und Vertragsstenografen.......	*250*
2. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für Enquete-Kommissionen.........	*1 319*
3. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für Untersuchungsausschüsse....	*974*
4. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für sonstige parlamentarische Gremien..	*30*
5. Beschäftigung von Praktikantinnen und Praktikanten....................	*28*
6. Sonstige Entgelte für Aushilfskräfte..	*3 986*
7. Beschäftigungsentgelte für Auszubildende....................................	*685*
Zusammen..	*7 272*

F 428 01 -011	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*73 681*	*73 909*	*69 286*
F 429 02 -011	*Aufwendungen der Präsidentin oder des Präsidenten des Deutschen Bundestages für das Personal in ihrer/seiner Amtswohnung*	-	-	-
F 441 01 -840	*Beihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften*	*2 650*	*2 500*	*2 513*

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind - mit Ausnahme des Versorgungskapitels - zentral für den gesamten Einzelplan veranschlagt.

F 443 01 -840	*Fürsorgeleistungen und Unterstützungen*	*125*	*62*	*64*

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind - mit Ausnahme des Versorgungskapitels - zentral für den gesamten Einzelplan veranschlagt.

F 443 02 -313	*Inanspruchnahme überbetrieblicher betriebsärztlicher und sicherheitstechnischer Dienste, von Betriebsärztinnen und Betriebsärzten sowie Fachkräften für Arbeitssicherheit*	*20*	*20*	*15*

Erläuterungen:

Zur Verbesserung des Arbeitsschutzes und der Unfallverhütung ist das Arbeitssicherheitsgesetz vom 12. Dezember 1973 (BGBl. I S. 1885) erlassen worden. Nach § 16 dieses Gesetzes ist im öffentlichen Dienst ein den Grundsätzen des Gesetzes gleichwertiger arbeitsmedizinischer und sicherheitstechnischer Arbeitsschutz zu gewährleisten.

Die Ausgaben sind zentral für den gesamten Einzelplan veranschlagt.

0201 Deutscher Bundestag

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 451 04 -011	*Verpflegungszuschüsse für Bedienstete der Verwaltung des Deutschen Bundestages bei Sitzungen des Plenums, der Ausschüsse, der Fraktionen und anderer Gremien*	*12*	*12*	*9*

Erläuterungen:

Beamtinnen und Beamte des einfachen und mittleren Dienstes, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vergleichbarer Entgeltgruppen, die nicht im Schichtdienst eingesetzt sind, können einen Verpflegungszuschuss von 3 € erhalten, wenn Sitzungen des Plenums, der Ausschüsse, der Fraktionen und anderer Gremien länger als bis 19 Uhr dauern. Einen weiteren Verpflegungszuschuss in Höhe von 3 € erhalten diese Beschäftigten, wenn die Sitzungen über 24 Uhr hinaus andauern. Diese Regelung gilt entsprechend für diejenigen Beschäftigten, die zur Vorbereitung oder Abwicklung der vorgenannten Sitzungen eingesetzt werden.

F 452 02 -223	*Unfallkasse des Bundes*	*170*	*170*	*179*

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind zentral für den gesamten Einzelplan veranschlagt.

F 453 01 -011	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	*350*	*300*	*242*
F 511 01 -011	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände*	*11 283*	*11 838*	*9 454*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Geschäftsbedarf	*3 565*
2. Kommunikation	*2 124*
3. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	*815*
4. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände in Amts- und Dienstwohnungen	*30*
5. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie Maschinen für die Bundestagsbüros der Abgeordneten	*125*
6. Parlamentsdrucksachen	*4 624*
Zusammen	*11 283*

F 514 01 -011	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*	*500*	*500*	*448*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Haltung von Fahrzeugen	*325*
2. Dienst- und Schutzbekleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	*175*
Zusammen	*500*

Bezeichnung	*Soll 2014*	*Soll 2013*
Pkw	*54*	*52*
davon 7 personengebunden		
Lkw	*13*	*13*
Omnibusse	*2*	*2*
Zusammen	*69*	*67*

Die Dienstfahrzeuge stehen für Fahrten der Abgeordneten, der Fraktionen und der Verwaltung zur Verfügung. Bei Bereitstellung eines personengebundenen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 514 01

Dienstfahrzeugs für die Mitglieder des Präsidiums wird deren Kostenpauschale gemäß § 12 Abs. 6 Abgeordnetengesetz um 25 Prozent vermindert. Für einen Pkw des BKA trägt der Deutsche Bundestag die Unterhaltungskosten.

F 517 01 -011	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	*42 654*	*39 183*	*38 008*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Heizung	*7 100*
2. Elektrizität (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	*5 900*
3. Reinigung, Abfallentsorgung usw., Be- und Entwässerung	*9 330*
4. Wartung, Betrieb, Sonstiges	*20 324*
Zusammen	*42 654*

Zu 4.:
Davon für den Betrieb des Fernsehhauskanals: 750 T€.

Für verwaltungseigene Gebäude und bauliche Anlagen mit insgesamt 482 118 qm Netto-Grundrissfläche ohne Boden- und Kellerräume.

F 518 01 -011	*Mieten und Pachten*	*6 759*	*6 024*	*5 365*

Verpflichtungsermächtigung............ 980 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu............ 653 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu............ 327 T€

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Grundstücke, Gebäude, Anlagen und Räume	*2 856*
2. Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	*3 903*
Zusammen	*6 759*

F 519 01 -011	*Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen*	*10 191*	*10 957*	*8 237*
F 525 01 -011	*Aus- und Fortbildung*	*585*	*585*	*541*
F 526 01 -011	*Gerichts- und ähnliche Kosten*	*145*	*135*	*202*
F 526 02 -011	*Sachverständige*	*971*	*871*	*740*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Ausgaben für Studien, Honorare, Reisen usw. von Sachverständigen und Auskunftspersonen, deren Hinzuziehung die Ausschüsse oder andere Gremien des Deutschen Bundestages im Benehmen mit der Präsidentin/dem Präsidenten für notwendig erachten.	*701*
2. Ermittlungsbeauftragte nach § 10 Untersuchungsausschussgesetz	*68*
3. Sachverständige für die Verwaltung	*202*
Zusammen	*971*

0201 Deutscher Bundestag

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 526 03 -011	*Ausgaben für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen*	*2 170*	*1 933*	*2 204*

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Ausgaben für die Einsetzung von zwei Enquete-Kommissionen durch den Deutschen Bundestag	475
2. Ausgaben für den Deutschen Ethikrat nach dem Gesetz zur Einrichtung des Deutschen Ethikrats (Ethikratgesetz-EthRG) vom 16. Juli 2007 (BGBl. I S. 1385)	1 695
Zusammen	2 170

F 526 05 -011	*Ausgaben für die Kommission nach Art. 10 des Grundgesetzes und das Parlamentarische Kontrollgremium*	*204*	*204*	*84*

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Kommission nach Art. 10 des Grundgesetzes	
1.1 Aufwandsentschädigung für die Mitglieder	88
1.2 Sächliche Ausgaben einschließlich Ersatz sonstiger Aufwendungen in besonderen Fällen	16
2. Sächliche Ausgaben des Parlamentarischen Kontrollgremiums einschließlich Ersatz sonstiger Aufwendungen in besonderen Fällen	100
Zusammen	204

F 527 01 -011	*Dienstreisen*	*950*	*900*	*1 099*
F 527 03 -011	*Reisen in Angelegenheiten der Personalvertretungen und der Gleichstellungsbeauftragten sowie in Vertretung der Interessen schwerbehinderter Menschen*	*6*	*6*	*5*

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind zentral für den gesamten Einzelplan veranschlagt.

F 531 02 -011	*Besucherdienst*	*7 808*	*7 610*	*7 494*

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

Erläuterungen:

Unterrichtung von Besuchergruppen über die parlamentarische Arbeit sowie deren Betreuung.

F 531 05 -011	*Ausgaben für die historische Ausstellung und weitere Ausstellungen*	*533*	*941*	*639*

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Historische Ausstellung Deutscher Dom	275
2. Weitere Ausstellungen	258
Zusammen	533

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu flexibilisierte Ausgaben			
F 531 06 -011	*Ausgaben für Veranstaltungen im Parlamentsviertel*	*1 381*	*1 381*	*1 283*
F 532 01 -011	*Ausgaben für außeramtliche Übersetzungs- und Dolmetschertätigkeit*	*1 352*	*1 202*	*1 440*
F 532 02 -011	*Förderung von publizistisch bzw. wissenschaftlich herausragenden Arbeiten zu Fragen des Parlaments*	*33*	*42*	*24*

Erläuterungen:

Ausgaben für den Wissenschafts- und den Medienpreis des Deutschen Bundestages für Arbeiten zum Parlamentarismus einschließlich Nebenkosten, für den gemeinsamen Preis der Französischen Nationalversammlung und des Deutschen Bundestages einschließlich Nebenkosten sowie für Druckkostenzuschüsse zu wissenschaftlichen Arbeiten über parlamentsbezogene Themen.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 532 03 -011	*Ausgaben zur Förderung der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit*	*1 949*	*2 973*	*1 554*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Gäste des Parlaments	*575*
2. Parlamentarische Ausbildungshilfen, Austausch- und Besucherprogramme	*1 374*
Zusammen	*1 949*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 532 05 -011	*Ausgaben für das zeitgeschichtliche Archiv des Deutschen Bundestages*	*310*	*310*	*300*
F 539 99 -011	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*1 188*	*1 154*	*1 356*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Entschädigungsleistungen geringen Umfangs	*10*
2. Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern	*190*
3. Durchführung von Schreibarbeiten durch Dritte	*400*
4. Außerordentliche Ausgaben aus Anlass von Delegationsreisen	*51*
5. Baunebenkosten	*100*
6. Sonstiges	*437*
Zusammen	*1 188*

Zu 4.:
Ehren- und Gastgeschenke sowie übliche Nebenkosten bei Delegationsreisen.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 546 88 -012	*Förderung des Vorschlagwesens*	*12*	*12*	*1*

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind zentral für den gesamten Einzelplan veranschlagt.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 634 03 -011	*Zuweisungen an den Versorgungsfonds*	*3 596*	*2 993*	*2 385*

0201 Deutscher Bundestag

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 711 01 -011	*Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten*	*720*	*2 782*	*3 327*

Erläuterungen:

Einjährige Maßnahmen	*1 000 €*
1. Bauliche Maßnahmen im Plenarbereich Reichstagsgebäude.........	*270*
2. Bauliche Maßnahmen Paul-Löbe-Haus..	*140*
3. Sonstige Baumaßnahmen...	*310*
Zusammen...	*720*

F **712 01** -011	*Baumaßnahmen von mehr als 2 000 000 € im Einzelfall*	*2 290*	*690*	*6 176*

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen *(davon neue Maßnahmen in Fettdruck)*	*Gesamt-ausgaben des Bundes 1 000 €*	*Verausgabt bis 2012 1 000 €*	*Bewilligt 2013 1 000 €*	*Nach 2013 übertra-gene Aus-gabereste 1 000 €*	*Veran-schlagt 2014 1 000 €*	*Vorbe-halten für 2015 ff 1 000 €*
1	*2*	*3*	*4*	*5*	*6*	*7*
1. Sanierung der Liegenschaft Berlin, Schadowstraße 10 - 11.......	*16 991*	*11 914*	*-*	*5 077*	*-*	*-*
2. Sanierung der Liegenschaft Berlin, Dorotheenstr. 97/ Wilhelmstr. 65 - 66...	*41 482*	*41 424*	*-*	*58*	*-*	*-*
3. Bauliche Maßnahmen in der Liegenschaft Berlin, Friedrich-Ebert-Platz 2...	*22 062*	*20 624*	*-*	*1 438*	*-*	*-*
4. Bauliche Maßnahmen in der Liegenschaft Berlin, Anbau ehemaliges Reichstagspräsidentenpalais..	*3 250*	*65*	*690*	*205*	*2 290*	*-*
Zusammen...	*83 785*	*74 027*	*690*	*6 778*	*2 290*	*-*

Zu 1., 2. und 3.: Bauunterlagen nach § 24 BHO liegen vor.
Zu 4.: Bauunterlagen nach § 24 BHO liegen noch nicht vor.

F 811 01 -011	*Erwerb von Fahrzeugen*	*-*	*-*	*84*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
Ersatzbeschaffung	
Pkw..	*-*
Zusammen...	*-*

F 812 01 -011	*Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen für Verwaltungszwecke*	*2 385*	*1 904*	*1 595*

Erläuterungen:

Einjährige Maßnahmen	*1 000 €*
1. Erstbeschaffung	
1.1 Sonstige Beschaffungen...	*1 121*
2. Ersatzbeschaffung	
2.1 Sonstige Beschaffungen...	*1 264*
Zusammen...	*2 385*

F 812 02 -011	*Erwerb zeitgenössischer Kunstwerke*	*175*	*175*	*337*

Haushaltsvermerk:

Die Erläuterungen zu Nr. 1 sind verbindlich.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 812 02

Erläuterungen:

1. *Aus dem Ansatz sollen für das Kunstschaffen repräsentative Werke angekauft werden, wobei, soweit möglich, Künstlerinnen und Künstler aller Bundesländer zu berücksichtigen sind.*
2. *Die Ausgaben dürfen auch für Aufwendungen, die im Zusammenhang mit dem Erwerb stehen, wie z. B. Rahmungskosten, geleistet werden.*

F 812 03 -011	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen zur Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten für Abgeordnete und Gremien des Deutschen Bundestages*	*3 248*	*1 730*	*763*

Erläuterungen:

Einjährige Maßnahmen	*1 000 €*
Büroausstattungen nach § 12 Abs. 4 und § 50 Abs. 3 Abgeordnetengesetz	*3 248*

Mehr wegen steigender Ersatzbeschaffungen.

F 812 06 -011	*Beschaffung und Einrichtung von Fernmeldeanlagen u. ä. für Abgeordnete*	*650*	*520*	*555*

Erläuterungen:

Einjährige Maßnahmen	*1 000 €*
1. Erstbeschaffung	
1.1 Einrichtungen von Alarmierungsmöglichkeiten	*70*
1.2 Besondere Sicherungsmaßnahmen (Erhöhung des Widerstandszeitwertes)	*580*
Zusammen	*650*

Titelgruppe 09

Tgr. 09	Kosten der Kindertagesstätte	(1 684)	(1 662)	

Erläuterungen:

Der für den Besuch der Kindertagesstätte zu entrichtende Elternbeitrag richtet sich nach der vom Ältestenrat beschlossenen Kindertagesstättenordnung und dem Gesetz über die Beteiligung an den Kosten der Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Kindertagspflege sowie in außerunterrichtlichen schulischen Betreuungsangeboten. Die Elternbeiträge belaufen sich auf rd. 215 T€. Sie werden bei Tit. 111 01 vereinnahmt.

F 428 91 -011	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*1 295*	*1 295*	*1 191*
F 517 91 -011	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	*157*	*157*	*141*
F 519 91 -011	*Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen*	*50*	*50*	*43*
F 547 91 -011	*Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben*	*182*	*160*	*132*

0201 Deutscher Bundestag

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Titelgruppe 55			
Tgr. 55	Ausgaben für die Informationstechnik	(4 666)	(5 454)	
	Haushaltsvermerk: Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.			
F 511 55 -011	*Geschäftsbedarf und Datenübertragung sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Software, Wartung*	*1 241*	*1 295*	*975*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Geschäftsbedarf	*160*
2. Kommunikation	*1*
3. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	*1 080*
Zusammen	*1 241*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 518 55 -011	*Miete für Datenverarbeitungsanlagen, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Maschinen, Software*	*-*	*-*	*-*
F 525 55 -011	*Aus- und Fortbildung*	*140*	*150*	*102*
F 532 55 -011	*Ausgaben für Aufträge und Dienstleistungen*	*1 791*	*2 391*	*1 760*
F 812 55 -011	*Erwerb von Datenverarbeitungsanlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, Software*	*1 494*	*1 618*	*131*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Erstbeschaffung	
1.1 Hardware	*132*
1.2 Software	*168*
2. Ersatzbeschaffung	
2.1 Hardware	*1 082*
2.2 Software	*112*
Zusammen	*1 494*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Titelgruppe 56			
Tgr. 56	Ausgaben für die Informationstechnik der Mitglieder des Deutschen Bundestages	(26 821)	(19 489)	
F 427 59 -011	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*175*	*175*	*108*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 511 56 -011	*Geschäftsbedarf und Datenübertragung sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Software, Wartung*	*3 583*	*3 407*	*3 110*

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Geschäftsbedarf	12
2. Kommunikation	463
3. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	3 108
Zusammen	3 583

F 518 56 -011	*Miete für Datenverarbeitungsanlagen, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Maschinen, Software*	-	-	-
F 525 56 -011	*Aus- und Fortbildung*	*310*	*317*	*211*
F 532 56 -011	*Ausgaben für Aufträge und Dienstleistungen*	*10 643*	*10 067*	*9 040*

Erläuterungen:

Aus den Ausgaben werden auch Aufwendungen zur Nutzung des gemeinsamen IuK-Systems außerhalb des Sitzes des Deutschen Bundestages erstattet.

F 711 56 -011	*Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten*	*338*	*110*	*337*

Erläuterungen:

Einjährige Maßnahmen	1 000 €
1. Induktionsschleifenerneuerung	183
2. Sonstige Baumaßnahmen	155
Zusammen	338

F **712 56** -011	*Baumaßnahmen von mehr als 2 000 000 € im Einzelfall*	*8 331*	*835*	*9*

Verpflichtungsermächtigung .... 22 009 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 5 260 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 8 261 T€
in künftigen Haushaltsjahren bis zu .... 8 488 T€

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamtausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Nach 2013 übertragene Ausgabereste 1 000 €	Veranschlagt 2014 1 000 €	Vorbehalten für 2015 ff 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7
1. Kommunikationsnetze	8 752	8 263	-	489	-	-
2. Neustrukturierung der TK/LAN-Anlagen	11 866	11 759	-	107	-	-
3. Errichtung eines drahtlosen lokalen Netzwerkes in Liegenschaften des Deutschen Bundestages	11 500	-	450	600	1 962	8 488
4. Erneuerung der Telekommunikationsanlagen	9 700	-	385	-	5 645	3 670

0201 Deutscher Bundestag

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 712 56 (Titelgruppe 56)

Mehrjährige Maßnahmen *(davon neue Maßnahmen in Fettdruck)*	*Gesamt-ausgaben des Bundes 1 000 €*	*Verausgabt bis 2012 1 000 €*	*Bewilligt 2013 1 000 €*	*Nach 2013 übertra-gene Aus-gabereste 1 000 €*	*Veran-schlagt 2014 1 000 €*	*Vorbe-halten für 2015 ff 1 000 €*
1	*2*	*3*	*4*	*5*	*6*	*7*
5. Erneuerung LAN-Infrastruktur..	***14 245***	***-***	***-***	***-***	***724***	***13 521***
Zusammen...	*56 063*	*20 022*	*835*	*1 196*	*8 331*	*25 679*

Zu 1., 2. und 3.: Bauunterlagen nach § 24 BHO liegen vor.
Zu 4. und 5.: Bauunterlagen nach § 24 BHO liegen noch nicht vor.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 812 56 -011	*Erwerb von Datenverarbeitungsanlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, Software*	*3 441*	*4 578*	*1 472*

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 132 01.

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Erstbeschaffung	
1.1 Hardware..	*1 300*
1.2 Software..	*297*
2. Ersatzbeschaffung	
2.1 Hardware..	*1 595*
2.2 Software..	*249*
Zusammen..	*3 441*

Vorbemerkung

Der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages ist zum Schutze der Grundrechte und als Hilfsorgan des Bundestages bei der Ausübung der parlamentarischen Kontrolle berufen. Er ist aufgrund von Artikel 45 b des Grundgesetzes in Verbindung mit dem Gesetz über den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages in der Fassung vom 16. Juni 1982 (BGBl. I S. 677) eingesetzt worden. Die ihm zur Erfüllung seiner Aufgaben beigegebenen Beschäftigten bilden eine Unterabteilung der Verwaltung des Deutschen Bundestages (vgl. Vorwort zum Einzelplan 02).

Überblick zum Kapitel 0203	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	1	1	-		50
Gesamteinnahmen	1	1	-		50
Ausgaben					
Personalausgaben	3 443	3 411	+32	43	3 088
Sächliche Verwaltungsausgaben	554	526	+28	174	412
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	135	80	+55		80
Ausgaben für Investitionen	5	5	-	8	42
Gesamtausgaben	4 137	4 022	+115	225	3 622
davon flexibilisiert	4 137	4 022	+115	225	3 622

0203 Der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Einnahmen			
	Verwaltungseinnahmen			
119 99 -011	Vermischte Einnahmen	1	1	-
132 01 -011	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	-	-	50
	Ausgaben			
	Haushaltsvermerk: Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.			
	Flexibilisierte Ausgaben			
	Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG			
	Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3	3 578	3 491 *43*	3 168
	Aus Hauptgruppe 5	554	526 *174*	412
	Aus Hauptgruppe 8	5	5 *8*	42
	Zusammen	4 137	4 022 *225*	3 622
F 421 01 -011	*Bezüge des Wehrbeauftragten*	*160*	*160*	*156*
F 422 01 -011	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*1 709*	*1 695*	*1 549*
F 422 02 -011	*Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte*	*70*	*70*	*1*
F 427 09 -011	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	-	-	-
F 428 01 -011	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*1 502*	*1 484*	*1 376*
F 453 01 -011	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	*2*	*2*	*6*
F 511 01 -011	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände*	*49*	*49*	*36*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu flexibilisierte Ausgaben			
F 514 01 -011	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*	*11*	*11*	*11*
F 517 01 -011	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	*222*	*216*	*202*
F 518 01 -011	*Mieten und Pachten*	*9*	*9*	*7*
F 519 01 -011	*Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen*	*114*	*85*	*29*
F 527 01 -011	*Dienstreisen*	*130*	*130*	*120*
F 539 99 -011	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*4*	*4*	*2*
F 545 01 -011	*Konferenzen, Tagungen, Messen und Ausstellungen*	*15*	*22*	*5*
F 634 03 -011	*Zuweisungen an den Versorgungsfonds*	*135*	*80*	*80*
F 811 01 -011	*Erwerb von Fahrzeugen*	*-*	*-*	*42*
F 812 01 -011	*Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen für Verwaltungszwecke*	*5*	*5*	*-*

Erläuterungen zu 514 01:

Erläuterungen:

Bezeichnung	*Soll 2014*	*Soll 2013*
personengebundene Pkw..	*1*	*1*

Zu 545 01:

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Werbe- und Informationsmaterialien gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

Erläuterungen:

Informationsveranstaltungen des Wehrbeauftragten

Die Ausgaben dürfen auch für die Betreuung von Besuchergruppen am Amtssitz des Wehrbeauftragten verwendet werden.

0204 Bundesversammlung

Vorbemerkung

Die Bundesversammlung wird gemäß Artikel 54 des Grundgesetzes vom Präsidenten des Deutschen Bundestages zur Wahl des Bundespräsidenten einberufen. Sie besteht aus den Mitgliedern des Deutschen Bundestages und einer gleichen Anzahl von Mitgliedern, die von den Volksvertretungen der Länder nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt werden.

Überblick zum Kapitel 0204	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Ausgaben					
Personalausgaben...	-	-	-		363
Sächliche Verwaltungsausgaben...........................	-	-	-		536
Gesamtausgaben...	-	-	-		899
davon flexibilisiert...	-	-	-		458
davon nicht flexibilisiert..	-	-	-		441

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

1. Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.
2. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.

Personalausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
411 01 -011	Entschädigung der Mitglieder der Bundesversammlung gem. § 12 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten vom 25. April 1959	-	-	359
411 02 -011	Unfallversicherung für die von den Volksvertretungen der Länder gewählten Mitglieder der Bundesversammlung	-	-	-

Sächliche Verwaltungsausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
542 01 -013	Öffentlichkeitsarbeit	-	-	82

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Werbe- und Informationsmaterialien gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

Flexibilisierte Ausgaben

Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG

	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
Aus Hauptgruppe 4	-	-	4
Aus Hauptgruppe 5	-	-	454
Zusammen	-	-	458

	Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F	*427 09 -011*	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	-	-	*4*
F	*511 01 -011*	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände*	-	-	*71*
F	*517 01 -011*	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	-	-	*88*
F	*518 01 -011*	*Mieten und Pachten*	-	-	*63*
F	*539 99 -011*	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	-	-	*232*

Vorbemerkung

Dem Europäischen Parlament gehören 99 Abgeordnete der Bundesrepublik Deutschland an.

Die finanzielle Entschädigung regelt sich nach dem Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland vom 6. April 1979 (BGBl. I S. 413) in der jeweils geltenden Fassung und nach dem am ersten Tag der im Jahr 2009 begonnenen Wahlperiode in Kraft getretenen Abgeordnetenstatut des Europäischen Parlaments vom 28. September 2005 (ABl. L 262).

Überblick zum Kapitel 0205	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Ausgaben					
Personalausgaben	6 479	6 057	+422		5 522
Gesamtausgaben	6 479	6 057	+422		5 522
davon nicht flexibilisiert	6 479	6 057	+422		5 522

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Ausgaben

Personalausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
411 01 -011	Entschädigung nach § 9 Europaabgeordnetengesetz	962	929	893

Erläuterungen:

Auf die monatliche Entschädigung werden andere Bezüge aus öffentlichen Kassen nach Maßgabe des § 13 des Europaabgeordnetengesetzes angerechnet.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
411 04 -011	Zuschuss zu den Kosten in Krankheits-, Pflege- und Geburtsfällen sowie Unterstützungen nach § 11 Europaabgeordnetengesetz	637	692	593

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Zuschüsse	632
2. Unterstützungen	5
Zusammen	637

Die Vorschriften der §§ 27 und 28 des Abgeordnetengesetzes finden Anwendung.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
411 05 -011	Übergangsgeld für ausgeschiedene Mitglieder des Europäischen Parlaments nach § 10 b Europaabgeordnetengesetz	250	90	143

Erläuterungen:

Es gelten die Vorschriften des § 18 des Abgeordnetengesetzes.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
411 11 -011	Überbrückungsgeld/Sterbegeld an Hinterbliebene nach § 10 b Europaabgeordnetengesetz	10	10	-

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: 411 12.

Erläuterungen:

Es gelten die Vorschriften der §§ 24, 26, 35 a, 35 b, 37 und 38 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
411 12 -011	Altersentschädigung an ausgeschiedene Mitglieder des Europäischen Parlaments sowie Hinterbliebenenversorgung nach § 10 b Europaabgeordnetengesetz	4 125	3 850	3 522

Haushaltsvermerk:

Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 411 11 und 411 13.

Erläuterungen:

Es gelten die Vorschriften des Fünften Abschnitts und die §§ 32 Abs. 4 bis 8, 35, 35 a, 35 b, 37 und 38 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
411 13 -011	Versorgungsabfindung nach § 10 b Europaabgeordnetengesetz	50	50	46

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: 411 12.

0205 Mitglieder des Europäischen Parlaments

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Noch zu Titel 411 13	Erläuterungen: Es gelten die Vorschriften des § 23 des Abgeordnetengesetzes.			
411 16 -011	Reisekostenvergütungen für Mandatsreisen nach § 10 Europaabgeordnetengesetz	10	10	-
	Erläuterungen: Erstattet werden die nachgewiesenen Kosten bei Benutzung von Flugzeugen und Schlafwagen innerhalb des Bundesgebietes in Ausübung des Mandats, soweit diese nicht im Zusammenhang mit einer Sitzung des Europäischen Parlaments stehen.			
411 17 -011	Inanspruchnahme von Leistungen des Deutschen Bundestages nach § 10 a Europaabgeordnetengesetz	100	100	-
	Erläuterungen: Mitglieder des Europäischen Parlaments erhalten eine Aufwandsentschädigung, die die Mitbenutzung eines Büroraumes am Sitz des Bundestages, die Benutzung der Dienstfahrzeuge und der Fernmeldeanlagen des Bundestages sowie Leistungen nach Maßgabe der vom Ältestenrat erlassenen Ausführungsbestimmungen umfasst.			
411 20 -011	Kostenerstattung an die Deutsche Bahn für die Benutzung ihrer Verkehrsmittel durch die deutschen Mitglieder des Europäischen Parlaments	335	326	325

Vorbemerkung

Veranschlagt sind die Einnahmen und Ausgaben der Versorgungsberechtigten, deren Versorgungsanspruch auf dem Gesetz über den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages, dem Gesetz über die Versorgung der Beamten und Richter des Bundes (BeamtVG) oder auf einem Vertrag mit dem Bund beruht.

Überblick zum Kapitel 0267	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen...	-	-	-		-
Übrige Einnahmen...	-	-	-		155
Gesamteinnahmen...	-	-	-		155
Ausgaben					
Personalausgaben...	28 136	27 510	+626		25 925
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	528	697	-169		292
Gesamtausgaben...	28 664	28 207	+457		26 217
davon nicht flexibilisiert..	28 664	28 207	+457		26 217

0267 Versorgung der Beamtinnen und Beamten sowie der Richterinnen und Richter des Einzelplans 02

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Einnahmen			
	Verwaltungseinnahmen			
119 57 -018	Vermischte Einnahmen	-	-	-
	Übrige Einnahmen			
232 57 -018	Beteiligung an den Versorgungslasten des Bundes	-	-	155
	Haushaltsvermerk: Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Kap. 0267.			
	Ausgaben			
	Haushaltsvermerk: 1. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig. 2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 232 57.			
	Personalausgaben			
431 57 -018	Versorgungsbezüge sonstiger Amtsträger und deren Hinterbliebenen	261	261	272
	Erläuterungen: Aus dem Titel werden auch Übergangsgelder für ehemalige Mitglieder der Bundesregierung (§ 14 Bundesministergesetz) und für ehemalige Parlamentarische Staatssekretärinnen und Parlamentarische Staatssekretäre (§ 6 ParlStG) gewährt.			
432 57 -018	Versorgungsbezüge	23 002	22 395	21 484
	Erläuterungen: Aus dem Titel werden auch die Bezüge der in den einstweiligen Ruhestand versetzten Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter vom Ersten des auf den Beginn des einstweiligen Ruhestandes folgenden Monats an gewährt.			
434 57 -018	Zuführung an die Versorgungsrücklage	828	763	624

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
443 57 -018	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen	10	10	2
	Erläuterungen: Unfallfürsorge nach dem BeamtVG.			
446 57 -018	Beihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften	4 035	4 081	3 543
	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)			
632 57 -018	Abfindungen und Erstattungen des Bundes für Versorgungslasten	528	697	292
	Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel			
281 57 -018	Sonstige Erstattungen aus dem Inland		-	-

02 Aufwandsentschädigungen, Besondere Personalausgaben

Haushaltsvermerk:

In den Personaltiteln dieses Einzelplans sind folgende Aufwandsentschädigungen und Besondere Personalausgaben veranschlagt:

1. **Aufwandsentschädigungen**

1.1 Dienstaufwandsentschädigung für den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages in Höhe von jährlich 9 204,00 € (monatlich 767,00 €) bei folgendem Titel:

Kap. 0203 Tit. 421 01.

1.2 Aufwandsentschädigung für vom Dienst freigestellte Personalratsmitglieder bei folgenden Titeln:

Kap. 0201 Tit. 422 01 und 428 01.

2. **Besondere Personalausgaben**

2.1 Entschädigung gem. § 11 Abs. 1 Buchst. d) BMinG i. V. m. § 18 Abs. 2 WehrbBTG in Höhe von jährlich 1 840,65 € bei folgendem Titel:

Kap. 0203 Tit. 421 01.

2.2 Betreuung aller Beschäftigten, die am Heiligen Abend nach 18 Uhr Dienst verrichten (zentral für den gesamten Geschäftsbereich) bei folgendem Titel:

Kap. 0201 Tit. 428 01.

2.3 Verfügungsfonds für vom Dienst freigestellte Gleichstellungsbeauftragte gem. § 18 Abs. 4 BGleiG in Höhe von bis zu jährlich 312 € (monatlich 26 €) bei folgendem Titel:

Kap. 0201 Tit. 422 01.

2.4 Außer- und übertarifliche Leistungen an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die mit Einwilligung des BMF gewährt werden, bei folgenden Titeln:

Kap. 0201 Tit. 427 09, 428 01 und

Kap. 0203 Tit. 428 01.

Übersicht 1 02
Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Kapitel, Titel (Titelgr.) sowie Zweckbestimmung	Ausgaben-soll 2014 1 000 €	a) Bis einschl. 31.12.2012 eingegangene Verpflichtungen fällig ab 2014 b) VE 2013 c) VE 2014 1 000 €	davon fällig 2014 1 000 €	2015 1 000 €	2016 1 000 €	2017 1 000 €	Folgejahre 1 000 €	in künftigen Haushaltsjahren 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Kapitel 0201								
542 01 - Öffentlichkeitsarbeit	9 037	a) 120	120	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
685 01 - Zuschuss an Institute zur Technikfolgenabschätzung	2 108	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 7 210	1 545	1 545	1 545	1 545	1 030	-
		c) -		-	-	-	-	-
687 02 - Förderung des deutsch-amerikanischen Jugendaustausches	4 350	a) 1 350	1 350	-	-	-	-	-
		b) 4 230	2 880	1 350	-	-	-	-
		c) 4 330		2 980	1 350	-	-	-
518 01 - Mieten und Pachten	6 759	a) 327	327	-	-	-	-	-
		b) 980	653	327	-	-	-	-
		c) 980		653	327	-	-	-
712 01 - Baumaßnahmen von mehr als 2 000 000 € im Einzelfall	2 290	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 2 290	2 290	-	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
Tgr. 55								
532 55 - Ausgaben für Aufträge und Dienstleistungen	1 791	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 1 850	925	925	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
Tgr. 56								
532 56 - Ausgaben für Aufträge und Dienstleistungen	10 643	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 1 646	947	699	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
712 56 - Baumaßnahmen von mehr als 2 000 000 € im Einzelfall	8 331	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 19 765	5 645	3 670	-	-	-	10 450
		c) 22 009		5 260	8 261	-	-	8 488
Summe des Kapitels 0201	709 350	a) 1 797	1 797	-	-	-	-	-
		b) 37 971	14 885	8 516	1 545	1 545	1 030	10 450
		c) 27 319		8 893	9 938	-	-	8 488
Summe des Einzelplans 02	748 630	a) 1 797	1 797	-	-	-	-	-
		b) 37 971	14 885	8 516	1 545	1 545	1 030	10 450
		c) 27 319		8 893	9 938	-	-	8 488

Personalhaushalt

Einzelplan 02

Deutscher Bundestag

Inhalt

Kapitel	B e z e i c h n u n g	Seite
	Vorbemerkungen zum Personalhaushalt	40
	Gesamtübersicht	41
0201	Deutscher Bundestag	42
0203	Der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages	47
	Übersicht	
	Darstellung der den Planstellen zugeordneten Amtsbezeichnungen	49

Vorbemerkungen zum Personalhaushalt

1. Ersatz(plan)stellen werden zahlenmäßig in einer eigenen Spalte der Übersichten der ku- und kw-Vermerke in der Gesamtübersicht und in den einzelnen Kapiteln nachgewiesen.

   Ersatz(plan)stellen im Zusammenhang mit der Gewährung von Altersteilzeit sind mit dem Vermerk "kw mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten" ausgewiesen.

2. AT B ist die Kurzbezeichnung für Arbeitsverhältnisse mit Verträgen nach Anlage 1a oder 1b des BMI-Rundschreibens vom 18. November 2005 - D II 2 - 220 234 - in der jeweils geltenden Fassung.

3. Anzahl der im Haushaltsjahr 2012 eingesetzten Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen (umgerechnet auf vollbeschäftigte Arbeitskräfte im Haushaltsjahr) und Auszubildende (Jahresdurchschnitt):

Kapitel	Titel	Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen	Auszubildende
0201	427 09	99,3	66,3
0201	427 59	5,7	-
0203	427 09	-	-
0204	427 09	-	-
Zusammen		105,0	66,3

4. Arbeitsplatzbeschreibungen für die Stellen der Gruppe 428 des Einzelplans (einschließlich der Stellen der institutionell geförderten Zuwendungsempfänger/Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO) sind zum überwiegenden Teil vorhanden. Einzelne noch nicht vorhandene Arbeitsplatzbeschreibungen werden sukzessive im Zuge der organisatorischen Überprüfungen erstellt.

Gesamtübersicht

Planstellen, Stellen, Leerstellen

Kap.	Behörde	Beamtinnen und Beamte Tit. 422 .1		Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Tit. 428 .1		Zusammen (Spalten 3 bis 6)	
		2014	2013	2014	2013	2014	2013
1	2	3	4	5	6	7	8
	Planstellen und Stellen						
0201	Deutscher Bundestag..	1 401,0	1 414,0	1 048,5	1 063,0	2 449,5	2 477,0
0203	Der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages...	34,0	34,0	16,0	16,0	50,0	50,0
	Zusammen...	1 435,0	1 448,0	1 064,5	1 079,0	2 499,5	2 527,0
	Leerstellen						
0201	Deutscher Bundestag..	73,0	88,0	29,0	39,0	102,0	127,0

ku- und kw-Vermerke

Kap.	Dienststelle	Zusammen	davon fällig					Ersatz(plan)-stellen	Sonstige
			2014	2015	2016	2017	2018 ff.		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
	kw-Vermerke								
0201	Deutscher Bundestag..	28,0	6,0	-	1,0	-	-	7,0	14,0
0203	Der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages...	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-
	Zusammen...	29,0	7,0	-	1,0	-	-	7,0	14,0

Institutionell geförderte Zuwendungsempfänger / Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO

Kap.	Kapitelbezeichnung	Stellen mit Dauerarbeitskräften besetzbar				Stellen für Arbeitskräfte mit befristeten Arbeitsverträgen	
		Tit. 422 .1, 425 .1, 426 .1, 428 .1 sowie entsprechende Kontierung im Wirtschaftsplan		Tit. 425 .1, 426 .1, 428 .1 (Projektförderung / Aufträge Dritter)		Tit. 427 .9 (Projektförderung / Aufträge Dritter)	
		2014	2013	2014	2013	2014	2013
1	2	3	4	5	6	7	8
0201	Deutscher Bundestag..	52,0	52,0	-	-	-	-

0201 Deutscher Bundestag

Haushaltsvermerk:

Zu Kap. 0201

Die im Kap. 0201 und Kap. 0203 (Der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages) ausgebrachten Planstellen und Stellen dürfen im gegenseitigen Einvernehmen im jeweils anderen Kapitel genutzt werden.

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr: Neue Stellen, Stellenwegfall: ohne ku/ kw-Vermerke +	-	und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken +	-	Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken +	-	Hebungen, Herabstufungen +	-	Umwandlungen, Umsetzungen +	-	von Sp. 2 entfallen auf Funktionsgruppen
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Beamtinnen und Beamte														
B 11	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 9	4,0	4,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 6	14,0	14,0	11,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 3	62,0	62,0	52,3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 16	60,0	60,0	46,2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 15	170,5	172,5	136,8	-	-	-	-	-	2,0	-	-	-	-	-
A 14	72,5	73,5	44,2	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
A 13 h	25,0	27,0	33,3	-	1,0	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
A 13 g+Z	5,0	5,0	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g	186,5	186,5	141,9	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 12	93,5	93,5	54,6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 11	52,0	57,5	24,1	-	-	-	-	-	5,5	-	-	-	-	-
A 10	14,0	14,0	13,2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 g	9,0	9,0	18,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m+Z	70,0	70,0	56,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m	166,0	166,5	82,4	-	0,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 8	108,0	108,0	56,2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 7	49,0	50,0	29,6	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 6 m	12,0	12,0	14,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 6 e	50,0	50,0	46,9	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 5	157,0	158,0	52,3	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 4	18,0	18,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 2/3	2,0	2,0	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	1 401,0	1 414,0	930,3	-	3,5	-	-	-	9,5	-	-	-	-	-
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
AT (B 6)	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
AT (B 3)	-	-	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
AT B	1,0	1,0	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	1,0	1,0	11,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 15	21,5	20,5	33,4	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 14	11,5	11,5	14,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 13	7,5	7,5	16,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 12	71,0	71,0	100,6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 11	53,5	54,5	69,1	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 10	19,0	20,0	24,8	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
E 9	114,0	115,0	225,6	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 8	166,0	162,5	114,1	3,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 7	70,0	72,0	65,3	-	1,0	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
E 6	238,0	240,0	251,9	-	1,0	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
E 5	64,0	66,0	101,7	-	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 4	50,0	54,0	55,0	-	-	-	-	-	4,0	-	-	-	-	-
E 3	118,5	122,5	209,7	-	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 2	16,0	16,0	18,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 1	1,0	3,0	-	-	-	-	-	-	2,0	-	-	-	-	-
Zusammen	1 021,5	1 036,0	1 299,7	4,5	10,0	-	-	-	9,0	-	-	-	-	-
Insgesamt	1 022,5	1 037,0	1 310,7	4,5	10,0	-	-	-	9,0	-	-	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 422 01

1. Gemäß haushaltsgesetzlicher Regelung dürfen - abweichend von § 50 Abs. 3 BHO - bis zu 3 Soldatinnen oder Soldaten im Wege der Kommandierung beschäftigt werden, wobei von der Bundestagsverwaltung die Stellenzulage für Verwendungen bei obersten Bundesbehörden zu zahlen ist.
2. **Zu B 3:**
   1 Planstelleninhaber erhält für die Dauer seiner Tätigkeit als Leiter des Präsidialbüros eine Zulage in Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen den Bes.-Grn. B 3 und B 6.
3. **Zu A 15:**
   2 Planstellen dürfen mit Soldatinnen oder Soldaten, 2 Planstellen dürfen nur im Zusammenhang mit Enquete-Kommissionen, Untersuchungsausschüssen und großen Vorhaben verschiedener Ausschüsse, 1 Planstelle darf nur mit schwerbehinderten Menschen, 1 Planstelle darf nur im Zusammenhang mit der G 10-Kommission, 2 Planstellen dürfen nur im Zusammenhang mit dem parlamentarischen Kontrollgremium besetzt werden.
4. **Zu A 13 g:**
   4 Planstellen dürfen nur im Zusammenhang mit der Ausbildung von Beamtinnen und Beamten des gehobenen Dienstes für den Aufstieg in den höheren Dienst besetzt werden.
5. **Zu A 9 g:**
   1 Planstelle darf nur mit schwerbehinderten Menschen besetzt werden.
6. **Zu A 9 m + Z:**
   2 Planstellen dürfen nur im Zusammenhang mit der Ausbildung von Beamtinnen und Beamten des mittleren Dienstes für den Aufstieg in den gehobenen Dienst besetzt werden.
7. **Zu A 9 m:**
   4 Planstellen dürfen nur im Zusammenhang mit der Ausbildung von Beamtinnen und Beamten des mittleren Dienstes für den Aufstieg in den gehobenen Dienst besetzt werden.
8. **Zu A 5:**
   4 Planstellen dürfen nur im Zusammenhang mit der Ausbildung von Beamtinnen und Beamten des einfachen Dienstes für den Aufstieg in den mittleren Dienst besetzt werden.
9. Folgende Planstelle darf nur mit Überhangpersonal besetzt werden: 1,0 A 15.
10. **Zu A 13 h:**
   1 Planstelle darf nur mit schwerbehinderten Menschen besetzt werden.

Zu Titel 428 01

1. **Zu E 10:**
   Davon 4 für ehemalige Mitglieder des Präsidiums des Deutschen Bundestages für die Dauer der Wahrnehmung ihrer Aufgaben.
2. **Zu E 9:**
   2 Stellen dürfen nur im Zusammenhang mit Enquete-Kommissionen und Untersuchungsausschüssen besetzt werden.
3. **Zu E 8:**
   6 Stellen dürfen nur mit schwerbehinderten Menschen besetzt werden.
4. **Zu E 6:**
   9 Stellen dürfen nur mit schwerbehinderten Menschen besetzt werden.
5. **Zu E 2:**
   1 Stelle darf nur mit schwerbehinderten Menschen besetzt werden.
6. **Vorzimmerkräfte/Sekretärinnen und Sekretäre:**
   Vorzimmerkräfte im Leitungsbereich erhalten für die Dauer ihrer Tätigkeit folgendes übertarifliches Entgelt:
   Vorzimmer der Präsidentin oder des Präsidenten E.-Gr. 11,
   Zweitsekretärin oder Zweitsekretär im Präsidialbüro E.-Gr. 9,
   Erstsekretärinnen und Erstsekretäre der Bundestagsvizepräsidentinnen und der Bundestagsvizepräsidenten E.-Gr. 10,
   Zweitsekretärinnen und Zweitsekretäre der Bundestagsvizepräsidentinnen und der Bundestagsvizepräsidenten E.-Gr. 8,
   Erstsekretärin oder Erstsekretär des Direktors E.-Gr. 10,
   Zweitsekretärin oder Zweitsekretär des Direktors E.-Gr. 8.
7. **Vorzimmerkräfte/Sekretärinnen und Sekretäre:**
   Die Erstsekretärinnen und Erstsekretäre der Bundestagsvizepräsidenten und des Direktors erhalten nach 4 Jahren für die Dauer ihrer Tätigkeit eine außertarifliche Zulage in Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen den Entgeltgruppen 10 und 11.

0201 Deutscher Bundestag

Erläuterungen:

Zu Titel 422 01

Zu Spalte 4:
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
1,0 B6; 4,0 B3; 5,5 A16; 18,0 A15; 7,0 A14; 2,0 A13h; 19,5 A13g; 26,5 A12; 19,0 A11; 6,0 A10; 1,0 A9g; 0,5 A9m+Z; 54,5 A9m; 20,0 A8; 28,0 A7; 4,0 A6m; 0,5 A6e; 91,0 A5; 17,0 A4; 2,0 A2/3 (Zusammen: 327,0).

Davon im Polizeivollzugsdienst:
1,0 A15; 2,0 A14; 3,0 A13g; 5,0 A12; 6,0 A11; 4,0 A10; 3,0 A9g; 20,0 A9m+Z; 54,3 A9m; 41,7 A8; 4,0 A7 (Zusammen: 144,0).

Daneben werden 24,0 beamtete Hilfskräfte (Tit. 422 02) beschäftigt.

Zu Titel 428 01

Zu Spalte 4:
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
1,0 AT(B6); 4,0 AT(B3); 5,0 ATB; 17,0 E15; 5,5 E14; 9,0 E13; 38,0 E12; 20,0 E11; 5,0 E10; 50,5 E9; 28,0 E8; 3,0 E7; 26,5 E6; 19,5 E5; 7,0 E4; 86,0 E3; 2,0 E2 (Zusammen: 327,0).

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 422 01				
			1.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
A 16	3,0	4,0	1.1	CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages
A 15	3,0	2,0		
A 14	9,0	7,0		
A 13 h	1,0	3,0		
A 9 m+Z	1,0	1,0		
B 9	-	1,0	1.2	SPD-Fraktion des Deutschen Bundestages
B 3	1,0	1,0		
A 16	1,0	1,0		
A 15	2,0	4,0		
A 14	1,0	-		
A 13 g	-	1,0		
A 16	-	2,0	1.3	FDP-Fraktion des Deutschen Bundestages
A 15	-	1,0		
A 14	-	1,0		
A 9 m	-	1,0		
A 6 e	6,0	9,0	1.4	Fraktionen des Deutschen Bundestages
A 5	5,0	8,0		
B 3	1,0	1,0	1.5	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)
A 15	2,0	2,0	1.6	Europäisches Parlament
A 15	1,0	1,0	1.7	Europarat
A 15	1,0	1,0	1.8	Deutsche Parlamentarische Gesellschaft e. V.
A 14	1,0	1,0	1.9	CDU Baden-Württemberg
A 9 m	1,0	1,0	1.10	Friedrich-Naumann-Stiftung
Zusammen	40,0	54,0		
			2.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen	32,0	34,0	2.1	gemäß §§ 90, 92, 95 BBG, § 7 DBeglG, § 6 MuSchEltZV, § 24 GAD
			3.	**Sonstige Beurlaubung**
A 15	1,0	-	3.1	gemäß Nr. 3.1 Satz 2 VV-BHO zu § 50 BHO
Insgesamt	73,0	88,0		
Zu Titel 428 01				
			1.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
E 15	1,0	1,0	1.1	CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages
E 12	-	1,0		
E 10	2,0	2,0		
E 9	2,0	2,0		
E 8	1,0	1,0		
E 5	1,0	1,0		
E 13	-	1,0	1.2	SPD-Fraktion des Deutschen Bundestages
AT B	-	1,0	1.3	FDP-Fraktion des Deutschen Bundestages
E 15	-	2,0		
E 12	-	1,0		
E 8	-	5,0		
E 6	-	1,0		
E 15	-	1,0	1.4	Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion des Deutschen Bundestages

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
E 15..................	1,0	1,0	1.5	Fraktion DIE LINKE. im Abgeordnetenhaus von Berlin
Zusammen.........	8,0	21,0		
			2.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	17,0	17,0	2.1	gemäß § 28 TVöD, § 9 UmzugsTV, § 15 BEEG, § 24 GAD
			3.	**Sonstige Beurlaubung**
E 12..................	1,0	1,0	3.1	Bundeskanzleramt
E 15..................	3,0	-	3.2	gemäß Nr. 3.1 Satz 2 VV-BHO zu § 50 BHO
Zusammen.........	4,0	1,0		
Insgesamt..........	29,0	39,0		

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
1	2	3	4	5	6	7

Zu Titel 422 01

Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
					kw	
				2.	**kw mit Wegfall der Aufgabe**	
				2.1	-	
A 15..................	1,0	-	1,0	2.1.1	Baumaßnahmen für den Deutschen Bundestag	-
A 13 g..............	1,0	-	1,0			-
A 16..................	1,0	-	1,0	2.1.2	Sekretariat des Parlamentarischen Beirates für nachhaltige Entwicklung	-
A 13 g..............	1,0	-	1,0			-
				2.2	-	
A 13 g..............	1,0	-	1,0	2.2.1	Referat Bauplanung und Neubauten	-
				2.4	-	
A 14..................	1,0	-	1,0	2.4.1	Abschluss der Um- und Erweiterungsbauten, Betriebstechnik	-
A 4....................	2,0	-	2,0	2.4.2	Abschluss der Um- und Erweiterungsbauten, Botendienst	-
A 5....................	1,0	-	1,0	2.4.3	Abschluss der Um- und Erweiterungsbauten, Pfortendienst	-
A 13 h..............	1,0	-	1,0	2.4.4	Referat Internationale parlamentarische Versammlungen	-
				4.	**kw 31.12.2014**	
				4.1	-	
A 15..................	1,0	-	1,0	4.1.2	Sekretariat des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	-
A 12..................	1,0	-	1,0	4.1.3	Fachbereich Europa	-
A 12..................	1,0	-	1,0	4.1.4	Personalreferat höherer und gehobener Dienst	-
A 9 m................	1,0	-	1,0	4.1.5	Referat Geheimschutz/Datenschutz	-
				5.	**kw**	
A 15..................	-	-	1,0	5.1	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	Wirksamwerden des Vermerks
A 13 h..............	-	-	1,0			Wirksamwerden des Vermerks
A 11..................	2,0	2,0	7,5			Wirksamwerden des Vermerks
				7.	**kw 31.12.2016**	
				7.1	-	
A 15..................	1,0	-	1,0	7.1.1	Referat Europa	-
				8.	**kw 30.06.2013**	
				8.1	-	
A 15..................	-	-	1,0	8.1.1	Sekretariat der unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Abgeordnetenrechts	Wirksamwerden des Vermerks
A 14..................	-	-	1,0			Wirksamwerden des Vermerks
				10.	**kw mit Ausscheiden der Planstelleninhaber/innen**	
A 13 g..............	1,0	-	1,0	10.1	schwerbehindert	-
Zusammen.......	18,0	2,0	27,5			

Zu Titel 428 01

Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
					kw	
				1.	**kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber/innen**	
E 15..................	1,0	-	1,0	1.1	schwerbehindert	-

0201 Deutscher Bundestag

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014		2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Soll	Ersatz-(plan)st.				
1	2	3	4	5	6	7
				2.	**kw**	
E 10..................	-	-	1,0	2.1	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	Wirksamwerden des Vermerks
E 9....................	1,0	1,0	1,0			-
E 7....................	-	-	1,0			Wirksamwerden des Vermerks
E 6....................	3,0	3,0	4,0			Wirksamwerden des Vermerks
E 4....................	-	-	4,0			Wirksamwerden des Vermerks
E 1....................	1,0	1,0	3,0			Wirksamwerden des Vermerks
				4.	**kw 31.12.2014**	
				4.1	-	
E 8....................	1,0	-	1,0	4.1.1	IT-Grundsatzfragen, Zentrale IT-Systeme, Anwendungen	-
E 6....................	1,0	-	1,0	4.1.2	Referat Liegenschaften und Gebäudetechnik	-
				5.	**kw mit Wegfall der Aufgabe**	
				5.1	-	
E 6....................	1,0	-	1,0	5.1.1	Sekretariat des Parlamentarischen Beirates für nachhaltige Entwicklung	-
E 5....................	1,0	-	1,0	5.1.2	Assistenzkraft für schwerbehinderte Mitarbeiter	-
Zusammen.......	10,0	5,0	19,0			

Tgr. 09 - Kosten der Kindertagesstätte

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt-gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr										von Sp. 2 entfallen auf Funktions-gruppen
				Neue Stellen, Stellenwegfall				Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken		Hebungen, Herabstufungen		Umwandlungen, Umsetzungen		
				ohne ku/ kw-Vermerke		und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken								
				+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 428 91 - Erläuterungen														
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 10....................	2,0	2,0	1,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 6......................	24,0	24,0	23,4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen..........	26,0	26,0	25,2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Zu Kap. 0203

Die im Kap. 0203 und Kap. 0201 (Deutscher Bundestag) ausgebrachten Planstellen und Stellen dürfen im gegenseitigen Einvernehmen im jeweils anderen Kapitel genutzt werden.

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr: Neue Stellen, Stellenwegfall ohne ku/ kw-Vermerke +	-	und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken +	-	Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken +	-	Hebungen, Herabstufungen +	-	Umwandlungen, Umsetzungen +	-	von Sp. 2 entfallen auf Funktionsgruppen
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Beamtinnen und Beamte														
B 6	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 3	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 16	4,0	4,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 15	7,0	7,0	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 14	5,0	5,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g	7,0	7,0	5,9	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 12	3,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 11	2,0	2,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 10	-	-	0,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 8	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 6	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 5	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	34,0	34,0	24,4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 12	-	-	3,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 10	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 9	2,0	2,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 8	2,0	2,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 6	7,0	7,0	7,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 5	4,0	4,0	5,9	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 4	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	16,0	16,0	22,4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 428 01

Die Erstsekretärin oder der Erstsekretär des Wehrbeauftragten ist übertariflich nach Entgeltgruppe 10 TVöD eingruppiert und erhält nach 4 Jahren für die Dauer ihrer/seiner Tätigkeit eine außertarifliche Zulage in Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen den Entgeltgruppen 10 und 11 TVöD.

Die Zweitsekretärin oder der Zweitsekretär des Wehrbeauftragten ist für die Dauer ihrer/seiner Tätigkeit übertariflich nach Entgeltgruppe 8 TVöD eingruppiert.

Erläuterungen:

Zu Titel 422 01

<u>**Zu Spalte 4:**</u>
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
1,0 A15; 1,0 A13g; 1,5 A12; 1,0 A11; 2,0 A5 (Zusammen: 6,5).

Zu Titel 428 01

<u>**Zu Spalte 4:**</u>
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
3,5 E12; 1,0 E10; 2,0 E5 (Zusammen: 6,5).

0203 Der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages

Übersicht der ku- und kw- Vermerke						
Bes.-/ E.-Gr.	2014		2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Soll	Ersatz-(plan)st.				
1	2	3	4	5	6	7
Zu Titel 422 01						
					kw	
				1.	**kw 31.12.2014**	
A 15..................	1,0	-	1,0	1.1	-	-

Anlage zu den Stellenplänen des Epl. 02
Darstellung der den Planstellen zugeordneten Amtsbezeichnungen

Bes.-Gr.	Kap.	**Amtsbezeichnungen** (Grundamtsbezeichnung in Fettdruck)
1	2	3
		Verwaltungsbeamtinnen oder Verwaltungsbeamte
B 11	0201	Staatssekretärin oder Staatssekretär
B 9	0201	Ministerialdirektorin oder Ministerialdirektor
B 6	0201, 0203	Ministerialdirigentin oder Ministerialdirigent
B 3	0201, 0203	Ministerialrätin oder Ministerialrat
A 16	0201, 0203	Ministerialrätin oder Ministerialrat
A 15	0201, 0203	**Direktorin** oder **Direktor**
A 14	0201, 0203	**Oberrätin** oder **Oberrat**
A 13 h	0201	**Rätin** oder **Rat**
A 13 g+Z	0201	**Oberamtsrätin** oder **Oberamtsrat**
A 13 g	0201, 0203	**Oberamtsrätin** oder **Oberamtsrat**
A 12	0201, 0203	**Amtsrätin** oder **Amtsrat**
A 11	0201, 0203	**Amtfrau** oder **Amtmann**
A 10	0201	**Oberinspektorin** oder **Oberinspektor**
A 9 g	0201	**Inspektorin** oder **Inspektor**
A 9 m+Z	0201	**Amtsinspektorin** oder **Amtsinspektor**
A 9 m	0201	**Amtsinspektorin** oder **Amtsinspektor**
A 8	0201, 0203	**Hauptsekretärin** oder **Hauptsekretär**
A 7	0201	**Obersekretärin** oder **Obersekretär**
A 6 m	0201	**Sekretärin** oder **Sekretär**
A 6 e	0201	**Oberamtsmeisterin** oder **Oberamtsmeister**
A 5	0201, 0203	**Oberamtsmeisterin** oder **Oberamtsmeister**
A 4	0201	**Amtsmeisterin** oder **Amtsmeister**
A 2/3	0201	**Hauptamtsgehilfin** oder **Hauptamtsgehilfe**
	0201	**Oberamtsgehilfin** oder **Oberamtsgehilfe**
		Polizeivollzugsbeamtinnen oder Polizeivollzugsbeamte
A 15	0201	Polizeidirektorin oder Polizeidirektor beim Deutschen Bundestag
A 14	0201	Polizeioberrätin oder Polizeioberrat
A 13 g	0201	Erste Polizeihauptkommissarin oder Erster Polizeihauptkommissar beim Deutschen Bundestag
A 12	0201	Polizeihauptkommissarin oder Polizeihauptkommissar beim Deutschen Bundestag
A 11	0201	Polizeihauptkommissarin oder Polizeihauptkommissar beim Deutschen Bundestag
A 10	0201	Polizeioberkommissarin oder Polizeioberkommissar beim Deutschen Bundestag
A 9 g	0201	Polizeikommissarin oder Polizeikommissar beim Deutschen Bundestag
A 9 m+Z	0201	Polizeihauptmeisterin oder Polizeihauptmeister beim Deutschen Bundestag
A 9 m	0201	Polizeihauptmeisterin oder Polizeihauptmeister beim Deutschen Bundestag
A 8	0201	Polizeiobermeisterin oder Polizeiobermeister beim Deutschen Bundestag
A 7	0201	Polizeimeisterin oder Polizeimeister beim Deutschen Bundestag

Entwurf

zum

Bundeshaushaltsplan 2014

Einzelplan 03

Bundesrat

Inhalt

Kapitel	B e z e i c h n u n g	Seite
	Vorwort zum Einzelplan	2
	Überblick zum Einzelplan	3
	Haushaltsvermerk / Hinweise zum Einzelplan	4
0311	Zentral veranschlagte Verwaltungseinnahmen und -ausgaben	5
	Einnahmen-Tgr. 57 Versorgung der Beamtinnen und Beamten sowie der Richterinnen und Richter	6
	Ausgaben-Tgr. 57 Versorgung der Beamtinnen und Beamten sowie der Richterinnen und Richter	8
0312	Bundesrat	12
	Aufwandsentschädigungen, Besondere Personalausgaben	23
	<u>Übersicht</u>	
	Personalhaushalt	25

Aufgaben und Aufbau der Verwaltung in den wichtigsten Grundzügen

Der Bundesrat ist eines der beiden Gesetzgebungsorgane des Bundes. Er besteht aus Mitgliedern der Regierungen der Länder, die sie bestellen und abberufen. Die Länder haben je nach ihrer Einwohnerzahl drei, vier, fünf oder sechs Stimmen und entsenden ebenso viele Mitglieder (Artikel 51 Grundgesetz - GG). Insgesamt hat der Bundesrat zurzeit 69 Mitglieder.

Die Mitglieder des Bundesrates können durch andere Mitglieder ihrer Regierungen vertreten werden. Mitglieder und stellvertretende Mitglieder des Bundesrates haben im Bundesrat dieselben Rechte (§ 46 der Geschäftsordnung des Bundesrates).

Durch den Bundesrat wirken die Länder an der Gesetzgebung und Verwaltung des Bundes sowie in Angelegenheiten der Europäischen Union mit (Artikel 50 GG).

Seine Beschlüsse, die durch Ausschüsse vorbereitet werden, können bei eilbedürftigen oder vertraulichen Vorhaben aus dem Bereich der Europäischen Union durch seine Europakammer gefasst werden.

Der Bundesrat hat 16 ständige Ausschüsse eingesetzt:

Ausschuss für Agrarpolitik und Verbraucherschutz,
Ausschuss für Arbeit und Sozialpolitik,
Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten,
Ausschuss für Fragen der Europäischen Union,
Ausschuss für Familie und Senioren,
Finanzausschuss,
Ausschuss für Frauen und Jugend,
Gesundheitsausschuss,
Ausschuss für Innere Angelegenheiten,
Ausschuss für Kulturfragen,
Rechtsausschuss,
Ausschuss für Städtebau, Wohnungswesen und Raumordnung,
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit,
Verkehrsausschuss,
Ausschuss für Verteidigung,
Wirtschaftsausschuss.

Ferner bestehen als gemeinsame Gremien von Bundesrat und Bundestag:

der Gemeinsame Ausschuss (Artikel 53a GG),
der Vermittlungsausschuss (Artikel 77 Absatz 2 GG).

Der Bundesrat wählt seine Präsidentin oder seinen Präsidenten und zwei Vizepräsidentinnen bzw. Vizepräsidenten auf ein Jahr. Präsidentin oder Präsident und Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten bilden das Präsidium. Es entscheidet über die inneren Angelegenheiten des Bundesrates, soweit die Befugnis zur Entscheidung weder dem Bundesrat vorbehalten ist noch der Präsidentin oder dem Präsidenten obliegt.

Die Bevollmächtigten der Länder beim Bund bilden den Ständigen Beirat. Er tritt in der Regel einmal wöchentlich zusammen; er berät und unterstützt die Präsidentin oder den Präsidenten und das Präsidium bei der Vorbereitung der Sitzungen und der Führung der Verwaltungsgeschäfte des Bundesrates.

Beim Bundesrat, einem obersten Bundesorgan, besteht ein Sekretariat, dem alle Bediensteten des Bundesrates angehören und das vom Direktor des Bundesrates geleitet wird.

Überblick zum Einzelplan 03	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	43	81	-38		202
Übrige Einnahmen	30	-	+30		234
Gesamteinnahmen	73	81	-8		436
Ausgaben					
Personalausgaben	14 548	14 674	-126	159	13 202
Sächliche Verwaltungsausgaben	7 886	7 484	+402	1 520	7 280
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	326	330	-4		209
Ausgaben für Investitionen	240	325	-85		220
Gesamtausgaben	23 000	22 813	+187	1 679	20 911
davon flexibilisiert	17 154	16 812	+342	1 679	15 692
davon nicht flexibilisiert	5 846	6 001	-155		5 219
Flexibilisierte Ausgaben nach § 5 HG					
Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3	10 745	10 696	+49	159	9 951
Aus Hauptgruppe 5	6 169	5 791	+378	1 520	5 521
Aus Hauptgruppe 7	-	-	-		-
Aus Hauptgruppe 8	240	325	-85		220
Zusammen	17 154	16 812	+342	1 679	15 692

03 Haushaltsvermerk / Hinweise zum Einzelplan

Allgemeine Erläuterungen:

Ist-Angaben:

Die Ist-Ergebnisse der Einzeltitel sind kaufmännisch auf 1 000 € gerundet. Dadurch können bei Summenangaben Rundungsdifferenzen entstehen. Summenangaben können außerdem nicht durch Addition der gedruckten Titel errechnet werden, da in Vorjahren weggefallene Titel nur im Bundeshaushaltsplan 2014 abgedruckt werden, wenn bei diesen noch Ausgabereste bestehen.

Ausgabereste:

Die im Vorjahr verfügbaren Ausgabereste im nicht flexibilisierten Bereich sind kaufmännisch auf 1 000 € gerundet und einzeln bei dem jeweiligen Titel mit Stand Juli 2013 ausgewiesen. Die Inanspruchnahme dieser Ausgabereste muss grundsätzlich im jeweiligen Einzelplan durch Minderausgaben an anderer Stelle kassenmäßig eingespart werden. Ausgabereste bei den der Flexibilisierung gemäß § 5 Haushaltsgesetz 2014 (HG) unterliegenden Ansätzen werden lediglich in der Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben summarisch ausgewiesen. Für die Inanspruchnahme dieser Ausgabereste ist zentral Vorsorge getroffen und daher eine kassenmäßige Einsparung im gleichen Einzelplan grundsätzlich nicht erforderlich. Bei Summenangaben können Rundungsdifferenzen entstehen.

Flexibilisierung:

Die in die Regelung nach § 5 HG einbezogenen Ausgaben sind mit einem F vor der Titelnummer gekennzeichnet. Sie werden jeweils im hinteren Teil eines Kapitels im Anschluss an die nicht flexibilisierten Ausgabetitel entsprechend der Zuordnung nach § 5 HG in einer Zusammenstellung aufsummiert und sind danach einzeln aufgelistet. Neu in die Flexibilisierung einbezogene Titel sind dabei mit einem **F** hervorgehoben.

Personalausgaben:

Aufwandsentschädigungen und Besondere Personalausgaben werden gemäß der Übersicht, die nach dem letzten Kapitel des Einzelplans abgedruckt ist, veranschlagt.

Vorbemerkung

Im Kapitel 0311 sind bestimmte Verwaltungsausgaben für den Bundesrat zentral veranschlagt.

Einen Schwerpunkt hierbei bildet der Bereich Versorgung: In der Titelgruppe 57 veranschlagt sind die Einnahmen und Ausgaben der Versorgungsberechtigten, deren Versorgungsanspruch auf dem Gesetz über die Versorgung der Beamten und Richter des Bundes (BeamtVG) oder auf einem Vertrag mit dem Bund beruht.

Überblick zum Kapitel 0311	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	-	-	-		-
Übrige Einnahmen	30	-	+30		234
Gesamteinnahmen	30	-	+30		234
Ausgaben					
Personalausgaben	2 986	3 100	-114		2 621
Sächliche Verwaltungsausgaben	900	689	+211	29	719
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	126	130	-4		26
Gesamtausgaben	4 012	3 919	+93	29	3 366
davon flexibilisiert	637	436	+201	29	342
davon nicht flexibilisiert	3 375	3 483	-108		3 024

0311 Zentral veranschlagte Verwaltungseinnahmen und -ausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Übrige Einnahmen

282 09 -011	Einnahmen aus Sponsoring, Spenden und ähnlichen freiwilligen Geldleistungen	-	-	70

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind wegen rechtsverbindlicher Verwendungsauflage Dritter zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 547 09.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0301 Tit. 282 09	-	70

Titelgruppe 57

Tgr. 57	Versorgung der Beamtinnen und Beamten sowie der Richterinnen und Richter	(30)		
119 57 -018	Vermischte Einnahmen	-	-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0367 Tit. 119 57	-	-

232 57 -018	Beteiligung an den Versorgungslasten des Bundes	30	-	164

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: **Tgr. 57.**

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0367 Tit. 232 57	-	164

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.

Ausgenommen ist Tgr. 57.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Sächliche Verwaltungsausgaben

529 01 -011	Außergewöhnlicher Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	38	38	38

Haushaltsvermerk:

Die Erläuterungen sind verbindlich.

Erläuterungen:

Bezeichnung	€
1. Zur Verfügung der Präsidentin/des Präsidenten des Bundesrates	23 000
2. Für sonstigen Aufwand im Bundesrat	12 000
3. Schirmherrschaft Modell Europa Parlament Deutschland e. V.	3 000
Zusammen	38 000

Aus dem Mittelansatz dürfen auch Ausgaben für die Bewirtung mit Erfrischungen bei Besprechungen aus besonderem Anlass geleistet werden.

Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Aus den Belegen muss Anlass, Funktion und Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer (Begünstigte) erkennbar sein.

Eine Auszahlung ohne Beleg ist nicht zulässig.

Es dürfen auch Ausgaben für repräsentative Verpflichtungen geleistet werden, die der Direktor des Bundesrates für die Präsidentin/den Präsidenten des Bundesrates wahrnimmt.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0301 Tit. 529 01	38	38

542 01 -013	Öffentlichkeitsarbeit	671	600	600

Haushaltsvermerk:

1. Mehrausgaben zu Nr. 2 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 0312 Tit. 119 01.
2. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Werbe- und Informationsmaterialien gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Analysen, Veröffentlichungen, Broschüren, Druck- und Herstellungskosten, Honorare u. Ä.	315
2. Begegnungen, Informationsgespräche, sonstige Veranstaltungen mit Journalisten, Ausstellungen u. Ä.	30
3. Internetauftritt	326
Zusammen	671

Die Unterrichtung der Öffentlichkeit, der in- und ausländischen Presse sowie von Besuchergruppen über die Tätigkeit des Bundesrates und seiner Organe sowie über ihre Organisation und Arbeitsweise soll zu einem besseren Verständnis des Bundesrates und der Bundesratsarbeit beitragen.

0311 Zentral veranschlagte Verwaltungseinnahmen und -ausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 542 01

Im Einzelplan 03 sind außerdem folgende Maßnahmen für Öffentlichkeitsarbeit und Fachinformationen veranschlagt:

Bezeichnung	1 000 €
Öffentlichkeitsarbeit	
keine weiteren Titel	
Fachinformationen	
aus 0312 - 539 99	25
0312 - 532 04	1 008

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0301 Tit. 542 01	600	600

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
547 09 -011	Ausgaben für Vorhaben, die aus Spenden, Sponsoring und ähnlichen freiwilligen Geldleistungen finanziert werden	-	-	59

Haushaltsvermerk:

1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 282 09.
2. Einnahmen aus Steuererstattungen fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0301 Tit. 547 09	-	59

Titelgruppe 57

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
Tgr. 57	Versorgung der Beamtinnen und Beamten sowie der Richterinnen und Richter	(2 666)	(2 845)	

Haushaltsvermerk:

1. **Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.**
2. **Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 232 57.**

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
432 57 -018	Versorgungsbezüge	2 050	2 256	1 918

Erläuterungen:

Aus dem Titel werden auch die Bezüge der in den einstweiligen Ruhestand versetzten Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter vom Ersten des auf den Beginn des einstweiligen Ruhestandes folgenden Monats an gewährt.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0367 Tit. 432 57	2 256	1 918

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu Titelgruppe 57			
434 57 -018	Zuführung an die Versorgungsrücklage	73	65	56

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0367 Tit. 434 57	65	56

443 57 -018	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen einschließlich Inanspruchnahme von besonderen Fachdiensten/-kräften	-	-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0367 Tit. 443 57	-	-

446 57 -018	Beihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften	505	471	353

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0367 Tit. 446 57	471	353

453 57 -018	Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen	-	-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0367 Tit. 453 57	-	-

632 57 -018	Erstattungen des Bundes für Versorgungslasten	38	53	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0367 Tit. 632 57	53	-

0311 Zentral veranschlagte Verwaltungseinnahmen und -ausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Flexibilisierte Ausgaben

Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG

	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3	446	385	320
Aus Hauptgruppe 5	191	51 *29*	22
Zusammen	637	436 *29*	342

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***424 01*** *-011*	*Zuführung an die Versorgungsrücklage*	*71*	*33*	*38*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0301 Tit. 424 01	*33*	*38*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***441 01*** *-840*	*Beihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften*	*250*	*250*	*237*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0301 Tit. 441 01	*250*	*237*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***443 01*** *-840*	*Fürsorgeleistungen und Unterstützungen einschließlich Inanspruchnahme von besonderen Fachdiensten/-kräften*	*17*	*5*	*3*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0301 Tit. 443 01	*5*	*3*
Kap. 0301 Tit. 443 02	*12*	*22*
Zusammen	*17*	*25*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***452 02*** *-223*	*Unfallkasse des Bundes*	*20*	*20*	*16*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0301 Tit. 452 02	*20*	*16*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***526 01*** *-011*	*Gerichts- und ähnliche Kosten*	*165*	*25*	*14*

Erläuterungen:

Verfahrenskosten bei Beteiligung des Bundesrates u. a. vor dem Bundesverfassungsgericht.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu Titel 526 01			

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0301 Tit. 526 01	*25*	*14*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***526 02*** *-011*	*Sachverständige, Ausgaben für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen*	*26*	*26*	*8*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0301 Tit. 526 02	*26*	*8*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***634 03*** *-011*	*Zuweisungen an den Versorgungsfonds*	*88*	*77*	*26*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0301 Tit. 634 03	*77*	*26*

Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
281 57 -018	Sonstige Erstattungen aus dem Inland		-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0367 Tit. 281 57	-	-

0312 Bundesrat

Überblick zum Kapitel 0312	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen..	43	81	-38		202
Gesamteinnahmen...	43	81	-38		202
Ausgaben					
Personalausgaben...	11 562	11 574	-12	159	10 581
Sächliche Verwaltungsausgaben...........................	6 986	6 795	+191	1 491	6 561
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	200	200	-		183
Ausgaben für Investitionen.....................................	240	325	-85		220
Gesamtausgaben...	18 988	18 894	+94	1 650	17 545
davon flexibilisiert...	16 517	16 376	+141	1 650	15 350
davon nicht flexibilisiert..	2 471	2 518	-47		2 195

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
111 01 -011	Gebühren, sonstige Entgelte	-	-	-

Erläuterungen:

Einnahmen aus dem Betrieb der Kindertagesstätte des Deutschen Bundestages und anderer Kindertagesstätten für Kinder von Bediensteten des Sekretariats des Bundesrates (vgl. Nr. 2 der Erläuterungen zu Tit. 539 99).

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0301 Tit. 111 01	-	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
119 01 -011	Einnahmen aus Veröffentlichungen	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Kap. 0311 Tit. 542 01 und Kap. 0312 Tit. 532 04.

Erläuterungen:

Einnahmen aus dem Verkauf und Vertrieb amtlicher Drucksachen sowie Schriften und andere Medien der Öffentlichkeitsarbeit.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0301 Tit. 119 01	-	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
119 99 -011	Vermischte Einnahmen	1	31	150

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0301 Tit. 119 99	31	150

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
124 01 -011	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	42	50	52

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0301 Tit. 124 01	50	52

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.

In die Flexibilisierung einbezogen sind auch **Tit. 531 06** und 532 05.

0312 Bundesrat

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Personalausgaben			
411 01 -011	Aufwandsentschädigung für die Präsidentin/den Präsidenten des Bundesrates	13	13	12

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0301 Tit. 411 01	13	12

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
411 02 -011	Fahrtkosten, Kostenpauschale, Reisekosten nach den Bestimmungen über die Kostenerstattung für Mitglieder des Bundesrates	1 250	1 250	938

Haushaltsvermerk:

1. Einsparungen zu Nr. 1 der Erläuterungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 532 04.
2. Einnahmen aus Fahrtkosten, Kostenpauschale, Reisekosten nach den Bestimmungen über die Kostenerstattung für Mitglieder des Bundesrates fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Abgeltung gemäß Art. 8 § 4 Eisenbahnneuordnungsgesetz...........	558
2. Fahrtkosten, weitere Reisekosten, Aufwandsentschädigung für Mitglieder des Bundesrates..	286
3. Reisekosten für Beauftragte der Mitglieder des Bundesrates.........	336
4. Reisekosten zur Teilnahme an Sitzungen der EU-Ratsgremien.....	70
Zusammen..	1 250

Leistungen nach Maßgabe der vom Bundesrat in der jeweils gültigen Fassung beschlossenen Bestimmungen über die Kostenerstattung für Mitglieder des Bundesrates.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0301 Tit. 411 02	1 250	938

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Sächliche Verwaltungsausgaben			
518 02 -165	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	-		

Haushaltsvermerk:

Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
532 04 -011	Kostenbeiträge für Besuchergruppen	1 008	1 030	1 043

Haushaltsvermerk:

1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: 411 02.
2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 01.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 532 04

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Kostenbeiträge für Besuchergruppen	848
2. Informationstagungen für politisch Interessierte	160
Zusammen	1 008

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0301 Tit. 532 01	1 030	1 043

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
532 06 -011	Förderung von publizistischen Arbeiten zu Fragen des Föderalismus	-	-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0301 Tit. 532 06	-	-

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
687 01 -011	Beiträge an internationale Organisationen und für parlamentarische und interparlamentarische Vereinigungen	200	200	183

Erläuterungen:

Bezeichnung der Organisation Rechtsgrundlage und Zweck der Mitgliedschaft	Mitgliedsbeitrag der Bundesrepublik Deutschland (Pflichtleistungen)			Besondere (freiwillige) Leistungen außerhalb des Mitgliedsbeitrags in 1 000 € (gerundet)	Zusammen Spalte 4 + 5 in 1 000 €
	in Prozent	in Tausend-Fremdwährung (gerundet)	in 1 000 € (gerundet)		
1	2	3	4	5	6
1. Parlamentarische Versammlung der NATO, Brüssel	14,6		539		-
Davon trägt der Bundesrat 1/3			180		180
2. COSAC-Sekretariat					
Davon trägt der Bundesrat			8		8
3. Sonstiges			12		12
Zusammen			200	-	200

Differenzen durch Rundung möglich

Zu Spalte 2: Beitragsvolumen der Organisation
Wegen noch fehlender Haushaltspläne sind die Ansätze des Vorjahres veranschlagt.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0301 Tit. 687 01	200	183

0312 Bundesrat

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Flexibilisierte Ausgaben			
	Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG			
	Aus Hauptgruppe 4	10 299	10 311 *159*	9 631
	Aus Hauptgruppe 5	5 978	5 740 *1 491*	5 499
	Aus Hauptgruppe 7	-	-	-
	Aus Hauptgruppe 8	240	325	220
	Zusammen	16 517	16 376 *1 650*	15 350
F ***422 01*** *-011*	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*5 296*	*5 296*	*4 945*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0301 Tit. 422 01	*5 296*	*4 945*

F ***422 02*** *-011*	*Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte*	*146*	*146*	*202*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0301 Tit. 422 02	*146*	*202*

F ***427 09*** *-011*	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*334*	*334*	*159*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0301 Tit. 427 09	*334*	*159*

F ***428 01*** *-011*	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*4 485*	*4 485*	*4 284*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0301 Tit. 428 01	*4 485*	*4 284*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F ***453 01*** *-011*	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	*35*	*35*	*18*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0301 Tit. 453 01	*35*	*18*

F ***459 09*** *-011*	*Vermischte Personalausgaben*	*3*	*3*	*1*

Erläuterungen:

Beamtinnen und Beamte des einfachen und mittleren Dienstes, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vergleichbarer Entgeltgruppen sowie übertariflich in die Entgeltgruppe E 9 eingruppierte Beschäftigte, die nicht im Schichtdienst eingesetzt sind, können einen Verpflegungszuschuss von 3 € erhalten, wenn Veranstaltungen, insbesondere Sitzungen des Bundesrates, der Ausschüsse und anderer Gremien länger als bis 19 Uhr dauern. Einen weiteren Verpflegungszuschuss in Höhe von 3 € erhalten diese Beschäftigten, wenn die Sitzungen über 24 Uhr hinaus andauern.

Diese Regelung gilt entsprechend für diejenigen Beschäftigten, die zur Vorbereitung oder Abwicklung der vorgenannten Sitzungen eingesetzt werden.

Die vorgenannten Regelungen gelten entsprechend für die Beschäftigten der Geschäftsstellen der Fachministerkonferenzen.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0301 Tit. 459 09	*3*	*1*

F ***511 01*** *-011*	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände, Software, Wartung*	*2 093*	*1 594*	*1 395*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0301 Tit. 511 01	*1 594*	*1 395*
Kap. 0301 Tit. 511 55	*537*	*515*
Zusammen	*2 131*	*1 910*

F ***517 01*** *-011*	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	*1 780*	*1 770*	*1 848*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0301 Tit. 517 01	*1 770*	*1 848*

F ***519 01*** *-011*	*Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen*	*870*	*875*	*875*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0301 Tit. 519 01	*875*	*875*

0312 Bundesrat

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F ***527 01*** *-011*	*Dienstreisen*	*130*	*135*	*138*

Haushaltsvermerk:

Es dürfen auch Ausgaben für Reisen geleistet werden, die der Wahrnehmung von Aufgaben der Geschäftsstellen der Fachministerkonferenzen dienen.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0301 Tit. 527 01	*135*	*138*

F ***531 06*** *-011*	*Veranstaltungen*	*322*		
F ***532 01*** *-011*	*Aufträge und Dienstleistungen im Bereich Informationstechnik*	*216*	*310*	*307*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0301 Tit. 532 55	*310*	*307*

F ***532 05*** *-011*	*Ausgaben zur Förderung der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit*	*150*	*150*	*85*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Kosten für ausländische Gäste des Bundesrates einschl. Besucherprogramme sowie Stipendien im Rahmen der parlamentarischen Freundschaftsgruppen	*90*
2. Kosten aus Anlass von Delegationsreisen	*60*
Zusammen	*150*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0301 Tit. 532 03	*150*	*85*

F ***539 99*** *-011*	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*417*	*185*	*207*

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass das Handbuch zu Nr. 4 der Erläuterungen gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben wird.

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Kosten für außeramtliche Sprachmittlerinnen und Sprachmittler	*60*
2. Ausgaben für die Kindertagesstätte des Deutschen Bundestages und andere Kindertagesstätten	*2*
3. Kosten für Stenografinnen und Stenografen	*40*
4. Amtliches Handbuch des Bundesrates	*25*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 539 99

Bezeichnung	*1 000 €*
5. Sonstiges	*290*
Zusammen	*417*

Zu 2.:
Es handelt sich um die Gesamtkosten für Plätze in der Kindertagesstätte des Deutschen Bundestages und anderen Kindertagesstätten. Zur Abgeltung bestimmter laufender Verbrauchskosten wird nach der vom Ältestenrat des Deutschen Bundestages beschlossenen Kindertagesstättenordnung und dem Gesetz über die Beteiligung an den Kosten der Betreuung von Kindern in städtischen Kindertagesstätten und in Tagespflege ein einkommensabhängiger Elternbeitrag erhoben. Die Elternbeiträge werden bei Tit. 111 01 vereinnahmt.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0301 Tit. 514 01	*31*	*16*
Kap. 0301 Tit. 518 01	*86*	*59*
Kap. 0301 Tit. 518 55	*1*	*-*
Kap. 0301 Tit. 525 01	*45*	*37*
Kap. 0301 Tit. 525 55	*16*	*15*
Kap. 0301 Tit. 531 02	*25*	*19*
Kap. 0301 Tit. 539 99	*185*	*207*
Kap. 0301 Tit. 546 88	*5*	*2*
Zusammen	*394*	*355*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***711 01*** *-011*	*Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten*	-	-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0301 Tit. 711 01	*-*	*-*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***712 01*** *-011*	*Baumaßnahmen von mehr als 2 000 000 € im Einzelfall*	-	-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0301 Tit. 712 01	*-*	*-*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***811 01*** *-011*	*Erwerb von Fahrzeugen*	-	5	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0301 Tit. 811 01	*5*	*-*

0312 Bundesrat

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F **812 01** -011	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)*	*120*	*120*	*106*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0301 Tit. 812 01	*120*	*106*

F **812 02** -011	*Erwerb von Anlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Software im Bereich Informationstechnik*	*100*	*180*	*99*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Erstbeschaffung	
1.1 Hardware	*18*
1.2 Software	*62*
2. Ersatzbeschaffung	
2.1 Hardware	*20*
Zusammen	*100*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0301 Tit. 812 55	*180*	*99*

F **812 03** -011	*Erwerb künstlerischer Gegenstände zur Ausstattung des Dienstgebäudes des Bundesrates*	*20*	*20*	*15*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0301 Tit. 812 02	*20*	*15*

Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel

F 443 02 -313	*Inanspruchnahme überbetrieblicher betriebsärztlicher und sicherheitstechnischer Dienste, von Betriebsärztinnen und Betriebsärzten sowie Fachkräften für Arbeitssicherheit*		*12*	*22*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0301 Tit. 443 02	*12*	*22*

F 511 55 -011	*Geschäftsbedarf und Datenübertragung sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Software, Wartung*		*537*	*515*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0301 Tit. 511 55	*537*	*515*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 514 01 -011	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*		*31*	*16*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0301 Tit. 514 01	*31*	*16*

F 518 01 -011	*Mieten und Pachten*		*86*	*59*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0301 Tit. 518 01	*86*	*59*

F 518 55 -011	*Miete für Datenverarbeitungsanlagen, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Maschinen, Software*		*1*	*-*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0301 Tit. 518 55	*1*	*-*

F 525 01 -011	*Aus- und Fortbildung*		*45*	*37*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0301 Tit. 525 01	*45*	*37*

F 525 55 -011	*Aus- und Fortbildung*		*16*	*15*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0301 Tit. 525 55	*16*	*15*

531 02 -011	Amtliches Handbuch des Bundesrates		25	19

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0301 Tit. 531 02	25	19

0312 Bundesrat

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 546 88 -012	*Förderung des Vorschlagwesens*		*5*	*2*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0301 Tit. 546 88	*5*	*2*

Haushaltsvermerk:

In den Personaltiteln dieses Einzelplans sind folgende Aufwandsentschädigungen und Besondere Personalausgaben veranschlagt:

1. **Aufwandsentschädigungen**

1.1 Aufwandsentschädigung für **die Präsidentin/**den Präsidenten des Bundesrates in Höhe von jährlich 12 276,00 € (monatlich 1 023,00 €) bei folgendem Titel:

Kap. 0312 Tit. 411 01.

1.2 Aufwandsentschädigungen für vom Dienst freigestellte Personalratsmitglieder bei folgendem Titel:

Kap. 0312 Tit. 422 01.

2. **Besondere Personalausgaben**

2.1 Verfügungsfonds für vom Dienst freigestellte Gleichstellungsbeauftragte gem. § 18 Abs. 4 BGleiG in Höhe von bis zu jährlich 312 € (monatlich 26 €) bei folgendem Titel:

Kap. 0312 Tit. 422 01.

2.2 Außer- und übertarifliche Leistungen an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die mit Einwilligung des BMF gewährt werden, bei folgendem Titel:

Kap. 0312 Tit. 428 01.

Personalhaushalt

Einzelplan 03

Bundesrat

Inhalt

Kapitel	B e z e i c h n u n g	Seite
	Vorbemerkungen zum Personalhaushalt	26
	Gesamtübersicht	27
0312	Bundesrat	28
	Übersicht	
	Darstellung der den Planstellen zugeordneten Amtsbezeichnungen	30

Vorbemerkungen zum Personalhaushalt

1. Anzahl der im Haushaltsjahr 2012 eingesetzten Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen (umgerechnet auf vollbeschäftigte Arbeitskräfte im Haushaltsjahr) und Auszubildende (Jahresdurchschnitt):

Kapitel	Titel	Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen	Auszubildende
0312	427 09	5,0	1,0

2. Arbeitsplatzbeschreibungen für alle Stellen der Gruppe 428 des Einzelplans liegen vor.

Gesamtübersicht

Planstellen, Stellen, Leerstellen

Kap.	Behörde	Beamtinnen und Beamte Tit. 422 .1		Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Tit. 428 .1		Zusammen (Spalten 3 bis 6)	
		2014	2013	2014	2013	2014	2013
1	2	3	4	5	6	7	8
	Planstellen und Stellen						
0312	Bundesrat..	113,0	112,0	76,5	76,0	189,5	188,0
	Leerstellen						
0312	Bundesrat..	2,0	1,0	3,0	1,0	5,0	2,0

ku- und kw-Vermerke

Kap.	Dienststelle	Zusammen	davon fällig					Ersatz(plan)-stellen	Sonstige
			2014	2015	2016	2017	2018 ff.		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
	ku-Vermerke								
0312	Bundesrat..	2,0	-	-	-	-	-	-	2,0
	kw-Vermerke								
0312	Bundesrat..	4,0	-	-	-	-	-	-	4,0

0312 Bundesrat

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr: Neue Stellen, Stellenwegfall ohne ku/ kw-Vermerke +	-	und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken +	-	Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken +	-	Hebungen, Herabstufungen +	-	Umwandlungen, Umsetzungen +	-	von Sp. 2 entfallen auf Funktionsgruppen
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Beamtinnen und Beamte														
B 11	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 9	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 6	3,0	3,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 3	8,0	6,0	6,0	-	-	-	-	-	-	2,0	-	-	-	-
A 16	5,0	5,0	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 15	12,0	13,0	11,5	-	-	1,0	-	-	-	-	2,0	-	-	-
A 14	7,0	7,0	3,9	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 h	3,0	2,0	1,0	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-
A 13 g	17,0	16,0	14,2	-	-	-	-	-	1,0	2,0	-	-	-	-
A 12	10,0	12,0	6,1	-	-	-	-	-	-	-	2,0	-	-	-
A 11	1,0	1,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m+Z	2,0	2,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m	3,0	3,0	3,9	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 8	2,0	2,0	1,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 7	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 6 e	8,0	8,0	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 5	19,0	19,0	16,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 4	10,0	10,0	2,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	113,0	112,0	88,0	-	-	1,0	-	1,0	1,0	4,0	4,0	-	-	-
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 15	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 14	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 13	-	0,5	2,0	-	0,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 12	2,0	2,0	2,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 11	8,0	8,0	10,3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 10	2,0	1,0	2,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 9	12,0	12,0	16,1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 8	23,5	23,5	15,6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 6	22,5	22,5	22,1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 5	0,5	0,5	1,6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 4	2,0	2,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 3	3,0	3,0	11,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 2	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 1	-	-	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	76,5	76,0	89,5	1,0	0,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 428 01

Vorzimmerkräfte:

Vorzimmerkräfte im Leitungsbereich erhalten für die Dauer ihrer Tätigkeit folgendes übertarifliches Entgelt:
Vorzimmer der Präsidentin oder des Präsidenten: E 10
Vorzimmer der Direktorin oder des Direktors: E 9

Erläuterungen:

Zu Titel 422 01

Zu Spalte 4:

Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
1,0 A15; 2,0 A14; 1,0 A13h; 4,0 A12; 1,0 A11; 2,0 A5; 8,0 A4 (Zusammen: 19,0).

Daneben werden 2,0 beamtete Hilfskräfte (Tit. 422 02) beschäftigt.

Zu Titel 428 01

Zu Spalte 4:
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
1,0 E15; 1,0 E14; 2,0 E13; 1,0 E12; 3,0 E11; 1,0 E10; 1,0 E5; 9,0 E3 (Zusammen: 19,0).

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 422 01				
			1.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	1,0	1,0	1.1	gemäß §§ 90, 92, 95 BBG, § 7 DBeglG, § 6 MuSchEltZV, § 24 GAD
			2.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
A 15..................	1,0	-	2.1	CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages
Insgesamt..........	2,0	1,0		
Zu Titel 428 01				
			1.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	3,0	1,0	1.1	gemäß § 28 TVöD, § 9 UmzugsTV, § 15 BEEG, § 24 GAD

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014		2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Soll	Ersatz-(plan)st.				
1	2	3	4	5	6	7
Zu Titel 422 01						
					ku	
				1.	**ku mit Ausscheiden der Planstelleninhaber /innen**	
				1.1	in Bes.-Gr. A 16	
B 3....................	1,0	-	-	1.1.1	-	Aufnahme des Vermerks
				1.2	in Bes.-Gr. A 15	
B 3....................	1,0	-	-	1.2.1	-	Aufnahme des Vermerks
				2.	**ku**	
				2.1	in Bes.-Gr. A 13 h	
A 13 g...............	-	-	1,0	2.1.3	spätestens 31.12.2013	Wirksamwerden des Vermerks
Zusammen.......	2,0	-	1,0			
					kw	
				1.	**kw mit Wegfall der Aufgabe**	
				1.1	-	
A 15..................	1,0	-	-	1.1.1	Geschäftsstelle Kommission Lagerung hochradioaktiver Abfallstoffe	Neue Planstelle
				2.	**kw**	
A 11..................	1,0	-	1,0	2.1	-	-
				3.	**kw mit Ausscheiden der Planstelleninhaber/innen**	
A 6 e.................	1,0	-	1,0	3.1	schwerbehindert	-
Zusammen.......	3,0	-	2,0			
Zu Titel 428 01						
					kw	
				3.	**kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber/innen**	
E 10..................	1,0	-	1,0	3.1	-	-

Anlage zu den Stellenplänen des Epl. 03
Darstellung der den Planstellen zugeordneten Amtsbezeichnungen

Bes.-Gr.	Kap.	**Amtsbezeichnungen** (Grundamtsbezeichnung in Fettdruck)
1	2	3
B 11	0312	Staatssekretärin oder Staatssekretär
B 9	0312	Ministerialdirektorin oder Ministerialdirektor
B 6	0312	Ministerialdirigentin oder Ministerialdirigent
B 3	0312	Ministerialrätin oder Ministerialrat
A 16	0312	Ministerialrätin oder Ministerialrat
A 15	0312	**Direktorin** oder **Direktor**
A 14	0312	**Oberrätin** oder **Oberrat**
A 13 h	0312	**Rätin** oder **Rat**
A 13 g	0312	**Oberamtsrätin** oder **Oberamtsrat**
A 12	0312	**Amtsrätin** oder **Amtsrat**
A 11	0312	**Amtfrau** oder **Amtmann**
A 9 m+Z	0312	**Amtsinspektorin** oder **Amtsinspektor**
A 9 m	0312	**Amtsinspektorin** oder **Amtsinspektor**
A 8	0312	**Hauptsekretärin** oder **Hauptsekretär**
A 7	0312	**Obersekretärin** oder **Obersekretär**
A 6 e	0312	**Oberamtsmeisterin** oder **Oberamtsmeister**
A 5	0312	**Oberamtsmeisterin** oder **Oberamtsmeister**
A 4	0312	**Amtsmeisterin** oder **Amtsmeister**

Entwurf

zum

Bundeshaushaltsplan 2014

Einzelplan 04

Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt

Inhalt

Kapitel	Bezeichnung	Seite
	Vorwort zum Einzelplan	2
	Überblick zum Einzelplan	3
	Haushaltsvermerk / Hinweise zum Einzelplan	4
0401	Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt	5
0402	Allgemeine Bewilligungen	13
	Anlage 1 Wirtschaftspläne	15
0403	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung	16
0404	Bundesnachrichtendienst	25
0405	Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien	27
	Ausgaben-Tgr. 01 Allgemeine kulturelle Angelegenheiten	31
	Ausgaben-Tgr. 02 Kulturförderung im Inland	36
	Ausgaben-Tgr. 03 Stiftung Preußischer Kulturbesitz	43
	Ausgaben-Tgr. 04 Deutsche Nationalbibliothek	45
	Ausgaben-Tgr. 05 Förderung deutscher Künstler	46
	Ausgaben-Tgr. 06 Pflege des Geschichtsbewusstseins	47
	Ausgaben-Tgr. 07 Förderung kultureller Maßnahmen im Rahmen des § 96 Bundesvertriebenengesetz (BVFG) und kulturelles Eigenleben fremder Volksgruppen	52
	Ausgaben-Tgr. 09 Auslandsrundfunk (Hörfunk und Fernsehen)	56
	Anlage 1 Wirtschaftspläne	63
0406	Bundesarchiv	72
0407	Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa	81
0408	Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR	86
0409	Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration	92
0467	Versorgung der Beamtinnen und Beamten sowie der Richterinnen und Richter des Einzelplans 04 (ohne Kap. 0403, 0405 bis 0408)	96
0468	Versorgung der Beamtinnen und Beamten sowie der Richterinnen und Richter des Kapitels 0403	99
0469	Versorgung der Beamtinnen und Beamten sowie der Richterinnen und Richter der Kapitel 0405 bis 0408	102
	Aufwandsentschädigungen, Besondere Personalausgaben	105
	Übersichten	
	Übersicht 1 Verpflichtungsermächtigungen (VE)	106
	Personalhaushalt	109

04 Vorwort

Nach dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland bestimmt die Bundeskanzlerin die Richtlinien der Politik; sie trägt dafür die Verantwortung. Die Richtlinien der Bundeskanzlerin sind für die Bundesminister verbindlich und von ihnen in ihrem Geschäftsbereich selbstständig und unter eigener Verantwortung zu verwirklichen. Die Bundeskanzlerin leitet die Geschäfte der Bundesregierung; sie hat dabei auf die Einheitlichkeit der Geschäftsführung in der Bundesregierung hinzuwirken.

Zur Durchführung ihrer Aufgaben bedient sich die Bundeskanzlerin des Bundeskanzleramtes, das der Chef des Bundeskanzleramtes leitet. Das Bundeskanzleramt hat die Bundeskanzlerin über die laufenden Fragen der allgemeinen Politik und die Arbeit in den Bundesministerien zu unterrichten. Es hat die Entscheidungen der Bundeskanzlerin vorzubereiten und auf ihre Durchführung zu achten. Aufgabe des Bundeskanzleramtes ist es auch, die Arbeiten der Bundesministerien zu koordinieren.

Dem Bundeskanzleramt obliegt ferner die Durchführung der Sekretariatsgeschäfte der Bundesregierung. Es ist für die Vorbereitung der Sitzungen des Kabinetts und der Kabinettausschüsse sowie der Beschlüsse der Bundesregierung zuständig.

Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, dessen Aufgaben in der Vorbemerkung zu Kapitel 0403 aufgeführt sind, untersteht der Bundeskanzlerin unmittelbar.

Der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien untersteht ebenfalls unmittelbar der Bundeskanzlerin. Er führt seine inneren Verwaltungsangelegenheiten selbstständig. Die hierfür benötigten Ausgaben sind bei Kapitel 0405 veranschlagt.

Die Beauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration ist dem Bundeskanzleramt zugeordnet. Die hierfür benötigten Ausgaben sind in Kapitel 0409 veranschlagt.

Überblick zum Einzelplan 04	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen..	3 127	3 074	+53		4 055
Übrige Einnahmen..	38	38	-		1 933
Gesamteinnahmen..	3 165	3 112	+53		5 988
Ausgaben					
Personalausgaben..	267 935	267 979	-44	15 159	252 063
Sächliche Verwaltungsausgaben...........................	682 087	657 108	+24 979	19 842	591 528
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	884 512	890 034	-5 522	64 487	837 044
Ausgaben für Investitionen.....................................	163 599	238 404	-74 805	73 328	237 761
Besondere Finanzierungsausgaben......................	-1 000	-	-1 000		-
Gesamtausgaben..	1 997 133	2 053 525	-56 392	172 816	1 918 396
davon flexibilisiert..	267 144	258 847	+8 297	73 840	249 441
davon nicht flexibilisiert..	1 729 989	1 794 678	-64 689	98 976	1 668 955
Flexibilisierte Ausgaben nach § 5 HG					
Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3.......................	194 151	193 347	+804	15 159	185 428
Aus Hauptgruppe 5..	46 805	44 989	+1 816	16 983	42 142
Aus Hauptgruppe 6 ohne Titel 634 .3.....................	11 723	11 694	+29	1 713	11 363
Aus Hauptgruppe 7..	1 991	1 915	+76	33 464	1 425
Aus Hauptgruppe 8..	12 474	6 902	+5 572	6 521	9 083
Aus Hauptgruppe 9..	-	-	-		-
Zusammen..	267 144	258 847	+8 297	73 840	249 441
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung...................................	170 251 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.................................	48 523 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.................................	61 528 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.................................	33 300 T€				
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.................................	7 200 T€				
im Haushaltsjahr 2019 bis zu.................................	5 700 T€				
im Haushaltsjahr 2020 bis zu.................................	5 200 T€				
im Haushaltsjahr 2021 bis zu.................................	3 700 T€				
im Haushaltsjahr 2022 bis zu.................................	1 700 T€				
im Haushaltsjahr 2023 bis zu.................................	1 700 T€				
im Haushaltsjahr 2024 bis zu.................................	1 700 T€				

Auszug aus Übersicht VIII des Gesamtplans "20 größte Finanzhilfen des Bundes" in der Abgrenzung des 24. Subventionsberichts

Lfd. Nr.	Kapitel	Zweckbestimmung	Lfd. Nr. 24. Subventionsbericht (Anlage 1)	Soll 2014 Mio. €	Soll 2013 Mio. €	Ist 2012 Mio. €
1	2	3	4	5	6	7
15	0405	Anreizprogramm zur Stärkung der Filmproduktion in Deutschland	42	60	70	53

04 Haushaltsvermerk / Hinweise zum Einzelplan

Haushaltsvermerk: - Ausgaben

1. Einsparungen bei folgenden Titeln: Epl. 04 mit Ausnahme der Titel 518 .2 dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: Kap. 0401 Tit. 981 07.

   Dies gilt in Fällen, in denen Bundesressorts im Rahmen von Ressortvereinbarungen für andere Bundesressorts tätig werden und Mittel vom abgebenden Ressort dem empfangenden Ressort für gleiche Zwecke im Wege der Verrechnung zur Verfügung gestellt werden (sog. "Einer-für-Alle-Fälle").

2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 0401 Tit. 381 07.

   Dies gilt in Fällen, in denen Bundesressorts im Rahmen von Ressortvereinbarungen für andere Bundesressorts tätig werden und Mittel vom abgebenden Ressort dem empfangenden Ressort für gleiche Zwecke im Wege der Verrechnung zur Verfügung gestellt werden (sog. "Einer-für-Alle-Fälle").

Allgemeine Erläuterungen:

Ist-Angaben:

Die Ist-Ergebnisse der Einzeltitel sind kaufmännisch auf 1 000 € gerundet. Dadurch können bei Summenangaben Rundungsdifferenzen entstehen. Summenangaben können außerdem nicht durch Addition der gedruckten Titel errechnet werden, da in Vorjahren weggefallene Titel nur im Bundeshaushaltsplan 2014 abgedruckt werden, wenn bei diesen noch Ausgabereste bestehen.

Ausgabereste:

Die im Vorjahr verfügbaren Ausgabereste im nicht flexibilisierten Bereich sind kaufmännisch auf 1 000 € gerundet und einzeln bei dem jeweiligen Titel mit Stand Juli 2013 ausgewiesen. Die Inanspruchnahme dieser Ausgabereste muss grundsätzlich im jeweiligen Einzelplan durch Minderausgaben an anderer Stelle kassenmäßig eingespart werden. Ausgabereste bei den der Flexibilisierung gemäß § 5 Haushaltsgesetz 2014 (HG) unterliegenden Ansätzen werden lediglich in der Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben summarisch ausgewiesen. Für die Inanspruchnahme dieser Ausgabereste ist zentral Vorsorge getroffen und daher eine kassenmäßige Einsparung im gleichen Einzelplan grundsätzlich nicht erforderlich. Bei Summenangaben können Rundungsdifferenzen entstehen.

Flexibilisierung:

Die in die Regelung nach § 5 HG einbezogenen Ausgaben sind mit einem F vor der Titelnummer gekennzeichnet. Sie werden jeweils im hinteren Teil eines Kapitels im Anschluss an die nicht flexibilisierten Ausgabetitel entsprechend der Zuordnung nach § 5 HG in einer Zusammenstellung aufsummiert und sind danach einzeln aufgelistet. Neu in die Flexibilisierung einbezogene Titel sind dabei mit einem **F** hervorgehoben.

Personalausgaben:

Aufwandsentschädigungen und Besondere Personalausgaben werden gemäß der Übersicht, die nach dem letzten Kapitel des Einzelplans abgedruckt ist, veranschlagt.

Überblick zum Kapitel 0401	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	50	50	-		148
Übrige Einnahmen	-	-	-		-
Gesamteinnahmen	50	50	-		148
Ausgaben					
Personalausgaben	33 553	32 818	+735		31 657
Sächliche Verwaltungsausgaben	12 124	11 022	+1 102		9 905
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	1 280	870	+410		892
Ausgaben für Investitionen	5 251	2 700	+2 551	455	2 037
Besondere Finanzierungsausgaben	-	-	-		-
Gesamtausgaben	52 208	47 410	+4 798	455	44 491
davon flexibilisiert	50 566	46 968	+3 598	455	44 181
davon nicht flexibilisiert	1 642	442	+1 200		310
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung	22 800 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu	2 700 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu	6 500 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu	1 700 T€				
im Haushaltsjahr 2018 bis zu	1 700 T€				
im Haushaltsjahr 2019 bis zu	1 700 T€				
im Haushaltsjahr 2020 bis zu	1 700 T€				
im Haushaltsjahr 2021 bis zu	1 700 T€				
im Haushaltsjahr 2022 bis zu	1 700 T€				
im Haushaltsjahr 2023 bis zu	1 700 T€				
im Haushaltsjahr 2024 bis zu	1 700 T€				

0401 Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Einnahmen			
	Verwaltungseinnahmen			
111 01 -011	Gebühren, sonstige Entgelte	-	-	5
119 99 -011	Vermischte Einnahmen	50	50	142
124 01 -011	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	-	-	1

Haushaltsvermerk:

1. Mehreinnahmen aus der Nutzung des Palais Schaumburg in Bonn durch Dritte dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 517 01.
2. Nach § 63 Abs. 4 BHO in Verbindung mit § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass das Palais Schaumburg in Bonn Dritten zur vorübergehenden Nutzung gegen ermäßigtes Entgelt überlassen wird, sofern die Überlassung und/ oder Ermäßigung Bundesinteressen dienen.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Übrige Einnahmen			
282 09 -011	Einnahmen aus Sponsoring, Spenden und ähnlichen freiwilligen Geldleistungen	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind wegen rechtsverbindlicher Verwendungsauflage Dritter zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 547 09.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
381 07 -890	Leistungen von Bundesbehörden zur Durchführung von ressortübergreifenden Aufgaben	-	-	(-)

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind wegen verbindlicher Vereinbarung mit anderen Bundesbehörden (EfA) zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Epl. 04.

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.

In die Flexibilisierung einbezogen ist auch Tit. 532 01.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Sächliche Verwaltungsausgaben			
529 01 -011	Außergewöhnlicher Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	340	340	256

Haushaltsvermerk:

Die Erläuterungen sind verbindlich.

Erläuterungen:

Bezeichnung	€
Zur Verfügung der Bundeskanzlerin..	340 000

Aus dem Mittelansatz dürfen auch Ausgaben für die Bewirtung mit Erfrischungen bei Besprechungen aus besonderem Anlass geleistet werden.

Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Aus den Belegen muss Anlass, Funktion und Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer (Begünstigte) erkennbar sein.

Eine Auszahlung ohne Beleg ist nicht zulässig.

Die Ausgaben sind zentral für den gesamten Einzelplan veranschlagt.

Es dürfen auch Ausgaben für repräsentative Verpflichtungen, die der Chef des Bundeskanzleramtes und im Einzelfall auch andere Angehörige des Bundeskanzleramtes für die Bundeskanzlerin wahrnehmen, geleistet werden.

529 04 -011	Zur Verfügung der Bundeskanzlerin zu allgemeinen Zwecken	102	102	54

Haushaltsvermerk:

Der Bundesrechnungshof prüft die Verwendung der Ausgaben nach § 19 Satz 1 Nr. 2 des Bundesrechnungshofgesetzes.

532 02 -011	Kosten aus Anlass von Auslandsreisen der Bundeskanzlerin (einschließlich Staatsbesuchen)	1 200	900	1 226

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass im Rahmen der repräsentativen Aufgaben Gegenstände an Dritte unentgeltlich abgegeben werden.

532 03 -011	Kosten für Kolloquien	-	-	-
547 09 -011	Ausgaben für Vorhaben, die aus Spenden, Sponsoring und ähnlichen freiwilligen Geldleistungen finanziert werden	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 282 09.

Erläuterungen:

Der Titel bezieht sich nur auf Kap. 0401.

	Besondere Finanzierungsausgaben			
981 07 -890	Leistungen an Bundesbehörden zur Durchführung von ressortübergreifenden Aufgaben	-	-	(-)

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Epl. 04.

0401 Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Flexibilisierte Ausgaben			
	Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG			
	Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3	34 833	33 688	32 549
	Aus Hauptgruppe 5	10 482	10 580	9 595
	Aus Hauptgruppe 7	1 791	1 565 *295*	527
	Aus Hauptgruppe 8	3 460	1 135 *160*	1 510
	Aus Hauptgruppe 9	-	-	-
	Zusammen	50 566	46 968 *455*	44 181
F 421 01 -011	*Bezüge der Bundeskanzlerin, des Bundesministers für besondere Aufgaben, der Staatsministerin und der Staatsminister*	*660*	*655*	*639*
F 422 01 -011	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*16 579*	*15 889*	*15 091*
F 422 02 -011	*Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte*	*515*	*510*	*448*
F 424 01 -011	*Zuführung an die Versorgungsrücklage* *Erläuterungen:* *Die Ausgaben sind nur für die Kap. 0401 und 0409 veranschlagt.*	*90*	*96*	*131*
F 427 09 -011	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*761*	*756*	*764*
F 428 01 -011	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*14 242*	*14 162*	*13 584*
F ***439 01*** *-018*	*Versorgungsleistungen aufgrund des Rentenangleichungsgesetzes der ehemaligen DDR vom 28. Juni 1990*	-	-	-
F 441 01 -840	*Beihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften* *Erläuterungen:* *Die Ausgaben sind nur für die Kap. 0401 und 0409 veranschlagt.*	*445*	*475*	*773*
F 443 01 -840	*Fürsorgeleistungen und Unterstützungen* *Erläuterungen:* *Die Ausgaben sind nur für die Kap. 0401 und 0409 veranschlagt.*	*26*	*31*	*42*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 443 02 -313	*Inanspruchnahme überbetrieblicher betriebsärztlicher und sicherheitstechnischer Dienste, von Betriebsärztinnen und Betriebsärzten sowie Fachkräften für Arbeitssicherheit*	*15*	*20*	*28*

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind nur für die Kap. 0401 und 0409 veranschlagt.

F 452 02 -223	*Unfallkasse des Bundes*	*20*	*24*	*18*

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind nur für die Kap. 0401 und 0409 veranschlagt.

F 453 01 -011	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	*200*	*200*	*139*
F 511 01 -011	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände*	*875*	*875*	*891*
F 514 01 -011	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*	*200*	*200*	*168*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*Soll 2014*	*Soll 2013*
personengebundene Pkw	*5*	*5*

F 517 01 -011	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	*3 698*	*3 716*	*3 587*

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 124 01.

F 518 01 -011	*Mieten und Pachten*	*677*	*252*	*213*

Verpflichtungsermächtigung... 17 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 1 700 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu... 1 700 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu... 1 700 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu... 1 700 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu... 1 700 T€
im Haushaltsjahr 2020 bis zu... 1 700 T€
im Haushaltsjahr 2021 bis zu... 1 700 T€
im Haushaltsjahr 2022 bis zu... 1 700 T€
im Haushaltsjahr 2023 bis zu... 1 700 T€
im Haushaltsjahr 2024 bis zu... 1 700 T€

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind in Höhe von 425 T€ gesperrt.

F 519 01 -011	*Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen*	*1 305*	*1 205*	*681*

0401 Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 525 01 -011	*Aus- und Fortbildung*	*98*	*98*	*76*

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Lehr- und Unterrichtsmaterial an Lehrgangsteilnehmer unentgeltlich abgegeben wird.

F 526 01 -011	*Gerichts- und ähnliche Kosten*	*15*	*15*	*28*
F 526 02 -011	*Sachverständige*	*205*	*205*	*140*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Beratung durch Sachverständige	*110*
2. Honorarkräfte für publizistische Tätigkeiten	*10*
3. Gutachten und Forschungsaufträge	*75*
4. Dolmetscherkosten	*10*
Zusammen	*205*

F 527 01 -011	*Dienstreisen*	*485*	*385*	*417*

Erläuterungen:

Aus diesen Ausgaben werden auch Reisekosten der ehemaligen Bundeskanzler geleistet.

F 527 03 -011	*Reisen in Angelegenheiten der Personalvertretungen und der Gleichstellungsbeauftragten sowie in Vertretung der Interessen schwerbehinderter Menschen*	*6*	*6*	*8*

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind nur für die Kap. 0401 und 0409 veranschlagt.

F 532 01 -011	*Kosten für Ausstellungen*	*41*	*41*	*2*
F 539 99 -011	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*154*	*154*	*146*
F 545 01 -011	*Konferenzen, Tagungen, Messen und Ausstellungen*	*100*	*-*	*-*
F 546 88 -012	*Förderung des Vorschlagwesens*	*3*	*3*	*-*

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind nur für Kap. 0401 und 0409 veranschlagt.

F 634 03 -011	*Zuweisungen an den Versorgungsfonds*	*1 280*	*870*	*892*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu flexibilisierte Ausgaben			
F 711 01 -011	*Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten*	*1 491*	*365*	*527*
	Haushaltsvermerk: ***Die Ausgaben sind in Höhe von 400 T€ gesperrt.***			
F ***712 01*** *-011*	*Baumaßnahmen von mehr als 2 000 000 € im Einzelfall*	*300*	*1 200*	*-*
	Verpflichtungsermächtigung... 5 800 T€ *davon fällig:* *im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 1 000 T€* *im Haushaltsjahr 2016 bis zu... 4 800 T€*			
F 811 01 -011	*Erwerb von Fahrzeugen*	*10*	*10*	*387*
F 812 01 -011	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke*	*385*	*260*	*277*
F 812 02 -011	*Erwerb von Kunstwerken*	*50*	*50*	*3*
	Erläuterungen: *Die veranschlagten Mittel dienen zur Ausstattung von Repräsentationsräumen im Bundeskanzleramt.*			
F 972 88 -880	*Einsparungen flexibilisierter Mittel im Epl. 04*	*-*	*-*	*-*
	Titelgruppe 01			
Tgr. 01	Ausgaben für das Gästehaus der Bundesregierung Schloss Meseberg	(471)	(471)	
	Erläuterungen: Im Bundeshaushalt sind weitere Ausgaben für das Gästehaus der Bundesregierung Schloss Meseberg veranschlagt bei: Kap. 0625 Tit. 422 01 - Bundespolizei.			
F 511 11 -011	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände*	*11*	*11*	*11*
F 517 11 -011	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	*405*	*405*	*374*
F 519 11 -011	*Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen*	*50*	*50*	*91*
F 527 11 -011	*Dienstreisen*	*5*	*5*	*2*

0401 Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt

	Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
		Titelgruppe 02			
	Tgr. 02	Ausgaben für den Normenkontrollrat	(470)	(470)	
		Erläuterungen: Folgende Planstellen des Sekretariats des Normenkontrollrates sind in 422 01 etatisiert: 1 x B 3, 4 x A 15, 4 x A 14, 1 x A 13 h, 1 x A 13 g, 2 x A 9 m.			
F	*526 22 -011*	*Sachverständige*	*320*	*320*	*288*
F	*527 21 -011*	*Dienstreisen*	*130*	*130*	*62*
F	*545 21 -011*	*Konferenzen, Tagungen, Messen und Ausstellungen*	*20*	*20*	*11*
		Titelgruppe 55			
	Tgr. 55	Ausgaben für die Informationstechnik	(4 694)	(2 399)	
F	*511 55 -011*	*Geschäftsbedarf und Datenübertragung sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Software, Wartung* *Haushaltsvermerk:* ***Die Ausgaben sind in Höhe von 100 T€ gesperrt.***	*1 118*	*1 023*	*843*
F	*525 55 -011*	*Aus- und Fortbildung*	*54*	*54*	*10*
F	*532 55 -011*	*Ausgaben für Aufträge und Dienstleistungen*	*507*	*507*	*320*
F	*812 55 -011*	*Erwerb von Datenverarbeitungsanlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, Software* *Haushaltsvermerk:* ***Die Ausgaben sind in Höhe von 600 T€ gesperrt.***	*3 015*	*815*	*843*

Überblick zum Kapitel 0402	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Ausgaben					
Sächliche Verwaltungsausgaben............................	2 448	2 459	-11	278	2 196
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	11 723	11 694	+29	1 713	11 363
Gesamtausgaben..	14 171	14 153	+18	1 991	13 559
davon flexibilisiert...	14 171	14 153	+18	1 991	13 559

0402 Allgemeine Bewilligungen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.

In die Flexibilisierung einbezogen sind auch Tit. 547 01 und 685 11.

Flexibilisierte Ausgaben

Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG

		Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
	Aus Hauptgruppe 5	2 448	2 459 *278*	2 196
	Aus Hauptgruppe 6	11 723	11 694 *1 713*	11 363
	Zusammen	14 171	14 153 *1 991*	13 559
F 547 01 -011	*Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben*	*2 448*	*2 459*	*2 196*

Erläuterungen:

Die Ausgaben dienen der Finanzierung der Geschäftsstelle des Rates für Nachhaltige Entwicklung (RNE). Der RNE wurde 2001 von der Bundesregierung berufen.

Titelgruppe 01

Tgr. 01	Stiftung Wissenschaft und Politik	(11 723)	(11 694)	
F 519 11 -165	*Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen*	-	-	-
F 685 11 -165	*Zuschuss für laufende Zwecke*	*11 723*	*11 694*	*11 363*

Erläuterungen:

Adresse und Bezeichnung	*Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel*	*ohne Eigenmittel*	*Soll 2014 1 000 €*	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
1	*2*	*3*	*4*	*5*	*6*
Institutionelle Förderung/Zuschüsse an Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO					
Stiftung Wissenschaft und Politik - aus Kap. 0402 Tit. 685 11	*99,90*	*100,00*	*11 723*	*11 694*	*11 363*

Wirtschaftsplan siehe Anlage zum Kapitel 0402.

Die Stiftung Wissenschaft und Politik ist eine rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts mit Sitz in Berlin. Zweck der Stiftung ist es, im Benehmen mit dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung wissenschaftliche Untersuchungen auf den Gebieten der Internationalen Politik sowie der Außen- und Sicherheitspolitik mit dem Ziel der Politikberatung auf der Grundlage unabhängiger wissenschaftlicher Forschung durchzuführen und in geeigneten Fällen zu veröffentlichen.

Der Zuschuss des Bundes deckt die Ausgaben der Stiftung. Einnahmen und Ausgaben, die im Zusammenhang mit Sonderaufträgen und aus Beiträgen Dritter für Sonderforschungsvorhaben entstehen, sind mit erfasst.

Anlage zu Kapitel 0402 - Wirtschaftspläne

Zu Tgr. 01 Tit. 685 11

Stiftung Wissenschaft und Politik

	Wirtschaftsplan	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	1	2	3	4
Institutionelle Förderung				
1.	**Ausgaben**	**11 735**	**11 706**	**11 393**
1.1	Personalausgaben	8 885	8 787	8 819
1.2	Sächliche Verwaltungsausgaben	2 781	2 816	2 480
1.3	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	14	43	10
1.4	Ausgaben für Investitionen	55	60	84
2.	**Finanzierung der Ausgaben**	**11 735**	**11 706**	**11 393**
2.1	Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	12	12	30
2.2	**Zuwendung des Bundes**	**11 723**	**11 694**	**11 363**
	aus Kap. 0402 Tit. 685 11	*11 723*	*11 694*	*11 363*

Vorbemerkung

Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung hat den Bundespräsidenten und die Bundesregierung auf dem gesamten Nachrichtenbereich laufend zu unterrichten. Zu diesem Zweck unterhält es die erforderlichen Verbindungen zu den Nachrichtenträgern des In- und Auslandes. Zu seinen Aufgaben gehört die Erforschung und Darstellung der öffentlichen Meinung als Entscheidungshilfe für die politische Arbeit der Bundesregierung.

Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung ist zuständig für die Unterrichtung der Bürgerinnen und Bürger sowie der Medien über die Politik der Bundesregierung. Es erläutert und vertritt hierbei mit den Mitteln der Öffentlichkeitsarbeit und der Informationspolitik Tätigkeiten, Vorhaben und Ziele der Bundesregierung.

Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung koordiniert seine ressortübergreifende Öffentlichkeitsarbeit und die ressortbezogene Öffentlichkeitsarbeit der Bundesministerien bei Maßnahmen, die Angelegenheiten von allgemein-politischer Bedeutung betreffen.

Überblick zum Kapitel 0403	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	675	675	-		529
Übrige Einnahmen	-	-	-		561
Gesamteinnahmen	675	675	-		1 090
Ausgaben					
Personalausgaben	30 104	30 440	-336	1 785	28 412
Sächliche Verwaltungsausgaben	64 128	62 922	+1 206	789	52 291
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	1 714	1 615	+99		1 369
Ausgaben für Investitionen	1 145	1 165	-20	844	1 128
Gesamtausgaben	97 091	96 142	+949	3 418	83 200
davon flexibilisiert	38 970	38 557	+413	3 113	36 528
davon nicht flexibilisiert	58 121	57 585	+536	305	46 672

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
119 01 -011	Einnahmen aus Veröffentlichungen	85	85	74

Haushaltsvermerk:

1. Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 511 01 und 542 01.
2. Notwendige Nebenkosten (z. B. Steuern und Gebühren) dürfen von den Einnahmen abgesetzt werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
119 99 -011	Vermischte Einnahmen	560	560	413

Haushaltsvermerk:

Notwendige Nebenkosten (z. B. Steuern, Gebühren und Kosten der Versteigerung) dürfen von den Einnahmen abgesetzt werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
124 01 -011	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	30	30	42

Haushaltsvermerk:

1. Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 511 01.
2. Notwendige Nebenkosten (z. B. Steuern und Gebühren) dürfen von den Einnahmen abgesetzt werden.
3. Nach § 63 Abs. 4 BHO in Verbindung mit § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Räumlichkeiten im Presse- und Besucherzentrum (PBZ), Reichstagufer 12, zur Information der Presse durch Organe und Organisationen des öffentlichen Lebens gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich zur Nutzung überlassen werden.

Übrige Einnahmen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
272 01 -013	Einnahmen aus Zuschüssen der EU	-	-	561

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind wegen bindender Vereinbarungen mit der EU zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 542 02.

Erläuterungen:

Die Einnahmen ermöglichen die Aufgabenwahrnehmung im Rahmen der zwischen der Bundesregierung und der EU-Kommission geschlossenen Verwaltungspartnerschaft zur Umsetzung der Informations- und Kommunikationsstrategie der Europäischen Union.

0403 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
282 09 -011	Einnahmen aus Sponsoring, Spenden und ähnlichen freiwilligen Geldleistungen	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind wegen rechtsverbindlicher Verwendungsauflage Dritter zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 547 09.

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.

Ausgenommen sind Tit. 544 01 und 545 01.

Sächliche Verwaltungsausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
518 02 -011	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	9 330	9 330	-

Haushaltsvermerk:

Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
529 01 -011	Außergewöhnlicher Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	10	10	6

Haushaltsvermerk:

Die Erläuterungen sind verbindlich.

Erläuterungen:

Bezeichnung	€
1. Zur Verfügung der/des	
1.1 Chefs des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung	6 000
1.2 stellvertretenden Chefs des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung	2 000
1.3 stellvertretenden Sprecherinnen und Sprecher der Bundesregierung	2 000
Zusammen	10 000

Aus dem Mittelansatz dürfen auch Ausgaben für die Bewirtung mit Erfrischungen bei Besprechungen aus besonderem Anlass geleistet werden.

Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Aus den Belegen muss Anlass, Funktion und Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer (Begünstigte) erkennbar sein.

Eine Auszahlung ohne Beleg ist nicht zulässig.

Die Ausgaben sind zentral für den gesamten Einzelplan veranschlagt.

Die Ausgaben sind nur für das Kap. 0403 veranschlagt.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
531 09 -011	Informationstagungen	23 600	23 600	22 347

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Werbe- und Informationsmaterialien gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 531 09

Erläuterungen:

Informationsfahrten für politisch interessierte Personen.

532 02 -011	Nachrichtenagenturdienste, Informationsdienste und Pressekorrespondenzen	3 700	4 990	4 738

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe von 300 T€ der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: 542 01.

542 01 -013	Öffentlichkeitsarbeit	16 566	16 740	16 068

Haushaltsvermerk:

1. Einsparungen dienen bis zur Höhe von 300 T€ zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 532 02.
2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 01.
3. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Werbe- und Informationsmaterialien gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.
4. Aus den Ausgaben dürfen auch Zuwendungen nach § 44 Abs. 1 BHO geleistet werden.

Erläuterungen:

Öffentlichkeitsarbeit aller Art in Schrift, Bild, Ton, Wort und digitaler Form, insbesondere

1. Internetauftritte der Bundesregierung und der Bundeskanzlerin,
2. Broschüren, Fach- und Informationsdienste, Dokumentationen,
3. Themenworkshops, Informationsgespräche und sonstige Veranstaltungen mit Journalistinnen und Journalisten,
4. Bewirtungskosten - Auslagen für Kaffee, Tee und alkoholfreie Getränke -, die bei Informationsgesprächen aufkommen,
5. sonstige PR-Maßnahmen,
6. Medienbetreuung bei eingehenden Staatsbesuchen und Reisen der Bundeskanzlerin im In- und Ausland.

Im Einzelplan 04 sind außerdem folgende Maßnahmen für Öffentlichkeitsarbeit und Fachinformationen veranschlagt:

Bezeichnung	1 000 €
Öffentlichkeitsarbeit	
0403 - 542 02	-
0405 - 542 01	25
0409 - 542 01	266
Fachinformationen	
0405 - 543 01	30
0406 - 543 01	400
0407 - 543 01	46
0408 - 543 01	450

0403 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
542 02 -013	Informationsstrategie der EU	-	- *305*	623

Haushaltsvermerk:

1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 272 01.
2. Aus den Ausgaben dürfen auch Zuwendungen nach § 44 Abs. 1 BHO geleistet werden.

Erläuterungen:

Die Ausgaben dienen der Aufgabenwahrnehmung im Rahmen der zwischen der Bundesregierung und der EU-Kommission geschlossenen Verwaltungspartnerschaft zur Umsetzung der Informations- und Kommunikationsstrategie der Europäischen Union.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
544 01 -011	Forschung, Untersuchungen und Ähnliches	2 000	2 000	1 983

Erläuterungen:

Die Ausgaben dienen einer allgemeinen Meinungsforschung als Unterlage für die politische Arbeit der Bundesregierung. Spezifische Meinungsforschung als Grundlage für Einzelaufgaben (auch die der Bundesressorts), insbesondere projektbegleitende Maßnahmen, gehört nicht zu diesen Aufgaben und ist grundsätzlich den Ausgaben der entsprechenden Titel zu entnehmen.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
545 01 -011	Konferenzen, Tagungen, Messen und Ausstellungen	2 000	-	-

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Werbe- und Informationsmaterialien gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
547 09 -011	Ausgaben für Vorhaben, die aus Spenden, Sponsoring und ähnlichen freiwilligen Geldleistungen finanziert werden	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 282 09.

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
685 05 -011	Allgemeine informationspolitische Maßnahmen	216	216	209
685 06 -011	Informationspolitische Einrichtungen	699	699	698

Haushaltsvermerk:

Die Erläuterungen sind hinsichtlich der Ausgabenansätze der einzelnen Zuwendungsempfänger / Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO verbindlich. Abweichungen bedürfen der Einwilligung des Bundesministeriums der Finanzen.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 685 06

Erläuterungen:

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
Institutionelle Förderung/Zuschüsse an Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO					
1. Europa-Union Deutschland e. V. *- aus Kap. 0403 Tit. 685 06*	43,80	100,00	180	180	180
2. Deutsche Atlantische Gesellschaft e. V. *- aus Kap. 0403 Tit. 685 06*	83,07	100,00	319	319	318
3. Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik e. V. *- aus Kap. 0403 Tit. 685 06*	76,63	100,00	200	200	200
Zusammen			699	699	698
- Summe Tit. 685 06			*699*	*699*	*698*

Zu 1.:
Die Europa-Union Deutschland e. V. setzt sich für ein friedliches, freiheitliches und föderales Europa ein. Sie fördert den Dialog zwischen Gesellschaft und Politik und informiert die Bürgerinnen und Bürger über die aktuelle Europapolitik z. B. in Vortragsveranstaltungen, Diskussionsforen und Seminaren.

Zu 2.:
Die Deutsche Atlantische Gesellschaft e. V., Berlin, hat die Aufgabe, das Verständnis für das Atlantische Bündnis durch Öffentlichkeitsarbeit in der Bundesrepublik Deutschland und die Zusammenarbeit zwischen den NATO-Staaten zu fördern.

Zu 3.:
Die Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik e. V., Bonn, hat die Aufgabe, durch Öffentlichkeitsarbeit, mit Seminaren, Vorträgen und Informationsreisen Ziele deutscher Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu vermitteln, dies auch im Hinblick auf die Aufgaben der Europäischen Union und der Vereinten Nationen.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
688 06 -011	Zahlungsverpflichtungen aus Verstößen gegen EU-Recht	-	-	-

Flexibilisierte Ausgaben

Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG

	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3	30 903	31 140 *1 785*	28 874
Aus Hauptgruppe 5	6 922	6 252 *484*	6 526
Aus Hauptgruppe 7	50	50 *71*	49
Aus Hauptgruppe 8	1 095	1 115 *773*	1 079
Zusammen	38 970	38 557 *3 113*	36 528

	Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F	*422 01 -011*	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*8 525*	*8 445*	*7 755*
F	*422 02 -011*	*Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte*	-	-	-

0403 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu flexibilisierte Ausgaben			
F 424 01 -011	*Zuführung an die Versorgungsrücklage*	*50*	*50*	*58*
	Erläuterungen: *Die Ausgaben sind nur für das Kap. 0403 veranschlagt.*			
F 427 09 -011	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*450*	*270*	*376*
F 428 01 -011	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*20 375*	*20 971*	*19 626*
F 441 01 -840	*Beihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften*	*550*	*550*	*461*
	Erläuterungen: *Die Ausgaben sind nur für das Kap. 0403 veranschlagt.*			
F 443 01 -840	*Fürsorgeleistungen und Unterstützungen*	*10*	*10*	*51*
	Erläuterungen: *Die Ausgaben sind nur für das Kap. 0403 veranschlagt.*			
F 443 02 -313	*Inanspruchnahme überbetrieblicher betriebsärztlicher und sicherheitstechnischer Dienste, von Betriebsärztinnen und Betriebsärzten sowie Fachkräften für Arbeitssicherheit*	*16*	*16*	*10*
	Erläuterungen: *Die Ausgaben sind nur für das Kap. 0403 veranschlagt.*			
F 452 02 -223	*Unfallkasse des Bundes*	*48*	*48*	*48*
	Erläuterungen: *Die Ausgaben sind nur für das Kap. 0403 veranschlagt.*			
F 453 01 -011	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	*80*	*80*	*27*
F 511 01 -011	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände*	*1 300*	*1 300*	*1 119*
	Haushaltsvermerk: *1. Mehrausgaben für die Bundesbildstelle dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 01.* *2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 124 01.* *3. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.*			

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 514 01 -011	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*	*40*	*40*	*30*

Erläuterungen:

Bezeichnung	Soll 2014	Soll 2013
personengebundene Pkw..	1	1

F 517 01 -011	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	*2 770*	*2 150*	*2 635*
F 518 01 -011	*Mieten und Pachten*	*230*	*230*	*201*
F 519 01 -011	*Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen*	*270*	*270*	*346*
F 525 01 -011	*Aus- und Fortbildung*	*75*	*75*	*126*
F 526 01 -011	*Gerichts- und ähnliche Kosten*	*7*	*7*	*3*
F 526 02 -011	*Sachverständige*	*10*	*10*	*2*
F 527 01 -011	*Dienstreisen*	*400*	*400*	*395*
F 527 03 -011	*Reisen in Angelegenheiten der Personalvertretungen und der Gleichstellungsbeauftragten sowie in Vertretung der Interessen schwerbehinderter Menschen*	*23*	*23*	*25*

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind nur für das Kap. 0403 veranschlagt.

F 539 99 -011	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*215*	*215*	*200*

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Abgeltung von Ansprüchen nach dem Urheberrecht......................	205
2. Sonstiges...	10
Zusammen..	215

F 546 88 -012	*Förderung des Vorschlagwesens*	*4*	*4*	*1*

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind nur für das Kap. 0403 veranschlagt.

F 634 03 -011	*Zuweisungen an den Versorgungsfonds*	*799*	*700*	*462*

0403 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

	Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
		Noch zu flexibilisierte Ausgaben			
F	*711 01 -011*	*Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten*	*50*	*50*	*49*
F	*812 01 -011*	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke*	*145*	*145*	*135*
		Titelgruppe 55			
	Tgr. 55	Ausgaben für die Informationstechnik	(2 528)	(2 498)	
F	*511 55 -011*	*Geschäftsbedarf und Datenübertragung sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Software, Wartung*	*1 200*	*1 150*	*1 007*
F	*518 55 -011*	*Miete für Datenverarbeitungsanlagen, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Maschinen, Software*	*48*	*48*	*12*
F	*525 55 -011*	*Aus- und Fortbildung*	*40*	*40*	*26*
F	*532 55 -011*	*Ausgaben für Aufträge und Dienstleistungen*	*290*	*290*	*398*
F	*812 55 -011*	*Erwerb von Datenverarbeitungsanlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, Software*	*950*	*970*	*944*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Ersatzbeschaffung	
1.1 Hardware......	*950*
Zusammen......	*950*

Überblick zum Kapitel 0404	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Ausgaben					
Sächliche Verwaltungsausgaben............................	552 590	531 171	+21 419		479 778
Gesamtausgaben..	552 590	531 171	+21 419		479 778
davon nicht flexibilisiert..	552 590	531 171	+21 419		479 778

0404 Bundesnachrichtendienst

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Ausgaben			
	Sächliche Verwaltungsausgaben			
541 01 -019	Zuschuss an den Bundesnachrichtendienst	552 590	531 171	479 778

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben, soweit sie im Wirtschaftsplan als übertragbar bezeichnet sind, sind übertragbar.
2. Die Mittel werden nach einem gemäß § 10 a Abs. 2 BHO gebilligten Wirtschaftsplan bewirtschaftet, dessen Einzelansätze, Planstellen und Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verbindlich sind.

Vorbemerkung

Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien hat unter Wahrung der Kulturhoheit der Länder folgende Zuständigkeiten:

1. Kulturelle und Medienangelegenheiten - eingeschlossen die Zuständigkeit für die Pflege deutscher Kultur des östlichen Europas (§ 96 Bundesvertriebenengesetz) sowie die kulturelle Betreuung für heimatlose Ausländerinnen und Ausländer und fremde Volksgruppen,
2. Medienpolitik,
3. Medien- und Filmwirtschaft, Verlagswesen,
4. Hauptstadtkulturförderung in Berlin,
5. Gedenkstätten und Suchdienste.

Der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien sind das Bundesarchiv, das Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa und der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik nachgeordnet. Rechtsgrundlagen, Aufgaben und Sitz dieser Einrichtungen sind in besonderen Vorbemerkungen zu dem jeweiligen Kapitel dargestellt.

Überblick zum Kapitel 0405	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	1 350	1 350	-		1 383
Übrige Einnahmen	-	-	-		109
Gesamteinnahmen	1 350	1 350	-		1 492
Ausgaben					
Personalausgaben	16 194	15 761	+433	1 725	15 012
Sächliche Verwaltungsausgaben	4 364	4 201	+163	1 841	4 301
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	868 683	874 883	-6 200	62 774	821 883
Ausgaben für Investitionen	150 694	229 712	-79 018	34 453	227 540
Besondere Finanzierungsausgaben	-1 000	-	-1 000		-
Gesamtausgaben	1 038 935	1 124 557	-85 622	100 793	1 068 736
davon flexibilisiert	20 946	19 098	+1 848	4 620	17 880
davon nicht flexibilisiert	1 017 989	1 105 459	-87 470	96 173	1 050 856
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung	147 421 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu	45 813 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu	55 018 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu	31 590 T€				
im Haushaltsjahr 2018 bis zu	5 500 T€				
im Haushaltsjahr 2019 bis zu	4 000 T€				
im Haushaltsjahr 2020 bis zu	3 500 T€				
im Haushaltsjahr 2021 bis zu	2 000 T€				

0405 Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
119 99 -011	Vermischte Einnahmen	1 350	1 350	1 383

Haushaltsvermerk:

1. Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 894 21.
2. Nach § 63 Abs. 4 BHO in Verbindung mit § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Kunstwerke der Sammlung zeitgenössischer Kunst der Bundesrepublik Deutschland mietzinsfrei an Museen, Träger von Museen, Ausstellungen usw. überlassen werden.
3. **Nach § 63 Abs. 4 BHO in Verbindung mit § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Vermögensgegenstände gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich Dritten zur Nutzung überlassen werden.**

Erläuterungen:

Einnahmen insbesondere aus der Erstattung von nicht oder nicht zweckentsprechend verwendeten Zuwendungen.

Übrige Einnahmen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
232 01 -195	Beteiligung der Länder an den Kosten des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz und andere Beiträge	-	-	106

Haushaltsvermerk:

1. Mehreinnahmen zu Nr. 1 der Erläuterungen sind aufgrund des Beschlusses des Kulturausschusses der KMK zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 532 12.
2. Mehreinnahmen zu Nr. 2 der Erläuterungen sind aufgrund eines Verwaltungs- und Finanzierungsabkommen zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 681 11.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Beteiligung der Länder an den Kosten des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz	-
2. Beteiligung der Länder an den Kosten der Website "Kulturgutschutz Deutschland" und der Datenbank "National wertvolles Kulturgut"	-
Zusammen	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
272 01 -013	Einnahmen aus Zuschüssen der Europäischen Union	-		

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind wegen rechtsverbindlicher Verwaltungsauflage der EU zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 686 12.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
282 09 -011	Einnahmen aus Sponsoring, Spenden und ähnlichen freiwilligen Geldleistungen	-	-	3

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind wegen rechtsverbindlicher Verwendungsauflage Dritter zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 547 09.

Erläuterungen:

Der Titel bezieht sich nur auf die Kap. 0405 bis 0408.

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.

In die Flexibilisierung einbezogen ist auch Tit. 531 03.

Ausgenommen sind Tgr. 01, Tgr. 02, Tgr. 03, Tgr. 04, Tgr. 05, Tgr. 06, Tgr. 07 und Tgr. 09.

Sächliche Verwaltungsausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
518 02 -187	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	1 585	1 585	696

Haushaltsvermerk:

Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
529 01 -011	Außergewöhnlicher Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	25	25	24

Haushaltsvermerk:

Die Erläuterungen sind verbindlich.

Erläuterungen:

Bezeichnung		€
1.	Zur Verfügung der/des	
1.1	Staatsministerin	22 000
1.2	Präsidentin/Präsidenten des Bundesarchivs	694
1.3	Direktorin/Direktors des Bundesinsituts für ostdeutsche Kultur und Geschichte	306
1.4	Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR	2 000
Zusammen		25 000

Aus dem Mittelansatz dürfen auch Ausgaben für die Bewirtung mit Erfrischungen bei Besprechungen aus besonderem Anlass geleistet werden.

Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Aus den Belegen muss Anlass, Funktion und Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer (Begünstigte) erkennbar sein.

Eine Auszahlung ohne Beleg ist nicht zulässig.

Die Ausgaben sind zentral für den gesamten Einzelplan veranschlagt.

0405 Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
542 01 -013	Öffentlichkeitsarbeit	25	25	25

Haushaltsvermerk:

1. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Werbe- und Informationsmaterialien gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.
2. Aus den Ausgaben sind auch die Kosten für Porto, Verpackung und Versand von Veröffentlichungen zu leisten.

Erläuterungen:

1. Öffentlichkeitsarbeit aller Art in Schrift, Bild, Ton und Wort, Internet,
1.1 Sachbroschüren, Fach- und Informationsdienste, Dokumentationen,
1.2 Filme und Bildreihen,
1.3 Diskussionsveranstaltungen,
1.4 Informationsgespräche und -reisen mit Journalistinnen und Journalisten und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens (Multiplikatoren),
1.5 Bewirtungskosten - Auslagen für Kaffee, Tee und alkoholfreie Getränke -, die bei der Betreuung von Besuchergruppen sowie Diskussions- und Vortragsveranstaltungen aufkommen,
2. Sonstige PR-Maßnahmen.

547 09 -011	Ausgaben für Vorhaben, die aus Spenden, Sponsoring und ähnlichen freiwilligen Geldleistungen finanziert werden	-	- *1*	2

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 282 09.

Erläuterungen:

Der Titel bezieht sich nur auf die Kap. 0405 bis 0408.

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)

687 01 -011	Beiträge an internationale Organisationen mit Sitz im Ausland	265	265	258

Erläuterungen:

Bezeichnung der Organisation Rechtsgrundlage und Zweck der Mitgliedschaft	Mitgliedsbeitrag der Bundesrepublik Deutschland (Pflichtleistungen)			Besondere (freiwillige) Leistungen außerhalb des Mitgliedsbeitrags in 1 000 € (gerundet)	Zusammen Spalte 4 + 5 in 1 000 €
	in Prozent	in Tausend-Fremdwährung (gerundet)	in 1 000 € (gerundet)		
1	2	3	4	5	6
Europäische Audiovisuelle Informationsstelle, Straßburg................	9,0		265		265
Rechtsgrundlage: Vereinbarung					
Zweck: Integration des audivisuellen Sektors von EU-Mitgliedsländern mit Ländern, die nicht Mitglied der EU sind, insbesondere MOE-Staaten					

688 06 -011	Zahlungsverpflichtungen aus Verstößen gegen EU-Recht	-	-	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Besondere Finanzierungsausgaben			
972 03 -880	Globale Minderausgabe	-1 000	-	-
	Haushaltsvermerk: Die Globale Minderausgabe kann auch in den Kapiteln 0406, 0407 und 0408 (mit Ausnahme der Hgr. 4) erbracht werden.			
	Titelgruppe 01			
Tgr. 01	Allgemeine kulturelle Angelegenheiten	(95 873)	(142 428) *(55)*	
	Haushaltsvermerk: 1. Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 684 22. 2. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.			
532 12 -195	Kosten des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz	134	134 *55*	278
	Haushaltsvermerk: Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 232 01.			
544 11 -165	Forschung, Untersuchungen und Ähnliches	20	20	1 158
632 11 -187	Förderung hauptstadtbedingter kultureller Maßnahmen und Veranstaltungen in Berlin	11 655	11 655	11 655
	Haushaltsvermerk: 1. Aus den Ausgaben dürfen auch Investitionsausgaben geleistet werden. 2. Die Mittel dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden. Erläuterungen: Bis zum 31.12.2012 nicht verbrauchte Selbstbewirtschaftungsmittel: 1 160 T€.			
633 11 -187	Zuweisungen zu laufenden kulturellen Aufwendungen der Bundesstadt Bonn	-	-	-
	Haushaltsvermerk: Aus den Ausgaben dürfen auch Investitionsausgaben geleistet werden. Erläuterungen: Bis zum 31.12.2012 nicht verbrauchte Selbstbewirtschaftungsmittel: 0 T€.			

0405 Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 01

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
681 11 -187	Rückführung von Kulturgut sowie Sicherung und Erwerb von national wertvollem Kulturgut, Provenienzrecherche und -forschung zu NS-Raubkunst	6 533	4 533	7 912

Verpflichtungsermächtigung.. 1 500 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 700 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 400 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 400 T€

Haushaltsvermerk:

1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 232 01.
2. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.
3. Aus den Ausgaben dürfen auch sächliche Verwaltungsausgaben geleistet werden.
4. Bis zu 100 T€ sind als Verwaltungsausgaben für die Rückführungsverhandlungen kriegsbedingt verbrachter Kulturgüter vorgesehen.
5. Die Mittel dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.

Erläuterungen:

Bis zum 31.12.2012 nicht verbrauchte Selbstbewirtschaftungsmittel: 8 184 T€.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
684 12 -187	Projektförderung im Rahmen der deutschen Vereinigung und internationaler sowie nationaler Repräsentation	-	-	-

Haushaltsvermerk:

1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe von 10 000 T€ der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Tgr. 02, Tgr. 03, Tgr. 04, Tgr. 05, Tgr. 06, Tgr. 07 und Tgr. 09.
2. Aus den Ausgaben dürfen auch Investitionsausgaben geleistet werden.
3. Aus den Ausgaben dürfen auch sächliche Verwaltungsausgaben geleistet werden.
4. Aus den Ausgaben dürfen keine institutionellen Förderungen geleistet werden.
5. Die Mittel dürfen bis zur Höhe von 5 000 T€ zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.

Erläuterungen:

Bis zum 31.12.2012 nicht verbrauchte Selbstbewirtschaftungsmittel: 4 917 T€.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 01

684 14 -187	Zuschuss an den Zentralrat sowie das Dokumentationszentrum Deutscher Sinti und Roma	1 864	1 842	1 748

Erläuterungen:

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	Finanzierungsanteil in Prozent ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
Institutionelle Förderung/Zuschüsse an Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO					
1.1 Zentralrat Deutscher Sinti und Roma.. *- aus Kap. 0405 Tit. 684 14*	100,00	100,00	532	506	465
1.2 Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma........ *- aus Kap. 0405 Tit. 684 14*	89,59	90,00	1 332	1 336	1 283
Zusammen			1 864	1 842	1 748
- Summe Tit. 684 14			*1 864*	*1 842*	*1 748*

684 15 -187	Ein Netz für Kinder	1 000	1 000	1 000

Haushaltsvermerk:

1. Aus den Ausgaben dürfen auch sächliche Verwaltungsausgaben geleistet werden.
2. Die Mittel dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.

Erläuterungen:

Bis zum 31.12.2012 nicht verbrauchte Selbstbewirtschaftungsmittel: 1 418 T€.

685 10 -187	Kulturelle Vermittlung	1 500	1 500	1 462

Verpflichtungsermächtigung.. 600 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 400 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 150 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 50 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.
3. Aus den Ausgaben dürfen auch Investitionsausgaben und sächliche Ausgaben geleistet werden.

685 11 -162	Mediendatenbank	-	-	-
685 12 -680	Zuschuss für den Beschwerdeausschuss des Deutschen Presserates	223	223	223

Erläuterungen:

Der Deutsche Presserat erhält aufgrund des Gesetzes zur Gewährleistung der Unabhängigkeit des vom Deutschen Presserat eingesetzten Beschwerdeausschusses vom 18. August 1978 (BGBl. I S. 2215) einen Zuschuss.

0405 Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 01

685 15 -187	Zuschüsse an kulturelle Einrichtungen in Berlin	26 449	25 132	27 966

Haushaltsvermerk:

Die Mittel dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.

Erläuterungen:

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	Finanzierungsanteil in Prozent ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
Institutionelle Förderung/Zuschüsse an Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO					
1. Kulturveranstaltungen des Bundes in Berlin GmbH	78,24	100,00	23 240	32 923	26 107
- aus Kap. 0405 Tit. 685 15			*22 890*	*22 573*	*25 607*
- aus Kap. 0405 Tit. 894 12			*350*	*10 350*	*500*
Projektförderung					
2.1 Martin-Gropius-Bau			3 559	2 559	2 359
Insgesamt			26 799	35 482	28 466
- Summe Tit. 685 15			*26 449*	*25 132*	*27 966*
- Summe Tit. 894 12			*350*	*10 350*	*500*

Wirtschaftsplan zu 1. siehe Anlage zum Kapitel 0405.

Bis zum 31.12.2012 nicht verbrauchte Selbstbewirtschaftungsmittel: 1 236 T€.

685 16 -187	Zuschuss an das Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft	445	490	575
685 17 -187	Förderung von national und international bedeutsamen Vorhaben, insbesondere zur kulturellen Integration, Kooperation und Innovation, über die Kulturstiftung des Bundes	35 000	40 000	33 369

Haushaltsvermerk:

1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe von 500 T€ der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Tgr. 02, Tgr. 03, Tgr. 04, Tgr. 05, Tgr. 06, Tgr. 07 und Tgr. 09.
2. Die Mittel dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.

Erläuterungen:

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	Finanzierungsanteil in Prozent ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
Institutionelle Förderung/Zuschüsse an Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO					
Kulturstiftung des Bundes	100,00	100,00	35 000	40 000	33 369
- aus Kap. 0405 Tit. 685 17					

Wirtschaftsplan siehe Anlage zum Kapitel 0405.

Bis zum 31.12.2012 nicht verbrauchte Selbstbewirtschaftungsmittel: 20 599 T€.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 01

685 19 -187	Förderung von Kunst und Kultur von gesamtstaatlicher Bedeutung	2 037	2 036	1 989

Erläuterungen:

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	Finanzierungsanteil in Prozent ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
Projektförderung					
1.1 Bundesvereinigung soziokultureller Zentren			75	75	75
1.2 Museum für Sepulkralkultur			426	426	426
1.3 Deutscher Künstlerbund			95	95	95
1.4 Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung			367	366	311
1.5 Deutscher Museumsbund			94	94	94
1.6 ICOM-Deutschland			92	92	92
1.7 Internationale Gesellschaft der bildenden Künste			93	93	93
1.8 Bundesverband Bildender Künstlerinnen und Künstler			97	97	106
1.9 Arbeitsgemeinschaft der Kunstvereine			34	34	34
1.10 Zentrum BRD des Internationalen Theaterinstituts			224	224	224
1.11 Deutsche Burgenvereinigung			31	31	31
1.12 Bund Deutscher Amateurtheater			409	409	408
Zusammen			2 037	2 036	1 989

686 11 -187	Zuschuss des Bundes an die Sydslesvigsk Forening	-	-	-
686 12 -013	Zuschüsse der Europäischen Union für das EU-Förderprogramm "Kreatives Europa 2014-2020"	-		

Haushaltsvermerk:

1. **Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 272 01.**
2. **Aus den Ausgaben dürfen auch sächliche Verwaltungsausgaben geleistet werden.**

894 11 -195	Substanzerhaltung und Restaurierung von unbeweglichen Kulturdenkmälern von nationaler Bedeutung, Zuschüsse für national bedeutsame Kulturinvestitionen	6 013	40 563	48 662

Verpflichtungsermächtigung .... 1 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 500 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 500 T€

Haushaltsvermerk:

Die Mittel dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.

Erläuterungen:

Zuschüsse auf Antrag, insbesondere für Substanzerhaltung und Restaurierung (einschließlich wesentlicher Bestandteile). Im Rahmen der Zuschüsse für national bedeutsame Kulturinvestitionen können auch Neubauten und die Restaurierung historischer Wasser-, Schienen- und Luftfahrzeuge gefördert werden.

Bis zum 31.12.2012 nicht verbrauchte Selbstbewirtschaftungsmittel: 65 293 T€.

Weniger wegen Sonderveranschlagung im Vorjahr.

0405 Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 01

894 12 -187	Zuschüsse zu Investitionen	350	10 350	2 131

Haushaltsvermerk:

Die Mittel dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.

Erläuterungen:

Bis zum 31.12.2012 nicht verbrauchte Selbstbewirtschaftungsmittel: 150 T€.

Zuwendungsempfänger: Zusammenstellung siehe Erläuterungen zu Tit. 685 15.

Weniger wegen Baumaßnahme in 2013.

894 16 -195	Zuschuss für Investitionen an das Europäische Zentrum für Kunst und Industriekultur "Weltkulturerbe Völklinger Hütte"	2 500	2 500	2 500
894 17 -187	Zuschuss des Bundes für Investitionen an die "Sydslesvigsk Forening"	150	150	150

Titelgruppe 02

Tgr. 02	Kulturförderung im Inland	(296 603)	(330 734) *(73 348)*	

Haushaltsvermerk:

1. Einsparungen bei folgenden Titeln: Kap. 0405 Tgr. 02 mit Ausnahme des Titels 683 22 dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 684 12.
2. Einsparungen bei folgenden Titeln: Kap. 0405 Tgr. 02 mit Ausnahme des Titels 683 22 dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 685 17.
3. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit Ausnahme des Titels 683 22.

683 21 -187	Filmförderung	28 417	27 569	27 190

Haushaltsvermerk:

1. Aus den Ausgaben dürfen auch sächliche Verwaltungsausgaben geleistet werden.
2. Die Mittel zu Nr. 1.1, 2.1 und 2.2 der Erläuterungen dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.

Erläuterungen:

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	Finanzierungsanteil in Prozent ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
Institutionelle Förderung/Zuschüsse an Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO					
1.1 Stiftung Deutsche Kinemathek (SDK), Berlin ... *- aus Kap. 0405 Tit. 683 21*	91,01	100,00	7 524	8 696	8 929
Projektförderung					
2.1 Deutsches Filminstitut (DIF), Frankfurt ...			320	320	320
2.2 Einzelmaßnahmen Deutscher Film ...			13 052	12 252	11 900

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 683 21 (Titelgruppe 02)

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
2.3 Internationale Angelegenheiten des Deutschen Films			6 301	6 301	6 041
2.4 Arsenal			1 220	-	-
Zusammen			20 893	18 873	18 261
Insgesamt			28 417	27 569	27 190
- Summe Tit. 683 21			*28 417*	*27 569*	*27 190*

Wirtschaftsplan zu 1.1 siehe Anlage zum Kapitel 0405.

Bis zum 31.12.2012 nicht verbrauchte Selbstbewirtschaftungsmittel: 21 141 T€.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
683 22 -187	Anreiz zur Stärkung der Filmproduktion in Deutschland	60 000	70 000 *59 554*	52 718

Verpflichtungsermächtigung ... 30 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2016 bis zu ... 15 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu ... 15 000 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Einnahmen aus Projekten Anreiz zur Stärkung der Filmproduktion in Deutschland fließen den Ausgaben zu.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
684 21 -182	Zuschüsse für Einrichtungen auf dem Gebiet der Musik, Literatur, Tanz und Theater.	13 066	12 878	11 785

Verpflichtungsermächtigung ... 740 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu ... 200 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu ... 200 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu ... 340 T€

Haushaltsvermerk:

1. Aus den Ausgaben zu Nr. 2.2 der Erläuterungen dürfen auch sächliche Verwaltungsausgaben geleistet werden.
2. Die Mittel zu Nr. 1.1.3, 2.1.4 und 2.1.5 der Erläuterungen dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.
3. Die Mittel zu Nr. 2.11 der Erläuterungen für Veranstaltungen und Erwerbungen dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.

Erläuterungen:

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
Institutionelle Förderung/Zuschüsse an Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO					
1.1 **Musik:**			**(3 416)**	**(3 466)**	**(3 451)**
1.1.3 Bayreuther Festspiele	14,89	33,33	2 230	2 280	2 280
- aus Kap. 0405 Tit. 684 21			*2 213*	*2 263*	*2 263*
- aus Kap. 0405 Tit. 894 21			*17*	*17*	*17*
1.1.4 Bacharchiv Leipzig	28,49	40,00	661	661	661
- aus Kap. 0405 Tit. 684 21					

0405 Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 684 21 (Titelgruppe 02)

	Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	Finanzierungsanteil in Prozent ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	1	2	3	4	5	6
1.1.5	Verein Beethoven-Haus e. V., Bonn .... *- aus Kap. 0405 Tit. 684 21*	26,06	39,41	525	525	510
1.2	**Literatur:**			**(230)**	**(-)**	**(-)**
1.2.1	Kleist-Gedenkstätte .... *- aus Kap. 0405 Tit. 684 21*	44,00	46,40	230	-	-
Zusammen				3 646	3 466	3 451
- Summe Tit. 684 21				*3 629*	*3 449*	*3 434*
- Summe Tit. 894 21				*17*	*17*	*17*
Projektförderung						
2.1	**Musik / Literatur**			**(6 167)**	**(6 675)**	**(5 655)**
2.1.1	Einzelprojekte			2 147	3 455	2 535
2.1.2	Mitteldeutsche Barockmusik			308	308	308
2.1.3	Händel-Festspiele			-	-	100
2.1.4	ITI - Internationales Theatertreffen			800	-	-
2.1.5	Deutscher Musikrat			2 836	2 836	2 636
2.1.6	Junge Deutsche Philharmonie			76	76	76
2.2	Sprache/Literatur			1 553	848	909
2.3	Kurt-Wolff-Stiftung			75	75	75
2.4	Ruhrfestspiele			307	307	307
2.5	Festspiele Bad Hersfeld			126	100	126
2.6	orden pour le mérite			290	290	339
2.11	Deutscher Kulturrat e. V.			260	360	360
2.12	Writers in exile			340	340	296
2.15	Schillertage Mannheim			-	150	-
2.17	Kabarettarchiv Mainz/Bernburg			184	184	184
2.18	Bundesverband Freie Theater			135	100	100
2.19	Theaterbiennale Mainz/Wiesbaden			-	-	-
Zusammen				9 437	9 429	8 351
Insgesamt				13 083	12 895	11 802
- Summe Tit. 684 21				*13 066*	*12 878*	*11 785*
- Summe Tit. 894 21				*17*	*17*	*17*

	Bezeichnung	1 000 €
zu 2.1.1	Einzelprojekte	
	Verpflichtungsermächtigung	
	davon fällig	
	im Haushaltsjahr 2015 bis zu	200
	im Haushaltsjahr 2016 bis zu	200
zu 2.12	Writers in exile	
	Verpflichtungsermächtigung	
	davon fällig	
	im Haushaltsjahr 2016 bis zu	340

Bis zum 31.12.2012 nicht verbrauchte Selbstbewirtschaftungsmittel: 5 747 T€.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 02

684 22 -182	Initiative Musik	2 500	2 500	1 677

Haushaltsvermerk:

1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe von 500 T€ der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Tgr. 01, Tgr. 03, Tgr. 04, Tgr. 05, Tgr. 06, Tgr. 07 und Tgr. 09.
2. Die Mittel dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.

Erläuterungen:

Bis zum 31.12.2012 nicht verbrauchte Selbstbewirtschaftungsmittel: 2 541 T€.

685 21 -183	Kulturelle Einrichtungen und Aufgaben im Inland	156 511	146 563	145 082

Verpflichtungsermächtigung.. 100 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 50 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu... 50 T€

Haushaltsvermerk:

1. **Aus den Ausgaben zu Nr. 2.4 der Erläuterung dürfen auch sächliche Verwaltungsausgaben geleistet werden.**
2. Die Mittel zu Nr. 1.1 und 1.2 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe von 20 Prozent des Zuwendungsbetrages zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.
3. Die Mittel zu Nr. 2.9 der Erläuterungen dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.

Erläuterungen:

Adresse und Bezeichnung		Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1		2	3	4	5	6
Institutionelle Förderung/Zuschüsse an Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO						
1.1	**kulturelle Vereine**			**(6 365)**	**(6 283)**	**(6 760)**
1.1.1	AsKI-Büro (einschl. Goethe-Museum, Rom)..............................	94,36	100,00	894	872	849
	- aus Kap. 0405 Tit. 685 21..			*874*	*852*	*757*
	- aus Kap. 0405 Tit. 894 21..			*20*	*20*	*92*
1.1.2	Freies Deutsches Hochstift, Frankfurt/M....................................	18,02	31,76	625	565	565
	- aus Kap. 0405 Tit. 685 21					
1.1.3	Deutsche Schillergesellschaft e. V..	45,53	48,51	4 591	4 591	5 091
	- aus Kap. 0405 Tit. 685 21..			*4 129*	*4 129*	*4 629*
	- aus Kap. 0405 Tit. 894 21..			*462*	*462*	*462*
1.1.4	Gesellschaft für Deutsche Sprache e. V.....................................	38,32	50,00	255	255	255
	- aus Kap. 0405 Tit. 685 21					
1.2	**Kulturelle Einrichtungen:**			**(156 958)**	**(146 884)**	**(141 718)**
1.2.1	Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland GmbH..	82,63	100,00	23 660	16 553	16 282
	- aus Kap. 0405 Tit. 685 21..			*22 690*	*15 583*	*15 312*
	- aus Kap. 0405 Tit. 894 21..			*970*	*970*	*970*
1.2.2	Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.	99,03	100,00	22 112	21 998	19 842
	- aus Kap. 0405 Tit. 685 21..			*20 861*	*20 747*	*18 146*
	- aus Kap. 0405 Tit. 894 21..			*1 251*	*1 251*	*1 696*

0405 Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 685 21 (Titelgruppe 02)

Adresse und Bezeichnung		Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1		2	3	4	5	6
1.2.3	Stiftung Deutsches Historisches Museum einschließlich Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung	79,19	100,00	48 937	46 606	46 864
	- aus Kap. 0405 Tit. 685 21			*46 704*	*44 373*	*44 631*
	- aus Kap. 0405 Tit. 894 21			*2 233*	*2 233*	*2 233*
1.2.4	Klassik Stiftung Weimar	37,98	44,82	10 096	10 096	8 546
	- aus Kap. 0405 Tit. 685 21			*9 840*	*9 840*	*8 290*
	- aus Kap. 0405 Tit. 894 21			*256*	*256*	*256*
1.2.5	Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg.	28,29	42,00	14 528	14 528	14 172
	- aus Kap. 0405 Tit. 685 21			*10 662*	*10 662*	*8 622*
	- aus Kap. 0405 Tit. 894 21 (Baumaßnahmen)			*3 866*	*3 866*	*5 550*
1.2.6	Stiftung Bauhaus Dessau	43,35	49,81	1 414	1 324	1 323
	- aus Kap. 0405 Tit. 685 21			*1 404*	*1 314*	*1 313*
	- aus Kap. 0405 Tit. 894 21			*10*	*10*	*10*
1.2.9	Franckesche Stiftungen	36,75	46,36	822	822	822
	- aus Kap. 0405 Tit. 685 21			*764*	*764*	*764*
	- aus Kap. 0405 Tit. 894 21			*58*	*58*	*58*
1.2.10	Fürst-Pückler-Park, Bad Muskau	9,16	11,20	1 013	1 013	1 013
	- aus Kap. 0405 Tit. 685 21			*510*	*510*	*248*
	- aus Kap. 0405 Tit. 894 21			*482*	*482*	*744*
	- aus Kap. 0405 Tit. 894 21 (Baumaßnahmen)			*21*	*21*	*21*
1.2.11	Meeresmuseum Stralsund	16,74	50,50	1 026	1 019	992
	- aus Kap. 0405 Tit. 685 21			*764*	*757*	*730*
	- aus Kap. 0405 Tit. 894 21			*262*	*262*	*262*
1.2.13	Akademie der Künste, Berlin	95,52	100,00	18 652	18 520	18 074
	- aus Kap. 0405 Tit. 685 21					
1.2.14	Stiftung Luthergedenkstätten	34,08	41,35	1 116	916	912
	- aus Kap. 0405 Tit. 685 21			*1 105*	*905*	*901*
	- aus Kap. 0405 Tit. 894 21			*11*	*11*	*11*
1.2.16	Stiftung Jüdisches Museum	83,69	100,00	13 582	13 489	12 876
	- aus Kap. 0405 Tit. 685 21			*12 982*	*12 889*	*12 341*
	- aus Kap. 0405 Tit. 894 21			*600*	*600*	*535*
Zusammen				163 323	153 167	148 478
- Summe Tit. 685 21				*152 821*	*142 665*	*135 578*
- Summe Tit. 894 21				*10 502*	*10 502*	*12 900*
Projektförderung						
2.3	Berlin-Brandenburgisches Institut für deutsch-französische Zusammenarbeit, Genshagen			873	873	898
2.4	Internationale Veranstaltungen usw. im Inland			700	800	796
2.7	Kulturportal			82	82	76
2.9	Sonstige kulturelle Aufgaben			400	1 036	6 650
2.10	Leuchttürme Ost			250	122	175
2.13	Kulturstiftung Dessau-Wörlitz			885	485	523
2.14	Friesische Volksgruppe			300	300	336
2.16	Niederdeutsche Sprache			50	50	50
2.17	Bund Heimat und Umwelt			150	150	-
Zusammen				3 690	3 898	9 504
Insgesamt				167 013	157 065	157 982
- Summe Tit. 685 21				*156 511*	*146 563*	*145 082*
- Summe Tit. 894 21				*10 502*	*10 502*	*12 900*

Wirtschaftspläne zu 1.1.3, 1.2.1, 1.2.2, 1.2.3, 1.2.4, 1.2.5, 1.2.13 und 1.2.16 siehe Anlage zum Kapitel 0405.

Zu 1.2.5:
Es handelt sich um Festbetragsfinanzierung.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 685 21 (Titelgruppe 02)

Bezeichnung	1 000 €
zu 2.14 Friesische Volksgruppe	
Verpflichtungsermächtigung	
fällig	
im Haushaltsjahr 2015 bis zu	50
im Haushaltsjahr 2016 bis zu	50

Bis zum 31.12.2012 nicht verbrauchte Selbstbewirtschaftungsmittel: 36 486 T€.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
685 22 -182	Rundfunk-Orchester und Chöre GmbH	11 871	11 871	11 870
685 23 -199	Reformationsjubiläum	5 000	5 000 *3 220*	4 694

Verpflichtungsermächtigung .... 4 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 2 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 1 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu .... 1 000 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Aus den Ausgaben dürfen auch Investitionsausgaben und sächliche Verwaltungsausgaben geleistet werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
892 21 -187	Digitalisierung der Kinos	-	6 000 *3 500*	7 220

Haushaltsvermerk:

Aus den Ausgaben dürfen auch sächliche Verwaltungsausgaben geleistet werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
894 21 -183	Zuschüsse für Investitionen	19 238	44 353 *566*	30 367

Verpflichtungsermächtigung .... 16 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 7 500 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 1 500 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu .... 1 500 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu .... 1 500 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu .... 1 500 T€
im Haushaltsjahr 2020 bis zu .... 1 500 T€
im Haushaltsjahr 2021 bis zu .... 1 000 T€

Haushaltsvermerk:

1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.
2. Die Mittel dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.

Erläuterungen:

	Einjährige Maßnahmen	1 000 €
	Zusammenstellung ZE bei 684 21	
1.1.3	Bayreuther Festspiele	17
	Zusammenstellung ZE bei 685 21	

0405 Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 894 21 (Titelgruppe 02)

	Einjährige Maßnahmen	1 000 €
1.1.1	AsKI-Büro (einschließlich Goethe-Museum, Rom)	20
1.1.3	Deutsche Schillergesellschaft	462
1.2.1	Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland GmbH	970
1.2.2	Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland	1 251
1.2.3	Stiftung Deutsches Historisches Museum	2 233
1.2.4	Klassik Stiftung Weimar	256
1.2.5	Stiftung Preußische Schlösser und Gärten	866
1.2.6	Stiftung Bauhaus Dessau	10
1.2.9	Frankesche Stiftungen	58
1.2.10	Fürst-Pückler-Park, Bad Muskau	21
1.2.11	Meeresmuseum Stralsund	262
1.2.14	Stiftung Luthergedenkstätten	11
1.2.16	Jüdisches Museum	600
2.19	Musikinstrumentenfonds	25
Zusammen		7 062

	Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamtausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Nach 2013 übertragene Ausgabereste 1 000 €	Veranschlagt 2014 1 000 €	Vorbehalten für 2015 ff 1 000 €
	1	2	3	4	5	6	7
1.	**Institutionelle Förderung**						
1.2.5	Stiftung Preußische Schlösser und Gärten	127 690	112 690	3 000	-	3 000	9 000
2.	**Projektförderung**						
2.1	Deutsche Schillergesellschaft e. V.	2 362	2 362	-	-	-	-
2.2	Klassik Stiftung Weimar	21 667	10 872	2 159	-	2 159	6 477
2.4	Haus der Geschichte	7 800	7 800	-	-	-	-
2.6	Jüdisches Museum	14 000	8 434	5 000	566	-	-
2.10	verschiedene Baumaßnahmen (Leuchttürme Ost)	8 063	6 460	495	-	50	1 058
2.11	Wartburg-Stiftung, Eisenach	7 022	5 782	248	-	248	744
2.12	Fürst-Pückler Museum, Park und Schloss Branitz, Cottbus	11 603	9 618	397	-	397	1 191
2.13	Kulturstiftung Dessau-Wörlitz	31 757	22 361	1 240	-	840	7 316
2.22	Fürst-Pückler-Park, Bad Muskau	17 752	15 342	482	-	482	1 446
2.26	Kunsthalle Bremen	10 000	10 000	-	-	-	-
2.28	Barenboim-Said Akademie Berlin	20 000	-	5 000	-	5 000	10 000
2.29	**Garnisonkirche, Potsdam**	**12 000**	**-**	**-**	**-**	**-**	**12 000**
Zusammen		291 716	211 721	18 021	566	12 176	49 232

Bis zum 31.12.2012 nicht verbrauchte Selbstbewirtschaftungsmittel: 4 240 T€.

	Bezeichnung	1 000 €
zu 1.1.3	Bayreuther Festspiele	
	Verpflichtungsermächtigung	
	davon fällig	
	im Haushaltsjahr 2015 bis zu	1 500
	im Haushaltsjahr 2016 bis zu	1 500
	im Haushaltsjahr 2017 bis zu	1 500
	im Haushaltsjahr 2018 bis zu	1 500
	im Haushaltsjahr 2019 bis zu	1 500
	im Haushaltsjahr 2020 bis zu	1 500
	im Haushaltsjahr 2021 bis zu	1 000
zu 2.29	Garnisonkirche, Potsdam	
	Verpflichtungsermächtigung	

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 894 21 (Titelgruppe 02)

Bezeichnung	1 000 €
fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu	6 000
Zusammen	16 000

Zuwendungsempfänger: Zusammenstellung siehe Erläuterungen zu Tit. 684 21 und Tit. 685 21.

Weniger wegen Veranschlagung von Baumaßnahmen im Vorjahr.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
894 22 -183	Investitionen für nationale Kultureinrichtungen in Ostdeutschland	-	4 000 *6 508*	7 093

Haushaltsvermerk:

Aus den Ausgaben dürfen auch sächliche Verwaltungsausgaben geleistet werden.

Titelgruppe 03

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
Tgr. 03	Stiftung Preußischer Kulturbesitz	(195 190)	(194 121) *(10 000)*	

Haushaltsvermerk:

1. Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 684 12.
2. Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 684 22 und 685 17.
3. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
685 31 -183	Beitrag an die Stiftung Preußischer Kulturbesitz	100 029	98 960	93 663

Verpflichtungsermächtigung .... 9 500 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 1 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 500 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu .... 1 000 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu .... 2 000 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu .... 2 000 T€
im Haushaltsjahr 2020 bis zu .... 2 000 T€
im Haushaltsjahr 2021 bis zu .... 1 000 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind in Höhe von **5 328 T€** gesperrt.
2. Die Mittel dürfen bis zur Höhe von 20 Prozent des Zuwendungsbetrages zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.

Erläuterungen:

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	Finanzierungsanteil in Prozent ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
Institutionelle Förderung/Zuschüsse an Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO					
Stiftung Preußischer Kulturbesitz	81,12	85,21	189 928	188 859	196 636
- aus Kap. 0405 Tit. 685 31			*96 567*	*95 498*	*92 571*
- aus Kap. 0405 Tit. 894 31			*13 161*	*13 161*	*13 161*
- aus Kap. 0405 Tit. 894 32			*80 200*	*80 200*	*90 904*

0405 Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 685 31 (Titelgruppe 03)

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
Projektförderung					
1. Hamburger Bahnhof			938	938	938
2. Ermittlung und Präsentation der Sammlungsgegenstände hinsichtlich der historischen deutschen Siedlungsgebiete			154	154	154
3. Forschung und Entwicklung			2 370	2 370	-
Zusammen			3 462	3 462	1 092
Insgesamt			193 390	192 321	197 728
- Summe Tit. 685 31			*100 029*	*98 960*	*93 663*
- Summe Tit. 894 31			*13 161*	*13 161*	*13 161*
- Summe Tit. 894 32			*80 200*	*80 200*	*90 904*

Wirtschaftsplan siehe Anlage zum Kapitel 0405.

Zu 1.:
Unterstützung des Landes Berlin durch Übernahme des Finanzierungsanteils des Hamburger Bahnhofs.

Der Gesamtfinanzierungsanteil ergibt sich als rechnerische Größe aus den vom Bund finanzierten Anteilen des Betriebs- und des Bauhaushaltes der Stiftung.

Bis zum 31.12.2012 nicht verbrauchte Selbstbewirtschaftungsmittel: 19 600 T€.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
685 32 -186	Deutsche Digitale Bibliothek	1 300	1 300	1 300

Haushaltsvermerk:

Aus den Ausgaben dürfen auch sächliche Verwaltungsausgaben geleistet werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
685 33 -186	Koordinierungsstelle für das schriftliche Kulturerbe	500	500	451

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Aus den Ausgaben dürfen auch Personalausgaben, sächliche Verwaltungsausgaben und Projektmittel einer Koordinierungsstelle für verstärkten Schutz des gefährdeten schriftlichen Kulturgutes gezahlt werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
894 31 -183	Zuschüsse für Investitionen	13 161	13 161	13 161

Haushaltsvermerk:

Die Mittel dürfen bis zur Höhe von 20 Prozent des Zuwendungsbetrages zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
Beschaffungen von Ausrüstungsgegenständen	13 161

Bis zum 31.12.2012 nicht verbrauchte Selbstbewirtschaftungsmittel: - T€.

Zuwendungsempfänger: Zusammenstellung siehe Erläuterungen zu Tit. 685 31.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 03

894 32 -183	Zuschüsse für Investitionen	80 200	80 200 *10 000*	90 904

Verpflichtungsermächtigung.. 74 500 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 29 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 32 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 11 000 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.. 2 000 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu.. 500 T€

Haushaltsvermerk:

Die Mittel dürfen in Höhe des Zuwendungsbetrages zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.

Erläuterungen:

Bis zum 31.12.2012 nicht verbrauchte Selbstbewirtschaftungsmittel: 23 059 T€.

Zuwendungsempfänger: Zusammenstellung siehe Erläuterungen zu Tit. 685 31.

894 33 -183	Zuschüsse für Erwerbungen	-	-	-

Titelgruppe 04

Tgr. 04	Deutsche Nationalbibliothek	(47 675)	(51 456)	

Haushaltsvermerk:

1. Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 684 12.
2. Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 684 22 und 685 17.
3. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.
4. Die Mittel dürfen bis zur Höhe von 20 Prozent des Zuwendungsbetrages zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.

Erläuterungen:

Bis zum 31.12.2012 nicht verbrauchte Selbstbewirtschaftungsmittel: 9 976 T€.

685 41 -162	Beitrag an die Deutsche Nationalbibliothek	45 320	49 101	42 664

Erläuterungen:

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	Finanzierungsanteil in Prozent ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
Institutionelle Förderung/Zuschüsse an Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO					
Deutsche Nationalbibliothek..	94,72	100,00	47 675	46 456	45 019
- aus Kap. 0405 Tit. 685 41...			*45 320*	*44 101*	*42 664*
- aus Kap. 0405 Tit. 894 41...			*2 355*	*2 355*	*2 355*
Projektförderung					
1. Digitalisierung..			-	5 000	-

0405 Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 685 41 (Titelgruppe 04)

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
Insgesamt			47 675	51 456	45 019
- Summe Tit. 685 41			*45 320*	*49 101*	*42 664*
- Summe Tit. 894 41			*2 355*	*2 355*	*2 355*

Wirtschaftsplan siehe Anlage zum Kapitel 0405.

Die "Deutsche Nationalbibliothek" unterhält Standorte in Frankfurt/Main und Leipzig.

Zu 1.:
Im Regelfall sind die Mittel für vom Bund mitfinanzierte Einrichtungen zu verwenden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
712 41 -162	Baumaßnahmen von mehr als 2 000 000 € im Einzelfall	-	-	-
894 41 -162	Zuschüsse für Beschaffungen	2 355	2 355	2 355

Erläuterungen:

Beschaffung von Ausrüstungsgegenständen.

Zuwendungsempfänger: Zusammenstellung siehe Erläuterungen zu Tit. 685 41.

Titelgruppe 05

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
Tgr. 05	Förderung deutscher Künstler	(3 510)	(5 729)	

Haushaltsvermerk:

1. Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 684 12.
2. Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 684 22 und 685 17.
3. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
687 51 -187	Förderung deutscher Künstler im Ausland	3 025	2 996	2 974

Erläuterungen:

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
Institutionelle Förderung/Zuschüsse an Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO					
Inland					
1.1 Deutsche Akademie Villa Massimo	99,74	100,00	2 132	1 535	600
- aus Kap. 0405 Tit. 687 51			*2 132*	*1 535*	*600*
1.2 Studienzentrum Venedig	100,00	100,00	510	386	212
- aus Kap. 0405 Tit. 687 51			*510*	*386*	*212*
Ausland					
1.1 Deutsche Akademie Villa Massimo	99,74	100,00	-	597	1 440
- aus Kap. 0405 Tit. 687 51			-	*597*	*1 440*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 687 51 (Titelgruppe 05)

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	Finanzierungsanteil in Prozent ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
1.2 Studienzentrum Venedig	100,00	100,00	-	105	349
- aus Kap. 0405 Tit. 687 51			*-*	*105*	*349*
Zusammen			2 642	2 623	2 601
- Summe Tit. 687 51			*2 642*	*2 623*	*2 601*
Projektförderung					
2.2 Villa Romana e. V., Florenz			180	170	170
2.3 Villa Aurora, Los Angeles/Berlin			203	203	203
2.4 Deutsche Kulturakademie in Istanbul "Villa Tarabya"			-	-	-
Zusammen			383	373	373
Insgesamt			3 025	2 996	2 974
- Summe Tit. 687 51			*3 025*	*2 996*	*2 974*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
739 51 -187	Baumaßnahmen von mehr als 1 000 000 € im Einzelfall	-	-	-
812 51 -183	Erwerb zeitgenössischer Kunst	485	485	465

Verpflichtungsermächtigung .... 100 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 60 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 40 T€

Haushaltsvermerk:

1. Einnahmen aus dem Verleih der Werke sowie aus Schadenersatzleistungen fließen den Ausgaben zu.
2. Aus den Ausgaben dürfen auch sächliche Verwaltungsausgaben geleistet werden.

Erläuterungen:

Aufgrund von Empfehlungen einer unabhängigen Auswahlkommission werden zur Künstlerförderung Werke deutscher und zeitgenössischer bildender Künstlerinnen und Künstler für die "Sammlung zeitgenössischer Kunst des Bundes" erworben.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
894 51 -187	Zuschüsse für Investitionen	-	2 248	-

Haushaltsvermerk:

Die Mittel dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.

Titelgruppe 06

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
Tgr. 06	Pflege des Geschichtsbewusstseins	(71 213)	(74 465) *(12 769)*	

Haushaltsvermerk:

1. Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 684 12.

0405 Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 06

2. Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 684 22 und 685 17.
3. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.

632 61 -249	Erstattung an das Land Berlin für die Deutsche Dienststelle für die Benachrichtigung der nächsten Angehörigen von Gefallenen der ehemaligen Deutschen Wehrmacht in Berlin-Borsigwalde (WASt)	15 468	16 765	14 900

Erläuterungen:

Gemäß § 2 der mit dem Senat von Berlin abgeschlossenen Verwaltungsvereinbarung vom 9. Januar/21. März 1951 erstattet der Bund dem Land Berlin sämtliche Aufwendungen der WASt, soweit diese nicht durch eigene Einnahmen gedeckt werden.

Die Einnahmen und Ausgaben der Dienststelle sind bei Kap. 1169 des Landeshaushalts Berlin veranschlagt.

684 61 -249	Finanzierung des Internationalen Suchdienstes Bad Arolsen	13 813	14 294	14 463

Erläuterungen:

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	Finanzierungsanteil in Prozent ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
Institutionelle Förderung/Zuschüsse an Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO					
Internationaler Suchdienst Bad Arolsen (ISD)	100,00	100,00	13 813	14 294	14 463
- aus Kap. 0405 Tit. 684 61			*13 813*	*14 294*	*14 463*
- aus Kap. 0603 Tit. 684 38			-	-	-

Wirtschaftsplan siehe Anlage zum Kapitel 0405.

Dem Internationalen Suchdienst in Bad Arolsen (ISD) obliegt die Sammlung und Aufbewahrung von Unterlagen über ehemalige ausländische und deutsche Insassen von nationalsozialistischen Konzentrations- und Arbeitslagern und über verschleppte Personen (DPs) sowie die Erteilung von Auskünften und Bescheinigungen aus diesen Unterlagen. Das Personal des ISD erhält Entgelte nach dem Tarifvertrag für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei den Stationierungsstreitkräften.

685 61 -195	Einrichtungen und Aufgaben	36 062	35 439	30 250

Verpflichtungsermächtigung.. 6 525 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 3 200 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu... 2 175 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu... 1 150 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben zu Nr. 2.8 der Erläuterungen sind übertragbar.
2. Nach § 63 Abs. 3 Satz 1 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.
3. Aus den Ausgaben zu Nr. 2.8 der Erläuterungen dürfen auch Investitionsausgaben geleistet werden.
4. Aus den Ausgaben zu **Nr. 2.13** der Erläuterungen dürfen auch sächliche Verwaltungsausgaben geleistet werden.
5. Die Mittel zu Nr. 1.2.1, 1.2.2, 1.2.3, 1.2.4, 1.2.5, 1.3.9, 1.4.1 und 1.4.2 der Erläuterungen dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 685 61 (Titelgruppe 06)

Erläuterungen:

Adresse und Bezeichnung		Finanzierungs-anteil in Prozent		Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
		mit	ohne			
		Eigenmittel		1 000 €	1 000 €	1 000 €
1		2	3	4	5	6
Institutionelle Förderung/Zuschüsse an Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO						
1.1	Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur................................ *- aus Kap. 0405 Tit. 685 61*	47,21	100,00	2 966	3 410	2 840
1.1.3	Begegnungsstätte zur Aufarbeitung der SED Diktatur............... *- aus Kap. 0405 Tit. 685 61*			-	-	-
1.2	**Einrichtungen zur Erinnerung an bedeutende Politiker:**			**(5 358)**	**(5 209)**	**(4 901)**
1.2.1	Stiftung Bundeskanzler-Adenauer Haus.................................... *- aus Kap. 0405 Tit. 685 61*	97,70	100,00	1 335	1 322	922
1.2.2	Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte in Heidelberg.. *- aus Kap. 0405 Tit. 685 61*	94,62	100,00	774	767	739
1.2.3	Otto-von-Bismarck-Stiftung, Friedrichsruh................................. *- aus Kap. 0405 Tit. 685 61*	95,53	95,36	825	767	738
1.2.4	Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus........................ *- aus Kap. 0405 Tit. 685 61*	98,36	100,00	874	816	1 008
1.2.5	Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung.. *- aus Kap. 0405 Tit. 685 61*	97,14	100,00	1 550	1 537	1 494
1.3	**Gedenkstätten:**			**(17 835)**	**(17 613)**	**(17 572)**
1.3.1	Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora........................ *- aus Kap. 0405 Tit. 685 61..* *- aus Kap. 0405 Tit. 894 61 (Baumaßnahmen)..........................*	45,89	47,79	2 695 *2 590* *105*	2 695 *2 590* *105*	2 695 *2 590* *105*
1.3.2	Verein "Erinnern für die Zukunft" Trägerverein des Hauses der Wannsee-Konferenz e. V., Berlin.. *- aus Kap. 0405 Tit. 685 61*	46,69	50,00	770	770	765
1.3.3	Topographie des Terrors... *- aus Kap. 0405 Tit. 685 61*	48,71	50,00	1 419	1 419	1 419
1.3.4	Gedenkstätte Deutscher Widerstand.. *- aus Kap. 0405 Tit. 685 61*	69,93	70,14	1 760	1 760	1 737
1.3.5	Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten und Leistikowstraße. *- aus Kap. 0405 Tit. 685 61..* *- aus Kap. 0405 Tit. 894 61 (Baumaßnahmen)..........................*	49,01	50,00	2 226 *2 200* *26*	2 126 *2 100* *26*	2 126 *2 100* *26*
1.3.6	Deutsch-Deutsches Museum, Mödlareuth................................. *- aus Kap. 0405 Tit. 685 61*	24,93	41,42	84	84	84
1.3.7	Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen................................... *- aus Kap. 0405 Tit. 685 61..* *- aus Kap. 0405 Tit. 894 61..*	41,96	50,00	750 *750* -	750 *750* -	700 *700* -
1.3.8	Sächsische Gedenkstätten und Jugendwerkhof Torgau............ *- aus Kap. 0405 Tit. 685 61*	41,44	41,55	1 009	924	879
1.3.9	Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas................. *- aus Kap. 0405 Tit. 685 61..* *- aus Kap. 0405 Tit. 894 61..* *- aus Kap. 0405 Tit. 894 62..*	95,03	100,00	3 116 *3 026* *90* -	3 094 *3 004* *90* -	3 256 *3 166* *90* -
1.3.10	Stiftung Berliner Mauer.. *- aus Kap. 0405 Tit. 685 61*	47,04	50,00	931	916	916
1.3.12	KZ-Gedenkstätte Neuengamme... *- aus Kap. 0405 Tit. 685 61*	25,23	26,37	725	725	725
1.3.13	Bayerische KZ-Gedenkstätten/Flossenbürg und Dachau........... *- aus Kap. 0405 Tit. 685 61*	34,53	37,50	1 200	1 200	1 120
1.3.14	Niedersächsische KZ-Gedenkstätten/Bergen Belsen................ *- aus Kap. 0405 Tit. 685 61*	37,33	40,45	1 000	1 000	1 000
1.3.16	Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn.............................. *- aus Kap. 0405 Tit. 685 61*	22,20	22,29	150	150	150
1.4	**Historische Museen und Einrichtungen:**			**(3 142)**	**(2 301)**	**(1 341)**

0405 Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 685 61 (Titelgruppe 06)

Adresse und Bezeichnung		Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	Finanzierungsanteil in Prozent ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1		2	3	4	5	6
1.4.1	Alliierten Museum, Berlin	96,42	98,82	1 750	1 305	331
	- aus Kap. 0405 Tit. 685 61			*1 709*	*1 264*	*290*
	- aus Kap. 0405 Tit. 894 61			*41*	*41*	*41*
1.4.2	Historische Stätte Karlshorst	97,00	98,07	1 292	896	910
	- aus Kap. 0405 Tit. 685 61			*1 282*	*886*	*900*
	- aus Kap. 0405 Tit. 894 61			*10*	*10*	*10*
1.4.3	Hambacher Schloss	14,99	34,84	100	100	100
	- aus Kap. 0405 Tit. 685 61					
Zusammen				29 301	28 533	26 654
- Summe Tit. 685 61				*29 029*	*28 261*	*26 382*
- Summe Tit. 894 61				*272*	*272*	*272*
- Summe Tit. 894 62				-	-	-
Projektförderung						
2.1	Europäisches Netzwerk			300	300	253
2.2	Kosten für Sachverständige			3	3	3
2.4	Zentralarchiv Podolsk			150	150	150
2.8	Gedenkstättenkonzept			5 930	5 925	2 948
2.10	Sonstiges			300	400	116
2.12	Forschung			200	200	200
2.13	Zeitzeugenbüro			150	200	198
Zusammen				7 033	7 178	3 868
Insgesamt				36 334	35 711	30 522
- Summe Tit. 685 61				*36 062*	*35 439*	*30 250*
- Summe Tit. 894 61				*272*	*272*	*272*
- Summe Tit. 894 62				-	-	-

Wirtschaftspläne zu 1.1, 1.3.1 und 1.3.9 siehe Anlage zum Kapitel 0405.

Bezeichnung	1 000 €
zu 2.1 Europäisches Netzwerk	
Verpflichtungsermächtigung	
davon fällig:	75
im Haushaltsjahr 2015 bis zu	50
im Haushaltsjahr 2016 bis zu	25
zu 2.8 Gedenkstättenkonzept	
Verpflichtungsermächtigung	
davon fällig:	6 000
im Haushaltsjahr 2015 bis zu	3 000
im Haushaltsjahr 2016 bis zu	2 000
im Haushaltsjahr 2017 bis zu	1 000
zu 2.13 Zeitzeugenbüro	
Verpflichtungsermächtigung	
davon fällig:	450
im Haushaltsjahr 2015 bis zu	150
im Haushaltsjahr 2016 bis zu	150
im Haushaltsjahr 2017 bis zu	150

Bis zum 31.12.2012 nicht verbrauchte Selbstbewirtschaftungsmittel: 4 118 T€.

685 62 -187	Historische Jahrestage/Jubiläen	550	-	-

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 06

685 63 -195	Zuschuss an die Gemeinsame Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen	338		

Haushaltsvermerk:

1. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

2. Aus den Ausgaben dürfen auch sächliche Verwaltungsausgaben geleistet werden.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Kosten der Sitzungen der Historikerkommission	35
2. Projektförderungen	303
Zusammen	338

Übernahme der Aufgabe durch BKM gemäß Vereinbarung mit BMI.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0602 Tit. 685 15	338	376

894 61 -195	Zuschüsse für Investitionen	3 482	7 967	7 863

Haushaltsvermerk:

Die Mittel dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.

Erläuterungen:

Einjährige Maßnahmen	1 000 €
1.3.1 Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora	105
1.3.5 Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten	26
1.3.9 Denkmal für die ermordeten Juden Europas	90
1.4.1 Alliierten Museum	41
1.4.2 Historische Stätte Karlshorst	10
1.4.3 Ludwig Erhard Haus Fürth	-
Zusammen	272

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamtausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Nach 2013 übertragene Ausgabereste 1 000 €	Veranschlagt 2014 1 000 €	Vorbehalten für 2015 ff 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7
2. Projektförderung						
2.1 Neue Wache	1 732	1 713	19	-	-	-
2.2 Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora	20 378	15 102	686	-	686	3 904
2.4 Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten	31 315	23 893	824	-	724	5 874
2.5 Gedenkstätte Berliner Mauer	1 376	1 376	-	-	-	-
2.6 Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen	8 255	8 255	-	-	-	-
2.7 Dokumentationszentrum München	9 400	3 934	3 666	-	1 800	-
2.8 Sonderinvestitionsprogramm	9 000	8 000	1 000	-	-	-
Zusammen	81 456	62 273	6 195	-	3 210	9 778

Bis zum 31.12.2012 nicht verbrauchte Selbstbewirtschaftungsmittel: 20 676 T€.

Zuwendungsempfänger: Zusammenstellung siehe Erläuterungen zu Tit. 685 61.

0405 Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 06

894 62 -195	Baumaßnahme Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas	-	-	-

Erläuterungen:

Zuwendungsempfänger: Zusammenstellung siehe Erläuterungen zu Tit. 685 61.

894 63 -195	Baumaßnahme Topographie des Terrors	-	- *661*	-

Haushaltsvermerk:

Erstattungen des Landes Berlin fließen den Ausgaben zu.

894 65 -195	Baumaßnahme Freiheits- und Einheitsdenkmal	1 500	- *12 108*	567

Verpflichtungsermächtigung..

fällig im Haushaltsjahr 2016 bis zu... 500 T€

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamt-ausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Nach 2013 übertra-gene Aus-gabereste 1 000 €	Veran-schlagt 2014 1 000 €	Vorbe-halten für 2015 ff 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7
Projektförderung..	-					
1. Freiheits- und Einheitsdenkmal Berlin...	10 000	537	-	7 463	1 500	500
2. Freiheits- und Einheitsdenkmal Leipzig.......................................	5 000	355	-	4 645	-	-
Zusammen..	15 000	892	-	12 108	1 500	500

Titelgruppe 07

Tgr. 07	Förderung kultureller Maßnahmen im Rahmen des § 96 Bundesvertriebenengesetz (BVFG) und kulturelles Eigenleben fremder Volksgruppen	(21 680)	(21 046)	

Haushaltsvermerk:

1. Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 684 12.
2. Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 684 22 und 685 17.
3. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.

632 71 -164	Zweckgebundene Zuweisungen an die Länder für Mitgliedseinrichtungen der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz e. V. (WGL)	2 277	2 223	2 182

Haushaltsvermerk:

Die Mittel dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.

Dies gilt, wenn und soweit das zuwendungsgebende Sitzland seinen Finanzierungsanteil ebenfalls überjährig zur Verfügung stellt.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 632 71 (Titelgruppe 07)

Erläuterungen:

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
WGL-Einrichtungen					
1. **Hessen**			**(3 362)**	**(3 663)**	**(2 282)**
1.1 Herder-Institut e. V. Marburg		50,00	3 362	3 663	2 282
- aus Kap. 0405 Tit. 632 71			*2 277*	*2 223*	*2 182*
- aus Kap. 0405 Tit. 882 71			*1 085*	*1 440*	*100*
1.2 Herder-Institut e. V. Marburg - Wettbewerbsmittel			-	-	-
- aus Kap. 0405 Tit. 632 71					
Zusammen			3 362	3 663	2 282
- Summe Tit. 632 71			*2 277*	*2 223*	*2 182*
- Summe Tit. 882 71			*1 085*	*1 440*	*100*

Die Länder gewähren den Einrichtungen Zuwendungen zur institutionellen Förderung. Die Förderung des Bundes erfolgt durch zweckgebundene Zuweisungen an die Sitzländer.

Bis zum 31.12.2012 nicht verbrauchte Selbstbewirtschaftungsmittel: 0 T€.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
684 71 -246	Förderung der Erhaltung und Auswertung deutscher Kultur und Geschichte im östlichen Europa	11 968	12 085	11 048

Verpflichtungsermächtigung .... 2 050 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 1 050 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 850 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu .... 150 T€

Haushaltsvermerk:

1. Aus den Ausgaben sind auch die Kosten für Publikationen zu leisten.
2. Die Mittel dürfen bis zur Höhe von 1 500 T€ zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.

Erläuterungen:

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
Institutionelle Förderung/Zuschüsse an Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO					
1.1 Institut für deutsche Kultur und Geschichte in Südosteuropa e. V.	94,67	100,00	700	676	657
- aus Kap. 0405 Tit. 684 71					
1.4 Adalbert Stifter Verein e. V.	97,23	100,00	518	512	522
- aus Kap. 0405 Tit. 684 71					
1.5 Stiftung Kunstforum Ostdeutsche Galerie	47,17	50,34	620	614	593
- aus Kap. 0405 Tit. 684 71					
1.9 Ostpreußisches Landesmuseum	66,49	87,90	675	647	655
- aus Kap. 0405 Tit. 684 71			*675*	*647*	*655*
- aus Kap. 0405 Tit. 893 72			-	-	-
1.11 Pommersches Landesmuseum	45,13	54,03	670	666	670
- aus Kap. 0405 Tit. 684 71					
1.12 Schlesisches Museum zu Görlitz	48,21	54,02	570	565	580
- aus Kap. 0405 Tit. 684 71					
1.14 Westpreußisches Landesmuseum	81,88	83,79	598	592	603
- aus Kap. 0405 Tit. 684 71			*598*	*592*	*603*
- aus Kap. 0405 Tit. 893 72			-	-	-

0405 Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 684 71 (Titelgruppe 07)

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
1.15 Stiftung Martin-Opitz-Bibliothek *- aus Kap. 0405 Tit. 684 71*	68,21	68,59	650	644	605
1.16 Institut für Kultur und Geschichte der Deutschen in Nordosteuropa e. V. *- aus Kap. 0405 Tit. 684 71*	98,71	100,00	1 274	1 259	1 209
1.19 Donauschwäbisches Zentralmuseum *- aus Kap. 0405 Tit. 684 71*	56,66	58,86	472	468	485
1.20 Deutsches Kulturforum *- aus Kap. 0405 Tit. 684 71*	97,31	100,00	1 229	1 217	1 180
Zusammen			7 976	7 860	7 759
- Summe Tit. 684 71			*7 976*	*7 860*	*7 759*
- Summe Tit. 893 72			-	-	-
Projektförderung					
2.1 Siebenbürgisches Museum e. V.			-	-	131
2.2 sonstige Projektförderung			3 192	3 425	2 494
2.3 Akademisches Förderprogramm			800	800	664
Zusammen			3 992	4 225	3 289
Insgesamt			11 968	12 085	11 048
- Summe Tit. 684 71			*11 968*	*12 085*	*11 048*
- Summe Tit. 893 72			-	-	-

Bezeichnung	1 000 €
zu 2.2 sonstige Projektförderung	
Verpflichtungsermächtigung	1 250
davon fällig	
im Haushaltsjahr 2015	750
im Haushaltsjahr 2016	500
zu 2.3 Akademisches Förderprogramm	
Verpflichtungsermächtigung	800
davon fällig	
im Haushaltsjahr 2015 bis zu	300
im Haushaltsjahr 2016 bis zu	350
im Haushaltsjahr 2017 bis zu	150

Nach § 96 des Bundesvertriebenengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. August 2007 (BGBl. I S. 1902) haben der Bund und die Länder das Kulturgut der Vertreibungsgebiete zu pflegen und im Bewusstsein des gesamten deutschen Volkes und des Auslandes wachzuhalten.

Bis zum 31.12.2012 nicht verbrauchte Selbstbewirtschaftungsmittel: 551 T€.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
684 72 -187	Förderung des kulturellen Eigenlebens fremder Volksgruppen	854	852	501

Haushaltsvermerk:

1. Aus den Ausgaben sind auch die Kosten für Publikationen und Öffentlichkeitsarbeit zu leisten.
2. Aus den Ausgaben dürfen auch sächliche Verwaltungsausgaben geleistet werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 684 72 (Titelgruppe 07)

Erläuterungen:

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
Institutionelle Förderung/Zuschüsse an Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO					
1.5 Tolstoi Hilfs- und Kulturwerk *- aus Kap. 0405 Tit. 684 72*	89,81	94,82	254	252	244
1.6 Dokumentationsstelle zur Kultur und Geschichte der Polen in Deutschland *- aus Kap. 0405 Tit. 684 72*	100,00	100,00	300	300	-
Zusammen			554	552	244
- Summe Tit. 684 72			*554*	*552*	*244*
Projektförderung					
2. Projektförderung			300	300	257
Insgesamt			854	852	501
- Summe Tit. 684 72			*854*	*852*	*501*

Zu 1.5:
Die Mittel dienen der Förderung von zentralen Einrichtungen und überregionalen Maßnahmen zur Erhaltung und Pflege des kulturellen Eigenlebens der aus dem Personenkreis der heimatlosen Ausländer (Gesetz über die Rechtsstellung heimatloser Ausländer vom 25. April 1951, BGBl. I S. 269) und der nichtdeutschen Flüchtlinge (Ratifikationsgesetz zur Genfer Flüchtlingskonvention vom 1. September 1953, BGBl. II S. 559) in der Bundesrepublik Deutschland entstandenen fremden Volksgruppen - ohne Rücksicht auf den personalen Rechtsstatus der einzelnen Angehörigen der jeweiligen ethnischen Gruppe - insbesondere mit Bezug auf die Europäische Menschenrechtskonvention (Gesetz vom 7. August 1952, BGBl. II S. 685), die Konvention gegen Rassendiskriminierung (Gesetz vom 9. Mai 1969, BGBl. II S. 961) und das Gesetz zum Internationalen Pakt vom 19. Dezember 1966 über bürgerliche und politische Rechte (BGBl. II S. 1533).

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
686 71 -246	Förderung des kulturellen Austausches mit Bezug auf die Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa	100	100	165

Verpflichtungsermächtigung .... 50 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 25 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 25 T€

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
687 72 -246	Hilfen zur Sicherung und Erhaltung deutschen Kulturguts der historischen Siedlungsgebiete im östlichen Europa	496	496	394

Verpflichtungsermächtigung .... 256 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 128 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 128 T€

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind veranschlagt zur Sicherung von bibliothekarischen und archivarischen Beständen sowie zur Erhaltung sonstigen deutschen Kulturguts in den früheren ostdeutschen Provinzen Pommern, Ostpreußen, Westpreußen, Schlesien und in den deutschen Siedlungsgebieten in ostmittel-, ost- und südosteuropäischen Ländern. Die Mittel dienen insbesondere der Substanzerhaltung und dem Wiederaufbau von unbeweglichen deutschen Kulturdenkmälern sowie der Verfilmung, Restaurierung oder sonstigen Sicherung von Archiv- und Bibliotheksgut.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
687 73 -246	Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung	-	3 750	-

Erläuterungen:

Weniger wegen Veranschlagung bei Kap. 0405 Tit. 685 21, Nr. 1.2.3.

0405 Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 07

882 71 -164	Mehrjähriges Bauprojekt Herder-Institut e. V. Marburg	1 085	1 440	100

Erläuterungen:

WGL-Einrichtungen: Zusammenstellung siehe Erläuterungen zu Tit. 632 71.

893 72 -246	Aus- und Neubau sowie Ausstattung von Landesmuseen und anderen überreg. Einrichtungen zur Präsentation deutscher Kultur der historischen Siedlungsgebiete im östlichen Europa	4 900	100	-

Erläuterungen:

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	Finanzierungsanteil in Prozent ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
Projektförderung					
6. Zentrales Sudetendeutsches Museum..			4 900	-	-

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamtausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Nach 2013 übertragene Ausgabereste 1 000 €	Veranschlagt 2014 1 000 €	Vorbehalten für 2015 ff 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7
Projektförderung						
2. Ostpreußisches Landesmuseum mit deutsch-baltischer Abteilung..	2 594	2 594	-	-	-	-
5. Westpreußisches Landesmuseum..	1 350	1 350	-	-	-	-
6. Zentrales Sudetendeutsches Museum.......................................	10 000	-	100		4 900	5 000
Zusammen...	13 944	3 944	100	-	4 900	5 000

Bis zum 31.12.2012 nicht verbrauchte Selbstbewirtschaftungsmittel: 3 967 T€.

Zuwendungsempfänger: Zusammenstellung siehe Erläuterungen zu Tit. 684 71.

Titelgruppe 09

Tgr. 09	Auslandsrundfunk (Hörfunk und Fernsehen)	(285 345)	(283 580)	

Haushaltsvermerk:

1. Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 684 12.
2. Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 684 22 und 685 17.

685 91 -772	Zuschuss an die Rundfunkanstalt "Deutsche Welle"	265 930	263 865	257 938

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben der institutionellen Förderung sind in Höhe von 13 715 T€ mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 894 91.
2. Die Mittel dürfen bis zur Höhe von 20 Prozent des Zuweisungsbetrages zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.

   Die Bestimmungen des Deutsche-Welle-Gesetzes zur Haushaltswirtschaft und der Finanzordnung der Deutschen Welle bleiben hiervon unberührt.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 685 91 (Titelgruppe 09)

Erläuterungen:

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungs-anteil in Prozent mit Eigenmittel	ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
Institutionelle Förderung/Zuschüsse an Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO					
Deutsche Welle	98,31	100,00	279 205	277 180	271 121
- aus Kap. 0405 Tit. 685 91			*265 490*	*263 465*	*257 406*
- aus Kap. 0405 Tit. 894 91			*13 715*	*13 715*	*13 715*
Projektförderung					
2. Zuwendung für die Alterversorgung der ehemaligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des DWFZ			440	400	532
Insgesamt			279 645	277 580	271 653
- Summe Tit. 685 91			*265 930*	*263 865*	*257 938*
- Summe Tit. 894 91			*13 715*	*13 715*	*13 715*

Wirtschaftsplan siehe Anlage zum Kapitel 0405.

Bis zum 31.12.2012 nicht verbrauchte Selbstbewirtschaftungsmittel: 527 T€.

685 92 -772	Kosten der Neuordnung im Rundfunkbereich	5 700	6 000	5 157

Erläuterungen:

Versorgungsleistungen insbesondere für ehemalige DLF-Bedienstete und Beihilfen für ehemalige DLF- und RIAS-Bedienstete.

894 91 -772	Zuschuss für Investitionen der Rundfunkanstalt "Deutsche Welle"	13 715	13 715	13 715

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind in Höhe von 13 715 T€ mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 685 91.
2. Die Mittel dürfen bis zur Höhe von 5 000 T€ zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.

Erläuterungen:

Einjährige Maßnahmen	1 000 €
1. Rundfunktechnische Investitionen	10 000
2. Kfz-Beschaffungen	-
3. Beschaffungen sonstiger Ausrüstungsgegenstände	-
4. Sonstige Investitionen	3 715
Zusammen	13 715

Bis zum 31.12.2012 nicht verbrauchte Selbstbewirtschaftungsmittel: 2 500 T€.

Zuwendungsempfänger: Zusammenstellung siehe Erläuterungen zu Tit. 685 91.

0405 Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Flexibilisierte Ausgaben			
	Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG			
	Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3	16 811	16 561 *1 725*	15 475
	Aus Hauptgruppe 5	2 575	2 412 *1 785*	2 118
	Aus Hauptgruppe 7	-	-	-
	Aus Hauptgruppe 8	1 560	125 *1 110*	287
	Zusammen	20 946	19 098 *4 620*	17 880
F ***421 01*** *-011*	*Bezüge der Staatsministerin*	*127*	*127*	*129*
F *422 01 -011*	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*8 418*	*8 318*	*7 695*
F *422 02 -011*	*Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte*	*-*	*-*	*113*
F *424 01 -011*	*Zuführung an die Versorgungsrücklage* *Erläuterungen:* *Die Ausgaben sind nur für die Kap. 0405 bis 0408 veranschlagt.*	*430*	*180*	*238*
F *427 09 -011*	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*521*	*511*	*789*
F *428 01 -011*	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*4 694*	*4 515*	*4 102*
F *441 01 -840*	*Beihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften* *Erläuterungen:* *Die Ausgaben sind nur für die Kap. 0405 bis 0408 veranschlagt.*	*1 600*	*1 687*	*1 574*
F *443 01 -840*	*Fürsorgeleistungen und Unterstützungen* *Erläuterungen:* *Die Ausgaben sind nur für die Kap. 0405 bis 0408 veranschlagt.*	*15*	*15*	*14*
F *443 02 -313*	*Inanspruchnahme überbetrieblicher betriebsärztlicher und sicherheitstechnischer Dienste, von Betriebsärztinnen und Betriebsärzten sowie Fachkräften für Arbeitssicherheit* *Erläuterungen:* *Die Ausgaben sind nur für die Kap. 0405 bis 0408 veranschlagt.*	*100*	*110*	*72*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 452 02 -223	*Unfallkasse des Bundes*	*249*	*249*	*234*

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind nur für die Kap. 0405 bis 0408 veranschlagt.

F 453 01 -011	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	*40*	*49*	*52*
F 511 01 -011	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände*	*233*	*223*	*252*
F 514 01 -011	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*	*30*	*30*	*30*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*Soll 2014*	*Soll 2013*
personengebundene Pkw	*1*	*1*

F 517 01 -011	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	*580*	*386*	*330*
F 518 01 -011	*Mieten und Pachten*	*55*	*34*	*33*
F 519 01 -011	*Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen*	*10*	*10*	*32*
F 525 01 -011	*Aus- und Fortbildung*	*29*	*29*	*17*
F 526 01 -011	*Gerichts- und ähnliche Kosten*	*40*	*19*	*44*
F 526 02 -011	*Sachverständige*	*50*	*75*	*30*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Fremdsprachliche Übersetzungen außerhalb des Hauses sowie Dolmetscherkosten	*40*
2. Gutachten	*9*
3. Sonstiges	*1*
Zusammen	*50*

0405 Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 526 03 -011	*Ausgaben für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen*	*20*	*20*	*28*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Ankaufkommission der Sammlung zeitgenössischer Kunst der Bundesrepublik Deutschland...	*16*
2. Sachverständigenausschuss für die Denkmalschutzförderung.......	*1*
3. Beirat bei dem Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik...	*3*
4. Medienwissenschaftlicher Beirat beim BKM..................................	*-*
Zusammen..	*20*

Aus diesen Ausgaben dürfen auch die Kosten für die Drucklegung von Gutachten und ihren Ankauf sowie die Vorbereitung von Sitzungen durch Anschaffung von Materialien und anderen Unterlagen geleistet werden.

F 527 01 -011	*Dienstreisen*	*700*	*600*	*673*
F 527 03 -011	*Reisen in Angelegenheiten der Personalvertretungen und der Gleichstellungsbeauftragten sowie in Vertretung der Interessen schwerbehinderter Menschen*	*180*	*127*	*173*

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind nur für die Kap. 0405 bis 0408 veranschlagt.

F 531 03 -011	*Abgeltung von Ansprüchen nach dem Urheberrecht*	*25*	*18*	*26*
F 539 99 -011	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*30*	*30*	*39*
F 543 01 -011	*Veröffentlichung und Dokumentation*	*30*	*30*	*-*
F 545 01 -011	*Konferenzen, Tagungen, Messen und Ausstellungen*	*10*	*3*	*-*

Erläuterungen:

Veranstaltung von Konferenzen, Symposien, Tagungen, Schulungen von Zuwendungsempfängern und Besprechungen. Die Veranstaltungen dienen unter anderem der kultur- und medienpolitischen Diskussion, dem Erfahrungsaustausch, der Beratung von Gremien und der Information der Zuwendungsempfänger, um die Einhaltung des Zuwendungsrechts sicherzustellen.

Aus dem Mittelansatz dürfen auch Ausgaben für außergewöhnlichen Aufwand geleistet werden.

F 546 88 -012	*Förderung des Vorschlagwesens*	*3*	*3*	*4*

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind nur für die Kap. 0405 bis 0408 veranschlagt.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 634 03 -011	*Zuweisungen an den Versorgungsfonds*	*617*	*800*	*463*
F 711 01 -011	*Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten*	*-*	*-*	*-*
F 811 01 -011	*Erwerb von Fahrzeugen*	*-*	*-*	*120*
F 812 01 -011	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke*	*10*	*20*	*125*
F 894 10 -011	*Zuschüsse für national bedeutsame Kulturinvestitionen*	*1 500*	*-*	*-*

Haushaltsvermerk:

1. *Die Fördermaßnahmen bedürfen der angemessenen Mitfinanzierung durch Länder, Kommunen oder Private.*
2. *Die Mittel dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.*

Erläuterungen:

Zuschuss zur Beseitigung von Hochwasserschäden der Stiftung Fürst-Pückler-Park, Bad Muskau, und des Klosters St. Marienthal, Ostritz.

Bis zum 31.12.2012 nicht verbrauchte Selbstbewirtschaftungsmittel: 4 868 T€.

Titelgruppe 55

Tgr. 55	Ausgaben für die Informationstechnik	(600)	(880)	
F 511 55 -011	*Geschäftsbedarf und Datenübertragung sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Software, Wartung*	*30*	*60*	*1*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Geschäftsbedarf	*3*
2. Kommunikation	*27*
3. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	*-*
Zusammen	*30*

F 518 55 -011	*Miete für Datenverarbeitungsanlagen, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Maschinen, Software*	*-*	*-*	*-*
F 525 55 -011	*Aus- und Fortbildung*	*9*	*9*	*-*
F 532 55 -011	*Ausgaben für Aufträge und Dienstleistungen*	*511*	*706*	*406*

0405 Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 812 55 -011	*Erwerb von Datenverarbeitungsanlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, Software*	*50*	*105*	*42*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Ersatzbeschaffung	
1.1 Hardware	*35*
1.2 Software	*10*
2. Sonstiges	*5*
Zusammen	*50*

Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel

685 13 -187	Computerspielepreis		300	197
894 19 -195	Wiederaufbau Stadtarchiv Köln		-	-

Nicht verbrauchte Selbstbewirtschaftungsmittel

Bis zum 31.12.2010 nicht verbrauchte Selbstbewirtschaftungsmittel, die keinem Titel im Haushalt 2014 zugeordnet werden können: 302 556 T€.

Dieser Betrag setzt sich wie folgt zusammen:

Ab Haushalt 2007 aus Tit. 894 10 "Zuschüsse für national bedeutsame Kulturinvestitionen" in Höhe von 302 556 T€

Anlage zu Kapitel 0405 - Wirtschaftspläne

Titel	aus Nr. ... Erläuterung	**Bezeichnung**
1	2	3
Tgr. 01		**Allgemeine kulturelle Angelegenheiten**
685 15	1.	Kulturveranstaltungen des Bundes in Berlin GmbH
685 17		Kulturstiftung des Bundes
Tgr. 02		**Kulturförderung im Inland**
683 21	1.1	Stiftung Deutsche Kinemathek (SDK), Berlin
685 21	1.1.3	Deutsche Schillergesellschaft e. V.
	1.2.1	Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland GmbH
	1.2.2	Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland
	1.2.3	Stiftung Deutsches Historisches Museum einschließlich Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung
	1.2.4	Klassik Stiftung Weimar
	1.2.5	Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg
	1.2.13	Akademie der Künste, Berlin
	1.2.16	Stiftung Jüdisches Museum
Tgr. 03		**Stiftung Preußischer Kulturbesitz**
685 31		Stiftung Preußischer Kulturbesitz
Tgr. 04		**Deutsche Nationalbibliothek**
685 41		Deutsche Nationalbibliothek
Tgr. 06		**Pflege des Geschichtsbewusstseins**
684 61		Internationaler Suchdienst Bad Arolsen (ISD)
685 61	1.1	Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
	1.3.1	Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora
	1.3.9	Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas

0405 Anlage 1
Wirtschaftspläne

Zu Tgr. 01 Tit. 685 15

1. Kulturveranstaltungen des Bundes in Berlin GmbH

Wirtschaftsplan	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4
Institutionelle Förderung			
1. Ausgaben	**32 707**	**42 247**	**43 128**
1.1 Personalausgaben	14 651	13 234	11 720
1.2 Sächliche Verwaltungsausgaben	17 697	18 654	31 039
1.3 Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	9	9	9
1.4 Ausgaben für Investitionen	350	10 350	360
2. Finanzierung der Ausgaben	**32 707**	**42 247**	**43 128**
2.1 Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	9 467	7 624	17 002
2.2 Zuwendungen anderer öffentlicher Zuwendungsgeber (ohne Bund)	-	1 700	19
2.3 Nicht verbrauchte Selbstbewirtschaftungsmittel			-
2.4 Zuwendung des Bundes	**23 240**	**32 923**	**26 107**
aus Kap. 0405 Tit. 685 15	*22 890*	*22 573*	*25 607*
aus Kap. 0405 Tit. 894 12	*350*	*10 350*	*500*
nachrichtlich: **Projektförderung**	3 559	2 559	2 359

Zu Tgr. 01 Tit. 685 17

Kulturstiftung des Bundes

Wirtschaftsplan	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4
Institutionelle Förderung			
1. Ausgaben	**35 000**	**40 000**	**33 803**
1.1 Personalausgaben	2 344	2 227	1 651
1.2 Sächliche Verwaltungsausgaben	2 571	2 810	2 050
1.3 Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	29 965	34 763	29 980
1.4 Ausgaben für Investitionen	120	200	122
2. Finanzierung der Ausgaben	**35 000**	**40 000**	**33 803**
2.1 Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	-	-	434
2.2 Nicht verbrauchte Selbstbewirtschaftungsmittel			-
2.3 Zuwendung des Bundes	**35 000**	**40 000**	**33 369**
aus Kap. 0405 Tit. 685 17	*35 000*	*40 000*	*33 369*

Zu Tgr. 02 Tit. 683 21

1.1 Stiftung Deutsche Kinemathek (SDK), Berlin

Wirtschaftsplan	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4
Institutionelle Förderung			
1. Ausgaben	**8 384**	**9 727**	**10 468**
1.1 Personalausgaben	3 319	3 246	3 240
1.2 Sächliche Verwaltungsausgaben	5 019	5 203	5 800
1.3 Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	6	1 208	1 088
1.4 Ausgaben für Investitionen	40	70	340
2. Finanzierung der Ausgaben	**8 384**	**9 727**	**10 468**
2.1 Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	810	800	841
2.2 Zuwendungen von Ländern	-	231	-
2.3 Zuwendungen anderer öffentlicher Zuwendungsgeber (ohne Bund)	50	-	698
2.4 Nicht verbrauchte Selbstbewirtschaftungsmittel			-
2.5 Zuwendung des Bundes	**7 524**	**8 696**	**8 929**
aus Kap. 0405 Tit. 683 21	*7 524*	*8 696*	*8 929*

Zu Tgr. 02 Tit. 685 21

1.1.3 Deutsche Schillergesellschaft e. V.

Wirtschaftsplan		Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1		2	3	4
Institutionelle Förderung				
1.	**Ausgaben**	**9 781**	**9 780**	**10 374**
1.1	Personalausgaben	6 234	6 234	5 855
1.2	Sächliche Verwaltungsausgaben	2 777	2 777	2 920
1.3	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	85	85	74
1.4	Ausgaben für Investitionen	685	684	1 505
1.5	Besondere Finanzierungsausgaben	-	-	20
2.	**Finanzierung der Ausgaben**	**9 781**	**9 780**	**10 374**
2.1	Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	526	526	836
2.2	Zuwendungen von Ländern	4 633	4 633	4 416
2.3	Zuwendungen von Gemeinden /Gemeindeverbänden	31	30	31
2.4	Nicht verbrauchte Selbstbewirtschaftungsmittel			-
2.5	**Zuwendung des Bundes**	**4 591**	**4 591**	**5 091**
	aus Kap. 0405 Tit. 685 21	*4 129*	*4 129*	*4 629*
	aus Kap. 0405 Tit. 894 21	*462*	*462*	*462*

Daneben werden auch Projekte vom Land und von Dritten gefördert.

Zu Tgr. 02 Tit. 685 21

1.2.1 Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland GmbH

Wirtschaftsplan		Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1		2	3	4
Institutionelle Förderung				
1.	**Ausgaben**	**27 340**	**20 165**	**20 437**
1.1	Personalausgaben	6 217	5 960	5 891
1.2	Sächliche Verwaltungsausgaben	20 143	13 214	12 994
1.3	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	10	21	8
1.4	Ausgaben für Investitionen	970	970	1 544
2.	**Finanzierung der Ausgaben**	**27 340**	**20 165**	**20 437**
2.1	Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	3 680	3 612	2 947
2.2	Zuwendungen anderer öffentlicher Zuwendungsgeber (ohne Bund)	-	-	1 208
2.3	Nicht verbrauchte Selbstbewirtschaftungsmittel			-
2.4	**Zuwendung des Bundes**	**23 660**	**16 553**	**16 282**
	aus Kap. 0405 Tit. 685 21	*22 690*	*15 583*	*15 312*
	aus Kap. 0405 Tit. 894 21	*970*	*970*	*970*

0405 Anlage 1 Wirtschaftspläne

Zu Tgr. 02 Tit. 685 21

1.2.2 Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland

Wirtschaftsplan		Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1		2	3	4
Institutionelle Förderung				
1.	**Ausgaben**	**22 291**	**22 177**	**20 021**
1.1	Personalausgaben	8 965	8 886	8 340
1.2	Sächliche Verwaltungsausgaben	12 065	12 040	10 283
1.3	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	10	-	39
1.4	Ausgaben für Investitionen	1 251	1 251	1 359
2.	**Finanzierung der Ausgaben**	**22 291**	**22 177**	**20 021**
2.1	Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	179	179	179
2.2	Nicht verbrauchte Selbstbewirtschaftungsmittel			-
2.3	**Zuwendung des Bundes**	**22 112**	**21 998**	**19 842**
	aus Kap. 0405 Tit. 685 21	*20 861*	*20 747*	*18 146*
	aus Kap. 0405 Tit. 894 21	*1 251*	*1 251*	*1 696*

Zu Tgr. 02 Tit. 685 21

1.2.3 Stiftung Deutsches Historisches Museum einschließlich Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung

Wirtschaftsplan		Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1		2	3	4
Institutionelle Förderung				
1.	**Ausgaben**	**51 667**	**49 046**	**49 636**
1.1	Personalausgaben	9 068	8 882	8 745
1.2	Sächliche Verwaltungsausgaben	37 866	37 931	39 486
1.3	Ausgaben für Investitionen	2 233	2 233	1 405
1.4	Besondere Finanzierungsausgaben	2 500	-	-
2.	**Finanzierung der Ausgaben**	**51 667**	**49 046**	**49 636**
2.1	Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	2 730	2 440	2 772
2.2	Nicht verbrauchte Selbstbewirtschaftungsmittel			-
2.3	**Zuwendung des Bundes**	**48 937**	**46 606**	**46 864**
	aus Kap. 0405 Tit. 685 21	*46 704*	*44 373*	*44 631*
	aus Kap. 0405 Tit. 894 21	*2 233*	*2 233*	*2 233*

Zu Tgr. 02 Tit. 685 21

1.2.4 Klassik Stiftung Weimar

Wirtschaftsplan		Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1		2	3	4
Institutionelle Förderung				
1.	**Ausgaben**	**26 686**	**26 736**	**25 430**
1.1	Personalausgaben	15 399	14 725	14 015
1.2	Sächliche Verwaltungsausgaben	10 742	11 227	9 889
1.3	Schuldendienst	63	-	74
1.4	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	282	55	609
1.5	Ausgaben für Investitionen	200	284	843
1.6	Besondere Finanzierungsausgaben	-	445	-
2.	**Finanzierung der Ausgaben**	**26 686**	**26 736**	**25 430**
2.1	Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	3 949	4 499	3 600
2.2	Zuwendungen von Ländern	10 596	10 096	10 484
2.3	Zuwendungen von Gemeinden /Gemeindeverbänden	2 045	2 045	2 045
2.4	Zuwendungen anderer öffentlicher Zuwendungsgeber (ohne Bund)	-	-	251
2.5	Nicht verbrauchte Selbstbewirtschaftungsmittel			504
2.6	**Zuwendung des Bundes**	**10 096**	**10 096**	**8 546**
	aus Kap. 0405 Tit. 685 21	*9 840*	*9 840*	*8 290*
	aus Kap. 0405 Tit. 894 21	*256*	*256*	*256*
nachrichtlich: **Projektförderung**		-	2 159	-

Zu Tgr. 02 Tit. 685 21

1.2.5 Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg

Wirtschaftsplan		Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1		2	3	4
Institutionelle Förderung				
1.	**Ausgaben**	**51 248**	**50 384**	**55 908**
1.1	Personalausgaben	24 052	23 867	23 631
1.2	Sächliche Verwaltungsausgaben	21 502	20 985	18 777
1.3	Ausgaben für Investitionen	5 694	5 532	6 039
1.4	Besondere Finanzierungsausgaben	-	-	7 461
2.	**Finanzierung der Ausgaben**	**51 248**	**50 384**	**55 908**
2.1	Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	15 941	15 458	15 643
2.2	Zuwendungen von Ländern	20 580	20 196	19 219
2.3	Zuwendungen von Gemeinden /Gemeindeverbänden	199	49	53
2.4	Zuwendungen anderer öffentlicher Zuwendungsgeber (ohne Bund)	-	153	6 821
2.5	Nicht verbrauchte Selbstbewirtschaftungsmittel			-
2.6	**Zuwendung des Bundes**	**14 528**	**14 528**	**14 172**
	aus Kap. 0405 Tit. 685 21	*10 662*	*10 662*	*8 622*
	aus Kap. 0405 Tit. 894 21 (Baumaßnahmen)	*3 866*	*3 866*	*5 550*

0405 Anlage 1
Wirtschaftspläne

Zu Tgr. 02 Tit. 685 21

1.2.13 Akademie der Künste, Berlin

Wirtschaftsplan	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4
Institutionelle Förderung			
1. Ausgaben	**19 718**	**19 386**	**19 599**
1.1 Personalausgaben	9 650	9 390	9 306
1.2 Sächliche Verwaltungsausgaben	5 935	5 814	6 610
1.3 Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	3 255	3 304	2 985
1.4 Ausgaben für Investitionen	833	878	653
1.5 Besondere Finanzierungsausgaben	45	-	45
2. Finanzierung der Ausgaben	**19 718**	**19 386**	**19 599**
2.1 Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	1 021	821	1 350
2.2 Zuwendungen von Ländern	45	45	45
2.3 Nicht verbrauchte Selbstbewirtschaftungsmittel			130
2.4 Zuwendung des Bundes	**18 652**	**18 520**	**18 074**
aus Kap. 0405 Tit. 685 21	*18 652*	*18 520*	*18 074*

Zu Tgr. 02 Tit. 685 21

1.2.16 Stiftung Jüdisches Museum

Wirtschaftsplan	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4
Institutionelle Förderung			
1. Ausgaben	**16 603**	**16 314**	**17 975**
1.1 Personalausgaben	6 987	6 697	6 251
1.2 Sächliche Verwaltungsausgaben	9 011	9 012	9 977
1.3 Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	5	5	5
1.4 Ausgaben für Investitionen	600	600	1 742
2. Finanzierung der Ausgaben	**16 603**	**16 314**	**17 975**
2.1 Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	3 021	2 825	5 099
2.2 Nicht verbrauchte Selbstbewirtschaftungsmittel			-
2.3 Zuwendung des Bundes	**13 582**	**13 489**	**12 876**
aus Kap. 0405 Tit. 685 21	*12 982*	*12 889*	*12 341*
aus Kap. 0405 Tit. 894 21	*600*	*600*	*535*
nachrichtlich: **Projektförderung**	-	5 000	-

Zu Tgr. 03 Tit. 685 31

Stiftung Preußischer Kulturbesitz

Wirtschaftsplan	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4
Institutionelle Förderung			
1. Ausgaben	**237 983**	**236 914**	**254 831**
1.1 Personalausgaben	97 921	98 246	93 794
1.2 Sächliche Verwaltungsausgaben	50 360	50 360	68 013
1.3 Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	670	670	649
1.4 Ausgaben für Investitionen	89 032	87 638	92 375
2. Finanzierung der Ausgaben	**237 983**	**236 914**	**254 831**
2.1 Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	13 255	13 255	23 605
2.2 Zuwendungen von Ländern	34 800	34 800	34 590
2.3 Nicht verbrauchte Selbstbewirtschaftungsmittel			-
2.4 Zuwendung des Bundes	**189 928**	**188 859**	**196 636**
aus Kap. 0405 Tit. 685 31	*96 567*	*95 498*	*92 571*
aus Kap. 0405 Tit. 894 31	*13 161*	*13 161*	*13 161*
aus Kap. 0405 Tit. 894 32	*80 200*	*80 200*	*90 904*
nachrichtlich: **Projektförderung**	-	3 462	-

Zu Tgr. 04 Tit. 685 41

Deutsche Nationalbibliothek

Wirtschaftsplan	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4
Institutionelle Förderung			
1. Ausgaben	**49 858**	**48 639**	**47 207**
1.1 Personalausgaben	35 330	33 764	33 462
1.2 Sächliche Verwaltungsausgaben	11 434	12 031	10 631
1.3 Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	739	489	759
1.4 Ausgaben für Investitionen	2 355	2 355	2 355
2. Finanzierung der Ausgaben	**49 858**	**48 639**	**47 207**
2.1 Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	2 183	2 183	2 188
2.2 Zuwendung des Bundes	**47 675**	**46 456**	**45 019**
aus Kap. 0405 Tit. 685 41	*45 320*	*44 101*	*42 664*
aus Kap. 0405 Tit. 894 41	*2 355*	*2 355*	*2 355*
nachrichtlich: **Projektförderung**	-	5 000	-

0405 Anlage 1
Wirtschaftspläne

Zu Tgr. 06 Tit. 684 61

Internationaler Suchdienst Bad Arolsen (ISD)

Wirtschaftsplan	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4
Institutionelle Förderung			
1. Ausgaben	**13 893**	**14 303**	**14 598**
1.1 Personalausgaben	11 965	12 275	11 748
1.2 Sächliche Verwaltungsausgaben	1 804	1 907	2 126
1.3 Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	-	-	110
1.4 Ausgaben für Investitionen	124	121	614
2. Finanzierung der Ausgaben	**13 893**	**14 303**	**14 598**
2.1 Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	80	9	130
2.2 Zuwendungen anderer öffentlicher Zuwendungsgeber (ohne Bund)	-	-	5
2.3 Zuwendung des Bundes	**13 813**	**14 294**	**14 463**
aus Kap. 0405 Tit. 684 61	*13 813*	*14 294*	*14 463*
aus Kap. 0603 Tit. 684 38	-	-	-

Bisher veranschlagt im Epl. 06.

Zu Tgr. 06 Tit. 685 61

1.1 Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Wirtschaftsplan	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4
Institutionelle Förderung			
1. Ausgaben	**4 394**	**5 481**	**5 522**
1.1 Personalausgaben	1 503	1 482	1 420
1.2 Sächliche Verwaltungsausgaben	1 090	1 110	1 037
1.3 Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	1 746	2 834	3 010
1.4 Ausgaben für Investitionen	5	55	5
1.5 Besondere Finanzierungsausgaben	50	-	50
2. Finanzierung der Ausgaben	**4 394**	**5 481**	**5 522**
2.1 Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	1 428	2 071	2 682
2.2 Zuwendung des Bundes	**2 966**	**3 410**	**2 840**
aus Kap. 0405 Tit. 685 61	*2 966*	*3 410*	*2 840*

Zu Tgr. 06 Tit. 685 61

1.3.1 Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora

Wirtschaftsplan	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4
Institutionelle Förderung			
1. Ausgaben	**5 860**	**5 851**	**5 922**
1.1 Personalausgaben	2 881	2 846	2 889
1.2 Sächliche Verwaltungsausgaben	2 769	2 795	2 823
1.3 Ausgaben für Investitionen	210	210	210
2. Finanzierung der Ausgaben	**5 860**	**5 851**	**5 922**
2.1 Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	470	461	534
2.2 Zuwendungen von Ländern	2 695	2 695	2 693
2.3 Zuwendung des Bundes	**2 695**	**2 695**	**2 695**
aus Kap. 0405 Tit. 685 61	*2 590*	*2 590*	*2 590*
aus Kap. 0405 Tit. 894 61 (Baumaßnahmen)	*105*	*105*	*105*
nachrichtlich: **Projektförderung**	-	686	-

Zu Tgr. 06 Tit. 685 61

1.3.9 Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas

Wirtschaftsplan		Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1		2	3	4
Institutionelle Förderung				
1.	**Ausgaben**	**3 422**	**3 364**	**3 606**
1.1	Personalausgaben	1 161	1 631	1 619
1.2	Sächliche Verwaltungsausgaben	2 171	1 643	1 922
1.3	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	90	-	65
1.4	Ausgaben für Investitionen	-	90	-
2.	**Finanzierung der Ausgaben**	**3 422**	**3 364**	**3 606**
2.1	Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	-	270	-
2.2	Zuwendungen anderer öffentlicher Zuwendungsgeber (ohne Bund)	306	-	350
2.3	Nicht verbrauchte Selbstbewirtschaftungsmittel			-
2.4	**Zuwendung des Bundes**	**3 116**	**3 094**	**3 256**
	aus Kap. 0405 Tit. 685 61	*3 026*	*3 004*	*3 166*
	aus Kap. 0405 Tit. 894 61	*90*	*90*	*90*
	aus Kap. 0405 Tit. 894 62	-	-	-

Zu Tgr. 09 Tit. 685 91

Deutsche Welle

Wirtschaftsplan		Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1		2	3	4
Institutionelle Förderung				
1.	**Ausgaben**	**284 414**	**282 389**	**276 853**
1.1	Personalausgaben	195 922	190 820	189 104
1.2	Sächliche Verwaltungsausgaben	73 992	78 139	73 772
1.3	Ausgaben für Investitionen	14 500	13 430	13 977
2.	**Finanzierung der Ausgaben**	**284 414**	**282 389**	**276 853**
2.1	Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	5 209	5 209	5 732
2.2	Nicht verbrauchte Selbstbewirtschaftungsmittel			-
2.3	**Zuwendung des Bundes**	**279 205**	**277 180**	**271 121**
	aus Kap. 0405 Tit. 685 91	*265 490*	*263 465*	*257 406*
	aus Kap. 0405 Tit. 894 91	*13 715*	*13 715*	*13 715*
nachrichtlich:	**Projektförderung**	440	400	532

Vorbemerkung

Das Bundesarchiv wurde auf Beschluss der Bundesregierung vom 24. März 1950 im Jahre 1952 in Koblenz errichtet und dem Bundesministerium des Innern unterstellt. Es wurde mit Organisationserlass vom 20. November 1998 dem Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien nachgeordnet.

Die Aufgaben des Bundesarchivs sind in dem Gesetz über die Sicherung und Nutzung von Archivgut des Bundes (Bundesarchivgesetz - BArchG) vom 6. Januar 1988 (BGBl. I S. 62), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Regelung des Zugangs zu Informationen des Bundes vom 5. September 2005 (BGBl. I S. 2722), festgelegt. Durch das Gesetz zur Änderung des Bundesarchivgesetzes vom 13. März 1992 (BGBl. I S. 506) ist im Bundesarchiv unter dem Namen "Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR" eine unselbstständige Stiftung des öffentlichen Rechts errichtet worden.

Das Bundesarchiv hat das Archivgut des Bundes, der zentralen Behörden der DDR, der Besatzungszonen, des Deutschen Reiches und dessen Vorgängern auf Dauer zu sichern, nutzbar zu machen und wissenschaftlich zu verwerten. Es hat ferner das amtliche Schriftgut ergänzende Sammlungen von Materialien aus dem öffentlichen und privaten Bereich zu betreuen und nimmt außerdem im Rahmen der Zuständigkeit des Bundes oder als beauftragte Einrichtung die Aufgaben des zentralen deutschen Filmarchivs wahr. Im Zentralarchiv für den Lastenausgleich werden ein Teil der im Lastenausgleich angefallenen Akten und die Heimatortskarteien des kirchlichen Suchdienstes aufbewahrt. Die "Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR" in Berlin hat die Aufgabe, Unterlagen der Parteien und Massenorganisationen der DDR zu sichern, nutzbar zu machen und zu ergänzen.

Überblick zum Kapitel 0406	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	834	812	+22		1 241
Übrige Einnahmen	-	-	-		336
Gesamteinnahmen	834	812	+22		1 577
Ausgaben					
Personalausgaben	30 693	29 909	+784	3 969	28 069
Sächliche Verwaltungsausgaben	24 404	23 702	+702	7 986	22 785
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	315	305	+10		319
Ausgaben für Investitionen	1 827	2 251	-424	36 375	2 385
Gesamtausgaben	57 239	56 167	+1 072	48 330	53 558
davon flexibilisiert	45 067	43 995	+1 072	48 330	41 610
davon nicht flexibilisiert	12 172	12 172	-		11 948
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung	30 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu	10 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu	10 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu	10 T€				

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

111 01 -162	Gebühren, sonstige Entgelte	500	500	495

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 532 04.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Einnahmen aufgrund BArchKostVO..	500
2. Einnahmen aus der Verwertung von Urheberrechten....................	-
Zusammen...	500

119 01 -162	Einnahmen aus Veröffentlichungen	-	-	9

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 543 01.

119 99 -162	Vermischte Einnahmen	302	302	666

Haushaltsvermerk:

1. Mehreinnahmen zu Nr. 3 der Erläuterungen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 511 55, 532 55 und 812 55.
2. Mehreinnahmen zu Nr. 2 der Erläuterungen sind aufgrund von Verträgen mit Filmverwertungsgesellschaften/-stiftungen zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 427 09, 511 55, 532 06, 532 55 und 812 55.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Vermischte Einnahmen allgemein...	302
2. Erstattungen der Transit-Film-GmbH, der Deutschen Wochenschau-GmbH, der Stiftung Deutsche Kinemathek, Defa-Stiftung und sonstige..	-
3. Erstattungen der Länder für die Nachnutzung von Softwareprodukten...	-
Zusammen...	302

124 01 -162	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	22	-	16

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 4 BHO in Verbindung mit § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Teilflächen der Liegenschaften an Auftragnehmer des Bundesarchivs zur Ausführung von Kopier-, Entsäuerungs-, Digitalisierungs- und Verfilmungsarbeiten unentgeltlich überlassen werden.

0406 Bundesarchiv

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
132 01 -162	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	10	10	55

Übrige Einnahmen

282 01 -162	Einnahmen aus zweckgebundenen Zuschüssen	-	-	336

Haushaltsvermerk:

1. Mehreinnahmen zu Nr. 1 der Erläuterungen sind für die Abwicklung von Sonderprojekten zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 427 09 und 547 01.
2. Mehreinnahmen zu Nr. 2 der Erläuterungen sind für die Abwicklung von Sonderprojekten zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 523 01, 532 04 und 543 01.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Einnahmen aus zweckgebundenen Zuwendungen.........................	-
2. Einnahmen aus Förderungsbeiträgen Dritter.................................	-
Zusammen...	-

Zu 2.:
Gemäß § 3 Absatz 4 des Erlasses über die Errichtung einer "Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR" vom 6. April 1992 (GMBl 1992 S. 310) ist die Stiftung berechtigt, Zuwendungen Dritter entgegenzunehmen. Geldleistungen Dritter sollen zugunsten der fachlichen Arbeit verwendet werden.

282 08 -124	Einnahmen aus Prämienzahlungen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Kap. 0406 flexibilisierter Bereich.

Erläuterungen:

Die Höhe der Prämienzahlung richtet sich nach der Leitlinie für die Gewährung einer Einmalprämie im Zusammenhang mit der Flächenoptimierung dienstlich genutzter Liegenschaften durch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben. Die Bundesanstalt hat für die Prämienzahlung Vorsorge in ihrem Wirtschaftsplan getroffen.

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

1. Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.

   In die Flexibilisierung einbezogen sind auch Tit. 523 01, 532 03, 532 04, 532 06, 532 07 und 547 01.
2. Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Kap. 0406 flexibilisierter Bereich dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 282 08.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Sächliche Verwaltungsausgaben			
518 02 -162	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	12 127	12 127	11 759
	Haushaltsvermerk: Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.			
	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)			
681 01 -162	Studienbeihilfen für IT Nachwuchskräfte	10	10	-
	Verpflichtungsermächtigung ... 30 T€ davon fällig: im Haushaltsjahr 2015 bis zu ... 10 T€ im Haushaltsjahr 2016 bis zu ... 10 T€ im Haushaltsjahr 2017 bis zu ... 10 T€			
687 01 -162	Beiträge an Organisationen	35	35	32
	Flexibilisierte Ausgaben			
	Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG			
	Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3	30 963	30 169 *3 969*	28 356
	Aus Hauptgruppe 5	12 277	11 575 *7 986*	10 869
	Aus Hauptgruppe 7	150	300 *33 098*	849
	Aus Hauptgruppe 8	1 677	1 951 *3 277*	1 536
	Zusammen	45 067	43 995 *48 330*	41 610
F 422 01 -162	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*10 748*	*10 545*	*10 046*
F 422 02 -162	*Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte*	*225*	*146*	*37*
F 422 03 -162	*Bezüge der Anwärterinnen und Anwärter sowie Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst*	*190*	*190*	*153*

0406 Bundesarchiv

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu flexibilisierte Ausgaben			
F 427 09 -162	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*1 657*	*1 324*	*1 437*
	Haushaltsvermerk: *1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.* *2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 282 01.*			
F 428 01 -162	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*17 778*	*17 609*	*16 345*
F 453 01 -162	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	*95*	*95*	*51*
	Erläuterungen: *Bei Vorliegen der Voraussetzungen sind auch Reisebeihilfen für Familienheimfahrten an im Inland verwendete Beamtinnen und Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (Tit. 422 03) zu bestreiten.*			
F 511 01 -162	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände*	*600*	*550*	*495*
	Haushaltsvermerk: *Einnahmen aus der Veräußerung von ausgesondertem Schriftgut fließen den Ausgaben zu.*			
F 514 01 -162	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*	*550*	*621*	*408*
F 517 01 -162	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	*3 200*	*3 387*	*2 907*
F 518 01 -162	*Mieten und Pachten*	*20*	*14*	*29*
F 519 01 -162	*Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen*	*300*	*250*	*50*
F 523 01 -162	*Erwerb und Erhaltung von Büchern und Zeitschriften für die wissenschaftliche Bibliothek*	*55*	*55*	*67*
	Haushaltsvermerk: *1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 282 01.* *2. Einnahmen aus der Veräußerung von ausgesondertem Schriftgut fließen den Ausgaben zu.*			

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Erwerbung	*47*
2. Bestandspflege	*8*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 523 01

Bezeichnung	1 000 €
3. Sonstiges	-
Zusammen	55

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 525 01 -162	*Aus- und Fortbildung*	150	181	128
F 526 01 -162	*Gerichts- und ähnliche Kosten*	3	3	5
F 526 02 -162	*Sachverständige*	6	6	24
F 527 01 -162	*Dienstreisen*	290	290	313
F 532 03 -162	*Kosten für die Bewachung von Archivgut*	770	770	760

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Hauptdienststelle Koblenz	109
2. Militärarchiv Freiburg	75
3. Bundesarchiv, Zwischenarchiv Hoppegarten	97
4. Außenstelle in Berlin-Wilhelmshagen	100
5. Bundesarchiv in Berlin-Lichterfelde	307
6. Außenstelle Bayreuth, Lastenausgleichsarchiv	50
7. Außenstelle Rastatt	32
8. Außenstelle Ludwigsburg	-
Zusammen	770

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 532 04 -162	*Kosten der Beschaffung und Erhaltung von Archivalien*	1 900	1 675	1 548

Haushaltsvermerk:

1. *Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 111 01.*
2. *Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 282 01.*

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Ankauf von Archivalien	100
2. Erhaltung, Konservierung, Fotokopierung, Mikrokopierung	400
3. Massenentsäuerung von Archivalien	1 300
4. Verfilmung von Archivalien	80
5. Lizenzgebühren an Dritte	5
6. Sonstiges	15
Zusammen	1 900

0406 Bundesarchiv

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu flexibilisierte Ausgaben			
F 532 06 -162	*Restaurierung von Dokumentar- und Spielfilmen*	-	-	811
F 532 07 -162	*Maßnahmen zum Erhalt des Filmerbes*	236	236	157
F 539 99 -162	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	150	111	188
F 543 01 -162	*Veröffentlichung und Dokumentation*	400	329	195
F 545 01 -162	*Konferenzen, Tagungen, Messen und Ausstellungen*	120	115	80

Zu 532 06:

Haushaltsvermerk:

1. *Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.*
2. *Die Ausgaben aus den zweckgebundenen Einnahmen dürfen auch für Investitionen verwendet werden.*

Zu 543 01:

Haushaltsvermerk:

1. *Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 01.*
2. *Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 282 01.*
3. *Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Bundesarchiv-Schriftenreihe	*82*
2. Bundesarchiv-Findmittel usw.	*25*
3. Kabinettsprotokolle der Bundesregierung	*46*
4. Edition "Dokumente zur Deutschlandpolitik"	*134*
5. Mitteilungen aus dem Bundesarchiv	*8*
6. Judengedenkbuch und Liste der jüdischen Mitbürger im Deutschen Reich 1933 - 1945	*80*
7. Tätigkeitsbericht 2013/2014	*15*
8. Sonstiges	*10*
Zusammen	*400*

Zu 545 01:

Haushaltsvermerk:

1. *Einnahmen aus Entgelten für Führungen fließen den Ausgaben zu.*
2. *Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.*

Erläuterungen:

Um die im Bundesarchiv verwahrten Quellen zur neueren Geschichte über den Kreis der Fachwissenschaft hinaus einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen, werden Ausstellungen produziert, die zusätzlich zur ständigen Ausstellung in der Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte in Rastatt als Sonderausstellungen an den verschiedenen Dienstorten

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Noch zu Titel 545 01				
	des Bundesarchivs gezeigt und anschließend an interessierte Kulturinstitute ausgeliehen werden.			
F 547 01 -162	*Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben*	-	-	326

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 282 01.

Erläuterungen:

Bei dieser Zweckbestimmung sollen Sachkosten aus zweckgebundenen Zuschüssen abgewickelt werden.

F 634 03 -162	*Zuweisungen an den Versorgungsfonds*	270	260	287
F 711 01 -162	*Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten*	150	300	607
F ***712 01*** -162	*Baumaßnahmen von mehr als 2 000 000 € im Einzelfall*	-	-	242

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen *(davon neue Maßnahmen in Fettdruck)*	*Gesamtausgaben des Bundes 1 000 €*	*Verausgabt bis 2012 1 000 €*	*Bewilligt 2013 1 000 €*	*Nach 2013 übertragene Ausgabereste 1 000 €*	*Veranschlagt 2014 1 000 €*	*Vorbehalten für 2015 ff 1 000 €*
1	2	3	4	5	6	7
2. Neubaumaßnahmen in der Liegenschaft Berlin-Lichterfelde......	*49 323*	*22 427*	*-*	*26 896*	*-*	*-*

F 811 01 -162	*Erwerb von Fahrzeugen*	72	66	81
F 812 01 -162	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke*	605	600	335

Titelgruppe 55

Tgr. 55	Ausgaben für die Informationstechnik	(4 527)	(4 267)	
F 511 55 -162	*Geschäftsbedarf und Datenübertragung sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Software, Wartung*	1 130	950	1 287

Haushaltsvermerk:

1. *Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.*
2. *Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.*

F 518 55 -162	*Miete für Datenverarbeitungsanlagen, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Maschinen, Software*	120	112	53

0406 Bundesarchiv

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu flexibilisierte Ausgaben			
F 525 55 -162	*Aus- und Fortbildung*	*75*	*75*	*26*
F 532 55 -162	*Ausgaben für Aufträge und Dienstleistungen*	*2 202*	*1 845*	*1 169*

Haushaltsvermerk:

1. *Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.*
2. *Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.*

F 812 55 -162	*Erwerb von Datenverarbeitungsanlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, Software*	*1 000*	*1 285*	*1 120*

Haushaltsvermerk:

1. *Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.*
2. *Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Erstbeschaffung	
1.1 Hardware	*200*
1.2 Software	*205*
2. Ersatzbeschaffung	
2.1 Hardware	*425*
2.2 Software	*170*
Zusammen	*1 000*

Nicht verbrauchte Selbstbewirtschaftungsmittel

Bis zum 31.12.2010 nicht verbrauchte Selbstbewirtschaftungsmittel, die keinem Titel im Haushalt 2011 zugeordnet werden können: 16 T€.

Vorbemerkung

Das Institut ist mit Erlass vom 27. Januar 1989 (GMBl 1989, S. 47) als nicht rechtsfähige Bundesanstalt im Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern errichtet worden. Mit Organisationserlass vom 20. November 1998 wurde das Institut der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien nachgeordnet. Mit Erlass zur Änderung des Erlasses über die Errichtung des Bundesinstituts für ostdeutsche Kultur und Geschichte vom 7. November 2000 (GMBl 2000, Nr. 57, S. 1118) führt das Bundesinstitut mit Wirkung vom 1. Januar 2001 den Institutsnamen Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (BKGE).

Sitz ist Oldenburg (Oldenburg).

Das Bundesinstitut hat die Aufgabe, die Bundesregierung auf der Grundlage eigener, in wissenschaftlicher Unabhängigkeit durchzuführender oder zu veranlassender Erhebungen, Dokumentationen und ergänzender Forschungen in allen die Durchführung des § 96 des Bundesvertriebenengesetzes (BVFG) betreffenden Angelegenheiten zu beraten und zu unterstützen. Dazu hat es insbesondere die wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen deutschen und ost-, ostmittel- und südosteuropäischen Forschern in Bezug auf das gemeinsame kulturelle Erbe zu pflegen und auszubauen. Zur Vernetzung mit dem Wissenschaftssystem erfolgte am 17. Februar 2000 der Abschluss des Kooperationsvertrages zwischen der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg und dem Bundesinstitut, der am 16. Mai 2000 in Kraft trat. Das Bundesinstitut umfasst die wissenschaftlichen Fachbereiche Geschichte, Literatur und Sprache, Volkskunde sowie Kunstgeschichte.

Die konzeptionelle Neuordnung der Kulturförderung auf der Grundlage von § 96 BVFG übertrug dem Bundesinstitut die Funktion der geschäftsführenden Stelle der Immanuel-Kant-Stipendien mit Wirkung vom 1. Januar 2001 sowie weitere zusätzliche wissenschaftliche Aufgaben.

Das Bundesverwaltungsamt nimmt im Rahmen eines Servicemodells seit 1. Januar 1999 ergänzt durch die Verwaltungsvereinbarung vom 24. August 2011 die Verwaltungsaufgaben des Bundesinstituts wahr (vgl. Vorbemerkung bei Kapitel 0615).

Überblick zum Kapitel 0407	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	6	6	-		11
Übrige Einnahmen	-	-	-		-
Gesamteinnahmen	6	6	-		11
Ausgaben					
Personalausgaben	730	711	+19	18	723
Sächliche Verwaltungsausgaben	259	269	-10	29	284
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	30	-	+30		-
Ausgaben für Investitionen	11	11	-	3	13
Gesamtausgaben	1 030	991	+39	50	1 020
davon flexibilisiert	918	879	+39	50	912
davon nicht flexibilisiert	112	112	-		108

0407 Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
119 99 -187	Vermischte Einnahmen	6	6	11

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen zu Nr. 1 der Erläuterungen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 543 01.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Einnahmen aus Veröffentlichungen	5
2. Sonstiges	1
Zusammen	6

Übrige Einnahmen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
272 01 -187	Einnahmen aus Zuschüssen der Europäischen Union	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind wegen bindender Vereinbarungen mit der EU zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 684 01.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
381 01 -890	Leistungen von Bundesbehörden zur Durchführung von Aufträgen	-	-	(-)

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind wegen verbindlicher Vereinbarung mit anderen Bundesbehörden zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Hgr. 4 und Hgr. 5.

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

1. Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.
2. Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Hgr. 4 und Hgr. 5 dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 381 01.

Sächliche Verwaltungsausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
518 02 -162	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	112	112	108

Haushaltsvermerk:

Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)			
684 01 -187	Verwendung der Zuschüsse der Europäischen Union zu Kosten von kulturellen Gemeinschaftsaufgaben	-	-	-
	Haushaltsvermerk: 1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 272 01. 2. Aus den Ausgaben dürfen sächliche Verwaltungsausgaben geleistet werden.			
	Flexibilisierte Ausgaben			
	Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG			
	Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3..	760	711 *18*	723
	Aus Hauptgruppe 5...	147	157 *29*	176
	Aus Hauptgruppe 8...	11	11 *3*	13
	Zusammen..	918	879 *50*	912
F 422 01 -187	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*290*	*354*	*307*
F 427 09 -187	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*2*	*67*	*65*
F 428 01 -187	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*438*	*290*	*350*
F 453 01 -187	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	*-*	*-*	*1*
F 511 01 -187	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände*	*33*	*35*	*33*
F 517 01 -187	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	*25*	*25*	*26*
F 518 01 -187	*Mieten und Pachten*	*3*	*3*	*3*
F 527 01 -187	*Dienstreisen*	*15*	*15*	*17*

0407 Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu flexibilisierte Ausgaben			
F 539 99 -187	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*4*	*5*	*2*
F 543 01 -187	*Veröffentlichung und Dokumentation*	*46*	*53*	*60*
F 544 01 -187	*Forschung, Untersuchungen und Ähnliches*	*4*	*4*	*3*
F 545 01 -187	*Konferenzen, Tagungen, Messen und Ausstellungen*	*10*	*10*	*19*
F 634 03 -187	*Zuweisungen an den Versorgungsfonds*	*30*	*-*	*-*
F 812 01 -187	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke*	*-*	*-*	*-*

Zu 543 01:

Haushaltsvermerk:

1. *Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.*
2. *Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen unentgeltlich oder gegen ermäßigtes Entgelt abgegeben werden.*

Erläuterungen:

Die Mittel werden benötigt für:

1. *Berichte zum Stand der Forschung über die deutsche Geschichte und Kultur im östlichen Europa,*
2. *Berichte und Übersichten über Forschungsvorhaben in diesen Bereichen,*
3. *Erstellung von Bibliographien der Deutschen im östlichen Europa,*
4. *Publizierung von Arbeitsergebnissen des Instituts.*

Zu 544 01:

Erläuterungen:

Für kurzfristig zu erstellende Analysen des Forschungsstandes und Expertisen zur Förderung von Forschungsvorhaben.

Zu 545 01:

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Werbe- und Informationsmaterialien gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

Erläuterungen:

1. *Fachtagungen und Vortragsveranstaltungen mit auswärtigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern.*
2. *Symposien mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern.*
3. *Konferenzen mit Projektträgern (Kulturreferenten der Landsmannschaften, wissenschaftliche Institute, Stiftungen, Museen) zur gegenseitigen Information und Koordinierung der wissenschaftlichen und kulturellen Vorhaben.*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Titelgruppe 55

Tgr. 55	Ausgaben für die Informationstechnik	(18)	(18)	
F 532 55 -187	*Ausgaben für Aufträge und Dienstleistungen*	*3*	*3*	*5*
F 539 55 -187	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*4*	*4*	*8*
F 812 55 -187	*Erwerb von Datenverarbeitungsanlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, Software*	*11*	*11*	*13*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Ersatzbeschaffung	
1.1 Hardware	*8*
1.2 Software	*3*
Zusammen	*11*

0408 Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR

Vorbemerkung

Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (Bundesbeauftragte) ist aufgrund des § 35 des Gesetzes über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (Stasi-Unterlagen-Gesetz) vom 20. Dezember 1991 (BGBl. I S. 2272) eingerichtet worden. Er untersteht der Rechtsaufsicht der Bundesregierung; die Dienstaufsicht führt die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien. Der Bundesbeauftragte hat nach Maßgabe des Stasi-Unterlagen-Gesetzes die Aufgabe,

1. die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes zu erfassen, zu erschließen und zu verwalten,
2. Auskünfte aus den Unterlagen zu erteilen, Einsicht in die Unterlagen zu gewähren und Unterlagen herauszugeben,
3. die Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes durch Unterrichtung der Öffentlichkeit über seine Struktur, Methoden und Wirkungsweise aufzuarbeiten,
4. Forschung und politische Bildung bei der historischen und politischen Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes zu unterstützen und
5. Dokumentations- und Ausstellungszentren einzurichten und zu unterhalten.

Der Bundesbeauftragte hat eine Zentralstelle in Berlin und Außenstellen in den Ländern Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen.

Überblick zum Kapitel 0408	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	196	165	+31		743
Gesamteinnahmen	196	165	+31		743
Ausgaben					
Personalausgaben	77 361	78 468	-1 107	6 251	77 161
Sächliche Verwaltungsausgaben	19 229	18 821	+408	5 407	17 977
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	116	116	-		371
Ausgaben für Investitionen	4 671	2 565	+2 106	1 198	4 658
Gesamtausgaben	101 377	99 970	+1 407	12 856	100 167
davon flexibilisiert	91 832	90 433	+1 399	10 358	91 078
davon nicht flexibilisiert	9 545	9 537	+8	2 498	9 089

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
111 01 -162	Gebühren, sonstige Entgelte	160	129	127

Erläuterungen:

Einnahmen aufgrund der am 18. Juli 1992 in Kraft getretenen Stasi-Unterlagen-Kostenordnung (StUKostV).

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
119 01 -162	Einnahmen aus Veröffentlichungen	15	15	19

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 543 01.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
119 99 -162	Vermischte Einnahmen	6	6	12

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 539 99.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
124 01 -162	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	-	-	3

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 518 02.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
132 01 -162	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	15	15	582

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.

Sächliche Verwaltungsausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
518 02 -162	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	9 545	9 537	8 739

Haushaltsvermerk:

1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 124 01.
2. Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.

0408 Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
532 01 -162	Kosten der Rekonstruktion vorvernichteter Unterlagen	-	- *2 498*	350
	Haushaltsvermerk: Die Ausgaben sind übertragbar.			
	Flexibilisierte Ausgaben			
	Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG			
	Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3..	77 477	78 584 *6 251*	77 532
	Aus Hauptgruppe 5..	9 684	9 284 *2 909*	8 888
	Aus Hauptgruppe 7..	-	-	-
	Aus Hauptgruppe 8..	4 671	2 565 *1 198*	4 658
	Zusammen..	91 832	90 433 *10 358*	91 078
F 421 01 -162	*Bezüge des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR*	*121*	*112*	*119*
F 422 01 -162	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*13 504*	*13 742*	*13 482*
F 422 02 -162	*Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte*	-	-	*31*
F 427 09 -162	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*2 946*	*2 583*	*4 674*
F 428 01 -162	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*60 642*	*61 883*	*58 768*
	Haushaltsvermerk: *Mittel für Stellen, die mit Beschäftigten besetzt sind, die ehemals als Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit tätig waren, können auch während des Haushaltsvollzuges zeitgleich mit der Versetzung der entsprechenden Beschäftigten zu anderen Bundesbehörden in das betreffende Kapitel umgesetzt werden.*			
F 453 01 -162	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	*148*	*148*	*87*
F 511 01 -162	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände*	*1 036*	*1 036*	*1 144*
F 514 01 -162	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*	*284*	*284*	*265*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu flexibilisierte Ausgaben			
F 517 01 -162	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	*4 082*	*3 882*	*4 154*
F 518 01 -162	*Mieten und Pachten*	*182*	*182*	*213*
F 519 01 -162	*Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen*	*150*	*150*	*252*
F 525 01 -162	*Aus- und Fortbildung*	*300*	*300*	*213*
F 526 01 -162	*Gerichts- und ähnliche Kosten*	*32*	*32*	*99*
F 526 02 -162	*Sachverständige*	*20*	*20*	*28*
F 527 01 -162	*Dienstreisen*	*205*	*205*	*248*
F 539 99 -162	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*100*	*100*	*65*

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 543 01 -162	*Veröffentlichung und Dokumentation*	*450*	*250*	*521*

Haushaltsvermerk:

1. *Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 01.*
2. *Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.*
3. *Aus den Ausgaben dürfen auch Zuwendungen an Dritte geleistet werden.*

Erläuterungen:

Aus den Ausgaben dürfen auch Kosten für Porto, Verpackung und Versand von Veröffentlichungen geleistet werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 544 01 -165	*Forschung, Untersuchungen und Ähnliches*	*700*	*700*	*23*

0408 Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 545 01 -162	*Konferenzen, Tagungen, Messen und Ausstellungen*	*110*	*110*	*131*

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Werbe- und Informationsmaterialien gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

Erläuterungen:

Über die Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes werden Dokumentations- und Ausstellungszentren errichtet.

F 634 03 -162	*Zuweisungen an den Versorgungsfonds*	*116*	*116*	*371*
F 711 01 -162	*Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten*	-	-	-
F **712 01** -162	*Baumaßnahmen von mehr als 2 000 000 € im Einzelfall*	-	-	-
F 811 01 -162	*Erwerb von Fahrzeugen*	*70*	*70*	*574*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Ersatzbeschaffung	
2 Transporter 1 Pkw.........	*65*
2. Sonstiges.........	*5*
Zusammen.........	*70*

F 812 01 -162	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke*	*250*	*200*	*190*
F 821 01 -162	*Erwerb von Grundstücken*	-	-	-

Titelgruppe 55

Tgr. 55	Ausgaben für die Informationstechnik	(6 384)	(4 328)	
F 511 55 -162	*Geschäftsbedarf und Datenübertragung sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Software, Wartung*	*1 601*	*1 601*	*1 303*
F 525 55 -162	*Aus- und Fortbildung*	*200*	*200*	*78*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 532 55 -162	*Ausgaben für Aufträge und Dienstleistungen*	*232*	*232*	*151*

Haushaltsvermerk:

Einnahmen aus den Erstattungen der Lizenzkosten und jährliche Leitungskosten fließen den Ausgaben zu.

F 812 55 -162	*Erwerb von Datenverarbeitungsanlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, Software*	*4 351*	*2 295*	*3 894*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Erstbeschaffung	
1.1 Hardware	*2 500*
1.2 Software	*594*
2. Ersatzbeschaffung	
2.1 Hardware	*725*
2.2 Software	*502*
3. Sonstiges	*30*
Zusammen	*4 351*

0409 Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration

Vorbemerkung

Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (§§ 92 bis 94 Aufenthaltsgesetz) ist seit November 2005 organisatorisch beim Bundeskanzleramt mit Sitz in Berlin angebunden.

Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration hat u. a. die Aufgabe, die Integration der dauerhaft im Bundesgebiet ansässigen Migranten zu fördern und insbesondere die Bundesregierung bei der Weiterentwicklung ihrer Integrationspolitik auch im Hinblick auf den Arbeitsmarkt und sozialpolitische Aspekte zu unterstützen sowie für die Weiterentwicklung der Integrationspolitik auch im europäischen Rahmen Anregungen zu geben.

Überblick zum Kapitel 0409	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	-	-	-		-
Übrige Einnahmen	-	-	-		-
Gesamteinnahmen	-	-	-		-
Ausgaben					
Personalausgaben	2 278	2 368	-90	1 411	1 821
Sächliche Verwaltungsausgaben	2 541	2 541	-	3 512	2 011
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	126	126	-		98
Ausgaben für Investitionen	-	-	-		-
Gesamtausgaben	4 945	5 035	-90	4 923	3 930
davon flexibilisiert	4 674	4 764	-90	4 923	3 693
davon nicht flexibilisiert	271	271	-		237

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

119 99 -011	Vermischte Einnahmen	-	-	-

Übrige Einnahmen

282 01 -011	Einnahmen aus Spenden für den Nationalen Aktionsplan Integration	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen aus Spenden für den Nationalen Integrationsplan sind wegen rechtsverbindlicher Verwendungsauflage Dritter zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 531 01.

282 09 -011	Einnahmen aus Sponsoring, Spenden und ähnlichen freiwilligen Geldleistungen	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind wegen rechtsverbindlicher Verwendungsauflage Dritter zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 547 09.

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.

In die Flexibilisierung einbezogen ist auch Tit. 531 01.

Sächliche Verwaltungsausgaben

531 02 -011	Betreuung von Delegationen und Besuchergruppen	5	5	1
542 01 -013	Öffentlichkeitsarbeit	266	266	236

Haushaltsvermerk:

1. Einnahmen aus Veröffentlichungen fließen den Ausgaben zu.
2. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Werbe- und Informationsmaterialien gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.
3. Aus den Ausgaben sind auch die Kosten für Porto, Verpackung und Versand von Veröffentlichungen zu leisten.

0409 Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
547 09 -011	Ausgaben für Vorhaben, die aus Spenden, Sponsoring und ähnlichen freiwilligen Geldleistungen finanziert werden	-	-	-
	Haushaltsvermerk: Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 282 09.			
	Flexibilisierte Ausgaben			
	Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG			
	Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3	2 404	2 494 *1 411*	1 919
	Aus Hauptgruppe 5	2 270	2 270 *3 512*	1 774
	Aus Hauptgruppe 8	-	-	-
	Zusammen	4 674	4 764 *4 923*	3 693
F 422 01 -011	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*852*	*922*	*629*
F 422 02 -011	*Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte*	*123*	*122*	*35*
F 427 09 -011	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*139*	*138*	*125*
F 428 01 -011	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*1 144*	*1 166*	*1 003*
F 453 01 -011	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	*20*	*20*	*29*
F 511 01 -011	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände*	*75*	*75*	*91*
F 526 02 -165	*Sachverständige*	*131*	*131*	*44*
	Erläuterungen: *Kosten für Studien und Gutachten zu speziellen Fragen der Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland.*			
F 527 01 -011	*Dienstreisen*	*58*	*58*	*51*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu flexibilisierte Ausgaben			
F 531 01 -011	*Nationaler Aktionsplan Integration* *Haushaltsvermerk:* *1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 282 01.* *2. Aus den Ausgaben dürfen auch Zuwendungen gem. § 44 BHO gewährt werden.*	*1 896*	*1 896*	*1 253*
F 539 99 -011	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*-*	*-*	*7*
F 545 01 -011	*Konferenzen, Tagungen, Messen und Ausstellungen*	*110*	*110*	*279*
F 634 03 -011	*Zuweisungen an den Versorgungsfonds*	*126*	*126*	*98*
F 812 01 -011	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände*	*-*	*-*	*-*
	Titelgruppe 01			
Tgr. 01	Ausgaben für die Geschäftsstelle Integrationsbeirat des Bundes	(-)	(-)	
F 511 11 -011	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände*	*-*	*-*	*7*
F 526 12 -011	*Sachverständige*	*-*	*-*	*-*
F 527 11 -011	*Dienstreisen*	*-*	*-*	*13*
F 545 11 -011	*Konferenzen, Tagungen, Messen und Ausstellungen*	*-*	*-*	*29*

0467 Versorgung der Beamtinnen und Beamten sowie der Richterinnen und Richter des Einzelplans 04 (ohne Kap. 0403, 0405 bis 0408)

Vorbemerkung

Veranschlagt sind die Einnahmen und Ausgaben der Versorgungsberechtigten, deren Versorgungsanspruch auf dem Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder der Bundesregierung, dem Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Parlamentarischen Staatssekretäre, dem Gesetz über die Versorgung der Beamten und Richter des Bundes (BeamtVG) oder auf einem Vertrag mit dem Bund beruht.

Überblick zum Kapitel 0467	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen...	16	16	-		-
Übrige Einnahmen...	38	38	-		275
Gesamteinnahmen...	54	54	-		275
Ausgaben					
Personalausgaben...	56 650	57 173	-523		51 170
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	230	230	-		521
Gesamtausgaben...	56 880	57 403	-523		51 691
davon nicht flexibilisiert..	56 880	57 403	-523		51 691

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Einnahmen			
	Verwaltungseinnahmen			
119 57 -018	Vermischte Einnahmen	16	16	-
	Übrige Einnahmen			
232 57 -018	Beteiligung an den Versorgungslasten des Bundes	38	38	275
	Haushaltsvermerk: Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Kap. 0467.			
	Ausgaben			
	Haushaltsvermerk: 1. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig. 2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 232 57.			
	Personalausgaben			
431 57 -018	Versorgungsbezüge der Bundeskanzler, Bundesministerinnen und Bundesminister, sonstiger Amtsträger und deren Hinterbliebenen	816	808	775
	Erläuterungen: Aus dem Titel werden auch Übergangsgelder für ehemalige Mitglieder der Bundesregierung (§ 14 Bundesministergesetz) und für ehemalige Parlamentarische Staatssekretärinnen und Parlamentarische Staatssekretäre (§ 6 ParlStG) gewährt.			
432 57 -018	Versorgungsbezüge	46 699	47 466	42 669
	Erläuterungen: Aus dem Titel werden auch die Bezüge der in den einstweiligen Ruhestand versetzten Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter vom Ersten des auf den Beginn des einstweiligen Ruhestandes folgenden Monats an gewährt.			
434 57 -018	Zuführung an die Versorgungsrücklage	1 461	1 422	1 237
443 57 -018	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen	64	64	29

0467 Versorgung der Beamtinnen und Beamten sowie der Richterinnen und Richter des Einzelplans 04 (ohne Kap. 0403, 0405 bis 0408)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
446 57 -018	Beihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften	7 610	7 413	6 460
453 57 -018	Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen	-	-	-
	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)			
632 57 -018	Abfindungen und Erstattungen des Bundes für Versorgungslasten	230	230	521

Vorbemerkung

Veranschlagt sind die Einnahmen und Ausgaben der Versorgungsberechtigten, deren Versorgungsanspruch auf dem Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder der Bundesregierung, dem Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Parlamentarischen Staatssekretäre, dem Gesetz über die Versorgung der Beamten und Richter des Bundes (BeamtVG) oder auf einem Vertrag mit dem Bund beruht.

Überblick zum Kapitel 0468	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	-	-	-		-
Übrige Einnahmen	-	-	-		-
Gesamteinnahmen	-	-	-		-
Ausgaben					
Personalausgaben	9 322	9 263	+59		8 240
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	145	145	-		213
Gesamtausgaben	9 467	9 408	+59		8 453
davon nicht flexibilisiert	9 467	9 408	+59		8 453

0468 Versorgung der Beamtinnen und Beamten sowie der Richterinnen und Richter des Kapitels 0403

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Einnahmen			
	Verwaltungseinnahmen			
119 57 -018	Vermischte Einnahmen	-	-	-
	Übrige Einnahmen			
232 57 -018	Beteiligung an den Versorgungslasten des Bundes	-	-	-
	Haushaltsvermerk: Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Kap. 0468.			
	Ausgaben			
	Haushaltsvermerk: 1. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig. 2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 232 57.			
	Personalausgaben			
431 57 -018	Versorgungsbezüge der Bundesministerinnen und Bundesminister, sonstiger Amtsträger und deren Hinterbliebenen	50	50	44
	Erläuterungen: Aus dem Titel werden auch Übergangsgelder für ehemalige Mitglieder der Bundesregierung (§ 14 Bundesministergesetz) und für ehemalige Parlamentarische Staatssekretärinnen und Parlamentarische Staatssekretäre (§ 6 ParlStG) gewährt.			
432 57 -018	Versorgungsbezüge	7 817	7 758	6 706
	Erläuterungen: Aus dem Titel werden auch die Bezüge der in den einstweiligen Ruhestand versetzten Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter vom Ersten des auf den Beginn des einstweiligen Ruhestandes folgenden Monats an gewährt.			
434 57 -018	Zuführung an die Versorgungsrücklage	150	150	209
443 57 -018	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen	5	5	-

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
446 57 -018	Beihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften	1 300	1 300	1 281
453 57 -018	Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen	-	-	-
	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)			
632 57 -018	Abfindungen und Erstattungen des Bundes für Versorgungslasten	145	145	213

0469 Versorgung der Beamtinnen und Beamten sowie der Richterinnen und Richter der Kapitel 0405 bis 0408

Vorbemerkung

Veranschlagt sind die Einnahmen und Ausgaben der Versorgungsberechtigten, deren Versorgungsanspruch auf dem Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder der Bundesregierung, dem Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Parlamentarischen Staatssekretäre, dem Gesetz über die Versorgung der Beamten und Richter des Bundes (BeamtVG) oder auf einem Vertrag mit dem Bund beruht.

Überblick zum Kapitel 0469	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen..	-	-	-		-
Übrige Einnahmen..	-	-	-		652
Gesamteinnahmen..	-	-	-		652
Ausgaben					
Personalausgaben..	11 050	11 068	-18		9 798
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	150	50	+100		15
Gesamtausgaben..	11 200	11 118	+82		9 813
davon nicht flexibilisiert..	11 200	11 118	+82		9 813

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

119 57 -018	Vermischte Einnahmen	-	-	-

Übrige Einnahmen

232 57 -018	Beteiligung an den Versorgungslasten des Bundes	-	-	652

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Kap. 0469.

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.
2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 232 57.

Personalausgaben

431 57 -018	Versorgungsbezüge des Staatsministers, sonstiger Amtsträger, Amtsträgerinnen und deren Hinterbliebenen	230	141	110

Erläuterungen:

Aus dem Titel werden auch Übergangsgelder für ehemalige Mitglieder der Bundesregierung (§ 14 Bundesministergesetz und für ehemalige Parlamentarische Staatssekretärinnen und Parlamentarische Staatssekretäre (§ 6 ParlStG) gewährt.

432 57 -018	Versorgungsbezüge	9 417	9 649	8 599

Erläuterungen:

Aus dem Titel werden auch die Bezüge der in den einstweiligen Ruhestand versetzten Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter vom Ersten des auf den Beginn des einstweiligen Ruhestandes folgenden Monats an gewährt.

434 57 -018	Zuführung an die Versorgungsrücklage	336	241	250
443 57 -018	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen	-	-	-

0469 Versorgung der Beamtinnen und Beamten sowie der Richterinnen und Richter der Kapitel 0405 bis 0408

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
446 57 -018	Beihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften	1 067	1 037	839
453 57 -018	Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen	-	-	-
	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)			
632 57 -018	Abfindungen und Erstattungen des Bundes für Versorgungslasten	150	50	15

Haushaltsvermerk:

In den Personaltiteln dieses Einzelplans sind folgende Aufwandsentschädigungen und Besondere Personalausgaben veranschlagt:

1. **Aufwandsentschädigungen**

1.1 Dienstaufwandsentschädigung für die Bundeskanzlerin in Höhe von jährlich 12 271,01 € (monatlich 1 022,58 €) bei folgendem Titel:

Kap. 0401 Tit. 421 01.

1.2 Dienstaufwandsentschädigung für den Bundesminister in Höhe von jährlich 3.681,36 € (monatlich 306,78 €) bei folgendem Titel:

Kap. 0401 Tit. 421 01.

1.3 Dienstaufwandsentschädigung für die Staatsministerin und die Staatsminister in Höhe von jährlich je 2 760,98 € (monatlich 230,08 €) bei folgenden Titeln:

Kap. 0401 Tit. 421 01 und

Kap. 0405 Tit. 421 01.

1.4 Aufwandsentschädigung für vom Dienst freigestellte Personalratsmitglieder bei folgenden Titeln:

Kap. 0405 Tit. 422 01, 685 31 und 685 41.

1.5 Aufwandsentschädigung für vom Dienst freigestellte Personalratsmitglieder und Vertrauenspersonen der schwerbehinderten Menschen bei folgenden Titeln:

Kap. 0401 Tit. 422 01, 428 01,

Kap. 0403 Tit. 422 01, 428 01,

Kap. 0406 Tit. 428 01,

Kap. 0408 Tit. 422 01 und 428 01.

1.6 Dienstaufwandsentschädigung für den Präsidenten/die Präsidentin

Die Stelleninhaberin oder der Stelleninhaber erhält eine Dienstaufwandsentschädigung in Höhe von jährlich 2 454,20 € bei folgendem Titel:

Kap. 0405 Tit. 685 31.

1.7 Dienstaufwandsentschädigung für die Leiterin/den Leiter der Staatlichen Museen

Die Leiterin oder der Leiter der Staatlichen Museen erhält eine Dienstaufwandsentschädigung in Höhe von jährlich 2 147,43 €, die Leiterin oder der Leiter der Staatsbibliothek erhält eine Dienstaufwandsentschädigung in Höhe von jährlich 1 227,10 € bei folgendem Titel:

Kap. 0405 Tit. 685 31.

2. **Besondere Personalausgaben**

2.1 Entschädigung gem. § 11 Abs. 1 Buchst. d) BMinG i. V. m. § 5 Abs. 1 ParlStG in Höhe von jährlich 1 840,65 € bei folgenden Titeln:

Kap. 0401 Tit. 421 01,

Kap. 0405 Tit. 421 01 und

Kap. 0406 Tit. 422 02.

2.2 Betreuung aller Beschäftigten, die am Heiligen Abend nach 18 Uhr Dienst verrichten bei folgenden Titeln:

Kap. 0401 Tit. 428 01 und

Kap. 0403 Tit. 428 01.

2.3 Verfügungsfonds für vom Dienst freigestellte Gleichstellungsbeauftragte gem. § 18 Abs. 4 BGleiG in Höhe von bis zu jährlich je 312 € (monatlich 26 €) bei folgenden Titeln:

Kap. 0403 Tit. 422 01,

Kap. 0405 Tit. 422 01 und

Kap. 0406 Tit. 422 01.

2.4 in Höhe von jährlich 2 T€ bei folgendem Titel:

Kap. 0405 Tit. 421 01.

2.5 Außer- und übertarifliche Leistungen an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die mit Einwilligung des BMF gewährt werden, bei den Titeln der Gruppen 427 und 428.

04 Übersicht 1
Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Kapitel, Titel (Titelgr.) sowie Zweckbestimmung	Ausgaben-soll 2014		a) Bis einschl. 31.12.2012 eingegangene Verpflichtungen fällig ab 2014 b) VE 2013 c) VE 2014	davon fällig					
				2014	2015	2016	2017	Folge-jahre	in künftigen Haushalts-jahren
	1 000 €		1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €
1	2		3	4	5	6	7	8	9
Kapitel 0401									
518 01 - Mieten und Pachten	677	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	17 000		1 700	1 700	1 700	11 900	-
519 01 - Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	1 305	a)	2 000	-	-	-	-	2 000	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
712 01 - Baumaßnahmen von mehr als 2 000 000 € im Einzelfall	300	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	5 300	3 000	2 300	-	-	-	-
		c)	5 800		1 000	4 800	-	-	-
Summe des Kapitels 0401	52 208	a)	2 000	-	-	-	-	2 000	-
		b)	5 300	3 000	2 300	-	-	-	-
		c)	22 800		2 700	6 500	1 700	11 900	-
Kapitel 0403									
685 05 - Allgemeine informationspolitische Maßnahmen	216	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	40	40	-	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
Summe des Kapitels 0403	97 091	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	40	40	-	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
Kapitel 0404									
541 01 - Zuschuss an den Bundesnachrichtendienst	552 590	a)	2 000	526	109	68	38	1 259	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
Summe des Kapitels 0404	552 590	a)	2 000	526	109	68	38	1 259	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
Kapitel 0405									
518 02 - Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	1 585	a)	5 852	836	836	836	836	2 508	-
		b)	18 555	885	885	885	885	15 015	-
		c)	-		-	-	-	-	-
Tgr. 01									
681 11 - Rückführung von Kulturgut sowie Sicherung und Erwerb von national wertvollem Kulturgut, Provenienzrecherche und -forschung zu NS-Raubkunst	6 533	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	2 000	900	700	400	-	-	-
		c)	1 500		700	400	400	-	-
685 10 - Kulturelle Vermittlung	1 500	a)	78	49	29	-	-	-	-
		b)	600	400	150	50	-	-	-
		c)	600		400	150	50	-	-
894 11 - Substanzerhaltung und Restaurierung von unbeweglichen Kulturdenkmälern von nationaler Bedeutung, Zuschüsse für national bedeutsame Kulturinvestitionen	6 013	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	3 000	1 500	1 500	-	-	-	-
		c)	1 000		500	500	-	-	-

Kapitel, Titel (Titelgr.) sowie Zweckbestimmung	Ausgaben-soll 2014 1 000 €	a) Bis einschl. 31.12.2012 eingegangene Verpflichtungen fällig ab 2014 b) VE 2013 c) VE 2014 1 000 €	davon fällig 2014 1 000 €	2015 1 000 €	2016 1 000 €	2017 1 000 €	Folgejahre 1 000 €	in künftigen Haushaltsjahren 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7	8	9
894 16 - Zuschuss für Investitionen an das Europäische Zentrum für Kunst und Industriekultur "Weltkulturerbe Völklinger Hütte"	2 500	a) 5 000	2 500	2 500	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
Tgr. 02								
683 22 - Anreiz zur Stärkung der Filmproduktion in Deutschland	60 000	a) 9 994	9 994	-	-	-	-	-
		b) 25 000	15 000	10 000	-	-	-	-
		c) 30 000		-	15 000	15 000	-	-
684 21 - Zuschüsse für Einrichtungen auf dem Gebiet der Musik, Literatur, Tanz und Theater.	13 066	a) 320	320	-	-	-	-	-
		b) 1 440	900	100	440	-	-	-
		c) 740		200	200	340	-	-
685 21 - Kulturelle Einrichtungen und Aufgaben im Inland	156 511	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 400	250	150	-	-	-	-
		c) 100		50	50	-	-	-
685 23 - Reformationsjubiläum	5 000	a) 2 546	1 845	626	75	-	-	-
		b) 4 000	2 000	1 000	1 000	-	-	-
		c) 4 000		2 000	1 000	1 000	-	-
892 21 - Digitalisierung der Kinos	-	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 800	800	-	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
894 21 - Zuschüsse für Investitionen	19 238	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 15 000	5 000	5 000	5 000	-	-	-
		c) 16 000		7 500	1 500	1 500	5 500	-
Tgr. 03								
685 31 - Beitrag an die Stiftung Preußischer Kulturbesitz	100 029	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 750	500	250	-	-	-	-
		c) 9 500		1 000	500	1 000	7 000	-
894 32 - Zuschüsse für Investitionen	80 200	a) 29 395	19 001	9 394	1 000	-	-	-
		b) 53 500	23 000	24 500	4 000	1 500	500	-
		c) 74 500		29 000	32 000	11 000	2 500	-
Tgr. 05								
812 51 - Erwerb zeitgenössischer Kunst	485	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 100	60	40	-	-	-	-
		c) 100		60	40	-	-	-
Tgr. 06								
685 61 - Einrichtungen und Aufgaben	36 062	a) 3 308	2 435	873	-	-	-	-
		b) 6 150	3 075	2 075	1 000	-	-	-
		c) 6 525		3 200	2 175	1 150	-	-
894 61 - Zuschüsse für Investitionen	3 482	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 1 800	1 000	500	300	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
894 65 - Baumaßnahme Freiheits- und Einheitsdenkmal	1 500	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 11 128	8 505	2 623	-	-	-	-
		c) 500		-	500	-	-	-
Tgr. 07								
684 71 - Förderung der Erhaltung und Auswertung deutscher	11 968	a) 606	440	82	84	-	-	-

04 Übersicht 1 Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Kapitel, Titel (Titelgr.) sowie Zweckbestimmung	Ausgaben-soll 2014		a) Bis einschl. 31.12.2012 eingegangene Verpflichtungen fällig ab 2014 b) VE 2013 c) VE 2014	davon fällig 2014	2015	2016	2017	Folgejahre	in künftigen Haushaltsjahren
	1 000 €		1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €
1	2		3	4	5	6	7	8	9
Kultur und Geschichte im östlichen Europa		b)	2 250	1 050	1 000	100	100	-	-
		c)	2 050		1 050	850	150	-	-
686 71 - Förderung des kulturellen Austausches mit Bezug auf die Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa	100	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	50	25	25	-	-	-	-
		c)	50		25	25	-	-	-
687 72 - Hilfen zur Sicherung und Erhaltung deutschen Kulturguts der historischen Siedlungsgebiete im östlichen Europa	496	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	256	128	128	-	-	-	-
		c)	256		128	128	-	-	-
882 71 - Mehrjähriges Bauprojekt Herder-Institut e. V. Marburg	1 085	a)	1 085	1 085	-	-	-	-	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
893 72 - Aus- und Neubau sowie Ausstattung von Landesmuseen und anderen überreg. Einrichtungen zur Präsentation deutscher Kultur der historischen Siedlungsgebiete im östlichen Europa	4 900	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	9 900	4 900	5 000	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
Summe des Kapitels 0405	1 038 935	a)	58 184	38 505	14 340	1 995	836	2 508	-
		b)	156 679	69 878	55 626	13 175	2 485	15 515	-
		c)	147 421		45 813	55 018	31 590	15 000	-
Kapitel 0406									
518 02 - Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	12 127	a)	10 099	10 073	13	13	-	-	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
681 01 - Studienbeihilfen für IT Nachwuchskräfte	10	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	30	10	10	10	-	-	-
		c)	30		10	10	10	-	-
Summe des Kapitels 0406	57 239	a)	10 099	10 073	13	13	-	-	-
		b)	30	10	10	10	-	-	-
		c)	30		10	10	10	-	-
Kapitel 0408									
518 02 - Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	9 545	a)	7 323	7 323	-	-	-	-	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
Summe des Kapitels 0408	101 377	a)	7 323	7 323	-	-	-	-	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
Summe des Einzelplans 04	1 997 133	a)	79 606	56 427	14 462	2 076	874	5 767	-
		b)	162 049	72 928	57 936	13 185	2 485	15 515	-
		c)	170 251		48 523	61 528	33 300	26 900	-

Personalhaushalt

Einzelplan 04

Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt

Inhalt

Kapitel	B e z e i c h n u n g	Seite
	Vorbemerkungen zum Personalhaushalt	110
	Gesamtübersicht	111
0401	Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt	112
0403	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung	116
0405	Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien	118
0406	Bundesarchiv	120
0407	Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa	122
0408	Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR	123
0409	Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration	125
	Übersichten	
	Darstellung der den Planstellen zugeordneten Amtsbezeichnungen	127
	Stellenübersichten der Zuwendungsempfänger:	
0402	Allgemeine Bewilligungen	129
0405	Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien	132

Vorbemerkungen zum Personalhaushalt

1. Ersatz(plan)stellen werden zahlenmäßig in einer eigenen Spalte der Übersichten der ku- und kw-Vermerke in der Gesamtübersicht und in den einzelnen Kapiteln nachgewiesen.

   Ersatz(plan)stellen im Zusammenhang mit der Gewährung von Altersteilzeit sind mit dem Vermerk "kw mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten" ausgewiesen.

   Gleiches gilt sinngemäß für die sonstigen Ersatz(plan)stellen im Bereich der Titel der Hauptgruppe 6 bei den institutionell geförderten Zuwendungsempfängern/Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO.

2. AT B ist die Kurzbezeichnung für Arbeitsverhältnisse mit Verträgen nach Anlage 1a oder 1b des BMI-Rundschreibens vom 18. November 2005 - D II 2 - 220 234 - in der jeweils geltenden Fassung.

3. Anzahl der im Haushaltsjahr 2012 eingesetzten Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen (umgerechnet auf vollbeschäftigte Arbeitskräfte im Haushaltsjahr) und Auszubildende (Jahresdurchschnitt):

Kapitel	Titel	Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen	Auszubildende
0401	427 09	6,1	19,4
0403	427 09	12,0	13,0
0405	427 09	6,8	8,0
0406	427 09	26,0	36,0
0407	427 09	2,5	-
0408	427 09	32,4	74,9
0409	427 09	2,3	-
Zusammen		88,1	151,3

4. Arbeitsplatzbeschreibungen für alle Stellen der Gruppe 428 des Einzelplans (einschließlich der Stellen der institutionell geförderten Zuwendungsempfänger/Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO) liegen vor.

   Für Kap. 0401 werden sie im Rahmen der zur Verfügung stehenden Ressourcen fortlaufend ergänzt, soweit sie noch nicht vorliegen, bzw. den Anforderungen der Haushaltstechnischen Richtlinien des Bundes (HRB) angepasst. Insbesondere personelle Veränderungen werden dazu genutzt, neue Arbeitsplatzbeschreibungen - sofern noch nicht geschehen - entsprechend den HRB zu erstellen.

   Soweit die Arbeitsplatzbeschreibungen für die Stellen des Kap. 0402 nicht den Anforderungen der BMI-Rundschreiben gemäß Nr. 9.1.5 der HRB entsprechen, werden diese überarbeitet.

Gesamtübersicht

Planstellen, Stellen, Leerstellen

Kap.	Behörde	Beamtinnen und Beamte Tit. 422 .1		Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Tit. 428 .1		Zusammen (Spalten 3 bis 6)	
		2014	2013	2014	2013	2014	2013
1	2	3	4	5	6	7	8
	Planstellen und Stellen						
0401	Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt	313,0	295,0	229,5	225,3	542,5	520,3
0403	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung	189,0	189,0	292,3	297,3	481,3	486,3
0405	Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien	166,5	166,5	49,3	47,3	215,8	213,8
0406	Bundesarchiv	290,5	283,5	360,8	371,2	651,3	654,7
0407	Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa	5,0	5,0	4,5	4,5	9,5	9,5
0408	Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR	325,0	324,0	1 443,0	1 452,0	1 768,0	1 776,0
0409	Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration	22,0	22,0	10,0	10,0	32,0	32,0
	Zusammen	1 311,0	1 285,0	2 389,4	2 407,6	3 700,4	3 692,6
	Leerstellen						
0401	Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt	4,0	5,0	9,0	10,0	13,0	15,0
0403	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung	6,0	8,0	9,0	9,0	15,0	17,0
0405	Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien	10,0	11,0	-	1,0	10,0	12,0
0406	Bundesarchiv	6,0	6,0	3,0	3,0	9,0	9,0
0408	Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR	1,0	1,0	-	-	1,0	1,0
0409	Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration	3,0	3,0	1,0	2,0	4,0	5,0
	Zusammen	30,0	34,0	22,0	25,0	52,0	59,0

ku- und kw-Vermerke

Kap.	Dienststelle	Zusammen	davon fällig					Ersatz(plan)-stellen	Sonstige
			2014	2015	2016	2017	2018 ff.		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
	ku-Vermerke								
0406	Bundesarchiv	1,0	-	-	-	-	-	-	1,0
	kw-Vermerke								
0401	Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt	51,0	3,0	4,0	-	7,0	-	2,0	35,0
0403	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung	8,0	-	-	-	-	-	6,0	2,0
0405	Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien	12,0	-	-	2,0	-	-	3,0	7,0
0406	Bundesarchiv	19,5	-	-	1,0	-	-	2,5	16,0
0408	Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR	373,0	-	-	-	-	-	1,0	372,0
0409	Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration	1,0	-	-	-	-	-	-	1,0
	Zusammen	464,5	3,0	4,0	3,0	7,0	-	14,5	433,0

Institutionell geförderte Zuwendungsempfänger / Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO

Kap.	Kapitelbezeichnung	Stellen mit Dauerarbeitskräften besetzbar				Stellen für Arbeitskräfte mit befristeten Arbeitsverträgen	
		Tit. 422 .1, 425 .1, 426 .1, 428 .1 sowie entsprechende Kontierung im Wirtschaftsplan		Tit. 425 .1, 426 .1, 428 .1 (Projektförderung / Aufträge Dritter)		Tit. 427 .9 (Projektförderung / Aufträge Dritter)	
		2014	2013	2014	2013	2014	2013
1	2	3	4	5	6	7	8
0402	Allgemeine Bewilligungen	146,5	146,5	-	-	-	-
0403	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung	8,0	8,0	-	-	-	-
0405	Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien	6 486,0	6 525,9	-	-	12,0	12,0
	Zusammen	6 640,5	6 680,4	-	-	12,0	12,0

0401 Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist- Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr: Neue Stellen, Stellenwegfall ohne ku/ kw-Vermerke +	-	und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken +	-	Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken +	-	Hebungen, Herabstufungen +	-	Umwandlungen, Umsetzungen +	-	von Sp. 2 entfallen auf Funktionsgruppen
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Beamtinnen und Beamte														
B 11	1,0	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 9	7,0	7,0	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 6	20,0	18,0	14,0	1,0	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-
B 3	35,0	33,0	21,6	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 16	22,0	21,0	13,0	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-
A 15	74,0	66,0	59,0	5,0	-	5,0	-	-	1,0	-	-	-	1,0	-
A 14	23,0	24,0	22,9	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 h	2,0	1,0	1,0	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g	50,0	49,0	39,3	1,0	-	1,0	-	-	1,0	-	-	-	-	-
A 12	15,0	15,0	9,3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 11	4,0	3,0	2,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 10	2,0	1,0	2,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m+Z	8,0	8,0	6,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m	23,0	21,0	8,5	1,0	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-
A 8	8,0	8,0	5,7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 7	5,0	5,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 6 m	-	1,0	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
A 6 e	7,0	7,0	6,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 5	7,0	7,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 4	-	-	1,9	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 3	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	313,0	295,0	226,8	13,0	1,0	8,0	-	1,0	3,0	-	-	1,0	1,0	-
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
AT (B 9)	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
AT (B 6)	3,0	3,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
AT (B 3)	-	-	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
AT B	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	4,0	4,0	12,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 15	2,0	2,0	3,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 14	3,0	3,0	7,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 13	-	-	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 12	9,0	7,0	12,0	-	-	-	-	-	-	2,0	-	-	-	-
E 11	6,0	6,0	8,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 10	2,0	2,0	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 9	10,0	11,0	19,5	1,0	-	-	-	-	-	-	2,0	-	-	-
E 8	30,0	29,0	35,5	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 7	23,0	22,0	12,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 6	46,0	45,8	54,8	1,0	-	-	-	-	0,8	-	-	-	-	-
E 5	62,5	61,5	49,5	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 4	8,0	7,0	9,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 3	23,0	24,0	24,9	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
E 2	1,0	1,0	5,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	225,5	221,3	249,5	6,0	-	-	-	-	1,8	2,0	2,0	-	-	-
Insgesamt	229,5	225,3	261,5	6,0	-	-	-	-	1,8	2,0	2,0	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 422 01

1. Folgende Planstelle ist gesperrt: 1 A 9 m+Z.

   Die Aufhebung der Sperre setzt das Wirksamwerden des Vermerks kw mit Ausscheiden der Planstelleninhaber/innen - Leitungsbereich Berlin bei Kap. **1012** Tit. 422 01 voraus.
2. Gemäß haushaltsgesetzlicher Regelung dürfen - abweichend von § 50 Abs. 3 BHO - bis zu 3 Soldatinnen oder Soldaten im Wege der Kommandierung beschäftigt werden, wobei vom Bundeskanzleramt die Stellenzulage für Verwendungen bei obersten Bundesbehörden zu zahlen ist.
3. **Zu B 6:**

   1 Planstelle darf mit Bediensteten des Polizeivollzugsdienstes, Soldatinnen oder Soldaten besetzt werden.
4. **Zu B 3:**

   1 Planstelle darf mit Bediensteten des Polizeivollzugsdienstes, Soldatinnen oder Soldaten besetzt werden.
5. **Zu A 15:**

   1 Planstelle darf mit Bediensteten des Polizeivollzugsdienstes, Soldatinnen oder Soldaten besetzt werden.
6. **Zu A 13 g:**

   6 Planstellen dürfen mit Bediensteten des Polizeivollzugsdienstes, Soldatinnen oder Soldaten besetzt werden.
7. **Zu A 12:**

   2 Planstellen dürfen mit Bediensteten des Polizeivollzugsdienstes, Soldatinnen oder Soldaten besetzt werden.
8. **Zu A 11:**

   1 Planstelle darf mit Bediensteten des Polizeivollzugsdienstes, Soldatinnen oder Soldaten besetzt werden.

Erläuterungen:

Zu Titel 422 01

Zu Spalte 4:
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
1,0 B9; 3,0 B6; 5,0 B3; 1,0 A16; 5,5 A15; 3,0 A14; 0,4 A13g; 6,0 A12; 3,0 A11; 1,0 A10; 4,1 A9m; 5,8 A8; 4,0 A7; 1,0 A6m; 1,8 A5 (Zusammen: 45,6).

Daneben werden 2,0 beamtete Hilfskräfte (Tit. 422 02) beschäftigt.

Zu Titel 428 01

Zu Spalte 4:
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
1,0 AT(B9); 2,0 AT(B6); 6,0 AT(B3); 3,5 E15; 3,0 E14; 2,0 E13; 6,0 E12; 1,0 E11; 3,0 E10; 3,4 E9; 6,1 E8; 3,8 E6; 3,0 E5; 1,0 E3; 0,8 E2 (Zusammen: 45,6).

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 422 01				
			1.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
B 9....................	1,0	1,0	1.2	Rat der Europäischen Union
A 13 g................	1,0	1,0	1.3	Gemeinde Michendorf
A 15..................	1,0	-	1.4	CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages
A 14..................	-	1,0		
Zusammen.........	3,0	3,0		
			2.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	1,0	2,0	2.1	gemäß §§ 90, 92, 95 BBG, § 7 DBeglG, § 6 MuSchEltZV, § 24 GAD
Insgesamt..........	4,0	5,0		
Zu Titel 428 01				
			1.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
AT B..................	1,0	1,0	1.2	Bundesgeschäftsstelle der CDU
			2.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	7,0	7,0	2.1	gemäß § 28 TVöD, § 9 UmzugsTV, § 15 BEEG, § 24 GAD
			3.	**Sonstige Beurlaubung**
E 9....................	1,0	2,0	3.1	Befristete Rente gem. § 33 Abs. 2 TVöD
Insgesamt..........	9,0	10,0		

0401 Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt

Übersicht der ku- und kw- Vermerke						
Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
1	2	3	4	5	6	7

Zu Titel 422 01

					ku	
				1.	**ku**	
				1.1	in Bes.-Gr. B 6	
A 15..................	-	-	1,0	1.1.1	spätestens 31.03.2013	Wirksamwerden des Vermerks
					kw	
				1.	**kw**	
A 6 m................	-	-	1,0	1.1	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbe-schäftigten	Wirksamwerden des Vermerks
B 3....................	1,0	-	1,0	1.4	-	-
A 16..................	1,0	-	1,0			-
A 15..................	1,0	-	1,0			-
A 14..................	1,0	-	1,0			-
				1.5	-	
A 14..................	1,0	-	1,0	1.5.1	Stelleneinsparung HG 2011	-
A 14..................	1,0	-	1,0	1.5.2	Stelleneinsparung HG 2012	-
				2.	**kw mit Wegfall der Aufgabe**	
				2.1	-	
B 6....................	1,0	-	1,0	2.1.1	bei dem ehemaligen Bundeskanzler Schmidt	-
B 3....................	1,0	-	1,0			-
B 6....................	1,0	-	1,0	2.1.2	bei dem ehemaligen Bundeskanzler Dr. Kohl	-
A 16..................	1,0	-	1,0	2.1.3	bei Gruppe Europapolitische Beziehun-gen zu den EU-Mitgliedstaaten	-
A 15..................	1,0	-	1,0			-
A 14..................	1,0	-	1,0			-
A 13 h..............	1,0	-	-			Neue Planstelle
A 13 g..............	-	-	1,0			Wirksamwerden des Vermerks
				2.2	spätestens 31.12.2014	
B 6....................	-	-	1,0	2.2.1	Finanzmarktstabilisierungsgesetz (FMStG)	Wegfall des Vermerks
A 16..................	-	-	1,0			Wegfall des Vermerks
A 15..................	-	-	1,0			Wegfall des Vermerks
				3.	**kw 31.12.2017**	
				3.1	-	
B 3....................	1,0	-	-	3.1.1	Referat für Nachhaltige Entwicklung	Aufnahme des Vermerks
A 15..................	1,0	-	-			Aufnahme des Vermerks
				3.2	-	
B 6....................	1,0	-	-	3.2.1	Finanzmarktstabilisierungsgesetz (FMStG)	Aufnahme des Vermerks
A 16..................	1,0	-	-			Aufnahme des Vermerks
A 15..................	1,0	-	-			Aufnahme des Vermerks
				3.3	-	
A 13 g..............	2,0	-	-	3.3.1	Aufarbeitung Historie BND	Aufnahme des Vermerks
				6.	**kw mit Ausscheiden der Planstellenin-haber/innen**	
A 15..................	1,0	-	1,0	6.1	-	-
				7.	**kw 31.12.2015**	
				7.1	-	
A 15..................	2,0	-	-	7.1.1	G8 Präsidentschaft	Neue Planstelle
A 13 g..............	1,0	-	-			Neue Planstelle
A 9 m................	1,0	-	-			Neue Planstelle
				8.	**kw 31.12.2014**	
				8.1	-	
B 3....................	-	-	1,0	8.1.1	Referat für Nachhaltige Entwicklung	Wegfall des Vermerks
A 15..................	-	-	1,0			Wegfall des Vermerks
A 13 g..............	-	-	2,0	8.1.2	-	Wegfall des Vermerks
A 15..................	3,0	-	-	8.1.3	Energiewende	Neue Planstelle
Zusammen.......	28,0	-	22,0			

Zu Titel 428 01

					kw	
				1.	**kw mit Wegfall der Aufgabe**	
				1.1	-	
E 14..................	1,0	-	1,0	1.1.1	bei dem ehemaligen Bundeskanzler Schmidt	-
E 11..................	2,0	-	2,0			-
E 5....................	1,0	-	1,0			-

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
1	2	3	4	5	6	7
AT (B 6)...........	1,0	-	1,0	1.1.2	bei dem ehemaligen Bundeskanzler Dr. Kohl	-
AT B.................	1,0	-	1,0			-
E 12.................	2,0	-	2,0			-
E 8...................	1,0	-	1,0			-
E 5...................	1,0	-	1,0			-
AT (B 6)...........	2,0	-	2,0	1.1.3	bei dem ehemaligen Bundeskanzler Schröder	-
E 14.................	1,0	-	1,0			-
E 12.................	2,0	-	2,0			-
E 8...................	1,0	-	1,0			-
E 5...................	1,0	-	1,0			-
				2.	**kw**	
E 6...................	-	-	0,8	2.1	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	Wirksamwerden des Vermerks
E 5...................	1,0	1,0	1,0			-
E 3...................	1,0	1,0	2,0			Wirksamwerden des Vermerks
				2.2	-	
E 5...................	1,0	-	1,0	2.2.1	Stelleneinsparung HG 2011	-
E 4...................	1,0	-	1,0	2.2.2	Stelleneinsparung HG 2012	-
E 3...................	1,0	-	1,0			-
				3.	**kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber/innen**	
E 4...................	1,0	-	1,0	3.1	Fahrbereitschaft	-
Zusammen.......	23,0	2,0	24,8			

0403 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

Planstellen-/Stellenübersicht														
Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist- Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr										von Sp. 2 entfallen auf Funk- tions- gruppen
				Neue Stellen, Stellenwegfall				Wirksam- werden von ku- und kw- Vermerken		Hebungen, Herab- stufungen		Umwand- lungen, Umsetzungen		
				ohne ku/ kw-Vermerke		und Umsetzun- gen mit ku/ kw-Vermerken								
				+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Beamtinnen und Beamte														
B 11	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 10	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 9	3,0	3,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 6	5,0	5,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 3	13,0	13,0	10,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 16	11,0	11,0	7,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 15	29,0	29,0	25,7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 14	14,0	14,0	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 h	8,0	8,0	7,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g	27,0	27,0	26,3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 12	13,0	13,0	13,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 11	20,0	20,0	15,6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 10	4,0	4,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 g	5,0	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m+Z	4,0	4,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m	11,0	11,0	7,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 8	5,0	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 7	4,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 6 e	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 5	5,0	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 4	3,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	189,0	189,0	132,1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
AT (B 10)	-	-	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
AT (B 9)	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
AT (B 6)	-	-	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
AT (B 3)	-	-	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
AT B	4,0	4,0	8,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	4,0	4,0	17,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 15	31,0	31,0	31,4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 14	26,0	27,0	34,4	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
E 13	6,0	6,0	7,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 12	14,0	14,0	13,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 11	32,0	32,0	31,7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 10	16,0	16,0	17,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 9	33,0	36,0	37,0	-	-	-	-	-	3,0	-	-	-	-	-
E 8	45,0	46,0	52,6	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
E 6	30,0	30,0	32,9	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 5	32,0	32,0	30,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 4	9,0	9,0	9,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 3	14,3	14,3	13,3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	288,3	293,3	311,1	-	-	-	-	-	5,0	-	-	-	-	-
Insgesamt	292,3	297,3	328,1	-	-	-	-	-	5,0	-	-	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 422 01

Gemäß haushaltsgesetzlicher Regelung dürfen - abweichend von § 50 Abs. 3 BHO - bis zu 4 Soldatinnen oder Soldaten im Wege der Kommandierung beschäftigt werden, wobei vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung die Stellenzulage für Verwendungen bei obersten Bundesbehörden zu zahlen ist.

Erläuterungen:

Zu Titel 422 01

Zu Spalte 4:
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
2,0 B10; 1,0 B9; 3,0 B6; 3,0 B3; 4,0 A16; 2,4 A15; 6,8 A14; 1,0 A13h; 3,0 A11; 2,8 A9g; 2,8 A9m; 4,7 A8; 4,0 A7 (Zusammen: 40,5).

Zu Titel 428 01

Zu Spalte 4:
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
2,0 AT(B10); 1,0 AT(B9); 3,0 AT(B6); 3,0 AT(B3); 4,0 ATB; 1,4 E15; 7,9 E14; 1,0 E13; 1,0 E11; 1,0 E10; 3,8 E9; 8,4 E8; 3,0 E6 (Zusammen: 40,5).

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 422 01				
			1.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
A 15	1,0	1,0	1.2	EU-Kommission
A 16	-	1,0	1.3	SPD-Fraktion des Deutschen Bundestages
Zusammen	1,0	2,0		
			2.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen	2,0	3,0	2.1	gemäß §§ 90, 92, 95 BBG, § 7 DBeglG, § 6 MuSchEltZV, § 24 GAD
			3.	**Sonstige Beurlaubung**
A 16	3,0	1,0	3.1	Bundeskanzleramt
A 15	-	1,0		
A 13 g	-	1,0		
Zusammen	3,0	3,0		
Insgesamt	6,0	8,0		
Zu Titel 428 01				
			1.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
E 15	1,0	-	1.1	Deutschlandradio
E 14	1,0	1,0	1.4	Vereinte Nationen (VN)
Zusammen	2,0	1,0		
			2.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen	4,0	5,0	2.1	gemäß § 28 TVöD, § 9 UmzugsTV, § 15 BEEG, § 24 GAD
			3.	**Sonstige Beurlaubung**
AT (B 6)	1,0	-	3.1	Bundeskanzleramt
AT (B 3)	1,0	2,0		
E 15	1,0	1,0		
Zusammen	3,0	3,0		
Insgesamt	9,0	9,0		

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014		2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Soll	Ersatz-(plan)st.				
1	2	3	4	5	6	7
Zu Titel 422 01						
					kw	
				1.	**kw**	
A 11	3,0	3,0	3,0	1.1	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	-
Zu Titel 428 01						
					kw	
				1.	**kw mit Wegfall der Aufgabe**	
				1.1	-	
E 6	1,0	-	1,0	1.1.1	Vorlesekraft	-
				2.	**kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber/innen**	
E 6	1,0	-	1,0	2.1	-	-
				3.	**kw**	
E 14	-	-	1,0	3.1	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	Wirksamwerden des Vermerks
E 13	1,0	1,0	1,0			-
E 9	2,0	2,0	5,0			Wirksamwerden des Vermerks
E 8	-	-	1,0			Wirksamwerden des Vermerks
Zusammen	5,0	3,0	10,0			

0405 Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr: Neue Stellen, Stellenwegfall: ohne ku/ kw-Vermerke +	-	und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken +	-	Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken +	-	Hebungen, Herabstufungen +	-	Umwandlungen, Umsetzungen +	-	von Sp. 2 entfallen auf Funktionsgruppen
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Beamtinnen und Beamte														
B 9	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 6	4,0	4,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 3	16,0	15,0	11,0	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-
A 16	11,0	12,0	6,0	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-	2,0	-
A 15	16,5	17,5	17,5	-	-	-	-	-	1,0	-	1,0	1,0	-	-
A 14	12,0	12,0	10,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 h	11,0	11,0	11,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g	36,0	36,0	34,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 12	10,0	10,0	7,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 11	11,0	10,0	7,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 10	10,0	10,0	7,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 g	5,0	5,0	12,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m+Z	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m	3,0	3,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 8	3,0	3,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 7	5,0	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 6 m	2,0	2,0	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 6 e	7,0	7,0	7,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 4	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	166,5	166,5	143,5	1,0	-	-	-	-	1,0	1,0	1,0	2,0	2,0	-
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
AT (B 6)	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
AT (B 3)	2,0	2,0	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
AT B	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	2,0	2,0	8,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 15	4,0	4,0	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 14	3,0	1,0	3,0	-	-	1,0	-	-	-	-	-	1,0	-	-
E 12	1,0	1,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 11	2,8	1,8	1,8	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-
E 10	1,5	1,5	1,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 9	4,0	4,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 8	8,0	8,0	7,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 7	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 6	10,5	11,5	9,5	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
E 5	6,5	5,5	11,5	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-
E 4	5,0	5,0	6,0	-	-	-	-	-	1,0	-	-	1,0	-	-
E 3	-	1,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-
Zusammen	47,3	45,3	55,3	-	-	2,0	-	-	2,0	1,0	1,0	2,0	-	-
Insgesamt	49,3	47,3	63,3	-	-	2,0	-	-	2,0	1,0	1,0	2,0	-	-

Erläuterungen:

Zu Titel 422 01

Zu Spalte 4:
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
1,0 B6; 4,0 B3; 1,0 A16; 2,0 A14; 1,0 A12; 3,0 A8; 1,0 A6m; 1,0 A4 (Zusammen: 14,0).

Zu Titel 428 01

Zu Spalte 4:
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
1,0 AT(B6); 4,0 AT(B3); 1,0 ATB; 2,0 E14; 1,0 E12; 2,0 E8; 2,0 E5; 1,0 E4 (Zusammen: 14,0).

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 422 01				
			2.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	6,0	8,0	2.1	gemäß §§ 90, 92, 95 BBG, § 7 DBeglG, § 6 MuSchEltZV, § 24 GAD
			3.	**Sonstige Beurlaubung**
A 15...................	1,0	1,0	3.1	Bundespräsidialamt
A 12...................	2,0	-		
A 11....................	-	1,0		
A 14...................	1,0	1,0	3.2	Bundeskanzleramt
Zusammen.........	4,0	3,0		
Insgesamt..........	10,0	11,0		
Zu Titel 428 01				
			1.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	-	1,0	1.1	gemäß § 28 TVöD, § 9 UmzugsTV, § 15 BEEG, § 24 GAD

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014		2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Soll	Ersatz-(plan)st.				
1	2	3	4	5	6	7
Zu Titel 422 01						
					kw	
				1.	**kw**	
A 15..................	1,0	1,0	2,0	1.2	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	Wirksamwerden des Vermerks
A 4....................	1,0	1,0	1,0			-
				1.3	-	
A 14..................	1,0	-	1,0	1.3.1	Verwendung im Rahmen Internationaler Zusammenarbeit	-
				2.	**kw mit Ausscheiden der Planstelleninhaber/innen**	
A 6 e.................	2,0	-	2,0	2.1	-	-
				3.	**kw mit Wegfall der Aufgabe**	
				3.1	-	
A 15..................	1,0	-	1,0	3.1.1	Reformationsjubiläum	-
A 11..................	1,0	-	1,0			-
Zusammen.......	7,0	2,0	8,0			
Zu Titel 428 01						
					kw	
				1.	**kw**	
E 10..................	1,0	1,0	1,0	1.2	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	-
E 6....................	-	-	1,0			Wirksamwerden des Vermerks
E 4....................	-	-	1,0			Wirksamwerden des Vermerks
				2.	**kw 31.12.2016**	
				2.1	-	
E 14..................	1,0	-	-	2.1.1	Regierungswechsel	Neue Stelle
E 11..................	1,0	-	-			Neue Stelle
				3.	**kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber/innen**	
				3.1	-	
E 4....................	2,0	-	2,0	3.1.1	Kraftfahrer in Bonn	-
Zusammen.......	5,0	1,0	5,0			

0406 Bundesarchiv

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr: Neue Stellen, Stellenwegfall ohne ku/ kw-Vermerke +	-	und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken +	-	Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken +	-	Hebungen, Herabstufungen +	-	Umwandlungen, Umsetzungen +	-	von Sp. 2 entfallen auf Funktionsgruppen
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Beamtinnen und Beamte														
B 6	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 3	1,0	2,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-
B 2	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 16	6,0	5,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-
A 15	15,0	15,0	14,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 14	34,0	33,0	33,0	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-
A 13 h	19,0	18,0	17,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g	4,0	4,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 12	16,0	16,0	11,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 11	23,0	22,0	23,5	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-
A 10	23,0	23,0	26,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 g	32,0	29,0	20,5	-	-	-	-	-	-	-	-	3,0	-	-
A 9 m+Z	2,0	2,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m	3,0	3,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 8	18,5	18,5	19,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 7	26,0	25,0	18,5	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 6 m	18,0	18,0	16,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 6 e	7,0	7,0	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 5	7,0	7,0	8,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 4	29,0	29,0	22,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 2/3	4,0	4,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	290,5	283,5	255,0	2,0	-	1,0	-	-	-	-	-	5,0	1,0	-
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
AT B	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 15	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 14	7,0	9,0	9,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2,0	-
E 13	-	0,5	4,0	-	-	-	-	-	0,5	-	-	-	-	-
E 12	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 11	8,0	8,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 10	7,0	7,0	7,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 9	51,5	54,5	75,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3,0	-
E 8	30,0	30,0	21,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 7	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 6	51,5	51,5	87,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 5	112,5	112,5	82,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 4	10,0	10,0	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 3	69,3	73,6	87,5	-	3,3	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
E 2	9,0	9,6	5,5	-	0,6	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 1	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	359,8	370,2	395,0	-	3,9	-	-	-	1,5	-	-	-	5,0	-
Insgesamt	360,8	371,2	396,0	-	3,9	-	-	-	1,5	-	-	-	5,0	-

Erläuterungen:

Zu Titel 422 01

<u>Zu Spalte 4:</u>
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
3,0 A14; 1,0 A13h; 1,0 A11; 8,0 A9g; 5,5 A7; 1,0 A6m; 4,0 A4; 2,0 A2/3 (Zusammen: 25,5).

Daneben werden 4,0 beamtete Hilfskräfte (Tit. 422 02) sowie 13,0 Anwärterinnen und Anwärter (Tit. 422 03) beschäftigt.

Zu Titel 428 01

<u>Zu Spalte 4:</u>
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
2,0 E14; 2,0 E13; 0,5 E10; 7,5 E9; 1,0 E8; 1,0 E7; 5,5 E6; 6,0 E3 (Zusammen: 25,5).

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 422 01				
			1.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	6,0	6,0	1.1	gemäß §§ 90, 92, 95 BBG, § 7 DBeglG, § 6 MuSchEltZV, § 24 GAD
Zu Titel 428 01				
			1.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	3,0	3,0	1.1	gemäß § 28 TVöD, § 9 UmzugsTV, § 15 BEEG, § 24 GAD

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014		2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Soll	Ersatz-(plan)st.				
1	2	3	4	5	6	7
Zu Titel 422 01						
					ku	
				1.	**ku mit Ausscheiden der Planstelleninhaber /innen**	
A 8....................	1,0	-	1,0	1.1	in Bes.-Gr. A 6 m	-
					kw	
				1.	**kw mit Ausscheiden der Planstelleninhaber/innen**	
A 11..................	1,0	-	1,0	1.1	-	-
A 10..................	2,0	-	2,0			-
A 9 g.................	1,0	-	1,0			-
A 9 m................	1,0	-	1,0			-
A 7....................	1,0	-	1,0			-
A 6 m................	2,0	-	2,0			-
				2.	**kw**	
A 9 g.................	1,0	1,0	1,0	2.1	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	-
A 8....................	0,5	0,5	0,5			-
A 2/3.................	1,0	1,0	1,0			-
				3.	**kw 31.12.2016**	
				3.1	-	
A 11..................	1,0	-	-	3.1.1	Postnachfolgeunternehmen	Neue Planstelle
Zusammen.......	11,5	2,5	10,5			
Zu Titel 428 01						
					kw	
				1.	**kw**	
E 13..................	-	-	0,5	1.2	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	Wirksamwerden des Vermerks
				2.	**kw mit Wegfall der Aufgabe**	
				2.1	-	
E 6....................	1,0	-	1,0	2.1.1	Vorlesekraft	-
				3.	**kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber/innen**	
E 8....................	1,0	-	1,0	3.1	-	-
E 6....................	3,0	-	3,0			-
E 5....................	1,0	-	1,0			-
E 3....................	2,0	-	3,0			Wirksamwerden des Vermerks
				4.	**kw**	
				4.1	-	
E 5....................	-	-	2,0	4.1.1	Stelleneinsparung HG 2012	Wegfall des Vermerks
Zusammen.......	8,0	-	11,5			

0407 Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr										von Sp. 2 entfallen auf Funk- tions- gruppen
				Neue Stellen, Stellenwegfall				Wirksam- werden von ku- und kw- Vermerken		Hebungen, Herab- stufungen		Umwand- lungen, Umsetzungen		
				ohne ku/ kw-Vermerke		und Umsetzun- gen mit ku/ kw-Vermerken								
				+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Beamtinnen und Beamte														
B 3......................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 16....................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 15....................	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 14....................	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen..........	5,0	5,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 14....................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 13....................	3,5	3,5	3,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen..........	4,5	4,5	4,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Erläuterungen:

Zu Titel 422 01

Zu Spalte 4:
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
1,0 A14.

Zu Titel 428 01

Zu Spalte 4:
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
1,0 E13.

Haushaltsvermerk:

Zu Kap. 0408

Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien darf bis zu 40 Planstellen/Stellen mit kw-Vermerk im Haushaltsjahr **2014** wieder besetzen.

Planstellen-/Stellenübersicht														
Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist- Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr										von Sp. 2 entfallen auf Funk- tions- gruppen
				Neue Stellen, Stellenwegfall				Wirksam- werden von ku- und kw- Vermerken		Hebungen, Herab- stufungen		Umwand- lungen, Umsetzungen		
				ohne ku/ kw-Vermerke		und Umsetzun- gen mit ku/ kw-Vermerken								
				+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Beamtinnen und Beamte														
B 6	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 2	3,0	3,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 16	3,0	2,0	2,7	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-
A 15	14,0	14,0	8,2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 14	13,0	13,0	8,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 h	1,0	1,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g	31,0	31,0	27,9	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 12	43,0	43,0	37,9	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 11	119,0	119,0	105,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 10	-	-	10,3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 g	5,0	5,0	10,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m+Z	6,0	6,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m	8,0	8,0	7,7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 8	40,0	40,0	40,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 7	38,0	38,0	28,6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 6 m	-	-	7,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	325,0	324,0	305,4	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
AT B	1,0	2,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 15	4,0	4,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 14	24,0	24,0	21,1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 13	8,0	8,0	8,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 12	9,0	10,0	8,9	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-
E 11	88,0	88,0	85,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 10	22,0	22,0	22,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 9	444,0	444,0	424,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 8	70,0	71,0	65,6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-
E 6	75,0	75,0	75,3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 5	443,0	444,0	431,7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-
E 4	13,0	14,0	14,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-
E 3	233,0	235,0	233,7	-	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 2	9,0	11,0	10,8	-	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	1 442,0	1 450,0	1 404,1	-	4,0	-	-	-	-	-	-	-	4,0	-
Insgesamt	1 443,0	1 452,0	1 405,1	-	4,0	-	-	-	-	-	-	-	5,0	-

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 428 01

Stellen, die mit Beschäftigten besetzt sind, die ehemals als Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit tätig waren, können auch während des Haushaltsvollzugs zeitgleich mit der Versetzung zu anderen Bundesbehörden in das betreffende Kapitel umgesetzt werden.

0408 Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR

Erläuterungen:

Zu Titel 422 01

Zu Spalte 4:
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
1,0 A9m.

Zu Titel 428 01

Zu Spalte 4:
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
1,0 E8.

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 422 01				
			1.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	1,0	1,0	1.1	gemäß §§ 90, 92, 95 BBG, § 7 DBeglG, § 6 MuSchEltZV, § 24 GAD

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
1	2	3	4	5	6	7
Zu Titel 422 01						
					kw	
				1.	**kw**	
A 14..................	1,0	-	1,0	1.1	-	-
A 11..................	57,0	-	57,0			-
A 13 h...............	1,0	1,0	1,0	1.2	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	-
				2.	**kw mit Ausscheiden der Planstelleninhaber/innen**	
A 11..................	3,0	-	3,0	2.1	-	-
Zusammen.......	62,0	1,0	62,0			
Zu Titel 428 01						
					kw	
				1.	**kw**	
E 11..................	30,0	-	30,0	1.1	-	-
E 9....................	110,0	-	110,0			-
E 6....................	45,0	-	45,0			-
E 5....................	126,0	-	126,0			-
Zusammen.......	311,0	-	311,0			

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr: Neue Stellen, Stellenwegfall ohne ku/ kw-Vermerke +	-	Neue Stellen, Stellenwegfall und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken +	-	Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken +	-	Hebungen, Herabstufungen +	-	Umwandlungen, Umsetzungen +	-	von Sp. 2 entfallen auf Funktionsgruppen
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Beamtinnen und Beamte														
B 6	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 3	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 16	4,0	4,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 15	4,0	4,0	2,4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 14	6,0	6,0	3,6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 h	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 12	1,0	1,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 11	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 7	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 6 e	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	22,0	22,0	13,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
AT (B 3)	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
AT B	-	-	1,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	-	-	2,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 15	2,0	2,0	1,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 14	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 13	-	-	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 12	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 11	3,0	3,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 10	-	-	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 9	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 8	2,0	2,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 6	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 5	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	10,0	10,0	15,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	10,0	10,0	18,6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Erläuterungen:

Zu Titel 422 01

<u>Zu Spalte 4:</u>
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
1,0 B3; 1,8 A16; 2,0 A14; 1,0 A13h; 1,0 A13g; 0,9 A11 (Zusammen: 7,7).

Zu Titel 428 01

<u>Zu Spalte 4:</u>
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
1,0 AT(B3); 1,8 ATB; 3,0 E13; 1,0 E11; 0,9 E10 (Zusammen: 7,7).

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 422 01				
			1.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
B 6	1,0	1,0	1.1	Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion des Deutschen Bundestages
			2.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen	2,0	2,0	2.1	gemäß §§ 90, 92, 95 BBG, § 7 DBeglG, § 6 MuSchEltZV, § 24 GAD
Insgesamt	3,0	3,0		

0409 Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration

Leerstellenübersicht				
Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 428 01				
			2.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	1,0	2,0	2.1	gemäß § 28 TVöD, § 9 UmzugsTV, § 15 BEEG, § 24 GAD

Übersicht der ku- und kw- Vermerke						
Bes.-/ E.-Gr.	2014		2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Soll	Ersatz-(plan)st.				
1	2	3	4	5	6	7
Zu Titel 422 01						
					kw	
				1.	**kw**	
A 13 h..............	1,0	-	1,0	1.1	-	-

Anlage zu den Stellenplänen des Epl. 04

Darstellung der den Planstellen zugeordneten Amtsbezeichnungen

Bes.-Gr.	Kap.	**Amtsbezeichnungen** (Grundamtsbezeichnung in Fettdruck)
1	2	3
B 11	0401, 0403	Staatssekretärin oder Staatssekretär
B 10	0403	Ministerialdirektorin oder Ministerialdirektor als - Stellvertretende Chefin oder Stellvertretender Chef des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung - Stellvertretende Sprecherin oder Stellvertretender Sprecher der Bundesregierung
B 9	0401, 0403, 0405	Ministerialdirektorin oder Ministerialdirektor
B 6	0401	Brigadegeneral
	0408	Direktorin oder Direktor bei dem Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR - als die leitende Beamtin oder der leitende Beamte
	0401, 0403, 0405	Ministerialdirigentin oder Ministerialdirigent
	0406	Präsidentin oder Präsident des Bundesarchivs
B 3	0406	Direktorin oder Direktor der Stiftung "Archiv Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv"
	0407	Direktorin oder Direktor des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa
	0401	Kapitän zur See
	0401, 0403, 0405, 0409	Ministerialrätin oder Ministerialrat
	0401	Oberst
	0406	Vizepräsidentin oder Vizepräsident
	0401, 0403	Vortragende Legationsrätin Erster Klasse oder Vortragender Legationsrat Erster Klasse
B 2	0406, 0408	Abteilungspräsidentin oder Abteilungspräsident
A 16	0406, 0407, 0408	**Leitende Direktorin** oder **Leitender Direktor**
	0401	Kapitän zur See
	0401, 0403, 0405, 0406, 0407, 0408, 0409	Ministerialrätin oder Ministerialrat
	0401	Oberst
	0401, 0403	Vortragende Legationsrätin Erster Klasse oder Vortragender Legationsrat Erster Klasse
A 15	0401, 0403, 0405, 0406, 0407, 0408, 0409	**Direktorin** oder **Direktor**
	0401	Oberstleutnant
	0401, 0403	Vortragende Legationsrätin oder Vortragender Legationsrat
A 14	0401, 0403, 0405, 0406, 0407, 0408, 0409	**Oberrätin** oder **Oberrat**
	0401, 0403	Legationsrätin Erster Klasse oder Legationsrat Erster Klasse
	0401	Oberstleutnant
A 13 h	0401, 0403, 0405, 0406, 0408	**Rätin** oder **Rat**
	0401	Legationsrätin oder Legationsrat
	0401	Major
A 13 g	0401, 0403, 0405, 0406, 0408, 0409	**Oberamtsrätin** oder **Oberamtsrat**
A 12	0401, 0403, 0405, 0406, 0408, 0409	**Amtsrätin** oder **Amtsrat**

04 Übersicht Amtsbezeichnungen

Bes.-Gr.	Kap.	**Amtsbezeichnungen** (Grundamtsbezeichnung in Fettdruck)
1	2	3
A 11	0401, 0403, 0405, 0406, 0408	**Amtfrau** oder **Amtmann**
A 10	0401, 0403, 0405, 0406	**Oberinspektorin** oder **Oberinspektor**
A 9 g	0403, 0405, 0406	**Inspektorin** oder **Inspektor**
A 9 m+Z	0401, 0403, 0405, 0406, 0408	**Amtsinspektorin** oder **Amtsinspektor**
A 9 m	0401, 0403, 0405, 0406, 0408	**Amtsinspektorin** oder **Amtsinspektor**
A 8	0401, 0403, 0405, 0406, 0408	**Hauptsekretärin** oder **Hauptsekretär**
A 7	0401, 0403, 0406, 0408, 0409	**Obersekretärin** oder **Obersekretär**
A 6 m	0406, 0408	**Sekretärin** oder **Sekretär**
A 6 e	0401, 0403, 0405, 0406, 0409	**Oberamtsmeisterin** oder **Oberamtsmeister**
A 5	0401	**Hauptwartin** oder **Hauptwart**
	0401, 0403, 0405, 0406	**Oberamtsmeisterin** oder **Oberamtsmeister**
A 4	0401, 0403, 0405, 0406	**Amtsmeisterin** oder **Amtsmeister**
A 2/3	0406	**Hauptamtsgehilfin** oder **Hauptamtsgehilfe**

Stellenübersichten
der Zuwendungsempfänger / Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO des Kap. 0402

Titel	aus Nr. ... Erläuterung	**Bezeichnung**
1	2	3
Tgr. 01		**Stiftung Wissenschaft und Politik**
685 11		Stiftung Wissenschaft und Politik

0402 Anlage zu Kapitel Zuwendungsempfänger

Tgr. 01 - Stiftung Wissenschaft und Politik

Stellenübersicht							
Besoldungs-/ Vergütungs-/ Entgelt- gruppen	Stellen mit Dauerarbeitskräften besetzbar					Stellen für Arbeitskräfte mit befristeten Arbeitsverträ- gen	
	Tit. 422 .1, 425 .1, 426 .1 und 428 .1 sowie entsprechende Kontierung im Wirtschaftsplan			Tit. 425 .1, 426 .1 und 428 .1 (Projektförderung/ Aufträge Dritter)		Tit. 427 .9 (Projektförderung/ Aufträge Dritter)	
	Soll 2014	Soll 2013	besetzt am 1. Juni 2013	Soll 2014	Soll 2013	Soll 2014	Soll 2013
1	2	3	4	5	6	7	8
Zu Titel 685 11							
Stiftung Wissenschaft und Politik							
Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
S (B 4)	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-
S (C 4)	-	-	1,0	-	-	-	-
S (W 3)	1,0	1,0	-	-	-	-	-
AT B	9,0	9,0	7,0	-	-	-	-
Zusammen	12,0	12,0	10,0	-	-	-	-
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
E 15	16,0	16,0	12,8	-	-	-	-
E 14	23,0	23,0	22,8	-	-	-	-
E 13	20,0	20,0	17,3	-	-	-	-
E 12	5,0	5,0	3,5	-	-	-	-
E 11	21,0	21,0	20,2	-	-	-	-
E 9	18,0	18,0	17,9	-	-	-	-
E 8	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-
E 6	16,0	16,0	15,4	-	-	-	-
E 5	7,5	7,5	5,8	-	-	-	-
E 4	2,0	2,0	0,6	-	-	-	-
E 3	5,0	5,0	-	-	-	-	-
Zusammen	134,5	134,5	117,3	-	-	-	-
Insgesamt	146,5	146,5	127,3	-	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 685 11

1. Gemäß haushaltsgesetzlicher Regelung darf 1 Soldatin oder Soldat im Wege der Kommandierung beschäftigt werden.
2. Folgende Stellen sind gesperrt, solange Beamtinnen und Beamte der vergleichbaren Besoldungsgruppen des ehemaligen Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien auf kw-Planstellen bei Kap. 0615 Tit. 422 41 (lfd. Nr. 1.1 der kw-Vermerke) geführt werden:

   1 E 15,4 E 14, 1 E 11.
3. **Zu AT B:**

   Für maximal 4 Forschungsgruppenleiterinnen oder Forschungsgruppenleiter der Entgeltgruppe AT B ist eine befristete Zulage in Höhe der Differenz nach S (B 3) möglich.

Leerstellenübersicht				
Bes.-/Verg.- E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 685 11				
Stiftung Wissenschaft und Politik				
			1.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
E 14	1,0	1,0	1.1	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
			2.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen	1,0	1,0	2.2	gemäß § 28 TVöD, § 9 UmzugsTV, § 15 BEEG, § 24 GAD
Insgesamt	2,0	2,0		

Übersicht der ku- und kw- Vermerke						
Bes.-/ Verg.-/ E.-Gr.	2014		2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Soll	Ersatz-(plan)st.				
1	2	3	4	5	6	7
Zu Titel 685 11						
Stiftung Wissenschaft und Politik						
					ku	
				1.	**ku mit Ausscheiden der Stelleninhaber /innen**	
S (B 4).............	1,0	-	1,0	1.1	in Entgeltgruppe S (B 3)	-

0405 Anlage zu Kapitel Zuwendungsempfänger

Stellenübersichten der Zuwendungsempfänger / Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO des Kap. 0405

Titel	aus Nr. ... Erläuterung	Bezeichnung
1	2	3
Tgr. 01		**Allgemeine kulturelle Angelegenheiten**
685 15	1.	Kulturveranstaltungen des Bundes in Berlin GmbH
685 17		Kulturstiftung des Bundes
Tgr. 02		**Kulturförderung im Inland**
683 21	1.1	Stiftung Deutsche Kinemathek (SDK), Berlin
685 21	1.1.2	Freies Deutsches Hochstift, Frankfurt/M.
	1.1.3	Deutsche Schillergesellschaft e. V.
	1.2.1	Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland GmbH
	1.2.2	Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland
	1.2.3	Stiftung Deutsches Historisches Museum einschließlich Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung
	1.2.4	Klassik Stiftung Weimar
	1.2.5	Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg
	1.2.13	Akademie der Künste, Berlin
	1.2.16	Stiftung Jüdisches Museum
Tgr. 03		**Stiftung Preußischer Kulturbesitz**
685 31		Stiftung Preußischer Kulturbesitz
Tgr. 04		**Deutsche Nationalbibliothek**
685 41		Deutsche Nationalbibliothek
Tgr. 06		**Pflege des Geschichtsbewusstseins**
684 61		Internationaler Suchdienst Bad Arolsen (ISD)
685 61	1.1	Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
	1.3.1	Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora
	1.3.9	Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas
Tgr. 09		**Auslandsrundfunk (Hörfunk und Fernsehen)**
685 91		Deutsche Welle

Tgr. 01 - Allgemeine kulturelle Angelegenheiten

Stellenübersicht							
Besoldungs-/ Vergütungs-/ Entgelt- gruppen	Stellen mit Dauerarbeitskräften besetzbar					Stellen für Arbeitskräfte mit befristeten Arbeitsverträgen	
	Tit. 422 .1, 425 .1, 426 .1 und 428 .1 sowie entsprechende Kontierung im Wirtschaftsplan			Tit. 425 .1, 426 .1 und 428 .1 (Projektförderung/ Aufträge Dritter)		Tit. 427 .9 (Projektförderung/ Aufträge Dritter)	
	Soll 2014	Soll 2013	besetzt am 1. Juni 2013	Soll 2014	Soll 2013	Soll 2014	Soll 2013
1	2	3	4	5	6	7	8

Zu Titel 685 15

1. Kulturveranstaltungen des Bundes in Berlin GmbH

Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
S (KL)	19,0	12,0	9,0	-	-	-	-
S (B 3)	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-
Zusammen	20,0	13,0	10,0	-	-	-	-
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
E 15	2,0	1,0	1,0	-	-	-	-
E 14	1,0	1,0	-	-	-	-	-
E 13	18,0	13,0	12,0	-	-	-	-
E 12	6,0	6,0	6,0	-	-	-	-
E 11	37,0	28,0	26,0	-	-	-	-
E 10	3,0	3,0	3,0	-	-	-	-
E 9	33,0	27,0	27,0	-	-	-	-
E 8	35,0	29,0	29,0	-	-	-	-
E 6	6,0	6,0	6,0	-	-	-	-
E 5	11,5	11,5	11,5	-	-	-	-
E 3	0,5	0,5	0,5	-	-	-	-
Zusammen	153,0	126,0	122,0	-	-	-	-
Insgesamt	173,0	139,0	132,0	-	-	-	-

Zu Titel 685 17

Kulturstiftung des Bundes

Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
S (KSB)	4,0	4,0	4,0	-	-	-	-
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
E 14	4,0	4,0	-	-	-	-	-
E 13	3,0	3,0	6,0	-	-	-	-
E 10	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-
E 9	4,0	4,0	4,0	-	-	-	-
E 8	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-
E 6	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-
E 5	7,0	7,0	7,0	-	-	-	-
E 3	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-
Zusammen	24,0	24,0	23,0	-	-	-	-
Insgesamt	28,0	28,0	27,0	-	-	-	-

Leerstellenübersicht				
Bes.-/Verg.- E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5

Zu Titel 685 17

Kulturstiftung des Bundes

			1.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen	1,0	1,0	1.1	gemäß §§ 90, 92, 95 BBG, § 7 DBeglG, § 6 MuSchEltZV, § 24 GAD

0405 Anlage zu Kapitel Zuwendungsempfänger

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ Verg.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
1	2	3	4	5	6	7
Zu Titel 685 15						
1. Kulturveranstaltungen des Bundes in Berlin GmbH						
					kw	
				1.	**kw**	
				1.2	-	
E 5....................	1,0	-	1,0	1.2.1	Stelleneinsparung HG 2011	-
E 5....................	1,0	-	1,0	1.2.2	Stelleneinsparung HG 2012	-
Zusammen.......	2,0	-	2,0			

Tgr. 02 - Kulturförderung im Inland

Stellenübersicht

Besoldungs-/ Vergütungs-/ Entgelt-gruppen	Stellen mit Dauerarbeitskräften besetzbar: Tit. 422 .1, 425 .1, 426 .1 und 428 .1 sowie entsprechende Kontierung im Wirtschaftsplan – Soll 2014	Soll 2013	besetzt am 1. Juni 2013	Tit. 425 .1, 426 .1 und 428 .1 (Projektförderung/ Aufträge Dritter) – Soll 2014	Soll 2013	Stellen für Arbeitskräfte mit befristeten Arbeitsverträgen: Tit. 427 .9 (Projektförderung/ Aufträge Dritter) – Soll 2014	Soll 2013
1	2	3	4	5	6	7	8
Zu Titel 683 21							
1.1 Stiftung Deutsche Kinemathek (SDK), Berlin							
Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
AT (B 3)..	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
E 15...	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-
E 14...	4,0	4,0	4,0	-	-	-	-
E 13...	4,5	4,5	4,8	-	-	-	-
E 11..	7,8	7,8	7,7	-	-	-	-
E 10...	8,1	8,1	7,6	-	-	-	-
E 9...	14,9	14,9	13,5	-	-	-	-
E 8...	4,0	4,0	4,0	-	-	-	-
E 6...	1,9	1,9	2,5	-	-	-	-
E 5...	6,8	6,8	7,7	-	-	-	-
Zusammen...	53,0	53,0	52,8	-	-	-	-
Insgesamt..	54,0	54,0	53,8	-	-	-	-
Zu Titel 685 21							
1.1.2 Freies Deutsches Hochstift, Frankfurt/M.							
Tarifliche Angestellte							
I..	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-
1.1.3 Deutsche Schillergesellschaft e. V.							
Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
S (B 3)..	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
E 15...	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-
E 14...	6,0	6,0	5,0	-	-	-	-
E 13...	12,0	12,0	12,0	-	-	-	-
E 12	1,5	1,5	1,5	-	-	-	-

Besoldungs-/ Vergütungs-/ Entgelt- gruppen	Stellen mit Dauerarbeitskräften besetzbar: Tit. 422 .1, 425 .1, 426 .1 und 428 .1 sowie entsprechende Kontierung im Wirtschaftsplan – Soll 2014	Soll 2013	besetzt am 1. Juni 2013	Tit. 425 .1, 426 .1 und 428 .1 (Projektförderung/ Aufträge Dritter) – Soll 2014	Soll 2013	Stellen für Arbeitskräfte mit befristeten Arbeitsverträgen: Tit. 427 .9 (Projektförderung/ Aufträge Dritter) – Soll 2014	Soll 2013
1	2	3	4	5	6	7	8
E 11	4,0	4,0	4,0	-	-	-	-
E 10	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-
E 9	32,5	32,5	31,5	-	-	-	-
E 8	4,0	4,0	3,0	-	-	-	-
E 6	14,0	14,0	13,5	-	-	-	-
E 5	9,0	9,0	8,0	-	-	-	-
E 4	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-
E 3	8,0	8,0	8,0	-	-	-	-
E 2	6,5	6,5	6,0	-	-	-	-
Zusammen	102,5	102,5	97,5	-	-	-	-
Insgesamt	103,5	103,5	98,5	-	-	-	-
1.2.1 Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland GmbH							
Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
S (B 5)	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-
S (B 4)	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-
Zusammen	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
E 14	5,0	5,0	4,0	-	-	-	-
E 13	16,0	16,0	15,0	-	-	-	-
E 12	10,0	10,0	10,0	-	-	-	-
E 11	12,0	12,0	11,0	-	-	-	-
E 10	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-
E 9	18,0	18,0	14,5	-	-	-	-
E 8	10,0	10,0	12,5	-	-	-	-
E 7	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-
E 6	10,0	10,0	8,0	-	-	-	-
E 5	10,0	10,0	8,0	-	-	-	-
E 4	3,0	3,0	2,0	-	-	-	-
E 3	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-
Zusammen	97,0	97,0	88,0	-	-	-	-
Insgesamt	99,0	99,0	90,0	-	-	-	-
1.2.2 Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland							
Beamtinnen und Beamte							
B 5	1,0	1,0	1,0				
A 16	1,0	1,0	1,0				
A 15	1,0	1,0	-				
A 13 h	-	-	1,0				
A 13 g	1,0	1,0	1,0				
A 12	1,0	1,0	1,0				
A 11	3,0	3,0	3,0				
A 10	1,0	1,0	1,0				
A 9 m	2,0	2,0	2,0				
A 8	1,0	1,0	1,0				
A 7	5,0	5,0	5,0				
Zusammen	17,0	17,0	17,0				

0405 Anlage zu Kapitel Zuwendungsempfänger

Stellenübersicht

Besoldungs-/ Vergütungs-/ Entgelt- gruppen	Stellen mit Dauerarbeitskräften besetzbar					Stellen für Arbeitskräfte mit befristeten Arbeitsverträgen	
	Tit. 422 .1, 425 .1, 426 .1 und 428 .1 sowie entsprechende Kontierung im Wirtschaftsplan			Tit. 425 .1, 426 .1 und 428 .1 (Projektförderung/ Aufträge Dritter)		Tit. 427 .9 (Projektförderung/ Aufträge Dritter)	
	Soll 2014	Soll 2013	besetzt am 1. Juni 2013	Soll 2014	Soll 2013	Soll 2014	Soll 2013
1	2	3	4	5	6	7	8
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
E 15	3,0	3,0	3,0	-	-	-	-
E 14	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-
E 13	24,0	24,0	24,0	-	-	-	-
E 12	3,0	3,0	3,0	-	-	-	-
E 11	11,0	11,0	10,0	-	-	-	-
E 10	10,0	10,0	11,0	-	-	-	-
E 9	17,5	17,5	17,5	-	-	-	-
E 8	14,0	14,0	14,0	-	-	-	-
E 7	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-
E 6	5,0	5,0	5,0	-	-	-	-
E 5	25,0	25,0	25,0	-	-	-	-
E 4	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-
E 2	7,0	7,0	7,0	-	-	-	-
Zusammen	123,5	123,5	123,5	-	-	-	-
Insgesamt	140,5	140,5	140,5	-	-	-	-

1.2.3 Stiftung Deutsches Historisches Museum einschließlich Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung

Beamtinnen und Beamte							
B 5	1,0	1,0	-				
B 3	1,0	1,0	-				
Zusammen	2,0	2,0	-				
Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
S (B 5)	-	-	1,0	-	-	-	-
AT B	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-
Zusammen	1,0	1,0	2,0	-	-	-	-
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
E 15	4,0	4,0	3,0	-	-	-	-
E 14	3,0	2,0	2,0	-	-	-	-
E 13	19,0	18,0	17,0	-	-	-	-
E 12	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-
E 11	10,0	10,0	12,0	-	-	-	-
E 10	3,0	3,0	3,0	-	-	-	-
E 9	31,5	31,5	30,0	-	-	-	-
E 8	10,0	10,0	10,0	-	-	-	-
E 7	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-
E 6	20,0	19,0	19,0	-	-	-	-
E 5	14,0	15,0	14,0	-	-	-	-
E 4	4,0	4,0	4,0	-	-	-	-
E 3	6,0	6,0	6,0	-	-	-	-
E 2	4,0	4,0	4,0	-	-	-	-
Zusammen	132,5	130,5	128,0	-	-	-	-
Insgesamt	135,5	133,5	130,0	-	-	-	-

1.2.4 Klassik Stiftung Weimar

Beamtinnen und Beamte							
B 3	1,0	1,0	1,0				
A 16	1,0	1,0	-				
A 15	-	-	1,0				

Stellenübersicht							
Besoldungs-/ Vergütungs-/ Entgelt- gruppen	Stellen mit Dauerarbeitskräften besetzbar					Stellen für Arbeitskräfte mit befristeten Arbeitsverträgen	
	Tit. 422 .1, 425 .1, 426 .1 und 428 .1 sowie entsprechende Kontierung im Wirtschaftsplan			Tit. 425 .1, 426 .1 und 428 .1 (Projektförderung/ Aufträge Dritter)		Tit. 427 .9 (Projektförderung/ Aufträge Dritter)	
	Soll 2014	Soll 2013	besetzt am 1. Juni 2013	Soll 2014	Soll 2013	Soll 2014	Soll 2013
1	2	3	4	5	6	7	8
A 14	2,0	2,0	1,0				
A 11	1,0	1,0	1,0				
Zusammen	5,0	5,0	4,0				
Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
S (B 5)	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-
S (B 4)	-	-	1,0	-	-	-	-
Zusammen	1,0	1,0	2,0	-	-	-	-
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
E 15 Ü	3,0	3,0	1,0	-	-	-	-
E 15	4,0	3,0	3,0	-	-	-	-
E 14	34,0	35,0	35,0	-	-	-	-
E 13 Ü	4,0	5,0	5,0	-	-	-	-
E 13	8,0	7,0	7,0	-	-	-	-
E 12	6,0	5,0	5,0	-	-	-	-
E 11	17,0	18,0	15,0	-	-	-	-
E 10	17,0	17,0	14,0	-	-	-	-
E 9	47,0	42,0	42,0	-	-	-	-
E 8	16,0	21,0	21,0	-	-	-	-
E 7	7,0	6,0	6,0	-	-	-	-
E 6	36,0	34,0	34,0	-	-	-	-
E 5	46,0	49,0	48,5	-	-	-	-
E 4	4,0	4,0	4,0	-	-	-	-
E 3	2,0	2,0	1,5	-	-	-	-
Zusammen	251,0	251,0	242,0	-	-	-	-
Insgesamt	257,0	257,0	248,0	-	-	-	-
1.2.5 Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg							
Beamtinnen und Beamte							
B 4	1,0	1,0	1,0				
B 2	2,0	2,0	2,0				
A 16	2,0	2,0	2,0				
A 14	1,0	1,0	1,0				
A 13 h	2,0	2,0	2,0				
A 7	1,0	1,0	1,0				
A 6 m	0,5	0,5	0,5				
Zusammen	9,5	9,5	9,5				
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
E 15	5,0	5,0	5,0	-	-	-	-
E 14	5,0	5,0	5,0	-	-	-	-
E 13	32,4	32,4	32,4	-	-	-	-
E 12	4,0	4,0	4,0	-	-	-	-
E 11	24,0	24,0	24,0	-	-	-	-
E 10	19,8	19,8	19,8	-	-	-	-
E 9	95,6	99,6	95,6	-	-	-	-
E 8	13,8	9,8	13,8	-	-	-	-
E 7	25,5	25,5	25,5	-	-	-	-
E 6	93,3	96,8	93,3	-	-	-	-
E 5	99,2	95,7	99,3	-	-	-	-
E 4	6,0	6,0	6,0	-	-	-	-
E 3	22,5	22,5	22,5	-	-	-	-

0405 Anlage zu Kapitel Zuwendungsempfänger

Stellenübersicht

Besoldungs-/ Vergütungs-/ Entgelt- gruppen	Stellen mit Dauerarbeitskräften besetzbar: Tit. 422 .1, 425 .1, 426 .1 und 428 .1 sowie entsprechende Kontierung im Wirtschaftsplan – Soll 2014	Soll 2013	besetzt am 1. Juni 2013	Tit. 425 .1, 426 .1 und 428 .1 (Projektförderung/ Aufträge Dritter) – Soll 2014	Soll 2013	Stellen für Arbeitskräfte mit befristeten Arbeitsverträgen: Tit. 427 .9 (Projektförderung/ Aufträge Dritter) – Soll 2014	Soll 2013
1	2	3	4	5	6	7	8
E 2	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-
Zusammen	447,1	447,1	447,2	-	-	-	-
Insgesamt	456,6	456,6	456,7	-	-	-	-
1.2.13 Akademie der Künste, Berlin							
Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
S (KL)	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-
AT B	4,0	4,0	4,0	-	-	-	-
Zusammen	6,0	6,0	6,0	-	-	-	-
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
E 15	4,0	4,0	4,0	-	-	-	-
E 14	15,0	15,0	15,0	-	-	-	-
E 13	26,5	33,8	32,8	-	-	-	-
E 12	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-
E 11	11,0	10,0	10,0	-	-	-	-
E 10	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-
E 9	43,4	37,9	37,8	-	-	-	-
E 8	20,0	20,5	20,5	-	-	-	-
E 6	7,5	7,5	7,0	-	-	-	-
E 5	9,1	7,8	7,8	-	-	-	-
E 3	6,5	7,5	6,0	-	-	-	-
E 2	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-
Zusammen	148,0	149,0	145,9	-	-	-	-
Insgesamt	154,0	155,0	151,9	-	-	-	-
1.2.16 Stiftung Jüdisches Museum							
Beamtinnen und Beamte							
B 5	1,0	1,0	1,0				
Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
AT (B 2)	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-
AT B	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-
Zusammen	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
E 14	7,0	7,0	7,0	-	-	-	-
E 13	19,0	19,0	17,0	-	-	-	-
E 12	9,0	9,0	6,0	-	-	-	-
E 11	9,0	9,0	8,0	-	-	-	-
E 10	3,0	3,0	3,0	-	-	-	-
E 9	23,0	23,0	20,0	-	-	-	-
E 8	10,0	10,0	9,0	-	-	-	-
E 6	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-
E 5	4,0	4,0	4,0	-	-	-	-
E 4	3,0	3,0	3,0	-	-	-	-
E 3	5,0	5,0	5,0	-	-	-	-
Zusammen	93,0	93,0	83,0	-	-	-	-
Insgesamt	96,0	96,0	86,0	-	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 685 21

1. **Zu Nr. 1.1.2 der Erläuterung:**
   Nach § 13 Abs. 2 Satz 1 HG gilt folgende Regelung: Der Anteil der Personalausgaben für unbefristete Arbeitsverhältnisse (Verg.-Gr. II a bis MTArb) darf 55 Prozent der Gesamtausgaben des Programmbudgets nicht übersteigen. Der Stellenplan für Verg.-Gr. I bleibt verbindlich.
2. Es wird zugelassen, dass die ausgewiesene Stelle BAT I (Land Hessen) für die Erstattung der Bezüge einer Professorin bzw. eines Professors nach Bes.-Gr. W 3 herangezogen wird und diese Erstattung auf die Vergütung nach Verg.-Gr. BAT I begrenzt ist.
3. **Zu Nr. 1.1.3 der Erläuterung:**
   Der am 01.01.2005 vorhandene Stelleninhaber erhält aufgrund einer besonderen Vereinbarung ein Entgelt entsprechend der Bes.-Gr. B6.
4. **Zu Nr. 1.2.1 der Erläuterung:**
   Zu S (B 5):
   Der **am 1. März 2013 vorhandene** Stelleninhaber erhält ein zusätzliches Entgelt (Zulage) in Höhe von monatlich 766,94 €.
5. **Zu Nr. 1.2.3 der Erläuterung:**
   Zu B 5:
   Der am 01.01.2012 vorhandene Stelleninhaber erhält aufgrund einer besonderen Vereinbarung ein außertarifliches Entgelt in Höhe von 9.750 € (dynamisiert).
6. **Zu Nr. 1.2.4 der Erläuterung:**
   Zu I a:
   Davon 1 mit Stellenzulage nach Verg.-Gr. I.
7. **Zu S (B 5):**
   Der am 4.9.2001 vorhandene Stelleninhaber erhält aufgrund einer besonderen Vereinbarung eine Vergütung entsprechend der Bes.-Gr. B 6.
8. **Zu Nr. 1.2.5 der Erläuterung:**
   Nach **§ 14 Abs. 2** Haushaltsgesetz gilt folgende Regelung:
   Bis zu 20 Prozent des Stellensolls dürfen für den finanzneutralen Austausch zwischen den einzelnen Vergütungsgruppen unter der Voraussetzung in Anspruch genommen werden, dass das Stellensoll je Vergütungsgruppe um nicht mehr als 20 Prozent überschritten wird.

Erläuterungen:

Zu Titel 685 21

1.1.3 Deutsche Schillergesellschaft e. V.

Der Stellenplan bezieht sich auf das Tarif-Dienstrecht des Landes Baden-Württemberg.

1.2.2 Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland

Zu insgesamt:
Davon 29,5 Stellen für das Haus der Deutschen Einheit in Leipzig.

1.2.4 Klassik Stiftung Weimar

Der Stellenplan bezieht sich auf das Tarif-Dienstrecht des Landes Thüringen.

1.2.5 Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg

Der Stellenplan bezieht sich auf das Tarif-Dienstrecht der Länder Berlin und Brandenburg.

1.2.6 Stiftung Bauhaus Dessau

Der Stellenplan bezieht sich auf das Tarif-Dienstrecht des Landes Sachsen-Anhalt.

1.2.9 Franckesche Stiftungen

Der Stellenplan bezieht sich auf das Tarif-Dienstrecht des Landes Sachsen-Anhalt.

1.2.10 Fürst-Pückler-Park, Bad Muskau

Der Stellenplan bezieht sich auf das Tarif-Dienstrecht des Landes Brandenburg.

1.2.14 Stiftung Luthergedenkstätten

Der Stellenplan bezieht sich auf das Tarif-Dienstrecht des Landes Sachsen-Anhalt.

0405 Anlage zu Kapitel Zuwendungsempfänger

Übersicht der ku- und kw- Vermerke						
Bes.-/ Verg.-/ E.-Gr.	2014		2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Soll	Ersatz-(plan)st.				
1	2	3	4	5	6	7

Zu Titel 685 21

1.2.1 Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland GmbH

					ku	
				2.	**ku**	
E 13	1,0	-	1,0	2.1	in Entgeltgruppe E 12	-
E 11	1,0	-	1,0	2.2	in Entgeltgruppe E 9	-
E 9	2,0	-	2,0			-
E 11	1,0	-	1,0	2.3	in Entgeltgruppe E 8	-
E 9	2,0	-	2,0			-
E 8	1,0	-	1,0	2.4	in Entgeltgruppe E 5	-
E 6	2,0	-	2,0			-
E 6	2,0	-	2,0	2.5	in Entgeltgruppe E 3	-
E 5	2,0	-	2,0			-
S (B 4)	1,0	-	1,0	2.6	in Entgeltgruppe S (B 3)	-
Zusammen	15,0	-	15,0			
					kw	
				1.	**kw**	
E 12	1,0	-	1,0	1.1	-	-
E 8	1,0	-	1,0			-
E 7	1,0	-	1,0			-
E 5	4,0	-	4,0			-
E 14	1,0	1,0	1,0	1.2	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	-
E 11	1,0	1,0	1,0			-
E 10	1,0	1,0	1,0			-
E 9	1,0	1,0	1,0			-
				1.3	-	
E 4	1,0	-	1,0	1.3.1	Stelleneinsparung HG 2011	-
E 3	1,0	-	1,0	1.3.2	Stelleneinsparung HG 2012	-
Zusammen	13,0	4,0	13,0			

1.2.2 Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland

					ku	
				1.	**ku mit Ausscheiden der Planstelleninhaber /innen**	
A 8	1,0	-	1,0	1.2	in Entgeltgruppe E 8	-
					kw	
				1.	**kw**	
E 9	0,5	-	0,5	1.1	-	-
E 7	1,0	-	1,0			-
E 6	1,0	-	1,0			-
E 5	4,5	-	4,5			-
				1.2	-	
E 5	1,0	-	1,0	1.2.1	Stelleneinsparung HG 2011	-
E 2	1,0	-	1,0	1.2.2	Stelleneinsparung HG 2012	-
				2.	**kw mit Ausscheiden der Planstelleninhaber/innen**	
A 7	5,0	-	5,0	2.1	-	-
				3.	**kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber/innen**	
E 5	2,0	-	2,0	3.1	-	-
Zusammen	16,0	-	16,0			

1.2.3 Stiftung Deutsches Historisches Museum einschließlich Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung

					kw	
				1.	**kw**	
E 7	1,0	-	1,0	1.2	-	-
E 6	2,0	-	2,0			-
E 2	1,0	-	1,0			-
				1.3	spätestens 31.12.2013	
E 5	-	-	1,0	1.3.1	Stelleneinsparung HG 2012	Wirksamwerden des Vermerks

Übersicht der ku- und kw- Vermerke						
Bes.-/ Verg.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
1	2	3	4	5	6	7
				2.	**kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber/innen**	
E 6	1,0	-	1,0	2.1	-	-
				3.	**kw**	
E 9	0,5	0,5	0,5	3.1	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	-
Zusammen	5,5	0,5	6,5			
1.2.4 Klassik Stiftung Weimar						
					ku	
				2.	**ku**	
				2.1	in Entgeltgruppe E 13	
A 14	2,0	-	2,0	2.1.1	-	-
					kw	
				1.	**kw**	
E 15	1,0	-	1,0	1.1	spätestens 31.12.2021	-
				1.3	spätestens 31.12.2018	
E 13	1,0	-	1,0	1.3.1	-	-
Zusammen	2,0	-	2,0			
1.2.13 Akademie der Künste, Berlin						
					ku	
				1.	**ku**	
E 13	-	-	1,0	1.5	in Entgeltgruppe E 11	Wirksamwerden des Vermerks
E 13	-	-	5,5	1.6	in Entgeltgruppe E 9	Wirksamwerden des Vermerks
E 13	-	-	0,8	1.7	in Entgeltgruppe E 5	Wirksamwerden des Vermerks
E 8	-	-	0,5			Wirksamwerden des Vermerks
E 8	1,0	-	1,0	1.8	in Entgeltgruppe E 6	-
Zusammen	1,0	-	8,8			
					kw	
				1.	**kw**	
E 9	1,0	-	1,0	1.1	-	-
E 5	1,5	-	1,5			-
E 3	2,0	-	3,0			Wirksamwerden des Vermerks
				1.3	-	
E 5	1,0	-	1,0	1.3.1	Stelleneinsparung HG 2011	-
E 3	1,0	-	1,0			-
E 6	1,0	-	1,0	1.3.2	Stelleneinsparung HG 2012	-
E 3	1,0	-	1,0			-
Zusammen	8,5	-	9,5			
1.2.16 Stiftung Jüdisches Museum						
					kw	
				1.	**kw**	
				1.1	-	
E 4	0,5	-	0,5	1.1.1	Stelleneinsparung HG 2012	-

0405 Anlage zu Kapitel Zuwendungsempfänger

Tgr. 03 - Stiftung Preußischer Kulturbesitz

Stellenübersicht							
Besoldungs-/ Vergütungs-/ Entgelt- gruppen	Stellen mit Dauerarbeitskräften besetzbar					Stellen für Arbeitskräfte mit befristeten Arbeitsverträ- gen	
	Tit. 422 .1, 425 .1, 426 .1 und 428 .1 sowie entsprechende Kontierung im Wirtschaftsplan			Tit. 425 .1, 426 .1 und 428 .1 (Projektförderung/ Aufträge Dritter)		Tit. 427 .9 (Projektförderung/ Aufträge Dritter)	
	Soll 2014	Soll 2013	besetzt am 1. Juni 2013	Soll 2014	Soll 2013	Soll 2014	Soll 2013
1	2	3	4	5	6	7	8

Zu Titel 685 31

Stiftung Preußischer Kulturbesitz

Beamtinnen und Beamte							
B 8	1,0	1,0	1,0				
B 5	2,0	2,0	2,0				
B 4	1,0	1,0	1,0				
B 2	1,0	1,0	1,0				
A 16	31,0	31,0	21,6				
A 15	41,0	41,0	28,0				
A 14	89,0	90,0	65,0				
A 13 h	34,0	34,0	20,0				
A 13 g	18,0	18,0	13,0				
A 12	48,0	48,0	37,0				
A 11	80,0	80,0	62,0				
A 10	100,0	100,0	75,0				
A 9 g	57,0	57,0	26,0				
A 9 m	5,0	5,0	5,0				
A 8	11,0	11,0	7,0				
A 7	16,0	18,0	10,0				
A 6 m	15,0	14,0	13,0				
A 6 e	3,0	4,0	3,0				
A 5	1,5	1,5	1,5				
Zusammen	554,5	557,5	392,1				
Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
AT B	-	-	9,0	-	-	-	-
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
E 15	1,0	1,0	4,0	-	-	1,0	1,0
E 14	15,0	15,0	29,0	-	-	-	-
E 13	88,0	88,0	108,5	-	-	-	-
E 12	4,0	4,0	4,0	-	-	-	-
E 11	38,0	38,0	43,0	-	-	1,0	1,0
E 10	25,0	25,0	27,0	-	-	-	-
E 9	116,0	117,0	177,0	-	-	1,0	1,0
E 8	109,5	109,5	114,5	-	-	4,0	4,0
E 7	46,0	46,0	46,0	-	-	-	-
E 6	159,0	159,0	154,5	-	-	-	-
E 5	276,0	276,0	271,0	-	-	3,0	3,0
E 4	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-
E 3	278,0	278,0	253,5	-	-	2,0	2,0
E 2	92,5	92,5	55,5	-	-	-	-
Zusammen	1 250,0	1 251,0	1 289,5	-	-	12,0	12,0
Insgesamt	1 804,5	1 808,5	1 690,6	-	-	12,0	12,0

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 685 31

1. Nach § 13 Abs. 2 Satz 1 Haushaltsgesetz gilt folgende Regelung:
2. Bis zu 20 Prozent des Stellensolls dürfen für den finanzneutralen Austausch zwischen den einzelnen Entgeltgruppen unter der Voraussetzung in Anspruch genommen werden, dass das Stellensoll je Entgeltgruppe um nicht mehr als 20 Prozent überschritten wird.
3. **<u>Zu A 16:</u>**
   Einer der am 01.01.2009 vorhandenen Stelleninhaber erhält aufgrund einer besonderen Vereinbarung eine bis zum 31.12.2015 befristete Zulage in Höhe der Differenz zu einem Monatsentgelt von 9.100 Euro (dynamisiert).
4. **<u>Zu A 16:</u>**
   Einer der am 01.12.2009 vorhandenen Stelleninhaber erhält aufgrund einer besonderen Vereinbarung eine bis zum 31.12.2015 befristete Zulage in Höhe der Differenz zum Monatsentgelt von 6 897,50 Euro (dynamisiert).

Erläuterungen:

Zu Titel 685 31

Stiftung Preußischer Kulturbesitz

<u>Nachrichtlich:</u>
6 Beamtete Hilfskräfte
14 Beamtinnen und Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst
23 Auszubildende
51 Wissenschaftliche Museums- und Institutsassistentinnen oder Museums- und Institutsassistenten (in Fortbildung) sowie Praktikantinnen oder Praktikanten

Leerstellenübersicht

Bes.-/Verg.-E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 685 31				
Stiftung Preußischer Kulturbesitz				
			1.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	18,0	18,0	1.1	gemäß §§ 90, 92, 95 BBG, § 7 DBeglG, § 6 MuSchEltZV, § 24 GAD

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/Verg.-/E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
1	2	3	4	5	6	7
Zu Titel 685 31						
Stiftung Preußischer Kulturbesitz						
					kw	
				1.	**kw**	
A 14..................	-	-	1,0	1.1	-	Wirksamwerden des Vermerks
E 9....................	-	-	1,0			Wirksamwerden des Vermerks
Zusammen.......	-	-	2,0			

0405 Anlage zu Kapitel Zuwendungsempfänger

Tgr. 04 - Deutsche Nationalbibliothek

Stellenübersicht							
Besoldungs-/ Vergütungs-/ Entgelt- gruppen	Stellen mit Dauerarbeitskräften besetzbar					Stellen für Arbeitskräfte mit befristeten Arbeitsverträ- gen	
	Tit. 422 .1, 425 .1, 426 .1 und 428 .1 sowie entsprechende Kontierung im Wirtschaftsplan			Tit. 425 .1, 426 .1 und 428 .1 (Projektförderung/ Aufträge Dritter)		Tit. 427 .9 (Projektförderung/ Aufträge Dritter)	
	Soll 2014	Soll 2013	besetzt am 1. Juni 2013	Soll 2014	Soll 2013	Soll 2014	Soll 2013
1	2	3	4	5	6	7	8

Zu Titel 685 41

Deutsche Nationalbibliothek

Beamtinnen und Beamte							
B 6	1,0	1,0	1,0				
B 3	2,0	2,0	2,0				
A 16	3,0	3,0	3,0				
A 15	8,0	8,0	3,8				
A 14	23,0	23,0	7,5				
A 13 h	25,0	25,0	19,0				
A 13 g	14,0	14,0	11,0				
A 12	28,0	28,0	20,8				
A 11	70,5	70,5	42,8				
A 10	79,5	80,5	75,1				
A 9 g	42,7	43,7	25,1				
A 9 m+Z	1,0	1,0	1,0				
A 9 m	1,0	1,0	1,0				
A 8	7,0	8,0	7,3				
A 7	29,0	29,0	9,6				
A 6 m	21,0	21,0	3,9				
A 6 e	2,0	2,0	-				
A 5	3,0	4,0	0,8				
A 4	2,0	2,0	-				
A 3	1,0	1,0	-				
Zusammen	363,7	367,7	234,7				
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
E 14	1,0	1,0	6,4	-	-	-	-
E 13	3,0	3,0	21,1	-	-	-	-
E 12	4,0	4,0	4,8	-	-	-	-
E 11	9,0	9,0	13,5	-	-	-	-
E 10	-	-	6,6	-	-	-	-
E 9	40,2	41,2	62,9	-	-	-	-
E 8	24,8	24,8	26,0	-	-	-	-
E 7	4,8	4,8	5,0	-	-	-	-
E 6	50,0	51,0	70,0	-	-	-	-
E 5	62,7	64,2	76,9	-	-	-	-
E 3	9,8	10,8	21,3	-	-	-	-
E 2	3,0	3,0	5,6	-	-	-	-
Zusammen	212,3	216,8	320,1	-	-	-	-
Insgesamt	576,0	584,5	554,8	-	-	-	-

Leerstellenübersicht

Bes.-/Verg.-E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 685 41				
Deutsche Nationalbibliothek				
			1.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	4,0	3,0	1.1	gemäß §§ 90, 92, 95 BBG, § 7 DBeglG, § 6 MuSchEltZV, § 24 GAD
Zusammen.........	2,0	2,0	1.3	gemäß § 28 TVöD, § 9 UmzugsTV, § 15 BEEG, § 24 GAD
Insgesamt..........	6,0	5,0		

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ Verg.-/ E.-Gr.	2014		2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Soll	Ersatz-(plan)st.				
1	2	3	4	5	6	7
Zu Titel 685 41						
Deutsche Nationalbibliothek						
					kw	
				2.	**kw mit Ausscheiden der Planstelleninhaber/innen**	
A 12..................	1,0	-	1,0	2.1	-	-
A 8....................	-	-	1,0			Wirksamwerden des Vermerks
				3.	**kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber/innen**	
E 11..................	1,0	-	1,0	3.1	-	-
E 7....................	1,0	-	1,0			-
E 6....................	1,0	-	1,0			-
E 5....................	7,0	-	7,0			-
E 3....................	3,0	-	3,0			-
E 2....................	3,0	-	3,0			-
				4.	**kw**	
				4.1	-	
A 10..................	-	-	1,0	4.1.3	Stelleneinsparung HG 2011	Wirksamwerden des Vermerks
A 9 g.................	-	-	1,0			Wirksamwerden des Vermerks
A 5....................	1,0	-	2,0			Wirksamwerden des Vermerks
A 4....................	1,0	-	1,0			-
E 9....................	-	-	1,0			Wirksamwerden des Vermerks
E 5....................	-	-	1,0			Wirksamwerden des Vermerks
E 3....................	1,0	-	2,0			Wirksamwerden des Vermerks
A 10..................	1,0	-	1,0	4.1.4	Stelleneinsparung HG 2012	-
A 9 g.................	1,0	-	1,0			-
A 7....................	1,0	-	1,0			-
A 6 m................	2,0	-	2,0			-
E 8....................	2,0	-	2,0			-
E 6....................	-	-	1,0			Wirksamwerden des Vermerks
E 5....................	0,5	-	1,0			Wirksamwerden des Vermerks
A 7....................	1,0	-	-	4.1.5	Stelleneinsparung HG 2013	Aufnahme des Vermerks
Zusammen.......	28,5	-	36,0			

0405 Anlage zu Kapitel Zuwendungsempfänger

Tgr. 06 - Pflege des Geschichtsbewusstseins

Stellenübersicht							
Besoldungs-/ Vergütungs-/ Entgelt- gruppen	Stellen mit Dauerarbeitskräften besetzbar					Stellen für Arbeitskräfte mit befristeten Arbeitsverträ- gen	
	Tit. 422 .1, 425 .1, 426 .1 und 428 .1 sowie entsprechende Kontierung im Wirtschaftsplan			Tit. 425 .1, 426 .1 und 428 .1 (Projektförderung/ Aufträge Dritter)		Tit. 427 .9 (Projektförderung/ Aufträge Dritter)	
	Soll 2014	Soll 2013	besetzt am 1. Juni 2013	Soll 2014	Soll 2013	Soll 2014	Soll 2013
1	2	3	4	5	6	7	8
Zu Titel 684 61							
Internationaler Suchdienst Bad Arolsen (ISD)							
Tarifliche Angestellte							
C 10 (ISD)	1,0	1,0	-	-	-	-	-
C 9 (ISD)	2,0	2,0	1,8	-	-	-	-
C 8 (ISD)	4,0	2,0	3,0	-	-	-	-
C 7/C 7 a (ISD)	7,0	9,0	6,8	-	-	-	-
C 6/C 6 a (ISD)	13,0	14,0	14,3	-	-	-	-
C 5/C 5 a (ISD)	93,6	101,6	86,3	-	-	-	-
C 4/C 4 a (ISD)	77,1	80,7	80,2	-	-	-	-
C 3 (ISD)	26,5	28,0	25,6	-	-	-	-
Zusammen	224,2	238,3	218,0	-	-	-	-
Arbeiterinnen und Arbeiter							
MTArb	10,5	10,5	8,2	-	-	-	-
Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
S (B 3)	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-
Insgesamt	235,7	249,8	227,2	-	-	-	-
Zu Titel 685 61							
1.1 Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur							
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
E 15	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-
E 13	6,0	6,0	6,0	-	-	-	-
E 11	1,5	1,5	1,5	-	-	-	-
E 10	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-
E 9	7,0	7,0	7,0	-	-	-	-
E 8	3,0	3,0	3,0	-	-	-	-
E 5	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-
E 3	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-
Zusammen	22,5	22,5	22,5	-	-	-	-
1.3.1 Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora							
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
E 15 Ü	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-
E 15	2,0	2,0	1,0	-	-	-	-
E 13	9,0	9,0	9,0	-	-	-	-
E 12	2,0	2,0	3,0	-	-	-	-
E 11	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-
E 10	8,0	8,0	8,0	-	-	-	-
E 9	8,0	8,0	8,0	-	-	-	-
E 8	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-
E 6	7,0	6,0	6,0	-	-	-	-
E 5	7,0	6,0	6,0	-	-	-	-
E 4	1,0	-	-	-	-	-	-
E 3	1,0	4,0	4,0	-	-	-	-
Zusammen	48,0	48,0	48,0	-	-	-	-

Stellenübersicht							
Besoldungs-/ Vergütungs-/ Entgelt- gruppen	Stellen mit Dauerarbeitskräften besetzbar					Stellen für Arbeitskräfte mit befristeten Arbeitsverträgen	
	Tit. 422 .1, 425 .1, 426 .1 und 428 .1 sowie entsprechende Kontierung im Wirtschaftsplan			Tit. 425 .1, 426 .1 und 428 .1 (Projektförderung/ Aufträge Dritter)		Tit. 427 .9 (Projektförderung/ Aufträge Dritter)	
	Soll 2014	Soll 2013	besetzt am 1. Juni 2013	Soll 2014	Soll 2013	Soll 2014	Soll 2013
1	2	3	4	5	6	7	8
1.3.9 Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas							
Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
S (B 3)	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
E 13	3,0	3,0	3,0	-	-	-	-
E 11	4,0	4,0	4,0	-	-	-	-
E 9	2,0	2,0	1,0	-	-	-	-
E 8	-	-	1,0	-	-	-	-
E 6	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-
E 5	2,5	2,5	2,5	-	-	-	-
E 3	1,5	1,5	0,5	-	-	-	-
Zusammen	14,0	14,0	13,0	-	-	-	-
Insgesamt	15,0	15,0	14,0	-	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 684 61

Zu S (B 3):

Der/Die am 01.01.2013 vorhandene ausländische Stelleninhaber/in erhält aufgrund einer besonderen Vereinbarung im Bedarfsfall eine Reise- und Schulgeldbeihilfe.

Erläuterungen:

Zu Titel 685 61

1.3.1 Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora

Der Stellenplan bezieht sich auf das Tarif-Dienstrecht des Landes Thüringen.

1.3.3 Topographie des Terrors

Der Stellenplan bezieht sich auf das Tarif-Dienstrecht des Landes Berlin.

1.3.5 Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten und Leistikowstraße

Der Stellenplan bezieht sich auf das Tarif-Dienstrecht des Landes Brandenburg.

1.3.8 Sächsische Gedenkstätten und Jugendwerkhof Torgau

Der Stellenplan bezieht sich auf das Tarif-Dienstrecht des Landes Sachsen.

1.3.12 KZ-Gedenkstätte Neuengamme

Der Stellenplan bezieht sich auf das Tarif-Dienstrecht des Landes Schleswig-Holstein.

1.3.13 Bayerische KZ-Gedenkstätten/Flossenbürg und Dachau

Der Stellenplan bezieht sich auf das Tarif-Dienstrecht des Landes Bayern.

1.3.14 Niedersächsische KZ-Gedenkstätten/Bergen Belsen

Der Stellenplan bezieht sich auf das Tarif-Dienstrecht des Landes Niedersachsen.

0405 Anlage zu Kapitel Zuwendungsempfänger

1.3.16 Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn

Der Stellenplan bezieht sich auf das Tarif-Dienstrecht des Landes Sachsen-Anhalt.

Übersicht der ku- und kw- Vermerke						
Bes.-/ Verg.-/ E.-Gr.	2014		2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Soll	Ersatz-(plan)st.				
1	2	3	4	5	6	7

Zu Titel 684 61

Internationaler Suchdienst Bad Arolsen (ISD)

					kw	
				1.	**kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber/innen**	
C 5/C 5 a (ISD).	3,0	-	3,0	1.1	-	-
C 4/C 4 a (ISD).	3,2	-	3,2			-
C 3 (ISD)..........	2,0	-	3,0			Wirksamwerden des Vermerks
C 5/C 5 a (ISD).	1,0	-	1,0	1.2	schwerbehindert	-
				2.	**kw**	
C 6/C 6 a (ISD).	-	-	1,0	2.1	-	Wirksamwerden des Vermerks
C 5/C 5 a (ISD).	19,6	-	27,6			Wirksamwerden des Vermerks
C 4/C 4 a (ISD).	4,9	-	8,5			Wirksamwerden des Vermerks
				2.2	-	
C 5/C 5 a (ISD).	3,0	-	3,0	2.2.1	Stelleneinsparung HG 2012	-
Zusammen.......	36,7	-	50,3			

Tgr. 09 - Auslandsrundfunk (Hörfunk und Fernsehen)

Stellenübersicht							
Besoldungs-/ Vergütungs-/ Entgelt- gruppen	Stellen mit Dauerarbeitskräften besetzbar					Stellen für Arbeitskräfte mit befristeten Arbeitsverträgen	
	Tit. 422 .1, 425 .1, 426 .1 und 428 .1 sowie entsprechende Kontierung im Wirtschaftsplan			Tit. 425 .1, 426 .1 und 428 .1 (Projektförderung/ Aufträge Dritter)		Tit. 427 .9 (Projektförderung/ Aufträge Dritter)	
	Soll 2014	Soll 2013	besetzt am 1. Juni 2013	Soll 2014	Soll 2013	Soll 2014	Soll 2013
1	2	3	4	5	6	7	8

Zu Titel 685 91

Deutsche Welle

Vergütungstarif (DW)							
AT DW..	10,0	11,0	10,0	-	-	-	-
I DW..	45,0	46,4	42,0	-	-	-	-
II DW...	99,6	93,0	94,0	-	-	-	-
III DW..	241,3	229,3	235,8	-	-	-	-
IV DW..	313,9	266,8	310,3	-	-	-	-
V DW..	196,6	192,2	187,4	-	-	-	-
VI DW..	207,6	257,3	207,6	-	-	-	-
VII DW..	83,5	115,7	83,5	-	-	-	-
VIII DW...	10,5	58,4	18,5	-	-	-	-
IX DW..	3,0	6,1	3,0	-	-	-	-
X DW..	1,0	7,5	1,0	-	-	-	-
Zusammen...	1 212,0	1 283,7	1 193,1	-	-	-	-

Übersicht der ku- und kw- Vermerke						
Bes.-/ Verg.-/ E.-Gr.	2014		2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Soll	Ersatz-(plan)st.				
1	2	3	4	5	6	7

Zu Titel 685 91

Deutsche Welle

					kw	
				1.	**kw**	
				1.1	-	
V DW................	-	-	4,0	1.1.1	Stelleneinsparung HG 2011	Wirksamwerden des Vermerks
VI DW...............	-	-	4,0			Wirksamwerden des Vermerks
VII DW..............	-	-	5,0			Wirksamwerden des Vermerks
VIII DW.............	-	-	6,0			Wirksamwerden des Vermerks
V DW................	-	-	3,0	1.1.2	Stelleneinsparung HG 2012	Wirksamwerden des Vermerks
VI DW...............	-	-	4,0			Wirksamwerden des Vermerks
VII DW..............	-	-	6,0			Wirksamwerden des Vermerks
VIII DW.............	-	-	6,0			Wirksamwerden des Vermerks
Zusammen.......	-	-	38,0			

Entwurf

zum

Bundeshaushaltsplan 2014

Einzelplan 05

Auswärtiges Amt

Inhalt

Kapitel	Bezeichnung	Seite
	Vorwort zum Einzelplan	2
	Überblick zum Einzelplan	3
	Haushaltsvermerk / Hinweise zum Einzelplan	4
0501	Sicherung von Frieden und Stabilität	5
	Ausgaben-Tgr. 01 Leistungen an die VN und im internationalen Bereich	7
	Ausgaben-Tgr. 02 Sicherheit, Stabilität und Abrüstung	13
	Ausgaben-Tgr. 03 Humanitäre Hilfe und Krisenprävention	16
	Ausgaben-Tgr. 04 Globale Partnerschaften	17
0502	Bilaterale Zusammenarbeit und Pflege der Auslandsbeziehungen	20
	Ausgaben-Tgr. 01 Bilaterale Zusammenarbeit	24
	Ausgaben-Tgr. 02 Pflege der Auslandsbeziehungen, Europäische Zusammenarbeit	28
0504	Pflege kultureller Beziehungen zum Ausland	37
	Ausgaben-Tgr. 01 Allgemeine Auslandskulturarbeit (Projektförderung)	40
	Ausgaben-Tgr. 02 Förderung des deutschen Schulwesens im Ausland und der internationalen Zusammenarbeit im Schulbereich (Schulfonds)	46
	Ausgaben-Tgr. 04 Allgemeine Auslandskulturarbeit (Institutionelle Förderung)	50
	Anlage 1 Wirtschaftspläne	57
0511	Zentral veranschlagte Verwaltungseinnahmen und -ausgaben	60
	Einnahmen-Tgr. 57 Versorgung der Beamtinnen und Beamten sowie der Richterinnen und Richter	61
	Ausgaben-Tgr. 57 Versorgung der Beamtinnen und Beamten sowie der Richterinnen und Richter	64
0512	Bundesministerium	72
	Einnahmen-Tgr. 01 Inland	74
	Einnahmen- Tgr. 02 Ausland	75
	Ausgaben-Tgr. 01 Inland	77
	Ausgaben-Tgr. 02 Ausland	78
0513	Deutsches Archäologisches Institut	98
	Ausgaben-Tgr. 04 Durchführung von Aufträgen für Bundesbehörden	102
	Aufwandsentschädigungen, Besondere Personalausgaben	111
	Übersichten	
	Übersicht 1 Verpflichtungsermächtigungen (VE)	112
	Übersicht 2 Grundsätze für die Berechnung der Aufwandsentschädigung der entsandten Bediensteten der diplomatischen und konsularischen Vertretungen	117
	Personalhaushalt	121

Vorwort

Wesentliche Politikbereiche und Ziele

Nach Artikel 32 Absatz 1 Grundgesetz (GG) ist die Pflege der Beziehungen zu auswärtigen Staaten und zu internationalen und überstaatlichen Organisationen Sache des Bundes. Für Angelegenheiten der Europäischen Union bestehen daneben Mitwirkungsrechte der Bundesländer nach Artikel 23 Absatz 3 GG. Der nach Artikel 87 Absatz 1 GG in bundeseigener Verwaltung geführte Auswärtige Dienst ist das Instrument zur Wahrnehmung dieser Aufgaben. Der Auswärtige Dienst nimmt den Auftrag und die Aufgabe der Auswärtigen Angelegenheiten nach dem Gesetz übe den Auswärtigen Dienst vom 30. August 1990 (BGBl. I S. 1842) wahr.

Danach dient der Auswärtige Dienst

1. einer dauerhaften, friedlichen und gerechten Ordnung in Europa und zwischen den Völkern der Welt,
2. der Wahrung der unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechte als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft,
3. der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen der Erde und dem Schutz des kulturellen Erbes der Menschheit,
4. der Achtung und Fortentwicklung des Völkerrechts und
5. dem Aufbau eines vereinten Europas.

Seine Aufgaben sind insbesondere,

1. die Interessen der Bundesrepublik Deutschland im Ausland zu vertreten,
2. die auswärtigen Beziehungen, insbesondere auf politischem, wirtschaftlichem, entwicklungspolitischem, kulturellem, wissenschaftlichem, umweltpolitischem und sozialem Gebiet zu pflegen und zu fördern,
3. die Bundesregierung über die Verhältnisse und Entwicklung im Ausland zu unterrichten,
4. das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland im Ausland zu stärken, über die Bundesrepublik Deutschland und die deutsche Politik im Ausland zu informieren sowie die Verbreitung von Nachrichten, Informationen und Meinungen über die Bundesrepublik Deutschland im Ausland auch im Wege von Bildberichterstattung, Film, Funk und Fernsehen zu fördern,
5. Deutschen im Ausland Hilfe und Beistand zu leisten (das Gestz über die Konsularbeamten, ihre Aufgaben und Befugnisse (Konsulargesetz) vom 11. September 1974 (BGBl. I S. 2317) regelt die vom Auswärtigen Dienst wahrgenommene Betreuung Deutscher im Ausland),
6. bei der Gestaltung der Beziehungen im internationalen Rechtswesen und bei der Entwicklung der internationalen Rechtsordnung mitzuarbeiten und
7. die außenpolitische Beziehungen betreffenden Tätigkeiten von staatlichen und anderen öffentlichen Einrichtungen der Bundesrepublik Deutschland im Ausland im Rahmen der Politik der Bundesregierung zu koordinieren.

Europa und die transatlantische Partnerschaft bilden das Fundament deutscher Außenpolitik, welches gestärkt wird durch die weitere Arbeit an einem vereinten, solidarischen Europa, die nachbarschaftliche Zusammenarbeit mit Frankreich und Polen, die engen Beziehungen zu allen europäischen Staaten und die Intensivierung der transatlantischen Beziehungen. Darüber hinaus bildet die Gestaltung der Globalisierung einen Schwerpunkt, sowie der Auf- und Ausbau weiterer Partnerschaften. Deutschland verfolgt dabei einen Ansatz, der auf die Instrumente der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik, verstärkte Wirtschaftsförderung, Regierungskonsultationen mit wichtigen Partnern und den Austausch von Zivilgesellschaften setzt. Deutsche Sicherheitspolitik ist multilateral gestaltete Friedenspolitik, die einem Ansatz vernetzter Sicherheit und präventiver Politik verpflichtet ist. Die Zusammenarbeit mit den EU- und NATO-Partnern und die Arbeit in den Vereinten Nationen (VN) bieten die notwendigen Netzwerke für deutsche Außenpolitik in den Bereichen Abrüstung und Nichtverbreitung, Menschenrechtsfragen, Humanitäre Hilfe und Krisenprävention. Die Unterstützung demokratischer Entwicklungen in den Transformationsländern Nordafrikas, die Stabilisierung Malis und Afghanistans und ganz besonders ein Ende der Gewalt in Syrien und Hilfe für die Flüchtlinge sind aktuelle Schwerpunktaufgaben.

Gliederung des Einzelplans

Die Fach- und Programmausgaben des Geschäftsbereichs werden in den Kapiteln 0501 bis 0504 dargestellt. Finanzieller Schwerpunkt ist dabei Kapitel 0501, das die Beitragszahlungen an die VN und andere internationale Institutionen enthält. In Kapitel 0502 bilden bilaterale und europäische Projekte den Schwerpunkt. Ein weiterer Schwerpunkt der Fachausgaben bildet Kapitel 0504, in dem die Ausgaben für Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik veranschlagt werden.

In den Kapiteln 0511 und 0512 sind die Personal- und Sachausgaben abgebildet. Organisatorisch besteht der Auswärtige Dienst aus dem Auswärtigen Amt (Zentrale) und den Auslandsvertretungen, die zusammen eine einheitliche Behörde unter Leitung des Bundesministers des Auswärtigen bilden.

Außerdem gehört zum Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes das Deutsche Archäologische Institut. Rechtsgrundlage, Sitz und Gliederung des Instituts sind in der Vorbemerkung zu Kapitel 0513 dargestellt.

Überblick zum Einzelplan 05	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen..	144 815	123 451	+21 364		141 744
Übrige Einnahmen..	400	400	-		3 641
Gesamteinnahmen..	145 215	123 851	+21 364		145 385
Ausgaben					
Personalausgaben..	925 077	906 938	+18 139	35 725	853 066
Sächliche Verwaltungsausgaben...........................	300 119	279 459	+20 660	36 770	228 455
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	2 239 024	2 140 809	+98 215	61 032	1 879 366
Ausgaben für Investitionen.....................................	169 235	188 601	-19 366	141 824	136 341
Besondere Finanzierungsausgaben......................	-	-30 000	+30 000		-
Gesamtausgaben..	3 633 455	3 485 807	+147 648	275 351	3 097 228
davon flexibilisiert..	1 148 005	1 133 248	+14 757	208 222	1 024 526
davon nicht flexibilisiert..	2 485 450	2 352 559	+132 891	67 129	2 072 702
Flexibilisierte Ausgaben nach § 5 HG					
Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3.......................	791 134	779 128	+12 006	37 931	731 760
Aus Hauptgruppe 5..	202 269	182 558	+19 711	35 567	176 623
Aus Hauptgruppe 6 ohne Titel 634 .3.....................	1 520	2 000	-480	1 422	1 060
Aus Hauptgruppe 7..	102 107	123 842	-21 735	80 204	82 248
Aus Hauptgruppe 8..	50 975	45 720	+5 255	53 098	32 835
Aus Hauptgruppe 9..	-	-	-		-
Zusammen...	1 148 005	1 133 248	+14 757	208 222	1 024 526
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung...................................	2 328 112 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.................................	674 065 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.................................	545 886 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.................................	415 899 T€				
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.................................	90 869 T€				
im Haushaltsjahr 2019 bis zu.................................	41 119 T€				
im Haushaltsjahr 2020 bis zu.................................	38 919 T€				
im Haushaltsjahr 2021 bis zu.................................	37 819 T€				
im Haushaltsjahr 2022 bis zu.................................	33 019 T€				
im Haushaltsjahr 2023 bis zu.................................	33 019 T€				
im Haushaltsjahr 2024 bis zu.................................	33 019 T€				
im Haushaltsjahr 2025 bis zu.................................	33 019 T€				
im Haushaltsjahr 2026 bis zu.................................	17 170 T€				
im Haushaltsjahr 2027 bis zu.................................	17 170 T€				
im Haushaltsjahr 2028 bis zu.................................	16 840 T€				
im Haushaltsjahr 2029 bis zu.................................	16 840 T€				
im Haushaltsjahr 2030 bis zu.................................	16 840 T€				
im Haushaltsjahr 2031 bis zu.................................	16 840 T€				
im Haushaltsjahr 2032 bis zu.................................	16 840 T€				
im Haushaltsjahr 2033 bis zu.................................	16 840 T€				
im Haushaltsjahr 2034 bis zu.................................	16 840 T€				
ab dem Haushaltsjahr 2035 bis zu.........................	165 240 T€				
in künftigen Haushaltsjahren bis zu.......................	34 000 T€				

05 Haushaltsvermerk / Hinweise zum Einzelplan

Haushaltsvermerk: - Ausgaben

1. Einsparungen bei folgenden Titeln: Epl. 05 mit Ausnahme der Titel 518 .2 dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: Kap. 0511 Tit. 981 07.

   Dies gilt in Fällen, in denen Bundesressorts im Rahmen von Ressortvereinbarungen für andere Bundesressorts tätig werden und Mittel vom abgebenden Ressort dem empfangenden Ressort für gleiche Zwecke im Wege der Verrechnung zur Verfügung gestellt werden (sog. "Einer-für-Alle-Fälle").

2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 0511 Tit. 381 07.

   Dies gilt in Fällen, in denen Bundesressorts im Rahmen von Ressortvereinbarungen für andere Bundesressorts tätig werden und Mittel vom abgebenden Ressort dem empfangenden Ressort für gleiche Zwecke im Wege der Verrechnung zur Verfügung gestellt werden (sog. "Einer-für-Alle-Fälle").

Allgemeine Erläuterungen:

Ist-Angaben:

Die Ist-Ergebnisse der Einzeltitel sind kaufmännisch auf 1 000 € gerundet. Dadurch können bei Summenangaben Rundungsdifferenzen entstehen. Summenangaben können außerdem nicht durch Addition der gedruckten Titel errechnet werden, da in Vorjahren weggefallene Titel nur im Bundeshaushaltsplan 2014 abgedruckt werden, wenn bei diesen noch Ausgabereste bestehen.

Ausgabereste:

Die im Vorjahr verfügbaren Ausgabereste im nicht flexibilisierten Bereich sind kaufmännisch auf 1 000 € gerundet und einzeln bei dem jeweiligen Titel mit Stand Juli 2013 ausgewiesen. Die Inanspruchnahme dieser Ausgabereste muss grundsätzlich im jeweiligen Einzelplan durch Minderausgaben an anderer Stelle kassenmäßig eingespart werden. Ausgabereste bei den der Flexibilisierung gemäß § 5 Haushaltsgesetz 2014 (HG) unterliegenden Ansätzen werden lediglich in der Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben summarisch ausgewiesen. Für die Inanspruchnahme dieser Ausgabereste ist zentral Vorsorge getroffen und daher eine kassenmäßige Einsparung im gleichen Einzelplan grundsätzlich nicht erforderlich. Bei Summenangaben können Rundungsdifferenzen entstehen.

Flexibilisierung:

Die in die Regelung nach § 5 HG einbezogenen Ausgaben sind mit einem F vor der Titelnummer gekennzeichnet. Sie werden jeweils im hinteren Teil eines Kapitels im Anschluss an die nicht flexibilisierten Ausgabetitel entsprechend der Zuordnung nach § 5 HG in einer Zusammenstellung aufsummiert und sind danach einzeln aufgelistet. Neu in die Flexibilisierung einbezogene Titel sind dabei mit einem **F** hervorgehoben.

Personalausgaben :
Aufwandsentschädigungen und Besondere Personalausgaben werden gemäß der Übersicht, die nach dem letzten Kapitel des Einzelplans abgedruckt ist, veranschlagt.

Angewandte Kurse: 1 USD = 0,72511 €; 1 CHF = 0,81460 €.

Vorbemerkung

Wesentliche finanzwirksame Schwerpunkte des Kapitels

Das Kapitel "Sicherung von Frieden und Stabilität" umfasst ein finanzielles Volumen in Höhe von rd. 1,48 Mrd. € und damit mehr als ein Drittel der Gesamtausgaben des Auswärtigen Amts.

Einen besonderen Ausgabenschwerpunkt in Höhe von rd. 792,6 Mio. € stellen die Leistungen an die Vereinten Nationen (VN) und im internationalen Bereich dar. Durch Beitragszahlungen an die VN sowie an zahlreiche internationale Organisationen und Einrichtungen erfüllt Deutschland seine Verpflichtungen als Mitglied der Weltgemeinschaft und beteiligt sich aktiv an deren Weiterentwicklung.

Sicherheit, Stabilität und Abrüstung stellen einen weiteren Schwerpunkt dar. Im Rahmen der Transformationspartnerschaften werden Reformprozesse in Nordafrika und im Nahen Osten in Höhe von rd. 37,8 Mio. € unterstützt.

Mit den Maßnahmen der Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitungszusammenarbeit werden vor allem Kooperationsprojekte finanziert. Darüber hinaus stehen Mittel für Demokratisierungs- und Ausstattungshilfe sowie zur Förderung der Menschenrechte zur Verfügung. Zu nennen sind ebenfalls Leistungen im Rahmen des Stabilitätspaktes Afghanistan der Bundesregierung. Insgesamt werden hierfür rd. 132,8 Mio. € bereitgestellt.

Durch humanitäre Hilfsmaßnahmen im Ausland werden Maßnahmen deutscher humanitärer Nichtregierungsorganisationen sowie internationaler Organisationen wie des Flüchtlingshochkommissariats der Vereinten Nationen unterstützt. Ferner fördert das Auswärtige Amt Maßnahmen auf den Gebieten Krisenprävention, Friedenserhaltung und Konfliktbewältigung, etwa zum Wiederaufbau staatlicher und zivilgesellschaftlicher Strukturen nach Konflikten.

Von hoher Bedeutung sind die Globalen Partnerschaften. Neben Maßnahmen der regionalen Zusammenarbeit mit den östlichen und südlichen EU-Nachbarländern wird der Kapazitätsaufbau von Regionalorganisationen in Nah- und Mittelost sowie in Asien unterstützt. Auch die Energie- und Klimaaußenpolitik spielt eine wesentliche Rolle. Hervorzuheben ist daneben die im Rahmen der deutschen G8-Präsidentschaft (2007) ins Leben gerufene Afrika-Initiative, innerhalb derer vielfältige Unterstützungsmaßnahmen finanziert werden.

Die deutsche Außenpolitik steht im Zeichen von Kontinuität und Zuverlässigkeit. Ihr übergeordnetes Ziel ist der Erhalt von Frieden und Sicherheit. Der Respekt für Menschenrechte ist die beste Friedenspolitik. Selbstbewusstes Eintreten für die unveräußerlichen und universellen Menschenrechte ist daher zentraler Teil unserer werteorientierten Außenpolitik.

Deutschland gestaltet seine Sicherheitspolitik vor allem multilateral und sieht sich einem Ansatz vernetzter Sicherheit und präventiver Politik verpflichtet. Mit seiner Arbeit als nicht-ständiges Mitglied des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen in den Jahren 2011 und 2012 hat Deutschland eigene Schwerpunkte gesetzt, die fortwirken - etwa den besseren Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten und die Anerkennung des Zusammenhangs von Klimawandel und Sicherheit. Für den Zeitraum 2013 bis 2015 wurde Deutschland in den Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen gewählt. Inhaltliche Schwerpunkte der deutschen Arbeit bilden hier die wirtschaftlichen und sozialen Menschenrechte sowie der weltweite Schutz von Kindern.

Deutschland setzt sich weltweit für mehr Sicherheit und Stabilität durch Abrüstung, Rüstungskontrolle und Transparenz ein. Dazu gehört das langfristige Ziel einer Welt ohne Nuklearwaffen. Auch die konventionelle Rüstungskontrolle bleibt ein wichtiges Ziel. Hier unterstützt Deutschland zahlreiche Projekte und Initiativen, etwa zur Räumung der Streumunition und zur besseren Kontrolle kleiner und leichter Waffen. Der in der deutschen Außenpolitik zur Geltung kommende erweiterte Sicherheitsbegriff umfasst neben der klassischen Sicherheitspolitik auch wirtschaftliche, ökologische und soziale Aspekte.

Die Fortführung und Vertiefung der europäischen Integration ist eines der zentralen Anliegen der deutschen Außenpolitik. Daneben ist die transatlantische Partnerschaft wichtiger Pfeiler der deutschen Außenpolitik; die USA sind Deutschlands engster Verbündeter außerhalb Europas.

0501 Sicherung von Frieden und Stabilität

Überblick zum Kapitel 0501	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Übrige Einnahmen	400	400	-		-
Gesamteinnahmen	400	400	-		-
Ausgaben					
Sächliche Verwaltungsausgaben	22 221	21 885	+336		15 972
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	1 462 176	1 345 434	+116 742	39 896	1 118 591
Gesamtausgaben	1 484 397	1 367 319	+117 078	39 896	1 134 563
davon nicht flexibilisiert	1 484 397	1 367 319	+117 078	39 896	1 134 563

Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014	
Verpflichtungsermächtigung	1 280 171 T€
davon fällig:	
im Haushaltsjahr 2015 bis zu	371 333 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu	289 398 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu	203 920 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu	14 840 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu	14 840 T€
im Haushaltsjahr 2020 bis zu	14 840 T€
im Haushaltsjahr 2021 bis zu	14 840 T€
im Haushaltsjahr 2022 bis zu	14 840 T€
im Haushaltsjahr 2023 bis zu	14 840 T€
im Haushaltsjahr 2024 bis zu	14 840 T€
im Haushaltsjahr 2025 bis zu	14 840 T€
im Haushaltsjahr 2026 bis zu	14 840 T€
im Haushaltsjahr 2027 bis zu	14 840 T€
im Haushaltsjahr 2028 bis zu	14 840 T€
im Haushaltsjahr 2029 bis zu	14 840 T€
im Haushaltsjahr 2030 bis zu	14 840 T€
im Haushaltsjahr 2031 bis zu	14 840 T€
im Haushaltsjahr 2032 bis zu	14 840 T€
im Haushaltsjahr 2033 bis zu	14 840 T€
im Haushaltsjahr 2034 bis zu	14 840 T€
ab dem Haushaltsjahr 2035 bis zu	163 240 T€

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Übrige Einnahmen

166 01 -023	Zinseinnahmen aus dem Darlehen an den Nationalen Übergangsrat zur Sicherung der demokratischen Entwicklung in Libyen	-	-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0502 Tit. 166 01	-	-

186 01 -023	Darlehensrückflüsse aus dem Darlehen an den Nationalen Übergangsrat zur Sicherung der demokratischen Entwicklung in Libyen	-	-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0502 Tit. 186 01	-	-

286 01 -029	Rückeinnahmen aus Leistungen der Ausstattungshilfe	400	400	-

Erläuterungen:

Es handelt sich um Einnahmen, die im Zusammenhang mit den Ausgaben bei Kap. 0502 Tit. 687 73 (z. B. durch die Erstattung von Überzahlungen bei Neubeschaffungen und von Exportabgaben) entstehen.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0502 Tit. 286 01	400	-

Ausgaben

Titelgruppe 01

Tgr. 01	Leistungen an die VN und im internationalen Bereich	(792 622)	(814 726) *(2 000)*	

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.

517 11 -061	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	6 261	7 495	4 400

Haushaltsvermerk:

Erstattungen Dritter fließen den Ausgaben zu.

0501 Sicherung von Frieden und Stabilität

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 517 11 (Titelgruppe 01)

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0502 Tit. 517 31	7 495	4 400

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
518 12 -061	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	14 840	13 270	8 439

Verpflichtungsermächtigung... 433 500 T€

davon fällig:

im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 1 570 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 1 570 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 14 840 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.. 14 840 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu.. 14 840 T€
im Haushaltsjahr 2020 bis zu.. 14 840 T€
im Haushaltsjahr 2021 bis zu.. 14 840 T€
im Haushaltsjahr 2022 bis zu.. 14 840 T€
im Haushaltsjahr 2023 bis zu.. 14 840 T€
im Haushaltsjahr 2024 bis zu.. 14 840 T€
im Haushaltsjahr 2025 bis zu.. 14 840 T€
im Haushaltsjahr 2026 bis zu.. 14 840 T€
im Haushaltsjahr 2027 bis zu.. 14 840 T€
im Haushaltsjahr 2028 bis zu.. 14 840 T€
im Haushaltsjahr 2029 bis zu.. 14 840 T€
im Haushaltsjahr 2030 bis zu.. 14 840 T€
im Haushaltsjahr 2031 bis zu.. 14 840 T€
im Haushaltsjahr 2032 bis zu.. 14 840 T€
im Haushaltsjahr 2033 bis zu.. 14 840 T€
im Haushaltsjahr 2034 bis zu.. 14 840 T€
ab dem Haushaltsjahr 2035 bis zu.................................... 163 240 T€

Haushaltsvermerk:

Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.

Erläuterungen:

Von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben als Eigenbaumaßnahme zu realisierende Unterbringung (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	genehmigte Gesamtkosten 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Veranschlagt 2014 1 000 €	Vorbehalten für 2015 ff. 1 000 €	Jährlicher Mietzins 1 000 €	voraussichtliche Übergabe
1	2	3	4	5	6	7	8
1. Umbau des "Alten Abgeordnetenhochhauses" in Bonn..	92 114	-	5 918	7 920	78 276	7 920	2013
2. VN-Campus Bonn - Erweiterungsbau für UNFCCC..	71 130	-	-	-	71 130	5 480	2017
3. Internationale Kindertagesstätte VN-Campus Bonn..	5 806	-	267	534	5 005	534	2013

Zu 1. Spalte 2: zusätzlich 6,4 Mio. € Fördermittel zur Energieeinsparung (Epl. 12)
Zu 1. und 3.: In Spalte 2 sind die von der BImA veranschlagten Kosten für die jeweilige Baumaßnahme aufgeführt.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0502 Tit. 518 32	13 270	8 439

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 01

525 11 -029	Aus- und Fortbildung	150	150	100

Haushaltsvermerk:

Erstattungen Dritter fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0502 Tit. 525 11	150	100

681 11 -029	Unterstützungen für zurückgekehrte arbeitslose Bedienstete internationaler Organisationen	260	260	214

Erläuterungen:

Die Unterstützungen werden in Form einer Überbrückungsbeihilfe nach den Richtlinien der Bundesregierung gewährt.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0502 Tit. 681 11	260	214

681 12 -029	Einmalige Bewilligungen für ehemalige Bedienstete internationaler Organisationen	280	280	325

Erläuterungen:

Um eine nach Zahl und Rang angemessene personelle Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland in den Sekretariaten von internationalen Organisationen zu erreichen und aufrechtzuerhalten, kann deutschen Bediensteten als Anreiz für eine solche Tätigkeit eine einmalige Zahlung bei Ausscheiden aus dem Dienst der internationalen Organisation nach Maßgabe der mit dem Bundesministerium der Finanzen abgestimmten Richtlinien gewährt werden.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0502 Tit. 681 12	280	325

687 10 -022	Beitrag an die Vereinten Nationen	574 002	606 189	404 394

Erläuterungen:

Bezeichnung der Organisation Rechtsgrundlage und Zweck der Mitgliedschaft	Mitgliedsbeitrag der Bundesrepublik Deutschland (Pflichtleistungen)			Besondere (freiwillige) Leistungen außerhalb des Mitgliedsbeitrags in 1 000 € (gerundet)	Zusammen Spalte 4 + 5 in 1 000 €
	in Prozent	in Tausend-Fremdwährung (gerundet)	in 1 000 € (gerundet)		
1	2	3	4	5	6
1. Beiträge zum regulären Haushalt					
1.1 Regulärer Beitrag..........................	7,1	192 240 USD	139 396	-	139 396
1.2 Capital Master Plan..........................	7,1	-	-	-	-
2. Beiträge zu den VN-Friedensmissionen (FEM)					
2.1 UNDOF (Golanhöhen)..........................	7,1	4 525 USD	3 281	-	3 281
2.2 UNIFIL (Libanon)..........................	7,1	37 165 USD	26 949	-	26 949
2.3 MINURSO (Westsahara)..........................	7,1	4 406 USD	3 195	-	3 195
2.4 UNFICYP (Zypern)..........................	7,1	4 178 USD	3 030	-	3 030
2.5 UNMIK (Kosovo)..........................	7,1	3 390 USD	2 458	-	2 458

0501 Sicherung von Frieden und Stabilität

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 687 10 (Titelgruppe 01)

Bezeichnung der Organisation Rechtsgrundlage und Zweck der Mitgliedschaft	Mitgliedsbeitrag der Bundesrepublik Deutschland (Pflichtleistungen)			Besondere (freiwillige) Leistungen außerhalb des Mitgliedsbeitrags in 1 000 € (gerundet)	Zusammen Spalte 4 + 5 in 1 000 €
	in Prozent	in Tausend-Fremdwährung (gerundet)	in 1 000 € (gerundet)		
1	2	3	4	5	6
2.6 MONUSCO (D. R. Kongo)	7,1	109 646 USD	79 505	-	79 505
2.7 UNOCI (Cote d'Ivoire)	7,1	44 097 USD	31 975	-	31 975
2.8 UNMIL (Liberia)	7,1	35 932 USD	26 055	-	26 055
2.9 MINUSTAH (Haiti)	7,1	43 502 USD	31 544	-	31 544
2.11 UNAMID (Darfur, Sudan)	7,1	100 734 USD	73 043	-	73 043
2.12 AMISOM/UNSOA (Somalia)	7,1	32 878 USD	23 840	-	23 840
2.13 UNISFA (Sudan, Reg. Abyei)	7,1	24 674 USD	17 891	-	17 891
2.14 UNMISS (Südsudan)	7,1	88 308 USD	64 033	-	64 033
2.15 MINUSMA (Mali)	7,1	48 843 USD	35 417	-	35 417
3. Ad-hoc Strafgerichtshöfe					
3.1 Ex-Jugoslawien (IStGHJ/ICTY)	7,1	7 201 USD	5 222	-	5 222
3.2 Ruanda (IStGHR/ICTR)	7,1	3 342 USD	2 423	-	2 423
3.3 IRMCT (Internat. Residualmechanismus für ICTY und ICTR).	7,1	4 295 USD	3 114	-	3 114
4. Internationale Konferenzen (Abrüstung)	7,1	650 USD	471	-	471
5. Deutscher Übersetzungsdienst (DÜD)	7,1	1 600 USD	1 160	-	1 160
Zusammen			574 002	-	574 002

Differenzen durch Rundung möglich

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0502 Tit. 687 60	606 189	404 394

Weniger wegen 3-jähriger Beitragsskala für FEM:

Jahr 1: 133 Prozent, Jahr 2: 100 Prozent, Jahr 3: 67 Prozent.

2014 = Jahr 2.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
687 12 -332	Ansiedlung von VN-Organisationen	-	-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0502 Tit. 687 32	-	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
687 14 -022	Beiträge an Organisationen und Einrichtungen im internationalen Bereich	169 571	160 262 *2 000*	144 531

Haushaltsvermerk:

1. Einsparungen zu Nr. 8 der Erläuterungen durch Beitragsangleichungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 687 34.
2. Einsparungen zu Nr. 18 der Erläuterungen durch Beitragsanrechnung dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: Kap. 0511 Tit. 981 01.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 687 14 (Titelgruppe 01)

Erläuterungen:

Bezeichnung der Organisation Rechtsgrundlage und Zweck der Mitgliedschaft	Mitgliedsbeitrag der Bundesrepublik Deutschland (Pflichtleistungen)			Besondere (freiwillige) Leistungen außerhalb des Mitgliedsbeitrags in 1 000 € (gerundet)	Zusammen Spalte 4 + 5 in 1 000 €
	in Prozent	in Tausend-Fremdwährung (gerundet)	in 1 000 € (gerundet)		
1	2	3	4	5	6
3. Zivilhaushalt der Nordatlantikpakt-Organisation (NATO)..........	14,5	-	32 429	70	32 499
Rechtsgrundlage: Vertrag vom 24.03.1955, wirksam 25.03.55 (BGBl. II 1955 S. 256)					
4. Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO)...	7,1	12 409 USD	8 998	-	8 998
Rechtsgrundlage: Vertrag vom 16.11.1945, wirksam 11.07.1951 (BGBl. II 1971 S. 471)...	7,1	-	11 875	-	11 875
5. Internationale Studienzentrale für die Erhaltung und Restaurierung von Kulturgut der UNESCO (ICCROM).......................	7,5	-	320	-	320
Rechtsgrundlage: Vertrag wirksam 30.10.1964 (BGBl. II 1965 S. 106)					
6. Westeuropäische Union (WEU)...	17,4	-	1 200	-	1 200
Rechtsgrundlage: Vertrag vom 24.03.1955, wirksam 25.3.55 (BGBl. II 1955 S. 256)					
8. Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)...	11,5	-	17 500	-	17 500
Rechtsgrundlage: Beschlüsse der KSZE/OSZE (Helsinki 1992, Kopenhagen 1997); KSE-Vertrag vom 19.11.90, wirksam 12.12.91 (BGBl. II 1991, S. 1154) und Folgeverträge, Vertrag über den Offenen Himmel v. 24.03.1992					
10. Institut Francais des Relations Internationales........................	50,0	-	121	-	121
Rechtsgrundlage: Vereinbarung vom 23.10.1954					
11. Ständiger Schiedshof in Den Haag					
davon Beiträge der Mitgliedsstaaten..	6,4	-	56	-	56
12. Wassenaar Arrangement..	8,4	-	178	-	178
Rechtsgrundlage: Vereinbarung vom 1.11.1996					
13. UNESCO-Fonds für das Erbe der Welt (World Heritage Fund/ WHF)..	7,1	-	220	-	220
Rechtsgrundlage: Vertrag vom 16.11.1972, wirksam 23.11.1976 (BGBl. II 1977 S. 213)					
16. Internationale Humanitäre Ermittlungskommission nach Art. 90 des 1. Zusatzprotokolls von 1977 zu den Genfer Rotkreuzabkommen von 1949...	10,0	37 CHF	30	-	30
Rechtsgrundlage: Prot. vom 8.6.77, wirksam 28.11.91 (BGBl. II 1990 S. 1550)					
17. Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OVCW)........	7,2	-	6 570		6 570
Rechtsgrundlage: Vertrag vom 13.01.1993, wirksam 29.04.97 (BGBl. II 1997 S. 2618)					
18. Organisation über den umfassenden Nuklearen Teststoppvertrag (CTBTO); einschl. Vorbereitungskommission...................	7,3	3 875 USD	2 810	-	2 810
	7,3	-	4 745	-	4 745
Rechtsgrundlage: Vertrag vom 24.09.96					
19. Europarat, Beiträge und Maßnahmen......................................	11,5	-	33 124	931	34 055
Rechtsgrundlage: Vertrag von 1950, wirksam 08.07.1950 (BGBl. II 1950 S. 263)					
21. Ständiges Sekretariat des Ostsee-Rats...................................	12,0	-	147	-	147
Rechtsgrundlage: Vereinbarung vom 2.2./1.4.1998					
22. Sekretariat der Deutsch-Französischen Hochschule...............	50,0	-	600	-	600
23. Neubau des NATO-Hauptquartiers..	12,2	-	29 537	-	29 537
24. Ständiger Internationaler Strafgerichtshof (IStGH) (Vertrag von 1998, wirksam 11.12.2000, BGBl II 2000, S. 1393)...........	11,3	-	14 329	-	14 329
25. EU-Satellitenzentrum (EU-Satcen)..	20,6	-	2 830	-	2 830
26. Institut für Sicherheitsstudien (ISS)..	21,1	-	910	-	910

0501 Sicherung von Frieden und Stabilität

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 687 14 (Titelgruppe 01)

Bezeichnung der Organisation Rechtsgrundlage und Zweck der Mitgliedschaft	Mitgliedsbeitrag der Bundesrepublik Deutschland (Pflichtleistungen)			Besondere (freiwillige) Leistungen außerhalb des Mitgliedsbeitrags in 1 000 € (gerundet)	Zusammen Spalte 4 + 5 in 1 000 €
	in Prozent	in Tausend-Fremdwährung (gerundet)	in 1 000 € (gerundet)		
1	2	3	4	5	6
27. Antarktissekretariat	3,9	56 USD	41	-	41
Zusammen			168 570	1 001	169 571

Differenzen durch Rundung möglich

zu 4.: Dadurch, dass die UNESCO ihren Haushalt in einen USD- und einen €-Teil aufsplittet, werden beide Teile einzeln nachgewiesen.

zu 18.: Dadurch, dass die CTBTO ihren Haushalt in einen USD- und einen €-Teil aufsplittet, werden beide Teile einzeln nachgewiesen.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0502 Tit. 687 64	160 262	144 531

687 17 -022	Sonstige Leistungen an Organisationen und Einrichtungen im internationalen Bereich	27 258	26 820	32 978

Haushaltsvermerk:

Aus dem Ansatz sind 400 T€ für das UNHCR-Büro in Nürnberg vorzusehen.

Erläuterungen:

Bezeichnung der Organisation Rechtsgrundlage und Zweck der Mitgliedschaft	Mitgliedsbeitrag der Bundesrepublik Deutschland (Pflichtleistungen)			Besondere (freiwillige) Leistungen außerhalb des Mitgliedsbeitrags in 1 000 € (gerundet)	Zusammen Spalte 4 + 5 in 1 000 €
	in Prozent	in Tausend-Fremdwährung (gerundet)	in 1 000 € (gerundet)		
1	2	3	4	5	6
1. Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK)		-	-	1 390	1 390
3. Hilfsfonds des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR)		-	-	8 000	8 000
4. Hilfsprogramm der Vereinten Nationen für palästinensische Flüchtlinge (UNRWA)		-	-	8 000	8 000
5. Büro des Hochkommissars für Menschenrechte (UNHCHR)		-	-	5 000	5 000
6. Internationale Beobachtertruppe auf der Sinai-Halbinsel (MFO)		-	-	450	450
7. Experten im Auftrag internationaler Organisationen		-	-	300	300
8. Haager Akademie für internationales Recht sowie Internationale Stiftung für Seerecht		-	-	20	20
9. Southeast Asian Ministers of Education Organisation (SEAMEO)		-	-	8	8
10. Europa-Kolleg in Brügge		-	-	36	36
11. Asia-Europe Foundation (ASEF)	5,8	-	-	220	220
12. Implementation Support Unit (ISU) des Ottawa Übereinkommens von 1997 für das Verbot von Antipersonenminen		-	-	70	70
13. Hilfsfonds des United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs OCHA		-	-	1 500	1 500
14. Anna-Lindh Euromedstiftung		-	-	392	392
16. UNODC/UNCAC		-	-	450	450
17. Allianz der Zivilisationen		-	-	315	315
18. Europa-Lateinamerika/Karibik-Stiftung (EU-LAK)		-	-	294	294
19. UNESCO-Institut für Lebenslanges Lernen (UIL)		-	-	300	300
20. Kulturrouten des Europarates		-	-	40	40
21. UNESCO-Übereinkommen Erhalt kulturelles Erbe		-	-	110	110
22. Internationales Hydrologisches Programm		-	-	33	33

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 687 17 (Titelgruppe 01)

Bezeichnung der Organisation Rechtsgrundlage und Zweck der Mitgliedschaft	Mitgliedsbeitrag der Bundesrepublik Deutschland (Pflichtleistungen) in Prozent	in Tausend-Fremdwährung (gerundet)	in 1 000 € (gerundet)	Besondere (freiwillige) Leistungen außerhalb des Mitgliedsbeitrags in 1 000 € (gerundet)	Zusammen Spalte 4 + 5 in 1 000 €
1	2	3	4	5	6
23. Unterwasserkulturerbe		-	-	220	220
24. UNESCO-Konvention zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen		-	-	110	110
Zusammen			-	27 258	27 258

Differenzen durch Rundung möglich

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0502 Tit. 687 67	26 820	32 978

Titelgruppe 02

Tgr. 02	Sicherheit, Stabilität und Abrüstung	(270 672)	(252 619) *(8 225)*	

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben folgender Titel sind gegenseitig deckungsfähig: 687 23 und 687 27.

2. Aus den Ausgaben können Personalausgaben für zeitlich befristete Einsätze geleistet werden.

3. Aus den Ausgaben dürfen auch Reisekosten Dritter zur Erledigung der Aufträge geleistet werden.

687 21 -029	Transformationspartnerschaften Nordafrika/Naher Osten	37 872	29 750 *1 062*	28 938

Verpflichtungsermächtigung .... 91 200 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 45 600 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 30 400 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu .... 15 200 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Die Ausgaben sind mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: Kap. 0504 Tit. 687 18.
3. Die Ausgaben sind vollständig ODA anrechenbar.

Erläuterungen:

Die Bundesregierung hat für die Unterstützung des demokratischen Wandels in Nordafrika und Nahost für die Jahre 2012, 2013 und 2014 Sondermittel vorgesehen. Mit den Maßnahmen sollen die Transformationsprozesse in Nordafrika und Nahost, insbesondere in Ägypten und Tunesien, in umfassender Weise unterstützt werden; dies schließt die gesamte Bandbreite politischer, sozio-ökonomischer wie auch humanitärer Vorhaben ein. Mitveranschlagt sind die Kosten der Vorbereitung, des Monitoring und der Evaluierung von Projekten. Aus den Mitteln können auch Sachspenden geleistet werden.

0501 Sicherung von Frieden und Stabilität

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 687 21 (Titelgruppe 02)

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0502 Tit. 687 71	29 750	28 938

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
687 23 -029	Demokratisierungs- und Ausstattungshilfe, Maßnahmen zur Förderung der Menschenrechte	22 800	20 000 *1 466*	12 420

Verpflichtungsermächtigung .... 18 500 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 8 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 6 500 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu .... 4 000 T€

Haushaltsvermerk:

1. **Die Ausgaben sind übertragbar.**
2. Einsparungen dienen bis zur Höhe von 487 T€ zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: Kap. 0710 Tit. 685 03.
3. **Die Ausgaben sind mit folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: 687 32, 687 34 und Kap. 0502 Tit. 896 12.**
4. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass mit Zustimmung des Bundesministeriums der Finanzen Überschussmaterial der Bundeswehr (außer Waffen und Munition) an Empfängerländer von Ausstattungshilfe unentgeltlich abgegeben wird.
5. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Gegenstände an Dritte unentgeltlich abgegeben werden.
6. Neue Abkommen dürfen nur mit Einwilligung des Haushaltsausschusses und des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages geschlossen werden.
7. Ausgaben in Höhe von mindestens 3 000 T€ dienen ausschließlich der Ausstattungshilfe.
8. Ausgaben in Höhe von mindestens 3 652 T€ dienen ausschließlich den Maßnahmen zur Förderung der Menschenrechte.

Erläuterungen:

Die Ausgaben dienen der Unterstützung anderer Länder durch die Lieferung von im Wesentlichen genehmigungsfreiem, industriellem Neumaterial einschl. der mit der Materiallieferung zusammenhängenden Beratung und Ausbildung. Mitveranschlagt sind auch die Kosten der vorbereitenden Maßnahmen sowie die Kosten, die im Zusammenhang mit der Betreuung ausländischer Delegationen unumgänglich sind. Außerdem wird Demokratisierungshilfe geleistet. Von der Ausstattungshilfe sind Waffen und Munition sowie Maschinen zu ihrer Herstellung ausgenommen.

Aus den Gesamtmitteln zur Förderung von Menschenrechten wird sowohl das Deutsche Institut für Menschenrechte als auch die individuelle Projektarbeit gefördert.

Mitveranschlagt sind die Kosten der Vorbereitung, des Monitoring und der Evaluierung von Projekten.

Zuwendungsempfänger: Zusammenstellung siehe Erläuterungen zu Kap. 0710 Tit. 685 03.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0502 Tit. 687 73	20 000	12 420

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 02

687 27 -029	Maßnahmen der Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitungszusammenarbeit	30 000	32 169 *4 000*	37 243

Verpflichtungsermächtigung .... 35 900 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 16 300 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 12 900 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu .... 6 700 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.

2. Die Ausgaben sind mit folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: 687 32, 687 34 und Kap. 0502 Tit. 896 12.

Erläuterungen:

Aus den Mitteln werden Kooperationsprojekte zur konventionellen Abrüstung und Rüstungskontrolle sowie zur Nichtverbreitung und Abrüstung von Massenvernichtungswaffen finanziert. Bei den Projekten im konventionellen Bereich handelt es sich um Maßnahmen der Sicherung konventioneller Waffen und Munition, der Bekämpfung illegaler Kleinwaffen und damit verbundener Risiken und um präventive Maßnahmen zur Verhinderung der Proliferation konventioneller Waffen in Post-Konflikt-Situationen sowie Maßnahmen zur Förderung des Globalen Waffenhandelsabkommens (Arms Trade Treaty). Außerdem werden Maßnahmen der humanitären Rüstungskontrolle insbesondere im Zusammenhang mit Landminen und Streumunition finanziert. Ein weiterer Schwerpunkt liegt in der Unterstützung von vertrauensbildenden Maßnahmen weltweit einschließlich der Förderung von Cybersicherheit. Mit den Projekten im Bereich der Massenvernichtungswaffen werden in Fortsetzung der G8-Initiative "Globale Partnerschaft gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und -materialien" Beiträge zur Sicherung und Vernichtung von Nuklearmaterial, Chemiewaffen und zur Erhöhung der Biosicherheit geleistet, sowie zur Stärkung der internationalen Abkommen und Instrumente in diesem Bereich. Projektpartner sind vorwiegend NGOs, internationale Organisationen, spezialisierte deutsche Firmen sowie die GIZ.

Mitveranschlagt sind die Kosten der Vorbereitung, des Monitoring und der Evaluierung von Projekten.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0502 Tit. 687 77	32 169	37 243

687 28 -029	Leistungen im Rahmen des Stabilitätspaktes Afghanistan der Bundesregierung	180 000	170 700 *1 697*	176 469

Verpflichtungsermächtigung .... 268 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 124 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 88 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu .... 56 000 T€

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind in Höhe von 10 Prozent übertragbar.

Erläuterungen:

Leistungen im Rahmen des Stabilitätspakts für Afghanistan, insbesondere für den Wiederaufbau und die Stärkung politischer und staatlicher Institutionen einschließlich der Sicherheitssektorreform sowie die Förderung und die Stärkung der Zivilgesellschaft.

Aus den Mitteln werden auch Sachspenden geleistet.

Mitveranschlagt sind die Kosten der Vorbereitung, des Monitoring und der Evaluierung von Projekten.

0501 Sicherung von Frieden und Stabilität

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 687 28 (Titelgruppe 02)

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0502 Tit. 687 79	170 700	176 469

Titelgruppe 03

Tgr. 03	Humanitäre Hilfe und Krisenprävention	(396 128)	(281 700) *(27 863)*	

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben folgender Titel sind gegenseitig deckungsfähig: 687 32 und 687 34.

2. Aus den Ausgaben können Personalausgaben für zeitlich befristete Einsätze geleistet werden.

3. Aus den Ausgaben dürfen auch Reisekosten Dritter zur Erledigung der Aufträge geleistet werden.

687 32 -029	Für humanitäre Hilfsmaßnahmen im Ausland	303 000	186 500	158 332

Verpflichtungsermächtigung... 327 200 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 140 200 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu... 112 200 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 74 800 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind in Höhe von 10 Prozent übertragbar.
2. Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 687 38.
3. **Die Ausgaben sind mit folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: 687 23, 687 27 und Kap. 0502 Tit. 896 12.**
4. Rückzahlungen fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Humanitäre Hilfe einschl. humanitärer Katastrophenvorsorge ("preparedness")..	233 000
2. Sonstige humanitäre Maßnahmen, u. a. Central Emergency Response Fund (CERF), humanitäres Minen- und Kampfmittelräumen..	70 000
Zusammen...	303 000

Bis zu 50 000 T€ sind als Einzahlung in den VN-Nothilfefonds Central Emergency Response Fund (CERF) vorgesehen.

Bis zu 20 000 T€ sind für Maßnahmen des humanitären Minenräumens vorgesehen.

Mitveranschlagt sind die Kosten der Vorbereitung, des Monitoring und der Evaluierung von Projekten.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0502 Tit. 687 72	186 500	158 332

Mehr wegen des gestiegenen Bedarfs für Maßnahmen für syrische Flüchtlinge.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 03

687 34 -029	Unterstützung von internationalen Maßnahmen auf den Gebieten Krisenprävention, Friedenserhaltung und Konfliktbewältigung durch das Auswärtige Amt	93 128	95 200 *27 863*	91 564

Verpflichtungsermächtigung... 99 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 33 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 36 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 30 000 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Mehrausgaben für die Unterstützung von Maßnahmen der OSZE (vormals Tit. 687 76) dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: 687 14.
3. **Die Ausgaben sind mit folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: 687 23, 687 27 und Kap. 0502 Tit. 896 12.**

Erläuterungen:

Aus den Ausgaben werden u. a. Maßnahmen von internationalen, regionalen oder subregionalen Organisationen unterstützt.

Die Ausgaben dienen zudem der Wiederherstellung und dem Aufbau staatlicher und zivilgesellschaftlicher Strukturen nach Konfliktereignissen.

Aus den Mitteln können auch Sachspenden geleistet werden.

Aus den Ausgaben können auch Reisekosten für Mitglieder des Beirats zivile Krisenprävention getragen werden.

Mitveranschlagt sind die Kosten der Vorbereitung, des Monitoring und der Evaluierung von Projekten.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0502 Tit. 687 74	95 200	91 564

687 38 -029	Maßnahmen der internationalen Katastrophenhilfe im Ausland außerhalb humanitärer Hilfsmaßnahmen	-	-	-

Haushaltsvermerk:

1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: 687 32.
2. Rückzahlungen fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0502 Tit. 687 78	-	-

Titelgruppe 04

Tgr. 04	Globale Partnerschaften	(24 975)	(18 274) *(1 808)*	

Haushaltsvermerk:

Aus den Ausgaben können Personalausgaben für zeitlich befristete Einsätze geleistet werden.

0501 Sicherung von Frieden und Stabilität

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 04

525 41 -011	Aus- und Fortbildung	970	970	900

Erläuterungen:

Die Maßnahmen dienen der internationalen Diplomatenausbildung.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0502 Tit. 525 82	970	900

687 40 -029	Maßnahmen der regionalen Zusammenarbeit	9 017	7 287 *308*	9 659

Verpflichtungsermächtigung... 5 180 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 1 560 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 1 240 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 2 380 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Aus den Ausgaben dürfen auch Reisekosten Dritter zur Erledigung der Aufträge geleistet werden.

Erläuterungen:

Die Stärkung der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) ist eine Priorität der EU-Außenbeziehungen. Eine wesentliche Maßnahme zur Stärkung der ENP ist die Schaffung effizienter Finanzmechanismen, darunter einer Nachbarschaftsinvestitionsfazilität (NIF), die Finanzhilfe aus dem Gemeinschaftshaushalt und Beiträge der EU-Mitgliedstaaten zusammenführt.

Das Western Balkans Investment Framework (WBiF) unterstützt Darlehen internationaler Finanzinstitutionen und Entwicklungsbanken für Projekte, die zur wirtschaftlichen, sozialen und umweltfreundlichen Entwicklung des westlichen Balkans beitragen. Durch den bilateralen deutschen Beitrag wird sichergestellt, dass auch Projekte deutscher Entwicklungsbanken förderfähig sind.

Aus dem Ansatz werden zudem Maßnahmen zum Kapazitätsaufbau von Regionalorganisationen in Nah- und Mittelost als auch in Asien gefördert. Darüber hinaus werden Projekte regionaler, europäisch-arabischer (Barcelona-Prozess) und europäisch-asiatischer Kooperation sowie Maßnahmen im Rahmen der Zusammenarbeit der G8 mit den Staaten Nordafrikas und des Mittleren Ostens (BMENA-Initiative) finanziert.

Mitveranschlagt sind Kosten der Vorbereitung, des Monitoring sowie der Evaluierung von Projekten.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0502 Tit. 687 80	7 287	9 659

687 42 -029	Ausbildungspartnerschaften	-	1 000	1 270

Erläuterungen:

Mit den Ausbildungspartnerschaften leistet das Auswärtige Amt einen Beitrag zur Stabilisierung fragiler Gesellschaften, die durch einen hohen Anteil beschäftigungsloser Jugendlicher gekennzeichnet sind. Nach Möglichkeit werden die Ausbildungspartnerschaften in Zusammenarbeit mit der örtlich vertretenen deutschen Wirtschaft eingerichtet.

Mitveranschlagt sind die Kosten der Vorbereitung, des Monitoring und der Evaluierung der Maßnahmen.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 687 42 (Titelgruppe 04)

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0502 Tit. 687 82	1 000	1 270

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
687 43 -029	Energie- und Klimaaußenpolitik	7 000		

Verpflichtungsermächtigung.. 1 691 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 1 103 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 588 T€

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben müssen mindestens zu 60 Prozent ODA-anrechenbar sein.

Erläuterungen:

Mitveranschlagt sind die Kosten der Vorbereitung, des Monitoring und der Evaluierung der Maßnahmen.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
687 48 -029	Afrika-Initiative im Rahmen des deutschen G8-Vorsitzes (2007)	7 988	9 017 *1 500*	20 254

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Aus den Ausgaben dürfen auch Reisekosten Dritter zur Erledigung der Aufträge geleistet werden.

Erläuterungen:

Aus dem Ansatz sollen im Rahmen des G8-Aktionsplans für Afrika bilaterale Unterstützungsleistungen und multilaterale Maßnahmen finanziert werden. Es handelt sich dabei u. a. um Beiträge zu einer verbesserten Polizeiausbildung in Afrika, zum Aufbau der African Standby Forces der Afrikanischen Union sowie um den Aufbau eines strategischen Zentrums für die Koordinierung von diversen Aktivitäten der Afrikanischen Union im Bereich Frieden und Sicherheit.

Mitveranschlagt sind die Kosten der Vorbereitung, des Monitoring und der Evaluierung von Projekten.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0502 Tit. 687 88	9 017	20 254

0502 Bilaterale Zusammenarbeit und Pflege der Auslandsbeziehungen

Vorbemerkung

Wesentliche finanzwirksame Schwerpunkte des Kapitels

Das Kapitel "Bilaterale Zusammenarbeit und Pflege der Auslandsbeziehungen" umfasst ein finanzielles Volumen in Höhe von rd. 85,6 Mio. €. Dies entspricht knapp 2,3 Prozent der Gesamtausgaben des Auswärtigen Amts.

Das Kapitel ist in zwei Titelgruppen untergliedert: „Bilaterale Zusammenarbeit“ (Titelgruppe 01) und „Pflege der Auslandsbeziehungen, Europäische Zusammenarbeit“ (Titelgruppe 02).

Ausgabenschwerpunkte der **Titelgruppe 01** sind Staatsbesuche in der Bundesrepublik Deutschland, das sogenannte „Besucherprogramm“ (Einladung publizistisch und kulturpolitisch wichtiger Persönlichkeiten des Auslands) sowie Projekte zur Holocaust-Erinnerung.

Aus **Titelgruppe 02** werden zahlreiche deutsche Nichtregierungsorganisationen unterstützt, deren Tätigkeiten im Bereich der Pflege der Auslandsbeziehungen liegen. Gefördert werden dabei auch dem Forschungs- bzw. Wissenschaftsbereich zurechenbare Organisationen. Eine wichtige, aus Titelgruppe 02 geförderte Aufgabe ist ferner die Europakommunikation.

Das im Februar 2013 vorgestellte „Konzept zur Europakommunikation“ nennt als Tätigkeitsschwerpunkte

1. das Werben um Vertrauen in Deutschland unter europäischen Nachbarn,
2. das Erklären Europas in der Welt und
3. das Werben für eine europafreundliche Grundeinstellung in Deutschland.

Erfolgreiche Europakommunikation erfordert die Unterstützung durch bürgerschaftliches Engagement. Das Auswärtige Amt unterstützt daher Organisationen, die sich der Vertiefung der europäischen Integration verschrieben haben.

Die Unterstützung der aus Mitteln des Kapitels 0502 unterstützten Organisationen erfolgt entweder im Rahmen einer Projektförderung oder in Form von institutioneller Förderung.

Wesentliche Ziele, die mit den veranschlagten Mitteln erreicht werden sollen

Übergeordnetes Ziel der deutschen Außenpolitik ist der Erhalt von Frieden und Sicherheit. Neben der multilateralen Zusammenarbeit (siehe Kapitel 0501) dienen bilaterale Zusammenarbeit und Pflege der Auslandsbeziehungen der Zielerreichung. Das Ziel kann nicht durch Regierungshandeln allein erreicht werden, sondern erfordert die Einbindung der Zivilgesellschaft. Das Auswärtige Amt unterstützt daher entsprechende Projektarbeit von Nichtregierungsorganisationen.

Das Konzept zur Europakommunikation des Auswärtigen Amts hat zum Ziel, das Vertrauen in Europa zu stärken und den Menschen den Wert Europas bewusst zu machen ("Europa erklären - Europa diskutieren"). Es basiert auf der Annahme, dass sich Europa in einer wichtigen Prägephase befindet, die sowohl das Deutschlandbild in Europa wie auch das Europabild in Deutschland und in der Welt umfasst.

Bilaterale Zusammenarbeit und Pflege der Auslandsbeziehungen 0502

Überblick zum Kapitel 0502	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen..	8 020	4 010	+4 010		7 952
Gesamteinnahmen...	8 020	4 010	+4 010		7 952
Ausgaben					
Sächliche Verwaltungsausgaben............................	22 509	25 491	-2 982	503	23 547
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	57 667	58 783	-1 116	2 206	52 084
Ausgaben für Investitionen.....................................	5 433	7 619	-2 186	1 296	6 973
Gesamtausgaben..	85 609	91 893	-6 284	4 005	82 604
davon flexibilisiert..	-	4 342	-4 342	2 206	2 118
davon nicht flexibilisiert..	85 609	87 551	-1 942	1 799	80 486
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung...................................	52 505 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.................................	14 045 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.................................	13 245 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.................................	18 445 T€				
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.................................	1 245 T€				
im Haushaltsjahr 2019 bis zu.................................	695 T€				
im Haushaltsjahr 2020 bis zu.................................	695 T€				
im Haushaltsjahr 2021 bis zu.................................	695 T€				
im Haushaltsjahr 2022 bis zu.................................	695 T€				
im Haushaltsjahr 2023 bis zu.................................	695 T€				
im Haushaltsjahr 2024 bis zu.................................	695 T€				
im Haushaltsjahr 2025 bis zu.................................	695 T€				
im Haushaltsjahr 2026 bis zu.................................	330 T€				
im Haushaltsjahr 2027 bis zu.................................	330 T€				

0502 Bilaterale Zusammenarbeit und Pflege der Auslandsbeziehungen

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Einnahmen			
	Verwaltungseinnahmen			
119 01 -013	Einnahmen aus Veröffentlichungen	20	10	35
	Haushaltsvermerk: Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 546 22.			
119 99 -029	Vermischte Einnahmen	8 000	4 000	7 917
	Haushaltsvermerk: Mehreinnahmen dienen bis zu einem Betrag von 3 000 T€ zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 546 22 und 685 17.			
	Ausgaben			
	Sächliche Verwaltungsausgaben			
539 99 -029	Vermischte Verwaltungsausgaben	238	572	197

Verpflichtungsermächtigung.. 2 090 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 190 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 190 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 190 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.. 190 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu.. 190 T€
im Haushaltsjahr 2020 bis zu.. 190 T€
im Haushaltsjahr 2021 bis zu.. 190 T€
im Haushaltsjahr 2022 bis zu.. 190 T€
im Haushaltsjahr 2023 bis zu.. 190 T€
im Haushaltsjahr 2024 bis zu.. 190 T€
im Haushaltsjahr 2025 bis zu.. 190 T€

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Bauunterhalt im Rahmen von Gegenseitigkeitsvereinbarungen.....	28
2. Sonstiges..	20
3. Grundsteuer für das Gebäude des "Russischen Haus der Wissenschaft und Kultur" in Berlin...	190
Zusammen..	238

Die Ausgaben dienen auch der Kostenerstattung für Demonstrationsschäden, die bei Vertretungen anderer Staaten in Deutschland entstehen, soweit die Gegenseitigkeit gewährleistet ist.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)

685 01 -249	Kosten der Erhaltung deutscher Kriegsgräber im Ausland sowie der Gräber von Personen, die infolge nationalsozialistischer Verfolgung ausgewandert und im Ausland verstorben sind	13 000	11 000	10 989

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Aufwendungen, die ausschließlich vom Bund getragen werden:	
1.1 Personal- und Pflegekosten nach Art. 7 und 11 des deutsch-französischen Kriegsgräberabkommens vom 1. Juli 1966...........	-
1.2 Instandsetzung und Pflege deutscher Kriegsgräber und Soldatenfriedhöfe, die den deutschen Auslandsvertretungen obliegen.	120
2. Zuwendungen an den Volksbund:	
2.1 Errichtung, Pflege und Instandhaltung der deutschen Soldatenfriedhöfe einschließlich Umbettung deutscher Kriegstoter im Ausland..........	12 880
Zusammen..........	13 000

Zu 2.1:
Aus den Ausgaben dürfen auch Aufwendungen bestritten werden, die mit der Unterhaltung und Pflege von deutschen Kriegergedächtnisstätten im Ausland im Zusammenhang stehen, soweit die Übernahme der Aufwendungen aus Rechts- oder Billigkeitsgründen geboten ist.

Es ist Aufgabe des Bundes für die Gräber der Kriegstoten zu sorgen. Sie wird im Ausland vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. satzungsgemäß erfüllt. Hierzu werden dem Volksbund Zuwendungen gewährt.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0502 Tit. 685 51	11 000	10 989

687 01 -282	Hilfe für Deutsche im Ausland	500	1 000	101

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Erstattungen und Einnahmen aus Verzugszinsen fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
Geschätzt werden:	
Ausgaben..........	700
Rückzahlungen beim Bundesverwaltungsamt..........	-200
Zusammen..........	500

Die Ausgaben sind bestimmt für

1. Behebung akuter Notlagen gemäß §§ 5 und 6 Konsulargesetz und Krisenvorsorge bei drohenden Notlagen gemäß § 6 Konsulargesetz.
2. Such- und Bergungsaktionen für vermisste oder verunglückte Deutsche im Ausland.
3. Beihilfen an ehemalige deutsche Honorarkonsularbeamtinnen und Honorarkonsularbeamte, die sich in einer Notlage befinden, in Ausnahmefällen auch an ihre Hinterbliebenen.
4. Zeitlich befristete Einsätze von Experten zur Beratung bei Krisensituationen im Ausland.

0502 Bilaterale Zusammenarbeit und Pflege der Auslandsbeziehungen

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 687 01

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0502 Tit. 687 51	1 000	101

Titelgruppe 01

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 *Reste 2013*	Ist 2012
Tgr. 01	Bilaterale Zusammenarbeit	(23 393)	(23 253) *(1 799)*	
518 12 -165	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	480	480	330

Verpflichtungsermächtigung.. 4 290 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 330 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu... 330 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu... 330 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu... 330 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu... 330 T€
im Haushaltsjahr 2020 bis zu... 330 T€
im Haushaltsjahr 2021 bis zu... 330 T€
im Haushaltsjahr 2022 bis zu... 330 T€
im Haushaltsjahr 2023 bis zu... 330 T€
im Haushaltsjahr 2024 bis zu... 330 T€
im Haushaltsjahr 2025 bis zu... 330 T€
im Haushaltsjahr 2026 bis zu... 330 T€
im Haushaltsjahr 2027 bis zu... 330 T€

Haushaltsvermerk:

Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Russisches Generalkonsulat, München...	330
2. Japanisch-Deutsches Zentrum, Berlin...	150
Zusammen...	480

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0502 Tit. 518 02	480	330

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 *Reste 2013*	Ist 2012
531 14 -029	Gästeprogramm der Bundesrepublik Deutschland	490	490 *39*	450

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Die Ausgaben sind in Höhe von 400 T€ mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 685 17.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 531 14 (Titelgruppe 01)

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Reisekosten der Gäste (für Flüge)	240
2. Aufenthaltskosten der Gäste (für Hotel, Verpflegung, Transport, Dolmetscher, Betreuung)	250
Zusammen	490

Das Gästeprogramm der Bundesrepublik Deutschland sieht bis zu 16 Einladungen im Jahre 2014 vor.

Der parlamentarische Auswahlausschuss bestimmt auf Vorschlag des Auswärtigen Amtes die am Programm zu beteiligenden Länder und die Themen.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0502 Tit. 531 04	490	450

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
532 14 -029	Kosten von Staatsbesuchen in der Bundesrepublik Deutschland	2 400	2 400 *464*	2 337

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Gegenstände an Dritte unentgeltlich abgegeben werden.

Erläuterungen:

Hierunter fallen alle Besuche von Staatsoberhäuptern und Regierungschefs sowie von gleichrangigen Vertreterinnen und Vertretern internationaler Organisationen und von Vertreterinnen und Vertretern fremder Staaten, die nach Stellung und Rang mindestens einem Regierungschef gleichzusetzen sind.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0502 Tit. 532 04	2 400	2 337

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
681 11 -029	Verleihung von Preisen im Rahmen bilateraler Beziehungen	23	20	20

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind übertragbar.

Erläuterungen:

1. Stiftung eines Adenauer-de Gaulle-Preises
2. Deutsch-polnischer Preis für besondere Verdienste um die Entwicklung deutsch-polnischer Beziehungen

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0502 Tit. 681 91	20	20

0502 Bilaterale Zusammenarbeit und Pflege der Auslandsbeziehungen

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 01

685 17 -029	Einladung publizistisch und kulturpolitisch wichtiger Persönlichkeiten des Auslandes (Besucherprogramm)	3 600	3 600	3 496

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind in Höhe von 400 T€ mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 531 14.
2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Einladungen publizistisch sowie kulturpolitisch wichtiger Persönlichkeiten des Auslands sowie Einladungen der Bundeskanzlerin für herausgehobene Persönlichkeiten. Die Projektdurchführung erfolgt durch Zuwendungen an Träger wie das Goethe-Institut e. V., die Europäische Akademie Berlin e. V. und das Institut für Auslandsbeziehungen e. V.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0502 Tit. 685 07	3 600	3 496

687 13 -029	Maßnahmen zur Integration der Villa Baviera in die chilenische Gesellschaft	-	100	141

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0502 Tit. 687 43	100	141

687 14 -029	Deutsch-Italienischer Zukunftsfonds	1 000		

Verpflichtungsermächtigung... 500 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 200 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu... 200 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu... 100 T€

687 15 -029	Förderung von Projekten zur Holocaust-Erinnerung	2 400	1 910	1 514

Verpflichtungsermächtigung... 3 925 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 675 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu... 675 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu... 675 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu... 675 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu... 175 T€
im Haushaltsjahr 2020 bis zu... 175 T€
im Haushaltsjahr 2021 bis zu... 175 T€
im Haushaltsjahr 2022 bis zu... 175 T€
im Haushaltsjahr 2023 bis zu... 175 T€
im Haushaltsjahr 2024 bis zu... 175 T€
im Haushaltsjahr 2025 bis zu... 175 T€

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 687 15 (Titelgruppe 01)

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Zuschuss an das Ständige Sekretariat der International Holocaust Rememberance Alliance (IHRA)	175
2. Beitrag zur Projektarbeit der IHRA	30
3. Projektförderung zur Holocaust-Thematik mit Auslandsbezug	1 195
4. Projektförderung Archivprogramm des Leo-Baeck-Instituts	500
5. Projektförderung Konservierung der Gräber von ausländischen NS-Opfern auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion	500
Zusammen	2 400

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0502 Tit. 687 95	1 910	1 514

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
687 16 -029	German Marshall Fund	567	634	715

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0502 Tit. 687 96	634	715

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
687 17 -029	Deutsch-Griechischer Zukunftsfonds	1 000		

Verpflichtungsermächtigung ... 500 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu ... 200 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu ... 200 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu ... 100 T€

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
687 18 -029	Bundesanteil zur Finanzierung des Kapitalstocks der polnischen Stiftung "Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau"	6 000	6 000	6 000

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0502 Tit. 687 98	6 000	6 000

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
866 11 -029	Darlehen an den Nationalen Übergangsrat zur Sicherung der demokratischen Entwicklung in Libyen	-	-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0502 Tit. 866 01	-	-

0502 Bilaterale Zusammenarbeit und Pflege der Auslandsbeziehungen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 01

896 12 -029	Kleinstmaßnahmen der Auslandsvertretungen	5 433	7 619 *1 296*	6 973

Haushaltsvermerk:

1. **Die Ausgaben sind mit folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: Kap. 0501 Tit. 687 23, 687 27, 687 32 und 687 34.**
2. Erstattungen Dritter fließen den Ausgaben zu.
3. Aus den Ausgaben dürfen auch Zuwendungen gemäß § 44 Abs. 1 BHO geleistet werden.

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind bestimmt für Kleinstmaßnahmen der Auslandsvertretungen zur Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhaltes in Entwicklungs- und Schwellenländern.

Die geförderten Maßnahmen reagieren auf Mikroebene schnell und flexibel auf dringende Anliegen der Bevölkerung und leisten so unmittelbar einen Beitrag zu Frieden und Sicherheit.

Es werden vorrangig örtliche Mittler gefördert.

Mitveranschlagt sind die Kosten der Vorbereitung, des Monitoring und der Evaluierung von Projekten.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0502 Tit. 896 72	7 619	6 973

Titelgruppe 02

Tgr. 02	Pflege der Auslandsbeziehungen, Europäische Zusammenarbeit	(48 478)	(47 987)	
526 24 -022	Dolmetscherkosten für die ratsvorbereitenden Gruppen in der EU	2 300	2 000	1 852

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind übertragbar.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0502 Tit. 526 04	2 000	1 852

529 22 -029	Geheime Ausgaben für besondere Zwecke des Auswärtigen Amts	1 000	1 000	239

Haushaltsvermerk:

1. Einnahmen fließen den Ausgaben zu.
2. Der Bundesrechnungshof prüft die Verwendung der Ausgaben nach § 19 Satz 1 Nr. 2 Bundesrechnungshofgesetz.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 529 22 (Titelgruppe 02)

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0502 Tit. 529 02	1 000	239

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
532 29 -029	Außerordentliche Ausgaben für außenpolitische Zwecke, die sich aus den Besonderheiten des Ressorts ergeben	1 550	1 600	1 239

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Gegenstände an Dritte unentgeltlich abgegeben werden.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Aufwendungen für die dem Auswärtigen Amt obliegende Repräsentation der Bundesregierung, die repräsentativen Aufwendungen des Auswärtigen Amts bei zwischenstaatlichen Verhandlungen und Kosten für Ehrengeschenke des Auswärtigen Amts.........	900
2. Repräsentative Aufwendungen von Arbeitsdelegationen sowie der Inspekteure des Auswärtigen Amts..	50
3. Andere Ausgaben, die sich aus dem Aufgabenkreis des Auswärtigen Dienstes ergeben und für die eine andere Verbuchungsstelle im Epl. 05 nicht besteht..	600
Zusammen..	1 550

Zu 1.:
Keine Dispositionsmittel im Sinne des § 37 Abs. 5 BHO

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0502 Tit. 532 03	1 600	1 239

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
546 21 -029	Kosten aus Anlass der deutschen G8-Präsidentschaft 2015	1 000		

Verpflichtungsermächtigung...

fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 3 500 T€

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind übertragbar.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Kosten aus Anlass der deutschen G8-Präsidentschaft 2015, sofern das Auswärtige Amt maßgebenden Einfluss auf die Ausführung hat..	1 000

Veranschlagt sind die im Zusammenhang mit der deutschen G8-Präsidentschaft im Einzelfall erwachsenden Sach- und Geschäftskosten (Kosten für die Errichtung/Ausstattung von Konferenzzentren, für in Anspruch genommene Dolmetscherinnen und Dolmetscher, Sachverständige und Schreibkräfte, für Mieten, Postdienstleistungsentgelte etc.), ferner die Reisekosten, die durch die Beteiligung von Beamtinnen und Beamten oder Angestellten des Auswärtigen Amtes oder der Auslandsvertretungen an Veranstaltungen anlässlich der G8-Präsidentschaft entstehen. Die Reisekosten für die Angehörigen anderer teilnehmender Ressorts sind von den sie entsendenden Ressorts zu tragen.

0502 Bilaterale Zusammenarbeit und Pflege der Auslandsbeziehungen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 02

546 22 -029	Deutschlandbild im Ausland	13 051	13 210	11 834

Haushaltsvermerk:

1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: 119 01 und 119 99.
2. Erstattungen Dritter zu Nr. 2 der Erläuterungen fließen den Ausgaben zu.
3. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, **dass gebrauchtes technisches Gerät für die Bild- und Tonberichterstattung zur Förderung des Deutschlandbildes im Ausland gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben wird.**
4. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Materialien gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.
5. Aus den Ausgaben dürfen auch Zuwendungen nach § 44 Abs. 1 BHO geleistet werden.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Maßnahmen zur Förderung des Deutschlandbildes im Ausland.....	6 522
2. Mittel der Auslandsvertretungen für Maßnahmen zur Förderung des Deutschlandbildes im Ausland..	4 500
3. Berichterstattung über Deutschland im Ausland............................	2 029
Zusammen..	13 051

Der Ansatz dient im Rahmen der Aufgaben des Auswärtigen Amtes der Förderung des Deutschlandbildes im Ausland. Im Ansatz sind Vertriebskosten und Erfolgskontrolle enthalten.

Zuwendungen können auch für Maßnahmen geleistet werden, für die Zuwendungen aus anderen Kapiteln des Bundeshaushaltes gewährt werden.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0502 Tit. 546 02	13 210	11 834

632 21 -164	Zweckgebundene Zuweisungen an die Länder für Mitgliedseinrichtungen der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz e. V. (WGL)	3 514	3 362	2 977

Haushaltsvermerk:

1. Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 882 21.
2. Die Mittel dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.

   Dies gilt, wenn und soweit das zuwendungsgebende Sitzland seinen Finanzierungsanteil ebenfalls überjährig zur Verfügung stellt.

Erläuterungen:

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	Finanzierungsanteil in Prozent ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
WGL-Einrichtungen					
1. **Hamburg**			**(3 514)**	**(3 362)**	**(2 977)**

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 632 21 (Titelgruppe 02)

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
1.1 German Institute of Global and Area Studies (GIGA)........................			3 514	3 362	2 977
- aus Kap. 0502 Tit. 632 21..			*3 514*	*3 362*	*2 977*
- aus Kap. 0502 Tit. 882 21..			-	-	-
Zusammen			3 514	3 362	2 977
- Summe Tit. 632 21			*3 514*	*3 362*	*2 977*
- Summe Tit. 882 21			-	-	-

Die Länder gewähren den Einrichtungen Zuwendungen zur institutionellen Förderung. Die Förderung des Bundes erfolgt durch zweckgebundene Zuweisungen an die Sitzländer.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0502 Tit. 632 01	3 362	2 977

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
685 20 -029	Einrichtungen zur Pflege der Auslandsbeziehungen	4 955	4 189	2 901

Haushaltsvermerk:

1. **Die Ausgaben zu Nr. 1.9 der Erläuterungen sind gesperrt.**
2. Die Erläuterungen sind hinsichtlich der Ausgabenansätze der einzelnen Zuwendungsempfänger / Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO verbindlich. Abweichungen bedürfen der Einwilligung des Bundesministeriums der Finanzen.
3. Ausgaben dürfen ohne Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages nicht zur Unterstützung des "Interaction Council" geleistet werden.

Erläuterungen:

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
Institutionelle Förderung/Zuschüsse an Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO					
1.1 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde......................................	56,10	100,00	465	462	452
- aus Kap. 0502 Tit. 685 20					
1.2 Südosteuropa-Gesellschaft..	88,85	100,00	550	548	531
- aus Kap. 0502 Tit. 685 20					
1.3 Gesellschaft für Aussenpolitik..	26,53	53,06	26	26	26
- aus Kap. 0502 Tit. 685 20					
1.4 Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen.............................	69,03	100,00	618	614	601
- aus Kap. 0502 Tit. 685 20					
1.5 Deutsch-Französisches Institut, Ludwigsburg....................................	33,70	61,56	642	639	634
- aus Kap. 0502 Tit. 685 20					
1.6 Deutsches Polen-Institut Darmstadt e. V..	20,58	20,58	190	188	180
- aus Kap. 0502 Tit. 685 20..			*190*	*188*	*180*
- aus Kap. 0504 Tit. 687 47..			-	-	-
1.7 Deutsch Israelische Gesellschaft e. V., Berlin....................................	63,42	100,00	329	328	104
- aus Kap. 0502 Tit. 685 20					
1.8 Deutsche Afrika Stiftung e. V., Berlin..	89,62	100,00	259	258	253
- aus Kap. 0502 Tit. 685 20..			*259*	*258*	-
- aus Kap. 0504 Tit. 687 47..			-	-	*253*
1.9 Internationale Akademie Nürnberger Prinzipien................................	100,00	100,00	250	-	-
- aus Kap. 0502 Tit. 685 20					

0502 Bilaterale Zusammenarbeit und Pflege der Auslandsbeziehungen

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 685 20 (Titelgruppe 02)

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	Finanzierungsanteil in Prozent ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
Zusammen			3 329	3 063	2 781
- Summe Tit. 685 20			*3 329*	*3 063*	*2 528*
- Summe Kap. 0504 Tit. 687 47			*-*	*-*	*253*
Projektförderung					
2.1 Deutsch-französische Zeitschrift Dokumente/Documents			100	100	110
2.2 Internationale Gespräche			1 026	476	263
2.3 Projekte zur Förderung der Nürnberger Prinzipien			500	550	-
Zusammen			1 626	1 126	373
Insgesamt			4 955	4 189	3 154
- Summe Tit. 685 20			*4 955*	*4 189*	*2 901*
- Summe Kap. 0504 Tit. 687 47			*-*	*-*	*253*

Zu 1.1:
Die Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e. V. hat die Aufgabe, das Studium Osteuropas zu fördern, die auf diesem Gebiet arbeitenden Persönlichkeiten zusammenzuführen, zur wissenschaftlichen Unterrichtung der Öffentlichkeit über Fragen dieses Studiengebietes beizutragen und die kulturellen Beziehungen zu den Oststaaten zu pflegen.

Zu 1.2:
Die Südosteuropa-Gesellschaft e. V. hat die Aufgabe, alle wissenschaftlichen Bestrebungen zu fördern, die die Kenntnis von Südosteuropa vertiefen und den Beziehungen kultureller und wissenschaftlicher Art zu Südosteuropa dienen.

Zu 1.3:
Die Gesellschaft für Außenpolitik e. V. hat die Aufgabe, Kenntnisse der internationalen Politik zu verbreiten.

Zu 1.4:
Die Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e. V. unterrichtet über die Vereinten Nationen und setzt sich für die uneingeschränkte Verwirklichung der Ziele und Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen ein.

Zu 1.5:
Das Deutsch-Französische Institut e. V., Ludwigsburg, ist das etablierte sozialwissenschaftliche und zugleich praxisorientierte Forschungs- und Informationszentrum zu Frankreich und den deutsch-französischen Beziehungen.

Zu 1.6:
Das Deutsche Polen-Institut (DPI) ist ein Forschungs-, Analyse-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen im europäischen Kontext. Es nahm nach einer Empfehlung des 1. Deutsch-Polnischen Forums von 1977 am 11. März 1980 seine Tätigkeit auf.

Zu 1.7:
Die Deutsch-Israelische Gesellschaft e. V. hat die Aufgabe, die Beziehungen zwischen Deutschland und Israel in allen Fragen des öffentlichen und kulturellen Lebens zu vertiefen. Sie dient der Förderung internationaler Verbundenheit, der Toleranz und der Verständigung der Völker, insbesondere im Nahen Osten.

Zu 1.8:
Die Deutsche Afrika-Stiftung e. V., Berlin ist ein Kommunikations- und Informationszentrum für die Vertreter der deutschen Industrie und Wirtschaft, den politischen sowie ministeriellen und afrikanischen Gesprächspartnern und hat die Aufgabe, den Dialog mit allen Bevölkerungsgruppen zu ermöglichen.

Zu 1.9:
Die Internationale Akademie Nürnberger Prinzipien dient der Fortentwicklung und Verbreitung der aus den Nürnberger Prozessen 1945/46 abgeleiteten so genannten Nürnberger Prinzipien, der Förderung des Völkerstrafrechts und der Unterstützung des Kampfes gegen die Straflosigkeit von schwersten Verbrechen, die die internationale Gemeinschaft als Ganzes berühren.

Zu 2.1:
Der Verlag Dokumente GmbH dient mit der Herausgabe der deutsch-französischen Zeitschrift "Dokumente/Documents" der wissenschaftlichen Frankreichforschung und der deutsch-französischen Verständigung und Zusammenarbeit.

Zu 2.2:
Die internationalen Gespräche dienen der Förderung politischer Gesprächsforen und der Auslandskontakte in politisch besonders gelagerten Fällen.

Zu 2.3:
Mit den Nürnberger Prinzipien wurde 1950 erstmals Anspruch auf das Ende der Straflosigkeit von Staatsoberhäuptern und militärischen Befehlshabern im Falle schwerer Verstöße gegen die internationale Werteordung erhoben. Es können entsprechende Projekte, u. a. der Internationalen Akademie Nürnberger Prinzipien, gefördert werden.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0502 Tit. 685 40	4 189	2 901

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 02

685 21 -165	Einrichtungen zur Pflege der Auslandsbeziehungen im Forschungs- und Wissenschaftsbereich	992	1 021	1 182

Verpflichtungsermächtigung.. 200 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 50 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 50 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 50 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.. 50 T€

Haushaltsvermerk:

Die Erläuterungen sind hinsichtlich der Ausgabenansätze der einzelnen Zuwendungsempfänger / Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO verbindlich. Abweichungen bedürfen der Einwilligung des Bundesministeriums der Finanzen.

Erläuterungen:

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	Finanzierungsanteil in Prozent ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
Institutionelle Förderung/Zuschüsse an Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO					
1.1 Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e. V. *- aus Kap. 0502 Tit. 685 21*	35,71	100,00	748	775	788
Projektförderung					
2.1 Projektförderung GIGA im Rahmen des Wettbewerbsverfahrens der Leibniz-Gemeinschaft			-	52	200
2.2 Forschungszentrum für OSZE-Studien beim Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg			194	194	194
2.3 Stiftungsprofessur Henry-Kissinger, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn			50	-	-
Zusammen			244	246	394
Insgesamt			992	1 021	1 182
- Summe Tit. 685 21			*992*	*1 021*	*1 182*

Zu 1.1:
Die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e. V. sammelt aktuelles Material zum politischen Geschehen in aller Welt. Sie erörtert Probleme der internationalen Politik und Wirtschaft. Gefördert werden Maßnahmen zur Deutschen Außen-, Sicherheits- und Außenwirtschaftspolitik, die Herausgabe der Jahrbücher "Die Internationale Politik" und die Arbeitsstelle Frankreich und Deutsch-Französische Beziehungen.

Zu 2.2:
Die Förderung dient der Unterstützung von Projekten des Zentrums für OSZE-Forschung (CORE) am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFSH) an der Universität Hamburg (Schwerpunkt: Herausgabe des OSZE-Jahrbuches sowie Erstellung von Strategiepapieren für die deutsche Außenpolitik zu aktuellen Fragen).

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0502 Tit. 685 41	1 021	1 182

685 22 -165	Zuwendungen an das Berliner Zentrum für internationale Friedenseinsätze (ZIF)	2 274	2 264	2 223

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind übertragbar.

0502 Bilaterale Zusammenarbeit und Pflege der Auslandsbeziehungen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 685 22 (Titelgruppe 02)

Erläuterungen:

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	Finanzierungsanteil in Prozent ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
Institutionelle Förderung/Zuschüsse an Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO					
Berliner Zentrum für internationale Friedenseinsätze................................ *- aus Kap. 0502 Tit. 685 22*	96,60	100,00	2 274	2 264	2 223

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0502 Tit. 685 42	2 264	2 223

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
685 25 -029	Zuschüsse zu Vorhaben zur Förderung des europäischen Gedankens	842	841	707

Erläuterungen:

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	Finanzierungsanteil in Prozent ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
Institutionelle Förderung/Zuschüsse an Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO					
Europäische Bewegung Deutschland.. *- aus Kap. 0502 Tit. 685 25*	73,49	100,00	412	408	362
Projektförderung					
2.1 Lfd. geförderte nichtstaatliche Einrichtungen, die dem europ. Zusammenschluss, der Verbreitung des europäischen Gedankens in der Öffentlichkeit oder der europäischen politischen Bildungsarbeit dienen...			348	352	264
2.2 Gesellschaft für übernationale Zusammenarbeit e. V. (GÜZ), Bonn und Bureau International de Liaison et de Documentation (B. I. L. D.), Paris...			40	39	39
2.3 Europäischer Wettbewerb..			32	32	32
2.4 Sonstiges..			10	10	10
Zusammen			430	433	345
Insgesamt			842	841	707
- Summe Tit. 685 25			*842*	*841*	*707*

Zu 2.2:
Ausbildungskurse für deutsch-französische Jugendbegegnungen

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0502 Tit. 685 45	841	707

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
687 27 -029	Gesellschaftspolitische Maßnahmen der politischen Stiftungen	15 000	15 500	15 000

Verpflichtungsermächtigung... 31 500 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 6 900 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 9 600 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 15 000 T€

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind übertragbar.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 687 27 (Titelgruppe 02)

Erläuterungen:

1. Aus den Mitteln können auch Sach- und Buchspenden geleistet werden. Ferner ist die Finanzierung von Druckschriften möglich, sofern diese in Zusammenhang mit hier geförderten Maßnahmen stehen.

   Mitveranschlagt sind die Kosten der Vorbereitung, des Monitoring und der Evaluierung der Maßnahmen auch seitens des Auswärtigen Amtes.

2. Die Konrad-Adenauer-Stiftung, die Friedrich-Ebert-Stiftung, die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, die Hanns-Seidel-Stiftung, die Heinrich-Böll-Stiftung und die Rosa-Luxemburg-Stiftung fördern im Rahmen ihrer internationalen gesellschaftspolitischen Arbeit das wechselseitige Verständnis politischer, wirtschaftlicher, sozialer, umweltpolitischer und soziokultureller Entwicklungen. Die Maßnahmen dienen dem Informations-, Meinungs- und Erfahrungsaustausch sowie der Schulung gesellschaftlicher und politischer Schlüsselgruppen. Aus den Mitteln können im Rahmen zeitlich befristeter Projekte in angemessenem Umfang personelle und sächliche Kosten übernommen werden. Die Ausgaben werden nach Maßgabe von Richtlinien geleistet.

3. Der Förderbereich erstreckt sich auf Nordamerika, Europa und Industrieländer.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0502 Tit. 687 07	15 500	15 000

687 28 -029	Intensivierung der europäischen Integration	2 000	3 000	2 000

Verpflichtungsermächtigung.. 6 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 2 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 2 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 2 000 T€

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind übertragbar.

Erläuterungen:

Die Debatte zu einer vertieften europäischen Integration soll in Zusammenarbeit mit den Politischen Stiftungen in einem befristeten Dialogprogramm begleitet werden.

Mitveranschlagt sind die Kosten der Vorbereitung, des Monitoring und der Evaluierung der Maßnahmen auch seitens des Auswärtigen Amtes.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0502 Tit. 687 08	3 000	2 000

882 21 -164	Zweckgebundene Zuweisungen an die Länder für Mitgliedseinrichtungen der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz e. V. (WGL)	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: 632 21.

Erläuterungen:

WGL-Einrichtungen: Zusammenstellung siehe Erläuterungen zu Tit. 632 21.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0502 Tit. 882 01	-	-

0502 Bilaterale Zusammenarbeit und Pflege der Auslandsbeziehungen

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel			
526 01 -029	Gerichts- und ähnliche Kosten		135	260
526 02 -029	Sachverständige		140	74
543 01 -011	Veröffentlichung und Dokumentation		48	13
545 01 -029	Konferenzen, Tagungen, Messen und Ausstellungen		3 416	4 014
F 634 03 -021	*Zuweisungen an den Versorgungsfonds*		*4 342*	*2 118*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0503 Tit. 634 03	*4 342*	*2 118*

687 91 -029	Museum zur Geschichte der polnischen Juden in Warschau		-	-
711 01 -029	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten		-	-

Vorbemerkung

Wesentliche finanzwirksame Schwerpunkte des Kapitels

Die vier Titelgruppen dieses Kapitels bilden die wesentlichen finanzwirksamen Schwerpunkte der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) ab.

Allgemeine Auslandskulturarbeit führt das Auswärtige Amt im Rahmen der **Projektförderung** und im Rahmen der **institutionellen Förderung** durch. Bedeutendster Ausgabenschwerpunkt der Projektförderung (Titelgruppe 01) sind Stipendien, Austauschmaßnahmen und Beihilfen für Nachwuchswissenschaftler, Studierende und Hochschulpraktikanten aus dem Ausland, für die bis zu 89,4 Mio. € veranschlagt sind. Der größte Zuwendungsempfänger in der institutionellen Förderung (Titelgruppe 04) ist das Goethe-Institut, für dessen Betrieb und operative Mittel bis zu 196,5 Mio. € veranschlagt sind.

Die Förderung des deutschen Schulwesens im Ausland und der internationalen Zusammenarbeit im Schulbereich erfolgt aus dem sogenannten **"Schulfonds".** Ausgabenschwerpunkt hier sind die Aufwendungen für Auslandsdienstlehrkräfte und Programmlehrkräfte, für die bis zu 127,8 Mio. € veranschlagt sind.

Baumaßnahmen im kulturellen und schulischen Bereich im Ausland werden aus dem sogenannten **"Baufonds"** finanziert. Größte Einzelposition sind hier große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, für die bis zu 19,7 Mio. € veranschlagt sind.

Wesentliche Ziele, die mit den veranschlagten Mitteln erreicht werden sollen

Die AKBP ist eine tragende Säule der deutschen Außenpolitik. Sie bietet Raum für interkulturellen Dialog und fördert damit gegenseitiges Verständnis und Vertrauen. Auf diese Weise schafft sie Grundlagen für langfristige Partnerschaften und Netzwerke, die eine wichtige Basis stabiler internationaler Beziehungen sind. Insbesondere in Krisen und Konflikten, in denen andere Kooperationsformen verschlossen scheinen, ermöglichen Kunst, Kultur und Sport Dialog und Begegnungen.

Die AKBP trägt so zur Konfliktlösung bei und ist integraler Bestandteil von Friedenspolitik. Darüber hinaus vermittelt die AKBP ein positives und wirklichkeitsgetreues Deutschlandbild im Ausland und wirbt so für Deutschland als Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort. Diesen Zielen dienen unter anderem über 1 500 Partnerschulen im Ausland sowie die Stipendienprogramme des Deutschen Akademischen Austauschdienstes und der Alexander von Humboldt-Stiftung, die jährlich über 40 000 Studierende und Akademiker fördern. Das weit verzweigte Netz der Goethe-Institute nimmt ebenfalls eine zentrale Rolle in der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik ein: Mit rund 150 Einrichtungen weltweit erreicht das Goethe-Institut unzählige Menschen in den Partnerländern und vermittelt auf diese Weise weltumspannend deutsche Kultur und Sprache.

Zu den Zielen der AKBP gehören:

1. Förderung der deutschen Sprache im Ausland,
2. Förderung des globalen Bildungs- und Wissenstransfers und Stärkung des Wissenschaftsstandorts Deutschland,
3. Kultureller Austausch und Vermittlung von Kunst und Kultur aus Deutschland ins Ausland,
4. Sympathiewerbung für Deutschland.

0504 Pflege kultureller Beziehungen zum Ausland

Überblick zum Kapitel 0504	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen...	7 500	3 000	+4 500		9 311
Übrige Einnahmen...	-	-	-		-
Gesamteinnahmen...	7 500	3 000	+4 500		9 311
Ausgaben					
Personalausgaben...	7 486	7 486	-		6 103
Sächliche Verwaltungsausgaben............................	6 007	5 507	+500	1 904	3 745
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	711 692	730 945	-19 253	17 508	705 087
Ausgaben für Investitionen.....................................	47 420	43 170	+4 250	32 951	30 810
Gesamtausgaben...	772 605	787 108	-14 503	52 363	745 745
davon flexibilisiert...	39 700	41 450	-1 750	27 629	17 321
davon nicht flexibilisiert..	732 905	745 658	-12 753	24 734	728 424
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung...................................	547 817 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.................................	191 463 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.................................	161 204 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.................................	133 050 T€				
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.................................	52 300 T€				
im Haushaltsjahr 2019 bis zu.................................	4 100 T€				
im Haushaltsjahr 2020 bis zu.................................	2 900 T€				
im Haushaltsjahr 2021 bis zu.................................	2 800 T€				

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

119 99 -024	Vermischte Einnahmen	7 500	3 000	6 387

Haushaltsvermerk:

1. Mehreinnahmen zu Nr. 1 der Erläuterungen bis zur Höhe von 30 Prozent dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 687 15.
2. Die Erläuterungen sind verbindlich.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Erstattungen des Goethe-Instituts e. V.	-
2. Sonstige Einnahmen	7 500
Zusammen	7 500

Bei Nr. 1 der Erläuterungen sind ausschließlich Einnahmen aufgrund von Zahlungen zu buchen, die vom Goethe-Institut e. V. im Zusammenhang mit Steuererstattungen geleistet werden.

131 01 -021	Erlöse aus dem Verkauf von Liegenschaften im Ausland	-	-	2 924

Haushaltsvermerk:

1. Mehreinnahmen sind zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Tgr. 03.
2. Aus den Einnahmen dürfen notwendige Nebenkosten (z. B. Kosten einer Versteigerung, Vermessung und Wertermittlung sowie Steuern und Gebühren) geleistet werden.
3. Die Erläuterungen sind verbindlich.

Erläuterungen:

Mehreinnahmen aus Veräußerungserlösen fließen i. H. v. 80 Prozent der Tgr. 03 zu und können ohne Einschränkung für dringenden zusätzlichen Finanzierungsbedarf auch an anderen Dienstorten genutzt werden. Im Falle, dass eine Neuunterbringung am gleichen Ort vorgesehen ist, fließen die Veräußerungserlöse vollständig der o. g. Tgr. zu.

Übrige Einnahmen

272 01 -024	Zuschüsse von der EU	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 687 14 und 687 15.

0504 Pflege kultureller Beziehungen zum Ausland

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

1. Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.
   Ausgenommen sind Tit. 427 29, 429 21 **und Tgr. 04.**
2. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass als Spenden auch **Sachmittel gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich abgegeben werden, soweit sie aus dafür vorgesehenen Ausgaben beschafft worden sind und die Abgabe zur Förderung der Kulturarbeit im Ausland im Bundesinteresse geboten ist. Übersteigt der Wert der im Einzelfall insgesamt zu spendenden Sachmittel** 30 T€ ist die Einwilligung des Bundesministeriums der Finanzen einzuholen.
3. Nach § 63 Abs. 4 BHO in Verbindung mit § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass mit Einwilligung des Bundesministeriums der Finanzen bundeseigene Liegenschaften den Trägern der Kulturarbeit im Ausland für die Dauer ihrer Tätigkeit unentgeltlich überlassen werden.

Titelgruppe 01

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
Tgr. 01	Allgemeine Auslandskulturarbeit (Projektförderung)	(89 488)	(262 843) *(5 980)*	

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
681 11 -142	Stipendien, Austauschmaßnahmen und Beihilfen für Nachwuchswissenschaftler, Studierende und Hochschulpraktikanten aus dem Ausland sowie Betreuung und Nachbetreuung	16 154	134 380 *2 000*	137 499

Verpflichtungsermächtigung... 16 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 6 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 5 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 3 500 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.. 1 500 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind in Höhe von 10 Prozent übertragbar.
2. Erstattungen Dritter fließen den Ausgaben zu.
   Als Erstattungen im Sinne dieses Vermerks sind ausschließlich Prüfungsentgelte anzusehen.

Erläuterungen:

		2014 1 000 €	2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	1	2	3	4
1.	Deutscher Akademischer Austauschdienst e. V.	-	88 514	90 898
2.	Alexander von Humboldt-Stiftung	-	29 662	30 862
3.	Konrad-Adenauer-Stiftung	2 223	2 223	2 223
4.	Friedrich-Ebert-Stiftung	2 532	2 532	2 532
5.	Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit	827	827	827
6.	Hanns-Seidel-Stiftung	774	774	774
7.	Heinrich-Böll-Stiftung	827	827	827
8.	Rosa-Luxemburg-Stiftung	754	754	754
9.	Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR)	3 401	3 401	3 404
10.	Fulbright-Kommission	2 995	2 995	2 995

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 681 11 (Titelgruppe 01)

	2014 1 000 €	2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4
11. Sonstige	1 821	1 871	1 403
Zusammen	16 154	134 380	137 499

Aus den Ausgaben können auch Forschungspreise für ausländische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bezahlt werden.

Aus den Ausgaben können in besonderen Fällen auch Sachspenden geleistet werden.

Zu 10.:
Das deutsch-amerikanische Regierungsabkommen vom 20. November 1962 in der Fassung vom 11. Januar 1974 (Fulbright-Abkommen) sieht Austauschvorhaben zur Aus- und Weiterbildung von Studentinnen und Studenten, Lehrerinnen und Lehrern sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern vor, deren Finanzierung in jährlichen Notenwechseln festgelegt wird.

Zu 11.:
Sonstige Programme in Krisenländern sowie sonstige Empfänger, u. a. kirchliche Organisationen, Association Internationale des Etudiants en Sciences Economiques et Commerciales, Bundesvertretung der Medizinstudierenden e. V.

Die Vergabe der Stipendien sowie die Durchführung von Betreuungs- und Nachbetreuungsmaßnahmen erfolgen nach Maßgabe der Stipendien- und Betreuungsrichtlinien des Auswärtigen Amtes.

Aufgrund eines Auswahlverfahrens können folgende Stipendien vergeben werden:

Bezeichnung - Qualifikation		Monatsbetrag in € 2014	Monatsbetrag in € 2013
1		2	3
Kategorie I	Studierende und Praktikantinnen bzw. Praktikanten ohne Examen	650	650
Kategorie II	Graduierte mit einem ausländischen Hochschulabschluss, der mindestens dem deutschen Universitäts-Vordiplom oder dem Bachelor entspricht	750	750
Kategorie III	Doktoranden und Promovierte sowie Stipendiaten mit einem dem deutschen Universitätsdiplom gleichwertigen Hochschulabschluss, die zu Forschungszwecken nach Deutschland kommen und die bei Beginn der Stipendienlaufzeit eine mindestens zweijährige wissenschaftliche Tätigkeit nachweisen können	1 000	1 000
	Die Dauer eines Stipendiums beträgt in der Regel 12 Monate mit Verlängerungsmöglichkeit bis zum vorgesehenen Abschluss.		
Kategorie IV	Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler, vergleichbar einer deutschen Hochschulassistentin bzw. einem Hochschulassistenten	2 500	2 500
Kategorie V	Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, vergleichbar einer deutschen Hochschuldozentin/Privatdozentin bzw. einem Hochschuldozenten/Privatdozenten	3 000	3 000
Kategorie VI	Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, vergleichbar einer deutschen Universitätsprofessorin bzw. einem Universitätsprofessor der BesGr. W 2/ W 3	3 600	3 600
	Die Dauer eines Stipendiums beträgt durchschnittlich 19 Monate. Maximal können bis zu 24 Monate gefördert werden.		
	Sonderförderung künftiger US-amerikanischer, russischer und chinesischer, indischer und brasilianischer Führungskräfte (je 10 Stipendien jährlich). Vergabe durch Alexander-von-Humboldt-Stiftung; Förderung je nach Alter, Familien- und Ausbildungsstand der Bewerberinnen und Bewerber zwischen 2 000 € und 3 500 € monatlich.		

Weniger wegen geringeren Bedarfs.

0504 Pflege kultureller Beziehungen zum Ausland

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 01

687 12 -024	Beziehungen zwischen deutschen und ausländischen Wissenschaftlern, Studierenden und Hochschulen einschließlich Gerätespenden an ausländische wissenschaftliche Institutionen	4 167	61 957 *2 000*	53 988

Verpflichtungsermächtigung.. 3 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 1 500 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 1 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu... 500 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind in Höhe von 10 Prozent übertragbar.
2. Erstattungen Dritter fließen den Ausgaben zu.

   Als Erstattungen im Sinne dieses Vermerks sind ausschließlich Prüfungsentgelte anzusehen.

Erläuterungen:

		2014 1 000 €	2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	1	2	3	4
1.	Beziehungen zwischen deutschen und ausländischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern...	-	-	-
1.1	Deutsche Forschungsgemeinschaft...	-	-	-
1.2	Deutscher Akademischer Austauschdienst e. V..	-	11 080	6 824
1.3	Sonstige..	817	867	538
2.	Gerätespenden an ausländische wissenschaftliche Institutionen, vorwiegend an Einrichtungen mit Hochschulcharakter (soweit nicht Epl. 23).......................	-	-	-
2.1	Deutscher Akademischer Austauschdienst e. V..	-	210	26
2.2	Alexander von Humboldt-Stiftung..	-	270	270
2.3	Sonstige (Direktvergabe AA)...	50	50	
3.	Bilaterale Wissenschaftsbeziehungen deutscher Hochschulen zu Hochschulen im Ausland, Förderung deutscher Gastlehrstühle im Ausland sowie Aufwendungen für wissenschaftliche Lehrkräfte (Dozentinnen und Dozenten).......	-	24 470	22 056
4.	Aufwendungen für Lektorinnen und Lektoren der deutschen Sprache im Ausland...	-	21 710	21 922
5.	Außenwissenschaftsförderung..	3 300	3 300	2 352
	Zusammen..	4 167	61 957	53 988

Zu 3.:
Kurz- und Langzeitdozenturen an ausländischen Hochschulen. Vorgesehen ist die Vermittlung von 58 Langzeitdozentinnen und -dozenten; die Vermittlungsdauer ist unterschiedlich; 300 Kurzzeitdozentinnen und -dozenten für die Dauer von jeweils 1 bis 3 Monaten.

Zu 4.:
Art und Höhe der Zuwendungen bemessen sich nach Richtlinien, die vom Auswärtigen Amt im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen und dem Bundesministerium des Innern aufgestellt sind. Vorgesehen ist die Unterhaltung von 475 Lektoraten sowie die Vergabe von 35 Reintegrationsstipendien.

Förderung internationaler Tagungen und Kongresse, Forschungs- und Studienreisen ausländischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nach Deutschland, deutschlandkundliche Zentren und deutschsprachige Studiengänge im Ausland, Kurz- und Langzeitdozenturen an ausländischen Hochschulen, Entsendung von Lektorinnen und Lektoren. Bilaterale Sonderprogramme im Bereich Hochschulbeziehungen, insbesondere zu MOE, China und USA.

Weniger durch Umsetzung nach Tit. 687 46 und Tit. 687 48.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 01

687 14 -024	Sonstige Maßnahmen	1 673	1 753	1 473

Verpflichtungsermächtigung .... 92 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 88 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 4 T€

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 272 01.

Erläuterungen:

	2014 1 000 €	2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4
1. Forschungsaufträge, Sachverständigengutachten und Evaluierungen, die für die kulturpolitische Planung und Entscheidungsvorbereitung von Bedeutung sind	215	212	199
2. Gemeinsame Vorbereitung der Kulturreferenten und des Personals der Mittlerorganisationen auf die künftigen Aufgaben und Fortbildung	8	8	-
3. Kosten der in den Kulturabkommen der Bundesrepublik Deutschland vorgesehenen Ständigen Kommissionen oder gleichartiger Kulturverhandlungen mit Staaten ohne förmliches Kulturabkommen sowie Kosten für die Tätigkeit der Bevollmächtigten der Bundesrepublik Deutschland für kulturelle Angelegenheiten im Rahmen des Vertrages über die deutsch-französische Zusammenarbeit vom 22. Januar 1963; Kosten, die im Rahmen der Rückführung kriegsbedingt verbrachter Kulturgüter entstehen	146	146	84
4. Unterhaltsbeihilfen an dienstunfähige Personen im kulturellen Bereich (Ausland)	8	8	-
5. Bundeskanzlereinladung hervorragender Persönlichkeiten aus den USA	-	-	-
6. Projektförderung zur Holocaustthematik mit Auslandsbezug	1 050	1 100	1 080
7. Kosten im Zusammenhang mit der Arbeit von kulturellen Gremien staatlicher internationaler und supranationaler Organisationen (ausgen. Beiträge und Zuschüsse bei Kap. 0502)	-	-	-
7.1 Beteiligung an Symposien und Programmen der UNESCO	41	74	64
7.2 Kulturelle Maßnahmen im Rahmen des Europarats und der EU	115	115	20
7.3 Sonstiges	56	56	26
8. Sonstige Ausgaben (Sonderfälle, für die eine andere Buchungsstelle nicht besteht) einschließlich Sachspenden und Koordinierung im Rahmen der Auslandskultur- und Bildungsarbeit	34	34	-
Zusammen	1 673	1 753	1 473

Zu 8.:
Ausgaben im Rahmen der allgemeinen Auslandskulturarbeit, die nicht unter die Zweckbestimmung anderer Buchungsstellen dieser Tgr. fallen. Aus den Ausgaben dürfen auch Sachspenden und Billigkeitsleistungen gewährt werden. Billigkeitsleistungen aus Anlass von Sachschäden, die im Dienst entstanden sind, richten sich nach den Richtlinien des Bundesministeriums der Finanzen.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0504 Tit. 687 19	1 753	1 473

0504 Pflege kultureller Beziehungen zum Ausland

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 01

687 15 -024	Programmarbeit	23 415	18 532	23 540

Verpflichtungsermächtigung .... 20 700 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 9 200 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 5 500 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu .... 4 000 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu .... 2 000 T€

Haushaltsvermerk:

1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.
2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 272 01.

Erläuterungen:

		2014 1 000 €	2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	1	2	3	4
1.	Regionenübergreifende Programmaktivitäten	3 357	3 357	4 442
2.	Sonstige Programmaktivitäten	2 200	2 200	2 935
3.	Bewahrung des kulturellen Erbes in Entwicklungsländern und des deutschen kulturellen Erbes im Ausland (ausgenommen in historischen Siedlungsgebieten)	3 275	2 850	2 953
4.	Kulturelle Maßnahmen der deutschen Auslandsvertretungen	4 011	4 011	2 791
5.	Medienförderung	1 905	1 905	2 968
6.	Regionale Programmarbeit	4 167	4 209	7 451
7.	Gedenken Erster Weltkrieg	3 500	-	-
8.	Förderung Barenboim Akademie	1 000		
Zusammen		23 415	18 532	23 540

Zu 3.:
Aus den Ausgaben dürfen auch Sachspenden geleistet werden. Baumaßnahmen nur in Form von Zuschüssen an andere Träger bis zu 250 000 € im Einzelfall.

Zu 4.:
Aus den Ausgaben dürfen auch Sachspenden geleistet werden.

Exponate können als Sachspenden abgegeben werden.

687 16 -024	Förderung der deutschen Sprache im Ausland sowie kultur- und bildungspolitische Förderung deutscher Minderheiten in MOE und GUS	13 779	13 779	12 870

Verpflichtungsermächtigung .... 6 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 3 500 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 1 500 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu .... 1 000 T€

Erläuterungen:

		2014 1 000 €	2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	1	2	3	4
1.	Förderung der deutschen Sprache			
1.1	Sprachkursveranstaltungen der Auslandsvertretungen ("Botschaftssprachkurse")	160	160	72
1.2	Sonderprogramm zur Förderung von Deutsch in USA und Kanada	560	560	610
1.3	Förderung der deutschen Sprache in Skandinavien	400	400	408
1.4	Sonstige Sprachförderung	8 700	8 200	7 899

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 687 16 (Titelgruppe 01)

1	2014 1 000 €	2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
2. Kultur- und bildungspolitische Fördermaßnahmen	-	-	-
2.1 Förderung der deutschen Minderheit in MOE/GUS	3 959	4 459	3 881
Zusammen	13 779	13 779	12 870

Zu 1.4:
Aus diesen Ausgaben können auch die Kosten für Übersetzungen bestritten werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
687 17 -024	Internationale Aktivitäten gesellschaftlicher Gruppen und deutsch-ausländischer Kultureinrichtungen im Inland und Ausland	10 300	12 442	11 044

Verpflichtungsermächtigung .... 9 500 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 4 500 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 3 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu .... 2 000 T€

Erläuterungen:

1	2014 1 000 €	2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1. Kulturelle Auslandsarbeit der Kirchen		-	-
1.1 Kirchliches Außenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland	606	740	703
1.2 Katholisches Auslandssekretariat	606	740	703
1.3 Evangelisches Missionswerk	204	249	236
1.4 Deutscher Katholischer Missionsrat	204	249	236
1.5 Zuwendungen und Spenden an kirchliche Einrichtungen	-	-	-
1.6 Pflege deutscher Friedhöfe oder Einzelgräber im Ausland (soweit nicht Kap. 0502 Tit. 685 01)	22	22	10
Summe Nr. 1.1 bis 1.6	1 642	2 000	1 888
Die Zuwendungen aus Erläuterungsnummern 1.1 bis 1.4 werden als Festbeträge zu den Haushalten der Zuwendungsempfänger gewährt.			
2. Begegnungen zwischen deutschen und ausländischen Jugendgruppen im In- und Ausland einschließlich Sachspenden (soweit nicht Epl. 17)	778	950	701
3. Kultureller Freiwilligendienst im Ausland	2 983	3 700	3 653
4. Förderung von Sportbeziehungen einschließlich Sachspenden (soweit nicht Epl. 23)	3 617	4 500	3 976
5. Maßnahmen der beruflichen Aus- und Weiterbildung, soweit nicht im Epl. 23 und im Epl. 60 (Transformprogramm) veranschlagt, und der Erwachsenenbildung	978	950	496
6. Unterstützung der Programmaktivitäten deutsch-ausländischer Kultureinrichtungen	-	-	-
6.1 Inland	-	-	-
6.1.1 41 deutsch-ausländische Kulturvereinigungen und deren Zweigstellen (Stand: 1. Dezember 2005)	54	54	53
6.1.2 5 deutsch-amerikanische Institute (Tübingen, Heidelberg, Nürnberg, Freiburg i. Br. und Saarbrücken)	200	242	231
6.1.4 Deutsches Sekretariat des Deutsch-Französischen Kulturrats	48	46	46
6.2 Ausland	-	-	-
Summe Nr. 6.1 bis 6.2	302	342	330
Zusammen	10 300	12 442	11 044

Zu 5.:
Die Maßnahmen zu Berufsbildungsprojekten in Südostasien werden von der GIZ durchgeführt, soweit sie nicht von der Bundesregierung und ihren Dienststellen selbst durchgeführt werden.

Die Maßnahmen zu Berufsbildungsprojekten in Ägypten werden von der GIZ, den AHK und weiteren Partnerorganisationen durchgeführt. Aus den Mitteln können auch Sachspenden und Personalkosten für zeitlich befristete Einsätze geleistet werden.

0504 Pflege kultureller Beziehungen zum Ausland

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 01

687 18 -024	Wissenschaftspartnerschaften in Transformationsländern Nordafrika/ Nahost (Stipendien)	20 000	20 000 *1 980*	18 020

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Die Ausgaben sind mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: Kap. 0501 Tit. 687 21.
3. Aus den Ausgaben dürfen auch Personalausgaben für zeitlich befristete Einsätze geleistet werden.
4. Die Ausgaben sind vollständig ODA anrechenbar.

Erläuterungen:

Die Bundesregierung hat für die Unterstützung des demokratischen Wandels in Nordafrika und Nahost für die Jahre 2012, 2013 und 2014 Sondermittel vorgesehen. Mit den Maßnahmen sollen die Transformationsprozesse in Nordafrika und Nahost, insbesondere in Ägypten und Tunesien, in umfassender Weise unterstützt werden; dies schließt die gesamte Bandbreite politischer, sozio-ökonomischer wie auch humanitärer Vorhaben ein. Mitveranschlagt sind die Kosten der Vorbereitung, des Monitoring und der Evaluierung von Projekten. Aus den Mitteln können auch Sachspenden geleistet werden.

Titelgruppe 02

Tgr. 02	Förderung des deutschen Schulwesens im Ausland und der internationalen Zusammenarbeit im Schulbereich (Schulfonds)	(224 687)	(243 797)	

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben **folgender Titel** sind gegenseitig deckungsfähig: **427 29, 429 21, 687 21, 687 22, 687 26 und 687 27.**
2. Erstattungen Dritter fließen den Ausgaben zu.

427 29 -024	Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige	7 044	7 044	5 760

Haushaltsvermerk:

Einsparungen dienen bis zur Höhe von 500 T€ zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 632 21.

Erläuterungen:

	2014 1 000 €	2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4
1. Bundesverwaltungsamt - Zentralstelle für das Auslandsschulwesen - (ZfA)			
1.1 Vergütungen und Löhne für Ortslehrkräfte	1 005	1 005	1 036
1.2 Vergütungen für Fachberaterinnen und Fachberater	6 039	6 039	4 724
Zusammen	7 044	7 044	5 760

Zu 1.1:
Aufgrund von Vorgaben des französischen Arbeitsrechts erfolgt die Bezahlung von Ortslehrkräften des deutsch-französischen Gymnasiums Buc nicht mehr aus jährlich zu erneuernden Zuwendungsverträgen, sondern aus Ortskraft-Arbeitsverträgen. Zur Haushaltsklarheit ist deshalb eine zum Titel 687 22 (dort Nr. 1, Zuwendungen zu den Betriebskosten der Schulen) getrennte Ausweisung im Haushaltsplan notwendig.

Zu 1.2:
Die Mittel sind veranschlagt für die Entsendung von insgesamt 56 Fachberaterinnen und Fachberatern für Deutsch auf drei Jahre mit der Option der Verlängerung.
Die Fachberaterinnen und Fachberater für Deutsch der ZfA haben außertarifliche befristete Dienstverträge mit dem Bundesverwaltungsamt in entsprechender Anwendung der Richtlinien für die Gewährung von Zuwendungen an die durch die Zentralstelle für das Auslandsschulwesen vermittelten Lehrkräfte auf der Grundlage ihrer bisherigen Besoldungs- oder Vergütungsgruppe im Bundes- oder Landesdienst, höchstens jedoch entsprechend Bes.-Gr. A 15.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 427 29 (Titelgruppe 02)

429 21 -024	Nicht aufteilbare Personalkosten für Fachberaterinnen und Fachberater für Deutsch und der Expertinnen und Experten für Unterricht	442	442	343

Erläuterungen:

	2014 1 000 €	2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4
1. BVA - ZfA -	442	442	343

Aus den Ausgaben werden neben den Vergütungen anfallende Personalkosten (z. B. Beihilfen, Unterstützungen, Trennungsgeld, Umzugskostenvergütungen, Kosten der Aus- und Rückreise, Kosten des Gesundheitsdienstes) für die Fachberaterinnen und Fachberater für Deutsch bezahlt.

632 21 -024	Erstattungen für Versorgungslasten der Länder	-	-	3 392

Haushaltsvermerk:

1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe von **10 000 T€** der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: 687 21.
2. **Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe von 500 T€ der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: 427 29.**

687 20 -024	Leistungen an Deutsche Auslandsschulen gemäß §§ 11 und 12 ASchulG	35 000		
687 21 -024	Aufwendungen für Auslandsdienstlehrkräfte und Programmlehrkräfte	127 819	164 808	141 252

Verpflichtungsermächtigung ..... 161 600 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu ..... 44 100 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu ..... 43 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu ..... 42 000 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu ..... 25 000 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu ..... 2 500 T€
im Haushaltsjahr 2020 bis zu ..... 2 500 T€
im Haushaltsjahr 2021 bis zu ..... 2 500 T€

Haushaltsvermerk:

Einsparungen dienen bis zur Höhe von **10 000 T€** zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 632 21.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Auslandsdienstlehrkräfte	
1.1 Personalausgaben	104 656
1.2 Kosten der Aus- und Rückreise	5 803
2. Programmlehrkräfte	
2.1 Personalausgaben	15 362
2.2 Kosten der Aus- und Rückreise	1 998
Zusammen	127 819

Zu 1.:
Die Höhe der Leistungen bemisst sich nach Richtlinien, die vom Auswärtigen Amt im Einvernehmen mit den Bundesministerien der Finanzen und des Innern aufgestellt sind.

Die Lehrkräfte haben in der Regel einen Dienstvertrag mit einem ausländischen Schulträger. Falls ein solcher Vertrag nicht möglich oder nicht zweckmäßig ist,

0504 Pflege kultureller Beziehungen zum Ausland

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 687 21 (Titelgruppe 02)

kann in Ausnahmefällen auch ein außertariflicher Dienstvertrag in entsprechender Anwendung der Richtlinien für die Gewährung von Zuwendungen an die durch das Bundesverwaltungsamt - Zentralstelle für das Auslandsschulwesen - vermittelten Lehrkräfte auf der Grundlage der bisherigen Besoldungs- oder Vergütungsgruppe im Bundes- oder Landesdienst mit dem Bundesverwaltungsamt geschlossen werden. Vermittelt zum 1. Januar 2013: 1 258 Auslandsdienstlehrkräfte.

Zu 2.:
Zuwendungen an Bundesprogrammlehrkräfte und an Länderprogrammlehrkräfte (vermittelt zum 1. Januar 2013: 339 Bundesprogrammlehrkräfte und 117 Länderprogrammlehrkräfte). Die Höhe der Zuwendungen an die Programmlehrkräfte bemisst sich nach zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium der Finanzen abgestimmten Richtlinien.

Weniger aufgrund Umsetzung nach Titel 687 20.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
687 22 -024	Zuwendungen an Schulen im Ausland	39 800	56 811	43 087

Verpflichtungsermächtigung... 102 500 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 31 500 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu... 32 500 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu... 33 500 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu... 5 000 T€

Erläuterungen:

	2014 1 000 €	2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4
1. Zuwendungen zu den Betriebskosten der Schulen...	36 130	53 141	39 148
2. Zuwendungen zur Förderung des Deutschunterrichts an Schulen ("Sprachbeihilfeschulen")..	3 670	3 670	3 939
Zusammen..	39 800	56 811	43 087

Zuwendungszweck	Schultyp								
	a) Begegnungs-schulen		b) deutschsprachige Auslandsschulen		c) ausländische Schulen		a), b) und c) zusammen		Ist
	- 1 000 € -								
	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2012
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1.1 Zuwendungen für Ortslehrkräfte.........................	25 591	38 755	9 117	12 121	752	1 595	35 460	52 471	34 944
1.2 Sonstige Zuwendungen...	200	200	300	300	170	170	670	670	4 204
Zusammen...............................	25 791	38 955	9 417	12 421	922	1 765	36 130	53 141	39 148

Die Höhe der Zuwendungen zu den Betriebskosten der Schulen richtet sich nach im Einvernehmen zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium der Finanzen festgelegten Richtlinien.

Zu 1.1 a/b:

1. Zuschüsse zu den Personalkosten für Ortslehrkräfte und - bei nachgewiesenem Bedarf - auch zu anderen Schulbetriebskosten sowie förderungswürdigen Einzelmaßnahmen der Schulen.
2. Förderung deutscher Firmenschulen.

Zu 1.1 c:
Förderung des deutschen Unterrichtsanteils.

Weniger wegen geringeren Bedarfs.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 02

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
687 26 -024	Zuschuss an das Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder für den Pädagogischen Austauschdienst - Beratungsstelle für Gruppenreisen ausländischer Schülerinnen und Schüler	1 140	1 140	1 099

Erläuterungen:

Zu den Aufgaben der von Bund und Ländern initiierten Beratungsstelle gehören u. a. die Betreuung des Prämienprogramms und der Schüleraustauschprogramme des Auswärtigen Amts.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
687 27 -024	Aus- und Fortbildung, Förderung der internationalen Zusammenarbeit und sonstige Ausgaben im schulischen Bereich	13 442	13 552	11 792

Verpflichtungsermächtigung.. 4 450 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 2 500 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 1 200 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu... 750 T€

Erläuterungen:

	2014 1 000 €	2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4
1. Aus- und Fortbildung ausländischer Deutschlehrerinnen und Deutschlehrer			
1.1.1 Projektmittel der Fachberaterinnen und Fachberater für Deutsch (ZfA)............	1 220	1 220	986
1.1.2 Projektmittel der Expertinnen und Experten für Unterricht (Goethe-Institut e. V.)........	-	-	-
1.2 sonstige Förderungsmaßnahmen........	830	830	795
1.3 Fortbildung von Schulverwaltungsleiterinnen und Schulverwaltungsleitern und Informationsveranstaltungen für Schulvorstände........	50	50	44
1.4 Aus- und Fortbildung von Lehrkräften an geförderten schulischen Einrichtungen........	2 448	2 448	1 854
1.5 Qualitätssicherung an deutschen Auslandsschulen........	871	871	541
Summe Nr. 1.1.1 bis 1.5........	5 419	5 419	4 220
2. Internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des allgemeinen Schulwesens			
2.1 Förderung des Schüleraustausches........	2 128	2 128	2 148
2.2 Förderung des Fremdsprachenassistentenaustauschs........	518	518	401
2.3 Prämien für ausländische Schülerinnen und Schüler für besondere Leistungen in der deutschen Sprache (Prämienprogramm)........	1 967	1 967	2 044
2.4 Multiplikatoren im Bereich Schüleraustausch........	44	44	40
2.5 Internationales Baccalaureat-Office........	80	80	45
Summe Nr. 2.1 bis 2.5........	4 737	4 737	4 678
3. Sonstige Ausgaben im schulischen Bereich			
3.1 Versorgung ehemaliger Auslandslehrerinnen und Auslandslehrer und deren Hinterbliebener und Leistungen an Altlehrerinnen und Altlehrer........	10	10	6
3.2 Reisekosten an außerhalb der Bundesverwaltung stehende Personen zur Durchführung von Anerkennungs- und Abschlussprüfungen sowie Inspektionen........	160	160	117
3.3 Förderung der internationalen Schulbuchforschung........	633	683	562
3.4 Kosten für die Entwicklung von Lehrmitteln........	28	28	-
3.5 Durchführung der Prüfungen für das Deutsche Sprachdiplom der Kultusministerkonferenz und "Zentrale Deutschprüfung"........	1 697	1 697	1 213
3.6 Fernkurs für deutsche Schülerinnen und Schüler im Ausland........	130	130	98
3.7 Zeitschrift "Begegnung" - Deutsche Schulen im Ausland........	140	140	464
3.8 Sonstige Ausgaben........	488	548	434
Summe Nr. 3.1 bis 3.8........	3 286	3 396	2 894
Zusammen........	13 442	13 552	11 792

Zu 3.1.: Die Höhe der Leistungen bemisst sich nach Richtlinien, die vom Auswärtigen Amt im Einvernehmen mit den Bundesministerien der Finanzen und des Innern aufgestellt sind.

0504 Pflege kultureller Beziehungen zum Ausland

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Titelgruppe 04			
Tgr. 04	Allgemeine Auslandskulturarbeit (Institutionelle Förderung)	(418 730)	(239 018) *(12 800)*	
518 42 -165	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	2 507	2 507	2 506

Haushaltsvermerk:

Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.

Erläuterungen:

Miete für Zentralverwaltung des Goethe-Instituts in 80637 München, Dachauer Str. 122.

Zuwendungsempfänger: Zusammenstellung siehe Erläuterungen zu Tit. 687 40.

539 49 -024	Vermischte Verwaltungsausgaben	500		

Erläuterungen:

Zuwendungsempfänger: Zusammenstellung siehe Erläuterungen zu Tit. 687 46.

681 41 -142	Stipendien für Deutsche Kulturakademie Tarabya, Istanbul	210	230	57

Verpflichtungsermächtigung...

fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 75 T€

687 40 -024	Goethe-Institut e. V., München - Betrieb und operative Mittel	196 571	194 271 *11 528*	198 164

Verpflichtungsermächtigung... 14 900 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 5 500 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu... 3 500 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu... 1 800 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu... 1 800 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu... 1 600 T€
im Haushaltsjahr 2020 bis zu.. 400 T€
im Haushaltsjahr 2021 bis zu.. 300 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind in Höhe von 10 Prozent übertragbar.
2. Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 893 40.

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 687 40 (Titelgruppe 04)

Erläuterungen:

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	Finanzierungsanteil in Prozent ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
Institutionelle Förderung/Zuschüsse an Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO					
Inland					
Goethe-Institut e. V., München	76,76	100,00	60 536	60 536	60 570
- aus Kap. 0504 Tit. 518 42			*2 507*	*2 507*	*2 506*
- aus Kap. 0504 Tit. 687 40			*56 644*	*56 644*	*56 675*
- aus Kap. 0504 Tit. 893 40			*1 385*	*1 385*	*1 389*
Ausland					
Goethe-Institut e. V., München	76,76	100,00	139 927	137 627	143 425
- aus Kap. 0504 Tit. 687 40			*139 927*	*137 627*	*141 489*
- aus Kap. 0504 Tit. 893 40			*-*	*-*	*1 936*

Wirtschaftsplan siehe Anlage zum Kapitel 0504.

Darüber hinaus werden vom Goethe-Institut (GI) aus folgenden Titeln Projekte durchgeführt, über die im Einzelantragsverfahren im Laufe des Haushaltsjahres entschieden wird:

Kap. 0502 Tit. 685 07

Kap. 0504 Tit. 687 15 - Erläuterungsnummern 1, 2, 6, 7

Kap. 0504 Tit. 687 16 - Erläuterungsnummern 1.2, 1.3, 1.4, 2.1

Kap. 0504 Tit. 687 18

Kap. 0504 Tit. 687 27 - Erläuterungsnummer 2.1

Seit 2008 wird das GI über einen Produkthaushalt budgetiert, basierend auf Zielvereinbarungen und einem Rahmenvertrag mit dem Auswärtigen Amt. Im Ausland unterhält das GI 146 Einrichtungen in 92 Ländern, die aus Kursgebühren und Zuwendungen des Bundes finanziert werden. Vom Bund bezuschusste Aufgaben des GI: Förderung der deutschen Sprache im Ausland, kulturelle Kooperation und Informationsarbeit, Vermittlung eines umfassenden Deutschlandbildes. Das GI unterhält im Inland 13 Sprachinstitute (Unterrichtsstätten). Deren Verwaltung und Betrieb werden vom GI aus eigenen Mitteln (Einnahmen aus Kursgebühren) finanziert.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
687 46 -024	Alexander von Humboldt Stiftung, Bonn - Betrieb und operative Mittel	35 775		

Verpflichtungsermächtigung .... 23 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 10 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 7 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu .... 4 000 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu .... 2 000 T€

Haushaltsvermerk:

Die Mittel dürfen in Höhe des Zuwendungsbetrages zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.

Die Selbstbewirtschaftung kann nur mit Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages erfolgen.

Erläuterungen:

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	Finanzierungsanteil in Prozent ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
Institutionelle Förderung/Zuschüsse an Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO					
1. Alexander von Humboldt-Stiftung, Bonn	98,14	98,68	13 778	8 278	6 060
- aus Kap. 0504 Tit. 539 49			*500*	*-*	*-*
- aus Kap. 0504 Tit. 687 46			*4 843*	*-*	*-*
- aus Kap. 0504 Tit. 687 47			*-*	*5 843*	*4 734*
- aus Kap. 0504 Tit. 712 41			*1 000*	*-*	*-*
- aus Kap. 0504 Tit. 893 47			*7 435*	*2 435*	*1 326*

0504 Pflege kultureller Beziehungen zum Ausland

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 687 46 (Titelgruppe 04)

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	Finanzierungsanteil in Prozent ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
Projektförderung					
2. Projektförderung			30 932	-	-
Insgesamt			44 710	8 278	6 060
- Summe Tit. 539 49			*500*	-	-
- Summe Tit. 687 46			*35 775*	-	-
- Summe Tit. 687 47			-	*5 843*	*4 734*
- Summe Tit. 712 41			*1 000*	-	-
- Summe Tit. 893 47			*7 435*	*2 435*	*1 326*

Wirtschaftsplan zu 1. siehe Anlage zum Kapitel 0504.

Zu 1. AvH:
In den Projektmitteln sind Mittel für folgende Projekte beinhaltet, für Stipendien 30 662 T€ und für Beziehungen zu ausländischen Wissenschaftlern, Studierenden und Hochschulen 270 T€. Darüber hinaus werden von der Alexander von Humboldt-Stiftung aus folgenden Titeln Projekte durchgeführt, über die im Einzelantragsverfahren im Laufe des Hauhaltsjahres entschieden wird: Kap. 0504 Tit. 687 12, 687 16 und 687 18.

687 47 -024	Sonstige institutionell geförderte Zuwendungsempfänger - Betrieb	9 818	37 290	36 109

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben zu Nr. 1 der Erläuterungen, begrenzt auf die Höhe der Einsparungen aufgrund der Inanspruchnahme der Altersteilzeit, sind übertragbar.
2. Die Ausgaben zu Nr. 1.9 und 1.11 der Erläuterungen sind in Höhe von 5 Prozent übertragbar.
3. Die Erläuterungen sind hinsichtlich der Ausgabenansätze der einzelnen Zuwendungsempfänger / Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO verbindlich. Abweichungen bedürfen der Einwilligung des Bundesministeriums der Finanzen.

Erläuterungen:

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	Finanzierungsanteil in Prozent ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
Institutionelle Förderung/Zuschüsse an Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO					
Inland					
1.3 Institut für Auslandsbeziehungen e. V., Stuttgart *- aus Kap. 0504 Tit. 687 47*	82,39	87,69	7 418	7 418	7 351
1.4 Deutsche UNESCO - Kommission e. V., Bonn *- aus Kap. 0504 Tit. 687 47*	91,31	100,00	1 607	1 607	1 584
1.9 Deutsche Auslandsgesellschaft e. V., Lübeck *- aus Kap. 0504 Tit. 687 47*	84,16	98,27	340	324	319
1.11 Villa Aurora e. V., Los Angeles *- aus Kap. 0504 Tit. 687 47*	95,62	100,00	351	351	351
Ausland					
1.8 Institute of Contemporary History and Wiener Library Limited, London *- aus Kap. 0504 Tit. 687 47*	22,70	62,96	102	102	102
Zusammen			9 818	9 802	9 707
- Summe Tit. 687 47			*9 818*	*9 802*	*9 707*

Wirtschaftsplan zu 1.3 siehe Anlage zum Kapitel 0504.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 687 47 (Titelgruppe 04)

Zu 1.3:
Seit 2014 wir das Institut für Auslandsbeziehungen e. V., Stuttgart über einen Produkthaushalt budgetiert. Grundlage hierzu ist die Zielvereinbarung mit dem Auswärtigen Amt.

Zu 1.9:
Seit 2010 wird die Deutsche Auslandsgesellschaft e. V., Lübeck, über einen Produkthaushalt budgetiert. Grundlage hierzu ist die Zielvereinbarung mit dem Auswärtigen Amt.

Zu 1.11:
Seit 2008 wird die Villa Aurora e. V. über einen Produkthaushalt budgetiert. Grundlage hierzu ist die Zielvereinbarung mit dem Auswärtigen Amt.

Bezeichnung	1 000 €
1. Betriebskosten	9 818
2. Ausgaben für die Neuunterbringung von Kultureinrichtungen	-
Zusammen	9 818

Zuwendungsempfänger: Zusammenstellung siehe Erläuterungen zu Kap. 0502 Tit. 685 20, Tit. 687 46 und Tit. 687 48.

Weniger durch Umsetzung nach Tit. 687 46 und Tit. 687 48.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
687 48 -024	Deutscher Akademischer Austauschdienst e. V., Bonn - Betrieb und operative Mittel	162 629		

Verpflichtungsermächtigung .... 165 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 65 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 50 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu .... 35 000 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu .... 15 000 T€

Haushaltsvermerk:

Die Mittel dürfen in Höhe des Zuwendungsbetrages zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.

Die Selbstbewirtschaftung kann nur mit Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages erfolgen.

Erläuterungen:

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
Institutionelle Förderung/Zuschüsse an Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO					
Inland					
1. Deutscher Akademischer Austauschdienst e. V., Bonn	96,40	98,70	15 623	15 900	16 455
- aus Kap. 0504 Tit. 687 47			*-*	*15 066*	*15 412*
- aus Kap. 0504 Tit. 687 48			*14 889*	*-*	*-*
- aus Kap. 0504 Tit. 893 47			*734*	*834*	*1 043*
Ausland					
1. Deutscher Akademischer Austauschdienst e. V., Bonn	96,40	98,70	6 922	6 645	6 048
- aus Kap. 0504 Tit. 687 47			*-*	*6 579*	*6 003*
- aus Kap. 0504 Tit. 687 48			*6 756*	*-*	*-*
- aus Kap. 0504 Tit. 893 47			*166*	*66*	*45*
Projektförderung					
2. Projektförderung			140 984	-	-
Insgesamt			163 529	22 545	22 503
- Summe Tit. 687 47			*-*	*21 645*	*21 415*
- Summe Tit. 687 48			*162 629*	*-*	*-*
- Summe Tit. 893 47			*900*	*900*	*1 088*

Wirtschaftsplan zu 1. siehe Anlage zum Kapitel 0504.

Zu 1. DAAD:

0504 Pflege kultureller Beziehungen zum Ausland

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 687 48 (Titelgruppe 04)

In den Projektmitteln sind Mittel für folgende Projekte enthalten, für Stipendien 83 514 T€ sowie für Beziehungen zu ausländischen Wissenschaftlern, Studierenden und Hochschulen 57 470 T€. Darüber hinaus werden vom DAAD aus folgenden Titeln Projekte durchgeführt, über die im Einzelantragsverfahren im Laufe des Haushaltsjahres entschieden wird: Kap. 0504 Tit. 687 12, 687 16 und 687 18 sowie Kap. 0502 Tit. 687 74, 687 79 und 687 80.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
712 41 -011	Baumaßnahmen von mehr als 2 000 000 € im Einzelfall	1 000		

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamtausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Nach 2013 übertragene Ausgabereste 1 000 €	Veranschlagt 2014 1 000 €	Vorbehalten für 2015 ff 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7
1. Bauvorhaben Alexander von Humboldt-Stiftung, Bonn........	**15 000**	**-**	**-**	**-**	**1 000**	**14 000**

Bauunterlagen nach § 24 Abs. 1 BHO liegen noch nicht vor.

Zuwendungsempfänger: Zusammenstellung siehe Erläuterungen zu Tit. 687 46.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
893 40 -024	Goethe-Institut e. V., München - Investitionen	1 385	1 385	3 325

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: 687 40.

Erläuterungen:

Zuwendungsempfänger: Zusammenstellung siehe Erläuterungen zu Tit. 687 40.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
893 47 -024	Sonstige institutionell geförderte Zuwendungsempfänger - Investitionen	8 335	3 335 *1 272*	2 414

Erläuterungen:

Zuwendungsempfänger: Zusammenstellung siehe Erläuterungen zu Tit. 687 46 und Tit. 687 48.

Flexibilisierte Ausgaben

Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG

	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
Aus Hauptgruppe 5..........	3 000	3 000 *1 904*	796
Aus Hauptgruppe 7..........	27 700	29 450 *25 725*	16 525
Aus Hauptgruppe 8..........	9 000	9 000	-
Zusammen..........	39 700	41 450 *27 629*	17 321

Titelgruppe 03

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
Tgr. 03	Baumaßnahmen im kulturellen Bereich im Ausland (Baufonds)	(39 700)	(41 450) *(5 954)*	

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 03

2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 131 01.
3. Erstattungen Dritter fließen den Ausgaben zu.

F 519 31 -024	*Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen*	*1 500*	*1 500*	*796*
F 539 39 -024	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*1 500*	*1 500*	*443*

Erläuterungen:

Die Ausgaben dienen zur Deckung der Honorare der für die Planung von Bau- und Bauunterhaltungsmaßnahmen erforderlichen Expertinnen und Experten. Eine Einschaltung freiberuflicher Expertinnen und Experten ist nur dann gestattet, wenn das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung diese für zwingend erforderlich hält.

F 711 31 -024	*Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten*	*7 995*	*9 745*	*5 041*

Erläuterungen:

Einjährige Maßnahmen	*1 000 €*
1. Goethe-Institute	*6 495*
2. Sonstige (Kulturakademie Tarabya)	*1 500*
3. Deutsche Schulen	*-*
Zusammen	*7 995*

F 739 31 -024	*Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten*	*19 705*	*19 705*	*11 484*

Verpflichtungsermächtigung .... 15 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 5 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 5 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu .... 5 000 T€

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen *(davon neue Maßnahmen in Fettdruck)*	*Gesamt-ausgaben des Bundes 1 000 €*	*Verausgabt bis 2012 1 000 €*	*Bewilligt 2013 1 000 €*	*Nach 2013 übertragene Ausgabereste 1 000 €*	*Veranschlagt 2014 1 000 €*	*Vorbehalten für 2015 ff 1 000 €*
1	*2*	*3*	*4*	*5*	*6*	*7*
2. Bukarest	*291*	*291*	*-*	*-*	*-*	*-*
3. Kairo Sanierung und Neubau Kulturinstitut	*8 066*	*1 526*	*1 800*	*-*	*1 679*	*3 061*
4. Dublin Sanierung und Erweiterungsbau Kulturinstitut	*8 513*	*1 003*	*285*	*153*	*2 500*	*4 572*
6. Kiew Herrichtung Kulturinstitut	*3 134*	*2 032*	*-*	*-*	*-*	*1 102*
8. Paris Sanierung Kulturinstitut	*4 773*	*4 609*	*-*	*164*	*-*	*-*
13. Madrid Neubau Deutsche Schule	*55 093*	*7 725*	*14 434*	*1 955*	*14 820*	*16 159*
7. Tokyo Asbest- und Techniksanierung Kulturinstitut	*5 000*	*-*	*-*	*-*	*-*	*5 000*
16. London Sanierung und Teilumbau Kulturinstitut	*6 210*	*5 991*	*219*	*-*	*-*	*-*

0504 Pflege kultureller Beziehungen zum Ausland

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 739 31 (Titelgruppe 03)

Mehrjährige Maßnahmen *(davon neue Maßnahmen in Fettdruck)*	*Gesamtausgaben des Bundes 1 000 €*	*Verausgabt bis 2012 1 000 €*	*Bewilligt 2013 1 000 €*	*Nach 2013 übertragene Ausgabereste 1 000 €*	*Veranschlagt 2014 1 000 €*	*Vorbehalten für 2015 ff 1 000 €*
1	*2*	*3*	*4*	*5*	*6*	*7*
19. Seoul Sanierung Kulturinstitut	*6 039*	*4 263*	*1 776*	*-*	*-*	*-*
20. Tunis Erdbebensanierung Kulturinstitut	*2 001*	*25*	*500*	*975*	*501*	*-*
26. Mexiko-Stadt Sanierung Kulturinstitut	*2 423*	*1 527*	*691*	*-*	*205*	*-*
Zusammen	*101 543*	*28 992*	*19 705*	*3 247*	*19 705*	*29 894*

Zu 13.: Die Gesamtkosten der Maßnahme belaufen sich auf 62 096 T€. Der Schulträger trägt mit 7 003 T€ die Kosten des Kindergartens und der Gesamtausstattung.
Zu 26.: Zusätzliche Kosten von 500 T€ werden aus einer zweckgebundenen Spende an das GI Mexiko-Stadt finanziert. Darüber hinaus sind folgende Baumaßnahmen geplant: GI Bogota, GI Santiago de Chile, Deutsche Schule Ankara, GI Kabul, Deutsche Schule Bilbao, GI Moskau, Deutsche Schule Brüssel.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
F 821 31 -024	*Erwerb von Liegenschaften im Ausland*	*-*	*-*	*-*
F 896 31 -024	*Zuschüsse zu Baumaßnahmen*	*9 000*	*9 000* / *5 954*	*8 546*

Verpflichtungsermächtigung .... 6 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 3 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 3 000 T€

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen *(davon neue Maßnahmen in Fettdruck)*	*Gesamtausgaben des Bundes 1 000 €*	*Verausgabt bis 2012 1 000 €*	*Bewilligt 2013 1 000 €*	*Nach 2013 übertragene Ausgabereste 1 000 €*	*Veranschlagt 2014 1 000 €*	*Vorbehalten für 2015 ff 1 000 €*
1	*2*	*3*	*4*	*5*	*6*	*7*
1. Warschau	*18 922*	*3 723*	*6 000*	*-*	*5 900*	*3 299*
5. Istanbul	*11 659*	*11 659*	*-*	*-*	*-*	*-*
6. Lissabon	*8 420*	*8 420*	*-*	*-*	*-*	*-*
10. Kleine Baumaßnahmen	*18 748*	*5 748*	*3 000*	*-*	*3 100*	*6 900*
12. Montreal	*1 250*	*1 250*	*-*	*-*	*-*	*-*
Zusammen	*58 999*	*30 800*	*9 000*	*-*	*9 000*	*10 199*

Zu 5.: Leistungen Dritter in Höhe von 2 480 T€ (21,0 Prozent)
Zu 6.: Leistungen Dritter in Höhe von 509 T€ (5,7 Prozent)
Darüber hinaus sind folgende Baumaßnahmen geplant: Deutsche Schule Alexandria

Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
681 42 -024	Förderung der deutschen Sprache im Ausland		-	-

Anlage zu Kapitel 0504 - Wirtschaftspläne

Titel	aus Nr. ... Erläuterung	**Bezeichnung**
1	2	3
Tgr. 04		**Allgemeine Auslandskulturarbeit (Institutionelle Förderung)**
687 40		Goethe-Institut e. V., München
687 46	1.	Alexander von Humboldt-Stiftung, Bonn
687 47	1.3	Institut für Auslandsbeziehungen e. V., Stuttgart
687 48	1.	Deutscher Akademischer Austauschdienst e. V., Bonn

0504 Anlage 1
Wirtschaftspläne

Zu Tgr. 04 Tit. 687 40

Goethe-Institut e. V., München

Wirtschaftsplan	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4
Institutionelle Förderung			
1. Ausgaben			
Inland	63 186	63 186	63 220
1.1 Personalausgaben	24 131	24 131	22 978
1.2 Sächliche Verwaltungsausgaben	37 670	13 500	13 158
1.3 Ausgaben für Investitionen	1 385	1 385	1 475
1.4 Besondere Finanzierungsausgaben	-	24 170	25 609
Ausland	197 277	194 977	195 328
1.1 Personalausgaben	114 457	114 457	107 748
1.2 Sächliche Verwaltungsausgaben	82 820	37 000	37 763
1.3 Ausgaben für Investitionen	-	-	1 985
1.4 Besondere Finanzierungsausgaben	-	43 520	47 832
2. Finanzierung der Ausgaben			
Inland	63 186	63 186	63 220
2.1 Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	2 650	2 650	2 650
2.2 Zuwendung des Bundes	**60 536**	**60 536**	**60 570**
aus Kap. 0504 Tit. 518 42	*2 507*	*2 507*	*2 506*
aus Kap. 0504 Tit. 687 40	*56 644*	*56 644*	*56 675*
aus Kap. 0504 Tit. 893 40	*1 385*	*1 385*	*1 389*
Ausland	197 277	194 977	195 328
2.1 Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	57 350	57 350	51 903
2.2 Zuwendung des Bundes	**139 927**	**137 627**	**143 425**
aus Kap. 0504 Tit. 687 40	*139 927*	*137 627*	*141 489*
aus Kap. 0504 Tit. 893 40	-	-	*1 936*
nachrichtlich: **Projektförderung**	10 600	10 513	17 937

Zu Nr. 1.4. Inland: Bei den besonderen Finanzierungsausgaben handelt es sich um Operative Mittel.

Zu Nr. 1.4. Ausland: Bei den besonderen Finanzierungsausgaben handelt es sich um Operative Mittel.

Zu Tgr. 04 Tit. 687 46

1. Alexander von Humboldt-Stiftung, Bonn

Wirtschaftsplan	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4
Institutionelle Förderung			
1. Ausgaben	**14 039**	**8 540**	**8 350**
1.1 Personalausgaben	3 791	4 192	3 909
1.2 Sächliche Verwaltungsausgaben	1 300	1 897	1 077
1.3 Ausgaben für Investitionen	8 935	2 438	1 349
1.4 Besondere Finanzierungsausgaben	13	13	2 015
2. Finanzierung der Ausgaben	**14 039**	**8 540**	**8 350**
2.1 Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	261	262	2 290
2.2 Zuwendung des Bundes	**13 778**	**8 278**	**6 060**
aus Kap. 0504 Tit. 539 49	*500*	-	-
aus Kap. 0504 Tit. 687 46	*4 843*	-	-
aus Kap. 0504 Tit. 687 47	-	*5 843*	*4 734*
aus Kap. 0504 Tit. 712 41	*1 000*	-	-
aus Kap. 0504 Tit. 893 47	*7 435*	*2 435*	*1 326*
nachrichtlich: **Projektförderung**	30 932	-	-

Zu Tgr. 04 Tit. 687 47

1.3 Institut für Auslandsbeziehungen e. V., Stuttgart

Wirtschaftsplan		Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1		2	3	4
Institutionelle Förderung				
1.	**Ausgaben**	**9 003**	**9 315**	**9 215**
1.1	Personalausgaben	4 348	4 327	4 070
1.2	Sächliche Verwaltungsausgaben	1 223	1 664	1 526
1.3	Besondere Finanzierungsausgaben	3 432	3 324	3 619
2.	**Finanzierung der Ausgaben**	**9 003**	**9 315**	**9 215**
2.1	Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	544	856	814
2.2	Zuwendungen von Ländern	713	713	722
2.3	Zuwendungen von Gemeinden /Gemeindeverbänden	328	328	328
2.4	**Zuwendung des Bundes**	**7 418**	**7 418**	**7 351**
	aus Kap. 0504 Tit. 687 47	*7 418*	*7 418*	*7 351*

Zu Tgr. 04 Tit. 687 48

1. Deutscher Akademischer Austauschdienst e. V., Bonn

Wirtschaftsplan		Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1		2	3	4
Institutionelle Förderung				
1.	**Ausgaben**			
	Inland	16 030	16 229	16 766
1.1	Personalausgaben	12 752	12 709	12 805
1.2	Sächliche Verwaltungsausgaben	2 544	2 686	2 918
1.3	Ausgaben für Investitionen	734	834	1 043
	Ausland	7 369	7 092	6 590
1.1	Personalausgaben	4 556	4 572	4 473
1.2	Sächliche Verwaltungsausgaben	2 647	2 454	2 072
1.3	Ausgaben für Investitionen	166	66	45
2.	**Finanzierung der Ausgaben**			
	Inland	16 030	16 229	16 766
2.1	Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	107	29	28
2.2	Zuwendungen von Ländern	300	300	283
2.3	**Zuwendung des Bundes**	**15 623**	**15 900**	**16 455**
	aus Kap. 0504 Tit. 687 47	-	*15 066*	*15 412*
	aus Kap. 0504 Tit. 687 48	*14 889*	-	-
	aus Kap. 0504 Tit. 893 47	*734*	*834*	*1 043*
	Ausland	7 369	7 092	6 590
2.1	Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	447	447	542
2.2	**Zuwendung des Bundes**	**6 922**	**6 645**	**6 048**
	aus Kap. 0504 Tit. 687 47	-	*6 579*	*6 003*
	aus Kap. 0504 Tit. 687 48	*6 756*	-	-
	aus Kap. 0504 Tit. 893 47	*166*	*66*	*45*
nachrichtlich: **Projektförderung**		391 913	300 319	384 046

0511 Zentral veranschlagte Verwaltungseinnahmen und -ausgaben

Vorbemerkung

Wesentliche finanzwirksame Schwerpunkte des Kapitels

Im Kapitel 0511 sind bestimmte Verwaltungsausgaben für den Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes zentral veranschlagt.

Einen Schwerpunkt bildet der Bereich Versorgung: In der Titelgruppe 57 veranschlagt sind die Einnahmen und Ausgaben der Versorgungsberechtigten, deren Versorgungsanspruch auf dem Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder der Bundesregierung, dem Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Parlamentarischen Staatssekretärinnen und Parlamentarischen Staatssekretäre, dem Gesetz über die Versorgung der Beamtinnen und Beamten und Richterinnen und Richter des Bundes (BeamtVG) oder auf einem Vertrag mit dem Bund beruht. Die Zuführungen an die Versorgungsrücklage und die Zuweisungen an den Versorgungsfonds sind in gesonderten Titeln ebenfalls in diesem Kapitel etatisiert.

Das Auswärtige Amt als oberste Bundesbehörde ist bei Kapitel 0512 veranschlagt. Nachgeordnete Dienststelle ist das Deutsche Archäologische Institut (DAI). Rechtsgrundlagen und Aufgaben des DAI sind im Kapitel 0513 in den Vorbemerkungen dargestellt.

Überblick zum Kapitel 0511	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen..	112	112	-		49
Übrige Einnahmen..	-	-	-		3 641
Gesamteinnahmen...	112	112	-		3 690
Ausgaben					
Personalausgaben...	156 781	148 921	+7 860		139 578
Sächliche Verwaltungsausgaben...........................	10 105	5 786	+4 319	3 333	8 332
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	5 389	133	+5 256		502
Besondere Finanzierungsausgaben......................	-	-	-		-
Gesamtausgaben...	172 275	154 840	+17 435	3 333	148 412
davon flexibilisiert...	39 393	26 877	+12 516	2 633	25 570
davon nicht flexibilisiert..	132 882	127 963	+4 919	700	122 842
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung...................................					
fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu.........................	25 T€				

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Übrige Einnahmen

282 09 -011	Einnahmen aus Sponsoring, Spenden und ähnlichen freiwilligen Geldleistungen	-	-	3 014

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind wegen rechtsverbindlicher Verwendungsauflage Dritter zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 547 09.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0501 Tit. 282 09	-	3 014

381 07 -890	Leistungen von Bundesbehörden zur Durchführung von ressortübergreifenden Aufgaben	-	-	(-)

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind wegen verbindlicher Vereinbarung mit anderen Bundesbehörden (EfA) zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Epl. 05.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0502 Tit. 381 07	-	(-)

Titelgruppe 57

Tgr. 57	Versorgung der Beamtinnen und Beamten sowie der Richterinnen und Richter	(112)	(112)	
119 57 -018	Vermischte Einnahmen	112	112	49

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0567 Tit. 119 57	112	49

232 57 -018	Beteiligung an den Versorgungslasten des Bundes	-	-	627

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: **Tgr. 57.**

0511 Zentral veranschlagte Verwaltungseinnahmen und -ausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 232 57 (Titelgruppe 57)

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0567 Tit. 232 57	-	627

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.

In die Flexibilisierung einbezogen ist auch Tit. 526 04.

Ausgenommen ist Tgr. 57.

Sächliche Verwaltungsausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
529 01 -011	Außergewöhnlicher Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	199	199	199

Haushaltsvermerk:

Die Erläuterungen sind verbindlich.

Erläuterungen:

	Bezeichnung	€
1.	Zur Verfügung des	
1.1	Bundesministers des Auswärtigen...	130 000
1.2	Chefs des Protokolls..	16 000
2.	Für sonstigen Aufwand im Ministerium.......................................	30 000
3.	Zur Verfügung des Präsidenten des Deutschen Archäologischen Instituts, der Leiterinnen und Leiter der Kommissionen und Abteilungen:	
3.1	Berlin..	5 000
3.2	Frankfurt...	1 000
3.3	München...	1 000
3.4	Bonn...	1 000
3.5	Rom..	4 000
3.6	Athen..	3 000
3.7	Kairo...	2 000
3.8	Istanbul...	2 000
3.9	Madrid...	2 000
3.10	Orient..	1 000
3.11	Eurasien...	1 000
Zusammen	....	199 000

Aus dem Mittelansatz dürfen auch Ausgaben für die Bewirtung mit Erfrischungen bei Besprechungen aus besonderem Anlass geleistet werden.

Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Aus den Belegen muss Anlass, Funktion und Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer (Begünstigte) erkennbar sein.

Eine Auszahlung ohne Beleg ist nicht zulässig.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0501 Tit. 529 01	199	199

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
542 01 -013	Öffentlichkeitsarbeit	857	57	49

Haushaltsvermerk:

1. **Mehrausgaben für die Abgabe von Informations- und Werbematerial dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 0512 Tit. 119 11.**
2. **Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Werbe- und Informationsmaterialien gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.**

Erläuterungen:

Im Einzelplan 05 sind außerdem folgende Maßnahmen für Öffentlichkeitsarbeit und Fachinformationen veranschlagt:

Bezeichnung	1 000 €
Öffentlichkeitsarbeit	
keine weiteren Titel	
Fachinformationen	
0511 - 543 01	1 033

Ausgaben für die Unterrichtung der Öffentlichkeit über Maßnahmen aus dem Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0501 Tit. 542 01	800	800
Kap. 0511 Tit. 542 01	57	49
Zusammen	857	849

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
547 09 -011	Ausgaben für Vorhaben, die aus Spenden, Sponsoring und ähnlichen freiwilligen Geldleistungen finanziert werden	-	- *700*	3 353

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 282 09.

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind zentral für den gesamten Einzelplan veranschlagt.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0501 Tit. 547 09	-	3 353

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
688 06 -011	Zahlungsverpflichtungen aus Verstößen gegen EU-Recht	-	-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0501 Tit. 688 06	-	-

0511 Zentral veranschlagte Verwaltungseinnahmen und -ausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Besondere Finanzierungsausgaben			
981 01 -890	Leistungen an Bundesbehörden zur Durchführung von Aufträgen	-	-	(-)

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Kap. 0501 Tit. 687 14 **und Kap. 0512 Tit. 539 29.**

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0502 Tit. 981 01	-	(-)
Kap. 0503 Tit. 981 01	-	(-)
Zusammen	-	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
981 07 -890	Leistungen an Bundesbehörden zur Durchführung von ressortübergreifenden Aufgaben	-	-	(34)

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Epl. 05.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0502 Tit. 981 07	-	(34)

Titelgruppe 57

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
Tgr. 57	Versorgung der Beamtinnen und Beamten sowie der Richterinnen und Richter	(131 826)	(127 693)	

Haushaltsvermerk:

1. **Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.**
2. **Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 232 57.**

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
431 57 -018	Versorgungsbezüge der Bundesminister, der Staatsministerin, der Staatsminister, sonstiger Amtsträger und deren Hinterbliebenen	556	545	586

Erläuterungen:

Aus dem Titel werden auch Übergangsgelder für ehemalige Mitglieder der Bundesregierung (§ 14 Bundesministergesetz) und für ehemalige Parlamentarische Staatssekretärinnen und Parlamentarische Staatssekretäre (§ 6 ParlStG) gewährt.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0567 Tit. 431 57	545	586

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 57

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
432 57 -018	Versorgungsbezüge	106 946	104 364	98 995

Erläuterungen:

Aus dem Titel werden auch die Bezüge der in den einstweiligen Ruhestand versetzten Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter vom Ersten des auf den Beginn des einstweiligen Ruhestandes folgenden Monats an gewährt.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0567 Tit. 432 57	104 364	98 995

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
434 57 -018	Zuführung an die Versorgungsrücklage	3 457	3 090	2 799

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0567 Tit. 434 57	3 090	2 799

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
443 57 -018	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen einschließlich Inanspruchnahme von besonderen Fachdiensten/-kräften	219	219	151

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0567 Tit. 443 57	219	151

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
446 57 -018	Beihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften	20 648	19 475	16 405

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0567 Tit. 446 57	19 475	16 405

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
453 57 -018	Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen	-	-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0567 Tit. 453 57	-	-

0511 Zentral veranschlagte Verwaltungseinnahmen und -ausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 57

632 57 -018	Erstattungen des Bundes für Versorgungslasten	-	-	292

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0567 Tit. 632 57	-	292

Flexibilisierte Ausgaben

Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG

	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3...	30 324	21 347	20 839
Aus Hauptgruppe 5...	9 049	5 530 *2 633*	4 731
Aus Hauptgruppe 6 ohne Titel 634 .3..	20	-	-
Aus Hauptgruppe 9...	-	-	-
Zusammen...	39 393	26 877 *2 633*	25 570

F ***424 01*** *-011*	*Zuführung an die Versorgungsrücklage*	*4 000*	*3 338*	*3 031*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0501 Tit. 424 01	*3 338*	*3 031*

F ***441 01*** *-840*	*Beihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften*	*16 000*	*16 500*	*15 743*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0501 Tit. 441 01	*16 500*	*15 743*

F ***443 01*** *-840*	*Fürsorgeleistungen und Unterstützungen einschließlich Inanspruchnahme von besonderen Fachdiensten/-kräften*	*4 305*	*800*	*1 017*

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Gegenstände an andere Gesundheitsdienste im Ausland unentgeltlich abgegeben werden.

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Unfallfürsorge nach dem BeamtVG...	*275*
2. Reisehilfen für Auslands- und andere Beamtinnen und Beamte gemäß der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift aus Anlass von Reisen und Krankheits- und Todesfällen.....................................	*125*
3. Darlehen für den Rechtsschutz in Strafsachen...........................	*5*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 443 01

Bezeichnung	*1 000 €*
4. Bewilligungen für ehemalige Ortskräfte deutscher Auslandsvertretungen und deren Hinterbliebene..	*-*
5. Kosten des Gesundheitsdienstes im In- und Ausland.................	*1 061*
5.1 Untersuchungen der Bediensteten (einschl. Bewerberinnen und Bewerbern) und deren Familienangehörigen bei Verwendung in den gesundheitsgefährdeten Gebieten..	*230*
5.2 Notwendige betriebsärztliche Untersuchungen von Ortskräften und dienstlichem Hauspersonal...	*40*
5.3 Sonstige Untersuchungen (z. B. Untersuchung auf Dienstfähigkeit und Fahrtauglichkeit)...	*50*
5.4 Schutzimpfungen...	*924*
5.5 Sonstige Maßnahmen der Gesundheitsfürsorge (z. B. Erste-Hilfe- und Notfallausstattung, betriebliche Gesundheitsvorsorge.....	*300*
5.6 Zuschüsse zu Kosten für Krankheitsfälle von Ortskräften und deren Familienangehörigen...	*750*
5.7 Sonstige Ausgaben (z. B. Beschaffung von medizinischen Verbrauchs- und Gebrauchsgütern von geringem Wert oder kurzer Lebensdauer für den Gesundheitsdienst der Zentrale und die Regionalärztinnen- und ärzte sowie von Notfallausstattungen bei Auslandsvertretungen)...	*150*
6. Sonstiges...	*395*
Zusammen...	*4 305*

Zu 4.:
Für die Gewährung einer laufenden, stets widerruflichen Unterstützung gelten die im Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Innern und dem Bundesministerium der Finanzen festgelegten Richtlinien.

Zu 5.:
Aus den Ausgaben sind auch die anlässlich von Untersuchungen entstehenden Reisekosten von Familienangehörigen der Bediensteten und von Bewerberinnen und Bewerbern und deren Familienangehörigen zu bestreiten. Im Notfall können medizinische Verbrauchs- und Gebrauchsgüter von geringem Wert oder kurzer Lebensdauer an Dritte gegen Kostenerstattung abgegeben werden. Ferner können Ausgaben für Sachleistungen an Einrichtungen der Gesundheitsfürsorge außerhalb der Bundesverwaltung im Ausland erbracht werden.

An mit Einwilligung des Bundesministeriums der Finanzen besonders festgelegten Dienstorten können auch Beiträge zu Klinikgemeinschaften geleistet werden.

Es können auch Leistungen nach § 17 SGB V gezahlt werden.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0501 Tit. 443 01	*800*	*1 017*
Kap. 0501 Tit. 443 02	*-*	*-*
Kap. 0503 Tit. 443 01	*3 505*	*2 579*
Zusammen	*4 305*	*3 596*

F ***452 02*** *-223*	*Unfallkasse des Bundes*	*650*	*590*	*851*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0501 Tit. 452 02	*590*	*851*

0511 Zentral veranschlagte Verwaltungseinnahmen und -ausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F **526 01** -011	*Gerichts- und ähnliche Kosten*	*540*	*405*	*281*

Haushaltsvermerk:

Erstattungen Dritter fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Rechtsschutz von Deutschen vor ausländischen Behörden und Gerichten.

Der Rechtsschutz dient insbesondere dazu, unter außenpolitischen Gesichtspunkten strafrechtlich Verfolgten die Möglichkeit einer ordnungsgemäßen Verteidigung zu sichern und nach einer Verurteilung dem Verurteilten im Gnadenverfahren beizustehen.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0501 Tit. 526 01	*405*	*281*
Kap. 0502 Tit. 526 01	*135*	*260*
Zusammen	*540*	*541*

F **526 02** -011	*Sachverständige, Ausgaben für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen*	*512*	*820*	*883*

Verpflichtungsermächtigung...

fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 25 T€

Haushaltsvermerk:

1. ***Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Gegenstände an Dritte unentgeltlich abgegeben werden.***
2. ***Aus den Ausgaben dürfen auch Reisekosten Dritter zur Erledigung der Aufträge geleistet werden.***

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Sonderaufträge auf dem Gebiet der Verwaltung............................	*183*
2. Forschungsaufträge und Sachverständigengutachten, die für die politische Planung und Entscheidungsvorbereitung von Bedeutung sind sowie Arbeitstagungen und Einzelreisen........................	*317*
3. Ausgaben für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen...	*12*
Zusammen...	*512*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0501 Tit. 526 02	*820*	*883*
Kap. 0501 Tit. 526 03	*12*	*3*
Kap. 0502 Tit. 526 02	*140*	*74*
Zusammen	*972*	*960*

F **526 04** -011	*Dolmetscherkosten*	*350*	*350*	*-*

Erläuterungen:

Es können auch Kosten für Rahmenverträge mit freiberuflichen Dolmetscherinnen und Dolmetschern, Übersetzerinnen und Übersetzern sowie Sprachlehrerinnen und Sprachlehrern für seltene Sprachen geleistet werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 526 04

Die Ausgaben sind zentral für Kapitel 0501 und Kapitel 0503 veranschlagt.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0501 Tit. 526 04	*350*	*-*

F 527 03 -011	*Reisen in Angelegenheiten der Personalvertretungen und der Gleichstellungsbeauftragten sowie in Vertretung der Interessen schwerbehinderter Menschen*	*45*	*10*	*-*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0501 Tit. 527 03	*36*	*28*
Kap. 0511 Tit. 527 03	*10*	*-*
Zusammen	*46*	*28*

F **532 02** -011	*Behördenspezifische fachbezogene Verwaltungsausgaben (ohne IT)*	*2 827*	*3 077*	*2 696*

Erläuterungen:

Aus den Ausgaben sind zu bestreiten:

1. *Beförderungskosten für dienstliche Land-, Luft- und Seekuriersendungen des Auswärtigen Amts,*
2. *Reisekosten für Kuriere,*
3. *Aufwendungen für Sendungen von Dienststellen der unmittelbaren Bundesverwaltung,*
4. *Sonstige im Zusammenhang mit dem Kurierdienst anfallende Aufwendungen, z. B. Kosten der Beschaffung und Unterhaltung der Luftbeutel, Kuriersäcke und Kuriertaschen nebst Zubehör,*
5. *Beförderungskosten für ärztlich verordnete Medikamente unter besonderen Voraussetzungen.*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0501 Tit. 532 02	*3 077*	*2 696*

F **543 01** -011	*Veröffentlichungen und Fachinformationen*	*1 033*	*826*	*834*

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass ein Teil der im Rahmen der Aktenveröffentlichung herausgegebenen Bände an Angehörige des Auswärtigen Dienstes gegen ermäßigtes Entgelt abgegeben werden darf.

Erläuterungen:

Die Edition der "Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland", beruhend auf einer Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Stiftung zur wissenschaftlichen Erforschung der Zeitgeschichte, wird laufend fortgesetzt. Unter die Zweckbestimmung fallen auch vorbereitende und begleitende Maßnahmen der Konservierung, Restaurierung und Ordnung der Akten des Politischen Archivs.

0511 Zentral veranschlagte Verwaltungseinnahmen und -ausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 543 01

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0501 Tit. 543 01	*826*	*834*
Kap. 0502 Tit. 543 01	*48*	*13*
Zusammen	*874*	*847*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 545 01 -165	*Konferenzen, Tagungen, Messen und Ausstellungen*	*3 742*	*42*	*37*

Haushaltsvermerk:

1. Erstattungen Dritter fließen den Ausgaben zu.

***2.** Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Werbe- und Informationsmaterialien gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Kosten der BM-Reisen, Kommissionen, Arbeitsdelegationen und internationalen Konferenzen, sofern das Auswärtige Amt maßgebenden Einfluss auf die Ausführung hat	*3 600*
2. Forum Globale Fragen	*100*
3. Deutsches Archäologisches Institut	*42*
Zusammen	*3 742*

Veranschlagt sind die Reisekosten, die durch die Beteiligung von Beamtinnen und Beamten oder tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern des Auswärtigen Amts oder der Auslandsvertretungen an Handelsvertrags-, Grenz- und anderen Kommissionen, an Arbeitsdelegationen und internationalen Konferenzen entstehen, ferner die im Zusammenhang mit der Arbeit derartiger Kommissionen usw. im Einzelfall erwachsenden Geschäftskosten (Kosten für in Anspruch genommene Dolmetscherinnen und Dolmetscher, Sachverständige und Schreibkräfte, für Mieten, Postdienstleistungsentgelte usw.). Die Reisekosten für die Angehörigen anderer teilnehmender Ressorts sind von den sie entsendenden Ressorts zu tragen.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0502 Tit. 545 01	*3 416*	*4 014*
Kap. 0511 Tit. 545 01	*42*	*37*
Zusammen	*3 458*	*4 051*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 634 03 -165	*Zuweisungen an den Versorgungsfonds*	*5 369*	*119*	*197*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0501 Tit. 634 03	*2 908*	*1 418*
Kap. 0503 Tit. 634 03	*4 342*	*2 118*
Kap. 0511 Tit. 634 03	*119*	*197*
Zusammen	*7 369*	*3 733*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

***F* 684 09** *-029*	*Mitgliedsbeiträge und sonstige Zuschüsse an Verbände, Vereine und ähnliche Institutionen geringeren Umfangs*	*20*	*14*	*13*

Erläuterungen:

Mitgliedsbeiträge des Auswärtigen Amts und der Auslandsvertretungen an Vereine im In- und Ausland, die sich überwiegend mit internationalen Fragen befassen, die für das Auswärtige Amt von besonderem Interesse sind.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0501 Tit. 685 01	*14*	*13*

F **972 88** *-880*	*Einsparungen flexibilisierter Mittel im Epl. 05*	-	-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0501 Tit. 972 88	-	-

Vorbemerkung

Rechtlicher Auftrag und organisatorische Struktur

Nach Artikel 32 Absatz 1 Grundgesetz (GG) ist die Pflege der Beziehungen zu auswärtigen Staaten Sache des Bundes. Hierzu gehören auch die Beziehungen zu internationalen und überstaatlichen Organisationen. Der nach Artikel 87 Absatz 1 Satz 1 GG in bundeseigener Verwaltung geführte Auswärtige Dienst ist das Instrument zur Wahrnehmung dieser Aufgaben. Der Auswärtige Dienst nimmt den Auftrag und die Aufgaben der Auswärtigen Angelegenheiten nach dem Gesetz über den Auswärtigen Dienst vom 30. August 1990 (BGBl. I S. 1842) im Inland im Auswärtigen Amt (Zentrale) und an den Auslandsvertretungen wahr, die zusammen eine einheitliche Bundesbehörde unter Leitung des Bundesministers des Auswärtigen bilden.

Die Zentrale gliedert sich in folgende Abteilungen:

1. Zentralabteilung
2. zwei politische Abteilungen
3. Europaabteilung,
4. Abteilung für Vereinte Nationen und Globale Fragen,
5. Abteilung für Abrüstung und Rüstungskontrolle,
6. Abteilung für Kultur und Kommunikation,
7. Rechtsabteilung
8. Abteilung für Wirtschaft und nachhaltige Entwicklung,
9. Protokoll;
10. zusätzlich verfügt das Auswärtige Amt über eine Dienststelle am VN- Standort Bonn.

Die Vertretungen des Bundes im Ausland setzen sich wie folgt zusammen:

Bezeichnung	Anzahl
Botschaften	153
Multilaterale Vertretungen	12
Generalkonsulate	54
Konsulate und Vizekonsulate	7
Außenstellen	1
Vertretungsbüro	1
Informationsbüro	1
Zusammen	229

Wesentliche finanzwirksame Schwerpunkte des Kapitels

In diesem Kapitel werden die Ausgaben für die Tätigkeiten des Auswärtigen Dienstes gebündelt, Titelgruppe 01 umfasst die Ausgaben für die Zentrale, Titelgruppe 02 die Ausgaben für die Auslandsvertretungen. Die Gesamtausgaben machen etwa ein Drittel des Gesamtvolumens des Einzelplans aus.

Überblick zum Kapitel 0512	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen..	129 094	116 240	+12 854		124 290
Übrige Einnahmen..	-	-	-		-
Gesamteinnahmen..	129 094	116 240	+12 854		124 290
Ausgaben					
Personalausgaben..	743 521	733 242	+10 279	34 525	691 062
Sächliche Verwaltungsausgaben...........................	229 339	210 803	+18 536	29 902	165 667
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	1 500	4 908	-3 408	1 422	2 478
Ausgaben für Investitionen.....................................	113 892	135 371	-21 479	97 120	97 988
Besondere Finanzierungsausgaben......................	-	-30 000	+30 000		-
Gesamtausgaben...	1 088 252	1 054 324	+33 928	162 969	957 195
davon flexibilisiert..	1 040 652	1 032 319	+8 333	162 969	952 184
davon nicht flexibilisiert..	47 600	22 005	+25 595		5 011

Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014

Verpflichtungsermächtigung...................................	447 434 T€
davon fällig:	
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.................................	97 039 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.................................	82 039 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.................................	60 484 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.................................	22 484 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu.................................	21 484 T€
im Haushaltsjahr 2020 bis zu.................................	20 484 T€
im Haushaltsjahr 2021 bis zu.................................	19 484 T€
im Haushaltsjahr 2022 bis zu.................................	17 484 T€
im Haushaltsjahr 2023 bis zu.................................	17 484 T€
im Haushaltsjahr 2024 bis zu.................................	17 484 T€
im Haushaltsjahr 2025 bis zu.................................	17 484 T€
im Haushaltsjahr 2026 bis zu.................................	2 000 T€
im Haushaltsjahr 2027 bis zu.................................	2 000 T€
im Haushaltsjahr 2028 bis zu.................................	2 000 T€
im Haushaltsjahr 2029 bis zu.................................	2 000 T€
im Haushaltsjahr 2030 bis zu.................................	2 000 T€
im Haushaltsjahr 2031 bis zu.................................	2 000 T€
im Haushaltsjahr 2032 bis zu.................................	2 000 T€
im Haushaltsjahr 2033 bis zu.................................	2 000 T€
im Haushaltsjahr 2034 bis zu.................................	2 000 T€
ab dem Haushaltsjahr 2035 bis zu.........................	2 000 T€
in künftigen Haushaltsjahren bis zu.......................	34 000 T€

0512 Bundesministerium

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Titelgruppe 01

Tgr. 01	Inland	(1 682)	(934)	
111 11 -011	Gebühren, sonstige Entgelte	923	559	519

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen aus dem Betrieb der Kindertagesstätte dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 539 19.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Gebühreneinnahmen der Kindertagesstätte	80
2. Gebühren für Amtshandlungen des Auswärtigen Amts auf Grundlage der Auslandskostenverordnung	841
3. Gebühren nach der Informationsgebührenverordnung (IFGGebV).	2
Zusammen	923

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0501 Tit. 111 01	559	519

119 11 -011	Einnahmen aus Veröffentlichungen	-	-	1

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen aus Schutzgebühren für die Abgabe von Informations- und Werbematerial dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: **Kap. 0511 Tit. 542 01.**

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0501 Tit. 119 01	-	1

119 19 -011	Vermischte Einnahmen	80	44	84

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0501 Tit. 119 99	44	84

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 01

124 11 -011	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	329	329	371

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0501 Tit. 124 01	329	371

132 11 -011	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	350	2	72

Haushaltsvermerk:

Nach § 61 Abs. 1 Satz 1 BHO wird zugelassen, dass Gastgeschenke an das Haus der Geschichte unentgeltlich abgegeben werden.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0501 Tit. 132 01	2	72

Titelgruppe 02

Tgr. 02	Ausland	(127 412)	(115 306)	
111 21 -021	Gebühren, sonstige Entgelte	117 206	107 206	106 373

Haushaltsvermerk:

1. Zurückzuzahlende Kautionsbeträge sowie Kosten für Passvordrucke, Personalausweisvordrucke und Visaetiketten sind von den Einnahmen abzusetzen.
2. Auslagen nach dem Auslandskostengesetz für Amtshandlungen nach den §§ 1 bis 17 Konsulargesetz und Visakautionen sind hier zu veranschlagen. Auslagenerstattungen sind hier zu vereinnahmen.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Gebühren/sonstige Entgelte sowie Auslagen für Amtshandlungen nach §§ 1 - 17 KG..	128 006
2. abzüglich Kosten für Pass- und Personalausweisvordrucke...........	-9 000
3. abzüglich Kosten für Visaetiketten...	-1 800
Zusammen..	117 206

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0503 Tit. 111 01	107 206	106 373

119 29 -021	Vermischte Einnahmen	400	400	193

Haushaltsvermerk:

Kursverluste bei Auslandszahlungen und bei Fremdwährungsbeständen sind von den Einnahmen abzusetzen.

0512 Bundesministerium

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 119 29 (Titelgruppe 02)

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Kursgewinne	200
2. Kursverluste	-200
3. Einnahmen aus der Benutzung verwaltungseigener Geräte usw.	190
4. Sonstige vermischte Einnahmen	210
Zusammen	400

Kursgewinne oder -verluste entstehen durch die Neubewertung der vorhandenen Bestände bei den Zahlstellen der Auslandsvertretungen nach Kursänderung durch Bestandsverstärkung. Diese Differenzen müssen verbucht werden. Um Kursgewinne und Kursverluste nicht getrennt in Einnahme und Ausgabe zu buchen, ist nur der Unterschiedsbetrag zu buchen.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0503 Tit. 119 99	400	193

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
124 21 -021	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	7 200	7 200	6 373

Haushaltsvermerk:

Aus den Einnahmen darf zuviel einbehaltene Dienstwohnungsvergütung erstattet werden.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0503 Tit. 124 01	7 200	6 373

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
131 22 -021	Erlöse aus dem Verkauf von Liegenschaften im Ausland	1 106	-	8 643

Haushaltsvermerk:

1. Mehreinnahmen sind zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 518 21, **711 21, 739 21 und 821 21.**
2. Aus den Einnahmen dürfen notwendige Nebenkosten (z. B. Kosten einer Versteigerung, Vermessung und Wertermittlung sowie Steuern und Gebühren) geleistet werden.
3. Die Erläuterungen sind verbindlich.

Erläuterungen:

Mehreinnahmen aus Veräußerungserlösen fließen i. H. v. 80 Prozent dem Titel 518 21 und der Tgr. 02 zu und können ohne Einschränkung für dringenden zusätzlichen Finanzierungsbedarf auch an anderen Dienstorten genutzt werden. Im Falle, dass eine Neuunterbringung am gleichen Ort vorgesehen ist, fließen die Veräußerungserlöse vollständig dem o. g. Titel zu.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0503 Tit. 131 02	-	8 643

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu Titelgruppe 02			
132 21 -021	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	1 500	500	1 661

Haushaltsvermerk:

Aus den Einnahmen dürfen beim Verkauf von Gegenständen anfallende Nebenkosten geleistet werden.

Erläuterungen:

Erlöse aus dem Verkauf von voraussichtlich bis zu 60 auszusondernden Kraftfahrzeugen: vgl. Erläuterungen zu Tit. 811 21.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0503 Tit. 132 01	500	1 661

266 21 -021	Erstattung von Verwaltungsausgaben aus dem Ausland	-	-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0503 Tit. 266 01	-	-

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.

In die Flexibilisierung einbezogen sind auch Tit. 532 15, **532 24 und 687 22.**

Titelgruppe 01

Tgr. 01	Inland	(316 376)	(302 362)	
518 12 -165	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	43 400	40 305	-

Verpflichtungsermächtigung... 292 434 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 58 039 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 58 039 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 52 484 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.. 15 484 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu.. 15 484 T€
im Haushaltsjahr 2020 bis zu.. 15 484 T€
im Haushaltsjahr 2021 bis zu.. 15 484 T€
im Haushaltsjahr 2022 bis zu.. 15 484 T€
im Haushaltsjahr 2023 bis zu.. 15 484 T€
im Haushaltsjahr 2024 bis zu.. 15 484 T€
im Haushaltsjahr 2025 bis zu.. 15 484 T€

Haushaltsvermerk:

Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.

0512 Bundesministerium

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 518 12 (Titelgruppe 01)

Erläuterungen:

Von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben als Eigenbaumaßnahme zu realisierende Unterbringung (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	genehmigte Gesamtkosten 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Veranschlagt 2014 1 000 €	Vorbehalten für 2015 ff. 1 000 €	Jährlicher Mietzins 1 000 €	voraussichtliche Übergabe
1	2	3	4	5	6	7	8
1. Baumaßnahme im Geschäftsbereich der Bundesregierung (AA, BMVg, BK) Internationaler Flughafen BER, Anteil AA.................................	300 000	23 588	8 040	51 300	217 072	11 197	2017
2. Gebäudespange (Hof 9) an der Kurstraße 33 - 35..	10 200	110	145	325	9 620	1 016	2016
3. Umbau Kurstraße 33 - 35 und Kleine Kurstraße 1 - 2...	33 270	360	475	1 075	31 360	3 271	2016
Zusammen...	343 470	24 058	8 660	52 700	258 052	15 484	

Bauunterlagen nach § 24 Abs. 1 BHO liegen für die Kraftstoffversorgung Bund noch nicht vor.
Zu 1.: Von den Gesamtkosten entfallen auf das Auswärtige Amt 36,0 Prozent. Hiernach ist die Miet-VE bemessen.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0501 Tit. 518 02	40 305	-

547 11 -011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	-	-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0501 Tit. 547 01	-	-

Titelgruppe 02

Tgr. 02	Ausland	(771 876)	(769 317)	
529 22 -021	Für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen, der den Angehörigen der Vertretungen mit Ausnahme der Leiter und ihrer ständigen Vertreter entsteht	900	900	669

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 529 23.
2. Die Erläuterungen sind verbindlich.

Erläuterungen:

In den Beträgen sind auch Ausgaben für außergewöhnlichen Aufwand der Angehörigen der Militärattaché-Stäbe enthalten.

Die auf die einzelnen Auslandsvertretungen entfallenden Ausgaben werden den Auslandsvertretungen zur selbständigen Bewirtschaftung zugewiesen. Sie sind zur Leistung von Ausgaben bestimmt, die Angehörigen der Vertretung des Bundes im Ausland, soweit sie nicht Leiterinnen und Leiter der Vertretung oder dessen ständige Vertreterin oder ständige Vertreter sind, durch größere repräsentative Verpflichtungen, mit deren Übernahme sie im Einzelfalle von der Leiterin oder dem Leiter der Auslandsvertretung beauftragt worden sind, im dienstlichen Interesse entstehen und deren Deckung den entsandten Bediensteten aus ihrer persönlichen Aufwandsentschädigung und den Ortskräften aus eigenen Mitteln nicht zugemutet werden kann. Höhe und Verwendungszweck der entstandenen Auslagen sind einzeln anzugeben und nach Möglichkeit zu belegen; ihre Richtigkeit ist dienstlich zu versichern. Über ihre Angemessenheit befindet der Leiter der Aus-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 529 22 (Titelgruppe 02)

landsvertretung nach pflichtgemäßem Ermessen. Eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig.

Hiervon sind bis zu 150 T€ vorgesehen für außergewöhnlichen Aufwand, der den Honorarkonsulinnen und Honorarkonsuln entsteht.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0503 Tit. 529 02	900	669

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
529 23 -021	Für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen, der den Leitern der Vertretungen und ihren ständigen Vertretern entsteht	3 300	3 300	3 542

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 529 22.
2. Die Erläuterungen sind verbindlich.

Erläuterungen:

Aus den Ausgaben können den Leiterinnen und Leitern der Auslandsvertretungen und ihren ständigen Vertreterinnen und Vertretern Zuschüsse zu den Kosten für repräsentative Verpflichtungen besonderer Art nach den Richtlinien des Auswärtigen Amts gezahlt werden.

Sämtliche Zuschüsse sind in jedem Einzelfall zu beantragen. Sie werden nur gegen Einzelabrechnung gewährt.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0503 Tit. 529 03	3 300	3 542

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
547 21 -021	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	-	-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0503 Tit. 547 01	-	-

0512 Bundesministerium

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Flexibilisierte Ausgaben

	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG			
Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3	743 521	736 150 *34 525*	692 480
Aus Hauptgruppe 5	181 739	165 498 *29 902*	160 656
Aus Hauptgruppe 6 ohne Titel 634 .3	1 500	2 000 *1 422*	1 060
Aus Hauptgruppe 7	72 107	92 092 *44 055*	65 580
Aus Hauptgruppe 8	41 785	36 579 *53 065*	32 408
Zusammen	1 040 652	1 032 319 *162 969*	952 184

Titelgruppe 01

Tgr. 01 Inland (316 376) (302 362)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***421 11*** *-011*	*Bezüge des Bundesministers und der Staatsminister*	*435*	*443*	*422*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0501 Tit. 421 01	*443*	*422*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***422 11*** *-011*	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten, Professorinnen und Professoren*	*90 278*	*89 698*	*84 629*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0501 Tit. 422 01	*89 698*	*84 629*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***422 12*** *-011*	*Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte*	*1 150*	*1 223*	*1 043*

Erläuterungen:

Die zur Verwendung im Ausland bestimmten Beamtinnen und Beamten, die im Inland auf ihren Auslandsdienst vorbereitet werden, erhalten Bezüge einschließlich Stellenzulage aus Tgr. 02.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0501 Tit. 422 02	*1 223*	*1 043*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu flexibilisierte Ausgaben			
F **427 19** -011	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*1 700*	*1 694*	*1 588*

Erläuterungen:

Hieraus können Beschäftigungsentgelte für die in der Zentrale des Auswärtigen Amtes befristet beschäftigten Praktikantinnen und Praktikanten, Laureatinnen und Laureaten geleistet werden.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0501 Tit. 427 09	*1 694*	*1 588*

F **428 11** -011	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*55 000*	*53 112*	*52 104*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0501 Tit. 428 01	*53 112*	*52 104*

F **453 11** -840	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	*53 000*	*50 024*	*49 935*

Erläuterungen:

Bei Vorliegen der Voraussetzungen sind auch Reisebeihilfen für Familienheimfahrten an im Inland verwendete Beamtinnen und Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst zu bestreiten.

Aus diesem Titel sind auch Reisekosten für dienstlich erforderliche Anschlussreisen zur Fortbildung oder gesundheitlichen Untersuchung zu leisten, wenn diese in Verbindung mit Heimaturlaubsreisen genehmigt sind.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0501 Tit. 453 01	*50 024*	*49 935*

F **459 19** -840	*Vermischte Personalausgaben*	*8*	*2*	*17*

Erläuterungen:

Aus diesen Ausgaben werden auch die Schulbeihilfen für Hinterbliebene von Bundesbediensteten sowie für Maßnahmen gemäß § 17 des Gesetzes über den Auswärtigen Dienst gezahlt.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0501 Tit. 459 99	*2*	*17*

F **511 11** -011	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände, Software, Wartung*	*22 425*	*15 860*	*14 800*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0501 Tit. 511 01	*15 860*	*14 800*
Kap. 0501 Tit. 511 55	*5 090*	*5 625*

0512 Bundesministerium

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 511 11 (Titelgruppe 01)

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Zusammen	*20 950*	*20 425*

F ***514 11*** *-011*	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*	*300*	*260*	*184*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*Soll 2014*	*Soll 2013*
personengebundene Pkw	*5*	*5*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0501 Tit. 514 01	*260*	*184*

F ***517 11*** *-011*	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	*10 900*	*10 250*	*8 580*

Haushaltsvermerk:

Erstattungen Dritter / Beiträge Dritter zum Ausgleich von Konferenzveranstaltungskosten (z. B. Konferenzpauschalen oder Rechnungserstattungen für Sicherheit, Toiletten-/Garderobendienst, Konferenztechnik) fließen den Ausgaben zu-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0501 Tit. 517 01	*10 250*	*8 580*

F ***518 11*** *-011*	*Mieten und Pachten*	*1 040*	*910*	*905*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0501 Tit. 518 01	*910*	*905*
Kap. 0501 Tit. 518 55	*130*	*39*
Zusammen	*1 040*	*944*

F ***519 11*** *-011*	*Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen*	*4 200*	*4 500*	*3 721*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0501 Tit. 519 01	*4 500*	*3 721*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F **525 11** *-011*	*Aus- und Fortbildung*	*6 414*	*5 500*	*5 312*

Haushaltsvermerk:

1. *Die Anwärterinnen und Anwärter erhalten in der Akademie Auswärtiger Dienst gegen Zahlung eines Kostenbeitrages amtliche Unterkunft und Verpflegung.*
2. *Teilnehmern an Fortbildungsveranstaltungen kann in der Akademie Auswärtiger Dienst amtliche Unterkunft und Verpflegung gewährt werden.*
3. *Aus den Ausgaben können auch Kosten für die Teilnahme von Ehepartnern an Ausbildungs- und Fortbildungsmaßnahmen nach den im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen erlassenen Richtlinien geleistet werden, soweit die Maßnahmen im Hinblick auf die im Ausland verlangte Unterstützung des Beamten bei der Erfüllung seiner dienstlichen Aufgaben angezeigt sind.*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0501 Tit. 525 01	*5 500*	*5 312*
Kap. 0501 Tit. 525 55	*160*	*113*
Zusammen	*5 660*	*5 425*

F **527 11** *-011*	*Dienstreisen*	*4 000*	*3 610*	*3 769*

Erläuterungen:

Die aus diesem Titel zu beschaffenden Großkundenabonnements der Deutschen Bahn AG können auch für Reisen benutzt werden, deren Kosten bei anderen Titeln des Einzelplans 05 veranschlagt sind.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0501 Tit. 527 01	*3 610*	*3 769*

F **532 11** *-011*	*Aufträge und Dienstleistungen im Bereich Informationstechnik*	*3 265*	*2 600*	*2 162*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0501 Tit. 532 55	*2 600*	*2 162*

F **532 15** *-059*	*Beteiligung am Schiedsgerichtshof und an der gemischten Kommission nach dem Londoner Schuldenabkommen*	-	-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0501 Tit. 532 05	-	-

0512 Bundesministerium

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F ***539 19*** *-011*	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*619*	*492*	*1 022*

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben zu Nr. 4 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 111 11.

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Entschädigungsleistungen geringen Umfangs	*10*
2. Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern	*60*
3. Auslagen für Vorstellungsreisen	*15*
4. Ausgaben für die Kindertagesstätte	*30*
5. Sonderaufgaben der Verwaltung	*82*
6. Baunebenkosten	*317*
7. Sonstiges	*85*
8. Förderung des Vorschlagswesens	*20*
Zusammen	*619*

Zu 4:
Außerdem sind für Personal, Geschäftsbedarf, Miete und Bewirtschaftung der Kindertagesstätte bei den Titeln 428 01, 511 01, 517 01, 518 01 und 519 01 weitere Ausgaben in Höhe von 672 T€ veranschlagt. Dem stehen bei Titel 111 01 Einnahmen aus Kita-Gebühren in Höhe von 80 T€ gegenüber.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0501 Tit. 539 99	*492*	*1 022*
Kap. 0501 Tit. 546 88	*4*	*1*
Zusammen	*496*	*1 023*

F ***711 11*** *-011*	*Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten*	*1 600*	*2 500*	*854*

Erläuterungen:

Einjährige Maßnahmen	*1 000 €*
1. Systembaulösung zur Schaffung neuer Büroräume	*700*
2. Sanierung Lagerräume Internationaler Club	*400*
3. Umbau VS-Registratur	*200*
4. Erneuerung Brandmeldetechnik Reiherwerder	*300*
Zusammen	*1 600*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0501 Tit. 711 01	*2 500*	*854*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F **712 11** -011	*Baumaßnahmen von mehr als 2 000 000 € im Einzelfall*	-	-	2 203

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamt-ausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Nach 2013 übertra-gene Aus-gabereste 1 000 €	Veran-schlagt 2014 1 000 €	Vorbe-halten für 2015 ff 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7
1. Ehemaliges Ärztehaus - Oberwasserstraße 13	13 517	5 938	-	7 579	-	-
2 Ehemaliges Reichsbankgebäude, Tresorbereich	12 432	9 911	-	2 521	-	-
Zusammen	25 949	15 849	-	10 100	-	-

Zu 2.: Leistungen Dritter in Höhe von 982 T€ (9,50 Prozent)

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0501 Tit. 712 01	-	2 203

F **811 11** -011	*Erwerb von Fahrzeugen*	-	-	175

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0501 Tit. 811 01	-	175

F **812 11** -011	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)*	500	1 000	1 123

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Erstbeschaffung	250
2. Ersatzbeschaffung	250
Zusammen	500

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0501 Tit. 812 01	1 000	1 123

F **812 12** -011	*Erwerb von Anlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Software im Bereich Informationstechnik*	15 800	11 337	12 951

Verpflichtungsermächtigung.......... 9 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.......... 5 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.......... 4 000 T€

Haushaltsvermerk:

Erstattungen Dritter fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Erstbeschaffung	
1.1 Hardware	2 682
1.2 Software	983

0512 Bundesministerium

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 812 12 (Titelgruppe 01)

Bezeichnung	1 000 €
2. Ersatzbeschaffung	
2.1 Hardware	8 135
2.2 Software	4 000
Zusammen	15 800

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0501 Tit. 812 55	11 337	12 951

F **821 12** -029	*Erwerb von Grundstücken für ausländische Vertretungen*	-	6 700	-

Erläuterungen:

Der Erwerb von Grundstücken für ausländische Vertretungen erfolgt auf der Grundlage von Gegenseitigkeitsvereinbarungen.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0502 Tit. 821 02	6 700	-

F **823 11** -011	*Energie Contracting*	342	342	342

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0501 Tit. 823 01	342	342

Titelgruppe 02

Tgr. 02	Ausland	(771 876)	(769 317)	
F **422 21** -021	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	296 850	296 138	275 235

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0503 Tit. 422 01	296 138	275 235

F **422 22** -021	*Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte*	36 200	36 971	35 221

Haushaltsvermerk:

Die beamteten Hilfskräfte haben in bundeseigenen und in den vom Bund gemieteten Gebäuden Dienstwohnungen zu beziehen, soweit solche zur Verfügung gestellt werden können.

Erläuterungen:

Berücksichtigt sind auch Zahlungen von Dienstbezügen der auf Planstellen bei Kap. 0625 geführten HOD-Beamtinnen und HOD-Beamten und der an Auslands-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 422 22 (Titelgruppe 02)

vertretungen als Personenschützer eingesetzten Bundespolizistinnen und Bundespolizisten.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0503 Tit. 422 02	36 971	35 221

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F **422 23** -021	*Bezüge der Anwärterinnen und Anwärter sowie Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst*	*5 300*	*3 841*	*4 611*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0503 Tit. 422 03	3 841	4 611

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F **427 29** -021	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*90 400*	*82 265*	*79 335*

Erläuterungen:

Die bei den Auslandsvertretungen beschäftigten nicht entsandten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden entsprechend ihren Leistungen unter Berücksichtigung der ortsüblichen Entlohnung bezahlt. Bereits vor dem 1. April 2000 bestehende Beschäftigungsverhältnisse genießen Bestandsschutz und fallen unter den TVAng/ArbAusland nach dem Stand vom 31. März 2000.

Hieraus können Beschäftigungsentgelte für die an Vertretungen des Bundes im Ausland befristet beschäftigten Praktikantinnen und Praktikanten geleistet werden.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0503 Tit. 427 09	82 265	79 335

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F **428 21** -021	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*113 200*	*114 326*	*104 343*

Haushaltsvermerk:

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben in bundeseigenen und in den vom Bund gemieteten Gebäuden Dienstwohnungen zu beziehen, soweit solche zur Verfügung gestellt werden können.

Erläuterungen:

Die bei den Auslandsvertretungen beschäftigten nicht entsandten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden entsprechend ihrer Leistungen unter Berücksichtigung der ortsüblichen Entlohnung bezahlt. Bereits vor dem 1. April 2000 bestehende Beschäftigungsverhältnisse genießen Bestandsschutz und fallen unter den TVAng/ArbAusland nach dem Stand vom 31. März 2000.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0503 Tit. 428 01	114 326	104 343

0512 Bundesministerium

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F **511 21** -021	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände, Software, Wartung*	*9 500*	*9 000*	*8 694*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0503 Tit. 511 01	*9 000*	*8 694*

F **514 21** -021	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*	*4 800*	*3 600*	*4 439*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0503 Tit. 514 01	*3 600*	*4 439*

F **517 21** -021	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	*30 176*	*27 676*	*29 984*

Erläuterungen:

Hieraus werden auch notwendige Zuschüsse zu den Kosten der Bewachung und Sicherung von Wohnungen entsandter Bediensteter an Dienstorten mit kriegerischer, terroristischer oder außerordentlich krimineller Gefährdung geleistet. Die Leistung der Ausgaben erfolgt nach besonderen Richtlinien des Auswärtigen Amtes.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0503 Tit. 517 01	*27 676*	*29 984*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F **518 21** *-021*	*Mieten und Pachten*	*50 000*	*44 500*	*45 418*

Verpflichtungsermächtigung.. 108 000 T€

davon fällig:

im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 8 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 8 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 8 000 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.. 7 000 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu.. 6 000 T€
im Haushaltsjahr 2020 bis zu.. 5 000 T€
im Haushaltsjahr 2021 bis zu.. 4 000 T€
im Haushaltsjahr 2022 bis zu.. 2 000 T€
im Haushaltsjahr 2023 bis zu.. 2 000 T€
im Haushaltsjahr 2024 bis zu.. 2 000 T€
im Haushaltsjahr 2025 bis zu.. 2 000 T€
im Haushaltsjahr 2026 bis zu.. 2 000 T€
im Haushaltsjahr 2027 bis zu.. 2 000 T€
im Haushaltsjahr 2028 bis zu.. 2 000 T€
im Haushaltsjahr 2029 bis zu.. 2 000 T€
im Haushaltsjahr 2030 bis zu.. 2 000 T€
im Haushaltsjahr 2031 bis zu.. 2 000 T€
im Haushaltsjahr 2032 bis zu.. 2 000 T€
im Haushaltsjahr 2033 bis zu.. 2 000 T€
im Haushaltsjahr 2034 bis zu.. 2 000 T€
ab dem Haushaltsjahr 2035 bis zu.. 2 000 T€
in künftigen Haushaltsjahren bis zu.................................... 34 000 T€

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 131 22.

Erläuterungen:

Im Rahmen der Zweckbestimmung dürfen im Bedarfsfall an Dienstorten mit besonders knappem Wohnungsangebot bis zu vier Monatsmieten für Wohnungen geleistet werden, um die Anmietung durch neu entsandte Bedienstete zu ermöglichen.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0503 Tit. 518 01	*44 500*	*45 418*

F **519 21** *-021*	*Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen*	*25 750*	*23 665*	*19 723*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0503 Tit. 519 01	*23 665*	*19 723*

F **527 21** *-021*	*Dienstreisen*	*4 200*	*3 453*	*3 247*

Erläuterungen:

Reisekostenvergütungen für Inlandsdienstreisen (im Gastland) und für Auslandsdienstreisen (außerhalb des Gastlandes).

0512 Bundesministerium

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 527 21 (Titelgruppe 02)

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0503 Tit. 527 01	*3 453*	*3 247*

F **532 24** -021	*Betreuung von Delegationen und internationalen Besuchern im Ausland*	*250*	*350*	*110*

Erläuterungen:

Ausgaben, die den Auslandsvertretungen durch die Betreuung von Delegationen entstehen und nicht anderweitig durch Kostenübernahmezusage abgedeckt sind (Subsidiarität). Dazu gehören insbesondere Ausgaben für zusätzliche Sicherheitskräfte, Fahrzeuganmietung und sonstige Dienstleistungen.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0503 Tit. 532 04	*350*	*110*

F **539 29** -021	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*3 900*	*3 840*	*2 088*

Haushaltsvermerk:

*Einsparungen zu Nr. 5 der Erläuterungen dienen zur Deckung von **Mehrausgaben** bei folgendem Titel: **Kap. 0511 Tit. 981 01.***

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Besondere Zuweisungen an Vertretungen der Bundesrepublik Deutschland im Ausland (u. a. Notstandsmaßnahmen).................	*-*
2. Bankspesen..	*570*
3. Baunebenkosten..	*1 950*
4. Billigkeitsleistungen, sofern Voraussetzungen nach § 53 BHO vorliegen..	*20*
5. Kreditkartenzahlungen...	*410*
6. Kosten für externe Dienstleister...	*100*
7. Sonstiges (u. a. Bekanntmachungen, Entschädigungsleistungen geringen Umfangs, Ortsumzüge der Auslandsvertretungen und Einlagerung von Ausstattungsgegenständen, Zuschüsse zu den Kosten für die Förderung der Berufstätigkeit von Partnerinnen und Partnern von entsandten Bediensteten aufgrund einer Richtlinie des Auswärtigen Amts)...	*850*
Zusammen...	*3 900*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0503 Tit. 539 99	*3 840*	*2 088*

F **687 22** -021	*Zuschüsse für Honorarkonsularbeamte*	*1 500*	*2 000*	*1 060*

Erläuterungen:

Pauschale Zuschüsse zu den Verwaltungskosten und Auslagenerstattung gem. § 26 Abs. 2 und 3 Konsulargesetz vom 11. September 1974.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0503 Tit. 687 02	*2 000*	*1 060*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F **711 21** *-021*	*Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten*	*30 867*	*49 952*	*20 547*

Verpflichtungsermächtigung...

fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 8 000 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind mit folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: 739 21 und 821 21.

2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 131 22.

3. Erstattungen Dritter fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Einjährige Maßnahmen	*1 000 €*
1. Allgemeine Maßnahmen	*16 086*
2. Sicherheitsmaßnahmen	*13 836*
3. Sanierungsarbeiten des Borromäerinnen St. Charles Hospice Jerusalem zu Nutzungszwecken Botschaft Tel Aviv	*945*
Zusammen	*30 867*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0503 Tit. 711 11	*49 952*	*20 547*

Weniger wegen Wegfall der für 2013 bewilligten 30 000 T€ Sondermittel für die bauliche Sicherheit der Auslandsvertretungen an besonders gefährdeten Dienstorten.

F **739 21** *-021*	*Baumaßnahmen*	*39 640*	*39 640*	*41 976*

Verpflichtungsermächtigung... 25 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 13 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu... 12 000 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind mit folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: 711 21 und 821 21.

2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 131 22.

3. Erstattungen Dritter fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen *(davon neue Maßnahmen in Fettdruck)*	*Gesamtausgaben des Bundes 1 000 €*	*Verausgabt bis 2012 1 000 €*	*Bewilligt 2013 1 000 €*	*Nach 2013 übertragene Ausgabereste 1 000 €*	*Veranschlagt 2014 1 000 €*	*Vorbehalten für 2015 ff 1 000 €*
1	*2*	*3*	*4*	*5*	*6*	*7*
1. Belgrad Neubau Kanzlei	*19 500*	*170*	*230*	*596*	*-*	*18 504*
2. Bukarest Herrichtung Goethe-Institut zur Residenz	*6 394*	*588*	*144*	*1 439*	*1 700*	*2 523*
3. Eriwan Erdbebenertüchtigung und Sicherheitsumbauten	*3 153*	*1 726*	*200*	*-*	*121*	*1 106*
4. Kabul Errichtung Dienstwohnungsgebäude	*12 808*	*11 445*	*1 076*	*-*	*-*	*287*

0512 Bundesministerium

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 739 21 (Titelgruppe 02)

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamtausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Nach 2013 übertragene Ausgabereste 1 000 €	Veranschlagt 2014 1 000 €	Vorbehalten für 2015 ff 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7
5. Kaliningrad Herrichtung Kanzlei	3 995	1 639	731	42	144	1 439
6. La Paz Neubau Kanzlei	4 749	414	50	1 323	2 150	812
7. Minsk Neuherrichtung Residenz	2 737	1 465	240	532	500	-
8. Neu Delhi Erdbebenertüchtigung Residenz und Kanzlei, Sanierung OK-Wohnungen	11 060	674	500	197	-	9 689
11. Toronto Herrichtung Kanzlei	2 000	1 467	-	450	-	83
16. Washington Sanierung Kanzlei	78 860	23 759	8 000	42	15 598	31 461
18. Nikosia Neubau Kanzlei	6 000	75	400	937	-	4 588
19. Kabul Neubau Kanzlei, Dienstwohnungsgebäude 2, Kfz-Wartungshalle, Infrastrukturerneuerung auf bundeseigenem Grundstück	66 449	14 242	8 040	176	7 000	36 991
20. Peking Erweiterung Visastelle, Erneuerung Haustechnik	13 600	1 173	200	1 027	2 000	9 200
24. Jekatarinburg Neubau Kanzlei	6 985	446	100	474	-	5 965
25. Paris Generalsanierung Kanzlei	20 114	192	-	676	5 000	14 246
28. Maskat Neubau Kanzlei und Residenz	11 000	116	-	-	-	10 884
29. Warschau Neubau Kanzlei und Residenz	25 091	20 483	1 935	1 082	-	1 591
33. Kuala Lumpur Neubau Kanzlei	7 600	384	500	366	-	6 350
39. Mexiko Neubau Kanzlei	9 865	9 304	561	-	-	-
40. Brasilia Sanierung Kanzlei, Residenz und Dienstwohnungen	18 048	17 094	954	-	-	-
41. Den Haag Sanierung Kanzlei	1 930	1 815	-	-	-	115
43. Pressburg Neubau Residenz	4 681	4 500	-	181	-	-
45. Duschanbe Neuunterbringung Kanzlei	4 403	4 403	-	-	-	-
46. Izmir Zwischenunterbringung Kanzlei	3 334	3 250	-	84	-	-
48. Stockholm Sanierung Kanzlei	9 606	9 168	-	81	357	-
49. Kairo Neubau Kanzlei und Residenz	**26 120**	**-**	**-**	**-**	**-**	**26 120**
87. Kabul Polizeiunterkunft	2 952	1 354	1 598	-	-	-
Maßnahmen mit einem Ausgabevolumen zwischen 1 Mio. € und 5 Mio. €, bei denen die Verwaltungsvereinfachung in Anspruch genommen wird (Konjunkturpaket II):						
23. Duschanbe Neubau Residenz	2 036	2 036	-	-	-	-
47. Rio de Janeiro Herrichtung Kanzleietage	3 786	2 054	1 732	-	-	-
52. DI Taipei Erstherrichtung Kanzlei	6 160	2 673	2 767	-	-	720
53. Kinshasa Umbau Visastelle Brandschutz Dachsanierung	3 900	103	550	897	2 350	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 739 21 (Titelgruppe 02)

Mehrjährige Maßnahmen *(davon neue Maßnahmen in Fettdruck)*	*Gesamt-ausgaben des Bundes 1 000 €*	*Verausgabt bis 2012 1 000 €*	*Bewilligt 2013 1 000 €*	*Nach 2013 übertra-gene Aus-gabereste 1 000 €*	*Veran-schlagt 2014 1 000 €*	*Vorbe-halten für 2015 ff 1 000 €*
1	2	3	4	5	6	7
54. Bangalore Erstherrichtung Kanzlei nach Anmietung	*1 147*	*1 079*	*-*	*68*	*-*	*-*
57. Gaborone Neubau Kanzlei	*3 667*	*-*	*500*	*600*	*300*	*2 267*
58. Istanbul Umbau Visastelle	*2 800*	*867*	*500*	*-*	*50*	*1 383*
63. Rom Erneuerung Haustechnik Kanzlei	*6 098*	*4 265*	*1 833*	*-*	*-*	*-*
64. Shanghai Erstherrichtung Visastelle	*2 370*	*1 839*	*323*	*208*	*-*	*-*
66. Lima Herrichtung Zwischenunterkunft Kanzlei	*2 037*	*654*	*959*	*424*	*-*	*-*
67. Moskau Sanierung DW-Komplex	*2 000*	*1 751*	*-*	*249*	*-*	*-*
68. Riad Neubau RK-Stelle und HOD-DW	*2 360*	*1 096*	*1 264*	*-*	*-*	*-*
69. Bogota Herrichtung Kanzleietage	*4 464*	*2 899*	*1 565*	*-*	*-*	*-*
73. Kabul Außenfriedung/Schleuse	*8 401*	*5 968*	*1 548*	*-*	*-*	*885*
74. Bagdad Sanierung Compound	*6 033*	*3 600*	*275*	*-*	*1 702*	*456*
88. Brüssel NATO Innenausbau nationale Vertretung	*2 622*	*20*	*365*	*-*	*668*	*1 569*
Zusammen	*442 915*	*162 250*	*39 640*	*12 151*	*39 640*	*189 234*

Hinweise
Zu Nr. 2, 6, 16, 18, 25, 29, 33, 39, 40, 41, 43, 48, 49, 58, 63: Bundeseigene Liegenschaft
Zu Nr. 1, 3, 4, 5, 7, 8, 11, 19, 23, 24, 28, 45, 46, 47, 52, 53, 54, 57, 64, 66, 67, 68, 69, 73, 74, 87, 88: gemietete/gepachtete Liegenschaft
Zu Nr. 20: Gegenseitigkeitsabkommen
Zu Nr. 39: Finanzierung der Maßnahme aus Erlös der Altimmobilie gemäß Haushaltsvermerk.
Darüber hinaus sind Baumaßnahmen an folgenden Dienstorten in Planung: San Francisco, Tiflis, Islamabad, Pretoria, Bischkek, Port-of-Spain, Mumbai, Harare, Algier, Amman, Beirut, Oslo, Chisinau, Taschkent, Jakarta, London, Wien, Prag, Teheran und Den Haag (energetische Ertüchtigung Kanzlei).
Zu Nr. 16: In den Gesamtausgaben des Bundes sind die Kosten für die Zwischenunterbringung in Höhe von 13 268 T€ enthalten.
Zu Nr. 3, 5, 6, 7, 11, 41, 43, 46, 87: Es gelten die Regelungen für kleine Baumaßnahmen gemäß BMF-Rundschreiben vom 17.12.2012, Gz: IIA3-H1005/12/10007.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0503 Tit. 739 11	*39 640*	*41 976*

F **811 21** *-021*	*Erwerb von Fahrzeugen*	*6 900*	*4 900*	*7 840*

Haushaltsvermerk:

Erstattungen Dritter fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Neubeschaffung	
5 Pkw nicht personenbezogene Pkw	*125*
2. Ersatzbeschaffungen	
30 personenbezogene Pkw, davon 5 Sicherheitsfahrzeuge	*2 375*
70 nicht personenbezogene Pkw, davon 10 Sicherheitsfahrzeuge.	*5 250*

0512 Bundesministerium

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 811 21 (Titelgruppe 02)

Bezeichnung	1 000 €
abzgl. Mehreinnahmen bei Tit. 132 21 aus der Veräußerung von Dienst-Kfz gem. § 6 Abs. 7 HG	-1 000
3. Sonstiges	150
Zusammen	6 900

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0503 Tit. 811 01	4 900	7 840

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F **812 21** -021	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)*	4 050	4 700	2 217

Haushaltsvermerk:

Erstattungen Dritter fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
Ausstattung von	
1. Kanzleien	2 500
2. amtlichen Empfangsräumen	1 100
3. anderen Dienstwohnungen	450
Zusammen	4 050

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0503 Tit. 812 01	4 700	2 217

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F **821 21** -021	*Erwerb von Liegenschaften im Ausland*	14 193	14 300	3 455

Verpflichtungsermächtigung..

fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 5 000 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind mit folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: 711 21 und 739 21.

2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 131 22.

3. Erstattungen Dritter fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Für die räumliche Unterbringung der Vertretungen des Bundes im Ausland und für die Beschaffung von Dienstwohnungen an Orten mit besonders ungünstigen Wohnraumverhältnissen.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0503 Tit. 821 11	14 300	3 455

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel

F 443 01 -840	*Fürsorgeleistungen und Unterstützungen*		*3 505*	*2 579*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0503 Tit. 443 01	*3 505*	*2 579*

F 443 02 -313	*Inanspruchnahme überbetrieblicher betriebsärztlicher und sicherheitstechnischer Dienste, von Betriebsärztinnen und Betriebsärzten sowie Fachkräften für Arbeitssicherheit*		*-*	*-*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0501 Tit. 443 02	*-*	*-*

F 511 55 -011	*Geschäftsbedarf und Datenübertragung sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Software, Wartung*		*5 090*	*5 625*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0501 Tit. 511 55	*5 090*	*5 625*

F 518 55 -011	*Miete für Datenverarbeitungsanlagen, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Maschinen, Software*		*130*	*39*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0501 Tit. 518 55	*130*	*39*

F 525 55 -011	*Aus- und Fortbildung*		*160*	*113*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0501 Tit. 525 55	*160*	*113*

F 526 03 -011	*Ausgaben für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen*		*12*	*3*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0501 Tit. 526 03	*12*	*3*

0512 Bundesministerium

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 527 03 -011	*Reisen in Angelegenheiten der Personalvertretungen und der Gleichstellungsbeauftragten sowie in Vertretung der Interessen schwerbehinderter Menschen*		*36*	*28*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0501 Tit. 527 03	*36*	*28*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
542 01 -013	Öffentlichkeitsarbeit		800	800

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0501 Tit. 542 01	800	800

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 546 88 -012	*Förderung des Vorschlagwesens*		*4*	*1*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0501 Tit. 546 88	*4*	*1*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 634 03 -011	*Zuweisungen an den Versorgungsfonds*		*2 908*	*1 418*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0501 Tit. 634 03	*2 908*	*1 418*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 712 02 -011	*Herrichtung des Pavillon du Lac der Villa Borsig*		*-*	*-*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0501 Tit. 712 02	*-*	*-*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 712 04 -011	*Umbau Liegenschaftsbereich Bonn*		*-*	*-*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0501 Tit. 712 04	*-*	*-*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
972 01 -880	Globale Minderausgaben		-30 000	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0501 Tit. 972 01	-30 000	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
981 01 -890	Leistungen an Bundesbehörden zur Durchführung von Aufträgen		-	(-)

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0503 Tit. 981 01	-	(-)

0513 Deutsches Archäologisches Institut

Vorbemerkung

Wesentliche finanzwirksame Schwerpunkte des Kapitels

Das Deutsche Archäologische Institut (DAI), das aus dem 1829 in Rom gegründeten Institut für Archäologische Korrespondenz hervorgegangen ist, hat seit 1832 seinen Sitz in Berlin. Es ist eine wissenschaftliche Einrichtung, die als Bundesanstalt zum Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts gehört. Sie gliedert sich in die Zentrale, die Orient-Abteilung (mit Außenstellen Bagdad, Damaskus und Sanaa) und die Eurasien-Abteilung in Berlin (mit Außenstellen Peking und Teheran); die Römisch-Germanische Kommission in Frankfurt am Main; die Kommission für Alte Geschichte und Epigraphik in München; die Kommission für Archäologie Außeneuropäischer Kulturen in Bonn; die Abteilungen in Rom, Athen, Kairo, Istanbul und Madrid. Es kooperiert eng mit dem Deutschen Evangelischen Institut (DEI) für Altertumswissenschaft des Heiligen Landes (mit Forschungsstellen Jerusalem und Amman) und führt mit diesem gemeinsame Projekte durch.

Das Deutsche Archäologische Institut führt Forschungen (Ausgrabungen, Expeditionen und andere Projekte) auf dem Gebiet der Archäologie und ihrer Nachbarwissenschaften vorzugsweise in den Ländern der antiken Kulturen durch. Zum Arbeitsgebiet des Instituts gehören die klassische Archäologie, Ägyptologie, vorder- und zentralasiatische Altertumskunde, Vor- und Frühgeschichte, alte Geschichte mit Epigraphik und Numismatik, klassische Philologie in Verbindung mit Archäologie, antike Bauforschung, christliche, byzantinische und islamische Archäologie, allgemeine und vergleichende Archäologie sowie Informationstechnologie und verschiedene naturwissenschaftliche Disziplinen. Die Forschungsergebnisse werden in zahlreichen Publikationen vorgelegt. Das Institut unterhält Fachbibliotheken und Fototheken, die der internationalen Wissenschaft zur Verfügung stehen. Es ist bemüht um die Aufrechterhaltung der Einheit der deutschen archäologischen Wissenschaft im Zusammenhang mit der gesamten Altertumswissenschaft, die Pflege der Beziehungen zur internationalen Wissenschaft und die Förderung des Gelehrtennachwuchses. Das Institut veranstaltet wissenschaftliche Kongresse, Kolloquien und Führungen und informiert die Öffentlichkeit über seine Arbeit. Bei seinen Projekten im Ausland ist es in Kooperation mit zahlreichen internationalen Partnern tätig.

Das Kapitel Deutsches Archäologisches Institut hat ein finanzielles Volumen von ca. 30 Mio. €. Neben Personalkosten bilden wissenschaftliche Unternehmungen und Veröffentlichungen sowie Beihilfen (Titelgruppe 01) mit 6,2 Mio. € die finanzwirksamen Schwerpunkte des Kapitels. In Höhe von bis zu 600 000 € vergibt das Deutsche Archäologische Institut jährlich Stipendien im Bereich der Archäologie und ihrer vom Institut vertretenen Nachbarwissenschaften an deutsche und ausländische Forscher.

Überblick zum Kapitel 0513	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	89	89	-		142
Übrige Einnahmen	-	-	-		-
Gesamteinnahmen	89	89	-		142
Ausgaben					
Personalausgaben	17 289	17 289	-	1 200	16 323
Sächliche Verwaltungsausgaben	9 938	9 987	-49	1 128	11 192
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	600	606	-6		624
Ausgaben für Investitionen	2 490	2 441	+49	10 457	570
Gesamtausgaben	30 317	30 323	-6	12 785	28 709
davon flexibilisiert	28 260	28 260	-	12 785	27 333
davon nicht flexibilisiert	2 057	2 063	-6		1 376
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung					
fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu	160 T€				

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

111 01 -165	Gebühren, sonstige Entgelte	31	31	91

Haushaltsvermerk:

1. Mehreinnahmen zu Nr. 2 und 4 der Erläuterungen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: **511 01** und 547 11.
2. Mehreinnahmen aus Leserentgelten der Bibliothek Rom dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 511 01.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Einnahmen aus der Abgabe von Fotomaterial des Fotoarchivs......	-
2. Einnahmen aus Leistungen der archäologischen Naturwissenschaften..	2
3. Einnahmen aus Lese-Entgelten der Bibliothek Rom......................	-
4. Einnahmen aus dem Verkauf von Fotos, Kopien und Scans von Archivmaterial sowie Nutzungsrechte der Wissenschaftsabteilungen an Dritte..	29
Zusammen..	31

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0511 Tit. 111 01	31	91

119 01 -165	Einnahmen aus Veröffentlichungen	50	50	28

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: **Tgr. 01.**

Erläuterungen:

Hierunter fallen auch Rückzahlungen von Druckkosten und Druckkostenzuschüssen.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0511 Tit. 119 01	50	28

119 99 -165	Vermischte Einnahmen	8	8	23

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Kursgewinne..	3
2. Kursverluste..	-8
3. Sonstige vermischte Einnahmen...	13
Zusammen..	8

Kursunterschiede (Gewinne oder Verluste) können bei den Beständen der Zahlstellen der Auslandsabteilungen durch Änderung der Währungskurse innerhalb des Abrechnungszeitraums entstehen. Um diese Kursgewinne und Kursverluste

0513 Deutsches Archäologisches Institut

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 119 99

nicht getrennt in Einnahme und Ausgabe zu buchen, ist nur der Unterschiedsbetrag als Einnahme zu buchen.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0511 Tit. 119 99	8	23

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
124 01 -165	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 4 BHO in Verbindung mit § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass an Stipendiatinnen und Stipendiaten sowie Teilnehmerinnen und Teilnehmer an wissenschaftlichen Unternehmungen Unterkunft, sonstige Nutzungen und Sachbezüge unentgeltlich gewährt werden.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0511 Tit. 124 01	-	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
132 01 -165	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	-	-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0511 Tit. 132 01	-	-

Übrige Einnahmen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
282 01 -165	Einnahmen aus Stiftungen	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind gem. Stiftungsurkunde der Wülfing-Stiftung aus dem Jahre 1927 zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 681 01.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0511 Tit. 282 02	-	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
381 01 -890	Leistungen von Bundesbehörden zur Durchführung von Aufträgen	-	-	(-)

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind wegen rechtsverbindlicher Verwendungsauflage Dritter zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: **Tgr. 04.**

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 381 01

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0511 Tit. 381 01	-	(-)

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.

In die Flexibilisierung einbezogen ist auch Tit. 547 11.

Ausgenommen sind Tit. 427 49, 429 41 und 544 41.

Sächliche Verwaltungsausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
518 02 -165	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	1 457	1 457	752

Haushaltsvermerk:

Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0511 Tit. 518 02	1 457	752

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
681 01 -165	Stipendien	600	600	620

Verpflichtungsermächtigung..

fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 160 T€

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 282 01.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Reise-, Auslands- und Fortbildungsstipendien nach besonderen Richtlinien..	450
2. Pflege wissenschaftlicher Beziehungen mit dem Ausland..............	150
Zusammen...	600

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0511 Tit. 681 01	600	620

0513 Deutsches Archäologisches Institut

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
685 01 -165	Mitgliedsbeiträge an privatrechtliche Vereine	-	6	4

Erläuterungen:

Mitgliedsbeiträge der Zentrale, Kommissionen und Abteilungen an 104 Vereine im In- und Ausland. Die Mitgliedschaft in diesen Vereinen dient der wissenschaftlichen Zusammenarbeit und ist mit dem Bezug verbilligter Publikationen verbunden.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0511 Tit. 685 01	6	4

Titelgruppe 04

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Tgr. 04	Durchführung von Aufträgen für Bundesbehörden	(-)	(-)	

Haushaltsvermerk:

1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 381 01.
2. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
427 49 -165	Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige	-	-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0511 Tit. 427 49	-	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
429 41 -165	Nicht aufteilbare Personalausgaben	-	-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0511 Tit. 429 41	-	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
544 41 -165	Forschung, Untersuchungen und Ähnliches	-	-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0511 Tit. 544 41	-	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 04

547 41 -165	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	-	-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0511 Tit. 547 41	-	-

Flexibilisierte Ausgaben

Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG

	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
Aus Hauptgruppe 4...	17 289	17 289 *1 200*	16 323
Aus Hauptgruppe 5...	8 481	8 530 *1 128*	10 440
Aus Hauptgruppe 7...	2 300	2 300 *10 424*	143
Aus Hauptgruppe 8...	190	141 *33*	427
Zusammen..	28 260	28 260 *12 785*	27 333

F ***422 01*** *-165*	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*5 996*	*5 996*	*5 351*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0511 Tit. 422 01	*5 996*	*5 351*

F ***422 02*** *-165*	*Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte*	-	-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0511 Tit. 422 02	-	-

F ***427 09*** *-165*	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*579*	*579*	*662*

Erläuterungen:

1. *Anzahl der im Haushaltsjahr 2014 voraussichtlich eingesetzten wissenschaftlichen Aushilfskräfte (Entgeltgruppe 13 TVöD): 5 tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.*
2. *Entgelte und Löhne für 13 Ortskräfte (dienstliches Hauspersonal) bei den Abteilungen und Außenstellen im Ausland (Hausdiener, Gartenarbeiterinnen und Gartenarbeiter, Reinigungskräfte, Wächter u. Ä).*

0513 Deutsches Archäologisches Institut

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 427 09

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0511 Tit. 427 09	*579*	*662*

F ***428 01*** *-165*	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*5 633*	*5 633*	*7 098*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0511 Tit. 428 01	*5 633*	*7 098*

F ***428 02*** *-165*	*Entgelte für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler*	*2 954*	*2 339*	*-*

Haushaltsvermerk:

Aus dem Titel werden Entgelte für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie für sonstige im wissenschaftsrelevanten Bereich Beschäftigte gezahlt, die im Rahmen der Planung, Vorbereitung, Durchführung, Auswertung oder Bewertung von Forschungsvorhaben einen wesentlichen Beitrag leisten. Für diesen Beschäftigtenkreis wird kein verbindlicher Stellenplan ausgebracht. Unbefristete Beschäftigungsverhältnisse dürfen im Rahmen vorhandener Mittel abgeschlossen werden.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0511 Tit. 428 02	*2 339*	*-*

F ***453 01*** *-165*	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	*205*	*205*	*209*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0511 Tit. 453 01	*205*	*209*

F ***511 01*** *-165*	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände, Software, Wartung*	*1 073*	*830*	*874*

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 111 01.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0511 Tit. 511 01	*830*	*874*
Kap. 0511 Tit. 511 55	*243*	*391*
Zusammen	*1 073*	*1 265*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F ***514 01*** *-165*	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*	*82*	*82*	*66*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0511 Tit. 514 01	*82*	*66*

F ***517 01*** *-165*	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	*600*	*600*	*662*

Erläuterungen:

10 T€ Zuschuss zu den Kosten der Bewachung und Sicherung von Wohnungen entsandter Bediensteter an Dienstorten mit kriegerischer, terroristischer oder außergewöhnlicher krimineller Gefährdung. Die Leistung der Ausgaben erfolgt nach besonderen Richtlinien des Auswärtigen Amts.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0511 Tit. 517 01	*600*	*662*

F ***518 01*** *-165*	*Mieten und Pachten*	*1 328*	*1 328*	*1 142*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0511 Tit. 518 01	*1 328*	*1 142*
Kap. 0511 Tit. 518 55	*10*	*9*
Zusammen	*1 338*	*1 151*

F ***519 01*** *-165*	*Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen*	*350*	*425*	*358*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0511 Tit. 519 01	*425*	*358*

F ***525 01*** *-165*	*Aus- und Fortbildung*	*50*	*30*	*-*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0511 Tit. 525 01	*30*	*-*
Kap. 0511 Tit. 525 55	*20*	*14*
Zusammen	*50*	*14*

0513 Deutsches Archäologisches Institut

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F ***527 01*** *-165*	*Dienstreisen*	*325*	*325*	*362*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0511 Tit. 527 01	*325*	*362*

F ***532 01*** *-165*	*Aufträge und Dienstleistungen im Bereich Informationstechnik*	*177*	*216*	*658*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0511 Tit. 532 55	*216*	*658*

F ***539 99*** *-165*	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*135*	*60*	*229*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0511 Tit. 539 99	*60*	*229*

F ***711 01*** *-165*	*Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten*	*-*	*-*	*143*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0511 Tit. 711 01	*-*	*143*

F ***712 01*** *-165*	*Baumaßnahmen von mehr als 2 000 000 € im Einzelfall*	*-*	*-*	*-*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0511 Tit. 712 01	*-*	*-*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F **739 01** -165	*Baumaßnahmen des Hochbaus im Ausland von mehr als 1 000 000 im Einzelfall*	*2 300*	*2 300*	*-*

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen *(davon neue Maßnahmen in Fettdruck)*	*Gesamt-ausgaben des Bundes 1 000 €*	*Verausgabt bis 2012 1 000 €*	*Bewilligt 2013 1 000 €*	*Nach 2013 übertra-gene Aus-gabereste 1 000 €*	*Veran-schlagt 2014 1 000 €*	*Vorbe-halten für 2015 ff 1 000 €*
1	*2*	*3*	*4*	*5*	*6*	*7*
1. Rom, Sanierung der Dienstgebäude (2. Nachtrag HU-Bau).......	*2 105*	*2 105*				
2. Sanierung der Dienstgebäude (3. Nachtrag HU-Bau)................	*19 580*	*2 282*	*4 000*	*10 400*	*2 300*	*598*
Zusammen...	*21 685*	*4 387*	*4 000*	*10 400*	*2 300*	*598*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0511 Tit. 739 01	*2 300*	*-*

F **811 01** -165	Erwerb von Fahrzeugen	*75*	*75*	*30*

Haushaltsvermerk:

Einnahmen aus der Erstattung der Umsatzsteuer fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0511 Tit. 811 01	*75*	*30*

F **812 01** -165	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)*	*35*	*35*	*38*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0511 Tit. 812 01	*35*	*38*

F **812 02** -165	*Erwerb von Anlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Software im Bereich Informationstechnik*	*80*	*31*	*359*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Ersatzbeschaffung	
1.1 Hardware..	*60*
1.2 Software...	*20*
Zusammen..	*80*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0511 Tit. 812 55	*31*	*359*

0513 Deutsches Archäologisches Institut

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Titelgruppe 01

Tgr. 01 Wissenschaftliche Unternehmungen und Veröffentlichungen sowie Beihilfen hierfür — (6 283) — (6 898)

Haushaltsvermerk:

1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 01.
2. Nach § 52 Satz 1 BHO und § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, daß Veröffentlichungen an Angehörige und Mitglieder des Instituts, an Institute und öffentliche Dienststellen zu wissenschaftlichen Austausch- und zu Werbezwecken sowie in Einzelfällen auch an andere Stellen und Persönlichkeiten, die ein sachliches Interesse nachweisen, gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich abgegeben werden.
3. Nach § 52 Satz 1 BHO und § 63 Abs. 4 BHO in Verbindung mit § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Teilnehmerinnen und Teilnehmern an wissenschaftlichen Unternehmungen und Veranstaltungen des DAI, Angehörigen und Mitgliedern des Instituts, aus Mitteln des Bundes geförderten deutschen und ausländischen Stipendiatinnen und Stipendiaten sowie sonstigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, deren Aufenthalt im Interesse des Instituts liegt, soweit dienstliche Gründe dies rechtfertigen, unentgeltlich amtliche Unterkunft unter gleichzeitigem Wegfall der nach dem BRKG zustehenden Übernachtungsgelder gewährt wird.

Erläuterungen:

Die Verteilung der Ausgaben auf die Zentrale, die Kommissionen und Abteilungen des Deutschen Archäologischen Instituts sowie auf die verschiedenen Vorhaben ist in einem Bewirtschaftungsplan festgelegt.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***427 19*** *-165*	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*1 100*	*1 100*	*1 306*

Erläuterungen:

1. *Vergütungen für Hilfskräfte für wissenschaftliche Unternehmungen*
2. *Vergütungen für Aushilfskräfte für Konservierungs- und Restaurierungsmaßnahmen gem. TVöD, davon: E.-Gr. 13: 4; E.-Gr. 9: 4; E.-Gr. 8: 4; E.-Gr. 6: 4,*

Löhne für Grabungsarbeiterinnen und -arbeiter sowie Grabungswächterinnen und Grabungswächter. Die in den Grabungsländern beschäftigten nichtdeutschen Ortskräfte werden entsprechend ihren Leistungen unter Berücksichtigung der ortsüblichen Entlohnung bezahlt.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0511 Tit. 427 19	*1 100*	*1 306*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***428 11*** *-165*	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*-*	*615*	*630*

Erläuterungen:

Es handelt sich um nur vorübergehend nach TVöD auf Zeit beschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für wissenschaftliche Unternehmungen.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0511 Tit. 428 11	*615*	*630*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F ***429 11*** *-165*	*Nicht aufteilbare Personalausgaben*	*822*	*822*	*1 067*

Erläuterungen:

Vergütungen für nicht unter den Geltungsbereich des TVöD fallende Zeitdienstverträge mit wissenschaftlichen Hilfskräften, deren Beschäftigung überwiegend ihrer weiteren Ausbildung dient.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0511 Tit. 429 11	*822*	*1 067*

F ***544 11*** *-165*	*Forschung, Untersuchungen und Ähnliches*	*291*	*291*	*452*

Erläuterungen:

Es handelt sich um Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Werkvertrag sowie um Vortragshonorare für nicht dem Deutschen Archäologischen Institut angehörende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0511 Tit. 544 11	*291*	*452*

F ***547 11*** *-165*	*Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben*	*4 070*	*4 070*	*5 223*

Haushaltsvermerk:

1. *Mehrausgaben zu Nr. 6 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 111 01.*
2. ***Beiträge von Publikationsbestellern sowie Erstattungen und Beiträge Dritter fließen den Ausgaben zu.***

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Ausgrabungen, Konservierungs- und Restaurierungsmaßnahmen	*3 506*
2. Wissenschaftliche Vorarbeiten...	*177*
3. Druckkosten...	*294*
4. Ankauf wissenschaftlicher Publikationen zu Tauschzwecken.........	*35*
5. Fotoarchive...	*58*
6. Ausgaben für die Herstellung von Fotos für Dritte.........................	*-*
Zusammen..	*4 070*

Die Ausgaben dienen insbesondere der Durchführung von Ausgrabungen, Konservierungs- und Restaurierungsmaßnahmen (Grabungsgeräte, Verbrauchsmaterial, Verpflegungskosten, Reisekosten und Reisebeihilfen für freie wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter), wissenschaftlichen Vorarbeiten (Bücher und Fotos als Druckvorlagen) und Druckkosten; Ankauf von wissenschaftlichen Publikationen für Tauschzwecke; Aufwendungen für die Fotoarchive.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0511 Tit. 547 11	*4 070*	*5 223*

0513 Deutsches Archäologisches Institut

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F ***821 11*** *-165*	*Grunderwerb und Ablösung von Rechten für die Durchführung von archäologischen Arbeiten*	-	-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0511 Tit. 821 11	*-*	*-*

Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel

F *511 55* *-165*	*Geschäftsbedarf und Datenübertragung sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Software, Wartung*		*243*	*391*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0511 Tit. 511 55	*243*	*391*

F *518 55* *-011*	*Miete für Datenverarbeitungsanlagen, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Maschinen, Software*		*10*	*9*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0511 Tit. 518 55	*10*	*9*

F *525 55* *-165*	*Aus- und Fortbildung*		*20*	*14*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0511 Tit. 525 55	*20*	*14*

Haushaltsvermerk:

In den Personaltiteln dieses Einzelplans sind folgende Aufwandsentschädigungen und Besondere Personalausgaben veranschlagt:

1. **Aufwandsentschädigungen**

1.1 Dienstaufwandsentschädigung für den Bundesminister in Höhe von jährlich 3 681,30 € (monatlich 306,78 €) bei folgendem Titel:

Kap. 0512 Tit. 421 11.

1.2 Dienstaufwandsentschädigung für die Staatsminister in Höhe von jährlich je 2 760,98 € (monatlich 230,08 €) bei folgendem Titel:

Kap. 0512 Tit. 421 11.

1.3 Aufwandsentschädigung für vom Dienst freigestellte Personalratsmitglieder bei folgenden Titeln:

Kap. 0512 Tit. 422 11, 422 12 und 428 11.

1.4 Aufwandsentschädigung gem. Anlage zu Epl. 05 (Übersicht 2) bei folgenden Titeln:

Kap. 0512 Tit. 422 21, 422 22, 422 23 und 428 21.

1.5 Sprachenaufwandsentschädigung bei folgenden Titeln:

Kap. 0512 Tit. 422 11, 422 12, 422 21, 422 22, 422 23, 428 11 und 428 21.

1.6 Aufwandsentschädigung nach der Aufwandsentschädigungsrichtlinie (AER) vom 15.12.1997 (GMB. 1998 S. 27) bei folgenden Titeln:

Kap. 0512 Tit. 422 11, 422 12, 422 21, 422 22, 422 23, 428 11 und 428 21.

2. **Besondere Personalausgaben**

2.1 Betreuung aller Beschäftigten, die am Heiligen Abend nach 18 Uhr Dienst verrichten (zentral für den gesamten Geschäftsbereich) bei folgendem Titel:

Kap. 0512 Tit. 428 11.

2.2 Verfügungsfonds für vom Dienst freigestellte Gleichstellungsbeauftragte gem. § 18 Abs. 4 BGleiG in Höhe von bis zu jährlich 312 € (monatlich 26 €) bei folgenden Titeln:

Kap. 0512 Tit. 422 11 und 428 11.

2.3 Besondere Zuwendungen an Beamtinnen und Beamte, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und Soldatinnen und Soldaten, die ohne Dienstbezüge bei den Vereinten Nationen verwendet werden, wenn ohne diese Zuwendung qualifiziertes Personal für eine derartige Verwendung nicht gefunden werden kann, bei folgenden Titeln:

Kap. 0512 Tit. 422 21 und 428 21.

Die Regelungen nach § 57 BBesG sind analog anzuwenden.

2.4 Außer- und übertarifliche Leistungen an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die mit Einwilligung des BMF gewährt werden, bei den Titeln der Gruppen 427 und 428.

2.5 Projektmaßnahmen und Zuschüsse zu Maßnahmen der beruflichen Qualifizierung und der Arbeitsvermittlung für mitausreisende Ehe- und Lebenspartner/innen von Beschäftigten des Auswärtigen Amtes, die unter das Gesetz über den Auswärtigen Dienst (GAD) fallen, bei folgendem Titel:

Kap. 0512 Tit. 539 29.

05 Übersicht 1
Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Kapitel, Titel (Titelgr.) sowie Zweckbestimmung	Ausgaben-soll 2014		a) Bis einschl. 31.12.2012 eingegangene Verpflichtungen fällig ab 2014 b) VE 2013 c) VE 2014	davon fällig					
				2014	2015	2016	2017	Folgejahre	in künftigen Haushaltsjahren
	1 000 €		1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €
1	2		3	4	5	6	7	8	9
Kapitel 0501									
Tgr. 01									
518 12 - Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	14 840	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	39 810	13 270	13 270	13 270	-	-	-
		c)	433 500		1 570	1 570	14 840	415 520	-
Tgr. 02									
687 21 - Transformationspartnerschaften Nordafrika/Naher Osten	37 872	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	91 200		45 600	30 400	15 200	-	-
687 23 - Demokratisierungs- und Ausstattungshilfe, Maßnahmen zur Förderung der Menschenrechte	22 800	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	14 500	5 500	5 000	4 000	-	-	-
		c)	18 500		8 000	6 500	4 000	-	-
687 27 - Maßnahmen der Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitungszusammenarbeit	30 000	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	27 500	9 400	7 700	5 100	5 300	-	-
		c)	35 900		16 300	12 900	6 700	-	-
687 28 - Leistungen im Rahmen des Stabilitätspaktes Afghanistan der Bundesregierung	180 000	a)	20 608	20 608	-	-	-	-	-
		b)	58 000	18 000	20 000	20 000	-	-	-
		c)	268 000		124 000	88 000	56 000	-	-
Tgr. 03									
687 32 - Für humanitäre Hilfsmaßnahmen im Ausland	303 000	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	69 000	58 000	11 000	-	-	-	-
		c)	327 200		140 200	112 200	74 800	-	-
687 34 - Unterstützung von internationalen Maßnahmen auf den Gebieten Krisenprävention, Friedenserhaltung und Konfliktbewältigung durch das Auswärtige Amt	93 128	a)	21 519	12 319	9 200	-	-	-	-
		b)	45 000	16 000	20 000	9 000	-	-	-
		c)	99 000		33 000	36 000	30 000	-	-
Tgr. 04									
687 40 - Maßnahmen der regionalen Zusammenarbeit	9 017	a)	1 775	1 775	-	-	-	-	-
		b)	9 730	4 350	3 100	2 280	-	-	-
		c)	5 180		1 560	1 240	2 380	-	-
687 43 - Energie- und Klimaaußenpolitik	7 000	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	1 691		1 103	588	-	-	-
687 48 - Afrika-Initiative im Rahmen des deutschen G8-Vorsitzes (2007)	7 988	a)	215	215	-	-	-	-	-
		b)	23 400	8 000	7 400	8 000	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
Summe des Kapitels 0501	1 484 397	a)	44 117	34 917	9 200	-	-	-	-
		b)	286 940	132 520	87 470	61 650	5 300	-	-
		c)	1 280 171		371 333	289 398	203 920	415 520	-
Kapitel 0502									
539 99 - Vermischte Verwaltungsausgaben	238	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	2 090		190	190	190	1 520	-

Kapitel, Titel (Titelgr.) sowie Zweckbestimmung	Ausgaben-soll 2014	a) Bis einschl. 31.12.2012 eingegangene Verpflichtungen fällig ab 2014 b) VE 2013 c) VE 2014		davon fällig 2014	2015	2016	2017	Folgejahre	in künftigen Haushaltsjahren
	1 000 €		1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €
1	2	3		4	5	6	7	8	9
Tgr. 01									
518 12 - Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	480	a)	4 290	330	330	330	330	2 970	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	4 290		330	330	330	3 300	-
687 14 - Deutsch-Italienischer Zukunftsfonds	1 000	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	500		200	200	100	-	-
687 15 - Förderung von Projekten zur Holocaust-Erinnerung	2 400	a)	60	30	30	-	-	-	-
		b)	90	30	30	30	-	-	-
		c)	3 925		675	675	675	1 900	-
687 16 - German Marshall Fund	567	a)	1 067	567	500	-	-	-	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
687 17 - Deutsch-Griechischer Zukunftsfonds	1 000	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	500		200	200	100	-	-
Tgr. 02									
546 21 - Kosten aus Anlass der deutschen G8-Präsidentschaft 2015	1 000	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	3 500		3 500	-	-	-	-
685 21 - Einrichtungen zur Pflege der Auslandsbeziehungen im Forschungs- und Wissenschaftsbereich	992	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	200		50	50	50	50	-
687 27 - Gesellschaftspolitische Maßnahmen der politischen Stiftungen	15 000	a)	13 500	8 100	5 400	-	-	-	-
		b)	10 800	2 700	2 700	5 400	-	-	-
		c)	31 500		6 900	9 600	15 000	-	-
687 28 - Intensivierung der europäischen Integration	2 000	a)	1 000	1 000	-	-	-	-	-
		b)	1 000	1 000	-	-	-	-	-
		c)	6 000		2 000	2 000	2 000	-	-
Summe des Kapitels 0502	85 609	a)	19 917	10 027	6 260	330	330	2 970	-
		b)	11 890	3 730	2 730	5 430	-	-	-
		c)	52 505		14 045	13 245	18 445	6 770	-
Kapitel 0504									
Tgr. 01									
681 11 - Stipendien, Austauschmaßnahmen und Beihilfen für Nachwuchswissenschaftler, Studierende und Hochschulpraktikanten aus dem Ausland sowie Betreuung und Nachbetreuung	16 154	a)	39 968	26 012	10 516	3 440	-	-	-
		b)	107 000	47 000	30 000	20 000	10 000	-	-
		c)	16 000		6 000	5 000	3 500	1 500	-
687 12 - Beziehungen zwischen deutschen und ausländischen Wissenschaftlern, Studierenden und Hochschulen einschließlich Gerätespenden an ausländische wissenschaftliche Institutionen	4 167	a)	20 750	11 650	9 100	-	-	-	-
		b)	35 000	12 500	10 000	7 500	5 000	-	-
		c)	3 000		1 500	1 000	500	-	-

05 Übersicht 1
Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Kapitel, Titel (Titelgr.) sowie Zweckbestimmung	Ausgaben-soll 2014	a) Bis einschl. 31.12.2012 eingegangene Verpflichtungen fällig ab 2014 b) VE 2013 c) VE 2014	davon fällig					
			2014	2015	2016	2017	Folgejahre	in künftigen Haushaltsjahren
	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €
1	2	3	4	5	6	7	8	9
687 14 - Sonstige Maßnahmen	1 673	a) 8 000	1 000	1 000	1 000	1 000	4 000	-
		b) 650	400	250	-	-	-	-
		c) 92		88	4	-	-	-
687 15 - Programmarbeit	23 415	a) 803	803	-	-	-	-	-
		b) 18 500	7 000	5 500	4 000	2 000	-	-
		c) 20 700		9 200	5 500	4 000	2 000	-
687 16 - Förderung der deutschen Sprache im Ausland sowie kultur- und bildungspolitische Förderung deutscher Minderheiten in MOE und GUS	13 779	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 6 000	3 500	1 500	1 000	-	-	-
		c) 6 000		3 500	1 500	1 000	-	-
687 17 - Internationale Aktivitäten gesellschaftlicher Gruppen und deutsch-ausländischer Kultureinrichtungen im Inland und Ausland	10 300	a) 1 626	1 626	-	-	-	-	-
		b) 11 550	5 350	3 600	2 600	-	-	-
		c) 9 500		4 500	3 000	2 000	-	-
Tgr. 02								
687 21 - Aufwendungen für Auslandsdienstlehrkräfte und Programmlehrkräfte	127 819	a) 126 054	87 409	38 645	-	-	-	-
		b) 245 000	67 000	86 000	64 000	7 000	21 000	-
		c) 161 600		44 100	43 000	42 000	32 500	-
687 22 - Zuwendungen an Schulen im Ausland	39 800	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 109 000	34 500	35 000	39 500	-	-	-
		c) 102 500		31 500	32 500	33 500	5 000	-
687 27 - Aus- und Fortbildung, Förderung der internationalen Zusammenarbeit und sonstige Ausgaben im schulischen Bereich	13 442	a) 137	124	13	-	-	-	-
		b) 4 450	2 500	1 200	750	-	-	-
		c) 4 450		2 500	1 200	750	-	-
Tgr. 04								
681 41 - Stipendien für Deutsche Kulturakademie Tarabya, Istanbul	210	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) 75		75	-	-	-	-
687 40 - Goethe-Institut e. V., München - Betrieb und operative Mittel	196 571	a) 12 081	4 223	2 651	2 112	1 191	1 904	-
		b) 21 700	8 000	5 500	3 500	1 800	2 900	-
		c) 14 900		5 500	3 500	1 800	4 100	-
687 46 - Alexander von Humboldt Stiftung, Bonn - Betrieb und operative Mittel	35 775	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) 23 000		10 000	7 000	4 000	2 000	-
687 48 - Deutscher Akademischer Austauschdienst e. V., Bonn - Betrieb und operative Mittel	162 629	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) 165 000		65 000	50 000	35 000	15 000	-
Tgr. 03								
739 31 - Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	19 705	a) 10 000	7 000	3 000	-	-	-	-
		b) 16 900	3 000	7 000	6 900	-	-	-
		c) 15 000		5 000	5 000	5 000	-	-

Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Kapitel, Titel (Titelgr.) sowie Zweckbestimmung	Ausgaben-soll 2014		a) Bis einschl. 31.12.2012 eingegangene Verpflichtungen fällig ab 2014 b) VE 2013 c) VE 2014	davon fällig 2014	2015	2016	2017	Folgejahre	in künftigen Haushaltsjahren
	1 000 €		1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €
1	2		3	4	5	6	7	8	9
896 31 - Zuschüsse zu Baumaßnahmen	9 000	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	4 000	2 000	2 000	-	-	-	-
		c)	6 000		3 000	3 000	-	-	-
Summe des Kapitels 0504	772 605	a)	219 419	139 847	64 925	6 552	2 191	5 904	-
		b)	579 750	192 750	187 550	149 750	25 800	23 900	-
		c)	547 817		191 463	161 204	133 050	62 100	-
Kapitel 0511									
526 02 - Sachverständige, Ausgaben für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen	512	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	25		25	-	-	-	-
Summe des Kapitels 0511	172 275	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	25		25	-	-	-	-
Kapitel 0512									
Tgr. 01									
518 12 - Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	43 400	a)	466 158	12 835	15 484	15 484	15 484	406 871	-
		b)	129 665	42 555	42 555	42 555	2 000	-	-
		c)	292 434		58 039	58 039	52 484	123 872	-
Tgr. 01									
812 12 - Erwerb von Anlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Software im Bereich Informationstechnik	15 800	a)	163	163	-	-	-	-	-
		b)	8 000	5 000	3 000	-	-	-	-
		c)	9 000		5 000	4 000	-	-	-
823 11 - Energie Contracting	342	a)	2 394	342	342	342	342	1 026	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
Tgr. 02									
518 21 - Mieten und Pachten	50 000	a)	37 309	13 511	7 398	4 656	3 079	8 665	-
		b)	50 000	7 500	7 500	7 500	6 500	21 000	-
		c)	108 000		8 000	8 000	8 000	50 000	34 000
711 21 - Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	30 867	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	2 945	2 945	-	-	-	-	-
		c)	8 000		8 000	-	-	-	-
739 21 - Baumaßnahmen	39 640	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	25 000	13 000	12 000	-	-	-	-
		c)	25 000		13 000	12 000	-	-	-
821 21 - Erwerb von Liegenschaften im Ausland	14 193	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	5 000	5 000	-	-	-	-	-
		c)	5 000		5 000	-	-	-	-
Summe des Kapitels 0512	1 088 252	a)	506 024	26 851	23 224	20 482	18 905	416 562	-
		b)	220 610	76 000	65 055	50 055	8 500	21 000	-
		c)	447 434		97 039	82 039	60 484	173 872	34 000

05 Übersicht 1
Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Kapitel, Titel (Titelgr.) sowie Zweckbestimmung	Ausgaben-soll 2014		a) Bis einschl. 31.12.2012 eingegangene Verpflichtungen fällig ab 2014 b) VE 2013 c) VE 2014	davon fällig					
				2014	2015	2016	2017	Folge-jahre	in künftigen Haushalts-jahren
	1 000 €		1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €
1	2		3	4	5	6	7	8	9
Kapitel 0513									
681 01 - Stipendien	600	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	160	160	-	-	-	-	-
		c)	160		160	-	-	-	-
Summe des Kapitels 0513	30 317	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	160	160	-	-	-	-	-
		c)	160		160	-	-	-	-
Summe des Einzelplans 05	3 633 455	a)	789 477	211 642	103 609	27 364	21 426	425 436	-
		b)	1 099 350	405 160	342 805	266 885	39 600	44 900	-
		c)	2 328 112		674 065	545 886	415 899	658 262	34 000

Übersicht 2 05

Grundsätze für die Berechnung der Aufwandsentschädigung der entsandten Bediensteten der diplomatischen und konsularischen Vertretungen

1. Die Bediensteten bei den Vertretungen des Bundes im Ausland erhalten monatlich eine nach den Erfordernissen des einzelnen Dienstpostens abgestufte Aufwandsentschädigung.
   Auf die Aufwandsentschädigung besteht kein Rechtsanspruch.
   Die Höhe der Aufwandsentschädigung für die Leiterin oder Leiter der Auslandsvertretungen bestimmt sich nach einer besonderen Aufstellung, der der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages zugestimmt hat.
   Werden im Laufe des Haushaltsjahres Vertretungen im Ausland neu errichtet oder umgewandelt, können mit Einwilligung des Bundesministeriums der Finanzen neue Aufwandsentschädigungen festgesetzt werden.
   Die Aufwandsentschädigung wird während der Dauer der Zugehörigkeit zu einer Auslandsvertretung gewährt, § 52 BBesG gilt entsprechend. 1)
   Die Aufwandsentschädigung wird um 1/60 des Jahresbetrages pauschal für Abwesenheiten aus dienstlichen Gründen und Zeiten anderweitiger Nichtwahrnehmung der Dienstgeschäfte gekürzt.

2. Die Aufwandsentschädigung beträgt:

		Aufwandsent. der Leiterin o. des Leiters der dipl. oder sonst. nicht-konsul. Vertretung in Prozent	Aufwandsent. der Leiterin o. des Leiters der konsularischen Vertretung in Prozent
	1	2	3
2.1	**Für**		
	Beamtinnen und Beamte in Bes.-Gr. B 6	14	-
	Beamtinnen und Beamte in Bes.-Gr. B 3	12	-
	Beamtinnen und Beamte in Bes.-Gr. A 16, A 15, außertarifliche und tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Entgeltgruppen AT B und E 15	10	20
	Beamtinnen und Beamte in Bes.-Gr. A 14, A 13 und tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Entgeltgruppen E 14 und E 13	6	12
	Beamtinnen und Beamte in Bes.-Gr. A 12, A 11 und tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Entgeltgruppen E 12 und E 11	4	8
	Beamtinnen und Beamte in Bes.-Gr. A 10, A 9 und tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Entgeltgruppen E 10 und E 9	3	5
	Beamtinnen und Beamte in Bes.-Gr. A 8 bis A 6 und tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Entgeltgruppen E 8 bis E 5	2	3
	Beamtinnen und Beamte in Bes.-Gr. A 5 bis A 1, tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Entgeltgruppen E 3 und E 2 und Lohnempfängerinnen und Lohnempfänger	1	2
	oder		
3.	**Vom Tage der Bestellung an für eine der nachstehenden Funktionen:**		
3.1	ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer Auslandsvertretung:		
	Beamtinnen und Beamte in Bes.-Gr. B 6 und vergleichbare außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	45	-
	Beamtinnen und Beamte in Bes.-Gr. B 3 und vergleichbare außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	40	55
	Beamtinnen und Beamte in Bes.-Gr. A 16 bis A 9 g und tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Entgeltgruppen AT B bis E 6	35	45
3.2	Leiterin oder Leiter des Wirtschaftsdienstes:		
	Beamtinnen und Beamte in Bes.-Gr. B 3, A 16, A 15, außertarifliche und tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Entgeltgruppen AT B und E 15	13	27
	Für die Leiterin oder den Leiter des Wirtschaftsdienstes bei der Botschaft Washington und bei der GATT/WTO-Einheit der Ständigen Vertretung Genf beträgt der Vomhundertsatz unter Zugrundelegung der obigen Aufwandsentschädigung 25 Prozent der Aufwandsentschädigung der Leiterin oder des Leiters der Botschaft Washington bzw. der Ständigen Vertretung Genf.		
	Beamtinnen und Beamte in Bes.-Gr. A 14 und tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Entgeltgruppe E 14	10	27
	Beamtinnen und Beamte in Bes.-Gr. A 13 h und tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Entgeltgruppe E 13	9	22
3.3	Kanzler als Leiterin oder Leiter der Verwaltung:		
	Beamtinnen und Beamte in Bes.-Gr. A 13 g	8	16
	Beamtinnen und Beamte in Bes.-Gr. A 12, A 11	6	12
3.4	Beamtinnen und Beamte zur Wahrnehmung der Kanzlergeschäfte: in Bes.-Gr. A 10, A 9 g	5	10

05 Übersicht 2
Grundsätze für die Berechnung der Aufwandsentschädigung der entsandten Bediensteten der diplomatischen und konsularischen Vertretungen

	Aufwandsent. der Leiterin o. des Leiters der dipl. oder sonst. nicht-konsul. Vertretung in Prozent	Aufwandsent. der Leiterin o. des Leiters der konsularischen Vertretung in Prozent
1	2	3
3.5 Erste Sachbearbeiterin oder erster Sachbearbeiter in Konsular-, Wirtschafts- und Kulturangelegenheiten, wenn neben der Leiterin oder dem Leiter der Vertretung keine entsprechende Fachreferentin oder entsprechender Fachreferent vorhanden sind 3) sowie Beamtinnen und Beamte bei Honorarkonsularbeamtinnen und Honorarkonsularbeamten zur Wahrnehmung konsularischer Aufgaben 3) 4):		
Beamtinnen und Beamte in Bes.-Gr. A 13 g und tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Entgeltgruppe E 13..	7	14
Beamtinnen und Beamte in Bes.-Gr. A 12 bis A 9 g und tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Entgeltgruppen E 12 bis E 10...	5	9
3.6 Leiterin oder Leiter von Außenstellen und Dienststellen mit konsularischen Aufgaben: Beamtinnen und Beamte in Bes.-Gr. A 14 bis A 9 g..	10	15

1) Tritt eine Missionschefin oder ein Missionschef unmittelbar nach Übergabe seines Beglaubigungsschreibens bzw. nach seinem Dienstantritt einen Urlaub an, ohne am neuen Dienstort bereits Wohnsitz genommen zu haben, wird die Aufwandsentschädigung erst vom Tage der tatsächlichen Aufnahme der Dienstgeschäfte an gezahlt.
2) Dies gilt auch für Beamtinnen und Beamte des mittleren Dienstes, die die Laufbahnprüfung für den gehobenen Dienst abgelegt, die Einführungszeit für diesen Dienst jedoch noch nicht beendet haben.
3) Bemessungsgrundlage ist die Aufwandsentschädigung des Leiters der übergeordneten berufsdiplomatischen bzw. berufskonsularischen Auslandsvertretung.

Für die dem Leiter der Vertretung bei der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in Paris nachgeordneten Bediensteten sind die obigen Hundertsätze unter Zugrundelegung der Bemessungsgrundlage der Aufwandsentschädigung für die dem Botschafter bei der Französischen Republik in Paris nachgeordneten Bediensteten anzuwenden; der Hundertsatz für den ständigen Vertreter des Leiters der Vertretung bei der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in Paris beträgt jedoch 22 Prozent.

Der zum Leiter der deutschen Gruppe bei einer Schutzmachtvertretung (siehe Artikel 45 c des Wiener Übereinkommens über Konsularische Beziehungen (WÜK) vom 18. April 1961 sowie Artikel 27 (1) c des Wiener Übereinkommens über Konsularische Beziehungen (WÜK) vom 24. April 1963) für deutsche Interessen bestellte Beamte oder Angestellte erhält den Hundertsatz der Aufwandsentschädigung gemäß Ziffer 3.1; die übrigen Bediensteten die Hundertsätze gemäß Ziffer 2.1 bzw. 3.2 ff.

Beamtinnen und Beamte und tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer als Leiterin oder Leiter einer funktionell selbstständigen Delegation der Bundesrepublik Deutschland, für die im Haushaltsplan besondere Planstellen und Stellen ausgewiesen sind, erhalten eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 75 Prozent der Aufwandsentschädigung der Leiterin oder des Leiters der Auslandsvertretung, der die Delegation organisatorisch zugeordnet ist, die übrigen Bediensteten die Hundertsätze gemäß Ziffer 2.1.

4. Beamtinnen und Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (Anwärter) erhalten 75 Prozent der Aufwandsentschädigung einer Beamtin oder eines Beamten im Eingangsamt ihrer Laufbahn.

5. Ist die Leiterin oder der Leiter einer Auslandsvertretung aus dienstlichem Anlass länger als 14 Tage vom Amtsbezirk abwesend oder aus anderen Gründen länger als 14 Tage an der Ausübung seiner Dienstgeschäfte verhindert, wird der ihn vertretenden Beamtin oder dem ihn vertretenden Beamten oder tariflichen Arbeitnehmerin oder Arbeitnehmer eine besondere Aufwandsentschädigung (Vertreterzulage) gewährt. Sie beträgt
   - bei diplomatischen oder sonstigen nichtkonsularischen Vertretungen 15 Prozent
   - bei Generalkonsulaten und Konsulaten 10 Prozent

   der dem Vertreter für die Dauer der Vertretung insgesamt gezahlten Dienstbezüge (ohne Zuschlag nach der Tabelle in Anlage VI.2 BBesG und Mietzuschuss) und Aufwandsentschädigung.
   Eine besondere Aufwandsentschädigung in Höhe der Vertreterzulage nach Absatz 1 erhält auch die Beamtin oder der Beamte oder die tarifliche Arbeitnehmerin oder der Arbeitnehmer, der während eines Zeitraumes von mehr als 14 Tagen die Geschäfte der Leiterin oder des Leiters einer Auslandsvertretung wegen dessen Abberufung, Abordnung oder Tod auftragsweise wahrnimmt. Vom Beginn des dritten Monats an wird die Vertreterzulage in diesem Fall
   - bei diplomatischen oder sonstigen nichtkonsularischen Vertretungen auf 25 Prozent
   - bei Generalkonsulaten und Konsulaten auf 15 Prozent erhöht.
   - Die Vertreterzulage und Aufwandsentschädigung zusammen dürfen hierbei 75 Prozent der Aufwandsentschädigung der Leiterin oder des Leiters der Auslandsvertretung nicht übersteigen.

Ist die nach Absatz 2 Satz 1 gewährte Vertreterzulage höher, so wird diese weiter gewährt. Wurde bereits länger als zwei Monate Vertreterzulage nach Abs. 1 gewährt, so wird die erhöhte Vertreterzulage frühestens vom Zeitpunkt der Abberufung, der Abordnung oder des Todes des Vertretenen an gezahlt. Eine besondere Aufwandsentschädigung bis zur Höhe der Vertreterzulage nach Absatz 2 kann auch der Leiterin oder dem Leiter der deutschen Gruppe bei einer Schutzmachtvertretung von der Übernahme der Dienstgeschäfte an gezahlt werden, wenn der Umfang seiner amtlichen Repräsentation dies rechtfertigt.

6. Zur Dienstleistung bei einer Auslandsvertretung abgeordnete Bedienstete, Beamtinnen und Beamte zur Anstellung sowie Aufstiegsbeamtinnen und Aufstiegsbeamte während der Ableistung der Vorbereitungszeit zur Übernahme in die nächsthöhere Laufbahn erhalten die Aufwandsentschädigung mit den für den Ort der Dienstleistung maßgebenden Sätzen. Ein/e zur Vertretung eines Missionschefs

abgeordnete/r Beamtin oder Beamter bzw. tarifliche Arbeitnehmerin oder Arbeitnehmer erhält die Aufwandsentschädigung gemäß Abschn. 3.1 und, sofern die Voraussetzungen vorliegen, gemäß Abschn. 5. § 52 BBesG gilt entsprechend.

7. Die an das Auswärtige Amt abgeordneten und einer Auslandsvertretung zur Dienstleistung zugeteilten Bediensteten anderer Ressorts erhalten die Aufwandsentschädigung mit den für den Ort der Dienstleistung maßgebenden Sätzen. Diese Regelung gilt nicht für Bedienstete anderer Ressorts, die einer Auslandsvertretung zwecks Ableistung einer Probezeit, zur Teilnahme an Lehrgängen oder aus ähnlichen Gründen zugeteilt werden, es sei denn, sie werden ausdrücklich im Zuteilungserlass beauftragt, einen bestimmten, im Ordnungsplan einer Auslandsvertretung vorgesehenen Dienstposten ihrer Laufbahn vertretungsweise oder aushilfsweise wahrzunehmen. Sie erhalten dann 85 Prozent der Aufwandsentschädigung einer Beamtin oder eines Beamten im Eingangsamt ihrer Laufbahn.

8. Die Aufwandsentschädigung beträgt für Beamtinnen und Beamte, mit Ausnahme der Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst, für tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie für Lohnempfängerinnen und Lohnempfänger mindestens 92 €.

9. Die Aufwandsentschädigung wird bei verheirateten oder verpartnerten Bediensteten für den am Auslandsdienstort bei gemeinsamer Wohnung überwiegend anwesenden Ehegatten oder Lebenspartner um 20 Prozent, mindestens um 92 €, erhöht. Die Aufwandsentschädigung wird auf volle €-Beträge aufgerundet.

10. Das Auswärtige Amt ist ermächtigt, die im Einzelfall auszuzahlende Aufwandsentschädigung im Hinblick auf ihre Zweckbindung bis zur Höhe der sich nach den Abschnitten 1. bis 9. errechnenden Beträge den jeweiligen besonderen Umständen und dienstlichen Erfordernissen anzupassen.

Personalhaushalt

Einzelplan 05

Auswärtiges Amt

Inhalt

Kapitel	B e z e i c h n u n g	Seite
	Vorbemerkungen zum Personalhaushalt	122
	Gesamtübersicht	123
0512	Bundesministerium	124
0513	Deutsches Archäologisches Institut	133
	<u>Übersichten</u>	
	Darstellung der den Planstellen zugeordneten Amtsbezeichnungen	136
	Stellenübersichten der Zuwendungsempfänger:	
0504	Pflege kultureller Beziehungen zum Ausland	138

Vorbemerkungen zum Personalhaushalt

1. Ersatz(plan)stellen werden zahlenmäßig in einer eigenen Spalte der Übersichten der ku- und kw-Vermerke in der Gesamtübersicht und in den einzelnen Kapiteln nachgewiesen.

   Ersatz(plan)stellen im Zusammenhang mit der Gewährung von Altersteilzeit sind mit dem Vermerk "kw mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten" ausgewiesen.

   Die sonstigen Ersatz(plan)stellen sind in der Übersicht mit der Kurzformulierung "Ersatzplanstelle" bzw."Ersatzstelle" ausgewiesen, die Kurzformulierung entspricht dabei dem folgenden Wortlaut eines kw-Vermerks:

   - bei Titeln der Gruppe 422: kw - nach Rückkehr der abgeordneten Beschäftigten - mit Übernahme der Ersatzkräfte in eine freie oder die nächste frei werdende Planstelle ihrer Besoldungsgruppe oder mit Versetzung der Beschäftigten oder ihrem Ausscheiden aus dem Dienst

   - bei Titeln der Gruppe 428: kw - nach Rückkehr der abgeordneten Beschäftigten - mit Übernahme der Ersatzkräfte in eine freie oder die nächste frei werdende Stelle ihrer Entgeltgruppe oder Planstelle der entsprechenden Besoldungsgruppe oder mit Versetzung der Beschäftigten oder ihrem Ausscheiden aus dem Dienst

2. AT B ist die Kurzbezeichnung für Arbeitsverhältnisse mit Verträgen nach Anlage 1a oder 1b des BMI-Rundschreibens vom 18. November 2005 - D II 2 - 220 234 - in der jeweils geltenden Fassung.

3. Anzahl der im Haushaltsjahr 2012 eingesetzten Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen (umgerechnet auf vollbeschäftigte Arbeitskräfte im Haushaltsjahr) und Auszubildende (Jahresdurchschnitt):

Kapitel	Titel	Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen	Auszubildende
0504	427 29	72,2	-
0512	427 19	80,1	83,0
0512	427 29	676,9	-
0513	427 09	6,0	-
0513	427 19	28,0	-
Zusammen		863,2	83,0

4. Arbeitsplatzbeschreibungen für die Stellen der Gruppe 428 des Einzelplans (einschließlich der Stellen der institutionell geförderten Zuwendungsempfänger/Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO) liegen vor.

Gesamtübersicht

Planstellen, Stellen, Leerstellen

Kap.	Behörde	Beamtinnen und Beamte Tit. 422 .1		Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Tit. 428 .1		Zusammen (Spalten 3 bis 6)	
		2014	2013	2014	2013	2014	2013
1	2	3	4	5	6	7	8
	Planstellen und Stellen						
0512	Bundesministerium	4 308,5	4 270,0	2 324,1	2 371,6	6 632,6	6 641,6
0513	Deutsches Archäologisches Institut	98,0	98,0	91,5	101,5	189,5	199,5
	Zusammen	4 406,5	4 368,0	2 415,6	2 473,1	6 822,1	6 841,1
	Leerstellen						
0512	Bundesministerium	217,0	218,0	128,0	132,0	345,0	350,0
0513	Deutsches Archäologisches Institut	4,0	5,0	1,5	1,5	5,5	6,5
	Zusammen	221,0	223,0	129,5	133,5	350,5	356,5

ku- und kw-Vermerke

Kap.	Dienststelle	Zusammen	davon fällig					Ersatz(plan)-stellen	Sonstige
			2014	2015	2016	2017	2018 ff.		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
	ku-Vermerke								
0512	Bundesministerium	34,0	-	-	6,0	15,0	13,0	-	-
	kw-Vermerke								
0512	Bundesministerium	104,0	-	20,0	4,0	-	-	43,0	37,0
0513	Deutsches Archäologisches Institut	2,0	-	-	-	-	-	1,0	1,0
	Zusammen	106,0	-	20,0	4,0	-	-	44,0	38,0

Institutionell geförderte Zuwendungsempfänger / Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO

Kap.	Kapitelbezeichnung	Stellen mit Dauerarbeitskräften besetzbar				Stellen für Arbeitskräfte mit befristeten Arbeitsverträgen	
		Tit. 422 .1, 425 .1, 426 .1, 428 .1 sowie entsprechende Kontierung im Wirtschaftsplan		Tit. 425 .1, 426 .1, 428 .1 (Projektförderung / Aufträge Dritter)		Tit. 427 .9 (Projektförderung / Aufträge Dritter)	
		2014	2013	2014	2013	2014	2013
1	2	3	4	5	6	7	8
0502	Bilaterale Zusammenarbeit und Pflege der Auslandsbeziehungen	92,9	92,9	-	1,0	-	1,0
0504	Pflege kultureller Beziehungen zum Ausland	2 118,1	2 114,6	18,3	55,0	-	9,0
	Zusammen	2 211,0	2 207,5	18,3	56,0	-	10,0

0512 Bundesministerium

Haushaltsvermerk:

Zu Kap. 0512

Die in den Tgr. 01 und 02 ausgebrachten Planstellen und Stellen dürfen im Umfang von bis zu 50 Prozent des Stellensolls der einzelnen Besoldungs- bzw. Entgeltgruppen zur gegenseitigen Verstärkung herangezogen werden. Ab einer Inanspruchnahme von 25 Prozent ist die Einwilligung des Bundesministeriums der Finanzen erforderlich.

Tgr. 01 - Inland

Planstellen-/Stellenübersicht														
Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr										von Sp. 2 entfallen auf Funktions-gruppen
				Neue Stellen, Stellenwegfall				Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken		Hebungen, Herabstufungen		Umwandlungen, Umsetzungen		
				ohne ku/ kw-Vermerke		und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken								
				+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 11														
Beamtinnen und Beamte														
B 11	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 9	12,0	11,0	11,0	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-
B 6	24,0	25,0	20,0	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-
B 3	60,0	61,0	58,0	-	-	1,0	-	-	2,0	-	-	-	-	-
A 16	55,0	57,0	58,0	-	-	-	-	-	2,0	-	-	-	-	-
A 15	162,0	163,0	151,2	1,0	-	3,0	-	-	5,0	-	-	-	-	-
A 14	113,0	113,0	110,2	2,0	-	-	-	-	2,0	-	-	-	-	-
A 13 h	80,0	84,0	59,4	-	-	-	-	-	4,0	-	-	-	-	-
A 13 g	224,0	222,0	186,4	-	-	-	-	-	1,0	3,0	-	-	-	-
A 12	86,0	86,0	112,6	-	-	-	-	-	-	3,0	3,0	-	-	-
A 11	60,0	65,0	55,1	-	-	-	-	-	2,0	-	3,0	-	-	-
A 10	39,0	40,0	36,0	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
A 9 g	33,5	34,5	38,1	-	-	1,0	-	-	2,0	-	-	-	-	-
A 9 m+Z	47,0	46,0	34,8	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-
A 9 m	104,5	106,0	92,6	-	-	-	-	-	-	2,0	1,0	-	2,5	-
A 8	47,0	48,0	60,0	-	-	-	-	-	-	1,0	2,0	-	-	-
A 7	81,0	83,0	25,2	-	-	-	-	-	1,0	-	1,0	-	-	-
A 6 m	48,0	48,0	49,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 6 e	23,0	23,0	20,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 5	34,0	34,0	23,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 4	29,5	29,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	1 364,5	1 381,0	1 202,6	3,0	-	5,0	-	-	22,0	11,0	11,0	-	2,5	-
Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer														
C 3	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
C 2	-	-	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
W 3	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
W 2	3,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	4,0	4,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	1 368,5	1 385,0	1 206,6	3,0	-	5,0	-	-	22,0	11,0	11,0	-	2,5	-
Titel 428 11 - Erläuterungen														
Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
AT (B 6)	1,0	-	1,0	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-
AT (B 3)	1,0	1,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
AT B	9,0	9,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	11,0	10,0	7,0	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 15	22,0	22,0	24,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 14	29,0	30,0	26,0	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
E 13	14,0	14,0	33,4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 12	34,8	34,8	22,4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 11	35,5	36,5	43,8	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
E 10	9,0	9,0	11,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 9	74,8	74,8	72,3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 8	52,0	55,0	74,0	-	-	-	-	-	3,0	-	-	-	-	-
E 7	-	-	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 6	43,0	44,0	124,7	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
E 5	250,5	252,5	127,0	-	-	-	-	-	2,0	-	-	-	-	-
E 4	12,5	14,0	16,1	-	1,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 3	56,5	57,0	95,1	-	0,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 2	27,0	31,0	23,2	-	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	660,6	674,6	697,0	-	6,0	-	-	-	8,0	-	-	-	-	-
Insgesamt	671,6	684,6	704,0	-	6,0	1,0	-	-	8,0	-	-	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 422 11

1. Gemäß haushaltsgesetzlicher Regelung dürfen - abweichend von § 50 Abs. 3 BHO - bis zu 5 Soldatinnen oder Soldaten im Wege der Kommandierung beschäftigt werden, wobei vom Auswärtigen Amt die Stellenzulage für Verwendungen bei obersten Bundesbehörden zu zahlen ist.
2. **Zu W 3 und W 2:**
   Es wird zugelassen, dass die Planstelle der Bes.-Gr. W 3 mit einer Lehrkraft der Bes.-Gr. C 3 und die Planstellen der Bes.-Gr. W 2 mit Lehrkräften der Bes.-Gr. C 2 besetzt werden dürfen.
3. Die folgenden Planstellen dürfen nur mit Überhangpersonal besetzt werden: **5,0 A 12,** 2,0 A 11, 1,0 A 7 (Zusammen: **8,0**)

Zu Titel 428 11

1. **Zu E 2 bis E 8:**
   Von neu eingestellten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die mit dem Ziel der Auslandsverwendung als Fremdsprachenassistentinnen und Fremdsprachenassistenten eingestellt, aber nach Ablauf von 12 Monaten noch nicht sofort ins Ausland versetzt werden können, dürfen bis zu **50** Arbeitnehmer/innen der E.-Gr. E 6 und E 7 übertariflich auf Stellen der E.-Gr. E 2 bis E 6 geführt werden.
2. Von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die von den Auslandsvertretungen aus zwingenden dienstlichen, gesundheitlichen oder sonstigen Gründen in das Auswärtige Amt zurückversetzt werden müssen und für die im Zeitpunkt der Rückkehr keine ihrer bisherigen Entgeltgruppe entsprechende Stelle verfügbar ist, dürfen im allgemeinen Verwaltungsdienst, Bürodienst, Registraturdienst, Schreibdienst
   bis zu 20 Arbeitnehmer/innen der E.-Gr. E 6,
   bis zu 10 Arbeitnehmer/innen der E.-Gr. E 7,
   bis zu 97 Arbeitnehmer/innen der E.-Gr. E 8,
   bis zu 33 Arbeitnehmer/innen der E.-Gr. E 9 und
   bis zu 5 Arbeitnehmer/innen der E.-Gr. 10
   übertariflich auf Stellen der E.-Gr. E 2 bis E 8 geführt werden.
3. Die Kräfte sind auf die nächsten frei werdenden Stellen ihrer Entgeltgruppe zu setzen.

Erläuterungen:

Zu Titel 422 11

Zu Spalte 4:
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
1,0 B6; 1,0 B3; 1,5 A14; 16,9 A13h; 2,0 A13g; 1,0 A12; 1,0 A11; 0,5 A10; 0,5 A9g; 21,1 A6m; 10,5 A5; 28,5 A4 (Zusammen: 85,5).

Zu Titel 428 11

Zu Spalte 4:
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
1,0 AT(B6); 1,0 AT(B3); 1,5 E14; 18,9 E13; 2,0 E11; 0,5 E10; 0,5 E9; 1,0 E7; 1,4 E6; 28,2 E5; 8,0 E4; 21,5 E3 (Zusammen: 85,5).

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 422 11				
			1.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
A 15...................	1,0	2,0	1.1	EU-Kommission
A 13 g................	2,0	2,0		
A 8.....................	1,0	1,0		
B 9.....................	1,0	1,0	1.4	Europäischer Auswärtiger Dienst (EAD)
B 6.....................	5,0	3,0		
B 3.....................	2,0	1,0		
A 16	2,0	-		
A 15...................	8,0	3,0		
A 14...................	4,0	2,0		
A 12...................	-	1,0	1.5	Global Fund i. O.
B 9.....................	-	1,0	1.6	Internationaler Stab (IS) der NATO
A 12...................	1,0	-	1.7	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)
A 14...................	-	1,0	1.8	Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion des Deutschen Bundestages
A 15...................	1,0	1,0	1.9	CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages

0512 Bundesministerium

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
A 14..................	-	1,0		
A 14..................	1,0	1,0	1.10	CTBTO (Comprehensive Test Ban Treaty Organisation)
A 16..................	-	1,0	1.11	FDP-Fraktion des Deutschen Bundestages
B 6.....................	1,0	1,0	1.12	SPD-Fraktion des Deutschen Bundestages
B 9.....................	1,0	-	1.13	VN MONUSCO (United Nations Organization Stabilization Mission in the Democratic Republic of Congo)
B 9.....................	-	1,0	1.16	VN UNAMI (United Nations Assistance Mission Iraq)
A 14..................	1,0	1,0	1.17	Europäische Investitionsbank (EIB)
Zusammen.........	32,0	25,0		
			2.	**Sonstige Beurlaubung**
B 9.....................	2,0	2,0	2.1	Bundeskanzleramt
B 6.....................	2,0	1,0		
B 3.....................	2,0	3,0		
A 16..................	4,0	3,0		
A 15..................	7,0	7,0		
A 14..................	4,0	2,0		
A 13 h...............	-	1,0		
B 9.....................	1,0	1,0	2.2	Bundespräsidialamt
B 3.....................	2,0	3,0		
A 16..................	4,0	3,0		
A 15..................	1,0	2,0		
A 13 h...............	2,0	1,0		
A 10..................	1,0	1,0		
Zusammen.........	32,0	30,0		
			3.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	153,0	163,0	3.1	gemäß §§ 90, 92, 95 BBG, § 7 DBeglG, § 6 MuSchEltZV, § 24 GAD
Insgesamt..........	217,0	218,0		
Zu Titel 428 11				
			1.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	125,0	128,0	1.1	gemäß § 28 TVöD, § 9 UmzugsTV, § 15 BEEG, § 24 GAD
			2.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
E 11....................	-	1,0	2.2	FDP-Fraktion des Deutschen Bundestages
E 11....................	1,0	1,0	2.4	SPD-Fraktion des Deutschen Bundestages
AT B..................	1,0	1,0	2.5	Europäische Investitionsbank (EIB)
Zusammen.........	2,0	3,0		
			3.	**Sonstige Beurlaubung**
E 11....................	1,0	1,0	3.1	Bundespräsidialamt
Insgesamt..........	128,0	132,0		

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014		2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Soll	Ersatz-(plan)st.				
1	2	3	4	5	6	7
Zu Titel 422 11						
					ku	
				1.	**ku 31.12.2016**	
				1.1	in Bes.-Gr. A 15	
A 16..................	6,0	-	6,0	1.1.1	-	-
				2.	**ku 31.12.2017**	
				2.1	in Bes.-Gr. A 15	
A 16..................	15,0	-	15,0	2.1.1	-	-
Zusammen.......	21,0	-	21,0			
					kw	
				1.	**kw mit Wegfall der Aufgabe**	
A 16..................	1,0	-	1,0	1.1	-	-
				2.	**kw**	
B 3.....................	-	-	2,0	2.1	Ersatzplanstelle	Wegfall des Vermerks
A 16..................	-	-	3,0			Wegfall des Vermerks
A 15..................	-	-	10,0			Wegfall des Vermerks
A 14..................	-	-	3,0			Wegfall des Vermerks
A 13 h..............	-	-	2,0			Wegfall des Vermerks
A 13 g..............	-	-	2,0			Wegfall des Vermerks
A 11..................	-	-	1,0			Wegfall des Vermerks

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
1	2	3	4	5	6	7
				2.2	Ersatzplanstelle	
B 3....................	1,0	1,0	-	2.2.1	-	Wirksamwerden des Vermerks, Aufnahme des Vermerks, Neue Planstelle
A 16..................	1,0	1,0	-			Wirksamwerden des Vermerks, Aufnahme des Vermerks
A 15..................	6,0	6,0	-			Wirksamwerden des Vermerks, Aufnahme des Vermerks
A 14..................	1,0	1,0	-			Wirksamwerden des Vermerks, Aufnahme des Vermerks
A 13 h...............	2,0	2,0	-			Aufnahme des Vermerks
A 13 g...............	1,0	1,0	-			Wirksamwerden des Vermerks, Aufnahme des Vermerks
A 11..................	-	-	-			Wirksamwerden des Vermerks, Aufnahme des Vermerks
A 9 g.................	-	-	-			Wirksamwerden des Vermerks, Neue Planstelle
A 15..................	1,0	1,0	2,0	2.3	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	Wirksamwerden des Vermerks
A 13 h...............	2,0	2,0	6,0			Wirksamwerden des Vermerks
A 11..................	3,0	3,0	4,0			Wirksamwerden des Vermerks
A 10..................	-	-	1,0			Wirksamwerden des Vermerks
A 9 g.................	-	-	1,0			Wirksamwerden des Vermerks
A 8....................	1,0	1,0	1,0			-
A 7....................	2,0	2,0	3,0			Wirksamwerden des Vermerks
				3.	**kw mit Ausscheiden der Planstelleninhaber/innen**	
				3.1	schwerbehindert	
A 14..................	1,0	-	1,0	3.1.1	§ 19 Abs. 6 HG 1995	-
A 8....................	1,0	-	1,0	3.1.2	§ 18 Abs. 7 HG 1996	-
A 7....................	1,0	-	1,0			-
A 5....................	1,0	-	1,0			-
				5.	**kw 31.12.2016**	
				5.1	-	
A 15..................	3,0	-	-	5.1.1	Regierungswechsel	Neue Planstelle
Zusammen.......	29,0	21,0	46,0			

Zu Titel 428 11

Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
					kw	
				1.	**kw mit Wegfall der Aufgabe**	
				1.1	-	
E 15..................	1,0	-	1,0	1.1.1	Deutsche Editorengruppe in der internationalen Historikerkommission beim Politischen Archiv	-
E 14..................	1,0	-	1,0			-
E 13..................	1,0	-	1,0	1.1.2	Wissenschaftliche Dokumentation u. a. über das Schicksal der Kriegsverurteilten	-
E 5....................	1,0	-	1,0	1.1.3	Vorlesekraft	-
				2.	**kw**	
E 15..................	2,0	2,0	2,0	2.3	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	-
E 14..................	1,0	1,0	2,0			Wirksamwerden des Vermerks
E 12..................	1,0	1,0	1,0			-
E 11..................	1,0	1,0	1,0			-
E 9....................	3,0	3,0	3,0			-
E 8....................	-	-	3,0			Wirksamwerden des Vermerks
E 6....................	3,0	3,0	4,0			Wirksamwerden des Vermerks
E 5....................	-	-	2,0			Wirksamwerden des Vermerks
E 2....................	1,0	1,0	1,0			-
				2.4	Ersatzstelle	
E 11..................	-	-	1,0	2.4.1	-	Wirksamwerden des Vermerks
				3.	**kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber/innen**	
E 6....................	1,0	-	1,0	3.1	Fahrbereitschaft	-
				4.	**kw 31.12.2016**	
				4.1	-	
AT (B 6)............	1,0	-	-	4.1.1	Stellvertretender Leiter Planungsstab	Neue Stelle
Zusammen.......	18,0	12,0	25,0			

0512 Bundesministerium

Tgr. 02 - Ausland

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist- Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr										von Sp. 2 entfallen auf Funk- tions- gruppen
				Neue Stellen, Stellenwegfall				Wirksam- werden von ku- und kw- Vermerken		Hebungen, Herab- stufungen		Umwand- lungen, Umsetzungen		
				ohne ku/ kw-Vermerke		und Umsetzun- gen mit ku/ kw-Vermerken								
				+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 21														
Beamtinnen und Beamte														
B 9	21,0	21,0	20,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 6	57,0	57,0	54,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 3	116,0	115,0	117,0	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-
A 16	150,0	135,0	126,8	-	-	-	-	-	-	13,0	-	2,0	-	-
A 15	325,0	323,0	278,6	4,0	-	1,0	-	-	-	-	13,0	10,0	-	-
A 14	210,5	196,5	197,2	1,0	-	2,0	-	-	-	-	-	11,0	-	-
A 13 h	139,0	139,0	112,4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g	347,0	339,0	280,9	-	-	1,0	-	-	3,0	7,0	-	3,0	-	-
A 12	202,0	204,0	220,2	-	-	-	-	-	-	5,0	7,0	-	-	-
A 11	218,0	223,0	170,8	-	-	-	-	-	-	-	5,0	-	-	-
A 10	171,5	170,5	173,0	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 g	137,0	136,0	115,1	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m+Z	120,0	98,0	54,0	-	-	20,0	-	-	-	2,0	-	-	-	-
A 9 m	193,0	191,0	160,7	-	-	-	-	-	-	4,0	2,0	-	-	-
A 8	182,0	184,0	240,4	-	-	-	-	-	-	2,0	4,0	-	-	-
A 7	137,0	139,0	68,5	-	-	-	-	-	-	-	2,0	-	-	-
A 6 m	67,0	67,0	103,9	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 6 e	37,0	37,0	33,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 5	68,0	68,0	50,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 4	35,0	35,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 2/3	7,0	7,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	2 940,0	2 885,0	2 576,5	5,0	-	27,0	-	-	3,0	33,0	33,0	26,0	-	-
Titel 428 21 - Erläuterungen														
Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
AT (B 6)	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
AT B	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	-	-	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 15	13,0	13,0	11,2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 14	23,0	23,0	25,2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 13	2,0	2,0	23,3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 12	9,0	9,0	7,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 11	55,0	55,0	52,9	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 10	-	-	9,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 9	114,0	114,0	119,7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 8	266,0	266,0	212,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 7	1,0	1,0	16,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 6	639,5	639,5	600,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 5	146,0	146,0	173,3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 4	275,5	292,5	224,8	-	17,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 3	108,5	126,0	176,5	-	17,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 2	-	-	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	1 652,5	1 687,0	1 655,4	-	34,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	1 652,5	1 687,0	1 657,4	-	34,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 422 21

1. Die Auslandsbeamtinnen und Auslandsbeamten haben in bundeseigenen und in den vom Bund gemieteten Gebäuden Dienstwohnung, soweit eine solche zur Verfügung gestellt werden kann, Dienstwohnungen mit Empfangsräumen indessen nur, sofern die nach den Auslandswohnungsvorschriften vorgeschriebenen Voraussetzungen erfüllt sind.
2. Auslandsbeamtinnen und Auslandsbeamte erhalten während einer Beschäftigung im Inland für ihre Person Bezüge in der Höhe, wie sie Inlandsbeamtinnen und Inlandsbeamten ihrer Besoldungsgruppe zustehen.
3. Auf den Planstellen können Beamtinnen und Beamte anderer Dienststellen, die als Fachkräfte vorübergehend im Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts tätig sind, während dieser Zeit mit der Amtsbezeichnung ihrer bisherigen Verwendung geführt werden.
4. Die Erläuterungen sind hinsichtlich der Planstellen der Personalreserve verbindlich.

Zu Titel 428 21

Davon 4 Stellen für übertariflich in E.-Gr. E 8 eingruppierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Registraturdienst.

Erläuterungen:

Zu Titel 422 21

Zu Spalte 2:
Davon mit Dienstwohnung 418,0 Beamte (2013: 454,0).

Zu Spalte 4:
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
1,0 B6; 3,0 A15; 7,3 A14; 16,0 A13h; 7,3 A11; 2,0 A10; 21,7 A9g; 1,0 A6m; 12,0 A5; 30,9 A4; 7,0 A2/3 (Zusammen: 109,2).

Daneben werden 2,0 beamtete Hilfskräfte (Tit. 422 22) sowie 239,0 Anwärterinnen und Anwärter (Tit. 422 23) beschäftigt.

Darin enthalten sind die Stellen für ziviles Hilfspersonal (Schreibkräfte sowie Kraftfahrerinnen und Kraftfahrer) für 68 Militärattachéstäbe bei den Auslandsvertretungen. Die Stellen für das militärische Personal sind im Epl. 14 ausgebracht.

Planstellen	B 9		B 6		B 3		A 16		A 15		A 13 g	
	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
Botschafterinnen bzw. Botschafter als Leiter einer Botschaft	17,0	17,0	40,0	38,0	47,0	49,0	29,0	29,0	20,0	17,0	-	-
Botschafterinnen bzw. Botschafter als Leiter einer Ständigen Vertretung bei einer zwischen- oder überstaatlichen Organisation	4,0	4,0	3,0	4,0	3,0	3,0	-	-	-	-	-	-
Generalkonsulinnen bzw. Generalkonsuln als Leiter eines Generalkonsulats	-	-	5,0	4,0	17,0	18,0	11,0	12,0	20,0	20,0	-	-
Botschafterinnen bzw. Botschafter als Leiter einer Delegation	-	-	-	-	2,0	1,0	-	1,0	-	-	-	-
Botschafterinnen bzw. Botschafter als Ständiger Vertreter des Leiters einer Vetretung	-	-	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-
Gesandtinnen bzw. Gesandte als Ständiger Vertreter des Leiters einer Vertretung	-	-	7,0	7,0	-	-	-	-	-	-	-	-
Gesandtinnen bzw. Gesandte, Generalkonsulinnen bzw. Generalkonsuln als Ständige Vertreter des Leiters einer Vertretung oder Delegation	-	-	-	-	17,0	17,0	-	-	-	-	-	-
Gesandtinnen bzw. Gesandte, Vortragende Legationsrätinnen Erster Klasse bzw. Vortragende Legationsräte Erster Klasse, Botschaftsrätinnen Erster Klasse bzw. Botschafträte Erster Klasse	-	-	-	-	18,0	20,0	-	-	-	-	-	-
Botschafträtinnen Erster Klasse bzw. Botschaftsräte Erster Klasse oder Vortragende Legationsrätinnen Erster Klasse bzw. Vortragende Legationsräte Erster Klasse	-	-	-	-	-	-	71,0	77,0	-	-	-	-
Vortragende Legationsrätinnen bzw. Vortragende Legationsräte als Leiter eines Vertretungsbüros	-	-	-	-	1,0	1,0	-	1,0	-	-	-	-
Generalkosulinnen bzw. Generalkonsuln, Vortragende Legationsrätinnen bzw. Vortragende Legationsräte, Botschaftsrätinnen bzw. Botschaftsräte	-	-	-	-	-	-	-	-	182,0	231,0	-	-
Medizinaldirektorinnen bzw. Medizinaldirektoren oder Oberfeldärztinnen bzw. Oberfeldärzte	-	-	-	-	-	-	-	-	5,0	7,0	-	-
Konsulinnen bzw. Konsule	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	7,0	6,0
Zusammen	21,0	21,0	56,0	54,0	105,0	109,0	111,0	120,0	227,0	275,0	7,0	6,0

Zu B 9 - Botschafterin und Botschafter in:

Ägypten: Kairo
Brasilien: Brasilia
China: Peking
Frankreich: Paris
Großbritannien: London
Indien: New Delhi
Indonesien: Jakarta
Israel: Tel Aviv
Italien: Rom
Japan: Tokyo
Mexiko: Mexiko-Stadt
Polen: Warschau
der Russischen Föderation: Moskau
Spanien: Madrid
der Türkei: Ankara
den Vereinigten Staaten von Amerika: Washington
beim Heiligen Stuhl: Vatikan
Als Ständiger Vertreter der Bundesrepublik Deutschland
bei dem Büro der Vereinten Nationen und bei den anderen internationalen Organisationen: Genf
bei der Europäischen Union: Brüssel
bei der Nordatlantikpakt-Organisation: Brüssel
bei den Vereinten Nationen: New York

Zu B 6 - Botschafterin und Botschafter in:

Äthiopien: Addis Abeba
Afghanistan: Kabul
Algerien: Algier
Argentinien: Buenos Aires
Australien: Canberra
Belgien: Brüssel
Bulgarien: Sofia
Chile: Santiago de Chile
Dänemark: Kopenhagen
Finnland: Helsinki
Griechenland: Athen
Irak: Bagdad
Iran: Teheran
Irland: Dublin
Kanada: Ottawa
Kasachstan: Astana
Kolumbien: Bogotá
Korea: Seoul
Marokko: Rabat
den Niederlanden: Den Haag
Nigeria: Abuja
Norwegen: Oslo
Österreich: Wien
Pakistan: Islamabad

0512 Bundesministerium

Peru: Lima
Portugal: Lissabon
Rumänien: Bukarest
Saudi-Arabien: Riad
Schweden: Stockholm
der Schweiz: Bern
Singapur: Singapur
Südafrika: Pretoria
Thailand: Bangkok
der Tschechischen Republik: Prag
Ungarn: Budapest
Ukraine: Kiew
Venezuela: Caracas
den Vereinigten Arabischen Emiraten: Abu Dhabi
Vietnam: Hanoi
Weißrußland: Minsk
Als Ständiger Vertreter der Bundesrepublik Deutschland
bei der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD): Paris
beim Europarat: Straßburg
Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in: Wien
Generalkonsulinnen und Generalkonsuln in:
Brasilien: São Paulo
China: Hongkong, Shanghai
Türkei: Istanbul
den Vereinigten Staaten von Amerika: New York
Botschafterin und Botschafter als Ständiger Vertreter der Botschafterin bzw. des Botschafters
bei den Vereinten Nationen in: New York
Gesandtinnen und Gesandte als Ständige Vertreter der Botschafterin bzw. des Botschafters
in: London, Moskau, New Delhi, Paris, Peking, Washington
Gesandtinnen und Gesandte als Ständige Vertreter der Botschafterin bzw. des Botschafters
bei der Nordatlantikpakt-Organisation in: Brüssel

Zu B 3 und A 16 - Botschafterin und Botschafter in:

Albanien: Tirana
Angola: Luanda
Aserbaidschan: Baku
Bahrain: Manama
Bangladesh: Dhaka
Benin: Cotonou
Birma: Rangun
Bolivien: La Paz
Bosnien/Herzegowina: Sarajewo
Burkina Faso: Ouagadougou
Costa Rica: San José
Demokratische Republik Kongo: Kinshasa
der Dominikanischen Republik: Santo Domingo
Ecuador: Quito
Elfenbeinküste: Abidjan
El Salvador: San Salvador
Estland: Tallinn
Georgien: Tiflis
Ghana: Accra
Guatemala: Guatemala-Stadt
Guinea: Conakry
Honduras: Tegucigalpa
Island: Reykjavik
Jamaika: Kingston
der Republik Jemen: Sanaa
Jordanien: Amman
Kambodscha: Phnom Penh
Kamerun: Jaunde
Katar: Doha
Kenia: Nairobi
Korea (Volksrepublik): Pjöngjang
Kroatien: Zagreb
Kuba: Havanna
Kuwait: Kuwait
Laos: Vientiane
Lettland: Riga
Libanon: Beirut
Libyen: Tripolis
Litauen: Wilna
Luxemburg: Luxemburg
Madagaskar: Antananarivo
Mazedonien: Skopje
Malawi: Lilongwe
Malaysia: Kuala Lumpur
Mali: Bamako
Malta: Valletta
Mauretanien: Nouakchott
Mongolei: Ulan Bator
Mosambik: Maputo
Namibia: Windhuk
Nepal: Kathmandu
Neuseeland: Wellington
Nicaragua: Managua
Oman: Maskat
Panama: Panama
Paraguay: Asunción
Philippinen: Manila
Ruanda: Kigali
Sambia: Lusaka
Senegal: Dakar
Serbien: Belgrad
Simbabwe: Harare
der Slowakei: Pressburg
Slowenien: Laibach
Sri Lanka: Colombo
Sudan: Khartum
Syrien: Damaskus
Tadschikistan: Duschanbe
Tansania: Daressalam
Trinidad und Tobago: Port-of-Spain
Tunesien: Tunis
Turkmenistan: Aschgabat
Uganda: Kampala
Uruguay: Montevideo
Usbekistan: Taschkent
Zypern: Nikosia
Botschafterin bzw. Botschafter als Ständiger Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO): Paris
Botschafterin bzw. Botschafter als Ständiger Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) und den anderen internationalen Organisationen: Rom
Botschafterin bzw. Botschafter als Ständiger Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei dem Büro der Vereinten Nationen und bei den anderen internationalen Organisationen: Wien
Botschafterin bzw. Botschafter als Leiter der Delegation bei der Abrüstungskonferenz (CD, zugeordnet der Ständigen Vertretung in Genf): Genf
Botschafterin bzw. Botschafter als Ständiger Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei der Organisation für das Verbot chemischer Waffen in Den Haag
Generalkonsulinnen und Generalkonsuln in:
Afghanistan: Masar-e-Sharif
Australien: Sydney
Brasilien: Rio de Janeiro
China: Kanton, Shenyang
Frankreich: Bordeaux, Marseille
Griechenland: Thessaloniki
Indien: Kalkutta, Mumbai
Italien: Mailand
Japan: Osaka-Kobe
Kanada: Toronto, Vancouver
Pakistan: Karachi
Polen: Breslau, Danzig
der Russischen Föderation: St. Petersburg, Nowosibirsk, Kaliningrad
Saudi Arabien: Djidda
Spanien: Barcelona
den Vereinigten Staaten von Amerika: Boston, Chicago, Los Angeles, Miami, San Francisco, Atlanta
Vertretungsbüro für die Palästinensischen Gebiete: Ramallah

Zu A 15 - Botschafterin und Botschafter in:

Äquatorialguinea: Malabo
Armenien: Eriwan
Botsuana: Gaborone
Brunei: Bandar Seri Begawan
Burundi: Bujumbura
Dschibuti: Dschibuti
Eritrea: Asmara
Gabun: Libreville
Haiti: Port-au-Prince
Kirgistan: Bischkek
Kongo, Republik: Brazzaville
Kosovo: Pristina
Liberia: Monrovia
Moldau: Chisinau
Montenegro: Podgorica
Niger: Niamey
Sierra Leone: Freetown
Südsudan: Dschuba
Togo: Lomé
Tschad: N'Djamena
Generalkonsulinnen und Generalkonsuln in:
Brasilien: Porto Alegre, Recife
China: Chengdu
Frankreich: Lyon, Straßburg
Großbritannien: Edinburgh
Indien: Chennai, Bangalore
Irak: Erbil
Kanada: Montreal
Kasachstan: Almaty
Nigeria: Lagos
Polen: Krakau
der Russischen Föderation: Jekaterinburg
Südafrika: Kapstadt
der Türkei: Izmir
der Ukraine: Donezk
den Vereinigten Arabischen Emiraten: Dubai
den Vereinigten Staaten von Amerika: Houston
Vietnam: Ho-Chi-Minh-Stadt

Zu A 13 g - Konsulin oder Konsul in:

Polen: Oppeln
Rumänien: Temeswar, Hermannstadt
Spanien: Las Palmas de Gran Canaria, Palma de Mallorca, Malaga
Türkei: Antalya

Planstellen (Vorjahr in Klammern), die gemäß § 6 GAD insbesondere der vorübergehenden Verstärkung bei besonderen Belastungen infolge politischer Entwicklungen, der angemessenen fachlichen und fremdsprachlichen Aus- und Fortbildung und der Vorbereitung auf Versetzungen dienen (Personalreserve):

1 (1) B 6, 11 (11) B 3, 8 (8) A 16, 23 (23) A 15, 18 (18) A 14, 5 (5) A 13 h, 15 (15) A 13 g, 17 (17) A 12, 10 (10) A 11, 5 (5) A 10, 1 (1) A 9 g, 2 (2) A 9 m + Z, 6 (6) A 8, 6 (6) A 6 m,1 (1) A 5, Zusammen: 129 (129).

Von diesen Planstellen müssen jedoch mindestens 15 (1 B 3, 2 A 15, 4 A 14, 2 A 13 h, 2 A 13 g, 3 A 12, 1 A 11) zur Postenvorbereitung genutzt werden.

Nachrichtlich:
Von den Bundesressorts zu multilateralen Vertretungen des Bundes im Ausland abgeordnete Beamtinnen und Beamte, Tarifbeschäftigte und Soldatinnen und Soldaten:

Epl. 06 BMI	nach New York (VN) 1 A 9 m, 2 A 8, 2 A 7
	nach Brüssel (EU) 2 A 16, 3 A 15, 2 A 14, 2 A 13 g, 2 A 8, 3 A 7, 1 A 6 m
	nach Brüssel (NATO) 1 B 3, 2 A 9 m, 1 A 7
	nach Genf (I.O.) 2 A 9 m, 1 A 7
Epl. 07 BMJ	nach Brüssel (EU) 2 R 2, 1 R 1, 3 A 15
	nach Straßburg (Europarat) 1 A 15
Epl. 08 BMF	nach New York (VN) 1 B 3, 1 A 15, 1 A 14
	nach Brüssel (EU) 2 A 16, 3 A 15, 1 A 14, 1 A 13 g, 3 A 12, 1 A 11
	nach Brüssel (NATO) 1 B 3, 2 A 15
	nach Paris (OECD) 1 A 15
Epl. 09 BMWi	nach New York (VN) 1 A 15, 1 A 14, 1 A 12
	nach Brüssel (EU) 1 B 6, 1 B 3, 4 A 15, 1 A 14, 5 A 13 h, 2 A 13 g, 1 A 12, 1 A 7
	nach Brüssel (NATO) 1 A 13 g
	nach Genf (I.O.) 1 B 3, 1 A 15, 2 A 14, 2 A 13 g
	nach Wien (I.O.) 1 A 13 h
	nach Paris (OECD) 1 B 3, 1 A 15, 2 A 13 h, 1 A 13 g
Epl. 10 BMELV	nach Brüssel (EU) 1 B 3, 2 A 15, 1 A 14, 1 A 13 g, 1 E 13
	nach Rom (FAO) 1 B 3, 1 A 13 g
	nach Genf (I.O.) 1 A 15
Epl. 11 BMAS	nach Brüssel (EU) 1 A 15, 1 A 13 h, 1 A 12
	nach Genf (I.O.) 1 A 15
Epl. 12 BMVBS	nach Brüssel (EU) 2 A 15, 1 A 11, 1 E AT B 3
	nach Genf (I.O.) 1 E 15
Epl. 14 BMVg	nach New York (VN) 1 A 16, 1 A 15, 1 A 9 m +Z
	nach Brüssel (EU) 1 B 3, 1 A 16, 1 A 15, 3 A 14, 1 A 8, 2 E 6
	nach Brüssel (NATO) 1 B 6, 2 B 3, 2 A 16, 6 A 15, 1 A 14, 1 A 13 h, 3 A 13 g, 1 A 12, 1 A 10, 1 A 9 m, 1 A 8, 1 E 8, 1 E 6
	nach Wien (OSZE) 4 A 16, 1 A 15, 1 A 9 m, 1 A 8
	nach Genf (CD) 1 A 16
Epl. 15 BMG	nach Brüssel (EU) 1 E AT B 3, 1 E 13, 1 E 9
Epl. 16 BMU	nach Brüssel (EU) 2 A 15, 1 A 14
Epl. 17 BMFSFJ	nach Brüssel (EU) 1 A 13 h, 1 A 9 g, 1 E AT B 3
Epl. 23 BMZ	nach New York (VN) 1 A 15, 1 A 13 h
	nach Brüssel (EU) 1 A 15, 1 E 13
	nach Paris (OECD) 1 A 15
Epl. 30 BMBF	nach Brüssel (EU) 2 A 15, 1 A 10, 1 E 15

Zu Titel 428 21

Zu Spalte 2:
Davon mit Dienstwohnung 116,0 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (2013: 128,0).

Zu Spalte 4:
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
1,0 AT(B6); 1,0 ATB; 1,0 E15; 7,0 E14; 17,3 E13; 7,3 E11; 2,0 E10; 20,7 E9; 1,0 E8; 1,0 E7; 11,0 E5; 24,9 E4; 14,0 E3 (Zusammen: 109,2).

0512 Bundesministerium

Übersicht der ku- und kw- Vermerke						
Bes.-/ E.-Gr.	2014		2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Soll	Ersatz-(plan)st.				
1	2	3	4	5	6	7

Zu Titel 422 21

					ku	
				1.	**ku 31.12.2020**	
				1.1	in Bes.-Gr. A 15	
A 16.................	13,0	-	-	1.1.1	-	Aufnahme des Vermerks
					kw	
				1.	**kw mit Wegfall der Aufgabe**	
				1.1	-	
A 12.................	1,0	-	1,0	1.1.2	RK-/Sichtvermerksfragen in Prag	-
A 9 m+Z...........	3,0	-	3,0	1.1.3	RK-/Sichtvermerksfragen in Kiew, Krakau, St. Petersburg	-
A 9 m...............	6,0	-	6,0	1.1.4	RK-/Sichtvermerksfragen in Budapest, St. Petersburg, Moskau, Breslau, Danzig	-
A 8...................	2,0	-	2,0	1.1.5	RK-/Sichtvermerksfragen in Krakau, Moskau, Breslau	-
A 13 g..............	2,0	-	2,0	1.1.6	RK-/Sichtvermerksfragen in Moskau, Prag	-
A 11.................	5,0	-	5,0	1.1.7	Visapflicht	-
A 8...................	5,0	-	5,0			-
				2.	**kw**	
A 16.................	1,0	-	1,0	2.1	-	-
A 13 g..............	1,0	-	1,0			-
A 13 g..............	3,0	3,0	6,0	2.2	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	Wirksamwerden des Vermerks
				3.	**kw**	
				3.1	Ersatzplanstelle	
B 3...................	1,0	1,0	-	3.1.1	-	Neue Planstelle
A 15.................	1,0	1,0	-			Neue Planstelle
A 14.................	2,0	2,0	-			Neue Planstelle
A 13 g..............	1,0	1,0	-			Neue Planstelle
A 10.................	1,0	1,0	-			Neue Planstelle
A 9 g................	1,0	1,0	-			Neue Planstelle
				4.	**kw 31.12.2015**	
				4.1	-	
A 9 m+Z...........	20,0	-	25,0	4.1.1	Visabearbeitung (Prüfung der Refinanzierung)	Wegfall des Vermerks, Neue Planstelle
A 13 g..............	-	-	15,0	4.1.2	elektronischer Personalausweis (Prüfung der Refinanzierung)	Wegfall des Vermerks
A 9 m+Z...........	-	-	11,0			Wegfall des Vermerks
Zusammen.......	56,0	10,0	83,0			

Zu Titel 428 21

					kw	
				1.	**kw mit Wegfall der Aufgabe**	
				1.1	-	
E 8...................	1,0	-	1,0	1.1.1	RK-/Sichtvermerksfragen in Budapest	-

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr										von Sp. 2 entfallen auf Funktions- gruppen
				Neue Stellen, Stellenwegfall				Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken		Hebungen, Herabstufungen		Umwandlungen, Umsetzungen		
				ohne ku/ kw-Vermerke		und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken								
				+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Beamtinnen und Beamte														
B 6......................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 3......................	12,0	12,0	11,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 15....................	13,0	13,0	13,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 14....................	21,0	21,0	7,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 h.................	16,0	16,0	13,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g.................	4,0	4,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 12....................	4,0	4,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 11.....................	11,0	11,0	7,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 10....................	11,0	11,0	10,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 g...................	5,0	5,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen..........	98,0	98,0	69,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 13....................	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-
E 12....................	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 11.....................	-	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-
E 10....................	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 9......................	6,5	6,5	13,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 8......................	7,0	7,0	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 6......................	18,0	18,0	18,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 5......................	16,0	16,0	15,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 4......................	6,0	6,0	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 3......................	19,0	19,0	16,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 2......................	16,0	16,0	15,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen..........	91,5	91,5	94,0	-	-	-	-	-	-	1,0	1,0	-	-	-
Titel 428 02 - Erläuterungen														
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 14....................			13,0											
E 13....................			22,5											
E 11			1,0											
E 10....................			2,0											
E 9......................			8,5											
E 8......................			3,0											
E 6......................			7,0											
E 5......................			2,0											
E 4......................			5,0											
E 3......................			1,0											
Zusammen..........			65,0											

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 428 01

Die folgenden Stellen dürfen nur mit Überhangpersonal besetzt werden: 1,0 E 10, 1,0 E 8 (Zusammen: 2,0).

Erläuterungen:

Zu Titel 422 01

Zu Spalte 4:
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
2,0 A12; 4,0 A11; 1,0 A10; 3,0 A9g (Zusammen: 10,0).

0513 Deutsches Archäologisches Institut

Zu Titel 428 01

Zu Spalte 4:
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
1,0 E12; 1,0 E10; 8,0 E9 (Zusammen: 10,0).

Ab dem Haushalt 2013 werden für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie für sonstige wissenschaftsrelevante Beschäftigte keine verbindlichen Stellen mehr ausgebracht.

Zu Titel 428 02

Die dargestellten Beschäftigungsverhältnisse sind - einmalig für das Haushaltsjahr 2013 - auch in der Ist-Besetzung zu Tit. 428 11 enthalten.

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 422 01				
			1.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	3,0	3,0	1.1	gemäß §§ 90, 92, 95 BBG, § 7 DBeglG, § 6 MuSchEltZV, § 24 GAD
			2.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
A 13 g................	1,0	1,0	2.1	Stiftung Deutsche Geisteswissenschaftliche Institute im Ausland
A 10..................	-	1,0		
Zusammen.........	1,0	2,0		
Insgesamt..........	4,0	5,0		
Zu Titel 428 01				
			1.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	1,0	1,0	1.1	gemäß § 28 TVöD, § 9 UmzugsTV, § 15 BEEG, § 24 GAD
			2.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
E 12..................	0,5	0,5	2.1	Stiftung Deutsche Geisteswissenschaftliche Institute im Ausland
Insgesamt..........	1,5	1,5		

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
1	2	3	4	5	6	7
Zu Titel 422 01						
					kw	
				2.	**kw mit Ausscheiden der Planstelleninhaber/innen**	
				2.1	-	
B 3....................	1,0	-	1,0	2.1.1	-	-
Zu Titel 428 01						
					kw	
				1.	**kw**	
E 9....................	1,0	1,0	1,0	1.1	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	-

Tgr. 01 - Wissenschaftliche Unternehmungen und Veröffentlichungen sowie Beihilfen hierfür

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt-gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Neue Stellen, Stellenwegfall: ohne ku/ kw-Vermerke +	ohne ku/ kw-Vermerke -	und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken +	und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken -	Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken +	Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken -	Hebungen, Herabstufungen +	Hebungen, Herabstufungen -	Umwandlungen, Umsetzungen +	Umwandlungen, Umsetzungen -	von Sp. 2 entfallen auf Funktionsgruppen
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 428 11 - Erläuterungen														
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 13....................	-	6,0	6,0	-	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 8......................	-	1,0	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr										von Sp. 2 entfallen auf Funk- tions- gruppen
				Neue Stellen, Stellenwegfall				Wirksam- werden von ku- und kw- Vermerken		Hebungen, Herab- stufungen		Umwand- lungen, Umsetzungen		
				ohne ku/ kw-Vermerke		und Umsetzun- gen mit ku/ kw-Vermerken								
				+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
E 6......................	-	3,0	-	-	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen..........	-	10,0	6,0	-	10,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Anlage zu den Stellenplänen des Epl. 05

Darstellung der den Planstellen zugeordneten Amtsbezeichnungen

Bes.-Gr.	Kap.	**Amtsbezeichnungen** (Grundamtsbezeichnung in Fettdruck)
1	2	3
B 11	0512	Staatssekretärin oder Staatssekretär
B 9	0512	Botschafterin oder Botschafter
	0512	Ministerialdirektorin oder Ministerialdirektor
B 6	0512	Botschafterin oder Botschafter
	0512	Generalkonsulin oder Generalkonsul
	0512	Gesandtin oder Gesandter
	0512	Ministerialdirigentin oder Ministerialdirigent
	0513	Präsidentin und Professorin oder Präsident und Professor
B 3	0512	Botschafterin oder Botschafter
	0513	Direktorin und Professorin oder Direktor und Professor
	0512	Generalkonsulin oder Generalkonsul
	0512	Gesandtin oder Gesandter
	0512	Ministerialrätin oder Ministerialrat
	0512	Professorin oder Professor
	0512	Vortragende Legationsrätin Erster Klasse oder Vortragender Legationsrat Erster Klasse
A 16	0512	**Leitende Direktorin** oder **Leitender Direktor**
	0512	Botschafterin oder Botschafter
	0512	Botschaftsrätin Erster Klasse oder Botschaftsrat Erster Klasse
	0512	Generalkonsulin oder Generalkonsul
	0512	Gesandtin oder Gesandter
	0512	Oberst oder Kapitän zur See
	0512	Vortragende Legationsrätin Erster Klasse oder Vortragender Legationsrat Erster Klasse
A 15	0512, 0513	**Direktorin** oder **Direktor**
	0512	Botschafterin oder Botschafter
	0512	Botschaftsrätin oder Botschaftsrat
	0512	Generalkonsulin oder Generalkonsul
	0512	Oberfeldarzt
	0512	Oberstleutnant oder Fregattenkapitän
	0512	Vortragende Legationsrätin oder Vortragender Legationsrat
A 14	0512, 0513	**Oberrätin** oder **Oberrat**
	0512	Konsulin Erster Klasse oder Konsul Erster Klasse
	0512	Legationsrätin Erster Klasse oder Legationsrat Erster Klasse
	0512	Oberstleutnant oder Fregattenkapitän
A 13 h	0512, 0513	**Rätin** oder **Rat**
	0512	Konsulin oder Konsul
	0512	Legationsrätin oder Legationsrat
	0512	Major oder Korvettenkapitän
A 13 g	0512, 0513	**Oberamtsrätin** oder **Oberamtsrat**
A 12	0512, 0513	**Amtsrätin** oder **Amtsrat**
A 11	0512, 0513	**Amtfrau** oder **Amtmann**
A 10	0512, 0513	**Oberinspektorin** oder **Oberinspektor**

Bes.-Gr.	Kap.	**Amtsbezeichnungen** (Grundamtsbezeichnung in Fettdruck)
1	2	3
	0512	Konsulatssekretärin Erster Klasse oder Konsulatssekretär Erster Klasse
A 9 g	0512, 0513	**Inspektorin** oder **Inspektor**
	0512	Konsulatssekretärin oder Konsulatssekretär
A 9 m+Z	0512	**Amtsinspektorin** oder **Amtsinspektor**
A 9 m	0512	**Amtsinspektorin** oder **Amtsinspektor**
A 8	0512	Regierungshauptsekretärin oder Regierungshauptsekretär
A 7	0512	Regierungsobersekretärin oder Regierungsobersekretär
A 6 m	0512	Regierungssekretärin oder Regierungssekretär
A 6 e	0512	**Oberamtsmeisterin** oder **Oberamtsmeister**
A 5	0512	**Oberamtsmeisterin** oder **Oberamtsmeister**
A 4	0512	**Amtsmeisterin** oder **Amtsmeister**
A 2/3	0512	**Hauptamtsgehilfin** oder **Hauptamtsgehilfe**
C 3	0512	Professorin oder Professor
C 2	0512	Professorin oder Professor
W 3	0512	Professorin oder Professor
W 2	0512	Professorin oder Professor

0504 Anlage zu Kapitel Zuwendungsempfänger

Stellenübersichten der Zuwendungsempfänger / Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO des Kap. 0504

Titel	aus Nr. ... Erläuterung	**Bezeichnung**
1	2	3
Tgr. 04		**Allgemeine Auslandskulturarbeit (Institutionelle Förderung)**
687 40		Goethe-Institut e. V., München
687 46	1.	Alexander von Humboldt-Stiftung, Bonn
687 47	1.1	Deutscher Akademischer Austauschdienst e. V., Bonn
	1.2	Alexander von Humboldt-Stiftung, Bonn
	1.3	Institut für Auslandsbeziehungen e. V., Stuttgart
687 48	1.	Deutscher Akademischer Austauschdienst e. V., Bonn

Tgr. 04 - Allgemeine Auslandskulturarbeit (Institutionelle Förderung)

Stellenübersicht							
Besoldungs-/ Vergütungs-/ Entgelt- gruppen	Stellen mit Dauerarbeitskräften besetzbar					Stellen für Arbeitskräfte mit befristeten Arbeitsverträgen	
	Tit. 422 .1, 425 .1, 426 .1 und 428 .1 sowie entsprechende Kontierung im Wirtschaftsplan			Tit. 425 .1, 426 .1 und 428 .1 (Projektförderung/ Aufträge Dritter)		Tit. 427 .9 (Projektförderung/ Aufträge Dritter)	
	Soll 2014	Soll 2013	besetzt am 1. Juni 2013	Soll 2014	Soll 2013	Soll 2014	Soll 2013
1	2	3	4	5	6	7	8

Zu Titel 687 40

Goethe-Institut e. V., München

Inland

Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
S (B 7)	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-
S (B 5)	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-
AT (B 2)	7,0	7,0	6,0	-	-	-	-
Zusammen	9,0	9,0	8,0	-	-	-	-
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
E 15	6,0	6,0	6,0	-	-	-	-
E 14	38,5	38,5	35,0	-	-	-	-
E 13	45,0	43,0	42,0	-	-	-	-
E 11	13,0	8,0	8,0	-	-	-	-
E 10	39,5	39,5	37,5	-	-	-	-
E 9	49,0	49,0	48,6	-	-	-	-
E 8	43,5	43,5	39,0	-	-	-	-
E 6	15,7	15,7	4,8	-	-	-	-
E 5	9,4	9,4	6,5	-	-	-	-
Zusammen	259,6	252,6	227,4	-	-	-	-
Zus. Inland	268,6	261,6	235,4	-	-	-	-

Ausland

Ortskräfte							
Ortskräfte	1 116,7	1 116,7	1 107,4	-	-	-	-
Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
AT (B 2)	12,0	12,0	12,0	-	-	-	-
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
E 15	44,0	44,0	37,0	-	-	-	-
E 14	116,0	116,0	99,0	-	-	-	-
E 13	63,0	63,0	51,0	-	-	-	-
E 11	12,0	12,0	12,0	-	-	-	-
E 10	8,0	8,0	8,0	-	-	-	-
E 9	26,0	31,0	13,0	-	-	-	-
Zusammen	269,0	274,0	220,0	-	-	-	-
Zus. Ausland	1 397,7	1 402,7	1 339,4	-	-	-	-
Insgesamt	1 666,3	1 664,3	1 574,8	-	-	-	-

Zu Titel 687 46

1. Alexander von Humboldt-Stiftung, Bonn

Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
S (B 5)	1,0	-	-	-	-	-	-
AT B	1,0	-	-	-	-	-	-
Zusammen	2,0	-	-	-	-	-	-

0504 Anlage zu Kapitel Zuwendungsempfänger

Stellenübersicht							
Besoldungs-/ Vergütungs-/ Entgelt-gruppen	Stellen mit Dauerarbeitskräften besetzbar					Stellen für Arbeitskräfte mit befristeten Arbeitsverträgen	
	Tit. 422 .1, 425 .1, 426 .1 und 428 .1 sowie entsprechende Kontierung im Wirtschaftsplan			Tit. 425 .1, 426 .1 und 428 .1 (Projektförderung/ Aufträge Dritter)		Tit. 427 .9 (Projektförderung/ Aufträge Dritter)	
	Soll 2014	Soll 2013	besetzt am 1. Juni 2013	Soll 2014	Soll 2013	Soll 2014	Soll 2013
1	2	3	4	5	6	7	8
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
E 15	3,0	-	-	-	-	-	-
E 14	2,0	-	-	1,5	-	-	-
E 13	9,0	-	-	1,3	-	-	-
E 12	5,0	-	-	-	-	-	-
E 11	5,0	-	-	4,5	-	-	-
E 9	16,5	-	-	10,5	-	-	-
E 8	1,0	-	-	-	-	-	-
E 6	8,0	-	-	0,5	-	-	-
E 5	8,5	-	-	-	-	-	-
E 3	1,5	-	-	-	-	-	-
Zusammen	59,5	-	-	18,3	-	-	-
Insgesamt	61,5	-	-	18,3	-	-	-

Zu Titel 687 47

1.1 Deutscher Akademischer Austauschdienst e. V., Bonn

Inland

Besoldungs-/ Vergütungs-/ Entgeltgruppen	Soll 2014	Soll 2013	besetzt am 1. Juni 2013	Soll 2014	Soll 2013	Soll 2014	Soll 2013
Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
S (B 5)	-	1,0	1,0	-	-	-	-
S (B 3)	-	1,0	1,0	-	-	-	-
AT B	-	3,0	3,0	-	-	-	-
Zusammen	-	5,0	5,0	-	-	-	-
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
E 15	-	10,0	9,5	-	-	-	-
E 14	-	23,0	20,0	-	-	-	-
E 13	-	12,2	10,7	-	-	-	-
E 12	-	10,5	9,5	-	-	-	-
E 11	-	20,0	20,0	-	-	-	-
E 9	-	36,7	34,7	-	-	-	-
E 8	-	20,0	18,9	-	-	-	-
E 7	-	1,0	1,0	-	-	-	-
E 6	-	51,0	46,0	-	-	-	-
E 5	-	20,9	14,7	-	-	-	-
E 4	-	3,0	3,0	-	-	-	-
E 3	-	4,0	4,0	-	-	-	-
Zusammen	-	212,3	192,0	-	-	-	-
Zus. Inland	-	217,3	197,0	-	-	-	-

Ausland

Besoldungs-/ Vergütungs-/ Entgeltgruppen	Soll 2014	Soll 2013	besetzt am 1. Juni 2013	Soll 2014	Soll 2013	Soll 2014	Soll 2013
Ortskräfte							
Ortskräfte	-	39,5	35,3	-	-	-	-
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
E 14	-	15,0	14,0	-	-	-	-
E 13	-	4,0	1,5	-	-	-	-
E 9	-	1,0	1,0	-	-	-	-
E 6	-	11,0	8,0	-	-	-	-
Zusammen	-	31,0	24,5	-	-	-	-
Zus. Ausland	-	70,5	59,8	-	-	-	-
Insgesamt	-	287,8	256,8	-	-	-	-

Stellenübersicht

Besoldungs-/ Vergütungs-/ Entgelt- gruppen	Stellen mit Dauerarbeitskräften besetzbar					Stellen für Arbeitskräfte mit befristeten Arbeitsverträgen	
	Tit. 422 .1, 425 .1, 426 .1 und 428 .1 sowie entsprechende Kontierung im Wirtschaftsplan			Tit. 425 .1, 426 .1 und 428 .1 (Projektförderung/ Aufträge Dritter)		Tit. 427 .9 (Projektförderung/ Aufträge Dritter)	
	Soll 2014	Soll 2013	besetzt am 1. Juni 2013	Soll 2014	Soll 2013	Soll 2014	Soll 2013
1	2	3	4	5	6	7	8
1.2 Alexander von Humboldt-Stiftung, Bonn							
Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
S (B 5)..	-	1,0	1,0	-	-	-	-
AT B..	-	1,0	1,0	-	-	-	-
Zusammen...	-	2,0	2,0	-	-	-	-
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
E 15..	-	3,0	3,0	-	2,0	-	-
E 14..	-	2,0	2,0	-	5,0	-	-
E 13..	-	9,0	9,0	-	5,5	-	1,0
E 12..	-	5,0	5,0	-	1,5	-	-
E 11...	-	5,0	5,0	-	8,0	-	3,0
E 9..	-	16,5	16,5	-	25,0	-	4,5
E 8..	-	1,0	1,0	-	2,5	-	-
E 6..	-	8,0	8,0	-	3,0	-	0,5
E 5..	-	8,5	8,5	-	2,0	-	-
E 3..	-	1,5	1,5	-	0,5	-	-
Zusammen...	-	59,5	59,5	-	55,0	-	9,0
Insgesamt..	-	61,5	61,5	-	55,0	-	9,0
1.3 Institut für Auslandsbeziehungen e. V., Stuttgart							
Reinigungskräfte							
Reinigungskraft..	-	-	1,0	-	-	-	-
Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
S (B 3)..	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
E 15..	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-
E 14..	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-
E 13..	10,5	10,5	10,0	-	-	-	-
E 12..	5,0	5,0	5,0	-	-	-	-
E 11...	7,0	7,0	7,0	-	-	-	-
E 10..	3,0	3,0	3,0	-	-	-	-
E 9..	15,0	15,0	15,0	-	-	-	-
E 8..	4,0	4,0	4,0	-	-	-	-
E 6..	9,0	9,0	9,0	-	-	-	-
E 5..	14,0	14,0	14,0	-	-	-	-
E 3..	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-
E 2..	1,0	1,0	-	-	-	-	-
Zusammen...	74,5	74,5	73,0	-	-	-	-
Insgesamt..	75,5	75,5	75,0	-	-	-	-
Zu Titel 687 48							
1. Deutscher Akademischer Austauschdienst e. V., Bonn							
Inland							
Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
B 5..	1,0	-	-	-	-	-	-
S (B 2)..	1,0	-	-	-	-	-	-

0504 Anlage zu Kapitel Zuwendungsempfänger

Stellenübersicht							
Besoldungs-/ Vergütungs-/ Entgelt- gruppen	Stellen mit Dauerarbeitskräften besetzbar					Stellen für Arbeitskräfte mit befristeten Arbeitsverträ- gen	
	Tit. 422 .1, 425 .1, 426 .1 und 428 .1 sowie entsprechende Kontierung im Wirtschaftsplan			Tit. 425 .1, 426 .1 und 428 .1 (Projektförderung/ Aufträge Dritter)		Tit. 427 .9 (Projektförderung/ Aufträge Dritter)	
	Soll 2014	Soll 2013	besetzt am 1. Juni 2013	Soll 2014	Soll 2013	Soll 2014	Soll 2013
1	2	3	4	5	6	7	8
AT B	3,0	-	-	-	-	-	-
Zusammen	5,0	-	-	-	-	-	-
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
E 15	10,0	-	-	-	-	-	-
E 14	23,0	-	-	-	-	-	-
E 13	12,2	-	-	-	-	-	-
E 12	10,5	-	-	-	-	-	-
E 11	20,0	-	-	-	-	-	-
E 9	36,7	-	-	-	-	-	-
E 8	20,0	-	-	-	-	-	-
E 7	1,0	-	-	-	-	-	-
E 6	51,0	-	-	-	-	-	-
E 5	20,9	-	-	-	-	-	-
E 4	3,0	-	-	-	-	-	-
E 3	4,0	-	-	-	-	-	-
Zusammen	212,3	-	-	-	-	-	-
Zus. Inland	217,3	-	-	-	-	-	-
Ausland							
Ortskräfte							
Ortskräfte	39,5	-	-	-	-	-	-
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
E 14	15,0	-	-	-	-	-	-
E 13	4,0	-	-	-	-	-	-
E 9	1,0	-	-	-	-	-	-
E 6	11,0	-	-	-	-	-	-
Zusammen	31,0	-	-	-	-	-	-
Zus. Ausland	70,5	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	287,8	-	-	-	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 687 40

1. Nach § 13 Abs. 2 Satz 1 Haushaltsgesetz gilt folgende Regelung:

   Unter der Voraussetzung der Kostenneutralität wird zugelassen, dass bis zu 20 Prozent der Stellen zwischen den Teilstellenplänen umgesetzt und Stellen innerhalb eines Teilstellenplans durch Hebung oder Absenkung verändert werden. Dabei darf das Stellensoll je Entgeltgruppe um nicht mehr als 20 Prozent überschritten werden.

2. **Zu AT (B 2):**

   Ein am 1. Januar 2009 vorhandener Stelleninhaber (Leiter der IT) mit einem Anstellungsvertrag nach AT B erhält aufgrund einer gesonderten Vereinbarung ab dem 1. Juli 2012 eine zusätzliche Vergütung (Zulage) in Höhe des Differenzbetrages zu einem Jahresgehalt von 88.800 Euro.

Zu Titel 687 48

Zu Nr. 1 der Erläuterung:
Zu S (B 5):
Der am 1. Juli 2010 vorhandene Stelleninhaber erhält aufgrund einer besonderen Vereinbarung eine aus dem Eigenmittelbereich finanzierte Zulage in Höhe der Differenz zu einem Entgelt entsprechend der Bes.-Gr. B 7.

Erläuterungen:

Zu Titel 687 40

Goethe-Institut e. V., München

1. Aufwandsentschädigung:

1.1 Der Präsident des Goethe-Instituts erhält eine Aufwandsentschädigung von jährlich 30 542 €, davon werden 12 271 € aus Bundesmitteln und 18 271 € aus nicht staatlichen Mitteln bezahlt.

Zu Titel 687 46

1. Alexander von Humboldt-Stiftung, Bonn

1. Aufwandsentschädigung

1.1 Der Präsident der AvH erhält eine Aufwandsentschädigung von jährlich 26 475 €, davon werden 9 204 € aus Bundesmitteln und 17 271 €, aus nicht staatlichen Mitteln bezahlt.

2. Folgende Beschäftigte der AvH erhalten eine außertarifliche Zusatzvergütung aus nicht staatlichen Mitteln:

2.1 der Generalsekretär (Differenz B 5 zu B 7 BBesG)

2.2 die stellvertretende Generalsekretärin a. D. (Differenz EG 15Ü TVöD zu B 3 BBesG)

2.3 3 Beschäftigte der EG 15 TVöD bzw. Bs.-Gr. A 15 (2 Beschäftigte Differenz jeweils zu EG 15 Ü TVöD, 1 Beschäftigter zu Bes.-Gr. A 16)

2.4 1 Beschäftigte der EG 14 TVöD bzw. Bes.-Gr. A 14 (Differenz zu Bes.-Gr. A 15)

2.5 3 Beschäftigte der EG 13 TVöD (1 Beschäftigte: Differenz zu EG 14, 2 Beschäftigte Differenz zu EG 15 TVöD).

Zu Titel 687 48

1. Deutscher Akademischer Austauschdienst e. V., Bonn

Aufwandsentschädigung:

1. Der Präsident des DAAD erhält eine Aufwandsentschädigung von jährlich 28 742 €, davon werden 12 271 € aus Bundesmitteln und 16 471 € aus nicht staatlichen Mitteln bezahlt.

1.1 Der Vizepräsident des DAAD erhält eine Aufwandsentschädigung von jährlich 4 800 €, davon 2 400 € aus Bundesmitteln und 2 400 € aus nicht staatlichen Mitteln.

2. Der Generalsekretär erhält eine außertarifliche Zusatzvergütung (Differenz B 5 zu B 7 BBEsG) aus nicht staatlichen Mitteln.

3. Der Leiter der Zentralabteilung und Stellvertreter des Generalsekretärs erhält eine außertarifliche Zusatzvergütung (Differenz zwischen EG 15 Ü TVöD und Bes.-Gr. B 3) aus nicht staatlichen Mitteln.

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ Verg.-/ E.-Gr.	2014		2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Soll	Ersatz-(plan)st.				
1	2	3	4	5	6	7
Zu Titel 687 40						
Goethe-Institut e. V., München						
Ausland						
					kw	
				1.	**kw mit Wegfall der Aufgabe**	
Ortskräfte..........	15,0	-	15,0	1.1	-	-
Zu Titel 687 46						
1. Alexander von Humboldt-Stiftung, Bonn						
					kw	
				1.	**kw**	
				1.1	-	
E 3....................	0,5	-	-	1.1.1	-	Aufnahme des Vermerks

0504 Anlage zu Kapitel Zuwendungsempfänger

Übersicht der ku- und kw- Vermerke						
Bes.-/ Verg.-/ E.-Gr.	2014		2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Soll	Ersatz- (plan)st.				
1	2	3	4	5	6	7

Zu Titel 687 47

1.2 Alexander von Humboldt-Stiftung, Bonn

					kw	
				1.	**kw**	
E 3....................	-	-	0,5	1.1	-	Wegfall des Vermerks

1.3 Institut für Auslandsbeziehungen e. V., Stuttgart

					ku	
				1.	**ku mit Ausscheiden der Stelleninhaber /innen**	
				1.1	in Entgeltgruppe E 13 Ü	
E 14..................	-	-	1,0	1.1.1	-	Wegfall des Vermerks
				1.2	in Entgeltgruppe E 13	
E 14..................	1,0	-	-	1.2.1	-	Aufnahme des Vermerks
Zusammen.......	1,0	-	1,0			

Entwurf

zum

Bundeshaushaltsplan 2014

Einzelplan 06

Bundesministerium des Innern

Inhalt

Kapitel	Bezeichnung	Seite
	Vorwort zum Einzelplan	3
	Überblick zum Einzelplan	5
	Haushaltsvermerk / Hinweise zum Einzelplan	6
0601	Gesellschaft und Verfassung	7
	Ausgaben-Tgr. 01 Gesellschaftlicher Zusammenhalt einschließlich interreligiöser Dialog	10
	Ausgaben-Tgr. 02 Sport	15
	Ausgaben-Tgr. 04 Verfassung	20
0602	IT und Netzpolitik, Digitalfunk und Moderne Verwaltung	24
	Ausgaben-Tgr. 01 IT und Netzpolitik	26
	Ausgaben-Tgr. 02 Digitalfunk	29
	Ausgaben-Tgr. 03 Moderne Verwaltung	30
0603	Integration und Migration, Minderheiten und Vertriebene	34
	Ausgaben-Tgr. 01 Integration und Migration	41
	Ausgaben-Tgr. 02 Rückführung, Erstaufnahme und Eingliederung von Spätaussiedlern	45
	Ausgaben-Tgr. 03 Unterstützung für deutsche Minderheiten in Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa einschließlich nichteuropäischer Nachfolgestaaten der UdSSR	47
	Ausgaben-Tgr. 04 Abwicklung auslaufender Förderprogramme für Aussiedler und Übersiedler	48
	Ausgaben-Tgr. 05 Förderung der Deutschen Volksgruppe in Nordschleswig	49
	Anlage 1 Wirtschaftspläne	52
0610	Sonstige Bewilligungen	54
	Ausgaben-Tgr. 01 Beschaffungen für die Bereitschaftspolizeien der Länder	57
	Anlage 1 Wirtschaftsplan des Sondervermögens "Versorgungsrücklage des Bundes" (0690)	60
	Anlage 2 Wirtschaftsplan des Sondervermögens "Versorgungsfonds des Bundes" (0691)	65
0611	Zentral veranschlagte Verwaltungseinnahmen und -ausgaben	68
	Einnahmen-Tgr. 56 Versorgung der Beamtinnen und Beamten sowie der Richterinnen und Richter der Kap. 0624 und 0625	70
	Einnahmen-Tgr. 57 Versorgung der Beamtinnen und Beamten sowie der Richterinnen und Richter	71
	Ausgaben-Tgr. 56 Versorgung der Beamtinnen und Beamten sowie der Richterinnen und Richter der Kap. 0624 und 0625	75
	Ausgaben-Tgr. 57 Versorgung der Beamtinnen und Beamten sowie der Richterinnen und Richter	76
0612	Bundesministerium	86
0613	Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit	99
0614	Statistisches Bundesamt	107
	Ausgaben-Tgr. 01 Durchführung von Aufträgen anderer Bundesbehörden und Dritter	110

Kapitel	B e z e i c h n u n g	Seite
0615	Bundesverwaltungsamt	120
0616	Bundesamt für Kartographie und Geodäsie	129
	Ausgaben-Tgr. 01 Durchführung von Aufträgen Dritter	131
0617	Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung	138
	Ausgaben-Tgr. 01 Durchführung von Aufträgen anderer Bundesbehörden und Dritter	140
0618	Bundesinstitut für Sportwissenschaft	143
0619	Beschaffungsamt des Bundesministeriums des Innern	148
0623	Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik	158
0624	Bundeskriminalamt	166
	Einnahmen-Tgr. 03 Rückflüsse aus Darlehen des Bundes für den Bau von Wohnungen für den in den Erläuterungen genannten Personenkreis	169
	Ausgaben-Tgr. 06 Maßnahmen der Wohnungsfürsorge in Berlin und Bonn aus Anlass der Verlagerung von Parlament und Regierungsfunktionen nach Berlin	171
0625	Bundespolizei	181
0626	Bundesamt für Verfassungsschutz	200
0628	Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe	202
	Ausgaben-Tgr. 04 Katastrophenschutz	207
0629	Bundesanstalt Technisches Hilfswerk	216
0633	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge	229
0634	Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung	235
	Ausgaben-Tgr. 01 Durchführung von Aufträgen anderer Bundesbehörden und Dritter	238
0635	Bundeszentrale für politische Bildung	246
	Aufwandsentschädigungen, Besondere Personalausgaben	253
	<u>Übersichten</u>	
	Übersicht 1 Verpflichtungsermächtigungen (VE)	255
	Personalhaushalt	265

Wesentliche Politikbereiche und Ziele

Das Bundesministerium des Innern (BMI) und seine nachgeordneten Behörden (Geschäftsbereich) decken ein breites Spektrum an Aufgaben und Tätigkeiten ab. Der Bogen reicht von Sicherheitsaufgaben über Migration und Integration, IT- und Netzpolitik, gesellschaftlichem Zusammenhalt und Verfassung, Sportförderung, Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe bis hin zur Verwaltungsmodernisierung sowie der Zuständigkeit für den öffentlichen Dienst.

Das BMI ist als oberste Bundesbehörde zuständig für die Sicherheitsbehörden des Bundes. In dieser Funktion plant und steuert es Maßnahmen zum Schutz der inneren Sicherheit Deutschlands, der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger sowie der Verfassung. Für die Umsetzung der operativen und präventiven Sicherheitsaufgaben wurden im Geschäftsbereich des BMI folgende Sicherheitsbehörden eingerichtet:

1. Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV),
2. Bundeskriminalamt (BKA),
3. Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) und
4. Bundespolizei.

Die Gewährleistung der inneren Sicherheit ist eine Aufgabe, die nicht von einer Sicherheitsbehörde allein bewältigt werden kann. Deshalb sind die folgenden behördenübergreifenden Zentren im Sicherheitsbereich eingerichtet worden: das Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum, das Gemeinsame Internetzentrum, das Gemeinsame Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum, das nationale Cyber-Abwehrzentrum und das Gemeinsame Analyse- und Strategiezentrum illegale Migration. Übergeordnetes Ziel der Zentren ist eine Verbesserung des behördenübergreifenden Informationsaustauschs und der Kooperation.

Das BMI sieht sich in der besonderen Verantwortung, Kriminalität, Gewalt und Extremismus weit im Vorfeld durch systematische Prävention zu reduzieren.

Neben dem Kernthema der inneren Sicherheit nimmt das BMI wichtige Aufgaben im Bevölkerungsschutz und in der Katastrophenhilfe mit dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) sowie der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW) wahr.

Darüber hinaus ist es das Anliegen des BMI, Bürgerinnen und Bürger für eine Beteiligung am demokratischen Prozess und zur Mitgestaltung der Lebenswirklichkeit mit dem Ziel zu gewinnen, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern und zu erhalten.

Das BMI soll ferner der Motor für eine ständige Modernisierung der Verwaltung sein. Das Aufgabenspektrum reicht von den Gesetzgebungszuständigkeiten für das Verwaltungsverfahren und den öffentlichen Dienst des Bundes bis zum offenen Verwaltungs- und Regierungshandeln. Ziel ist, staatliche Aufgaben weiterhin effizient, wirtschaftlich, bürgerfreundlich und in hoher Qualität zu erfüllen.

Außerdem ist das BMI für die Netzpolitik des Bundes verantwortlich. Ziel der Netzpolitik des BMI ist es, die vielfältigen Chancen des Internets nutzbar zu machen und zugleich etwaige Risiken zu minimieren. Ferner ist das BMI zentraler Ansprechpartner für die Länder und die Wirtschaft bei der Zusammenarbeit mit der Bundesregierung in IT-Fragen und koordiniert ressortweite IT-Fragen.

Die Migrations- und Integrationspolitik zählt mit dem Aufenthaltsrecht, der Asyl- und Flüchtlingspolitik, dem Staatsangehörigkeitsrecht und den Integrationsmaßnahmen für die ständig in Deutschland lebenden Zuwanderer zu den zentralen Themen der Innenpolitik. Insbesondere die Gewährleistung des friedlichen und demokratischen Zusammenlebens von Menschen mit unterschiedlichem nationalen, religiösen und kulturellen Hintergrund spielt dabei eine besondere Rolle.

Das BMI ist zentraler Ansprechpartner auf Bundesebene für Spätaussiedler und ist verantwortlich für die Koordinierung der Aussiedlerpolitik der Bundesregierung und der diesbezüglichen Integrationsmaßnahmen mit Ländern und Gemeinden. Zusätzlich betreut es die in den Herkunftsgebieten der Aussiedler verbliebenen Deutschen und koordiniert die Maßnahmen der Hilfenpolitik für die deutschen Minderheiten.

Das BMI fördert darüber hinaus den deutschen Spitzensport und bringt damit zum Ausdruck, dass Sport für die Bundesregierung ein wichtiges Anliegen ist. Leistung und Auftreten deutscher Spitzensportlerinnen und -sportler tragen zum Ansehen Deutschlands entscheidend bei. Darüber hinaus motivieren sie junge und alte, behinderte und nicht behinderte Menschen, ihnen nachzueifern. Die Athleten sind somit eine wichtige Voraussetzung dafür, dass der Sport seine soziale und integrative Kraft entfalten kann.

Zur Gliederung des Einzelplans

Die Fach- und Programmausgaben des Ministeriums und des Geschäftsbereichs werden in den Kapiteln 0601 bis 0603 sowie in Kapitel 0610 dargestellt. Die Erfüllung der Kernaufgabe des BMI, die innere Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland zu gewährleisten, erfordert einen hohen Personaleinsatz, gerade im Bereich der Sicherheitsbehörden, für den rund zwei Drittel der Ausgaben des Einzelplans aufgewandt werden. Den finanziellen Schwerpunkt des Einzelplans bilden daher die Kapitel der Sicherheitsbehörden (Kapitel 0623 bis 0629).

Das **Kapitel 0601, Gesellschaft und Verfassung,** umfasst die Themen gesellschaftlicher Zusammenhalt, Sport sowie das Thema Verfassung. Diesen Themen ist jeweils eine Titelgruppe gewidmet.

Die Themen IT und Netzpolitik, Digitalfunk und Moderne Verwaltung bilden das **Fachkapitel 0602** .

Das **Kapitel 0603** ist den Themen Integration, Migration, Minderheiten und Vertriebene gewidmet.

Fach- und Programmausgaben, die vom Volumen und/oder ihrer Zielrichtung kein eigenes Kapitel rechtfertigen, sind in **Kapitel 0610 „Sonstige Bewilligungen“** zusammengefasst.

Die vom Geschäftsbereich wahrzunehmenden gesetzlichen und politischen Aufgaben werden durch das **Ministerium** strategisch gesteuert und beaufsichtigt. Die Ausgaben des Ministeriums werden im **Kapitel 0612** veranschlagt.

Aufgrund seiner durch Bundesgesetz geregelten Unabhängigkeit nimmt der **Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit** eine besondere Stellung ein. Er nimmt seine Aufgaben unabhängig wahr und untersteht nur der Rechtsaufsicht der Bundesregierung und der Dienstauf-

sicht des BMI. Seine Ausgaben sind in **Kapitel 0613** veranschlagt.

Die Ausgaben der klassischen **Verwaltungsbehörden** sind in den **Kapiteln 0614 bis 0619** veranschlagt. Dies sind das Statistische Bundesamt, das Bundesverwaltungsamt, das Bundesamt für Kartographie und Geodäsie, das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, das Bundesinstitut für Sportwissenschaft und das Beschaffungsamt des BMI.

Anschließend folgen die **Sicherheitsbehörden** und die Behörden des Bevölkerungsschutzes und der Katastrophenhilfe des BMI in den **Kapiteln 0623 bis 0629:** Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik, Bundeskriminalamt, Bundespolizei, Bundesamt für Verfassungsschutz, Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe und Bundesanstalt Technisches Hilfswerk.

Den Abschluss bilden die Behörden im Geschäftsbereich des BMI, die **Bildungsaufgaben** im weitesten Sinne wahrnehmen: In den **Kapiteln 0633 bis 0635** sind die Ausgaben des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung und der Bundeszentrale für politische Bildung veranschlagt.

Überblick zum Einzelplan 06	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen..	400 335	400 291	+44		374 385
Übrige Einnahmen..	5 580	5 580	-		69 838
Gesamteinnahmen..	405 915	405 871	+44		444 223
Ausgaben					
Personalausgaben...	3 155 457	3 103 973	+51 484	8 017	2 952 251
Sächliche Verwaltungsausgaben...........................	1 112 949	1 133 534	-20 585	135 232	1 087 367
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	1 178 864	1 194 606	-15 742	78 933	1 143 247
Ausgaben für Investitionen.....................................	453 625	548 425	-94 800	532 664	544 922
Besondere Finanzierungsausgaben......................	-129 994	-129 994	-		-
Gesamtausgaben...	5 770 901	5 850 544	-79 643	754 846	5 727 787
davon flexibilisiert..	3 516 669	3 473 215	+43 454	268 888	3 338 923
davon nicht flexibilisiert..	2 254 232	2 377 329	-123 097	485 958	2 388 864
Flexibilisierte Ausgaben nach § 5 HG					
Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3.......................	2 661 796	2 626 372	+35 424	7 048	2 512 950
Aus Hauptgruppe 5..	497 888	515 959	-18 071	94 394	517 435
Aus Hauptgruppe 6 ohne Titel 634 .3.....................	35 975	11 290	+24 685	978	8 583
Aus Hauptgruppe 7..	34 881	41 394	-6 513	78 554	43 430
Aus Hauptgruppe 8..	286 129	278 200	+7 929	87 914	256 525
Zusammen..	3 516 669	3 473 215	+43 454	268 888	3 338 923
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung...................................	654 399 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.................................	170 299 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.................................	140 993 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.................................	116 324 T€				
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.................................	56 412 T€				
im Haushaltsjahr 2019 bis zu.................................	34 102 T€				
im Haushaltsjahr 2020 bis zu.................................	29 502 T€				
im Haushaltsjahr 2021 bis zu.................................	26 002 T€				
im Haushaltsjahr 2022 bis zu.................................	26 002 T€				
im Haushaltsjahr 2023 bis zu.................................	12 602 T€				
im Haushaltsjahr 2024 bis zu.................................	12 602 T€				
im Haushaltsjahr 2025 bis zu.................................	4 389 T€				
im Haushaltsjahr 2026 bis zu.................................	4 389 T€				
im Haushaltsjahr 2027 bis zu.................................	2 892 T€				
im Haushaltsjahr 2028 bis zu.................................	2 892 T€				
im Haushaltsjahr 2029 bis zu.................................	2 745 T€				
im Haushaltsjahr 2030 bis zu.................................	2 042 T€				
im Haushaltsjahr 2031 bis zu.................................	2 042 T€				
im Haushaltsjahr 2032 bis zu.................................	2 042 T€				
im Haushaltsjahr 2033 bis zu.................................	2 042 T€				
im Haushaltsjahr 2034 bis zu.................................	2 042 T€				
ab dem Haushaltsjahr 2035 bis zu.........................	2 042 T€				

06 Haushaltsvermerk / Hinweise zum Einzelplan

Haushaltsvermerk: - Ausgaben

1. **Einsparungen bei folgenden Titeln: Epl. 06 Tit. 511 .1, 532 .1 und 812 .2 dienen bis zur Höhe von 5 000 T€ zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: Kap. 0602 Tit. 532 15.**
2. Einsparungen bei folgenden Titeln: Epl. 06 mit Ausnahme der Titel 518 .2 dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Kap. 0603 Tit. 684 12 **und Kap. 0610 Tit. 532 06.**
3. Einsparungen bei folgenden Titeln: Epl. 06 mit Ausnahme der Titel 518 .2 dienen bis zur Höhe von 2 200 T€ zur Deckung von Mehrausgaben bei folgenden Titeln: **Kap. 0615 Tit. 511 01, 532 01 und 812 02.**
4. Einsparungen bei folgenden Titeln: Epl. 06 mit Ausnahme der Titel 518 .2 dienen bis zur Höhe von 3 000 T€ zur Deckung von Mehrausgaben bei folgenden Titeln: **Kap. 0619 Tit. 511 01, 532 01 und 812 02.**
5. Einsparungen bei folgenden Titeln: Epl. 06 mit Ausnahme der Titel 518 .2 dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: Kap. 0611 Tit. 981 07.

   Dies gilt in Fällen, in denen Bundesressorts im Rahmen von Ressortvereinbarungen für andere Bundesressorts tätig werden und Mittel vom abgebenden Ressort dem empfangenden Ressort für gleiche Zwecke im Wege der Verrechnung zur Verfügung gestellt werden (sog. "Einer-für-Alle-Fälle").
6. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 0611 Tit. 381 07.

   Dies gilt in Fällen, in denen Bundesressorts im Rahmen von Ressortvereinbarungen für andere Bundesressorts tätig werden und Mittel vom abgebenden Ressort dem empfangenden Ressort für gleiche Zwecke im Wege der Verrechnung zur Verfügung gestellt werden (sog. "Einer-für-Alle-Fälle").

Allgemeine Erläuterungen:

Ist-Angaben:

Die Ist-Ergebnisse der Einzeltitel sind kaufmännisch auf 1 000 € gerundet. Dadurch können bei Summenangaben Rundungsdifferenzen entstehen. Summenangaben können außerdem nicht durch Addition der gedruckten Titel errechnet werden, da in Vorjahren weggefallene Titel nur im Bundeshaushaltsplan 2014 abgedruckt werden, wenn bei diesen noch Ausgabereste bestehen.

Ausgabereste:

Die im Vorjahr verfügbaren Ausgabereste im nicht flexibilisierten Bereich sind kaufmännisch auf 1 000 € gerundet und einzeln bei dem jeweiligen Titel mit Stand Juli 2013 ausgewiesen. Die Inanspruchnahme dieser Ausgabereste muss grundsätzlich im jeweiligen Einzelplan durch Minderausgaben an anderer Stelle kassenmäßig eingespart werden. Ausgabereste bei den der Flexibilisierung gemäß § 5 Haushaltsgesetz 2014 (HG) unterliegenden Ansätzen werden lediglich in der Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben summarisch ausgewiesen. Für die Inanspruchnahme dieser Ausgabereste ist zentral Vorsorge getroffen und daher eine kassenmäßige Einsparung im gleichen Einzelplan grundsätzlich nicht erforderlich. Bei Summenangaben können Rundungsdifferenzen entstehen.

Flexibilisierung:

Die in die Regelung nach § 5 HG einbezogenen Ausgaben sind mit einem F vor der Titelnummer gekennzeichnet. Sie werden jeweils im hinteren Teil eines Kapitels im Anschluss an die nicht flexibilisierten Ausgabetitel entsprechend der Zuordnung nach § 5 HG in einer Zusammenstellung aufsummiert und sind danach einzeln aufgelistet. Neu in die Flexibilisierung einbezogene Titel sind dabei mit einem **F** hervorgehoben.

Personalausgaben:

Aufwandsentschädigungen und Besondere Personalausgaben werden gemäß der Übersicht, die nach dem letzten Kapitel des Einzelplans abgedruckt ist, veranschlagt.

Angewandte Kurse:

1 USD = 0,72511 €, 1 CHF = 0,81460 €.

Vorbemerkung

Wesentliche finanzwirksame Schwerpunkte des Kapitels

Das Kapitel besteht aus drei Titelgruppen (Tgr.), die dem Schwerpunkt Gesellschaft zuzuordnen sind: Gesellschaftlicher Zusammenhalt, Sport und Förderung der Neuen Länder. Hinzu kommt eine vierte Tgr. zum Thema Verfassung.

Schwerpunkt der Zuwendungen im Bereich **gesellschaftlicher Zusammenhalt** (Tgr. 01) bilden die Titel, die dem interreligiösen Dialog dienen (Gesamtansatz von rd. 16 Mio. €). Dazu gehören die Deutsche Islamkonferenz, die Finanzierung verschiedener jüdischer Einrichtungen sowie die Durchführung von Kirchentagen. Den zweiten wesentlichen Finanzierungsbereich in dieser Tgr. bilden die Globalzuschüsse zur gesellschaftspolitischen und demokratischen Bildungsarbeit (Ansatz: rd. 98 Mio. €).

Die Mittel zur **Förderung des Leistungssports** sind in Tgr. 02 veranschlagt (Gesamtansatz: rd. 139,5 Mio. €). Damit werden zentrale Maßnahmen auf dem Gebiet des Sports, Projekte, periodisch wiederkehrende Veranstaltungen (z. B. Olympische Spiele und Welt-/Europameisterschaften) sowie Sportstätten gefördert. In der Tgr. sind ebenfalls Zuschüsse an die Nationale Anti-Doping-Agentur (NADA) sowie Mittel zur sportwissenschaftlichen Forschung enthalten.

Der finanzielle Schwerpunkt der Tgr. 04 **(Verfassung)** sind die Kosten der Bundestagswahl im Jahr 2013 und der Wahl zum Europäischen Parlament im Jahr 2014 (Gesamtansatz: rd. 76,8 Mio. €).

Wesentliche Ziele, die mit den veranschlagten Mitteln erreicht werden sollen

Der **gesellschaftliche Zusammenhalt** basiert auf einem durch unsere freiheitlich demokratische Grundordnung geprägten Werteverständnis. Dieses zu fördern und zu erhalten ist eine gemeinsame Aufgabe von Staat und Gesellschaft. Das BMI fördert zahlreiche Vorhaben, die dem Thema gesellschaftlicher Zusammenhalt zuzuordnen sind:

Die Ziele im Bereich des interreligiösen Dialogs sind vielfältig, dienen aber allesamt dem übergeordneten Ziel der gesellschaftlichen Verständigung zwischen den Religionen: So gibt die Deutsche Islamkonferenz den Rahmen für den Dialog zwischen deutschem Staat und Muslimen in Deutschland. Ferner unterstützt das Bundesministerium des Innern den Zentralrat der Juden bei der Erhaltung und Pflege des deutsch-jüdischen Kulturerbes, beim Aufbau der jüdischen Gemeinschaft und bei seinen überregionalen integrationspolitischen und sozialen Aufgaben. Im Jahr 2014 wird der 99. Deutsche Katholikentag in Regensburg bezuschusst, der ein gesellschaftspolitisch wichtiges Signal für Verständigung und Toleranz setzt.

Den zweiten finanzwirksamen Schwerpunkt bilden die Globalzuschüsse an die politischen Stiftungen, die dem Ziel der politischen Bildung dienen. Die Stiftungen stehen in ihrer politischen, geistigen und weltanschaulichen Ausrichtung jeweils etablierten Parteien nahe, halten aber von ihnen unabhängig vielfältige Bildungsangebote bereit.

Ziel der **Leistungssportförderung** ist die mit der Ausübung des Spitzensports verbundene gesamtstaatliche Repräsentation Deutschlands. Daher unterstützt die Bundesregierung den autonomen Sport in seinem Ziel, bei den Olympischen und Paralympischen Spielen in Sotschi (2014) und Rio de Janeiro (2016) das Ergebnis der letzten Olympischen Spiele mindestens zu halten und möglichst zu verbessern. Die sportwissenschaftliche Forschung hat eine athletennahe, sportartspezifische, interdisziplinäre und komplexe Trainings- und Wettkampfforschung sowie Technologieentwicklung zum Ziel. Die Mittel im Bereich Anti-Doping dienen der Dopingprävention sowie der Anti-Dopingforschung und -analytik.

0601 Gesellschaft und Verfassung

Überblick zum Kapitel 0601	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen..	100	-	+100		-
Übrige Einnahmen..	-	-	-		578
Gesamteinnahmen..	100	-	+100		578
Ausgaben					
Sächliche Verwaltungsausgaben...........................	640	4 440	-3 800	1 515	4 555
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	382 768	389 458	-6 690	3 504	309 238
Ausgaben für Investitionen.....................................	17 140	20 510	-3 370	339	21 825
Gesamtausgaben...	400 548	414 408	-13 860	5 358	335 618
davon nicht flexibilisiert..	400 548	414 408	-13 860	5 358	335 618
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung...................................	60 763 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.................................	16 519 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.................................	15 040 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.................................	19 174 T€				
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.................................	10 030 T€				

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

119 99 -012	Vermischte Einnahmen	100		

Haushaltsvermerk:

1. **Mehreinnahmen zu Nr. 1 der Erläuterungen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 684 21.**
2. **Mehreinnahmen zu Nr. 2 der Erläuterungen sind aufgrund von Beschlüssen der LSB-Geschäftsführerkonferenz oder wegen rechtsverbindlich abgeschlossener Verträge zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 686 22.**

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Einnahmen aus der Sportförderung	100
2. Zweckgebundene Einnahmen von Sportfachverbänden und sonstigen Dritten zur Förderung sportwissenschaftlicher Projekte	-
3. Sonstige Einnahmen	-
Zusammen	100

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0602 Tit. 119 99	-	-
Kap. 0618 Tit. 119 99	-	-
Zusammen	-	-

Übrige Einnahmen

272 01 -011	Zuschüsse der Europäischen Union zu den Kosten innenpolitischer Maßnahmen	-	-	578

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind wegen bindender Vorgaben der EU zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 532 14.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0602 Tit. 272 01	-	578

0601 Gesellschaft und Verfassung

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Ausgaben

Titelgruppe 01

Tgr. 01	Gesellschaftlicher Zusammenhalt einschließlich interreligiöser Dialog	(123 186)	(122 226) *(1 515)*	
532 14 -029	Untersuchungen und Aufklärung über innenpolitische Grundsatzfragen sowie Förderung innenpolitischer Maßnahmen	-	- *1 515*	1 870

Haushaltsvermerk:

1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 272 01.

   Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.

2. Aus den Ausgaben dürfen auch Zuwendungen gemäß § 44 BHO gewährt werden.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0602 Tit. 532 14	-	1 870

632 13 -244	Bundesanteil zur Sicherung und Betreuung der Friedhöfe der ehemaligen jüdischen Gemeinden in der Bundesrepublik Deutschland	2 903	2 903	2 873

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind übertragbar.

Erläuterungen:

Aufgrund der Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern sowie den Vertretern der Juden in Deutschland vom 21. Juni 1957 werden die Kosten zur Sicherung und Betreuung der Friedhöfe der ehemaligen jüdischen Gemeinden in der Bundesrepublik Deutschland vom Bund und von den Ländern je zur Hälfte übernommen. Die bisher ermittelte Fläche der jüdischen Friedhöfe beträgt 4 549 957 qm.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0602 Tit. 632 03	2 903	2 873

684 12 -165	Zuschuss zu bevölkerungswissenschaftlichen Tagungen	8	13	4

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0617 Tit. 684 02	13	4

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 01

685 10 -187	Zuschuss zur Vorbereitung und Durchführung des Jubiläums 500 Jahre Reformation	50	50	8

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0602 Tit. 685 10	50	8

685 11 -144	Zuschuss an die Stiftung "Die Mitarbeit" sowie an die "Deutsche Gesellschaft e. V."	650	700	650

Erläuterungen:

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
Projektförderung					
1.1 Deutsche Gesellschaft e. V.			150	200	150
1.2 Stiftung "Die Mitarbeit"			500	500	500
Zusammen			650	700	650

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0602 Tit. 685 01	700	650

685 12 -144	Globalzuschüsse zur gesellschaftspolitischen und demokratischen Bildungsarbeit	97 958	99 958	97 958

Haushaltsvermerk:

1. Die Erläuterungen sind verbindlich.
2. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.
3. Nach § 35 Abs. 2 Satz 1 BHO wird zugelassen, dass den Stiftungen auch projektgebundene Zuwendungen aus anderen Titeln des Bundeshaushalts gewährt werden können.
4. Die Stiftungen sind ermächtigt, die ihnen gewährten Globalzuschüsse gleichfalls als Globalzuschüsse weiterzuleiten.
5. Die Mittel dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.

Erläuterungen:

Globalzuschüsse

Bezeichnung	1 000 €
1. Friedrich-Ebert-Stiftung	31 249
2. Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit	10 212
3. Konrad-Adenauer-Stiftung	27 428
4. Hanns-Seidel-Stiftung	9 551
5. Heinrich-Böll-Stiftung	10 212
6. Rosa-Luxemburg-Stiftung	9 306
Zusammen	97 958

Die Globalzuschüsse werden der Friedrich-Ebert-Stiftung, der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, der Konrad-Adenauer-Stiftung, der Hanns-Seidel-

0601 Gesellschaft und Verfassung

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 685 12 (Titelgruppe 01)

Stiftung, der Heinrich-Böll-Stiftung und der Rosa-Luxemburg-Stiftung zur Erfüllung ihrer satzungsgemäßen Aufgaben gewährt, insbesondere für die Durchführung von Seminaren, Tagungen und Kolloquien, die Beschaffung von Lehr- und Lernmitteln sowie die Vergabe von Forschungsvorhaben mit gesellschaftspolitischer Zielsetzung vor allem auf dem Gebiet der Bildungsforschung. Aus den Globalzuschüssen werden u. a. Ausgaben für Personal und Verwaltung bestritten. Darüber hinaus dienen die Globalzuschüsse dazu, zeitgeschichtlich bedeutsame Archivalien (z. B. Aufzeichnungen, Redemanuskripte, Briefe u. Ä.) von deutschen Parlamentariern zu erhalten und in den Archiven der den im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien nahestehenden Stiftungen zu archivieren. Die Verwendung der Globalzuschüsse richtet sich nach besonderen Bewirtschaftungsgrundsätzen, die vom Bundesministerium des Innern im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen erlassen wurden.Ab dem Jahr 2014 ist im Investitionstitel für die Stiftungen (Kap. 0601 Tit. 894 12) der Einstieg in die Baufinanzierung für die Rosa-Luxemburg-Stiftung vorzusehen.

Bis zum 31.12.2012 nicht verbrauchte Selbstbewirtschaftungsmittel: 7 114 T€.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0602 Tit. 685 02	99 958	97 958

685 14 Zuschuss für die Förderung der jüdischen Gemeinschaft, der christlich-
-187 jüdischen Zusammenarbeit sowie des interreligiösen und interkulturellen Dialogs — 12 432 | 12 432 | 12 266

Verpflichtungsermächtigung... 150 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 50 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 50 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 50 T€

Erläuterungen:

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmitteln	Finanzierungsanteil in Prozent ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
Institutionelle Förderung/Zuschüsse an Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO					
1. Zentralarchiv zur Erforschung der Geschichte der Juden in Deutschland........ *- aus Kap. 0601 Tit. 685 14*	100,00	100,00	370	365	336
2. Internationales Auschwitz Komitee........ *- aus Kap. 0601 Tit. 685 14*	100,00	100,00	180	180	170
3. Deutscher Koordinierungsrat der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit........ *- aus Kap. 0601 Tit. 685 14*	70,00	100,00	352	360	358
4. Abraham Geiger Kolleg/Kantorenausbildung (Jewish Institute of Cantorial Arts)........ *- aus Kap. 0601 Tit. 685 14*	28,00	100,00	340	340	310
Zusammen			1 242	1 245	1 174
- Summe Tit. 685 14			*1 242*	*1 245*	*1 174*
Sonstige Zuwendungsempfänger					
Zentralrat der Juden in Deutschland (Vertrag mit der Bundesrepublik Deutschland vom 27.01.2003)........ *- aus Kap. 0601 Tit. 685 14*	100,00	100,00	10 000	10 000	10 000
Projektförderung					
2.2 Hochschule für jüdische Studien........			520	515	481
2.4 Leo Baeck Institut........			445	450	445
2.5 Internationaler Rat der Christen und Juden........			75	75	75
2.7 Union Progressiver Juden........			50	47	48

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 685 14 (Titelgruppe 01)

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	Finanzierungsanteil in Prozent ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
2.8 Projekte, die der Erhaltung und Weiterentwicklung des jüdischen Kulturerbes dienen			100	100	43
Zusammen			1 190	1 187	1 092
Insgesamt			12 432	12 432	12 266
- Summe Tit. 685 14			*12 432*	*12 432*	*12 266*

Zu 2.8:
z. B. Stiftung Neue Synagoge Berlin - Centrum Judaicum, Salomon Ludwig Steinheim-Institut, Moses Mendelssohn Zentrum

Zu 4.:
Abraham Geiger Kolleg/Kantorenausbildung: Veranschlagung bis 2009 als Projektförderung (100 T€).

Der Bund unterstützt die Bestrebungen zur Förderung des Verständnisses unter den Menschen und Völkern und leistet einen Beitrag zur Förderung insbesondere der kulturellen Interessen des Judentums in Deutschland. Die Leistungen zugunsten des Leo Baeck Instituts erfolgen über den Verein der Freunde und Förderer des Leo Baeck Instituts in Frankfurt/Main. Zu den Kosten einer Hochschule für jüdische Studien, die vom Zentralrat der Juden in Deutschland und von den Ländern aufgebracht werden, erhält der Zentralrat der Juden einen Bundeszuschuss, der 30 Prozent der Kosten der Hochschule nicht übersteigt. Bei der Hochschule für jüdische Studien wurde ein Zentralarchiv zur Erforschung der Geschichte der Juden in Deutschland eingerichtet.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0602 Tit. 685 04	12 432	12 266

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
685 16 -199	Zuschuss zur Vorbereitung, Durchführung und Abwicklung von Kirchentagen	400	400	400

Verpflichtungsermächtigung...

fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 320 T€

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind übertragbar.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0602 Tit. 685 06	400	400

0601 Gesellschaft und Verfassung

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 01

685 19 -187	Kosten der Deutschen Islamkonferenz sowie Förderung des interreligiösen Dialogs	505	525	391

Verpflichtungsermächtigung ... 300 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu ... 150 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu ... 100 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu ... 50 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Kosten der Deutschen Islamkonferenz (DIK) ...	375
2. Förderung des interreligiösen Dialogs, insbesondere mit dem Islam ...	130
Zusammen ...	505

Zu 1.:
Ziel der DIK ist eine verbesserte religions- und gesellschaftspolitische Integration der muslimischen Bevölkerung in Deutschland.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0602 Tit. 685 09 ...	525	391

686 11 -290	Förderung von Projekten für demokratische Teilhabe und gegen Extremismus	6 000		

Verpflichtungsermächtigung ... 2 400 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu ... 1 200 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu ... 1 200 T€

Haushaltsvermerk:

1. **Die Ausgaben sind übertragbar.**
2. **Die Erläuterungen sind verbindlich.**
3. **Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.**
4. **Von den Mitteln dürfen bis zu 5 Prozent für Projektträgerschaft, Evaluierung sowie begleitende Öffentlichkeitsarbeit eingesetzt werden.**

Erläuterungen:

Die fachliche Ausgestaltung der Projekte erfolgt für mindestens ein Drittel des Ansatzes im Einvernehmen mit dem/der Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0602 Tit. 686 43 ...	7 500	7 824

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 01

687 11 -244	Entschädigung an ehemalige Bedienstete jüdischer Gemeinden	950	1 545	1 250

Haushaltsvermerk:

Erstattungen Dritter fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Die ehemaligen Bediensteten jüdischer Gemeinden sowie ihre Hinterbliebenen erhalten gemäß § 31 d des Gesetzes zur Regelung der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts für Angehörige des öffentlichen Dienstes in der Fassung vom 24. August 1961 (BGBl. I S. 1627) und der vom Bundesministerium des Innern erlassenen Rechtsverordnung vom 6. April 1963 (BGBl. I S. 182) laufende Versorgungszahlungen. Aus den Ausgaben dürfen auch Kosten für Sachverständige geleistet werden.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0615 Tit. 687 01	1 545	1 250

894 12 -144	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen zur gesellschaftspolitischen und demokratischen Bildungsarbeit	1 330	3 700	7 673

Haushaltsvermerk:

Die Erläuterungen sind verbindlich.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Friedrich-Ebert-Stiftung	901
2. Hanns-Seidel-Stiftung	429
Zusammen	1 330

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0602 Tit. 894 02	3 700	7 673

Titelgruppe 02

Tgr. 02	Sport	(139 546)	(136 835) *(339)*	
684 21 -322	Zentrale Maßnahmen auf dem Gebiet des Sports	99 761	94 761	95 038

Verpflichtungsermächtigung .... 30 810 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 6 150 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 6 200 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu .... 9 230 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu .... 9 230 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 882 21.
2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: **119 99.**

0601 Gesellschaft und Verfassung

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 684 21 (Titelgruppe 02):

3. Die Erläuterungen zu Nr. 3 sind verbindlich.
4. Die Mittel zu Nr. 3 der Erläuterungen dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.

Erläuterungen:

	Bezeichnung	1 000 €
1.	Jahresplanungen der Bundessportfachverbände	
1.1	Grundförderung (u. a. internationale Wettkämpfe, zentrale Lehrgänge, Stützpunkttraining, Vertretung in internationalen Gremien)	14 246
1.2	Teilnahme an EM und WM	4 485
1.3	Maßnahmen zur gezielten Olympiavorbereitung, insbesondere TOP-Team-Förderung	9 925
2.	Organisationskosten für bedeutende nationale und internationale Veranstaltungen im Inland	720
3.	Leistungssportpersonal einschließlich mischfinanzierte Trainer	29 170
4.	Olympiastützpunkte (OSP) und Bundesleistungszentren (BLZ)	31 525
5.	Leistungssportprojekte	
5.1	Sportmedizinische Grunduntersuchung	750
5.2	Andere (z. B. Bundestrainergroßseminar und Sportbeobachtungen)	310
6.	Bundeswettbewerbe der Schulen	
6.1	Bundeswettbewerb der Schulen "Jugend trainiert für Olympia"	250
6.2	Bundeswettbewerb der Schulen "Jugend trainiert für Paralympics"	100
7.	Leistungssport der Menschen mit Behinderung	
7.1	Jahresplanungen der Behindertensportverbände	3 920
7.2	Organisationskosten für bedeutende nationale und internationale Veranstaltungen im Inland	305
7.3	Leistungssportpersonal	1 600
7.4	Maßnahmen zur Verbesserung des Leistungssports der Menschen mit Behinderung	296
8.	Zentrale Maßnahmen des Breitensports	45
9.	Förderung der internationalen Sportbeziehungen	120
10.	Sonstige Maßnahmen (besonderes Interesse der Bundesrepublik)	
10.1	Verbände mit besonderen Aufgaben	524
10.2	Ehrenpreise, Silbernes Lorbeerblatt, Sportplakette, Empfänge	60
10.3	Förderung von Fair Play und Bekämpfung von Rechtsextremismus und Gewalt sowie Projekte zur Wahrung der Integrität im Sport	100
10.4	Zuwendung für die Beratungsstelle des Doping-Opfer-Hilfe e. V.	30
10.5	Sonstige Maßnahmen	1 280
Zusammen		99 761

Bis zum 31.12.2012 nicht verbrauchte Selbstbewirtschaftungsmittel: 5 301 T€.

Weitere Mittel, die der mittelbaren oder unmittelbaren Förderung des Sports dienen, sind insbesondere in folgenden Einzelplänen veranschlagt:

Bezeichnung	1 000 €
Epl. 05	3 600
Epl. 08	1 333
Epl. 11	810
Epl. 14	51 205
Epl. 17	19 185

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 684 21 (Titelgruppe 02)

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0602 Tit. 684 11	94 761	95 038

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
684 22 -322	Projektförderung für Sporteinrichtungen	13 096	12 096	12 096

Verpflichtungsermächtigung .... 7 200 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 2 400 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 2 400 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu .... 2 400 T€

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0602 Tit. 684 12	12 096	12 096

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
684 23 -322	Periodisch wiederkehrende Sportveranstaltungen	2 710	3 425	4 824

Verpflichtungsermächtigung ....

fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 400 T€

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Entsendungskosten für Olympiamannschaften, DOSB	1 445
2. Entsendungskosten für Mannschaften zu Paralympischen Spielen, Deaflympics (Gehörlose) und Special Olympics	810
3. Internationales Deutsches Turnfest (IDTF) und Gymnaestrada	250
4. Bundessportfest Deutsche Jugendkraft	135
5. Makkabi-Spiele und Makkabiade	70
6. Universiade	-
7. Entsendungskosten zu den World Games	-
Zusammen	2 710

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0602 Tit. 684 13	3 425	4 824

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
686 22 -165	Förderung von Forschung, Dokumentation und Tagungen sowie Durchführung von Forschungsvorhaben und Betreuungsprojekten auf dem Gebiet der Sportwissenschaft	3 799	4 679	3 563

Verpflichtungsermächtigung .... 6 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 2 400 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 1 700 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu .... 1 100 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu .... 800 T€

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: **119 99.**

0601 Gesellschaft und Verfassung

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 686 22 (Titelgruppe 02)

Erläuterungen:

Die vorgesehenen Mittel dienen der Forschung und Dokumentation, die im Interesse des Bundes für den Sport von Bedeutung sind; insbesondere auch für Behindertensport, Dopingforschung, Sportstätten- und Geräteforschung.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0618 Tit. 686 01	4 679	3 563
Kap. 0618 Tit. 686 02	20	12
Zusammen	4 699	3 575

686 23 -322	Zuschuss für Maßnahmen zur Dopingbekämpfung	3 366	3 366	3 355

Verpflichtungsermächtigung ... 416 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu ... 208 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu ... 208 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Einnahmen aus Überzahlungen und aus Rückforderungen sowie Rückforderungen aus der Verbandsförderung (Tit. **684 21**) aufgrund von Verstößen gegen Auflagen zur Dopingbekämpfung fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Dopingprävention	300
2. Dopinganalytik und -forschung	2 066
3. Sonstige Maßnahmen zur Dopingbekämpfung	1 000
Zusammen	3 366

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0602 Tit. 686 13	3 366	3 355

686 24 -029	Zuschuss an die Welt-Anti-Doping Agentur (WADA)	544	586	554

Erläuterungen:

Bezeichnung der Organisation Rechtsgrundlage und Zweck der Mitgliedschaft	Mitgliedsbeitrag der Bundesrepublik Deutschland (Pflichtleistungen)			Besondere (freiwillige) Leistungen außerhalb des Mitgliedsbeitrags in 1 000 € (gerundet)	Zusammen Spalte 4 + 5 in 1 000 €
	in Prozent	in Tausend-Fremdwährung (gerundet)	in 1 000 € (gerundet)		
1	2	3	4	5	6
Welt-Anti-Doping Agentur (europäischer Anteil 47,5 Prozent)	11,4	750 USD	544		544
Grundlage: Kopenhagener Deklaration vom 5.3.2003 und Verteilerschlüssel der Kulturkonvention des Europarates					
Zweck: Internationale Dopingbekämpfung					

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0602 Tit. 686 14	586	554

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 02

686 26 -322	Förderung von internationalen Sportprojekten und Tagungen	460	1 112	448

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind übertragbar.

Erläuterungen:

Gefördert werden sollen u. a. Projekte zur Friedenssicherung und Völkerverständigung, internationale Sportorganisationen mit Sitz in Deutschland sowie Projektkoordination oder Tagungen mit internationalem Teilnehmerkreis.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0602 Tit. 686 16	1 112	448

882 21 -322	Zuwendungen für die Errichtung, Ausstattung und Bauunterhaltung von Sportstätten für den Hochleistungssport	15 810	16 810	14 152

Verpflichtungsermächtigung... 12 707 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 3 221 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu... 3 162 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu... 6 324 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 684 21.
2. Einnahmen aus Überzahlungen und aus Rückforderungen (einschließlich Zinserhebungen) fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0602 Tit. 882 11	16 810	14 152

882 24 -322	Beteiligung des Bundes an der Sanierung und Modernisierung des Olympiastadions in Berlin sowie am Umbau des Zentralstadions in Leipzig	-	- *339*	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0602 Tit. 882 14	-	-

0601 Gesellschaft und Verfassung

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Titelgruppe 04			
Tgr. 04	Verfassung	(137 816)	(155 227) *(3 504)*	
532 44 -019	Kosten für Veranstaltungen der Verfassungsorgane aus besonderen Anlässen, insbesondere für Staatsakte, Staatsbegräbnisse und zentrale Gedenkveranstaltungen	156	156	152

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0602 Tit. 532 02	156	152

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
532 48 -011	Zuschuss für die Feierlichkeiten anlässlich des Tages der deutschen Einheit	184	184	184

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0602 Tit. 532 03	184	184

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
532 49 -011	Kosten für Veranstaltungen aus Anlass des Jubiläums 25 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit	300		
632 41 -011	Kosten der Bundestagswahlen sowie Kosten der Direktwahl zum Europäischen Parlament	76 805	76 805	270

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0602 Tit. 632 01	76 805	270

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
632 44 -012	Kennzeichnung der Bundesaußengrenze sowie Aufstellung und Unterhaltung von Europaschildern an den Außen- und Binnengrenzen der Staaten der EU	300	200	112

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Kosten der Herrichtung, Beschaffung und Aufstellung von Grenzzeichen, Grenzurkunden..	294
2. Europaschilder..	6
Zusammen...	300

Der Bund trägt die Kosten für die Kennzeichnung der Bundesaußengrenze, insbesondere für die Beschaffung, den Transport und das Einbringen aller erforderlichen Grenzzeichen (erstmalige Festlegung und Wiederherstellung). Er trägt außerdem die Kosten für die sog. Europaschilder, die aufgrund einer EU-Entschließung aufzustellen sind.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 632 44 (Titelgruppe 04)

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0602 Tit. 632 04	200	112

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
632 45 -042	Zuweisungen zu laufenden Aufwendungen	60 000	60 000	60 000

Erläuterungen:

Ausgleich an Berlin für hauptstadtbedingte Aufwendungen des Landes im Bereich von Sicherheitsaufwendungen.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0602 Tit. 632 05	60 000	60 000

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
685 45 -165	Zuschüsse zur Förderung von Forschungsvorhaben, Wettbewerben und Veröffentlichungen insbesondere in Verfassungsrecht, Verwaltungswissenschaften und Kommunalwesen	71	77	64

Verpflichtungsermächtigung... 60 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 20 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 20 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 20 T€

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen an Politiker und Fachkreise unentgeltlich bzw. gegen ermäßigtes Entgelt abgegeben werden.

Erläuterungen:

Förderung wissenschaftlicher Untersuchungen und Wettbewerbe im Zusammenhang mit den Aufgaben des Bundesministeriums des Innern. Insbesondere sollen Druckkostenzuschüsse zu Arbeiten über staatsrechtliche, verwaltungs- und kommunalwissenschaftliche Fragen gewährt werden. Zuschusswürdig sind Forschungsvorhaben, erheblich überdurchschnittliche Dissertationen sowie einige bedeutende Habilitationsschriften, wenn sie für den Bund von besonderer Bedeutung sind. Das besondere Bundesinteresse wird jeweils aufgrund eines fachlichen Gutachtens geprüft.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0602 Tit. 685 05	77	64

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
686 43 -011	Zuschuss an die "Stiftung Datenschutz"	-	205	-

Erläuterungen:

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
Institutionelle Förderung/Zuschüsse an Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO					
Stifung Datenschutz.. *- aus Kap. 0601 Tit. 686 43*			-	205	-

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0602 Tit. 686 03	205	-

0601 Gesellschaft und Verfassung

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel			
532 05 -019	Kosten für Veranstaltungen der Bundesregierung aus Anlass des Jubiläums Freiheit und Einheit der Bundesrepublik Deutschland (60 Jahre Grundgesetz/20 Jahre Mauerfall und Wiedervereinigung)		-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0602 Tit. 532 05	-	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
544 31 -165	Forschung, Untersuchungen und Ähnliches		4 100	2 339

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0602 Tit. 544 41	4 100	2 339

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
685 17 -187	Zuschuss an den Zentralrat der Juden in Deutschland zur Eingliederung jüdischer Zuwanderer in die jüdischen Gemeinden Deutschlands		100	200

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0602 Tit. 685 07	100	200

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
686 02 -165	Zuschüsse für die Durchführung von sportwissenschaftlichen Tagungen, Symposien und Kongressen		20	12

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0618 Tit. 686 02	20	12

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
686 19 -322	Zuschuss an die Nationale Anti-Doping Agentur		-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0602 Tit. 686 19	-	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
686 31 -691	Modellvorhaben zur Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft		-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0602 Tit. 686 41	-	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
686 32 -691	Investorenwerbung und Förderung von Marktstrategien zur Standortsicherung klein-und mittelständischer Unternehmen in den neuen Bundesländern		6 000	5 078

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0602 Tit. 686 42	6 000	5 078

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
686 33 -290	Förderung von Projekten für demokratische Teilhabe und gegen Extremismus insbesondere in Ostdeutschland		7 500 *3 504*	7 824

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0602 Tit. 686 43	7 500	7 824

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
893 01 -139	Zuschuss des Bundes zum Neubau der Hochschule für jüdische Studien (HfJS) in Heidelberg		-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0602 Tit. 893 01	-	-

0602 IT und Netzpolitik, Digitalfunk und Moderne Verwaltung

Vorbemerkung

Wesentliche finanzwirksame Schwerpunkte des Kapitels

In der Titelgruppe **IT und Netzpolitik** (Tgr. 01) sind die Mittel zum Aufbau und Betrieb der Netze des Bundes (NdB) sowie weiterer zentraler IT-Infrastrukturen des Bundes veranschlagt. Daneben sind dort die Mittel für die Beauftragte für die Informationstechnik der Bundesregierung (BfIT) ausgebracht (Gesamtansatz rd. 63,1 Mio. €).

Titelgruppe 02 enthält die Mittel für den Aufbau und den Betrieb des **Digitalfunks** der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben. Der Ansatz sinkt planmäßig von rd. 318 auf rd. 168 Mio. € im Jahr 2014. Dies spiegelt den Projektfortschritt wider.

In der Titelgruppe **Moderne Verwaltung** (Tgr. 03) sind als wesentliche finanzwirksame Einzelmaßnahmen das Projekt zur Einführung einer einheitlichen Behördenrufnummer (D 115) mit einem Anteil in Höhe von 498 T€ sowie Mittel zur Initialisierung des Programms "Digitale Verwaltung 2020" in Höhe von 3 Mio. € veranschlagt.

Wesentliche Ziele, die mit den veranschlagten Mitteln erreicht werden sollen

Die **IT- und Netzpolitik** des Bundesministeriums des Innern zielt darauf ab, Vertrauen, Freiheit und Sicherheit in der Informationsgesellschaft zu gewährleisten. Aufgrund der stetig wachsenden technologischen Herausforderungen sowie einer sich verschärfenden IT-Bedrohungslage ist eine Neugestaltung der Kommunikationsinfrastrukturen des Bundes erforderlich. Im Projekt NdB werden daher in einem ersten Schritt der Informationsverbund Berlin-Bonn (IVBB) und der Informationsverbund der Bundesverwaltung (IVBV) in einer leistungsfähigen und sicheren gemeinsamen Netzinfrastruktur neu aufgestellt. Ziel ist eine gemeinsame IT-Infrastruktur für die Bundesverwaltung.

Die BfIT ist zentraler Ansprechpartner für Länder und Wirtschaft bei der Zusammenarbeit mit der Bundesregierung in IT-Fragen. Wichtigstes Ziel der BfIT ist es, die ressortübergreifende IT-Koordinierung zu einer ressortübergreifenden IT-Steuerung auszubauen. Dieses Ziel verfolgt sie gemeinsam mit den IT-Steuerungsgremien - dem Rat der IT-Beauftragten der Ressorts und der IT-Steuerungsgruppe des Bundes. Zusätzlich sind ab 2014 Mittel für die IT-Konsolidierung des Bundes vorgesehen.

Wesentliches Ziel des **Digitalfunks** (Digitales Sprech- und Datenfunksystem für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben - BOS) ist die Ablösung der alten Analogfunknetze durch den Aufbau und späteren Betrieb eines einheitlichen Funknetzes für Rettungs- und Sicherheitskräfte flächendeckend für Deutschland. Dabei arbeiten Bund und Länder eng zusammen. Der Digitalfunk gliedert sich in die Bereiche Kernnetz und Zugangsnetz. Der Bund hat sich verpflichtet, das Kernnetz zu errichten und zu finanzieren. Das Zugangsnetz wird durch die Länder errichtet und betrieben. Der Bund beteiligt sich anteilig an den Kosten der Ertüchtigung und des Betriebes des Zugangsnetzes. Als Teil des Zugangsnetzes ist dem Bund auch die Finanzierung der für die Versorgung der 12-Seemeilen-Zone und des Luftraumes erforderlichen Netzelemente zugeordnet. Von den geplanten rund 4 500 Basisstationen waren Mitte Oktober 2013 4 000 aufgebaut und davon 3 600 Basistationen in das Netz integriert. Damit waren über 375 000 von den geplanten rd. 500 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer im BOS-Digitalfunknetz angemeldet.

Im Bereich der Titelgruppe **Moderne Verwaltung** ist es das Ziel, die 115 als den Bürgerservice der öffentlichen Verwaltung in Deutschland flächendeckend zu etablieren. Bereits heute können knapp ein Drittel aller Einwohner Deutschlands den 115-Service nutzen und ihre Fragen an die Verwaltung stellen sowie Dienstleistungen nutzen. In 2014 sollen weitere Kommunen und Länder für eine Teilnahme geworben und die Servicequalität verbessert werden.

Daneben sind hier Mittel zur Initialisierung des Programms "Digitale Verwaltung 2020" veranschlagt, dessen Ziel es ist, verbindliche Standards zur möglichst flächendeckenden Digitalisierung der Verwaltung zu erarbeiten und umzusetzen.

Überblick zum Kapitel 0602	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen..	2 150	2 250	-100		3 196
Gesamteinnahmen..	2 150	2 250	-100		3 196
Ausgaben					
Sächliche Verwaltungsausgaben...........................	67 984	66 804	+1 180	28 502	26 767
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	69 788	115 923	-46 135	52 892	157 654
Ausgaben für Investitionen.....................................	100 057	194 003	-93 946	365 731	207 181
Gesamtausgaben...	237 829	376 730	-138 901	447 125	391 602
davon nicht flexibilisiert..	237 829	376 730	-138 901	447 125	391 602
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung...................................	137 450 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.................................	29 150 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.................................	25 650 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.................................	15 650 T€				
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.................................	13 400 T€				
im Haushaltsjahr 2019 bis zu.................................	13 400 T€				
im Haushaltsjahr 2020 bis zu.................................	13 400 T€				
im Haushaltsjahr 2021 bis zu.................................	13 400 T€				
im Haushaltsjahr 2022 bis zu.................................	13 400 T€				

0602 IT und Netzpolitik, Digitalfunk und Moderne Verwaltung

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

119 99 -012	Vermischte Einnahmen	2 150	2 250	3 196

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen zu Nr. **1** der Erläuterungen sind auf Grundlage der Verwaltungsvereinbarung für den Betrieb der einheitlichen Behördenrufnummer D 115 zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 532 36.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Einnahmen für die einheitliche Behördenrufnummer D 115	-
2. Sonstige Einnahmen	2 150
Zusammen	2 150

Ausgaben

Titelgruppe 01

Tgr. 01	IT und Netzpolitik	(63 131)	(53 042) *(41 387)*	
532 10 -011	E-Government und Internetstrategie des Bundes	6 323	8 852	6 652

Verpflichtungsermächtigung .... 4 500 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 1 500 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 1 500 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu .... 1 500 T€

Haushaltsvermerk:

1. Aus den Ausgaben dürfen auch Zuwendungen gem. § 44 BHO gewährt werden.
2. Die Mittel dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.

Erläuterungen:

Bis zum 31.12.2012 nicht verbrauchte Selbstbewirtschaftungsmittel: 9 065 T€.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0602 Tit. 532 08	8 852	6 652

532 11 -011	Dienstleistungen zum Aufbau und Betrieb der Netze des Bundes sowie weiterer zentraler IT-Infrastrukturen des Bundes	5 627		

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 812 13.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 532 11 (Titelgruppe 01)

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0602 Tit. 532 17	1 630	1 467

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
532 14 -011	IT-Konsolidierung Bund	8 013		

Verpflichtungsermächtigung...

fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 2 000 T€

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind übertragbar.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
532 15 -011	Ressort-CIO, IT-Steuerung und IT-Controlling im BMI und im Geschäftsbereich	450	350	335

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe von 5 000 T€ der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Epl. 06.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0602 Tit. 532 10	350	335
Kap. 0602 Tit. 532 12	100	80
Zusammen	450	415

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
532 16 -011	IT-Planungsrat	1 193	1 193	2 193

Verpflichtungsermächtigung.. 750 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 250 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 250 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 250 T€

Haushaltsvermerk:

1. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.
2. Die Mittel dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.

Erläuterungen:

Bis zum 31.12.2012 nicht verbrauchte Selbstbewirtschaftungsmittel: 11 466 T€.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0602 Tit. 532 15	1 193	2 193

0602 IT und Netzpolitik, Digitalfunk und Moderne Verwaltung

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 01

532 18 -012	Fortentwicklung von IT-Standards für den Datenaustausch in der öffentlichen Verwaltung (XÖV-Standards)	325	150	115

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Meldewesen (Standard "XMeld")	150
2. Nationales Waffenregister (Standard "XWaffe")	175
Zusammen	325

532 19 -011	IT-Steuerung Bund	5 200	3 200	2 040

Verpflichtungsermächtigung..

fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 1 500 T€

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind übertragbar.

Erläuterungen:

Erarbeitung und Umsetzung von Strategien und Konzepten der IT-Steuerung Bund.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0602 Tit. 532 09	3 200	2 040

812 13 -011	Aufbau und Betrieb der Netze des Bundes (NdB) sowie weiterer zentraler IT-Infrastrukturen des Bundes	36 000	39 297 *41 387*	48 896

Verpflichtungsermächtigung.. 1 500 T€

davon fällig:

im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 500 T€

im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 500 T€

im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 500 T€

Haushaltsvermerk:

1. **Die Ausgaben sind mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 532 11.**
2. **Einnahmen aus Gebühren externer Teilnehmer für die Nutzung der Leistungen der IVBB-Übergangslösung und der Netze des Bundes fließen den Ausgaben zu.**
3. Aus den Ausgaben dürfen auch Überlassungs- und Betriebskosten geleistet werden.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0602 Tit. 532 17	1 630	1 467
Kap. 0602 Tit. 812 01	39 297	48 896
Zusammen	40 927	50 363

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Titelgruppe 02			
Tgr. 02	Digitalfunk	(168 088)	(318 088) *(405 118)*	
	Haushaltsvermerk: 1. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig. 2. Die Verpflichtungsermächtigungen sind gegenseitig deckungsfähig.			
511 21 -042	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände, Software, Wartung	-	-	-
517 21 -042	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	11 000	11 000 *2 201*	1 739
	Verpflichtungsermächtigung........ 24 000 T€ davon fällig: im Haushaltsjahr 2015 bis zu........ 3 000 T€ im Haushaltsjahr 2016 bis zu........ 3 000 T€ im Haushaltsjahr 2017 bis zu........ 3 000 T€ im Haushaltsjahr 2018 bis zu........ 3 000 T€ im Haushaltsjahr 2019 bis zu........ 3 000 T€ im Haushaltsjahr 2020 bis zu........ 3 000 T€ im Haushaltsjahr 2021 bis zu........ 3 000 T€ im Haushaltsjahr 2022 bis zu........ 3 000 T€			
	Haushaltsvermerk: Die Ausgaben sind übertragbar.			
518 21 -042	Mieten und Pachten	14 455	14 455 *25 681*	8 732
	Verpflichtungsermächtigung........ 83 200 T€ davon fällig: im Haushaltsjahr 2015 bis zu........ 10 400 T€ im Haushaltsjahr 2016 bis zu........ 10 400 T€ im Haushaltsjahr 2017 bis zu........ 10 400 T€ im Haushaltsjahr 2018 bis zu........ 10 400 T€ im Haushaltsjahr 2019 bis zu........ 10 400 T€ im Haushaltsjahr 2020 bis zu........ 10 400 T€ im Haushaltsjahr 2021 bis zu........ 10 400 T€ im Haushaltsjahr 2022 bis zu........ 10 400 T€			
	Haushaltsvermerk: Die Ausgaben sind übertragbar.			
519 21 -042	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	9 700	22 000	384
	Haushaltsvermerk: Die Ausgaben sind übertragbar. Erläuterungen: Weniger wegen Anpassung an die Umsetzungsplanung.			
525 21 -042	Aus- und Fortbildung	200	1 000	273

0602 IT und Netzpolitik, Digitalfunk und Moderne Verwaltung

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 02

526 22 -042	Sachverständige, Ausgaben für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen	400	400	533
539 29 -042	Vermischte Verwaltungsausgaben	500	500	9
632 20 -042	Zuweisungen an die Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben	67 951	114 177 *52 892*	156 000

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind übertragbar.

Erläuterungen:

Weniger wegen Anpassung an Umsetzungsplanung.

711 21 -042	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	29 946	59 000 *11 935*	28 435

Verpflichtungsermächtigung.. 20 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 10 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 10 000 T€

Erläuterungen:

Weniger wegen Anpassung an die Umsetzungsplanung.

812 20 -042	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	16 000	69 921 *152 925*	13 595

Erläuterungen:

Weniger wegen Anpassung an die Umsetzungsplanung.

892 20 -042	Zuweisungen an die Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben für Investitionen	17 936	25 635 *159 484*	116 110

Titelgruppe 03

Tgr. 03	Moderne Verwaltung	(6 610)	(3 870) *(620)*	
532 36 -011	Bundesanteil zur Einführung einer einheitlichen Behördenrufnummer (D 115)	498	674 *620*	1 919

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0602 Tit. 532 16	674	1 919

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 03

532 37 -011	Aufbau und Betrieb des Informations- und Bibliotheksportals des Bundes	1 100	1 300	296

Haushaltsvermerk:

Einnahmen aus Beiträgen der Teilnehmer fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0602 Tit. 532 07	1 300	296

532 38 -011	Digitale Verwaltung 2020	3 000		

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind übertragbar.

632 32 -164	Zweckgebundene Zuweisungen an die Länder für Mitgliedseinrichtungen der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz e. V. (WGL)	1 389	1 298	1 216

Haushaltsvermerk:

Die Mittel dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.

Dies gilt, wenn und soweit das Sitzland seinen Finanzierungsanteil ebenfalls überjährig zur Verfügung stellt.

Erläuterungen:

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungs-anteil in Prozent mit Eigenmittel	ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
WGL-Einrichtungen					
1. **Rheinland-Pfalz**			**(1 389)**	**(1 298)**	**(1 216)**
1.1 Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung bei der Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer.. *- aus Kap. 0602 Tit. 632 32*			1 389	1 298	1 216
Zusammen			1 389	1 298	1 216

Die Länder gewähren den Einrichtungen Zuwendungen zur institutionellen Förderung. Die Förderung des Bundes erfolgt durch zweckgebundene Zuweisungen an die Sitzländer.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0602 Tit. 632 02	1 298	1 216

632 33 -133	Zuschuss an das Land Rheinland-Pfalz für die Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften in Speyer	175	175	174

Erläuterungen:

Bundeszuschuss für die im Interesse des Bundes geleistete Arbeit im Bereich der Aus- und Fortbildung gemäß Verwaltungsabkommen vom 3. November 1995 (Neufassung).

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0611 Tit. 632 02	175	174

0602 IT und Netzpolitik, Digitalfunk und Moderne Verwaltung

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 03

685 31 -127	Zuschuss an die Mittelrheinische VWA in Bonn	10	10	10

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0611 Tit. 685 02	10	10

686 31 -012	Kosten des Europäischen Instituts für Öffentliche Verwaltung in Maastricht	153	153	153

Erläuterungen:

Förderung der praxisnahen Fortbildung von Personal der EU-Mitgliedstaaten auf den Gebieten EU-Politik, EU-Recht und EU-Arbeitsweise gemäß Kooperationsabkommen.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0611 Tit. 686 01	153	153

687 31 -165	Kosten des Internationalen Instituts für Verwaltungswissenschaften in Brüssel	110	110	101

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

Erläuterungen:

Bezeichnung der Organisation Rechtsgrundlage und Zweck der Mitgliedschaft	Mitgliedsbeitrag der Bundesrepublik Deutschland (Pflichtleistungen)			Besondere (freiwillige) Leistungen außerhalb des Mitgliedsbeitrags in 1 000 € (gerundet)	Zusammen Spalte 4 + 5 in 1 000 €
	in Prozent	in Tausend-Fremdwährung (gerundet)	in 1 000 € (gerundet)		
1	2	3	4	5	6
1. Internationales Institut für Verwaltungswissenschaften (IIV), Brüssel..	6,7		80		80
Rechtsgrundlage: Mitgliedschaft der Bundesrepublik Deutschland ab 1. April 1952 durch Vereinbarung gemäß Kabinettbeschluss, zugleich Gründung einer Deutschen Sektion des IIV					
Zweck: Förderung der Entwicklung der Verwaltungswissenschaften (Methoden und Verfahren)					
2. Sonstiges (Reisekosten u. a.)...			30		30
Zusammen...			110	-	110

Differenzen durch Rundung möglich

Dem 1930 gegründeten Internationalen Institut für Verwaltungswissenschaften gehören zz. 86 Mitgliedstaaten und internationale Organisationen an.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0602 Tit. 687 01	110	101

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Noch zu Titelgruppe 03				
812 32 -011	Erwerb von Anlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Software im Bereich Informationstechnik	175	150	145

Erläuterungen:

Modernisierung des Haushalts- und Rechnungswesens; Weiterentwicklung der Software zur Kosten- und Leistungsrechnung

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0602 Tit. 812 02	150	145

Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
532 12 -011	Kosten des IT-Controlling im BMI und im Geschäftsbereich		100	80
532 17 -011	Betrieb des Verbindungsnetzes des Bundes und der Länder		1 630	1 467
532 39 -011	Einführung des elektronischen Personalausweises		-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0602 Tit. 532 19	-	-

0603 Integration und Migration, Minderheiten und Vertriebene

Vorbemerkung

Wesentliche finanzwirksame Schwerpunkte des Kapitels

In der Titelgruppe **Integration und Migration** (Tgr. 01) bilden die Mittel für die Integrationskurse mit rd. 204 Mio. € den Ausgabenschwerpunkt; daneben werden eine Reihe von weiteren integrations- und migrationsspezifischen Maßnahmen mit bis zu 49 Mio. € bezuschusst.

Die weiteren Titel und Titelgruppen (Tgr. 02 - 05) enthalten die Mittel, die der **Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten** verantwortet.

Wesentliche Ziele, die mit den veranschlagten Mitteln erreicht werden sollen

Der Integrationskurs mit 660 Unterrichtsstunden ist das Kernstück des staatlichen **Integrationsangebots.** Der Erwerb von Deutschkenntnissen als entscheidende Grundvoraussetzung für eine Arbeitsaufnahme und eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in Deutschland ist das Hauptziel des Integrationskurses. Nur wer über ausreichende Sprachkenntnisse verfügt, kann berufliche, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Chancen in der Aufnahmegesellschaft nutzen. Bis Ende 2013 haben rd. 1,3 Mio. Personen eine Berechtigung zur Teilnahme am Integrationskurs erhalten. Nahezu 1 Mio. Personen haben bereits den Kurs begonnen und rd. 600 000 haben ihn mittlerweile abgeschlossen.

Daneben gibt es Integrationskurse für spezielle Zielgruppen: Eltern- bzw. Frauenintegrationskurse, besondere Elternintegrationskurse an Schulen, Alphabetisierungskurse, Jugendintegrationskurse, Intensivkurse und Förderkurse für Teilnahmeberechtigte, die einen besonderen sprachpädagogischen Förderbedarf haben. Jeder vierte neu beginnende Kurs ist ein solcher Spezialkurs. Als Grundförderung können 960 Unterrichtsstunden in Anspruch genommen werden.

Der **Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten** ist zentraler Ansprechpartner auf Bundesebene und koordiniert die Aussiedlerpolitik der Bundesregierung, die Integrationsmaßnahmen mit Bund, Ländern und Gemeinden sowie die Zusammenarbeit der im Eingliederungsbereich tätigen Kirchen, Wohlfahrtsverbände und gesellschaftlichen Gruppen. Zusätzlich betreut er die in den Herkunftsgebieten der Aussiedler verbliebenen Deutschen, koordiniert die Maßnahmen der Hilfenpolitik und übernimmt den Co-Vorsitz der bestehenden Regierungskommissionen zu Angelegenheiten der deutschen Minderheiten.

Die deutschen Minderheiten werden vom Bundesministerium des Innern (BMI) in den Staaten Ostmittel-, Ost- und Südosteuropas einschließlich der Nachfolgestaaten der UdSSR und dem Baltikum gefördert.

Diese Förderung ist Ausdruck einer besonderen historischen Verantwortung zur Bewältigung der Folgen des 2. Weltkrieges. Bei dieser Kriegsfolgenbewältigung geht es der Bundesregierung wesentlich um Versöhnung und Wiedergutmachung gegenüber den Opfern des nationalsozialistischen Deutschlands. Es geht aber auch um die Hilfe für die Menschen, die wegen ihrer deutschen Volkszugehörigkeit ein besonders schweres Kriegsfolgenschicksal zu erleiden hatten.

Die deutschen Minderheiten bieten als bikulturelle Bindeglieder eigener Prägung besondere Chancen zur Entwicklung kultureller und zivilgesellschaftlicher Brücken und Netzwerke innerhalb der Europäischen Union und zu den GUS-Ländern.

Die Bindung an die deutsche Sprache und die dauerhafte Sicherung ihrer kulturellen Identität sind für die Angehörigen der deutschen Minderheiten von essentieller Bedeutung. Wesentliches Ziel ist die Verbesserung der Lebens- und Zukunftsperspektiven sowie das Ergreifen identitätsstärkender Maßnahmen. Das BMI unterstützt die Bildung starker, zukunftsfähiger Selbstverwaltungsorganisationen, mit denen die jeweilige deutsche Minderheit die Gesellschaft ihres Landes aktiv in ihrem Sinne mitgestalten kann. Bei der Förderung der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig/Dänemark steht die Bewahrung und Entwicklung der nationalen und kulturellen Identität der Volksgruppe im Vordergrund.

Eine Brückenfunktion kommt auch den Vertriebenen zu. Maßnahmen der Vertriebenen, die der Verständigung und Aussöhnung mit den Völkern Ostmittel, Ost- und Südosteuropas dienen, werden daher unterstützt. Die Intensivierung des friedlichen Miteinanders und die zukunftsorientierte Aufarbeitung außenpolitisch belastender zeitgeschichtlicher Probleme ist hier Kernziel der Förderung. Das BMI fördert die Geschäftsstelle des Bundes der Vertriebenen (BdV) seit 1970 institutionell.

Im Rahmen des Aufnahmeverfahrens unterstützt das BMI ferner die Betreuung, Erstaufnahme und Eingliederung von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern. Im Jahr 2013 werden voraussichtlich rd. 2 500 Personen aufgenommen worden sein. Diese Förderung umfasst die Zahlung von Unterstützungsleistungen an ehemalige politische Häftlinge und deren Hinterbliebene, die Verwaltungskosten der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge sowie die pauschale Eingliederungshilfe für Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler aus der ehemaligen UdSSR.

Überblick zum Kapitel 0603	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen..	2 500	2 500	-		544
Übrige Einnahmen..	57	57	-		24 474
Gesamteinnahmen..	2 557	2 557	-		25 018
Ausgaben					
Sächliche Verwaltungsausgaben............................	810	819	-9		768
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	317 020	323 080	-6 060	21 374	314 893
Ausgaben für Investitionen.....................................	1 417	1 417	-		1 178
Gesamtausgaben..	319 247	325 316	-6 069	21 374	316 839
davon nicht flexibilisiert..	319 247	325 316	-6 069	21 374	316 839
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung...................................	21 653 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.................................	12 404 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.................................	5 097 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.................................	4 152 T€				

0603 Integration und Migration, Minderheiten und Vertriebene

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

119 99 -246	Vermischte Einnahmen	2 500	2 500	544

Haushaltsvermerk:

1. **Mehreinnahmen zu Nr. 1 der Erläuterungen sind auf Grundlage verbindlicher Vereinbarungen zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 684 15.**
2. **Nach § 63 Abs. 4 BHO in Verbindung mit § 63 Abs. 3 Satz 1 BHO wird zugelassen, dass 530 qm Geschäftszimmer-Räume in den Dienstgebäuden des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge in Nürnberg und Zirndorf unentgeltlich, einschließlich Bauunterhaltungskosten, der International Organization for Migration (IOM), dem United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR) und dem Bundesverwaltungsamt (BVA) überlassen werden.**

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Einnahmen aus Erstattungen von Projektteilnehmern....................	-
2. Sonstige Einnahmen...	2 500
Zusammen..	2 500

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0640 Tit. 119 99	2 500	544

Übrige Einnahmen

162 04 -246	Zinsen aus Darlehen an Deutsche aus dem in Art. 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet zum Existenzaufbau in der gewerbl. Wirtschaft und in freien Berufen sowie zur Eingl. in die Landwirtschaft	2	2	1

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0640 Tit. 162 04	2	1

182 03 -249	Rückflüsse aus Darlehen an ehemalige deutsche Kriegsgefangene und politische Häftlinge	-	-	2

Haushaltsvermerk:

1. Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 681 22.
2. Die mit der Verwaltung der Darlehen zusammenhängenden Kosten dürfen von den Einnahmen abgesetzt werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu Titel 182 03			

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0640 Tit. 182 03	-	2

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
182 04 -246	Tilgung aus Darlehen an Deutsche aus dem in Art. 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet zum Existenzaufbau in der gewerbl. Wirtschaft und in freien Berufen sowie zur Eingl. in die Landwirtschaft	54	54	51

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0640 Tit. 182 04	54	51

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
232 01 -246	Anteilige Kosten der Länder zu den Leistungen nach Abschnitt II und IV des Flüchtlingshilfegesetzes	1	1	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0640 Tit. 232 01	1	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
272 01 -219	Einnahmen aus Zuschüssen des europäischen Flüchtlingsfonds	-	-	6 472

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind wegen bindender Vorgaben der EU zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 684 11.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0633 Tit. 272 01	-	6 472

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
272 02 -219	Einnahmen aus Zuschüssen des Europäischen Asyl- und Migrationsfonds (AMIF)	-		

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind wegen bindender Vorgaben der EU zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 684 10.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
272 03 -219	Einnahmen aus Zuschüssen des Europäischen Integrationsfonds	-	-	13 840

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind wegen bindender Vorgaben der EU zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 684 17.

0603 Integration und Migration, Minderheiten und Vertriebene

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 272 03

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0633 Tit. 272 03	-	13 840

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
272 04 -219	Einnahmen aus Zuschüssen des Europäischen Rückkehrfonds	-	-	4 108

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind wegen bindender Vorgaben der EU zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 684 18.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0633 Tit. 272 04	-	4 108

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

1. **Einsparungen dienen bis zur Höhe von 10 000 T€ zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 684 14.**
2. **Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 681 03.**

Sächliche Verwaltungsausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
532 04 -246	Informationspolitische Maßnahmen zu Gunsten von deutschen Minderheiten in den Herkunftsgebieten, nationalen Minderheiten in Deutschland sowie Aussiedlern	810		

Haushaltsvermerk:

1. **Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.**
2. **Aus den Ausgaben sind auch die Kosten für Ankauf und Versand (einschl. Porto und Verpackung) von Druckerzeugnissen zu leisten.**
3. **Aus den Ausgaben dürfen auch Zuwendungen geleistet werden.**

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Information der deutschen Minderheit in den Herkunftsgebieten (insbesondere Hilfenpolitik der Bundesregierung/Stärkung des Bleibewillens)...	720
2. Informationsarbeit über Werdegang und Schicksal der Aussiedlerinnen und Aussiedler (Akzeptanz bei einheimischer Bevölkerung)...	40
3. Informationsarbeit des Aussiedlerbeauftragten in seiner Funktion als Beauftragter für nationale Minderheiten...................................	40
4. Sonstiges..	10
Zusammen..	810

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 532 04

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0640 Tit. 543 01	810	759

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
681 02 -246	Leistungen nach dem Heimkehrerstiftungsgesetz	1 780	2 033	2 264

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0615 Tit. 681 02	2 033	2 264

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
681 03 -246	Leistungen nach dem Heimkehrerentschädigungsgesetz	-	-	1

Haushaltsvermerk:

1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: **Kap. 0603.**
2. Einnahmen fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0615 Tit. 681 03	-	1

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
684 02 -246	Förderung der Arbeit von Minderheitengremien, des Minderheitensekretariats, nationale und internationale Veranstaltungen mit Minderheitenbezug	188	179	172

Haushaltsvermerk:

Aus dem Ansatz sind mindestens 60 T€ für die Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen aufzuwenden.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0640 Tit. 684 12	179	172

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
684 03 -249	Zuwendungen für Suchdienstaufgaben und für die Bearbeitung von Unterlagen zur Familienzusammenführung und Aussiedlung von Deutschen	14 706	15 509	14 875

Erläuterungen:

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	Finanzierungsanteil in Prozent ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
Institutionelle Förderung/Zuschüsse an Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO					
1.1 DRK-Suchdienste Hamburg und München mit Amtlichem Auskunftsbüro.. *- aus Kap. 0603 Tit. 684 03*	100,00	100,00	11 700	12 423	11 825

0603 Integration und Migration, Minderheiten und Vertriebene

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 684 03

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	Finanzierungsanteil in Prozent ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
1.2 Kirchlicher Suchdienst mit 2 Heimatortskarteien................................ *- aus Kap. 0603 Tit. 684 03*	99,00	100,00	3 006	3 086	2 844
1.3 Amtliches Auskunftsbüro des DRK.. *- aus Kap. 0603 Tit. 684 03*			-	-	206
Zusammen			14 706	15 509	14 875
- Summe Tit. 684 03			*14 706*	*15 509*	*14 875*

Wirtschaftspläne zu 1.1 und 1.2 siehe Anlage zum Kapitel 0603.

Ab 2013 werden die Titelansätze für das Amtliche Auskunftsbüro wegen einer effizienteren Verwaltungspraxis in Ziffer 1.1 der Erläuterung integriert.

Der Bund trägt aufgrund der Suchdienstvereinbarungen mit dem Deutschen Roten Kreuz (DRK) und den kirchlichen Wohlfahrtsverbänden die Kosten der vorstehenden Einrichtungen.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0640 Tit. 684 03	15 509	14 875

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
685 02 -246	Unterstützung von Maßnahmen der Vertriebenen zur Förderung des friedlichen Miteinanders mit den Völkern Ostmittel-, Ost- und Südosteuropas	2 062	2 056	1 939

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

Erläuterungen:

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	Finanzierungsanteil in Prozent ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
Institutionelle Förderung/Zuschüsse an Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO					
1.1 Bund der Vertriebenen, Bonn.. *- aus Kap. 0603 Tit. 685 02*	82,00	100,00	969	963	920
Projektförderung					
2. Projektförderung..			1 093	1 093	1 019
Insgesamt			2 062	2 056	1 939
- Summe Tit. 685 02			*2 062*	*2 056*	*1 939*

Zu 2.:
Die Mittel dienen zur Unterstützung von Maßnahmen von Vereinigungen und Einrichtungen der Vertriebenen sowie diesen verbundener Träger, die geeignet sind, die Verständigung und Aussöhnung mit unseren östlichen Nachbarn und die Einigung Europas zu fördern.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0640 Tit. 685 02	2 056	1 939

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
685 03 -187	Zuschuss des Bundes an die "Stiftung für das Sorbische Volk"	8 200	8 700	8 200

Erläuterungen:

Der Bund fördert die Stiftung anteilsmäßig auf der Grundlage eines Finanzierungsabkommens mit dem Land Brandenburg und dem Freistaat Sachsen.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0640 Tit. 685 03	8 700	8 200

685 06 -249	Zuschuss an das Europäische Zentrum für Minderheitenfragen (ECMI)	241	241	241

Erläuterungen:

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
Institutionelle Förderung/Zuschüsse an Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO					
Europäisches Zentrum für Minderheitenfragen.. *- aus Kap. 0603 Tit. 685 06*	27,00	27,00	241	241	241

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0640 Tit. 685 06	241	241

685 07 -246	Zuschuss zur Finanzierung der gemeinsamen Geschäftsstelle der polnischen Verbände in Deutschland	80	80	63

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0602 Tit. 685 17	80	63

Titelgruppe 01

Tgr. 01	Integration und Migration	(253 295)	(257 506) *(21 374)*	
684 10 -219	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche, soziale und ähnliche Einrichtungen aus dem Asyl- und Migrationsfonds (AMIF)	-		

Haushaltsvermerk:

1. **Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 272 02.**

   Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in

0603 Integration und Migration, Minderheiten und Vertriebene

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 684 10 (Titelgruppe 01):

den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.

2. Einnahmen aus Rückzahlungen fließen den Ausgaben zu.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
684 11 -219	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche, soziale und ähnliche Einrichtungen aus dem Europäischen Flüchtlingsfonds	-	- *4 171*	8 775

Haushaltsvermerk:

1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 272 01.

   Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.
2. Einnahmen aus Rückzahlungen fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0633 Tit. 684 01	-	8 775

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
684 12 -219	Durchführung von Integrationskursen nach der Integrationskursverordnung	204 077	209 077	162 017

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Epl. 06.
3. Einnahmen aus Rückzahlungen fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	Finanzierungsanteil in Prozent ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
Projektförderung					
Durchführung der Integrationskurse (davon veranschlagt für: Spätaussiedler 1 835 T€, Ausländer 202 242 T€)..			204 077	209 077	162 017

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0633 Tit. 684 02	209 077	162 017

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
684 13 -219	Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE)	26 277	25 777	25 230

Erläuterungen:

Gewährung von Bundeszuwendungen an die Träger der Migrationsberatung.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 684 13 (Titelgruppe 01)

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0633 Tit. 684 03	25 777	25 230

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
684 14 -219	Förderung von Maßnahmen zur Integration von Zuwanderern und Spätaussiedlern	16 987	16 680	17 581

Verpflichtungsermächtigung.. 12 156 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 4 052 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu... 4 052 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu... 4 052 T€

Haushaltsvermerk:

1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe von 10 000 T€ der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: **Kap. 0603.**
2. **Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.**
3. **Aus den Ausgaben sind auch die Kosten für Porto, Verpackung und Versand von Veröffentlichungen sowie für außergewöhnlichen Aufwand zu leisten.**

Erläuterungen:

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	Finanzierungsanteil in Prozent ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
Projektförderung					
Projektförderungen..			16 987	16 680	17 581

Die Gewährung der Zuwendungen erfolgt an zentrale Organisationen, Verbände, Migrantenselbstorganisationen, Kommunen und Vereine, die sich insbesondere um die Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern und die Stärkung der Akzeptanz der Zuwanderinnen und Zuwanderer in der Gesellschaft bemühen.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0602 Tit. 685 08	307	297
Kap. 0633 Tit. 684 04	16 680	17 581
Zusammen	16 987	17 878

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
684 15 -219	Internationale Projektarbeit	1 000	1 000	958

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: **119 99.**

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0633 Tit. 684 05	1 000	958

0603 Integration und Migration, Minderheiten und Vertriebene

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 01

684 16 -219	Förderung berufsbezogener Sprachkurse für Personen mit Migrationshintergrund aus dem Europäischen Sozialfonds	-	-	12 754

Haushaltsvermerk:

1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1106 Tit. 686 12.
2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1106 Tit. 272 02.

   Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.
3. Einnahmen aus Rückzahlungen fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0633 Tit. 684 06	-	12 754

684 17 -219	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche, soziale und ähnliche Einrichtungen aus dem Europäischen Integrationsfonds	-	- *12 410*	13 567

Haushaltsvermerk:

1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 272 03.

   Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.
2. Einnahmen aus Rückzahlungen fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0633 Tit. 684 07	-	13 567

684 18 -219	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche, soziale und ähnliche Einrichtungen aus dem Europäischen Rückkehrfonds	-	- *4 793*	1 919

Haushaltsvermerk:

1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 272 04.

   Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haus-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 684 18 (Titelgruppe 01):

haltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.

2. Einnahmen aus Rückzahlungen fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0633 Tit. 684 08	-	1 919

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
684 61 -219	Resettlement und Leistungen im Rahmen der humanitären Aufnahme	-		
685 10 -219	Mitgliedsbeitrag an die Internationale Organisation für Migration (IOM)	2 814	2 832	2 878

Erläuterungen:

Bezeichnung der Organisation Rechtsgrundlage und Zweck der Mitgliedschaft	Mitgliedsbeitrag der Bundesrepublik Deutschland (Pflichtleistungen)			Besondere (freiwillige) Leistungen außerhalb des Mitgliedsbeitrags in 1 000 € (gerundet)	Zusammen Spalte 4 + 5 in 1 000 €
	in Prozent	in Tausend-Fremdwährung (gerundet)	in 1 000 € (gerundet)		
1	2	3	4	5	6
Internationale Organisation für Migration (IOM)/Genf Rechtsgrundlage: Die Beitrittserklärung ist von 1954. Satzung der IOM ist im BGBl. II Nr. 3, 1989, veröffentlicht..............	8,7	3 443 CHF	2 814	-	2 814
Zusammen..			2 814	-	2 814

Differenzen durch Rundung möglich

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0633 Tit. 685 10	2 832	2 878

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
685 19 -219	Zuschuss für Programme zur Förderung der freiwilligen Ausreise	2 140	2 140	1 970

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind übertragbar.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0633 Tit. 685 09	2 140	1 970

Titelgruppe 02

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
Tgr. 02	Rückführung, Erstaufnahme und Eingliederung von Spätaussiedlern	(6 859)	(7 527)	

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben folgender Titel sind gegenseitig deckungsfähig: 671 24, 671 25 und 681 22.

0603 Integration und Migration, Minderheiten und Vertriebene

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 02

671 24 -246	Kosten der Rückführung von Deutschen	458	458	210

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind übertragbar.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0640 Tit. 671 14	458	210

671 25 -246	Kosten der Erstaufnahme von Spätaussiedlern	1 531	1 854	1 676

Haushaltsvermerk:

Ausgaben dürfen auch für Baumaßnahmen geleistet werden.

Erläuterungen:

Finanzierung von Einrichtungen zur Erstaufnahme von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern, insbesondere Betrieb, Errichtung, Herrichtung, Transport und Betreuung.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0640 Tit. 671 15	1 854	1 676

681 22 -246	Eingliederungshilfen und Unterstützungsleistungen	4 670	5 055	3 762

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 182 03, sofern vorher die mit der Verwaltung der Darlehen zusammenhängenden Kosten von den Einnahmen abgesetzt wurden.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Eingliederungshilfen für Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler aus der ehemaligen UdSSR nach § 9 Abs. 3 BVFG......................	1 870
2. Zuschuss an die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge und deren Hinterbliebene (einschließlich Verwaltungskosten)..............	2 800
Zusammen...	4 670

Nach § 9 Abs. 3 des Bundesvertriebenengesetzes (BVFG) i. d. F. d. Bekanntmachung vom 10. Juli 2009 (8. BVFGÄndG - BGBl. I S. 1694), erhalten Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler aus der ehemaligen UdSSR, die vor dem 1. April 1956 geboren sind, zum Ausgleich für den erlittenen Gewahrsam auf Antrag eine pauschale Eingliederungshilfe in Höhe von 2 046 €. Sie beträgt bei Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern aus der ehemaligen UdSSR, die vor dem 1. Januar 1946 geboren sind, 3 068 €. Diese Eingliederungshilfen lösen die Leistungen nach dem Häftlingshilfegesetz und dem Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz mit Wirkung vom 1. Januar 1993 ab. Die Leistungen werden vom Bund in voller Höhe getragen.

Der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge obliegt die Unterstützung ehemaliger politischer Häftlinge nach Maßgabe des § 18 HHG.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 681 22 (Titelgruppe 02)

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0640 Tit. 681 12	5 055	3 762

684 23 -246	Zuschuss an die Friedlandhilfe (e. V.)	200	160	75

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0640 Tit. 684 13	160	75

Titelgruppe 03

Tgr. 03	Unterstützung für deutsche Minderheiten in Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa einschließlich nichteuropäischer Nachfolgestaaten der UdSSR	(18 432)	(17 933)	

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.
2. Ausgaben dürfen auch für Baumaßnahmen geleistet werden.

684 32 -249	Allgemeine Hilfen	17 432	16 933	17 773

Verpflichtungsermächtigung .... 9 097 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 8 152 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 945 T€

Haushaltsvermerk:

Die Verpflichtungsermächtigung ist mit der Verpflichtungsermächtigung bei folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 896 32.

Erläuterungen:

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	Finanzierungsanteil in Prozent ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
Projektförderung					
1. Projektförderungen			17 432	16 933	17 773

Aus den Mitteln werden u. a. Medikamente sowie gemeinschaftsfördernde nicht investive Maßnahmen und Einrichtungen im Interesse des betroffenen Personenkreises finanziert. Es können auch Personal- und Sachkosten des HdpZ, Haus der deutsch-polnischen Zusammenarbeit in Gleiwitz/Polen, geleistet werden. Es sollen auch Maßnahmen zur Entwicklung und Förderung eines europäischen Minderheiten- und Volksgruppenrechts unterstützt werden, das den Erfordernissen der deutschen Minderheiten in Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa entspricht.

Darüber hinaus dienen die Mittel auch der Wahrnehmung der Aufgaben des Bundesbeauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten. Insbesondere können Ausgaben auf dem Gebiet des nationalen und internationalen Minderheitenrechts (z. B. Durchführung von Tagungen, Erstellung von Gutachten) geleistet werden.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0640 Tit. 684 22	16 933	17 773

0603 Integration und Migration, Minderheiten und Vertriebene

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 03

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
896 32 -249	Leistungen zur Schaffung von Lebensgrundlagen für die deutschen Minderheiten	1 000	1 000	757

Verpflichtungsermächtigung.. 300 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 100 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 100 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 100 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Verpflichtungsermächtigung ist mit der Verpflichtungsermächtigung bei folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 684 32.
2. Aus den Mitteln können auch Darlehen ausgereicht werden.
3. Erlöse aus der Privatisierung der treuhänderisch gehaltenen bundeseigenen Vermögenswerte sowie auflaufende Rückflussmittel in revolvierenden Fonds und sonstige Erstattungen Dritter können im Rahmen der Zweckbestimmung der Tgr. **03** unmittelbar vor Ort zugunsten der deutschen Minderheiten eingesetzt werden.

Erläuterungen:

Im Rahmen der von deutscher Seite zu leistenden Unterstützung in Regionen mit deutscher Bevölkerung können u. a. gemeinschaftsfördernde, soziale, medizinische und wirtschafts- sowie landwirtschaftsbezogene Maßnahmen gefördert werden.

Bis zum 31.12.2012 nicht verbrauchte Selbstbewirtschaftungsmittel: 295 T€.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0640 Tit. 896 22	1 000	757

Titelgruppe 04

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
Tgr. 04	Abwicklung auslaufender Förderprogramme für Aussiedler und Übersiedler	(58)	(65)	

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
661 41 -246	Zinsverbilligung für Einrichtungsdarlehen an Aussiedler und Übersiedler zur Beschaffung von Möbeln und Hausrat beim erstmaligen Bezug einer ausreichenden Wohnung	-	-	-

Erläuterungen:

Die Darlehen wurden nach den Richtlinien des Bundesministers des Innern vom 20. September 1976 (Bundesanzeiger Nr. 185 vom 30. September 1976) in der jeweils gültigen Fassung vergeben. Sie wurden von der Deutschen Ausgleichsbank letztmalig 1992 über Hausbanken bereitgestellt.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0640 Tit. 661 41	-	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 04

681 41 -246	Beihilfen an Deutsche aus dem in Art. 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet	55	62	57

Erläuterungen:

Die Neubewilligung von Eingliederungsleistungen ist mit der Herstellung der Einheit Deutschlands entfallen.

Weiterhin zu leisten sind die vor der Wiedervereinigung nach Abschnitt III FlüHG bewilligten Beihilfen zum Lebensunterhalt und besonderen laufenden Beihilfen an Übersiedlerinnen und Übersiedler aus der ehem. DDR.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0640 Tit. 681 41	62	57

863 41 -246	Aufbau- und Eingliederungshilfen an Berechtigte nach Abschnitt I des Flüchtlingshilfegesetzes (einschließlich der Verwaltungs- und sonstigen Kosten für Kreditinstitute)	3	3	7

Erläuterungen:

Neue Darlehen werden nach der Herstellung der Einheit Deutschlands nicht mehr gewährt.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0640 Tit. 863 41	3	7

Titelgruppe 05

Tgr. 05	Förderung der Deutschen Volksgruppe in Nordschleswig	(12 536)	(12 361)	

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.

Erläuterungen:

Die Ausgaben dienen dem Zusammenhalt der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig/Dänemark.

632 50 -024	Erstattung von Personal- und Sozialaufwendungen an das Land Schleswig-Holstein	3 134	2 531	3 420

Erläuterungen:

Der Bund erstattet dem Land Schleswig-Holstein aufgrund des Verwaltungsabkommens vom 13. Januar 1986 Versorgungs- und Hinterbliebenenbezüge insbesondere für ehemalige deutsche Lehrerinnen und Lehrer in Nordschleswig sowie Kindergeld und Ausgleichszulage für aus Schleswig-Holstein zum Schuldienst bei der deutschen Minderheit beurlaubte Lehrerinnen und Lehrer.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0640 Tit. 632 60	2 531	3 420

0603 Integration und Migration, Minderheiten und Vertriebene

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 05

687 50 -024	Soziale und kulturelle Förderung der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig/Dänemark	8 988	9 416	8 725

Erläuterungen:

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	Finanzierungsanteil in Prozent ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
Institutionelle Förderung/Zuschüsse an Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO					
Bund deutscher Nordschleswiger... *- aus Kap. 0603 Tit. 687 50*	22,96	29,05	8 988	9 416	8 725

Wirtschaftsplan siehe Anlage zum Kapitel 0603.

Die Mittel dienen der sozialen und kulturellen Förderung der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig (Dänemark) aufgrund der Bonn-Kopenhagener Erklärungen von 1955. Neben Zuschüssen des dänischen Staats, dänischer Kommunen und Mitteln des Landes Schleswig-Holstein sollen sie die Bewahrung und Entwicklung der nationalen, sprachlichen und kulturellen Identität sichern.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0640 Tit. 687 60	9 416	8 725

896 50 -024	Zuwendungen zum Bau und zur Einrichtung von kulturellen und sozialen Investitionsmaßnahmen der deutschen Minderheit in Nordschleswig/Dänemark	414	414	414

Verpflichtungsermächtigung...

fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 100 T€

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0640 Tit. 896 60	414	414

Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel

543 01 -246	Veröffentlichung und Dokumentation		819	768

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0640 Tit. 543 01	819	768

685 04 -024	Zuschuss für die Förderung der Dansk Skoleforening Sydslesvig		-	3 494

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0640 Tit. 685 04	-	3 494

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
685 08 -011	Förderung von Maßnahmen zur Integration von Ausländern und Spätaussiedlern		307	297

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0602 Tit. 685 08	307	297

Anlage zu Kapitel 0603 - Wirtschaftspläne

Titel	aus Nr. ... Erläuterung	**Bezeichnung**
1	2	3
684 03	1.1	DRK-Suchdienste Hamburg und München mit Amtlichem Auskunftsbüro
	1.2	Kirchlicher Suchdienst mit 2 Heimatortskarteien
Tgr. 05		**Förderung der Deutschen Volksgruppe in Nordschleswig**
687 50		Bund deutscher Nordschleswiger

Zu Tit. 684 03

1.1 DRK-Suchdienste Hamburg und München mit Amtlichem Auskunftsbüro

Wirtschaftsplan		Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1		2	3	4
Institutionelle Förderung				
1.	**Ausgaben**	**11 720**	**12 435**	**11 858**
1.1	Personalausgaben	7 051	7 915	7 452
1.2	Sächliche Verwaltungsausgaben	2 609	2 546	2 386
1.3	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	1 914	1 824	1 914
1.4	Ausgaben für Investitionen	146	150	106
2.	**Finanzierung der Ausgaben**	**11 720**	**12 435**	**11 858**
2.1	Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	20	12	33
2.2	**Zuwendung des Bundes**	**11 700**	**12 423**	**11 825**
	aus Kap. 0603 Tit. 684 03	*11 700*	*12 423*	*11 825*

Zu Tit. 684 03

1.2 Kirchlicher Suchdienst mit 2 Heimatortskarteien

Wirtschaftsplan		Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1		2	3	4
Institutionelle Förderung				
1.	**Ausgaben**	**3 028**	**3 108**	**2 866**
1.1	Personalausgaben	2 473	2 553	2 335
1.2	Sächliche Verwaltungsausgaben	493	492	438
1.3	Ausgaben für Investitionen	62	63	93
2.	**Finanzierung der Ausgaben**	**3 028**	**3 108**	**2 866**
2.1	Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	22	22	22
2.2	**Zuwendung des Bundes**	**3 006**	**3 086**	**2 844**
	aus Kap. 0603 Tit. 684 03	*3 006*	*3 086*	*2 844*

Zu Tgr. 05 Tit. 687 50

Bund deutscher Nordschleswiger

Wirtschaftsplan		Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1		2	3	4
Institutionelle Förderung				
1.	**Ausgaben**	**38 957**	**37 907**	**40 628**
1.1	Personalausgaben	28 544	25 216	28 290
1.2	Sächliche Verwaltungsausgaben	10 413	9 544	12 197
1.3	Schuldendienst	-	228	-
1.4	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	-	130	141
1.5	Besondere Finanzierungsausgaben	-	2 789	-
2.	**Finanzierung der Ausgaben**	**38 957**	**37 907**	**40 628**
2.1	Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	8 153	8 379	9 834
2.2	Zuwendungen von Ländern	1 848	1 803	1 780
2.3	Zuwendungen von Gemeinden /Gemeindeverbänden	5 905	4 743	6 210
2.4	Zuwendungen anderer öffentlicher Zuwendungsgeber (ohne Bund)	14 063	13 566	14 079
2.5	**Zuwendung des Bundes**	**8 988**	**9 416**	**8 725**
	aus Kap. 0603 Tit. 687 50	*8 988*	*9 416*	*8 725*
nachrichtlich: **Projektförderung**		460	458	455

0610 Sonstige Bewilligungen

Überblick zum Kapitel 0610	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen..	1	1	-		951
Übrige Einnahmen..	-	-	-		-
Gesamteinnahmen..	1	1	-		951
Ausgaben					
Sächliche Verwaltungsausgaben...........................	1 184	1 184	-		29
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	3 280	3 618	-338	36	3 274
Ausgaben für Investitionen....................................	13 925	12 825	+1 100		14 776
Gesamtausgaben...	18 389	17 627	+762	36	18 079
davon nicht flexibilisiert...	18 389	17 627	+762	36	18 079
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung..................................	10 738 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.................................	3 569 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.................................	2 715 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.................................	4 454 T€				

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
119 99 -043	Vermischte Einnahmen	1	1	-

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen zu Nr. 1 der Erläuterungen sind auf Grundlage verbindlicher Vereinbarungen zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 532 06.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Einnahmen aus der Erstellung von Fernerkundungsdaten............	-
2. Sonstige Einnahmen..	1
Zusammen...	1

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0624 Tit. 119 99	1	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
124 01 -011	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	-	-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0602 Tit. 124 01	-	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
132 01 -043	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	-	-	951

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen aus der Veräußerung von Dienst-Kfz, Geräten und sonstigen beweglichen Sachen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 811 11 und 812 11.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0624 Tit. 132 01	-	951

Übrige Einnahmen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
272 01 -011	Zuschüsse der Europäischen Union zu den Kosten innenpolitischer Maßnahmen	-		

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind wegen bindender Vorgaben der EU zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 687 07.

0610 Sonstige Bewilligungen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Ausgaben			
	Sächliche Verwaltungsausgaben			
532 06 -165	Erstellung von Fernerkundungsdaten	1 122	1 122	-

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben zu Nr. 1 der Erläuterungen sind übertragbar.
2. **Mehrausgaben zu Nr. 1 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Epl. 06.**
3. Mehrausgaben zu Nr. 2 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: **119 99.**

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Erstellung von Fernerkundungsdaten	1 122
2. Bereitstellung von Fernerkundungsdaten für Dritte	-
Zusammen	1 122

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0602 Tit. 532 06	1 122	-

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
686 02 -012	Fortbildungs- und Beratungshilfe	80	80	42

Haushaltsvermerk:

1. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.
2. Aus den Ausgaben dürfen auch Sachkosten, Übersetzungskosten, Kosten für Dozenten, Experten, Teilnehmer an Tagungen und Seminaren, Praktikanten, Betreuungspersonen, Kosten für Werk- und Dienstverträge sowie für außergewöhnlichen Aufwand geleistet werden.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0602 Tit. 686 02	80	42

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
686 04 -029	Zuschuss für Forschungsvorhaben auf dem Gebiet der Kriminalprävention	200	200	5

Erläuterungen:

Zweckgebundener Zuschuss zur Errichtung und zum Betrieb eines Lehrstuhls für Kriminalprävention an der Universität Tübingen. Der Lehrstuhl wird eng mit dem Deutschen Forum für Kriminalprävention, dem Bundesministerium des Innern (BMI) und dem Bundesministerium der Justiz (BMJ) verknüpft. Die Forschungsergebnisse finden Einzug in die sicherheitspolitischen Erwägungen auf nationaler wie internationaler Ebene durch das BMI und das BMJ. Die Präventionsstrategien

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 686 04

für den Sicherheitsbereich der Bundesregierung werden durch den Lehrstuhl unterstützt.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0602 Tit. 686 04	200	5

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 *Reste 2013*	Ist 2012
687 07 -011	Unterstützung der Grenzschutzbehörden der Mittel-und Osteuropäischen Staaten, sowie der polizeilichen Ausbildungs- und Ausstattungshilfe	3 000	3 000 *36*	2 851

Verpflichtungsermächtigung... 150 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 75 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 50 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 25 T€

Haushaltsvermerk:

1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: **272 01.**

   Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.

2. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Gegenstände zur Verbesserung der Grenzkontrollen sowie Unterrichtsmaterialien der Aus- und Fortbildung an Dritte unentgeltlich abgegeben werden.

3. Aus den Ausgaben dürfen auch Sach- und Investitionskosten, Übersetzungskosten, Kosten für Fachtagungen, Seminare und Konferenzen, Kosten für Aus- und Fortbildungsmaßnahmen, Beratungskosten sowie für außergewöhnlichen Aufwand geleistet werden.

4. Aus den Ausgaben dürfen auch Zuwendungen gem. § 44 BHO gewährt werden.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0602 Tit. 687 89	3 000	2 851

Titelgruppe 01

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
Tgr. 01	Beschaffungen für die Bereitschaftspolizeien der Länder	(13 987)	(12 866)	

Haushaltsvermerk:

1. **Die Ausgaben folgender Titel sind gegenseitig deckungsfähig: 811 11 und 812 11.**

2. **Die Verpflichtungsermächtigungen folgender Titel sind gegenseitig deckungsfähig: 811 11 und 812 11.**

0610 Sonstige Bewilligungen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 01

539 19 -043	Vermischte Verwaltungsausgaben	62	41	9

Erläuterungen:

Kosten für Einweisungslehrgänge zur Handhabung, Bedienung und Wartung des für die Bereitschaftspolizei beschafften Gerätes sowie für Einsatzkarten.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0624 Tit. 511 01	21	20
Kap. 0624 Tit. 539 09	41	9
Zusammen	62	29

811 11 -043	Erwerb von Fahrzeugen	13 242	12 142	13 357

Verpflichtungsermächtigung ... 9 769 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu ... 3 084 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu ... 2 529 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu ... 4 156 T€

Haushaltsvermerk:

1. Mehrausgaben für den Erwerb von Fahrzeugen dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 132 01.

2. Erstattungen aus Schadensersatzleistungen Dritter fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Erwerb von Fahrzeugen im Rahmen der Ausstattungsnachweisung einschl. der Kosten für die Erprobung, Formänderung, Güteprüfung, Übergabe, Übernahme und Transport.

Bezeichnung	1 000 €
1. Neubeschaffung	
31 Kfz verschiedener Ausführung	4 662
2. Ersatzbeschaffung	
4 Wasserwerfer	3 500
82 Kfz verschiedener Ausführung	5 080
Zusammen	13 242

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0624 Tit. 811 01	12 142	13 357

812 11 -043	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)	683	683	1 419

Verpflichtungsermächtigung ... 819 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu ... 410 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu ... 136 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu ... 273 T€

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben für die Beschaffung von sonstigen beweglichen Sachen dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 132 01.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 812 11 (Titelgruppe 01)

Erläuterungen:

Erwerb von Geräten und anderen beweglichen Sachen im Rahmen der Ausstattungsnachweisungen einschl. der Kosten für Güteprüfung, Entwicklung, Erprobung, Übergabe, Übernahme und Transport.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0624 Tit. 812 01	683	1 419

Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
511 01 -043	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände		21	20

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0624 Tit. 511 01	21	20

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
685 05 -029	Zuschuss an die Gemeinsame Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen		338	376

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0602 Tit. 685 15	338	376

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
687 06 -022	Zuschuss für Vorhaben der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE)		-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0602 Tit. 687 06	-	-

0610 Anlage 1
Wirtschaftsplan des Sondervermögens "Versorgungsrücklage des Bundes" (0690)

Überblick zur Anlage	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Übrige Einnahmen..	-	-	-		776 067
Gesamteinnahmen..	-	-	-		776 067
Ausgaben					
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	-	-	-		-
Besondere Finanzierungsausgaben......................	-	-	-		776 067
Gesamtausgaben..	-	-	-		776 067
davon nicht flexibilisiert...	-	-	-		776 067

Wirtschaftsplan des Sondervermögens "Versorgungsrücklage des Bundes" (0690)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Einnahmen			
	Übrige Einnahmen			
162 01 -018	Erträge aus der Anlage der Zuführungen aus dem Bundeshaushalt sowie der sonstigen Zuführungen	-	-	184 490
	Haushaltsvermerk: Mehreinnahmen sind gem. VersRücklG zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 631 01, 636 03, 919 01, 919 03 und 919 06.			
	Erläuterungen: Bei diesem Titel werden insbesondere die kassenwirksamen Zinseinnahmen aus der Anlage der Mittel sowie der kassenwirksamen Erlöse aus dem Verkauf von Wertpapieren verbucht.			
231 01 -018	Zuführungen zur Versorgungsrücklage aus dem Bundeshaushalt	-	-	269 194
	Haushaltsvermerk: Mehreinnahmen sind gem. VersRücklG. zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 631 01, 919 01 und 919 04. Die Ausgaben umfassen auch die Stückzinsen.			
	Erläuterungen: Die Zuführungen entsprechen den Ausgaben bei den Titeln 424 01, 434 01, 434 56 und 434 57 des Bundeshaushaltsplans und entsprechender Titel der Wirtschaftspläne gem. § 10 a BHO.			
234 01 -018	Sonstige Zuführungen zur Versorgungsrücklage	-	-	322 383
	Haushaltsvermerk: Mehreinnahmen sind gem. VersRücklG zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 636 03, 919 03 und 919 05. Die Ausgaben umfassen auch die Stückzinsen.			
	Erläuterungen: Bei diesem Titel werden insbesondere die Zuführungen des Bundeseisenbahnvermögens, der Deutschen Rentenversicherung Bund und der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See verbucht.			
359 01 -850	Entnahme aus Kassenrücklage nicht angelegter Zuführungen aus dem Bundeshaushalt	-	-	-
	Haushaltsvermerk: Mehreinnahmen sind gem. VersRücklG zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 631 01, 919 01 und 919 04.			
	Erläuterungen: Der Titel stellt die Übertragung im Vorjahr nicht angelegter Teilbeträge sicher.			

0610 Anlage 1
Wirtschaftsplan des Sondervermögens "Versorgungsrücklage des Bundes" (0690)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
359 03 -850	Entnahme aus Kassenrücklage nicht angelegter sonstiger Zuführungen	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind gem. VersRücklG zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 636 03, 919 03 und 919 05.

Erläuterungen:

Der Titel stellt die Übertragung im Vorjahr nicht angelegter Teilbeträge sicher.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
359 04 -850	Einnahmen aus Rückflüssen angelegter Mittel aus dem Bundeshaushalt	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind gem. VersRücklG zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 631 01, 919 01 und 919 04.

Erläuterungen:

Bei diesem Titel wird das von der Bundesbank zurückgezahlte Kapital verbucht.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
359 05 -850	Einnahmen aus Rückflüssen angelegter Mittel aus sonstigen Zuführungen	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind gem. VersRücklG zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 636 03, 919 03 und 919 05.

Erläuterungen:

Bei diesem Titel wird das von der Bundesbank zurückgeflossene Kapital verbucht, darunter insbesondere für das Bundeseisenbahnvermögen, die Deutsche Rentenversicherung Bund und die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See.

Ausgaben

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
631 01 -018	Entnahme von Mitteln aus der Versorgungsrücklage für den Bundeshaushalt	-	-	-

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind gesperrt.

   Die Sperre darf erst mit Inkrafttreten des gem. § 7 VersRücklG zur Regelung der Entnahme aus dem Sondervermögen zu erlassenden Gesetzes aufgehoben werden.

2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: 162 01, 231 01, 359 01 und 359 04.

Wirtschaftsplan des Sondervermögens "Versorgungsrücklage des Bundes" (0690)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
636 03 -018	Entnahme von Mitteln aus der Versorgungsrücklage für Sonstige	-	-	-

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind gesperrt.

   Die Sperre darf erst mit Inkrafttreten des gem. § 7 VersRücklG zur Regelung der Entnahme aus dem Sondervermögen zu erlassenden Gesetzes aufgehoben werden. Für die Entnahme der Mittel durch die bundesunmittelbaren Sozialversicherungsträger sind die Besonderheiten des § 7 S. 3 VersRücklG zu beachten.
2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: 162 01, 234 01, 359 03 und 359 05.

Besondere Finanzierungsausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
919 01 -850	Zuführung an Kassenrücklage nicht angelegter Zuführungen aus dem Bundeshaushalt	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: 162 01, 231 01, 359 01 und 359 04.

Erläuterungen:

Der Titel stellt die Übertragung im Haushaltsjahr nicht angelegter Teilbeträge in das Folgejahr sicher.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
919 03 -850	Zuführung an Kassenrücklagen nicht angelegter sonstiger Zuführungen	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: 162 01, 234 01, 359 03 und 359 05.

Erläuterungen:

Der Titel stellt die Übertragung im Haushaltsjahr nicht angelegter Teilbeträge in das Folgejahr sicher. Bei diesem Titel werden insbesondere Teilbeträge für das Bundeseisenbahnvermögen, die Deutsche Rentenversicherung Bund und die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See verbucht.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
919 04 -850	Ausgaben zur Anlage der Zuführungen einschließlich der Erträge aus dem Bundeshaushalt durch die Bundesbank	-	-	269 194

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: 231 01, 359 01 und 359 04.

Erläuterungen:

Die Ausgaben dienen dem Erwerb von eurodenominierten handelbaren Schuldverschreibungen sowie den hierbei zu entrichtenden Stückzinsen und fremden Entgelten.

0610 Anlage 1
Wirtschaftsplan des Sondervermögens "Versorgungsrücklage des Bundes" (0690)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
919 05 -850	Ausgaben zur Anlage der sonstigen Zuführungen einschließlich der Erträge durch die Bundesbank	-	-	322 383
	Haushaltsvermerk: Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: 234 01, 359 03 und 359 05. Erläuterungen: Die Ausgaben dienen dem Erwerb von eurodenominierten handelbaren Schuldverschreibungen sowie den hierbei zu entrichtenden Stückzinsen und fremden Entgelten.			
919 06 -850	Ausgaben zur Anlage der Erträge aus Zuführungen aus dem Bundeshaushalt und sonstigen Zuführungen durch die Bundesbank	-	-	184 490
	Haushaltsvermerk: Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 162 01. Erläuterungen: Die Ausgaben dienen dem Erwerb von eurodenominierten handelbaren Schuldverschreibungen sowie den hierbei zu entrichtenden Stückzinsen und fremden Entgelten.			

Wirtschaftsplan des Sondervermögens "Versorgungsfonds des Bundes" (0691)

Überblick zur Anlage	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Übrige Einnahmen...	-	-	-		281 863
Gesamteinnahmen...	-	-	-		281 863
Ausgaben					
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	-	-	-		-
Besondere Finanzierungsausgaben......................	-	-	-		281 863
Gesamtausgaben...	-	-	-		281 863
davon nicht flexibilisiert..	-	-	-		281 863

0610 Anlage 2
Wirtschaftsplan des Sondervermögens "Versorgungsfonds des Bundes" (0691)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Einnahmen			
	Übrige Einnahmen			
151 01 -018	Erträge aus der Anlage der Zuweisungen zum Versorgungsfonds	-	-	18 717
	Haushaltsvermerk: Mehreinnahmen sind gem. VersRücklG zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 631 01, 636 01 und 919 03.			
231 01 -018	Zuweisungen zum Versorgungsfonds aus dem Bundeshaushalt	-	-	256 083
	Haushaltsvermerk: Mehreinnahmen sind gem. VersRücklG zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 631 01 und 919 01.			
231 02 -018	Sonstige Zuweisungen zum Versorgungsfonds	-	-	7 063
	Haushaltsvermerk: Mehreinnahmen sind gem. VersRücklG zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 636 01 und 919 02.			
359 01 -850	Einnahmen aus Rückflüssen angelegter Mittel	-	-	-
	Haushaltsvermerk: Mehreinnahmen sind gem. VersRücklG zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 631 01, 636 01, 919 01 und 919 02.			
	Ausgaben			
	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)			
631 01 -018	Entnahme von Mitteln aus dem Versorgungsfonds für den Bundeshaushalt	-	-	-
	Haushaltsvermerk: 1. Die Ausgaben sind gesperrt. Die Sperre darf erst mit Inkrafttreten der gemäß § 17 VersRücklG zur Regelung der Erstattung aus dem Sondervermögen zu erlassenden Rechtsverordnung aufgehoben werden. 2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: 151 01, 231 01 und 359 01. 3. Die Ausgaben umfassen auch Stückzinsen und Entgelte.			

Wirtschaftsplan des Sondervermögens "Versorgungsfonds des Bundes" (0691)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
636 01 -018	Entnahme von Mitteln aus dem Versorgungsfonds für Sonstige	-	-	-
	Haushaltsvermerk: 1. Die Ausgaben sind gesperrt. Die Sperre darf erst mit Inkrafttreten der gemäß § 17 VersRücklG zur Regelung der Erstattung aus dem Sondervermögen zu erlassenden Rechtsverordnung aufgehoben werden. 2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: 151 01, 231 02 und 359 01. 3. Die Ausgaben umfassen auch Stückzinsen und Entgelte.			
	Besondere Finanzierungsausgaben			
919 01 -850	Ausgaben zur Anlage der Zuweisungen einschließlich der Erträge aus dem Bundeshaushalt durch die Bundesbank	-	-	256 083
	Haushaltsvermerk: 1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: 231 01 und 359 01. 2. Die Ausgaben umfassen auch Stückzinsen und Entgelte.			
919 02 -850	Ausgaben zur Anlage der sonstigen Zuweisungen einschließlich der Erträge durch die Bundesbank	-	-	7 063
	Haushaltsvermerk: 1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: 231 02 und 359 01. 2. Die Ausgaben umfassen auch Stückzinsen und Entgelte.			
919 03 -850	Ausgaben zur Anlage der Erträge aus Zuweisungen aus dem Bundeshaushalt und sonstigen Zuführungen durch die Bundesbank	-	-	18 717
	Haushaltsvermerk: Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 151 01.			

0611 Zentral veranschlagte Verwaltungseinnahmen und -ausgaben

Wesentliche finanzwirksame Schwerpunkte des Kapitels

In Kapitel 0611 sind bestimmte Verwaltungsausgaben für den Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern (BMI) zentral veranschlagt. Einen Schwerpunkt bildet der Bereich Versorgung. In den Titelgruppen 56 und 57 veranschlagt sind die Einnahmen und Ausgaben der Versorgungsberechtigten, deren Versorgungsanspruch auf dem Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder der Bundesregierung, dem Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Parlamentarischen Staatssekretärinnen und Parlamentarischen Staatssekretäre, dem Gesetz über die Versorgung der Beamtinnen und Beamten und Richterinnen und Richter des Bundes (BeamtVG) oder auf einem Vertrag mit dem Bund beruht. Die Zuführungen an die Versorgungsrücklage und die Zuweisungen an den Versorgungsfonds sind in gesonderten Titeln ebenfalls in diesem Kapitel etatisiert. Das BMI als oberste Bundesbehörde ist in Kapitel 0612 und der Beauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit als besonderer Teil des BMI in Kapitel 0613 veranschlagt. Im Kapitel 0612 Tgr. 01 ist darüber hinaus die Bundesakademie für öffentliche Verwaltung veranschlagt.

Dem BMI sind nachgeordnet:

das Statistische Bundesamt (Kapitel 0614),

das Bundesverwaltungsamt (Kapitel 0615),

das Bundesamt für Kartographie und Geodäsie (Kapitel 0616),

das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (Kapitel 0617),

das Bundesinstitut für Sportwissenschaften (Kapitel 0618),

das Beschaffungsamt des BMI (Kapitel 0619),

das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (Kapitel 0623),

das Bundeskriminalamt (Kapitel 0624),

die Bundespolizei (Kapitel 0625),

das Bundesamt für Verfassungsschutz (Kapitel 0626),

das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (Kapitel 0628),

die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (Kapitel 0629),

das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Kapitel 0633),

die Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung (Kapitel 0634) sowie

die Bundeszentrale für politische Bildung (Kapitel 0635).

Rechtsgrundlagen und Aufgaben der Behörden sind bei den einzelnen Kapiteln in den Vorbemerkungen kurz dargestellt.

Überblick zum Kapitel 0611	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	146	148	-2		745
Übrige Einnahmen	-	-	-		5 329
Gesamteinnahmen	146	148	-2		6 074
Ausgaben					
Personalausgaben	614 604	562 938	+51 666		519 084
Sächliche Verwaltungsausgaben	9 498	3 455	+6 043	1 005	5 151
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	52 167	2 646	+49 521		9 270
Besondere Finanzierungsausgaben	-129 994	-129 994	-		-
Gesamtausgaben	546 275	439 045	+107 230	1 005	533 505
davon flexibilisiert	131 063	58 956	+72 107	945	67 239
davon nicht flexibilisiert	415 212	380 089	+35 123	60	466 266

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

119 99 -012	Vermischte Einnahmen		-	

Übrige Einnahmen

282 08 -012	Einnahmen aus Prämienzahlungen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: **Kap. 0614 flexibilisierter Bereich,** Kap. 0615 flexibilisierter Bereich, **Kap. 0616 flexibilisierter Bereich, Kap. 0619 flexibilisierter Bereich, Kap. 0623 flexibilisierter Bereich, Kap. 0625 flexibilisierter Bereich, Kap. 0628 flexibilisierter Bereich, Kap. 0629 flexibilisierter Bereich, Kap. 0633 flexibilisierter Bereich, Kap. 0634 flexibilisierter Bereich und Kap. 0635 flexibilisierter Bereich.**

Erläuterungen:

Die Höhe der Prämienzahlung richtet sich nach der Leitlinie für die Gewährung einer Einmalprämie im Zusammenhang mit der Flächenoptimierung dienstlich genutzter Liegenschaften durch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben. Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben hat für die Prämienzahlung Vorsorge in ihrem Wirtschaftsplan getroffen.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0608 Tit. 282 08	-	-
Kap. 0612 Tit. 282 08	-	-
Kap. 0615 Tit. 282 08	-	-
Kap. 0616 Tit. 282 08	-	-
Kap. 0623 Tit. 282 08	-	-
Kap. 0625 Tit. 282 08	-	-
Kap. 0626 Tit. 282 08	-	-
Kap. 0628 Tit. 282 08	-	-
Kap. 0629 Tit. 282 08	-	-
Kap. 0633 Tit. 282 08	-	-
Kap. 0635 Tit. 282 08	-	-
Zusammen	-	-

282 09 -011	Einnahmen aus Sponsoring, Spenden und ähnlichen freiwilligen Geldleistungen	-	-	34

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind wegen rechtsverbindlicher Verwendungsauflage Dritter zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 547 09.

0611 Zentral veranschlagte Verwaltungseinnahmen und -ausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 282 09

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0601 Tit. 282 09	-	34

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
381 07 -890	Leistungen von Bundesbehörden zur Durchführung von ressortübergreifenden Aufgaben	-	-	(300)

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind wegen verbindlicher Vereinbarung mit anderen Bundesbehörden (EfA) zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Epl. 06.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0602 Tit. 381 07	-	(300)

Titelgruppe 56

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
Tgr. 56	Versorgung der Beamtinnen und Beamten sowie der Richterinnen und Richter der Kap. 0624 und 0625	(146)	(146)	
119 56 -048	Vermischte Einnahmen	146	146	177

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0667 Tit. 119 56	146	177

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
232 56 -048	Beteiligung an den Versorgungslasten des Bundes	-	-	2 948

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: **Tgr. 56 und Tgr. 57.**

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0667 Tit. 232 56	-	2 948

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Titelgruppe 57

Tgr. 57	Versorgung der Beamtinnen und Beamten sowie der Richterinnen und Richter	(-)		
119 57 -018	Vermischte Einnahmen	-	-	541

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0667 Tit. 119 57	-	541

232 57 -018	Beteiligung an den Versorgungslasten des Bundes	-	-	2 347

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: **Tgr. 56 und Tgr. 57.**

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0667 Tit. 232 57	-	2 347

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.

In die Flexibilisierung einbezogen ist auch Tit. 531 03.

Ausgenommen sind Tgr. 56 und Tgr. 57.

Sächliche Verwaltungsausgaben

529 01 -011	Außergewöhnlicher Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	64	64	56

Haushaltsvermerk:

Die Erläuterungen sind verbindlich.

Erläuterungen:

Bezeichnung		€
1.	Zur Verfügung der/des	
1.1	Bundesministers des Innern...	24 900
1.2	Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten...	2 600
1.3	Beauftragten der Bundesregierung für Informationstechnik........	2 600
1.4	Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit...	1 800
1.5	Präsidenten des Statistischen Bundesamtes.............................	2 000
1.6	Vorsitzenden des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung...	1 000
1.7	Präsidenten des Bundeskriminalamtes......................................	3 000
1.8	Präsidenten der Bundesakademie für öffentliche Verwaltung.....	1 500

0611 Zentral veranschlagte Verwaltungseinnahmen und -ausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 529 01

Bezeichnung	€
1.9 Präsidenten der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung	1 200
1.10 Präsidenten des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe	1 900
1.11 Präsidenten des Bundesverwaltungsamtes	2 600
1.12 Präsidenten und Professors des Bundesamtes für Kartografie und Geodäsie	300
1.13 Direktor und Professor des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung	1 300
1.14 Direktors des Bundesinstituts für Sportwissenschaft	500
1.15 Präsidenten des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik	600
1.16 Präsidenten des Bundespolizeipräsidiums sowie Leiter der nachgeordneten Bundespolizeibehörden	13 000
1.17 Direktorin des Beschaffungsamtes	300
1.18 Präsidenten des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge	1 200
1.19 Präsidenten der Bundeszentrale für politische Bildung	500
1.20 Präsidenten des Technischen Hilfswerks	600
Zusammen	63 400

Aus dem Mittelansatz dürfen auch Ausgaben für die Bewirtung mit Erfrischungen bei Besprechungen aus besonderem Anlass geleistet werden.

Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Aus den Belegen muss Anlass, Funktion und Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer (Begünstigte) erkennbar sein.

Eine Auszahlung ohne Beleg ist nicht zulässig.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0601 Tit. 529 01	64	56

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
542 01 -013	Öffentlichkeitsarbeit	791	390	390

Haushaltsvermerk:

1. **Mehrausgaben zu Nr. 7 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 0634 Tit. 132 01.**
2. **Mehrausgaben zu Nr. 2 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: Kap. 0614 Tit. 119 99 und 381 01.**
3. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Werbe- und Informationsmaterialien gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.
4. Aus den Ausgaben sind auch die Kosten für Porto, Verpackung und Versand von Veröffentlichungen zu leisten.
5. **Ausgaben zu Nr. 6 der Erläuterungen zur Durchführung von öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen (Tage der offenen Tür) dürfen im Rahmen der vom BMI erlassenen Richtlinien bis zur Höhe der in diesem Haushaltsjahr zu erwartenden Einnahmen geleistet werden.**

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
Für Ausgaben der nachfolgenden Behörden:	
1. Bundesministerium des Innern	390

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 542 01

Bezeichnung	1 000 €
2. Statistisches Bundesamt	200
3. Bundesverwaltungsamt	10
4. Bundesamt für Kartographie und Geodäsie	4
5. Beschaffungsamt des Bundesministeriums des Innern	4
6. Bundespolizei	178
7. Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung	5
Zusammen	791

Zu 1.:
Öffentlichkeitsarbeit (BMI)

1. Öffentlichkeitsarbeit aller Art in Schrift, Bild, Ton, Wort und digitaler Form
1.1 Sachbroschüren, Fach- und Informationsdienste, Dokumentationen
1.2 Filme und Bildreihen
1.3 Diskussionsveranstaltungen
1.4 Informationsgespräche und -reisen mit Journalistinnen und Journalisten sowie Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens (Multiplikatoren)
1.5 Bewirtungskosten - Auslagen für Kaffee, Tee und alkoholfreie Getränke -, die bei der Betreuung von Besuchergruppen im BMI sowie bei Diskussions- und Vortragsveranstaltungen außerhalb des BMI aufkommen
2. Sonstige PR-Maßnahmen.

Im Einzelplan 06 sind außerdem folgende Maßnahmen für Öffentlichkeitsarbeit und Fachinformationen veranschlagt:

Bezeichnung	1 000 €
Öffentlichkeitsarbeit	
keine weiteren Titel	
Fachinformationen	
0611 - 543 01	2 668
0613 - 543 01	75

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0601 Tit. 542 01	390	390
Kap. 0608 Tit. 542 01	250	187
Kap. 0612 Tit. 542 01	5	6
Kap. 0615 Tit. 542 01	10	7
Kap. 0616 Tit. 542 01	4	4
Kap. 0625 Tit. 542 01	178	178
Kap. 0626 Tit. 542 01	4	4
Zusammen	841	776

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
547 09 -011	Ausgaben für Vorhaben, die aus Spenden, Sponsoring und ähnlichen freiwilligen Geldleistungen finanziert werden	-	- *60*	106

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 282 09.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0601 Tit. 547 09	-	106

0611 Zentral veranschlagte Verwaltungseinnahmen und -ausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)

687 20 -022	Beiträge an verschiedene Organisationen	337	346	337

Erläuterungen:

Bezeichnung der Organisation Rechtsgrundlage und Zweck der Mitgliedschaft	Mitgliedsbeitrag der Bundesrepublik Deutschland (Pflichtleistungen)			Besondere (freiwillige) Leistungen außerhalb des Mitgliedsbeitrags in 1 000 € (gerundet)	Zusammen Spalte 4 + 5 in 1 000 €
	in Prozent	in Tausend-Fremdwährung (gerundet)	in 1 000 € (gerundet)		
1	2	3	4	5	6
1. Koordinierungsstelle zur regionalen Zusammenarbeit in Asyl-, Flüchtlings- und Migrationsfragen.. Rechtsgrundlage: Vereinbarung	5,9	110 CHF	89		89
2. Mitgliedschaft Forum of Federation..	13,3	150 USD	109		109
3. Sonstige..			139		139
Zusammen...			337	-	337

Differenzen durch Rundung möglich

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0602 Tit. 687 20	346	337

688 06 -011	Zahlungsverpflichtungen aus Verstößen gegen EU-Recht	-	-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0601 Tit. 688 06	-	-

Besondere Finanzierungsausgaben

972 09 -880	Globale Minderausgabe	-129 994	-129 994	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0601 Tit. 972 09	-129 994	-

981 07 -890	Leistungen an Bundesbehörden zur Durchführung von ressortübergreifenden Aufgaben	-	-	(-)

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Epl. 06.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0602 Tit. 981 07	-	(-)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Titelgruppe 56

Tgr. 56	Versorgung der Beamtinnen und Beamten sowie der Richterinnen und Richter der Kap. 0624 und 0625	(366 783)	(344 855)	

Haushaltsvermerk:

1. **Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.**
2. **Die Ausgaben sind mit folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: Tgr. 57.**
3. **Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: 232 56 und 232 57.**

432 56 -048	Versorgungsbezüge	338 309	316 381	270 023

Erläuterungen:

Aus dem Titel werden auch die Bezüge der in den einstweiligen Ruhestand versetzten Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter vom Ersten des auf den Beginn des einstweiligen Ruhestandes folgenden Monats an gewährt.

Hieraus wird auch der einmalige Ausgleich gemäß § 48 BeamtVG gezahlt.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0667 Tit. 432 56	316 381	270 023

434 56 -048	Zuführung an die Versorgungsrücklage	4 950	4 950	7 883

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0667 Tit. 434 56	4 950	7 883

443 56 -048	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen einschließlich Inanspruchnahme von besonderen Fachdiensten/-kräften	675	675	726

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0667 Tit. 443 56	675	726

446 56 -048	Beihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften	22 849	22 849	29 398

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0667 Tit. 446 56	22 849	29 398

0611 Zentral veranschlagte Verwaltungseinnahmen und -ausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 56

453 56 -048	Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen	-	-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0667 Tit. 453 56	-	-

632 56 -048	Abfindungen und Erstattungen des Bundes für Versorgungslasten	-	-	5 398

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0667 Tit. 632 56	-	5 398

Titelgruppe 57

Tgr. 57	Versorgung der Beamtinnen und Beamten sowie der Richterinnen und Richter	(177 231)	(164 428)	

Haushaltsvermerk:

1. **Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.**
2. **Die Ausgaben sind mit folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: Tgr. 56.**
3. **Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: 232 56 und 232 57.**

431 57 -018	Versorgungsbezüge der Bundesminister, der Parlamentarischen Staatssekretärinnen und Parlamentarischen Staatssekretäre, sonstiger Amtsträger und deren Hinterbliebenen	534	529	623

Erläuterungen:

Aus dem Titel werden auch Übergangsgelder für ehemalige Mitglieder der Bundesregierung (§ 14 Bundesministergesetz) gewährt.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0667 Tit. 431 57	529	623

432 57 -018	Versorgungsbezüge	136 464	123 666	109 787

Erläuterungen:

Aus dem Titel werden auch die Bezüge der in den einstweiligen Ruhestand versetzten Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter vom Ersten des auf den Beginn des einstweiligen Ruhestandes folgenden Monats an gewährt.

Hieraus wird auch der einmalige Ausgleich gemäß § 48 BeamtVG gezahlt.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0667 Tit. 432 57	123 666	109 787

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu Titel 432 57 (Titelgruppe 57)			
	Mehr wegen steigender Zahl an Versorgungsempfänger/innen.			
434 57 -018	Zuführung an die Versorgungsrücklage	2 350	2 350	3 186

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0667 Tit. 434 57	2 350	3 186

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
443 57 -018	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen einschließlich Inanspruchnahme von besonderen Fachdiensten/-kräften	312	312	283

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0667 Tit. 443 57	312	283

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
446 57 -018	Beihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften	37 571	37 571	36 402

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0667 Tit. 446 57	37 571	36 402

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
453 57 -018	Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen	-	-	1

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0667 Tit. 453 57	-	1

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
632 57 -018	Erstattungen des Bundes für Versorgungslasten	-	-	1 667

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0667 Tit. 632 57	-	1 667

0611 Zentral veranschlagte Verwaltungseinnahmen und -ausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Flexibilisierte Ausgaben

Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG

		Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
	Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3	122 420	55 955	62 640
	Aus Hauptgruppe 5	8 643	3 001 *945*	4 599
	Zusammen	131 063	58 956 *945*	67 239
F ***424 01*** *-011*	*Zuführung an die Versorgungsrücklage*	*24 000*	*9 224*	*12 565*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0601 Tit. 424 01	*9 224*	*12 565*

Mehr wegen Verpflichtung aus Versorgungsrücklagegesetz.

F ***441 01*** *-840*	*Beihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften*	*40 141*	*40 141*	*42 939*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0615 Tit. 441 01	*40 141*	*42 939*

F ***443 01*** *-840*	*Fürsorgeleistungen und Unterstützungen einschließlich Inanspruchnahme von besonderen Fachdiensten/-kräften*	*3 259*	*1 100*	*1 063*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0615 Tit. 443 01	*1 100*	*1 063*
Kap. 0615 Tit. 443 02	*2 159*	*1 915*
Zusammen	*3 259*	*2 978*

F ***452 02*** *-223*	*Unfallkasse des Bundes*	*3 190*	*3 190*	*4 205*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0615 Tit. 452 02	*3 190*	*4 205*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F **526 01** *-011*	*Gerichts- und ähnliche Kosten*	*542*	*118*	*341*

Haushaltsvermerk:

1. Mehrausgaben zu Nr. 2 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 0615 Tit. 119 99.

2. Mehrausgaben zu Nr. 2 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: Kap. 0615 Tit. 119 99 und 381 01.

3. Mehrausgaben zu Nr. 4 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 0619 Tit. 381 01.

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
Für Ausgaben der nachfolgenden Behörden:	
1. Bundesministerium des Innern	*118*
2. Bundesverwaltungsamt	*157*
3. Bundesamt für Kartographie und Geodäsie	*3*
4. Beschaffungsamt des Bundesministeriums des Innern	*4*
5. Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik	*2*
6. Bundeskriminalamt	*44*
7. Bundespolizei	*170*
8. Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe	*5*
9. Bundesanstalt Technisches Hilfswerk	*35*
10. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge	*4*
Zusammen	*542*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0601 Tit. 526 01	*118*	*341*
Kap. 0610 Tit. 526 01	*44*	*42*
Kap. 0615 Tit. 526 01	*157*	*99*
Kap. 0616 Tit. 526 01	*3*	*17*
Kap. 0623 Tit. 526 01	*2*	*1*
Kap. 0625 Tit. 526 01	*170*	*333*
Kap. 0626 Tit. 526 01	*4*	*2*
Kap. 0628 Tit. 526 01	*5*	*1*
Kap. 0629 Tit. 526 01	*35*	*64*
Kap. 0633 Tit. 526 01	*2 000*	*1 186*
Zusammen	*2 538*	*2 086*

F **526 02** *-011*	*Sachverständige, Ausgaben für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen*	*2 792*	*1 410*	*1 592*

Haushaltsvermerk:

1. Mehrausgaben zu Nr. 2 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: Kap. 0614 Tit. 119 99 und 381 01.

0611 Zentral veranschlagte Verwaltungseinnahmen und -ausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 526 02

2. Mehrausgaben zu Nr. 3 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: Kap. 0615 Tit. 119 99 und 381 01.

3. Mehrausgaben zu Nr. 6 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 0619 Tit. 381 01.

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
Für Ausgaben der nachfolgenden Behörden:	
1. Bundesministerium des Innern	*1 927*
2. Statistisches Bundesamt	*50*
3. Bundesverwaltungsamt	*290*
4. Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung	*25*
5. Bundesinstitut für Sportwissenschaft	*14*
6. Beschaffungsamt des Bundesministeriums des Innern	*40*
7. Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik	*250*
8. Bundeskriminalamt	*80*
9. Bundespolizei	*30*
10. Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe	*10*
11. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge	*70*
12. Bundeszentrale für politische Bildung	*6*
Zusammen	*2 792*

Zu 1.:

Bezeichnung	*1 000 €*
Ausgaben für Sachverständige, Fachbeiräte und ähnliche Ausschüsse beim Bundesministerium des Innern (BMI)	
1. Erstattung der Kosten für Dolmetscherinnen und Dolmetscher sowie Übersetzerinnen und Übersetzer aus und in die Amtssprachen des Europarates für die Kommunalkonferenzen und deren Ausschüsse sowie für eine jährlich stattfindende Ministerkonferenz	*15*
2. Fremdsprachliche Übersetzungen außerhalb des Hauses sowie Dolmetscherkosten	*198*
3. Gutachten	*170*
4. Gutachterliche Bewertungen und Studien auf dem Gebiet elektronischer Identitäten	*877*
5. Rechtliche Fragestellungen im Bereich der Informationstechnik	*450*
6. Nutzerseitige Beratung des BMI für das Neubauvorhaben BMI	*200*
7. Beirat für Verwaltungsverfahrensrecht	*3*
8. Sachverständigenausschuss für explosionsgefährliche Stoffe, Beschussrat und Fachbeirat für schießsportliche Fragen	*2*
9. Sonstiges	*12*
Zusammen	*1 927*

Aus diesen Ausgaben dürfen auch die Kosten für die Drucklegung von Gutachten und ihren Ankauf sowie für die Vorbereitung von Sitzungen durch Anschaffung von Materialien und anderen Unterlagen geleistet werden.

Zu 4.:
Ausgaben für den Expertenrat Demographie.

Zu 5.:

Bezeichnung	*1 000 €*
Ausgaben für Sachverständige, Fachbeiräte und ähnliche Ausschüsse beim Bundesinstitut für Sportwissenschaft (BISp)	
1. Wissenschaftlicher Beirat	*4*
2. Beratungsgespräche mit "Berufenen Gutachtern"	*1*
3. Projektbegleitende Arbeitsgruppen zu laufenden Projekten	*5*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 526 02

Bezeichnung	*1 000 €*
4. Sachverständige	*4*
Zusammen	*14*

Sachverständigenausgaben für die Vergabe von Übersetzungsarbeiten, die Inanspruchnahme von Dolmetscherinnen und Dolmetschern und für Gutachten.

Zu 8.:
Ausgaben für Gutachten.

Zu 11.:
Ausgaben für sonstige Gutachten und Sachverständige.

Zu 12.:
Für die Mitglieder des Beirats, Sitzungsgelder, Reisekosten sowie sonstige Verwaltungskosten.

Weitere Ausgaben sind bei Kap. 0602 Tit. 526 22 und bei Kap. 0614 Tit. 526 32 veranschlagt.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0601 Tit. 526 02	*1 410*	*1 592*
Kap. 0601 Tit. 526 03	*17*	*1*
Kap. 0608 Tit. 526 02	*250*	*11*
Kap. 0610 Tit. 526 02	*80*	*80*
Kap. 0615 Tit. 526 02	*10*	*7*
Kap. 0615 Tit. 526 03	*280*	*264*
Kap. 0617 Tit. 526 02	*100*	*1*
Kap. 0618 Tit. 526 02	*4*	*-*
Kap. 0618 Tit. 526 03	*10*	*19*
Kap. 0623 Tit. 526 02	*250*	*250*
Kap. 0623 Tit. 526 12	*-*	*-*
Kap. 0625 Tit. 526 02	*230*	*258*
Kap. 0626 Tit. 526 02	*40*	*192*
Kap. 0628 Tit. 526 02	*10*	*45*
Kap. 0633 Tit. 526 02	*4 243*	*4 159*
Kap. 0633 Tit. 526 03	*20*	*14*
Kap. 0635 Tit. 526 03	*6*	*5*
Zusammen	*6 960*	*6 898*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***527 03*** *-011*	*Reisen in Angelegenheiten der Personalvertretungen und der Gleichstellungsbeauftragten sowie in Vertretung der Interessen schwerbehinderter Menschen*	*1 028*	*1 028*	*2 198*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0601 Tit. 527 03	*1 028*	*2 198*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***531 03*** *-012*	*Abgeltung von Ansprüchen nach dem Urheberrecht*	*408*	*312*	*365*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0615 Tit. 531 03	*312*	*365*

0611 Zentral veranschlagte Verwaltungseinnahmen und -ausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F ***543 01*** *-012*	*Veröffentlichungen und Fachinformationen*	*2 668*	*28*	*15*

Haushaltsvermerk:

1. Mehrausgaben zu Nr. 4 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 0615 Tit. 119 01.

2. Mehrausgaben zu Nr. 3 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: Kap. 0614 Tit. 119 99 und 381 01.

3. Mehrausgaben zu Nr. 4 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: Kap. 0615 Tit. 119 99 und 381 01.

4. Mehrausgaben zu Nr. 8 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 0619 Tit. 381 01.

5. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

6. Nach § 61 Abs. 1 Satz 1 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dienststellen innerhalb der Bundesverwaltung abgegeben werden.

Erläuterungen:

	Bezeichnung	*1 000 €*
	Für Ausgaben der nachfolgenden Behörden:	
1.	*Bundesministerium des Innern*	*9*
2.	*Bundesakademie für öffentliche Verwaltung*	*30*
3.	*Statistisches Bundesamt*	*365*
4.	*Bundesverwaltungsamt*	*28*
5.	*Bundesamt für Kartographie und Geodäsie*	*3*
6.	*Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung*	*28*
7.	*Bundesinstitut für Sportwissenschaft*	*190*
8.	*Beschaffungsamt des Bundesministeriums des Innern*	*85*
9.	*Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik*	*310*
10.	*Bundeskriminalamt*	*118*
11.	*Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe*	*190*
12.	*Bundesanstalt Technisches Hilfswerk*	*477*
13.	*Bundesamt für Migration und Flüchtlinge*	*800*
14.	*Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung*	*35*
Zusammen		*2 668*

Zu 1.:
Aus den Ausgaben dürfen auch die Kosten für Ankauf und Versand (einschl. Porto und Verpackung) von Druckerzeugnissen geleistet werden.

Zu 7.:
Aus dem Ansatz können auch Ausgaben für die Erstellung von Referaten und Sekundärdokumenten für die Datenbank SPOLIT und SPOFOR sowie für Mitherausgeberschaften, Druckkostenzuschüsse und Subventionsankäufe gezahlt werden.

Zu 9.:
Aus den Ausgaben dürfen auch Kosten für Porto, Verpackung und Versand von Veröffentlichungen und die Kosten für die Bewirtung mit Erfrischungsgetränken bei Sitzungen geleistet werden.

Weitere Ausgaben sind bei Kap. 0613 Tit. 543 01 veranschlagt.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 543 01

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0608 Tit. 543 01	*315*	*462*
Kap. 0610 Tit. 543 01	*288*	*103*
Kap. 0611 Tit. 543 11	*30*	*74*
Kap. 0612 Tit. 543 01	*35*	*23*
Kap. 0615 Tit. 543 01	*28*	*15*
Kap. 0616 Tit. 543 01	*3*	*2*
Kap. 0617 Tit. 543 01	*28*	*31*
Kap. 0618 Tit. 543 01	*190*	*253*
Kap. 0623 Tit. 543 01	*310*	*302*
Kap. 0626 Tit. 543 01	*100*	*32*
Kap. 0628 Tit. 543 01	*190*	*326*
Kap. 0629 Tit. 543 01	*477*	*419*
Kap. 0633 Tit. 543 01	*1 200*	*559*
Kap. 0640 Tit. 543 01	*9*	*9*
Zusammen	*3 203*	*2 610*

F **545 01** *-012*	*Konferenzen, Tagungen, Messen und Ausstellungen*	*1 205*	*105*	*88*

Haushaltsvermerk:

1. Mehrausgaben zu Nr. 5 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 0618 Tit. 129 01.

2. Mehrausgaben zu Nr. 6 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 0623 Tit. 119 99.

3. Mehrausgaben zu Nr. 1 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 0612 Tit. 129 01.

4. Mehrausgaben zu Nr. 2 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: Kap. 0614 Tit. 119 99 und 381 01.

5. Mehrausgaben zu Nr. 3 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: Kap. 0615 Tit. 119 99 und 381 01.

6. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Werbe- und Informationsmaterialien gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
Für Ausgaben der nachfolgenden Behörden:	
1. Bundesakademie für öffentliche Verwaltung	*56*
2. Statistisches Bundesamt	*202*
3. Bundesverwaltungsamt	*105*
4. Bundesamt für Kartographie und Geodäsie	*7*
5. Bundesinstitut für Sportwissenschaft	*40*
6. Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik	*304*
7. Bundespolizei	*250*
8. Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe	*205*
9. Bundesanstalt Technisches Hilfswerk	*36*

0611 Zentral veranschlagte Verwaltungseinnahmen und -ausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 545 01

Bezeichnung	1 000 €
10. Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung.............	-
Zusammen..	1 205

Zu 4.:
Veranschlagt sind die Kosten für vier vom Bundesamt zu veranstaltende Tagungen.

Zu 5.:
Ein von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern gegebenenfalls zu erhebender Kostenbeitrag (Teilnehmergebühr) wird bei Kap. 0618 Tit. 129 01 vereinnahmt.

Zu 6.:
Aus den Ausgaben dürfen auch Kosten für außergewöhnlichen Aufwand geleistet werden.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0608 Tit. 545 01	202	149
Kap. 0611 Tit. 545 11	56	68
Kap. 0612 Tit. 545 01	-	10
Kap. 0615 Tit. 545 01	105	88
Kap. 0616 Tit. 545 01	7	7
Kap. 0618 Tit. 545 01	40	28
Kap. 0623 Tit. 545 01	304	440
Kap. 0625 Tit. 545 01	250	175
Kap. 0628 Tit. 545 01	205	226
Kap. 0629 Tit. 545 01	36	89
Zusammen	1 205	1 280

F ***634 03*** *-011*	*Zuweisungen an den Versorgungsfonds*	*51 830*	*2 300*	*1 868*

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
Für Ausgaben der nachfolgenden Behörden:	
1. Bundesministerium des Innern..	1 992
2. Bundesakademie für öffentliche Verwaltung................................	-
3. Statistisches Bundesamt...	877
4. Bundesverwaltungsamt..	1 906
5. Bundesamt für Kartographie und Geodäsie................................	115
6. Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung..................................	102
7. Bundesinstitut für Sportwissenschaft...	94
8. Beschaffungsamt des Bundesministeriums des Innern................	271
9. Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik...................	1 357
10. Bundeskriminalamt..	3 904
11. Bundespolizei..	39 443
12. Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe.........	204
13. Bundesanstalt Technisches Hilfswerk..	302
14. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge....................................	1 049
15. Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung.............	175
16. Bundeszentrale für politische Bildung..	39
Zusammen..	51 830

Weitere Ausgaben sind bei Kap. 0613 Tit. 634 03 veranschlagt.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0601 Tit. 634 03	2 300	1 868

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 634 03

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0608 Tit. 634 03	*900*	*1 331*
Kap. 0608 Tit. 634 33	*-*	*-*
Kap. 0610 Tit. 634 03	*2 830*	*2 614*
Kap. 0611 Tit. 634 03	*-*	*-*
Kap. 0612 Tit. 634 03	*217*	*206*
Kap. 0612 Tit. 634 13	*-*	*-*
Kap. 0615 Tit. 634 03	*1 880*	*1 657*
Kap. 0615 Tit. 634 43	*-*	*-*
Kap. 0616 Tit. 634 03	*56*	*47*
Kap. 0617 Tit. 634 03	*155*	*172*
Kap. 0618 Tit. 634 03	*106*	*88*
Kap. 0623 Tit. 634 03	*1 508*	*1 113*
Kap. 0625 Tit. 634 03	*21 269*	*14 386*
Kap. 0626 Tit. 634 03	*278*	*300*
Kap. 0628 Tit. 634 03	*230*	*193*
Kap. 0629 Tit. 634 03	*337*	*260*
Kap. 0633 Tit. 634 03	*1 072*	*305*
Kap. 0635 Tit. 634 03	*38*	*36*
Zusammen	*33 176*	*24 576*

Mehr wegen Verpflichtung aus Versorgungsrücklagegesetz.

Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
129 01 -012	Einnahmen aus Veranstaltungen		2	27

Aufgaben und Aufbau der Verwaltung in den wichtigsten Grundzügen

Das Ministerium gliedert sich aufbauorganisatorisch in elf Abteilungen mit folgenden Aufgabengebieten:

1. Zentralabteilung
2. Grundsatzfragen, EU und internationale Angelegenheiten
3. Öffentlicher Dienst
4. IT-Direktor; IT-Strategie; IT-Steuerung; IT-Sicherheit; Netzpolitik; IT-Beauftragter des BMI
5. Verwaltungsmodernisierung; Verwaltungsorganisation
6. Sport
7. Staatsrecht; Verfassungsrecht; Verwaltungsrecht
8. Öffentliche Sicherheit
9. Angelegenheiten der Bundespolizei
10. Krisenmanagement und Bevölkerungsschutz
11. Migration; Integration; Flüchtlinge; Europäische Harmonisierung.

Teil des Ministeriums ist darüber hinaus die Bundesakademie für öffentliche Verwaltung (Tgr. 01) und organisatorisch der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (Kapitel 0613).

Die Bundesakademie für öffentliche Verwaltung ist Träger der zentralen Fortbildungsmaßnahmen der Bundesregierung, soweit die dienstliche Fortbildung nicht besonderen Fortbildungseinrichtungen einzelner oberster Dienstbehörden obliegt (§ 47 Absatz 1 BLV).

Überblick zum Kapitel 0612	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	214	212	+2		2 691
Übrige Einnahmen	-	-	-		-
Gesamteinnahmen	214	212	+2		2 691
Ausgaben					
Personalausgaben	90 899	91 427	-528	1 694	83 958
Sächliche Verwaltungsausgaben	38 488	36 668	+1 820	8 163	40 017
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	-	-	-		-
Ausgaben für Investitionen	22 416	5 311	+17 105	3 622	5 399
Gesamtausgaben	151 803	133 406	+18 397	13 479	129 374
davon flexibilisiert	147 259	127 868	+19 391	13 479	124 614
davon nicht flexibilisiert	4 544	5 538	-994		4 760

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

111 01 -012	Gebühren, sonstige Entgelte	25	25	253

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 525 11.

Erläuterungen:

Teilnehmerbeiträge aus der gastweisen Teilnahme von Angehörigen anderer Verwaltungen als denen, für die nach Maßgabe des Tit. 525 11 die Kosten getragen werden können, auch von Bediensteten der Länder und Gemeinden.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0611 Tit. 111 01	25	253

119 99 -011	Vermischte Einnahmen	151	141	1 833

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen zu Nr. 3 der Erläuterungen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: **532 01 und 812 02.**

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Erstattung von Schadenersatzleistungen..	40
2. Einnahmen aus der Benutzung verwaltungseigener Geräte usw....	7
3. Erstattungen der BDBOS für IT-Dienstleistungen...........................	-
4. Sonstige Einnahmen...	104
Zusammen..	151

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0601 Tit. 119 99	141	1 833
Kap. 0611 Tit. 119 99	10	-
Zusammen	151	1 833

124 01 -011	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	5	5	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0601 Tit. 124 01	5	-

129 01 -012	Einnahmen aus Veranstaltungen	2		

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen aus Veranstaltungen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: Kap. 0611 Tit. 545 01.

0612 Bundesministerium

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
132 01 -011	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	31	31	605

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0601 Tit. 132 01	31	605

Übrige Einnahmen

272 02 -011	Zuschuss der EU für Maßnahmen der Auseinandersetzung mit terroristischen und extremistischen Bestrebungen und einer Aufklärungskampagne zu Gefahren von Extremismus und Fremdenfeindlichkeit	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind wegen bindender Vorgaben der EU zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 532 02.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0601 Tit. 272 02	-	-

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.

Sächliche Verwaltungsausgaben

518 02 -011	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	4 544	5 538	4 760

Haushaltsvermerk:

Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.

Erläuterungen:

Von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben als Eigenbaumaßnahme zu realisierende Unterbringung (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	genehmigte Gesamtkosten 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Veranschlagt 2014 1 000 €	Vorbehalten für 2015 ff. 1 000 €	Jährlicher Mietzins 1 000 €	voraussichtliche Übergabe
1	2	3	4	5	6	7	8
1. Neubau eines Dienstgebäudes für BMI (einschließlich Grunderwerbskosten)......................	212 589	19 977	36 148	83 905	72 559		2014
2. Stadtbahnbögen BMI Lüneburger Straße..........	4 183	32	165	110	3 876		
Zusammen...	216 772	20 009	36 313	84 015	76 435	-	

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0601 Tit. 518 02	5 538	4 760

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Flexibilisierte Ausgaben

Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG

	Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3	90 899	91 427 *1 694*	83 958
	Aus Hauptgruppe 5	33 944	31 130 *8 163*	35 257
	Aus Hauptgruppe 7	487	402 *657*	407
	Aus Hauptgruppe 8	21 929	4 909 *2 965*	4 992
	Zusammen	147 259	127 868 *13 479*	124 614

F **421 01** -011	*Bezüge des Bundesministers und der Parlamentarischen Staatssekretäre*	*502*	*499*	*424*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0601 Tit. 421 01	*499*	*424*

F **422 01** -011	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*56 019*	*56 269*	*54 420*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0601 Tit. 422 01	*56 269*	*54 420*

F **422 02** -011	*Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte*	*1 447*	*1 438*	*1 490*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0601 Tit. 422 02	*1 438*	*1 490*

F **427 09** -011	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*4 040*	*4 007*	*3 324*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0601 Tit. 427 09	*4 007*	*3 324*

0612 Bundesministerium

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu flexibilisierte Ausgaben			
F ***428 01*** *-011*	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*25 109*	*25 450*	*21 426*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0601 Tit. 428 01	*25 450*	*21 426*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***453 01*** *-011*	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	*750*	*750*	*467*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0601 Tit. 453 01	*750*	*467*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***511 01*** *-011*	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände, Software, Wartung*	*2 891*	*1 820*	*1 833*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0601 Tit. 511 01	*1 820*	*1 833*
Kap. 0601 Tit. 511 55	*1 071*	*1 340*
Zusammen	*2 891*	*3 173*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***514 01*** *-011*	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*	*380*	*380*	*296*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*Soll 2014*	*Soll 2013*
personengebundene Pkw...	*4*	*4*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0601 Tit. 514 01	*380*	*296*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***517 01*** *-011*	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	*4 829*	*4 829*	*5 117*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0601 Tit. 517 01	*4 829*	*5 117*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu flexibilisierte Ausgaben			
F **518 01** -011	*Mieten und Pachten*	*8 658*	*8 643*	*9 262*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0601 Tit. 518 01	*8 643*	*9 262*
Kap. 0601 Tit. 518 55	*15*	*14*
Zusammen	*8 658*	*9 276*

F **519 01** -011	*Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen*	*793*	*793*	*650*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0601 Tit. 519 01	*793*	*650*

F **525 01** -011	*Aus- und Fortbildung*	*834*	*373*	*322*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0601 Tit. 525 01	*373*	*322*
Kap. 0601 Tit. 525 55	*461*	*344*
Zusammen	*834*	*666*

F **527 01** -011	*Dienstreisen*	*2 350*	*2 350*	*2 549*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0601 Tit. 527 01	*2 350*	*2 549*

F **532 01** -011	*Aufträge und Dienstleistungen im Bereich Informationstechnik*	*6 852*	*4 735*	*5 492*

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0601 Tit. 532 55	*4 735*	*5 492*

0612 Bundesministerium

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu flexibilisierte Ausgaben			
F **532 02** -011	*Behördenspezifische fachbezogene Verwaltungsausgaben (ohne IT)*	*1 625*	*764*	*2 170*

Haushaltsvermerk:

1. *Mehrausgaben **zu Nr. 1 der Erläuterungen** dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 272 02.*

   Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.
2. *Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.*
3. *Aus den Ausgaben sind auch Kosten für Porto, Verpackung und Versand von Veröffentlichungen und im Falle der Aufklärungskampagne **zu Nr. 1 der Erläuterungen** auch die Kosten für Werk- und Dienstverträge sowie für außergewöhnlichen Aufwand zu leisten.*
4. *Ausgaben für die Aufklärungskampagne **zu Nr. 1 der Erläuterungen** sind nur insoweit zulässig, wie sich die Länder gleichzeitig in zumindest gleicher Höhe an den Kostenbeteiligen.*
5. *Aus den Ausgaben **zu Nr. 1 der Erläuterungen** dürfen auch Zuwendungen gem. § 44 BHO gewährt werden.*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
Aus dem Ansatz werden folgende Ausgaben geleistet:	
1. zur Bekämpfung der Radikalisierung und Rekrutierung von Terroristen, zur Verbrechensbekämpfung und zum Schutz kritischer Infrastrukturen sowie zur geistig-politischen Auseinandersetzung mit terroristischen und extremistischen Bestrebungen	*764*
2. für Untersuchungen zur Entbürokratisierung sowie zur Verbesserung der Organisation der Bundesverwaltung und zur Fortentwicklung des öffentlichen Dienstrechts	*861*
Zusammen..	*1 625*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0601 Tit. 532 01	*961*	*1 204*
Kap. 0601 Tit. 532 03	*764*	*2 170*
Zusammen	*1 725*	*3 374*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F **539 99** -011	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*592*	*113*	*269*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Hausinterne Umzüge und Transporte...	*15*
2. Gewinnung von IT-Kräften sowie Juristinnen und Juristen, Audit Beruf und Familie, betriebliche Gesundheitsförderung..................	*78*
3. Umzug Neubau BMI...	*400*
4. Sonstiges...	*99*
Zusammen..	*592*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 539 99

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0601 Tit. 532 07	*39*	*66*
Kap. 0601 Tit. 533 01	*10*	*48*
Kap. 0601 Tit. 539 99	*113*	*269*
Kap. 0601 Tit. 546 88	*30*	*26*
Zusammen	*192*	*409*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 544 01 -011	*Forschung, Untersuchungen und Ähnliches*	*500*		
F ***711 01*** *-011*	*Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten*	*487*	*402*	*407*

Erläuterungen:

Einjährige Maßnahmen	*1 000 €*
1. Infrastrukturmaßnahmen im Ausweichlagesitz Bundeshaus	*90*
2. Umrüstung Einlasssystem auf digitalen Dienstausweis	*30*
3. Umsetzung Brandschutzkonzept Dienstsitz Bonn	*120*
4. Sanierung WC-Anlagen Dienstsitz Bonn	*100*
5. Infrastrukturanpassungsmaßnahmen Berlin	*62*
6. Gedenkobjekt Neubau BMI	*85*
Zusammen	*487*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0601 Tit. 711 01	*402*	*407*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 712 01 -011	*Baumaßnahmen von mehr als 2 000 000 € im Einzelfall*	*-*		
F ***811 01*** *-011*	*Erwerb von Fahrzeugen*	*50*	*50*	*424*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0601 Tit. 811 01	*50*	*424*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***812 01*** *-011*	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)*	*6 006*	*756*	*270*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0601 Tit. 812 01	*756*	*270*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***812 02*** *-011*	*Erwerb von Anlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Software im Bereich Informationstechnik*	*15 873*	*4 103*	*4 298*

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.

0612 Bundesministerium

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 812 02

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Erstbeschaffung	
1.1 Hardware	*10 970*
1.2 Software	*1 550*
2. Ersatzbeschaffung	
2.1 Hardware	*2 803*
2.2 Software	*550*
Zusammen	*15 873*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0601 Tit. 812 55	*4 103*	*4 298*

Mehr wegen Erstausstattung mit IT-Komponenten im Neubau BMI.

Titelgruppe 01

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
Tgr. 01	Fortbildung des öffentlichen Dienstes	(6 672)	(6 740)	
F ***422 11*** *-012*	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*2 433*	*2 419*	*1 865*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0611 Tit. 422 01	*2 419*	*1 865*

F ***422 12*** *-012*	*Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte*	-	-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0611 Tit. 422 02	-	-

F ***427 19*** *-012*	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	-	-	*3*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0611 Tit. 427 09	-	*3*

F ***428 11*** *-012*	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*565*	*561*	*505*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0611 Tit. 428 01	*561*	*505*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F ***453 11*** *-012*	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	*34*	*34*	*34*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0611 Tit. 453 11	*34*	*34*

F ***525 11*** *-012*	*Aus- und Fortbildung*	*2 122*	*2 122*	*2 558*

Haushaltsvermerk:

1. *Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 111 01.*
2. *Mehrausgaben zu Nr. 7 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 111 01.*

   Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.
3. *Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Lehr- und Unterrichtsmaterial an Lehrgangsteilnehmer zu Schulungszwecken unentgeltlich abgegeben wird.*
4. *Die gastweise Teilnahme von Bediensteten des Bundesministeriums der Verteidigung, der Vollzugsbeamten der Bundespolizei sowie von Bediensteten von Stellen außerhalb der Bundesverwaltung ist zugelassen.*
5. *Bei Lehrgängen für den Aufstieg in den höheren Dienst nach §§ 33, 33a BLV ist die Teilnahme von Bediensteten der Nachfolgeunternehmen der Deutschen Bundesbahn und der Bundespost zugelassen.*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Zentrale Fortbildungsveranstaltungen: Honorare und Reisekosten für Dozentinnen und Dozenten sowie Kosten der Fortbildung für internationale Aufgaben, soweit sie nicht aus Tit. 527 11 zu tragen sind. Bei der Teilnahme von Bediensteten der Bundesbahn- und Bundespost-Nachfolgeunternehmen an den Lehrgängen zum Aufstieg in den höheren Dienst sind neben den in Satz 2 genannten Kosten auch die Gemeinkosten der Lehrgänge nach § 61 Abs. 3 BHO anteilig zu erstatten	*1 547*
2. Dezentrale Fortbildungsveranstaltungen	*150*
3. Fremdsprachliche Aus- und Fortbildung der Bundesbediensteten.	*20*
4. Jahresprogramm und wissenschaftliche Veröffentlichungen für alle Fortbildungsbereiche sowie zur Entwicklung moderner Lehrmethoden und Lernmittel	*25*
5. Kleinere Gastgeschenke, Lehr- und Lernmittel	*20*
6. Sonstige Leistungen	*10*
7. Fortbildungsveranstaltungen für Angehörige ausländischer, internationaler und supranationaler Verwaltungen	*20*
8. Förderung der Teilnahme von Bediensteten an Masterstudiengängen	*300*
9. Sonstiges	*30*
Zusammen	*2 122*

0612 Bundesministerium

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 525 11 (Titelgruppe 01)

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0611 Tit. 525 11	*2 122*	*2 558*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***527 11*** *-012*	*Dienstreisen*	*1 518*	*1 518*	*1 554*

Erläuterungen:

Bei einer gastweisen Teilnahme (vgl. Tit. 525 11) sind die Reisekosten von den entsendenden Stellen zu tragen. Dies gilt nicht für den Lehrgang und das Praktikum zur Fortbildung für internationale Aufgaben.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0611 Tit. 527 11	*1 518*	*1 554*

Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
119 09 -012	Vermischte Einnahmen		10	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0611 Tit. 119 99	10	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F *511 55 -011*	*Geschäftsbedarf und Datenübertragung sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Software, Wartung*		*1 071*	*1 340*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0601 Tit. 511 55	*1 071*	*1 340*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F *518 55 -011*	*Miete für Datenverarbeitungsanlagen, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Maschinen, Software*		*15*	*14*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0601 Tit. 518 55	*15*	*14*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F *525 55 -011*	*Aus- und Fortbildung*		*461*	*344*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0601 Tit. 525 55	*461*	*344*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 526 03 -011	*Ausgaben für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen*		*17*	*1*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0601 Tit. 526 03	*17*	*1*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 532 04 -011	*Kosten für Untersuchungen zur Entbürokratisierung sowie zur Verbesserung der Organisation der Bundesverwaltung und zur Fortentwicklung des öffentlichen Dienstrechts*		*961*	*1 204*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0601 Tit. 532 01	*961*	*1 204*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 532 07 -011	*Veranstaltungen im internationalen Bereich in Ausländer- und Asylangelegenheiten*		*39*	*66*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0601 Tit. 532 07	*39*	*66*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 533 01 -011	*Kosten der Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst*		*10*	*48*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0601 Tit. 533 01	*10*	*48*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 543 11 -012	*Veröffentlichung und Dokumentation*		*30*	*74*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0611 Tit. 543 11	*30*	*74*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 545 11 -012	*Konferenzen, Tagungen, Messen und Ausstellungen*		*56*	*68*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0611 Tit. 545 11	*56*	*68*

0612 Bundesministerium

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 546 88 -012	*Förderung des Vorschlagwesens*		*30*	*26*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0601 Tit. 546 88	*30*	*26*

F 634 03 -012	*Zuweisungen an den Versorgungsfonds*		*-*	*-*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0611 Tit. 634 03	*-*	*-*

Vorbemerkung

Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (BfDI) ist aufgrund des Bundesdatenschutzgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Januar 2003 (BGBl. I S. 66), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22. August 2006 (BGBl. I S. 1970), in Verbindung mit § 12 des Informationsfreiheitsgesetzes vom 5. September 2005 (BGBl. I S. 2722), beim Bundesministerium des Innern mit Sitz in Bonn eingerichtet. Er nimmt seine Aufgaben unabhängig wahr und untersteht nur der Rechtsaufsicht der Bundesregierung und der Dienstaufsicht des Bundesministeriums des Innern. Jeder kann ihn anrufen, wenn er seine Datenschutzrechte oder sein Recht auf Informationszugang durch öffentliche Stellen des Bundes als verletzt ansieht.

Der BfDI hat im Wesentlichen folgende weitere gesetzlichen Aufgaben:

1. Kontrolle der Einhaltung der Vorschriften über den Datenschutz und den Zugang zu Informationen des Bundes in den in § 24 Bundesdatenschutzgesetz genannten Bereichen. Seine Zuständigkeit umfasst auch Sozialversicherungsträger, wenn sie in mehr als einem Bundesland tätig sind sowie private Unternehmen, soweit sie für die Erbringung von Telekommunikations- oder Postdiensten personenbezogene Daten erheben, verarbeiten und nutzen.
2. Beratung des Deutschen Bundestages, der Bundesregierung und öffentlicher Stellen des Bundes.
3. Information der Öffentlichkeit über wesentliche Entwicklungen auf den Gebieten des Datenschutzes und der Informationsfreiheit.
4. Zusammenarbeit mit den Datenschutz- und Informationsfreiheitsbeauftragten der Länder und mit den Aufsichtsbehörden anderer Mitgliedstaaten der Europäischen Union.
5. Zertifizierung von Diensteanbietern nach dem Gesetz zur Regelung von De-Mail Diensten und zur Änderung weiterer Vorschriften vom 28. April 2011 (BGBl. I S. 666).

Überblick zum Kapitel 0613	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	21	21	-		55
Übrige Einnahmen	-	-	-		-
Gesamteinnahmen	21	21	-		55
Ausgaben					
Personalausgaben	6 532	6 555	-23	8	5 095
Sächliche Verwaltungsausgaben	2 090	2 165	-75	657	1 687
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	250	187	+63	32	218
Ausgaben für Investitionen	218	218	-	218	51
Gesamtausgaben	9 090	9 125	-35	915	7 051
davon flexibilisiert	8 546	8 447	+99	915	6 469
davon nicht flexibilisiert	544	678	-134		582

0613 Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

111 01 -011	Gebühren, sonstige Entgelte	20	20	23

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0607 Tit. 111 01	20	23

119 99 -011	Vermischte Einnahmen	1	1	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0607 Tit. 119 99	1	-

132 01 -011	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	-	-	32

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0607 Tit. 132 01	-	32

Übrige Einnahmen

282 08 -011	Einnahmen aus Prämienzahlungen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: **Kap. 0613 flexibilisierter Bereich.**

Erläuterungen:

Die Höhe der Prämienzahlung richtet sich nach der Leitlinie für die Gewährung einer Einmalprämie im Zusammenhang mit der Flächenoptimierung dienstlich genutzter Liegenschaften durch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben. Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben hat für die Prämienzahlung Vorsorge in ihrem Wirtschaftsplan getroffen.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0607 Tit. 282 08	-	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Ausgaben			
	Haushaltsvermerk: 1. Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG. 2. Mehrausgaben bei folgenden Titeln: **Kap. 0613 flexibilisierter Bereich** dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 282 08.			
	Sächliche Verwaltungsausgaben			
518 02 -011	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	544	588	543

Haushaltsvermerk:

Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0607 Tit. 518 02	588	543

Flexibilisierte Ausgaben

	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG			
Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3	6 782	6 742 *40*	5 313
Aus Hauptgruppe 5	1 546	1 487 *657*	1 105
Aus Hauptgruppe 7	-	-	-
Aus Hauptgruppe 8	218	218 *218*	51
Zusammen	8 546	8 447 *915*	6 469

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***421 01*** *-011*	*Bezüge des Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit*	*129*	*128*	*126*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0607 Tit. 421 01	*128*	*126*

0613 Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F **422 01** -011	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*4 481*	*4 482*	*3 658*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0607 Tit. 422 01	*4 482*	*3 658*

F **422 02** -011	*Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte*	*-*	*-*	*191*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0607 Tit. 422 02	*-*	*191*

F **427 09** -011	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*827*	*857*	*251*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0607 Tit. 427 09	*857*	*251*

F **428 01** -011	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*1 080*	*1 073*	*862*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0607 Tit. 428 01	*1 073*	*862*

F **453 01** -011	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	*15*	*15*	*7*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0607 Tit. 453 01	*15*	*7*

F **511 01** -011	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände, Software, Wartung*	*365*	*96*	*77*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0607 Tit. 511 01	*96*	*77*
Kap. 0607 Tit. 511 55	*310*	*107*
Zusammen	*406*	*184*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu flexibilisierte Ausgaben			
F ***517 01*** *-011*	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	*223*	*213*	*218*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0607 Tit. 517 01	*213*	*218*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***527 01*** *-011*	*Dienstreisen*	*238*	*238*	*219*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0607 Tit. 527 01	*238*	*219*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***532 01*** *-011*	*Aufträge und Dienstleistungen im Bereich Informationstechnik*	*466*	*466*	*354*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0607 Tit. 532 55	*466*	*354*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***532 02*** *-011*	*Behördenspezifische fachbezogene Verwaltungsausgaben (ohne IT)*	*90*	*90*	*39*

Erläuterungen:

Kosten für Entwicklungsvorhaben auf dem Gebiet des Datenschutzes und der Informationsfreiheit.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0607 Tit. 532 02	*90*	*39*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***539 99*** *-011*	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*89*	*30*	*30*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0607 Tit. 518 01	*7*	*6*
Kap. 0607 Tit. 519 01	*-*	*-*
Kap. 0607 Tit. 525 01	*5*	*3*
Kap. 0607 Tit. 525 55	*47*	*5*
Kap. 0607 Tit. 539 99	*30*	*30*
Zusammen	*89*	*44*

0613 Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F ***543 01*** *-011*	*Veröffentlichungen und Fachinformationen*	*75*	*75*	*86*

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Fachveröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.

Erläuterungen:

Informationsschriften zum Bundesdatenschutz und zur Informationsfreiheit sowie Tätigkeitsberichte.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0607 Tit. 543 01	*75*	*86*

F ***634 03*** *-011*	*Zuweisungen an den Versorgungsfonds*	*250*	*187*	*218*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0607 Tit. 634 03	*187*	*218*

F ***711 01*** *-011*	*Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten*	*-*	*-*	*-*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0607 Tit. 711 01	*-*	*-*

F ***811 01*** *-011*	*Erwerb von Fahrzeugen*	*5*	*5*	*29*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0607 Tit. 811 01	*5*	*29*

F ***812 01*** *-011*	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)*	*-*	*-*	*1*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0607 Tit. 812 02	*-*	*1*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F **812 02** -011	*Erwerb von Anlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Software im Bereich Informationstechnik*	*213*	*213*	*21*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Ersatzbeschaffung	
1.1 Hardware	*131*
1.2 Software	*82*
2. Sonstiges	*-*
Zusammen	*213*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0607 Tit. 812 55	*213*	*21*

Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel

F 511 55 -011	*Geschäftsbedarf und Datenübertragung sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Software, Wartung*		*310*	*107*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0607 Tit. 511 55	*310*	*107*

F 518 01 -011	*Mieten und Pachten*		*7*	*6*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0607 Tit. 518 01	*7*	*6*

F 519 01 -011	*Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen*		*-*	*-*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0607 Tit. 519 01	*-*	*-*

F 525 01 -011	*Aus- und Fortbildung*		*5*	*3*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0607 Tit. 525 01	*5*	*3*

0613 Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 525 55 -011	*Aus- und Fortbildung*		*47*	*5*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0607 Tit. 525 55	*47*	*5*

Vorbemerkung

Das Statistische Bundesamt mit Hauptsitz in Wiesbaden gehört als selbstständige Bundesoberbehörde zum Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern. Es führt seine Aufgaben auf Grund des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (BStatG) vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462/565) durch.

In Berlin ist der i-Punkt eingerichtet, eine Servicestelle, welche die Mitglieder des Deutschen Bundestages, die Bundesregierung und Bundesbehörden sowie Botschaften und Wirtschaftsverbände informiert und berät.

Eine Vielzahl von Aufgaben des Statistischen Bundesamtes hat ihren Ursprung in der supranationalen Rechtsetzung der Europäischen Gemeinschaften: Mehr als 60 Prozent des Statistischen Programms sind durch rechtsverbindliche Vorgaben der Europäischen Union bestimmt.

Der Präsident des Statistischen Bundesamtes ist Bundeswahlleiter für die Bundestagswahlen und für die Wahl der Abgeordneten aus der Bundesrepublik Deutschland zum Europäischen Parlament. Nach § 3 Bundeswahlgesetz (BWahlG) ist er auch Mitglied der vom Bundespräsidenten ernannten ständigen Wahlkreiskommission.

Überblick zum Kapitel 0614	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	1 154	1 154	-		4 550
Übrige Einnahmen	-	-	-		-
Gesamteinnahmen	1 154	1 154	-		4 550
Ausgaben					
Personalausgaben	123 780	126 049	-2 269	3 257	122 571
Sächliche Verwaltungsausgaben	26 557	30 860	-4 303	7 872	26 559
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	6	906	-900		1 337
Ausgaben für Investitionen	6 486	7 649	-1 163	25 711	15 360
Gesamtausgaben	156 829	165 464	-8 635	36 840	165 827
davon flexibilisiert	144 348	153 166	-8 818	36 410	152 642
davon nicht flexibilisiert	12 481	12 298	+183	430	13 185

0614 Statistisches Bundesamt

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

112 01 -014	Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten	102	102	402

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0608 Tit. 112 01	102	402

119 99 -014	Vermischte Einnahmen	992	992	4 062

Haushaltsvermerk:

1. Mehreinnahmen von Behörden der mittelbaren Bundes- sowie Landes- und Kommunalverwaltung und sonstigen Dritten sind wegen verbindlicher Vereinbarungen zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: **Kap. 0611 Tit. 526 02, 542 01, 543 01, 545 01, Kap. 0614 Hgr. 4, Hgr. 5, Hgr. 8 und Tgr. 01.**
2. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Aufträge von Landesbehörden, internationalen und supranationalen Organisationen sowie von ausländischen diplomatischen Vertretungen in der Bundesrepublik bis zur Höhe von 1 T€ unentgeltlich ausgeführt werden, ausgenommen von dieser Regelung ist die Lieferung von elektronischen Datenträgern.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Einnahmen aus:

Bezeichnung	Soll 2014 1 000 €	nachrichtlich Ist 2012 1 000 €
1. Zweckgebundene Einnahmen aus der mittelbaren Bundesverwaltung................................	16	-
2. Zweckgebundene Einnahmen aus der Landes- und Kommunalverwaltung sowie Dritter..	884	4 062
3. Sonstiges..	92	-
Zusammen..	992	4 062

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0608 Tit. 119 99	992	4 062

124 01 -014	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	20	20	4

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0608 Tit. 124 01	20	4

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
132 01 -014	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	40	40	82

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0608 Tit. 132 01	40	82

Übrige Einnahmen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
272 02 -014	Einnahmen aus Zuschüssen der Europäischen Union zu den Kosten statistischer Erhebungen	-	-	-

Haushaltsvermerk:

1. Mehreinnahmen sind wegen bindender Vorgaben der EU zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: **427 09, 539 09 und 812 01.**
2. Den Ländern zustehende Anteile an den Zuschüssen sind bei der Weitergabe von den Einnahmen abzusetzen.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0608 Tit. 272 02	-	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
381 01 -890	Leistungen von Bundesbehörden zur Durchführung von Aufträgen	-	-	(3 680)

Haushaltsvermerk:

1. Mehreinnahmen zu Nr. 1 der Erläuterungen aus allgemeinen Aufträgen sind wegen verbindlicher Vereinbarung mit anderen Bundesbehörden zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: **Tgr. 01.**
2. Mehreinnahmen zu Nr. 2 der Erläuterungen sind wegen verbindlicher Vereinbarung mit anderen Bundesbehörden zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: **Kap. 0611 Tit. 526 02, 542 01, 543 01, 545 01, Kap. 0614 Hgr. 4, Hgr. 5 und Hgr. 8.**
3. Nach § 61 Abs. 1 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Aufträge von Bundesbehörden bis zur Höhe von 1 T€ unentgeltlich übernommen werden dürfen.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Erstattungen von Bundesbehörden für:

Bezeichnung	Soll 2014 1 000 €	nachrichtlich Ist 2012 1 000 €
1. Allgemeine Aufträge.......................................	-	3 680
2. Durchführung von Erhebungen für besondere Zwecke...	-	-
Zusammen...	-	3 680

0614 Statistisches Bundesamt

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 381 01

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0608 Tit. 381 01	-	(3 680)

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

1. Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG. Ausgenommen ist **Tgr. 01.**
2. Mehrausgaben bei folgenden Titeln: **Kap. 0614 flexibilisierter Bereich** dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: **Kap. 0611 Tit. 282 08.**
3. Mehrausgaben bei folgenden Titeln: **Hgr. 4, Hgr. 5 und Hgr. 8** dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: 119 99 und 381 01.

Sächliche Verwaltungsausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
518 02 -014	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	10 873	10 473	5 797

Haushaltsvermerk:

Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.

Erläuterungen:

Von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben als Eigenbaumaßnahme zu realisierende Unterbringung (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	genehmigte Gesamtkosten 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Veranschlagt 2014 1 000 €	Vorbehalten für 2015 ff. 1 000 €	Jährlicher Mietzins 1 000 €	voraussichtliche Übergabe
1	2	3	4	5	6	7	8
Generalsanierung des Gebäudeteils D (Kasino) der Gesamtliegenschaft des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden...	10 402	-	4 240	6 162	-	760	2015

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0608 Tit. 518 02	10 473	5 797

Titelgruppe 01

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
Tgr. 01	Durchführung von Aufträgen anderer Bundesbehörden und Dritter	(1 608)	(1 569) *(430)*	

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.
2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: 119 99 und 381 01.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 01

427 19 -014	Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige	760	722 *374*	4 589

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0608 Tit. 427 19	722	4 589

428 11 -014	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	707	706	115

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0608 Tit. 428 11	706	115

459 19 -014	Vermischte Personalausgaben	-	-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0608 Tit. 459 19	-	-

547 11 -014	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	65	65 *56*	2 491

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0608 Tit. 547 11	65	2 491

812 11 -014	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)	76	76	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0608 Tit. 812 11	76	-

0614 Statistisches Bundesamt

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Flexibilisierte Ausgaben

Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG

		Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
	Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3	122 313	125 521 *2 883*	119 198
	Aus Hauptgruppe 5	15 619	20 072 *7 816*	18 084
	Aus Hauptgruppe 6 ohne Titel 634 .3	6	-	-
	Aus Hauptgruppe 7	4 594	4 594 *23 401*	12 259
	Aus Hauptgruppe 8	1 816	2 979 *2 310*	3 101
	Zusammen	144 348	153 166 *36 410*	152 642

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***422 01*** *-014*	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*30 996*	*31 454*	*33 082*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0608 Tit. 422 01	*31 454*	*33 082*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***422 02*** *-014*	*Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte*	*-*	*381*	*-*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0608 Tit. 422 02	*381*	*-*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***427 09*** *-014*	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*9 132*	*9 572*	*7 716*

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 272 02.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0608 Tit. 427 09	*9 572*	*7 716*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***428 01*** *-014*	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*80 399*	*81 442*	*75 609*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0608 Tit. 428 01	*81 442*	*75 609*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F **453 01** -014	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	*200*	*200*	*9*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0608 Tit. 453 01	*200*	*9*

F **511 01** -014	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände, Software, Wartung*	*5 741*	*2 098*	*1 508*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0608 Tit. 511 01	*2 098*	*1 508*
Kap. 0608 Tit. 511 55	*6 643*	*5 193*
Zusammen	*8 741*	*6 701*

F **517 01** -014	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	*3 010*	*3 010*	*4 295*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0608 Tit. 517 01	*3 010*	*4 295*

F **518 01** -014	*Mieten und Pachten*	*920*	*120*	*13*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0608 Tit. 518 01	*120*	*13*
Kap. 0608 Tit. 518 55	*1 338*	*1 257*
Zusammen	*1 458*	*1 270*

F **519 01** -014	*Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen*	*350*	*350*	*224*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0608 Tit. 519 01	*350*	*224*

F **525 01** -014	*Aus- und Fortbildung*	*426*	*300*	*265*

Haushaltsvermerk:

Ausgaben dürfen auch für Kooperationsmaßnahmen mit der VR China, der Republik Südkorea und der Türkei auf dem Gebiet der Statistik geleistet werden.

0614 Statistisches Bundesamt

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 525 01

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0608 Tit. 525 01	300	265
Kap. 0608 Tit. 525 55	251	207
Zusammen	551	472

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F **527 01** -014	Dienstreisen	714	535	860

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0608 Tit. 527 01	535	860

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F **532 01** -014	Aufträge und Dienstleistungen im Bereich Informationstechnik	1 275	1 525	1 745

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Datenerfassung	-
2. Innovationsprojekte	730
3. Wartungsprojekte	545
Zusammen	1 275

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0608 Tit. 532 55	1 525	1 745

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F **532 03** -014	Sonstige Dienstleistungsaufträge an Dritte	2 300	2 300	1 147

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Standard-Kosten-Modell	1 412
2. Zensus	450
3. Entgelte für statistische Erhebungen	438
Zusammen	2 300

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0608 Tit. 532 05	2 300	1 147

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F **539 09** -014	Vermischte Verwaltungsausgaben	353	249	247

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 272 02.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 539 09

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern	*150*
2. Verbrauchsmittel	*56*
3. Sonstiges	*147*
Zusammen	*353*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0608 Tit. 514 01	*56*	*35*
Kap. 0608 Tit. 539 09	*249*	*247*
Zusammen	*305*	*282*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 684 09 -014	*Mitgliedsbeiträge und sonstige Zuschüsse an Verbände, Vereine und ähnliche Institutionen geringeren Umfangs*	*6*	*6*	*6*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0608 Tit. 686 01	*6*	*6*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F **711 01** *-014*	*Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten*	*1 000*	*1 000*	*270*

Erläuterungen:

Einjährige Maßnahmen	*1 000 €*
1. Wiesbaden	
1.1 Erneuerung IT-Verkabelung Friedrich-Ebert-Allee 4	*400*
2. Bonn	
2.1 Brandschutzmaßnahmen	*600*
Zusammen	*1 000*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0608 Tit. 711 01	*1 000*	*270*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F **712 03** *-014*	*Baumaßnahmen des Hochbaus im Inland von mehr als 2 000 000 € im Einzelfall*	*3 594*	*3 594*	*11 989*

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen *(davon neue Maßnahmen in Fettdruck)*	*Gesamtausgaben des Bundes 1 000 €*	*Verausgabt bis 2012 1 000 €*	*Bewilligt 2013 1 000 €*	*Nach 2013 übertragene Ausgabereste 1 000 €*	*Veranschlagt 2014 1 000 €*	*Vorbehalten für 2015 ff 1 000 €*
1	*2*	*3*	*4*	*5*	*6*	*7*
Generalsanierung des Dienstgebäudes des statistischen Bundesamtes in Wiesbaden	*112 117*	*82 864*	*3 594*	*19 135*	*3 594*	*2 930*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0608 Tit. 712 03	*3 594*	*11 989*

0614 Statistisches Bundesamt

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F ***811 01*** *-014*	*Erwerb von Fahrzeugen*	*20*	*20*	*85*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0608 Tit. 811 01	*20*	*85*

F ***812 01*** *-014*	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)*	*780*	*780*	*519*

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 272 02.

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Mobiliarbeschaffung	*570*
2. Geräte und Maschinen	*210*
Zusammen	*780*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0608 Tit. 812 01	*780*	*519*

F ***812 02*** *-014*	*Erwerb von Anlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Software im Bereich Informationstechnik*	*1 000*	*2 163*	*2 496*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Erstbeschaffung	
1.1 Hardware	*135*
1.2 Software	*160*
2. Ersatzbeschaffung	
2.1 Hardware	*655*
2.2 Software	*50*
Zusammen	*1 000*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0608 Tit. 812 55	*2 163*	*2 496*

Titelgruppe 03

Tgr. 03	Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	(2 132)	(2 118)	

Erläuterungen:

Gemäß § 9 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 14. August 1963 (BGBl. I S. 685) nimmt das Statistische Bundesamt die Aufgaben einer Geschäftsstelle wahr. Die Kosten des Sachverständigenrates und der Geschäftsstelle trägt das Statistische Bundesamt.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F **422 31** -019	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*223*	*221*	*172*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0608 Tit. 422 31	221	172

F **427 39** -019	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*890*	*883*	*843*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0608 Tit. 427 39	883	843

F **428 31** -019	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*473*	*468*	*436*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0608 Tit. 428 31	468	436

F **526 32** -019	*Sachverständige, Ausgaben für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen*	*530*	*530*	*466*

Haushaltsvermerk:
Die Erläuterungen zu Nr. 1 sind verbindlich.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Honorare für die 5 Sachverständigen .... (Die Vorsitzende oder der Vorsitzende erhält 37 T€; die 4 Sachverständigen erhalten je 33 T€).	169
2. Vermischte Personalausgaben...	10
3. Kosten für Gutachten und sonstige Hilfsleistungen durch Dritte.....	171
4. Dienstreisen...	85
5. Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben.........................	95
Zusammen..	530

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0608 Tit. 526 33	530	466

F **812 31** -019	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)*	*16*	*16*	*1*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0608 Tit. 812 31	16	1

0614 Statistisches Bundesamt

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
282 08 -014	Einnahmen aus Prämienzahlungen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben		-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0608 Tit. 282 08	-	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 511 55 -014	*Geschäftsbedarf und Datenübertragung sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Software, Wartung*		*6 643*	*5 193*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0608 Tit. 511 55	*6 643*	*5 193*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 514 01 -014	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*		*56*	*35*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0608 Tit. 514 01	*56*	*35*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 518 55 -014	*Miete für Datenverarbeitungsanlagen, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Maschinen, Software*		*1 338*	*1 257*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0608 Tit. 518 55	*1 338*	*1 257*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 525 55 -014	*Aus- und Fortbildung*		*251*	*207*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0608 Tit. 525 55	*251*	*207*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 526 02 -014	*Sachverständige*		*250*	*11*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0608 Tit. 526 02	*250*	*11*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
542 01 -013	Öffentlichkeitsarbeit		250	187

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0608 Tit. 542 01	250	187

F 543 01 -014	*Veröffentlichung und Dokumentation*		*315*	*462*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0608 Tit. 543 01	*315*	*462*

F 545 01 -014	*Konferenzen, Tagungen, Messen und Ausstellungen*		*202*	*149*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0608 Tit. 545 01	*202*	*149*

F 634 03 -014	*Zuweisungen an den Versorgungsfonds*		*900*	*1 331*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0608 Tit. 634 03	*900*	*1 331*

F 634 33 -019	*Zuweisungen an den Versorgungsfonds*		*-*	*-*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0608 Tit. 634 33	*-*	*-*

0615 Bundesverwaltungsamt

Vorbemerkung

Das Bundesverwaltungsamt (BVA) wurde entsprechend Artikel 87 Absatz 3 des Grundgesetzes am 14. Januar 1960 durch Gesetz vom 28. Dezember 1959 (BGBl. I S. 829), zuletzt geändert durch Artikel 12 des Gesetzes vom 8. Dezember 2010 (BGBl. I S. 1864), als selbständige Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern mit Hauptsitz in Köln errichtet. Es nimmt inzwischen eine Vielzahl von Aufgaben aus den Geschäftsbereichen fast aller obersten Bundesbehörden wahr. Aufgabenschwerpunkte sind:

Dienstleistungszentrum für Behörden und Institutionen des Bundes

Behörden und Institutionen des Bundes nutzen die Dienstleistungen des BVA u. a. in den Bereichen Bezügeberechnung, Beihilfebearbeitung, Reisevorbereitung und Reisekostenabrechnung sowie elektronisches Arbeitszeitmanagement.

Verwaltungsmodernisierung

Das BVA unterstützt die Modernisierung der Verwaltung durch die Entwicklung von Softwarelösungen und durch Beratungsangebote, u. a. im Bereich der Organisationsberatung.

Bundesstelle für Informationstechnik (BIT)

Als IT-Dienstleistungszentrum unterstützt die BIT Behörden und Einrichtungen mit einem umfangreichen Dienstleistungs- und Produktportfolio in vielfältigen IT-Aufgaben.

Nationale und internationale Informationssysteme der Öffentlichen Sicherheit

Auf dem Gebiet der öffentlichen Sicherheit ist das BVA u. a. mit dem Betrieb des Ausländerzentralregisters, des Nationalen Waffenregisters und der Visa-Warndatei betraut. Es ist wesentlich am Visaverfahren beteiligt und nimmt zentrale Aufgaben im Rahmen des Europäischen Visa-Informationssystems wahr. Darüber hinaus ist das BVA die staatliche Vergabestelle für Berechtigungszertifikate im Rahmen des Neuen Personalausweises.

Zuwendungsmanagement

Es werden Zuwendungen nationaler Förderprojekte für verschiedene Ressorts bearbeitet. Daneben gewinnen auch Fördermaßnahmen aus dem Europäischen Sozialfonds zunehmend an Bedeutung.

Darüber hinaus nimmt das BVA zahlreiche weitere Aufgaben wahr. Es ist u. a. verantwortlich für das Auslandsschulwesen, vergibt Bildungskredite, zieht BAföG-Darlehen ein und ist Ausbildungsbehörde für den mittleren Dienst auf Bundesebene.

Überblick zum Kapitel 0615	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	2 891	2 847	+44		3 647
Übrige Einnahmen	-	-	-		860
Gesamteinnahmen	2 891	2 847	+44		4 507
Ausgaben					
Personalausgaben	109 690	107 099	+2 591		105 137
Sächliche Verwaltungsausgaben	52 350	51 905	+445	9 769	54 549
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	18	1 898	-1 880	19	1 638
Ausgaben für Investitionen	14 116	12 783	+1 333	10 831	12 270
Gesamtausgaben	176 174	173 685	+2 489	20 619	173 594
davon flexibilisiert	165 671	163 172	+2 499	20 619	162 865
davon nicht flexibilisiert	10 503	10 513	-10		10 729
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung	23 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu	8 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu	9 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu	6 T€				

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

111 01 -012	Gebühren, sonstige Entgelte	2 346	2 302	2 057

Erläuterungen:

Bezeichnung	Soll 2014 1 000 €	nachrichtlich Ist 2012 1 000 €
1. Verwaltungsgebühren, insbesondere für Einbürgerungsurkunden, Staatsangehörigkeitsausweise, sonstige Urkunden des Staatsangehörigkeitsrechts, für die Erteilung von Erlaubnissen nach dem Waffengesetz und für die Vergabe von Berechtigungszertifikaten nach dem Personalausweisgesetz.................	1 213	1 168
2. Anschriftenermittlungskosten/Geldbußen aus der Verwaltung von Darlehen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz und nach dem Graduiertenförderungsgesetz.................	1 133	889
Zusammen...	2 346	2 057

119 01 -012	Einnahmen aus Veröffentlichungen	10	10	1

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: Kap. 0611 Tit. 543 01.

Erläuterungen:

Erstattung der Selbstkosten für den Druck von Merkblättern für Auslandstätige und Auswanderer sowie Einnahmen aus Veröffentlichungen der Fachredaktion Dienstleistungsportal bund.de.

119 99 -012	Vermischte Einnahmen	45	45	1 058

Haushaltsvermerk:

1. Mehreinnahmen zu Nr. **1** der Erläuterungen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 511 01.

2. Mehreinnahmen zu Nr. 4 der Erläuterungen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: Kap. 0611 Tit. 526 01.

3. Mehreinnahmen zu Nr. **2** der Erläuterungen von Behörden der mittelbaren Bundes- sowie Landes- und Kommunalverwaltung und sonstigen Dritten sind wegen verbindlicher Vereinbarungen zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: **Kap. 0611 Tit. 526 01, 526 02, 543 01, 545 01,** Kap. 0615 Hgr. 4, Hgr. 5 und Hgr. 8.

4. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Vertretern der Kirchen, der karitativen Verbände, der Arbeitsämter und der Einwohnermeldeämter zum Zwecke der Aussiedlerbetreuung in den entsprechenden Außenstellen Räumlichkeiten unentgeltlich zur Nutzung überlassen werden.

5. **Nach § 63 Abs. 4 BHO in Verbindung mit § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO** wird zugelassen, dass Software an Behörden der mittelbaren Bundes-

0615 Bundesverwaltungsamt

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 119 99

verwaltung, der Landes- und Kommunalverwaltung sowie an Einrichtungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich abgegeben **oder überlassen** wird.

6. Nach § 61 Abs. 1 Satz 1 BHO wird zugelassen, dass Software an Behörden der unmittelbaren Bundesverwaltung gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich abgegeben oder überlassen wird.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen außerhalb der Vermögensrechnung	-
2. Kostenerstattungen und -umlagen von Behörden der mittelbaren Bundesverwaltung, Landes- und Kommunalverwaltungen sowie von Dritten (auch für die Inanspruchnahme von IT-Leistungen)	-
3. Sonstige Einnahmen	45
4. Einnahmen aus Gerichtskostenerstattungen	-
Zusammen	45

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
124 01 -012	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	190	190	230

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Vertretern der Kirchen, der karitativen Verbände, der Arbeitsämter und der Einwohnermeldeämter zum Zwecke der Aussiedlerbetreuung in den entsprechenden Außenstellen Räumlichkeiten unentgeltlich zur Nutzung überlassen werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
125 01 -012	Erlöse aus der Nutzung der Gästehäuser	300	300	240
132 01 -012	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	-	-	61

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 812 01.

Übrige Einnahmen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
272 02 -012	Zuschüsse der europäischen Union zu Kosten von Gemeinschaftsaufgaben	-	-	860

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind wegen bindender Vorgaben der EU zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Hgr. 4 und Hgr. 5.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
381 01 -890	Leistungen von Bundesbehörden zur Durchführung von Aufträgen	-	-	(9 598)

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind wegen verbindlicher Vereinbarung mit anderen Bundesbehörden zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: **Kap. 0611 Tit. 526 01, 526 02, 543 01, 545 01,** Kap. 0615 Hgr. 4, Hgr. 5 und Hgr. 8.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

1. Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.
2. Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Kap. 0615 flexibilisierter Bereich dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 0611 Tit. 282 08.
3. Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Hgr. 4, Hgr. 5 und Hgr. 8 dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: 119 99 und 381 01.
4. Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Hgr. 4 und Hgr. 5 dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 272 02.

   Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.

Sächliche Verwaltungsausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
518 02 -012	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	10 503	10 503	10 722

Haushaltsvermerk:

Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.

Flexibilisierte Ausgaben

Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG

	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3	109 690	108 979	106 794
Aus Hauptgruppe 5	41 847	41 392 *9 769*	43 820
Aus Hauptgruppe 6 ohne Titel 634 .3	18	18 *19*	-19
Aus Hauptgruppe 7	480	480 *4 564*	1 863
Aus Hauptgruppe 8	13 636	12 303 *6 267*	10 407
Zusammen	165 671	163 172 *20 619*	162 865

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 422 01 -012	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*50 911*	*50 414*	*44 421*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0615 Tit. 422 41	-	-

0615 Bundesverwaltungsamt

Titel Funktion		Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
		Noch zu flexibilisierte Ausgaben			
F	*422 02 -012*	*Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte*	*-*	*-*	*22*
F	*422 03 -012*	*Bezüge der Anwärterinnen und Anwärter sowie Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst*	*584*	*581*	*186*
F	*427 09 -012*	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*5 679*	*4 843*	*13 077*
F	*428 01 -012*	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*51 726*	*48 312*	*44 468*
F	*453 01 -012*	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	*790*	*790*	*505*
F	***511 01*** *-012*	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände, Software, Wartung*	*14 910*	*2 237*	*2 124*

Haushaltsvermerk:

1. ***Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Epl. 06.***
2. *Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.*
3. ***Nach § 63 Abs. 4 BHO in Verbindung mit § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Software an Behörden der mittelbaren Bundesverwaltung, der Landes- und Kommunalverwaltung sowie an Einrichtungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich abgegeben oder überlassen wird.***
4. ***Nach § 61 Abs. 1 Satz 1 BHO wird zugelassen, dass Software an Behörden der unmittelbaren Bundesverwaltung gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich abgegeben oder überlassen wird.***

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0615 Tit. 511 55	*9 718*	*7 207*

Mehr wegen Titelzusammenfassung im Rahmen der Neustrukturierung des Einzelplans.

F	*514 01 -012*	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*	*147*	*147*	*200*
F	*517 01 -012*	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	*5 483*	*5 483*	*6 797*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 518 01 -012	*Mieten und Pachten*	*632*	*94*	*59*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0615 Tit. 518 55	*-*	*631*

F 519 01 -012	*Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen*	*481*	*481*	*267*
F 525 01 -012	*Aus- und Fortbildung*	*1 075*	*590*	*717*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0615 Tit. 525 55	*360*	*679*

F 527 01 -012	*Dienstreisen*	*964*	*943*	*1 317*
F **532 01** -012	*Aufträge und Dienstleistungen im Bereich Informationstechnik*	*17 515*	*20 252*	*22 862*

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Epl. 06.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0615 Tit. 532 55	*20 252*	*22 862*

F 532 02 -012	*Behördenspezifische fachbezogene Verwaltungsausgaben (ohne IT)*	*-*		

Haushaltsvermerk:

Einnahmen aus Provisionen des Reisebüros fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0615 Tit. 527 09	*-*	*-*

0615 Bundesverwaltungsamt

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 539 99 -012	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*640*	*640*	*590*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Kosten für Dolmetscherinnen und Dolmetscher sowie Gutachterinnen und Gutachter	*95*
2. Kosten für Botendienste (privater Dienstleister)	*345*
3. Sonstiges	*200*
Zusammen	*640*

F 544 01 -012	*Forschung, Untersuchungen und Ähnliches*	*-*	*-*	*-*
F ***681 08*** *-142*	*Studienbeihilfen für Nachwuchskräfte geringeren Umfangs*	*18*	*18*	*-19*

Verpflichtungsermächtigung ... 23 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu ... 8 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu ... 9 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu ... 6 T€

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0615 Tit. 681 01	*18*	*-19*

F 711 01 -012	*Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten*	*480*	*480*	*205*

Erläuterungen:

Einjährige Maßnahmen	*1 000 €*
1. Umstrukturierungvon Büro- und Maschinenflächen im Bereich Posteingang und Postausgang im Gebäude Köln Riehl	*450*
2. Kleine Umbauarbeiten (nutzerspezifische Maßnahmen außerhalb des ELM)	*30*
Zusammen	*480*

F ***712 01*** *-012*	*Baumaßnahmen von mehr als 2 000 000 € im Einzelfall*	*-*	*-*	*1 658*
F 811 01 -012	*Erwerb von Fahrzeugen*	*28*	*28*	*74*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
Ersatzbeschaffung	
4 Pkw/Kombi	*92*
abzgl. Mehreinnahmen bei Tit. 132 01 aus der Veräußerung von Dienst-Kfz gem. § 6 Abs. 7 HG	*-64*
Zusammen	*28*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F ***812 01*** *-012*	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)*	*210*	*210*	*482*

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 132 01.

F ***812 02*** *-012*	*Erwerb von Anlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Software im Bereich Informationstechnik*	*13 398*	*12 065*	*9 851*

Haushaltsvermerk:

1. ***Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Epl. 06.***
2. ***Nach § 63 Abs. 4 BHO in Verbindung mit § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO*** *wird zugelassen, dass Software an Behörden der mittelbaren Bundesverwaltung, der Landes- und Kommunalverwaltung sowie an Einrichtungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich abgegeben* ***oder überlassen*** *wird.*
3. ***Nach § 61 Abs. 1 Satz 1 BHO wird zugelassen, dass Software an Behörden der unmittelbaren Bundesverwaltung gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich abgegeben oder überlassen wird.***

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Erstbeschaffung	
1.1 Hardware	*5 053*
1.2 Software	*1 185*
2. Ersatzbeschaffung	
2.1 Hardware	*7 062*
2.2 Software	*98*
Zusammen	*13 398*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0615 Tit. 812 55	*12 065*	*9 851*

F *821 01* *-012*	*Wertausgleich für eine Liegenschaft in Berlin*	*-*	*-*	*-*

Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel

F *422 41* *-165*	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*		*-*	*-*
F *443 02* *-313*	*Inanspruchnahme überbetrieblicher betriebsärztlicher und sicherheitstechnischer Dienste, von Betriebsärztinnen und Betriebsärzten sowie Fachkräften für Arbeitssicherheit*		*2 159*	*1 915*
F *511 55* *-012*	*Geschäftsbedarf und Datenübertragung sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Software, Wartung*		*9 718*	*7 207*
F *518 55* *-012*	*Miete für Datenverarbeitungsanlagen, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Maschinen, Software*		*-*	*631*

0615 Bundesverwaltungsamt

	Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F	*525 55 -012*	*Aus- und Fortbildung*		*360*	*679*
F	*526 01 -012*	*Gerichts- und ähnliche Kosten*		*157*	*99*
F	*526 02 -012*	*Sachverständige*		*10*	*7*
F	*526 03 -012*	*Ausgaben für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen*		*280*	*264*
F	*527 09 -011*	*Kosten der Reisebüroleistungen*		*-*	*-*
	542 01 -013	Öffentlichkeitsarbeit		10	7
F	*634 03 -012*	*Zuweisungen an den Versorgungsfonds*		*1 880*	*1 657*
F	*634 43 -165*	*Zuweisungen an den Versorgungsfonds*		*-*	*-*

Vorbemerkung

Das Bundesamt für Kartographie und Geodäsie (BKG) mit Hauptsitz in Frankfurt am Main ist eine selbständige Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern. Zudem unterhält es ein Geodätisches Observatorium in Wettzell (Bayerischer Wald) sowie eine Außenstelle in Leipzig.

Das BKG hat gemäß § 3 des Bundesgeoreferenzdatengesetzes (BGeoRG) den Auftrag, geodätische Referenzsysteme und -netze sowie geotopographische Referenzdaten des Bundes zur Nutzung durch Bundesbehörden und zur Erfüllung der unionsrechtlichen und internationalen Verpflichtungen Deutschlands zu erheben, zu verarbeiten und zu nutzen, soweit diese nicht in die Zuständigkeit anderer Bundesbehörden fallen. Dabei ist die Verfügbarkeit der geodätischen Referenzsysteme und -netze sowie der geotopographischen Referenzdaten von Deutschland und von anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union sicherzustellen.

Gemäß § 3 Abs. 3 BGeoRG gehört zu diesen Aufgaben insbesondere:

1. Die Aufbereitung, Aktualisierung und Bereitstellung von orts- und raumbezogenen Daten zur Beschreibung der Objekte der Erdoberfläche sowie die Fortentwicklung der dafür erforderlichen Verfahren und Methoden,
2. die Bereitstellung und Pflege der nationalen übergeordneten geodätischen Referenznetze unter Einschluss der erforderlichen vermessungstechnischen und theoretischen Leistungen zur Gewinnung und Aufbereitung der Messdaten,
3. die Mitwirkung an bilateralen und multilateralen Arbeiten zur Einrichtung und Pflege globaler geodätischer Referenzsysteme und -netze sowie der Fortentwicklung der eingesetzten Mess- und Beobachtungstechnologie,
4. die Koordination des Auf- und Ausbaus sowie Erhaltung des Bundesanteils der Geodateninfrastruktur für Deutschland,
5. den Betrieb eines Dienstleistungszentrums des Bundes, das die Koordination der geodätischen Referenzsysteme und -netze sowie geotopographischen Referenzdaten des Bundes übernimmt, den Bedarf an Geodaten erhebt, sie über ein Geoportal oder mittels anderer bedarfsorientierter Technik verfügbar macht und Bundesbehörden bei der standardkonformen Entwicklung und Nutzung ihrer Geodatendienste unterstützt,
6. die Vertretung fachlicher Interessen Deutschlands auf europäischer und internationaler Ebene einschließlich der Mitwirkung an der Vorbereitung von zivilen Programmen und Rechtsvorschriften sowie an der methodischen und technischen Vorbereitung und Harmonisierung von kartographischen und geodätischen Produkten.

Überblick zum Kapitel 0616	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	184	184	-		1 092
Übrige Einnahmen	-	-	-		5
Gesamteinnahmen	184	184	-		1 097
Ausgaben					
Personalausgaben	16 517	15 990	+527	279	15 537
Sächliche Verwaltungsausgaben	9 278	9 459	-181	592	9 896
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	18	74	-56	28	64
Ausgaben für Investitionen	6 122	5 897	+225	7 352	5 136
Gesamtausgaben	31 935	31 420	+515	8 251	30 633
davon flexibilisiert	29 168	28 212	+956	7 862	27 101
davon nicht flexibilisiert	2 767	3 208	-441	389	3 532

0616 Bundesamt für Kartographie und Geodäsie

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Einnahmen			
	Verwaltungseinnahmen			
119 01 -165	Einnahmen aus Veröffentlichungen	41	41	20
119 99 -165	Vermischte Einnahmen	138	138	1 033

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen zu Nr. 1 und 2 der Erläuterungen sind wegen rechtsverbindlicher Verwendungsauflage bei Aufträgen Dritter zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Tgr. 01.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Einnahmen aus Aufträgen Dritter	80
2. Einnahmen aus zweckgebundenen Zuwendungen Dritter für Projekte und Entwicklungsvorhaben	-
3. Sonstige Einnahmen	58
Zusammen	138

124 01 -165	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	2	2	7

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 517 01 **und 539 09.**

132 01 -165	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	3	3	32
	Übrige Einnahmen			
272 01 -165	Zuschuss der Europäischen Union im Zusammenhang mit Vermessungsprojekten	-	-	5

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind wegen bindender Vorgaben der EU zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Tgr. 01 und Tgr. 03.

381 01 -890	Leistungen von Bundesbehörden zur Durchführung von Aufträgen	-	-	(279)

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind wegen verbindlicher Vereinbarung mit anderen Bundesbehörden zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Tgr. 03.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

1. Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.
   In die Flexibilisierung einbezogen sind auch Tit. 547 21 und 547 31.
   Ausgenommen ist Tgr. 01.
2. Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Kap. 0616 flexibilisierter Bereich dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: **Kap. 0611 Tit. 282 08.**

Sächliche Verwaltungsausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 / Reste 2013	Ist 2012
518 02 -165	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	2 536	2 962	2 485

Haushaltsvermerk:

Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.

Erläuterungen:

Von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben als Eigenbaumaßnahme zu realisierende Unterbringung (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	genehmigte Gesamtkosten 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Veranschlagt 2014 1 000 €	Vorbehalten für 2015 ff. 1 000 €	Jährlicher Mietzins 1 000 €	voraussichtliche Übergabe
1	2	3	4	5	6	7	8
Restliche Baumaßnahmen zur Innensanierung des Dienstgebäudes des BKG in Leipzig..........................	1 570	122	350	400	698	519	2015

Titelgruppe 01

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 / Reste 2013	Ist 2012
Tgr. 01	Durchführung von Aufträgen Dritter	(231)	(224) *(389)*	

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.
2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: 119 99 und 272 01.
   Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 / Reste 2013	Ist 2012
427 19 -165	Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige	211	204 *263*	826

Haushaltsvermerk:

§ 20 Abs. 1 BHO findet keine Anwendung.

0616 Bundesamt für Kartographie und Geodäsie

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu Titelgruppe 01			
539 19 -165	Vermischte Verwaltungsausgaben	20		

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0616 Tit. 527 11	10	40
Kap. 0616 Tit. 547 11	10	153
Zusammen	20	193

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
812 11 -165	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)	-	- *126*	7

Flexibilisierte Ausgaben

Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG

	Soll 2014	Soll 2013 *Reste 2013*	Ist 2012
Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3	16 306	15 842 *44*	14 758
Aus Hauptgruppe 5	6 722	6 473 *592*	7 214
Aus Hauptgruppe 6 ohne Titel 634 .3	18	-	-
Aus Hauptgruppe 7	150	- *519*	40
Aus Hauptgruppe 8	5 972	5 897 *6 707*	5 089
Zusammen	29 168	28 212 *7 862*	27 101

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 422 01 -165	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*6 821*	*6 882*	*6 381*
F 422 02 -165	*Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte*	-	-	-
F 427 09 -165	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*592*	*589*	*535*
F 428 01 -165	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*6 992*	*7 039*	*6 260*
F 453 01 -165	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	*100*	*100*	*60*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F ***511 01*** *-165*	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände, Software, Wartung*	*1 065*	*199*	*147*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0616 Tit. 511 55	*773*	*1 291*

F *517 01* *-165*	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	*1 442*	*1 442*	*1 490*

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 124 01.

F *525 01* *-165*	*Aus- und Fortbildung*	*140*	*38*	*81*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0616 Tit. 525 55	*102*	*70*

F ***532 01*** *-165*	*Aufträge und Dienstleistungen im Bereich Informationstechnik*	*26*	*26*	*23*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0616 Tit. 532 55	*26*	*23*

F ***539 09*** *-165*	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*225*	*32*	*63*

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben zu Nr. 1 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 124 01.

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen..................	*95*
2. Sonstiges..	*130*
Zusammen..	*225*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0616 Tit. 514 01	*36*	*27*
Kap. 0616 Tit. 518 01	*12*	*12*
Kap. 0616 Tit. 518 55	*-*	*-*
Kap. 0616 Tit. 519 01	*95*	*49*
Kap. 0616 Tit. 527 01	*50*	*53*
Kap. 0616 Tit. 539 99	*32*	*63*
Zusammen	*225*	*204*

0616 Bundesamt für Kartographie und Geodäsie

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F **684 09** -165	*Mitgliedsbeiträge und sonstige Zuschüsse an Verbände, Vereine und ähnliche Institutionen geringeren Umfangs*	*18*	*18*	*17*

Erläuterungen:

Mitgliedsbeitrag u. a. für die "Deutsche Gesellschaft für Fotogrammmetrie und Fernerkundung".

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0616 Tit. 685 01	*18*	*17*

F 711 01 -165	*Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten*	*150*	*-*	*40*

Erläuterungen:

Einjährige Maßnahmen	*1 000 €*
1. Bau einer Behindertenrampe Liegenschaft Frankfurt......................	*75*
2. Bau von Messpfeilern..	*40*
3. Sonstiges...	*35*
Zusammen...	*150*

F **712 01** -165	*Baumaßnahmen von mehr als 2 000 000 € im Einzelfall*	*-*	*-*	*-*
F 811 01 -165	*Erwerb von Fahrzeugen*	*26*	*26*	*53*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
Ersatzbeschaffung	
1 Pkw...	*26*

F **812 01** -165	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)*	*169*	*169*	*227*

Erläuterungen:

Einjährige Maßnahmen	*1 000 €*
Ersatzbeschaffung..	*169*

F **812 02** -165	*Erwerb von Anlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Software im Bereich Informationstechnik*	*971*	*971*	*730*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Erstbeschaffung	
1.1 Hardware...	*-*
1.2 Software...	*-*
2. Ersatzbeschaffung	
2.1 Hardware...	*775*
2.2 Software...	*196*
Zusammen...	*971*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 812 02

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0616 Tit. 812 55	971	730

Titelgruppe 02

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
Tgr. 02	Betriebsausgaben Geoinformationswesen und Geodäsie	(10 431)	(9 562)	
F 427 29 -165	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*1 801*	*1 176*	*1 404*

Haushaltsvermerk:

§ 20 Abs. 1 BHO findet keine Anwendung.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 459 29 -165	*Vermischte Personalausgaben*	-	-	-
F 527 21 -165	*Dienstreisen*	*280*	*240*	*243*
F 539 29 -165	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*2 167*	*2 112*	*2 525*

Haushaltsvermerk:

Nach § 61 Abs. 1 Satz 1 BHO in Verbindung mit § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Geodaten an Bundesbehörden gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich abgegeben werden.

Erläuterungen:

Auch Ankauf von Geodaten von den Ländern zur Nutzung im Bundesbereich.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0616 Tit. 514 21	9	6
Kap. 0616 Tit. 518 21	-	-
Kap. 0616 Tit. 525 21	46	39
Zusammen	55	45

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 547 21 -165	*Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben*	*1 377*	*1 248*	*1 069*

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen an Verwaltungsdienststellen sowie zu wissenschaftlichen und Austauschzwecken gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich abgegeben werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F **812 21** -165	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)*	*4 806*	*4 731*	*4 079*

Erläuterungen:

Einjährige Maßnahmen	1 000 €
1. Erstbeschaffung	
1.1 Geodäsie	1 570

0616 Bundesamt für Kartographie und Geodäsie

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 812 21 (Titelgruppe 02)

Einjährige Maßnahmen	*1 000 €*
1.2 Geoinformationswesen	*936*
2. Ersatzbeschaffung	
2.1 Geodäsie	*802*
2.2 Geoinformationswesen	*223*
Zusammen	*3 531*

Mehrjährige Maßnahmen *(davon neue Maßnahmen in Fettdruck)*	*Gesamt-ausgaben des Bundes 1 000 €*	*Verausgabt bis 2012 1 000 €*	*Bewilligt 2013 1 000 €*	*Nach 2013 übertragene Ausgabereste 1 000 €*	*Veranschlagt 2014 1 000 €*	*Vorbehalten für 2015 ff 1 000 €*
1	*2*	*3*	*4*	*5*	*6*	*7*
6. Errichtung eines 12 m Twin-Radioteleskops	*9 250*	*8 910*	*-*	*340*	*-*	*-*
8. Aufbau der Nationalen Geobasis des Bundes (NGDB-Bund)	*3 600*	*-*	*1 200*	*1 200*	*1 200*	*-*
9. Betrieb der Geoinfrastruktur Deutschland	***300***	***-***	***-***	***-***	***75***	***225***
Zusammen	*13 150*	*8 910*	*1 200*	*1 540*	*1 275*	*225*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 821 21 -165	*Erwerb von Grundstücken und Gebäuden*	-	-	-

Titelgruppe 03

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
Tgr. 03	Durchführung von Aufträgen anderer Bundesbehörden	(-)	(-)	

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: 272 01 und 381 01.

Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 427 39 -165	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	-	-	71
F 527 31 -165	*Dienstreisen*	-	-	-
F 547 31 -165	*Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben*	-	-	-
F **812 31** -165	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)*	-	-	-

Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
282 08 -165	Einnahmen aus Prämienzahlungen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben		-	-
F 511 55 -165	*Geschäftsbedarf und Datenübertragung sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Software, Wartung*		773	1 291

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 514 01 -165	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*		*36*	*27*
F 514 21 -165	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*		*9*	*6*
F 518 01 -165	*Mieten und Pachten*		*12*	*12*
F 518 21 -165	*Mieten und Pachten*		*-*	*-*
F 518 55 -165	*Miete für Datenverarbeitungsanlagen, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Maschinen, Software*		*-*	*-*
F 519 01 -165	*Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen*		*95*	*49*
F 525 21 -165	*Aus- und Fortbildung*		*46*	*39*
F 525 55 -165	*Aus- und Fortbildung*		*102*	*70*
F 526 01 -165	*Gerichts- und ähnliche Kosten*		*3*	*17*
F 527 01 -165	*Dienstreisen*		*50*	*53*
527 11 -165	Dienstreisen		10	40
542 01 -013	Öffentlichkeitsarbeit		4	4
F 543 01 -165	*Veröffentlichung und Dokumentation*		*3*	*2*
F 545 01 -165	*Konferenzen, Tagungen, Messen und Ausstellungen*		*7*	*7*
547 11 -165	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben		10	153
F 634 03 -165	*Zuweisungen an den Versorgungsfonds*		*56*	*47*

0617 Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

Vorbemerkung

Im Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern ist am 12. Februar 1973 als nicht rechtsfähige Bundesanstalt das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BIB) in Wiesbaden errichtet worden.

Gemäß aktuellem Erlass vom 21. November 2007 hat das BIB die Aufgabe,

1. die Bundesregierung in Bevölkerungsfragen zu beraten, insbesondere sie über wichtige Vorgänge sowie Erkenntnisse der Forschung in diesem Bereich zu unterrichten,
2. wissenschaftliche Forschungen über Bevölkerungsfragen und damit zusammenhängende Familienfragen als Grundlage für die Arbeit der Bundesregierung zu betreiben,
3. wissenschaftliche Erkenntnisse in diesem Bereich systematisch zu sammeln, auszuwerten und nutzbar zu machen. Dazu gehört auch die Veröffentlichung von Forschungsergebnissen, insbesondere auch in deutschen und internationalen wissenschaftlichen Fachzeitschriften,
4. die Bundesregierung bei der internationalen Zusammenarbeit in Bevölkerungsfragen, insbesondere im Rahmen der Vereinten Nationen, zu unterstützen und
5. Aufträge der Bundesministerien zu Bevölkerungsfragen zu erfüllen.

Das BIB wird in Verwaltungsgemeinschaft mit dem Statistischen Bundesamt geführt.

Überblick zum Kapitel 0617	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	82	82	-		-
Übrige Einnahmen	-	-	-		-
Gesamteinnahmen	82	82	-		-
Ausgaben					
Personalausgaben	2 059	1 983	+76	301	2 216
Sächliche Verwaltungsausgaben	555	503	+52	655	463
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	2	157	-155		173
Ausgaben für Investitionen	-	-	-		-
Gesamtausgaben	2 616	2 643	-27	956	2 852
davon flexibilisiert	2 568	2 593	-25	956	2 843
davon nicht flexibilisiert	48	50	-2		9

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

119 01 -165	Einnahmen aus Veröffentlichungen	8	8	-

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen an Verwaltungsdienststellen sowie zu wissenschaftlichen, zu Austausch- und Werbezwecken an Dritte gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich abgegeben werden.

119 99 -165	Vermischte Einnahmen	74	74	-

Haushaltsvermerk:

1. Mehreinnahmen zu Nr. 1 der Erläuterungen sind wegen rechtsverbindlicher Verwendungsauflage bei Aufträgen Dritter zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Tgr. 01.
2. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Aufträge von Landesbehörden, internationalen und supranationalen Organisationen sowie von ausländischen diplomatischen Vertretungen in der Bundesrepublik bis zur Höhe von 1 T€ unentgeltlich ausgeführt werden.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Einnahmen aus Aufträgen Dritter	70
2. Sonstiges	4
Zusammen	74

Übrige Einnahmen

381 01 -890	Leistungen von Bundesbehörden zur Durchführung von Aufträgen	-	-	(-)

Haushaltsvermerk:

1. Mehreinnahmen sind wegen verbindlicher Vereinbarung mit anderen Bundesbehörden zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Tgr. 01.
2. Nach § 61 Abs. 1 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Aufträge von Bundesbehörden bis zur Höhe von 1 T€ unentgeltlich übernommen werden.

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.

Ausgenommen ist Tgr. 01.

0617 Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Titelgruppe 01			
Tgr. 01	Durchführung von Aufträgen anderer Bundesbehörden und Dritter	(48)	(48)	
	Haushaltsvermerk: 1. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig. 2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99. 3. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 381 01.			
	Erläuterungen: Ausgeführt werden Aufträge von Bundes-, Landes-, internationalen und supranationalen Behörden sowie von privaten Unternehmen und Wirtschaftsverbänden.			
427 19 -165	Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige	48	48	8
459 19 -165	Vermischte Personalausgaben	-	-	-
547 11 -165	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	-	-	-
	Flexibilisierte Ausgaben			
	Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG			
	Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3	2 011	2 090 *301*	2 380
	Aus Hauptgruppe 5	555	503 *655*	463
	Aus Hauptgruppe 6 ohne Titel 634 .3	2	-	-
	Aus Hauptgruppe 8	-	-	-
	Zusammen	2 568	2 593 *956*	2 843
F 422 01 -165	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*914*	*847*	*758*
	Erläuterungen: *Das Bundesinstitut wird von zwei Direktoren geleitet, von denen einer der für die Bevölkerungsstatistik zuständige Abteilungsleiter beim StBA ist. Dafür erhält er eine Vergütung von jährlich 1 534 €.*			
F 422 02 -165	*Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte*	-	-	-
F 427 09 -165	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*380*	*374*	*969*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F *428 01 -165*	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*712*	*709*	*481*
F *453 01 -165*	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	*5*	*5*	*-*
F ***511 01*** *-165*	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände, Software, Wartung*	*42*	*42*	*86*
F *539 99 -165*	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*73*	*32*	*42*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0617 Tit. 518 01	*-*	*-*
Kap. 0617 Tit. 527 01	*36*	*77*
Zusammen	*36*	*77*

F *544 01 -165*	*Forschung, Untersuchungen und Ähnliches*	*440*	*265*	*226*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Befragung zur Kinderlosigkeit und zu Mehrkindfamilien in Deutschland	*200*
2. Untersuchungen ausgewählter demographischer Probleme (davon bis zu 5 000 € für Aufenthaltskosten von Gastwissenschaftlerinnen und Gastwissenschaftlern aus osteuropäischen und Entwicklungsländern)	*195*
3. Forschungsaufenthalte von Institutsangehörigen im In- und Ausland zum Zwecke der Qualifizierung	*27*
4. Forschungsaufenthalte von Gastwissenschaftlerinnen und Gastwissenschaftlern im Bundesinstitut im Rahmen von Austauschprogrammen	*18*
Zusammen	*440*

F ***684 09*** *-165*	*Mitgliedsbeiträge und sonstige Zuschüsse an Verbände, Vereine und ähnliche Institutionen geringeren Umfangs*	*2*	*2*	*1*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0617 Tit. 685 01	*2*	*1*

F ***812 01*** *-165*	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)*	*-*	*-*	*-*

Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel

F *518 01 -165*	*Mieten und Pachten*		*-*	*-*

0617 Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 526 02 -011	*Sachverständige*		*100*	*1*
F 527 01 -165	*Dienstreisen*		*36*	*77*
F 543 01 -165	*Veröffentlichung und Dokumentation*		*28*	*31*
F 634 03 -165	*Zuweisungen an den Versorgungsfonds*		*155*	*172*

Vorbemerkung

Das Bundesinstitut für Sportwissenschaft (BISp) ist durch Erlass vom 10. Oktober 1970 (aktuelle Fassung des Errichtungserlasses vom 18. November 2010, veröffentlicht am 27. Dezember im GMBl 2010 S. 1751) errichtet worden.

Danach hat das BISp die Aufgabe, Forschungsvorhaben, die zur Erfüllung der dem Bundesministerium des Innern auf dem Gebiet des Sportes obliegenden Aufgaben beitragen (Ressortforschung), zu initiieren, zu fördern und zu koordinieren. Die Forschungsvorhaben beziehen sich auf die Themenbereiche Spitzensport einschließlich Nachwuchsförderung und Talentsuche unter Einbeziehung von Sportgeräten sowie Fragestellungen zur Sportentwicklung, die für die Bundesrepublik Deutschland als Ganzes von Bedeutung sind und durch ein Bundesland allein nicht wirksam gefördert werden können.

Darüber hinaus befasst sich das BISp mit Fragestellungen aus den Bereichen Dopingbekämpfung, Integration, Rassismus und Diskriminierung.

Ferner umfasst das Aufgabenfeld des BISp die Begutachtung der Projekte der Institute für Angewandte Trainingswissenschaften (IAT) und Forschung und Entwicklung von Sportgeräten (FES). Für diese Projekte führt das BISp zudem die Erfolgskontrolle nach § 44 BHO durch.

Im Rahmen des „Wissenschaftlichen Verbundsystems zur Unterstützung des Spitzensports“ obliegt ihm u. a. die Aufgabe, Projekte der Ressortforschung an Hochschulen und privatwirtschaftlichen Forschungsinstituten mit den Projekten an den Instituten des Spitzensports im Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) zu koordinieren.

Überblick zum Kapitel 0618	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	3	3	-		116
Gesamteinnahmen	3	3	-		116
Ausgaben					
Personalausgaben	2 284	2 282	+2	193	2 020
Sächliche Verwaltungsausgaben	809	1 185	-376	405	684
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	-	106	-106	28	88
Ausgaben für Investitionen	40	40	-	65	50
Gesamtausgaben	3 133	3 613	-480	691	2 842
davon flexibilisiert	2 938	3 286	-348	691	2 842
davon nicht flexibilisiert	195	327	-132		-
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung	150 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu	50 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu	50 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu	50 T€				

0618 Bundesinstitut für Sportwissenschaft

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Einnahmen			
	Verwaltungseinnahmen			
119 01 -165	Einnahmen aus Veröffentlichungen	2	2	1
	Erläuterungen: Aus Verkauf und Vertrieb amtlicher Drucksachen, Ausschreibungsunterlagen, Prospekte, Programme und Kataloge sowie aus Verlagsverträgen. Verkauf von sportwissenschaftlichen Veröffentlichungen.			
119 99 -165	Vermischte Einnahmen	-	-	115
129 01 -165	Einnahmen aus Veranstaltungen	1	1	-
	Haushaltsvermerk: Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: **Kap. 0611 Tit. 545 01.**			
132 01 -165	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	-	-	-
	Ausgaben			
	Haushaltsvermerk: Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.			
	Sächliche Verwaltungsausgaben			
518 02 -165	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	195	327	-
	Haushaltsvermerk: Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.			

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Flexibilisierte Ausgaben			
	Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG			
	Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3	2 284	2 388 *221*	2 108
	Aus Hauptgruppe 5	614	858 *405*	684
	Aus Hauptgruppe 8	40	40 *65*	50
	Zusammen	2 938	3 286 *691*	2 842
F 422 01 -165	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*830*	*839*	*808*
F 427 09 -165	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*529*	*525*	*423*
F 428 01 -165	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*920*	*913*	*784*
F 453 01 -165	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	*5*	*5*	*5*
F 517 01 -165	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	*100*	*100*	*19*
F ***532 01*** *-165*	*Aufträge und Dienstleistungen im Bereich Informationstechnik*	*370*	*370*	*219*

Verpflichtungsermächtigung .... 150 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 50 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 50 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu .... 50 T€

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0618 Tit. 532 55	*370*	*219*

F 539 99 -165	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*144*	*5*	*5*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0618 Tit. 511 01	*50*	*54*
Kap. 0618 Tit. 511 55	*5*	*2*
Kap. 0618 Tit. 514 01	*8*	*6*
Kap. 0618 Tit. 518 01	*1*	*-*
Kap. 0618 Tit. 518 55	*-*	*-*

0618 Bundesinstitut für Sportwissenschaft

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 539 99

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0618 Tit. 519 01	*5*	*-*
Kap. 0618 Tit. 525 01	*5*	*3*
Kap. 0618 Tit. 525 55	*5*	*1*
Kap. 0618 Tit. 527 01	*60*	*75*
Zusammen	*139*	*141*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 811 01 -165	*Erwerb von Fahrzeugen*	-	-	-
F **812 01** -165	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)*	-	-	-
F **812 02** -165	*Erwerb von Anlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Software im Bereich Informationstechnik*	*40*	*40*	*50*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Ersatzbeschaffung	
1.1 Hardware	*10*
1.2 Software	*30*
Zusammen	*40*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0618 Tit. 812 55	*40*	*50*

Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 511 01 -165	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände*		*50*	*54*
F 511 55 -165	*Geschäftsbedarf und Datenübertragung sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Software, Wartung*		*5*	*2*
F 514 01 -165	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*		*8*	*6*
F 518 01 -165	*Mieten und Pachten*		*1*	*-*
F 518 55 -165	*Miete für Datenverarbeitungsanlagen, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Maschinen, Software*		*-*	*-*
F 519 01 -165	*Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen*		*5*	*-*
F 525 01 -165	*Aus- und Fortbildung*		*5*	*3*

	Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F	*525 55 -165*	*Aus- und Fortbildung*		*5*	*1*
F	*526 02 -165*	*Sachverständige*		*4*	*-*
F	*526 03 -165*	*Ausgaben für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen*		*10*	*19*
F	*527 01 -165*	*Dienstreisen*		*60*	*75*
F	*543 01 -165*	*Veröffentlichung und Dokumentation*		*190*	*253*
F	*545 01 -165*	*Konferenzen, Tagungen, Messen und Ausstellungen*		*40*	*28*
F	*634 03 -165*	*Zuweisungen an den Versorgungsfonds*		*106*	*88*

0619 Beschaffungsamt des Bundesministeriums des Innern

Vorbemerkung

Das Beschaffungsamt des Bundesministeriums des Innern (BeschA) ist eine rechtsfähige Anstalt des Bundes und hat seinen Sitz in Bonn.

Nach dem Erlass über das Beschaffungsamt vom 15. September 2004 (GMBl 2004 S.1002) und den jeweils geltenden Aufgabenübertragungserlassen hat das BeschA folgende Kernaufgaben:

1. Zentrale Beschaffung von Gütern (Waren und Dienstleistungen) einschließlich der Erstellung aller für das Vergabeverfahren notwendigen Unterlagen sowie der Gütesicherungsmaßnahmen für den Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern.
2. Bereitstellung und Pflege eines E-Vergabe-Systems zur elektronischen Vergabe von Aufträgen.
3. Verwaltung der Rahmenverträge, Koordinierung der Zusammenarbeit der Vergabestellen und arbeitsteilige Beschaffungen von Standardleistungen und - produkten über Rahmenverträge mit den zentralen Beschaffungsstellen der Ressorts im Rahmen des Beschlusses der Bundesregierung zur Optimierung öffentlicher Beschaffungen. Hierzu wird der Bundesverwaltung das Kaufhaus des Bundes (KdB) als moderne Online-Einkaufsplattform zur Verfügung gestellt und gepflegt.
4. Aufbau und Betrieb einer Kompetenzstelle mit einer webbasierten Informationsplattform für nachhaltige Beschaffung im öffentlichen Bereich.

Überblick zum Kapitel 0619	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	57	57	-		523
Übrige Einnahmen	-	-	-		-
Gesamteinnahmen	57	57	-		523
Ausgaben					
Personalausgaben	10 796	10 623	+173	389	10 284
Sächliche Verwaltungsausgaben	4 452	4 836	-384	153	7 111
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	7	285	-278		309
Ausgaben für Investitionen	594	594	-	90	2 214
Gesamtausgaben	15 849	16 338	-489	632	19 918
davon flexibilisiert	14 520	14 834	-314	632	18 585
davon nicht flexibilisiert	1 329	1 504	-175		1 333

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
111 01 -012	Gebühren, sonstige Entgelte	35	35	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0626 Tit. 111 01	35	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
119 99 -012	Vermischte Einnahmen	22	22	430

Haushaltsvermerk:

1. Mehreinnahmen zu Nr. 1 der Erläuterungen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: **511 01, 532 01 und 812 02.**
2. Mehreinnahmen zu Nr. 2 der Erläuterungen von Behörden der mittelbaren Bundesverwaltung und sonstigen Dritten sind wegen verbindlicher Vereinbarungen zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 427 09 und 527 01.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Einnahmen aus der Nutzung der E-Vergabe-Plattform	-
2. Erstattungen von Verwaltungsausgaben	-
3. Sonstiges	22
Zusammen	22

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0626 Tit. 119 99	22	430

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
124 01 -012	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	-	-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0626 Tit. 124 01	-	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
132 01 -012	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	-	-	93

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0626 Tit. 132 01	-	93

0619 Beschaffungsamt des Bundesministeriums des Innern

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Übrige Einnahmen			
162 01 -012	Zinsen für Rückforderungen aufgrund von Preisprüfungen	-	-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0626 Tit. 162 01	-	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
381 01 -890	Leistungen von Bundesbehörden zur Durchführung von Aufträgen	-	-	(-)

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind wegen verbindlicher Vereinbarung mit anderen Bundesbehörden zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: **Kap. 0611 Tit. 526 01, 526 02, 543 01, Kap. 0619 Hgr. 4, Hgr. 5 und 812 02.**

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0626 Tit. 381 01	-	(-)

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

1. Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.
2. Mehrausgaben bei folgenden Titeln: **Kap. 0619 flexibilisierter Bereich** dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: **Kap. 0611 Tit. 282 08.**
3. Mehrausgaben bei folgenden Titeln: **Hgr. 4 und Hgr. 5** dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 381 01.

   Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.

Sächliche Verwaltungsausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
518 02 -012	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	1 329	1 500	1 329

Haushaltsvermerk:

Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 518 02

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0626 Tit. 518 02	1 500	1 329

Flexibilisierte Ausgaben

Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG

	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3	10 796	10 901 *389*	10 584
Aus Hauptgruppe 5	3 123	3 332 *153*	5 778
Aus Hauptgruppe 6 ohne Titel 634 .3	7	7	9
Aus Hauptgruppe 7	10	10 *39*	568
Aus Hauptgruppe 8	584	584 *51*	1 646
Zusammen	14 520	14 834 *632*	18 585

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***422 01*** *-012*	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*4 779*	*4 654*	*4 489*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0626 Tit. 422 01	*4 654*	*4 489*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***422 02*** *-012*	*Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte*	-	-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0626 Tit. 422 02	-	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***427 09*** *-012*	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*658*	*653*	*695*

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0626 Tit. 427 09	*653*	*695*

0619 Beschaffungsamt des Bundesministeriums des Innern

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F ***428 01*** *-012*	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*5 347*	*5 304*	*5 091*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0626 Tit. 428 01	*5 304*	*5 091*

F ***453 01*** *-012*	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	*12*	*12*	*9*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0626 Tit. 453 01	*12*	*9*

F ***511 01*** *-012*	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände, Software, Wartung*	*1 441*	*173*	*161*

Haushaltsvermerk:

1. ***Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Epl. 06.***
2. ***Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.***

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0626 Tit. 511 01	*173*	*161*
Kap. 0626 Tit. 511 55	*1 268*	*1 692*
Zusammen	*1 441*	*1 853*

F ***517 01*** *-012*	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	*374*	*374*	*394*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0626 Tit. 517 01	*374*	*394*

F ***525 01*** *-012*	*Aus- und Fortbildung*	*138*	*87*	*74*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0626 Tit. 525 01	*87*	*74*
Kap. 0626 Tit. 525 55	*51*	*49*
Zusammen	*138*	*123*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F **527 01** -012	*Dienstreisen*	*120*	*120*	*85*

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0626 Tit. 527 01	*120*	*85*

F **532 01** -043	*Aufträge und Dienstleistungen im Bereich Informationstechnik*	*989*	*1 054*	*2 988*

Haushaltsvermerk:

1. ***Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Epl. 06.***
2. ***Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.***
3. ***Nach § 63 Abs. 4 BHO in Verbindung mit § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Abgabe und Nutzung des ADV-Verfahrens "e-Vergabe" und "Kaufhaus des Bundes" an bzw. durch Bundesbehörden und Dritte gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich erfolgen kann.***

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0626 Tit. 532 55	*1 054*	*2 988*

F **539 99** -012	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*61*	*12*	*65*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0626 Tit. 514 01	*14*	*16*
Kap. 0626 Tit. 518 01	*35*	*28*
Kap. 0626 Tit. 518 55	*-*	*-*
Kap. 0626 Tit. 519 01	*-*	*-*
Kap. 0626 Tit. 539 99	*12*	*65*
Zusammen	*61*	*109*

F **681 08** -142	*Studienbeihilfen für Nachwuchskräfte geringeren Umfangs*	*7*	*7*	*9*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0626 Tit. 681 01	*7*	*9*

0619 Beschaffungsamt des Bundesministeriums des Innern

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F *711 01 -012*	*Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten*	*10*	*10*	*568*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0626 Tit. 711 01	*10*	*568*

F *712 01 -012*	*Baumaßnahmen von mehr als 2 000 000 € im Einzelfall*	*-*	*-*	*-*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0626 Tit. 712 01	*-*	*-*

F *811 01 -012*	*Erwerb von Fahrzeugen*	*-*	*-*	*98*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0626 Tit. 811 01	*-*	*98*

F *812 01 -012*	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)*	*59*	*59*	*10*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0626 Tit. 812 01	*59*	*10*

F *812 02 -012*	*Erwerb von Anlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Software im Bereich Informationstechnik*	*525*	*525*	*1 538*

Haushaltsvermerk:

1. ***Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Epl. 06.***
2. ***Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.***
3. ***Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 381 01.***
4. ***Nach § 63 Abs. 4 BHO in Verbindung mit § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Abgabe und Nutzung des ADV-Verfahrens "e-Vergabe" und "Kaufhaus des Bundes" an bzw. durch Bundesbehörden und Dritte gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich erfolgen kann.***

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 812 02

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Erstbeschaffung	
1.1 Hardware	*180*
1.2 Software	*135*
2. Ersatzbeschaffung	
2.1 Hardware	*210*
2.2 Software	*-*
Zusammen	*525*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0626 Tit. 812 55	*525*	*1 538*

Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel

282 08 -012	Einnahmen aus Prämienzahlungen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben		-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0626 Tit. 282 08	-	-

F 511 55 -012	*Geschäftsbedarf und Datenübertragung sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Software, Wartung*		*1 268*	*1 692*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0626 Tit. 511 55	*1 268*	*1 692*

F 514 01 -012	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*		*14*	*16*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0626 Tit. 514 01	*14*	*16*

F 518 01 -012	*Mieten und Pachten*		*35*	*28*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0626 Tit. 518 01	*35*	*28*

0619 Beschaffungsamt des Bundesministeriums des Innern

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 518 55 -012	*Miete für Datenverarbeitungsanlagen, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Maschinen, Software*		*-*	*-*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0626 Tit. 518 55	*-*	*-*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 519 01 -012	*Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen*		*-*	*-*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0626 Tit. 519 01	*-*	*-*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 525 55 -012	*Aus- und Fortbildung*		*51*	*49*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0626 Tit. 525 55	*51*	*49*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 526 01 -012	*Gerichts- und ähnliche Kosten*		*4*	*2*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0626 Tit. 526 01	*4*	*2*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 526 02 -012	*Sachverständige*		*40*	*192*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0626 Tit. 526 02	*40*	*192*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
542 01 -013	Öffentlichkeitsarbeit		4	4

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0626 Tit. 542 01	4	4

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 543 01 -012	*Veröffentlichung und Dokumentation*		*100*	*32*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0626 Tit. 543 01	*100*	*32*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 634 03 -012	*Zuweisungen an den Versorgungsfonds*		*278*	*300*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0626 Tit. 634 03	*278*	*300*

0623 Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik

Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) wurde durch das BSI-Errichtungsgesetz (BSIG) vom 17. Dezember 1990 (BGBl. I S. 2834), geändert mit dem Gesetz zur Stärkung der Sicherheit in der Informationstechnik des Bundes (BGBl. I S. 2821) vom 20. August 2009, als Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern (BMI) mit Sitz in Bonn errichtet.

Zur Förderung der Sicherheit in der Informationstechnik nimmt das BSI hiernach im Wesentlichen folgende Aufgaben wahr:

1. Abwehr von Gefahren für die Sicherheit der Informationstechnik des Bundes,
2. Untersuchung von Sicherheitsrisiken bei Anwendung der Informationstechnik,
3. Entwicklung von Kriterien und Verfahren für die Prüfung und Bewertung der Sicherheit von informationstechnischen Systemen und Komponenten sowie der Konformität im Bereich der IT-Sicherheit,
4. Prüfung und Bewertung der Sicherheit von informationstechnischen Systemen und Komponenten und Erteilung von Sicherheitszertifikaten,
5. Prüfung und Bestätigung der Konformität im Bereich der IT-Sicherheit von informationstechnischen Systemen und Komponenten mit technischen Richtlinien,
6. Prüfung, Bewertung und Zulassung von informationstechnischen Systemen oder Komponenten, die für die Verarbeitung oder Übertragung amtlich geheim gehaltener Informationen nach § 4 des Sicherheitsüberprüfungsgesetzes im Bereich des Bundes oder bei Unternehmen im Rahmen von Aufträgen des Bundes eingesetzt werden sollen,
7. Zulassung von IT-Systemen oder Komponenten für die Verarbeitung oder Übertragung von Verschlusssachen sowie Herstellung von Schlüsselmitteln,
8. Entwicklung von sicherheitstechnischen Anforderungen an die einzusetzende Informationstechnik des Bundes und Bereitstellung von IT-Sicherheitsprodukten für Stellen des Bundes,
9. Beratung und Warnung der Stellen des Bundes, der Länder sowie der Hersteller, Vertreiber und Anwender in Fragen der Sicherheit in der Informationstechnik unter Berücksichtigung der möglichen Folgen fehlender oder unzureichender Sicherheitsvorkehrungen,
10. Bereitstellung geeigneter Kommunikationsstrukturen zur Krisenfrüherkennung, Krisenreaktion und Krisenbewältigung sowie Koordinierung der Zusammenarbeit zum Schutz der kritischen Informationsinfrastrukturen im Verbund mit der Privatwirtschaft,
11. Zentrale Meldestelle für die Zusammenarbeit der Bundesbehörden in Angelegenheiten der Sicherheit in der Informationstechnik.

Überblick zum Kapitel 0623	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	910	910	-		1 405
Übrige Einnahmen	-	-	-		8
Gesamteinnahmen	910	910	-		1 413
Ausgaben					
Personalausgaben	34 406	33 415	+991	368	30 411
Sächliche Verwaltungsausgaben	36 566	42 735	-6 169	21 670	33 894
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	145	1 653	-1 508	67	1 187
Ausgaben für Investitionen	8 762	10 562	-1 800	6 484	8 791
Gesamtausgaben	79 879	88 365	-8 486	28 589	74 283
davon flexibilisiert	76 785	85 055	-8 270	28 589	71 206
davon nicht flexibilisiert	3 094	3 310	-216		3 077
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung	19 972 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu	9 530 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu	6 430 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu	4 012 T€				

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Einnahmen			
	Verwaltungseinnahmen			
111 01 -043	Gebühren, sonstige Entgelte	600	600	929

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen zu Nr. 1 der Erläuterungen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Tgr. 01.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Gebühren für Zertifizierungen	215
2. Sonstige Gebühren und Entgelte	385
Zusammen	600

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
119 99 -043	Vermischte Einnahmen	10	10	103

Haushaltsvermerk:

1. Mehreinnahmen zu Nr. 3 der Erläuterungen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: Kap. 0611 Tit. 545 01 soweit die Ausgaben für die Vorbereitung und die Durchführung des Deutschen IT-Sicherheitskongresses erforderlich sind.

2. Mehreinnahmen zu Nr. **1** der Erläuterungen sind wegen rechtsverbindlicher Verwendungsauflage bei Aufträgen Dritter zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Tgr. 01.

3. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass der IT-Grundschutzkatalog und das E-Government-Handbuch gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden können.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Einnahmen aus Aufträgen Dritter	-
2. Sonstige vermischte Einnahmen	10
3. IT-Sicherheitskongress	-
Zusammen	10

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
132 01 -043	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	300	300	373

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass vom BSI entwickelte Softwarewerkzeuge und Software zur Verwendung bei Einrichtungen der Forschung und Lehre zu einem ermäßigten Preis und Open-Source-Software zur Förderung der IT-Sicherheit unentgeltlich abgegeben werden **können.**

0623 Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Übrige Einnahmen			
272 01 -043	Zuschüsse der Europäischen Union für Maßnahmen auf dem Gebiet der IT-Sicherheit	-	-	8
	Haushaltsvermerk: Mehreinnahmen sind wegen bindender Vorgaben der EU zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: **532 04.**			
381 01 -890	Leistungen von Bundesbehörden zur Durchführung von Aufträgen	-	-	(197)
	Haushaltsvermerk: Mehreinnahmen sind wegen verbindlicher Vereinbarungen mit anderen Bundesbehörden zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Tgr. 01.			

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

1. Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.

   In die Flexibilisierung einbezogen sind auch Tit. 532 04, 532 14 und 686 02.

2. Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Kap. 0623 flexibilisierter Bereich dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: **Kap. 0611 Tit. 282 08.**

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Sächliche Verwaltungsausgaben			
518 02 -043	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	3 094	3 310	3 077
	Haushaltsvermerk: Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.			

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Flexibilisierte Ausgaben

Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG

	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3	34 406	34 923 *429*	31 524
Aus Hauptgruppe 5	33 472	39 425 *21 670*	30 817
Aus Hauptgruppe 6 ohne Titel 634 .3	145	145 *6*	74
Aus Hauptgruppe 7	330	330 *1 083*	362
Aus Hauptgruppe 8	8 432	10 232 *5 401*	8 429
Zusammen	76 785	85 055 *28 589*	71 206

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 422 01 -043	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*22 192*	*21 290*	*17 635*
F 422 02 -043	*Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte*	*553*	*553*	*2*
F 427 09 -043	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*774*	*768*	*714*
F 428 01 -043	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*10 807*	*10 724*	*11 127*
F 453 01 -043	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	*80*	*80*	*85*
F ***511 01*** *-043*	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände, Software, Wartung*	*1 523*	*923*	*1 408*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0623 Tit. 511 55	*600*	*1 253*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 514 01 -043	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*	*150*	*150*	*61*
F 517 01 -043	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	*2 128*	*2 128*	*2 336*
F 519 01 -043	*Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen*	*463*	*463*	*306*

0623 Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 525 01 -043	*Aus- und Fortbildung*	*453*	*122*	*319*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0623 Tit. 525 55	*331*	*395*

F 527 01 -043	*Dienstreisen*	*1 243*	*1 243*	*1 205*
F ***532 01*** *-043*	*Aufträge und Dienstleistungen im Bereich Informationstechnik*	*265*	*265*	*368*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0623 Tit. 532 55	*265*	*368*

F ***532 04*** *-043*	*Behördenspezifische fachbezogene Verwaltungsausgaben*	*27 151*	*19 190*	*8 900*

Verpflichtungsermächtigung... 15 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 7 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu... 5 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu... 3 000 T€

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 272 01.

Erläuterungen:

Aus dem Ansatz werden Ausgaben auf dem Gebiet der IT-Sicherheit geleistet, insbesondere für Entwicklungsvorhaben und Studien.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0623 Tit. 526 02	*13 048*	*12 989*
Kap. 0623 Tit. 532 02	*19 190*	*8 900*
Zusammen	*32 238*	*21 889*

F 539 99 -043	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*96*	*93*	*68*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0623 Tit. 518 55	*3*	*-*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F ***681 08*** *-142*	*Studienbeihilfen für Nachwuchskräfte geringeren Umfangs*	*60*	*60*	*20*

Verpflichtungsermächtigung... 72 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 30 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 30 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 12 T€

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0623 Tit. 681 01	*60*	*20*

F *686 02* *-043*	*Zuschüsse zur Förderung der IT-Sicherheit*	-	-	-
F ***686 09*** *-043*	*Mitgliedsbeiträge und sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland geringeren Umfangs*	*6*	*6*	*11*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0623 Tit. 686 01	*6*	*11*

F ***687 09*** *-043*	*Mitgliedsbeiträge und sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Ausland geringeren Umfangs*	*79*	*79*	*43*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0623 Tit. 687 01	*79*	*43*

F *711 01* *-043*	*Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten*	*330*	*330*	*362*

Erläuterungen:

Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur.

F *811 01* *-043*	*Erwerb von Fahrzeugen*	*25*	*25*	*212*
F ***812 01*** *-043*	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)*	*7 054*	*8 854*	*7 734*

Verpflichtungsermächtigung... 3 700 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 2 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu... 1 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 700 T€

0623 Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F ***812 02*** *-043*	*Erwerb von Anlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Software im Bereich Informationstechnik*	*1 353*	*1 353*	*483*

Verpflichtungsermächtigung.. 1 200 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 500 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 400 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 300 T€

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Erstbeschaffung	
1.1 Hardware	*555*
1.2 Software	*364*
2. Ersatzbeschaffung	
2.1 Hardware	*258*
2.2 Software	*176*
Zusammen	*1 353*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0623 Tit. 812 55	*1 353*	*483*

Titelgruppe 01

Tgr. 01	Durchführung von Aufträgen anderer Bundesbehörden und Dritter	(-)	(-)	

Haushaltsvermerk:

1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 111 01.
2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: 119 99 und 381 01.

F 427 19 -043	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*-*	*-*	*848*
F 527 11 -043	*Dienstreisen*	*-*	*-*	*8*
F ***532 14*** *-043*	*Behördenspezifische fachbezogene Verwaltungsausgaben*	*-*	*-*	*-*

Erläuterungen:

Aus dem Ansatz werden Ausgaben auf dem Gebiet der IT-Sicherheit geleistet, insbesondere für Entwicklungsvorhaben und Studien.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0623 Tit. 526 12	*-*	*208*
Kap. 0623 Tit. 532 12	*-*	*-*
Zusammen	*-*	*208*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu flexibilisierte Ausgaben			
F ***812 11*** *-043*	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)*	-	-	-
	Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel			
282 08 -043	Einnahmen aus Prämienzahlungen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben		-	-
F *511 55 -043*	*Geschäftsbedarf und Datenübertragung sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Software, Wartung*		*600*	*1 253*
F *518 55 -043*	*Miete für Datenverarbeitungsanlagen, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Maschinen, Software*		*3*	-
F *525 55 -043*	*Aus- und Fortbildung*		*331*	*395*
F *526 01 -043*	*Gerichts- und ähnliche Kosten*		*2*	*1*
F *526 02 -043*	*Sachverständige*		*13 298*	*13 239*
F *526 12 -043*	*Sachverständige*		-	*208*
F *543 01 -043*	*Veröffentlichung und Dokumentation*		*310*	*302*
F *545 01 -043*	*Konferenzen, Tagungen, Messen und Ausstellungen*		*304*	*440*
F *634 03 -043*	*Zuweisungen an den Versorgungsfonds*		*1 508*	*1 113*

0624 Bundeskriminalamt

Vorbemerkung

Das Bundeskriminalamt (BKA) wurde aufgrund des Gesetzes über die Errichtung eines Bundeskriminalpolizeiamtes (Bundeskriminalamt) vom 8. März 1951 (BGBl. I S. 165) errichtet. Das BKA ist eine Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern mit Sitz in Wiesbaden sowie Meckenheim und Berlin.

Die Aufgaben und Befugnisse des BKA sind durch Gesetz über das Bundeskriminalamt und die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in kriminalpolizeilichen Angelegenheiten (Bundeskriminalamtgesetz - BKAG) vom 7. Juli 1997 (BGBl. I S. 1650), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes zur Änderung des Telekommunikationsgesetzes und zur Neuregelung der Bestandsdatenauskunft vom 20. Juni 2013 (BGBl. I S. 1602), neu festgelegt worden. Das BKA ist Zentralstelle im Sinne des Artikel 87 Absatz 1 Satz 2 des Grundgesetzes.

Die Kernaufgaben des BKA lassen sich mit den folgenden Funktionen beschreiben:

1. Zentralstelle (§ 2 BKAG)
2. Ermittlungen (§ 4 BKAG)
3. Internationale Zusammenarbeit (§ 3 BKAG)
4. Gefahrenabwehr (Abwehr von Gefahren des internationalen Terrorismus, Sicherungsgruppe und Zeugenschutz; §§ 4a, 5, 6 BKAG).

Um die Kriminalitätsbekämpfung auf nationaler und internationaler Ebene zu koordinieren, wurde das BKA als polizeiliche Zentralstelle für das polizeiliche Auskunfts- und Nachrichtenwesen und für die Kriminalpolizei eingerichtet. Als solche unterstützt das BKA die Polizeien des Bundes und der Länder bei der Verhütung und Verfolgung von Straftaten mit länderübergreifender, internationaler oder sonst erheblicher Bedeutung.

Überblick zum Kapitel 0624	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	460	460	-		1 074
Übrige Einnahmen	-	-	-		643
Gesamteinnahmen	460	460	-		1 717
Ausgaben					
Personalausgaben	270 930	269 794	+1 136		255 477
Sächliche Verwaltungsausgaben	100 592	105 120	-4 528	16 816	99 825
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	10 746	13 267	-2 521	449	10 347
Ausgaben für Investitionen	34 648	37 303	-2 655	35 963	24 606
Gesamtausgaben	416 916	425 484	-8 568	53 228	390 255
davon flexibilisiert	376 844	385 721	-8 877	52 792	354 469
davon nicht flexibilisiert	40 072	39 763	+309	436	35 786
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung	10 500 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu	8 500 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu	2 000 T€				

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

111 01 -042	Gebühren, sonstige Entgelte	50	50	63

Erläuterungen:

Gebühren für Unbedenklichkeitsbescheinigungen nach der Gewerbeordnung und für die Erteilung von Ausnahmegenehmigungen nach dem Waffengesetz.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0610 Tit. 111 01	50	63

112 01 -042	Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten	-	-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0610 Tit. 112 01	-	-

119 01 -042	Einnahmen aus Veröffentlichungen	-	-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0610 Tit. 119 01	-	-

119 99 -042	Vermischte Einnahmen	200	200	76

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass das nach der Einführung des Einheitlichen Liegenschaftsmanagements nicht mehr benötigte Liegenschaftsgerät unentgeltlich an die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben abgegeben werden kann.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0610 Tit. 119 99	200	76

124 01 -042	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	210	210	128

Haushaltsvermerk:

1. Mehreinnahmen aus der Vermietung von amtseigenen Sporthallen und Sportplätzen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 517 01.

0624 Bundeskriminalamt

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 124 01

2. Nach § 63 Abs. 4 BHO wird zugelassen, dass den in den Gästehäusern/Wohnheimen in Berlin, Meckenheim und Wiesbaden untergebrachten Bediensteten der Bundespolizei die Unterkünfte zu einem ermäßigten Entgelt überlassen werden.
3. Nach § 63 Abs. 4 BHO wird zugelassen, dass amtseigene Sporthallen und Sportplätze, soweit dienstliche Belange nicht entgegenstehen, Dritten, insbesondere Gruppenbenutzern, unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden.

Erläuterungen:

Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, Gebäuden und Wohnungen.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0610 Tit. 124 01	210	128

132 01 -042	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	-	-	807

Haushaltsvermerk:

1. Mehreinnahmen aus der Veräußerung von Geräten sowie Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für kriminalpolizeiliche und Verwaltungszwecke dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 812 01.
2. Mehreinnahmen aus der Veräußerung von DV-Geräten sowie Software dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 812 02.

Erläuterungen:

Einnahmen insbesondere aus der Veräußerung von auszusondernden Personenkraftwagen.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0610 Tit. 132 01	-	807

Übrige Einnahmen

272 01 -011	Zuschüsse der Europäischen Union zu den Kosten innenpolitischer Maßnahmen	-	-	643

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind wegen bindender Vorgaben der EU zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 532 04.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0610 Tit. 272 01	-	643

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
272 02 -011	Einnahmen aus Zuschüssen des Fonds für Innere Sicherheit (ISF Sicherheit) der Europäischen Union	-		

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind wegen bindender Vorgaben der EU zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 685 01.

Titelgruppe 03

Tgr. 03	Rückflüsse aus Darlehen des Bundes für den Bau von Wohnungen für den in den Erläuterungen genannten Personenkreis	(-)	(-)	

Erläuterungen:

Der Personenkreis umfasst Angehörige der Bundeswehr, der Verwaltung des Bundes, der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundestagsfraktionen und der Abgeordneten, Angehörige der in- und ausländischen Presse, Abgeordnete des Deutschen Bundestages sowie Angehörige der ausländischen Missionen.

162 34 -411	Zinseinnahmen	-	-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0610 Tit. 162 34	-	-

182 34 -411	Tilgungsbeträge	-	-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0610 Tit. 182 34	-	-

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.

In die Flexibilisierung einbezogen ist auch Tit. 687 01.

Ausgenommen ist Tit. 863 61.

Sächliche Verwaltungsausgaben

518 02 -014	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	30 691	30 691	28 236

Haushaltsvermerk:

Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.

0624 Bundeskriminalamt

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Noch zu Titel 518 02				

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0610 Tit. 518 02	30 691	28 236

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 *Reste 2013*	Ist 2012
532 04 -042	Förderung innenpolitischer Maßnahmen aus Zuschüssen der EU	-	- *436*	505

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 272 01.

Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0610 Tit. 532 10	-	505

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 *Reste 2013*	Ist 2012
632 01 -042	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an Länder	2 537	2 466	2 527

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Zuschuss an die Deutsche Hochschule Polizei (DHPol).................	2 310
2. Bundesbeteiligung am Programm ProPK.......................................	227
Zusammen...	2 537

Zu 1.:
Gemäß Abkommen zwischen dem Bund und den Ländern über die einheitliche Ausbildung der Anwärterinnen und Anwärter für den höheren Polizeivollzugsdienst und über die DHPol ist der Bund zur Beteiligung an den Kosten der Einrichtung und Unterhaltung der DHPol verpflichtet. Der Anteil des Bundes beträgt 17,7 Prozent der Gesamtkosten.

Zu 2.:
Gemäß Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern wurde ein Programm für die "Polizeiliche Kriminalpräventation der Länder und des Bundes" eingerichtet. Der Anteil des Bundes beträgt 17,7 Prozent der Gesamtkosten.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0610 Tit. 632 01	2 466	2 527

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 *Reste 2013*	Ist 2012
685 01 -042	Zuschüsse für Projekte aus dem Fonds für Innere Sicherheit (ISF Sicherheit) der Europäischen Union	-		

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 272 02.

Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgen-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 685 01

den Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.

687 02 -042	Leistungen an internationale Organisationen und Leistungen im Zusammenhang mit nationalen Mitgliedschaften	6 784	6 538	4 454

Haushaltsvermerk:

Erstattungen Dritter fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Bezeichnung der Organisation Rechtsgrundlage und Zweck der Mitgliedschaft	Mitgliedsbeitrag der Bundesrepublik Deutschland (Pflichtleistungen)			Besondere (freiwillige) Leistungen außerhalb des Mitgliedsbeitrags in 1 000 € (gerundet)	Zusammen Spalte 4 + 5 in 1 000 €
	in Prozent	in Tausend-Fremdwährung (gerundet)	in 1 000 € (gerundet)		
1	2	3	4	5	6
1. Internationale Kriminalpolizeiliche Organisation (Interpol) Rechtsgrundlage: Vereinbarung	8,7		5 167		5 167
2. Zentrale Unterstützungseinheit des Schengener Informationssystems; Rechtsgrundlage: Übereinkommen	26,18		1 500		1 500
3. Sonstige			117		117
Zusammen			6 784	-	6 784

Differenzen durch Rundung möglich

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0610 Tit. 687 02	6 538	4 454

Titelgruppe 06

Tgr. 06	Maßnahmen der Wohnungsfürsorge in Berlin und Bonn aus Anlass der Verlagerung von Parlament und Regierungsfunktionen nach Berlin	(60)	(68)	

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.
2. Die Ausgaben dürfen geleistet werden an öffentliche Unternehmen, private Unternehmen und Sonstige im Inland.
3. Eigenkapitalersatzdarlehen an Unternehmen bedürfen der Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages.

Erläuterungen:

Maßnahmen sind vorgesehen für Angehörige der Verwaltung des Bundes und der Bundeswehr, für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundestagsfraktionen und Bundestagsabgeordneten ebenso für Bedienstete von mittelbaren Bundeseinrichtungen und von Zuwendungsempfängern des Bundes.

663 61 -411	Zuschüsse zur Deckung laufender Aufwendungen	60	68	64

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind übertragbar.

Erläuterungen:

1. Die Ausgaben sind bestimmt für die Zusatzförderung im Rahmen der Familienheimförderung.

0624 Bundeskriminalamt

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 663 61 (Titelgruppe 06)

2. Der Einsatz der Mittel erfolgt nach den Zusatzbestimmungen Berlin zu den Sonderregelungen zur Familienheimförderung für Umzüge aufgrund der Umzugsbeschlüsse vom 1. Juni 1996.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0610 Tit. 663 61	68	64

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
863 61 -411	Darlehen	-	-	-

Erläuterungen:

Aus den Verpflichtungsermächtigungen werden die Neuschaffung und der Erwerb von Familienheimen und Eigentumswohnungen durch Einsatz von Darlehen gefördert.

Der Einsatz der Mittel erfolgt nach den Sonderregelungen der Familienheimförderung für Umzüge aufgrund der Umzugsbeschlüsse vom 1. Juni 1996.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0610 Tit. 863 61	-	-

Flexibilisierte Ausgaben

Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG

	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3...	270 930	272 624	258 091
Aus Hauptgruppe 5..	69 901	74 429 *16 380*	71 084
Aus Hauptgruppe 6 ohne Titel 634 .3...	1 365	1 365 *449*	688
Aus Hauptgruppe 7..	11 300	11 300 *21 583*	9 032
Aus Hauptgruppe 8..	23 348	26 003 *14 380*	15 574
Zusammen...	376 844	385 721 *52 792*	354 469

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***422 01*** *-042*	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*160 721*	*161 312*	*151 042*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0610 Tit. 422 01	*161 312*	*151 042*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***422 02*** *-042*	*Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte*	-	-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0610 Tit. 422 02	-	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F *422 03* *-042*	*Bezüge der Anwärterinnen und Anwärter sowie Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst*	*3 596*	*3 050*	*3 319*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0610 Tit. 422 03	*3 050*	*3 319*

F *427 09* *-042*	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*6 875*	*6 808*	*8 376*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0610 Tit. 427 09	*6 808*	*8 376*

F *428 01* *-042*	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*97 538*	*96 424*	*89 652*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0610 Tit. 428 01	*96 424*	*89 652*

F *453 01* *-042*	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	*2 200*	*2 200*	*3 088*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0610 Tit. 453 01	*2 200*	*3 088*

F *511 01* *-042*	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände, Software, Wartung*	*21 694*	*5 681*	*4 608*

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass polizeifachliche Software an in- und ausländische Polizei-, Justiz- und sonstige interessierte Dienststellen unentgeltlich abgegeben werden darf. Dies gilt auch für erworbene Software. Für erworbene Lizenzen an Standard-Software ist die jeweilige Lizenzvereinbarung maßgebend.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0610 Tit. 511 01	*5 681*	*4 608*
Kap. 0610 Tit. 511 55	*17 703*	*18 707*
Zusammen	*23 384*	*23 315*

Mehr wegen Titelzusammenfassung im Rahmen der Neustrukturierung des Einzelplans.

0624 Bundeskriminalamt

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F ***514 01*** *-042*	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*	*6 848*	*6 942*	*7 167*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0610 Tit. 514 01	*6 942*	*7 167*

F ***517 01*** *-042*	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	*9 125*	*8 955*	*13 916*

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 124 01.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0610 Tit. 517 01	*8 955*	*13 916*

F ***518 01*** *-042*	*Mieten und Pachten*	*2 332*	*2 312*	*1 648*

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 4 BHO in Verbindung mit § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Unterkünfte in angemieteten Gebäuden gegen angemessenes Entgelt oder unentgeltlich bereitgestellt werden können, wenn dadurch Trennungsgeld eingespart wird.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0610 Tit. 518 01	*2 312*	*1 648*
Kap. 0610 Tit. 518 55	*20*	*-*
Zusammen	*2 332*	*1 648*

F ***519 01*** *-042*	*Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen*	*200*	*200*	*303*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0610 Tit. 519 01	*200*	*303*

F ***525 01*** *-042*	*Aus- und Fortbildung*	*2 172*	*1 622*	*1 514*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0610 Tit. 525 01	*1 622*	*1 514*
Kap. 0610 Tit. 525 55	*591*	*462*
Zusammen	*2 213*	*1 976*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F **527 01** -042	*Dienstreisen*	*8 522*	*8 522*	*9 267*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0610 Tit. 527 01	*8 522*	*9 267*

F **532 01** -042	*Aufträge und Dienstleistungen im Bereich Informationstechnik*	*12 994*	*13 855*	*6 213*

Verpflichtungsermächtigung... 6 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 4 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 2 000 T€

Haushaltsvermerk:

1. *Einnahmen aus der Erstattung von Kosten für finanzteilige Projekte (z. B. nach Königsteiner Schlüssel) sowie für die Abgabe von Individualsoftware fließen den Ausgaben zu.*
2. *Nach § 63 Abs. 4 BHO wird zugelassen, dass die Software FISH (Forensisches Informationssystem Handschriften) an in- und ausländische **Polizeidienststellen, Justizbehörden** und sonstige interessierte Dienststellen unentgeltlich abgegeben wird.*
3. ***Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass polizeifachliche Software an in- und ausländische Polizei-, Justiz- und sonstige interessierte Dienststellen unentgeltlich abgegeben werden darf. Dies gilt auch für erworbene Software. Für erworbene lizenzen an Standard-Software ist die jeweilige Lizenzvereinbarung maßgebend.***

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0610 Tit. 532 55	*13 855*	*6 213*

F **532 02** -042	*Behördenspezifische fachbezogene Verwaltungsausgaben (ohne IT)*	*1 235*	*1 235*	*2 166*

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass die Fahndungshilfsmittel an in- und ausländische Polizei-, Justiz- und sonstige interessierte Dienststellen unentgeltlich abgegeben werden.

Erläuterungen:

Besondere Fahndungskosten, Kosten für Fahndungshilfsmittel und kriminalpolizeiliche Fachtagungen.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0610 Tit. 532 02	*1 235*	*2 166*

0624 Bundeskriminalamt

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F ***532 03*** *-042*	*Sonstige Dienstleistungsaufträge an Dritte*	*1 670*		

Erläuterungen:

Ausgaben für die Vergabe von Übersetzungsarbeiten und die Inanspruchnahme von Dolmetscherinnen und Dolmetschern.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0610 Tit. 526 02	*1 870*	*1 949*

F ***539 99*** *-042*	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*460*	*460*	*548*

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Dienstunfallausgleich und Entschädigungen an Dritte aufgrund rechtlicher Verpflichtungen	*130*
2. Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern	*100*
3. Auslagen für Vorstellungsreisen	*70*
4. Umzugskosten	*90*
5. Sonstiges	*70*
Zusammen	*460*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0610 Tit. 539 99	*460*	*548*

F ***544 01*** *-042*	*Forschung, Untersuchungen und Ähnliches*	*2 649*	*4 049*	*2 391*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0610 Tit. 544 01	*4 049*	*2 391*

F ***681 08*** *-142*	*Studienbeihilfen für Nachwuchskräfte geringeren Umfangs*	*-*	*41*	*84*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0610 Tit. 681 01	*41*	*84*

F ***687 01*** *-042*	*Unterstützungsmaßnahmen für ausländische Polizeien zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität und des internationalen Terrorismus Ausland*	*1 365*	*1 324*	*604*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0610 Tit. 687 01	*1 324*	*604*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F **711 01** -042	*Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten*	*800*	*800*	*1 049*

Erläuterungen:

Einjährige Maßnahmen	1 000 €
Sonstige kleine Baumaßnahmen	800

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0610 Tit. 711 01	800	1 049

F **712 01** -042	*Baumaßnahmen von mehr als 2 000 000 € im Einzelfall*	*10 500*	*10 500*	*7 983*

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamtausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Nach 2013 übertragene Ausgabereste 1 000 €	Veranschlagt 2014 1 000 €	Vorbehalten für 2015 ff 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7
1. Instandsetzung/Herrichtung W3	40 598	31 951	4 500	1 340	2 000	807
2. Sanierung Brandschutz, W1	13 573		1 200	4 500	1 000	6 873
4. Rückbau KT-Gebäude, W1	36 231		4 800	10 281	7 500	13 650
Zusammen	90 402	31 951	10 500	16 121	10 500	21 330

Für die Maßnahmen liegt die ES-Bau noch nicht vollständig vor. Die Ausgaben werden wegen ihrer Dringlichkeit veranschlagt (§ 24 Abs. 3 BHO).

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0610 Tit. 712 01	10 500	7 983

F **811 01** -042	*Erwerb von Fahrzeugen*	*3 885*	*3 877*	*2 749*

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Neubeschaffung	
2 Pkw	70
2. Ersatzbeschaffung	
51 Pkw, 2 KPSF	3 815
abzgl. Mehreinnahmen bei Tit. 132 01 aus der Veräußerung von Dienst-Kfz gem. § 6 Abs. 7 HG	-
Zusammen	3 885

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0610 Tit. 811 01	3 877	2 749

F **812 01** -042	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)*	*2 540*	*4 430*	*3 113*

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben für die Beschaffung von Geräten sowie Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für kriminalpolizeiliche und Verwaltungszwecke dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 132 01.

0624 Bundeskriminalamt

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 812 01

Erläuterungen:

Einjährige Maßnahmen	*1 000 €*
1. Ersatz/Neu im Bereich Physik und Chemie	*220*
2. Ersatz/Neu im Bereich Schusswaffen/Werkstofftechnik	*180*
3. Ersatz/Neu im Bereich Biologie/Toxikologie	*110*
4. Sonstiger Ersatz/Neu von kriminaltechnischem Gerät	*270*
5. Einsatztechnik für operative Maßnahmen	*1 020*
6. Ausrüstung Entschärfereinsätze und Tatortarbeit	*200*
7. Sonstiger Ersatz/Neu von kriminalpolizeilichem Gerät	*360*
8. Arbeitsplatzausstattungen (Ersatz/Neu)	*60*
9. Sonstiger Ersatz/Neu von Verwaltungsgerät	*120*
Zusammen	*2 540*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0610 Tit. 812 01	*4 430*	*3 113*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***812 02*** *-042*	*Erwerb von Anlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Software im Bereich Informationstechnik*	*16 923*	*17 696*	*9 712*

Verpflichtungsermächtigung..

fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 4 500 T€

Haushaltsvermerk:

1. *Mehrausgaben für die Beschaffung von Datenverarbeitungsanlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Software dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 132 01.*
2. *Einnahmen aus der Erstattung von Kosten für finanzteilige Projekte (z. B. nach Königsteiner Schlüssel) fließen den Ausgaben zu.*
3. *Es wird zugelassen, dass die zur Nutzung für Verbindungsbeamte des Bundeskriminalamtes (VB) beschafften IT-Geräte unentgeltlich in das Verwaltungsvermögen des Auswärtigen Amtes übertragen werden.*
4. ***Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass polizeifachliche Software an in- und ausländische Polizei-, Justiz- und sonstige interessierte Dienststellen unentgeltlich abgegeben werden darf. Dies gilt auch für erworbene Software. Für erworbene Lizenzen an Standard-Software ist die jeweilige Lizenzvereinbarung maßgebend.***

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Erstbeschaffung	
1.1 Hardware	*1 000*
1.2 Software	*500*
2. Ersatzbeschaffung	
2.1 Hardware	*13 423*
2.2 Software	*2 000*
Zusammen	*16 923*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0610 Tit. 812 55	*17 696*	*9 712*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel

F 511 55 -042	*Geschäftsbedarf und Datenübertragung sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Software, Wartung*		*17 703*	*18 707*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0610 Tit. 511 55	*17 703*	*18 707*

F 518 55 -042	*Miete für Datenverarbeitungsanlagen, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Maschinen, Software*		*20*	*-*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0610 Tit. 518 55	*20*	*-*

F 525 55 -042	*Aus- und Fortbildung*		*591*	*462*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0610 Tit. 525 55	*591*	*462*

F 526 01 -042	*Gerichts- und ähnliche Kosten*		*44*	*42*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0610 Tit. 526 01	*44*	*42*

F 526 02 -042	*Sachverständige*		*1 950*	*2 029*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0610 Tit. 526 02	*1 950*	*2 029*

F 543 01 -042	*Veröffentlichung und Dokumentation*		*288*	*103*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0610 Tit. 543 01	*288*	*103*

0624 Bundeskriminalamt

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 634 03 -042	*Zuweisungen an den Versorgungsfonds*		*2 830*	*2 614*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0610 Tit. 634 03	*2 830*	*2 614*

Vorbemerkung

Die Bundespolizei wird in bundeseigener Verwaltung geführt und untersteht dem Bundesministerium des Innern. Organisation und Aufgaben sind im Bundespolizeigesetz vom 19. Oktober 1994 (BGBl. I S. 2978, 2979), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 20. Juni 2013 (BGBl. I S. 1602), geregelt.

Die vielfältigen Aufgaben der Bundespolizei sind im Gesetz über die Bundespolizei, aber auch in anderen Rechtsvorschriften, wie z. B. dem Aufenthaltsgesetz und dem Luftsicherheitsgesetz, geregelt.

Danach obliegen der Bundespolizei:

1. der grenzpolizeiliche Schutz des Bundesgebietes,
2. die Gefahrenabwehr auf dem Gebiet der Bahnanlagen der Eisenbahnen des Bundes,
3. der Schutz vor Angriffen auf die Sicherheit des Luftverkehrs einschließlich Sicherheitsmaßnahmen an Bord deutscher Luftfahrzeuge und ausgewählte Aufgaben der Luftfrachtsicherheit (Transferfrachtkontrollen),
4. der Schutz von Verfassungsorganen des Bundes und von Bundesministerien,
5. die Unterstützung des Auswärtigen Amtes beim Schutz deutscher Auslandsvertretungen,
6. der Einsatz im Ausland für polizeiliche oder andere nichtmilitärische Zwecke auf Ersuchen der UN, der EU oder WEU,
7. die Durchführung von Maßnahmen nach dem Völkerrecht auf See außerhalb des Küstenmeeres,
8. die Unterstützung der Länder in Fällen von besonderer Bedeutung,
9. die Hilfeleistung bei Naturkatastrophen oder schweren Unglücksfällen,
10. die Verfolgung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten sowie
11. der Vollzug von Rückführungsmaßnahmen ausreisepflichtiger ausländischer Staatsangehöriger einschließlich der Passersatzbeschaffung für einzelne Drittstaaten.

0625 Bundespolizei

Überblick zum Kapitel 0625	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	387 836	387 836	-		348 351
Übrige Einnahmen	400	400	-		25 307
Gesamteinnahmen	388 236	388 236	-		373 658
Ausgaben					
Personalausgaben	1 677 475	1 687 843	-10 368		1 613 610
Sächliche Verwaltungsausgaben	341 168	365 016	-23 848	10 921	369 344
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	328 159	325 028	+3 131	421	319 127
Ausgaben für Investitionen	150 082	166 666	-16 584	44 167	147 147
Gesamtausgaben	2 496 884	2 544 553	-47 669	55 509	2 449 228
davon flexibilisiert	2 051 104	2 096 584	-45 480	55 509	2 006 202
davon nicht flexibilisiert	445 780	447 969	-2 189		443 026

Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014

Verpflichtungsermächtigung	270 581 T€
davon fällig:	
im Haushaltsjahr 2015 bis zu	60 089 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu	50 290 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu	45 455 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu	23 755 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu	13 755 T€
im Haushaltsjahr 2020 bis zu	13 755 T€
im Haushaltsjahr 2021 bis zu	10 255 T€
im Haushaltsjahr 2022 bis zu	10 255 T€
im Haushaltsjahr 2023 bis zu	10 255 T€
im Haushaltsjahr 2024 bis zu	10 255 T€
im Haushaltsjahr 2025 bis zu	2 042 T€
im Haushaltsjahr 2026 bis zu	2 042 T€
im Haushaltsjahr 2027 bis zu	2 042 T€
im Haushaltsjahr 2028 bis zu	2 042 T€
im Haushaltsjahr 2029 bis zu	2 042 T€
im Haushaltsjahr 2030 bis zu	2 042 T€
im Haushaltsjahr 2031 bis zu	2 042 T€
im Haushaltsjahr 2032 bis zu	2 042 T€
im Haushaltsjahr 2033 bis zu	2 042 T€
im Haushaltsjahr 2034 bis zu	2 042 T€
ab dem Haushaltsjahr 2035 bis zu	2 042 T€

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
111 01 -042	Gebühren, sonstige Entgelte	2 000	1 850	2 056

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Ausnahmesichtvermerke	1 050
2. Reiseausweis als Passersatz nach § 2 Abs. 1 Nr. 10 DVPassG und § 14 Abs. 1 Nr. 3 DVAuslG	950
Zusammen	2 000

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
111 02 -042	Luftsicherheitsgebühr	378 786	378 786	329 183
111 03 -042	Erstattungen für Einsätze der Bundespolizei nach § 11 Abs. 1 BPolG, bei Katastrophen, Unglücks- und Notfällen sowie Unterstützungsleistungen und sonstige Hilfsmaßnahmen	-	-	5 786

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 422 01, 511 01, 514 01, 514 11 und 527 01.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
112 01 -042	Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten	3 500	3 000	3 680

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Geldbußen nach Bundesdisziplinarrecht	100
2. Verwarnungs- und Bußgelder	3 400
Zusammen	3 500

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
119 99 -042	Vermischte Einnahmen	2 300	2 000	2 441
124 01 -042	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	50	200	13

Haushaltsvermerk:

1. Nach § 63 Abs. 4 BHO in Verbindung mit § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass

1.1 **Sporthallen und Sportplätze, soweit dienstliche Belange und die Förderung des außerdienstlichen Sports der Angehörigen der Bundespolizei nicht entgegenstehen, insbesondere Gruppennutzern und**

1.2 Unterkunftswohnraum an Angehörige der Polizeien der Länder gemäß besonderer Vereinbarung gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden.

0625 Bundespolizei

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
132 01 -042	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	1 200	2 000	5 192

Haushaltsvermerk:

1. Mehreinnahmen aus der Veräußerung von Kraftfahrzeugen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 811 01.
2. Mehreinnahmen aus der Veräußerung von Luftfahrzeugen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 811 05.
3. Mehreinnahmen aus der Veräußerung von Seefahrzeugen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 811 06.
4. Mehreinnahmen aus der Veräußerung sonstiger Geräte und beweglicher Sachen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 812 02, 812 03 und 812 04.

Übrige Einnahmen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
232 01 -042	Entgelte für die Teilnahme von bundespolizeifremden Angehörigen öffentlicher Verwaltungen an Aus- und Fortbildungslehrgängen der Bundespolizeiakademie	400	400	234

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 525 01.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Entgelte für die Teilnahme von Angehörigen der Länderpolizeien..	390
2. Entgelte für die Teilnahme sonstiger Dritter....................................	10
Zusammen..	400

Für die Teilnahme von bundespolizeifremden Angehörigen öffentlicher Verwaltungen an Aus- und Fortbildungsveranstaltungen (keine Einweisungslehrgänge) der Bundespolizeiakademie wird ein Entgelt erhoben, das Personal-, Sach- und Investitionskosten anteilig berücksichtigt.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
272 01 -042	Zuschüsse der Europäischen Union und der Vereinten Nationen	-	-	1 008

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind wegen bindender Vorgaben der EU zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 532 04 und 532 05.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
272 02 -042	Einnahmen aus Zuschüssen des Außengrenzenfonds der Europäischen Union	-	-	24 049

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind wegen bindender Vorgaben der EU zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 684 01.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
272 03 -042	Einnahmen aus Zuschüssen des Fonds für Innere Sicherheit (ISF Grenzen) der Europäischen Union	-		

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind wegen bindender Vorgaben der EU zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 685 01.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
281 01 -042	Entgelte für die Teilnahme von bundespolizeifremden Angehörigen öffentlicher Verwaltungen an Aus- und Fortbildungslehrgängen des Maritimen Schulungs- und Trainingszentrums	-	-	16

Erläuterungen:

Für die Teilnahme von bundespolizeifremden Angehörigen öffentlicher Verwaltungen an Aus- und Fortbildungsveranstaltungen des Maritimen Schulungs- und Trainingszentrums wird ein Entgelt erhoben, das Personal-, Sach- und Investitionskosten anteilig berücksichtigt.

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

1. Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.

   In die Flexibilisierung einbezogen sind auch Tit. 511 02, 517 02, 527 04, 671 03 **und 671 04.**

2. Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Kap. 0625 flexibilisierter Bereich dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: **Kap. 0611 Tit. 282 08.**

Sächliche Verwaltungsausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
518 02 -042	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	124 668	122 665	114 918

Verpflichtungsermächtigung... 84 731 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 5 319 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 5 870 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 6 385 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.. 6 385 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu.. 6 385 T€
im Haushaltsjahr 2020 bis zu.. 6 385 T€
im Haushaltsjahr 2021 bis zu.. 6 385 T€
im Haushaltsjahr 2022 bis zu.. 6 385 T€
im Haushaltsjahr 2023 bis zu.. 6 385 T€
im Haushaltsjahr 2024 bis zu.. 6 385 T€
im Haushaltsjahr 2025 bis zu.. 2 042 T€
im Haushaltsjahr 2026 bis zu.. 2 042 T€
im Haushaltsjahr 2027 bis zu.. 2 042 T€
im Haushaltsjahr 2028 bis zu.. 2 042 T€
im Haushaltsjahr 2029 bis zu.. 2 042 T€
im Haushaltsjahr 2030 bis zu.. 2 042 T€
im Haushaltsjahr 2031 bis zu.. 2 042 T€
im Haushaltsjahr 2032 bis zu.. 2 042 T€
im Haushaltsjahr 2033 bis zu.. 2 042 T€
im Haushaltsjahr 2034 bis zu.. 2 042 T€
ab dem Haushaltsjahr 2035 bis zu.. 2 042 T€

Haushaltsvermerk:

1. Erstattungen Dritter fließen den Ausgaben zu.
2. Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.

0625 Bundespolizei

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 518 02

Erläuterungen:

Von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben als Eigenbaumaßnahme zu realisierende Unterbringung (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	genehmigte Gesamtkosten 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Veranschlagt 2014 1 000 €	Vorbehalten für 2015 ff. 1 000 €	Jährlicher Mietzins 1 000 €	voraussichtliche Übergabe
1	2	3	4	5	6	7	8
2. Herrichtung des Dienstgebäudes Nr. 17 in der Bundespolizeiabteilung Bad Düben	7 620	-	4 000	3 620		479	2016
3. Grundsanierung des Dienstgebäudes Nr. 19, gemeinsame Nutzung Bundespolizeifliegerstaffel Blumberg und Fliegerstaffel Land Brandenburg und Berlin	3 900	-	-	1 000	2 900	191	2015
6. Sanierung des Stabsgebäudes im Bundespolizeiaus- und -fortbildungszentrum Neustrelitz	3 683	-	-	-	3 683	137	2015
7. Neubau einer Mehrzwecksporteinrichtung in der Bundespolizeiakademie	5 500	1 000	1 500	-	3 000	405	2016
9. Neubau des Bundespolizeipräsidiums in Potsdam	71 794	405	-	-	71 389	5 504	2018
13. Grundsanierung des Gebäudes 10 in der Bundespolizeiabteilung Blumberg	1 079		400	679	-	76	2015
14. Grundsanierung des Gebäudes 11 in der Bundespolizeiabteilung Blumberg	6 400	-	-	4 000	2 400	515	2017
15. Grundsanierung des Unterkunftsgebäudes Nr. 3 im Bundespolizeiaus- und -fortbildungszentrum Eschwege	3 809	-	100	3 400	309	277	2015
18. Grundsanierung des Dienstgebäudes 13 in der Bundespolizeidirektion Hannover	4 363	-	1 300	-	3 063	481	2015
20. Neubau zur Unterbringung der Reiterstaffel der Bundespolizeiinspektion Polizeiliche Sonderdienste	7 025	145	300	3 770	2 810	496	2015
22. Herrichtung Gebäude 3a der Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt	380	-	-	380	-	32	2015
30. Anbau Sanitätsgebäude im Bundespolizeiaus- und -fortbildungszentrum Oerlenbach	500	-	-	200	300	89	2015
32. Herrichtung Dienstgebäude des Bundespolizeireviers Bredstedt	**278**	**-**	**-**	**278**	**-**	**24**	**2015**
33. Herrichtung Dienstgebäude des Bundespolizeireviers Brunsbüttel	**1 552**	**-**	**-**	**600**	**952**	**146**	**2016**
34. An- und Umbau des Dienstgebäudes der Bundespolizeiinspektion Bad Bentheim	**1 667**	**-**	**-**	**1 667**	**-**	**152**	**2015**
35. Behindertengerechte Herrichtung der Liegenschaft Rottwerndorfer Str. 22 der Bundespolizeidirektion Pirna	**608**	**-**	**608**	**-**	**-**	**45**	**2015**
36. Neuunterbringung des Bundespolizeireviers Passau	**Investor**	**-**	**-**	**-**	**-**	**298**	**2015**
37. Neuunterbringung des Bundespolizeireviers Furth im Wald	**3 100**	**-**	**-**	**-**	**3 100**	**219**	**2015**
Zusammen	123 258	1 550	8 208	19 594	93 906	9 566	

Zu 7.:
ehemalige Bezeichnung "Dreifeldersporthalle"

Zu 9.:
Die Grunderwerbskosten betragen 3 200 T€.

Zu 13., 22., 32. und 35.:
Baumaßnahmen der BImA, für die eine Verpflichtungsermächtigung nicht erforderlich wird (§ 38 Abs. 4 BHO).

Zu 36.:
Baumaßnahme wird von einem privaten Investor durchgeführt.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
532 04 -042	Verwendung, Einsätze und Maßnahmen der Bundespolizei außerhalb des Bundesgebiets	20 866	24 877	24 100

Verpflichtungsermächtigung...

fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 1 500 T€

Haushaltsvermerk:

1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 272 01.

   Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.
2. Aus den Ausgaben können Personalausgaben für zeitlich befristete Maßnahmen sowie Ersatzbeschaffungen von auslandsspezifischer Bekleidung und Ausstattung geleistet werden.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Mandatierte polizeiliche Friedensmissionen und bilaterale polizeiliche Auslandseinsätze in internationalen Krisengebieten.............	13 420
2. Spezielle Ausrüstung für Auslandsmissionen................................	2 000
3. Grenzpolizeiliche Verbindungsbeamte, Dokumentenberater u. Ä...	5 446
Zusammen..	20 866

Aus dem Titel werden auslandsbedingte Mehraufwendungen, die der Bundespolizei bei Auslandseinsätzen, bei der Beteiligung an mandatierten internationalen Missionen der Vereinten Nationen und der Europäischen Union sowie bei bilateralen Auslandsmissionen entstehen, beglichen. Darüber hinaus werden Ausgaben im Zusammenhang mit Unterstützungsmaßnahmen für die Europäische Grenzschutzagentur FRONTEX, Ausgaben für Grenzpolizeiliche Verbindungsbeamte und Unterstützungskräfte sowie Dokumentenberater in Botschaften der Bundesrepublik Deutschland aus diesem Titel geleistet. Es sind nur die Ausgaben veranschlagt, für die keine Erstattung erfolgt.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0625 Tit. 532 01	24 877	24 100

532 05 -042	Kosten im Zusammenhang mit Projekten der Europäischen Union und der Vereinten Nationen	-	-	1 013

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 272 01.

Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)

671 01 -042	Erstattungen an Dritte für die Durchführung der Fluggast- und Reisegepäckkontrolle	300 246	300 246	278 766

0625 Bundespolizei

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
684 01 -042	Zuschüsse für Projekte aus dem Außengrenzenfonds der Europäischen Union	-	-	24 049
	Haushaltsvermerk: Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 272 02. Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.			
685 01 -042	Zuschüsse für Projekte aus dem Fonds für Innere Sicherheit (ISF Grenzen) der Europäischen Union	-		
	Haushaltsvermerk: **Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 272 03.** **Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.**			

Flexibilisierte Ausgaben

Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG

	Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3	1 677 475	1 709 112	1 627 996
	Aus Hauptgruppe 5	195 634	217 296 *10 921*	229 135
	Aus Hauptgruppe 6 ohne Titel 634 .3	27 913	3 510 *421*	1 924
	Aus Hauptgruppe 7	15 819	22 567 *21 244*	17 846
	Aus Hauptgruppe 8	134 263	144 099 *22 923*	129 301
	Zusammen	2 051 104	2 096 584 *55 509*	2 006 202
F 422 01 -042	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*1 347 518*	*1 361 143*	*1 310 871*
	Haushaltsvermerk: *1. Die Ausgaben sind in Höhe von 3 780 T€ gesperrt.* *Die Aufhebung der Sperre bedarf der Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages.* *2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 111 03.* *3. Aus den Ausgaben dürfen auch Entschädigungen für Dienstleistungen in der Zeit zwischen Dienstantritt und der Ablehnung der Einstellung als Beamter oder Aushändigung der Ernennungsurkunde geleistet werden.*			

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 422 02 -042	*Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte*	-	-	72
F 422 03 -042	*Bezüge der Anwärterinnen und Anwärter sowie Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst*	27 394	28 976	20 567
F 427 09 -042	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	11 933	11 839	10 881

Erläuterungen:

Beschäftigungsentgelte und Aufwendungen für nebenamtliche (nebenberufliche) Lehrerinnen und Lehrer für die im Rahmen der Laufbahnausbildung des mittleren Polizeivollzugsdienstes durchzuführende Unterrichtung in den allgemeinbildenden Fächern Deutsch und Politische Bildung sowie in berufsbezogener Psychologie.

F 428 01 -042	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	241 620	236 875	215 506
F 451 01 -042	*Zuschüsse an Kantineneinrichtungen Dritter*	245	245	226
F 453 01 -042	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	11 773	11 773	16 564
F **511 01** -042	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände, Software, Wartung*	30 206	12 403	11 077

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 111 03.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0625 Tit. 511 55	*15 004*	*16 843*

Mehr wegen Titelzusammenfassung im Rahmen der Neustrukturierung des Einzelplans.

F 511 02 -042	*Unterhaltung von Luftsicherheitskontrollgerät*	22 200	21 800	18 276
F 514 01 -042	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*	47 067	47 067	49 730

Haushaltsvermerk:

1. *Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 111 03.*
2. *Einnahmen aus Schadenersatzleistungen Dritter fließen den Ausgaben zu.*
3. *Nach § 63 Abs. 4 BHO in Verbindung mit § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Hubschrauber der Bundespolizei und die mit ihrem Einsatz zusammenhängenden Leistungen Dritter nach Maßga-*

0625 Bundespolizei

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 514 01

be von Richtlinien, die der Einwilligung des Bundesministeriums der Finanzen bedürfen, auch unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden.

F 517 01 -042	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	*44 646*	*44 646*	*51 226*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Bewirtschaftung im Rahmen des Einheitlichen Liegenschaftsmanagement der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben...................	*31 573*
2. Bewirtschaftung im Rahmen der Unterbringung auf Bahnhöfen, Flug- und Seehäfen (§ 62 BPolG/§ 8 LuftSIG................................	*12 991*
3. Sonstige Bewirtschaftungskosten..	*82*
Zusammen..	*44 646*

F 517 02 -042	*Kosten für die Bewachung von Dienstgebäuden*	*5 700*	*5 700*	*6 944*
F 518 01 -042	*Mieten und Pachten*	*5 015*	*25 180*	*25 717*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0625 Tit. 518 55	*1 715*	*3 043*

Weniger wegen Ausgliederungen zu Kap. 0625 Tit. 671 04.

F 519 01 -042	*Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen*	*3 477*	*3 477*	*3 071*
F 525 01 -042	*Aus- und Fortbildung*	*6 304*	*5 500*	*5 408*

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 232 01.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0625 Tit. 525 55	*804*	*230*

F 527 01 -042	*Dienstreisen*	*6 700*	*6 700*	*12 521*

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 111 03.

F 527 04 -042	*Dienstreisekosten für Flugsicherheitsbegleiter der Bundespolizei und im Zusammenhang mit der Rückführung ausreisepflichtiger Ausländer*	*6 800*	*6 800*	*5 785*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F **532 01** *-042*	*Aufträge und Dienstleistungen im Bereich Informationstechnik*	*3 430*	*5 361*	*3 761*

Verpflichtungsermächtigung... 3 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 1 500 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 1 500 T€

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0625 Tit. 532 55	*5 361*	*3 761*

F **532 02** *-042*	*Behördenspezifische fachbezogene Verwaltungsausgaben (ohne IT)*	*720*	*720*	*703*

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, ***dass Präventionsmittel unentgeltlich abgegeben werden.***

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für Kriminalprävention und Kriminalitätsbekämpfung.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0625 Tit. 532 03	*720*	*703*

F *539 99* *-042*	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*6 000*	*6 000*	*6 139*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Besondere Kosten im Rahmen der grenzpolizeilichen Kontrolle (z. B. Einsatz von Dolmetscherinnen und Dolmetschern, Ermittlungsverfahren, Flugkosten rückzuführender mittelloser Ausländerinnen und Ausländer, Beschaffung von Heimreisedokumenten nach § 71 Abs. 3 Nr. 7 AufenthG, Maßnahmen zur Förderung der operativen Zusammenarbeit mit Grenz- und Migrationsbehörden von Herkunftsstaaten in Rückführungsangelegenheiten)................	*4 600*
2. Sonstiges...	*1 400*
Zusammen...	*6 000*

F *544 01* *-042*	*Forschung, Untersuchungen und Ähnliches*	*-*	*400*	*214*
F *671 03* *-042*	*Ausgaben im Zusammenhang mit Sicherungsmaßnahmen auf den Verkehrsflughäfen*	*3 500*	*3 500*	*1 914*

Verpflichtungsermächtigung...

fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 1 000 T€

Erläuterungen:

Beschaffung technischer Geräte zur Überwachung und Kontrolle von Fluggästen und deren Gepäck auf Flughäfen, auf denen die Länder im Auftrag des Bundes die Luftsicherheitsaufgaben wahrnehmen.

0625 Bundespolizei

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu flexibilisierte Ausgaben			
F 671 04 -042	*Erstattungen von Selbstkosten gemäß § 62 BPolG und § 8 LuftSiG*	*24 380*		

Verpflichtungsermächtigung... 38 700 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 3 870 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu... 3 870 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu... 3 870 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu... 3 870 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu... 3 870 T€
im Haushaltsjahr 2020 bis zu... 3 870 T€
im Haushaltsjahr 2021 bis zu... 3 870 T€
im Haushaltsjahr 2022 bis zu... 3 870 T€
im Haushaltsjahr 2023 bis zu... 3 870 T€
im Haushaltsjahr 2024 bis zu... 3 870 T€

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Erstattung von Selbstkosten für die Überlassung von Flächen gemäß § 62 Abs. 3 BPolG sowie § 8 LuftSIG	
1.1 Unterbringung auf Bahnhöfen..	4 990
1.2 Unterbringung auf Flughäfen...	14 675
1.3 Unterbringung auf Seehäfen..	184
2. Selbstkosten für die Inanspruchnahme von sonstigen Einrichtungen und Leistungen gemäß § 62 Abs. 4 BPolG......................	4 531
Zusammen...	24 380

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 681 08 -042	*Studienbeihilfen für Nachwuchskräfte geringeren Umfangs*	20		
F **684 09** -042	Mitgliedsbeiträge und sonstige Zuschüsse an Verbände, Vereine und ähnliche Institutionen geringeren Umfangs	10	10	10

Erläuterungen:

Zur Förderung der Vereinigung der Bundespolizei-Kameradschaften e. V. nach Richtlinien des BMI, die der Einwilligung des BMF bedürfen (Zuschüsse für Geschäftsführung, Ehrengaben und Preise, Veranstaltungen, sonstige vermischte Ausgaben).

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0625 Tit. 684 02	10	10

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 687 09 -042	Mitgliedsbeiträge und sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Ausland geringeren Umfangs	3	3	2

Erläuterungen:

Bezeichnung der Organisation Rechtsgrundlage und Zweck der Mitgliedschaft	Mitgliedsbeitrag der Bundesrepublik Deutschland (Pflichtleistungen) in Prozent	in Tausend-Fremdwährung (gerundet)	in 1 000 € (gerundet)	Besondere (freiwillige) Leistungen außerhalb des Mitgliedsbeitrags in 1 000 € (gerundet)	Zusammen Spalte 4 + 5 in 1 000 €
1	2	3	4	5	6
Organisation für europäische Zusammenarbeit in bahnpolizeilichen Angelegenheiten (COLPOFER)...	6,7	-	2	1	3
Rechtsgrundlage: Vereinbarung					
Zweck: Internationale bahnpolizeiliche Zusammenarbeit					

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 687 09

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0625 Tit. 687 01	*3*	*2*

F 711 01 -042	*Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten*	*11 760*	*11 760*	*7 246*

Verpflichtungsermächtigung...

fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 5 000 T€

Erläuterungen:

Einjährige Maßnahmen	*1 000 €*
1. Bundespolizeiinspektion Flughafen Stuttgart Baukostenzuschuss für zwei Luftsicherheitskontrollstellen	*1 250*
2. Bundespolizeidirektion Flughafen Frankfurt/Main bauliche Absicherung Gebäude 519	*330*
3. Sonstige Baumaßnahmen	*815*
Zusammen	*2 395*

Mehrjährige Maßnahmen *(davon neue Maßnahmen in Fettdruck)*	*Gesamtausgaben des Bundes 1 000 €*	*Verausgabt bis 2012 1 000 €*	*Bewilligt 2013 1 000 €*	*Nach 2013 übertragene Ausgabereste 1 000 €*	*Veranschlagt 2014 1 000 €*	*Vorbehalten für 2015 ff 1 000 €*
1	*2*	*3*	*4*	*5*	*6*	*7*
1. Bundespolizeirevier Bonn Baukostenzuschuss für Unterbringung am Bahnhof	***832***	***50***	***400***	***-***	***382***	***-***
2. Bundespolizeirevier Essen Baukostenzuschuss für Unterbringung am Bahnhof	*913*	*59*	*688*	*-*	*166*	*-*
3. Bundespolizeirevier Saarbrücken Baukostenzuschuss für Unterbringung am Bahnhof	*2 258*	*171*	*1 200*	*-*	*887*	*-*
4. Bundespolizeirevier Halle Baukostenzuschuss für Unterbringung am Bahnhof	*950*	*-*	*450*	*-*	*500*	*-*
5. Bundespolizeiinspektion Frankfurt/M. Erweiterung teilautomatisierter Kontrollstellen Flughafen Frankfurt/M.	*800*	*-*	*200*	*-*	*100*	*500*
6. Bundespolizeirevier Kempten Absicherungsmaßnahmen	***500***	***-***	***-***	***-***	***-***	***500***
7. Bundespolizeirevier Oberhausen Herrichtung Diensträume	*617*	*438*	*102*	*77*	*-*	*-*
8. Bundespolizeirevier Erfurt Absicherungsmaßnahmen	*872*	*155*	*442*	*275*	*-*	*-*
9. Bundespolizeiinspektion Leipzig Errichtung Umkleide- und Sanitärräume	*607*	*71*	*536*	*-*	*-*	*-*
10. Bundespolizeiinspektion Düsseldorf Baukostenzuschuss für Unterbringung am Bahnhof	***1 000***	***-***	***300***	***-***	***700***	***-***
11. Bundespolizeidirektion Berlin Baukostenzuschuss für Bundespolizeiinspektion am Flughafen BER	*1 130*	*763*	*-*	*-*	*-*	*367*
12. Ressortmittelanteil für KP II-Maßnahmen	*2 880*	*2 195*	*-*	*685*	*-*	*-*
13. Bundespolizeirevier Cottbus Baukostenzuschuss für Unterbringung am Bahnhof	***500***	***-***	***150***	***-***	***300***	***50***
14. Bundespolizeidirektion Flughafen Frankfurt/M. Inspektion für Terminal 3	***2 000***	***-***	***-***	***-***	***-***	***2 000***
15. Sonstige mehrjährige Baumaßnahmen	*23 317*	*13 136*	*2 355*	*1 296*	*6 330*	*200*
Zusammen	*39 176*	*17 038*	*6 823*	*2 333*	*9 365*	*3 617*

Zu 1. bis 4., 10., 11., 13.: *Baukostenzuschüsse im Rahmen von Unterbringungsmaßnahmen auf Grundlage § 62 Abs. 3 BPolG werden nicht vom Einheitlichen Liegenschaftsmanagement erfasst und daher bei Tit. 711 01 veranschlagt.*

Zu 12.: *Leistungen aus KP II-Programm in Höhe von 19 775 T€/Programm energetische Sanierung in Höhe von 2 134 T€.*

0625 Bundespolizei

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F **712 01** *-042*	*Baumaßnahmen von mehr als 2 000 000 € im Einzelfall*	*4 059*	*10 807*	*10 600*

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen *(davon neue Maßnahmen in Fettdruck)*	*Gesamtausgaben des Bundes 1 000 €*	*Verausgabt bis 2012 1 000 €*	*Bewilligt 2013 1 000 €*	*Nach 2013 übertragene Ausgabereste 1 000 €*	*Veranschlagt 2014 1 000 €*	*Vorbehalten für 2015 ff 1 000 €*
1	*2*	*3*	*4*	*5*	*6*	*7*
1. Bundespolizeifliegerstaffel Oberschleißheim Neubau	*35 658*	*9 735*	*10 400*	*11 558*	*3 965*	*-*
2. Bundespolizeipräsidium Berlin Errichtung Hauptrechenzentrum	*5 638*	*5 435*	*-*	*203*	*-*	*-*
3. GSG 9 Sankt Augustin Umbau/Erweiterung maritime Lagerung	*2 601*	*645*	*407*	*1 455*	*94*	*-*
4. Bundespolizeiabteilung Sankt Augustin Grundsanierung Gebäude B14	*2 585*	*304*	*-*	*2 281*	*-*	*-*
5. Bundespolizeiinspektion See Neustadt in Holstein Liegenschaftsbezogenes Abwasserkonzept	*1 497*	*1 260*	*-*	*237*	*-*	*-*
6. Bundespolizeirevier Breitenau Neubau	*4 369*	*3 721*	*-*	*648*	*-*	*-*
7. Bundespolizeiinspektion Stralsund Herrichtung Gebäude 86	*4 485*	*4 479*	*-*	*6*	*-*	*-*
8. Bundespolizeiabteilung Bad Bergzabern Neubau Raumschießanlage	*1 816*	*1 760*	*-*	*56*	*-*	*-*
11. Bundespolizeiaus- und -fortbildungszentrum Eschwege Herrichtung Gebäude 5	*3 606*	*3 541*	*-*	*65*	*-*	*-*
12. Bundespolizeiaus- und -fortbildungszentrum Eschwege Herrichtung IT-Netz	*905*	*892*	*-*	*13*	*-*	*-*
Zusammen	*63 160*	*31 772*	*10 807*	*16 522*	*4 059*	*-*

Die Baumaßnahmen werden nach § 5 Dachvereinbarung zur Überführung in das Einheitliche Liegenschaftsmanagement noch von der Bundespolizei durchgeführt.

F 811 01 *-042*	*Erwerb von Fahrzeugen*	*13 860*	*17 860*	*25 433*

Verpflichtungsermächtigung........ 20 500 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu........ 7 500 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu........ 7 500 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu........ 5 500 T€

Haushaltsvermerk:

1. *Mehrausgaben für die Ersatzbeschaffung von Kraftfahrzeugen dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 132 01.*
2. *Einnahmen aus Schadenersatzleistungen Dritter, soweit sie aufgrund eines Totalschadens erfolgen, fließen den Ausgaben zu.*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
Ersatzbeschaffung	
150 Streifenfahrzeuge	*6 500*
30 Kfz verschiedener Ausführungen	*2 860*
15 Kfz Beweissicherung und Dokumentation	*3 000*
Sonstige Fahrzeuge	*1 500*
abzgl. Mehreinnahmen bei Tit. 132 01 aus der Veräußerung von Dienst-Kfz gem. § 6 Abs. 7 HG	*-*
Zusammen	*13 860*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Noch zu Titel 811 01				
	Erwerb von Kraftfahrzeugen im Rahmen der Ausstattungsnachweisung (AN) einschließlich der Kosten für Erprobung, Entwicklung, Formänderung, Güteprüfung, Übergabe, Übernahme und Transport.			
F 811 05 -042	*Erwerb von Luftfahrzeugen*	*34 200*	*34 200*	*31 887*
	Verpflichtungsermächtigung ... 34 000 T€ *davon fällig:* *im Haushaltsjahr 2015 bis zu ... 10 000 T€* *im Haushaltsjahr 2016 bis zu ... 10 000 T€* *im Haushaltsjahr 2017 bis zu ... 3 500 T€* *im Haushaltsjahr 2018 bis zu ... 3 500 T€* *im Haushaltsjahr 2019 bis zu ... 3 500 T€* *im Haushaltsjahr 2020 bis zu ... 3 500 T€*			
	Haushaltsvermerk: *Mehrausgaben für die investive Instandsetzung von Luftfahrzeugen dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 132 01.*			
	Erläuterungen: *Für Ersatz von Luftfahrtgerät und Zubehör im Rahmen der Ausstattungsnachweisung einschl. der Kosten für Entwicklung, Güteprüfung, Übergabe, Übernahme und Transport.*			
F 811 06 -042	*Erwerb von Seefahrzeugen*	*1 750*	*1 750*	*1 122*
	Verpflichtungsermächtigung ... 3 150 T€ *davon fällig:* *im Haushaltsjahr 2015 bis zu ... 1 400 T€* *im Haushaltsjahr 2016 bis zu ... 1 050 T€* *im Haushaltsjahr 2017 bis zu ... 700 T€*			
	Haushaltsvermerk: *Mehrausgaben für die Ersatzbeschaffung von Seefahrzeugen dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 132 01.*			
	Erläuterungen: *Für den Ersatz von Schiffsgerät und Zubehör im Rahmen der Ausstattungsnachweisung einschl. der Kosten für Entwicklung, Güteprüfung, Übergabe, Übernahme und Transport.*			
F **812 01** -042	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)*	*12 951*	*12 951*	*18 202*
	Verpflichtungsermächtigung ... 11 000 T€ *davon fällig:* *im Haushaltsjahr 2015 bis zu ... 4 000 T€* *im Haushaltsjahr 2016 bis zu ... 3 500 T€* *im Haushaltsjahr 2017 bis zu ... 3 500 T€*			
	Haushaltsvermerk: *Aus dem Ansatz sind mindestens 30 T€ für das maritime Schulungs- und Trainingszentrum der Bundespolizei aufzuwenden.*			

0625 Bundespolizei

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 812 01

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Erstbeschaffung von Geräten usw.	1 506
2. Ersatzbeschaffung von Geräten usw.	3 123
3. Erwerb von Einsatz- und Dienstkleidung	8 322
Zusammen	12 951

Ausstattung der Gebäude, Räume und Anlagen der Bundespolizei mit Unterkunftsgeräten, Textilien, Büro-, Handwerkermaschinen, Verschlussraum, Essbestecken, Porzellan, Glaswaren und sonstigen Unterkunftsgeräten - einschließlich der Kosten für Güteprüfung, Übergabe, Übernahme und Transport - im Rahmen der Geräte- und Ausstattungsnachweisung.

F **812 02** -042	*Erwerb von Anlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Software im Bereich Informationstechnik*	*13 130*	*18 966*	*17 070*

Verpflichtungsermächtigung .... 11 500 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 5 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 4 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu .... 2 500 T€

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben für die Ersatzbeschaffung von Datenverarbeitungsanlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen und Software dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 132 01.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Erstbeschaffung	
1.1 Hardware	4 500
1.2 Software	300
2. Ersatzbeschaffung	
2.1 Hardware	3 200
2.2 Software	4 600
3. Sonstiges	530
Zusammen	13 130

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0625 Tit. 812 55	18 966	17 070

F 812 03 -042	*Erwerb von Kontrollgerät für Luftsicherheit*	*40 200*	*40 200*	*22 373*

Verpflichtungsermächtigung .... 46 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 10 500 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 9 500 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu .... 16 000 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu .... 10 000 T€

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 132 01.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 812 04 -042	*Erwerb von Waffen und Gerät*	*17 841*	*17 841*	*12 996*

Verpflichtungsermächtigung... 10 500 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 3 500 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu... 3 500 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu... 3 500 T€

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 132 01.

Erläuterungen:

Einjährige Maßnahmen	*1 000 €*
1. Werkstättengerät für Bereichswerkstätten.......................................	*425*
2. Werkstättengerät für Luftfahrzeuge...	*280*
3. Werkstättengerät für Seefahrzeuge..	*10*
4. Waffen und Gerät..	*8 009*
5. Fernmeldegerät...	*9 117*
Zusammen..	*17 841*

Erwerb im Rahmen der Ausstattungsnachweisung (AN) einschl. der Kosten für Entwicklung, Erprobung, Güteprüfung, Übergabe, Übernahme und Transport.

Titelgruppe 01

Tgr. 01	Sanitätswesen und Heilfürsorge	(44 692)	(44 692)	
F ***443 13*** *-840*	*Kosten der Heilfürsorge*	*36 992*	*36 992*	*38 923*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Entgelte für Vertragsärztinnen und Vertragsärzte sowie Fachärztinnen und Fachärzte einschließlich Sachleistungen..............	*11 900*
2. Kosten der zahnärztlichen Behandlung und Entgelte für Vertrauensärztinnen und Vertrauensärzte...	*5 900*
3. Kosten für Krankenhausbehandlungen einschließlich Arzt- und Nebenkosten..	*13 000*
4. Kosten für Leistungen zur Vorsorge oder Rehabilitation und besonderer Heilverfahren..	*2 982*
5. Röntgen- und Laboratoriumsuntersuchungen einschließlich Blutgruppenbestimmungen..	*10*
6. Kosten für physikalische Leistungen und Massagen....................	*1 600*
7. Kosten für Hilfsmittel..	*750*
8. Fahrtkosten..	*500*
9. Arbeitsmedizinische Untersuchungen..	*50*
10. Sonstiges..	*300*
Zusammen..	*36 992*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0625 Tit. 443 23	*36 992*	*38 923*

0625 Bundespolizei

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F **511 11** -042	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände, Software, Wartung*	*69*	*69*	*86*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0625 Tit. 511 21	*69*	*86*

F **514 11** -042	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*	*7 300*	*7 300*	*7 595*

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 111 03.

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Arznei-, Verbands- und Desinfektionsmittel	*6 800*
2. Orthopädische und andere Hilfsmittel	*500*
Zusammen	*7 300*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0625 Tit. 514 21	*7 300*	*7 595*

F **812 13** -042	*Erwerb von Sanitätsgerät*	*331*	*331*	*218*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0625 Tit. 812 22	*331*	*218*

Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel

282 08 -042	Einnahmen aus Prämienzahlungen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben		-	-
F 511 55 -042	*Geschäftsbedarf und Datenübertragung sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Software, Wartung*		*15 004*	*16 843*
F 518 55 -042	*Miete für Datenverarbeitungsanlagen, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Maschinen, Software*		*1 715*	*3 043*
F 525 55 -042	*Aus- und Fortbildung*		*804*	*230*
F 526 01 -042	*Gerichts- und ähnliche Kosten*		*170*	*333*

	Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F	*526 02 -042*	*Sachverständige*		*230*	*258*
	542 01 -013	Öffentlichkeitsarbeit		178	178
F	*545 01 -042*	*Konferenzen, Tagungen, Messen und Ausstellungen*		*250*	*175*
F	*634 03 -042*	*Zuweisungen an den Versorgungsfonds*		*21 269*	*14 386*

Vorbemerkung

Das Bundesamt für Verfassungsschutz ist aufgrund des Gesetzes über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes vom 27. September 1950 (BGBl. I S. 682) als Bundesoberbehörde errichtet worden; es ist Zentralstelle im Sinne des Art. 87 Abs. 1 Satz 2 des Grundgesetzes.

Sitz des im Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern errichteten Bundesamtes für Verfassungsschutz ist Köln.

Die Aufgaben des Bundesamtes für Verfassungsschutz sind durch das Gesetz über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes und über das Bundesamt für Verfassungsschutz (Bundesverfassungsschutzgesetz) vom 20. Dezember 1990 (BGBl. I S. 2970), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 20. Juni 2013 (BGBl. I S. 1602), festgelegt.

Gemäß § 3 Abs. 1 Bundesverfassungsschutzgesetz sammelt das Bundesamt für Verfassungsschutz gemeinsam mit den Landesbehörden für Verfassungsschutz Informationen über

1. Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben,
2. sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten für eine fremde Macht,
3. Bestrebungen, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden,
4. Bestrebungen, die gegen den Gedanken der Völkerverständigung, insbesondere gegen das friedliche Zusammenleben der Völker gerichtet sind,

und wertet diese aus.

Ferner wirkt das Bundesamt für Verfassungsschutz gem. § 3 Abs. 2 Bundesverfassungsschutzgesetz beim Geheim- und Sabotageschutz mit.

Überblick zum Kapitel 0626	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Ausgaben					
Sächliche Verwaltungsausgaben	209 712	206 632	+3 080	10 269	209 714
Gesamtausgaben	209 712	206 632	+3 080	10 269	209 714
davon nicht flexibilisiert	209 712	206 632	+3 080	10 269	209 714

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Ausgaben

Sächliche Verwaltungsausgaben

541 01 -047	Zuschuss an das Bundesamt für Verfassungsschutz	209 712	206 632 *10 269*	209 714

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben, soweit sie im Wirtschaftsplan als übertragbar bezeichnet sind, sind übertragbar.
2. Die Mittel werden nach einem gem. § 10 a Abs. 2 BHO gebilligten Wirtschaftsplan bewirtschaftet, dessen Einzelansätze, Planstellen und Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verbindlich sind.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0609 Tit. 541 01	206 632	209 714

0628 Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe

Vorbemerkung

Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) wurde am 1. Mai 2004 als Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern (BMI) mit Sitz in Bonn errichtet.

Originärer Auftrag des Bundes ist der Schutz der Zivilbevölkerung. Das BBK unterstützt deshalb Bund, Länder und Kommunen auf den Gebieten des Bevölkerungsschutzes und der Katastrophenhilfe, die ihm per Gesetz oder Erlass übertragen wurden und entwickelt diese Bereiche weiter. Zentrale Grundlage hierzu ist das Zivilschutz und Katastrophenhilfegesetz (ZSKG). Hieraus ergeben sich im Wesentlichen folgende Aufgaben für das BBK:

1. Betrieb des gemeinsamen Lagezentrums des Bundes und der Länder (GMLZ), insbesondere für den Bereich Lageerfassung und -bewertung sowie Nachweis und Vermittlung von Engpassressourcen.
2. Mitwirkung bei der Warnung der Bevölkerung.
3. Entwicklung mehrstufiger länder- und ressortübergreifender Planungs-, Schutz- und Gefahrenabwehrkonzepte im Zusammenhang mit außergewöhnlichen Gefahren- und Schadenslagen.
4. Erarbeitung von Gefährdungsbewertungen, Analysen und Schutzkonzepte im Bereich der kritischen Infrastrukturen in enger Kooperation mit öffentlichen und privaten Institutionen.
5. Durchführung von Aufgaben im Bereich der technisch-wissenschaftliche Forschung auf dem Gebiet des Bevölkerungsschutzes.
6. Ausbildung des mit Fragen der zivilen Verteidigung befassten Personals sowie der Führungs- und Ausbildungskräfte des Katastrophenschutzes an der eigenen Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ).
7. Entwicklung von Ausbildungsinhalten des Zivilschutzes und des Selbstschutzes in Abstimmung mit den Bundesressorts und den Ländern.
8. Ausstattungsergänzung der nach Landesrecht im Katastrophenschutz mitwirkenden Einheiten und Einrichtungen für den Verteidigungsfall.
9. Projektdurchführung im Rahmen der internationalen Katastrophenhilfe.

Überblick zum Kapitel 0628	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	110	110	-		158
Übrige Einnahmen	5 122	5 122	-		11 194
Gesamteinnahmen	5 232	5 232	-		11 352
Ausgaben					
Personalausgaben	15 622	14 932	+690		15 575
Sächliche Verwaltungsausgaben	39 912	42 922	-3 010	8 420	44 283
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	6 739	7 039	-300		6 475
Ausgaben für Investitionen	36 802	34 670	+2 132	26 820	42 682
Besondere Finanzierungsausgaben	-	-	-		-
Gesamtausgaben	99 075	99 563	-488	35 240	109 015
davon flexibilisiert	63 389	63 082	+307	35 240	70 755
davon nicht flexibilisiert	35 686	36 481	-795		38 260
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung	59 515 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu	11 270 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu	21 075 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu	17 690 T€				
im Haushaltsjahr 2018 bis zu	4 880 T€				
im Haushaltsjahr 2019 bis zu	4 600 T€				

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
119 99 -045	Vermischte Einnahmen	100	100	35
132 01 -045	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	10	10	123

Haushaltsvermerk:

1. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass die im Rahmen der Neukonzeption des Katastrophenschutzes im Zivilschutz entbehrlich gewordenen Fahrzeuge des ergänzenden Katastrophenschutzes und Ausstattungsgegenstände unentgeltlich den Trägern des Katastrophenschutzes überlassen werden.
2. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass ausgesonderte Fahrzeuge und Ausstattungsgegenstände des ergänzenden Katastrophenschutzes unentgeltlich an die Hilfsorganisationen abgegeben werden.
3. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass vorhandenes Sanitätsmaterial im Rahmen humanitärer Hilfsaktionen und an die Bundesländer abgegeben wird.

Erläuterungen:

Veräußerung von unbrauchbar oder entbehrlich gewordenen Geräten und Ausstattungsgegenständen sowie von Altmaterial und dergleichen.

Übrige Einnahmen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
272 09 -045	Einnahmen aus Zuschüssen der Europäischen Union	-	-	420

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind wegen bindender Vorgaben der EU zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: **427 09, 525 01, 544 01 und 632 01.**

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
281 01 -045	Sonstige Erstattungen aus dem Inland	5 122	5 122	10 774

Haushaltsvermerk:

1. Mehreinnahmen zu Nr. 2 der Erläuterungen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: **525 01** und 532 45.
2. Es wird zugelassen, dass mit Einwilligung des Bundesministeriums der Finanzen auf die Erstattung der Kosten der Personalausgaben für das fliegende Personal verzichtet werden kann.
3. Es wird zugelassen, dass auf die Geltendmachung der Ansprüche des Bundes verzichtet wird, wenn ein Totalschaden oder ein sonstiger Schaden an einem Hubschrauber des Katastrophenschutzes ohne Verschulden eines Dritten entstanden ist.

0628 Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 281 01

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Erstattungen für die Inanspruchnahme von Fahrzeugen des Katastrophenschutzes, die auf Kosten des Bundes unterhalten werden	-
2. Nach dem Zivilschutz und Katastrophenhilfegesetz (ZSKG) stehen die für den Verteidigungsfall beschafften Hubschrauber auch bei friedensmäßigen Katastrophen und im Rettungsdienst zur Verfügung. Die dabei entstehenden Kosten sind dem Bund gemäß § 29 Abs. 4 ZSKG von den Trägern zu erstatten	5 122
Zusammen	5 122

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
381 01 -890	Leistungen von Bundesbehörden zur Durchführung von Aufträgen	-	-	(207)

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind wegen verbindlicher Vereinbarungen mit anderen Bundesbehörden zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 427 09 und 544 01.

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

1. Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.
2. Einsparungen bei folgenden Titeln: Kap. 0628 mit Ausnahme der Titel 518 .2 dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 981 01.
3. Einsparungen bei folgenden Titeln: Kap. 0628 mit Ausnahme der Titel 518 .2 dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 531 01, 532 04, 632 01, 681 02 und 684 03.
4. Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Kap. 0628 flexibilisierter Bereich dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: **Kap. 0611 Tit. 282 08.**
5. Einnahmen aus Schadenersatzleistungen Dritter fließen den Ausgaben zu, wenn sie zur Instandsetzung bestimmt sind.

Sächliche Verwaltungsausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
518 02 -045	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	3 863	3 863	2 605

Haushaltsvermerk:

Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
531 01 -045	Rückbau von Anlagen der unabhängigen Löschwasserversorgung	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Kap. 0628.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 531 01

Erläuterungen:

Aufgrund der Entwidmung der Anlagen vom öffentlichen Zivilschutzzweck besteht gemäß § 1004 Abs. 1 BGB sowie § 19 Abs. 2 Nr. 1 i. V. m. §§ 26, 28 AKG ein Anspruch der Kommunen/Länder als Grundstückseigentümer gegenüber dem Bund auf Erstattung von Beseitigungskosten für alle nach 1945 auf Veranlassung des Bundes instandgesetzten oder neu errichteten Löschwasseranlagen. Der Anspruch ist auf die Wiederherstellung des ursprünglichen Zustands beschränkt.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
532 04 -045	Vorbereitung und Durchführung der länderübergreifenden Krisenmanagementübung LÜKEX	200	325	231

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Kap. 0628.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0628 Tit. 532 02	325	231

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
532 05 -045	Bewirtschaftung und Unterhaltung sowie Rückabwicklung von öffentlichen Schutzräumen	1 460	2 060	964

Verpflichtungsermächtigung.. 300 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 200 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 100 T€

Haushaltsvermerk:

Erstattungen Dritter fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Die Gemeinden haben gemäß § 7 Abs. 1 ZSKG die öffentlichen Schutzräume zu verwalten und zu unterhalten. Mit Ausnahme der persönlichen und sächlichen Verwaltungsausgaben trägt der Bund nach Maßgabe allgemeiner Verwaltungsvorschriften die den Gemeinden für die Erhaltung der Funktionsfähigkeit öffentlicher Schutzräume entstehenden Ausgaben.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0628 Tit. 532 03	2 060	964

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
546 01 -045	Internationale Zusammenarbeit im Bevölkerungsschutz	80	80	22

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
632 01 -045	Auslandseinsätze im Rahmen des Gemeinschaftsverfahrens für Katastrophenschutz auf europäischer Ebene und im besonderen Interesse des Bundes	-	130	-

Haushaltsvermerk:

1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Kap. 0628.
2. **Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 272 09.**

0628 Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
681 02 -045	Erstattung von Schadenersatzleistungen an Dritte sowie Erstattung von Unfallversicherungsleistungen	202	242	205

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Kap. 0628.

Erläuterungen:

Erstattung von Schadensersatzleistungen an Dritte aufgrund rechtlicher Verpflichtung (Art. 104 a Abs. 2 GG i. V. m. §§ 812 ff BGB) insbesondere aus der Haltung und dem Betrieb der bundeseigenen Kraftfahrzeuge, aus sonstigen Schadensfällen bei Verschulden der Verwaltung, eines Verwaltungsangehörigen oder eines Helfers in der Durchführung des ZSKG sowie Erstattung von Leistungen, die nach den Vorschriften des SGB VII vom zuständigen gesetzlichen Unfallversicherungsträger erbracht werden.

Bezeichnung	1 000 €
1. Bundeseigene Verwaltung	2
2. Bundesauftragsverwaltung	200
Zusammen	202

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
684 02 -045	Förderung des Ehrenamtes im Bevölkerungsschutz	500	300	299

Erläuterungen:

Maßnahmen zur Förderung des Ehrenamtes.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
684 03 -045	Förderung des Selbstschutzes	50	50	20

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Kap. 0628.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
684 04 -045	Ausbildung der Bevölkerung in Selbsthilfemaßnahmen	3 800	3 900	3 619

Verpflichtungsermächtigung .... 19 500 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 3 900 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 3 900 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu .... 3 900 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu .... 3 900 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu .... 3 900 T€

Erläuterungen:

Aus- und Fortbildung der Bevölkerung in Erster Hilfe mit Selbsthilfeinhalten

Besondere Finanzierungsausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
981 01 -890	Leistungen an Bundesbehörden zur Durchführung von Aufträgen	-	-	(234)

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Kap. 0628.

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Titelgruppe 04			
Tgr. 04	Katastrophenschutz	(25 531)	(25 531)	
	Haushaltsvermerk: 1. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig. 2. Die Ausgaben sind mit folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: Tgr. 08. Erläuterungen: Die Kosten für die Ergänzung des Katastrophenschutzes werden im Rahmen des § 29 ZSKG vom Bund getragen.			
532 44 -045	Ausgaben auf Standortebene	6 286	6 286	4 997
	Erläuterungen: Es handelt sich um die pauschale Erstattung der Ausgaben für die Unterbringung der Einsatzfahrzeuge der Ergänzung des Katastrophenschutzes und der persönlichen CBRN-Schutzausrüstung sowie der Ausgaben für die ärztlichen Untersuchungen der Helferinnen und Helfer und die Gewährleistung der jederzeitigen Einsatzbereitschaft der Analytischen Task Forces zur Unterstützung der örtlichen Einsatzleitung mit Spezialtechnik bei komplexen CBRN-Lagen. Die Ausgaben für Wartung und Instandsetzung der Einsatzfahrzeuge sind bei dem entsprechenden Tit. dieser Tgr. veranschlagt.			
532 45 -045	Haltung von Luftfahrzeugen	5 122	5 122	10 381
	Haushaltsvermerk: 1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 281 01. 2. Die Mittel dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden. Erläuterungen: Zu den Haltungskosten zählen die Kosten für Betrieb, Wartung und Instandhaltung der Hubschrauber einschließlich der Reisekosten für Pilotinnen und Piloten. Anfallenden Ausgaben für die Haltung der Hubschrauber stehen Einnahmen durch Erstattungen aus dem Einsatz im Rettungsdienst und bei friedensmäßigen Katastrophen in gleicher Höhe gegenüber. Bis zum 31.12.2012 nicht verbrauchte Selbstbewirtschaftungsmittel: 447 T€.			
532 46 -045	Ausgaben für Wartung und Instandsetzung	4 996	4 996	4 942
	Haushaltsvermerk: Einnahmen aus Schadenersatzleistungen Dritter fließen den Ausgaben insoweit zu, als sie zur Instandsetzung bestimmt werden. Erläuterungen: Vergabe von Arbeiten an Betriebe der gewerblichen Wirtschaft sowie an Werkstätten anderer Träger. Es handelt sich um Ausgaben für Wartung und Instandhaltung von Fahrzeugen und Ausstattung der Ergänzung des Katastrophenschutzes.			

0628 Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 532 46 (Titelgruppe 04)

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0628 Tit. 532 42	4 996	4 942

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
532 47 -045	Prüfung und Erprobung von Maßnahmen und Geräten zum CBRN-Schutz und für den medizinischen Katatstrophenschutz	180	180	143

Verpflichtungsermächtigung...

fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 60 T€

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0628 Tit. 532 43	180	143

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
532 48 -045	Ausgaben für ergänzende Zivilschutzausbildung	5 926	5 926	5 414

Haushaltsvermerk:

1. Erstattungen Dritter fließen den Ausgaben zu.
2. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Lehr- und Ausbildungsmaterial an Lehrgangsteilnehmer zu Ausbildungszwecken unentgeltlich abgegeben wird.

Erläuterungen:

Es handelt sich um Ausgaben für die ergänzende zivilschutzbezogene Ausbildung der Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes nach Landesrecht sowie für die Durchführung von Übungen.

Mitveranschlagt sind Haushaltsmittel für vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe herausgegebene Ausbildungsunterlagen, Verwaltungsvorschriften, Merkblätter und technische Beschreibungen für Handhabung, Wartung und Pflege der Ausstattung.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0628 Tit. 532 41	5 926	5 414

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
547 41 -045	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	835	835	1 056

Verpflichtungsermächtigung... 320 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 80 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu... 80 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu... 80 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu... 80 T€

Erläuterungen:

Ausgaben für die Bewirtschaftung, Unterhaltung, Ersatz, Ergänzung für die Einrichtungen zur Einlagerung der Sicherungsfilme sowie Erwerb von Einlagerungsbehältern und Ausstattungsgegenständen. Kosten der Vorarbeiten zur Einlagerung der Sicherungsfilme, Kosten der Duplizierung von Sicherungsfilmen.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Noch zu Titelgruppe 04				
632 41 -045	Maßnahmen zum Schutz nicht bundeseigenen Kulturgutes	2 186	2 186	2 136

Erläuterungen:

Entgelte einschl. tariflicher Zulagen und Zuwendungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur zusätzlichen Altersversorgung der tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Vermischte Personalausgaben (Trennungsgeld u. a.). Im Auftrag des Bundes werden bei den Ländern die Sicherungsverfilmung und sonstige Maßnahmen (insbesondere Erfassung) zum Schutz beweglichen und unbeweglichen nicht bundeseigenen Kulturgutes durchgeführt. Die Kosten trägt der Bund gemäß Gesetz vom 11. April 1967 in der Fassung vom 10. August 1971 (BGBl. II S. 1025).

Flexibilisierte Ausgaben

Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG

	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3	15 622	15 162	15 768
Aus Hauptgruppe 5	10 964	13 249 *8 420*	12 304
Aus Hauptgruppe 6 ohne Titel 634 .3	1	1	1
Aus Hauptgruppe 7	824	824 *5 266*	216
Aus Hauptgruppe 8	35 978	33 846 *21 554*	42 466
Zusammen	63 389	63 082 *35 240*	70 755

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 422 01 -045	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*6 234*	*5 621*	*5 717*
F 422 02 -045	*Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte*	*-*	*-*	*-*
F 427 09 -045	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*328*	*319*	*1 567*

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: ***272 09*** *und 381 01.*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 428 01 -045	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*8 993*	*8 925*	*8 185*
F 453 01 -045	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	*67*	*67*	*106*
F **511 01** -045	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände, Software, Wartung*	*1 842*	*494*	*381*

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Software an Bundesbehörden und Dritte gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich abgegeben wird.

0628 Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 511 01

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0628 Tit. 511 55	*1 348*	*520*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 514 01 -045	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*	*105*	*105*	*80*
F 517 01 -045	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	*1 666*	*1 541*	*1 546*

Verpflichtungsermächtigung ... 3 500 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu ... 700 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu ... 700 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu ... 700 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu ... 700 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu ... 700 T€

Erläuterungen:

Die Ausgaben umfassen auch die Kosten für die Unterbringung der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 518 01 -045	*Mieten und Pachten*	*1 907*	*1 907*	*12*

Erläuterungen:

Die Ausgaben umfassen auch die Kosten für die Unterbringung der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 525 01 -045	*Aus- und Fortbildung*	*2 176*	*2 076*	*90*

Haushaltsvermerk:

1. ***Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 281 01.***
2. ***Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 272 09.***
3. *Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.*
4. *Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Lehr- und Unterrichtsmaterial zu Nr. 1 der Erläuterungen an Lehrgangsteilnehmer zu Schulungszwecken unentgeltlich abgegeben wird.*
5. *Die Mittel zu Nr. 1 der Erläuterungen für Verpflegung an der Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 525 01

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ)	2 009
2. Sonstige Aus- und Fortbildung	167
Zusammen	2 176

Bis zum 31.12.2012 nicht verbrauchte Selbstbewirtschaftungsmittel: 12 T€.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0628 Tit. 525 55	100	22

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 527 01 -045	*Dienstreisen*	265	265	307
F **532 01** -045	*Aufträge und Dienstleistungen im Bereich Informationstechnik*	1 005	1 005	1 037

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0628 Tit. 532 55	1 005	1 037

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 539 09 -045	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	163	97	50

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

Erläuterungen:

Unterstützung der Bedarfsträger bei der Organisation des Selbstschutzes.

Aufwendungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Betreuungsmaßnahmen bei Großschadensereignissen im Ausland.

Die Ausgaben umfassen die Kosten für die Unterhaltung der Grundstücke, bauliche Anlagen und auch für die Unterbringung der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0628 Tit. 519 01	66	153

0628 Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 544 01 -045	*Forschung, Untersuchungen und Ähnliches*	*1 835*	*3 835*	*-*

Verpflichtungsermächtigung.. 2 450 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 950 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 750 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 550 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.. 200 T€

Haushaltsvermerk:

1. *Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden:* ***272 09*** *und 381 01.*
2. *Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.*
3. *Aus den Ausgaben dürfen auch Zuwendungen gemäß § 44 BHO gewährt werden.*

F ***684 09*** -045	*Mitgliedsbeiträge und sonstige Zuschüsse an Verbände, Vereine und ähnliche Institutionen geringeren Umfangs*	*1*	*1*	*1*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0628 Tit. 684 01	*1*	*1*

F 711 01 -045	*Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten*	*-*	*-*	*-*
F ***712 01*** -045	*Baumaßnahmen von mehr als 2 000 000 € im Einzelfall*	*824*	*824*	*216*

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen *(davon neue Maßnahmen in Fettdruck)*	*Gesamtausgaben des Bundes 1 000 €*	*Verausgabt bis 2012 1 000 €*	*Bewilligt 2013 1 000 €*	*Nach 2013 übertragene Ausgabereste 1 000 €*	*Veranschlagt 2014 1 000 €*	*Vorbehalten für 2015 ff 1 000 €*
1	*2*	*3*	*4*	*5*	*6*	*7*
2. Außenanlage...	*387*	*387*	*-*	*-*	*-*	*-*
3. Sanierung Gebäude..	*208*	*208*	*-*	*-*	*-*	*-*
4. Konferenzzentrum/Wirtschaftsgebäude......................................	*7 598*	*684*	*824*	*5 266*	*824*	*-*
Zusammen...	*8 193*	*1 279*	*824*	*5 266*	*824*	*-*

F 811 01 -045	*Erwerb von Fahrzeugen*	*42*	*42*	*126*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Ersatzbeschaffung	
2 Pkw...	*40*
abzgl. Mehreinnahmen bei Tit. 132 01 aus der Veräußerung von Dienst-Kfz gem. § 6 Abs. 7 HG..	*-*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 811 01

Bezeichnung	*1 000 €*
2. Sonstiges	*2*
Zusammen	*42*

F **812 01** -045	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)*	*527*	*527*	*56*

Erläuterungen:

Drahtgebundene Fernmeldeeinrichtungen, besondere technische Einrichtungen, Funkeinrichtungen und deNISII.

F **812 02** -045	*Erwerb von Anlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Software im Bereich Informationstechnik*	*590*	*590*	*1 320*

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Software an Bundesbehörden und Dritte gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich abgegeben wird.

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Erstbeschaffung	
1.1 Hardware	*159*
1.2 Software	*103*
2. Ersatzbeschaffung	
2.1 Hardware	*201*
2.2 Software	*127*
Zusammen	*590*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0628 Tit. 812 55	*590*	*1 320*

F 883 01 -045	*Wasserwirtschaftliche Vorsorgemaßnahmen*	*2 000*	*2 000*	*1 810*

Verpflichtungsermächtigung ..... 400 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu ..... 300 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu ..... 100 T€

Haushaltsvermerk:

Einnahmen aus dem Vorteilsausgleich nach § 10 WaSG fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Vorbereitende Maßnahmen zur Deckung lebensnotwendigen Bedarfs an Trinkwasser, Betriebs- und Löschwasser im Rahmen des Wassersicherstellungsgesetzes. Im Vordergrund steht die Erhaltung von netzunabhängigen Einzelbrunnen und Quellfassungen zur Sicherung der Trinkwasserversorgung.

0628 Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Titelgruppe 08			
Tgr. 08	Investiver Katastrophenschutz	(32 819)	(30 687)	
	Haushaltsvermerk: Die Ausgaben sind mit folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: Tgr. 04.			
F 811 81 -045	*Erwerb von Fahrzeugen*	*31 312*	*29 180*	*37 443*
	Verpflichtungsermächtigung....... 31 300 T€ *davon fällig:* *im Haushaltsjahr 2015 bis zu....... 4 800 T€* *im Haushaltsjahr 2016 bis zu....... 14 600 T€* *im Haushaltsjahr 2017 bis zu....... 11 900 T€* *Haushaltsvermerk:* *Die Verpflichtungsermächtigung ist mit der Verpflichtungsermächtigung bei folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 812 81.*			
F 811 82 -045	*Erwerb von Luftfahrzeugen*	*-*	*-*	*-*
F ***812 81*** -045	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)*	*1 408*	*1 408*	*1 037*
	Verpflichtungsermächtigung....... 1 685 T€ *davon fällig:* *im Haushaltsjahr 2015 bis zu....... 280 T€* *im Haushaltsjahr 2016 bis zu....... 845 T€* *im Haushaltsjahr 2017 bis zu....... 560 T€* *Haushaltsvermerk:* *Die Verpflichtungsermächtigung ist mit der Verpflichtungsermächtigung bei folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 811 81.*			
F ***812 83*** -045	*Erwerb von Sanitätsmitteln und Sanitätsmaterial*	*99*	*99*	*9*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0628 Tit. 812 82	*99*	*9*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel			
282 08 -045	Einnahmen aus Prämienzahlungen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben		-	-
F 511 55 -045	*Geschäftsbedarf und Datenübertragung sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Software, Wartung*		*1 348*	*520*
F 519 01 -045	*Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen*		*66*	*153*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 525 55 -045	*Aus- und Fortbildung*		*100*	*22*
F 526 01 -045	*Gerichts- und ähnliche Kosten*		*5*	*1*
F 526 02 -045	*Sachverständige*		*10*	*45*
F 543 01 -045	*Veröffentlichung und Dokumentation*		*190*	*326*
F 545 01 -045	*Konferenzen, Tagungen, Messen und Ausstellungen*		*205*	*226*
F 634 03 -045	*Zuweisungen an den Versorgungsfonds*		*230*	*193*

0629 Bundesanstalt Technisches Hilfswerk

Vorbemerkung

Das Technische Hilfswerk (THW) ist eine nicht rechtsfähige Bundesanstalt mit eigenem Verwaltungsunterbau im Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern.

Das THW leistet gem. § 1 Absatz 2 des Gesetzes über das Technische Hilfswerk (THW-Gesetz) technische Hilfe.

1. nach dem Zivilschutz- und Katastrophenhilfegesetz,
2. im Ausland im Auftrag der Bundesregierung,
3. bei der Bekämpfung von Katastrophen, öffentlichen Notständen und Unglücksfällen größeren Ausmaßes auf Anforderung der für die Gefahrenabwehr zuständigen Stellen sowie
4. bei der Erfüllung öffentlicher Aufgaben im Sinne der Nummern 1 bis 3, soweit es diese durch Vereinbarung übernommen hat.

In 668 ehrenamtlich organisierten Ortsverbänden stellt das THW rund 80 000 ehrenamtliche Helferinnen und Helfer zur Verfügung. Diese werden von etwa 800 hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der THW-Leitung, 8 Landesverbandsdienststellen, 66 Geschäftsstellen und der Bundesschule unterstützt.

Überblick zum Kapitel 0629	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	349	349	-		2 520
Übrige Einnahmen	-	-	-		1 127
Gesamteinnahmen	349	349	-		3 647
Ausgaben					
Personalausgaben	48 709	48 412	+297	129	48 088
Sächliche Verwaltungsausgaben	95 053	94 101	+952	242	96 886
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	1 688	2 105	-417		1 989
Ausgaben für Investitionen	34 146	34 146	-	3 215	32 255
Besondere Finanzierungsausgaben	-	-	-		-
Gesamtausgaben	179 596	178 764	+832	3 586	179 218
davon flexibilisiert	97 955	98 543	-588	3 586	97 424
davon nicht flexibilisiert	81 641	80 221	+1 420		81 794
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung	62 176 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu	18 384 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu	12 611 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu	5 655 T€				
im Haushaltsjahr 2018 bis zu	4 347 T€				
im Haushaltsjahr 2019 bis zu	2 347 T€				
im Haushaltsjahr 2020 bis zu	2 347 T€				
im Haushaltsjahr 2021 bis zu	2 347 T€				
im Haushaltsjahr 2022 bis zu	2 347 T€				
im Haushaltsjahr 2023 bis zu	2 347 T€				
im Haushaltsjahr 2024 bis zu	2 347 T€				
im Haushaltsjahr 2025 bis zu	2 347 T€				
im Haushaltsjahr 2026 bis zu	2 347 T€				
im Haushaltsjahr 2027 bis zu	850 T€				
im Haushaltsjahr 2028 bis zu	850 T€				
im Haushaltsjahr 2029 bis zu	703 T€				

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

119 99 -045	Vermischte Einnahmen	77	77	176

Haushaltsvermerk:

1. Mehreinnahmen zu Nr. 1 der Erläuterungen sind wegen rechtsverbindlicher Verwendungsauflage bei Aufträgen Dritter zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 427 09, 532 06, **544 01,** 811 01 und 812 01.
2. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass mit Einwilligung des Bundesministeriums der Finanzen bewegliche Sachen und Leistungen des THW aus Anlass von Katastrophen, größeren Unglücksfällen und Notständen unentgeltlich überlassen werden, wenn die Überlassung zur Abwendung oder Milderung einer nicht vorhergesehenen Notlage erfolgt.

   Ferner wird zugelassen, dass nach den im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen erlassenen Richtlinien des Bundesministeriums des Innern das Entgelt in dem Umfang ermäßigt wird, in dem ein Ausbildungsinteresse des THW besteht.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Einnahmen aus Aufträgen Dritter	-
2. Sonstiges	77
Zusammen	77

In diesem Titel werden in erster Linie die Mittel vereinnahmt, die Dritte (außer Bundesbehörden, vgl. Tit. 381 01) dem THW zur Durchführung humanitärer Auslandseinsätze im Auftrag der Bundesregierung und für die Durchführung von Forschungsvorhaben zuwenden (vgl. Tit. 544 01 und 532 06).

124 01 -045	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	16	16	101

Haushaltsvermerk:

1. Mehreinnahmen aus der Mitbenutzung von Liegenschaften durch Dritte dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 519 01 und 532 05.
2. Nach § 63 Abs. 4 BHO wird zugelassen, dass der Geschäftsstelle der Helfer und Förderer des Technischen Hilfswerks e. V. und der THW-Jugend e. V. Büroräume und Einrichtungsgegenstände in Liegenschaften der BA-THW unentgeltlich überlassen werden.

Erläuterungen:

Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, Gebäuden und Wohnungen.

0629 Bundesanstalt Technisches Hilfswerk

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
132 01 -045	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	256	256	2 243

Haushaltsvermerk:

1. Mehreinnahmen aus der Veräußerung sonstiger Geräte und beweglicher Sachen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 812 01.
2. Mehreinnahmen aus der Veräußerung von Kraftfahrzeugen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 811 01.
3. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass ausgesonderte Fahrzeuge und Ausstattungsgegenstände des Technischen Hilfswerks im Rahmen der Auslandshilfe mit Zustimmung des Auswärtigen Amtes unentgeltlich überlassen werden.
4. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass ausgesonderte Fahrzeuge und Ausstattungsgegenstände des Technischen Hilfswerks unentgeltlich anderen Hilfsorganisationen überlassen werden.

Erläuterungen:

Veräußerung von unbrauchbar oder entbehrlich gewordenen Geräten und Ausstattungsgegenständen sowie aus dem Verkauf von auszusondernden Fahrzeugen.

Bezeichnung	1 000 €
1. Einnahmen aus der Veräußerung von Kraftfahrzeugen.................	130
2. Einnahmen aus der Veräußerung von sonstigen Geräten und beweglichen Sachen..	126
Zusammen..	256

Übrige Einnahmen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
272 01 -045	Einnahmen aus Zuschüssen der Europäischen Union zur Durchführung von Hilfsmaßnahmen	-	-	1 127

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind wegen bindender Vorgaben der EU zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 427 09, 532 06, **544 01,** 811 01 und 812 01.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
381 01 -890	Leistungen von Bundesbehörden zur Durchführung von Aufträgen	-	-	(175)

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind wegen verbindlicher Vereinbarung mit anderen Bundesbehörden zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 427 09, 532 06, 544 01, 811 01 und 812 01.

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

1. Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.

   In die Flexibilisierung einbezogen ist auch Tit. 681 01.
2. Einsparungen bei folgenden Titeln: Kap. 0629 mit Ausnahme der Titel 518 .2 dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 981 01.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

3. Einsparungen bei folgenden Titeln: Kap. 0629 mit Ausnahme der Titel 518 .2 dienen bis zur Höhe von 1 200 T€ zur Deckung von Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 532 04 und 532 07.
4. Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Kap. 0629 flexibilisierter Bereich dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: **Kap. 0611 Tit. 282 08.**
5. Einnahmen aus dem Verkauf von Pandemieausstattung fließen den Ausgaben zu, wenn sie zur Ersatzbeschaffung von Pandemieausstattung bestimmt sind.

Sächliche Verwaltungsausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
518 02 -045	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	54 964	51 464	48 746

Verpflichtungsermächtigung.. 34 403 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 3 611 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu... 3 611 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu... 3 655 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu... 2 347 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu... 2 347 T€
im Haushaltsjahr 2020 bis zu... 2 347 T€
im Haushaltsjahr 2021 bis zu... 2 347 T€
im Haushaltsjahr 2022 bis zu... 2 347 T€
im Haushaltsjahr 2023 bis zu... 2 347 T€
im Haushaltsjahr 2024 bis zu... 2 347 T€
im Haushaltsjahr 2025 bis zu... 2 347 T€
im Haushaltsjahr 2026 bis zu... 2 347 T€
im Haushaltsjahr 2027 bis zu... 850 T€
im Haushaltsjahr 2028 bis zu... 850 T€
im Haushaltsjahr 2029 bis zu... 703 T€

Haushaltsvermerk:

Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.

Erläuterungen:

	Von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben als Eigenbaumaßnahme zu realisierende Unterbringung (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	genehmigte Gesamtkosten 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Veranschlagt 2014 1 000 €	Vorbehalten für 2015 ff. 1 000 €	Jährlicher Mietzins 1 000 €	voraussichtliche Übergabe
	1	2	3	4	5	6	7	8
1.	OV Oldenburg, LV HH/MV/SH..........................	1 367	-	900	467	-	93	2014
2.	OV Neu Eichenberg, LV HE/RP/SL....................	1 524	-	200	1 081	243	34	2014
4.	OV Dillenburg, LV HE/RP/SL............................	1 590	-	-	590	1 000	112	2014
6.	OV Neustrelitz, LV HH/MV/SH..........................	1 459	-	800	659	-	88	2014
11./	BuS Neuhausen Neubau Bettenhaus mit Kantine							
16.	OV/BuS Neubau OV..	6 044	570	3 000	763	1 711	1 229	2015
14.	OV Bad Mergentheim, LV BW...........................	1 806	2	150	1 204	450	172	2015
17.	GSt. / OV Frankfurt a.M., LV HE/RP/SL............	3 350	-	-	2 000	1 350	248	2014
19.	OV/GSt. Magdeburg, LV BE/BB/ST...................	2 228	-	-	230	1 998	34	2014
20.	OV Miesbach, LV BY..	1 611	-	611	1 000	-	163	2014
24.	OV Kirchehrenbach, LV BY...............................	2 221	-	-	2 221	-	165	2014
25.	OV Niefern-Öschelbronn, LV BW......................	2 500	-	-	500	2 000		2015
26.	OV Singen, LV BW..	2 500	-	-	500	2 000		2015
27.	OV Laufenberg, LV BW.....................................	2 500	-	-	500	2 000		2015

0629 Bundesanstalt Technisches Hilfswerk

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 518 02

Von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben als Eigenbaumaßnahme zu realisierende Unterbringung (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	genehmigte Gesamtkosten 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Veranschlagt 2014 1 000 €	Vorbehalten für 2015 ff. 1 000 €	Jährlicher Mietzins 1 000 €	voraussichtliche Übergabe
1	2	3	4	5	6	7	8
28. OV Eberbach, LV BW..	2 500	-	300	1 000	1 200		2015
29. OV Ehingen, LV BW..	2 500	-	-	500	2 000		2015
30. OV Pfullendorf, LV BW......................................	2 500	-	-	500	2 000		2015
31. OV Freudenstadt, LV BW..................................	2 500	-	500	2 000	-		2014
32. OV Heidelberg, LV BW......................................	2 044	-	-	1 000	1 044		2015
34. OV Freising, LV BY..	**3 204**	**-**	**-**	**-**	**3 204**		**2015**
Zusammen..	45 948	572	6 461	16 715	22 200	2 338	

532 04 -045	Einsätze bei Katastrophen, Unglücksfällen größeren Ausmaßes und öffentlichen Notständen	400	400	94

Haushaltsvermerk:

1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe von 600 T€ der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Kap. 0629.
2. **Einnahmen aus Erstattungen von technischen Hilfeleistungen fließen den Ausgaben zu.**

Erläuterungen:

Die zur Hilfeleistung bei Katastrophen, Unglücksfällen und öffentlichen Notständen entstehenden Kosten sind vom Bund zu tragen, wenn ein Kostenträger nicht ermittelt werden kann oder aus sonstigen Gründen eine Kostenerstattung nicht geboten ist.

Es wird zugelassen, dass alle Ausgaben in Zusammenhang mit Technischen Hilfeleistungen der THW-Ortsverbände hier verbucht werden, auch wenn die Hilfeleistungen nicht unter die oben genannten Kriterien fallen und der Anforderer aufgrund bindender Vorschriften die Einsatzkosten nicht in Rechnung stellen kann. Dies gilt auch für Technische Hilfeleistungen für andere Bundesbehörden (z. B. Unterstützung der Bundespolizei).

532 05 -045	Ausgaben der Ortsverbände	24 827	26 827	26 911

Haushaltsvermerk:

1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 124 01.
2. Erstattungen Dritter für **technische Hilfeleistungen,** mit Ausnahme von Personal- und Reisekosten für hauptamtliche Bedienstete, fließen den Selbstbewirtschaftungsmitteln zu.
3. Einnahmen aus Schadenersatzleistungen Dritter fließen den Ausgaben insoweit zu, als sie zur Instandsetzung bestimmt werden.
4. Einnahmen aus der Abgabe von Betriebsstoffen an andere Bedarfsträger fließen den Ausgaben zu.
5. Die Mittel dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Aufgaben der Ortsverbände	
1.1 Betreuung der Helferinnen und Helfer...	1 500
1.2 Geschäftsbedarf der OV..	1 000
1.3 Sonstige Aufwendungen..	500

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 532 05

Bezeichnung	1 000 €
2. Bewirtschaftung und Verwendung der Ausstattung	
2.1 Betrieb von Einsatzfahrzeugen	3 000
2.2 Bewirtschaftung der Grundstücke	7 000
2.3 Ersatzbeschaffung	1 000
3. Ausbildung	1 200
4. Helfererhaltung/Helferreserve	2 127
5. Wartung und Instandsetzung	7 000
6. Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements	500
Zusammen	24 827

Bezeichnung	Soll 2014	Soll 2013
1. Kraftfahrzeuge	5 536	5 250
2. Anhänger	3 621	3 590

Für die Wahrnehmung der den Ortsverbänden des THW übertragenen Aufgaben im Rahmen der Regelung über die Jahresbeträge und die Selbstbewirtschaftung für das THW einschl. der Kosten für Bewirtschaftung der Grundstücke für die vom THW getragenen Einheiten.

Bis zum 31.12.2012 nicht verbrauchte Selbstbewirtschaftungsmittel: 90 T€.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
532 06 -045	Durchführung von Aufträgen für Bundesbehörden und Dritte	-	-	4 577

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: 119 99, 272 01 und 381 01.

Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0629 Tit. 532 01	-	4 577

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
532 07 -045	Hilfsmaßnahmen im Rahmen von EU-Abkommen und anderen Verträgen sowie Erkundungsmaßnahmen und Schnelleinsätze weltweit	200	200	233

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe von 600 T€ der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Kap. 0629.

Erläuterungen:

Hilfsmaßnahmen, die aufgrund der Auslösung des EU-Mechanismus entstehen. Hilfsmaßnahmen, wie z. B. Nachbarschaftshilfe sowie kurzfristige technische Hilfe weltweit.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0629 Tit. 532 02	200	233

0629 Bundesanstalt Technisches Hilfswerk

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)

684 01 -045	Zuschuss an die Vereinigung der Helfer und Förderer des Technischen Hilfswerks e. V. und an die THW-Jugend e. V.	1 250	1 330	1 233

Haushaltsvermerk:

1. Die Erläuterungen sind hinsichtlich der Ausgabenansätze der einzelnen Zuwendungsempfänger / Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO verbindlich. Abweichungen bedürfen der Einwilligung des Bundesministeriums der Finanzen.
2. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Lehr- und Unterrichtsmaterial an Junghelfer zu Ausbildungszwecken abgegeben und Ausstattung unentgeltlich genutzt wird sowie ausgesonderte Fahrzeuge unentgeltlich überlassen werden.

Erläuterungen:

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	Finanzierungsanteil in Prozent ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
Institutionelle Förderung/Zuschüsse an Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO					
Bundesvereinigung der Helfer und Förderer des Technischen Hilfswerks e. V. ... *- aus Kap. 0629 Tit. 684 01*	26,00	26,00	320	400	303
Projektförderung					
2.1 THW-Jugend e. V. ...			930	930	930
Insgesamt ...			1 250	1 330	1 233
- Summe Tit. 684 01 ...			*1 250*	*1 330*	*1 233*

Der Zweck der Vereinigung ist die Unterstützung der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk durch Förderung der Rettung aus Lebensgefahr und durch die Förderung der Jugendpflege.

Zu 2.1:
In dem zentralen Jugendverband ("THW-Jugend" e. V.) sollen junge Menschen als Nachwuchs für die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk herangebildet werden.

Besondere Finanzierungsausgaben

981 01 -890	Leistungen an Bundesbehörden zur Durchführung von Aufträgen	-	-	(-)

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Kap. 0629.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Flexibilisierte Ausgaben			
	Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG			
	Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3	48 709	48 749 *129*	48 348
	Aus Hauptgruppe 5	14 662	15 210 *242*	16 325
	Aus Hauptgruppe 6 ohne Titel 634 .3	438	438	496
	Aus Hauptgruppe 7	729	729 *197*	730
	Aus Hauptgruppe 8	33 417	33 417 *3 018*	31 525
	Zusammen	97 955	98 543 *3 586*	97 424
F 412 01 -045	*Aufwendungen für ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter*	*2 399*	*2 399*	*2 013*

Erläuterungen:

Pauschale Entschädigung zur Abgeltung von Mehraufwand, Reisekosten und Lohnerstattungen für ehrenamtliche Führungskräfte und Helferinnen und Helfer, die übergeordnete Aufgaben wahrnehmen.

F 422 01 -045	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*4 211*	*4 256*	*4 864*
F 422 02 -045	*Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte*	*-*	*-*	*-*
F 427 09 -045	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*1 358*	*1 343*	*2 113*

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: 119 99, 272 01 und 381 01.

F 428 01 -045	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*40 641*	*40 314*	*38 919*
F 453 01 -045	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	*100*	*100*	*179*
F ***511 01*** *-045*	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände, Software, Wartung*	*2 251*	*609*	*1 362*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0629 Tit. 511 55	*1 642*	*1 822*

F 514 01 -045	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*	*818*	*818*	*1 081*

0629 Bundesanstalt Technisches Hilfswerk

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 517 01 -045	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	*794*	*794*	*1 775*
F 518 01 -045	*Mieten und Pachten*	*180*	*180*	*157*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0629 Tit. 518 55	*-*	*-*

F 519 01 -045	*Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen*	*1 215*	*1 215*	*253*

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 124 01.

F 525 01 -045	*Aus- und Fortbildung*	*6 551*	*6 500*	*6 751*

Haushaltsvermerk:

1. *Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Lehr- und Unterrichtsmaterial an Lehrgangsteilnehmer zu Schulungszwecken unentgeltlich abgegeben wird.*
2. *Die Mittel für Verpflegung an der THW-Bundesschule dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.*

Erläuterungen:

Bis zum 31.12.2012 nicht verbrauchte Selbstbewirtschaftungsmittel: - T€.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0629 Tit. 525 55	*51*	*24*

F 527 01 -045	*Dienstreisen*	*230*	*230*	*602*
F **532 01** *-045*	*Aufträge und Dienstleistungen im Bereich Informationstechnik*	*1 273*	*1 273*	*1 233*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0629 Tit. 532 55	*1 273*	*1 233*

F **532 02** *-045*	*Behördenspezifische fachbezogene Verwaltungsausgaben (ohne IT)*	*1 300*	*1 300*	*554*

Haushaltsvermerk:

Mit Zustimmung des Auswärtigen Amtes können auch Ausgaben für humanitäre Sofortmaßnahmen geleistet werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Noch zu Titel 532 02				
	Erläuterungen:			
	Ausgaben der weitergehenden projektbezogenen Arbeiten sowie der bilateralen, regionalen oder internationalen Gremienarbeit.			
	Es wird zugelassen, dass hier auch Beschaffungen über 5 000 Euro (Einzelfall bzw. je Einkauf) für die oben genannten Maßnahmen getätigt werden dürfen.			

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0629 Tit. 532 03	*1 300*	*554*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 539 99 -045	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*50*	*50*	*44*
F 544 01 -045	*Forschung, Untersuchungen und Ähnliches*	*-*	*-*	*95*

Haushaltsvermerk:

*Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: **119 99, 272 01** und 381 01.*

Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 681 01 -045	*Schadenersatzleistungen an Dritte bei Ausbildung, Einsatz, Sprengversuchen, Erprobungen und sonstigem Dienstbetrieb*	*432*	*432*	*491*
*F **681 08** -142*	*Studienbeihilfen für Nachwuchskräfte geringeren Umfangs*	*-*	*-*	*-*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0629 Tit. 681 02	*-*	*-*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
*F **684 09** -045*	*Mitgliedsbeiträge und sonstige Zuschüsse an Verbände, Vereine und ähnliche Institutionen geringeren Umfangs*	*6*	*6*	*5*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0629 Tit. 684 02	*6*	*5*

0629 Bundesanstalt Technisches Hilfswerk

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 711 01 -045	*Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten*	*729*	*729*	*344*

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen *(davon neue Maßnahmen in Fettdruck)*	*Gesamt-ausgaben des Bundes 1 000 €*	*Verausgabt bis 2012 1 000 €*	*Bewilligt 2013 1 000 €*	*Nach 2013 übertra-gene Aus-gabereste 1 000 €*	*Veran-schlagt 2014 1 000 €*	*Vorbe-halten für 2015 ff 1 000 €*
1	2	3	4	5	6	7
19. Sonstige Maßnahmen	*4 127*	*344*	*729*	*138*	*729*	*2 187*

F **712 01** -045	*Baumaßnahmen von mehr als 2 000 000 € im Einzelfall*	*-*	*-*	*386*
F 811 01 -045	*Erwerb von Fahrzeugen*	*15 756*	*15 756*	*21 744*

Verpflichtungsermächtigung... 14 773 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 3 773 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu... 7 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu... 2 000 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu... 2 000 T€

Haushaltsvermerk:

1. *Die Verpflichtungsermächtigung ist mit der Verpflichtungsermächtigung bei folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 812 01.*
2. *Mehrausgaben für die Ersatzbeschaffung von Kraftfahrzeugen dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 132 01.*
3. *Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: 119 99, 272 01 und 381 01.*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
Ersatzbeschaffung	
96 Lkw verschiedener Ausführungen	*15 756*

F **812 01** -045	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)*	*16 867*	*16 867*	*9 173*

Verpflichtungsermächtigung... 13 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 11 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu... 2 000 T€

Haushaltsvermerk:

1. *Die Verpflichtungsermächtigung ist mit der Verpflichtungsermächtigung bei folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 811 01.*
2. *Mehrausgaben für die Ersatzbeschaffung von Geräten und Ausstattungsgegenständen dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 132 01.*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 812 01

3. *Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: 119 99, 272 01 und 381 01.*
4. *Einnahmen aus dem Verkauf von Pandemieausstattung fließen den Ausgaben zu, wennn sie zur Ersatzbeschaffung von Pandemieausstattung bestimmt sind.*

F ***812 02*** *-045*	*Erwerb von Anlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Software im Bereich Informationstechnik*	*794*	*794*	*608*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Erstbeschaffung	
1.1 Hardware.....	*544*
1.2 Software.....	*250*
Zusammen.....	*794*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0629 Tit. 812 55	*794*	*608*

F *821 01 -045*	*Erwerb von Grundstücken*	*-*	*-*	*-*

Haushaltsvermerk:

Der Erlös der Veräußerung von bundeseigenen Grundstücken, die aus den Mitteln des Kap. 0629 beschafft worden sind, fließt den Ausgaben bis zur Höhe des Kaufpreises von zu beschaffenden Grundstücken zu, wenn die Veräußerung des bundeseigenen und der Erwerb des zu beschaffenden Grundstückes Gegenstand desselben Kaufvertrages und der Verkehrswert des zu veräußernden Grundstücks 250 T€ nicht übersteigt. Das Recht der Mitwirkung des für das Bundesvermögen zuständigen Bundesministeriums gem. § 64 BHO bleibt unberührt.

F *883 01 -045*	*Erschließungsbeiträge*	*-*	*-*	*-*

Erläuterungen:

Einmalige Abgaben für Erschließungen im Sinne von § 127 Abs. 2 und 4 des Baugesetzbuches, soweit diese Beiträge nicht im Zusammenhang mit Baumaßnahmen bei den Bauausgaben der Titel 711 01 und 712 01 zu veranschlagen sind.

Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel

282 08 -045	Einnahmen aus Prämienzahlungen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben		-	-
F *511 55 -045*	*Geschäftsbedarf und Datenübertragung sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Software, Wartung*		*1 642*	*1 822*
F *518 55 -045*	*Miete für Datenverarbeitungsanlagen, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Maschinen, Software*		*-*	*-*

0629 Bundesanstalt Technisches Hilfswerk

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 525 55 -045	*Aus- und Fortbildung*		*51*	*24*
F 526 01 -045	*Gerichts- und ähnliche Kosten*		*35*	*64*
F 543 01 -045	*Veröffentlichung und Dokumentation*		*477*	*419*
F 545 01 -045	*Konferenzen, Tagungen, Messen und Ausstellungen*		*36*	*89*
F 634 03 -045	*Zuweisungen an den Versorgungsfonds*		*337*	*260*

Vorbemerkung

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) ist eine Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern mit Hauptsitz in Nürnberg.

Als Kompetenzzentrum für Migration und Integration in der Bundesrepublik Deutschland ist das BAMF aufgrund des Gesetzes über das Asylverfahren in der Neufassung vom 27. Juli 1993 (BGBl. I S. 1361) sowie der Aufgabenerweiterung durch das Zuwanderungsgesetz vom 30. Juli 2004 nicht nur für die Durchführung von Asylverfahren und den Flüchtlingsschutz zuständig, sondern auch für Maßnahmen der bundesweiten Förderung der Integration.

Das BAMF entscheidet über Asylanträge einschließlich der Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft sowie über das Vorliegen von Abschiebungsverboten. Es ist zudem zuständige Behörde für die Durchführung des EU-Zuständigkeitsprüfverfahrens gemäß der EU-Verordnung (Dublin III) bzw. Dubliner Übereinkommen.

Im Rahmen seiner Zuständigkeit für Asyl, Migration und Integration arbeitet das BAMF mit Europäischen Migrationsbehörden zusammen und führt Aufgaben im Zusammenhang mit EU-Projekten durch. Zudem nimmt es Aufgaben zur Verwaltung von Europäischen Fonds wahr.

Überblick zum Kapitel 0633	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	466	466	-		1 382
Übrige Einnahmen	-	-	-		-
Gesamteinnahmen	466	466	-		1 382
Ausgaben					
Personalausgaben	109 513	103 288	+6 225	125	101 807
Sächliche Verwaltungsausgaben	44 412	31 558	+12 854	4 434	27 417
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	56	1 114	-1 058		313
Ausgaben für Investitionen	5 296	2 546	+2 750	824	2 318
Gesamtausgaben	159 277	138 506	+20 771	5 383	131 855
davon flexibilisiert	150 992	130 179	+20 813	5 383	123 597
davon nicht flexibilisiert	8 285	8 327	-42		8 258
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung	78 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu	26 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu	26 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu	26 T€				

0633 Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

111 01 -219	Gebühren, sonstige Entgelte	446	446	331

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Einnahmen aus Zulassungen von Anerkennungsverfahren für Forschungseinrichtungen gemäß Richtlinie 2005/71/EG des Rates vom 12. Oktober 2005, umgesetzt in nationales Recht durch Gesetz zur Umsetzung aufenthalts- und asylrechtlicher Richtlinien der Europäischen Union vom 19. August 2007	1
2. Einnahmen im Zusammenhang mit der Abnahme von Einbürgerungs- und Orientierungskurstests sowie dem Test "Leben in Deutschland"	445
Zusammen	446

119 99 -219	Vermischte Einnahmen	15	15	921
132 01 -219	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	5	5	130

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

1. Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.
2. Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Kap. 0633 flexibilisierter Bereich dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: **Kap. 0611 Tit. 282 08.**

Sächliche Verwaltungsausgaben

518 02 -219	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	8 285	8 285	8 250

Verpflichtungsermächtigung ... 78 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu ... 26 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu ... 26 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu ... 26 T€

Haushaltsvermerk:

Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Flexibilisierte Ausgaben			
	Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG			
	Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3	109 513	104 360 *125*	102 112
	Aus Hauptgruppe 5	36 127	23 273 *4 434*	19 167
	Aus Hauptgruppe 6 ohne Titel 634 .3	56	-	-
	Aus Hauptgruppe 7	153	153	103
	Aus Hauptgruppe 8	5 143	2 393 *824*	2 215
	Zusammen	150 992	130 179 *5 383*	123 597
F 422 01 -219	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*41 737*	*39 182*	*40 230*
F 422 02 -219	*Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte*	*403*	*400*	*320*
F 422 03 -219	*Bezüge der Anwärterinnen und Anwärter sowie Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst*	*-*	*-*	*5*
F 427 09 -219	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*7 823*	*6 149*	*8 023*
F 428 01 -219	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*58 335*	*56 342*	*52 330*
F 453 01 -219	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	*1 215*	*1 215*	*899*
F ***511 01*** *-219*	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände, Software, Wartung*	*7 569*	*2 290*	*1 885*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0633 Tit. 511 55	*4 529*	*3 325*

F 514 01 -219	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*	*107*	*107*	*116*
F 517 01 -219	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	*4 987*	*4 131*	*3 947*

0633 Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu flexibilisierte Ausgaben			
F 518 01 -219	*Mieten und Pachten*	*348*	*348*	*154*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0633 Tit. 518 55	*-*	*-*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 519 01 -219	*Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen*	*650*	*400*	*250*
F 525 01 -219	*Aus- und Fortbildung*	*1 706*	*791*	*444*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0633 Tit. 525 55	*429*	*144*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 527 01 -219	*Dienstreisen*	*1 426*	*926*	*1 010*
F **532 01** -219	*Aufträge und Dienstleistungen im Bereich Informationstechnik*	*1 867*	*1 367*	*1 716*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0633 Tit. 532 55	*1 367*	*1 716*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 532 02 -219	*Behördenspezifische fachbezogene Verwaltungsausgaben (ohne IT)*	*16 975*		

Erläuterungen:

Ausgaben im Zusammenhang mit der Durchführung von Asylverfahren.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 539 99 -219	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*92*	*92*	*83*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Umzüge	*26*
2. Sonstiges	*66*
Zusammen	*92*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 544 01 -219	*Forschung, Untersuchungen und Ähnliches*	*400*	*400*	*175*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F ***632 09*** *-219*	*Erstattungen des Bundes für Verwaltungsleistungen der Länder geringeren Umfangs*	-	-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0633 Tit. 632 03	-	-

F ***681 08*** *-219*	*Studienbeihilfen für Nachwuchskräfte geringeren Umfangs*	*56*	*42*	*8*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0633 Tit. 681 01	*42*	*8*

F 711 01 -219	*Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten*	*153*	*153*	*103*
F ***712 01*** *-219*	*Baumaßnahmen von mehr als 2 000 000 € im Einzelfall*	-	-	-
F 811 01 -219	*Erwerb von Fahrzeugen*	*111*	*111*	*239*
F ***812 01*** *-219*	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)*	*1 024*	*274*	*366*
F ***812 02*** *-219*	*Erwerb von Anlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Software im Bereich Informationstechnik*	*4 008*	*2 008*	*1 610*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Erstbeschaffung	
1.1 Hardware...	*1 680*
1.2 Software...	*610*
2. Ersatzbeschaffung	
2.1 Hardware...	*1 646*
2.2 Software...	*72*
Zusammen...	*4 008*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0633 Tit. 812 55	*2 008*	*1 610*

Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel

282 08 -219	Einnahmen aus Prämienzahlungen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben		-	-

0633 Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

	Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F	*511 55 -219*	*Geschäftsbedarf und Datenübertragung sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Software, Wartung*		*4 529*	*3 325*
F	*518 55 -219*	*Miete für Datenverarbeitungsanlagen, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Maschinen, Software*		*-*	*-*
F	*525 55 -219*	*Aus- und Fortbildung*		*429*	*144*
F	*526 01 -219*	*Gerichts- und ähnliche Kosten*		*2 000*	*1 186*
F	*526 02 -219*	*Sachverständige*		*4 243*	*4 159*
F	*526 03 -219*	*Ausgaben für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen*		*20*	*14*
F	*543 01 -219*	*Veröffentlichung und Dokumentation*		*1 200*	*559*
F	*634 03 -219*	*Zuweisungen an den Versorgungsfonds*		*1 072*	*305*

Vorbemerkung

Die Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung (FH Bund) ist als nichtrechtsfähige Körperschaft und ressortübergreifende Einrichtung des Bundes aufgrund des Zweiten Gesetzes zur Änderung beamtenrechtlicher Vorschriften vom 18. August 1976 (BGBl. I S. 2209) in Verbindung mit dem vorläufigen Errichtungserlass vom 3. Oktober 1978 (GMBl S. 582), geändert mit Bekanntmachung des Bundesministeriums des Innern vom 15. Januar 2008 in Grundordnung der FH Bund (GMBl. S. 116), für die Ausbildung der unmittelbaren und mittelbaren Bundesbeamten des gehobenen nichttechnischen Dienstes errichtet worden. Sie hat am 1. Oktober 1979 ihren Lehrbetrieb aufgenommen.

Die FH Bund umfasst zehn Fachbereiche verschiedener Ausbildungsträger (Ressorts) und den Zentralbereich mit derzeit insgesamt über 3 500 Studierenden.

Im Kapitel 06 34 sind die Einnahmen und Ausgaben der FH Bund, für den Zentralbereich und den Fachbereich Allgemeine Innere Verwaltung am Standort Brühl, veranschlagt.

Der Zentralbereich in Brühl führt das fachrichtungsübergreifende Grundstudium der Fachbereiche Allgemeine Innere Verwaltung, Bundespolizei, Kriminalpolizei, Nachrichtendienste, Wetterdienst sowie für den Studiengang "Verwaltungsinformatik" durch. Neben dem Grundstudium werden auch die Aufstiegsausbildungsgänge vom mittleren in den gehobenen Dienst für die Bundespolizei sowie verschiedene Weiterbildungsmaßnahmen durchgeführt. Der Zentralbereich ist darüber hinaus für alle fachbereichsübergreifenden Angelegenheiten der Fachhochschule sowie die Koordinierung der Arbeit der Fachbereiche zuständig und umfasst neben dem Lehrbereich Grundstudium die zentralen Einrichtungen und die zentrale Hochschulverwaltung.

Ab April 2014 bietet die FH Bund den Fernstudiengang "Verwaltungsmanagement" an, der den berufsbegleitenden Aufstieg vom mittleren in den gehobenen Dienst ermöglicht. Darüber hinaus wird von der FH Bund seit 2011 der Studiengang "Master of Public Administration" durchgeführt. Dieser hat das Ziel, den Aufstieg vom gehobenen in den höheren Dienst zu ermöglichen.

Seit 1998 unterstützt die FH Bund im Rahmen einer Verwaltungsgemeinschaft die Bundesakademie für öffentliche Verwaltung (BAköV).

Überblick zum Kapitel 0634	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	685	685	-		1 376
Übrige Einnahmen	1	1	-		37
Gesamteinnahmen	686	686	-		1 413
Ausgaben					
Personalausgaben	11 540	11 305	+235	1 256	11 254
Sächliche Verwaltungsausgaben	9 411	9 451	-40	1 612	10 036
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	1	218	-217		207
Ausgaben für Investitionen	1 058	1 058	-	1 146	1 423
Gesamtausgaben	22 010	22 032	-22	4 014	22 920
davon flexibilisiert	16 665	16 682	-17	3 533	17 466
davon nicht flexibilisiert	5 345	5 350	-5	481	5 454

0634 Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

119 99 -133	Vermischte Einnahmen	5	5	13

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 539 99.

Erläuterungen:

Für Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit sind Steuern zu erheben.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0612 Tit. 119 99	5	13

124 01 -133	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	680	680	1 318

Haushaltsvermerk:

1. Mehreinnahmen zu Nr. 1 der Erläuterungen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 427 09.
2. Mehreinnahmen zu Nr. 4 der Erläuterungen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 812 02.
3. Mehreinnahmen zu Nr. 3 der Erläuterungen sind zur Refinanzierung der damit verbundenen Ausgaben zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 517 01 und 519 01.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung im Rahmen von Tagungen, Seminaren und Kongressen..........................	-
2. Einnahmen aus Dienstwohnungen...	11
3. Einnahmen aus der Vermietung an Studierende............................	540
4. Einnahmen aus der Vermietung von IT-Geräten in den Wohnheimen..	-
5. Sonstige Einnahmen..	129
Zusammen...	680

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0612 Tit. 124 01	680	1 318

132 01 -133	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	-	-	45

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: **Kap. 0611 Tit. 542 01,** Kap. 0634 Tit. 511 01, 812 01 und 812 02.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 132 01

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0612 Tit. 132 01	-	45

Übrige Einnahmen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
261 01 -133	Erstattung von Verwaltungsausgaben für die Mitbenutzung der Fachhochschuleinrichtungen	1	1	37

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind wegen rechtsverbindlicher Verwendungsauflage bei Aufträgen Dritter zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: **Tgr. 01.**

Erläuterungen:

Die anteiligen Gemeinkosten im Zusammenhang mit der Durchführung von Aufträgen für Dritte.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0612 Tit. 261 01	1	37

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
272 01 -011	Zuschüsse der Europäischen Union zu den Kosten innenpolitischer Maßnahmen	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind wegen bindender Vorgaben der EU zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: **525 01.**

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0612 Tit. 272 01	-	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
381 01 -890	Leistungen von Bundesbehörden zur Durchführung von Aufträgen	-	-	(592)

Haushaltsvermerk:

1. Mehreinnahmen sind wegen verbindlicher Vereinbarung mit anderen Bundesbehörden zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: **Tgr. 01.**
2. Nach § 61 Abs. 1 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Aufträge von Bundesbehörden bis zur Höhe von 1 T€ unentgeltlich übernommen werden.

Erläuterungen:

Erstattungen von Bundesbehörden für die Durchführung von Weiterbildungsmaßnahmen sowie sonstiger Aufträge (z. B. für Beratungstätigkeiten).

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0612 Tit. 381 01	-	(592)

0634 Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

1. Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG. Ausgenommen ist **Tgr. 01.**
2. Mehrausgaben bei folgenden Titeln: **Kap. 0634 flexibilisierter Bereich** dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: **Kap. 0611 Tit. 282 08.**

Sächliche Verwaltungsausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
518 02 -133	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	5 343	5 343	5 179

Haushaltsvermerk:

Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0612 Tit. 518 02	5 343	5 179

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
685 01 -133	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	1	1	1

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0612 Tit. 685 01	1	1

Titelgruppe 01

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
Tgr. 01	Durchführung von Aufträgen anderer Bundesbehörden und Dritter	(1)	(1) *(481)*	

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.
2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: 261 01 und 381 01.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
422 11 -133	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	1	1 *481*	193

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0612 Tit. 422 11	1	193

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 01

459 19 -133	Vermischte Personalausgaben	-	-	52

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0612 Tit. 459 19	-	52

547 11 -133	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	-	-	23

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0612 Tit. 547 11	-	23

Flexibilisierte Ausgaben

Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG

	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3..	11 539	11 521 *775*	11 215
Aus Hauptgruppe 5..	4 068	4 103 *1 612*	4 828
Aus Hauptgruppe 7..	-	-	-
Aus Hauptgruppe 8..	1 058	1 058 *1 146*	1 423
Zusammen..	16 665	16 682 *3 533*	17 466

F ***422 01*** *-133*	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*4 615*	*4 637*	*4 088*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0612 Tit. 422 01	*4 637*	*4 088*

F ***422 02*** *-133*	*Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte*	*-*	*46*	*97*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0612 Tit. 422 02	*46*	*97*

0634 Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F ***422 03*** *-133*	*Bezüge der Anwärterinnen und Anwärter sowie Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst*	*3 305*	*3 031*	*2 715*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0612 Tit. 422 03	*3 031*	*2 715*

F ***427 09*** *-133*	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*304*	*298*	*838*

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 124 01.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0612 Tit. 427 09	*298*	*838*

F ***428 01*** *-133*	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*2 860*	*2 837*	*2 434*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0612 Tit. 428 01	*2 837*	*2 434*

F ***453 01*** *-133*	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	*455*	*455*	*837*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0612 Tit. 453 01	*455*	*837*

F ***511 01*** *-133*	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände, Software, Wartung*	*985*	*462*	*462*

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 132 01.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0612 Tit. 511 01	*462*	*462*
Kap. 0612 Tit. 511 55	*523*	*630*
Zusammen	*985*	*1 092*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F **517 01** *-133*	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	*1 929*	*1 929*	*2 487*

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 124 01.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0612 Tit. 517 01	*1 929*	*2 487*

F **519 01** *-133*	*Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen*	*175*	*175*	*8*

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 124 01.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0612 Tit. 519 01	*175*	*8*

F **525 01** *-133*	*Aus- und Fortbildung*	*504*	*453*	*481*

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben zu Nr. 2 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 272 01.

Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Aus- und Fortbildung	*504*
2. europabezogene Aus- und Fortbildung	*-*
Zusammen	*504*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0612 Tit. 525 01	*453*	*481*
Kap. 0612 Tit. 525 55	*51*	*25*
Kap. 0612 Tit. 532 01	*-*	*-*
Zusammen	*504*	*506*

0634 Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F ***527 01*** *-133*	*Dienstreisen*	*185*	*185*	*146*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0612 Tit. 527 01	*185*	*146*

F ***532 01*** *-133*	*Aufträge und Dienstleistungen im Bereich Informationstechnik*	*185*	*185*	*440*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0612 Tit. 532 55	*185*	*440*

F ***539 99*** *-133*	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*105*	*22*	*51*

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.

Erläuterungen:

Für Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit sind Steuern zu erheben; sie sind an das Finanzamt abzuführen.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0612 Tit. 514 01	*44*	*35*
Kap. 0612 Tit. 518 01	*38*	*30*
Kap. 0612 Tit. 518 55	*1*	*-*
Kap. 0612 Tit. 539 99	*22*	*51*
Zusammen	*105*	*116*

F ***711 01*** *-133*	*Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten*	*-*	*-*	*-*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0612 Tit. 711 01	*-*	*-*

F ***811 01*** *-133*	*Erwerb von Fahrzeugen*	*-*	*-*	*97*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0612 Tit. 811 01	*-*	*97*

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F ***812 01*** *-133*	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)*	*600*	*600*	*752*

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 132 01.

Erläuterungen:

Einjährige Maßnahmen	*1 000 €*
Ersatzbeschaffung	*600*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0612 Tit. 812 01	*600*	*752*

F ***812 02*** *-133*	*Erwerb von Anlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Software im Bereich Informationstechnik*	*458*	*458*	*574*

Haushaltsvermerk:

1. *Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 132 01.*
2. *Mehrausgaben zu Nr. 3 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 124 01.*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Erstbeschaffung	
1.1 Hardware	*185*
2. Ersatzbeschaffung	
2.1 Hardware	*273*
3. Sonstiges	*-*
Zusammen	*458*

Zu 3.:
IT-Ausstattung Wohnheime.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0612 Tit. 812 55	*458*	*574*

Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel

282 08 -133	Einnahmen aus Prämienzahlungen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben		-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0612 Tit. 282 08	-	-

0634 Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 511 55 -133	*Geschäftsbedarf und Datenübertragung sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Software, Wartung*		*523*	*630*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0612 Tit. 511 55	*523*	*630*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 514 01 -133	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*		*44*	*35*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0612 Tit. 514 01	*44*	*35*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 518 01 -133	*Mieten und Pachten*		*38*	*30*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0612 Tit. 518 01	*38*	*30*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 518 55 -133	*Miete für Datenverarbeitungsanlagen, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Maschinen, Software*		*1*	*-*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0612 Tit. 518 55	*1*	*-*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 525 55 -133	*Aus- und Fortbildung*		*51*	*25*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0612 Tit. 525 55	*51*	*25*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 532 04 -133	*Kosten der europabezogenen Aus- und Fortbildung*		*-*	*-*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0612 Tit. 532 01	*-*	*-*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
542 01 -013	Öffentlichkeitsarbeit		5	6

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0612 Tit. 542 01	5	6

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 543 01 -133	*Veröffentlichung und Dokumentation*		*35*	*23*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0612 Tit. 543 01	*35*	*23*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 545 01 -133	*Konferenzen, Tagungen, Messen und Ausstellungen*		*-*	*10*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0612 Tit. 545 01	*-*	*10*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 634 03 -133	*Zuweisungen an den Versorgungsfonds*		*217*	*206*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0612 Tit. 634 03	*217*	*206*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
634 13 -133	Zuweisungen an den Versorgungsfonds		-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0612 Tit. 634 13	-	-

0635 Bundeszentrale für politische Bildung

Vorbemerkung

Die Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) mit Sitz in Bonn und Berlin ist gemäß Erlass vom 24. Januar 2001 (GMBl 2001 S. 270) eine nichtrechtsfähige Bundesanstalt im Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern. Die BpB hat die Aufgabe, durch Maßnahmen der politischen Bildung Verständnis für politische Sachverhalte zu fördern, das demokratische Bewusstsein zu festigen und die Bereitschaft zur politischen Mitarbeit zu stärken.

Hierzu hält die BpB ein breit gefächertes Print- und Multimedia-Angebot zu politischen, historischen und gesellschaftlichen Fragestellungen bereit. Die Besonderheit des Bildungsangebots besteht in dessen aktivierenden und auf Partizipation abstellenden Charakter.

Sie führt jährlich rund 200 Veranstaltungen, wie z. B. Seminare, Tagungen und Studienreisen durch und fördert Veranstaltungen von anerkannten Bildungseinrichtungen, die in der Bundesrepublik Deutschland in der politischen Bildung tätig sind.

Die BpB wird von einem wissenschaftlichen Beirat beraten. Ein Kuratorium, bestehend aus 22 Mitgliedern des Deutschen Bundestages, kontrolliert die Arbeit der BpB auf Wirksamkeit und politische Ausgewogenheit.

Überblick zum Kapitel 0635	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	16	16	-		9
Übrige Einnahmen	-	-	-		276
Gesamteinnahmen	16	16	-		285
Ausgaben					
Personalausgaben	10 101	10 038	+63	18	10 127
Sächliche Verwaltungsausgaben	21 428	21 716	-288	1 560	17 732
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	6 006	5 844	+162	83	5 446
Ausgaben für Investitionen	300	227	+73	86	260
Gesamtausgaben	37 835	37 825	+10	1 747	33 565
davon flexibilisiert	36 854	36 835	+19	1 747	32 604
davon nicht flexibilisiert	981	990	-9		961
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung					
fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu	800 T€				

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Einnahmen			
	Verwaltungseinnahmen			
119 01 -153	Einnahmen aus Veröffentlichungen	6	6	9
	Haushaltsvermerk: Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 532 02.			
119 99 -153	Vermischte Einnahmen	10	10	-
	Übrige Einnahmen			
272 01 -153	Zuschüsse der Europäischen Union zu Maßnahmen der politischen Bildungsarbeit	-	-	276
	Haushaltsvermerk: Mehreinnahmen sind wegen bindender Vorgaben der EU zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 532 02.			

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

1. Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.
   In die Flexibilisierung einbezogen ist auch Tit. 684 02.
2. Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Kap. 0635 flexibilisierter Bereich dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: **Kap. 0611 Tit. 282 08.**

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
	Sächliche Verwaltungsausgaben			
518 02 -153	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	981	990	961
	Haushaltsvermerk: Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.			

0635 Bundeszentrale für politische Bildung

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Flexibilisierte Ausgaben			
	Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG			
	Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3	10 101	10 076 *18*	10 163
	Aus Hauptgruppe 5	20 447	20 726 *1 560*	16 771
	Aus Hauptgruppe 6 ohne Titel 634 .3	6 006	5 806 *83*	5 410
	Aus Hauptgruppe 7	5	5 *1*	4
	Aus Hauptgruppe 8	295	222 *85*	256
	Zusammen	36 854	36 835 *1 747*	32 604
F 422 01 -153	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*1 315*	*1 327*	*1 186*
F 427 09 -153	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*424*	*411*	*1 537*

Erläuterungen:

Einschließlich Entgelte für Volontärinnen und Volontäre.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 428 01 -153	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*8 352*	*8 290*	*7 389*
F 453 01 -153	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	*10*	*10*	*15*
F **511 01** -153	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände, Software, Wartung*	*406*	*211*	*188*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0635 Tit. 511 55	*195*	*211*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 517 01 -153	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	*293*	*293*	*365*
F 527 01 -153	*Dienstreisen*	*277*	*277*	*434*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F **532 01** *-153*	*Aufträge und Dienstleistungen im Bereich Informationstechnik*	*620*	*693*	*638*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0635 Tit. 532 55	*693*	*638*

F **532 02** *-153*	*Behördenspezifische fachbezogene Verwaltungsausgaben (ohne IT)*	*18 723*	*18 923*	*14 753*

Haushaltsvermerk:

1. *Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 01.*
2. *Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 272 01.*
3. *Beiträge von Tagungsteilnehmern und Publikationsbestellern sowie Erstattungen und Beiträge Dritter fließen den Ausgaben zu.*
4. *Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen im Rahmen der Sacharbeit der Bundeszentrale an Dritte gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich abgegeben werden.*
5. *Aus den Ausgaben dürfen auch Zuwendungen gem. § 44 BHO gewährt werden.*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
Ausgaben der politischen Bildungsarbeit:	
1. Für die Herstellung und den Vertrieb der Zeitschrift "Aus Politik und Zeitgeschichte"	*480*
2. Für die Herstellung und den Vertrieb der "Informationen zur Politischen Bildung"	*1 750*
3. Für Herstellung eigener Schriften und Lizenzausgaben, sowie Ankauf, Lagerung und Versendung politischer Bücher und Schriften	*2 110*
4. Für on- und offline verfügbare Multimediaangebote der politischen Bildung	*2 100*
5. Für Fortbildungsangebote für Multiplikatoren/innen der politischen Bildung und Meinungsführer/innen in Form von Seminaren, Tagungen und Studienreisen sowie offene Bildungs- und Informationsveranstaltungen zu politischen Themen	*1 950*
6. Für Maßnahmen kultureller politischer Bildung unter Einbezug von Film, Theater, Bildender Kunst und Musik (u. a. Festivals, Ausstellungen und Begleitprogramme)	*1 114*
7. Für die Entwicklung und Bereitstellung besonderer Angebote zur politischen Bildung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen sowie von bildungsfernen Zielgruppen	*3 769*
8. Für die geistig-politische Auseinandersetzung mit Extremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus und damit in Zusammenhang stehenden Gewaltphänomenen sowie zur Bekämpfung von Vorurteilen	*4 050*
9. Für Grundsatzangelegenheiten der politischen Bildungsarbeit, Motivations- und Wirkungsuntersuchungen sowie für Effektivitätskontrollen	*300*
10. Für sonstige Einzelvorhaben einschl. sächlicher Ausgaben und Sondermaßnahmen aus aktuellem politischen Anlass	*100*
11. Für Maßnahmen des Bündnisses für Demokratie und Toleranz	*1 000*
Zusammen	*18 723*

0635 Bundeszentrale für politische Bildung

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 539 99 -153	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*128*	*10*	*15*

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Werbe- und Informationsmaterialien gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

Erläuterungen:

Aus dem Ansatz werden auch Ausgaben für Informations- und Sachgespräche mit Partnerinnen und Partnern, Institutionen u. Ä. im Bereich der politischen Bildung einschl. Bewirtung gezahlt.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0635 Tit. 514 01	*23*	*20*
Kap. 0635 Tit. 518 01	*20*	*25*
Kap. 0635 Tit. 518 55	*-*	*-*
Kap. 0635 Tit. 519 01	*5*	*1*
Kap. 0635 Tit. 525 01	*25*	*43*
Kap. 0635 Tit. 525 55	*17*	*7*
Kap. 0635 Tit. 531 01	*28*	*66*
Zusammen	*118*	*162*

F 684 02 -153	*Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen, auch öffentliche Einrichtungen*	*6 006*	*5 806*	*5 410*

Verpflichtungsermächtigung...

fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 800 T€

Haushaltsvermerk:

1. *Beiträge von Tagungsteilnehmern fließen den Ausgaben zu.*
2. *Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.*
3. *Die Ausgaben sind in Höhe von mindestens 1 250 T€ für die Bildungsarbeit in den neuen Bundesländern bestimmt.*

Erläuterungen:

Es werden insbesondere überregional angelegte Lehrgänge, Seminare und Tagungen gesellschaftlicher Bildungsträger, die sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen, gefördert und Zuschüsse zur Entwicklung von Lehr- und Lernmitteln gewährt. Ausgaben können auch für Bildungsmaßnahmen geleistet werden, für die Zuwendungen aus anderen Kapiteln des Bundeshaushalts gewährt werden.

Aus dem Ansatz dürfen keine Zuwendungen an die politischen Stiftungen erfolgen.

F 711 01 -153	*Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten*	*5*	*5*	*4*
F 811 01 -153	*Erwerb von Fahrzeugen*	*-*	*-*	*7*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu flexibilisierte Ausgaben			
F ***812 01*** *-153*	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)*	*55*	*55*	*103*
F ***812 02*** *-153*	*Erwerb von Anlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Software im Bereich Informationstechnik*	*240*	*167*	*146*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Ersatzbeschaffung	
1.1 Hardware	*220*
1.2 Software	*20*
Zusammen	*240*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0635 Tit. 812 55	*167*	*146*

Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
282 08 -153	Einnahmen aus Prämienzahlungen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben		-	-
F *511 55 -153*	*Geschäftsbedarf und Datenübertragung sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Software, Wartung*		*195*	*211*
F *514 01 -153*	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*		*23*	*20*
F *518 01 -153*	*Mieten und Pachten*		*20*	*25*
F *518 55 -153*	*Miete für Datenverarbeitungsanlagen, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Maschinen, Software*		*-*	*-*
F *519 01 -153*	*Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen*		*5*	*1*
F *525 01 -153*	*Aus- und Fortbildung*		*25*	*43*
F *525 55 -153*	*Aus- und Fortbildung*		*17*	*7*
F *526 03 -153*	*Ausgaben für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen*		*6*	*5*
F *531 01 -153*	*Werbung*		*28*	*66*

0635 Bundeszentrale für politische Bildung

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 634 03 -153	*Zuweisungen an den Versorgungsfonds*		*38*	*36*

Haushaltsvermerk:

In den Personaltiteln dieses Einzelplans sind folgende Aufwandsentschädigungen und Besondere Personalausgaben veranschlagt:

1. **Aufwandsentschädigungen**

1.1 Dienstaufwandsentschädigung für den Bundesminister in Höhe von jährlich 3 681,30 € (monatlich 306,78 €) bei folgendem Titel:

Kap. 0612 Tit. 421 01.

1.2 Dienstaufwandsentschädigung für die Parlamentarischen Staatssekretäre in Höhe von jährlich je 2 760,98 € (monatlich 230,08 €) bei folgendem Titel:

Kap. 0612 Tit. 421 01.

1.3 Aufwandsentschädigung für vom Dienst freigestellte Personalratsmitglieder bei folgenden Titeln:

Kap. 0612 Tit. 422 01, 428 01,

Kap. 0614 Tit. 422 01, 428 01,

Kap. 0615 Tit. 422 01, 428 01,

Kap. 0616 Tit. 428 01,

Kap. 0619 Tit. 428 01,

Kap. 0623 Tit. 422 01,

Kap. 0624 Tit. 422 01, 422 02, 428 01,

Kap. 0625 Tit. 422 01 und 428 01.

1.4 Aufwandsentschädigung in Fällen dienstlich veranlasster doppelter Haushaltsführung bei Versetzungen und Abordnungen vom Inland ins Ausland, im Ausland oder vom Ausland ins Inland (AER) bei folgenden Titeln:

Kap. 0624 Tit. 422 01, 422 02, 422 03, 428 01,

Kap. 0633 Tit. 422 01, 427 09 und 428 01.

1.5 Diensthundführerzulage bei folgenden Titeln:

Kap. 0625 Tit. 422 02 und 428 01.

1.6 Beköstigungs- und Auswärtszulagen für das Bootspersonal des Grenzschutzeinzeldienstes bei folgenden Titeln:

Kap. 0625 Tit. 422 02 und 428 01.

2. **Besondere Personalausgaben**

2.1 Betreuung aller Beschäftigten, die am Heiligen Abend nach 18 Uhr Dienst verrichten (zentral für den gesamten Geschäftsbereich) bei folgendem Titel:

Kap. 0612 Tit. 428 01.

2.2 Abfindungen und Übergangsgeld bei folgenden Titeln:

Kap. 0612 Tit. 422 01, 422 02,

Kap. 0624 Tit. 422 01 und 422 02.

2.3 Übergangsgeld bei folgenden Titeln:

Kap. 0612 Tit. 428 01 und

Kap. 0624 Tit. 428 01.

2.4 Schulbeihilfen bei folgenden Titeln:

Kap. 0612 Tit. 422 01, 422 02, 428 01,

Kap. 0624 Tit. 422 01, 422 02 und 428 01.

2.5 Außer- und übertarifliche Leistungen an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die mit Einwilligung des BMF gewährt werden bei folgenden Titeln:

Kap. 0612 Tit. 428 01 und

Kap. 0624 Tit. 428 01.

2.6 Zuschuss zum Krankenversicherungsbeitrag bei folgenden Titeln:

Kap. 0612 Tit. 428 01,

Kap. 0616 Tit. 428 01 und

Kap. 0624 Tit. 428 01.

2.7 Örtliche Prämien bei folgenden Titeln:

Kap. 0624 Tit. 422 01 und 428 01.

2.8 Sprachenzulage bei folgendem Titel:

Kap. 0624 Tit. 422 01.

2.9 Für die Gewährung eines Zuschusses von 256 € an Beamtinnen und Beamte sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die das Studium an einer Verwaltungs- und Wirtschafts-Akademie erfolgreich mit dem Erwerb des Diploms abschließen, bei folgendem Titel:

Kap. 0612 Tit. 525 11.

Die Beihilfe ist lohnsteuerpflichtig und als "sonstiger Bezug" (§ 35 LStDV) zu behandeln. Die Ausgaben sind für die gesamte Bundesverwaltung bestimmt.

2.10 Verfügungsfonds für vom Dienst freigestellte Gleichstellungsbeauftragte gem. § 18 Abs. 4 BGleiG in Höhe von bis zu jährlich je 312 € (monatlich 26 €) bei folgenden Titeln:

Kap. 0612 Tit. 422 01,

Kap. 0614 Tit. 422 01,

Kap. 0615 Tit. 422 01,

Kap. 0624 Tit. 422 01 und

Kap. 0633 Tit. 422 01.

Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Kapitel, Titel (Titelgr.) sowie Zweckbestimmung	Ausgaben-soll 2014		a) Bis einschl. 31.12.2012 eingegangene Verpflichtungen fällig ab 2014 b) VE 2013 c) VE 2014	davon fällig					
				2014	2015	2016	2017	Folgejahre	in künftigen Haushaltsjahren
	1 000 €		1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €
1	2		3	4	5	6	7	8	9
Kapitel 0601									
Tgr. 01									
685 14 - Zuschuss für die Förderung der jüdischen Gemeinschaft, der christlich-jüdischen Zusammenarbeit sowie des interreligiösen und interkulturellen Dialogs	12 432	a)	7	7	-	-	-	-	-
		b)	150	50	50	50	-	-	-
		c)	150		50	50	50	-	-
685 16 - Zuschuss zur Vorbereitung, Durchführung und Abwicklung von Kirchentagen	400	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	320	320	-	-	-	-	-
		c)	320		320	-	-	-	-
685 19 - Kosten der Deutschen Islamkonferenz sowie Förderung des interreligiösen Dialogs	505	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	300	150	100	50	-	-	-
		c)	300		150	100	50	-	-
686 11 - Förderung von Projekten für demokratische Teilhabe und gegen Extremismus	6 000	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	2 400		1 200	1 200	-	-	-
894 12 - Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen zur gesellschaftspolitischen und demokratischen Bildungsarbeit	1 330	a)	901	901	-	-	-	-	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
Tgr. 02									
684 21 - Zentrale Maßnahmen auf dem Gebiet des Sports	99 761	a)	111 854	42 225	34 828	34 801	-	-	-
		b)	13 956	900	8 246	-	4 810	-	-
		c)	30 810		6 150	6 200	9 230	9 230	-
684 22 - Projektförderung für Sporteinrichtungen	13 096	a)	14 300	7 000	4 900	2 400	-	-	-
		b)	7 300	2 600	2 300	2 400	-	-	-
		c)	7 200		2 400	2 400	2 400	-	-
684 23 - Periodisch wiederkehrende Sportveranstaltungen	2 710	a)	629	469	160	-	-	-	-
		b)	3 835	1 485	350	920	1 080	-	-
		c)	400		400	-	-	-	-
686 22 - Förderung von Forschung, Dokumentation und Tagungen sowie Durchführung von Forschungsvorhaben und Betreuungsprojekten auf dem Gebiet der Sportwissenschaft	3 799	a)	3 759	2 846	493	420	-	-	-
		b)	2 700	1 450	750	350	150	-	-
		c)	6 000		2 400	1 700	1 100	800	-
686 23 - Zuschuss für Maßnahmen zur Dopingbekämpfung	3 366	a)	1 682	841	841	-	-	-	-
		b)	841	-	-	841	-	-	-
		c)	416		208	208	-	-	-
882 21 - Zuwendungen für die Errichtung, Ausstattung und Bauunterhaltung von Sportstätten für den Hochleistungssport	15 810	a)	13 103	8 173	4 930	-	-	-	-
		b)	12 861	3 375	3 162	6 324	-	-	-
		c)	12 707		3 221	3 162	6 324	-	-
Tgr. 04									
632 41 - Kosten der Bundestagswahlen sowie Kosten der Direktwahl zum Europäischen Parlament	76 805	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	3 000	3 000	-	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-

06 Übersicht 1
Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Kapitel, Titel (Titelgr.) sowie Zweckbestimmung	Ausgaben-soll 2014		a) Bis einschl. 31.12.2012 eingegangene Verpflichtungen fällig ab 2014 b) VE 2013 c) VE 2014	davon fällig 2014	2015	2016	2017	Folgejahre	in künftigen Haushaltsjahren
	1 000 €		1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €
1	2		3	4	5	6	7	8	9
685 45 - Zuschüsse zur Förderung von Forschungsvorhaben, Wettbewerben und Veröffentlichungen insbesondere in Verfassungsrecht, Verwaltungswissenschaften und Kommunalwesen	71	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	60	20	20	20	-	-	-
		c)	60		20	20	20	-	-
Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel									
544 31 - Forschung, Untersuchungen und Ähnliches	-	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	2 500	1 900	600	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
686 32 - Investorenwerbung und Förderung von Marktstrategien zur Standortsicherung klein-und mittelständischer Unternehmen in den neuen Bundesländern	-	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	400	400	-	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
686 33 - Förderung von Projekten für demokratische Teilhabe und gegen Extremismus insbesondere in Ostdeutschland	-	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	10 800	4 800	3 600	2 400	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
Summe des Kapitels 0601	400 548	a)	146 235	62 462	46 152	37 621	-	-	-
		b)	59 023	20 450	19 178	13 355	6 040	-	-
		c)	60 763		16 519	15 040	19 174	10 030	-
Kapitel 0602									
Tgr. 01									
532 10 - E-Government und Internetstrategie des Bundes	6 323	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	4 500	1 500	1 500	1 500	-	-	-
		c)	4 500		1 500	1 500	1 500	-	-
532 14 - IT-Konsolidierung Bund	8 013	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	2 000		2 000	-	-	-	-
532 16 - IT-Planungsrat	1 193	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	750	250	250	250	-	-	-
		c)	750		250	250	250	-	-
532 19 - IT-Steuerung Bund	5 200	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	1 500	1 500	-	-	-	-	-
		c)	1 500		1 500	-	-	-	-
812 13 - Aufbau und Betrieb der Netze des Bundes (NdB) sowie weiterer zentraler IT-Infrastrukturen des Bundes	36 000	a)	58 792	12 499	12 453	11 280	11 280	11 280	-
		b)	1 500	500	500	500	-	-	-
		c)	1 500		500	500	500	-	-
Tgr. 02									
517 21 - Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	11 000	a)	220	22	22	22	22	132	-
		b)	45 000	5 000	5 000	5 000	5 000	25 000	-
		c)	24 000		3 000	3 000	3 000	15 000	-

Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Kapitel, Titel (Titelgr.) sowie Zweckbestimmung	Ausgaben-soll 2014 1 000 €	a) Bis einschl. 31.12.2012 eingegangene Verpflichtungen fällig ab 2014 b) VE 2013 c) VE 2014 1 000 €	davon fällig 2014 1 000 €	2015 1 000 €	2016 1 000 €	2017 1 000 €	Folgejahre 1 000 €	in künftigen Haushaltsjahren 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7	8	9
518 21 - Mieten und Pachten	14 455	a) 2 848	281	281	281	281	1 724	-
		b) 93 600	10 400	10 400	10 400	10 400	52 000	-
		c) 83 200		10 400	10 400	10 400	52 000	-
519 21 - Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	9 700	a) 80	8	8	8	8	48	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
632 20 - Zuweisungen an die Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben	67 951	a) 351 644	48 826	49 393	49 920	51 020	152 485	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
711 21 - Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	29 946	a) 78 000	27 000	21 000	5 000	5 000	20 000	-
		b) 33 000	13 000	10 000	10 000	-	-	-
		c) 20 000		10 000	10 000	-	-	-
812 20 - Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	16 000	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 15 000	15 000	-	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
Tgr. 03								
532 36 - Bundesanteil zur Einführung einer einheitlichen Behördenrufnummer (D 115)	498	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 638	290	348	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
Summe des Kapitels 0602	237 829	a) 491 584	88 636	83 157	66 511	67 611	185 669	-
		b) 195 488	47 440	27 998	27 650	15 400	77 000	-
		c) 137 450		29 150	25 650	15 650	67 000	-
Kapitel 0603								
Tgr. 01								
684 14 - Förderung von Maßnahmen zur Integration von Zuwanderern und Spätaussiedlern	16 987	a) 13 500	10 000	3 500	-	-	-	-
		b) 12 196	3 300	4 448	4 448	-	-	-
		c) 12 156		4 052	4 052	4 052	-	-
684 15 - Internationale Projektarbeit	1 000	a) 321	321	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
Tgr. 03								
684 32 - Allgemeine Hilfen	17 432	a) 1 510	1 510	-	-	-	-	-
		b) 9 078	7 376	786	916	-	-	-
		c) 9 097		8 152	945	-	-	-
896 32 - Leistungen zur Schaffung von Lebensgrundlagen für die deutschen Minderheiten	1 000	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 300	100	100	100	-	-	-
		c) 300		100	100	100	-	-
Tgr. 05								
896 50 - Zuwendungen zum Bau und zur Einrichtung von kulturellen und sozialen Investitionsmaßnahmen der deutschen Minderheit in Nordschleswig/Dänemark	414	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) 100		100	-	-	-	-

06 Übersicht 1
Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Kapitel, Titel (Titelgr.) sowie Zweckbestimmung	Ausgaben-soll 2014 1 000 €	a) Bis einschl. 31.12.2012 eingegangene Verpflichtungen fällig ab 2014 b) VE 2013 c) VE 2014 1 000 €	davon fällig 2014 1 000 €	2015 1 000 €	2016 1 000 €	2017 1 000 €	Folgejahre 1 000 €	in künftigen Haushaltsjahren 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel								
685 08 - Förderung von Maßnahmen zur Integration von Ausländern und Spätaussiedlern	-	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 200	100	50	50	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
Summe des Kapitels 0603	319 247	a) 15 331	11 831	3 500	-	-	-	-
		b) 21 774	10 876	5 384	5 514	-	-	-
		c) 21 653		12 404	5 097	4 152	-	-
Kapitel 0610								
532 06 - Erstellung von Fernerkundungsdaten	1 122	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 2 100	700	700	700	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
687 07 - Unterstützung der Grenzschutzbehörden der Mittel-und Osteuropäischen Staaten, sowie der polizeilichen Ausbildungs- und Ausstattungshilfe	3 000	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 225	100	75	50	-	-	-
		c) 150		75	50	25	-	-
Tgr. 01								
811 11 - Erwerb von Fahrzeugen	13 242	a) 16 303	6 274	5 329	2 000	900	1 800	-
		b) 9 563	3 978	2 529	3 056	-	-	-
		c) 9 769		3 084	2 529	4 156	-	-
812 11 - Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)	683	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 816	407	136	273	-	-	-
		c) 819		410	136	273	-	-
Summe des Kapitels 0610	18 389	a) 16 303	6 274	5 329	2 000	900	1 800	-
		b) 12 704	5 185	3 440	4 079	-	-	-
		c) 10 738		3 569	2 715	4 454	-	-
Kapitel 0612								
518 01 - Mieten und Pachten	8 658	a) 109 831	7 376	7 376	7 376	7 376	80 327	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
Summe des Kapitels 0612	151 803	a) 109 831	7 376	7 376	7 376	7 376	80 327	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
Kapitel 0613								
518 02 - Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	544	a) 388	388	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
Summe des Kapitels 0613	9 090	a) 388	388	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-

Übersicht 1 06
Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Kapitel, Titel (Titelgr.) sowie Zweckbestimmung	Ausgaben-soll 2014 1 000 €	a) Bis einschl. 31.12.2012 eingegangene Verpflichtungen fällig ab 2014 b) VE 2013 c) VE 2014 1 000 €	davon fällig 2014 1 000 €	2015 1 000 €	2016 1 000 €	2017 1 000 €	Folgejahre 1 000 €	in künftigen Haushaltsjahren 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Kapitel 0614								
518 02 - Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	10 873	a) 21 746	10 873	10 873	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
532 01 - Aufträge und Dienstleistungen im Bereich Informationstechnik	1 275	a) 82	82	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
Summe des Kapitels 0614	156 829	a) 21 828	10 955	10 873	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
Kapitel 0615								
518 02 - Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	10 503	a) 44 096	9 335	9 311	9 441	9 441	6 568	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
511 01 - Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände, Software, Wartung	14 910	a) 32	32	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
525 01 - Aus- und Fortbildung	1 075	a) 2	2	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
681 08 - Studienbeihilfen für Nachwuchskräfte geringeren Umfangs	18	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 23	8	9	6	-	-	-
		c) 23		8	9	6	-	-
Summe des Kapitels 0615	176 174	a) 44 130	9 369	9 311	9 441	9 441	6 568	-
		b) 23	8	9	6	-	-	-
		c) 23		8	9	6	-	-
Kapitel 0616								
Tgr. 02								
539 29 - Vermischte Verwaltungsausgaben	2 167	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 10 560	2 112	2 112	2 112	2 112	2 112	-
		c) -		-	-	-	-	-
Summe des Kapitels 0616	31 935	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 10 560	2 112	2 112	2 112	2 112	2 112	-
		c) -		-	-	-	-	-
Kapitel 0618								
532 01 - Aufträge und Dienstleistungen im Bereich Informationstechnik	370	a) 150	100	50	-	-	-	-
		b) 150	50	50	50	-	-	-
		c) 150		50	50	50	-	-
Summe des Kapitels 0618	3 133	a) 150	100	50	-	-	-	-
		b) 150	50	50	50	-	-	-
		c) 150		50	50	50	-	-

06 Übersicht 1
Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Kapitel, Titel (Titelgr.) sowie Zweckbestimmung	Ausgaben-soll 2014		a) Bis einschl. 31.12.2012 eingegangene Verpflichtungen fällig ab 2014 b) VE 2013 c) VE 2014	davon fällig 2014	2015	2016	2017	Folgejahre	in künftigen Haushaltsjahren
	1 000 €		1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €
1	2		3	4	5	6	7	8	9
Kapitel 0619									
518 02 - Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	1 329	a)	11 300	1 500	1 500	1 500	1 700	5 100	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
681 08 - Studienbeihilfen für Nachwuchskräfte geringeren Umfangs	7	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	35	7	7	7	7	7	-
		c)	-		-	-	-	-	-
Summe des Kapitels 0619	15 849	a)	11 300	1 500	1 500	1 500	1 700	5 100	-
		b)	35	7	7	7	7	7	-
		c)	-		-	-	-	-	-
Kapitel 0623									
518 02 - Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	3 094	a)	3 616	1 808	1 808	-	-	-	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
532 04 - Behördenspezifische fachbezogene Verwaltungsausgaben	27 151	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	9 000	4 000	3 000	2 000	-	-	-
		c)	15 000		7 000	5 000	3 000	-	-
681 08 - Studienbeihilfen für Nachwuchskräfte geringeren Umfangs	60	a)	26	20	6	-	-	-	-
		b)	60	20	20	20	-	-	-
		c)	72		30	30	12	-	-
812 01 - Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)	7 054	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	3 700	2 000	1 000	700	-	-	-
		c)	3 700		2 000	1 000	700	-	-
812 02 - Erwerb von Anlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Software im Bereich Informationstechnik	1 353	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	1 200	500	400	300	-	-	-
		c)	1 200		500	400	300	-	-
Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel									
526 02 - Sachverständige	-	a)	714	-	714	-	-	-	-
		b)	6 000	3 000	2 000	1 000	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
Summe des Kapitels 0623	79 879	a)	4 356	1 828	2 528	-	-	-	-
		b)	19 960	9 520	6 420	4 020	-	-	-
		c)	19 972		9 530	6 430	4 012	-	-
Kapitel 0624									
518 02 - Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	30 691	a)	29 513	29 513	-	-	-	-	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
Tgr. 06									
663 61 - Zuschüsse zur Deckung laufender Aufwendungen	60	a)	116	42	31	27	16	-	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-

Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Kapitel, Titel (Titelgr.) sowie Zweckbestimmung	Ausgaben-soll 2014		a) Bis einschl. 31.12.2012 eingegangene Verpflichtungen fällig ab 2014 b) VE 2013 c) VE 2014	davon fällig 2014	2015	2016	2017	Folge-jahre	in künftigen Haushalts-jahren
	1 000 €		1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €
1	2		3	4	5	6	7	8	9
518 01 - Mieten und Pachten	2 332	a)	215	215	-	-	-	-	-
		b)	250	250	-	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
532 01 - Aufträge und Dienstleistungen im Bereich Informationstechnik	12 994	a)	496	496	-	-	-	-	-
		b)	6 000	4 000	2 000	-	-	-	-
		c)	6 000		4 000	2 000	-	-	-
687 01 - Unterstützungsmaßnahmen für ausländische Polizeien zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität und des internationalen Terrorismus Ausland	1 365	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	250	250	-	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
711 01 - Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	800	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	250	250	-	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
812 02 - Erwerb von Anlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Software im Bereich Informationstechnik	16 923	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	4 500	4 500	-	-	-	-	-
		c)	4 500		4 500	-	-	-	-
Summe des Kapitels 0624	416 916	a)	30 340	30 266	31	27	16	-	-
		b)	11 250	9 250	2 000	-	-	-	-
		c)	10 500		8 500	2 000	-	-	-
Kapitel 0625									
518 02 - Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	124 668	a)	109 237	9 320	4 919	4 919	4 919	85 160	-
		b)	179 936	676	900	1 094	1 094	176 172	-
		c)	84 731		5 319	5 870	6 385	67 157	-
532 04 - Verwendung, Einsätze und Maßnahmen der Bundespolizei außerhalb des Bundesgebiets	20 866	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	1 500		1 500	-	-	-	-
518 01 - Mieten und Pachten	5 015	a)	2 509	2 484	25	-	-	-	-
		b)	525	175	175	175	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
532 01 - Aufträge und Dienstleistungen im Bereich Informationstechnik	3 430	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	3 000		1 500	1 500	-	-	-
671 03 - Ausgaben im Zusammenhang mit Sicherungsmaßnahmen auf den Verkehrsflughäfen	3 500	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	1 000		1 000	-	-	-	-
671 04 - Erstattungen von Selbstkosten gemäß § 62 BPolG und § 8 LuftSiG	24 380	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	38 700		3 870	3 870	3 870	27 090	-
711 01 - Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	11 760	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	3 000	3 000	-	-	-	-	-
		c)	5 000		5 000	-	-	-	-
712 01 - Baumaßnahmen von mehr als 2 000 000 € im Einzelfall	4 059	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	3 200	3 200	-	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-

06 Übersicht 1
Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Kapitel, Titel (Titelgr.) sowie Zweckbestimmung	Ausgaben-soll 2014	a) Bis einschl. 31.12.2012 eingegangene Verpflichtungen fällig ab 2014 b) VE 2013 c) VE 2014	davon fällig					
			2014	2015	2016	2017	Folge-jahre	in künftigen Haushalts-jahren
	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €
1	2	3	4	5	6	7	8	9
811 01 - Erwerb von Fahrzeugen	13 860	a) 6 697	6 697	-	-	-	-	-
		b) 9 000	3 000	3 000	3 000	-	-	-
		c) 20 500		7 500	7 500	5 500	-	-
811 05 - Erwerb von Luftfahrzeugen	34 200	a) 80 500	20 500	10 000	10 000	10 000	30 000	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) 34 000		10 000	10 000	3 500	10 500	-
811 06 - Erwerb von Seefahrzeugen	1 750	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) 3 150		1 400	1 050	700	-	-
812 01 - Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)	12 951	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 2 000	1 000	1 000	-	-	-	-
		c) 11 000		4 000	3 500	3 500	-	-
812 02 - Erwerb von Anlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Software im Bereich Informationstechnik	13 130	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 1 500	1 500	-	-	-	-	-
		c) 11 500		5 000	4 000	2 500	-	-
812 03 - Erwerb von Kontrollgerät für Luftsicherheit	40 200	a) 4 500	4 500	-	-	-	-	-
		b) 24 000	5 500	8 500	10 000	-	-	-
		c) 46 000		10 500	9 500	16 000	10 000	-
812 04 - Erwerb von Waffen und Gerät	17 841	a) 1 573	873	700	-	-	-	-
		b) 9 000	2 000	2 000	5 000	-	-	-
		c) 10 500		3 500	3 500	3 500	-	-
Summe des Kapitels 0625	2 496 884	a) 205 016	44 374	15 644	14 919	14 919	115 160	-
		b) 232 161	20 051	15 575	19 269	1 094	176 172	-
		c) 270 581		60 089	50 290	45 455	114 747	-
Kapitel 0628								
532 05 - Bewirtschaftung und Unterhaltung sowie Rückabwicklung von öffentlichen Schutzräumen	1 460	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 600	400	200	-	-	-	-
		c) 300		200	100	-	-	-
684 04 - Ausbildung der Bevölkerung in Selbsthilfemaßnahmen	3 800	a) 3 900	3 900	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) 19 500		3 900	3 900	3 900	7 800	-
Tgr. 04								
532 45 - Haltung von Luftfahrzeugen	5 122	a) 95 865	5 122	5 122	5 122	5 122	75 377	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
532 47 - Prüfung und Erprobung von Maßnahmen und Geräten zum CBRN-Schutz und für den medizinischen Katatstrophenschutz	180	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 60	60	-	-	-	-	-
		c) 60		60	-	-	-	-
547 41 - Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	835	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) 320		80	80	80	80	-
517 01 - Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	1 666	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) 3 500		700	700	700	1 400	-

Übersicht 1 06
Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Kapitel, Titel (Titelgr.) sowie Zweckbestimmung	Ausgaben-soll 2014	a) Bis einschl. 31.12.2012 eingegangene Verpflichtungen fällig ab 2014 b) VE 2013 c) VE 2014	davon fällig					
			2014	2015	2016	2017	Folgejahre	in künftigen Haushaltsjahren
	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €
1	2	3	4	5	6	7	8	9
518 01 - Mieten und Pachten	1 907	a) 1 695	1 695	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
544 01 - Forschung, Untersuchungen und Ähnliches	1 835	a) 511	370	141	-	-	-	-
		b) 2 500	1 100	650	550	200	-	-
		c) 2 450		950	750	550	200	-
883 01 - Wasserwirtschaftliche Vorsorgemaßnahmen	2 000	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 800	600	200	-	-	-	-
		c) 400		300	100	-	-	-
Tgr. 08								
811 81 - Erwerb von Fahrzeugen	31 312	a) 34 938	19 378	15 560	-	-	-	-
		b) 12 950	6 150	3 500	3 300	-	-	-
		c) 31 300		4 800	14 600	11 900	-	-
812 81 - Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)	1 408	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 560	280	280	-	-	-	-
		c) 1 685		280	845	560	-	-
Summe des Kapitels 0628	99 075	a) 136 909	30 465	20 823	5 122	5 122	75 377	-
		b) 17 470	8 590	4 830	3 850	200	-	-
		c) 59 515		11 270	21 075	17 690	9 480	-
Kapitel 0629								
518 02 - Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	54 964	a) 16 236	2 844	2 844	922	922	8 704	-
		b) 20 059	3 187	3 187	3 187	893	9 605	-
		c) 34 403		3 611	3 611	3 655	23 526	-
811 01 - Erwerb von Fahrzeugen	15 756	a) 12 644	10 812	1 832	-	-	-	-
		b) 14 151	3 151	7 000	2 000	2 000	-	-
		c) 14 773		3 773	7 000	2 000	2 000	-
812 01 - Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)	16 867	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 13 000	11 000	2 000	-	-	-	-
		c) 13 000		11 000	2 000	-	-	-
Summe des Kapitels 0629	179 596	a) 28 880	13 656	4 676	922	922	8 704	-
		b) 47 210	17 338	12 187	5 187	2 893	9 605	-
		c) 62 176		18 384	12 611	5 655	25 526	-
Kapitel 0633								
518 02 - Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	8 285	a) 139 791	8 223	8 223	8 223	8 223	106 899	-
		b) 1 302	62	62	62	62	1 054	-
		c) 78		26	26	26	-	-
681 08 - Studienbeihilfen für Nachwuchskräfte geringeren Umfangs	56	a) 30	23	7	-	-	-	-
		b) 18	2	9	7	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
Summe des Kapitels 0633	159 277	a) 139 821	8 246	8 230	8 223	8 223	106 899	-
		b) 1 320	64	71	69	62	1 054	-
		c) 78		26	26	26	-	-
Kapitel 0635								
518 02 - Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Ein-	981	a) 1 879	285	291	297	303	703	-
		b) 6 083	663	690	695	700	3 335	-

06 Übersicht 1
Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Kapitel, Titel (Titelgr.) sowie Zweckbestimmung	Ausgaben-soll 2014		a) Bis einschl. 31.12.2012 eingegangene Verpflichtungen fällig ab 2014 b) VE 2013 c) VE 2014	davon fällig 2014	2015	2016	2017	Folge-jahre	in künftigen Haushalts-jahren
	1 000 €		1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €
1	2		3	4	5	6	7	8	9
heitlichen Liegenschaftsmanagement		c)	-		-	-	-	-	-
684 02 - Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen, auch öffentliche Einrichtungen	6 006	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	800	800	-	-	-	-	-
		c)	800		800	-	-	-	-
Summe des Kapitels 0635	37 835	a)	1 879	285	291	297	303	703	-
		b)	6 883	1 463	690	695	700	3 335	-
		c)	800		800	-	-	-	-
Summe des Einzelplans 06	5 770 901	a)	1 404 281	328 011	219 471	153 959	116 533	586 307	-
		b)	636 011	152 404	99 951	85 863	28 508	269 285	-
		c)	654 399		170 299	140 993	116 324	226 783	-

Personalhaushalt

Einzelplan 06

Bundesministerium des Innern

Inhalt

Kapitel	Bezeichnung	Seite
	Vorbemerkungen zum Personalhaushalt	266
	Gesamtübersicht	267
0612	Bundesministerium	269
0613	Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit	275
0614	Statistisches Bundesamt	277
0615	Bundesverwaltungsamt	282
0616	Bundesamt für Kartographie und Geodäsie	287
0617	Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung	289
0618	Bundesinstitut für Sportwissenschaft	290
0619	Beschaffungsamt des Bundesministeriums des Innern	291
0623	Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik	293
0624	Bundeskriminalamt	296
0625	Bundespolizei	300
0628	Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe	305
0629	Bundesanstalt Technisches Hilfswerk	308
0633	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge	311
0634	Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung	314
0635	Bundeszentrale für politische Bildung	318
	Übersichten	
	Darstellung der den Planstellen zugeordneten Amtsbezeichnungen	320
	Stellenübersichten der Zuwendungsempfänger:	
0603	Integration und Migration, Minderheiten und Vertriebene	324

Vorbemerkungen zum Personalhaushalt

1. Ersatz(plan)stellen werden zahlenmäßig in einer eigenen Spalte der Übersichten der ku- und kw-Vermerke in der Gesamtübersicht und in den einzelnen Kapiteln nachgewiesen.

   Ersatz(plan)stellen im Zusammenhang mit der Gewährung von Altersteilzeit sind mit dem Vermerk "kw mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten" ausgewiesen.

   Die sonstigen Ersatz(plan)stellen sind in der Übersicht mit der Kurzformulierung "Ersatzplanstelle" bzw."Ersatzstelle" ausgewiesen, die Kurzformulierung entspricht dabei dem folgenden Wortlaut eines kw-Vermerks:

   - bei Titeln der Gruppe 422: kw - nach Rückkehr der abgeordneten Beschäftigten - mit Übernahme der Ersatzkräfte in eine freie oder die nächste frei werdende Planstelle ihrer Besoldungsgruppe oder mit Versetzung der Beschäftigten oder ihrem Ausscheiden aus dem Dienst

   - bei Titeln der Gruppe 428: kw - nach Rückkehr der abgeordneten Beschäftigten - mit Übernahme der Ersatzkräfte in eine freie oder die nächste frei werdende Stelle ihrer Entgeltgruppe oder Planstelle der entsprechenden Besoldungsgruppe oder mit Versetzung der Beschäftigten oder ihrem Ausscheiden aus dem Dienst

2. AT B ist die Kurzbezeichnung für Arbeitsverhältnisse mit Verträgen nach Anlage 1a oder 1b des BMI-Rundschreibens vom 18. November 2005 - D II 2 - 220 234 - in der jeweils geltenden Fassung.

3. Anzahl der im Haushaltsjahr 2012 eingesetzten Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen (umgerechnet auf vollbeschäftigte Arbeitskräfte im Haushaltsjahr) und Auszubildende (Jahresdurchschnitt):

Kapitel	Titel	Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen	Auszubildende
0612	427 09	72,0	27,0
0613	427 09	6,3	-
0614	427 09	133,7	101,3
0614	427 19	82,2	-
0614	427 39	0,3	-
0615	427 09	307,0	102,0
0616	427 09	10,8	9,5
0616	427 19	13,4	-
0616	427 29	23,9	-
0616	427 39	2,0	-
0617	427 09	20,3	-
0617	427 19	0,2	-
0618	427 09	7,8	-
0619	427 09	13,0	9,0
0623	427 09	28,0	9,0
0624	427 09	189,0	92,0
0625	427 09	182,0	374,0
0628	427 09	21,5	6,3
0629	427 09	37,0	46,0
0633	427 09	159,4	120,0
0634	427 09	15,0	7,0
0635	427 09	29,0	24,0
Zusammen		1.353,8	927,1

4. Arbeitsplatzbeschreibungen für alle Stellen der Gruppe 428 des Einzelplans (einschließlich der Stellen der institutionell geförderten Zuwendungsempfänger/Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO) liegen, außer bei Kap. 0625, vor. Aufgrund der Ergebnisse der personellen Umsetzung der Neuorganisation der Bundespolizei sind noch ca. 20 Prozent der Arbeitsplatzbeschreibungen zu überarbeiten.

Gesamtübersicht

Planstellen, Stellen, Leerstellen

Kap.	Behörde	Beamtinnen und Beamte Tit. 422 .1		Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Tit. 428 .1		Zusammen (Spalten 3 bis 6)	
		2014	2013	2014	2013	2014	2013
1	2	3	4	5	6	7	8
	Planstellen und Stellen						
0612	Bundesministerium	1 097,5	1 105,0	367,9	374,9	1 465,4	1 479,9
0613	Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit	69,5	70,0	17,5	17,5	87,0	87,5
0614	Statistisches Bundesamt	900,3	915,7	1 096,4	1 176,6	1 996,7	2 092,3
0615	Bundesverwaltungsamt	1 279,9	1 266,0	822,7	794,0	2 102,6	2 060,0
0616	Bundesamt für Kartographie und Geodäsie	125,0	127,0	105,0	104,0	230,0	231,0
0617	Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung	16,0	14,0	12,6	12,6	28,6	26,6
0618	Bundesinstitut für Sportwissenschaft	17,0	17,0	9,0	8,0	26,0	25,0
0619	Beschaffungsamt des Bundesministeriums des Innern	124,0	123,5	79,5	81,0	203,5	204,5
0623	Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik	466,5	455,5	118,0	119,0	584,5	574,5
0624	Bundeskriminalamt	3 408,0	3 399,0	1 600,0	1 612,5	5 008,0	5 011,5
0625	Bundespolizei	32 550,0	32 787,0	5 445,0	5 509,5	37 995,0	38 296,5
0628	Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe	128,0	126,0	137,7	138,7	265,7	264,7
0629	Bundesanstalt Technisches Hilfswerk	188,0	144,0	674,8	682,8	862,8	826,8
0633	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge	1 162,2	1 013,2	1 069,3	965,8	2 231,5	1 979,0
0634	Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung	95,0	94,5	46,5	46,5	141,5	141,0
0635	Bundeszentrale für politische Bildung	37,0	37,0	115,5	121,5	152,5	158,5
	Zusammen	41 663,9	41 694,4	11 717,4	11 764,9	53 381,3	53 459,3
	Leerstellen						
0612	Bundesministerium	62,0	69,0	8,0	14,0	70,0	83,0
0613	Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit	1,0	3,0	-	-	1,0	3,0
0614	Statistisches Bundesamt	34,0	36,0	44,0	45,0	78,0	81,0
0615	Bundesverwaltungsamt	74,0	75,0	48,0	40,0	122,0	115,0
0616	Bundesamt für Kartographie und Geodäsie	3,0	2,0	-	1,0	3,0	3,0
0617	Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung	2,0	-	-	-	2,0	-
0619	Beschaffungsamt des Bundesministeriums des Innern	2,0	1,0	-	-	2,0	1,0
0623	Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik	5,0	11,0	1,0	4,0	6,0	15,0
0624	Bundeskriminalamt	98,0	103,0	47,0	18,0	145,0	121,0
0625	Bundespolizei	189,0	186,0	39,0	18,0	228,0	204,0
0628	Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe	2,0	2,0	8,0	9,0	10,0	11,0
0629	Bundesanstalt Technisches Hilfswerk	1,4	2,4	14,8	9,8	16,2	12,2
0633	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge	19,0	21,0	24,0	31,0	43,0	52,0
0634	Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung	4,0	6,0	-	2,0	4,0	8,0
0635	Bundeszentrale für politische Bildung	1,0	1,0	3,0	4,0	4,0	5,0
	Zusammen	497,4	518,4	236,8	195,8	734,2	714,2

ku- und kw-Vermerke

Kap.	Dienststelle	Zusammen	davon fällig					Ersatz(plan)-stellen	Sonstige
			2014	2015	2016	2017	2018 ff.		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
	ku-Vermerke								
0612	Bundesministerium	6,0	-	-	-	-	-	-	6,0
0614	Statistisches Bundesamt	57,0	-	-	-	-	-	-	57,0
0615	Bundesverwaltungsamt	3,0	-	-	-	1,0	-	-	2,0
0624	Bundeskriminalamt	1,0	-	-	-	-	-	-	1,0
0625	Bundespolizei	1,0	-	-	-	-	-	-	1,0
0628	Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe	5,0	-	-	-	-	-	-	5,0
0629	Bundesanstalt Technisches Hilfswerk	48,0	-	-	-	-	-	-	48,0

06 Gesamtübersicht

Kap.	Dienststelle	Zusammen	davon fällig 2014	2015	2016	2017	2018 ff.	Ersatz(plan)-stellen	Sonstige
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
0634	Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung	3,5	-	-	-	-	-	-	3,5
	Zusammen	124,5	-	-	-	1,0	-	-	123,5
	kw-Vermerke								
0612	Bundesministerium	74,5	-	-	1,0	4,0	30,0	33,5	6,0
0613	Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit	4,0	-	-	2,0	-	-	2,0	-
0614	Statistisches Bundesamt	120,3	6,0	22,0	13,0	19,0	-	24,1	36,2
0615	Bundesverwaltungsamt	607,0	4,0	-	-	-	5,0	2,0	596,0
0616	Bundesamt für Kartographie und Geodäsie	7,0	-	-	-	-	-	-	7,0
0619	Beschaffungsamt des Bundesministeriums des Innern	6,5	-	-	-	-	-	3,5	3,0
0623	Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik	35,5	-	-	-	1,0	-	2,0	32,5
0624	Bundeskriminalamt	128,0	-	-	10,0	-	5,0	12,5	100,5
0625	Bundespolizei	1 441,0	-	-	-	-	-	77,0	1 364,0
0628	Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe	19,0	-	-	1,0	2,0	-	-	16,0
0629	Bundesanstalt Technisches Hilfswerk	42,5	-	-	14,5	-	-	13,0	15,0
0633	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge	566,5	1,0	30,0	47,5	12,0	10,0	44,0	422,0
0634	Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung	17,0	-	-	-	1,0	-	-	16,0
0635	Bundeszentrale für politische Bildung	4,0	-	-	-	-	-	1,0	3,0
	Zusammen	3 072,8	11,0	52,0	89,0	39,0	50,0	214,6	2 617,2

Institutionell geförderte Zuwendungsempfänger / Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO

Kap.	Kapitelbezeichnung	Stellen mit Dauerarbeitskräften besetzbar				Stellen für Arbeitskräfte mit befristeten Arbeitsverträgen	
		Tit. 422 .1, 425 .1, 426 .1, 428 .1 sowie entsprechende Kontierung im Wirtschaftsplan		Tit. 425 .1, 426 .1, 428 .1 (Projektförderung / Aufträge Dritter)		Tit. 427 .9 (Projektförderung / Aufträge Dritter)	
		2014	2013	2014	2013	2014	2013
1	2	3	4	5	6	7	8
0601	Gesellschaft und Verfassung	20,3	7,5	-	-	-	-
0603	Integration und Migration, Minderheiten und Vertriebene	552,1	577,1	-	-	-	-
0629	Bundesanstalt Technisches Hilfswerk	6,3	5,3	-	-	-	-
	Zusammen	578,7	589,9	-	-	-	-

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr: Neue Stellen, Stellenwegfall ohne ku/ kw-Vermerke +	-	Neue Stellen, Stellenwegfall und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken +	-	Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken +	-	Hebungen, Herabstufungen +	-	Umwandlungen, Umsetzungen +	-	von Sp. 2 entfallen auf Funktionsgruppen
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Beamtinnen und Beamte														
B 11	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 9	11,0	11,0	11,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 6	21,0	19,0	19,0	1,0	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-
B 5	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 3	76,0	76,0	67,7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 16	34,0	36,0	34,5	-	1,0	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
A 15	183,0	175,0	159,8	2,0	1,0	-	-	1,0	2,0	8,0	-	-	-	-
A 14	112,5	119,5	97,5	-	-	1,0	-	-	1,0	-	8,0	1,0	-	-
A 13 h	67,5	71,5	74,7	1,0	2,0	-	-	-	3,0	-	-	-	-	-
A 13 g	239,0	241,0	226,0	-	1,0	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-
A 12	77,0	79,0	63,9	-	1,0	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
A 11	34,0	35,0	26,8	-	1,5	-	-	-	0,5	1,0	-	-	-	-
A 10	15,0	15,0	4,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 g	5,0	5,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m+Z	21,0	21,0	29,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m	54,0	54,0	39,2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 8	20,5	20,5	8,0	1,0	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
A 7	30,0	29,5	31,7	-	-	1,0	-	-	0,5	-	-	-	-	-
A 6 m	17,0	17,0	12,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 6 e	13,0	13,0	13,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 5	11,0	11,0	7,6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 4	10,5	10,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 2/3	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	1 056,0	1 063,5	933,2	5,0	7,5	3,0	-	1,0	10,0	9,0	9,0	1,0	-	-
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
AT (B 3)	-	-	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
AT B	1,0	1,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	1,0	1,0	8,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 15	6,0	6,0	5,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 14	4,0	4,0	12,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 13	2,0	2,0	3,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 12	11,0	11,0	14,6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 11	32,0	31,0	37,4	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 10	3,0	3,0	10,7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 9	13,0	14,0	14,0	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
E 8	88,0	88,0	88,9	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 7	5,0	5,0	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 6	113,5	116,5	122,8	-	-	-	-	-	3,0	-	-	-	-	-
E 5	41,4	46,4	55,6	-	-	-	-	-	5,0	-	-	-	-	-
E 4	15,5	14,5	19,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 3	24,0	24,0	24,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	358,4	365,4	412,8	3,0	1,0	-	-	-	9,0	-	-	-	-	-
Insgesamt	359,4	366,4	420,8	3,0	1,0	-	-	-	9,0	-	-	-	-	-

0612 Bundesministerium

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 422 01

1. **Die ausgebrachten Planstellen dürfen mit den in Kap. 0612 Tit. 422 11 und in Kap. 0613 Tit. 422 01 ausgebrachten Planstellen zur gegenseitigen Verstärkung herangezogen werden.**
2. Die folgenden Planstellen dürfen nur mit Überhangpersonal besetzt werden: 1,0 A 14, **1,0 A 12,** 2,0 A 11 (Zusammen: **4,0**).
3. **Zu A 15:**
   Davon 1 für das Schengener Generalsekretariat in Brüssel (§ 123 a BRRG).
4. **Zu A 10:**
   5 Planstellen dürfen aus zwingenden dienstlichen Gründen mit einer entsprechenden Anzahl von Planstellen der Bes.-Gr. A 9 m+Z der Bundespolizei (Kap. 0625) ausgetauscht werden.
5. **Zu A 9 m:**
   4 Planstellen dürfen aus zwingenden dienstlichen Gründen mit einer entsprechenden Anzahl von Planstellen der Bes.-Gr. A 9 m + Z der Bundespolizei (Kap. 0625) ausgetauscht werden.
6. **Zu A 8:**
   2 Planstellen dürfen aus zwingenden dienstlichen Gründen mit einer entsprechenden Anzahl von Planstellen der Bes.-Gr. A 9 m der Bundespolizei (Kap. 0625) ausgetauscht werden.
7. **Zu lfd. Nr. 2.2 der ku-Vermerke:**
   Es wird zugelassen, dass nur jede dritte frei werdende Planstelle umgewandelt wird.

Zu Titel 428 01

1. **Die ausgebrachten Stellen dürfen mit den in Kap. 0612 Tit. 428 11 und in Kap. 0613 Tit. 428 01 ausgebrachten Stellen zur gegenseitigen Verstärkung herangezogen werden.**
2. Die folgenden Stellen dürfen nur mit Überhangpersonal besetzt werden: **8,0 E 3 (Zusammen: 8,0).**

Erläuterungen:

Zu Titel 422 01

Das Planstellensoll enthält folgende für die Umsetzung des Personalrahmenkonzepts zur internationalen Personalpolitik (PRK) ausgebrachte Planstellen: 2,0 A15; 1,0 A14 (Zusammen: 3,0).

Zu Spalte 4:
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
7,0 B3; 2,0 A15; 5,8 A14; 2,0 A13h; 7,9 A12; 8,9 A11; 1,0 A9m; 3,0 A8; 8,0 A7; 10,7 A6m; 3,0 A5; 10,5 A4; 1,0 A2/3 (Zusammen: 70,8).

Davon im Polizeivollzugsdienst:
1,0 B5; 2,0 B3; 6,8 A15; 9,0 A14; 1,0 A13h; 23,0 A13g; 3,0 A12; 3,0 A11; 11,0 A9m+Z; 1,0 A9m (Zusammen: 60,8).

Zu Titel 428 01

Zu Spalte 4:
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
5,0 AT(B3); 2,0 ATB; 0,8 E15; 7,0 E14; 2,0 E13; 3,9 E12; 11,9 E11; 1,0 E10; 3,0 E8; 13,7 E6; 7,0 E5; 5,5 E4; 8,0 E3 (Zusammen: 70,8).

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 422 01				
			1.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
A 16...................	1,0	1,0	1.1	Europäischer Auswärtiger Dienst (EAD)
B 6.....................	1,0	1,0	1.2	Präsident des Europäischen Rates
B 3.....................	-	1,0	1.3	Intergovernmental of Consultations on Migration, Asylum and Refugees (IGC)
A 15...................	1,0	1,0	1.4	EUROPOL
B 3.....................	2,0	3,0	1.5	CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages
A 16...................	1,0	1,0		
A 15...................	3,0	3,0		
A 14...................	2,0	2,0		
A 9 m+Z.............	1,0	1,0		
A 14...................	1,0	1,0	1.6	Landkreis Oberhavel
B 3.....................	1,0	1,0	1.7	Europäisches Institut für öffentliche Verwaltung (EIPA) in Maastricht

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
B 6	1,0	1,0	1.8	Land Berlin
A 15	1,0	-	1.9	Deutscher Beamtenbund
A 15	-	1,0	1.10	Verband der Beschäftigten der obersten und oberen Bundesbehörden (VBOB)
A 13 g	1,0	-		
B 6	1,0	-	1.12	Tarifgemeinschaft deutscher Länder
B 3	-	1,0		
A 13 g	1,0	1,0		
A 15	1,0	1,0	1.13	SPD-Fraktion des Deutschen Bundestages
A 13 g	1,0	1,0	1.18	Geschäftsführer "Haus Boppard der BaköV e. V."
Zusammen	21,0	22,0		
			3.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen	17,0	21,0	3.1	gemäß §§ 90, 92, 95 BBG, § 7 DBeglG, § 6 MuSchEltZV, § 24 GAD
			4.	**Sonstige Beurlaubung**
B 9	2,0	1,0	4.1	Bundeskanzleramt
B 6	-	1,0		
B 3	4,0	5,0		
A 16	2,0	1,0		
A 15	7,0	10,0		
A 14	2,0	2,0		
A 13 g	-	1,0		
A 12	1,0	1,0		
A 11	1,0	-		
B 3	2,0	2,0	4.2	Bundespräsidialamt
A 16	1,0	1,0		
A 15	1,0	1,0		
A 13 g	1,0	-	4.3	Deutscher Bundestag
Zusammen	24,0	26,0		
Insgesamt	62,0	69,0		

Zu Titel 428 01

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
			1.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
E 8	1,0	1,0	1.1	Tätigkeit beim Vorsitzenden des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages
E 4	1,0	2,0	1.2	CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages
Zusammen	2,0	3,0		
			2.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen	4,0	8,0	2.1	gemäß § 28 TVöD, § 9 UmzugsTV, § 15 BEEG, § 24 GAD
			3.	**Sonstige Beurlaubung**
E 14	1,0	1,0	3.1	Bundeskanzleramt
E 8	1,0	1,0		
E 14	-	1,0	3.2	Wichtiger Grund analog § 24 GAD
Zusammen	2,0	3,0		
Insgesamt	8,0	14,0		

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
1	2	3	4	5	6	7

Zu Titel 422 01

Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
					ku	
				2.	**ku mit Ausscheiden der Planstelleninhaber /innen**	
A 16	1,0	-	2,0	2.1	in Bes.-Gr. A 15	Wirksamwerden des Vermerks
A 9 m	5,0	-	5,0	2.2	in Bes.-Gr. A 8	-
Zusammen	6,0	-	7,0			
					kw	
				2.	**kw**	
				2.1	Ersatzplanstelle	
A 15	2,0	2,0	3,0	2.1.1	Europäische Kommission in Brüssel	Wirksamwerden des Vermerks
A 13 h	1,0	1,0	2,0			Wirksamwerden des Vermerks
A 13 g	1,0	1,0	1,0			-
A 12	1,0	1,0	1,0			-
A 14	1,0	1,0	1,0	2.1.2	Ausbildungszentrum Beitrittsgebiet	-
A 12	-	-	1,0	2.1.3	Mission EUPOL Afghanistan	Wirksamwerden des Vermerks
B 3	1,0	1,0	1,0	2.1.9	Ständige Vertretung bei der EU	-

0612 Bundesministerium

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
1	2	3	4	5	6	7
A 15..................	1,0	1,0	1,0			-
A 14..................	3,0	3,0	3,0			Wirksamwerden des Vermerks, Neue Planstelle
A 13 h..............	2,0	2,0	2,0			-
A 11..................	1,0	1,0	1,0			-
A 7....................	1,0	1,0	-			Neue Planstelle
A 15..................	2,0	2,0	3,0	2.2	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	Wirksamwerden des Vermerks
A 13 h..............	1,5	1,5	3,5			Wirksamwerden des Vermerks
A 11..................	4,0	4,0	4,5			Wirksamwerden des Vermerks
A 8....................	1,0	1,0	2,0			Wirksamwerden des Vermerks
A 7	-	-	0,5			Wirksamwerden des Vermerks
A 5....................	1,0	1,0	1,0			-
A 4....................	1,0	1,0	1,0			-
				3.	**kw mit Wegfall der Aufgabe**	
				3.1	spätestens 31.12.2017	
A 15..................	1,0	-	1,0	3.1.1	Neubau BMI	-
A 14..................	1,0	-	1,0			-
A 13 g..............	1,0	-	1,0			-
A 12..................	1,0	-	1,0			-
				4.	**kw 31.12.2022**	
				4.1	-	
A 14..................	10,0	-	10,0	4.1.1	Antizyklische Einstellung von Nachwuchskräften	-
				5.	**kw 31.12.2018**	
				5.1	-	
A 13 h..............	10,0	-	10,0	5.1.1	Antizyklische Einstellung von Nachwuchskräften	-
				6.	**kw 31.12.2016**	
				6.1	-	
B 6....................	1,0	-	-	6.1.1	-	Umsetzung der Planstelle
Zusammen.......	50,5	25,5	56,5			

Zu Titel 428 01

					kw	
				1.	**kw**	
E 9....................	-	-	1,0	1.1	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	Wirksamwerden des Vermerks
E 6....................	4,0	4,0	6,0			Wirksamwerden des Vermerks
E 5....................	2,0	2,0	6,0			Wirksamwerden des Vermerks
E 4....................	1,0	1,0	1,0			-
				1.2	Ersatzstelle	
E 6....................	-	-	1,0	1.2.3	Ständige Vertretung bei der EU	Wirksamwerden des Vermerks
				1.3	-	
E 8....................	1,0	-	1,0	1.3.1	Stelleneinsparung HG 2011	-
E 6....................	1,0	-	1,0			-
				2.	**kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber/innen**	
E 8....................	1,0	-	1,0	2.1	schwerbehindert	-
E 6....................	3,0	-	3,0			-
				3.	**kw 31.12.2013**	
				3.1	-	
E 5....................	-	-	1,0	3.1.1	-	Wirksamwerden des Vermerks
				4.	**kw 31.12.2018**	
				4.1	-	
E 8....................	3,0	-	3,0	4.1.1	Antizyklische Einstellung von Nachwuchskräften	-
E 6....................	7,0	-	7,0			-
Zusammen.......	23,0	7,0	32,0			

Tgr. 01 - Fortbildung des öffentlichen Dienstes

Planstellen-/Stellenübersicht														
Besoldungs-/ Entgelt-gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr										von Sp. 2 entfallen auf Funk-tions-gruppen
				Neue Stellen, Stellenwegfall				Wirksam-werden von ku- und kw-Vermerken		Hebungen, Herab-stufungen		Umwand-lungen, Umsetzungen		
				ohne ku/ kw-Vermerke		und Umsetzun-gen mit ku/ kw-Vermerken								
				+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 11														
Beamtinnen und Beamte														
B 7	-	1,0	1,0	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
B 6	1,0	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-
B 3	4,0	4,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 16	3,0	3,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 15	9,0	9,0	9,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 14	6,0	6,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 12	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 11	9,0	9,0	8,4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 10	4,5	4,5	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 g	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 7	2,0	2,0	0,7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 6 m	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	41,5	41,5	37,1	-	-	-	-	1,0	1,0	-	-	-	-	-
Titel 428 11 - Erläuterungen														
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 14	-	-	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 9	-	-	0,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 8	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 6	4,0	4,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 5	3,5	3,5	3,1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	8,5	8,5	10,6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 422 11

1. **Die ausgebrachten Planstellen dürfen mit den in Kap. 0612 Tit. 422 01 ausgebrachten Planstellen zur gegenseitigen Verstärkung herangezogen werden.**
2. **Zu lfd. Nr. 1.1 der ku-Vermerke:**

   Der Vermerk gilt erst als ausgebracht, wenn die gesetzliche Grundlage für die Neubewertung des Präsidenten nach Bes.-Gr. B 6 (Anlage I des BBesG) verabschiedet ist.

Zu Titel 428 11

Die ausgebrachten Stellen dürfen mit den in Kap. 0612 Tit. 428 01 ausgebrachten Stellen zur gegenseitigen Verstärkung herangezogen werden.

Erläuterungen:

Zu Titel 422 11

Zu Spalte 4:
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
2,0 A14; 0,5 A10 (Zusammen: 2,5).

Zu Titel 428 11

Zu Spalte 4:
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
2,0 E14; 0,5 E9 (Zusammen: 2,5).

Daneben wird eine Arbeitnehmerin oder ein Arbeitnehmer auf einer Stelle E 14 im Kap. 0813 Tit. 428 11 geführt.

0612 Bundesministerium

Übersicht der ku- und kw- Vermerke						
Bes.-/ E.-Gr.	2014		2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Soll	Ersatz-(plan)st.				
1	2	3	4	5	6	7

Zu Titel 422 11

					ku	
				1.	**ku mit Ausscheiden der Planstelleninhaber /innen**	
B 7....................	-	-	1,0	1.1	in Bes.-Gr. B 6	Wirksamwerden des Vermerks
					kw	
				1.	**kw**	
				1.2	Ersatzplanstelle	
B 3....................	1,0	1,0	1,0	1.2.1	Ständige Vertretung bei der NATO	-

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr: Neue Stellen, Stellenwegfall ohne ku/ kw-Vermerke +	-	und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken +	-	Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken +	-	Hebungen, Herabstufungen +	-	Umwandlungen, Umsetzungen +	-	von Sp. 2 entfallen auf Funktionsgruppen
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Beamtinnen und Beamte														
B 6	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 3	4,0	4,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 16	5,0	5,0	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 15	15,0	15,0	11,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 14	10,0	10,0	4,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 h	2,0	2,0	10,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g	12,5	12,5	9,4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 12	11,0	11,0	9,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 11	8,0	8,5	6,0	-	-	-	-	-	0,5	-	-	-	-	-
A 10	-	-	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 g	-	-	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	69,5	70,0	67,0	-	-	-	-	-	0,5	-	-	-	-	-
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 14	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 11	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 8	4,0	4,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 6	7,5	7,5	8,1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 5	4,0	4,0	3,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 4	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	17,5	17,5	18,9	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 422 01

Die ausgebrachten Planstellen dürfen mit den in Kap. 0612 Tit. 422 01 ausgebrachten Planstellen zur gegenseitigen Verstärkung herangezogen werden.

Zu Titel 428 01

Die ausgebrachten Stellen dürfen mit den in Kap. 0612 Tit. 428 01 ausgebrachten Stellen zur gegenseitigen Verstärkung herangezogen werden.

Erläuterungen:

Zu Titel 422 01

Zu Spalte 4:
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
1,0 A14; 1,0 A13g (Zusammen: 2,0).

Zu Titel 428 01

Zu Spalte 4:
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
1,0 E14; 1,0 E11 (Zusammen: 2,0).

0613 Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit

Leerstellenübersicht				
Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 422 01				
			1.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	-	2,0	1.1	gemäß §§ 90, 92, 95 BBG, § 7 DBeglG, § 6 MuSchEltZV, § 24 GAD
			2.	**Sonstige Beurlaubung**
A 12..................	1,0	1,0	2.2	Bundespräsidialamt
Insgesamt..........	1,0	3,0		

Übersicht der ku- und kw- Vermerke						
Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
1	2	3	4	5	6	7
Zu Titel 422 01						
					kw	
				1.	**kw**	
A 11..................	1,0	1,0	1,5	1.1	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	Wirksamwerden des Vermerks
				2.	**kw 31.12.2016**	
A 15..................	1,0	-	1,0	2.1	-	-
A 13 g..............	1,0	-	1,0			-
Zusammen.......	3,0	1,0	3,5			
Zu Titel 428 01						
					kw	
				1.	**kw**	
E 5...................	1,0	1,0	1,0	1.1	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	-

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr: Neue Stellen, Stellenwegfall ohne ku/ kw-Vermerke +	-	und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken +	-	Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken +	-	Hebungen, Herabstufungen +	-	Umwandlungen, Umsetzungen +	-	von Sp. 2 entfallen auf Funktionsgruppen
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Beamtinnen und Beamte														
B 8	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 4	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 3	8,0	8,0	6,7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 16	25,0	25,0	24,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 15	61,0	62,0	55,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-
A 14	118,0	123,5	92,0	-	-	-	-	-	3,5	-	-	-	2,0	-
A 13 h	114,0	114,0	87,0	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	1,0	-
A 13 g	55,0	52,0	49,4	-	-	-	-	-	-	4,0	-	-	1,0	3,0
A 12	89,1	96,0	72,0	-	-	-	-	-	2,0	-	4,0	1,0	1,9	4,0
A 11	114,5	111,0	55,2	6,0	-	-	1,0	-	-	-	-	-	1,5	10,0
A 10	89,7	91,7	49,7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2,0	10,0
A 9 g	59,0	62,0	6,4	-	4,0	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-
A 9 m+Z	13,0	15,0	10,6	-	-	-	-	-	3,0	1,0	-	-	-	-
A 9 m	25,0	29,0	27,6	-	-	-	1,0	-	2,0	-	1,0	-	-	-
A 8	31,0	27,0	28,4	-	-	-	-	4,0	-	-	-	-	-	-
A 7	39,5	40,0	18,7	-	-	-	-	1,0	0,5	-	-	-	1,0	-
A 6 m	25,0	26,0	3,8	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
A 6 e	13,0	13,0	12,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 5	12,0	12,0	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 4	2,5	2,5	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 2/3	1,0	1,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	897,3	912,7	613,8	6,0	4,0	-	2,0	6,0	12,0	5,0	5,0	2,0	11,4	27,0
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
AT B	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 15	5,0	6,0	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-
E 14	20,8	22,8	11,3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2,0	-
E 13	36,3	28,3	64,4	-	-	-	1,0	-	-	9,0	-	-	-	-
E 12	72,9	75,9	74,9	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3,0	-
E 11	190,7	220,7	198,9	-	-	-	1,0	-	-	-	20,0	-	9,0	-
E 10	28,0	9,0	43,0	-	-	-	-	-	-	21,0	-	-	2,0	-
E 9	149,6	183,6	240,7	-	-	-	1,0	-	13,5	4,0	10,0	1,0	14,5	-
E 8	474,3	485,3	448,9	-	-	-	-	-	-	-	4,0	-	7,0	-
E 7	12,0	13,0	10,0	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 6	83,2	104,3	138,6	-	2,3	-	-	-	14,8	-	-	-	4,0	-
E 5	6,0	9,8	50,6	-	-	-	-	-	3,8	-	-	-	-	-
E 4	3,0	3,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 3	4,0	4,3	18,6	-	0,3	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 2	-	-	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	1 085,8	1 166,0	1 310,9	-	3,6	-	3,0	-	32,1	34,0	34,0	1,0	42,5	-
Insgesamt	1 085,8	1 166,0	1 311,9	-	3,6	-	3,0	-	32,1	34,0	34,0	1,0	42,5	-

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 422 01

Die folgenden Planstellen dürfen nur mit Überhangpersonal besetzt werden: 7,0 A 14, 7,0 A 13 h, 11,0 A 12, 20,0 A 11 (Zusammen: 45.0).

Zu Titel 428 01

1. Bis zu 20 Prozent des Stellensolls dürfen für den finanzneutralen Austausch zwischen den einzelnen Entgeltgruppen unter der Voraussetzung in Anspruch genommen werden, dass das Stellensoll je Entgeltgruppe um nicht mehr als 20 Prozent überschritten wird.
2. Auf den Stellen dürfen auch Beamtinnen und Beamte geführt werden.
3. **Zu lfd. Nr. 2.1.2 der kw-Vermerke:**
   Es wird zugelassen, dass bis Ende 2017 nur jede dritte frei werdende Stelle wegfällt.

0614 Statistisches Bundesamt

Erläuterungen:

Zu Titel 422 01

Zu Spalte 4:
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
1,0 A16; 0,5 A15; 12,7 A14; 22,3 A13h; 0,9 A13g; 4,2 A12; 24,5 A11; 45,9 A10; 55,4 A9g; 0,9 A9m+Z; 1,5 A9m; 0,8 A8; 20,6 A7; 22,5 A6m; 3,0 A5; 1,0 A2/3 (Zusammen: 217,7).

Zu Titel 428 01

Zu Spalte 2:
Davon mit Dienstwohnung 1,0 Arbeitnehmerin oder Arbeitnehmer (2013: 1,0).

Zu Spalte 4:
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
1,0 ATB; 3,1 E14; 28,4 E13; 2,0 E12; 31,6 E11; 1,5 E10; 91,0 E9; 6,1 E8; 23,2 E6; 19,3 E5; 7,5 E3; 3,0 E2 (Zusammen: 217,7).

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 422 01				
			1.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
B 8	1,0	1,0	1.1	Statistisches Amt der EU (Eurostat), Luxemburg
A 14	2,0	2,0		
A 13 h	1,0	1,0		
A 8	1,0	1,0	1.7	CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages
A 13 h	2,0	1,0	1.10	Vereinte Nationen (VN)
Zusammen	7,0	6,0		
			2.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen	24,0	28,0	2.1	gemäß §§ 90, 92, 95 BBG, § 7 DBeglG, § 6 MuSchEltZV, § 24 GAD
			3.	**Sonstige Beurlaubung**
A 14	1,0	1,0	3.1	Bundeskanzleramt
A 13 h	1,0	-		
A 13 g	1,0	1,0		
Zusammen	3,0	2,0		
Insgesamt	34,0	36,0		
Zu Titel 428 01				
			1.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen	43,0	44,0	1.1	gemäß § 28 TVöD, § 9 UmzugsTV, § 15 BEEG, § 24 GAD
			2.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
E 13	1,0	1,0	2.1	Welthandelsorganisation (WTO)
Insgesamt	44,0	45,0		

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
1	2	3	4	5	6	7
Zu Titel 422 01						
					ku	
				1.	**ku mit Ausscheiden der Planstelleninhaber /innen**	
				1.1	in Bes.-Gr. A 2/3	
A 6 e	1,0	-	1,0	1.1.1	gemäß § 31 Abs. 1 Nr. 4 HG 1999	-
A 5	1,0	-	1,0			-
				1.2	in Bes.-Gr. A 6 m	
A 9 m+Z	1,0	-	1,0	1.2.2	gemäß § 30 Abs. 1 Nr. 5 HG 2000	-
A 8	1,0	-	1,0			-
				1.3	in Bes.-Gr. A 7	
A 9 m+Z	4,0	-	4,0	1.3.1	gemäß § 31 Abs. 1 Nr. 4 HG 1999	-
A 9 m	7,0	-	7,0			-
A 9 m+Z	-	-	1,0	1.3.2	gemäß § 30 Abs. 1 Nr. 5 HG 2000	Wirksamwerden des Vermerks
A 9 m	1,0	-	1,0			-
A 9 m	1,0	-	1,0	1.3.3	gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 5 HG 2001	-

Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
1	2	3	4	5	6	7
				1.4	in Bes.-Gr. A 8	
A 9 m+Z...........	3,0	-	4,0	1.4.1	gemäß § 31 Abs. 1 Nr. 4 HG 1999	Wirksamwerden des Vermerks
A 9 m...............	9,0	-	12,0			Umsetzung der Planstelle, Wirksamwerden des Vermerks
A 9 m+Z...........	2,0	-	2,0	1.4.2	gemäß § 30 Abs. 1 Nr. 5 HG 2000	-
A 9 m...............	5,0	-	5,0			-
A 9 m+Z...........	-	-	1,0	1.4.3	gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 5 HG 2001	Wirksamwerden des Vermerks
				1.5	in Bes.-Gr. A 9 g	
A 13 g..............	1,0	-	1,0	1.5.1	gemäß § 31 Abs. 1 Nr. 4 HG 1999	-
A 12.................	2,0	-	2,0			-
A 11.................	1,0	-	1,0			-
A 13 g..............	2,0	-	2,0	1.5.2	gemäß § 30 Abs. 1 Nr. 5 HG 2000	-
A 12.................	1,0	-	2,0			Wirksamwerden des Vermerks
A 11.................	1,0	-	1,0			-
				1.6	in Bes.-Gr. A 10	
A 13 g..............	2,0	-	2,0	1.6.1	gemäß § 31 Abs. 1 Nr. 4 HG 1999	-
A 12.................	1,0	-	1,0			-
A 13 g..............	1,0	-	1,0	1.6.2	gemäß § 30 Abs. 1 Nr. 5 HG 2000	-
A 12.................	1,0	-	1,0			-
A 13 g..............	1,0	-	1,0	1.6.3	gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 5 HG 2001	-
				1.7	in Bes.-Gr. A 11	
A 13 g..............	3,0	-	3,0	1.7.1	gemäß § 31 Abs. 1 Nr. 4 HG 1999	-
A 13 g..............	2,0	-	2,0	1.7.2	gemäß § 30 Abs. 1 Nr. 5 HG 2000	-
				1.8	in Bes.-Gr. A 12	
A 13 g..............	2,0	-	2,0	1.8.1	gemäß § 31 Abs. 1 Nr. 4 HG 1999	-
Zusammen.......	57,0	-	64,0			
					kw	
				1.	**kw mit Ausscheiden der Planstelleninhaber/innen**	
A 12.................	1,0	-	2,0	1.1	-	Wirksamwerden des Vermerks
A 9 m...............	1,0	-	1,0			-
A 6 m...............	1,0	-	1,0			-
				2.	**kw**	
A 14.................	-	-	2,5	2.2	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	Wirksamwerden des Vermerks
A 10.................	0,3	0,3	0,3			-
A 8...................	1,0	1,0	1,0			-
A 7...................	5,0	5,0	5,5			Wirksamwerden des Vermerks
A 6 m...............	-	-	1,0			Wirksamwerden des Vermerks
				2.4	Ersatzplanstelle	
A 14.................	-	-	1,0	2.4.2	Europäische Kommission in Brüssel	Wirksamwerden des Vermerks
				3.	**kw 31.12.2014**	
A 14.................	2,0	-	4,0	3.1	-	Wegfall des Vermerks
A 13 h..............	1,0	-	4,0			Wegfall des Vermerks
A 12.................	-	-	1,0			Wegfall des Vermerks
A 11.................	-	-	2,0			Umsetzung der Planstelle, Wegfall des Vermerks
A 10.................	-	-	1,0			Wegfall des Vermerks
				4.	**kw 31.12.2016**	
				4.1	-	
A 14.................	1,0	-	-	4.1.1	-	Aufnahme des Vermerks
A 13 h..............	1,0	-	-			Aufnahme des Vermerks
A 12.................	1,0	-	-			Aufnahme des Vermerks
A 11.................	1,0	-	-			Aufnahme des Vermerks
				5.	**kw 31.12.2017**	
				5.1	-	
A 13 h..............	1,0	-	-	5.1.1	-	Aufnahme des Vermerks
A 10.................	1,0	-	-			Aufnahme des Vermerks
A 14.................	1,0	-	-	5.1.2	Zensus	Aufnahme des Vermerks
A 13 h..............	1,0	-	-			Aufnahme des Vermerks
Zusammen.......	20,3	6,3	27,3			

Zu Titel 428 01

					kw	
				1.	**kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber/innen**	
E 11.................	1,8	-	1,8	1.1	-	-
E 8...................	3,0	-	3,0			-
E 6...................	1,0	-	1,0			-

0614 Statistisches Bundesamt

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
1	2	3	4	5	6	7
E 6	17,0	-	17,0	1.4	spätestens 31.12.2015	-
E 5	3,0	-	3,0			-
E 3	2,0	-	2,0			-
				1.5	-	
E 3	1,0	-	1,0	1.5.1	Bundesanstalt für Immobilienaufgaben	-
E 6	7,0	-	7,0	1.6	spätestens 31.12.2016	-
				1.7	spätestens 31.12.2017	
E 6	7,0	-	7,0	1.7.1	-	-
				1.8	schwerbehindert	
E 8	1,0	-	1,0	1.8.1	-	-
				2.	**kw**	
				2.1	-	
E 9	-	-	11,0	2.1.2	Stelleneinsparung HG 2012	Wirksamwerden des Vermerks
E 6	25,4	-	31,9			Wirksamwerden des Vermerks
E 12	0,5	0,5	0,5	2.3	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	-
E 11	0,2	0,2	0,2			-
E 9	0,5	0,5	3,0			Wirksamwerden des Vermerks
E 8	0,5	0,5	0,5			-
E 6	12,6	12,6	20,9			Wirksamwerden des Vermerks
E 5	3,0	3,0	6,8			Wirksamwerden des Vermerks
E 3	0,5	0,5	0,5			-
				3.	**kw 31.12.2014**	
E 13	1,0	-	5,0	3.1	-	Umsetzung der Stelle, Wegfall des Vermerks
E 12	-	-	1,0			Wegfall des Vermerks
E 11	-	-	6,0			Umsetzung der Stelle, Wegfall des Vermerks
E 9	2,0	-	4,0			Umsetzung der Stelle, Wegfall des Vermerks
				4.	**kw 31.12.2016**	
				4.1	-	
E 13	1,0	-	-	4.1.1	-	Aufnahme des Vermerks
E 9	1,0	-	-			Aufnahme des Vermerks
				5.	**kw 31.12.2017**	
				5.1	-	
E 13	1,0	-	-	5.1.1	-	Aufnahme des Vermerks
E 11	3,0	-	-			Aufnahme des Vermerks
E 13	1,0	-	-	5.1.2	Zensus	Aufnahme des Vermerks
E 12	1,0	-	-			Aufnahme des Vermerks
E 11	2,0	-	-			Aufnahme des Vermerks
Zusammen	100,0	17,8	135,1			

Tgr. 01 - Durchführung von Aufträgen anderer Bundesbehörden und Dritter

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt-gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Neue Stellen, Stellenwegfall ohne ku/ kw-Vermerke +	Neue Stellen, Stellenwegfall ohne ku/ kw-Vermerke -	Neue Stellen, Stellenwegfall und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken +	Neue Stellen, Stellenwegfall und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken -	Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken +	Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken -	Hebungen, Herabstufungen +	Hebungen, Herabstufungen -	Umwandlungen, Umsetzungen +	Umwandlungen, Umsetzungen -	von Sp. 2 entfallen auf Funktionsgruppen
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 428 11 - Erläuterungen														
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 9	3,0	3,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 8	-	-	0,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 6	-	-	0,2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	3,0	3,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Tgr. 03 - Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Planstellen-/Stellenübersicht														
Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr										von Sp. 2 entfallen auf Funk- tions- gruppen
				Neue Stellen, Stellenwegfall				Wirksam- werden von ku- und kw- Vermerken		Hebungen, Herab- stufungen		Umwand- lungen, Umsetzungen		
				ohne ku/ kw-Vermerke		und Umsetzun- gen mit ku/ kw-Vermerken								
				+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 31														
Beamtinnen und Beamte														
A 16....................	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 15....................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 14....................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen..........	3,0	3,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Titel 428 31 - Erläuterungen														
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 13....................	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 12....................	3,0	3,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 11.....................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 9......................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 8......................	2,6	2,6	2,3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen..........	7,6	7,6	8,3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Erläuterungen:

Zu Titel 422 31

Zu Spalte 4:
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
1,0 A14.

Zu Titel 428 31

Zu Spalte 4:
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
1,0 E13.

0615 Bundesverwaltungsamt

Planstellen-/Stellenübersicht														
Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr										von Sp. 2 entfallen auf Funk-tions-gruppen
				Neue Stellen, Stellenwegfall ohne ku/ kw-Vermerke		Neue Stellen, Stellenwegfall und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken		Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken		Hebungen, Herabstufungen		Umwandlungen, Umsetzungen		
				+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Beamtinnen und Beamte														
B 9	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-
B 8	-	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-
B 6	2,0	-	-	1,0	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-
B 4	-	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-
B 3	9,0	6,0	6,0	-	-	-	-	-	-	3,0	-	-	-	-
B 2	1,0	3,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	2,0	-	-	-
A 16	18,0	15,0	13,0	-	-	-	-	-	-	3,0	-	-	-	-
A 15	50,0	51,0	30,3	-	-	-	-	-	-	-	4,0	3,0	-	-
A 14	40,0	35,0	43,5	-	-	-	-	-	1,0	-	-	6,0	-	-
A 13 h	29,0	29,0	28,0	-	1,0	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-
A 13 g	86,0	85,0	79,0	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	3,0
A 12	137,9	137,0	115,8	-	-	-	-	-	1,0	-	-	1,9	-	8,0
A 11	240,5	234,0	192,2	2,0	-	1,0	-	-	-	-	-	3,5	-	10,0
A 10	143,0	141,0	155,5	-	1,0	-	-	1,0	-	-	-	2,0	-	6,0
A 9 g	94,0	95,0	76,0	-	2,0	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-
A 9 m+Z	18,0	16,0	16,0	-	-	-	-	-	-	2,0	-	-	-	-
A 9 m	57,5	51,0	46,8	-	-	-	-	-	-	4,0	-	2,5	-	-
A 8	186,0	193,0	178,5	-	-	-	-	-	1,0	-	6,0	-	-	-
A 7	102,0	101,0	57,2	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 6 m	56,0	57,0	39,7	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 6 e	3,0	4,0	4,0	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
A 5	5,0	4,0	2,0	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-
A 4	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	1 279,9	1 260,0	1 088,5	4,0	5,0	1,0	-	2,0	4,0	14,0	14,0	21,9	-	27,0
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 15	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	1,0	-
E 14	5,0	3,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	2,0	-	-
E 13	1,0	1,0	4,0	-	-	1,0	-	-	1,0	-	-	-	-	-
E 12	12,0	9,0	8,5	-	-	-	-	-	-	-	-	3,0	-	-
E 11	140,5	128,7	85,5	1,5	0,7	1,0	-	-	-	-	-	10,0	-	-
E 10	54,0	52,0	22,0	-	-	-	-	-	-	-	-	2,0	-	-
E 9	63,5	53,0	162,0	-	2,0	1,0	-	-	3,0	-	-	14,5	-	-
E 8	237,5	198,5	170,3	31,0	-	-	-	-	-	-	-	8,0	-	-
E 7	2,0	2,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 6	90,5	87,5	40,3	-	1,0	-	-	-	-	-	-	4,0	-	-
E 5	196,2	238,8	315,2	-	37,1	-	-	-	9,0	-	-	3,5	-	-
E 4	1,0	1,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 3	11,0	11,0	79,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 2	7,5	7,5	6,7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	822,7	794,0	904,0	32,5	40,8	3,0	-	-	13,0	-	-	48,0	1,0	-

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 422 01

1. **<u>Zu lfd. Nr. 4.1.2 der kw-Vermerke:</u>**
   Für eine durch Wirksamwerden des Vermerks "kw" wegfallende Planstelle wird im darauf folgenden Haushaltsjahr bei Kap. 0625 Tit. 422 01 eine Planstelle der Bes.-Gr. A 7 (Polizeivollzugsdienst) ausgebracht.
2. Die folgenden Planstellen dürfen nur mit Überhangpersonal besetzt werden: 2,0 A 11, 1,0 A 8, 2,0 A 7 (Zusammen: 5,0).

Zu Titel 428 01

Folgende Stellen dürfen nur mit Überhangpersonal besetzt werden: 1,0 E 6, 1,0 E 5 (Zusammen: 2,0).

Erläuterungen:

Zu Titel 422 01

Zu Spalte 4:
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
3,0 A13h; 41,3 A9g; 76,7 A7; 2,0 A5; 1,0 A4 (Zusammen: 124,0).

Daneben werden 1,0 beamtete Hilfskraft (Tit. 422 02) sowie 14,0 Anwärterinnen und Anwärter (Tit. 422 03) beschäftigt.

Zu Titel 428 01

Zu Spalte 4:
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
3,0 E13; 41,3 E9; 76,7 E5; 3,0 E3 (Zusammen: 124,0).

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 422 01				
			1.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
A 10..................	1,0	1,0	1.1	Europäische Eisenbahnagentur ERA
A 15..................	1,0	1,0	1.2	Einsatz bei Deutschen Schulen im Ausland (nicht personenbezogen)
A 15..................	-	1,0	1.3	Regionaler Koordinator Lateinamerika
A 15..................	-	1,0	1.5	Deutsche Schule Mailand/Italien
A 15..................	1,0	1,0	1.6	Deutsche Schule Guatemala
A 16..................	1,0	1,0	1.7	Beauftragter der Zentralstelle für das Auslandsschulwesen (ZfA) für die Region Südostasien
A 15..................	4,0	4,0	1.8	Auslandsschuldienst
A 13 g...............	-	1,0	1.9	Generaldirektion Forschung der Europäischen Kommission in Brüssel
A 15..................	1,0	1,0	1.10	Auslandsschuldienst (nicht personenbezogen)
A 14..................	1,0	1,0		
A 13 g...............	1,0	1,0		
A 12..................	1,0	1,0		
Zusammen.........	12,0	15,0		
			2.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	57,0	55,0	2.1	gemäß §§ 90, 92, 95 BBG, § 7 DBeglG, § 6 MuSchEltZV, § 24 GAD
			3.	**Sonstige Beurlaubung**
A 13 g...............	1,0	1,0	3.1	Bundeskanzleramt
A 12..................	1,0	1,0		
A 13 g...............	2,0	1,0	3.3	Bundespräsidialamt
A 12..................	1,0	1,0		
A 11..................	-	1,0		
Zusammen.........	5,0	5,0		
Insgesamt..........	74,0	75,0		
Zu Titel 428 01				
			1.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	37,0	40,0	1.1	gemäß § 28 TVöD, § 9 UmzugsTV, § 15 BEEG, § 24 GAD
			2.	**Sonstige Beurlaubung**
E 8....................	1,0	-	2.1	Befristete Rente gem. § 33 Abs. 2 TVöD
E 5....................	9,0	-		
E 3....................	1,0	-		
Zusammen.........	11,0	-		
Insgesamt..........	48,0	40,0		

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014		2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Soll	Ersatz-(plan)st.				
1	2	3	4	5	6	7
Zu Titel 422 01						
					ku	
				1.	**ku mit Ausscheiden der Planstelleninhaber /innen**	
A 6 e.................	1,0	-	2,0	1.2	in Bes.-Gr. A 5	Wirksamwerden des Vermerks
A 12.................	-	-	1,0	1.3	in Bes.-Gr. A 10	Wirksamwerden des Vermerks

0615 Bundesverwaltungsamt

Übersicht der ku- und kw- Vermerke						
Bes.-/ E.-Gr.	2014		2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Soll	Ersatz-(plan)st.				
1	2	3	4	5	6	7
				2.	**ku mit Ausscheiden der Planstelleninhaber /innen**	
				2.1	in Bes.-Gr. A 8	
A 9 m...............	1,0	-	1,0	2.1.1	gemäß § 31 Abs. 1 Nr. 4 HG 1999	-
				3.	**ku mit Ausscheiden der Planstelleninhaber /innen**	
				3.1	in Bes.-Gr. A 16	
B 2....................	1,0	-	-	3.1.1	spätestens 31.12.2017	Aufnahme des Vermerks
Zusammen.......	3,0	-	4,0			
					kw	
				1.	**kw mit Ausscheiden der Planstelleninhaber/innen**	
				1.1	-	
A 15..................	1,0	-	-	1.1.1	Abwicklung des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien (BIOst)	Aufnahme des Vermerks
A 14..................	3,0	-	-			Wirksamwerden des Vermerks, Aufnahme des Vermerks
A 11..................	1,0	-	-			Aufnahme des Vermerks
				3.	**kw mit Ausscheiden der Planstelleninhaber/innen**	
A 11..................	3,0	-	3,0	3.1	-	-
A 10..................	1,0	-	1,0			-
A 9 m...............	1,0	-	1,0			-
A 8....................	-	-	1,0			Wirksamwerden des Vermerks
A 5....................	4,0	-	4,0			-
				4.	**kw**	
				4.1	-	
A 15..................	1,0	-	1,0	4.1.1	Aussiedleraufnahmeverfahren	-
A 14..................	4,0	-	4,0			-
A 13 h..............	1,0	-	1,0			-
A 13 g..............	4,0	-	4,0			-
A 11..................	30,0	-	30,0			-
A 10..................	33,0	-	33,0			-
A 9 g................	8,0	-	8,0			-
A 9 m...............	3,0	-	3,0			-
A 8....................	67,0	-	67,0			-
A 7....................	45,0	-	45,0			-
A 6 m...............	25,0	-	25,0			-
A 7....................	14,0	-	14,0	4.1.2	Aussiedleraufnahmeverfahren	-
A 10..................	2,0	-	2,0	4.1.3	Renten des ehem. MdI	-
A 6 m...............	10,0	-	10,0			-
A 15..................	2,0	-	2,0	4.1.4	Renten/Vermögen des ehem. MfS	-
A 14..................	2,0	-	2,0			-
A 13 h..............	1,0	-	1,0			-
A 12..................	3,0	-	3,0			-
A 11..................	2,0	-	2,0			-
A 9 m+Z...........	1,0	-	1,0			-
A 9 m...............	1,0	-	1,0			-
A 8....................	1,0	-	1,0			-
A 10..................	1,0	-	1,0	4.2	-	-
A 10..................	1,0	1,0	1,0	4.4	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	-
A 4....................	1,0	1,0	1,0			-
				5.	**kw mit Wegfall der Aufgabe**	
				5.1	-	
A 14..................	2,0	-	2,0	5.1.1	Bearbeitung von Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF)	-
A 13 g..............	4,0	-	4,0			-
A 12..................	9,0	-	9,0			-
A 11..................	19,0	-	19,0			-
A 10..................	22,0	-	22,0			-
A 9 g................	10,0	-	10,0			-
A 7....................	2,0	-	2,0			-
				6.	**kw 31.12.2014**	
				6.1	-	
A 11..................	1,0	-	-	6.1.1	-	Umsetzung der Planstelle
Zusammen.......	346,0	2,0	341,0			

Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
1	2	3	4	5	6	7
Zu Titel 428 01						
					kw	
				1.	**kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber/innen**	
E 14..................	1,0	-	1,0	1.1	-	-
E 11..................	2,0	-	2,0			-
E 9....................	5,0	-	5,0			-
E 8....................	2,0	-	2,0			-
E 6....................	6,0	-	6,0			-
E 5....................	22,5	-	22,5			-
E 3....................	11,0	-	11,0			-
E 2....................	0,5	-	0,5			-
E 5....................	-	-	9,0	1.4	spätestens 31.12.2013	Wirksamwerden des Vermerks
E 9....................	2,0	-	2,0	1.5	schwerbehindert	-
				1.6	-	
E 5....................	2,0	-	2,0	1.6.1	Bundesanstalt für Immobilienaufgaben	-
				2.	**kw**	
				2.1	-	
E 9....................	33,0	-	33,0	2.1.1	Aussiedleraufnahmeverfahren	-
E 5....................	63,0	-	63,0			-
E 2....................	7,0	-	7,0			-
E 6....................	6,0	-	6,0	2.1.3	Renten des ehem. MdI	-
E 9....................	1,0	-	1,0	2.1.4	Renten/Vermögen des ehem. MfS	-
E 8....................	2,0	-	2,0			-
E 6....................	22,0	-	22,0			-
E 5....................	33,0	-	33,0			-
E 5....................	5,0	-	5,0	2.2	-	-
				3.	**kw mit Wegfall der Aufgabe**	
				3.1	-	
E 11..................	8,0	-	8,0	3.1.1	Bearbeitung von Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF)	-
E 10..................	11,0	-	11,0			-
E 9....................	6,0	-	6,0			-
E 5....................	2,0	-	2,0			-
				4.	**kw**	
				4.1	-	
E 13..................	-	-	1,0	4.1.1	Stelleneinsparung HG 2010	Wirksamwerden des Vermerks
E 9....................	-	-	3,0			Wirksamwerden des Vermerks
				5.	**kw 31.12.2018**	
				5.1	-	
E 6....................	5,0	-	5,0	5.1.1	Antizyklische Einstellung von Nachwuchskräften	-
				6.	**kw 31.12.2014**	
				6.1	-	
E 13..................	1,0	-	-	6.1.1	-	Umsetzung der Stelle
E 11..................	1,0	-	-			Umsetzung der Stelle
E 9....................	1,0	-	-			Umsetzung der Stelle
Zusammen.......	261,0	-	271,0			

Tgr. 04 - Abwicklung BIOst

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt-gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr: Neue Stellen, Stellenwegfall ohne ku/kw-Vermerke +	-	Neue Stellen, Stellenwegfall und Umsetzungen mit ku/kw-Vermerken +	-	Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken +	-	Hebungen, Herabstufungen +	-	Umwandlungen, Umsetzungen +	-	von Sp. 2 entfallen auf Funktionsgruppen
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 41														
Beamtinnen und Beamte														
A 15....................	-	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-
A 14....................	-	4,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	4,0	-

0615 Bundesverwaltungsamt

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt-gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr										von Sp. 2 entfallen auf Funk-tions-gruppen
				Neue Stellen, Stellenwegfall				Wirksam-werden von ku- und kw-Vermerken		Hebungen, Herab-stufungen		Umwand-lungen, Umsetzungen		
				ohne ku/ kw-Vermerke		und Umsetzun-gen mit ku/ kw-Vermerken								
				+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
A 11....................	-	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-
Zusammen..........	-	6,0	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	6,0	-

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
1	2	3	4	5	6	7
Zu Titel 422 41						
					kw	
				1.	**kw mit Ausscheiden der Planstelleninhaber/innen**	
A 15..................	-	-	1,0	1.1	-	Wegfall des Vermerks
A 14..................	-	-	4,0			Wegfall des Vermerks
A 11..................	-	-	1,0			Wegfall des Vermerks
Zusammen.......	-	-	6,0			

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt-gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr										von Sp. 2 entfallen auf Funktions-gruppen
				Neue Stellen, Stellenwegfall				Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken		Hebungen, Herabstufungen		Umwandlungen, Umsetzungen		
				ohne ku/ kw-Vermerke		und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken								
				+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Beamtinnen und Beamte														
B 5	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 2	3,0	3,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2,0
A 16	4,0	5,0	3,0	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	5,0
A 15	17,0	17,0	17,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	14,0
A 14	12,0	12,0	10,2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	12,0
A 13 h	7,0	7,0	7,6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	7,0
A 13 g+Z	2,0	3,0	2,0	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	3,0
A 13 g	13,0	13,0	12,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	12,0
A 12	32,0	32,0	31,7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	23,0
A 11	14,0	14,0	7,2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	12,0
A 9 m+Z	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2,0
A 9 m	6,0	6,0	5,7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	5,0
A 8	5,0	5,0	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	5,0
A 7	7,0	7,0	6,2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	7,0
Zusammen	125,0	127,0	114,4	-	1,0	-	-	-	1,0	-	-	-	-	109,0
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
AT B	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 15	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 14	1,0	1,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 13	14,0	12,0	11,3	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 12	11,0	11,0	9,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 11	19,0	19,0	23,2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 10	18,0	17,0	15,1	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 9	3,0	3,0	3,3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 8	22,0	22,0	19,1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 6	10,0	10,0	10,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 5	6,0	8,0	6,5	-	-	-	-	-	2,0	-	-	-	-	-
E 4	-	-	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	105,0	104,0	102,0	3,0	-	-	-	-	2,0	-	-	-	-	-
Insgesamt	105,0	104,0	103,0	3,0	-	-	-	-	2,0	-	-	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 428 01

Die folgenden Stellen dürfen nur mit Überhangpersonal besetzt werden: 2,0 E 13, 1,0 E 10 (Zusammen: 3,0).

Erläuterungen:

Zu Titel 422 01

Zu Spalte 4:
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
1,0 A16; 0,4 A13h; 4,5 A11; 0,3 A9m (Zusammen: 6,2).

Zu Titel 428 01

Zu Spalte 4:
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
1,0 ATB; 0,4 E13; 4,5 E11; 0,3 E9 (Zusammen: 6,2).

0616 Bundesamt für Kartographie und Geodäsie

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 422 01				
			1.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	3,0	2,0	1.1	gemäß §§ 90, 92, 95 BBG, § 7 DBeglG, § 6 MuSchEltZV, § 24 GAD
Zu Titel 428 01				
			1.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	-	1,0	1.1	gemäß § 28 TVöD, § 9 UmzugsTV, § 15 BEEG, § 24 GAD

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014		2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Soll	Ersatz-(plan)st.				
1	2	3	4	5	6	7
Zu Titel 422 01						
					kw	
				1.	**kw mit Ausscheiden der Planstelleninhaber/innen**	
A 12..................	1,0	-	1,0	1.1	-	-
				2.	**kw**	
A 16..................	-	-	1,0	2.1	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	Wirksamwerden des Vermerks
Zusammen.......	1,0	-	2,0			
Zu Titel 428 01						
					kw	
				1.	**kw**	
				1.1	-	
E 6....................	1,0	-	1,0	1.1.1	Kartographische Abteilung Leipzig	-
E 5....................	3,0	-	3,0			-
				2.	**kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber/innen**	
E 5....................	1,0	-	1,0	2.1	-	-
E 5....................	-	-	2,0	2.4	spätestens 31.12.2013	Wirksamwerden des Vermerks
E 9....................	1,0	-	1,0	2.5	schwerbehindert	-
Zusammen.......	6,0	-	8,0			

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt-gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr: Neue Stellen, Stellenwegfall: ohne ku/ kw-Vermerke +	-	und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken +	-	Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken +	-	Hebungen, Herabstufungen +	-	Umwandlungen, Umsetzungen +	-	von Sp. 2 entfallen auf Funktionsgruppen
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Beamtinnen und Beamte														
B 3	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 15	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 14	6,0	5,0	2,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 h	7,0	6,0	8,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	16,0	14,0	13,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 13	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 12	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 11	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 10	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 9	4,0	4,0	1,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 8	-	-	0,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 6	2,0	2,0	2,3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 5	0,6	0,6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	12,6	12,6	10,9	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 422 01				
			1.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen	2,0	-	1.1	gemäß §§ 90, 92, 95 BBG, § 7 DBeglG, § 6 MuSchEltZV, § 24 GAD

0618 Bundesinstitut für Sportwissenschaft

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt-gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr: Neue Stellen, Stellenwegfall ohne ku/ kw-Vermerke +	-	und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken +	-	Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken +	-	Hebungen, Herabstufungen +	-	Umwandlungen, Umsetzungen +	-	von Sp. 2 entfallen auf Funktionsgruppen
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Beamtinnen und Beamte														
B 3	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 16	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 15	6,0	6,0	3,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 14	5,0	5,0	3,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 h	3,0	3,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 12	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	17,0	17,0	12,6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 15	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 14	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 13	3,0	3,0	4,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 12	2,0	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 11	1,5	1,5	1,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 9	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 8	0,5	0,5	0,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	9,0	8,0	10,5	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 428 01

Die folgende Stelle darf nur mit Überhangpersonal besetzt werden: 1,0 E 12.

Erläuterungen:

Zu Titel 422 01

Zu Spalte 4:
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
1,0 A14; 2,0 A13h (Zusammen: 3,0).

Zu Titel 428 01

Zu Spalte 4:
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
1,0 E14; 2,0 E13 (Zusammen: 3,0).

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr										von Sp. 2 entfallen auf Funk- tions- gruppen
				Neue Stellen, Stellenwegfall				Wirksam- werden von ku- und kw- Vermerken		Hebungen, Herab- stufungen		Umwand- lungen, Umsetzungen		
				ohne ku/ kw-Vermerke		und Umsetzun- gen mit ku/ kw-Vermerken								
				+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Beamtinnen und Beamte														
B 3......................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 16....................	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 15....................	12,0	9,0	9,0	-	-	-	-	-	-	3,0	-	-	-	-
A 14....................	10,0	9,0	7,0	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-
A 13 h.................	6,0	10,0	5,0	-	-	-	-	-	1,0	-	3,0	-	-	-
A 13 g+Z.............	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g.................	9,0	7,0	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-	2,0	-	1,0
A 12....................	17,0	17,0	14,3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	6,0
A 11.....................	26,0	26,0	17,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	7,0
A 10....................	18,0	20,5	13,2	-	-	-	-	-	2,5	-	-	-	-	2,0
A 9 g...................	5,0	5,0	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m+Z..............	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m..................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 8......................	9,0	8,0	3,8	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-
A 7......................	3,0	3,0	3,6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 6 m..................	3,0	3,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen..........	124,0	123,5	92,7	-	-	-	-	-	3,5	3,0	3,0	4,0	-	16,0
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 14....................	-	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-
E 13....................	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 12....................	3,0	3,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 11.....................	7,0	7,0	6,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 10....................	4,0	4,0	10,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 9......................	13,5	12,5	21,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 8......................	24,0	25,0	21,0	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 6......................	8,0	8,5	11,2	-	0,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 5......................	15,0	15,0	15,7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 4......................	2,5	2,5	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 3......................	2,5	2,5	4,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen..........	79,5	81,0	94,9	1,0	1,5	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 428 01

Die folgende Stelle darf nur mit Überhangpersonal besetzt werden: 1,0 E 9.

Erläuterungen:

Zu Titel 422 01

Zu Spalte 4:
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
2,0 A13h; 0,5 A11; 9,3 A10; 5,0 A9g; 2,0 A8; 0,4 A7; 3,0 A6m (Zusammen: 22,2).

Zu Titel 428 01

Zu Spalte 4:
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
1,0 E13; 1,5 E11; 7,0 E10; 7,3 E9; 2,0 E8; 1,4 E6; 2,0 E5 (Zusammen: 22,2).

0619 Beschaffungsamt des Bundesministeriums des Innern

Leerstellenübersicht				
Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5

Zu Titel 422 01

			1.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	1,0	-	1.1	gemäß §§ 90, 92, 95 BBG, § 7 DBeglG, § 6 MuSchEltZV, § 24 GAD
			2.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
A 15..................	1,0	1,0	2.1	Verbandsgemeinde Weißenthurm
Insgesamt..........	2,0	1,0		

Übersicht der ku- und kw- Vermerke						
Bes.-/ E.-Gr.	2014		2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Soll	Ersatz-(plan)st.				
1	2	3	4	5	6	7

Zu Titel 422 01

					kw	
				1.	**kw mit Wegfall der Aufgabe**	
				1.1	-	
A 14..................	1,0	-	1,0	1.1.1	Grundsatzfragen Preisprüfungen	-
				3.	**kw**	
A 13 h...............	-	-	1,0	3.1	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	Wirksamwerden des Vermerks
A 10..................	1,0	1,0	3,5			Wirksamwerden des Vermerks
A 7....................	1,0	1,0	1,0			-
Zusammen.......	3,0	2,0	6,5			

Zu Titel 428 01

					kw	
				1.	**kw**	
E 8....................	1,0	1,0	1,0	1.1	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	-
E 3....................	0,5	0,5	0,5			-
				2.	**kw**	
				2.1	-	
E 6....................	1,0	-	1,0	2.1.1	Stelleneinsparung HG 2012	-
E 3....................	1,0	-	1,0			-
Zusammen.......	3,5	1,5	3,5			

Besoldungs-/ Entgelt-gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr: Neue Stellen, Stellenwegfall ohne ku/kw-Vermerke +	-	und Umsetzungen mit ku/kw-Vermerken +	-	Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken +	-	Hebungen, Herabstufungen +	-	Umwandlungen, Umsetzungen +	-	von Sp. 2 entfallen auf Funktionsgruppen
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Beamtinnen und Beamte														
B 6	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 3	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 2	5,0	5,0	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 16	8,0	7,0	5,0	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-
A 15	43,0	43,0	41,0	2,0	1,0	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-
A 14	129,5	126,5	83,0	8,0	4,0	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
A 13 h	61,0	62,0	35,7	5,0	3,0	-	-	-	3,0	-	-	-	-	-
A 13 g+Z	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g	36,0	34,0	26,2	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2,0
A 12	51,0	49,0	46,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	7,0
A 11	41,0	42,0	28,8	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	4,0
A 10	25,0	24,0	21,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 g	7,0	7,0	10,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m+Z	3,0	3,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m	19,0	16,0	11,0	1,0	-	-	-	-	-	1,0	-	1,0	-	-
A 8	21,0	21,0	17,5	1,0	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-
A 7	14,0	13,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 6 m	-	-	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	466,5	455,5	342,7	23,0	8,0	-	-	-	5,0	2,0	2,0	1,0	-	13,0
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 15	5,0	5,0	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 14	16,0	16,0	30,3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 13	10,0	11,0	26,0	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
E 12	15,0	15,0	14,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 11	20,0	20,0	25,3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 10	9,0	7,0	10,0	-	-	-	-	-	-	2,0	-	-	-	-
E 9	14,0	21,0	26,0	-	-	-	-	-	-	-	7,0	-	-	-
E 8	9,0	3,0	4,5	-	-	-	-	-	-	6,0	-	-	-	-
E 6	10,0	11,0	15,0	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-
E 5	3,0	3,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 4	3,0	3,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 3	4,0	4,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	118,0	119,0	166,1	-	-	-	-	-	1,0	8,0	8,0	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 422 01

Die folgenden Planstellen dürfen nur mit Überhangpersonal besetzt werden: **10,0 A 14, 5,0 A 13 h, 7,0 A 13 g, 5,0 A 12,** 2,0 A 11, **5,0 A 9 m,** 3,0 A 8, 2,0 A 7 (Zusammen: **39,0**).

Erläuterungen:

Zu Titel 422 01

Zu Spalte 4:
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
1,0 A15; 19,3 A14; 11,0 A13h; 0,3 A13g; 1,0 A12; 8,8 A11; 5,0 A10; 2,0 A9g; 2,5 A8; 5,0 A7 (Zusammen: 55,9).

Davon im Polizeivollzugsdienst:
1,0 A9m.

Zu Titel 428 01

Zu Spalte 4:
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
1,0 E15; 15,3 E14; 15,0 E13; 1,0 E12; 5,6 E11; 4,0 E10; 6,5 E9; 2,5 E8; 5,0 E6 (Zusammen: 55,9).

0623 Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 422 01				
			1.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	3,0	8,0	1.1	gemäß §§ 90, 92, 95 BBG, § 7 DBeglG, § 6 MuSchEltZV, § 24 GAD
			2.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
B 6.....................	1,0	1,0	2.2	Europäische Agentur für Netz- und Informationstechnik (ENISA)
A 14...................	-	1,0		
A 14...................	1,0	1,0	2.3	Generalsekretariat des Rates der Europäischen Kommission
Zusammen.........	2,0	3,0		
Insgesamt..........	5,0	11,0		
Zu Titel 428 01				
			1.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	1,0	4,0	1.1	gemäß § 28 TVöD, § 9 UmzugsTV, § 15 BEEG, § 24 GAD

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014		2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Soll	Ersatz-(plan)st.				
1	2	3	4	5	6	7
Zu Titel 422 01						
					kw	
				1.	**kw mit Ausscheiden der Planstelleninhaber/innen**	
A 13 h..............	-	-	2,0	1.3	spätestens 31.12.2013	Wirksamwerden des Vermerks
				2.	**kw**	
A 13 h..............	-	-	1,0	2.1	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	Wirksamwerden des Vermerks
A 11.................	-	-	1,0			Wirksamwerden des Vermerks
				3.	**kw**	
				3.1	Ersatzplanstelle	
A 14.................	-	-	1,0	3.1.1	EU-Kommission, Brüssel	Wirksamwerden des Vermerks
				4.	**kw**	
				4.1	-	
A 8...................	1,0	-	1,0	4.1.1	Stelleneinsparung HG 2008	-
A 13 h..............	2,0	-	2,0	4.1.2	Stelleneinsparung HG 2010	-
A 9 g................	1,0	-	1,0			-
A 14.................	4,0	-	4,0	4.1.3	Stelleneinsparung HG 2011	-
A 13 h..............	2,0	-	2,0			-
A 10.................	1,0	-	1,0			-
A 9 g................	1,0	-	1,0			-
A 14.................	1,5	-	1,5	4.1.4	Stelleneinsparung HG 2012	-
A 13 h..............	2,0	-	2,0			-
A 10.................	1,0	-	1,0			-
A 9 g................	1,0	-	1,0			-
A 8...................	1,0	-	1,0			-
A 13 h..............	1,0	-	-	4.1.5	Stelleneinsparung HG 2013	Aufnahme des Vermerks
A 9 g................	1,0	-	-			Aufnahme des Vermerks
Zusammen.......	20,5	-	23,5			
Zu Titel 428 01						
					kw	
				1.	**kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber/innen**	
E 8...................	1,0	-	1,0	1.1	-	-
E 4...................	2,0	-	2,0			-
E 13.................	-	-	1,0	1.4	spätestens 31.12.2013	Wirksamwerden des Vermerks
				1.5	spätestens 31.12.2017	
E 6...................	1,0	-	1,0	1.5.1	-	-
				2.	**kw**	
E 11.................	1,0	-	1,0	2.2	-	-
E 10.................	1,0	-	1,0			-
E 6...................	1,0	-	1,0			-

Übersicht der ku- und kw- Vermerke						
Bes.-/ E.-Gr.	2014		2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Soll	Ersatz-(plan)st.				
1	2	3	4	5	6	7
				3.	**kw**	
E 9	1,0	1,0	1,0	3.1	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	-
E 5	1,0	1,0	1,0			-
				5.	**kw**	
				5.1	-	
E 8	1,0	-	1,0	5.1.1	Stelleneinsparung HG 2008	-
E 5	2,0	-	2,0			-
E 6	1,0	-	1,0	5.1.2	Stelleneinsparung HG 2010	-
E 14	1,0	-	1,0	5.1.3	Stelleneinsparung HG 2012	-
E 11	1,0	-	1,0			-
Zusammen	15,0	2,0	16,0			

0624 Bundeskriminalamt

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr: Neue Stellen, Stellenwegfall ohne ku/ kw-Vermerke +	-	und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken +	-	Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken +	-	Hebungen, Herabstufungen +	-	Umwandlungen, Umsetzungen +	-	von Sp. 2 entfallen auf Funktionsgruppen
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Beamtinnen und Beamte														
B 9	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 6	2,0	2,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 4	1,0	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-
B 3	8,0	8,0	8,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 2	1,0	2,0	1,0	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
A 16	33,0	33,0	25,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 15	137,0	132,0	127,0	1,0	-	1,0	-	-	-	3,0	-	-	-	-
A 14	164,0	162,0	133,0	3,0	-	-	-	-	-	-	3,0	3,0	1,0	-
A 13 h	97,5	98,5	92,5	-	2,0	-	-	-	2,0	-	-	3,0	-	-
A 13 g	269,0	268,0	259,0	2,0	-	1,0	-	-	2,0	-	-	-	-	-
A 12	541,0	515,0	456,0	8,0	-	3,0	-	-	-	15,0	-	-	-	-
A 11	715,0	723,0	668,0	4,0	-	3,0	-	-	-	-	15,0	-	-	-
A 10	615,5	613,5	512,5	1,0	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 g	478,5	493,5	526,5	1,0	18,0	-	-	2,0	-	-	-	-	-	-
A 9 m+Z	7,0	7,0	7,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m	21,0	19,0	19,0	-	-	-	-	-	-	2,0	-	-	-	-
A 8	65,0	63,0	60,0	-	-	1,0	-	-	-	3,0	2,0	-	-	-
A 7	70,5	69,5	47,5	-	-	-	-	-	-	4,0	3,0	-	-	-
A 6 m	4,0	10,0	16,0	-	2,0	-	-	-	-	-	4,0	-	-	-
A 6 e	15,0	15,0	37,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 5	46,0	46,0	46,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 4	91,0	93,0	87,0	-	-	-	-	-	2,0	-	-	-	-	-
A 2/3	20,0	20,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	3 403,0	3 394,0	3 134,0	20,0	22,0	10,0	-	3,0	7,0	27,0	27,0	6,0	1,0	-
Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer														
W 3	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
W 2	4,0	4,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	5,0	5,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	3 408,0	3 399,0	3 137,0	20,0	22,0	10,0	-	3,0	7,0	27,0	27,0	6,0	1,0	-
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
AT (B 6)	-	1,0	1,0	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 15	3,0	3,0	9,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 14	40,0	38,0	36,0	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	3,0	-
E 13	46,0	52,0	60,0	-	2,0	-	-	-	1,0	-	-	-	3,0	-
E 12	78,0	75,0	77,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 11	233,5	229,5	234,5	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 10	10,0	10,5	23,5	-	0,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 9	215,5	211,0	238,0	6,0	-	-	-	-	1,5	-	-	-	-	-
E 8	426,0	427,5	409,0	6,5	6,0	-	-	-	2,0	-	-	-	-	-
E 7	23,0	23,0	24,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 6	119,5	122,5	127,0	-	1,0	-	-	-	2,0	-	-	-	-	-
E 5	328,0	340,0	313,0	-	8,5	-	-	-	3,5	-	-	-	-	-
E 4	36,0	38,0	38,0	-	-	-	-	-	2,0	-	-	-	-	-
E 3	41,5	41,5	73,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	1 600,0	1 611,5	1 662,5	24,5	18,0	-	-	-	12,0	-	-	-	6,0	-
Insgesamt	1 600,0	1 612,5	1 663,5	24,5	18,0	-	-	-	13,0	-	-	-	6,0	-

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 422 01

1. **<u>Zu W 3 und W 2:</u>**
   Es wird zugelassen, dass die Planstelle der Bes.-Gr. W 3 mit einer Lehrkraft der Bes.-Gr. C 3 und die Planstellen der Bes.-Gr. W 2 mit Lehrkräften der Bes.-Gr. C 2 besetzt werden dürfen.
2. **<u>Zu W 3 und W 2:</u>**
   Folgende Planstellen dürfen auch mit Beamtinnen und Beamten der Besoldungsordnung A besetzt werden:
   1 W 3, 2 W 2.
3. Folgende Planstellen dürfen mit Wissenschaftlerinnen oder Wissenschaftlern besetzt werden:
   1 B 6, 3 B 3, 6 A 16, 10 A 15, 11 A 14, 13 A 13 h.
4. Folgende Planstellen dürfen mit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern besetzt werden:
   11 A 13 g, 18 A 12, 24 A 11, 20 A 10, 18 A 9 g, 5,0 A 4, 20 A 2/3.
5. Die folgenden Planstellen sind gesperrt: 2 A 16, 2 A 15, 7 A 14, 2 A 13 g, 13 A 12, 4 A 11. Die Aufhebung der Sperre bedarf nach der Vorlage eines Konzepts zur Errichtung eines Kompetenzzentrums Informationstechnische Überwachung (ITÜ) der Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages.
6. Planstellen der Besoldungsgruppe A 7 dürfen vorübergehend aus personalwirtschaftlichen Gründen mit Bediensteten des einfachen Dienstes der Besoldungsgruppe A 6 e besetzt werden.

Zu Titel 428 01

Folgende Stellen dürfen nur mit Überhangpersonal besetzt werden: 13,0 E 9, 11,0 E 8, 1,0 E 6, 2,0 E 5 (Zusammen: 27,0).

Erläuterungen:

Zu Titel 422 01

<u>Zu Spalte 4:</u>
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
6,0 A15; 9,0 A14; 3,0 A13h; 19,0 A12; 13,0 A11; 20,0 A10; 17,0 A9g; 2,0 A4; 19,0 A2/3 (Zusammen: 108,0).

Davon im Polizeivollzugsdienst:
3,0 B3; 17,0 A16; 89,0 A15; 82,0 A14; 34,0 A13h; 238,0 A13g; 419,0 A12; 609,0 A11; 458,0 A10; 500,0 A9g (Zusammen: 2 449,0).

Daneben werden 242,0 Anwärterinnen und Anwärter (Tit. 422 03) beschäftigt.

Daneben werden 3 Kriminalratsanwärterinnen und -anwärter auf freien Planstellen geführt.

Zu Titel 428 01

<u>Zu Spalte 4:</u>
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
6,0 E15; 5,0 E14; 5,0 E13; 16,0 E12; 18,0 E11; 7,0 E10; 30,0 E9; 21,0 E3 (Zusammen: 108,0).

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 422 01				
			1.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
A 14..................	1,0	1,0	1.1	Vereinte Nationen (VN)
A 13 g................	-	1,0	1.2	EUROPOL
A 15..................	1,0	1,0	1.3	EUROPOL/EDU, Den Haag
A 14..................	1,0	1,0		
A 12..................	2,0	3,0		
A 11..................	4,0	5,0		
A 10..................	1,0	1,0		
A 10..................	1,0	1,0	1.4	Wartburgkreis
A 10..................	1,0	1,0	1.5	EU-Kommission
A 11..................	1,0	-	1.6	Freie und Hansestadt Hamburg
A 13 g................	-	1,0	1.7	IKPO Lyon/Frankreich
A 11..................	1,0	-	1.8	CDU Nordrhein-Westfalen
A 10..................	1,0	-	1.9	Gemeinde Mauer
Zusammen.........	15,0	16,0		

0624 Bundeskriminalamt

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
			2.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	83,0	87,0	2.1	gemäß §§ 90, 92, 95 BBG, § 7 DBeglG, § 6 MuSchEltZV, § 24 GAD
Insgesamt..........	98,0	103,0		
Zu Titel 428 01				
			2.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	47,0	18,0	2.1	gemäß § 28 TVöD, § 9 UmzugsTV, § 15 BEEG, § 24 GAD

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
1	2	3	4	5	6	7
Zu Titel 422 01						
					ku	
				1.	**ku mit Ausscheiden der Planstelleninhaber /innen**	
				1.1	in Bes.-Gr. A 9 g	
A 13 g..............	-	-	2,0	1.1.1	gemäß § 30 Abs. 1 Nr. 5 HG 2000	Wirksamwerden des Vermerks
				1.2	in Bes.-Gr. A 6 m	
A 9 m...............	1,0	-	1,0	1.2.1	gemäß § 30 Abs. 1 Nr. 5 HG 2000	-
Zusammen.......	1,0	-	3,0			
					kw	
				1.	**kw mit Ausscheiden der Planstelleninhaber/innen**	
A 8...................	1,0	-	1,0	1.1	-	-
A 7...................	4,0	-	4,0			-
A 6 e................	1,0	-	1,0			-
A 5...................	1,0	-	1,0			-
A 11.................	1,0	-	1,0	1.2	schwerbehindert	-
				1.3	-	
A 5...................	1,0	-	1,0	1.3.1	Bundesanstalt für Immobilienaufgaben	-
A 4...................	-	-	1,0			Wirksamwerden des Vermerks
				2.	**kw**	
B 2...................	-	-	1,0	2.1	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	Wirksamwerden des Vermerks
A 13 h..............	1,5	1,5	3,5			Wirksamwerden des Vermerks
A 10.................	0,5	0,5	0,5			-
A 4...................	-	-	1,0			Wirksamwerden des Vermerks
				3.	**kw**	
				3.1	spätestens 31.12.2016	
A 15.................	1,0	-	-	3.1.1	Fonds für die Innere Sicherheit (ISF)	Neue Planstelle
A 13 g..............	1,0	-	-			Neue Planstelle
A 12.................	3,0	-	-			Neue Planstelle
A 11.................	3,0	-	-			Neue Planstelle
A 10.................	1,0	-	-			Neue Planstelle
A 8...................	1,0	-	-			Neue Planstelle
				4.	**kw mit Wegfall der Aufgabe**	
A 13 h..............	2,0	-	2,0	4.1	-	-
A 9 g................	9,0	-	9,0			-
A 6 m...............	1,0	-	1,0			-
				4.2	-	
A 15.................	3,0	-	3,0	4.2.1	Hochschule der Polizei	-
Zusammen.......	36,0	2,0	31,0			
Zu Titel 428 01						
					ku	
				1.	**ku mit Ausscheiden der Stelleninhaber /innen**	
AT (B 6)............	-	-	1,0	1.1	in Bes.-Gr. B 4	Wirksamwerden des Vermerks
					kw	
				1.	**kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber/innen**	
E 9...................	1,0	-	1,0	1.1	-	-
E 8...................	1,0	-	1,0			-

Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
Übersicht der ku- und kw- Vermerke						
1	2	3	4	5	6	7
E 6....................	0,5	-	0,5			-
E 5....................	5,0	-	5,0			-
E 4....................	8,0	-	8,0			-
E 3....................	17,0	-	17,0			-
				1.2	-	
E 9....................	14,0	-	14,0	1.2.1	Bundesanstalt für Immobilienaufgaben	-
E 8....................	22,0	-	23,0			Wirksamwerden des Vermerks
E 5....................	6,0	-	7,0			Wirksamwerden des Vermerks
				1.3	schwerbehindert	
E 9....................	1,0	-	1,0	1.3.1	-	-
E 8....................	1,0	-	1,0			-
				2.	**kw**	
E 13..................	-	-	1,0	2.1	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	Wirksamwerden des Vermerks
E 11..................	1,0	1,0	1,0			-
E 10..................	0,5	0,5	0,5			-
E 9....................	2,5	2,5	4,0			Wirksamwerden des Vermerks
E 8....................	-	-	1,0			Wirksamwerden des Vermerks
E 6....................	3,5	3,5	5,5			Wirksamwerden des Vermerks
E 5....................	3,0	3,0	5,5			Wirksamwerden des Vermerks
E 4....................	-	-	2,0			Wirksamwerden des Vermerks
				3.	**kw 31.12.2018**	
				3.1	-	
E 6....................	5,0	-	5,0	3.1.1	Antizyklische Einstellung von Nachwuchskräften	-
Zusammen.......	92,0	10,5	104,0			

0625 Bundespolizei

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr										von Sp. 2 entfallen auf Funktions- gruppen
				Neue Stellen, Stellenwegfall				Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken		Hebungen, Herabstufungen		Umwandlungen, Umsetzungen		
				ohne ku/ kw-Vermerke		und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken								
				+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Beamtinnen und Beamte														
B 9......................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 6......................	2,0	3,0	2,0	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-
B 5......................	4,0	4,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 4......................	6,0	6,0	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 3......................	10,0	10,0	8,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 2......................	4,0	4,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 16....................	39,0	38,0	32,0	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-
A 15....................	120,0	121,0	121,6	-	-	1,0	-	-	2,0	-	-	-	-	-
A 14....................	168,0	168,0	157,9	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 h.................	128,0	131,0	112,6	-	1,0	-	-	-	2,0	-	-	-	-	-
A 13 g.................	741,0	725,0	669,6	-	1,0	-	-	-	2,0	19,0	-	-	-	655,0
A 12....................	1 379,0	1 367,0	1 268,5	-	2,0	1,0	-	-	7,0	20,0	-	-	-	1 280,0
A 11.....................	3 277,0	3 312,0	3 065,9	-	8,0	-	-	-	14,0	-	13,0	-	-	3 157,0
A 10....................	4 768,0	4 820,0	4 316,3	-	15,0	-	-	-	24,0	-	13,0	-	-	4 684,0
A 9 g...................	2 950,0	3 009,0	2 279,5	-	20,0	-	-	-	27,0	-	13,0	1,0	-	2 933,0
A 9 m+Z..............	2 793,0	2 718,0	2 852,4	-	18,0	-	-	-	-	93,0	-	-	-	2 762,0
A 9 m..................	6 684,0	6 544,0	7 032,0	-	22,0	-	-	-	-	161,0	-	1,0	-	6 590,0
A 8......................	7 011,0	7 266,0	7 316,3	-	21,0	-	-	-	1,0	-	230,0	-	3,0	6 727,0
A 7......................	2 411,0	2 431,0	2 756,7	-	22,0	-	-	-	14,0	28,0	12,0	-	-	2 193,0
A 6 m..................	43,0	98,0	70,5	-	14,0	-	-	-	1,0	-	40,0	-	-	1,0
A 5......................	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen..........	32 541,0	32 778,0	32 077,8	-	144,0	3,0	1,0	-	94,0	321,0	321,0	2,0	3,0	30 982,0
Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer														
W 3.....................	2,0	2,0	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
W 2.....................	7,0	7,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen..........	9,0	9,0	9,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt...........	32 550,0	32 787,0	32 086,8	-	144,0	3,0	1,0	-	94,0	321,0	321,0	2,0	3,0	30 982,0
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
AT B....................	3,0	3,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 15....................	6,0	6,0	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 14....................	14,0	14,0	15,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 13....................	-	-	11,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 12....................	6,0	6,0	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 11.....................	15,5	15,5	22,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 10....................	18,0	18,0	11,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 9......................	119,0	64,0	56,0	-	-	-	-	-	1,0	57,0	-	1,0	2,0	-
E 8......................	294,0	296,0	274,0	-	-	-	-	-	4,0	-	1,0	3,0	-	-
E 7......................	131,0	152,0	125,3	-	-	-	-	-	7,0	-	14,0	-	-	-
E 6......................	442,0	468,0	422,1	-	-	-	-	-	4,0	-	22,0	-	-	-
E 5......................	1 269,0	1 286,5	1 177,4	-	-	-	-	-	17,5	-	-	-	-	-
E 4......................	60,0	64,0	118,4	-	-	-	-	-	4,0	-	-	-	-	-
E 3......................	2 898,0	2 941,0	2 908,1	-	-	-	-	-	23,0	-	20,0	-	-	-
E 2......................	169,5	175,5	192,4	-	-	-	-	-	6,0	-	-	-	-	-
Zusammen..........	5 442,0	5 506,5	5 343,7	-	-	-	-	-	66,5	57,0	57,0	4,0	2,0	-
Insgesamt...........	5 445,0	5 509,5	5 345,7	-	-	-	-	-	66,5	57,0	57,0	4,0	2,0	-

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 422 01

1. **Zu A 9 m+Z:**

   Planstellen des gehobenen Dienstes bis zu 10 Prozent und Planstellen des höheren Dienstes bis zu 25 Prozent dürfen mit Beamtinnen und Beamten der entsprechenden Laufbahn des kriminalpolizeilichen Vollzugsdienstes des Bundes besetzt werden.
2. **Zu A 9 m + Z:**

   4 Planstellen dürfen aus zwingenden dienstlichen Gründen mit einer entsprechenden Anzahl von Planstellen der Bes.-Gr. A 9 m des Bundesministeriums des Innern **(Kap. 0612 Tit. 422 01)** ausgetauscht werden.
3. **Zu A 9 m + Z:**

   5 Planstellen dürfen aus zwingenden dienstlichen Gründen mit einer entsprechenden Anzahl von Planstellen der Bes.-Gr. A 10 des Bundesministeriums des Innern **(Kap. 0612 Tit. 422 01)** ausgetauscht werden.
4. **Zu A 9 m:**

   2 Planstellen dürfen aus zwingenden dienstlichen Gründen mit einer entsprechenden Anzahl von Planstellen der Bes.-Gr. A 8 des Bundesministeriums des Innern **(Kap. 0612 Tit. 422 01)** ausgetauscht werden.
5. Planstellen können für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in vergleichbaren Entgeltgruppen in den Funktionen des technischen Dienstes, des Musikdienstes und als Trainerin oder Trainer zugleich Ausbilderin oder Ausbilder (Sportlehrerin oder Sportlehrer) in Anspruch genommen werden.
6. Planstellen der Bes-Grn. A 10 und A 9 g dürfen vorübergehend aus personalwirtschaftlichen Gründen mit Bediensteten des Polizeivollzugsdienstes der Bes.-Grn. A 9 m + Z oder A 9 m besetzt werden.
7. **Zu W 3 und W 2:**

   Es wird zugelassen, dass die Planstellen der Bes.-Gr. W 3 mit Lehrkräften der Bes.-Gr. C 3 und die Planstellen und Leerstellen der Bes.-Gr. W 2 mit Lehrkräften der Bes.-Gr. C 3 und C 2 besetzt werden dürfen.
8. Die folgenden Planstellen dürfen nur mit Überhangpersonal besetzt werden: 3,0 A 12, 6,0 A 11, 11,0 A 10 (Zusammen: 20,0).
9. **Zu Spalte 2:**

   35 Planstellen sind für das Maritime Schulungs- und Trainingszentrum vorzusehen.
10. Die folgenden Planstellen sind gesperrt: 2 A 13 g, 10 A 12, 31 A 11, 23 A 10, 10 A 9 g, 1 A 9 m+Z, 9 A 9 m, 3 A 8 (Zusammen: 89). Die Aufhebung der Sperre bedarf der Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages.

Zu Titel 428 01

Zu Spalte 2:

2 Stellen sind für das Maritime Schulungs- und Trainingszentrum vorzusehen.

Erläuterungen:

Zu Titel 422 01

Zu Spalte 2:
Davon mit Dienstwohnung 1,0 Beamter (2013: 1,0).

Zu Spalte 4:
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
1,0 A15; 5,0 A13h; 6,0 A13g; 1,0 A12; 6,0 A11; 1,0 A10; 4,0 A9m; 3,0 A8; 2,0 A7 (Zusammen: 29,0).

Davon im Polizeivollzugsdienst:
1,0 B9; 1,0 B6; 4,0 B5; 6,0 B4; 6,0 B3; 3,0 B2; 22,0 A16; 88,0 A15; 110,3 A14; 83,8 A13h; 605,3 A13g; 1 180,3 A12; 2 914,8 A11; 4 192,7 A10; 2 215,1 A9g; 2 818,7 A9m+Z; 6 946,1 A9m; 7 014,9 A8; 2 529,8 A7 (Zusammen: 30 742,8).

Daneben werden 1 396,0 Anwärterinnen und Anwärter (Tit. 422 03) beschäftigt.

Zu B 3:
Davon für den medizinischen Bereich: 1,0

Zu A 16:
Davon für den medizinischen Bereich: 4,0

Zu A 15:
Davon für den
medizinischen Bereich: 14,0

Zu A 14:
Davon für den
Schulbereich: 1,0
medizinischen Bereich: 15,0

0625 Bundespolizei

Zu A 13 h:
Davon für den
Schulbereich: 1,0
medizinischen Bereich: 7,0

Zu A 13 g:
Davon für den Schulbereich: 30,0

Zu Titel 428 01

Zu Spalte 4:
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
1,0 E14; 11,0 E13; 1,0 E12; 6,0 E11; 1,0 E10; 7,0 E8; 2,0 E7 (Zusammen: 29,0).

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 422 01				
			1.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	182,0	179,0	1.1	gemäß §§ 90, 92, 95 BBG, § 7 DBeglG, § 6 MuSchEltZV, § 24 GAD
			2.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
A 15...................	1,0	1,0	2.1	Polizeiführungsakademie Münster
W 2....................	1,0	1,0		
A 16...................	1,0	1,0	2.2	Grenzschutzagentur FRONTEX
A 16...................	1,0	1,0	2.3	Vereinte Nationen (VN)
Zusammen.........	4,0	4,0		
			3.	**Sonstige Beurlaubung**
A 13 g................	1,0	1,0	3.1	Bundeskanzleramt
A 12...................	1,0	1,0		
A 7.....................	1,0	1,0		
Zusammen.........	3,0	3,0		
Insgesamt..........	189,0	186,0		
Zu Titel 428 01				
			1.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	38,0	17,0	1.1	gemäß § 28 TVöD, § 9 UmzugsTV, § 15 BEEG, § 24 GAD
			3.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
E 8.....................	1,0	1,0	3.1	CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages
Insgesamt..........	39,0	18,0		

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
1	2	3	4	5	6	7
Zu Titel 422 01						
					ku	
				1.	**ku mit Ausscheiden der Planstelleninhaber /innen**	
A 13 h..............	1,0	-	1,0	1.1	in Bes.-Gr. A 13 g	-
					kw	
				1.	**kw mit Ausscheiden der Planstelleninhaber/innen**	
A 12.................	1,0	-	1,0	1.1	-	-
A 9 m................	2,0	-	2,0			-
A 8....................	1,0	-	1,0			-
A 5....................	1,0	-	1,0			-
				2.	**kw 31.12.2016**	
				2.1	-	
B 6....................	-	-	1,0	2.1.1	-	Umsetzung der Planstelle
				3.	**kw**	
				3.1	-	
A 13 g..............	-	-	1,0	3.1.1	Stelleneinsparung HG 2012	Wirksamwerden des Vermerks
A 12.................	-	-	2,0			Wirksamwerden des Vermerks
A 11.................	-	-	7,0			Wirksamwerden des Vermerks
A 10.................	-	-	15,0			Wirksamwerden des Vermerks
A 9 g................	-	-	23,0			Wirksamwerden des Vermerks
A 7....................	-	-	13,0			Wirksamwerden des Vermerks

Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
Übersicht der ku- und kw- Vermerke						
1	2	3	4	5	6	7
				4.	**kw**	
A 13 h..............	1,0	1,0	3,0	4.2	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	Wirksamwerden des Vermerks
A 13 g..............	2,0	2,0	2,0			-
A 11.................	1,0	1,0	1,0			-
A 10.................	2,0	2,0	5,0			Wirksamwerden des Vermerks
A 9 g................	2,0	2,0	3,0			Wirksamwerden des Vermerks
A 8...................	1,0	1,0	2,0			Wirksamwerden des Vermerks
A 7...................	4,0	4,0	5,0			Wirksamwerden des Vermerks
A 6 m...............	3,0	3,0	4,0			Wirksamwerden des Vermerks
				4.3	Ersatzplanstelle	
A 16.................	1,0	1,0	-	4.3.1	Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen (VN) New York	Neue Planstelle
A 15.................	-	-	1,0			Wirksamwerden des Vermerks
A 15.................	1,0	1,0	1,0	4.3.2	Deutsche Botschaft in Riad/Saudi-Arabien	-
A 15.................	-	-	1,0	4.3.3	EU-Kommission, Brüssel	Wirksamwerden des Vermerks
A 12.................	6,0	6,0	6,0	4.3.4	Grenzschutzagentur FRONTEX	Wirksamwerden des Vermerks, Neue Planstelle
A 11.................	1,0	1,0	2,0			Wirksamwerden des Vermerks
A 9 m+Z...........	1,0	1,0	1,0			-
A 15.................	1,0	1,0	-	4.3.5	Deutsche Botschaft in Kabul	Neue Planstelle
				4.4	spätestens 31.12.2013	
A 13 g..............	-	-	1,0	4.4.1	KLR	Wirksamwerden des Vermerks
A 12.................	-	-	4,0			Wirksamwerden des Vermerks
A 11.................	-	-	6,0			Wirksamwerden des Vermerks
A 10.................	-	-	6,0			Wirksamwerden des Vermerks
A 9 g................	-	-	3,0			Wirksamwerden des Vermerks
				4.5	-	
A 7...................	7,0	-	7,0	4.5.1	Maritimes Schulungszentrum	-
A 8...................	3,0	-	3,0	4.5.2	Beschäftigte im Bekleidungswesen	-
A 7...................	1,0	-	1,0			-
Zusammen.......	43,0	27,0	135,0			

Zu Titel 428 01

Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
					kw	
				1.	**kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber/innen**	
E 10.................	1,0	-	1,0	1.1	-	-
E 9...................	5,0	-	6,0			Wirksamwerden des Vermerks
E 8...................	20,0	-	26,0			Wegfall des Vermerks, Wirksamwerden des Vermerks
E 5...................	2,0	-	4,0			Wegfall des Vermerks, Wirksamwerden des Vermerks
E 3...................	31,0	-	31,0			-
				1.2	-	
E 3...................	2,0	-	4,0	1.2.1	Kraftfahrer in Bonn	Wegfall des Vermerks, Wirksamwerden des Vermerks
E 8	13,0	-	13,0	1.2.2	Bundesanstalt für Immobilienaufgaben	-
E 7...................	18,0	-	23,0			Wirksamwerden des Vermerks
E 6...................	66,0	-	66,0			-
E 5...................	92,0	-	98,0			Wirksamwerden des Vermerks
E 4...................	12,0	-	12,0			-
E 3...................	33,0	-	29,0			Wirksamwerden des Vermerks, Aufnahme des Vermerks
E 2...................	54,5	-	55,5			Wirksamwerden des Vermerks
				1.3	schwerbehindert	
E 8...................	2,0	-	-	1.3.1	-	Aufnahme des Vermerks
E 5...................	1,0	-	-			Aufnahme des Vermerks
E 3...................	1,0	-	-			Aufnahme des Vermerks
				2.	**kw**	
				2.1	-	
E 3...................	936,0	-	944,0	2.1.1	grenzpolizeiliche Unterstützungskräfte	Wirksamwerden des Vermerks
E 6...................	6,0	-	6,0	2.1.2	Beschäftigte im Bekleidungswesen	-
E 5...................	9,5	-	11,0			Wirksamwerden des Vermerks
E 3...................	17,0	-	19,0			Wirksamwerden des Vermerks
E 2...................	-	-	1,0			Wirksamwerden des Vermerks
E 8...................	2,0	2,0	2,0	2.2	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	-
E 7...................	5,0	5,0	7,0			Wirksamwerden des Vermerks
E 6...................	5,0	5,0	9,0			Wirksamwerden des Vermerks

0625 Bundespolizei

Übersicht der ku- und kw- Vermerke						
Bes.-/ E.-Gr.	2014		2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Soll	Ersatz-(plan)st.				
1	2	3	4	5	6	7
E 5....................	15,0	15,0	24,0			Wirksamwerden des Vermerks
E 4....................	-	-	4,0			Wirksamwerden des Vermerks
E 3....................	16,0	16,0	27,0			Wirksamwerden des Vermerks
E 2....................	7,0	7,0	11,0			Wirksamwerden des Vermerks
E 11..................	2,0	-	2,0	2.3	-	-
E 9....................	4,0	-	4,0			-
E 3....................	20,0	-	20,0			-
Zusammen.......	1.398,0	50,0	1.459,5			

Planstellen-/Stellenübersicht														
Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr										von Sp. 2 entfallen auf Funk- tions- gruppen
				Neue Stellen, Stellenwegfall				Wirksam- werden von ku- und kw- Vermerken		Hebungen, Herab- stufungen		Umwand- lungen, Umsetzungen		
				ohne ku/ kw-Vermerke		und Umsetzun- gen mit ku/ kw-Vermerken								
				+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Beamtinnen und Beamte														
B 6	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 3	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 16	5,0	5,0	2,9	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 15	21,0	21,0	15,7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0
A 14	24,0	23,0	17,3	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 h	4,0	5,0	4,0	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
A 13 g	8,0	8,0	7,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 12	17,0	17,0	16,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3,0
A 11	24,0	24,0	18,6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	4,0
A 10	1,0	1,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 g	2,0	2,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m+Z	4,0	4,0	3,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m	5,0	4,0	4,0	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	2,0
A 8	8,0	8,0	7,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3,0
A 7	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-
A 6 m	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 6 e	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 5	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	128,0	126,0	105,6	1,0	-	1,0	-	-	1,0	-	-	1,0	-	13,0
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
AT B	1,0	1,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 15	9,0	9,0	9,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 14	15,0	15,0	15,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 13	4,0	4,0	1,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 12	6,0	6,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 11	17,5	17,5	26,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 10	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 9	11,5	11,5	9,6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 8	16,5	16,5	14,3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 7	6,0	6,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 6	14,0	14,0	12,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 5	17,2	17,2	26,1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 4	4,0	4,0	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 3	16,0	17,0	15,4	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
Zusammen	136,7	137,7	141,2	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
Insgesamt	137,7	138,7	143,2	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 422 01

1. <u>**Zu A 15:**</u>
   1 Planstelle darf mit Soldatinnen oder Soldaten besetzt werden.
2. Die folgenden Planstellen dürfen nur mit Überhangpersonal besetzt werden: **3,0** A 14.

Erläuterungen:

Zu Titel 422 01

<u>**Zu Spalte 4:**</u>
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
1,0 A16; 2,0 A15; 2,0 A14; 3,0 A13h; 1,0 A11; 1,0 A9g; 0,8 A8 (Zusammen: 10,8).

0628 Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe

Zu Titel 428 01

<u>Zu Spalte 4:</u>
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
1,0 ATB; 2,0 E15; 2,0 E14; 1,0 E13; 1,0 E12; 2,0 E11; 1,0 E9; 0,8 E5 (Zusammen: 10,8).

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 422 01				
			2.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	2,0	2,0	2.1	gemäß §§ 90, 92, 95 BBG, § 7 DBeglG, § 6 MuSchEltZV, § 24 GAD
Zu Titel 428 01				
			1.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	8,0	9,0	1.1	gemäß § 28 TVöD, § 9 UmzugsTV, § 15 BEEG, § 24 GAD

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014		2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Soll	Ersatz-(plan)st.				
1	2	3	4	5	6	7
Zu Titel 422 01						
					ku	
				1.	**ku mit Ausscheiden der Planstelleninhaber /innen**	
A 13 g..............	1,0	-	1,0	1.2	in Bes.-Gr. A 10	-
A 9 m...............	2,0	-	2,0	1.3	in Bes.-Gr. A 8	-
A 9 m...............	1,0	-	-	1.3.1	gemäß § 31 Abs. 1 Nr. 4 HG 1999	Umsetzung der Planstelle
A 8...................	1,0	-	1,0	1.4	in Bes.-Gr. A 7	-
Zusammen.......	5,0	-	4,0			
					kw	
				2.	**kw**	
A 13 h..............	-	-	1,0	2.1	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	Wirksamwerden des Vermerks
				3.	**kw mit Ausscheiden der Planstelleninhaber/innen**	
A 11.................	1,0	-	1,0	3.1	-	-
A 8...................	1,0	-	1,0			-
				4.	**kw**	
				4.1	-	
A 15.................	1,0	-	1,0	4.1.1	Stelleneinsparung HG 2011	-
A 14.................	1,0	-	1,0			-
Zusammen.......	4,0	-	5,0			
Zu Titel 428 01						
					kw	
				2.	**kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber/innen**	
E 6...................	1,0	-	1,0	2.1	-	-
E 5...................	2,0	-	2,0			-
E 4...................	1,0	-	1,0			-
E 3...................	-	-	1,0	2.4	spätestens 31.12.2013	Wirksamwerden des Vermerks
E 5...................	1,0	-	1,0	2.5	spätestens 31.12.2016	-
				2.6	spätestens 31.12.2017	
E 5...................	2,0	-	2,0	2.6.1	-	-
				3.	**kw**	
				3.1	-	
AT B.................	1,0	-	1,0	3.1.1	Stelleneinsparung HG 2010	-
E 3...................	1,0	-	1,0			-
E 11.................	1,0	-	1,0	3.1.2	Stelleneinsparung HG 2011	-
E 7...................	1,0	-	1,0			-
E 4...................	1,0	-	1,0	3.1.3	Stelleneinsparung HG 2012	-
E 3...................	2,0	-	2,0			-

Übersicht der ku- und kw- Vermerke						
Bes.-/ E.-Gr.	2014		2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Soll	Ersatz-(plan)st.				
1	2	3	4	5	6	7
E 3....................	1,0	-	-	3.1.4	Stelleneinsparung HG 2013	Aufnahme des Vermerks
Zusammen.......	15,0	-	15,0			

0629 Bundesanstalt Technisches Hilfswerk

Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr										von Sp. 2 entfallen auf Funk-tions-gruppen
				Neue Stellen, Stellenwegfall				Wirksam-werden von ku- und kw-Vermerken		Hebungen, Herab-stufungen		Umwand-lungen, Umsetzungen		
				ohne ku/ kw-Vermerke		und Umsetzun-gen mit ku/ kw-Vermerken								
				+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Beamtinnen und Beamte														
B 6	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 3	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 2	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 16	6,0	5,0	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	1,0
A 15	10,0	10,0	7,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 14	11,0	11,0	5,7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 h	7,0	7,0	3,2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g	7,0	7,0	6,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 12	10,0	10,0	9,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0
A 11	21,0	21,0	15,6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 10	37,0	37,0	29,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 g	12,0	12,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m	7,0	7,0	5,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 8	7,0	7,0	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 7	49,0	6,0	2,8	43,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 6 m	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	188,0	144,0	101,4	43,0	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	2,0
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
AT B	2,0	3,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 15	3,0	3,0	7,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 14	4,0	4,0	9,2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 13	18,0	18,0	21,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 12	13,0	13,0	12,6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 11	99,0	100,0	105,6	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
E 10	18,5	18,5	24,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 9	125,0	127,0	138,3	-	-	-	-	-	2,0	-	-	-	-	-
E 8	119,5	119,5	122,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 7	5,0	5,0	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 6	117,5	117,5	121,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 5	137,5	141,5	141,8	-	-	-	-	-	4,0	-	-	-	-	-
E 4	3,0	3,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 3	9,8	9,8	9,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	672,8	679,8	721,3	-	-	-	-	-	7,0	-	-	-	-	-
Insgesamt	674,8	682,8	724,3	-	-	-	-	-	7,0	-	-	-	1,0	-

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 422 01

Die folgenden Planstellen dürfen nur mit Überhangpersonal besetzt werden: 43,0 A 7.

Erläuterungen:

Zu Titel 422 01

Zu Spalte 4:
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
1,0 B3; 3,0 A15; 5,3 A14; 3,8 A13h; 0,2 A12; 5,4 A11; 8,0 A10; 8,8 A9g; 1,5 A9m; 2,0 A8; 3,2 A7 (Zusammen: 42,2).

Zu Titel 428 01

Zu Spalte 4:
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
4,0 E15; 5,3 E14; 3,8 E13; 5,6 E11; 5,5 E10; 11,3 E9; 2,5 E8; 4,0 E6; 0,2 E5 (Zusammen: 42,2).

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 422 01				
			1.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	0,4	0,4	1.1	gemäß §§ 90, 92, 95 BBG, § 7 DBeglG, § 6 MuSchEltZV, § 24 GAD
			2.	**Sonstige Beurlaubung**
A 15..................	1,0	2,0	2.1	Bundeskanzleramt
Insgesamt..........	1,4	2,4		
Zu Titel 428 01				
			1.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	14,8	9,8	1.1	gemäß § 28 TVöD, § 9 UmzugsTV, § 15 BEEG, § 24 GAD

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014		2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Soll	Ersatz-(plan)st.				
1	2	3	4	5	6	7
Zu Titel 422 01						
					ku	
				1.	**ku mit Ausscheiden der Planstelleninhaber /innen**	
				1.1	in Entgeltgruppe E 8	
A 9 m................	1,0	-	1,0	1.1.1	gemäß § 30 Abs. 1 Nr. 5 HG 2000	-
A 9 m................	1,0	-	1,0	1.1.2	-	-
A 16..................	2,0	-	2,0	1.2	in Entgeltgruppe AT B	-
				3.	**ku**	
				3.1	in Entgeltgruppe E 15	
A 15..................	1,0	-	1,0	3.1.1	gemäß § 27 HG 1997	-
A 15..................	1,0	-	1,0	3.1.2	gemäß § 28 HG 1998	-
				3.2	in Entgeltgruppe E 10	
A 10..................	3,0	-	3,0	3.2.1	gemäß § 27 HG 1997	-
				3.3	in Entgeltgruppe E 9	
A 10..................	21,0	-	21,0	3.3.1	gemäß § 27 HG 1997	-
A 9 g.................	4,0	-	4,0			-
A 10..................	2,0	-	2,0	3.3.2	gemäß § 28 HG 1998	-
				3.4	in Entgeltgruppe E 8	
A 9 m................	1,0	-	1,0	3.4.1	gemäß § 27 HG 1997	-
A 9 m................	4,0	-	4,0	3.4.2	-	-
				3.5	in Entgeltgruppe E 6	
A 7....................	1,0	-	1,0	3.5.1	gemäß § 27 HG 1997	-
A 7....................	1,0	-	1,0	3.5.2	gemäß § 28 HG 1998	-
				3.6	in Entgeltgruppe E 5	
A 7....................	1,0	-	1,0	3.6.1	-	-
				3.7	in Entgeltgruppe E 13	
A 13 g...............	1,0	-	1,0	3.7.1	gemäß § 28 HG 1998	-
A 11..................	3,0	-	3,0	3.8	in Entgeltgruppe E 11	-
Zusammen.......	48,0	-	48,0			
					kw	
				1.	**kw mit Ausscheiden der Planstelleninhaber/innen**	
A 7....................	1,0	-	1,0	1.1	-	-
Zu Titel 428 01						
					kw	
				1.	**kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber/innen**	
E 11..................	4,0	-	4,0	1.1	-	-
E 8....................	3,0	-	3,0			-
E 4....................	1,0	-	1,0			-
E 5....................	1,0	-	1,0	1.3	schwerbehindert	-
E 6....................	5,5	-	5,5	1.4	spätestens 31.12.2016	-
E 5....................	9,0	-	9,0			-
				2.	**kw**	
E 11..................	-	-	1,0	2.1	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	Wirksamwerden des Vermerks
E 9....................	2,0	2,0	4,0			Wirksamwerden des Vermerks
E 8....................	4,0	4,0	4,0			-

0629 Bundesanstalt Technisches Hilfswerk

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
1	2	3	4	5	6	7
E 6....................	3,0	3,0	3,0			-
E 5....................	4,0	4,0	8,0			Wirksamwerden des Vermerks
				3.	**kw**	
				3.1	-	
E 10..................	1,0	-	1,0	3.1.1	Stelleneinsparung HG 2010	-
E 9....................	1,0	-	1,0			-
E 5....................	2,0	-	2,0			-
E 3....................	1,0	-	-	3.1.2	Stelleneinsparung HG 2013	Aufnahme des Vermerks
Zusammen.......	41,5	13,0	47,5			

Planstellen-/Stellenübersicht														
Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr										von Sp. 2 entfallen auf Funk- tions- gruppen
				Neue Stellen, Stellenwegfall				Wirksam- werden von ku- und kw-Vermerken		Hebungen, Herab- stufungen		Umwand- lungen, Umsetzungen		
				ohne ku/ kw-Vermerke		und Umsetzun- gen mit ku/ kw-Vermerken								
				+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Beamtinnen und Beamte														
B 8	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 4	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 2	5,0	5,0	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 16	11,0	11,0	10,4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 15	70,0	69,0	59,3	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-
A 14	73,0	72,0	71,8	-	1,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 h	30,3	29,8	19,6	-	1,0	2,0	-	-	0,5	-	-	-	-	-
A 13 g	103,0	81,0	62,9	-	10,0	32,0	-	-	-	-	-	-	-	-
A 12	258,0	231,0	198,4	-	7,0	34,0	-	-	-	-	-	-	-	-
A 11	146,0	136,0	95,8	-	5,0	16,0	-	-	1,0	-	-	-	-	-
A 10	47,5	54,5	36,5	-	3,0	1,0	-	-	5,0	-	-	-	-	-
A 9 g	58,4	41,9	89,9	-	2,0	11,0	-	-	2,5	-	-	10,0	-	-
A 9 m+Z	25,0	17,0	12,8	-	-	5,0	-	-	-	3,0	-	-	-	-
A 9 m	67,0	48,0	41,5	-	7,0	20,0	-	-	-	6,0	-	-	-	-
A 8	183,5	172,5	128,6	-	-	30,0	-	-	-	-	19,0	-	-	-
A 7	62,0	37,0	6,9	-	-	15,0	-	-	-	10,0	-	-	-	-
A 6 m	16,5	1,5	3,0	-	-	15,0	-	-	-	-	-	-	-	-
A 6 e	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 5	3,0	3,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	1 162,2	1 013,2	846,4	-	36,0	184,0	-	-	9,0	19,0	19,0	10,0	-	-
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
AT B	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 15	6,0	6,0	7,1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 14	5,0	5,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 13	11,0	11,0	24,3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 12	214,5	214,5	201,1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 11	104,0	91,0	69,6	-	4,0	17,0	-	-	-	-	-	-	-	-
E 10	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 9	36,0	36,6	35,9	-	-	11,0	-	-	1,6	-	-	-	10,0	-
E 8	88,8	82,8	82,9	-	2,0	8,0	-	-	-	-	-	-	-	-
E 6	83,0	63,9	35,8	-	-	20,0	-	-	0,9	-	-	-	-	-
E 5	476,5	406,5	493,8	-	10,0	100,0	-	-	20,0	-	-	-	-	-
E 4	8,0	8,0	8,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 3	35,5	39,5	48,7	-	-	-	-	-	4,0	-	-	-	-	-
E 2	-	-	2,1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	1 068,3	964,8	1 012,3	-	16,0	156,0	-	-	26,5	-	-	-	10,0	-
Insgesamt	1 069,3	965,8	1 013,3	-	16,0	156,0	-	-	26,5	-	-	-	10,0	-

Erläuterungen:

Zu Titel 422 01

Zu Spalte 4:
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
1,6 A15; 1,0 A14; 11,0 A13h; 1,5 A11; 1,5 A10; 7,8 A9g; 29,6 A8; 33,4 A7; 1,3 A6m; 2,0 A5 (Zusammen: 90,7).

Zu Titel 428 01

Zu Spalte 4:
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
1,6 E15; 1,0 E14; 11,0 E13; 2,5 E9; 1,5 E6; 71,1 E5; 1,0 E3; 1,0 E2 (Zusammen: 90,7).

0633 Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 422 01				
			2.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	18,0	19,0	2.1	gemäß §§ 90, 92, 95 BBG, § 7 DBeglG, § 6 MuSchEltZV, § 24 GAD
			3.	**Sonstige Beurlaubung**
A 13 g................	1,0	1,0	3.1	Bundespräsidialamt
A 13 g................	-	1,0	3.2	Bundeskanzleramt
Zusammen.........	1,0	2,0		
Insgesamt..........	19,0	21,0		
Zu Titel 428 01				
			1.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	24,0	31,0	1.1	gemäß § 28 TVöD, § 9 UmzugsTV, § 15 BEEG, § 24 GAD

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014		2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Soll	Ersatz-(plan)st.				
1	2	3	4	5	6	7
Zu Titel 422 01						
					kw	
				1.	**kw**	
A 15..................	4,0	-	4,0	1.1	-	-
A 14..................	3,5	-	3,5			-
A 13 g..............	1,0	-	1,0			-
A 7....................	1,0	-	1,0			-
A 13 h..............	3,8	3,8	4,3	1.2	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	Wirksamwerden des Vermerks
A 11..................	0,5	0,5	1,5			Wirksamwerden des Vermerks
A 10..................	4,5	4,5	9,5			Wirksamwerden des Vermerks
A 9 g.................	2,4	2,4	4,9			Wirksamwerden des Vermerks
A 8....................	0,5	0,5	0,5			-
A 6 m...............	1,5	1,5	1,5			-
				2.	**kw mit Ausscheiden der Planstelleninhaber/innen**	
A 11..................	1,0	-	1,0	2.1	-	-
A 15..................	1,0	-	1,0	2.2	spätestens 31.12.2015	-
A 14..................	2,0	-	2,0			-
A 13 h..............	2,0	-	2,0			-
				2.3	spätestens 31.12.2015	
A 15..................	1,0	-	1,0	2.3.1	Stelleneinsparung HG 2009	-
A 14..................	1,0	-	1,0			-
A 11..................	7,0	-	7,0			-
A 8....................	1,5	-	1,5			-
				3.	**kw 31.12.2014**	
				3.1	-	
A 11..................	1,0	-	1,0	3.1.1	Postnachfolgeunternehmen	-
				4.	**kw 19.03.2015**	
				4.1	-	
A 11..................	1,0	-	1,0	4.1.1	Postnachfolgeunternehmen	-
				5.	**kw**	
				5.1	spätestens 31.12.2016	
A 15..................	1,0	-	-	5.1.1	EU-Fonds	Neue Planstelle
A 13 h..............	1,0	-	-			Neue Planstelle
A 13 g..............	1,0	-	-			Neue Planstelle
A 12..................	2,0	-	-			Neue Planstelle
A 11..................	1,0	-	-			Neue Planstelle
A 9 g.................	1,0	-	-			Neue Planstelle
A 14..................	1,0	-	-	5.1.2	Europäischer Asyl-, Migration- und Integrationsfonds	Neue Planstelle
A 13 g..............	1,0	-	-			Neue Planstelle
A 12..................	2,0	-	-			Neue Planstelle
A 10	1,0	-	-			Neue Planstelle
				6.	**kw mit Wegfall der Aufgabe**	
				6.1	-	
A 14..................	1,0	-	-	6.1.1	Asyl-/Dublin	Neue Planstelle
A 13 h..............	1,0	-	-			Neue Planstelle
A 13 g..............	30,0	-	-			Neue Planstelle

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014		2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Soll	Ersatz-(plan)st.				
1	2	3	4	5	6	7
A 12..................	30,0	-	-			Neue Planstelle
A 11..................	15,0	-	-			Neue Planstelle
A 9 g.................	10,0	-	-			Neue Planstelle
A 9 m+Z...........	5,0	-	-			Neue Planstelle
A 9 m...............	20,0	-	-			Neue Planstelle
A 8....................	30,0	-	-			Neue Planstelle
A 7....................	15,0	-	-			Neue Planstelle
A 6 m...............	15,0	-	-			Neue Planstelle
Zusammen.......	225,2	13,2	50,2			

Zu Titel 428 01

					kw	
				1.	**kw**	
E 12..................	-	-	81,0	1.1	-	Wegfall des Vermerks
E 11..................	0,5	0,5	0,5	1.2	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	-
E 9....................	2,0	2,0	3,6			Wirksamwerden des Vermerks
E 8....................	1,8	1,8	1,8			-
E 6....................	1,0	1,0	1,9			Wirksamwerden des Vermerks
E 5....................	25,0	25,0	31,0			Wirksamwerden des Vermerks
E 3....................	0,5	0,5	0,5			-
				1.3	spätestens 31.12.2015	
E 12..................	3,5	-	-	1.3.1	Stelleneinsparung HG 2009	Aufnahme des Vermerks
				2.	**kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber/innen**	
E 6....................	0,5	-	0,5	2.1	-	-
E 9....................	-	-	1,0	2.4	schwerbehindert	Wegfall des Vermerks
E 5....................	-	-	21,0			Wegfall des Vermerks
E 5....................	-	-	14,0	2.5	spätestens 31.12.2013	Wirksamwerden des Vermerks
E 3....................	-	-	4,0			Wirksamwerden des Vermerks
E 5....................	10,0	-	10,0	2.6	spätestens 31.12.2015	-
				2.7	spätestens 31.12.2015	
E 12..................	-	-	3,5	2.7.1	Stelleneinsparung HG 2009	Wegfall des Vermerks
E 6....................	5,0	-	5,0	2.8	spätestens 31.12.2016	-
E 5....................	9,5	-	9,5			-
				2.9	spätestens 31.12.2017	
E 5....................	12,0	-	12,0	2.9.1	-	-
				3.	**kw mit Wegfall der Aufgabe**	
E 6....................	1,0	-	1,0	3.1	-	-
				3.2	-	
E 12..................	81,0	-	-	3.2.1	Asyl-/Dublin	Aufnahme des Vermerks
E 11..................	15,0	-	-			Neue Stelle
E 8....................	8,0	-	-			Neue Stelle
E 6....................	20,0	-	-			Neue Stelle
E 5....................	85,0	-	-			Neue Stelle
				4.	**kw 31.12.2018**	
				4.1	-	
E 6....................	10,0	-	10,0	4.1.1	Antizyklische Einstellung von Nachwuchskräften	-
				5.	**kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber/innen**	
				5.1	schwerbehindert	
E 9....................	1,0	-	-	5.1.1	-	Aufnahme des Vermerks
E 5....................	28,0	-	-			Aufnahme des Vermerks, Neue Stelle
				6.	**kw**	
				6.1	spätestens 31.12.2016	
E 11..................	1,0	-	-	6.1.1	EU-Fonds	Neue Stelle
E 9....................	6,0	-	-			Neue Stelle
E 5....................	4,0	-	-			Neue Stelle
E 11..................	1,0	-	-	6.1.2	Europäischer Asyl-, Migration- und Integrationsfonds	Neue Stelle
E 9....................	5,0	-	-			Neue Stelle
E 5....................	4,0	-	-			Neue Stelle
Zusammen.......	341,3	30,8	211,8			

0634 Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist- Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr										von Sp. 2 entfallen auf Funk- tions- gruppen
				Neue Stellen, Stellenwegfall				Wirksam- werden von ku- und kw- Vermerken		Hebungen, Herab- stufungen		Umwand- lungen, Umsetzungen		
				ohne ku/ kw-Vermerke		und Umsetzun- gen mit ku/ kw-Vermerken								
				+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Beamtinnen und Beamte														
B 5......................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 2......................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 16....................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 15....................	13,0	13,0	13,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 14....................	9,0	10,0	9,0	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
A 13 g.................	5,0	5,0	4,0	-	-	-	-	1,0	1,0	-	-	-	-	-
A 12....................	5,0	5,0	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 11.....................	8,0	7,0	7,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 10....................	2,0	2,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 g...................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m+Z.............	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m..................	4,0	4,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 8......................	8,0	7,5	4,0	1,0	-	-	-	-	0,5	-	-	-	-	-
A 7......................	7,0	5,0	4,0	-	-	-	-	-	-	2,0	-	-	-	-
A 6 m..................	3,0	5,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	2,0	-	-	-
A 6 e...................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen..........	71,0	70,5	61,0	2,0	-	-	-	1,0	2,5	2,0	2,0	-	-	-
Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer														
W 3.....................	3,0	3,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
W 2.....................	15,0	15,0	15,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen..........	18,0	18,0	18,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt...........	89,0	88,5	79,0	2,0	-	-	-	1,0	2,5	2,0	2,0	-	-	-
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 14....................	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 12....................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 11.....................	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 10....................	2,0	2,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 9......................	3,0	3,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 8......................	5,0	5,0	8,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 7......................	1,0	1,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 6......................	9,0	9,0	11,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 5......................	16,5	16,5	15,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 4......................	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 3......................	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 2......................	3,0	3,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen..........	46,5	46,5	54,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 422 01

1. <u>**Zu A 14:**</u>

   Zusätzlich darf eine Planstelle mit einer hauptamtlichen Lehrkraft besetzt werden.

2. <u>**Zu W 3 und W 2:**</u>

   Es wird zugelassen, dass die Planstellen der Bes.-Gr. W 3 mit Lehrkräften der Bes.-Gr. C 3 und die Planstellen und Leerstellen der Bes.-Gr. W 2 mit Lehrkräften der Bes.-Gr. C 3 und C 2 besetzt werden dürfen.

3. <u>**Zu W 3 und W 2:**</u>

   Die Planstellen dürfen mit Lehrkräften der Besoldungsordnung A besetzt werden.

4. **Die folgenden Planstellen dürfen nur mit Überhangpersonal besetzt werden: 1,0 A 11, 1,0 A 8 (Zusammen: 2,0).**

Erläuterungen:

Zu Titel 422 01

<u>Zu Spalte 4:</u>
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
1,0 A14; 1,0 A10; 3,5 A8; 1,0 A7; 2,0 A6m (Zusammen: 8,5).

Daneben werden 223,0 Anwärterinnen und Anwärter (Tit. 422 03) beschäftigt.

<u>Zu A 15:</u>
Davon 9 Lehrkräfte

<u>Zu A 14:</u>
Davon 6 Lehrkräfte

<u>Zu A 13g:</u>
Davon 2,0 Lehrkräfte

Zu Titel 428 01

<u>Zu Spalte 4:</u>
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
1,0 E14; 1,0 E10; 3,5 E8; 1,0 E7; 2,0 E6 (Zusammen: 8,5).

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 422 01				
			1.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
W 2	-	-	1.1	Europäisches Institut für öffentliche Verwaltung (EIPA) in Maastricht
A 15	1,0	1,0	1.3	Bundesakademie für Sicherheitspolitik
Zusammen	1,0	1,0		
			2.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen	3,0	5,0	2.1	gemäß §§ 90, 92, 95 BBG, § 7 DBeglG, § 6 MuSchEltZV, § 24 GAD
Insgesamt	4,0	6,0		
Zu Titel 428 01				
			1.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen	-	2,0	1.1	gemäß § 28 TVöD, § 9 UmzugsTV, § 15 BEEG, § 24 GAD

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014		2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Soll	Ersatz-(plan)st.				
1	2	3	4	5	6	7
Zu Titel 422 01						
					ku	
				1.	**ku mit Ausscheiden der Planstelleninhaber /innen**	
				1.2	in Bes.-Gr. A 13 g	
A 14	-	-	1,0	1.2.1	(Lehrkräfte)	Wirksamwerden des Vermerks
				1.4	in Bes.-Gr. A 8	
A 9 m+Z	1,0	-	1,0	1.4.1	gemäß § 31 Abs. 1 Nr. 4 HG 1999	-
				1.5	in Bes.-Gr. A 7	
A 8	0,5	-	0,5	1.5.1	gemäß § 31 Abs. 1 Nr. 4 HG 1999	-
A 7	1,0	-	1,0	1.7	in Entgeltgruppe E 5	-
A 6 m	1,0	-	1,0			-
Zusammen	3,5	-	4,5			
					kw	
				1.	**kw mit Ausscheiden der Planstelleninhaber/innen**	
				1.1	-	
A 7	2,0	-	2,0	1.1.2	Verwaltung	-
A 6 m	1,0	-	1,0			-
A 6 e	0,5	-	0,5			-

0634 Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung

Übersicht der ku- und kw- Vermerke						
Bes.-/ E.-Gr.	2014		2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Soll	Ersatz-(plan)st.				
1	2	3	4	5	6	7
A 8	1,0	-	1,0	1.2	schwerbehindert	-
				2.	**kw**	
A 13 g	-	-	1,0	2.1	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	Wirksamwerden des Vermerks
A 8	-	-	0,5			Wirksamwerden des Vermerks
A 6 e	0,5	-	0,5	2.2	-	-
				2.3	-	
A 9 m	1,0	-	1,0	2.3.1	Stelleneinsparung HG 2011	-
A 8	0,5	-	0,5	2.3.2	Stelleneinsparung HG 2012	-
Zusammen	6,5	-	8,0			

Zu Titel 428 01

					kw	
				1.	**kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber/innen**	
E 5	3,0	-	3,0	1.1	-	-
E 3	2,0	-	2,0			-
E 2	1,0	-	1,0			-
E 5	0,5	-	0,5	1.2	schwerbehindert	-
				1.3	-	
E 11	1,0	-	1,0	1.3.1	Bundesanstalt für Immobilienaufgaben	-
E 9	1,0	-	1,0			-
E 7	1,0	-	1,0			-
				1.4	spätestens 31.12.2017	
E 5	1,0	-	1,0	1.4.1	-	-
Zusammen	10,5	-	10,5			

Tgr. 01 - Durchführung von Aufträgen anderer Bundesbehörden und Dritter

Planstellen-/Stellenübersicht														
Besoldungs-/ Entgelt-gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr										von Sp. 2 entfallen auf Funktions-gruppen
				Neue Stellen, Stellenwegfall				Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken		Hebungen, Herabstufungen		Umwandlungen, Umsetzungen		
				ohne ku/ kw-Vermerke		und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken								
				+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 11														
Beamtinnen und Beamte														
A 15	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer														
W 3	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
W 2	3,0	3,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	4,0	4,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	6,0	6,0	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 422 11

Zu W 3 und W 2:

Es wird zugelassen, dass die Planstelle der Bes.-Gr. W 3 mit einer Lehrkraft der Bes.-Gr. C 3 und die Planstellen der Bes.-Gr. W 2 mit Lehrkräften der Bes.-Gr. C 3 und C 2 besetzt werden dürfen.

Erläuterungen:

Zu Titel 422 11

Zu A 15:
Davon 1 Lehrkraft

Zu 13 g:
Davon 1 Lehrkraft

0635 Bundeszentrale für politische Bildung

Haushaltsvermerk:

Zu Kap. 0635

Personenbezogene kw-Vermerke gelten als nicht ausgebracht, soweit gleichwertige Planstellen/Stellen aus anderen Gründen eingespart werden.

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr: Neue Stellen, Stellenwegfall ohne ku/ kw-Vermerke +	-	und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken +	-	Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken +	-	Hebungen, Herabstufungen +	-	Umwandlungen, Umsetzungen +	-	von Sp. 2 entfallen auf Funktionsgruppen
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Beamtinnen und Beamte														
B 6	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 2	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 16	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 15	2,0	2,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 14	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 12	5,0	5,0	4,3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 11	8,0	8,0	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 10	2,0	2,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 g	4,0	4,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m	2,0	2,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 8	3,0	3,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 7	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 6 m	1,0	1,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 6 e	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 5	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	37,0	37,0	31,3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
AT (B 6)	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
AT (B 2)	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
AT B	3,0	3,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	3,0	3,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 15	9,0	10,0	6,0	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-
E 14	15,0	14,0	17,0	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-
E 13	19,0	18,0	18,5	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-
E 12	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 11	5,0	6,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-
E 10	1,0	-	1,8	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-
E 9	6,0	7,0	9,7	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-
E 8	14,0	14,0	10,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 6	16,0	18,0	12,0	-	-	-	-	-	2,0	-	-	-	-	-
E 5	21,0	19,0	28,0	-	-	-	-	-	-	2,0	-	-	-	-
E 4	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 3	3,5	9,5	8,0	-	-	-	-	-	4,0	-	2,0	-	-	-
Zusammen	112,5	118,5	118,0	-	-	-	-	-	6,0	5,0	5,0	-	-	-
Insgesamt	115,5	121,5	122,0	-	-	-	-	-	6,0	5,0	5,0	-	-	-

Erläuterungen:

Zu Titel 422 01

Zu Spalte 4:
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
1,0 B6; 1,0 B2; 1,0 A14; 1,5 A10; 1,0 A9g (Zusammen: 5,5).

Zu Titel 428 01

Zu Spalte 4:
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
1,0 AT(B6); 1,0 AT(B2); 1,0 E14; 1,5 E10; 1,0 E9 (Zusammen: 5,5).

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 422 01				
			1.	**Sonstige Beurlaubung**
A 12..................	1,0	1,0	1.1	Wichtiger Grund analog § 46 BBG
Zu Titel 428 01				
			1.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	3,0	4,0	1.1	gemäß § 28 TVöD, § 9 UmzugsTV, § 15 BEEG, § 24 GAD

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014		2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Soll	Ersatz-(plan)st.				
1	2	3	4	5	6	7
Zu Titel 428 01						
					kw	
				1.	**kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber/innen**	
E 3...................	1,0	-	1,0	1.1	-	-
E 3...................	-	-	1,0	1.2	spätestens 31.12.2013	Wirksamwerden des Vermerks
				2.	**kw**	
E 5...................	2,0	-	2,0	2.1	-	-
E 3...................	-	-	3,0			Wirksamwerden des Vermerks
E 13.................	1,0	1,0	1,0	2.2	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	-
E 6...................	-	-	2,0			Wirksamwerden des Vermerks
Zusammen.......	4,0	1,0	10,0			

Anlage zu den Stellenplänen des Epl. 06

Darstellung der den Planstellen zugeordneten Amtsbezeichnungen

Bes.-Gr.	Kap.	**Amtsbezeichnungen** (Grundamtsbezeichnung in Fettdruck)
1	2	3
		Besoldungsordnung A und B ohne Polizeivollzugsdienst
B 11	0612	Staatssekretärin oder Staatssekretär
B 9	0612	Ministerialdirektorin oder Ministerialdirektor
	0624	Präsidentin oder Präsident des Bundeskriminalamtes
	0625	Präsidentin oder Präsident des Bundespolizeipräsidiums
B 8	0633	Präsidentin oder Präsident des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge
	0615	Präsidentin oder Präsident des Bundesverwaltungsamtes
	0614	Präsidentin oder Präsident des Statistischen Bundesamtes
B 6	0613	Direktorin oder Direktor beim Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit - als die leitende Beamtin oder der leitende Beamte -
	0612	Ministerialdirigentin oder Ministerialdirigent
	0629	Präsidentin oder Präsident der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk
	0635	Präsidentin oder Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung
	0628	Präsidentin oder Präsident des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe
	0623	Präsidentin oder Präsident des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik
	0624	Vizepräsidentin oder Vizepräsident beim Bundeskriminalamt
	0625	Vizepräsidentin oder Vizepräsident beim Bundespolizeipräsidium
B 5	0634	Präsidentin oder Präsident der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung
	0625	Präsidentin oder Präsident einer Bundespolizeidirektion
	0616	Präsidentin und Professorin oder Präsident und Professor des Bundesamts für Kartografie und Geodäsie
B 4	0624	Erste Direktorin oder Erster Direktor beim Bundeskriminalamt
	0625	Präsidentin oder Präsident der Bundespolizeiakademie
	0625	Präsidentin oder Präsident einer Bundespolizeidirektion
	0633	Vizepräsidentin oder Vizepräsident des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge
	0615	Vizepräsidentin oder Vizepräsident des Bundesverwaltungsamtes
	0614	Vizepräsidentin oder Vizepräsident des Statistischen Bundesamtes
B 3	0624	Direktorin oder Direktor beim Bundeskriminalamt
	0615	Direktorin oder Direktor beim Bundesverwaltungsamt
	0614	Direktorin oder Direktor beim Statistischen Bundesamt
	0619	Direktorin oder Direktor des Beschaffungsamtes des Bundesministeriums des Innern
	0618	Direktorin oder Direktor des Bundesinstituts für Sportwissenschaft - als Geschäftsführende Direktorin oder Geschäftsführender Direktor -
	0625	Direktorin oder Direktor im Bundespolizeipräsidium
	0617	Direktorin und Professorin oder Direktor und Professor des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung
	0612, 0613, 0615	Ministerialrätin oder Ministerialrat
	0625	Präsidentin oder Präsident einer Bundespolizeidirektion
	0629	Vizepräsidentin oder Vizepräsident der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk
	0628	Vizepräsidentin oder Vizepräsident des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe
	0623	Vizepräsidentin oder Vizepräsident des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik
B 2	0635	Abteilungsleiterin oder Abteilungsleiter

Bes.-Gr.	Kap.	**Amtsbezeichnungen** (Grundamtsbezeichnung in Fettdruck)
1	2	3
	0615, 0616, 0623, 0624, 0629, 0633, 0634	Abteilungspräsidentin oder Abteilungspräsident
	0634	Direktorin oder Direktor bei der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung als Leiterin oder Leiter eines großen Fachbereichs
	0616	Direktorin und Professorin oder Direktor und Professor
	0625	Vizepräsidentin oder Vizepräsident einer Bundespolizeidirektion
A 16	0614, 0615, 0616, 0618, 0619, 0623, 0624, 0625, 0628, 0629, 0633, 0635	**Leitende Direktorin** oder **Leitender Direktor**
	0615	Leitende Regierungsschuldirektorin oder Leitender Regierungsschuldirektor
	0612, 0613	Ministerialrätin oder Ministerialrat
A 15	0612, 0613, 0614, 0615, 0616, 0617, 0618, 0619, 0623, 0624, 0625, 0628, 0629, 0633, 0634, 0635	**Direktorin** oder **Direktor**
	0624	**Medizinaldirektorin** oder **Medizinaldirektor**
	0615	Regierungsschuldirektorin oder Regierungsschuldirektor
A 14	0612, 0613, 0614, 0615, 0616, 0617, 0618, 0619, 0623, 0624, 0625, 0628, 0629, 0633, 0634, 0635	**Oberrätin** oder **Oberrat**
	0615	Regierungsschulrätin oder Regierungsschulrat
A 13 h	0612, 0613, 0614, 0615, 0616, 0617, 0618, 0619, 0623, 0624, 0625, 0628, 0629, 0633	**Rätin** oder **Rat**
	0615	Studienrätin oder Studienrat
A 13 g+Z	0616, 0619, 0623	**Oberamtsrätin** oder **Oberamtsrat**
A 13 g	0612, 0613, 0614, 0615, 0616, 0619, 0623, 0624, 0625, 0628, 0629, 0633, 0634, 0635	**Oberamtsrätin** oder **Oberamtsrat**
	0625	Fachschuloberlehrerin oder Fachschuloberlehrer
A 12	0612, 0613, 0614, 0615, 0616, 0618, 0619, 0623, 0624, 0625, 0628, 0629, 0633, 0634, 0635	**Amtsrätin** oder **Amtsrat**
A 11	0612, 0613, 0614, 0615, 0616, 0619, 0623, 0624, 0625, 0628, 0629, 0633, 0634, 0635	**Amtfrau** oder **Amtmann**
A 10	0612, 0614, 0615, 0619, 0623, 0624, 0625, 0628, 0629, 0633, 0634, 0635	**Oberinspektorin** oder **Oberinspektor**
A 9 g	0612, 0614, 0615, 0619, 0623, 0624, 0625, 0628, 0629, 0633, 0635	**Inspektorin** oder **Inspektor**

06 Übersicht Amtsbezeichnungen

Bes.-Gr.	Kap.	**Amtsbezeichnungen** (Grundamtsbezeichnung in Fettdruck)
1	2	3
A 9 m+Z	0612, 0614, 0615, 0616, 0619, 0623, 0624, 0625, 0628, 0633, 0634	**Amtsinspektorin** oder **Amtsinspektor**
A 9 m	0612, 0613, 0614, 0615, 0616, 0623, 0624, 0625, 0628, 0629, 0633, 0634, 0635	**Amtsinspektorin** oder **Amtsinspektor**
A 8	0612, 0614, 0615, 0616, 0619, 0623, 0624, 0625, 0628, 0629, 0633, 0634, 0635	**Hauptsekretärin** oder **Hauptsekretär**
A 7	0612, 0614, 0615, 0616, 0619, 0623, 0624, 0625, 0628, 0629, 0633, 0634, 0635	**Obersekretärin** oder **Obersekretär**
A 6 m	0612, 0614, 0615, 0619, 0623, 0624, 0625, 0628, 0629, 0633, 0634	**Sekretärin** oder **Sekretär**
A 6 e	0612, 0614, 0615, 0624, 0628, 0633, 0634, 0635	**Oberamtsmeisterin** oder **Oberamtsmeister**
A 5	0612, 0614, 0615, 0624, 0625, 0628, 0633, 0635	**Oberamtsmeisterin** oder **Oberamtsmeister**
A 4	0612, 0614, 0615, 0624	**Amtsmeisterin** oder **Amtsmeister**
A 2/3	0612, 0614, 0624	**Hauptamtsgehilfin** oder **Hauptamtsgehilfe**
	0612, 0614, 0624	**Oberamtsgehilfin** oder **Oberamtsgehilfe**
		Besoldungsordnung A und B Polizeivollzugsdienst
B 9	0625	Präsidentin oder Präsident des Bundespolizeipräsidiums
B 6	0625	Vizepräsidentin oder Vizepräsident eines Bundespolizeipräsidiums
B 5	0612	Inspekteurin oder Inspekteur der Bereitschaftspolizeien der Länder
	0625	Präsidentin oder Präsident einer Bundespolizeidirektion
B 4	0625	Präsidentin oder Präsident der Bundespolizeiakademie
	0625	Präsidentin oder Präsident einer Bundespolizeidirektion
B 3	0624	Direktorin oder Direktor beim Bundeskriminalamt
	0625	Direktorin oder Direktor beim Bundespolizeipräsidium
	0612	Direktorin oder Direktor in der Bundespolizei
B 2	0625	Vizepräsidentin oder Vizepräsident einer Bundespolizeidirektion
A 16	0624	Leitende Kriminaldirektorin oder Leitender Kriminaldirektor
	0625	Leitende Polizeidirektorin oder Leitender Polizeidirektor
A 15	0624	**Kriminaldirektorin** oder **Kriminaldirektor**
	0624	**Medizinaldirektorin** oder **Medizinaldirektor**
	0612	Kriminaldirektorin oder Kriminaldirektor
	0625	Medizinaldirektorin oder Medizinaldirektor
	0612, 0625	Polizeidirektorin oder Polizeidirektor
A 14	0624, 0612	**Kriminaloberrätin** oder **Kriminaloberrat**
	0625	Medizinaloberrätin oder Medizinaloberrat
	0612, 0625	Polizeioberrätin oder Polizeioberrat

Bes.-Gr.	Kap.	**Amtsbezeichnungen** (Grundamtsbezeichnung in Fettdruck)
1	2	3
A 13 h	0624, 0612	**Kriminalrätin** oder **Kriminalrat**
	0625	Medizinalrätin oder Medizinalrat
	0612, 0625	Polizeirätin oder Polizeirat
A 13 g	0612, 0624	Erste Kriminalhauptkommissarin oder Erster Kriminalhauptkommissar
	0612, 0625	Erste Polizeihauptkommissarin oder Erster Polizeihauptkommissar
A 12	0612, 0624	Kriminalhauptkommissarin oder Kriminalhauptkommissar
	0612, 0625	Polizeihauptkommissarin oder Polizeihauptkommissar
A 11	0612, 0624	Kriminalhauptkommissarin oder Kriminalhauptkommissar
	0612, 0625	Polizeihauptkommissarin oder Polizeihauptkommissar
A 10	0624	Kriminaloberkommissarin oder Kriminaloberkommissar
	0625	Polizeioberkommissarin oder Polizeioberkommissar
A 9 g	0624	Kriminalkommissarin oder Kriminalkommissar
	0625	Polizeikommissarin oder Polizeikommissar
A 9 m+Z	0612, 0625	Polizeihauptmeisterin oder Polizeihauptmeister
A 9 m	0612, 0623, 0625	Polizeihauptmeisterin oder Polizeihauptmeister
A 8	0625	Polizeiobermeisterin oder Polizeiobermeister
A 7	0625	Polizeimeisterin oder Polizeimeister
		Besoldungsordnung C oder W
W 3	0624, 0625, 0634	Professorin oder Professor
W 2	0624, 0625, 0634	Professorin oder Professor

Stellenübersichten
der Zuwendungsempfänger / Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO des Kap. 0603

Titel	aus Nr. ... Erläuterung	**Bezeichnung**
1	2	3
684 03	1.1	DRK-Suchdienste Hamburg und München mit Amtlichem Auskunftsbüro
	1.2	Kirchlicher Suchdienst mit 2 Heimatortskarteien
Tgr. 05		**Förderung der Deutschen Volksgruppe in Nordschleswig**
687 50		Bund deutscher Nordschleswiger

Stellenübersicht							
Besoldungs-/ Vergütungs-/ Entgelt- gruppen	Stellen mit Dauerarbeitskräften besetzbar					Stellen für Arbeitskräfte mit befristeten Arbeitsverträ- gen	
	Tit. 422 .1, 425 .1, 426 .1 und 428 .1 sowie entsprechende Kontierung im Wirtschaftsplan			Tit. 425 .1, 426 .1 und 428 .1 (Projektförderung/ Aufträge Dritter)		Tit. 427 .9 (Projektförderung/ Aufträge Dritter)	
	Soll 2014	Soll 2013	besetzt am 1. Juni 2013	Soll 2014	Soll 2013	Soll 2014	Soll 2013
1	2	3	4	5	6	7	8

Zu Titel 684 03

1.1 DRK-Suchdienste Hamburg und München mit Amtlichem Auskunftsbüro

Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
AT B	-	1,0	1,0	-	-	-	-
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
E 15	3,0	2,0	2,0	-	-	-	-
E 14	7,0	8,0	7,0	-	-	-	-
E 13	1,0	-	-	-	-	-	-
E 12	4,0	4,0	3,0	-	-	-	-
E 11	6,0	7,0	7,0	-	-	-	-
E 10	1,0	-	-	-	-	-	-
E 9	24,0	27,0	23,5	-	-	-	-
E 8	24,0	24,0	24,5	-	-	-	-
E 6	23,0	24,0	25,0	-	-	-	-
E 5	36,0	37,0	36,0	-	-	-	-
E 3	31,0	46,0	40,0	-	-	-	-
Zusammen	160,0	179,0	168,0	-	-	-	-
Insgesamt	160,0	180,0	169,0	-	-	-	-

1.2 Kirchlicher Suchdienst mit 2 Heimatortskarteien

Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
E 15	1,0	-	1,0	-	-	-	-
E 14	-	1,0	-	-	-	-	-
E 13	1,0	-	1,0	-	-	-	-
E 12	1,0	3,0	1,0	-	-	-	-
E 11	-	1,0	-	-	-	-	-
E 9	17,0	7,0	13,7	-	-	-	-
E 8	14,0	7,0	14,0	-	-	-	-
E 6	11,0	4,0	10,2	-	-	-	-
E 5	1,0	28,0	1,0	-	-	-	-
E 3	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-
Zusammen	47,0	52,0	42,9	-	-	-	-

0603 Anlage zu Kapitel Zuwendungsempfänger

Tgr. 05 - Förderung der Deutschen Volksgruppe in Nordschleswig

Stellenübersicht							
Besoldungs-/ Vergütungs-/ Entgelt- gruppen	Stellen mit Dauerarbeitskräften besetzbar					Stellen für Arbeitskräfte mit befristeten Arbeitsverträ- gen	
	Tit. 422 .1, 425 .1, 426 .1 und 428 .1 sowie entsprechende Kontierung im Wirtschaftsplan			Tit. 425 .1, 426 .1 und 428 .1 (Projektförderung/ Aufträge Dritter)		Tit. 427 .9 (Projektförderung/ Aufträge Dritter)	
	Soll 2014	Soll 2013	besetzt am 1. Juni 2013	Soll 2014	Soll 2013	Soll 2014	Soll 2013
1	2	3	4	5	6	7	8

Zu Titel 687 50

Bund deutscher Nordschleswiger

Tarifliche Angestellte							
obere	29,0	25,5	25,5	-	-	-	-
mittlerer Dienst	185,0	184,5	182,5	-	-	-	-
untere	64,3	67,3	65,3	-	-	-	-
Zusammen	278,3	277,3	273,3	-	-	-	-
Arbeiterinnen und Arbeiter							
MTArb	49,3	50,3	48,3	-	-	-	-
Insgesamt	327,6	327,6	321,6	-	-	-	-

Entwurf

zum

Bundeshaushaltsplan 2014

Einzelplan 07

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

Inhalt

Kapitel	Bezeichnung	Seite
	Vorwort zum Einzelplan	2
	Überblick zum Einzelplan	3
	Haushaltsvermerk / Hinweise zum Einzelplan	4
0701	Verbraucherpolitik	5
	Anlage 1 Wirtschaftspläne	10
0710	Sonstige Bewilligungen	11
	Anlage 1 Wirtschaftspläne	19
0711	Zentral veranschlagte Verwaltungseinnahmen und -ausgaben	20
	Einnahmen-Tgr. 57 Versorgung der Beamtinnen und Beamten sowie der Richterinnen und Richter	22
	Ausgaben-Tgr. 57 Versorgung der Beamtinnen und Beamten sowie der Richterinnen und Richter	25
0712	Bundesministerium	32
0713	Bundesgerichtshof	45
0714	Der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof	53
0715	Bundesverwaltungsgericht	61
0716	Bundesfinanzhof	69
0717	Bundespatentgericht	76
0718	Bundesamt für Justiz	84
0719	Deutsches Patent- und Markenamt	95
	Aufwandsentschädigungen, Besondere Personalausgaben	106
	<u>Übersichten</u>	
	Übersicht 1 Verpflichtungsermächtigungen (VE)	108
	Personalhaushalt	111

Wesentliche Politikbereiche und Ziele

Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) ist in erster Linie ein Gesetzgebungs- und Beratungsministerium. Es erarbeitet Gesetz- und Verordnungsentwürfe im Bereich seiner Federführung. Innerhalb der Bundesregierung ist das BMJV vor allem für die "klassischen" Bereiche des Rechts federführend. Hierzu zählen das Bürgerliche Recht, das Handels- und Wirtschaftsrecht, das Strafrecht und die Prozessrechte.

Das BMJV verantwortet innerhalb der Bundesregierung seit Beginn der 18. Legislaturperiode auch den Bereich des wirtschaftlichen Verbraucherschutzes. Ziele seiner Verbraucherpolitik sind es u. a., die Durchsetzung der berechtigten wirtschaftlichen Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher zu unterstützen, deren angemessene Interessenvertretung zu fördern sowie die Verbraucherinformation und Angebotstransparenz zu verbessern. Erreicht werden soll dies durch Rechtsvorschriften, die die Marktposition der Verbraucherinnen und Verbraucher stärken, Irreführung und Täuschung verbieten und Sicherheit gewährleisten sowie durch Maßnahmen der Verbraucherinformation und Verbraucherbildung.

Darüber hinaus ist das BMJV ebenso wie das Bundesministerium des Innern als Verfassungsressort bei verfassungsrechtlichen Fragen sowie in Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht immer zu beteiligen. Das BMJV hat auch die Aufgabe, die Gesetz- und Verordnungsentwürfe aller anderen Bundesministerien sowie zwischenstaatliche Vereinbarungen auf ihre Vereinbarkeit mit dem Verfassungsrecht, Völkerrecht, Europarecht und Bundesrecht zu überprüfen, bevor die Entwürfe von der Bundesregierung beschlossen werden. Die Prüfung erstreckt sich auch auf die Rechtsetzungstechnik und die Verwendung einer einheitlichen, möglichst klaren Rechtssprache.

Rechtspolitische Entscheidungen werden aufgrund der fortschreitenden Integration Europas in verstärktem Maße in Brüssel getroffen. Die Fachreferate des Ministeriums wirken daher in ihren jeweiligen Bereichen an der Rechtsetzung auf EU-Ebene mit.

Das BMJV begleitet zudem die Vorbereitungen zur Wahl der Richterinnen und Richter des Bundesverfassungsgerichts. Außerdem bereitet das Ministerium die Wahl der Richterinnen und Richter an den drei obersten Gerichtshöfen des Bundes im Zuständigkeitsbereich des BMJV vor, also am Bundesgerichtshof, Bundesverwaltungsgericht und Bundesfinanzhof.

Zu den Verwaltungsaufgaben des BMJV gehört es, die organisatorischen, haushaltsmäßigen, personellen und infrastrukturellen Voraussetzungen für die Arbeit des Ministeriums und der zu seinem Geschäftsbereich gehörenden Bundesgerichte und -behörden zu schaffen sowie die Dienstaufsicht über die Bundesgerichte sowie die Dienst- und Fachaufsicht über die Behörden im Geschäftsbereich wahrzunehmen. Bei Beschwerden nach dem Bundeszentralregistergesetz gegen Bescheide des Bundesamtes für Justiz ist das BMJV "Rechtsmittelinstanz". Darüber hinaus ist das BMJV auch Herausgeber der amtlichen Verkündungsblätter des Bundes (Bundesgesetzblatt und Bundesanzeiger).

Wesentliche finanzwirksame Schwerpunkte des Einzelplans

Die Programmausgaben für den Bereich "Verbraucherpolitik", mit denen u. a. die Stiftung Warentest und die Verbraucherzentrale Bundesverband e. V. finanziert sowie Maßnahmen zur Information der Verbraucherinnen und Verbraucher bestritten werden, sind in Kapitel 0701 etatisiert. Die übrigen Fach- und Programmausgaben des Einzelplans sind in Kapitel 0710 "Sonstige Bewilligungen" zusammengefasst.

Der Einzelplan 07, Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, ist im Wesentlichen ein personalintensiver Verwaltungshaushalt, der in besonderer Weise geprägt ist durch einen entsprechend hohen Anteil an Personalausgaben und den damit zusammenhängenden Verwaltungsausgaben.

Die Ausgaben des Ministeriums werden in Kapitel 0712 veranschlagt.

Die Aufgabenschwerpunkte im Geschäftsbereich des Ministeriums verteilen sich wie folgt:

Zum Zuständigkeitsbereich des BMJV gehören drei der insgesamt fünf obersten Gerichtshöfe des Bundes, nämlich der Bundesgerichtshof, das Bundesverwaltungsgericht und der Bundesfinanzhof. Die Grundlage für ihre Tätigkeit findet sich in Artikel 95 des Grundgesetzes. Sie sind in Kapitel 0713, Kapitel 0715 und Kapitel 0716 veranschlagt.

Das auf dem Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes in Patent- und Markensachen erstinstanzlich entscheidende Bundespatentgericht wird in Kapitel 0717 abgebildet

Dem Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof obliegt u. a. die Mitwirkung an den Revisions- und Beschwerdeverfahren vor den Strafsenaten des Bundesgerichtshofes sowie die erstinstanzliche Strafverfolgung von Delikten gegen die innere und äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland. Die für seine Tätigkeit erforderlichen Haushaltsmittel sind in Kapitel 0714 veranschlagt.

Das Bundesamt für Justiz nimmt zentrale justizielle Aufgaben des Bundes wahr (insbesondere im Bereich des Registerwesens, des internationalen Rechtsverkehrs und der Ordnungswidrigkeiten). Zu diesen Aufgaben zählen u. a. auch die einer „Zentralen Behörde" in Auslandsunterhaltsangelegenheiten und nach Maßgabe des Internationalen Familienrechtsverfahrensgesetzes. Die Behörde bildet das Kapitel 0718.

Als alleinige nationale Behörde auf dem Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes nimmt das Deutsche Patent- und Markenamt die hieraus entstehenden Aufgaben für die Bundesrepublik Deutschland wahr und leistet damit einen wichtigen Beitrag, den in der Verfassung garantierten Schutz des geistigen Eigentums zu gewährleisten. Die Veranschlagung erfolgt in Kapitel 0719.

Überblick zum Einzelplan 07	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen..	464 559	484 050	-19 491		487 488
Übrige Einnahmen...	284	284	-		8 134
Gesamteinnahmen...	464 843	484 334	-19 491		495 622
Ausgaben					
Personalausgaben...	420 375	438 811	-18 436	1 703	403 885
Sächliche Verwaltungsausgaben...........................	138 012	122 367	+15 645	7 665	95 553
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	66 251	31 907	+34 344	430	33 391
Ausgaben für Investitionen.....................................	16 630	13 751	+2 879	3 700	9 805
Besondere Finanzierungsausgaben.......................	-	-	-		-
Gesamtausgaben...	641 268	606 836	+34 432	13 498	542 634
davon flexibilisiert...	402 894	402 787	+107	13 498	372 538
davon nicht flexibilisiert..	238 374	204 049	+34 325		170 096
Flexibilisierte Ausgaben nach § 5 HG					
Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3.......................	298 131	317 456	-19 325	2 133	295 658
Aus Hauptgruppe 5..	88 077	71 580	+16 497	7 665	67 075
Aus Hauptgruppe 6 ohne Titel 634 .3.....................	56	-	+56		-
Aus Hauptgruppe 7..	1 755	2 115	-360	2 506	2 161
Aus Hauptgruppe 8..	14 875	11 636	+3 239	1 194	7 644
Aus Hauptgruppe 9..	-	-	-		-
Zusammen...	402 894	402 787	+107	13 498	372 538
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung...................................	115 145 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.................................	760 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.................................	785 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.................................	200 T€				
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.................................	3 780 T€				
im Haushaltsjahr 2019 bis zu.................................	3 780 T€				
im Haushaltsjahr 2020 bis zu.................................	3 780 T€				
im Haushaltsjahr 2021 bis zu.................................	3 780 T€				
im Haushaltsjahr 2022 bis zu.................................	3 780 T€				
im Haushaltsjahr 2023 bis zu.................................	3 780 T€				
im Haushaltsjahr 2024 bis zu.................................	3 780 T€				
im Haushaltsjahr 2025 bis zu.................................	3 780 T€				
im Haushaltsjahr 2026 bis zu.................................	3 780 T€				
im Haushaltsjahr 2027 bis zu.................................	3 780 T€				
im Haushaltsjahr 2028 bis zu.................................	3 780 T€				
im Haushaltsjahr 2029 bis zu.................................	3 780 T€				
im Haushaltsjahr 2030 bis zu.................................	3 780 T€				
im Haushaltsjahr 2031 bis zu.................................	3 780 T€				
im Haushaltsjahr 2032 bis zu.................................	3 780 T€				
im Haushaltsjahr 2033 bis zu.................................	3 780 T€				
im Haushaltsjahr 2034 bis zu.................................	3 780 T€				
ab dem Haushaltsjahr 2035 bis zu.........................	49 140 T€				

07 Haushaltsvermerk / Hinweise zum Einzelplan

Haushaltsvermerk: - Ausgaben

1. Einsparungen bei folgenden Titeln: Epl. 07 mit Ausnahme der Titel 518 .2 dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: Kap. 0711 Tit. 981 07.

   Dies gilt in Fällen, in denen Bundesressorts im Rahmen von Ressortvereinbarungen für andere Bundesressorts tätig werden und Mittel vom abgebenden Ressort dem empfangenden Ressort für gleiche Zwecke im Wege der Verrechnung zur Verfügung gestellt werden (sog. "Einer-für-Alle-Fälle").

2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 0711 Tit. 381 07.

   Dies gilt in Fällen, in denen Bundesressorts im Rahmen von Ressortvereinbarungen für andere Bundesressorts tätig werden und Mittel vom abgebenden Ressort dem empfangenden Ressort für gleiche Zwecke im Wege der Verrechnung zur Verfügung gestellt werden (sog. "Einer-für-Alle-Fälle").

Allgemeine Erläuterungen:

Ist-Angaben:

Die Ist-Ergebnisse der Einzeltitel sind kaufmännisch auf 1 000 € gerundet. Dadurch können bei Summenangaben Rundungsdifferenzen entstehen. Summenangaben können außerdem nicht durch Addition der gedruckten Titel errechnet werden, da in Vorjahren weggefallene Titel nur im Bundeshaushaltsplan 2014 abgedruckt werden, wenn bei diesen noch Ausgabereste bestehen.

Ausgabereste:

Die im Vorjahr verfügbaren Ausgabereste im nicht flexibilisierten Bereich sind kaufmännisch auf 1 000 € gerundet und einzeln bei dem jeweiligen Titel mit Stand Juli 2013 ausgewiesen. Die Inanspruchnahme dieser Ausgabereste muss grundsätzlich im jeweiligen Einzelplan durch Minderausgaben an anderer Stelle kassenmäßig eingespart werden. Ausgabereste bei den der Flexibilisierung gemäß § 5 Haushaltsgesetz 2014 (HG) unterliegenden Ansätzen werden lediglich in der Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben summarisch ausgewiesen. Für die Inanspruchnahme dieser Ausgabereste ist zentral Vorsorge getroffen und daher eine kassenmäßige Einsparung im gleichen Einzelplan grundsätzlich nicht erforderlich. Bei Summenangaben können Rundungsdifferenzen entstehen.

Flexibilisierung:

Die in die Regelung nach § 5 HG einbezogenen Ausgaben sind mit einem F vor der Titelnummer gekennzeichnet. Sie werden jeweils im hinteren Teil eines Kapitels im Anschluss an die nicht flexibilisierten Ausgabetitel entsprechend der Zuordnung nach § 5 HG in einer Zusammenstellung aufsummiert und sind danach einzeln aufgelistet. Neu in die Flexibilisierung einbezogene Titel sind dabei mit einem **F** hervorgehoben.

Personalausgaben:

Aufwandsentschädigungen und Besondere Personalausgaben werden gemäß der Übersicht, die nach dem letzten Kapitel des Einzelplans abgedruckt ist, veranschlagt.

Angewandte Kurse:

1 CHF = 0,81460 €.

Vorbemerkung

Wesentliche finanzwirksame Schwerpunkte des Kapitels

Ein wesentlicher Aufgabenschwerpunkt im Kapitel "Verbraucherpolitik" ist die Information der Verbraucherinnen und Verbraucher im Bereich des wirtschaftlichen Verbraucherschutzes (Titel 684 03). Außerdem ist hier der Zuschuss an die Vertretung der Verbraucher, Verbraucherzentrale Bundesverband e. V., (Titel 684 01) sowie der Zuschuss an die Stiftung Warentest (Titel 684 02) veranschlagt.

Wesentliche Ziele, die mit den veranschlagten Mitteln erreicht werden sollen

Ein Kernanliegen der Verbraucherpolitik des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz ist der Schutz der wirtschaftlichen Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher und die Gewährleistung einer angemessenen Interessenvertretung. Diese Ziele werden durch gesetzgeberische und administrative Maßnahmen sowie durch Maßnahmen der Verbraucherinformation und Verbraucherbildung verfolgt.

Ziel der Information der Verbraucherinnen und Verbraucher ist es, im Wege der Projektförderung die Position der Verbraucherinnen und Verbraucher auf den Märkten sowie ihre Kompetenz zu stärken. Dazu gehört insbesondere auch die Vermittlung unabhängiger Informationen zu den Verbraucherrechten und ihrer Durchsetzung, zum Umgang mit Informationen und Medien sowie zur Verbesserung der Finanzkompetenzen.

Die Vertretung der Verbraucher, der Verbraucherzentrale Bundesverband e. V. (vzbv), wird zur Erfüllung seiner satzungsgemäßen Aufgaben institutionell gefördert. Ziele des vzbv sind es, die Verbraucherinteressen wahrzunehmen und den Verbraucherschutz insgesamt zu fördern. Der Förderung kommt im Bereich des wirtschaftlichen Verbraucherschutzes eine besondere Bedeutung zu, da hier mangels staatlicher Vollzugszuständigkeit den Verbraucherinnen und Verbrauchern in den weit überwiegenden Fällen die eigenverantwortliche Durchsetzung ihrer Rechtsansprüche selbst obliegt.

Mit dem Zuschuss an die Stiftung Warentest unterstützt der Bund die Stiftung bei der Erfüllung ihrer satzungsgemäßen Aufgaben. Die Stiftung Warentest wurde 1964 auf Beschluss des Deutschen Bundestages gegründet, um den Verbraucherinnen und Verbrauchern durch vergleichende Tests von Waren und Dienstleistungen eine unabhängige und objektive Unterstützung zu bieten.

Überblick zum Kapitel 0701	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Ausgaben					
Sächliche Verwaltungsausgaben...........................	637	-	+637		-
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	25 229	-	+25 229		-
Gesamtausgaben...	25 866	-	+25 866		-
davon nicht flexibilisiert..	25 866	-	+25 866		-

0701 Verbraucherpolitik

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Ausgaben

Sächliche Verwaltungsausgaben

544 01 -165	Forschung, Untersuchungen und Ähnliches	637		

Haushaltsvermerk:

1. **Die Ausgaben sind übertragbar.**
2. **Die Ausgaben sind mit folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: 685 01 und 686 01.**

Erläuterungen:

Das BMJV bedarf zur Lösung seiner politischen und administrativen Aufgaben wissenschaftlicher Entscheidungshilfe.

Diese kann in manchen Fällen nicht im notwendigen Umfang von den Ressortforschungseinrichtungen geliefert werden. Es ist daher erforderlich, Forschungs-, Untersuchungs-, Entwicklungs- und Erprobungsaufträge an Stellen außerhalb der Bundesverwaltung, in Ausnahmefällen auch an Stellen innerhalb der nicht dem Epl. 07 zuzuordnenden Bundesverwaltung zu vergeben. Aus diesem Titel können auch Zuwendungen gewährt werden.

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1005 Tit. 544 31	637	638

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)

684 01 -059	Zuschüsse an die Vertretung der Verbraucher	9 444		

Erläuterungen:

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
Institutionelle Förderung/Zuschüsse an Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO					
Bundesverband der Verbraucherzentralen und -verbände - Verbraucherzentrale Bundesverband e. V. (vzbv) -..	97,78	100,00	9 444	9 444	8 729
- aus Kap. 0701 Tit. 684 01...			*9 444*	*-*	*-*
- aus Kap. 1002 Tit. 684 01...			*-*	*9 444*	*8 729*

Wirtschaftsplan siehe Anlage zum Kapitel 0701.

Der Bundesverband der Verbraucherzentralen und Verbraucherverbände - Verbraucherzentrale Bundesverband e. V. (vzbv) - wurde mit Sitz in Berlin am 1. November 2000 gegründet. Er verfolgt ausschließlich gemeinnützige Zwecke und hat die Aufgabe, Verbraucherinteressen wahrzunehmen, den Verbraucherschutz zu fördern, die Stellung des Verbrauchers in der sozialen Marktwirtschaft zu stärken und zur Verwirklichung einer nachhaltigen Entwicklung beizutragen.

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1002 Tit. 684 01	9 444	8 729

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

684 02 -059 Zuschuss an die Stiftung Warentest — 5 500

Erläuterungen:

Der Bund stellt der Stiftung zur Erfüllung ihrer satzungsgemäßen Aufgaben jährlich einen Festbetrag als Zuwendung zur Verfügung; davon sind bis zu 1 Mio. € für Energiesparprojekte sowie 1,5 Mio. € für zusätzliche Aufgaben im Bereich Finanzprodukte vorgesehen.

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1002 Tit. 684 02	5 500	3 500

684 03 -059 Information der Verbraucherinnen und Verbraucher — 8 204

Haushaltsvermerk:

1. **Die Ausgaben sind übertragbar.**
2. **Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.**

Erläuterungen:

Gefördert werden können Projekte und sonstige Maßnahmen von bundesweiter Bedeutung im Rahmen der Verbraucherpolitik zur Information der Verbraucherinnen und Verbraucher einschließlich Maßnahmen zur Stärkung der Verbraucherposition sowie Maßnahmen der Verhaltens- und Verhältnisprävention.

Die Projekte und Maßnahmen umfassen insbesondere Fragestellungen zu wirtschaftlichen und rechtlichen Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher, zu nachhaltigem Konsum sowie zur Förderung der Verbraucherinteressen bei der Normung.

Mitveranschlagt sind die Kosten vorbereitender, begleitender und auswertender Projekte und Maßnahmen

Ausgaben dürfen auch für die fachbezogenen Personal- und Sachaufwendungen der Projektträger geleistet werden.

Es sollen in erster Linie unmittelbar an die Verbraucherinnen und Verbraucher gerichtete Projekte und Maßnahmen von Einrichtungen der Verbraucherinformation und -vertretung unterstützt werden. Daneben können auch Veranstaltungen oder Materialien gefördert werden, die sich primär an Multiplikatoren richten. Es können zudem eigene Informationsmaßnahmen des Ministeriums finanziert werden.

Für Fachinformationen sind 3 500 T€ vorgesehen.

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1002 Tit. 684 04	8 204	5 281

0701 Verbraucherpolitik

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
685 01 -165	Förderung der Verbraucherwissenschaften	300		

Haushaltsvermerk:

1. **Die Ausgaben sind übertragbar.**
2. **Die Ausgaben sind mit folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: 544 01 und 686 01.**

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben zur Finanzierung der Stiftungsprofessur Verbraucherrecht.

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1005 Tit. 685 32	75	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
686 01 -059	Förderung von Innovationen im Bereich des Verbraucherschutzes	1 561		

Haushaltsvermerk:

1. **Die Ausgaben sind übertragbar.**
2. **Die Ausgaben sind mit folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: 544 01 und 685 01.**

Erläuterungen:

Im Rahmen der Zweckbestimmung des Titels können auch Vorhaben - einschließlich wissenschaftlicher Betreuung und Ergebnispräsentation - der Bundesforschungsinstitute gefördert werden.

Aus dem Titelansatz dürfen auch Personal- und Sachkosten der Projektträger geleistet werden.

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1005 Tit. 686 31	1 200	801
Kap. 1005 Tit. 893 31	361	241
Zusammen	1 561	1 042

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
687 01 -059	Bilaterale technische Zusammenarbeit mit dem Ausland auf dem Gebiet des Verbraucherschutzes	220		

Haushaltsvermerk:

1. **Die Ausgaben sind übertragbar.**
2. **Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass nach Beendigung der Projektarbeit für das Projekt angeschaffte Vermögensgegenstände an die beratene Einrichtung unentgeltlich abgegeben werden können.**

Erläuterungen:

Aus den Ausgaben darf auch eine Vergütung an ein Unternehmen gezahlt werden, das das BMJV bei Vorbereitung, Vergabe und Kontrolle der Maßnahme unterstützt.

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 687 01

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1006 Tit. 687 02	180	140

0701 Anlage 1 Wirtschaftspläne

Anlage zu Kapitel 0701 - Wirtschaftspläne

Zu Tit. 684 01

Bundesverband der Verbraucherzentralen und -verbände - Verbraucherzentrale Bundesverband e. V. (vzbv) -

Wirtschaftsplan	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4
Institutionelle Förderung			
1. Ausgaben	**9 658**	**9 664**	**9 192**
1.1 Personalausgaben	5 286	5 117	4 894
1.2 Sächliche Verwaltungsausgaben	3 981	4 130	3 680
1.3 Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	191	191	189
1.4 Ausgaben für Investitionen	200	226	429
2. Finanzierung der Ausgaben	**9 658**	**9 664**	**9 192**
2.1 Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	214	220	463
2.2 Zuwendung des Bundes	**9 444**	**9 444**	**8 729**
aus Kap. 0701 Tit. 684 01	*9 444*	*-*	*-*
aus Kap. 1002 Tit. 684 01	*-*	*9 444*	*8 729*
nachrichtlich: **Projektförderung**	803	259	9 084

Im Ist 2012 enthalten sind 35 T€ nicht verbrauchte Kassenmittel gem. Nr. 1.6 der Anlage 1 zur VV Nr. 5.1 zu § 44 BHO.

Vorbemerkung

Das Kapitel "Sonstige Bewilligungen" enthält einzelne Fachausgaben, die nicht die Veranschlagung in einem gesonderten Fachkapitel rechtfertigen.

Einen Schwerpunkt bilden hier die Ausgaben der Deutschen Stiftung für internationale rechtliche Zusammenarbeit e. V. im Rahmen ihrer Beratungshilfe für den Aufbau von Demokratie und Marktwirtschaft sowie die auf den Bund entfallenden Kosten der Deutschen Richterakademie in Trier bzw. Wustrau.

Daneben sind in diesem Kapitel auch Ausgaben für überregionale Einrichtungen im Interesse von Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung sowie die Ausgaben für Mitgliedsbeiträge in internationalen Organisationen und Vereinen veranschlagt.

Überblick zum Kapitel 0710	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	26	26	-		-
Gesamteinnahmen	26	26	-		-
Ausgaben					
Sächliche Verwaltungsausgaben	387	560	-173	4	239
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	11 123	10 800	+323		10 089
Ausgaben für Investitionen	-	-	-	120	81
Gesamtausgaben	11 510	11 360	+150	124	10 409
davon flexibilisiert	387	560	-173	124	320
davon nicht flexibilisiert	11 123	10 800	+323		10 089
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung	1 145 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu	560 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu	585 T€				

0710 Sonstige Bewilligungen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

119 99 -059	Vermischte Einnahmen	26	26	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0702 Tit. 119 99	26	-

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

1. Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.
2. Nach § 63 Abs. 4 BHO in Verbindung mit § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass die Grundstücke in Hamburg, Am Internationalen Seegerichtshof 1, nebst Erstausstattung mit Mobiliar dem Internationalen Seegerichtshof für die Dauer und den Umfang des Bedarfs unentgeltlich überlassen werden.

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)

632 01 -153	Zuweisung für Kosten der Deutschen Richterakademie	2 308	2 205	1 875

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Tagungsstätte Trier..	1 307
2. Tagungsstätte Wustrau...	1 001
Zusammen..	2 308

Die Deutsche Richterakademie ist eine von Bund und Ländern gemeinsam getragene Einrichtung des Landes Rheinland-Pfalz für die Tagungsstätte Trier und des Landes Brandenburg für die Tagungsstätte Wustrau. Sie dient der überregionalen Fortbildung der Richterinnen und Richter aller Gerichtszweige und der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte in ihren Fachgebieten und soll ihnen Kenntnisse und Erfahrungen über politische, gesellschaftliche, wirtschaftliche und andere wissenschaftliche Entwicklungen vermitteln. Aufgrund der Verwaltungsvereinbarung von 1993 entfällt auf den Bund ein Anteil von 50 Prozent der nicht gedeckten laufenden Kosten.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0702 Tit. 632 01	2 205	1 875

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
632 05 -059	Zuschuss zu den Kosten der Kriminologischen Zentralstelle	425	421	364

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Zuschuss zu den laufenden Kosten der Kriminologischen Zentralstelle e. V. (KrimZ), Wiesbaden	325
2. Zuschuss zu den laufenden Kosten der Nationalen Stelle zur Verhütung von Folter, Wiesbaden (OP-CAT)	100
Zusammen	425

Die Kriminologische Zentralstelle e. V. soll als überregionale Einrichtung im Interesse von Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung die praxisbezogene kriminologische Forschung in der Bundesrepublik Deutschland intensivieren und koordinieren. Träger der Stelle sind über die Justizressorts die Länder und der Bund.

Aufgrund der Verwaltungsvereinbarung vom 5. November 1993 entfällt auf den Bund ein Anteil von 50 Prozent der nicht gedeckten laufenden Kosten.

Die Kriminologische Zentralstelle e. V. wird darüber hinaus im Rahmen des Vollzugs des VN-Übereinkommens gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe vom 10. Dezember 1984 (OP-CAT) insoweit tätig, als sie die danach einzurichtende "Nationale Stelle zur Verhütung von Folter" verwaltungsmäßig unterstützt. Bund und Länder teilen sich die Kosten; auf den Bund entfällt ein Anteil von einem Drittel der Kosten.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0702 Tit. 632 05	421	364

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
681 01 -059	Verleihung von Preisen und Auszeichnungen	10		

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind übertragbar.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
684 01 -059	Zuschüsse für überregionale Förderungsmaßnahmen	172	192	88

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Zuschuss an die Deutsche Bewährungshilfe e. V. Köln	102
2. Zuschuss für überregionale Förderungsmaßnahmen auf dem Gebiet der Menschenrechte	70
3. Jugendgerichtstag	-
Zusammen	172

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0702 Tit. 684 01	192	88

0710 Sonstige Bewilligungen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
685 01 -059	Zuschüsse zur Förderung justizspezifischer und rechtspolitischer Vorhaben	786	587	571

Verpflichtungsermächtigung... 1 145 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 560 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 585 T€

Haushaltsvermerk:

Rückzahlungen fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Zuschuss zu den Kosten des jeweiligen Deutschen Juristentages e. V., Bonn (seit 1970 im zweijährigen Turnus)......................	51
2. Zuschüsse..	-
2.1 Gesellschaft für Rechtsvergleichung e. V., Freiburg....................	18
2.2 Zuschuss zu den Kosten des Deutschen Richtertages (dreijähriger Turnus ab 2014)...	10
2.3 Sonstige...	172
3. Zuschuss zu den Kosten des "Präventionsprojekts Dunkelfeld" der Humboldt-Universität zu Berlin...	535
Zusammen..	786

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0702 Tit. 685 01	587	571

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
685 03 -059	Überregionale Einrichtungen im Interesse von Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung	1 736	1 696	1 577

Haushaltsvermerk:

1. Mehrausgaben zu Nr. 1.5 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe von 487 T€ der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 0501 Tit. 687 23.
2. Die Erläuterungen sind hinsichtlich der Ausgabenansätze der einzelnen Zuwendungsempfänger / Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO verbindlich. Abweichungen bedürfen der Einwilligung des Bundesministeriums der Finanzen.

Erläuterungen:

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
Institutionelle Förderung/Zuschüsse an Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO					
1.1 Institut für Ostrecht München e. V., Regensburg................................	73,20	76,25	518	513	480
- aus Kap. 0710 Tit. 685 03					
1.2 Deutsche Sektion der Internationalen Juristenkommission e. V., Karlsruhe..	70,49	100,00	49	49	25
- aus Kap. 0710 Tit. 685 03					
1.5 Deutsches Institut für Menschenrechte e. V., Berlin...........................	87,68	100,00	2 273	2 247	2 085
- aus Kap. 0501 Tit. 687 23..			*487*	*487*	*487*
- aus Kap. 0710 Tit. 685 03..			*743*	*727*	*678*
- aus Kap. 1105 Tit. 684 08..			*443*	*433*	*433*
- aus Kap. 2301 Tit. 896 03..			*600*	*600*	*487*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 685 03

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
Zusammen			2 840	2 809	2 590
- Summe Kap. 0501 Tit. 687 23			*487*	*487*	*487*
- Summe Tit. 685 03			*1 310*	*1 289*	*1 183*
- Summe Kap. 1105 Tit. 684 08			*443*	*433*	*433*
- Summe Kap. 2301 Tit. 896 03			*600*	*600*	*487*
Projektförderung					
2.2 Servicebüro der Deutschen Bewährungshilfe e. V. in Köln für Täter-Opfer-Ausgleich und Konfliktschlichtung, Köln			168	161	161
2.3 Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention, Bonn			60	60	59
2.4 Deutsche Verbindungsstelle für Schlichtung beim Zentrum für Europäischen Verbraucherschutz e. V., Kehl			198	186	174
Zusammen			426	407	394
Insgesamt			3 266	3 216	2 984
- Summe Kap. 0501 Tit. 687 23			*487*	*487*	*487*
- Summe Tit. 685 03			*1 736*	*1 696*	*1 577*
- Summe Kap. 1105 Tit. 684 08			*443*	*433*	*433*
- Summe Kap. 2301 Tit. 896 03			*600*	*600*	*487*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0702 Tit. 685 03	1 696	1 577

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
685 04 -059	Beteiligung des Bundes an den Kosten für die Aufnahme der weißen Karteikarten in das Zentrale Testamentsregister bei der Bundesnotarkammer (Betriebskosten)	15	245	-

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind übertragbar.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0702 Tit. 685 04	245	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
687 01 -059	Beiträge an internationale Organisationen sowie Verbände und Vereine	268	238	190

Haushaltsvermerk:

Erstattungen und Ausschüttungen fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Bezeichnung der Organisation Rechtsgrundlage und Zweck der Mitgliedschaft	Mitgliedsbeitrag der Bundesrepublik Deutschland (Pflichtleistungen) in Prozent	in Tausend-Fremdwährung (gerundet)	in 1 000 € (gerundet)	Besondere (freiwillige) Leistungen außerhalb des Mitgliedsbeitrags in 1 000 € (gerundet)	Zusammen Spalte 4 + 5 in 1 000 €
1	2	3	4	5	6
1. Internationales Institut für die Vereinheitlichung des Privatrechts in Rom (Unidroit)	5,57	-	127	-	127
Rechtsgrundlage: völkerrechtl. Vertrag Zweck: Mitwirkung bei der Vereinheitlichung des Privatrechts und internationalen Privatrechts					
2. Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO) in Genf	0,17	1 139 CHF	928	10	938
Rechtsgrundlage: mehrere völkerrechtliche Verträge					

0710 Sonstige Bewilligungen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 687 01

Bezeichnung der Organisation Rechtsgrundlage und Zweck der Mitgliedschaft	Mitgliedsbeitrag der Bundesrepublik Deutschland (Pflichtleistungen)			Besondere (freiwillige) Leistungen außerhalb des Mitgliedsbeitrags in 1 000 € (gerundet)	Zusammen Spalte 4 + 5 in 1 000 €
	in Prozent	in Tausend-Fremdwährung (gerundet)	in 1 000 € (gerundet)		
1	2	3	4	5	6
Zweck: Sicherung deutscher Schutzrechte in den Mitgliedstaaten					
3. Ständiges Büro der Haager Konferenz für internationales Privatrecht in Den Haag	5,7	-	222	20	242
Rechtsgrundlage: völkerrechtl. Vertrag Zweck: Mitwirkung bei der Vereinheitlichung des internationalen Privatrechts, insbesondere innerhalb der westeuropäischen Staaten					
4. Sonstige (9 Institutionen)			29	-	29
abzüglich Rückeinnahmen (WIPO)			-1 064	-	-1 064
abzüglich Rückeinnahmen Sonstiges			-4		-4
Zusammen			238	30	268

Differenzen durch Rundung möglich

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0702 Tit. 687 01	238	190

687 02 -059	Beitrag zu den laufenden Kosten des Internationalen Seegerichtshofs	1 012	905	1 042

Haushaltsvermerk:

Erstattungen sind von den Ausgaben abzusetzen.

Erläuterungen:

Bezeichnung der Organisation Rechtsgrundlage und Zweck der Mitgliedschaft	Mitgliedsbeitrag der Bundesrepublik Deutschland (Pflichtleistungen)			Besondere (freiwillige) Leistungen außerhalb des Mitgliedsbeitrags in 1 000 € (gerundet)	Zusammen Spalte 4 + 5 in 1 000 €
	in Prozent	in Tausend-Fremdwährung (gerundet)	in 1 000 € (gerundet)		
1	2	3	4	5	6
Internationaler Seegerichtshof in Hamburg	9,62	-	1 012		1 012
Rechtsgrundlage: völkerrechtlicher Vertrag Zweck: Rechtsprechung im Rahmen des Seerechtsübereinkommens (SRÜ) der Vereinten Nationen					

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0702 Tit. 687 02	905	1 042

687 88 -029	Beratungshilfe für den Aufbau von Demokratie und Marktwirtschaft	4 391	4 311	4 382

Haushaltsvermerk:

Die Erläuterungen sind hinsichtlich der Ausgabenansätze der einzelnen Zuwendungsempfänger / Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO verbindlich. Abweichungen bedürfen der Einwilligung des Bundesministeriums der Finanzen.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 687 88

Erläuterungen:

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	Finanzierungsanteil in Prozent ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
Institutionelle Förderung/Zuschüsse an Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO					
Deutsche Stiftung für internationale rechtliche Zusammenarbeit e. V. (IRZ), Bonn.......... *- aus Kap. 0710 Tit. 687 88*	63,63	100,00	4 391	4 311	4 382

Wirtschaftsplan siehe Anlage zum Kapitel 0710.

Die Beratungshilfe auf dem Gebiet des Rechts, insbesondere im Bereich der Gesetzgebung und des Aufbaus der Rechtspflege erfolgt durch die Deutsche Stiftung für internationale rechtliche Zusammenarbeit e. V.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0702 Tit. 687 88	4 311	4 382

Flexibilisierte Ausgaben

Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG

	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
Aus Hauptgruppe 5..........	387	560 *4*	239
Aus Hauptgruppe 7..........	-	- *76*	81
Aus Hauptgruppe 8..........	-	- *44*	-
Zusammen..........	387	560 *124*	320

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***511 01*** *-059*	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände, Software, Wartung*	-	-	-

Erläuterungen:

Betrifft den Internationalen Seegerichtshof in Hamburg.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0702 Tit. 511 01	-	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***519 01*** *-059*	*Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen*	*387*	*560*	*239*

Erläuterungen:

Betrifft den Internationalen Seegerichtshof in Hamburg.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0702 Tit. 519 01	*560*	*239*

0710 Sonstige Bewilligungen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F ***712 01*** *-059*	*Baumaßnahmen von mehr als 2 000 000 € im Einzelfall*	*-*	*-*	*81*

Erläuterungen:

Betrifft den Internationalen Seegerichtshof in Hamburg.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0702 Tit. 712 01	*-*	*81*

F ***812 01*** *-059*	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)*	*-*	*-*	*-*

Erläuterungen:

Betrifft den Internationalen Seegerichtshof in Hamburg.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0702 Tit. 812 01	*-*	*-*

Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel

685 02 -249	Stiftungsvermögen zur Errichtung der Magnus-Hirschfeld-Stiftung		-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0702 Tit. 685 02	-	-

685 06 -059	Besondere Finanzbeiträge und Erstattung von steuerlichen Anpassungsbeträgen an die Europäische Patentorganisation in München		-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0702 Tit. 685 06	-	-

Anlage zu Kapitel 0710 - Wirtschaftspläne

Zu Tit. 687 88

Deutsche Stiftung für internationale rechtliche Zusammenarbeit e. V. (IRZ), Bonn

Wirtschaftsplan		Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1		2	3	4
Institutionelle Förderung				
1.	**Ausgaben**	**5 988**	**5 906**	**5 139**
1.1	Personalausgaben	1 743	1 722	2 014
1.2	Sächliche Verwaltungsausgaben	4 216	4 133	3 061
1.3	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	-	1	-
1.4	Ausgaben für Investitionen	29	50	64
2.	**Finanzierung der Ausgaben**	**5 988**	**5 906**	**5 139**
2.1	Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	41	39	21
2.2	Zuwendungen anderer öffentlicher Zuwendungsgeber (ohne Bund)	1 556	1 556	736
2.3	**Zuwendung des Bundes**	**4 391**	**4 311**	**4 382**
	aus Kap. 0710 Tit. 687 88	*4 391*	*4 311*	*4 382*
nachrichtlich: **Projektförderung**		400	893	1 509

0711 Zentral veranschlagte Verwaltungseinnahmen und -ausgaben

Vorbemerkung

Im Kapitel 0711 sind bestimmte Verwaltungsausgaben für den Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz zentral veranschlagt.

Einen Schwerpunkt bildet der Bereich Versorgung: In der Titelgruppe 57 veranschlagt sind die Einnahmen und Ausgaben der Versorgungsberechtigten, deren Versorgungsanspruch auf dem Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder der Bundesregierung, dem Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Parlamentarischen Staatssekretärinnen und Parlamentarischen Staatssekretäre, dem Gesetz über die Versorgung der Beamtinnen und Beamten und Richterinnen und Richter des Bundes (BeamtVG) oder auf einem Vertrag mit dem Bund beruht. Die Zuführungen an die Versorgungsrücklage und die Zuweisungen an den Versorgungsfonds sind in gesonderten Titeln ebenfalls in diesem Kapitel etatisiert.

Von Bedeutung sind auch die in diesem Kapitel zusammengefassten Ausgaben für Beihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften sowie Ausgaben für Veröffentlichung und Dokumentation.

Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz als oberste Bundesbehörde ist bei Kapitel 0712 veranschlagt.

Zum Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz gehören

1. der Bundesgerichtshof (Kapitel 0713),
2. der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof (Kapitel 0714),
3. das Bundesverwaltungsgericht (Kapitel 0715),
4. der Bundesfinanzhof (Kapitel 0716),
5. das Bundespatentgericht (Kapitel 0717),
6. das Bundesamt für Justiz (Kapitel 0718) und
7. das Deutsche Patent- und Markenamt (Kapitel 0719).

Die Aufgaben der vorstehend genannten Gerichte und Behörden sind bei den einzelnen Kapiteln in den Vorbemerkungen dargestellt.

Überblick zum Kapitel 0711	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	60	60	-		-
Übrige Einnahmen	-	-	-		8 043
Gesamteinnahmen	60	60	-		8 043
Ausgaben					
Personalausgaben	150 818	147 469	+3 349	8	134 395
Sächliche Verwaltungsausgaben	10 373	9 246	+1 127	2 112	6 315
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	16 894	965	+15 929		2 411
Besondere Finanzierungsausgaben	-	-	-		-
Gesamtausgaben	178 085	157 680	+20 405	2 120	143 121
davon flexibilisiert	38 328	20 998	+17 330	2 120	17 336
davon nicht flexibilisiert	139 757	136 682	+3 075		125 785

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Übrige Einnahmen

282 08 -011	Einnahmen aus Prämienzahlungen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: **Kap. 0711 flexibilisierter Bereich, Kap. 0712 flexibilisierter Bereich, Kap. 0713 flexibilisierter Bereich, Kap. 0714 flexibilisierter Bereich, Kap. 0715 flexibilisierter Bereich, Kap. 0716 flexibilisierter Bereich, Kap. 0718 flexibilisierter Bereich und Kap. 0719 flexibilisierter Bereich.**

Erläuterungen:

Die Höhe der Prämienzahlungen richtet sich nach der Leitlinie für die Gewährung einer Einmalprämie im Zusammenhang mit der Flächenoptimierung dienstlich genutzter Liegenschaften durch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (Bundesanstalt). Die Bundesanstalt hat für die Prämienzahlungen Vorsorge in ihrem Wirtschaftsplan getroffen.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0701 Tit. 282 08	-	-
Kap. 0703 Tit. 282 08	-	-
Kap. 0704 Tit. 282 08	-	-
Kap. 0705 Tit. 282 08	-	-
Kap. 0706 Tit. 282 08	-	-
Kap. 0708 Tit. 282 08	-	-
Kap. 0710 Tit. 282 08	-	-
Zusammen	-	-

282 09 -011	Einnahmen aus Sponsoring, Spenden und ähnlichen freiwilligen Geldleistungen	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind wegen rechtsverbindlicher Verwendungsauflage Dritter zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 547 09.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0701 Tit. 282 09	-	-

381 07 -890	Leistungen von Bundesbehörden zur Durchführung von ressortübergreifenden Aufgaben	-	-	(-)

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind wegen verbindlicher Vereinbarung mit anderen Bundesbehörden (EfA) zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Epl. 07.

0711 Zentral veranschlagte Verwaltungseinnahmen und -ausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 381 07

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0702 Tit. 381 07	-	(-)

Titelgruppe 57

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Tgr. 57	Versorgung der Beamtinnen und Beamten sowie der Richterinnen und Richter	(60)	(60)	
119 57 -018	Vermischte Einnahmen	60	60	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0767 Tit. 119 57	60	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
232 57 -018	Beteiligung an den Versorgungslasten des Bundes	-	-	8 043

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: **Tgr. 57.**

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0767 Tit. 232 57	-	8 043

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

1. **Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.**

   Ausgenommen ist Tgr. 57.

2. **Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Kap. 0711 flexibilisierter Bereich dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 282 08.**

Sächliche Verwaltungsausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
529 01 -011	Außergewöhnlicher Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	119	60	82

Haushaltsvermerk:

Die Erläuterungen sind verbindlich.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 529 01

Erläuterungen:

Bezeichnung	€
1. Zur Verfügung der/des	
1.1 Bundesministers der Justiz und für Verbraucherschutz	53 000
1.2 Präsidenten des Bundesgerichtshofs	2 000
1.3 Generalbundesanwaltes beim Bundesgerichtshof	2 000
1.4 Präsidentin des Bundesverwaltungsgerichts	2 000
1.5 Präsidenten des Bundesfinanzhofes	2 000
1.6 Präsidentin des Bundespatentgerichts	1 000
1.7 Präsidentin des Deutschen Patent- und Markenamtes	2 000
1.8 Präsidenten des Bundesamtes für Justiz	1 000
1.9 Eurojust	500
1.10 Verbindungsbeamtin Paris	500
2. Verabschiedung und Amtseinführung des Präsidenten des Bundesgerichtshofs	8 000
3. Verabschiedung und Amtseinführung der Präsidentin des Bundesverwaltungsgerichts	8 000
4. Finanzrichtertag	1 300
5. Deutscher Juristentag, Mittagessen und Abendempfang	31 500
6. Einladung zum Amtsantritt des in 2014 neu zu wählenden WIPO-Generaldirektors	4 000
Zusammen	118 800

Aus dem Mittelansatz dürfen auch Ausgaben für die Bewirtung mit Erfrischungen bei Besprechungen aus besonderem Anlass geleistet werden.

Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Aus den Belegen muss Anlass, Funktion und Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer (Begünstigte) erkennbar sein.

Eine Auszahlung ohne Beleg ist nicht zulässig.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0701 Tit. 529 01	60	82

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
531 02 -187	Abgeltung von Ansprüchen nach dem Urheberrecht	63	63	55

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0701 Tit. 531 02	63	55

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
542 01 -013	Öffentlichkeitsarbeit	437	138	169

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Werbe- und Informationsmaterialien gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

Erläuterungen:

Im Einzelplan 07 sind außerdem folgende Maßnahmen für Öffentlichkeitsarbeit und Fachinformationen veranschlagt:

Bezeichnung	1 000 €
Öffentlichkeitsarbeit	
aus 0711 - 545 01	85

0711 Zentral veranschlagte Verwaltungseinnahmen und -ausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 542 01

Bezeichnung	1 000 €
Fachinformationen	
aus 0701 - 684 03	3 500
0711 - 543 01	6 498
aus 0711 - 545 01	138

Bezeichnung	1 000 €
Für Ausgaben der nachfolgenden Behörden:	
1. Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz	347
2. Bundesgerichtshof	10
3. Der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof	10
4. Bundesverwaltungsgericht	10
5. Bundesfinanzhof	10
6. Bundespatentgericht	10
7. Bundesamt für Justiz	10
8. Deutsches Patent- und Markenamt	30
Zusammen	437

Die Maßnahmen der Bundesregierung auf dem Gebiet der Verbraucherpolitik sollen durch Schrift, Ton und Bild allgemein bekannt gemacht und erläutert werden. Dies soll insbesondere durch Herstellung, Ankauf und Verbreitung von Schriften und Filmen sowie durch Veröffentlichungen vornehmlich in der Fachpresse geschehen.

Die Ausgaben für Porto, Verpackung und Versand der Veröffentlichungen sind aus dem Ansatz zu leisten.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0701 Tit. 542 01	138	169
Kap. 0703 Tit. 542 01	2	14
Kap. 0705 Tit. 542 01	3	2
Kap. 0706 Tit. 542 01	1	1
Kap. 0710 Tit. 542 01	30	30
Kap. 1012 Tit. 542 01	52	52
Zusammen	226	268

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
547 09 -011	Ausgaben für Vorhaben, die aus Spenden, Sponsoring und ähnlichen freiwilligen Geldleistungen finanziert werden	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 282 09.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0701 Tit. 547 09	-	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)			
688 06 -011	Zahlungsverpflichtungen aus Verstößen gegen EU-Recht	-	-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0701 Tit. 688 06	-	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
	Besondere Finanzierungsausgaben			
981 07 -890	Leistungen an Bundesbehörden zur Durchführung von ressortübergreifenden Aufgaben	-	-	(-)

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Epl. 07.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0702 Tit. 981 07	-	(-)

Titelgruppe 57

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
Tgr. 57	Versorgung der Beamtinnen und Beamten sowie der Richterinnen und Richter	(139 138)	(136 421)	

Haushaltsvermerk:

1. **Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.**
2. **Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 232 57.**

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
431 57 -018	Versorgungsbezüge der Bundesministerinnen und Bundesminister und der Parlamentarischen Staatssekretärinnen und Staatssekretäre, sonstiger Amtsträger und deren Hinterbliebenen	650	650	593

Erläuterungen:

Aus dem Titel werden auch Übergangsgelder für ehemalige Mitglieder der Bundesregierung (§ 14 Bundesministergesetz) und für ehemalige Parlamentarische Staatssekretärinnen und Parlamentarische Staatssekretäre (§ 6 ParlStG) gewährt.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0767 Tit. 431 57	650	593

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
432 57 -018	Versorgungsbezüge	117 108	114 384	105 150

Erläuterungen:

Aus dem Titel werden auch die Bezüge der in den einstweiligen Ruhestand versetzten Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter vom Ersten

0711 Zentral veranschlagte Verwaltungseinnahmen und -ausgaben

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 432 57 (Titelgruppe 57)

des auf den Beginn des einstweiligen Ruhestandes folgenden Monats an gewährt.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0767 Tit. 432 57	114 384	105 150

434 57 -018	Zuführung an die Versorgungsrücklage	3 789	3 796	3 134

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0767 Tit. 434 57	3 796	3 134

443 57 -018	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen einschließlich Inanspruchnahme von besonderen Fachdiensten/-kräften	10	10	2

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0767 Tit. 443 57	10	2

446 57 -018	Beihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften	17 361	17 361	15 385

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0767 Tit. 446 57	17 361	15 385

632 57 -018	Erstattungen des Bundes für Versorgungslasten	220	220	1 215

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0767 Tit. 632 57	220	1 215

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Flexibilisierte Ausgaben

Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG

Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3	28 574	12 013 *8*	11 327
Aus Hauptgruppe 5	9 754	8 985 *2 112*	6 009
Zusammen	38 328	20 998 *2 120*	17 336

F ***424 01*** *-011*	*Zuführung an die Versorgungsrücklage*	*2 445*	*1 968*	*1 385*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0701 Tit. 424 01	*1 968*	*1 385*

F ***441 01*** *-840*	*Beihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften*	*9 000*	*9 000*	*8 509*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0710 Tit. 441 01	*9 000*	*8 509*

F ***443 01*** *-840*	*Fürsorgeleistungen und Unterstützungen einschließlich Inanspruchnahme von besonderen Fachdiensten/-kräften*	*255*	*100*	*36*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0701 Tit. 443 01	*100*	*36*
Kap. 0701 Tit. 443 02	*295*	*249*
Zusammen	*395*	*285*

F ***452 02*** *-223*	*Unfallkasse des Bundes*	*200*	*200*	*201*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0701 Tit. 452 02	*200*	*201*

F ***526 01*** *-011*	*Gerichts- und ähnliche Kosten*	*2 231*	*411*	*138*

Haushaltsvermerk:

1. Mehrausgaben zu Nr. 2 der Erläuterungen für die Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen dürfen bis zur Höhe der

0711 Zentral veranschlagte Verwaltungseinnahmen und -ausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 526 01

Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 0713 Tit. 111 01.

2. ***Mehrausgaben zu Nr. 6 der Erläuterungen für die Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 0717 Tit. 111 01.***

3. ***Mehrausgaben zu Nr. 8 der Erläuterungen für die Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 0719 Tit. 111 01.***

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
Für Ausgaben der nachfolgenden Behörden:	
1. Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz	*138*
2. Bundesgerichtshof	*511*
3. Der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof	*1 300*
4. Bundesverwaltungsgericht	*56*
5. Bundesfinanzhof	*3*
6. Bundespatentgericht	*18*
7. Bundesamt für Justiz	*91*
8. Deutsches Patent- und Markenamt	*114*
Zusammen	*2 231*

Zu 2.:
Kosten für Entschädigungen in Sachen des Dienstgerichts des Bundes sowie der berufsständischen Beisitzer sind hier mitveranschlagt.

Zu 8.:
Kosten für Auslagen in patentamtlichen Verfahren und in Verfahren vor Schiedsstellen sind hier mitveranschlagt.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0701 Tit. 526 01	*411*	*138*
Kap. 0703 Tit. 526 01	*211*	*692*
Kap. 0704 Tit. 526 01	*1 166*	*1 300*
Kap. 0705 Tit. 526 01	*56*	*39*
Kap. 0707 Tit. 526 01	*18*	*7*
Kap. 0708 Tit. 526 01	*91*	*68*
Kap. 0710 Tit. 526 01	*181*	*114*
Zusammen	*2 134*	*2 358*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***526 02*** *-011*	*Sachverständige, Ausgaben für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen*	*143*	*50*	*26*

Erläuterungen:

Kosten für die Inanspruchnahme von Sachverständigen bei speziellen Fachfragen, die im Zusammenhang mit gesetzgeberischen oder sonstigen Maßnahmen des Ministeriums geklärt werden müssen.

Bezeichnung	*1 000 €*
Für die Ausgaben der nachfolgenden Behörden:	
1. Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz	*37*
2. Deutsches Patent- und Markenamt	*106*
Zusammen	*143*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 526 02

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0701 Tit. 526 02	*50*	*26*
Kap. 0701 Tit. 526 03	*1*	*-*
Kap. 0710 Tit. 526 02	*15*	*106*
Kap. 1011 Tit. 526 02	*11*	*11*
Zusammen	*77*	*143*

F **527 03** -011	*Reisen in Angelegenheiten der Personalvertretungen und der Gleichstellungsbeauftragten sowie in Vertretung der Interessen schwerbehinderter Menschen*	*211*	*184*	*211*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0710 Tit. 527 03	*184*	*211*

F **543 01** -011	*Veröffentlichungen und Fachinformationen*	*6 498*	*8 200*	*5 372*

Haushaltsvermerk:

1. *Mehrausgaben zu Nr. 2 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 0719 Tit. 111 01.*
2. *Einnahmen aus den in den Erläuterungen zu Nr. 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8 und 9 aufgeführten Veröffentlichungen und dem Schriftenvertrieb fließen den Ausgaben zu* ***den Erläuterungen Nr. 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8 und 9 zu.***
3. *Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Daten und Veröffentlichungen sowie für deren Abruf erforderliche Software zum gewerblichen Rechtsschutz* ***zu Nr. 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8 und 9 der Erläuterungen*** *unentgeltlich oder gegen ermäßigtes Entgelt* ***an Dritte*** *abgegeben werden.*
4. ***Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial zu Nr. 10 und 11 der Erläuterungen gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.***

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
Veröffentlichungen des DPMA	
1. Herstellung von Offenlegungsschriften und Patentschriften	*4 072*
2. Veröffentlichung von Übersetzungen	*500*
3. Herstellung von Patentblättern	*90*
4. Herstellung des Markenblattes	*750*
5. Herstellung des Geschmacksmusterblattes	*500*
6. Herstellung des Blattes für Patent,- Muster- und Zeichenwesen	*-*
7. Internationale Patentklassifikation	*25*
8. Internationale Klassifikation von Waren und Dienstleistungen	*5*
9. Internationale Klassifikation für gewerbliche Muster und Modelle	*3*
Weitere Veröffentlichungen	
10. Veröffentlichungen des BMJV	*550*
11. Veröffentlichungen des BfJ	*3*
Zusammen	*6 498*

0711 Zentral veranschlagte Verwaltungseinnahmen und -ausgaben

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 543 01

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0701 Tit. 543 01	*550*	*443*
Kap. 0708 Tit. 543 01	*3*	*5*
Kap. 0710 Tit. 543 01	*8 200*	*5 372*
Zusammen	*8 753*	*5 820*

F **545 01** *-011*	*Konferenzen, Tagungen, Messen und Ausstellungen*	*671*	*140*	*262*

Haushaltsvermerk:

1. *Mehrausgaben* ***zu Nr. 1 der Erläuterungen*** *dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 0712 Tit. 271 01.*
2. ***Mehrausgaben zu Nr. 7 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 0718 Tit. 271 01.***
3. *Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Werbe- und Informationsmaterialien gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden* ***und dass Gegenstände, die aus diesen Ausgaben beschafft worden sind, nach Beendigung der Messen oder Ausstellungen mit Zustimmung des Bundesministeriums der Finanzen an das Gastland oder an öffentliche oder gemeinnützige Einrichtungen im Gastland unentgeltlich bzw. gegen ermäßigtes Entgelt abgegeben werden.***

Erläuterungen:

Aus dem Ansatz dürfen auch Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit bis zur Höhe von 85 T€ finanziert werden.

Bezeichnung	*1 000 €*
Für Ausgaben der nachfolgenden Behörden:	
1. Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz...........	*347*
2. Bundesgerichtshof...	*-*
3. Der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof....................	*200*
4. Bundesverwaltungsgericht...	*-*
5. Bundesfinanzhof..	*1*
6. Bundespatentgericht..	*-*
7. Bundesamt für Justiz...	*15*
8. Deutsches Patent- und Markenamt...	*108*
Zusammen...	*671*

Zu 1.:

1. *Fachtagungen von internationalen Organisationen und Sitzungen von Gremien der EU in der Bundesrepublik Deutschland als gastgebendem Land.*
2. *Internationaler Erfahrungsaustausch mit fachlichen Führungskräften. Einladungen an fachliche Führungskräfte insbesondere aus den Ländern Mittel- und Osteuropas zu Informationsbesuchen in der Bundesrepublik Deutschland.*
3. *Entsendung von nicht im Bundesdienst stehenden Fachleuten und von Landesjugendvertretern zu internationalen Fachveranstaltungen im Ausland sowie Teilnahme dieser Kreise an Informationsfahrten ins Ausland.*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 545 01

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0701 Tit. 545 01	*140*	*262*
Kap. 0704 Tit. 545 01	*-*	*-*
Kap. 0705 Tit. 545 01	*15*	*1*
Kap. 0707 Tit. 545 01	*40*	*-*
Kap. 0708 Tit. 545 01	*15*	*13*
Kap. 0710 Tit. 545 01	*190*	*108*
Kap. 1011 Tit. 545 01	*85*	*78*
Zusammen	*485*	*462*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F **634 03** *-011*	*Zuweisungen an den Versorgungsfonds*	*16 674*	*745*	*1 196*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
Für Ausgaben der nachfolgenden Behörden:	
1. Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz	*1 058*
2. Bundesgerichtshof	*2 732*
3. Der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof	*642*
4. Bundesverwaltungsgericht	*1 785*
5. Bundesfinanzhof	*1 262*
6. Bundespatentgericht	*305*
7. Bundesamt für Justiz	*1 675*
8. Deutsches Patent- und Markenamt	*7 215*
Zusammen	*16 674*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0701 Tit. 634 03	*745*	*1 196*
Kap. 0703 Tit. 634 03	*3 255*	*2 608*
Kap. 0704 Tit. 634 03	*412*	*1 792*
Kap. 0705 Tit. 634 03	*1 807*	*1 692*
Kap. 0706 Tit. 634 03	*1 147*	*1 487*
Kap. 0707 Tit. 634 03	*204*	*873*
Kap. 0708 Tit. 634 03	*1 108*	*1 569*
Kap. 0710 Tit. 634 03	*6 168*	*4 820*
Zusammen	*14 846*	*16 037*

Vorbemerkung

Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz ist in erster Linie mit der Vorbereitung, Veränderung und Aufhebung von Gesetzen und Verordnungen auf den folgenden Gebieten befasst:

1. Bürgerliches Recht,
2. Handels-, Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht, Recht des gewerblichen Rechtsschutzes und Urheberrecht,
3. Strafrecht,
4. Gerichtsverfassungs- und Verfahrensrecht für die einzelnen Gerichtsbarkeiten (außer Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit - dort mitberatend),
5. Dienst- bzw. Berufsrecht der Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte, Notarinnen und Notare, Patentanwältinnen und Patentanwälte sowie Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger.

Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz ist außerdem „Verfassungsressort". Gemeinsam mit dem Bundesministerium des Innern hat es zu gewährleisten, dass gesetzliche Regelungen mit dem Grundgesetz vereinbar sind. Es wirkt bei allen Gesetz- und Verordnungsentwürfen der anderen Bundesministerien mit und prüft hierbei die Entwürfe auf ihre Vereinbarkeit mit der Verfassung sowie auf ihre einheitliche rechtssystematische und rechtsförmliche Gestaltung (Rechtsprüfung). Es arbeitet darüber hinaus auch bei Rechtsetzungsvorhaben der Europäischen Union mit. Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz bereitet die Wahl der Richterinnen und Richter des Bundesverfassungsgerichts sowie der drei obersten Gerichtshöfe des Bundes in seinem Geschäftsbereich (Bundesgerichtshof, Bundesverwaltungsgericht und Bundesfinanzhof) vor.

Außerdem nimmt das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz die Dienstaufsicht über die genannten obersten Gerichtshöfe und das Bundespatentgericht sowie die Dienst- und Fachaufsicht über jene Behörden wahr, die zu seinem Geschäftsbereich gehören. Dies sind der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof, das Bundesamt für Justiz und das Deutsche Patent- und Markenamt.

Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz hat seinen Sitz in Berlin und eine Dienststelle in Bonn. Das Ministerium gliedert sich in die folgenden sechs Abteilungen:

Abteilung Z	Justizverwaltung
Abteilung R	Rechtspflege
Abteilung I	Bürgerliches Recht
Abteilung II	Strafrecht
Abteilung III	Handels- und Wirtschaftsrecht
Abteilung IV	Verfassungs- und Verwaltungsrecht; Völker- und Europarecht.

Überblick zum Kapitel 0712	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	15 568	15 568	-		16 538
Übrige Einnahmen	-	-	-		-
Gesamteinnahmen	15 568	15 568	-		16 538
Ausgaben					
Personalausgaben	40 741	41 294	-553	69	38 971
Sächliche Verwaltungsausgaben	24 737	24 096	+641	1 086	12 784
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	140	80	+60		152
Ausgaben für Investitionen	1 172	821	+351	782	2 571
Besondere Finanzierungsausgaben	-	-	-		-
Gesamtausgaben	66 790	66 291	+499	1 937	54 478
davon flexibilisiert	52 640	52 201	+439	1 937	49 948
davon nicht flexibilisiert	14 150	14 090	+60		4 530
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung	113 400 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2018 bis zu	3 780 T€				
im Haushaltsjahr 2019 bis zu	3 780 T€				
im Haushaltsjahr 2020 bis zu	3 780 T€				
im Haushaltsjahr 2021 bis zu	3 780 T€				
im Haushaltsjahr 2022 bis zu	3 780 T€				
im Haushaltsjahr 2023 bis zu	3 780 T€				
im Haushaltsjahr 2024 bis zu	3 780 T€				
im Haushaltsjahr 2025 bis zu	3 780 T€				
im Haushaltsjahr 2026 bis zu	3 780 T€				
im Haushaltsjahr 2027 bis zu	3 780 T€				
im Haushaltsjahr 2028 bis zu	3 780 T€				
im Haushaltsjahr 2029 bis zu	3 780 T€				
im Haushaltsjahr 2030 bis zu	3 780 T€				
im Haushaltsjahr 2031 bis zu	3 780 T€				
im Haushaltsjahr 2032 bis zu	3 780 T€				
im Haushaltsjahr 2033 bis zu	3 780 T€				
im Haushaltsjahr 2034 bis zu	3 780 T€				
ab dem Haushaltsjahr 2035 bis zu	49 140 T€				

0712 Bundesministerium

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

111 01 -011	Gebühren, sonstige Entgelte	-	-	1

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0701 Tit. 111 01	-	1

112 01 -011	Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten	1	1	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0701 Tit. 112 01	1	-

119 01 -013	Einnahmen aus Veröffentlichungen	13 000	13 000	13 369

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass das Bundesgesetzblatt und sonstige Veröffentlichungen der Bundesanzeiger Verlags-GmbH an die obersten Bundesbehörden, das Bundesverfassungsgericht, die obersten Gerichtshöfe des Bundes und bis zur Höhe von insgesamt 100 Druckschriften je Auflage an außerhalb der Bundesverwaltung stehende Stellen unentgeltlich abgegeben werden.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
Entgelt für die Überlassung des Druckes und des Vertriebs des Bundesanzeigers an die Bundesanzeiger Verlags-GmbH. Der Betrag ist die geschätzte Summe von 25 Prozent des Umsatzes der Gesellschaft für den Vertrieb des Bundesanzeigers......................................	13 318
Weniger für Ausgaben für den Bezug des Bundesgesetzblattes durch Bundesbehörden..	-318
Zusammen...	13 000

(Bezugspreis jährlich 100 € x 3 530 Exemplare = 353 000 € abzüglich Sonderrabatt von 10 Prozent = 35 300 € ergibt 317 700 € gerundet 318 000 €).

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0701 Tit. 119 01	13 000	13 369

119 02 -059	Einnahmen aus Gewinnabschöpfungen nach dem Gesetz über den unlauteren Wettbewerb	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Rückzahlungen aufgrund der erforderlichen Erstattung aus der Gewinnabschöpfung sind von den Einnahmen abzusetzen, auch wenn die Einnahmen in den Vorjahren vereinnahmt wurden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 119 02

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0701 Tit. 119 02	-	-

119 99 -011	Vermischte Einnahmen	5	5	145

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0701 Tit. 119 99	5	145

121 03 -680	Gewinn aus der Beteiligung an der juris GmbH	2 557	2 557	3 018

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
Geschätzter ausschüttungsfähiger Reingewinn....................................	6 076
50,01 Prozent hieraus...	-3 038
ab hälftige Kapitalertragsteuer (Steuersatz 15 Prozent) zuzügl. 5,5 Prozent von dieser als Solidaritätszuschlag..................................	-481
Zusammen..	2 557

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 2 681 368,03 €, die Beteiligung des Bundes an diesem Kapital 1 341 016,35 €. Der Gewinnanteil des Bundes beträgt 50,01 Prozent des ausschüttungsfähigen Reingewinns abzüglich hälftige Kapitalertragsteuer (Steuersatz 15 Prozent) zuzügl. 5,5 Prozent von dieser als Solidaritätszuschlag.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0701 Tit. 121 03	2 557	3 018

124 01 -011	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	5	5	5

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0701 Tit. 124 01	5	5

Übrige Einnahmen

271 01 -011	Erstattungen von der EU	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind wegen bindender Vorgaben der EU zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Kap. 0711 Tit. 545 01 und Kap. 0712 Tit. 532 07.

0712 Bundesministerium

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 271 01

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0701 Tit. 271 01	-	-

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

1. Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.
2. Mehrausgaben bei folgenden Titeln: **Kap. 0712 flexibilisierter Bereich** dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 0711 Tit. 282 08.

Sächliche Verwaltungsausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
518 02 -011	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	9 478	9 478	-

Verpflichtungsermächtigung.. 113 400 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.. 3 780 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu.. 3 780 T€
im Haushaltsjahr 2020 bis zu.. 3 780 T€
im Haushaltsjahr 2021 bis zu.. 3 780 T€
im Haushaltsjahr 2022 bis zu.. 3 780 T€
im Haushaltsjahr 2023 bis zu.. 3 780 T€
im Haushaltsjahr 2024 bis zu.. 3 780 T€
im Haushaltsjahr 2025 bis zu.. 3 780 T€
im Haushaltsjahr 2026 bis zu.. 3 780 T€
im Haushaltsjahr 2027 bis zu.. 3 780 T€
im Haushaltsjahr 2028 bis zu.. 3 780 T€
im Haushaltsjahr 2029 bis zu.. 3 780 T€
im Haushaltsjahr 2030 bis zu.. 3 780 T€
im Haushaltsjahr 2031 bis zu.. 3 780 T€
im Haushaltsjahr 2032 bis zu.. 3 780 T€
im Haushaltsjahr 2033 bis zu.. 3 780 T€
im Haushaltsjahr 2034 bis zu.. 3 780 T€
ab dem Haushaltsjahr 2035 bis zu...................................... 49 140 T€

Haushaltsvermerk:

1. Erstattungen Dritter fließen den Ausgaben zu.
2. Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.

Erläuterungen:

Von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben als Eigenbaumaßnahme zu realisierende Unterbringung (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	genehmigte Gesamtkosten 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Veranschlagt 2014 1 000 €	Vorbehalten für 2015 ff. 1 000 €	Jährlicher Mietzins 1 000 €	voraussichtliche Übergabe
1	2	3	4	5	6	7	8
1. Umbau und Modernisierung der Dienststelle Berlin des Europäischen Patentamtes Gitschiner Straße...	**28 220**	**-**	**-**	**-**	**28 220**	**3 780**	**2018**

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 518 02

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0701 Tit. 518 02	9 478	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
532 04 -011	Kosten für das Vorhalten von Datenbanken durch die juris GmbH	3 995	3 995	3 994

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0701 Tit. 532 03	3 995	3 994

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
532 07 -011	Kosten der Pflege internationaler Beziehungen auf dem Gebiet des Rechts	537	537	384

Haushaltsvermerk:

1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 271 01.
2. Erstattungen der Länder fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0701 Tit. 532 07	537	384

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
681 01 -011	Entschädigungsleistungen	140	80	152

Haushaltsvermerk:

Erstattungen aus Verurteilungen der Bundesrepublik Deutschland vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0701 Tit. 681 01	80	152

0712 Bundesministerium

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Flexibilisierte Ausgaben

Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG

		Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
	Aus Hauptgruppe 4	40 741	41 294 *69*	38 971
	Aus Hauptgruppe 5	10 727	10 086 *1 086*	8 406
	Aus Hauptgruppe 7	19	19 *587*	1 334
	Aus Hauptgruppe 8	1 153	802 *195*	1 237
	Aus Hauptgruppe 9	-	-	-
	Zusammen	52 640	52 201 *1 937*	49 948

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***421 01*** *-011*	*Bezüge des Bundesministers und der Parlamentarischen Staatssekretäre*	*468*	*293*	*293*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0701 Tit. 421 01	*293*	*293*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***422 01*** *-011*	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*20 630*	*20 166*	*19 313*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0701 Tit. 422 01	*20 166*	*19 313*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***422 02*** *-011*	*Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte*	*7 828*	*7 709*	*7 569*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0701 Tit. 422 02	*7 709*	*7 569*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***427 09*** *-011*	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*897*	*888*	*775*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0701 Tit. 427 09	*888*	*775*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F **428 01** -011	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*10 052*	*10 743*	*9 898*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0701 Tit. 428 01	*10 743*	*9 898*

F **453 01** -011	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	*866*	*1 200*	*874*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0701 Tit. 453 01	*1 200*	*874*

F **511 01** -011	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände, Software, Wartung*	*1 777*	*1 200*	*1 035*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0701 Tit. 511 01	*1 200*	*1 035*
Kap. 0701 Tit. 511 55	*413*	*415*
Zusammen	*1 613*	*1 450*

F **517 01** -011	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	*2 800*	*2 625*	*2 388*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0701 Tit. 517 01	*2 625*	*2 388*

F **519 01** -011	*Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen*	*373*	*373*	*364*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0701 Tit. 519 01	*373*	*364*

F **525 01** -011	*Aus- und Fortbildung*	*236*	*99*	*37*

Erläuterungen:

Die Ausgaben für die Fortbildung der Richterinnen und Richter im Bundesdienst sind zentral für den gesamten Einzelplan veranschlagt.

0712 Bundesministerium

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 525 01

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0701 Tit. 525 01	99	37
Kap. 0701 Tit. 525 55	87	20
Zusammen	186	57

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F **527 01** -011	*Dienstreisen*	942	910	743

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0701 Tit. 527 01	910	743

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F **532 01** -011	*Aufträge und Dienstleistungen im Bereich Informationstechnik*	2 349	1 738	1 317

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0701 Tit. 532 55	1 738	1 317

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F **532 03** -011	*Sonstige Dienstleistungsaufträge an Dritte*	930	930	807

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Einrichtung einer Verbindungsstelle elektronischer Geschäftsverkehr	60
2. Übersetzungskosten	238
3. Institutionalisierung eines Redaktionsstabes der Bundesregierung "Verständliche Gesetzessprache"	632
Zusammen	930

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0701 Tit. 532 01	930	807

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F **539 99** -011	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	351	290	294

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	51
2. Mieten und Pachten	59
3. Sonstiges	241
Zusammen	351

Zu 1.:

Bezeichnung	Soll 2014	Soll 2013
personengebundene Pkw	5	3

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 539 99

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0701 Tit. 514 01	*45*	*50*
Kap. 0701 Tit. 518 01	*46*	*57*
Kap. 0701 Tit. 518 55	*8*	*-*
Kap. 0701 Tit. 539 99	*290*	*294*
Kap. 0701 Tit. 546 88	*10*	*7*
Zusammen	*399*	*408*

F **544 01** -011	*Forschung, Untersuchungen und Ähnliches*	*969*	*761*	*429*

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0701 Tit. 544 01	*761*	*429*

F **711 01** -011	*Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten*	*19*	*19*	*-*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0701 Tit. 711 01	*19*	*-*

F **712 01** -011	*Baumaßnahmen von mehr als 2 000 000 € im Einzelfall*	*-*	*-*	*1 334*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0701 Tit. 712 01	*-*	*1 334*

F **811 01** -011	*Erwerb von Fahrzeugen*	*-*	*-*	*181*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
Ersatzbeschaffung	
1 Pkw bis 51 000 €	*51*
4 Pkw bis 44 500 €	*178*
1 Pkw bis 30 200 €	*30*
1 Pkw bis 30 400 €	*30*
abzgl. Mehreinnahmen bei Tit. 119 99 aus der Veräußerung von Dienst-Kfz gem. § 6 Abs. 7 HG	*-289*
Zusammen	*-*

0712 Bundesministerium

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 811 01

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0701 Tit. 811 01	-	181

F **812 01** -011	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)*	*322*	*192*	*117*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0701 Tit. 812 01	192	117

F **812 02** -011	*Erwerb von Anlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Software im Bereich Informationstechnik*	*831*	*610*	*939*

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Erstbeschaffung...	90
2. Erweiterung..	70
3. Ersatzbeschaffung..	671
Zusammen..	831

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0701 Tit. 812 55	610	939

Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel

F 443 02 -313	*Inanspruchnahme überbetrieblicher betriebsärztlicher und sicherheitstechnischer Dienste, von Betriebsärztinnen und Betriebsärzten sowie Fachkräften für Arbeitssicherheit*		*295*	*249*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0701 Tit. 443 02	295	249

F 511 55 -011	*Geschäftsbedarf und Datenübertragung sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Software, Wartung*		*413*	*415*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0701 Tit. 511 55	413	415

F 514 01 -011	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*		*45*	*50*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0701 Tit. 514 01	45	50

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 518 01 -011	*Mieten und Pachten*		*46*	*57*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0701 Tit. 518 01	46	57

F 518 55 -011	*Miete für Datenverarbeitungsanlagen, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Maschinen, Software*		*8*	*-*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0701 Tit. 518 55	8	-

F 525 55 -011	*Aus- und Fortbildung*		*87*	*20*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0701 Tit. 525 55	87	20

F 526 03 -011	*Ausgaben für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen*		*1*	*-*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0701 Tit. 526 03	1	-

F 543 01 -011	*Veröffentlichung und Dokumentation*		*550*	*443*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0701 Tit. 543 01	550	443

F 546 88 -012	*Förderung des Vorschlagwesens*		*10*	*7*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0701 Tit. 546 88	10	7

0712 Bundesministerium

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
972 09 -880	Globale Minderausgabe		-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0701 Tit. 972 09	-	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 972 88 -880	*Einsparungen flexibilisierter Mittel im Epl. 07*		-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0701 Tit. 972 88	-	-

Vorbemerkung

Der Bundesgerichtshof ist als oberster Gerichtshof des Bundes für Zivil- und Strafsachen höchste Instanz der ordentlichen Gerichtsbarkeit. Durch seine Entscheidungen soll insbesondere eine einheitliche Rechtsanwendung erreicht und eine geordnete Fortentwicklung des Rechts sichergestellt werden. Vor allem auf dem Gebiet des Strafrechts ist aber auch der Gesichtspunkt der Einzelfallgerechtigkeit von hoher Bedeutung. Darüber hinaus sind in Staatsschutz-Strafsachen als Ermittlungsrichter Richterinnen bzw. Richter am Bundesgerichtshof zuständig, wenn der Generalbundesanwalt die Ermittlungen führt.

Der Bundesgerichtshof hat seinen Sitz in Karlsruhe. Entsprechend den Beschlüssen der Unabhängigen Föderalismuskommission vom Deutschen Bundestag und Bundesrat vom 27. Mai 1992 ist der 5. Strafsenat des Bundesgerichtshofs von Berlin nach Leipzig verlagert worden. Neue Strafsenate werden ausschließlich in Leipzig errichtet. Für jeden in Karlsruhe neu errichteten Zivilsenat wird ein Strafsenat von Karlsruhe nach Leipzig verlagert.

Durch das Gesetz zur Wahrung der Einheitlichkeit der Rechtsprechung der obersten Gerichtshöfe des Bundes vom 19. Juni 1968 (BGBl. I S. 661) ist mit dem Sitz in Karlsruhe ein Gemeinsamer Senat der obersten Gerichtshöfe des Bundes gebildet worden. Die für ihn erforderlichen Haushaltsmittel sind in diesem Kapitel veranschlagt; ausgenommen sind die Reisekosten derjenigen Mitglieder des Gemeinsamen Senats, die anderen obersten Gerichtshöfen angehören.

Die allgemeine Verwaltung (teilweise) sowie die Bibliothek sind auch für die Dienststellen des Generalbundesanwalts beim Bundesgerichtshof (Kapitel 0714) tätig.

Überblick zum Kapitel 0713	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	15 408	15 408	-		21 991
Übrige Einnahmen	-	-	-		-
Gesamteinnahmen	15 408	15 408	-		21 991
Ausgaben					
Personalausgaben	27 417	29 339	-1 922	63	26 943
Sächliche Verwaltungsausgaben	8 446	6 722	+1 724	253	4 343
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	3	3 258	-3 255		2 610
Ausgaben für Investitionen	915	693	+222	200	1 012
Gesamtausgaben	36 781	40 012	-3 231	516	34 908
davon flexibilisiert	33 576	36 591	-3 015	516	34 096
davon nicht flexibilisiert	3 205	3 421	-216		812

0713 Bundesgerichtshof

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

111 01 -051	Gebühren, sonstige Entgelte	15 394	15 394	21 931

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen zu Nr. 2 der Erläuterungen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: **Kap. 0711 Tit. 526 01.**

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Gebühren, Sonstige Entgelte	15 394
2. Auslagenvorschüsse für Zeugen und Sachverständige	-
Zusammen	15 394

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0703 Tit. 111 01	15 394	21 931

119 99 -051	Vermischte Einnahmen	11	11	5

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0703 Tit. 119 99	11	5

132 01 -051	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	3	3	55

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0703 Tit. 132 01	3	55

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

1. Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.
2. Mehrausgaben bei folgenden Titeln: **Kap. 0713 flexibilisierter Bereich** dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: **Kap. 0711 Tit. 282 08.**

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Sächliche Verwaltungsausgaben

518 02 -051	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	3 205	3 205	104

Haushaltsvermerk:

1. Erstattungen Dritter fließen den Ausgaben zu.
2. Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0703 Tit. 518 02	3 205	104

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)

681 01 -051	Entschädigungen (auch aus Billigkeitsgründen) an Beschuldigte in Strafsachen	-	-	-

Erläuterungen:

Ausgaben für Entschädigungen in Wiederaufnahmeverfahren und für Entschädigungen für unschuldig erlittene Untersuchungshaft.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0703 Tit. 681 01	-	-

Flexibilisierte Ausgaben

Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG

	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3.........	27 417	32 594 *63*	29 551
Aus Hauptgruppe 5.........	5 241	3 304 *253*	3 533
Aus Hauptgruppe 6 ohne Titel 634 .3.........	3	-	-
Aus Hauptgruppe 7.........	50	200 *32*	533
Aus Hauptgruppe 8.........	865	493 *168*	479
Zusammen.........	33 576	36 591 *516*	34 096

F ***422 01*** *-051*	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Richterinnen, Richter, Beamtinnen und Beamten*	*18 289*	*19 160*	*18 009*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0703 Tit. 422 01	*19 160*	*18 009*

0713 Bundesgerichtshof

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F ***422 02*** *-051*	*Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte*	*3 514*	*3 865*	*3 246*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0703 Tit. 422 02	*3 865*	*3 246*

F ***427 09*** *-051*	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*107*	*106*	*71*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0703 Tit. 427 09	*106*	*71*

F ***428 01*** *-051*	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*5 157*	*5 858*	*5 313*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0703 Tit. 428 01	*5 858*	*5 313*

F ***453 01*** *-051*	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	*350*	*350*	*304*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0703 Tit. 453 01	*350*	*304*

F ***511 01*** *-051*	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände, Software, Wartung*	*1 728*	*920*	*942*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0703 Tit. 511 01	*920*	*942*
Kap. 0703 Tit. 511 55	*140*	*238*
Zusammen	*1 060*	*1 180*

F ***517 01*** *-051*	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	*1 256*	*908*	*826*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0703 Tit. 517 01	*908*	*826*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F **518 01** *-051*	*Mieten und Pachten*	*500*	*400*	*382*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0703 Tit. 518 01	*400*	*382*

F **519 01** *-051*	*Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen*	*288*	*288*	*590*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0703 Tit. 519 01	*288*	*590*

F **532 01** *-051*	*Aufträge und Dienstleistungen im Bereich Informationstechnik*	*647*	*182*	*96*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0703 Tit. 532 55	*182*	*96*

F **532 03** *-051*	*Sonstige Dienstleistungsaufträge an Dritte*	*375*	*301*	*305*

Erläuterungen:

Kosten der Werkvertragskräfte für Dokumentbearbeitung (Übertragung der Dokumentation der Instanzenrechtsprechung auf die Bundesgerichte).

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0703 Tit. 532 01	*301*	*305*

F **539 99** *-051*	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*447*	*22*	*35*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl......................	*51*
2. Dienstreisen..	*55*
3. Sonstiges...	*341*
Zusammen..	*447*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0703 Tit. 514 01	*50*	*49*
Kap. 0703 Tit. 525 01	*18*	*9*
Kap. 0703 Tit. 525 55	*20*	*16*
Kap. 0703 Tit. 527 01	*55*	*45*
Kap. 0703 Tit. 539 99	*22*	*35*
Zusammen	*165*	*154*

0713 Bundesgerichtshof

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F ***687 09*** *-059*	*Mitgliedsbeiträge und sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Ausland geringeren Umfangs*	*3*	*3*	*2*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0703 Tit. 687 01	*3*	*2*

F ***711 01*** *-051*	*Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten*	*50*	*200*	*48*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0703 Tit. 711 01	*200*	*48*

F ***712 01*** *-051*	*Baumaßnahmen von mehr als 2 000 000 € im Einzelfall*	*-*	*-*	*485*

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen *(davon neue Maßnahmen in Fettdruck)*	*Gesamt-ausgaben des Bundes 1 000 €*	*Verausgabt bis 2012 1 000 €*	*Bewilligt 2013 1 000 €*	*Nach 2013 übertragene Ausgabereste 1 000 €*	*Veranschlagt 2014 1 000 €*	*Vorbehalten für 2015 ff 1 000 €*
1	*2*	*3*	*4*	*5*	*6*	*7*
1. Erweiterungs- und Umbaumaßnahmen des Bundesgerichtshofs in Karlsruhe						
1.1 Vorbereitende Maßnahmen zur Zusammenführung des Bundesgerichtshofs auf einer Liegenschaft in Karlsruhe	*307*	*307*	*-*	*-*	*-*	*-*
1.2 Abbruch- und Baumaßnahme	*26 050*	*26 050*	*-*	*-*	*-*	*-*
Zusammen	*26 357*	*26 357*	*-*	*-*	*-*	*-*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0703 Tit. 712 01	*-*	*485*

F ***811 01*** *-051*	*Erwerb von Fahrzeugen*	*31*	*43*	*52*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
Ersatzbeschaffung	
2 Pkw	*59*
1 Kleintransporter	*31*
abzgl. Mehreinnahmen bei Tit. 132 01 aus der Veräußerung von Dienst-Kfz gem. § 6 Abs. 7 HG	*-59*
Zusammen	*31*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0703 Tit. 811 01	*43*	*52*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu flexibilisierte Ausgaben			
F ***812 01 -051***	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)*	*230*	*80*	*90*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0703 Tit. 812 01	*80*	*90*

F ***812 02 -051***	*Erwerb von Anlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Software im Bereich Informationstechnik*	*604*	*370*	*337*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Erstbeschaffung...	*86*
2. Ersatzbeschaffung..	*518*
Zusammen..	*604*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0703 Tit. 812 55	*370*	*337*

Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel

282 08 -051	Einnahmen aus Prämienzahlungen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben		-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0703 Tit. 282 08	-	-

F *511 55 -051*	*Geschäftsbedarf und Datenübertragung sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Software, Wartung*		*140*	*238*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0703 Tit. 511 55	*140*	*238*

F *514 01 -051*	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*		*50*	*49*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0703 Tit. 514 01	*50*	*49*

0713 Bundesgerichtshof

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 525 01 -051	*Aus- und Fortbildung*		*18*	*9*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0703 Tit. 525 01	*18*	*9*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 525 55 -051	*Aus- und Fortbildung*		*20*	*16*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0703 Tit. 525 55	*20*	*16*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
526 01 -051	Gerichts- und ähnliche Kosten		211	692

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0703 Tit. 526 01	211	692

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 527 01 -051	*Dienstreisen*		*55*	*45*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0703 Tit. 527 01	*55*	*45*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
542 01 -013	Öffentlichkeitsarbeit		2	14

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0703 Tit. 542 01	2	14

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 634 03 -051	*Zuweisungen an den Versorgungsfonds*		*3 255*	*2 608*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0703 Tit. 634 03	*3 255*	*2 608*

Vorbemerkung

Der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof übt das Amt der Staatsanwaltschaft bei dem Bundesgerichtshof aus. Er hat seinen Sitz in Karlsruhe und eine Dienststelle beim 5. Strafsenat des Bundesgerichtshofes in Leipzig. Dem Generalbundesanwalt obliegt u. a. die Mitwirkung an den Revisions- und Beschwerdeverfahren vor den Strafsenaten des Bundesgerichtshofes sowie die erstinstanzliche Strafverfolgung von Delikten gegen die innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere von terroristischen Gewalttaten, Delikten gegen die äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland, vor allem von Landesverrat und Spionage, Straftaten nach dem Völkerstrafgesetzbuch sowie in besonderen Fällen von Straftaten nach dem Außenwirtschaftsgesetz und dem Kriegswaffenkontrollgesetz.

Daneben ist der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof Eurojust-Anlaufstelle für Terrorismusfragen.

Überblick zum Kapitel 0714	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	261	261	-		208
Übrige Einnahmen	-	-	-		-
Gesamteinnahmen	261	261	-		208
Ausgaben					
Personalausgaben	13 249	14 520	-1 271	336	13 839
Sächliche Verwaltungsausgaben	6 294	5 020	+1 274	462	3 494
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	11 700	5 212	+6 488	190	6 892
Ausgaben für Investitionen	428	503	-75	541	129
Gesamtausgaben	31 671	25 255	+6 416	1 529	24 354
davon flexibilisiert	18 082	17 400	+682	1 529	17 954
davon nicht flexibilisiert	13 589	7 855	+5 734		6 400
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung	600 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu	200 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu	200 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu	200 T€				

0714 Der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
112 01 -051	Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten	256	256	112

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0704 Tit. 112 01	256	112

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
119 99 -051	Vermischte Einnahmen	5	5	96

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen, die von einer internationalen Organisation oder Einrichtung zur Erstattung der Kosten für die Vollstreckung in völkerstrafrechtlichen Sachen veranlasst werden, dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 632 01.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0704 Tit. 119 99	5	96

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

1. Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.
2. Mehrausgaben bei folgenden Titeln: **Kap. 0714 flexibilisierter Bereich** dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: **Kap. 0711 Tit. 282 08.**

Sächliche Verwaltungsausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
518 02 -051	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	1 889	1 889	-

Haushaltsvermerk:

1. Erstattungen Dritter fließen den Ausgaben zu.
2. Minderausgaben dürfen nicht **zur** Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0704 Tit. 518 02	1 889	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)			
632 01 -051	Verwaltungskostenerstattung an Länder	11 700	4 800	5 100

Verpflichtungsermächtigung.. 600 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 200 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 200 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 200 T€

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben durch völkerstrafrechtliche Vollstreckungssachen dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.

Erläuterungen:

Bei den Ausgaben handelt es sich im Wesentlichen um an die Länder zu erstattende Kosten für Ermittlungstätigkeiten und die Vollstreckung von Untersuchungshaft und Strafhaft einschließlich medizinischer Betreuung - auch in völkerstrafrechtlichen Sachen - sowie um die Erstattung von anfallenden Kosten für Hauptverhandlungen vor den Oberlandesgerichten in Strafverfahren gemäß § 120 Abs. 7 GVG.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0704 Tit. 632 01	4 800	5 100

Flexibilisierte Ausgaben

Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG

	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3..	13 249	14 932 *526*	15 631
Aus Hauptgruppe 5..	4 405	1 965 *462*	2 194
Aus Hauptgruppe 7..	100	- *202*	-
Aus Hauptgruppe 8..	328	503 *339*	129
Zusammen..	18 082	17 400 *1 529*	17 954

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F **422 01** *-051*	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Staatsanwältinnen, Staatsanwälte, Beamtinnen und Beamten*	*9 299*	*9 858*	*9 291*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0704 Tit. 422 01	*9 858*	*9 291*

0714 Der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F ***422 02*** *-051*	*Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte*	*1 377*	*2 108*	*2 051*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0704 Tit. 422 02	*2 108*	*2 051*

F ***427 09*** *-051*	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*3*	*3*	*55*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0704 Tit. 427 09	*3*	*55*

F ***428 01*** *-051*	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*2 334*	*2 315*	*2 260*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0704 Tit. 428 01	*2 315*	*2 260*

F ***453 01*** *-051*	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	*236*	*236*	*182*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0704 Tit. 453 01	*236*	*182*

F ***511 01*** *-051*	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände, Software, Wartung*	*1 860*	*468*	*276*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0704 Tit. 511 01	*468*	*276*
Kap. 0704 Tit. 511 55	*158*	*288*
Zusammen	*626*	*564*

F ***514 01*** *-051*	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*	*123*	*123*	*152*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*Soll 2014*	*Soll 2013*
personengebundene Pkw..	*2*	*2*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 514 01

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0704 Tit. 514 01	*123*	*152*

F ***517 01*** *-051*	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	*900*	*684*	*860*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0704 Tit. 517 01	*684*	*860*

F ***519 01*** *-051*	*Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen*	*90*	*90*	*133*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0704 Tit. 519 01	*90*	*133*

F ***527 01*** *-051*	*Dienstreisen*	*329*	*329*	*349*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0704 Tit. 527 01	*329*	*349*

F ***532 01*** *-051*	*Aufträge und Dienstleistungen im Bereich Informationstechnik*	*325*	*25*	*39*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0704 Tit. 532 55	*25*	*39*

F ***539 99*** *-051*	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*778*	*18*	*18*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Mieten und Pachten..	*55*
2. Sonstiges...	*723*
Zusammen...	*778*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0704 Tit. 518 01	*40*	*53*
Kap. 0704 Tit. 518 55	*-*	*-*
Kap. 0704 Tit. 525 01	*15*	*18*
Kap. 0704 Tit. 525 55	*15*	*8*
Kap. 0704 Tit. 539 99	*18*	*18*

0714 Der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 539 99

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Zusammen	*88*	*97*

F ***711 01*** *-051*	*Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten*	*100*	*-*	*-*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0704 Tit. 711 01	*-*	*-*

F ***712 01*** *-051*	*Baumaßnahmen von mehr als 2 000 000 € im Einzelfall*	*-*	*-*	*-*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0704 Tit. 712 01	*-*	*-*

F ***811 01*** *-051*	*Erwerb von Fahrzeugen*	*-*	*-*	*107*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
Ersatzbeschaffung	
4 Pkw	*116*
abzgl. Mehreinnahmen bei Tit. 119 99 aus der Veräußerung von Dienst-Kfz gem. § 6 Abs. 7 HG	*-116*
Zusammen	*-*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0704 Tit. 811 01	*-*	*107*

F ***812 01*** *-051*	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)*	*-*	*-*	*8*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0704 Tit. 812 01	*-*	*8*

F ***812 02*** *-051*	*Erwerb von Anlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Software im Bereich Informationstechnik*	*328*	*503*	*14*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
Ersatzbeschaffung	*328*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 812 02

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0704 Tit. 812 55	*503*	*14*

Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
282 08 -051	Einnahmen aus Prämienzahlungen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben		-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0704 Tit. 282 08	-	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 511 55 -051	*Geschäftsbedarf und Datenübertragung sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Software, Wartung*		*158*	*288*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0704 Tit. 511 55	*158*	*288*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 518 01 -051	*Mieten und Pachten*		*40*	*53*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0704 Tit. 518 01	*40*	*53*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 518 55 -051	*Miete für Datenverarbeitungsanlagen, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Maschinen, Software*		*-*	*-*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0704 Tit. 518 55	*-*	*-*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 525 01 -051	*Aus- und Fortbildung*		*15*	*18*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0704 Tit. 525 01	*15*	*18*

0714 Der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 525 55 -051	*Aus- und Fortbildung*		*15*	*8*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0704 Tit. 525 55	*15*	*8*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
526 01 -051	Gerichts- und ähnliche Kosten		1 166	1 300

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0704 Tit. 526 01	1 166	1 300

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 545 01 -051	*Konferenzen, Tagungen, Messen und Ausstellungen*		*-*	*-*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0704 Tit. 545 01	*-*	*-*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 634 03 -051	*Zuweisungen an den Versorgungsfonds*		*412*	*1 792*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0704 Tit. 634 03	*412*	*1 792*

Vorbemerkung

Das Bundesverwaltungsgericht hat seinen Sitz in Leipzig. Es ist nach der Verwaltungsgerichtsordnung als oberster Gerichtshof für die allgemeine Verwaltungsgerichtsbarkeit zuständig, entscheidet aber auch in erster und letzter Instanz in den gesetzlich vorgesehenen Fällen. Weiterhin entscheidet das Bundesverwaltungsgericht in Verfahren nach dem Bundesdisziplinargesetz und auch noch nach der Bundesdisziplinarordnung sowie der Wehrdisziplinarordnung und der Wehrbeschwerdeordnung.

Überblick zum Kapitel 0715	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	2 579	2 579	-		1 477
Übrige Einnahmen	-	-	-		-
Gesamteinnahmen	2 579	2 579	-		1 477
Ausgaben					
Personalausgaben	12 664	13 851	-1 187	68	12 927
Sächliche Verwaltungsausgaben	6 322	5 613	+709	269	2 234
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	5	1 812	-1 807		1 697
Ausgaben für Investitionen	301	456	-155	258	474
Gesamtausgaben	19 292	21 732	-2 440	595	17 332
davon flexibilisiert	16 172	18 548	-2 376	595	17 286
davon nicht flexibilisiert	3 120	3 184	-64		46

0715 Bundesverwaltungsgericht

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

111 01 -051	Gebühren, sonstige Entgelte	2 569	2 569	1 400

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0705 Tit. 111 01	2 569	1 400

119 99 -051	Vermischte Einnahmen	10	10	77

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0705 Tit. 119 99	10	77

124 01 -051	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	-	-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0705 Tit. 124 01	-	-

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

1. Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.
2. Mehrausgaben bei folgenden Titeln: **Kap. 0715 flexibilisierter Bereich** dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: **Kap. 0711 Tit. 282 08.**

Sächliche Verwaltungsausgaben

518 02 -051	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	3 120	3 120	-

Haushaltsvermerk:

1. Erstattungen Dritter fließen den Ausgaben zu.
2. Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 518 02

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0705 Tit. 518 02	3 120	-

Flexibilisierte Ausgaben

Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG

	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3..	12 664	15 658 *68*	14 619
Aus Hauptgruppe 5...	3 202	2 434 *269*	2 193
Aus Hauptgruppe 6 ohne Titel 634 .3..	5	-	-
Aus Hauptgruppe 7...	22	22 *258*	-7
Aus Hauptgruppe 8...	279	434	481
Zusammen..	16 172	18 548 *595*	17 286

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***422 01*** *-051*	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Richterinnen, Richter, Beamtinnen und Beamten*	*9 059*	*9 819*	*9 169*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0705 Tit. 422 01	*9 819*	*9 169*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***422 02*** *-051*	*Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte*	*842*	*868*	*815*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0705 Tit. 422 02	*868*	*815*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***427 09*** *-051*	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*120*	*119*	*126*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0705 Tit. 427 09	*119*	*126*

0715 Bundesverwaltungsgericht

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu flexibilisierte Ausgaben			
F ***428 01*** *-051*	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*2 463*	*2 865*	*2 666*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0705 Tit. 428 01	2 865	2 666

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***453 01*** *-051*	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	*180*	*180*	*151*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0705 Tit. 453 01	180	151

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***511 01*** *-051*	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände, Software, Wartung*	*910*	*450*	*452*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0705 Tit. 511 01	450	452
Kap. 0705 Tit. 511 55	341	244
Zusammen	791	696

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***517 01*** *-051*	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	*1 299*	*957*	*821*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0705 Tit. 517 01	957	821

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***519 01*** *-051*	*Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen*	*469*	*291*	*317*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0705 Tit. 519 01	291	317

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***532 01*** *-051*	*Aufträge und Dienstleistungen im Bereich Informationstechnik*	*422*	*271*	*302*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0705 Tit. 532 55	271	302

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F ***539 99*** *-051*	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*102*	*9*	*3*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0705 Tit. 514 01	*17*	*8*
Kap. 0705 Tit. 518 01	*4*	*6*
Kap. 0705 Tit. 525 01	*20*	*7*
Kap. 0705 Tit. 525 55	*39*	*10*
Kap. 0705 Tit. 527 01	*20*	*22*
Kap. 0705 Tit. 539 99	*9*	*3*
Zusammen	*109*	*56*

F ***687 09*** *-059*	*Mitgliedsbeiträge und sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Ausland geringeren Umfangs*	*5*	*5*	*5*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0705 Tit. 687 01	*5*	*5*

F ***711 01*** *-051*	*Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten*	*22*	*22*	*-*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0705 Tit. 711 01	*22*	*-*

F ***712 01*** *-051*	*Baumaßnahmen von mehr als 2 000 000 € im Einzelfall*	*-*	*-*	*-7*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0705 Tit. 712 01	*-*	*-7*

F ***811 01*** *-051*	*Erwerb von Fahrzeugen*	*-*	*-*	*56*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
Ersatzbeschaffung	
1 Pkw bis 28 500 €	*29*
1 Pkw	*27*
abzgl. Mehreinnahmen bei Tit.119 99 aus der Veräußerung von Dienst-Kfz gem. § 6 Abs. 7 HG	*-56*
Zusammen	*-*

0715 Bundesverwaltungsgericht

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 811 01

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0705 Tit. 811 01	*-*	*56*

F ***812 01 -051***	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)*	*40*	*40*	*-*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0705 Tit. 812 01	*40*	*-*

F ***812 02 -051***	*Erwerb von Anlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Software im Bereich Informationstechnik*	*239*	*394*	*425*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Erweiterung...	*5*
2. Ersatzbeschaffung...	*229*
3. Sonstiges..	*5*
Zusammen...	*239*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0705 Tit. 812 55	*394*	*425*

Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel

282 08 -051	Einnahmen aus Prämienzahlungen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben		-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0705 Tit. 282 08	-	-

F *511 55 -051*	*Geschäftsbedarf und Datenübertragung sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Software, Wartung*		*341*	*244*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0705 Tit. 511 55	*341*	*244*

F *514 01 -051*	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*		*17*	*8*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0705 Tit. 514 01	*17*	*8*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 518 01 -051	*Mieten und Pachten*		*4*	*6*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0705 Tit. 518 01	*4*	*6*

F 525 01 -051	*Aus- und Fortbildung*		*20*	*7*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0705 Tit. 525 01	*20*	*7*

F 525 55 -051	*Aus- und Fortbildung*		*39*	*10*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0705 Tit. 525 55	*39*	*10*

526 01 -051	Gerichts- und ähnliche Kosten		56	39

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0705 Tit. 526 01	56	39

F 527 01 -051	*Dienstreisen*		*20*	*22*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0705 Tit. 527 01	*20*	*22*

542 01 -013	Öffentlichkeitsarbeit		3	2

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0705 Tit. 542 01	3	2

0715 Bundesverwaltungsgericht

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 545 01 -051	*Konferenzen, Tagungen, Messen und Ausstellungen*		*15*	*1*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0705 Tit. 545 01	*15*	*1*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 634 03 -051	*Zuweisungen an den Versorgungsfonds*		*1 807*	*1 692*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0705 Tit. 634 03	*1 807*	*1 692*

Vorbemerkung

Der Bundesfinanzhof mit Sitz in München ist als oberster Gerichtshof des Bundes die höchste Instanz der Finanzgerichtsbarkeit. Er entscheidet in Rechtsbehelfsverfahren in erster Linie über die Rechtmäßigkeit der Festsetzung von Steuern und Zöllen, außerdem u. a. über Kindergeld, Investitionszulage und bestimmte berufsrechtliche Angelegenheiten der Steuerberaterinnen und Steuerberater.

Überblick zum Kapitel 0716	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	3 450	3 450	-		3 618
Übrige Einnahmen	-	-	-		-
Gesamteinnahmen	3 450	3 450	-		3 618
Ausgaben					
Personalausgaben	10 888	13 194	-2 306	20	11 939
Sächliche Verwaltungsausgaben	3 631	3 711	-80	684	1 690
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	-	1 147	-1 147	240	1 487
Ausgaben für Investitionen	852	248	+604	804	135
Gesamtausgaben	15 371	18 300	-2 929	1 748	15 251
davon flexibilisiert	13 024	15 952	-2 928	1 748	15 250
davon nicht flexibilisiert	2 347	2 348	-1		1

0716 Bundesfinanzhof

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
111 01 -051	Gebühren, sonstige Entgelte	3 450	3 450	3 591

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0706 Tit. 111 01	3 450	3 591

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
119 99 -051	Vermischte Einnahmen	-	-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0706 Tit. 119 99	-	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
132 01 -051	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	-	-	27

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0706 Tit. 132 01	-	27

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

1. Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.
2. Mehrausgaben bei folgenden Titeln: **Kap. 0716 flexibilisierter Bereich** dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: **Kap. 0711 Tit. 282 08.**

Sächliche Verwaltungsausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
518 02 -051	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	2 347	2 347	-

Haushaltsvermerk:

1. Erstattungen Dritter fließen den Ausgaben zu.
2. Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 518 02

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0706 Tit. 518 02	2 347	-

Flexibilisierte Ausgaben

Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG

	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3...	10 888	14 341 *260*	13 426
Aus Hauptgruppe 5..	1 284	1 363 *684*	1 689
Aus Hauptgruppe 7..	654	20 *704*	27
Aus Hauptgruppe 8..	198	228 *100*	108
Zusammen..	13 024	15 952 *1 748*	15 250

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***422 01*** *-051*	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Richterinnen, Richter, Beamtinnen und Beamten*	*8 739*	*10 113*	*9 205*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0706 Tit. 422 01	*10 113*	*9 205*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***422 02*** *-051*	*Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte*	*564*	*764*	*718*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0706 Tit. 422 02	*764*	*718*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***427 09*** *-051*	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*225*	*162*	*218*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0706 Tit. 427 09	*162*	*218*

0716 Bundesfinanzhof

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F ***428 01*** *-051*	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*1 285*	*2 080*	*1 739*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0706 Tit. 428 01	2 080	1 739

F ***453 01*** *-051*	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	*75*	*75*	*59*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0706 Tit. 453 01	75	59

F ***511 01*** *-051*	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände, Software, Wartung*	*566*	*460*	*446*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0706 Tit. 511 01	460	446
Kap. 0706 Tit. 511 55	136	153
Zusammen	596	599

F ***517 01*** *-051*	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	*310*	*310*	*300*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0706 Tit. 517 01	310	300

F ***519 01*** *-051*	*Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen*	*139*	*139*	*531*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0706 Tit. 519 01	139	531

F ***525 01*** *-051*	*Aus- und Fortbildung*	*78*	*20*	*20*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0706 Tit. 525 01	20	20
Kap. 0706 Tit. 525 55	88	63
Zusammen	108	83

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F ***532 01*** *-051*	*Aufträge und Dienstleistungen im Bereich Informationstechnik*	*114*	*100*	*111*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0706 Tit. 532 55	*100*	*111*

F ***539 99*** *-051*	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*77*	*18*	*10*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0706 Tit. 514 01	*8*	*6*
Kap. 0706 Tit. 527 01	*44*	*27*
Kap. 0706 Tit. 532 01	*40*	*22*
Kap. 0706 Tit. 539 99	*18*	*10*
Zusammen	*110*	*65*

F ***711 01*** *-051*	*Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten*	*654*	*20*	*27*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0706 Tit. 711 01	*20*	*27*

F ***712 01*** *-051*	*Baumaßnahmen von mehr als 2 000 000 € im Einzelfall*	*-*	*-*	*-*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0706 Tit. 712 01	*-*	*-*

F ***811 01*** *-051*	*Erwerb von Fahrzeugen*	*-*	*-*	*28*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
Ersatzbeschaffung	
1 Pkw bis 28 500 €..	*29*
abzgl. Mehreinnahmen bei Tit. 132 01 aus der Veräußerung von Dienst-Kfz gem. § 6 Abs. 7 HG..	*-29*
Zusammen..	*-*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0706 Tit. 811 01	*-*	*28*

0716 Bundesfinanzhof

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F ***812 01*** *-051*	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)*	*45*	*75*	*23*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0706 Tit. 812 01	*75*	*23*

F ***812 02*** *-051*	*Erwerb von Anlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Software im Bereich Informationstechnik*	*153*	*153*	*57*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Erweiterung...	*90*
2. Ersatzbeschaffung..	*63*
Zusammen..	*153*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0706 Tit. 812 55	*153*	*57*

Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel

282 08 -051	Einnahmen aus Prämienzahlungen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben		-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0706 Tit. 282 08	-	-

F 511 55 -051	*Geschäftsbedarf und Datenübertragung sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Software, Wartung*		*136*	*153*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0706 Tit. 511 55	*136*	*153*

F 514 01 -051	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*		*8*	*6*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0706 Tit. 514 01	*8*	*6*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 525 55 -051	*Aus- und Fortbildung*		*88*	*63*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0706 Tit. 525 55	*88*	*63*

F 527 01 -051	*Dienstreisen*		*44*	*27*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0706 Tit. 527 01	*44*	*27*

F 532 11 -051	*Ausgaben für Aufträge und Dienstleistungen*		*40*	*22*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0706 Tit. 532 01	*40*	*22*

542 01 -013	Öffentlichkeitsarbeit		1	1

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0706 Tit. 542 01	1	1

F 634 03 -051	*Zuweisungen an den Versorgungsfonds*		*1 147*	*1 487*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0706 Tit. 634 03	*1 147*	*1 487*

0717 Bundespatentgericht

Vorbemerkung

Das Bundespatentgericht hat seinen Sitz in München. Es ist zuständig für die Entscheidung über Beschwerden gegen Beschlüsse des Deutschen Patent- und Markenamts, über Klagen auf Erklärung der Nichtigkeit von Patenten und auf Erteilung von Zwangslizenzen, ferner nach dem Sortenschutzgesetz für die Entscheidung über Beschwerden gegen Beschlüsse der Widerspruchsausschüsse des Bundessortenamts.

Überblick zum Kapitel 0717	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen..	5 091	5 091	-		12 257
Gesamteinnahmen...	5 091	5 091	-		12 257
Ausgaben					
Personalausgaben...	11 486	14 788	-3 302	648	13 477
Sächliche Verwaltungsausgaben...........................	935	555	+380	668	850
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	-	204	-204		873
Ausgaben für Investitionen.....................................	472	280	+192	205	742
Gesamtausgaben...	12 893	15 827	-2 934	1 521	15 942
davon flexibilisiert...	12 893	15 779	-2 886	1 521	15 921
davon nicht flexibilisiert..	-	48	-48		21

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

111 01 -051	Gebühren, sonstige Entgelte	5 089	5 089	12 230

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen zu Nr. 2 der Erläuterungen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: **Kap. 0711 Tit. 526 01.**

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Gebühren und sonstige Entgelte	5 089
2. Auslagenvorschüsse für Zeugen und Sachverständige	-
Zusammen	5 089

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0707 Tit. 111 01	5 089	12 230

119 99 -051	Vermischte Einnahmen	2	2	27

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0707 Tit. 119 99	2	27

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.

0717 Bundespatentgericht

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Flexibilisierte Ausgaben

Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG

	Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3	11 486	14 992 *648*	14 350
	Aus Hauptgruppe 5	935	507 *668*	829
	Aus Hauptgruppe 7	10	10 *22*	117
	Aus Hauptgruppe 8	462	270 *183*	625
	Zusammen	12 893	15 779 *1 521*	15 921
F ***422 01*** *-051*	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Richterinnen, Richter, Beamtinnen und Beamten*	*8 789*	*11 318*	*9 681*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0707 Tit. 422 01	*11 318*	*9 681*

F ***422 02*** *-051*	*Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte*	*383*	*580*	*1 054*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0707 Tit. 422 02	*580*	*1 054*

F ***427 09*** *-051*	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*114*	*113*	*74*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0707 Tit. 427 09	*113*	*74*

F ***428 01*** *-051*	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*2 180*	*2 757*	*2 613*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0707 Tit. 428 01	*2 757*	*2 613*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F **453 01** -051	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	*20*	*20*	*55*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0707 Tit. 453 01	20	55

F **511 01** -051	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände, Software, Wartung*	*458*	*179*	*207*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0707 Tit. 511 01	179	207
Kap. 0707 Tit. 511 55	130	174
Zusammen	309	381

F **532 01** -051	*Aufträge und Dienstleistungen im Bereich Informationstechnik*	*290*	*41*	*154*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0707 Tit. 532 55	41	154

F **539 99** -051	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*187*	*12*	*23*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0707 Tit. 514 01	10	17
Kap. 0707 Tit. 517 01	-	-
Kap. 0707 Tit. 518 01	17	16
Kap. 0707 Tit. 518 55	-	-
Kap. 0707 Tit. 519 01	11	176
Kap. 0707 Tit. 525 01	29	26
Kap. 0707 Tit. 525 55	13	10
Kap. 0707 Tit. 527 01	25	26
Kap. 0707 Tit. 532 07	30	14
Kap. 0707 Tit. 539 99	12	23
Zusammen	147	308

F **711 01** -051	*Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten*	*10*	*10*	*51*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0707 Tit. 711 01	10	51

0717 Bundespatentgericht

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F ***712 01*** *-051*	*Baumaßnahmen von mehr als 2 000 000 € im Einzelfall*	-	-	66

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0707 Tit. 712 01	*-*	*66*

F ***811 01*** *-051*	*Erwerb von Fahrzeugen*	-	-	28

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
Ersatzbeschaffung	
1 Pkw...	*27*
abzgl. Mehreinnahmen bei Tit. 119 99 aus der Veräußerung von Dienst-Kfz gem. § 6 Abs. 7 HG..	*-27*
Zusammen...	*-*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0707 Tit. 811 01	*-*	*28*

F ***812 01*** *-051*	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)*	30	59	56

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0707 Tit. 812 01	*59*	*56*

F ***812 02*** *-051*	*Erwerb von Anlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Software im Bereich Informationstechnik*	432	211	541

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Erstbeschaffung...	*184*
2. Ersatzbeschaffung...	*248*
Zusammen...	*432*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0707 Tit. 812 55	*211*	*541*

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel

F 511 55 -051	*Geschäftsbedarf und Datenübertragung sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Software, Wartung*		*130*	*174*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0707 Tit. 511 55	*130*	*174*

F 514 01 -051	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*		*10*	*17*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0707 Tit. 514 01	*10*	*17*

F 517 01 -051	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*		*-*	*-*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0707 Tit. 517 01	*-*	*-*

F 518 01 -051	*Mieten und Pachten*		*17*	*16*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0707 Tit. 518 01	*17*	*16*

F 518 55 -051	*Miete für Datenverarbeitungsanlagen, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Maschinen, Software*		*-*	*-*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0707 Tit. 518 55	*-*	*-*

F 519 01 -051	*Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen*		*11*	*176*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0707 Tit. 519 01	*11*	*176*

0717 Bundespatentgericht

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 525 01 -051	*Aus- und Fortbildung*		*29*	*26*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0707 Tit. 525 01	*29*	*26*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 525 55 -051	*Aus- und Fortbildung*		*13*	*10*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0707 Tit. 525 55	*13*	*10*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
526 01 -051	Gerichts- und ähnliche Kosten		18	7

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0707 Tit. 526 01	18	7

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 527 01 -051	*Dienstreisen*		*25*	*26*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0707 Tit. 527 01	*25*	*26*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
532 07 -051	Kosten der Pflege internationaler Beziehungen auf dem Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes		30	14

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0707 Tit. 532 07	30	14

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 545 01 -051	*Konferenzen, Tagungen, Messen und Ausstellungen*		*40*	*-*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0707 Tit. 545 01	*40*	*-*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 634 03 -051	*Zuweisungen an den Versorgungsfonds*		*204*	*873*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0707 Tit. 634 03	*204*	*873*

Vorbemerkung

Das Bundesamt für Justiz ist eine Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz mit Sitz in Bonn. Es nimmt als Zentralbehörde justizielle Aufgaben des Bundes insbesondere auf den Gebieten des Registerwesens (Bundeszentralregister, Gewerbezentralregister und staatsanwaltschaftliches Verfahrensregister), des internationalen Rechtsverkehrs, der Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten sowie der allgemeinen Justizverwaltung wahr, die ihm durch das Errichtungsgesetz, durch andere Bundesgesetze oder durch Erlass zugewiesen sind. Zu diesen Aufgaben zählen u. a. die der „Zentralen Behörde" in Auslandsunterhaltsangelegenheiten und nach Maßgabe des Internationalen Familienrechtsverfahrensgesetzes und die Aufgaben der Justizbeitreibung aus dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz insgesamt sowie des Bundesverfassungsgerichtes. Das Bundesamt für Justiz ist außerdem zentrale Bewilligungsbehörde nach dem Rahmenbeschluss über die Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung von Geldstrafen und Geldbußen. Weiter verfolgt und ahndet das Bundesamt die Verletzung handelsrechtlicher Offenlegungspflichten.

Das Bundesamt für Justiz unterstützt darüber hinaus das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz u. a. bei der Durchführung der Verkündungen und Bekanntmachungen sowie bei der Justizforschung.

Das Bundesamt für Justiz gliedert sich in die folgenden sechs Abteilungen:

Abteilung I	Verwaltung
Abteilung II	Internationales Zivilrecht
Abteilung III	Internationale Rechtshilfe, Forschung, Verkündung
Abteilung IV	Zentrale Register
Abteilung V	Informationstechnik
Abteilung VI	Ordnungsgeld- und Ordnungswidrigkeitenverfahren, Zwangsvollstreckung.

Überblick zum Kapitel 0718	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	89 300	128 791	-39 491		117 854
Übrige Einnahmen	-	-	-		-
Gesamteinnahmen	89 300	128 791	-39 491		117 854
Ausgaben					
Personalausgaben	34 380	34 353	+27		30 063
Sächliche Verwaltungsausgaben	18 229	13 957	+4 272	2 105	10 893
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	1 035	2 143	-1 108		2 316
Ausgaben für Investitionen	3 100	3 416	-316	465	1 933
Gesamtausgaben	56 744	53 869	+2 875	2 570	45 205
davon flexibilisiert	53 374	50 464	+2 910	2 570	43 754
davon nicht flexibilisiert	3 370	3 405	-35		1 451

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

111 01 -059	Gebühren, sonstige Entgelte	88 995	128 486	117 615

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Einnahmen für die Erteilung von Führungszeugnissen	18 989
2. Einnahmen aus Auskünften des Gewerbezentralregisters	2 988
3. Einnahmen aus Auskünften der Zentralstelle für Auslandsadoption	6
4. Einnahmen aus Ordnungsgeldverfahren nach § 335 HGB	66 680
5. Einnahmen aus der Schlichtungsstelle für den Luftverkehr	332
Zusammen	88 995

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0708 Tit. 111 01	128 486	117 615

Weniger wegen geringerer Einnahmen bei den Ordnungsgeldverfahren nach § 335 HGB im Zusammenhang mit der EHUG-Modernisierung (Herabsetzung der Ordnungsgeldhöhe) sowie durch erhöhte Offenlegungsbereitschaft.

112 01 -059	Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten	300	300	185

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0708 Tit. 112 01	300	185

119 99 -059	Vermischte Einnahmen	5	5	54

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen zu Nr. 1 der Erläuterungen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 422 01 und 428 01.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Einnahmen gemäß Vertrag vom 9./10. November 2006 zwischen dem BMJV und der Bundesanzeiger Verlags-GmbH	-
2. Sonstige Einnahmen	5
Zusammen	5

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0708 Tit. 119 99	5	54

0718 Bundesamt für Justiz

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Übrige Einnahmen			
271 01 -059	Erstattungen von der EU	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind wegen bindender Vorgaben der EU zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: **Kap. 0711 Tit. 545 01, Kap. 0718 Tit. 511 01,** 532 01 und 812 02.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0708 Tit. 271 01	-	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
282 01 -290	Einnahmen aus Spenden für Opfer terroristischer Gewalt	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen aus Spenden für Opfer terroristischer Gewalt sind wegen rechtsverbindlicher Verwendungsauflage Dritter zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 681 02.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0708 Tit. 282 01	-	-

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

1. Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.
2. Mehrausgaben bei folgenden Titeln: **Kap. 0718 flexibilisierter Bereich** dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: **Kap. 0711 Tit. 282 08.**

Sächliche Verwaltungsausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
518 02 -059	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	2 370	2 370	704

Haushaltsvermerk:

1. Erstattungen Dritter fließen den Ausgaben zu.
2. Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 518 02

Erläuterungen:

Von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben als Eigenbaumaßnahme zu realisierende Unterbringung (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	genehmigte Gesamtkosten 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Veranschlagt 2014 1 000 €	Vorbehalten für 2015 ff. 1 000 €	Jährlicher Mietzins 1 000 €	voraussichtliche Übergabe
1	2	3	4	5	6	7	8
1. Bundesamt für Justiz - Erweiterungsneubau auf der Liegenschaft Adenauerallee..................	20 000	-	160	600	19 240	1 737	2018

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0708 Tit. 518 02	2 370	704

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)

681 01 -290	Härteleistungen für Opfer extremistischer Übergriffe	1 000	1 000	712

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 681 02.
2. Einnahmen aus Regressansprüchen fließen den Ausgaben zu.
3. Die Erläuterungen sind verbindlich.
4. Aus dem Ansatz dürfen für die kommunikative Begleitung bis zu 50 T€ verausgabt werden.
5. Erforderliche Aufwendungen im Zusammenhang mit der Tätigkeit von Ombudspersonen für Opfer extremistischer Übergriffe und ihrer Hinterbliebenen dürfen aus dem Ansatz verausgabt werden.

Erläuterungen:

Die Ausgaben dienen als Soforthilfe der Zahlung von Härteleistungen aus Billigkeit an Opfer extremistischer Übergriffe bei Personenschäden oder immateriellen Schäden. Nähere Einzelheiten regelt eine Richtlinie des BMJV.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0708 Tit. 681 01	1 000	712

681 02 -290	Entschädigungsfonds für Opfer terroristischer Gewalt	-	-	-

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 681 01.
2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 282 01.
3. Einnahmen aus Regressansprüchen fließen den Ausgaben zu.
4. Die Erläuterungen sind verbindlich.

Erläuterungen:

Die Ausgaben dienen als Soforthilfe der Zahlung von Härteleistungen aus Billigkeit an Opfer terroristischer Straftaten bei Personenschäden. Nähere Einzelheiten regelt eine Richtlinie des BMJV.

0718 Bundesamt für Justiz

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 681 02

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0708 Tit. 681 02	-	-

Flexibilisierte Ausgaben

Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG

	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3	34 380	35 461	31 632
Aus Hauptgruppe 5	15 859	11 587 *2 105*	10 189
Aus Hauptgruppe 6 ohne Titel 634 .3	35	-	-
Aus Hauptgruppe 7	-	- *300*	-
Aus Hauptgruppe 8	3 100	3 416 *165*	1 933
Zusammen	53 374	50 464 *2 570*	43 754

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F **422 01** -059	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*15 664*	*16 611*	*13 572*

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben für die Dienstbezüge der in der Redaktion des amtlichen Teils des Bundesanzeigers tätigen Beschäftigten dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.

Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0708 Tit. 422 01	*16 611*	*13 572*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F **422 02** -059	*Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte*	*1 607*	*1 358*	*1 361*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0708 Tit. 422 02	*1 358*	*1 361*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F **427 09** -059	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*3 546*	*2 917*	*3 142*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0708 Tit. 427 09	*2 917*	*3 142*

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F ***428 01*** *-059*	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*13 149*	*13 053*	*11 674*

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben für die Dienstbezüge der in der Redaktion des amtlichen Teils des Bundesanzeigers tätigen Beschäftigten dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.

Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0708 Tit. 428 01	*13 053*	*11 674*

F ***453 01*** *-059*	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	*414*	*414*	*314*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0708 Tit. 453 01	*414*	*314*

F ***511 01*** *-059*	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände, Software, Wartung*	*6 992*	*3 999*	*3 534*

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 271 01.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0708 Tit. 511 01	*3 999*	*3 534*
Kap. 0708 Tit. 511 55	*1 759*	*1 453*
Zusammen	*5 758*	*4 987*

F ***517 01*** *-059*	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	*1 142*	*1 142*	*928*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0708 Tit. 517 01	*1 142*	*928*

0718 Bundesamt für Justiz

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F **518 01** -059	*Mieten und Pachten*	*177*	*5*	*2*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0708 Tit. 518 01	*5*	*2*
Kap. 0708 Tit. 518 55	*172*	*116*
Zusammen	*177*	*118*

F **525 01** -059	*Aus- und Fortbildung*	*176*	*77*	*77*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0708 Tit. 525 01	*77*	*77*
Kap. 0708 Tit. 525 55	*99*	*86*
Zusammen	*176*	*163*

F **527 01** -059	*Dienstreisen*	*107*	*107*	*101*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0708 Tit. 527 01	*107*	*101*

F **532 01** -059	*Aufträge und Dienstleistungen im Bereich Informationstechnik*	*6 471*	*3 614*	*3 235*

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 271 01.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0708 Tit. 532 55	*3 614*	*3 235*

F **532 03** -059	*Sonstige Dienstleistungsaufträge an Dritte*	*649*	*349*	*347*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0708 Tit. 532 01	*349*	*347*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F **539 99** *-059*	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*145*	*54*	*55*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen...................	*85*
2. Sonstiges..	*60*
Zusammen..	*145*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0708 Tit. 514 01	*16*	*8*
Kap. 0708 Tit. 519 01	*85*	*161*
Kap. 0708 Tit. 539 99	*54*	*55*
Zusammen	*155*	*224*

F 687 09 *-059*	*Mitgliedsbeiträge und sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Ausland geringeren Umfangs*	*35*	*35*	*35*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0708 Tit. 687 01	*35*	*35*

F **711 01** *-059*	*Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten*	-	-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0708 Tit. 711 01	-	-

F **712 01** *-059*	*Baumaßnahmen von mehr als 2 000 000 € im Einzelfall*	-	-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0708 Tit. 712 01	-	-

F **811 01** *-059*	*Erwerb von Fahrzeugen*	-	-	*55*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
Ersatzbeschaffung	
1 Pkw..	*28*
abzgl. Mehreinnahmen bei Tit. 119 99 aus der Veräußerung von Dienst-Kfz gem. § 6 Abs. 7 HG..	*-28*
Zusammen..	-

0718 Bundesamt für Justiz

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 811 01

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0708 Tit. 811 01	*-*	*55*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F **812 01** -059	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)*	*207*	*407*	*58*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0708 Tit. 812 01	*407*	*58*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F **812 02** -059	*Erwerb von Anlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Software im Bereich Informationstechnik*	*2 893*	*3 009*	*1 820*

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 271 01.

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Erstbeschaffung	*922*
2. Ersatzbeschaffung	*1 971*
Zusammen	*2 893*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0708 Tit. 812 55	*3 009*	*1 820*

Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
282 08 -059	Einnahmen aus Prämienzahlungen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben		-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0708 Tit. 282 08	-	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 511 55 -059	*Geschäftsbedarf und Datenübertragung sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Software, Wartung*		*1 759*	*1 453*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0708 Tit. 511 55	*1 759*	*1 453*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 514 01 -059	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*		*16*	*8*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0708 Tit. 514 01	*16*	*8*

F 518 55 -059	*Miete für Datenverarbeitungsanlagen, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Maschinen, Software*		*172*	*116*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0708 Tit. 518 55	*172*	*116*

F 519 01 -059	*Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen*		*85*	*161*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0708 Tit. 519 01	*85*	*161*

F 525 55 -059	*Aus- und Fortbildung*		*99*	*86*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0708 Tit. 525 55	*99*	*86*

F 526 01 -059	*Gerichts- und ähnliche Kosten*		*91*	*68*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0708 Tit. 526 01	*91*	*68*

F 543 01 -059	*Veröffentlichung und Dokumentation*		*3*	*5*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0708 Tit. 543 01	*3*	*5*

0718 Bundesamt für Justiz

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 545 01 -059	*Konferenzen, Tagungen, Messen und Ausstellungen*		*15*	*13*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0708 Tit. 545 01	*15*	*13*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 634 03 -059	*Zuweisungen an den Versorgungsfonds*		*1 108*	*1 569*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0708 Tit. 634 03	*1 108*	*1 569*

Vorbemerkung

Das Deutsche Patent- und Markenamt hat seinen Sitz in München. Seit dem 3. Oktober 1990 nimmt es als alleinige Zentralbehörde auf dem Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes die hieraus entstehenden Aufgaben für die Bundesrepublik Deutschland wahr. Das Deutsche Patent- und Markenamt ist in fünf Hauptabteilungen an drei Standorten (München, Jena, Berlin) gegliedert:

Hauptabteilung 1/I Patente I
Hauptabteilung 1/II Patente II
Hauptabteilung 2 Information
Hauptabteilung 3 Marken und Muster
Hauptabteilung 4 Verwaltung und Recht.

Bestimmte Bereiche, z. B. Bibliothek und Modellverwaltung des Deutschen Patent- und Markenamts, sind teilweise auch für das Bundespatentgericht tätig.

Überblick zum Kapitel 0719	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	332 816	312 816	+20 000		313 545
Übrige Einnahmen	284	284	-		91
Gesamteinnahmen	333 100	313 100	+20 000		313 636
Ausgaben					
Personalausgaben	118 732	130 003	-11 271	491	121 331
Sächliche Verwaltungsausgaben	58 021	52 887	+5 134	22	52 711
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	122	6 286	-6 164		4 864
Ausgaben für Investitionen	9 390	7 334	+2 056	325	2 728
Gesamtausgaben	186 265	196 510	-10 245	838	181 634
davon flexibilisiert	164 418	174 294	-9 876	838	160 673
davon nicht flexibilisiert	21 847	22 216	-369		20 961

0719 Deutsches Patent- und Markenamt

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

111 01 -059	Gebühren, sonstige Entgelte	332 715	312 715	313 437

Haushaltsvermerk:

1. Mehreinnahmen zu Nr. 2 der Erläuterungen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: Kap. 0711 Tit. 543 01.
2. Mehreinnahmen zu Nr. 5 der Erläuterungen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: **Kap. 0711 Tit. 526 01.**
3. Zurückzuerstattende Gebühren und aufgrund internationaler Vereinbarungen abzuführende Beträge dürfen von der Einnahme abgesetzt werden.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Gebühren für gewerbliche Schutzrechte	327 995
2. Gebühren für die Veröffentlichung von Übersetzungen nach dem Gesetz über internationale Patentübereinkommen	100
3. Gebühren nach der Patentanwaltsordnung	40
4. Sonstige Gebühren und Verwaltungsabgaben	4 580
5. Auslagenvorschüsse für Zeugen und Sachverständige (vgl. Kap. 0711 Tit. 526 01)	-
Zusammen	332 715

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0710 Tit. 111 01	312 715	313 437

119 01 -059	Einnahmen aus Veröffentlichungen	48	48	59

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0710 Tit. 119 01	48	59

119 99 -059	Vermischte Einnahmen	39	39	14

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0710 Tit. 119 99	39	14

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
124 01 -059	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	6	6	11

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0710 Tit. 124 01	6	11

132 01 -059	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	8	8	24

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0710 Tit. 132 01	8	24

Übrige Einnahmen

162 02 -059	Sonstige Zinseinnahmen aus dem Inland	28	28	11

Erläuterungen:

Zinsen auf Unterhaltsbeihilfen für Patentanwaltsbewerber während der Ausbildung beim Deutschen Patent- und Markenamt und beim Bundespatentgericht oder bei einem Gericht für Patentstreitsachen.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0710 Tit. 162 02	28	11

182 02 -059	Sonstige Darlehensrückflüsse aus dem Inland	256	256	80

Erläuterungen:

Tilgung der Unterhaltsbeihilfen für Patentanwaltsbewerber während der Ausbildung beim Deutschen Patent- und Markenamt und beim Bundespatentgericht oder bei einem Gericht für Patentstreitsachen.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0710 Tit. 182 02	256	80

271 01 -059	Erstattungen von der EU	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind wegen bindender Vorgaben der EU zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 422 01, 427 09, 428 01, **511 01,** 527 01, 532 01, 539 99 und 812 02.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0710 Tit. 271 01	-	-

0719 Deutsches Patent- und Markenamt

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Ausgaben			
	Haushaltsvermerk: 1. Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG. 2. Mehrausgaben bei folgenden Titeln: **Kap. 0719 flexibilisierter Bereich** dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: **Kap. 0711 Tit. 282 08.**			
	Sächliche Verwaltungsausgaben			
518 02 -059	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	21 738	22 018	20 847
	Haushaltsvermerk: 1. Erstattungen Dritter fließen den Ausgaben zu. 2. Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.			
	Erläuterungen: Aus dem Titel werden auch die Ausgaben für die vom Deutschen Patent- und Markenamt und Bundespatentgericht gemeinsam genutzte Liegenschaft "Cincinattistraße" geleistet.			

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0710 Tit. 518 02	22 018	20 847

	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)			
681 01 -059	Unterhaltsbeihilfen für Patentanwaltsbewerber während der Ausbildung beim Deutschen Patent- und Markenamt, beim Bundespatentgericht oder bei einem Gericht für Patentstreitsachen	109	109	35
	Erläuterungen:			

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0710 Tit. 681 01	109	35

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Flexibilisierte Ausgaben

	Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG			
	Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3	118 732	136 171 *491*	126 151
	Aus Hauptgruppe 5	36 283	30 789 *22*	31 794
	Aus Hauptgruppe 6 ohne Titel 634 .3	13	-	-
	Aus Hauptgruppe 7	900	1 844 *325*	76
	Aus Hauptgruppe 8	8 490	5 490	2 652
	Zusammen	164 418	174 294 *838*	160 673

F **422 01** -059	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*76 022*	*84 022*	*80 583*

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 271 01.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0710 Tit. 422 01	*84 022*	*80 583*

F **422 02** -059	*Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte*	-	-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0710 Tit. 422 02	-	-

F **427 09** -059	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*2 679*	*1 833*	*2 854*

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 271 01.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0710 Tit. 427 09	*1 833*	*2 854*

F **428 01** -059	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*39 785*	*43 902*	*37 760*

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 271 01.

0719 Deutsches Patent- und Markenamt

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 428 01

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0710 Tit. 428 01	*43 902*	*37 760*

F ***453 01*** *-059*	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	*246*	*246*	*134*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0710 Tit. 453 01	*246*	*134*

F ***511 01*** *-059*	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände, Software, Wartung*	*12 630*	*3 505*	*3 153*

Haushaltsvermerk:

1. ***Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 271 01.***
2. *Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Klassifikationsmaterial unentgeltlich oder gegen ermäßigtes Entgelt an Dritte abgegeben oder ausgetauscht werden darf.*
3. *Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Gebrauchsmusterauslegestücke in Form von Vervielfältigungen von Erstveröffentlichungen internationaler Patentanmeldungen mit Bestimmungsstaat Bundesrepublik Deutschland unentgeltlich an Patentschriftenauslegestellen abgegeben werden dürfen.*
4. *Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass der Bestand der zentralen Dokumentation und der Bibliothek des Deutschen Patent- und Markenamts der Dienststelle Berlin des Europäischen Patentamts zur Verfügung gestellt werden darf.*
5. *Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Prüfstoffablichtungen an die Dienststelle Berlin des Europäischen Patentamts zur Vervollständigung ihrer Recherchendokumentation unentgeltlich abgegeben werden.*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0710 Tit. 511 01	*3 505*	*3 153*
Kap. 0710 Tit. 511 55	*5 625*	*6 279*
Zusammen	*9 130*	*9 432*

F ***517 01*** *-059*	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	*5 923*	*4 168*	*5 532*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0710 Tit. 517 01	*4 168*	*5 532*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F ***518 01*** *-059*	*Mieten und Pachten*	*462*	*391*	*1 295*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0710 Tit. 518 01	*391*	*1 295*
Kap. 0710 Tit. 518 55	*71*	*55*
Zusammen	*462*	*1 350*

F ***519 01*** *-059*	*Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen*	*264*	*264*	*336*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0710 Tit. 519 01	*264*	*336*

F ***525 01*** *-059*	*Aus- und Fortbildung*	*950*	*390*	*447*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0710 Tit. 525 01	*390*	*447*
Kap. 0710 Tit. 525 55	*160*	*211*
Zusammen	*550*	*658*

F ***527 01*** *-059*	*Dienstreisen*	*373*	*373*	*351*

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 271 01.

Erläuterungen:

Aus dem Ansatz werden auch die Dienstreisen für die Prüfungskommission für Patentanwälte bestritten.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0710 Tit. 527 01	*373*	*351*

F ***532 01*** *-059*	*Aufträge und Dienstleistungen im Bereich Informationstechnik*	*15 256*	*15 112*	*13 523*

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 271 01.

0719 Deutsches Patent- und Markenamt

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 532 01

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0710 Tit. 532 55	*15 112*	*13 523*

F ***539 99*** *-059*	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*425*	*263*	*207*

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 271 01.

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Kosten für Maßnahmen der Personalgewinnung	*163*
2. Vergütung für die Prüfungskommission für Patentanwälte	*75*
3. Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	*52*
4. Kosten der Pflege internationaler Beziehungen auf dem Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes	*51*
5. Sonstiges	*84*
Zusammen	*425*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0710 Tit. 514 01	*52*	*52*
Kap. 0710 Tit. 532 02	*29*	*25*
Kap. 0710 Tit. 532 07	*50*	*40*
Kap. 0710 Tit. 539 99	*263*	*207*
Zusammen	*394*	*324*

F 684 09 *-059*	*Mitgliedsbeiträge und sonstige Zuschüsse an Verbände, Vereine und ähnliche Institutionen geringeren Umfangs*	*13*	*9*	*9*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0710 Tit. 685 01	*9*	*9*

F ***711 01*** *-059*	*Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten*	*200*	*200*	*76*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0710 Tit. 711 01	*200*	*76*

F ***712 01*** *-059*	*Baumaßnahmen von mehr als 2 000 000 € im Einzelfall*	*700*	*1 644*	*-*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0710 Tit. 712 01	*1 644*	*-*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F ***811 01*** *-059*	*Erwerb von Fahrzeugen*	-	-	27

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Ersatzbeschaffung	
2 Pkw	*52*
abzgl. Mehreinnahmen bei Tit. 119 99 aus der Veräußerung von Dienst-Kfz gem. § 6 Abs. 7 HG	*-39*
2. Sonstiges	*-13*
Zusammen	*-*

Zu 2.
Deckung erfolgt aus dem flexibilisierten Bereich.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0710 Tit. 811 01	*-*	*27*

F ***812 01*** *-059*	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)*	882	882	397

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Erstbeschaffung	
Büroausstattung	*347*
2. Ersatzbeschaffung	*535*
Zusammen	*882*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0710 Tit. 812 01	*882*	*397*

F ***812 02*** *-059*	*Erwerb von Anlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Software im Bereich Informationstechnik*	7 608	4 608	2 228

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 271 01.

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Erstbeschaffung	*1 500*
2. Ersatzbeschaffung	*6 108*
Zusammen	*7 608*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0710 Tit. 812 55	*4 608*	*2 228*

0719 Deutsches Patent- und Markenamt

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel

282 08 -059	Einnahmen aus Prämienzahlungen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben		-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0710 Tit. 282 08	-	-

F 511 55 -059	*Geschäftsbedarf und Datenübertragung sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Software, Wartung*		*5 625*	*6 279*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0710 Tit. 511 55	*5 625*	*6 279*

F 514 01 -059	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*		*52*	*52*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0710 Tit. 514 01	*52*	*52*

F 518 55 -059	*Miete für Datenverarbeitungsanlagen, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Maschinen, Software*		*71*	*55*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0710 Tit. 518 55	*71*	*55*

F 525 55 -059	*Aus- und Fortbildung*		*160*	*211*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0710 Tit. 525 55	*160*	*211*

F 526 01 -059	*Gerichts- und ähnliche Kosten*		*181*	*114*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0710 Tit. 526 01	*181*	*114*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 526 02 -059	*Sachverständige*		*15*	*106*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0710 Tit. 526 02	*15*	*106*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 532 02 -059	*Kosten der Ergänzung des Prüfstoffs*		*29*	*25*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0710 Tit. 532 02	*29*	*25*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
532 07 -059	Kosten der Pflege internationaler Beziehungen auf dem Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes		50	40

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0710 Tit. 532 07	50	40

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
542 01 -013	Öffentlichkeitsarbeit		30	30

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0710 Tit. 542 01	30	30

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 545 01 -059	*Konferenzen, Tagungen, Messen und Ausstellungen*		*190*	*108*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0710 Tit. 545 01	*190*	*108*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 634 03 -059	*Zuweisungen an den Versorgungsfonds*		*6 168*	*4 820*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0710 Tit. 634 03	*6 168*	*4 820*

07 Aufwandsentschädigungen, Besondere Personalausgaben

Haushaltsvermerk:

In den Personaltiteln dieses Einzelplans sind folgende Aufwandsentschädigungen und Besondere Personalausgaben veranschlagt:

1. **Aufwandsentschädigungen**

1.1 Dienstaufwandsentschädigung für **den Bundesminister** in Höhe von jährlich 3 681,30 € (monatlich 306,78 €) bei folgendem Titel:

Kap. 0712 Tit. 421 01.

1.2 Dienstaufwandsentschädigung für **die** Parlamentarischen **Staatssekretäre** in Höhe von jährlich 2 760,98 € (monatlich 230,08 €) bei folgendem Titel:

Kap. 0712 Tit. 421 01.

1.3 Dienstaufwandsentschädigung für vom Dienst freigestelllte Personalratsmitglieder und Vertrauenspersonen der schwerbehinderten Menschen

1.3.1 in Höhe von jährlich 156 € bei folgenden Titeln:

Kap. 0712 Tit. 422 01,

Kap. 0713 Tit. 422 01,

Kap. 0717 Tit. 422 01 und

Kap. 0719 Tit. 428 01.

1.3.2 in Höhe von jährlich 312 € bei folgendem Titel:

Kap. 0718 Tit. 422 01.

1.3.3 in Höhe von jährlich 1.872 € bei folgenden Titeln:

Kap. 0719 Tit. 422 01 und 428 01.

1.4 Lehrentschädigung bei folgenden Titeln:

Kap. 0717 Tit. 422 01 und

Kap. 0719 Tit. 422 01.

1.5 Aufwandsentschädigung nach der AER bei folgenden Titeln:

Kap. 0712 Tit. 422 01 und

Kap. 0714 Tit. 422 01.

1.6 Aufwandsentschädigung gemäß Allgemeiner Verwaltungsvorschrift zu § 17 Satz 2 BBesG (GMBl. 1973, S. 137) von jährlich 153,40 € bei folgenden Titeln:

Kap. 0715 Tit. 422 01,

Kap. 0716 Tit. 422 01,

Kap. 0718 Tit. 427 09 und 428 01.

2. **Besondere Personalausgaben**

2.1 Betreuung aller Beschäftigten, die am Heiligen Abend nach 18 Uhr Dienst verrichten (zentral für den gesamten Geschäftsbereich) bei folgenden Titeln:

Kap. 0712 Tit. 428 01 und

Kap. 0719 Tit. 428 01.

2.2 Verfügungsfonds für vom Dienst freigestellte Gleichstellungsbeauftragte gem. § 18 Abs. 4 BGleiG in Höhe von bis zu jährlich je 312 € (monatlich 26 €) bei folgenden Titeln:

Kap. 0712 Tit. 422 01,

Kap. 0714 Tit. 422 01,

Kap. 0715 Tit. 422 01,

Kap. 0716 Tit. 422 01,

Kap. 0717 Tit. 422 01,

Kap. 0718 Tit. 422 01 und

Kap. 0719 Tit. 422 01.

2.3 Außer- und übertarifliche Leistungen an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die mit Einwilligung des BMF gewährt werden, bei folgenden Titeln:

Kap. 0712 Tit. 428 01,

Kap. 0713 Tit. 428 01,

Kap. 0715 Tit. 428 01,
Kap. 0716 Tit. 428 01,
Kap. 0717 Tit. 428 01 und
Kap. 0719 Tit. 428 01.

07 Übersicht 1
Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Kapitel, Titel (Titelgr.) sowie Zweckbestimmung	Ausgaben-soll 2014 1 000 €	a) Bis einschl. 31.12.2012 eingegangene Verpflichtungen fällig ab 2014 b) VE 2013 c) VE 2014 1 000 €	davon fällig 2014 1 000 €	2015 1 000 €	2016 1 000 €	2017 1 000 €	Folgejahre 1 000 €	in künftigen Haushaltsjahren 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Kapitel 0710								
685 01 - Zuschüsse zur Förderung justizspezifischer und rechtspolitischer Vorhaben	786	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) 1 145		560	585	-	-	-
Summe des Kapitels 0710	11 510	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) 1 145		560	585	-	-	-
Kapitel 0712								
518 02 - Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	9 478	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 28 434	9 478	9 478	9 478	-	-	-
		c) 113 400		-	-	-	113 400	-
544 01 - Forschung, Untersuchungen und Ähnliches	969	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 570	380	190	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
Summe des Kapitels 0712	66 790	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 29 004	9 858	9 668	9 478	-	-	-
		c) 113 400		-	-	-	113 400	-
Kapitel 0713								
518 02 - Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	3 205	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 9 291	3 097	3 097	3 097	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
Summe des Kapitels 0713	36 781	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 9 291	3 097	3 097	3 097	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
Kapitel 0714								
518 02 - Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	1 889	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 5 667	1 889	1 889	1 889	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
632 01 - Verwaltungskostenerstattung an Länder	11 700	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 600	200	200	200	-	-	-
		c) 600		200	200	200	-	-
Summe des Kapitels 0714	31 671	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 6 267	2 089	2 089	2 089	-	-	-
		c) 600		200	200	200	-	-
Kapitel 0715								
518 02 - Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	3 120	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 9 360	3 120	3 120	3 120	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
Summe des Kapitels 0715	19 292	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 9 360	3 120	3 120	3 120	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
Kapitel 0716								
518 02 - Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Ein-	2 347	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 7 041	2 347	2 347	2 347	-	-	-

Übersicht 1 07
Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Kapitel, Titel (Titelgr.) sowie Zweckbestimmung	Ausgaben-soll 2014 1 000 €	a) Bis einschl. 31.12.2012 eingegangene Verpflichtungen fällig ab 2014 b) VE 2013 c) VE 2014 1 000 €	davon fällig 2014 1 000 €	2015 1 000 €	2016 1 000 €	2017 1 000 €	Folgejahre 1 000 €	in künftigen Haushaltsjahren 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7	8	9
heitlichen Liegenschaftsmanagement		c) -		-	-	-	-	-
Summe des Kapitels 0716	15 371	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 7 041	2 347	2 347	2 347	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
Kapitel 0718								
518 02 - Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	2 370	a) 135	135	-	-	-	-	-
		b) 61 800	1 630	1 630	3 527	1 897	13 279	39 837
		c) -		-	-	-	-	-
Summe des Kapitels 0718	56 744	a) 135	135	-	-	-	-	-
		b) 61 800	1 630	1 630	3 527	1 897	13 279	39 837
		c) -		-	-	-	-	-
Kapitel 0719								
518 02 - Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	21 738	a) 7 092	788	788	788	788	3 940	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
Summe des Kapitels 0719	186 265	a) 7 092	788	788	788	788	3 940	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
Summe des Einzelplans 07	641 268	a) 7 227	923	788	788	788	3 940	-
		b) 122 763	22 141	21 951	23 658	1 897	13 279	39 837
		c) 115 145		760	785	200	113 400	-

Personalhaushalt

Einzelplan 07

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

Inhalt

Kapitel	Bezeichnung	Seite
	Vorbemerkungen zum Personalhaushalt	112
	Gesamtübersicht	113
0712	Bundesministerium	114
0713	Bundesgerichtshof	117
0714	Der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof	119
0715	Bundesverwaltungsgericht	121
0716	Bundesfinanzhof	123
0717	Bundespatentgericht	125
0718	Bundesamt für Justiz	127
0719	Deutsches Patent- und Markenamt	130
	Übersichten	
	Darstellung der den Planstellen zugeordneten Amtsbezeichnungen	133
	Stellenübersichten der Zuwendungsempfänger:	
0701	Verbraucherpolitik	135
0710	Sonstige Bewilligungen	137

Vorbemerkungen zum Personalhaushalt

1. Ersatz(plan)stellen werden zahlenmäßig in einer eigenen Spalte der Übersichten der ku- und kw-Vermerke in der Gesamtübersicht und in den einzelnen Kapiteln nachgewiesen.

   Ersatz(plan)stellen im Zusammenhang mit der Gewährung von Altersteilzeit sind mit dem Vermerk "kw mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten" ausgewiesen.

   Die sonstigen Ersatz(plan)stellen sind in der Übersicht mit der Kurzformulierung "Ersatzplanstelle" bzw."Ersatzstelle" ausgewiesen, die Kurzformulierung entspricht dabei dem folgenden Wortlaut eines kw-Vermerks:

   - bei Titeln der Gruppe 422: kw - nach Rückkehr der abgeordneten Beschäftigten - mit Übernahme der Ersatzkräfte in eine freie oder die nächste frei werdende Planstelle ihrer Besoldungsgruppe oder mit Versetzung der Beschäftigten oder ihrem Ausscheiden aus dem Dienst

2. AT B ist die Kurzbezeichnung für Arbeitsverhältnisse mit Verträgen nach Anlage 1a oder 1b des BMI-Rundschreibens vom 18. November 2005 - D II 2 - 220 234 - in der jeweils geltenden Fassung.

3. Anzahl der im Haushaltsjahr 2012 eingesetzten Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen (umgerechnet auf vollbeschäftigte Arbeitskräfte im Haushaltsjahr) und Auszubildende (Jahresdurchschnitt):

Kapitel	Titel	Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen	Auszubildende
0712	427 09	16,7	19,0
0713	427 09	-	5,1
0714	427 09	1,4	4,0
0715	427 09	2,3	6,0
0716	427 09	3,2	4,0
0717	427 09	-	5,4
0718	427 09	66,2	24,0
0719	427 09	53,4	69,7
Zusammen		143,2	137,2

4. Arbeitsplatzbeschreibungen für alle Stellen der Gruppe 428 des Einzelplans (einschließlich der Stellen der institutionell geförderten Zuwendungsempfänger/Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO) liegen vor.

Gesamtübersicht

Planstellen, Stellen, Leerstellen

Kap.	Behörde	Beamtinnen und Beamte Tit. 422 .1		Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Tit. 428 .1		Zusammen (Spalten 3 bis 6)	
		2014	2013	2014	2013	2014	2013
1	2	3	4	5	6	7	8
	Planstellen und Stellen						
0712	Bundesministerium	373,8	370,0	194,8	186,8	568,6	556,8
0713	Bundesgerichtshof	234,5	235,5	111,8	113,5	346,3	349,0
0714	Der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof	149,5	149,5	51,5	52,0	201,0	201,5
0715	Bundesverwaltungsgericht	131,0	131,0	57,4	58,4	188,4	189,4
0716	Bundesfinanzhof	124,0	124,0	45,5	46,0	169,5	170,0
0717	Bundespatentgericht	177,0	180,0	66,7	67,6	243,7	247,6
0718	Bundesamt für Justiz	482,8	468,3	188,8	190,3	671,6	658,6
0719	Deutsches Patent- und Markenamt	1 433,5	1 440,0	900,5	910,5	2 334,0	2 350,5
	Zusammen	3 106,1	3 098,3	1 617,0	1 625,1	4 723,1	4 723,4
	Leerstellen						
0712	Bundesministerium	33,0	33,0	9,0	8,0	42,0	41,0
0713	Bundesgerichtshof	7,0	8,5	2,5	3,0	9,5	11,5
0714	Der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof	3,0	3,0	8,0	5,0	11,0	8,0
0715	Bundesverwaltungsgericht	3,0	7,0	1,0	1,0	4,0	8,0
0716	Bundesfinanzhof	5,0	9,0	5,0	4,0	10,0	13,0
0717	Bundespatentgericht	7,0	6,0	-	1,0	7,0	7,0
0718	Bundesamt für Justiz	32,0	27,0	19,0	18,0	51,0	45,0
0719	Deutsches Patent- und Markenamt	38,0	39,0	24,0	27,0	62,0	66,0
	Zusammen	128,0	132,5	68,5	67,0	196,5	199,5

ku- und kw-Vermerke

Kap.	Dienststelle	Zusammen	davon fällig					Ersatz(plan)-stellen	Sonstige
			2014	2015	2016	2017	2018 ff.		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
	ku-Vermerke								
0712	Bundesministerium	6,0	-	-	-	-	-	-	6,0
0714	Der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof	0,5	-	-	-	-	-	-	0,5
0718	Bundesamt für Justiz	4,0	-	-	-	-	-	-	4,0
	Zusammen	10,5	-	-	-	-	-	-	10,5
	kw-Vermerke								
0712	Bundesministerium	13,0	3,0	3,0	-	-	-	4,0	3,0
0713	Bundesgerichtshof	2,0	-	-	-	-	-	1,0	1,0
0715	Bundesverwaltungsgericht	2,0	-	-	-	-	-	-	2,0
0716	Bundesfinanzhof	4,0	-	-	-	-	-	1,0	3,0
0717	Bundespatentgericht	2,0	-	-	-	-	-	-	2,0
0718	Bundesamt für Justiz	77,3	1,0	10,0	56,0	-	-	4,0	6,3
0719	Deutsches Patent- und Markenamt	213,2	-	-	211,2	-	-	2,0	-
	Zusammen	313,5	4,0	13,0	267,2	-	-	12,0	17,3

Institutionell geförderte Zuwendungsempfänger / Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO

Kap.	Kapitelbezeichnung	Stellen mit Dauerarbeitskräften besetzbar				Stellen für Arbeitskräfte mit befristeten Arbeitsverträgen	
		Tit. 422 .1, 425 .1, 426 .1, 428 .1 sowie entsprechende Kontierung im Wirtschaftsplan		Tit. 425 .1, 426 .1, 428 .1 (Projektförderung / Aufträge Dritter)		Tit. 427 .9 (Projektförderung / Aufträge Dritter)	
		2014	2013	2014	2013	2014	2013
1	2	3	4	5	6	7	8
0701	Verbraucherpolitik	78,1	-	15,0	-	20,6	-
0710	Sonstige Bewilligungen	41,2	41,2	29,5	27,5	28,0	27,0
	Zusammen	119,3	41,2	44,5	27,5	48,6	27,0

0712 Bundesministerium

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr: Neue Stellen, Stellenwegfall ohne ku/ kw-Vermerke +	-	und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken +	-	Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken +	-	Hebungen, Herabstufungen +	-	Umwandlungen, Umsetzungen +	-	von Sp. 2 entfallen auf Funktionsgruppen
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Beamtinnen und Beamte														
B 11	2,0	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 9	6,0	6,0	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 6	15,0	15,0	14,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 3	50,0	48,0	44,7	1,0	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-
A 16	21,0	20,0	18,9	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-
A 15	98,6	98,0	75,0	4,0	0,4	-	-	-	1,0	-	2,0	-	-	-
A 14	8,7	9,5	8,9	-	0,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 h	-	1,0	8,8	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
A 13 g	60,0	57,0	48,4	-	-	-	-	-	-	-	-	3,0	-	-
A 12	28,5	28,5	18,3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 11	3,0	6,0	11,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3,0	-
A 10	4,0	5,0	5,9	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
A 9 g	2,0	2,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m+Z	15,0	14,0	12,5	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m	37,0	37,0	16,3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 8	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 7	-	-	4,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 6 e	7,0	6,0	6,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 5	14,0	14,0	6,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 3	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	373,8	370,0	313,3	8,0	1,2	-	-	-	3,0	2,0	2,0	3,0	3,0	-
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
AT (B 3)	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
AT B	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	1,0	1,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 15	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 14	6,0	6,0	9,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 13	-	-	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 11	1,0	1,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 10	2,0	2,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 9	8,5	6,5	8,4	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 8	43,8	40,8	47,3	-	-	-	-	-	-	3,0	-	-	-	-
E 7	4,0	1,0	1,0	2,0	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-
E 6	63,5	64,5	65,5	1,0	-	-	-	-	1,0	3,0	4,0	-	-	-
E 5	35,0	38,0	33,1	-	-	-	-	-	-	-	3,0	-	-	-
E 4	6,0	3,0	7,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 3	19,0	18,0	15,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 2	5,0	5,0	9,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	193,8	185,8	203,3	9,0	-	-	-	-	1,0	7,0	7,0	-	-	-
Insgesamt	194,8	186,8	205,3	9,0	-	-	-	-	1,0	7,0	7,0	-	-	-

Erläuterungen:

Zu Titel 422 01

Zu Spalte 4:
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
1,0 B3; 4,0 A15; 2,0 A14; 1,0 A13h; 1,0 A12; 1,0 A11; 1,0 A9m+Z; 13,0 A9m; 1,0 A8; 7,0 A5; 1,0 A3 (Zusammen: 33,0).

Daneben werden 117,6 beamtete Hilfskräfte (Tit. 422 02) beschäftigt.

Zu Titel 428 01

Zu Spalte 4:
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
1,0 AT(B3); 1,0 E15; 3,0 E14; 3,0 E13; 2,0 E11; 1,0 E9; 11,0 E8; 3,0 E6; 4,0 E4; 2,0 E3; 2,0 E2 (Zusammen: 33,0).

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5

Zu Titel 422 01

			1.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
A 15...................	1,0	1,0	1.1	Europäisches Parlament
A 15...................	1,0	1,0	1.2	Rat der Europäischen Union
A 14...................	1,0	1,0		
B 6.....................	1,0	1,0	1.3	Behörde für Justiz und Gleichstellung der Freien und Hansestadt Hamburg
A 16...................	2,0	2,0	1.4	EU-Kommission
A 15...................	-	2,0		
B 3.....................	1,0	1,0	1.5	juris-GmbH, Saarbrücken
B 3.....................	1,0	1,0	1.6	Gericht erster Instanz der Europäischen Gemeinschaft, Luxemburg
B 3.....................	1,0	-	1.7	Deutsche Stiftung für internationale rechtliche Zusammenarbeit e. V.
A 16...................	-	1,0		
A 13 g................	1,0	1,0		
A 16...................	1,0	1,0	1.8	Harmonisierungsamt für den Binnenmarkt
A 14...................	1,0	1,0	1.9	Albert-Ludwigs-Universität, Freiburg
A 15...................	1,0	1,0	1.10	Internationaler Seegerichtshof
A 13 g................	-	1,0	1.11	Max-Planck-Institut für Plasmaphysik; Biomedizinische NMR-Forschungs-GmbH, Göttingen
A 15...................	1,0	-	1.12	Gericht der Europäischen Union beim EuGH
B 3.....................	1,0	1,0	1.14	CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages
A 16...................	-	1,0	1.17	FDP-Fraktion des Deutschen Bundestages
B 6.....................	1,0	1,0	1.20	Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO)
B 6.....................	1,0	1,0	1.22	Staatsministerium der Justiz und für Europa Sachsen
Zusammen.........	17,0	20,0		
			2.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	13,0	11,0	2.1	gemäß §§ 90, 92, 95 BBG, § 7 DBeglG, § 6 MuSchEltZV, § 24 GAD
			3.	**Sonstige Beurlaubung**
B 6.....................	1,0	1,0	3.1	Bundeskanzleramt
B 3.....................	1,0	1,0		
A 15...................	1,0	-		
Zusammen.........	3,0	2,0		
Insgesamt..........	33,0	33,0		

Zu Titel 428 01

			1.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
E 15...................	1,0	1,0	1.1	juris-GmbH, Saarbrücken
E 10...................	1,0	1,0	1.2	SPD-Fraktion des Deutschen Bundestages
E 6.....................	1,0	1,0	1.3	Deutsche Stiftung für internationale rechtliche Zusammenarbeit e. V.
Zusammen.........	3,0	3,0		
			2.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	5,0	5,0	2.1	gemäß § 28 TVöD, § 9 UmzugsTV, § 15 BEEG, § 24 GAD
			3.	**Sonstige Beurlaubung**
E 5.....................	1,0	-	3.1	Befristete Rente gem. § 33 Abs. 2 TVöD
Insgesamt..........	9,0	8,0		

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014		2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Soll	Ersatz-(plan)st.				
1	2	3	4	5	6	7

Zu Titel 422 01

					ku	
				1.	**ku mit Ausscheiden der Planstelleninhaber /innen**	
				1.1	in Bes.-Gr. A 9 m	
A 9 m+Z............	1,0	-	1,0	1.1.1	gemäß § 31 Abs. 1 Nr. 4 HG 1999	-
				1.2	in Bes.-Gr. A 8	
A 9 m................	5,0	-	5,0	1.2.1	gemäß § 31 Abs. 1 Nr. 4 HG 1999	-
Zusammen.......	6,0	-	6,0			
					kw	
				1.	**kw**	
A 15..................	-	-	1,0	1.1	Ersatzplanstelle	Wirksamwerden des Vermerks
A 16..................	1,0	1,0	1,0	1.3	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	-
A 13 h..............	-	-	1,0			Wirksamwerden des Vermerks
A 11.................	1,0	1,0	1,0			-

0712 Bundesministerium

Übersicht der ku- und kw- Vermerke						
Bes.-/ E.-Gr.	2014		2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Soll	Ersatz-(plan)st.				
1	2	3	4	5	6	7
A 10..................	1,0	1,0	2,0			Wirksamwerden des Vermerks
A 3....................	1,0	1,0	1,0			-
				1.4	spätestens 31.12.2014	
A 15..................	1,0	-	1,0	1.4.1	-	-
A 13 g..............	1,0	-	1,0			-
				2.	**kw mit Wegfall der Aufgabe**	
				2.1	spätestens 31.12.2014	
A 15..................	-	-	2,0	2.1.1	Finanzmarktstabilisierungsgesetz (FMStG)	Wegfall des Vermerks
A 13 g..............	-	-	1,0			Wegfall des Vermerks
				3.	**kw mit Wegfall der Aufgabe**	
				3.1	spätestens 31.12.2015	
A 15..................	2,0	-	-	3.1.1	Finanzmarktstabilisierungsgesetz (FMStG)	Aufnahme des Vermerks
A 13 g..............	1,0	-	-			Aufnahme des Vermerks
Zusammen.......	9,0	4,0	12,0			

Zu Titel 428 01

					kw	
				1.	**kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber/innen**	
E 3....................	1,0	-	1,0	1.2	Fahrbereitschaft	-
				2.	**kw**	
				2.1	spätestens 31.12.2014	
E 8....................	1,0	-	1,0	2.1.1	-	-
E 6....................	-	-	1,0	2.2	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	Wirksamwerden des Vermerks
				3.	**kw mit Wegfall der Aufgabe**	
				3.1	-	
E 6....................	2,0	-	2,0	3.1.1	Vorlesekraft	-
Zusammen.......	4,0	-	5,0			

Planstellen-/Stellenübersicht														
Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr										von Sp. 2 entfallen auf Funk- tions- gruppen
				Neue Stellen, Stellenwegfall				Wirksam- werden von ku- und kw- Vermerken		Hebungen, Herab- stufungen		Umwand- lungen, Umsetzungen		
				ohne ku/ kw-Vermerke		und Umsetzun- gen mit ku/ kw-Vermerken								
				+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Richterinnen und Richter														
R 10	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
R 8	17,0	17,0	14,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
R 6	111,0	111,0	114,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	129,0	129,0	129,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamtinnen und Beamte														
A 16	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 15	2,0	2,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 14	3,0	3,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g+Z	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g	12,0	12,0	11,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 12	12,0	12,0	11,7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 11	7,0	7,0	4,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 10	1,5	1,5	0,2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 g	1,5	1,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m+Z	5,0	5,0	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m	14,0	14,0	9,6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 8	6,0	7,0	10,7	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
A 7	3,0	3,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 6 e	7,0	7,0	7,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 5	16,0	16,0	16,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 4	12,5	12,5	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	105,5	106,5	91,2	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
Insgesamt	234,5	235,5	220,2	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 12	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 11	1,0	1,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 10	0,5	0,5	0,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 9	4,5	3,5	5,3	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-
E 8	16,0	17,0	18,0	1,0	-	-	-	-	1,0	-	1,0	-	-	-
E 6	36,0	36,0	34,7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 5	30,8	32,5	30,3	-	1,7	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 4	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 3	19,0	19,0	13,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 2	2,0	2,0	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	111,8	113,5	111,3	1,0	1,7	-	-	-	1,0	1,0	1,0	-	-	-

Erläuterungen:

Zu Titel 422 01

Zu Spalte 4:
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
1,0 A11; 1,0 A10; 1,3 A9g (Zusammen: 3,3).

Daneben werden 49,0 beamtete Hilfskräfte (Tit. 422 02) beschäftigt.

Zu Titel 428 01

Zu Spalte 4:
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
2,3 E9; 1,0 E8 (Zusammen: 3,3).

0713 Bundesgerichtshof

Leerstellenübersicht				
Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5

Zu Titel 422 01

			2.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	3,0	3,5	2.1	gemäß §§ 90, 92, 95 BBG, § 7 DBeglG, § 6 MuSchEltZV, § 24 GAD
			3.	**Sonstige Beurlaubung**
R 8.....................	1,0	1,0	3.1	Bundesverfassungsgericht
R 6.....................	3,0	4,0		
Zusammen.........	4,0	5,0		
Insgesamt..........	7,0	8,5		

Zu Titel 428 01

			1.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	2,5	3,0	1.1	gemäß § 28 TVöD, § 9 UmzugsTV, § 15 BEEG, § 24 GAD

Übersicht der ku- und kw- Vermerke						
Bes.-/ E.-Gr.	2014		2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Soll	Ersatz-(plan)st.				
1	2	3	4	5	6	7

Zu Titel 422 01

					kw	
				3.	**kw**	
A 12..................	1,0	1,0	1,0	3.1	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	-
A 8...................	-	-	1,0			Wirksamwerden des Vermerks
Zusammen.......	1,0	1,0	2,0			

Zu Titel 428 01

					kw	
				1.	**kw**	
E 8....................	-	-	1,0	1.2	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	Wirksamwerden des Vermerks
				2.	**kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber/innen**	
E 9....................	1,0	-	1,0	2.1	-	-
Zusammen.......	1,0	-	2,0			

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt-gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr										von Sp. 2 entfallen auf Funktions-gruppen
				Neue Stellen, Stellenwegfall				Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken		Hebungen, Herabstufungen		Umwandlungen, Umsetzungen		
				ohne ku/kw-Vermerke		und Umsetzungen mit ku/kw-Vermerken								
				+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Staatsanwältinnen und Staatsanwälte														
R 9	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
R 7	3,0	3,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
R 6	27,0	27,0	23,3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
R 3	45,0	45,0	35,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
R 2	11,0	11,0	11,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	87,0	87,0	74,6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamtinnen und Beamte														
A 15	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 14	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g+Z	2,0	2,0	1,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g	10,0	10,0	9,7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 12	6,0	6,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 10	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m+Z	5,0	5,0	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m	14,0	14,0	12,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 8	7,5	7,5	5,1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 7	-	-	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 6 e	4,0	4,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 5	8,5	8,5	9,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 4	3,5	3,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	62,5	62,5	55,1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	149,5	149,5	129,7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 11	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 9	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 8	7,0	7,0	5,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 6	7,0	7,0	9,4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 5	21,5	22,0	19,8	-	0,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 4	6,0	6,0	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 3	-	-	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 2 Ü	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 2	8,0	8,0	3,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 1	-	-	0,7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	51,5	52,0	48,9	-	0,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Erläuterungen:

Zu Titel 422 01

Daneben werden 28,0 beamtete Hilfskräfte (Tit. 422 02) beschäftigt.

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 422 01				
			1.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
R 3	-	1,0	1.1	Internationaler Strafgerichtshof
R 3	1,0	-	1.2	Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF)
Zusammen	1,0	1,0		
			2.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen	2,0	2,0	2.1	gemäß §§ 90, 92, 95 BBG, § 7 DBeglG, § 6 MuSchEltZV, § 24 GAD
Insgesamt	3,0	3,0		

0714 Der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof

Leerstellenübersicht				
Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 428 01				
			1.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	8,0	5,0	1.1	gemäß § 28 TVöD, § 9 UmzugsTV, § 15 BEEG, § 24 GAD

Übersicht der ku- und kw- Vermerke						
Bes.-/ E.-Gr.	2014		2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Soll	Ersatz-(plan)st.				
1	2	3	4	5	6	7
Zu Titel 422 01						
					ku	
				2.	**ku**	
				2.2	in Bes.-Gr. A 5	
A 6 e................	0,5	-	0,5	2.2.1	-	-

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt-gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr										von Sp. 2 entfallen auf Funk-tions-gruppen
				Neue Stellen, Stellenwegfall				Wirksam-werden von ku- und kw-Vermerken		Hebungen, Herab-stufungen		Umwand-lungen, Umsetzungen		
				ohne ku/ kw-Vermerke		und Umsetzun-gen mit ku/ kw-Vermerken								
				+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Richterinnen und Richter														
R 10	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
R 8	11,0	11,0	10,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
R 6	46,0	46,0	44,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	58,0	58,0	55,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamtinnen und Beamte														
A 15	6,0	6,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 14	4,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 h	-	-	5,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g+Z	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g	9,0	9,0	5,9	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 12	12,0	12,0	11,4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 11	9,0	9,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 10	1,0	1,0	7,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 g	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m+Z	2,0	2,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m	6,0	6,0	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 8	5,0	5,0	3,9	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 7	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 6 e	5,0	5,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 5	8,0	8,0	11,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 4	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	73,0	73,0	64,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	131,0	131,0	119,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 12	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 11	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 9	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 8	10,0	10,0	5,9	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 6	30,0	31,0	30,2	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 5	3,0	3,0	6,7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 4	3,0	3,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 3	7,0	7,0	7,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 2	0,4	0,4	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	57,4	58,4	58,6	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Erläuterungen:

Zu Titel 422 01

Zu Spalte 4:
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
1,0 A9m+Z; 1,0 A9m; 2,0 A4 (Zusammen: 4,0).

Daneben werden 12,0 beamtete Hilfskräfte (Tit. 422 02) beschäftigt.

Zu Titel 428 01

Zu Spalte 4:
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
1,0 E8; 1,0 E6; 2,0 E4 (Zusammen: 4,0).

0715 Bundesverwaltungsgericht

Leerstellenübersicht				
Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5

Zu Titel 422 01

			2.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	2,0	5,0	2.1	gemäß §§ 90, 92, 95 BBG, § 7 DBeglG, § 6 MuSchEltZV, § 24 GAD
			3.	**Sonstige Beurlaubung**
R 6.....................	1,0	2,0	3.1	Bundesverfassungsgericht
Insgesamt..........	3,0	7,0		

Zu Titel 428 01

			1.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	1,0	1,0	1.1	gemäß § 28 TVöD, § 9 UmzugsTV, § 15 BEEG, § 24 GAD

Übersicht der ku- und kw- Vermerke						
Bes.-/ E.-Gr.	2014		2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Soll	Ersatz-(plan)st.				
1	2	3	4	5	6	7

Zu Titel 428 01

					kw	
				1.	**kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber/innen**	
E 3...................	2,0	-	2,0	1.1	-	-

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr: Neue Stellen, Stellenwegfall: ohne ku/ kw-Vermerke +	ohne ku/ kw-Vermerke -	und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken +	und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken -	Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken +	Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken -	Hebungen, Herabstufungen +	Hebungen, Herabstufungen -	Umwandlungen, Umsetzungen +	Umwandlungen, Umsetzungen -	von Sp. 2 entfallen auf Funktionsgruppen
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Richterinnen und Richter														
R 10	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
R 8	10,0	10,0	10,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
R 6	48,0	49,0	48,0	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	59,0	60,0	59,0	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamtinnen und Beamte														
A 15	2,0	2,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 14	4,0	4,0	3,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 h	-	1,0	1,0	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
A 13 g	17,0	16,0	16,2	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 12	9,0	9,0	7,2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 11	6,0	5,0	4,6	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 10	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m+Z	3,0	3,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m	7,0	7,0	8,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 8	4,0	4,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 7	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 6 e	3,0	3,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 5	5,0	5,0	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 4	4,0	4,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	65,0	64,0	57,8	2,0	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
Insgesamt	124,0	124,0	116,8	2,0	1,0	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 12	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 11	1,0	1,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 8	5,0	5,0	4,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 6	9,0	9,0	5,7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 5	20,5	21,0	21,8	-	0,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 4	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 3	5,0	5,0	4,2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 2	3,0	3,0	2,3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	45,5	46,0	42,8	-	0,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Erläuterungen:

Zu Titel 422 01

Zu Spalte 4:
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
1,0 A11.

Daneben werden 10,0 beamtete Hilfskräfte (Tit. 422 02) beschäftigt.

Zu Titel 428 01

Zu Spalte 4:
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
1,0 E11.

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 422 01				
			1.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen	5,0	9,0	1.1	gemäß §§ 90, 92, 95 BBG, § 7 DBeglG, § 6 MuSchEltZV, § 24 GAD

0716 Bundesfinanzhof

Leerstellenübersicht				
Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 428 01				
			1.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	5,0	4,0	1.1	gemäß § 28 TVöD, § 9 UmzugsTV, § 15 BEEG, § 24 GAD

Übersicht der ku- und kw- Vermerke						
Bes.-/ E.-Gr.	2014		2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Soll	Ersatz-(plan)st.				
1	2	3	4	5	6	7
Zu Titel 422 01						
					kw	
				1.	**kw**	
A 13 h..............	-	-	1,0	1.1	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbe-schäftigten	Wirksamwerden des Vermerks
Zu Titel 428 01						
					kw	
				1.	**kw**	
E 2....................	3,0	-	3,0	1.1	-	-
E 3....................	1,0	1,0	1,0	1.2	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbe-schäftigten	-
Zusammen.......	4,0	1,0	4,0			

Planstellen-/Stellenübersicht														
Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr										von Sp. 2 entfallen auf Funk- tions- gruppen
				Neue Stellen, Stellenwegfall				Wirksam- werden von ku- und kw- Vermerken		Hebungen, Herab- stufungen		Umwand- lungen, Umsetzungen		
				ohne ku/ kw-Vermerke		und Umsetzun- gen mit ku/ kw-Vermerken								
				+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Richterinnen und Richter														
R 8......................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
R 4......................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
R 3......................	27,0	27,0	25,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
R 2......................	93,0	95,0	80,0	-	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen..........	122,0	124,0	107,0	-	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamtinnen und Beamte														
A 14....................	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g.................	6,0	6,0	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 12....................	10,0	10,0	7,4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 11.....................	11,0	11,0	9,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 10....................	2,0	3,0	2,0	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
A 9 g...................	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m+Z..............	1,0	1,0	0,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m..................	3,0	3,0	3,2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 8......................	7,0	7,0	5,4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 7......................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 6 e...................	3,0	3,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 5......................	5,0	4,0	3,8	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-
A 4......................	4,0	5,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-
Zusammen..........	55,0	56,0	44,1	-	-	-	-	-	1,0	1,0	1,0	-	-	-
Insgesamt...........	177,0	180,0	151,1	-	2,0	-	-	-	1,0	1,0	1,0	-	-	-
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 8......................	28,0	28,0	22,1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 6......................	7,0	7,0	3,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 5......................	19,7	20,6	14,6	-	0,9	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 4......................	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 3......................	4,0	4,0	9,3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 2......................	6,0	6,0	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen..........	66,7	67,6	56,5	-	0,9	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 422 01

Zu R 2:

Die Planstellen dürfen auch mit Beamtinnen und Beamten des Deutschen Patent- und Markenamtes als Richterin oder Richter kraft Auftrags bis zu deren Übernahme in das Richterverhältnis auf Lebenszeit (§ 10 DRiG) besetzt werden.

Erläuterungen:

Zu Titel 422 01

Daneben werden 13,8 beamtete Hilfskräfte (Tit. 422 02) beschäftigt.

Davon werden 12,8 Richterinnen und Richter kraft Auftrags auf freien Planstellen geführt.

Leerstellenübersicht				
Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 422 01				
			1.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
R 8.....................	1,0	1,0	1.1	Europäisches Patentamt
R 2.....................	3,0	3,0		
A 11....................	1,0	1,0		

0717 Bundespatentgericht

Leerstellenübersicht				
Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
R 2....................	1,0	1,0	1.2	Harmonisierungsamt für den Binnenmarkt
Zusammen.........	6,0	6,0		
			2.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	1,0	-	2.1	gemäß §§ 90, 92, 95 BBG, § 7 DBeglG, § 6 MuSchEltZV, § 24 GAD
Insgesamt..........	7,0	6,0		
Zu Titel 428 01				
			1.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	-	1,0	1.1	gemäß § 28 TVöD, § 9 UmzugsTV, § 15 BEEG, § 24 GAD

Übersicht der ku- und kw- Vermerke						
Bes.-/ E.-Gr.	2014		2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Soll	Ersatz-(plan)st.				
1	2	3	4	5	6	7
Zu Titel 422 01						
					kw	
				1.	**kw mit Ausscheiden der Planstelleninhaber/innen**	
R 2...................	2,0	-	2,0	1.1	-	-
				2.	**kw**	
A 10..................	-	-	1,0	2.1	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	Wirksamwerden des Vermerks
Zusammen.......	2,0	-	3,0			

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr										von Sp. 2 entfallen auf Funk- tions- gruppen
				Neue Stellen, Stellenwegfall				Wirksam- werden von ku- und kw- Vermerken		Hebungen, Herab- stufungen		Umwand- lungen, Umsetzungen		
				ohne ku/ kw-Vermerke		und Umsetzun- gen mit ku/ kw-Vermerken								
				+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Beamtinnen und Beamte														
B 6	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 3	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 2	4,0	4,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 16	3,0	2,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 15	23,0	22,0	12,3	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 14	22,0	20,0	11,7	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 h	1,0	1,0	13,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g	41,3	43,3	37,3	2,0	-	-	-	-	1,0	-	-	-	3,0	-
A 12	88,5	83,5	45,0	5,0	1,0	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-
A 11	77,0	74,0	42,5	-	-	-	-	-	-	-	-	3,0	-	-
A 10	7,5	7,5	15,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 g	3,5	3,5	35,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m+Z	20,0	19,0	15,5	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m	45,5	42,5	22,5	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 8	71,0	70,5	26,6	1,0	0,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 7	43,5	43,5	20,7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 6 m	-	-	8,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 6 e	8,0	8,0	6,7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 5	13,5	13,5	12,9	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 4	5,0	5,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 3	3,5	3,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	482,8	468,3	334,7	16,0	1,5	-	-	1,0	1,0	-	-	3,0	3,0	-
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 14	-	-	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 13	-	-	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 11	10,0	10,0	11,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 10	6,0	6,0	9,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 9	25,0	25,0	37,1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 8	25,5	25,5	29,3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 6	36,5	36,5	100,3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 5	63,0	64,5	57,5	1,0	2,0	-	-	-	0,5	-	-	-	-	-
E 4	3,5	3,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 3	12,3	12,3	23,1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 2	7,0	7,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 1	-	-	2,4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	188,8	190,3	276,2	1,0	2,0	-	-	-	0,5	-	-	-	-	-

Erläuterungen:

Zu Titel 422 01

Zu Spalte 4:
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
2,0 A15; 3,0 A14; 10,0 A12; 6,0 A11; 1,5 A10; 14,4 A9m; 31,6 A8; 21,0 A7; 0,7 A5; 1,7 A4; 3,0 A3 (Zusammen: 94,9).

Daneben werden 30,3 beamtete Hilfskräfte (Tit. 422 02) beschäftigt.

Zu Titel 428 01

Zu Spalte 4:
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
2,0 E14; 3,0 E13; 5,0 E11; 5,5 E10; 10,1 E9; 11,8 E8; 34,5 E6; 18,6 E5; 3,4 E3; 1,0 E1 (Zusammen: 94,9).

0718 Bundesamt für Justiz

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 422 01				
			1.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
A 10	1,0	1,0	1.1	Deutsche Stiftung für internationale rechtliche Zusammenarbeit e. V.
A 9 m	1,0	1,0		
A 9 m+Z	1,0	1,0	1.2	juris-GmbH, Saarbrücken
Zusammen	3,0	3,0		
			2.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen	27,0	22,0	2.1	gemäß §§ 90, 92, 95 BBG, § 7 DBeglG, § 6 MuSchEltZV, § 24 GAD
			3.	**Sonstige Beurlaubung**
A 8	2,0	1,0	3.1	Bundeskanzleramt
A 7	-	1,0		
Zusammen	2,0	2,0		
Insgesamt	32,0	27,0		
Zu Titel 428 01				
			1.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen	13,5	14,0	1.1	gemäß § 28 TVöD, § 9 UmzugsTV, § 15 BEEG, § 24 GAD
			2.	**Sonstige Beurlaubung**
E 6	0,5	-	2.1	Befristete Rente gem. § 33 Abs. 2 TVöD
E 5	1,0	-		
E 4	1,0	1,0		
E 9	1,0	1,0	2.2	Bundeskanzleramt
Zusammen	3,5	2,0		
			3.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
E 5	2,0	2,0	3.1	Deutsche Stiftung für internationale rechtliche Zusammenarbeit e. V.
Insgesamt	19,0	18,0		

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
1	2	3	4	5	6	7
Zu Titel 422 01						
					ku	
				1.	**ku mit Ausscheiden der Planstelleninhaber /innen**	
				1.1	in Bes.-Gr. A 12	
A 13 g	1,0	-	2,0	1.1.1	gemäß § 31 Abs. 1 Nr. 4 HG 1999	Wirksamwerden des Vermerks
				1.2	in Bes.-Gr. A 11	
A 12	2,0	-	2,0	1.2.1	gemäß § 31 Abs. 1 Nr. 4 HG 1999	-
				1.3	in Bes.-Gr. A 4	
A 5	1,0	-	1,0	1.3.1	gemäß § 27 Abs. 1 Nr. 5 HG 2002	-
Zusammen	4,0	-	5,0			
					kw	
				1.	**kw**	
A 11	1,0	1,0	1,0	1.1	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	-
A 4	1,0	1,0	1,0			-
				2.	**kw 31.12.2014**	
				2.1	-	
A 11	-	-	1,0	2.1.1	EHUG	Wegfall des Vermerks
A 8	-	-	2,0			Wegfall des Vermerks
A 7	-	-	2,0			Wegfall des Vermerks
				3.	**kw 31.12.2016**	
				3.1	-	
A 15	-	-	1,0	3.1.1	-	Wegfall des Vermerks
A 14	-	-	1,0			Wegfall des Vermerks
A 13 g	-	-	1,0			Wegfall des Vermerks
A 11	-	-	8,0			Wegfall des Vermerks
A 9 g	-	-	2,5			Wegfall des Vermerks
A 9 m+Z	-	-	1,0			Wegfall des Vermerks
A 9 m	-	-	2,5			Wegfall des Vermerks
A 8	-	-	9,0			Wegfall des Vermerks
A 7	-	-	10,0			Wegfall des Vermerks
A 15	1,0	-	-	3.1.2	EHUG	Aufnahme des Vermerks

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
1	2	3	4	5	6	7
A 14	1,0	-	-			Aufnahme des Vermerks
A 13 g	1,0	-	-			Aufnahme des Vermerks
A 11	8,0	-	-			Aufnahme des Vermerks
A 9 g	2,5	-	-			Aufnahme des Vermerks
A 9 m+Z	1,0	-	-			Aufnahme des Vermerks
A 9 m	2,5	-	-			Aufnahme des Vermerks
A 8	9,0	-	-			Aufnahme des Vermerks
A 7	10,0	-	-			Aufnahme des Vermerks
				4.	**kw mit Wegfall der Aufgabe**	
				4.1	-	
A 15	1,0	-	1,0	4.1.1	Arbeitsstab Kindschaftssachen	-
A 12	1,0	-	1,0			-
				5.	**kw 31.12.2015**	
				5.1	-	
A 15	1,0	-	1,0	5.1.1	Schlichtungsstelle für den Luftverkehr	-
A 14	2,0	-	2,0			-
A 8	1,0	-	1,0			-
A 11	1,0	-	-	5.1.2	EHUG	Aufnahme des Vermerks
A 8	2,0	-	-			Aufnahme des Vermerks
A 7	2,0	-	-			Aufnahme des Vermerks
				7.	**kw 31.01.2014**	
				7.1	-	
A 8	1,0	-	1,0	7.1.1	Postnachfolgeunternehmen	-
				8.	**kw 31.12.2015**	
				8.1	-	
A 5	1,0	-	1,0	8.1.1	Postnachfolgeunternehmen	-
Zusammen	51,0	2,0	51,0			

Zu Titel 428 01

Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
					kw	
				1.	**kw**	
E 9	1,0	1,0	1,0	1.1	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	-
E 5	1,0	1,0	1,5			Wirksamwerden des Vermerks
				2.	**kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber/innen**	
E 9	1,0	-	1,0	2.1	-	-
E 3	1,3	-	1,3			-
				3.	**kw 31.12.2016**	
				3.1	-	
E 8	-	-	8,0	3.1.1	-	Wegfall des Vermerks
E 6	-	-	12,0			Wegfall des Vermerks
E 8	8,0	-	-	3.1.2	EHUG	Aufnahme des Vermerks
E 6	12,0	-	-			Aufnahme des Vermerks
				4.	**kw mit Wegfall der Aufgabe**	
				4.1	-	
E 8	1,0	-	1,0	4.1.1	Arbeitsstab Kindschaftssachen	-
E 6	1,0	-	1,0			-
Zusammen	26,3	2,0	26,8			

0719 Deutsches Patent- und Markenamt

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr: Neue Stellen, Stellenwegfall ohne ku/ kw-Vermerke +	-	und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken +	-	Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken +	-	Hebungen, Herabstufungen +	-	Umwandlungen, Umsetzungen +	-	von Sp. 2 entfallen auf Funktionsgruppen
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Beamtinnen und Beamte														
B 8......................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 4......................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 3......................	5,0	5,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 16....................	46,0	44,0	33,6	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 15....................	800,0	799,0	633,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 14....................	72,0	75,0	56,7	-	1,0	-	-	-	2,0	-	-	-	-	-
A 13 h................	94,3	99,3	207,3	-	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g................	78,0	76,0	75,8	1,0	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-
A 12....................	79,0	80,0	78,0	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 11.....................	165,7	166,7	140,1	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
A 10....................	3,0	3,0	9,7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 g..................	16,5	16,5	11,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m+Z.............	5,0	5,0	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m.................	14,0	14,0	14,9	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 8......................	25,0	25,0	19,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 7......................	14,0	15,5	7,0	-	1,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 6 e..................	5,0	5,0	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 5......................	9,0	9,0	8,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen..........	1 433,5	1 440,0	1 312,2	4,0	8,5	1,0	-	-	3,0	-	-	-	-	-
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
AT B....................	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 15....................	8,0	8,0	6,3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 14....................	2,0	2,0	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 13....................	-	-	8,3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 12....................	2,0	2,0	6,7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 11.....................	14,0	14,0	18,7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 10....................	15,0	15,0	7,9	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 9......................	67,0	68,0	48,8	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
E 8......................	161,0	161,0	157,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 7......................	22,0	22,0	16,4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 6......................	139,0	139,0	112,6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 5......................	414,4	417,0	351,5	-	2,6	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 4......................	5,0	5,0	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 3......................	51,1	57,5	90,6	-	6,4	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 2......................	-	-	16,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen..........	900,5	910,5	852,6	-	9,0	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
Insgesamt...........	900,5	910,5	853,6	-	9,0	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 428 01

Die folgenden Stellen dürfen nur mit Überhangpersonal besetzt werden: 2 E 9.

Erläuterungen:

Zu Titel 422 01

<u>Zu Spalte 4:</u>
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
1,0 A16; 4,8 A15; 4,3 A14; 2,0 A13h; 2,8 A12; 1,0 A11; 3,0 A9g (Zusammen: 18,9).

Zu Titel 428 01

<u>Zu Spalte 2:</u>
Davon mit Dienstwohnung 2,0 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (2013: 2,0).

Zu Spalte 4:
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
1,0 ATB; 1,3 E15; 2,5 E14; 7,3 E13; 2,8 E12; 1,0 E11; 3,0 E8 (Zusammen: 18,9).

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 422 01				
			1.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
A 15..................	1,0	2,0	1.1	Europäisches Patentamt
A 11..................	1,0	1,0		
A 11	1,0	1,0	1.2	CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages
A 15..................	3,0	3,0	1.3	Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO)
A 11..................	1,0	1,0		
A 15..................	1,0	1,0	1.4	Deutsche Stiftung für internationale rechtliche Zusammenarbeit e. V.
A 15..................	2,0	2,0	1.5	Harmonisierungsamt für den Binnenmarkt
A 12..................	1,0	1,0		
A 13 g................	1,0	1,0	1.8	Bundeskanzleramt
Zusammen.........	12,0	13,0		
			2.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	24,0	24,0	2.1	gemäß §§ 90, 92, 95 BBG, § 7 DBeglG, § 6 MuSchEltZV, § 24 GAD
			3.	**Sonstige Beurlaubung**
A 14..................	1,0	1,0	3.1	Bundespräsidialamt
B 3....................	1,0	1,0	3.2	Bundeskanzleramt
Zusammen.........	2,0	2,0		
Insgesamt..........	38,0	39,0		
Zu Titel 428 01				
			2.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	18,0	20,0	2.1	gemäß § 28 TVöD, § 9 UmzugsTV, § 15 BEEG, § 24 GAD
			3.	**Sonstige Beurlaubung**
E 2....................	1,0	1,0	3.1	Bundeskanzleramt
E 8....................	1,0	1,0	3.2	Befristete Rente gem. § 33 Abs. 2 TVöD
E 6....................	-	1,0		
E 5....................	3,0	3,0		
E 2....................	1,0	1,0		
Zusammen.........	6,0	7,0		
Insgesamt..........	24,0	27,0		

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014		2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Soll	Ersatz-(plan)st.				
1	2	3	4	5	6	7
Zu Titel 422 01						
					kw	
				1.	**kw 31.12.2016**	
				1.1	-	
A 15.................	116,0	-	116,0	1.1.1	Modernisierungsmaßnahmen und Stauabbau	-
A 14.................	24,0	-	24,0			-
A 13 h..............	5,0	-	5,0			-
A 11.................	4,0	-	4,0			-
A 10.................	3,0	-	3,0			-
A 14.................	6,0	-	6,0	1.1.2	Informationstechnik Stauabbau	-
A 13 g..............	2,0	-	2,0			-
A 12.................	3,0	-	3,0			-
A 11.................	2,0	-	2,0			-
				2.	**kw**	
				2.1	Ersatzplanstelle	
A 13 g..............	1,0	1,0	-	2.1.1	-	Neue Planstelle
				4.	**kw**	
				4.1	spätestens 31.05.2016	
A 11.................	9,2	-	9,2	4.1.1	Postnachfolgeunternehmen	-
				4.2	spätestens 31.07.2016	
A 11.................	1,0	-	1,0	4.2.1	Postnachfolgeunternehmen	-
				5.	**kw**	
A 14.................	-	-	2,0	5.1	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	Wirksamwerden des Vermerks

0719 Deutsches Patent- und Markenamt

Übersicht der ku- und kw- Vermerke						
Bes.-/ E.-Gr.	2014		2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Soll	Ersatz- (plan)st.				
1	2	3	4	5	6	7
A 11..................	0,5	0,5	1,5			Wirksamwerden des Vermerks
A 9 g.................	0,5	0,5	0,5			-
Zusammen.......	177,2	2,0	179,2			

Zu Titel 428 01

					kw	
				1.	**kw**	
E 9....................	-	-	1,0	1.1	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	Wirksamwerden des Vermerks
				2.	**kw 31.12.2016**	
				2.1	-	
E 8....................	30,0	-	30,0	2.1.1	Modernisierungsmaßnahmen und Stauabbau	-
E 3....................	6,0	-	6,0			-
Zusammen.......	36,0	-	37,0			

Anlage zu den Stellenplänen des Epl. 07

Darstellung der den Planstellen zugeordneten Amtsbezeichnungen

Bes.-Gr.	Kap.	Amtsbezeichnungen (Grundamtsbezeichnung in Fettdruck)
1	2	3
B 11	0712	Staatssekretärin oder Staatssekretär
B 9	0712	Ministerialdirektorin oder Ministerialdirektor
B 8	0719	Präsidentin oder Präsident des Deutschen Patent- und Markenamtes
B 6	0712	Ministerialdirigentin oder Ministerialdirigent
	0718	Präsidentin oder Präsident des Bundesamtes für Justiz
B 4	0719	Vizepräsidentin oder Vizepräsident des Deutschen Patent- und Markenamtes
B 3	0719	Direktorin oder Direktor beim Deutschen Patent- und Markenamt
	0712	Ministerialrätin oder Ministerialrat
	0718	Vizepräsidentin oder Vizepräsident des Bundesamtes für Justiz
B 2	0718	Abteilungspräsidentin oder Abteilungspräsident des Bundesamtes für Justiz
R 10	0716	Präsidentin oder Präsident des Bundesfinanzhofs
	0713	Präsidentin oder Präsident des Bundesgerichtshofs
	0715	Präsidentin oder Präsident des Bundesverwaltungsgerichtes
R 9	0714	Generalbundesanwältin oder Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof
R 8	0717	Präsidentin oder Präsident des Bundespatentgerichts
	0716	Vizepräsidentin oder Vizepräsident des Bundesfinanzhofs
	0713	Vizepräsidentin oder Vizepräsident des Bundesgerichtshofs
	0715	Vizepräsidentin oder Vizepräsident des Bundesverwaltungsgerichts
	0716	Vorsitzende Richterin oder Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof
	0713	Vorsitzende Richterin oder Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof
	0715	Vorsitzende Richterin oder Vorsitzender Richter am Bundesverwaltungsgericht
R 7	0714	Bundesanwältin oder Bundesanwalt beim Bundesgerichtshof als Abteilungsleiterin oder Abteilungsleiter bei der Bundesanwaltschaft
R 6	0714	Bundesanwältin oder Bundesanwalt beim Bundesgerichtshof
	0716	Richterin oder Richter am Bundesfinanzhof
	0713	Richterin oder Richter am Bundesgerichtshof
	0715	Richterin oder Richter am Bundesverwaltungsgericht
R 4	0717	Vizepräsidentin oder Vizepräsident des Bundespatentgerichts
R 3	0714	Oberstaatsanwältin oder Oberstaatsanwalt beim Bundesgerichtshof
	0717	Vorsitzende Richterin oder Vorsitzender Richter am Bundespatentgericht
R 2	0717	Richterin oder Richter am Bundespatentgericht
	0714	Staatsanwältin oder Staatsanwalt beim Bundesgerichtshof
A 16	0713, 0718, 0719	**Leitende Direktorin** oder **Leitender Direktor**
	0718	Abteilungspräsidentin oder Abteilungspräsident des Bundesamtes für Justiz
	0712	Ministerialrätin oder Ministerialrat
A 15	0712, 0713, 0714, 0715, 0716, 0718, 0719	**Direktorin** oder **Direktor**
A 14	0712, 0713, 0714, 0715, 0716, 0717, 0718, 0719	**Oberrätin** oder **Oberrat**
A 13 h	0712, 0715, 0716, 0718, 0719	**Rätin** oder **Rat**

07 Übersicht Amtsbezeichnungen

Bes.-Gr.	Kap.	**Amtsbezeichnungen** (Grundamtsbezeichnung in Fettdruck)
1	2	3
A 13 g+Z	0713, 0714, 0715	**Oberamtsrätin** oder **Oberamtsrat**
A 13 g	0712, 0713, 0714, 0715, 0716, 0717, 0718, 0719	**Oberamtsrätin** oder **Oberamtsrat**
A 12	0712, 0713, 0714, 0715, 0716, 0717, 0718, 0719	**Amtsrätin** oder **Amtsrat**
A 11	0712, 0713, 0715, 0716, 0717, 0718, 0719	**Amtfrau** oder **Amtmann**
A 10	0712, 0713, 0714, 0715, 0716, 0717, 0718, 0719	**Oberinspektorin** oder **Oberinspektor**
A 9 g	0712, 0713, 0715, 0717, 0718, 0719	**Inspektorin** oder **Inspektor**
A 9 m+Z	0712, 0713, 0714, 0715, 0716, 0717, 0718, 0719	**Amtsinspektorin** oder **Amtsinspektor**
A 9 m	0712, 0713, 0714, 0715, 0716, 0717, 0718, 0719	**Amtsinspektorin** oder **Amtsinspektor**
A 8	0712, 0713, 0714, 0715, 0716, 0717, 0718, 0719	**Hauptsekretärin** oder **Hauptsekretär**
A 7	0712, 0713, 0714, 0715, 0716, 0717, 0718, 0719	**Obersekretärin** oder **Obersekretär**
A 6 m	0718	**Sekretärin** oder **Sekretär**
A 6 e	0713, 0714, 0715, 0716, 0717	**Erste Hauptwachtmeisterin** oder **Erster Hauptwachtmeister**
	0712, 0718, 0719	**Oberamtsmeisterin** oder **Oberamtsmeister**
A 5	0713, 0714, 0715, 0716, 0717	**Erste Hauptwachtmeisterin** oder **Erster Hauptwachtmeister**
	0712, 0718, 0719	**Oberamtsmeisterin** oder **Oberamtsmeister**
A 4	0718	**Amtsmeisterin** oder **Amtsmeister**
	0713, 0714, 0715, 0716, 0717	**Hauptwachtmeisterin** oder **Hauptwachtmeister**
A 3	0718	**Hauptamtsgehilfin** oder **Hauptamtsgehilfe**

Stellenübersichten
der Zuwendungsempfänger / Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO des Kap. 0701

Titel	aus Nr. ... Erläuterung	**Bezeichnung**
1	2	3
684 01		Bundesverband der Verbraucherzentralen und -verbände - Verbraucherzentrale Bundesverband e. V. (vzbv) -

0701 Anlage zu Kapitel Zuwendungsempfänger

Stellenübersicht							
Besoldungs-/ Vergütungs-/ Entgelt- gruppen	Stellen mit Dauerarbeitskräften besetzbar					Stellen für Arbeitskräfte mit befristeten Arbeitsverträ- gen	
	Tit. 422 .1, 425 .1, 426 .1 und 428 .1 sowie entsprechende Kontierung im Wirtschaftsplan			Tit. 425 .1, 426 .1 und 428 .1 (Projektförderung/ Aufträge Dritter)		Tit. 427 .9 (Projektförderung/ Aufträge Dritter)	
	Soll 2014	Soll 2013	besetzt am 1. Juni 2013	Soll 2014	Soll 2013	Soll 2014	Soll 2013
1	2	3	4	5	6	7	8

Zu Titel 684 01

Bundesverband der Verbraucherzentralen und -verbände - Verbraucherzentrale Bundesverband e. V. (vzbv) -

Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
S (B 5)	1,0	-	-	-	-	-	-
AT B	5,0	-	-	-	-	-	-
Zusammen	6,0	-	-	-	-	-	-
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
E 15	2,0	-	-	1,0	-	-	-
E 14	10,0	-	-	2,0	-	2,0	-
E 13	24,7	-	-	2,0	-	9,9	-
E 12	2,0	-	-	-	-	-	-
E 11	-	-	-	-	-	0,5	-
E 10	2,2	-	-	2,0	-	3,5	-
E 9	11,2	-	-	3,0	-	3,1	-
E 8	10,5	-	-	3,0	-	0,1	-
E 6	5,5	-	-	2,0	-	1,0	-
E 5	2,0	-	-	-	-	-	-
E 3	2,0	-	-	-	-	0,5	-
Zusammen	72,1	-	-	15,0	-	20,6	-
Insgesamt	78,1	-	-	15,0	-	20,6	-

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 684 01

Die folgende Stelle darf nur mit Überhangpersonal besetzt werden: 1,0 E 8.

Stellenübersichten
der Zuwendungsempfänger / Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO des Kap. 0710

Titel	aus Nr. ... Erläuterung	**Bezeichnung**
1	2	3
687 88		Deutsche Stiftung für internationale rechtliche Zusammenarbeit e. V. (IRZ), Bonn

0710 Anlage zu Kapitel Zuwendungsempfänger

Stellenübersicht

Besoldungs-/ Vergütungs-/ Entgelt- gruppen	Stellen mit Dauerarbeitskräften besetzbar					Stellen für Arbeitskräfte mit befristeten Arbeitsverträgen	
	Tit. 422 .1, 425 .1, 426 .1 und 428 .1 sowie entsprechende Kontierung im Wirtschaftsplan			Tit. 425 .1, 426 .1 und 428 .1 (Projektförderung/ Aufträge Dritter)		Tit. 427 .9 (Projektförderung/ Aufträge Dritter)	
	Soll 2014	Soll 2013	besetzt am 1. Juni 2013	Soll 2014	Soll 2013	Soll 2014	Soll 2013
1	2	3	4	5	6	7	8

Zu Titel 687 88

Deutsche Stiftung für internationale rechtliche Zusammenarbeit e. V. (IRZ), Bonn

Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
S (B 3)	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-
AT (B 2)	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-
AT B	2,0	-	-	-	-	-	-
Zusammen	4,0	2,0	2,0	-	-	-	-
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
E 15	2,0	4,0	4,0	6,0	6,0	-	-
E 14	1,0	1,0	1,0	-	-	1,0	1,0
E 13	1,0	1,0	1,0	2,0	2,0	-	-
E 12	1,0	1,0	1,0	5,0	5,0	-	-
E 11	1,0	1,0	1,0	6,5	6,5	2,0	3,0
E 10	1,0	1,0	1,0	1,0	-	1,0	-
E 9	-	-	-	4,0	4,0	7,0	4,0
E 8	2,0	2,0	2,0	2,0	1,0	2,0	2,0
E 6	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-
E 5	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-
E 4	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-
Zusammen	13,0	15,0	15,0	26,5	24,5	13,0	10,0
Insgesamt	17,0	17,0	17,0	26,5	24,5	13,0	10,0

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ Verg.-/ E.-Gr.	2014		2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Soll	Ersatz- (plan)st.				
1	2	3	4	5	6	7

Zu Titel 687 88

Deutsche Stiftung für internationale rechtliche Zusammenarbeit e. V. (IRZ), Bonn

					ku	
				1.	**ku mit Ausscheiden der Stelleninhaber /innen**	
				1.1	in Entgeltgruppe E 9	
E 12	1,0	-	1,0	1.1.1	Sachbearb. Aus-/Fortbildung/Verwaltung	-

Entwurf

zum

Bundeshaushaltsplan 2014

Einzelplan 08

Bundesministerium der Finanzen

Inhalt

Kapitel	B e z e i c h n u n g	Seite
	Vorwort zum Einzelplan	3
	Überblick zum Einzelplan	5
	Haushaltsvermerk / Hinweise zum Einzelplan	6
0801	Wiedergutmachungen des Bundes	7
	Ausgaben-Tgr. 01 Lastenausgleich	9
	Ausgaben-Tgr. 02 Leistungen im Zusammenhang mit Kriegsfolgen	10
	Ausgaben-Tgr. 03 Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung	11
0802	Lasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt bzw. Abzug von ausländischen Streitkräften	13
0803	Finanzierung der Nachfolgeeinrichtungen der Treuhandanstalt	18
	Ausgaben-Tgr. 01 Ausgaben für die GVV Gesellschaft zur Verwahrung und Verwertung von stillgelegten Bergwerksbetrieben mbH (GVV)	19
	Ausgaben-Tgr. 02 Ausgaben für die Energiewerke Nord GmbH (EWN)	20
	Ausgaben-Tgr. 03 Ausgaben für die Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH (LMBV)	20
	Ausgaben-Tgr. 04 Ausgaben für die Bundesanstalt für vereinigungsbebedingte Sonderaufgaben (BvS)	20
	Anlage 1 Wirtschaftspläne	21
0810	Sonstige Bewilligungen	22
	Anlage 1 Treuhandvermögen des Bundes gem. Art. 22 des Einigungsvertrages vom 31. August 1990 (0892)..	26
0811	Zentral veranschlagte Verwaltungseinnahmen und -ausgaben	29
	Einnahmen-Tgr. 57 Versorgung der Beamtinnen und Beamten sowie der Richterinnen und Richter	31
	Ausgaben-Tgr. 57 Versorgung der Beamtinnen und Beamten sowie der Richterinnen und Richter	32
0812	Bundesministerium	36
0813	Bundeszollverwaltung	42
	Ausgaben-Tgr. 01 Unterstützung von Bundesbehörden, die Sportförderplätze für Spitzensportlerinnen und Spitzensportler mit Behinderung zur Verfügung stellen	47
0814	Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen mit Bundesausgleichsamt	54
0815	Bundeszentralamt für Steuern	61
0816	Zentrum für Informationsverarbeitung und Informationstechnik	68
0820	Bundesmonopolverwaltung für Branntwein	75
	Anlage 1 Wirtschaftspläne	78
	Aufwandsentschädigungen, Besondere Personalausgaben	79
	Übersichten	
	Übersicht 1 Verpflichtungsermächtigungen (VE)	81

Kapitel	B e z e i c h n u n g	Seite
	Personalhaushalt..	85

Wesentliche Politikbereiche und Ziele

Kernaufgabe des Bundesministeriums der Finanzen (BMF) ist es, die finanzielle Handlungsfähigkeit des Bundes langfristig zu sichern. Dem BMF kommt damit eine zentrale Rolle innerhalb der Bundesregierung zu. Aus diesem Grund hat der Bundesminister der Finanzen auch ein Widerspruchsrecht bei allen finanzpolitischen Entscheidungen der Bundesregierung.

Das BMF bündelt mit dem Ziel solider Staatsfinanzen die finanziellen Belange der Regierung im Sinne einer nachhaltigen Finanzpolitik und sorgt damit zugleich für einen fairen Interessenausgleich innerhalb der Gesellschaftsgruppen.

Dem BMF obliegen folgende Kernaufgaben:

Schuldenbremse, Finanzierung der öffentlichen Infrastruktur, effiziente Strukturen des Gemeinwesens von morgen - zu diesen und anderen finanzpolitischen und volkswirtschaftlichen Grundsatzfragen erarbeitet das BMF Strategien und Konzepte.

Die jährliche Aufstellung des Bundeshaushalts für das kommende Jahr und die Fortschreibung des fünfjährigen Finanzplans ist das Ergebnis intensiver Verhandlungen mit den Ressorts, in denen alle haushaltswirksamen Aktivitäten des jeweiligen Fachbereichs auf Etatreife, Wirtschaftlichkeit und Finanzierbarkeit geprüft werden. Nachdem der Haushaltsentwurf im Bundeskabinett beschlossen wurde, begleitet und unterstützt das BMF das parlamentarische Verfahren im Deutschen Bundestag und Bundesrat. Darüber hinaus ist es für die allgemeine Gesetzgebung im Bereich des Haushaltswesens des Bundes und für wichtige Einzelfallentscheidungen im Rahmen der Haushaltsführung zuständig. Es verantwortet ferner das Kassen- und Rechnungswesen sowie die Haushalts- und Vermögensrechnung des Bundes.

Das BMF ist zudem für die Koordinierung der Tätigkeit der rund 38 000 Zöllnerinnen und Zöllner zuständig, die etwa die Hälfte der dem Bund zufließenden Steuereinnahmen erzielen und die den Handel deutscher Unternehmen auf den internationalen Märkten unterstützen und gegen Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung vorgehen. Das Aufgabenspektrum des BMF umfasst dabei auch die Rechtsetzung in den Bereichen „Abgabenerhebung bei Zöllen und Verbrauchsteuern“, „Sicherheit“ (unter anderem Zollfahndungsdienst- und Zollverwaltungsgesetz) sowie „Sicherung der Sozialsysteme“ (z. B. Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz).

Gesetzes- und Verordnungsentwürfe, Verwaltungsvorschriften und Erlasse auf vielen Steuergebieten gehören ebenfalls zu den Kernaufgaben des BMF. Dazu zählen zum Beispiel die Einkommen- und Lohnsteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Umsatzsteuer, Erbschaftsteuer, Grundsteuer, Kraftfahrzeugsteuer und Versicherungsteuer. Das BMF ist für Grundsatzfragen der Besteuerung, das Steuerverfahrensrecht, Steuerberatungsrecht und Steuerstrafrecht sowie für das internationale Steuerrecht, zu dem vor allem die Doppelbesteuerungsabkommen gehören, zuständig. Es achtet auf eine einheitliche Rechtsanwendung im Bundesgebiet, arbeitet mit den Landesfinanzbehörden an der Modernisierung der Besteuerungsverfahren sowie am Abbau von Bürokratie und übt die Rechts- und Fachaufsicht über das Bundeszentralamt für Steuern aus.

Infolge von Krieg und Teilung sind unter Regie des BMF offene Vermögensfragen sowie die Abwicklung der finanziellen Auswirkungen des Krieges und der vermögensrechtlichen Folgen der Vereinigung Deutschlands zu regeln.

Die Finanzbeziehungen des Bundes zu den Ländern und Gemeinden sind ein weiterer wichtiger Aufgabenschwerpunkt. Dazu zählen Fragen zur Finanzverfassung, zum Staatsrecht und zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung. Hinzu kommen Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht und den Europäischen Gerichten sowie das Europarecht.

Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise hat deutlich gemacht: Ein stabiles Finanzsystem spielt eine zentrale Rolle für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland. Wichtige Akteure auf den Finanzmärkten sind Banken, Versicherer und Finanzdienstleister. Im BMF werden unter anderem die gesetzlichen Rahmenbedingungen erarbeitet, damit die Finanzmärkte ihre volkswirtschaftliche Funktion erfüllen können.

Die Finanzmarktpolitik muss den dynamischen Entwicklungen in den vergangenen Jahren Rechnung tragen. Wesentliche Aufgabe des BMF ist es daher, Reformen der Finanzmarktregulierung und Finanzaufsicht auf nationaler, europäischer und weltweiter Ebene voranzutreiben. Gleichzeitig beschäftigt sich das BMF mit der Frage, inwieweit der Finanzsektor an der finanziellen Bewältigung der Krise beteiligt werden könnte.

Die schrittweise Privatisierung von Bundesunternehmen und die Verantwortlichkeit für Grundsatzaufgaben der Privatisierungs- und Beteiligungspolitik innerhalb der Bundesregierung gehören ebenfalls zu den Aufgaben des BMF. Zur Gewährleistung „guter Unternehmensführung“ im öffentlichen Sektor (Public Corporate Governance) werden zudem einheitliche Standards für Bundesunternehmen geschaffen.

Einen weiteren Bereich bilden die Treuhandnachfolgeaufgaben und die Bundesimmobilien, insbesondere die Aufsicht über die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben. Bei der Deutschen Post AG, der Deutschen Telekom AG und anderen Unternehmen ist das BMF für die Beteiligungsführung sowie die Privatisierungsvorbereitung einschließlich ihrer Durchführung verantwortlich.

Finanz- und wirtschaftspolitische Entscheidungen werden aufgrund der fortschreitenden Integration Europas zunehmend in Brüssel getroffen. Am Zustandekommen dieser Entscheidungen wirkt das BMF mit.

Im BMF werden die Positionen zu Haushalts- und Finanzfragen der EU - insbesondere zum jährlichen EU-Haushalt sowie zum mehrjährigen Finanzrahmen - erarbeitet und koordiniert. Ziel ist es, den deutschen Beitrag zum Haushalt der EU mit den jeweiligen finanzpolitischen Erfordernissen in Einklang zu bringen. Das BMF setzt sich zudem für die ordnungsgemäße und effiziente Verwendung der EU-Subventionen ein.

Wesentliche finanzwirksame Schwerpunkte des Einzelplans

Die Fach- und Programmausgaben des Geschäftsbereichs werden in den Kapiteln 0801 bis 0803 sowie in Kapitel 0810 dargestellt. Finanzieller Schwerpunkt ist dabei **Kapitel 0801,** das **die Wiedergutmachungen des Bundes** mit den Schwerpunkten "Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung", "Lastenausgleich" und "Leistungen im Zusammenhang mit Kriegsfolgen" umfasst. Die Einnahmen und Ausgaben für Lasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt bzw. Abzug von **ausländischen Streitkräften** bilden das **Kapitel**

08 Vorwort

0802. Einen weiteren Schwerpunkt der Fachausgaben bildet **Kapitel 0803,** in dem die Ausgaben für die Finanzierung der **Nachfolgeeinrichtungen der Treuhandanstalt** veranschlagt werden. Fach- und Programmausgaben, die vom Volumen und/oder ihrer Bedeutung kein eigenes Kapitel rechtfertigen, sind in **Kapitel 0810 "Sonstige Bewilligungen"** zusammengefasst.

Der Einzelplan 08, Bundesministerium der Finanzen, ist im Schwerpunkt ein personalintensiver Verwaltungshaushalt, der geprägt ist durch einen entsprechend hohen Anteil an Personalausgaben und damit zusammenhängenden Verwaltungsausgaben.

Die vom Geschäftsbereich wahrzunehmenden gesetzlichen und politischen Aufgaben werden durch das Ministerium gelenkt und strategisch gesteuert. Gleichzeitig erfolgt dort die konzeptionelle Begleitung für die zukünftige Entwicklung. Die Ausgaben des **Ministeriums** werden in **Kapitel 0812** veranschlagt.

Die Aufgabenschwerpunkte im Geschäftsbereich des Ministeriums werden wie folgt wahrgenommen:

Die **Bundeszollverwaltung** nimmt die Aufgaben nach Artikel 108 Grundgesetz wahr. Sie bildet eine Flächenverwaltung und gliedert sich in fünf Bundesfinanzdirektionen mit insgesamt 43 Hauptzollämtern und 275 Zollämtern sowie das Zollkriminalamt mit acht Zollfahndungsämtern. Daneben bestehen das Bildungs- und Wissenschaftszentrum der Bundesfinanzverwaltung, das Kompetenzzentrum für das Kassen- und Rechnungswesen und zwei Bundeskassen. Die Veranschlagung erfolgt in **Kapitel 0813.**

Das **Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen (BADV)** ist als Oberbehörde zentraler Dienstleister insbesondere im Bereich der Bezügeberechnung und der Abrechnung von Personalnebenleistungen einschließlich Familienkassenaufgaben für den Geschäftsbereich und weitere Bereiche der Bundesverwaltung. Darüber hinaus nimmt es Aufgaben aus dem Bereich der Wiedergutmachung wahr (Kapitel 0801). Das **Bundesausgleichsamt (BAA),** auch eine Oberbehörde, führt den Lastenausgleich (ebenfalls Kapitel 0801) durch. Beide Oberbehörden bilden zusammen das **Kapitel 0814.**

Das **Bundeszentralamt für Steuern (BZSt)** nimmt als weitere Oberbehörde bundesländerübergreifend zentrale steuerliche Aufgaben nach Maßgabe des Finanzverwaltungsgesetzes wahr. Die für die Tätigkeiten des BZSt erforderlichen Haushaltsmittel sind im **Kapitel 0815** veranschlagt.

Das **Zentrum für Informationsverarbeitung und Informationstechnik der Bundesfinanzverwaltung (ZIVIT)** ist der zentrale IT-Dienstleister im Geschäftsbereich des BMF und eines von drei Dienstleistungszentren-IT (DLZ-IT) des Bundes. Es wird in **Kapitel 0816** abgebildet.

Das Branntweinmonopol von 1918 wird durch die Oberbehörde **Bundesmonopolverwaltung für Branntwein (BfB)** verwaltet. Dieses ist in **Kapitel 0820** veranschlagt.

Überblick zum Einzelplan 08	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	999 849	200 648	+799 201		294 099
Übrige Einnahmen	38 844	45 574	-6 730		60 551
Gesamteinnahmen	1 038 693	246 222	+792 471		354 650
Ausgaben					
Personalausgaben	2 960 613	2 857 418	+103 195	14 599	2 711 594
Sächliche Verwaltungsausgaben	681 036	601 608	+79 428	91 182	553 658
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	1 412 352	1 446 902	-34 550	124 556	1 286 276
Ausgaben für Investitionen	134 278	112 478	+21 800	106 137	159 724
Besondere Finanzierungsausgaben	-	-	-		-
Gesamtausgaben	5 188 279	5 018 406	+169 873	336 474	4 711 252
davon flexibilisiert	2 669 777	2 465 973	+203 804	195 059	2 341 877
davon nicht flexibilisiert	2 518 502	2 552 433	-33 931	141 415	2 369 375
Flexibilisierte Ausgaben nach § 5 HG					
Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3	2 058 298	1 957 250	+101 048	17 539	1 844 734
Aus Hauptgruppe 5	497 944	426 236	+71 708	90 205	379 178
Aus Hauptgruppe 6 ohne Titel 634 .3	7	9	-2		-
Aus Hauptgruppe 7	2 985	5 200	-2 215	25 488	9 912
Aus Hauptgruppe 8	110 543	77 278	+33 265	61 827	108 053
Zusammen	2 669 777	2 465 973	+203 804	195 059	2 341 877
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung	352 974 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu	65 502 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu	54 777 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu	49 575 T€				
im Haushaltsjahr 2018 bis zu	28 220 T€				
im Haushaltsjahr 2019 bis zu	13 380 T€				
im Haushaltsjahr 2020 bis zu	12 780 T€				
im Haushaltsjahr 2021 bis zu	12 780 T€				
im Haushaltsjahr 2022 bis zu	9 280 T€				
im Haushaltsjahr 2023 bis zu	8 280 T€				
im Haushaltsjahr 2024 bis zu	8 100 T€				
im Haushaltsjahr 2025 bis zu	6 300 T€				
im Haushaltsjahr 2026 bis zu	6 000 T€				
im Haushaltsjahr 2027 bis zu	6 000 T€				
im Haushaltsjahr 2028 bis zu	6 000 T€				
im Haushaltsjahr 2029 bis zu	6 000 T€				
im Haushaltsjahr 2030 bis zu	5 000 T€				
im Haushaltsjahr 2031 bis zu	5 000 T€				
im Haushaltsjahr 2032 bis zu	5 000 T€				
im Haushaltsjahr 2033 bis zu	5 000 T€				
im Haushaltsjahr 2034 bis zu	5 000 T€				
ab dem Haushaltsjahr 2035 bis zu	23 000 T€				
in künftigen Haushaltsjahren bis zu	12 000 T€				

Auszug aus Übersicht VIII des Gesamtplans "20 größte Finanzhilfen des Bundes" in der Abgrenzung des 24. Subventionsberichts

Lfd. Nr.	Kapitel	Zweckbestimmung	Lfd. Nr. 24. Subventionsbericht (Anlage 1)	Soll 2014 Mio. €	Soll 2013 Mio. €	Ist 2012 Mio. €
1	2	3	4	5	6	7
17	0820	Zuschüsse an die Bundesmonopolverwaltung für Branntwein	8	58	80	65

08 Haushaltsvermerk / Hinweise zum Einzelplan

Haushaltsvermerk: - Ausgaben

1. Einsparungen bei folgenden Titeln: Epl. 08 mit Ausnahme der Titel 518 .2 dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: Kap. 0811 Tit. 981 07.

   Dies gilt in Fällen, in denen Bundesressorts im Rahmen von Ressortvereinbarungen für andere Bundesressorts tätig werden und Mittel vom abgebenden Ressort dem empfangenden Ressort für gleiche Zwecke im Wege der Verrechnung zur Verfügung gestellt werden (sog. "Einer-für-Alle-Fälle").

2. Einsparungen bei folgenden Titeln: Epl. 08 mit Ausnahme der Titel 518 .2 dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: Kap. 0820 Tit. 682 01.

3. Einsparungen bei folgenden Titeln: Epl. 08 mit Ausnahme der Titel 518 .2 dienen bis zur Höhe von 10 000 T€ zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: Kap. 0813 Tit. 688 04.

4. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 0811 Tit. 381 07.

   Dies gilt in Fällen, in denen Bundesressorts im Rahmen von Ressortvereinbarungen für andere Bundesressorts tätig werden und Mittel vom abgebenden Ressort dem empfangenden Ressort für gleiche Zwecke im Wege der Verrechnung zur Verfügung gestellt werden (sog. "Einer-für-Alle-Fälle").

Allgemeine Erläuterungen:

Ist-Angaben:

Die Ist-Ergebnisse der Einzeltitel sind kaufmännisch auf 1 000 € gerundet. Dadurch können bei Summenangaben Rundungsdifferenzen entstehen. Summenangaben können außerdem nicht durch Addition der gedruckten Titel errechnet werden, da in Vorjahren weggefallene Titel nur im Bundeshaushaltsplan 2014 abgedruckt werden, wenn bei diesen noch Ausgabereste bestehen.

Ausgabereste:

Die im Vorjahr verfügbaren Ausgabereste im nicht flexibilisierten Bereich sind kaufmännisch auf 1 000 € gerundet und einzeln bei dem jeweiligen Titel mit Stand Juli 2013 ausgewiesen. Die Inanspruchnahme dieser Ausgabereste muss grundsätzlich im jeweiligen Einzelplan durch Minderausgaben an anderer Stelle kassenmäßig eingespart werden. Ausgabereste bei den der Flexibilisierung gemäß § 5 Haushaltsgesetz 2014 (HG) unterliegenden Ansätzen werden lediglich in der Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben summarisch ausgewiesen. Für die Inanspruchnahme dieser Ausgabereste ist zentral Vorsorge getroffen und daher eine kassenmäßige Einsparung im gleichen Einzelplan grundsätzlich nicht erforderlich. Bei Summenangaben können Rundungsdifferenzen entstehen.

Flexibilisierung:

Die in die Regelung nach § 5 HG einbezogenen Ausgaben sind mit einem F vor der Titelnummer gekennzeichnet. Sie werden jeweils im hinteren Teil eines Kapitels im Anschluss an die nicht flexibilisierten Ausgabetitel entsprechend der Zuordnung nach § 5 HG in einer Zusammenstellung aufsummiert und sind danach einzeln aufgelistet. Neu in die Flexibilisierung einbezogene Titel sind dabei mit einem **F** hervorgehoben.

Personalausgaben:

Aufwandsentschädigungen und Besondere Personalausgaben werden gemäß der Übersicht, die nach dem letzten Kapitel des Einzelplans abgedruckt ist, veranschlagt.

Angewandte Kurse:

100 DKK= 13,40608 €; 1 USD = 0,72511 €; 1 CHF = 0,81460 €; 1 GBP = 1,19947 €; 1 AUD = 0,64838 €.

Vorbemerkung

Wesentliche finanzwirksame Schwerpunkte des Kapitels

Der Bereich der Wiedergutmachungen des Bundes wird mit einem finanziellen Anteil von mehr als 90 Prozent vor allem durch die Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (Titelgruppe 03) geprägt. Sie umfasst insbesondere die gesetzlichen Wiedergutmachungsleistungen nach dem Gesetz zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (BEG) sowie die außergesetzlichen Wiedergutmachungsleistungen nach dem so genannten Artikel 2-Abkommen. Schwerpunkte dieser Härteleistungen sind laufende Beihilfen an jüdische Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung und Zuschüsse an Institutionen für die häusliche Pflege.

Der Lastenausgleich ist in Titelgruppe 01 veranschlagt. Nachdem seit Mitte der 1990er Jahre neue Anträge wegen Fristablauf nicht mehr gestellt werden können, ist der Ausgabenbedarf rückläufig; im Wesentlichen umfasst er noch die Zahlungen für die laufenden Leistungen, wie z. B. die Unterhaltshilfe oder die Entschädigungsrente.

In der Titelgruppe 02 sind Leistungen im Zusammenhang mit Kriegsfolgen etatisiert. Hervorzuheben sind hier die Erstattungen für die Beseitigung ehemals reichseigener Kampfmittel auf nicht bundeseigenen Liegenschaften und mit abnehmender Tendenz die Nachversicherung ausgeschiedener Angehöriger des öffentlichen Dienstes nach § 99 Allgemeines Kriegsfolgengesetz (AKG).

Wesentliche Ziele, die mit den veranschlagten Mitteln erreicht werden sollen

Die Mittel für die Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (Titelgruppe 03) dienen zum einen der Erfüllung gesetzlicher Verpflichtungen gegenüber den berechtigten Leistungsempfängern (BEG-Renten). Zum anderen wird mit den veranschlagten Mitteln eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation solcher Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung angestrebt, die nach den gesetzlichen Vorschriften der Bundesrepublik Deutschland bisher nur begrenzte Wiedergutmachungsleistungen erhalten haben und sich in einer wirtschaftlichen Notlage befinden.

Die Ausgaben der Titelgruppe 01 dienen der Erfüllung der aus den Lastenausgleichsgesetzen resultierenden gesetzlichen Verpflichtungen sowie der Durchführung der auf dieser Grundlage abgeschlosenen Darlehensverträge, die ebenfalls die Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge in die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland zum Zweck hatten.

Die in der Titelgruppe 02 veranschlagten Mittel dienen der finanziellen Abwicklung von Kriegsfolgen und zielen im Bereich der Munitionsräumung darauf ab, nicht unerhebliche Gefahren für die öffentliche Sicherheit zu beseitigen.

Überblick zum Kapitel 0801	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	1	1	-		154
Übrige Einnahmen	18 710	19 783	-1 073		21 698
Gesamteinnahmen	18 711	19 784	-1 073		21 852
Ausgaben					
Sächliche Verwaltungsausgaben	-	-	-		985
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	692 285	694 950	-2 665	7 905	638 674
Ausgaben für Investitionen	1 500	1 200	+300	1 102	1 424
Besondere Finanzierungsausgaben	-	-	-		-
Gesamtausgaben	693 785	696 150	-2 365	9 007	641 083
davon nicht flexibilisiert	693 785	696 150	-2 365	9 007	641 083
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung	20 000 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu	5 000 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu	5 000 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu	5 000 T€				
im Haushaltsjahr 2018 bis zu	5 000 T€				

0801 Wiedergutmachungen des Bundes

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Einnahmen			
	Verwaltungseinnahmen			
119 99 -243	Vermischte Einnahmen	1	1	154
	Haushaltsvermerk: **1.** Aus den Einnahmen dürfen anfallende Nebenkosten geleistet werden. **2. Es wird zugelassen, dass BMF auf Rückzahlungen der Jewish Claims Conference verzichten kann, die im Zusammenhang mit Betrugsfällen stehen, die von Mitarbeitern bei der Ausführung der Art. 2 Vereinbarung begangen wurden und 2013 Gegenstand von Strafverfahren in New York waren; dies gilt, soweit die Ansprüche den verurteilten Mitarbeitern gegenüber nicht durchsetzbar sind.**			
	Übrige Einnahmen			
162 01 -243	Zinsen aus Darlehen nach dem Gesetz über den Lastenausgleich (LAG)	10	3	20
182 01 -243	Tilgung aus Darlehen nach dem LAG	13 000	13 500	14 354
232 01 -243	Zuschüsse von Ländern zur Unterhaltshilfe (§ 6 LAG und § 3 Abs. 2 LAEG-Saar)	5 700	6 280	7 324
382 01 -890	Rückforderung von Lastenausgleich nach § 349 LAG	-	-	(6 386)
	Haushaltsvermerk: 1. Mehreinnahmen sind als den Haushalt durchlaufende Gelder zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 982 11. 2. Aus den Einnahmen dürfen anfallende Nebenkosten (z. B. Inkassogebühren) geleistet werden.			

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.

2. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Titelgruppe 01

Tgr. 01	Lastenausgleich	(18 985)	(21 785)	
671 11 -219	Verwaltungskosten, Gebühren und Kostenerstattungen aus der Durchführung der Lastenausgleichsgesetze	648	746	709

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Gebühren aufgrund von Geschäftsbesorgungsverträgen des Präsidenten des Bundesausgleichsamts mit zentralen Kreditinstituten über Leistungen aus dem Lastenausgleich, und zwar der	
1.1 KfW-Bankengruppe	85
1.2 Postbank	298
2. Kosten der Darlehensverwaltung der Hausbanken für die dort verwalteten Darlehen aus dem Lastenausgleich	265
Zusammen	648

681 11 -243	Laufende Leistungen aufgrund des LAG und des Gesetzes zur Abgeltung von Reparations-, Restitutions-, Zerstörungs- und Rückerstattungsschäden (RepG)	18 000	20 694	23 658

Haushaltsvermerk:

Aus diesem Titel dürfen auch Bankenmargen, die nach dem Umwandlungsstichtag bis zur Rechtskraft des Bescheides über die Umwandlung der nach § 40 Abs. 2 RepG anzurechnenden Kredithilfen anfallen, an Kreditinstitute erstattet werden.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Leistungen nach dem LAG (Unterhaltshilfe, Entschädigungsrente, Härteleistungen)	17 950
2. Leistungen nach dem RepG (Unterhaltshilfe, Entschädigungsrente)	50
Zusammen	18 000

687 12 -246	Beihilfen an Vertriebene im Ausland	13	21	14

Haushaltsvermerk:

Aus den Ausgaben dürfen auch die Folgekosten für die Inanspruchnahme von ehemaligen Beratungsausschüssen (einschließlich Geschäftsstelle), die zur Durchführung von Beihilfeverfahren in bestimmten Gebietsbereichen sowie des Abkommens vom 27. Januar 1976 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Italienischen Republik über die Regelung der mit dem deutsch-italienischen Abkommen vom 26. Februar 1941 zusammenhängenden Fragen eingerichtet wurden, geleistet werden.

698 11 -243	Ansprüche auf Hauptentschädigung nach §§ 243 bis 252 LAG, auf Entschädigung nach §§ 15, 29 und 33 WBSchlussG sowie auf Entschädigung nach §§ 31 ff. RepG und sonstige Einmalleistungen	324	324	482
982 11 -890	Abführung der Rückforderungen nach § 349 LAG an den Entschädigungsfonds	-	-	(6 386)

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 382 01.

0801 Wiedergutmachungen des Bundes

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Titelgruppe 02			
Tgr. 02	Leistungen im Zusammenhang mit Kriegsfolgen	(45 070)	(41 680) *(1 102)*	
526 21 -033	Gerichts- und ähnliche Kosten Haushaltsvermerk: Erstattungen Dritter fließen den Ausgaben zu.	-	-	-
632 21 -249	Erstattungen an die Länder und sonstige Stellen für die Beseitigung ehemals reichseigener Kampfmittel auf nicht bundeseigenen Liegenschaften	25 000	21 500	27 472
632 22 -249	Finanzieller Ausgleich für die Übernahme der Sicherungspflichten an ehemaligen Westwallanlagen durch Länder Verpflichtungsermächtigung....... 20 000 T€ davon fällig: im Haushaltsjahr 2015 bis zu....... 5 000 T€ im Haushaltsjahr 2016 bis zu....... 5 000 T€ im Haushaltsjahr 2017 bis zu....... 5 000 T€ im Haushaltsjahr 2018 bis zu....... 5 000 T€	5 000		
636 21 -249	Nachversicherung nach § 99 Allgemeines Kriegsfolgengesetz (AKG)	12 000	16 500	15 217
671 22 -830	Erstattung für Zahlungen an die ehemalige Konversionskasse für deutsche Auslandsschulden	-	-	-
681 22 -249	Härteausgleich für den Unterhalt von Kindern nach Maßgabe besonderer Verwaltungsvorschriften	60	60	61
681 23 -249	Abschließende Leistungen zur Abgeltung von Härten in Einzelfällen nach dem AKG	1 300	2 200	1 937
681 24 -249	Versorgungs- und Schadensersatzansprüche	210	220	215
712 22 -249	Beseitigung von Gefahrenstellen an ehemaligen Luftschutz- und Verteidigungsanlagen sowie Grundstücksbereinigungen Haushaltsvermerk: Beiträge Dritter fließen den Ausgaben zu.	1 500	1 200 *1 102*	1 424

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Titelgruppe 03			
Tgr. 03	Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung	(629 730)	(632 685) *(7 905)*	
526 32 -244	Sachverständige, Ausgaben für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen Erläuterungen: Aus diesem Titel werden nur Ausgaben für Sachverständige geleistet.	-	-	985
632 31 -244	Erstattungen an die Länder nach § 172 des Bundesentschädigungsgesetzes (BEG) Haushaltsvermerk: Einnahmen aus Rückzahlungen überzahlter Renten fließen den Ausgaben zu. Erläuterungen: Weniger wegen Anpassung an den tatsächlichen Verlauf.	125 000	145 265	143 234
636 31 -244	Erstattung von Verwaltungskosten an die Deutsche Rentenversicherung Bund im Zusammenhang mit der Durchführung der Richtlinie über eine Anerkennungsleistung für Arbeit im Ghetto ohne Zwang	-	1 500	1 513
636 32 -244	Zahlungen gemäß §§ 21 (4), 21 a, 22 b und 35 (2) des Gesetzes zur Regelung der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts für Angehörige des öffentlichen Dienstes (BWGöD)	60	70	67
636 33 -229	Zahlungen gemäß Art. 6 §§ 18 und 21 des Fremdrenten- und Auslandsrenten-Neuregelungsgesetzes vom 25. Februar 1960 Erläuterungen: Weitere Ausgaben für die Nachversicherung gemäß Art. 6 des Fremdrenten- und Auslandsrenten-Neuregelungsgesetzes sind im Kap. 1102 Tit. 636 03 veranschlagt.	430	500	459
681 32 -249	Anerkennungsleistung für Arbeit im Ghetto ohne Zwang	8 000	- *7 905*	22 406
681 36 -249	Leistungen aufgrund von Ansprüchen gegen frühere nationalsozialistische Einrichtungen Erläuterungen: Weitere Ausgaben aufgrund des Gesetzes zur Regelung der Verbindlichkeiten nationalsozialistischer Einrichtungen und der Rechtsverhältnisse an deren Vermögen vom 17. März 1965 (BGBl. I S. 79) sind bei Kap. 1102 Tit. 636 04 veranschlagt.	40	50	49
687 31 -244	Sonstige Leistungen im Rahmen der Wiedergutmachung an Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung Haushaltsvermerk: Einnahmen aus Zahlungen der Länder im Rahmen des BEG-Finanzausgleichs fließen den Ausgaben zu. Erläuterungen: Mehr wegen erhöhter Verwaltungskostenerstattung an die JCC.	32 000	17 500	15 392

0801 Wiedergutmachungen des Bundes

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu Titelgruppe 03			
699 31 -249	Abschließende Leistung zur Abgeltung von Härten in Einzelfällen	464 200	423 700	347 679
	Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel			
687 34 -249	Zuschüsse an einen Fonds der Jewish Claims Conference zur Unterstützung notleidender, bisher nicht entschädigter jüdischer NS-Verfolgter in Osteuropa		44 100	38 110

Vorbemerkung

Wesentliche finanzwirksame Schwerpunkte des Kapitels

Der Bund trägt bestimmte Verteidigungsfolgekosten, die im Zusammenhang mit dem Aufenthalt der ausländischen Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland entstehen.

Einer der Ausgabenschwerpunkte liegt bei den Unterstützungsleistungen für die zivilen Arbeitskräfte, die infolge des Truppenabbaus freigesetzt worden sind. Die ehemaligen Arbeitnehmer der ausländischen Streitkräfte haben nach Maßgabe des Tarifvertrags "Soziale Sicherung" einen Rechtsanspruch auf Zahlung von Überbrückungsbeihilfen aus Bundesmitteln.

Ein weiterer Aufgabenschwerpunkt liegt bei der Abgeltung von durch die Entsendestreitkräfte verursachten Schäden. Im Wesentlichen handelt es sich um Personen- und Sachschäden, vor allem aus Verkehrsunfällen, Manöverschäden und Schäden an von den Streitkräften genutzten Liegenschaften (Belegungs- und Vertragsschäden).

Aufgrund der vermehrten Freigaben von Liegenschaften, der Projektierung neuer Baumaßnahmen und der Restwerterstattungen an die ausländischen Streitkräfte entsteht ein neuer Ausgabenschwerpunkt. Die alliierten Streitkräfte haben nach den völkerrechtlichen Vereinbarungen einen Anspruch auf Erstattung des Wertes (Restwert) der Investitionen, die sie aus eigenen Mitteln (Heimatmittel) auf der Liegenschaft getätigt haben, und die den Wert der Liegenschaft (nach Abzug der festgestellten Schäden) bleibend erhöhen.

Wesentliche Ziele, die mit den veranschlagten Mitteln erreicht werden sollen

Es sind die völkerrechtlichen Verträge zu erfüllen, insbesondere das NATO-Truppenstatut und die Zusatzvereinbarung zum NATO-Truppenstatut sowie der deutsch-sowjetische Aufenthalts- und Abzugsvertrag (AAV) vom 12. Oktober 1990, die die Aufenthaltsbedingungen und die rechtlichen und finanziellen Verantwortlichkeiten der Bündnispartner regeln.

Überblick zum Kapitel 0802	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	1 340	1 440	-100		1 350
Übrige Einnahmen	300	10 305	-10 005		11 969
Gesamteinnahmen	1 640	11 745	-10 105		13 319
Ausgaben					
Personalausgaben	17 000	19 200	-2 200		13 273
Sächliche Verwaltungsausgaben	8 670	8 550	+120		8 760
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	5 060	15 925	-10 865		14 229
Ausgaben für Investitionen	9 900	12 450	-2 550	17 687	10 603
Besondere Finanzierungsausgaben	-	-	-		-
Gesamtausgaben	40 630	56 125	-15 495	17 687	46 865
davon nicht flexibilisiert	40 630	56 125	-15 495	17 687	46 865

0802 Lasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt bzw. Abzug von ausländischen Streitkräften

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Einnahmen			
	Verwaltungseinnahmen			
119 99 -033	Vermischte Einnahmen	200	200	146

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen zu Nr. 1 der Erläuterungen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 698 02.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Leistungen von Dritten zur Durchführung von Aufgaben................	-
2. Sonstige Einnahmen...	200
Zusammen..	200

124 01 -033	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	1 100	1 200	1 153

Haushaltsvermerk:

Zurückzuzahlende Einnahmebeträge sind von der Einnahme wieder abzusetzen, auch wenn die Einnahme in den Vorjahren nachgewiesen worden ist.

132 01 -033	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	40	40	51
	Übrige Einnahmen			
153 01 -033	Zinsen von Darlehen	5	5	-250

Erläuterungen:

Zinsen von Darlehen, die bei Tit. 698 04, 712 03, 821 01, 883 01 und 883 04 gewährt worden sind.

173 01 -033	Tilgung von Darlehen	40	40	205

Erläuterungen:

Tilgung von Darlehen, die bei Tit. 698 04, 712 03, 821 01, 883 01 und 883 04 gewährt worden sind.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
286 01 -033	Einnahmen im Zusammenhang mit der Abgeltung von Schäden	-	10 000	9 286
	Haushaltsvermerk: **1. Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 698 02.** **2.** Zurückzuzahlende Einnahmebeträge sind von der Einnahme wieder abzusetzen, auch wenn die Einnahme in den Vorjahren nachgewiesen worden ist.			
341 01 -033	Einnahmen im Zusammenhang mit Investitionen	5	10	5
342 01 -033	Zahlungen von Dritten zum Ausgleich von Werterhöhungen an ihren Vermögensgegenständen	250	250	2 723
	Haushaltsvermerk: Zurückzuzahlende und wieder abzuführende Einnahmebeträge sind von der Einnahme wieder abzusetzen, auch wenn die Einnahme in den Vorjahren nachgewiesen worden ist.			
382 01 -890	Leistungen der Entsendestreitkräfte	-	-	(91 271)
	Haushaltsvermerk: Mehreinnahmen sind als den Haushalt durchlaufende Gelder zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 982 01.			

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.

2. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.

Personalausgaben

429 02 -033	Leistungen für ehemalige Arbeitskräfte der Streitkräfte der Entsendestaaten	17 000	19 200	13 273

Sächliche Verwaltungsausgaben

517 01 -033	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	5 200	4 400	5 364
518 01 -061	Mieten und Pachten	2 500	3 000	2 487
519 01 -033	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	700	800	696

0802 Lasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt bzw. Abzug von ausländischen Streitkräften

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
526 01 -033	Gerichts- und ähnliche Kosten	20	50	11
532 06 -033	Sonstige Leistungen im Zusammenhang mit der Überlassung von Sachen zur Benutzung an die Streitkräfte der Entsendestaaten	250	300	202
	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)			
632 01 -033	Erstattung von Personal- und Sachausgaben an die Länder	450	500	443
671 01 -033	Aufwendungen für Besucherfahrten zu Gräbern und Gedenkstätten	10	25	1
698 02 -033	Abgeltung von Schäden und andere Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte Haushaltsvermerk: **Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: 119 99 und 286 01.**	3 000	13 000	12 221
698 04 -033	Ausgleich von Besatzungsschäden	900	1 400	907
698 05 -029	Abgeltung von Schäden im Zusammenhang mit dem Aufenthalt und Abzug der Westgruppe der Truppen	700	1 000	653
	Ausgaben für Investitionen			
711 01 -033	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	100	250	-
712 03 -033	Baumaßnahmen im Inland, insbesondere Errichtung von Ersatzbauten für die Streitkräfte der Entsendestaaten zum Zweck der Freigabe oder Verlegung von militärischen Anlagen Haushaltsvermerk: Erstattungs- und Rückzahlungsbeträge aus dem Bundeshaushalt fließen den Ausgaben zu.	1 000	1 000 *2 072*	4 048

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamtausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Nach 2013 übertragene Ausgabereste 1 000 €	Veranschlagt 2014 1 000 €	Vorbehalten für 2015 ff 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7
1. Verlegung der US-Air-Base Frankfurt/M. nach Ramstein und Spangdahlem (Ersatzbaumaßnahmen)......................................	68 622	63 622	1 000	-	1 000	3 000

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
821 01 -033	Erwerb von Grundstücken	500	500	39

Lasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt bzw. Abzug von ausländischen Streitkräften 0802

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
883 01 -033	Aufwendungen für Verkehrs-, Fernmelde-, Versorgungs-, Entsorgungs- und Folgeeinrichtungen sowie Maßnahmen zur Absicherung von militärischen Anlagen Haushaltsvermerk: Erstattungs- und Rückzahlungsbeträge aus dem Bundeshaushalt fließen den Ausgaben zu.	100	200	-
883 02 -033	Erschließungsbeiträge	200	500	67
883 04 -033	Aufwendungen für den verstärkten Ausbau oder den Bau von Straßen, Wegen und Brücken im Zusammenhang mit dem besonderen Kraftfahrzeugverkehr der Streitkräfte der Entsendestaaten	-	-	-
896 01 -033	Restwertentschädigungen für Investitionen der Streitkräfte der Entsendestaaten in von ihnen benutzten Liegenschaften	8 000	10 000 *15 615*	6 449
	Besondere Finanzierungsausgaben			
982 01 -890	Zahlung von Mieten, Pachten, Nutzungsentgelten und Bewirtschaftungskosten an Dritte für Liegenschaften, die für die Entsendestreitkräfte angemietet wurden Haushaltsvermerk: Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 382 01. Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.	-	-	(94 010)
	Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel			
381 01 -890	Leistungen von Bundesbehörden zur Durchführung von Aufträgen		-	(86)

0803 Finanzierung der Nachfolgeeinrichtungen der Treuhandanstalt

Vorbemerkung

Wesentliche finanzwirksame Schwerpunkte des Kapitels

Von den Nachfolgeeinrichtungen der Treuhandanstalt erhalten die Gesellschaft zur Verwahrung und Verwertung von stillgelegten Bergwerksbetrieben (GVV), Energiewerke Nord (EWN) und Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft (LMBV) Zuwendungen des Bundes, um die verbliebenen Aufgaben der Treuhandanstalt zu Ende zu führen.

Die Zuwendungen an die GVV sind in der Titelgruppe 01 veranschlagt. Unter dem Dach der GVV sind stillgelegte Bergwerksbetriebe zusammen gefasst, die ihre Produktion wegen fehlender Wirtschaftlichkeit eingestellt haben. Nach § 58 Absatz 2 Bundesberggesetz (BBergG) haftet der Eigentümer der Gesellschaften subsidiär für die Verpflichtungen der Unternehmen. Die Ausgaben stehen im Zusammenhang mit der Aufgabe der Bergwerksgesellschaften, entsprechend den Bestimmungen des BBergG die Grubenbaue zu verwahren und die Tagesanlagen so zu sichern, dass daraus keine Gefahren für Menschen, Tagesoberfläche und Anlagen entstehen können.

Die Zuwendungen an die EWN sind in der Titelgruppe 02 veranschlagt. Die EWN hat aufgrund von Bestimmungen des Atomgesetzes (AtG) den Nach- und Restbetrieb ihrer Kernkraftwerke sicher zu stellen. Dabei sind die Stilllegungs- und Abbaukonzepte der Kernkraftwerke Greifswald und Rheinsberg umzusetzen, sowie der Betrieb des Zwischenlagers Nord.

Die Zuwendungen an die LMBV sind in der Titelgruppe 03 veranschlagt. Die LMBV sichert die Sanierung, Verwaltung und Verwertung der stillgelegten, nicht privatisierten ostdeutschen Braunkohletagebaue und -verarbeitungsanlagen.

Die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) erhält bislang keine Zuwendungen (Titelgruppe 04).

Wesentliche Ziele, die mit den veranschlagten Mitteln erreicht werden sollen

Die Zuwendungen der Titelgruppe 01 dienen der Erfüllung der Verpflichtungen des Bundes nach dem BBergG. Der Ausgabenbedarf ist rückläufig, da die wesentlichen Verwahr- und Verwertungsarbeiten erledigt sind. Es sind noch Restarbeiten nach Auflösung des Bergwerkstatus, Nachsorgearbeiten und Flutungen durchzuführen. Daher besteht auch in den Folgejahren ein Zuwendungsbedarf.

Die Zuwendungen der Titelgruppe 02 dienen der Erfüllung der Verpflichtungen des Bundes nach dem AtG. Der Ausbau der Reaktortechnik in den atomaren Anlagen an den Standorten Greifswald/Lubmin und Rheinsberg ist weitgehend umgesetzt. In den kommenden Jahrzehnten stehen die Dekontamination der Gebäudestrukturen sowie die endlagergerechte Konditionierung und Abgabe der radioaktiven Abfälle an ein Endlager im Aufgaben-Mittelpunkt.

Die Zuwendungen der Titelgruppe 03 dienen der Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Verwaltungsabkommen über die Regelung der Finanzierung der ökologischen Altlasten zwischen dem Bund und den Ländern Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen.

Überblick zum Kapitel 0803	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	872 000	100 000	+772 000		147 140
Gesamteinnahmen	872 000	100 000	+772 000		147 140
Ausgaben					
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	267 104	283 774	-16 670	40 590	230 563
Ausgaben für Investitionen	9 350	16 350	-7 000	33	17 456
Gesamtausgaben	276 454	300 124	-23 670	40 623	248 019
davon nicht flexibilisiert	276 454	300 124	-23 670	40 623	248 019

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Einnahmen			
	Verwaltungseinnahmen			
121 01 -680	Einnahmen aus Beteiligungen - Treuhand-Nachfolgeeinrichtungen -	872 000	100 000	147 140

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Kap. 0803.

Erläuterungen:

Mehr wegen Übertragung des Geschäftsanteils an der Gesellschaft zur Entwicklung und Sanierung von Altstandorten mbH an die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben.

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: Kap. 0811 Tit. 526 02.
3. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.

   Die Inanspruchnahme der Deckungsfähigkeit ab 5 000 T€ bis zur Höhe von 50 000 T€ bedarf der Einwilligung des Bundesministeriums der Finanzen. Eine darüber hinausgehende Inanspruchnahme der Deckungsfähigkeit bedarf der Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages.
4. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 121 01.

Ausgaben für Investitionen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
870 01 -680	Ausgaben für die Inanspruchnahme aus Bürgschafts-und Gewährleistungsverträgen	-	-	-

Erläuterungen:

Die von Treuhandnachfolgeeinrichtungen ausgereichten Bürgschaften sind durch den Bund im Rahmen des § 3 Abs. 1 Nr. 7 HG rückverbürgt.

Titelgruppe 01

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
Tgr. 01	Ausgaben für die GVV Gesellschaft zur Verwahrung und Verwertung von stillgelegten Bergwerksbetrieben mbH (GVV)	(19 850)	(31 700) *(33)*	
682 11 -631	Zuwendungen an die GVV Gesellschaft zur Verwahrung und Verwertung von stillgelegten Bergwerksbetrieben mbH (GVV) - Betrieb	14 950	19 050	17 839
891 11 -631	Zuwendungen an die GVV Gesellschaft zur Verwahrung und Verwertung von stillgelegten Bergwerksbetrieben mbH (GVV) - Investitionen	4 900	12 650 *33*	3 478

0803 Finanzierung der Nachfolgeeinrichtungen der Treuhandanstalt

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Titelgruppe 02			
Tgr. 02	Ausgaben für die Energiewerke Nord GmbH (EWN)	(76 700)	(85 000) *(8 000)*	
682 21 -643	Zuwendungen an die Energiewerke Nord GmbH (EWN) - Betrieb	72 500	81 500 *8 000*	88 835
891 21 -643	Zuwendungen an die Energiewerke Nord GmbH (EWN) - Investitionen	4 200	3 500	13 660
	Titelgruppe 03			
Tgr. 03	Ausgaben für die Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH (LMBV)	(179 904)	(183 424) *(32 590)*	
682 31 -631	Zuwendungen an die Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH (LMBV) - Betrieb	179 654	183 224 *32 590*	123 889
891 31 -631	Zuwendungen an die Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH (LMBV) - Investitionen	250	200	318
	Titelgruppe 04			
Tgr. 04	Ausgaben für die Bundesanstalt für vereinigungsbebedingte Sonderaufgaben (BvS)	(-)	(-)	
682 41 -680	Zuwendungen an die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) - Betrieb	-	-	-
	Erläuterungen: Wirtschaftsplan siehe Anlage zum Kapitel 0803.			
891 41 -680	Zuwendungen an die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) - Investitionen	-	-	-

Anlage zu Kapitel 0803 - Wirtschaftspläne

Zu Tgr. 04 Tit. 682 41

Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS)

Wirtschaftsplan		Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1		2	3	4
Institutionelle Förderung				
1.	**Ausgaben**	**1 990 389**	**1 819 408**	**1 715 113**
1.1	Sächliche Verwaltungsausgaben	6 722	7 774	8 029
1.2	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	901 160	142 083	174 719
1.3	Ausgaben für Investitionen	-	27 000	25 728
1.4	Besondere Finanzierungsausgaben	1 082 507	1 642 551	1 506 637
2.	**Finanzierung der Ausgaben**	**1 990 389**	**1 819 408**	**1 715 113**
2.1	Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	1 990 389	1 818 008	1 686 072
2.2	Zuwendungen anderer öffentlicher Zuwendungsgeber (ohne Bund)	-	1 400	29 041
	aus Kap. 0803 Tit. 682 41	-	-	-
	aus Kap. 0803 Tit. 891 41	-	-	-

Zu 1.1: Die BvS hat kein eigenes Personal mehr. Ausgaben für die Abwicklung der BvS.

0810 Sonstige Bewilligungen

Vorbemerkung

Wesentliche finanzwirksame Schwerpunkte des Kapitels

Das Kapitel enthält einzelne Fachausgaben, die nicht die Veranschlagung in einem gesonderten Fachkapitel rechtfertigen.

Den Ausgabenschwerpunkt bilden dabei die Ausgaben, die der Bund im Rahmen des Vorhabens „KONSENS" für die Vereinheitlichung der Software im Besteuerungsverfahren leistet.

Daneben sind die Ausgaben für Mitgliedsbeiträge in internationalen Organisationen und Vereinen, für Beratungshilfen im Ausland und die an die Bundesanstalt für Post und Telekommunikation zu erstattenden Verwaltungskosten hier veranschlagt.

Überblick zum Kapitel 0810	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	25 280	430	+24 850		3 337
Übrige Einnahmen	-	-	-		-
Gesamteinnahmen	25 280	430	+24 850		3 337
Ausgaben					
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	15 576	17 910	-2 334	2 666	13 914
Ausgaben für Investitionen	-	-	-		9 500
Besondere Finanzierungsausgaben	-	-	-		-
Gesamtausgaben	15 576	17 910	-2 334	2 666	27 764
davon nicht flexibilisiert	15 576	17 910	-2 334	2 666	27 764
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung	8 765 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu	525 T€				
im Haushaltsjahr 2018 bis zu	8 240 T€				

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Einnahmen			
	Verwaltungseinnahmen			
119 99 -062	Vermischte Einnahmen	25 000	100	309
	Erläuterungen: Mehr wegen Aufteilung des Finanzvermögens.			
121 02 -634	Gewinne aus Beteiligungen	280	330	2 928
133 01 -680	Einnahmen aus Kapitalherabsetzung und der Abwicklung von Unternehmen	-	-	100
	Haushaltsvermerk: Aus den Einnahmen dürfen die bei der Veräußerung anfallenden Nebenkosten gedeckt werden.			
	Übrige Einnahmen			
161 01 -669	Zinsen aus Betriebsmitteldarlehen an die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht	-	-	-
	Ausgaben			
	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)			
632 01 -061	Ausgaben für die Vereinheitlichung der Software im Besteuerungsverfahren (Vorhaben KONSENS/ELSTER)	10 766	11 280 *2 500*	8 840
	Verpflichtungsermächtigung........ 8 265 T€ davon fällig: im Haushaltsjahr 2015 bis zu........ 25 T€ im Haushaltsjahr 2018 bis zu........ 8 240 T€			
	Haushaltsvermerk: 1. Die Ausgaben sind übertragbar. 2. Einnahmen aus Rückzahlungen der Länder fließen den Ausgaben zu.			
636 01 -061	Erstattung von Verwaltungskosten an die Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost nach Maßgabe der §§ 26 Abs. 4, 26k Abs. 1 BAPostG	1 600	1 600	1 264
687 01 -022	Beiträge an Organisationen, Vereine und Verbände im Ausland	1 453	1 030 *166*	935
	Haushaltsvermerk: Die Ausgaben sind übertragbar.			

0810 Sonstige Bewilligungen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 687 01

Erläuterungen:

Bezeichnung der Organisation Rechtsgrundlage und Zweck der Mitgliedschaft	Mitgliedsbeitrag der Bundesrepublik Deutschland (Pflichtleistungen)			Besondere (freiwillige) Leistungen außerhalb des Mitgliedsbeitrags in 1 000 € (gerundet)	Zusammen Spalte 4 + 5 in 1 000 €
	in Prozent	in Tausend-Fremdwährung (gerundet)	in 1 000 € (gerundet)		
1	2	3	4	5	6
1. Weltzollorganisation (WZO) in Brüssel..	6,3	-	972	-	972
Rechtsgrundlage: Gesetz Zweck: Vereinfachung und Vereinheitlichung der Zollpraxis weltweit					
2. Intra-European Organisation of TAX-Administration (IOTA)........	-	-	55	-	55
Rechtsgrundlage: Abkommen Zweck: Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den Steuerverwaltungen der europäischen Mitgliedsländer					
3. Internationaler Währungsfonds (IWF) Rechtsgrundlage: Gesetz Zweck: Organisation für die internationale Zusammenarbeit in der Finanz- und Währungspolitik..				370	370
4. Sonstige..			13	43	56
Zusammen..			1 040	413	1 453

Differenzen durch Rundung möglich

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
687 02 -029	Beratungshilfe für das Ausland	1 757	2 000	1 772

Verpflichtungsermächtigung..

fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 500 T€

Ausgaben für Investitionen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
831 02 -061	Eigenkapitalausstattung der PD AG und der Beteiligungsgesellschaft BTG mbH einschließlich der Ausgaben für Rückkäufe von Gesellschaftsanteilen im Rahmen der Neuvergabe der Gesellschaftsanteile	-	-	-
861 01 -669	Betriebsmitteldarlehen an die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Einnahmen aus der Tilgung von Betriebsmitteldarlehen an die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht fließen den Ausgaben zu.

Besondere Finanzierungsausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
916 01 -850	Zuführung an das gem. Art. 22 des Einigungsvertrages der Treuhandverwaltung des Bundes unterliegende öffentl. Vermögen	-	-	-

Erläuterungen:

Siehe Anlage 1 zu Kap. 0810.

Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
686 01 -165	Zuwendung an die Karl-Schiller-Stiftung e. V.		2 000	-

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
686 04 -022	Zuschuss an die Gästehaus Petersberg GmbH		-	1 100

0810 Anlage 1
Treuhandvermögen des Bundes gem. Art. 22 des Einigungsvertrages vom 31. August 1990 (0892)

Bei dem Finanzvermögen in der Treuhandverwaltung des Bundes gemäß Artikel 22 Absatz 1 Einigungsvertrag (EV) handelt es sich um öffentliches Vermögen von Rechtsträgern im Beitrittsgebiet einschließlich des Grundvermögens und des Vermögens in der Land- und Forstwirtschaft, das nicht unmittelbar bestimmten Verwaltungsaufgaben dient, ausgenommen das Vermögen der Sozialversicherung. Soweit das Vermögen nicht der Treuhandanstalt übertragen ist oder durch Gesetz gemäß § 1 Absatz 1 Sätze 2 und 3 des Treuhandgesetzes Gemeinden, Städten oder Landkreisen übertragen wird, unterliegt es mit Wirksamwerden des Beitritts der Treuhandverwaltung des Bundes.

Die Verwaltung und Verwertung des Finanzvermögens ist der Bundesvermögensverwaltung (jetzt Bundesanstalt für Immobilienaufgaben) und der Treuhandanstalt (jetzt Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben) durch den Bund übertragen worden.

Überblick zur Anlage	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	-	-	-		475
Übrige Einnahmen	-	-	-		208 522
Gesamteinnahmen	-	-	-		208 997
Ausgaben					
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	-	-	-		99 950
Besondere Finanzierungsausgaben	-	-	-		109 047
Gesamtausgaben	-	-	-		208 997
davon nicht flexibilisiert	-	-	-		208 997

Treuhandvermögen des Bundes gem. Art. 22 des Einigungsvertrages vom 31. August 1990 (0892)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Einnahmen			
	Haushaltsvermerk: Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Tgr. 01.			
	Übrige Einnahmen			
211 01 -820	Zuführung aus Kap. 0810 Tit. 916 01	-	-	-
359 01 -850	Entnahme aus Rücklagen	-	-	208 522
	Titelgruppe 01			
Tgr. 01	Einnahmen aus der Verwaltung des Finanzvermögens nach Art. 22 des Einigungsvertrages vom 31. August 1990 Haushaltsvermerk: Nach § 63 Abs. 4 BHO in Verbindung mit § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass für Grundstücke, die sich in Treuhandverwaltung des Bundes nach Art. 22 Abs. 1 des Einigungsvertrages befinden, die bei Kap. 6004 Tit. 121 01 ausgebrachten Haushaltsvermerke - bei vorliegenden Voraussetzungen - entsprechend anwendbar sind. Näheres wird durch Grundsätze des Bundesministeriums der Finanzen bestimmt. Erläuterungen: Die Inanspruchnahme der Haushaltsvermerke durch den Bund als Treuhänder bedarf der Zustimmung der in Art. 3 des Einigungsvertrages genannten Länder. Die Bezeichnung "neue Bundesländer" umfasst auch den Ostteil des Landes Berlin.	(-)	(-)	
119 12 -813	Rückholung veruntreuten Finanzvermögens der ehemaligen DDR Haushaltsvermerk: Aus den Einnahmen dürfen Ausgaben für Belohnungen und anteilige Erstattungen zugunsten **Anlage 3 zu Kap. 6003** für Auslobungen geleistet werden.	-	-	-
129 11 -813	Einnahmen aufgrund der Abrechnung der Treuhandnachfolgeeinrichtungen und der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben	-	-	475

0810 Anlage 1
Treuhandvermögen des Bundes gem. Art. 22 des Einigungsvertrages vom 31. August 1990 (0892)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Ausgaben			
	Titelgruppe 01			
Tgr. 01	Ausgaben für die Verwaltung des Finanzvermögens nach Art. 22 des Einigungsvertrages vom 31. August 1990 Haushaltsvermerk: 1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: Anlage 1 zu Kap. 0810. 2. Erstattungen Dritter fließen den Ausgaben zu.	(-)	(-)	
631 12 -813	Ausgaben aufgrund der Abrechnung der Treuhandnachfolgeeinrichtungen und der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben	-	-	99 950
919 11 -850	Zuführung an Rücklage	-	-	109 047

Vorbemerkung

Wesentliche finanzwirksame Schwerpunkte des Kapitels

Im Kapitel 0811 sind bestimmte Verwaltungsausgaben für den Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen zentral veranschlagt.

Einen Schwerpunkt hierbei bildet der Bereich Versorgung: In den Titelgruppen 57 veranschlagt sind die Einnahmen und Ausgaben der Versorgungsberechtigten, deren Versorgungsanspruch auf dem Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder der Bundesregierung, dem Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Parlamentarischen Staatssekretärinnen und Parlamentarischen Staatssekretäre, dem Gesetz über die Versorgung der Beamtinnen und Beamten und Richterinnen und Richter des Bundes (BeamtVG) oder auf einem Vertrag mit dem Bund beruht. Die Zuführungen an die Versorgungsrücklage und die Zuweisungen an den Versorgungsfonds sind in gesonderten Titeln ebenfalls in diesem Kapitel etatisiert.

Das Bundesministerium der Finanzen als oberste Bundesbehörde der Bundesfinanzverwaltung ist bei Kapitel 0812 veranschlagt.

Nachgeordnete Dienststellen sind:

1. die Bundeszollverwaltung (fünf Bundesfinanzdirektionen mit nachgeordneten 43 Hauptzollämtern und 275 Zollämtern, das Zollkriminalamt mit nachgeordneten acht Zollfahndungsämtern, das Bildungs- und Wissenschaftszentrum der Bundesfinanzverwaltung, das Kompetenzzentrum für das Kassen- und Rechnungswesen sowie zwei Bundeskassen (Kapitel 0813),
2. das Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen mit dem Bundesausgleichsamt (Kapitel 0814),
3. das Bundeszentralamt für Steuern (Kapitel 0815),
4. das Zentrum für Informationsverarbeitung und Informationstechnik (Kapitel 0816) sowie
5. die Bundesmonopolverwaltung für Branntwein (Kapitel 0820).

Rechtsgrundlagen und Aufgaben der Dienststellen sind bei den einzelnen Kapiteln in den Vorbemerkungen kurz dargestellt.

Überblick zum Kapitel 0811	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	24 500	25 000	-500		24 373
Übrige Einnahmen	510	1 520	-1 010		7 030
Gesamteinnahmen	25 010	26 520	-1 510		31 403
Ausgaben					
Personalausgaben	1 032 498	1 017 058	+15 440	2 530	971 069
Sächliche Verwaltungsausgaben	21 417	22 162	-745	3 346	6 453
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	44 270	34 170	+10 100	76	7 514
Besondere Finanzierungsausgaben	-	-	-		-
Gesamtausgaben	1 098 185	1 073 390	+24 795	5 952	985 036
davon flexibilisiert	164 089	153 895	+10 194	5 952	103 122
davon nicht flexibilisiert	934 096	919 495	+14 601		881 914
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung					
fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu	600 T€				

0811 Zentral veranschlagte Verwaltungseinnahmen und -ausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Einnahmen			
	Übrige Einnahmen			
261 01 -061	Erstattung von Verwaltungsausgaben aus dem Inland	10	20	58
	Erläuterungen: Erstattung der Kosten der ehemaligen Bundesaufsichtsämter für das Versicherungswesen, den Wertpapierhandel und das Kreditwesen für die Zeit bis zur Errichtung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (am 1. Mai 2002).			
272 04 -061	Einnahmen aus Zuschüssen der Europäischen Union zu besonderen Maßnahmen im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	-	-	136
	Haushaltsvermerk: Mehreinnahmen sind wegen bindender Vorgaben der EU zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: **526 02 und Kap. 0813 Tit. 539 99.**			
282 08 -061	Einnahmen aus Prämienzahlungen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben	-	-	-
	Haushaltsvermerk: Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Kap. 0811 flexibilisierter Bereich, Kap. 0812 flexibilisierter Bereich, Kap. 0813 flexibilisierter Bereich, Kap. 0814 flexibilisierter Bereich, Kap. 0815 flexibilisierter Bereich und Kap. 0816 flexibilisierter Bereich.			
282 09 -011	Einnahmen aus Sponsoring, Spenden und ähnlichen freiwilligen Geldleistungen	-	-	-
	Haushaltsvermerk: Mehreinnahmen sind wegen rechtsverbindlicher Verwendungsauflage Dritter zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 547 09.			
346 01 -061	Zuschüsse für Investitionen von der EU	-	-	-
	Haushaltsvermerk: Mehreinnahmen sind wegen bindender Vorgaben der EU zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: **Kap. 0813 Tit. 812 01.**			
381 07 -890	Leistungen von Bundesbehörden zur Durchführung von ressortübergreifenden Aufgaben	-	-	(344)
	Haushaltsvermerk: Mehreinnahmen sind wegen verbindlicher Vereinbarung mit anderen Bundesbehörden (EfA) zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Epl. 08.			

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Titelgruppe 57			
Tgr. 57	Versorgung der Beamtinnen und Beamten sowie der Richterinnen und Richter	(25 000)	(26 500)	
119 57 -068	Vermischte Einnahmen	24 500	25 000	24 373
232 57 -068	Beteiligung an den Versorgungslasten des Bundes	500	1 500	6 836

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Tgr. 57.

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

1. Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG. Ausgenommen ist Tgr. 57.
2. Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Kap. 0811 flexibilisierter Bereich dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 282 08.

Sächliche Verwaltungsausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
529 01 -011	Außergewöhnlicher Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	67	67	32

Haushaltsvermerk:

Die Erläuterungen sind verbindlich.

Erläuterungen:

Bezeichnung		€
1.	Zur Verfügung	
1.1	des Bundesministers der Finanzen und der Staatssekretärinnen und Staatssekretäre	55 000
1.2	der Präsidentinnen und Präsidenten der Bundesfinanzdirektionen und des Zollkriminalamtes	9 600
1.3	der Präsidentin oder des Präsidenten des Bundeszentralamtes für Steuern	500
1.4	der Präsidentin oder des Präsidenten der Bundesfinanzakademie	300
1.5	der Präsidentin oder des Präsidenten des Bundesamtes für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen	500
1.6	der Präsidentin oder des Präsidenten des Bildungs- und Wissenschaftszentrums der Bundesfinanzverwaltung	600
1.7	der Leiterin oder des Leiters des Zentrums für Informationsverarbeitung und Informationstechnik	500
Zusammen		67 000

Aus dem Mittelansatz dürfen auch Ausgaben für die Bewirtung mit Erfrischungen bei Besprechungen aus besonderem Anlass geleistet werden.

Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Aus den Belegen muss Anlass, Funktion und Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer (Begünstigte) erkennbar sein.

Eine Auszahlung ohne Beleg ist nicht zulässig.

0811 Zentral veranschlagte Verwaltungseinnahmen und -ausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
542 01 -013	Öffentlichkeitsarbeit	5 000	4 800	1 949

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Werbe- und Informationsmaterialien gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

Erläuterungen:

Im Einzelplan 08 sind außerdem folgende Maßnahmen für Öffentlichkeitsarbeit und Fachinformationen veranschlagt:

Bezeichnung	1 000 €
Öffentlichkeitsarbeit	
keine weiteren Titel	
Fachinformationen	
0811 - 543 01..	180

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
547 09 -011	Ausgaben für Vorhaben, die aus Spenden, Sponsoring und ähnlichen freiwilligen Geldleistungen finanziert werden	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 282 09.

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
688 06 -011	Zahlungsverpflichtungen aus Verstößen gegen EU-Recht	-	-	-

Besondere Finanzierungsausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
981 07 -890	Leistungen an Bundesbehörden zur Durchführung von ressortübergreifenden Aufgaben	-	-	(-)

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Epl. 08.

Titelgruppe 57

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
Tgr. 57	Versorgung der Beamtinnen und Beamten sowie der Richterinnen und Richter	(929 029)	(914 628)	

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.
2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 232 57.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
431 57 -068	Versorgungsbezüge der Bundesminister, der Parlamentarischen Staatssekretärinnen und der Parlamentarischen Staatssekretäre und deren Hinterbliebenen	570	540	549

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu Titelgruppe 57			
432 57 -068	Versorgungsbezüge	722 509	718 038	695 646
	Erläuterungen: Aus dem Titel werden auch die Bezüge der in den einstweiligen Ruhestand versetzten Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter vom Ersten des auf den Beginn des einstweiligen Ruhestandes folgenden Monats an gewährt.			
434 57 -068	Zuführung an die Versorgungsrücklage	25 100	23 300	19 404
443 57 -068	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen einschließlich Inanspruchnahme von besonderen Fachdiensten/-kräften	580	580	525
446 57 -068	Beihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften	176 000	168 000	158 313
453 57 -068	Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen	-	-	-
632 57 -068	Erstattungen des Bundes für Versorgungslasten	3 900	3 800	5 125
681 57 -860	Pensionszahlungen an ehemalige Bedienstete der Deutschen Zündwaren-Monopolgesellschaft	370	370	371
	Erläuterungen: Das deutsche Zündwarenmonopol und die dieses ausübende deutsche Zündwaren- Monopolgesellschaft (DZMG) sind aufgelöst. Das verbliebene Vermögen ist in voller Höhe dem Bund zugeflossen. Für ehemaligen Betriebsangehörigen oder deren Hinterbliebenen werden Unterstützungen nach Maßgabe der "Richtlinien der DZMG für die Gewährung von betrieblichen Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenen-Unterstützungen" gewährt.			
	Flexibilisierte Ausgaben			
	Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG			
	Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3..	147 739	136 600 *2 606*	98 650
	Aus Hauptgruppe 5..	16 350	17 295 *3 346*	4 472
	Zusammen...	164 089	153 895 *5 952*	103 122
F 424 01 -011	*Zuführung an die Versorgungsrücklage*	*14 100*	*14 100*	*11 632*
F 441 01 -840	*Beihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften*	*87 000*	*85 800*	*80 393*

0811 Zentral veranschlagte Verwaltungseinnahmen und -ausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu flexibilisierte Ausgaben			
F 443 01 -840	*Fürsorgeleistungen und Unterstützungen einschließlich Inanspruchnahme von besonderen Fachdiensten/-kräften*	*4 039*	*4 200*	*2 162*
F 452 02 -223	*Unfallkasse des Bundes*	*2 600*	*2 500*	*2 445*
F 526 01 -011	*Gerichts- und ähnliche Kosten*	*8 600*	*9 850*	*451*
F 526 02 -011	*Sachverständige, Ausgaben für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen*	*5 670*	*5 670*	*2 283*

Verpflichtungsermächtigung...

fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 600 T€

Haushaltsvermerk:

1. *Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Kap. 0803.*
2. ***Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 272 04.***

Erläuterungen:

Bezeichnung		*1 000 €*
1.	*Dolmetscher*	*900*
2.	*Sonstige Sachverständige*	*4 590*
3.	*Beiräte und ähnliche Ausschüsse*	
3.1	*Schätzungsbeirat*	*18*
3.2	*Wissenschaftlicher Beirat*	*124*
3.3	*Arbeitskreis für Steuerschätzungen*	*8*
3.4	*Arbeitskreis Finanzwissenschaften*	*8*
3.5	*Börsensachverständigenkommission*	*2*
3.6	*Beirat beim Stabilitätsrat*	*20*
Zusammen		*5 670*

Zu 3.:
Für Reisekosten der Mitglieder und der geladenen Sachverständigen sowie für Materialbeschaffungen; aus den Ausgaben dürfen auch Kosten für die Bewirtung mit Erfrischungsgetränken bei Sitzungen geleistet werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 527 03 -011	*Reisen in Angelegenheiten der Personalvertretungen und der Gleichstellungsbeauftragten sowie in Vertretung der Interessen schwerbehinderter Menschen*	*1 500*	*1 300*	*1 419*
F 539 99 -061	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*-*	*-*	*-*
F 543 01 -061	*Veröffentlichungen und Fachinformationen*	*180*	*175*	*158*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu flexibilisierte Ausgaben			
F 545 01 -029	*Konferenzen, Tagungen, Messen und Ausstellungen*	*400*	*300*	*161*
	Haushaltsvermerk:			
	Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Werbe- und Informationsmaterialien gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.			
F 634 03 -011	*Zuweisungen an den Versorgungsfonds*	*40 000*	*30 000*	*2 018*
	Erläuterungen:			
	Mehr wegen Anpassung an die künftige Entwicklung.			

Vorbemerkung

Wesentliche finanzwirksame Schwerpunkte des Kapitels

Dem Bundesministerium der Finanzen obliegen als Haushaltsministerium die in den Artikeln 110 bis 115 des Grundgesetzes aufgeführten Aufgaben, insbesondere die Aufstellung des Finanzplans, der Entwurf des Bundeshaushaltsplans und die Rechnungslegung über Einnahmen und Ausgaben, Vermögen und Schulden.

Als Fachministerium ist das Bundesfinanzministerium für alle Fragen der Besteuerung einschließlich des Steuerverfahrens-, Steuerberatungs- und Steuerstrafrechts sowie der Steuergesetzgebung zuständig und beschäftigt sich mit internationalen Steuerangelegenheiten.

Des Weiteren steuert das Bundesfinanzministerium die Bundeszollverwaltung, die Zölle und Verbrauchsteuern erhebt, den grenzüberschreitenden Warenverkehr überwacht und gegen organisierte Kriminalität sowie Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung vorgeht.

Das Bundesfinanzministerium entwickelt für die Bundesregierung die deutschen Positionen zu Haushalts- und Finanzfragen der EU. Darüber hinaus ist es unter anderem für die Abstimmung der europäischen Wirtschafts- und Währungspolitik zuständig und für die Finanzkontrolle der EU verantwortlich.

Ferner gestaltet das Bundesfinanzministerium durch umfangreiche gesamt- und finanzwirtschaftliche Analysen und Zukunftsprojektionen die strategische Ausrichtung der finanzpolitischen Instrumente und ist in die zweimal jährlich stattfindende Steuerschätzung eingebunden.

Die Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen sind ein weiterer Aufgabenbereich des Bundesfinanzministeriums. Außerdem beschäftigt es sich mit Verfahren des Staats- und Verfassungsrechts sowie offenen Vermögensfragen infolge des Zweiten Weltkriegs und der deutschen Wiedervereinigung und nimmt die Durchführung der Maßnahmen zur Wiedergutmachung, die Abwicklung der finanziellen Auswirkungen des Zweiten Weltkriegs, die Durchführung des Lastenausgleichs sowie die Aufgaben im Zusammenhang mit der Stationierung der ausländischen Streitkräfte wahr.

Weitere wichtige Aufgaben des Bundesfinanzministeriums sind die Finanzmarkt- und Währungspolitik. Es treibt die Reformen der Finanzmarktregulierung und Finanzaufsicht auf nationaler und internationaler Ebene voran. Gleichzeitig kümmert es sich um das Schuldenwesen des Bundes und ist für die Bundesbank zuständig.

Im Übrigen obliegt dem Bundesfinanzministerium die Beteiligungsführung für die in seiner Zuständigkeit liegenden Unternehmen und es ist verantwortlich für die Grundsätze der Privatisierungs- und Beteiligungspolitik des Bundes, führt die Rechts- und Fachaufsicht über die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben und begleitet die Nachfolgeorganisationen der Treuhand.

Überblick zum Kapitel 0812	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen..	6 812	5 426	+1 386		5 334
Übrige Einnahmen..	758	792	-34		1 821
Gesamteinnahmen..	7 570	6 218	+1 352		7 155
Ausgaben					
Personalausgaben..	119 060	117 166	+1 894	817	108 441
Sächliche Verwaltungsausgaben...........................	59 133	57 482	+1 651	13 485	52 816
Ausgaben für Investitionen....................................	3 410	2 222	+1 188	3 861	2 177
Gesamtausgaben..	181 603	176 870	+4 733	18 163	163 434
davon flexibilisiert...	156 603	153 420	+3 183	17 223	138 789
davon nicht flexibilisiert..	25 000	23 450	+1 550	940	24 645
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung...................................	13 450 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.................................	2 150 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.................................	2 150 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.................................	1 750 T€				
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.................................	1 300 T€				
im Haushaltsjahr 2019 bis zu.................................	1 300 T€				
im Haushaltsjahr 2020 bis zu.................................	1 300 T€				
im Haushaltsjahr 2021 bis zu.................................	1 300 T€				
im Haushaltsjahr 2022 bis zu.................................	1 300 T€				
im Haushaltsjahr 2023 bis zu.................................	300 T€				
im Haushaltsjahr 2024 bis zu.................................	300 T€				
im Haushaltsjahr 2025 bis zu.................................	300 T€				

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

111 01 -011	Gebühren, sonstige Entgelte	1	1	1
112 01 -011	Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten	2 500	1 015	2 473

Haushaltsvermerk:

Es wird zugelassen, dass unter der Voraussetzung der Gegenseitigkeit auf die Geltendmachung von Prozesskosten aus Verfahren vor dem Gerichtshof der Europäischen Union gegenüber anderen Mitgliedsstaaten allgemein verzichtet wird.

119 99 -011	Vermischte Einnahmen	4 300	4 400	2 638

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen zu Nr. 2 der Erläuterungen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 539 99.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Ablieferungen aus Nebenbeschäftigungen	210
2. Einnahmen aus dem Vertrieb des Bundessteuerblattes	-
3. Lizenzentgelte	3 960
4. Sonstige vermischte Einnahmen	130
Zusammen	4 300

124 01 -011	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	11	10	12
132 01 -011	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	-	-	210

Übrige Einnahmen

232 01 -011	Sonstige Zuweisungen von Ländern	758	792	1 821

Haushaltsvermerk:

1. Mehreinnahmen zu Nr. 1 der Erläuterungen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 517 01 und 518 01.
2. Mehreinnahmen zu Nr. 2 der Erläuterungen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 532 06.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Erstattungen für Unterkünfte	1 552
abzüglich Aufwendungen für Reinigungskosten Gästehaus	-265
abzüglich Aufwendungen für Zimmeranmietung	-561

0812 Bundesministerium

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 232 01

Bezeichnung	1 000 €
2. Erstattungen für Verpflegung	665
abzüglich Aufwendungen für Verpflegung	-633
Zusammen	758

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

1. Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.
2. Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Kap. 0812 flexibilisierter Bereich dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 0811 Tit. 282 08.

Sächliche Verwaltungsausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
518 02 -061	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	25 000	23 450	22 803

Verpflichtungsermächtigung ... 11 750 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu ... 1 450 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu ... 1 450 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu ... 1 450 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu ... 1 300 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu ... 1 300 T€
im Haushaltsjahr 2020 bis zu ... 1 300 T€
im Haushaltsjahr 2021 bis zu ... 1 300 T€
im Haushaltsjahr 2022 bis zu ... 1 300 T€
im Haushaltsjahr 2023 bis zu ... 300 T€
im Haushaltsjahr 2024 bis zu ... 300 T€
im Haushaltsjahr 2025 bis zu ... 300 T€

Haushaltsvermerk:

Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
532 06 -011	Kosten der Verpflegung der Lehrgangs- und Seminarteilnehmerinnen und -teilnehmer bei der Bundesfinanzakademie	-	-	832

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 232 01.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Flexibilisierte Ausgaben

Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG

		Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
	Aus Hauptgruppe 4	119 060	117 166 *817*	108 441
	Aus Hauptgruppe 5	34 133	34 032 *12 545*	28 171
	Aus Hauptgruppe 7	600	100 *1 662*	49
	Aus Hauptgruppe 8	2 810	2 122 *2 199*	2 128
	Zusammen	156 603	153 420 *17 223*	138 789

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 421 01 -011	*Bezüge des Bundesministers und der Parlamentarischen Staatssekretäre*	*450*	*450*	*432*
F 422 01 -011	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*88 273*	*86 423*	*80 102*
F 422 02 -011	*Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte*	*3 000*	*3 000*	*1 557*
F 427 09 -011	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*2 637*	*2 537*	*2 306*
F 428 01 -011	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*23 000*	*23 156*	*21 576*
F 453 01 -011	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	*1 700*	*1 600*	*1 594*
F 511 01 -011	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände, Software, Wartung*	*4 805*	*4 780*	*2 137*
F 514 11 -011	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*	*200*	*200*	*169*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*Soll 2014*	*Soll 2013*
personengebundene Pkw		*5*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 517 01 -011	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	*12 200*	*9 800*	*8 966*

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 232 01.

0812 Bundesministerium

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 518 01 -011	*Mieten und Pachten*	*1 780*	*2 201*	*1 291*

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 232 01.

F 525 01 -011	*Aus- und Fortbildung*	*1 462*	*1 428*	*978*

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Lehr- und Unterrichtsmaterial an Lehrgangsteilnehmerinnen und Lehrgangsteilnehmer unentgeltlich abgegeben wird.

F 527 01 -011	*Dienstreisen*	*2 700*	*2 800*	*2 607*
F 532 01 -011	*Aufträge und Dienstleistungen im Bereich Informationstechnik*	*7 446*	*9 023*	*6 012*

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind in Höhe von 800 T€ mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: Kap. 0816 Tit. 532 01.

F 539 99 -011	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*1 640*	*1 900*	*1 196*

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben zu Nr. 3 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.

Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Programmbeirat, Kunstbeirat	*1 128*
2. Umzugskosten	*80*
3. Ausgaben für den Vertrieb des Bundessteuerblattes (vgl. auch Nr. 2 der Erläuterungen bei Tit. 119 99)	*-*
4. Förderung des Vorschlagswesens	*30*
5. Abgeltung von Ansprüchen nach dem Urheberrecht	*-*
6. Sonstiges	*402*
Zusammen	*1 640*

F 544 01 -165	*Forschung, Untersuchungen und Ähnliches*	*1 900*	*1 900* *940*	*1 010*

Verpflichtungsermächtigung ... 1 700 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu ... 700 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu ... 700 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu ... 300 T€

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 711 01 -011	*Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten*	*600*	*100*	*41*

Haushaltsvermerk:

Erstattungen Dritter fließen den Ausgaben zu.

F **712 01** -011	*Baumaßnahmen von mehr als 2 000 000 € im Einzelfall*	*-*	*-*	*8*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0812 Tit. 712 11	*-*	*8*

F 811 01 -011	*Erwerb von Fahrzeugen*	*48*	*20*	*187*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
Ersatzbeschaffung	
5 Pkw bis zu 43 200 €	*258*
1 Pkw	*42*
1 Elektrofahrzeug	*28*
abzgl. Mehreinnahmen bei Tit. 132 01 aus der Veräußerung von Dienst-Kfz gem. § 6 Abs. 7 HG	*-280*
Zusammen	*48*

F 812 01 -011	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)*	*500*	*500*	*491*

Haushaltsvermerk:

Erstattungen Dritter fließen den Ausgaben zu.

F 812 02 -011	*Erwerb von Anlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Software im Bereich Informationstechnik*	*2 262*	*1 602*	*1 448*

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind in Höhe von 200 T€ mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: Kap. 0816 Tit. 812 02.

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Erstbeschaffung	*1 006*
2. Ersatzbeschaffung	*1 256*
Zusammen	*2 262*

0813 Bundeszollverwaltung

Vorbemerkung

Wesentliche finanzwirksame Schwerpunkte des Kapitels

Die Bundeszollverwaltung hat nach Artikel 108 GG die Aufgabe, die Zölle, Finanzmonopole und die bundesgesetzlich geregelten Verbrauchsteuern einschließlich der Einfuhrumsatzsteuer zu verwalten.

Die Zollverwaltung erhebt Agrarabgaben nach den Verordnungen der Europäischen Gemeinschaften. Auf dem Gebiet der gemeinsamen Marktorganisationen zahlt die Zollverwaltung Ausfuhrerstattungen, Produktionserstattungen sowie Prämien und erhebt die Produktionsabgaben auf Zucker und Milch (Garantiemengenabgabe). Sie wirkt mit bei der Gewährung von Beihilfen, Prämien für die Denaturierung sowie bei der Verwendungsüberwachung von Agrarwaren.

Hinzu kommt als wesentliche Aufgabe die Überwachung der Verbote, Beschränkungen und der außenwirtschaftsrechtlichen Bestimmungen beim Warenverkehr über die Grenze.

Im deutschen Teil des Zollgebiets der Gemeinschaft obliegt der Zollverwaltung auch die Überwachung des Verkehrs mit verbrauchsteuerpflichtigen Waren.

Der Wasserzolldienst nimmt seine Zollaufgaben vorrangig im Koordinierungsverbund Küstenwache wahr. Er wirkt zudem bei der Überwachung des Deutschen Festlandsockels nach dem Bundesberggesetz, beim schifffahrtpolizeilichen Vollzug nach dem Seeaufgabengesetz und der Fischereiaufsicht nach gemeinschaftlichem und nationalem Fischereirecht mit.

Aufgabe des Zollfahndungsdienstes ist die Bekämpfung der Zollkriminalität. Hierzu gehören der illegale Technologietransfer, Subventionsbetrug im Agrarbereich, der Rauschgift- und Zigarettenschmuggel und die Geldwäsche. Hier arbeitet die Zollverwaltung eng mit ausländischen Zoll- und Polizeibehörden, Einrichtungen der EU und internationalen Organisationen zusammen.

Der Zoll stärkt die Sozialsysteme durch Bekämpfung der Schwarzarbeit und der illegalen Beschäftigung mit den rund 6 500 Beschäftigten der Finanzkontrolle Schwarzarbeit.

Auch ist die Bundeszollverwaltung Vollstreckungsbehörde für die öffentlich-rechtlichen Geldforderungen des Bundes und der bundesunmittelbaren juristischen Personen des öffentlichen Rechts.

Ab dem 1. Juli 2014 übernimmt die Zollverwaltung die Verwaltung der Kraftfahrzeugsteuer (KraftSt) und Vollzug der KraftfSt-Vorschriften und stellt so das KraftSt-Aufkommen für den Bund sicher.

Überblick zum Kapitel 0813	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen..	65 265	64 700	+565		82 993
Übrige Einnahmen...	18 566	13 174	+5 392		18 033
Gesamteinnahmen...	83 831	77 874	+5 957		101 026
Ausgaben					
Personalausgaben...	1 566 485	1 486 150	+80 335		1 432 038
Sächliche Verwaltungsausgaben...........................	399 820	332 329	+67 491	38 153	338 394
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	2 000	2 002	-2		10 109
Ausgaben für Investitionen.....................................	54 861	52 753	+2 108	78 044	88 461
Besondere Finanzierungsausgaben.......................	-	-	-		-
Gesamtausgaben..	2 023 166	1 873 234	+149 932	116 197	1 869 002
davon flexibilisiert..	1 896 355	1 753 169	+143 186	116 186	1 759 009
davon nicht flexibilisiert..	126 811	120 065	+6 746	11	109 993

Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014

Verpflichtungsermächtigung...................................	197 500 T€
davon fällig:	
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.................................	42 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.................................	33 900 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.................................	31 800 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.................................	9 700 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu.................................	8 100 T€
im Haushaltsjahr 2020 bis zu.................................	7 500 T€
im Haushaltsjahr 2021 bis zu.................................	7 500 T€
im Haushaltsjahr 2022 bis zu.................................	4 000 T€
im Haushaltsjahr 2023 bis zu.................................	4 000 T€
im Haushaltsjahr 2024 bis zu.................................	4 000 T€
im Haushaltsjahr 2025 bis zu.................................	3 000 T€
im Haushaltsjahr 2026 bis zu.................................	3 000 T€
im Haushaltsjahr 2027 bis zu.................................	3 000 T€
im Haushaltsjahr 2028 bis zu.................................	3 000 T€
im Haushaltsjahr 2029 bis zu.................................	3 000 T€
im Haushaltsjahr 2030 bis zu.................................	2 000 T€
im Haushaltsjahr 2031 bis zu.................................	2 000 T€
im Haushaltsjahr 2032 bis zu.................................	2 000 T€
im Haushaltsjahr 2033 bis zu.................................	2 000 T€
im Haushaltsjahr 2034 bis zu.................................	2 000 T€
ab dem Haushaltsjahr 2035 bis zu.........................	20 000 T€

0813 Bundeszollverwaltung

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

111 01 -061	Gebühren, sonstige Entgelte	28 000	28 000	27 623

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Gebühren und Entgelte aus Mahn- und Zwangsvollstreckungsverfahren sowie Zustellungsgebühren	9 500
2. Gebühren nach der Zollkostenverordnung	5 800
3. Gebühren aus Werkvertragsabkommen Bundesagentur für Arbeit	9 700
4. Sonstige Gebühren und sonstige Entgelte	2 400
5. Abgabe Biokraftstoffquote	600
Zusammen	28 000

112 01 -061	Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten	31 000	31 000	30 767

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Einnahmen aus Geldstrafen	2 700
2. Einnahmen aus Geldbußen	28 000
3. Einnahmen aus Gerichtskosten	300
Zusammen	31 000

119 01 -061	Einnahmen aus Veröffentlichungen	115	100	115
119 99 -061	Vermischte Einnahmen	2 500	2 000	4 360

Haushaltsvermerk:

1. Mehreinnahmen zu Nr. 2 der Erläuterungen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 538 01.
2. Von den Einnahmen sind Kursverluste bei Auslandszahlungen und bei Fremdwährungsbeständen abzusetzen.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Benutzung verwaltungseigener Geräte	110
2. Einnahmen des Deutschen Zollmuseums	50
3. Schadenersatzleistungen	900
4. Sonstiges	1 440
Zusammen	2 500

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
124 01 -061	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	1 200	1 200	1 210

Haushaltsvermerk:

1. Nach § 63 Abs. 4 BHO in Verbindung mit § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass

1.1 bundeseigene oder vom Bund beschaffte Unterkünfte den Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst sowie minderjährigen Auszubildenden gegen ermäßigtes Entgelt überlassen werden.

1.2 die Zollsammlung Horbach der Stadt Aachen oder einem von ihr benannten Träger unentgeltlich überlassen wird.

125 01 -061	Einnahmen aus der Abgabe von Verpflegung	450	400	399

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass den Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst Verpflegung gegen ermäßigtes Entgelt abgegeben wird.

132 01 -061	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	2 000	2 000	18 519

Haushaltsvermerk:

Aus den Einnahmen dürfen beim Verkauf anfallende Inseratskosten geleistet werden.

Übrige Einnahmen

181 01 -061	Darlehensrückflüsse von öffentlichen Unternehmen	6	6	6

Erläuterungen:

Rückflüsse von Darlehen an die Stadtwerke Germersheim.

233 01 -061	Sonstige Zuweisungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden	60	68	58
261 01 -061	Erstattungen von Verwaltungsausgaben aus dem Inland	3 800	3 800	3 661
286 01 -061	Einnahmen aus Vereinbarungen von EU-Mitgliedstaaten mit Tabakkonzernen	14 700	9 300	14 288

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 812 01.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Zahlungen von Philip Morris International (PMI)............................	11 700
2. Zahlungen von Japan Tobaccos International (JTI).......................	1 600
3. Zahlungen von British American Tobacco (BAT)............................	1 200

0813 Bundeszollverwaltung

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 286 01

Bezeichnung	1 000 €
4. Zahlungen von Imperial Tobacco Limited (ITL)	200
Zusammen	14 700

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

1. Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.
   In die Flexibilisierung einbezogen ist auch Tit. 533 01.
   Ausgenommen ist Tgr. 01.
2. Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Kap. 0813 flexibilisierter Bereich dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 0811 Tit. 282 08.

Sächliche Verwaltungsausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
518 02 -061	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	124 200	117 500	113 785

Verpflichtungsermächtigung ... 88 000 T€
davon fällig:

im Haushaltsjahr 2015 bis zu	5 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu	5 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu	5 000 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu	4 000 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu	4 000 T€
im Haushaltsjahr 2020 bis zu	4 000 T€
im Haushaltsjahr 2021 bis zu	4 000 T€
im Haushaltsjahr 2022 bis zu	4 000 T€
im Haushaltsjahr 2023 bis zu	4 000 T€
im Haushaltsjahr 2024 bis zu	4 000 T€
im Haushaltsjahr 2025 bis zu	3 000 T€
im Haushaltsjahr 2026 bis zu	3 000 T€
im Haushaltsjahr 2027 bis zu	3 000 T€
im Haushaltsjahr 2028 bis zu	3 000 T€
im Haushaltsjahr 2029 bis zu	3 000 T€
im Haushaltsjahr 2030 bis zu	2 000 T€
im Haushaltsjahr 2031 bis zu	2 000 T€
im Haushaltsjahr 2032 bis zu	2 000 T€
im Haushaltsjahr 2033 bis zu	2 000 T€
im Haushaltsjahr 2034 bis zu	2 000 T€
ab dem Haushaltsjahr 2035 bis zu	20 000 T€

Haushaltsvermerk:

1. Erstattungen Dritter fließen den Ausgaben zu.
2. Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 518 02

Erläuterungen:

Von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben als Eigenbaumaßnahme zu realisierende Unterbringung (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	genehmigte Gesamtkosten 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Veranschlagt 2014 1 000 €	Vorbehalten für 2015 ff. 1 000 €	Jährlicher Mietzins 1 000 €	voraussichtliche Übergabe
1	2	3	4	5	6	7	8
5. Herrichtung der ehemaligen Steigerkaserne in Erfurt zur Unterbringung des Hauptzollamts Erfurt	10 000	1 001	4 499	3 000	1 500	900	2014
7. Errichtung einer Raumschießanlage, eines Sportübungsraums sowie einer BOS-Leitstelle beim Hauptzollamt Stralsund, Rudenstraße, Stralsund	6 400	-	4 400	1 000	1 000	900	2014
12. Errichtung einer Raumschießanlage für das HZA Berlin in Berlin-Spandau	3 150	-	-	1 500	1 650	250	2014
Zusammen	19 550	1 001	8 899	5 500	4 150	2 050	

Zu 12.
Für die Sicherstellung der Schießaus- und -fortbildung der Zollverwaltung im Bereich des HZA Berlin soll auf der anstaltseigenen Liegenschaft Wilhelmstraße in Berlin-Spandau eine Raumschießanlage mit Baukosten von 3 000 T€ errichtet werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
538 01 -061	Erwerb von Exponaten für das Deutsche Zollmuseum, Kosten der Ausstellungen/Außendarstellung	55	55 *11*	60

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
688 04 -061	Zahlungen an die EU für abzuführende Zölle, soweit diese nicht eingenommen worden sind, einschließlich der Zinsen gem. Art. 11 der Ratsverordnung 1150/2000	2 000	2 000	-3 955

Haushaltsvermerk:

1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe von 10 000 T€ der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Epl. 08.
2. Einnahmen, insbesondere aus Vorbehaltszahlungen, fließen den Ausgaben zu.

Titelgruppe 01

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
Tgr. 01	Unterstützung von Bundesbehörden, die Sportförderplätze für Spitzensportlerinnen und Spitzensportler mit Behinderung zur Verfügung stellen	(556)	(510)	

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.
2. Die Mittel dürfen auf Antrag auch Bundesbehörden außerhalb des Kap. 0813 zur Bewirtschaftung übertragen werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
422 11 -290	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	-	-	-
428 11 -290	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	556	510	103

0813 Bundeszollverwaltung

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Noch zu Titelgruppe 01				
634 13 -290	Zuweisungen an den Versorgungsfonds	-	-	-

Haushaltsvermerk:

1. **Die Ausgaben sind übertragbar.**

   Die Übertragbarkeit ist auf die diesem Titel zufließenden Erstattungen im Sinne des § 16 Abs. 3 Satz 1 des Versorgungsrücklagegesetzes beschränkt.
2. **Erstattungen im Sinne des § 16 Abs. 3 Satz 1 des Versorgungsrücklagegesetzes fließen den Ausgaben zu.**

Flexibilisierte Ausgaben

Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG

	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
Aus Hauptgruppe 4	1 565 929	1 485 640	1 445 999
Aus Hauptgruppe 5	275 565	214 774 *38 142*	224 549
Aus Hauptgruppe 6	-	2	-
Aus Hauptgruppe 7	2 300	5 000 *23 565*	9 726
Aus Hauptgruppe 8	52 561	47 753 *54 479*	78 735
Zusammen	1 896 355	1 753 169 *116 186*	1 759 009

	Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F	*422 01 -061*	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*1 291 301*	*1 246 483*	*1 207 190*
F	*422 02 -061*	*Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte*	*33 400*	*4 600*	*3 585*

Erläuterungen:

Mehr wegen Übernahme der Verwaltung der Kraftfahrzeugsteuer durch die Zollverwaltung.

	Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F	*422 03 -061*	*Bezüge der Anwärterinnen und Anwärter sowie Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst*	*22 452*	*21 731*	*22 481*
F	*427 09 -061*	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*6 606*	*6 501*	*5 595*
F	*428 01 -061*	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*194 355*	*187 910*	*178 190*
F	*451 01 -061*	*Zuschüsse an Kantineneinrichtungen Dritter*	*115*	*115*	*100*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu flexibilisierte Ausgaben			
F 453 01 -061	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	*17 700*	*18 300*	*14 794*
	Erläuterungen: *Die Kosten der Unterbringung und Verpflegung der Lehrgangsteilnehmerinnen und Lehrgangsteilnehmer sind hier zentral für den gesamten Einzelplan veranschlagt.*			
F 511 01 -061	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände, Software, Wartung*	*70 180*	*38 000*	*26 138*
	Erläuterungen: *Mehr wegen Übernahme der Verwaltung der Kraftfahrzeugsteuer durch die Zollverwaltung.*			
F 514 01 -061	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*	*31 106*	*23 000*	*24 354*
	Verpflichtungsermächtigung....... 21 100 T€ *davon fällig:* *im Haushaltsjahr 2015 bis zu....... 100 T€* *im Haushaltsjahr 2016 bis zu....... 3 500 T€* *im Haushaltsjahr 2017 bis zu....... 3 500 T€* *im Haushaltsjahr 2018 bis zu....... 3 500 T€* *im Haushaltsjahr 2019 bis zu....... 3 500 T€* *im Haushaltsjahr 2020 bis zu....... 3 500 T€* *im Haushaltsjahr 2021 bis zu....... 3 500 T€* *Haushaltsvermerk:* *Die Verwaltungskosten der Zollkleiderkasse werden aus den einschlägigen Titeln des Kap. 0813 geleistet.*			
F 517 01 -061	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	*60 950*	*57 000*	*53 680*
F 518 01 -061	*Mieten und Pachten*	*15 850*	*14 500*	*13 496*
	Verpflichtungsermächtigung....... 6 000 T€ *davon fällig:* *im Haushaltsjahr 2015 bis zu....... 2 000 T€* *im Haushaltsjahr 2016 bis zu....... 2 000 T€* *im Haushaltsjahr 2017 bis zu....... 2 000 T€*			
F 519 01 -061	*Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen*	*100*	*200*	*154*
F 525 01 -061	*Aus- und Fortbildung*	*10 000*	*10 520*	*7 318*
	Haushaltsvermerk: *Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Lehr- und Unterrichtsmaterial an Lehrgangsteilnehmerinnen und Lehrgangsteilnehmer unentgeltlich abgegeben wird.*			
F 527 01 -061	*Dienstreisen*	*17 000*	*17 900*	*16 342*

0813 Bundeszollverwaltung

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 532 01 -061	*Aufträge und Dienstleistungen im Bereich Informationstechnik*	*46 979*	*36 454*	*44 703*

Verpflichtungsermächtigung... 47 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 16 100 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu... 15 100 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu... 15 800 T€

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind in Höhe von 3 300 T€ mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: Kap. 0816 Tit. 532 01.

Erläuterungen:

Mehr wegen Übernahme der Verwaltung der Kraftfahrzeugsteuer durch die Zollverwaltung.

F 532 02 -061	*Behördenspezifische fachbezogene Verwaltungsausgaben (ohne IT)*	*2 200*	*2 200*	*-*

Haushaltsvermerk:

Einnahmen fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Kosten der Aufdeckung von Zuwiderhandlungen gegen Abgabengesetze und -verordnungen sowie gegen Vorschriften des Außenwirtschaftsrechts.

F 533 01 -061	*Herstellung von Tabaksteuerzeichen*	*8 300*	*8 500*	*7 996*
F 539 99 -061	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*12 900*	*6 500*	*7 974*

Haushaltsvermerk:

1. ***Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 0811 Tit. 272 04.***
2. *Auslagen, die durch die Fürsorge für beschlagnahmte oder sichergestellte Gegenstände entstehen, sind hier nachzuweisen.*

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Umzugs- und Verlegungskosten von Dienststellen.........................	*1 000*
2. Kosten des Zahlungsverkehrs..	*950*
3. Schadenersatzleistungen...	*650*
4. Ausgaben für die Personalgewinnung (Zeitungsannoncen, Auslagenerstattungen, Einstellungsuntersuchungen).............................	*350*
5. Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern...	*50*
6. Umsatzsteuer für die Inanspruchnahme von Personal- und Servicedienstleistungen...	*6 800*
7. Betrieb der Kantinen...	*700*
8. Sonstiges...	*2 400*
Zusammen..	*12 900*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 711 01 -061	*Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten*	*1 300*	*3 000*	*1 964*

Verpflichtungsermächtigung.. 1 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 500 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 500 T€

Haushaltsvermerk:

Erstattungen Dritter fließen den Ausgaben zu.

F **712 01** -061	*Baumaßnahmen von mehr als 2 000 000 € im Einzelfall*	*1 000*	*2 000*	*7 762*

Haushaltsvermerk:

Erstattungen Dritter fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen *(davon neue Maßnahmen in Fettdruck)*	*Gesamt-ausgaben des Bundes 1 000 €*	*Verausgabt bis 2012 1 000 €*	*Bewilligt 2013 1 000 €*	*Nach 2013 übertra-gene Aus-gabereste 1 000 €*	*Veran-schlagt 2014 1 000 €*	*Vorbe-halten für 2015 ff 1 000 €*
1	*2*	*3*	*4*	*5*	*6*	*7*
1. Bundesfinanzdirektion Mitte..	*19 500*	*13 700*	*-*	*4 000*	*-*	*1 800*
1.1 Grundinstandsetzung Dienstgebäude Platz der Luftbrücke 1 - 3						
6. Bundesfinanzdirektion Südwest						
6.6 Umbau Gemeinschaftszollanlage Weil am Rhein-Autobahn....	*15 000*	*3 000*	*1 000*	*10 000*	*1 000*	*-*
Zusammen..	*34 500*	*16 700*	*1 000*	*14 000*	*1 000*	*1 800*

Zu 6.6:
Leistungen Dritter in Höhe von 15 000 T€ (50 Prozent).

F 811 01 -061	*Erwerb von Fahrzeugen*	*15 295*	*15 000*	*39 134*

Verpflichtungsermächtigung..

fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 5 300 T€

Haushaltsvermerk:

Einnahmen aus Schadensersatzleistungen Dritter fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Neubeschaffung	
80 Pkw..	*1 595*
37 sonstige Fahrzeuge...	*850*
2. Ersatzbeschaffung	
1500 Pkw...	*22 500*
160 sonstige Fahrzeuge...	*6 100*
abzüglich Mehreinnahmen bei Tit. 132 01 aus der Veräußerung von Dienst-Kfz gem. § 6 Abs. 7 HG..	*-17 000*
3. Sonstiges...	*1 250*
Zusammen...	*15 295*

0813 Bundeszollverwaltung

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 812 01 -061	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)*	*18 500*	*15 000*	*17 531*

Verpflichtungsermächtigung... 20 200 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 4 100 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 7 800 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 5 500 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.. 2 200 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu.. 600 T€

Haushaltsvermerk:

1. *Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 286 01.*
2. ***Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 0811 Tit. 346 01.***

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Erstbeschaffung	2 500
2. Erweiterung	4 000
3. Ersatzbeschaffung	10 000
4. Sonstiges	2 000
Zusammen	18 500

F 812 02 -061	*Erwerb von Anlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Software im Bereich Informationstechnik*	*18 666*	*17 653*	*22 061*

Verpflichtungsermächtigung...

fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 8 900 T€

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind in Höhe von 1 800 T€ mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: Kap. 0816 Tit. 812 02.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Erstbeschaffung	3 129
2. Erweiterung	3 000
3. Ersatzbeschaffung	9 000
4. Sonstiges	3 537
Zusammen	18 666

F 893 01 -061	*Zuschüsse an Dritte zur Durchführung von Baumaßnahmen für die Bundesfinanzverwaltung*	*100*	*100*	*9*
F 896 01 -061	*Zuschüsse zur Schaffung von Zollabfertigungsanlagen im Ausland*	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Erstattungen Dritter fließen den Ausgaben zu.

F 896 02 -061	*Ausstattungshilfe für die Zollverwaltungen dritter Staaten zur Bekämpfung der internationalen Rauschgiftkriminalität*	-	-	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel			
161 01 -061	Zinseinnahmen von öffentlichen Unternehmen		-	-
F *671 09 -153*	*Erstattungen des Bundes für die Inanspruchnahme sonstiger Verwaltungsleistungen geringeren Umfangs*		*2*	-
981 06 -890	Leistungen an Dienstleistungszentren des Bundes zur Durchführung von Aufgaben im Rahmen der Erprobung des DLZ-Projekts		-	(4 000)

0814 Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen mit Bundesausgleichsamt

Vorbemerkung

Wesentliche finanzwirksame Schwerpunkte des Kapitels

BADV

Das Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen (BADV) ist eine Oberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen mit Hauptsitz Berlin.

Als zentraler Dienstleister der Bundesfinanzverwaltung hat das BADV die zentralisierte Abrechnung von Bezügen und Personalnebenleistungen (Beihilfe, Reisekosten, usw.) sowie von Familienkassenaufgaben für die Bundesfinanzverwaltung und die Bundesverwaltung übernommen. Ferner werden Organisationsberatungen und -untersuchungen, Personalbedarfsbemessungen, Personalgewinnungsaufgaben als Dienstleistung durchgeführt. Weiterhin obliegen dem BADV die Durchführung der vermögens- und entschädigungsrechtlichen Verfahren der NS-Verfolgten und die Gewährleistung einer einheitlichen Durchführung des Vermögensgesetzes sowie des Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetzes und des DDR-Entschädigungserfüllungsgesetzes.

Bundesausgleichsamt

Das Bundesausgleichsamt (BAA) in Bad Homburg v. d. Höhe ist eine selbständige Bundesoberbehörde. Der Präsident des BADV ist zugleich in Personalunion auch Präsident des BAA.

Der Lastenausgleich wird in Bundes- und Bundesauftragsverwaltung durchgeführt. Längerfristige Hauptaufgaben sind neben der Steuerung der Rückforderung von Lastenausgleichsleistungen bei Schadensausgleich sowie der Erteilung einheitlicher Bescheide über die Höhe des Schadensausgleichs bei Beteiligungen (Anteilsrechten) an Kapitalgesellschaften vor allem die operative Rückforderung von Lastenausgleich bei neuen Schadensausgleichsfällen. Des Weiteren wurde dem BAA die Zuständigkeit zur Durchführung der Kriegsschadenrente sowie der vergleichbaren laufenden Leistungen nach den lastenausgleichsrechtlichen Regelungen übertragen.

Überblick zum Kapitel 0814	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	40	40	-		2 683
Übrige Einnahmen	-	-	-		-
Gesamteinnahmen	40	40	-		2 683
Ausgaben					
Personalausgaben	72 834	74 380	-1 546	3 848	69 642
Sächliche Verwaltungsausgaben	25 393	24 848	+545	14 264	20 249
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	50	122	-72	1 532	214
Ausgaben für Investitionen	4 674	1 932	+2 742	2 322	1 736
Gesamtausgaben	102 951	101 282	+1 669	21 966	91 841
davon flexibilisiert	96 801	95 360	+1 441	21 143	86 529
davon nicht flexibilisiert	6 150	5 922	+228	823	5 312
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung	8 000 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu	800 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu	800 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu	800 T€				
im Haushaltsjahr 2018 bis zu	800 T€				
im Haushaltsjahr 2019 bis zu	800 T€				
im Haushaltsjahr 2020 bis zu	800 T€				
im Haushaltsjahr 2021 bis zu	800 T€				
im Haushaltsjahr 2022 bis zu	800 T€				
im Haushaltsjahr 2023 bis zu	800 T€				
im Haushaltsjahr 2024 bis zu	800 T€				

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

119 99 -061	Vermischte Einnahmen	40	40	2 683

Haushaltsvermerk:

1. Mehreinnahmen zu Nr. 1 der Erläuterungen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 422 01, 427 99, 428 01, 453 01, 511 01, 518 01, 525 01, 527 01, 532 01, 539 99, 812 01 und 812 02.
2. Nach § 63 Abs. 4 BHO in Verbindung mit § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass mietzinsfrei überlassen werden: Kunstgegenstände an Museen, Träger von Museen, Ausstellungen usw. als Leihgaben. Sofern eine Verwertung nicht möglich ist, können Kunstgegenstände unentgeltlich übereignet werden an Museen, Träger von Museen, Ausstellungen usw. **Die unentgeltliche Rückgabe von Kunstgegenständen an Herkunftsstaaten und Religionsgemeinschaften wird zugelassen.**
3. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass NS-verfolgungsbedingt entzogene Kunstgegenstände an die ehemals Berechtigten oder deren Rechtsnachfolger unentgeltlich herausgegeben werden, soweit es sich um natürliche Personen handelt, jedoch unter Erstattung etwaiger Wiedergutmachungsleistungen, die wegen NS-verfolgungsbedingten Entzugs dieser Vermögensgegenstände gezahlt worden sind.

   Als "NS-verfolgungsbedingt entzogen" gelten auch Kunstgegenstände, die ohne physischen Zwang aus einer wirtschaftlichen Notlage heraus veräußert wurden, unabhängig davon, ob die Veräußerung innerhalb des Deutschen Reichs oder im Ausland stattgefunden hat.
4. **Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO und § 63 Abs. 4 BHO wird zugelassen, dass eine Verwertung von Gegenständen, die zum ehemals reichseigenen beweglichen Bundesvermögen gehören und einen Bezug zum nationalsozialistischen Unrechtssystem oder zum Kriegsgeschehen haben, unterbleibt. Sie können geeigneten Museen, Ausstellungen usw. mietzinsfrei als Leihgabe überlassen oder unentgeltlich übereignet werden.**
5. Aus den Einnahmen dürfen anfallende Nebenkosten (z. B. Steuern) geleistet werden.
6. Es wird zugelassen, dass auf die Erstattung der Kosten der Personalausgaben für das der Bundesrepublik Deutschland - Finanzagentur GmbH zur Aufgabenerledigung gestellte Personal verzichtet wird.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Einnahmen aus Aufträgen Dritter	-
2. Sonstiges	40
Zusammen	40

124 01 -061	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	-	-	-

0814 Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen mit Bundesausgleichsamt

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Übrige Einnahmen			
261 01 -061	Erstattungen von Verwaltungsausgaben aus dem Inland	-	-	-

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

1. Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.
2. Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Kap. 0814 flexibilisierter Bereich dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 0811 Tit. 282 08.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Sächliche Verwaltungsausgaben			
518 02 -061	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	6 100	5 800	5 269

Verpflichtungsermächtigung.. 8 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 800 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 800 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 800 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.. 800 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu.. 800 T€
im Haushaltsjahr 2020 bis zu.. 800 T€
im Haushaltsjahr 2021 bis zu.. 800 T€
im Haushaltsjahr 2022 bis zu.. 800 T€
im Haushaltsjahr 2023 bis zu.. 800 T€
im Haushaltsjahr 2024 bis zu.. 800 T€

Haushaltsvermerk:

Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
541 02 -830	Ausgaben aus Anlass des Anleihedienstes, des Bereinigungsverfahrens, der Durchführung des Allgemeinen Kriegsfolgengesetzes und der Abwicklung des Londoner Schuldenabkommens	-	-	-

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Erstattungen Dritter fließen den Ausgaben zu.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)			
634 01 -061	Kostenerstattung an die BVVG Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH	50	122 *823*	43

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind übertragbar.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Flexibilisierte Ausgaben			
	Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG			
	Aus Hauptgruppe 4	72 834	74 380 *4 557*	69 813
	Aus Hauptgruppe 5	19 293	19 048 *14 264*	14 980
	Aus Hauptgruppe 7	15	30 *219*	18
	Aus Hauptgruppe 8	4 659	1 902 *2 103*	1 718
	Zusammen	96 801	95 360 *21 143*	86 529
F 422 01 -061	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten* *Haushaltsvermerk:* *Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.*	*25 686*	*27 380*	*24 459*
F 422 02 -061	*Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte*	*-*	*-*	*-*
F 427 99 -061	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige* *Haushaltsvermerk:* *Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.*	*1 904*	*1 890*	*1 097*
F 428 01 -061	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer* *Haushaltsvermerk:* *Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.*	*38 177*	*37 945*	*35 573*
F 451 01 -061	*Zuschüsse an Kantineneinrichtungen Dritter*	*24*	*24*	*15*
F 453 01 -061	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen* *Haushaltsvermerk:* *Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.*	*163*	*203*	*68*
F 511 01 -061	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände, Software, Wartung* *Haushaltsvermerk:* *Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.*	*6 712*	*6 066*	*1 368*

0814 Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen mit Bundesausgleichsamt

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 517 01 -061	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	*3 150*	*3 100*	*2 979*
F 518 01 -061	*Mieten und Pachten*	*2 611*	*2 861*	*428*

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.

F 525 01 -061	*Aus- und Fortbildung*	*942*	*851*	*468*

Haushaltsvermerk:

1. *Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.*
2. *Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Lehr- und Unterrichtsmaterial an Lehrgangsteilnehmerinnen und Lehrgangsteilnehmer unentgeltlich abgegeben wird.*

F 527 01 -061	*Dienstreisen*	*625*	*535*	*450*

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.

F 532 01 -061	*Aufträge und Dienstleistungen im Bereich Informationstechnik*	*4 808*	*5 148*	*3 733*

Haushaltsvermerk:

1. ***Die Ausgaben sind in Höhe von 400 T€ mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: Kap. 0816 Tit. 532 01.***
2. *Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.*

F 539 99 -061	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*445*	*487*	*198*

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Gebühren für die Auszahlung von Kriegsschadenrente	*162*
2. Haltung von Fahrzeugen	*54*
3. Aktenvernichtung/Entsorgung	*35*
4. Interne Umzüge/Aktentransporte	*35*
5. Sonstiges	*159*
Zusammen	*445*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 711 01 -061	*Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten*	*15*	*30*	*18*
F 811 01 -061	*Erwerb von Fahrzeugen*	*53*	*21*	*122*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
Ersatzbeschaffung	
11 Pkw	*133*
abzgl. Mehreinnahmen bei Tit. 119 99 aus der Veräußerung von Dienst-Kfz gem. § 6 Abs. 7 HG	*-80*
Zusammen	*53*

F 812 01 -061	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)*	*547*	*512*	*139*

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Erstbeschaffung	*50*
2. Erweiterung	*128*
3. Ersatzbeschaffung	*369*
4. Sonstiges	*-*
Zusammen	*547*

F 812 02 -061	*Erwerb von Anlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Software im Bereich Informationstechnik*	*4 059*	*1 369*	*1 456*

Haushaltsvermerk:

1. ***Die Ausgaben sind in Höhe von 300 T€ mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: Kap. 0816 Tit. 812 02.***
2. *Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.*
3. *Erstattungen Dritter fließen den Ausgaben zu.*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Erstbeschaffung	*3 553*
2. Erweiterung	*-*
3. Ersatzbeschaffung	*506*
4. Sonstiges	*-*
Zusammen	*4 059*

Sachkostenerstattungen von Behörden und Institutionen für Serviceleistungen des Bundesamts für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen.

0814 Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen mit Bundesausgleichsamt

	Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
		Titelgruppe 01			
	Tgr. 01	Ausgaben für die der Bundesrepublik Deutschland - Finanzagentur GmbH gestellten Beamtinnen und Beamten sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	(6 880)	(6 938)	
F	*422 11 -061*	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*1 880*	*1 880*	*1 808*
F	*428 11 -061*	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*5 000*	*5 058*	*4 858*
F	*459 19 -061*	*Vermischte Personalausgaben*	*-*	*-*	*-*

Vorbemerkung

Wesentliche finanzwirksame Schwerpunkte des Kapitels

Das Bundeszentralamt für Steuern (BZSt) wurde mit Artikel 1 Nummer 1 des Gesetzes zur Neuorganisation der Bundesfinanzverwaltung und zur Schaffung eines Refinanzierungsregisters vom 22. September 2005 (BGBl. I S. 2809) und den damit verbundenen Änderungen des Finanzverwaltungsgesetzes (FVG) als Bundesoberbehörde errichtet.

Im Interesse einer gleichmäßigen Besteuerung nimmt das BZSt im Wesentlichen bundesländerübergreifend zentrale steuerliche Aufgaben mit nationalem und internationalem Bezug nach dem FVG wahr (§ 4 Absatz 2 und 3 sowie § 5 FVG).

In diesem Rahmen hat das BZSt eine Vielzahl von steuerlichen Aufgaben. Beispielhaft seien erwähnt:

1. Zertifizierung von Altersvorsorge- und Basisrentenverträgen,
2. Verwaltung der Versicherung- und Feuerschutzsteuer,
3. Vergabe der persönlichen Steuer-Identifikationsnummer sowie der Wirtschaftsidentifikationsnummer,
4. Unterstützung der Länder bei der Umsatzsteuerbetrugsbekämpfung,
5. Verständigungs- und Schiedsverfahren in internationalen Beziehungen,
6. Fachaufsicht über die Durchführung des Familienleistungsausgleichs,
7. Fachaufsicht über die Durchführung des Rentenbezugsmitteilungsverfahrens,
8. Fachaufsicht über die Gewährung der Altersvorsorgezulage.

Einen weiteren Schwerpunkt der Tätigkeit des BZSt bildet die Bundesbetriebsprüfung. Die Bundesbetriebsprüfer/innen wirken im gesamten Bundesgebiet an der Außenprüfung der Länder bei Groß- und Konzernbetrieben mit. Dadurch soll einerseits auch in diesem Bereich eine gleichmäßige Besteuerung sichergestellt werden, andererseits sollen die Interessen des Bundes bei der Erhebung der Steuern, die ganz oder zum Teil dem Bund zufließen, gewahrt werden (Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Umsatzsteuer).

Über die Mitwirkung ist das BZSt zudem in der Lage, das BMF über Entwicklungen in Kenntnis zu setzen, die für gesetzgeberische Maßnahmen oder allgemeine Verwaltungsregelungen von Bedeutung sein können.

0815 Bundeszentralamt für Steuern

Überblick zum Kapitel 0815	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen..	4 607	3 607	+1 000		19 077
Gesamteinnahmen..	4 607	3 607	+1 000		19 077
Ausgaben					
Personalausgaben..	83 479	79 837	+3 642	7 284	58 936
Sächliche Verwaltungsausgaben...........................	37 534	34 384	+3 150	11 093	26 916
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	328 200	318 250	+9 950	51 829	304 969
Ausgaben für Investitionen.....................................	2 514	2 603	-89	902	2 198
Gesamtausgaben...	451 727	435 074	+16 653	71 108	393 019
davon flexibilisiert...	118 027	111 524	+6 503	21 434	86 548
davon nicht flexibilisiert..	333 700	323 550	+10 150	49 674	306 471

Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014

Verpflichtungsermächtigung...................................	77 339 T€
davon fällig:	
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.................................	3 847 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.................................	3 847 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.................................	3 645 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.................................	3 000 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu.................................	3 000 T€
im Haushaltsjahr 2020 bis zu.................................	3 000 T€
im Haushaltsjahr 2021 bis zu.................................	3 000 T€
im Haushaltsjahr 2022 bis zu.................................	3 000 T€
im Haushaltsjahr 2023 bis zu.................................	3 000 T€
im Haushaltsjahr 2024 bis zu.................................	3 000 T€
im Haushaltsjahr 2025 bis zu.................................	3 000 T€
im Haushaltsjahr 2026 bis zu.................................	3 000 T€
im Haushaltsjahr 2027 bis zu.................................	3 000 T€
im Haushaltsjahr 2028 bis zu.................................	3 000 T€
im Haushaltsjahr 2029 bis zu.................................	3 000 T€
im Haushaltsjahr 2030 bis zu.................................	3 000 T€
im Haushaltsjahr 2031 bis zu.................................	3 000 T€
im Haushaltsjahr 2032 bis zu.................................	3 000 T€
im Haushaltsjahr 2033 bis zu.................................	3 000 T€
im Haushaltsjahr 2034 bis zu.................................	3 000 T€
ab dem Haushaltsjahr 2035 bis zu..........................	3 000 T€
in künftigen Haushaltsjahren bis zu........................	12 000 T€

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Einnahmen			
	Verwaltungseinnahmen			
111 01 -061	Gebühren, sonstige Entgelte	1 100	1 100	1 032
112 01 -061	Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten	3 500	2 500	4 299
119 99 -061	Vermischte Einnahmen	1	1	13 740

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 422 01, 427 09, 428 01, 511 01, 525 01, 539 99 und 812 02.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Einnahmen aus Aufträgen Dritter	-
2. Sonstiges	1
Zusammen	1

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
124 01 -061	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	6	6	6

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

1. Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.
2. Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Kap. 0815 flexibilisierter Bereich dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 0811 Tit. 282 08.

0815 Bundeszentralamt für Steuern

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Sächliche Verwaltungsausgaben			
518 02 -061	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	5 500	5 300	4 953

Verpflichtungsermächtigung ... 75 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu ... 3 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu ... 3 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu ... 3 000 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu ... 3 000 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu ... 3 000 T€
im Haushaltsjahr 2020 bis zu ... 3 000 T€
im Haushaltsjahr 2021 bis zu ... 3 000 T€
im Haushaltsjahr 2022 bis zu ... 3 000 T€
im Haushaltsjahr 2023 bis zu ... 3 000 T€
im Haushaltsjahr 2024 bis zu ... 3 000 T€
im Haushaltsjahr 2025 bis zu ... 3 000 T€
im Haushaltsjahr 2026 bis zu ... 3 000 T€
im Haushaltsjahr 2027 bis zu ... 3 000 T€
im Haushaltsjahr 2028 bis zu ... 3 000 T€
im Haushaltsjahr 2029 bis zu ... 3 000 T€
im Haushaltsjahr 2030 bis zu ... 3 000 T€
im Haushaltsjahr 2031 bis zu ... 3 000 T€
im Haushaltsjahr 2032 bis zu ... 3 000 T€
im Haushaltsjahr 2033 bis zu ... 3 000 T€
im Haushaltsjahr 2034 bis zu ... 3 000 T€
ab dem Haushaltsjahr 2035 bis zu ... 3 000 T€
in künftigen Haushaltsjahren bis zu ... 12 000 T€

Haushaltsvermerk:

Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)			
632 01 -061	Sonstige Zuweisungen an Länder	12 000	7 250 *3 000*	5 386

Verpflichtungsermächtigung ... 2 339 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu ... 847 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu ... 847 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu ... 645 T€

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind übertragbar.

Erläuterungen:

Erstattung der Kosten für die Aus- und Fortbildung von Steuerbeamtinnen und Steuerbeamten und der Aus- und Fortbildungskosten zur Gewinnung von Nachwuchskräften für die Bundesbetriebsprüfung.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
636 01 -061	Erstattung von Verwaltungskosten an die Bundesagentur für Arbeit für die Durchführung des Familienleistungsausgleichs nach dem Einkommensteuergesetz Haushaltsvermerk: 1. Die Ausgaben sind übertragbar. 2. Aus den Ausgaben dürfen anfallende Nebenkosten (z. B. für Publikationen und Schulungen) geleistet werden. Erläuterungen: Zur Durchführung des Bundeskindergeldgesetzes Hinweis auf Kap. 1701 Tit. 636 11.	200 400	199 000 *20 000*	192 626
636 02 -061	Erstattung von Verwaltungskosten an die Deutsche Rentenversicherung Bund und andere Organisationen des öffentlichen Bereichs Haushaltsvermerk: Die Ausgaben sind übertragbar.	115 800	112 000 *26 674*	103 506
	Flexibilisierte Ausgaben			
	Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG			
	Aus Hauptgruppe 4	83 479	79 837 *9 439*	62 387
	Aus Hauptgruppe 5	32 034	29 084 *11 093*	21 963
	Aus Hauptgruppe 7	20	20 *42*	12
	Aus Hauptgruppe 8	2 494	2 583 *860*	2 186
	Zusammen	118 027	111 524 *21 434*	86 548
F 422 01 -061	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten* *Haushaltsvermerk:* ***Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.***	*60 786*	*53 484*	*43 763*
F 422 02 -061	*Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte*	*-*	*-*	*-*
F 422 03 -061	*Bezüge der Anwärterinnen und Anwärter sowie Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst*	*6 414*	*6 552*	*4 804*
F 427 09 -061	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige* *Haushaltsvermerk:* ***Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.***	*5 723*	*9 817*	*1 903*

0815 Bundeszentralamt für Steuern

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu flexibilisierte Ausgaben			
F 428 01 -061	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*7 643*	*7 820*	*7 572*
	Haushaltsvermerk: **Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.**			
F 453 01 -061	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	*2 913*	*2 164*	*894*
F 511 01 -061	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände, Software, Wartung*	*6 700*	*5 846*	*2 874*
	Haushaltsvermerk: **Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.**			
F 517 01 -061	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	*1 700*	*1 850*	*1 826*
F 525 01 -061	*Aus- und Fortbildung*	*1 688*	*1 456*	*807*
	Haushaltsvermerk: **1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.** **2.** *Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Lehr- und Unterrichtsmaterial an Lehrgangsteilnehmerinnen und Lehrgangsteilnehmer unentgeltlich abgegeben wird.*			
F 527 01 -061	*Dienstreisen*	*4 683*	*3 813*	*3 074*
F 532 01 -061	*Aufträge und Dienstleistungen im Bereich Informationstechnik*	*15 963*	*14 919*	*11 174*
	Haushaltsvermerk: **Die Ausgaben sind in Höhe von 1 600 T€ mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: Kap. 0816 Tit. 532 01.**			
F 539 99 -061	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*1 300*	*1 200*	*977*
	Haushaltsvermerk: **Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.**			

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Entgelte für die Nutzung von Auskünften aus Datenbanken für steuerliche Angelegenheiten	*700*
2. Umzugskosten	*295*
3. Auslagen für Vorstellungsreisen	*80*
4. Stellenausschreibungen	*115*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 539 99

Bezeichnung	1 000 €
5. Sonstiges	110
Zusammen	1 300

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 711 01 -061	*Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten*	20	20	12
F 811 01 -061	*Erwerb von Fahrzeugen*	25	25	71

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Ersatzbeschaffung	
3 Pkw	72
1 Transporter	31
abzgl. Mehreinnahmen bei Tit. 119 99 aus der Veräußerung von Dienst-Kfz gem. § 6 Abs. 7 HG	-82
2. Sonstiges	4
Zusammen	25

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 812 01 -061	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)*	881	967	240

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Erstbeschaffung	631
2. Erweiterung	-
3. Ersatzbeschaffung	250
4. Sonstiges	-
Zusammen	881

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 812 02 -061	*Erwerb von Anlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Software im Bereich Informationstechnik*	1 588	1 591	1 875

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind in Höhe von 200 T€ mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: Kap. 0816 Tit. 812 02.

2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Erstbeschaffung	1 268
2. Erweiterung	-
3. Ersatzbeschaffung	320
4. Sonstiges	-
Zusammen	1 588

0816 Zentrum für Informationsverarbeitung und Informationstechnik

Vorbemerkung

Wesentliche finanzwirksame Schwerpunkte des Kapitels

Das Zentrum für Informationsverarbeitung und Informationstechnik der Bundesfinanzverwaltung (ZIVIT) wurde per Organisationserlass zum 1. Januar 2006 als unmittelbar dem Bundesministerium der Finanzen nachgeordnete, eigenständige Einrichtung errichtet. Das ZIVIT ist eines von drei Dienstleistungszentren-IT (DLZ-IT) des Bundes. Es unterstützt daher nicht nur den Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen (BMF), sondern auftragsorientiert die gesamte Bundesverwaltung.

Im Wesentlichen obliegen ihm folgende Aufgaben:

1. Beratung der Auftraggeber im Vorfeld von IT-Vorhaben,
2. Entwicklung und Pflege von Software,
3. Zentrale Hard- und Softwarebeschaffungen sowie Roll-Out,
4. Zentraler Betrieb von IT-Verfahren, Bereitstellung von bundesweiter Basis-IT-Infrastruktur sowie zentrale Einrichtung und Betreuung von IT-Netzen,
5. Bereitstellung von Kompetenzzentren für zentrale IT-Produkte,
6. Anwenderunterstützung durch einen zentralen Service-Desk.

Die Veranschlagung der notwendigen Haushaltsmittel innerhalb des Epl. 08 folgt dabei dem Prinzip des Auftraggeber-/Auftragnehmermodells. Hiernach werden Haushaltsmittel

1. für die zentrale und dezentrale Infrastruktur sowie für eigene Fachverfahren grundsätzlich zentral beim ZIVIT,
2. für die Neu- und Weiterentwicklung der jeweiligen Fachverfahren und der IT-Arbeitsplatzausstattung im Kapitel des Auftraggebers

veranschlagt.

Überblick zum Kapitel 0816	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	4	4	-		7 658
Übrige Einnahmen	-	-	-		-
Gesamteinnahmen	4	4	-		7 658
Ausgaben					
Personalausgaben	69 257	63 627	+5 630	120	58 195
Sächliche Verwaltungsausgaben	128 069	119 353	+8 716	10 841	92 962
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	7	7	-		1 256
Ausgaben für Investitionen	48 069	22 968	+25 101	2 186	26 169
Besondere Finanzierungsausgaben	-	-	-		-
Gesamtausgaben	245 402	205 955	+39 447	13 147	178 582
davon flexibilisiert	237 902	198 605	+39 297	13 121	167 880
davon nicht flexibilisiert	7 500	7 350	+150	26	10 702
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung	27 320 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu	10 580 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu	9 080 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu	6 580 T€				
im Haushaltsjahr 2018 bis zu	180 T€				
im Haushaltsjahr 2019 bis zu	180 T€				
im Haushaltsjahr 2020 bis zu	180 T€				
im Haushaltsjahr 2021 bis zu	180 T€				
im Haushaltsjahr 2022 bis zu	180 T€				
im Haushaltsjahr 2023 bis zu	180 T€				

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

119 99 -061	Vermischte Einnahmen	4	4	7 658

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen zu Nr. 1 der Erläuterungen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: **Hgr. 4,** 511 01, 517 01, 518 01, 525 01, 527 01, 532 01, 539 99, 812 01 und 812 02.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Einnahmen aus Aufträgen Dritter	-
2. Sonstiges	4
Zusammen	4

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

1. Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.
2. Einsparungen bei folgenden Titeln: Kap. 0816 mit Ausnahme des Titels 518 02 dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 981 01.
3. Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Kap. 0816 flexibilisierter Bereich dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 0811 Tit. 282 08.
4. **Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Hgr. 4 dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.**

Sächliche Verwaltungsausgaben

518 02 -061	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	7 500	7 350	6 721

Verpflichtungsermächtigung .... 7 620 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 2 680 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 3 180 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu .... 680 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu .... 180 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu .... 180 T€
im Haushaltsjahr 2020 bis zu .... 180 T€
im Haushaltsjahr 2021 bis zu .... 180 T€
im Haushaltsjahr 2022 bis zu .... 180 T€
im Haushaltsjahr 2023 bis zu .... 180 T€

Haushaltsvermerk:

Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.

0816 Zentrum für Informationsverarbeitung und Informationstechnik

	Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
		Besondere Finanzierungsausgaben			
	981 01 -890	Leistungen an Bundesbehörden zur Durchführung von Aufträgen	-	-	(228)
		Haushaltsvermerk: Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Kap. 0816.			
		Flexibilisierte Ausgaben			
		Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG			
		Aus Hauptgruppe 4	69 257	63 627 *120*	59 444
		Aus Hauptgruppe 5	120 569	112 003 *10 815*	85 043
		Aus Hauptgruppe 6	7	7	-
		Aus Hauptgruppe 7	50	50	107
		Aus Hauptgruppe 8	48 019	22 918 *2 186*	23 286
		Zusammen	237 902	198 605 *13 121*	167 880
F	*422 01 -061*	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*41 711*	*36 917*	*33 366*
F	*422 02 -061*	*Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte*	-	-	-
F	*422 03 -061*	*Bezüge der Anwärterinnen und Anwärter sowie Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst*	*741*	*721*	*566*
F	*427 09 -061*	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*1 960*	*1 955*	*1 595*
F	*428 01 -061*	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*24 125*	*23 784*	*22 371*
F	*453 01 -061*	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	*720*	*250*	*297*
F	*511 01 -061*	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände, Software, Wartung*	*84 361*	*77 557*	*1 478*
		Haushaltsvermerk: Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.			

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu flexibilisierte Ausgaben			
F 517 01 -061	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	*5 000*	*5 000*	*4 174*
	Haushaltsvermerk: *Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.*			
F 518 01 -061	*Mieten und Pachten*	*7 493*	*10 331*	*19*
	Haushaltsvermerk: *Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.*			
F 525 01 -061	*Aus- und Fortbildung*	*1 771*	*1 354*	*178*
	Haushaltsvermerk: *1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.* *2. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Lehr- und Unterrichtsmaterial an Lehrgangsteilnehmerinnen und Lehrgangsteilnehmer unentgeltlich abgegeben wird.*			
F 527 01 -061	*Dienstreisen*	*971*	*860*	*1 035*
	Haushaltsvermerk: *Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.*			
F 532 01 -061	*Aufträge und Dienstleistungen im Bereich Informationstechnik*	*20 766*	*16 615*	*14 874*
	Verpflichtungsermächtigung....... 11 700 T€ *davon fällig:* *im Haushaltsjahr 2015 bis zu....... 3 900 T€* *im Haushaltsjahr 2016 bis zu....... 3 900 T€* *im Haushaltsjahr 2017 bis zu....... 3 900 T€*			
	Haushaltsvermerk: ***1. Die Ausgaben sind in Höhe von 800 T€ mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: Kap. 0812 Tit. 532 01.*** ***2. Die Ausgaben sind in Höhe von 3 300 T€ mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: Kap. 0813 Tit. 532 01.*** ***3. Die Ausgaben sind in Höhe von 400 T€ mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: Kap. 0814 Tit. 532 01.*** ***4. Die Ausgaben sind in Höhe von 1 600 T€ mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: Kap. 0815 Tit. 532 01.*** ***5.*** *Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.*			

0816 Zentrum für Informationsverarbeitung und Informationstechnik

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 539 99 -061	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*207*	*286*	*259*

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Haltung von Fahrzeugen	*89*
2. Stellenausschreibungen u. a. in Fachzeitschriften	*81*
3. Sonstiges	*37*
Zusammen	*207*

F 686 09 -061	*Mitgliedsbeiträge und sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland geringeren Umfangs*	*7*	*7*	*7*
F 711 01 -061	*Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten*	*50*	*50*	*107*
F 811 01 -061	*Erwerb von Fahrzeugen*	*149*	*45*	*233*

Haushaltsvermerk:

Einnahmen aus Schadensersatzleistungen Dritter fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
Ersatzbeschaffung	
12 Pkw	*212*
abzgl. Mehreinnahmen bei Tit. 119 99 aus der Veräußerung von Dienst-Kfz gem. § 6 Abs. 7 HG	*-63*
Zusammen	*149*

F 812 01 -061	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)*	*724*	*3 245*	*672*

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Erstbeschaffung	*355*
2. Erweiterung	*-*
3. Ersatzbeschaffung	*369*
4. Sonstiges	*-*
Zusammen	*724*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 812 02 -061	*Erwerb von Anlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Software im Bereich Informationstechnik*	*47 146*	*19 628*	*22 381*

Verpflichtungsermächtigung.......... 8 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.......... 4 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.......... 2 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.......... 2 000 T€

Haushaltsvermerk:

1. ***Die Ausgaben sind in Höhe von 200 T€ mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: Kap. 0812 Tit. 812 02.***
2. ***Die Ausgaben sind in Höhe von 1 800 T€ mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: Kap. 0813 Tit. 812 02.***
3. ***Die Ausgaben sind in Höhe von 300 T€ mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: Kap. 0814 Tit. 812 02.***
4. ***Die Ausgaben sind in Höhe von 200 T€ mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: Kap. 0815 Tit. 812 02.***
5. *Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Erstbeschaffung	*26 550*
2. Erweiterung	*15 280*
3. Ersatzbeschaffung	*5 086*
4. Sonstiges	*230*
Zusammen	*47 146*

Mehr wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel

381 06 -890	Leistungen von Bundesbehörden zur Durchführung von Aufgaben im Rahmen der Erprobung des DLZ-Projekts		-	(4 000)
422 11 -061	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten		-	-
427 19 -061	Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige		-	-
428 11 -061	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer		-	-
511 11 -061	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände, Software, Wartung		-	96
527 11 -061	Dienstreisen		-	-

0816 Zentrum für Informationsverarbeitung und Informationstechnik

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
532 11 -061	Aufträge und Dienstleistungen im Bereich Informationstechnik		- *26*	1 102
547 11 -061	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben		-	-
634 13 -061	Zuweisungen an den Versorgungsfonds		-	-
812 12 -061	Erwerb von Anlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Software im Bereich Informationstechnik		-	2 776

Vorbemerkung

Wesentliche finanzwirksame Schwerpunkte des Kapitels

Das Branntweinmonopol wurde 1918 als Finanzmonopol und nationale Marktordnung für Branntwein (Alkohol) geschaffen. Es sollte nicht nur Einnahmen erwirtschaften, sondern auch die Verwertung heimischer landwirtschaftlicher Rohstoffe (insbesondere Kartoffeln, Getreide und Obst) in landwirtschaftlichen Brennereien zu Agraralkohol fördern.

Die Aufgaben im Zusammenhang mit dem Branntweinmonopol nimmt die 1951 errichtete Bundesmonopolverwaltung für Branntwein (BfB) wahr (BGBl. I S. 491). Für das Branntweinmonopol finden die Vorschriften des Gesetzes über das Branntweinmonopol, zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 16. Juni 2011 (BGBl. I S. 1090), mit den dazu erlassenen Durchführungsbestimmungen Anwendung.

Bis Anfang 1976 hat sich das Monopol finanziell selbst getragen. Seit Wegfall des Einfuhrschutzes gegenüber EU Mitgliedstaaten kann die BfB den Alkohol nur noch unter dem Einstandspreis absetzen und erhält zur Deckung ihrer Verluste einen jährlichen Zuschuss aus dem Bundeshaushalt.

Nach der Verordnung (EU) Nr. 1234/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Dezember 2010 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 des Rates (Verordnung über eine gemeinsame Organisation der Agrarmärkte und mit Sondervorschriften für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse - Verordnung über die einheitliche GMO -) läuft das deutsche Branntweinmonopol Ende 2017 aus.

Infolgedessen ist ein sukzessiver Rückbau der BfB in der Restlaufzeit des Branntweinmonopols vorgesehen, der schließlich in der Auflösung der Bundesoberbehörde münden wird. Die bis spätestens 2013 ausscheidenden landwirtschaftlichen Verschlussbrennereien erhalten in fünf Jahresraten maximal bis Ende 2017 Ausgleichsbeträge in Höhe von 257,50 € je Hektoliter regelmäßiges Brennrecht. Die Abfindungsbrennereien, Stoffbesitzer und Obstgemeinschaftsbrennereien dürfen noch bis Ende des Jahres 2017 jährlich bis zu 60 000 Hektoliter Alkohol erzeugen und an die BfB abliefern.

Nach Abwicklung aller Restaufgaben des Branntweinmonopols wird die Bundesoberbehörde aufgelöst.

Die Höhe des Zuschussbedarfs der Bundesmonopolverwaltung ist insbesondere abhängig von den Zeitpunkten des Ausscheidens der landwirtschaftlichen Verschlussbrennereien aus dem Branntweinmonopol und der damit zu leistenden Ausgleichsbeträge.

Überblick zum Kapitel 0820	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	-	-	-		-
Gesamteinnahmen	-	-	-		-
Ausgaben					
Personalausgaben	-	-	-		-
Sächliche Verwaltungsausgaben	1 000	2 500	-1 500		1 773
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	57 800	79 792	-21 992	19 958	64 834
Gesamtausgaben	58 800	82 292	-23 492	19 958	66 607
davon nicht flexibilisiert	58 800	82 292	-23 492	19 958	66 607

0820 Bundesmonopolverwaltung für Branntwein

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Einnahmen			
	Verwaltungseinnahmen			
131 01 -061	Erlöse aus der Privatisierung der Verwertung bei der Bundesmonopolverwaltung	-	-	-
	Haushaltsvermerk: Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 682 02.			
	Ausgaben			
	Personalausgaben			
422 01 -061	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	-	-	-
	Erläuterungen: Der Titel ist ohne Geldansatz ausgebracht, weil die Dienstbezüge nach § 8 Branntweinmonopolgesetz aus den Erträgen des Monopols zu bestreiten sind.			
427 09 -061	Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige	-	-	-
428 01 -061	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	-	-	-
	Erläuterungen: Der Titel ist ohne Geldansatz ausgebracht, weil die Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach § 8 Branntweinmonopolgesetz aus den Erträgen des Monopols zu bestreiten sind.			
	Sächliche Verwaltungsausgaben			
518 02 -061	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	1 000	2 500	1 773
	Haushaltsvermerk: Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.			

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)			
682 01 -061	Zuschuss an die Bundesmonopolverwaltung für Branntwein	57 800	79 792 *19 958*	64 834
	Haushaltsvermerk: 1. Die Ausgaben sind übertragbar. 2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Epl. 08.			
	Erläuterungen: Wirtschaftsplan siehe Anlage zum Kapitel 0820.			
682 02 -061	Zuschuss für Ausgaben in Zusammenhang mit der Privatisierung bei der Bundesmonopolverwaltung für Branntwein	-	-	-
	Haushaltsvermerk: Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 131 01.			

0820 Anlage 1
Wirtschaftspläne

Anlage zu Kapitel 0820 - Wirtschaftspläne

Zu Tit. 682 01

Zuschuss an die Bundesmonopolverwaltung für Branntwein

	Bezeichnung	Soll 2014 1 000 €
	1	2
1.	**Erfolgsplan**	
	Die voraussichtlichen Aufwendungen und Erträge betragen:	
1.1	**Aufwendungen**	**77 310**
1.1.1	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	20 878
1.1.1.1	Alkohol	20 778
1.1.1.2	Hilfs- und Betriebsstoffe	100
1.1.2	Personalaufwendungen	8 500
1.1.2.1	Entgelte und Besoldung	4 500
1.1.2.2	Soziale Abgaben	1 000
1.1.2.3	Altersversorgung, Unterstützungen	3 000
1.1.3	Sonstige Aufwendungen	1 600
1.1.3.1	Frachten	500
1.1.3.2	Erhaltungsaufwand	100
1.1.3.3	Sonstiger Aufwand	1 000
1.1.4	Steuern, Gebühren, Beiträge	100
1.1.5	Abschreibungen auf das Anlagevermögen	100
1.1.6	Außerordentlicher Aufwand	400
1.1.7	Ausgleichsbeiträge	45 732
1.2	**Erträge**	**77 310**
1.2.1	Erlöse aus Alkoholverkäufen	9 310
1.2.2	Ertragszinsen	20
1.2.3	Sonstige Erträge	10 080
1.2.4	Jahresfehlbetrag	57 900
2.	**Finanzplan**	
2.1	**Zuschuss des Bundes**	**57 800**
2.1.1	Abdeckung des Jahresfehlbetrages lt. Erfolgsplan	57 900
2.1.2	Investitionen lt. Investitionsplan	-
2.1.3	nicht ausgabewirksame bilanzmäßige Abschreibungen	100

Haushaltsvermerk:

In den Personaltiteln dieses Einzelplans sind folgende Aufwandsentschädigungen und Besondere Personalausgaben veranschlagt:

1. **Aufwandsentschädigungen**

1.1 Dienstaufwandsentschädigung für den Bundesminister in Höhe von jährlich 3 681,30 € (monatlich 306,78 €) bei folgendem Titel:

Kap. 0812 Tit. 421 01.

1.2 Dienstaufwandsentschädigung für die Parlamentarischen Staatssekretäre in Höhe von jährlich je 2 760,98 € (monatlich 230,08 €) bei folgendem Titel:

Kap. 0812 Tit. 421 01.

1.3 Aufwandsentschädigung für vom Dienst freigestellte Personalratsmitglieder und Vertrauenspersonen der schwerbehinderten Menschen bei folgenden Titeln:

Kap. 0812 Tit. 422 01, 428 01,

Kap. 0813 Tit. 422 01, 428 01,

Kap. 0814 Tit. 422 01, 422 11, 428 01, 428 11,

Kap. 0815 Tit. 422 01, 428 01,

Kap. 0816 Tit. 422 01 und 428 01.

1.4 Auslandsaufwandsentschädigung bei folgenden Titeln:

Kap. 0812 Tit. 422 01, 428 01,

Kap. 0813 Tit. 422 01, 428 01,

Kap. 0814 Tit. 422 01, 422 11, 428 01, 428 11,

Kap. 0815 Tit. 422 01, 428 01,

Kap. 0816 Tit. 422 01 und 428 01.

1.5 Aufwandsentschädigung für die Fütterung und Pflege von Diensthunden der Zollverwaltung bei folgenden Titeln:

Kap. 0813 Tit. 422 01 und 422 03.

1.6 Entschädigung für die Untersuchung von Kot auf Betäubungsmittel bei folgenden Titeln:

Kap. 0813 Tit. 422 01 und 422 03.

1.7 Aufwandsentschädigung nach den Richtlinien über die Zahlung einer Aufwandsentschädigung an Bundesbeamte in Fällen dienstlich veranlasster doppelter Haushaltsführung bei Versetzungen und Abordnungen vom Inland ins Ausland im Ausland und vom Ausland in das Inland (AER) bei folgenden Titeln:

Kap. 0812 Tit. 422 01, 428 01,

Kap. 0813 Tit. 422 01, 428 01,

Kap. 0814 Tit. 422 01, 422 11, 428 01, 428 11,

Kap. 0815 Tit. 422 01, 428 01,

Kap. 0816 Tit. 422 01 und 428 01.

2. **Besondere Personalausgaben**

2.1 Betreuung aller Beschäftigten, die am Heiligen Abend nach 18 Uhr Dienst verrichten (zentral für den gesamten Geschäftsbereich) bei folgendem Titel:

Kap. 0812 Tit. 428 01.

2.2 Verfügungsfonds für vom Dienst freigestellte Gleichstellungsbeauftragte gem. § 18 Abs. 4 BGleiG in Höhe von bis zu jährlich je 312 € (monatlich 26 €) bei folgenden Titeln:

Kap. 0812 Tit. 422 01, 428 01,

Kap. 0813 Tit. 422 01, 428 01,

Kap. 0814 Tit. 422 01, 422 11, 428 01, 428 11,

Kap. 0815 Tit. 422 01, 428 01,

Kap. 0816 Tit. 422 01 und 428 01.

2.3 Außer- und übertarifliche Leistungen an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die mit Einwilligung des BMF gewährt werden, bei folgenden Titeln:

Kap. 0802 Tit. 429 02,

Kap. 0812 Tit. 428 01,

Kap. 0813 Tit. 428 01,

08 Aufwandsentschädigungen, Besondere Personalausgaben

Kap. 0814 Tit. 428 01, 428 11,
Kap. 0815 Tit. 428 01 und
Kap. 0816 Tit. 428 01.

Übersicht 1 **08**

Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Kapitel, Titel (Titelgr.) sowie Zweckbestimmung	Ausgaben-soll 2014		a) Bis einschl. 31.12.2012 eingegangene Verpflichtungen fällig ab 2014 b) VE 2013 c) VE 2014	davon fällig 2014	2015	2016	2017	Folgejahre	in künftigen Haushaltsjahren
	1 000 €		1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €
1	2		3	4	5	6	7	8	9
Kapitel 0801									
Tgr. 02									
632 22 - Finanzieller Ausgleich für die Übernahme der Sicherungspflichten an ehemaligen Westwallanlagen durch Länder	5 000	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	20 000		5 000	5 000	5 000	5 000	-
Summe des Kapitels 0801	693 785	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	20 000		5 000	5 000	5 000	5 000	-
Kapitel 0802									
518 01 - Mieten und Pachten	2 500	a)	83 000	-	-	-	8 300	74 700	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
Summe des Kapitels 0802	40 630	a)	83 000	-	-	-	8 300	74 700	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
Kapitel 0803									
Tgr. 03									
682 31 - Zuwendungen an die Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH (LMBV) - Betrieb	179 654	a)	1 465 142	179 654	179 145	178 345	164 200	763 798	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
Summe des Kapitels 0803	276 454	a)	1 465 142	179 654	179 145	178 345	164 200	763 798	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
Kapitel 0810									
632 01 - Ausgaben für die Vereinheitlichung der Software im Besteuerungsverfahren (Vorhaben KONSENS/ELSTER)	10 766	a)	16 140	7 970	8 170	-	-	-	-
		b)	16 681	121	-	8 280	8 280	-	-
		c)	8 265		25	-	-	8 240	-
687 02 - Beratungshilfe für das Ausland	1 757	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	800	800	-	-	-	-	-
		c)	500		500	-	-	-	-
Summe des Kapitels 0810	15 576	a)	16 140	7 970	8 170	-	-	-	-
		b)	17 481	921	-	8 280	8 280	-	-
		c)	8 765		525	-	-	8 240	-
Kapitel 0811									
526 02 - Sachverständige, Ausgaben für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen	5 670	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	600	600	-	-	-	-	-
		c)	600		600	-	-	-	-
Summe des Kapitels 0811	1 098 185	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	600	600	-	-	-	-	-
		c)	600		600	-	-	-	-
Kapitel 0812									
518 02 - Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Ein-	25 000	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	1 200	40	40	40	40	1 040	-
		c)	11 750		1 450	1 450	1 450	7 400	-

08 Übersicht 1
Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Kapitel, Titel (Titelgr.) sowie Zweckbestimmung	Ausgaben-soll 2014		a) Bis einschl. 31.12.2012 eingegangene Verpflichtungen fällig ab 2014 b) VE 2013 c) VE 2014	davon fällig 2014	2015	2016	2017	Folgejahre	in künftigen Haushaltsjahren
	1 000 €		1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €
1	2		3	4	5	6	7	8	9
heitlichen Liegenschaftsmanagement									
532 01 - Aufträge und Dienstleistungen im Bereich Informationstechnik	7 446	a)	160	160	-	-	-	-	-
		b)	2 500	2 500	-	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
544 01 - Forschung, Untersuchungen und Ähnliches	1 900	a)	359	306	53	-	-	-	-
		b)	1 700	700	700	300	-	-	-
		c)	1 700		700	700	300	-	-
Summe des Kapitels 0812	181 603	a)	519	466	53	-	-	-	-
		b)	5 400	3 240	740	340	40	1 040	-
		c)	13 450		2 150	2 150	1 750	7 400	-
Kapitel 0813									
518 02 - Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	124 200	a)	46 759	9 296	7 167	2 956	2 614	24 726	-
		b)	88 000	5 000	5 000	5 000	4 000	69 000	-
		c)	88 000		5 000	5 000	5 000	73 000	-
511 01 - Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände, Software, Wartung	70 180	a)	718	699	17	2	-	-	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
514 01 - Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	31 106	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	21 400	3 500	3 500	3 500	2 500	8 400	-
		c)	21 100		100	3 500	3 500	14 000	-
518 01 - Mieten und Pachten	15 850	a)	92	56	13	12	11	-	-
		b)	3 000	1 000	1 000	1 000	-	-	-
		c)	6 000		2 000	2 000	2 000	-	-
532 01 - Aufträge und Dienstleistungen im Bereich Informationstechnik	46 979	a)	14 188	8 094	6 094	-	-	-	-
		b)	3 500	3 500	-	-	-	-	-
		c)	47 000		16 100	15 100	15 800	-	-
532 02 - Behördenspezifische fachbezogene Verwaltungsausgaben (ohne IT)	2 200	a)	44	11	11	11	11	-	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
711 01 - Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	1 300	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	1 000	500	500	-	-	-	-
		c)	1 000		500	500	-	-	-
712 01 - Baumaßnahmen von mehr als 2 000 000 € im Einzelfall	1 000	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	2 000	1 000	1 000	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
811 01 - Erwerb von Fahrzeugen	15 295	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	17 800	-	6 400	11 400	-	-	-
		c)	5 300		5 300	-	-	-	-
812 01 - Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)	18 500	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	4 920	3 320	1 600	-	-	-	-
		c)	20 200		4 100	7 800	5 500	2 800	-
812 02 - Erwerb von Anlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen so-	18 666	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	1 000	1 000	-	-	-	-	-
		c)	8 900		8 900	-	-	-	-

Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Kapitel, Titel (Titelgr.) sowie Zweckbestimmung	Ausgaben-soll 2014 1 000 €		a) Bis einschl. 31.12.2012 eingegangene Verpflichtungen fällig ab 2014 b) VE 2013 c) VE 2014 1 000 €	davon fällig 2014 1 000 €	2015 1 000 €	2016 1 000 €	2017 1 000 €	Folgejahre 1 000 €	in künftigen Haushaltsjahren 1 000 €
1	2		3	4	5	6	7	8	9
wie Software im Bereich Informationstechnik									
Summe des Kapitels 0813	2 023 166	a)	61 801	18 156	13 302	2 981	2 636	24 726	-
		b)	142 620	18 820	19 000	20 900	6 500	77 400	-
		c)	197 500		42 000	33 900	31 800	89 800	-
Kapitel 0814									
518 02 - Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	6 100	a)	9 240	2 538	1 960	1 662	1 540	1 540	-
		b)	57 000	1 900	1 900	1 900	1 900	49 400	-
		c)	8 000		800	800	800	5 600	-
532 01 - Aufträge und Dienstleistungen im Bereich Informationstechnik	4 808	a)	2 526	1 438	1 004	84	-	-	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
Summe des Kapitels 0814	102 951	a)	11 766	3 976	2 964	1 746	1 540	1 540	-
		b)	57 000	1 900	1 900	1 900	1 900	49 400	-
		c)	8 000		800	800	800	5 600	-
Kapitel 0815									
518 02 - Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	5 500	a)	4 187	3 985	202	-	-	-	-
		b)	44 250	1 750	1 750	1 750	1 750	37 250	-
		c)	75 000		3 000	3 000	3 000	54 000	12 000
632 01 - Sonstige Zuweisungen an Länder	12 000	a)	15 637	13 637	2 000	-	-	-	-
		b)	4 586	-	2 393	2 193	-	-	-
		c)	2 339		847	847	645	-	-
Summe des Kapitels 0815	451 727	a)	19 824	17 622	2 202	-	-	-	-
		b)	48 836	1 750	4 143	3 943	1 750	37 250	-
		c)	77 339		3 847	3 847	3 645	54 000	12 000
Kapitel 0816									
518 02 - Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	7 500	a)	1 154	1 154	-	-	-	-	-
		b)	27 500	2 000	2 000	2 000	2 000	19 500	-
		c)	7 620		2 680	3 180	680	1 080	-
532 01 - Aufträge und Dienstleistungen im Bereich Informationstechnik	20 766	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	1 600	1 600	-	-	-	-	-
		c)	11 700		3 900	3 900	3 900	-	-
812 02 - Erwerb von Anlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Software im Bereich Informationstechnik	47 146	a)	1 700	1 700	-	-	-	-	-
		b)	8 000	4 000	2 000	2 000	-	-	-
		c)	8 000		4 000	2 000	2 000	-	-
Summe des Kapitels 0816	245 402	a)	2 854	2 854	-	-	-	-	-
		b)	37 100	7 600	4 000	4 000	2 000	19 500	-
		c)	27 320		10 580	9 080	6 580	1 080	-
Kapitel 0820									
518 02 - Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Ein-	1 000	a)	3 800	1 900	1 900	-	-	-	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-

08 Übersicht 1
Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Kapitel, Titel (Titelgr.) sowie Zweckbestimmung	Ausgaben-soll 2014	a) Bis einschl. 31.12.2012 eingegangene Verpflichtungen fällig ab 2014 b) VE 2013 c) VE 2014	davon fällig					
			2014	2015	2016	2017	Folge-jahre	in künftigen Haushalts-jahren
	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €
1	2	3	4	5	6	7	8	9
heitlichen Liegenschaftsmanagement								
Summe des Kapitels 0820	58 800	a) 3 800	1 900	1 900	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
Summe des Einzelplans 08	5 188 279	a) 1 664 846	232 598	207 736	183 072	176 676	864 764	-
		b) 309 037	34 831	29 783	39 363	20 470	184 590	-
		c) 352 974		65 502	54 777	49 575	171 120	12 000

Personalhaushalt

Einzelplan 08

Bundesministerium der Finanzen

Inhalt

Kapitel	B e z e i c h n u n g	Seite
	Vorbemerkungen zum Personalhaushalt	86
	Gesamtübersicht	87
0812	Bundesministerium	88
0813	Bundeszollverwaltung	93
0814	Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen mit Bundesausgleichsamt	97
0815	Bundeszentralamt für Steuern	101
0816	Zentrum für Informationsverarbeitung und Informationstechnik	103
0820	Bundesmonopolverwaltung für Branntwein	105
	Übersicht	
	Darstellung der den Planstellen zugeordneten Amtsbezeichnungen	106

Vorbemerkungen zum Personalhaushalt

1. Ersatz(plan)stellen werden zahlenmäßig in einer eigenen Spalte der Übersichten der ku- und kw-Vermerke in der Gesamtübersicht und in den einzelnen Kapiteln nachgewiesen.

   Ersatz(plan)stellen im Zusammenhang mit der Gewährung von Altersteilzeit sind mit dem Vermerk "kw mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten" ausgewiesen.

   Die sonstigen Ersatz(plan)stellen sind in der Übersicht mit der Kurzformulierung "Ersatzplanstelle" bzw."Ersatzstelle" ausgewiesen, die Kurzformulierung entspricht dabei dem folgenden Wortlaut eines kw-Vermerks:

   - bei Titeln der Gruppe 422: kw - nach Rückkehr der abgeordneten Beschäftigten - mit Übernahme der Ersatzkräfte in eine freie oder die nächste frei werdende Planstelle ihrer Besoldungsgruppe oder mit Versetzung der Beschäftigten oder ihrem Ausscheiden aus dem Dienst

   - bei Titeln der Gruppe 428: kw - nach Rückkehr der abgeordneten Beschäftigten - mit Übernahme der Ersatzkräfte in eine freie oder die nächste frei werdende Stelle ihrer Entgeltgruppe oder Planstelle der entsprechenden Besoldungsgruppe oder mit Versetzung der Beschäftigten oder ihrem Ausscheiden aus dem Dienst

2. Anzahl der im Haushaltsjahr 2012 eingesetzten Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen (umgerechnet auf vollbeschäftigte Arbeitskräfte im Haushaltsjahr) und Auszubildende (Jahresdurchschnitt):

Kapitel	Titel	Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen	Auszubildende
0812	427 09	63,0	47,0
0813	427 09	37,0	409,0
0814	427 99	40,0	50,0
0815	427 09	39,3	21,0
0816	427 09	13,0	17,0
0820	427 09	-	-
Zusammen		192,3	544,0

3. Arbeitsplatzbeschreibungen für die Stellen der Gruppe 428 des Einzelplans (einschließlich der Stellen der institutionell geförderten Zuwendungsempfänger/Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO) liegen vor bzw. sind in Einzelfällen noch in Bearbeitung. Lediglich für die Arbeitsplätze der in das Projekt "elektronische Beihilfebearbeitung" umgesetzten Beschäftigten ist die Beschreibung zurückgestellt worden, da über die Arbeitsplatzzuschnitte noch nicht abschließend befunden ist.

Gesamtübersicht

Planstellen, Stellen, Leerstellen

Kap.	Behörde	Beamtinnen und Beamte Tit. 422 .1		Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Tit. 428 .1		Zusammen (Spalten 3 bis 6)	
		2014	2013	2014	2013	2014	2013
1	2	3	4	5	6	7	8
	Planstellen und Stellen						
0812	Bundesministerium	1 431,7	1 428,7	417,2	420,2	1 848,9	1 848,9
0813	Bundeszollverwaltung	32 561,0	32 385,5	3 428,1	3 444,0	35 989,1	35 829,5
0814	Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen mit Bundesausgleichsamt	792,0	789,0	892,0	904,5	1 684,0	1 693,5
0815	Bundeszentralamt für Steuern	1 442,0	1 369,5	154,0	149,0	1 596,0	1 518,5
0816	Zentrum für Informationsverarbeitung und Informationstechnik	1 244,5	1 193,0	131,0	151,0	1 375,5	1 344,0
0820	Bundesmonopolverwaltung für Branntwein	13,5	16,0	94,5	163,0	108,0	179,0
	Zusammen	37 484,7	37 181,7	5 116,8	5 231,7	42 601,5	42 413,4
	Leerstellen						
0812	Bundesministerium	133,5	127,0	24,5	23,5	158,0	150,5
0813	Bundeszollverwaltung	935,0	981,0	61,0	66,0	996,0	1 047,0
0814	Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen mit Bundesausgleichsamt	15,0	15,0	15,0	12,0	30,0	27,0
0815	Bundeszentralamt für Steuern	29,0	26,0	8,0	7,0	37,0	33,0
0816	Zentrum für Informationsverarbeitung und Informationstechnik	32,0	30,0	17,0	13,0	49,0	43,0
	Zusammen	1 144,5	1 179,0	125,5	121,5	1 270,0	1 300,5

ku- und kw-Vermerke

Kap.	Dienststelle	Zusammen	davon fällig					Ersatz(plan)-stellen	Sonstige
			2014	2015	2016	2017	2018 ff.		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
	ku-Vermerke								
0812	Bundesministerium	5,0	-	-	-	-	-	-	5,0
0814	Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen mit Bundesausgleichsamt	2,0	-	-	-	-	-	-	2,0
0820	Bundesmonopolverwaltung für Branntwein	1,0	-	-	-	-	-	-	1,0
	Zusammen	8,0	-	-	-	-	-	-	8,0
	kw-Vermerke								
0812	Bundesministerium	94,0	-	-	10,0	5,0	13,0	24,0	42,0
0813	Bundeszollverwaltung	346,0	52,0	-	-	-	-	72,0	222,0
0814	Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen mit Bundesausgleichsamt	111,0	-	-	-	-	-	1,0	110,0
0815	Bundeszentralamt für Steuern	13,0	-	4,0	-	-	-	5,0	4,0
0816	Zentrum für Informationsverarbeitung und Informationstechnik	14,0	-	-	-	-	-	7,0	7,0
	Zusammen	578,0	52,0	4,0	10,0	5,0	13,0	109,0	385,0

0812 Bundesministerium

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr: Neue Stellen, Stellenwegfall – ohne ku/ kw-Vermerke +	ohne ku/ kw-Vermerke -	und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken +	und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken -	Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken +	Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken -	Hebungen, Herabstufungen +	Hebungen, Herabstufungen -	Umwandlungen, Umsetzungen +	Umwandlungen, Umsetzungen -	von Sp. 2 entfallen auf Funktionsgruppen
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Beamtinnen und Beamte														
B 11	3,0	3,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 9	10,0	9,0	7,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 6	27,0	27,0	25,7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 5	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 3	114,0	112,0	105,7	1,0	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-
A 16	48,0	47,0	46,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 15	275,0	275,0	266,5	3,0	1,0	1,0	-	-	3,0	-	-	-	-	-
A 14	151,7	151,7	113,6	1,0	1,0	1,0	-	-	1,0	-	-	-	-	-
A 13 h	55,0	52,0	44,2	-	-	4,0	-	-	1,0	-	-	-	-	-
A 13 g+Z	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g	349,5	347,5	342,0	2,0	-	1,0	-	-	-	-	-	-	1,0	-
A 12	123,0	122,0	103,1	-	-	2,0	-	-	1,0	-	-	-	-	-
A 11	52,5	55,5	51,0	-	-	1,0	-	-	3,0	-	1,0	-	-	-
A 10	12,0	15,0	13,6	-	2,0	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
A 9 m+Z	47,0	46,0	45,8	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m	94,0	92,0	86,7	1,0	-	1,0	-	-	1,0	1,0	-	-	-	-
A 8	41,0	39,0	20,9	1,0	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-
A 7	3,0	6,0	-	-	-	-	-	-	3,0	-	-	-	-	-
A 6 m	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 6 e	12,0	12,0	11,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 5	10,0	13,0	9,0	-	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	1 431,7	1 428,7	1 298,8	12,0	7,0	12,0	-	1,0	14,0	1,0	1,0	-	1,0	-
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
AT (B 9)	-	-	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
AT (B 6)	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
AT (B 3)	-	-	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	-	-	7,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 15	5,0	5,0	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 14	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 13	1,0	1,0	6,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 12	16,0	16,0	15,9	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 11	7,5	7,5	7,3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 10	13,5	9,5	9,3	-	-	-	-	-	-	4,0	-	-	-	-
E 9	33,0	37,5	38,5	-	0,5	-	-	-	-	-	4,0	-	-	-
E 8	107,5	107,5	113,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 7	7,0	7,0	7,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 6	146,0	137,5	144,2	1,0	-	1,0	-	-	-	6,5	-	-	-	-
E 5	50,7	58,7	52,9	-	0,5	-	-	-	1,0	-	6,5	-	-	-
E 4	16,0	17,0	16,0	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
E 3	11,0	12,0	14,0	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 2	1,0	2,0	1,0	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
Zusammen	417,2	420,2	433,4	1,0	2,0	1,0	-	-	3,0	10,5	10,5	-	-	-
Insgesamt	417,2	420,2	440,4	1,0	2,0	1,0	-	-	3,0	10,5	10,5	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 422 01

Die folgenden Planstellen dürfen nur mit Überhangpersonal besetzt werden: **5,0 A 12, 3,0 A 11, 1,0 A 9 m+Z, 1,0 A 9 m, 1,0 A 8** (Zusammen: **11,0**).

Zu Titel 428 01

Die folgende Stelle darf nur mit Überhangpersonal besetzt werden: 1,0 E 6.

Erläuterungen:

Zu Titel 422 01

Zu Spalte 4:
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
2,0 B9; 1,0 B6; 4,0 B3; 2,0 A14; 3,8 A13h; 1,0 A9m; 16,8 A8; 1,8 A7; 2,0 A5 (Zusammen: 34,4).

Zu Titel 428 01

Zu Spalte 4:
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
2,0 AT(B9); 1,0 AT(B6); 4,0 AT(B3); 5,8 E13; 4,0 E9; 7,8 E8; 7,8 E6; 2,0 E3 (Zusammen: 34,4).

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 422 01				
			1.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
A 14..................	1,0	-	1.1	Vereinte Nationen (VN)
A 15..................	1,0	1,0	1.2	Europäische Investitionsbank (EIB)
A 15..................	2,0	1,0	1.3	Europäischer Gerichtshof (EuGH)
A 14..................	-	1,0		
A 15..................	3,0	6,0	1.4	EU-Kommission
A 13 h...............	-	2,0		
A 13 g...............	2,0	1,0		
A 15..................	1,0	1,0	1.5	Europarat
A 13 h...............	-	1,0		
B 6.....................	1,0	1,0	1.6	Partnerschaften Deutschland AG (PD AG)
B 3.....................	1,0	1,0		
B 3.....................	1,0	1,0	1.7	Weltbank
A 15..................	1,0	1,0		
A 13 g...............	1,0	1,0		
B 3.....................	1,0	1,0	1.8	Internationaler Währungsfonds (IWF)
A 15..................	1,0	-		
A 14..................	1,0	2,0		
A 13 h...............	1,0	-		
A 15..................	1,0	1,0	1.9	Weltzollorganisation
B 6.....................	1,0	1,0	1.10	Bodenverwertungs- und Verwaltungs GmbH (BVVG)
B 3.....................	1,0	1,0		
A 15..................	-	1,0	1.11	GAFISUD
B 6.....................	1,0	1,0	1.12	Friedrich-Ebert-Stiftung
A 15..................	-	1,0	1.13	Ostfalia Hochschule
B 3.....................	2,0	1,0	1.14	CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages
A 16..................	4,0	5,0		
A 15..................	2,0	2,0		
A 14..................	1,0	1,0		
A 13 g...............	1,0	1,0		
A 9 m+Z............	1,0	1,0		
B 3.....................	1,0	1,0	1.15	SPD-Fraktion des Deutschen Bundestages
A 16..................	1,0	1,0		
A 15..................	3,0	2,0		
A 14..................	1,0	2,0		
A 7.....................	-	-		
A 15..................	1,0	-	1.16	Finanzmarktaufsichtsbehörde (FSA)
B 6.....................	-	1,0	1.17	Stadt Kiel
B 3.....................	2,0	2,0	1.18	Nachfolgeeinrichtungen der Treuhandanstalt
A 15..................	1,0	1,0	1.19	Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion des Deutschen Bundestages
A 15..................	1,0	1,0	1.20	Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersvorsorge (EIOPA)
A 15..................	1,0	1,0	1.21	Gesellschaft zur Verwahrung und Verwertung von stillgelegten Bergwerksbetrieben mbH (GVV)
B 6.....................	1,0	1,0	1.22	Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE)
A 15..................	2,0	2,0		
A 14..................	1,0	1,0		
B 3.....................	-	1,0	1.23	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
B 9.....................	1,0	1,0	1.24	Bundesanstalt für Post- und Telekommunikation
A 15..................	1,0	1,0	1.25	SPD-Vorstand
A 15..................	1,0	1,0	1.26	Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder
A 13 h...............	1,0	-	1.27	Ecole Nationale d'Administration (ENA)
B 6.....................	1,0	-	1.28	Mitglied einer Landesregierung
A 16..................	1,0	-	1.29	European Union Monitoring Mission Georgia (EUMM Georgien)
B 3.....................	1,0	-	1.30	Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)

0812 Bundesministerium

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
A 15..................	2,0	2,0	1.37	Europäische Zentralbank (EZB)
A 13 g...............	1,0	1,0		
B 9....................	1,0	1,0	1.38	Entwicklungsbank des Europarats (CEB)
A 14..................	1,0	1,0	1.39	EU-Wertpapieraufsichtsbehörde (ESMA)
A 15..................	-	1,0	1.41	Bundesrepublik Deutschland-Finanzagentur GmbH
A 15..................	1,0	1,0	1.42	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)
A 14..................	-	1,0		
A 12..................	1,0	1,0		
Zusammen.........	64,0	68,0		
			2.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	34,5	34,0	2.1	gemäß §§ 90, 92, 95 BBG, § 7 DBeglG, § 6 MuSchEltZV, § 24 GAD
			3.	**Sonstige Beurlaubung**
B 6....................	5,0	4,0	3.1	Bundeskanzleramt
B 3	7,0	6,0		
A 16..................	3,0	3,0		
A 15..................	13,0	8,0		
A 14..................	2,0	1,0		
A 13 h...............	-	-		
A 13 g...............	2,0	2,0		
A 12..................	1,0	-		
A 16..................	1,0	1,0	3.2	Bundespräsidialamt
A 14..................	1,0	-		
Zusammen.........	35,0	25,0		
Insgesamt..........	133,5	127,0		
Zu Titel 428 01				
			1.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
E 12..................	1,0	-	1.1	SPD-Parteivorstand
E 8....................	2,0	2,0	1.3	Bundesrepublik Deutschland-Finanzagentur GmbH
Zusammen.........	3,0	2,0		
			2.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	18,5	20,5	2.1	gemäß § 28 TVöD, § 9 UmzugsTV, § 15 BEEG, § 24 GAD
			3.	**Sonstige Beurlaubung**
E 6....................	1,0	-	3.1	Bundeskanzleramt
E 6....................	1,0	1,0	3.2	Befristete Rente gem. § 33 Abs. 2 TVöD
E 5....................	1,0	-		
Zusammen.........	3,0	1,0		
Insgesamt..........	24,5	23,5		

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
1	2	3	4	5	6	7
Zu Titel 422 01						
					ku	
				1.	**ku**	
A 9 m...............	5,0	-	6,0	1.2	in Bes.-Gr. A 8	Wirksamwerden des Vermerks
					kw	
				1.	**kw mit Ausscheiden der Planstelleninhaber/innen**	
				1.1	schwerbehindert	
A 16..................	1,0	-	1,0	1.1.1	-	-
A 15..................	1,0	-	1,0			-
A 6 m...............	1,0	-	1,0			-
A 5....................	2,0	-	2,0			-
				2.	**kw mit Wegfall der Aufgabe**	
				2.1	-	
A 15..................	1,0	-	1,0	2.1.2	EG-Harmonisierung	-
A 13 g..............	2,0	-	2,0			-
A 15..................	1,0	-	1,0	2.1.3	Steuerreform	-
A 13 g..............	1,0	-	1,0			-
A 15..................	2,0	-	2,0	2.1.4	Modernisierung des Haushalts- und Rechnungswesens (MHR)	-
A 14..................	3,0	-	3,0			-

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
1	2	3	4	5	6	7
A 15..................	3,0	-	3,0	2.1.5	Wahrnehmung der Eigentümerinteressen aus den Beteiligungen an der DPAG und der DTAG	-
B 3....................	1,0	-	-	2.1.6	Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen	Neue Planstelle
A 15..................	1,0	-	-			Neue Planstelle
A 14..................	1,0	-	-			Neue Planstelle
A 13 g..............	1,0	-	-			Neue Planstelle
A 12..................	1,0	-	-			Neue Planstelle
A 9 m...............	1,0	-	-			Neue Planstelle
A 15..................	1,0	-	1,0	2.1.7	Geschäftsstelle IT (KONSENS)	-
				2.2	spätestens 31.12.2014	
B 3....................	-	-	1,0	2.2.1	Aufgaben aus dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz (FMStG)	Wegfall des Vermerks
A 16..................	-	-	1,0			Wegfall des Vermerks
A 15..................	-	-	3,0			Wegfall des Vermerks
A 14..................	-	-	2,0			Wegfall des Vermerks
A 13 h..............	-	-	1,0			Wegfall des Vermerks
A 13 g..............	-	-	2,0			Wegfall des Vermerks
				2.3	spätestens 31.12.2016	
B 3....................	1,0	-	-	2.3.2	Aufgaben aus dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz (FMStG) und dem Restrukturierungsfondsgesetz (RStruktFG)	Aufnahme des Vermerks
A 16..................	1,0	-	-			Aufnahme des Vermerks
A 15..................	3,0	-	-			Aufnahme des Vermerks
A 14..................	2,0	-	-			Aufnahme des Vermerks
A 13 h..............	1,0	-	-			Aufnahme des Vermerks
A 13 g..............	2,0	-	-			Aufnahme des Vermerks
				3.	**kw**	
				3.1	Ersatzplanstelle	
A 15..................	2,0	2,0	5,0	3.1.2	-	Wirksamwerden des Vermerks
A 14..................	1,0	1,0	2,0			Wirksamwerden des Vermerks
A 13 h..............	5,0	5,0	1,0			Neue Planstelle
A 13 g..............	4,0	4,0	4,0			-
A 12..................	1,0	1,0	1,0			Wirksamwerden des Vermerks, Neue Planstelle
A 11..................	1,0	1,0	-			Neue Planstelle
A 10..................	1,0	1,0	1,0			-
				3.2	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	
A 13 h..............	-	-	1,0	3.2.1	-	Wirksamwerden des Vermerks
A 11..................	4,0	4,0	7,0			Wirksamwerden des Vermerks
A 10..................	-	-	1,0			Wirksamwerden des Vermerks
A 8....................	1,0	1,0	1,0			-
A 7....................	-	-	3,0			Wirksamwerden des Vermerks
				4.	**kw**	
				4.1	spätestens 31.12.2021	
A 16..................	1,0	-	1,0	4.1.1	-	-
A 15..................	1,0	-	1,0			-
A 14..................	1,0	-	1,0			-
A 13 g..............	1,0	-	1,0			-
				4.2	spätestens 31.12.2020	
A 15..................	1,0	-	1,0	4.2.1	-	-
A 14..................	1,0	-	1,0			-
A 12..................	1,0	-	1,0			-
				4.3	spätestens 31.12.2019	
A 14..................	2,0	-	2,0	4.3.1	-	-
A 12..................	1,0	-	1,0			-
				4.4	spätestens 31.12.2018	
A 14..................	2,0	-	2,0	4.4.1	-	-
A 11..................	1,0	-	1,0			-
				4.5	spätestens 31.12.2017	
A 14..................	1,0	-	1,0	4.5.1	-	-
A 11..................	1,0	-	1,0			-
A 9 m...............	1,0	-	1,0			-
				5.	**kw 31.12.2017**	
				5.1	-	
A 13 g..............	1,0	-	1,0	5.1.1	Neustrukturierung der Einzelpläne	-
A 12..................	1,0	-	1,0			-
Zusammen.......	73,0	20,0	74,0			

0812 Bundesministerium

Übersicht der ku- und kw- Vermerke						
Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
1	2	3	4	5	6	7

Zu Titel 428 01

					kw	
				1.	**kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber/innen**	
				1.1	schwerbehindert	
E 8....................	4,0	-	4,0	1.1.1	-	-
E 6....................	1,0	-	1,0			-
E 3....................	2,0	-	2,0			-
E 2....................	-	-	1,0			Wirksamwerden des Vermerks
				1.3	Fahrbereitschaft	
E 4....................	7,0	-	8,0	1.3.1	-	Wirksamwerden des Vermerks
				2.	**kw mit Wegfall der Aufgabe**	
				2.1	-	
E 8....................	1,0	-	1,0	2.1.1	Vorlesekräfte für Blinde	-
E 6....................	1,0	-	-			Neue Stelle
E 9....................	1,0	-	1,0	2.1.2	Geschäftsstelle IT (KONSENS)	-
				3.	**kw**	
				3.1	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	
E 5....................	4,0	4,0	5,0	3.1.1	-	Wirksamwerden des Vermerks
Zusammen.......	21,0	4,0	23,0			

Haushaltsvermerk:

Zu Kap. 0813

Zur Übernahme von Personal aus Personalüberhängen in Bundesbehörden dürfen unterjährig bis zu 156 Planstellen/Stellen einschließlich Ausgabemitteln in das **Kap. 0813** umgesetzt werden.

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr: Neue Stellen, Stellenwegfall ohne ku/ kw-Vermerke +	-	und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken +	-	Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken +	-	Hebungen, Herabstufungen +	-	Umwandlungen, Umsetzungen +	-	von Sp. 2 entfallen auf Funktionsgruppen
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Beamtinnen und Beamte														
B 7	-	1,0	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
B 6	7,0	6,0	7,0	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-
B 3	7,0	7,0	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 2	7,0	8,0	6,8	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
A 16	41,0	41,0	34,1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 15	148,0	147,0	132,7	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-
A 14	192,0	193,0	157,7	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
A 13 h	137,0	140,0	146,1	-	-	-	-	-	3,0	-	-	-	-	-
A 13 g	977,0	928,0	826,7	4,0	-	2,0	-	-	1,0	44,0	-	-	-	-
A 12	2 064,0	2 003,0	1 853,4	14,0	-	-	-	-	1,0	91,0	44,0	3,0	2,0	-
A 11	3 112,0	2 994,0	2 820,9	32,0	-	3,0	-	-	8,0	169,0	91,0	15,0	2,0	-
A 10	2 871,0	2 690,0	2 572,7	6,0	-	1,0	-	-	14,0	353,0	169,0	5,0	1,0	-
A 9 g	1 950,0	2 165,0	1 994,1	151,0	-	1,0	-	-	14,0	-	353,0	-	-	-
A 9 m+Z	2 534,0	2 476,0	2 298,2	1,0	-	1,0	-	-	-	56,0	-	-	-	-
A 9 m	5 926,0	5 575,0	4 002,8	12,0	-	1,0	-	-	-	392,0	56,0	2,0	-	-
A 8	6 383,0	6 272,0	6 628,2	108,0	-	4,0	-	-	11,0	391,0	392,0	11,0	-	-
A 7	4 426,5	4 815,0	4 345,3	51,5	58,0	1,0	-	-	6,0	11,0	391,0	4,0	1,0	-
A 6 m	954,0	1 091,0	1 506,4	-	120,0	-	-	-	6,0	-	11,0	-	-	-
A 6 e	300,0	300,0	269,2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 5	400,0	400,0	299,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 4	90,5	99,5	165,7	-	9,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 2/3	2,0	2,0	26,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	32 529,0	32 353,5	30 099,0	379,5	187,0	15,0	-	1,0	67,0	1 507,0	1 507,0	40,0	6,0	-
Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer														
W 3	9,0	9,0	9,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
W 2	23,0	23,0	9,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	32,0	32,0	18,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	32 561,0	32 385,5	30 117,5	379,5	187,0	15,0	-	1,0	67,0	1 507,0	1 507,0	40,0	6,0	-
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 15	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 14	-	-	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 13	12,0	10,0	8,0	-	-	-	-	-	-	-	-	2,0	-	-
E 12	4,0	4,0	43,7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 11	55,0	55,0	90,6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 10	4,0	1,0	72,5	-	-	-	-	-	-	-	-	3,0	-	-
E 9	149,0	133,0	326,2	7,0	-	-	-	-	-	-	-	9,0	-	-
E 8	313,0	303,0	708,4	10,0	2,0	-	-	-	1,0	-	-	3,0	-	-
E 7	10,0	10,0	11,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 6	586,3	521,0	1 065,5	72,3	13,0	-	-	-	1,0	-	-	8,0	1,0	-
E 5	1 502,8	1 524,0	873,9	56,8	84,0	-	-	-	4,0	-	-	10,0	-	-
E 4	125,0	137,0	115,8	-	13,0	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-
E 3	603,0	657,0	366,2	-	52,0	-	-	-	3,0	-	-	1,0	-	-
E 2	53,0	78,0	50,9	-	24,0	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
E 1	-	-	6,3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	3 418,1	3 434,0	3 743,0	146,1	188,0	-	-	-	10,0	-	-	37,0	1,0	-

0813 Bundeszollverwaltung

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 422 01

1. **Zu W 3 und W 2:**
Es wird zugelassen, dass die Planstellen der Bes.-Gr. W 3 mit Lehrkräften der Bes.-Gr. C 3 und die Planstellen der Bes.-Gr. W 2 mit Lehrkräften der Bes.-Gr. C 3 und C 2 besetzt werden dürfen.
2. **Zu W 3 und W 2:**
Die Planstellen dürfen mit Lehrkräften der Besoldungsordnung A besetzt werden.

Erläuterungen:

Zu Titel 422 01

Zu Spalte 2:
Davon mit Dienstwohnung 32,0 Beamte (2013: 32,0).

Zu Spalte 4:
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
8,0 A13h; 42,0 A12; 43,0 A11; 66,0 A10; 87,0 A9g; 134,0 A9m; 466,0 A8 (Zusammen: 846,0).

Daneben werden 93,0 beamtete Hilfskräfte (Tit. 422 02) sowie 1 839,0 Anwärterinnen und Anwärter (Tit. 422 03) beschäftigt.

Zu Titel 428 01

Zu Spalte 4:
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
8,0 E13; 42,0 E12; 43,0 E11; 66,0 E10; 197,0 E9; 490,0 E8 (Zusammen: 846,0).

Leerstellenübersicht				
Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 422 01				
			1.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
A 12..................	1,0	1,0	1.2	EU-Kommission
A 11....................	7,0	6,0		
A 12..................	1,0	1,0	1.3	EUROPOL
A 9 m+Z............	1,0	1,0	1.4	CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages
A 15..................	1,0	1,0	1.5	Entwicklungsland Marokko
A 14..................	1,0	1,0	1.7	Stadt Dreieich
A 13 g...............	2,0	2,0	1.8	Weltzollorganisation
A 12..................	1,0	1,0		
A 9 g.................	1,0	1,0	1.10	VI. Gemeinde Westerstetten, Kommunales Wahlbeamtenverhältnis
A 5....................	1,0	1,0	1.11	Europäisches Patentamt
A 11....................	1,0	1,0	1.12	Europäischer Rechnungshof
A 9 g.................	1,0	1,0	1.13	Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ)
W 2....................	-	1,0	1.14	Centrum für Internationale Migration und Entwicklung (CIM)
A 9 m+Z............	1,0	1,0	1.15	Stadt Zweibrücken
A 9 m................	1,0	1,0	1.16	Mitglied des Landtages Schleswig-Holstein
Zusammen.........	21,0	21,0		
			2.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	906,0	952,0	2.1	gemäß §§ 90, 92, 95 BBG, § 7 DBeglG, § 6 MuSchEltZV, § 24 GAD
			3.	**Sonstige Beurlaubung**
A 15..................	1,0	1,0	3.1	Bundeskanzleramt
A 13 g...............	4,0	4,0		
A 9 m+Z............	1,0	1,0		
A 13 g...............	1,0	1,0	3.2	Bundespräsidialamt
A 8....................	1,0	1,0		
Zusammen.........	8,0	8,0		
Insgesamt..........	935,0	981,0		
Zu Titel 428 01				
			1.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	61,0	66,0	1.1	gemäß § 28 TVöD, § 9 UmzugsTV, § 15 BEEG, § 24 GAD

Übersicht der ku- und kw- Vermerke						
Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
1	2	3	4	5	6	7
Zu Titel 422 01						
					ku	
				1.	**ku mit Ausscheiden der Planstelleninhaber /innen**	
B 7	-	-	1,0	1.1	in Bes.-Gr. B 6	Wirksamwerden des Vermerks
					kw	
				1.	**kw mit Ausscheiden der Planstelleninhaber/innen**	
				1.1	-	
A 12	1,0	-	1,0	1.1.1	-	-
				1.2	schwerbehindert	
A 15	1,0	-	1,0	1.2.1	-	-
A 13 g	1,0	-	1,0			-
A 9 m+Z	1,0	-	1,0			-
A 6 m	1,0	-	1,0			-
A 6 e	2,0	-	2,0			-
				3.	**kw 31.12.2014**	
				3.1	-	
A 13 g	5,0	-	5,0	3.1.1	-	-
A 12	6,0	-	6,0			-
A 11	13,0	-	13,0			-
A 10	14,0	-	14,0			-
A 9 g	10,0	-	10,0			-
A 9 m+Z	1,0	-	1,0			-
A 9 m	1,0	-	1,0			-
A 8	2,0	-	2,0			-
				6.	**kw**	
				6.1	Ersatzplanstelle	
A 15	1,0	1,0	-	6.1.1	-	Neue Planstelle
A 14	2,0	2,0	3,0			Wirksamwerden des Vermerks
A 13 h	2,0	2,0	3,0			Wirksamwerden des Vermerks
A 13 g	10,0	10,0	9,0			Wirksamwerden des Vermerks, Neue Planstelle
A 12	6,0	6,0	7,0			Wirksamwerden des Vermerks
A 11	9,0	9,0	6,0			Neue Planstelle
A 10	3,0	3,0	3,0			Wirksamwerden des Vermerks, Neue Planstelle
A 9 g	2,0	2,0	1,0			Neue Planstelle
A 9 m+Z	1,0	1,0	-			Neue Planstelle
A 9 m	1,0	1,0	-			Neue Planstelle
A 8	4,0	4,0	-			Neue Planstelle
A 7	1,0	1,0	-			Neue Planstelle
				6.2	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	
B 2	-	-	1,0	6.2.1	-	Wirksamwerden des Vermerks
A 14	1,0	1,0	1,0			-
A 13 h	-	-	2,0			Wirksamwerden des Vermerks
A 11	3,0	3,0	11,0			Wirksamwerden des Vermerks
A 10	4,0	4,0	17,0			Wirksamwerden des Vermerks
A 9 g	-	-	14,0			Wirksamwerden des Vermerks
A 8	13,0	13,0	24,0			Wirksamwerden des Vermerks
A 7	9,0	9,0	15,0			Wirksamwerden des Vermerks
A 6 m	-	-	6,0			Wirksamwerden des Vermerks
Zusammen	131,0	72,0	182,0			
Zu Titel 428 01						
					kw	
				1.	**kw mit Wegfall der Aufgabe**	
				1.1	-	
E 6	1,0	-	1,0	1.1.1	Vorlesekraft	-
E 5	1,0	-	1,0			-
				2.	**kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber/innen**	
				2.1	-	
E 12	1,0	-	1,0	2.1.1	-	-
E 11	2,0	-	2,0			-
E 9	4,0	-	4,0			-
E 8	4,0	-	4,0			-
E 6	6,0	-	6,0			-

0813 Bundeszollverwaltung

Übersicht der ku- und kw- Vermerke						
Bes.-/ E.-Gr.	2014		2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Soll	Ersatz- (plan)st.				
1	2	3	4	5	6	7
E 5....................	1,0	-	1,0			-
E 4....................	1,0	-	1,0			-
				2.2	schwerbehindert	
E 11..................	3,0	-	3,0	2.2.1	-	-
E 8....................	2,0	-	3,0			Wirksamwerden des Vermerks
E 6....................	9,0	-	10,0			Wirksamwerden des Vermerks
E 5....................	118,0	-	122,0			Wirksamwerden des Vermerks
E 4....................	2,0	-	2,0			-
E 3....................	59,0	-	62,0			Wirksamwerden des Vermerks
E 2....................	1,0	-	2,0			Wirksamwerden des Vermerks
Zusammen.......	215,0	-	225,0			

Tgr. 01 - Unterstützung von Bundesbehörden, die Sportförderplätze für Spitzensportlerinnen und Spitzensportler mit Behinderung zur Verfügung stellen

Planstellen-/Stellenübersicht														
Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist- Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr										von Sp. 2 entfallen auf Funk- tions- gruppen
				Neue Stellen, Stellenwegfall				Wirksam- werden von ku- und kw- Vermerken		Hebungen, Herab- stufungen		Umwand- lungen, Umsetzungen		
				ohne ku/ kw-Vermerke		und Umsetzun- gen mit ku/ kw-Vermerken								
				+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 428 11 - Erläuterungen														
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 14....................	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 10....................	3,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 6......................	5,0	5,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen..........	10,0	10,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 428 11

Folgende Stellen dürfen auf Antrag auch Bundesbehörden außerhalb des **Kap. 0813** zur Bewirtschaftung übertragen werden:
2 E 14, 3 E 10, 5 E 6.

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt-gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr: Neue Stellen, Stellenwegfall – ohne ku/kw-Vermerke +	-	und Umsetzungen mit ku/kw-Vermerken +	-	Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken +	-	Hebungen, Herabstufungen +	-	Umwandlungen, Umsetzungen +	-	von Sp. 2 entfallen auf Funktionsgruppen
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Beamtinnen und Beamte														
B 6	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 3	2,0	2,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 2	4,0	4,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 16	6,0	6,0	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 15	37,0	37,0	28,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 14	33,0	33,0	29,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 h	11,0	12,0	3,5	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
A 13 g+Z	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g	50,0	49,0	39,0	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-
A 12	62,0	63,0	56,5	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 11	99,0	97,0	85,0	-	-	-	-	-	-	-	-	2,0	-	-
A 10	82,0	82,0	75,0	-	4,0	-	-	-	2,0	-	-	6,0	-	-
A 9 g	26,0	20,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	6,0	-	-
A 9 m+Z	35,0	36,0	22,5	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
A 9 m	69,5	66,5	57,5	-	-	-	-	1,0	-	2,0	-	-	-	-
A 8	110,0	110,0	84,0	-	-	-	-	-	-	2,0	2,0	-	-	-
A 7	68,0	70,0	58,0	-	-	-	-	-	-	-	2,0	-	-	-
A 6 m	6,0	6,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 6 e	19,0	20,0	14,0	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
A 5	25,0	26,0	23,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-
A 4	-	1,0	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	746,5	742,5	590,0	-	6,0	-	-	1,0	5,0	4,0	4,0	15,0	1,0	-
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 15	-	-	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 14	2,0	2,0	6,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 13	10,0	10,0	10,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 12	5,0	5,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 11	54,0	55,0	32,0	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
E 10	5,5	5,5	18,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 9	152,0	155,0	163,0	-	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 8	111,0	74,0	98,0	-	-	-	-	-	2,0	36,0	-	3,0	-	-
E 7	11,0	12,0	11,0	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 6	173,0	202,0	171,0	-	-	-	-	-	4,0	7,0	32,0	-	-	-
E 5	177,5	191,0	240,0	-	2,5	-	-	-	-	-	11,0	-	-	-
E 4	14,0	14,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 3	70,0	70,0	85,0	-	1,0	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-
E 2	4,0	6,0	4,0	-	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 1	-	-	12,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	789,0	801,5	860,0	-	9,5	-	-	-	7,0	43,0	43,0	4,0	-	-

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 422 01

1. Die folgenden Planstellen dürfen nur mit Überhangpersonal besetzt werden: **1,0 A 13 g,** 2,0 A 12, **2,0 A 11,** 4,0 A 9 m+Z, 9,0 A 9 m, **12,0 A 8, 2,0 A 7** (Zusammen **32,0**).
2. **Folgende Planstellen dürfen aus personalwirtschaftlichen Gründen bis zum 31.12.2017 mit Bediensteten des mittleren Dienstes besetzt werden: 2,0 A 11, 6,0 A 10, 6,0 A 9 g.**

Erläuterungen:

Zu Titel 422 01

Zu Spalte 4:
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
3,0 A15; 2,5 A14; 3,5 A13h; 1,0 A13g; 2,0 A12; 5,0 A11; 9,5 A10; 17,5 A9g; 0,5 A9m; 11,0 A8; 11,0 A7; 5,0 A6m; 3,0 A6e; 3,0 A5; 1,0 A4 (Zusammen: 78,5).

0814 Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen mit Bundesausgleichsamt

Zu Titel 428 01

Zu Spalte 4:
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
3,0 E15; 2,5 E14; 3,5 E13; 1,0 E11; 1,5 E10; 32,5 E9; 5,0 E8; 8,5 E6; 12,0 E5; 5,0 E3; 4,0 E1 (Zusammen: 78,5).

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 422 01				
			1.	**Sonstige Beurlaubung**
A 15..................	-	1,0	1.1	Bundeskanzleramt
			2.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	12,0	9,0	2.1	gemäß §§ 90, 92, 95 BBG, § 7 DBeglG, § 6 MuSchEltZV, § 24 GAD
			3.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
A 10..................	1,0	1,0	3.1	Wissenschaftliche/r Mitarbeiter/in MdB-Büro
Insgesamt..........	13,0	11,0		
Zu Titel 428 01				
			1.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	13,0	10,0	1.1	gemäß § 28 TVöD, § 9 UmzugsTV, § 15 BEEG, § 24 GAD

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
1	2	3	4	5	6	7
Zu Titel 422 01						
					ku	
				1.	**ku mit Ausscheiden der Planstelleninhaber /innen**	
A 9 m+Z............	1,0	-	2,0	1.2	in Bes.-Gr. A 9 m	Wirksamwerden des Vermerks
A 6 e................	1,0	-	1,0	1.3	in Bes.-Gr. A 5	-
Zusammen.......	2,0	-	3,0			
					kw	
				1.	**kw mit Ausscheiden der Planstelleninhaber/innen**	
				1.1	schwerbehindert	
A 14..................	1,0	-	1,0	1.1.1	-	-
A 12..................	1,0	-	1,0			-
A 11..................	1,0	-	1,0			-
A 6 e................	1,0	-	2,0			Wirksamwerden des Vermerks
				1.2	-	
A 16..................	1,0	-	1,0	1.2.1	-	-
A 15..................	1,0	-	1,0			-
A 14..................	1,0	-	1,0			-
A 11..................	1,0	-	1,0			-
				2.	**kw mit Wegfall der Aufgabe**	
				2.4	-	
A 15..................	1,0	-	1,0	2.4.1	nach der Grundstücksverkehrsordnung und dem Investitionsvorranggesetz	-
A 13 h..............	1,0	-	2,0			Wirksamwerden des Vermerks
A 13 g..............	1,0	-	1,0			-
A 11..................	2,0	-	2,0			-
A 8....................	1,0	-	1,0			-
A 11..................	1,0	-	1,0	2.4.2	Aufgebotsverfahren nach Entschädigungsrechtsänderungsgesetz	-
A 15..................	2,0	-	2,0	2.4.3	Vermögenszuordnungsgesetz	-
A 14..................	2,0	-	2,0			-
A 11..................	3,0	-	3,0			-
A 10..................	6,0	-	7,0			Wirksamwerden des Vermerks
				3.	**kw**	
				3.1	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	
A 10..................	-	-	1,0	3.1.1	-	Wirksamwerden des Vermerks
A 7....................	1,0	1,0	1,0			-
Zusammen.......	29,0	1,0	33,0			

Übersicht der ku- und kw- Vermerke						
Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
1	2	3	4	5	6	7

Zu Titel 428 01

					kw	
				1.	**kw mit Wegfall der Aufgabe**	
				1.1	-	
E 13	1,0	-	1,0	1.1.1	Unterstützung der Landesämter zur Regelung offener Vermögensfragen	-
E 11	20,0	-	21,0			Wirksamwerden des Vermerks
E 6	3,0	-	4,0			Wirksamwerden des Vermerks
E 13	1,0	-	1,0	1.1.2	Aufgebotsverfahren nach Entschädigungsrechtsänderungsgesetz	-
E 11	5,0	-	5,0			-
E 5	1,0	-	1,0			-
E 13	1,0	-	1,0	1.1.3	Vermögenszuordnungsgesetz	-
E 9	2,0	-	2,0			-
E 6	1,0	-	1,0			-
E 5	9,0	-	9,0			-
E 6	1,0	-	1,0	1.1.5	Hilfskraft für Schwerbehinderten	-
				2.	**kw**	
				2.1	-	
E 5	1,0	-	1,0	2.1.1	-	-
				3.	**kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber/innen**	
				3.1	schwerbehindert	
E 8	2,0	-	4,0	3.1.1	-	Wirksamwerden des Vermerks
E 6	3,0	-	3,0			-
E 3	2,0	-	2,0			-
				3.2	-	
E 13	1,0	-	1,0	3.2.1	-	-
E 11	3,0	-	3,0			-
E 9	3,0	-	3,0			-
E 8	5,0	-	5,0			-
E 6	10,0	-	13,0			Wirksamwerden des Vermerks
E 5	7,0	-	7,0			-
Zusammen	82,0	-	89,0			

Tgr. 01 - Ausgaben für die der Bundesrepublik Deutschland - Finanzagentur GmbH gestellten Beamtinnen und Beamten sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Planstellen-/Stellenübersicht														
Besoldungs-/ Entgelt-gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr										von Sp. 2 entfallen auf Funktions-gruppen
				Neue Stellen, Stellenwegfall				Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken		Hebungen, Herabstufungen		Umwandlungen, Umsetzungen		
				ohne ku/ kw-Vermerke		und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken								
				+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 11														
Beamtinnen und Beamte														
B 2	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 15	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 14	4,0	4,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 h	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g	9,0	9,0	7,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 12	10,5	10,5	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 11	6,0	6,0	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 10	-	1,0	2,0	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m+Z	2,0	2,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m	4,0	4,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 8	5,0	5,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 7	-	-	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	45,5	46,5	36,0	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-

0814 Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen mit Bundesausgleichsamt

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr										von Sp. 2 entfallen auf Funk- tions- gruppen
				Neue Stellen, Stellenwegfall				Wirksam- werden von ku- und kw- Vermerken		Hebungen, Herab- stufungen		Umwand- lungen, Umsetzungen		
				ohne ku/ kw-Vermerke		und Umsetzun- gen mit ku/ kw-Vermerken								
				+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 428 11 - Erläuterungen														
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 14....................	-	-	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 12....................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 11.....................	16,0	16,0	14,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 10....................	6,0	6,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 9......................	15,0	15,0	12,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 8......................	21,0	21,0	19,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 6......................	34,0	34,0	28,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 5......................	10,0	10,0	11,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 3......................	-	-	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen..........	103,0	103,0	93,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Erläuterungen:

Zu Titel 422 11

<u>Zu Spalte 4:</u>
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
2,0 A14; 1,0 A13h; 1,0 A12; 1,0 A11 (Zusammen: 5,0).

Zu Titel 428 11

<u>Zu Spalte 4:</u>
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
2,0 E14; 1,0 E12; 2,0 E11 (Zusammen: 5,0).

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 422 11				
			1.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	2,0	4,0	1.1	gemäß §§ 90, 92, 95 BBG, § 7 DBeglG, § 6 MuSchEltZV, § 24 GAD
Zu Titel 428 11				
			1.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	2,0	2,0	1.1	gemäß § 28 TVöD, § 9 UmzugsTV, § 15 BEEG, § 24 GAD

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr										von Sp. 2 entfallen auf Funktionsgruppen
				Neue Stellen, Stellenwegfall ohne ku/kw-Vermerke		Neue Stellen, Stellenwegfall und Umsetzungen mit ku/kw-Vermerken		Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken		Hebungen, Herabstufungen		Umwandlungen, Umsetzungen		
				+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Beamtinnen und Beamte														
B 6	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 3	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 2	5,0	5,0	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 16	6,0	6,0	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 15	54,0	51,0	42,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 14	109,0	104,0	47,0	6,0	2,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 h	13,0	15,0	53,0	-	-	-	-	-	2,0	-	-	-	-	-
A 13 g	320,0	293,0	207,0	25,0	-	1,0	-	-	-	1,0	-	-	-	-
A 12	270,0	234,0	109,0	39,0	4,0	1,0	-	-	-	-	1,0	1,0	-	-
A 11	108,0	109,0	82,0	1,0	-	2,0	-	-	-	-	-	-	4,0	-
A 10	18,0	20,0	44,0	-	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 g	12,0	14,0	67,0	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-
A 9 m+Z	51,0	51,0	44,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m	137,0	136,0	119,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 8	215,5	208,5	204,0	3,0	2,0	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-
A 7	96,5	96,0	35,0	1,0	1,5	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-
A 6 m	20,0	19,0	55,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 6 e	5,0	5,0	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 4	-	1,0	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	1 442,0	1 369,5	1 126,0	80,0	13,5	12,0	-	-	2,0	1,0	1,0	1,0	5,0	-
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 14	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 13	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 11	5,0	1,0	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-	4,0	-	-
E 9	4,0	3,0	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-
E 8	54,0	54,0	58,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 6	22,0	21,0	25,0	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-
E 5	47,0	47,0	43,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 4	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 3	19,0	20,0	24,0	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 2	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	154,0	149,0	167,0	-	1,0	-	-	-	-	-	-	6,0	-	-

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 422 01

Die folgenden Planstellen dürfen nur mit Überhangpersonal besetzt werden: **3,0 A 9 m, 11,0 A 8, 8,0 A 7** (Zusammen: **22,0**).

Zu Titel 428 01

Die folgende Stelle darf nur mit Überhangpersonal besetzt werden: 1,0 E 5.

Erläuterungen:

Zu Titel 422 01

Zu Spalte 4:
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
1,0 A13h; 5,0 A11; 2,0 A9g; 1,0 A9m+Z; 3,0 A8; 8,0 A7 (Zusammen: 20,0).

Daneben werden 459,0 Anwärterinnen und Anwärter (Tit. 422 03) beschäftigt.

Zu Titel 428 01

Zu Spalte 4:
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
1,0 E13; 4,0 E11; 3,0 E9; 3,0 E8; 8,0 E6; 1,0 E3 (Zusammen: 20,0).

0815 Bundeszentralamt für Steuern

Leerstellenübersicht				
Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5

Zu Titel 422 01

			1.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
A 9 m+Z............	-	1,0	1.2	CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages
A 9 m................	1,0	-		
Zusammen.........	1,0	1,0		
			2.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	26,0	23,0	2.1	gemäß §§ 90, 92, 95 BBG, § 7 DBeglG, § 6 MuSchEltZV, § 24 GAD
			3.	**Sonstige Beurlaubung**
A 9 m+Z............	1,0	1,0	3.1	Bundeskanzleramt
A 9 m................	1,0	1,0		
Zusammen.........	2,0	2,0		
Insgesamt..........	29,0	26,0		

Zu Titel 428 01

			1.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	6,0	5,0	1.1	gemäß § 28 TVöD, § 9 UmzugsTV, § 15 BEEG, § 24 GAD
			2.	**Sonstige Beurlaubung**
E 6....................	1,0	1,0	2.1	Bundeskanzleramt
E 5....................	1,0	1,0		
Zusammen.........	2,0	2,0		
Insgesamt..........	8,0	7,0		

Übersicht der ku- und kw- Vermerke						
Bes.-/ E.-Gr.	2014		2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Soll	Ersatz-(plan)st.				
1	2	3	4	5	6	7

Zu Titel 422 01

					kw	
				1.	**kw 31.12.2014**	
				1.1	-	
A 12..................	-	-	1,0	1.1.1	Kirchensteuer auf Kapitalerträge	Wegfall des Vermerks
A 9 m................	-	-	1,0			Wegfall des Vermerks
A 8....................	-	-	3,0			Wegfall des Vermerks
A 7....................	-	-	2,0			Wegfall des Vermerks
				2.	**kw 31.12.2015**	
				2.1	-	
A 14..................	-	-	-	2.1.1	Kirchensteuer (KISTA)	Wegfall des Vermerks, Neue Planstelle
A 13 g..............	-	-	-			Wegfall des Vermerks, Neue Planstelle
A 12..................	-	-	-			Wegfall des Vermerks, Neue Planstelle
A 8....................	-	-	-			Wegfall des Vermerks, Neue Planstelle
A 7....................	-	-	-			Wegfall des Vermerks, Neue Planstelle
A 11..................	2,0	-	-	2.1.2	Kapitalertragsteuer	Neue Planstelle
A 8....................	2,0	-	-			Neue Planstelle
				6.	**kw**	
				6.2	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	
A 13 h..............	2,0	2,0	4,0	6.2.1	-	Wirksamwerden des Vermerks
A 10..................	1,0	1,0	1,0			-
A 7....................	1,0	1,0	1,0			-
A 6 m...............	1,0	1,0	1,0			-
Zusammen.......	9,0	5,0	14,0			

Zu Titel 428 01

					kw	
				5.	**kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber/innen**	
				5.1	schwerbehindert	
E 11..................	1,0	-	1,0	5.1.1	-	-
E 9....................	1,0	-	1,0			-
E 8....................	1,0	-	1,0			-
E 3....................	1,0	-	1,0			-
Zusammen.......	4,0	-	4,0			

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr: Neue Stellen, Stellenwegfall: ohne ku/ kw-Vermerke +	-	und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken +	-	Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken +	-	Hebungen, Herabstufungen +	-	Umwandlungen, Umsetzungen +	-	von Sp. 2 entfallen auf Funktionsgruppen
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Beamtinnen und Beamte														
B 6	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-
B 4	-	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-
B 2	5,0	1,0	1,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 16	5,0	4,0	4,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 15	28,0	28,0	17,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 14	38,0	35,0	18,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 h	9,0	9,0	9,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g	122,0	111,0	95,0	11,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 12	239,0	218,0	160,0	20,0	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-
A 11	388,0	349,0	175,0	37,0	-	-	-	-	-	-	-	2,0	-	-
A 10	195,0	206,0	95,0	-	10,0	-	-	-	2,0	-	-	1,0	-	-
A 9 g	49,5	67,0	64,0	-	17,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m+Z	24,0	24,0	20,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m	51,0	50,0	40,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 8	60,0	57,0	38,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 7	26,0	25,0	11,0	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-
A 6 m	2,0	5,0	6,0	-	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 6 e	1,0	2,0	1,0	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
A 5	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	1 244,5	1 193,0	755,0	80,0	30,5	-	-	-	3,0	1,0	1,0	5,0	-	-
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 15	1,0	1,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 14	1,0	1,0	7,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 13	-	-	7,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 12	2,0	1,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-
E 11	49,5	49,5	127,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 10	7,5	16,5	151,0	-	9,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 9	1,0	1,0	36,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 8	10,0	11,0	35,0	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 6	34,0	38,0	61,0	-	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 5	21,0	24,0	24,0	-	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 4	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 3	4,0	8,0	6,0	-	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	131,0	151,0	462,0	-	21,0	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 422 01

Die folgenden Planstellen dürfen nur mit Überhangpersonal besetzt werden: 2,0 A 11, 2,0 A 10, 1,0 A 7 (Zusammen **5,0**).

Erläuterungen:

Zu Titel 422 01

Zu Spalte 4:
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
4,0 A15; 9,5 A14; 3,0 A13h; 1,0 A13g; 24,6 A12; 101,0 A11; 90,7 A10; 15,7 A9g; 3,5 A9m+Z; 8,3 A9m; 21,5 A8; 10,3 A7; 4,5 A6m; 1,0 A5 (Zusammen: 298,6).

Daneben werden 47,0 Anwärterinnen und Anwärter (Tit. 422 03) beschäftigt.

Zu Titel 428 01

Zu Spalte 4:
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
2,0 E15; 5,5 E14; 7,0 E13; 2,0 E12; 90,2 E11; 112,1 E10; 26,7 E9; 30,3 E8; 19,3 E6; 2,5 E5; 1,0 E3 (Zusammen: 298,6).

0816 Zentrum für Informationsverarbeitung und Informationstechnik

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 422 01				
			1.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
A 11....................	1,0	1,0	1.1	Entwicklungszusammenarbeit (GIT)
			2.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	31,0	29,0	2.1	gemäß §§ 90, 92, 95 BBG, § 7 DBeglG, § 6 MuSchEltZV, § 24 GAD
Insgesamt..........	32,0	30,0		
Zu Titel 428 01				
			1.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
E 13...................	-	1,0	1.1	FDP-Fraktion des Deutschen Bundestages
			2.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	17,0	12,0	2.1	gemäß § 28 TVöD, § 9 UmzugsTV, § 15 BEEG, § 24 GAD
Insgesamt..........	17,0	13,0		

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014		2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Soll	Ersatz-(plan)st.				
1	2	3	4	5	6	7
Zu Titel 422 01						
					kw	
				1.	**kw mit Wegfall der Aufgabe**	
				1.1	-	
A 13 g..............	1,0	-	1,0	1.1.1	Kommunikationstechnisches Zentrum	-
				2.	**kw**	
				2.1	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	
A 13 h..............	1,0	1,0	1,0	2.1.1	-	-
A 11..................	2,0	2,0	2,0			-
A 10..................	-	-	2,0			Wirksamwerden des Vermerks
A 9 g................	2,0	2,0	2,0			-
				3.	**kw mit Ausscheiden der Planstelleninhaber/innen**	
				3.1	-	
A 6 e................	-	-	1,0	3.1.1	-	Wirksamwerden des Vermerks
				3.2	schwerbehindert	
A 12..................	1,0	-	-	3.2.1	-	Aufnahme des Vermerks
A 11..................	-	-	1,0			Wegfall des Vermerks
				4.	**kw 31.12.2014**	
				4.1	-	
A 13 g..............	-	-	1,0	4.1.1	Kirchensteuer auf Kapitalerträge	Wegfall des Vermerks
A 12..................	-	-	1,0			Wegfall des Vermerks
A 11..................	-	-	2,0			Wegfall des Vermerks
Zusammen.......	7,0	5,0	14,0			
Zu Titel 428 01						
					kw	
				1.	**kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber/innen**	
				1.1	schwerbehindert	
E 11..................	1,0	-	1,0	1.1.1	-	-
E 8....................	1,0	-	-			Aufnahme des Vermerks
E 6....................	-	-	1,0			Wegfall des Vermerks
E 5....................	2,0	-	2,0			-
E 3....................	1,0	-	1,0			-
				2.	**kw**	
				2.1	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	
E 8....................	1,0	1,0	1,0	2.1.1	-	-
E 5....................	1,0	1,0	1,0			-
Zusammen.......	7,0	2,0	7,0			

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt-gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr: Neue Stellen, Stellenwegfall ohne ku/ kw-Vermerke +	-	und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken +	-	Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken +	-	Hebungen, Herabstufungen +	-	Umwandlungen, Umsetzungen +	-	von Sp. 2 entfallen auf Funktionsgruppen
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Beamtinnen und Beamte														
B 4	0,5	1,0	0,5	-	0,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 3	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 15	2,0	2,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 14	-	1,0	1,0	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g	3,0	4,0	3,0	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 12	5,0	5,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 11	-	-	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m+Z	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	13,5	16,0	13,5	-	2,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 15	-	1,0	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 14	3,0	5,0	2,0	-	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 13	2,0	5,0	3,0	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	2,0	-
E 12	5,5	7,0	6,0	-	1,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 11	3,5	7,0	2,0	-	3,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 10	-	4,0	5,0	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	3,0	-
E 9	21,1	38,0	33,0	-	7,9	-	-	-	-	-	-	-	9,0	-
E 8	15,2	25,0	11,5	-	7,8	-	-	-	-	-	-	-	2,0	-
E 7	2,0	3,0	2,0	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 6	17,4	27,0	21,0	-	6,6	-	-	-	-	-	-	-	3,0	-
E 5	15,5	25,0	26,5	-	6,5	-	-	-	-	-	-	-	3,0	-
E 4	2,5	6,0	4,5	-	2,5	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-
E 3	5,0	6,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-
E 2	1,8	4,0	3,5	-	2,2	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	94,5	163,0	122,0	-	44,5	-	-	-	-	-	-	-	24,0	-

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
1	2	3	4	5	6	7
Zu Titel 422 01						
					ku	
				1.	**ku**	
B 3	1,0	-	1,0	1.2	in Bes.-Gr. B 2	-

Anlage zu den Stellenplänen des Epl. 08

Darstellung der den Planstellen zugeordneten Amtsbezeichnungen

Bes.-Gr.	Kap.	**Amtsbezeichnungen** (Grundamtsbezeichnung in Fettdruck)
1	2	3
B 11	0812	Staatssekretärin oder Staatssekretär
B 9	0812	Ministerialdirektorin oder Ministerialdirektor
B 6	0816	Direktorin oder Direktor des Zentrums für Informationsverarbeitung und Informationstechnik
	0812	Ministerialdirigentin oder Ministerialdirigent
	0813	Präsidentin oder Präsident des Bildungs- und Wissenschaftszentrums der Bundesfinanzverwaltung
	0814	Präsidentin oder Präsident des Bundesamtes für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen und Bundesausgleichsamtes
	0815	Präsidentin oder Präsident des Bundeszentralamtes für Steuern
	0813	Präsidentin oder Präsident des Zollkriminalamtes
	0813	Präsidentin oder Präsident einer Bundesfinanzdirektion
B 5	0812	Präsidentin oder Präsident der Bundesfinanzakademie
B 4	0820	Präsidentin oder Präsident der Bundesmonopolverwaltung für Branntwein
B 3	0813	Abteilungsdirektorin oder Abteilungsdirektor als ständige Vertreterin oder ständiger Vertreter der Präsidentin oder des Präsidenten des Bildungs- und Wissenschaftszentrums der Bundesfinanzverwaltung
	0813	Abteilungsdirektorin oder Abteilungsdirektor als ständige Vertreterin oder ständiger Vertreter der Präsidentin oder des Präsidenten der Bundesfinanzdirektion
	0820	Direktorin oder Direktor bei der Bundesmonopolverwaltung für Branntwein
	0812	Ministerialrätin oder Ministerialrat
	0814	Vizepräsidentin oder Vizepräsident des Bundesamtes für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen
	0814	Vizepräsidentin oder Vizepräsident des Bundesausgleichsamtes
	0815	Vizepräsidentin oder Vizepräsident des Bundeszentralamtes für Steuern
	0813	Vizepräsidentin oder Vizepräsident des Zollkriminalamtes
B 2	0813	Abteilungsdirektorin oder Abteilungsdirektor
	0814, 0815, 0816	Abteilungspräsidentin oder Abteilungspräsident
W 3	0813	Professorin oder Professor
W 2	0813	Professorin oder Professor
A 16	0813, 0814, 0815, 0816	**Leitende Direktorin** oder **Leitender Direktor**
	0812	Ministerialrätin oder Ministerialrat
A 15	0812, 0813, 0814, 0815, 0816, 0820	**Direktorin** oder **Direktor**
A 14	0812, 0813, 0814, 0815, 0816, 0820	**Oberrätin** oder **Oberrat**
A 13 h	0812, 0813, 0814, 0815, 0816	**Rätin** oder **Rat**
A 13 g+Z	0812	**Oberamtsrätin** oder **Oberamtsrat**
A 13 g	0812, 0813, 0814, 0815, 0816, 0820	**Oberamtsrätin** oder **Oberamtsrat**
A 12	0812, 0813, 0814, 0815, 0816, 0820	**Amtsrätin** oder **Amtsrat**
A 11	0812, 0813, 0814, 0815, 0816, 0820	**Amtfrau** oder **Amtmann**
A 10	0812, 0813, 0814, 0815, 0816	**Oberinspektorin** oder **Oberinspektor**

Bes.-Gr.	Kap.	**Amtsbezeichnungen** (Grundamtsbezeichnung in Fettdruck)
1	2	3
A 9 g	0813, 0814, 0815, 0816	**Inspektorin** oder **Inspektor**
A 9 m+Z	0812, 0813, 0814, 0815, 0816, 0820	**Amtsinspektorin** oder **Amtsinspektor**
A 9 m	0812, 0813, 0814, 0815, 0816, 0820	**Amtsinspektorin** oder **Amtsinspektor**
A 8	0812, 0813, 0814, 0815, 0816	**Hauptsekretärin** oder **Hauptsekretär**
A 7	0812, 0813, 0814, 0815, 0816	**Obersekretärin** oder **Obersekretär**
A 6 m	0812, 0813, 0814, 0815, 0816	**Sekretärin** oder **Sekretär**
A 6 e	0813	**Erste Hauptwachtmeisterin** oder **Erster Hauptwachtmeister**
	0812, 0814, 0815, 0816	**Oberamtsmeisterin** oder **Oberamtsmeister**
A 5	0813	**Erste Hauptwachtmeisterin** oder **Erster Hauptwachtmeister**
	0812, 0814, 0816	**Oberamtsmeisterin** oder **Oberamtsmeister**
A 4	0813	**Hauptwachtmeisterin** oder **Hauptwachtmeister**
A 2/3	0813	**Oberwachtmeisterin** oder **Oberwachtmeister**
	0813	**Wachtmeisterin** oder **Wachtmeister**

Entwurf

zum

Bundeshaushaltsplan 2014

Einzelplan 09

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie

Inhalt

Kapitel	Bezeichnung	Seite
	Vorwort zum Einzelplan	3
	Überblick zum Einzelplan	4
	Haushaltsvermerk / Hinweise zum Einzelplan	6
0901	Innovation, Technologie und Neue Mobilität	8
	Ausgaben-Tgr. 01 Neue Mobilität	15
	Ausgaben-Tgr. 02 Informations- und Kommunikationstechnologien	19
	Ausgaben-Tgr. 03 Luft- und Raumfahrt	22
	Anlage 1 Wirtschaftspläne	29
0902	Mittelstand: Gründen, Wachsen, Investieren	30
	Anlage 1 Wirtschaftspläne	43
0903	Energie und Nachhaltigkeit	44
	Ausgaben-Tgr. 01 Wismut-Sanierung / Auslaufen der Steinkohle-Subventionen	53
	Ausgaben-Tgr. 02 Energetische Gebäudesanierung	55
0904	Chancen der Globalisierung	59
	Anlage 1 Wirtschaftspläne	69
0910	Sonstige Bewilligungen	71
0911	Zentral veranschlagte Verwaltungseinnahmen und -ausgaben	79
	Einnahmen-Tgr. 57 Versorgung der Beamtinnen und Beamten sowie der Richterinnen und Richter	80
	Ausgaben-Tgr. 57 Versorgung der Beamtinnen und Beamten sowie der Richterinnen und Richter	83
0912	Bundesministerium	89
0913	Physikalisch-Technische Bundesanstalt	99
	Ausgaben-Tgr. 04 Durchführung von Aufträgen anderer Bundesbehörden und Dritter	103
0914	Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung	112
	Ausgaben-Tgr. 04 Durchführung von Aufträgen anderer Bundesbehörden und Dritter	116
0915	Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe	123
	Ausgaben-Tgr. 05 Durchführung von Aufträgen anderer Bundesbehörden und Dritter	127
	Ausgaben-Tgr. 06 Deutsche Rohstoffagentur	128
	Ausgaben-Tgr. 07 Geowissenschaftliche Untersuchungen zur Endlagerung radioaktiver Abfälle	129
	Ausgaben-Tgr. 08 Erkundung und Erprobung der CCS-Technologie	132
	Ausgaben-Tgr. 09 Geschäftsstelle der Kommission für Geoinformationswirtschaft (GIW)	133

Kapitel	B e z e i c h n u n g	Seite
0916	Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle	143
	Ausgaben-Tgr. 01 Durchführung von Aufträgen anderer Bundesbehörden	145
	Ausgaben-Tgr. 02 Ausgaben für die der Germany Trade and Invest - Gesellschaft für Außenwirtschaft und Standortmarketing mbH (GTAI) gestellten Beamtinnen und Beamten sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	146
	Ausgaben-Tgr. 04 Durchführung von Aufträgen anderer Bundesbehörden	146
0917	Bundeskartellamt	151
0918	Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (Bundesnetzagentur)	156
	Aufwandsentschädigungen, Besondere Personalausgaben	168
	Übersichten	
	Übersicht 1 Verpflichtungsermächtigungen (VE)	170
	Personalhaushalt	179

Vorwort

Wesentliche Politikbereiche und Ziele

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) ist innerhalb der Bundesregierung für Grundsatzfragen der Wirtschaftspolitik, Energiepolitik, Industriepolitik, Mittelstandspolitik, einschließlich Ausbildung und Fachkräftegewinnung, Außenwirtschaftspolitik sowie Innovationspolitik und die digitale Agenda zuständig. Das BMWi koordiniert zudem gemeinsam mit dem Auswärtigen Amt die Europapolitik der Bundesregierung. Daneben ist das Ressort der Ansprechpartner für die Belange der neuen Bundesländer.

Die Wirtschaftspolitik soll das in Deutschland bestehende Wachstumspotential langfristig stärken und so zum Wohlstand für alle Bürgerinnen und Bürger beitragen. Dabei gilt es, sowohl den eingeschlagenen Konsolidierungskurs der Bundesregierung fortzuführen und die Investitionskraft der öffentlichen Hand sicherzustellen, als auch eine von Investitionen und Kaufkraft getragene wirtschaftliche Entwicklung zu fördern.

Zu den Aufgaben des BMWi gehört es, zum einen Leitlinien im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft zu formulieren und die Rahmenbedingungen für Unternehmen, Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Verbraucher in Deutschland mitzugestalten. Dabei hat das BMWi die Federführung für die Wettbewerbs- und Vergabepolitik sowie für die spezifischen Regeln für die Märkte in den Bereichen Energie und Post sowie Informations- und Kommunikationstechnik (IKT).

Zum anderen setzt das BMWi durch gezielte Fördermaßnahmen für innovative Technologien, mittelständische Aktivitäten sowie den Energie- und Außenwirtschaftsbereich Impulse für dauerhaftes, tragfähiges Wachstum und Wohlstand.

Deutschland ist ein Land der Innovationen und einer starken Industrie. Das BMWi fördert technischen Fortschritt und Strukturwandel und leistet damit auch einen Beitrag, um die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen im internationalen Wettbewerb zu sichern. Neben der Innovationsförderung und -beratung kümmert sich das BMWi vor allem um Technologie- und Innovationstransfer, die Ressourceneffizienz und den Zugang zu Rohstoffen. Besondere Bedeutung haben zudem die Industriebereiche Luft- und Raumfahrt, Maritime Wirtschaft, Verkehrstechnologien sowie die Weiterentwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologien.

Mittelständische Unternehmen bilden mit rund 70 Prozent der Arbeitsplätze das Rückgrat der deutschen Wirtschaft. Das BMWi unterstützt mit einer zielgerichteten Mittelstandspolitik die Innovationsfähigkeit und Wachstumskräfte des Mittelstandes. Dazu gehören förderpolitisch die Aufgaben, Gründungsimpulse zu setzen, die regionalen Wirtschaftsstrukturen zu stärken, unternehmerisches Know-how zu fördern, die Fachkräftesicherung voranzutreiben und die Potentiale der Dienstleistungswirtschaft effizient zu erschließen.

Als Energieministerium gestaltet BMWi die Energiewende. Zentrales Anliegen ist dabei, die Ziele des energiepolitischen Dreiecks aus Klima- und Umweltverträglichkeit, Versorgungssicherheit sowie Bezahlbarkeit miteinander in Einklang zu bringen. Der förderpolitische Fokus liegt dabei auf den zukunftsträchtigen Bereichen der Erneuerbaren Energien, der Energieforschung und der Steigerung der Energieeffizienz, auch und gerade im Gebäudebereich. Das BMWi setzt hierzu sowohl eigene Haushaltsmittel als auch Mittel des Sondervermögens Energie- und Klimafonds (EKF) ein.

Eine intensive Einbindung in die internationalen Wirtschaftsbeziehungen ist für den wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands unverzichtbar. Der Außenhandel ist die wichtigste Säule der deutschen Wirtschaft. Das BMWi wirkt deshalb im internationalen Kontext auf die Schaffung freier Märkte und einen fairen Welthandel hin. Dies ist Voraussetzung dafür, dass sich deutsche Unternehmen im internationalen Wettbewerb unter fairen Bedingungen behaupten können. Zur Sicherung von Arbeitsplätzen in Deutschland unterstützt das BMWi insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen dabei, ausländische Märkte erfolgreich zu erschließen und wirbt um internationale Investoren für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Die bewährten Instrumente der Außenwirtschaftsförderung werden fortentwickelt und vorrangig an den Zielen Wohlstand und Beschäftigung ausgerichtet.

Zur Gliederung des Einzelplans

Sowohl 2012 als auch 2013 hat das BMWi seinen Einzelplan neu strukturiert. Zunächst wurden 2012 vier Oberthemen mit insgesamt 16 Förderfeldern etabliert. Der Einzelplan folgt damit der Dynamik der wirtschaftspolitischen Handlungsfelder. Dies ist notwendig, um die knappen Mittel auf Schwerpunktbereiche zu konzentrieren und dort effizient einzusetzen.

2013 wurden weitere Änderungen umgesetzt. Das BMWi nahm am Pilotverfahren des Bundesministeriums der Finanzen zur Neustrukturierung des Bundeshaushalts teil. So gliedert sich der Programmhaushalt jetzt in den ersten fünf Kapiteln gemäß den vier Oberthemen zuzüglich eines Kapitels für sonstige Bewilligungen (0910). Es folgen das neue Kapitel zu den zentral veranschlagten Verwaltungseinnahmen und -ausgaben (0911) sowie das Kapitel für das Bundesministerium und seine sechs Behörden im Geschäftsbereich.

09 Überblick zum Einzelplan

Überblick zum Einzelplan 09	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen..	414 602	416 240	-1 638		436 089
Übrige Einnahmen...	12 473	10 073	+2 400		217 358
Gesamteinnahmen...	427 075	426 313	+762		653 447
Ausgaben					
Personalausgaben...	666 300	643 962	+22 338	14 110	631 286
Sächliche Verwaltungsausgaben...........................	275 121	247 248	+27 873	48 272	224 831
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	5 058 388	3 807 981	+1 250 407	227 982	3 645 744
Ausgaben für Investitionen.....................................	1 481 856	1 494 971	-13 115	347 327	1 634 138
Besondere Finanzierungsausgaben......................	-74 553	-75 000	+447		-
Gesamtausgaben...	7 407 112	6 119 162	+1 287 950	637 691	6 135 999
davon flexibilisiert...	775 026	733 691	+41 335	142 557	664 837
davon nicht flexibilisiert..	6 632 086	5 385 471	+1 246 615	495 134	5 471 162
Flexibilisierte Ausgaben nach § 5 HG					
Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3........................	509 341	482 604	+26 737	13 488	443 268
Aus Hauptgruppe 5..	156 208	143 002	+13 206	40 125	126 397
Aus Hauptgruppe 6 ohne Titel 634 .3.....................	346	336	+10	75	191
Aus Hauptgruppe 7..	44 161	40 052	+4 109	62 832	46 428
Aus Hauptgruppe 8..	64 970	67 697	-2 727	26 037	48 553
Zusammen...	775 026	733 691	+41 335	142 557	664 837

Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014

Verpflichtungsermächtigung...................................	3 140 603 T€
davon fällig:	
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.................................	1 014 364 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.................................	1 054 176 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.................................	715 040 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.................................	215 732 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu.................................	93 496 T€
im Haushaltsjahr 2020 bis zu.................................	27 416 T€
im Haushaltsjahr 2021 bis zu.................................	7 875 T€
im Haushaltsjahr 2022 bis zu.................................	5 938 T€
im Haushaltsjahr 2023 bis zu.................................	4 038 T€
im Haushaltsjahr 2024 bis zu.................................	2 038 T€
im Haushaltsjahr 2025 bis zu.................................	338 T€
im Haushaltsjahr 2026 bis zu.................................	38 T€
im Haushaltsjahr 2027 bis zu.................................	38 T€
im Haushaltsjahr 2028 bis zu.................................	38 T€
im Haushaltsjahr 2029 bis zu.................................	38 T€

Auszug aus Übersicht VIII des Gesamtplans "20 größte Finanzhilfen des Bundes" in der Abgrenzung des 24. Subventionsberichts

Lfd. Nr.	Kapitel	Zweckbestimmung	Lfd. Nr. 24. Subventionsbericht (Anlage 1)	Soll 2014 Mio. €	Soll 2013 Mio. €	Ist 2012 Mio. €
1	2	3	4	5	6	7
1	0903	Zuschüsse für den Absatz deutscher Steinkohle zur Verstromung und an die Stahlindustrie sowie zum Ausgleich von Belastungen infolge von Kapazitätsanpassungen	13	1 172	1 111	1 182
2	0903 6092	Zuschüsse im Rahmen des Programms "Energetisch Sanieren - CO_2-Gebäudesanierungsprogramm" an die KfW	58	1 117	759	834
3	0903 1602 6092	Förderung von Einzelmaßnahmen zur Nutzung erneuerbarer Energien	18	437	475	361
4	0902	Zuweisungen an die Länder für betriebliche Investitionen, GA "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" nur Teilbeträge der Haushaltsansätze (soweit Finanzhilfen)	36	408	408	411

Überblick zum Einzelplan 09	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Auszug aus Übersicht VIII des Gesamtplans "20 größte Finanzhilfen des Bundes" in der Abgrenzung des 24. Subventionsberichts

Lfd. Nr.	Kapitel	Zweckbestimmung	Lfd. Nr. 24. Subventionsbericht (Anlage 1)	Soll 2014 Mio. €	Soll 2013 Mio. €	Ist 2012 Mio. €
1	2	3	4	5	6	7
7	0901	Innovationsförderung, zentrales Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM)	21	385	383	353
		nur Teilbeträge der Haushaltsansätze (soweit Finanzhilfen)				
12	0903	Anpassungsgeld für Arbeitnehmer des Steinkohlebergbaus	14	118	118	106
13	0902	Maßnahmen zur Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen und freien Berufen sowie zur Stärkung der beruflichen Bildung	37	118	119	139
16	0902	Zinszuschüsse im Rahmen von ERP-Förderprogrammen	25	63	64	60

09 Haushaltsvermerk / Hinweise zum Einzelplan

Haushaltsvermerk: - Ausgaben

1. Einsparungen bei folgenden Titeln: Epl. 09 mit Ausnahme der Titel 518 .2 dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Kap. 0916 Tit. 683 01, Kap. 3208 Tit. 871 01 und 872 01.
2. Einsparungen bei folgenden Titeln: Epl. 09 mit Ausnahme der Titel 518 .2 dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: Kap. 0911 Tit. 981 07.

   Dies gilt in Fällen, in denen Bundesressorts im Rahmen von Ressortvereinbarungen für andere Bundesressorts tätig werden und Mittel vom abgebenden Ressort dem empfangenden Ressort für gleiche Zwecke im Wege der Verrechnung zur Verfügung gestellt werden (sog. "Einer-für-Alle-Fälle").
3. Einsparungen bei folgenden Titeln: Epl. 09 mit Ausnahme der Titel 518 .2 dienen bis zur Höhe von 100 T€ zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: Kap. 0910 Tit. 686 02.
4. Einsparungen bei folgenden Titeln: Epl. 09 mit Ausnahme der Titel 518 .2 dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: Kap. 0910 Tit. 526 01.
5. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 0911 Tit. 381 07.

   Dies gilt in Fällen, in denen Bundesressorts im Rahmen von Ressortvereinbarungen für andere Bundesressorts tätig werden und Mittel vom abgebenden Ressort dem empfangenden Ressort für gleiche Zwecke im Wege der Verrechnung zur Verfügung gestellt werden (sog. "Einer-für-Alle-Fälle").
6. Bei den FuE-orientierten Förderprogrammen, die aus den Kapiteln 0901 bis 0910 finanziert werden, dürfen in Kooperation mit Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft (insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen), mit Hochschulen und anderen Forschungseinrichtungen auch rechtlich unselbstständige Bundesbehörden und -einrichtungen mit FuE-Aufgaben einschließlich der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt, der Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung und der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe unmittelbar als Antragsteller auftreten. Die Feststellung der Förderwürdigkeit der Projektanträge erfolgt im Rahmen eines ergebnisoffenen, wettbewerblichen Begutachtungsverfahrens. Die gewährten Fördermittel werden den rechtlich unselbstständigen Bundesbehörden und -einrichtungen mit FuE-Aufgaben im Wege der Zuweisung bereitgestellt. Näheres regeln die Förderrichtlinien des Bundesministeriums für Wirtschaft und **Energie.**

Allgemeine Erläuterungen:

Ist-Angaben:

Die Ist-Ergebnisse der Einzeltitel sind kaufmännisch auf 1 000 € gerundet. Dadurch können bei Summenangaben Rundungsdifferenzen entstehen. Summenangaben können außerdem nicht durch Addition der gedruckten Titel errechnet werden, da in Vorjahren weggefallene Titel nur im Bundeshaushaltsplan 2014 abgedruckt werden, wenn bei diesen noch Ausgabereste bestehen.

Ausgabereste:

Die im Vorjahr verfügbaren Ausgabereste im nicht flexibilisierten Bereich sind kaufmännisch auf 1 000 € gerundet und einzeln bei dem jeweiligen Titel mit Stand Juli 2013 ausgewiesen. Die Inanspruchnahme dieser Ausgabereste muss grundsätzlich im jeweiligen Einzelplan durch Minderausgaben an anderer Stelle kassenmäßig eingespart werden. Ausgabereste bei den der Flexibilisierung gemäß § 5 Haushaltsgesetz 2014 (HG) unterliegenden Ansätzen werden lediglich in der Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben summarisch ausgewiesen. Für die Inanspruchnahme dieser Ausgabereste ist zentral Vorsorge getroffen und daher eine kassenmäßige Einsparung im gleichen Einzelplan grundsätzlich nicht erforderlich. Bei Summenangaben können Rundungsdifferenzen entstehen.

Flexibilisierung:

Die in die Regelung nach § 5 HG einbezogenen Ausgaben sind mit einem F vor der Titelnummer gekennzeichnet. Sie werden jeweils im hinteren Teil eines Kapitels im Anschluss an die nicht flexibilisierten Ausgabetitel entsprechend der Zuordnung nach § 5 HG in einer Zusammenstellung aufsummiert und sind danach einzeln aufgelistet. Neu in die Flexibilisierung einbezogene Titel sind dabei mit einem **F** hervorgehoben.

Personalausgaben:

Aufwandsentschädigungen und Besondere Personalausgaben werden gemäß der Übersicht, die nach dem letzten Kapitel des Einzelplans abgedruckt ist, veranschlagt.

Angewandte Kurse:

100 DKK = 13,40608 €; 1 USD = 0,72511 €, 1 CHF = 0,81460 €.

Neustrukturierung der Kapitel:

Im Rahmen der Neustrukturierung des Einzelplans sind eine Vielzahl von Titeln in neue Kapitel umgesetzt worden und haben eine neue Haushaltsstelle erhalten. Für Titel, die mit dem Haushaltsjahr 2013 in ein neues Kapitel umgesetzt worden sind, werden die Ist-Beträge 2012 der alten Haushaltsstelle in gewohnter spaltenbezogener Weise ausgewiesen.

Einen Sonderfall bilden die im Haushalt 2013 zusammengeführten Titel (z. B. im Kapitel 0911). Sämtliche verschmolzenen Titel werden mit den Ist-Beträgen 2012 in den Erläuterungen des aufnehmenden Titels aufgeführt. Ergänzend erfolgt an dieser Stelle eine Summierung der Ist-Beträge, um diese mit dem Soll 2013 und dem Soll 2014 vergleichbar zu machen. Eine Summierung der Ist-Beträge in der gewohnten Spalte ist in diesem Fall aus systematischen Gründen nicht möglich.

Vorbemerkung

Wesentliche finanzwirksame Schwerpunkte des Kapitels

In diesem Kapitel sind die wesentlichen finanzwirksamen Schwerpunkte der Innovations- und Technologiepolitik in einem Umfang von 2 347 Mio. € zusammengefasst.

Einen Schwerpunkt bildet zusammengefasst die **technologieoffene Förderung des innovativen Mittelstandes** mit einem Gesamtvolumen von 764 Mio. €. Hervorzuheben sind das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) mit 513 Mio. € (Titel 683 01) sowie die Förderung der Forschungsinfrastruktur mit 204 Mio. € (Titel 686 01). Außerdem fließen beträchtliche Anteile der Fördermittel innerhalb der Fachprogramme (wie Energie, Luft- und Raumfahrt) an kleine und mittlere Unternehmen (KMU).

Wichtiger und größter Ausgabenschwerpunkt ist mit insgesamt 1,4 Mrd. € der Bereich der **Luft- und Raumfahrt** (Tgr. 03). Für die Europäische Weltraumorganisation ESA (Titel 896 31) stehen 634 Mio. € zur Verfügung. Das Nationale Programm für Weltraum und Innovation (Titel 683 32) wird mit 272 Mio. € gefördert. Die Förderung des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR) wächst, insbesondere auf Grund des Paktes für Forschung und Innovation, im Jahr 2014 auf 346 Mio. € an (Titel 685 31 und 894 31). Des Weiteren wird im Jahr 2014 die Luftfahrtforschung (Titel 683 31) mit 157 Mio. € gefördert.

Der Bereich der **Neuen Mobilität** wird im Jahr 2014 mit 97 Mio. € gefördert, wobei hierbei knapp die Hälfte (48 Mio. €) auf den Titel 683 11 (Verkehrstechnologien) entfällt. Die Programmausgaben im Bereich Elektromobilität sind in den Energie- und Klimafonds (EKF) eingegliedert.

Der Förderbereich **Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT)** wird im Jahr 2014 mit 67,0 Mio. € gefördert.

Wesentliche Ziele, die mit den veranschlagten Mitteln erreicht werden sollen

Ein innovativer Mittelstand ist für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft entscheidend. Mittelständische Unternehmen entwickeln dank ihrer Kreativität und Marktnähe besonders viele innovative Produkte und Dienstleistungen. Daher fördert das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie Forschungs-, Technologie- und Entwicklungsvorhaben von KMU, insbesondere durch das ZIM. Die Programme können für alle Technologien in Anspruch genommen werden. Ziel dieser **technologieoffenen Förderung des innovativen Mittelstandes** ist es, die Zahl der innovativen Unternehmen zu erhöhen, deren Innovationskompetenz zu stärken und die anwendungsorientierte Forschung und Produktentwicklung in den KMU stärker mit der Forschung in den Forschungsinstituten und Universitäten zu vernetzen.

Der Ausgabenschwerpunkt **Luft- und Raumfahrt** setzt auf eine inhaltlich aufeinander abgestimmte Forschungsförderung des DLR, der nationalen Projektförderung und der europäischen Zusammenarbeit im Rahmen der ESA. Die Förderung der Raumfahrt orientiert sich an der Raumfahrtstrategie der Bundesregierung. Raumfahrt leistet wesentliche Beiträge zu staatlichen Vorsorgeaufgaben (z. B. Sicherheit, Katastrophenprävention und -bewältigung sowie Umweltschutz). Eine kommerzielle Nutzung hat sich in bestimmten Bereichen etabliert (z. B. Telekommunikation) oder entsteht gerade (z. B. Navigation, Erdfernerkundung). Ziel der Bundesregierung ist es, deutsche Spitzenpositionen in Weltraumforschung und -technologie auszubauen und den deutschen Unternehmen gute Chancen in den entstehenden Märkten zu bieten. Die deutsche Beteiligung an Programmen der Europäischen Weltraumorganisation ESA und die nationale Raumfahrtförderung sind dabei eng miteinander verzahnt.

Die **Luftfahrtforschung** entwickelt innovative Technologien, um bei wachsendem Luftverkehrsaufkommen zusätzliche Belastungen von Mensch und Umwelt so weit wie möglich zu vermeiden. Die Maßnahmen orientieren sich an der Luftfahrtstrategie der Bundesregierung und an dem Strategiedokument "Flightpath 2050", in dem sich die gesamte europäische Luftfahrtbranche ehrgeizigen Umweltzielen, wie einer Reduzierung der CO_2-Emmissionen um 75 Prozent bis 2050, verpflichtet. Eingebettet in die nationale Hightech-Strategie soll mit den Aktivitäten unter anderem eine technologische Vorreiterrolle der deutschen Luftfahrtindustrie im Hinblick auf ein umweltverträgliches Luftverkehrssystem und die Stärkung der Gesamtsystemfähigkeit der deutschen Luftfahrtindustrie in verschiedenen Bereichen und Ausprägungen gefördert werden.

Der Bereich **"Neue Mobilität"** fördert die Entwicklung neuer Verkehrs- und Logistiksysteme sowie innovativer maritimer Technologien und stärkt so die Wettbewerbsfähigkeit wichtiger Wirtschaftszweige, wie den Automobilbau, den Handel sowie die Schiffs- und Meerestechnik. Die Ausgaben dienen auch Maßnahmen zum Schutz und zur Verbesserung der Umwelt.

Die **IKT** sind als Schlüsseltechnologien ein echter Katalysator für innovative Produkte und Dienstleistungen. Laut EU-Kommission ist die Hälfte des Produktivitätsanstiegs der letzten 15 Jahre in der EU auf die IKT zurückzuführen. Die Bundesregierung wird angesichts der rasant zunehmenden Digitalisierung in Wirtschaft und Gesellschaft eine Digitale Agenda 2014 - 2017 erarbeiten, in der Ziele und Maßnahmen im Bereich IKT und neue Medien festgelegt werden. Ein Schwerpunkt der Agenda ist die Digitalisierung der industriellen Produktion (Industrie 4.0). Es werden aber auch KMU sowie Gründer und Startups unterstützt und der Aufbau IKT-basierter Netze in den Bereichen Verkehr, Energie, Gesundheit, Bildung, Umwelt und Verwaltung vorangetrieben.

Überblick zum Kapitel 0901	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Ausgaben					
Sächliche Verwaltungsausgaben...........................	1 460	1 900	-440	139	1 447
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	1 630 031	1 614 985	+15 046	105 768	1 420 059
Ausgaben für Investitionen.....................................	715 086	726 527	-11 441	107 954	712 278
Gesamtausgaben...	2 346 577	2 343 412	+3 165	213 861	2 133 784
davon nicht flexibilisiert..	2 346 577	2 343 412	+3 165	213 861	2 133 784

Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014

Verpflichtungsermächtigung...................................	1 432 910 T€
davon fällig:	
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.................................	455 270 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.................................	535 580 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.................................	292 360 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.................................	103 700 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu.................................	46 000 T€

0901 Innovation, Technologie und Neue Mobilität

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

1. Einsparungen dienen bis zur Höhe von 2 500 T€ zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 685 02.

2. Einsparungen dienen bis zur Höhe von 15 000 T€ zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 683 01.

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
683 01 -165	Innovationsförderung, Zentrales Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM)	513 474	510 074 *17 107*	470 568

Verpflichtungsermächtigung.. 490 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 170 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 250 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 70 000 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.

2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe von 15 000 T€ der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Kap. 0901.

3. Einnahmen aus Rückforderungen ausgezahlter Zuwendungen wegen Rücknahme bzw. Widerruf von Zuwendungsbescheiden in den Programmen PRO INNO II, InnoNet, NEMO, INNO-WATT (KMU-Teil) und ZIM sowie aus der Rückführung von Beteiligungsausfällen bei geförderten Technologieunternehmen im Rahmen des 2004 beendeten Programms FUTOUR bzw. FUTOUR 2000 fließen den Ausgaben zu.

4. Die Erläuterungen zu Nr. **4** sind verbindlich.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. ZIM-Modul Kooperationsprojekte (ZIM-KOOP)...............................	410 474
2. ZIM-Modul Einzelprojekte (ZIM-SOLO)...	102 000
3. Ausfinanzierung Altprogramme InnoNet und FUTOUR.................	1 000
Zusammen...	513 474

Aus dem Titel werden das bundesweite und technologieoffene "Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM)" sowie die Abwicklung von Vorgängermaßnahmen finanziert:

1. Modul ZIM-KOOP mit der Förderung von FuE-Kooperationsprojekten und Kooperationsnetzwerken kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) und wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen einschließlich ergänzender, innovationsunterstützender Dienst- und Beratungsleistungen sowie
2. Modul ZIM-SOLO mit der Förderung von einzelbetrieblichen FuE-Projekten kleiner und mittlerer Unternehmen einschließlich ergänzender, innovationsunterstützender Dienst- und Beratungsleistungen,
3. Ausfinanzierung von Verpflichtungen aus den Altprogrammen InnoNet und FUTOUR.
4. Mindestens 40 Prozent des Ansatzes sind für Projekte in den neuen Ländern zweckgebunden. Nicht benötigte Mittel können mit Einwilligung des Bundesministeriums der Finanzen für Projekte in den alten Ländern verausgabt werden.

Einzelheiten regeln die Richtlinien des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 683 01

Aus dem Ansatz können folgende Ausgaben für die Durchführung der Maßnahmen geleistet werden:

Bezeichnung	1 000 €
Projektträgerkosten	20 000
Gutachten/Begleitforschung	250
Fachtagungen	250

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0905 Tit. 683 01	-	470 568

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
683 02 -634	Innovationsberatung	17 200	17 200 *7 989*	9 211

Verpflichtungsermächtigung ... 12 500 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu ... 8 500 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu ... 4 000 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Die Ausgaben sind in Höhe von 4 000 T€ mit folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: 685 01 und Kap. 0902 Tit. 686 07.
3. Die Verpflichtungsermächtigung ist in Höhe von **2 000 T€** mit den Verpflichtungsermächtigungen bei folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: 685 01 und Kap. 0902 Tit. 686 07.

   Haushaltsjahr 2015 ... 1 000 T€
   Haushaltsjahr 2016 ... 1 000 T€

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. BMWi-Innovationsgutscheine (go-Inno)	15 200
2. Zentrale Beratungsstellen	2 000
Zusammen	17 200

Aus dem Titel werden folgende Maßnahmen finanziert:

1. Das Programm "go-Inno" unterstützt bundesweit kleine und mittlere Unternehmen (KMU) mit technologischem Potenzial bei Produkt- und Prozessinnovationen in Form von Gutscheinen für speziell ausgerichtete, qualifizierte Beratungen.Einmal geht es um Innovationsmanagement mit dem Ziel der Verbesserung der internen Prozesse und der Befähigung für eigene FuE-Projekte ("go-innovativ"). In der anderen Variante ("go-effizient") zielt die Beratung darauf ab, die Effizienz beim Umgang mit Rohstoffen und Material deutlich zu erhöhen und damit die Kosten zu reduzieren. Einzelheiten regelt die Richtlinie des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie.
2. Neben der direkten Unterstützung von KMU werden mit der finanziellen Beteiligung an unterschiedlichen Beratungsstellen Unternehmen - insbesondere KMU - Hilfestellungen gegeben. Dabei weisen vor allem die "Förderberatung Forschung und Innovation des Bundes" sowie die "Nationale Kontaktstelle für KMU" rasch und einfach Wege zu Innovationen und den Unterstützungen hierzu auf Bundes-, Länder- sowie europäischer Ebene.

Aus dem Ansatz können folgende Ausgaben für die Durchführung der Maßnahmen geleistet werden:

Bezeichnung	1 000 €
Projektträgerkosten	1 100
Evaluationen/Begleitforschung	200
Fachtagungen, Multiplikatorenarbeit und Informationstransfer	400

0901 Innovation, Technologie und Neue Mobilität

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 683 02

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0905 Tit. 683 02	-	9 211

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 *Reste 2013*	Ist 2012
685 01 -165	Technologie- und Innovationstransfer	29 400	29 686 *6 389*	20 497

Verpflichtungsermächtigung... 29 900 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 13 200 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 9 700 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 7 000 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Die Ausgaben sind in Höhe von 5 000 T€ mit folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: 683 02 und Kap. 0902 Tit. 686 07.
3. Die Verpflichtungsermächtigung ist in Höhe von **4 000 T€** mit den Verpflichtungsermächtigungen bei folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: 683 02 und Kap. 0902 Tit. 686 07.

   Haushaltsjahr 2015... 2 000 T€
   Haushaltsjahr 2016... 1 000 T€
   Haushaltsjahr 2017.. 1 000 T€

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Patentinitiative SIGNO - Schutz von Ideen für die gewerbliche Nutzung..	17 100
2. Förderung des Normenwesens, INS - Innovation mit Normen und Standards...	5 300
3. TNS-Transfer von FuE-Ergebnissen durch Normung und Standardisierung...	3 500
4. Kompetenzzentrum innovative Beschaffung, Pilotprojekte zur innovativen Beschaffung, Preis "Innovation schafft Vorsprung".........	2 000
5. Internationale Zusammenarbeit im Bereich Produktsicherheit........	1 500
Zusammen...	29 400

1. Mit dem Programm "SIGNO - Schutz von Ideen für die gewerbliche Nutzung" werden Hochschulen, Unternehmen sowie freie Erfinderinnen und Erfinder bei der rechtlichen Sicherung und wirtschaftlichen Verwertung ihrer innovativen Ideen unterstützt.

   Einzelheiten regeln die Richtlinien des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie.
2. Gefördert werden Normungsprojekte des Deutschen Instituts für Normung e. V. (DIN), Berlin. Das Institut ist für Wirtschaft, Wissenschaft, Technik und Verwaltung Träger der deutschen Normenarbeit.
3. Im Rahmen des Programms TNS werden Projekte gefördert, die forschende Institutionen und Unternehmen dabei unterstützen, die Normung und Standardisierung als Instrument für den Transfer von der innovativen Idee zum marktfähigen Produkt zu nutzen.

   Einzelheiten regeln die Richtlinien des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 685 01

4. Das Kompetenzzentrum innovative Beschaffung unterstützt und berät Beschaffungsstellen der öffentlichen Hand bei der Beschaffung neuartiger Produkte, Dienstleistungen und Verfahren. Überdies werden Pilotprojekte gefördert, die darauf abzielen, das Potenzial der staatlichen Nachfrage zur Stimulierung von Innovationen stärker auszuschöpfen. Hierunter fällt u. a. die sog. "vorkommerzielle Auftragsvergabe", bei der mehrere Teilnehmer im Wettbewerb zueinander bedarfsgerechte Lösungen entwickeln, die sie anschließend weiter vermarkten dürfen. So können Innovationen in gesellschaftlich relevanten Bereichen gefördert und wichtige Wachstumsimpulse gesetzt werden. Ferner sollen beispielhafte Leistungen öffentlicher Auftraggeber bei der Beschaffung von Innovationen und der Gestaltung innovativer Beschaffungsprozesse mit einem Preis ausgezeichnet werden.
5. Die Förderung bilateraler Kooperationen auf dem Gebiet der Produktsicherheit zielt darauf ab, zu einem gleichartigen Verständnis der materiellen Anforderungen an die Produktsicherheit und Qualitätsinfrastruktur (Normung, Konformitätsbewertung und Marktüberwachung) zu gelangen.

Aus dem Ansatz können folgende Ausgaben für die Durchführung der Maßnahme geleistet werden:

Bezeichnung	1 000 €
Projektträgerkosten zu Nr. 1	1 120
Projektträgerkosten zu Nr. 3	226
Begleitforschung/Evaluation	118
Fachtagungen	50

Bezeichnung	1 000 €
Aus anderen Einzelplänen des Bundeshaushalts werden folgende Beträge an das DIN geleistet:	
0618 - 539 99	1
0629 - 684 09	3
0719 - 684 09	6
1002 - 684 04	862
1017 - 685 01	410
1107 - 684 05	500
1202 - 686 08	756
1221 - 685 01	13
1404 - 511 01	780
1601 - 685 04	2 199
3004 - 683 20	30
3004 - 683 22	39
3004 - 683 24	45
3004 - 683 27	122
3004 - 685 30	100
Zusammen	5 866

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0905 Tit. 685 01	-	20 497

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
685 02 -165	Nationale Akkreditierungsstelle	1 500	2 000 *201*	1 208

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe von 2 500 T€ der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Kap. 0901.
3. Erstattungen Dritter und Einnahmen aus Rückforderungen wegen Rücknahme bzw. Widerruf von Zuwendungsbescheiden, aus Zinsen

0901 Innovation, Technologie und Neue Mobilität

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 685 02

und aus Rückforderungen nach Verwendungsnachweisprüfung fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Die Verordnung (EG) Nr. 765/2008 verpflichtet die Mitgliedstaaten, eine einzige nationale Akkreditierungsstelle zu benennen und für diese eine angemessene finanzielle und personelle Ausstattung sicherzustellen.

Diese nationale Akkreditierungsstelle ist in Deutschland nach dem Akkreditierungsstellengesetz (AkkStelleG) vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2625) in Verbindung mit der AkkStelleG-Beleihungsverordnung vom 21. Dezember 2009 (BGBl. I S. 3962) die Deutsche Akkreditierungsstelle GmbH (DAkkS GmbH).

Die DAkkS GmbH nimmt für ihre Tätigkeit Gebühren nach der Kostenverordnung der Akkreditierungsstelle vom 21. Dezember 2009 (BGBl. I S. 3964), die den wesentlichen Teil ihrer Ausgaben abdecken werden. Eine Finanzierungslücke wird gleichwohl verbleiben, die aus dem Bundeshaushalt zu tragen ist. Wesentlicher Grund hierfür ist, dass nicht alle von der DAkkS GmbH auszuführenden Tätigkeiten gebührenfähig sind (z. B. Gremientätigkeiten).

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0905 Tit. 685 02	-	1 208

686 01 -165	Forschungsinfrastruktur	204 000	199 000 *1 843*	197 157

Verpflichtungsermächtigung... 171 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 95 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 60 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 14 000 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.. 2 000 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Einnahmen aus Rückforderungen ausgezahlter Zuwendungen wegen Rücknahme bzw. Widerruf von Zuwendungsbescheiden, aus Zinsen und aus Rückforderungen nach Verwendungsnachweisprüfung in den Programmen "Industrielle Gemeinschaftsforschung" und zu Nr. 2 der Erläuterungen (einschl. Vorläuferprogramme) fließen den Ausgaben zu.
3. Die Erläuterungen zu Nr. 3 sind verbindlich.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Förderung der industriellen Gemeinschaftsforschung....................	138 500
2. FuE-Förderung gemeinnütziger externer Industrieforschungseinrichtungen Ostdeutschlands - Innovationskompetenz Ost (INNO-KOM-Ost)..	65 500
Zusammen..	204 000

1. Die industrielle Gemeinschaftsforschung (IGF) fördert die dauerhafte Forschungskooperation in branchenweiten Netzwerken mit dem Ziel, insbesondere kleinen und mittleren deutschen Unternehmen den Zugang zu Forschungsergebnissen zu erleichtern, die sie benötigen, um den Anschluss an den technischen Fortschritt zu erreichen bzw. zu halten.

   Bei den Gesamtaufwendungen für die geförderten Forschungsvorhaben ist eine adäquate Eigenbeteiligung durch die Wirtschaft anzustreben.

   Die Maßnahme wird im Auftrag und unter Beteiligung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie von der gemeinnützigen Arbeitsgemeinschaft industrieller Forschungsvereinigungen e. V. (AiF) durchgeführt.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 686 01

2. Das Programm "FuE-Förderung gemeinnütziger externer Industrieforschungseinrichtungen" - Innovationskompetenz Ost (INNO-KOM-Ost) soll die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit Ostdeutschlands stärken und damit den wirtschaftlichen Aufholprozess dieser Region nachhaltig unterstützen. Das Programm beinhaltet die Förderung marktorientierter FuE-Projekte und die Förderung von Projekten der industriellen Vorlaufforschung.
3. Mindestens 65 000 T€ des Ansatzes sind für Maßnahmen gemäß Nr. 2 der Erläuterungen zu verwenden. Ingesamt nicht benötigte Mittel können mit Einwilligung des Bundesministeriums der Finanzen für die Förderung der Industriellen Gemeinschaftsforschung verausgabt werden.

Einzelheiten regeln Richtlinien des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie.

Aus dem Ansatz können folgende Ausgaben für die Durchführung der Maßnahme geleistet werden:

Bezeichnung	1 000 €
Projektträgerkosten (zu Nr. 2 der Erläuterungen)................................	2 000
Gutachten/Begleitforschung/Koordinierung von europäischen Kooperationsvorhaben..	500
Fachtagungen...	100

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0905 Tit. 686 01	-	197 157

Titelgruppe 01

Tgr. 01	Neue Mobilität	(96 926)	(107 216) *(22 938)*	

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind übertragbar.

546 11 -165	Kosten der Gemeinsamen Geschäftsstelle Elektromobilität der Bundesregierung	260	500 *139*	361

Verpflichtungsermächtigung...

fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 400 T€

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

Erläuterungen:

Aus anderen Einzelplänen des Bundeshaushalts werden folgende Beträge an die Gemeinsame Geschäftsstelle Elektromobilität der Bundesregierung (GGEMO) geleistet:

Bezeichnung	1 000 €
1. Kap. 1202 Tit. 546 01..	260
2. Kap. 1602 Tit. 546 01..	130
3. Kap. 3004 Tit. 683 23..	130
Zusammen...	520

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0905 Tit. 546 11	-	361

0901 Innovation, Technologie und Neue Mobilität

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 01

662 11 -634	Zinsausgleichsystem auf CIRR-Basis	495	1 295 *6 889*	234

Erläuterungen:

Auf der Grundlage der OECD-Exportkreditvereinbarung vom 15. April 2002 und zur Anpassung an internationale Marktbedingungen kann für die Refinanzierung von Schiffbaukrediten auf Basis des CIRR-Satzes (Commercial Interest Reference Rate) ein Zinsausgleich gewährt werden. Voraussetzung für die Förderung ist, dass sich das Land, in dem die beauftragte Werft ihren Sitz hat, gegenüber dem Bund verpflichtet, sich ab dem Zeitpunkt einer erstmaligen Zinsausgleichszusage und während der Laufzeit von Finanzierungen geförderter Schiffbauaufträge an Finanzhilfen des Bundes im Rahmen der Innovationsförderung des deutschen Schiffbaus zu 50 Prozent zu beteiligen, soweit sich diese Finanzhilfen auf Empfänger mit Sitz in dem jeweiligen Land beziehen.

Einzelheiten der Förderung regeln Richtlinien des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie.

683 11 -165	Verkehrstechnologien	47 900	58 400 *7 739*	40 024

Verpflichtungsermächtigung.. 39 710 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 12 770 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu... 12 580 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu... 14 360 T€

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Intelligente Logistik	11 000
2. Alternative Antriebe	6 500
3. Verkehrssicherheit (inkl. Navigationsanwendungen)	14 000
4. Mobilität und demografischer Wandel	3 500
5. Internationale Forschungskooperationen	700
6. Intelligente Infrastruktur (Straße und Schiene)	9 500
7. Pilotprojekt zur Vernetzung Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt Neustrelitz und Technische Universität Dresden	1 000
8. Leiser Verkehr	1 700
Zusammen	47 900

Grundlage für die Förderung ist das im Jahr 2009 in Kraft getretene Forschungsprogramm der Bundesregierung "Mobilität und Verkehrstechnologien", ein wirtschafts- und technologieorientiertes Programm für den bodengebundenen Verkehr.

Im Zusammenhang mit der Entwicklung intelligenter und effizienter Logistikkonzepte wird z. B. die Förderinitiative "Zukunftsfähige Logistiknetzwerke" umgesetzt. Im Schwerpunkt "Mobilität im 21. Jahrhundert" werden die Auswirkungen des demografischen Wandels antizipiert und Lösungen erarbeitet. Neue Konzepte und Technologien zur Lärmminderung dienen vor allem dem Gesundheitsschutz an hochbelasteten Verkehrswegen.

Ein verantwortungsvoller Umgang mit Umwelt und Ressourcen durch alternative und effizientere Antriebe sowie Verbesserungen der Sicherheit im Straßenverkehr durch Fahrerassistenz- und Managementsysteme sind weitere strategische Ansätze. Durch die enge Vernetzung mit der Telekommunikationstechnologie ergeben sich völlig neue Möglichkeiten, die Verkehrsinfrastruktur zur Überwachung und Beeinflussung des Verkehrs zu nutzen.

Bezeichnung	1 000 €
Projektträgerkosten	2 395

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0905 Tit. 683 11	-	40 024

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 683 11 (Titelgruppe 01)

Weniger wegen angepassten Programmverlaufs.

683 12 -165	Maritime Technologien	32 271	32 271 *3 757*	27 043

Verpflichtungsermächtigung.. 31 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 7 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 11 100 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 6 900 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.. 6 000 T€

Haushaltsvermerk:

Die Verpflichtungsermächtigung ist in Höhe von **5 000 T€** mit der Verpflichtungsermächtigung bei folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 892 10.

Haushaltsjahr 2015.. 2 500 T€
Haushaltsjahr 2016.. 1 500 T€
Haushaltsjahr 2017.. 1 000 T€

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Schifffahrt	16 071
2. Meerestechnik	16 200
Zusammen	32 271

Grundlage der Förderung ist das Programm "Maritime Technologien der nächsten Generation". Die Fördermaßnahmen sind eingebettet in die Hightech-Strategie der Bundesregierung. Ziel des Programms ist die Unterstützung der Maritimen Branche bei der Technologieentwicklung zur Sicherung der nationalen maritimen Standorte. Es geht um Schifftechnologien, Maritime Sicherheit, neue Transportkonzepte auf und im Wasser, um autonome robuste Systeme, Kommunikations- und Informationstechnologien, nachhaltige Nutzung der Ozeane sowie um flankierende Maßnahmen bei der Offshore Energienutzung. Die Maßnahmen dienen dem Erhalt und der Erschließung neuer Märkte, der Reduzierung von Produktionskosten, der Verbesserung von Vorhersagemodellen, der Verkürzung von Produktionszyklen sowie dem Klima- und Umweltschutz und damit dem Erhalt und Ausbau der internationalen Wettbewerbsfähigkeit.

Bezeichnung	1 000 €
Projektträgerkosten	1 368

683 13 -165	Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der maritimen Wirtschaft	1 000	1 750 *1 000*	319

Verpflichtungsermächtigung.. 900 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 300 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 300 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 300 T€

Haushaltsvermerk:

1. **Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe von 1 000 T€ der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: 892 10.**
2. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

Erläuterungen:

Die Mittel dienen vorrangig der Unterstützung des Koordinators der Bundesregierung für die maritime Wirtschaft. In Einzelfällen können - in Umsetzung der Nationalen Maritimen Konferenzen und der Entschließung des Deutschen Bundesta-

0901 Innovation, Technologie und Neue Mobilität

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 683 13 (Titelgruppe 01)

ges "Den Wandel in der maritimen Wirtschaft begleiten und ihre nationale Aufgabe für den Wirtschaftsstandort Deutschland herausstellen" - Projekte und Maßnahmen finanziert werden, die der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen maritimen Wirtschaft dienen.

Aus dem Ansatz können folgende Ausgaben geleistet werden:

Bezeichnung	1 000 €
Studien, Gutachten, Begleitforschung, koord. Stelle zur Umsetzung Nationaler Masterplan Maritime Technologien (NMMT), Fachveranstaltungen und Fachinformationen sowie Ausgaben für die Bewirtung mit Erfrischungen	700

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
892 10 -634	Innovationsbeihilfen zugunsten der deutschen Werftindustrie	15 000	13 000 *3 414*	8 586

Verpflichtungsermächtigung ... 17 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu ... 7 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu ... 4 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu ... 6 000 T€

Haushaltsvermerk:

1. **Einsparungen dienen bis zur Höhe von 1 000 T€ zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 683 13.**
2. Die Verpflichtungsermächtigung ist in Höhe von **5 000 T€** mit der Verpflichtungsermächtigung bei folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 683 12.

   Haushaltsjahr 2015 ... 2 500 T€
   Haushaltsjahr 2016 ... 1 500 T€
   Haushaltsjahr 2017 ... 1 000 T€
3. Die Erläuterungen zu Nr. 2 und 3 sind verbindlich.

Erläuterungen:

1. Durch die Bereitstellung von Mitteln zur Förderung von Innovationen wird die deutsche Werftindustrie darin unterstützt, die mit der Anwendung von schiffbaulichen Innovationen verbundenen hohen technischen und wirtschaftlichen Risiken zu tragen. Durch die verstärkte Anwendung neuartiger Produkte und Verfahren soll die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Werften auf dem Weltschiffbaumarkt gestärkt werden.

   Die Innovationsbeihilfen werden als Zuwendungen in Höhe von maximal 20 Prozent (30 Prozent bei umweltrelevanten Innovationen) der Aufwendungen gewährt, die im Zusammenhang mit der Anwendung schiffbaulicher Innovationen bei der Ausführung eines Schiffbauauftrages entstehen.

   Die Förderung von Innovationsbeihilfen zugunsten der deutschen Werftindustrie ist Teil der Hightech-Strategie der Bundesregierung im Bereich der Maritimen Technologien.
2. Im Fall der Zusage einer Zinsausgleichsgarantie durch den Bund zur Absicherung des Zinsrisikos bei der Refinanzierung von CIRR-Krediten für den Bau von Schiffen ist ab dem Zeitpunkt einer erstmaligen Zinsausgleichszusage und während der Laufzeit von Finanzierungen geförderter Schiffbauaufträge Voraussetzung für die Gewährung von Innovationsbeihilfen, dass sich das Land, in dem die beauftragte Werft ihren Sitz hat, zu 50 Prozent an den Innovationsbeihilfen beteiligt, soweit sich diese Finanzhilfen auf Empfänger mit Sitz in dem jeweiligen Land beziehen.
3. Grundlage der Förderung sind die Rahmenbestimmungen der Europäischen Kommission für Beihilfen an den Schiffbau sowie die Innovationsrichtlinie des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie und Verwaltungsvereinbarungen zwischen Bund und den betroffenen Ländern. Das Förderprogramm wurde in 2010 einer umfassenden Evaluierung unterzogen. Dabei sind die Handlungsempfehlungen der Nationalen Maritimen Konferenzen sowie die Ergebnisse aus der Prüfung des Bundesrechnungshofes zur Programmdurchführung berücksichtigt worden. Das Programm sieht seit dem eine nicht rückzahl-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 892 10 (Titelgruppe 01)

bare Innovationsbeihilfe sowie eine Förderung innovativer schiffbaulicher Verfahren und Technologien ohne unmittelbaren Schiffbauauftrag vor, sofern die geförderte Innovation zeitlich gebunden im Schiffbau genutzt wird.

4. Aus dem Ansatz können Ausgaben zur Evaluation des Programms sowie sonstige Verwaltungskosten geleistet werden.

Titelgruppe 02

Tgr. 02	Informations- und Kommunikationstechnologien	(67 000)	(71 596) *(111 994)*	

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind übertragbar.

683 21 -165	Entwicklung konvergenter Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)	42 000	40 500 *2 462*	46 129

Verpflichtungsermächtigung .... 35 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 10 500 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 9 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu .... 8 500 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu .... 7 000 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind in Höhe von 5 000 T€ mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 686 22.

2. Die Ausgaben sind in Höhe von 2 000 T€ mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 686 23.

3. Die Verpflichtungsermächtigung ist in Höhe von **6 000 T€** mit der Verpflichtungsermächtigung bei folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 686 22.

Haushaltsjahr 2015 .... 2 000 T€
Haushaltsjahr 2016 .... 2 000 T€
Haushaltsjahr 2017 .... 2 000 T€

4. Die Verpflichtungsermächtigung ist in Höhe von 1 500 T€ mit der Verpflichtungsermächtigung bei folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 686 23.

Haushaltsjahr 2015 .... 500 T€
Haushaltsjahr 2016 .... 500 T€
Haushaltsjahr 2017 .... 500 T€

5. Einnahmen aus Rückforderungen ausgezahlter Zuwendungen, wegen Rücknahme bzw. Widerruf von Zuwendungsbescheiden, aus Zinsen und aus Rückforderungen nach einer Verwendungsnachweisprüfung fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Energieeffiziente IKT	7 300
2. Internet der Dinge	17 000
3. Cloud Computing	15 000
4. Internet der Dienste	1 000
5. Gründerwettbewerb IKT-innovativ	1 700
Zusammen	42 000

Die Maßnahmen sind Bestandteil der IKT-Strategie der Bundesregierung "Deutschland Digital 2015" und der High-Tech-Strategie 2020.

0901 Innovation, Technologie und Neue Mobilität

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 683 21 (Titelgruppe 02)

1. Der Förderschwerpunkt "IT2Green" zielt auf Best-Practice-Lösungen für energieeffiziente IKT-Anwendungen in Wirtschaft, Verwaltung und privaten Haushalten.
2. Bei "AUTONOMIK für Industrie 4.0" geht es um intelligente Produktion, Produkte und Dienste im multidimensionalen Internet der Zukunft. Themenfelder, wie Service und Assistenz, Mensch-Technik-Interaktion und 3D in industriellen Anwendungen spielen hierbei eine wichtige Rolle.
3. Das Technologieprogramm "Trusted Cloud" fördert die Entwicklung und Erprobung innovativer, sicherer und rechtskonformer Cloud Computing-Lösungen, insbesondere mit Blick auf mittelständische Unternehmen.
4. Durch den neuen Themenschwerpunkt "Smart Data" sollen Projekte mit Leuchtturmcharakter angestoßen werden, die Lösungen zur Nutzung digitaler Massendaten in strategischen Nutzungsfeldern, insbesondere auch für den Mittelstand, entwickeln und prototypisch erproben.
5. Mit der Maßnahme "Gründerwettbewerb - IKT innovativ" sollen tragfähige Geschäftsideen im Bereich zukunftsweisender und kreativer Informations- und Kommunikationstechnologien unterstützt werden. Die Maßnahme ist Teil der BMWi-Initiative "Gründerland Deutschland".

Aus dem Ansatz können folgende Ausgaben für die Durchführung der Maßnahmen geleistet werden:

Bezeichnung	1 000 €
Projektträgerkosten	2 100
Begleitforschung/Evaluation	2 500
Fachtagungen	100

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
686 22 -165	IKT-Anwendungen in der Wirtschaft	18 000	19 520 *4 992*	11 028

Verpflichtungsermächtigung .... 9 500 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 1 500 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 4 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu .... 3 000 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu .... 1 000 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind in Höhe von 5 000 T€ mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 683 21.
2. **Die Ausgaben sind in Höhe von 2 000 T€ mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 686 23.**
3. Die Verpflichtungsermächtigung ist in Höhe von **5 500 T€** mit der Verpflichtungsermächtigung bei folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 683 21.

   Haushaltsjahr 2015 .... 1 500 T€
   Haushaltsjahr 2016 .... 2 000 T€
   Haushaltsjahr 2017 .... 2 000 T€
4. **Die Verpflichtungsermächtigung ist in Höhe von 1 500 T€ mit der Verpflichtungsermächtigung bei folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 686 23.**

   Haushaltsjahr 2015 .... 500 T€
   Haushaltsjahr 2016 .... 500 T€
   Haushaltsjahr 2017 .... 500 T€

Erläuterungen:

Die Maßnahmen sind Bestandteil der IKT-Strategie der Bundesregierung "Deutschland Digital 2015" und der HighTech-Strategie.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 686 22 (Titelgruppe 02)

Die Einführung und Verbreitung moderner Informations- und Kommunikationstechniken (IuK-Techniken) am Arbeitsplatz, im Produktionsprozess und Geschäftsverkehr insbesondere mittelständischer Unternehmen und des Handwerks sollen durch die Bereitstellung leistungsfähiger elektronischer Informationsangebote sowie durch Maßnahmen zur stärkeren und effektiveren Nutzung der Informations- und Kommunikationstechniken unterstützt werden. An der bundesweiten Harmonisierung von Rahmenbedingungen beim Aufbau einer Geodateninfrastruktur in Deutschland wirkt die Geschäftsstelle der Kommission für Geoinformationswirtschaft (GIW-GSt) an der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) intensiv mit. Hierfür werden - zunächst begrenzt bis 2016 - jährlich 1,0 Mio. € der Behörde zur Verfügung gestellt.

Aus dem Ansatz können folgende Ausgaben für die Durchführung der Maßnahmen geleistet werden:

Bezeichnung	1 000 €
Projektträgerkosten	980
Begleitforschung/Evaluation	430

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
686 23 -692	Potentiale der digitalen Wirtschaft	7 000		

Verpflichtungsermächtigung .... 10 000 T€

davon fällig:

im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 4 800 T€

im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 3 800 T€

im Haushaltsjahr 2017 bis zu .... 1 400 T€

Haushaltsvermerk:

1. **Die Ausgaben sind in Höhe von 2 000 T€ mit folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: 683 21 und 686 22.**
2. **Die Verpflichtungsermächtigung ist in Höhe von 1 500 T€ mit den Verpflichtungsermächtigungen bei folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: 683 21 und 686 22.**

   Haushaltsjahr 2015 .... 500 T€

   Haushaltsjahr 2016 .... 500 T€

   Haushaltsjahr 2017 .... 500 T€

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Digitalisierung der Wirtschaft/Junge digitale Wirtschaft	2 000
2. Strategie Intelligente Netze	2 000
3. IT-Sicherheit in der Wirtschaft	3 000
Zusammen	7 000

Die Maßnahmen sind Bestandteil des BMWi-Aktionsprogramms "Digitale Wirtschaft", der "Cyber-Sicherheitsstrategie für Deutschland" der Bundesregierung und der IKT-Strategie der Bundesregierung "Deutschland Digital 2015".

1. Bei Digitalisierung der Wirtschaft/Junge digitale Wirtschaft geht es darum, wichtige Projekte zur Beschleunigung der Digitalisierung der Wirtschaft umzusetzen, Young IT-Unternehmen/Startups, die mit Innovationen maßgeblich zum Wachstum beitragen, zu unterstützen, die Internationalisierung der digitalen Wirtschaft im Rahmen des IT-Gipfelprozesses voranzutreiben und Projekte des Beirates "Junge Digitale Wirtschaft" zu realisieren.
2. Intelligente Netze können wichtige Wachstumsimpulse und Effizienzgewinne realisieren und wesentlich zur Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen, wie Energiewende, Mobilität und gesundheitlicher Vorsorge beitragen. Es geht darum, intelligente Netze/Best Practice-Lösungen im Energie-, Gesundheits-, Verkehrs-, Verwaltungs- und Bildungsbereich auf der Basis der in 2013 erarbeiteten Strategie Intelligente Netze zu realisieren.
3. Ziel der Initiative "IT-Sicherheit in der Wirtschaft" ist es, KMU für das Thema IT-Sicherheit zu sensibilisieren und dabei zu unterstützen, ein adäquates Sicherheitsniveau zu erreichen.

0901 Innovation, Technologie und Neue Mobilität

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 686 23 (Titelgruppe 02)

Aus dem Ansatz können auch Ausgaben für Studien, Gutachten, Fachveranstaltungen und Fachinformationen geleistet werden.

Titelgruppe 03

Tgr. 03	Luft- und Raumfahrt	(1 417 077)	(1 406 640) *(45 400)*	

Haushaltsvermerk:

Das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt e. V. (DLR), Köln-Porz ist ermächtigt, bis zu 5 Prozent, im Einzelfall bis zu 10 Mio. €, der institutionellen Zuwendungsmittel an eine juristische Person, an der das DLR beteiligt ist oder der es angehört, insbesondere zur Vernetzung mit der Wissenschaft und zur Kooperation mit der Wirtschaft, zu institutionellen Zwecken weiterzugeben.

Die Weitergabe institutioneller Zuwendungsmittel über 500 T€ im Einzelfall an Empfänger im Ausland bedarf der Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages.

526 01 -011	Gerichts- und ähnliche Kosten	1 200	1 400	1 086

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind übertragbar.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Airbus Group	800
2. WTO	400
Zusammen	1 200

Aus dem Titel sollen die im Zusammenhang mit den anhängigen WTO-Verfahren für eine im Interesse der Bundesrepublik Deutschland liegende Verhandlungsführung und WTO-konforme Gestaltung bestehender und zukünftiger Darlehensverträge notwendigen anwaltlichen sowie betriebs- und finanzwirtschaftlichen Beratungskosten und weitere damit im Zusammenhang stehende Sachkosten sowie die im Zusammenhang mit der Beteiligung an der Airbus Group N.V. (bis 31. Dezember 2013: EADS N.V.) anfallenden notwendigen Beratungskosten beglichen werden.

662 31 -634	Finanzierungshilfen für den Absatz von zivilen Flugzeugen inklusive Triebwerke	200	500	139

Haushaltsvermerk:

Einnahmen aus Prämien und Zinseinnahmen fließen den Ausgaben zu. Bei einem Betrag von mehr als 5 Mio. € bedarf es der Einwilligung des Bundesministeriums der Finanzen.

Erläuterungen:

Durch Gewährung von Absatzhilfen für die Vermarktung von Flugzeugen und Triebwerken wird es der Luftfahrtindustrie ermöglicht, über Exportgarantien international übliche Finanzierungsbedingungen im Rahmen des OECD-Sektorenabkommens für Großraumflugzeuge beim Verkauf anzubieten. Seit dem 1. November 2008 gibt es ein neues Verfahren, das die Bezuschussung der Exportgarantien entbehrlich macht. Die administrative Abwicklung des Altverfahrens wird voraussichtlich bis 2018 Ausgaben verursachen. Vor Auszahlung von Haushaltsmitteln sind alle bei der KfW im Rahmen der Durchführung anfallenden Einnahmen einzusetzen.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 662 31 (Titelgruppe 03)

Aus dem Ansatz können folgende Ausgaben für die Durchführung der Maßnahmen geleistet werden:

Bezeichnung	1 000 €
Mandatarkosten..	55

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
662 32 -634	Ausgaben zur Absicherung des Ausfallrisikos im Zusammenhang mit Darlehen zur Finanzierung der anteiligen Entwicklungskosten ziviler Luftfahrzeuge	6 500	6 000	1 211

Erläuterungen:

Der Bund unterstützt in Übereinstimmung mit den internationalen Verpflichtungen die Entwicklung ziviler Luftfahrzeuge einschl. Ausrüstungskomponenten und Triebwerken. Dies erfolgt u. a. durch die Ausreichung rückzahlbarer verzinslicher Darlehen.

Die Unterstützung orientiert sich prinzipiell an den tatsächlich auf Deutschland entfallenden Arbeitsanteilen bei Entwicklung und Produktion.

Zur Absicherung eines eventuellen Ausfallrisikos übernimmt der Bund die notwendigen Gewährleistungen. Hierfür sind Entgelte zu zahlen.

Aus dem Ansatz können auch Ausgaben für Beratung im Zusammenhang mit der vorgenannten Gewährleistung, insbesondere Risikobewertung der verschiedenen Projekte, geleistet werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
683 31 -165	Forschungsförderung von Technologievorhaben der zivilen Luftfahrt - Förderung von Einzelvorhaben	157 200	155 512 *5 000*	121 172

Verpflichtungsermächtigung... 60 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 22 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 22 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 16 000 T€

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind übertragbar.

Erläuterungen:

Bezeichnung	Zuschüsse 1 000 €	Investitionen 1 000 €
1	2	3
1. Förderung von Technologievorhaben in der zivilen Luftfahrt..	94 380	56 120
2. Projektträgerkosten/Gutachten........................	6 700	-
Zusammen...	101 080	56 120

1. Die Bundesregierung unterstützt die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Luftfahrtindustrie am Standort Deutschland durch Forschungs- und Technologieförderung im Rahmen des Luftfahrtforschungsprogramms der Bundesregierung (LuFo). Ziel des Programms ist der Erhalt und Ausbau der technologischen (Kern-)Fähigkeiten der deutschen, zivilen, kommerziellen Luftfahrtindustrie, die Verbreiterung und Vertiefung der Kompetenzen und Fähigkeiten des Humankapitals sowie die weitere Stärkung der deutschen Forschungsinfrastruktur. Insgesamt werden für die zivile Luftfahrtindustrie in Deutschland damit international wettbewerbsfähige Forschungsrahmenbedingungen geschaffen und erweitert. Gleichzeitig unterstützt der Prozess die Anpassung an neue Marktgegebenheiten und Paradigmen, die vor allem für Zulieferer mit erheblichen FuE- und Programm-Risiken verbunden sind.
2. Das LuFo wird auf dem bestehenden Ausgabenniveau fortgeführt und konzeptionell weiterentwickelt. Grundlagen sind die aktuelle Luftfahrtstrategie der Bundesregierung (Stand Januar 2013) und die externe Evaluierung des Programms. Im Haushalt 2013 wurde bereits eine Verpflichtungsermächtigung eingebracht, um den ersten Aufruf im Rahmen des neuen Luftfahrtforschungsprogramms V mit einem Volumen von 170 Mio. € zu starten. Für das Haushaltsjahr 2014 ist - im Sinne der Fortführung des Programms und zur Wahrung der Kontinuität - eine weitere Verpflichtungsermächtigung in Höhe von

0901 Innovation, Technologie und Neue Mobilität

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 683 31 (Titelgruppe 03)

60,0 Mio. € vorgesehen. Damit ist die Förderung zusätzlicher Projekte im Rahmen des ersten Aufrufs mit einem Mittelabfluss im Zeitraum 2015 bis 2017 geplant. Diese Mittel sollen primär für Technologieprojekte in Anlehnung an die o. g. Luftfahrtstrategie verwendet werden. Ziel ist die Schaffung eines umweltverträglichen, leistungsfähigen Luftverkehrssystems, in dem die deutsche Luftfahrtindustrie dauerhaft und wesentlich zur Wertschöpfung in Deutschland beiträgt. Insbesondere wird damit die Stärkung der langfristigen Wettbewerbsfähigkeit und die Realisierung grundlegender Forschungsarbeiten verfolgt. Die Notwendigkeit zukünftig größere Entwicklungs- und Programmrisiken übernehmen zu müssen, wird die F&T-Hemmnisse gerade im Zuliefererbereich weiter erhöhen. LuFo V unterscheidet daher erstmals verschiedene Förderkategorien in Abhängigkeit vom geplanten Technologiereifegrad, um den unterschiedlichen Forschungs- und Technologiephasen gerechter bzw. den geänderten Markt- und Wettbewerbsbedingungen besser begegnen zu können. Des Weiteren sind Investitionen und Maßnahmen (z. B. für Teststände und Versuchsträger), die der Gewinnung bzw. Absicherung von Forschungsergebnissen dienen, veranschlagt. Diese Investitionen und Maßnahmen stärken die Forschungsinfrastruktur in Deutschland und sind Voraussetzung für den Ausbau und die Aufrechterhaltung der Technologieführerschaft im Bereich der zivilen Luftfahrt. Sie erstrecken sich über die gesamte thematische Spannbreite des Förderprogramms und betreffen alle klassischen, technologischen Hauptdisziplinen der Luftfahrt gleichermaßen.

3. Im Luftfahrtforschungsprogramm werden hauptsächlich Verbundprojekte gefördert. Dabei werden auch Belange von klein- und mittelständischen Unternehmen berücksichtigt. Dies dient sowohl der Netzwerkbildung als auch der optimalen Bündelung und Koordinierung der einzelnen Fähigkeiten. Im aktuellen Luftfahrtforschungsprogramm wird der weit überwiegende Anteil der Fördermittel für Technologien mit direktem und indirektem Umwelt- und Klima-Bezug aufgewendet. Hierbei richten sich die Umwelt- und Klimaziele an den international abgestimmten "high level targets (HLT)" aus. Die durch ACARE (Advisory Council for Aviation Research and Innovation in Europe) definierten klaren Emissions- und Lärmziele für die Luftfahrt, sind Bestandteil der aktuellen Luftfahrtforschungsprogramme (LuFo IV und LuFo V).
4. Das Luftfahrtforschungsprogramm setzt eine anteilige hohe Eigenfinanzierung durch die Unternehmen voraus (i. d. R. 60 Prozent). Dies dient als Anreiz für die Unternehmen, eigene leistungsfähige Forschungs- und Entwicklungskapazitäten zu generieren. In begründeten Fällen können eigenständige Projekte der Grundlagenforschung von Hochschulen und Großforschungseinrichtungen im Verbund mit Forschungsvorhaben der Industrie mit bis zu 100 Prozent gefördert werden. Der Anteil der Ausgaben für Forschung und Entwicklung gemessen am Umsatz der Branche bewegt sich schon seit Jahren auf einem überdurchschnittlichen Niveau. Die Bundesländer haben zugesagt, ihre Möglichkeiten zu prüfen, Vorhaben, die im Interesse des jeweiligen Landes stehen, in ähnlicher Höhe wie der Bund zu fördern. Die im Rahmen der Luftfahrtforschungsprogramme gewonnenen Erkenntnisse und Technologien sind nicht ausschließlich auf eine Verwertung in der Luftfahrt beschränkt. Sie haben enorme Bedeutung darüber hinaus. So werden Verbundwerkstoffe (CFK- oder kurzfaserverstärkte Metalle), spezielle Legierungen etc. auch in anderen Branchen eingesetzt (z. B. beim Bau von Windenergieanlagen sowie im Automobil- und Schiffbau). Anwendung finden ebenso neue Fertigungs- und Reparaturmethoden; hinzu kommt der Wissensgewinn z. B. durch Erkenntnisse im Bereich der Aerodynamik.

683 32 -165	Nationales Programm für Weltraum und Innovation - Forschungs- und Entwicklungsvorhaben	272 000	272 000 *40 400*	211 552

Verpflichtungsermächtigung.. 498 000 T€

davon fällig:

im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 91 300 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 134 100 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 138 900 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.. 87 700 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu.. 46 000 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 683 32 (Titelgruppe 03):

2. Die Ausgaben sind in Höhe von 30 000 T€ mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 896 31.
3. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 0912 Tit. 133 01.

Erläuterungen:

Bezeichnung der Organisation Rechtsgrundlage und Zweck der Mitgliedschaft	Mitgliedsbeitrag der Bundesrepublik Deutschland (Pflichtleistungen)			Besondere (freiwillige) Leistungen außerhalb des Mitgliedsbeitrags in 1 000 € (gerundet)	Zusammen Spalte 4 + 5 in 1 000 €
	in Prozent	in Tausend-Fremdwährung (gerundet)	in 1 000 € (gerundet)		
1	2	3	4	5	6
United Nations Office for Outer Space Affairs (UNOOSA), Wien.....	100		150	-	150
Rechtsgrundlage: Vereinbarung					
Zweck: Unterhaltung des UN-Büros "SPIDER" in Bonn zur weltweiten Weiterleitung raumfahrtbasierter Informationen für Katastrophenmanagement und Notfallreaktionen					

	Bezeichnung	Zuschüsse 1 000 €	Investitionen 1 000 €
	1	2	3
1.	Anwendung		
1.1	Erdbeobachtung..	11 600	48 400
1.2	Kommunikation..	13 800	17 700
1.3	Navigation..	11 000	-
	Zusammen 1..	36 400	66 100
2.	Wissenschaft		
2.1	Erforschung des Weltraums...........................	29 900	24 900
2.2	Forschung unter Weltraumbedingungen.........	19 600	8 900
	Zusammen 2..	49 500	33 800
3.	Infrastruktur		
3.1	Raumtransport..	5 700	-
3.2	Raumstation, bemannte Raumfahrt und Exploration..	4 000	-
3.3	Weltraumlage...		5 000
	Zusammen 3..	9 700	5 000
4.	Technik für Raumfahrtsysteme und übrige Aktivitäten...	20 600	16 700
5.	Personal- und Sachaufwand für das Raumfahrtmanagement beim Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt e. V. (DLR), Köln.......	34 200	-
Zusammen...		150 400	121 600

Das nationale Weltraumprogramm steht in enger Wechselwirkung zum Programm der Europäischen Weltraumorganisation (ESA). Es umfasst innerhalb der genannten Förderbereiche nationale Vorhaben, Beiträge zur Nutzung und Nutzungsvorbereitung der ESA-Vorhaben sowie Projekte und Missionen in internationaler Zusammenarbeit. Die Ausgaben umfassen auch die Ausstattung mit Geräten, flankierende Maßnahmen zur Erreichung der Programmziele (auch im Zusammenhang mit UN- und EU-Programmen) sowie zum Wissenstransfer (darunter besonders auch an Schulen) und begleitende Managementaktivitäten. Das Raumfahrtmanagement nimmt neben den nationalen Aufgaben auch die Vertretung Deutschlands gegenüber der ESA wahr. Zusätzlich werden Personal und Sachmittel für das gemeinsam mit dem Bundesministerium der Verteidigung betriebene Weltraumlagezentrum eingesetzt.

0901 Innovation, Technologie und Neue Mobilität

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 03

685 31 -164	Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e. V. - Betrieb	279 891	269 277	256 740

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind in Höhe von 10 000 T€ mit folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: Kap. 3004 Tgr. 70.
2. Die Ausgaben sind mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 894 31.
3. Die Mittel dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.

Erläuterungen:

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	Finanzierungsanteil in Prozent ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
Institutionelle Förderung/Zuschüsse an Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO					
Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e. V. (DLR), Köln-Porz..........	45,53	90,23	376 777	360 986	345 463
- aus Kap. 0901 Tit. 685 31..........			*279 891*	*269 277*	*256 740*
- aus Kap. 0901 Tit. 894 31..........			*65 836*	*62 701*	*33 180*
- aus Kap. 0901 Tit. 894 32..........			*-*	*-*	*26 535*
- aus Kap. 1420 Tit. 685 11..........			*29 000*	*26 963*	*26 963*
- aus Kap. 1420 Tit. 894 11..........			*2 050*	*2 045*	*2 045*

Wirtschaftsplan siehe Anlage zum Kapitel 0901.

Das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt e. V. ist mit seinen Forschungsbereichen Luftfahrt-, Weltraum-, Energie- und Verkehrsforschung Mitglied der Hermann von Helmholtz-Gemeinschaft (HGF). Vorstand des Vereins ist der Präsident. Der Verein hat seinen Sitz in Bonn. Die Ausgaben des Vereins einschließlich der Geschäftsstelle werden bis zu einer Höhe von 8,5 Mio. € durch eine Umlage aller HGF-Zentren getragen.

Aufgrund des Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK)-Abkommens nach Art. 91 b) GG werden die Zentren der Hermann von Helmholtz-Gemeinschaft (HGF-Zentren) vom Bund und den Ländern in der Regel im Verhältnis 90 : 10 gefördert. Die Förderung betrifft programmorientierte Aktivitäten in folgenden Forschungsbereichen:

1.1 Struktur der Materie,

1.2 Erde und Umwelt,

1.3 Luftfahrt, Raumfahrt und Verkehr,

1.4 Gesundheit,

1.5 Energie,

1.6 Schlüsseltechnologien.

Innerhalb des Gesamtansatzes der HGF für die sechs Forschungsbereiche werden sich die Zuwendungen für die einzelnen HGF-Zentren nach Maßgabe eines wettbewerblichen Verfahrens unter Einbeziehung externer Gutachter (Programmorientierte Förderung) verändern können.

Die Mittel können im Umfang von bis zu 68,67 Mio. € (Bundesanteil) für ein vom Präsidenten des HGF e. V. verwaltetes gemeinsames Maßnahmenprogramm insbesondere zur Förderung der Vernetzung der Helmholtz-Zentren mit Hochschulen und zur Erschließung neuer Forschungsansätze verwendet werden (Impuls- und Vernetzungsfonds). Darin enthalten sind auch die anteiligen Kosten für die Verwaltung dieses Fonds.

Bis zum 31.12.2012 nicht verbrauchte Selbstbewirtschaftungsmittel: bei Kap. 0905 Titel 685 31, 894 31 und 894 32: 37 500 T€.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 03

894 31 -164	Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e. V. - Investitionen	65 836	62 701	33 180

Verpflichtungsermächtigung... 28 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 11 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 11 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 6 000 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind in Höhe von 10 000 T€ mit folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: Kap. 3004 Tgr. 70.
2. Die Ausgaben sind mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 685 31.
3. Die Mittel dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.

Erläuterungen:

Zuwendungsempfänger: Zusammenstellung siehe Erläuterungen zu Tit. 685 31.

896 31 -165	Beitrag bzw. Leistungen an die Europäische Weltraumorganisation (ESA) in Paris	634 250	639 250	636 454

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind in Höhe von 30 000 T€ mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 683 32.
2. Soweit die Bundesregierung beabsichtigt, sich an neuen fakultativen Programmen der ESA zu beteiligen, die einen Gesamtfinanzierungsbeitrag der Bundesrepublik von über 25 000 T€ erfordern, bedarf sie der vorherigen Zustimmung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages. Entsprechendes gilt für Projekterweiterungen.

Erläuterungen:

Bezeichnung der Organisation Rechtsgrundlage und Zweck der Mitgliedschaft	Mitgliedsbeitrag der Bundesrepublik Deutschland (Pflichtleistungen)			Besondere (freiwillige) Leistungen außerhalb des Mitgliedsbeitrags in 1 000 € (gerundet)	Zusammen Spalte 4 + 5 in 1 000 €
	in Prozent	in Tausend-Fremdwährung (gerundet)	in 1 000 € (gerundet)		
1	2	3	4	5	6
Europäische Weltraumorganisation (ESA), Paris............................ Rechtsgrundlage: Übereinkommen vom 30.05.1975, Gesetz vom 23.11.1976 (BGBl. II 1976 S.1861) Inkrafttreten: 30.10.1980 Zweck: Sicherstellung und Entwicklung der Zusammenarbeit auf den Gebieten der Weltraumforschung und -technik sowie weltraumtechnischer Anwendungen	-		631 750	2 500	634 250

Zu Spalte 5: Von Deutschland zu zahlender geschätzter Steuerausgleichsbetrag gemäß Art. 42 der Pensionsregeln der Koordinierten Organisationen.

Aus den Ausgaben dürfen auch Personal- und sächliche Verwaltungsausgaben für die Vorbereitung und Durchführung in Deutschland stattfindender ESA-Ministerkonferenzen, Ausgaben für Geländeerweiterungen von ESA-Niederlassungen in Deutschland und zur Stärkung des deutschen Personalanteils in der ESA geleistet werden.

0901 Innovation, Technologie und Neue Mobilität

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel			
894 21 -772	Förderung und Entwicklung von Informations- und Kommunikationstechnischen (IKT-)Infrastrukturen, Breitband		2 000 *2 860*	6 639
894 22 -692	Zuschüsse zu den Umstellungskosten aus der Freigabe von Frequenzen ("Digitale Dividende")		9 576 *101 680*	884

Anlage zu Kapitel 0901 - Wirtschaftspläne

Zu Tgr. 03 Tit. 685 31

Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e. V. (DLR), Köln-Porz

Wirtschaftsplan		Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1		2	3	4
Institutionelle Förderung				
1.	**Ausgaben**	**827 583**	**799 955**	**786 922**
1.1	Personalausgaben	431 268	423 754	405 088
1.2	Sächliche Verwaltungsausgaben	293 057	276 431	261 967
1.3	Ausgaben für Investitionen	103 258	99 770	119 867
2.	**Finanzierung der Ausgaben**	**827 583**	**799 955**	**786 922**
2.1	Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	410 000	400 000	445 677
2.2	Zuwendungen von Ländern	40 806	38 969	33 282
2.3	Nicht verbrauchte Selbstbewirtschaftungsmittel			-37 500
2.4	**Zuwendung des Bundes**	**376 777**	**360 986**	**345 463**
	aus Kap. 0901 Tit. 685 31	*279 891*	*269 277*	*256 740*
	aus Kap. 0901 Tit. 894 31	*65 836*	*62 701*	*33 180*
	aus Kap. 0901 Tit. 894 32	*-*	*-*	*26 535*
	aus Kap. 1420 Tit. 685 11	*29 000*	*26 963*	*26 963*
	aus Kap. 1420 Tit. 894 11	*2 050*	*2 045*	*2 045*
nachrichtlich: **Projektförderung**		75 000	55 000	97 000

Dem BMWi werden die bei Kap. 1420 Tit. 685 11 und 894 11 veranschlagten Beträge zur haushaltsmäßigen Bewirtschaftung zugewiesen.

Zu 2.1: Im Ist 2012 sind 53 000 T€ (davon 4 800 T€ aus dem Epl. 14) Selbstbewirtschaftungsmittel aus 2011 enthalten.

Zu 2.3 : Ende 2012 wurden Selbstbewirtschaftungsmittel in Höhe von 37 500 T€ nach 2013 übertragen.

Der Wirtschaftsplan dieser Einrichtung ist vorläufig, der endgültige Wirtschaftsplan wird nach Umsetzung der Beschlüsse der zuständigen Gremien der Zuwendungsgeber vorgelegt.

Vorbemerkung

Wesentliche finanzwirksame Schwerpunkte des Kapitels

Der Bereich der Mittelstandspolitik (Kap. 0902) umfasst ein finanzielles Volumen in Höhe von rund 858 Mio. €. Besonderes finanzielles Gewicht mit annähernd 70 Prozent aller Ausgaben des Kap. 0902 hat die **Investitionsförderung in strukturschwachen Regionen** im Rahmen der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GRW). Hierfür stehen 2014 insgesamt rund 583 Mio. € zur Verfügung (Titel 882 01). Zusammen mit der Kofinanzierung der Länder kann ein Bewilligungsrahmen für neue Investitionsvorhaben der gewerblichen Wirtschaft in strukturschwachen Regionen und Maßnahmen zur Verbesserung der kommunalen wirtschaftsnahen Infrastruktur von über 1,1 Mrd. € mobilisiert werden. Die Fördermittel werden vornehmlich im mittelständischen verarbeitenden Gewerbe und in forschungsintensiven Branchen eingesetzt.

Zweitgrößter Ausgabenschwerpunkt sind die **Fachkräftesicherung** und in diesem Zusammenhang auch die **berufliche Bildung,** für die mit insgesamt gut 88 Mio. € rund 10 Prozent aller Ausgaben des Kapitels vorgesehen sind. Für das Thema Fachkräftesicherung stehen davon 2014 rund 14 Mio. € zur Verfügung (Titel 686 05). Das Programm "Berufliche Bildung" (insgesamt rund 74 Mio. €) unterstützt mit zwei Modulen überbetriebliche Lehrgänge im Handwerk sowie die Errichtung, Modernisierung und Ausstattung überbetrieblicher Bildungsstätten der gewerblichen Wirtschaft (Titel 686 04, 893 01).

In dem Kapitel werden außerdem die Maßnahmen zur Stärkung der Gründungskultur und Unterstützungsleistungen für Gründerinnen und Gründer gebündelt. Dabei werden innovative Unternehmensgründungen (Titel 686 07) mit 67 Mio. € unterstützt: Neben dem aus mehreren Komponenten bestehenden Förderprogramm "Existenzgründungen aus der Wissenschaft (EXIST)" stellt der "High-Tech Gründerfonds I und II" Finanzierungen für technologieorientierte Unternehmensgründungen bereit. Die Beteiligung an beiden Fonds ist zum 1. Januar 2013 an das ERP-Sondervermögen übergegangen. Mit der 2013 aufgelegten neuen Maßnahme "Investitionszuschuss Wagniskapital" werden private Investoren, insbesondere "Business Angels", unterstützt, die sich langfristig an jungen innovativen Unternehmen beteiligen.

Die Maßnahmen zur **Förderung unternehmerischen Know-hows** wurden ab 2012 neu gebündelt. Hierfür stehen im Jahr 2014 rund 39 Mio. € zur Verfügung (Titel 686 08). Hieraus sollen u. a. Beratungen für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und Freie Berufe sowie entsprechende Workshops, Informations- und Schulungsveranstaltungen sowie Maßnahmen zur Stärkung der Gründungskultur und zur Erleichterung der Unternehmensnachfolge gefördert werden.

Wesentliche Ziele, die mit den veranschlagten Mitteln erreicht werden sollen

Grundsätzliches Ziel der Mittelstandspolitik des BMWi ist es, die Rahmenbedingungen für das unternehmerische Handeln weiter zu verbessern, so dass kleine und mittlere Unternehmen ihre Wettbewerbsfähigkeit ausbauen und Wachstums- und Beschäftigungspotenziale umfassend entfalten können.

Ziel der **Investitionsförderung in strukturschwachen Regionen** mit Hilfe der GRW ist es, in diesen Regionen den Strukturwandel zu unterstützen und Wachstumsimpulse zu geben. Die Regionen sollen in die Lage versetzt werden, neue Einkommensmöglichkeiten und Arbeitsplätze zu schaffen. Das soll erreicht werden durch verstärkte Investitionen der gewerblichen Wirtschaft, einen verbesserten Wissenstransfer von Forschungseinrichtungen zu KMU, die Stärkung der Humankapitalbildung wie auch von Forschung und Entwicklung bei KMU. Hinzu kommen die Verbesserung der wirtschaftsnahen kommunalen Infrastruktur sowie der regionalen und überregionalen Zusammenarbeit. Im Zeitraum 1998 - 2008 lagen Beschäftigungszuwachs (4,6 Prozent p. a.) und Lohnzuwachs (6,0 Prozent p. a.) geförderter Betriebe deutlich über dem nicht geförderter Betriebe.

Im Bereich der **Fachkräftesicherung** geht es u. a. darum, das inländische Fachkräftepotenzial besser zu erschließen. So sollen u. a. Potenziale bei den Jugendlichen gehoben werden, die es bislang nicht in Ausbildung geschafft haben. Es sollen aber auch leistungsstarke Jugendliche für die Ausbildung begeistert werden. Um ihren Fachkräftebedarf adäquat sicherzustellen, werden KMU darüber hinaus bei der Auswahl von Auszubildenden unterstützt. Ein weiteres Ziel ist die Gewinnung von ausländischen Fachkräften für den deutschen Arbeitsmarkt. Hierfür sollen u. a. das Internetportal "Make it in Germany" und Pilotprojekte für eine offene deutsche Willkommenskultur und die Attraktivität Deutschlands als Lebens- und Arbeitsort für ausländische Fachkräfte gemeinsam mit deutschen Organisationen vor Ort werben. Des Weiteren sollen Beschäftigungspotenziale von Menschen mit Migrationshintergrund durch verbesserte Verfahren zur Bewertung ausländischer Qualifikationen erschlossen werden. Die Förderung der **beruflichen Bildung** hat das Ziel, zum einen die Ausbildungsbereitschaft der Handwerksbetriebe zu erhöhen, zum anderen die hohe Qualität der Bildung zu sichern.

Aufgrund der seit 2011 rückläufigen Gründungsdynamik ist es Ziel der Bundesregierung, die Gründungskultur in Deutschland zu stärken und für mehr Unternehmergeist zu werben. Im Rahmen der Innovativen Unternehmensgründungen hat das Programm EXIST zum Ziel, eine Kultur der unternehmerischen Selbständigkeit an Hochschulen und Forschungseinrichtungen zu etablieren und die Zahl der Ausgründungen aus wissenschaftlichen Einrichtungen zu erhöhen. So führten 85 Prozent der geförderten Vorhaben des EXIST-Gründerstipendiums bereits zur Gründung bzw. zur konkreten Vorbereitung einer Gründung (insgesamt: mehr als 700 Unternehmen bis 2013). Neun von zehn Unternehmen sind zwei Jahre nach Gründung weiterhin aktiv.

Durch den "Investitionszuschuss Wagniskapital" sollen mehr Menschen mit unternehmerischer Orientierung für risikobehaftete Investitionen in junge innovative Unternehmen gewonnen und damit der Kapitalzugang dieser Unternehmen nachhaltig verbessert werden.

Auch die Mittel zur **Förderung des unternehmerischen Know-hows** dienen dazu, unternehmensgrößenspezifische Wettbewerbsnachteile abzubauen, indem kleine und mittlere Unternehmen externes, qualifiziertes Know-how zu allen Fra-

gen der Unternehmensführung frühzeitig in Anspruch nehmen können.

Überblick zum Kapitel 0902	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen..	33 265	33 265	-		45 087
Übrige Einnahmen..	-	-	-		209 693
Gesamteinnahmen...	33 265	33 265	-		254 780
Ausgaben					
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	246 171	262 617	-16 446	27 349	260 730
Ausgaben für Investitionen.....................................	611 794	611 794	-	114 022	808 988
Gesamtausgaben...	857 965	874 411	-16 446	141 371	1 069 833
davon nicht flexibilisiert..	857 965	874 411	-16 446	141 371	1 069 833
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung...................................	758 999 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.................................	227 539 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.................................	274 260 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.................................	230 700 T€				
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.................................	5 500 T€				
im Haushaltsjahr 2019 bis zu.................................	5 200 T€				
im Haushaltsjahr 2020 bis zu.................................	4 800 T€				
im Haushaltsjahr 2021 bis zu.................................	4 500 T€				
im Haushaltsjahr 2022 bis zu.................................	3 600 T€				
im Haushaltsjahr 2023 bis zu.................................	2 200 T€				
im Haushaltsjahr 2024 bis zu.................................	700 T€				

0902 Mittelstand: Gründen, Wachsen, Investieren

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Einnahmen			
	Verwaltungseinnahmen			
119 89 -691	Vermischte Einnahmen	33 265	33 265	45 087

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 882 02.

Erläuterungen:

Von den Investoren zurückfließende Mittel gemäß § 8 Abs. 3 des Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GRW) können zur Verstärkung der GRW-Förderung bei Kap. 0902 Tit. 882 02 eingesetzt werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
	Übrige Einnahmen			
346 01 -692	Einnahmen aus Zuschüssen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung	-	-	209 693

Haushaltsvermerk:

1. Mehreinnahmen sind wegen bindender Vorgaben der EU zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 882 03.
2. Den Ländern zustehende Anteile an den Zuschüssen sind bei der Weitergabe von den Einnahmen abzusetzen.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
	Ausgaben			
	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)			
662 02 -634	Zinszuschüsse im Rahmen von ERP-Förderprogrammen	63 100	64 100	60 100

Verpflichtungsermächtigung... 44 300 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 6 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 6 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 5 800 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.. 5 500 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu.. 5 200 T€
im Haushaltsjahr 2020 bis zu.. 4 800 T€
im Haushaltsjahr 2021 bis zu.. 4 500 T€
im Haushaltsjahr 2022 bis zu.. 3 600 T€
im Haushaltsjahr 2023 bis zu.. 2 200 T€
im Haushaltsjahr 2024 bis zu... 700 T€

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind übertragbar.

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 662 02

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Zinszuschüsse ERP-Innovationsprogramm..................................	45 780
2. Zinszuschüsse Steigerung Energieeffizienz..................................	8 320
3. Zinszuschüsse ERP-Startfonds..	9 000
Zusammen..	63 100

Zu 1.:
Zur Stärkung der marktnahen Forschung und Entwicklung neuer Produkte, Verfahren und Dienstleistungen sowie ihrer Markteinführung durch mittelständische Unternehmen und freiberuflich Tätige werden durch das Programm Darlehen zinsverbilligt. Aus dem Bundeshaushalt wird bei Neuzusagen maximal die Hälfte der Förderlast und nicht mehr als ein Prozentpunkt Zinsverbilligung getragen. Die ERP-Wirtschaftsförderung trägt die übrige Verbilligungsleistung in dem Programm. Der für die Laufzeit der Darlehen feste Zins wird in Abhängigkeit von der Marktzinsentwicklung flexibel gesteuert. Das Förderprogramm wird durch die KfW auf der Grundlage einer Richtlinie durchgeführt.

Zu 2.:
Als Teil des ERP-KfW-Energieeffizienzprogramms (Sonderfonds Energieeffizienz) werden zinsgünstige Investitionsdarlehen für Energiesparmaßnahmen an kleine und mittlere Unternehmen gewährt, die eine Laufzeit von maximal zehn Jahren haben. Die ERP-Wirtschaftsförderung trägt die übrige Verbilligungsleistung in dem Programm. Das Förderprogramm wird durch die KfW durchgeführt. Seit 2012 werden aus dem Bundeshaushalt nur noch Altzusagen ausfinanziert.

Zu 3.:
Der ERP-Startfonds stellt innovativen Technologieunternehmen bis zu einem Alter von zehn Jahren in der Entwicklungs- und Aufbauphase Beteiligungskapital zur Verfügung. Zu diesem Zweck geht er grundsätzlich Beteiligungen zu gleichen wirtschaftlichen Bedingungen wie ein weiterer Beteiligungsgeber (Leadinvestor) ein. Die Mittelerhöhungen sollen sowohl für Erstzusagen an Unternehmen als auch für Anschlussfinanzierungen genutzt werden. Die Programmdurchführung erfolgt durch die KfW. Im Rahmen des Maßnahmepakets der Bundesregierung zur Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung wurde der ERP-Startfonds um 200 Mio. € aufgestockt. Für die dem ERP dadurch entstehenden Refinanzierungskosten wird aus dem Bundeshaushalt ein Zinszuschuss geleistet. Dafür sind über zehn Jahre 90 Mio. € vorgesehen. Seit 2011 werden aus dem Bundeshaushalt nur noch Altzusagen ausfinanziert.

686 02 -165	Mittelstandsinstitute und Arbeitsgemeinschaft für wirtschaftliche Verwaltung e. V.	9 918	9 650	9 188

Haushaltsvermerk:

Die Erläuterungen sind hinsichtlich der Ausgabenansätze der einzelnen Zuwendungsempfänger / Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO verbindlich. Abweichungen bedürfen der Einwilligung des Bundesministeriums der Finanzen.

Erläuterungen:

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
Institutionelle Förderung/Zuschüsse an Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO					
1. Rationalisierungs- und Innovationszentrum der Deutschen Wirtschaft e. V. (RKW), Eschborn/Ts.. *- aus Kap. 0902 Tit. 686 02*	51,83	100,00	6 051	6 012	5 758
2. Institut für Mittelstandsforschung (IfM), Bonn....................................... *- aus Kap. 0902 Tit. 686 02*	56,00	67,27	1 316	1 284	1 217
3. Deutsches Handwerksinstitut e. V. (DHI), Berlin.................................. *- aus Kap. 0902 Tit. 686 02*	22,90	38,10	1 150	1 162	1 079
4. Arbeitsgemeinschaft für wirtschaftliche Verwaltung e. V. (AWV), Eschborn.. *- aus Kap. 0902 Tit. 686 02*	84,50	100,00	1 401	1 192	1 134

0902 Mittelstand: Gründen, Wachsen, Investieren

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 686 02

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	Finanzierungsanteil in Prozent ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
Zusammen			9 918	9 650	9 188
- Summe Tit. 686 02			*9 918*	*9 650*	*9 188*

Wirtschaftsplan zu 1. siehe Anlage zum Kapitel 0902.

Zu 1.:
Das RKW fördert Produktivität sowie Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) durch praxisnahe Aufbereitung und Transfer von KMU-relevanten Forschungsergebnissen zu Rationalisierung und Innovation. Dies geschieht im Dialog mit Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften und Wissenschaft. Mit der Förderung der Facharbeit des RKW, die nach der neuen Satzung durch das RKW-Kompetenzzentrum umgesetzt wird, werden die Ziele verfolgt, mittelstandsrelevante Zukunftsthemen und konkrete Umsetzungsempfehlungen mittels des RKW-Netzwerkes in die KMU zu transportieren sowie aktuelle Entwicklungen und kritische Faktoren aus der mittelständischen Betriebspraxis und aus umsetzungsorientierter KMU-Forschung anderer Einrichtungen für die fachpolitische Arbeit aufbereitet zu bekommen.

Zu 2.:
Das IfM, eine Stiftung des bürgerlichen Rechts mit Sitz in Bonn, hat die Lage, Entwicklung und Probleme des Mittelstandes zu erforschen und damit zur Erfüllung von Aufgaben der Ressorts der Stifter beizutragen. Stifter sind der Bund und das Land Nordrhein-Westfalen. Der Bund bringt zwei Drittel, das Land Nordrhein-Westfalen ein Drittel der Mittel auf. 2014 werden einmalig 21 T€ auf das IfM zur Durchführung einer externen Evaluation umgeschichtet.

Zu 3.:
Das DHI ist das zentrale, anwendungsorientierte Forschungsinstitut für das Handwerk. Fünf zum DHI zusammengeschlossene Institute haben - ihren unterschiedlichen Schwerpunkten entsprechend - die Kernaufgabe, Ergebnisse aus Wissenschaft und Forschung vorwiegend in den Bereichen Innovation, Technik und Betriebsführung für das Handwerk zugänglich und für die betriebliche Praxis nutzbar zu machen. Für den Bund und die im gleichen Umfang mitfinanzierenden Länder leistet das DHI Gutachter- und Beratungstätigkeiten in der Gewerbeförderung.

Zu 4.:
Die AWV hat die Aufgabe, als gemeinnütziger Verein die Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit in den Dienstleistungsbereichen der gewerblichen Wirtschaft und in der öffentlichen Verwaltung zu verbessern. Durch diese Aufgabenstellung und ihre Mitgliederstruktur (Unternehmen, öffentlich-rechtliche Körperschaften, Freie Berufe) erfüllt sie eine zentrale Scharnierfunktion zwischen Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung. Die AWV befasst sich verstärkt mit Fragestellungen des Bürokratieabbaus und erarbeitet anhand praktischer Fälle in der Wirtschaft Wege, die dazu beitragen, Verwaltungsanforderungen und -verfahren gegenüber der Wirtschaft zu reduzieren oder zu vereinfachen und dadurch die entstehenden Kosten für alle Beteiligten zu senken.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
686 04 -153	Berufliche Bildung für den Mittelstand - Lehrlingsunterweisung	45 100	45 100 *1 660*	43 440

Verpflichtungsermächtigung........

fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu........ 2 500 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Die Ausgaben sind mit folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: 686 08 und 893 01.
3. Einnahmen aus Rückzahlungen von Fördermitteln aus Vorjahren fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie unterstützt die berufliche Bildung im Handwerk durch Zuschüsse zu überbetrieblichen Lehrgängen für Auszubildende der Fachstufen. Diese Lehrgänge dienen der Anpassung des personellen Leistungsstandes an den technischen und ökonomischen Fortschritt (Verbilligung der von den Ausbildungsbetrieben zu tragenden Lehrgangsgebühren). Einzelheiten regeln Richtlinien des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie.

Aus diesem Ansatz können folgende Ausgaben für die Durchführung der Maßnahmen geleistet werden:

Bezeichnung	1 000 €
Projektträgerkosten........	100
Wissenschaftliche Begleitung und Evaluation........	200
Berufswettbewerbe........	100

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
686 05 -253	Fachkräftesicherung für kleine und mittlere Unternehmen	14 470	12 970 *7 947*	13 963

Verpflichtungsermächtigung.. 7 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 3 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 2 500 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 1 500 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben zu Nr. 1, 2, 3, 4 und 5 der Erläuterungen sind übertragbar.
2. Mehrausgaben zu Nr. 6 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1106 Tit. 686 12.
3. Mehrausgaben zu Nr. 6 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1106 Tit. 272 02.

   Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.
4. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Fachkräftesicherung	4 970
2. "Passgenaue Vermittlung"	3 000
3. Erschließung der Beschäftigungspotenziale von Menschen mit Migrationshintergrund	1 500
4. Umsetzung DQR	500
5. Maßnahmen zur Anwerbung von Fachkräften im Ausland	4 500
6. Kofinanzierung "Passgenaue Vermittlung" aus Zuschüssen des Europäischen Sozialfonds (ESF)	-
Zusammen	14 470

Im Rahmen des Förderfeldes Fachkräftesicherung werden insbesondere bei kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) im Einzelnen folgende Maßnahmen durchgeführt:

1. Der Nationale Pakt für Ausbildung und Fachkräftesicherung wird mit neuen Akzenten bis 2014 fortgeführt. Er soll u. a. Potenziale bei den Jugendlichen erschließen, die es bislang nicht in Ausbildung geschafft haben, aber auch leistungsstarke Jugendliche für die berufliche Ausbildung begeistern. Dazu soll u. a. die Informationskampagne "Berufliche Bildung - praktisch unschlagbar" fortgesetzt werden.

   Infolge sinkender Geburtenjahrgänge und der zunehmenden Konkurrenz des dualen Systems mit anderen Bildungsbereichen zeichnet sich ein akuter Fachkräftemangel ab. Zur Erhaltung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit von KMU sollen diese bei der Sicherung des Fachkräftebedarfs durch Konzeptentwicklungen, Qualifizierungen und Projekte unterstützt werden. Dafür ist u. a. ein Kompetenzzentrum für Fachkräftesicherung für KMU eingerichtet worden, das vom Rationalisierungs- und Innovationszentrum der Deutschen Wirtschaft e. V. (RKW) und dem Institut der Deutschen Wirtschaft Köln (IW) getragen wird.

0902 Mittelstand: Gründen, Wachsen, Investieren

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 686 05

2. KMU benötigen bei der Auswahl ihrer Auszubildenden Unterstützung durch erfahrene Beraterinnen und Berater, um ihren Fachkräftebedarf adäquat sicherzustellen und damit ihre Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern.

   Das Förderprogramm unterstützt neben der flächendeckenden Beratungs- und Vermittlungsleistung für KMU - insbesondere im Handwerks- und Dienstleistungsbereich - zukünftig auch den Matching-Prozess ausländischer Jugendlicher/junger arbeitsloser Fachkräfte aus EU-Staaten zur Ausbildung/Beschäftigung sowie die Integration internationaler Fachkräfte durch gezielte Beratung von KMU. Dies dient dem Ziel der Fachkräfteoffensive der Bundesregierung zur Schaffung einer Willkommenskultur und der erfolgreichen Integration von ausländischen Jugendlichen und jungen Fachkräften in KMU. Mit der geplanten Änderung der Richtlinie zum Programm erhält das Programm die neue Bezeichnung: "Unterstützung von KMU bei der passgenauen Besetzung von Ausbildungsplätzen mit in- und ausländischen Auszubildenden sowie bei der Integration von ausländischen Fachkräften". Das Förderprogramm wird aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) kofinanziert. Einzelheiten hierzu regelt die Richtlinie des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie.

3. Mit dem "Gesetz zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen" (Inkrafttreten 1. April 2012) wurde ein Rechtsanspruch auf ein Bewertungsverfahren festgeschrieben. Ferner sollen transparente und einheitliche Verfahren zur Feststellung und Bewertung ausländischer Qualifikationen geschaffen werden. Die Kammern (insbesondere Industrie- und Handelskammern, Handwerks- sowie Landwirtschaftskammern und zuständige Stellen der Freien Berufe) haben aufgrund des Anerkennungsgesetzes die ausländischen Berufsqualifikationen zu bewerten. Als entscheidende komplementäre Maßnahme zum o. g. Gesetz fördert das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie den Aufbau einer Wissens- und Arbeitsplattform.

   Mit dem BQ-Portal (Das Informationsportal für ausländische Berufsqualifikationen) wird den Entscheidungsträgern ein Arbeitsinstrument zur Verfügung gestellt, welches mit seinen länder- und berufsübergreifenden Informationen ausländische Berufsabschlüsse für Unternehmen transparenter sowie Bewertungsverfahren einheitlicher und schneller macht. Mit dem Aufbau des Portals und weiteren unterstützenden Maßnahmen soll der Matching-Prozess am Arbeitsmarkt und damit die Integration der Menschen mit Migrationshindergrund in Arbeitsmarkt und Gesellschaft nachhaltig unterstützt und verbessert werden.

4. Der Aufbau eines Deutschen Qualifikationsrahmens (DQR) soll die Transparenz von Bildungsabschlüssen und damit die Mobilität von Fachkräften innerhalb Europas fördern. Im Fall von Umsetzungsbedarf auf Kammerebene soll dieser unterstützt werden.

5. Die deutsche Wirtschaft hat das Fehlen einer systematischen Werbung im Ausland um Fachkräfte für den deutschen Arbeitsmarkt, insbesondere für KMU kritisiert. Um Deutschland für gut qualifizierte ausländische Fachkräfte, aber auch für deutsche Rückkehrer attraktiv zu machen, ist unter Einbeziehung der Erfahrungen vorhandener Strukturen ein Online-Portal zum Werben für Fachkräfte im Ausland "Make it in Germany" aufgebaut worden. Dieses Portal wird über im Ausland ansässige deutsche Institutionen, vor allem Auslandsvertretungen, Auslandshandelskammern (AHK), Deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ), Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD) und Goethe-Institute beworben. Das Internetportal ist ein wichtiger Schritt, um kluge Köpfe für Deutschland zu begeistern. In Indien, Indonesien und Vietnam sind dazu Ende 2012 Pilotprojekte gestartet worden. In Erfüllung der Demografiestrategie ist es erforderlich, zusätzlich weitere Produkte und Maßnahmen zu entwickeln, die die Zuwanderung internationaler Fachkräfte, unterstützende Netzwerkverbindung im Ausland, die Weiterentwicklung des Portals und die Schaffung einer Willkommenskultur in Deutschland, insbesondere den verstärkten Dialog zwischen Wirtschaft und Verwaltung zur Integration von Fachkräften aus dem Ausland vorantreiben sollen.

Aus dem Ansatz können folgende Ausgaben zur Durchführung der Maßnahme geleistet werden:

Bezeichnung	1 000 €
Projektträgerkosten	310
Wissenschaftliche Begleitung und Evaluation	50

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 686 05

Bezeichnung	1 000 €
Fachtagungen	10
Zusammen	370

An Auszahlungen der EU für den ESF werden 4,0 Mio. € in 2014 erwartet.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
686 06 -650	Potenziale in der Dienstleistungswirtschaft	7 406	7 620 *1 757*	5 469

Verpflichtungsermächtigung ... 9 326 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu ... 4 346 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu ... 3 320 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu ... 1 660 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben zu Nr. 1, 2, 3 und **5** der Erläuterungen sind übertragbar.
2. Die Ausgaben zu Nr. 2 der Erläuterungen sind in Höhe von 500 T€ mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: Kap. 0904 Tit. 687 05.
3. Mehrausgaben zu Nr. 4 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 0910 Tit. 272 01.

   Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.
4. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Umsetzung kreativwirtschaftlicher Konzepte	3 900
2. Förderung der Leistungssteigerung in der Gesundheitswirtschaft	1 600
3. Förderung der Leistungssteigerung im Tourismusgewerbe	1 620
4. Beteiligung an EU-Programmen; kofinanzierte Einzelaktionen und Projekte der EU-Tourismuspolitik	-
5. Deutscher Designpreis, Designförderung	286
Zusammen	7 406

Aus dem Ansatz können auch Ausgaben für Studien, Gutachten, Begleitforschung, Fachveranstaltungen und Fachinformationen geleistet werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
686 07 -165	Innovative Unternehmensgründungen	67 000	83 000 *12 000*	67 038

Verpflichtungsermächtigung ... 74 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu ... 45 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu ... 24 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu ... 5 000 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben zu Nr. 1, 2, 3 und 4 der Erläuterungen sind übertragbar.

0902 Mittelstand: Gründen, Wachsen, Investieren

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 686 07

2. Mehrausgaben zu Nr. 5 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1106 Tit. 686 12.

3. Die Ausgaben sind in Höhe von 3 000 T€ mit folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: Kap. 0901 Tit. 683 02 und 685 01.

4. Die Verpflichtungsermächtigung ist in Höhe von **6 000 T€** mit den Verpflichtungsermächtigungen bei folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: Kap. 0901 Tit. 683 02 und 685 01.

   Haushaltsjahr 2015.. 2 500 T€
   Haushaltsjahr 2016.. 2 500 T€
   Haushaltsjahr 2017.. 1 000 T€

5. Mehrausgaben zu Nr. 5 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1106 Tit. 272 02.

   Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Existenzgründungen aus der Wissenschaft (EXIST)......................	37 350
2. Zuweisungen an das ERP-Sondervermögen für den High-Tech Gründerfonds..	5 000
3. Investitionszuschuss Wagniskapital...	23 000
4. Business Angel Markt, innovative Start-ups...................................	1 650
5. Kofinanzierung der Maßnahme EXIST aus Zuschüssen des Europäischen Sozialfonds (ESF)...	-
Zusammen...	67 000

1. Das Förderprogramm "Existenzgründungen aus der Wissenschaft (EXIST)" hat zum Ziel, eine Kultur der unternehmerischen Selbständigkeit an Hochschulen und Forschungseinrichtungen zu etablieren und die Zahl der Ausgründungen aus wissenschaftlichen Einrichtungen zu erhöhen. EXIST wird aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) kofinanziert.

2. Die High-Tech Gründerfonds (HTGF I und II) haben zum Ziel, Finanzierungen für technologieorientierte Unternehmensgründungen bereitzustellen. Damit soll die strukturelle Lücke bei diesen so genannten Seed-Finanzierungen in Deutschland geschlossen und das Gründungsgeschehen bei Spitzentechnologien in Deutschland nachhaltig angeregt werden. Hier veranschlagt sind Zuweisungen an das ERP-Sondervermögen (ERP-SV), die das ERP-SV in die Lage versetzen, seinen seit 2013 übernommenen finanziellen Belastungen aus den HTGF I und II vor dem Hintergrund der gebotenen Substanzerhaltung gerecht werden zu können. Einzelheiten wurden in einer Verwaltungsvereinbarung mit dem ERP-SV geregelt.

3. Der Investitionszuschuss Wagniskapital soll private Investoren dazu ermutigen, jungen innovativen Unternehmen Kapital bereitzustellen und sie mit unternehmerischem Know-how zu unterstützen. Dadurch sollen mehr Menschen mit unternehmerischer Orientierung für diese Art von risikobehafteten Investitionen gewonnen und die Finanzierungssituation junger innovativer Unternehmen verbessert werden. Der Ansatz schließt begleitende Informationsmaßnahmen ein.

4. Aus dem Ansatz können Ausgaben für begleitende öffentlichkeitswirksame Maßnahmen zur Anregung des privaten Beteiligungskapitalmarktes (Business Angel Markt) sowie zur erfolgreichen Gründung und dem Wachstum von innovativen Unternehmen (insbesondere internationale Akzeleratoren) geleistet werden.

Einzelheiten zu Nr. 1. und 3. regeln die Richtlinien des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 686 07

Aus dem Ansatz können folgende Ausgaben zur Durchführung der Maßnahmen geleistet werden:

Bezeichnung	1 000 €
Projektträgerkosten	2 700
Wissenschaftliche Begleitung und Evaluation	450
Fachtagungen und -informationen	400

In 2014 werden Auszahlungen aus dem ESF in Höhe von ca. 9 Mio. € erwartet.

Weniger wegen geringerer Zuweisungen an das ERP-Sondervermögen für den High-Tech Gründerfonds und geringeren Mittelbedarfs 2014 beim Programm Investitionszuschuss Wagniskapital (u.a. verzögerter Maßnahmenbeginn).

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
686 08 -680	Förderung unternehmerischen Know-hows	39 177	40 177 *3 985*	61 532

Verpflichtungsermächtigung .... 5 300 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 4 100 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 700 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu .... 500 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben zu Nr. 1, 2 und 3 der Erläuterungen sind übertragbar.
2. Mehrausgaben zu Nr. **4** der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1106 Tit. 686 12.
3. Die Ausgaben sind mit folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: 686 04 und 893 01.
4. Mehrausgaben zu Nr. **4** der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1106 Tit. 272 02.

   Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.
5. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Steigerung des Know-hows in KMU durch Unternehmensberatungen sowie Info- und Schulungsveranstaltungen und Workshops	17 400
2. Know-how-Transfer im Handwerk durch kammerinterne Beratungen, Beauftragte für Innovation und Technologie für Unternehmensführung, Weiterbildung, Leistungsschauen	16 277
3. Stärkung der Gründungskultur, Fachinformationen, Kommunikation mit Zielgruppen	5 500
4. Kofinanzierung der Steigerung des Know-hows in KMU aus Zuschüssen des Europäischen Sozialfonds (ESF)	-
Zusammen	39 177

0902 Mittelstand: Gründen, Wachsen, Investieren

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 686 08

Aus dem Ansatz können folgende Ausgaben für die Durchführung der Maßnahme geleistet werden:

Bezeichnung	1 000 €
Projektträgerkosten	2 000
Wissenschaftliche Begleitung und Evaluation	200

Die frühzeitige Inanspruchnahme von externem, qualifizierten Know-how zu allen Fragen der Unternehmensführung ist für kleine und mittlere Unternehmen eine wesentliche Basis für nachhaltigen wirtschaftlichen Erfolg. Um dies nachhaltig zu unterstützen, werden die Informations- und Beratungsangebote für KMU, insbesondere im Handwerksbereich in einem Programm zur "Förderung unternehmerischen Know-hows" gebündelt. Einzelheiten regeln die Richtlinien des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie.

Aus dem Titel werden auch die Mittel für die ausschließlich ESF-finanzierten Programme "Gründercoaching Deutschland (GCD)" und "Turn Around Beratung (TAB)" an die KfW weitergeleitet. Aufgrund von EU-Vorgaben kann die Weiterleitung nur über den Bundeshaushalt erfolgen.

An Auszahlungen der EU für den ESF werden 40 Mio. € in 2014 erwartet.

686 10 -680	Durchleitung von ESF-Mitteln an das ERP-Sondervermögen	-	-	-

Haushaltsvermerk:

1. **Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1106 Tit. 686 12.**
2. **Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1106 Tit. 272 02.**

Erläuterungen:

Aus dem ERP-Sondervermögen können Maßnahmen finanziert werden, bei denen ein Teil nachschüssig über ESF-Mittel finanziert wird. Aufgrund von EU-Vorgaben kann die Weiterleitung der ESF-Mittel an das Sondervermögen nur über den Bundeshaushalt erfolgen.

Zum Beispiel wurde 2013 der Mikromezzaninfonds neu aufgelegt, um Existenzgründerinnen und -gründer sowie kleinen und jungen Unternehmen in Deutschland wirtschaftliches Eigenkapital bis 50 000 Euro für zehn Jahre zur Verfügung zu stellen. Den Unternehmen soll hierdurch der Zugang zu Finanzierungen erleichtert und die Eigenkapitalbasis gestärkt werden. Verwaltet wird der Fonds von der Investitions- und Förderbank Niedersachsen (NBank). Das Finanzvolumen des Fonds beträgt derzeit 35 Mio. Euro, wobei 21 Mio. Euro aus ESF-Mitteln und 14 Mio. Euro aus Mitteln des ERP-Sondervermögens bereitgestellt werden. Beim Nachweis entsprechender Ausgaben sind für die Förderperioden 2007 bis 2013 sowie 2014 bis 2020 von der EU-Kommission Zahlungen von bis zu 100 Mio. Euro zu erwarten.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Ausgaben für Investitionen			
882 01 -691	Zuweisungen für betriebliche Investitionen und wirtschaftsnahe Infrastrukturmaßnahmen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GRW) Verpflichtungsermächtigung.. 593 173 T€ davon fällig: im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 149 793 T€ im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 229 740 T€ im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 213 640 T€ Haushaltsvermerk: **Die Verpflichtungsermächtigung ist in Höhe von 40 401 T€ gesperrt.** **Haushaltsjahr 2015.. 20 401 T€** **Haushaltsjahr 2016.. 20 000 T€** Erläuterungen: 1. Für die Förderung gelten die im Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GRW-Gesetz) festgelegten Grundsätze sowie die vom Bund-Länder-Koordinierungsausschuss im gemeinsamen Koordinierungsrahmen beschlossenen Regelungen. Die Durchführung der Fördermaßnahmen ist Aufgabe der Länder. Bund und Länder tragen die Ausgaben je zur Hälfte. 2. Veranschlagt sind außerdem die voraussichtlichen Bürgschaftsausfälle (Bundesanteil) in Höhe von 7 Mio. €, die in dieser Höhe nicht aus dem Epl. 32 geleistet werden. 3. Die Aufteilung der Mittel auf die Länder erfolgt nach den im gemeinsamen Koordinierungsrahmen durch Beschluss des Koordinierungsausschusses der Gemeinschaftsaufgabe festgelegten Quoten und Beträgen. 4. Der Bund geht davon aus, dass die Länder die Mittel vorrangig zur Förderung betrieblicher Investitionen einsetzen.	582 794	582 794 *112 000*	550 917
882 02 -691	Zuweisungen für betriebliche Investitionen und wirtschaftsnahe Infrastrukturmaßnahmen im Rahmen der GRW aus Rückflüssen gemäß § 8 Abs. 3 des GRW-Gesetzes Haushaltsvermerk: Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 89.	-	-	20 314
882 03 -692	Zuweisungen an die Länder für betriebliche Investitionen und wirtschaftsnahe Infrastrukturmaßnahmen aus Zuschüssen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung Haushaltsvermerk: Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 346 01. Erläuterungen: An Auszahlungen der EU werden ca. 200 Mio. € in 2014 erwartet.	-	-	209 693
893 01 -153	Berufliche Bildung für den Mittelstand - Fortbildungseinrichtungen Verpflichtungsermächtigung.. 23 400 T€ davon fällig: im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 12 800 T€ im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 8 000 T€ im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 2 600 T€ Haushaltsvermerk: Die Ausgaben sind mit folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: 686 04 und 686 08.	29 000	29 000 *2 022*	28 064

0902 Mittelstand: Gründen, Wachsen, Investieren

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 893 01

Erläuterungen:

Zur Stärkung der Qualität der beruflichen Weiterbildung werden Investitionszuschüsse zur Errichtung, Modernisierung und Ausstattung überbetrieblicher Bildungsstätten der gewerblichen Wirtschaft (ÜBS) gewährt. Länder und Träger der Einrichtungen haben sich an den Kosten zu beteiligen.

Einzelheiten regeln die Gemeinsamen Richtlinien des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie.

Ergänzend zur Investitionsförderung des Bundes können bei der Weiterentwicklung der ÜBS zu Kompetenzzentren Personal- und Sachkosten gefördert werden.

Aus dem Ansatz können folgende Ausgaben für die Durchführung der Maßnahme geleistet werden: externe Gutachten 500 T€.

Anlage zu Kapitel 0902 - Wirtschaftspläne

Zu Tit. 686 02

1. Rationalisierungs- und Innovationszentrum der Deutschen Wirtschaft e. V. (RKW), Eschborn/Ts.

Wirtschaftsplan		Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1		2	3	4
Institutionelle Förderung				
1.	**Ausgaben**	**11 374**	**12 002**	**12 355**
1.1	Personalausgaben	5 060	5 021	4 634
1.2	Sächliche Verwaltungsausgaben	1 548	1 848	1 696
1.3	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	8	8	6
1.4	Ausgaben für Investitionen	115	115	165
1.5	Besondere Finanzierungsausgaben	4 643	5 010	5 854
2.	**Finanzierung der Ausgaben**	**11 374**	**12 002**	**12 355**
2.1	Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	5 323	5 990	6 597
2.2	**Zuwendung des Bundes**	**6 051**	**6 012**	**5 758**
	aus Kap. 0902 Tit. 686 02	*6 051*	*6 012*	*5 758*
nachrichtlich: **Projektförderung**		4 643	5 010	5 854

Vorbemerkung

Wesentliche finanzwirksame Schwerpunkte des Kapitels

Mit der Energiewende und den hierzu ergangenen Beschlüssen der Bundesregierung (insbesondere Energiekonzept 2010 sowie Beschlüsse vom Juni 2011) zum Umbau unserer Energieversorgung ergibt sich für das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie ein breites Aufgabenspektrum, das im Kapitel "Energie und Nachhaltigkeit" zusammengefasst wird. Der gesamte Bereich umfasst ein Mittelvolumen von rund 2 892 Mio. €.

Seit 1. September 2011 ist das Programm "Forschung für eine umweltschonende, zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung" (6. Energieforschungsprogramm) in Kraft. Ausgerichtet an den Zielen der Energiewende wurde eine Neufestlegung von Förderschwerpunkten im Bereich der Forschung und Entwicklung von **Energieeffizienztechnologien** und erneuerbaren Energien vorgenommen.

Die Mittel für diese Forschungsmaßnahmen sind in den letzten Jahren erheblich ausgeweitet worden und belaufen sich auf rund 281 Mio. € (Titel 683 01 Energieforschung 123 Mio. €, Titel 683 02 Erneuerbare Energien 158 Mio. Euro). Zusätzlich werden Mittel für die nukleare Sicherheitsforschung in Höhe von rund 34 Mio. € zur Verfügung gestellt.

Zur **Steigerung der Energieeffizienz** werden zudem mit rund 30 Mio. € insbesondere Programme zur qualifizierten und unabhängigen Energieberatung für private Verbraucher und kleine und mittlere Unternehmen gefördert (Titel 686 03), um Potenziale für Energieeinsparungen aufzuzeigen.

Im Rahmen der Einzelmaßnahmen zur Nutzung erneuerbarer Energien (Titel 686 04) werden Anlagen zur Wärme- und Kälteerzeugung im Marktanreizprogramm (MAP) mit 259,5 Mio. € gefördert.

Für das Monitoring der Energiewende und für internationale Berichterstattungen müssen Verfügbarkeit und Qualität der energiestatistischen Datenbasis gesichert werden, insbesondere für die Erstellung der **Energiebilanzen, die als Grundlage für die Berechnungen der energiebedingten Treibhausgase dienen.** Hierfür werden insgesamt 1,32 Mio. € veranschlagt (Titel 541 01).

Zur Ausfinanzierung der bis 2011 getätigten Förderzusagen in den KfW-Förderprogrammen zum energieeffizienten Bauen und Sanieren "CO_2-Gebäudesanierungsprogramm" (Titel 661 21, 661 22 und 891 21) sind Mittel in Höhe von rund 790 Mio. € veranschlagt. Der größte Ausgabenbereich in Höhe von bis zu 1 171,8 Mio. € sind die Zuschüsse für den Absatz deutscher **Steinkohle** (Titel 683 11). Ein weiterer Aufgabenschwerpunkt sind mit 147 Mio. € die Zuwendungen für den Betrieb der **Wismut GmbH** (Titel 682 11/891 11). Das Budget ist aus dem Sanierungsprogramm 2010 der Wismut GmbH abgeleitet.

Seit 2011 werden darüber hinaus für den Bereich Energie zusätzliche Maßnahmen aus dem Energie- und Klimafonds (EKF) finanziert. Hieraus werden auch die Neuzusagen im Bereich der CO_2-Gebäudesanierung finanziert.

Wesentliche Ziele, die mit den veranschlagten Mitteln erreicht werden sollen

Mit der Energiewende und den hierzu ergangenen Beschlüssen wird ein langfristiger Umbauprozess unserer Energieversorgung für den Zeithorizont bis 2050 beschrieben mit ehrgeizigen Zielen zur Steigerung der Effizienz und zur Ausweitung des Anteils der erneuerbaren Energien an der Energieversorgung

Die im 6. Energieforschungsprogramm geplanten Forschungs- und Entwicklungsmaßnahmen sollen mittel- bis langfristig zu den Zielen der Energiewende beitragen, bis 2050 die Treibhausgasemissionen um 80 bis 95 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren, den Primärenergieverbrauch um 50 Prozent gegenüber 2008 zu reduzieren, die Energieproduktivität um durchschnittlich 2,1 Prozent pro Jahr bis 2050 zu steigern und den Anteil der erneuerbaren Energien auf einen Anteil von 60 Prozent am Bruttoendenergieverbrauch bzw. 80 Prozent am Bruttostromverbrauch zu steigern. Im Vordergrund der Förderaktivitäten des BMWi stehen Forschungsmaßnahmen zu Energieeffizienz und zu erneuerbaren Energien sowie zur Optimierung des Gesamtsystems für die Energiewende, u. a. durch die Entwicklung von Speicher- und Netztechnologien sowie die Integration erneuerbarer Energien in das Gesamtsystem. Die nukleare Sicherheitsforschung trägt Grundlagen zum weiteren Erhalt der Sicherheit von kerntechnischen Anlagen im In- und Ausland sowie zur Bewältigung der in den kommenden Jahrzehnten anstehenden Entsorgungsaufgaben bei.

Zur **Steigerung der Energieeffizienz** wird der Dreiklang von Information, Beratung und Förderung ausgebaut. Damit nehmen diese Maßnahmen auch kurzfristig eine bedeutende Rolle für die im Energiekonzept vorgegebene Reduzierung des Primärenergieverbrauchs ein.

Wichtigste statistische Informationsbasis ist die **Energiebilanz,** die u. a. im Rahmen des Energiemonitorings zur Bewertung der Zielerreichung herangezogen wird. Auf der Basis effizienter Erhebungsverfahren sollen die wichtigsten Verbrauchs- und Strukturdaten differenziert erfasst werden.

Dem Wärmemarkt kommt innerhalb der Energiewende eine besondere Bedeutung zu. Mit der Förderung der Nutzung erneuerbarer Energien im Wärmemarkt (MAP) soll dazu beigetragen werden, den Anteil erneuerbarer Energien am Endenergieverbrauch für Wärme und Kälte bis zum Jahr 2020 auf 14 Prozent zu erhöhen.

Mit der zwischen dem Bund, dem Land Nordrhein-Westfalen und dem Saarland im Jahr 2007 ausgehandelten Verständigung soll die subventionierte Förderung der Steinkohle bis Ende 2018 sozialverträglich beendet werden. Die von der EU-Kommission genehmigte Stilllegungsplanung wird konsequent umgesetzt, so dass im Jahr 2014 nur noch drei Bergwerke in Deutschland Steinkohle fördern.

Die **Wismut GmbH** wickelt die ehemaligen Uranbergbauaktivitäten mit dem Ziel einer geordneten Stilllegung sowie der Sanierung und Rekultivierung der Betriebsflächen und Anla-

gen unter Umwelt-, Strahlenschutz- und Bergbausicherheitsaspekten ab. Die Kernsanierung wird voraussichtlich nach 2020 beendet sein. Danach verbleiben Nachsanierungs- und Langzeitaufgaben.

Überblick zum Kapitel 0903	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen..	695	695	-		695
Gesamteinnahmen...	695	695	-		695
Ausgaben					
Sächliche Verwaltungsausgaben...........................	1 390	1 390	-	76	947
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	2 858 680	1 581 128	+1 277 552	29 995	1 611 334
Ausgaben für Investitionen.....................................	32 030	15 000	+17 030	1 500	6 500
Gesamtausgaben...	2 892 100	1 597 518	+1 294 582	31 571	1 618 781
davon nicht flexibilisiert..	2 892 100	1 597 518	+1 294 582	31 571	1 618 781
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung...................................	673 704 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.................................	202 754 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.................................	162 542 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.................................	135 663 T€				
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.................................	102 245 T€				
im Haushaltsjahr 2019 bis zu.................................	41 000 T€				
im Haushaltsjahr 2020 bis zu.................................	22 000 T€				
im Haushaltsjahr 2021 bis zu.................................	3 000 T€				
im Haushaltsjahr 2022 bis zu.................................	2 000 T€				
im Haushaltsjahr 2023 bis zu.................................	1 500 T€				
im Haushaltsjahr 2024 bis zu.................................	1 000 T€				

0903 Energie und Nachhaltigkeit

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

129 01 -649	Nutzungsentgelt aus dem Übereinkommen mit der Ferngas Nordbayern GmbH	695	695	695

Erläuterungen:

Die Bundesrepublik Deutschland und der Freistaat Bayern haben in den Jahren 1962 bis 1967 der Ferngas Nordbayern GmbH (FGN) Darlehen in Höhe von insgesamt 33 106 T€ zum Bau einer Ferngasleitung in Nordbayern gewährt. Dieses Finanzierungshilfedarlehen wurde nach dem mit der Gesellschaft am 9. Februar 1971 getroffenen Übereinkommen in einen nicht rückzahlbaren Zuschuss umgewandelt. Die Gesellschaft hat sich in diesem Abkommen verpflichtet, als Gegenleistung ab 1. Januar 1972 ein Nutzungsentgelt zu entrichten, dessen Höhe sich nach den verkauften und durchgeleiteten Gasmengen bemisst und das zu 4/5 an die Bundesrepublik Deutschland, zu 1/5 an den Freistaat Bayern fließt.

Das jährlich nachträglich zu zahlende Nutzungsentgelt beträgt 0,0076 Cent/Mcal Ho (höchstens jährlich 869 T€). Die letzten Zahlungen sind im Jahre 2023 zu leisten.

Entsprechend den erwarteten Gasabsatz- und Durchleitungsmengen werden 695 T€ veranschlagt (4/5 von 869 T€).

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

Einsparungen dienen bis zur Höhe von 2 000 T€ zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 687 02.

Sächliche Verwaltungsausgaben

541 01 -649	Erstellung der Energiebilanzen sowie Bereitstellung sonstiger Daten für das Energiemonitoring und die Emissionsberichterstattung für die Bundesrepublik Deutschland	1 320	1 320 *76*	904

Verpflichtungsermächtigung.. 2 288 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 572 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 572 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 572 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.. 572 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

Erläuterungen:

Die Mittel dienen zur regelmäßigen und aktuellen Erstellung von Energiebilanzen als statistisches Informationssystem für die deutsche Energiepolitik und als Basis des Energiemonitorings der Bundesregierung sowie der Berechnung energiebedingter CO_2-Emissionen. Zusätzlich werden Mittel verwendet:

1. für Sondererhebungen und Studien im Zusammenhang mit dem "Monitoring der Energiewende",
2. für die Durchführung und methodische Weiterentwicklung der Statistik einschließlich notwendiger Zusatzerhebungen,

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 541 01

3. für die Koordinierung der Statistik in Deutschland mit internationalen Institutionen (Statistisches Amt der europäischen Union (Eurostat); Wirtschaftskommission für Europa (UNECE), Internationale Energieagentur (IEA)),
4. für die anforderungsgerechte Erhebung und Bereitstellung von Daten der Quellgruppen "Produktionsprozesse und Lösemittel" für die Emissionsberichterstattung.

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)

683 01 -165	Energieforschung	122 494	115 144	120 784

Verpflichtungsermächtigung.. 125 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 24 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 24 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 22 000 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.. 19 000 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu.. 18 000 T€
im Haushaltsjahr 2020 bis zu.. 18 000 T€

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind übertragbar.

Erläuterungen:

Bezeichnung	Zuschüsse 1 000 €	Investitionen 1 000 €
1	2	3
Folgende Themenbereiche werden gefördert:		
1. Energieoptimiertes Bauen..............................	11 494	7 700
2. Energieeffiziente Stadt und dezentrale Energiesysteme...	6 500	4 300
3. Energieeffizienz in Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen................................	15 000	12 000
4. Speicher und Netze..	10 200	6 700
5. Kraftwerkstechnologien..................................	14 600	5 700
6. Brennstoffzellen, Wasserstoff.........................	11 300	8 600
7. Systemanalyse...	2 500	-
8. Querschnittsaktivitäten: Informationsaustausch, Kosten des Projektträgers..................	5 900	-
Zusammen..	77 494	45 000

Die Mittel werden sowohl an staatliche Forschungseinrichtungen (u. a. Institute der Fraunhofer-Gesellschaft, Forschungszentren der Helmholtz-Gemeinschaft, Universitäten) als auch an Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft (u. a. Hersteller und Betreiber von energietechnischen Anlagen, Versorgungsunternehmen, Bauindustrie) vergeben. Bei der Wirtschaft wird eine angemessene Eigenbeteiligung i. d. R. in Höhe von 50 Prozent vorausgesetzt. Mitveranschlagt unter Ziffer 7 ist der anteilige Personal- und Sachaufwand für die Projektträgerschaft.

Die Energieforschung ist ein zentraler Bestandteil des Energiekonzepts der Bundesregierung. Es beschreibt den Weg in eine hocheffiziente und weitgehend auf erneuerbaren Energien basierende Energieversorgung bis zum Jahr 2050. Entsprechend stehen Forschung und Entwicklung zu Effizienztechnologien in diesem Titel im Vordergrund der Fördermaßnahmen. Andererseits ist ohne effiziente und kostengünstige Speicher sowie neue und innovative Netztechnologien der weitere Ausbau von volatilen Energieträgern unter der Voraussetzung einer hohen Versorgungssicherheit gefährdet. Dies gilt insbesondere unter den Randbedingungen eines möglichst weitgehenden Klimaschutzes bei gleichzeitig geforderter geringer Belastung für Wirtschaft und Verbraucher.

Um die zukunftsweisenden Innovationen zu erreichen, sind verstärkte Anstrengungen zu neuen, modernen und wettbewerbsfähigen Technologien erforderlich. Im Zentrum der Förderung stehen dabei die Themen "Energieoptimiertes Bauen", "Energieeffiziente Stadt und dezentrale Energiesysteme", "Energieeffizienz in In-

0903 Energie und Nachhaltigkeit

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 683 01

dustrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen", "Speicher und Netze", "Kraftwerkstechnologien", "Brennstoffzellen, Wasserstoff" sowie "Systemanalyse". Die gemeinsam mit anderen Ressorts auf den Weg gebrachte Förderinitiative "Netze" ist wesentlicher Bestandteil der Fördermaßnahmen. Querschnittsaktivitäten unter Nr. 8 umfassen z. B. Informationsaustausch und die Kernaufgaben des Projektträgers. Darüber hinaus werden begleitende Aufgaben (z. B. nationale Kontaktstelle der EU) und internationale Aktivitäten durch den Projektträger im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie wahrgenommen.

683 02 -165 Forschungs- und Entwicklungsvorhaben: Erneuerbare Energien — 158 366

Verpflichtungsermächtigung.. 135 716 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 32 382 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 32 070 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 39 591 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.. 31 673 T€

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind übertragbar.

Erläuterungen:

Bezeichnung	Zuschüsse 1 000 €	Investitionen 1 000 €
1	2	3
1. Windenergie	19 500	23 000
2. Photovoltaik	20 500	19 500
3. Solarthermische Stromerzeugung	8 000	3 500
4. Niedertemperatur-Solarthermie	7 500	3 000
5. Geothermie	9 000	10 000
6. SystEEm (Integration erneuerbarer Energien und regenerative Energieversorgungssysteme)	12 000	11 000
7. Wasserkraft und Meeresenergie	1 500	-
8. Übergreifende Forschungsaktivitäten: insbesondere Analysen und Studien, Informationsaustausch, Veranstaltungen	3 500	-
9. Internationale Zusammenarbeit	1 500	-
10. Kosten für Projektträger	5 366	-
Zusammen	88 366	70 000

Die Mittel werden sowohl an Unternehmen des gewerblichen Bereichs (u. a. Anlagenhersteller und -entwickler) als auch an Forschungseinrichtungen [u. a. Institute des Forschungsverbandes Erneuerbare Energien (FVEE), Universitäten, Vereine und Stiftungen] vergeben.

Eine sichere, umweltverträgliche und effiziente Energieversorgung erfordert die Nutzung aller verfügbaren Energiequellen und Energieeinsparungsmöglichkeiten. Die Technologieförderung umfasst ein breites Spektrum von Maßnahmen und Studien zur Erschließung bzw. Weiterentwicklung der erneuerbaren Energien (Windenergie, Solarenergie, Geothermie, Wasserkraft etc.) sowie der umweltfreundlichen Umwandlungs-, Übertragungs- und Speichertechniken im Bereich der erneuerbaren Energien (Förderschwerpunkt regenerative Energieversorgungssysteme "SystEEm": u. a. Netze, Speicher, virtuelle regenerative Kombikraftwerke). Hierzu gehört auch die Erprobung neuer Technologien in Demonstrationsanlagen und Breitentests sowie die ökologische Begleitforschung.

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1602 Tit. 683 21	88 366	86 507
Kap. 1602 Tit. 892 21	70 000	54 446

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 683 02

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Zusammen	158 366	140 953

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
686 02 -165	Sicherheitsforschung für kerntechnische Anlagen	34 080	34 080 *130*	33 630

Verpflichtungsermächtigung .... 28 500 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 9 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 11 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu .... 8 500 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben zu Nr. 1, 2, 3, 4 und 5 der Erläuterungen sind in Höhe von 4 000 T€ übertragbar.
2. Mehrausgaben zu Nr. 6 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 0910 Tit. 272 01.

   Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Reaktorsicherheitsforschung zu Leichtwasserreaktoren (LWR): Anlagenverhalten bei Störfällen, Sicherheit druckführender Komponenten	8 200
2. Querschnittsaktivitäten der Reaktorsicherheit: Kernschmelzen, menschliches Verhalten bei der Steuerung von LWR, Qualifikationswerkzeug für computerunterstützte Operateur-Info-Systeme, zerstörungsfreie Früherkennung von Schädigungen bei schwer prüfbaren Werkstoffen	13 430
3. Behandlung und Konditionierung radioaktiver Abfälle: Spaltmaterialüberwachung (Safeguards), Umwandlung langlebiger Spaltprodukte und Aktiniden in kurzlebige	350
4. Endlagerung radioaktiver Abfälle: Grundlagen der Langzeitsicherheit der Endlagerung hochradioaktiver Abfälle (Salz und andere Formationen), Grundlagen der Langzeitsicherheits-Bewertung, Zwischen- und Endlagerung abgebrannter Brennelemente aus bundesgeförderten Forschungsreaktoren	10 600
5. Personal- und Sachaufwand für den Projektträger und Projektbegleiter Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit mbH (GRS), Köln (sechs Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter), den Projektträger Forschungszentrum Karlsruhe GmbH (FZK), Karlsruhe (vier Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter)	1 500
6. Projekte aus Euratom	-
Zusammen	34 080

Auch unter Ausstiegsbedingungen müssen für den Betrieb und die Entsorgung von Forschungsreaktoren und kommerziellen Kernkraftwerken weiterhin höchste Sicherheitsanforderungen gelten. Hierfür muss auch in Zukunft in den Bereichen Reaktorsicherheit und Entsorgung radioaktiver Abfälle die erforderliche wissenschaftliche Kompetenz gewährleistet bleiben.

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie fördert deshalb entsprechende FuE-Projekte zu grundlegenden Fragestellungen, die außerhalb der auf Genehmigungs- und Aufsichtserfordernisse gerichteten Ressortaufgaben des Bundesmi-

0903 Energie und Nachhaltigkeit

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 686 02

nisteriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit liegen. Forschungsvorhaben werden im internationalen Rahmen einschließlich des wissenschaftlichen Erfahrungsaustausches durchgeführt.

Angesichts der besonderen Bedeutung der Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit mbH (GRS) im Bereich der Endlager- und Sicherheitsforschung und angesichts der fehlenden Grundfinanzierung der GRS werden vorbehaltlich der Vergabe durch Einzelaufträge rd. 50 Prozent der zur Verfügung stehenden Mittel für Aufträge an die GRS vorgesehen.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
686 03 -649	Steigerung der Energieeffizienz	29 900	29 900 *2 860*	21 118

Verpflichtungsermächtigung... 21 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 19 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 1 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 1 000 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Einnahmen zu Nr. 3 der Erläuterungen aus Rückforderungen ausgezahlter Zuwendungen wegen teilweisen Widerrufs von Zuwendungsbescheiden fließen den Ausgaben zu.
3. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
Folgende Themenbereiche werden in Form von Zuschüssen gefördert:	
1. Energieberatung Mittelstand - Unabhängige Energieberatung für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) im Vorfeld zinsgünstiger Kredite aus dem KfW-Energieeffizienzprogramm..........................	11 000
2. Unabhängige Beratung privater Verbraucher (auch KMU, sofern Eigentümer von Wohngebäuden) über Möglichkeiten der Energieeinsparung im Haushalt und am Gebäude....................................	14 900
3. Maßnahmen der Deutschen Energie-Agentur GmbH (dena) oder anderer Anbieter, soweit sie dazu dienen, die rationelle Energienutzung oder die Energieeffizienz zu verbessern..........................	3 000
4. Maßnahmen im Rahmen der Umsetzung von EU-Richtlinien im Bereich der Energieeffizienz (insbesondere Monitoring, Evaluation und Studien)..	1 000
Zusammen..	29 900

Zu 1.:
Gefördert wird eine unabhängige Energieberatung von KMU, die von der KfW unter Mitwirkung regionaler Partner (insbesondere Kammern) organisiert wird. Der Vergabe zinsgünstiger Kredite der KfW an KMU für energieeinsparende Maßnahmen soll diese Energieberatung vorgeschaltet werden, bei der vom Berater die Einsparpotenziale ermittelt werden.

Zu 2.:
Gefördert wird insbesondere eine unabhängige und individuelle Beratung und Information privater Verbraucherinnen und Verbraucher sowie von KMU über die Möglichkeiten der Energieeinsparung, einschließlich der Nutzung erneuerbarer Energien. Ein Schwerpunkt wird dabei auf der Beratung der energetischen Sanierung im Gebäudebestand liegen.

Aus dem Ansatz können darüber hinaus Begleitforschungs- und Evaluationskosten geleistet werden sowie Studien und Fachtagungen.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
686 04 -651	Förderung von Einzelmaßnahmen zur Nutzung erneuerbarer Energien	261 400		

Verpflichtungsermächtigung.. 237 500 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 89 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 65 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 35 000 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.. 25 000 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu.. 12 000 T€
im Haushaltsjahr 2020 bis zu.. 4 000 T€
im Haushaltsjahr 2021 bis zu.. 3 000 T€
im Haushaltsjahr 2022 bis zu.. 2 000 T€
im Haushaltsjahr 2023 bis zu.. 1 500 T€
im Haushaltsjahr 2024 bis zu.. 1 000 T€

Haushaltsvermerk:

1. **Die Ausgaben sind übertragbar.**
2. **Einsparungen dienen bis zur Höhe von 3 000 T€ zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 892 02.**
3. **Einsparungen dienen bis zur Höhe von 6 000 T€ zur Deckung von Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Kap. 0916 Tgr. 04.**
4. **Die Erläuterungen zu Nr. 1 und 2 sind verbindlich.**

   Abweichungen bedürfen der Einwilligung des Bundesministeriums der Finanzen.
5. **Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.**

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Marktanreizprogramm..	259 500
2. Betrieb der Clearingstelle EEG..	1 900
Zusammen...	261 400

1. Gefördert werden Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien mit dem Schwerpunkt im Wärmemarkt sowie der Energiegewinnung aus Geothermie und Biomasse (gasförmig, fest, flüssig). Einzelheiten sind in Richtlinien geregelt. Daneben können Ausgaben für Vorhaben nach der geltenden Förderbekanntmachung zur Optimierung der energetischen Biomassenutzung geleistet werden.

   Außerdem können aus dem Titel Ausgaben bis zu 25 000 T€ für Ausarbeitungen über die Nutzung erneuerbarer Energien, Sachverständige im Rahmen der Umsetzung der EU-Richtlinie Erneuerbare Energien, des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, des Erneuerbare-Energien-Wärmegesetzes und weiterer nationaler Instrumente zum Ausbau erneuerbarer Energien sowie zur Erfüllung von diesbezüglichen Berichtspflichten, Informationskampagnen und -materialien geleistet werden
2. Das BMUB hat auf Grund der Ermächtigung des § 57 EEG die Clearingstelle EEG zur Klärung von Streitigkeiten und Anwendungsfragen zum EEG eingerichtet, die ihren Betrieb im Jahr 2007 aufgenommen hat (http://www.clearingstelle-eeg.de). Sie ist eine außergerichtliche Schlichtungsstelle für Streitigkeiten zum EEG und steht bei konkreten Streitigkeiten zur Lösungsfindung und Schlichtung zur Verfügung. Daneben können Ausgaben für fachbezogene Projekte zum Betrieb der Clearingstelle EEG geleistet werden.

Darüber hinaus dürfen Ausgaben zur Finanzierung der im Zusammenhang mit der Durchführung der Maßnahmen erforderlichen Projektträgerkosten geleistet werden.

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

0903 Energie und Nachhaltigkeit

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 686 04

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1602 Tit. 546 21	1 700	-
Kap. 1602 Tit. 686 24	303 170	360 577
Zusammen	304 870	360 577

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
687 02 -641	Leistungen an die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) in Wien	32 240	32 404 *5*	31 776

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind in Höhe von 500 T€ übertragbar.
2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe von 2 000 T€ der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Kap. 0903.

Erläuterungen:

Bezeichnung der Organisation Rechtsgrundlage und Zweck der Mitgliedschaft	Mitgliedsbeitrag der Bundesrepublik Deutschland (Pflichtleistungen)			Besondere (freiwillige) Leistungen außerhalb des Mitgliedsbeitrags in 1 000 € (gerundet)	Zusammen Spalte 4 + 5 in 1 000 €
	in Prozent	in Tausend-Fremdwährung (gerundet)	in 1 000 € (gerundet)		
1	2	3	4	5	6
Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) in Wien................	7,1	3 099 USD	2 247		2 247
			21 539	8 454	29 993
Rechtsgrundlage: Gesetz					
Zweck: Weltweite Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie und Durchführung von Sicherungsmaßnahmen					
Zusammen..			23 786	8 454	32 240

Differenzen durch Rundung möglich

Ausgaben für Investitionen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
892 01 -649	Explorationsprogramm (Explo II)	7 500	7 500 *1 500*	-

Verpflichtungsermächtigung... 9 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 3 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu... 3 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu... 3 000 T€

Haushaltsvermerk:

Einnahmen aus bedingt rückzahlbaren Zuwendungen fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Auf der Grundlage der im Oktober 2010 veröffentlichten Rohstoffstrategie unterstützt die Bundesregierung die deutsche Industrie mit einer gezielten Explorationsförderung zur Gewährleistung der bedarfsgerechten Versorgung der Industrie mit Rohstoffen. Die Förderung erfolgt nach Maßgabe entsprechender Richtlinien und Nebenbestimmungen im Rahmen eines Explorationsförderprogramms II (Neuauflage eines bereits von 1970 bis 1990 vollzogenen Programms) über bedingt rückzahlbare Darlehen. Die fachliche Begleitung wird von der Deutschen Rohstoffagentur in der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe wahrgenommen, die Abwicklung der Vorhaben im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
892 02 -651	Förderung der Photovoltaikanlagen durch ein "100.000 Dächer-Solar-strom-Programm"	-		

Haushaltsvermerk:

1. **Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe von 3 000 T€ der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: 686 04.**
2. **Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.**

Erläuterungen:

Ausgaben für Rechtsverpflichtungen.

Die von der Bundesregierung verfolgte umwelt- und ressourcenschonende Energieversorgung erfordert es, die Photovoltaik als zukunftsträchtige Technologie in besonderer Weise zu fördern.

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1602 Tit. 892 22	2 056	1 668

Titelgruppe 01

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Tgr. 01	Wismut-Sanierung / Auslaufen der Steinkohle-Subventionen	(1 436 870)	(1 377 170) *(27 000)*	
526 12 -632	Sachverständige, Ausgaben für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen	70	70	43

Erläuterungen:

Kosten für Gutachten und begleitende Beratung der Bundesregierung bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben als Eigentümerin und Zuwendungsgeberin der Wismut GmbH.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
682 11 -632	Zuwendungen an die Wismut GmbH - Betrieb	137 400	140 500 *21 000*	116 500

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Die Ausgaben sind mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 891 11.
3. Aus den Ausgaben dürfen auch die Aufwendungen des Bundes auf der Grundlage eines Verwaltungsabkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Freistaat Sachsen zu den sächsischen Wismut-Altstandorten geleistet werden.

Erläuterungen:

Die Wismut GmbH wickelt die Bergbauaktivitäten mit dem Ziel einer geordneten Stilllegung sowie der Sanierung und Rekultivierung der Betriebsflächen und Anlagen unter Umwelt-, Strahlenschutz- und Bergsicherheitsaspekten ab. Der Bund hat die Wismut GmbH von Kosten der Stilllegung und Sanierung freigestellt. Die Aufwendungen werden sich voraussichtlich auf etwa 7,1 Mrd. € belaufen.

Das ergänzende Verwaltungsabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Freistaat Sachsen zu den sächsischen Wismut-Altstandorten sieht eine weitere Beteiligung des Bundes an der Sanierung der sächsischen Wismut-

0903 Energie und Nachhaltigkeit

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu Titel 682 11 (Titelgruppe 01)			
	Altstandorte von 2013 bis 2022 vor. Von den insgesamt 69 Mio. € stellt der Bund in 2014 7 Mio. € zur Verfügung.			
683 11 -631	Zuschüsse für den Absatz deutscher Steinkohle zur Verstromung, zum Absatz an die Stahlindustrie sowie zum Ausgleich von Belastungen infolge von Kapazitätsanpassungen	1 171 800	1 111 000	1 181 751

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 698 11.
2. Rückeinnahmen fließen bis zur Höhe von 32 Mio. € den Ausgaben zu, darüber hinaus nur mit Einwilligung des Bundesministeriums der Finanzen.

Erläuterungen:

1. Der Bund, das Land Nordrhein-Westfalen und das Saarland haben sich im Februar 2007 darauf verständigt, die subventionierte Förderung der Steinkohle in Deutschland zum Ende des Jahres 2018 sozialverträglich zu beenden. Die kohlepolitische Verständigung vom 7. Februar 2007 wurde durch die Rahmenvereinbarung "Sozialverträgliche Beendigung des subventionierten Steinkohlenbergbaus in Deutschland" vom 14. August 2007, durch das Steinkohlefinanzierungsgesetz vom 20. Dezember 2007 in der Fassung vom 11. Juli 2011 und durch die Steinkohlerichtlinien des BMWi vom 6. Juli 2011 umgesetzt. Das Steinkohlefinanzierungsgesetz regelt die Steinkohlebeihilfen des Bundes ab 2009. Auf dieser Grundlage wurde am 15. Dezember 2012 ein Zuwendungsbescheid an die RAG AG für die Jahre 2013 und 2014 erteilt. Er sieht Bundesanteile von bis zu 1 371,8 Mio. € bzw. 1 284,8 Mio. € für 2013 bzw. 2014 vor. Der Zuwendungsbescheid für die Jahre 2015 bis 2019 wurde am 9. Oktober 2013 an die RAG AG erteilt. Die Bundesanteile für 2015 und 2016 belaufen sich auf bis zu 1 332,0 Mio. € bzw. 1 053,6 Mio. €.

   NRW beteiligt sich mit folgenden Höchstbeträgen: 2013: 389,2 Mio. €, 2014: 363,8 Mio. €, 2015: 171,4 Mio. €, 2016: 170,9 Mio. €. Gemäß Rahmenvereinbarung beteiligt sich NRW nach dem Jahr 2014 nicht mehr an den Absatzhilfen für die laufende Produktion.

   Das Saarland beteiligt sich nicht. Ab 2013 leistet die RAG AG jährlich einen Eigenbeitrag von 32 Mio. €.
2. Die Ansätze für die Steinkohlehilfen werden gegenüber den Festlegungen im Steinkohlefinanzierungsgesetz - in Erwartung hoher Erlöse durch noch vergleichsweise hohe Weltmarktpreise - für die Jahre 2014 und 2015 um jeweils 200 Mio. € pro Jahr und für 2016 um 50 Mio. € abgesenkt. Die Kohleverständigung vom 7. Februar 2007 wird damit nicht aufgekündigt.
3. Die Auszahlung der Beihilfe erfolgt jeweils im Januar des Folgejahres. So werden die Beihilfen für 2013 in den Haushalt 2014 eingestellt.
4. Sämtliche Beihilfen stehen unter dem Vorbehalt der Genehmigung durch die EU-Kommission. Rechtsgrundlage für die Prüfung und Genehmigung der Steinkohlebeihilfen ab 2011 bildet der Beschluss des Rates vom 10. Dezember 2010 über staatliche Beihilfen zur Erleichterung der Stilllegung nicht wettbewerbsfähiger Steinkohlebergwerke. Auf dieser Basis hat die Europäische Kommission am 7. Dezember 2011 den von der Bundesregierung vorgelegten Stilllegungsplan für den subventionierten deutschen Steinkohlenbergbau und die damit verbundenen Beihilfen genehmigt.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 01

698 11 -253	Anpassungsgeld für Arbeitnehmer des Steinkohlenbergbaus	118 000	118 100 *6 000*	105 775

Verpflichtungsermächtigung.. 114 700 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 25 800 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 25 900 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 26 000 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.. 26 000 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu... 11 000 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Die Ausgaben sind mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 683 11.
3. Die Drittelbeteiligung der Bundesländer fließt den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

1. Ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die aus Anlass einer Stilllegungs- oder Rationalisierungsmaßnahme des Steinkohlenbergbaus ihren Arbeitsplatz im Bergbau verlieren, können nach der Entlassung Anpassungsgeld (APG) erhalten. Die Leistungen werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gewährt, die im Falle der Weiterbeschäftigung in längstens fünf Jahren die Voraussetzungen für den Bezug bestimmter Rentenleistungen oder der Knappschaftsausgleichsleistung nach dem Sozialgesetzbuch VI erfüllen würden. Die Höhe des APG bemisst sich nach der Rentenanwartschaft im Zeitpunkt der Entlassung. Näheres regeln die Richtlinien des BMWi.
2. Mit der Zahlung von APG werden die Ergebnisse der kohlepolitischen Verständigung zum Auslaufen der subventionierten Steinkohleförderung vom Februar 2007, die in der Rahmenvereinbarung vom 14. August 2007 und dem Steinkohlefinanzierungsgesetz vom 20. Dezember 2007 in der Fassung vom 11. Juli 2011 festgeschrieben sind, sozialverträglich umgesetzt. An dem Ausgabenbedarf beteiligen sich entsprechend der Rahmenvereinbarung sowie der abgeschlossenen Vorschaltvereinbarungen der Bund mit zwei Dritteln sowie das Land Nordrhein-Westfalen und das Saarland mit einem Drittel.

Aus dem Ansatz können folgende Ausgaben für die Durchführung der Maßnahme geleistet werden: Projektträgerkosten bis zu 350 T€.

891 11 -632	Zuwendungen an die Wismut GmbH - Investitionen	9 600	7 500	6 500

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 682 11.

Titelgruppe 02

Tgr. 02	Energetische Gebäudesanierung	(807 930)		
661 21 -411	Zuschüsse im Rahmen des Programms "Niedrigenergiehaus im Bestand" (einschl. Heizungsmodernisierung und Energiesparhäuser) der KfW-Bankengruppe - Abwicklung	27 500		

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind übertragbar.

0903 Energie und Nachhaltigkeit

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 661 21 (Titelgruppe 02)

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamt-ausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Nach 2013 übertra-gene Aus-gabereste 1 000 €	Veran-schlagt 2014 1 000 €	Vorbe-halten für 2015 ff 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7
Förderprogramme bis 2005	422 849	354 599	28 750	-	27 500	12 000

Im Rahmen des CO_2-Gebäudesanierungsprogramms wurden zusätzliche Sanierungsmaßnahmen an Altbauten der Baujahre bis 1978 mit dem Ziel einer weiteren Reduzierung des CO_2-Ausstoßes im Gebäudebestand gefördert.

Darüber hinaus wurde der Austausch von Gas-, Öl- und Kohleeinzelöfen, Kohleheizungen und Nachtspeicherheizungen sowie der Einbau von Gas- und Ölbrennwertkesseln in Kombination mit Solaranlagen gefördert. Zudem erfolgte eine Förderung des Neubaus und des Umbaus von Altbauten zu Energiesparhäusern, die die Anforderungen der Energieeinsparverordnung nochmals deutlich unterschritten.

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1225 Tit. 661 05	28 750	16 700

661 22 -411	Förderung von Maßnahmen zur energetischen Gebäudesanierung "CO_2-Gebäudesanierungsprogramm" der KfW- Bankengruppe - Abwicklung	747 500		

Haushaltsvermerk:

1. **Die Ausgaben sind übertragbar.**
2. **Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: 891 21.**

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamt-ausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Nach 2013 übertra-gene Aus-gabereste 1 000 €	Veran-schlagt 2014 1 000 €	Vorbe-halten für 2015 ff 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7
1. Förderprogramme bis 2011	5 854 809	2 455 429	732 380	-	747 500	1 919 500

Das Förderprogramm ist Bestandteil des Integrierten Energie- und Klimaprogramms sowie des Energiekonzepts der Bundesregierung.

Gefördert werden Maßnahmen zur Energieeinsparung und Reduzierung des CO_2-Ausstoßes insbesondere an Wohngebäuden sowie an Nichtwohngebäuden der kommunalen und sozialen Infrastruktur. Zudem erfolgt eine Förderung der Errichtung von Energiesparhäusern bzw. Effizienzhäusern, welche die Anforderungen der Energieeinsparverordnung deutlich unterschreiten. Die Förderung erfolgt durch zinsgünstige Darlehen, die mit einem Teilschulderlass ergänzt werden können.

Aus den Ausgaben werden Vergütungen für die treuhänderische Verwaltung sowie Mandatartätigkeit geleistet.

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1225 Tit. 661 07	732 380	750 392

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 02

661 23 -411	Investitionsoffensive Infrastruktur für strukturschwache Kommunen - Abwicklung	18 000		

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind übertragbar.

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamtausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Nach 2013 übertragene Ausgabereste 1 000 €	Veranschlagt 2014 1 000 €	Vorbehalten für 2015 ff 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7
1. Förderprogramme bis 2010	120 643	55 011	18 750	12 632	18 000	16 250

Das Programm war Bestandteil des Maßnahmenpakets der Bundesregierung für Wachstum und Beschäftigung.

Gefördert wurden Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur in strukturschwachen Kommunen, insbesondere zur Energieeinsparung, zur Anpassung der Infrastruktur an den demografischen Wandel sowie zur Unterstützung von Existenzgründungen in sozialen Problemgebieten. Die Förderung erfolgte durch zinsvergünstigte Darlehen.

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1225 Tit. 661 09	18 750	26 280

720 21 -016	Energieeinsparprogramm Bundesliegenschaften	-		

Haushaltsvermerk:

1. **Einbezogen sind Gebäude der unmittelbaren und mittelbaren Bundesverwaltung sowie institutionelle Zuwendungsempfänger, wenn deren Betriebskosten zum großen Teil vom Bund finanziert werden.**

   Einbezogen sind auch Gebäude der Sozialwerke des Bundes e. V., die sich in deren Eigentum befinden. Mittel aus dem Programm, die für diese Gebäude in Anspruch genommen werden, sind im Falle eines Eigentümerwechsels an den Bund zurückzuzahlen. Ausgaben für besonders innovative, zukunftsträchtige Maßnahmen können bis zu 15 Prozent der Gesamtsumme vorgenommen werden. Die Mittel dienen auch dem Monitoring der CO_2-Emissionen im Rahmen der Selbstverpflichtung der Bundesregierung. Aus den Ausgaben dürfen auch Zuwendungen geleistet werden.

2. **Von den Programmmitteln können bis zu 0,5 Prozent für das Projektmanagement (Beratung, Prüfung, Kontrolle, Dokumentation und Evaluierung) verwendet werden.**

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamtausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Nach 2013 übertragene Ausgabereste 1 000 €	Veranschlagt 2014 1 000 €	Vorbehalten für 2015 ff 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7
Förderprogramme bis 2009	480 000	401 017	-	78 983		-

Mit den Mitteln sollen Liegenschaften der Bundesverwaltung auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten energetisch optimiert werden. Durch die Erhöhung

0903 Energie und Nachhaltigkeit

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 720 21 (Titelgruppe 02)

der Energieeffizienz sollen die Ausgaben gesenkt und die Vorbildfunktion des Bundes besonders im Hinblick auf die Ausstellung von Energieausweisen gestärkt werden. Die Mittel sollen auch der Initiierung von Contracting-Projekten sowie für begleitende Maßnahmen dienen.

Ein Betrag bis zu 6 Mio. € soll zur modellhaften Umsetzung des Ziels der Halbierung des Energiebedarfs im Gebäudebereich im Rahmen der Hightech-Strategie der Bundesregierung bei bundeseigenen Bauten verwandt werden. Der Technologietransfer soll durch Anwendung innovativer Verfahren und Produkte bei Baumaßnahmen des Bundes unterstützt und durch projektbegleitende Öffentlichkeitsarbeit im In- und Ausland forciert werden.

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1227 Tit. 720 11	-	53 065

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
891 21 -411	Zuschüsse für Investitionen im Rahmen des Programms zur energetischen Gebäudesanierung "CO_2-Gebäudesanierungsprogramm" der KfW-Bankengruppe - Abwicklung	14 930		

Haushaltsvermerk:

Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 661 22.

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamtausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Nach 2013 übertragene Ausgabereste 1 000 €	Veranschlagt 2014 1 000 €	Vorbehalten für 2015 ff 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7
1. Förderprogramme bis 2011...	446 423	265 097	27 030	134 366	14 930	5 000

Das Förderprogramm ist Bestandteil des Integrierten Energie- und Klimaprogramms sowie des Energiekonzepts der Bundesregierung.

Gefördert werden Maßnahmen zur Energieeinsparung und Reduzierung des CO_2-Ausstoßes an Wohngebäuden. Die Förderung erfolgt durch Zuschüsse. Hierbei sollen Doppelförderungen (z. B. durch steuerliche Abzugsmöglichkeiten) ausgeschlossen werden. Die Zuschussgewährung bei Investitionen soll 20 Prozent des förderfähigen Investitionsvolumens nicht überschreiten.

Aus den Mitteln werden auch Vergütungen für die treuhänderische Verwaltung sowie Mandatartätigkeit geleistet.

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1225 Tit. 891 01	27 030	31 321

Vorbemerkung

Wesentliche finanzwirksame Schwerpunkte des Kapitels

Der Bereich Außenwirtschaftsförderung (Kap. 0904) - "Chancen der Globalisierung" umfasst ein finanzielles Volumen von rund 270 Mio. €. Besonderes finanzielles Gewicht mit mehr als 50 Prozent aller Ausgaben des Kapitels 0904 hat die **Unterstützung außenwirtschaftlich orientierter deutscher Unternehmen sowie die Stärkung Deutschlands als Investitions- und Tourismusstandort.** Wichtigster Einzelposten in diesem Zusammenhang ist die Förderung der Erschließung von Auslandsmärkten, für die insgesamt 83 Mio. € zur Verfügung stehen, u. a. für die Beteiligung des Bundes an Auslandsmessen sowie die Fortbildung von Managern und Exportinitiativen in den Bereichen Erneuerbare Energien und Energieeffizienz (Titel 687 05). Das Netzwerk deutscher Auslandshandelskammern und die GTAI ("Germany Trade and Invest - Gesellschaft für Außenwirtschaft und Standortmarketing mbH") werden mit insgesamt ca. 62 Mio. € gefördert (Titel 687 02). Davon sind 1 Mio. € für Transformationspartnerschaften mit Ägypten und Tunesien vorgesehen.

Die Deutsche Zentrale für Tourismus e. V. erhält eine institutionelle Förderung von rd. 28 Mio. € (Titel 686 01). Damit wirbt sie im Ausland für das Reiseland Deutschland und koordiniert u. a. die Ergebnisse der Marktforschung zur **Stärkung Deutschlands als Tourismusstandort.**

Für die langfristige **Unterstützung Russlands bei Abrüstungsprojekten** sind als deutscher Beitrag 32 Mio. € vorgesehen (Titel 687 06).

Die deutschen **Beiträge zu außenwirtschaftlich maßgeblichen internationalen Organisationen** sind ebenfalls im Kapitel 0904 veranschlagt (Titel 687 03). Der Ansatz beträgt ca. 37 Mio. €, davon gehen knapp 41 Prozent (15 Mio. €) an die Welthandelsorganisation in Genf.

Für die Errichtung einer **Stadtbahn in Ho Chi Minh-Stadt,** Vietnam, werden 10 Mio. € als Zuschuss zur anteiligen Finanzierung zur Verfügung gestellt (Titel 896 01).

Wesentliche Ziele, die mit den veranschlagten Mitteln erreicht werden sollen

Grundsätzliches Ziel der Außenwirtschaftsförderung des BMWi ist es, die Aktivitäten deutscher Unternehmen zur Erschließung und Sicherung ausländischer Märkte zu unterstützen und für Deutschland als Standort für ausländische Investitionen zu werben.

Ziel der **Unterstützung außenwirtschaftlich orientierter deutscher Unternehmen sowie der Stärkung Deutschlands als Investitionsstandort** ist es, dass insbesondere kleine und mittlere Unternehmen (KMU), nicht zuletzt aus den neuen Bundesländern, ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit ausbauen und Wachstums- und Beschäftigungspotenziale umfassend entfalten können. Dies soll z. B. durch eine Fortführung des erfolgreichen Auslandsmesseprogramms erreicht werden. Mit den zur Verfügung stehenden Mitteln können rund 250 Messebeteiligungen realisiert werden. Das Netz der deutschen Auslandshandelskammern, welches vor allem der Unterstützung von KMU dient, soll weiter ausgebaut werden. Neue Außenwirtschaftsförderstrukturen sollen an solchen Standorten errichtet werden, die für die deutsche Wirtschaft ein großes Potential aufweisen. Gemeinsam mit dem Auslandshandelskammernetz wird die GTAI die Unterstützung außenwirtschaftlich orientierter deutscher Unternehmen bei der Erschließung ausländischer Märkte fortsetzen und ausländische Unternehmen beraten, die in Deutschland investieren wollen. Die Transformationsteams sollen in Tunesien und Ägypten den Aufbau von Strukturen der sozialen Marktwirtschaft insbesondere in den Bereichen KMU, Tourismus, öffentliche Aufträge und Außenhandel unterstützen und somit u. a. deutschen KMU Partnerschaften mit Partnern in diesen Ländern erleichtern.

Im Rahmen der **Stärkung Deutschlands als Tourismusstandort** stehen zwei Ziele im Vordergrund: die Förderung des positiven Images für das Reiseland Deutschland sowie die Steigerung des Übernachtungsaufkommens bei Reisen in und nach Deutschland. Im Jahr 2012 registrierten deutsche Beherbergungsbetriebe 407 Millionen Übernachtungen.

Im Rahmen der **Unterstützung Russlands bei Abrüstungsprojekten** wird die Russische Föderation weiterhin bei der nuklearen Abrüstung und Beseitigung nuklearer Abfälle unterstützt. Damit soll das Proliferationsrisiko verringert werden. Von der Rückflussquote an deutsche Auftragnehmer und Zulieferer von ca. einem Drittel profitiert die deutsche Wirtschaft gerade in Ostdeutschland. Nach Abschluss eines Langzeitzwischenlagers konzentrieren sich die Arbeiten gegenwärtig auf die Errichtung eines regionalen Entsorgungszentrums für radioaktive Abfälle in der Saida-Bucht bei Murmansk.

Die **Beiträge zu außenwirtschaftlich maßgeblichen internationalen Organisationen** dienen dem Interesse Deutschlands, an der Gestaltung der internationalen Rahmenbedingungen für deutsche Unternehmen mitzuwirken und insbesondere auf die Beachtung multilateraler Regeln sowie den Abbau von Marktzugangsschranken hinzuwirken.

Das Projekt zum Bau der **Stadtbahn in Ho Chi Minh-Stadt** soll unter maßgeblicher Beteiligung/Projektführerschaft der deutschen Wirtschaft realisiert werden. Durch eine Mitwirkung deutscher Unternehmen könnten nach ersten Schätzungen voraussichtlich 200 Arbeitsplätze für den Zeitraum von fünf Jahren, davon 50 Prozent bei mittelständischen Unternehmen, gesichert werden.

0904 Chancen der Globalisierung

Überblick zum Kapitel 0904	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Übrige Einnahmen	660	660	-		-
Gesamteinnahmen	660	660	-		-
Ausgaben					
Sächliche Verwaltungsausgaben	16 171	9 325	+6 846	2 326	6 674
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	243 755	264 221	-20 466	21 734	251 306
Ausgaben für Investitionen	10 000	30 000	-20 000	34 042	5 726
Gesamtausgaben	269 926	303 546	-33 620	58 102	263 706
davon nicht flexibilisiert	269 926	303 546	-33 620	58 102	263 706
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung	104 330 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu	61 630 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu	24 000 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu	16 869 T€				
im Haushaltsjahr 2018 bis zu	1 831 T€				

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Übrige Einnahmen

261 01 -011	Erstattung von Verwaltungsausgaben	660	660	-

Erläuterungen:

Veranschlagt sind freiwillige finanzielle Beteiligungen der Deutschen Post AG und Deutschen Postbank AG an den Mitgliedsbeiträgen für die Mitgliedschaft der Bundesrepublik Deutschland im Weltpostverein (UPU).

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

1. Einsparungen dienen bis zur Höhe von 2 000 T€ zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 687 05.
2. Einsparungen dienen bis zur Höhe von 500 T€ zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 687 07.

Sächliche Verwaltungsausgaben

532 04 -651	Kosten der Beteiligung des Bundes an Weltausstellungen im Ausland	16 171	9 325 *2 326*	6 674

Verpflichtungsermächtigung... 14 900 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2016 bis zu... 6 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu... 7 069 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu... 1 831 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Gegenstände nach Beendigung der Ausstellung unentgeltlich bzw. gegen ermäßigtes Entgelt an das Gastland und öffentliche oder gemeinnützige Einrichtungen im Gastland abgegeben werden, soweit dies unter Berücksichtigung von Transportkosten und einer möglichen Wiederverwendung am wirtschaftlichsten ist.

Erläuterungen:

Die Mittel sind für die Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an den Weltausstellungen 2015 in Mailand und 2017 in Astana bestimmt.

Die geschätzten Gesamtkosten teilen sich wie folgt auf:

2015 in Mailand: 48 Mio. €,

2017 in Astana: 14,9 Mio. €.

Aus dem Ansatz können auch die Kosten der Prüfung der ordnungsgemäßen Auftragsausführung finanziert werden.

0904 Chancen der Globalisierung

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)			
686 01 -652	Zuwendung an die Deutsche Zentrale für Tourismus e. V., Frankfurt (Main)	28 361	28 275 *130*	27 713

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben, begrenzt auf die Höhe der Einsparungen aufgrund der Inanspruchnahme der Altersteilzeit, sind übertragbar.
2. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass das aufgrund des Wegfalls ihrer Gemeinnützigkeit an die Bundesrepublik Deutschland fallende Vermögen unentgeltlich auf die Deutsche Zentrale für Tourismus e. V. zurückübertragen wird.
3. 40 T€ werden für die Förderung eines Tages des barrierefreien Tourismus auf der Internationalen Tourismusbörse (ITB) bereitgestellt.

Erläuterungen:

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	Finanzierungsanteil in Prozent ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
Institutionelle Förderung/Zuschüsse an Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO					
Inland					
Deutsche Zentrale für Tourismus e. V., Frankfurt/M.	76,44	100,00	22 883	22 894	22 621
- aus Kap. 0904 Tit. 686 01			*22 883*	*22 894*	*22 621*
Ausland					
Deutsche Zentrale für Tourismus e. V., Frankfurt/M.	76,44	100,00	5 478	5 381	5 092
- aus Kap. 0904 Tit. 686 01			*5 478*	*5 381*	*5 092*

Wirtschaftsplan siehe Anlage zum Kapitel 0904.

1. Die Deutsche Zentrale für Tourismus (DZT) wirbt für das Reiseland Deutschland über ein Netz von Auslandsvertretungen. Es werden im Ausland touristische Informationen verbreitet, die erforderliche Marktforschung betrieben, touristische Angebote entwickelt und die Absatzförderung für den deutschen Tourismus koordiniert. Damit trägt die DZT dazu bei, Arbeitsplätze in der deutschen mittelständischen Tourismuswirtschaft zu sichern und die Wirtschaftskraft strukturschwacher Regionen zu stärken.
2. Bundesmittel dürfen ausschließlich zur Finanzierung des Auslandsmarketings verwendet werden.

   Eine Finanzierung oder Mitfinanzierung von Reservierungssystemen durch die DZT ist ausgeschlossen. Eine Finanzbeteiligung an Katalogen, die den Verkauf touristischer Produkte im Ausland über Reservierungssysteme unterstützen, ist erlaubt.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 *Reste 2013*	Ist 2012
687 01 -029	Maßnahmen im Zusammenhang mit Twinning-Projekten der EU und Beratungshilfe für das Ausland	1 200	1 200 *83*	801

Verpflichtungsermächtigung...

fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 80 T€

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 0910 Tit. 272 01.

Erläuterungen:

Der Verwaltungsaufbau in den Beitrittsländern zur Europäischen Union, potentiellen Beitrittskandidaten und den Ländern der Europäischen Nachbarschaft wird

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 687 01

durch die EU mittels Twinning-Programmen gefördert. Vorbereitungskosten vor Notifizierung der Projekte sowie beschränkte Nachbereitungskosten sind aus den nationalen Haushalten zu finanzieren. An Auszahlungen der EU werden ca. 5 T€ in 2014 erwartet.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
687 02 -651	Wirtschaftsbeziehungen mit dem Ausland einschließlich Standortmarketing	62 475	56 896 *4 038*	51 618

Verpflichtungsermächtigung.. 2 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 1 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 1 000 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Mehrausgaben zu Nr. 2 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: **Kap. 0910 Tit. 544 04** und Kap. 0916 Tgr. 02.
3. Erstattungen Dritter fließen den Ausgaben zu.
4. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen an Dritte unentgeltlich abgegeben werden.

Erläuterungen:

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	Finanzierungsanteil in Prozent ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
Institutionelle Förderung/Zuschüsse an Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO					
Inland					
Germany Trade and Invest - Gesellschaft für Außenwirtschaft und Standortmarketing mbH (GTAI)........	98,00	100,00	19 967	21 241	17 658
- aus Kap. 0601 Tit. 686 32........			*-*	*5 000*	*4 587*
- aus Kap. 0904 Tit. 687 02........			*19 967*	*16 241*	*13 071*
Ausland					
Germany Trade and Invest - Gesellschaft für Außenwirtschaft und Standortmarketing mbH (GTAI)........	98,00	100,00	2 099	2 131	2 471
- aus Kap. 0904 Tit. 687 02........			*2 099*	*2 131*	*2 471*

Wirtschaftsplan siehe Anlage zum Kapitel 0904.

Bezeichnung	1 000 €
1. Förderung von Auslandshandelskammern/Delegierten der deutschen Wirtschaft und Repräsentanzen über den Deutschen Industrie- und Handelskammertag........	39 409
2. Germany Trade and Invest - Gesellschaft für Außenwirtschaft und Standortmarketing mbH (GTAI)........	22 066
3. Förderung von Transformationspartnerschaften........	1 000
Zusammen........	62 475

Zu 1.:
Aus dem Ansatz können die zur Dienstleistung an Auslandshandelskammern entsandten Bediensteten des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie, die Kosten der Evaluierung der Förderung des Auslandskammernetzes sowie (anteilig) die Kosten der Prüfung der ordnungsgemäßen Geschäftsführung im Auslandskammernetz und in den Auslandsbüros der GTAI finanziert werden.

Zu 2.:
Der Bund sieht in der Unterstützung außenwirtschaftlich orientierter deutscher Unternehmen bei der Markterschließung und ausländischer Unternehmen, die ihre Geschäftstätigkeit auf den deutschen Markt bis hin zur Investition in Deutschland ausweiten wollen, eine wichtige wirtschaftspolitische Aufgabe. Die operativen Auf-

0904 Chancen der Globalisierung

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 687 02

gaben der Außenwirtschaftsförderung und des Standortmarketings werden von der Germany Trade and Invest - Gesellschaft für Außenwirtschaft und Standortmarketing mbH (GTAI) wahrgenommen. Aus dem Ansatz soll eine mehrjährige Kampagne zur Vermarktung des Wirtschafts-, Technologie- und Investitionsstandorts im Ausland finanziert werden. Die Ausgaben zu Nr. 2 in Höhe von 5 000 T€ dienen neben dem Schwerpunkt der GTAI für Standortmarketing insbesondere der Investorenwerbung für die neuen Bundesländer und Berlin.

Zu 3.:
Mit Ägypten und Tunesien wurden umfassende Transformationspartnerschaften vereinbart. In diesem Rahmen stellt das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie einen Beraterpool (sog. Transformationsteams). Diese sollen der ägyptischen und tunesischen Regierung für kurzfristige Beratungseinsätze in wirtschaftspolitischen Bereichen zur Verfügung stehen. Diese Maßnahme bringt Deutschland in die Deauville-Partnerschaft der G8 ein, mit der die arabischen Reformstaaten beim Aufbau demokratischer Strukturen sowie beim Umbau und der Entwicklung der Wirtschaft unterstützt werden sollen.

687 03 -680	Beiträge an internationale Organisationen mit Sitz im Ausland	36 919	31 850	29 617

Erläuterungen:

Bezeichnung der Organisation Rechtsgrundlage und Zweck der Mitgliedschaft	Mitgliedsbeitrag der Bundesrepublik Deutschland (Pflichtleistungen)			Besondere (freiwillige) Leistungen außerhalb des Mitgliedsbeitrags in 1 000 € (gerundet)	Zusammen Spalte 4 + 5 in 1 000 €
	in Prozent	in Tausend-Fremdwährung (gerundet)	in 1 000 € (gerundet)		
1	2	3	4	5	6
1. Meterkonvention (BIPM), Paris	10,0		1 162		1 162
Rechtsgrundlage: Gesetz Zweck: Gewährung der Einheitlichkeit der physikalischen Einheit					
2. Welthandelsorganisation (WTO), Genf	9,0	18 432 CHF	15 006		15 006
Rechtsgrundlage: Gesetz Zweck: Erstellung multilateraler Regelungen zur Liberalisierung des Welthandels					
3. Internationales Kälteinstitut (IIF), Paris	5,8		56		56
Rechtsgrundlage: Beitritt Zweck: Förderung der wissenschaftlichen und technischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kältetechnik					
4. Internationale Organisation für gesetzliches Messwesen (OIML), Paris	4,0		60		60
Rechtsgrundlage: Gesetz Zweck: Festlegung von internationalen Grundsätzen des gesetzlichen Messwesens					
5. Internationales Ausstellungs-Büro (BIE), Paris	8,0		76		76
Rechtsgrundlage: Beitritt Zweck: Regulierung und Koordinierung von Welt- und Weltfachausstellungen					
6. Welttourismusorganisation, Madrid (UNWTO)	3,2		334		334
Rechtsgrundlage: Beitritt Zweck: Förderung des internationalen Tourismus					
7. Energiecharta (EC), Brüssel	13,8		620		620
Rechtsgrundlage: Gesetz Zweck: Förderung von Handel und Investitionen im Energiebereich					
8. Internationale Meeresbodenbehörde (ISA), Kingston	10,6	798 USD	579		579
Rechtsgrundlage: Gesetz Zweck: Durchführung des Meeresbodenbergbauteils des VN-Seerechtsübereinkommens					
9. Weltpostverein (UPU), Bern	5,8	2 041 CHF	1 663	61	1 724
Rechtsgrundlage: Gesetz Zweck: Internationale Koordinierung des Postverkehrs					

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 687 03

Bezeichnung der Organisation Rechtsgrundlage und Zweck der Mitgliedschaft	Mitgliedsbeitrag der Bundesrepublik Deutschland (Pflichtleistungen)			Besondere (freiwillige) Leistungen außerhalb des Mitgliedsbeitrags in 1 000 € (gerundet)	Zusammen Spalte 4 + 5 in 1 000 €
	in Prozent	in Tausend-Fremdwährung (gerundet)	in 1 000 € (gerundet)		
1	2	3	4	5	6
10. Internationale Fernmeldeunion (ITU), Genf.............................	6,0	8 805 CHF	7 173		7 173
Rechtsgrundlage: Gesetz					
Zweck: Internationale Koordinierung des Telekommunikationsverkehrs					
11. Europäisches Institut für Telekommunikationsstandards (ETSI), Sophia-Antipolis..	1,4		195		195
Rechtsgrundlage: Vereinbarung					
Zweck: Europäische Normenorganisation zur Entwicklung von Telekommunikationsnormen					
12. Europäisches Büro für Kommunikation (ECO), Kopenhagen...	9,5	1 968 DKK	264		264
Rechtsgrundlage: Vereinbarung					
Zweck: Harmonisierung des Frequenzspektrums in Europa					
13. Ständiges Sekretariat für das Internationale Energieforum (IEF), Riad..	2,3	140 USD	102		102
Rechtsgrundlage: Vereinbarung					
Zweck: Förderung des Dialogs zwischen Ölförder- und Ölverbraucherländern als Beitrag zur Versorgungssicherheit					
14. Internationale Energieagentur (IEA), Paris..............................	9,8		2 343	80	2 423
Rechtsgrundlage: Gesetz					
Zweck: Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung					
15. Kernenergieagentur (NEA), Paris..	9,5		1 010		1 010
Rechtsgrundlage: Gesetz					
Zweck: Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung					
16. Kernenergie-Datenbank (NEA Data Bank), Paris....................	14,1		430		430
Rechtsgrundlage: Gesetz					
Zweck: Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung					
17. Stahlausschuss (Steel Committee), Paris................................	9,3		63		63
Rechtsgrundlage: Gesetz					
Zweck: Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung					
18. Brussels European and Global Economic Laboratory (BRUEGEL), Brüssel...			110		110
19. Internationale Agentur für erneuerbare Energien (IRENA).......			4 400	1 000	5 400
Rechtsgrundlage: Vereinbarung					
Zweck: Förderung des Ausbaus erneuerbarer Energien					
20. Sonstige..			132		132
Zusammen..			35 778	1 141	36 919

Differenzen durch Rundung möglich

Die ausgewiesenen Beträge sind teilweise Schätzansätze, da mitunter ein förmlicher Haushaltsbeschluss für das Haushaltsjahr 2014 noch nicht vorliegt.

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1602 Tit. 687 01	5 400	4 040

687 04 -649	Beitrag zum Gemeinsamen Fonds für Rohstoffe	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Erstattungen Dritter fließen den Ausgaben zu.

0904 Chancen der Globalisierung

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 687 04

Erläuterungen:

Der Gemeinsame Fonds (GF) für Rohstoffe dient der Unterstützung von Einzelrohstoff-Übereinkommen. Durch Pflichtbeiträge (1. Konto) sollte vor allem die Finanzierung einer internationalen Lagerhaltung ermöglicht werden. Diese Aufgabe kam bisher jedoch nicht zum Tragen. Aus den Zinsen des 1. Kontos werden der Verwaltungshaushalt und ein Teil der Projekte finanziert.

Freiwillige Beiträge (2. Konto) dienen der Finanzierung von Projekten zur Verbesserung der strukturellen Marktbedingungen für Rohstoffe.

Das Übereinkommen ist 1989 in Kraft getreten. Der Pflichtbeitrag der Bundesrepublik Deutschland (rd. 16 361 T€) ist durch Barleistungen (rd. 5 624 T€), durch die Begebung von unverzinslichen Schuldscheinen (rd. 5 624 T€) und Gewährleistungen (rd. 5 113 T€) entrichtet worden.

Im November 2007 hat der Gouverneursrat des GF beschlossen, die Einlösung des Großteils der freiwilligen Beiträge in den Jahren 2008 bis 2012 zu fordern. Mit den Zahlungen in 2009 bis 2011 wird Deutschland seine freiwilligen Verpflichtungen vollständig erfüllt haben.

Weitere Forderungen zur Einlösung von Schuldscheinen (nach Teileinlösung in 2004 und 2005 noch rd. 5 460 T€) sind möglich.

687 05 -029	Erschließung von Auslandsmärkten	82 800	81 000 *4 621*	76 437

Verpflichtungsermächtigung.. 87 350 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 60 550 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu... 17 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu... 9 800 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind in Höhe von 25 000 T€ übertragbar.
2. Mehrausgaben zu Nr. 1 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe von 2 000 T€ der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Kap. 0904.
3. Die Ausgaben zu Nr. 7 der Erläuterungen sind in Höhe von 500 T€ mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: Kap. 0902 Tit. 686 06.
4. Einnahmen zu Nr. 2 der Erläuterungen aus dem Verkauf von Emissionszertifikaten (Beteiligung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie am KfW-Klimaschutzfonds und am BASREC-Fonds) fließen den Ausgaben zu.
5. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Gegenstände nach Beendigung einer Messe oder Ausstellung unentgeltlich bzw. gegen ermäßigtes Entgelt an das Gastland und öffentliche oder gemeinnützige Einrichtungen im Gastland abgegeben werden, soweit dies unter Berücksichtigung von Transportkosten und einer möglichen Wiederverwendung am wirtschaftlichsten ist.

   Soweit der volle Wert eines Gegenstandes im Einzelfall den Betrag von 50 T€ übersteigt, bedarf es der Einwilligung des Bundesministeriums der Finanzen.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Kosten der Beteiligung des Bundes an Auslandsmessen und -ausstellungen im Bereich der gewerblichen Wirtschaft.................	43 000
2. Exportinitiative Erneuerbare Energien...	13 500
3. Managerfortbildung "Fit for Partnership with Germany".................	12 500

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 687 05

Bezeichnung	1 000 €
4. Exportinitiative Energieeffizienz	5 000
5. Markterschließungsmaßnahmen für kleine und mittlere Unternehmen des produzierenden Gewerbes und Dienstleister	4 000
6. Förderung der Teilnahme junger innovativer Unternehmen an internationalen Leitmessen in Deutschland	3 000
7. Exportinitiative Gesundheitswirtschaft	1 000
8. Vorbereitung der Mitgliedschaft Deutschlands in der Extractive Industries Transparency Initiative (EITI)	800
Zusammen	82 800

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie hat die verschiedenen Maßnahmen zur Exportförderung in einem einzigen "Programm zur Erschließung von Auslandsmärkten" gebündelt. Das neue Programm besteht aus verschiedenen Exportinitiativen, Messebeteiligungen und der Managerfortbildung "Fit for Partnership with Germany". Auf neue thematische Schwerpunkte kann im Rahmen des Programms im Lauf der Zeit flexibel durch Auflage spezifischer Maßnahmen und Exportinitiativen reagiert werden. Dabei werden die besonderen Belange der ostdeutschen Unternehmen auch weiterhin berücksichtigt. Aus dem Ansatz können auch Projektträger-, Verwaltungs- und Kosten für die Geschäftsstellen sowie Ausgaben für Aufträge, Machbarkeitsstudien, Gutachten (u. a. externe Evaluierung), die Prüfung der ordnungsgemäßen Projektumsetzung und Gebühren geleistet werden. Des Weiteren können aus Nr. 2 der Erläuterungen bis zu 4 Mio. € an die KfW-Bankengruppe im Rahmen eines von ihr konzipierten und verwalteten Klimaschutzfonds geleistet werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
687 06 -029	Deutscher Beitrag für die Unterstützung Russlands bei Abrüstungsprojekten	32 000	65 000 *12 862*	65 000

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass im Zusammenhang mit dem Projekt Informationsmaterial, Fachveröffentlichungen sowie andere beratungsergänzende Materialien, technische Unterlagen, Pläne usw. unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

Erläuterungen:

Die im Juni 2002 im kanadischen Kananaskis gegründete Globale G 8-Partnerschaft gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und -materialien unterstützt die Russische Föderation bei der Abrüstung und Beseitigung nuklearer Altlasten. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie realisiert im Nordwesten Russlands in der Saida-Bucht nahe Murmansk von 2003 bis 2014 den Bau eines Langzeitzwischenlagers für ca. 150 Atom-U-Boot-Reaktorsektionen und weiteren 28 nuklearen Komponenten von Überwasserschiffen der russischen Nordmeerflotte und die Errichtung eines Entsorgungszentrums für die Behandlung und Zwischenlagerung von radioaktiven Abfällen.

Aus dem Ansatz können auch Projekt- und Beratungskosten, externe Prüfungskosten (Monitoring) sowie Ausgaben für Gutachten und Begleitforschung gedeckt werden.

Weniger wegen entsprechendem Projektverlauf.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
687 07 -680	Projektbezogene Beiträge an internationale Organisationen	-	-	120

Haushaltsvermerk:

1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe von 500 T€ der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Kap. 0904.
2. Erstattungen Dritter fließen den Ausgaben zu.

0904 Chancen der Globalisierung

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Ausgaben für Investitionen			
896 01 -680	Zuschuss zur anteiligen Finanzierung der Errichtung einer Stadtbahn in Ho Chi Minh-Stadt, Vietnam	10 000	30 000 *34 042*	5 726

Erläuterungen:

Im außenwirtschaftspolitischen Interesse werden die Mittel zur anteiligen Finanzierung einer Stadtbahn in Ho Chi Minh-Stadt der vietnamesischen Regierung im Wege eines Zuschusses zur Verfügung gestellt. Das Stadtbahnprojekt hat für die weitere Entwicklung Vietnams aus wirtschafts-, verkehrs-, klimaschutz- und umweltpolitischen Gründen eine herausragende Bedeutung.

Das Projekt mit einem Gesamtvolumen von 1 Mrd. USD wird unter maßgeblicher Beteiligung/Projektführerschaft der deutschen Wirtschaft realisiert werden. Zum Einsatz kommen innovative Verkehrstechnologien. Das Projekt wird über den Einzelfall hinaus dazu beitragen, die bilateralen Beziehungen Deutschlands zu Vietnam zu stärken und auszubauen und damit die Chancen für die deutsche Wirtschaft in diesem zunehmend wichtigen Standort in Asien nachhaltig zu verbessern.

Aus dem Ansatz können Ausgaben für die Durchführung der Maßnahme wie Projektträgerkosten und Verwaltungskosten bis zu einem Betrag von 5 000 T€ geleistet werden.

Weniger wegen entsprechendem Projektverlauf.

Anlage zu Kapitel 0904 - Wirtschaftspläne

Titel	aus Nr. ... Erläuterung	**Bezeichnung**
1	2	3
686 01		Deutsche Zentrale für Tourismus e. V., Frankfurt/M.
687 02		Germany Trade and Invest - Gesellschaft für Außenwirtschaft und Standortmarketing mbH (GTAI)

0904 Anlage 1 Wirtschaftspläne

Zu Tit. 686 01

Deutsche Zentrale für Tourismus e. V., Frankfurt/M.

Wirtschaftsplan	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4
Institutionelle Förderung			
1. Ausgaben			
Inland	29 621	29 630	29 346
1.1 Personalausgaben	6 068	5 584	5 109
1.2 Sächliche Verwaltungsausgaben	2 778	2 456	2 705
1.3 Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	30	19	29
1.4 Ausgaben für Investitionen	869	148	558
1.5 Besondere Finanzierungsausgaben	19 876	21 423	20 945
Ausland	5 478	5 381	5 092
1.1 Personalausgaben	5 478	5 381	5 092
2. Finanzierung der Ausgaben			
Inland	29 621	29 630	29 346
2.1 Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	6 738	6 736	6 725
2.2 Zuwendung des Bundes	**22 883**	**22 894**	**22 621**
aus Kap. 0904 Tit. 686 01	*22 883*	*22 894*	*22 621*
Ausland	5 478	5 381	5 092
2.1 Zuwendung des Bundes	**5 478**	**5 381**	**5 092**
aus Kap. 0904 Tit. 686 01	*5 478*	*5 381*	*5 092*

Zu Tit. 687 02

Germany Trade and Invest - Gesellschaft für Außenwirtschaft und Standortmarketing mbH (GTAI)

Wirtschaftsplan	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4
Institutionelle Förderung			
1. Ausgaben			
Inland	20 417	21 691	18 505
1.1 Personalausgaben	8 277	7 629	7 170
1.2 Sächliche Verwaltungsausgaben	3 811	4 306	3 985
1.3 Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	12	12	9
1.4 Ausgaben für Investitionen	236	277	562
1.5 Besondere Finanzierungsausgaben	8 081	9 467	6 779
Ausland	2 099	2 131	2 471
1.1 Personalausgaben	550	622	677
1.2 Sächliche Verwaltungsausgaben	1 500	1 460	733
1.3 Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	3	3	4
1.4 Ausgaben für Investitionen	46	46	-
1.5 Besondere Finanzierungsausgaben	-	-	1 057
2. Finanzierung der Ausgaben			
Inland	20 417	21 691	18 505
2.1 Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	450	450	847
2.2 Zuwendung des Bundes	**19 967**	**21 241**	**17 658**
aus Kap. 0601 Tit. 686 32	*-*	*5 000*	*4 587*
aus Kap. 0904 Tit. 687 02	*19 967*	*16 241*	*13 071*
Ausland	2 099	2 131	2 471
2.1 Zuwendung des Bundes	**2 099**	**2 131**	**2 471**
aus Kap. 0904 Tit. 687 02	*2 099*	*2 131*	*2 471*
nachrichtlich: **Projektförderung**	4 082	4 082	3 748

Die besonderen Finanzierungsausgaben enthalten 1 560 T€ für die Projektförderung der Standortkampagne.

Überblick zum Kapitel 0910	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen..	31 000	60 000	-29 000		23 621
Übrige Einnahmen..	10 950	8 550	+2 400		6 060
Gesamteinnahmen..	41 950	68 550	-26 600		29 681
Ausgaben					
Sächliche Verwaltungsausgaben...........................	10 600	6 400	+4 200	630	4 553
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	55 816	70 608	-14 792	42 989	88 145
Ausgaben für Investitionen.....................................	1 650	1 736	-86		1 753
Besondere Finanzierungsausgaben......................	-74 553	-75 000	+447		-
Gesamtausgaben..	-6 487	3 744	-10 231	43 619	94 451
davon flexibilisiert..	-	-	-		-
davon nicht flexibilisiert..	-6 487	3 744	-10 231	43 619	94 451
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung...................................	6 794 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.................................	4 249 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.................................	1 549 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.................................	849 T€				
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.................................	49 T€				
im Haushaltsjahr 2019 bis zu.................................	49 T€				
im Haushaltsjahr 2020 bis zu.................................	49 T€				

0910 Sonstige Bewilligungen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Einnahmen			
	Verwaltungseinnahmen			
119 99 -680	Vermischte Einnahmen	31 000	60 000	23 621

Erläuterungen:

Einnahmen aus Überzahlungen und Zinsen, nicht oder nicht zweckentsprechend verwendeten Zuschüssen sowie sonstige Einnahmen.

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1602 Tit. 119 99	886	1 142

Weniger wegen Anpassung an das Ist 2012.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
	Übrige Einnahmen			
162 01 -680	Zinsen von Darlehen, Hypotheken und dergleichen	-	-	-
182 01 -165	Rückflüsse aus rückzahlbaren Zuwendungen und dergleichen	10 950	8 550	6 044

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
Einnahmen im Bereich der Förderungsprogramme	
1. Luftfahrtforschung und -technologie...	10 950
2. Strukturverbesserungshilfen Stahl...	-
Zusammen...	10 950

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
182 02 -680	Tilgung von Darlehen, Hypotheken und dergleichen	-	-	-
272 01 -061	Einnahmen aus Zuschüssen der Europäischen Union zu besonderen Maßnahmen	-	-	16

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind wegen bindender Vorgaben der EU zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Kap. 0902 Tit. 686 06, Kap. 0903 Tit. 686 02 und Kap. 0904 Tit. 687 01.

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

1. Einsparungen dienen bis zur Höhe von 500 T€ zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 531 02.
2. Einsparungen dienen bis zur Höhe von 3 000 T€ zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 544 03.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Sächliche Verwaltungsausgaben			
526 01 -019	Gerichts- und ähnliche Kosten	2 200	1 600	-
531 02 -165	Kosten der Internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Technologiepolitik einschließlich der Wirtschaftskommissionen und Kooperationsräte	800	800 *293*	614

526 01-019

Verpflichtungsermächtigung...

fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 1 000 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Epl. 09.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Gerichts- und Beratungskosten im Zusammenhang mit dem Schiedsgerichtsverfahren in Sachen 13. Atomgesetz-Novelle und Kernbrennstoffsteuergesetz.

531 02-165

Verpflichtungsermächtigung.. 294 T€

davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 49 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 49 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 49 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.. 49 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu.. 49 T€
im Haushaltsjahr 2020 bis zu.. 49 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe von 500 T€ der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Kap. 0910.
3. Einnahmen aus Teilnehmerbeiträgen und Erstattungen Dritter fließen den Ausgaben zu.
4. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Technologiepolitik..	400
2. Kosten der Wirtschaftskommissionen und Kooperationsräte; veranschlagt sind die Kosten, die dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie in 33 Wirtschaftskommissionen und in den Kooperationsräten entstehen...	300
3. Nationale Auskunftstelle nach Art. 10.1 des WTO-Übereinkommens über technische Handelshemmnisse (TBT)..........................	29
4. Nationale Kofinanzierung für das EU-Programm INTERACT.........	49
5. Sonstiges..	22
Zusammen..	800

Die internationale Zusammenarbeit mit anderen Staaten umfasst die Vorbereitung und Durchführung von Abkommen und Vereinbarungen sowie die Anbahnung und Pflege von Kontakten im Bereich der Wirtschafts- und Technologiepolitik.

Aus dem Titel dürfen auch Zuwendungen gemäß § 23 BHO gezahlt werden.

0910 Sonstige Bewilligungen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 531 02

Aus dem Mittelansatz dürfen auch Ausgaben für die Bewirtung mit Erfrischungen sowie für außergewöhnlichen Aufwand geleistet werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
541 01 -013	Kommunikative Begleitung und Evaluation wirtschafts- und technologiepolitischer Vorhaben	4 000	4 000 *306*	3 920

Verpflichtungsermächtigung .... 3 300 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 1 500 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 1 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu .... 800 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Energiewende	2 800
2. Innovation, Digitalisierung und zukunftsorientierte Industrie	800
3. Mittelstand	400
Zusammen	4 000

Den von der Bundesregierung genannten zentralen wirtschafts- und technologiepolitischen Vorhaben ist gemeinsam, dass für ihren Erfolg neben gesetzgeberischen und administrativen Maßnahmen auch eine überzeugende kommunikative Umsetzung notwendig ist. Zur Stärkung des Bewusstseins für mehr Eigenverantwortung und Selbstständigkeit und zur Überwindung von Vorbehalten sind auch externe Experten und Multiplikatoren einzubeziehen, um alle Zielgruppen wirksam zu erreichen.

Aus dem Titel dürfen auch Zuwendungen gem. § 23 BHO gezahlt werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
544 03 -165	Maßnahmen zum Bürokratieabbau sowie zur Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie	-	- *31*	19

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe von 3 000 T€ der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Kap. 0910.
3. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

Erläuterungen:

Bei allen bestehenden und neuen Normen des Bundes (Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften) werden Kostenentlastungen für die Wirtschaft, die Bürgerinnen und Bürger und die Verwaltung durch Rechts- und Verwaltungsvereinfachungen (Bürokratieabbau) angestrebt. Auch die Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie soll entsprechend ausgestaltet werden.

Es können auch Zuwendungen vergeben werden

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
544 04 -165	Forschung, Untersuchungen und Ähnliches	3 600		

Verpflichtungsermächtigung.. 2 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 1 500 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 500 T€

Haushaltsvermerk:

1. **Die Ausgaben sind übertragbar.**
2. **Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Kap. 0904 Tit. 687 02 und Kap. 0910 Tit. 686 03.**
3. **Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.**
4. **Aus bis zu 20 Prozent der Ausgaben dürfen auch Zuwendungen gemäß § 44 Abs. 1 BHO geleistet werden.**
5. **Von den Forschungsmitteln dürfen bis zu 5 Prozent für Projektmanagement und begleitende Öffentlichkeitsarbeit geleistet werden.**

Erläuterungen:

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0602 Tit. 544 41	4 100	2 339

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)

632 01 -165	Zweckgebundene Zuweisungen an die Länder für Mitgliedseinrichtungen der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz e. V. (WGL)	39 698	37 785	35 440

Verpflichtungsermächtigung..

fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 125 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 882 01.
2. Die Mittel dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.

   Dies gilt, wenn und soweit das zuwendungsgebende Sitzland seinen Finanzierungsanteil ebenfalls überjährig zur Verfügung stellt.

Erläuterungen:

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	Finanzierungsanteil in Prozent ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
WGL-Einrichtungen					
1. **Bayern**			**(5 259)**	**(4 800)**	**(4 624)**
1.1 Institut für Wirtschaftsforschung (Ifo), München.................................			5 259	4 800	4 624
- aus Kap. 0910 Tit. 632 01..		50,00	*5 101*	*4 642*	*4 467*
- aus Kap. 0910 Tit. 882 01..		50,00	*158*	*158*	*157*

0910 Sonstige Bewilligungen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 632 01

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	Finanzierungsanteil in Prozent ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
2. **Berlin**			**(5 501)**	**(5 248)**	**(4 969)**
2.1 Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW)			5 501	5 248	4 969
- aus Kap. 0910 Tit. 632 01		50,00	*5 344*	*5 091*	*4 819*
- aus Kap. 0910 Tit. 882 01		50,00	*157*	*157*	*150*
3. **Hamburg**			**(-)**	**(-)**	**(-)**
3.1 **Hamburgisches Weltwirtschafts-Archiv (HWWA)**			**(-)**	**(-)**	**(-)**
4. **Nordrhein-Westfalen**			**(3 004)**	**(2 935)**	**(2 653)**
4.1 Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI), Essen			3 004	2 935	2 653
- aus Kap. 0910 Tit. 632 01		50,00	*2 954*	*2 898*	*2 591*
- aus Kap. 0910 Tit. 882 01		50,00	*50*	*37*	*62*
5. **Sachsen-Anhalt**			**(3 107)**	**(2 805)**	**(2 738)**
5.1 Institut für Wirtschaftsforschung (IWH), Halle			3 107	2 805	2 738
- aus Kap. 0910 Tit. 632 01		50,00	*2 992*	*2 740*	*2 673*
- aus Kap. 0910 Tit. 882 01		50,00	*115*	*65*	*65*
6. **Schleswig-Holstein**			**(15 750)**	**(15 388)**	**(14 216)**
6.1 Institut für Weltwirtschaft (IfW), Kiel			4 624	4 662	4 412
- aus Kap. 0910 Tit. 632 01		50,00	*4 512*	*4 310*	*4 060*
- aus Kap. 0910 Tit. 882 01		50,00	*112*	*352*	*352*
6.2 Deutsche Zentralbibliothek für Wirtschaftswissenschaften (ZBW), Kiel			11 126	10 726	9 804
- aus Kap. 0910 Tit. 632 01		50,00	*10 628*	*10 269*	*9 349*
- aus Kap. 0910 Tit. 882 01		50,00	*498*	*457*	*455*
7. **Niedersachsen**			**(3 737)**	**(3 591)**	**(3 382)**
7.1 Leibniz-Institut für Angewandte Geophysik (LIAG), Hannover			3 737	3 591	3 382
- aus Kap. 0910 Tit. 632 01		50,00	*3 377*	*3 231*	*3 020*
- aus Kap. 0910 Tit. 882 01		50,00	*360*	*360*	*362*
8. **Baden-Württemberg**			**(4 990)**	**(4 754)**	**(4 611)**
8.1 Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), Mannheim			4 990	4 754	4 611
- aus Kap. 0910 Tit. 632 01		50,00	*4 790*	*4 604*	*4 461*
- aus Kap. 0910 Tit. 882 01		50,00	*200*	*150*	*150*
Zusammen			41 348	39 521	37 193
- Summe Tit. 632 01			*39 698*	*37 785*	*35 440*
- Summe Tit. 882 01			*1 650*	*1 736*	*1 753*

Die Länder gewähren den Einrichtungen Zuwendungen zur institutionellen Förderung. Die Förderung des Bundes erfolgt durch zweckgebundene Zuweisungen an die Sitzländer.

662 01 -680	Abwicklung von Altprogrammen	16 118	32 823	48 347

Haushaltsvermerk:

Einnahmen aus Verwertungserlösen schadensfälliger Unternehmen, die von Insolvenzverwaltern quotal auf vorhandene Gläubiger aufgeteilt werden, sowie Einnahmen aus Vergleichen des BAFA/BMWi fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Eigenkapitalhilfeprogramm (EKH-Programm)	12 218
2. Beteiligung am Innovationsrisiko von Technologieunternehmen (BTU)	3 900
Zusammen	16 118

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 662 01

Zu 1.:
Für Anträge auf EKH, die nach dem 31. Dezember 1996 gestellt wurden, erfolgt die Finanzierung aus dem ERP-Sondervermögen. Die veranschlagten Mittel sind für die Finanzierung der Verpflichtungen ausgebracht, die aufgrund der bis zum 31. Dezember 1996 gestellten Anträge eingegangen sind. Die Haushaltsmittel für das EKH-Programm werden in Kap. 3208 Tit. 871 01 in Höhe von 20,0 Mio. € und in Kap. 0910 Tit. 662 01 in Höhe von 12,2 Mio. € veranschlagt.

Zu 2.:
Veranschlagt ist die erwartete Inanspruchnahme aus dem Programm "Beteiligung am Innovationsrisiko von Technologieunternehmen" (BTU) und dem ERP-Innovationsprogramm für bis 31. Dezember 2000 eingegangene Verpflichtungen einschl. erwarteter Inanspruchnahmen aus dem FUTOUR-Programm, soweit diese aus Zusagen des Jahres 2000 resultieren. Inanspruchnahmen aus dem BTU-Programm und dem ERP-Innovationsprogramm aus Zusagen nach dem 31. Dezember 2000 werden aus dem ERP-Sondervermögen gedeckt. Aus dem Ansatz können auch notwendige Ausgaben zur Prüfung von Schadensfällen durch Dritte geleistet werden (bis zu 100 T€).

Weniger aufgrund prognostizierter niedrigerer Darlehensausfälle.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
683 01 -634	Förderung der Herstellung von Klima schonenden Nichteisenmetallen	-	- *40 000*	-
686 02 -045	Entschädigungen an Unternehmen für das Abstellen von Fachpersonal nach dem Post- und Telekommunikationssicherstellungsgesetz (PTSG)	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Epl. 09.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
686 03 -691	Modellvorhaben zur Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft	-		

Haushaltsvermerk:

1. **Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: 544 04.**
2. **Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.**

Erläuterungen:

Ausgelöst durch das 6 Mrd. €-Sonderprogramm der Bundesregierung für Forschung und Innovation waren für den Innovationswettbewerb "Wirtschaft trifft Wissenschaft" in den neuen Bundesländern als Modellvorhaben in den Jahren 2006 bis 2011 insgesamt 23,4 Mio. € vorgesehen.

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0602 Tit. 686 41	-	-

0910 Sonstige Bewilligungen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Ausgaben für Investitionen			
882 01 -165	Zweckgebundene Zuweisungen an die Länder für Mitgliedseinrichtungen der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz e. V. (WGL)	1 650	1 736	1 753

Verpflichtungsermächtigung...

fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 75 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 632 01.
2. Die Mittel dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.

   Dies gilt, wenn und soweit das zuwendungsgebende Sitzland seinen Finanzierungsanteil ebenfalls überjährig zur Verfügung stellt.

Erläuterungen:

WGL-Einrichtungen: Zusammenstellung siehe Erläuterungen zu Tit. 632 01.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Besondere Finanzierungsausgaben			
972 01 -880	Globale Minderausgabe	-74 553	-75 000	-
981 07 -890	Leistungen an Bundesbehörden zur Durchführung von ressortübergreifenden Aufgaben	-	-	(-)
	In Vorjahren weggefallene Titel mit Ausgaberest			
636 01 -165	Einstellung und Abwicklung des elektronischen Entgeltnachweises (ELENA)		*2 989*	4 358

Vorbemerkung

Wesentliche finanzwirksame Schwerpunkte des Kapitels

In Kapitel 0911 sind bestimmte Verwaltungsausgaben für den Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie zentral veranschlagt. Einen Schwerpunkt hierbei bildet der Bereich Versorgung. In der Titelgruppe 57 veranschlagt sind die Einnahmen und Ausgaben der Versorgungsberechtigten, deren Versorgungsanspruch auf dem Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder der Bundesregierung, dem Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Parlamentarischen Staatssekretärinnen und Parlamentarischen Staatssekretäre, dem Gesetz über die Versorgung der Beamtinnen und Beamten und Richterinnen und Richter des Bundes (BeamtVG) oder auf einem Vertrag mit dem Bund beruht. Die Zuführungen an die Versorgungsrücklage und die Zuweisungen an den Versorgungsfonds sind in gesonderten Titeln ebenfalls in diesem Kapitel etatisiert. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie als oberste Bundesbehörde ist bei Kapitel 0912 veranschlagt.

Nachgeordnete Dienststellen sind:

Die Physikalisch-Technische Bundesanstalt (Kapitel 0913),

die Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung (Kapitel 0914),

die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (Kapitel 0915),

das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (Kapitel 0916),

das Bundeskartellamt (Kapitel 0917) sowie

die Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (Kapitel 0918).

Rechtsgrundlagen und Aufgaben der Dienststellen sind bei den einzelnen Kapiteln in den Vorbemerkungen kurz dargestellt.

Überblick zum Kapitel 0911	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	120	120	-		230
Übrige Einnahmen	130	130	-		571
Gesamteinnahmen	250	250	-		801
Ausgaben					
Personalausgaben	169 919	162 243	+7 676	1 769	153 897
Sächliche Verwaltungsausgaben	20 602	15 169	+5 433	5 726	7 083
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	23 030	13 505	+9 525	72	4 096
Besondere Finanzierungsausgaben	-	-	-		-
Gesamtausgaben	213 551	190 917	+22 634	7 567	165 076
davon flexibilisiert	58 067	40 833	+17 234	7 301	21 833
davon nicht flexibilisiert	155 484	150 084	+5 400	266	143 243

0911 Zentral veranschlagte Verwaltungseinnahmen und -ausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Einnahmen			
	Übrige Einnahmen			
282 08 -011	Einnahmen aus Prämienzahlungen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben Haushaltsvermerk: Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Kap. 0911 flexibilisierter Bereich.	-	-	-
282 09 -011	Einnahmen aus Sponsoring, Spenden und ähnlichen freiwilligen Geldleistungen Haushaltsvermerk: Mehreinnahmen sind wegen rechtsverbindlicher Verwendungsauflage Dritter zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 547 09.	-	-	36

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0901 Tit. 282 09	-	36

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
381 07 -890	Leistungen von Bundesbehörden zur Durchführung von ressortübergreifenden Aufgaben Haushaltsvermerk: Mehreinnahmen sind wegen verbindlicher Vereinbarung mit anderen Bundesbehörden (EfA) zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Epl. 09.	-	-	(-)
	Titelgruppe 57			
Tgr. 57	Versorgung der Beamtinnen und Beamten sowie der Richterinnen und Richter	(250)	(250)	
119 57 -018	Vermischte Einnahmen	120	120	230
232 57 -018	Beteiligung an den Versorgungslasten des Bundes Haushaltsvermerk: Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Tgr. 57.	130	130	298

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

1. Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Ausgenommen ist Tgr. 57.

2. Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Kap. 0911 flexibilisierter Bereich dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 282 08.

Sächliche Verwaltungsausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
529 01 -011	Außergewöhnlicher Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	100	100	98

Haushaltsvermerk:

Die Erläuterungen sind verbindlich.

Erläuterungen:

Bezeichnung		€
1.	Zur Verfügung der/des	
1.1	Bundesministers für Wirtschaft und Energie, der Staatssekretärinnen und Staatssekretäre des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie	84 000
1.2	Präsidentin oder des Präsidenten der Physikalisch- Technischen Bundesanstalt	1 500
1.3	Präsidentin oder des Präsidenten der Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung	1 500
1.4	Präsidentin oder des Präsidenten der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe	1 500
1.5	Präsidentin oder des Präsidenten des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle	1 500
1.6	Präsidentin oder des Präsidenten des Bundeskartellamtes	1 500
1.7	Präsidentin oder des Präsidenten der Bundesnetzagentur	1 750
2.	Für sonstigen Aufwand im Ministerium	6 750
Zusammen		100 000

Aus dem Mittelansatz dürfen auch Ausgaben für die Bewirtung mit Erfrischungen bei Besprechungen aus besonderem Anlass geleistet werden.

Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Aus den Belegen muss Anlass, Funktion und Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer (Begünstigte) erkennbar sein.

Eine Auszahlung ohne Beleg ist nicht zulässig.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0901 Tit. 529 01	-	98

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
542 01 -013	Öffentlichkeitsarbeit	3 303	3 303 *266*	2 845

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Einnahmen aus Teilnehmerbeiträgen und Erstattungen Dritter bei Veranstaltungen sowie Bildhonoraren fließen den Ausgaben zu.
3. Einnahmen aus der Abgabe von Werbe- und Informationsmaterialien fließen den Ausgaben zu.

0911 Zentral veranschlagte Verwaltungseinnahmen und -ausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 542 01

4. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Werbe- und Informationsmaterialien gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

5. Aus den Ausgaben sind auch die Kosten für Porto, Verpackung und Versand von Veröffentlichungen zu leisten.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
Für Ausgaben der nachfolgenden Behörden:	
1. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie	3 083
2. Physikalisch-Technische Bundesanstalt	50
3. Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung	50
4. Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe	120
Zusammen	3 303

Zu 1.:

Bezeichnung	1 000 €
1. Öffentlichkeitsarbeit und Information in den Themenbereichen Wirtschaft und Technologie	933
2. Konzeption, Herstellung und Verbreitung von Informationsmaterialien	800
3. Betrieb eines Call-Centers/Bürgertelefons, Versandkosten, Informationsveranstaltungen, Besucherdienst, Empfang in- und ausländischer Journalistinnen und Journalisten, Ankauf von Nachrichtendiensten und sonstiger Unterlagen für die Öffentlichkeitsarbeit	975
4. Öffentlichkeitsarbeit zu Themen der deutschen Luft- und Raumfahrt, insbesondere Fachveranstaltungen des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie und Präsentationen im Rahmen von Luftfahrtausstellungen	375
Zusammen	3 083

Aus dem Titel dürfen auch Zuwendungen gem. § 23 BHO gezahlt werden.

Im Einzelplan 09 sind außerdem folgende Maßnahmen für Öffentlichkeitsarbeit und Fachinformationen veranschlagt:

Bezeichnung	1 000 €
Öffentlichkeitsarbeit	
keine weiteren Titel	
Fachinformationen	
0911 - 543 01	5 436

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0901 Tit. 542 01	-	2 845
Kap. 0913 Tit. 542 01	-	50
Kap. 0914 Tit. 542 01	-	21
Kap. 0915 Tit. 542 01	-	19
Kap. 0915 Tit. 542 61	-	48
Zusammen	-	2 983

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
547 09 -011	Ausgaben für Vorhaben, die aus Spenden, Sponsoring und ähnlichen freiwilligen Geldleistungen finanziert werden	-	-	36

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 282 09.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 547 09

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0901 Tit. 547 09	-	36

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
688 06 -011	Zahlungsverpflichtungen aus Verstößen gegen EU-Recht	-	-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0901 Tit. 688 06	-	-

Besondere Finanzierungsausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
981 07 -890	Leistungen an Bundesbehörden zur Durchführung von ressortübergreifenden Aufgaben	-	-	(2 145)

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Epl. 09.

Titelgruppe 57

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
Tgr. 57	Versorgung der Beamtinnen und Beamten sowie der Richterinnen und Richter	(152 081)	(146 681)	

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.
2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 232 57.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
431 57 -018	Versorgungsbezüge der Bundesminister, der Parlamentarischen Staatssekretäre, sonstige Amtsträger und deren Hinterbliebenen	1 200	1 200	1 008

Erläuterungen:

Aus dem Titel werden auch Übergangsgelder für ehemalige Mitglieder der Bundesregierung (§ 14 Bundesministergesetz) und für ehemalige Parlamentarische Staatssekretärinnen und Parlamentarische Staatssekretäre (§ 6 ParlStG) gewährt.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
432 57 -018	Versorgungsbezüge	123 829	121 729	114 474

Erläuterungen:

Aus dem Titel werden auch die Bezüge der in den einstweiligen Ruhestand versetzten Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter vom Ersten des auf den Beginn des einstweiligen Ruhestandes folgenden Monats an gewährt.

0911 Zentral veranschlagte Verwaltungseinnahmen und -ausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu Titelgruppe 57			
434 57 -018	Zuführung an die Versorgungsrücklage	4 200	2 300	3 334
443 57 -018	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen einschließlich Inanspruchnahme von besonderen Fachdiensten/-kräften	50	50	34
446 57 -018	Beihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften	21 800	20 400	20 077
453 57 -018	Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen	-	-	-
632 57 -018	Erstattungen des Bundes für Versorgungslasten	1 002	1 002	1 337

Flexibilisierte Ausgaben

Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG

	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3	40 868	29 067 *1 841*	17 729
Aus Hauptgruppe 5	17 199	11 766 *5 460*	4 104
Zusammen	58 067	40 833 *7 301*	21 833

F 424 01 -011	*Zuführung an die Versorgungsrücklage*	*3 376*	*1 350*	*1 797*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0901 Tit. 424 01	*-*	*1 797*

F 441 01 -840	*Beihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften*	*14 174*	*13 834*	*12 499*
F 443 01 -840	*Fürsorgeleistungen und Unterstützungen einschließlich Inanspruchnahme von besonderen Fachdiensten/-kräften*	*690*	*780*	*123*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0901 Tit. 443 01	*-*	*123*
Kap. 0901 Tit. 443 02	*-*	*419*
Zusammen	*-*	*542*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 452 02 -223	*Unfallkasse des Bundes*	*600*	*600*	*551*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0901 Tit. 452 02	-	551

F 526 01 -011	*Gerichts- und ähnliche Kosten*	*3 833*	*2 468*	*148*

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
Für Ausgaben der nachfolgenden Behörden:	
1. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie	388
2. Physikalisch-Technische Bundesanstalt	82
3. Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung	200
4. Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe	3
5. Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle	60
6. Bundeskartellamt	900
7. Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen	2 200
Zusammen	3 833

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0901 Tit. 526 01	-	148
Kap. 0913 Tit. 526 01	-	180
Kap. 0914 Tit. 526 01	-	337
Kap. 0915 Tit. 526 01	-	17
Kap. 0916 Tit. 526 01	-	74
Kap. 0917 Tit. 526 01	-	81
Kap. 0918 Tit. 526 01	-	70
Zusammen	-	907

F 526 02 -011	*Sachverständige, Ausgaben für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen*	*3 973*	*2 841*	*558*

Haushaltsvermerk:

1. *Die Erläuterungen zu Nr. 7.1 sind verbindlich.*
2. *Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.*
3. *Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen von Berichten und Gutachten der Monopolkommission an Verwaltungsdienststellen sowie zu wissenschaftlichen Zwecken unentgeltlich abgegeben werden.*

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
Für Ausgaben der nachfolgenden Behörden:	
1. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie	974
davon: Ausgaben für wissenschaftliche Beiräte	100

0911 Zentral veranschlagte Verwaltungseinnahmen und -ausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 526 02

Bezeichnung	1 000 €
2. Physikalisch-Technische Bundesanstalt	10
3. Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung	4
4. Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe	3
5. Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle	5
6. Bundeskartellamt	90
7. Monopolkommission	384
7.1 davon: Honorare für Sachverständige (Vorsitzender 25 565 €, 4 Sachverständige je 22 497 €	116
8. Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen	2 503
davon: Beiräte und Kommissionen	141
Zusammen	3 973

Aus den Ausgaben dürfen auch die Kosten für die Drucklegung von Gutachten und ihren Ankauf, für die Vorbereitung von Sitzungen durch Anschaffung von Materialien und anderen Unterlagen sowie für die Bewirtung mit Erfrischungen geleistet werden.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0901 Tit. 526 02	-	558
Kap. 0901 Tit. 526 03	-	77
Kap. 0913 Tit. 526 03	-	7
Kap. 0914 Tit. 526 03	-	5
Kap. 0916 Tit. 526 02	-	1
Kap. 0917 Tit. 526 02	-	73
Kap. 0917 Tit. 526 03	-	25
Kap. 0917 Tit. 526 13	-	336
Kap. 0918 Tit. 526 02	-	2 981
Kap. 0918 Tit. 526 03	-	68
Zusammen	-	4 131

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 527 03 -011	*Reisen in Angelegenheiten der Personalvertretungen und der Gleichstellungsbeauftragten sowie in Vertretung der Interessen schwerbehinderter Menschen*	450	450	331

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0901 Tit. 527 03	-	331

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 543 01 -011	*Veröffentlichungen und Fachinformationen*	5 436	3 518	2 241

Haushaltsvermerk:

1. *Einnahmen aus Bildhonoraren, dem Vertrieb der "PTB-Prüfregeln", von Prognose-, Länder- und sonstigen Berichten sowie der Veräußerung von Veröffentlichungen aus Kap. 0912, 0913, 0914, 0915, 0916, 0917 und 0918 fließen den Ausgaben zu.*
2. *Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen, elektronische Produkte und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.*
3. *Aus den Ausgaben sind auch die Kosten für Porto, Verpackung und Versand von Veröffentlichungen zu leisten.*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 543 01

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
Für Ausgaben der nachfolgenden Behörden:	
1. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie	*2 500*
davon: Homepage, Förderdatenbank des Bundes	*2 237*
2. Physikalisch-Technische Bundesanstalt	*122*
3. Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung	*50*
4. Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe	*132*
davon: Publikation der wissenschaftlichen Arbeitsergebnisse	*70*
5. Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle	*-*
6. Bundeskartellamt	*-*
7. Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen	*2 632*
Zusammen	*5 436*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0901 Tit. 543 01	*-*	*2 241*
Kap. 0913 Tit. 543 01	*-*	*170*
Kap. 0914 Tit. 543 01	*-*	*42*
Kap. 0915 Tit. 543 01	*-*	*160*
Kap. 0918 Tit. 543 01	*-*	*147*
Zusammen	*-*	*2 760*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 545 01 -011	*Konferenzen, Tagungen, Messen und Ausstellungen*	*3 507*	*2 489*	*826*

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Werbe- und Informationsmaterialien gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
Für Ausgaben der nachfolgenden Behörden:	
1. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie	*1 069*
2. Physikalisch-Technische Bundesanstalt	*50*
3. Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung	*90*
4. Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe	*281*
5. Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle	*30*
6. Bundeskartellamt	*108*
7. Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen	*1 879*
Zusammen	*3 507*

Aus dem Mittelansatz dürfen auch Ausgaben für die Bewirtung mit Erfrischungen geleistet werden.

Zu 4.:
Es können auch Ausgaben für Maßnahmen der fachspezifischen Außendarstellung und des Ergebnistransfers, soweit sie für die Erfüllung der Aufgaben der GIW-Geschäftsstelle unmittelbar erforderlich sind, getätigt werden.

Im jährlichen Wechsel wird der "GeoBusiness-Award" vergeben bzw. der "GeoBusiness-Kongress" veranstaltet.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0901 Tit. 545 01	*-*	*826*

0911 Zentral veranschlagte Verwaltungseinnahmen und -ausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 545 01

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0913 Tit. 545 01	*-*	*155*
Kap. 0914 Tit. 545 01	*-*	*70*
Kap. 0915 Tit. 545 01	*-*	*59*
Kap. 0915 Tit. 545 61	*-*	*21*
Kap. 0915 Tit. 545 91	*-*	*54*
Kap. 0917 Tit. 545 01	*-*	*16*
Kap. 0918 Tit. 545 01	*-*	*102*
Zusammen	*-*	*1 303*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 634 03 -011	*Zuweisungen an den Versorgungsfonds*	*22 028*	*12 503*	*2 759*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
Für Ausgaben der nachfolgenden Behörden:	
1. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie...............................	*5 782*
2. Physikalisch-Technische Bundesanstalt..	*2 024*
3. Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung.........................	*1 057*
4. Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe.....................	*1 984*
5. Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle..............................	*932*
6. Bundeskartellamt..	*967*
7. Monopolkommission...	*-*
8. Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen..	*9 282*
Zusammen..	*22 028*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0901 Tit. 634 03	*-*	*2 759*
Kap. 0913 Tit. 634 03	*-*	*1 429*
Kap. 0914 Tit. 634 03	*-*	*846*
Kap. 0915 Tit. 634 03	*-*	*1 114*
Kap. 0915 Tit. 634 63	*-*	*-*
Kap. 0915 Tit. 634 73	*-*	*47*
Kap. 0916 Tit. 634 03	*-*	*744*
Kap. 0916 Tit. 634 23	*-*	*71*
Kap. 0917 Tit. 634 03	*-*	*647*
Kap. 0918 Tit. 634 03	*-*	*3 265*
Zusammen	*-*	*10 922*

Vorbemerkung

Wesentliche finanzwirksame Schwerpunkte des Kapitels

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie nimmt die Aufgaben wahr, die sich für den Bund auf wirtschaftlichem, energiepolitischem und technologischem Gebiet ergeben. Das Bundesministerium gliedert sich in zehn Abteilungen:

Abteilung Z Zentralabteilung

Abteilung L Leitungs- und Planungsabteilung

Abteilung E Europapolitik

Abteilung I Wirtschaftspolitik

Abteilung II Energiepolitik - Wärme und Effizienz -

Abteilung III Energiepolitik - Strom und Netze -

Abteilung IV Industriepolitik

Abteilung V Außenwirtschaftspolitik

Abteilung VI Innovations-, IT- und Kommunikationspolitik

Abteilung VII Mittelstandspolitik

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie hat seinen Sitz in Berlin und unterhält einen zweiten Dienstsitz in Bonn.

Überblick zum Kapitel 0912	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	1 487	1 487	-		2 047
Gesamteinnahmen	1 487	1 487	-		2 047
Ausgaben					
Personalausgaben	97 218	95 882	+1 336		90 774
Sächliche Verwaltungsausgaben	48 877	47 830	+1 047	9 933	25 348
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	5	5	-		5
Ausgaben für Investitionen	10 591	10 785	-194	10 941	3 780
Gesamtausgaben	156 691	154 502	+2 189	20 874	119 907
davon flexibilisiert	136 402	134 711	+1 691	17 505	112 837
davon nicht flexibilisiert	20 289	19 791	+498	3 369	7 070
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung	87 126 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu	26 240 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu	35 296 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu	24 590 T€				
im Haushaltsjahr 2018 bis zu	1 000 T€				

0912 Bundesministerium

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

112 01 -011	Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten	10	10	-

Haushaltsvermerk:

Es wird zugelassen, dass unter der Voraussetzung der Gegenseitigkeit auf die Geltendmachung von Prozesskosten aus Verfahren vor dem Gerichtshof der Europäischen Union gegenüber anderen Mitgliedsstaaten allgemein verzichtet wird.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0901 Tit. 112 01	-	-

119 99 -011	Vermischte Einnahmen	100	100	125

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0901 Tit. 119 99	-	125

124 01 -011	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	1 372	1 372	1 391

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0901 Tit. 124 01	-	1 391

132 01 -011	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	5	5	531

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0901 Tit. 132 01	-	531

133 01 -165	Einnahmen aus dem betrieblichen Übergang der Deutschen Agentur für Raumfahrtangelegenheiten GmbH i. L. (DARA) in das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt e. V. (DLR)	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: Kap. 0901 Tit. 683 32.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 133 01

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0901 Tit. 133 01	-	-

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.

Sächliche Verwaltungsausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
518 02 -011	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	20 289	19 791	-

Verpflichtungsermächtigung.. 60 120 T€

davon fällig:

im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 20 040 T€

im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 20 040 T€

im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 20 040 T€

Haushaltsvermerk:

Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.

Flexibilisierte Ausgaben

Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG

	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
Aus Hauptgruppe 4..	97 218	95 882	90 774
Aus Hauptgruppe 5..	28 588	28 039 *6 564*	18 283
Aus Hauptgruppe 6..	5	5	-
Aus Hauptgruppe 7..	8 456	8 700 *8 226*	1 746
Aus Hauptgruppe 8..	2 135	2 085 *2 715*	2 034
Zusammen..	136 402	134 711 *17 505*	112 837

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 421 01 -011	*Bezüge des Bundesministers und der Parlamentarischen Staatssekretäre*	*622*	*617*	*556*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0901 Tit. 421 01	*-*	*556*

0912 Bundesministerium

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 422 01 -011	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*65 144*	*62 798*	*60 763*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0901 Tit. 422 01	*-*	*60 763*

F 422 02 -011	*Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte*	*200*	*200*	*93*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0901 Tit. 422 02	*-*	*93*

F 427 09 -011	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*3 190*	*3 164*	*3 532*

Haushaltsvermerk:

1. *Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1106 Tit. 686 12.*
2. *Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1106 Tit. 272 02.*

   Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.

Erläuterungen:

Aus dem Ansatz können Ausgaben in Höhe von bis zu 300 T€ für die Zwischenbeschäftigung von Laureaten (d. h. Bewerbern, die ein Einstellungsverfahren internationaler Einrichtungen - insbesondere Concours der EU - erfolgreich bestanden haben) bis zum Antritt ihrer Beschäftigung bei der internationalen Organisation geleistet werden. Zulässig ist die gleichzeitige Beschäftigung von bis zu fünf Laureaten. Diese können auch in der Zeit des Bewerbungsverfahrens und in der Einarbeitungsphase bei der internationalen Organisation unterstützt werden.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0901 Tit. 427 09	*-*	*3 532*

F 428 01 -011	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*27 325*	*28 366*	*24 796*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0901 Tit. 428 01	*-*	*24 796*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 452 01 -229	*Erstattungen an die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder*	*27*	*27*	*16*

Erläuterungen:

Im Bereich der früheren Verwaltung für Wirtschaft ist eine Reihe von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in den Jahren bis 1949 nicht schon bei Dienstantritt zur Zusatzversorgung bei der Rechtsvorgängerin der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder angemeldet worden. Die Betroffenen sind jeweils bei Eintritt des Rentenfalles so zu stellen, wie sie im Falle rechtzeitiger Anmeldung zur Zusatzversorgung gestanden hätten. Die Zusatzrentendifferenz wird vom Eintritt des Versicherungsfalles an aus diesen Ausgaben gezahlt, um dem Bund die erheblich höheren Kosten einer zusätzlichen Nachversicherung zu ersparen.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0901 Tit. 452 01	*-*	*16*

F 453 01 -011	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	*700*	*700*	*572*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0901 Tit. 453 01	*-*	*572*

F 459 99 -011	*Vermischte Personalausgaben*	*10*	*10*	*27*

Erläuterungen:

Erstattungen von Aufwendungen der Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost (BAnst PT) für die Inanspruchnahme von Leistungen für auf das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie übergeleitete Beschäftigte des früheren Bundesministeriums für Post und Telekommunikation.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0901 Tit. 459 99	*-*	*27*

F 511 01 -011	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände, Software, Wartung*	*3 100*	*3 065*	*1 959*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0901 Tit. 511 01	*-*	*1 959*
Kap. 0901 Tit. 511 55	*-*	*533*
Zusammen	*-*	*2 492*

F 514 01 -011	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*	*200*	*200*	*133*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*Soll 2014*	*Soll 2013*
personengebundene Pkw..	*8*	*8*

0912 Bundesministerium

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 514 01

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0901 Tit. 514 01	*-*	*133*

F 517 01 -011	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	*8 744*	*8 430*	*7 783*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0901 Tit. 517 01	*-*	*7 783*

F 518 01 -011	*Mieten und Pachten*	*610*	*540*	*378*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0901 Tit. 518 01	*-*	*378*
Kap. 0901 Tit. 518 55	*-*	*164*
Zusammen	*-*	*542*

F 519 01 -011	*Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen*	*1 100*	*1 100*	*981*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0901 Tit. 519 01	*-*	*981*

F 525 01 -011	*Aus- und Fortbildung*	*400*	*400*	*315*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0901 Tit. 525 01	*-*	*315*
Kap. 0901 Tit. 525 55	*-*	*61*
Zusammen	*-*	*376*

F 527 01 -011	*Dienstreisen*	*3 600*	*3 600*	*3 304*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0901 Tit. 527 01	*-*	*3 304*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 532 01 -011	*Aufträge und Dienstleistungen im Bereich Informationstechnik*	*1 264*	*1 264*	*1 468*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0901 Tit. 532 55	*-*	*1 468*

F 532 03 -011	*Sonstige Dienstleistungsaufträge an Dritte*	*480*	*400*	*481*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Außeramtliche Sprachmittlerinnen und Sprachmittler	*220*
2. Telefonvermittlung	*100*
3. Pressespiegel	*41*
4. Sonstiges	*119*
Zusammen	*480*

Veranschlagt sind Ausgaben für Aufträge an Dritte, insbesondere zum Outsourcing bisher im Ministerium wahrgenommener Aufgaben.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0901 Tit. 532 01	*-*	*481*

F 539 99 -011	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*500*	*450*	*548*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Abgeltung von Ansprüchen nach dem Urheberrecht	*139*
2. Vereinbarkeit von Beruf und Familie	*82*
3. Deutscher Musikinstrumentenpreis	*54*
4. Sonstiges	*225*
Zusammen	*500*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0901 Tit. 531 02	*-*	*70*
Kap. 0901 Tit. 539 99	*-*	*548*
Kap. 0901 Tit. 546 88	*-*	*1*
Zusammen	*-*	*619*

0912 Bundesministerium

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 544 01 -011	*Forschung, Untersuchungen und Ähnliches*	*8 590*	*8 590* *3 369*	*7 065*

Verpflichtungsermächtigung.. 8 700 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 2 200 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 3 500 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 3 000 T€

Haushaltsvermerk:

1. *Einnahmen aus Veröffentlichungen, Finanzierungsbeteiligungen Dritter und Rückforderungen fließen den Ausgaben zu.*
2. *Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.*

Erläuterungen:

Aus dem Titel dürfen auch Zuwendungen gemäß § 23 BHO gezahlt werden sowie wirtschaftswissenschaftliche Tagungen finanziert werden.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0910 Tit. 544 02	*-*	*7 065*

F 686 09 -011	*Mitgliedsbeiträge und sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland geringeren Umfangs*	*5*	*5*	*5*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0901 Tit. 686 03	*-*	*5*

F 711 01 -011	*Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten*	*1 200*	*1 200*	*1 597*

Verpflichtungsermächtigung.. 900 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 300 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 300 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 300 T€

Erläuterungen:

Einjährige Maßnahmen	*1 000 €*
1. Dienstgebäude Berlin, Umbau Sanitärstränge zur Vermeidung von stagnierendem Wasser..	*100*
2. Dienstgebäude Berlin, Feststellanlage Haus D..............................	*200*
3. Dienstgebäude Berlin, Ausbesserungsarbeiten Fassade Haus E und F (Invalidenhäuser)...	*200*
4. Sonstiges...	*400*
Zusammen..	*900*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 711 01

Mehrjährige Maßnahmen *(davon neue Maßnahmen in Fettdruck)*	*Gesamt-ausgaben des Bundes 1 000 €*	*Verausgabt bis 2012 1 000 €*	*Bewilligt 2013 1 000 €*	*Nach 2013 übertra-gene Aus-gabereste 1 000 €*	*Veran-schlagt 2014 1 000 €*	*Vorbe-halten für 2015 ff 1 000 €*
1	*2*	*3*	*4*	*5*	*6*	*7*
1. Dienstgebäude Berlin, Fenster Haus D, Bauabschnitt 2.......	***400***	***-***	***-***	***-***	***200***	***200***
2. Dienstgebäude Berlin, Instandsetzung Fenster Haus A - C..	***500***	***-***	***-***	***-***	***-***	***500***
3. Dienstgebäude Berlin, Verbesserung Barrierefreiheit..........	***300***	***-***	***-***	***-***	***100***	***200***
Zusammen..	*1 200*	*-*	*-*	*-*	*300*	*900*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0901 Tit. 711 01	*-*	*1 597*

F ***712 01*** *-011*	*Baumaßnahmen von mehr als 2 000 000 € im Einzelfall*	*7 256*	*7 500*	*149*

Verpflichtungsermächtigung... 17 406 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 3 700 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 11 456 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu... 1 250 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu... 1 000 T€

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen *(davon neue Maßnahmen in Fettdruck)*	*Gesamt-ausgaben des Bundes 1 000 €*	*Verausgabt bis 2012 1 000 €*	*Bewilligt 2013 1 000 €*	*Nach 2013 übertra-gene Aus-gabereste 1 000 €*	*Veran-schlagt 2014 1 000 €*	*Vorbe-halten für 2015 ff 1 000 €*
1	*2*	*3*	*4*	*5*	*6*	*7*
1. Dienstgebäude Berlin, Bauwerktrockenlegung Haus A - D.........	*6 056*		*1 800*	*1 500*	*2 756*	
2. Dienstgebäude Berlin, Dachabdichtung (Dampfsperre) und Brandschutzsanierung Haus D...	*14 250*		*2 000*	*1 250*	*1 000*	*10 000*
3. Dienstgebäude Berlin, Brandschutzsanierung Haus G, Bauab-schnitt 2...	*4 500*	*149*	*2 500*	*1 351*	*500*	
4. Dienstgebäude Berlin, KMF-Sanierung Technikzentralen...........	*1 700*		*1 200*	*500*		
5. Dienstgebäude Berlin, Brandschutzsanierung Haus A - C..........	*15 000*				*2 500*	*12 500*
6. Dienstgebäude Berlin, Brandschutzsanierung Haus E - F..........	*7 000*				*500*	*6 500*
Zusammen..	*48 506*	*149*	*7 500*	*4 601*	*7 256*	*29 000*

Zu 2., 5. und 6.:
Bauunterlagen nach § 24 Abs. 1 BHO liegen noch nicht vor.

Zu 4.:
Es gelten die Regelungen für kleine Baumaßnahmen gemäß BMF-Rds. vom 2. Juli 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0901 Tit. 712 01	*-*	*149*

F *811 01* *-011*	*Erwerb von Fahrzeugen*	*-*	*90*	*391*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
Ersatzbeschaffung	
2 personengebundene Pkw bis 49 900 €..	*98*
6 personengebundene Pkw bis 41 900 €...	*251*

0912 Bundesministerium

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 811 01

Bezeichnung	1 000 €
abzgl. Mehreinnahmen bei Tit. 132 01 aus der Veräußerung von Dienst-Kfz gem. § 6 Abs. 7 HG	*-349*
Zusammen	*-*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0901 Tit. 811 01	*-*	*391*

F 812 01 -011	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)*	*1 036*	*896*	*422*

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Erstbeschaffung	*200*
2. Ersatzbeschaffung	*836*
Zusammen	*1 036*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0901 Tit. 812 01	*-*	*422*

F 812 02 -011	*Erwerb von Anlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Software im Bereich Informationstechnik*	*1 099*	*1 099*	*1 221*

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Erstbeschaffung	*299*
2. Ersatzbeschaffung	*800*
Zusammen	*1 099*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0901 Tit. 812 55	*-*	*1 221*

Vorbemerkung

Die Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB) ist als eine wissenschaftlich-technische Bundesbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie das nationale Metrologie-Institut. Sie ist die Rechtsnachfolgerin der 1887 gegründeten Physikalisch-Technischen Reichsanstalt, dem ersten nationalen Metrologie-Institut weltweit. Ihren Sitz hat sie in Braunschweig und Berlin. Die Kernkompetenz der PTB ist die Metrologie, die Wissenschaft vom richtigen Messen und seiner Anwendung. Zu den gesetzlichen Aufgaben der PTB zählen u. a. Grundlagenforschung und Entwicklung im Bereich der Metrologie als Basis für alle anderen gesetzlichen Aufgaben. Dazu gehört insbesondere auch, die Grundlagen bzw. die Infrastruktur für künftige Anforderungen an metrologische Dienstleistungen zu schaffen.

Die Forschung und Entwicklung umfasst aktuell rund zwei Drittel aller Aktivitäten der PTB in folgenden Schwerpunkten:

1. **Grundlagen der Metrologie**

Dazu gehört die Darstellung, Bewahrung und Weitergabe der gesetzlichen Einheiten des SI (= Systeme international d'unités, weltweites Einheitensystem für physikalische Größen wie Sekunde, Meter, Kilogramm usw.). Die PTB arbeitet mit an solchen "Normalen" und Normalmesseinrichtungen wie sie z. B. für die medizinische Diagnostik entwickelt werden. In diesem Schwerpunkt ist der Anteil der Forschung besonders hoch und deckt wesentliche Bereiche der modernen Natur- und Ingenieurwissenschaften ab.

2. **Metrologie für die Wirtschaft**

Eine hochentwickelte metrologische Infrastruktur sowie die Verfügbarkeit metrologischen Know-hows auf höchstem Niveau zur Unterstützung der Entwicklung neuer Technologien ist für eine exportorientierte Volkswirtschaft unabdingbare Voraussetzung. Die PTB schafft durch technische Entwicklung von Normalen, Normalmessgeräten und erprobten Messverfahren Grundlagen für genaue und zuverlässige Messungen und Prüfungen in Industrie und Handel und sorgt für den erforderlichen Wissenstransfer. Zudem erbringt sie dort eigene Kalibrier- und Prüfleistungen, wo höchste Genauigkeit bzw. der Zugriff auf die nationalen Normale erforderlich ist.

3. **Metrologie für die Gesellschaft**

In weiteren Bereichen des öffentlichen Lebens besteht ein besonderes öffentliches Interesse an richtigen Messergebnissen und zuverlässigen Messeinrichtungen. Hier sorgt die PTB in Zusammenarbeit mit den Eichbehörden der Länder dafür, dass im geschäftlichen Verkehr und bei amtlichem Gebrauch korrekt gemessen wird, was auch dem Verbraucherschutz dient. Ein Schwerpunkt ist in diesem Bereich die Baumusterprüfung von Messgeräten im Rahmen nationaler oder europäischer Rechtsvorschriften, zum Beispiel auf den Gebieten Energiemesstechnik für elektrische Energie, Gas und Wasser (Wärme, Kälte), Sicherheit im Straßenverkehr (Geschwindigkeitsüberwachung, Atemalkohol), elektromagnetische Verträglichkeit und Umweltmesstechnik (Absolutmessungen in der Schadstoff- und Spurenanalyse, Lärmschutz etc.).

4. **Internationale Angelegenheiten**

Es ist Aufgabe der PTB, zur internationalen Einheitlichkeit des Messwesens und damit zum Abbau nichttarifärer Handelshemmnisse beizutragen. Hierzu dienen Kooperationen mit anderen nationalen Metrologieinstituten, maßgebliche Mitarbeit in den internationalen Gremien und technisch-wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Entwicklungs- und Schwellenländern. Die PTB arbeitet mit in den Bereichen Normung, Qualitäts- und Prüfwesen einschließlich der Akkreditierung und Zertifizierung und dient damit der exportorientierten deutschen Industrie.

Überblick zum Kapitel 0913	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	15 339	15 339	-		31 056
Übrige Einnahmen	120	120	-		130
Gesamteinnahmen	15 459	15 459	-		31 186
Ausgaben					
Personalausgaben	82 120	81 947	+173		93 927
Sächliche Verwaltungsausgaben	46 989	45 656	+1 333	1 273	52 396
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	182	172	+10		2 587
Ausgaben für Investitionen	41 207	41 150	+57	11 854	34 237
Gesamtausgaben	170 498	168 925	+1 573	13 127	183 147
davon flexibilisiert	149 459	147 886	+1 573	13 127	138 979
davon nicht flexibilisiert	21 039	21 039	-		44 168
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung	36 550 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu	20 050 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu	10 500 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu	6 000 T€				

0913 Physikalisch-Technische Bundesanstalt

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

111 01 -165	Gebühren, sonstige Entgelte	11 080	11 080	12 313

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen dienen bis zur Höhe von 50 Prozent zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Hgr. 4 und Tgr. 03.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Gebühren für die Prüfung und Zulassung von Spielgeräten nach der SpielV	3 200
2. Gebühren für Prüfungen nach der Kostenverordnung für Nutzleistungen (KVONL)	6 430
3. Gebühren für Prüfungen und Zulassungen nach der Kostenverordnung für die Zulassung von Messgeräten zur Eichung (ZulKV)	1 300
4. Gebühren für Prüfungen und Zulassungen nach der Kostenverordnung zum Waffengesetz (WaffKostV)	150
5. Sonstige Gebühren und Entgelte	-
Zusammen	11 080

119 99 -165	Vermischte Einnahmen	4 049	4 049	18 484

Haushaltsvermerk:

1. Mehreinnahmen zu Nr. 1 der Erläuterungen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Hgr. 4 und 539 99.
2. Mehreinnahmen zu Nr. 2 und 5 der Erläuterungen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Hgr. 4.
3. Ist-Einnahmen zu Nr. 3 der Erläuterungen sind wegen rechtsverbindlicher Verwendungsauflage bei Aufträgen Dritter zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Ausgaben bei folgenden Titeln: Tgr. 04.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Einnahmen aus Lizenzen	10
2. Erstattungen Dritter für Personalausgaben im Zusammenhang mit Forschungsaktivitäten	-
3. Einnahmen aus Aufträgen Dritter	2 664
4. Einnahmen aus der Abrechnung von Sachausgaben des Vorjahres	128
5. Erstattung im Rahmen der Personalgestellung an die Deutsche Akkreditierungsstelle	699
6. Sonstige vermischte Einnahmen	548
Zusammen	4 049

124 01 -165	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	120	120	144

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 518 01.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
125 01 -165	Einnahmen aus der Veräußerung von erwirtschafteten Gütern und Diensten	30	30	52

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Betriebseinnahmen aus dem Gästehaus	25
2. Sonstiges	5
Zusammen	30

Zu 1.:
Für auswärtige Besucherinnen und Besucher steht ein Gästehaus mit 13 Zimmern zur Verfügung.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
132 01 -165	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	60	60	63

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Veräußerung von wissenschaftlich-technischen Geräten	40
2. Sonstiges	20
Zusammen	60

Übrige Einnahmen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
261 01 -165	Erstattung von Verwaltungsausgaben und -kosten	120	120	130

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Gemeinkostenzuschlag bei den Arbeiten im Auftrage Dritter (Tit. 119 99 - Erl.-Nr. 3)	112
2. Sonstiges	8
Zusammen	120

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
381 01 -890	Leistungen von Bundesbehörden zur Durchführung von Aufträgen	-	-	(9 457)

Haushaltsvermerk:

Ist-Einnahmen sind wegen verbindlicher Vereinbarung mit anderen Bundesbehörden zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Ausgaben bei folgenden Titeln: Tgr. 04.

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

1. Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.
   Ausgenommen ist Tgr. 04.
2. Einsparungen bei folgenden Titeln: Kap. 0913 mit Ausnahme der Titel 518 .2 dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 688 01.
3. Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Hgr. 4 dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: 111 01 und 119 99.

0913 Physikalisch-Technische Bundesanstalt

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.			
	Sächliche Verwaltungsausgaben			
518 02 -162	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	14 760	14 760	14 533
	Haushaltsvermerk: Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.			
544 02 -165	Forschung und Technologietransfer (MNPQ-Programm)	3 500	3 500	923
	Verpflichtungsermächtigung........ 2 750 T€ davon fällig: im Haushaltsjahr 2015 bis zu........ 1 250 T€ im Haushaltsjahr 2016 bis zu........ 1 000 T€ im Haushaltsjahr 2017 bis zu........ 500 T€			
	Haushaltsvermerk: 1. Die Ausgaben sind übertragbar. 2. Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Kap. 0914 Tit. 544 02 und Kap. 0915 Tit. 544 02. 3. Einnahmen aus der Projektdurchführung fließen den Ausgaben zu.			
	Erläuterungen: 1. Veranschlagt sind Mittel für das Programm MNPQ-Transfer. Das Programm soll einen Beitrag zur Modernisierung der technisch-ökonomischen Infrastruktur in Deutschland in den Bereichen Messen, Normen, Prüfen und Qualitätssicherung (MNPQ) leisten. Es dient der Stimulierung des Technologietransfers aus den technisch-wissenschaftlichen Bundesanstalten - der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt, der Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung und der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe - in innovative Unternehmen, insbesondere kleine und mittlere Unternehmen. 2. Die Mittel werden auf Vorschlag einer externen Jury im Wettbewerb durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie für klar definierte Forschungs- und Entwicklungsvorhaben vergeben. 3. Aus dem Ansatz können Ausgaben für die Durchführung der Maßnahme sowie Gutachten/Begleitforschung in Höhe von insgesamt 50 T€ im Kap. 0913, 0914 oder 0915 geleistet werden.			
	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)			
687 01 -165	Unterstützung von Institutionen des Messwesens in den Staaten Mittel- und Osteuropas und in den Nachfolgestaaten der UdSSR	115	115	92
	Haushaltsvermerk: Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass erbrachte Leistungen unentgeltlich oder gegen ermäßigtes Entgelt abgegeben werden.			

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 687 01

Erläuterungen:

Mittel für die Unterstützung von Institutionen des Messwesens in den Staaten Mittel- und Osteuropas und in den Nachfolgestaaten der UdSSR und weiterer ehemaliger oder noch kommunistisch regierter Länder sowie für Kleingeräte mit einem Einzelpreis unter 150 €.

Die Mittel sind vorgesehen für internationale Messvergleiche und Kalibrierungen sowie für Beratungsleistungen für den Aufbau eines Qualitätssicherungssystems, das internationalen Normen entspricht. Aus den Mitteln dürfen auch Reisekosten und Aufenthaltskosten für Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus den Staaten Mittel- und Osteuropas und den Nachfolgestaaten der UdSSR und weiterer ehemaliger oder noch kommunistisch regierter Länder finanziert werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
688 01 -011	Abführung der Eigenmittel für das Europäische Metrologie-, Forschungs- und Entwicklungsprogramm	-	-	1 022

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Kap. 0913.

Titelgruppe 04

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
Tgr. 04	Durchführung von Aufträgen anderer Bundesbehörden und Dritter	(2 664)	(2 664)	

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.
2. Ausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Ist-Einnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: 119 99 und 381 01.

   Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.
3. Einnahmen aus Schadenersatzleistungen Dritter fließen den Ausgaben zu.
4. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass bei Aufträgen von Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft industrieller Forschungsvereinigungen, **bei Forschungsprojekten sowie bei Dienstleistungen und Kooperationen im Rahmen der technischen Zusammenarbeit mit ausländischen Fachorganisationen, die überwiegend durch den Bundeshaushalt bzw. suprastaatliche Einrichtungen (z. B. EU, Weltbank) finanziert werden,** auf die Erhebung von Gemeinkosten verzichtet wird.
5. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass bei der Durchführung der gesetzlich zugewiesenen Aufgaben Produkte, bei denen ein dringendes Bundesinteresse an einer möglichst großen Verbreitung besteht, gegen ermäßigtes Entgelt abgegeben werden.

Erläuterungen:

Die Bundesanstalt führt auch Aufträge für Bundesbehörden - z. B. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung - im Rahmen der technischen Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern durch (u. a. Beschaffung und Export von Geräten).

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
427 49 -165	Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige	1 130	1 130	13 658

0913 Physikalisch-Technische Bundesanstalt

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 04

428 41 -165	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	-	256	1 212
428 42 -165	Entgelte für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler	256		

Haushaltsvermerk:

Aus dem Titel werden Entgelte für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie für sonstige im Bereich der Durchführung von Aufträgen anderer Bundesbehörden und Dritter eingesetzter Beschäftigte gezahlt, die im Rahmen der Planung, Vorbereitung, Durchführung, Auswertung oder Bewertung einen wesentlichen Beitrag leisten. Für diesen Beschäftigtenkreis wird kein verbindlicher Stellenplan ausgebracht. Unbefristete Beschäftigungsverhältnisse dürfen im Rahmen vorhandener Mittel abgeschlossen werden.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0913 Tit. 428 41	256	1 212

459 49 -165	Vermischte Personalausgaben	-	-	-
547 41 -165	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	78	78	9 660

Erläuterungen:

Ausgaben für Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Mieten und Pachten für Grundstücke, Maschinen und Geräte, Verbrauchsmittel und Kosten für Sachverständige sowie sonstige sächliche Verwaltungsausgaben.

812 43 -165	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	1 200	1 200	1 136

Verpflichtungsermächtigung...

fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 900 T€

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0913 Tit. 812 41	-	1 136

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Flexibilisierte Ausgaben

Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG

	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
Aus Hauptgruppe 4	80 734	80 561	80 486
Aus Hauptgruppe 5	28 651	27 318 *1 273*	25 392
Aus Hauptgruppe 6	67	57	-
Aus Hauptgruppe 7	11 904	11 904 *5 730*	11 735
Aus Hauptgruppe 8	28 103	28 046 *6 124*	21 366
Zusammen	149 459	147 886 *13 127*	138 979

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 422 01 -165	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*27 473*	*27 970*	*28 921*
F 427 09 -165	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*6 257*	*6 142*	*11 468*
F 428 01 -165	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*46 832*	*46 277*	*38 499*
F 429 01 -165	*Nicht aufteilbare Personalausgaben für Gastwissenschaftler aus dem Ausland*	*147*	*147*	*154*

Erläuterungen:

Die Physikalisch-Technische Bundesanstalt ermöglicht vorübergehende Aufenthalte ausländischer Gastwissenschaftlerinnen und Gastwissenschaftler.

Aus dem Titel werden u. a. auch Reise- und Aufenthaltskosten und Kosten der medizinischen Betreuung für ausländische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler auf der Grundlage von Regierungsabkommen gezahlt.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 452 01 -229	*Erstattungen an die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder*	-	-	-

Erläuterungen:

Zahlungen zur Angleichung der Renten von ausgeschiedenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und ihren Hinterbliebenen, die vor der Übernahme durch den Bund im Dienste des Landes Berlin gestanden hatten.

Bei der Übernahme durch den Bund wurde den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern dieser Dienststelle zugesichert, dass sie versorgungsgemäß so gestellt werden, als wenn sie seit ihrem Eintritt bei der Dienststelle, frühestens seit dem 9. Mai 1945, bei der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) zusätzlich versichert gewesen wären. Die Zusatzrentendifferenz wird bei Eintritt des Versicherungsfalles aus diesen Ausgaben gezahlt, um dem Bund die erheblichen Kosten einer Nachversicherung zu ersparen.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 453 01 -165	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	*25*	*25*	*15*

0913 Physikalisch-Technische Bundesanstalt

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu flexibilisierte Ausgaben			
F 511 01 -165	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände, Software, Wartung*	*1 892*	*1 849*	*1 106*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0913 Tit. 511 55	*-*	*1 213*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 514 01 -165	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*	*291*	*301*	*265*
F 517 01 -165	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	*11 215*	*10 424*	*10 980*
F 518 01 -165	*Mieten und Pachten*	*317*	*444*	*117*

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 124 01.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0913 Tit. 518 55	*-*	*343*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 519 01 -165	*Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen*	*4 402*	*3 802*	*3 813*
F 523 01 -165	*Wissenschaftliche Sammlungen und Bibliotheken*	*542*	*542*	*-*
F 525 01 -165	*Aus- und Fortbildung*	*745*	*750*	*337*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0913 Tit. 525 55	*-*	*194*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 527 01 -165	*Dienstreisen*	*1 108*	*1 108*	*1 011*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0913 Tit. 539 59	*-*	*2*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 532 01 -165	*Aufträge und Dienstleistungen im Bereich Informationstechnik*	*244*	*214*	*81*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0913 Tit. 532 55	*-*	*81*

F 539 99 -165	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*403*	*420*	*404*

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben zu Nr. 4 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern	*50*
2. Auslagen für technische Gutachten	*70*
3. Baunebenkosten	*200*
4. Lizenzvergütungen	*10*
5. Sonstiges	*73*
Zusammen	*403*

Die Auslagen für technische Gutachten sind von den Antragstellern zu erstatten.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0901 Tit. 531 02	*-*	*-*
Kap. 0901 Tit. 546 88	*-*	*8*
Zusammen	*-*	*8*

F 684 09 -165	*Mitgliedsbeiträge und sonstige Zuschüsse an Verbände, Vereine und ähnliche Institutionen geringeren Umfangs*	*67*	*57*	*-*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0913 Tit. 686 01	*-*	*44*

F 711 01 -165	*Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten*	*4 295*	*4 570*	*4 095*

Verpflichtungsermächtigung .... 1 300 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 800 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 500 T€

Erläuterungen:

Einjährige Maßnahmen	*1 000 €*
1. Umsetzung des Liegenschaftsenergiekonzeptes in Braunschweig	*540*
2. Umsetzung des Liegenschaftsabwasserkonzeptes in Braunschweig	*460*
3. Umwidmung von Räumen wegen neuer Nutzung sowie Strahlenschutzanforderungen im Röntgen-Bau	*240*

0913 Physikalisch-Technische Bundesanstalt

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 711 01

Einjährige Maßnahmen	*1 000 €*
4. Umwidmung des ehemaligen Zeichenbüros im Meitner-Bau..........	*240*
5. Umwidmung mehrerer Räume im Laue-Bau..................................	*140*
6. Sonstige Baumaßnahmen..	*175*
Zusammen..	*1 795*

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	*Gesamt-ausgaben des Bundes 1 000 €*	*Verausgabt bis 2012 1 000 €*	*Bewilligt 2013 1 000 €*	*Nach 2013 übertra-gene Aus-gabereste 1 000 €*	*Veran-schlagt 2014 1 000 €*	*Vorbe-halten für 2015 ff 1 000 €*
1	*2*	*3*	*4*	*5*	*6*	*7*
2. Infrastruktur und Verkehrsflächen gem. Masterplan Berlin.......	*550*	*-*	*350*	*50*	*100*	*50*
4. Ausbau der Elektroversorgung gem. Masterplan in Berlin........	*760*	*269*	*250*	*-*	*100*	*141*
6. Sonstige Baumaßnahmen..	*710*	*-*	*200*	*-*	*440*	*70*
8. Aufbau einer streuarmen Reflexschicht auf dem Freifeld in Braunschweig...	*960*	*-*	*380*	*370*	*210*	*-*
9. Sicherheitstechnik, Anpassung des Nebengebäudes 2 an geänderte Anforderungen in Braunschweig........................	***1 100***	***-***	***-***	***-***	***250***	***850***
10. Max-Planck-Bau, Errichtung eines Anbaus mit Ex-Schutz-fähigen Labors in Braunschweig..	***1 500***	***-***	***550***	***-***	***550***	***400***
11. Medientunnel Süd in Berlin..	***950***	***-***	***300***	***-***	***650***	***-***
12. Technischer Lärmschutz Kälteversorgung..........................	***1 000***	***-***	***800***	***-***	***200***	***-***
Zusammen..	*7 530*	*269*	*2 830*	*420*	*2 500*	*1 511*

*F **712 01** -165*	*Baumaßnahmen von mehr als 2 000 000 € im Einzelfall*	*7 609*	*7 334*	*7 640*

Verpflichtungsermächtigung.. 13 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 5 500 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu... 4 500 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu... 3 000 T€

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	*Gesamt-ausgaben des Bundes 1 000 €*	*Verausgabt bis 2012 1 000 €*	*Bewilligt 2013 1 000 €*	*Nach 2013 übertra-gene Aus-gabereste 1 000 €*	*Veran-schlagt 2014 1 000 €*	*Vorbe-halten für 2015 ff 1 000 €*
1	*2*	*3*	*4*	*5*	*6*	*7*
1. Erweiterung des Laborgebäudes für die Abteilung 4 in Braun-schweig..	*15 000*	*-*	*360*	*1 163*	*500*	*12 977*
2. Errichtung eines Wachgebäudes und Neugestaltung der Ein-fahrt in Braunschweig..	*4 454*	*3 141*	*1 000*	*109*	*204*	*-*
3. Errichtung eines Gebäudes für Tieftemperaturphysik als Ersatz für den Warburg-Bau in Berlin "Walther-Meißner-Bau"..............	*19 180*	*-*	*2 700*	*932*	*1 589*	*13 959*
4. Errichtung eines Ersatzbaus für den Bereich "Ex-Schutzfähi-gen" in Braunschweig..	*10 000*	*-*	*850*	*431*	*1 300*	*7 419*
5. Erweiterung des Vieweg-Baus in Braunschweig.........................	*3 500*	*-*	*100*	*-*	*2 100*	*1 300*
7. Erweiterung des Willy-Wien-Laboratoriums in Berlin-Adlershof..	*2 800*	*-*	*1 200*	*-*	*1 600*	*-*
8. Errichtung eines Medienzentrums Metrologie in Berlin..............	*4 900*	*-*	*324*	*-*	*316*	*4 260*
Zusammen..	*59 834*	*3 141*	*6 534*	*2 635*	*7 609*	*39 915*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 811 01 -165	*Erwerb von Fahrzeugen*	*100*	*67*	*197*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Neubeschaffung	
1 Aufsitzrasenmäher	*73*
2. Ersatzbeschaffung	
1 Kleintransporter	*27*
Zusammen	*100*

F 812 01 -165	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)*	*473*	*498*	*358*

Verpflichtungsermächtigung...

fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. *100 T€*

Erläuterungen:

Einjährige Maßnahmen	*1 000 €*
1. Ersatzbeschaffung	
1.1 Ersatzbeschaffung eines digitalen Vervielfältigungssystems	*240*
2. Sonstiges	*233*
Zusammen	*473*

F 812 02 -165	*Erwerb von Anlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Software im Bereich Informationstechnik*	*1 110*	*751*	*635*

Verpflichtungsermächtigung...

fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. *500 T€*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Erstbeschaffung	*287*
2. Erweiterung	*152*
3. Ersatzbeschaffung	*671*
Zusammen	*1 110*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0913 Tit. 812 55	*-*	*635*

Titelgruppe 03

Tgr. 03	Durchführung der wissenschaftlich-technischen Fachaufgaben	(33 912)	(34 194)	

Haushaltsvermerk:

1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 111 01.

2. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass bei der Durchführung der gesetzlich zugewiesenen Aufgaben Produkte, bei denen

0913 Physikalisch-Technische Bundesanstalt

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 03

ein dringendes Bundesinteresse an einer möglichst großen Verbreitung besteht, gegen ermäßigtes Entgelt abgegeben werden.

3. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände an staatliche metrologische Einrichtungen, Universitäten und nicht kommerzielle Forschungseinrichtungen des In- und Auslandes im Rahmen der wissenschaftlichen Zusammenarbeit unentgeltlich oder gegen ermäßigtes Entgelt zur vorübergehenden Nutzung überlassen werden, soweit Gegenseitigkeit gewährleistet wird.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 511 31 -165	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände, Software, Wartung*	*4 952*	*4 924*	*4 124*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0913 Tit. 511 51	*-*	*890*
Kap. 0913 Tit. 511 91	*-*	*4 124*
Zusammen	*-*	*5 014*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 518 31 -165	*Mieten und Pachten*	*10*	*10*	*-*
F 532 32 -165	*Behördenspezifische fachbezogene Verwaltungsausgaben (ohne IT)*	*2 530*	*2 530*	*-*

Erläuterungen:

Auf der Grundlage des Rahmenvertrages vom 5. März 1979 mit dem Helmholtz-Zentrum Berlin sind aufgrund diverser Vereinbarungen zur Nutzung der Speicheranlagen in Berlin-Adlershof sowie über deren Betrieb und Weiterentwicklung Ausgaben zu entrichten.

Im Rahmen der Stilllegung, Demontage und Entsorgung des Forschungs- und Messreaktors (FMRB) der PTB sind bis zur Endlagerung noch Ausgaben zu bestreiten.

Als Mess- und Kalibrierplatz mit niedriger Umgebungsstrahlung wird in einem Salzbergwerk ein Untertagelaboratorium betrieben.

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Nutzung des Elektronenspeicherrings in Berlin..............................	*2 400*
2. Stilllegung und Entsorgung des Forschungs- und Messreaktors (FMRB)..	*90*
3. Untertagelaboratorium im Salzbergwerk Grasleben.......................	*40*
Zusammen..	*2 530*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0913 Tit. 532 03	*-*	*1 799*
Kap. 0913 Tit. 532 06	*-*	*39*
Kap. 0913 Tit. 539 99	*-*	*40*
Zusammen	*-*	*1 878*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 812 33 -165	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen*	*26 420*	*26 730*	*20 169*

Verpflichtungsermächtigung... 18 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 11 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu... 4 500 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu... 2 500 T€

Erläuterungen:

In den Ausgaben sind auch die Kosten für die Entwicklung des jeweils zu beschaffenden Großgeräts enthalten.

	Mehrjährige Maßnahmen *(davon neue Maßnahmen in Fettdruck)*	*Gesamtausgaben des Bundes 1 000 €*	*Verausgabt bis 2012 1 000 €*	*Bewilligt 2013 1 000 €*	*Nach 2013 übertragene Ausgabereste 1 000 €*	*Veranschlagt 2014 1 000 €*	*Vorbehalten für 2015 ff 1 000 €*
	1	*2*	*3*	*4*	*5*	*6*	*7*
Erstbeschaffungen							
1.	*Geräte, Apparate, Maschinen und Instrumente (davon rd. 60 Prozent Ersatzbeschaffung)..*	*23 212*	*29*	*2 068*	*-*	*20 696*	*419*
6.	*200kN-Kraft-Normalmesseinrichtung....................................*	*2 642*	*-*	*800*	*-*	*793*	*1 049*
9.	*Dynamische Drehmoment-Normalmesseinrichtung...............*	*765*	*-*	*285*	*-*	*480*	*-*
10.	***Spektrometer für Röntgenemissionsspektrometrie..........***	***322***	***-***	***-***	***-***	***142***	***180***
11.	***Kryogener Siliziumresonator...***	***349***	***-***	***-***	***-***	***134***	***215***
12.	***Helium-Verflüssigungsanlage..***	***1 600***	***-***	***-***	***-***	***400***	***1 200***
13.	***Bestrahlungsmessplatz für VUV- und EUV-Strahlung......***	***470***	***-***	***-***	***-***	***240***	***230***
14.	*Silicium-Einkristalle für die Definition und Darstellung des Kilogramm...*	*3 727*	*925*	*1 330*	*82*	*1 217*	*173*
15.	***Glow-Discharge-Massenspektrometer..............................***	***700***	***-***	***-***	***-***	***210***	***490***
Ersatzbeschaffungen							
16.	***Tandem-Ionenbeschleuniger...***	***2 750***	***-***	***-***	***-***	***580***	***2 170***
17.	***Komperator für Länge und Durchmesser.........................***	***725***	***-***	***-***	***-***	***400***	***325***
18.	***Tieftemperatur-Magnetsystem...***	***380***	***-***	***-***	***-***	***114***	***266***
19.	***Magnetometer mit SQUID-Detektion..................................***	***480***	***-***	***-***	***-***	***144***	***336***
21.	*Kalibriereinrichtung für Hochtemperatur-Normalthermometer und Fixpunktzellen...*	*510*	*-*	*240*	*-*	*270*	*-*
22.	*CNC-Bearbeitungszentrum..*	*600*	*-*	*200*	*-*	*400*	*-*
23.	*Multikanal-SQUID-Messeinrichtung......................................*	*625*	*-*	*150*	*-*	*200*	*275*
Zusammen	*...*	*39 857*	*954*	*5 073*	*82*	*26 420*	*7 328*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0913 Tit. 812 31	*-*	*20 169*
Kap. 0913 Tit. 812 51	*-*	*7*
Zusammen	*-*	*20 176*

Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel

422 41 -165	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten		-	-

0914 Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung

Vorbemerkung

Die Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung (BAM) ist eine wissenschaftlich-technische Bundesoberbehörde und Ressortforschungseinrichtung im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi). Sie ist die Nachfolge-Einrichtung der 1871 gegründeten Mechanisch-Technischen Versuchsanstalt sowie der 1920 gegründeten Chemisch-Technischen Reichsanstalt. Die BAM hat ihren Sitz in Berlin-Lichterfelde, weitere Standorte in Berlin-Lichterfelde und Berlin-Adlershof und betreibt das Testgelände Technische Sicherheit in Baruth.

Kernaufgabe der BAM ist es die Entwicklung der deutschen Wirtschaft zu fördern, indem sie die ihr durch Gesetz oder Erlass übertragenen Aufgaben ausführt. Sie betreibt Materialforschung und Materialprüfung mit dem Ziel, die Sicherheit in Technik und Chemie weiterzuentwickeln und fördert den Wissens- und Technologietransfer.

Im Themenspektrum Material - Chemie - Umwelt - Sicherheit hat die BAM ihre Kompetenzen in den Schwerpunkten:

1. **Forschung und Entwicklung** besonders auf denjenigen Gebieten, die der Leistungssteigerung der Wirtschaft, der Weiterentwicklung der Sicherheit in Technik und Chemie sowie der Schaffung und Erhaltung volkswirtschaftlicher Werte dienen.
2. **Prüfung, Analyse, Zulassung** von Stoffen, technischen Produkten und Anlagen auf der Basis von Gesetzen, Verordnungen oder technischen Regelwerke. Sie übt u. a. hoheitliche Funktionen zum sicheren Umgang mit Gefahrstoffen und Gefahrgütern aus und stellt Referenzverfahren und -materialien bereit.
3. **Beratung und Information** im Rahmen von Aufgaben, die ihr vom BMWi oder im Einvernehmen mit diesem von anderen Bundesministerien übertragen werden, insbesondere unter ordnungspolitischen oder normsetzenden Gesichtspunkten, sowie Beratung Dritter im Bereich der Materialtechnik und Chemie. Die BAM unterstützt bei der Entwicklung entsprechender gesetzlicher Regelungen zur Festlegung von Sicherheitsstandards und Grenzwerten. Sie wirkt mit auf nationaler und internationaler Ebene in entsprechenden Gremien bei der Normung und anderen technischen Regeln für die Beurteilung von Stoffen, Materialien, Konstruktionen und Verfahren im Hinblick auf die Sicherheit, Gesundheit, den Umweltschutz und den Erhalt volkswirtschaftlicher Werte und leistet Beiträge zur internationalen technischen Zusammenarbeit.

Die Ergebnisse ihrer Arbeiten hat die BAM der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen.

Überblick zum Kapitel 0914	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	9 355	9 322	+33		22 297
Übrige Einnahmen	153	153	-		325
Gesamteinnahmen	9 508	9 475	+33		22 622
Ausgaben					
Personalausgaben	75 849	74 192	+1 657		81 577
Sächliche Verwaltungsausgaben	34 770	29 336	+5 434	464	40 093
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	44	44	-		890
Ausgaben für Investitionen	39 936	35 073	+4 863	50 584	36 609
Gesamtausgaben	150 599	138 645	+11 954	51 048	159 169
davon flexibilisiert	134 041	125 471	+8 570	51 048	125 703
davon nicht flexibilisiert	16 558	13 174	+3 384		33 466
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung	10 010 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu	5 050 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu	3 250 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu	1 710 T€				

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

111 01 -165	Gebühren, sonstige Entgelte	8 233	8 200	9 995

Haushaltsvermerk:

1. Mehreinnahmen zu Nr. 1, **2, 3, 6 und 7** der Erläuterungen dienen bis zur Höhe von 50 Prozent zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Hgr. 4 und Tgr. 03.
2. Mehreinnahmen zu Nr. **4 und 5** der Erläuterungen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Hgr. 4 und Tgr. 03.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Gebühren und Entgelte nach der Kostenverordnung für Nutzleistungen der BAM (KostVBAM)	7 150
2. Gebühren und Entgelte nach der Kostenverordnung zum Sprengstoffgesetz (SprengKostV)	1 000
3. Gebühren und Entgelte nach dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG)	50
4. Gebühren und Entgelte nach der Kostenverordnung für Nutzleistungen der BAM (KostVBAM) bei Zulassungs-, Prüf- und Begutachtungstätigkeiten nach dem Gefahrgutbeförderungsgesetz und dem Atomgesetz	-
5. Gebühren und Entgelte nach der Kostenverordnung für Maßnahmen bei der Beförderung gefährlicher Güter (GGKostV)	-
6. Gebühren und Entgelte nach der Chemiekalienkostenverordnung (ChemKostV) im Zusammenhang mit der für Aufgaben nach der Biozidverordnung mit der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) geschlossenen Verwaltungsvereinbarung	33
7. Sonstige Gebühren und Entgelte	-
Zusammen	8 233

112 01 -165	Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten	10	10	13

Erläuterungen:

In Betracht kommen Bußgelder nach dem Sprengstoffgesetz.

119 99 -165	Vermischte Einnahmen	900	900	11 474

Haushaltsvermerk:

1. Mehreinnahmen zu Nr. 1 der Erläuterungen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Hgr. 4 und Tgr. 03.
2. Mehreinnahmen zu Nr. 2 der Erläuterungen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 511 01 und Tgr. 03.
3. Mehreinnahmen zu Nr. 3 der Erläuterungen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Hgr. 4.
4. Ist-Einnahmen zu Nr. 4 der Erläuterungen sind wegen rechtsverbindlicher Verwendungsauflage bei Aufträgen Dritter zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Ausgaben bei folgenden Titeln: Tgr. 04.

0914 Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 119 99

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Lizenzen	10
2. Beiträge Dritter für die Pflege und Weiterentwicklung von Datenbanken	-
3. Erstattungen Dritter für Personalausgaben im Zusammenhang mit Forschungsaktivitäten	-
4. Einnahmen aus Aufträgen Dritter	768
5. Sonstige vermischte Einnahmen	122
Zusammen	900

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0914 Tit. 119 01	-	23

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
124 01 -165	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	13	13	14
132 01 -165	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	199	199	778

Haushaltsvermerk:

1. Mehreinnahmen aus der Veräußerung von ausgesondertem Schrifttum der Bibliothek dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 511 01.
2. Ausgaben zur Finanzierung der Kosten, die bei der Herstellung und dem Vertrieb von Analysekontrollproben entstehen, dürfen von den Einnahmen abgesetzt werden.

Erläuterungen:

Die Kosten zu Haushaltsvermerk Nr. 2 werden voraussichtlich 195 T€ (u. a. für Referenzmaterialien) betragen.

Übrige Einnahmen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
261 01 -165	Erstattungen von Verwaltungsausgaben	153	153	325

Erläuterungen:

Gemeinkostenzuschlag bei den Arbeiten im Auftrage Dritter.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
381 01 -890	Leistungen von Bundesbehörden zur Durchführung von Aufträgen	-	-	(9 559)

Haushaltsvermerk:

Ist-Einnahmen sind wegen verbindlicher Vereinbarung mit anderen Bundesbehörden zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Ausgaben bei folgenden Titeln: Tgr. 04.

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

1. Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.
   Ausgenommen ist Tgr. 04.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	2. Einsparungen bei folgenden Titeln: Kap. 0914 mit Ausnahme der Titel 518 .2 dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 688 01.			
	3. Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Hgr. 4 dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: 111 01 und 119 99.			
	Sächliche Verwaltungsausgaben			
518 02 -165	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	15 790	12 406	12 106
	Haushaltsvermerk: Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.			
544 02 -165	Forschung und Technologietransfer (MNPQ-Programm)	-	-	1 508
	Haushaltsvermerk: 1. Die Ausgaben sind übertragbar. 2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 0913 Tit. 544 02. 3. Einnahmen aus der Projektdurchführung fließen den Ausgaben zu.			
	Erläuterungen: 1. Veranschlagt sind Mittel für das Programm MNPQ-Transfer. Das Programm soll einen Beitrag zur Modernisierung der technisch-ökonomischen Infrastruktur in Deutschland in den Bereichen Messen, Normen, Prüfen und Qualitätssicherung (MNPQ) leisten. Es dient der Stimulierung des Technologietransfers aus den technisch-wissenschaftlichen Bundesanstalten - der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt, der Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung und der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe - in innovative Unternehmen, insbesondere kleine und mittlere Unternehmen. 2. Die Mittel werden auf Vorschlag einer externen Jury im Wettbewerb durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie für klar definierte Forschungs- und Entwicklungsvorhaben vergeben. 3. Aus dem Ansatz können Ausgaben für Gutachten/Begleitforschung in Höhe von insgesamt 50 T€ im Kap. 0913, 0914 oder 0915 geleistet werden.			
	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)			
688 01 -011	Abführung der Eigenmittel für das Europäische Metrologie-, Forschungs- und Entwicklungsprogramm	-	-	-
	Haushaltsvermerk: **Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Kap. 0914.**			

0914 Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Titelgruppe 04			
Tgr. 04	Durchführung von Aufträgen anderer Bundesbehörden und Dritter	(768)	(768)	
	Haushaltsvermerk: 1. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig. 2. Ausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Ist-Einnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: 119 99 und 381 01. Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden. 3. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass bei Aufträgen von Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft industrieller Forschungsvereinigungen, **bei Forschungsprojekten sowie bei Dienstleistungen und Kooperationen im Rahmen der technischen Zusammenarbeit mit ausländischen Fachorganisationen, die überwiegend durch den Bundeshaushalt bzw. suprastaatliche Einrichtungen (z. B. EU, Weltbank) finanziert werden,** auf die Erhebung von Gemeinkosten verzichtet wird. **4.** Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass bei der Durchführung der gesetzlich zugewiesenen Aufgaben Produkte, bei denen ein dringendes Bundesinteresse an einer möglichst großen Verbreitung besteht, gegen ermäßigtes Entgelt abgegeben werden.			
427 49 -165	Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige	650	650	12 432
428 41 -165	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	26	26	429
459 49 -165	Vermischte Personalausgaben	5	5	-
547 41 -165	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	5	5	6 333
	Erläuterungen: Veranschlagt sind Ausgaben für Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Mieten für Maschinen und Geräte, Verbrauchsmittel und Kosten für Sachverständige sowie sonstige sächliche Verwaltungsausgaben.			
812 43 -165	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	82	82	563

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Flexibilisierte Ausgaben			
	Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG			
	Aus Hauptgruppe 4	75 168	73 511	69 562
	Aus Hauptgruppe 5	18 975	16 925 *464*	20 095
	Aus Hauptgruppe 6	44	44	-
	Aus Hauptgruppe 7	20 879	16 356 *43 613*	25 805
	Aus Hauptgruppe 8	18 975	18 635 *6 971*	10 241
	Zusammen	134 041	125 471 *51 048*	125 703
F 422 01 -165	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*19 772*	*19 900*	*18 867*
F 427 09 -165	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*2 720*	*2 700*	*10 009*
F 428 01 -165	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*8 946*	*8 646*	*38 344*
F 428 02 -165	*Entgelte für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler*	*36 600*	*36 600*	*-*

Haushaltsvermerk:

Aus dem Titel werden Entgelte für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie für sonstige im wissenschaftsrelevanten Bereich Beschäftigte gezahlt, die im Rahmen der Planung, Vorbereitung, Durchführung, Auswertung oder Bewertung von Forschungsvorhaben einen wesentlichen Beitrag leisten. Für diesen Beschäftigtenkreis wird kein verbindlicher Stellenplan ausgebracht. Unbefristete Beschäftigungsverhältnisse dürfen im Rahmen vorhandener Mittel abgeschlossen werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 429 01 -165	*Nicht aufteilbare Personalausgaben für Gastwissenschaftler aus dem Ausland*	*30*	*30*	*29*

Erläuterungen:

Die Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung ermöglicht vorübergehende Aufenthalte ausländischer Gastwissenschaftlerinnen und Gastwissenschaftler. Aus dem Titel werden u. a. auch Reise- und Aufenthaltskosten und Kosten der medizinischen Betreuung für ausländische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, insbesondere auf der Grundlage von Regierungsabkommen, gezahlt.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 452 01 -165	*Erstattungen an die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder*	*1*	*1*	*-*

Erläuterungen:

Zahlungen zur Angleichung der Renten von ausgeschiedenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und ihren Hinterbliebenen, die vor der Übernahme der Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung durch den Bund im Dienste des Landes Berlin gestanden hatten.

Bei der Übernahme der Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung durch den Bund wurde den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern dieser Dienststelle zugesichert, dass sie versorgungsmäßig so gestellt werden, als wenn sie seit ih-

0914 Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Noch zu Titel 452 01	*rem Eintritt bei der Dienststelle, frühestens seit dem 9. Mai 1945, bei der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) zusätzlich versichert gewesen wären. Die Zusatzrentendifferenz wird bei Eintritt des Versicherungsfalles aus diesen Ausgaben gezahlt, um dem Bund die erheblichen Kosten einer zusätzlichen Nachversicherung zu ersparen.*			
F 453 01 -165	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	*30*	*30*	*1*
F 511 01 -165	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände, Software, Wartung*	*1 922*	*1 922*	*737*

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: 119 99 und 132 01.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0914 Tit. 511 55	*-*	*1 607*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 514 01 -165	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*	*200*	*100*	*216*
F 517 01 -165	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	*7 300*	*5 950*	*7 444*
F 518 01 -165	*Mieten und Pachten*	*750*	*510*	*739*

Verpflichtungsermächtigung.. 750 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 250 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 250 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 250 T€

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0914 Tit. 518 55	*-*	*19*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 519 01 -165	*Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen*	*2 000*	*1 602*	*2 025*
F 525 01 -165	*Aus- und Fortbildung*	*500*	*452*	*473*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0914 Tit. 525 55	*-*	*145*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 527 01 -165	*Dienstreisen*	*1 400*	*1 091*	*1 368*
F 532 01 -165	*Aufträge und Dienstleistungen im Bereich Informationstechnik*	*500*	*123*	*197*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0914 Tit. 532 55	*-*	*197*

F 539 99 -165	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*607*	*607*	*450*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern	*75*
2. Akkreditierung	*45*
3. Baunebenkosten	*413*
4. Sonstiges	*74*
Zusammen	*607*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0901 Tit. 531 02	*-*	*5*
Kap. 0901 Tit. 546 88	*-*	*1*
Zusammen	*-*	*6*

F 686 09 -165	*Mitgliedsbeiträge und sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland geringeren Umfangs*	*32*	*32*	*31*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0914 Tit. 686 01	*-*	*31*

F 687 09 -165	*Mitgliedsbeiträge und sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Ausland geringeren Umfangs*	*12*	*12*	*13*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0914 Tit. 687 01	*-*	*13*

F 711 01 -165	*Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten*	*4 000*	*3 056*	*4 399*

Verpflichtungsermächtigung..

fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 400 T€

0914 Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 711 01

Erläuterungen:

Einjährige Maßnahmen	*1 000 €*
Sonstige Baumaßnahmen	*1 000*

Mehrjährige Maßnahmen *(davon neue Maßnahmen in Fettdruck)*	*Gesamt-ausgaben des Bundes 1 000 €*	*Verausgabt bis 2012 1 000 €*	*Bewilligt 2013 1 000 €*	*Nach 2013 übertragene Ausgabereste 1 000 €*	*Veranschlagt 2014 1 000 €*	*Vorbehalten für 2015 ff 1 000 €*
1	*2*	*3*	*4*	*5*	*6*	*7*
1. Fabeckstraße, Elektroakustisches Warnsystem	*900*	*113*	*270*	*327*	*190*	*-*
2. Unter den Eichen, Zentrale Kühlwasserversorgung	*960*	*34*	*200*	*490*	*100*	*136*
3. Unter den Eichen, Optimierung Elektroversorgung	*790*	*-*	*200*	*300*	*290*	*-*
7. Sonstige Baumaßnahmen	*10 903*	*3 271*	*1 286*	*2 056*	*1 820*	*2 470*
8. Unter den Eichen, Brandschutztechnische Ertüchtigung	*900*	*-*	*300*	*-*	*600*	*-*
Zusammen	*14 453*	*3 418*	*2 256*	*3 173*	*3 000*	*2 606*

F ***712 01*** *-165*	*Baumaßnahmen von mehr als 2 000 000 € im Einzelfall*	*16 879*	*13 300*	*21 406*

Verpflichtungsermächtigung......... 8 860 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu......... 4 400 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu......... 3 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu......... 1 460 T€

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen *(davon neue Maßnahmen in Fettdruck)*	*Gesamt-ausgaben des Bundes 1 000 €*	*Verausgabt bis 2012 1 000 €*	*Bewilligt 2013 1 000 €*	*Nach 2013 übertragene Ausgabereste 1 000 €*	*Veranschlagt 2014 1 000 €*	*Vorbehalten für 2015 ff 1 000 €*
1	*2*	*3*	*4*	*5*	*6*	*7*
1. Unter den Eichen, Außensanierungsprogramm	*11 227*	*4 221*	*1 903*	*5 103*	*-*	*-*
2. Horstwalde, Gasberstprüfanlage	*5 895*	*-*	*3 895*	*2 000*	*-*	*-*
3. Unter den Eichen und Fabeckstraße, Sanierungsprogramm Betriebstechnik	*20 000*	*-*	*1 000*	*-*	*2 000*	*17 000*
4. Unter den Eichen, Haus 21 - 24, Innensanierung und Umbau	*27 000*	*-*	*1 500*	*-*	*3 000*	*22 500*
5. Horstwalde, Druckgeräteprüfhaus	*6 963*	*-*	*1 453*	*-*	*2 585*	*2 925*
7. Adlershof, Haus 8.05 (Modul 2), Technikum	*58 811*	*26 604*	*3 549*	*15 063*	*7 294*	*6 301*
9. Unter den Eichen, Haus 30, Brandschutz	*47 900*	*20 226*	*-*	*18 274*	*2 000*	*7 400*
Zusammen	*177 796*	*51 051*	*13 300*	*40 440*	*16 879*	*56 126*

Zu 3., 4. und 5.:
Bauunterlagen nach § 24 Abs. 1 BHO liegen noch nicht vor.

Zu 7.:
Bauunterlagen nach § 24 Abs. 1 BHO liegen noch nicht vollständig vor. Der 2. Nachtrag wird derzeit geprüft und ist gemäß § 24 Abs. 3 BHO teilweise gesperrt.

F 811 01 -165	*Erwerb von Fahrzeugen*	*150*	*102*	*286*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
Ersatzbeschaffung	
5 Pkw	*99*
3 Kleinbusse	*91*
abzgl. Mehreinnahmen bei Tit. 132 01 aus der Veräußerung von Dienst-Kfz gem. § 6 Abs. 7 HG	*-40*
Zusammen	*150*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 812 01 -165	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)*	*100*	*92*	*80*
F 812 02 -165	*Erwerb von Anlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Software im Bereich Informationstechnik*	*3 000*	*1 943*	*3 561*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Erstbeschaffung	*1 200*
2. Erweiterung	*760*
3. Ersatzbeschaffung	*1 000*
4. Sonstiges	*40*
Zusammen	*3 000*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0914 Tit. 812 55	*-*	*3 561*

Titelgruppe 03

Tgr. 03	Durchführung der wissenschaftlich-technischen Fachaufgaben	(26 385)	(26 467)	

Haushaltsvermerk:

1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: 111 01 und 119 99.
2. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass bei der Durchführung der gesetzlich zugewiesenen Aufgaben Produkte, bei denen ein dringendes Bundesinteresse an einer möglichst großen Verbreitung besteht, gegen ermäßigtes Entgelt abgegeben werden.

F 427 39 -165	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*6 899*	*5 436*	*1 242*

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind für die Beschäftigung von wissenschaftlichem Nachwuchspersonal veranschlagt.

F 511 31 -165	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände, Software, Wartung*	*3 761*	*4 533*	*-*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0914 Tit. 511 91	*-*	*4 221*

F 812 33 -165	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen*	*15 725*	*16 498*	*6 314*

Erläuterungen:

Einjährige Maßnahmen	*1 000 €*
Sonstige Beschaffungen	*6 000*

0914 Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 812 33 (Titelgruppe 03)

Mehrjährige Maßnahmen *(davon neue Maßnahmen in Fettdruck)*	*Gesamt-ausgaben des Bundes 1 000 €*	*Verausgabt bis 2012 1 000 €*	*Bewilligt 2013 1 000 €*	*Nach 2013 übertra-gene Aus-gabereste 1 000 €*	*Veran-schlagt 2014 1 000 €*	*Vorbe-halten für 2015 ff 1 000 €*
1	2	3	4	5	6	7
1. CEPRO-Zentrum für Profiling	***1 690***	***-***	***-***	***-***	***600***	***1 090***
6. Nanotechnologie-Technikum	*2 400*	*-*	*500*	*-*	*300*	*1 600*
8. Plasma-Massenspektrometer	***1 000***	***-***	***-***	***-***	***800***	***200***
14. Sonstige Beschaffungen	*39 027*	*10 423*	*6 333*	*6 746*	*7 175*	*8 350*
18. Modulare Bauwerksdiagnostik	*830*	*173*	*307*	*-*	*350*	
23. Schadstoffbegasungs-Emissionskammer	*1 500*	*-*	*250*	*-*	*500*	*750*
Zusammen	*46 447*	*10 596*	*7 390*	*6 746*	*9 725*	*11 990*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0914 Tit. 812 31	*-*	*6 314*

Titelgruppe 05

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
Tgr. 05	Geschäftsstelle des Akkreditierungsbeirates	(205)	(203)	
F 422 51 -165	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*-*	*-*	*-*
F 428 51 -165	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*170*	*168*	*217*
F 539 59 -165	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*35*	*35*	*-*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0914 Tit. 547 51	*-*	*30*

Vorbemerkung

Die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) ist eine wissenschaftlich-technische Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi). Sie wurde - als Bundesanstalt für Bodenforschung durch Erlass des BMWi 1958 errichtet - 1975 in Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) umbenannt, um den zunehmend wirtschaftsorientierten Aufgaben der Anstalt Rechnung zu tragen und ihre Stellung als zentrale Forschungs- und Beratungseinrichtung der Bundesregierung auf dem Gebiet der geologischen Wissenschaften zu unterstreichen.

Die BGR hat ihren Hauptsitz in Hannover und unterhält eine Außenstelle in Berlin.

Mit dem Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie in Hannover hat die BGR eine gemeinsame Abteilung "Zentrale Angelegenheiten".

Mit der Deutschen Rohstoffagentur (DERA) mit Sitz in der Außenstelle Berlin berät die BGR die Bundesregierung und die deutsche Wirtschaft in Fragen der Verfügbarkeit und nachhaltigen Nutzung von Rohstoffen sowie zu aktuellen Marktentwicklungen.

Ihre Kernthemen sind Energierohstoffe, mineralische Rohstoffe, Grundwasser, Boden und der Untergrund als Speicher- und Wirtschaftsraum.

In diesem Spektrum nimmt die BGR folgende Aufgaben wahr:

1. **Rohstoffwirtschaftliche und geowissenschaftliche Beratung der Bundesregierung und der deutschen Wirtschaft**

Die BGR berät Bundesregierung und deutsche Wirtschaft in allen rohstoffwirtschaftlichen und geowissenschaftlichen Fragen. Diese Beratung dient insbesondere der langfristigen Sicherung der Energie- und Rohstoffversorgung des Industriestandortes Deutschland sowie der Geosicherheit und dem nachhaltigen Georessourcenmanagement. Durch die Beteiligung der BGR am Aufbau von nationalen und internationalen Kartenwerken sowie an Standardisierungen für die Bereitstellung von Geofachdaten werden die Voraussetzungen für schnelle, einheitliche und länderübergreifende Beratungskompetenz geschaffen. Zur Erhaltung und Erweiterung ihrer Kompetenz führt die BGR eigene Prospektions- und Explorationsvorhaben auf den Gebieten Energierohstoffe, Mineralische Rohstoffe, Grundwasser und Boden im In- und Ausland durch.

Weitere Schwerpunkte sind die Durchführung von Projekten der geotechnischen Sicherheit, insbesondere im Zusammenhang mit der Endlagerung radioaktiver Abfälle, der Betrieb des Nationalen Forschungsbohrkernlagers für Festgesteinsbohrungen, der Betrieb des Nationalen Seismologischen Datenzentrums, der Seismologischen Alpha-Station "GERESS-Array" und der Infraschallstation IS 27 in der Antarktis zur Verifikation eines Nuklearen Teststopp-Abkommens (Gesetz vom 23. Juli 1998) sowie die Umsetzung eines Gesetzes zur Demonstration der dauerhaften Speicherung von Kohlendioxid.

2. **Internationale geowissenschaftliche und Technische Zusammenarbeit**

Die BGR ist eine Durchführungsorganisation der deutschen Entwicklungszusammenarbeit in den Sektoren Geologie, Rohstoffe und Boden sowie Georisiken und führt Projekte der Technischen Zusammenarbeit mit Partnerländern durch. Die BGR beteiligt sich im Auftrag der Bundesressorts und in Abstimmung mit nationalen und internationalen Institutionen an der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit sowie der europäischen und internationalen Kooperation auf dem Geosektor.

3. **Geowissenschaftliche Forschung und Entwicklung**

Die BGR betreibt die zur Beratung der Ressorts notwendige Forschung. Sie bildet die Grundlage für die fachgerechte Aufgabenerfüllung und umfasst methodische sowie instrumentelle geowissenschaftliche Entwicklungsarbeiten und deren Umsetzung in die Praxis. Hierzu gehört auch die Beteiligung der BGR an Forschungsvorhaben in den Polargebieten, insbesondere im Rahmen des Antarktisvertrages. Auf dem Gebiet der internationalen Meeresforschung ist sie im Vorfeld industrieller Aktivitäten beteiligt.

0915 Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe

Überblick zum Kapitel 0915	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen..	601	601	-		2 821
Übrige Einnahmen..	460	460	-		486
Gesamteinnahmen..	1 061	1 061	-		3 307
Ausgaben					
Personalausgaben..	40 736	40 928	-192	482	41 737
Sächliche Verwaltungsausgaben...........................	28 362	27 997	+365	12 947	31 883
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	438	438	-	75	1 645
Ausgaben für Investitionen....................................	7 411	7 411	-	4 351	8 979
Gesamtausgaben..	76 947	76 774	+173	17 855	84 244
davon flexibilisiert..	54 245	54 742	-497	15 574	49 342
davon nicht flexibilisiert...	22 702	22 032	+670	2 281	34 902

Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014

Verpflichtungsermächtigung..................................	15 714 T€
davon fällig:	
im Haushaltsjahr 2015 bis zu................................	7 660 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu................................	3 575 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu................................	2 675 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu................................	675 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu................................	675 T€
im Haushaltsjahr 2020 bis zu................................	75 T€
im Haushaltsjahr 2021 bis zu................................	75 T€
im Haushaltsjahr 2022 bis zu................................	38 T€
im Haushaltsjahr 2023 bis zu................................	38 T€
im Haushaltsjahr 2024 bis zu................................	38 T€
im Haushaltsjahr 2025 bis zu................................	38 T€
im Haushaltsjahr 2026 bis zu................................	38 T€
im Haushaltsjahr 2027 bis zu................................	38 T€
im Haushaltsjahr 2028 bis zu................................	38 T€
im Haushaltsjahr 2029 bis zu................................	38 T€

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

119 99 -165	Vermischte Einnahmen	409	409	2 773

Haushaltsvermerk:

Ist-Einnahmen zu Nr. 1 der Erläuterungen sind wegen rechtsverbindlicher Verwendungsauflage bei Aufträgen Dritter zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Ausgaben bei folgenden Titeln: Tgr. 05.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Einnahmen aus Aufträgen Dritter	255
2. Einnahmen aus der Abrechnung von Sachausgaben des Vorjahres	61
3. Sonstige vermischte Einnahmen	93
Zusammen	409

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0915 Tit. 119 01	-	27

124 01 -165	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	172	172	21
132 01 -165	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	20	20	-

Erläuterungen:

Erlöse aus dem Verkauf von auszusondernden Kraftfahrzeugen und Geräten.

Übrige Einnahmen

261 01 -165	Erstattung von Verwaltungsausgaben aus dem Inland	460	460	486

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen zu Nr. 2 der Erläuterungen dienen bis zu einem Betrag von 205 T€ zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 427 09.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Allgemeine Verwaltungskosten	460
2. Gemeinkostenzuschlag bei den Arbeiten im Auftrage Dritter (vgl. Tit. 119 99)	-
Zusammen	460

0915 Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
381 01 -890	Leistungen von Bundesbehörden zur Durchführung von Aufträgen	-	-	(14 999)

Haushaltsvermerk:

1. Ist-Einnahmen zu Nr. 1 der Erläuterungen sind als Erstattungen des Epl. 05 aus Beitragsermäßigungen des CTBT zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Ausgaben bei folgendem Titel: 812 33.
2. Ist-Einnahmen zu Nr. 2 der Erläuterungen sind wegen verbindlicher Vereinbarung mit anderen Bundesbehörden zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Ausgaben bei folgenden Titeln: Tgr. 05.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Erstattungen des Epl. 05 aus Beitragsermäßigungen des Internationalen Kernwaffenteststopp-Abkommens (CTBT)........................	-
2. Sonstige Einnahmen von Bundesbehörden zur Durchführung von Aufträgen..	-
Zusammen..	-

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.

In die Flexibilisierung einbezogen ist auch Tit. 687 01.

Ausgenommen sind Tgr. 05, Tgr. 06, Tgr. 07, Tgr. 08 und Tgr. 09.

Sächliche Verwaltungsausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
518 02 -165	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	5 017	5 017	4 562

Haushaltsvermerk:

Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
544 02 -165	Forschung und Technologietransfer (MNPQ-Programm)	-	-	75

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 0913 Tit. 544 02.
3. Einnahmen aus der Projektdurchführung fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

1. Veranschlagt sind Mittel für das Programm MNPQ-Transfer. Das Programm soll einen Beitrag zur Modernisierung der technisch-ökonomischen Infrastruktur in Deutschland in den Bereichen Messen, Normen, Prüfen und Qualitätssicherung (MNPQ) leisten. Es dient der Stimulierung des Technologietransfers aus den technisch-wissenschaftlichen Bundesanstalten - der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt, der Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung und der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe - in innovative Unternehmen, insbesondere kleine und mittlere Unternehmen.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 544 02

2. Die Mittel werden auf Vorschlag einer externen Jury im Wettbewerb durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie für klar definierte Forschungs- und Entwicklungsvorhaben vergeben.
3. Aus dem Ansatz können Ausgaben für Gutachten/Begleitforschung in Höhe von insgesamt 50 T€ im Kap. 0913, 0914 oder 0915 geleistet werden.

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
632 01 -165	Erstattung der Verwaltungskosten an das Land Niedersachsen für die Durchführung des Meeresbodenbergbaugesetzes	10	10	1

Haushaltsvermerk:

Einnahmen aus Verwaltungsgebühren und Erstattungen für Amtshandlungen nach dem Gesetz zur Regelung des Meeresbodenbergbaus fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Das Gesetz zur Regelung des Meeresbodenbergbaus (MBergG) vom 6. Juni 1995 (BGBl. I S. 782) wird vom Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) als einem vom Land Niedersachsen entliehenen Organ des Bundes ausgeführt. Gemäß dem mit dem Land geschlossenen Verwaltungsabkommen ist der Bund zur Erstattung der für die Durchführung des Gesetzes anfallenden Verwaltungskosten des Landesamtes an das Land Niedersachsen verpflichtet. Die für Amtshandlungen nach dem MBergG aufkommenden Verwaltungsgebühren sowie nach den Bußgeldvorschriften des Gesetzes verhängte Bußgelder stehen dem Bund zu.

Titelgruppe 05

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
Tgr. 05	Durchführung von Aufträgen anderer Bundesbehörden und Dritter	(255)	(255) *(2 281)*	

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.
2. Ausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Ist-Einnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: 119 99 und 381 01.

   Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.
3. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass bei Aufträgen von Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft industrieller Forschungsvereinigungen, **bei Forschungsprojekten sowie bei Dienstleistungen und Kooperationen im Rahmen der technischen Zusammenarbeit mit ausländischen Fachorganisationen, die überwiegend durch den Bundeshaushalt bzw. suprastaatliche Einrichtungen (z. B. EU, Weltbank) finanziert werden,** auf die Erhebung von Gemeinkosten verzichtet wird.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
427 59 -165	Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige	-	-	5 914

Haushaltsvermerk:

Ausgaben dürfen nur geleistet werden, solange keine freien Stellen der gleichen oder einer höheren Entgeltgruppe bei Tit. 428 51 vorhanden sind.

0915 Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Noch zu Titelgruppe 05				
428 51 -165	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	51	51	1 047
459 59 -165	Vermischte Personalausgaben	46	46	145
547 51 -165	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	5	5 *1 341*	9 890
812 53 -165	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	153	153 *940*	531

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0915 Tit. 812 51	-	531

Titelgruppe 06

Tgr. 06	Deutsche Rohstoffagentur	(2 814)	(2 828)	

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.
3. Einnahmen aus finanziellen Beteiligungen der deutschen Wirtschaft an Maßnahmen der Deutschen Rohstoffagentur fließen den Ausgaben zu.
4. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Leistungen der Deutschen Rohstoffagentur gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich abgegeben werden.

Erläuterungen:

Die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe betreibt im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie die "Deutsche Rohstoffagentur".

Die Deutsche Rohstoffagentur stellt der deutschen Wirtschaft Informationen zur Erhöhung der Transparenz auf den weltweiten Märkten für mineralische und Energierohstoffe bereit, die als Grundlage zur Verbesserung ökonomischer Entscheidungsprozesse dienen sollen. Darüber hinaus unterhält die Deutsche Rohstoffagentur eine Kontaktbörse für die deutsche Wirtschaft zur konkreten Unterstützung von Wirtschaftsverbänden und Unternehmen bei ihrem Engagement im primären Rohstoffsektor.

Die Deutsche Rohstoffagentur wirkt an gemeinsamen Projekten mit der deutschen Rohstoffwirtschaft mit und arbeitet im Vorfeld der Industrie an der Untersuchung und Entwicklung neuer Rohstoffpotenziale sowie rohstoffwirtschaftlicher Instrumente und Methoden.

422 61 -165	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	59	1 051	-
427 69 -165	Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige	1 689	277	665

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 06

428 61 -165	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	243	677	95
459 69 -165	Vermischte Personalausgaben	10	10	-
511 61 -165	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände, Software, Wartung	150	150	93
527 61 -165	Dienstreisen	150	150	163
547 61 -165	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	163	163	267
686 61 -165	Förderung innovativer Projekte im Bereich Rohstoffgewinnung und -aufbereitung, Rohstoffeffizienz	200	200	292

Erläuterungen:

Aus dem Mittelansatz dürfen Ausgaben für die Verleihung des "Deutschen Rohstoffeffizienz-Preises" sowie für die Durchführung der Preisverleihungsveranstaltung geleistet werden.

812 63 -165	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	150	150	281

Verpflichtungsermächtigung...

fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 202 T€

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamtausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Nach 2013 übertragene Ausgabereste 1 000 €	Veranschlagt 2014 1 000 €	Vorbehalten für 2015 ff 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7
1. Isotopenmassenspektrometer inkl. Peripherie............................	352	-	-	-	150	202

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0915 Tit. 812 61	-	281

Titelgruppe 07

Tgr. 07	Geowissenschaftliche Untersuchungen zur Endlagerung radioaktiver Abfälle	(12 185)	(12 017)	

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.

Erläuterungen:

Im Rahmen der Maßnahmen des Bundes zur "Sicherstellung und Endlagerung radioaktiver Abfälle" obliegt der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe die Aufgabe, alle geologischen und geotechnischen Fragenkomplexe im Zusammenhang mit der Planung und Errichtung sowie dem Betrieb von Anlagen zur

0915 Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Endlagerung zu bearbeiten. Die Maßnahmen werden im Rahmen der "Endlager-vorausleistungsverordnung" abgerechnet.			
422 71 -342	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	2 696	2 578	1 799
427 79 -342	Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige	612	592	560
428 71 -342	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	5 310	5 280	4 266
459 79 -342	Vermischte Personalausgaben	10	10	-
511 71 -342	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände, Software, Wartung Haushaltsvermerk: Die Ausgaben sind übertragbar.	500	500	310
517 71 -342	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume Haushaltsvermerk: Die Ausgaben sind übertragbar.	400	400	478
527 71 -342	Dienstreisen Haushaltsvermerk: Die Ausgaben sind übertragbar. Erläuterungen: Dienstreisen zur Probennahme, für Messungen im Gelände, Begutachtung, Dienstbesprechungen mit anderen Beteiligten sowie für internationale Fachtagungen.	160	160	159
539 79 -342	Vermischte Verwaltungsausgaben Haushaltsvermerk: Die Ausgaben sind übertragbar. Erläuterungen:	656	656	703

Bezeichnung	1 000 €
1. Standleitungen für Datenübertragungen (Dauermessstationen).....	80
2. Bauunterhaltung für die Lager- und Versuchshalle.........................	161
3. Verbrauchsmittel..	135
4. Ankauf von Datenmaterial und Programmen.................................	270
5. Sonstiges..	10
Zusammen...	656

Aus dem Mittelansatz dürfen auch Ausgaben für die Bewirtung mit Erfrischungen geleistet werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 07

544 71 -342	Forschung, Untersuchungen und Ähnliches	1 240	1 240	501

Verpflichtungsermächtigung... 800 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 600 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 200 T€

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind übertragbar.

Erläuterungen:

Die Bundesanstalt führt standortbezogene Untersuchungen in den Salzbergwerk Morsleben und Gorleben durch. Im Rahmen der Auftragsvergabe an Dritte sollen durch gebirgsmechanische und geotechnische Untersuchungen sowie durch geophysikalische Messungen und geologische, hydrogeologische und biostratigraphische Spezialarbeiten Nachweise zur Eignung und Standsicherheit als Endlager erarbeitet werden.

Die Ausgaben sind veranschlagt für Aufträge an Dritte am Standort:

Bezeichnung	1 000 €
1. Salzbergwerk Gorleben	10
2. Salzbergwerk Morsleben	150
3. Sonstiges	1 080
Zusammen	1 240

546 71 -342	Untersuchung alternativer Wirtsgesteine für radioaktive Abfälle	121	121	117

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind übertragbar.

711 71 -342	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	200	200	166

Verpflichtungsermächtigung..

fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 200 T€

811 71 -342	Erwerb von Fahrzeugen	-	-	20
812 73 -342	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	280	280	1 215

Verpflichtungsermächtigung..

fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 220 T€

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0915 Tit. 812 71	-	1 215

0915 Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Titelgruppe 08			
Tgr. 08	Erkundung und Erprobung der CCS-Technologie	(1 493)	(1 497)	
	Haushaltsvermerk: 1. Die Ausgaben sind übertragbar. 2. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig. 3. Erstattungen Dritter fließen den Ausgaben zu.			
	Erläuterungen: Die EU-Richtlinie RL 2009/31/EG vom 23. April 2009 sieht im Artikel 4 für die Mitgliedsländer staatliche Aufgaben bei der Bewertung und Auswahl potentieller Speicherinformationen und potenzieller Kohlendioxidspeicher vor. Der BGR obliegt als geologischem Dienst des Bundes die Aufgabe, fachlich fundierte Entscheidungs- und Bewertungsgrundlagen zu erstellen, die Basis für die nach Artikel 4 zu treffenden Entscheidungen sind. Im Rahmen des Gesetzes zur Demonstration und Anwendung von Technologien zur Abscheidung, zum Transport und zur dauerhaften Speicherung von Kohlendioxid (Kohlendioxid-Speicherungsgesetz - KSpG) übernimmt die BGR Aufgaben im Bereich der Erarbeitung der geologischen Grundlagen, der Speicherpotenzialanalyse sowie des Aufbaus und Betriebs des Kohlendioxid-Speicherregisters.			
422 81 -165	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	276	280	9
427 89 -165	Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige	100	100	-
428 81 -165	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	333	333	50
539 89 -165	Vermischte Verwaltungsausgaben	684	684	-
	Verpflichtungsermächtigung ... 3 000 T€ davon fällig: im Haushaltsjahr 2015 bis zu ... 600 T€ im Haushaltsjahr 2016 bis zu ... 600 T€ im Haushaltsjahr 2017 bis zu ... 600 T€ im Haushaltsjahr 2018 bis zu ... 600 T€ im Haushaltsjahr 2019 bis zu ... 600 T€			
	Erläuterungen: Aus dem Mittelansatz dürfen auch Ausgaben für die Bewirtung mit Erfrischungen geleistet werden.			
812 83 -165	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	100	100	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0915 Tit. 812 81 ...	-	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Titelgruppe 09			
Tgr. 09	Geschäftsstelle der Kommission für Geoinformationswirtschaft (GIW)	(928)	(408)	

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.

Erläuterungen:

Die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe unterhält im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie die Geschäftsstelle der Kommission für Geoinformationswirtschaft (GIW-Geschäftsstelle).

Hierfür werden - zunächst begrenzt bis 2016 - jährlich 1,0 Mio. € der Behörde aus Kap. 0901 Tit. 686 22 zur Verfügung gestellt.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
427 99 -165	Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige	340	185	158
511 91 -165	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände, Software, Wartung	40	18	91
527 91 -165	Dienstreisen	50	40	23
547 91 -165	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	498	165	67
812 93 -165	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	-	-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0915 Tit. 812 91	-	-

0915 Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Flexibilisierte Ausgaben			
	Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG			
	Aus Hauptgruppe 4	28 961	29 458 *482*	28 143
	Aus Hauptgruppe 5	18 528	18 528 *11 606*	14 242
	Aus Hauptgruppe 6	228	228 *75*	191
	Aus Hauptgruppe 7	2 023	2 023 *1 567*	2 024
	Aus Hauptgruppe 8	4 505	4 505 *1 844*	4 742
	Zusammen	54 245	54 742 *15 574*	49 342
F 422 01 -165	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*10 265*	*10 912*	*10 735*
F 427 09 -165	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige* *Haushaltsvermerk:* *Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 261 01.*	*1 897*	*1 867*	*2 577*
F 428 01 -165	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer* *Haushaltsvermerk:* *Die Ausgaben sind in Höhe von 61 T€ mit Ausscheiden der vom Warnamt III in Rodenberg übernommenen Beschäftigten der Entgeltgruppe E 9 und E 5 kw.*	*16 720*	*16 600*	*13 684*
F 429 01 -165	*Nicht aufteilbare Personalausgaben für Gastwissenschaftler aus dem Ausland* *Erläuterungen:* *Die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe ermöglicht vorübergehende Aufenthalte ausländischer Gastwissenschaftlerinnen und Gastwissenschaftler. Aus dem Titel werden u. a. auch Reise- und Aufenthaltskosten und Kosten der medizinischen Betreuung für ausländische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler auf der Grundlage von Regierungsabkommen bezahlt.*	*38*	*38*	*-*
F 453 01 -165	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	*41*	*41*	*33*
F 511 01 -165	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände, Software, Wartung* *Haushaltsvermerk:* *Einnahmen aus Kostenerstattungen Dritter, insbesondere vom Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie sowie vom Leibniz-Institut für Angewandte Geowissenschaften, fließen den Ausgaben zu.*	*2 007*	*2 007*	*1 096*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 511 01

Erläuterungen:

Vom Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie und vom Leibniz-Institut für Angewandte Geophysik werden voraussichtlich 61 T€ für die Teilnahme am Fernmeldedienst der Bundesanstalt erstattet.

Kosten für gemeinsame Maßnahmen der Informationstechnik werden anteilig vom Land Niedersachsen sowie vom Leibniz-Institut für Angewandte Geophysik erstattet.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0915 Tit. 511 55	-	1 683

F 514 01 -165	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*	*330*	*330*	*149*
F 517 01 -165	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	*2 400*	*2 400*	*2 320*

Erläuterungen:

637 T€ der Gesamtkosten für den Betrieb der gemeinsam genutzten Dienstgebäude werden vom Land Niedersachsen und vom Leibniz-Institut für Angewandte Geophysik erstattet. 90 T€ der Gesamtkosten für den Betrieb der gemeinsam genutzten Dienstgebäude der Außenstelle Berlin werden vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie erstattet. Die Beträge fließen den Ausgaben zu.

F 519 01 -165	*Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen*	*625*	*625*	*483*

Erläuterungen:

156 T€ der Gesamtkosten für die Gebäudeunterhaltung werden vom Land Niedersachsen und vom Leibniz-Institut für Angewandte Geophysik erstattet. Der Betrag fließt den Ausgaben zu.

F 525 01 -165	*Aus- und Fortbildung*	*211*	*211*	*213*

Haushaltsvermerk:

Einnahmen aus Kostenerstattungen Dritter, insbesondere vom Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie sowie vom Leibniz-Institut für Angewandte Geowissenschaften, fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Kosten für gemeinsame Maßnahmen der Informationstechnik werden anteilig vom Land Niedersachsen sowie vom Leibniz-Institut für Angewandte Geophysik erstattet.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0915 Tit. 525 55	-	142

F 527 01 -165	*Dienstreisen*	*700*	*700*	*872*

0915 Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 532 01 -165	*Aufträge und Dienstleistungen im Bereich Informationstechnik*	*132*	*132*	*-*

Haushaltsvermerk:

1. *Einnahmen aus Kostenerstattungen Dritter, insbesondere vom Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie sowie vom Leibniz-Institut für Angewandte Geowissenschaften, fließen den Ausgaben zu.*
2. *Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Software unentgeltlich an staatliche geologische Dienste, Universitäten und nichtkommerzielle Forschungseinrichtungen im Ausland abgegeben wird, soweit Gegenseitigkeit besteht.*

Erläuterungen:

Kosten für gemeinsame Maßnahmen der Informationstechnik werden anteilig vom Land Niedersachsen sowie vom Leibniz-Institut für Angewandte Geophysik erstattet.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0915 Tit. 532 55	*-*	*221*

F 539 99 -165	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*220*	*220*	*191*

Haushaltsvermerk:

Einnahmen aus Kostenerstattungen Dritter, insbesondere vom Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie sowie vom Leibniz-Institut für Angewandte Geowissenschaften, fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Kosten für gemeinsame Maßnahmen der Informationstechnik werden anteilig vom Land Niedersachsen sowie vom Leibniz-Institut für Angewandte Geophysik erstattet.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0901 Tit. 546 88	*-*	*-*
Kap. 0915 Tit. 518 01	*-*	*296*
Kap. 0915 Tit. 518 55	*-*	*-*
Zusammen	*-*	*296*

F 686 09 -165	*Mitgliedsbeiträge und sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland geringeren Umfangs*	*18*	*18*	*16*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0915 Tit. 686 01	*-*	*16*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 687 01 -165	*Mitgliedsbeiträge im Ausland*	*210*	*210*	*175*

Erläuterungen:

Bezeichnung der Organisation Rechtsgrundlage und Zweck der Mitgliedschaft	Mitgliedsbeitrag der Bundesrepublik Deutschland (Pflichtleistungen)			Besondere (freiwillige) Leistungen außerhalb des Mitgliedsbeitrags in 1 000 € (gerundet)	Zusammen Spalte 4 + 5 in 1 000 €
	in Prozent	in Tausend-Fremdwährung (gerundet)	in 1 000 € (gerundet)		
1	2	3	4	5	6
1. ECORD: European Consortium for Ocean Research Drilling (IODP-Beitrag), Brüssel	-		150	-	150
Rechtsgrundlage: Vereinbarung Zweck: Geowissenschaftliche Forschung					
2. Sonstige	-		60	-	60
Zusammen			210	-	210

Differenzen durch Rundung möglich

F 711 01 -165	*Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten*	*2 023*	*2 023*	*1 616*

Verpflichtungsermächtigung

fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu 2 023 T€

Haushaltsvermerk:

Einnahmen aus Kostenerstattungen Dritter, insbesondere vom Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie sowie vom Leibniz-Institut für Angewandte Geophysik, fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamtausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Nach 2013 übertragene Ausgabereste 1 000 €	Veranschlagt 2014 1 000 €	Vorbehalten für 2015 ff 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7
Dienstgebäude Hannover:						
1. Erneuerung und Sanierung der Klima-, Abluft- und Regelanlagen in den Laboratorien	1 948	-	886	-	743	319
2. Bausicherung und Umbaumaßnahmen	2 245	-	1 096	-	845	304
3. Brand- und Arbeitsschutzmaßnahmen	115	-	-	-	4	111
4. Dienstbereich Berlin	300	-	-	-	300	-
5. Sonstige Baumaßnahmen	2 808	-	41	1 398	131	1 238
Zusammen	7 416	-	2 023	1 398	2 023	1 972

Von den Gesamtkosten erstatten das Land Niedersachsen und das Leibniz-Institut für Angewandte Geophysik insgesamt 1 800 T€. Der Betrag fließt den Ausgaben zu.
Zu 1.: Leistungen Dritter in Höhe von 558 T€ (22,27 Prozent)
Zu 2.: Leistungen Dritter in Höhe von 331 T€ (12,85 Prozent)
Zu 3.: Leistungen Dritter in Höhe von 35 T€ (23,33 Prozent)
Zu 5.: Leistungen Dritter in Höhe von 876 T€ (23,78 Prozent)

F **712 01** -165	*Baumaßnahmen von mehr als 2 000 000 € im Einzelfall*	*-*	*-*	*408*

Haushaltsvermerk:

Einnahmen aus Kostenerstattungen Dritter, insbesondere vom Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie sowie vom Leibniz-Institut für Angewandte Geophysik, fließen den Ausgaben zu.

0915 Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 712 01

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen *(davon neue Maßnahmen in Fettdruck)*	*Gesamt-ausgaben des Bundes 1 000 €*	*Verausgabt bis 2012 1 000 €*	*Bewilligt 2013 1 000 €*	*Nach 2013 übertra-gene Aus-gabereste 1 000 €*	*Veran-schlagt 2014 1 000 €*	*Vorbe-halten für 2015 ff 1 000 €*
1	*2*	*3*	*4*	*5*	*6*	*7*
2. Sanierung des Trink- und Abwassernetzes einschließlich WC- und Dusch-Anlagen	*2 159*	*1 990*	*-*	*169*	*-*	*-*

Von den Gesamtkosten erstattet das Land Niedersachsen 591 T€. Der Betrag fließt den Ausgaben zu.
Zu 2.: Leistungen Dritter in Höhe von 591 T€ (21,50 Prozent)

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0915 Tit. 712 02	*-*	*408*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 811 01 -165	*Erwerb von Fahrzeugen*	*51*	*51*	*126*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Neubeschaffung	
1 Elektro-Pkw	*25*
2. Ersatzbeschaffung	
1 Elektro-Gabelstapler	*26*
Zusammen	*51*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 812 01 -165	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)*	*51*	*51*	*290*

Haushaltsvermerk:

Einnahmen aus Kostenerstattungen Dritter, insbesondere vom Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie und vom Leibniz-Institut für Angewandte Geophysik, sowie aus der Veräußerung von Altgerätschaften fließen den Ausgaben zu.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 812 02 -165	*Erwerb von Anlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Software im Bereich Informationstechnik*	*721*	*721*	*936*

Verpflichtungsermächtigung...

fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 500 T€

Haushaltsvermerk:

Einnahmen aus Kostenerstattungen Dritter, insbesondere vom Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie sowie vom Leibniz-Institut für Angewandte Geophysik, fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Erstbeschaffung	*230*
2. Ersatzbeschaffung	*491*
Zusammen	*721*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0915 Tit. 812 55	*-*	*936*

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Titelgruppe 03

Tgr. 03	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie Verbrauchsmittel für die Durchführung der fachlichen Aufgaben Haushaltsvermerk: Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände an staatliche geologische Dienste, Universitäten und nicht-kommerzielle Forschungseinrichtungen des In- und Auslandes im Rahmen der wissenschaftlichen Zusammenarbeit unentgeltlich zur vorübergehenden Nutzung überlassen werden.	(15 585)	(15 585)	
F 511 31 -165	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände, Software, Wartung*	*700*	*700*	*611*
F 514 31 -165	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*	*640*	*640*	*737*
F 539 39 -165	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*9*	*9*	*-*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0915 Tit. 518 31	*-*	*1*

F 544 31 -165	*Forschung, Untersuchungen und Ähnliches*	*10 554*	*10 554*	*-*

Verpflichtungsermächtigung... 5 829 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 2 575 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu... 1 575 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu... 1 075 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.. 75 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu.. 75 T€
im Haushaltsjahr 2020 bis zu.. 75 T€
im Haushaltsjahr 2021 bis zu.. 75 T€
im Haushaltsjahr 2022 bis zu.. 38 T€
im Haushaltsjahr 2023 bis zu.. 38 T€
im Haushaltsjahr 2024 bis zu.. 38 T€
im Haushaltsjahr 2025 bis zu.. 38 T€
im Haushaltsjahr 2026 bis zu.. 38 T€
im Haushaltsjahr 2027 bis zu.. 38 T€
im Haushaltsjahr 2028 bis zu.. 38 T€
im Haushaltsjahr 2029 bis zu.. 38 T€

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Leistungen im Rahmen des Betriebes des Nationalen Forschungsbohrkernlagers für nationale und internationale geowissenschaftliche Forschungseinrichtungen gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich abgegeben werden.

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Untersuchungs- und Entwicklungsarbeiten im Rahmen der rohstoffbezogenen Meeresforschung-Meeresgeologie und Seegeophysik...	*4 310*
2. Geowissenschaftliche Untersuchungen in den Polargebieten........	*2 000*

0915 Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 544 31 (Titelgruppe 03)

Bezeichnung	*1 000 €*
3. Geowissenschaftliche Untersuchungen von Lagerstätten, Wasser und Boden; Geoumwelt- und Ressourcenschutz sowie Untersuchungen auf dem Gebiet der Klimaentwicklung.............................	*2 144*
4. Geothermieforschung..	*2 100*
Zusammen...	*10 554*

Zu 1.:

Die Bundesanstalt führt im Rahmen der geowissenschaftlichen Meeresforschung Untersuchungs- und Forschungsarbeiten durch.

Die Ausgaben sind veranschlagt für:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Aufträge zum Prozessing seismischer Daten.................................	*70*
2. Aufträge an Dritte (Sonstige)..	*240*
3. Explorationsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Erkundung von Manganknollen im Pazifik..	*1 000*
4. Explorationsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Erkundung mariner Massivsulfide im südlichen Indik.......................................	*2 000*
5. Geophysikalische Forschungsfahrt nördlicher Atlantik (PANORAMA)..	*1 000*
Zusammen...	*4 310*

Aus den Teilansätzen Nr. 3 und 4 werden auch die jährlichen Verwaltungsgebühren der Internationalen Meeresbodenbehörde geleistet.

Zu 2.:

In langjährigen Forschungsarbeiten sollen ausgewählte Gebiete der Arktis und der Antarktis mit modernsten Verfahren und Geräten geowissenschaftlich untersucht werden. Folgende Arbeiten sind vorgesehen:

1. *Vorauswahl der Untersuchungsgebiete aufgrund geologischer Kriterien,*
2. *Spezialuntersuchungen von Anomalien (am Boden) und Probennahmen,*
3. *Auswertung der Daten für bestimmte Gesteinseinheiten und -formationen,*
4. *Durchführung von Messflügen und Interpretation der Messwerte im regionalgeologischen Rahmen,*
5. *Aufträge an Dritte zur Entwicklung und Erprobung messtechnischer Verfahren und geophysikalischer Geräte.*

Mehrjährige Maßnahmen *(davon neue Maßnahmen in Fettdruck)*	*Gesamtausgaben des Bundes 1 000 €*	*Verausgabt bis 2012 1 000 €*	*Bewilligt 2013 1 000 €*	*Nach 2013 übertragene Ausgabereste 1 000 €*	*Veranschlagt 2014 1 000 €*	*Vorbehalten für 2015 ff 1 000 €*
1	*2*	*3*	*4*	*5*	*6*	*7*
1. Forschungsarbeiten in der Antarktis						
1.7 Geoscientific Insights in Greater Antarctica and the Gamburtsev Province (GIGAGAP)/ Rondrane Berge............................	*2 950*	*100*	*50*	*200*	*200*	*2 400*
1.9 German Antarctic North Victoria Land Expedition (GANOVEX) XI/Antarctic Geological Drilling Program II.....................	*8 350*	*453*	*1 800*	*897*	*1 000*	*4 200*
2. Forschungsarbeiten in der Arktis..						
2.13 Correlation of Arctic Structural Events (CASE)/Nares III.........	*3 700*	*750*	*150*	*-*	*800*	*2 000*
Zusammen..	*15 000*	*1 303*	*2 000*	*1 097*	*2 000*	*8 600*

Zu 3.:

1. *Im Rahmen der Rohstoffpolitik der Bundesregierung wird die Bundesanstalt verstärkt zu wirtschaftsorientierten Arbeiten im Rohstoff- und Energiebereich herangezogen. Bei Maßnahmen zur Sicherung der Energie- und Rohstoffversorgung werden neue Rohstoffvorkommen im In- und Ausland untersucht und neue Verfahren für Prospektion, Exploration und Aufbereitung von Rohstoffen entwickelt.*
2. *Durch Untersuchungen und Entwicklungen neuer Methoden sollen die Wirkungen von Schadstoffen auf Wasser und Boden festgestellt und Vorschläge zum Schutz vor weiteren Schäden und zur Schadensbehebung auf den Gebieten Bodenschutz, Abfallentsorgung und Grundwasserschutz geschaffen werden.*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 544 31 (Titelgruppe 03)

3. Durch Untersuchungen im Bereich der Geoumwelt- und des Ressourcenschutzes, im Bereich geologischer Risiken sowie auf dem Gebiet der Klimaentwicklung sollen Vorschläge zum Schutz vor weiteren Schäden und zur Schadensbehebung auf diesen Gebieten geschaffen werden.

Die Ausgaben sind veranschlagt für:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Themenfeld Energierohstoffe	*85*
2. Themenfeld Mineralische Rohstoffe	*662*
3. Themenfeld Grundwasser	*207*
4. Themenfeld Boden	*130*
5. Themenfeld Nutzung des tieferen Untergrundes; CO_2-Speicherung	*80*
6. Themenfeld Geowissenschaftliche Informationen und Grundlagen	*590*
7. Themenfeld Kernwaffenteststoppabkommen; Gefährdungsanalysen	*390*
Zusammen	*2 144*

Zu 4.:
Veranschlagt sind die Kosten der Nutzung der geothermischen Energie für den Wärmebedarf in einer Pilotanlage der BGR.

Mehrjährige Maßnahmen *(davon neue Maßnahmen in Fettdruck)*	*Gesamtausgaben des Bundes 1 000 €*	*Verausgabt bis 2012 1 000 €*	*Bewilligt 2013 1 000 €*	*Nach 2013 übertragene Ausgabereste 1 000 €*	*Veranschlagt 2014 1 000 €*	*Vorbehalten für 2015 ff 1 000 €*
1	*2*	*3*	*4*	*5*	*6*	*7*
1. Geothermieforschung Projekt GeneSys	*21 287*	*19 242*	*1 100*	*245*	*600*	*100*
2. Forschungsprojekt GeneSys Horstberg - Rückbau Bohrplatz, Verfüllung Bohrloch	***1 500***	***-***	***-***	***-***	***1 500***	***-***
Zusammen	*22 787*	*19 242*	*1 100*	*245*	*2 100*	*100*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0915 Tit. 544 01	*-*	*4 991*

F 812 33 -165	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen*	*3 682*	*3 682*	*3 390*

Verpflichtungsermächtigung .... 2 940 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 740 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 1 200 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu .... 1 000 T€

Haushaltsvermerk:

Ausgaben zu Nr. 4 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Ist-Einnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 381 01.

Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.

Erläuterungen:

Einjährige Maßnahmen	*1 000 €*
1. Erstbeschaffungen	
1.1 Seismologische Bohrlochstation Norddeutschland einschl. Bohrlochbreitbandseismometer, Digitalisierer	*200*

0915 Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 812 33 (Titelgruppe 03)

Einjährige Maßnahmen	*1 000 €*
1.2 CETAC LSX-213 Laser Ablation System.....................................	*140*
1.3 TIP Feldgerät..	*133*
2. Ersatzbeschaffungen	
2.1 Elektrostrahlmikrosonde...	*1 401*
2.2 Druckluftversorgung für Luftpulser-Arrays...................................	*500*
2.3 2 mobile 10 to Winden für Kurrleinen (3D-Seismik) inkl. 20'-OT-Container für Transporte beider Winden und Zubehör................	*160*
3. Sonstige Beschaffungen..	*1 148*
4. Erwerb von Ausrüstungsgegenständen zur Erbringung von Leistungen im Rahmen des Internationalen Kernwaffenteststopp-Abkommens (CTBT)..	*-*
Zusammen...	*3 682*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0915 Tit. 812 31	*-*	*3 390*

Vorbemerkung

Das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) wurde im Dezember 2000 als Zusammenschluss der Vorgängerbehörden Bundesamt für Wirtschaft (seit 1954) und Bundesausfuhramt (seit 1992) als Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) gegründet.

Es nimmt an seinen Standorten in Eschborn/Taunus und Bochum administrative Aufgaben des Bundes wahr.

Kernaufgaben des Amtes sind die Ausfuhrkontrolle, die Wirtschaftsförderung und Aufgaben zu Energie/Klimaschutz. Die Kompetenzschwerpunkte des BAFA liegen auf den Gebieten:

1. **Außenwirtschaft**

Eingebunden in die Exportkontrollpolitik der Bundesregierung wirkt das BAFA als Genehmigungsbehörde in enger Kooperation mit anderen Bundesbehörden an einem komplexen Exportkontrollsystem auf der Grundlage von internationalen Verpflichtungen und gesetzlichen Regelungen mit. Kontrolliert wird der Außenwirtschaftsverkehr mit strategisch wichtigen Gütern, vor allem Waffen, Rüstungsgütern und Gütern mit doppeltem Verwendungszweck (sog. Dual use-Güter).

Das BAFA ist zudem mit der Zulassung von Bewachungsunternehmen auf Seeschiffen beauftragt.

Vermehrt werden dem BAFA auch internationale Projekte der EU übertragen. Dabei wird das BAFA insbesondere beauftragt, die Organisation, inhaltliche Konzeption und Umsetzung von Projekten im Bereich der Exportkontrolle mit Drittstaaten wahrzunehmen (Outreach-Maßnahmen).

Auf dem Gebiet des Außenhandels ist das BAFA eine von 27 Genehmigungsbehörden in der Europäischen Union, die nach einheitlichen Bestimmungen Genehmigungen für die Einfuhr von bestimmten Waren der gewerblichen Wirtschaft in das Gebiet der Europäischen Union erteilen (z. B. Textilwaren) oder Überwachungsdokumente ausstellen (Eisen- und Stahlregime).

2. **Wirtschaftsförderung**

Das BAFA ist an der Umsetzung verschiedenster Förderprogramme und Einzelprojekte beteiligt, die vor allem der Förderung des Mittelstandes dienen. Schwerpunkt ist daher die Abwicklung von Programmen für kleine und mittlere Unternehmen. Es beteiligt sich aber z. B. auch am Förderprogramm "Innovativer Schiffbau". Seit 2013 administriert das BAFA das Programm "Investitionszuschuss Wagniskapital", welches Investitionen und Beteiligungen von privaten Investoren (Business Angel) an jungen innovativen Unternehmen fördert.

3. **Energie**

Die Bundesstelle für Energieeffizienz (BfEE) ist beim BAFA angesiedelt. Sie arbeitet im Auftrag der Bundesregierung insbesondere daran, Voraussetzungen für die Entwicklung und die Förderung eines Markts für Energiedienstleistungen und andere Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz für die Endverbraucher zu schaffen. Dazu gehören auch Aufgaben aus der Bewirtschaftung des Energie- und Klimafonds.

Außerdem setzt das BAFA Fördermaßnahmen zur Energieeinsparung und für den deutschen Steinkohlenbergbau um. Es wirkt an der Krisenvorsorge im Mineralölbereich mit, führt das Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz und die sog. Besondere Ausgleichsregelung für stromintensive Unternehmen und Schienenbahnen nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz im Strombereich durch.

Überblick zum Kapitel 0916	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	8 435	7 695	+740		867
Übrige Einnahmen	-	-	-		93
Gesamteinnahmen	8 435	7 695	+740		960
Ausgaben					
Personalausgaben	45 862	45 192	+670	4 260	44 561
Sächliche Verwaltungsausgaben	6 041	6 031	+10	3 782	6 900
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	100	100	-		932
Ausgaben für Investitionen	826	826	-	954	791
Gesamtausgaben	52 829	52 149	+680	8 996	53 184
davon flexibilisiert	36 090	34 831	+1 259	8 302	32 401
davon nicht flexibilisiert	16 739	17 318	-579	694	20 783

0916 Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

111 01 -649	Gebühren, sonstige Entgelte	8 390	7 650	682

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Gebühren nach Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz	550
2. Gebühren nach Satellitendatensicherheitsgesetz	99
3. Gebühren Besondere Ausgleichsregelung nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz	7 140
4. Gebühren Zulassungsverfahren nach § 31 GewO für Bewachungsunternehmen	600
5. Sonstige Gebühren und Entgelte	1
Zusammen	8 390

112 01 -610	Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten	10	10	14

Erläuterungen:

In Betracht kommen Einnahmen aus Geldbußen und Zwangsgeldern bei Verstößen gegen Gesetze, deren Durchführung dem BAFA obliegt (s. Vorbemerkung).

119 99 -610	Vermischte Einnahmen	30	30	28
132 01 -610	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	5	5	143

Übrige Einnahmen

266 01 -680	Erstattungen durch die internationale Organisation für das Verbot chemischer Waffen	-	-	93

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 671 01.

381 01 -890	Leistungen von Bundesbehörden zur Durchführung von Aufträgen	-	-	(96)

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind wegen verbindlicher Vereinbarung mit anderen Bundesbehörden zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Tgr. 01 und Tgr. 04.

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.

Ausgenommen sind Tit. 427 19, Tgr. 02 und Tgr. 04.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Sächliche Verwaltungsausgaben			
518 02 -610	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	2 573	2 573	1 996
	Haushaltsvermerk: Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.			
	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)			
671 01 -680	Ausgaben anlässlich von Inspektionen und Untersuchungen aufgrund des Chemiewaffenübereinkommens	100	100	115
	Haushaltsvermerk: Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 266 01.			
683 01 -680	Entschädigungsleistungen im Rahmen von Durchfuhrkontrollverfahren sowie Verfahren zur Erteilung und Aufhebung von Genehmigungen im Außenwirtschaftsverkehr	-	-	-
	Haushaltsvermerk: 1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Epl. 09. 2. Nach § 61 Abs. 1 Satz 1 BHO wird zugelassen, dass Gegenstände, die dem Bund überlassen werden, unentgeltlich bzw. gegen ermäßigtes Entgelt abgegeben werden. 3. Nach § 63 Abs. 3 Satz 1 BHO in Verbindung mit § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Gegenstände, die dem Bund überlassen werden, unentgeltlich bzw. gegen ermäßigtes Entgelt abgegeben werden. 4. Ausgaben dürfen nur mit Zustimmung des Bundessicherheitsrates oder zur Erfüllung von Ansprüchen nach § 48 Abs. 3 Satz 1 Verwaltungsverfahrensgesetz geleistet werden.			
	Titelgruppe 01			
Tgr. 01	Durchführung von Aufträgen anderer Bundesbehörden	(-)	(-)	
	Haushaltsvermerk: 1. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig. 2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 381 01. Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.			

0916 Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Erläuterungen: Das Bundesamt nimmt für das Bundesministerium für Gesundheit die Administration von Anträgen pharmazeutischer Unternehmen auf Ausnahme von gesetzlichen Herstellerabschlägen gemäß § 130a Abs. 4 und 9 SGB V wahr.			
427 19 -610	Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige	-	-	60
547 11 -610	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	-	-	36
	Titelgruppe 02			
Tgr. 02	Ausgaben für die der Germany Trade and Invest - Gesellschaft für Außenwirtschaft und Standortmarketing mbH (GTAI) gestellten Beamtinnen und Beamten sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	(14 066)	(14 645) *(694)*	
	Haushaltsvermerk: 1. Die Ausgaben sind in Höhe von 2 000 T€ übertragbar. 2. Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: Kap. 0904 Tit. 687 02. 3. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.			
422 21 -610	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	1 885	2 059	1 988
427 29 -610	Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige	96	95	14
428 21 -610	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	5 612	5 917 *688*	4 964
428 31 -610	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	6 443	6 544	6 576
	Erläuterungen: Bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern handelt es sich um Korrespondentinnen/Korrespondenten der mit der Germany Trade and Invest - Gesellschaft für Außenwirtschaft und Standortmarketing mbH (GTAI) verschmolzenen ehemaligen Gesellschaft für Außenhandelsinformationen mbH (GfAi).			
453 21 -610	Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen	30	30 *6*	2
	Titelgruppe 04			
Tgr. 04	Durchführung von Aufträgen anderer Bundesbehörden	(-)	(-)	
	Haushaltsvermerk: **1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 0903 Tit. 686 04.**			

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu Titelgruppe 04			
	2. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.			
	3. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 381 01.			
	Erläuterungen:			
	Das Bundesamt setzt verschiedene Fördermaßnahmen zur stärkeren Nutzung erneuerbarer Energien sowie zum Einsatz von Klimaschutz-Technologien in der Kältetechnik um.			
422 41 -610	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	-	-	89
427 49 -610	Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige	-	-	587
428 41 -610	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	-	-	3 176
518 41 -610	Mieten und Pachten	-	-	-
518 42 -610	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	-	-	319
	Haushaltsvermerk:			
	Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.			
547 41 -610	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	-	-	788
812 41 -610	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)	-	-	-

Flexibilisierte Ausgaben

Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG

		Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
	Aus Hauptgruppe 4	31 796	30 547 *3 566*	27 849
	Aus Hauptgruppe 5	3 468	3 458 *3 782*	3 761
	Aus Hauptgruppe 7	99	99 *203*	10
	Aus Hauptgruppe 8	727	727 *751*	781
	Zusammen	36 090	34 831 *8 302*	32 401
F 422 01 -610	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*13 414*	*12 725*	*10 869*

0916 Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 422 02 -610	*Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte*	*269*	*269*	*-*
F 427 09 -610	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*1 624*	*852*	*2 965*
F 428 01 -610	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*16 448*	*16 660*	*13 268*
F 452 01 -229	*Erstattungen an die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder*	*1*	*1*	*-*

Erläuterungen:

Aufgrund eines Rechtsstreites ist vor dem Landesarbeitsgericht Frankfurt (Main) ein Vergleich geschlossen worden, durch den einige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei Eintritt des Versicherungsfalles versorgungsmäßig so gestellt werden, wie wenn sie seit ihrem Eintritt bei der Dienststelle, frühestens seit dem 9. Mai 1945 bis zum 31. Dezember 1949, bei der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) versichert gewesen wären.

Die Zusatzdifferenz wird bei Eintritt des Versicherungsfalles aus diesen Ausgaben gezahlt, um dem Bund die erheblichen Kosten einer zusätzlichen Nachversicherung zu ersparen.

F 453 01 -610	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	*40*	*40*	*3*
F 511 01 -610	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände, Software, Wartung*	*1 595*	*1 585*	*531*

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0916 Tit. 511 55	*-*	*311*

F 517 01 -610	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	*681*	*681*	*791*
F 518 01 -610	*Mieten und Pachten*	*-*	*-*	*5*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0916 Tit. 518 55	*-*	*-*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 525 01 -610	*Aus- und Fortbildung*	*250*	*250*	*200*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0916 Tit. 525 55	*-*	*63*

F 527 01 -610	*Dienstreisen*	*446*	*446*	*395*
F 532 01 -610	*Aufträge und Dienstleistungen im Bereich Informationstechnik*	*409*	*409*	*1 262*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0916 Tit. 532 55	*-*	*1 262*

F 539 99 -610	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*87*	*87*	*90*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0901 Tit. 546 88	*-*	*1*
Kap. 0916 Tit. 514 01	*-*	*30*
Kap. 0916 Tit. 519 01	*-*	*8*
Zusammen	*-*	*39*

F 711 01 -610	*Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten*	*99*	*99*	*10*
F 811 01 -610	*Erwerb von Fahrzeugen*	*20*	*20*	*132*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
Ersatzbeschaffung	
5 nicht personengebundene Pkw bis 22 800 €....................................	*114*
abzgl. Mehreinnahmen bei Tit. 132 01 aus der Veräußerung von Dienst-Kfz gem. § 6 Abs. 7 HG...	*-94*
Zusammen...	*20*

F 812 01 -610	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)*	*299*	*299*	*84*

0916 Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu flexibilisierte Ausgaben			
F 812 02 -610	*Erwerb von Anlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Software im Bereich Informationstechnik*	*408*	*408*	*565*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Erstbeschaffung	*122*
2. Erweiterung	*50*
3. Ersatzbeschaffung	*222*
4. Sonstiges	*14*
Zusammen	*408*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0916 Tit. 812 55	*-*	*565*

Vorbemerkung

Das Bundeskartellamt (BKartA) ist 1958 gemäß § 51 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) als selbstständige Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) errichtet worden. Es hat seinen Sitz in Bonn.

Kernaufgabe des BKartA ist der Schutz des Wettbewerbs nach dem GWB als zentrale ordnungspolitische Aufgabe in einer marktwirtschaftlich verfassten Wirtschaftsordnung. Ein funktionierender Wettbewerb gewährleistet größtmögliche Wahlfreiheit und Produktvielfalt, damit Verbraucher ihre Bedürfnisse stets befriedigen und Unternehmen ihre Angebote stets optimieren können.

Zum Schutz des Wettbewerbs arbeitet das BKartA auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene mit den einschlägigen Organisationen und Kartellbehörden zusammen.

Seine Aufgabenschwerpunkte sind insbesondere:

1. **Kartellverbot**

Das BKartA und - soweit zuständig - die Landeskartellbehörden haben die Aufgabe, nach dem GWB und dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) verbotene Kartelle - wie z. B. Preisabsprachen - aufzuspüren und mit geeigneten Maßnahmen zu bekämpfen. Dazu zählt auch die Verhängung von Geldbußen.

2. **Missbrauchsaufsicht über marktbeherrschende Unternehmen**

Eine wirtschaftliche Machtstellung zu erlangen oder innezuhaben, ist nicht verboten. Das deutsche wie das europäische Kartellrecht verbietet aber die missbräuchliche Ausnutzung einer marktbeherrschenden Stellung. Aufgabe des BKartA ist es, solche Ausnutzung zu kontrollieren, die Aufsicht über anerkannte Wettbewerbsregeln zu führen und Missbräuche, vor allem Diskriminierung und Behinderung anderer Unternehmen, zu verhindern.

3. **Fusionskontrolle**

Zusammenschlüsse von Unternehmen können für den Wettbewerb nachteilig sein, wenn in der Folge die Marktmacht von Unternehmen erheblich zunimmt. Ein Zusammenschluss kann z. B. dazu führen, dass ein wichtiger Wettbewerber wegfällt und der Marktführer daraufhin möglicherweise eine Marktposition erlangt, die es ihm ermöglicht, seine Preise zu erhöhen, die Angebotsmengen zu beschränken oder die Qualität zu verringern. Um nachteilige Auswirkungen von Unternehmenszusammenschlüssen auf den Wettbewerb vorab auszuschließen, unterliegen Unternehmenszusammenschlüsse ab bestimmten Umsatzschwellen der Fusionskontrolle durch das BKartA.

4. **Vergaberechtsschutz**

Beim BKartA sind die gerichtsähnlich organisierten Vergabekammern des Bundes angesiedelt, die die Vergabe öffentlicher Aufträge des Bundes und der dem Bund zuzurechnenden öffentlichen Auftraggeber auf Antrag oberhalb bestimmter Auftragswerte (sog. Schwellenwerte) auf der Grundlage des GWB unabhängig und in eigener Verantwortung überprüfen. Durch den Vergaberechtsschutz werden transparente und diskriminierungsfreie Vergabeverfahren sichergestellt.

5. **Wahrnehmung der Aufgaben der Markttransparenzstellen für den Bereich Großhandel von Strom und Gas sowie Kraftstoffe**

Auf Grundlage des Markttransparenzstellengesetzes vom 12. Dezember 2012 ist das Bundeskartellamt für die Markttransparenzstelle Kraftstoffe zuständig. Zudem wird das Bundeskartellamt gemeinsam mit der Bundesnetzagentur neue Aufsichtskompetenzen auf den Produktions- und Großhandelsmärkten für Strom und Gas wahrnehmen. Ziel ist die Sicherstellung einer transparenten und wettbewerbskonformen Preisbildung.

Überblick zum Kapitel 0917	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	219 026	201 026	+18 000		233 372
Gesamteinnahmen	219 026	201 026	+18 000		233 372
Ausgaben					
Personalausgaben	22 163	21 178	+985	2 129	18 471
Sächliche Verwaltungsausgaben	5 031	5 019	+12	2 574	4 814
Ausgaben für Investitionen	450	620	-170	882	248
Gesamtausgaben	27 644	26 817	+827	5 585	24 180
davon flexibilisiert	26 871	25 858	+1 013	5 585	24 070
davon nicht flexibilisiert	773	959	-186		110

0917 Bundeskartellamt

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

111 01 -610	Gebühren, sonstige Entgelte	9 000	9 000	9 301

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen dienen bis zur Höhe von 50 Prozent zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Hgr. 4, Hgr. 5 und 812 02.

Erläuterungen:

Die Gebühren werden nach der Verordnung über die Kosten der Kartellbehörden (KartKostV) vom 16. November 1970 (BGBl. I S. 1535) in Verbindung mit § 80 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) erhoben.

112 01 -610	Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten	210 000	192 000	224 071

Erläuterungen:

Geldbußen werden von der Kartellbehörde nach den §§ 81 ff. des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) erhoben.

In Betracht kommen neben Geldbußen auch die im Zusammenhang stehenden Verzugszinsen nach § 81 ff. GWB.

119 99 -610	Vermischte Einnahmen	26	26	-

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

1. Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.
2. Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Hgr. 4 und Hgr. 5 dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 111 01.

Sächliche Verwaltungsausgaben

518 02 -610	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	773	959	-

Haushaltsvermerk:

Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0917 Tit. 518 12	-	110

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Flexibilisierte Ausgaben			
	Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG			
	Aus Hauptgruppe 4	22 163	21 178 *2 129*	19 118
	Aus Hauptgruppe 5	4 258	4 060 *2 574*	4 704
	Aus Hauptgruppe 7	-	170 *114*	26
	Aus Hauptgruppe 8	450	450 *768*	222
	Zusammen	26 871	25 858 *5 585*	24 070
F 422 01 -610	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*14 038*	*12 989*	*11 317*
	Haushaltsvermerk: *Die Ausgaben sind in Höhe von 32 T€ mit Ausscheiden des vom Bundespräsidialamt übernommenen Beamten der Bes.-Gr. A 9 m kw.*			
F 422 03 -610	*Bezüge der Anwärterinnen und Anwärter sowie Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst*	*12*	*6*	*-*
F 427 09 -610	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*876*	*862*	*822*
F 428 01 -610	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*6 078*	*6 177*	*5 400*
	Haushaltsvermerk: *Die Ausgaben sind in Höhe von 41 T€ mit Ausscheiden der vom Bundespräsidialamt übernommenen Beschäftigten der Entgeltgruppe E 6 kw.*			
F 453 01 -610	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	*100*	*100*	*56*
F 511 01 -610	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände, Software, Wartung*	*829*	*829*	*450*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0917 Tit. 511 55	*-*	*289*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 517 01 -610	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	*750*	*552*	*779*
F 518 01 -610	*Mieten und Pachten*	*1 950*	*1 950*	*1 943*

0917 Bundeskartellamt

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 519 01 -610	*Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen*	*135*	*135*	*221*
F 525 01 -610	*Aus- und Fortbildung*	*160*	*160*	*89*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0917 Tit. 525 55	*-*	*19*

F 527 01 -610	*Dienstreisen*	*200*	*200*	*179*
F 532 01 -610	*Aufträge und Dienstleistungen im Bereich Informationstechnik*	*171*	*171*	*107*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0917 Tit. 532 55	*-*	*107*

F 539 99 -610	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*63*	*63*	*82*

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0901 Tit. 546 88	*-*	*1*
Kap. 0917 Tit. 514 01	*-*	*15*
Zusammen	*-*	*16*

F 711 01 -610	*Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten*	*-*	*170*	*26*

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen *(davon neue Maßnahmen in Fettdruck)*	*Gesamtausgaben des Bundes 1 000 €*	*Verausgabt bis 2012 1 000 €*	*Bewilligt 2013 1 000 €*	*Nach 2013 übertragene Ausgabereste 1 000 €*	*Veranschlagt 2014 1 000 €*	*Vorbehalten für 2015 ff 1 000 €*
1	*2*	*3*	*4*	*5*	*6*	*7*
Brandschutzmaßnahme..	*880*	*596*	*170*	*114*	*-*	*-*

F **712 01** -610	*Baumaßnahmen von mehr als 2 000 000 € im Einzelfall*	*-*	*-*	*-*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 811 01 -610	*Erwerb von Fahrzeugen*	*20*	*20*	*-*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
Ersatzbeschaffung	
1 Pkw	*20*

F 812 01 -610	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)*	*130*	*130*	*35*
F 812 02 -610	*Erwerb von Anlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Software im Bereich Informationstechnik*	*300*	*300*	*187*

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 111 01.

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Ersatzbeschaffung	*250*
2. Sonstiges	*50*
Zusammen	*300*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0917 Tit. 812 55	*-*	*187*

Titelgruppe 01

Tgr. 01	Monopolkommission	(1 059)	(1 044)	

Erläuterungen:

Gemäß § 44 Abs. 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) in der Fassung der Bekanntmachung der Neufassung vom 15. Juli 2005 - BGBl. I S. 2114 - begutachtet die Monopolkommission regelmäßig die Entwicklung der Unternehmenskonzentration in der Bundesrepublik Deutschland unter Anwendung der §§ 44 bis 47 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen. Nach § 46 Abs. 2 Satz 1 dieses Gesetzes verfügt die Monopolkommission über eine Geschäftsstelle. Die Monopolkommission ist mit Wirkung vom 1. Januar 2000 vom Bundesverwaltungsamt in Köln zum BKartA in Bonn umgesetzt worden. Ab diesem Zeitpunkt werden die Kosten der Geschäftsstelle vom BKartA getragen.

F 422 11 -610	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*56*	*56*	*58*
F 427 19 -610	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*375*	*370*	*486*

Erläuterungen:

Entgelte der Assistentinnen und Assistenten.

F 428 11 -610	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*628*	*618*	*332*

0918 Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (Bundesnetzagentur)

Vorbemerkung

Die Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (BNetzA) wurde 1998 unter dem Namen Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post gegründet und 2005 im Zuge der Übernahme von Aufgaben aus dem Energiewirtschaftsgesetz und dem Allgemeinen Eisenbahngesetz umbenannt. Sie ist eine Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi). Neben dem Behördensitz in Bonn gibt es weitere Standorte in Mainz, Berlin und Saarbrücken sowie dezentrale Dienststellen im gesamten Bundesgebiet.

Kernaufgabe der BNetzA ist es, durch Liberalisierung und Deregulierung für die weitere Entwicklung auf dem Elektrizitäts-, Gas-, Telekommunikations-, Post- und Eisenbahninfrastrukturmarkt zu sorgen.

Die rechtlichen Grundlagen für die Tätigkeit der Bundesnetzagentur finden sich insbesondere im Telekommunikationsgesetz (TKG), im Postgesetz (PostG), im Energiewirtschaftsgesetz (EnWG), im Gesetz über den Vorrang Erneuerbarer Energien (EEG), im Netzausbaubeschleunigungsgesetz (NABEG), im Allgemeinen Eisenbahngesetz (AEG), im Signaturgesetz (SigG) sowie in weiteren Fachgesetzen und Rechtsverordnungen.

Infolge des breiten Themenspektrums stellen sich auch die Aufgaben der Behörde als vielfältig dar. Kompetenzschwerpunkte sind insbesondere:

1. **Telekommunikation und Post**

Die BNetzA fördert durch Regulierung im Bereich der Telekommunikation und des Postwesens den Wettbewerb, sorgt für einen diskriminierungsfreien Netzzugang (d. h. sie kontrolliert die Einhaltung der Netzzugangsregelungen und angemessener Netznutzungsentgelte) und gewährleistet eine flächendeckende Grundversorgung mit Dienstleistungen zu angemessenen Preisen. Sie vergibt auch z. B. Lizenzen im Postbereich, verwaltet Frequenzen sowie Rufnummern im Telekommunikationsbereich, klärt Funkstörungen auf und betreibt den Schutz vor unerlaubten Werbeanrufen.

2. **Energie**

Die BNetzA stellt einen wirksamen und unverfälschten Wettbewerb bei der Versorgung mit Elektrizität und Gas sowie einen langfristig leistungsfähigen Betrieb von Energieversorgungsnetzen sicher und gewährleistet effiziente Genehmigungsverfahren, um das deutsche Höchstspannungsnetz an die wachsende Bedeutung der erneuerbaren Energien anzupassen.

Hierzu wurden der BNetzA mit dem NABEG völlig neue Kompetenzen im Planungsrecht nebst Planfeststellung übertragen.

3. **Eisenbahnregulierung**

Für die Nutzung von Eisenbahninfrastruktur und damit verbundener Leistungen überprüft die BNetzA die Höhe und Struktur von Entgelten und gewährleistet den diskriminierungsfreien Zugang zur Schieneninfrastruktur.

4. **Umsetzung des Signatur-Gesetzes (SigG)**

Damit die Zuordnung der "elektronischen Unterschrift" zu einer bestimmten Person sicher gewährleistet ist, überwacht die BNetzA die Verlässlichkeit dieser Signaturen und insbesondere deren Anbieter. Sie bürgt so als zuständige Behörde nach dem SigG (sog. Wurzelbehörde) für die Zuverlässigkeit der von ihr akkreditierten Anbieter.

5. **Internationale Zusammenarbeit**

Die Bundesnetzagentur wirkt in zahlreichen europäischen und internationalen Gremien - u. a. auch bei Fragen der Normierung und Standardisierung - mit.

6. **Dienstleistungszentrum**

Im Rahmen des Projekts "Aufbau und Ausbau von Kompetenz- und Dienstleistungszentren" für Behörden im Geschäftsbereich des BMWi erbringt die BNetzA Personalnebenleistungen (z. B. Abrechnung von Reisekosten, Beihilfe, Leistungen der Familienkasse, Besoldungs- und Entgeltangelegenheiten).

Überblick zum Kapitel 0918	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen..	95 279	86 690	+8 589		73 996
Übrige Einnahmen...	-	-	-		-
Gesamteinnahmen...	95 279	86 690	+8 589		73 996
Ausgaben					
Personalausgaben...	132 433	122 400	+10 033	5 470	106 342
Sächliche Verwaltungsausgaben...........................	54 828	51 195	+3 633	8 402	42 578
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	136	158	-22		3 368
Ausgaben für Investitionen.....................................	10 875	14 049	-3 174	10 243	14 249
Besondere Finanzierungsausgaben......................	-	-	-		-
Gesamtausgaben...	198 272	187 802	+10 470	24 115	166 537
davon flexibilisiert..	179 851	169 359	+10 492	24 115	159 672
davon nicht flexibilisiert..	18 421	18 443	-22		6 865
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung...................................	14 466 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.................................	3 922 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.................................	3 624 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.................................	3 624 T€				
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.................................	732 T€				
im Haushaltsjahr 2019 bis zu.................................	572 T€				
im Haushaltsjahr 2020 bis zu.................................	492 T€				
im Haushaltsjahr 2021 bis zu.................................	300 T€				
im Haushaltsjahr 2022 bis zu.................................	300 T€				
im Haushaltsjahr 2023 bis zu.................................	300 T€				
im Haushaltsjahr 2024 bis zu.................................	300 T€				
im Haushaltsjahr 2025 bis zu.................................	300 T€				

0918 Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (Bundesnetzagentur)

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

111 01 -019	Gebühren, sonstige Entgelte	94 596	86 007	70 442

Haushaltsvermerk:

1. Mehreinnahmen zu Nr. 4 der Erläuterungen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 539 99.
2. Zu erstattende Gebühren und tarifliche Entgelte dürfen, auch wenn sie in einem früheren Haushaltsjahr vereinnahmt worden sind, aus den Einnahmen gezahlt werden.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Gebühren nach TKG	18 380
2. Beiträge nach FSBeitrV (Verordnung über Beiträge zum Schutz einer störungsfreien Frequenznutzung)	50 000
3. Gebühren und Entgelte nach PostG	5
4. Prüfungsgebühren zum Erwerb von Flug- und Amateurfunkzeugnissen	-
5. Gebühren nach Amateurfunkverordnung (AFuV)	110
6. Gebühren und Kosten nach der Verordnung über das Nachweisverfahren zur Begrenzung elektromagnetischer Felder (BEMFV)	12 678
7. Gebühren und Beiträge nach dem Energiewirtschaftsgesetz (EnWG)	852
8. Gebühren und Auslagen nach dem Bundeseisenbahnverkehrsverwaltungsgesetz (BEVVG)	87
9. Kosten für Amtshandlungen nach dem EMVG und FTEG (EMV-FTEKostV)	800
10. Gebühren und Auslagen nach dem Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz (NABEG)	11 250
11. Sonstige Gebühren und Beiträge	434
Zusammen	94 596

Gebühren und Beiträge für hoheitliche Tätigkeiten insbesondere nach dem Telekommunikationsgesetz (TKG) vom 22. Juni 2004 (BGBl. I S. 1190), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 3. Mai 2012 (BGBl. I S. 958), dem Gesetz über elektromagnetische Verträglichkeit von Betriebsmitteln (EMVG) vom 26. Februar 2008 (BGBl. I S. 220), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 20. April 2012 (BGBl. I S. 606), dem Gesetz über Funkanlagen und Telekommunikationsendeinrichtungen (FTEG) vom 31. Januar 2001 (BGBl. I S. 170), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 20. April 2012 (BGBl. I S. 606), dem Postgesetz (PostG) vom 22. Dezember 1997 (BGBl. I S. 3294), zuletzt geändert durch Art. 272 der Neunten Zuständigkeitsanpassungsverordnung vom 31. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2407), Gebühren und Beiträge nach dem Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) vom 7. Juli 2005 (BGBl. I S. 1970, 3621), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 21. Februar 2013 (BGBl. I S. 346), und den dazu erlassenen Rechtsverordnungen.

Gebühren und Auslagen nach dem Bundeseisenbahnverkehrsverwaltungsgesetz (BEVVG) vom 27. Dezember 1993 (BGBl. I S. 2378, 2394), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 12. September 2012 (BGBl. I S. 1884), i. V. m. der Verordnung über Gebühren und Auslagen für Amtshandlungen der Eisenbahnverkehrsverwaltung des Bundes (BEGebV) vom 27. März 2008 (BGBl. I S. 546), zuletzt geändert durch Art. 2 der Verordnung vom 10. Dezember 2012 (BGBl. I S. 2632).

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Noch zu Titel 111 01				
	Gebühren und Auslagen nach dem Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz (NABEG) vom 28. Juli 2011 (BGBl. I S 1690), geändert durch Art. 4 des Gesetzes vom 20. Dezember 2012 (BGBl. I S. 2730).			
112 01 -019	Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten	450	450	806
119 02 -019	Leistungen der Länder zur Durchführung von Aufträgen	-	-	1 887
	Haushaltsvermerk: Mehreinnahmen sind gem. Art. 4 Abs. 2 und 3 der Verwaltungsabkommen mit den Bundesländern zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 422 01, 532 01 und 544 01.			
	Erläuterungen: Einnahmen nach dem EnWG im Rahmen der Organleihe.			
119 99 -019	Vermischte Einnahmen	100	100	417
	Haushaltsvermerk: Mehreinnahmen zu Nr. 1 der Erläuterungen sind gemäß dem mit mehreren Nationen vertraglich vereinbarten MoU zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 422 01.			
	Erläuterungen:			

Bezeichnung	1 000 €
1. Einnahmen im Rahmen internationaler Nutzung (MoU) der Sonderstelle Leeheim	-
2. Sonstige Einnahmen	100
Zusammen	100

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
124 01 -019	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	13	13	94
132 01 -019	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	120	120	350
	Übrige Einnahmen			
381 01 -890	Leistungen von Bundesbehörden zur Durchführung von Aufträgen	-	-	(110)
	Haushaltsvermerk: Mehreinnahmen sind wegen verbindlicher Vereinbarung mit anderen Bundesbehörden zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 511 01, 812 02 und 812 03.			

0918 Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (Bundesnetzagentur)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
382 01 -890	Einnahmen von Gebühren für die Energieregulierung im Auftrag der Länder und von Ausgleichsabgaben nach dem Postgesetz und von Abgaben zugunsten eines Vermittlungsdienstes für Hörgeschädigte	-	-	(2 197)

Haushaltsvermerk:

1. Mehreinnahmen zu Nr. 1 der Erläuterungen sind als den Haushalt durchlaufende Gelder zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 982 01.
2. Mehreinnahmen zu Nr. 2 der Erläuterungen sind als den Haushalt durchlaufende Gelder zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 982 01.
3. Mehreinnahmen zu Nr. 3 der Erläuterungen sind als den Haushalt durchlaufende Gelder zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 982 01.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Einnahmen nach dem EnWG im Rahmen der Organleihe.............	-
2. Ausgleichsabgabe nach dem Postgesetz im Rahmen der Universaldienstleistungsverpflichtung...	-
3. Abgaben zugunsten eines Vermittlungsdienstes für hörgeschädigte Menschen nach dem TKG..	-
Zusammen...	-

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.

Sächliche Verwaltungsausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
518 02 -019	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	18 287	18 287	6 762

Verpflichtungsermächtigung... 13 676 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 3 132 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 3 624 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 3 624 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.. 732 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu.. 572 T€
im Haushaltsjahr 2020 bis zu.. 492 T€
im Haushaltsjahr 2021 bis zu.. 300 T€
im Haushaltsjahr 2022 bis zu.. 300 T€
im Haushaltsjahr 2023 bis zu.. 300 T€
im Haushaltsjahr 2024 bis zu.. 300 T€
im Haushaltsjahr 2025 bis zu.. 300 T€

Haushaltsvermerk:

Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)			
687 01 -019	Beiträge an internationale Organisationen	134	156	101
	Besondere Finanzierungsausgaben			
982 01 -890	Erstattungen von Gebühren für die Energieregulierung an die Länder und Ausgleichsleistungen nach dem Postgesetz und Leistungen an einen Vermittlungsdienst für Hörgeschädigte	-	-	(2 197)

Haushaltsvermerk:

1. Mehrausgaben zu Nr. 1 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 382 01.
2. Mehrausgaben zu Nr. 2 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 382 01.
3. Mehrausgaben zu Nr. 3 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 382 01.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Gebührenerstattungen nach dem EnWG im Rahmen der Organleihe	-
2. Ausgleichsleistungen nach dem PostG im Rahmen der Universaldienstleistungsverpflichtung	-
3. Leistungen an einen Vermittlungsdienst für hörgeschädigte Menschen nach dem TKG	-
Zusammen	-

Flexibilisierte Ausgaben

Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG

	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
Aus Hauptgruppe 4	132 433	122 400 *5 470*	109 607
Aus Hauptgruppe 5	36 541	32 908 *8 402*	35 816
Aus Hauptgruppe 6	2	2	-
Aus Hauptgruppe 7	800	800 *3 379*	5 082
Aus Hauptgruppe 8	10 075	13 249 *6 864*	9 167
Zusammen	179 851	169 359 *24 115*	159 672

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 421 01 -019	*Bezüge der Präsidentin oder des Präsidenten und der Vizepräsidentinnen oder der Vizepräsidenten der Bundesnetzagentur*	*424*	*398*	*399*

Erläuterungen:

Bezüge aus öffentlich-rechtlichen Amtsverhältnissen.

0918 Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (Bundesnetzagentur)

	Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
		Noch zu flexibilisierte Ausgaben			
F	422 01 -019	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*102 428*	*103 273*	*88 548*

Haushaltsvermerk:

1. *Mehrausgaben zu Nr. 1 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.*
2. *Mehrausgaben zu Nr. 2 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 02.*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Aufwand für die internationale Nutzung der Sonderstelle Leeheim	*-*
2. Aufwand nach dem EnWG im Rahmen der Organleihe.................	*-*
Zusammen..	*-*

	Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F	422 02 -019	*Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte*	*-*	*-*	*-*
F	422 03 -019	*Bezüge der Anwärterinnen und Anwärter sowie Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst*	*148*	*96*	*43*
F	427 09 -019	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*3 093*	*2 190*	*1 957*
F	428 01 -019	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*24 815*	*15 048*	*14 083*
F	453 01 -019	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	*665*	*665*	*349*
F	459 99 -019	*Vermischte Personalausgaben*	*860*	*730*	*963*

Erläuterungen:

Erstattungen von Aufwendungen der Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost (BAnst PT) für die Inanspruchnahme von Leistungen im Rahmen der Besitzstandswahrung für die auf die Bundesnetzagentur übergeleiteten Beschäftigten (§ 28 BAPostG vom 14. September 1994 (BGBl. I S. 2325), zuletzt geändert durch Art. 15 des Gesetzes vom 5. Februar 2009 (BGBl. I S. 160) i. V. m. § 3 BegleitG vom 17. Dezember 1997 (BGBl. I S. 3108) und Art. 2 des Gesetzes vom 7. Juli 2005 (BGBl. I S. 1970).

	Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F	511 01 -019	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände, Software, Wartung*	*9 200*	*7 500*	*3 383*

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben zu Nr. 1 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 381 01.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 511 01

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Leistungsaufwand für andere Bundesbehörden	*-*
2. Sonstige Ausgaben	*9 200*
Zusammen	*9 200*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0918 Tit. 511 01	*-*	*3 383*
Kap. 0918 Tit. 511 55	*-*	*3 947*
Zusammen	*-*	*7 330*

F 514 01 -019	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*	*880*	*930*	*851*
F 517 01 -019	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	*6 650*	*6 550*	*5 775*
F 518 01 -019	*Mieten und Pachten*	*718*	*181*	*5 655*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0918 Tit. 518 01	*-*	*5 655*
Kap. 0918 Tit. 518 55	*-*	*29*
Zusammen	*-*	*5 684*

F 519 01 -019	*Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen*	*400*	*400*	*879*
F 525 01 -019	*Aus- und Fortbildung*	*1 822*	*1 760*	*733*

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Lehr- und Unterrichtsmaterial an Lehrgangsteilnehmer unentgeltlich abgegeben wird.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0918 Tit. 525 01	*-*	*733*
Kap. 0918 Tit. 525 55	*-*	*248*
Zusammen	*-*	*981*

F 527 01 -019	*Dienstreisen*	*3 700*	*3 700*	*3 104*

0918 Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (Bundesnetzagentur)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 532 01 -019	*Aufträge und Dienstleistungen im Bereich Informationstechnik*	*7 556*	*6 695*	*5 668*

Haushaltsvermerk:

1. *Mehrausgaben zu Nr. 1 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 02.*
2. *Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.*

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Aufwand nach dem EnWG im Rahmen der Organleihe	-
2. Sonstige Ausgaben	7 556
Zusammen	7 556

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0918 Tit. 532 55	-	5 668

F 539 99 -019	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*1 115*	*712*	*724*

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben zu Nr. 2 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 111 01.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Bekanntmachung in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern	160
2. Prüfungsvergütungen	-
3 Umzugs- und Verlegekosten von Dienststellen	70
4. Aufwendungen Kindertagesstätte	160
5. Übersetzungskosten	281
6. Körperschafts- und Gewerbesteuer	50
7. Sonstiges	394
Zusammen	1 115

F 544 01 -019	*Forschung, Untersuchungen und Ähnliches*	*4 500*	*4 480*	*1 452*

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben zu Nr. 1 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 02.

Erläuterungen:

Wissenschaftlicher Forschungsbedarf, insbesondere zu Fragen der Regulierung der Elektrizitäts- und Gasversorgungsnetze sowie des Telekommunikations- und Postmarktes und der Eisenbahnregulierung.

Aus den Ausgaben dürfen auch Zuwendungen geleistet werden.

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 544 01

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Aufwand nach dem EnWG im Rahmen der Organleihe.................	*-*
2. Sonstige Ausgaben...	*4 500*
Zusammen...	*4 500*

F 686 09 -019	*Mitgliedsbeiträge und sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland geringeren Umfangs*	*2*	*2*	*2*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0918 Tit. 686 01	*-*	*2*

F 711 01 -019	*Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten*	*800*	*800*	*785*

Erläuterungen:

Einjährige Maßnahmen	*1 000 €*
1. Baumaßnahmen im Rahmen des Auf- und Ausbaus der Messstationen des Funkmess- und Ortungssystems (FuMOS)..................	*380*
2. Um- und Erweiterungsbaumaßnahmen in verschiedenen Außenstellen und der Zentrale sowie Rückbaumaßnahmen in aufzulösenden Außenstellen..	*420*
Zusammen...	*800*

F **712 01** -019	*Baumaßnahmen von mehr als 2 000 000 € im Einzelfall*	*-*	*-*	*4 297*

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen *(davon neue Maßnahmen in Fettdruck)*	*Gesamt-ausgaben des Bundes 1 000 €*	*Verausgabt bis 2012 1 000 €*	*Bewilligt 2013 1 000 €*	*Nach 2013 übertragene Ausgabereste 1 000 €*	*Veranschlagt 2014 1 000 €*	*Vorbehalten für 2015 ff 1 000 €*
1	*2*	*3*	*4*	*5*	*6*	*7*
1. Dienstgebäude Zentrale Mainz Bau eines Rechenzentrums...	*5 513*	*4 323*	*-*	*1 190*	*-*	*-*
1.1 1. Nachtrag..	***967***	***-***	***-***	***967***	***-***	***-***
Zusammen...	*6 480*	*4 323*	*-*	*2 157*	*-*	*-*

F 811 01 -019	*Erwerb von Fahrzeugen*	*560*	*1 133*	*678*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Ersatzbeschaffung	
Flurförderfahrzeuge (Etagenwagen, Plattformwagen, Transportkarren usw.)...	*7*
21 Pkw...	*553*
21 Nutzfahrzeuge (Funkmesswagen)..	*299*
abzgl. Mehreinnahmen bei Tit. 132 01 aus der Veräußerung von Dienst-Kfz gem. § 6 Abs. 7 HG..	*-308*
2. Sonstiges..	*9*
Zusammen...	*560*

0918 Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (Bundesnetzagentur)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 812 02 -019	*Erwerb von Anlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Software im Bereich Informationstechnik*	*4 566*	*5 216*	*5 055*

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben zu Nr. 4 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 381 01.

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Erstbeschaffung	*2 494*
2. Erweiterung	*93*
3. Ersatzbeschaffung	*1 979*
4. Leistungsaufwand für andere Bundesbehörden	*-*
5. Sonstiges	*-*
Zusammen	*4 566*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0918 Tit. 812 55	*-*	*5 055*

F 812 03 -019	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für den technischen Bereich in der Telekommunikation sowie für Verwaltungszwecke*	*4 949*	*6 900*	*3 434*

Verpflichtungsermächtigung...

fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu............................ 790 T€

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben zu Nr. 3 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 381 01.

Erläuterungen:

Einjährige Maßnahmen	*1 000 €*
1. Erstbeschaffungen	
1.1 Radiometer	*150*
1.2 TKÜ-TMC Erweiterung	*200*
1.3 Messsystem von 20 Hz bis 110 GHz	*240*
2. Ersatzbeschaffungen	
2.1 Tragbare Vektornetzwerkanalysatoren	*191*
2.2 Ausbau von Fahrzeugen zu Funkmesswagen	*525*
2.3 Modernisierung der FuMOS-Software	*850*
3. Leistungsaufwand für andere Bundesbehörden	*-*
4. Sonstige Beschaffungen (inkl. Ausgaben für Verwaltungszwecke)	*1 436*
Zusammen	*3 592*

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 812 03

Mehrjährige Maßnahmen *(davon neue Maßnahmen in Fettdruck)*	*Gesamt-ausgaben des Bundes 1 000 €*	*Verausgabt bis 2012 1 000 €*	*Bewilligt 2013 1 000 €*	*Nach 2013 übertra-gene Aus-gabereste 1 000 €*	*Veran-schlagt 2014 1 000 €*	*Vorbe-halten für 2015 ff 1 000 €*
1	*2*	*3*	*4*	*5*	*6*	*7*
2. Peilantennen für Handpeilempfänger im Frequenzbereich 3-8 GHz...	***186***	***-***	***-***	***-***	***96***	***90***
3. Mobile Mehrkanalpeiler 0,5-3000 MHz...	***1 400***	***-***	***350***	***-***	***350***	***700***
4. Tragbarer Suchempfänger...	*1 104*	*744*	*360*	*-*	*-*	*-*
6. Messmittel LTE-Mobilfunknetze...	*198*	*198*	*-*	*-*	*-*	*-*
8. Peiler...	*4 589*	*-*	*911*	*1 173*	*911*	*1 594*
Zusammen...	*7 477*	*942*	*1 621*	*1 173*	*1 357*	*2 384*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 0918 Tit. 812 01 ...	*-*	*3 434*

09 Aufwandsentschädigungen, Besondere Personalausgaben

Haushaltsvermerk:

In den Personaltiteln dieses Einzelplans sind folgende Aufwandsentschädigungen und Besondere Personalausgaben veranschlagt:

1. **Aufwandsentschädigungen**

1.1 Dienstaufwandsentschädigung für den Bundesminister in Höhe von jährlich 3 681,30 € (monatlich 306,78 €) bei folgendem Titel:

Kap. 0912 Tit. 421 01.

1.2 Dienstaufwandsentschädigung für die Parlamentarischen Staatssekretäre in Höhe von jährlich je 2 760,98 € (monatlich je 230,08 €) bei folgendem Titel:

Kap. 0912 Tit. 421 01.

1.3 Aufwandsentschädigung für vom Dienst freigestellte Personalratsmitglieder und Vertrauenspersonen der schwerbehinderten Menschen bei folgenden Titeln:

Kap. 0912 Tit. 422 01, 422 02, 428 01,

Kap. 0913 Tit. 422 01, 428 01,

Kap. 0914 Tit. 422 01, 428 01, **428 02,**

Kap. 0915 Tit. 422 01, 428 01,

Kap. 0916 Tit. 422 01, 428 01,

Kap. 0917 Tit. 422 01, 428 01,

Kap. 0918 Tit. 422 01 und 428 01.

1.4 Aufwandsentschädigung in Fällen dienstlich veranlasster doppelter Haushaltsführung bei Versetzungen und Abordnungen vom Inland ins Ausland, im Ausland und vom Ausland ins Inland bei folgenden Titeln:

Kap. 0912 Tit. 422 01, 428 01,

Kap. 0915 Tit. 422 01, 422 71, 427 59, 428 01, 428 51, 428 71 und

Kap. 0916 Tit. 428 31.

2. **Besondere Personalausgaben**

2.1 Entschädigung gemäß § 11 Abs. 1 Buchst. d) BMinG i. V. m. § 5 Abs. 1 ParlStG für den Bundesminister und die Parlamentarischen Staatssekretäre in Höhe von jährlich je 1 840,65 € bei folgendem Titel:

Kap. 0912 Tit. 421 01.

2.2 Betreuung von Bediensteten einschl. Beamtinnen und Beamten, die am Heiligen Abend nach 18 Uhr Dienst verrichten (zentral für den gesamten Einzelplan), bei folgendem Titel:

Kap. 0912 Tit. 428 01.

2.3 Verfügungsfonds für vom Dienst freigestellte Gleichstellungsbeauftragte gemäß § 18 Abs. 4 BGleiG in Höhe von bis zu jährlich je 312 € (monatlich 26 €) bei folgenden Titeln:

Kap. 0912 Tit. 422 01,

Kap. 0913 Tit. 422 01,

Kap. 0914 Tit. 428 01,

Kap. 0915 Tit. 428 01,

Kap. 0916 Tit. 428 01,

Kap. 0917 Tit. 422 01 und

Kap. 0918 Tit. 422 01.

2.4 Nichtruhegehaltsfähige Zulage für den Präsidenten der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt von jährlich 24 T€ bei folgendem Titel:

Kap. 0913 Tit. 422 01.

2.5 Außer- und übertarifliche Leistungen an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die mit Einwilligung des BMF gewährt werden, bei folgenden Titeln:

Kap. 0912 Tit. 427 09, 428 01,

Kap. 0913 Tit. 427 09, 427 49, 428 01, **428 42,**

Kap. 0914 Tit. 427 09, 427 39, 427 49, 428 01, 428 41,

Kap. 0915 Tit. 428 01, 428 71,

Kap. 0916 Tit. 427 09, 427 29, 428 01, 428 21, 428 31,

Kap. 0917 Tit. 427 09, 428 01, 428 11,

Kap. 0918 Tit. 427 09 und 428 01.

09 Übersicht 1
Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Kapitel, Titel (Titelgr.) sowie Zweckbestimmung	Ausgaben-soll 2014 1 000 €	a) Bis einschl. 31.12.2012 eingegangene Verpflichtungen fällig ab 2014 b) VE 2013 c) VE 2014 1 000 €	davon fällig 2014 1 000 €	2015 1 000 €	2016 1 000 €	2017 1 000 €	Folgejahre 1 000 €	in künftigen Haushaltsjahren 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Kapitel 0901								
683 01 - Innovationsförderung, Zentrales Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM)	513 474	a) 334 600	260 600	74 000	-	-	-	-
		b) 343 500	139 250	158 000	46 250	-	-	-
		c) 490 000		170 000	250 000	70 000	-	-
683 02 - Innovationsberatung	17 200	a) 440	440	-	-	-	-	-
		b) 12 500	8 500	4 000	-	-	-	-
		c) 12 500		8 500	4 000	-	-	-
685 01 - Technologie- und Innovationstransfer	29 400	a) 3 190	2 990	200	-	-	-	-
		b) 30 500	13 800	9 700	7 000	-	-	-
		c) 29 900		13 200	9 700	7 000	-	-
686 01 - Forschungsinfrastruktur	204 000	a) 83 095	71 103	11 992	-	-	-	-
		b) 171 000	95 000	60 000	14 000	2 000	-	-
		c) 171 000		95 000	60 000	14 000	2 000	-
Tgr. 01								
546 11 - Kosten der Gemeinsamen Geschäftsstelle Elektromobilität der Bundesregierung	260	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 450	150	150	150	-	-	-
		c) 400		400	-	-	-	-
662 11 - Zinsausgleichsystem auf CIRR-Basis	495	a) 46 831	296	1 101	3 730	5 448	36 256	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
683 11 - Verkehrstechnologien	47 900	a) 62 531	29 901	22 630	10 000	-	-	-
		b) 51 000	15 000	13 000	13 000	10 000	-	-
		c) 39 710		12 770	12 580	14 360	-	-
683 12 - Maritime Technologien	32 271	a) 28 772	18 695	8 795	1 282	-	-	-
		b) 29 990	7 090	10 000	6 900	6 000	-	-
		c) 31 000		7 000	11 100	6 900	6 000	-
683 13 - Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der maritimen Wirtschaft	1 000	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 1 500	600	500	400	-	-	-
		c) 900		300	300	300	-	-
892 10 - Innovationsbeihilfen zugunsten der deutschen Werftindustrie	15 000	a) 4 670	2 646	2 024	-	-	-	-
		b) 13 700	6 500	2 400	4 800	-	-	-
		c) 17 000		7 000	4 000	6 000	-	-
Tgr. 02								
683 21 - Entwicklung konvergenter Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)	42 000	a) 53 914	27 914	16 000	10 000	-	-	-
		b) 43 000	12 000	11 000	10 000	10 000	-	-
		c) 35 000		10 500	9 000	8 500	7 000	-
686 22 - IKT-Anwendungen in der Wirtschaft	18 000	a) 17 920	9 723	7 697	500	-	-	-
		b) 22 000	8 500	7 750	5 750	-	-	-
		c) 9 500		1 500	4 000	3 000	1 000	-
686 23 - Potentiale der digitalen Wirtschaft	7 000	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) 10 000		4 800	3 800	1 400	-	-
Tgr. 03								
683 31 - Forschungsförderung von Technologievorhaben der zivilen Luftfahrt - Förderung von Einzelvorhaben	157 200	a) 163 456	107 798	55 658	-	-	-	-
		b) 170 000	25 000	48 000	63 000	34 000	-	-
		c) 60 000		22 000	22 000	16 000	-	-

Kapitel, Titel (Titelgr.) sowie Zweckbestimmung	Ausgaben-soll 2014 1 000 €	a) Bis einschl. 31.12.2012 eingegangene Verpflichtungen fällig ab 2014 b) VE 2013 c) VE 2014 1 000 €	davon fällig 2014 1 000 €	2015 1 000 €	2016 1 000 €	2017 1 000 €	Folgejahre 1 000 €	in künftigen Haushaltsjahren 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7	8	9
683 32 - Nationales Programm für Weltraum und Innovation - Forschungs- und Entwicklungsvorhaben	272 000	a) 193 064	109 592	63 956	19 516	-	-	-
		b) 226 000	86 000	68 000	49 000	23 000	-	-
		c) 498 000		91 300	134 100	138 900	133 700	-
894 31 - Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e. V. - Investitionen	65 836	a) 23 000	17 000	6 000	-	-	-	-
		b) 28 000	11 000	11 000	6 000	-	-	-
		c) 28 000		11 000	11 000	6 000	-	-
Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel								
894 21 - Förderung und Entwicklung von Informations- und Kommunikationstechnischen (IKT-)Infrastrukturen, Breitband	-	a) 381	381	-	-	-	-	-
		b) 800	400	400	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
Summe des Kapitels 0901	2 346 577	a) 1 015 864	659 079	270 053	45 028	5 448	36 256	-
		b) 1 143 940	428 790	403 900	226 250	85 000	-	-
		c) 1 432 910		455 270	535 580	292 360	149 700	-
Kapitel 0902								
662 02 - Zinszuschüsse im Rahmen von ERP-Förderprogrammen	63 100	a) 226 155	53 207	47 958	41 090	33 650	50 250	-
		b) 44 300	6 000	6 000	5 800	5 500	21 000	-
		c) 44 300		6 000	6 000	5 800	26 500	-
686 04 - Berufliche Bildung für den Mittelstand - Lehrlingsunterweisung	45 100	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 2 500	2 500	-	-	-	-	-
		c) 2 500		2 500	-	-	-	-
686 05 - Fachkräftesicherung für kleine und mittlere Unternehmen	14 470	a) 1 215	1 215	-	-	-	-	-
		b) 7 000	3 000	2 500	1 500	-	-	-
		c) 7 000		3 000	2 500	1 500	-	-
686 06 - Potenziale in der Dienstleistungswirtschaft	7 406	a) 125	125	-	-	-	-	-
		b) 2 370	1 310	820	160	80	-	-
		c) 9 326		4 346	3 320	1 660	-	-
686 07 - Innovative Unternehmensgründungen	67 000	a) 8 378	8 134	244	-	-	-	-
		b) 112 200	55 500	33 700	23 000	-	-	-
		c) 74 000		45 000	24 000	5 000	-	-
686 08 - Förderung unternehmerischen Know-hows	39 177	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 5 300	4 100	700	500	-	-	-
		c) 5 300		4 100	700	500	-	-
882 01 - Zuweisungen für betriebliche Investitionen und wirtschaftsnahe Infrastrukturmaßnahmen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GRW)	582 794	a) 669 743	438 830	230 913	-	-	-	-
		b) 575 794	132 414	209 740	233 640	-	-	-
		c) 593 173		149 793	229 740	213 640	-	-
893 01 - Berufliche Bildung für den Mittelstand - Fortbildungseinrichtungen	29 000	a) 12 857	10 257	2 600	-	-	-	-
		b) 23 400	12 800	8 000	2 600	-	-	-
		c) 23 400		12 800	8 000	2 600	-	-
Summe des Kapitels 0902	857 965	a) 918 473	511 768	281 715	41 090	33 650	50 250	-
		b) 772 864	217 624	261 460	267 200	5 580	21 000	-
		c) 758 999		227 539	274 260	230 700	26 500	-

09 Übersicht 1
Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Kapitel, Titel (Titelgr.) sowie Zweckbestimmung	Ausgaben-soll 2014 1 000 €	a) Bis einschl. 31.12.2012 eingegangene Verpflichtungen fällig ab 2014 b) VE 2013 c) VE 2014 1 000 €	davon fällig 2014 1 000 €	2015 1 000 €	2016 1 000 €	2017 1 000 €	Folgejahre 1 000 €	in künftigen Haushaltsjahren 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Kapitel 0903								
541 01 - Erstellung der Energiebilanzen sowie Bereitstellung sonstiger Daten für das Energiemonitoring und die Emissionsberichterstattung für die Bundesrepublik Deutschland	1 320	a) 204	204	-	-	-	-	-
		b) 2 495	631	481	481	451	451	-
		c) 2 288		572	572	572	572	-
683 01 - Energieforschung	122 494	a) 175 381	76 581	54 538	31 762	12 500	-	-
		b) 119 000	25 000	22 000	20 000	18 000	34 000	-
		c) 125 000		24 000	24 000	22 000	55 000	-
683 02 - Forschungs- und Entwicklungsvorhaben: Erneuerbare Energien	158 366	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) 135 716		32 382	32 070	39 591	31 673	-
686 02 - Sicherheitsforschung für kerntechnische Anlagen	34 080	a) 25 333	17 467	7 866	-	-	-	-
		b) 22 500	9 000	8 500	5 000	-	-	-
		c) 28 500		9 000	11 000	8 500	-	-
686 03 - Steigerung der Energieeffizienz	29 900	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 22 000	20 000	1 000	1 000	-	-	-
		c) 21 000		19 000	1 000	1 000	-	-
686 04 - Förderung von Einzelmaßnahmen zur Nutzung erneuerbarer Energien	261 400	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) 237 500		89 000	65 000	35 000	48 500	-
892 01 - Explorationsprogramm (Explo II)	7 500	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 16 000	6 000	6 000	4 000	-	-	-
		c) 9 000		3 000	3 000	3 000	-	-
Tgr. 01								
682 11 - Zuwendungen an die Wismut GmbH - Betrieb	137 400	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 63 000	7 000	8 000	8 000	8 000	32 000	-
		c) -		-	-	-	-	-
683 11 - Zuschüsse für den Absatz deutscher Steinkohle zur Verstromung, zum Absatz an die Stahlindustrie sowie zum Ausgleich von Belastungen infolge von Kapazitätsanpassungen	1 171 800	a) 4 315 000	1 371 800	1 284 800	-	-	1 658 400	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
698 11 - Anpassungsgeld für Arbeitnehmer des Steinkohlenbergbaus	118 000	a) 191 713	85 633	60 875	35 077	10 128	-	-
		b) 110 900	25 100	25 100	25 100	25 100	10 500	-
		c) 114 700		25 800	25 900	26 000	37 000	-
Summe des Kapitels 0903	2 892 100	a) 4 707 631	1 551 685	1 408 079	66 839	22 628	1 658 400	-
		b) 355 895	92 731	71 081	63 581	51 551	76 951	-
		c) 673 704		202 754	162 542	135 663	172 745	-
Kapitel 0904								
532 04 - Kosten der Beteiligung des Bundes an Weltausstellungen im Ausland	16 171	a) 37 675	16 171	20 435	1 069	-	-	-
		b) 15 000	-	500	6 000	8 000	500	-
		c) 14 900		-	6 000	7 069	1 831	-
687 01 - Maßnahmen im Zusammenhang mit Twinning-Projekten der EU und Beratungshilfe für das Ausland	1 200	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 960	240	320	400	-	-	-
		c) 80		80	-	-	-	-

Übersicht 1 09
Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Kapitel, Titel (Titelgr.) sowie Zweckbestimmung	Ausgaben-soll 2014 1 000 €	a) Bis einschl. 31.12.2012 eingegangene Verpflichtungen fällig ab 2014 b) VE 2013 c) VE 2014 1 000 €	davon fällig 2014 1 000 €	2015 1 000 €	2016 1 000 €	2017 1 000 €	Folgejahre 1 000 €	in künftigen Haushaltsjahren 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7	8	9
687 02 - Wirtschaftsbeziehungen mit dem Ausland einschließlich Standortmarketing	62 475	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) 2 000		1 000	1 000	-	-	-
687 05 - Erschließung von Auslandsmärkten	82 800	a) 11 200	6 650	4 550	-	-	-	-
		b) 65 400	56 500	3 900	5 000	-	-	-
		c) 87 350		60 550	17 000	9 800	-	-
687 06 - Deutscher Beitrag für die Unterstützung Russlands bei Abrüstungsprojekten	32 000	a) 32 000	32 000	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
896 01 - Zuschuss zur anteiligen Finanzierung der Errichtung einer Stadtbahn in Ho Chi Minh-Stadt, Vietnam	10 000	a) 36 140	15 000	5 000	5 000	5 390	5 750	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
Summe des Kapitels 0904	269 926	a) 117 015	69 821	29 985	6 069	5 390	5 750	-
		b) 81 360	56 740	4 720	11 400	8 000	500	-
		c) 104 330		61 630	24 000	16 869	1 831	-
Kapitel 0910								
526 01 - Gerichts- und ähnliche Kosten	2 200	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) 1 000		1 000	-	-	-	-
531 02 - Kosten der Internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Technologiepolitik einschließlich der Wirtschaftskommissionen und Kooperationsräte	800	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) 294		49	49	49	147	-
541 01 - Kommunikative Begleitung und Evaluation wirtschafts- und technologiepolitischer Vorhaben	4 000	a) 1 000	1 000	-	-	-	-	-
		b) 3 300	1 500	1 000	800	-	-	-
		c) 3 300		1 500	1 000	800	-	-
544 04 - Forschung, Untersuchungen und Ähnliches	3 600	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) 2 000		1 500	500	-	-	-
632 01 - Zweckgebundene Zuweisungen an die Länder für Mitgliedseinrichtungen der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz e. V. (WGL)	39 698	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) 125		125	-	-	-	-
882 01 - Zweckgebundene Zuweisungen an die Länder für Mitgliedseinrichtungen der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz e. V. (WGL)	1 650	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) 75		75	-	-	-	-
Summe des Kapitels 0910	-6 487	a) 1 000	1 000	-	-	-	-	-
		b) 3 300	1 500	1 000	800	-	-	-
		c) 6 794		4 249	1 549	849	147	-
Kapitel 0912								
518 02 - Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Ein-	20 289	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 63 000	21 000	21 000	21 000	-	-	-
		c) 60 120		20 040	20 040	20 040	-	-

09 Übersicht 1
Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Kapitel, Titel (Titelgr.) sowie Zweckbestimmung	Ausgaben-soll 2014 1 000 €		a) Bis einschl. 31.12.2012 eingegangene Verpflichtungen fällig ab 2014 b) VE 2013 c) VE 2014 1 000 €	davon fällig 2014 1 000 €	2015 1 000 €	2016 1 000 €	2017 1 000 €	Folgejahre 1 000 €	in künftigen Haushaltsjahren 1 000 €
1	2		3	4	5	6	7	8	9
heitlichen Liegenschaftsmanagement									
544 01 - Forschung, Untersuchungen und Ähnliches	8 590	a)	2 979	1 646	1 333	-	-	-	-
		b)	5 700	3 400	2 300	-	-	-	-
		c)	8 700		2 200	3 500	3 000	-	-
711 01 - Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	1 200	a)	510	510	-	-	-	-	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	900		300	300	300	-	-
712 01 - Baumaßnahmen von mehr als 2 000 000 € im Einzelfall	7 256	a)	500	500	-	-	-	-	-
		b)	26 000	7 000	4 000	4 000	5 000	6 000	-
		c)	17 406		3 700	11 456	1 250	1 000	-
Summe des Kapitels 0912	156 691	a)	3 989	2 656	1 333	-	-	-	-
		b)	94 700	31 400	27 300	25 000	5 000	6 000	-
		c)	87 126		26 240	35 296	24 590	1 000	-
Kapitel 0913									
518 02 - Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	14 760	a)	29 032	14 516	14 516	-	-	-	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
544 02 - Forschung und Technologietransfer (MNPQ-Programm)	3 500	a)	1 114	988	126	-	-	-	-
		b)	2 750	1 250	1 000	500	-	-	-
		c)	2 750		1 250	1 000	500	-	-
Tgr. 04									
812 43 - Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	1 200	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	900	900	-	-	-	-	-
		c)	900		900	-	-	-	-
518 01 - Mieten und Pachten	317	a)	1 120	140	140	140	140	560	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
711 01 - Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	4 295	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	1 300	800	500	-	-	-	-
		c)	1 300		800	500	-	-	-
712 01 - Baumaßnahmen von mehr als 2 000 000 € im Einzelfall	7 609	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	13 500	6 000	4 500	3 000	-	-	-
		c)	13 000		5 500	4 500	3 000	-	-
812 01 - Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)	473	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	100	100	-	-	-	-	-
		c)	100		100	-	-	-	-
812 02 - Erwerb von Anlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Software im Bereich Informationstechnik	1 110	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	500	500	-	-	-	-	-
		c)	500		500	-	-	-	-

Übersicht 1 09
Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Kapitel, Titel (Titelgr.) sowie Zweckbestimmung	Ausgaben-soll 2014	a) Bis einschl. 31.12.2012 eingegangene Verpflichtungen fällig ab 2014 b) VE 2013 c) VE 2014	davon fällig					
			2014	2015	2016	2017	Folgejahre	in künftigen Haushaltsjahren
	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Tgr. 03								
812 33 - Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	26 420	a) 1 482	1 457	25	-	-	-	-
		b) 18 000	11 000	4 500	2 500	-	-	-
		c) 18 000		11 000	4 500	2 500	-	-
Summe des Kapitels 0913	170 498	a) 32 748	17 101	14 807	140	140	560	-
		b) 37 050	20 550	10 500	6 000	-	-	-
		c) 36 550		20 050	10 500	6 000	-	-
Kapitel 0914								
518 02 - Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	15 790	a) 31 580	15 790	15 790	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
518 01 - Mieten und Pachten	750	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) 750		250	250	250	-	-
711 01 - Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	4 000	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 600	600	-	-	-	-	-
		c) 400		400	-	-	-	-
712 01 - Baumaßnahmen von mehr als 2 000 000 € im Einzelfall	16 879	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 3 000	3 000	-	-	-	-	-
		c) 8 860		4 400	3 000	1 460	-	-
Summe des Kapitels 0914	150 599	a) 31 580	15 790	15 790	-	-	-	-
		b) 3 600	3 600	-	-	-	-	-
		c) 10 010		5 050	3 250	1 710	-	-
Kapitel 0915								
518 02 - Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	5 017	a) 9 212	4 606	4 606	-	-	-	-
		b) 120	40	40	40	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
Tgr. 06								
812 63 - Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	150	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 120	120	-	-	-	-	-
		c) 202		202	-	-	-	-
Tgr. 07								
544 71 - Forschung, Untersuchungen und Ähnliches	1 240	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 800	600	200	-	-	-	-
		c) 800		600	200	-	-	-
711 71 - Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	200	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 200	200	-	-	-	-	-
		c) 200		200	-	-	-	-
812 73 - Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	280	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 220	220	-	-	-	-	-
		c) 220		220	-	-	-	-
Tgr. 08								
539 89 - Vermischte Verwaltungsausgaben	684	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) 3 000		600	600	600	1 200	-

09 Übersicht 1
Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Kapitel, Titel (Titelgr.) sowie Zweckbestimmung	Ausgaben-soll 2014		a) Bis einschl. 31.12.2012 eingegangene Verpflichtungen fällig ab 2014 b) VE 2013 c) VE 2014	davon fällig 2014	2015	2016	2017	Folgejahre	in künftigen Haushaltsjahren
	1 000 €		1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €
1	2		3	4	5	6	7	8	9
711 01 - Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	2 023	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	2 023	2 023	-	-	-	-	-
		c)	2 023		2 023	-	-	-	-
812 02 - Erwerb von Anlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Software im Bereich Informationstechnik	721	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	500	500	-	-	-	-	-
		c)	500		500	-	-	-	-
Tgr. 03									
544 31 - Forschung, Untersuchungen und Ähnliches	10 554	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	4 500	2 000	1 500	1 000	-	-	-
		c)	5 829		2 575	1 575	1 075	604	-
812 33 - Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	3 682	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	3 940	740	2 200	1 000	-	-	-
		c)	2 940		740	1 200	1 000	-	-
Summe des Kapitels 0915	76 947	a)	9 212	4 606	4 606	-	-	-	-
		b)	12 423	6 443	3 940	2 040	-	-	-
		c)	15 714		7 660	3 575	2 675	1 804	-
Kapitel 0916									
518 02 - Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	2 573	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	25 730	-	2 573	2 573	2 573	18 011	-
		c)	-		-	-	-	-	-
Tgr. 04									
518 41 - Mieten und Pachten	-	a)	307	307	-	-	-	-	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
518 42 - Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	-	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	3 440	-	344	344	344	2 408	-
		c)	-		-	-	-	-	-
518 01 - Mieten und Pachten	-	a)	1 797	1 797	-	-	-	-	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
Summe des Kapitels 0916	52 829	a)	2 104	2 104	-	-	-	-	-
		b)	29 170	-	2 917	2 917	2 917	20 419	-
		c)	-		-	-	-	-	-
Kapitel 0917									
518 02 - Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	773	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	4 506	866	883	901	919	937	-
		c)	-		-	-	-	-	-
518 01 - Mieten und Pachten	1 950	a)	2 600	-	-	-	-	2 600	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
Summe des Kapitels 0917	27 644	a)	2 600	-	-	-	-	2 600	-
		b)	4 506	866	883	901	919	937	-
		c)	-		-	-	-	-	-

Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Kapitel, Titel (Titelgr.) sowie Zweckbestimmung	Ausgaben-soll 2014		a) Bis einschl. 31.12.2012 eingegangene Verpflichtungen fällig ab 2014 b) VE 2013 c) VE 2014	davon fällig					
				2014	2015	2016	2017	Folgejahre	in künftigen Haushaltsjahren
	1 000 €		1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €
1	2		3	4	5	6	7	8	9
Kapitel 0918									
518 02 - Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	18 287	a)	71 555	7 438	8 363	4 695	5 435	45 624	-
		b)	1 622	335	335	335	335	282	-
		c)	13 676		3 132	3 624	3 624	3 296	-
511 01 - Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände, Software, Wartung	9 200	a)	1 651	895	754	2	-	-	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
532 01 - Aufträge und Dienstleistungen im Bereich Informationstechnik	7 556	a)	248	248	-	-	-	-	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
812 03 - Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für den technischen Bereich in der Telekommunikation sowie für Verwaltungszwecke	4 949	a)	2 508	912	912	684	-	-	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	790		790	-	-	-	-
Summe des Kapitels 0918	198 272	a)	75 962	9 493	10 029	5 381	5 435	45 624	-
		b)	1 622	335	335	335	335	282	-
		c)	14 466		3 922	3 624	3 624	3 296	-
Summe des Einzelplans 09	7 407 112	a)	6 918 178	2 845 103	2 036 397	164 547	72 691	1 799 440	-
		b)	2 540 430	860 579	788 036	606 424	159 302	126 089	-
		c)	3 140 603		1 014 364	1 054 176	715 040	357 023	-

Personalhaushalt

Einzelplan 09

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie

Inhalt

Kapitel	B e z e i c h n u n g	Seite
	Vorbemerkungen zum Personalhaushalt	180
	Gesamtübersicht	182
0912	Bundesministerium	184
0913	Physikalisch-Technische Bundesanstalt	189
0914	Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung	192
0915	Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe	195
0916	Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle	200
0917	Bundeskartellamt	205
0918	Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (Bundesnetzagentur)	208
	Übersichten	
	Darstellung der den Planstellen zugeordneten Amtsbezeichnungen	211
	Stellenübersichten der Zuwendungsempfänger:	
0901	Innovation, Technologie und Neue Mobilität	213
0902	Mittelstand: Gründen, Wachsen, Investieren	215
0904	Chancen der Globalisierung	217

Vorbemerkungen zum Personalhaushalt

1. Ersatz(plan)stellen werden zahlenmäßig in einer eigenen Spalte der Übersichten der ku- und kw-Vermerke in der Gesamtübersicht und in den einzelnen Kapiteln nachgewiesen.

   Ersatz(plan)stellen im Zusammenhang mit der Gewährung von Altersteilzeit sind mit dem Vermerk "kw mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten" ausgewiesen.

   Die sonstigen Ersatz(plan)stellen sind in der Übersicht mit der Kurzformulierung "Ersatzplanstelle" bzw."Ersatzstelle" ausgewiesen, die Kurzformulierung entspricht dabei dem folgenden Wortlaut eines kw-Vermerks:

   - bei Titeln der Gruppe 422: kw - nach Rückkehr der abgeordneten Beschäftigten - mit Übernahme der Ersatzkräfte in eine freie oder die nächste frei werdende Planstelle ihrer Besoldungsgruppe oder mit Versetzung der Beschäftigten oder ihrem Ausscheiden aus dem Dienst

   - bei Titeln der Gruppe 428: kw - nach Rückkehr der abgeordneten Beschäftigten - mit Übernahme der Ersatzkräfte in eine freie oder die nächste frei werdende Stelle ihrer Entgeltgruppe oder Planstelle der entsprechenden Besoldungsgruppe oder mit Versetzung der Beschäftigten oder ihrem Ausscheiden aus dem Dienst

   Gleiches gilt sinngemäß für die sonstigen Ersatz(plan)stellen im Bereich der Titel der Hauptgruppe 6 bei den institutionell geförderten Zuwendungsempfängern/Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO.

2. AT B ist die Kurzbezeichnung für Arbeitsverhältnisse mit Verträgen nach Anlage 1a oder 1b des BMI-Rundschreibens vom 18. November 2005 - D II 2 - 220 234 - in der jeweils geltenden Fassung.

3. Anzahl der im Haushaltsjahr 2012 eingesetzten Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen (umgerechnet auf vollbeschäftigte Arbeitskräfte im Haushaltsjahr) und Auszubildende (Jahresdurchschnitt):

Kapitel	Titel	Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen	Auszubildende
0912	427 09	56,0	68,0
0913	427 09	264,5	120,0
0913	427 49	208,3	-
0914	427 09	253,0	67,0
0914	427 39	238,0	-
0914	427 49	271,0	-
0915	427 09	50,3	30,0
0915	427 59	91,6	-
0915	427 69	15,5	-
0915	427 79	11,5	-
0915	427 89	-	-
0915	427 99	2,6	-
0916	427 09	61,0	35,0
0916	427 19	1,0	-
0916	427 29	0,5	1,8
0916	427 49	6,5	-
0917	427 09	22,0	9,0
0917	427 19	7,0	-
0918	427 09	11,5	116,1
Zusammen		1.571,8	446,9

4. Arbeitsplatzbeschreibungen für alle Stellen der Gruppe 428 des Einzelplans (einschließlich der Stellen der institutionell geförderten Zuwendungsempfänger/Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO) liegen vor,

   - mit teilweiser Ausnahme von Kap. 0912 (Entgeltgruppen E 14, E 13 und E 10), weil es sich um Arbeitsplätze handelt, die vorübergehend mit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern besetzt sind, für die eine Verbeamtung vorgesehen ist.

   - mit teilweiser Ausnahme von Kap. 0912 Tit. 428 01, weil aufgrund der jährlichen Einsparungen und des Stellenwegfalls Umstrukturierungen von Arbeitsplätzen erforderlich sind, deren Neubewertungen abschließend noch vorgenommen werden müssen.

   - mit teilweiser Ausnahme von Kap. 0916: Arbeitsplatzbeschreibungen für die überwiegende Zahl der Stellen der Gruppe 428 liegen vor. Soweit für einzelne Stellen aufgrund aktueller organisatorischer oder personeller Maßnahmen keine Arbeitsplatzbeschreibungen vorliegen, werden diese zeitnah erstellt.

   - mit teilweiser Ausnahme von Kap. 0917 Tit. 428 01, weil aufgrund organisatorischer und personeller Maßnahmen für einzelne Stellen aktuelle Arbeitsplatzbeschreibungen nicht zeitnah erstellt werden konnten.

5. Für die nachfolgende Einrichtung wird kein verbindlicher Stellenplan ausgebracht: Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e. V. (Kap. 0901 Tit. 685 31). Unbefristete Beschäftigungsverhältnisse dürfen im Rahmen vorhandener Mittel abgeschlossen werden.

Gesamtübersicht

Planstellen, Stellen, Leerstellen

Kap.	Behörde	Beamtinnen und Beamte Tit. 422 .1		Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Tit. 428 .1		Zusammen (Spalten 3 bis 6)	
		2014	2013	2014	2013	2014	2013
1	2	3	4	5	6	7	8
	Planstellen und Stellen						
0912	Bundesministerium	1 084,3	1 058,5	466,6	478,2	1 550,9	1 536,7
0913	Physikalisch-Technische Bundesanstalt	570,0	570,0	682,0	714,5	1 252,0	1 284,5
0914	Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung	392,0	391,0	203,4	205,4	595,4	596,4
0915	Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe	277,0	276,0	324,5	320,5	601,5	596,5
0916	Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle	336,0	337,0	457,1	466,0	793,1	803,0
0917	Bundeskartellamt	236,8	237,9	87,7	87,7	324,5	325,6
0918	Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (Bundesnetzagentur)	2 499,7	2 512,6	123,0	117,8	2 622,7	2 630,4
	Zusammen	5 395,8	5 383,0	2 344,3	2 390,1	7 740,1	7 773,1
	Leerstellen						
0912	Bundesministerium	118,0	113,0	25,0	15,0	143,0	128,0
0913	Physikalisch-Technische Bundesanstalt	-	1,0	-	-	-	1,0
0915	Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe	3,0	4,0	3,0	4,0	6,0	8,0
0916	Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle	5,0	7,0	10,0	17,0	15,0	24,0
0917	Bundeskartellamt	17,0	17,0	4,0	4,0	21,0	21,0
0918	Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (Bundesnetzagentur)	35,0	36,0	1,0	-	36,0	36,0
	Zusammen	178,0	178,0	43,0	40,0	221,0	218,0

ku- und kw-Vermerke

Kap.	Dienststelle	Zusammen	davon fällig					Ersatz(plan)-stellen	Sonstige
			2014	2015	2016	2017	2018 ff.		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
	ku-Vermerke								
0912	Bundesministerium	12,0	-	11,0	-	-	-	-	1,0
0914	Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung	1,0	-	-	-	-	-	-	1,0
0916	Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle	2,0	-	-	-	-	-	-	2,0
0917	Bundeskartellamt	26,5	-	-	-	-	-	-	26,5
0918	Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (Bundesnetzagentur)	5,0	-	-	-	-	-	-	5,0
	Zusammen	46,5	-	11,0	-	-	-	-	35,5
	kw-Vermerke								
0912	Bundesministerium	83,1	1,0	8,0	10,0	5,0	-	29,1	30,0
0913	Physikalisch-Technische Bundesanstalt	6,5	-	-	-	-	-	0,5	6,0
0915	Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe	30,0	-	-	-	-	-	-	30,0
0916	Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle	23,0	-	6,0	-	4,0	-	3,0	10,0
0917	Bundeskartellamt	6,0	-	-	-	-	-	3,5	2,5
0918	Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (Bundesnetzagentur)	292,2	-	-	-	-	-	81,5	210,7
	Zusammen	440,8	1,0	14,0	10,0	9,0	-	117,6	289,2

Institutionell geförderte Zuwendungsempfänger / Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO

Kap.	Kapitelbezeichnung	Stellen mit Dauerarbeitskräften besetzbar				Stellen für Arbeitskräfte mit befristeten Arbeitsverträgen	
		Tit. 422 .1, 425 .1, 426 .1, 428 .1 sowie entsprechende Kontierung im Wirtschaftsplan		Tit. 425 .1, 426 .1, 428 .1 (Projektförderung / Aufträge Dritter)		Tit. 427 .9 (Projektförderung / Aufträge Dritter)	
		2014	2013	2014	2013	2014	2013
1	2	3	4	5	6	7	8
0902	Mittelstand: Gründen, Wachsen, Investieren......	153,5	153,5	-	-	22,0	21,0
0904	Chancen der Globalisierung..............................	273,6	266,1	-	-	-	-
	Zusammen..	427,1	419,6	-	-	22,0	21,0

0912 Bundesministerium

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr: Neue Stellen, Stellenwegfall ohne ku/ kw-Vermerke +	-	und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken +	-	Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken +	-	Hebungen, Herabstufungen +	-	Umwandlungen, Umsetzungen +	-	von Sp. 2 entfallen auf Funktionsgruppen
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Beamtinnen und Beamte														
B 11	3,0	3,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 9	9,0	9,0	9,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 6	31,0	28,0	26,9	1,0	-	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-
B 3	97,0	96,0	93,3	-	-	2,0	-	-	1,0	-	-	-	-	-
A 16	52,0	50,0	43,9	1,0	-	2,0	-	-	-	-	-	-	1,0	-
A 15	213,3	205,0	196,1	5,0	-	7,0	-	-	1,0	-	-	-	2,7	-
A 14	122,5	114,0	73,6	5,0	-	4,0	-	-	-	-	-	-	0,5	-
A 13 h	68,0	66,0	67,1	5,0	-	2,0	-	-	5,0	-	-	-	-	-
A 13 g+Z	2,0	2,0	1,9	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g	200,5	202,0	200,0	1,0	-	1,0	1,0	-	-	-	-	-	2,5	-
A 12	66,5	63,0	56,4	3,0	-	1,0	-	-	-	-	-	-	0,5	-
A 11	38,5	40,5	21,4	-	-	-	-	-	3,0	-	-	1,0	-	-
A 10	12,0	13,0	3,9	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
A 9 g	1,0	1,0	18,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m+Z	29,0	29,0	28,7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m	62,0	62,0	41,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 8	7,0	5,0	-	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 7	1,0	1,0	10,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 6 m	1,0	1,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 6 e	15,0	15,0	15,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 5	33,0	33,0	21,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 4	19,0	19,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 3	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	1 084,3	1 058,5	934,6	23,0	-	21,0	1,0	-	11,0	-	-	1,0	7,2	-
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 15	11,0	11,0	10,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 14	9,0	5,0	2,0	2,0	-	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-
E 13	11,0	9,0	45,6	2,0	-	1,0	-	-	1,0	-	-	-	-	-
E 12	47,0	47,0	48,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 11	28,0	31,0	21,8	-	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 10	-	-	5,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 9	12,0	15,0	13,0	-	-	-	-	-	3,0	-	-	-	-	-
E 8	164,0	163,0	157,0	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-
E 7	16,0	17,0	12,0	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 6	133,8	138,6	121,1	-	-	-	-	-	3,8	-	-	-	1,0	-
E 5	4,8	7,6	33,2	-	-	-	-	-	2,8	-	-	-	-	-
E 4	16,0	17,0	15,0	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
E 3	14,0	17,0	40,4	-	2,0	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
E 2	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	466,6	478,2	525,9	4,0	6,0	3,0	-	-	12,6	-	-	1,0	1,0	-

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 422 01

1. Folgende Planstellen sind bis zum Inkrafttreten einer gesetzlichen Regelung (CCS) gesperrt: 2 A 15.
   Die Aufhebung der Sperre bedarf der Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages.
2. Die folgenden Planstellen dürfen nur mit Überhangpersonal besetzt werden: 1,0 A 15, **1,0 A 12, 1,0 A 9 m,** 2,0 A 8 (Zusammen: **5,0**).

Erläuterungen:

Zu Titel 422 01

Das Planstellensoll enthält folgende für die Umsetzung des Personalrahmenkonzepts zur internationalen Personalpolitik (PRK) ausgebrachte Planstellen: 1,0 A15; 1,0 A13h (Zusammen: 2,0).

Zu Spalte 4:
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
33,0 A14; 1,0 A12; 3,5 A5; 19,0 A4 (Zusammen: 56,5).

Daneben werden 10,0 beamtete Hilfskräfte (Tit. 422 02) beschäftigt.

Zu Titel 428 01

Zu Spalte 4:
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
33,0 E13; 1,0 E12; 22,5 E3 (Zusammen: 56,5).

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 422 01				
			1.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
B 3.....................	1,0	1,0	1.1	EU-Kommission
A 16...................	-	1,0		
A 15...................	11,0	12,0		
A 14...................	2,0	2,0		
A 13 g...............	1,0	1,0		
A 15...................	1,0	1,0	1.2	Hertie School of Gouvernance GmbH
A 14...................	-	1,0	1.3	Vereinte Nationen (VN)
B 6.....................	1,0	1,0	1.4	Europäischer Gerichtshof (EuGH)
A 15...................	1,0	4,0		
A 14...................	1,0	1,0	1.5	Europarat
B 3.....................	2,0	2,0	1.6	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)
A 15...................	2,0	2,0		
A 15...................	1,0	1,0	1.7	Welthandelskonferenz (UNCTAD)
B 9.....................	1,0	-	1.8	Welthandelsorganisation (WTO)
B 3.....................	1,0	1,0		
A 13 g...............	-	1,0	1.9	Gemeinsame Organisation für Rüstungskooperation (OCCAR)
B 6.....................	-	1,0	1.16	Auslandshandelskammern
B 3.....................	1,0	1,0		
A 15...................	1,0	1,0		
A 14...................	1,0	-		
A 13 g...............	2,0	2,0		
A 11....................	1,0	1,0		
B 3.....................	1,0	1,0	1.17	Deutsche Akkreditierungsstelle GmbH
A 15...................	1,0	2,0	1.18	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
B 3.....................	1,0	2,0	1.19	SPD-Fraktion des Deutschen Bundestages
A 13 h...............	1,0	1,0		
B 6.....................	-	1,0	1.20	FDP-Fraktion des Deutschen Bundestages
B 3.....................	-	2,0		
A 16...................	-	2,0		
A 13 h...............	-	2,0		
A 13 g...............	-	1,0		
B 3.....................	2,0	2,0	1.21	CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages
A 16...................	3,0	3,0		
A 15...................	1,0	2,0		
A 14...................	1,0	-		
A 13 h...............	-	1,0		
A 13 g...............	1,0	1,0		
A 9 m+Z	1,0	1,0		
B 3.....................	1,0	1,0	1.22	Europäischer Auswärtiger Dienst (EAD)
A 15...................	1,0	-	1.23	Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF)
A 14...................	1,0	-	1.24	Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD)
A 13 h...............	1,0	-	1.25	FDP-Fraktion des nordrhein-westfälischen Landtages
A 13 g...............	1,0	1,0	1.28	Internationale Fernmeldeunion (UIT)
A 15...................	1,0	1,0	1.30	Europäische Zentralbank (EZB)
B 6.....................	1,0	-	1.31	Germany Trade and Invest GmbH
B 3.....................	1,0	1,0		
A 15...................	2,0	2,0	1.32	Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e. V. (DLR), Köln-Porz
A 15...................	1,0	1,0	1.33	Europäisches Parlament
B 3.....................	1,0	1,0	1.34	Europäische Weltraumorganisation (ESA)
B 3.....................	1,0	1,0	1.38	Deutsche Energie-Agentur GmbH (dena)
B 3.....................	1,0	1,0	1.40	Friedrich-Naumann-Stiftung
Zusammen.........	59,0	72,0		
			2.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	30,0	22,0	2.1	gemäß §§ 90, 92, 95 BBG, § 7 DBeglG, § 6 MuSchEltZV, § 24 GAD
			3.	**Sonstige Beurlaubung**
B 9.....................	1,0	1,0	3.1	Bundeskanzleramt

0912 Bundesministerium

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
B 6	2,0	3,0		
B 3	4,0	3,0		
A 15	9,0	8,0		
A 14	6,0	1,0		
A 13 h	-	1,0		
A 13 g	1,0	1,0		
A 16	1,0	1,0	3.2	Bundespräsidialamt
A 14	-	-		
A 13 h	1,0	-		
B 3	2,0	-	3.3	gemäß Nr. 3.1 Satz 2 VV-BHO zu § 50 BHO
A 16	1,0	-		
A 13 g	1,0	-		
Zusammen	29,0	19,0		
Insgesamt	118,0	113,0		
Zu Titel 428 01				
			1.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
AT (B 6)	-	1,0	1.1	FDP-Fraktion des Deutschen Bundestages
E 8	-	2,0		
E 8	1,0	1,0	1.3	CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages
Zusammen	1,0	4,0		
			2.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen	15,0	8,0	2.1	gemäß § 28 TVöD, § 9 UmzugsTV, § 15 BEEG, § 24 GAD
			3.	**Sonstige Beurlaubung**
AT (B 3)	2,0	1,0	3.1	Bundeskanzleramt
E 13	2,0	-		
E 12	1,0	1,0		
E 5	1,0	1,0	3.2	Befristete Rente gem. § 33 Abs. 2 TVöD
AT (B 6)	1,0	-	3.3	gemäß Nr. 3.1 Satz 2 VV-BHO zu § 50 BHO
E 8	2,0	-		
Zusammen	9,0	3,0		
Insgesamt	25,0	15,0		

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014		2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Soll	Ersatz-(plan)st.				
1	2	3	4	5	6	7
Zu Titel 422 01						
					ku	
				1.	**ku mit Wegfall der Aufgabe**	
				1.1	in Bes.-Gr. A 15	
B 3	1,0	-	1,0	1.1.1	des Planstelleninhabers als Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Schwerbehindertenvertretungen des Bundes	-
				4.	**ku 31.12.2015**	
A 16	6,0	-	6,0	4.1	in Bes.-Gr. A 15	-
A 13 h	5,0	-	5,0	4.2	in Bes.-Gr. A 13 g	-
Zusammen	12,0	-	12,0			
					kw	
				2.	**kw**	
				2.1	Ersatzplanstelle	
A 15	1,0	1,0	1,0	2.1.1	EU-Kommission, Brüssel	-
A 14	1,0	1,0	-			Neue Planstelle
A 13 h	2,0	2,0	3,0			Wirksamwerden des Vermerks
A 15	1,0	1,0	-	2.1.2	EU-Twinning Projekt	Neue Planstelle
A 13 h	-	-	1,0	2.1.3	§ 14 Deutsches Richtergesetz (DRiG)	Wirksamwerden des Vermerks
A 13 h	-	-	-	2.1.4	polnisches Wirtschaftsministerium	Wirksamwerden des Vermerks, Neue Planstelle
A 13 g	1,0	1,0	-	2.1.5	GALILEO Security Requirements and Systems Accreditation	Neue Planstelle
B 3	1,0	1,0	1,0	2.1.6	Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, London	-
B 3	-	-	1,0	2.3	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	Wirksamwerden des Vermerks
A 15	3,0	3,0	4,0			Wirksamwerden des Vermerks
A 13 h	1,0	1,0	3,0			Wirksamwerden des Vermerks

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
1	2	3	4	5	6	7
A 12..................	1,0	1,0	1,0			-
A 11..................	3,5	3,5	6,5			Wirksamwerden des Vermerks
A 10..................	-	-	1,0			Wirksamwerden des Vermerks
A 4....................	1,0	1,0	1,0			-
A 3....................	1,0	1,0	1,0			-
				3.	**kw mit Wegfall der Aufgabe**	
				3.1	-	
A 13 g...............	-	-	1,0	3.1.1	Breitbandversorgung	Umsetzung der Planstelle
A 15..................	2,0	-	-	3.1.2	Beteiligungsreferat EADS	Neue Planstelle
A 14..................	1,0	-	-			Neue Planstelle
A 12..................	1,0	-	-			Neue Planstelle
				3.2	spätestens 31.12.2014	
A 15..................	-	-	2,0	3.2.1	Finanzmarktstabilisierungsgesetz (FMStG)	Wegfall des Vermerks
A 13 g...............	-	-	1,0			Wegfall des Vermerks
				4.	**kw 31.12.2015**	
				4.1	-	
A 15..................	2,0	-	-	4.1.1	Fortdauer der Aufgabe FMStG	Aufnahme des Vermerks
A 13 g...............	1,0	-	-			Aufnahme des Vermerks
A 13 g...............	1,0	-	-	4.1.2	Fortdauer der Aufgabe Geheimschutzbetreuung des Umzugs/Neubaus BND	Aufnahme des Vermerks
A 12..................	1,0	-	-			Aufnahme des Vermerks
A 11..................	1,0	-	-			Aufnahme des Vermerks
				5.	**kw 31.12.2014**	
A 13 g...............	-	-	1,0	5.1	-	Wegfall des Vermerks
A 12..................	1,0	-	2,0			Wegfall des Vermerks
A 11..................	-	-	1,0			Wegfall des Vermerks
				6.	**kw 31.12.2018**	
				6.1	-	
B 3....................	-	-	2,0	6.1.1	Energiewende	Wegfall des Vermerks
A 16..................	-	-	1,0			Wegfall des Vermerks
A 15..................	-	-	6,0			Wegfall des Vermerks
A 14..................	-	-	5,0			Wegfall des Vermerks
A 13 g	-	-	2,0			Wegfall des Vermerks
A 12..................	-	-	1,0			Wegfall des Vermerks
A 8....................	-	-	2,0			Wegfall des Vermerks
				7.	**kw 31.12.2016**	
				7.1	-	
B 6....................	2,0	-	-	7.1.1	Regierungswechsel	Neue Planstelle
B 3....................	2,0	-	-			Neue Planstelle
A 16..................	2,0	-	-			Neue Planstelle
A 15..................	2,0	-	-			Neue Planstelle
				8.	**kw mit Wegfall der Aufgabe**	
B 6....................	1,0	-	1,0	8.1	-	-
A 15..................	1,0	-	1,0			-
A 11..................	5,0	-	5,0			-
				8.2	-	
A 15..................	1,0	-	1,0	8.2.1	Vizekanzler	-
A 13 h...............	1,0	-	1,0			-
A 12..................	1,0	-	1,0			-
				9.	**kw 31.12.2017**	
				9.1	-	
A 15..................	2,0	-	-	9.1.1	Energiewende	Neue Planstelle
A 14..................	2,0	-	-			Neue Planstelle
A 13 h...............	1,0	-	-			Neue Planstelle
Zusammen.......	51,5	17,5	61,5			

Zu Titel 428 01

					kw	
				1.	**kw**	
E 9....................	-	-	3,0	1.1	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	Wirksamwerden des Vermerks
E 7....................	2,0	2,0	2,0			-
E 6....................	3,8	3,8	6,6			Wirksamwerden des Vermerks
E 5....................	4,8	4,8	7,6			Wirksamwerden des Vermerks
E 3....................	-	-	1,0	1.2	-	Wirksamwerden des Vermerks
				1.3	Ersatzstelle	
E 13..................	-	-	1,0	1.3.1	EU-Kommission, Brüssel	Wirksamwerden des Vermerks
E 13..................	1,0	1,0	-	1.3.2	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)	Neue Stelle

0912 Bundesministerium

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
1	2	3	4	5	6	7
				2.	**kw mit Wegfall der Aufgabe**	
				2.1	-	
E 6....................	3,0	-	4,0	2.1.1	Vorlesekraft	Wirksamwerden des Vermerks
E 11..................	1,0	-	1,0	2.1.2	Konferenzräume	-
E 8....................	1,0	-	1,0			-
				3.	**kw mit Wegfall der Aufgabe**	
E 6....................	9,0	-	9,0	3.1	-	-
				3.2	-	
E 8....................	1,0	-	1,0	3.2.1	Vizekanzler	-
				4.	**kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber/innen**	
E 6....................	1,0	-	1,0	4.1	-	-
E 4....................	-	-	1,0	4.2	Fahrbereitschaft	Wirksamwerden des Vermerks
				5.	**kw 31.12.2018**	
				5.1	-	
E 8....................	-	-	1,0	5.1.1	Energiewende	Wegfall des Vermerks
				6.	**kw 31.12.2015**	
				6.1	-	
E 8....................	1,0	-	-	6.1.1	Fortdauer der Aufgabe Geheimschutzbetreuung des Umzugs/Neubaus BND	Aufnahme des Vermerks
E 6....................	1,0	-	-			Aufnahme des Vermerks
				7.	**kw 31.12.2016**	
				7.1	-	
E 14..................	2,0	-	-	7.1.1	Regierungswechsel	Neue Stelle
				8.	**kw 31.12.2014**	
E 8....................	-	-	1,0	8.1	-	Wegfall des Vermerks
E 6....................	-	-	1,0			Wegfall des Vermerks
Zusammen.......	31,6	11,6	42,2			

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr										von Sp. 2 entfallen auf Funk- tions- gruppen
				Neue Stellen, Stellenwegfall				Wirksam- werden von ku- und kw- Vermerken		Hebungen, Herab- stufungen		Umwand- lungen, Umsetzungen		
				ohne ku/ kw-Vermerke		und Umsetzun- gen mit ku/ kw-Vermerken								
				+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Beamtinnen und Beamte														
B 8......................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 4......................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 3......................	7,0	7,0	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 2......................	32,0	32,0	30,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 1......................	21,0	21,0	16,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 16....................	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 15....................	47,0	47,0	50,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 14....................	147,0	147,0	148,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 h.................	24,0	24,0	20,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g+Z............	3,0	3,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g.................	22,0	22,0	17,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 12....................	51,0	50,0	48,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 11.....................	47,0	47,0	46,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 10....................	33,0	33,0	35,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m+Z.............	10,0	10,0	10,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m..................	24,0	24,0	24,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 8......................	51,0	50,0	49,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 7......................	35,0	35,0	35,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 6 m..................	12,0	12,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen..........	570,0	568,0	545,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
AT B....................	4,0	4,0	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 15....................	10,0	10,0	10,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 14....................	28,0	28,0	25,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 13....................	48,0	48,0	46,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 12....................	53,0	53,0	50,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 11.....................	68,0	68,0	64,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 10....................	34,5	34,5	31,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 9......................	107,0	109,5	102,0	-	2,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 8......................	100,0	100,0	101,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 7......................	35,0	35,0	27,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 6......................	103,5	104,0	69,5	-	0,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 5......................	56,0	56,0	90,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 4......................	6,0	6,0	7,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 3......................	29,0	29,0	25,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 2......................	-	-	2,2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen..........	678,0	681,0	651,2	-	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt...........	682,0	685,0	656,2	-	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 422 01

1. <u>**Zu B 2:**</u>

   Aus 1 Planstelle dürfen das außertarifliche Entgelt in maximal der Höhe der jeweiligen Besoldung eines Bundesbeamten der Bes.-Gr. B 2 (brutto), der Zuschuss zur Kranken-/Pflegeversicherung (§ 257 SGB) sowie der Versorgungszuschlag gem. Kooperationsvertrag mit der TU Braunschweig gezahlt werden.

2. **Die folgenden Planstellen dürfen nur mit Überhangpersonal besetzt werden: 1,0 A 12, 1,0 A 8 (Zusammen: 2,0).**

3. <u>**Zu B 3:**</u>

   Aus 1 Planstelle dürfen die Besoldung und der Versorgungszuschlag für S-Professorinnen oder S-Professoren nach Bes.-Gr. W 3 erstattet werden. Die zu erstattende Besoldung darf dabei die vergleichbare Besoldung aus B 2 bzw. B 3 nicht übersteigen. Erfolgt die Beschäftigung in Form von Arbeitsverträgen mit den S-Professorinnen und S-Professoren, sind die vorgenannten Regelungen entsprechend anzuwenden.

0913 Physikalisch-Technische Bundesanstalt

Erläuterungen:

Zu Titel 422 01

Zu Spalte 4:
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
1,0 B2; 6,0 A13h; 3,0 A6m (Zusammen: 10,0).

Zu Titel 428 01

Zu Spalte 4:
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
1,0 ATB; 6,0 E13; 3,0 E5 (Zusammen: 10,0).

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 422 01				
			1.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
B 3....................	-	1,0	1.1	Internationales Büro für Maß und Gewicht (BiPM), Sevres/Frankreich

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
1	2	3	4	5	6	7
Zu Titel 422 01						
					kw	
				1.	**kw mit Wegfall der Aufgabe**	
				1.1	-	
A 12..................	1,0	-	1,0	1.1.1	Durchführung der Spielverordnung	-
A 8....................	1,0	-	1,0			-
				2.	**kw mit Ausscheiden der Planstelleninhaber/innen**	
B 3....................	1,0	-	1,0	2.1	-	-
A 15..................	1,0	-	1,0			-
A 9 m................	1,0	-	1,0			-
Zusammen.......	5,0	-	5,0			
Zu Titel 428 01						
					kw	
				1.	**kw**	
E 10..................	0,5	0,5	0,5	1.1	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	-
				2.	**kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber/innen**	
E 5....................	1,0	-	1,0	2.1	schwerbehindert	-
Zusammen.......	1,5	0,5	1,5			

Tgr. 04 - Durchführung von Aufträgen anderer Bundesbehörden und Dritter

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt-gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Neue Stellen, Stellenwegfall ohne ku/ kw-Vermerke +	Neue Stellen, Stellenwegfall ohne ku/ kw-Vermerke -	und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken +	und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken -	Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken +	Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken -	Hebungen, Herabstufungen +	Hebungen, Herabstufungen -	Umwandlungen, Umsetzungen +	Umwandlungen, Umsetzungen -	von Sp. 2 entfallen auf Funktionsgruppen
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 41														
Beamtinnen und Beamte														
A 14....................	-	2,0	-	-	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr										von Sp. 2 entfallen auf Funk- tions- gruppen
				Neue Stellen, Stellenwegfall				Wirksam- werden von ku- und kw- Vermerken		Hebungen, Herab- stufungen		Umwand- lungen, Umsetzungen		
				ohne ku/ kw-Vermerke		und Umsetzun- gen mit ku/ kw-Vermerken								
				+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10

Titel 428 41 - Erläuterungen

Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

E 15	-	1,0	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 14	-	9,0	0,5	-	9,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 13	-	7,0	13,0	-	7,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 12	-	1,0	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 11	-	4,5	1,0	-	4,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 10	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 9	-	1,0	2,8	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 8	-	5,0	4,5	-	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 6	-	1,0	1,3	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	-	29,5	24,1	-	29,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Titel 428 42 - Erläuterungen

Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer - WissFG -

E 14			0,5
E 13			13,0
E 11			1,0
E 10			1,0
E 9			2,8
E 8			4,5
E 6			1,3
Zusammen			24,1

Erläuterungen:

Zu Titel 428 41

Ab dem Haushaltsjahr 2014 werden für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie für sonstige wissenschaftsrelevante Beschäftigte keine verbindlichen Stellen mehr ausgebracht.

Zu Titel 428 42

Die dargestellten Beschäftigungsverhältnisse sind - einmalig für das Jahr 2013 - auch in der Ist-Besetzung zu Tit. 428 01 enthalten.

0914 Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist- Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr										von Sp. 2 entfallen auf Funk- tions- gruppen
				Neue Stellen, Stellenwegfall				Wirksam- werden von ku- und kw- Vermerken		Hebungen, Herab- stufungen		Umwand- lungen, Umsetzungen		
				ohne ku/ kw-Vermerke		und Umsetzun- gen mit ku/ kw-Vermerken								
				+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Beamtinnen und Beamte														
B 7	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 3	10,0	10,0	8,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 2	21,0	21,0	18,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 1	26,0	20,0	14,0	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 15	46,0	53,0	48,0	-	6,0	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-
A 14	111,0	109,0	88,0	1,0	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-
A 13 h	31,0	31,0	42,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g+Z	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g	15,0	15,0	14,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 12	52,0	53,0	46,0	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-
A 11	31,0	30,0	16,0	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-
A 10	14,0	14,0	15,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 g	-	-	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m+Z	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m	6,0	6,0	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 8	15,0	15,0	11,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 7	7,0	7,0	7,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 6 m	1,0	1,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 6 e	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	392,0	391,0	341,0	7,0	6,0	-	-	-	-	2,0	2,0	-	-	-
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 13	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 12	4,0	4,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 11	11,0	11,0	8,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 10	2,0	2,0	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 9	27,0	27,0	21,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 8	31,0	31,0	29,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 7	11,0	11,0	11,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 6	50,0	50,0	41,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 5	52,5	52,5	52,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 4	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 3	3,0	3,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	195,5	195,5	174,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Titel 428 02 - Erläuterungen

Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer			
AT B			6,0
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer			
E 15			9,0
E 14			94,9
E 13			12,0
E 12			31,8
E 11			79,0
E 10			69,2
E 9			78,1
E 8			60,3
E 7			9,0
E 6			41,9
E 5			26,5
E 4			1,0
Zusammen			512,7
Insgesamt			518,7

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 422 01

1. **<u>Zu B 2/B 3:</u>**

   Aus 1 Planstelle dürfen die Bezüge für eine S-Professorin oder einen S-Professor nach Bes.-Gr. C 4 oder W 3 erstattet werden. Die zu erstattende Besoldung darf dabei die vergleichbare Besoldung aus B 10 nicht übersteigen.

   Aus 3 Planstellen dürfen die Besoldung und der Versorgungszuschlag für S-Professorinnen oder S-Professoren nach Bes.-Gr. W 3 erstattet werden. Die zu erstattende Besoldung darf dabei die vergleichbare Besoldung aus B 2 bzw. B 3 nicht übersteigen. Erfolgt die Beschäftigung in Form von Arbeitsverträgen mit den S-Professorinnen und S-Professoren, sind die vorgenannten Regelungen entsprechend anzuwenden.

2. **<u>Zu B 2/B 1:</u>**

   Aus 8 Planstellen dürfen die Besoldung und der Versorgungszuschlag für 8 S-Professorinnen oder S-Professoren nach Bes.-Gr. W 2 erstattet werden. Die zu erstattende Besoldung darf dabei die vergleichbare Besoldung aus B 1 bzw. B 2 nicht übersteigen.

3. **<u>Kooperationsvertrag:</u>**

   Voraussetzung für die Besetzung der in den Haushaltsvermerken zu den Nrn. 1 und 2 aufgeführten Stellen ist ein mit Einwilligung des Bundesministeriums der Finanzen abgeschlossener Kooperationsvertrag mit der Hochschule der S-Professorin bzw. des S-Professors.

Erläuterungen:

Zu Titel 428 01

Seit dem Haushaltsjahr 2013 werden für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie für sonstige wissenschaftsrelevante Beschäftigte keine verbindlichen Stellen mehr ausgebracht.

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
1	2	3	4	5	6	7
Zu Titel 422 01						
					ku	
				1.	**ku**	
A 6 e................	1,0	-	1,0	1.1	in Bes.-Gr. A 5	-
					kw	
				1.	**kw 31.12.2014**	
A 14.................	-	-	1,0	1.1	-	Wegfall des Vermerks

Tgr. 04 - Durchführung von Aufträgen anderer Bundesbehörden und Dritter

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr: Neue Stellen, Stellenwegfall ohne ku/ kw-Vermerke +	-	Neue Stellen, Stellenwegfall und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken +	-	Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken +	-	Hebungen, Herabstufungen +	-	Umwandlungen, Umsetzungen +	-	von Sp. 2 entfallen auf Funktionsgruppen
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 428 41 - Erläuterungen														
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 14....................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 13....................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 11.....................	2,0	3,0	2,0	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 10....................	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 9......................	-	0,6	0,6	-	0,6	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 8......................	-	0,3	0,3	-	0,3	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 6......................	0,9	1,0	1,0	-	0,1	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen..........	4,9	6,9	6,9	-	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-

0914 Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung

Tgr. 05 - Geschäftsstelle des Akkreditierungsbeirates

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr: Neue Stellen, Stellenwegfall ohne ku/ kw-Vermerke +	-	Neue Stellen, Stellenwegfall und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken +	-	Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken +	-	Hebungen, Herabstufungen +	-	Umwandlungen, Umsetzungen +	-	von Sp. 2 entfallen auf Funktionsgruppen
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 428 51 - Erläuterungen														
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 14....................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 10....................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 6......................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen..........	3,0	3,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt-gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr										von Sp. 2 entfallen auf Funk-tions-gruppen
				Neue Stellen, Stellenwegfall				Wirksam-werden von ku- und kw-Vermerken		Hebungen, Herab-stufungen		Umwand-lungen, Umsetzungen		
				ohne ku/ kw-Vermerke		und Umsetzun-gen mit ku/ kw-Vermerken								
				+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Beamtinnen und Beamte														
B 7	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 3	4,0	5,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-
B 2	11,0	9,0	8,0	1,0	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-
B 1	5,0	6,0	3,0	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 15	24,0	24,0	26,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 14	90,0	90,0	74,3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 h	25,0	25,0	19,4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g+Z	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g	7,0	7,0	9,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 12	17,0	17,0	15,7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 11	22,0	22,0	18,3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 10	11,0	11,0	7,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 g	4,0	4,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	224,0	224,0	192,0	1,0	1,0	-	-	-	-	1,0	1,0	-	-	-
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 15	-	-	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 14	18,0	18,0	24,3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 13	12,0	12,0	15,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 12	9,0	10,0	4,8	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 11	38,0	38,0	31,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 10	20,5	20,5	21,3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 9	31,0	31,0	37,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 8	27,0	28,0	27,4	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
E 7	2,0	2,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 6	30,5	30,5	26,1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 5	50,0	50,0	38,7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 3	7,5	6,5	5,5	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	245,5	246,5	234,6	-	1,0	1,0	-	-	1,0	-	-	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 422 01

Die im Stammhaushalt und in der Tgr. 07 (Tit. 422 71) ausgebrachten Planstellen dürfen in begründeten Ausnahmefällen für längstens 18 Monate im jeweils anderen Aufgabenbereich genutzt werden.

Zu Titel 428 01

Die im Stammhaushalt und in der Tgr. 07 (Tit. 428 71) ausgebrachten Stellen dürfen in begründeten Ausnahmefällen für längstens 18 Monate im jeweils anderen Aufgabenbereich genutzt werden.

Erläuterungen:

Zu Titel 422 01

Zu Spalte 4:
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
3,0 A15; 8,3 A14; 2,0 A13h; 0,3 A12; 0,5 A11; 2,0 A10; 2,0 A9g (Zusammen: 18,1).

Zu Titel 428 01

Zu Spalte 4:
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
2,0 E15; 9,3 E14; 2,0 E13; 0,8 E11; 2,0 E10; 2,0 E9 (Zusammen: 18,1).

0915 Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 422 01				
			1.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	3,0	3,0	1.1	gemäß §§ 90, 92, 95 BBG, § 7 DBeglG, § 6 MuSchEltZV, § 24 GAD
			2.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
A 15..................	-	1,0	2.1	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
Insgesamt..........	3,0	4,0		
Zu Titel 428 01				
			1.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
E 14..................	-	1,0	1.1	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
			2.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	3,0	3,0	2.1	gemäß § 28 TVöD, § 9 UmzugsTV, § 15 BEEG, § 24 GAD
Insgesamt..........	3,0	4,0		

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014		2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Soll	Ersatz-(plan)st.				
1	2	3	4	5	6	7
Zu Titel 422 01						
					kw	
				1.	**kw mit Ausscheiden der Planstelleninhaber/innen**	
A 10..................	2,0	-	2,0	1.1	-	-
Zu Titel 428 01						
					kw	
				1.	**kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber/innen**	
E 13..................	1,0	-	1,0	1.1	-	-
E 11..................	3,0	-	3,0			-
E 10..................	1,0	-	1,0			-
E 9....................	4,0	-	4,0			-
E 8....................	3,0	-	4,0			Wirksamwerden des Vermerks
E 6....................	1,0	-	1,0			-
E 5....................	13,0	-	13,0			-
E 3....................	1,0	-	1,0			-
				2.	**kw**	
				2.1	-	
E 3....................	1,0	-	-	2.1.1	-	Neue Stelle
Zusammen.......	28,0	-	28,0			

Tgr. 05 - Durchführung von Aufträgen anderer Bundesbehörden und Dritter

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt-gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr										von Sp. 2 entfallen auf Funktions-gruppen
				Neue Stellen, Stellenwegfall				Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken		Hebungen, Herabstufungen		Umwandlungen, Umsetzungen		
				ohne ku/ kw-Vermerke		und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken								
				+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 428 51 - Erläuterungen														
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 14....................	4,0	-	-	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 12....................	-	1,0	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
E 11....................	1,0	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 10....................	1,0	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-
E 8......................	1,0	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen..........	7,0	1,0	-	6,0	-	-	-	1,0	1,0	-	-	-	-	-

Übersicht der ku- und kw- Vermerke						
Bes.-/ E.-Gr.	2014		2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Soll	Ersatz-(plan)st.				
1	2	3	4	5	6	7

Zu Titel 428 51

					ku	
				1.	**ku**	
E 12..................	-	-	1,0	1.1	in Entgeltgruppe E 10	Wirksamwerden des Vermerks

Tgr. 06 - Deutsche Rohstoffagentur

Planstellen-/Stellenübersicht														
Besoldungs-/ Entgelt-gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr										von Sp. 2 entfallen auf Funk-tions-gruppen
				Neue Stellen, Stellenwegfall				Wirksam-werden von ku- und kw-Vermerken		Hebungen, Herab-stufungen		Umwand-lungen, Umsetzungen		
				ohne ku/ kw-Vermerke		und Umsetzun-gen mit ku/ kw-Vermerken								
				+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 61														
Beamtinnen und Beamte														
A 14....................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 11.....................	1,0	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen..........	2,0	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Titel 428 61 - Erläuterungen														
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 14....................	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 10....................	-	1,0	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 6......................	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen..........	3,0	4,0	2,0	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 422 61

Die folgende Planstelle darf nur mit Überhangpersonal besetzt werden: 1,0 A 11.

Zu Titel 428 61

Die **folgende Stelle darf** nur mit Überhangpersonal besetzt werden: 1,0 E 6.

Tgr. 07 - Geowissenschaftliche Untersuchungen zur Endlagerung radioaktiver Abfälle

Planstellen-/Stellenübersicht														
Besoldungs-/ Entgelt-gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr										von Sp. 2 entfallen auf Funk-tions-gruppen
				Neue Stellen, Stellenwegfall				Wirksam-werden von ku- und kw-Vermerken		Hebungen, Herab-stufungen		Umwand-lungen, Umsetzungen		
				ohne ku/ kw-Vermerke		und Umsetzun-gen mit ku/ kw-Vermerken								
				+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 71														
Beamtinnen und Beamte														
B 2......................	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 1......................	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 15....................	4,0	4,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 14....................	19,0	19,0	16,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 h.................	4,0	4,0	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g.................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 12....................	4,0	4,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 11.....................	3,0	2,0	2,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 10....................	7,0	7,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

0915 Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist- Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr										von Sp. 2 entfallen auf Funk- tions- gruppen
				Neue Stellen, Stellenwegfall				Wirksam- werden von ku- und kw- Vermerken		Hebungen, Herab- stufungen		Umwand- lungen, Umsetzungen		
				ohne ku/ kw-Vermerke		und Umsetzun- gen mit ku/ kw-Vermerken								
				+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
A 9 g	1,0	2,0	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	46,0	46,0	35,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Titel 428 71 - Erläuterungen

Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

1	2	3	4	5 +	5 -	6 +	6 -	7 +	7 -	8 +	8 -	9 +	9 -	10
E 15	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 14	19,0	19,0	20,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 13	7,0	7,0	2,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 12	4,0	4,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 11	9,0	9,0	13,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 10	3,0	3,0	7,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 9	10,0	10,0	11,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 8	6,0	6,0	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 6	3,0	3,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 5	2,0	2,0	5,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	64,0	64,0	71,1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 422 71

1. Die in der Tgr. 07 und im Stammhaushalt (Tit. 422 01) ausgebrachten Planstellen dürfen in begründeten Ausnahmefällen für längstens 18 Monate im jeweils anderen Aufgabenbereich genutzt werden.
2. Die folgenden Planstellen dürfen nur mit Überhangpersonal besetzt werden: **1,0 A 11,** 1,0 A 10, **1,0 A 9 g** (Zusammen: **3,0**).

Zu Titel 428 71

1. Die in der Tgr. 07 und im Stammhaushalt (Tit. 428 01) ausgebrachten Stellen dürfen in begründeten Ausnahmefällen für längstens 18 Monate im jeweils anderen Aufgabenbereich genutzt werden.
2. Die folgende Stelle darf nur mit Überhangpersonal besetzt werden: 1,0 E 6.

Erläuterungen:

Zu Titel 422 71

Zu Spalte 4:
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
3,0 A14; 1,0 A13g; 1,0 A12; 5,0 A10 (Zusammen: 10,0).

Zu Titel 428 71

Zu Spalte 4:
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
3,0 E14; 1,0 E11; 5,0 E10; 1,0 E8 (Zusammen: 10,0).

Tgr. 08 - Erkundung und Erprobung der CCS-Technologie

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt-gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr: Neue Stellen, Stellenwegfall – ohne ku/ kw-Vermerke +	-	und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken +	-	Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken +	-	Hebungen, Herabstufungen +	-	Umwandlungen, Umsetzungen +	-	von Sp. 2 entfallen auf Funktionsgruppen
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 81														
Beamtinnen und Beamte														
A 15....................	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 14....................	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 h.................	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen..........	5,0	5,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Titel 428 81 - Erläuterungen														
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 15....................	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 14....................	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 13....................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 12....................	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 11.....................	-	-	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen..........	5,0	5,0	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Erläuterungen:

Zu Titel 422 81

Zu Spalte 4:
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
1,0 A15; 1,0 A13h (Zusammen: 2,0).

Zu Titel 428 81

Zu Spalte 4:
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
1,0 E15; 1,0 E14 (Zusammen: 2,0).

0916 Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle

Planstellen-/Stellenübersicht														
Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr										von Sp. 2 entfallen auf Funk- tions- gruppen
				Neue Stellen, Stellenwegfall				Wirksam- werden von ku- und kw- Vermerken		Hebungen, Herab- stufungen		Umwand- lungen, Umsetzungen		
				ohne ku/ kw-Vermerke		und Umsetzun- gen mit ku/ kw-Vermerken								
				+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Beamtinnen und Beamte														
B 7......................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 3......................	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 2......................	4,0	4,0	4,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 16....................	8,0	6,0	5,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 15....................	35,0	37,0	27,6	-	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 14....................	32,0	32,0	24,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 h................	9,0	9,0	11,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g+Z............	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g................	33,0	33,0	22,7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 12....................	60,0	60,0	42,6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 11.....................	77,0	77,0	26,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 10....................	12,0	10,0	28,8	-	-	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 g..................	7,0	7,0	21,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m+Z.............	3,0	3,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m..................	7,0	7,0	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 8......................	5,0	5,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 7......................	2,0	2,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 6 m..................	-	-	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen..........	297,0	295,0	227,3	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
AT B....................	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 15....................	2,0	2,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 14....................	12,0	12,0	4,7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 13....................	9,0	9,0	11,6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 12....................	14,0	14,0	16,9	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 11.....................	40,1	40,1	48,2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 10....................	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 9......................	30,0	30,0	39,6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 8......................	29,7	30,2	28,5	-	0,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 7......................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 6......................	24,3	24,3	10,4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 5......................	69,7	70,7	66,8	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
E 4......................	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 3......................	11,0	11,0	19,7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 2......................	1,9	1,9	3,9	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen..........	245,7	247,2	256,3	-	0,5	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
Insgesamt...........	245,7	247,2	257,3	-	0,5	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 422 01

Die folgenden Planstellen dürfen nur mit Überhangpersonal besetzt werden: **2,0 A 13 g,** 1,0 A 12, **18,0 A 11,** 1,0 A 9 m, 1,0 A 8 (Zusammen: **23,0**).

Erläuterungen:

Zu Titel 422 01

Zu Spalte 4:
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
3,0 A15; 5,3 A13h; 1,0 A13g; 5,0 A11; 3,0 A10; 4,7 A9g; 1,0 A8 (Zusammen: 23,0).

Daneben werden 4,0 beamtete Hilfskräfte (Tit. 422 02) beschäftigt.

Zu Titel 428 01

Zu Spalte 4:
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
2,0 E15; 0,8 E14; 5,0 E13; 3,5 E11; 10,7 E9; 1,0 E8 (Zusammen: 23,0).

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 422 01				
			1.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	3,0	6,0	1.2	gemäß §§ 90, 92, 95 BBG, § 7 DBeglG, § 6 MuSchEltZV, § 24 GAD
			2.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
A 15..................	1,0	-	2.1	Vereinte Nationen (VN)
Insgesamt..........	4,0	6,0		
Zu Titel 428 01				
			1.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	7,0	5,0	1.1	gemäß § 28 TVöD, § 9 UmzugsTV, § 15 BEEG, § 24 GAD

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014		2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Soll	Ersatz-(plan)st.				
1	2	3	4	5	6	7
Zu Titel 422 01						
					kw	
				1.	**kw**	
A 13 h...............	1,0	1,0	1,0	1.1	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	-
				2.	**kw 31.12.2015**	
				2.1	-	
A 15..................	1,0	-	1,0	2.1.1	Zulassung priv. Sicherheitsdienste zum Schutz von deutschen Handelsschiffen	-
A 13 g...............	1,0	-	1,0			-
A 11..................	2,0	-	2,0			-
A 8....................	1,0	-	1,0			-
A 7....................	1,0	-	1,0			-
				3.	**kw 31.12.2014**	
				3.1	-	
A 13 g...............	-	-	1,0	3.1.1	Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen	Wegfall des Vermerks
A 7....................	-	-	1,0			Wegfall des Vermerks
				4.	**kw 31.12.2017**	
				4.1	-	
A 10..................	2,0	-	-	4.1.1	Novellierung des Energien-Gesetzes	Neue Planstelle
A 13 g...............	1,0	-	-	4.1.2	Novellierung KWKG	Aufnahme des Vermerks
A 7....................	1,0	-	-			Aufnahme des Vermerks
Zusammen.......	11,0	1,0	9,0			
Zu Titel 428 01						
					kw	
				1.	**kw mit Wegfall der Aufgabe**	
				1.1	-	
E 9....................	1,0	-	1,0	1.1.1	Sekretariat des Interministeriellen Einfuhrausschusses (IEA)	-
E 6....................	1,0	-	1,0			-
E 5....................	2,0	-	2,0			-
				2.	**kw**	
E 11..................	1,0	1,0	1,0	2.2	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	-
E 10..................	1,0	1,0	1,0			-
E 5....................	-	-	1,0			Wirksamwerden des Vermerks
Zusammen.......	6,0	2,0	7,0			

0916 Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle

Tgr. 02 - Ausgaben für die der Germany Trade and Invest - Gesellschaft für Außenwirtschaft und Standortmarketing mbH (GTAI) gestellten Beamtinnen und Beamten sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr										von Sp. 2 entfallen auf Funk- tions- gruppen
				Neue Stellen, Stellenwegfall				Wirksam- werden von ku- und kw- Vermerken		Hebungen, Herab- stufungen		Umwand- lungen, Umsetzungen		
				ohne ku/ kw-Vermerke		und Umsetzun- gen mit ku/ kw-Vermerken								
				+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 21														
Beamtinnen und Beamte														
A 16	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 15	10,0	10,0	10,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 14	14,0	16,0	10,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2,0	-
A 13 g	5,0	5,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 12	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m+Z	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 8	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 5	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 4	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	36,0	38,0	31,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2,0	-
Titel 428 21 - Erläuterungen														
Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
AT B	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 15	4,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	3,0	-	-	-	-
E 14	3,5	6,0	5,5	-	-	-	-	-	-	-	2,0	2,0	2,5	-
E 13	9,0	5,0	3,0	-	-	-	-	-	-	8,0	1,0	-	3,0	-
E 12	8,0	9,0	9,0	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-
E 11	9,7	16,7	16,4	-	-	-	-	-	-	-	7,0	-	-	-
E 9	6,3	4,8	4,5	-	0,2	-	-	-	-	3,0	1,3	-	-	-
E 8	20,2	19,9	17,9	-	-	-	-	-	-	3,3	2,0	-	1,0	-
E 6	9,9	9,9	9,4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 5	6,0	10,0	10,0	-	-	-	-	-	1,0	-	3,0	-	-	-
E 4	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	77,6	83,3	77,7	-	0,2	-	-	-	1,0	17,3	17,3	2,0	6,5	-
Insgesamt	78,6	84,3	78,7	-	0,2	-	-	-	1,0	17,3	17,3	2,0	6,5	-
Titel 428 31 - Erläuterungen														
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 15	29,0	43,0	40,0	-	-	-	-	-	-	-	13,0	-	1,0	-
E 14	20,0	7,0	7,0	-	-	-	-	-	-	13,0	-	-	-	-
Zusammen	49,0	50,0	47,0	-	-	-	-	-	-	13,0	13,0	-	1,0	-

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 422 21

Die Wieder- und Neubesetzung von Planstellen bedarf der Einwilligung des Bundesministeriums der Finanzen.

Zu Titel 428 21

Die Wieder- und Neubesetzung von Stellen bedarf der Einwilligung des Bundesministeriums der Finanzen.

Zu Titel 428 31

Die Wieder- und Neubesetzung von Stellen bedarf der Einwilligung des Bundesministeriums der Finanzen.

Erläuterungen:

Zu Titel 422 21

Zu Spalte 4:
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
4,0 A14; 1,0 A13g; 1,0 A12 (Zusammen: 6,0).

Zu Titel 428 21

<u>Zu Spalte 4:</u>
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
1,0 E14; 3,0 E13; 1,0 E12; 1,0 E11 (Zusammen: 6,0).

Leerstellenübersicht				
Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 422 21				
			1.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	1,0	1,0	1.1	gemäß §§ 90, 92, 95 BBG, § 7 DBeglG, § 6 MuSchEltZV, § 24 GAD
Zu Titel 428 21				
			1.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	1,0	5,0	1.1	gemäß § 28 TVöD, § 9 UmzugsTV, § 15 BEEG, § 24 GAD

Übersicht der ku- und kw- Vermerke						
Bes.-/ E.-Gr.	2014		2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Soll	Ersatz-(plan)st.				
1	2	3	4	5	6	7
Zu Titel 422 21						
					ku	
				1.	**ku mit Ausscheiden der Planstelleninhaber /innen**	
				1.1	in Bes.-Gr. A 11	
A 13 g..............	1,0	-	1,0	1.1.1	gemäß § 31 Abs. 1 Nr. 4 HG 1999	-
A 13 g..............	1,0	-	1,0	1.1.2	gemäß § 30 Abs. 1 Nr. 5 HG 2000	-
Zusammen.......	2,0	-	2,0			
					kw	
				1.	**kw**	
A 4...................	1,0	-	1,0	1.1	-	-
Zu Titel 428 21						
					kw	
				1.	**kw**	
E 11.................	1,0	-	1,0	1.1	-	-
E 5...................	3,0	-	3,0			-
E 4...................	1,0	-	1,0			-
E 5...................	-	-	1,0	1.2	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	Wirksamwerden des Vermerks
Zusammen.......	5,0	-	6,0			

Tgr. 04 - Durchführung von Aufträgen anderer Bundesbehörden

Planstellen-/Stellenübersicht														
Besoldungs-/ Entgelt-gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr										von Sp. 2 entfallen auf Funk-tions-gruppen
				Neue Stellen, Stellenwegfall				Wirksam-werden von ku- und kw-Vermerken		Hebungen, Herab-stufungen		Umwand-lungen, Umsetzungen		
				ohne ku/ kw-Vermerke		und Umsetzun-gen mit ku/ kw-Vermerken								
				+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 41														
Beamtinnen und Beamte														
A 12....................	3,0	4,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-
A 11.....................	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 g...................	-	-	0,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen..........	3,0	4,0	2,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-

0916 Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist- Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr										von Sp. 2 entfallen auf Funk- tions- gruppen
				Neue Stellen, Stellenwegfall				Wirksam- werden von ku- und kw- Vermerken		Hebungen, Herab- stufungen		Umwand- lungen, Umsetzungen		
				ohne ku/ kw-Vermerke		und Umsetzun- gen mit ku/ kw-Vermerken								
				+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10

Titel 428 41 - Erläuterungen

Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

E 12....................	3,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-
E 11.....................	-	-	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 9......................	16,0	16,0	15,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 8......................	62,8	64,5	51,5	-	1,7	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 7......................	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 6......................	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 5......................	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen..........	83,8	84,5	73,0	-	1,7	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-

Erläuterungen:

Zu Titel 422 41

<u>Zu Spalte 4:</u>
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
1,0 A12.

Zu Titel 428 41

<u>Zu Spalte 4:</u>
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
1,0 E9.

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5

Zu Titel 428 41

			1.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	2,0	7,0	1.1	gemäß § 28 TVöD, § 9 UmzugsTV, § 15 BEEG, § 24 GAD

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr: Neue Stellen, Stellenwegfall: ohne ku/ kw-Vermerke +	-	und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken +	-	Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken +	-	Hebungen, Herabstufungen +	-	Umwandlungen, Umsetzungen +	-	von Sp. 2 entfallen auf Funktionsgruppen
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Beamtinnen und Beamte														
B 8	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 4	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 3	17,0	17,0	17,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 16	43,0	43,0	33,4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 15	45,0	45,0	34,6	1,0	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
A 14	39,9	40,9	29,9	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
A 13 h	9,9	11,0	23,5	-	1,1	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g	28,5	29,5	17,3	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
A 12	9,0	9,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 11	5,0	3,0	5,0	1,0	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-
A 10	2,5	2,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 g	1,5	1,5	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m+Z	4,0	4,0	2,7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m	11,0	11,0	8,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 8	4,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 7	0,5	0,5	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 6 m	2,0	2,0	3,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 6 e	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 5	6,0	6,0	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 4	4,0	4,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	235,8	236,9	194,0	2,0	1,1	-	-	1,0	3,0	-	-	-	-	-
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 15	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 14	2,0	2,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 13	-	-	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 12	2,0	2,0	5,1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 11	7,0	7,0	10,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 10	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 9	8,0	8,0	16,7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 8	4,0	4,0	3,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 6	17,5	17,5	15,1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 5	34,0	34,0	40,3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 4	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 2	1,2	1,2	1,3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	78,7	78,7	102,1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 422 01

Folgende Planstellen sind gesperrt und dürfen nur mit Überhangpersonal besetzt werden: 1,0 A 14, 1,0 A 13 g (Zusammen: 2,0). Die Aufhebung der Sperre bedarf der Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages.

Erläuterungen:

Zu Titel 422 01

Zu Spalte 4:
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
1,0 A15; 2,0 A14; 3,0 A13h; 2,0 A13g; 3,1 A12; 3,0 A11; 2,0 A10; 1,0 A9g; 1,3 A9m+Z; 2,1 A9m; 0,5 A7; 1,0 A6m (Zusammen: 22,0).

Zu Titel 428 01

Zu Spalte 4:
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
1,0 E15; 5,0 E13; 2,1 E12; 5,0 E11; 5,2 E9; 1,0 E8; 0,1 E6; 2,6 E5 (Zusammen: 22,0).

0917 Bundeskartellamt

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 422 01				
			1.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
A 16..................	1,0	2,0	1.1	EU-Kommission
A 15..................	3,0	3,0		
A 14..................	2,0	3,0		
A 15..................	1,0	1,0	1.2	Europäische Weltraumorganisation (ESA)
A 16..................	1,0	-	1.3	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)
Zusammen.........	8,0	9,0		
			2.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	8,0	7,0	2.1	gemäß §§ 90, 92, 95 BBG, § 7 DBeglG, § 6 MuSchEltZV, § 24 GAD
			3.	**Sonstige Beurlaubung**
B 3....................	1,0	1,0	3.1	Bundeskanzleramt
Insgesamt..........	17,0	17,0		
Zu Titel 428 01				
			1.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	3,0	3,0	1.1	gemäß § 28 TVöD, § 9 UmzugsTV, § 15 BEEG, § 24 GAD
			2.	**Sonstige Beurlaubung**
E 10..................	1,0	1,0	2.1	Befristete Rente gem. § 33 Abs. 2 TVöD
Insgesamt..........	4,0	4,0		

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014		2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Soll	Ersatz-(plan)st.				
1	2	3	4	5	6	7
Zu Titel 422 01						
					ku	
				1.	**ku mit Ausscheiden der Planstelleninhaber /innen**	
				1.1	in Bes.-Gr. A 12	
A 13 g..............	7,0	-	7,0	1.1.1	gemäß § 31 Abs. 1 Nr. 4 HG 1999	-
				1.2	in Bes.-Gr. A 11	
A 13 g..............	4,0	-	5,0	1.2.1	gemäß § 31 Abs. 1 Nr. 4 HG 1999	Wirksamwerden des Vermerks
				1.3	in Bes.-Gr. A 10	
A 13 g..............	2,5	-	2,5	1.3.1	gemäß § 31 Abs. 1 Nr. 4 HG 1999	-
				1.5	in Bes.-Gr. A 8	
A 9 m...............	1,0	-	1,0	1.5.1	gemäß § 31 Abs. 1 Nr. 4 HG 1999	-
				1.6	in Bes.-Gr. A 7	
A 9 m...............	1,0	-	1,0	1.6.1	gemäß § 31 Abs. 1 Nr. 4 HG 1999	-
				1.13	in Bes.-Gr. A 4	
A 5...................	0,5	-	0,5	1.13.1	gemäß § 30 Abs. 1 Nr. 5 HG 2000	-
				2.	**ku mit Ausscheiden der Planstelleninhaber /innen**	
				2.2	in Entgeltgruppe E 8	
A 9 m...............	1,0	-	1,0	2.2.1	gemäß § 31 Abs. 1 Nr. 4 HG 1999	-
				2.3	in Entgeltgruppe E 6	
A 9 m...............	1,0	-	1,0	2.3.1	gemäß § 31 Abs. 1 Nr. 4 HG 1999	-
				2.4	in Entgeltgruppe E 2	
A 6 e................	1,0	-	1,0	2.4.1	gemäß § 31 Abs. 1 Nr. 4 HG 1999	-
A 5...................	2,0	-	2,0			-
A 4...................	4,0	-	4,0			-
				2.5	in Entgeltgruppe E 13	
A 15.................	1,0	-	1,0	2.5.1	gemäß § 31 Abs. 1 Nr. 4 HG 1999	-
A 5...................	0,5	-	0,5	2.6	in Entgeltgruppe E 3	-
Zusammen.......	26,5	-	27,5			
					kw	
				2.	**kw**	
A 16.................	1,0	1,0	1,0	2.1	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	-
A 15.................	-	-	1,0			Wirksamwerden des Vermerks
A 9 g................	0,5	0,5	0,5			-
				2.2	Ersatzplanstelle	
A 15.................	1,0	1,0	1,0	2.2.1	EU-Kommission, Brüssel	-
A 14.................	-	-	1,0			Wirksamwerden des Vermerks

Übersicht der ku- und kw- Vermerke						
Bes.-/ E.-Gr.	2014		2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Soll	Ersatz-(plan)st.				
1	2	3	4	5	6	7
A 9 m................	1,0	-	1,0	2.3	-	-
Zusammen.......	3,5	2,5	5,5			

Zu Titel 428 01

					kw	
				1.	**kw**	
E 5....................	1,5	-	1,5	1.1	-	-
E 9....................	1,0	1,0	1,0	1.2	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbe-schäftigten	-
Zusammen.......	2,5	1,0	2,5			

Tgr. 01 - Monopolkommission

Planstellen-/Stellenübersicht														
Besoldungs-/ Entgelt-gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr										von Sp. 2 entfallen auf Funk-tions-gruppen
				Neue Stellen, Stellenwegfall				Wirksam-werden von ku- und kw-Vermerken		Hebungen, Herab-stufungen		Umwand-lungen, Umsetzungen		
				ohne ku/ kw-Vermerke		und Umsetzun-gen mit ku/ kw-Vermerken								
				+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 11														
Beamtinnen und Beamte														
A 13 g.................	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 11.....................	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen..........	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Titel 428 11 - Erläuterungen														
Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
AT (B 2)...............	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
AT B....................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen..........	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 14....................	4,0	4,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 9......................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 5......................	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen..........	7,0	7,0	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt...........	9,0	9,0	7,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

0918 Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (Bundesnetzagentur)

Planstellen-/Stellenübersicht														
Besoldungs-/ Entgelt-gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr										von Sp. 2 entfallen auf Funk-tions-gruppen
				Neue Stellen, Stellenwegfall				Wirksam-werden von ku- und kw-Vermerken		Hebungen, Herab-stufungen		Umwand-lungen, Umsetzungen		
				ohne ku/ kw-Vermerke		und Umsetzun-gen mit ku/ kw-Vermerken								
				+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Beamtinnen und Beamte														
B 6	3,0	4,0	3,0	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
B 3	17,0	16,0	11,9	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-
B 2	4,0	4,0	2,9	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 16	62,0	62,5	42,8	-	-	-	-	-	0,5	-	-	-	-	-
A 15	160,0	158,5	128,5	2,0	-	2,0	-	-	2,5	-	-	-	-	-
A 14	166,4	165,4	74,6	2,0	-	2,0	-	-	3,0	-	-	-	-	-
A 13 h	123,0	124,0	64,8	1,0	-	1,0	-	-	3,0	-	-	-	-	-
A 13 g+Z	24,0	24,0	22,9	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g	166,0	168,5	171,2	-	2,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 12	330,0	330,5	259,7	4,0	1,5	-	-	-	3,0	-	-	-	-	-
A 11	313,8	312,0	184,5	6,3	2,0	-	-	-	2,5	-	-	-	-	-
A 10	68,0	74,5	65,3	1,5	-	-	-	-	8,0	-	-	-	-	-
A 9 g	10,5	11,5	42,2	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
A 9 m+Z	81,5	83,5	79,2	-	-	-	-	-	2,0	-	-	-	-	-
A 9 m	243,0	243,0	205,6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 8	519,5	523,6	491,3	4,0	-	-	-	-	10,1	-	-	2,0	-	-
A 7	127,1	124,1	82,3	3,0	-	-	-	-	1,0	-	-	1,0	-	-
A 6 m	57,9	60,0	56,7	1,0	-	-	-	-	3,1	-	-	-	-	-
A 6 e	16,0	16,0	16,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 5	7,0	7,0	7,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	2 499,7	2 512,6	2 012,4	24,8	6,0	5,0	-	1,0	40,7	-	-	3,0	-	-
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
AT B	1,0	1,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 15	6,0	6,0	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 14	9,0	9,0	33,6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 13	2,5	2,5	48,3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 12	6,0	6,0	19,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 11	24,5	24,5	26,4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 10	16,0	16,0	16,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 9	13,0	15,5	33,2	-	0,5	-	-	-	2,0	-	-	-	-	-
E 8	17,9	17,9	20,5	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 7	3,5	7,1	2,0	-	-	-	-	-	3,6	-	-	-	-	-
E 6	3,0	2,0	20,3	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-
E 5	12,5	2,0	47,5	9,5	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-
E 4	2,0	2,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 3	4,5	4,5	7,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 2	1,6	1,8	2,3	-	0,2	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	122,0	116,8	286,9	10,5	1,7	-	-	-	5,6	-	-	2,0	-	-
Insgesamt	123,0	117,8	290,9	10,5	1,7	-	-	-	5,6	-	-	2,0	-	-

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 422 01

1. **<u>Zu lfd. Nr. 1.1 der kw-Vermerke:</u>**

   Es wird zugelassen, dass nur jede dritte frei werdende Planstelle wegfällt. Diese Planstelle fällt nicht weg, sofern sie mit Überhangpersonal besetzt wird.

2. **<u>Zu lfd. Nr. 3.1.1 der kw-Vermerke:</u>**

   Es wird zugelassen, dass frei werdende Planstellen der Bes.-Gr. A 13 g zur Wahrung beruflicher Exspektanzen nach § 1 Nr. 3 des Vertrages über die Dienstleistungsüberlassung mit dem TÜV oder der TÜH überlassenen Beamtinnen oder Beamten der Bes.-Gr. A 12 wiederbesetzt werden können. Die in diesem Fall dann frei werdende Planstelle der Bes.-Gr. A 12 fällt entsprechend dem kw-Vermerk weg.

3. Die folgenden Planstellen dürfen nur mit Überhangpersonal besetzt werden: **6,0 A 11,** 7,0 A 10, 3,0 A 9 g, 3,0 A 9 m+Z, 7,0 A 9 m, **8,0 A 8, 2,0 A 7,** 1,0 A 6 m (Zusammen: **37,0**).

Erläuterungen:

Zu Titel 422 01

<u>Zu Spalte 4:</u>
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
1,0 B3; 2,0 A16; 9,3 A15; 31,1 A14; 31,8 A13h; 21,5 A12; 19,0 A11; 8,6 A10; 4,0 A9g; 6,5 A9m; 7,7 A8; 14,0 A7; 21,7 A6m; 1,0 A5 (Zusammen: 179,2).

Zu Titel 428 01

<u>Zu Spalte 4:</u>
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
3,0 ATB; 24,9 E14; 47,3 E13; 13,8 E12; 7,6 E11; 7,9 E10; 7,9 E9; 13,7 E8; 11,8 E6; 37,3 E5; 3,0 E4; 1,0 E3 (Zusammen: 179,2).

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 422 01				
			1.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
A 16..................	1,0	1,0	1.1	CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages
A 11..................	1,0	1,0	1.2	Hessischer Landtag
A 12..................	1,0	1,0	1.3	European Communications Office (ECO)
A 14..................	1,0	1,0	1.4	Internationale Energieagentur (IEA), Paris
Zusammen.........	4,0	4,0		
			2.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	31,0	32,0	2.1	gemäß §§ 90, 92, 95 BBG, § 7 DBeglG, § 6 MuSchEltZV, § 24 GAD
Insgesamt..........	35,0	36,0		
Zu Titel 428 01				
			1.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	1,0	-	1.1	gemäß § 28 TVöD, § 9 UmzugsTV, § 15 BEEG, § 24 GAD

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
1	2	3	4	5	6	7
Zu Titel 422 01						
					ku	
				1.	**ku**	
A 6 e................	4,0	-	4,0	1.2	in Bes.-Gr. A 5	-
				2.	**ku mit Ausscheiden der Planstelleninhaber /innen**	
B 6...................	1,0	-	2,0	2.1	in Bes.-Gr. B 3	Wirksamwerden des Vermerks
Zusammen.......	5,0	-	6,0			
					kw	
				1.	**kw**	
A 8...................	170,5	-	174,8	1.1	-	Wirksamwerden des Vermerks
A 6 e................	2,2	-	2,2			-
A 5...................	6,0	-	6,0			-
A 15.................	-	-	0,5	1.2	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	Wirksamwerden des Vermerks
A 13 h..............	1,0	1,0	2,0			Wirksamwerden des Vermerks
A 12.................	-	-	2,0			Wirksamwerden des Vermerks
A 11.................	11,0	11,0	13,0			Wirksamwerden des Vermerks
A 10.................	21,5	21,5	29,5			Wirksamwerden des Vermerks
A 9 g................	0,5	0,5	1,5			Wirksamwerden des Vermerks
A 8...................	13,0	13,0	18,8			Wirksamwerden des Vermerks
A 7...................	23,5	23,5	24,5			Wirksamwerden des Vermerks
				1.3	Ersatzplanstelle	
A 15.................	2,0	2,0	1,0	1.3.1	EU-Kommission, Brüssel	Wirksamwerden des Vermerks, Neue Planstelle

0918 Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (Bundesnetzagentur)

Übersicht der ku- und kw- Vermerke						
Bes.-/ E.-Gr.	2014		2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Soll	Ersatz-(plan)st.				
1	2	3	4	5	6	7
A 14..................	1,0	1,0	1,0			Wirksamwerden des Vermerks, Neue Planstelle
A 13 h..............	1,0	1,0	1,0			Wirksamwerden des Vermerks, Neue Planstelle
A 14..................	1,0	1,0	1,0	1.3.3	EU-Energieagentur "ACER"	-
				2.	**kw**	
				2.1	-	
A 6 m................	-	-	3,1	2.1.1	nach Umwandlung in Planstellen	Wirksamwerden des Vermerks
				3.	**kw mit Ausscheiden der Planstelleninhaber/innen**	
				3.1	-	
A 13 g..............	5,0	-	5,0	3.1.1	Sachverständige nach dem Gerätesicherheitsgesetz	-
A 12..................	3,0	-	3,0			-
B 2....................	3,0	-	3,0	3.2	-	-
A 16..................	0,5	-	1,0			Wirksamwerden des Vermerks
A 15..................	2,0	-	3,0			Wirksamwerden des Vermerks
A 14..................	2,0	-	2,0			-
A 9 m+Z............	-	-	2,0			Wirksamwerden des Vermerks
				4.	**kw mit Wegfall der Aufgabe**	
A 15..................	2,0	-	2,0	4.1	-	-
A 14..................	3,0	-	4,0			Wirksamwerden des Vermerks
A 13 h	2,0	-	3,0			Wirksamwerden des Vermerks
A 13 g+Z...........	1,0	-	1,0			-
A 13 g..............	2,0	-	2,0			-
A 12..................	1,0	-	2,0			Wirksamwerden des Vermerks
A 11..................	1,5	-	2,0			Wirksamwerden des Vermerks
A 10..................	1,0	-	1,0			-
A 9 m................	1,0	-	1,0			-
Zusammen.......	284,2	75,5	318,9			

Zu Titel 428 01

					kw	
				1.	**kw mit Wegfall der Aufgabe**	
				1.1	-	
E 6....................	2,0	-	2,0	1.1.1	Vorlesekraft	-
				2.	**kw**	
E 13..................	1,0	1,0	1,0	2.2	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	-
E 10..................	1,0	1,0	1,0			-
E 9....................	1,0	1,0	3,0			Wirksamwerden des Vermerks
E 7....................	1,0	1,0	4,6			Wirksamwerden des Vermerks
E 3....................	1,0	1,0	1,0			-
E 2....................	1,0	1,0	1,0			-
Zusammen.......	8,0	6,0	13,6			

Anlage zu den Stellenplänen des Epl. 09

Darstellung der den Planstellen zugeordneten Amtsbezeichnungen

Bes.-Gr.	Kap.	**Amtsbezeichnungen** (Grundamtsbezeichnung in Fettdruck)
1	2	3
B 11	0912	Staatssekretärin oder Staatssekretär
B 9	0912	Ministerialdirektorin oder Ministerialdirektor
B 8	0917	Präsidentin oder Präsident des Bundeskartellamtes
	0913	Präsidentin und Professorin oder Präsident und Professor der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt
B 7	0916	Präsidentin oder Präsident des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle
	0915	Präsidentin und Professorin oder Präsident und Professor der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe
	0914	Präsidentin und Professorin oder Präsident und Professor der Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung
B 6	0918	Erste Direktorin oder Erster Direktor bei der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen
	0912	Ministerialdirigentin oder Ministerialdirigent
B 4	0917	Vizepräsidentin oder Vizepräsident des Bundeskartellamtes
	0913	Vizepräsidentin und Professorin oder Vizepräsident und Professor der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt
B 3	0918	Direktorin oder Direktor bei der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen
	0917	Direktorin oder Direktor beim Bundeskartellamt
	0913, 0914, 0915	Direktorin und Professorin oder Direktor und Professor
	0913	Leitende Direktorin und Professorin oder Leitender Direktor und Professor
	0912	Ministerialrätin oder Ministerialrat
	0916	Vizepräsidentin oder Vizepräsident des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA)
	0914	Vizepräsidentin und Professorin oder Vizepräsident und Professor der Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung
B 2	0913, 0914, 0915	Abteilungsdirektorin oder Abteilungsdirektor
	0916	Abteilungspräsidentin oder Abteilungspräsident
	0918	Direktorin oder Direktor bei der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen
	0913, 0914, 0915, 0918	Direktorin und Professorin oder Direktor und Professor
B 1	0913, 0914, 0915	Direktorin und Professorin oder Direktor und Professor
A 16	0916, 0917, 0918	**Leitende Direktorin** oder **Leitender Direktor**
	0912	Ministerialrätin oder Ministerialrat
A 15	0912, 0913, 0914, 0915, 0916, 0917, 0918	**Direktorin** oder **Direktor**
A 14	0912, 0913, 0914, 0915, 0916, 0917, 0918	**Oberrätin** oder **Oberrat**
A 13 h	0912, 0913, 0914, 0915, 0916, 0917, 0918	**Rätin** oder **Rat**
A 13 g+Z	0912, 0913, 0914, 0915, 0916, 0918	**Oberamtsrätin** oder **Oberamtsrat**
	0913, 0914, 0915, 0918	Technische Oberamtsrätin oder Technischer Oberamtsrat

09 Übersicht Amtsbezeichnungen

Bes.-Gr.	Kap.	**Amtsbezeichnungen** (Grundamtsbezeichnung in Fettdruck)
1	2	3
A 13 g	0912, 0913, 0914, 0915, 0916, 0917, 0918	**Oberamtsrätin** oder **Oberamtsrat**
	0913, 0914, 0915, 0918	Technische Oberamtsrätin oder Technischer Oberamtsrat
A 12	0912, 0913, 0914, 0915, 0916, 0917, 0918	**Amtsrätin** oder **Amtsrat**
	0913, 0914, 0915, 0918	Technische Amtsrätin oder Technischer Amtsrat
A 11	0912, 0913, 0914, 0915, 0916, 0917, 0918	**Amtfrau** oder **Amtmann**
	0913, 0914, 0915, 0918	Technische Amtfrau oder Technischer Amtmann
A 10	0912, 0913, 0914, 0915, 0916, 0917, 0918	**Oberinspektorin** oder **Oberinspektor**
	0913, 0914, 0915, 0918	Technische Oberinspektorin oder Technischer Oberinspektor
A 9 g	0912, 0915, 0916, 0917, 0918	**Inspektorin** oder **Inspektor**
A 9 m+Z	0912, 0913, 0914, 0916, 0917, 0918	**Amtsinspektorin** oder **Amtsinspektor**
	0913, 0914, 0918	Technische Amtsinspektorin oder Technischer Amtsinspektor
A 9 m	0912, 0913, 0914, 0915, 0916, 0917, 0918	**Amtsinspektorin** oder **Amtsinspektor**
	0913, 0914, 0915, 0918	Technische Amtsinspektorin oder Technischer Amtsinspektor
A 8	0912, 0913, 0914, 0916, 0917, 0918	**Hauptsekretärin** oder **Hauptsekretär**
	0913, 0914, 0918	Technische Hauptsekretärin oder Technischer Hauptsekretär
A 7	0912, 0913, 0914, 0916, 0917, 0918	**Obersekretärin** oder **Obersekretär**
	0913, 0914, 0918	Technische Obersekretärin oder Technischer Obersekretär
A 6 m	0912, 0913, 0914, 0916, 0917, 0918	**Sekretärin** oder **Sekretär**
	0914	Technische Sekretärin oder Technischer Sekretär
A 6 e	0912, 0914, 0917, 0918	**Oberamtsmeisterin** oder **Oberamtsmeister**
A 5	0912, 0916, 0917, 0918	**Oberamtsmeisterin** oder **Oberamtsmeister**
A 4	0912, 0916, 0917	**Amtsmeisterin** oder **Amtsmeister**

Stellenübersichten
der Zuwendungsempfänger / Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO des Kap. 0901

Titel	aus Nr. ... Erläuterung	**Bezeichnung**
1	2	3

Tgr. 03		**Luft- und Raumfahrt**
685 31		Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e. V. (DLR), Köln-Porz

0901 Anlage zu Kapitel Zuwendungsempfänger

Tgr. 03 - Luft- und Raumfahrt

Stellenübersicht							
Besoldungs-/ Vergütungs-/ Entgelt- gruppen	Stellen mit Dauerarbeitskräften besetzbar					Stellen für Arbeitskräfte mit befristeten Arbeitsverträgen	
	Tit. 422 .1, 425 .1, 426 .1 und 428 .1 sowie entsprechende Kontierung im Wirtschaftsplan			Tit. 425 .1, 426 .1 und 428 .1 (Projektförderung/ Aufträge Dritter)		Tit. 427 .9 (Projektförderung/ Aufträge Dritter)	
	Soll 2014	Soll 2013	besetzt am 1. Juni 2013	Soll 2014	Soll 2013	Soll 2014	Soll 2013
1	2	3	4	5	6	7	8

Zu Titel 685 31

Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e. V. (DLR), Köln-Porz

Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
S (B 8)...	-	-	1,0	-	-	-	-
S (B 6)...	-	-	1,0	-	-	-	-
S (B 3)...	-	-	1,0	-	-	-	-
S (W 3 G)...	-	-	5,0	-	-	-	-
S (W 3)...	-	-	32,0	-	-	-	-
Zusammen..	-	-	40,0	-	-	-	-

Stellenübersichten
der Zuwendungsempfänger / Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO des Kap. 0902

Titel	aus Nr. ... Erläuterung	**Bezeichnung**
1	2	3
686 02	1.	Rationalisierungs- und Innovationszentrum der Deutschen Wirtschaft e. V. (RKW), Eschborn/Ts.
	2.	Institut für Mittelstandsforschung (IfM), Bonn

0902 Anlage zu Kapitel Zuwendungsempfänger

Stellenübersicht							
Besoldungs-/ Vergütungs-/ Entgelt- gruppen	Stellen mit Dauerarbeitskräften besetzbar					Stellen für Arbeitskräfte mit befristeten Arbeitsverträ- gen	
	Tit. 422 .1, 425 .1, 426 .1 und 428 .1 sowie entsprechende Kontierung im Wirtschaftsplan			Tit. 425 .1, 426 .1 und 428 .1 (Projektförderung/ Aufträge Dritter)		Tit. 427 .9 (Projektförderung/ Aufträge Dritter)	
	Soll 2014	Soll 2013	besetzt am 1. Juni 2013	Soll 2014	Soll 2013	Soll 2014	Soll 2013
1	2	3	4	5	6	7	8

Zu Titel 686 02

1. Rationalisierungs- und Innovationszentrum der Deutschen Wirtschaft e. V. (RKW), Eschborn/Ts.

Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
S (B 3)...	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-
AT B...	3,0	3,0	3,0	-	-	-	-
Zusammen...	4,0	4,0	4,0	-	-	-	-
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
E 15...	4,0	4,0	3,5	-	-	-	-
E 14...	6,0	6,0	5,0	-	-	3,0	3,0
E 13...	19,0	19,0	19,0	-	-	12,0	12,0
E 12...	2,0	2,0	2,0	-	-	1,0	1,0
E 11..	7,0	7,0	7,0	-	-	1,0	1,0
E 9...	9,0	9,0	9,0	-	-	1,0	1,0
E 8...	5,5	5,5	5,5	-	-	-	-
E 6...	5,0	5,0	5,0	-	-	-	-
E 5...	3,0	3,0	3,0	-	-	-	-
Zusammen...	60,5	60,5	59,0	-	-	18,0	18,0
Insgesamt..	64,5	64,5	63,0	-	-	18,0	18,0

2. Institut für Mittelstandsforschung (IfM), Bonn

Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
S (W 3)..	1,0	1,0	0,8	-	-	-	-
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
E 15...	2,0	2,0	1,5	-	-	-	-
E 14...	3,0	3,0	1,5	-	-	-	-
E 13...	11,0	11,0	11,0	-	-	4,0	3,0
E 9...	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-
E 8...	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-
E 6...	2,0	2,0	1,6	-	-	-	-
Zusammen...	21,0	21,0	18,6	-	-	4,0	3,0
Insgesamt..	22,0	22,0	19,4	-	-	4,0	3,0

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 686 02

<u>Zu Nr. 2 der Erläuterung:</u>

<u>Zu S (W 3):</u>

Das Entgelt darf die Summe aus einem Entgelt nach AT B und einem hälftigen Entgelt der Entgeltgruppe 6 nicht übersteigen. Im Falle einer gemeinsamen Berufung dürfen aus der Stelle die Besoldung und der Versorgungszuschlag für eine Professorin oder einen Professor erstattet werden. Die zu erstattende Besoldung darf dabei das Entgelt nach Satz 1 nicht übersteigen. Der Erstattungsbetrag für die ab dem **1. Februar 2013** amtierende Stelleninhaberin, die zugleich Professorin an der Universität Siegen ist, beträgt aufgrund einer besonderen Vereinbarung entsprechend dem Umfang ihrer Arbeitszeit am IfM von mindestens 75 Prozent bis zu 8.803,82 Euro monatlich.

Stellenübersichten
der Zuwendungsempfänger / Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO des Kap. 0904

Titel	aus Nr. ... Erläuterung	**Bezeichnung**
1	2	3
686 01		Deutsche Zentrale für Tourismus e. V., Frankfurt/M.
687 02		Germany Trade and Invest - Gesellschaft für Außenwirtschaft und Standortmarketing mbH (GTAI)

0904 Anlage zu Kapitel Zuwendungsempfänger

Stellenübersicht							
Besoldungs-/ Vergütungs-/ Entgelt- gruppen	Stellen mit Dauerarbeitskräften besetzbar					Stellen für Arbeitskräfte mit befristeten Arbeitsverträgen	
	Tit. 422 .1, 425 .1, 426 .1 und 428 .1 sowie entsprechende Kontierung im Wirtschaftsplan			Tit. 425 .1, 426 .1 und 428 .1 (Projektförderung/ Aufträge Dritter)		Tit. 427 .9 (Projektförderung/ Aufträge Dritter)	
	Soll 2014	Soll 2013	besetzt am 1. Juni 2013	Soll 2014	Soll 2013	Soll 2014	Soll 2013
1	2	3	4	5	6	7	8
Zu Titel 686 01							
Deutsche Zentrale für Tourismus e. V., Frankfurt/M.							
Inland							
Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
S (B 6)	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-
S (B 3)	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-
AT B	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-
Zusammen	3,0	3,0	3,0	-	-	-	-
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
E 15	5,0	5,0	4,0	-	-	-	-
E 14	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-
E 13	12,2	12,7	12,2	-	-	-	-
E 12	6,0	6,0	6,0	-	-	-	-
E 11	15,0	14,0	14,0	-	-	-	-
E 10	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-
E 9	17,7	17,2	16,7	-	-	-	-
E 8	5,5	5,5	5,0	-	-	-	-
E 6	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-
E 5	1,7	1,7	1,7	-	-	-	-
E 4	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-
E 3	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-
Zusammen	71,1	70,1	67,6	-	-	-	-
Zus. Inland	74,1	73,1	70,6	-	-	-	-
Ausland							
Entsandte Kräfte							
E 13	10,0	10,0	10,0	-	-	-	-
E 11	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-
Zusammen	12,0	12,0	12,0	-	-	-	-
Ortskräfte							
Ortskräfte	59,0	60,0	59,2	-	-	-	-
Zus. Ausland	71,0	72,0	71,2	-	-	-	-
Insgesamt	145,1	145,1	141,8	-	-	-	-
Zu Titel 687 02							
Germany Trade and Invest - Gesellschaft für Außenwirtschaft und Standortmarketing mbH (GTAI)							
Inland							
Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
AT (B 9)	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-
AT (B 3)	4,0	4,0	4,0	-	-	-	-
AT B	4,0	4,0	3,0	-	-	-	-
Zusammen	9,0	9,0	8,0	-	-	-	-
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
E 15	7,0	7,0	6,8	-	-	-	-
E 14	35,5	33,0	33,0	-	-	-	-
E 13	43,0	40,0	39,0	-	-	-	-
E 12	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-

Stellenübersicht

Besoldungs-/ Vergütungs-/ Entgelt- gruppen	Stellen mit Dauerarbeitskräften besetzbar					Stellen für Arbeitskräfte mit befristeten Arbeitsverträgen	
	Tit. 422 .1, 425 .1, 426 .1 und 428 .1 sowie entsprechende Kontierung im Wirtschaftsplan			Tit. 425 .1, 426 .1 und 428 .1 (Projektförderung/ Aufträge Dritter)		Tit. 427 .9 (Projektförderung/ Aufträge Dritter)	
	Soll 2014	Soll 2013	besetzt am 1. Juni 2013	Soll 2014	Soll 2013	Soll 2014	Soll 2013
1	2	3	4	5	6	7	8
E 11	6,0	6,0	6,0	-	-	-	-
E 9	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-
E 8	6,0	5,0	5,0	-	-	-	-
Zusammen	99,5	93,0	91,8	-	-	-	-
Zus. Inland	108,5	102,0	99,8	-	-	-	-
Ausland							
Entsandte Kräfte							
E 15	13,0	12,0	7,0	-	-	-	-
Ortskräfte							
Ortskräfte	7,0	7,0	5,6	-	-	-	-
Zus. Ausland	20,0	19,0	12,6	-	-	-	-
Insgesamt	128,5	121,0	112,4	-	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 687 02

1. Der Anteil der Personalausgaben für unbefristete Beschäftigungsverhältnisse darf 60 Prozent der Leistungen an die Gesellschaft nicht überschreiten. Die Berechnung der Quote bezieht sich auf die Leistungen des BMWi aus Kap. 0904 Tit. 687 02 Nr. 2 der Erläuterungen. Zur Gewinnung von Bewerberinnen und Bewerbern insbesondere aus der Wirtschaft - soweit anderenfalls kein qualifiziertes Personal angeworben werden kann - sowie zur Verhinderung der Abwanderung besonders qualifizierter Fachkräfte darf im Einzelfall bei Beschäftigten der E.-Gr. 13 bis 15 um bis zu 20 Prozent vom Entgelt nach dem TVöD abgewichen werden. Bei Abweichungen um mehr als 20 Prozent bedarf es im Einzelfall der Einwilligung des BMWi im Einvernehmen mit dem BMF.
2. Basis für die Berechnung der Abweichung sind diejenigen Entgelte, die bei Anwendung des TVöD im Einzelfall unter Berücksichtigung der anzuwendenden Stufe der jeweiligen Entgeltgruppe und des maßgeblichen Tarifgebietes gewährt würden. Die Aufwendungen der Gesellschaft für Beschäftigte der Entgeltgruppen 13 bis 15 dürfen nicht mehr als 115 Prozent derjenigen Ausgaben betragen, die ohne die o. a. Ausnahmen vom Besserstellungsverbot entstehen würden.
3. Wenn eine bei Kap. 0916 Tgr. 02 freiwerdende Planstelle oder Stelle nicht wiederbesetzt wird, ist das BMWi ermächtigt, mit Einwilligung des BMF eine neue Stelle mit entsprechender Wertigkeit auszubringen.
4. Unter der Voraussetzung der Kostenneutralität wird zugelassen, dass bis zu **5** Stellen zwischen den Teilstellenplänen Inland und Ausland umgesetzt werden.
5. **Zu AT (B 3):**
   Einer der Stelleninhaber erhält aufgrund einer besonderen Vereinbarung eine personengebundene Zulage in Höhe von maximal der Differenz zwischen den Besoldungsgruppen B 3 und B 6, die er als Bundesbeamter einer obersten Bundesbehörde erhalten würde. Die Zahlung der Zulage ist an die **Besetzung** der Position des zweiten Geschäftsführers ab dem 1. Januar **2014** gebunden und zeitlich bis zum 31. Dezember 2015 befristet.

Erläuterungen:

Zu Titel 687 02

Germany Trade and Invest - Gesellschaft für Außenwirtschaft und Standortmarketing mbH (GTAI)

Zu den Ortskräften
Weitere 39 für die Gesellschaft tätige Ortskräfte sind im Auslandshandelskammern-Netz angestellt.

Zu den Arbeitskräften mit befristeten Arbeitsverträgen
Im Haushaltsjahr 2012 waren 13,0 Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen (umgerechnet auf vollbeschäftigte Arbeitskräfte) und 1 Auszubildende(r) (Jahresdurchschnitt) eingesetzt.

0904 Anlage zu Kapitel Zuwendungsempfänger

Übersicht der ku- und kw- Vermerke						
Bes.-/ Verg.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
1	2	3	4	5	6	7

Zu Titel 686 01

Deutsche Zentrale für Tourismus e. V., Frankfurt/M.

Inland

					ku	
				1.	**ku mit Ausscheiden der Stelleninhaber /innen**	
E 15..................	1,0	-	1,0	1.1	in Entgeltgruppe E 14	-
E 12..................	2,0	-	2,0	1.2	in Entgeltgruppe E 11	-
E 9....................	3,0	-	3,0	1.3	in Entgeltgruppe E 8	-
E 9....................	1,0	-	1,0	1.4	in Entgeltgruppe E 5	-
E 6....................	1,0	-	1,0			-
Zus. Inland........	8,0	-	8,0			
					kw	
				2.	**kw**	
E 10..................	1,0	1,0	1,0	2.1	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	-
				3.	**kw 31.12.2013**	
				3.1	-	
E 13	-	-	0,5	3.1.1	Stelleneinsparung	Wirksamwerden des Vermerks
E 9....................	-	-	0,5			Wirksamwerden des Vermerks
Zus. Inland........	1,0	1,0	2,0			

Ausland

					kw	
				1.	**kw 31.12.2013**	
				1.1	-	
Ortskräfte..........	-	-	1,0	1.1.1	Stelleneinsparung	Wirksamwerden des Vermerks
				2.	**kw mit Wegfall der Aufgabe**	
Ortskräfte..........	1,0	-	1,0	2.1	-	-
Zus. Ausland....	1,0	-	2,0			
Insgesamt.........	2,0	1,0	4,0			

Entwurf

zum

Bundeshaushaltsplan 2014

Einzelplan 10

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft

Inhalt

Kapitel	Bezeichnung	Seite
	Vorwort zum Einzelplan	3
	Überblick zum Einzelplan	4
	Haushaltsvermerk / Hinweise zum Einzelplan	6
1001	Landwirtschaftliche Sozialpolitik	7
1002	Gesundheitlicher Verbraucherschutz und Ernährung	11
	Anlage 1 Wirtschaftspläne	15
	Anlage 2 Verwaltungshaushaltsplan des Bundesinstituts für Risikobewertung - BfR (1091)	16
1003	Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes"	26
	Ausgaben-Tgr. 01 Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes"	27
	Ausgaben-Tgr. 02 Sonderrahmenplan für Maßnahmen des Küstenschutzes in Folge des Klimawandels	28
	Anlage 1 Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (1095)	29
1004	Marktordnung, Maßnahmen der Notfallvorsorge	34
	Ausgaben-Tgr. 04 Maßnahmen der Notfallvorsorge	40
	Anlage 1 Mittelzuweisungen und Marktordnungsausgaben der EU - Anlage E (1090)	41
	Anlage 2 Verwaltungshaushaltsplan der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung - BLE (1092)	56
1005	Nachhaltigkeit, Forschung und Innovation	67
	Ausgaben-Tgr. 01 Nachwachsende Rohstoffe	69
	Ausgaben-Tgr. 02 Zuschüsse an Forschungseinrichtungen außerhalb der Bundesverwaltung	71
	Ausgaben-Tgr. 03 Forschung und Innovation	73
	Anlage 1 Wirtschaftspläne	76
1006	Internationale Maßnahmen	77
1010	Sonstige Bewilligungen	83
	Anlage 1 Wirtschaftspläne	91
1011	Zentral veranschlagte Verwaltungseinnahmen und -ausgaben	94
	Einnahmen-Tgr. 57 Versorgung der Beamtinnen und Beamten sowie der Richterinnen und Richter	95
	Ausgaben-Tgr. 57 Versorgung der Beamtinnen und Beamten sowie der Richterinnen und Richter	96
1012	Bundesministerium	102
1013	Julius Kühn-Institut, Bundesforschungsinstitut für Kulturpflanzen	109
	Ausgaben-Tgr. 02 Durchführung von Aufträgen anderer Bundesbehörden und Dritter	113
1014	Friedrich Loeffler-Institut, Bundesforschungsinstitut für Tiergesundheit	119
	Ausgaben-Tgr. 02 Durchführung von Aufträgen anderer Bundesbehörden und Dritter	121
1015	Max Rubner-Institut, Bundesforschungsinstitut für Ernährung und Lebensmittel	127
	Ausgaben-Tgr. 02 Durchführung von Aufträgen anderer Bundesbehörden und Dritter	129

Kapitel	B e z e i c h n u n g	Seite
1016	Johann Heinrich von Thünen-Institut, Bundesforschungsinstitut für Ländliche Räume, Wald und Fischerei.......	135
	Ausgaben-Tgr. 02 Durchführung von Aufträgen anderer Bundesbehörden und Dritter.......................................	138
1017	Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL)...	145
	Ausgaben-Tgr. 02 Durchführung von Aufträgen anderer Bundesbehörden und Dritter.......................................	149
1018	Bundessortenamt..	153
	Aufwandsentschädigungen, Besondere Personalausgaben..	158
	Übersichten	
	Übersicht 1 Verpflichtungsermächtigungen (VE)..	159
	Personalhaushalt..	165

Wesentliche Politikbereiche und Ziele

Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) nimmt die Regierungsaufgaben auf den Gebieten Ernährung, Land-, Forstwirtschaft und Fischerei, ländliche Räume sowie gesundheitlicher Verbraucherschutz wahr. Das BMEL wirkt an der Gestaltung der Europäischen Politiken und des Rechtsrahmens für diese Politikbereiche mit.

Ziele der Agrarpolitik sind die nachhaltige Entwicklung und Stärkung der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft, eine leistungsfähige Ernährungswirtschaft und lebensfähige ländliche Räume mit vielfältigen Kulturlandschaften.

Die Agrarsozialpolitik trägt zugunsten der aktiven Landwirte und ihrer Familien dazu bei, den Strukturwandel in der Landwirtschaft sozial abzufedern. Mit dem Gesetz zur Neuordnung der Organisation der landwirtschaftlichen Sozialversicherung wurde 2012 der rechtliche Rahmen für den Erhalt einer eigenständigen landwirtschaftlichen Sozialversicherung geschaffen.

Die Förderung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) zielt auf eine leistungsfähige, auf künftige Anforderungen ausgerichtete und wettbewerbsfähige Land- und Forstwirtschaft, vitale ländliche Räume sowie auf die Verbesserung des Küstenschutzes. Sie ist das wichtigste nationale Förderinstrument für die Agrarwirtschaft, den Küstenschutz sowie die ländlichen Räume.

Sichere und gesundheitlich unbedenkliche Lebensmittel und Bedarfsgegenstände sind Kernanliegen des gesundheitlichen Verbraucherschutzes. Dazu werden laufend gesundheitliche Risiken durch Lebensmittel, Stoffe und Produkte identifiziert und bewertet. Auf Basis der gewonnenen Erkenntnisse werden Vorschriften und Strukturen laufend angepasst. Die Politik des BMEL zielt auf einen wirkungsvollen Vollzug des Lebensmittelrechts und effektive Strukturen der Lebensmittelüberwachung ab. Darüber hinaus ist Ziel der Schutz vor Irreführung und Täuschung. Vollzugsaufgaben leisten das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit und das Bundesinstitut für Risikobewertung.

Die Politik des BMEL fördert Verbraucherinformation und -bildung sowie eine bessere Angebotstransparenz im Ernährungsbereich, bei Bedarfsgegenständen und verbrauchernahen Produkten.

Das Handlungsfeld Nachhaltigkeit, Forschung und Innovation des BMEL ist eng mit den Zukunftsthemen Klimaschutz, Nachwachsende Rohstoffe und der Ernährung der Weltbevölkerung verknüpft. Eines der Hauptziele ist, durch eine nachhaltige landwirtschaftliche Produktion die natürlichen Lebensgrundlagen zu schonen. Gleichzeitig sollen Perspektiven für den ländlichen Raum geschaffen werden. Die Sicherheit von Lebensmitteln, die Tiergesundheit und die gesunde Ernährung sind weitere wichtige Forschungsthemen. Hier sind neue Akzentuierungen vorgesehen. Einen Schwerpunkt dabei bilden Modell- und Demonstrationsvorhaben im Bereich Tierschutz und Tierhaltung.

Wesentliche internationale Herausforderungen im Aufgabenbereich des BMEL sind die Sicherung der Ernährung, eine nachhaltige Energie- und Rohstoffversorgung, die Erhaltung von Biodiversität und die Eindämmung des Klimawandels. Hier handelt das BMEL insbesondere in enger Kooperation mit ausgewählten staatlichen Partnern sowie internationalen Organisationen.

Die vier Bundesforschungsinstitute im Geschäftsbereich erarbeiten wissenschaftliche Entscheidungshilfen in der Ernährungs-, Landwirtschafts-, Forst- und Fischereipolitik für das BMEL, haben aber auch gesetzliche Aufgaben. Dazu gehören z. B. Bewertungen und Untersuchungen bei der Zulassung von Pflanzenschutzmitteln sowie epidemiologische Untersuchungen bei Tierseuchenausbrüchen.

Das BMEL bewegt sich mit seinen Themen Ernährung, Landwirtschaft und gesundheitlicher Verbraucherschutz nahe am Alltag der Bürgerinnen und Bürger. Es steht für Verlässlichkeit, Sicherheit und Transparenz ein.

Zur Gliederung des Einzelplans

Der Programmhaushalt gliedert sich in sechs Kapitel:

1. Landwirtschaftliche Sozialpolitik,
2. Gesundheitlicher Verbraucherschutz und Ernährung,
3. Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“,
4. Marktordnung, Maßnahmen der Notfallvorsorge,
5. Nachhaltigkeit, Forschung und Innovation,
6. Internationale Maßnahmen

zuzüglich eines Kapitels für sonstige Bewilligungen (1010). Es folgen das Kapitel zu den zentral veranschlagten Verwaltungseinnahmen und -ausgaben (1011) sowie das Kapitel für das Bundesministerium und Kapitel für die Behörden des Geschäftsbereichs.

10 Überblick zum Einzelplan

Überblick zum Einzelplan 10	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Steuern und steuerähnliche Abgaben	-	-	-		26
Verwaltungseinnahmen	107 731	47 598	+60 133		56 729
Übrige Einnahmen	12 758	15 556	-2 798		18 666
Gesamteinnahmen	120 489	63 154	+57 335		75 421
Ausgaben					
Personalausgaben	315 342	305 670	+9 672	27 185	325 463
Sächliche Verwaltungsausgaben	210 597	196 610	+13 987	23 585	193 215
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	4 314 091	4 301 089	+13 002	23 422	4 169 567
Ausgaben für Investitionen	493 167	490 815	+2 352	147 160	554 643
Besondere Finanzierungsausgaben	-23 000	-25 000	+2 000		-
Gesamtausgaben	5 310 197	5 269 184	+41 013	221 352	5 242 888
davon flexibilisiert	391 359	382 582	+8 777	155 404	379 617
davon nicht flexibilisiert	4 918 838	4 886 602	+32 236	65 948	4 863 271
Flexibilisierte Ausgaben nach § 5 HG					
Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3	252 389	241 653	+10 736	29 802	240 932
Aus Hauptgruppe 5	100 790	96 017	+4 773	23 585	67 409
Aus Hauptgruppe 6 ohne Titel 634 .3	66	66	-	2	5
Aus Hauptgruppe 7	26 913	31 830	-4 917	71 758	54 547
Aus Hauptgruppe 8	11 201	13 016	-1 815	30 257	16 724
Zusammen	391 359	382 582	+8 777	155 404	379 617

Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014

Verpflichtungsermächtigung	1 711 868 T€
davon fällig:	
im Haushaltsjahr 2015 bis zu	288 624 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu	222 836 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu	144 256 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu	76 102 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu	55 602 T€
im Haushaltsjahr 2020 bis zu	38 602 T€
im Haushaltsjahr 2021 bis zu	37 102 T€
im Haushaltsjahr 2022 bis zu	37 102 T€
im Haushaltsjahr 2023 bis zu	37 102 T€
im Haushaltsjahr 2024 bis zu	37 002 T€
im Haushaltsjahr 2025 bis zu	36 502 T€
im Haushaltsjahr 2026 bis zu	36 502 T€
im Haushaltsjahr 2027 bis zu	36 502 T€
im Haushaltsjahr 2028 bis zu	36 502 T€
im Haushaltsjahr 2029 bis zu	36 502 T€
im Haushaltsjahr 2030 bis zu	36 502 T€
im Haushaltsjahr 2031 bis zu	36 502 T€
im Haushaltsjahr 2032 bis zu	36 502 T€
im Haushaltsjahr 2033 bis zu	36 502 T€
im Haushaltsjahr 2034 bis zu	36 502 T€
ab dem Haushaltsjahr 2035 bis zu	372 518 T€

Auszug aus Übersicht VIII des Gesamtplans "20 größte Finanzhilfen des Bundes" in der Abgrenzung des 24. Subventionsberichts

Lfd. Nr.	Kapitel	Zweckbestimmung	Lfd. Nr. 24. Subventionsbericht (Anlage 1)	Soll 2014 Mio. €	Soll 2013 Mio. €	Ist 2012 Mio. €
1	2	3	4	5	6	7
5	1003	GA Agrarstruktur (ohne Küstenschutz)	11	400	400	374
		nur Teilbeträge der Haushaltsansätze (soweit Finanzhilfen)				
11	1001	Zuschüsse an die Träger der landwirtschaftlichen Unfallversicherung	1	125	150	175

Überblick zum Einzelplan 10	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Auszug aus Übersicht VIII des Gesamtplans "20 größte Finanzhilfen des Bundes"
in der Abgrenzung des 24. Subventionsberichts

Lfd. Nr.	Kapitel	Zweckbestimmung	Lfd. Nr. 24. Subventionsbericht (Anlage 1)	Soll 2014 Mio. €	Soll 2013 Mio. €	Ist 2012 Mio. €
1	2	3	4	5	6	7
19	1001	Zuschüsse zur Gewährung einer Rente an Kleinlandwirte bei Landabgabe (Landabgaberente)	2	30	34	35

10 Haushaltsvermerk / Hinweise zum Einzelplan

Haushaltsvermerk: - Ausgaben

1. Einsparungen bei folgenden Titeln: Epl. 10 mit Ausnahme der Titel 518 .2 dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: Kap. 1011 Tit. 981 07.

   Dies gilt in Fällen, in denen Bundesressorts im Rahmen von Ressortvereinbarungen für andere Bundesressorts tätig werden und Mittel vom abgebenden Ressort dem empfangenden Ressort für gleiche Zwecke im Wege der Verrechnung zur Verfügung gestellt werden (sog. "Einer-für-Alle-Fälle").

2. Einsparungen bei folgenden Titeln: Epl. 10 mit Ausnahme der Titel 518 .2 dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Kap. 1003 Tgr. 01 und Kap. 3208 Tit. 871 01.

3. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1011 Tit. 381 07.

   Dies gilt in Fällen, in denen Bundesressorts im Rahmen von Ressortvereinbarungen für andere Bundesressorts tätig werden und Mittel vom abgebenden Ressort dem empfangenden Ressort für gleiche Zwecke im Wege der Verrechnung zur Verfügung gestellt werden (sog. "Einer-für-Alle-Fälle").

Allgemeine Erläuterungen:

Ist-Angaben:

Die Ist-Ergebnisse der Einzeltitel sind kaufmännisch auf 1 000 € gerundet. Dadurch können bei Summenangaben Rundungsdifferenzen entstehen. Summenangaben können außerdem nicht durch Addition der gedruckten Titel errechnet werden, da in Vorjahren weggefallene Titel nur im Bundeshaushaltsplan 2014 abgedruckt werden, wenn bei diesen noch Ausgabereste bestehen.

Ausgabereste:

Die im Vorjahr verfügbaren Ausgabereste im nicht flexibilisierten Bereich sind kaufmännisch auf 1 000 € gerundet und einzeln bei dem jeweiligen Titel mit Stand Juli 2013 ausgewiesen. Die Inanspruchnahme dieser Ausgabereste muss grundsätzlich im jeweiligen Einzelplan durch Minderausgaben an anderer Stelle kassenmäßig eingespart werden. Ausgabereste bei den der Flexibilisierung gemäß § 5 Haushaltsgesetz 2014 (HG) unterliegenden Ansätzen werden lediglich in der Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben summarisch ausgewiesen. Für die Inanspruchnahme dieser Ausgabereste ist zentral Vorsorge getroffen und daher eine kassenmäßige Einsparung im gleichen Einzelplan grundsätzlich nicht erforderlich. Bei Summenangaben können Rundungsdifferenzen entstehen.

Flexibilisierung:

Die in die Regelung nach § 5 HG einbezogenen Ausgaben sind mit einem F vor der Titelnummer gekennzeichnet. Sie werden jeweils im hinteren Teil eines Kapitels im Anschluss an die nicht flexibilisierten Ausgabetitel entsprechend der Zuordnung nach § 5 HG in einer Zusammenstellung aufsummiert und sind danach einzeln aufgelistet. Neu in die Flexibilisierung einbezogene Titel sind dabei mit einem **F** hervorgehoben.

Personalausgaben:

Aufwandsentschädigungen und Besondere Personalausgaben werden gemäß der Übersicht, die nach dem letzten Kapitel des Einzelplans abgedruckt ist, veranschlagt.

Angewandte Kurse:

100 DKK= 13,40608 €; 1 USD = 0,72511 €; 1 CHF = 0,81460 €; 1 GBP = 1,19947 €; 1 AUD = 0,64838 €.

Vorbemerkung

Wesentliche finanzwirksame Schwerpunkte des Kapitels

Die landwirtschaftliche Sozialpolitik ist das finanziell bedeutsamste Instrument der nationalen Agrarpolitik. Der Bund stellt hierfür finanzielle Mittel in Höhe von insgesamt 3,680 Mrd. € zur Verfügung. Davon entfallen 2,147 Mrd. € auf die **Alterssicherung der Landwirte** (Titel 636 01). Ein weiterer wesentlicher Ausgabeblock ist die **landwirtschaftliche Krankenversicherung** (Titel 636 04) mit 1,347 Mrd. €. Außerdem werden **Zuschüsse zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung** (Titel 636 02) zur Entlastung land- und forstwirtschaftlicher Unternehmer gewährt.

Wesentliche Ziele, die mit den veranschlagten Mitteln erreicht werden sollen

Die Agrarsozialpolitik trägt als zielorientierte, gestaltende Politik zugunsten der aktiven Landwirte und ihrer Familien dazu bei, die Voraussetzungen für die Entfaltung einer leistungs- und wettbewerbsfähigen Landwirtschaft zu schaffen. Als berufsständisch geprägtes Sondersystem ist sie darauf ausgerichtet, die besonderen Belange selbständiger Landwirte bei ihrer sozialen Absicherung bestmöglich zu berücksichtigen und den Strukturwandel in der Landwirtschaft sozial zu flankieren.

Die **Alterssicherung der Landwirte** (AdL) ist ein eigenständiges Sondersystem der Alterssicherung für landwirtschaftliche Unternehmer, ihre Ehegatten und mitarbeitenden Familienangehörigen. Die gesetzliche Grundlage bildet das Gesetz über die Alterssicherung der Landwirte. Die AdL wurde im Jahr 1957 eingeführt und ist als Teilsicherungssystem konzipiert, da davon ausgegangen wird, dass die Versicherten ihre Altersversorgung individuell durch Altenteilansprüche und/oder eine zusätzliche freiwillige Vorsorge ergänzen. Daneben trägt die AdL auch zur Umsetzung agrarpolitischer Ziele bei, indem beispielsweise die Gewährung von Rentenleistungen stets die Abgabe des landwirtschaftlichen Unternehmens voraussetzt.

Die Rentenleistungen der AdL sind hinsichtlich des Katalogs der Leistungsarten und der Anspruchsvoraussetzungen an die Regelungen der gesetzlichen Rentenversicherung angelehnt. Es werden Renten an Versicherte, d. h. Altersrenten und Renten wegen Erwerbsminderung sowie Renten an Hinterbliebene geleistet. Die Anzahl der Rentenempfänger betrug im Jahre 2012 (Stand: 31.12.) rund 611 000 (davon rund 315 000 Regelaltersrenten).

Seit Einführung der Defizitdeckung des Bundes im Jahre 1995, die den Fehlbetrag zwischen Einnahmen und Ausgaben ausgleicht, trägt der Bund die finanziellen Folgen des Strukturwandels in der Landwirtschaft. Im Rahmen dieser Defizitdeckung werden mehr als drei Viertel der Ausgaben finanziert.

Die **landwirtschaftliche Krankenversicherung** besteht seit 1972. Der Leistungskatalog unterscheidet sich grundsätzlich nicht von dem der allgemeinen gesetzlichen Krankenkassen. Allerdings erhalten landwirtschaftliche Unternehmer im Krankheitsfall anstelle von Krankengeld unter bestimmten Voraussetzungen Betriebs- und Haushaltshilfe.

Durch den Strukturwandel in der Landwirtschaft nimmt in der landwirtschaftlichen Krankenversicherung die Zahl der Rentner bzw. Altenteiler im Verhältnis zu den aktiven Mitgliedern wesentlich schneller zu als in der allgemeinen Krankenversicherung. Die aktiven Mitglieder tragen durch die Übernahme der Verwaltungskosten für die Krankenversicherung der Rentner bzw. Altenteiler sowie durch einen Anteil ihres Beitragsaufkommens zur Finanzierung der Ausgaben für die ältere Generation bei. Damit wird gewährleistet, dass sich die aktiven Mitglieder der landwirtschaftlichen Krankenversicherung in etwa im gleichen Umfang an den Ausgaben für die nicht mehr aktiven Mitglieder beteiligen wie jene in der allgemeinen gesetzlichen Krankenversicherung.

Für die darüber hinaus gehenden Ausgaben für die Rentner bzw. Altenteiler (mehr als 80 Prozent) kommt der Bund auf. Die Rechtsgrundlage dafür bildet das Zweite Gesetz über die Krankenversicherung der Landwirte (KVLG 1989). Die Bundesmittel dienen vorrangig dem Ziel, die strukturwandelbedingten Belastungen der Versicherten in der landwirtschaftlichen Krankenversicherung abzumildern.

In 2014 ist ein Betrag in Höhe von 37 Mio. € dazu bestimmt, die aus der Absenkung der Leistungen des Bundes an den Gesundheitsfonds resultierenden Mindereinnahmen der landwirtschaftlichen Krankenkasse auszugleichen. Dieser Betrag ist für die Gewährleistung der Beitragsstabilität bei den aktiven Versicherten einzusetzen.

Die **landwirtschaftliche Unfallversicherung** (LUV) ist eine genossenschaftlich organisierte Solidargemeinschaft zur Absicherung berufsbedingter Unfallrisiken. Pflichtversichert sind die land- oder forstwirtschaftlichen Unternehmer, die im Unternehmen mitarbeitenden Ehegatten oder Lebenspartner sowie alle im Unternehmen - auch nur vorübergehend - beschäftigten Personen.

Um die Einkommenssituation in der Landwirtschaft zu verbessern, entlastet der Bund seit 1963 die zuschussberechtigten Unternehmer durch freiwillige Zuschüsse zur LUV. Sie ersetzen einen Teil der von den Unternehmern zu tragenden Umlage, reduzieren damit den individuellen Beitrag des Unternehmers und entlasten ihn unmittelbar bei den Betriebskosten. Zuschussberechtigt sind vor allem bodenbewirtschaftende Unternehmer, deren Jahresbeitrag einen jährlich festgelegten Grenzwert (zurzeit 305 €, Stand 2013, Umlagejahr 2012) übersteigt.

1001 Landwirtschaftliche Sozialpolitik

Überblick zum Kapitel 1001	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Ausgaben					
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	3 680 000	3 662 000	+18 000		3 658 861
Gesamtausgaben..	3 680 000	3 662 000	+18 000		3 658 861
davon nicht flexibilisiert..	3 680 000	3 662 000	+18 000		3 658 861

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben folgender Titel sind gegenseitig deckungsfähig: 636 01, 636 03, 636 04, 636 05 und 636 06.

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
636 01 -226	Zuschüsse zur Alterssicherung der Landwirte	2 147 000	2 142 000	2 194 218

Erläuterungen:

Die Gesamtausgaben der Alterssicherung der Landwirte werden durch Beiträge, sonstige Einnahmen und Bundesmittel gedeckt. Der Bund trägt gemäß § 78 des Gesetzes über die Alterssicherung der Landwirte (Art. 1 des Gesetzes vom 29. Juli 1994, BGBl. I S. 1890) den Unterschiedsbetrag zwischen den Einnahmen und den Ausgaben eines jeden Kalenderjahres.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
636 02 -223	Zuschüsse zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung	125 000	150 000	175 000

Erläuterungen:

Die Zuschüsse des Bundes zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung dienen der Senkung der Unternehmerbeiträge und damit der kostenmäßigen Entlastung landwirtschaftlicher Betriebe.

Weniger wegen stufenweiser Reduzierung des Bundeszuschusses.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
636 03 -226	Zuschüsse zur Gewährung einer Rente an Kleinlandwirte bei Landabgabe (Landabgaberente)	30 000	34 000	34 847

Erläuterungen:

Nach dem Gesetz über die Alterssicherung der Landwirte (ALG) - Art. 1 des Gesetzes vom 29. Juli 1994 (BGBl. I S. 1890) - wird älteren Landwirten, die ihre Nutzflächen zur Strukturverbesserung abgeben, eine Landabgaberente gewährt. Die Maßnahme ist für Neubewilligungen bis zum 31. Dezember 1983 befristet.

Die Aufwendungen für die Landabgaberente einschließlich der Verwaltungskosten trägt der Bund. Zu den Aufwendungen zählen seit 1995 auch die von den Alterskassen zu tragenden Anteile an den Beiträgen aus Landabgaberente zur sozialen Pflegeversicherung.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
636 04 -224	Zuschüsse zur Krankenversicherung der Landwirte	1 347 000	1 305 000	1 225 748

Erläuterungen:

Die Zuschüsse zur Krankenversicherung der Landwirte sind dazu bestimmt, die Leistungsaufwendungen für Empfänger von Renten aus der Alterssicherung der Landwirte und sonstiger Altenteiler gemäß § 37 des Zweiten Gesetzes über die Krankenversicherung der Landwirte (KVLG 1989) (Art. 8 des Gesetzes vom 20. Dezember 1988, BGBl. I S. 2477) zu decken, soweit sie nicht durch Beiträge der Altenteiler aufgebracht werden, abzüglich des Solidarzuschlages nach § 38 KVLG 1989.

Gemäß § 65 des Zweiten Gesetzes über die Krankenversicherung der Landwirte (Art. 2 des Haushaltsbegleitgesetzes 2014) werden im Jahr 2014 zusätzlich 37 Mio. € veranschlagt. Diese Leistungen des Bundes sind von der landwirtschaftlichen Krankenkasse ausschließlich zur Beitragsstabilität einzusetzen.

1001 Landwirtschaftliche Sozialpolitik

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
636 05 -229	Zuschüsse zur Zusatzaltersversorgung für Arbeitnehmer in der Land- und Forstwirtschaft	29 000	29 000	26 755

Erläuterungen:

Der Bund trägt die Kosten von ergänzenden Ausgleichsleistungen an ehemalige land- und forstwirtschaftliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach Maßgabe des Gesetzes über die Errichtung einer Zusatzversorgungskasse für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Land- und Forstwirtschaft vom 31. Juli 1974 (BGBl. I S. 1660). Außerdem trägt der Bund die hierbei entstehenden Verwaltungskosten.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
636 06 -229	Zuschüsse zur Förderung der Einstellung der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit	2 000	2 000	2 293

Erläuterungen:

Leistungen nach dem Gesetz zur Förderung der Einstellung der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit vom 21. Februar 1989 (BGBl. I S. 233). Die Voraussetzungen für Neubewilligungen müssen bis zum 31. Dezember 1996 vorgelegen haben. Die Leistungsaufwendungen und die bei der Durchführung dieses Gesetzes entstehenden Verwaltungskosten werden vom Bund getragen.

Vorbemerkung

Wesentliche finanzwirksame Schwerpunkte des Kapitels

Im Kapitel Gesundheitlicher Verbraucherschutz und Ernährung ist die Erstattung der Verwaltungskosten des **Bundesinstituts für Risikobewertung** (Titel 671 01 und 893 01) in Höhe von ca. 79,2 Mio. € veranschlagt. Weiterer wesentlicher Ausgabeschwerpunkt des Kapitels ist die **Information der Verbraucherinnen und Verbraucher** (Titel 684 04). Außerdem ist hier ein Zuschuss an die **Deutsche Gesellschaft für Ernährung e. V. (DGE)** (Titel 685 01) veranschlagt.

Wesentliche Ziele, die mit den veranschlagten Mitteln erreicht werden sollen

Kernanliegen des BMEL sind der Schutz von Gesundheit und Sicherheit im Ernährungsbereich sowie die Produktsicherheit. Diese Ziele werden durch gesetzgeberische und administrative Maßnahmen sowie durch Maßnahmen der Verbraucherinformation verfolgt.

Das **Bundesinstitut für Risikobewertung** hat die Aufgabe, bestehende gesundheitliche Risiken zu bewerten, neue gesundheitliche Risiken im Umfeld von Verbraucherinnen und Verbrauchern aufzuspüren und Empfehlungen zur Risikobegrenzung zu erarbeiten. Weitere Aufgaben sind die Risikokommunikation gegenüber der Öffentlichkeit, die Zusammenarbeit mit den Stellen der Europäischen Union und die Wahrnehmung der Funktion nationaler Referenzlaboratorien.

Ziel der **Information der Verbraucherinnen und Verbraucher** ist es, im Wege der Projektförderung die Position der Verbraucherinnen und Verbraucher auf den Märkten sowie ihre Kompetenz zu stärken. Dazu gehört insbesondere die Vermittlung unabhängiger Informationen zu Ernährung und Lebensmitteln sowie zu Sicherheit und Gesundheit.

Die **Deutsche Gesellschaft für Ernährung** vermittelt ernährungswissenschaftliche Erkenntnisse und fördert die Gesundheit der Bevölkerung in Deutschland durch gezielte, wissenschaftlich fundierte und unabhängige Ernährungsaufklärung und Qualitätssicherung.

Überblick zum Kapitel 1002	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Ausgaben					
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	94 761	105 859	-11 098	3 238	100 435
Ausgaben für Investitionen.....................................	4 832	4 159	+673	1 708	9 380
Gesamtausgaben...	99 593	110 018	-10 425	4 946	109 815
davon nicht flexibilisiert..	99 593	110 018	-10 425	4 946	109 815
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung...................................	39 842 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.................................	18 163 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.................................	12 376 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.................................	9 303 T€				

1002 Gesundheitlicher Verbraucherschutz und Ernährung

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Ausgaben

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)

671 01 -314	Erstattung der Verwaltungskosten des Bundesinstituts für Risikobewertung	74 341	62 506 *2 238*	59 460

Verpflichtungsermächtigung... 24 622 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 9 293 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 8 426 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 6 903 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Die Ausgaben sind mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 893 01.

Erläuterungen:

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
Institutionelle Förderung/Zuschüsse an Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO					
Bundesinstitut für Risikobewertung..	97,31	100,00	79 173	66 665	68 840
- aus Kap. 1002 Tit. 671 01...			*74 341*	*62 506*	*59 460*
- aus Kap. 1002 Tit. 893 01...			*4 832*	*4 159*	*9 380*

Wirtschaftsplan siehe Anlage zum Kapitel.

Mehr wegen Bauunterhaltungsmaßnahmen und Betriebskostennachzahlung an die BImA.

684 04 -522	Information der Verbraucherinnen und Verbraucher	16 796	25 000 *1 000*	16 101

Verpflichtungsermächtigung... 12 400 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 6 700 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 3 300 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 2 400 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

Erläuterungen:

Gefördert werden können Projekte und sonstige Maßnahmen von bundesweiter Bedeutung im Rahmen des gesundheitlichen Verbraucherschutzes und der Ernährungspolitik zur Information der Verbraucherinnen und Verbraucher sowie Maßnahmen der Verhaltens- und Verhältnisprävention.

Die Projekte und Maßnahmen umfassen insbesondere Fragestellungen zu Ernährung und Lebensmitteln einschließlich der Herstellungs- und Verarbeitungsprozesse und zu Sicherheit und Gesundheit.

In dem Titel sind auch die im Rahmen des nationalen Aktionsplans "IN FORM - Deutschlands Initiative für gesunde Ernährung und mehr Bewegung" vorgesehenen Ausgaben veranschlagt.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 684 04

Mitveranschlagt sind die Kosten vorbereitender, begleitender und auswertender Projekte und Maßnahmen

Ausgaben dürfen auch für die fachbezogenen Personal- und Sachaufwendungen der Projektträger geleistet werden.

Es sollen in erster Linie unmittelbar an die Verbraucherinnen und Verbraucher gerichtete Projekte und Maßnahmen von Einrichtungen der Verbraucherinformation und -vertretung unterstützt werden. Daneben können auch Veranstaltungen oder Materialien gefördert werden, die sich primär an Multiplikatoren richten. Es können zudem eigene Informationsmaßnahmen des Ministeriums finanziert werden.

Für Fachinformationen sind 9 000 T€ vorgesehen.

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Weniger durch Umsetzung nach Kap. 0701 Tit. 684 03.

685 01 -522	Zuschuss an die Deutsche Gesellschaft für Ernährung e. V.	3 624	3 409	2 645

Erläuterungen:

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	Finanzierungsanteil in Prozent ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
Institutionelle Förderung/Zuschüsse an Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO					
Deutsche Gesellschaft für Ernährung e. V. *- aus Kap. 1002 Tit. 685 01*	70,14	100,00	3 624	3 409	2 645

Wirtschaftsplan siehe Anlage zum Kapitel 1002.

Ausgaben für Investitionen

893 01 -314	Zuschüsse für Investitionen des Bundesinstituts für Risikobewertung	4 832	4 159 *1 708*	9 380

Verpflichtungsermächtigung ... 2 820 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu ... 2 170 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu ... 650 T€

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 671 01.

Erläuterungen:

Zuwendungsempfänger: Zusammenstellung siehe Erläuterungen zu Tit. 671 01.

Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel

684 01 -522	Zuschüsse an die Vertretung der Verbraucher		9 444	8 729
684 02 -522	Zuschuss an die Stiftung Warentest		5 500	3 500
684 03 -522	Erhöhung des Stiftungskapitals der Stiftung Warentest		-	10 000

1002 Gesundheitlicher Verbraucherschutz und Ernährung

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
684 05 -522	Zuschuss an die Deutsche Stiftung Verbraucherschutz		-	-

Anlage zu Kapitel 1002 - Wirtschaftspläne

Zu Tit. 685 01

Deutsche Gesellschaft für Ernährung e. V.

Wirtschaftsplan		Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1		2	3	4
Institutionelle Förderung				
1.	**Ausgaben**	**5 167**	**4 971**	**4 161**
1.1	Personalausgaben	2 458	2 415	2 353
1.2	Sächliche Verwaltungsausgaben	2 618	2 405	1 544
1.3	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	5	5	5
1.4	Ausgaben für Investitionen	86	146	259
2.	**Finanzierung der Ausgaben**	**5 167**	**4 971**	**4 161**
2.1	Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	1 543	1 562	1 516
2.2	**Zuwendung des Bundes**	**3 624**	**3 409**	**2 645**
	aus Kap. 1002 Tit. 685 01	*3 624*	*3 409*	*2 645*
nachrichtlich: **Projektförderung**		-	-	1 871

Im Ist 2012 enthalten sind 6 T€ nicht verbrauchte Kassenmittel gem. Nr. 1.6 der Anlage 1 zur VV Nr. 5.1 zu § 44 BHO.

1002 Anlage 2 Verwaltungshaushaltsplan des Bundesinstituts für Risikobewertung - BfR (1091)

Vorbemerkung

Das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) ist zum 1. November 2002 als bundesunmittelbare rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts durch das Gesetz zur Neuorganisation des gesundheitlichen Verbraucherschutzes und der Lebensmittelsicherheit vom 6. August 2002 (BGBl. I S. 3082 ff.) errichtet worden.

Die Aufgaben des BfR sind u. a.:

1. Wissenschaftliche Bewertung bestehender und das Aufspüren neuer gesundheitlicher Risiken im Umfeld des Verbrauchers sowie die Erarbeitung von Empfehlungen für die Risikobegrenzung,
2. Risikokommunikation gegenüber der Öffentlichkeit, der Wissenschaft und anderen beteiligten oder interessierten Kreisen,
3. Aufbau und Betrieb eines Netzwerkes - Koordination des wissenschaftlichen Informationsaustausches,
4. Zusammenarbeit mit Dienststellen der Europäischen Gemeinschaft. Das BfR ist nationale Kontaktstelle, insbesondere der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA),
5. Entwicklung, Erfassung und Bewertung von Ersatz- und Ergänzungmethoden zu Tierversuchen (ZEBET),
6. Wahrnehmung der Funktion nationaler Referenzlaboratorien.

Das BfR hat seinen Sitz in Berlin.

Überblick zur Anlage	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	2 159	3 921	-1 762		4 566
Übrige Einnahmen	79 203	66 695	+12 508		107
Gesamteinnahmen	81 362	70 616	+10 746		4 673
Ausgaben					
Personalausgaben	38 243	37 443	+800		37 146
Sächliche Verwaltungsausgaben	35 635	26 578	+9 057		24 910
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	2 652	2 436	+216		2 076
Ausgaben für Investitionen	4 832	4 159	+673		9 381
Gesamtausgaben	81 362	70 616	+10 746		73 513
davon flexibilisiert	68 329	59 395	+8 934		61 094
davon nicht flexibilisiert	13 033	11 221	+1 812		12 419
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung	27 442 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu	11 463 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu	9 076 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu	6 903 T€				

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

111 01 -314	Gebühren, sonstige Entgelte	5	5	3
119 09 -314	Vermischte Einnahmen	1 601	3 367	4 168

Haushaltsvermerk:

1. Mehreinnahmen zu Nr. 1 der Erläuterungen sind wegen rechtsverbindlicher Verwendungsauflage bei Aufträgen zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Tgr. 02.
2. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Entgelte für Vorträge, Gutachten und Beratungen im Auftrag Dritter ermäßigt werden, wenn dafür ein erhebliches Bundesinteresse besteht.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Einnahmen aus Aufträgen Dritter	1 244
2. Einnahmen aus dem Verkauf von Tieren und Referenzmaterial	340
3. Sonstiges	17
Zusammen	1 601

124 01 -314	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	509	515	337
125 01 -314	Einnahmen aus Versuchseinrichtungen	40	30	57

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Dung an öffentliche Einrichtungen kostenlos abgegeben wird.

132 01 -314	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	4	4	1

Übrige Einnahmen

231 01 -314	Erstattung des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft	79 173	66 665	-

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
Berechnung der Erstattung:	
Gesamtausgaben 2014	81 362

1002 Anlage 2
Verwaltungshaushaltsplan des Bundesinstituts für Risikobewertung - BfR (1091)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 231 01

Bezeichnung	1 000 €
davon ab:	
Eigene Einnahmen	-2 189
Zusammen	79 173

Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft erstattet nach Art. 1, § 9 des Gesetzes zur Neuorganisation des gesundheitlichen Verbraucherschutzes und der Lebensmittelsicherheit aus seinem Epl. 10, Kap. 1002 Tit. 671 01 und Tit. 893 01, die durch eigene Einnahmen nicht gedeckten Verwaltungs- und Investitionsausgaben.

Mehr wegen erhöhter Verwaltungsausgaben und damit höhere Erstattung der Verwaltungskosten durch BMEL.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
261 01 -314	Erstattungen von Verwaltungskosten	30	30	107

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen zu Nr. 1 der Erläuterungen sind wegen rechtsverbindlicher Verwendungsauflage bei Aufträgen Dritter zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Tgr. 02.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Gemeinkostenzuschlag bei Aufträgen der EU für Forschungs-, Untersuchungs-, Entwicklungs- und Erprobungsarbeiten	29
2. Sonstiges	1
Zusammen	30

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
282 09 -314	Einnahmen aus Sponsoring, Spenden und ähnlichen freiwilligen Geldleistungen	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind wegen rechtsverbindlicher Verwendungsauflage Dritter zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 547 09.

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.

In die Flexibilisierung einbezogen sind auch Tit. 547 61 und 685 61.

Ausgenommen ist Tgr. 02.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Sächliche Verwaltungsausgaben			
518 02 -314	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	11 712	8 290	7 885
	Verpflichtungsermächtigung...... 20 109 T€ davon fällig: im Haushaltsjahr 2015 bis zu...... 6 703 T€ im Haushaltsjahr 2016 bis zu...... 6 703 T€ im Haushaltsjahr 2017 bis zu...... 6 703 T€ Haushaltsvermerk: Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.			
529 01 -314	Außergewöhnlicher Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	3	3	3
	Haushaltsvermerk: Die Erläuterungen sind verbindlich. Erläuterungen: Zur Verfügung des Präsidenten. Aus dem Mittelansatz dürfen auch Ausgaben für die Bewirtung mit Erfrischungen bei Besprechungen aus besonderem Anlass geleistet werden. Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Aus den Belegen muss Anlass, Funktion und Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer (Begünstigte) erkennbar sein. Eine Auszahlung ohne Beleg ist nicht zulässig.			
542 01 -013	Öffentlichkeitsarbeit	45	45	43
	Haushaltsvermerk: Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Werbe- und Informationsmaterialien gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden. Erläuterungen: Die Ausgaben für Porto, Verpackung und Versand der Veröffentlichungen sind aus dem Ansatz zu leisten.			
547 09 -314	Ausgaben für Vorhaben, die aus Spenden, Sponsoring und ähnlichen freiwilligen Geldleistungen finanziert werden	-	-	-
	Haushaltsvermerk: Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 282 09.			

1002 Anlage 2
Verwaltungshaushaltsplan des Bundesinstituts für Risikobewertung - BfR (1091)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Titelgruppe 02			
Tgr. 02	Durchführung von Aufträgen anderer Bundesbehörden und Dritter	(1 273)	(2 883)	
	Haushaltsvermerk: 1. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig. 2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: 119 09 und 261 01. Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.			
	Erläuterungen: Die Ausgaben werden für die Herstellung diagnostischer Seren sowie für andere Aufträge Dritter verwendet.			
427 29 -165	Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige Haushaltsvermerk: § 20 Abs. 1 BHO findet keine Anwendung.	900	2 112	2 187
547 21 -165	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	373	771	859
812 21 -165	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)	-	-	7
	Flexibilisierte Ausgaben			
	Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG			
	Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3	38 393	36 165	35 550
	Aus Hauptgruppe 5	23 502	17 469	14 250
	Aus Hauptgruppe 6 ohne Titel 634 .3	1 602	1 602	-
	Aus Hauptgruppe 7	2 584	1 289	1 083
	Aus Hauptgruppe 8	2 248	2 870	8 291
	Zusammen	68 329	59 395	59 174
F 422 01 -314	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*7 933*	*8 049*	*7 057*
F 424 01 -011	*Zuführung an die Versorgungsrücklage*	*104*	*46*	*55*
F 427 09 -314	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*845*	*845*	*651*

Verwaltungshaushaltsplan des Bundesinstituts für Risikobewertung - BfR (1091)

	Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
		Noch zu flexibilisierte Ausgaben			
F	*428 01 -314*	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*4 641*	*3 850*	*23 273*
F	*428 02 -314*	*Entgelte für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler*	*21 335*	*20 186*	*-*
		Haushaltsvermerk: *Aus dem Titel werden Entgelte für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie für sonstige im wissenschaftsrelevanten Bereich Beschäftige gezahlt, die im Rahmen der Planung, Vorbereitung, Durchführung, Auswertung oder Bewertung von Forschungsvorhaben einen wesentlichen Beitrag leisten. Für diesen Beschäftigtenkreis wird kein verbindlicher Stellenplan ausgebracht. Unbefristete Beschäftigungsverhältnisse dürfen im Rahmen vorhandener Mittel abgeschlossen werden.*			
F	*441 01 -840*	*Beihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften*	*230*	*230*	*221*
F	*443 01 -840*	*Fürsorgeleistungen und Unterstützungen einschließlich Inanspruchnahme von besonderen Fachdiensten/-kräften*	*95*	*95*	*24*
F	*453 01 -314*	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	*30*	*30*	*13*
F	*511 01 -314*	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände, Software, Wartung*	*1 575*	*1 800*	*439*
F	*514 01 -314*	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*	*550*	*540*	*519*
F	*517 01 -314*	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	*12 265*	*6 700*	*7 495*
F	*518 01 -314*	*Mieten und Pachten*	*165*	*160*	*164*
F	*519 01 -314*	*Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen*	*2 600*	*1 420*	*655*
		Verpflichtungsermächtigung.. 3 323 T€ *davon fällig:* *im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 1 900 T€* *im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 1 423 T€*			
F	*523 01 -314*	*Wissenschaftliche Sammlungen und Bibliotheken*	*350*	*350*	*345*
F	*525 01 -314*	*Aus- und Fortbildung*	*299*	*299*	*249*

1002 Anlage 2
Verwaltungshaushaltsplan des Bundesinstituts für Risikobewertung - BfR (1091)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 526 02 -314	*Sachverständige, Ausgaben für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen*	*160*	*160*	*33*

Erläuterungen:

	Bezeichnung	*1 000 €*
1.	*Sachverständige*	*40*
2.	*Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen*	
2.1	*Wissenschaftlicher Beirat des BfR*	*4*
2.2	*Verbraucherbeirat*	*2*
2.3	*Kommission für kosmetische Mittel*	*6*
2.4	*Kommission für Bedarfsgegenstände mit 6 Arbeitsgruppen*	*19*
2.5	*Kommission für Bewertung von Vergiftungen*	*8*
2.6	*Kommission für Wein- und Fruchtsaftanalysen*	*4*
2.7	*Kommission "ZEBET"*	*3*
2.8	*Nationale Stillkommission*	*6*
2.9	*Kommission für Lebensmittelzusatzstoffe, Aromastoffe und Verarbeitungshilfsstoffe*	*5*
2.10	*Kommission für Futtermittel und Tierernährung*	*5*
2.11	*Kommission für Pflanzenschutzmittel und ihre Rückstände*	*5*
2.12	*Kommission für genetisch veränderte Lebens- und Futtermittel.*	*5*
2.13	*Kommission für Ernährung, diätische Produkte, neuartige Lebensmittel und Allergien*	*5*
2.14	*Kommission für biologische Gefahren*	*5*
2.15	*Kommission für Kontaminanten und andere gesundheitlich unerwünschte Stoffe in der Lebensmittelkette*	*5*
2.16	*Kommission für pharmakologisch wirksame Stoffe und Tierarzneimittel*	*5*
2.17	*Kommission für Expositionsschätzung und -standardisierung*	*9*
2.18	*Kommission für Hygiene*	*5*
2.19	*Kommission für Risikoforschung und Risikowahrnehmung*	*6*
2.20	*Tierschutzkommission*	*6*
2.21	*Ad hoc einzuberufende Beratungsgremien*	*2*
Zusammen		*160*

Aus diesen Ausgaben dürfen auch die Kosten für die Drucklegung von Gutachten und ihren Ankauf sowie für die Vorbereitung von Sitzungen durch Anschaffung von Materialien und anderen Unterlagen geleistet werden.

F 527 01 -314	*Dienstreisen*	*380*	*350*	*379*
F 532 01 -314	*Aufträge und Dienstleistungen im Bereich Informationstechnik*	*268*		

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1091 Tit. 539 99	*43*	*59*

Verwaltungshaushaltsplan des Bundesinstituts für Risikobewertung - BfR (1091)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 539 99 -314	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*410*	*1 290*	*789*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Reisen in Angelegenheiten der Personalvertretungen und der Gleichstellungsbeauftragten sowie in Vertretung der Interessen schwerbehinderter Menschen	*22*
2. Übersetzungen	*55*
3. Prüfung ortsveränderlicher elektr. Betriebsmittel	*123*
4. Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern	*120*
5. Sonstiges	*90*
Zusammen	*410*

F 543 01 -314	*Veröffentlichungen und Fachinformationen*	*800*	*800*	*842*

Verpflichtungsermächtigung..

fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu... *190 T€*

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Veröffentlichung und Dokumentation	*225*
2. Besondere Maßnahmen der Risikokommunikation	*575*
Zusammen	*800*

Die Ausgaben für Porto, Verpackung und Versand der Veröffentlichungen sind aus dem Ansatz zu leisten.

F 545 01 -314	*Konferenzen, Tagungen, Messen und Ausstellungen*	*280*	*250*	*193*

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Werbe- und Informationsmaterialien gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

F 634 03 -314	*Zuweisungen an den Versorgungsfonds*	*1 050*	*834*	*641*
F 684 09 -314	*Mitgliedsbeiträge und sonstige Zuschüsse an Verbände, Vereine und ähnliche Institutionen geringeren Umfangs*	*2*	*2*	*1*

1002 Anlage 2
Verwaltungshaushaltsplan des Bundesinstituts für Risikobewertung - BfR (1091)

	Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F	711 01 -314	*Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten*	*2 584*	*939*	*1 083*

Verpflichtungsermächtigung.. 2 020 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 1 370 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 650 T€

Erläuterungen:

Einjährige Maßnahmen	*1 000 €*
Sonstige Baumaßnahmen...	*100*

Mehrjährige Maßnahmen *(davon neue Maßnahmen in Fettdruck)*	*Gesamtausgaben des Bundes 1 000 €*	*Verausgabt bis 2012 1 000 €*	*Bewilligt 2013 1 000 €*	*Nach 2013 übertragene Ausgabereste 1 000 €*	*Veranschlagt 2014 1 000 €*	*Vorbehalten für 2015 ff 1 000 €*
1	*2*	*3*	*4*	*5*	*6*	*7*
1. Umsetzung Geflügelschlachtanlage...	*1 410*	*231*	*570*	*-*	*609*	*-*
2. Erneuerung Blitzschutz-, Erdungsanlagen und Überspannungsschutz in Berlin-Marienfelde und Berlin-Alt-Marienfelde...	***1 300***	***-***	***160***	***-***	***1 140***	***-***
3. Erneuerung Thermische Abwasserdesinfektionsanlage.......	***1 980***	***-***	***40***	***-***	***140***	***1 800***
4. Errichtung eines Gewächshauses für die Algenzucht (Biotoxine)..	***330***	***-***	***-***	***-***	***110***	***220***
7. Erneuerung der Gebäudeleittechnik und Ertüchtigung aller Messpunkte...	*854*	*-*	*369*	*-*	*485*	
Zusammen...	*5 874*	*231*	*1 139*	*-*	*2 484*	*2 020*

F	**712 01** -314	*Baumaßnahmen von mehr als 2 000 000 € im Einzelfall*	*-*	*350*	*-*
F	811 01 -314	*Erwerb von Fahrzeugen*	*32*	*-*	*11*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
Ersatzbeschaffung	
1 Gabelstapler...	*32*
Zusammen...	*32*

F	812 01 -314	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)*	*180*	*850*	*77*
F	812 02 -314	*Erwerb von Anlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Software im Bereich Informationstechnik*	*752*	*736*	*1 135*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Erstbeschaffung...	*200*
2. Ersatzbeschaffung...	*552*
Zusammen...	*752*

Verwaltungshaushaltsplan des Bundesinstituts für Risikobewertung - BfR (1091)

	Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
		Noch zu flexibilisierte Ausgaben			
F	*812 05 -314*	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Neu- und Erweiterungsbauten*	*-*	*-*	*6 113*
F	*823 02 -314*	*Erwerbsanteile im Rahmen von ÖPP-Projekten sowie Erwerb privat vorfinanzierter unbeweglicher Sachen*	*34*	*34*	*33*
		Haushaltsvermerk: *Rückeinnahmen vom Contractor (Energiespar-Contracting) fließen den Ausgaben zu.*			
		Titelgruppe 06			
	Tgr. 06	Forschung und Untersuchungen	(8 380)	(8 200)	
F	*427 69 -314*	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*2 130*	*2 000*	*3 615*
F	*511 61 -314*	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände, Software, Wartung*	*1 500*	*1 500*	*1 195*
F	*547 61 -314*	*Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben*	*1 900*	*1 850*	*953*
F	*685 61 -314*	*Forschungs- und Untersuchungsaufträge*	*1 600*	*1 600*	*1 434*
		Verpflichtungsermächtigung.................... 1 000 T€ *davon fällig:* *im Haushaltsjahr 2015 bis zu.................... 500 T€* *im Haushaltsjahr 2016 bis zu.................... 300 T€* *im Haushaltsjahr 2017 bis zu.................... 200 T€*			
F	*812 61 -314*	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)*	*1 250*	*1 250*	*922*
		Verpflichtungsermächtigung.................... *fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu.................... 800 T€*			

Erläuterungen:

Einjährige Maßnahmen	*1 000 €*
1. Erstbeschaffung	
1.1 Genomsequenzierungsplattform....................	*295*
1.2 Computertomograph....................	*400*
1.3 Massenspektrometer....................	*230*
2. Sonstige Beschaffungen....................	*325*
Zusammen....................	*1 250*

1003 Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes"

Vorbemerkung

Wesentliche finanzwirksame Schwerpunkte des Kapitels

Für die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (GAK) stehen effektiv 600 Mio. € Bundesmittel zur Verfügung. Davon sind 25 Mio. € für den Sonderrahmenplan für Maßnahmen des Küstenschutzes in Folge des Klimawandels veranschlagt. Zusammen mit der Kofinanzierung der Länder kann ein Bewilligungsrahmen für die GAK-Maßnahmen von rund 1 Mrd. € mobilisiert werden.

Ausgabenschwerpunkte neben dem Sonderrahmenplan sind die Verbesserung der ländlichen Strukturen, die Verbesserung der Produktions- und Vermarktungsbedingungen und die Stärkung der nachhaltigen Landbewirtschaftung, beispielsweise durch

1. Förderung wasserwirtschaftlicher Maßnahmen,
2. Neuordnung ländlichen Grundbesitzes und Gestaltung des ländlichen Raumes,
3. einzelbetriebliche Förderung oder
4. Förderungen in benachteiligten Gebieten.

Wesentliche Ziele, die mit den veranschlagten Mitteln erreicht werden sollen

Gemeinschaftsaufgaben im Sinne des Artikel 91a Absatz 1 des Grundgesetzes sind Aufgaben der Länder, die für die Gesamtheit bedeutsam sind und bei denen die Mitwirkung des Bundes zur Verbesserung der Lebensverhältnisse erforderlich ist.

Die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" zielt darauf ab, eine leistungsfähige, auf künftige Anforderungen ausgerichtete Land- und Forstwirtschaft zu gewährleisten und ihre Wettbewerbsfähigkeit im Gemeinsamen Markt der Europäischen Union zu ermöglichen sowie den Küstenschutz zu verbessern. Dabei sind Ziele und Erfordernisse der Raumordnung, Landesplanung sowie des Umwelt- und Tierschutzes zu beachten.

Zur Erfüllung der Gemeinschaftsaufgabe stellen Bund und Länder jährlich einen gemeinsamen Rahmenplan auf. Er beschreibt die durchzuführenden Maßnahmen, die damit verbundenen Zielvorstellungen, die Fördergrundsätze sowie die Art und Höhe der Förderungen.

Die Fördermaßnahmen der Gemeinschaftsaufgabe sind ein zentrales Instrument, um die nationale Mitfinanzierung der EU-Politik zur Entwicklung des ländlichen Raumes umzusetzen.

Überblick zum Kapitel 1003	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	10 000	10 000	-		8 140
Übrige Einnahmen	5 005	6 207	-1 202		5 282
Gesamteinnahmen	15 005	16 207	-1 202		13 422
Ausgaben					
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	195 000	195 000	-		149 136
Ausgaben für Investitionen	395 000	395 000	-	5 442	434 545
Gesamtausgaben	590 000	590 000	-	5 442	583 681
davon nicht flexibilisiert	590 000	590 000	-	5 442	583 681
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung	407 000 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu	168 000 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu	114 000 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu	64 000 T€				
im Haushaltsjahr 2018 bis zu	38 000 T€				
im Haushaltsjahr 2019 bis zu	19 000 T€				
im Haushaltsjahr 2020 bis zu	2 000 T€				
im Haushaltsjahr 2021 bis zu	500 T€				
im Haushaltsjahr 2022 bis zu	500 T€				
im Haushaltsjahr 2023 bis zu	500 T€				
im Haushaltsjahr 2024 bis zu	500 T€				

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Einnahmen			
	Verwaltungseinnahmen			
119 09 -521	Vermischte Einnahmen	10 000	10 000	8 140
133 01 -521	Einnahmen aus Veräußerung von Vermögenswerten	-	-	-
	Übrige Einnahmen			
152 01 -521	Zinsen aus Darlehen zur Förderung der Flurbereinigung	-	-	-
152 02 -521	Zinsen von Darlehen für einzelbetriebliche Maßnahmen und ländliche Siedlung	-	-	-
162 01 -521	Zinsen von verschiedenen Darlehen	2	2	2
172 01 -521	Tilgung von Darlehen zur Förderung der Flurbereinigung	5 000	6 200	5 268
172 02 -521	Tilgung von Darlehen für einzelbetriebliche Maßnahmen und ländliche Siedlung	-	-	-
182 01 -521	Tilgung von verschiedenen Darlehen	3	5	12
	Ausgaben			
	Titelgruppe 01			
Tgr. 01	Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes"	(565 000)	(565 000) *(5 442)*	

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Epl. 10.

   Deckung aus Vermerk Nr. 2 und Verstärkung aus Vermerk Nr. 5 dürfen den Gesamtbetrag von 10 000 T€ nicht überschreiten.
3. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.
4. Die Verpflichtungsermächtigungen sind gegenseitig deckungsfähig.

1003 Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes"

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Noch zu Titelgruppe 01				
	5. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1010 Tit. 133 01. Deckung aus Vermerk Nr. 2 und Verstärkung aus Vermerk Nr. 5 dürfen den Gesamtbetrag von 10 000 T€ nicht überschreiten.			
	6. Ausgaben in Höhe von mindestens 10 000 T€ dienen ausschließlich der Förderung der Breitbandversorgung in ländlichen Räumen.			
	Erläuterungen: Nach § 10 Abs. 1 des Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" erstattet der Bund jedem Land die ihm in Durchführung der Rahmenpläne entstehenden Ausgaben in Höhe von 60 Prozent bei Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur, von 70 Prozent bei Küstenschutzmaßnahmen. Veranschlagt ist der vorgesehene Bundesanteil zur Finanzierung des 42. Rahmenplans. Die Aufteilung der Ausgaben nach Maßnahmen und Aufgabenbereichen ergibt sich aus der Anlage zu diesem Kapitel. Diese Anlage wird vom Bundesministerium der Finanzen im Benehmen mit dem Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft erstellt, nachdem der Planungsausschuss den 42. Rahmenplan beschlossen hat.			
632 90 -521	Bundesanteil zur Finanzierung der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (ohne Investitionen)	195 000	195 000	149 136
	Verpflichtungsermächtigung.......... 136 000 T€ davon fällig: im Haushaltsjahr 2015 bis zu.......... 37 000 T€ im Haushaltsjahr 2016 bis zu.......... 32 000 T€ im Haushaltsjahr 2017 bis zu.......... 26 000 T€ im Haushaltsjahr 2018 bis zu.......... 20 000 T€ im Haushaltsjahr 2019 bis zu.......... 17 000 T€ im Haushaltsjahr 2020 bis zu.......... 2 000 T€ im Haushaltsjahr 2021 bis zu.......... 500 T€ im Haushaltsjahr 2022 bis zu.......... 500 T€ im Haushaltsjahr 2023 bis zu.......... 500 T€ im Haushaltsjahr 2024 bis zu.......... 500 T€			
882 90 -521	Bundesanteil zur Finanzierung der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (Investitionen)	370 000	370 000 *5 442*	409 738
	Verpflichtungsermächtigung.......... 271 000 T€ davon fällig: im Haushaltsjahr 2015 bis zu.......... 131 000 T€ im Haushaltsjahr 2016 bis zu.......... 82 000 T€ im Haushaltsjahr 2017 bis zu.......... 38 000 T€ im Haushaltsjahr 2018 bis zu.......... 18 000 T€ im Haushaltsjahr 2019 bis zu.......... 2 000 T€			
	Titelgruppe 02			
Tgr. 02	Sonderrahmenplan für Maßnahmen des Küstenschutzes in Folge des Klimawandels	(25 000)	(25 000)	
882 91 -625	Bundesanteil zur Finanzierung des Sonderrahmenplanes für Maßnahmen des Küstenschutzes in Folge des Klimawandels	25 000	25 000	24 807

Vorbemerkung

Das Soll 2013 beruht auf dem Haushaltsansatz von 590 000 T€ und der Verstärkungs-/Deckungsmöglichkeit von bis zu 10 000 T€ gemäß Haushaltsvermerk.

Überblick zur Anlage	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Ausgaben					
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	195 000	162 461	+32 539		149 136
Ausgaben für Investitionen.....................................	395 000	433 146	-38 146		434 544
Gesamtausgaben..	590 000	595 607	-5 607		583 680
davon nicht flexibilisiert..	590 000	595 607	-5 607		583 680

1003 Anlage 1
Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (1095)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Ausgaben			
	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)			
632 00 -521	Verrechnungstitel für den Ausdruck des Kapitelabschlusses	195 000	-	-
	Ausgaben für Investitionen			
852 00 -521	Verrechnungstitel für den Ausdruck des Kapitelabschlusses	395 000	-	-
	Titelgruppe 01			
Tgr. 01	Verbesserung der ländlichen Strukturen	(-)	(227 771)	
632 11 -521	Zuweisungen zur Förderung integrierter Entwicklungskonzepte und des Regionalmanagements	-	1 032	932
632 12 -521	Zuweisungen zur Förderung des freiwilligen Nutzungstausches	-	311	489
882 11 -521	Zuweisungen zur Förderung der Dorferneuerung und -entwicklung	-	36 552	33 853
882 12 -521	Zuweisungen zur Förderung von Infrastrukturmaßnahmen und Schutzpflanzungen	-	10 262	6 332
882 13 -521	Zuweisungen zur Förderung der Neuordnung ländlichen Grundbesitzes	-	48 147	60 660
882 14 -521	Zuweisungen zur Förderung von Kooperationen zur Einkommensdiversifizierung sowie zur Förderung von Maßnahmen land- und forstwirtschaftlicher Betriebe zur Umnutzung ihrer Bausubstanz	-	630	1 611
882 15 -623	Zuweisungen zur Förderung von Hochwasserschutzanlagen und der naturnahen Gewässerentwicklung	-	91 676	101 358
882 16 -623	Zuweisungen zur Förderung von Abwasserbehandlungsanlagen	-	18 454	9 580
882 17 -623	Zuweisungen zur Förderung überbetrieblicher Einrichtungen für Beregnungszwecke und überbetrieblicher Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Wasserressourcen	-	1 487	204

Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (1095)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Noch zu Titelgruppe 01				
882 18 -521	Zuweisungen zur Förderung der Breitbandversorgung in ländlichen Räumen	-	19 220	14 708
	Titelgruppe 02			
Tgr. 02	Verbesserung der Produktions- und Vermarktungsstrukturen	(-)	(96 014)	
622 21 -521	Zuweisungen zur Verbilligung von Zinsen im Rahmen des Agrarinvestitionsförderungsprogramms (AFP)	-	3 000	2 953
632 21 -521	Zuweisungen zur Förderung der einzelbetrieblichen Beratung in Verbindung mit Managementsystemen	-	500	449
632 22 -521	Zuweisungen zur Förderung von Erzeugerzusammenschlüssen	-	665	391
632 23 -521	Zuweisungen zur Förderung der einzelbetrieblichen Energieberatung	-	60	-
882 21 -521	Zuweisungen zur Förderung von einzelbetrieblichen Investitionen (Agrarinvestitionsförderungsprogramm, Diversifizierung)	-	71 320	68 914
882 22 -521	Zuweisungen zur Förderung von Investitionen zur Marktstrukturverbesserung sowie zur Förderung der Verbesserung der Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen der Fischwirtschaft	-	20 469	15 921
	Titelgruppe 03			
Tgr. 03	Nachhaltige Landbewirtschaftung	(-)	(133 463)	
632 31 -521	Zuweisungen zur Gewährung einer Ausgleichszulage in Berggebieten und bestimmten anderen benachteiligten Gebieten außerhalb der fakultativen Modulation	-	62 216	53 654
632 33 -521	Zuweisungen zur Förderung einer markt- und standortangepassten Landbewirtschaftung (MSL) außerhalb der fakultativen Modulation	-	71 247	68 533
	Titelgruppe 04			
Tgr. 04	Forstwirtschaftliche Maßnahmen	(-)	(22 113)	
632 41 -521	Zuweisungen zur Förderung forstwirtschaftlicher Maßnahmen	-	6 601	6 026

1003 Anlage 1
Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (1095)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Noch zu Titelgruppe 04				
882 41 -521	Zuweisungen zur Förderung investiver forstwirtschaftlicher Maßnahmen	-	15 512	15 972
	Titelgruppe 05			
Tgr. 05	Sonstige Maßnahmen	(-)	(10 180)	
632 51 -521	Zuweisungen zur Förderung der genetischen Qualität landwirtschaftlicher Nutztiere	-	9 328	9 482
632 52 -521	Zuweisungen zur Förderung der Erhaltung genetischer Ressourcen in der Landwirtschaft	-	552	651
632 53 -521	Förderung der Verbesserung des Monitoring- und Evaluierungssystems	-	300	273
	Titelgruppe 06			
Tgr. 06	Küstenschutz	(-)	(71 860)	
882 61 -625	Zuweisungen zur Förderung von Maßnahmen des Küstenschutzes	-	71 860	80 056
	Titelgruppe 07			
Tgr. 07	Abwicklung alter Verpflichtungen und auslaufende Fördermaßnahmen	(-)	(9 206)	
622 71 -521	Zuweisungen zur Verbilligung von Zinsen für einzelbetriebliche Maßnahmen und ländliche Siedlung	-	1 655	1 158
622 72 -521	Zuweisungen zur Verbilligung von Zinsen für die Förderung zur Wiedereinrichtung und Modernisierung bäuerlicher Familienbetriebe	-	778	1 980
622 73 -521	Zuweisungen zur Verbilligung von Zinsen im Rahmen der Gewährung von Starthilfen zur Umstrukturierung von landwirtschaftlichen Unternehmen	-	4 216	2 161
882 71 -521	Zuweisungen zur Förderung von Investitionen in landwirtschaftlichen Betrieben	-	2 557	568
882 72 -521	Zuweisungen zur Förderung von Investitionen im Rahmen der Wiedereinrichtung und Modernisierung bäuerlicher Familienbetriebe	-	-	-

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu Titelgruppe 07			
882 73 -521	Zuweisungen zur Förderung von Investitionen im Rahmen der Gewährung von Starthilfen zur Umstrukturierung von landwirtschaftlichen Unternehmen	-	-	-
882 74 -623	Zuweisungen zur Förderung wasserwirtschaftlicher und kulturbautechnischer Maßnahmen	-	-	-
	Titelgruppe 08			
Tgr. 08	Sonderrahmenplan für Maßnahmen des Küstenschutzes in Folge des Klimawandels	(-)	(25 000)	
882 81 -625	Zuweisungen zur Förderung von Maßnahmen des Küstenschutzes in Folge des Klimawandels	-	25 000	24 807
	Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel			
632 32 -521	Zuweisungen zur Gewährung einer Ausgleichszulage in Berggebieten und bestimmten anderen benachteiligten Gebieten im Rahmen der fakultativen Modulation		-	-
632 34 -521	Zuweisungen zur Förderung einer markt- und standortangepassten Landbewirtschaftung (MSL) im Rahmen der fakultativen Modulation		-	4
632 71 -521	Zuweisungen zur Gewährung einer Anpassungshilfe für ältere landwirtschaftliche Arbeitnehmer		-	-

1004 Marktordnung, Maßnahmen der Notfallvorsorge

Vorbemerkung

Wesentliche finanzwirksame Schwerpunkte des Kapitels

Die größten Ausgabenpositionen dieses Kapitels nehmen mit zusammen 104 Mio. € die Zuführung an den Verwaltungshaushalt und die Zuschüsse für Investitionen der **Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung** (BLE) ein. Die detaillierte Veranschlagung des Verwaltungshaushalts der BLE ist in Anlage 2 zu diesem Kapitel enthalten.

Weiterhin sind in diesem Kapitel die Sachausgaben gesondert veranschlagt, die bei der Durchführung von **EU-Maßnahmen** zu zahlen sind. Die EU-Marktordnungsausgaben selbst sind in Anlage 1 zu Kapitel 1004 als Anlage E dargestellt. Hierüber werden diese letztlich vom EU-Haushalt zu tragenden Ausgaben haushaltsmäßig abgewickelt.

In Kapitel 1004 sind auch die Sachausgaben für die **Ernährungsnotfallvorsorge** veranschlagt. Im Wesentlichen handelt es sich dabei um die bei der Lagerung von Bevorratungswaren anfallenden Ausgaben.

Wesentliche Ziele, die mit den veranschlagten Mitteln erreicht werden sollen

Bei der **BLE** handelt es sich um eine bundesunmittelbare rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts, über die BMEL die Fach- und Rechtsaufsicht ausübt. Die veranschlagten Verwaltungsmittel versetzen die BLE in die Lage, die ihr durch Gesetz oder Verordnung sowie die durch Erlass des BMEL zugewiesenen Bundesaufgaben durchzuführen. Hierzu gehören beispielsweise die Beteiligung an der Durchführung von EU-Maßnahmen in Deutschland, die Wahrnehmung der Ernährungsnotfallvorsorge, insbesondere die Bevorratung von Ernährungsgütern zu diesem Zweck sowie Aufgaben im Zusammenhang mit dem grenzüberschreitenden Warenverkehr von Erzeugnissen der Ernährungs-, Land- und Forstwirtschaft sowie der Fischereiforschung und -überwachung. Bei den durch Erlass übertragenen Aufgaben handelt es sich z. B. um die Durchführungsaufgaben zur Umsetzung von Förderprogrammen sowie um Serviceaufgaben für den Geschäftsbereich (Vergabe von Zuwendungen, Durchführung von Vergabeverfahren bei öffentlichen Aufträgen etc.).

Für die Durchführung von **EU-Maßnahmen** wird die nach EU-Recht vorgegebene Zwischenfinanzierung von EU-Marktordnungsausgaben bis zum Zeitpunkt der Erstattung aus dem EU-Haushalt sichergestellt. Hierfür erhält die BLE eine aus Krediten finanzierte Liquiditätshilfe des Bundes.

Staatliche **Ernährungsnotfallvorsorge** dient im Sinne der vorausschauenden Daseinsvorsorge des Staates zur vorübergehenden Versorgung der Bevölkerung bei Engpässen auf den Märkten in Krisenfällen, auch in Folge von Natur- oder Umweltkatastrophen. Dazu lagert die BLE derzeit Nahrungsmittel in knapp 150 Lagerstätten in allen Teilen des Bundesgebietes ein.

Überblick zum Kapitel 1004	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Steuern und steuerähnliche Abgaben....................	-	-	-		26
Verwaltungseinnahmen..	3 050	3 050	-		1 954
Übrige Einnahmen...	500	500	-		1 657
Gesamteinnahmen...	3 550	3 550	-		3 637
Ausgaben					
Sächliche Verwaltungsausgaben...........................	35	35	-		10 941
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	119 024	120 591	-1 567	2 962	80 083
Ausgaben für Investitionen....................................	12 975	3 212	+9 763	3 971	4 605
Gesamtausgaben...	132 034	123 838	+8 196	6 933	110 758
davon nicht flexibilisiert..	132 034	123 838	+8 196	6 933	110 758
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung...................................					
fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu.........................	1 360 T€				

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Haushaltsvermerk:

Die Vorschriften der Bundeshaushaltsordnung sowie die zu ihrer Anwendung erlassenen Bestimmungen sind auf die Anlage E entsprechend anzuwenden. Das Bundesministerium der Finanzen kann Änderungen der Anlage E, die aufgrund der endgültigen Feststellungen von Haushalts-, Nachtrags- oder Berichtigungshaushaltsplänen der Europäischen Union erforderlich werden, vornehmen und bekannt geben.

Steuern und steuerähnliche Abgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
099 02 -522	Einnahmen aus der Zusatzabgabe aufgrund der Milchgarantiemengen-Regelung	-	-	26

Haushaltsvermerk:

Abführungen an die EU und Erstattungen an die Erzeuger sind von den Einnahmen abzusetzen.

Erläuterungen:

Der Titel dient der Abwicklung der an den Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) abzuführenden Abgabe im Milchsektor aufgrund der zz. geltenden VO (EG) Nr. 1788/2003 des Rates vom 29. September 2003 über die Erhebung einer Abgabe im Milchsektor (ABl. Nr. L 270 S. 123). Danach ist vorgesehen, dass die Mitgliedstaaten eine Abgabe an den EGFL abzuführen haben, wenn die tatsächliche Milchanlieferung über der für den Mitgliedstaat festgesetzten einzelstaatlichen Referenzmenge liegt. Überlieferungen von Milchquoten, die nicht an den EGFL abzuführen sind, können vom Mitgliedstaat zur Finanzierung von Umstrukturierungsmaßnahmen verwendet werden.

Verwaltungseinnahmen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
112 01 -522	Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten	50	50	1
119 02 -522	Einnahmen aus dem Verfall von Kautionsbeträgen, die nach dem EU-Marktordnungsrecht erhoben werden	1 500	1 500	1 127

Haushaltsvermerk:

Erstattungen sind von den Einnahmen abzusetzen.

Erläuterungen:

Das EU-Marktordnungsrecht schreibt bei der Erteilung von Lizenzen und bei der Beteiligung an bestimmten Maßnahmen vor, dass eine Kaution zu stellen ist, die die Einhaltung von Verpflichtungen sichern soll. Die Kaution verfällt zugunsten der Bundesrepublik Deutschland, wenn die Verpflichtung nicht eingehalten wird.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
119 09 -522	Vermischte Einnahmen	1 500	1 500	826

Haushaltsvermerk:

Erstattungen sind von den Einnahmen abzusetzen.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
132 01 -045	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	-	-	-

1004 Marktordnung, Maßnahmen der Notfallvorsorge

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Übrige Einnahmen			
266 01 -022	Erhebungskostenpauschale für die Wiedereinziehung zu Unrecht gezahlter Beträge des EGFL	500	500	13

Erläuterungen:

Gemäß Art. 32 der VO (EG) Nr. 1290/2005 des Rates vom 21. Juni 2005 kann der Mitgliedstaat 20 Prozent der wiedereingezogenen Beträge einbehalten.

272 01 -521	Einnahmen aus Beteiligungen der EU-Strukturfonds	-	-	117

Haushaltsvermerk:

1. Den Ländern zustehende Anteile an den Beteiligungen sind bei der Weitergabe von den Einnahmen abzusetzen.
2. Erstattungen sind von den Einnahmen abzusetzen.

Erläuterungen:

Gemäß Art. 4 der VO (EG) Nr. 1290/2005 des Rates vom 21. Juni 2005 über die Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik beteiligt sich der Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) an den Entwicklungsprogrammen im ländlichen Raum, getrennt nach Konvergenz- und Nichtkonvergenzzielregionen.

Gemäß Art. 53 der VO (EG) Nr. 1198/2006 des Rates über den Europäischen Fischerei Fonds (EFF) beteiligt sich der Fonds an Maßnahmen im Fischereisektor, getrennt nach Konvergenz- und Nichtkonvergenzzielregionen.

272 02 -022	Sonstige Einnahmen	-	-	991

Haushaltsvermerk:

1. Anderen Berechtigten als dem Bund zustehende Anteile an den Zuschüssen sind bei der Weitergabe von den Einnahmen abzusetzen.
2. Erstattungen sind von den Einnahmen abzusetzen.

Erläuterungen:

Insbesondere Beteiligungen der EU an Veterinär- und Pflanzenschutzmaßnahmen sowie andere aus dem EU-Haushalt bereitgestellt Zuschüsse.

272 03 -523	Einnahmen aus Erstattungen der Europäischen Union für Programme und Vorhaben zum Schutz des Waldes in der Union gegen Luftverschmutzung und Brände	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Den Ländern zustehende Anteile an den Erstattungen sind von den Einnahmen abzusetzen.

Erläuterungen:

In Durchführung der Verordnungen (EG) Nr. 2151/2003 für das Monitoring von Wäldern und Umweltwechselwirkungen in der Gemeinschaft (Forest Focus), ABl. L 324 S. 1 - 8, gewährt die EU Zuschüsse für die regelmäßige Erhebung insbesondere der durch die Luftverunreinigungen verursachten Waldschäden, für Feldversuche, Pilotprojekte und Demonstrationsvorhaben zur Verbesserung des Kenntnisstandes über die Waldschäden sowie für vorbeugende Maßnahmen zum Schutz vor Waldbränden.

Die Maßnahmen werden überwiegend von den Ländern durchgeführt, so dass die eingehenden Erstattungen entsprechend weiterzugeben sind.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
272 04 -522	Einnahmen aus Erstattungen der Europäischen Union für die Projekteinheit "Nationale Vernetzungsstelle" für den ländlichen Raum	-	-	536

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind wegen bindender Vorgaben der EU zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 671 02.

281 01 -522	Einnahmen aus zurückzuzahlenden Zuschüssen	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Erstattungen sind von den Einnahmen abzusetzen.

Erläuterungen:

Rückzahlungen unverwendeter Zuschüsse aus nicht übertragbaren Ausgaben und Zinsen für unverwendete Zuschüsse.

Ausgaben

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)

661 01 -522	Finanzierung von Krediten für EU-Marktordnungsmaßnahmen und Maßnahmen der Notfallvorsorge	9 200	13 800	4 487

Haushaltsvermerk:

1. Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 681 01, 681 02, 682 01, 683 01, 683 02 und 683 03.
2. Die Ausgaben sind mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 682 02.
3. Erstattungen Dritter fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) erhält für die Zwischenfinanzierung von EU-Marktordnungsmaßnahmen Liquiditätshilfen des Bundes, die über eine Kreditaufnahme finanziert werden. Die hierbei anfallenden Zinsausgaben werden bei diesem Titel veranschlagt. Darüber hinaus hat der Bund der BLE die ihr durch die Aufnahme von Krediten zur Finanzierung des Wertes der Interventions- und Bevorratungswaren entstehenden Zinskosten, die ebenfalls hier veranschlagt sind, zu erstatten.

Vgl. Tit. 671 41 und 682 02 sowie Tit. 271 01 der Anlage E zu Kap. 1004 (1090).

671 01 -522	Erstattung der Verwaltungskosten an die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE)	90 724	92 696	57 898

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Die Ausgaben sind mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 893 01.

1004 Marktordnung, Maßnahmen der Notfallvorsorge

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 671 01

Erläuterungen:

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	Finanzierungsanteil in Prozent ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
Institutionelle Förderung/Zuschüsse an Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO					
Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE)............................	95,67	100,00	103 699	95 908	59 076
- aus Kap. 1004 Tit. 671 01..			*90 724*	*92 696*	*57 898*
- aus Kap. 1004 Tit. 893 01..			*12 975*	*3 212*	*1 178*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
671 02 -522	Erstattung der Kosten für die Projekteinheit "Nationale Vernetzungsstelle" für den ländlichen Raum	600	470	1 066

Haushaltsvermerk:

1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 272 04.
2. Erstattungen Dritter fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Gemäß Art. 68 der VO (EG) Nr. 1698/2005 des Rates vom 20. September 2005 (ELER-Verordnung) haben die Mitgliedstaaten ein nationales Netzwerk einzurichten. Bund und Länder haben beschlossen, die bei der BLE angesiedelte "Deutsche Vernetzungsstelle für LEADER" mit der Einrichtung und Betreuung dieses Netzwerkes zu betrauen. Die Aufgaben der "Deutschen Vernetzungsstelle für LEADER" gehen in den Aufgaben der "Nationalen Vernetzungsstelle" auf. Haupttätigkeit ist die umfassende Informationsbereitstellung für alle im ländlichen Raum wirkenden Akteure durch Seminare, Publikationen, Web-Auftritte etc. mit einem Schwerpunkt auf den Maßnahmen der VO (EG) Nr. 1698/2005.

Aus dem Ansatz dürfen auch die der BLE entstehenden Verwaltungsausgaben erstattet werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
681 01 -522	Schadenersatzansprüche wegen Verfassungswidrigkeit des § 6 Abs. 6 Milchgarantiemengenverordnung (MGV) - alte Fassung -	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: 661 01 und 682 02.

Erläuterungen:

Ausgaben für einen Vergleich mit Milcherzeugern wegen Verfassungswidrigkeit des § 6 Abs. 6 MGV - alte Fassung -.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
681 02 -522	Schadenersatzansprüche wegen Verfassungswidrigkeit des § 7 Abs. 1 Milchgarantiemengenverordnung (MGV) - alte Fassung	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: 661 01 und 682 02.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
681 03 -522	Erstattung zu Unrecht erhobener Mitverantwortungsabgabe Getreide in dem in Art. 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet	-	-	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
682 01 -522	Von der EU nicht übernommene Marktordnungsausgaben	-	-	133

Haushaltsvermerk:

1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: 661 01 und 682 02.
2. **Erstattungen, insbesondere aus Vorbehaltszahlungen, fließen den Ausgaben zu.**
3. **Aus diesem Titel können auch Zahlungen an die EU geleistet werden, soweit es sich um Zölle und Zinsen hierauf handelt, die nicht vereinnahmt wurden und sich auf Agrarprodukte beziehen.**

682 02 -522	Lagerung von Interventionswaren	500	500	908

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 681 01, 681 02, 682 01, 683 01, 683 02 und 683 03.
3. Die Ausgaben sind mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 661 01.
4. Erstattungen Dritter fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Kosten (einschließlich der Kosten für Schäden) die bei der Intervention von Marktordnungswaren entstehen und von der Gemeinschaft nicht finanziert werden, sind national zu tragen.

683 01 -522	Prozesszinsen in Rechtsstreiten über EU-Marktordnungsausgaben	-	-	55

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: 661 01 und 682 02.

Erläuterungen:

Zur Zahlung von Prozesszinsen in rechtskräftig abgeschlossenen Rechtsstreiten über EU-Marktordnungsausgaben. Diese sind national zu tragen.

683 02 -522	Vergütung für die Stilllegung von Referenzmengen bei Milch	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: 661 01 und 682 02.

683 03 -522	Vergütung für die Aussetzung von Referenzmengen bei Milch	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: 661 01 und 682 02.

1004 Marktordnung, Maßnahmen der Notfallvorsorge

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Ausgaben für Investitionen			
893 01 -523	Zuschüsse für Investitionen an die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE)	12 975	3 212 *3 971*	1 178

Verpflichtungsermächtigung...

fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 1 360 T€

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 671 01.

Erläuterungen:

Zuwendungsempfänger: Zusammenstellung siehe Erläuterungen zu Tit. 671 01.

Titelgruppe 04

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Tgr. 04	Maßnahmen der Notfallvorsorge	(18 035)	(13 160) *(2 962)*	
547 41 -011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	35	35	5

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe von 100 T€ der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: 671 41.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
671 41 -045	Erstattung der Kosten für die zivile Notfallreserve und die Bundesreserve Getreide an die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE)	18 000	13 125 *2 962*	15 488

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Einsparungen dienen bis zur Höhe von 100 T€ zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 547 41.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Einmalige Kosten (Warenbewegungen)...	508
2. Laufende Kosten (Lagerhaltung)..	13 136
3. Verwertungsverluste...	4 356
Zusammen...	18 000

Auf die Anlage zu Kap. 1004 - Marktordnungseinnahmen und -ausgaben - wird Bezug genommen.

Zur Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung im Bundesgebiet sind laufend gebrauchsfertige Lebensmittel und Getreidevorräte zu halten. Die Vorratshaltung wird durch die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) durchgeführt.

Der Berechnung der Kosten der Vorratshaltung sind die voraussichtlichen Jahresdurchschnittsmengen und Kostenfaktoren nach Erfahrungssätzen unter Berücksichtigung der absehbaren Entwicklung zugrunde gelegt worden.

Vorbemerkung

Gemäß VO (EG) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über die Finanzierung, die Verwaltung und das Kontrollsystem der gemeinsamen Agrarpolitik und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 352/78, (EG) Nr. 165/94, (EG) Nr. 2799/98, (EG) Nr. 814/2000, (EG) Nr. 1290/2005 und (EG) Nr. 485/2008 des Rates (Amtsblatt der EU Nr. L 347 S. 549) werden folgende Gemeinschaftsausgaben von der EU aus dem Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) unter den in Artikel 3 vorgenannter Verordnung genannten Bedingungen gezahlt:

1. die Erstattungen bei der Ausfuhr nach Drittländern,
2. die Interventionen zur Regulierung der Agrarmärkte,
3. die Direktzahlungen an die Landwirte und
4. die Informations- und Absatzförderungsmaßnahmen auf dem Binnenmarkt und in Drittländern.

Die Einnahmen und Ausgaben sind in dieser Anlage dargestellt.

Der Mittelbedarf ergibt sich aus den von der EU für die einzelnen MO-Maßnahmen erlassenen Rechtsakten der Gemeinschaft.

Er wird als Gesamtsumme ausgewiesen, die auf der Basis des deutschen Anteils an den Ausgaben des EGFL-Garantie für die letzten drei Jahre geschätzt wurde.

Überblick zur Anlage	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Übrige Einnahmen	5 245 000	5 792 000	-547 000		5 417 480
Gesamteinnahmen	5 245 000	5 792 000	-547 000		5 417 480
Ausgaben					
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	5 245 000	5 792 000	-547 000		5 417 485
Gesamtausgaben	5 245 000	5 792 000	-547 000		5 417 485
davon nicht flexibilisiert	5 245 000	5 792 000	-547 000		5 417 485

1004 Anlage 1 Mittelzuweisungen und Marktordnungsausgaben der EU - Anlage E (1090)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Übrige Einnahmen

271 01 -022	Mittelzuweisungen des Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft	5 245 000	5 792 000	5 417 480

Haushaltsvermerk:

1. Ist-Einnahmen sind wegen bindender Vorgaben der EU zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Ausgaben bei folgenden Titeln: Anlage 1 zu Kap. 1004 (Anlage E zu Kap. 1004) sowie zur Tilgung der Zwischenfinanzierungsmittel.
2. 1. Buchungsabschnitt

   Mittelzuweisungen des Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft

   2. Buchungsabschnitt

   Mittelzuweisungen aus der Zwischenfinanzierung

   3. Buchungsabschnitt

   Mittelzuweisungen von Bund und Ländern zum Ausgleich von seitens der EU vorgenommenen Kürzungen bei länderübergreifenden Anlastungsverfahren.

Erläuterungen:

Zu 2. (1. Buchungsabschnitt):
Zu buchen sind hier die von der Europäischen Kommission gemäß Art. 17 Abs. 1 der VO (EU) Nr. 1306/2013 bereitgestellten monatlichen Erstattungen.

Zu 2. (2. Buchungsabschnitt):
Abzuwickeln sind hierunter die Liquiditätshilfen, die zur Zwischenfinanzierung bereitgestellt werden (vgl. Kap. 1004 Tit. 661 01). Die Notwendigkeit für die Zwischenfinanzierung ergibt sich aus Art. 17 Abs. 2 der VO (EU) Nr. 1306/2013.

Zu 2. (3. Buchungsabschnitt):
Abzuwickeln sind hierunter die Erstattungen von Bund und Ländern nach Art. 104a Abs. 6 Satz 2 und 3 GG i. V. m. § 2 LastG zum Ausgleich der von der EU vorgenommenen Kürzungen über Vorauszahlungen und Sanktionen in Fällen länderübergreifender Anlastungen.

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.
2. Ausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Ist-Einnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 271 01.
3. Rückzahlungen fließen den Ausgaben zu.

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)

682 00 -522	Verrechnungstitel für den Ausdruck des Kapitelabschlusses	5 245 000	5 792 000	-

Mittelzuweisungen und Marktordnungsausgaben der EU - Anlage E (1090)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
685 84 -522	Maßnahmen zur Verbesserung der Erzeugung und Vermarktung von Honig	-	-	1 427
	Titelgruppe 01			
Tgr. 01	Getreide	(-)	(-)	
682 01 -522	Technische Folgekosten der öffentlichen Lagerhaltung von Getreide	-	-	150
682 02 -522	Finanzielle Folgekosten der öffentlichen Lagerhaltung von Getreide	-	-	9
682 03 -522	Sonstige Kosten im Rahmen der öffentlichen Lagerhaltung von Getreide und für Sondermaßnahmen	-	-	1 691
682 04 -522	Wertminderung der Getreidebestände	-	-	-
683 01 -522	Erstattungen für Nahrungsmittelhilfe-Aktionen der EU für Getreide - Haushaltsjahr	-	-	-
683 07 -522	Besondere und spezifische Interventionsmaßnahmen für Getreide	-	-	-
683 08 -522	Beihilfen für die Erzeugung von Hartweizen	-	-	-
683 46 -522	Erstattungen bei der Ausfuhr von unverarbeitetem Weichweizen und Mehl von Weichweizen	-	-	-
683 47 -522	Erstattungen bei der Ausfuhr von unverarbeiteter Gerste und Malz von Gerste	-	-	-
683 48 -522	Erstattungen bei der Ausfuhr von anderem Getreide und Erzeugnissen aus anderem Getreide	-	-	-
685 00 -522	Prämien für Kartoffelstärke-Hersteller	-	-	9 034
685 01 -522	Produktionserstattungen für Stärke zur Herstellung bestimmter Waren	-	-	-
685 02 -522	Finanzielle Beteiligung der Getreideerzeuger (Rotbuchung)	-	-	-

1004 Anlage 1
Mittelzuweisungen und Marktordnungsausgaben der EU - Anlage E (1090)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu Titelgruppe 01			
685 04 -522	Sonstige Vergünstigungen	-	-	-
	Titelgruppe 02			
Tgr. 02	Reis	(-)	(-)	
683 10 -522	Erstattungen bei der Ausfuhr von Reis	-	-	-
683 11 -522	Erstattungen für Nahrungsmittelhilfe-Aktionen der EU für Reis	-	-	-
	Titelgruppe 03			
Tgr. 03	Milch und Milcherzeugnisse	(-)	(-)	
682 11 -522	Technische Folgekosten der öffentlichen Lagerhaltung von Butter	-	-	-
682 12 -522	Finanzielle Folgekosten der öffentlichen Lagerhaltung von Butter	-	-	-
682 13 -522	Sonstige Kosten im Rahmen der öffentlichen Lagerhaltung von Butter und Ausgaben für Sondermaßnahmen	-	-	-
682 14 -522	Wertminderung der Butterbestände	-	-	-
682 24 -522	Technische Folgekosten der öffentlichen Lagerhaltung von Magermilchpulver	-	-	45
682 25 -522	Finanzielle Folgekosten der öffentlichen Lagerhaltung von Magermilchpulver	-	-	17
682 26 -522	Sonstige Kosten im Rahmen der öffentlichen Lagerhaltung von Magermilchpulver	-	-	8 892
682 27 -522	Wertminderung der Magermilchpulver-Bestände	-	-	-
683 21 -522	Erstattungen für Nahrungsmittelhilfe-Aktionen der EU für Butteroil	-	-	-

Anlage 1 1004

Mittelzuweisungen und Marktordnungsausgaben der EU - Anlage E (1090)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu Titelgruppe 03			
683 22 -522	Milchprämien und Ergänzungszahlungen	-	-	4
683 23 -522	Beihilfen für die Verwendung von Magermilchpulver zu Futterzwecken	-	-	-
683 24 -522	Beihilfen für die Verwendung von Magermilch zu Futterzwecken	-	-	-
683 25 -522	Beihilfen zur Verarbeitung von Magermilch zu Kasein und Kaseinaten	-	-	-
683 26 -522	Beihilfen für die private Lagerhaltung von Butter und Rahm	-	-	1 268
683 27 -522	Beihilfen für die private Lagerhaltung von Magermilch und Magermilchpulver	-	-	-
683 28 -522	Beihilfen für die private Lagerhaltung von lagerfähigen Käsesorten	-	-	-
683 29 -522	Beihilfen für den Kauf von Butter durch Sozialhilfeempfänger	-	-	-
683 31 -522	Sonstige Vergünstigungen für Butter und Butterfett	-	-	-
683 32 -522	Sonstige Vergünstigungen für Milch und Milchpulver	-	-	-
683 33 -522	Sonstige Vergünstigungen für andere Milcherzeugnisse als Butter, Vollmilchpulver, Magermilch und Magermilchpulver	-	-	-
683 34 -522	Beihilfen für Schulmilch	-	-	5 457
683 49 -522	Erstattungen bei der Ausfuhr von Butter und Butteroil	-	-	-
683 52 -522	Erstattungen bei der Ausfuhr von Magermilchpulver und für Sondermaßnahmen	-	-	-5
683 53 -522	Erstattungen bei der Ausfuhr von Käse	-	-	-1
683 54 -522	Erstattungen bei der Ausfuhr von sonstigen Milcherzeugnissen	-	-	-

1004 Anlage 1 Mittelzuweisungen und Marktordnungsausgaben der EU - Anlage E (1090)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Noch zu Titelgruppe 03				
685 23 -522	Maßnahmen zur Entwicklung des Marktes von Milch und Milcherzeugnissen	-	-	-
685 25 -522	Abgabe auf der Grundlage von Milch-Garantiemengen (Rotbuchung)	-	-	-10 255
685 27 -522	Erstattungen für Nahrungsmittelhilfe-Aktionen der EU für Milchpulver	-	-	-
685 31 -522	Vergütung für die Aussetzung der Milcherzeugung	-	-	-
685 34 -522	Entschädigung an bestimmte Erzeuger von Milch oder Milcherzeugnissen (SLOM-Erzeuger)	-	-	-
	Titelgruppe 04			
Tgr. 04	Fette	(-)	(-)	
683 35 -522	Erstattungen bei der Ausfuhr von Ölsaaten	-	-	-
683 37 -522	Erstattungen bei der Erzeugung von Olivenöl zur Herstellung von Fisch- und Gemüsekonserven	-	-	-
683 38 -522	Erstattungen bei der Ausfuhr von Olivenöl	-	-	-
683 39 -522	Beihilfen für Sojabohnen und sonstige Ölfrüchte	-	-	-
	Titelgruppe 05			
Tgr. 05	Zucker und Isoglukose	(-)	(-)	
682 40 -522	Technische Folgekosten der öffentlichen Lagerhaltung von Zucker	-	-	-
682 41 -522	Finanzielle Folgekosten der öffentlichen Lagerhaltung von Zucker	-	-	-
682 42 -522	Sonstige Kosten im Rahmen der öffentlichen Lagerhaltung von Zucker und sonstige Vergünstigungen für Zucker	-	-	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Noch zu Titelgruppe 05				
682 43 -522	Wertminderung der Zuckerbestände	-	-	-
683 18 -522	Erhebung einer befristeten Umstrukturierungsabgabe für Zucker(Rotbuchung)	-	-	-
683 20 -522	Umstrukturierungsbeihilfen für Zuckerunternehmen	-	-	-
683 40 -522	Erstattungen bei der Ausfuhr von Zucker und Isoglukose	-	-	-
683 41 -522	Erstattungen für Nahrungsmittelhilfe-Aktionen der EU für Zucker	-	-	-
683 44 -522	Produktionserstattungen bei der Verwendung von bestimmten Erzeugnissen des Zuckersektors in der chemischen Industrie	-	-	-
683 45 -522	Vergütungen von Lagerkosten für Zucker	-	-	-
683 57 -522	Diversifizierungsbeihilfen	-	-	2 938
	Titelgruppe 06			
Tgr. 06	Schweinefleisch	(-)	(-)	
682 50 -522	Technische Folgekosten der öffentlichen Lagerhaltung von Schweinefleisch	-	-	-
682 51 -522	Finanzielle Folgekosten der öffentlichen Lagerhaltung von Schweinefleisch	-	-	-
682 52 -522	Sonstige Kosten im Rahmen der öffentlichen Lagerhaltung von Schweinefleisch und für Sondermaßnahmen	-	-	-
683 50 -522	Erstattungen bei der Ausfuhr von Schweinefleisch	-	-	183
683 51 -522	Beihilfen für die private Lagerhaltung von Schweinefleisch	-	-	-
683 69 -522	Maßnahmen zur Stützung des Schweinemarktes (Schweinepest)	-	-	-

1004 Anlage 1
Mittelzuweisungen und Marktordnungsausgaben der EU - Anlage E (1090)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Titelgruppe 07			
Tgr. 07	Rindfleisch	(-)	(-)	
682 56 -522	Technische Folgekosten der öffentlichen Lagerhaltung von Rindfleisch	-	-	-
682 57 -522	Finanzielle Folgekosten der öffentlichen Lagerhaltung von Rindfleisch	-	-	-
682 58 -522	Sonstige Kosten im Rahmen der öffentlichen Lagerhaltung von Rindfleisch und für Sondermaßnahmen	-	-	-
682 59 -522	Wertminderung der Rindfleischbestände	-	-	-
682 60 -522	Maßnahmen zur Stützung des Rindfleischmarktes (BSE)	-	-	-
683 12 -522	Maßnahmen zur Förderung des Absatzes und des Verbrauchs von Rindfleisch	-	-	-
683 19 -522	Beihilfen für den BSE-Test an für den menschlichen Verzehr bestimmten Rindern	-	-	-
683 42 -522	Schlachtprämien und Ergänzungsbeträge für ausgewachsene Rinder und Kälber	-	-	-1
683 55 -522	Erstattungen bei der Ausfuhr von Rindfleisch	-	-	3 321
683 56 -522	Erstattungen für Nahrungsmittelhilfe-Aktionen der EU für Rindfleisch	-	-	-
683 58 -522	Beihilfen für die private Lagerhaltung von Rindfleisch	-	-	-
683 59 -522	Prämien für Mutterkühe und Extensivierung	-	-	5
683 88 -522	Sonderprämien und Saisonentzerrungsprämien für Rindfleischerzeuger sowie Extensivierung	-	-	83
683 92 -522	Einkommensbeihilfe für Rindfleischerzeuger	-	-	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Noch zu Titelgruppe 07				
683 93 -522	Frühvermarktungsprämie für Kälber	-	-	-
	Titelgruppe 08			
Tgr. 08	Obst und Gemüse	(-)	(-)	
683 14 -522	Beihilfen für Schulobst	-	-	7 691
683 60 -522	Erstattungen bei der Ausfuhr von Obst und Gemüse	-	-	-
683 61 -522	Erstattungen bei der Ausfuhr von Verarbeitungserzeugnissen aus Obst und Gemüse	-	-	-
683 62 -522	Finanzieller Ausgleich für Interventionen der Erzeugerorganisationen für Obst und Gemüse	-	-	-
683 63 -522	Beihilfen zur Verarbeitung und Verteilung von aus dem Handel genommenem Obst und Gemüse	-	-	-
683 65 -522	Prämien für die Rodung von Obstbäumen	-	-	-
685 60 -522	Maßnahmen zur Steigerung des Verbrauchs und der Verwendung von Obst	-	-	-
685 61 -522	Beihilfen an den Betriebsfonds der Erzeugerorganisationen für Obst und Gemüse	-	-	40 694
685 62 -522	Sonstige Interventionen	-	-	-
	Titelgruppe 09			
Tgr. 09	Schaf- und Ziegenfleisch	(-)	(-)	
683 66 -522	Erstattungen bei der Ausfuhr von Schaf- und Ziegenfleisch	-	-	-
683 67 -522	Prämien für Schaffleischerzeuger	-	-	-

1004 Anlage 1
Mittelzuweisungen und Marktordnungsausgaben der EU - Anlage E (1090)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Noch zu Titelgruppe 09				
683 68 -522	Beihilfen für die private Lagerhaltung von Schaf- und Ziegenfleisch	-	-	-
	Titelgruppe 10			
Tgr. 10	Rohtabak	(-)	(-)	
683 70 -522	Erstattung bei der Ausfuhr von Rohtabak	-	-	-
683 71 -522	Prämien für den Ankauf von Rohtabak	-	-	-
683 78 -522	Maßnahmen zur Umstellung der Tabakerzeugung	-	-	-
	Titelgruppe 11			
Tgr. 11	Wein	(-)	(-)	
682 80 -522	Kosten der Intervention von Weinalkohol	-	-	-
683 74 -522	Prämie zur endgültigen Aufgabe von Rebflächen	-	-	-
683 75 -522	Erstattungen bei der Ausfuhr von Wein	-	-	-
683 76 -522	Beihilfen für die private Lagerhaltung von Wein, Traubenmost und konzentriertem Traubenmost	-	-	-
683 77 -522	Beihilfen für die Destillation von Wein	-	-	-
685 70 -522	Beihilfen für konzentrierten Most zur Anreicherung von Wein und sonstige nationale Stützungsmaßnahmen	-	-	-
685 71 -522	Produktionsbeihilfen für die Herstellung von Traubensaft aus Trauben und Traubenmost	-	-	-
685 74 -522	Maßnahmen zur Umstrukturierung und Umstellung der Weinbauflächen	-	-	37 858

Mittelzuweisungen und Marktordnungsausgaben der EU - Anlage E (1090)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Titelgruppe 12			
Tgr. 12	Fischereierzeugnisse	(-)	(-)	
683 81 -522	Finanzieller Ausgleich für Interventionen der Erzeugerorganisationen für Fischereierzeugnisse	-	-	-
683 82 -522	Beihilfen für die private Lagerhaltung von bestimmten Fischereierzeugnissen	-	-	-
683 83 -522	Beihilfen für die Verarbeitung und Lagerung intervenierter Fischereierzeugnisse	-	-	-
683 84 -522	Pauschalbeihilfen für bestimmte Fischereierzeugnisse	-	-	-
685 77 -522	Ausgleichszahlungen an die Erzeugerorganisationen für die Produktions- und Vermarktungsplanung	-	-	-
	Titelgruppe 13			
Tgr. 13	Flachs und Hanf	(-)	(-)	
683 86 -522	Beihilfen für Flachs und Hanf	-	-	47
	Titelgruppe 14			
Tgr. 14	Eier	(-)	(-)	
683 90 -522	Erstattungen bei der Ausfuhr von Eiern	-	-	16
	Titelgruppe 15			
Tgr. 15	Geflügel	(-)	(-)	
683 15 -522	Maßnahmen zur Stützung des Eier- und Geflügelmarktes (Geflügelpest)	-	-	-
683 91 -522	Erstattungen bei der Ausfuhr von Geflügel	-	-	1 560

1004 Anlage 1 Mittelzuweisungen und Marktordnungsausgaben der EU - Anlage E (1090)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Titelgruppe 16			
Tgr. 16	Saatgut	(-)	(-)	
683 95 -522	Beihilfen für erzeugtes Saatgut	-	-	-
	Titelgruppe 17			
Tgr. 17	Hopfen	(-)	(-)	
683 96 -522	Beihilfen für Hopfen	-	-	2 277
	Titelgruppe 18			
Tgr. 18	Trockenfutter	(-)	(-)	
683 72 -522	Beihilfen für Körnerleguminosen	-	-	-
683 97 -522	Beihilfen für Trockenfutter	-	-	2 438
	Titelgruppe 19			
Tgr. 19	Sonstige Beihilfen	(-)	(-)	
683 05 -522	Absatzförderungsmaßnahmen für Agrarerzeugnisse im Binnenmarkt und in Drittländern	-	-	2 568
685 80 -522	Beihilfen für den Vorruhestand	-	-	-
685 81 -522	Beihilfen für Aufforstungsmaßnahmen	-	-	-
685 82 -522	Beihilfen für umweltgerechte Produktionsverfahren	-	-	-

Anlage 1 1004

Mittelzuweisungen und Marktordnungsausgaben der EU - Anlage E (1090)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Titelgruppe 20			
Tgr. 20	Im Anhang I des EWG-Vertrages nicht aufgeführte landwirtschaftliche Verarbeitungserzeugnisse	(-)	(-)	
683 99 -522	Erstattungen bei der Ausfuhr von landwirtschaftlichen Verarbeitungserzeugnissen, die im Anhang I des EWG-Vertrages nicht aufgeführt sind	-	-	702
	Titelgruppe 23			
Tgr. 23	Berichtigungen früherer Haushaltsjahre	(-)	(-)	
682 99 -522	Berichtigungen aufgrund von Rechnungsabschlüssen früherer Haushaltsjahre (einschl. Vorab-Berichtigungen)	-	-	17 522
	Titelgruppe 24			
Tgr. 24	Betriebsprämienregelung und Anpassung an die Marktentwicklung	(-)	(-)	
683 06 -522	Betriebsprämien	-	-	5 287 448
683 09 -522	Zusätzliche Beihilfen aus der obligatorischen Modulation	-	-	3
683 30 -522	Sonstige Vergünstigungen	-	-	-
683 87 -522	Beihilfen zur Stilllegung von Ackerflächen	-	-	-
685 06 -522	Preisausgleichszahlungen für Kulturpflanzen sowie Beihilfen zur Stilllegung von Ackerflächen im Rahmen der konjunkturellen Flächenstilllegung	-	-	3 253
685 07 -522	Ausgleichszahlungen für Stärkekartoffeln	-	-	-
	Titelgruppe 25			
Tgr. 25	Rückzahlungen	(-)	(-)	
683 64 -522	Sanktionen	-	-	-9 102

1004 Anlage 1
Mittelzuweisungen und Marktordnungsausgaben der EU - Anlage E (1090)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Noch zu Titelgruppe 25				
685 40 -522	Wiedereingezogene Beträge aus Unregelmäßigkeiten und Betrugsfällen	-	-	-1 692
685 47 -522	Maßnahmen zur Betrugsbekämpfung	-	-	-
	Titelgruppe 26			
Tgr. 26	Maßnahmen für die Entwicklung des ländlichen Raums	(-)	(-)	
683 79 -522	Abwicklung der Vorschüsse	-	-	-
685 50 -522	Beihilfen für Investitionen in landwirtschaftlichen Betrieben	-	-	-18
685 51 -522	Beihilfen für die Niederlassung von Junglandwirten	-	-	-
685 52 -522	Beihilfen für die Förderung der Berufsbildung	-	-	-
685 53 -522	Beihilfen für den Vorruhestand - neue Regelung -	-	-	-
685 54 -522	Beihilfen für benachteiligte Gebiete und Gebiete mit umweltspezifischen Einschränkungen	-	-	-6
685 55 -522	Beihilfen für umweltgerechte Produktionsverfahren - neue Regelung -	-	-	-28
685 56 -522	Beihilfen für die Verbesserung der Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse	-	-	-
685 57 -522	Beihilfen für die Forstwirtschaft - neue Regelung-	-	-	-3
685 58 -522	Beihilfen für die Förderung der Anpassung und Entwicklung ländlicher Gebiete	-	-	-5
685 59 -522	Sonstige Maßnahmen	-	-	-
685 65 -522	Bewertung der Programme für die Entwicklung des ländlichen Raums	-	-	-

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Noch zu Titelgruppe 26				
685 66 -522	Übergangsmaßnahmen	-	-	-
	Titelgruppe 40			
Tgr. 40	Modulation	(-)	(-)	
683 02 -522	Einnahmen aus der Modulation im Rahmen von InVeKoS	-	-	-
683 03 -522	Maßnahmen zur Wiederverwendung der Modulationsmittel zur Entwicklung des ländlichen Raums	-	-	-
683 04 -522	Unverwendete Mittel aus der fakultativen Modulation	-	-	-

1004 Anlage 2
Verwaltungshaushaltsplan der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung - BLE (1092)

Vorbemerkung

Die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) ist zum 1. Januar 1995 als Anstalt des öffentlichen Rechts (BGBl. I S. 2018) errichtet worden.

Die BLE ist Marktordnungsstelle für die in der Europäischen Union bestehenden gemeinsamen Marktorganisationen für Agrarerzeugnisse.

Aufgrund des Ernährungssicherstellungsgesetzes und des Ernährungsvorsorgegesetzes wird die BLE bei der zentralen Planung und Feststellung von Erzeugung, Beständen und Verbrauch tätig. Im Rahmen einer allgemeinen Vorratshaltung sowie der Zivilen Notfallreserve werden Vorräte an Ernährungsgütern beschafft, verwaltet und verwertet.

Sie überwacht die Seefischerei außerhalb der Küstengewässer und die Einhaltung der von ihr verwalteten Fischfangquoten. Sie erteilt die Fangerlaubnis an die deutsche Fischereiflotte, kontrolliert und validiert Fangbescheinigungen und genehmigt bzw. verweigert auf dieser Grundlage die Ein- und Ausfuhr von Fischereierzeugnissen. Die Fischereischutzboote und Fischereiforschungsschiffe des Bundes werden durch die BLE bereedert.

Die BLE ist nationale Vernetzungsstelle für die Entwicklung des ländlichen Raums im Rahmen der ELER-Verordnung.

Als Wissens- und Technologietransfereinrichtung des BMEL berät die BLE das Ministerium und die Bundesforschungsinstitute im Geschäftsbereich bei der Suche nach optimalen Lösungen für ihre informationstechnischen Anforderungen und unterstützt bzw. übernimmt deren Umsetzung.

Weitere Zuständigkeit besteht für die Zulassung von Rindfleisch-Etikettierungssystemen, Kontrollfirmen sowie deren Überwachung und in der Aufsicht über die Deutsche Akkreditierungsstelle GmbH in den Bereichen Ernährung, Landwirtschaft und gesundheitlicher Verbraucherschutz.

Die BLE ist Zentrale Vergabestelle und Zentrale Stelle für die Bearbeitung von Dienstunfällen für den Geschäftsbereich des BMEL.

Darüber hinaus erfüllt die BLE weitere vom BMEL übertragene Verwaltungsaufgaben des Bundes, z. B. Förderung des ökologischen Landbaus und anderer nachhaltiger Formen der Landwirtschaft, die Projektträgerschaft Agrarforschung und -entwicklung und das Informations- und Koordinationszentrum für Biologische Vielfalt.

Die BLE hat Außenstellen in Hamburg, München und Weimar sowie Büros für Qualitätskontrollen von Obst und Gemüse.

Überblick zur Anlage	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen..	690	750	-60		2 693
Übrige Einnahmen..	107 699	98 908	+8 791		5 465
Gesamteinnahmen..	108 389	99 658	+8 731		8 158
Ausgaben					
Personalausgaben..	64 007	64 854	-847		49 475
Sächliche Verwaltungsausgaben...........................	30 268	30 541	-273		15 760
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	1 139	1 051	+88		820
Ausgaben für Investitionen....................................	12 975	3 212	+9 763		1 178
Gesamtausgaben..	108 389	99 658	+8 731		67 233
davon flexibilisiert..	99 752	91 802	+7 950		-
davon nicht flexibilisiert...	8 637	7 856	+781		67 233
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung..................................					
fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu.........................	1 360 T€				

Verwaltungshaushaltsplan der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung - BLE (1092)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
111 01 -522	Gebühren, sonstige Entgelte	495	562	1 036

Erläuterungen:

1. Gebühren gemäß BLE-ÖLG-Kostenverordnung vom 19. November 2003 (BGBl. I S. 2358 ff.).
2. Erstattungen von Kosten für Amtshandlungen nach der Verordnung zur Durchführung des Rindfleischetikettierungsgesetzes vom 30. Juni 2009 (BGBl. I S. 1715).
3. Erstattung der Kosten, die der BLE für Maßnahmen für den Absatz- und Holzabsatzfonds entstehen.
4. Begutachtungsleistungen gegenüber der Deutschen Akkreditierungsstelle GmbH (DAKKS) gemäß VO (EG) Nr. 765/2008 i. V. m. dem Gesetz über die Akkreditierungsstelle vom 31. Juli 2009 (AKKStelleG) (BGBl. I S. 2625).
5. Sonstige Entgelte.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
112 01 -522	Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten	74	67	162

Erläuterungen:

1. Erstattung von Anwalts- und Gerichtskosten,
2. Vertragsstrafen im Rahmen der Intervention von Getreide,
3. Bußgeldbescheide.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
119 01 -522	Einnahmen aus Veröffentlichungen	1	1	-
119 09 -522	Vermischte Einnahmen	100	100	1 487

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen zu Nr. 1 der Erläuterungen sind wegen rechtsverbindlicher Verwendungsauflage bei Aufträgen zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Tgr. 07.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Einnahmen aus der Durchführung von Aufträgen anderer Bundesbehörden und Dritter	-
2. Sonstige Einnahmen	100
Zusammen	100

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
132 01 -522	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	20	20	8

1004 Anlage 2 Verwaltungshaushaltsplan der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung - BLE (1092)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Übrige Einnahmen			
231 01 -522	Erstattung des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft	103 699	95 908	-

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
Berechnung der Erstattung:	
Gesamtausgaben 2014	108 389
davon ab:	
Eigene Einnahmen	-4 690
Zusammen	103 699

Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft erstattet nach § 9 Abs. 2 S. 2 BLE-G aus seinem Epl. 10, Kap. 1004 Tit. 671 01 und Tit. 893 01, die durch eigene Einnahmen nicht gedeckten Verwaltungs- und Investitionsausgaben.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
231 02 -522	Erstattung von Verwaltungskosten durch den Klärschlamm-Entschädigungsfonds (KlärEV)	-	-	62

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Tgr. 03.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
231 03 -522	Erstattungen des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft und anderer Bundesministerien für Projekte, die der BLE als Projektträger übertragen werden	4 000	3 000	4 861

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Tgr. 02.

Erläuterungen:

Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft erstattet aus seinem Epl. 10 bei folgenden Titeln der BLE die Kosten, die ihr bei der Durchführung von Projekten entstehen:

Kap. 1002 Tit. 684 04 (Information der Verbraucherinnen und Verbraucher),

Kap. 1005 Tit. 686 31 (Innovationsförderung),

Kap. 1005 Tit. 686 01 (Modell- und Demonstrationsvorhaben),

Kap. 1005 Tit. 686 02 (Ökologischer Landbau/nachhaltige Landwirtschaft),

Kap. 1005 Tit. 687 31 (Internationale Forschungskooperationen zu Welternährung),

Kap. 1010 Tit. 533 02 (Nachhaltigkeit in der Waldbewirtschaftung).

Darüber hinaus erhält die BLE für die Durchführung von Projekten noch Erstattungen aus anderen Einzelplänen:

Kap. 1501 Tit. 544 01 (Aktionsplan "Gesundheitliche Prävention durch ausreichende Bewegung und ausgewogene Ernährung"),

Kap. 0903 Tit. 686 04 (Förderung von Einzelmaßnahmen zur Nutzung erneuerbarer Energien).

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
261 01 -511	Erstattung von projektbedingten Verwaltungsausgaben	-	-	117

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Hgr. 4 und Hgr. 5.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
266 01 -522	Erstattung der Verwaltungskosten für die Projekteinheit "Nationale Vernetzungsstelle" für den ländlichen Raum	-	-	425

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Hgr. 4 und Hgr. 5.

282 09 -522	Einnahmen aus Sponsoring, Spenden und ähnlichen freiwilligen Geldleistungen	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind wegen rechtsverbindlicher Verwendungsauflage zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 547 09.

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

1. Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.
   In die Flexibilisierung einbezogen sind auch Tit. 547 31 und 547 71.
   Ausgenommen ist Tgr. 02.
2. Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Hgr. 4 und Hgr. 5 dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: 261 01 und 266 01.

Sächliche Verwaltungsausgaben

518 02 -522	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	4 234	4 203	4 160

Haushaltsvermerk:

Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.

529 01 -522	Außergewöhnlicher Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	3	3	2

Haushaltsvermerk:

Die Erläuterungen sind verbindlich.

Erläuterungen:

Zur Verfügung des Präsidenten.

Aus dem Mittelansatz dürfen auch Ausgaben für die Bewirtung mit Erfrischungen bei Besprechungen aus besonderem Anlass geleistet werden.

Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Aus den Belegen muss Anlass, Funktion und Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer (Begünstigte) erkennbar sein. Eine Auszahlung ohne Beleg ist nicht zulässig.

1004 Anlage 2
Verwaltungshaushaltsplan der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung - BLE (1092)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
547 01 -522	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	400	400	511
	Haushaltsvermerk: 1. Die Ausgaben und Erstattungen sind übertragbar. **2. Erstattungen Dritter fließen den Ausgaben zu.**			
547 09 -522	Ausgaben für Vorhaben, die aus Spenden, Sponsoring und ähnlichen freiwilligen Geldleistungen finanziert werden	-	-	-
	Haushaltsvermerk: Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 282 09.			
	Titelgruppe 02			
Tgr. 02	Projekte, bei denen die BLE die Projektträgerschaft übernimmt	(4 000)	(3 250)	
	Haushaltsvermerk: 1. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig. 2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 231 03.			
422 21 -522	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	-	-	448
427 29 -522	Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige	3 700	2 950	1 312
428 21 -522	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	-	-	2 045
547 21 -522	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	300	300	1 126

Verwaltungshaushaltsplan der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung - BLE (1092)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Flexibilisierte Ausgaben			
	Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG			
	Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3	61 431	62 943	-
	Aus Hauptgruppe 5	25 331	25 635	-
	Aus Hauptgruppe 6 ohne Titel 634 .3	15	12	-
	Aus Hauptgruppe 7	6 000	1 000	-
	Aus Hauptgruppe 8	6 975	2 212	-
	Zusammen	99 752	91 802	-
F 422 01 -522	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*11 764*	*12 239*	*11 484*
F 424 01 -011	*Zuführung an die Versorgungsrücklage*	*95*	*75*	*89*
F 427 09 -522	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*1 900*	*2 640*	*2 460*
F 428 01 -522	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*30 010*	*30 585*	*30 281*
F 441 01 -840	*Beihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften*	*700*	*600*	*643*
F 443 01 -840	*Fürsorgeleistungen und Unterstützungen einschließlich Inanspruchnahme von besonderen Fachdiensten/-kräften*	*119*	*119*	*7*
F 453 01 -522	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	*158*	*105*	*60*
F 511 01 -522	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände, Software, Wartung*	*2 486*	*1 808*	*618*
F 514 01 -522	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*	*280*	*221*	*132*
	Haushaltsvermerk: *Erstattungen Dritter fließen den Ausgaben zu.*			
F 517 01 -522	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	*2 535*	*1 824*	*1 316*
	Haushaltsvermerk: *Erstattungen Dritter fließen den Ausgaben zu.*			
F 518 01 -522	*Mieten und Pachten*	*570*	*670*	*197*

1004 Anlage 2
Verwaltungshaushaltsplan der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung - BLE (1092)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 525 01 -522	*Aus- und Fortbildung*	*360*	*360*	*223*
F 526 01 -522	*Gerichts- und ähnliche Kosten*	*180*	*180*	*15*

Haushaltsvermerk:
Erstattungen Dritter fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Nebentätigkeitsvergütungen werden nicht gezahlt.

F 527 01 -522	*Dienstreisen*	*2 200*	*2 200*	*2 033*

Haushaltsvermerk:
Erstattungen Dritter fließen den Ausgaben zu.

F 532 01 -522	*Aufträge und Dienstleistungen im Bereich Informationstechnik*	*3 927*	*4 110*	*2 828*
F 532 03 -522	*Sonstige Dienstleistungsaufträge an Dritte*	*500*	*500*	*66*
F 539 99 -522	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*210*	*301*	*59*
F 543 01 -522	*Veröffentlichungen und Fachinformationen*	*60*	*30*	*54*

Haushaltsvermerk:
Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Öffentlichkeitsarbeit	*20*
2. Fachinformationen	*40*
Zusammen	*60*

F 544 01 -511	*Forschung, Untersuchungen und Ähnliches*	*116*	*141*	*109*
F 545 01 -522	*Konferenzen, Tagungen, Messen und Ausstellungen*	*50*	*80*	*12*

Haushaltsvermerk:
Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

Verwaltungshaushaltsplan der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung - BLE (1092)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 634 03 -522	*Zuweisungen an den Versorgungsfonds*	*1 124*	*1 039*	*810*
F 686 09 -522	*Mitgliedsbeiträge und sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland geringeren Umfangs*	*11*	*8*	*7*
F 687 09 -522	*Mitgliedsbeiträge und sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Ausland geringeren Umfangs*	*4*	*4*	*3*
F 712 02 -522	*Sanierung des Dienstgebäudes Deichmanns Aue 29 in Bonn-Bad Godesberg und Neubau einer Kantine*	*6 000*	*1 000*	*263*

Verpflichtungsermächtigung...

fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 1 360 T€

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen *(davon neue Maßnahmen in Fettdruck)*	*Gesamtausgaben des Bundes 1 000 €*	*Verausgabt bis 2012 1 000 €*	*Bewilligt 2013 1 000 €*	*Nach 2013 übertragene Ausgabereste 1 000 €*	*Veranschlagt 2014 1 000 €*	*Vorbehalten für 2015 ff 1 000 €*
1	*2*	*3*	*4*	*5*	*6*	*7*
1. Erneuerung der Telefonanlage...	***2 360***	***-***	***-***	***-***	***1 000***	***1 360***
3. Sanierung der Verkehrsflächen..	*2 697*	*2 620*	*-*	*77*	*-*	*-*
4. Sanierung der Liegenschaft Deichmanns Aue 29, Etagen 4-7....	*10 222*	*-*	*1 000*	*3 000*	*5 000*	*1 222*
Zusammen...	*15 279*	*2 620*	*1 000*	*3 077*	*6 000*	*2 582*

F 811 01 -522	*Erwerb von Fahrzeugen*	*105*	*92*	*-*
F 812 01 -522	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)*	*100*	*100*	*160*
F 812 02 -522	*Erwerb von Anlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Software im Bereich Informationstechnik*	*970*	*920*	*755*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Erstbeschaffung..	*230*
2. Ersatzbeschaffung...	*715*
3. Sonstiges...	*25*
Zusammen..	*970*

Titelgruppe 03

Tgr. 03	Klärschlamm-Entschädigungsfonds (KlärEV)	(-)	(-)	

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 231 02.

1004 Anlage 2
Verwaltungshaushaltsplan der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung - BLE (1092)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu flexibilisierte Ausgaben			
F 422 31 -522	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*-*	*-*	*3*
F 428 31 -522	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*-*	*-*	*46*
F 547 31 -522	*Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben*	*-*	*-*	*9*
	Titelgruppe 04			
Tgr. 04	Fischerei	(33 218)	(29 851)	
F 427 49 -532	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige* *Erläuterungen:* *Veranschlagt sind Beschäftigungsentgelte im Betrieb der Fischereischutzboote und der Fischereiforschungsschiffe sowie das Verpflegungs- und Kleidergeld gemäß Heuertarifvertrag.*	*15 561*	*15 541*	*-*
F 514 41 -532	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*	*11 361*	*12 660*	*-*
F 518 41 -532	*Mieten und Pachten* *Erläuterungen:* *Die Ausgaben dienen der Bestandserhebung sowie der Erprobung neuer Methoden der Fangtechnik und der Erschließung neuer sowie der Verbesserung bestehender Fangmöglichkeiten.*	*60*	*60*	*-*
F 539 49 -532	*Vermischte Verwaltungsausgaben* *Erläuterungen:* *In Durchführung der VO (EG) Nr. 2371/2002 des Rates vom 20. Dezember 2002 (ABl. EG L 358) und der VO (EG) Nr. 1224/2009 des Rates vom 20. November 2009 (ABl. EU L 343) in der jeweils geltenden Fassung, werden Systeme der kontinuierlichen Ortung von Fischereifahrzeugen mit Hilfe von land- und satellitengestützten Technologien und zur elektronischen Übertragung von Fangdaten und zur Fernerkundung eingesetzt.*	*436*	*490*	*-*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 811 41 -532	*Erwerb von Fahrzeugen*	*4 800*	*300*	*-*

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamt-ausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Nach 2013 übertra-gene Aus-gabereste 1 000 €	Veran-schlagt 2014 1 000 €	Vorbe-halten für 2015 ff 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7
2. Ersatzbau "Clupea"	*11 781*	*11 494*	*-*	*287*	*-*	*-*
3. Ersatzbau "Seefalke"	*32 300*	*32 209*	*-*	*91*	*-*	*-*
4. Ersatzbau "Meerkatze"	*32 300*	*31 857*	*-*	*443*	*-*	*-*
5. Ersatzbau "Walther Herwig III"	*96 000*	*-*	*300*	*-*	*4 800*	*90 900*
Zusammen	*172 381*	*75 560*	*300*	*821*	*4 800*	*90 900*

Zu 3.: Leistungen Dritter in Höhe von 6 300 T€ (20 Prozent)
Zu 4.: Leistungen Dritter in Höhe von 6 300 T€ (20 Prozent)

Zu 2.:
Veranschlagt sind die Kosten für den Ersatz des Fischereiforschungskutters (FFK) "Clupea" in Höhe von 11 781 T€. Der im Jahre 1949 in Dienst gestellte Fischereiforschungskutter "Clupea" ist durch einen Neubau ersetzt worden.

Zu 3. und 4.:
Veranschlagt sind die Kosten für den Ersatz der Fischereischutzboote (FSB) "Meerkatze" und "Seefalke" in Höhe von 64 600 T€. Die in den Jahren 1977 ("Meerkatze") bzw. 1981 ("Seefalke") in Dienst gestellten Schiffe sind in 2008 bzw. 2009 ersetzt worden.

Zu 5.:
Ausgewiesen sind die Kosten für den Ersatz des Fischerei-Forschungsschiffes (FFS) "Walther Herwig III". Das 1993 in Dienst gestellte Schiff soll durch einen Neubau ersetzt werden, der in 2017 zur Auslieferung kommen soll.

F 812 41 -532	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)*	*1 000*	*800*	*-*

Erläuterungen:

Einjährige Maßnahmen	*1 000 €*
1. Neubeschaffung	*95*
2. Ersatzbeschaffung	*453*
3. Sonstige Beschaffungen	*452*
Zusammen	*1 000*

Titelgruppe 07

Tgr. 07	Durchführung von Aufträgen anderer Bundesbehörden und Dritter	(-)	(-)	

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 09.

F 422 71 -511	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*-*	*-*	*16*

1004 Anlage 2
Verwaltungshaushaltsplan der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung - BLE (1092)

	Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
		Noch zu flexibilisierte Ausgaben			
F	*427 79 -511*	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	-	-	*23*
F	*428 71 -511*	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	-	-	*474*
F	*527 71 -511*	*Dienstreisen*	-	-	*2*
F	*547 71 -511*	*Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben*	-	-	*351*
F	*812 71 -511*	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)*	-	-	-

Vorbemerkung

Wesentliche finanzwirksame Schwerpunkte des Kapitels

Das Kapitel Nachhaltigkeit, Forschung und Innovation (Kap. 1005) umfasst ein finanzielles Volumen in Höhe von insgesamt rd. 184 Mio. €. Davon sind 60 Mio. € für das **Förderprogramm Nachwachsende Rohstoffe** (Titelgruppe 01) veranschlagt. Gefördert werden können insbesondere Forschungs- und Entwicklungsprojekte. Weiterer wesentlicher Ausgabeschwerpunkt mit rd. 35 Mio. € ist das **Programm zur Innovationsförderung** (Titel 686 31 und 893 31) im Bereich Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucher. Der **ökologische Landbau und andere Formen nachhaltiger Landwirtschaft** (Titel 686 02) werden mit 17 Mio. € gefördert. Außerdem sind 16 Mio. € zur **Förderung von Modell- und Demonstrationsvorhaben** (Titel 686 01 und 893 01) veranschlagt.

Wesentliche Ziele, die mit den veranschlagten Mitteln erreicht werden sollen

Forschung und Innovation nehmen bei der Bewältigung der Herausforderungen wie Ernährungssicherung, Klimawandel, Klimaschutz und Erhalt der natürlichen Ressourcen eine zentrale Rolle ein.

Mit dem **Förderprogramm Nachwachsende Rohstoffe** werden Forschungs-, Entwicklungs- und Demonstrationsprojekte unterstützt, die der Erschließung weiterer Verwendungsmöglichkeiten nachwachsender Rohstoffe im Nichtnahrungsmittelsektor und dem Aufbau von Produktlinien von der Erzeugung bis zur Verwendung nachwachsender Rohstoffe dienen.

Ziel des Förderprogramms ist es insbesondere,

1. einen Beitrag für eine nachhaltige Rohstoff- und Energiebereitstellung zu leisten und
2. die Umwelt durch Ressourcenschutz, besonders umweltverträgliche Produkte und durch Verringerung der Treibhausgasemissionen, zu entlasten.

Das **Programm zur Innovationsförderung** unterstützt Forschungs-, Entwicklungs- und Demonstrationsvorhaben, die das Ziel haben, innovative technische und nicht-technische Produkte und Verfahren marktfähig zu machen. Ziel des Programms ist

1. die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Agrar- und Ernährungswirtschaft,
2. die Steigerung der Innovationsfähigkeit einschließlich Wissenstransfer,
3. die Schonung natürlicher Ressourcen und
4. die Sicherheit und Qualität von Lebensmitteln.

Mit der **Förderung des ökologischen Landbaus und anderer Formen nachhaltiger Landwirtschaft** wird die Durchführung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben sowie der Technologie- und Wissenstransfer gefördert. Darüber hinaus werden Schulungs-, Aufklärungs- und Informationsmaßnahmen unterstützt. Ziel des Programms ist es,

1. die Wettbewerbsfähigkeit des Ökolandbaus von der Erzeugung bis zum Absatz sowie
2. die nachhaltige Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung von landwirtschaftlichen Produkten zu stärken.

Mit den **Zuschüssen zur Förderung von Modell- und Demonstrationsvorhaben** sollen Techniken und Verfahren unter Praxisbedingungen erprobt und als Beispiele für den breiteren Einsatz in der Praxis demonstriert werden. Einen Schwerpunkt in den nächsten Jahren sollen Modellvorhaben zum Tierschutz einnehmen.

Mit dem neuen Titel **Welternährung und weitere internationale Forschungskooperationen** soll ein zusätzlicher Beitrag zur Ernährungssicherung geleistet werden.

Überblick zum Kapitel 1005	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Ausgaben					
Sächliche Verwaltungsausgaben	6 363	7 000	-637		7 013
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	137 418	129 884	+7 534	12 926	101 229
Ausgaben für Investitionen	40 625	41 880	-1 255	15 215	32 953
Gesamtausgaben	184 406	178 764	+5 642	28 141	141 195
davon nicht flexibilisiert	184 406	178 764	+5 642	28 141	141 195
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung	171 600 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu	61 300 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu	60 900 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu	47 900 T€				
im Haushaltsjahr 2018 bis zu	1 500 T€				

1005 Nachhaltigkeit, Forschung und Innovation

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Ausgaben

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)

686 01 -523	Zuschüsse zur Förderung von Modell- und Demonstrationsvorhaben	15 500	14 000 *9 726*	3 586

Verpflichtungsermächtigung.. 17 100 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 9 900 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 3 900 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 1 900 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.. 1 400 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Die Ausgaben sind mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 893 01.
3. Die Verpflichtungsermächtigung ist mit der Verpflichtungsermächtigung bei folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 893 01.
4. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

Erläuterungen:

Für Vorhaben mit dem Schwerpunkt Tierschutz sind 7 Mio. € vorgesehen.

Für das Vorhaben "Modellregionen Land Zukunft" sind 3 Mio. € vorgesehen.

Für Vorhaben im Bereich der Erhaltung und innovativen nachhaltigen Nutzung der biologischen Vielfalt sind 2 Mio. € vorgesehen.

Für das Vorhaben "chance.natur - Naturschutzgroßprojekte und ländliche Entwicklung" sind 1,0 Mio. € vorgesehen.

Ausgaben dürfen auch für vorbereitende Arbeiten, Studien, gutachtliche Stellungnahmen, Projektmanagementkosten und Fachinformationen hierzu geleistet werden. Es können auch Vorhaben der Bundesforschungsinstitute im Rahmen der Zweckbestimmung des Titels 686 01 gefördert werden.

Für Fachinformationen sind 850 T€ vorgesehen.

Die Ausgaben für Investitionen sind bei Titel 893 01 veranschlagt.

686 02 -523	Zuschüsse zur Förderung des ökologischen Landbaus und anderer nachhaltiger Formen der Landwirtschaft	17 000	17 000 *1 200*	14 752

Verpflichtungsermächtigung.. 12 500 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 6 800 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 4 700 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 1 000 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe von 2 000 T€ der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Tgr. 03.
3. Die weitere Verpflichtungsermächtigung darf bis zur Höhe der Einsparungen der Verpflichtungsermächtigungen bei folgenden Titeln belegt werden: Tgr. 03.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 686 02

4. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.
5. Die Ausgaben dienen in Höhe von **8.500 T€** ausschließlich der Förderung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben.

Erläuterungen:

Mit den Ausgaben sollen auf der Basis von Zuwendungen oder Aufträgen insbesondere Forschung und Entwicklung einschließlich des Wissenstransfers der Ergebnisse in die Praxis gefördert werden. Weiterhin können Schulungs-, Aufklärungs- und Informationsmaßnahmen sowie programmbezogene Wettbewerbe in der landwirtschaftlichen Produktion, der Verarbeitung sowie im Handel, in der Vermarktung und im Verbraucherbereich finanziert werden.

Hieraus können auch Vorhaben der Bundesforschungsinstitute im Rahmen der Zweckbestimmung des Titels 686 02 gefördert werden.

Ausgaben dürfen auch für die programmbezogene Öffentlichkeitsarbeit sowie für Personal- und Sachaufwendungen der Projektträger geleistet werden.

Für Öffentlichkeitsarbeit sind 50 T€ und für Fachinformationen sind 1 500 T€ vorgesehen.

Ausgaben für Investitionen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
893 01 -523	Zuschüsse zur Förderung von Modell- und Demonstrationsvorhaben	500	-	-

Verpflichtungsermächtigung.. 400 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 100 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 100 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 100 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.. 100 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 686 01.
2. Die Verpflichtungsermächtigung ist mit der Verpflichtungsermächtigung bei folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 686 01.

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen zu Tit. 686 01.

Titelgruppe 01

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
Tgr. 01	Nachwachsende Rohstoffe	(60 000)	(60 000) *(10 840)*	

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.
3. Die Verpflichtungsermächtigungen sind gegenseitig deckungsfähig.
4. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

Erläuterungen:

Gefördert werden sollen

1005 Nachhaltigkeit, Forschung und Innovation

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	1. der Aufbau von Produktlinien von der Erzeugung bis zur Verwendung nachwachsender Rohstoffe, 2. Forschungs-, Entwicklungs- und Demonstrationsvorhaben zur Erschließung weiterer Verwendungsmöglichkeiten im Nichtnahrungsmittelsektor, 3. die Markteinführung von Produkten aus nachwachsenden Rohstoffen, 4. Informationsvermittlung und Beratung, vor allem für Produzenten, Verarbeiter und Anwender nachwachsender Rohstoffe, 5. Verbraucherinformation und Öffentlichkeitsarbeit (Tit. 686 11 und 686 12). Aus dem Ansatz können auch Ausgaben für einen Wettbewerb "Bioenergie-Regionen" geleistet werden. Ausgaben dürfen auch für Personal- und Sachaufwendungen für Projektträger geleistet werden.			
686 11 -523	Zuschüsse zur Förderung von Forschungs-, Entwicklungs- und Demonstrationsvorhaben im Bereich der nachwachsenden Rohstoffe	35 000	30 000	29 410
	Verpflichtungsermächtigung....... 27 500 T€ davon fällig: im Haushaltsjahr 2015 bis zu....... 13 500 T€ im Haushaltsjahr 2016 bis zu....... 9 000 T€ im Haushaltsjahr 2017 bis zu....... 5 000 T€ Erläuterungen: Hieraus können auch Vorhaben der Bundesforschungsinstitute im Rahmen der Zweckbestimmung des Tit. 686 11 gefördert werden. Für Öffentlichkeitsarbeit sind 250 T€ und für Fachinformationen sind 2 400 T€ vorgesehen.			
686 12 -523	Zuschüsse zur Markteinführung nachwachsender Rohstoffe	500	500	-
	Verpflichtungsermächtigung....... 400 T€ davon fällig: im Haushaltsjahr 2015 bis zu....... 200 T€ im Haushaltsjahr 2016 bis zu....... 150 T€ im Haushaltsjahr 2017 bis zu....... 50 T€			
884 11 -523	Zuschüsse zur Markteinführung nachwachsender Rohstoffe (Investitionen)	500	500 *500*	-
	Verpflichtungsermächtigung....... 400 T€ davon fällig: im Haushaltsjahr 2015 bis zu....... 200 T€ im Haushaltsjahr 2016 bis zu....... 150 T€ im Haushaltsjahr 2017 bis zu....... 50 T€			
893 11 -523	Zuschüsse zur Förderung von Forschungs-, Entwicklungs- und Demonstrationsvorhaben im Bereich der nachwachsenden Rohstoffe (Investitionen)	24 000	29 000 *10 340*	23 560
	Verpflichtungsermächtigung....... 18 500 T€ davon fällig: im Haushaltsjahr 2015 bis zu....... 8 500 T€ im Haushaltsjahr 2016 bis zu....... 7 000 T€ im Haushaltsjahr 2017 bis zu....... 3 000 T€			

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Titelgruppe 02

Tgr. 02	Zuschüsse an Forschungseinrichtungen außerhalb der Bundesverwaltung	(46 879)	(41 464) *(2 375)*	

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.

632 21 -164	Zweckgebundene Zuweisungen an die Länder für Mitgliedseinrichtungen der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz e. V. (WGL)	32 892	31 252	28 812

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 882 21.

1. Die Mittel dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.
   Dies gilt, wenn und soweit das zuwendungsgebende Sitzland seinen Finanzierungsanteil ebenfalls überjährig zur Verfügung stellt.

Erläuterungen:

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmitteln	Finanzierungsanteil in Prozent ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
WGL-Einrichtungen					
1. **Bayern**			**(1 739)**	**(1 658)**	**(1 563)**
1.1 Deutsche Forschungsanstalt für Lebensmittelchemie (DFA), Garching bei München		50,00	1 739	1 658	1 563
- aus Kap. 1005 Tit. 632 21			*1 564*	*1 492*	*1 405*
- aus Kap. 1005 Tit. 882 21			*175*	*166*	*158*
2. **Brandenburg**			**(21 844)**	**(21 228)**	**(18 877)**
2.1 Zentrum für Agrarlandschafts- und Landnutzungsforschung e. V. (ZALF), Müncheberg		50,00	10 682	9 872	9 249
- aus Kap. 1005 Tit. 632 21		50,00	*9 682*	*9 221*	*8 574*
- aus Kap. 1005 Tit. 882 21		50,00	*1 000*	*651*	*675*
2.2 Institut für Agrartechnik e. V. (ATB), Potsdam-Bornim		50,00	5 579	5 108	5 031
- aus Kap. 1005 Tit. 632 21		50,00	*4 929*	*4 670*	*4 411*
- aus Kap. 1005 Tit. 882 21		50,00	*650*	*438*	*620*
2.3 Institut für Gemüse- und Zierpflanzenbau e. V. (IGZ), Großbeeren		50,00	5 583	6 248	4 597
- aus Kap. 1005 Tit. 632 21			*4 933*	*4 698*	*4 103*
- aus Kap. 1005 Tit. 882 21			*650*	*1 550*	*494*
3. **Mecklenburg-Vorpommern**			**(10 160)**	**(9 428)**	**(8 769)**
3.1 Forschungsinstitut für die Biologie landwirtschaftlicher Nutztiere (FBN), Dummerstorf		50,00	10 160	9 428	8 769
- aus Kap. 1005 Tit. 632 21			*9 450*	*8 944*	*8 254*
- aus Kap. 1005 Tit. 882 21			*710*	*484*	*515*
4. **Sachsen-Anhalt**			**(2 410)**	**(2 299)**	**(2 133)**
4.1 Institut für Agrarentwicklung in Mittel- und Osteuropa (IAMO), Halle		50,00	2 410	2 299	2 133
- aus Kap. 1005 Tit. 632 21			*2 334*	*2 227*	*2 065*
- aus Kap. 1005 Tit. 882 21			*76*	*72*	*68*
Zusammen			36 153	34 613	31 342
- Summe Tit. 632 21			*32 892*	*31 252*	*28 812*
- Summe Tit. 882 21			*3 261*	*3 361*	*2 530*

Die Länder gewähren den Einrichtungen Zuwendungen zur institutionellen Förderung. Die Förderung des Bundes erfolgt durch zweckgebundene Zuweisungen an die Sitzländer.

1005 Nachhaltigkeit, Forschung und Innovation

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 02

686 21 -165	Zuschuss an das Deutsche Biomasseforschungszentrum - Betrieb -	6 001	5 832	5 226

Haushaltsvermerk:

1. Die Erläuterungen sind hinsichtlich der Ausgabenansätze der einzelnen Zuwendungsempfänger / Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO verbindlich. Abweichungen bedürfen der Einwilligung des Bundesministeriums der Finanzen.
2. Die Mittel dürfen bis zur Höhe von 20 Prozent des Zuwendungsbetrages zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.

Erläuterungen:

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	Finanzierungsanteil in Prozent ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
Institutionelle Förderung/Zuschüsse an Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO					
1.1 Deutsches Biomasseforschungszentrum (DBFZ) gGmbH, Leipzig....	97,08	100,00	10 726	6 851	6 677
- aus Kap. 1005 Tit. 686 21..........			*6 001*	*5 832*	*5 042*
- aus Kap. 1005 Tit. 893 21..........			*4 725*	*1 019*	*1 635*
Projektförderung					
2.2 Deutsche Gartenbauwissenschaftliche Gesellschaft e. V., Hannover.			-	-	1
2.3 Agrarsoziale Gesellschaft e. V., Göttingen..........			-	-	183
Zusammen			-	-	184
Insgesamt			10 726	6 851	6 861
- Summe Tit. 686 21			*6 001*	*5 832*	*5 226*
- Summe Tit. 893 21			*4 725*	*1 019*	*1 635*

Wirtschaftsplan zu 1.1 siehe Anlage zum Kapitel 1005.

Zu 2.2:
Seit 2013 veranschlagt im Kap. 1010 Tit. 684 01.

Zu 2.3:
Seit 2013 veranschlagt im Kap. 1010 Tit. 684 01.

Zu 1.1:
Das Deutsche Biomasseforschungszentrum bearbeitet Forschungs- und Entwicklungsaufträge, insbesondere im Bereich der energetischen Nutzung von Biomasse, und berät das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft in allen damit zusammenhängenden Fragen.

Zu 2.2:
Die Deutsche Gartenbauwissenschaftliche Gesellschaft e. V. ist Mitglied der internationalen Gesellschaft für Gartenbauwissenschaft, Den Haag. Veranschlagt ist der Mitgliedsbeitrag auf der Basis des Mitgliedsbeitrages 2008.

Zu 2.3:
Die Agrarsoziale Gesellschaft e. V. trägt zur Neuordnung der ländlichen Sozial- und Arbeitsverhältnisse durch Arbeitstagungen, Veröffentlichungen und in sonstiger Weise bei. Der Bundeszuschuss soll zur teilweisen Finanzierung dieser Leistungen dienen.

882 21 -164	Zweckgebundene Zuweisungen an die Länder für Mitgliedseinrichtungen der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz e. V. (WGL)	3 261	3 361	2 530

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 632 21.

1. Die Mittel dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.

   Dies gilt, wenn und soweit das zuwendungsgebende Sitzland seinen Finanzierungsanteil ebenfalls überjährig zur Verfügung stellt.

Erläuterungen:

WGL-Einrichtungen: Zusammenstellung siehe Erläuterungen zu Tit. 632 21.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu Titelgruppe 02			
893 21 -165	Zuschuss an das Deutsche Biomasseforschungszentrum - Investitionen -	4 725	1 019 *2 375*	1 635
	Verpflichtungsermächtigung ... 56 600 T€ davon fällig: im Haushaltsjahr 2015 bis zu ... 6 300 T€ im Haushaltsjahr 2016 bis zu ... 22 000 T€ im Haushaltsjahr 2017 bis zu ... 28 300 T€			
	Erläuterungen: Zuwendungsempfänger: Zusammenstellung siehe Erläuterungen zu Tit. 686 21.			
	Titelgruppe 03			
Tgr. 03	Forschung und Innovation	(44 527)	(46 300) *(4 000)*	
	Haushaltsvermerk: 1. Die Ausgaben sind übertragbar. 2. Einsparungen dienen bis zur Höhe von 2 000 T€ zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 686 02. 3. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig. 4. Einsparungen bei den Verpflichtungsermächtigungen bis zur Höhe von 2 000 T€ dienen zur Deckung der weiteren Verpflichtungsermächtigung bei folgendem Titel: 686 02. 5. Die Verpflichtungsermächtigungen sind gegenseitig deckungsfähig.			
544 31 -165	Forschung, Untersuchungen und Ähnliches	6 363	7 000	7 013
	Verpflichtungsermächtigung ... 5 100 T€ davon fällig: im Haushaltsjahr 2015 bis zu ... 2 200 T€ im Haushaltsjahr 2016 bis zu ... 2 000 T€ im Haushaltsjahr 2017 bis zu ... 900 T€			
	Erläuterungen: Das BMEL bedarf zur Lösung seiner politischen und administrativen Aufgaben wissenschaftlicher Entscheidungshilfe. Diese kann in manchen Fällen nicht im notwendigen Umfang von den Ressortforschungseinrichtungen geliefert werden. Es ist daher erforderlich, Forschungs-, Untersuchungs-, Entwicklungs- und Erprobungsaufträge an Stellen außerhalb der Bundesverwaltung, in Ausnahmefällen auch an Stellen innerhalb der nicht dem Epl. 10 zuzuordnenden Bundesverwaltung zu vergeben. Aus diesem Titel können auch Zuwendungen gewährt werden. Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013. Weniger durch Umsetzung nach Kap. 0701 Tit. 544 01.			
685 31 -165	Zuschüsse für wissenschaftliche Veranstaltungen (Kongresse, Symposien u. Ä.) im Inland und zur Veröffentlichung wissenschaftlicher Forschungsergebnisse	225	225	76
	Erläuterungen: Für Fachinformationen sind 22 T€ vorgesehen.			

1005 Nachhaltigkeit, Forschung und Innovation

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu Titelgruppe 03			
686 31 -523	Förderung von Innovationen im Bereich Ernährung, Landwirtschaft und gesundheitlicher Verbraucherschutz	27 800	29 000 *2 000*	19 367

Verpflichtungsermächtigung... 23 400 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 9 400 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu... 8 600 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu... 5 400 T€

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind vorgesehen für Innovationen, insbesondere in den Bereichen:

1. Tier- und Pflanzengesundheit,
2. Züchtung von Nutzpflanzen und Nutztieren,
3. Neue Verfahren und Techniken in der Agrar- und Ernährungswirtschaft,
4. Sicherheit und Qualität von Lebensmitteln,
5. Umweltgerechte Landbewirtschaftung.
6. Gesundheitlicher Verbraucherschutz

Im Rahmen der Zweckbestimmung des Titels können auch Vorhaben - einschließlich wissenschaftlicher Betreuung und Ergebnispräsentation - der Bundesforschungsinstitute gefördert werden.

Aus dem Titelansatz dürfen auch Personal- und Sachkosten der Projektträger geleistet werden.

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Weniger durch Umsetzung nach Kap. 0701 Tit. 686 01.

687 31 -165	Internationale Forschungskooperationen zu Welternährung und zu anderen internationalen Forschungsaufgaben auf dem Gebiet der Ernährung, der Landwirtschaft und des Verbraucherschutzes	2 500	2 000	-

Verpflichtungsermächtigung... 2 500 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 1 200 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 800 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 500 T€

Haushaltsvermerk:

Ausgaben dürfen auch zum Zweck der Beteiligung an Fonds im Rahmen von ERA-Net-Forschungsprojekten und anderen entsprechenden EU-Initiativen nach den Europäischen Forschungsrahmenprogrammen geleistet werden.

Erläuterungen:

Die Zusammenarbeit mit anderen Staaten auf dem Gebiet der Agrarforschung umfasst insbesondere die Vorbereitung und Durchführung von Abkommen sowie Kontakte zu im Bereich der Forschung und Entwicklung tätigen Stellen des Auslands. Die Abkommen beinhalten im Allgemeinen sowohl einen Personal- und Informationsaustausch als auch die Durchführung gemeinsamer Vorhaben in verschiedenen Bereichen der Wissenschaft und Technik.

Veranschlagt sind Vergütungen für Studienreisen und -aufenthalte ausländischer und deutscher Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie für Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Kongressen, Symposien und ähnlichen Veranstaltungen im In- und Ausland, die im Interesse des BMEL liegen.

Aufgrund des Beschlusses des Europäischen Parlaments und des Rates Nr. 1513/2002/EG vom 27. Juni 2002 (Amtsblatt L 232) können sich die Mitgliedsstaaten an sog. ERA-Net-Forschungsprojekten beteiligen. Eine Form der Beteiligung sieht die Einzahlung von Mitteln in einen gemeinsamen Fonds vor. Zu diesem Zweck sind Haushaltsmittel veranschlagt.

Aus diesem Titel dürfen auch Personal- und Sachkosten der Projektträger geleistet werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Noch zu Titelgruppe 03				
893 31 -523	Förderung von Innovationen im Bereich Ernährung, Landwirtschaft und gesundheitlicher Verbraucherschutz	7 639	8 000 *2 000*	5 228

Verpflichtungsermächtigung.. 7 200 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 3 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 2 500 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 1 700 T€

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen zu Titel 686 31.

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Weniger durch Umsetzung nach Kap. 0701 Tit. 686 01.

Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
685 32 -165	Förderung der Verbraucherwissenschaften		75	-

1005 Anlage 1 Wirtschaftspläne

Anlage zu Kapitel 1005 - Wirtschaftspläne

Zu Tgr. 02 Tit. 686 21

1.1 Deutsches Biomasseforschungszentrum (DBFZ) gGmbH, Leipzig

Wirtschaftsplan	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4
Institutionelle Förderung			
1. Ausgaben	**11 049**	**7 184**	**9 504**
1.1 Personalausgaben	3 948	3 923	4 091
1.2 Sächliche Verwaltungsausgaben	2 376	2 242	3 716
1.3 Ausgaben für Investitionen	4 725	1 019	1 697
2. Finanzierung der Ausgaben	**11 049**	**7 184**	**9 504**
2.1 Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	323	333	1 798
2.2 Zuwendungen von Ländern	-	-	1 029
2.3 Zuwendung des Bundes	**10 726**	**6 851**	**6 677**
aus Kap. 1005 Tit. 686 21	*6 001*	*5 832*	*5 042*
aus Kap. 1005 Tit. 893 21	*4 725*	*1 019*	*1 635*
nachrichtlich: **Projektförderung**	5 710	5 710	4 737

Vorbemerkung

Wesentliche finanzwirksame Schwerpunkte des Kapitels

In Kapitel 1006 sind die Ausgaben für internationale Maßnahmen im Aufgabenbereich des BMEL zusammengefasst. Wesentliche Herausforderungen sind die Sicherung der Ernährung, eine nachhaltige Energie- und Rohstoffversorgung, die Erhaltung von Biodiversität und die Eindämmung des Klimawandels, die insbesondere in enger Kooperation mit ausgewählten staatlichen Partnern sowie internationalen Organisationen eingegangen werden sollen.

Ausgabenschwerpunkt des Kapitels sind mit 29 Mio. € die **Beiträge an internationale Organisationen** (Titel 687 05). Wesentliche Ausgabeposition ist hier mit rund 27 Mio. € der Beitrag zur Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO).

Für die **Zusammenarbeit mit der FAO und anderen internationalen Organisationen im Agrar- und Ernährungsbereich** (Titel 687 04) werden 13,9 Mio. € zur Verfügung gestellt.

Für die **Bilaterale technische Zusammenarbeit mit dem Ausland auf dem Gebiet der Ernährung und der Landwirtschaft** (Titel 687 02) sind insgesamt 12,3 Mio. € eingeplant.

Weiterer Ausgabenbereich sind **Maßnahmen zur Verstärkung der Außenhandelsbeziehungen im Agrar- und Ernährungsbereich** (Titel 687 01) mit 3 Mio. €. Aufgrund der engen Verflechtung der deutschen Agrar-, Ernährungs-, Forst- und Holzwirtschaft und ihrer vor- und nachgelagerten Bereiche mit der Weltwirtschaft ist die Verstärkung der Außenhandelsbeziehungen ein wesentlicher Faktor für wirtschaftlichen Erfolg.

Wesentliche Ziele, die mit den veranschlagten Mitteln erreicht werden sollen

Mit den **Beiträgen an internationale Organisationen,** insbesondere an die FAO, werden die internationalen Verpflichtungen abgedeckt. Oberstes Ziel der FAO ist die Sicherung der Ernährung weltweit. Sie unterstützt ihre Mitgliedstaaten durch Politikberatung und technische Zusammenarbeit bei der Verbesserung der Qualität von Ernährung, der nachhaltigen Steigerung landwirtschaftlicher Produktion und der Förderung ländlicher Entwicklung.

Im Rahmen der **Zusammenarbeit mit der FAO und anderen internationalen Organisationen im Agrar- und Ernährungsbereich** werden multilaterale Projekte zur Stärkung der internationalen Zusammenarbeit in den Bereichen Ernährung, Landwirtschaft, Fischerei und Forstwirtschaft durchgeführt. Relevante Sektoren und Institutionen in den betroffenen Ländern sowie Internationale Organisationen werden gestärkt. Beispiele sind vor allem Projekte zur Umsetzung des Rechts auf Nahrung im ländlichen Raum, zum Erhalt genetischer Ressourcen und zum Waldschutz.

Mit der **bilateralen technische Zusammenarbeit mit dem Ausland auf dem Gebiet der Ernährung und der Landwirtschaft** fördert das BMEL Kooperationsprojekte, die die Entwicklung der Agrar- und Ernährungswirtschaft in zahlreichen Ländern Osteuropas und in Drittländern unterstützen. Die Projekte sind fester Bestandteil der bilateralen Zusammenarbeit, weil sie die Agrarentwicklung in den Partnerländern unterstützen, den Aufbau von Verbänden und damit demokratischer Strukturen fördern und weltweite Netzwerke für deutsche Unternehmen der Agrar- und Ernährungswirtschaft in zahlreichen wirtschaftspolitisch wichtigen Drittländern (u. a. Russland, Ukraine, Brasilien, China) schaffen. Verstärkt werden praxisnahe Projekte zur Sicherung der Ernährung in Afrika und Asien unterstützt, u. a. landwirtschaftliche Demonstrationsfarmen und landwirtschaftliche Aus- und Weiterbildungseinrichtungen.

Das BMEL unterstützt mit den Maßnahmen zur **Verstärkung der Außenhandelsbeziehungen im Agrar- und Ernährungsbereich** die Exportbemühungen vorrangig kleiner und mittlerer deutscher Unternehmen der Agrar- und Ernährungswirtschaft. Das Programm dient der Pflege bestehender und der Erschließung neuer ausländischer Absatzmärkte und trägt auf diese Weise zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen insbesondere in den ländlichen Räumen bei. Fördermöglichkeiten umfassen z. B. die Erstellung von Marktstudien, Schulungen und Unternehmerreisen.

1006 Internationale Maßnahmen

Überblick zum Kapitel 1006	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Ausgaben					
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	59 126	60 198	-1 072	1 297	53 570
Gesamtausgaben..	59 126	60 198	-1 072	1 297	53 570
davon nicht flexibilisiert..	59 126	60 198	-1 072	1 297	53 570

Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014	
Verpflichtungsermächtigung...................................	28 870 T€
davon fällig:	
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.................................	13 070 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.................................	11 100 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.................................	4 100 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.................................	100 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu.................................	100 T€
im Haushaltsjahr 2020 bis zu.................................	100 T€
im Haushaltsjahr 2021 bis zu.................................	100 T€
im Haushaltsjahr 2022 bis zu.................................	100 T€
im Haushaltsjahr 2023 bis zu.................................	100 T€

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Ausgaben			
	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)			
686 01 -523	Internationaler Praktikantenaustausch Verpflichtungsermächtigung.. fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 470 T€ Erläuterungen: Ausländischen jungen Fachkräften soll ein Praktikum in Deutschland ermöglicht werden. Junge deutsche Fachkräfte sollen durch ein Auslandspraktikum ihre berufliche Kompetenz erweitern. Gefördert werden Praktikantinnen- und Praktikantenprogramme anerkannter Organisationen.	530	530	480
686 02 -523	Zuschuss zur Umsiedlung des internationalen Fonds für Nutzpflanzenvielfalt (GCDT) und zur Ansiedlung des Sekretariats der Europäischen Waldkonvention Verpflichtungsermächtigung... 900 T€ davon fällig: im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 100 T€ im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 100 T€ im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 100 T€ im Haushaltsjahr 2018 bis zu.. 100 T€ im Haushaltsjahr 2019 bis zu.. 100 T€ im Haushaltsjahr 2020 bis zu.. 100 T€ im Haushaltsjahr 2021 bis zu.. 100 T€ im Haushaltsjahr 2022 bis zu.. 100 T€ im Haushaltsjahr 2023 bis zu.. 100 T€	150	50	-
687 01 -523	Maßnahmen zur Verstärkung der Außenhandelsbeziehungen im Agrar- und Ernährungsbereich Verpflichtungsermächtigung.. 2 400 T€ davon fällig: im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 1 800 T€ im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 600 T€ Haushaltsvermerk: 1. Die Ausgaben sind übertragbar. 2. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.	3 000	3 000 *500*	1 957
687 02 -523	Bilaterale technische Zusammenarbeit mit dem Ausland auf dem Gebiet der Ernährung, der Landwirtschaft und des gesundheitlichen Verbraucherschutzes Verpflichtungsermächtigung... 12 500 T€ davon fällig: im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 5 600 T€ im Haushaltsjahr 2016 bis zu... 5 600 T€ im Haushaltsjahr 2017 bis zu... 1 300 T€ Haushaltsvermerk: 1. Die Ausgaben sind übertragbar. 2. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass nach Beendigung der Projektarbeit für das Projekt angeschaffte Vermögensgegen-	12 270	10 000 *197*	7 803

1006 Internationale Maßnahmen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 687 02

stände an die beratene Einrichtung unentgeltlich abgegeben werden können.

Erläuterungen:

Aus den Ausgaben darf auch eine Vergütung an ein Unternehmen gezahlt werden, das das BMEL bei Vorbereitung, Vergabe und Kontrolle der Maßnahme unterstützt.

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Weniger durch Umsetzung nach Kap. 0701 Tit. 687 01.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
687 03 -523	Beteiligung an Veranstaltungen der FAO und anderer internat. Organisationen auf dem Gebiet der Ernährung, der Landwirtschaft und des gesundheitlichen Verbraucherschutzes außerhalb Deutschlands	300	300	170

Verpflichtungsermächtigung...

fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 100 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe von 200 T€ der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: 687 04.

Erläuterungen:

Aus dem Ansatz dürfen auch Ausgaben für Veranstaltungen von Unterorganisationen der FAO sowie Kooperationsmaßnahmen der FAO und anderer internationaler Organisationen geleistet werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
687 04 -523	Zusammenarbeit mit der FAO und anderen internationalen Organisationen im Agrar- und Ernährungsbereich	13 850	13 500 *600*	11 044

Verpflichtungsermächtigung... 12 500 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 5 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu... 4 800 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu... 2 700 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Einsparungen dienen bis zur Höhe von 200 T€ zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 687 03.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Bilaterale Projekte zur Ernährungssicherung auf der Grundlage einer Rahmenvereinbarung mit der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO).........................	8 750
2. Förderung von Vorhaben der FAO im Bereich genetischer Ressourcen und von Vorhaben anderer internationaler Organisationen (z. B. Standards Trade Development Facility STDF)..............	1 700
3. Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen zur Förderung der nachhaltigen Waldbewirtschaftung und zur Vermeidung von Emissionen aus Entwaldung sowie Umsetzung der VN-Waldübereinkunft im Ausland und Beitrag zum Finanzierungsmechanismus..	3 400
Zusammen...	13 850

Mitveranschlagt sind die Kosten vorbereitender, begleitender und auswertender Maßnahmen.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
687 05 -523	Beiträge an nationale und internationale Organisationen	29 026	32 818	32 116

Erläuterungen:

Bezeichnung der Organisation Rechtsgrundlage und Zweck der Mitgliedschaft	Mitgliedsbeitrag der Bundesrepublik Deutschland (Pflichtleistungen)			Besondere (freiwillige) Leistungen außerhalb des Mitgliedsbeitrags in 1 000 € (gerundet)	Zusammen Spalte 4 + 5 in 1 000 €
	in Prozent	in Tausend-Fremdwährung (gerundet)	in 1 000 € (gerundet)		
1	2	3	4	5	6
1. Internationales Tierseuchenamt (OIE) in Paris........................	2,5	-	158	17	175
Rechtsgrundlage: Vereinbarung					
Zweck: Internationale Zusammenarbeit bei der Tierseuchenbekämpfung					
2. Internationale Organisation für Rebe und Wein (OIV) in Paris.	3,8	-	80	-	80
Rechtsgrundlage: Übereinkommen					
Zweck: Harmonisierung der Standards des Weinsektors					
3. Internationaler Rat für Meeresforschung (ICES) in Kopenhagen..	7,3	1 672 DKK	224	-	224
Rechtsgrundlage: Vereinbarung					
Zweck: Internationale Zusammenarbeit auf den Gebieten der Erhaltung und Bewirtschaftung der lebenden Meeresschätze und des Meeresumweltschutzes					
4. Pflanzenschutzorganisation für Europa und den Mittelmeerraum (EPPO) in Paris..	5,9	-	118	-	118
Rechtsgrundlage: Gesetz					
Zweck: Internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Pflanzenschutzes					
5. Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) in Rom..	7,1	18 528 USD	13 435	-	13 435
Rechtsgrundlage: Vereinbarung					
Zweck: Internationale Zusammenarbeit zur Verbesserung der Ernährungslage und zur Förderung der Landwirtschaft, Reformkosten...	-	-	13 622	30	13 652
6. Internationaler Verband zum Schutz von Pflanzenzüchtungen (UPOV) in Genf...	7,9	268 CHF	218	-	218
Rechtsgrundlage: Gesetz					
Zweck: Internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes für Pflanzensorten					
7. Cartagena Protokoll zur Biosicherheit in Montreal...................	12,4	302 USD	219	-	219
Rechtsgundlage: Gesetz					
Zweck: Sicherstellung eines angemessenen Schutzniveaus bei der sicheren Weitergabe, Handhabung und Verwendung der durch Biotechnologie hervorgebrachten, lebenden, veränderten Organismen.					
8. Kommission zur Erhaltung der lebenden Meeresschätze der Antarktis, (CCAMLR), Hobart/Tasmanien................................	3,8	130 AUD	84	-	84
Rechtsgrundlage: Gesetz					
Zweck: Internationale Zusammenarbeit bei der Erhaltung der Fauna und Flora der Antarktis					
9. Internationale Walfangkommission (IWC) in Cambridge (England)..	4,0	70 GBP	84	-	84
Rechtsgrundlage: Gesetz					
Zweck: Intern. Zusammenarbeit zur Erhaltung der Wale					
10. Bioversity International, Rom (ECPGR)...................................			52	-	52
Rechtsgrundlage: Vereinbarung					
Zweck: Internationale Zusammenarbeit zur Erhaltung pflanzengenetischer Ressourcen					
11. Ministerkonferenz zum Schutz der Wälder in Europa (MCPFE) - Forest Europe..	8,0		75	-	75

1006 Internationale Maßnahmen

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 687 05

Bezeichnung der Organisation Rechtsgrundlage und Zweck der Mitgliedschaft	Mitgliedsbeitrag der Bundesrepublik Deutschland (Pflichtleistungen)			Besondere (freiwillige) Leistungen außerhalb des Mitgliedsbeitrags in 1 000 € (gerundet)	Zusammen Spalte 4 + 5 in 1 000 €
	in Prozent	in Tausend-Fremdwährung (gerundet)	in 1 000 € (gerundet)		
1	2	3	4	5	6
Rechtsgrundlage: Vereinbarung					
Zweck: Pan-europäische Zusammenarbeit bei der Erhaltung und Bewirtschaftung der Wälder					
12. Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) - Part II Aktivitäten		-	210	-	210
Rechtsgrundlage: Gesetz					
Zweck: wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung					
13. Internationaler Vertrag für pflanzengenetische Ressourcen für Landwirtschaft und Ernährung (ITPGR), Rom				250	250
Rechtsgrundlage: Gesetz					
Zweck: Erhaltung und nachhaltige Nutzung pflanzengenetischer Ressourcen sowie Aufteilung der sich aus der Nutzung ergebenden Vorteile					
14. Sonstiges	-	-	150		150
Zusammen			28 729	297	29 026

Differenzen durch Rundung möglich

Überblick zum Kapitel 1010	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen...	60 512	3 509	+57 003		4 405
Übrige Einnahmen...	5 030	7 182	-2 152		8 446
Gesamteinnahmen...	65 542	10 691	+54 851		12 851
Ausgaben					
Sächliche Verwaltungsausgaben............................	750	1 250	-500		445
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	19 726	21 428	-1 702	380	20 781
Ausgaben für Investitionen......................................	1 461	1 591	-130		788
Besondere Finanzierungsausgaben.......................	-23 000	-25 000	+2 000		-
Gesamtausgaben..	-1 063	-731	-332	380	22 014
davon nicht flexibilisiert...	-1 063	-731	-332	380	22 014
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung....................................					
fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu..........................	900 T€				

1010 Sonstige Bewilligungen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Einnahmen			
	Verwaltungseinnahmen			
119 09 -523	Vermischte Einnahmen	3 000	3 000	3 788
	Erläuterungen: Für Rückzahlungen unverwendeter Zuschüsse, Zinsen für unverwendete Zuschüsse und Verkaufserlöse für aus Zuschüssen beschaffte Gegenstände.			
129 01 -522	Ablieferung der Zinseinkünfte des Zweckvermögens, das von der Landwirtschaftlichen Rentenbank verwaltet wird	512	509	581
	Erläuterungen: Wirtschaftsplan siehe Anlage zum Kapitel 1010. Gemäß § 2 Abs. 3 des Gesetzes über das Zweckvermögen des Bundes bei der Landwirtschaftlichen Rentenbank - ZweckVG (Art. 1 des Gesetzes vom 12. August 2005, BGBl. I S. 2363) sind alle Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen des Zweckvermögens in einem Wirtschaftsplan als Anlage zu Kap. 1010 darzustellen.			
129 02 -521	Einnahmen aus dem Zweckvermögen, das von der Postbank verwaltet wird	-	-	-
129 03 -521	Einnahmen aus von der Landwirtschaftlichen Rentenbank verwalteten Bundesmitteln	-	-	-
132 01 -165	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	-	-	36
133 01 -812	Einnahmen aus Veräußerung von Vermögenswerten	57 000	-	-
	Haushaltsvermerk: Mehreinnahmen dienen bis zu einem Betrag von 10 000 T€ zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Kap. 1003 Tgr. 01. Erläuterungen: Mehr wegen in der Finanzplanung vorgesehener Vermögensveräußerung.			
	Übrige Einnahmen			
152 01 -521	Zinsen aus Darlehen zur Förderung der Flurbereinigung	40	40	36
162 01 -521	Zinsen von Mitteln, die von der Postbank verwaltet werden	15	17	22
	Erläuterungen: Einnahmen aus Darlehen zur Förderung der ländlichen Siedlung, die der Bund vor Erlass des Bundesvertriebenengesetzes und des Siedlungsförderungsgeset-			

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Noch zu Titel 162 01	zes bereitgestellt hat. Außerdem sind hier die Einnahmen aus der Gewährung von Darlehen für die Siedlung im Ausland veranschlagt.			
162 03 -521	Zinsen aus Darlehen für besondere agrarstrukturelle Maßnahmen	100	160	145
162 04 -523	Zinsen aus verschiedenen Darlehen	-	-	-
162 07 -532	Zinsen aus Darlehen für die Kutterfischerei	35	40	-14
162 10 -521	Zinsen aus Darlehen für die Förderung der Wiedereinrichtung und Modernisierung bäuerlicher Familienbetriebe in dem in Art. 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet	50	65	73
172 01 -521	Tilgung von Darlehen zur Förderung der Flurbereinigung	360	380	391
182 01 -521	Tilgung von Mitteln, die von der Postbank verwaltet werden	70	80	125
	Erläuterungen: Siehe Erläuterungen zu Tit. 162 01.			
182 03 -521	Tilgung von Darlehen für besondere agrarstrukturelle Maßnahmen	3 200	5 100	6 281
	Haushaltsvermerk: Aus den Einnahmen dürfen die für die Verwaltung durch Banken nach den bis 1972 geltenden einschlägigen Richtlinien bzw. Erlassen zu zahlenden Verwaltungskosten einschließlich Umsatzsteuer geleistet werden.			
182 04 -523	Tilgung von verschiedenen Darlehen	-	-	-
182 07 -532	Tilgung von Darlehen für die Kutterfischerei	450	500	343
182 10 -521	Tilgung von Darlehen für die Förderung der Wiedereinrichtung und Modernisierung bäuerlicher Familienbetriebe in dem in Art. 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet	710	800	1 044

Ausgaben

Sächliche Verwaltungsausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
533 02 -531	Nachhaltigkeit in der Waldbewirtschaftung	750	1 250	-
	Haushaltsvermerk: 1. Die Ausgaben sind übertragbar.			

1010 Sonstige Bewilligungen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu Titel 533 02			
	2. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden. 3. Ausgaben dürfen auch für fachbezogene Personal- und Sachaufwendungen geleistet werden. Erläuterungen: Nach der Waldstrategie 2020 der Bundesregierung soll die Nutzung des Waldes unter den Aspekten der Nachhaltigkeit sowie der gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Bedeutung von Wald und Forstwirtschaft für Arbeitsplätze, Wertschöpfung, Natur- und Umweltschutz sowie Erholung stärker heraus gestellt werden. Für Öffentlichkeitsarbeit sind 100 T€ und für Fachinformationen 500 T€ vorgesehen.			
	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)			
622 01 -521	Zuschüsse zur Verbilligung von Zinsen für Darlehen zur einzelbetrieblichen Investitionsförderung in dem in Art. 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet	-	2	-
632 01 -342	Erstattung von Zweckausgaben der Länder beim Vollzug des Atomgesetzes und des Strahlenschutzvorsorgegesetzes Erläuterungen: Nach Art. 104 a Abs. 2 Grundgesetz ist der Bund verpflichtet, die Ausgaben zu tragen, die den Ländern beim Vollzug des Atomgesetzes und der dazu ergangenen Rechtsregelungen entstehen. Dem BMEL obliegt nach dem Strahlenschutzvorsorgegesetz (StrVG) die Kontrolle der radioaktiven Belastung bestimmter Lebensmittel, sowohl bei der Einfuhr aus Drittländern in die Gemeinschaft als auch bei einem radiologischen Notstand.	35	35	-
662 01 -532	Zuschüsse zur Verbilligung von Zinsen für Darlehen zur Förderung der Fischerei Erläuterungen: Ziele der Zinsverbilligung von Kapitalmarktdarlehen sind hauptsächlich Investitionen für Kutterankäufe und -modernisierungen, um eine wettbewerbsfähige Flotte zu erhalten. Bei der Aufnahme von Kapitalmarktdarlehen kann derzeit eine Zinsverbilligung von bis zu 4 Prozentpunkten über längstens zehn Jahre zugesagt werden.	-	-	-
671 01 -521	Vergütung an Banken für die Verwaltung von Bundesmitteln	1 000	1 000	812
683 04 -532	Maßnahmen zur Anpassung der Kapazitäten in der Seefischerei Haushaltsvermerk: 1. Die Ausgaben sind übertragbar. 2. Die Ausgaben sind mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 892 01. Erläuterungen: Aufgrund gemeinschaftlicher und nationaler Regelungen sollen Zuschüsse gewährt werden für: 1. Begleitmaßnahmen bei zeitweiser Aufgabe der Fischereitätigkeit,	2 200	2 200 *25*	2 020

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 683 04

2. das endgültige Ausscheiden von Fischereifahrzeugen,
3. ggf. andere gemeinschaftsrechtlich zulässige Anpassungsmaßnahmen.

684 01 -523	Zuschüsse an Einrichtungen außerhalb der Bundesverwaltung - Betrieb -	14 911	16 611	15 857

Haushaltsvermerk:

Die Erläuterungen sind hinsichtlich der Ausgabenansätze der einzelnen Zuwendungsempfänger / Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO verbindlich. Abweichungen bedürfen der Einwilligung des Bundesministeriums der Finanzen.

Erläuterungen:

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
Institutionelle Förderung/Zuschüsse an Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO					
1.1 aid infodienst Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz e. V., Bonn	76,83	100,00	4 770	4 837	4 574
- aus Kap. 1010 Tit. 684 01			*4 588*	*4 636*	*4 424*
- aus Kap. 1010 Tit. 893 01			*182*	*201*	*150*
1.2 Kuratorium für Technik und Bauwesen in der Landwirtschaft e. V. (KTBL), Darmstadt	93,07	100,00	5 977	5 977	5 448
- aus Kap. 1010 Tit. 684 01			*5 820*	*5 708*	*5 290*
- aus Kap. 1010 Tit. 893 01			*157*	*269*	*158*
1.4 Zentrum für Betriebswirtschaft im Gartenbau e. V. (ZBG)	48,71	50,00	189	189	180
- aus Kap. 1010 Tit. 684 01			*189*	*189*	*180*
- aus Kap. 1010 Tit. 893 01			-	-	-
1.5 Kuratorium für Waldarbeit und Forsttechnik e. V. (KWF)	36,59	50,00	676	723	675
- aus Kap. 1010 Tit. 684 01			*662*	*689*	*643*
- aus Kap. 1010 Tit. 893 01			*14*	*34*	*32*
1.6 Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e. V. (FNR)	93,42	93,49	1 905	1 896	1 760
- aus Kap. 1010 Tit. 684 01			*1 867*	*1 869*	*1 755*
- aus Kap. 1010 Tit. 893 01			*38*	*27*	*5*
1.7 Schutzgemeinschaft Deutscher Wald e. V.	73,20	100,00	249	490	254
- aus Kap. 1010 Tit. 684 01					
1.10 Deutscher Verband für Landschaftspflege (DVL) e. V., Ansbach	84,24	100,00	262	262	250
- aus Kap. 1010 Tit. 684 01					
Zusammen			14 028	14 374	13 141
- Summe Tit. 684 01			*13 637*	*13 843*	*12 796*
- Summe Tit. 893 01			*391*	*531*	*345*
Projektförderung					
2.1 Verband der deutschen Milchwirtschaft e. V. (VDM), Bonn			40	40	39
2.2 Deutscher Pflügerrat e. V. (DPR), Weißenhorn			3	3	2
2.3 Verband Deutscher Landwirtschaftlicher Untersuchungs- und Forschungsanstalten (VDLUFA), Darmstadt			32	27	27
2.4 Stiftung für Begabtenförderung der deutschen Landwirtschaft e. V., Bonn			65	65	60
2.5 Deutsche Welthungerhilfe, Komitee der "Weltkampagne gegen den Hunger" der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO), Bonn			57	56	56
2.6 Deutsche Gesellschaft für Züchtungskunde e. V. (DGfZ), Bonn			64	64	57
2.7 Verein Futtermitteltest (VFT), Bonn			820	820	820
2.9 Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft e. V. in Frankfurt /Main (DLG)			-	1 500	2 000
2.10 Deutsche Gartenbauwissenschaftliche Gesellschaft e. V., Hannover			3	3	-
2.11 Agrarsoziale Gesellschaft e. V., Göttingen			190	190	-

1010 Sonstige Bewilligungen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 684 01

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	Finanzierungsanteil in Prozent ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
Zusammen			1 274	2 768	3 061
Insgesamt			15 302	17 142	16 202
- Summe Tit. 684 01			*14 911*	*16 611*	*15 857*
- Summe Tit. 893 01			*391*	*531*	*345*

Wirtschaftspläne zu 1.1 und 1.2 siehe Anlage zum Kapitel 1010.

Zu 2.10:
Bis einschließlich 2012 veranschlagt im Kap. 1002 Tit. 686 71.

Zu 2.11:
Bis einschließlich 2012 veranschlagt im Kap. 1002 Tit. 686 71.

Zu 1.1:
Zweck des aid ist es, im Rahmen der Bundeszuständigkeiten auf den Gebieten Ernährung, Landwirtschaft, Forsten sowie Verbraucherschutz im Lebensmittelbereich Erkenntnisse der Natur-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie der Praxis zu sammeln, auszuwerten, didaktisch aufzubereiten und den betroffenen Bevölkerungs-, Fach- und Wirtschaftskreisen zugänglich zu machen.

Zu 1.2:
Das KTBL hat die Aufgabe, die Entwicklung der Agrartechnik und des landwirtschaftlichen Bauwesens anzuregen und zu fördern und für die Anwendung und Verbreitung neuer Erkenntnisse auf diesen Gebieten zu sorgen. In diesem Rahmen unterstützt es alle Maßnahmen, die dazu dienen, die wirtschaftlichen Grundlagen der Landwirtschaft und des Gartenbaus unter Berücksichtigung von Anforderungen des Umwelt-, Tier- und Arbeitsschutzes zu verbessern, und wirkt so an der Entwicklung der ländlichen Räume mit.

Zu 1.4:
Das ZBG hat die Aufgabe, den Gartenbau durch Forschungs-, Untersuchungs- und Schulungstätigkeit im Bereich der Betriebswirtschaft zu fördern und zu unterstützen und Entscheidungshilfen für Bund und Länder zu liefern. Bund und Länder fördern das ZBG zu je 50 Prozent.

Zu 1.5:
Das KWF hat die Aufgabe, die Wirtschaftlichkeit und Ertragsleistung der deutschen Forstwirtschaft zu fördern durch Verbesserung der Waldarbeitstechnik und der Arbeitsbedingungen sowie durch Entwicklung, Erprobung und Prüfung von Arbeitsmitteln und deren sachgemäße Anwendung unter besonderer Berücksichtigung von Umwelt und Arbeitsschutz. Bund und Länder fördern das KWF zu je 50 Prozent.

Zu 1.6:
Zweck der FNR ist es, einen nachhaltigen Beitrag für die Entwicklung und den Einsatz nachwachsender Rohstoffe zu leisten. Zur Erfüllung dieses Zwecks hat die FNR insbesondere die Aufgaben, die Erforschung und Entwicklung von Produktlinien von der Erzeugung bis zur Verwendung einschließlich Entsorgung von nachwachsenden Rohstoffen zu unterstützen, entsprechende Fachinformationen zu sammeln und aufzubereiten und insbesondere den Bund und die Länder sowie die Industrie, die Land- und Forstwirtschaft auf dem Gebiet der nachwachsenden Rohstoffe zu beraten sowie Fachinformationen zu veröffentlichen (vgl. Kap. 1005 Tgr. 01).

Zu 1.7:
Die SDW hat die Aufgabe, die Bevölkerung über die Nutz-, Schutz-und Erholungswirkungen des Waldes zu informieren und zum Schutz und zur Erhaltung des Waldes anzuleiten.

Zu 1.10:
Der Deutsche Verband für Landschaftspflege e. V. (DVL) koordiniert bundesweit die Arbeit der regionalen Landschaftspflegeverbände und leistet damit einen Beitrag zur Stärkung der ländlichen Räume.

Zu 2.1:
Erstattung des Mitgliedsbeitrags des VDM zum internationalen Milchwirtschaftsverband (IMV).

Zu 2.2:
Erstattung des Mitgliedsbeitrags des DPR zum Weltpflügerverband (WPO).

Zu 2.3:
Der VDLUFA nimmt die Interessen der Bundesrepublik Deutschland in der Internationalen Vereinigung für Saatgutprüfung (ISTA), Zürich, wahr. Zur Sicherstellung einheitlicher und zentraler Bundesinteressen beteiligt sich der Bund mit 32 T€ an dem deutschen Mitgliedsbeitrag in Höhe von ca. 70 000 SFR.

Zu 2.5:
Projektbezogene Unterstützung der Aufklärungsarbeit der Deutschen Welthungerhilfe.

Zu 2.6:
Die DGfZ dient dem Fortschritt auf den Gebieten der Tierzüchtung und der Tierernährung. In der Europäischen Vereinigung für Tierzucht und ähnlichen internationalen Zusammenschlüssen vertritt die Gesellschaft die Interessen der deutschen Tierzucht.

Zu 2.7:
Zielsetzung des VFT ist, dem Landwirt durch Verbesserung der Markttransparenz Entscheidungshilfen für den Futtermitteleinkauf zu geben. Dies geschieht durch regionale Veröffentlichung der Kontrollergebnisse von Futtermittelproben.

Zu 2.9:
Die DLG führt unter Mitwirkung von Versuchs- und Forschungsinstituten, ihrer eigenen Prüfstelle in Groß-Umstadt sowie privater Betriebe Gebrauchswertprüfungen, technische Prüfungen und Teilprüfungen von Traktoren, Maschinen, Geräten und technischen Ein-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 684 01

richtungen zur Förderung des technischen Fortschritts in der Landwirtschaft durch. Der Bundeszuschuss ist entsprechend zweckgebunden.

Zu 2.10:
Die Deutsche Gartenbauwissenschaftliche Gesellschaft e. V. ist Mitglied der internationalen Gesellschaft für Gartenbauwissenschaft, Den Haag. Veranschlagt ist der Mitgliedsbeitrag auf der Basis des Mitgliedsbeitrages 2008.

Zu 2.11:
Die Agrarsoziale Gesellschaft e. V. trägt zur Neuordnung der ländlichen Sozial- und Arbeitsverhältnisse durch Arbeitstagungen, Veröffentlichungen und in sonstiger Weise bei. Der Bundeszuschuss soll zur teilweisen Finanzierung dieser Leistungen dienen.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
686 01 -523	Förderung von Wettbewerben und Vergabe von Ehrenpreisen	480	480 *100*	281

Verpflichtungsermächtigung...

fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 300 T€

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind übertragbar.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
686 02 -523	Zuschüsse für zentrale Informationsveranstaltungen, internationale Begegnungen und nichtwissenschaftliche internationale Tagungen	1 100	1 100	866

Verpflichtungsermächtigung...

fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 600 T€

Erläuterungen:

Es können auch Zuschüsse zu den Kosten der Vorbereitung und Abwicklung der Veranstaltungen (Personal- und sächliche Verwaltungskosten) gewährt werden. Wegen wissenschaftlicher Veranstaltungen vgl. Kap. 1005 Tit. 685 31.

Ausgaben für Investitionen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
831 01 -521	Nachschüsse an die Deutsche Bauernsiedlung	570	560	437

Erläuterungen:

Pensionszahlungen (einschl. Abwicklungskosten) der in Liquidation befindlichen Deutschen Bauernsiedlung aufgrund des Vertrages von 1987.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
862 01 -532	Darlehen für die Kutterfischerei	-	-	-

Erläuterungen:

Zur Erneuerung der stark überalterten Kutterflotte und zur Rationalisierung der Kutterfischerei sollen nach Maßgabe besonderer Richtlinien niedrig verzinsliche oder zinsfreie Darlehen gewährt werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
892 01 -532	Strukturmaßnahmen für die Seefischerei	500	500	6

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 683 04.

Erläuterungen:

Aufgrund gemeinschaftlicher und nationaler Regelungen sollen Zuschüsse gewährt werden für:

1010 Sonstige Bewilligungen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 892 01

1. Neubauten, Ankäufe und Modernisierungen von Fischereifahrzeugen,
2. ggf. andere gemeinschaftsrechtlich zulässige Investitionsvorhaben.

893 01 -523	Zuschüsse an Einrichtungen außerhalb der Bundesverwaltung - Zuschüsse für Investitionen -	391	531	345

Erläuterungen:

Zuwendungsempfänger: Zusammenstellung siehe Erläuterungen zu Tit. 684 01.

Besondere Finanzierungsausgaben

972 02 -880	Globale Minderausgabe im Zusammenhang mit der Erbringung des Konsolidierungsbeitrags	-23 000	-25 000	-

Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel

382 07 -890	Einnahmen aus der Abgabe der Mühlen gemäß § 12 des Mühlenstrukturgesetzes		-	(-)
683 03 -522	Grünlandmilchprogramm des Bundes		- *255*	945
982 01 -890	Kosten der Stilllegung von Mühlen, der Abfindungen für Ostmüller und anderer Maßnahmen gemäß § 12 des Mühlenstrukturgesetzes		-	(-)

Anlage zu Kapitel 1010 - Wirtschaftspläne

Titel	aus Nr. ... Erläuterung	**Bezeichnung**
1	2	3
129 01		Zweckvermögen des Bundes bei der Landwirtschaftlichen Rentenbank
684 01	1.1	aid infodienst Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz e. V., Bonn
	1.2	Kuratorium für Technik und Bauwesen in der Landwirtschaft e. V. (KTBL), Darmstadt

1010 Anlage 1
Wirtschaftspläne

Zu Tit. 129 01

Zweckvermögen des Bundes bei der Landwirtschaftlichen Rentenbank

Lfd. Nr.	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5
1.	**Einnahmen**			
1.1	Gewinnzuführung gemäß § 9 Abs. 3 des Gesetzes über die Landwirtschaftliche Rentenbank	6 375	6 375	6 125
1.2	Rückflüsse aus ausgereichten Darlehen	6 338	7 144	5 712
1.3	Zinseinnahmen	790	924	946
1.4	Übrige Einnahmen	100	100	79
1.5	Zuführungen aus den liquiden Mitteln des Zweckvermögens	8 109	-	-
	Gesamteinnahmen	**21 712**	**14 543**	**12 862**
2.	**Ausgaben**			
2.1	Kostenerstattung für treuhänderische Verwaltung des Zweckvermögens	200	200	189
2.2	Fördermaßnahmen (§ 2 ZweckVG)	21 000	13 000	9 270
2.3	Zinsabführungen an den Bundeshaushalt (§ 2 Abs. 3 ZweckVG)	512	507	581
2.4	Übrige Ausgaben	-	-	-
2.5	Zuführungen in die liquiden Mittel des Zweckvermögens	-	836	2 822
	Gesamtausgaben	**21 712**	**14 543**	**12 862**

Zu Tit. 684 01

1.1 aid infodienst Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz e. V., Bonn

Wirtschaftsplan	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4
Institutionelle Förderung			
1. Ausgaben	**6 208**	**6 295**	**6 063**
1.1 Personalausgaben	2 967	2 980	2 890
1.2 Sächliche Verwaltungsausgaben	3 058	3 113	3 022
1.3 Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	1	1	1
1.4 Ausgaben für Investitionen	182	201	150
2. Finanzierung der Ausgaben	**6 208**	**6 295**	**6 063**
2.1 Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	1 438	1 458	1 489
2.2 Zuwendung des Bundes	**4 770**	**4 837**	**4 574**
aus Kap. 1010 Tit. 684 01	*4 588*	*4 636*	*4 424*
aus Kap. 1010 Tit. 893 01	*182*	*201*	*150*
nachrichtlich: **Projektförderung**	-	-	1 252

Zu Tit. 684 01

1.2 Kuratorium für Technik und Bauwesen in der Landwirtschaft e. V. (KTBL), Darmstadt

Wirtschaftsplan		Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1		2	3	4
Institutionelle Förderung				
1.	**Ausgaben**	**6 424**	**6 514**	**5 846**
1.1	Personalausgaben	4 779	4 776	4 418
1.2	Sächliche Verwaltungsausgaben	1 485	1 466	1 218
1.3	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	3	3	3
1.4	Ausgaben für Investitionen	157	269	207
2.	**Finanzierung der Ausgaben**	**6 424**	**6 514**	**5 846**
2.1	Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	323	414	275
2.2	Zuwendungen von Ländern	124	123	123
2.3	**Zuwendung des Bundes**	**5 977**	**5 977**	**5 448**
	aus Kap. 1010 Tit. 684 01	*5 820*	*5 708*	*5 290*
	aus Kap. 1010 Tit. 893 01	*157*	*269*	*158*
nachrichtlich: **Projektförderung**		-	-	989

Im Ist 2012 enthalten sind 473 T€ nicht verbrauchte Kassenmittel gem. Nr. 1.6 der Anlage 1 zur VV Nr. 5.1 zu § 44 BHO.

1011 Zentral veranschlagte Verwaltungseinnahmen und -ausgaben

Vorbemerkung

Der Geschäftsbereich des Bundesministeriums gliedert sich in folgende Bundesoberbehörden:

1. das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (Kap. 1017) und
2. das Bundessortenamt (Kap. 1018).

Für seine Ernährungs-, Landwirtschafts-, Forst- und Fischereipolitik sowie für den gesundheitlichen Verbraucherschutz und zur Entwicklung ländlicher Räume erhält das BMEL wissenschaftliche Entscheidungshilfen aus seiner Ressortforschung. Dem Bundesministerium sind nachgeordnet:

1. das Julius Kühn-Institut, Bundesforschungsinstitut für Kulturpflanzen (Kap. 1013),
2. das Friedrich Loeffler-Institut, Bundesforschungsinstitut für Tiergesundheit (Kap. 1014),
3. das Max Rubner-Institut, Bundesforschungsinstitut für Ernährung und Lebensmittel (Kap. 1015) und
4. das Johann Heinrich von Thünen-Institut, Bundesforschungsinstitut für Ländliche Räume, Wald und Fischerei (Kap. 1016).

Weitere der Aufsicht des Ministeriums unterstehende Einrichtungen als rechtlich selbständige Anstalten sind:

1. das Bundesinstitut für Risikobewertung (Kap. 1002 Tit. 671 01 und 893 01) und
2. die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (Kap. 1004 Tit. 671 01 und 893 01).

Daneben werden aus dem Haushalt des BMEL Einrichtungen der Leibniz-Gemeinschaft und sonstige institutionelle Zuwendungsempfänger (u. a. das Deutsche Biomasseforschungszentrum (DBFZ)) finanziert.

Überblick zum Kapitel 1011	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	-	-	-		-
Übrige Einnahmen	-	-	-		83
Gesamteinnahmen	-	-	-		83
Ausgaben					
Personalausgaben	64 535	64 903	-368	491	60 145
Sächliche Verwaltungsausgaben	13 080	12 372	+708	58	12 373
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	7 632	4 725	+2 907	326	1 647
Besondere Finanzierungsausgaben	-	-	-		-
Gesamtausgaben	85 247	82 000	+3 247	875	74 165
davon flexibilisiert	25 639	21 844	+3 795	875	6 327
davon nicht flexibilisiert	59 608	60 156	-548		67 838

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Einnahmen			
	Übrige Einnahmen			
282 09 -011	Einnahmen aus Sponsoring, Spenden und ähnlichen freiwilligen Geldleistungen	-	-	83
	Haushaltsvermerk: Mehreinnahmen sind wegen rechtsverbindlicher Verwendungsauflage Dritter zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 547 09.			
381 07 -890	Leistungen von Bundesbehörden zur Durchführung von ressortübergreifenden Aufgaben	-	-	(-)
	Haushaltsvermerk: Mehreinnahmen sind wegen verbindlicher Vereinbarung mit anderen Bundesbehörden (EfA) zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Epl. 10.			
	Titelgruppe 57			
Tgr. 57	Versorgung der Beamtinnen und Beamten sowie der Richterinnen und Richter	(-)	(-)	
119 57 -018	Vermischte Einnahmen	-	-	-
232 57 -018	Beteiligung an den Versorgungslasten des Bundes	-	-	-
	Haushaltsvermerk: Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Tgr. 57.			
	Ausgaben			
	Haushaltsvermerk: Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG. Ausgenommen ist Tgr. 57.			
	Sächliche Verwaltungsausgaben			
529 01 -011	Außergewöhnlicher Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	43	43	25
	Haushaltsvermerk: Die Erläuterungen sind verbindlich.			

1011 Zentral veranschlagte Verwaltungseinnahmen und -ausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 529 01

Erläuterungen:

	Bezeichnung	€
1.	Zur Verfügung des	
1.1	Bundesministers für Ernährung und Landwirtschaft	30 000
1.2	Präsidenten des Bundessortenamtes	1 900
1.3	Präsidenten des Julius Kühn-Instituts	2 300
1.4	Präsidenten des Friedrich Loeffler-Instituts	2 300
1.5	Präsidenten des Max Rubner-Instituts	2 300
1.6	Präsidenten des Johann Heinrich von Thünen-Instituts	2 300
1.7	Präsidenten des Bundesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit	1 900
Zusammen		43 000

Aus dem Mittelansatz dürfen auch Ausgaben für die Bewirtung mit Erfrischungen bei Besprechungen aus besonderem Anlass geleistet werden.

Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Aus den Belegen muss Anlass, Funktion und Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer (Begünstigte) erkennbar sein.

Eine Auszahlung ohne Beleg ist nicht zulässig.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
547 09 -011	Ausgaben für Vorhaben, die aus Spenden, Sponsoring und ähnlichen freiwilligen Geldleistungen finanziert werden	-	-	81

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 282 09.

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
688 06 -011	Zahlungsverpflichtungen aus Verstößen gegen EU-Recht	-	-	-

Besondere Finanzierungsausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
981 07 -890	Leistungen an Bundesbehörden zur Durchführung von ressortübergreifenden Aufgaben	-	-	(-)

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Epl. 10.

Titelgruppe 57

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
Tgr. 57	Versorgung der Beamtinnen und Beamten sowie der Richterinnen und Richter	(59 565)	(60 113)	

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.
2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 232 57.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu Titelgruppe 57			
431 57 -018	Versorgungsbezüge der Bundesministerin und Bundesminister, der Parlamentarischen Staatssekretäre und deren Hinterbliebenen	640	590	630
	Erläuterungen: Aus dem Titel werden auch Übergangsgelder für ehemalige Mitglieder der Bundesregierung (§ 14 Bundesministergesetz) und für ehemalige Parlamentarische Staatssekretärinnen und Parlamentarische Staatssekretäre (§ 6 ParlStG) gewährt.			
432 57 -018	Versorgungsbezüge	49 000	51 057	46 669
	Erläuterungen: Aus dem Titel werden auch die Bezüge der in den einstweiligen Ruhestand versetzten Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter vom Ersten des auf den Beginn des einstweiligen Ruhestandes folgenden Monats an gewährt.			
434 57 -018	Zuführung an die Versorgungsrücklage	1 700	1 470	1 352
443 57 -018	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen einschließlich Inanspruchnahme von besonderen Fachdiensten/-kräften	25	26	21
446 57 -018	Beihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften	7 100	6 400	6 601
453 57 -018	Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen	-	-	-
632 57 -018	Erstattungen des Bundes für Versorgungslasten	1 100	570	1 033

Flexibilisierte Ausgaben

	Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG			
	Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3	12 602	9 515 *817*	5 486
	Aus Hauptgruppe 5	13 037	12 329 *58*	841
	Zusammen	25 639	21 844 *875*	6 327
F 424 01 -011	*Zuführung an die Versorgungsrücklage*	*1 000*	*430*	*559*
F 441 01 -840	*Beihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften*	*3 300*	*3 300*	*3 215*

1011 Zentral veranschlagte Verwaltungseinnahmen und -ausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 443 01 -840	*Fürsorgeleistungen und Unterstützungen einschließlich Inanspruchnahme von besonderen Fachdiensten/-kräften*	*770*	*700*	*51*
F 452 02 -223	*Unfallkasse des Bundes*	*1 000*	*930*	*1 047*
F 526 01 -011	*Gerichts- und ähnliche Kosten*	*142*	*121*	*54*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Bundesministerium	*80*
2. Geschäftsbereich	*62*
Zusammen	*142*

Nebentätigkeitsvergütungen werden nicht gezahlt.

F 526 02 -011	*Sachverständige, Ausgaben für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen*	*599*	*557*	*273*

Erläuterungen:

Kosten für die Inanspruchnahme von Sachverständigen bei speziellen Fachfragen, die im Zusammenhang mit gesetzgeberischen oder sonstigen Maßnahmen des Ministeriums geklärt werden müssen.

Bezeichnung	*1 000 €*
Sachverständige	
1. Sachverständige Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)	*227*
2. Sachverständige Julius Kühn-Institut (JKI)	*1*
3. Sachverständige Friedrich Loeffler-Institut (FLI)	*1*
4. Sachverständige Max Rubner-Institut (MRI)	*10*
5. Sachverständige Johann Heinrich von Thünen-Institut (vTI)	*15*
6. Sachverständige Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL)	*50*
7. Sachverständige Bundessortenamt (BSA)	*1*
Zusammen	*305*

Bezeichnung	*1 000 €*
Ausgaben für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen im BMEL	
1. Wissenschaftlicher Beirat Verbraucher- und Ernährungspolitik beim BMEL	*10*
2. Wissenschaftlicher Beirat für Agrarpolitik, nachhaltige Landbewirtschaftung und Entwicklung ländlicher Räume beim BMEL	*21*
3. Wissenschaftlicher Beirat für Düngungsfragen (Gutachtliche Stellungnahme vor der Zulassung von Düngemitteltypen nach § 2 des Düngemittelgesetzes)	*10*
4. Bundesausschuss für Weinforschung	*8*
5. Tierschutzkommission	*5*
6. Beirat zur Feststellung der Ertragslage der Landwirtschaft	*2*
7. Gutachterkommission für Waldinventur	*2*
8. Beirat für Biodiversität und genetische Ressourcen beim BMEL.	*8*
9. Deutsche Lebensmittelbuch-Kommission gemäß § 16 Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch	*23*
10. Sachverständigenkommission Tierarzneimittel	*4*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 526 02

Bezeichnung	*1 000 €*
11. Sonstige Ausgaben, insbesondere für Kosten, die durch die Hinzuziehung besonderer Sachverständiger entstehen	*1*
12. Wissenschaftlicher Beirat für Waldpolitik	*7*
13. Wissenschaftlicher Beirat Nationaler Aktionsplan zur nachhaltigen Anwendung von Pflanzenschutzmitteln	*3*
Zusammen	*104*

Zu 4.:
Der Ansatz beinhaltet auch die Kosten der Geschäftsführung.

Nebentätigkeitsvergütungen werden nicht gezahlt.

Bezeichnung	*1 000 €*
Ausgaben für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen beim JKI	
1. Beirat des JKI, Bundesforschungsinstitut für Kulturpflanzen	*2*
2. Fachbeiräte für Geräte Erklärungsverfahren, Geräteanerkennungsverfahren	*6*
3. Fachbeiräte Forstschutz	*1*
4. Fachbeiräte Deutsche Genbank Obst	*2*
5. Journal für Kulturpflanzen	*1*
Zusammen	*12*

Bezeichnung	*1 000 €*
Ausgaben für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen beim FLI	
Beirat des FLI, Bundesforschungsinstitut für Tiergesundheit	*5*
Zusammen	*5*

Bezeichnung	*1 000 €*
Ausgaben für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen beim MRI	
1. Beirat des MRI, Bundesforschungsinstitut für Ernährung und Lebensmittel	*3*
2. Wissenschaftlicher Beirat für das Nationale Ernährungsmonitoring (NEMONIT)	*3*
Zusammen	*6*

Bezeichnung	*1 000 €*
Ausgaben für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen beim vTI	
Beirat des Johann Heinrich von Thünen-Instituts, Bundesforschungsinstitut für ländliche Räume, Wald und Fischerei	*6*
Zusammen	*6*

Bezeichnung	*1 000 €*
Ausgaben für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen beim BVL	
1. Beirat PSM	*9*
2. Fachbeiräte:	
2.1 Naturhaushalt	*5*
2.2 Verbraucherschutz	*3*
2.3 nachhaltiger Landbau	*4*
2.4 Dienstleistungsrichtlinie	*1*
3. Kommissionen	
3.1 Kommission zur Zulassung eines Tierarzneimittels	*2*

1011 Zentral veranschlagte Verwaltungseinnahmen und -ausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 526 02

Bezeichnung	1 000 €
3.2 Gemeinsame Expertenkommission Einstufung des BfArM und des BVL (Borderline-Produkte)	26
4. Beirat des BVL	1
5. Zentrale Kommission für die Biologische Sicherheit (ZKBS)	30
6. Ausschuss gem. § 28 a GenTG	12
7. Arbeitsgruppen gem. § 64 LFGB	68
Zusammen	161

Weniger durch Umsetzung nach Kap. 0711 Tit. 526 02.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 527 03 -011	*Reisen in Angelegenheiten der Personalvertretungen und der Gleichstellungsbeauftragten sowie in Vertretung der Interessen schwerbehinderter Menschen*	250	250	292
F 543 01 -011	*Veröffentlichungen und Fachinformationen*	631	631	222

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. BMEL	150
2. Nachgeordneter Geschäftsbereich	481
Zusammen	631

Die Ausgaben für Porto, Verpackung und Versand der Veröffentlichungen sind aus dem Ansatz zu leisten.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 545 01 -522	*Konferenzen, Tagungen, Messen und Ausstellungen*	11 415	10 770	11 426

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Werbe- und Informationsmaterialien gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden und dass Gegenstände, die aus diesen Ausgaben beschafft worden sind, nach Beendigung der Messen oder Ausstellungen mit Zustimmung des Bundesministeriums der Finanzen an das Gastland oder an öffentliche oder gemeinnützige Einrichtungen im Gastland unentgeltlich bzw. gegen ermäßigtes Entgelt abgegeben werden.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Messen und Ausstellungen	8 000
2. Konferenzen und Tagungen	3 415
2.1 Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)	3 180
2.2 Julius Kühn-Institut (JKI)	25
2.3 Friedrich Loeffler-Institut (FLI)	30
2.4 Max Rubner-Institut (MRI)	30
2.5 Johann Heinrich von Thünen-Institut (vTI)	45
2.6 Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL)	100
2.7 Bundessortenamt (BSA)	5
Zusammen	11 415

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 545 01

Zu 1.:

Im Interesse der deutschen Land-, Ernährungs- und Forstwirtschaft beteiligt sich der Bund an Messen, Ausstellungen und Lehrschauen dieser Wirtschaftszweige mit eigenen Beiträgen.

Aus dem Ansatz dürfen auch Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit finanziert werden, hierfür sind 315 T€ vorgesehen.

Zu 2.1:

1. *Fachtagungen von internationalen Organisationen und Sitzungen von Gremien der EU in der Bundesrepublik Deutschland als gastgebendem Land.*
2. *Internationaler Erfahrungsaustausch mit fachlichen Führungskräften. Einladungen an fachliche Führungskräfte insbesondere aus den Ländern Mittel- und Osteuropas zu Informationsbesuchen in der Bundesrepublik Deutschland.*
3. *Entsendung von nicht im Bundesdienst stehenden Fachleuten und von Landjugendvertretern zu internationalen Fachveranstaltungen im Ausland sowie Teilnahme dieser Kreise an Informationsfahrten ins Ausland.*
4. *Informations- und Arbeitstagungen für fachliche Führungskräfte aus dem In- und Ausland. Nehmen Bedienstete von Ländern, Kreisen, Gemeindeverbänden und Gemeinden an den unter 4. genannten Veranstaltungen teil, dürfen die Kosten ihrer Entsendung und Unterbringung nicht vom Bund übernommen werden.*

Weniger durch Umsetzung nach Kap. 0711 Tit. 545 01.

F 634 03 -011	*Zuweisungen an den Versorgungsfonds*	*6 532*	*4 155*	*614*

Vorbemerkung

Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) nimmt die Regierungsaufgaben auf dem Gebiet der Ernährung, der Land-, Forstwirtschaft und Fischerei sowie des gesundheitlichen Verbraucherschutzes wahr.

Das BMEL hat die Bereiche Ernährung und Lebensmittelsicherheit organisatorisch verstärkt. Die Marktpolitik und die Politik für die ländlichen Räume (Abteilung 4) sind zukunftsweisend ausgerichtet und die nachhaltige Land- und Forstwirtschaft (Abteilung 5) mit Umwelt-, Klima- und Energieaspekten verbunden. Europäische und internationale Aktivitäten (Abteilung 6) wurden gebündelt und Aktivitäten zur Verbesserung der Welternährung ausgebaut. Zudem sind die strategischen Ansätze der Fachabteilungen in einer Strategie- und Planungseinheit zusammengeführt.

Überblick zum Kapitel 1012	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	44	44	-		254
Gesamteinnahmen	44	44	-		254
Ausgaben					
Personalausgaben	57 005	56 987	+18	2 306	55 893
Sächliche Verwaltungsausgaben	36 942	30 894	+6 048	5 118	21 019
Ausgaben für Investitionen	2 770	5 275	-2 505	11 675	7 201
Gesamtausgaben	96 717	93 156	+3 561	19 099	84 113
davon flexibilisiert	81 704	83 555	-1 851	19 099	74 801
davon nicht flexibilisiert	15 013	9 601	+5 412		9 312
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung	425 412 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu	13 962 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu	13 715 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu	13 715 T€				
im Haushaltsjahr 2018 bis zu	13 715 T€				
im Haushaltsjahr 2019 bis zu	13 715 T€				
im Haushaltsjahr 2020 bis zu	13 715 T€				
im Haushaltsjahr 2021 bis zu	13 715 T€				
im Haushaltsjahr 2022 bis zu	13 715 T€				
im Haushaltsjahr 2023 bis zu	13 715 T€				
im Haushaltsjahr 2024 bis zu	13 715 T€				
im Haushaltsjahr 2025 bis zu	13 715 T€				
im Haushaltsjahr 2026 bis zu	13 715 T€				
im Haushaltsjahr 2027 bis zu	13 715 T€				
im Haushaltsjahr 2028 bis zu	13 715 T€				
im Haushaltsjahr 2029 bis zu	13 715 T€				
im Haushaltsjahr 2030 bis zu	13 715 T€				
im Haushaltsjahr 2031 bis zu	13 715 T€				
im Haushaltsjahr 2032 bis zu	13 715 T€				
im Haushaltsjahr 2033 bis zu	13 715 T€				
im Haushaltsjahr 2034 bis zu	13 715 T€				
ab dem Haushaltsjahr 2035 bis zu	150 865 T€				

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

111 01 -011	Gebühren, sonstige Entgelte	1	1	-
119 09 -011	Vermischte Einnahmen	40	35	16

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1012 Tit. 119 01	5	4

132 01 -011	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	3	3	234

Erläuterungen:

Es ist vorgesehen, 8 Dienst-Kfz (Jahreswagen) auszusondern.

Vgl. Tit. 811 01.

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.

1012 Bundesministerium

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Sächliche Verwaltungsausgaben			
518 02 -011	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	13 715	8 251	-

Verpflichtungsermächtigung.. 425 165 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 13 715 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 13 715 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 13 715 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.. 13 715 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu.. 13 715 T€
im Haushaltsjahr 2020 bis zu.. 13 715 T€
im Haushaltsjahr 2021 bis zu.. 13 715 T€
im Haushaltsjahr 2022 bis zu.. 13 715 T€
im Haushaltsjahr 2023 bis zu.. 13 715 T€
im Haushaltsjahr 2024 bis zu.. 13 715 T€
im Haushaltsjahr 2025 bis zu.. 13 715 T€
im Haushaltsjahr 2026 bis zu.. 13 715 T€
im Haushaltsjahr 2027 bis zu.. 13 715 T€
im Haushaltsjahr 2028 bis zu.. 13 715 T€
im Haushaltsjahr 2029 bis zu.. 13 715 T€
im Haushaltsjahr 2030 bis zu.. 13 715 T€
im Haushaltsjahr 2031 bis zu.. 13 715 T€
im Haushaltsjahr 2032 bis zu.. 13 715 T€
im Haushaltsjahr 2033 bis zu.. 13 715 T€
im Haushaltsjahr 2034 bis zu.. 13 715 T€
ab dem Haushaltsjahr 2035 bis zu.................................... 150 865 T€

Haushaltsvermerk:

1. Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.
2. Nach § 63 Abs. 4 BHO in Verbindung mit § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass die vom BMEL für den Global Crop Diversity Trust (GCDT) angemieteten Räume dem GCDT unentgeltlich zur Nutzung überlassen werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
542 01 -013	Öffentlichkeitsarbeit	1 298	1 350	1 341

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Werbe- und Informationsmaterialien gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

Erläuterungen:

Im Einzelplan 10 sind außerdem folgende Maßnahmen für Öffentlichkeitsarbeit und Fachinformationen veranschlagt:

Bezeichnung	1 000 €
Öffentlichkeitsarbeit	
aus 1010 - 533 02	100
aus 1011 - 545 01	315
aus 1005 - 686 02	50
aus 1005 - 686 11	250
aus Anl. 2 zu Kap. 1002 (1091) - 542 01	45
aus Anl. 2 zu Kap. 1004 (1092) - 543 01	20
Fachinformationen	
aus 1011 - 543 01	631

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 542 01

Bezeichnung	1 000 €
aus 1005 - 686 01	850
aus 1005 - 686 02	1 500
aus 1002 - 684 04	9 000
aus 1005 - 685 31	22
aus 1005 - 686 11	2 400
aus 1010 - 533 02	500
aus Anl. 2 zu Kap. 1002 (1091) - 543 01	800
aus Anl. 2 zu Kap. 1004 (1092) - 543 01	40

Die Maßnahmen der Bundesregierung auf dem Gebiet der Ernährung, der Land- und Forstwirtschaft sowie des gesundheitlichen Verbraucherschutzes sollen durch Schrift, Ton und Bild allgemein bekanntgemacht und erläutert werden. Dies soll insbesondere durch Herstellung, Ankauf und Verbreitung von Schriften und Filmen sowie durch Veröffentlichungen vornehmlich in der Fachpresse geschehen.

Die Ausgaben für Porto, Verpackung und Versand der Veröffentlichungen sind aus dem Ansatz zu leisten.

Weniger durch Umsetzung nach Kap. 0711 Tit. 542 01.

Flexibilisierte Ausgaben

Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG

	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
Aus Hauptgruppe 4	57 005	56 987 *2 306*	55 893
Aus Hauptgruppe 5	21 929	21 293 *5 118*	11 707
Aus Hauptgruppe 7	1 000	3 000 *6 607*	6 016
Aus Hauptgruppe 8	1 770	2 275 *5 068*	1 185
Zusammen	81 704	83 555 *19 099*	74 801

	Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F	***421 01*** *-011*	*Bezüge des Bundesministers und der Parlamentarischen Staatssekretärin und des Parlamentarischen Staatssekretärs*	*460*	*460*	*425*
F	*422 01 -011*	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*37 440*	*37 440*	*35 789*
F	*427 09 -011*	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*1 939*	*1 939*	*3 214*
F	*428 01 -011*	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*16 788*	*16 788*	*15 312*
F	*453 01 -011*	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	*378*	*360*	*370*
F	*511 01 -011*	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände, Software, Wartung*	*3 000*	*3 055*	*1 595*

1012 Bundesministerium

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 514 01 -011	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*	*150*	*150*	*128*

Erläuterungen:

Bezeichnung	Soll 2014	Soll 2013
personengebundene Pkw	*7*	*7*

F 517 01 -011	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	*3 940*	*3 710*	*3 597*
F 518 01 -011	*Mieten und Pachten*	*398*	*407*	*690*
F 519 01 -011	*Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen*	*500*	*500*	*398*
F 525 01 -011	*Aus- und Fortbildung*	*500*	*465*	*245*
F 527 01 -011	*Dienstreisen*	*2 300*	*2 250*	*2 322*
F 532 01 -011	*Aufträge und Dienstleistungen im Bereich Informationstechnik*	*1 194*	*694*	*942*
F 532 02 -523	*Behördenspezifische fachbezogene Verwaltungsausgaben (ohne IT)*	*9 200*	*8 825*	*7 801*

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Feststellung der Ertragslage der Land- und Forstwirtschaft (Testbetriebsnetz und Schulungslehrgänge für Buchstellen- und Testbetriebsinhaber)	*4 900*
2. Bestandsaufnahmen und Erhebungen im Bereich der biologischen Vielfalt	*1 500*
3. Erhebung von Marktdaten und -informationen zu Agrar- und Lebensmittelmärkten	*1 800*
4. Sonstige Erhebungen und Untersuchungen nichtwissenschaftlicher Art	*400*
5. Bundeswaldinventur	*240*
6. Sonstige	*360*
Zusammen	*9 200*

Zu 5.: Nach § 41 a Abs. 1 BWaldG ist eine auf das gesamte Bundesgebiet bezogene forstliche Großrauminventur auf Stichprobenbasis durchzuführen.

F 532 03 -011	*Sonstige Dienstleistungsaufträge an Dritte*	*247*	*247*	*119*

Verpflichtungsermächtigung

fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu ... 247 T€

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 532 03

Erläuterungen:

Vergütungen für die Prüfung des Jahresabschlusses 2012 der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) durch eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft.

F 539 99 -011	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*500*	*990*	*802*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Baunebenkosten	*300*
2. Sonstiges	*200*
Zusammen	*500*

F 711 01 -011	*Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten*	*1 000*	*1 000*	*5 761*

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamt-ausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Nach 2013 übertra-gene Aus-gabereste 1 000 €	Veran-schlagt 2014 1 000 €	Vorbe-halten für 2015 ff 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7
1. Sanierung Abwasserkanalleitungen (Bonn)	*500*	*-*	*-*	*500*	*-*	*-*
2. Herrichtung Serverraum Haus 3 (Bonn)	*600*	*180*	*-*	*420*	*-*	*-*
3. Sanierungsmaßnahmen Haus 25 (Bonn)	***1 850***	***-***	***850***	***-***	***1 000***	***-***
4. Brandschutzmaßnahmen Haus 1 (Bonn)	*2 000*	*691*	*-*	*1 309*	*-*	*-*
5. Brandschutzmaßnahmen Häuser 4 und 8 (Bonn)	*1 200*	*-*	*-*	*1 200*	*-*	*-*
6. Sanierung Medientechnik Haus 14 (Bonn)	*150*	*-*	*150*	*-*	*-*	*-*
Zusammen	*6 300*	*871*	*1 000*	*3 429*	*1 000*	*-*

Ist-Ausgaben Haus 27 - Konjunkturpaket II - 4 309 T€/Restmaßnahmen Bonn/ Berlin - 581 T€.

F ***712 01*** *-511*	*Baumaßnahmen von mehr als 2 000 000 € im Einzelfall*	*-*	*2 000*	*255*

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamt-ausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Nach 2013 übertra-gene Aus-gabereste 1 000 €	Veran-schlagt 2014 1 000 €	Vorbe-halten für 2015 ff 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7
1. Einbau eines strukturierten Daten-Kommunikationsnetzes in den Dienstgebäuden Rochusstraße	*3 424*	*3 424*	*-*	*-*	*-*	*-*
1.1 1. Nachtrag	*829*	*794*	*-*	*35*	*-*	*-*
2. Grundsanierung der Gebäude Hochhaus mit Anbau	*14 091*	*13 455*	*-*	*636*	*-*	*-*
2.1 1. Nachtrag - Außenanlagen Hochhaus	*2 774*	*2 545*	*-*	*229*	*-*	*-*
3. Dienstsitz Berlin						
3.1.1 Erweiterung Dienstgebäude Wilhelmstraße 54						*-*
1. Nachtrag	*24 900*	*24 900*	*-*	*-*	*-*	*-*
3.1.2 2. Nachtrag Ew-Bau Erw. DS-Berlin	*2 208*	*1 010*	*-*	*1 198*	*-*	*-*
3.2.1 Sanierung der Musikhochschule						
1. Nachtrag	*11 000*	*11 000*	*-*	*-*	*-*	*-*
3.2.2 2. Nachtrag Ew-Bau MHS	*2 872*	*1 525*	*-*	*1 347*	*-*	*-*
4. Umsetzung Notstromkonzept (DS Berlin)	*2 000*	*-*	*2 000*	*-*	*-*	*-*

Maßnahmen mit einem Ausgabevolumen zwischen 1 Mio. € und 5 Mio. €, bei denen die Verwaltungsvereinfachung in Anspruch genommen wird (Konjunkturpaket II):

1012 Bundesministerium

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 712 01

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamt-ausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Nach 2013 übertra-gene Aus-gabereste 1 000 €	Veran-schlagt 2014 1 000 €	Vorbe-halten für 2015 ff 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7
5. Grundsanierung Haus 7 BMEL (DS-Bonn)	*3 500*	*3 500*	-	-	-	-
Zusammen	*67 598*	*62 153*	*2 000*	*3 445*	-	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 811 01 -011	*Erwerb von Fahrzeugen*	-	-	*169*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Ersatzbeschaffung	
7 Pkw bis 28 000 €	*196*
2 Kleintransporter bis 31 100 €	*62*
abzgl. Mehreinnahmen bei Tit. 132 01 aus der Veräußerung von Dienst-Kfz gem. § 6 Abs. 7 HG	*-272*
2. Sonstiges	*14*
Zusammen	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 812 01 -011	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)*	*70*	*1 075*	*48*
F 812 02 -011	*Erwerb von Anlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Software im Bereich Informationstechnik*	*1 300*	*1 100*	*937*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Erstbeschaffung	*325*
2. Ersatzbeschaffung	*975*
Zusammen	*1 300*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 812 05 -011	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Neu- und Erweiterungsbauten*	*300*	-	*26*
F 812 06 -011	*Beschaffung von Fernmeldegeräten*	*100*	*100*	*5*

Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
119 01 -011	Einnahmen aus Veröffentlichungen		5	4

Vorbemerkung

Das Julius Kühn-Institut, Bundesforschungsinstitut für Kulturpflanzen mit Hauptsitz in Quedlinburg, ist eine bundesunmittelbare, nicht rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts und Bundesoberbehörde.

Das Julius Kühn-Institut ist insbesondere in den Bereichen Pflanzengenetik, Pflanzenbau, Pflanzenernährung und Bodenkunde sowie Pflanzenschutz und Pflanzengesundheit forschend tätig.

Daneben nimmt das Julius Kühn-Institut gesetzliche Aufgaben insbesondere im Rahmen des Pflanzenschutzgesetzes, des Bundesseuchengesetzes, des Gentechnikgesetzes und des Chemikaliengesetzes wahr.

Überblick zum Kapitel 1013	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	2 481	2 750	-269		3 202
Übrige Einnahmen	460	431	+29		627
Gesamteinnahmen	2 941	3 181	-240		3 829
Ausgaben					
Personalausgaben	46 546	46 592	-46		47 439
Sächliche Verwaltungsausgaben	30 664	29 595	+1 069	859	28 095
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	23	23	-		670
Ausgaben für Investitionen	4 700	4 240	+460	16 947	9 132
Gesamtausgaben	81 933	80 450	+1 483	17 806	85 336
davon flexibilisiert	64 981	62 466	+2 515	14 770	66 816
davon nicht flexibilisiert	16 952	17 984	-1 032	3 036	18 520
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung	295 620 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu	440 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu	650 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu	1 284 T€				
im Haushaltsjahr 2018 bis zu	9 854 T€				
im Haushaltsjahr 2019 bis zu	9 854 T€				
im Haushaltsjahr 2020 bis zu	9 854 T€				
im Haushaltsjahr 2021 bis zu	9 854 T€				
im Haushaltsjahr 2022 bis zu	9 854 T€				
im Haushaltsjahr 2023 bis zu	9 854 T€				
im Haushaltsjahr 2024 bis zu	9 854 T€				
im Haushaltsjahr 2025 bis zu	9 854 T€				
im Haushaltsjahr 2026 bis zu	9 854 T€				
im Haushaltsjahr 2027 bis zu	9 854 T€				
im Haushaltsjahr 2028 bis zu	9 854 T€				
im Haushaltsjahr 2029 bis zu	9 854 T€				
im Haushaltsjahr 2030 bis zu	9 854 T€				
im Haushaltsjahr 2031 bis zu	9 854 T€				
im Haushaltsjahr 2032 bis zu	9 854 T€				
im Haushaltsjahr 2033 bis zu	9 854 T€				
im Haushaltsjahr 2034 bis zu	9 854 T€				
ab dem Haushaltsjahr 2035 bis zu	125 728 T€				

1013 Julius Kühn-Institut, Bundesforschungsinstitut für Kulturpflanzen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Einnahmen			
	Verwaltungseinnahmen			
111 01 -165	Gebühren, sonstige Entgelte	56	45	56
119 01 -165	Einnahmen aus Veröffentlichungen	21	21	17

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Entgelte für Vorträge, Gutachten und Beratungen im Auftrag Dritter ermäßigt werden, wenn dafür ein erhebliches Bundesinteresse besteht.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
119 09 -165	Vermischte Einnahmen	2 000	2 360	2 700

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen zu Nr. 1 der Erläuterungen sind wegen rechtsverbindlicher Verwendungsauflage bei Aufträgen Dritter zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Tgr. 02.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Einnahmen aus Aufträgen Dritter	1 900
2. Sonstiges	100
Zusammen	2 000

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
124 01 -165	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	2	2	3
125 01 -165	Einnahmen aus Versuchseinrichtungen	352	282	378

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Einnahmen aus dem Verkauf von tierischen und pflanzlichen Erzeugnissen sowie Zellkulturen und Mangeldiagnostika	200
2. Einnahmen aus dem Verkauf von Wein, Sekt und Traubensaft	152
Zusammen	352

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
132 01 -165	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	50	40	48

Erläuterungen:

Es ist vorgesehen ein Dienst-Kfz (Jahreswagen) auszusondern. Vgl. Tit. 811 01.

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Übrige Einnahmen

261 01 -165	Erstattung von Verwaltungsausgaben	460	431	627

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen zu Nr. 1 der Erläuterungen sind wegen rechtsverbindlicher Verwendungsauflage bei Aufträgen Dritter zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Tgr. 02.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Gemeinkostenzuschlag bei Aufträgen der EU für Forschungs-, Untersuchungs-, Entwicklungs- und Erprobungsarbeiten..............	340
2. Gemeinkostenzuschlag bei Aufträgen Dritter für Forschungs-, Untersuchungs-, Entwicklungs- und Erprobungsarbeiten...................	100
3. Sonstiges..	20
Zusammen..	460

381 01 -890	Leistungen von Bundesbehörden zur Durchführung von Aufträgen	-	-	(3 262)

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind wegen verbindlicher Vereinbarung mit anderen Bundesbehörden zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Tgr. 02.

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.

Ausgenommen ist Tgr. 02.

1013 Julius Kühn-Institut, Bundesforschungsinstitut für Kulturpflanzen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Sächliche Verwaltungsausgaben

518 02 -165	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	14 712	15 233	13 108

Verpflichtungsermächtigung.. 295 620 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 440 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 650 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 1 284 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.. 9 854 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu.. 9 854 T€
im Haushaltsjahr 2020 bis zu.. 9 854 T€
im Haushaltsjahr 2021 bis zu.. 9 854 T€
im Haushaltsjahr 2022 bis zu.. 9 854 T€
im Haushaltsjahr 2023 bis zu.. 9 854 T€
im Haushaltsjahr 2024 bis zu.. 9 854 T€
im Haushaltsjahr 2025 bis zu.. 9 854 T€
im Haushaltsjahr 2026 bis zu.. 9 854 T€
im Haushaltsjahr 2027 bis zu.. 9 854 T€
im Haushaltsjahr 2028 bis zu.. 9 854 T€
im Haushaltsjahr 2029 bis zu.. 9 854 T€
im Haushaltsjahr 2030 bis zu.. 9 854 T€
im Haushaltsjahr 2031 bis zu.. 9 854 T€
im Haushaltsjahr 2032 bis zu.. 9 854 T€
im Haushaltsjahr 2033 bis zu.. 9 854 T€
im Haushaltsjahr 2034 bis zu.. 9 854 T€
ab dem Haushaltsjahr 2035 bis zu.................................... 125 728 T€

Haushaltsvermerk:

Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.

Erläuterungen:

Von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben als Eigenbaumaßnahme zu realisierende Unterbringung (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	genehmigte Gesamtkosten 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Veranschlagt 2014 1 000 €	Vorbehalten für 2015 ff. 1 000 €	Jährlicher Mietzins 1 000 €	voraussichtliche Übergabe
1	2	3	4	5	6	7	8
1. Errichtung eines Standortes Ost in Kleinmachnow davon.........	-	-	-	-	-	8 570	2014
1.1 Grunderwerbskosten.........	8 200	-	-	-	8 200	-	-
1.2 Baumaßnahme.........	90 000	-	-	-	90 000	-	-
2. Neubau eines Laborgebäudes und Umbau des Hauptgebäudes in Dossenheim.........	20 077	-	-	-	20 077	1 829	2016
3. Errichtung von Tiergehegen, Volieren und Freiflächen für die Wirbeltierkunde sowie Herrichtung von Laboratorien in Braunschweig, Messeweg.........	6 800	-	1 000	4 000	1 800	634	2015
4. Ersatz Gewächshaus 14 in Braunschweig, Messeweg.........	580	-	580	-	-	58	2013
5. Umbau von Laboratorien in Berlin.........	**720**	**-**	**-**	**220**	**500**	**50**	**2014**
6. Sanierung Laborgebäude 2 in Kleinmachnow.........	**900**	**-**	**-**	**900**	**-**	**159**	**2014**
7. Notschalter und FI-Schutzschalter in den Laborräumen in Braunschweig, Messeweg..	**1 124**	**-**	**-**	**1 124**	**-**	**185**	**2014**
8. Herrichtung des Gefahrstofflagers in Groß Lüsewitz.........	**100**	**-**	**-**	**100**	**-**	**11**	**2013**
Zusammen.........	128 501	-	1 580	6 344	120 577	11 496	

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Titelgruppe 02			
Tgr. 02	Durchführung von Aufträgen anderer Bundesbehörden und Dritter	(2 240)	(2 751) *(3 036)*	
	Haushaltsvermerk: 1. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig. 2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: 119 09, 261 01 und 381 01. Das Gleiche gilt für die in diesem Haushaltsjahr zu erwartenden zweckgebundenen Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen bei den vorgenannten Titeln.			
	Erläuterungen: Die Ausgaben werden im Rahmen der Aufgabenstellung des Bundesforschungsinstitutes für alle Maßnahmen verwendet, die zur Durchführung der Forschungs- und Versuchsarbeiten erforderlich und mit den Bedingungen der Geldgeber vereinbar sind.			
427 29 -165	Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige	1 500	1 742	3 464
	Haushaltsvermerk: § 20 Abs. 1 BHO findet keine Anwendung. Ausgaben dürfen nur geleistet werden, solange keine freien Stellen der gleichen oder einer höheren Entgeltgruppe bei Tit. 428 21 vorhanden sind.			
428 21 -165	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	40	159	161
527 21 -165	Dienstreisen	100	140	187
547 21 -165	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	500	650	1 233
812 21 -165	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)	100	60 *3 036*	346

1013 Julius Kühn-Institut, Bundesforschungsinstitut für Kulturpflanzen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Flexibilisierte Ausgaben			
	Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG			
	Aus Hauptgruppe 4	45 006	44 691	44 463
	Aus Hauptgruppe 5	15 352	13 572 *859*	13 567
	Aus Hauptgruppe 6	23	23	-
	Aus Hauptgruppe 7	2 411	1 998 *11 876*	6 161
	Aus Hauptgruppe 8	2 189	2 182 *2 035*	2 625
	Zusammen	64 981	62 466 *14 770*	66 816
F 422 01 -165	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*10 400*	*10 035*	*10 276*
F 427 09 -165	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*3 056*	*3 056*	*3 011*
F 428 01 -165	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*31 480*	*31 530*	*30 469*
F 453 01 -165	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	*70*	*70*	*58*
F 511 01 -165	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände, Software, Wartung*	*2 061*	*2 061*	*1 935*
F 514 01 -165	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*	*474*	*474*	*561*
F 517 01 -165	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	*7 560*	*6 750*	*6 850*
F 518 01 -165	*Mieten und Pachten* *Erläuterungen:* *Ausgaben für Erstattungen an das deutsche Institut für medizinische Dokumentation und Information für die Mitbenutzung des Rechenzentrums sind bei Kap. 1011 Tit. 981 07 zu buchen.*	*1 423*	*1 362*	*81*
F 519 01 -165	*Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen*	*579*	*579*	*544*
F 523 01 -165	*Wissenschaftliche Sammlungen und Bibliotheken*	*133*	*133*	*137*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 525 01 -165	*Aus- und Fortbildung*	*168*	*143*	*143*
F 527 01 -165	*Dienstreisen*	*344*	*342*	*431*
***F 532 01** -165*	*Aufträge und Dienstleistungen im Bereich Informationstechnik*	*20*		

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1013 Tit. 532 55	*-*	*61*
Kap. 1013 Tit. 539 99	*20*	*-*
Zusammen	*20*	*61*

F 539 99 -165	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*350*	*108*	*74*

Haushaltsvermerk:
Die Erläuterungen zu Nr. 3 sind verbindlich.

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Aufträge von Dienstleistungen im Bereich IT	*-*
2. Kosten der Verlegung von Dienststellen	*30*
3. ES-Bau	*250*
4. Sonstiges	*70*
Zusammen	*350*

F 544 01 -165	*Forschung, Untersuchungen und Ähnliches*	*2 240*	*1 620*	*1 329*

Haushaltsvermerk:
Die Erläuterungen zu Nr. 4, 5 und 6 sind verbindlich.

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Wirtschaftsausgaben	*200*
2. Chemikalien, Glasflaschen und anderer Laborbedarf	*687*
3. Forschungs- und Versuchsbedarf	*620*
4. Nationaler Aktionsplan	*168*
5. Kleingewässermonitoring	*50*
6. Externe Bienenanalytik	*65*
7. Wildbienenmonitoring	*450*
Zusammen	*2 240*

F 684 09 -165	*Mitgliedsbeiträge und sonstige Zuschüsse an Verbände, Vereine und ähnliche Institutionen geringeren Umfangs*	*8*	*8*	*7*
F 687 09 -165	*Mitgliedsbeiträge und sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Ausland geringeren Umfangs*	*15*	*15*	*14*

1013 Julius Kühn-Institut, Bundesforschungsinstitut für Kulturpflanzen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 711 01 -165	*Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten*	*1 606*	*595*	*3 740*

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen *(davon neue Maßnahmen in Fettdruck)*	*Gesamtausgaben des Bundes 1 000 €*	*Verausgabt bis 2012 1 000 €*	*Bewilligt 2013 1 000 €*	*Nach 2013 übertragene Ausgabereste 1 000 €*	*Veranschlagt 2014 1 000 €*	*Vorbehalten für 2015 ff 1 000 €*
1	*2*	*3*	*4*	*5*	*6*	*7*
2. Sanierung des Kasinogebäudes in Braunschweig, Messeweg	*979*	*935*	*-*	*44*	*-*	*-*
2.1 Installation von klimatisierten Gewächshauskabinen in den Gebäuen Nr. A 22.2- A 22.6 in Braunschweig..............	***1 003***	***730***	***273***	***-***	***-***	***-***
2.2 Ergänzungsfinanzierung 120 Mio.-Programm......................	***775***	***453***	***322***	***-***	***-***	***-***
3. Sanierung der Heizleitungen in Berlin-Dahlem.........................	*1 998*	*1 371*	*-*	*447*	*180*	*-*
9. Sanierung der Gebäude 1 und 2 in Siebeldingen....................	*1 493*	*1 257*	*-*	*236*	*-*	*-*
10. Umbau von Laboratorien für die Arbeitsgruppen Nematologie und Wirbeltierkunde in Braunschweig......................................	*1 050*	*837*	*-*	*213*	*-*	
12. Sanierung der Klimahalle und Erneuerung der Klimatechnik in Kleinmachnow..	*869*	*619*	*-*	*141*	*109*	*-*
13. Sanierung der Gewächshäuser E3, E5 und E6 in Groß Lüsewitz..	*844*	*844*	*-*	*-*	*-*	*-*
14. Sanierung der Laborgebäude in Groß Lüsewitz......................	*821*	*821*	*-*	*-*	*-*	*-*
15. Herrichtung von Gewächshäusern und Errichtung von sonstigen Versuchsflächen für die Arbeitsgruppe Nematologie und Wirbeltierkunde..	***1 642***	***-***	***-***	***1 000***	***642***	***-***
16. Dachsanierung der Häuser 1 und 2 sowie des Eingangsgebäudes in Kleinmachnow..	***653***	***611***	***-***	***2***	***40***	***-***
17. Instandsetzung der erdverlegten Brunnenwasserleitungen und Austausch der Entnahmestellen in Dossenheim (nutzerspezifische Baumaßnahme gemäß § 6 Abs. 1 DV)..	***525***	***-***	***-***	***-***	***525***	***-***
18. Sonstige Baumaßnahmen..	*2 126*	*1 627*	*-*	*389*	*110*	*-*
Zusammen..	*14 778*	*10 105*	*595*	*2 472*	*1 606*	*-*

F **712 01** -165	*Baumaßnahmen von mehr als 2 000 000 € im Einzelfall*	*805*	*1 403*	*2 421*

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen *(davon neue Maßnahmen in Fettdruck)*	*Gesamtausgaben des Bundes 1 000 €*	*Verausgabt bis 2012 1 000 €*	*Bewilligt 2013 1 000 €*	*Nach 2013 übertragene Ausgabereste 1 000 €*	*Veranschlagt 2014 1 000 €*	*Vorbehalten für 2015 ff 1 000 €*
1	*2*	*3*	*4*	*5*	*6*	*7*
2. Errichtung einer L2-Gewächshausanlage in Braunschweig, Messeweg...	*5 259*	*5 151*	*-*	*108*	*-*	*-*
3. Errichtung klimatisierter Gewächshauskabinen sowie Erneuerung der Steuerung der Klimakammern in Braunschweig, Messeweg..	*1 809*	*1 794*	*-*	*15*	*-*	*-*
Maßnahmen mit einem Ausgabevolumen zwischen 1 Mio. € und 5 Mio. €, bei denen die Verwaltungsvereinfachung in Anspruch genommen wird (Konjunkturpaket II):						
5. Sanierung der Regen- und Schmutzwasserkanalisation in Berlin-Dahlem...	*1 856*	*493*	*-*	*771*	*592*	*-*
7. Neubau einer Gewächshausanlage in Siebeldingen...................	*3 179*	*1 332*	*1 060*	*598*	*189*	*-*
8. Errichtung einer Mehrzweckhalle auf dem Versuchsfeld in Dresden-Pillnitz...	*2 407*	*2 040*	*343*	*-*	*24*	*-*
Zusammen..	*14 510*	*10 810*	*1 403*	*1 492*	*805*	*-*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 811 01 -165	*Erwerb von Fahrzeugen*	*350*	*383*	*365*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Erstbeschaffung	
1 Beregnungseinheit	*25*
1 Nutzfahrzeug/Anbaugerät	*7*
2. Ersatzbeschaffung	
1 Pkw TDI	*26*
1 Transporter TDI	*31*
1 Parzellenmähdrescher	*205*
1 Erddämpfwagen	*38*
1 Diesel-Gabelstapler	*28*
3 Nutzfahrzeuge/Anbaugeräte	*13*
abzgl. Mehreinnahmen bei Tit. 132 01 aus der Veräußerung von Dienst-Kfz gem. § 6 Abs. 7 HG	*-26*
3. Sonstiges	*3*
Zusammen	*350*

F 812 01 -165	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)*	*1 203*	*1 203*	*1 326*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Ersatzbeschaffung	
1.1 Analysestrecke	*275*
2. Sonstiges	*928*
Zusammen	*1 203*

F 812 02 -165	*Erwerb von Anlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Software im Bereich Informationstechnik*	*546*	*546*	*652*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Erstbeschaffung	*64*
2. Ersatzbeschaffung	*482*
Zusammen	*546*

F 812 05 -165	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Neu- und Erweiterungsbauten*	*90*	*50*	*282*

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen *(davon neue Maßnahmen in Fettdruck)*	*Gesamt-ausgaben des Bundes 1 000 €*	*Verausgabt bis 2012 1 000 €*	*Bewilligt 2013 1 000 €*	*Nach 2013 übertra-gene Aus-gabereste 1 000 €*	*Veran-schlagt 2014 1 000 €*	*Vorbe-halten für 2015 ff 1 000 €*
1	*2*	*3*	*4*	*5*	*6*	*7*
2. Erweiterung des Standortes Dossenheim	*1 500*	*-*	*-*	*1 500*	*-*	*-*
3. Sonstige Beschaffungen	*620*	*300*	*50*	*180*	*90*	*-*
Zusammen	*2 120*	*300*	*50*	*1 680*	*90*	*-*

1013 Julius Kühn-Institut, Bundesforschungsinstitut für Kulturpflanzen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu flexibilisierte Ausgaben			
F 892 01 -165	*Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen*	-	-	-
	Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel			
F 821 01 -165	*Erwerb von bebauten und unbebauten Grundstücken*		-	-
F 823 02 -165	*Erwerbsanteile im Rahmen von ÖPP-Projekten sowie Erwerb privat vorfinanzierter unbeweglicher Sachen*		-	-
F 882 01 -165	*Zuweisungen für Investitionen an Länder*		-	-
F 883 01 -165	*Erschließungsbeiträge*		-	-

Vorbemerkung

Das Friedrich Loeffler-Institut, Bundesforschungsinstitut für Tiergesundheit mit Hauptsitz auf der Insel Riems, ist eine bundesunmittelbare, nicht rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts und Bundesoberbehörde.

Das Friedrich Loeffler-Institut ist insbesondere in den Bereichen Tiergesundheit, Tierernährung, Tierhaltung, Tierschutz sowie tiergenetische Ressourcen forschend tätig.

Daneben nimmt das Friedrich Loeffler-Institut gesetzliche Aufgaben insbesondere im Rahmen des Tierseuchengesetzes und des Gentechnikgesetzes wahr.

Es ist ferner in der Funktion nationaler Referenzlaboratorien tätig.

Überblick zum Kapitel 1014	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	3 889	3 136	+753		7 641
Übrige Einnahmen	771	496	+275		1 361
Gesamteinnahmen	4 660	3 632	+1 028		9 002
Ausgaben					
Personalausgaben	39 323	35 571	+3 752	8 411	38 150
Sächliche Verwaltungsausgaben	57 716	52 187	+5 529	1 994	54 267
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	5	5	-	761	185
Ausgaben für Investitionen	22 554	22 168	+386	21 522	36 205
Gesamtausgaben	119 598	109 931	+9 667	32 688	128 807
davon flexibilisiert	77 431	73 567	+3 864	24 782	82 984
davon nicht flexibilisiert	42 167	36 364	+5 803	7 906	45 823
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung	2 000 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu	1 600 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu	400 T€				

1014 Friedrich Loeffler-Institut, Bundesforschungsinstitut für Tiergesundheit

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

111 01 -165	Gebühren, sonstige Entgelte	200	200	228
119 09 -165	Vermischte Einnahmen	2 678	2 113	6 456

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen zu Nr. 1 der Erläuterungen sind wegen rechtsverbindlicher Verwendungsauflage bei Aufträgen Dritter zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Tgr. 02.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Einnahmen aus Aufträgen Dritter	2 443
2. Sonstiges	235
Zusammen	2 678

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1014 Tit. 119 01	2	2

124 01 -165	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	45	45	57
125 01 -165	Einnahmen aus Versuchseinrichtungen	936	756	811

Erläuterungen:

Einnahmen aus dem Verkauf von tierischen und pflanzlichen Erzeugnissen sowie Zellkulturen und Mangeldiagnostika.

132 01 -165	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	30	20	87

Erläuterungen:

Es ist vorgesehen, ein Dienst-Kfz (Jahreswagen) auszusondern (vgl. Tit. 811 01).

Übrige Einnahmen

261 01 -165	Erstattung von Verwaltungsausgaben	771	496	1 361

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen zu Nr. 1 der Erläuterungen sind wegen rechtsverbindlicher Verwendungsauflage bei Aufträgen Dritter zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Tgr. 02.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 261 01

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Gemeinkostenzuschlag bei Aufträgen der EU für Forschungs-, Untersuchungs-, Entwicklungs- und Erprobungsarbeiten..............	505
2. Gemeinkostenzuschlag bei Aufträgen Dritter für Forschungs-, Untersuchungs-, Entwicklungs- und Erprobungsarbeiten...................	266
3. Sonstiges..	-
Zusammen..	771

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
381 01 -890	Leistungen von Bundesbehörden zur Durchführung von Aufträgen	-	-	(4 457)

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind wegen verbindlicher Vereinbarung mit anderen Bundesbehörden zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Tgr. 02.

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.

Ausgenommen ist Tgr. 02.

Sächliche Verwaltungsausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
518 02 -165	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	37 372	34 012	36 080

Haushaltsvermerk:

Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.

Erläuterungen:

Von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben als Eigenbaumaßnahme zu realisierende Unterbringung (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	genehmigte Gesamtkosten 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Veranschlagt 2014 1 000 €	Vorbehalten für 2015 ff. 1 000 €	Jährlicher Mietzins 1 000 €	voraussichtliche Übergabe
1	2	3	4	5	6	7	8
1. Ersatz Forschungs- und Laborgebäude in Jena	44 527	-	-	-	44 527	2 691	2015
2. Gesamtausbau Mariensee................................	54 722	-	-	-	54 722	5 018	2017
Zusammen..	99 249	-	-	-	99 249	7 709	

Titelgruppe 02

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
Tgr. 02	Durchführung von Aufträgen anderer Bundesbehörden und Dritter	(4 795)	(2 352) *(7 906)*	

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.
2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: 119 09, 261 01 und 381 01. Das Gleiche gilt für die in diesem Haushaltsjahr zu erwarten-

1014 Friedrich Loeffler-Institut, Bundesforschungsinstitut für Tiergesundheit

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu Titelgruppe 02			
	den zweckgebundenen Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen bei den vorgenannten Titeln.			
	Erläuterungen:			
	Die Ausgaben werden im Rahmen der Aufgabenstellung des Bundesforschungsinstitutes für alle Maßnahmen verwendet, die zur Durchführung der Forschungs- und Versuchsarbeiten erforderlich und mit den Bedingungen der Geldgeber vereinbar sind.			
427 29 -165	Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige	3 817	1 459	5 730
	Haushaltsvermerk:			
	§ 20 Abs. 1 BHO findet keine Anwendung.			
	Ausgaben dürfen nur geleistet werden, solange keine freien Stellen der gleichen oder einer höheren Entgeltgruppe bei Tit. 428 21 vorhanden sind.			
428 21 -165	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	-	-	78
527 21 -165	Dienstreisen	108	89	315
547 21 -165	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	855	782	3 445
812 21 -165	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)	15	22 *7 906*	171

Flexibilisierte Ausgaben

Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG

	Soll 2014	Soll 2013 *Reste 2013*	Ist 2012
Aus Hauptgruppe 4	35 506	34 112 *9 172*	32 523
Aus Hauptgruppe 5	19 381	17 304 *1 994*	14 427
Aus Hauptgruppe 6	5	5	-
Aus Hauptgruppe 7	20 222	19 167	30 263
Aus Hauptgruppe 8	2 317	2 979 *13 616*	5 771
Zusammen	77 431	73 567 *24 782*	82 984

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 422 01 -165	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*5 510*	*5 496*	*5 008*
F 427 09 -165	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*2 534*	*2 534*	*2 813*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu flexibilisierte Ausgaben			
F 428 01 -165	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*27 342*	*25 882*	*24 369*
F 453 01 -165	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	*120*	*200*	*152*
F 511 01 -165	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände, Software, Wartung*	*1 575*	*1 585*	*1 740*
F 514 01 -165	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*	*373*	*373*	*365*
F 517 01 -165	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	*10 433*	*10 400*	*7 723*
F 518 01 -165	*Mieten und Pachten*	*119*	*110*	*146*
F 519 01 -165	*Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen*	*3 045*	*1 119*	*1 284*
F 523 01 -165	*Wissenschaftliche Sammlungen und Bibliotheken*	*111*	*111*	*126*
F 525 01 -165	*Aus- und Fortbildung*	*110*	*110*	*96*
F 527 01 -165	*Dienstreisen*	*260*	*260*	*253*
F 532 01 -165	*Aufträge und Dienstleistungen im Bereich Informationstechnik*	*35*		

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1014 Tit. 532 55	*-*	*31*
Kap. 1014 Tit. 539 99	*35*	*-*
Zusammen	*35*	*31*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 539 99 -165	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*140*	*1 016*	*81*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Verlegung von Dienststellen	*20*
2. Sonstiges	*120*
Zusammen	*140*

1014 Friedrich Loeffler-Institut, Bundesforschungsinstitut für Tiergesundheit

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 539 99

Ausgaben für Erstattungen an das deutsche Institut für medizinische Dokumentation und Information für die Mitbenutzung des Rechenzentrums sind bei Kap. 1011 Tit. 981 07 zu buchen.

F 544 01 -165	*Forschung, Untersuchungen und Ähnliches*	*3 180*	*2 220*	*2 241*

Haushaltsvermerk:

Die Erläuterungen zu Nr. 4 sind verbindlich.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Wirtschaftsausgaben	60
2. Chemikalien, Glassachen und anderer Laborbedarf	800
3. Forschungs- und Versuchsbedarf	1 420
4. Erfüllung von Aufgaben bei unvorhergesehenen Tierseuchen aus §§ 4 ff. Tierseuchengesetz	900
Zusammen	3 180

F 684 09 -165	*Mitgliedsbeiträge und sonstige Zuschüsse an Verbände, Vereine und ähnliche Institutionen geringeren Umfangs*	*5*	*5*	*4*

Erläuterungen:

Sonstige.

F 711 01 -165	*Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten*	*201*	*421*	*820*

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamt-ausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Nach 2013 übertragene Ausgabereste 1 000 €	Veranschlagt 2014 1 000 €	Vorbehalten für 2015 ff 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7
2. Sanierung des Instituts für Nutztiergenetik	461	461	-	-	-	-
3. Sanierung der Schweineversuchsanlage in Mariensee	349	349	-	-	-	-
5. Sicherheitsmaßnahmen am Standort Jena	1 381	1 281	100	-	-	-
6. Maßnahmen zur Gewährleistung der Biosicherheit im Hochsicherheitsgebäude Insel Riems	924	924	-	-	-	-
7. Brandschutzmaßnahmen am Standort Jena	1 091	893	198	-	-	-
8. Sonstige Baumaßnahmen	1 781	1 457	123	-	201	-
Zusammen	5 987	5 365	421	-	201	-

F **712 01** -165	*Baumaßnahmen von mehr als 2 000 000 € im Einzelfall*	*20 021*	*18 746*	*29 443*

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamt-ausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Nach 2013 übertragene Ausgabereste 1 000 €	Veranschlagt 2014 1 000 €	Vorbehalten für 2015 ff 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7
3. Neubau eines Labor- und Stallkomplexes und Sanierung Gebäude 33 - 36 (Karree)	340 524	301 757	18 746	-	20 021	

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 811 01 -165	*Erwerb von Fahrzeugen*	*300*	*362*	*136*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Erstbeschaffungen:	
3 Anbaugeräte	*9*
2. Ersatzbeschaffung	
3 Transporter (TDI)	*96*
1 Kompakttraktor bis 30 kW	*30*
1 Ackerschlepper bis 70 kW	*70*
1 Futtermischwagen	*34*
1 Rundballenpresse	*45*
1 Scheibenegge	*26*
2 Anbaugeräte	*17*
3. Sonstiges	*5*
abzgl. Mehreinnahmen bei Tit. 132 01 aus der Veräußerung von Dienst-Kfz gem. § 6 Abs. 7 HG	*-32*
Zusammen	*300*

F 812 01 -165	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)*	*1 239*	*1 239*	*589*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Erstbeschaffung	
1.1 Raman ID 532 mit Zubehör	*178*
1.2 Durchflusszytometer	*143*
2. Sonstige Beschaffungen	*918*
Zusammen	*1 239*

F 812 02 -165	*Erwerb von Anlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Software im Bereich Informationstechnik*	*478*	*478*	*192*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Erstbeschaffung	*217*
2. Ersatzbeschaffung	*261*
Zusammen	*478*

F 812 05 -165	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Neu- und Erweiterungsbauten*	*300*	*900*	*4 854*

Verpflichtungsermächtigung.. 2 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 1 600 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 400 T€

1014 Friedrich Loeffler-Institut, Bundesforschungsinstitut für Tiergesundheit

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 812 05

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen *(davon neue Maßnahmen in Fettdruck)*	*Gesamt-ausgaben des Bundes 1 000 €*	*Verausgabt bis 2012 1 000 €*	*Bewilligt 2013 1 000 €*	*Nach 2013 übertra-gene Aus-gabereste 1 000 €*	*Veran-schlagt 2014 1 000 €*	*Vorbe-halten für 2015 ff 1 000 €*
1	*2*	*3*	*4*	*5*	*6*	*7*
1. Gesamtausbau der Insel Riems						
2. und 3. Bauabschnitt (1. Teilkatalog)..	*2 800*	*-*	*-*	*2 800*	*-*	*-*
(2. Teilkatalog)..	*23 100*	*15 742*	*-*	*7 358*	*-*	*-*
(3. Teilkatalog)..	*2 400*	*-*	*900*	*1 500*	*-*	*-*
2. Sanierung der baulichen Anlagen in Jena..............................	***4 500***	***95***	***-***	***185***	***-***	***4 220***
3. Sonstige Beschaffungen..	*600*	*-*	*-*	*300*	*300*	*-*
Zusammen...	*33 400*	*15 837*	*900*	*12 143*	*300*	*4 220*

F 892 01 -165	*Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen*	*-*	*-*	*-*

Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel

119 01 -165	Einnahmen aus Veröffentlichungen		2	2
131 01 -165	Erlöse aus der Veräußerung von unbeweglichen Sachen		-	-
F 821 01 -165	*Erwerb von bebauten und unbebauten Grundstücken*		*-*	*-*
F 823 02 -165	*Erwerbsanteile im Rahmen von ÖPP-Projekten sowie Erwerb privat vorfinanzierter unbeweglicher Sachen*		*-*	*-*
F 882 01 -165	*Zuweisungen für Investitionen an Länder*		*-*	*-*
F 883 01 -165	*Erschließungsbeiträge*		*-*	*-*

Vorbemerkung

Das Max Rubner-Institut, Bundesforschungsinstitut für Ernährung und Lebensmittel mit Hauptsitz in Karlsruhe, ist eine bundesunmittelbare, nicht rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts und Bundesoberbehörde.

Das Max Rubner-Institut ist insbesondere in den Bereichen Ernährung, Lebensmittel und Bioverfahrenstechnik, Mikrobiologie und Biotechnologie sowie der Sicherheit und Qualität bei Lebensmitteln forschend tätig.

Daneben nimmt das Max Rubner-Institut gesetzliche Aufgaben insbesondere im Rahmen des Strahlenschutzvorsorgegesetzes und des Agrarstatistikgesetzes wahr.

Es ist ferner in der Funktion nationaler Referenzlaboratorien tätig.

Überblick zum Kapitel 1015	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	1 183	1 113	+70		2 818
Übrige Einnahmen	130	120	+10		205
Gesamteinnahmen	1 313	1 233	+80		3 023
Ausgaben					
Personalausgaben	28 617	26 677	+1 940	4 885	26 493
Sächliche Verwaltungsausgaben	19 035	19 039	-4	4 418	18 716
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	18	18	-	269	432
Ausgaben für Investitionen	1 770	2 144	-374	7 738	2 746
Gesamtausgaben	49 440	47 878	+1 562	17 310	48 387
davon flexibilisiert	38 261	36 651	+1 610	15 722	36 074
davon nicht flexibilisiert	11 179	11 227	-48	1 588	12 313

1015 Max Rubner-Institut, Bundesforschungsinstitut für Ernährung und Lebensmittel

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
119 01 -165	Einnahmen aus Veröffentlichungen	3	3	4

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Entgelte für Vorträge, Gutachten und Beratungen im Auftrag Dritter ermäßigt werden, wenn dafür ein erhebliches Bundesinteresse besteht.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
119 09 -165	Vermischte Einnahmen	600	600	2 205

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen zu Nr. 1 der Erläuterungen sind wegen rechtsverbindlicher Verwendungsauflage bei Aufträgen Dritter zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Tgr. 02.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Einnahmen aus Aufträgen Dritter	400
2. Sonstiges	200
Zusammen	600

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
124 01 -165	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	260	250	261
125 01 -165	Einnahmen aus Versuchseinrichtungen	310	250	316

Erläuterungen:

Einnahmen aus dem Verkauf von tierischen und pflanzlichen Erzeugnissen sowie Zellkulturen und Mangeldiagnostika.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
132 01 -165	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	10	10	32

Erläuterungen:

Es ist vorgesehen, zwei Dienst-Kfz (Jahreswagen) auszusondern (vgl. Tit. 811 01).

Übrige Einnahmen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
261 01 -165	Erstattung von Verwaltungsausgaben	130	120	205

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen zu Nr. 1 der Erläuterungen sind wegen rechtsverbindlicher Verwendungsauflage bei Aufträgen Dritter zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Tgr. 02.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 261 01

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Gemeinkostenzuschlag bei Aufträgen der EU für Forschungs-, Untersuchungs-, Entwicklungs- und Erprobungsarbeiten	30
2. Gemeinkostenzuschlag bei Aufträgen Dritter für Forschungs-, Untersuchungs-, Entwicklungs- und Erprobungsarbeiten	90
3. Sonstiges	10
Zusammen	130

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
381 01 -890	Leistungen von Bundesbehörden zur Durchführung von Aufträgen	-	-	(525)

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind wegen verbindlicher Vereinbarung mit anderen Bundesbehörden zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Tgr. 02.

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.

Ausgenommen ist Tgr. 02.

Sächliche Verwaltungsausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
518 02 -165	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	10 649	10 689	10 814

Haushaltsvermerk:

Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.

Titelgruppe 02

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
Tgr. 02	Durchführung von Aufträgen anderer Bundesbehörden und Dritter	(530)	(538) *(1 588)*	

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.
2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: 119 09, 261 01 und 381 01. Das Gleiche gilt für die in diesem Haushaltsjahr zu erwartenden zweckgebundenen Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen bei den vorgenannten Titeln.

Erläuterungen:

Die Ausgaben werden im Rahmen der Aufgabenstellung des Bundesforschungsinstitutes für alle Maßnahmen verwendet, die zur Durchführung der Forschungs- und Versuchsarbeiten erforderlich und mit den Bedingungen der Geldgeber vereinbar sind.

1015 Max Rubner-Institut, Bundesforschungsinstitut für Ernährung und Lebensmittel

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Noch zu Titelgruppe 02				
427 29 -165	Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige	320	328	869
	Haushaltsvermerk:			
	§ 20 Abs. 1 BHO findet keine Anwendung.			
	Ausgaben dürfen nur geleistet werden, solange keine freien Stellen der gleichen oder einer höheren Entgeltgruppe bei Tit. 428 21 vorhanden sind.			
428 21 -165	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	-	-	68
527 21 -165	Dienstreisen	5	5	50
547 21 -165	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	200	200	416
812 21 -165	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)	5	5 *1 588*	83
	Flexibilisierte Ausgaben			
	Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG			
	Aus Hauptgruppe 4	28 297	26 349 *5 154*	25 975
	Aus Hauptgruppe 5	8 181	8 145 *4 418*	7 436
	Aus Hauptgruppe 6	18	18	-
	Aus Hauptgruppe 7	-	- *4 644*	392
	Aus Hauptgruppe 8	1 765	2 139 *1 506*	2 271
	Zusammen	38 261	36 651 *15 722*	36 074
F 422 01 -165	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*6 000*	*5 452*	*5 232*
F 427 09 -165	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*2 606*	*2 606*	*2 470*
	Erläuterungen:			
	Nebentätigkeitsentgelte werden nicht gezahlt.			
F 428 01 -165	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*19 681*	*18 281*	*17 820*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu flexibilisierte Ausgaben			
F 453 01 -165	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	*10*	*10*	*34*
F 511 01 -165	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände, Software, Wartung*	*1 158*	*1 028*	*1 050*
F 517 01 -165	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	*3 900*	*3 900*	*3 455*
F 519 01 -165	*Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen*	*362*	*362*	*256*
F 523 01 -165	*Wissenschaftliche Sammlungen und Bibliotheken*	*145*	*144*	*189*
F 525 01 -165	*Aus- und Fortbildung*	*123*	*123*	*102*
F 527 01 -165	*Dienstreisen*	*195*	*195*	*251*
***F 532 01** -165*	*Aufträge und Dienstleistungen im Bereich Informationstechnik*	*22*		

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1015 Tit. 532 55	*-*	*22*
Kap. 1015 Tit. 539 99	*22*	*-*
Zusammen	*22*	*22*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 539 99 -165	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*360*	*217*	*54*

Haushaltsvermerk:

Die Erläuterungen zu Nr. 5 sind verbindlich.

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen	*68*
2. Mieten und Pachten	*31*
3. Kosten der Leitstellen zur Überwachung der Umwelt-Radioaktivität	*76*
4. Aufträge und Dienstleistungen im Bereich IT	*-*
5. Erstellen ES-Bau	*100*
6. Sonstiges	*85*
Zusammen	*360*

Ausgaben für Erstattungen an das deutsche Institut für medizinische Dokumentation und Information für die Mitbenutzung des Rechenzentrums sind bei Kap. 1011 Tit. 981 07 zu buchen.

1015 Max Rubner-Institut, Bundesforschungsinstitut für Ernährung und Lebensmittel

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 544 01 -165	*Forschung, Untersuchungen und Ähnliches*	*1 916*	*2 176*	*1 758*

Haushaltsvermerk:

Die Erläuterungen zu Nr. 4, 5 und 6 sind verbindlich.

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Wirtschaftsausgaben	*280*
2. Chemikalien, Glasflaschen und anderer Laborbedarf	*610*
3. Forschungs- und Versuchsbedarf	*176*
4. BLS-Analysen und Kooperationsplattform	*120*
5. Nanotechnologie	*250*
6. NEMONIT	*480*
Zusammen	*1 916*

F 684 09 -165	*Mitgliedsbeiträge und sonstige Zuschüsse an Verbände, Vereine und ähnliche Institutionen geringeren Umfangs*	*3*	*3*	*2*

Erläuterungen:

Sonstige.

F 687 09 -165	*Mitgliedsbeiträge und sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Ausland geringeren Umfangs*	*15*	*15*	*11*

Erläuterungen:

Sonstige.

F 711 01 -165	*Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten*	*-*	*-*	*172*

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen *(davon neue Maßnahmen in Fettdruck)*	*Gesamtausgaben des Bundes 1 000 €*	*Verausgabt bis 2012 1 000 €*	*Bewilligt 2013 1 000 €*	*Nach 2013 übertragene Ausgabereste 1 000 €*	*Veranschlagt 2014 1 000 €*	*Vorbehalten für 2015 ff 1 000 €*
1	*2*	*3*	*4*	*5*	*6*	*7*
1. Sanierungs- und Anpassungsmaßnahmen in Schädtbek	*1 129*	*1 127*	*-*	*2*	*-*	*-*
2. Erneuerung der Dacheindeckung der Häuser 1, 2, 7 und 8 in Kiel	*1 392*	*113*	*-*	*1 279*	*-*	*-*
3. Sonstige Baumaßnahmen	*1 867*	*582*	*-*	*1 285*	*-*	*-*
Zusammen	*4 388*	*1 822*	*-*	*2 566*	*-*	*-*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F ***712 01*** *-165*	*Baumaßnahmen von mehr als 2 000 000 € im Einzelfall*	-	-	220

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	*Gesamt-ausgaben des Bundes 1 000 €*	*Verausgabt bis 2012 1 000 €*	*Bewilligt 2013 1 000 €*	*Nach 2013 übertra-gene Aus-gabereste 1 000 €*	*Veran-schlagt 2014 1 000 €*	*Vorbe-halten für 2015 ff 1 000 €*
1	*2*	*3*	*4*	*5*	*6*	*7*
2. Asbestsanierung im Gebäude 4 und bauliche Anpassung weiterer Gebäude in Detmold	*4 621*	*4 621*	-	-	-	-
4. Neubau eines Dienstgebäudes in Karlsruhe 2. Bauabschnitt	*65 609*	*65 609*	-	-	-	-
Zusammen	*70 230*	*70 230*	-	-	-	-

F *811 01 -165*	*Erwerb von Fahrzeugen*	*94*	*84*	*203*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Erstbeschaffung	
1 Schleppschuhverteiler	*35*
2. Ersatzbeschaffung	
3 Pkw	*76*
1 Transporter	*33*
abzgl. Mehreinnahmen bei Tit. 132 01 aus der Veräußerung von Dienst-Kfz gem. § 6 Abs. 7 HG	*-50*
Zusammen	*94*

F *812 01 -165*	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)*	*1 266*	*1 650*	*1 424*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Erstbeschaffung	
1.1 Triple Quadrupol LC-MS/MS	*405*
1.2 LC-GC-Kopplung	*150*
2. Ersatzbeschaffung	
2.1 Gelpermeationschromatograf	*163*
3. Sonstiges	*548*
Zusammen	*1 266*

F *812 02 -165*	*Erwerb von Anlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Software im Bereich Informationstechnik*	*405*	*405*	*644*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Erstbeschaffung	*170*
2. Ersatzbeschaffung	*201*
3. Sonstiges	*34*
Zusammen	*405*

1015 Max Rubner-Institut, Bundesforschungsinstitut für Ernährung und Lebensmittel

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 812 05 -165	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Neu- und Erweiterungsbauten*	-	-	-

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen *(davon neue Maßnahmen in Fettdruck)*	*Gesamtausgaben des Bundes 1 000 €*	*Verausgabt bis 2012 1 000 €*	*Bewilligt 2013 1 000 €*	*Nach 2013 übertragene Ausgabereste 1 000 €*	*Veranschlagt 2014 1 000 €*	*Vorbehalten für 2015 ff 1 000 €*
1	*2*	*3*	*4*	*5*	*6*	*7*
Asbestsanierung im Gebäude 4 und bauliche Anpassung weiterer Gebäude am Standort Detmold..	***600***	***304***	***-***	***296***	***-***	***-***

F 892 01 -165	*Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen*	-	-	-

Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel

111 01 -165	Gebühren, sonstige Entgelte		-	-
131 01 -165	Erlöse aus der Veräußerung von unbeweglichen Sachen		-	-
F 821 01 -165	*Erwerb von bebauten und unbebauten Grundstücken*		-	-
F 823 02 -165	*Erwerbsanteile im Rahmen von ÖPP-Projekten sowie Erwerb privat vorfinanzierter unbeweglicher Sachen*		-	-
F 882 01 -165	*Zuweisungen für Investitionen an Länder*		-	-
F 883 01 -165	*Erschließungsbeiträge*		-	-

Vorbemerkung

Das Johann Heinrich von Thünen-Institut, Bundesforschungsinstitut für Ländliche Räume, Wald und Fischerei, mit Hauptsitz in Braunschweig, ist eine bundesunmittelbare, nicht rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts und Bundesoberbehörde.

Das Johann Heinrich von Thünen-Institut ist in den Bereichen Ländliche Räume, Forst- und Holzwirtschaft sowie Fischerei forschend tätig. Dabei werden insbesondere die Bereiche Ökonomie (Mikro- und Makroökonomie der Land-, Forst-, Holz-, Ernährungs- und Fischwirtschaft), Technologie, stoffliche Nutzung nachwachsender Rohstoffe, Klima und Biodiversität querschnittsartig bearbeitet.

Daneben nimmt das Johann Heinrich von Thünen-Institut gesetzliche Aufgaben insbesondere im Rahmen des Strahlenschutzvorsorgegesetzes und des Bundeswasserstraßengesetzes wahr.

Überblick zum Kapitel 1016	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	6 325	6 095	+230		9 573
Übrige Einnahmen	858	618	+240		999
Gesamteinnahmen	7 183	6 713	+470		10 572
Ausgaben					
Personalausgaben	39 208	38 735	+473	6 857	45 044
Sächliche Verwaltungsausgaben	28 910	29 888	-978	3 651	26 269
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	15	15	-		821
Ausgaben für Investitionen	4 842	8 485	-3 643	45 804	8 210
Gesamtausgaben	72 975	77 123	-4 148	56 312	80 344
davon flexibilisiert	51 941	56 344	-4 403	50 678	56 515
davon nicht flexibilisiert	21 034	20 779	+255	5 634	23 829
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung	214 841 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu	7 797 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu	7 663 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu	2 611 T€				
im Haushaltsjahr 2018 bis zu	8 066 T€				
im Haushaltsjahr 2019 bis zu	8 066 T€				
im Haushaltsjahr 2020 bis zu	8 066 T€				
im Haushaltsjahr 2021 bis zu	8 066 T€				
im Haushaltsjahr 2022 bis zu	8 066 T€				
im Haushaltsjahr 2023 bis zu	8 066 T€				
im Haushaltsjahr 2024 bis zu	8 066 T€				
im Haushaltsjahr 2025 bis zu	8 066 T€				
im Haushaltsjahr 2026 bis zu	8 066 T€				
im Haushaltsjahr 2027 bis zu	8 066 T€				
im Haushaltsjahr 2028 bis zu	8 066 T€				
im Haushaltsjahr 2029 bis zu	8 066 T€				
im Haushaltsjahr 2030 bis zu	8 066 T€				
im Haushaltsjahr 2031 bis zu	8 066 T€				
im Haushaltsjahr 2032 bis zu	8 066 T€				
im Haushaltsjahr 2033 bis zu	8 066 T€				
im Haushaltsjahr 2034 bis zu	8 066 T€				
ab dem Haushaltsjahr 2035 bis zu	59 648 T€				

1016 Johann Heinrich von Thünen-Institut, Bundesforschungsinstitut für Ländliche Räume, Wald und Fischerei

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

119 01 -165	Einnahmen aus Veröffentlichungen	60	60	31

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Entgelte für Vorträge, Gutachten und Beratungen im Auftrag Dritter ermäßigt werden, wenn dafür ein erhebliches Bundesinteresse besteht.

119 09 -165	Vermischte Einnahmen	5 950	5 720	9 140

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen zu Nr. 1 der Erläuterungen sind wegen rechtsverbindlicher Verwendungsauflage bei Aufträgen Dritter zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Tgr. 02.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Einnahmen aus Aufträgen Dritter	5 850
2. Sonstiges	100
Zusammen	5 950

124 01 -165	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	45	45	83
125 01 -165	Einnahmen aus Versuchseinrichtungen	250	250	304

Erläuterungen:

Einnahmen aus dem Verkauf von tierischen und pflanzlichen Erzeugnissen sowie Zellkulturen und Mangeldiagnostika.

132 01 -165	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	20	20	15

Erläuterungen:

Es ist vorgesehen, ein Dienst-Kfz (Jahreswagen) auszusondern (vgl. Tit. 811 01).

Übrige Einnahmen

232 01 -165	Erstattungen von Verwaltungskosten durch die Freie und Hansestadt Hamburg	598	358	638

Erläuterungen:

Aufgrund von Vereinbarungen zwischen dem Bund und der Freien und Hansestadt Hamburg erstattet Hamburg für die Mitnutzung von Räumlichkeiten und Einrichtungen anteilige Kosten.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
261 01 -165	Erstattung von Verwaltungsausgaben	260	260	361

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen zu Nr. 1 der Erläuterungen sind wegen rechtsverbindlicher Verwendungsauflage bei Aufträgen Dritter zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Tgr. 02.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Gemeinkostenzuschlag bei Aufträgen der EU für Forschungs-, Untersuchungs-, Entwicklungs- und Erprobungsarbeiten	100
2. Gemeinkostenzuschlag bei Aufträgen Dritter für Forschungs-, Untersuchungs-, Entwicklungs- und Erprobungsarbeiten	150
3. Sonstiges	10
Zusammen	260

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
381 01 -890	Leistungen von Bundesbehörden zur Durchführung von Aufträgen	-	-	(3 001)

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind wegen verbindlicher Vereinbarung mit anderen Bundesbehörden zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Tgr. 02.

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.

Ausgenommen ist Tgr. 02.

1016 Johann Heinrich von Thünen-Institut, Bundesforschungsinstitut für Ländliche Räume, Wald und Fischerei

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Sächliche Verwaltungsausgaben			
518 02 -165	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	15 084	14 825	12 582

Verpflichtungsermächtigung ..... 203 841 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu ..... 1 797 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu ..... 2 663 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu ..... 2 611 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu ..... 8 066 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu ..... 8 066 T€
im Haushaltsjahr 2020 bis zu ..... 8 066 T€
im Haushaltsjahr 2021 bis zu ..... 8 066 T€
im Haushaltsjahr 2022 bis zu ..... 8 066 T€
im Haushaltsjahr 2023 bis zu ..... 8 066 T€
im Haushaltsjahr 2024 bis zu ..... 8 066 T€
im Haushaltsjahr 2025 bis zu ..... 8 066 T€
im Haushaltsjahr 2026 bis zu ..... 8 066 T€
im Haushaltsjahr 2027 bis zu ..... 8 066 T€
im Haushaltsjahr 2028 bis zu ..... 8 066 T€
im Haushaltsjahr 2029 bis zu ..... 8 066 T€
im Haushaltsjahr 2030 bis zu ..... 8 066 T€
im Haushaltsjahr 2031 bis zu ..... 8 066 T€
im Haushaltsjahr 2032 bis zu ..... 8 066 T€
im Haushaltsjahr 2033 bis zu ..... 8 066 T€
im Haushaltsjahr 2034 bis zu ..... 8 066 T€
ab dem Haushaltsjahr 2035 bis zu ..... 59 648 T€

Haushaltsvermerk:

Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.

Titelgruppe 02

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Tgr. 02	Durchführung von Aufträgen anderer Bundesbehörden und Dritter	(5 950)	(5 954) *(5 634)*	

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.
2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: 119 09, 261 01 und 381 01. Das Gleiche gilt für die in diesem Haushaltsjahr zu erwartenden zweckgebundenen Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen bei den vorgenannten Titeln.

Erläuterungen:

Die Ausgaben werden im Rahmen der Aufgabenstellung des Bundesforschungsinstitutes für alle Maßnahmen verwendet, die zur Durchführung der Forschungs- und Versuchsarbeiten erforderlich und mit den Bedingungen der Geldgeber vereinbar sind.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
427 29 -165	Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige	3 900	3 906	5 427

Haushaltsvermerk:

§ 20 Abs. 1 BHO findet keine Anwendung.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 427 29 (Titelgruppe 02):

	Ausgaben dürfen nur geleistet werden, solange keine freien Stellen der gleichen oder einer höheren Entgeltgruppe bei Tit. 428 21 vorhanden sind.			
428 21 -165	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	530	528	1 049
527 21 -165	Dienstreisen	150	150	420
547 21 -165	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	1 330	1 330	3 836
812 21 -165	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)	40	40 *5 634*	501

Flexibilisierte Ausgaben

Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG

	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
Aus Hauptgruppe 4	34 778	34 301 *6 857*	39 375
Aus Hauptgruppe 5	12 346	13 583 *3 651*	9 431
Aus Hauptgruppe 6	15	15	-
Aus Hauptgruppe 7	3 280	6 923 *39 315*	5 516
Aus Hauptgruppe 8	1 522	1 522 *855*	2 193
Zusammen	51 941	56 344 *50 678*	56 515

F 422 01 -165	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*8 976*	*8 607*	*8 326*
F 427 09 -165	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*3 155*	*3 025*	*8 588*

Erläuterungen:

Aus dem Titel werden auch Entgelte für Universitätsprofessorinnen und Universitätsprofessoren als Institutsleiterin bzw. Institutsleiter im Nebenamt bezahlt.

Nebentätigkeitsentgelte werden nicht gezahlt.

F 428 01 -165	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*22 586*	*22 608*	*21 630*
F 453 01 -165	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	*61*	*61*	*24*

1016 Johann Heinrich von Thünen-Institut, Bundesforschungsinstitut für Ländliche Räume, Wald und Fischerei

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 511 01 -165	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände, Software, Wartung*	*1 058*	*1 058*	*1 260*
F 514 01 -165	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*	*291*	*291*	*472*
F 517 01 -165	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	*3 426*	*3 400*	*4 117*
F 518 01 -165	*Mieten und Pachten*	*153*	*158*	*126*
F 519 01 -165	*Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen*	*300*	*300*	*293*
F 523 01 -165	*Wissenschaftliche Sammlungen und Bibliotheken*	*101*	*101*	*85*
F 527 01 -165	*Dienstreisen*	*373*	*403*	*782*
***F 532 01** -165*	*Aufträge und Dienstleistungen im Bereich Informationstechnik*	*25*		

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1016 Tit. 532 55	*-*	*-*
Kap. 1016 Tit. 539 99	*25*	*-*
Zusammen	*25*	*-*

F 539 99 -165	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*193*	*218*	*49*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Aus- und Fortbildung	*100*
2. Kosten der Leitstellen zur Überwachung der Umwelt-Radioaktivität	*40*
3. Verlegung von Dienststellen	*20*
4. Sonstiges	*33*
Zusammen	*193*

Ausgaben für Erstattungen an das Deutsche Institut für medizinische Dokumentation und Information für die Mitbenutzung des Rechenzentrums sind bei Kap. 1011 Tit. 981 07 zu buchen.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 544 01 -165	*Forschung, Untersuchungen und Ähnliches*	*6 426*	*7 654*	*1 844*

Haushaltsvermerk:

Die Erläuterungen zu Nr. 4, 5, 6, 7 und 8 sind verbindlich.

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Wirtschaftsausgaben	*327*
2. Chemikalien, Glassachen und anderer Laborbedarf	*263*
3. Forschungs- und Versuchsbedarf	*211*
4. Bundeswaldinventur	*200*
5. Klimaberichterstattung	*4 200*
6. Datenerhebung Treibhausgas-Inventar Wald	*1 000*
7. Charta für Holz	*25*
8. Forstliches Umweltmonitoring	*200*
Zusammen	*6 426*

F 684 09 -165	*Mitgliedsbeiträge und sonstige Zuschüsse an Verbände, Vereine und ähnliche Institutionen geringeren Umfangs*	*7*	*7*	*7*

Erläuterungen:

Sonstige.

F 687 09 -165	*Mitgliedsbeiträge und sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Ausland geringeren Umfangs*	*8*	*8*	*7*

Erläuterungen:

Sonstige.

F 711 01 -165	*Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten*	*1 280*	*1 948*	*1 885*

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen *(davon neue Maßnahmen in Fettdruck)*	*Gesamt-ausgaben des Bundes 1 000 €*	*Verausgabt bis 2012 1 000 €*	*Bewilligt 2013 1 000 €*	*Nach 2013 übertra-gene Aus-gabereste 1 000 €*	*Veran-schlagt 2014 1 000 €*	*Vorbe-halten für 2015 ff 1 000 €*
1	*2*	*3*	*4*	*5*	*6*	*7*
1. Durchführung von Brandschutzmaßnahmen in Braunschweig.	*960*	*619*	*-*	*341*	*-*	*-*
2. Erneuerung der Gebäudeleittechnik in Braunschweig	*934*	*934*	*-*	*-*	*-*	*-*
5. Erneuerung von Klimakammern, Labor- und Lüftungstechnik für das Institut für Weltforstwirtschaft in Hamburg-Bergedorf	*1 050*	*368*	*-*	*602*	*80*	*-*
8. Erweiterungsmaßnahmen am Standort Rostock	*1 800*	*-*	*-*	*995*	*405*	*400*
9. Sanierung und Modernisierung der Lager- und Fördertechnik im Getreidelager der Versuchsstation Braunschweig	*655*	*395*	*-*	*260*	*-*	*-*
12. Sanierung der lufttechnischen Anlagen im Technikum des Instituts für Holzphysik und mechan. Technologie des Holzes in Hamburg	*900*	*889*	*-*	*11*	*-*	*-*
13. Generalsanierung von Kellerwänden am Standort Braunschweig	*900*	*775*	*125*	*-*	*-*	*-*
14. Neubau einer Getreidelagerung in Wulmenau	*1 263*	*1 090*	*-*	*3*	*170*	*-*
15. Umbau des Gebäudes 203 in Braunschweig	*645*	*444*	*-*	*201*	*-*	*-*
16. Brandschutzmaßnahmen (Sofortmaßnahmen) am Standort Hamburg-Bergedorf	*1 023*	*863*	*160*	*-*	*-*	*-*

1016 Johann Heinrich von Thünen-Institut, Bundesforschungsinstitut für Ländliche Räume, Wald und Fischerei

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 711 01

Mehrjährige Maßnahmen *(davon neue Maßnahmen in Fettdruck)*	*Gesamt-ausgaben des Bundes 1 000 €*	*Verausgabt bis 2012 1 000 €*	*Bewilligt 2013 1 000 €*	*Nach 2013 übertra-gene Aus-gabereste 1 000 €*	*Veran-schlagt 2014 1 000 €*	*Vorbe-halten für 2015 ff 1 000 €*
1	*2*	*3*	*4*	*5*	*6*	*7*
17. Errichtung einer Fahrsiloanlage mit Güllebehälter für den Versuchsbetrieb in Wulmenau.......	*970*	*970*	*-*	*-*	*-*	*-*
18. Anpassungsmaßnahmen verschiedener Dachkonstruktionen in Braunschweig.......	*797*	*797*	*-*	*-*	*-*	*-*
19. Sonstige Baumaßnahmen.......	*6 665*	*3 206*	*1 663*	*1 171*	*625*	*-*
Zusammen.......	*18 562*	*11 350*	*1 948*	*3 584*	*1 280*	*400*

F ***712 01*** *-165*	*Baumaßnahmen von mehr als 2 000 000 € im Einzelfall*	*2 000*	*4 975*	*3 631*

Verpflichtungsermächtigung....... 11 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu....... 6 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu....... 5 000 T€

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen *(davon neue Maßnahmen in Fettdruck)*	*Gesamt-ausgaben des Bundes 1 000 €*	*Verausgabt bis 2012 1 000 €*	*Bewilligt 2013 1 000 €*	*Nach 2013 übertra-gene Aus-gabereste 1 000 €*	*Veran-schlagt 2014 1 000 €*	*Vorbe-halten für 2015 ff 1 000 €*
1	*2*	*3*	*4*	*5*	*6*	*7*
2. Herrichtung der Altbausubstanz zur Errichtung eines Versuchsbetriebes in Wulmenau.......	*4 924*	*-*	*824*	*4 100*	*-*	*-*
7. Errichtung eines Laborgebäudes mit Fischtechnikum in Bremerhaven.......	*34 921*	*-*	*3 000*	*18 470*	*2 000*	*11 451*
Maßnahmen mit einem Ausgabevolumen zwischen 1 Mio. € und 5 Mio. €, bei denen die Verwaltungsvereinfachung in Anspruch genommen wird (Konjunkturpaket II):						
3. Herrichtung der Geb. 22 - 24 (Karree) in Trenthorst.......	*4 581*	*1 971*	*151*	*2 459*	*-*	*-*
8. Erweiterung der Labor- und Technikumskapazitäten für das Institut für Agrartechnologie und Biosystemtechnik.......	*2 702*	*2 619*	*-*	*83*	*-*	*-*
9. Sanierung des Trinkwassernetzes in Braunschweig.......	*4 500*	*-*	*1 000*	*3 500*		
Zusammen.......	*51 628*	*4 590*	*4 975*	*28 612*	*2 000*	*11 451*

zu 2.: Bauunterlagen nach § 24 BHO liegen noch nicht vor.

F *811 01* *-165*	*Erwerb von Fahrzeugen*	*250*	*192*	*206*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Neubeschaffung	
1 Transporter.......	*31*
2. Ersatzbeschaffung	
6 Pkw.......	*143*
1 Transporter.......	*31*
1 Rundballenpresse.......	*41*
3 Anbau-/Anhängergeräte.......	*28*
abzgl. Mehreinnahmen bei Tit. 132 01 aus der Veräußerung von Dienst-Kfz gem. § 6 Abs. 7 HG.......	*-24*
Zusammen.......	*250*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 812 01 -165	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)*	*731*	*789*	*1 121*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Erstbeschaffung	
1.1 NH 3 Spurengasanalysator	*103*
1.2 6 Elektronische Messbretter	*104*
2. Sonstiges	*524*
Zusammen	*731*

F 812 02 -165	*Erwerb von Anlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Software im Bereich Informationstechnik*	*520*	*520*	*564*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Erstbeschaffung	*22*
2. Ersatzbeschaffung	*498*
Zusammen	*520*

F 812 05 -165	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Neu- und Erweiterungsbauten*	-	-	*278*

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen *(davon neue Maßnahmen in Fettdruck)*	*Gesamtausgaben des Bundes 1 000 €*	*Verausgabt bis 2012 1 000 €*	*Bewilligt 2013 1 000 €*	*Nach 2013 übertragene Ausgabereste 1 000 €*	*Veranschlagt 2014 1 000 €*	*Vorbehalten für 2015 ff 1 000 €*
1	*2*	*3*	*4*	*5*	*6*	*7*
2. Errichtung eines Versuchsbetriebs in Trenthorst/Wulmenau	*1 509*	*1 182*	-	*327*	-	-
3. Sonstige Beschaffungen	*475*	*154*	-	*321*		
Zusammen	*1 984*	*1 336*	-	*648*	-	-

F 882 01 -165	*Zuweisungen für Investitionen an Länder*	*21*	*21*	*24*
F 892 01 -165	*Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen*	-	-	-

Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel

111 01 -165	Gebühren, sonstige Entgelte		-	-
131 01 -165	Erlöse aus der Veräußerung von unbeweglichen Sachen		-	-
F 821 01 -165	*Erwerb von bebauten und unbebauten Grundstücken*		-	-

1016 Johann Heinrich von Thünen-Institut, Bundesforschungsinstitut für Ländliche Räume, Wald und Fischerei

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 823 02 -165	*Erwerbsanteile im Rahmen von ÖPP-Projekten sowie Erwerb privat vorfinanzierter unbeweglicher Sachen*		-	-
F 883 01 -165	*Erschließungsbeiträge*		-	-

Vorbemerkung

Das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) ist zum 1. November 2002 als selbstständige Bundesoberbehörde durch das Gesetz zur Neuorganisation des gesundheitlichen Verbraucherschutzes und der Lebensmittelsicherheit vom 6. August 2002 (BGBl. I S. 3082 ff.) errichtet worden.

Die Aufgaben des BVL sind u. a.:

1. Wahrnehmung der vom Bund unterhalb der ministeriellen Ebene zu erledigenden Aufgaben des Risikomanagements im Bund-Länder-Verhältnis als zentrale Koordinierungsstelle,
2. Wahrnehmung der Funktion einer koordinierenden Stelle für die Datensammlung und die Berichterstattung an die Europäische Kommission insbesondere in den Bereichen Lebensmittel, Ernährung, Produktsicherheit und Antibiotikaresistenz,
3. Aufbereitung, Zusammenfassung, Dokumentation und Berichterstattung im Hinblick auf die bei der Durchführung der Lebensmittelüberwachung und des Monitorings übermittelten Ergebnisse,
4. Nationale Kontaktstelle zum Lebensmittel- und Veterinäramt der Europäischen Union und Kontaktstelle für die Durchführung des Europäischen Schnellwarnsystems für Lebensmittel und Futtermittel,
5. Erfüllung der im Gesetzesvollzug dem Bund zugeordneten Aufgaben (z. B. Zulassung von Stoffen, Genehmigung von Freisetzungen gentechnisch veränderter Organismen, Gewährung von Allgemeinverfügungen und Ausnahmegenehmigungen nach dem Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch (LFGB)),
6. Wahrnehmung der Funktion eines europäischen Referenzlaboratoriums und nationaler Referenzlaboratorien.

Das BVL hat seinen Sitz in Braunschweig und unterhält eine Dienststelle in Berlin.

Überblick zum Kapitel 1017	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen..	9 887	7 771	+2 116		8 125
Übrige Einnahmen..	4	2	+2		6
Gesamteinnahmen..	9 891	7 773	+2 118		8 131
Ausgaben					
Personalausgaben...	25 208	23 132	+2 076	3 758	22 731
Sächliche Verwaltungsausgaben...........................	8 365	6 903	+1 462	5 853	6 308
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	1 339	1 339	-	1 254	1 667
Ausgaben für Investitionen....................................	800	1 696	-896	12 585	7 794
Gesamtausgaben...	35 712	33 070	+2 642	23 450	38 500
davon flexibilisiert...	29 690	29 116	+574	22 805	35 160
davon nicht flexibilisiert..	6 022	3 954	+2 068	645	3 340
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung..................................	124 423 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu................................	2 032 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu................................	2 032 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu................................	1 343 T€				
im Haushaltsjahr 2018 bis zu................................	4 867 T€				
im Haushaltsjahr 2019 bis zu................................	4 867 T€				
im Haushaltsjahr 2020 bis zu................................	4 867 T€				
im Haushaltsjahr 2021 bis zu................................	4 867 T€				
im Haushaltsjahr 2022 bis zu................................	4 867 T€				
im Haushaltsjahr 2023 bis zu................................	4 867 T€				
im Haushaltsjahr 2024 bis zu................................	4 867 T€				
im Haushaltsjahr 2025 bis zu................................	4 867 T€				
im Haushaltsjahr 2026 bis zu................................	4 867 T€				
im Haushaltsjahr 2027 bis zu................................	4 867 T€				
im Haushaltsjahr 2028 bis zu................................	4 867 T€				
im Haushaltsjahr 2029 bis zu................................	4 867 T€				
im Haushaltsjahr 2030 bis zu................................	4 867 T€				
im Haushaltsjahr 2031 bis zu................................	4 867 T€				
im Haushaltsjahr 2032 bis zu................................	4 867 T€				
im Haushaltsjahr 2033 bis zu................................	4 867 T€				
im Haushaltsjahr 2034 bis zu................................	4 867 T€				
ab dem Haushaltsjahr 2035 bis zu.........................	36 277 T€				

1017 Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

111 01 -314	Gebühren, sonstige Entgelte	8 576	7 000	7 038

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Gebühren und Auslagen nach der KostenVO für die Zulassung von Arzneimitteln und der KostenVO für die Registrierung homöopathischer Arzneimittel	4 100
2. Gebühren für die Prüfung diätetischer Lebensmittel	28
3. Gebühren für Amtshandlungen nach der Novel-Foods-VO	10
4. Gebühren für die Prüfung von Mitteln gem. § 18 Infektionsschutzgesetz	20
5. Gebühren und Auslagen aufgrund der Pflanzenschutzmittelgebührenverordnung und Pflanzenschutzmittelkostenverordnung, davon	
5.1 Gebühren für Prüfung und Entscheidung über die Zulassung eines Pflanzenschutzmittels	3 825
5.2 Gebühren für zusätzliche Untersuchungen und sonstige Prüfungen von Pflanzenschutzmitteln	373
5.3 Erstattung von Auslagen	1
5.4 Gebühren für Identitätsbescheinigungen (Parallelhandel)	100
6. Gebühren nach Ausnahmeregelungen (Chem. Kost-V)	1
7. Gebühren nach GenTG für Genehmigungsverfahren	20
8. Einnahmen bei der zentralen Kommission Biologische Sicherheit (ZKBS)	35
9. Gebühren für Amtshandlungen nach dem Umweltinformationsgesetz	2
10. Gebühren nach der Informationsgebührenverordnung	3
11. Gebühren nach dem EG-Verbraucherschutzdurchsetzungsgesetz	7
12. Gebühren nach dem Verbraucherinformationsgesetz	1
13. Gebühren nach der Rückstandshöchstmengen-Gebührenverordnung	50
14. Sonstiges	-
Zusammen	8 576

119 09 -314	Vermischte Einnahmen	1 311	762	1 081

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen zu Nr. 1 der Erläuterungen sind wegen rechtsverbindlicher Verwendungsauflage bei Aufträgen Dritter zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Tgr. 02.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Einnahmen aus Aufträgen Dritter	1 292
2. Sonstiges	19
Zusammen	1 311

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 119 09

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1017 Tit. 112 01	1	-
Kap. 1017 Tit. 119 01	5	6
Kap. 1017 Tit. 132 01	3	-
Zusammen	9	6

Übrige Einnahmen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
261 01 -314	Erstattung von Verwaltungsausgaben	4	2	6

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen zu Nr. 1 der Erläuterungen sind wegen rechtsverbindlicher Verwendungsauflage bei Aufträgen Dritter zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Tgr. 02.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Gemeinkostenzuschlag bei Aufträgen der EU für Forschungs-, Untersuchungs-, Entwicklungs- und Erprobungsarbeiten	-
2. Gemeinkostenzuschlag bei Aufträgen Dritter für Forschungs-, Untersuchungs-, Entwicklungs- und Erprobungsarbeiten	4
3. Sonstiges	-
Zusammen	4

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
381 01 -890	Leistungen von Bundesbehörden zur Durchführung von Aufträgen	-	-	(42)

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind wegen verbindlicher Vereinbarung mit anderen Bundesbehörden zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Tgr. 02.

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.

In die Flexibilisierung einbezogen ist auch Tit. 547 01.

Ausgenommen ist Tgr. 02.

1017 Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Sächliche Verwaltungsausgaben

518 02 -314	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	3 392	1 836	1 611

Verpflichtungsermächtigung.. 123 045 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 1 343 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 1 343 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 1 343 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.. 4 867 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu.. 4 867 T€
im Haushaltsjahr 2020 bis zu.. 4 867 T€
im Haushaltsjahr 2021 bis zu.. 4 867 T€
im Haushaltsjahr 2022 bis zu.. 4 867 T€
im Haushaltsjahr 2023 bis zu.. 4 867 T€
im Haushaltsjahr 2024 bis zu.. 4 867 T€
im Haushaltsjahr 2025 bis zu.. 4 867 T€
im Haushaltsjahr 2026 bis zu.. 4 867 T€
im Haushaltsjahr 2027 bis zu.. 4 867 T€
im Haushaltsjahr 2028 bis zu.. 4 867 T€
im Haushaltsjahr 2029 bis zu.. 4 867 T€
im Haushaltsjahr 2030 bis zu.. 4 867 T€
im Haushaltsjahr 2031 bis zu.. 4 867 T€
im Haushaltsjahr 2032 bis zu.. 4 867 T€
im Haushaltsjahr 2033 bis zu.. 4 867 T€
im Haushaltsjahr 2034 bis zu.. 4 867 T€
ab dem Haushaltsjahr 2035 bis zu...................................... 36 277 T€

Haushaltsvermerk:

Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.

Erläuterungen:

Von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben als Eigenbaumaßnahme zu realisierende Unterbringung (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	genehmigte Gesamtkosten 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Veranschlagt 2014 1 000 €	Vorbehalten für 2015 ff. 1 000 €	Jährlicher Mietzins 1 000 €	voraussichtliche Übergabe
1	2	3	4	5	6	7	8
Berlin-Spandau, Verwaltungs- und Laborgebäude Seecktstraße 6 - 10..	-					4 867	2017

ES-Bau in Bearbeitung. Belastbare Zahlen liegen erst nach Anerkennung der ES-Bau vor. Mietkostenschätzung Bundesanstalt für Immobilienaufgaben
Bauunterlagen nach § 24 Abs. 1 BHO liegen noch nicht vor.

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)

685 01 -314	Wissenschaftliche Erarbeitung von Analysemethoden und Modellvorhaben auf dem Gebiet des gesundheitlichen Verbraucherschutzes und des Verkehrs mit Tierarzneimitteln	1 338	1 338	736

Verpflichtungsermächtigung.. 1 108 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 554 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 554 T€

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 685 01

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Durchführung von Laborvergleichsuntersuchungen (LVU) im Rahmen des Monitorings von Lebensmitteln und Bedarfsgegenstände/Kosmetika	210
2. Nationale und internationale Normungsvorhaben (DIN)	410
3. Organisation von LVU im Rahmen des bundesweiten Überwachungsplans nach § 11 AVVRÜb (nach § 4 Abs. 2 AVVRÜb)	140
4. Statistische Fragestellungen/Help Desk	165
5. Erarbeitung von Verfahren zur Probennahme und Untersuchung von Proben im Zuge der Gentechnik-Überwachung (§ 28 b GenTG)	12
6. Ermittlung natürlicher Gehalte von Hormonen in Lebensmittel liefernden Tieren	35
7. Resistenzentwicklung bei der Anwendung oraler Antibiotika von Nutztieren	110
8. Untersuchungen zur Frage der Relevanz von Guttation (3) - 2014	20
9. Modellartige Erprobung der Überwachung von Arzneimitteln nach Zulassung "Pharmakovigilanzzentren an Universitäten"	43
10. Methodenentwicklung zur Reduzierung des Antibiotikaeinsatzes bei Zuchttieren	18
11. Untersuchung zum Einfluss der Dauer der Trockenstehperiode auf Rückstandskonzentrationen von antibiotischen Trockenstellen in Kuhmilch einschließlich der Anwendung der Erkenntnisse in statistischen Modellen zur Bestimmung der Wartezeit	35
12. Krisenübungen; Externe Evaluierung der Bewältigung von krisenhaften Ereignissen und Krisen	140
Zusammen	1 338

Titelgruppe 02

Tgr. 02	Durchführung von Aufträgen anderer Bundesbehörden und Dritter	(1 292)	(780) *(645)*	

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.
2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: 119 09, 261 01 und 381 01.

   Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.

427 29 -165	Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige	471	58	464

Haushaltsvermerk:

§ 20 Abs. 1 BHO findet keine Anwendung.

428 21 -165	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	442	449	464

1017 Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Noch zu Titelgruppe 02				
547 21 -165	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	379	273	64
812 21 -165	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)	-	- *645*	-
	Flexibilisierte Ausgaben			
	Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG			
	Aus Hauptgruppe 4	24 295	22 625 *5 012*	22 733
	Aus Hauptgruppe 5	4 594	4 794 *5 853*	4 633
	Aus Hauptgruppe 6	1	1	-
	Aus Hauptgruppe 7	-	742 *5 715*	6 199
	Aus Hauptgruppe 8	800	954 *6 225*	1 595
	Zusammen	29 690	29 116 *22 805*	35 160
F 422 01 -314	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*9 969*	*7 460*	*8 094*
F 427 09 -314	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*2 900*	*2 750*	*3 681*
F 428 01 -314	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*11 416*	*12 365*	*10 011*
F 453 01 -314	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	*10*	*50*	*2*
F 511 01 -314	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände, Software, Wartung*	*1 009*	*1 155*	*409*
F 517 01 -314	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	*925*	*1 001*	*595*
F 518 01 -314	*Mieten und Pachten*	*191*	*214*	*14*

Verpflichtungsermächtigung .... 270 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 135 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 135 T€

Erläuterungen:

Für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 525 01 -314	*Aus- und Fortbildung*	*245*	*186*	*193*
F 527 01 -314	*Dienstreisen*	*300*	*300*	*341*
F 532 01 -314	*Aufträge und Dienstleistungen im Bereich Informationstechnik*	*171*	*225*	*21*
F 539 99 -314	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*503*	*463*	*296*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern	*23*
2. Elektronischer Pressespiegel (Lizenzabgabe, Erstellung Pressespiegel)	*60*
3. Auslagen für Vorstellungsreisen	*10*
4. Übersetzungen	*20*
5. Überprüfung der elektrischen Geräte gem. GUV-V A3	*15*
6. Planungskosten	*43*
7. Qualitätsmanagement, Zertifizierung, Beratung, Audit	*16*
8. Akkreditierung des Labors Abteilung 2, Überwachungsbegehungen der Labore RefGr. 5	*30*
9. Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl	*31*
10. Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	*60*
11. Wissenschaftliche Sammlungen und Bibliotheken	*68*
12. Sonstiges (Bankgebühren/Zinszahlung, Geldstelle, Kranzspenden, Nachrufe, ärztliche Untersuchungen und Impfungen u.a.)	*127*
Zusammen	*503*

F 547 01 -314	*Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben*	*1 250*	*1 250*	*944*
F 684 09 -314	*Mitgliedsbeiträge und sonstige Zuschüsse an Verbände, Vereine und ähnliche Institutionen geringeren Umfangs*	*1*	*1*	*1*
F **712 01** -314	*Baumaßnahmen von mehr als 2 000 000 € im Einzelfall*	*-*	*742*	*6 199*

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen *(davon neue Maßnahmen in Fettdruck)*	*Gesamtausgaben des Bundes 1 000 €*	*Verausgabt bis 2012 1 000 €*	*Bewilligt 2013 1 000 €*	*Nach 2013 übertragene Ausgabereste 1 000 €*	*Veranschlagt 2014 1 000 €*	*Vorbehalten für 2015 ff 1 000 €*
1	*2*	*3*	*4*	*5*	*6*	*7*
Um- und Erweiterungsbauten auf dem Gelände in Braunschweig...	*16 446*	*9 989*	*742*	*5 715*	*-*	*-*

F 811 01 -314	*Erwerb von Fahrzeugen*	*-*	*41*	*38*

1017 Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 812 01 -314	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)*	*800*	*913*	*703*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Erstbeschaffung	
1.1 Sonstiges	*137*
2. Ersatzbeschaffung	
2.1 HPLC-MS/MS Triple Quadrupol-Massenspektrometer	*653*
2.2 Sonstiges	*10*
Zusammen	*800*

F 812 02 -314	*Erwerb von Anlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Software im Bereich Informationstechnik*	*-*	*-*	*854*
F 812 05 -314	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Neu- und Erweiterungsbauten*	*-*	*-*	*-*

Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel

112 01 -314	Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten		1	-
119 01 -314	Einnahmen aus Veröffentlichungen		5	6
132 01 -314	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		3	-
F 711 01 -314	*Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten*		*-*	*-*

Vorbemerkung

Das Bundessortenamt mit Sitz in Hannover wurde durch das Saatgutgesetz vom 27. Juni 1953 (BGBl. I S. 450) als selbstständige Bundesoberbehörde errichtet. Es übernahm die Aufgaben des 1949 gegründeten Sortenamts für Nutzpflanzen, das seinerseits die Aufgaben des im Jahre 1934 errichteten Reichssortenregisters übernommen hatte und im Jahre 1950 in die Verwaltung des Bundes übernommen worden war.

Die rechtlichen Grundlagen für die Arbeiten des Bundessortenamts sind insbesondere das Sortenschutzgesetz und das Saatgutverkehrsgesetz sowie das Internationale Übereinkommen zum Schutz von Pflanzenzüchtungen (UPOV) und eine Anzahl sorten- und saatgutrechtlicher Bestimmungen der Europäischen Union (EU), der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), der UN-Wirtschaftskommission für Europa (ECE) und des Gemeinschaftlichen Sortenamtes (CPVO).

Die Aufgaben des Bundessortenamts sind:

Erteilung des Sortenschutzes für neue Pflanzensorten,

Zulassung von Pflanzensorten als Voraussetzung für das Inverkehrbringen von Saat- und Pflanzgut,

Überwachung der Erhaltung der geschützten und der zugelassenen Sorten,

Nachprüfung der Sortenechtheit von Saatgut, Pflanzen oder Pflanzenteilen auf Ersuchen der für die Überwachung zuständigen Stellen,

Durchführung von Auftragsprüfungen für das CPVO als Voraussetzung zur Erteilung des Gemeinschaftlichen Sortenschutzes,

Veröffentlichung von Beschreibenden Sortenlisten als Entscheidungshilfe für die Offizialberatung und Praxis sowie Herausgabe des Blattes für Sortenwesen als Amtsblatt für Bekanntmachungen des Bundessortenamtes,

Mitwirkung bei der nationalen und internationalen Weiterentwicklung von Sorten- und Saatgutregelungen einschließlich Entwicklungshilfe,

Koordinierungsstelle des Bundes zu Saatgutanerkennungs- und Saatgutverkehrskontrollstellen der Bundesländer und des Auslandes,

Mitwirkung bei der Erhaltung pflanzengenetischer Ressourcen im Rahmen der nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt, Biopatentmonitoring im Bereich Nutzpflanzen.

Das Bundessortenamt ist gegliedert in die Zentralabteilung und die Abteilungen für Wertprüfung, Registerprüfung und Prüfungsdurchführung.

Für die Prüfung von Pflanzensorten verfügt das Amt über 12 Prüfstellen mit ca. 600 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche, die über die verschiedenen Anbaugebiete und Naturräume Deutschlands verteilt sind. Außerdem werden im Auftrag des Amtes Prüfungen an ca. 380 Stellen in Deutschland, insbesondere bei Einrichtungen der Länder sowie aufgrund bilateraler Verwaltungsvereinbarungen bei Stellen in anderen UPOV-Verbandsstaaten, durchgeführt.

Überblick zum Kapitel 1018	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen..	10 360	10 130	+230		10 617
Gesamteinnahmen...	10 360	10 130	+230		10 617
Ausgaben					
Personalausgaben...	14 900	13 073	+1 827	477	14 439
Sächliche Verwaltungsausgaben...........................	8 737	7 447	+1 290	1 634	7 769
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	4	4	-	9	50
Ausgaben für Investitionen.....................................	838	965	-127	4 553	1 084
Gesamtausgaben...	24 479	21 489	+2 990	6 673	23 342
davon flexibilisiert..	21 712	19 039	+2 673	6 673	20 940
davon nicht flexibilisiert..	2 767	2 450	+317		2 402

1018 Bundessortenamt

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

111 01 -511	Gebühren, sonstige Entgelte	9 800	9 600	10 036

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Antragsgebühren	500
2. Gebühren und Entgelte für Registerprüfungen	3 800
3. Gebühren und Entgelte für Wertprüfungen	3 600
4. Jahresgebühren	700
5. Überwachungsgebühren	1 100
6. Entgelte für Abgabe von Prüfungsergebnissen an ausländische und übernationale Stellen	100
Zusammen	9 800

119 09 -511	Vermischte Einnahmen	300	280	265

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Einnahmen aus Aufträgen Dritter	170
2. Einnahmen aus Betriebsprämien	80
3. Sonstige Einnahmen	50
Zusammen	300

124 01 -511	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	60	60	59

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 4 BHO in Verbindung mit § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass die bundeseigene Liegenschaft Marquardt des Bundessortenamtes für die Dauer und den Umfang des Bedarfs unentgeltlich dem Leibniz-Institut für Agrartechnik Bornim e. V. überlassen wird.

125 01 -511	Einnahmen aus den Versuchsfeldern und Gewächshäusern	160	150	207

Erläuterungen:

Verkauf von Erzeugnissen der Ausgleichs- und Prüfflächen.

132 01 -511	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	40	40	50

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Sächliche Verwaltungsausgaben			
518 02 -511	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	2 767	2 450	2 402
	Haushaltsvermerk: Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.			
	Flexibilisierte Ausgaben			
	Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG			
	Aus Hauptgruppe 4	14 900	13 073 *484*	14 484
	Aus Hauptgruppe 5	5 970	4 997 *1 634*	5 367
	Aus Hauptgruppe 6	4	4 *2*	5
	Aus Hauptgruppe 7	-	- *3 601*	-
	Aus Hauptgruppe 8	838	965 *952*	1 084
	Zusammen	21 712	19 039 *6 673*	20 940
F 422 01 -511	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*1 792*	*1 855*	*1 793*
F 427 09 -511	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*890*	*819*	*653*
	Erläuterungen: *Nebentätigkeitsentgelte werden nicht gezahlt.*			
F 428 01 -511	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*12 164*	*10 386*	*11 993*
F 453 01 -511	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	*54*	*13*	*-*
F 511 01 -511	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände, Software, Wartung*	*820*	*750*	*275*
F 514 01 -511	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*	*670*	*670*	*636*
F 517 01 -511	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	*960*	*960*	*871*

1018 Bundessortenamt

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu flexibilisierte Ausgaben			
F 519 01 -511	*Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen*	*250*	*250*	*111*
F 527 01 -511	*Dienstreisen*	*140*	*130*	*137*
***F 532 01** -511*	*Aufträge und Dienstleistungen im Bereich Informationstechnik*	*36*		

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1018 Tit. 532 55	*-*	*452*
Kap. 1018 Tit. 539 99	*18*	*-*
Zusammen	*18*	*452*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 532 03 -511	*Sonstige Dienstleistungsaufträge an Dritte*	*2 900*	*2 025*	*2 366*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Wertprüfungen und besondere Anbauprüfungen	*2 680*
2. Registerprüfungen	*90*
3. Sicherung von Prüfungen	*90*
4. Kosten für die Herrichtung der Prüffelder	*40*
Zusammen	*2 900*

Zu 1. und 2.:
Nach §§ 40, 44 SaatG, § 3 BSA VfV sind die Sorten, für die die Zulassung beantragt wurde, auf ihren landeskulturellen Wert zu prüfen. Dies geschieht an über 380 Prüforten, die aus ökologischen Gründen über das ganze Bundesgebiet verteilt sind. Entsprechendes gilt für die Prüfungen, die im Hinblick auf die Beschreibenden Sortenlisten (§ 56 SaatG) durchgeführt werden. Aufgrund § 26 Abs. 2 SortG und § 44 Abs. 2 SaatG wird ein Teil der Prüfungen auf Unterscheidbarkeit, Homogenität und Beständigkeit (Registerprüfung) auch an Stellen im Ausland durchgeführt. Schließlich wird ein Großteil der Resistenz- und Qualitätsuntersuchungen sowohl im Rahmen des Sortenschutzgesetzes als auch des Saatgutverkehrsgesetzes mangels eigener Möglichkeiten des Bundessortenamtes bei dritten Stellen vorgenommen.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 539 99 -511	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*194*	*212*	*37*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Mieten und Pachten für Grundstücke sowie für Fahrzeuge und Geräte	*30*
2. Mieten für IT-Ausstattung	*30*
3. Aus- und Fortbildung	*30*
4. Aus- und Fortbildung IT	*30*
5. Sonstiges	*74*
Zusammen	*194*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 687 09 -511	*Mitgliedsbeiträge und sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Ausland geringeren Umfangs*	*4*	*4*	*5*

Erläuterungen:

Jahresbeiträge des Bundessortenamtes an deutsche und internationale Einrichtungen.

Die Mitgliedschaften sind für die Anwendung neuester Prüfungsmethoden notwendig und berechtigen zum unentgeltlichen oder verbilligten Bezug wissenschaftlicher Literatur.

F **712 01** -511	*Baumaßnahmen von mehr als 2 000 000 € im Einzelfall*	*-*	*-*	*-*
F 811 01 -511	*Erwerb von Fahrzeugen*	*328*	*363*	*237*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Erstbeschaffung	
1 Einachsschlepper	*6*
2. Ersatzbeschaffung	
1 Transporter bis 130 kW	*31*
2 Allradschlepper bis 107 kW	*214*
1 Allradschlepper bis 67 kW	*67*
abzgl. Mehreinnahmen bei Tit. 132 01 aus der Veräußerung von Dienst-Kfz gem. § 6 Abs. 7 HG	*-*
3. Sonstiges	*10*
Zusammen	*328*

F 812 01 -511	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)*	*160*	*252*	*279*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
Sonstiges	*160*

F 812 02 -511	*Erwerb von Anlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Software im Bereich Informationstechnik*	*350*	*350*	*568*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Erstbeschaffung	*41*
2. Ersatzbeschaffung	*309*
Zusammen	*350*

Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel

F 711 01 -511	*Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten*		*-*	*-*
F 821 01 -511	*Erwerb von bebauten und unbebauten Grundstücken*		*-*	*-*

10 Aufwandsentschädigungen, Besondere Personalausgaben

Haushaltsvermerk:

In den Personaltiteln dieses Einzelplans sind folgende Aufwandsentschädigungen und Besondere Personalausgaben veranschlagt:

1. **Aufwandsentschädigungen**

1.1 Dienstaufwandsentschädigung für **den Bundesminister** in Höhe von jährlich 3 681,30 € (monatlich 306,78 €) bei folgendem Titel:

Kap. 1012 Tit. 421 01.

1.2 Dienstaufwandsentschädigung für **die Parlamentarische Staatssekretärin und den Parlamentarischen Staatssekretär** in Höhe von jährlich je 2 760,98 € (monatlich 230,08 €) bei folgendem Titel:

Kap. 1012 Tit. 421 01.

1.3 Aufwandsentschädigungen an Bundesbeamte in Fällen dienstlich veranlasster doppelter Haushaltsführung gemäß AER bei folgendem Titel:

Kap. 1012 Tit. 422 01.

1.4 Aufwandsentschädigung für vom Dienst freigestellte Personalratsmitglieder und Vertrauenspersonen der schwerbehinderten Menschen bei folgenden Titeln:

Kap. 1012 Tit. 422 01,

Kap. 1013 Tit. 422 01, 428 01,

Kap. 1014 Tit. 422 01, 428 01,

Kap. 1015 Tit. 422 01, 428 01,

Kap. 1016 Tit. 422 01, 428 01,

Kap. 1017 Tit. 422 01, 428 01,

Kap. 1018 Tit. 422 01,

Anlage 2 zu Kap. 1002 Tit. 422 01, 428 01 und

Anlage 2 zu Kap. 1004 Tit. 428 01.

2. **Besondere Personalausgaben**

2.1 Betreuung aller Beschäftigten, die am Heiligen Abend nach 18 Uhr Dienst verrichten (zentral für den gesamten Geschäftsbereich) bei folgendem Titel:

Kap. 1012 Tit. 428 01.

2.2 Verfügungsfonds für vom Dienst freigestellte Gleichstellungsbeauftragte gem. § 18 Abs. 4 BGleiG in Höhe von bis zu jährlich je 312 € (monatlich 26 €) bei folgenden Titeln:

Kap. 1012 Tit. 422 01,

Kap. 1013 Tit. 422 01, 428 01,

Kap. 1014 Tit. 422 01, 428 01,

Kap. 1015 Tit. 422 01, 428 01,

Kap. 1016 Tit. 422 01, 428 01,

Kap. 1017 Tit. 422 01, 428 01,

Kap. 1018 Tit. 422 01,

Anlage 2 zu Kap. 1002 Tit. 422 01 und

Anlage 2 zu Kap. 1004 Tit. 428 01.

2.3 Leistungen aufgrund personalwirtschaftlicher Begleitmaßnahmen zur sozialverträglichen Umsetzung des Rahmenkonzepts bei folgenden Titeln:

Kap. 1013 Tit. 428 01,

Kap. 1014 Tit. 428 01,

Kap. 1015 Tit. 428 01 und

Kap. 1016 Tit. 428 01.

2.4 Leistungen gemäß § 10 Umzugs-TV - Ausgleichsbehörde gemäß Berlin/Bonn-Gesetz - bei folgendem Titel:

Anlage 2 zu Kap. 1004 Tit. 428 01.

2.5 Außer- und übertarifliche Leistungen an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die mit Einwilligung des BMF gewährt werden, bei den Titeln der Gruppen 427 und 428.

Übersicht 1 10
Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Kapitel, Titel (Titelgr.) sowie Zweckbestimmung	Ausgaben-soll 2014 1 000 €		a) Bis einschl. 31.12.2012 eingegangene Verpflichtungen fällig ab 2014 b) VE 2013 c) VE 2014 1 000 €	davon fällig 2014 1 000 €	2015 1 000 €	2016 1 000 €	2017 1 000 €	Folgejahre 1 000 €	in künftigen Haushaltsjahren 1 000 €
1	2		3	4	5	6	7	8	9
Kapitel 1002									
671 01 - Erstattung der Verwaltungskosten des Bundesinstituts für Risikobewertung	74 341	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	1 720	1 220	300	200	-	-	-
		c)	24 622		9 293	8 426	6 903	-	-
684 04 - Information der Verbraucherinnen und Verbraucher	16 796	a)	3 652	3 262	390	-	-	-	-
		b)	19 500	11 000	5 000	3 500	-	-	-
		c)	12 400		6 700	3 300	2 400	-	-
893 01 - Zuschüsse für Investitionen des Bundesinstituts für Risikobewertung	4 832	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	2 300	1 950	350	-	-	-	-
		c)	2 820		2 170	650	-	-	-
Summe des Kapitels 1002	99 593	a)	3 652	3 262	390	-	-	-	-
		b)	23 520	14 170	5 650	3 700	-	-	-
		c)	39 842		18 163	12 376	9 303	-	-
Kapitel 1003									
Tgr. 01									
632 90 - Bundesanteil zur Finanzierung der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (ohne Investitionen)	195 000	a)	129 722	53 109	31 951	18 629	10 207	15 826	-
		b)	136 000	37 000	32 000	26 000	20 000	21 000	-
		c)	136 000		37 000	32 000	26 000	41 000	-
882 90 - Bundesanteil zur Finanzierung der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (Investitionen)	370 000	a)	183 241	114 795	41 887	16 387	6 398	3 774	-
		b)	271 000	131 000	82 000	38 000	18 000	2 000	-
		c)	271 000		131 000	82 000	38 000	20 000	-
Tgr. 02									
882 91 - Bundesanteil zur Finanzierung des Sonderrahmenplanes für Maßnahmen des Küstenschutzes in Folge des Klimawandels	25 000	a)	255 000	25 000	25 000	25 000	25 000	155 000	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
Summe des Kapitels 1003	590 000	a)	567 963	192 904	98 838	60 016	41 605	174 600	-
		b)	407 000	168 000	114 000	64 000	38 000	23 000	-
		c)	407 000		168 000	114 000	64 000	61 000	-
Kapitel 1004									
893 01 - Zuschüsse für Investitionen an die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE)	12 975	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	101 922	9 800	10 822	48 000	33 300	-	-
		c)	1 360		1 360	-	-	-	-
Summe des Kapitels 1004	132 034	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	101 922	9 800	10 822	48 000	33 300	-	-
		c)	1 360		1 360	-	-	-	-
Kapitel 1005									
686 01 - Zuschüsse zur Förderung von Modell- und Demonstrationsvorhaben	15 500	a)	4 409	3 787	622	-	-	-	-
		b)	16 000	8 000	7 000	1 000	-	-	-
		c)	17 100		9 900	3 900	1 900	1 400	-
686 02 - Zuschüsse zur Förderung des ökologischen Landbaus und anderer nachhaltiger Formen der Landwirtschaft	17 000	a)	5 893	4 922	971	-	-	-	-
		b)	13 800	7 500	5 100	1 200	-	-	-
		c)	12 500		6 800	4 700	1 000	-	-

10 Übersicht 1
Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Kapitel, Titel (Titelgr.) sowie Zweckbestimmung	Ausgaben-soll 2014	a) Bis einschl. 31.12.2012 eingegangene Verpflichtungen fällig ab 2014 b) VE 2013 c) VE 2014	davon fällig 2014	2015	2016	2017	Folgejahre	in künftigen Haushaltsjahren
	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €
1	2	3	4	5	6	7	8	9
893 01 - Zuschüsse zur Förderung von Modell- und Demonstrationsvorhaben	500	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 1 700	700	700	300	-	-	-
		c) 400		100	100	100	100	-
Tgr. 01								
686 11 - Zuschüsse zur Förderung von Forschungs-, Entwicklungs- und Demonstrationsvorhaben im Bereich der nachwachsenden Rohstoffe	35 000	a) 13 662	10 035	3 627	-	-	-	-
		b) 23 530	11 530	8 000	4 000	-	-	-
		c) 27 500		13 500	9 000	5 000	-	-
686 12 - Zuschüsse zur Markteinführung nachwachsender Rohstoffe	500	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 400	200	150	50	-	-	-
		c) 400		200	150	50	-	-
884 11 - Zuschüsse zur Markteinführung nachwachsender Rohstoffe (Investitionen)	500	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 400	200	150	50	-	-	-
		c) 400		200	150	50	-	-
893 11 - Zuschüsse zur Förderung von Forschungs-, Entwicklungs- und Demonstrationsvorhaben im Bereich der nachwachsenden Rohstoffe (Investitionen)	24 000	a) 13 689	10 440	3 249	-	-	-	-
		b) 23 200	12 200	7 000	4 000	-	-	-
		c) 18 500		8 500	7 000	3 000	-	-
Tgr. 02								
893 21 - Zuschuss an das Deutsche Biomasseforschungszentrum - Investitionen -	4 725	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 58 725	21 760	25 141	11 824	-	-	-
		c) 56 600		6 300	22 000	28 300	-	-
Tgr. 03								
544 31 - Forschung, Untersuchungen und Ähnliches	6 363	a) 1 489	1 287	202	-	-	-	-
		b) 5 600	2 600	2 000	1 000	-	-	-
		c) 5 100		2 200	2 000	900	-	-
686 31 - Förderung von Innovationen im Bereich Ernährung, Landwirtschaft und gesundheitlicher Verbraucherschutz	27 800	a) 17 490	12 765	4 725	-	-	-	-
		b) 25 770	11 000	8 770	6 000	-	-	-
		c) 23 400		9 400	8 600	5 400	-	-
687 31 - Internationale Forschungskooperationen zu Welternährung und zu anderen internationalen Forschungsaufgaben auf dem Gebiet der Ernährung, der Landwirtschaft und des Verbraucherschutzes	2 500	a) 992	701	291	-	-	-	-
		b) 3 600	1 600	1 200	800	-	-	-
		c) 2 500		1 200	800	500	-	-
893 31 - Förderung von Innovationen im Bereich Ernährung, Landwirtschaft und gesundheitlicher Verbraucherschutz	7 639	a) 4 336	3 663	673	-	-	-	-
		b) 7 200	3 000	2 500	1 700	-	-	-
		c) 7 200		3 000	2 500	1 700	-	-

Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Kapitel, Titel (Titelgr.) sowie Zweckbestimmung	Ausgaben-soll 2014		a) Bis einschl. 31.12.2012 eingegangene Verpflichtungen fällig ab 2014 b) VE 2013 c) VE 2014	davon fällig 2014	2015	2016	2017	Folgejahre	in künftigen Haushaltsjahren
	1 000 €		1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €
1	2		3	4	5	6	7	8	9
Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel									
685 32 - Förderung der Verbraucherwissenschaften	-	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	525	300	225	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
Summe des Kapitels 1005	184 406	a)	61 960	47 600	14 360	-	-	-	-
		b)	180 450	80 590	67 936	31 924	-	-	-
		c)	171 600		61 300	60 900	47 900	1 500	-
Kapitel 1006									
686 01 - Internationaler Praktikantenaustausch	530	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	470	470	-	-	-	-	-
		c)	470		470	-	-	-	-
686 02 - Zuschuss zur Umsiedlung des internationalen Fonds für Nutzpflanzenvielfalt (GCDT) und zur Ansiedlung des Sekretariats der Europäischen Waldkonvention	150	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	450	50	50	50	50	250	-
		c)	900		100	100	100	600	-
687 01 - Maßnahmen zur Verstärkung der Außenhandelsbeziehungen im Agrar- und Ernährungsbereich	3 000	a)	292	292	-	-	-	-	-
		b)	2 400	1 800	600	-	-	-	-
		c)	2 400		1 800	600	-	-	-
687 02 - Bilaterale technische Zusammenarbeit mit dem Ausland auf dem Gebiet der Ernährung, der Landwirtschaft und des gesundheitlichen Verbraucherschutzes	12 270	a)	4 418	3 025	1 393	-	-	-	-
		b)	7 000	3 100	3 100	800	-	-	-
		c)	12 500		5 600	5 600	1 300	-	-
687 03 - Beteiligung an Veranstaltungen der FAO und anderer internat. Organisationen auf dem Gebiet der Ernährung, der Landwirtschaft und des gesundheitlichen Verbraucherschutzes außerhalb Deutschlands	300	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	100		100	-	-	-	-
687 04 - Zusammenarbeit mit der FAO und anderen internationalen Organisationen im Agrar- und Ernährungsbereich	13 850	a)	4 874	3 566	1 308	-	-	-	-
		b)	11 000	4 300	4 200	2 500	-	-	-
		c)	12 500		5 000	4 800	2 700	-	-
Summe des Kapitels 1006	59 126	a)	9 584	6 883	2 701	-	-	-	-
		b)	21 320	9 720	7 950	3 350	50	250	-
		c)	28 870		13 070	11 100	4 100	600	-
Kapitel 1010									
686 01 - Förderung von Wettbewerben und Vergabe von Ehrenpreisen	480	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	300	300	-	-	-	-	-
		c)	300		300	-	-	-	-
686 02 - Zuschüsse für zentrale Informationsveranstaltungen, internationale Begegnungen	1 100	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	600	600	-	-	-	-	-
		c)	600		600	-	-	-	-

10 Übersicht 1
Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Kapitel, Titel (Titelgr.) sowie Zweckbestimmung	Ausgaben-soll 2014 1 000 €	a) Bis einschl. 31.12.2012 eingegangene Verpflichtungen fällig ab 2014 b) VE 2013 c) VE 2014 1 000 €	davon fällig 2014 1 000 €	2015 1 000 €	2016 1 000 €	2017 1 000 €	Folgejahre 1 000 €	in künftigen Haushaltsjahren 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7	8	9
und nichtwissenschaftliche internationale Tagungen								
Summe des Kapitels 1010	-1 063	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 900	900	-	-	-	-	-
		c) 900		900	-	-	-	-
Kapitel 1012								
518 02 - Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	13 715	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 34 506	11 502	11 502	11 502	-	-	-
		c) 425 165		13 715	13 715	13 715	384 020	-
532 03 - Sonstige Dienstleistungsaufträge an Dritte	247	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 247	247	-	-	-	-	-
		c) 247		247	-	-	-	-
Summe des Kapitels 1012	96 717	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 34 753	11 749	11 502	11 502	-	-	-
		c) 425 412		13 962	13 715	13 715	384 020	-
Kapitel 1013								
518 02 - Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	14 712	a) 55 002	16 132	4 473	1 917	1 917	30 563	-
		b) 284 430	300	911	9 481	9 481	264 257	-
		c) 295 620		440	650	1 284	293 246	-
Summe des Kapitels 1013	81 933	a) 55 002	16 132	4 473	1 917	1 917	30 563	-
		b) 284 430	300	911	9 481	9 481	264 257	-
		c) 295 620		440	650	1 284	293 246	-
Kapitel 1014								
518 02 - Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	37 372	a) 144 997	33 479	33 479	2 691	2 691	72 657	-
		b) 304 030	32 738	35 429	35 429	7 709	192 725	-
		c) -		-	-	-	-	-
812 05 - Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Neu- und Erweiterungsbauten	300	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) 2 000		1 600	400	-	-	-
Summe des Kapitels 1014	119 598	a) 144 997	33 479	33 479	2 691	2 691	72 657	-
		b) 304 030	32 738	35 429	35 429	7 709	192 725	-
		c) 2 000		1 600	400	-	-	-
Kapitel 1015								
518 02 - Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	10 649	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 2 970	99	99	99	99	2 574	-
		c) -		-	-	-	-	-
Summe des Kapitels 1015	49 440	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 2 970	99	99	99	99	2 574	-
		c) -		-	-	-	-	-
Kapitel 1016								
518 02 - Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	15 084	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 47 648	3 420	10 336	8 264	6 917	18 711	-
		c) 203 841		1 797	2 663	2 611	196 770	-

Kapitel, Titel (Titelgr.) sowie Zweckbestimmung	Ausgaben-soll 2014 1 000 €		a) Bis einschl. 31.12.2012 eingegangene Verpflichtungen fällig ab 2014 b) VE 2013 c) VE 2014 1 000 €	davon fällig 2014 1 000 €	2015 1 000 €	2016 1 000 €	2017 1 000 €	Folgejahre 1 000 €	in künftigen Haushaltsjahren 1 000 €
1	2		3	4	5	6	7	8	9
712 01 - Baumaßnahmen von mehr als 2 000 000 € im Einzelfall	2 000	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	2 000	2 000	-	-	-	-	-
		c)	11 000		6 000	5 000	-	-	-
Summe des Kapitels 1016	72 975	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	49 648	5 420	10 336	8 264	6 917	18 711	-
		c)	214 841		7 797	7 663	2 611	196 770	-
Kapitel 1017									
518 02 - Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	3 392	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	122 845	1 314	1 314	4 188	4 000	112 029	-
		c)	123 045		1 343	1 343	1 343	119 016	-
685 01 - Wissenschaftliche Erarbeitung von Analysemethoden und Modellvorhaben auf dem Gebiet des gesundheitlichen Verbraucherschutzes und des Verkehrs mit Tierarzneimitteln	1 338	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	300	150	150	-	-	-	-
		c)	1 108		554	554	-	-	-
518 01 - Mieten und Pachten	191	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	310	155	155	-	-	-	-
		c)	270		135	135	-	-	-
Summe des Kapitels 1017	35 712	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	123 455	1 619	1 619	4 188	4 000	112 029	-
		c)	124 423		2 032	2 032	1 343	119 016	-
Kapitel 1018									
518 02 - Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	2 767	a)	2 402	2 402	-	-	-	-	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
Summe des Kapitels 1018	24 479	a)	2 402	2 402	-	-	-	-	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
Summe des Einzelplans 10	5 310 197	a)	845 560	302 662	154 241	64 624	46 213	277 820	-
		b)	1 534 398	335 105	266 254	219 937	99 556	613 546	-
		c)	1 711 868		288 624	222 836	144 256	1 056 152	-

Personalhaushalt

Einzelplan 10

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft

Inhalt

Kapitel	Bezeichnung	Seite
	Vorbemerkungen zum Personalhaushalt	166
	Gesamtübersicht	167
1012	Bundesministerium	169
1013	Julius Kühn-Institut, Bundesforschungsinstitut für Kulturpflanzen	172
1014	Friedrich Loeffler-Institut, Bundesforschungsinstitut für Tiergesundheit	175
1015	Max Rubner-Institut, Bundesforschungsinstitut für Ernährung und Lebensmittel	177
1016	Johann Heinrich von Thünen-Institut, Bundesforschungsinstitut für Ländliche Räume, Wald und Fischerei	179
1017	Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL)	182
1018	Bundessortenamt	184
	Übersichten	
	Darstellung der den Planstellen zugeordneten Amtsbezeichnungen	186
	Stellenübersichten der Zuwendungsempfänger:	
1002	Gesundheitlicher Verbraucherschutz und Ernährung	188
1004	Marktordnung, Maßnahmen der Notfallvorsorge	192
1005	Nachhaltigkeit, Forschung und Innovation	195
1010	Sonstige Bewilligungen	197

Vorbemerkungen zum Personalhaushalt

1. Ersatz(plan)stellen werden zahlenmäßig in einer eigenen Spalte der Übersichten der ku- und kw-Vermerke in der Gesamtübersicht und in den einzelnen Kapiteln nachgewiesen.

   Ersatz(plan)stellen im Zusammenhang mit der Gewährung von Altersteilzeit sind mit dem Vermerk "kw mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten" ausgewiesen.

   Die sonstigen Ersatz(plan)stellen sind in der Übersicht mit der Kurzformulierung "Ersatzplanstelle" bzw."Ersatzstelle" ausgewiesen, die Kurzformulierung entspricht dabei dem folgenden Wortlaut eines kw-Vermerks:

   - bei Titeln der Gruppe 422: kw - nach Rückkehr der abgeordneten Beschäftigten - mit Übernahme der Ersatzkräfte in eine freie oder die nächste frei werdende Planstelle ihrer Besoldungsgruppe oder mit Versetzung der Beschäftigten oder ihrem Ausscheiden aus dem Dienst

   - bei Titeln der Gruppe 428: kw - nach Rückkehr der abgeordneten Beschäftigten - mit Übernahme der Ersatzkräfte in eine freie oder die nächste frei werdende Stelle ihrer Entgeltgruppe oder Planstelle der entsprechenden Besoldungsgruppe oder mit Versetzung der Beschäftigten oder ihrem Ausscheiden aus dem Dienst

   Gleiches gilt sinngemäß für die sonstigen Ersatz(plan)stellen im Bereich der Titel der Hauptgruppe 6 bei den institutionell geförderten Zuwendungsempfängern/Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO.

2. AT B ist die Kurzbezeichnung für Arbeitsverhältnisse mit Verträgen nach Anlage 1a oder 1b des BMI-Rundschreibens vom 18. November 2005 - D II 2 - 220 234 - in der jeweils geltenden Fassung.

3. Anzahl der im Haushaltsjahr 2012 eingesetzten Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen (umgerechnet auf vollbeschäftigte Arbeitskräfte im Haushaltsjahr) und Auszubildende (Jahresdurchschnitt):

Kapitel	Titel	Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen	Auszubildende
1012	427 09	51,0	29,0
1013	427 09	63,0	51,0
1013	427 29	65,0	-
1014	427 09	56,0	43,0
1014	427 29	117,1	-
1015	427 09	39,6	53,0
1015	427 29	29,0	-
1016	427 09	159,4	32,0
1016	427 29	91,2	-
1017	427 09	74,8	10,0
1017	427 29	9,5	-
1018	427 09	19,0	13,0
Zusammen		774,6	231,0

4. Arbeitsplatzbeschreibungen für alle Stellen der Gruppe 428 des Einzelplans (einschließlich der Stellen der institutionell geförderten Zuwendungsempfänger/Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO) liegen vor.

Gesamtübersicht

Planstellen, Stellen, Leerstellen

Kap.	Behörde	Beamtinnen und Beamte Tit. 422 .1		Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Tit. 428 .1		Zusammen (Spalten 3 bis 6)	
		2014	2013	2014	2013	2014	2013
1	2	3	4	5	6	7	8
	Planstellen und Stellen						
1012	Bundesministerium	693,0	685,5	204,8	206,8	897,8	892,3
1013	Julius Kühn-Institut, Bundesforschungsinstitut für Kulturpflanzen	179,0	180,0	587,8	591,8	766,8	771,8
1014	Friedrich Loeffler-Institut, Bundesforschungsinstitut für Tiergesundheit	127,5	127,5	503,6	504,3	631,1	631,8
1015	Max Rubner-Institut, Bundesforschungsinstitut für Ernährung und Lebensmittel	112,5	113,5	362,1	362,1	474,6	475,6
1016	Johann Heinrich von Thünen-Institut, Bundesforschungsinstitut für Ländliche Räume, Wald und Fischerei	175,0	175,0	432,0	431,6	607,0	606,6
1017	Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL)	224,0	214,0	162,9	159,9	386,9	373,9
1018	Bundessortenamt	48,0	48,0	244,5	248,5	292,5	296,5
	Zusammen	1 559,0	1 543,5	2 497,7	2 505,0	4 056,7	4 048,5
	Leerstellen						
1012	Bundesministerium	33,0	32,0	11,0	11,0	44,0	43,0
1014	Friedrich Loeffler-Institut, Bundesforschungsinstitut für Tiergesundheit	1,0	1,0	-	-	1,0	1,0
1016	Johann Heinrich von Thünen-Institut, Bundesforschungsinstitut für Ländliche Räume, Wald und Fischerei	1,0	1,0	-	-	1,0	1,0
1017	Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL)	7,0	9,0	5,0	4,5	12,0	13,5
1018	Bundessortenamt	-	-	2,0	2,0	2,0	2,0
	Zusammen	42,0	43,0	18,0	17,5	60,0	60,5

ku- und kw-Vermerke

Kap.	Dienststelle	Zusammen	davon fällig					Ersatz(plan)-stellen	Sonstige
			2014	2015	2016	2017	2018 ff.		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
	ku-Vermerke								
1012	Bundesministerium	2,0	-	-	-	-	-	-	2,0
1013	Julius Kühn-Institut, Bundesforschungsinstitut für Kulturpflanzen	6,6	6,6	-	-	-	-	-	-
1014	Friedrich Loeffler-Institut, Bundesforschungsinstitut für Tiergesundheit	3,5	3,5	-	-	-	-	-	-
1015	Max Rubner-Institut, Bundesforschungsinstitut für Ernährung und Lebensmittel	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-
1016	Johann Heinrich von Thünen-Institut, Bundesforschungsinstitut für Ländliche Räume, Wald und Fischerei	3,5	1,5	-	1,0	1,0	-	-	-
1017	Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL)	6,0	-	3,0	-	1,0	2,0	-	-
	Zusammen	22,6	12,6	3,0	1,0	2,0	2,0	-	2,0
	kw-Vermerke								
1012	Bundesministerium	44,5	3,0	1,0	3,0	-	-	6,5	31,0
1013	Julius Kühn-Institut, Bundesforschungsinstitut für Kulturpflanzen	10,6	2,6	-	-	8,0	-	-	-
1014	Friedrich Loeffler-Institut, Bundesforschungsinstitut für Tiergesundheit	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-
1015	Max Rubner-Institut, Bundesforschungsinstitut für Ernährung und Lebensmittel	2,0	-	-	-	-	-	-	2,0
1016	Johann Heinrich von Thünen-Institut, Bundesforschungsinstitut für Ländliche Räume, Wald und Fischerei	6,0	2,0	-	1,0	1,5	0,5	-	1,0
1017	Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL)	4,0	-	-	-	2,0	-	2,0	-
1018	Bundessortenamt	2,0	-	-	-	-	-	1,0	1,0
	Zusammen	71,1	9,6	1,0	4,0	11,5	0,5	9,5	35,0

10 Gesamtübersicht

Institutionell geförderte Zuwendungsempfänger / Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO

Kap.	Kapitelbezeichnung	Stellen mit Dauerarbeitskräften besetzbar				Stellen für Arbeitskräfte mit befristeten Arbeitsverträgen	
		Tit. 422 .1, 425 .1, 426 .1, 428 .1 sowie entsprechende Kontierung im Wirtschaftsplan		Tit. 425 .1, 426 .1, 428 .1 (Projektförderung / Aufträge Dritter)		Tit. 427 .9 (Projektförderung / Aufträge Dritter)	
		2014	2013	2014	2013	2014	2013
1	2	3	4	5	6	7	8
1002	Gesundheitlicher Verbraucherschutz und Ernährung	287,6	359,2	1,0	9,0	105,3	109,3
1004	Marktordnung, Maßnahmen der Notfallvorsorge	900,0	914,5	61,0	61,0	-	-
1005	Nachhaltigkeit, Forschung und Innovation	1,0	1,0	-	-	-	-
1010	Sonstige Bewilligungen	153,5	153,0	30,0	26,0	5,9	2,6
	Zusammen	1 342,1	1 427,7	92,0	96,0	111,2	111,9

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr: Neue Stellen, Stellenwegfall ohne ku/ kw-Vermerke +	-	und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken +	-	Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken +	-	Hebungen, Herabstufungen +	-	Umwandlungen, Umsetzungen +	-	von Sp. 2 entfallen auf Funktionsgruppen
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Beamtinnen und Beamte														
B 11	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 9	6,0	6,0	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 6	15,0	15,0	15,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 3	54,0	53,0	53,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 16	27,0	27,0	27,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 15	154,0	152,0	148,0	3,0	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
A 14	80,0	74,0	70,0	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 h	19,0	18,0	18,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g+Z	5,0	5,0	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g	123,0	124,0	124,0	1,0	1,0	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
A 12	43,0	42,0	40,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 11	16,0	17,5	16,5	-	1,0	-	-	-	0,5	-	-	-	-	-
A 10	6,0	6,0	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 g	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m+Z	19,0	19,0	19,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m	42,0	42,0	42,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 8	20,0	20,0	17,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 7	16,0	16,0	16,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 6 m	12,0	12,0	12,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 6 e	14,0	14,0	14,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 5	16,0	17,0	16,0	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
A 4	4,0	4,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	693,0	685,5	670,5	13,0	2,0	-	-	-	3,5	-	-	-	-	-
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
AT B	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 15	2,0	2,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 14	5,5	5,5	9,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 13	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 12	4,0	4,0	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 11	7,0	7,0	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 10	3,0	3,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 9	4,0	4,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 8	91,0	91,0	89,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 7	8,0	8,0	11,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 6	63,8	63,8	63,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 5	4,0	6,0	6,0	-	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 4	10,0	10,0	10,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 3	0,5	0,5	0,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	203,8	205,8	211,8	-	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	204,8	206,8	212,8	-	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 422 01

Die folgenden Planstellen dürfen nur mit Überhangpersonal besetzt werden: **2,0 A 15,** 1,0 A 12 (Zusammen: **3,0**).

Zu Titel 428 01

Die folgenden Stellen dürfen nur mit Überhangpersonal besetzt werden: 1,0 E 13, 1,0 E 11 (Zusammen: 2,0).

Erläuterungen:

Zu Titel 422 01

Zu Spalte 4:
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
2,0 A15; 4,0 A14; 1,0 A12; 3,0 A8 (Zusammen: 10,0).

1012 Bundesministerium

Zu Titel 428 01

Zu Spalte 4:
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
2,0 E15; 4,0 E14; 1,0 E12; 3,0 E8 (Zusammen: 10,0).

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 422 01				
			1.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
B 3....................	2,0	2,0	1.1	EU-Kommission
A 16..................	1,0	1,0		
A 15..................	5,0	5,0		
A 14..................	1,0	1,0		
A 13 g...............	1,0	1,0		
A 16..................	-	1,0	1.2	SPD-Fraktion des Deutschen Bundestages
A 15..................	1,0	-		
B 3....................	1,0	1,0	1.4	Internationale Zuckerorganisation, London
B 3....................	1,0	-	1.5	Weltbank
A 16..................	-	1,0		
A 16..................	1,0	1,0	1.6	Nachfolgeeinrichtungen der Treuhandanstalt
A 14..................	1,0	1,0	1.7	Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion des Deutschen Bundestages
B 3....................	1,0	1,0	1.9	Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO), Rom
A 15..................	1,0	1,0		
A 14..................	2,0	2,0		
A 13 g...............	1,0	-		
Zusammen.........	20,0	19,0		
			2.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	9,0	9,0	2.1	gemäß §§ 90, 92, 95 BBG, § 7 DBeglG, § 6 MuSchEltZV, § 24 GAD
			3.	**Sonstige Beurlaubung**
B 3....................	1,0	1,0	3.1	Bundeskanzleramt
A 15..................	1,0	1,0		
A 14..................	1,0	1,0		
A 16..................	1,0	1,0	3.2	Bundespräsidialamt
Zusammen.........	4,0	4,0		
Insgesamt..........	33,0	32,0		
Zu Titel 428 01				
			1.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	11,0	11,0	1.1	gemäß § 28 TVöD, § 9 UmzugsTV, § 15 BEEG, § 24 GAD

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014		2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Soll	Ersatz-(plan)st.				
1	2	3	4	5	6	7
Zu Titel 422 01						
					ku	
				1.	**ku mit Ausscheiden der Planstelleninhaber /innen**	
A 6 e................	2,0	-	2,0	1.1	in Bes.-Gr. A 5	-
					kw	
				1.	**kw**	
A 14.................	1,0	1,0	1,0	1.1	Ersatzplanstelle	-
A 13 g..............	-	-	1,0			Wirksamwerden des Vermerks
A 9 m...............	2,0	2,0	2,0			-
A 15.................	1,0	1,0	2,0	1.2	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	Wirksamwerden des Vermerks
A 11.................	-	-	0,5			Wirksamwerden des Vermerks
A 16.................	1,0	-	1,0	1.3	-	-
A 12.................	1,0	-	1,0			-
A 11.................	3,0	-	3,0			-
A 9 m...............	2,0	-	2,0			-
A 8...................	1,0	-	1,0			-
A 6 m...............	2,0	-	2,0			-
				1.4	Ersatzplanstelle	
B 3...................	1,0	1,0	1,0	1.4.1	-	-

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
1	2	3	4	5	6	7
				2.	**kw mit Ausscheiden der Planstelleninhaber/innen**	
A 12	1,0	-	1,0	2.1	-	-
A 4....................	1,0	-	1,0			-
				2.2	-	
A 9 m+Z............	1,0	-	1,0	2.2.1	Leitungsbereich Berlin	-
B 6....................	1,0	-	1,0	2.3	spätestens 31.12.2016	-
				4.	**kw 31.12.2014**	
A 16..................	1,0	-	1,0	4.1	-	-
A 13 h...............	1,0	-	1,0			-
				5.	**kw 31.12.2015**	
A 15..................	1,0	-	1,0	5.1	-	-
				6.	**kw 31.12.2016**	
				6.1	-	
A 14..................	1,0	-	1,0	6.1.1	GAP-Umsetzung	-
A 12..................	1,0	-	1,0			-
				7.	**kw 31.12.2013**	
A 5....................	-	-	1,0	7.1	-	Wirksamwerden des Vermerks
Zusammen.......	24,0	5,0	27,5			

Zu Titel 428 01

					kw	
				1.	**kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber/innen**	
E 9....................	1,0	-	1,0	1.1	-	-
E 5....................	1,0	-	1,0			-
E 4....................	4,0	-	4,0	1.2	Fahrbereitschaft	-
				2.	**kw**	
E 9....................	1,0	1,0	1,0	2.2	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	-
E 3....................	0,5	0,5	0,5			-
E 10..................	2,0	-	2,0	2.3	-	-
E 8....................	4,0	-	4,0			-
E 6....................	1,0	-	1,0			-
E 5....................	3,0	-	3,0			-
E 4....................	2,0	-	2,0			-
				3.	**kw 31.12.2014**	
E 6....................	1,0	-	1,0	3.1	-	-
Zusammen.......	20,5	1,5	20,5			

1013 Julius Kühn-Institut, Bundesforschungsinstitut für Kulturpflanzen

Haushaltsvermerk:

Zu Kap. 1013

Zum Erreichen des Stellenplans (2 350 Planstellen/Stellen) nach dem "Konzept für eine zukunftsfähige Ressortforschung im Geschäftsbereich des BMEL" sind in den Kapiteln 1013 bis 1016 Planstellen/Stellen gemäß einem eigenen Einsparkonzept einzusparen.

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr: Neue Stellen, Stellenwegfall ohne ku/ kw-Vermerke +	-	Neue Stellen, Stellenwegfall und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken +	-	Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken +	-	Hebungen, Herabstufungen +	-	Umwandlungen, Umsetzungen +	-	von Sp. 2 entfallen auf Funktionsgruppen
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Beamtinnen und Beamte														
B 6	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 3	7,0	7,0	7,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 2	12,0	12,0	11,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 1	12,0	13,0	13,0	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
A 16	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 15	28,0	29,0	29,0	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
A 14	71,0	70,0	70,0	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 h	23,0	23,0	23,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g	3,0	3,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 12	4,0	4,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 11	7,0	7,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 10	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m+Z	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 8	3,0	3,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 7	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	179,0	180,0	175,0	-	-	1,0	-	-	2,0	-	-	-	-	-
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 15	1,5	1,5	1,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 14	20,0	18,0	18,0	-	-	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-
E 13	26,0	24,0	24,0	-	-	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-
E 12	14,5	14,5	14,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 11	20,5	21,5	21,5	-	-	1,0	-	-	2,0	-	-	-	-	-
E 10	19,5	19,5	19,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 9	59,3	57,3	57,3	-	-	2,0	-	1,0	1,0	-	-	-	-	-
E 8	77,4	79,4	79,4	-	-	-	-	-	2,0	-	-	-	-	-
E 7	22,6	20,6	20,6	-	-	-	-	2,0	-	-	-	-	-	-
E 6	133,7	141,7	141,7	-	-	-	-	-	8,0	-	-	-	-	-
E 5	121,7	122,7	122,7	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
E 4	21,6	21,6	21,6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 3	36,6	36,6	36,6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 2	10,9	10,9	10,9	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	585,8	589,8	589,8	-	-	7,0	-	3,0	14,0	-	-	-	-	-

Erläuterungen:

Zu Titel 422 01

Zu Spalte 4:
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
4,0 A11.

Zu Titel 428 01

Zu Spalte 4:
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
1,0 E11; 1,0 E10; 2,0 E9 (Zusammen: 4,0).

Übersicht der ku- und kw- Vermerke						
Bes.-/ E.-Gr.	2014		2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Soll	Ersatz-(plan)st.				
1	2	3	4	5	6	7
Zu Titel 422 01						
					kw	
				2.	**kw**	
				2.1	spätestens 31.03.2013	
B 1....................	-	-	1,0	2.1.1	-	Wirksamwerden des Vermerks
				2.2	spätestens 31.08.2013	
A 15..................	-	-	1,0	2.2.1	-	Wirksamwerden des Vermerks
				2.3	spätestens 31.12.2017	
A 14..................	1,0	-	-	2.3.1	Vollzug Pflanzenschutzrecht	Neue Planstelle
Zusammen.......	1,0	-	2,0			
Zu Titel 428 01						
					ku	
				1.	**ku**	
				1.1	in Entgeltgruppe E 7	
E 8....................	2,0	-	-	1.1.1	spätestens 01.03.2014	Aufnahme des Vermerks
E 8....................	0,4	-	-	1.1.2	spätestens 01.06.2014	Aufnahme des Vermerks
E 8....................	-	-	1,0	1.1.3	spätestens 01.06.2013	Wirksamwerden des Vermerks
E 8....................	-	-	1,0	1.1.4	spätestens 01.10.2013	Wirksamwerden des Vermerks
				1.2	in Entgeltgruppe E 9	
E 11..................	-	-	1,0	1.2.2	spätestens 01.12.2013	Wirksamwerden des Vermerks
				1.3	in Entgeltgruppe E 6	
E 8....................	0,2	-	-	1.3.1	spätestens 01.06.2014	Aufnahme des Vermerks
E 8....................	1,0	-	-	1.3.2	spätestens 01.07.2014	Aufnahme des Vermerks
E 8....................	1,0	-	-	1.3.3	spätestens 01.08.2014	Aufnahme des Vermerks
E 8....................	1,0	-	-	1.3.4	spätestens 01.09.2014	Aufnahme des Vermerks
E 8....................	1,0	-	-	1.3.5	spätestens 01.10.2014	Aufnahme des Vermerks
Zusammen.......	6,6	-	3,0			
					kw	
				2.	**kw**	
				2.1	spätestens 31.08.2013	
E 11..................	-	-	1,0	2.1.1	-	Wirksamwerden des Vermerks
E 6....................	-	-	1,0			Wirksamwerden des Vermerks
				2.3	spätestens 30.04.2013	
E 9....................	-	-	1,0	2.3.1	-	Wirksamwerden des Vermerks
				2.4	spätestens 31.03.2013	
E 6....................	-	-	1,0	2.4.1	-	Wirksamwerden des Vermerks
				2.5	spätestens 31.05.2013	
E 6....................	-	-	1,0	2.5.1	-	Wirksamwerden des Vermerks
				2.6	spätestens 30.09.2013	
E 6....................	-	-	1,0	2.6.1	-	Wirksamwerden des Vermerks
				2.7	spätestens 31.10.2013	
E 6....................	-	-	1,0	2.7.1	-	Wirksamwerden des Vermerks
				2.8	spätestens 30.11.2013	
E 6....................	-	-	1,0	2.8.1	-	Wirksamwerden des Vermerks
E 5....................	-	-	1,0			Wirksamwerden des Vermerks
				2.10	spätestens 31.12.2013	
E 6....................	-	-	1,0	2.10.1	-	Wirksamwerden des Vermerks
				2.11	spätestens 30.06.2013	
E 6....................	-	-	1,0	2.11.1	-	Wirksamwerden des Vermerks
				2.12	spätestens 31.12.2017	
E 14..................	2,0	-	-	2.12.1	Vollzug Pflanzenschutzrecht	Neue Stelle
E 13..................	2,0	-	-	2.12.2	Vollzug Pflanzenschutzrecht	Neue Stelle
E 11..................	1,0	-	-	2.12.3	Vollzug Pflanzenschutzrecht	Neue Stelle
E 9....................	2,0	-	-	2.12.4	Vollzug Pflanzenschutzrecht	Neue Stelle
				2.13	spätestens 31.01.2014	
E 10..................	0,6	-	-	2.13.1	-	Aufnahme des Vermerks
E 4....................	0,3	-	-			Aufnahme des Vermerks
				2.14	spätestens 30.04.2014	
E 5....................	1,0	-	-	2.14.1	-	Aufnahme des Vermerks
				2.15	spätestens 30.11.2014	
E 6....................	0,2	-	-	2.15.1	-	Aufnahme des Vermerks
E 5....................	0,5	-	-			Aufnahme des Vermerks
Zusammen.......	9,6	-	11,0			

1013 Julius Kühn-Institut, Bundesforschungsinstitut für Kulturpflanzen

Tgr. 02 - Durchführung von Aufträgen anderer Bundesbehörden und Dritter

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist- Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr										von Sp. 2 entfallen auf Funk- tions- gruppen
				Neue Stellen, Stellenwegfall				Wirksam- werden von ku- und kw- Vermerken		Hebungen, Herab- stufungen		Umwand- lungen, Umsetzungen		
				ohne ku/ kw-Vermerke		und Umsetzun- gen mit ku/ kw-Vermerken								
				+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 428 21 - Erläuterungen														
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 14....................	0,5	0,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 9......................	1,5	1,5	1,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen..........	2,0	2,0	1,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Zu Kap. 1014

Zum Erreichen des Stellenplans (2 350 Planstellen/Stellen) nach dem "Konzept für eine zukunftsfähige Ressortforschung im Geschäftsbereich des BMEL" sind in den Kapiteln 1013 bis 1016 Planstellen/Stellen gemäß einem eigenen Einsparkonzept einzusparen.

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr: Neue Stellen, Stellenwegfall: ohne ku/ kw-Vermerke +	-	und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken +	-	Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken +	-	Hebungen, Herabstufungen +	-	Umwandlungen, Umsetzungen +	-	von Sp. 2 entfallen auf Funktionsgruppen
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Beamtinnen und Beamte														
B 6	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 3	6,0	6,0	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 2	6,0	6,0	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 1	11,0	11,0	11,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 16	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 15	21,0	21,0	21,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 14	47,5	47,5	43,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 h	15,0	15,0	11,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g	3,0	3,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 12	3,0	3,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 11	5,0	5,0	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 10	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 8	3,0	3,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 7	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	127,5	127,5	118,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
AT B	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 15	5,0	5,0	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 14	20,0	19,0	19,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 13	21,0	21,0	21,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 12	8,0	8,0	8,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 11	16,0	16,0	16,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 10	15,5	15,5	15,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 9	52,3	52,3	52,3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 8	47,3	47,3	47,3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 7	39,0	40,0	40,0	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
E 6	138,4	139,1	139,1	-	-	-	-	-	0,7	-	-	-	-	-
E 5	79,0	74,5	74,5	1,0	-	-	-	3,5	-	-	-	-	-	-
E 4	8,0	8,0	8,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 3	41,8	45,8	45,8	-	1,0	-	-	-	3,0	-	-	-	-	-
E 2	8,3	8,8	8,8	-	-	-	-	-	0,5	-	-	-	-	-
Zusammen	499,6	500,3	500,3	2,0	1,0	-	-	3,5	5,2	-	-	-	-	-
Insgesamt	501,6	502,3	502,3	2,0	1,0	-	-	3,5	5,2	-	-	-	-	-

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 422 01				
			1.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen	1,0	1,0	1.1	gemäß §§ 90, 92, 95 BBG, § 7 DBeglG, § 6 MuSchEltZV, § 24 GAD

1014 Friedrich Loeffler-Institut, Bundesforschungsinstitut für Tiergesundheit

Übersicht der ku- und kw- Vermerke						
Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
1	2	3	4	5	6	7

Zu Titel 428 01

					ku	
				1.	**ku**	
				1.2	in Entgeltgruppe E 5	
E 3....................	-	-	1,0	1.2.5	spätestens 01.08.2013	Wirksamwerden des Vermerks
E 3....................	-	-	1,0	1.2.6	spätestens 01.09.2013	Wirksamwerden des Vermerks
E 2....................	-	-	0,5			Wirksamwerden des Vermerks
E 3....................	-	-	1,0	1.2.7	spätestens 01.12.2013	Wirksamwerden des Vermerks
E 14..................	1,0	-	-	1.2.8	spätestens 01.08.2014	Aufnahme des Vermerks
E 3....................	0,5	-	-	1.2.9	spätestens 01.07.2014	Aufnahme des Vermerks
E 3....................	0,5	-	-	1.2.10	spätestens 01.10.2014	Aufnahme des Vermerks
E 2....................	1,0	-	-	1.2.11	spätestens 01.02.2014	Aufnahme des Vermerks
E 2....................	0,5	-	-	1.2.12	spätestens 01.05.2014	Aufnahme des Vermerks
Zusammen.......	3,5	-	3,5			
					kw	
				2.	**kw**	
				2.1	spätestens 30.06.2013	
E 7....................	-	-	1,0	2.1.1	-	Wirksamwerden des Vermerks
				2.2	spätestens 31.01.2013	
E 6....................	-	-	0,7	2.2.1	-	Wirksamwerden des Vermerks
				2.3	spätestens 31.07.2014	
E 7....................	1,0	-	-	2.3.1	-	Aufnahme des Vermerks
				2.4	spätestens 30.09.2014	
E 6....................	1,0	-	-	2.4.1	-	Aufnahme des Vermerks
Zusammen.......	2,0	-	1,7			

Tgr. 02 - Durchführung von Aufträgen anderer Bundesbehörden und Dritter

Planstellen-/Stellenübersicht														
Besoldungs-/ Entgelt-gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr										von Sp. 2 entfallen auf Funk-tions-gruppen
				Neue Stellen, Stellenwegfall				Wirksam-werden von ku- und kw-Vermerken		Hebungen, Herab-stufungen		Umwand-lungen, Umsetzungen		
				ohne ku/ kw-Vermerke		und Umsetzun-gen mit ku/ kw-Vermerken								
				+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10

Titel 428 21 - Erläuterungen

Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

E 13....................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 9......................	0,5	0,5	0,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 8......................	0,5	0,5	0,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen..........	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Zu Kap. 1015

Zum Erreichen des Stellenplans (2 350 Planstellen/Stellen) nach dem "Konzept für eine zukunftsfähige Ressortforschung im Geschäftsbereich des BMEL" sind in den Kapiteln 1013 bis 1016 Planstellen/Stellen gemäß einem eigenen Einsparkonzept einzusparen.

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr										von Sp. 2 entfallen auf Funk- tions- gruppen
				Neue Stellen, Stellenwegfall				Wirksam- werden von ku- und kw- Vermerken		Hebungen, Herab- stufungen		Umwand- lungen, Umsetzungen		
				ohne ku/ kw-Vermerke		und Umsetzun- gen mit ku/ kw-Vermerken								
				+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Beamtinnen und Beamte														
B 6......................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 3......................	4,0	4,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 2......................	4,0	5,0	5,0	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 1......................	8,0	8,0	8,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 16....................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 15....................	18,0	18,0	18,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 14....................	36,5	36,5	35,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 h.................	15,0	15,0	12,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g.................	3,0	3,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 12....................	4,0	3,0	1,0	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-
A 11.....................	7,0	8,0	8,0	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-
A 10....................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m+Z..............	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m..................	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 8......................	6,0	6,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen..........	112,5	113,5	102,0	-	1,0	-	-	-	-	1,0	1,0	-	-	-
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 15....................	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 14....................	10,5	10,5	9,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 13....................	14,0	14,0	14,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 12....................	9,0	9,0	9,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 11.....................	18,0	18,0	17,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 10....................	20,5	20,5	20,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 9......................	55,5	55,5	55,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 8......................	40,0	40,0	39,3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 7......................	11,5	12,5	12,0	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
E 6......................	86,0	89,0	88,6	-	-	-	-	-	3,0	-	-	-	-	-
E 5......................	58,5	54,5	44,6	-	-	-	-	4,0	-	-	-	-	-	-
E 4......................	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 3......................	29,1	29,1	28,6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 2......................	3,5	3,5	1,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen..........	360,1	360,1	344,1	-	-	-	-	4,0	4,0	-	-	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 422 01

Die folgenden Planstellen dürfen nur mit Überhangpersonal besetzt werden: 1,0 **A 12,** 3,0 A 8 (Zusammen: 4,0).

1015 Max Rubner-Institut, Bundesforschungsinstitut für Ernährung und Lebensmittel

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
1	2	3	4	5	6	7

Zu Titel 428 01

					ku	
				1.	**ku**	
				1.1	in Entgeltgruppe E 5	
E 7....................	-	-	1,0	1.1.3	spätestens 01.09.2013	Wirksamwerden des Vermerks
E 6....................	-	-	1,0	1.1.4	spätestens 01.03.2013	Wirksamwerden des Vermerks
E 6....................	-	-	1,0	1.1.5	spätestens 01.05.2013	Wirksamwerden des Vermerks
E 6....................	-	-	1,0	1.1.6	spätestens 01.07.2013	Wirksamwerden des Vermerks
E 7....................	1,0	-	-	1.1.7	spätestens 01.04.2014	Aufnahme des Vermerks
Zusammen.......	1,0	-	4,0			
					kw	
				2.	**kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber/innen**	
E 10.................	1,0	-	1,0	2.1	-	-
E 9...................	1,0	-	1,0			-
Zusammen.......	2,0	-	2,0			

Tgr. 02 - Durchführung von Aufträgen anderer Bundesbehörden und Dritter

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt-gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr: Neue Stellen, Stellenwegfall ohne ku/ kw-Vermerke +	-	und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken +	-	Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken +	-	Hebungen, Herabstufungen +	-	Umwandlungen, Umsetzungen +	-	von Sp. 2 entfallen auf Funktionsgruppen
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10

Titel 428 21 - Erläuterungen

Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

E 13....................	1,5	1,5	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 8......................	0,5	0,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen..........	2,0	2,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Zu Kap. 1016

Zum Erreichen des Stellenplans (2 350 Planstellen/Stellen) nach dem "Konzept für eine zukunftsfähige Ressortforschung im Geschäftsbereich des BMEL" sind in den Kapiteln 1013 bis 1016 Planstellen/Stellen gemäß einem eigenen Einsparkonzept einzusparen.

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr										von Sp. 2 entfallen auf Funktions-gruppen
				Neue Stellen, Stellenwegfall				Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken		Hebungen, Herabstufungen		Umwandlungen, Umsetzungen		
				ohne ku/ kw-Vermerke		und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken								
				+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Beamtinnen und Beamte														
B 6	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 3	9,0	8,0	8,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 2	6,0	7,0	7,0	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 1	14,0	15,0	14,0	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 16	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 15	28,0	30,0	29,0	-	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 14	66,0	63,0	61,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 h	25,0	24,0	24,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g	3,0	3,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 12	3,0	3,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 11	5,0	7,0	6,0	-	-	-	-	-	2,0	-	-	-	-	-
A 10	3,0	2,0	2,0	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-
A 9 g	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m+Z	3,0	3,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 8	4,0	4,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 7	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	175,0	175,0	170,0	5,0	4,0	-	-	1,0	2,0	-	-	-	-	-
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 14	14,0	14,0	13,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 13	28,0	26,0	25,0	1,0	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-
E 12	8,0	8,0	7,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 11	17,5	17,5	17,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 10	26,0	15,5	15,5	10,0	-	-	-	0,5	-	-	-	-	-	-
E 9	34,0	44,0	39,8	-	10,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 8	51,0	51,0	50,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 7	28,0	32,0	29,0	-	-	-	-	-	4,0	-	-	-	-	-
E 6	98,8	96,9	96,9	1,9	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 5	66,2	64,7	63,7	1,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 4	7,0	9,0	8,0	-	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 3	21,0	24,0	20,0	-	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 2	6,7	9,2	8,7	-	2,0	-	-	-	0,5	-	-	-	-	-
Zusammen	406,2	411,8	394,1	14,4	17,0	-	-	1,5	4,5	-	-	-	-	-

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 422 01				
			1.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen	1,0	1,0	1.1	gemäß §§ 90, 92, 95 BBG, § 7 DBeglG, § 6 MuSchEltZV, § 24 GAD

1016 Johann Heinrich von Thünen-Institut, Bundesforschungsinstitut für Ländliche Räume, Wald und Fischerei

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
1	2	3	4	5	6	7
Zu Titel 422 01						
					ku	
				1.	**ku**	
				1.1	in Entgeltgruppe E 13	
A 11..................	-	-	1,0	1.1.2	spätestens 01.02.2013	Wirksamwerden des Vermerks
				1.2	in Bes.-Gr. A 10	
A 11..................	-	-	1,0	1.2.1	spätestens 01.10.2013	Wirksamwerden des Vermerks
Zusammen.......	-	-	2,0			
					kw	
				1.	**kw**	
				1.1	spätestens 30.11.2014	
A 9 m+Z............	1,0	-	-	1.1.1	-	Aufnahme des Vermerks
Zu Titel 428 01						
					ku	
				1.	**ku**	
				1.3	in Entgeltgruppe E 10	
E 2....................	-	-	0,5	1.3.1	spätestens 01.08.2013	Wirksamwerden des Vermerks
E 2....................	0,5	-	-	1.3.2	spätestens 01.09.2014	Aufnahme des Vermerks
				1.4	in Entgeltgruppe E 13	
E 4....................	1,0	-	-	1.4.1	spätestens 31.10.2014	Aufnahme des Vermerks
E 3....................	1,0	-	-	1.4.2	spätestens 01.11.2016	Aufnahme des Vermerks
				1.5	in Entgeltgruppe E 14	
E 9....................	1,0	-	-	1.5.1	spätestens 01.01.2017	Aufnahme des Vermerks
Zusammen.......	3,5	-	0,5			
					kw	
				2.	**kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber/innen**	
E 6....................	1,0	-	1,0	2.1	-	-
				3.	**kw**	
				3.1	spätestens 28.02.2013	
E 7....................	-	-	1,0	3.1.1	-	Wirksamwerden des Vermerks
				3.2	spätestens 30.04.2013	
E 7....................	-	-	1,0	3.2.1	-	Wirksamwerden des Vermerks
				3.3	spätestens 30.06.2013	
E 7....................	-	-	1,0	3.3.1	-	Wirksamwerden des Vermerks
				3.4	spätestens 30.11.2013	
E 7....................	-	-	1,0	3.4.1	-	Wirksamwerden des Vermerks
				3.5	spätestens 31.10.2014	
E 7....................	1,0	-	-	3.5.1	-	Aufnahme des Vermerks
				3.6	spätestens 01.05.2016	
E 3....................	1,0	-	-	3.6.1	-	Aufnahme des Vermerks
				3.7	spätestens 01.02.2017	
E 3....................	0,5	-	-	3.7.1	-	Aufnahme des Vermerks
				3.8	spätestens 01.11.2017	
E 3....................	1,0	-	-	3.8.1	-	Aufnahme des Vermerks
				3.9	spätestens 01.02.2019	
E 9....................	0,5	-	-	3.9.1	-	Aufnahme des Vermerks
Zusammen.......	5,0	-	5,0			

Tgr. 02 - Durchführung von Aufträgen anderer Bundesbehörden und Dritter

Planstellen-/Stellenübersicht														
Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr										von Sp. 2 entfallen auf Funk- tions- gruppen
				Neue Stellen, Stellenwegfall				Wirksam- werden von ku- und kw- Vermerken		Hebungen, Herab- stufungen		Umwand- lungen, Umsetzungen		
				ohne ku/ kw-Vermerke		und Umsetzun- gen mit ku/ kw-Vermerken								
				+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10

Titel 428 21 - Erläuterungen

Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

E 14....................	7,0	3,0	3,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 13....................	4,5	8,5	6,5	-	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 9......................	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 8......................	12,0	-	-	12,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 6......................	1,0	7,0	7,0	-	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 4......................	0,3	0,3	0,3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen..........	25,8	19,8	16,8	16,0	10,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-

1017 Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL)

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist- Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr: Neue Stellen, Stellenwegfall ohne ku/ kw-Vermerke +	-	und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken +	-	Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken +	-	Hebungen, Herabstufungen +	-	Umwandlungen, Umsetzungen +	-	von Sp. 2 entfallen auf Funktionsgruppen
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Beamtinnen und Beamte														
B 4......................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 3......................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 2......................	4,0	4,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 1......................	10,0	10,0	10,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 15....................	26,0	26,0	23,7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 14....................	74,0	70,0	63,2	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 h.................	68,0	64,0	58,8	2,0	-	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g.................	2,0	2,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 12....................	5,0	4,0	4,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 11.....................	17,0	16,0	13,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 10....................	9,0	9,0	8,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 g...................	6,0	6,0	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m..................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen..........	224,0	214,0	195,5	8,0	-	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 15....................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 14....................	2,5	2,5	1,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 13....................	0,5	0,5	0,5	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 12....................	3,0	3,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 11.....................	20,5	17,5	12,5	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 10....................	3,5	2,5	2,5	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 9......................	25,5	26,5	26,2	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
E 8......................	27,8	27,8	26,3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 6......................	25,8	25,8	23,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 5......................	28,3	28,3	28,3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 4......................	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 3......................	15,5	15,5	15,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen..........	155,9	152,9	143,1	5,0	1,0	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 422 01

Die folgende Planstelle darf nur mit Überhangpersonal besetzt werden: 1,0 A 11.

Zu Titel 428 01

Die folgenden Stellen dürfen nur mit Überhangpersonal besetzt werden: 2,0 E 11, 2,0 E 6 (Zusammen: 4,0).

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 422 01				
			2.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	7,0	9,0	2.1	gemäß §§ 90, 92, 95 BBG, § 7 DBeglG, § 6 MuSchEltZV, § 24 GAD
Zu Titel 428 01				
			2.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	5,0	4,5	2.1	gemäß § 28 TVöD, § 9 UmzugsTV, § 15 BEEG, § 24 GAD

Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
1	2	3	4	5	6	7

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Zu Titel 422 01

Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
					ku	
				1.	**ku**	
				1.1	in Bes.-Gr. B 2	
B 3....................	1,0	-	1,0	1.1.1	spätestens 01.04.2015	-
				1.2	in Bes.-Gr. A 15	
B 1....................	1,0	-	1,0	1.2.1	spätestens 01.01.2015	-
B 1....................	1,0	-	1,0	1.2.2	spätestens 01.11.2015	-
				1.3	in Bes.-Gr. A 14	
B 1....................	1,0	-	1,0	1.3.1	spätestens 01.08.2017	-
				1.4	in Bes.-Gr. A 13 h	
B 1....................	1,0	-	1,0	1.4.1	spätestens 01.02.2022	-
B 1....................	1,0	-	1,0	1.4.2	spätestens 01.02.2026	-
Zusammen.......	6,0	-	6,0			
					kw	
				1.	**kw**	
				1.1	spätestens 31.12.2017	
A 13 h..............	2,0	-	-	1.1.1	Vollzug Pflanzenschutzrecht	Neue Planstelle
				3.	**kw**	
A 13 h..............	1,0	1,0	1,0	3.1	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	-
Zusammen.......	3,0	1,0	1,0			

Zu Titel 428 01

Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
					kw	
				1.	**kw**	
E 9....................	1,0	1,0	1,0	1.1	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	-
				2.	**kw**	
				2.1	-	
E 9....................	-	-	1,0	2.1.2	Stelleneinsparung HG 2012	Wirksamwerden des Vermerks
Zusammen.......	1,0	1,0	2,0			

Tgr. 02 - Durchführung von Aufträgen anderer Bundesbehörden und Dritter

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt-gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Neue Stellen, Stellenwegfall: ohne ku/ kw-Vermerke +	-	und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken +	-	Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken +	-	Hebungen, Herabstufungen +	-	Umwandlungen, Umsetzungen +	-	von Sp. 2 entfallen auf Funktionsgruppen
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10

Titel 428 21 - Erläuterungen

Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Besoldungs-/ Entgelt-gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung	5 +	5 -	6 +	6 -	7 +	7 -	8 +	8 -	9 +	9 -	10
E 14....................	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 13....................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 11	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 9......................	2,0	2,0	1,2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 8......................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen..........	7,0	7,0	6,2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

1018 Bundessortenamt

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr: Neue Stellen, Stellenwegfall – ohne ku/ kw-Vermerke +	ohne ku/ kw-Vermerke -	und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken +	und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken -	Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken +	Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken -	Hebungen, Herabstufungen +	Hebungen, Herabstufungen -	Umwandlungen, Umsetzungen +	Umwandlungen, Umsetzungen -	von Sp. 2 entfallen auf Funktionsgruppen
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Beamtinnen und Beamte														
B 4......................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 16....................	4,0	4,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 15....................	17,0	17,0	17,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 14....................	12,0	12,0	12,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 h.................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g.................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 12....................	4,0	4,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 11.....................	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 10....................	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m+Z..............	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m..................	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 8......................	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen..........	48,0	48,0	46,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 12....................	7,0	7,0	7,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 11.....................	34,0	34,0	34,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 10....................	25,0	27,0	27,0	-	-	-	-	-	2,0	-	-	-	-	-
E 9......................	6,0	6,0	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 8......................	6,0	6,0	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 7......................	14,0	14,0	14,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 6......................	52,0	52,0	52,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 5......................	82,5	82,5	82,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 4......................	5,0	6,0	6,0	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
E 3......................	13,0	14,0	14,0	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen..........	244,5	248,5	248,0	-	1,0	-	-	-	3,0	-	-	-	-	-

Erläuterungen:

Zu Titel 422 01

<u>Zu Spalte 4:</u>
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
1,0 A8.

Zu Titel 428 01

<u>Zu Spalte 4:</u>
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
1,0 E8.

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 428 01				
			1.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	2,0	2,0	1.1	gemäß § 28 TVöD, § 9 UmzugsTV, § 15 BEEG, § 24 GAD

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
1	2	3	4	5	6	7
Zu Titel 428 01						
					kw	
				1.	**kw**	
E 10..................	-	-	2,0	1.1	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	Wirksamwerden des Vermerks
E 5....................	1,0	1,0	1,0			-
				2.	**kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber/innen**	
E 5....................	1,0	-	1,0	2.1	-	-
				3.	**kw 31.12.2013**	
E 4....................	-	-	1,0	3.1	-	Wirksamwerden des Vermerks
Zusammen.......	2,0	1,0	5,0			

10 Übersicht Amtsbezeichnungen

Anlage zu den Stellenplänen des Epl. 10
Darstellung der den Planstellen zugeordneten Amtsbezeichnungen

Bes.-Gr.	Kap.	**Amtsbezeichnungen** (Grundamtsbezeichnung in Fettdruck)
1	2	3
B 11	1012	Staatssekretärin oder Staatssekretär
B 9	1012	Ministerialdirektorin oder Ministerialdirektor
B 7	1004	Präsidentin oder Präsident der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung
B 6	1012	Ministerialdirigentin oder Ministerialdirigent
	1002	Präsidentin oder Präsident des Bundesinstituts für Risikobewertung
	1014	Präsidentin und Professorin oder Präsident und Professor des Friedrich Loeffler-Instituts, Bundesforschungsinstitut für Tiergesundheit
	1016	Präsidentin und Professorin oder Präsident und Professor des Johann Heinrich von Thünen-Instituts, Bundesforschungsinstitut für Ländliche Räume, Wald und Fischerei
	1013	Präsidentin und Professorin oder Präsident und Professor des Julius Kühn-Instituts, Bundesforschungsinstitut für Kulturpflanzen
	1015	Präsidentin und Professorin oder Präsident und Professor des Max Rubner-Instituts, Bundesforschungsinstitut für Ernährung und Lebensmittel
B 4	1017	Präsidentin oder Präsident des Bundesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit
	1018	Präsidentin oder Präsident des Bundessortenamtes
B 3	1013, 1014, 1015, 1016	Direktorin und Professorin oder Direktor und Professor
	1012	Ministerialrätin oder Ministerialrat
	1002	Vizepräsidentin oder Vizepräsident des Bundesinstitus für Risikobewertung
B 2	1004	Abteilungsdirektorin oder Abteilungsdirektor
	1002, 1013, 1014, 1015, 1016	Direktorin und Professorin oder Direktor und Professor
B 1	1013, 1014, 1015, 1016	Direktorin und Professorin oder Direktor und Professor
A 16	1002, 1013, 1014, 1016, 1018	**Leitende Direktorin** oder **Leitender Direktor**
	1004	Abteilungsdirektorin oder Abteilungsdirektor
	1012	Ministerialrätin oder Ministerialrat
A 15	1002, 1004, 1012, 1013, 1014, 1015, 1016, 1017, 1018	**Direktorin** oder **Direktor**
A 14	1002, 1004, 1012, 1013, 1014, 1015, 1016, 1017, 1018	**Oberrätin** oder **Oberrat**
A 13 h	1002, 1004, 1012, 1013, 1014, 1015, 1016, 1017, 1018	**Rätin** oder **Rat**
A 13 g+Z	1004, 1012	**Oberamtsrätin** oder **Oberamtsrat**
A 13 g	1002, 1004, 1012, 1013, 1014, 1015, 1016, 1017, 1018	**Oberamtsrätin** oder **Oberamtsrat**
A 12	1002, 1004, 1012, 1013, 1014, 1015, 1016, 1017, 1018	**Amtsrätin** oder **Amtsrat**
A 11	1002, 1004, 1012, 1013, 1014, 1015, 1016, 1017, 1018	**Amtfrau** oder **Amtmann**
A 10	1002, 1004, 1012, 1013, 1014, 1015, 1016, 1017, 1018	**Oberinspektorin** oder **Oberinspektor**

Bes.-Gr.	Kap.	**Amtsbezeichnungen** (Grundamtsbezeichnung in Fettdruck)
1	2	3
A 9 g	1002, 1004, 1012, 1016	**Inspektorin** oder **Inspektor**
A 9 m+Z	1004, 1012, 1013, 1015, 1016, 1018	**Amtsinspektorin** oder **Amtsinspektor**
A 9 m	1002, 1004, 1012, 1013, 1014, 1015, 1016, 1018	**Amtsinspektorin** oder **Amtsinspektor**
A 8	1004, 1012, 1013, 1014, 1015, 1016, 1018	**Hauptsekretärin** oder **Hauptsekretär**
A 7	1004, 1012, 1013, 1014, 1016	**Obersekretärin** oder **Obersekretär**
A 6 m	1004, 1012	**Sekretärin** oder **Sekretär**
A 6 e	1012	**Oberamtsmeisterin** oder **Oberamtsmeister**
A 5	1004, 1012	**Oberamtsmeisterin** oder **Oberamtsmeister**
A 4	1012	**Amtsmeisterin** oder **Amtsmeister**

Stellenübersichten
der Zuwendungsempfänger / Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO des Kap. 1002

Titel	aus Nr. ... Erläuterung	**Bezeichnung**
1	2	3
671 01		Bundesinstitut für Risikobewertung
684 01		Bundesverband der Verbraucherzentralen und -verbände - Verbraucherzentrale Bundesverband e. V. (VZBV) -
685 01		Deutsche Gesellschaft für Ernährung e. V.

Stellenübersicht							
Besoldungs-/ Vergütungs-/ Entgelt- gruppen	Stellen mit Dauerarbeitskräften besetzbar					Stellen für Arbeitskräfte mit befristeten Arbeitsverträgen	
	Tit. 422 .1, 425 .1, 426 .1 und 428 .1 sowie entsprechende Kontierung im Wirtschaftsplan			Tit. 425 .1, 426 .1 und 428 .1 (Projektförderung/ Aufträge Dritter)		Tit. 427 .9 (Projektförderung/ Aufträge Dritter)	
	Soll 2014	Soll 2013	besetzt am 1. Juni 2013	Soll 2014	Soll 2013	Soll 2014	Soll 2013
1	2	3	4	5	6	7	8

Zu Titel 671 01

Bundesinstitut für Risikobewertung

Beamtinnen und Beamte							
B 6	1,0	1,0	1,0				
B 3	7,0	7,0	7,0				
B 2	2,0	2,0	2,0				
B 1	18,0	18,0	18,0				
A 16	1,0	1,0	1,0				
A 15	41,0	41,0	41,0				
A 14	64,0	59,0	58,0				
A 13 h	10,5	12,0	10,0				
A 13 g	5,0	5,0	5,0				
A 12	3,0	3,0	3,0				
A 11	4,0	3,0	3,0				
A 10	2,0	2,0	2,0				
A 9 g	1,0	2,0	2,0				
A 9 m	1,0	1,0	1,0				
Zusammen	160,5	157,0	154,0				
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
E 14	1,0	1,0	1,0	-	-	4,0	4,0
E 13	2,5	2,5	2,5	-	-	65,1	65,1
E 12	2,5	1,5	1,5	-	-	1,0	1,0
E 11	4,0	4,0	4,0	-	-	3,3	3,3
E 10	2,0	1,0	1,0	-	-	2,0	2,0
E 9	4,0	3,0	3,0	-	-	4,0	4,0
E 8	11,0	12,0	12,0	-	-	7,8	7,8
E 7	9,0	9,0	9,0	-	-	-	-
E 6	19,5	17,5	17,5	-	-	1,0	1,0
E 5	12,3	12,3	12,3	-	-	5,8	5,8
E 4	5,0	6,0	6,0	-	-	2,0	2,0
E 3	16,3	16,3	16,3	-	-	2,3	2,3
E 2	2,0	2,0	2,0	-	-	3,0	3,0
Zusammen	91,1	88,1	88,1	-	-	101,3	101,3
Insgesamt	251,6	245,1	242,1	-	-	101,3	101,3

Zu Titel 684 01

Bundesverband der Verbraucherzentralen und -verbände - Verbraucherzentrale Bundesverband e. V. (VZBV) -

Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
S (B 5)	-	1,0	1,0	-	-	-	-
AT B	-	6,0	6,0	-	-	-	-
Zusammen	-	7,0	7,0	-	-	-	-
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
E 15	-	2,0	0,2	1,0	1,0	-	-
E 14	-	6,0	6,0	-	-	-	-
E 13	-	27,3	25,9	-	2,0	-	5,0
E 12	-	2,0	2,0	-	-	-	-
E 10	-	2,5	2,5	-	-	-	-
E 9	-	11,3	10,5	-	3,0	-	-
E 8	-	10,5	9,5	-	-	-	-

1002 Anlage zu Kapitel Zuwendungsempfänger

Stellenübersicht							
Besoldungs-/ Vergütungs-/ Entgelt- gruppen	Stellen mit Dauerarbeitskräften besetzbar					Stellen für Arbeitskräfte mit befristeten Arbeitsverträ- gen	
	Tit. 422 .1, 425 .1, 426 .1 und 428 .1 sowie entsprechende Kontierung im Wirtschaftsplan			Tit. 425 .1, 426 .1 und 428 .1 (Projektförderung/ Aufträge Dritter)		Tit. 427 .9 (Projektförderung/ Aufträge Dritter)	
	Soll 2014	Soll 2013	besetzt am 1. Juni 2013	Soll 2014	Soll 2013	Soll 2014	Soll 2013
1	2	3	4	5	6	7	8
E 6	-	5,5	5,0	-	2,0	-	-
E 5	-	2,0	2,0	-	1,0	-	-
E 3	-	2,0	2,0	-	-	-	-
Zusammen	-	71,1	65,6	1,0	9,0	-	5,0
Insgesamt	-	78,1	72,6	1,0	9,0	-	5,0

Zu Titel 685 01

Deutsche Gesellschaft für Ernährung e. V.

Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
AT B	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
E 15	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-
E 14	3,0	3,0	3,0	-	-	-	-
E 13	4,0	3,0	3,0	-	-	3,0	3,0
E 12	3,0	4,0	4,0	-	-	-	-
E 11	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-
E 9	10,0	9,0	9,0	-	-	-	-
E 8	1,0	-	-	-	-	-	-
E 6	6,0	8,0	8,0	-	-	1,0	-
E 5	5,0	5,0	5,0	-	-	-	-
E 3	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-
Zusammen	35,0	35,0	35,0	-	-	4,0	3,0
Insgesamt	36,0	36,0	36,0	-	-	4,0	3,0

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 671 01

1. Die folgenden Planstellen/Stellen dürfen nur mit Überhangpersonal besetzt werden: 1,0 A 14, 2,0 A 13 h, 2,0 E 11, 4,0 E 9, 2,0 E 8 (Zusammen: 11,0).
2. <u>**Zu B 2:**</u>
   Einer der Planstelleninhaber (Leiter Abteilung 3) erhält aufgrund einer besonderen Vereinbarung eine persönliche Zulage von derzeit 737,09 Euro monatlich.
3. Für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie für sonstige Beschäftigte, die im Rahmen der Planung, Vorbereitung, Durchführung, Auswertung oder Bewertung von Forschungsvorhaben einen wesentlichen Beitrag leisten (wissenschaftliches Personal), wird kein verbindlicher Stellenplan ausgebracht. Unbefristete Beschäftigungsverhältnisse mit wissenschaftlichem Personal dürfen im Rahmen vorhandener Mittel abgeschlossen werden. Der Stellenplan für Arbeitsverhältnisse im nichtwissenschaftlichen Bereich ist verbindlich.

Erläuterungen:

Zu Titel 671 01

Bundesinstitut für Risikobewertung

Zu Spalte 4:
Davon sind Beschäftigungsverhältnisse mit wissenschaftlichem Personal: 9,0 E 15, 26,0 E 14, 31,9 E 13, 6 E 12, 23,5 E 11, 11,0 E 10, 67,0 E 9, 47,0 E 8, 8,0 E 7, 31,7 E 6, 30,2 E 5, 2,0 E 4, 15,0 E 3, 1,0 E 1.

Leerstellenübersicht				
Bes.-/Verg.-E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5

Zu Titel 671 01

Bundesinstitut für Risikobewertung

			1.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
B 1....................	-	1,0	1.1	Weltgesundheitsorganisation (WHO)
			2.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	3,0	3,0	2.1	gemäß § 28 TVöD, § 9 UmzugsTV, § 15 BEEG, § 24 GAD
Insgesamt..........	3,0	4,0		

Übersicht der ku- und kw- Vermerke						
Bes.-/ Verg.-/ E.-Gr.	2014		2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Soll	Ersatz-(plan)st.				
1	2	3	4	5	6	7

Zu Titel 671 01

Bundesinstitut für Risikobewertung

					ku	
				1.	**ku mit Ausscheiden der Stelleninhaber /innen**	
E 8...................	1,0	-	1,0	1.1	in Entgeltgruppe E 6	-
				2.	**ku**	
				2.1	in Bes.-Gr. A 15	
B 1...................	1,0	-	1,0	2.1.2	spätestens 01.11.2014	-
B 1...................	1,0	-	1,0	2.1.3	spätestens 01.01.2016	-
B 1...................	1,0	-	1,0	2.1.4	spätestens 01.05.2021	-
				2.2	in Bes.-Gr. A 14	
B 1...................	1,0	-	1,0	2.2.2	spätestens 01.10.2015	-
				2.3	in Bes.-Gr. A 13 h	
B 1...................	1,0	-	1,0	2.3.1	spätestens 01.06.2017	-
Zusammen.......	6,0	-	6,0			
					kw	
				1.	**kw**	
A 13 h..............	1,0	1,0	3,0	1.1	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	Wirksamwerden des Vermerks
E 9...................	1,0	1,0	1,0			-
E 8...................	0,5	-	0,5	1.2	-	-
				1.3	-	
E 13.................	-	-	0,5	1.3.4	Stelleneinsparung HG 2012	Wirksamwerden des Vermerks
				1.4	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	
A 9 g................	1,0	1,0	1,0	1.4.1	-	-
				1.5	spätestens 31.12.2017	
A 14.................	3,0	-	-	1.5.1	Vollzug Pflanzenschutzrecht	Neue Planstelle
A 13 h..............	1,0	-	-			Neue Planstelle
A 11.................	1,0	-	-			Neue Planstelle
A 14.................	2,0	-	-	1.5.2	Seeaufgaben/Ballastwassergesetz	Neue Planstelle
Zusammen.......	10,5	3,0	6,0			

1004 Anlage zu Kapitel Zuwendungsempfänger

Stellenübersichten der Zuwendungsempfänger / Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO des Kap. 1004

Titel	aus Nr. ... Erläuterung	**Bezeichnung**
1	2	3
671 01		Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE)

Stellenübersicht							
Besoldungs-/ Vergütungs-/ Entgelt- gruppen	Stellen mit Dauerarbeitskräften besetzbar					Stellen für Arbeitskräfte mit befristeten Arbeitsverträgen	
	Tit. 422 .1, 425 .1, 426 .1 und 428 .1 sowie entsprechende Kontierung im Wirtschaftsplan			Tit. 425 .1, 426 .1 und 428 .1 (Projektförderung/ Aufträge Dritter)		Tit. 427 .9 (Projektförderung/ Aufträge Dritter)	
	Soll 2014	Soll 2013	besetzt am 1. Juni 2013	Soll 2014	Soll 2013	Soll 2014	Soll 2013
1	2	3	4	5	6	7	8

Zu Titel 671 01

Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE)

Beamtinnen und Beamte							
B 7	1,0	1,0	1,0				
B 3	1,0	1,0	1,0				
B 2	3,0	3,0	2,0				
A 16	5,0	5,0	5,0				
A 15	30,0	30,0	27,0				
A 14	40,0	39,0	39,0				
A 13 h	35,0	34,0	20,0				
A 13 g+Z	1,0	1,0	-				
A 13 g	12,0	12,0	13,0				
A 12	34,0	33,0	15,0				
A 11	50,0	50,0	17,0				
A 10	52,5	52,5	53,0				
A 9 g	68,0	68,0	29,0				
A 9 m+Z	2,0	2,0	2,0				
A 9 m	7,0	7,0	7,0				
A 8	33,0	33,0	30,0				
A 7	36,0	36,0	18,0				
A 6 m	27,0	27,0	13,0				
A 5	1,0	1,0	1,0				
Zusammen	438,5	435,5	293,0				
Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
AT B	-	-	1,0	-	-	-	-
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
E 15	1,0	1,0	4,0	1,0	1,0	-	-
E 14	6,0	6,0	6,0	4,0	4,0	-	-
E 13	4,5	4,5	18,0	35,0	35,0	-	-
E 12	22,0	22,0	38,0	2,0	2,0	-	-
E 11	68,0	68,0	100,0	10,0	10,0	-	-
E 10	52,0	53,0	52,0	1,0	1,0	-	-
E 9	156,0	164,0	200,0	3,0	3,0	-	-
E 8	43,5	43,5	45,0	2,0	2,0	-	-
E 7	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-
E 6	59,0	60,5	70,0	2,0	2,0	-	-
E 5	40,5	45,5	58,0	1,0	1,0	-	-
E 4	6,0	6,0	5,0	-	-	-	-
E 3	1,0	3,0	2,0	-	-	-	-
Zusammen	461,5	479,0	600,0	61,0	61,0	-	-
Insgesamt	900,0	914,5	894,0	61,0	61,0	-	-

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 671 01

Die folgenden Planstellen dürfen nur mit Überhangpersonal besetzt werden: 1,0 A 11, 2,0 A 8 (Zusammen: 3,0).

1004 Anlage zu Kapitel Zuwendungsempfänger

Leerstellenübersicht

Bes.-/Verg.-E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5

Zu Titel 671 01

Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE)

			1.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	8,0	8,0	1.1	gemäß §§ 90, 92, 95 BBG, § 7 DBeglG, § 6 MuSchEltZV, § 24 GAD
Zusammen.........	4,0	6,0	1.3	gemäß § 28 TVöD, § 9 UmzugsTV, § 15 BEEG, § 24 GAD
Insgesamt..........	12,0	14,0		

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ Verg.-/ E.-Gr.	2014		2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Soll	Ersatz-(plan)st.				
1	2	3	4	5	6	7

Zu Titel 671 01

Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE)

					kw	
				1.	**kw 31.12.2016**	
				1.1	-	
E 15..................	1,0	-	1,0	1.1.1	Bereich Biomasse	-
E 14..................	2,0	-	2,0			-
E 13..................	1,0	-	1,0			-
E 9....................	1,0	-	1,0			-
E 8....................	2,0	-	2,0			-
				2.	**kw 31.12.2014**	
				2.1	-	
E 13..................	1,0	-	1,0	2.1.1	Bereich Biomasse	-
E 11..................	1,0	-	1,0			-
E 10..................	1,0	-	1,0			-
				3.	**kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber/innen**	
E 9....................	3,0	-	5,0	3.1	-	Wirksamwerden des Vermerks
E 8....................	2,0	-	2,0			-
E 6....................	-	-	1,0			Wirksamwerden des Vermerks
				3.2	spätestens 31.12.2014	
E 9....................	1,0	-	-	3.2.1	-	Aufnahme des Vermerks
				4.	**kw**	
A 13 h...............	1,0	1,0	1,0	4.1	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	-
A 10..................	0,5	0,5	0,5			-
A 8....................	1,0	1,0	1,0			-
E 10..................	-	-	1,0			Wirksamwerden des Vermerks
E 9....................	2,0	2,0	4,0			Wirksamwerden des Vermerks
E 5....................	1,0	1,0	4,0			Wirksamwerden des Vermerks
E 3....................	-	-	2,0			Wirksamwerden des Vermerks
A 9 g.................	1,0	-	1,0	4.2	-	-
E 11..................	2,0	-	2,0			-
E 9....................	5,0	-	5,0			-
E 6....................	2,0	-	2,0			-
E 5....................	2,0	-	2,0			-
E 3....................	1,0	-	1,0			-
				6.	**kw 31.12.2020**	
E 14..................	1,0	-	1,0	6.1	-	-
Zusammen.......	35,5	5,5	45,5			

Stellenübersichten
der Zuwendungsempfänger / Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO des Kap. 1005

Titel	aus Nr. ... Erläuterung	Bezeichnung
1	2	3
Tgr. 02		**Zuschüsse an Forschungseinrichtungen außerhalb der Bundesverwaltung**
686 21	1.1	Deutsches Biomasseforschungszentrum (DBFZ) gGmbH, Leipzig

1005 Anlage zu Kapitel Zuwendungsempfänger

Tgr. 02 - Zuschüsse an Forschungseinrichtungen außerhalb der Bundesverwaltung

Stellenübersicht							
Besoldungs-/ Vergütungs-/ Entgelt-gruppen	Stellen mit Dauerarbeitskräften besetzbar					Stellen für Arbeitskräfte mit befristeten Arbeitsverträgen	
	Tit. 422 .1, 425 .1, 426 .1 und 428 .1 sowie entsprechende Kontierung im Wirtschaftsplan			Tit. 425 .1, 426 .1 und 428 .1 (Projektförderung/ Aufträge Dritter)		Tit. 427 .9 (Projektförderung/ Aufträge Dritter)	
	Soll 2014	Soll 2013	besetzt am 1. Juni 2013	Soll 2014	Soll 2013	Soll 2014	Soll 2013
1	2	3	4	5	6	7	8

Zu Titel 686 21

1.1 Deutsches Biomasseforschungszentrum (DBFZ) gGmbH, Leipzig

Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
AT (B 3)..	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
Zusammen...	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt..	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 686 21

1. **<u>Zu Nr. 1.1 der Erläuterung:</u>**
   Nach § 14 Absatz 2 Satz 1 Haushaltsgesetz gilt folgende Regelung: Der Anteil der Personalausgaben für unbefristete Arbeitsverhältnisse darf einen vom BMEL im Einvernehmen mit dem BMF festgesetzten Anteil der Betriebsausgaben des Wirtschaftsplans nicht übersteigen. Der Stellenplan für außertarifliche Arbeitsverhältnisse ist verbindlich.
2. An tariflich beschäftigte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und solche mit denen außertarifliche Anstellungsverträge geschlossen werden, können Sonderzahlungen (befristete und unbefristete laufende Zulagen und einmalige Prämien) aus folgenden Anlässen gewährt werden: Zur Honorierung herausragender wissenschaftlicher Leistungen oder wesentlicher Beiträge zu solchen, zur Gewinnung von Bewerberinnen und Bewerbern insbesondere aus der Wirtschaft und dem Ausland, soweit ohne die Gewährung kein qualifiziertes Personal angeworben werden kann, sowie zur Verhinderung der Abwanderung besonders qualifizierter Fachkräfte. Diese Ermächtigung gilt entsprechend für sonstige im wissenschaftsrelevanten Bereich tätige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, wenn sie im Rahmen der Planung, Vorbereitung, Durchführung, Aus- und/oder Bewertung von Forschungsvorhaben einen wesentlichen Beitrag leisten.
3. Sonderzahlungen dürfen nur nach Maßgabe von Grundsätzen gewährt werden, die vom BMEL im Einvernehmen mit dem BMF erlassen werden. Die finanziellen Auswirkungen dürfen ein mit dem BMF abgestimmtes Volumen nicht übersteigen.

Stellenübersichten
der Zuwendungsempfänger / Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO des Kap. 1010

Titel	aus Nr. ... Erläuterung	**Bezeichnung**
1	2	3
684 01	1.1	aid infodienst Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz e. V., Bonn
	1.2	Kuratorium für Technik und Bauwesen in der Landwirtschaft e. V. (KTBL), Darmstadt

1010 Anlage zu Kapitel Zuwendungsempfänger

Stellenübersicht							
Besoldungs-/ Vergütungs-/ Entgelt- gruppen	Stellen mit Dauerarbeitskräften besetzbar					Stellen für Arbeitskräfte mit befristeten Arbeitsverträ- gen	
	Tit. 422 .1, 425 .1, 426 .1 und 428 .1 sowie entsprechende Kontierung im Wirtschaftsplan			Tit. 425 .1, 426 .1 und 428 .1 (Projektförderung/ Aufträge Dritter)		Tit. 427 .9 (Projektförderung/ Aufträge Dritter)	
	Soll 2014	Soll 2013	besetzt am 1. Juni 2013	Soll 2014	Soll 2013	Soll 2014	Soll 2013
1	2	3	4	5	6	7	8
Zu Titel 684 01							
1.1 aid infodienst Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz e. V., Bonn							
Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
AT B	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
E 14	11,5	10,5	10,5	-	-	-	-
E 13	9,0	9,0	9,0	-	-	-	-
E 12	1,0	0,5	0,5	-	-	-	-
E 9	8,1	8,0	8,0	-	-	-	-
E 6	7,7	8,0	8,0	-	-	-	-
E 5	4,2	5,0	5,0	-	-	-	-
E 3	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-
Zusammen	42,5	42,0	42,0	-	-	-	-
Insgesamt	43,5	43,0	43,0	-	-	-	-
1.2 Kuratorium für Technik und Bauwesen in der Landwirtschaft e. V. (KTBL), Darmstadt							
Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
AT B	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
E 15	4,0	4,0	4,0	-	-	-	-
E 14	15,0	15,0	15,0	-	-	-	-
E 13	13,0	13,0	13,0	-	-	0,3	0,3
E 12	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-
E 11	1,0	1,0	1,0	-	-	2,3	2,3
E 9	3,0	3,0	3,0	-	-	-	-
E 8	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-
E 6	3,5	3,5	3,5	-	-	-	-
E 5	7,5	7,5	7,5	-	-	-	-
E 4	1,8	1,8	1,8	-	-	-	-
Zusammen	51,8	51,8	51,8	-	-	2,6	2,6
Insgesamt	52,8	52,8	52,8	-	-	2,6	2,6

Übersicht der ku- und kw- Vermerke						
Bes.-/ Verg.-/ E.-Gr.	2014		2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Soll	Ersatz- (plan)st.				
1	2	3	4	5	6	7
Zu Titel 684 01						
1.1 aid infodienst Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz e. V., Bonn						
					kw	
				1.	**kw**	
				1.1	spätestens 30.04.2017	
E 13	1,0	-	-	1.1.1	-	Aufnahme des Vermerks

Entwurf

zum

Bundeshaushaltsplan 2014

Einzelplan 11

Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Inhalt

Kapitel	B e z e i c h n u n g	Seite
	Vorwort zum Einzelplan	3
	Überblick zum Einzelplan	5
	Haushaltsvermerk / Hinweise zum Einzelplan	6
1101	Leistungen nach dem Zweiten und Dritten Buch Sozialgesetzbuch und gleichartige Leistungen	7
	Ausgaben-Tgr. 01 Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende	10
	Ausgaben-Tgr. 02 Darlehen und sonstige Leistungen an die Bundesagentur für Arbeit	13
1102	Rentenversicherung und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	15
	Ausgaben-Tgr. 01 Leistungen an die Rentenversicherung (RV)	19
1103	Soziale Entschädigung (Kriegsopferversorgung und -fürsorge sowie gleichartige Leistungen)	24
	Ausgaben-Tgr. 01 Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz	28
	Ausgaben-Tgr. 02 Leistungen nach dem Gesetz über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten	29
	Ausgaben-Tgr. 03 Leistungen nach dem Häftlingshilfegesetz und dem Strafrechtlichen und Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz	31
	Ausgaben-Tgr. 04 Leistungen nach dem Gesetz über den Zivildienst der Kriegsdienstverweigerer	32
	Ausgaben-Tgr. 05 Leistungen nach dem Soldatenversorgungsgesetz	33
1104	Unfallkasse des Bundes / Künstlersozialkasse	36
1105	Förderung der Inklusion von Menschen mit Behinderungen	39
1106	Maßnahmen des Bundes mit Beteiligung Europäischer Fonds (ESF, EGF, FEAD) sowie sonstige internationale Angelegenheiten	46
	Ausgaben-Tgr. 01 Maßnahmen des Bundes unter Beteiligung des Europäischen Sozialfonds (ESF) und Kofinanzierung der Kosten für technische Hilfe	49
	Ausgaben-Tgr. 02 Verwendung von Zuschüssen des Europäischen Globalisierungsfonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF)	52
	Ausgaben-Tgr. 03 Internationale Angelegenheiten auf dem Gebiet der Arbeits- und Sozialpolitik	54
	Ausgaben-Tgr. 04 Maßnahmen des Bundes unter Beteiligung des Europäischen Hilsfonds für die am stärksten von Armut betroffenen Personen (FEAD) und Kofinanzierung der Kosten für technische Hilfe	55
1107	Arbeitswelt im Wandel, Fachkräftesicherung	59
1110	Sonstige Bewilligungen	67
1111	Zentral veranschlagte Verwaltungseinnahmen und -ausgaben	72
	Einnahmen-Tgr. 57 Versorgung der Beamtinnen und Beamten sowie der Richterinnen und Richter	73
	Ausgaben- Tgr. 57 Versorgung der Beamtinnen und Beamten sowie der Richterinnen und Richter	76
1112	Bundesministerium	83
1113	Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin	95
1114	Bundesarbeitsgericht	112

Kapitel	B e z e i c h n u n g	Seite
1115	Bundessozialgericht	120
1116	Bundesversicherungsamt	128
	Ausgaben-Tgr. 01 Aufwendungen für die Prüfung der Kranken- und Pflegekassen	132
	Ausgaben-Tgr. 02 Aufwendungen für die Prüfung des Spitzenverbandes Bund der Krankenkassen	135
	Aufwandsentschädigungen, Besondere Personalausgaben	143
	Übersichten	
	Übersicht 1 Verpflichtungsermächtigungen (VE)	144
	Personalhaushalt	149

Wesentliche Politikbereiche und Ziele

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) ist zuständig für die Systeme der sozialen Sicherung - mit Ausnahme insbesondere der gesetzlichen Krankenversicherung und der sozialen Pflegeversicherung -, für die soziale Integration und für die Gestaltung von Rahmenbedingungen für mehr Beschäftigung. Seine wesentlichen Aufgabenbereiche sind die Arbeitsmarktpolitik, die Arbeitsförderung und die Grundsicherung für Arbeitsuchende, das Arbeitsrecht und der Arbeitsschutz, die gesetzliche Rentenversicherung und das Rentenrecht, die gesetzliche Unfallversicherung sowie die soziale Sicherung, das Sozialhilferecht und die Teilhabe von Menschen mit Behinderung. Neben der nationalen Arbeits- und Sozialpolitik ist das BMAS für die europäische und internationale Arbeits- und Sozialpolitik zuständig.

Der Sozialstaat, dessen wesentliche Komponenten vom BMAS mitgestaltet werden, und die soziale Marktwirtschaft sind Garanten für die Sicherheit jedes Einzelnen und den sozialen Frieden in Deutschland. Eine globalisierte, sich schnell und ständig ändernde Arbeitswelt, die sich außerdem dem demographischen Wandel zu stellen hat, verlangt dabei immer wieder nach neuen Antworten.

Aufgabe des BMAS ist es, mittels einer gezielten Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik hierauf entsprechend zu reagieren bzw. vorausschauend zu agieren. Ziel ist dabei, dass möglichst viele Menschen einer Erwerbstätigkeit nachgehen können, dass in der Arbeitswelt faire Bedingungen gelten und der Arbeitsschutz den hohen Anforderungen nach Sicherheit und Gesundheitsschutz Rechnung trägt. Trotz sich ständig ändernder Rahmenbedingungen müssen sich die Menschen in einer alternden Gesellschaft auf den Sozialstaat verlassen können und vor Lebensrisiken geschützt werden. Ziel des BMAS ist es, dass der Sozialstaat leistungsfähig und verlässlich bleibt.

Mit den arbeitsmarktpolitischen Leistungen und Programmen unterstützt das BMAS – zusätzlich zu den Mitteln der Bundesagentur für Arbeit – die Aufnahme von Erwerbstätigkeit und stellt sicher, dass die Leistungsberechtigten ein menschenwürdiges Leben führen können. Ferner wird u. a. die berufliche Mobilität von ausbildungsinteressierten Jugendlichen und jungen arbeitslosen Fachkräften aus Europa unterstützt und so ein Beitrag zur Solidarität in Europa geleistet. Mit weiteren Maßnahmen werden die berufliche Integration und Beratung von Zuwanderern verbessert. Zahlreiche Maßnahmen zur Umsetzung der genannten Ziele sind auch Gegenstand des im Jahr 2015 auslaufenden „Operationellen Programmes des Bundes für den Europäischen Sozialfonds, Förderperiode 2007 - 2013“, sowie der sich daran anschließenden Förderperiode 2014 - 2018, die derzeit der EU-Kommission zur Genehmigung vorliegt. BMAS ist verantwortlich für die Umsetzung dieses Programmes, an dessen Durchführung sich auch andere Bundesressorts (BMBF, BMFSFJ, BMWi und BMVI) beteiligen.

Zur Aufgabe des Sozialstaates gehört nicht zuletzt die ständige Verbesserung des Arbeitsschutzes. Hierzu dienen die Beobachtung und Analyse der Arbeitssicherheit, der Gesundheitssituation und der Arbeitsbedingungen in Betrieben und Verwaltungen sowie die darauf basierende Entwicklung von Problemlösungen, die vom BMAS veranlasst, gesteuert und finanziert werden.

Bei den Leistungen des Bundes an die Rentenversicherung bilden die Zuschüsse des Bundes an die allgemeine Rentenversicherung sowie die Beitragszahlungen für Kindererziehungszeiten an die allgemeine Rentenversicherung die größten Ausgabenposten.

Zudem beteiligt sich der Bund durch Zahlung eines Zuschusses an die Künstlersozialkasse an den Beiträgen der in der Künstlersozialversicherung versicherungspflichtigen selbstständigen Künstler und Publizisten zur Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung.

Erleidet jemand einen Gesundheitsschaden, für dessen Folgen die Gemeinschaft in besonderer Weise einzustehen hat, besteht ein Anspruch auf Leistungen der Sozialen Entschädigung. Ziel dieser Leistungen ist es, die gesundheitlichen und die oft auch damit verbundenen wirtschaftlichen Folgen der Schädigung zu beseitigen oder zumindest finanziell abzumildern. Die Leistungen werden nach dem Gesetz über die Versorgung der Opfer des Krieges und für Opfer von Gewalttaten, Wehrdienstbeschädigte, Zivildienstbeschädigte, Opfer staatlichen Unrechts in der DDR und Impfgeschädigte sowie deren Angehörige bzw. Hinterbliebene erbracht.

Im Zentrum der Behindertenpolitik des BMAS stehen die Stärkung der Gleichbehandlung und die Förderung von Chancengleichheit und Inklusion als Voraussetzung für Selbstbestimmung und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen und von Menschen, die von Behinderung bedroht sind. In diesem Zusammenhang hat das BMAS zur Umsetzung der VN-Behindertenrechtskonvention im Juni 2011 einen Nationalen Aktionsplan entwickelt, der die Ziele und Maßnahmen der Bundesregierung auf dem Gebiet der Behindertenpolitik zusammenfasst. Die im Aktionsplan aufgeführten Maßnahmen betreffen eine Vielzahl von Ressorts, insbesondere BMAS, BMVI, BMG, BMJV und BMFSFJ.

Dem Anspruch Deutschlands als Sozialstaat und dem hohen Stand der Entwicklung seiner Systeme der sozialen Sicherung wird das BMAS auf dem Gebiet der Arbeits- und Sozialpolitik auch durch internationale Aktivitäten und intensiven Informations- und Erfahrungsaustausch mit ausgewählten Ländern gerecht. In diesem Rahmen unterstützt es aktiv Einrichtungen wie die Internationale Arbeitsorganisation, in deren Verwaltungsrat Deutschland aufgrund seiner wirtschaftlichen Bedeutung vertreten ist.

Den Herausforderungen des demografischen Wandels sowie dem Strukturwandel in der Arbeitswelt gilt es sich frühzeitig zu stellen. Das BMAS unterstützt mit der „Förderung des Strukturwandels der Arbeitswelt“ einzelne Projekte, bei denen im Rahmen von Transfer- und Strategieprojekten betriebliche Handlungsstrategien entwickelt und erprobt werden. Diese Maßnahmen werden durch Monitoring, Evaluation sowie durch Transfer- und Medienarbeit nachhaltig begleitet. Unternehmen und Beschäftigte sollen sich zukunftssicher aufstellen können.

Zur Gliederung des Einzelplans

Das BMAS hat seinen Einzelplan neu strukturiert. Die Programmausgaben des Einzelplans werden in den Kapiteln 1101 bis 1107 dargestellt:

Kap. 1101 Leistungen nach dem Zweiten und Dritten Buch Sozialgesetzbuch und gleichartige Leistungen

Kap. 1102 Rentenversicherung und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Kap. 1103 Soziale Entschädigung (Kriegsopferversorgung und -fürsorge sowie gleichartige Leistungen)

Kap. 1104 Unfallkasse des Bundes/Künstlersozialkasse

Kap. 1105 Förderung der Inklusion von Menschen mit Behinderungen

Kap. 1106 Maßnahmen des Bundes mit Beteiligung Europäischer Fonds (ESF, EGF); sowie sonstige internationale Angelegenheiten

Kap. 1107 Arbeitswelt im Wandel; Fachkräftesicherung

Den Kapiteln zu den Programmausgaben folgen das Kapitel sonstige Bewilligungen (1110) sowie das neue Kapitel zu den zentral veranschlagten Verwaltungseinnahmen und -ausgaben (1111) sowie das Kapitel für das Bundesministerium und Kapitel des Geschäftsbereichs.

Überblick zum Einzelplan 11	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen..	80 404	13 854	+66 550		23 212
Übrige Einnahmen...	1 782 857	1 568 451	+214 406		6 068 321
Gesamteinnahmen...	1 863 261	1 582 305	+280 956		6 091 533
Ausgaben					
Personalausgaben...	206 607	202 001	+4 606	4 315	185 632
Sächliche Verwaltungsausgaben...........................	121 037	119 320	+1 717	17 803	93 388
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	121 981 314	118 896 924	+3 084 390	1 208 017	124 653 600
Ausgaben für Investitionen.....................................	9 297	11 887	-2 590	8 101	11 420
Besondere Finanzierungsausgaben.......................	-	-1 000	+1 000		-
Gesamtausgaben..	122 318 255	119 229 132	+3 089 123	1 238 236	124 944 040
davon flexibilisiert..	214 792	211 990	+2 802	23 062	199 024
davon nicht flexibilisiert..	122 103 463	119 017 142	+3 086 321	1 215 174	124 745 016
Flexibilisierte Ausgaben nach § 5 HG					
Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3.......................	162 391	158 041	+4 350	5 288	142 986
Aus Hauptgruppe 5..	44 584	45 159	-575	10 954	46 421
Aus Hauptgruppe 7..	2 071	4 016	-1 945	4 530	4 832
Aus Hauptgruppe 8..	5 746	5 774	-28	2 290	4 785
Aus Hauptgruppe 9..	-	-1 000	+1 000		-
Zusammen...	214 792	211 990	+2 802	23 062	199 024
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung..................................	2 365 654 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.................................	1 465 219 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.................................	636 750 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.................................	180 705 T€				
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.................................	50 570 T€				
im Haushaltsjahr 2019 bis zu.................................	10 570 T€				
im Haushaltsjahr 2020 bis zu.................................	5 570 T€				
im Haushaltsjahr 2021 bis zu.................................	5 570 T€				
im Haushaltsjahr 2022 bis zu.................................	5 570 T€				
im Haushaltsjahr 2023 bis zu.................................	570 T€				
im Haushaltsjahr 2024 bis zu.................................	570 T€				
im Haushaltsjahr 2025 bis zu.................................	570 T€				
im Haushaltsjahr 2026 bis zu.................................	570 T€				
im Haushaltsjahr 2027 bis zu.................................	570 T€				
im Haushaltsjahr 2028 bis zu.................................	570 T€				
im Haushaltsjahr 2029 bis zu.................................	570 T€				
im Haushaltsjahr 2030 bis zu.................................	570 T€				
im Haushaltsjahr 2031 bis zu.................................	570 T€				

11 Haushaltsvermerk / Hinweise zum Einzelplan

Haushaltsvermerk: - Ausgaben

1. Einsparungen bei folgenden Titeln: Epl. 11 mit Ausnahme der Titel 518 .2 dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: Kap. 1111 Tit. 981 07.

   Dies gilt in Fällen, in denen Bundesressorts im Rahmen von Ressortvereinbarungen für andere Bundesressorts tätig werden und Mittel vom abgebenden Ressort dem empfangenden Ressort für gleiche Zwecke im Wege der Verrechnung zur Verfügung gestellt werden (sog. "Einer-für-Alle-Fälle").

2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1111 Tit. 381 07.

   Dies gilt in Fällen, in denen Bundesressorts im Rahmen von Ressortvereinbarungen für andere Bundesressorts tätig werden und Mittel vom abgebenden Ressort dem empfangenden Ressort für gleiche Zwecke im Wege der Verrechnung zur Verfügung gestellt werden (sog. "Einer-für-Alle-Fälle").

Allgemeine Erläuterungen:

Ist-Angaben:

Die Ist-Ergebnisse der Einzeltitel sind kaufmännisch auf 1 000 € gerundet. Dadurch können bei Summenangaben Rundungsdifferenzen entstehen. Summenangaben können außerdem nicht durch Addition der gedruckten Titel errechnet werden, da in Vorjahren weggefallene Titel nur im Bundeshaushaltsplan 2014 abgedruckt werden, wenn bei diesen noch Ausgabereste bestehen.

Ausgabereste:

Die im Vorjahr verfügbaren Ausgabereste im nicht flexibilisierten Bereich sind kaufmännisch auf 1 000 € gerundet und einzeln bei dem jeweiligen Titel mit Stand Juli 2013 ausgewiesen. Die Inanspruchnahme dieser Ausgabereste muss grundsätzlich im jeweiligen Einzelplan durch Minderausgaben an anderer Stelle kassenmäßig eingespart werden. Ausgabereste bei den der Flexibilisierung gemäß § 5 Haushaltsgesetz 2014 (HG) unterliegenden Ansätzen werden lediglich in der Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben summarisch ausgewiesen. Für die Inanspruchnahme dieser Ausgabereste ist zentral Vorsorge getroffen und daher eine kassenmäßige Einsparung im gleichen Einzelplan grundsätzlich nicht erforderlich. Bei Summenangaben können Rundungsdifferenzen entstehen.

Flexibilisierung:

Die in die Regelung nach § 5 HG einbezogenen Ausgaben sind mit einem F vor der Titelnummer gekennzeichnet. Sie werden jeweils im hinteren Teil eines Kapitels im Anschluss an die nicht flexibilisierten Ausgabetitel entsprechend der Zuordnung nach § 5 HG in einer Zusammenstellung aufsummiert und sind danach einzeln aufgelistet. Neu in die Flexibilisierung einbezogene Titel sind dabei mit einem **F** hervorgehoben.

Personalausgaben:

Aufwandsentschädigungen und Besondere Personalausgaben werden gemäß der Übersicht, die nach dem letzten Kapitel des Einzelplans abgedruckt ist, veranschlagt.

Angewandte Kurse:

1 CHF = 0,81460 €.

Vorbemerkung

Wesentliche finanzwirksame Schwerpunkte des Kapitels

Für arbeitsmarktpolitische Leistungen und Programme stellt der Bund – zusätzlich zu den Mitteln der Bundesagentur für Arbeit (BA) – Finanzmittel in Höhe von insgesamt rd. 31,5 Mrd. Euro zur Verfügung. Davon entfallen rd. 31,4 Mrd. Euro auf die Leistungen der **Grundsicherung für Arbeitsuchende** (Tgr. 01). Hierbei bilden die Ausgaben für Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts, nämlich das Arbeitslosengeld II (Titel 681 12), das die Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung einschließt, mit 19,5 Mrd. Euro und die Beteiligung des Bundes an den Leistungen für Unterkunft und Heizung (Titel 632 11) mit 3,9 Mrd. Euro die größten Ausgabenposten.

Für Leistungen zur **Eingliederung in Arbeit** (Titel 685 11) - einschließlich der Sonderprogramme des Bundes - und die Verwaltungskosten für die Durchführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Titel 636 13) stehen insgesamt 7,949 Mrd. Euro zur Verfügung.

Neben "klassischen" Eingliederungsleistungen nach dem Regelinstrumentarium des SGB II werden aus dem Gesamtbudget für Leistungen zur Eingliederung in Arbeit auch die im Rahmen der Eingliederung anfallenden Ausgaben für Sonderprogramme des Bundes getragen:

1. In der dritten Programmphase des seit 2005 laufenden Bundesprogramms „Perspektive 50plus" werden **Beschäftigungspakte für Ältere** mit 350 Mio. Euro gefördert, die mit ihren Netzwerken und innovativen, an die regionalen Besonderheiten angepassten Ansätzen zur Wiedereingliederung älterer Langzeitarbeitsloser beitragen.
2. Mit den bis zum 31. Dezember 2014 laufenden **Modellprojekten "Bürgerarbeit"** und Bundesmitteln in Höhe von 150 Mio. Euro erprobt das Bundesministerium für Arbeit und Soziales einen neuen Ansatz zur Integration arbeitsloser erwerbsfähiger Leistungsberechtigter mit multiplen Vermittlungshemmnissen.
3. Mit dem **Bundesprogramm für arbeitsmarktferne Langzeitarbeitslose** und Bundesmitteln in Höhe von 10 Mio. Euro sollen für Leistungsbezieher im SGB II Perspektiven einer beruflichen Eingliederung in den allgemeinen Arbeitsmarkt geschaffen werden.

In Umsetzung eines Auftrags aus der Koalitionsvereinbarung dürfen bei den Leistungen zur Eingliederung in Arbeit Ausgabereste bis zur Höhe von 350 Mio. Euro zu Lasten aller Einzelpläne in Anspruch genommen werden.

Von den vorgesehenen zusätzlichen Mitteln für Bildungsmaßnahmen sind 107 Mio. Euro im Titel 681 21 bei Tgr. 02 veranschlagt. Die Schwerpunkte liegen hierbei neben der Kofinanzierung der Berufseinstiegsbegleitung auf dem **Sonderprogramm zur „Förderung der beruflichen Mobilität von ausbildungsinteressierten Jugendlichen und arbeitslosen jungen Fachkräften aus Europa“ (MobiPro-EU).** Für dieses Sonderprogramm werden für den Zeitraum 2014 bis 2018 Haushaltsmittel in Höhe von 359 Mio. Euro zur Verfügung gestellt, davon 48 Mio. Euro im Jahr 2014.

Wesentliche Ziele, die mit den veranschlagten Mitteln erreicht werden sollen

Die Leistungen der **Grundsicherung für Arbeitsuchende** nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch sollen es Leistungsberechtigten ermöglichen, ein menschenwürdiges Leben zu führen und diese bei der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit unterstützen. Ziel ist, Hilfebedürftigkeit zu vermeiden oder zu beseitigen, die Dauer der Hilfebedürftigkeit zu verkürzen oder den Umfang der Hilfebedürftigkeit zu verringern. Es sollen Anreize zur Aufnahme und Ausübung einer Erwerbstätigkeit geschaffen und Maßnahmen ergriffen werden, um die Erwerbsfähigkeit zu erhalten, zu verbessern oder wieder herzustellen. Im Jahr 2012 sank so die Zahl der Bedarfsgemeinschaften jahresdurchschnittlich um knapp 100 Tausend auf rd. 3,3 Millionen gegenüber dem Vorjahr.

Die Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende unterstützen erwerbsfähige Leistungsberechtigte umfassend mit dem Ziel der dauerhaften **Eingliederung in Arbeit.** Durch den flexiblen und bedarfsorientierten Einsatz der arbeitsmarktpolitischen Instrumente wird eine passgenaue Unterstützung ermöglicht, die das persönliche Leistungsvermögen der Ausbildung- und Arbeitsuchenden und die Anforderungen des regionalen Arbeitsmarktes besser in Einklang bringt. Hierzu gehören neben Leistungen der Beratung und Vermittlung auch Leistungen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung, zur Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung sowie zur Berufsausbildung und beruflichen Weiterbildung.

Mit dem Bundesprogramm „Perspektive 50plus“ werden derzeit 78 regionale **Beschäftigungspakte für Ältere** bei der Eingliederung erwerbsfähiger Langzeitarbeitsloser über 50 Jahre unterstützt. Im Jahr 2012 konnten rund 31 Prozent der etwa 530 000 Betroffenen angesprochen und mit zahlreichen qualifizierten Maßnahmen unterstützt werden. Dadurch sind mehr als 63 000 Männer und Frauen wieder in Beschäftigung gekommen.

Mit den **Modellprojekten „Bürgerarbeit“** wird ein neuer Ansatz zur Integration arbeitsloser erwerbsfähiger Leistungsberechtigter mit multiplen Vermittlungshemmnissen erprobt und begleitend evaluiert. Wer auf einen Bürgerarbeitsplatz vermittelt wurde, schließt mit dem Arbeitgeber ein reguläres sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis für maximal drei Jahre und wird während der Beschäftigungsphase mit einem begleitenden Coaching unterstützt. Insgesamt sind 33 169 Bürgerarbeitsplätze bewilligt worden.

Mit dem **Sonderprogramm zur „Förderung der beruflichen Mobilität von ausbildungsinteressierten Jugendlichen und arbeitslosen jungen Fachkräften aus Europa“ (MobiPro-EU)** soll ein Beitrag zur Solidarität mit den von hoher Jugendarbeitslosigkeit betroffenen Ländern in Europa geleistet und es sollen auch Fachkräfte für Deutschland gewonnen werden. Ziel ist, Hemmnisse zu überwinden, die den Einstellungsprozess sowie eine erfolgreiche Beschäftigung in Deutschland erschweren können (z. B. Finanzierung von

1101 Leistungen nach dem Zweiten und Dritten Buch Sozialgesetzbuch und gleichartige Leistungen

Deutschsprachkursen, Reisekostenpauschalen, Zuschüsse zum Lebensunterhalt für Auszubildende, sozial- und berufspädagogische Begleitung).

Überblick zum Kapitel 1101	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen..	10 000	8 500	+1 500		14 198
Übrige Einnahmen..	-	-250 000	+250 000		3 822 052
Gesamteinnahmen..	10 000	-241 500	+251 500		3 836 250
Ausgaben					
Sächliche Verwaltungsausgaben...........................	12 000	12 900	-900	1 500	8 373
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	31 481 100	31 726 900	-245 800	585 875	39 025 313
Ausgaben für Investitionen.....................................	-	-	-		-
Gesamtausgaben...	31 493 100	31 739 800	-246 700	587 375	39 033 686
davon nicht flexibilisiert..	31 493 100	31 739 800	-246 700	587 375	39 033 686
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung...................................	2 274 500 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.................................	1 420 900 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.................................	614 500 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.................................	164 100 T€				
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.................................	50 000 T€				
im Haushaltsjahr 2019 bis zu.................................	10 000 T€				
im Haushaltsjahr 2020 bis zu.................................	5 000 T€				
im Haushaltsjahr 2021 bis zu.................................	5 000 T€				
im Haushaltsjahr 2022 bis zu.................................	5 000 T€				

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

119 99 -253	Vermischte Einnahmen	10 000	8 500	14 198

Haushaltsvermerk:

Ausgaben zu Nr. 1 und 2 der Erläuterungen dürfen von den Einnahmen abgesetzt werden.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Einnahmen aus der ehemaligen Arbeitslosenhilfe	7 500
2. Einnahmen aus der ehemaligen Eingliederungshilfe	-
3. Sonstige Einnahmen	2 500
Zusammen	10 000

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1112 Tit. 119 99	8 500	14 198

Ausgaben

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)

683 04 -693	Erstattung von Sozialversicherungsbeiträgen bei Kurzarbeit im Hochwassergebiet 2013 (Restabwicklung)	100		

Haushaltsvermerk:

Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: Kap. 1110 Tit. 636 01.

684 01 -253	Berufliche Integration und Beratung von Zuwanderern	25 000	7 000 *571*	6 729

Verpflichtungsermächtigung ... 12 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu ... 4 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu ... 4 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu ... 4 000 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Einnahmen aus Rückerstattungen von Maßnahmekosten sowie Zinsen fließen den Ausgaben zu.
3. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

1101 Leistungen nach dem Zweiten und Dritten Buch Sozialgesetzbuch und gleichartige Leistungen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 684 01

Erläuterungen:

	2014 1 000 €	2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4
1. Maßnahmen zur beruflichen Integration	24 900	6 900	6 715
2. Schulung der Beraterinnen und Berater der Bundesagentur für Arbeit nach § 7 RückHG	100	100	14
Zusammen	25 000	7 000	6 729

Die Ausgaben dienen dem Ziel, die berufliche Integration von Personen mit Migrationshintergrund und einem auf Dauer angelegten Aufenthaltsstatus in Deutschland zu verbessern. Aus dem Ansatz dürfen auch Ausgaben geleistet werden, die nach Art. 1 § 7 des Gesetzes zur Förderung der Rückkehrbereitschaft von Ausländerinnen und Ausländern bei der Beratung von rückkehrwilligen Ausländerinnen und Ausländern entstehen.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1112 Tit. 684 01	7 000	6 729

Titelgruppe 01

Tgr. 01	Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende	(31 361 000)	(31 625 800) *(586 804)*	

Haushaltsvermerk:

Beiträge Dritter und Rückeinnahmen sowie Zinsen fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Nach § 46 Abs. 1 Satz 1 SGB II trägt der Bund die Aufwendungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende einschließlich der Verwaltungskosten, soweit die Leistungen von der Bundesagentur für Arbeit erbracht werden. Dies gilt auch, soweit die Aufgaben von zugelassenen kommunalen Trägern (§ 6b SGB II) wahrgenommen werden. Bei den Leistungen handelt es sich um Leistungen zur Eingliederung in Arbeit und um Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten und der mit ihnen in einer Bedarfsgemeinschaft lebenden Personen.

544 11 -253	Forschung, Untersuchungen und Ähnliches	12 000	12 900 *1 500*	8 373

Verpflichtungsermächtigung .... 6 600 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 2 500 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 2 200 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu .... 1 900 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, **dass Forschungs- und Kongressberichte beschafft und dass diese sowie Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.**

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für die Wirkungsforschung im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende (§ 55 SGB II), die Ausgaben für die Evaluation der Modellprojekte "Bürgerarbeit" sowie die Beteiligung an der PIAAC Studie des BMBF.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 544 11 (Titelgruppe 01)

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1112 Tit. 544 11	12 900	8 373

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
632 11 -252	Beteiligung des Bundes an den Leistungen für Unterkunft und Heizung	3 900 000	4 700 000	4 838 414

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 681 12.

Erläuterungen:

Nach § 46 Abs. 5 SGB II beteiligt sich der Bund mit durchschnittlich 28,2 Prozent an den Leistungen für Unterkunft und Heizung nach § 22 Abs. 1 SGB II. Der Beteiligungssatz erhöht sich um einen Wert in Prozentpunkten infolge des finanziellen Ausgleichs der kommunalen Ausgaben für die Leistungen für Bildung und Teilhabe nach § 28 SGB II sowie in den Fällen des Bezugs von Kinderzuschlag und Wohngeld (§ 46 Abs. 6 SGB II). Dieser Wert wird durch Rechtsverordnung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales mit Zustimmung des Bundesrates festgelegt.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1112 Tit. 632 11	4 700 000	4 838 414

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
636 13 -259	Verwaltungskosten für die Durchführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende	4 046 000	4 049 900	4 209 093

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Die Ausgaben sind mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 685 11.
3. Die Erläuterungen zu Nr. 2 sind verbindlich.
4. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

Erläuterungen:

1. Soweit die Durchführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende durch die Bundesagentur für Arbeit (BA) erfolgt, erstattet der Bund der BA die anfallenden Verwaltungskosten (§ 46 Abs. 1 SGB II). Hierunter fallen auch die Verwaltungskosten für die zugelassenen kommunalen Träger (§ 6b SGB II). Zu den Verwaltungskosten gehören auch Aufwendungen für die technische, fachliche und konzeptionelle Betreuung des "SGBII-Online-Portals", die Datenerhebung und -verarbeitung, den Datenabgleich und die Statistik nach §§ 48a, 51b, 52 Abs. 4 und nach § 53 SGB II.

   Aus dem Ansatz werden auch die Ausgaben für den Dienstleister und die kommunikative Begleitung der Umsetzung (regionale und überregionale Netzwerkveranstaltungen) im Rahmen der Beschäftigungspakte in den Regionen in Höhe von bis zu 3,2 Mio. € getragen.
2. Zur Erreichung eines maximal zehnprozentigen Befristungsanteils hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales im Rahmen seiner Aufsicht gegenüber der Bundesagentur für Arbeit sicherzustellen, dass die Anzahl der in Umsetzung des SGB II in den gemeinsamen Einrichtungen mit befristetem Arbeitsvertrag beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Jahresdurchschnitt 2014 die Zahl von 2 900 nicht überschreitet. Diese Obergrenze darf um maximal 1 500 überschritten werden, um dauerhaft ausgeschiedenes kommunales Personal in den gemeinsamen Einrichtungen durch Personal der Bundesagentur für Arbeit zu ersetzen. Die Obergrenze darf um maximal weite-

1101 Leistungen nach dem Zweiten und Dritten Buch Sozialgesetzbuch und gleichartige Leistungen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 636 13 (Titelgruppe 01)

re 800 überschritten werden, wenn nicht in ausreichendem Umfang kommunales Personal für die Umsetzung der Bildungs- und Teilhabeleistungen in den dafür zuständigen gemeinsamen Einrichtungen zur Verfügung steht und daher dafür zusätzliches Personal der Bundesagentur für Arbeit notwendig wird. Im Übrigen bedarf eine Überschreitung der Obergrenze der vorherigen Zustimmung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1112 Tit. 636 13	4 049 900	4 209 093

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
681 12 -251	Arbeitslosengeld II	19 500 000	18 960 000	18 951 336

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 632 11.

Erläuterungen:

Erwerbsfähige Leistungsberechtigte erhalten nach § 19 SGB II als Arbeitslosengeld II Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts einschließlich der angemessenen Kosten für Unterkunft und Heizung. Des Weiteren fallen hierunter auch das Sozialgeld für nicht erwerbsfähige Angehörige, die mit erwerbsfähigen Leistungsberechtigten in Bedarfsgemeinschaft leben. Darüber hinaus werden für Bezieher von Arbeitslosengeld II Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung gezahlt. Die Leistungen für Unterkunft und Heizung und Bildung und Teilhabe werden durch die kommunalen Träger erbracht.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1112 Tit. 681 12	18 960 000	18 951 336

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
685 11 -253	Leistungen zur Eingliederung in Arbeit	3 903 000	3 900 000 *585 304*	3 751 175

Verpflichtungsermächtigung.. 2 225 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 1 400 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 600 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 150 000 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.. 50 000 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu.. 10 000 T€
im Haushaltsjahr 2020 bis zu.. 5 000 T€
im Haushaltsjahr 2021 bis zu.. 5 000 T€
im Haushaltsjahr 2022 bis zu.. 5 000 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben **zu Nr. 2.1, 2.2, 2.3 und 2.4 der Erläuterungen** sind übertragbar.
2. Mehrausgaben **zu Nr. 2.5 der Erläuterungen** dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1106 Tit. 686 12.
3. Die Ausgaben sind mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 636 13.
4. Mehrausgaben **zu Nr. 2.5 der Erläuterungen** dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1106 Tit. 272 02.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 685 11 (Titelgruppe 01):

Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.

5. **Die Erläuterungen zu Nr. 1 sind verbindlich.**

Erläuterungen:

1. Zu Lasten aller Einzelpläne dürfen Ausgabereste bis zur Höhe von 350 000 T€ in Anspruch genommen werden. Damit soll - in Umsetzung eines Auftrags aus der Koalitionsvereinbarung - für das Jahr 2014 dazu beigetragen werden, dass der Mitteleinsatz für die Eingliederung Arbeitsuchender in den Jahren 2014 bis 2017 um insgesamt 1,4 Mrd. € angehoben wird.
2. Leistungen zur Eingliederung für erwerbsfähige Leistungsberechtigte nach dem SGB II, mit Ausnahme der Eingliederungsleistungen nach § 16a SGB II; für diese Leistungen liegt die Zuständigkeit bei den kommunalen Trägern. Die im Rahmen der Eingliederung anfallenden Ausgaben für das Bundesprogramm Beschäftigungspakte für Ältere und für die Modellprojekte "Bürgerarbeit" sowie für das Bundesprogramm für arbeitsmarktferne langzeitarbeitslose Leistungsberechtigte im SGB II werden ebenfalls aus dem Ansatz getragen.

Bezeichnung	1 000 €
2.1 Leistungen zur Eingliederung nach dem SGB II	3 393 000
2.2 Bundesprogramm Beschäftigungspakte für Ältere	350 000
2.3 Modellprojekte "Bürgerarbeit"	150 000
2.4 Bundesprogramm für arbeitsmarktferne Langzeitarbeitslose	10 000
2.5 Mittel des Europäischen Sozialfonds für das Bundesprogramm Kommunal-Kombi, für die Modellprojekte "Bürgerarbeit" sowie für das Bundesprogramm für arbeitsmarktferne langzeitarbeitslose Leistungsberechtigte im SGB II	-
Zusammen	3 903 000

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1112 Tit. 681 13	3 000	2 564
Kap. 1112 Tit. 685 11	3 900 000	3 751 175
Zusammen	3 903 000	3 753 739

Titelgruppe 02

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Tgr. 02	Darlehen und sonstige Leistungen an die Bundesagentur für Arbeit	(107 000)	(107 000)	
681 21 -253	Zusätzliche Mittel für Bildungsmaßnahmen	107 000	107 000	28 000

Verpflichtungsermächtigung .... 30 900 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 14 400 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 8 300 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu .... 8 200 T€

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1112 Tit. 681 31	107 000	28 000

1101 Leistungen nach dem Zweiten und Dritten Buch Sozialgesetzbuch und gleichartige Leistungen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 02

856 21 -225	Unterjährige Liquiditätshilfen an die Bundesagentur für Arbeit	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Rückzahlungen fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Nach § 364 SGB III gewährt der Bund der Bundesagentur für Arbeit zur Aufrechterhaltung einer ordnungsgemäßen Kassenwirtschaft Liquiditätshilfen als zinslose Darlehen, wenn die Mittel der Bundesagentur zur Erfüllung der Zahlungsverpflichtungen nicht ausreichen. Das Haushaltsgesetz 2014 enthält hierfür einen Finanzrahmen von bis zu 8 Mrd. €. Die Darlehen sind zurückzuzahlen, sobald und soweit am Ende eines Tages die Einnahmen die Ausgaben übersteigen. Können Liquiditätshilfen des Bundes zum Schluss des Haushaltsjahres durch die Bundesagentur nicht zurückgezahlt werden, gilt die Rückzahlung als bis zum Schluss des folgenden Haushaltsjahres gestundet (§ 365 SGB III).

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1112 Tit. 856 31	-	-

856 22 -225	Überjähriges Darlehen an die Bundesagentur für Arbeit	-	-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1112 Tit. 856 32	-	-

Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel

216 02 -253	Eingliederungsbeitrag der Bundesagentur für Arbeit		-250 000	3 822 052

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1112 Tit. 216 02	-250 000	3 822 052

681 13 -253	Zusätzliche Mittel für Bildungsmaßnahmen im Rahmen des 12 Mrd. €-Programms für Bildung und Forschung		3 000	2 564

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1112 Tit. 681 13	3 000	2 564

Vorbemerkung

Wesentliche finanzwirksame Schwerpunkte des Kapitels

Das Kapitel 1102 umfasst ein Finanzvolumen von insgesamt rd. 88,5 Mrd. Euro. Davon entfallen rd. 83,0 Mrd. Euro auf **Leistungen an die Rentenversicherung** (Tgr. 01) und rd. 5,5 Mrd. Euro auf die **Beteiligung des Bundes an der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung** (Titel 632 01).

Bei den Leistungen an die Rentenversicherung bilden die Zuschüsse des Bundes an die allgemeine Rentenversicherung sowie die Beitragszahlungen für Kindererziehungszeiten an die allgemeine Rentenversicherung die größten Ausgabenposten: der Zuschuss des Bundes an die allgemeine Rentenversicherung (Titel 636 81) mit rd. 31,1 Mrd. Euro, der Zuschuss des Bundes an die allgemeine Rentenversicherung im Beitrittsgebiet (Titel 636 82) mit rd. 8,7 Mrd. Euro, der Zusätzliche Zuschuss des Bundes an die allgemeine Rentenversicherung (Titel 636 83) mit rd. 21,5 Mrd. Euro und die Beitragszahlungen für Kindererziehungszeiten an die allgemeine Rentenversicherung (Titel 636 84) mit rd. 11,9 Mrd. Euro.

Der Bund erstattet der Deutschen Rentenversicherung Bund zudem die Aufwendungen sowie Verwaltungskosten aufgrund der Überführung der in den Zusatzversorgungssystemen der ehemaligen DDR erworbenen Ansprüche (Titel 636 12) in Höhe von rd. 3,0 Mrd. Euro und erhält im Gegenzug von den Ländern im Beitrittsgebiet eine anteilige Erstattung an diesen ihm entstehenden Aufwendungen (Einnahmetitel 232 01) in Höhe von rd. 1,7 Mrd. Euro.

Schließlich leistet der Bund Zuschüsse zu den Beiträgen zur Rentenversicherung der in Werkstätten und Integrationsprojekten beschäftigten behinderten Menschen (Titel 636 85) in Höhe von knapp 1,2 Mrd. Euro, indem er insbesondere die - von den Trägern der Einrichtungen für die im Arbeitsbereich tätigen behinderten Menschen getragenen - Beiträge zur Rentenversicherung erstattet, die auf den Unterschiedsbetrag zwischen dem tatsächlichen Arbeitsentgelt und 80 Prozent der Bezugsgröße entfallen.

Mit der Beteiligung des Bundes in der knappschaftlichen Rentenversicherung (Titel 636 16) in Höhe von rd. 5,4 Mrd. Euro wird der Unterschiedsbetrag zwischen den Einnahmen und Ausgaben des Kalenderjahres gedeckt (Defizithaftung nach § 215 SGB VI).

Wesentliche Ziele, die mit den veranschlagten Mitteln erreicht werden sollen

Die Finanzierung der Rentenversicherung beruht im Wesentlichen auf zwei Grundlagen: den Beiträgen, die im Falle der gegen Arbeitsentgelt beschäftigten Arbeitnehmern jeweils hälftig von Arbeitnehmern und Arbeitgebern getragen werden, und den Zuschüssen aus dem Bundeshaushalt **(Leistungen an die Rentenversicherung).** Die Bundeszuschüsse zeichnen sich in Abgrenzung zu den Beitragszahlungen und Erstattungen des Bundes durch eine Multifunktionalität aus. An erster Stelle gewährleistet der Bund mit der allgemeinen Sicherungsfunktion der Bundeszuschüsse die dauerhafte Funktions- und Leistungsfähigkeit der gesetzlichen Rentenversicherung, auch unter sich verändernden ökonomischen und demografischen Rahmenbedingungen. Darüber hinaus dienen die Bundeszuschüsse auch dem pauschalen Ausgleich der Aufwendungen der Rentenversicherung für gesamtgesellschaftliche Aufgaben; sie schützen damit die Beitragszahlerinnen und Beitragszahler vor übermäßiger Belastung (Ausgleichs- und Entlastungsfunktion). Durch die Defizithaftung des Bundes wird die dauernde Leistungsfähigkeit der knappschaftlichen Rentenversicherung sichergestellt.

Neben den Zuschüssen zahlt der Bund seit dem 1. Juni 1999 Beiträge in pauschaler Form für Zeiten der Kindererziehung. Die Berechtigten werden dabei so gestellt, als würden sie jeweils das Durchschnittseinkommen aller Versicherten im Jahr verdienen und auf dieser Basis Beiträge zahlen. Insgesamt - Zuschüsse und Beiträge für Kindererziehungszeiten - kommt knapp ein Drittel der Einnahmen der Rentenversicherung aus dem Bundeshaushalt.

Der Zweck von **Grundsicherungsleistungen im Alter und bei Erwerbsminderung** besteht darin, für alte und für dauerhaft voll erwerbsgeminderte Menschen eine eigenständige soziale Leistung vorzusehen, die den grundlegenden Bedarf für den Lebensunterhalt sicherstellt. Diese Leistung ist bedarfsorientiert, greift also nur dann, wenn das eigene Einkommen und Vermögen der Leistungsberechtigten nicht ausreicht, um den existenznotwendigen Bedarf abzudecken. Mit der in der Gemeindefinanzkommission vorbereiteten und im Rahmen des Vermittlungsausschussverfahrens zum Gesetz zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch vereinbarten vollen Erstattung der Nettoausgaben in der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung - ab dem Jahr 2014 zu 100 Prozent, im Jahr 2013 noch zu 75 Prozent - entlastet der Bund die für die Ausführung der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zuständigen Träger - in der Regel die Kommunen - von Sozialausgaben in beachtlicher Höhe. Insgesamt trägt das vielfältige finanzielle Engagement des Bundes zugunsten der Kommunen maßgeblich dazu bei, dass sich die kommunale Finanzsituation derzeit wieder günstiger darstellt und auch noch weiter verbessern wird. Darüber hinaus erstattet der Bund der Deutschen Rentenversicherung Bund die Gutachtenkosten im Zusammenhang mit der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung.

1102 Rentenversicherung und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Überblick zum Kapitel 1102	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen..	100	100	-		18
Übrige Einnahmen...	1 740 000	1 710 000	+30 000		1 668 881
Gesamteinnahmen...	1 740 100	1 710 100	+30 000		1 668 899
Ausgaben					
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	88 466 157	85 048 342	+3 417 815		83 234 895
Ausgaben für Investitionen.....................................	-	-	-		-
Gesamtausgaben..	88 466 157	85 048 342	+3 417 815		83 234 895
davon nicht flexibilisiert..	88 466 157	85 048 342	+3 417 815		83 234 895

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

119 99 -223	Vermischte Einnahmen	100	100	18

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1113 Tit. 119 99	100	18

Übrige Einnahmen

176 01 -221	Rückflüsse aus Betriebsmitteldarlehen des Bundes an die Träger der allgemeinen Rentenversicherung	-	-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1113 Tit. 176 01	-	-

232 01 -229	Erstattungen für Aufwendungen aufgrund der Überführung von Zusatzversorgungssystemen in die Rentenversicherung	1 740 000	1 710 000	1 668 881

Erläuterungen:

Die dem Bund durch die Erstattung entstehenden Aufwendungen werden ihm gemäß § 15 Abs. 2 AAÜG in Höhe von 60 Prozent der Aufwendungen für die Zusatzversorgungssysteme nach Anl. 1 Nrn. 1 - 22 zum AAÜG von den Ländern im Beitrittsgebiet erstattet. Ausgaben des Bundes zur Erstattung von Aufwendungen der Deutschen Rentenversicherung Bund sind bei Kap. 1102 Tit. 636 12 veranschlagt.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1113 Tit. 232 01	1 710 000	1 668 881

Ausgaben

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)

632 01 -282	Beteiligung des Bundes an der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	5 493 000	3 885 000	1 850 003

Erläuterungen:

Der Bund beteiligt sich nach § 46a SGB XII zweckgebunden an den Ausgaben der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem Vierten Kapitel des SGB XII.

Über die Bundesbeteiligung trug der Bund im Jahr 2012 einen Anteil von 45 Prozent der Nettoausgaben des Vorvorjahres.

1102 Rentenversicherung und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 632 01

Infolge des Gesetzes zur Änderung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch vom 20. Dezember 2012, das zum 1. Januar 2013 in Kraft getreten ist, erstattet gemäß § 46a SGB XII der Bund den Ländern im Jahr 2013 einen Anteil von 75 Prozent und ab dem Jahr 2014 jeweils einen Anteil von 100 Prozent der im jeweiligen Kalenderjahr den zuständigen Trägern entstandenen Nettoausgaben für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1113 Tit. 632 01	3 885 000	1 850 003

Mehr wegen Anpassung an den Bedarf.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
636 02 -221	Erstattung an die Deutsche Rentenversicherung Bund für Gutachtenkosten im Zusammenhang mit der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	5 000	5 000	3 878

Erläuterungen:

Der Bund erstattet der Deutschen Rentenversicherung Bund ab 2010 gemäß § 224b SGB VI die Kosten und Auslagen, die den Trägern der Rentenversicherung durch die Wahrnehmung ihrer Aufgaben nach § 109a Abs. 2 und 3 SGB VI für das vorangegangene Jahr entstanden sind.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1113 Tit. 636 02	5 000	3 878

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
636 03 -221	Kosten der Nachversicherung gem. Art. 6 §§ 19 und 23 des Fremdrenten- und Auslandsrenten-Neuregelungsgesetzes	250	300	350

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 636 04.

Erläuterungen:

Nach Art. 6 §§ 19 und 23 FANG gelten bestimmte Personengruppen in der gesetzlichen Rentenversicherung als nachversichert. Der Bund erstattet den Versicherungsträgern im Versicherungsfall die Leistungen, die auf die Zeiten entfallen, für welche die Nachversicherung als durchgeführt gilt.

Weitere Ausgaben für die Nachversicherung gemäß Art. 6 FANG sind bei Kap. 0801 Tit. 636 33 veranschlagt.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1113 Tit. 636 03	300	350

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
636 04 -221	Kosten der Nachversicherung gem. §§ 23 und 23a des Gesetzes zur Regelung der Verbindlichkeiten nationalsozialistischer Einrichtungen und der Rechtsverhältnisse an deren Vermögen	1 100	1 400	1 727

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 636 03.

Erläuterungen:

Nach §§ 20 Abs. 1 und 23a Abs. 1 NSVerbG gelten die dort bezeichneten Personengruppen für bestimmte Zeiträume in der gesetzlichen Rentenversicherung als nachversichert. Die auf diese Zeiten entfallenden Leistungen werden den Trägern der gesetzlichen Rentenversicherung nach §§ 23 und 23a NSVerbG vom Bund erstattet. Ferner werden die für die Durchführung der Nachversicherung anfallenden Verwaltungskosten entsprechend der Regelung nach § 72 Abs. 11 G 131

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 636 04

i. V. m. § 2 Abs. 2 DKfAG pauschal in Höhe von 1,1 Prozent der anteiligen Leistungen erstattet. Weitere Ausgaben für Leistungen nach dem NSVerbG sind bei Kap. 0801 Tit. 681 36 veranschlagt.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1113 Tit. 636 04	1 400	1 727

Titelgruppe 01

Tgr. 01	Leistungen an die Rentenversicherung (RV)	(82 966 807)	(81 156 642)	
636 12 -229	Erstattung von Aufwendungen der Deutschen Rentenversicherung Bund aufgrund der Überführung von Zusatzversorgungssystemen in die RV	3 030 000	2 975 000	2 908 909

Haushaltsvermerk:

Einnahmen aus Verwaltungskostenrückerstattungen fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Gemäß § 15 AAÜG werden der Deutschen Rentenversicherung Bund die Aufwendungen einschließlich der Verwaltungskosten erstattet, die ihr aufgrund der Überführung der in den Zusatzversorgungssystemen erworbenen Ansprüche entstehen. Die Einzelheiten hierzu sind in der AAÜG-Erstattungsverordnung geregelt.

Aus den Ausgaben dürfen auch erstattet werden:

1. Aufgrund der in § 5 des Gesetzes zur Gleichstellung mit Zusatzversorgungssystemen des Beitrittsgebietes (ZVsG) vorgesehenen Anwendbarkeit des § 15 AAÜG: Aufwendungen der Deutschen Rentenversicherung Bund für Leistungen aus dem den Zusatzversorgungssystemen gleichgestellten Pensionsstatut der Carl-Zeiss-Stiftung Jena;
2. Aufwendungen des ehemaligen Versorgungsträgers für das Zusatzversorgungssystem Nr. 27 der Anlage 1 AAÜG, die diesem vor der Übertragung der Versorgungsträgereigenschaft auf die Deutsche Rentenversicherung Bund entstanden sind.

Einnahmen des Bundes aus Erstattungen sind bei Kap. 1102 Tit. 232 01 veranschlagt.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1113 Tit. 636 22	2 975 000	2 908 909

636 14 -221	Erstattung von Invalidenrenten und Aufwendungen für Pflichtbeitragszeiten bei Erwerbsunfähigkeit im Beitrittsgebiet	101 000	102 000	102 376

Erläuterungen:

Gemäß § 291a SGB VI erstattet der Bund den Trägern der Rentenversicherung und der Unfallversicherung die Aufwendungen für die Zahlung von Invalidenrenten für Behinderte gemäß § 10 des Übergangsrechts für Renten nach den Vorschriften des Beitrittsgebiets sowie für Rententeile aus der Anrechnung von dort zurückgelegten Pflichtbeitragszeiten bei Erwerbsunfähigkeit in der Zeit vom 1. Juli 1975 bis zum 31. Dezember 1991.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1113 Tit. 636 24	102 000	102 376

1102 Rentenversicherung und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 01

636 16 -222	Beteiligung des Bundes in der knappschaftlichen Rentenversicherung	5 400 000	5 450 000	5 546 283

Haushaltsvermerk:

Einnahmen aus Rückerstattungen fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Gemäß § 215 SGB VI trägt der Bund in der knappschaftlichen Rentenversicherung den Unterschiedsbetrag zwischen den Einnahmen und den Ausgaben des Kalenderjahres; er stellt hiermit zugleich deren dauernde Leistungsfähigkeit sicher.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1113 Tit. 636 26	5 450 000	5 546 283

636 17 -222	Beteiligung des Bundes an der hüttenknappschaftlichen Zusatzversicherung	64 000	64 000	62 403

Haushaltsvermerk:

Einnahmen aus Rückerstattungen fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Der Betrag dient zur Deckung der Kosten aus der Übernahme der Defizitdeckung für die umlagefinanzierte hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung durch den Bund.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1113 Tit. 636 27	64 000	62 403

636 81 -221	Zuschuss des Bundes an die allgemeine Rentenversicherung	31 138 302	30 493 773	31 569 893

Haushaltsvermerk:

Einnahmen aus Rückerstattungen, insbesondere durch vorzeitiges Auszahlen von Bundesmitteln, fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Gemäß § 213 Abs. 2 SGB VI ändert sich der Zuschuss des Bundes zu den Ausgaben der allgemeinen Rentenversicherung (Bundeszuschuss) im jeweils folgenden Kalenderjahr in dem Verhältnis, in dem die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmerin und Arbeitnehmer im vergangenen Kalenderjahr zu den entsprechenden Bruttolöhnen und -gehältern im vorvergangenen Kalenderjahr stehen. Bei Veränderungen des Beitragssatzes ändert sich der Bundeszuschuss zusätzlich in dem Verhältnis, in dem der Beitragssatz des Jahres, für das er bestimmt wird, zum Beitragssatz des Vorjahres steht. Dabei ist jeweils der Beitragssatz zugrunde zu legen, der sich ohne Berücksichtigung des zusätzlichen Bundeszuschusses ergeben würde (Tit. 636 83).

Zusätzlich vermindert sich der Zuschuss des Bundes an die allgemeine Rentenversicherung um die in § 213 Abs. 2a SGB VI festgelegten Beträge.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1113 Tit. 636 81	30 493 773	31 569 893

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 01

636 82 -221	Zuschuss des Bundes an die allgemeine Rentenversicherung im Beitrittsgebiet	8 698 573	8 372 295	8 323 487

Haushaltsvermerk:

Einnahmen aus Rückerstattungen, insbesondere durch vorzeitiges Auszahlen von Bundesmitteln, fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Gemäß § 287e Abs. 2 SGB VI wird der Zuschuss des Bundes zu den Ausgaben der allgemeinen Rentenversicherung (Bundeszuschuss-Beitrittsgebiet), soweit sie für das Beitrittsgebiet zuständig ist, jeweils für ein Kalenderjahr in der Höhe geleistet, die sich ergibt, wenn die Rentenausgaben für dieses Kalenderjahr einschließlich der Aufwendungen für Kindererziehungsleistungen für Mütter der Geburtsjahrgänge vor 1927 und abzüglich erstatteter Aufwendungen für Renten und Rententeile mit dem Verhältnis vervielfältigt werden, in dem der Bundeszuschuss in der Bundesrepublik Deutschland ohne das Beitrittsgebiet zu den Rentenausgaben desselben Kalenderjahres einschließlich der Aufwendungen aus der Erbringung von Kindererziehungsleistungen für Mütter der Geburtsjahrgänge vor 1921 steht.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1113 Tit. 636 82	8 372 295	8 323 487

636 83 -221	Zusätzlicher Zuschuss des Bundes an die allgemeine Rentenversicherung	21 527 318	20 989 593	20 122 813

Haushaltsvermerk:

Einnahmen aus Rückerstattungen, insbesondere durch vorzeitiges Auszahlen von Bundesmitteln, fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Gemäß § 213 Abs. 3 SGB VI zahlt der Bund zur pauschalen Abgeltung nicht beitragsgedeckter Leistungen an die allgemeine Rentenversicherung in jedem Kalenderjahr einen zusätzlichen Bundeszuschuss.

Darüber hinaus werden ab dem Jahr 2000 durch den Bund im Rahmen des zusätzlichen Bundeszuschusses aus dem Aufkommen der Ökosteuer Erhöhungsbeträge entrichtet (§ 213 Abs. 4 SGB VI), die zu einer Senkung des Beitragssatzes in der allgemeinen Rentenversicherung beitragen sollen.

Für die Zahlung, Aufteilung und Abrechnung des zusätzlichen Bundeszuschusses sowie des Erhöhungsbetrages sind die Vorschriften über den Bundeszuschuss anzuwenden.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1113 Tit. 636 83	20 989 593	20 122 813

636 84 -221	Beitragszahlungen für Kindererziehungszeiten an die allgemeine Rentenversicherung	11 857 614	11 584 981	11 627 513

Haushaltsvermerk:

Einnahmen aus Rückerstattungen, insbesondere durch vorzeitiges Auszahlen von Bundesmitteln, fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

1. Der Bund trägt ab 1. Juni 1999 die Beiträge für Kindererziehungszeiten (§ 177 SGB VI).

   Die Beitragszahlung erfolgt in gleichen Monatsraten. Die Zahlung der Monatsrate wird in dem Monat fällig, für den sie bestimmt ist.

1102 Rentenversicherung und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 636 84 (Titelgruppe 01)

2. Für die Kalenderjahre nach 2000 verändert sich die Beitragszahlung für Kindererziehungszeiten im jeweils folgenden Kalenderjahr in dem Verhältnis,

2.1 in dem die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmerin und Arbeitnehmer im vergangenen Kalenderjahr zu den entsprechenden Bruttolöhnen und -gehältern im vorvergangenen Kalenderjahr stehen,

2.2 in dem bei Veränderungen des Beitragssatzes der Beitragssatz des Jahres, für das er bestimmt wird, zum Beitragssatz des laufenden Kalenderjahres steht,

2.3 in dem die Anzahl der unter Dreijährigen im vorvergangenen Kalenderjahr zur entsprechenden Anzahl der unter Dreijährigen in dem dem vorvergangenen vorausgehenden Kalenderjahr steht.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1113 Tit. 636 84	11 584 981	11 627 513

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
636 85 -221	Zuschüsse zu den Beiträgen zur Rentenversicherung der in Werkstätten und Integrationsprojekten beschäftigten behinderten Menschen	1 150 000	1 125 000	1 115 260

Haushaltsvermerk:

Einnahmen aus Rückerstattungen, die sich durch Abrechnungen der Länder ergeben, fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Gemäß § 162 Nr. 2 und 2a SGB VI werden die Beiträge zur Rentenversicherung der in Werkstätten oder in einem anschließenden Integrationsprojekt beschäftigten behinderten Menschen nach einem fiktiven Arbeitsentgelt errechnet. Die Beiträge für den Unterschiedsbetrag zwischen dem fiktiven und dem tatsächlichen Arbeitsentgelt sind gemäß § 168 Abs. 1 Nr. 2 SGB VI und § 168 Abs. 1 Nr. 2a SGB VI von den Trägern der Einrichtungen allein zu tragen. Sie sind gemäß § 179 Abs. 1 SGB VI vom Bund in voller Höhe zu erstatten.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1113 Tit. 636 85	1 125 000	1 115 260

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
856 11 -222	Betriebsmitteldarlehen an die knappschaftliche Rentenversicherung	-	-	-

Haushaltsvermerk:

1. Einnahmen aus der Tilgung von Betriebsmitteldarlehen fließen den Ausgaben zu.
2. Zur Überbrückung von Liquiditätsengpässen, die auf andere Weise nicht zu beheben sind, können unverzinsliche Betriebsmitteldarlehen bis zur Höhe von 40 903 T€ an die knappschaftliche Rentenversicherung gewährt werden. Sie sind zurückzuzahlen, sobald und soweit die Einnahmen eines Monats die Ausgaben übersteigen und dieser Überschuss voraussichtlich im nächsten Monat des laufenden Haushaltsjahres nicht zur Deckung der Ausgaben benötigt wird, spätestens jedoch zum Schluss des Haushaltsjahres.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1113 Tit. 856 21	-	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu Titelgruppe 01			
856 12 -221	Betriebsmitteldarlehen des Bundes an die Träger der allgemeinen Rentenversicherung	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Einnahmen aus der Tilgung von Betriebsmitteldarlehen fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1113 Tit. 856 22	-	-

1103 Soziale Entschädigung (Kriegsopferversorgung und -fürsorge sowie gleichartige Leistungen)

Vorbemerkung

Wesentliche finanzwirksame Schwerpunkte des Kapitels

Das Kapitel 1103 umfasst ein finanzielles Volumen in Höhe von insgesamt rd. 1,339 Mrd. € (Kriegsopferversorgung rd. 1,054 Mrd. €/Kriegsopferfürsorge rd. 0,285 Mrd. €). Davon im Wesentlichen:

1. 114,6 Mio. € für Erstattungen an die **Krankenkassen** nach §§ 19 und 20 des Gesetzes über die Versorgung der Opfer des Krieges (Bundesversorgungsgesetz - BVG)
2. rd. 1 Mrd. € für Leistungen nach dem BVG (Tgr. 01)
3. 65,7 Mio. € für Leistungen nach dem **Gesetz über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten (Opferentschädigungsgesetz - OEG)** (Tgr. 02)
4. 18,5 Mio. € für Leistungen nach dem Häftlingshilfegesetz (HHG) und dem Strafrechtlichen und Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG, VwRehaG) (Tgr. 03)
5. 3,3 Mio. € für Leistungen nach dem Gesetz über den Zivildienst der Kriegsdienstverweigerer (Zivildienstgesetz - ZDG) (Tgr. 04)
6. 91,3 Mio. € für Leistungen nach dem Soldatenversorgungsgesetz - SVG (Tgr. 05)

Wesentliche Ziele, die mit den veranschlagten Mitteln erreicht werden sollen

Erleidet jemand einen Gesundheitsschaden, für dessen Folgen die Gemeinschaft in besonderer Weise einzustehen hat, besteht ein Anspruch auf Leistungen der Sozialen Entschädigung. Sie sollen helfen, die gesundheitlichen und die oft auch damit verbundenen wirtschaftlichen Folgen der Schädigung zu beseitigen oder zumindest finanziell abzumildern. Die Leistungen richten sich nach dem **BVG.** In Anwendung dieses Gesetzes werden auch Leistungen für Opfer von Gewalttaten, Wehr- und Zivildienstbeschädigte, Impfgeschädigte sowie für Berechtigte nach dem HHG, dem StrRehaG und VwRehaG sowie für deren Angehörige bzw. Hinterbliebene erbracht.

Im Rahmen der Sozialen Entschädigung erstattet der Bund aus den Titeln 636 01 und 636 21 den **Krankenkassen** pauschal die Kosten für die Heil- und Krankenbehandlung nach §§ 19 und 20 BVG für die Versorgungsberechtigten nach dem BVG, dem HHG, ZDG sowie dem SVG. Ziel der Heil- und Krankenbehandlung ist u. a.:

1. die Behebung körperlicher Beschwerden; Erleichterung der Folgen der Schädigung/Behinderung
2. die Vermeidung, Überwindung, Minderung von Pflegebedürftigkeit
3. die Ermöglichung einer möglichst umfassenden Teilhabe am Leben in der Gesellschaft.

Im Bereich der **Entschädigung für Opfer von Gewalttaten** wurden u. a. Fördermaßnahmen zur Verbesserung der Wirkung und der qualitativen und bundesweit einheitlichen Umsetzung des OEG durch Zuwendungen für Modellvorhaben initiiert. Mit den Modellprojekten sollen verschiedene Formen der Soforthilfe erprobt und ihre Wirkung erfasst und analysiert werden. Darüber hinaus werden Fachtagungen durchgeführt (z. B. Werkstattgespräche, Workshops und Erfahrungsaustausche). Dies sind Maßnahmen zur Verbesserung des OEG und dienen der Information des BMAS mit dem Ziel, das Gesetz kontinuierlich auf Änderungsbedarf hin zu überprüfen.

Überblick zum Kapitel 1103	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	65 030	50	+64 980		1
Übrige Einnahmen	870	68 580	-67 710		55 543
Gesamteinnahmen	65 900	68 630	-2 730		55 544
Ausgaben					
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	1 338 430	1 458 170	-119 740		1 556 565
Ausgaben für Investitionen	650	700	-50		571
Gesamtausgaben	1 339 080	1 458 870	-119 790		1 557 136
davon nicht flexibilisiert	1 339 080	1 458 870	-119 790		1 557 136
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung	300 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu	150 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu	150 T€				

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

119 99 -241	Vermischte Einnahmen	65 030	50	1

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1110 Tit. 119 99	50	1
Kap. 1110 Tit. 232 02	67 500	54 763
Zusammen	67 550	54 764

Übrige Einnahmen

152 01 -241	Zinsen und Tilgung von Darlehen im Rahmen der Kriegsopferfürsorge und von entsprechenden Darlehen	800	1 000	723

Erläuterungen:

Tilgungsbeträge und Zinsen aus den im Rahmen des Tit. 852 01 vergebenen Darlehen.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1110 Tit. 152 01	1 000	723

286 01 -241	Erstattung von Versorgungsleistungen durch fremde Staaten aufgrund inter- und supranationaler Verträge und Übereinkommen	70	80	57

Erläuterungen:

Hier sind die Erstattungen aus den in den Erläuterungen zu Tit. 687 01 Nr. 2 bis 4 genannten Verträgen zu vereinnahmen.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1110 Tit. 286 01	80	57

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit Ausnahme folgender Titel: 684 02 und 685 04.

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)

632 01 -241	Heilbehandlung, Badekuren und Krankenbehandlung in versorgungseigenen Krankenanstalten sowie Badekuren in versorgungsfremden Kureinrichtungen	7 500	8 500	7 924

Haushaltsvermerk:

Einnahmen, insbesondere aus Erstattungen von Überzahlungen, fließen den Ausgaben zu.

1103 Soziale Entschädigung (Kriegsopferversorgung und -fürsorge sowie gleichartige Leistungen)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 632 01

Erläuterungen:

Der Bund trägt die Aufwendungen für die Heil- und Krankenbehandlung Versorgungsberechtigter im Wege der Erstattung nach den Bestimmungen der Erstattungsverordnung - KOV.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1110 Tit. 632 41	8 500	7 924

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
636 01 -241	Erstattungen an Krankenkassen nach §§ 19 und 20 des Bundesversorgungsgesetzes und an andere öffentlich-rechtliche Leistungsträger	114 550	120 000	109 127

Haushaltsvermerk:

Einnahmen, insbesondere aus Erstattungen von Überzahlungen, fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Die Erstattungsansprüche der Krankenkassen nach §§ 19, 20 BVG werden ab 1994 pauschal abgegolten. Grundlage für die Festsetzung des Pauschalbetrages eines Kalenderjahres ist die Erstattung des Vorjahres. Sie wird um den Vom-Hundert-Satz verändert, um die sich die Zahl der rentenberechtigten Beschädigten und Hinterbliebenen sowie die Ausgaben der Krankenkassen je Versichertem und Mitglied für einzelne Leistungsarten jährlich verändert haben.

Aus diesem Titel werden die Erstattungen für die Versorgungsberechtigten nach dem BVG, dem Häftlingshilfegesetz, Zivildienstgesetz sowie Soldatenversorgungsgesetz gezahlt.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1110 Tit. 636 41	120 000	109 127

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
671 01 -241	Durchführung der Versehrtenleibesübungen sowie Zuschüsse zur Förderung von Einrichtungen für Versehrtenleibesübungen für Kriegsbeschädigte	410	460	438

Haushaltsvermerk:

Einnahmen, insbesondere aus der Erstattung von in unberechtigter Höhe abgerufener Beiträge, fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Nach § 10 BVG haben alle Beschädigten einen Anspruch auf Teilnahme an Versehrtenleibesübungen. Den Trägern des Versehrtensports werden die Kosten für die Durchführung der Versehrtenleibesübungen grundsätzlich pauschal vergütet.

Der Bund fördert die Koordinierung des Versehrtensports auf Bundesebene und die Fortbildung der Übungsleiterinnen und Übungsleiter sowie der Versehrtensportärzte.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1110 Tit. 671 01	460	438

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
684 02 -241	Zuschüsse zur Förderung der Prüfung und Neukonstruktion orthopädischer Hilfsmittel	350	350	265

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1110 Tit. 684 02	350	265

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
685 04 -241	Förderung des überregionalen Erfahrungsaustausches	250	250	123

Erläuterungen:

Nach § 1 Abs. 3 des Ersten Überleitungsgesetzes tragen die Länder die Verwaltungskosten der Kriegsopferversorgung und damit auch die Kosten der Fortbildung des Personals der Versorgungsverwaltungen. Im Interesse einer einheitlichen Auslegung und Anwendung der gesetzlichen Vorschriften und der dazu ergangenen Ausführungsbestimmungen sowie einer gleichmäßigen Begutachtung der Versorgungsberechtigten sind darüber hinaus überregionale Erfahrungsaustausche erforderlich.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1110 Tit. 685 04	250	123

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
687 01 -241	Versorgungsleistungen aufgrund inter- und supranationaler Verträge und Übereinkommen	470	510	474

Haushaltsvermerk:

Einnahmen, insbesondere aus Erstattungen von Überzahlungen, fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Leistungen aufgrund des Vertrages vom 29. Mai 1962 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Spanischen Staat über Kriegsopferversorgung in Verbindung mit dem Notenwechsel vom 16. Mai 1963	195
2. Heil- und Krankenbehandlung aufgrund des Vertrages vom 7. Mai 1963 und des Zusatzvertrages vom 7. Februar 1969 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich über Kriegsopferversorgung und Beschäftigung Schwerbeschädigter	235
3. Leistungen aufgrund des Übereinkommens vom 13. Dezember 1955 über den Austausch von Kriegsbeschädigten zwischen den Mitgliedsstaaten des Europarates zum Zwecke der ärztlichen Behandlung	20
4. Leistungen aufgrund des Übereinkommens vom 17. Dezember 1962 zwischen den Mitgliedsstaaten des Europarates über die Ausgabe eines internationalen Gutscheinheftes für die Instandsetzung von Prothesen und orthopädischen Hilfsmitteln an militärische und zivile Kriegsbeschädigte	20
Zusammen	470

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1110 Tit. 687 01	510	474

Ausgaben für Investitionen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
852 01 -241	Kriegsopferfürsorgedarlehen und gleichartige Darlehen	650	700	571

Erläuterungen:

Im Rahmen der Kriegsopferfürsorge trägt der Bund gem. den gesetzlich festgelegten Anteilen auch die Aufwendungen für Darlehen an Beschädigte oder Hinterbliebene gegen Abtretung oder Verpfändung der Versorgungsbezüge oder anderweitige ausreichende Sicherheit. Dies gilt auch für entsprechende Darlehen an

1103 Soziale Entschädigung (Kriegsopferversorgung und -fürsorge sowie gleichartige Leistungen)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 852 01

Angehörige von Kriegsgefangenen und an ehemalige politische Häftlinge und deren Hinterbliebene.

Zinsen und Tilgungsleistungen aus diesen Darlehen fließen dem Tit. 152 01 zu.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1110 Tit. 852 51	700	571

Titelgruppe 01

Tgr. 01	Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz	(1 036 085)	(836 400)	

Erläuterungen:

Nach dem Bundesversorgungsgesetz erhalten Kriegsbeschädigte, die eine Schädigung i. S. d. § 1 Bundesversorgungsgesetz erlitten haben, wegen der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen der Schädigung Heil- und Krankenbehandlung sowie Versorgungsbezüge. Das Gleiche gilt für die Hinterbliebenen der Geschädigten. Am 31. Dezember 2012 wurden 192 913 Beschädigte und Hinterbliebene gezählt.

632 11 -241	Kriegsopferfürsorge	262 825		

Erläuterungen:

Aus diesem Titel werden die Bundesausgaben für Leistungen für die Kriegsopferfürsorge im In- und Ausland gezahlt, u. a. die Hilfen in besonderen Lebenslagen, die Hilfe zur Pflege sowie die ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt. Zur Gewährung von Darlehen sind Ausgaben bei Titel 852 01 veranschlagt.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1110 Tit. 632 51	270 650	267 433
Kap. 1110 Tit. 632 53	1 895	1 137
Zusammen	272 545	268 570

636 11 -241	Heil- und Krankenbehandlung	24 800	1 400	1 228

Haushaltsvermerk:

Einnahmen fließen den Ausgaben zu.

Umfasst hiervon sind auch die von den Versorgungsberechtigten zu erstattenden Kostenanteile für orthopädische Hilfsmittel und Versorgungsleistungen, die gemäß §§ 81a und 81b des Bundesversorgungsgesetzes (BVG) dem Bund erstattet werden.

Erläuterungen:

Hierzu gehören die Sach- und Geldleistungen, die von der Versorgungsbehörde erbracht werden, z. B. Versorgung mit Zahnersatz, Sprachtherapie und Beihilfen sowie Beiträge zur Renten-, Arbeitslosen- und Pflegeversicherung. Darüber hinaus wird aus diesem Titel die Versorgung mit Hilfsmitteln gezahlt, u. a. die Ausstattung mit Hilfsmitteln und deren Instandhaltung.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1110 Tit. 671 41	1 400	1 228
Kap. 1110 Tit. 671 42	23 500	23 625

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 636 11 (Titelgruppe 01)

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1110 Tit. 681 41	3 000	2 853
Zusammen	27 900	27 706

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
681 11 -241	Versorgungsbezüge	748 460	835 000	963 050

Haushaltsvermerk:

Einnahmen, insbesondere aus Erstattungen von Überzahlungen an Versorgungsberechtigte, fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Versorgungsbezüge aufgrund des BVG, des Gesetzes zur Einführung des Bundesversorgungsgesetzes im Saarland und des Gesetzes zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts in der Kriegsopferversorgung für Berechtigte im Ausland und Aufwendungen für das Rentenkapitalisierungsverfahren nach dem Rentenkapitalisierungsgesetz - KOV sowie Bestattungsgeld. Gemäß § 287d Abs. 1 SGB VI erstattet der Bund den Trägern der Rentenversicherung im Beitrittsgebiet die Aufwendungen für Kriegsbeschädigtenrenten.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1110 Tit. 681 01	835 000	963 050
Kap. 1110 Tit. 681 05	19 610	19 753
Zusammen	854 610	982 803

Titelgruppe 02

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
Tgr. 02	Leistungen nach dem Gesetz über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten	(65 690)	(52 000)	

Erläuterungen:

Nach dem Opferentschädigungsgesetz erhalten Personen, die infolge eines vorsätzlichen rechtswidrigen Angriffs oder durch dessen rechtmäßige Abwehr gesundheitliche Schäden erlitten haben, wegen der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen Versorgung in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Bundesversorgungsgesetzes. Das Gleiche gilt für die Hinterbliebenen der Geschädigten. Am 31. Dezember 2012 wurden 20 121 Beschädigte und Hinterbliebene gezählt.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
632 21 -241	Kriegsopferfürsorge	10 130		

Erläuterungen:

Aus diesem Titel werden die Bundesausgaben für Leistungen für die Kriegsopferfürsorge im In- und Ausland gezahlt, u. a. die Hilfen in besonderen Lebenslagen, die Hilfe zur Pflege sowie die ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt. Zur Gewährung von Darlehen sind Ausgaben bei Titel 852 01 veranschlagt.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1110 Tit. 632 51	8 510	6 981
Kap. 1110 Tit. 632 53	215	108
Zusammen	8 725	7 089

1103 Soziale Entschädigung (Kriegsopferversorgung und -fürsorge sowie gleichartige Leistungen)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 02

636 21 -241	Heil- und Krankenbehandlung	25 480		

Haushaltsvermerk:

Einnahmen fließen den Ausgaben zu.

Umfasst hiervon sind auch die von den Versorgungsberechtigten zu erstattenden Kostenanteile für orthopädische Hilfsmittel und Versorgungsleistungen, die gemäß §§ 81a und 81b des Bundesversorgungsgesetzes (BVG) dem Bund erstattet werden.

Erläuterungen:

Hierzu gehören die Sach- und Geldleistungen, die von der Versorgungsbehörde erbracht werden, z. B. Versorgung mit Zahnersatz, Sprachtherapie und Beihilfen sowie Beiträge zur Renten-, Arbeitslosen- und Pflegeversicherung. Hieraus werden auch die Erstattungen an die Krankenkassen nach §§ 19 und 20 Bundesversorgungsgesetz für die Heil- und Krankenbehandlung gezahlt, die von den Trägern der gesetzlichen Krankenversicherung erbracht wird. Darüber hinaus wird aus diesem Titel die Versorgung mit Hilfsmitteln gezahlt, u. a. die Ausstattung mit Hilfsmitteln und deren Instandhaltung.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1110 Tit. 632 01	24 085	20 365

681 21 -241	Versorgungsbezüge	30 080	52 000	43 966

Verpflichtungsermächtigung .... 300 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 150 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 150 T€

Haushaltsvermerk:

Einnahmen, insbesondere aus **Erstattungen von Überzahlungen an Versorgungsberechtigte,** fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Versorgungsleistungen aufgrund des Gesetzes über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten	29 645
2. Zuwendungen für Maßnahmen und Modellvorhaben für Berechtigte nach dem Gesetz über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten	400
3. Aufwendungen für die Nationale Unterstützungsbehörde gemäß EU-Richtlinie 2004/80/EG	35
Zusammen	30 080

Versorgungsbezüge aufgrund des Gesetzes über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten und Aufwendungen für das Rentenkapitalisierungsverfahren nach dem Rentenkapitalisierungsgesetz - KOV sowie Bestattungsgeld.

Aus diesem Titel werden auch Modellvorhaben und Fortbildungen aus dem Bereich OEG gefördert.

Die EU-Richtlinie 2004/80/EG verpflichtet alle Mitgliedstaaten, faire und angemessene nationale Entschädigungsregelungen für diejenigen Menschen vorzusehen, die auf ihrem Staatsgebiet Opfer einer Straftat geworden sind. Die Betroffenen können sich an die Unterstützungsbehörde ihres Heimatstaates wenden, die ihnen hilft, ihre Entschädigungsansprüche gegenüber dem Staat, in dem die Gewalttat begangen wurde, geltend zu machen.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 681 21 (Titelgruppe 02)

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1110 Tit. 632 01	27 915	23 601
Kap. 1110 Tit. 681 05	490	413
Zusammen	28 405	24 014

Titelgruppe 03

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Tgr. 03	Leistungen nach dem Häftlingshilfegesetz und dem Strafrechtlichen und Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz	(18 520)	(40 300)	

Haushaltsvermerk:

Aus den Ausgaben dürfen auch Billigkeitsleistungen zur Abgeltung von Gesundheitsschäden, die an der ehemaligen Grenze zu dem in Art. 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet durch Sperrmaßnahmen der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik entstanden sind, erbracht werden.

Erläuterungen:

Unter den berechtigten Personenkreis fallen folgende Beschädigte und ihre leistungsberechtigten Hinterbliebenen:

1. politische Häftlinge in der ehemaligen DDR und in den ehemaligen deutschen Ostgebieten, die infolge der Inhaftierung eine gesundheitliche Schädigung erlitten haben, nach dem Häftlingshilfegesetz,
2. Opfer politisch motivierter Strafverfolgungsmaßnahmen in der ehemaligen DDR, die in der auf einem Unrechtsurteil beruhenden Haft Gesundheitsschäden erlitten haben, nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz sowie
3. Opfer einer hoheitlichen Maßnahme einer deutschen behördlichen Stelle in der ehemaligen DDR, die aufgrund einer Verwaltungsentscheidung gesundheitliche Schäden erlitten haben, nach dem Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz.

Am 31. Dezember 2012 wurden 2 698 Beschädigte und Hinterbliebene gezählt.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
632 31 -241	Kriegsopferfürsorge	4 100		

Erläuterungen:

Aus diesem Titel werden die Bundesausgaben für Leistungen für die Kriegsopferfürsorge im In- und Ausland gezahlt, u. a. die Hilfen in besonderen Lebenslagen, die Hilfe zur Pflege sowie die ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt.

Zur Gewährung von Darlehen sind Ausgaben bei Titel 852 01 veranschlagt.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1110 Tit. 632 51	3 710	3 218
Kap. 1110 Tit. 632 53	30	15
Zusammen	3 740	3 233

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
636 31 -241	Heil- und Krankenbehandlung	550	550	454

Haushaltsvermerk:

Einnahmen fließen den Ausgaben zu.

Umfasst hiervon sind auch die von den Versorgungsberechtigten zu erstattenden Kostenanteile für orthopädische Hilfsmittel und Versorgungsleistungen, die gemäß §§ 81a und 81b des Bundesversorgungsgesetzes (BVG) dem Bund erstattet werden.

1103 Soziale Entschädigung (Kriegsopferversorgung und -fürsorge sowie gleichartige Leistungen)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 636 31 (Titelgruppe 03)

Erläuterungen:

Hierzu gehören die Sach- und Geldleistungen, die von der Versorgungsbehörde erbracht werden, z. B. Versorgung mit Zahnersatz, Sprachtherapie und Beihilfen sowie Beiträge zur Renten-, Arbeitslosen- und Pflegeversicherung. Die von den gesetzlichen Krankenversicherungen erbrachten Leistungen für die Berechtigten nach dem Strafrechtlichen und Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz werden über diesen Titel direkt abgerechnet. Darüber hinaus wird aus diesem Titel die Versorgung mit Hilfsmitteln gezahlt, u. a. die Ausstattung mit Hilfsmitteln und deren Instandhaltung.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1110 Tit. 636 31	550	454

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
681 31 -241	Versorgungsbezüge	13 870	13 250	13 275

Haushaltsvermerk:

Einnahmen, insbesondere aus Erstattungen von Überzahlungen an Versorgungsberechtigte, fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Versorgungsbezüge aufgrund des Häftlingshilfegesetzes, des Strafrechtlichen und Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes und Aufwendungen für das Rentenkapitalisierungsverfahren nach dem Rentenkapitalisierungsgesetz - KOV sowie Bestattungsgeld.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1110 Tit. 681 05	250	221
Kap. 1110 Tit. 681 31	13 250	13 275
Zusammen	13 500	13 496

Titelgruppe 04

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
Tgr. 04	Leistungen nach dem Gesetz über den Zivildienst der Kriegsdienstverweigerer	(3 265)	(2 600)	

Erläuterungen:

Nach dem Zivildienstgesetze erhalten Dienstpflichtige, die eine Zivildienstbeschädigung erlitten haben, nach Beendigung des Dienstverhältnisses wegen der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen der Schädigung Heil- und Krankenbehandlung sowie Versorgungsbezüge in entsprechender Anwendung des Bundesversorgungsgesetzes. Das Gleiche gilt für die Hinterbliebenen der Geschädigten.

Am 31. Dezember 2012 wurden 268 Beschädigte und Hinterbliebene gezählt.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
632 41 -241	Kriegsopferfürsorge	135		

Erläuterungen:

Aus diesem Titel werden die Bundesausgaben für Leistungen für die Kriegsopferfürsorge im In- und Ausland gezahlt, u. a. die Hilfen in besonderen Lebenslagen, die Hilfe zur Pflege sowie die ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt.

Zur Gewährung von Darlehen sind Ausgaben bei Titel 852 01 veranschlagt.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 632 41 (Titelgruppe 04)

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1110 Tit. 632 51	130	120
Kap. 1110 Tit. 632 53	5	1
Zusammen	135	121

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
636 41 -241	Heil- und Krankenbehandlung	1 440		

Haushaltsvermerk:

Einnahmen fließen den Ausgaben zu.

Umfasst hiervon sind auch die von den Versorgungsberechtigten zu erstattenden Kostenanteile für orthopädische Hilfsmittel und Versorgungsleistungen, die gemäß §§ 81a und 81b des Bundesversorgungsgesetzes (BVG) dem Bund erstattet werden.

Erläuterungen:

Hierzu gehören die Sach- und Geldleistungen, die von der Versorgungsbehörde erbracht werden, z. B. Versorgung mit Zahnersatz, Sprachtherapie und Beihilfen sowie die Beiträge zur Renten-, Arbeitslosen- und Pflegeversicherung. Darüber hinaus wird aus diesem Titel die Versorgung mit Hilfsmitteln gezahlt, u. a. die Ausstattung mit Hilfsmitteln und deren Instandhaltung.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1110 Tit. 681 07	1 205	1 320

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
681 41 -241	Versorgungsbezüge	1 690	2 600	2 850

Haushaltsvermerk:

Einnahmen, insbesondere aus Erstattungen von Überzahlungen **an Versorgungsberechtigte,** fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Versorgungsbezüge aufgrund des Zivildienstgesetzes und Aufwendungen für das Rentenkapitalisierungsverfahren nach dem Rentenkapitalisierungsgesetz - KOV sowie Bestattungsgeld.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1110 Tit. 681 05	30	25
Kap. 1110 Tit. 681 07	1 395	1 530
Zusammen	1 425	1 555

Titelgruppe 05

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
Tgr. 05	Leistungen nach dem Soldatenversorgungsgesetz	(91 340)	(374 800)	

Erläuterungen:

Nach dem Soldatenversorgungsgesetz erhalten Soldaten, die eine Wehrdienstbeschädigung erlitten haben, nach Beendigung des Wehrdienstverhältnisses wegen der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen der Schädigung Heil- und Krankenbehandlung sowie Versorgungsbezüge in entsprechender Anwendung des Bundesversorgungsgesetzes. Das Gleiche gilt für die Hinterbliebenen der Geschädigten sowie für Zivilpersonen, die eine Wehrdienstbeschädigung erlitten ha-

1103 Soziale Entschädigung (Kriegsopferversorgung und -fürsorge sowie gleichartige Leistungen)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	ben. Am 31. Dezember 2012 wurden 15 630 Beschädigte und Hinterbliebene gezählt.			
632 51 -241	Kriegsopferfürsorge	7 160	290 000	284 293

Erläuterungen:

Aus diesem Titel werden die Bundesausgaben für Leistungen für die Kriegsopferfürsorge im In- und Ausland gezahlt, u. a. die Hilfen in besonderen Lebenslagen, die Hilfe zur Pflege sowie die ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt. Zur Gewährung von Darlehen sind Ausgaben bei Titel 852 01 veranschlagt.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1110 Tit. 632 51	7 000	6 541
Kap. 1110 Tit. 632 53	155	86
Zusammen	7 155	6 627

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
636 51 -241	Heil- und Krankenbehandlung	6 500	6 500	5 986

Haushaltsvermerk:

Einnahmen fließen den Ausgaben zu.

Umfasst hiervon sind auch die von den Versorgungsberechtigten zu erstattenden Kostenanteile für orthopädische Hilfsmittel und Versorgungsleistungen, die gemäß §§ 81a und 81b des Bundesversorgungsgesetzes (BVG) dem Bund erstattet werden.

Erläuterungen:

Hierzu gehören die Sach- und Geldleistungen, die von der Versorgungsbehörde erbracht werden, z. B. Versorgung mit Zahnersatz, Sprachtherapie und Beihilfen sowie die Beiträge zur Renten-, Arbeitslosen- und Pflegeversicherung. Darüber hinaus wird aus diesem Titel die Versorgung mit Hilfsmitteln gezahlt, u. a. die Ausstattung mit Hilfsmitteln und deren Instandhaltung.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1110 Tit. 636 21	6 500	5 986

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
681 51 -241	Versorgungsbezüge	77 680	76 000	73 386

Haushaltsvermerk:

Einnahmen, insbesondere aus Erstattungen von Überzahlungen an Versorgungsberechtigte, fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Versorgungsbezüge aufgrund des Soldatenversorgungsgesetzes und Aufwendungen für das Rentenkapitalisierungsverfahren nach dem Rentenkapitalisierungsgesetz - KOV sowie Bestattungsgeld.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1110 Tit. 681 05	1 620	1 489
Kap. 1110 Tit. 681 21	76 000	73 386
Zusammen	77 620	74 875

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel			
232 02 -241	Erstattung von Ausgaben der Kriegsopferfürsorge und entsprechender Leistungen		67 500	54 763

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1110 Tit. 232 02	67 500	54 763

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
632 53 -241	Kriegsopferfürsorgeleistungen für Berechtigte außerhalb des Geltungsbereichs des Ersten Überleitungsgesetzes		2 300	1 347

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1110 Tit. 632 53	2 300	1 347

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
671 42 -241	Versorgung mit Hilfsmitteln (Sachleistungen)		23 500	23 625

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1110 Tit. 671 42	23 500	23 625

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
681 05 -241	Bestattungsgeld aufgrund des Bundesversorgungsgesetzes		22 000	21 901

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1110 Tit. 681 05	22 000	21 901

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
681 43 -241	Geldleistungen, die von der Versorgungsbehörde erbracht werden		3 000	2 853

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1110 Tit. 681 41	3 000	2 853

1104 Unfallkasse des Bundes / Künstlersozialkasse

Vorbemerkung

Wesentliche finanzwirksame Schwerpunkte des Kapitels

Das Kapitel 1104 umfasst ein finanzielles Volumen von insgesamt rd. 314,0 Mio. €, davon rd.:

1. 95,5 Mio. € für die im Rahmen der Defizithaftung des Bundes zu deckenden **Aufwendungen der Unfallkasse des Bundes (UK-Bund)** soweit sie nicht durch Beitragsumlagen oder Dritte finanziert werden (§ 186 Abs. 3 Satz 5 SGB VII), 8,1 Mio. € für die Erstattung der der UK-Bund entstehenden Verwaltungskosten durch den Bund (§ 186 Abs. 4 SGB VII) und 20,5 Mio. € für die Fremdrenten
2. 179,2 Mio. € für den Zuschuss des Bundes in Höhe von 20 Prozent der Ausgaben der **Künstlersozialkasse (KSK)** (§ 34 Abs. 1 Gesetz über die Sozialversicherung der selbständigen Künstler und Publizisten - KSVG) und 10,7 Mio. € für die Erstattung der der KSK entstehenden Verwaltungskosten durch den Bund (§ 34 Abs. 2 KSVG).

Wesentliche Ziele, die mit den veranschlagten Mitteln erreicht werden sollen

Die **UK-Bund** ist als Selbstverwaltungskörperschaft des öffentlichen Rechts Träger der gesetzlichen Unfallversicherung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des Bundes und besonderer Personengruppen wie ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer beim DRK und THW sowie der Entwicklungshelfer. Die UK-Bund betreut rd. 5,2 Millionen Versicherte in Deutschland und im Ausland. Im Bereich des Arbeitsschutzes ist sie auch für die Beamten des Bundes zuständig. Ihr Hauptsitz ist Wilhelmshaven.

Ziel ist nach Maßgabe des SGB VII:

1. für die Verhütung von Arbeitsunfällen, Berufskrankheiten und arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren und für eine wirksame Erste Hilfe zu sorgen (§ 14 SGB VII),
2. die Beratung und Überwachung von Betrieben und Verwaltungen des Bundes im Arbeitsschutz nach § 21 Abs. 5 Arbeitsschutzgesetz (ArbSchG),
3. nach Eintritt von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten Sorge zu tragen für

a) die Wiederherstellung der Gesundheit und der Leistungsfähigkeit der Versicherten mit allen geeigneten Mitteln (Rehabilitation),

b) Entschädigung der Versicherten oder ihrer Hinterbliebenen durch Geldleistungen (Rente).

In Angelegenheiten der **Künstlersozialversicherung** führt der Geschäftsführer der UK-Bund die Verwaltungsgeschäfte und vertritt die KSK gerichtlich und außergerichtlich.

Die KSK hat die Aufgabe festzustellen, wer nach dem KSVG als Künstler/Publizist in der Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung versicherungspflichtig und wer als Verwerter künstlerischer/publizistischer Leistungen abgabepflichtig ist. Die KSK meldet die versicherungspflichtigen Künstler/Publizisten bei der Deutschen Rentenversicherung und bei der zuständigen Krankenkasse/Pflegekasse an. Sie zieht zur Finanzierung der Mittel für die Künstlersozialversicherung die Beitragsanteile der Versicherten (50 Prozent), die Künstlersozialabgabe der Verwerter (30 Prozent) und den Bundeszuschuss (20 Prozent) ein und entrichtet für die Versicherten monatlich die Beiträge zur Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung. Ziel ist, für selbständige Künstler und Publizisten den Zugang zur gesetzlichen Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung zu schaffen und damit diese Personengruppen durch eine soziale Absicherung zu fördern.

Überblick zum Kapitel 1104	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Ausgaben					
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	314 040	307 264	+6 776	560	295 135
Gesamtausgaben..	314 040	307 264	+6 776	560	295 135
davon nicht flexibilisiert..	314 040	307 264	+6 776	560	295 135

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Ausgaben

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)

636 01 -223	Verwaltungskostenerstattung des Bundes an die Unfallkasse des Bundes	8 110	8 040	7 099

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Einnahmen, insbesondere aus Verwaltungskostenerstattungen, fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Die Verwaltungskosten der Unfallkasse des Bundes (UK-Bund) werden gemäß § 186 Abs. 4 SGB VII in Verbindung mit § 25 der Satzung der UK-Bund pauschal von den Dienststellen des Bundes, der Bundesagentur für Arbeit und den übrigen bei der UK-Bund in den Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung einbezogenen Dienststellen und Einrichtungen erhoben.

Für die der UK-Bund in Form einer Abteilung angegliederte Künstlersozialkasse besteht gemäß § 43 KSVG ein gesonderter Haushaltsplan.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1113 Tit. 636 01	8 040	7 099

636 02 -229	Verwaltungskostenerstattung des Bundes an die Künstlersozialkasse	10 730	10 724 *560*	9 512

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind übertragbar.

Erläuterungen:

Gemäß § 34 Abs. 2 KSVG trägt der Bund die Verwaltungskosten der Künstlersozialkasse.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1113 Tit. 636 11	10 724	9 512

636 03 -229	Zuschuss des Bundes an die Künstlersozialkasse	179 200	171 000	162 097

Haushaltsvermerk:

1. Rückzahlungen fließen den Ausgaben zu.
2. Aus den Ausgaben dürfen auch zinslose Betriebsmitteldarlehen zur Überbrückung von Liquiditätsschwierigkeiten der Künstlersozialkasse geleistet werden. Sie sind zurückzuzahlen, sobald und soweit sie zur Sicherstellung der Liquidität der Künstlersozialkasse nicht mehr benötigt werden.
3. Sofern die Darlehen bis zum Schluss des Haushaltsjahres nicht zurückgezahlt werden können, sind sie spätestens mit dem Bundeszuschuss des übernächsten Jahres zu verrechnen.
4. Die Ermächtigung kann wiederholt in Anspruch genommen werden.

1104 Unfallkasse des Bundes / Künstlersozialkasse

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 636 03

Erläuterungen:

Gemäß § 34 Abs. 1 KSVG beträgt der Zuschuss des Bundes für das Kalenderjahr 20 Prozent der Ausgaben der Künstlersozialkasse; Überzahlungen sind mit dem Bundeszuschuss des übernächsten Jahres zu verrechnen. Gemäß § 34 Abs. 3 KSVG dürfen die Leistungen des Bundes nur entsprechend dem jeweiligen Ausgabebedarf in Anspruch genommen werden.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1113 Tit. 636 12	171 000	162 097

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
681 01 -223	Fremdrenten in der Unfallversicherung	20 500	22 000	20 473

Haushaltsvermerk:

Einnahmen, insbesondere aus Zahlungen des Bundes und Erstattungen, fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Die Aufwendungen für Fremdrenten in der Unfallversicherung trägt der Bund in den Fällen, in denen gemäß § 9 Abs. 2 und 3 FRG und Art. 6 § 1 Abs. 2 FANG die Unfallkasse des Bundes für die Feststellung und Gewährung der Leistungen zuständig ist.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1113 Tit. 681 01	22 000	20 473

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
681 02 -223	Aufwendungen des Bundes für die gesetzliche Unfallversicherung	95 500	95 500	95 954

Haushaltsvermerk:

1. Einnahmen, insbesondere aus Umlagebeiträgen, Zahlungen des Bundes und Erstattungen, fließen den Ausgaben zu.
2. Aus den Ausgaben dürfen auch Ausgaben für die Unfallverhütung und Erste Hilfe sowie mit Einwilligung des Bundesministeriums der Finanzen für Leistungen bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten der bei deutschen Einrichtungen im Ausland beschäftigten Ortskräfte geleistet werden.

Erläuterungen:

Die Finanzierung der Aufwendungen der Unfallkasse des Bundes (UK-Bund) erfolgt gemäß § 186 Abs. 3 SGB VII durch ein Umlage- und Erstattungsverfahren. Soweit nicht durch Beitragsumlagen oder durch einen Dritten finanziert, erstattet das BMAS die sonstigen Aufwendungen der UK-Bund gemäß § 186 Abs. 3 Satz 5 SGB VII (Defizithaftung des Bundes). Daneben erstattet das BMAS die Aufwendungen für die Unfallversicherung für die nach § 125 Abs. 1 Nr. 5 SGB VII beim Deutschen Roten Kreuz (DRK) Tätigen.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1113 Tit. 681 02	95 500	95 954

Vorbemerkung

Wesentliche finanzwirksame Schwerpunkte des Kapitels

Das Kapitel 1105 umfasst ein finanzielles Volumen von insgesamt rd. 261 Mio. €. Davon im Wesentlichen rd:

1. 255 Mio. € für die **Erstattung von Fahrgeldausfällen** (Titel 682 01) an die Verkehrsunternehmen im Rahmen der unentgeltlichen Beförderung schwerbehinderter Menschen im öffentlichen Personenverkehr,
2. 3,5 Mio. € für den **Nationalen Aktionsplan zur Behindertenpolitik und Teilhabebericht** (Titel 684 04),
3. 0,5 Mio. € für die Förderung der sozialen Eingliederung behinderter Menschen (Titel 684 03) dienen zur institutionellen **Förderung der Deutschen Vereinigung für Rehabilitation e. V. (DVfR),**
4. 0,44 Mio. € für die institutionelle **Förderung des Deutschen Institut für Menschenrechte (DIMR)** (Titel 684 08) als unabhängige Stelle nach Art. 33 Abs. 2 des VN-Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen.

Wesentliche Ziele, die mit den veranschlagten Mitteln erreicht werden sollen

Ziel der Behindertenpolitik der Bundesregierung ist die **Stärkung der Gleichbehandlung und die Förderung von Chancengleichheit und Inklusion** als Voraussetzung für Selbstbestimmung und Teilhabe behinderter und von Behinderung bedrohter Menschen. Die Behindertenpolitik umfasst das Recht

1. der Rehabilitation und Teilhabe nach dem SGB IX,
2. der Gleichgestellung und Barrierefreiheit nach dem Behindertengleichstellungsgesetz,
3. der Gleichbehandlung nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz und den Grundsätzen der UN-Behindertenrechtskonvention.

Hierunter fällt der Anspruch der Verkehrsunternehmen auf **Erstattung der Fahrgeldausfälle,** die ihnen durch die unentgeltliche Beförderung entstehen. Mit dieser Erstattung erhalten schwerbehinderte Menschen, die freifahrtberechtigt sind, mehr Mobilität. Damit werden auch Verpflichtungen der VN-Behindertenrechtskonvention erfüllt. Freifahrberechtigt sind schwerbehinderte Menschen, die in ihrer Bewegungsfähigkeit im Straßenverkehr erheblich beeinträchtigt sind. Nach § 145 SGB IX haben diese Menschen einen Rechtsanspruch auf unentgeltliche Beförderung im Nahverkehr. Sie müssen dazu in der Regel eine Eigenbeteiligung von jährlich 72 Euro (Wertmarke) leisten. Ebenfalls unentgeltlich befördert wird im Nah- und Fernverkehr auch die Begleitperson eines anspruchsberechtigten schwerbehinderten Menschen.

Die Freifahrt berechtigt im Wesentlichen zur Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel im Personennahverkehr in ganz Deutschland. Im Jahr 2011 hatten von den rd. 7,3 Mio. Ausweisinhabern rd. 3,7 Mio. Personen (= 50,9 Prozent) dem Grunde nach Anspruch auf unentgeltliche Beförderung, rd. 1,4 Mio. Personen hatten eine Wertmarke (= 38,0 Prozent).

Weitere Ziele werden durch den **Nationalen Aktionsplan** zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention umgesetzt. Er enthält eine auf zehn Jahre angelegte Gesamtstrategie und beschreibt die Herausforderungen und Vorhaben der Bundesregierung, damit Menschen mit und ohne Behinderungen von Anfang an gemeinsam in allen Lebensbereichen selbstbestimmt leben und zusammenleben (Inklusion). Er fasst die Ziele und Maßnahmen der Bundesregierung auf dem Gebiet der Behindertenpolitik zusammen und beinhaltet über 200 Maßnahmen und Projekte in 12 Handlungsfeldern.

Als Teil des Nationalen Aktionsplans zeigt der neue **Teilhabebericht,** dass ein realistisches, auf verlässlichen Zahlen fußendes und nicht länger von Defiziten geprägtes Bild von Menschen mit Behinderungen eine wesentliche Voraussetzung zur Verwirklichung der Inklusion ist. Auf dieser Grundlage soll zwischen 2013 und 2016 eine repräsentative Befragung von Menschen mit Behinderungen durchgeführt werden, um die notwendige Datenlage zu verbessern.

Die **DVfR** versteht sich als ein interdisziplinäres Forum, in dem sich alle Fachleute aus Einrichtungen, Institutionen und Verbänden, die mit der Rehabilitation und Integration von Menschen mit chronischen Krankheiten und Behinderungen befasst sind, austauschen können.

Das **DIMR** als unabhängige Stelle nach Art. 33 Abs. 2 des VN-Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen fördert die Einhaltung der Rechte von Menschen mit Behinderungen und überwacht die Einhaltung der UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland.

1105 Förderung der Inklusion von Menschen mit Behinderungen

Überblick zum Kapitel 1105	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Übrige Einnahmen..	18 750	18 800	-50		17 347
Gesamteinnahmen..	18 750	18 800	-50		17 347
Ausgaben					
Sächliche Verwaltungsausgaben............................	-	-	-		-
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	260 327	255 327	+5 000	10 449	235 060
Ausgaben für Investitionen......................................	400	480	-80	1 000	-276
Gesamtausgaben..	260 727	255 807	+4 920	11 449	234 784
davon nicht flexibilisiert...	260 727	255 807	+4 920	11 449	234 784
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung....................................	3 675 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu..................................	1 775 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu..................................	1 125 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu..................................	775 T€				

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Übrige Einnahmen

162 03 -235	Zinsen aus Darlehen zur Errichtung von überregionalen Zentren für die Rehabilitation Behinderter	600	600	323

Erläuterungen:

In früheren Haushaltsjahren wurden die Zentren durch Darlehen gefördert.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1102 Tit. 162 03	600	323

182 03 -235	Tilgung von Darlehen zur Errichtung von überregionalen Zentren für die Rehabilitation Behinderter	3 150	3 200	2 583

Erläuterungen:

In früheren Haushaltsjahren wurden die Zentren durch Darlehen gefördert.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1102 Tit. 182 03	3 200	2 583

232 01 -290	Einnahmen aus der Ausgabe von Wertmarken für die Beförderung von Schwerbehinderten	15 000	15 000	14 441

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1102 Tit. 232 01	15 000	14 441

Ausgaben

Sächliche Verwaltungsausgaben

525 01 -235	Aus- und Fortbildung	-	-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1102 Tit. 525 11	-	-

1105 Förderung der Inklusion von Menschen mit Behinderungen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)			
682 01 -290	Erstattung von Fahrgeldausfällen	255 000	250 000 *10 449*	230 551

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind übertragbar.

Erläuterungen:

Kostenerstattung an Verkehrsunternehmen im Rahmen der "unentgeltlichen Beförderung schwerbehinderter Menschen im öffentlichen Personenverkehr" gemäß § 145 ff Neuntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB IX).

Ausgewiesen ist der Anteil des Bundes gemäß § 151 SGB IX.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1102 Tit. 682 61	250 000	230 551

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
684 01 -235	Förderung zentraler Einrichtungen und von Maßnahmen des Behindertensports und der Eingliederung von Menschen mit Behinderungen	400	320	274

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Förderung zentraler Einrichtungen des Behindertensports sowie der Fortbildung von Übungsleiterinnen und Übungsleitern sowie Sportärztinnen und Sportärzten...	250
2. Förderung zentraler Maßnahmen und Schriften der medizinischen und der beruflichen Rehabilitation....................................	50
3. Sonstige Maßnahmen zur Förderung des Behindertensports (insbesondere für Menschen mit geistigen Behinderungen).................	100
Zusammen...	400

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1102 Tit. 684 61	320	274

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
684 03 -236	Zuschüsse zur Förderung der sozialen Eingliederung von Menschen mit Behinderungen	500	424	423

Haushaltsvermerk:

Die Erläuterungen sind hinsichtlich der Ausgabenansätze der einzelnen Zuwendungsempfänger / Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO verbindlich. Abweichungen bedürfen der Einwilligung des Bundesministeriums der Finanzen.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 684 03

Erläuterungen:

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	Finanzierungsanteil in Prozent ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
Institutionelle Förderung/Zuschüsse an Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO					
Deutsche Vereinigung für Rehabilitation e. V. (DVfR)................................ *- aus Kap. 1105 Tit. 684 03*		100,00	500	424	423

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1102 Tit. 684 63	424	423

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
684 04 -236	Nationaler Aktionsplan zur Behindertenpolitik und Teilhabebericht	3 500	3 600	2 651

Verpflichtungsermächtigung... 3 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 1 500 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu... 900 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu... 600 T€

Erläuterungen:

Aus diesem Titel dürfen auch Ausgaben für Aufträge und Dienstleistungen geleistet werden.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1102 Tit. 684 64	3 600	2 651

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
684 05 -253	Förderung von bundesweiten Projekten zur verstärkten Inanspruchnahme des Instruments der Zielvereinbarung	-	-	487

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1102 Tit. 684 65	-	487

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
684 06 -235	Zuschüsse zu den Kosten von Einrichtungen, der Erarbeitung von Planungsgrundlagen und der Dokumentation, Tagungen und Kongresse	484	550	241

Verpflichtungsermächtigung... 625 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 225 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu... 225 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu... 175 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 893 01.

2. Einnahmen aus Zuschuss-Rückflüssen fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Aus diesem Titel dürfen auch Ausgaben für Aufträge und Dienstleistungen geleistet werden.

1105 Förderung der Inklusion von Menschen mit Behinderungen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 684 06

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1102 Tit. 684 11	550	241

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
684 08 -236	Förderung der unabhängigen Stelle nach Art. 33 Abs. 2 des VN-Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen	443	433	433

Verpflichtungsermächtigung...

fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 50 T€

Erläuterungen:

Zuwendungsempfänger: Zusammenstellung siehe Erläuterungen zu Kap. 0710 Tit. 685 03.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1102 Tit. 684 68	433	433

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
686 01 -253	Beteiligung des europäischen Sozialfonds an der Initiative "Jobs ohne Barrieren"	-	-	-

Haushaltsvermerk:

1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1106 Tit. 686 12.
2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1106 Tit. 272 02.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1102 Tit. 686 61	-	-

Ausgaben für Investitionen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
893 01 -235	Zuschüsse zur Errichtung, Erweiterung, Ausstattung und Modernisierung der Einrichtungen	400	480 *1 000*	-276

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 684 06.

2. Einnahmen aus Zuschuss-Rückflüssen und Zinsen fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1102 Tit. 893 11	480	-276

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel			
684 62 -236	Förderung von Maßnahmen und Projekten zum Anschub und zur Verbesserung der Inanspruchnahme Persönlicher Budgets nach § 17 SGB IX		-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1102 Tit. 684 62	-	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
684 67 -236	Förderung von Projekten zur Stärkung der Handlungskompetenz der Verbände bezüglich ihrer prozessualen Rechte nach AGG, BGG und SGB IX		-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1102 Tit. 684 67	-	-

1106 Maßnahmen des Bundes mit Beteiligung Europäischer Fonds (ESF, EGF, FEAD) sowie sonstige internationale Angelegenheiten

Vorbemerkung

Wesentliche finanzwirksame Schwerpunkte des Kapitels

In Kapitel 1106 sind die Ausgaben für Maßnahmen des Bundes unter Beteiligung Europäischer Fonds sowie für sonstige internationale Angelegenheiten veranschlagt.

Mit einem finanziellen Volumen von rd. 52 Mio. € sind die Bundesmittel zur Kofinanzierung der unter Beteiligung des **Europäischen Sozialfonds (ESF)** finanzierten ESF-Bundesprogramme des BMAS (Titel 686 53) eine wichtige Einzelposition.

Mit z. Zt. rd. 27 Mio. CHF (das entspricht derzeit rd. 22 Mio. €) jährlich ist der Pflichtbeitrag Deutschlands an die **Internationale Arbeitsorganisation (IAO)** (Titel 687 31) ein weiterer finanzieller Schwerpunkt.

Darüber hinaus stehen zur Finanzierung von Maßnahmen der internationalen **Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Arbeits- und Sozialpolitik** insgesamt 0,21 Mio. € zur Verfügung (Titel 532 34).

Für die Verwendung von Zuschüssen des **Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung** (EGF – Tgr. 02) sind keine Mittel veranschlagt. Die finanziellen Hilfen für förderberechtigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden von der Europäischen Kommission nach Prüfung anlass- und einzelfallbezogen auf Antrag des BMAS zur Verfügung gestellt.

Wesentliche Ziele, die mit den veranschlagten Mitteln erreicht werden sollen

Der **Europäische Sozialfonds (ESF)** dient der Finanzierung aktiver arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen und ist das wichtigste Instrument der EU zur Förderung der Humanressourcen. In der Förderperiode (FP) 2014 bis 2020 werden die Interventionen insbesondere im Einklang mit dem Nationalen Reformprogramm, der Europa-2020-Strategie und den länderspezifischen Empfehlungen des Rates stehen. Im Mittelpunkt stehen die nachhaltige Integration von Langzeitarbeitslosen in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse, berufsbezogene Sprachförderungen, Qualifizierungen zur qualifikationsadäquaten Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Migrationshintergrund, Maßnahmen im Kontext des Fachkräftemangels/demografischen Wandels sowie die Unterstützung von benachteiligten Jugendlichen und jungen Erwachsenen beim Erwerb eines allgemeinbildenden Schulabschlusses und beim Übergang bzw. der Integration in Ausbildung und Beschäftigung. Das Operationelle Programm (OP) des Bundes mit den konkreten Maßnahmen wird federführend durch das BMAS unter Beteiligung des BMBF, BMWi, BMFSFJ, BMVI und BMUB erstellt.

Im Verwaltungsrat der **Internationalen Arbeitsorganisation,** die sich hauptsächlich durch die Beiträge der Mitgliedstaaten finanziert, nimmt die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das BMAS, seit 1954 einen der 10 ständigen Sitze - vorbehalten für die wirtschaftlich bedeutendsten Staaten - ein.

Deutschland unterstützt damit die wesentlichen Ziele der IAO:

1. Weltweite Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen durch die Ausarbeitung und Verabschiedung internationaler Arbeitsnormen (Übereinkommen und Empfehlungen) und die Überwachung ihrer Umsetzung und Einhaltung,
2. Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in der Welt durch Projekte der technischen Zusammenarbeit und der Bereitstellung von Beratungshilfe in Entwicklungs- und Schwellenländern,
3. Gewinnung neuer Erkenntnisse über Probleme und Herausforderungen in allen Bereichen des Arbeitslebens und der Sozialpolitik durch Forschungs- und Informationstätigkeit, ihre analytische Aufbereitung, ihre Weitergabe sowie darauf basierender Politikberatung.

Die vom BMAS finanzierten Maßnahmen der **internationalen Zusammenarbeit** dienen der Förderung internationaler Aktivitäten auf dem Gebiet der Arbeits- und Sozialpolitik und dem Informations- und Erfahrungsaustausch mit ausgewählten Ländern. Der europäische Ausbildungs- und Arbeitsmarkt soll weiterentwickelt und soziale Standards sollen etabliert werden. Im internationalen Kontext sollen neben den finanz- und wirtschaftspolitischen Themen die Fragen der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik verankert werden. Konkrete Maßnahmen sind u. a. internationale Konferenzen/Veranstaltungen, Vorbereitung, Abschluss und Umsetzung bilateraler gemeinsamer Absichtserklärungen (MoU) und Abkommen über soziale Sicherheit; Experteneinsätze im In- und Ausland, Informationsveranstaltungen mit ausländischen Vertretungen in Deutschland und die Durchführung internationaler Sachverständigengespräche.

Aus Mitteln des **Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF)** werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die globalisierungsbedingt im Rahmen größerer Entlassungsereignisse ihren Arbeitsplatz verlieren, bei der beruflichen Reintegration unterstützt. Auf diese Weise soll den Betroffenen zusätzliche Hilfe zuteil werden, etwa Qualifizierungen oder Coaching, damit sie schneller und nachhaltiger eine neue Erwerbstätigkeit aufnehmen können. Deutschland hat in den vergangenen Jahren Mittel aus dem EGF für die Unterstützung entlassener Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus den Branchen Mobiltelefonproduktion, Herstellung von Druckmaschinen und Automobilzulieferindustrie erhalten.

Seit Einführung des EGF im Jahr 2007 wurden bis Mitte 2013 in Deutschland fünf EGF-Förderfälle umgesetzt und abgerechnet. Dabei konnten 7 600 entlassene Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit einem Gesamtfördervolumen (EGF-Mittel) von ca. 29 Mio. € gefördert werden.

Aus Mitteln des **Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten von Armut betroffenen Personen (FEAD)** werden in Armut lebende oder von Armut und sozialer Ausgrenzung bedrohte Menschen unterstützt. Die Genehmigung des Operati-

onellen Programms durch die EU-Kommission wird für das vierte Quartal 2014 erwartet. Die geplanten Projekte und Maßnahmen können dann umgesetzt werden.

Überblick zum Kapitel 1106	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Übrige Einnahmen	-	-	-		479 954
Gesamteinnahmen	-	-	-		479 954
Ausgaben					
Personalausgaben	790	790	-	140	650
Sächliche Verwaltungsausgaben	1 910	2 510	-600	797	1 474
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	74 540	76 680	-2 140	607 287	285 996
Gesamtausgaben	77 240	79 980	-2 740	608 224	288 120
davon nicht flexibilisiert	77 240	79 980	-2 740	608 224	288 120
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung	41 520 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu	24 390 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu	9 320 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu	7 810 T€				

1106 Maßnahmen des Bundes mit Beteiligung Europäischer Fonds (ESF, EGF, FEAD) sowie sonstige internationale Angelegenheiten

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Übrige Einnahmen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
272 01 -253	Einnahmen aus Zuschüssen des Europäischen Globalisierungsfonds	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen (verbleibende) sind wegen bindender Vorgaben der EU zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: **Tgr. 02,** Kap. 1112 Tit. 422 01, 428 01 und 527 01.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1102 Tit. 272 01	-	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
272 02 -253	Einnahmen aus Zuschüssen des Europäischen Sozialfonds	-	-	479 954

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen (verbleibende) sind wegen bindender Vorgaben der EU zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Kap. 0603 Tit. 684 16, Kap. 0902 Tit. 686 05, 686 07, 686 08, **686 10,** Kap. 0912 Tit. 427 09, Kap. 1101 Tit. 685 11, Kap. 1105 Tit. 686 01, **Kap. 1106 Tit. 686 11, 686 12,** Kap. 1112 Tit. 422 01, 428 01, **Kap. 1606 Tit. 686 05,** Kap. 1702 Tit. 684 01, 684 02, Kap. 1703 Tit. 684 11, **684 12,** 684 21, 684 22, Kap. 1710 Tit. 684 07, Kap. 1712 Tit. 422 01, 427 99, 428 01, Kap. 3002 Tit. 685 20, 685 41, 685 42, 685 43, Kap. 3003 Tit. 685 07, 685 16, Kap. 3004 Tit. 683 24 und Kap. 3012 Tit. 427 09.

Erläuterungen:

Der Europäische Sozialfonds (Art. 162 ff EG-Vertrag) dient der Finanzierung aktiver arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen und ist das wichtigste Instrument der EU zur Förderung der Humanressourcen. Hier werden die ESF-Mittel, deren Zahlung nur auf Antrag und gegen Nachweis entsprechender Ausgaben erfolgt, vereinnahmt und an die programmumsetzenden Stellen weitergeleitet (Bundesagentur für Arbeit, Bundesministerium für Bildung und Forschung, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Bundesministerium des Innern).

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1102 Tit. 272 02	-	479 954

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
272 03 -253	Einnahmen aus Zuschüssen der Europäischen Union zu besonderen Maßnahmen	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind wegen bindender Vorgaben der EU zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 687 32.

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 272 03

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1102 Tit. 272 03	-	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
272 04 -253	Einnahmen aus Zuschüssen des Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten von Armut betroffenen Personen	-		

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen (verbleibende) sind wegen bindender Vorgaben der EU zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 686 41 und 686 42.

Ausgaben

Titelgruppe 01

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
Tgr. 01	Maßnahmen des Bundes unter Beteiligung des Europäischen Sozialfonds (ESF) und Kofinanzierung der Kosten für technische Hilfe	(53 890)	(54 490) *(603 385)*	

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.
2. Einnahmen aus Zuschuss-Rückflüssen und Zinsen fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

1. Der Europäische Sozialfonds (Art. 162 ff. Vertrag über die Arbeitsweise der EU) ist das wichtigste Instrument der EU zur Förderung der Humanressourcen. Er fördert innerhalb der Europäischen Union Maßnahmen, die die nationale Arbeitsmarktpolitik ergänzen.

   Im Jahr 2014 können sowohl Restmittel der Förderperiode 2000 - 2006 und 2007 - 2013 als auch Mittel der neuen Förderperiode 2014 - 2017 zur Auszahlung kommen.
2. Bei Nachweis entsprechender Ausgaben können in 2014 für die Förderperiode 2000 - 2006 von der EU-Kommission Zahlungen von bis zu 100 Mio. € und für die Förderperiode 2007 - 2013 Zahlungen von bis zu 300 Mio. € geleistet werden.

   Für die neue Förderperiode 2014 - 2020 können von der EU-Kommission Zahlungen in Höhe von 120 Mio. € geleistet werden.
3. Die nationalen Kofinanzierungsmittel für die technische Hilfe sind in dieser Titelgruppe zusammengefasst.

Für das Jahr 2014 werden ESF-Mittel im Rahmen der technischen Hilfe in Höhe von 13,0 Mio. € erwartet, die als zweckgebundene Einnahme bei Tit. 272 02 verbucht und über die Titel 427 19 bis 547 11 sowie Tit. 686 11 bis 686 13 ausgezahlt werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
427 19 -253	Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige	500	500 *91*	409

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind übertragbar.

1106 Maßnahmen des Bundes mit Beteiligung Europäischer Fonds (ESF, EGF, FEAD) sowie sonstige internationale Angelegenheiten

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 427 19 (Titelgruppe 01)

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1102 Tit. 427 59	500	409

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 *Reste 2013*	Ist 2012
459 19 -253	Vermischte Personalausgaben	290	290 *49*	241

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind übertragbar.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1102 Tit. 459 59	290	241

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 *Reste 2013*	Ist 2012
542 11 -013	Öffentlichkeitsarbeit	450	450 *170*	280

Haushaltsvermerk:

1. **Die Ausgaben sind übertragbar.**
2. **Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.**
3. **Aus den Ausgaben sind auch die Kosten für Porto, Verpackung und Versand von Veröffentlichungen zu leisten.**

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1102 Tit. 542 51	450	280

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 *Reste 2013*	Ist 2012
544 11 -253	Forschung, Untersuchungen und Ähnliches	1 000	1 000 *627*	870

Verpflichtungsermächtigung.. 600 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 200 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 200 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 200 T€

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind übertragbar.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1102 Tit. 544 51	1 000	870

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 01

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 *Reste 2013*	Ist 2012
547 11 -253	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	250	250	257

Verpflichtungsermächtigung ... 120 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu ... 40 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu ... 40 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu ... 40 T€

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind übertragbar.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1102 Tit. 547 51 ...	250	257

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 *Reste 2013*	Ist 2012
686 11 -253	Verwendung von Zuschüssen des Europäischen Sozialfonds zu laufenden Maßnahmen	-	-	206 204

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 272 02.

Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.

Erläuterungen:

Mitveranschlagt sind alle zur technischen Hilfe gehörenden Ausgaben, auch soweit es sich nicht um Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland handelt, und nicht zweckgebundene Mehreinnahmen zur Leistung von Mehrausgaben bei anderen Titeln, insbesondere bei den Titeln 427 19, 459 19, 542 11, 544 11 und 547 11 dienen.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1102 Tit. 686 51 ...	-	206 204

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 *Reste 2013*	Ist 2012
686 12 -253	Verwendung von nicht abgeforderten Mitteln und Rückflüssen aus Zuschüssen des Europäischen Sozialfonds	-	- *561 102*	-287

Haushaltsvermerk:

1. Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Kap. 0603 Tit. 684 16, Kap. 0902 Tit. 686 05, 686 07, 686 08, **686 10,** Kap. 0912 Tit. 427 09, Kap. 1101 Tit. 685 11, Kap. 1105 Tit. 686 01, Kap. 1112 Tit. 422 01, 428 01, **Kap. 1606 Tit. 686 05,** Kap. 1702 Tit. 684 01, 684 02, Kap. 1703 Tit. 684 11, **684 12,** 684 21, 684 22, Kap. 1710 Tit. 684 07, Kap. 1712 Tit. 422 01, 427 99, 428 01, Kap. 3002 Tit. 685 20, 685 41, 685 42, 685 43, Kap. 3003 Tit. 685 07, 685 16, Kap. 3004 Tit. 683 24 und Kap. 3012 Tit. 427 09.
2. **Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 272 02.**

1106 Maßnahmen des Bundes mit Beteiligung Europäischer Fonds (ESF, EGF, FEAD) sowie sonstige internationale Angelegenheiten

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 686 12 (Titelgruppe 01):

Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.

3. Vor Verwendung der Mittel ist der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages über die damit zu finanzierenden Maßnahmen zu unterrichten.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1102 Tit. 686 52	-	-287

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
686 13 -253	Kofinanzierung der ESF-Bundesprogramme	51 400	52 000 *41 346*	47 461

Verpflichtungsermächtigung... 30 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 15 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 7 500 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 7 500 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgenden Titeln: **427 49, 459 49, 542 41, 544 41, 547 41,** 686 22 **und 686 43.**
3. **Einsparungen bei der Verpflichtungsermächtigung dienen zur Deckung der weiteren Verpflichtungsermächtigungen bei folgenden Titeln: 544 41, 547 41 und 686 43.**

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Förderperiode 2007 - 2013..	44 400
2. Förderperiode 2014 - 2020..	7 000
Zusammen..	51 400

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1102 Tit. 686 53	52 000	47 461

Titelgruppe 02

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
Tgr. 02	Verwendung von Zuschüssen des Europäischen Globalisierungsfonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF)	(-)	(-) *(4 839)*	

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.
2. Die Verpflichtungsermächtigungen sind gegenseitig deckungsfähig.
3. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 272 01.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu Titelgruppe 02			
	Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden. Die wegen negativen Förderbescheides ausbleibenden Einnahmen sind noch im Jahr des Förderbescheides bei anderen Ausgaben im Epl. 11 in gleicher Höhe außerhalb gesetzlicher Leistungen haushaltsmäßig einzusparen.			
542 21 -013	Öffentlichkeitsarbeit	-	-	-
544 21 -253	Forschung, Untersuchungen und Ähnliches	-	-	76
686 21 -253	Verwendung von Zuschüssen des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung	-	- *4 839*	8 452
686 22 -253	Kofinanzierung der Zuschüsse des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (Globalisierungsfonds, EGF)	-	-	12

Zu 542 21:

Verpflichtungsermächtigung...

fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 50 T€

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1102 Tit. 542 21	-	-

Zu 544 21:

Verpflichtungsermächtigung...

fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 150 T€

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1102 Tit. 544 21	-	76

Zu 686 21:

Verpflichtungsermächtigung.. 10 300 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 8 800 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu... 1 500 T€

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1102 Tit. 686 21	-	8 452

Zu 686 22:

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: 686 13.

1106 Maßnahmen des Bundes mit Beteiligung Europäischer Fonds (ESF, EGF, FEAD) sowie sonstige internationale Angelegenheiten

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 686 22 (Titelgruppe 02)

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1102 Tit. 686 22	-	12

Titelgruppe 03

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Tgr. 03	Internationale Angelegenheiten auf dem Gebiet der Arbeits- und Sozialpolitik	(23 350)	(25 490)	
532 34 -029	Kosten der internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Arbeits- und Sozialpolitik	210	210	76

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1102 Tit. 532 01	210	76

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
532 35 -011	Ausgaben für Maßnahmen und Projekte des Beauftragten der Bundeskanzlerin für die Deutsch-Griechische Versammlung	-	600	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1102 Tit. 532 03	600	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
687 31 -022	Beiträge an internationale Organisationen	23 140	24 680	24 154

Haushaltsvermerk:

Erstattungen auf die Mitgliedsbeiträge zur Internationalen Arbeitsorganisation fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Bezeichnung der Organisation Rechtsgrundlage und Zweck der Mitgliedschaft	Mitgliedsbeitrag der Bundesrepublik Deutschland (Pflichtleistungen)			Besondere (freiwillige) Leistungen außerhalb des Mitgliedsbeitrags in 1 000 € (gerundet)	Zusammen Spalte 4 + 5 in 1 000 €
	in Prozent	in Tausend-Fremdwährung (gerundet)	in 1 000 € (gerundet)		
1	2	3	4	5	6
1. Internationale Arbeitsorganisation in Genf................................. Rechtsgrundlage: Vertrag Zweck: Internationale Arbeitsnormen	7,1	27 176 CHF	22 140	-	22 140
2. Sonstige...			1 000		1 000
Zusammen..			23 140	-	23 140

Differenzen durch Rundung möglich

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1102 Tit. 687 01	24 680	24 154

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 03

687 32 -253	Maßnahmen im Zusammenhang mit Twinning-Projekten der EU	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 272 03.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1102 Tit. 687 02	-	-

Titelgruppe 04

Tgr. 04	Maßnahmen des Bundes unter Beteiligung des Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten von Armut betroffenen Personen (FEAD) und Kofinanzierung der Kosten für technische Hilfe	(-)		

Haushaltsvermerk:

Einnahmen aus Zuschuss-Rückflüssen und Zinsen fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Mit dem Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten von Armut betroffenen Personen (FEAD) wird das Ziel verfolgt, den sozialen Zusammenhalt in der Union dadurch zu stärken, dass er zur Erreichung des EU-2020-Zieles beiträgt, die Anzahl der in Armut lebenden oder von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Personen bis 2020 um mindestens 20 Millionen zu senken. Die Zahl der Menschen, die unter materieller Armut leiden, nimmt in der EU zu, im Jahr 2011 haben ca. 8,8 Prozent der Unionsbürger unter gravierender materieller Armut gelitten. Diese Personen sind häufig zu stark ausgegrenzt, um von ESF-Aktivierungsmaßnahmen profitieren zu können. Das Tätigwerden der EU ist gerechtfertigt auf der Basis von Artikel 174 (AEUV), in dem festgelegt ist, dass die Union als Ganzes "eine harmonische Entwicklung" fördert, indem sie "weiterhin ihre Politik zur Stärkung ihres wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts" entwickelt und verfolgt und von Artikel 175 (AEUV), in dem die Rolle der EU-Strukturfonds bei der Erreichung dieses Zieles und die Bestimmungen zu spezifischen Maßnahmen außerhalb der Strukturfonds niedergelegt sind.

427 49 -253	Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige	-		

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: 686 13.

459 49 -253	Vermischte Personalausgaben	-		

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: 686 13.

1106 Maßnahmen des Bundes mit Beteiligung Europäischer Fonds (ESF, EGF, FEAD) sowie sonstige internationale Angelegenheiten

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 04

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
542 41 -013	Öffentlichkeitsarbeit		-	

Haushaltsvermerk:

1. **Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: 686 13.**
2. **Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.**
3. **Aus den Ausgaben sind auch die Kosten für Porto, Verpackung und Versand von Veröffentlichungen zu leisten.**

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
544 41 -253	Forschung, Untersuchungen und Ähnliches		-	

Verpflichtungsermächtigung... 60 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 30 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu... 20 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu... 10 T€

Haushaltsvermerk:

1. **Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: 686 13.**
2. **Die weitere Verpflichtungsermächtigung darf bis zur Höhe der Einsparung der Verpflichtungsermächtigung bei folgendem Titel belegt werden: 686 13.**

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
547 41 -253	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben		-	

Verpflichtungsermächtigung... 40 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 20 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu... 10 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu... 10 T€

Haushaltsvermerk:

1. **Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: 686 13.**
2. **Die weitere Verpflichtungsermächtigung darf bis zur Höhe der Einsparung der Verpflichtungsermächtigung bei folgendem Titel belegt werden: 686 13.**

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
686 41 -253	Verwendung von Zuschüssen des Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten von Armut betroffenen Personen zu laufenden Maßnahmen		-	

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 272 04.

Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgen-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 686 41 (Titelgruppe 04):

den Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.

Erläuterungen:

Mitveranschlagt sind alle zur technischen Hilfe gehörenden Ausgaben, auch soweit es sich nicht um Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland handelt, und nicht zweckgebundene Mehreinnahmen zur Leistung von Mehrausgaben bei anderen Titeln, insbesondere bei den Titeln 427 49, 459 49, 542 41, 544 41 und 547 41 dienen.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
686 42 -253	Verwendung von nicht abgeforderten Mitteln und Rückflüssen aus Zuschüssen des Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten von Armut betroffenen Personen	-		

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 272 04.

Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
686 43 -253	Kofinanzierung der FEAD-Programme 2014 - 2020	-		

Verpflichtungsermächtigung.. 200 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 100 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 50 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 50 T€

Haushaltsvermerk:

1. **Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: 686 13.**
2. **Die weitere Verpflichtungsermächtigung darf bis zur Höhe der Einsparung der Verpflichtungsermächtigung bei folgendem Titel belegt werden: 686 13.**

Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
531 01 -013	Europäisches Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung		-	-153

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1102 Tit. 531 01	-	-153

1106 Maßnahmen des Bundes mit Beteiligung Europäischer Fonds (ESF, EGF, FEAD) sowie sonstige internationale Angelegenheiten

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
687 03 -029	Förderung des sozialen Dialogs mit den Sozialpartnern aus den EU-Beitrittsländern		-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1102 Tit. 687 03	-	-

Vorbemerkung

Wesentliche finanzwirksame Schwerpunkte des Kapitels

Das Kapitel Arbeitswelt im Wandel, Fachkräftesicherung umfasst ein finanzielles Volumen in Höhe von rund 23,6 Mio. €. Besonderes finanzielles Gewicht haben die Flankierung des **Strukturwandels der Arbeitswelt sowie Maßnahmen zur Sicherung des Arbeitskräftebedarfs.** Hierfür stehen 10,2 Mio. € (Titel 545 01, 684 01, 684 02) bzw. 3,5 Mio. € (Titel 544 04) zur Verfügung.

Rund 5,1 Mio. € (Titel 632 01, 882 01) sind als zweckgebundene Zuweisung an die Länder für Mitgliedseinrichtungen der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz e. V., hier das **Institut für Arbeitsforschung** an der TU Dortmund (IfADo) vorgesehen.

0,43 Mio. € sind veranschlagt für den vom BMAS innerhalb der Bundesregierung federführend zu koordinierenden „Prozess der gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen" - **Corporate Social Responsibility** (Titel 684 08)- CSR -.

Rund 0,29 Mio. € stehen für die Arbeit der **Gemeinsamen Deutschen Arbeitsschutzstrategie, GDA** (Titel 684 09) zur Verfügung.

Wesentliche Ziele, die mit den veranschlagten Mitteln erreicht werden sollen

Mit der **„Förderung des Strukturwandels der Arbeitswelt"** durch ineinandergreifende Maßnahmen werden Unternehmen und Beschäftigte nachhaltig unterstützt, um sich wettbewerbsfähig und zukunftssicher aufzustellen; dabei stehen der demografische Wandel und die Fachkräftesicherung an vorderster Stelle.

Speziell die Initiative Neue Qualität der Arbeit (INQA) unterstützt die Entwicklung von niedrigschwelligen Informations- und Beratungsangeboten insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen (KMU), um diese für die Herausforderungen des demografischen Wandels und des Strukturwandels der Arbeit zu sensibilisieren und zugleich konkrete, betriebsnahe Handlungs- und Lösungsstrategien anzubieten. Dabei stehen Lösungen in den personalpolitischen Handlungsfeldern Personalführung, Verwirklichung von Chancengleichheit & Diversity, Förderung von Arbeitsfähigkeit und Gesundheit sowie Etablierung eines lebensphasenorientierten Wissens- und Kompetenzmanagement im Vordergrund.

Durch die jährliche Ausschreibung eines Förderprogramms werden Transfer- und Strategieprojekte gefördert, in denen betriebliche Handlungsstrategien entwickelt und erprobt werden. Ziel ist es, Vorhaben zu fördern, die mit Blick auf die o. g. personalpolitischen Handlungsfelder Unternehmen dabei unterstützen, über eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Beschäftigte deren Arbeitsfähigkeit zu stärken und gleichzeitig die Unternehmen wettbewerbs- und zukunftsfähig aufzustellen. Diese Maßnahmen werden durch Monitoring, Evaluation sowie durch Transfer- und Medienarbeit begleitet.

Ziel der Projektförderungen im Rahmen des Modellprogramms zur Bekämpfung arbeitsbedingter Erkrankungen (Modellprogramm) ist die Generierung und Verbreitung von anwendungsbezogenem, praxisnahem Wissen zum Erhalt der Arbeitsfähigkeit und der Förderung der Beschäftigungsfähigkeit. Das so erlangte Wissen zur zukunftsgerechten Gestaltung der Arbeitswelt soll modellhaft in betriebsnahe Netzwerke und Verbünde eingebracht werden und insgesamt überregionale Wirkung entfalten.

Die **Sicherung des Arbeitskräftebedarfs** ist entscheidend für die Zukunftsfähigkeit der Unternehmen in Deutschland. Insbesondere die kleinen und mittleren Unternehmen brauchen dabei Unterstützung. Daher sollen regionale Netzwerke zur Fachkräftesicherung, in denen sich wichtige regionale Arbeitsmarktakteure engagieren, verstärkt u. a. durch die Angebote des Innovationsbüros Fachkräfte für die Region unterstützt werden. Die Akteure vor Ort wissen am besten, welche lokalen Fachkräftebedarfe bestehen und welche Potenziale in der Region erschlossen werden können, um drohenden Fachkräfteengpässen entgegenzuwirken.

Das **Institut für Arbeitsforschung Dortmund (IfADo)** erforscht - orientiert an den aktuellen Erfordernissen des beruflichen Gesundheitsschutzes und der Arbeitsgestaltung - Potenziale und Risiken moderner Arbeit. Ziel ist es, die sich verändernden Anforderungen und Bedingungen der Erwerbsarbeit durch arbeitsphysiologische Forschung zu begleiten. Aus den Ergebnissen werden Prinzipien zur leistungs- und gesundheitsförderlichen Gestaltung der Arbeitswelt abgeleitet.

Die Stärkung der gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen - **Corporate Social Responsibility** (CSR) ist Innovationstreiber für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft und trägt zu einer sozialen und ökologischen Gestaltung der Globalisierung bei. Das Ziel besteht darin, im Austausch mit den relevanten Partnern

1. die Sichtbarkeit und Glaubwürdigkeit von CSR zu stärken,
2. CSR in Unternehmen zu fördern, insbesondere auch in KMU,
3. Unternehmen dabei zu unterstützen, CSR in der gesamten Produktions- und Lieferkette zu realisieren und
4. CSR-Politik im internationalen Austausch zu fördern.

Mit der von Bund, Ländern und den Trägern der gesetzlichen Unfallversicherung gegründeten und im Arbeitsschutzgesetz sowie im Sozialgesetzbuch VII verankerten **Gemeinsamen Deutschen Arbeitsschutzstrategie (GDA)** sollen praktische Verbesserungen für die Beschäftigten in der Prävention erreicht werden. Kernziel dabei ist die Umsetzung der EU-Gemeinschaftsstrategie für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz sowie das ILO-Übereinkommen 187 "Förderungsrahmen für den Arbeitsschutz". Im Fokus der zweiten GDA-Periode von 2013 bis 2018 stehen die Verbesserung der Organisation des betrieblichen Arbeitsschutzes, die Verringerung von arbeitsbedingten Gesundheitsgefährdungen und Erkrankungen im Muskel-Skelett-Bereich und der Schutz und die Stärkung der Gesundheit bei arbeitsbedingter psychischer Belastung. Mit der Verleihung des Deutschen Arbeitsschutzpreises möchte die GDA besonders wirksame und innovative Arbeitsschutzmaßnahmen bekannt machen und als gute Beispiele öffentlich präsentieren.

1107 Arbeitswelt im Wandel, Fachkräftesicherung

Überblick zum Kapitel 1107	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Ausgaben					
Personalausgaben	-	-	-		81
Sächliche Verwaltungsausgaben	7 500	6 300	+1 200	698	5 400
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	15 994	15 378	+616	2 733	13 837
Ausgaben für Investitionen	100	587	-487		627
Gesamtausgaben	23 594	22 265	+1 329	3 431	19 945
davon flexibilisiert	-	1 800	-1 800	698	1 653
davon nicht flexibilisiert	23 594	20 465	+3 129	2 733	18 292
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung	24 204 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu	10 734 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu	7 620 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu	5 850 T€				

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Ausgaben

Personalausgaben

427 09 -313	Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige	-	-	81

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind mit folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: 545 01, 684 01 und 684 02.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1102 Tit. 427 79	-	81

Sächliche Verwaltungsausgaben

544 04 -165	Ausgaben für Maßnahmen zur Sicherung des Arbeitskräftebedarfs	3 500	1 800	1 653

Verpflichtungsermächtigung... 12 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 4 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 4 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 4 000 T€

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1101 Tit. 544 04	1 800	1 653

544 06 -165	Fachkräfte-Offensive	2 500	3 000	912

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Einnahmen fließen den Ausgaben zu.
3. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Werbe- und Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben wird.
4. Aus den Ausgaben sind auch die Kosten für Porto, Verpackung und Versand von Veröffentlichungen zu leisten.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1101 Tit. 544 06	3 000	912

1107 Arbeitswelt im Wandel, Fachkräftesicherung

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
545 01 -313	Konferenzen, Tagungen, Messen und Ausstellungen	1 500	1 500	2 835

Verpflichtungsermächtigung.. 1 450 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 700 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 500 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 250 T€

Haushaltsvermerk:

1. **Die Ausgaben sind übertragbar.**
2. **Die Ausgaben sind mit folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: 427 09, 684 01 und 684 02.**
3. **Die Verpflichtungsermächtigung ist mit den Verpflichtungsermächtigungen bei folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: 684 01 und 684 02.**
4. **Einnahmen aus Zuschuss-Rückflüssen, Zinsen und aus dem Verkauf von Informationsmaterialien fließen den Ausgaben zu.**
5. **Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.**

Erläuterungen:

Aus diesem Titel dürfen auch wesentliche Ausgaben für Transfer- und Medienarbeit, Kampagnen, Honorare sowie Reisekosten geleistet werden.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1102 Tit. 533 71	1 500	2 835

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)

632 01 -164	Zweckgebundene Zuweisungen an die Länder für Mitgliedseinrichtungen der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz e. V. (WGL)	5 014	4 602	4 332

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 882 01.
2. Die Mittel dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.

   Dies gilt, wenn und soweit das zuwendungsgebende Sitzland seinen Finanzierungsanteil ebenfalls überjährig zur Verfügung stellt.

Erläuterungen:

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	Finanzierungsanteil in Prozent ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
WGL-Einrichtungen					
1. **Nordrhein-Westfalen**			**(5 114)**	**(5 189)**	**(4 959)**
1.1 Forschungsgesellschaft für Arbeitsphysiologie und Arbeitsschutz (IfA), Dortmund..		50,00	5 114	5 189	4 959
- aus Kap. 1107 Tit. 632 01..			*5 014*	*4 602*	*4 332*
- aus Kap. 1107 Tit. 882 01..			*100*	*587*	*627*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 632 01

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	Finanzierungsanteil in Prozent ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
Zusammen			5 114	5 189	4 959
- Summe Tit. 632 01			*5 014*	*4 602*	*4 332*
- Summe Tit. 882 01			*100*	*587*	*627*

Die Länder gewähren den Einrichtungen Zuwendungen zur institutionellen Förderung. Die Förderung des Bundes erfolgt durch zweckgebundene Zuweisungen an die Sitzländer.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1102 Tit. 632 31	4 602	4 332

684 01 -313	Initiative "Neue Qualität der Arbeit"	4 700	4 700 *949*	3 746

Verpflichtungsermächtigung ... 4 500 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu ... 2 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu ... 1 500 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu ... 1 000 T€

Haushaltsvermerk:

1. **Die Ausgaben sind übertragbar.**
2. **Die Ausgaben sind mit folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: 427 09, 545 01 und 684 02.**
3. **Die Verpflichtungsermächtigung ist mit den Verpflichtungsermächtigungen bei folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: 545 01 und 684 02.**
4. **Einnahmen aus Zuschuss-Rückflüssen und Zinsen fließen den Ausgaben zu.**
5. **Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.**

Erläuterungen:

Zu Lasten dieser Ausgaben dürfen auch Aufträge und Dienstleistungen erteilt werden.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1102 Tit. 684 71	4 700	3 746

684 02 -313	Maßnahmen zur Bekämpfung arbeitsbedingter Erkrankungen	4 000	4 000 *1 474*	3 807

Verpflichtungsermächtigung ... 3 700 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu ... 1 700 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu ... 1 500 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu ... 500 T€

Haushaltsvermerk:

1. **Die Ausgaben sind übertragbar.**

1107 Arbeitswelt im Wandel, Fachkräftesicherung

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 684 02

2. Die Ausgaben sind mit folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: 427 09, 545 01 und 684 01.

3. Die Verpflichtungsermächtigung ist mit den Verpflichtungsermächtigungen bei folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: 545 01 und 684 01.

4. Einnahmen aus Zuschuss-Rückflüssen fließen den Ausgaben zu.

5. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

Erläuterungen:

Zu Lasten dieser Ausgaben dürfen auch Aufträge und Dienstleistungen erteilt werden.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1102 Tit. 684 72	4 000	3 807

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
684 05 -680	Maßnahmen zur Förderung der Produktsicherheit und von Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit	500	534	415

Verpflichtungsermächtigung..

fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 500 T€

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind übertragbar.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
Förderung von Projekten des DIN zur Produktsicherheit und für Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit..................................	500

Es werden Maßnahmen zur Gewährleistung der Produktsicherheit und der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes bei der Arbeit gefördert. Diese Vorhaben bewirken, dass die Anforderungen der Rechtssetzung in der Praxis sachgerecht wirksam werden.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1102 Tit. 684 05	534	415

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
684 06 -313	Zuschüsse zu den Kosten der Kommission Arbeitsschutz und Normung in der EU	1 058	1 020 *64*	986

Verpflichtungsermächtigung..

fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 1 084 T€

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind übertragbar.

Erläuterungen:

Aus den Ausgaben können neben Personalausgaben, sächlichen Verwaltungsausgaben und Investitionskosten auch Ausgaben für Expertisen, Gutachterhonorare und Reisekosten geleistet werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 684 06

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1102 Tit. 684 06	1 020	986

684 08 -313	Förderung von Maßnahmen zur Stärkung der gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen (CSR-Maßnahmen)	430	430 *246*	429

Verpflichtungsermächtigung..

fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 600 T€

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind übertragbar.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1102 Tit. 684 08	430	429

684 09 -313	Gemeinsame Deutsche Arbeitsschutzstrategie - GDA -	292	92	122

Verpflichtungsermächtigung.. 370 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 150 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 120 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 100 T€

Haushaltsvermerk:

1. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.
2. Aus den Ausgaben sind auch Kosten für Porto, Verpackung und Versand von Veröffentlichungen zu leisten.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1102 Tit. 684 09	92	122

Ausgaben für Investitionen

882 01 -164	Zweckgebundene Zuweisungen an die Länder für Mitgliedseinrichtungen der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz e. V. (WGL)	100	587	627

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 632 01.
2. Die Mittel dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.

   Dies gilt, wenn und soweit das zuwendungsgebende Sitzland seinen Finanzierungsanteil ebenfalls überjährig zur Verfügung stellt.

Erläuterungen:

WGL-Einrichtungen: Zusammenstellung siehe Erläuterungen zu Tit. 632 01.

1107 Arbeitswelt im Wandel, Fachkräftesicherung

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 882 01

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1102 Tit. 882 31	587	627

Überblick zum Kapitel 1110	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen..	-	-	-		1 248
Gesamteinnahmen...	-	-	-		1 248
Ausgaben					
Sächliche Verwaltungsausgaben...........................	2 793	3 700	-907	2 309	1 491
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	21 989	1 738	+20 251		1 156
Gesamtausgaben...	24 782	5 438	+19 344	2 309	2 647
davon nicht flexibilisiert..	24 782	5 438	+19 344	2 309	2 647
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung...................................	1 000 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.................................	600 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.................................	200 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.................................	200 T€				

1110 Sonstige Bewilligungen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

119 99 -011	Vermischte Einnahmen	-	-	1 248

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen zu Nr. 2 der Erläuterungen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 681 01.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Vermischte Einnnahmen	-
2. Erstattung des Verbandes Deutscher Reeder e. V.	-
Zusammen	-

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1102 Tit. 119 99	-	1 248

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 681 01.

Sächliche Verwaltungsausgaben

544 05 -165	Optimiertes Meldeverfahren in der sozialen Sicherung	2 793	3 700 *2 309*	1 491

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Aus den Mitteln dürfen auch Zuwendungen gemäß § 23 BHO gewährt werden.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1101 Tit. 544 05	3 700	1 491

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)

632 06 -282	Leistungen aufgrund rechtlicher Verpflichtungen des Bundes für Fürsorgezwecke	400	550	332

Erläuterungen:

	2014 1 000 €	2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4
1. Anteil des Bundes an den Aufwendungen des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen für die Tuberkulosehilfe nach dem Vergleich vom 18. Januar 1966/12. Februar 1970	-	-	-
2. Ausgaben für die vom Bund aufgrund zwischenstaatlicher Verpflichtungen und im Rahmen gegebener Zusicherungen zu tragenden Aufwendungen für Hilfeempfänger im Ausland und für Verwaltungskosten sowie für die Krankenversorgung für Empfänger von Unterhaltshilfe (§ 276 Abs. 3 und 4 LAG) mit gewöhnlichem Aufenthalt im Ausland	400	550	332
(Ausgaben für die Heimführung von Deutschen aus dem Ausland, die aus Gründen der Hilfsbedürftigkeit das Gastland verlassen müssen, sind bei Kap. 0502 Tit. 687 51 veranschlagt)			
Zusammen	400	550	332

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1102 Tit. 632 06	550	332

636 01 -045	Kosten der Durchführung des Arbeitssicherstellungsgesetzes	130	245	228

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1101 Tit. 683 04.

Erläuterungen:

Nach § 35 Abs. 2 Satz 2 und § 26 Satz 5 des Arbeitssicherstellungsgesetzes erstattet der Bund der Bundesagentur für Arbeit die Kosten, die ihr aus der Durchführung des Arbeitssicherstellungsgesetzes entstehen (Verwaltungskosten, Aufwendungen nach § 26 Arbeitssicherstellungsgesetz).

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1102 Tit. 636 01	245	228

681 01 -313	Kosten der Heimschaffung von Besatzungsmitgliedern deutscher Seeschiffe	-	-	-

Haushaltsvermerk:

1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: **Kap. 1110.**
2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.

   Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.

1110 Sonstige Bewilligungen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 681 01

Erläuterungen:

Mit Inkrafttreten des Seearbeitsgesetzes zum 1. August 2013 trifft der Bund nach § 77 Seearbeitsgesetz i. V. m. § 30 Abs. 2 Satz 1 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch im Rahmen einer Ausfallhaftung die Kostentragungspflicht für die Heimschaffung von Seeleuten. Das Haftungsrisiko ergibt sich, wenn der Reeder seiner Pflicht zur Heimschaffung eines Besatzungsmitgliedes und zur Übernahme der Kosten nach § 76 Seearbeitsgesetz nicht nachkommt. In diesem Fall hat die Berufsgenossenschaft für Transport und Verkehrswirtschaft gemäß § 77 Seearbeitsgesetz die Heimschaffung zu veranlassen und die Kosten zu verauslagen. Sie sind vom Reeder zu erstatten. Der Verband Deutscher Reeder e. V. hat sich gegenüber der Bundesrepublik Deutschland verpflichtet, die Kosten zu ersetzen, die der Bund beim zahlungspflichtigen Reeder nicht beitreiben kann.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1102 Tit. 681 01	-	-

684 01 -165	Gremien nach dem Mindestarbeitsbedingungengesetz und dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz, flankierende Forschung	500	500	156

Verpflichtungsermächtigung... 500 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 100 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 200 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 200 T€

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind übertragbar.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1101 Tit. 544 03	500	156

684 02 -290	Zuwendungen für zentrale Einrichtungen, überregionale Maßnahmen und Modellvorhaben für besondere gesellschaftliche Gruppen	430	414	414

Verpflichtungsermächtigung...

fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 150 T€

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e. V. (BAG - W).	267
2. Bundesarbeitsgemeinschaft für Straffälligenhilfe e. V. (BAG - S)....	123
3. Überregionale Fachtagungen und Kongresse, die sich mit der Entwicklung von Hilfen für besondere gesellschaftliche Gruppen befassen sowie Dokumentationen zu diesen Veranstaltungen.......	40
Zusammen...	430

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1102 Tit. 684 02	414	414

684 03 -290	Zuschüsse zu den Kosten der Deutschen Seemannsmission e. V. und Stelle Maris	500		

Verpflichtungsermächtigung...

fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 350 T€

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Noch zu Titel 684 03				
	Erläuterungen: Mit der Zuwendung erfüllt BMAS seine Verpflichtung aus der Umsetzung des § 119 des Seearbeitsgesetzes. Danach werden Sozialeinrichtungen in inländischen Häfen im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel vom Bund gefördert.			
684 09 -313	Mitgliedsbeiträge und sonstige Zuschüsse an Verbände, Vereine und ähnliche Institutionen geringeren Umfangs	29	29	26
	Erläuterungen:			

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1102 Tit. 684 04	29	26

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
686 01 -290	Zuweisungen an den Fonds für Opfer und Heimerziehung bei Kap. 1710 Tit. 681 01	20 000		

1111 Zentral veranschlagte Verwaltungseinnahmen und -ausgaben

Vorbemerkung

Im Kapitel 1111 sind bestimmte Verwaltungsausgaben zentral für den Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales veranschlagt.

Einen Schwerpunkt hierbei bildet der Bereich Versorgung: In der Titelgruppe 57 veranschlagt sind die Einnahmen und Ausgaben der Versorgungsberechtigten, deren Versorgungsanspruch auf dem Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder der Bundesregierung, dem Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Parlamentarischen Staatssekretärinnen und Parlamentarischen Staatssekretäre, dem Gesetz über die Versorgung der Beamtinnen und Beamten und Richterinnen und Richter des Bundes (BeamtVG) oder auf einem Vertrag mit dem Bund beruht. Die Zuführungen an die Versorgungsrücklage und die Zuweisungen an den Versorgungsfonds sind in gesonderten Titeln ebenfalls in diesem Kapitel etatisiert.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales als oberste Bundesbehörde ist bei Kapitel 1112 veranschlagt.

Der Geschäftsbereich des Bundesministeriums gliedert sich in folgende Bundesoberbehörden:

1. Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (Kap. 1113) und
2. Bundesversicherungsamt (Kap. 1116) sowie

die der allgemeinen Dienstaufsicht unterstehenden Gerichte

1. Bundesarbeitsgericht (Kap. 1114) und
2. Bundessozialgericht (Kap. 1115).

Überblick zum Kapitel 1111	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	40	40	-		56
Übrige Einnahmen	30	30	-		878
Gesamteinnahmen	70	70	-		934
Ausgaben					
Personalausgaben	46 790	43 832	+2 958		41 753
Sächliche Verwaltungsausgaben	13 954	11 540	+2 414	1 289	11 434
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	8 643	3 640	+5 003	413	2 848
Besondere Finanzierungsausgaben	-	-1 000	+1 000		-
Gesamtausgaben	69 387	58 012	+11 375	1 702	56 035
davon flexibilisiert	15 965	7 078	+8 887	941	7 185
davon nicht flexibilisiert	53 422	50 934	+2 488	761	48 850

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Übrige Einnahmen

282 09 -011	Einnahmen aus Sponsoring, Spenden und ähnlichen freiwilligen Geldleistungen	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind wegen rechtsverbindlicher Verwendungsauflage Dritter zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 547 09.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1101 Tit. 282 09	-	-

381 07 -890	Leistungen von Bundesbehörden zur Durchführung von ressortübergreifenden Aufgaben	-	-	(-)

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind wegen verbindlicher Vereinbarung mit anderen Bundesbehörden (EfA) zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Epl. 11.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1102 Tit. 381 07	-	(-)

Titelgruppe 57

Tgr. 57	Versorgung der Beamtinnen und Beamten sowie der Richterinnen und Richter	(70)	(70)	
119 57 -018	Vermischte Einnahmen	40	40	56

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1167 Tit. 119 57	40	56

232 57 -018	Beteiligung an den Versorgungslasten des Bundes	30	30	878

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: **Tgr. 57.**

1111 Zentral veranschlagte Verwaltungseinnahmen und -ausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 232 57 (Titelgruppe 57)

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1167 Tit. 232 57	30	878

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.

Ausgenommen ist Tgr. 57.

Sächliche Verwaltungsausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
529 01 -011	Außergewöhnlicher Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	70	70	51

Haushaltsvermerk:

Die Erläuterungen sind verbindlich.

Erläuterungen:

Bezeichnung		€
1.	Zur Verfügung	
1.1	der Bundesministerin für Arbeit und Soziales..............................	55 000
1.2	der oder des Beauftragten der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen..	6 000
1.3	der Präsidentin oder des Präsidenten des Bundessozialgerichts..	1 000
1.4	der Präsidentin oder des Präsidenten des Bundesversicherungsamtes..	1 000
1.5	der Präsidentin oder des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin..	1 000
1.6	der Präsidentin oder des Präsidenten des Bundesarbeitsgerichts..	1 000
1.7	Für sonstigen Aufwand im Ministerium.......................................	5 000
Zusammen	....	70 000

Aus dem Mittelansatz dürfen auch Ausgaben für die Bewirtung mit Erfrischungen bei Besprechungen aus besonderem Anlass geleistet werden.

Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Aus den Belegen muss Anlass, Funktion und Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer (Begünstigte) erkennbar sein.

Eine Auszahlung ohne Beleg ist nicht zulässig.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1101 Tit. 529 01	70	51

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
542 01 -013	Öffentlichkeitsarbeit	10 280	9 780 *761*	9 955

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Einnahmen **aufgrund von Rückzahlungen im Rahmen von Vorauszahlungen** fließen den Ausgaben zu.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 542 01

3. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Werbe- und Informationsmaterialien gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.
4. Aus den Ausgaben sind auch Kosten für Porto, Verpackung und Versand von Veröffentlichungen zu leisten.
5. Aus den Mitteln dürfen auch Zuwendungen gemäß § 23 BHO gewährt werden.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Ministerium	9 800
2. Beauftragte oder Beauftragter der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen	480
Zusammen	10 280

Die Mittel dienen auch zur Information der begleitenden Kommunikation bei der Umsetzung und Weiterentwicklung der Grundsicherung für Arbeitssuchende. Aus dem Ansatz können auch Ausgaben im Rahmen der Zusammenarbeit und Kommunikation mit den nach § 6a SGB II zugelassenen kommunalen Trägern geleistet werden.

Im Einzelplan 11 sind außerdem folgende Maßnahmen für Öffentlichkeitsarbeit und Fachinformationen veranschlagt:

Bezeichnung	1 000 €
Öffentlichkeitsarbeit	
1106 - 542 11	450
1106 - 542 21	-
1106 - 542 41	-
Fachinformation	
1111 - 543 01	1 470
1113 - 543 21	483

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1101 Tit. 542 01	9 780	9 955

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
547 09 -011	Ausgaben für Vorhaben, die aus Spenden, Sponsoring und ähnlichen freiwilligen Geldleistungen finanziert werden	-	-	-

Haushaltsvermerk:

1. Mehrausgaben **zu Nr. 1 der Erläuterungen** dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 282 09.

2. Mehrausgaben zu Nr. 2 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1113 Tit. 282 01.

Die Mehreinnahmen sind im Rahmen der Vereinssatzung des DASA-Fördervereins zu verwenden.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Sonstiges	-
2. BAuA	-
Zusammen	-

1111 Zentral veranschlagte Verwaltungseinnahmen und -ausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 547 09

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1101 Tit. 547 09	-	-
Kap. 1104 Tit. 547 09	-	-
Zusammen	-	-

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
688 06 -011	Zahlungsverpflichtungen aus Verstößen gegen EU-Recht	-	-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1101 Tit. 688 06	-	-

Besondere Finanzierungsausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
981 07 -890	Leistungen an Bundesbehörden zur Durchführung von ressortübergreifenden Aufgaben	-	-	(8 438)

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Epl. 11.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1102 Tit. 981 07	-	(8 438)

Titelgruppe 57

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
Tgr. 57	Versorgung der Beamtinnen und Beamten sowie der Richterinnen und Richter	(43 072)	(41 084)	

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.

2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 232 57.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
431 57 -018	Versorgungsbezüge der Bundesministerinnen und Bundesminister, Parlamentarischen Staatssekretärinnen und Staatssekretäre, sonstiger Amtsträger und deren Hinterbliebenen	645	612	551

Erläuterungen:

Aus dem Titel werden auch Übergangsgelder für ehemalige Mitglieder der Bundesregierung (§ 14 Bundesministergesetz) und für ehemalige Parlamentarische Staatssekretärinnen und Parlamentarische Staatssekretäre (§ 6 ParlStG) gewährt.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1167 Tit. 431 57	612	551

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 57

432 57 -018	Versorgungsbezüge	37 532	36 100	34 489

Erläuterungen:

Aus dem Titel werden auch die Bezüge der in den einstweiligen Ruhestand versetzten Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter vom Ersten des auf den Beginn des einstweiligen Ruhestandes folgenden Monats an gewährt.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1167 Tit. 432 57	36 100	34 489

434 57 -018	Zuführung an die Versorgungsrücklage	1 653	1 457	999

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1167 Tit. 434 57	1 457	999

443 57 -018	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen einschließlich Inanspruchnahme von besonderen Fachdiensten/-kräften	2	2	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1167 Tit. 443 57	2	-

446 57 -018	Beihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften	2 048	1 870	1 744

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1167 Tit. 446 57	1 870	1 744

453 57 -018	Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen	-	-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1167 Tit. 453 57	-	-

1111 Zentral veranschlagte Verwaltungseinnahmen und -ausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 57

632 57 -018	Erstattungen des Bundes für Versorgungslasten	1 192	1 043	1 061

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1167 Tit. 632 57	1 043	1 061

Flexibilisierte Ausgaben

Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG

	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3	12 361	6 388 *413*	5 757
Aus Hauptgruppe 5	3 604	1 690 *528*	1 428
Aus Hauptgruppe 9	-	-1 000	-
Zusammen	15 965	7 078 *941*	7 185

F ***424 01*** *-011*	*Zuführung an die Versorgungsrücklage*	*1 320*	*451*	*605*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1101 Tit. 424 01	*451*	*605*

F ***441 01*** *-840*	*Beihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften*	*3 200*	*3 200*	*3 228*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1101 Tit. 441 01	*3 200*	*3 228*

F ***443 01*** *-840*	*Fürsorgeleistungen und Unterstützungen einschließlich Inanspruchnahme von besonderen Fachdiensten/-kräften*	*290*	*40*	*23*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1101 Tit. 443 01	*40*	*23*
Kap. 1101 Tit. 443 02	*250*	*306*
Zusammen	*290*	*329*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F **452 02** *-223*	*Unfallkasse des Bundes*	*100*	*100*	*114*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1101 Tit. 452 02	100	114

F **526 01** *-011*	*Gerichts- und ähnliche Kosten*	*455*	*330*	*286*

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Bundesministerium für Arbeit und Soziales....................................	330
2. Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin......................	5
3. Bundesarbeitsgericht..	30
4. Bundessozialgericht...	90
Zusammen..	455

Für erwartete Verfassungsgerichtsverfahren.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1101 Tit. 526 01	330	286
Kap. 1104 Tit. 526 01	5	21
Kap. 1105 Tit. 526 01	30	19
Kap. 1106 Tit. 526 01	90	89
Zusammen	455	415

F **526 02** *-011*	*Sachverständige, Ausgaben für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen*	*1 020*	*250*	*255*

Haushaltsvermerk:

1. ***Mehrausgaben zu Nr. 2.1 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1113 Tit. 119 99.***
2. ***Mehrausgaben zu Nr. 3.1.1 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1116 Tit. 236 05.***
3. ***Mehrausgaben zu Nr. 3.1.2 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1116 Tit. 236 03.***

Erläuterungen:

Für Ausgaben der nachfolgenden Behörden:

	Bezeichnung	1 000 €
1.	Bundesministerium für Arbeit und Soziales............................	460
1.1	Sachverständige...	305
1.2	Beiräte..	155
2.	Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin..............	470
2.1	Sachverständige...	350
2.2	Beiräte..	120

1111 Zentral veranschlagte Verwaltungseinnahmen und -ausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 526 02

Bezeichnung		*1 000 €*
3.	*Bundesversicherungsamt*	*90*
3.1	*Sachverständige*	*85*
3.1.1	*Sachverständige beim BVA*	*75*
3.1.2	*Sachverständige im Zusammenhang mit den Aufwendungen für die Prüfung der Kranken-Pflegekassen beim BVA*	*10*
3.2	*Beiräte*	*5*
Zusammen		*1 020*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1101 Tit. 526 02	*250*	*255*
Kap. 1101 Tit. 526 03	*70*	*55*
Kap. 1101 Tit. 526 12	*55*	*24*
Kap. 1101 Tit. 526 13	*55*	*79*
Kap. 1104 Tit. 526 02	*350*	*306*
Kap. 1104 Tit. 526 03	*120*	*64*
Kap. 1107 Tit. 526 02	*75*	*4 156*
Kap. 1107 Tit. 526 03	*5*	*26*
Kap. 1107 Tit. 526 32	*10*	*10*
Zusammen	*990*	*4 975*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F **527 03** -011	*Reisen in Angelegenheiten der Personalvertretungen und der Gleichstellungsbeauftragten sowie in Vertretung der Interessen schwerbehinderter Menschen*	*220*	*220*	*217*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1101 Tit. 527 03	*220*	*217*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F **543 01** -011	*Veröffentlichungen und Fachinformationen*	*1 470*	*800*	*668*

Haushaltsvermerk:

1. *Einnahmen nach Nr. 2 dieses Haushaltsvermerks fließen den Ausgaben zu.*
2. *Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.*
3. *Aus den Ausgaben sind auch die Kosten für Porto, Verpackung und Versand von Veröffentlichungen zu leisten.*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Bundesministerium für Arbeit und Soziales	*800*
2. Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin	*650*
3. Bundesarbeitsgericht	*10*
4. Bundessozialgericht	*10*
Zusammen	*1 470*

Im Einzelplan 11 sind außerdem folgende Maßnahmen für Veröffentlichungen und Fachinformationen veranschlagt:

Bezeichnung	*1 000 €*
1113 - 543 21	*483*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 543 01

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1101 Tit. 543 01	*800*	*668*
Kap. 1104 Tit. 543 01	*550*	*540*
Kap. 1105 Tit. 543 01	*10*	*2*
Kap. 1106 Tit. 543 01	*10*	*3*
Zusammen	*1 370*	*1 213*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F **545 01** *-011*	*Konferenzen, Tagungen, Messen und Ausstellungen*	*439*	*90*	*2*

Haushaltsvermerk:

1. Mehrausgaben zu Nr. 2.1 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1113 Tit. 119 99.

***2.** Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Werbe- und Informationsmaterialien gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.*

Erläuterungen:

Im Einzelplan 11 sind außerdem folgende Maßnahmen veranschlagt:

Bezeichnung	*1 000 €*
1107 - 545 01	*1 500*

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Bundesministerium für Arbeit und Soziales	*90*
2. Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin	*349*
2.1 Entwicklung und Durchführung von Seminaren, Veranstaltungen, Erfahrungsaustausch und Tagungen für die Zielgruppen der BAuA	*247*
2.2 Teilnahme an Messen und Ausstellungen	*102*
2.3 Sonstiges	*-*
Zusammen	*439*

Ausgaben der lfd. Nr. 2 dürfen in engen Grenzen für die Betreuung von Standbesucherinnen und Standbesuchern geleistet werden.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1101 Tit. 545 01	*90*	*2*
Kap. 1104 Tit. 545 01	*349*	*385*
Zusammen	*439*	*387*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F **634 03** *-011*	*Zuweisungen an den Versorgungsfonds*	*7 451*	*2 597*	*1 787*

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben zu Nr. 5.2 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Kap. 1116 Tgr. 01.

1111 Zentral veranschlagte Verwaltungseinnahmen und -ausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 634 03

Erläuterungen:

Für Ausgaben der nachfolgenden Behörden:

	Bezeichnung	*1 000 €*
1.	*Bundesministerium für Arbeit und Soziales.................................*	*3 065*
2.	*Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin...................*	*971*
3.	*Bundesarbeitsgericht...*	*934*
4.	*Bundessozialgericht...*	*1 285*
5.	*Bundesversicherungsamt..*	*1 196*
5.1	*Versicherungslasten beim BVA..*	*1 056*
5.2	*Versorgungslasten im Zusammenhang mit den Aufwendungen für die Prüfung der Kranken- und Pflegekassen beim BVA..........*	*140*
	Zusammen..	*7 451*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1101 Tit. 634 03	*2 597*	*1 787*
Kap. 1104 Tit. 634 03	*871*	*639*
Kap. 1105 Tit. 634 03	*837*	*666*
Kap. 1106 Tit. 634 03	*1 051*	*781*
Kap. 1107 Tit. 634 03	*551*	*554*
Kap. 1107 Tit. 634 23	*-*	*-*
Kap. 1107 Tit. 634 33	*81*	*70*
Zusammen	*5 988*	*4 497*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***972 88*** *-880*	*Einsparungen flexibilisierter Mittel im Epl. 11*	*-*	*-1 000*	*-*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1101 Tit. 972 88	*-1 000*	*-*

Vorbemerkung

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) besteht - zurückgehend auf den Erlass der Bundeskanzlerin - in seiner derzeitigen Form seit dem 22. November 2005. Das BMAS ist dafür zuständig, die sozialen Systeme funktionsfähig zu halten, für soziale Integration zu sorgen und die Rahmenbedingungen für mehr Beschäftigung zu schaffen. Zu den wesentlichen Aufgabenbereichen gehören die Arbeitsmarktpolitik, das Arbeitsrecht und der Arbeitsschutz sowie die Bereiche Rente, soziale Sicherung und die Teilhabe von Menschen mit Behinderung. Neben der nationalen Arbeits- und Sozialpolitik gehört auch die europäische und internationale Arbeits- und Sozialpolitik zu den Aufgaben des Ministeriums. Für diese Aufgaben sind im BMAS rund 1 150 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter - im Wesentlichen aufgeteilt auf sechs Fachabteilungen sowie die Zentralabteilung - tätig. Das BMAS hat seinen ersten Dienstsitz in Berlin und einen zweiten Dienstsitz in Bonn.

Überblick zum Kapitel 1112	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	30	30	-		467
Gesamteinnahmen	30	30	-		467
Ausgaben					
Personalausgaben	67 245	68 179	-934	3 400	60 079
Sächliche Verwaltungsausgaben	39 320	38 277	+1 043	6 867	22 849
Ausgaben für Investitionen	3 442	5 387	-1 945	4 010	5 605
Besondere Finanzierungsausgaben	-	-	-		-
Gesamtausgaben	110 007	111 843	-1 836	14 277	88 533
davon flexibilisiert	90 847	93 697	-2 850	12 795	82 625
davon nicht flexibilisiert	19 160	18 146	+1 014	1 482	5 908
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung	14 550 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu	3 000 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu	2 000 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu	1 570 T€				
im Haushaltsjahr 2018 bis zu	570 T€				
im Haushaltsjahr 2019 bis zu	570 T€				
im Haushaltsjahr 2020 bis zu	570 T€				
im Haushaltsjahr 2021 bis zu	570 T€				
im Haushaltsjahr 2022 bis zu	570 T€				
im Haushaltsjahr 2023 bis zu	570 T€				
im Haushaltsjahr 2024 bis zu	570 T€				
im Haushaltsjahr 2025 bis zu	570 T€				
im Haushaltsjahr 2026 bis zu	570 T€				
im Haushaltsjahr 2027 bis zu	570 T€				
im Haushaltsjahr 2028 bis zu	570 T€				
im Haushaltsjahr 2029 bis zu	570 T€				
im Haushaltsjahr 2030 bis zu	570 T€				
im Haushaltsjahr 2031 bis zu	570 T€				

1112 Bundesministerium

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

119 99 -011	Vermischte Einnahmen	30	30	6

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1101 Tit. 119 99	30	6

132 01 -011	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	-	-	461

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1101 Tit. 132 01	-	461

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.

In die Flexibilisierung einbezogen ist auch Tit. 547 11.

Ausgenommen ist Tit. 544 01.

Sächliche Verwaltungsausgaben

518 02 -011	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	13 160	12 146	854

Verpflichtungsermächtigung... 8 550 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 570 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.. 570 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu.. 570 T€
im Haushaltsjahr 2020 bis zu.. 570 T€
im Haushaltsjahr 2021 bis zu.. 570 T€
im Haushaltsjahr 2022 bis zu.. 570 T€
im Haushaltsjahr 2023 bis zu.. 570 T€
im Haushaltsjahr 2024 bis zu.. 570 T€
im Haushaltsjahr 2025 bis zu.. 570 T€
im Haushaltsjahr 2026 bis zu.. 570 T€
im Haushaltsjahr 2027 bis zu.. 570 T€
im Haushaltsjahr 2028 bis zu.. 570 T€
im Haushaltsjahr 2029 bis zu.. 570 T€
im Haushaltsjahr 2030 bis zu.. 570 T€
im Haushaltsjahr 2031 bis zu.. 570 T€

Haushaltsvermerk:

Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 518 02

Erläuterungen:

Von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben als Eigenbaumaßnahme zu realisierende Unterbringung (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	genehmigte Gesamtkosten 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Veranschlagt 2014 1 000 €	Vorbehalten für 2015 ff. 1 000 €	Jährlicher Mietzins 1 000 €	voraussichtliche Übergabe
1	2	3	4	5	6	7	8
1. Erweiterungsbau in Berlin-Mitte.........................	13 700	-	-	-	-	1 256	2016

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1101 Tit. 518 02	12 146	854

544 01 -165	Forschung, Untersuchungen und Ähnliches	6 000	6 000 *1 482*	4 518

Verpflichtungsermächtigung.. 6 000 T€

davon fällig:

im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 3 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 2 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 1 000 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 981 01.
3. Einnahmen insbesondere aus Rückflüssen, Rückforderungen oder Schadensersatzansprüchen aus Forschungsvorhaben oder aus entgeltlich abgegebenen Forschungs- oder Kongressberichten fließen den Ausgaben zu.
4. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Forschungs- und Kongressberichte beschafft und unentgeltlich oder gegen ermäßigtes Entgelt an Dritte abgegeben werden.

Erläuterungen:

Aus dem Titel wird der Forschungsbedarf im Bereich der Zuständigkeit des BMAS finanziert.

Die Einzelmaßnahmen werden mit den jeweils beteiligten Ressorts abgestimmt.

Aus dem Ansatz dürfen auch Ausgaben für Projektträgerschaften, für den wissenschaftlichen Erfahrungsaustausch sowie für die wissenschaftliche Begleitung bei praktischer Erprobung und für Veröffentlichung von Forschungsergebnissen geleistet werden.

Aus den Ausgaben können auch Zuwendungen gewährt werden.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1101 Tit. 544 01	6 000	4 518

Besondere Finanzierungsausgaben

981 01 -890	Leistungen an Bundesbehörden zur Durchführung von Aufträgen	-	-	(-)

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: 544 01.

1112 Bundesministerium

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 981 01

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1101 Tit. 981 01	-	(-)

Flexibilisierte Ausgaben

Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG

	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
Aus Hauptgruppe 4..........	67 245	68 179 *3 400*	60 079
Aus Hauptgruppe 5..........	20 160	20 131 *5 385*	16 941
Aus Hauptgruppe 7..........	1 581	3 526 *3 420*	3 052
Aus Hauptgruppe 8..........	1 861	1 861 *590*	2 553
Zusammen..........	90 847	93 697 *12 795*	82 625

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***412 01*** *-011*	*Kosten der Tätigkeit der Bundeswahlbeauftragten oder des Bundeswahlbeauftragten für die Durchführung der Wahlen zu den Organen der Sozialversicherungsträger*	*25*	*25*	*44*

Haushaltsvermerk:

Aus den Ausgaben dürfen auch sächliche Verwaltungsausgaben geleistet werden.

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Entschädigung für die Budeswahlbeauftragte oder den Bundeswahlbeauftragten..........	*4*
2. Aufwandsentschädigung für die Stellvertreterin oder den Stellvertreter..........	*3*
3. Reisekosten und andere sächliche Verwaltungsausgaben............	*18*
Zusammen..........	*25*

Die durch die Tätigkeit der oder des Bundeswahlbeauftragten entstehenden Kosten trägt nach § 82 Abs. 1 der Wahlordnung für die Sozialversicherung (SVWO) in Verbindung mit § 56 SGB IV der Bund. Nach § 6 Abs. 1 Satz 1 SVWO i. V. m. § 56 SGB IV erhalten die oder der Bundeswahlbeauftragte sowie seine Stellvertreterin oder sein Stellvertreter, wenn sie ehrenamtlich tätig sind und nicht im öffentlichen Dienst stehen, Reisekostenvergütung nach den Vorschriften des Bundesreisekostengesetzes. Über die Aufwandsentschädigung entscheidet das Bundesministerium für Arbeit und Soziales im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1101 Tit. 412 01	*25*	*44*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F **421 01** -011	*Bezüge der Bundesministerin und der Parlamentarischen Staatssekretäre*	*464*	*461*	*439*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1101 Tit. 421 01	*461*	*439*

F **422 01** -011	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*40 209*	*38 500*	*34 326*

Haushaltsvermerk:

1. *Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1106 Tit. 686 12.*
2. *Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: Kap. 1106 Tit. 272 01 und 272 02.*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1101 Tit. 422 01	*38 500*	*34 326*

F **422 02** -011	*Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte*	*3 279*	*3 256*	*2 230*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1101 Tit. 422 02	*3 256*	*2 230*

F **427 09** -011	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*4 301*	*4 799*	*3 162*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1101 Tit. 427 09	*4 799*	*3 162*

F **428 01** -011	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*18 603*	*20 494*	*19 187*

Haushaltsvermerk:

1. *Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1106 Tit. 686 12.*
2. *Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: Kap. 1106 Tit. 272 01 und 272 02.*

1112 Bundesministerium

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 428 01

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1101 Tit. 428 01	*20 494*	*19 187*

F ***453 01*** *-011*	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	*300*	*300*	*308*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1101 Tit. 453 01	*300*	*308*

F ***511 01*** *-011*	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände, Software, Wartung*	*2 540*	*2 130*	*1 750*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1101 Tit. 511 01	*2 130*	*1 750*
Kap. 1101 Tit. 511 55	*390*	*364*
Zusammen	*2 520*	*2 114*

F ***514 01*** *-011*	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*	*200*	*200*	*142*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*Soll 2014*	*Soll 2013*
personengebundene Pkw..	*7*	*7*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1101 Tit. 514 01	*200*	*142*

F ***517 01*** *-011*	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	*7 645*	*7 475*	*6 707*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1101 Tit. 517 01	*7 475*	*6 707*

F ***518 01*** *-011*	*Mieten und Pachten*	*609*	*582*	*612*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1101 Tit. 518 01	*582*	*612*
Kap. 1101 Tit. 518 55	*9*	*2*
Zusammen	*591*	*614*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F **519 01** -011	*Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen*	*700*	*700*	*350*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1101 Tit. 519 01	*700*	*350*

F **525 01** -011	*Aus- und Fortbildung*	*1 525*	*1 245*	*877*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1101 Tit. 525 01	*1 245*	*877*
Kap. 1101 Tit. 525 55	*280*	*345*
Zusammen	*1 525*	*1 222*

F **527 01** -011	*Dienstreisen*	*1 988*	*1 888*	*1 780*

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1106 Tit. 272 01.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1101 Tit. 527 01	*1 888*	*1 780*

F **532 01** -011	*Aufträge und Dienstleistungen im Bereich Informationstechnik*	*4 300*	*4 500*	*2 651*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1101 Tit. 532 55	*4 500*	*2 651*

F **539 99** -011	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*480*	*440*	*1 155*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern...	*105*
2. Umzugs- und Verlegungskosten..	*100*
3. Planungskosten...	*35*
4. Sonstiges...	*240*
Zusammen..	*480*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1101 Tit. 539 99	*440*	*1 155*

1112 Bundesministerium

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 539 99

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1101 Tit. 546 88	20	2
Zusammen	460	1 157

F **711 01** -011	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	1 000	500	1 760

Erläuterungen:

Einjährige Maßnahmen	1 000 €
1. Herrichtung der Eingangshalle für Veranstaltungen	250
2. Erneuerung von Heizungsleitungen (Außenbereich)	250
3. Sanierung Abwasser-Kanalnetz	200
4. Weiterführung Kellersanierung	200
5. Teilerneuerung Brandmeldeanlagenserverräume	100
Zusammen	1 000

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1101 Tit. 711 01	500	1 760

F **712 01** -011	Baumaßnahmen von mehr als 2 000 000 € im Einzelfall	581	3 026	1 292

Erläuterungen:

Einjährige Maßnahmen	1 000 €
Eirnichtung Serverraum	581

Bauunterlagen nach § 24 Abs. 1 BHO liegen noch nicht vor.

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamt-ausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Nach 2013 übertragene Ausgabereste 1 000 €	Veranschlagt 2014 1 000 €	Vorbehalten für 2015 ff 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7
1. Sanierung Kantinengebäude Haus V	4 500	4 400	-	100	-	-
2. Zweite Netzersatzanlage	2 688	-	2 107	-	581	-
Zusammen	7 188	4 400	2 107	100	581	-

Zu 2.: Bauunterlagen nach § 24 Abs. 1 BHO liegen noch nicht vor.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1101 Tit. 712 01	3 026	1 292

F **811 01** -011	Erwerb von Fahrzeugen	-	-	431

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1101 Tit. 811 01	-	431

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu flexibilisierte Ausgaben			
F ***812 01*** *-011*	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)*	*600*	*600*	*542*

Erläuterungen:

Einjährige Maßnahmen	*1 000 €*
Ersatzbeschaffung	*600*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1101 Tit. 812 01	*600*	*542*

F ***812 02*** *-011*	*Erwerb von Anlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Software im Bereich Informationstechnik*	*1 261*	*1 261*	*1 580*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Erstbeschaffung	*220*
2. Ersatzbeschaffung	*1 041*
Zusammen	*1 261*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1101 Tit. 812 55	*1 261*	*1 580*

Titelgruppe 01

Tgr. 01	Beauftragte oder Beauftragter der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen	(237)	(296)	
F ***412 11*** *-011*	*Aufwandsentschädigung für die Beauftragte oder den Beauftragten der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen*	*-*	*31*	*30*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1101 Tit. 412 11	*31*	*30*

F ***427 19*** *-011*	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*64*	*63*	*47*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1101 Tit. 427 19	*63*	*47*

F ***511 11*** *-011*	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände, Software, Wartung*	*13*	*13*	*6*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1101 Tit. 511 11	*13*	*6*

1112 Bundesministerium

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F ***514 11*** *-011*	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*	*19*	*19*	*7*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*Soll 2014*	*Soll 2013*
personengebundene Pkw	*1*	*1*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1101 Tit. 514 11	*19*	*7*

F ***518 11*** *-011*	*Mieten und Pachten*	*5*	*4*	*4*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1101 Tit. 518 11	*4*	*4*

F ***527 11*** *-011*	*Dienstreisen*	*82*	*51*	*27*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1101 Tit. 527 11	*51*	*27*

F ***547 11*** *-011*	*Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben*	*54*	*5*	*2*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1101 Tit. 547 11	*5*	*2*

F ***811 11*** *-011*	*Erwerb von Fahrzeugen*	*-*	*-*	*-*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1101 Tit. 811 11	*-*	*-*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel

F 443 02 -313	*Inanspruchnahme überbetrieblicher betriebsärztlicher und sicherheitstechnischer Dienste, von Betriebsärztinnen und Betriebsärzten sowie Fachkräften für Arbeitssicherheit*		*250*	*306*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1101 Tit. 443 02	*250*	*306*

F 511 55 -011	*Geschäftsbedarf und Datenübertragung sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Software, Wartung*		*390*	*364*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1101 Tit. 511 55	*390*	*364*

F 518 55 -011	*Miete für Datenverarbeitungsanlagen, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Maschinen, Software*		*9*	*2*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1101 Tit. 518 55	*9*	*2*

F 525 55 -011	*Aus- und Fortbildung*		*280*	*345*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1101 Tit. 525 55	*280*	*345*

F 526 03 -011	*Ausgaben für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen*		*70*	*55*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1101 Tit. 526 03	*70*	*55*

526 04 -011	Regierungsdialog Rente		-	58

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1101 Tit. 526 04	-	58

1112 Bundesministerium

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 526 12 -011	*Sachverständige*		*55*	*24*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1101 Tit. 526 12	*55*	*24*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 526 13 -011	*Ausgaben für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen*		*55*	*79*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1101 Tit. 526 13	*55*	*79*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 546 88 -012	*Förderung des Vorschlagwesens*		*20*	*2*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1101 Tit. 546 88	*20*	*2*

Vorbemerkung

Die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) in Dortmund ist eine nicht rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts, die im Zuge der Zusammenlegung der Bundesanstalten für Arbeitsschutz und für Arbeitsmedizin am 1. Juli 1996 durch Erlass des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung (BMAS) errichtet worden ist.

Als **Ressortforschungseinrichtung des Bundes** betreibt, initiiert und koordiniert die BAuA Forschung und Entwicklung mit dem Ziel der Verbesserung von Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit sowie der menschengerechten Gestaltung der Arbeit. In diesen Bereichen unterstützt sie das BMAS. Sie wertet wissenschaftliche und praktische Entwicklungen in ihrem Aufgabenfeld aus und befasst sich mit den Wirkungen der Arbeitsbedingungen auf die Sicherheit und Gesundheit der Beschäftigten in Betrieben und Verwaltungen.

Die BAuA entwickelt und erprobt Vorschläge zum **präventiven Arbeitsschutz,** zur **betrieblichen Gesundheitsförderung** und fördert den Transfer von Erkenntnissen und Lösungsvorschlägen in die betriebliche Praxis. Ziel ist es, die Qualität der Arbeit zu verbessern. Im Einvernehmen mit dem BMAS wirkt sie zusammen mit den in ihrem Aufgabengebiet tätigen Institutionen auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene bei der Regel- und Normsetzung mit.

Als **Bundesstelle für Chemikalien** und als **Zulassungsstelle für Biozide** führt die BAuA Aufgaben nach dem Chemikaliengesetz durch und ist die zuständige Behörde zur Durchführung gesetzlicher Regelungen in Deutschland, die dem Schutz von Mensch und Umwelt vor gefährlichen Chemikalien dienen. Die BAuA nimmt die ihr nach dem Geräte- und Produktsicherheitsgesetz übertragenen Aufgaben wahr. Sie hat die Geschäftsführung der Sachverständigenausschüsse im Bereich von Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin.

Mit der Deutschen Arbeitsschutzausstellung (DASA) am Standort Dortmund unterhält die BAuA eine Ausstellung als ständige bildungsaktive Einrichtung. Die DASA verfolgt das Ziel, die Öffentlichkeit über die Arbeitswelt, deren Stellenwert für den Einzelnen und die Gesellschaft sowie die Bedeutung menschengerechter Gestaltung der Arbeit aufzuklären.

Überblick zum Kapitel 1113	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	710	710	-		2 762
Übrige Einnahmen	-	-	-		-
Gesamteinnahmen	710	710	-		2 762
Ausgaben					
Personalausgaben	37 013	36 424	+589	264	33 870
Sächliche Verwaltungsausgaben	24 480	24 982	-502	2 404	25 032
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	94	965	-871	5	724
Ausgaben für Investitionen	3 156	3 156	-	1 298	4 251
Besondere Finanzierungsausgaben	-	-	-		-
Gesamtausgaben	64 743	65 527	-784	3 971	63 877
davon flexibilisiert	53 771	54 676	-905	3 971	53 577
davon nicht flexibilisiert	10 972	10 851	+121		10 300
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung	5 905 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu	3 670 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu	1 835 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu	400 T€				

1113 Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

111 01 -313	Gebühren, sonstige Entgelte	80	80	1 210

Haushaltsvermerk:

1. Mehreinnahmen zu Nr. 1 der Erläuterungen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 422 01.
2. Mehreinnahmen zu Nr. 2 der Erläuterungen bis zur Höhe von 44 Prozent dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: **Hgr. 4, Hgr. 5** und 711 01 **mit Ausnahme folgender Titel: Tgr. 01, Tgr. 02 und Tgr. 03.**

Erläuterungen:

Für das Haushaltsjahr 2014 wird im PIC-Verfahren (Prior Informed Consent) mit einer Einnahme von 80 T€ gerechnet. Dieser Betrag basiert auf den eingereichten Anträgen der vergangenen Jahre. Für jeden Antrag ist gemäß Gebührennummer 3.2 eine Gebühr von 100 € zu entrichten.

Rechtsgrundlage für die Gebührenerhebung ist die Chemikalien-Kostenverordnung (ChemKostVO) vom 1. Juli 2002 (BGBl. I S. 2090), zuletzt geändert am 1. Juni 2008.

Bezeichnung	1 000 €
1. Chemikalien, Allgemeines	80
2. Biozide	-
Zusammen	80

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1104 Tit. 111 01	80	1 210

119 99 -313	Vermischte Einnahmen	550	550	1 333

Haushaltsvermerk:

1. Mehreinnahmen zu Nr. 2 der Erläuterungen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: **Kap. 1111 Tit. 526 02 und 545 01.**
2. Mehreinnahmen zu Nr. 4 der Erläuterungen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: **Tgr. 02.**
3. Mehreinnahmen zu Nr. 1 der Erläuterungen sind wegen rechtsverbindlicher Verwendungsauflage bei Aufträgen Dritter zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: **Tgr. 03.**
4. Die Erläuterungen sind verbindlich.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Einnahmen aus der Durchführung von Aufträgen Dritter	399
2. Einnahmen aus der Durchführung von Seminaren und ähnlichen Veranstaltungen im Rahmen der Umsetzung von Forschungsergebnissen	15

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 119 99

Bezeichnung	1 000 €
3. Einnahmen aus der Inanspruchnahme von Bibliothek/Dokumentation	-
4. Einnahmen der Deutschen Arbeitsschutzausstellung	38
5. Sonstige Einnahmen	98
Zusammen	550

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1104 Tit. 119 99	550	1 333

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
124 01 -313	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	73	73	193

Haushaltsvermerk:

1. Mehreinnahmen zu Nr. 2 der Erläuterungen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 543 21.
2. Mehreinnahmen **zu Nr. 1 und 3 der Erläuterungen** dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 517 01.
3. Mehreinnahmen zu Nr. 4 der Erläuterungen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 511 11 und 812 11.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Einnahmen aus Vermietung, Nutzung von Grundstücken, Gebäuden und Wohnungen	33
2. Einnahmen aus Vermietung, Nutzung von Grundstücken und Gebäuden der DASA	40
3. Einnahmen aus dem Betrieb einer Photovoltaikanlage	-
4. Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung von Spezialgeräten und Laboreinrichtungen	-
Zusammen	73

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1104 Tit. 124 01	73	193

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
132 01 -313	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	7	7	26

Erläuterungen:

Erlöse aus dem Verkauf von ausgesonderten Gegenständen der Verwaltung, der Druckerei, der Laboratorien, der Ausstellungen sowie von Altmaterial.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1104 Tit. 132 01	7	26

1113 Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Übrige Einnahmen

282 01 -313	Förderungs- und Kostenbeiträge Dritter	-	-	-

Haushaltsvermerk:

1. Mehreinnahmen zu Nr. 2 der Erläuterungen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: **Tgr. 02.**
2. Mehreinnahmen zu Nr. 1 der Erläuterungen sind gemäß Vereinssatzung zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: **Kap. 1111 Tit. 547 09.**

   Die Bestimmungen der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift der Bundesregierung zur Förderung von Tätigkeiten des Bundes durch Leistungen Privater (Sponsoring, Spenden, sonstige Schenkungen) und dazu erlassener Durchführungsbestimmungen bleiben davon unberührt.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Spendengelder des "Vereins der Freunde und Förderer der DASA"	-
2. Sonstiges	-
Zusammen	-

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1104 Tit. 282 01	-	-

381 01 -890	Leistungen von Bundesbehörden zur Durchführung von Aufträgen	-	-	(385)

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind wegen verbindlicher Vereinbarung mit anderen Bundesbehörden zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: **Tgr. 03.**

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1104 Tit. 381 01	-	(385)

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

1. Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.

   In die Flexibilisierung einbezogen ist auch Tit. 547 31.

   Bei den Titeln der Tgr. 02 gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 3 und 4 HG nur innerhalb der Tgr. 02.
2. Mehrausgaben bei folgenden Titeln: **Hgr. 4 und Hgr. 5** mit Ausnahme folgender Titel: Tgr. 01, Tgr. 02 und Tgr. 03 dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 111 01.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Sächliche Verwaltungsausgaben

518 02 -313	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	10 878	10 757	9 363

Haushaltsvermerk:

Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1104 Tit. 518 02	10 757	9 363

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)

684 02 -313	Verbesserung des Gefahrenschutzes im Haushalt	70	70	67

Haushaltsvermerk:

Die Erläuterungen sind hinsichtlich der Ausgabenansätze der einzelnen Zuwendungsempfänger / Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO verbindlich. Abweichungen bedürfen der Einwilligung des Bundesministeriums der Finanzen.

Erläuterungen:

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	Finanzierungsanteil in Prozent ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
Institutionelle Förderung/Zuschüsse an Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO					
1. Aktion "Das Sichere Haus" - Deutsches Kuratorium für Sicherheit in Heim und Freizeit e. V. .... *- aus Kap. 1113 Tit. 684 02*	16,00	16,00	55	55	55
Projektförderung					
2. Projektförderung..................................			15	15	12
Insgesamt			70	70	67
- Summe Tit. 684 02			*70*	*70*	*67*

Zu 1.:
Die Ausgaben dienen der Aufklärung der Öffentlichkeit über die Ursachen der Unfallgefahren und über Maßnahmen zur Verhütung von Unfällen sowie über Fragen des Arbeitsschutzes im häuslichen Bereich.

Der Schwerpunkt des Beitrages des Bundes zur Unfallverhütung im Haus liegt damit in der Information und Aufklärung der Bevölkerung über die Unfallgefahren und Unfallverhütungsmaßnahmen.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1104 Tit. 684 02	70	67

1113 Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
686 01 -313	Beiträge an Verbände, Vereine, Gesellschaften, Organisationen und Einrichtungen	24	24	18

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1104 Tit. 686 01	24	18

Besondere Finanzierungsausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
981 01 -890	Leistungen an Bundesbehörden zur Durchführung von Aufträgen	-	-	(-)

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: 544 01.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1104 Tit. 981 01	-	(-)

Flexibilisierte Ausgaben

Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG

	Soll 2014	Soll 2013 *Reste 2013*	Ist 2012
Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3..	37 013	37 295 *269*	34 509
Aus Hauptgruppe 5..	13 602	14 225 *2 404*	15 669
Aus Hauptgruppe 7..	400	400 *868*	1 715
Aus Hauptgruppe 8..	2 756	2 756 *430*	1 684
Zusammen..	53 771	54 676 *3 971*	53 577

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***422 01*** *-313*	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*10 738*	*10 359*	*7 347*

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 111 01.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1104 Tit. 422 01	*10 359*	*7 347*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F **422 02** -313	*Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte*	*78*	*78*	*135*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1104 Tit. 422 02	*78*	*135*

F **423 01** -313	*Sold, Zulagen und Zuwendungen für Zivildienstleistende*	*-*	*-*	*-*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1104 Tit. 423 01	*-*	*-*

F **427 09** -313	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*2 662*	*2 640*	*3 874*

Erläuterungen:

Die Mittel dienen u. a. zur Beschäftigung von bis zu vier Volontärinnen und Volontären in der Deutschen Arbeitsschutzausstellung und in der Öffentlichkeitsarbeit, die ein monatliches Entgelt in Höhe der Hälfte des für die Entgeltgruppe E 13 TVöD geltenden Tarifs erhalten.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1104 Tit. 427 09	*2 640*	*3 874*

F **428 01** -313	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*22 452*	*22 271*	*21 065*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1104 Tit. 428 01	*22 271*	*21 065*

F **453 01** -313	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	*42*	*42*	*68*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1104 Tit. 453 01	*42*	*68*

F **511 01** -313	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände, Software, Wartung*	*1 552*	*677*	*661*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1104 Tit. 511 01	*677*	*661*

1113 Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 511 01

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1104 Tit. 511 55	*875*	*733*
Zusammen	*1 552*	*1 394*

F **514 01** -313	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*	*70*	*70*	*68*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1104 Tit. 514 01	*70*	*68*

F **517 01** -313	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	*3 797*	*1 700*	*1 804*

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 124 01.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1104 Tit. 517 01	*1 700*	*1 804*
Kap. 1104 Tit. 517 21	*1 400*	*1 311*
Zusammen	*3 100*	*3 115*

F **518 01** -313	*Mieten und Pachten*	*42*	*42*	*6*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1104 Tit. 518 01	*42*	*6*
Kap. 1104 Tit. 518 55	*-*	*-*
Zusammen	*42*	*6*

F **519 01** -313	*Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen*	*180*	*180*	*484*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1104 Tit. 519 01	*180*	*484*

F **525 01** -313	*Aus- und Fortbildung*	*585*	*500*	*451*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1104 Tit. 525 01	*500*	*451*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 525 01

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1104 Tit. 525 55	*85*	*47*
Zusammen	*585*	*498*

F ***527 01*** *-313*	*Dienstreisen*	*450*	*450*	*499*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1104 Tit. 527 01	*450*	*499*

F ***532 01*** *-313*	*Aufträge und Dienstleistungen im Bereich Informationstechnik*	*839*	*839*	*1 017*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1104 Tit. 532 55	*839*	*1 017*

F ***539 99*** *-313*	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*131*	*131*	*192*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1104 Tit. 539 99	*131*	*192*

F ***544 01*** *-313*	*Forschung, Untersuchungen und Ähnliches*	*2 600*	*2 600*	*3 641*

Verpflichtungsermächtigung ... 4 105 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu ... 2 270 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu ... 1 635 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu ... 200 T€

Haushaltsvermerk:

1. *Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 981 01.*
2. *Einnahmen aus Lizenzgebühren, aus Verwertungsentgelten u. Ä. sowie aus Auftragsmodifizierungen fließen den Ausgaben zu.*
3. *Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.*

Erläuterungen:

Die Mittel werden auf der Grundlage eines mehrjährigen BAuA-Forschungs- und Entwicklungsprogramms und der darauf beruhenden jährlichen Zielvereinbarungen der Fachbereiche in Durchsetzung der BAuA-Strategie verausgabt. Einen Schwerpunkt bildet dabei insbesondere das von der BAuA bis Ende 2016 zu administrierende Forschungsprojekt "Psychische Gesundheit in der Arbeitswelt - Wissenschaftliche Standortbestimmung".

1113 Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 544 01

Vorgesehen sind:

1. *Vergabe öffentlicher Aufträge,*
2. *Zuwendungen,*
3. *Aufträge an Bundesbehörden.*

Ausgaben dürfen auch für den wissenschaftlichen Erfahrungsaustausch sowie für die wissenschaftliche Begleitung bei praktischer Erprobung und für die Veröffentlichung von Forschungsergebnissen geleistet werden.

Aus den Ausgaben können auch Sachverständigengutachten bezahlt und Zuwendungen gewährt werden.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1104 Tit. 544 01	*2 600*	*3 641*

F ***711 01*** *-313*	*Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten*	*400*	*400*	*630*

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 111 01.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1104 Tit. 711 01	*400*	*630*

F ***712 01*** *-313*	*Baumaßnahmen von mehr als 2 000 000 € im Einzelfall*	*-*	*-*	*1 085*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1104 Tit. 712 01	*-*	*1 085*

F ***811 01*** *-313*	*Erwerb von Fahrzeugen*	*20*	*20*	*132*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
Ersatzbeschaffung	
3 Pkw (bis...€)..	*99*
abzgl. Mehreinnahmen bei Tit. 132 01 aus der Veräußerung von Dienst-Kfz gem. § 6 Abs. 7 HG..	*-79*
Zusammen...	*20*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1104 Tit. 811 01	*20*	*132*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F **812 01** -313	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)*	*400*	*400*	*300*

Verpflichtungsermächtigung.......... 400 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.......... 200 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.......... 100 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.......... 100 T€

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1104 Tit. 812 01	*400*	*300*

F **812 02** -313	*Erwerb von Anlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Software im Bereich Informationstechnik*	*1 001*	*1 001*	*970*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Erstbeschaffung..........	*340*
2. Ersatzbeschaffung..........	*661*
Zusammen..........	*1 001*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1104 Tit. 812 55	*1 001*	*970*

Titelgruppe 01

Tgr. 01	Durchführung fachlicher Aufgaben	(1 800)	(1 739)	

Erläuterungen:

Veranschlagt für Forschungszwecke (Eigenforschung).

F **427 19** -313	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*852*	*845*	*859*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1104 Tit. 427 39	*845*	*859*

F **511 11** -313	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände, Software, Wartung*	*334*	*280*	*372*

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 124 01.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1104 Tit. 511 31	*280*	*372*

1113 Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F ***539 19*** *-313*	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*79*	*79*	*33*

Erläuterungen:

Ausgaben für Eigenforschung, Personentests für Forschungszwecke.

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Vermischte Verwaltungsausgaben...	*25*
2. Personentests für Forschungszwecke...	*54*
Zusammen...	*79*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1104 Tit. 539 39	*79*	*33*

F ***812 11*** *-313*	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)*	*535*	*535*	*282*

Verpflichtungsermächtigung.. 500 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 300 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 100 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 100 T€

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 124 01.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1104 Tit. 812 31	*535*	*282*

Titelgruppe 02

Tgr. 02	Deutsche Arbeitsschutzausstellung (DASA)	(3 533)	(4 933)	

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: 119 99 und 282 01.

Erläuterungen:

Die DASA vermittelt Orientierungswissen zur Arbeitswelt, zum Arbeitsschutz und zur Gesunderhaltung im Arbeitsleben an breite Besucherschichten. Sie fokussiert auf den Menschen und seine Bedürfnisse als Maßstab zur Gestaltung der Arbeitswelt und betont die Gestaltbarkeit der Arbeitsbedingungen. Die DASA ist eine bildungsaktive Einrichtung und bedient sich bei der Darstellung pädagogischer Mittel. Wichtiges Leitziel ist die Entstehung eines Sicherheitsbewusstseins, das dem Besucher durch Wissen und Selbsterfahrung vermittelt wird, insbesondere auch durch die interaktive Nutzung von Geräten und Medien. Die DASA hat 75 Beschäftigte.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F **511 21** *-313*	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände, Software, Wartung*	*50*	*50*	*63*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1104 Tit. 511 21	*50*	*63*

F **514 21** *-313*	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*	*100*	*100*	*99*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1104 Tit. 514 21	*100*	*99*

F **532 22** *-313*	*Behördenspezifische fachbezogene Verwaltungsausgaben (ohne IT)*	*2 100*	*1 200*	*1 091*

Verpflichtungsermächtigung..

fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 350 T€

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 4 BHO in Verbindung mit § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Ausstellungsgegenstände Dritten unentgeltlich zur Nutzung überlassen werden.

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Erwerb und Herstellung von Ausstellungsgegenständen sowie Dokumentation des Ursprungszustandes und des Umfeldes	*50*
2. Wartung, Reparatur, Transporte, Einlagerungs- und Inbetriebnahmekosten	*90*
3. Restaurierung	*10*
4. Aufsichtspersonal	*1 200*
5. Kosten für Planung und Gestaltung Dauerausstellung	*450*
6. Kosten für Planung und Gestaltung Wechselausstellungen	*300*
Zusammen	*2 100*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1104 Tit. 532 21	*150*	*139*
Kap. 1104 Tit. 532 22	*1 200*	*1 091*
Kap. 1104 Tit. 532 23	*750*	*750*
Zusammen	*2 100*	*1 980*

1113 Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F ***543 21*** *-313*	*Veröffentlichungen und Fachinformationen*	*483*	*483*	*584*

Verpflichtungsermächtigung...

fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 100 T€

Haushaltsvermerk:

1. *Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 124 01.*
2. *Einnahmen aus dem Verkauf von Informationsmaterialien fließen den Ausgaben zu.*
3. *Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Öffentlichkeitsarbeit, Marketing, Internet, Versandkosten..............	*150*
2. Sonderveranstaltungen und Aktionen, Bewirtungskosten..............	*265*
3. Besucherforschung...	*35*
4. Ausstellungs-/Informationsmaterialien...	*33*
Zusammen...	*483*

Ausgaben dürfen in engen Grenzen für Informationsgespräche und sonstige Veranstaltungen mit Journalistinnen und Journalisten sowie Besuchergruppen geleistet werden.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1104 Tit. 543 21	*483*	*584*

F ***812 23*** *-313*	*Erwerb von Exponaten, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Maschinen*	*800*	*800*	*852*

Verpflichtungsermächtigung...

fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 450 T€

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1104 Tit. 812 21	*800*	*852*

Titelgruppe 03

Tgr. 03	Durchführung von Aufträgen anderer Bundesbehörden und Dritter	(399)	(399)	

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: 119 99 und 381 01.

Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Erläuterungen: Durchführung von Aufträgen im Rahmen der Aufgabenstellung, die von Behörden, Firmen und Organisationen finanziert werden.			
F ***427 39*** *-313*	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*189*	*189*	*522*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1104 Tit. 427 19	*189*	*522*

F ***527 31*** *-313*	*Dienstreisen*	*15*	*15*	*38*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1104 Tit. 527 11	*15*	*38*

F ***547 31*** *-313*	*Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben*	*195*	*195*	*270*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1104 Tit. 547 11	*195*	*270*

F ***812 31*** *-313*	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)*	*-*	*-*	*-*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1104 Tit. 812 11	*-*	*-*

Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel

F *511 55* *-313*	*Geschäftsbedarf und Datenübertragung sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Software, Wartung*		*875*	*733*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1104 Tit. 511 55	*875*	*733*

1113 Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 517 21 -313	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*		*1 400*	*1 311*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1104 Tit. 517 21	*1 400*	*1 311*

F 518 55 -313	*Miete für Datenverarbeitungsanlagen, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Maschinen, Software*		*-*	*-*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1104 Tit. 518 55	*-*	*-*

F 525 55 -313	*Aus- und Fortbildung*		*85*	*47*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1104 Tit. 525 55	*85*	*47*

F 526 01 -313	*Gerichts- und ähnliche Kosten*		*5*	*21*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1104 Tit. 526 01	*5*	*21*

F 526 02 -313	*Sachverständige*		*350*	*306*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1104 Tit. 526 02	*350*	*306*

F 526 03 -313	*Ausgaben für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen*		*120*	*64*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1104 Tit. 526 03	*120*	*64*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 532 21 -313	*Erwerb und Restaurierung von Ausstellungsgegenständen*		*150*	*139*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1104 Tit. 532 21	*150*	*139*

F 532 23 -313	*Kosten für Planung und Gestaltung*		*750*	*750*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1104 Tit. 532 23	*750*	*750*

F 543 01 -313	*Veröffentlichung und Dokumentation*		*550*	*540*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1104 Tit. 543 01	*550*	*540*

F 545 01 -313	*Konferenzen, Tagungen, Messen und Ausstellungen*		*349*	*385*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1104 Tit. 545 01	*349*	*385*

547 09 -313	Ausgaben für Vorhaben, die aus Spenden, Sponsoring und ähnlichen freiwilligen Geldleistungen finanziert werden		-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1104 Tit. 547 09	-	-

F 634 03 -313	*Zuweisungen an den Versorgungsfonds*		*871*	*639*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1104 Tit. 634 03	*871*	*639*

Vorbemerkung

Das Bundesarbeitsgericht ist im Jahre 1953 nach § 1 des Arbeitsgerichtsgesetzes (ArbGG) in Kassel errichtet worden und hat seit dem 22. November 1999 seinen Sitz in Erfurt (§ 40 Absatz 1 ArbGG). Es ist oberster Gerichtshof für das Gebiet der Arbeitsgerichtsbarkeit (Artikel 95 des Grundgesetzes). Das Bundesarbeitsgericht entscheidet über das Rechtsmittel der Revision und der Rechtsbeschwerde. Es sind zehn Senate errichtet worden. Die Senate entscheiden in der Besetzung von einer Vorsitzenden oder einem Vorsitzenden, zwei berufsrichterlichen Beisitzerinnen oder Beisitzern und zwei ehrenamtlichen Richterinnen oder Richtern.

Überblick zum Kapitel 1114	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	1 025	925	+100		1 415
Gesamteinnahmen	1 025	925	+100		1 415
Ausgaben					
Personalausgaben	11 404	11 195	+209		10 155
Sächliche Verwaltungsausgaben	4 207	4 402	-195	1 074	1 776
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	-	837	-837	443	666
Ausgaben für Investitionen	284	284	-	319	114
Gesamtausgaben	15 895	16 718	-823	1 836	12 711
davon flexibilisiert	13 894	14 717	-823	1 836	12 711
davon nicht flexibilisiert	2 001	2 001	-		-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

111 01 -051	Gebühren, sonstige Entgelte	1 000	900	1 363

Erläuterungen:

Gerichtskosten nach dem Gerichtskostengesetz und Schreibgebühren für Urteilsabschriften nach der Justizverwaltungskostenordnung.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1105 Tit. 111 01	900	1 363

119 99 -051	Vermischte Einnahmen	25	25	24

Haushaltsvermerk:

1. Mehreinnahmen zu Nr. 2 der Erläuterungen dienen bis zur Höhe von 50 Prozent zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 511 01.

2. Mehreinnahmen zu Nr. 3 der Erläuterungen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 517 01.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Vermischte Einnahmen	25
2. Einnahmen aus der Veräußerung ausgesonderter Fachliteratur	-
3. Einnahmen aus dem Betrieb einer Photovoltaikanlage	-
Zusammen	25

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1105 Tit. 119 99	25	24

132 01 -051	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	-	-	28

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1105 Tit. 132 01	-	28

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.

1114 Bundesarbeitsgericht

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Sächliche Verwaltungsausgaben			
518 02 -051	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	2 001	2 001	-

Haushaltsvermerk:

Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1105 Tit. 518 02	2 001	-

Flexibilisierte Ausgaben

	Soll 2014	Soll 2013 *Reste 2013*	Ist 2012
Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG			
Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3..	11 404	12 032 *443*	10 821
Aus Hauptgruppe 5...	2 206	2 401 *1 074*	1 776
Aus Hauptgruppe 7...	25	25	25
Aus Hauptgruppe 8...	259	259 *319*	89
Zusammen..	13 894	14 717 *1 836*	12 711

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***412 01*** *-051*	*Entschädigungen der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter*	*80*	*80*	*75*

Erläuterungen:

Entschädigungen nach dem Gesetz über die Vergütung von Sachverständigen, Dolmetscherinnen und Dolmetschern, Übersetzerinnen und Übersetzern sowie die Entschädigung von ehrenamtlichen Richterinnen, ehrenamtlichen Richtern, Zeuginnen, Zeugen und Dritten.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1105 Tit. 412 01	*80*	*75*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***422 01*** *-051*	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*6 479*	*6 275*	*5 533*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1105 Tit. 422 01	*6 275*	*5 533*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F ***422 02*** *-051*	*Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte*	*977*	*977*	*919*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1105 Tit. 422 02	*977*	*919*

F ***427 09*** *-051*	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*240*	*240*	*257*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1105 Tit. 427 09	*240*	*257*

F ***428 01*** *-051*	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*3 439*	*3 434*	*3 253*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1105 Tit. 428 01	*3 434*	*3 253*

F ***453 01*** *-051*	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	*189*	*189*	*118*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1105 Tit. 453 01	*189*	*118*

F ***511 01*** *-051*	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände, Software, Wartung*	*530*	*430*	*364*

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1105 Tit. 511 01	*430*	*364*
Kap. 1105 Tit. 511 55	*100*	*85*
Zusammen	*530*	*449*

F ***514 01*** *-051*	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*	*12*	*12*	*12*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*Soll 2014*	*Soll 2013*
personengebundene Pkw	*1*	*1*

1114 Bundesarbeitsgericht

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 514 01

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1105 Tit. 514 01	*12*	*12*

F ***517 01*** *-051*	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	*950*	*900*	*784*

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1105 Tit. 517 01	*900*	*784*

F ***518 01*** *-051*	*Mieten und Pachten*	*90*	*90*	*73*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1105 Tit. 518 01	*90*	*73*

F ***519 01*** *-051*	*Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen*	*200*	*410*	*239*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1105 Tit. 519 01	*410*	*239*

F ***525 01*** *-051*	*Aus- und Fortbildung*	*68*	*46*	*44*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1105 Tit. 525 01	*46*	*44*
Kap. 1105 Tit. 525 55	*17*	*5*
Zusammen	*63*	*49*

F ***527 01*** *-051*	*Dienstreisen*	*25*	*25*	*15*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1105 Tit. 527 01	*25*	*15*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F ***532 01*** *-051*	*Aufträge und Dienstleistungen im Bereich Informationstechnik*	*278*	*278*	*71*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1105 Tit. 532 55	*278*	*71*

F ***539 99*** *-051*	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*53*	*53*	*63*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1105 Tit. 539 99	*53*	*63*

F ***711 01*** *-051*	*Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten*	*25*	*25*	*25*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1105 Tit. 711 01	*25*	*25*

F ***712 01*** *-051*	*Baumaßnahmen von mehr als 2 000 000 € im Einzelfall*	-	-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1105 Tit. 712 01	-	-

F ***811 01*** *-051*	*Erwerb von Fahrzeugen*	-	-	*27*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1105 Tit. 811 01	-	*27*

F ***812 01*** *-051*	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)*	*30*	*30*	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1105 Tit. 812 01	*30*	-

1114 Bundesarbeitsgericht

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu flexibilisierte Ausgaben			
F **812 02** -051	*Erwerb von Anlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Software im Bereich Informationstechnik*	*229*	*229*	*62*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
Ersatzbeschaffung	*229*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1105 Tit. 812 55	*229*	*62*

Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F *511 55* -051	*Geschäftsbedarf und Datenübertragung sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Software, Wartung*		*100*	*85*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1105 Tit. 511 55	*100*	*85*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F *525 55* -051	*Aus- und Fortbildung*		*17*	*5*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1105 Tit. 525 55	*17*	*5*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F *526 01* -051	*Gerichts- und ähnliche Kosten*		*30*	*19*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1105 Tit. 526 01	*30*	*19*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F *543 01* -051	*Veröffentlichung und Dokumentation*		*10*	*2*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1105 Tit. 543 01	*10*	*2*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 634 03 -051	*Zuweisungen an den Versorgungsfonds*		*837*	*666*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1105 Tit. 634 03	*837*	*666*

Vorbemerkung

Das Bundessozialgericht (BSG) in Kassel ist im Jahr 1954 nach § 2 des Sozialgerichtsgesetzes (SGG) errichtet worden; es ist Oberster Gerichtshof für das Gebiet der Sozialgerichtsbarkeit (Artikel 95 des Grundgesetzes).

Das BSG entscheidet über das Rechtsmittel der Revision aus den Bereichen der gesetzlichen Renten-, Kranken- und Unfallversicherung, der sozialen Pflegeversicherung, der Künstlersozialversicherung, des Vertragsarzt- und Vertragszahnarztrechts, der Aufgaben der Bundesagentur für Arbeit, des sozialen Entschädigungsrechts, des Erziehungsgeld- und Kindergeldrechts sowie in Angelegenheiten der Grundsicherung für Arbeitsuchende, der Sozialhilfe und des Asylbewerberleistungsgesetzes, außerdem im ersten und letzten Rechtszug über Streitigkeiten nicht verfassungsrechtlicher Art zwischen dem Bund und den Ländern bzw. zwischen verschiedenen Ländern sowie teilweise über Streitigkeiten aus dem sozialen Entschädigungsrecht und Schwerbehindertenrecht.

Es sind 14 Senate gebildet worden (§§ 31, 40 SGG). Die Senate entscheiden in der Besetzung von einer Vorsitzenden oder einem Vorsitzenden (Präsidentin oder Präsident, Vizepräsidentin oder Vizepräsident, Vorsitzende Richterin oder Vorsitzender Richter), zwei berufsrichterlichen Beisitzern und zwei ehrenamtlichen Richterinnen oder Richtern. Zwei Vorsitzende Richterinnen oder Richter führen in jeweils zwei Senaten den Vorsitz.

Überblick zum Kapitel 1115	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	889	889	-		819
Gesamteinnahmen	889	889	-		819
Ausgaben					
Personalausgaben	12 630	12 521	+109	345	12 068
Sächliche Verwaltungsausgaben	4 309	4 429	-120	653	1 644
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	-	1 051	-1 051	252	781
Ausgaben für Investitionen	186	186	-	524	165
Gesamtausgaben	17 125	18 187	-1 062	1 774	14 658
davon flexibilisiert	14 420	15 462	-1 042	1 774	14 658
davon nicht flexibilisiert	2 705	2 725	-20		-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

111 01 -051	Gebühren, sonstige Entgelte	775	775	675

Erläuterungen:

Gerichtsgebühren nach § 184 SGG i. V. m. der Verordnung über die Höhe der gem. § 184 SGG zu entrichtenden Gebühr, Schreibauslagen und sonstige Auslagen für Presseinformationen und Urteilsabschriften nach § 4 des Justizverwaltungskostengesetzes und Erstattungen von Ausgaben nach dem Gesetz über die Prozesskostenhilfe gem. § 59 Rechtsanwaltsgebührengesetz.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1106 Tit. 111 01	775	675

119 99 -051	Vermischte Einnahmen	10	10	8

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen zu Nr. 2 der Erläuterungen dienen bis zur Höhe von 50 Prozent zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 511 01.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Vermischte Einnahmen...	10
2. Einnahmen aus der Veräußerung ausgesonderter Fachliteratur....	-
Zusammen...	10

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1106 Tit. 119 99	10	8

124 01 -051	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	104	104	104

Erläuterungen:

Einnahmen aus Vermietung von Büroräumen eines nicht genutzten Teils des Gerichtsgebäudes in Kassel.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1106 Tit. 124 01	104	104

132 01 -051	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	-	-	32

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1106 Tit. 132 01	-	32

1115 Bundessozialgericht

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.

Sächliche Verwaltungsausgaben

518 02 -051	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	2 705	2 725	-

Haushaltsvermerk:

Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1106 Tit. 518 02	2 725	-

Flexibilisierte Ausgaben

Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG

	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3..	12 630	13 572 *597*	12 849
Aus Hauptgruppe 5..	1 604	1 704 *653*	1 644
Aus Hauptgruppe 7..	10	10 *105*	-
Aus Hauptgruppe 8..	176	176 *419*	165
Zusammen..	14 420	15 462 *1 774*	14 658

F **412 01** *-051*	*Entschädigungen der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter*	*50*	*50*	*48*

Erläuterungen:

Entschädigungen nach dem Gesetz über die Entschädigung der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1106 Tit. 412 01	*50*	*48*

F **422 01** *-051*	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*8 034*	*7 959*	*7 453*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1106 Tit. 422 01	*7 959*	*7 453*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F **422 02** -051	*Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte*	*634*	*629*	*676*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1106 Tit. 422 02	*629*	*676*

F **427 09** -051	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*268*	*268*	*331*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1106 Tit. 427 09	*268*	*331*

F **428 01** -051	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*3 574*	*3 545*	*3 479*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1106 Tit. 428 01	*3 545*	*3 479*

F **453 01** -051	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	*70*	*70*	*81*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1106 Tit. 453 01	*70*	*81*

F **511 01** -051	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände, Software, Wartung*	*624*	*510*	*481*

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1106 Tit. 511 01	*510*	*481*
Kap. 1106 Tit. 511 55	*114*	*116*
Zusammen	*624*	*597*

F **514 01** -051	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*	*10*	*10*	*10*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*Soll 2014*	*Soll 2013*
personengebundene Pkw...	*1*	*1*

1115 Bundessozialgericht

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 514 01

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1106 Tit. 514 01	*10*	*10*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***517 01*** *-051*	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	*565*	*565*	*648*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1106 Tit. 517 01	*565*	*648*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***518 01*** *-051*	*Mieten und Pachten*	*44*	*14*	*39*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1106 Tit. 518 01	*14*	*39*
Kap. 1106 Tit. 518 55	*30*	*-*
Zusammen	*44*	*39*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***519 01*** *-051*	*Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen*	*60*	*60*	*85*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1106 Tit. 519 01	*60*	*85*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***525 01*** *-051*	*Aus- und Fortbildung*	*99*	*84*	*85*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1106 Tit. 525 01	*84*	*85*
Kap. 1106 Tit. 525 55	*15*	*16*
Zusammen	*99*	*101*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***527 01*** *-051*	*Dienstreisen*	*12*	*12*	*14*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1106 Tit. 527 01	*12*	*14*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F ***532 01*** *-051*	*Aufträge und Dienstleistungen im Bereich Informationstechnik*	*140*	*140*	*31*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1106 Tit. 532 55	*140*	*31*

F ***539 99*** *-051*	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*50*	*50*	*27*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1106 Tit. 539 99	*50*	*27*

F ***711 01*** *-051*	*Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten*	*10*	*10*	*-*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1106 Tit. 711 01	*10*	*-*

F 712 01 *-051*	*Baumaßnahmen von mehr als 2 000 000 € im Einzelfall*	*-*	*-*	*-*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1106 Tit. 712 02	*-*	*-*

F ***811 01*** *-051*	*Erwerb von Fahrzeugen*	*-*	*-*	*28*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1106 Tit. 811 01	*-*	*28*

F ***812 01*** *-051*	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)*	*26*	*26*	*49*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1106 Tit. 812 01	*26*	*49*

1115 Bundessozialgericht

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F ***812 02*** *-051*	*Erwerb von Anlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Software im Bereich Informationstechnik*	*150*	*150*	*88*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Erstbeschaffung	*21*
2. Ersatzbeschaffung	*129*
Zusammen	*150*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1106 Tit. 812 55	*150*	*88*

Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel

F *511 55* *-051*	*Geschäftsbedarf und Datenübertragung sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Software, Wartung*		*114*	*116*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1106 Tit. 511 55	*114*	*116*

F *518 55* *-051*	*Miete für Datenverarbeitungsanlagen, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Maschinen, Software*		*30*	*-*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1106 Tit. 518 55	*30*	*-*

F *525 55* *-051*	*Aus- und Fortbildung*		*15*	*16*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1106 Tit. 525 55	*15*	*16*

F *526 01* *-051*	*Gerichts- und ähnliche Kosten*		*90*	*89*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1106 Tit. 526 01	*90*	*89*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 543 01 -051	*Veröffentlichung und Dokumentation*		*10*	*3*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1106 Tit. 543 01	*10*	*3*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 634 03 -051	*Zuweisungen an den Versorgungsfonds*		*1 051*	*781*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1106 Tit. 634 03	*1 051*	*781*

Vorbemerkung

Das Bundesversicherungsamt (BVA) in Bonn ist als selbstständige Bundesoberbehörde nach dem Bundesversicherungsamtsgesetz vom 9. Mai 1956 errichtet worden.

Das BVA führt die Aufsicht über bundesunmittelbare Träger und Einrichtungen der Sozialversicherung. Es übt als Aufsichtsbehörde u. a. die ihm durch das Sozialgesetzbuch zugewiesenen Beratungs- und Genehmigungsbefugnisse gegenüber den Sozialversicherungsträgern aus und prüft die Geschäfts-, Rechnungs- und Betriebsführung bei den bundesunmittelbaren Krankenversicherungsträgern und deren Pflegekassen.

Ihm obliegen nach dem Sozialgesetzbuch

1. die Verwaltung des Gesundheitsfonds und die Steuerung und Weiterentwicklung des Risikostrukturausgleichs in der gesetzlichen Krankenversicherung,
2. die Verwaltung des Ausgleichsfonds und die Durchführung des Finanzausgleichs in der sozialen Pflegeversicherung und
3. die Durchführung der Abrechnungen in der Rentenversicherung.

Zudem ist das BVA u. a. zuständig für

1. die Zulassung von Behandlungsprogrammen für chronisch Kranke (Disease-Management-Programme),
2. die Zahlung des Mutterschaftsgeldes nach § 13 Absatz 2 Mutterschutzgesetz und
3. die Prüfung der Verwendung von Bundesmitteln bei bundesunmittelbaren landwirtschaftlichen Sozialversicherungsträgern im Auftrag des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft.

Das BVA ist zudem zuständige Stelle im Sinne des Berufsbildungsgesetzes für den Ausbildungsberuf "Sozialversicherungsfachangestellte/r" und Prüfungsamt für den gehobenen Dienst in der Sozialversicherung.

Überblick zum Kapitel 1116	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	2 580	2 610	-30		2 228
Übrige Einnahmen	23 207	21 041	+2 166		23 666
Gesamteinnahmen	25 787	23 651	+2 136		25 894
Ausgaben					
Personalausgaben	30 735	29 060	+1 675	166	26 976
Sächliche Verwaltungsausgaben	10 564	10 280	+284	212	13 915
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	-	632	-632		624
Ausgaben für Investitionen	1 079	1 107	-28	950	363
Gesamtausgaben	42 378	41 079	+1 299	1 328	41 878
davon flexibilisiert	25 895	24 560	+1 335	1 047	26 615
davon nicht flexibilisiert	16 483	16 519	-36	281	15 263

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

111 01 -314	Gebühren, sonstige Entgelte	2 570	2 570	2 134

Erläuterungen:

Gebühreneinnahmen für die Zertifizierung von Disease-Management-Programmen im Rahmen des Risikostrukturausgleiches.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1107 Tit. 111 01	2 570	2 134

119 99 -219	Vermischte Einnahmen	10	40	3

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1107 Tit. 119 99	40	3

132 01 -219	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	-	-	91

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1107 Tit. 132 01	-	91

Übrige Einnahmen

236 02 -219	Erstattung von Ausgaben für Laufbahnprüfungen	-	75	26

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1107 Tit. 236 02	75	26

236 03 -219	Erstattung der Aufwendungen für die Prüfung der Kranken- und Pflegekassen	16 201	15 152	14 105

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: Kap. 1111 Tit. 526 02.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
Der Ansatz wurde wie folgt berechnet:	
1. Ausgaben der Tgr. 01..	11 598

1116 Bundesversicherungsamt

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 236 03

Bezeichnung	1 000 €
2. Versorgungszuschlag in Höhe von 30 Prozent der Dienstbezüge der Planbeamtinnen und -beamten	1 890
3. Anteilige Gemeinkosten	2 713
Zusammen	16 201

Die bundesunmittelbaren Kranken- und Pflegekassen erstatten dem Bundesversicherungsamt nach § 274 Abs. 2 SGB V die Kosten für die Durchführung der Prüfung der Geschäfts-, Rechnungs- und Betriebsführung. Das Nähere über die Erstattung der Kosten einschließlich der zu zahlenden Vorschüsse ist in der Verwaltungsvorschrift des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung vom 8. März 1990 (Bundesarbeitsblatt Nr. 5/1990 S. 35) geregelt.

Gemäß § 46 Abs. 6 SGB XI gilt für die Erstattung der Kosten für die Durchführung der Prüfung der Geschäfts-, Rechnungs- und Betriebsführung der Pflegekassen § 274 Abs. 2 SGB V entsprechend.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1107 Tit. 236 03	15 152	14 105

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
236 04 -219	Erstattung der Aufwendungen für die Prüfung der landwirtschaftlichen Sozialversicherungsträger und Verbände	190	403	191

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1107 Tit. 236 04	403	191

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
236 05 -219	Erstattung der Aufwendungen für die Verwaltung des Gesundheitsfonds sowie der Aufwendungen für die Durchführung des morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleichs	6 357	4 850	9 083

Haushaltsvermerk:

1. Mehreinnahmen zu Nr. 2 der Erläuterungen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: **511 01, 532 01 und 812 02.**
2. Mehreinnahmen zu Nr. 3 der Erläuterungen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: **Kap. 1111 Tit. 526 02.**

Erläuterungen:

Das BVA nimmt gemäß § 271 SGB V die Verwaltung des Gesundheitsfonds wahr. Auch wurde im Zusammenhang mit der Einführung des morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleichs nach dem Gesetz zur Stärkung des Wettbewerbs in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz - GKV-WSG) im BVA ein Wissenschaftlicher Beirat und eine unterstützende Geschäftsstelle eingerichtet.

Seit dem 1. Januar 2009 werden die in diesem Zusammenhang entstehenden Kosten aus Einnahmen des Gesundheitsfonds erstattet.

Bezeichnung	1 000 €
1. Einnahmen aus Erstattungen für die Aufwendungungen aus dem Gesundheitsfonds und dem morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleichs	6 357
2. Einnahmen aus Erstattungen für IT-Aufwendungen im Rahmen der Verwaltung des Gesundheitsfonds	-
3. Einnahmen aus Erstattungen für die Aufwendungen der Beitragsprüfung	-
Zusammen	6 357

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 236 05

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1107 Tit. 236 05	4 850	9 083

236 21 -219	Erstattung der Aufwendungen für die Prüfung des Spitzenverbandes Bund	459	561	261

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Ausgaben der Tgr. 02	320
2. Versorgungszuschlag für Beamtinnen und Beamte (30 Prozent)	57
3. Sachgemeinkosten	11
4. Personalgemeinkosten	71
Zusammen	459

Der Spitzenverband Bund erstattet dem Bundesversicherungsamt gem. § 274 Abs. 2 SGB V die Kosten für die Durchführung der Prüfung der Geschäfts-, Rechnungs- und Betriebsführung.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1107 Tit. 236 21	561	261

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.

Ausgenommen sind **Tgr. 01 und Tgr. 02.**

Sächliche Verwaltungsausgaben

518 02 -219	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	4 265	4 265	4 063

Haushaltsvermerk:

Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1107 Tit. 518 02	4 265	4 063

532 04 -219	Prüfungskosten	300	310	231

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1107 Tit. 532 02	310	231

1116 Bundesversicherungsamt

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Titelgruppe 01			
Tgr. 01	Aufwendungen für die Prüfung der Kranken- und Pflegekassen	(11 598)	(11 487) *(281)*	

Haushaltsvermerk:

1. **Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: Kap. 1111 Tit. 634 03.**
2. Die Ausgaben folgender Titel sind gegenseitig deckungsfähig: **Hgr. 4, Hgr. 5 und Hgr. 8.**

Erläuterungen:

Das Bundesversicherungsamt hat nach § 274 SGB V und § 46 Abs. 6 SGB XI mindestens alle fünf Jahre die Geschäfts-, Rechnungs- und Betriebsführung der seiner Aufsicht unterstehenden Kranken- und Pflegekassen zu prüfen. Die hierfür entstehenden Kosten tragen die Kranken- und Pflegekassen nach dem Verhältnis der beitragspflichtigen Einnahmen ihrer Mitglieder. Das Nähere über die Erstattung der Kosten einschließlich der zu zahlenden Vorschüsse ist in der Verwaltungsvorschrift des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung geregelt.

Die Aufwendungen enthalten auch die Kosten für DV-technische Arbeitsmittel.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
422 11 -219	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	6 300	6 314	5 449

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1107 Tit. 422 31	6 314	5 449

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
422 12 -219	Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte	1	-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1107 Tit. 422 32	-	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
422 13 -219	Bezüge der Anwärterinnen und Anwärter sowie Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	16	16	20

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1107 Tit. 422 33	16	20

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
427 19 -219	Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige	52	190	296

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1107 Tit. 427 39	190	296

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Noch zu Titelgruppe 01				
428 11 -219	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	2 017	1 955	2 111

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1107 Tit. 428 31	1 955	2 111

453 11 -219	Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen	6	6	1

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1107 Tit. 453 31	6	1

459 19 -219	Vermischte Personalausgaben	360	264	373

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1107 Tit. 459 39	264	373

511 11 -219	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände, Software, Wartung	433	347	347

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1107 Tit. 511 31	347	347

517 11 -219	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	248	248	362

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1107 Tit. 517 31	248	362

518 11 -219	Mieten und Pachten	14	14	22

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1107 Tit. 518 31	14	22

1116 Bundesversicherungsamt

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 01

518 12 -219	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	926	926	813

Haushaltsvermerk:

Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1107 Tit. 518 32	926	813

519 11 -219	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	18	-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1107 Tit. 519 31	-	-

525 11 -219	Aus- und Fortbildung	108	108	116

Haushaltsvermerk:

Einnahmen, insbesondere aus Rückerstattungen, fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1107 Tit. 525 31	108	116

527 11 -219	Dienstreisen	745	745	568

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1107 Tit. 527 31	745	568

539 19 -219	Vermischte Verwaltungsausgaben	39	39	29

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1107 Tit. 539 39	39	29

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Noch zu Titelgruppe 01				
711 11 -219	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	5	53	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1107 Tit. 711 31	53	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
812 11 -219	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)	50	262 *281*	29

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1107 Tit. 812 31	262	29

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
812 12 -219	Erwerb von Anlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Software im Bereich Informationstechnik	260		

Titelgruppe 02

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Tgr. 02	Aufwendungen für die Prüfung des Spitzenverbandes Bund der Krankenkassen	(320)	(366)	

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.

Erläuterungen:

Nach § 274 des Fünften Gesetzbuches Sozialgesetzbuch (SGB V) ist mindestens alle fünf Jahre die Geschäfts-, Rechnungs- und Betriebsführung des Spitzenverbandes Bund der Krankenkassen zu prüfen. Die hierfür entstehenden Kosten tragen die Verbände nach dem Verhältnis der beitragspflichtigen Einnahmen ihrer Mitglieder. Das Nähere über die Erstattung der Kosten einschließlich zu zahlender Vorschüsse ist in der Verwaltungsvorschrift des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung vom 8. März 1990 (Bundesarbeitsblatt Nr. 5/1990 S. 35) geregelt.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
422 21 -219	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	191	245	271

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1107 Tit. 422 21	245	271

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
427 29 -219	Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige	1	-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1107 Tit. 427 29	-	-

1116 Bundesversicherungsamt

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu Titelgruppe 02			
428 21 -219	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	38	31	27
459 29 -219	Vermischte Personalausgaben	15	15	11
547 21 -219	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	60	60	44
812 21 -219	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)	5	15	-
812 22 -219	Erwerb von Anlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Software im Bereich Informationstechnik	10		

Erläuterungen zu 428 21:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1107 Tit. 428 21	31	27

Erläuterungen zu 459 29:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1107 Tit. 459 29	15	11

Erläuterungen zu 547 21:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1107 Tit. 547 21	60	44

Erläuterungen zu 812 21:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1107 Tit. 812 21	15	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Flexibilisierte Ausgaben

Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG

	Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3	21 738	20 575 *166*	18 971
	Aus Hauptgruppe 5	3 408	3 208 *212*	7 310
	Aus Hauptgruppe 7	55	55 *137*	40
	Aus Hauptgruppe 8	694	722 *532*	294
	Zusammen	25 895	24 560 *1 047*	26 615

F ***422 01*** *-219*	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*13 253*	*11 611*	*10 216*

Erläuterungen:

Aus diesem Titel werden Personalkosten für den Gesundheitsfonds und die Einrichtung der Geschäftsstelle des wissenschaftlichen Beirates im Bundesversicherungsamt vorfinanziert.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1107 Tit. 422 01	*11 611*	*10 216*

F ***422 02*** *-219*	*Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte*	*183*	*-*	*233*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1107 Tit. 422 02	*-*	*233*

F ***422 03*** *-219*	*Bezüge der Anwärterinnen und Anwärter sowie Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst*	*183*	*182*	*189*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1107 Tit. 422 03	*182*	*189*

F ***427 09*** *-219*	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*1 564*	*1 900*	*2 335*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1107 Tit. 427 09	*1 900*	*2 335*

1116 Bundesversicherungsamt

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F ***428 01*** *-219*	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*6 505*	*6 281*	*5 393*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1107 Tit. 428 01	*6 281*	*5 393*

F ***453 01*** *-219*	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	*50*	*50*	*51*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1107 Tit. 453 01	*50*	*51*

F ***511 01*** *-219*	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände, Software, Wartung*	*1 288*	*700*	*470*

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 236 05.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1107 Tit. 511 01	*700*	*470*
Kap. 1107 Tit. 511 55	*180*	*511*
Zusammen	*880*	*981*

F ***514 01*** *-219*	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*	*22*	*22*	*21*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1107 Tit. 514 01	*22*	*21*

F ***517 01*** *-219*	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	*836*	*836*	*910*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1107 Tit. 517 01	*836*	*910*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F ***518 01*** *-219*	*Mieten und Pachten*	*37*	*25*	*25*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1107 Tit. 518 01	*25*	*25*
Kap. 1107 Tit. 518 55	*12*	*-*
Zusammen	*37*	*25*

F ***519 01*** *-219*	*Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen*	*10*	*-*	*-*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1107 Tit. 519 01	*-*	*-*

F ***525 01*** *-219*	*Aus- und Fortbildung*	*158*	*120*	*218*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1107 Tit. 525 01	*120*	*218*
Kap. 1107 Tit. 525 55	*38*	*14*
Zusammen	*158*	*232*

F ***527 01*** *-219*	*Dienstreisen*	*310*	*320*	*235*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1107 Tit. 527 01	*320*	*235*

F ***532 01*** *-219*	*Aufträge und Dienstleistungen im Bereich Informationstechnik*	*622*	*750*	*475*

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 236 05.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1107 Tit. 532 55	*750*	*475*

1116 Bundesversicherungsamt

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F ***539 99*** *-219*	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*125*	*125*	*249*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1107 Tit. 539 99	*125*	*249*

F ***711 01*** *-219*	*Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten*	*55*	*55*	*40*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1107 Tit. 711 01	*55*	*40*

F ***811 01*** *-219*	*Erwerb von Fahrzeugen*	*25*	*25*	*83*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
Ersatzbeschaffung	
3 Pkw (bis...€)..	*84*
abzgl. Mehreinnahmen bei Tit. 132 01 aus der Veräußerung von Dienst-Kfz gem. § 6 Abs. 7 HG..	*-59*
Zusammen...	*25*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1107 Tit. 811 01	*25*	*83*

F ***812 01*** *-219*	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)*	*59*	*59*	*46*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1107 Tit. 812 01	*59*	*46*

F ***812 02*** *-219*	*Erwerb von Anlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Software im Bereich Informationstechnik*	*610*	*638*	*165*

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 236 05.

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Erstbeschaffung..	*300*
2. Ersatzbeschaffung...	*310*
Zusammen...	*610*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 812 02

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1107 Tit. 812 55	*638*	*165*

Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 511 55 -219	*Geschäftsbedarf und Datenübertragung sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Software, Wartung*		*180*	*511*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1107 Tit. 511 55	*180*	*511*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 518 55 -219	*Miete für Datenverarbeitungsanlagen, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Maschinen, Software*		*12*	*-*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1107 Tit. 518 55	*12*	*-*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 525 55 -219	*Aus- und Fortbildung*		*38*	*14*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1107 Tit. 525 55	*38*	*14*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 526 02 -219	*Sachverständige*		*75*	*4 156*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1107 Tit. 526 02	*75*	*4 156*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 526 03 -219	*Ausgaben für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen*		*5*	*26*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1107 Tit. 526 03	*5*	*26*

1116 Bundesversicherungsamt

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
526 32 -219	Sachverständige		10	10
F 634 03 -219	*Zuweisungen an den Versorgungsfonds*		*551*	*554*
634 23 -219	Zuweisungen an den Versorgungsfonds		-	-
634 33 -219	Zuweisungen an den Versorgungsfonds		81	70

526 32 Sachverständige

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1107 Tit. 526 32	10	10

F 634 03 Zuweisungen an den Versorgungsfonds

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1107 Tit. 634 03	*551*	*554*

634 23 Zuweisungen an den Versorgungsfonds

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1107 Tit. 634 23	-	-

634 33 Zuweisungen an den Versorgungsfonds

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1107 Tit. 634 33	81	70

Haushaltsvermerk:

In den Personaltiteln dieses Einzelplans sind folgende Aufwandsentschädigungen und Besondere Personalausgaben veranschlagt:

1. **Aufwandsentschädigungen**

1.1 Dienstaufwandsentschädigung für die Bundesministerin in Höhe von jährlich 3 681,30 € (monatlich 306,78 €) bei folgendem Titel:

Kap. 1112 Tit. 421 01.

1.2 Dienstaufwandsentschädigung für die Parlamentarischen Staatssekretäre in Höhe von jährlich je 2 760,98 € (monatlich je 230,08 €) bei folgendem Titel:

Kap. 1112 Tit. 421 01.

1.3 Aufwandsentschädigung für vom Dienst freigestellte Personalratsmitglieder bei folgenden Titeln:

Kap. 1112 Tit. 422 01, 422 02, 428 01,

Kap. 1113 Tit. 428 01 und

Kap. 1116 Tit. 422 11.

1.4 Aufwandsentschädigung für die Bundeswahlbeauftragte oder den Bundeswahlbeauftragten und für die Stellvertreterin oder den Stellvertreter in Höhe von jährlich 12 T€ bzw. 9 600 € (monatlich 1 T€ bzw. 800 €) im Vorwahljahr, Wahljahr und im Jahr nach der Wahl zu den Organen der Sozialversicherungsträger, in den anderen Jahren in Höhe von jährlich 3 600 € bzw. 3 T€ (monatlich 300 € bzw. 250 €) bei folgendem Titel:

Kap. 1112 Tit. 412 01.

2. **Besondere Personalausgaben**

2.1 Betreuung aller Beschäftigten, die am Heiligen Abend nach 18 Uhr Dienst verrichten (zentral für den gesamten Geschäftsbereich) bei folgendem Titel:

Kap. 1112 Tit. 428 01.

2.2 Verfügungsfonds für vom Dienst freigestellte Gleichstellungsbeauftragte gem. § 18 Abs. 4 BGleiG in Höhe von bis zu jährlich je 312 € (monatlich 26 €) bei folgenden Titeln:

Kap. 1112 Tit. 422 01,

Kap. 1113 Tit. 428 01,

Kap. 1114 Tit. 422 01,

Kap. 1115 Tit. 422 01 und

Kap. 1116 Tit. 422 01.

2.3 Außer- und übertarifliche Leistungen an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die mit Einwilligung des BMF gewährt werden, bei folgenden Titeln:

Kap. 1112 Tit. 427 09, 428 01,

Kap. 1113 Tit. 428 01,

Kap. 1115 Tit. 428 01,

Kap. 1116 Tit. 428 01, 428 11 und 428 21.

11 Übersicht 1
Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Kapitel, Titel (Titelgr.) sowie Zweckbestimmung	Ausgaben-soll 2014		a) Bis einschl. 31.12.2012 eingegangene Verpflichtungen fällig ab 2014 b) VE 2013 c) VE 2014	davon fällig					
				2014	2015	2016	2017	Folgejahre	in künftigen Haushaltsjahren
	1 000 €		1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €
1	2		3	4	5	6	7	8	9
Kapitel 1101									
684 01 - Berufliche Integration und Beratung von Zuwanderern	25 000	a)	1 796	1 796	-	-	-	-	-
		b)	6 000	2 000	2 000	2 000	-	-	-
		c)	12 000		4 000	4 000	4 000	-	-
Tgr. 01									
544 11 - Forschung, Untersuchungen und Ähnliches	12 000	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	3 500	1 400	1 400	700	-	-	-
		c)	6 600		2 500	2 200	1 900	-	-
685 11 - Leistungen zur Eingliederung in Arbeit	3 903 000	a)	376 839	331 665	21 159	11 557	6 156	6 302	-
		b)	2 075 000	1 250 000	600 000	150 000	50 000	25 000	-
		c)	2 225 000		1 400 000	600 000	150 000	75 000	-
Tgr. 02									
681 21 - Zusätzliche Mittel für Bildungsmaßnahmen	107 000	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	124 000	44 000	42 000	30 000	8 000	-	-
		c)	30 900		14 400	8 300	8 200	-	-
Summe des Kapitels 1101	31 493 100	a)	378 635	333 461	21 159	11 557	6 156	6 302	-
		b)	2 208 500	1 297 400	645 400	182 700	58 000	25 000	-
		c)	2 274 500		1 420 900	614 500	164 100	75 000	-
Kapitel 1103									
Tgr. 02									
681 21 - Versorgungsbezüge	30 080	a)	213	213	-	-	-	-	-
		b)	200	200	-	-	-	-	-
		c)	300		150	150	-	-	-
Summe des Kapitels 1103	1 339 080	a)	213	213	-	-	-	-	-
		b)	200	200	-	-	-	-	-
		c)	300		150	150	-	-	-
Kapitel 1105									
684 04 - Nationaler Aktionsplan zur Behindertenpolitik und Teilhabebericht	3 500	a)	129	129	-	-	-	-	-
		b)	3 750	1 500	1 250	1 000	-	-	-
		c)	3 000		1 500	900	600	-	-
684 06 - Zuschüsse zu den Kosten von Einrichtungen, der Erarbeitung von Planungsgrundlagen und der Dokumentation, Tagungen und Kongresse	484	a)	58	58	-	-	-	-	-
		b)	450	250	150	50	-	-	-
		c)	625		225	225	175	-	-
684 08 - Förderung der unabhängigen Stelle nach Art. 33 Abs. 2 des VN-Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen	443	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	50	50	-	-	-	-	-
		c)	50		50	-	-	-	-
893 01 - Zuschüsse zur Errichtung, Erweiterung, Ausstattung und Modernisierung der Einrichtungen	400	a)	1 770	229	221	213	205	902	-
		b)	225	100	75	50	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
Summe des Kapitels 1105	260 727	a)	1 957	416	221	213	205	902	-
		b)	4 475	1 900	1 475	1 100	-	-	-
		c)	3 675		1 775	1 125	775	-	-

Kapitel, Titel (Titelgr.) sowie Zweckbestimmung	Ausgaben-soll 2014 1 000 €		a) Bis einschl. 31.12.2012 eingegangene Verpflichtungen fällig ab 2014 b) VE 2013 c) VE 2014 1 000 €	davon fällig 2014 1 000 €	2015 1 000 €	2016 1 000 €	2017 1 000 €	Folgejahre 1 000 €	in künftigen Haushaltsjahren 1 000 €
1	2		3	4	5	6	7	8	9
Kapitel 1106									
Tgr. 01									
544 11 - Forschung, Untersuchungen und Ähnliches	1 000	a)	250	150	100	-	-	-	-
		b)	1 550	650	500	400	-	-	-
		c)	600		200	200	200	-	-
547 11 - Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	250	a)	90	45	45	-	-	-	-
		b)	130	50	40	40	-	-	-
		c)	120		40	40	40	-	-
686 13 - Kofinanzierung der ESF-Bundesprogramme	51 400	a)	23 211	23 198	13	-	-	-	-
		b)	37 500	15 000	15 000	7 500	-	-	-
		c)	30 000		15 000	7 500	7 500	-	-
Tgr. 02									
542 21 - Öffentlichkeitsarbeit	-	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	50	50	-	-	-	-	-
		c)	50		50	-	-	-	-
544 21 - Forschung, Untersuchungen und Ähnliches	-	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	150	150	-	-	-	-	-
		c)	150		150	-	-	-	-
686 21 - Verwendung von Zuschüssen des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung	-	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	10 300	8 800	1 500	-	-	-	-
		c)	10 300		8 800	1 500	-	-	-
Tgr. 04									
544 41 - Forschung, Untersuchungen und Ähnliches	-	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	60		30	20	10	-	-
547 41 - Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	-	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	40		20	10	10	-	-
686 43 - Kofinanzierung der FEAD-Programme 2014 - 2020	-	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	200		100	50	50	-	-
Summe des Kapitels 1106	77 240	a)	23 551	23 393	158	-	-	-	-
		b)	49 680	24 700	17 040	7 940	-	-	-
		c)	41 520		24 390	9 320	7 810	-	-
Kapitel 1107									
544 04 - Ausgaben für Maßnahmen zur Sicherung des Arbeitskräftebedarfs	3 500	a)	1 353	1 353	-	-	-	-	-
		b)	350	350	-	-	-	-	-
		c)	12 000		4 000	4 000	4 000	-	-
545 01 - Konferenzen, Tagungen, Messen und Ausstellungen	1 500	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	1 500	750	500	250	-	-	-
		c)	1 450		700	500	250	-	-
684 01 - Initiative "Neue Qualität der Arbeit"	4 700	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	5 000	2 500	1 500	1 000	-	-	-
		c)	4 500		2 000	1 500	1 000	-	-

11 Übersicht 1
Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Kapitel, Titel (Titelgr.) sowie Zweckbestimmung	Ausgaben-soll 2014	a) Bis einschl. 31.12.2012 eingegangene Verpflichtungen fällig ab 2014 b) VE 2013 c) VE 2014	davon fällig 2014	2015	2016	2017	Folgejahre	in künftigen Haushaltsjahren
	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €
1	2	3	4	5	6	7	8	9
684 02 - Maßnahmen zur Bekämpfung arbeitsbedingter Erkrankungen	4 000	a) 312	312	-	-	-	-	-
		b) 4 000	2 000	1 500	500	-	-	-
		c) 3 700		1 700	1 500	500	-	-
684 05 - Maßnahmen zur Förderung der Produktsicherheit und von Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit	500	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 534	534	-	-	-	-	-
		c) 500		500	-	-	-	-
684 06 - Zuschüsse zu den Kosten der Kommission Arbeitsschutz und Normung in der EU	1 058	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 1 020	1 020	-	-	-	-	-
		c) 1 084		1 084	-	-	-	-
684 08 - Förderung von Maßnahmen zur Stärkung der gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen (CSR-Maßnahmen)	430	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 200	100	100	-	-	-	-
		c) 600		600	-	-	-	-
684 09 - Gemeinsame Deutsche Arbeitsschutzstrategie - GDA -	292	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 150	50	50	50	-	-	-
		c) 370		150	120	100	-	-
Summe des Kapitels 1107	23 594	a) 1 665	1 665	-	-	-	-	-
		b) 12 754	7 304	3 650	1 800	-	-	-
		c) 24 204		10 734	7 620	5 850	-	-
Kapitel 1110								
684 01 - Gremien nach dem Mindestarbeitsbedingungengesetz und dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz, flankierende Forschung	500	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 400	200	100	100	-	-	-
		c) 500		100	200	200	-	-
684 02 - Zuwendungen für zentrale Einrichtungen, überregionale Maßnahmen und Modellvorhaben für besondere gesellschaftliche Gruppen	430	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 150	150	-	-	-	-	-
		c) 150		150	-	-	-	-
684 03 - Zuschüsse zu den Kosten der Deutschen Seemannsmission e. V. und Stelle Maris	500	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) 350		350	-	-	-	-
Summe des Kapitels 1110	24 782	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 550	350	100	100	-	-	-
		c) 1 000		600	200	200	-	-
Kapitel 1112								
518 02 - Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	13 160	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 37 163	12 171	12 181	12 811	-	-	-
		c) 8 550		-	-	570	7 980	-
544 01 - Forschung, Untersuchungen und Ähnliches	6 000	a) 1 971	1 522	449	-	-	-	-
		b) 6 500	3 000	2 000	1 000	500	-	-
		c) 6 000		3 000	2 000	1 000	-	-
532 01 - Aufträge und Dienstleistungen im Bereich Informationstechnik	4 300	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 600	150	150	150	150	-	-
		c) -		-	-	-	-	-

Übersicht 1 11
Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Kapitel, Titel (Titelgr.) sowie Zweckbestimmung	Ausgaben-soll 2014 1 000 €		a) Bis einschl. 31.12.2012 eingegangene Verpflichtungen fällig ab 2014 b) VE 2013 c) VE 2014 1 000 €	davon fällig 2014 1 000 €	2015 1 000 €	2016 1 000 €	2017 1 000 €	Folgejahre 1 000 €	in künftigen Haushaltsjahren 1 000 €
1	2		3	4	5	6	7	8	9
712 01 - Baumaßnahmen von mehr als 2 000 000 € im Einzelfall	581	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	581	581	-	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
Summe des Kapitels 1112	110 007	a)	1 971	1 522	449	-	-	-	-
		b)	44 844	15 902	14 331	13 961	650	-	-
		c)	14 550		3 000	2 000	1 570	7 980	-
Kapitel 1113									
518 02 - Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	10 878	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	10 500	3 500	3 500	3 500	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
532 01 - Aufträge und Dienstleistungen im Bereich Informationstechnik	839	a)	380	263	117	-	-	-	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
544 01 - Forschung, Untersuchungen und Ähnliches	2 600	a)	296	296	-	-	-	-	-
		b)	2 500	1 500	800	200	-	-	-
		c)	4 105		2 270	1 635	200	-	-
812 01 - Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)	400	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	400	200	100	100	-	-	-
		c)	400		200	100	100	-	-
Tgr. 01									
812 11 - Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)	535	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	500	300	100	100	-	-	-
		c)	500		300	100	100	-	-
Tgr. 02									
532 22 - Behördenspezifische fachbezogene Verwaltungsausgaben (ohne IT)	2 100	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	350		350	-	-	-	-
543 21 - Veröffentlichungen und Fachinformationen	483	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	100	100	-	-	-	-	-
		c)	100		100	-	-	-	-
812 23 - Erwerb von Exponaten, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Maschinen	800	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	450	450	-	-	-	-	-
		c)	450		450	-	-	-	-
Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel									
511 55 - Geschäftsbedarf und Datenübertragung sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Software, Wartung	-	a)	315	85	85	83	62	-	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-

11 Übersicht 1 Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Kapitel, Titel (Titelgr.) sowie Zweckbestimmung	Ausgaben-soll 2014 1 000 €	a) Bis einschl. 31.12.2012 eingegangene Verpflichtungen fällig ab 2014 b) VE 2013 c) VE 2014 1 000 €	davon fällig 2014 1 000 €	2015 1 000 €	2016 1 000 €	2017 1 000 €	Folgejahre 1 000 €	in künftigen Haushaltsjahren 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7	8	9
532 23 - Kosten für Planung und Gestaltung	-	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 350	350	-	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
Summe des Kapitels 1113	64 743	a) 991	644	202	83	62	-	-
		b) 14 800	6 400	4 500	3 900	-	-	-
		c) 5 905		3 670	1 835	400	-	-
Kapitel 1114								
518 02 - Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	2 001	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 6 003	2 001	2 001	2 001	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
Summe des Kapitels 1114	15 895	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 6 003	2 001	2 001	2 001	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
Kapitel 1115								
518 02 - Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	2 705	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 8 175	2 725	2 725	2 725	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
Summe des Kapitels 1115	17 125	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 8 175	2 725	2 725	2 725	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
Summe des Einzelplans 11	122 318 25 5	a) 408 983	361 314	22 189	11 853	6 423	7 204	-
		b) 2 349 981	1 358 882	691 222	216 227	58 650	25 000	-
		c) 2 365 654		1 465 219	636 750	180 705	82 980	-

Personalhaushalt

Einzelplan 11

Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Inhalt

Kapitel	B e z e i c h n u n g	Seite
	Vorbemerkungen zum Personalhaushalt	150
	Gesamtübersicht	151
1112	Bundesministerium	152
1113	Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin	156
1114	Bundesarbeitsgericht	159
1115	Bundessozialgericht	161
1116	Bundesversicherungsamt	163
	Übersicht	
	Darstellung der den Planstellen zugeordneten Amtsbezeichnungen	168

Vorbemerkungen zum Personalhaushalt

1. Ersatz(plan)stellen werden zahlenmäßig in einer eigenen Spalte der Übersichten der ku- und kw-Vermerke in der Gesamtübersicht und in den einzelnen Kapiteln nachgewiesen.

   Ersatz(plan)stellen im Zusammenhang mit der Gewährung von Altersteilzeit sind mit dem Vermerk "kw mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten" ausgewiesen.

   Die sonstigen Ersatz(plan)stellen sind in der Übersicht mit der Kurzformulierung "Ersatzplanstelle" bzw."Ersatzstelle" ausgewiesen, die Kurzformulierung entspricht dabei dem folgenden Wortlaut eines kw-Vermerks:

   - bei Titeln der Gruppe 422: kw - nach Rückkehr der abgeordneten Beschäftigten - mit Übernahme der Ersatzkräfte in eine freie oder die nächste frei werdende Planstelle ihrer Besoldungsgruppe oder mit Versetzung der Beschäftigten oder ihrem Ausscheiden aus dem Dienst

   - bei Titeln der Gruppe 428: kw - nach Rückkehr der abgeordneten Beschäftigten - mit Übernahme der Ersatzkräfte in eine freie oder die nächste frei werdende Stelle ihrer Entgeltgruppe oder Planstelle der entsprechenden Besoldungsgruppe oder mit Versetzung der Beschäftigten oder ihrem Ausscheiden aus dem Dienst

2. AT B ist die Kurzbezeichnung für Arbeitsverhältnisse mit Verträgen nach Anlage 1a oder 1b des BMI-Rundschreibens vom 18. November 2005 - D II 2 - 220 234 - in der jeweils geltenden Fassung.

3. Anzahl der im Haushaltsjahr 2012 eingesetzten Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen (umgerechnet auf vollbeschäftigte Arbeitskräfte im Haushaltsjahr) und Auszubildende (Jahresdurchschnitt):

Kapitel	Titel	Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen	Auszubildende
1106	427 19	17,0	-
1107	427 09	1,0	-
1112	427 09	73,8	58,0
1112	427 19	1,5	-
1113	427 09	71,7	34,5
1113	427 19	10,2	-
1113	427 39	14,7	-
1114	427 09	6,6	9,0
1115	427 09	6,2	9,0
1116	427 09	47,3	11,2
1116	427 19	4,8	3,0
1116	427 29	-	-
Zusammen		254,8	124,7

4. Arbeitsplatzbeschreibungen für alle Stellen der Gruppe 428 des Einzelplans (einschließlich der Stellen der institutionell geförderten Zuwendungsempfänger/Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO) liegen vor. Bei Kap. 1112 liegen Arbeitsplatzbeschreibungen weitgehend vor. Zu Kap. 1116 liegen für alle Stellen der Gruppe 428 Arbeitsplatzbeschreibungen vor bzw. werden infolge der anstehenden Umorganisation zur Zeit überarbeitet.

Gesamtübersicht

Planstellen, Stellen, Leerstellen

Kap.	Behörde	Beamtinnen und Beamte Tit. 422 .1		Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Tit. 428 .1		Zusammen (Spalten 3 bis 6)	
		2014	2013	2014	2013	2014	2013
1	2	3	4	5	6	7	8
	Planstellen und Stellen						
1112	Bundesministerium	729,5	687,5	266,5	299,5	996,0	987,0
1113	Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin	224,5	225,5	322,4	333,9	546,9	559,4
1114	Bundesarbeitsgericht	87,0	88,0	69,0	68,5	156,0	156,5
1115	Bundessozialgericht	112,0	113,0	72,7	73,7	184,7	186,7
1116	Bundesversicherungsamt	402,5	397,0	138,3	143,3	540,8	540,3
	Zusammen	1 555,5	1 511,0	868,9	918,9	2 424,4	2 429,9
	Leerstellen						
1112	Bundesministerium	36,0	51,0	22,0	25,0	58,0	76,0
1113	Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin	1,0	3,0	1,0	1,0	2,0	4,0
1114	Bundesarbeitsgericht	-	-	2,0	2,0	2,0	2,0
1115	Bundessozialgericht	4,0	3,0	2,0	6,0	6,0	9,0
1116	Bundesversicherungsamt	28,0	24,0	5,0	3,0	33,0	27,0
	Zusammen	69,0	81,0	32,0	37,0	101,0	118,0

ku- und kw-Vermerke

Kap.	Dienststelle	Zusammen	davon fällig					Ersatz(plan)-stellen	Sonstige
			2014	2015	2016	2017	2018 ff.		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
	ku-Vermerke								
1112	Bundesministerium	2,0	-	-	-	-	-	-	2,0
1113	Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin	2,0	-	-	-	-	-	-	2,0
1114	Bundesarbeitsgericht	3,0	-	-	-	-	-	-	3,0
1116	Bundesversicherungsamt	18,0	-	-	-	-	-	-	18,0
	Zusammen	25,0	-	-	-	-	-	-	25,0
	kw-Vermerke								
1112	Bundesministerium	71,5	-	4,0	6,0	4,0	-	19,5	38,0
1113	Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin	19,9	-	-	6,0	-	-	8,9	5,0
1114	Bundesarbeitsgericht	7,0	-	1,0	3,0	-	-	1,0	2,0
1115	Bundessozialgericht	1,0	-	-	-	-	-	1,0	-
1116	Bundesversicherungsamt	30,0	1,0	3,5	6,0	1,0	-	9,5	9,0
	Zusammen	129,4	1,0	8,5	21,0	5,0	-	39,9	54,0

Institutionell geförderte Zuwendungsempfänger / Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO

Kap.	Kapitelbezeichnung	Stellen mit Dauerarbeitskräften besetzbar				Stellen für Arbeitskräfte mit befristeten Arbeitsverträgen	
		Tit. 422 .1, 425 .1, 426 .1, 428 .1 sowie entsprechende Kontierung im Wirtschaftsplan		Tit. 425 .1, 426 .1, 428 .1 (Projektförderung / Aufträge Dritter)		Tit. 427 .9 (Projektförderung / Aufträge Dritter)	
		2014	2013	2014	2013	2014	2013
1	2	3	4	5	6	7	8
1105	Förderung der Inklusion von Menschen mit Behinderungen	6,0	6,0	-	-	-	-
1113	Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin	3,0	3,0	-	-	-	-
	Zusammen	9,0	9,0	-	-	-	-

1112 Bundesministerium

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr: Neue Stellen, Stellenwegfall ohne ku/ kw-Vermerke +	-	und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken +	-	Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken +	-	Hebungen, Herabstufungen +	-	Umwandlungen, Umsetzungen +	-	von Sp. 2 entfallen auf Funktionsgruppen
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Beamtinnen und Beamte														
B 11	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 9	7,0	7,0	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 6	17,0	19,0	14,9	-	-	-	-	-	2,0	-	-	-	-	-
B 3	55,0	54,0	49,0	1,0	-	1,0	-	-	1,0	-	-	-	-	-
A 16	41,0	41,0	35,9	1,0	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
A 15	138,0	129,0	105,4	8,0	-	4,0	1,0	-	2,0	-	-	-	-	-
A 14	88,5	85,5	68,2	2,0	1,0	2,0	-	-	1,0	-	-	1,0	-	-
A 13 h	48,0	53,0	46,7	-	5,0	1,0	-	-	-	-	-	-	1,0	-
A 13 g	133,5	130,5	119,0	4,0	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-
A 12	40,0	43,0	32,8	-	2,0	1,0	-	-	-	-	-	-	2,0	-
A 11	29,0	29,0	12,0	5,0	-	-	-	-	5,0	-	-	-	-	-
A 10	32,0	23,0	18,1	9,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 g	7,0	11,0	7,7	-	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m+Z	8,0	8,0	8,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m	12,0	11,0	6,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-
A 8	18,0	10,0	5,4	7,0	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-
A 7	19,5	5,5	6,5	13,0	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-
A 6 m	17,0	8,0	3,4	9,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 6 e	10,0	11,0	11,8	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 5	7,0	7,0	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	729,5	687,5	563,8	61,0	14,0	10,0	2,0	-	12,0	-	-	3,0	4,0	-
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
AT (B 9)	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
AT (B 6)	2,0	1,0	2,0	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-
AT (B 3)	1,0	1,0	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
AT (B 1)	-	-	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	3,0	2,0	11,0	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 15	1,5	1,5	11,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 14	-	-	7,9	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 13	3,5	3,5	7,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 12	22,0	22,0	31,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 11	3,0	3,0	11,9	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 10	6,5	6,5	6,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 9	10,5	12,5	14,0	1,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 8	98,5	108,5	108,6	1,0	10,0	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-
E 7	9,0	9,0	10,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 6	48,0	58,0	56,6	-	11,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-
E 5	30,5	40,5	45,6	-	10,0	-	-	-	1,0	-	-	1,0	-	-
E 4	14,0	15,0	17,0	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
E 3	16,5	17,5	16,6	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
E 2	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	263,5	297,5	347,1	2,0	34,0	1,0	-	-	3,0	-	-	1,0	1,0	-
Insgesamt	266,5	299,5	358,1	2,0	34,0	2,0	-	-	3,0	-	-	1,0	1,0	-

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 422 01

Die folgenden Planstellen dürfen nur mit Überhangpersonal besetzt werden: 3,0 A 15, **6,0 A 13 g, 4,0 A 11, 1,0 A 10** (Zusammen: **14,0**).

Zu Titel 428 01

Folgende Stellen dürfen nur mit Überhangpersonal besetzt werden: 2,0 E 8, 3,0 E 6, 3,0 E 5 (Zusammen: 8,0).

Erläuterungen:

Zu Titel 422 01

Zu Spalte 4:
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
2,0 B9; 1,0 B6; 3,0 B3; 3,0 A16; 11,0 A15; 6,9 A14; 4,3 A13h; 1,0 A13g; 10,6 A12; 10,4 A11; 4,0 A10; 1,0 A9g; 0,2 A8; 3,0 A6m; 0,2 A6e; 1,0 A5 (Zusammen: 62,6).

Zu Titel 428 01

Zu Spalte 4:
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
1,0 AT(B9); 1,0 AT(B6); 4,0 AT(B3); 3,0 AT(B1); 10,0 E15; 7,9 E14; 4,3 E13; 10,1 E12; 11,9 E11; 1,0 E10; 3,0 E9; 1,0 E8; 0,2 E6; 3,0 E5; 1,1 E4; 0,1 E3 (Zusammen: 62,6).

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 422 01				
			1.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
B 3	2,0	2,0	1.1	CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages
B 3	3,0	3,0	1.2	SPD-Fraktion des Deutschen Bundestages
B 6	1,0	2,0	1.3	Internationale Arbeitsorganisation (IAO), Genf
B 3	-	1,0		
A 15	1,0	1,0		
A 15	-	2,0	1.4	EU-Kommission
B 6	-	1,0	1.5	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
A 15	1,0	1,0	1.6	Bundesagentur für Arbeit
A 13 h	-	1,0	1.8	CDU-Landesvorstand Niedersachsen
B 6	1,0	1,0	1.9	Freie und Hansestadt Hamburg
Zusammen	9,0	15,0		
			2.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen	19,0	27,0	2.1	gemäß §§ 90, 92, 95 BBG, § 7 DBeglG, § 6 MuSchEltZV, § 24 GAD
			3.	**Sonstige Beurlaubung**
B 6	1,0	1,0	3.1	Bundeskanzleramt
B 3	1,0	2,0		
A 15	1,0	4,0		
A 14	4,0	1,0		
A 13 h	1,0	1,0		
Zusammen	8,0	9,0		
Insgesamt	36,0	51,0		
Zu Titel 428 01				
			1.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
E 14	1,0	1,0	1.1	Internationale Arbeitsorganisation (IAO), Genf
AT (B 3)	-	1,0	1.2	SPD-Fraktion des Deutschen Bundestages
E 15	1,0	1,0		
E 14	-	1,0	1.3	SPD-Vorstand
AT B	-	1,0	1.4	Staatskanzlei NRW
E 13	1,0	1,0	1.5	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)
AT (B 3)	1,0	1,0	1.6	CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages
Zusammen	4,0	7,0		
			2.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen	9,0	12,0	2.1	gemäß § 28 TVöD, § 9 UmzugsTV, § 15 BEEG, § 24 GAD
			3.	**Sonstige Beurlaubung**
AT (B 3)	1,0	1,0	3.1	Bundespräsidialamt
AT (B 6)	1,0	1,0	3.2	Bundeskanzleramt
AT B	2,0	-		
E 14	1,0	1,0		
E 8	2,0	2,0	3.3	Befristete Rente gem. § 33 Abs. 2 TVöD
E 6	1,0	-		
E 5	-	1,0		
E 3	1,0	-		
Zusammen	9,0	6,0		
Insgesamt	22,0	25,0		

1112 Bundesministerium

Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
1	2	3	4	5	6	7

Zu Titel 422 01

					ku	
				1.	**ku mit Ausscheiden der Planstelleninhaber /innen**	
A 13 g..............	-	-	1,0	1.1	in Bes.-Gr. A 12	Wegfall des Vermerks
				1.2	in Bes.-Gr. A 12	
A 13 g..............	2,0	-	-	1.2.1	-	Aufnahme des Vermerks, Neue Planstelle
Zusammen.......	2,0	-	1,0			
					kw	
				2.	**kw**	
				2.1	-	
A 16.................	1,0	-	1,0	2.1.2	bei Wegfall der Erstattung aus EU-Mitteln (ESF)	-
A 15.................	6,0	-	6,0			-
A 14.................	5,0	-	4,0			Neue Planstelle
A 13 h..............	1,0	-	1,0			-
A 13 g..............	8,0	-	8,0			-
A 12.................	5,0	-	5,0			-
				3.	**kw**	
				3.1	Ersatzplanstelle	
A 16.................	-	-	1,0	3.1.1	EU-Kommission, Brüssel	Wirksamwerden des Vermerks
A 14.................	1,0	1,0	1,0			-
A 15.................	-	-	1,0	3.1.3	Bellevue-Programm	Wirksamwerden des Vermerks
A 14.................	-	-	1,0			Wirksamwerden des Vermerks
				4.	**kw mit Ausscheiden der Planstelleninhaber/innen**	
A 16.................	1,0	-	1,0	4.1	-	-
				4.2	Ersatzplanstelle	
A 15.................	1,0	1,0	-	4.2.1	Internationale Zusammenarbeit Hanoi	Neue Planstelle
A 15.................	1,0	1,0	-	4.2.2	Internationale Zusammenarbeit Madrid	Neue Planstelle
				6.	**kw**	
				6.1	Ersatzplanstelle	
B 3...................	1,0	1,0	2,0	6.1.1	Internationale Arbeitsorganisation (IAO)	Wirksamwerden des Vermerks
A 15.................	2,0	2,0	-	6.1.3	EU-Kommission, Brüssel	Neue Planstelle
				7.	**kw**	
B 6...................	-	-	2,0	7.2	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	Wirksamwerden des Vermerks
A 15.................	1,0	1,0	2,0			Wirksamwerden des Vermerks
A 14.................	1,0	1,0	1,0			-
A 13 h..............	1,0	1,0	1,0			-
A 11.................	4,5	4,5	9,5			Wirksamwerden des Vermerks
				8.	**kw 31.12.2017**	
				8.1	-	
A 14.................	1,0	-	1,0	8.1.1	Grundsicherung für Ältere	-
A 13 h..............	1,0	-	-			Neue Planstelle
A 12.................	1,0	-	-			Neue Planstelle
				9.	**kw 31.12.2014**	
				9.1	-	
A 15.................	-	-	1,0	9.1.1	Arbeitsstab Deutsch-Griechische Versammlung	Umsetzung der Planstelle
A 13 g..............	-	-	1,0			Umsetzung der Planstelle
				13.	**kw 31.12.2015**	
				13.1	-	
A 15.................	2,0	-	2,0	13.1.1	Bürokratieabbau	-
A 13 g..............	2,0	-	2,0			-
				14.	**kw 31.12.2016**	
				14.1	-	
A 13 h..............	1,0	-	1,0	14.1.1	Handlungsschwerpunkt Arbeit	-
B 3...................	1,0	-	-	14.1.2	Regierungswechsel	Neue Planstelle
A 14.................	1,0	-	-			Neue Planstelle
Zusammen.......	50,5	13,5	55,5			

Zu Titel 428 01

					kw	
				1.	**kw**	
E 8...................	1,0	1,0	1,0	1.1	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	-
E 6...................	1,0	1,0	1,0			-

Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
1	2	3	4	5	6	7
E 5...................	1,0	1,0	2,0			Wirksamwerden des Vermerks
E 3...................	2,0	2,0	3,0			Wirksamwerden des Vermerks
				1.2	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	
E 6...................	1,0	1,0	1,0	1.2.1	-	-
				2.	**kw**	
				2.1	-	
E 8...................	3,0	-	3,0	2.1.2	bei Wegfall der Erstattung aus EU-Mitteln (ESF)	-
				3.	**kw 31.12.2017**	
				3.1	-	
AT (B 6)...........	1,0	-	-	3.1.1	Beauftragte für die Belange schwerbehinderter Menschen	Neue Stelle
				4.	**kw mit Wegfall der Aufgabe**	
E 9...................	1,0	-	1,0	4.2	-	-
				5.	**kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber/innen**	
E 6...................	1,0	-	1,0	5.1	-	-
E 5...................	1,0	-	1,0			-
				5.2	-	
E 5...................	1,0	-	-	5.2.1	-	Aufnahme des Vermerks
E 4...................	3,0	-	4,0	5.3	Fahrbereitschaft	Wirksamwerden des Vermerks
				6.	**kw mit Wegfall der Aufgabe**	
				6.1	-	
E 6...................	1,0	-	-	6.1.1	Arbeitsassistenz	Neue Stelle
				8.	**kw 31.12.2016**	
				8.1	-	
E 10..................	1,0	-	1,0	8.1.1	Handlungsschwerpunkt Arbeit	-
E 5...................	2,0	-	-	8.1.2	-	Aufnahme des Vermerks
Zusammen.......	21,0	6,0	19,0			

1113 Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt-gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr										von Sp. 2 entfallen auf Funk-tions-gruppen
				Neue Stellen, Stellenwegfall				Wirksam-werden von ku- und kw-Vermerken		Hebungen, Herab-stufungen		Umwand-lungen, Umsetzungen		
				ohne ku/ kw-Vermerke		und Umsetzun-gen mit ku/ kw-Vermerken								
				+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Beamtinnen und Beamte														
B 6	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 3	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 2	10,0	10,0	8,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 1	10,0	10,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 16	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 15	46,0	46,0	27,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 14	61,5	61,5	34,1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 h	28,5	28,5	18,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g	9,0	9,0	7,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 12	27,0	27,0	10,7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 11	18,5	19,5	1,4	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
A 10	3,0	3,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m+Z	2,0	2,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m	4,0	4,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 8	2,0	2,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	224,5	225,5	123,0	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
AT (B 1)	1,0	1,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 15	8,5	8,5	9,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 14	27,0	26,0	53,3	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-
E 13	15,5	14,5	29,4	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-
E 12	33,5	33,5	32,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 11	42,5	43,5	41,1	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-
E 10	9,0	11,0	16,2	-	1,0	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
E 9	28,5	34,0	53,0	-	0,5	-	-	-	5,5	2,0	1,5	-	-	-
E 8	40,5	37,5	23,5	-	-	-	-	-	-	5,0	2,0	-	-	-
E 7	10,0	10,0	8,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 6	48,0	48,5	69,7	-	-	1,0	-	-	1,0	4,5	5,0	-	-	-
E 5	44,9	52,4	31,9	-	1,0	-	-	-	2,5	-	4,0	-	-	-
E 4	4,0	4,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 3	9,5	9,5	8,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	321,4	332,9	379,1	-	2,5	1,0	-	-	10,0	13,5	13,5	-	-	-
Insgesamt	322,4	333,9	381,1	-	2,5	1,0	-	-	10,0	13,5	13,5	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 422 01

Die folgenden Planstellen dürfen nur mit Überhangpersonal besetzt werden:
1,0 A 13 g, **9,0 A 12,** 11,0 A 11, 1,0 A 8 (Zusammen: **22,0**).

Erläuterungen:

Zu Titel 422 01

Zu Spalte 4:
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
2,0 B1; 11,9 A15; 18,2 A14; 14,3 A13h; 1,2 A12; 3,7 A11; 3,0 A10; 1,0 A9m; 1,0 A8 (Zusammen: 56,3).

Zu Titel 428 01

Zu Spalte 4:
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
1,0 AT(B1); 2,0 E15; 15,2 E14; 26,2 E13; 1,0 E12; 3,4 E11; 1,6 E10; 1,6 E9; 2,0 E8; 1,3 E6; 1,0 E5 (Zusammen: 56,3).

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 422 01				
			1.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	-	1,0	1.1	gemäß §§ 90, 92, 95 BBG, § 7 DBeglG, § 6 MuSchEltZV, § 24 GAD
			2.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
A 13 g................	-	1,0	2.1	Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V. (MPG), Berlin
A 16..................	1,0	1,0	2.2	Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz in Bilbao
Zusammen.........	1,0	2,0		
Insgesamt..........	1,0	3,0		
Zu Titel 428 01				
			1.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	1,0	1,0	1.1	gemäß § 28 TVöD, § 9 UmzugsTV, § 15 BEEG, § 24 GAD

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
1	2	3	4	5	6	7
Zu Titel 422 01						
					ku	
				1.	**ku mit Ausscheiden der Planstelleninhaber /innen**	
				1.1	in Bes.-Gr. A 15	
A 16.................	1,0	-	1,0	1.1.1	-	-
					kw	
				2.	**kw**	
B 2....................	1,0	1,0	1,0	2.1	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	-
A 13 h..............	2,0	2,0	2,0			-
A 11.................	1,0	1,0	2,0			Wirksamwerden des Vermerks
A 10.................	1,0	1,0	1,0			-
				3.	**kw 31.12.2016**	
				3.1	-	
A 14.................	1,0	-	-	3.1.1	Biozide	Aufnahme des Vermerks
A 13 h..............	2,0	-	-			Aufnahme des Vermerks
A 11.................	1,0	-	-			Aufnahme des Vermerks
				7.	**kw 31.12.2015**	
				7.1	-	
A 14.................	-	-	1,0	7.1.1	Biozide	Wegfall des Vermerks
A 13 h..............	-	-	2,0			Wegfall des Vermerks
A 11.................	-	-	1,0			Wegfall des Vermerks
Zusammen.......	9,0	5,0	10,0			
Zu Titel 428 01						
					ku	
				1.	**ku**	
AT (B 1)...........	1,0	-	1,0	1.1	in Bes.-Gr. B 1	-
					kw	
				1.	**kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber/innen**	
E 9....................	3,0	-	3,0	1.1	-	-
E 8....................	1,0	-	1,0			-
				1.2	schwerbehindert	
E 6....................	1,0	-	-	1.2.1	-	Neue Stelle
				2.	**kw**	
E 13..................	0,5	0,5	0,5	2.1	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	-
E 12..................	1,0	1,0	1,0			-
E 10..................	0,5	0,5	1,5			Wirksamwerden des Vermerks
E 9....................	-	-	4,5			Wirksamwerden des Vermerks
E 6....................	-	-	1,0			Wirksamwerden des Vermerks
E 5....................	1,4	1,4	3,4			Wirksamwerden des Vermerks
				2.2	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	
E 9....................	0,5	0,5	1,5	2.2.1	-	Wirksamwerden des Vermerks

1113 Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
1	2	3	4	5	6	7
E 5....................	-	-	0,5			Wirksamwerden des Vermerks
				3.	**kw 31.12.2016**	
				3.1	-	
E 12..................	1,0	-	-	3.1.1	Biozide	Aufnahme des Vermerks
E 8....................	1,0	-	-			Aufnahme des Vermerks
				4.	**kw 31.12.2015**	
				4.1	-	
E 12..................	-	-	1,0	4.1.1	Biozide	Wegfall des Vermerks
E 8....................	-	-	1,0			Wegfall des Vermerks
Zusammen.......	10,9	3,9	19,9			

Planstellen-/Stellenübersicht														
				Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr										
				Neue Stellen, Stellenwegfall										
Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	ohne ku/ kw-Vermerke		und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken		Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken		Hebungen, Herabstufungen		Umwandlungen, Umsetzungen		von Sp. 2 entfallen auf Funktionsgruppen
				+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Richterinnen und Richter														
R 10	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
R 8	9,0	9,0	9,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
R 6	28,0	28,0	25,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	38,0	38,0	35,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamtinnen und Beamte														
A 15	3,0	3,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 14	4,0	5,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-
A 13 g+Z	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g	11,0	11,0	11,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 12	8,0	7,0	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-
A 11	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m+Z	2,0	3,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-
A 9 m	10,0	9,0	8,0	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-
A 8	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 7	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-
A 6 e	3,0	3,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 5	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 3	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	49,0	50,0	45,0	-	-	-	-	-	-	-	-	2,0	3,0	-
Insgesamt	87,0	88,0	80,0	-	-	-	-	-	-	-	-	2,0	3,0	-
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 13	1,0	1,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 12	11,0	11,0	11,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 11	4,5	4,5	4,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 10	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 9	2,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-
E 8	11,0	11,0	12,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 6	12,0	12,0	12,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 5	20,0	20,0	20,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 4	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 3	4,5	5,0	5,0	-	0,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 2	1,0	1,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	69,0	68,5	71,5	-	0,5	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 422 01

Folgende Planstelle darf nur mit Überhangpersonal besetzt werden: 1,0 A 12.

Erläuterungen:

Zu Titel 422 01

Zu Spalte 4:
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
1,0 A14; 1,0 A9m; 1,0 A3 (Zusammen: 3,0).

Daneben werden 14,0 beamtete Hilfskräfte (Tit. 422 02) beschäftigt.

Zu Titel 428 01

Zu Spalte 4:
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
1,0 E13; 1,0 E8; 1,0 E2 (Zusammen: 3,0).

1114 Bundesarbeitsgericht

Leerstellenübersicht				
Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 428 01				
			1.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	2,0	2,0	1.1	gemäß § 28 TVöD, § 9 UmzugsTV, § 15 BEEG, § 24 GAD

Übersicht der ku- und kw- Vermerke						
Bes.-/ E.-Gr.	2014		2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Soll	Ersatz-(plan)st.				
1	2	3	4	5	6	7
Zu Titel 422 01						
					kw	
				1.	**kw mit Ausscheiden der Planstelleninhaber/innen**	
A 3..................	1,0	-	1,0	1.1	-	-
				2.	**kw**	
A 11.................	1,0	1,0	1,0	2.1	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	-
				3.	**kw 31.01.2016**	
				3.1	-	
R 6..................	2,0	-	-	3.1.1	Gestiegene Fallzahl, Verfahrensdauer	Aufnahme des Vermerks
				4.	**kw 31.08.2016**	
				4.1	-	
R 6..................	1,0	-	-	4.1.1	Gestiegene Fallzahl, Verfahrensdauer	Aufnahme des Vermerks
				5.	**kw 31.12.2015**	
				5.1	-	
R 6..................	1,0	-	1,0	5.1.1	Ergänzung eines Senats	-
R 6..................	-	-	3,0	5.1.2	Gestiegene Fallzahl, Verfahrensdauer	Wegfall des Vermerks
Zusammen.......	6,0	1,0	6,0			
Zu Titel 428 01						
					ku	
				1.	**ku mit Ausscheiden der Stelleninhaber /innen**	
E 3..................	3,0	-	3,0	1.1	in Bes.-Gr. A 5	-
					kw	
				1.	**kw mit Wegfall der Aufgabe**	
				1.1	-	
E 6..................	1,0	-	1,0	1.1.1	Vorlesekräfte für Blinde	-

Planstellen-/Stellenübersicht														
				Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr										
				Neue Stellen, Stellenwegfall										
Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	ohne ku/ kw-Vermerke		und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken		Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken		Hebungen, Herabstufungen		Umwandlungen, Umsetzungen		von Sp. 2 entfallen auf Funktionsgruppen
				+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Richterinnen und Richter														
R 10....................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
R 8......................	11,0	11,0	11,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
R 6......................	31,0	31,0	30,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen..........	43,0	43,0	42,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamtinnen und Beamte														
A 15....................	4,0	4,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 14....................	2,0	2,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g+Z............	2,0	2,0	1,7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g................	16,0	16,0	15,9	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 12....................	17,0	17,0	13,6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 11.....................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 10....................	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m+Z.............	3,0	3,0	2,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m.................	6,0	6,0	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 8......................	6,0	6,0	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 6 m.................	-	1,0	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
A 6 e...................	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 5......................	8,0	8,0	7,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen..........	69,0	70,0	61,0	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
Insgesamt...........	112,0	113,0	103,5	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 14....................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 12....................	4,0	4,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 11.....................	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 10....................	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 8......................	9,0	9,0	8,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 6......................	14,0	14,0	12,1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 5......................	29,0	29,0	26,7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 4......................	4,0	4,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 3......................	5,0	5,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 2......................	2,7	3,7	2,5	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
Zusammen..........	72,7	73,7	65,8	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 422 01

1. **<u>Zu R 8:</u>**
   Davon 1 Vizepräsidentin oder Vizepräsident.
2. Die folgenden Planstellen dürfen nur mit Überhangpersonal besetzt werden: 3,0 A 12.

Erläuterungen:

Zu Titel 422 01

Daneben werden 14,0 beamtete Hilfskräfte (Tit. 422 02) beschäftigt.

Leerstellenübersicht				
Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 422 01				
			1.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	3,0	2,0	1.1	gemäß §§ 90, 92, 95 BBG, § 7 DBeglG, § 6 MuSchEltZV, § 24 GAD

1115 Bundessozialgericht

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
			2.	**Sonstige Beurlaubung**
R 8....................	1,0	1,0	2.1	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
Insgesamt..........	4,0	3,0		

Zu Titel 428 01

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
			1.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	2,0	5,0	1.1	gemäß § 28 TVöD, § 9 UmzugsTV, § 15 BEEG, § 24 GAD
			2.	**Sonstige Beurlaubung**
E 5....................	-	1,0	2.1	Befristete Rente gem. § 33 Abs. 2 TVöD
Insgesamt..........	2,0	6,0		

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014		2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Soll	Ersatz-(plan)st.				
1	2	3	4	5	6	7

Zu Titel 422 01

Bes.-/ E.-Gr.	Soll	Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
					kw	
				1.	**kw**	
A 10..................	1,0	1,0	1,0	1.2	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	-
A 6 m................	-	-	1,0			Wirksamwerden des Vermerks
Zusammen.......	1,0	1,0	2,0			

Zu Titel 428 01

Bes.-/ E.-Gr.	Soll	Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
					kw	
				1.	**kw**	
E 2....................	-	-	1,0	1.1	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	Wirksamwerden des Vermerks

Planstellen-/Stellenübersicht														
Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr										von Sp. 2 entfallen auf Funk- tions- gruppen
				Neue Stellen, Stellenwegfall				Wirksam- werden von ku- und kw- Vermerken		Hebungen, Herab- stufungen		Umwand- lungen, Umsetzungen		
				ohne ku/ kw-Vermerke		und Umsetzun- gen mit ku/ kw-Vermerken								
				+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Beamtinnen und Beamte														
B 9......................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 6......................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 2......................	4,0	4,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 16....................	6,0	6,0	7,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 15....................	37,0	37,0	36,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 14....................	34,0	33,0	20,0	1,0	-	1,0	-	-	-	-	-	-	1,0	-
A 13 h................	8,0	8,0	10,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g................	57,0	54,5	46,0	-	-	3,5	-	-	-	-	-	-	1,0	-
A 12....................	71,5	69,5	49,0	1,0	-	1,5	-	-	0,5	-	-	1,0	1,0	-
A 11.....................	37,5	38,5	32,0	-	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	1,0	-
A 10....................	6,0	2,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	4,0	-	-
A 9 g..................	7,0	7,0	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m+Z.............	3,0	3,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 7......................	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 6 e..................	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 5......................	5,0	6,0	7,0	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
Zusammen..........	279,0	271,5	222,0	2,0	1,0	7,0	-	-	1,5	-	-	5,0	4,0	-
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 15....................	1,5	1,5	1,5	-	-	1,0	-	-	1,0	-	-	-	-	-
E 14....................	2,0	1,0	0,5	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-
E 13....................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 12....................	10,0	10,0	9,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 11.....................	12,5	13,5	14,5	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
E 10....................	6,0	10,0	10,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	4,0	-
E 9......................	7,5	8,5	11,5	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
E 8......................	14,5	14,5	14,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 6......................	27,5	27,5	23,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 5......................	14,8	14,8	15,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 4......................	3,0	3,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 3......................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen..........	101,3	106,3	105,3	-	-	1,0	-	-	3,0	-	-	1,0	4,0	-

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 422 01

Die folgenden Planstellen dürfen nur mit Überhangpersonal besetzt werden: **1,0 A 14,** 2,0 A 13 h, 3,5 A 13 g, **10,0 A 12,** 12,0 A 11, 1,0 A 10 (Zusammen: **29,5**).

Zu Titel 428 01

Die folgende Stelle darf nur mit Überhangpersonal besetzt werden: 1,0 E 5.

Erläuterungen:

Zu Titel 422 01

Daneben werden 5,0 beamtete Hilfskräfte (Tit. 422 02) sowie 11,0 Anwärterinnen und Anwärter (Tit. 422 03) beschäftigt.

Leerstellenübersicht				
Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 422 01				
			1.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
A 15..................	2,0	1,0	1.1	SPD-Fraktion des Deutschen Bundestages

1116 Bundesversicherungsamt

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
A 14..................	-	1,0		
A 13 g...............	4,0	4,0		
A 14..................	1,0	1,0	1.3	Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV)
A 12..................	1,0	1,0		
Zusammen.........	8,0	8,0		
			2.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	15,0	10,0	2.1	gemäß §§ 90, 92, 95 BBG, § 7 DBeglG, § 6 MuSchEltZV, § 24 GAD
			3.	**Sonstige Beurlaubung**
A 12..................	2,0	2,0	3.2	Bundeskanzleramt
Insgesamt..........	25,0	20,0		

Zu Titel 428 01

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
			1.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	5,0	3,0	1.1	gemäß § 28 TVöD, § 9 UmzugsTV, § 15 BEEG, § 24 GAD

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
1	2	3	4	5	6	7

Zu Titel 422 01

Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
					ku	
				1.	**ku mit Ausscheiden der Planstelleninhaber /innen**	
				1.3	in Bes.-Gr. A 12	
A 13 g..............	2,0	-	2,0	1.3.1	gemäß § 31 Abs. 1 Nr. 4 HG 1999	-
				1.5	in Bes.-Gr. A 10	
A 13 g..............	1,0	-	1,0	1.5.1	gemäß § 31 Abs. 1 Nr. 4 HG 1999	-
				1.6	in Bes.-Gr. A 2/3	
A 5...................	2,0	-	2,0	1.6.1	gemäß § 30 Abs. 1 Nr. 5 HG 2000	-
				1.7	in Bes.-Gr. A 14	
A 15..................	1,0	-	1,0	1.7.1	gemäß § 30 Abs. 1 Nr. 5 HG 2000	-
				1.10	in Bes.-Gr. A 12	
A 13 g..............	3,0	-	3,0	1.10.1	gemäß § 30 Abs. 1 Nr. 5 HG 2000	-
				1.11	in Bes.-Gr. A 9 m	
A 9 m+Z...........	1,0	-	1,0	1.11.1	gemäß § 30 Abs. 1 Nr. 5 HG 2000	-
				1.12	in Bes.-Gr. A 11	
A 13 g..............	2,0	-	2,0	1.12.1	gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 5 HG 2001	-
				1.13	in Bes.-Gr. A 2/3	
A 5...................	2,0	-	2,0	1.13.1	gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 5 HG 2001	-
				1.16	in Bes.-Gr. A 12	
A 13 g..............	3,0	-	3,0	1.16.1	gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 5 HG 2001	-
				3.	**ku**	
				3.1	in Bes.-Gr. A 14	
A 15..................	1,0	-	1,0	3.1.1	-	-
Zusammen.......	18,0	-	18,0			
					kw	
				1.	**kw**	
A 6 e.................	1,0	-	1,0	1.1	-	-
A 5...................	1,0	-	2,0			Wirksamwerden des Vermerks
A 11..................	2,0	2,0	2,0	1.2	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	-
				1.3	-	
A 14..................	1,0	-	-	1.3.1	mit Wegfall der Refinanzierung aus dem Gesundheitsfonds	Neue Planstelle
A 13 g..............	0,5	-	-			Neue Planstelle
A 12..................	1,5	-	-			Neue Planstelle
				2.	**kw 31.12.2013**	
				2.1	-	
A 12..................	-	-	0,5	2.1.1	Unfallversicherungsmodernisierungsgesetz	Wirksamwerden des Vermerks
				3.	**kw 31.12.2015**	
				3.1	-	
A 13 g..............	0,5	-	0,5	3.1.1	Stärkung der Aufsicht der Wirtschaftlichkeit	-
A 13 g..............	2,0	-	-	3.1.2	Prüfgruppen DRG und Prüfdienst LSV	Neue Planstelle
A 11..................	1,0	-	-			Neue Planstelle

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
1	2	3	4	5	6	7
				4.	**kw 31.12.2016**	
				4.1	-	
A 14..................	1,0	-	1,0	4.1.1	Landwirtschaftliche Sozialversicherung	-
A 12..................	2,0	-	2,0			-
A 11..................	2,0	-	2,0			-
A 13 g...............	1,0	-	-	4.1.2	Innenrevision	Neue Planstelle
				5.	**kw mit Ausscheiden der Planstelleninhaber/innen**	
A 16..................	1,0	-	1,0	5.2	-	-
Zusammen.......	17,5	2,0	12,0			

Zu Titel 428 01

Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
					kw	
				1.	**kw 31.12.2013**	
				1.1	-	
E 15..................	-	-	1,0	1.1.1	-	Wirksamwerden des Vermerks
				2.	**kw**	
E 11..................	-	-	1,0	2.1	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	Wirksamwerden des Vermerks
E 9....................	3,5	3,5	4,5			Wirksamwerden des Vermerks
				2.2	-	
E 5....................	1,0	-	1,0	2.2.1	Stelleneinsparung HG 2012	-
				3.	**kw 31.12.2017**	
				3.1	-	
E 15..................	1,0	-	-	3.1.1	Aufsicht über die Verwaltungsausgaben der DRV-Bund und Knappschaft -Bahn-See	Neue Stelle
Zusammen.......	5,5	3,5	7,5			

Tgr. 01 - Aufwendungen für die Prüfung der Kranken- und Pflegekassen

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt-gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Neue Stellen, Stellenwegfall: ohne ku/ kw-Vermerke +	ohne ku/ kw-Vermerke -	und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken +	und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken -	Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken +	Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken -	Hebungen, Herabstufungen +	Hebungen, Herabstufungen -	Umwandlungen, Umsetzungen +	Umwandlungen, Umsetzungen -	von Sp. 2 entfallen auf Funktionsgruppen
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 11														
Beamtinnen und Beamte														
B 2......................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 15....................	7,0	7,0	7,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 14....................	2,0	3,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	2,0	1,0	-	-
A 13 h.................	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g.................	35,5	38,5	35,0	-	-	-	-	-	4,0	-	-	1,0	-	-
A 12....................	53,5	50,5	47,0	-	-	-	-	1,0	-	2,0	-	1,0	1,0	-
A 11.....................	15,0	15,0	9,0	-	-	-	-	1,0	2,0	-	-	1,0	-	-
A 10....................	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 g...................	1,0	1,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 6 m..................	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 6 e...................	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 5......................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen..........	120,0	121,0	106,0	-	-	-	-	2,0	6,0	2,0	2,0	4,0	1,0	-
Titel 428 11 - Erläuterungen														
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 15....................	2,0	1,0	1,0	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-
E 14....................	1,0	2,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-
E 12....................	3,0	3,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 11.....................	13,0	13,0	15,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 9......................	0,5	0,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 8......................	9,0	9,0	7,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

1116 Bundesversicherungsamt

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr										von Sp. 2 entfallen auf Funk- tions- gruppen
				Neue Stellen, Stellenwegfall				Wirksam- werden von ku- und kw- Vermerken		Hebungen, Herab- stufungen		Umwand- lungen, Umsetzungen		
				ohne ku/ kw-Vermerke		und Umsetzun- gen mit ku/ kw-Vermerken								
				+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
E 5......................	7,5	7,5	8,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen..........	36,0	36,0	35,5	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	1,0	-

Erläuterungen:

Zu Titel 422 11

<u>Zu Spalte 4:</u>
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
1,0 A11.

Daneben werden 2,0 beamtete Hilfskräfte (Tit. 422 12) sowie 1,0 Anwärterinnen und Anwärter (Tit. 422 13) beschäftigt.

Zu Titel 428 11

<u>Zu Spalte 4:</u>
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
1,0 E11.

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 422 11				
			1.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	2,0	3,0	1.1	gemäß §§ 90, 92, 95 BBG, § 7 DBeglG, § 6 MuSchEltZV, § 24 GAD
			2.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
A 12...................	1,0	1,0	2.1	SPD-Fraktion des Deutschen Bundestages
Insgesamt..........	3,0	4,0		

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014		2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Soll	Ersatz- (plan)st.				
1	2	3	4	5	6	7
Zu Titel 422 11						
					ku	
				1.	**ku mit Ausscheiden der Planstelleninhaber /innen**	
				1.3	in Bes.-Gr. A 12	
A 13 g..............	-	-	1,0	1.3.1	gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 5 HG 2001	Wirksamwerden des Vermerks
				1.4	in Bes.-Gr. A 11	
A 13 g..............	-	-	1,0	1.4.1	gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 5 HG 2001	Wirksamwerden des Vermerks
Zusammen.......	-	-	2,0			
					kw	
				1.	**kw**	
A 11..................	0,5	0,5	1,5	1.1	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	Wirksamwerden des Vermerks
A 10..................	2,0	2,0	2,0			-
				2.	**kw 31.12.2013**	
				2.1	-	
A 13 g..............	-	-	2,0	2.1.1	Prüfgruppen DRG und Prüfdienst LSV	Wirksamwerden des Vermerks
A 11..................	-	-	1,0			Wirksamwerden des Vermerks
Zusammen.......	2,5	2,5	6,5			

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
1	2	3	4	5	6	7
Zu Titel 428 11						
					kw	
				1.	**kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber/innen**	
E 8	2,0	-	2,0	1.1	-	-
				2.	**kw**	
E 9	0,5	0,5	0,5	2.1	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	-
E 5	0,5	0,5	0,5			-
				3.	**kw 31.12.2014**	
				3.1	-	
E 15	1,0	-	-	3.1.1	Prüfdienst der Krankenkassen	Neue Stelle
Zusammen	4,0	1,0	3,0			

Tgr. 02 - Aufwendungen für die Prüfung des Spitzenverbandes Bund der Krankenkassen

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt-gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr: Neue Stellen, Stellenwegfall ohne ku/ kw-Vermerke +	-	und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken +	-	Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken +	-	Hebungen, Herabstufungen +	-	Umwandlungen, Umsetzungen +	-	von Sp. 2 entfallen auf Funktionsgruppen
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 21														
Beamtinnen und Beamte														
A 15	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 h	-	1,0	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
A 13 g	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 12	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 11	0,5	0,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	3,5	4,5	3,0	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
Titel 428 21 - Erläuterungen														
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 5	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
1	2	3	4	5	6	7
Zu Titel 422 21						
					kw	
				1.	**kw**	
A 13 h	-	-	1,0	1.1	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	Wirksamwerden des Vermerks
A 11	0,5	0,5	0,5			-
Zusammen	0,5	0,5	1,5			

Anlage zu den Stellenplänen des Epl. 11

Darstellung der den Planstellen zugeordneten Amtsbezeichnungen

Bes.-Gr.	Kap.	**Amtsbezeichnungen** (Grundamtsbezeichnung in Fettdruck)
1	2	3
B 11	1112	Staatssekretärin oder Staatssekretär
B 9	1112	Ministerialdirektorin oder Ministerialdirektor
	1116	Präsidentin oder Präsident des Bundesversicherungsamtes
B 6	1112	Ministerialdirigentin oder Ministerialdirigent
	1113	Präsidentin und Professorin oder Präsident und Professor der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin
	1116	Vizepräsidentin oder Vizepräsident des Bundesversicherungsamtes
B 3	1112	Ministerialrätin oder Ministerialrat
B 2	1113, 1116	Abteilungspräsidentin oder Abteilungspräsident
	1113	Direktorin und Professorin oder Direktor und Professor
B 1	1113	Direktorin und Professorin oder Direktor und Professor
A 16	1113, 1116	Leitende Regierungsdirektorin oder Leitender Regierungsdirektor
	1113	Leitende Wissenschaftliche Direktorin oder Leitender Wissenschaftlicher Direktor
	1112	Ministerialrätin oder Ministerialrat
A 15	1112, 1113, 1114, 1115, 1116	**Direktorin** oder **Direktor**
	1112	Technische Direktorin oder Technischer Direktor
A 14	1112, 1113, 1114, 1115, 1116	**Oberrätin** oder **Oberrat**
	1112, 1113	Technische Oberrätin oder Technischer Oberrat
A 13 h	1112, 1113, 1116	**Rätin** oder **Rat**
	1112	Technische Rätin oder Technischer Rat
A 13 g+Z	1114, 1115	**Oberamtsrätin** oder **Oberamtsrat**
A 13 g	1112, 1113, 1114, 1115, 1116	**Oberamtsrätin** oder **Oberamtsrat**
	1112	Erster Kriminalhauptkommissar
	1112, 1113, 1116	Technische Oberamtsrätin oder Technischer Oberamtsrat
A 12	1112, 1113, 1114, 1115, 1116	**Amtsrätin** oder **Amtsrat**
	1112, 1113	Technische Amtsrätin oder Technischer Amtsrat
A 11	1112, 1113, 1114, 1115, 1116	**Amtfrau** oder **Amtmann**
	1112	Technische Amtfrau oder Technischer Amtmann
A 10	1112, 1113, 1115, 1116	**Oberinspektorin** oder **Oberinspektor**
	1112	Technische Oberinspektorin oder Technischer Oberinspektor
A 9 g	1112, 1116	**Inspektorin** oder **Inspektor**
A 9 m+Z	1112, 1113, 1114, 1115, 1116	**Amtsinspektorin** oder **Amtsinspektor**
	1112	**Technische Amtsinspektorin** oder **Technischer Amtsinspektor**
A 9 m	1112, 1113, 1114, 1115	**Amtsinspektorin** oder **Amtsinspektor**
	1112	**Technische Amtsinspektorin** oder **Technischer Amtsinspektor**
A 8	1112, 1113, 1114, 1115	**Hauptsekretärin** oder **Hauptsekretär**

Bes.-Gr.	Kap.	**Amtsbezeichnungen** (Grundamtsbezeichnung in Fettdruck)
1	2	3
	1112	Technische Hauptsekretärin oder Technischer Hauptsekretär
A 7	1112, 1116	**Obersekretärin** oder **Obersekretär**
	1112	Technische Obersekretärin oder Technischer Obersekretär
A 6 m	1112, 1116	**Sekretärin** oder **Sekretär**
	1112	Technische Sekretärin oder Technischer Sekretär
A 6 e	1112, 1114, 1115, 1116	**Erste Hauptwachtmeisterin** oder **Erster Hauptwachtmeister**
	1112, 1116	**Oberamtsmeisterin** oder **Oberamtsmeister**
	1112	Technische Oberamtsmeisterin oder Technischer Oberamtsmeister
A 5	1114, 1115, 1116	**Erste Hauptwachtmeisterin** oder **Erster Hauptwachtmeister**
	1112, 1114, 1116	**Oberamtsmeisterin** oder **Oberamtsmeister**
	1112	Technische Oberamtsmeisterin oder Technischer Oberamtsmeister
A 3	1114	**Oberwachtmeisterin** oder **Oberwachtmeister**
R 10	1114	Präsidentin oder Präsident des Bundesarbeitsgerichts
	1115	Präsidentin oder Präsident des Bundessozialgerichts
R 8	1114	Vizepräsidentin oder Vizepräsident des Bundesarbeitsgerichts
	1115	Vizepräsidentin oder Vizepräsident des Bundessozialgerichts
	1114	Vorsitzende Richterin oder Vorsitzender Richter am Bundesarbeitsgericht
	1115	Vorsitzende Richterin oder Vorsitzender Richter am Bundessozialgericht
R 6	1114	Richterin oder Richter am Bundesarbeitsgericht
	1115	Richterin oder Richter am Bundessozialgericht

Entwurf

zum

Bundeshaushaltsplan 2014

Einzelplan 12

Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur

Inhalt

Kapitel	Bezeichnung	Seite
	Vorwort zum Einzelplan	3
	Überblick zum Einzelplan	4
	Haushaltsvermerk / Hinweise zum Einzelplan	5
1201	Bundesministerium	6
1202	Allgemeine Bewilligungen	17
	Ausgaben-Tgr. 01 Raumordnung	35
	Ausgaben-Tgr. 02 Digitale Infrastruktur	37
	Ausgaben-Tgr. 04 Förderung des Kombinierten Verkehrs und privater Gleisanschlüsse	39
	Ausgaben-Tgr. 06 Nationales Innovationsprogramm Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie	40
1203	Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes - Bundeswasserstraßen -	44
	Ausgaben-Tgr. 01 Bau und Betrieb der Bundeswasserstraßen	53
	Ausgaben-Tgr. 03 Lotswesen	62
	Ausgaben-Tgr. 04 Durchführung von Aufträgen anderer Bundesbehörden und Dritter	63
	Ausgaben-Tgr. 05 Forschung und Entwicklung für die Bundeswasserstraßen	64
	Anlage 1 Baumaßnahmen an Bundeswasserstraßen	71
1204	Bundesanstalt für IT-Dienstleistungen	80
	Ausgaben-Tgr. 01 Ausgaben für die Erbringung von Leistungen zur Durchführung von Aufgaben im Rahmen der Erprobung des DLZ-Projekts	82
1205	Bundesamt für Güterverkehr	88
1208	Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie	95
	Ausgaben-Tgr. 01 Durchführung von Aufträgen anderer Bundesbehörden und Dritter	99
	Ausgaben-Tgr. 02 Bundesstelle für Seeunfalluntersuchung	100
1209	Erhebung und Verwendung der Maut (Bundesfernstraßen)	106
	Ausgaben-Tgr. 01 Nutzerfinanzierter Bau und Erhalt der Bundesfernstraßen	113
	Ausgaben-Tgr. 55 Ausgaben für die Informationstechnik	116
	Anlage 1 Harmonisierungsmaßnahmen im Straßengüterverkehr	118
1210	Bundesfernstraßen (ohne Maut)	119
	Ausgaben-Tgr. 01 Bau und Betrieb der Bundesfernstraßen	125
1211	Bundesanstalt für Straßenwesen	133
	Ausgaben-Tgr. 02 Durchführung von Aufträgen anderer Bundesbehörden und Dritter	137
1212	Kraftfahrt-Bundesamt	142
	Ausgaben-Tgr. 01 Durchführung von Aufträgen anderer Bundesbehörden und Dritter	146

Kapitel	Bezeichnung	Seite
1214	Deutscher Wetterdienst	151
	Ausgaben-Tgr. 01 Ausgaben für vom Deutschen Wetterdienst durchgeführte Forschungsvorhaben	159
	Ausgaben-Tgr. 02 Durchführung von Aufträgen anderer Bundesbehörden und Dritter	160
	Ausgaben-Tgr. 07 Ausgaben zur Erbringung von kundenorientierten Dienstleistungen	161
1216	Luftfahrt-Bundesamt	171
	Einnahmen-Tgr. 02 Dienststelle Flugsicherung beim Luftfahrt-Bundesamt	173
	Ausgaben-Tgr. 02 Dienststelle Flugsicherung beim Luftfahrt-Bundesamt	175
1217	Luft- und Raumfahrt	183
	Ausgaben-Tgr. 01 Flughafengesellschaften, an denen der Bund beteiligt ist	189
1218	Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden	190
1221	Eisenbahn-Bundesamt	193
1222	Eisenbahnen des Bundes	202
	Ausgaben-Tgr. 01 Infrastrukturbeitrag des Bundes für die Erhaltung der Schienenwege der Eisenbahnen des Bundes	210
	Anlage 1 Wirtschaftspläne	212
	Anlage 2 Investitionen in die Schienenwege der Eisenbahnen des Bundes	214
1223	Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung	216
1225	Wohnungswesen und Städtebau (entfallenes Kapitel)	224
1226	Hochbau- und Förderungsmaßnahmen in Berlin und Bonn (entfallenes Kapitel)	230
1227	Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (entfallenes Kapitel)	234
1228	Gemeinschaftsdienste	239
1267	Versorgung der Beamtinnen und Beamten sowie der Richterinnen und Richter des Einzelplans 12	242
	Aufwandsentschädigungen, Besondere Personalausgaben	245
	Übersichten	
	Übersicht 1 Verpflichtungsermächtigungen (VE)	247
	Personalhaushalt	263

Aufgaben und Aufbau der Verwaltung in den wichtigsten Grundzügen

Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI)

1. leitet das gesamte Verkehrswesen der Bundesrepublik Deutschland, soweit der Bund nach dem Grundgesetz zuständig ist. Der Geschäftsbereich erstreckt sich auf das Eisenbahnwesen, den Straßenverkehr, die Binnenschifffahrt, den Seeverkehr, die Luftfahrt, den Straßenbau, die Wasserstraßen und den Wetterdienst.
2. nimmt die Zuständigkeit des Bundes auf dem Gebiet der Raumordnung wahr.

Das Bundesministerium gliedert sich derzeit in sieben Abteilungen. Es hat seinen Sitz in Berlin und einen Dienstsitz in Bonn. Ihm sind die unter 2. aufgeführten Ober-, Mittel- und Unterbehörden nachgeordnet.

1. Bundesministerium
1.1 Leitung, Politische Planung, Kommunikation
1.2 Zentralabteilung
1.3 Abt. Luft- und Raumfahrt
1.4 Abt. Wasserstraßen, Schifffahrt
1.5 Abt. Landverkehr
1.6 Abt. Umweltpolitik und Infrastruktur, Grundsatzfragen des Ressorts
1.7 Abt. Straßenbau
2. Nachgeordnete Behörden
2.1 Oberbehörden
2.1.1 Bundesamt für Güterverkehr in Köln
2.1.2 Deutscher Wetterdienst in Offenbach (Main)
2.1.3 Kraftfahrt-Bundesamt in Flensburg
2.1.4 Bundesstelle für Seeunfalluntersuchung in Hamburg
2.1.5 Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie in Hamburg
2.1.6 Luftfahrt-Bundesamt in Braunschweig
2.1.7 Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung in Langen (Hessen)
2.1.8 Bundesstelle für Flugunfalluntersuchung in Braunschweig
2.1.9 Bundesanstalt für Straßenwesen in Bergisch Gladbach
2.1.10 Bundesanstalt für Gewässerkunde in Koblenz
2.1.11 Bundesanstalt für Wasserbau in Karlsruhe
2.1.12 Eisenbahn-Bundesamt in Bonn
2.1.13 Bundesanstalt für IT-Dienstleistungen in Ilmenau
2.1.14 Bundesanstalt für Verwaltungsdienstleistungen
2.2 Mittelbehörden
Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt mit Außenstellen in Kiel, Aurich, Hannover, Münster, Mainz, Würzburg und Magdeburg
2.3 Unterbehörden
Wasser- und Schifffahrtsämter, Wasserstraßen-Neubauämter
2.4 Weitere Einrichtungen
2.4.1 Havariekommando in Cuxhaven (gemeinsame Einrichtung des Bundes und der Küstenländer)
2.4.2 Bundeseisenbahnvermögen in Bonn (beaufsichtigter Bereich)
2.4.3 DFS Deutsche Flugsicherung GmbH in Langen (beaufsichtigter Bereich)
3. Die Bundesautobahnen und sonstigen Bundesstraßen des Fernverkehrs werden im Auftrage des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur durch die Länder oder die nach Landesrecht zuständigen Selbstverwaltungskörperschaften verwaltet (Artikel 90 des Grundgesetzes).

12 Überblick zum Einzelplan

Überblick zum Einzelplan 12	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen..	4 892 621	5 024 262	-131 641		4 842 647
Übrige Einnahmen...	307 746	708 358	-400 612		1 389 848
Gesamteinnahmen...	5 200 367	5 732 620	-532 253		6 232 495
Ausgaben					
Personalausgaben...	1 475 650	1 518 576	-42 926	34 401	1 463 298
Sächliche Verwaltungsausgaben...........................	2 046 324	2 115 893	-69 569	115 533	2 088 939
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	6 708 982	8 439 869	-1 730 887	303 756	8 222 486
Ausgaben für Investitionen.....................................	12 552 304	14 336 643	-1 784 339	1 503 942	13 959 091
Besondere Finanzierungsausgaben......................	-	-	-	16	-
Gesamtausgaben...	22 783 260	26 410 981	-3 627 721	1 957 648	25 733 814
davon flexibilisiert...	915 045	960 272	-45 227	167 201	924 262
davon nicht flexibilisiert..	21 868 215	25 450 709	-3 582 494	1 790 447	24 809 552
Flexibilisierte Ausgaben nach § 5 HG					
Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3........................	692 443	734 362	-41 919	28 647	713 363
Aus Hauptgruppe 5..	156 595	158 901	-2 306	45 615	147 318
Aus Hauptgruppe 7..	6 644	9 263	-2 619	37 971	7 956
Aus Hauptgruppe 8..	59 363	57 746	+1 617	54 968	55 625
Zusammen...	915 045	960 272	-45 227	167 201	924 262
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung...................................	24 455 475 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.................................	5 783 022 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.................................	4 158 880 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.................................	3 434 229 T€				
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.................................	2 852 836 T€				
im Haushaltsjahr 2019 bis zu.................................	2 777 428 T€				
im Haushaltsjahr 2020 bis zu.................................	358 294 T€				
im Haushaltsjahr 2021 bis zu.................................	278 618 T€				
im Haushaltsjahr 2022 bis zu.................................	189 618 T€				
im Haushaltsjahr 2023 bis zu.................................	156 050 T€				
im Haushaltsjahr 2024 bis zu.................................	110 050 T€				
im Haushaltsjahr 2025 bis zu.................................	40 050 T€				
im Haushaltsjahr 2026 bis zu.................................	2 050 T€				
im Haushaltsjahr 2027 bis zu.................................	2 050 T€				
im Haushaltsjahr 2028 bis zu.................................	2 050 T€				
im Haushaltsjahr 2029 bis zu.................................	2 050 T€				
im Haushaltsjahr 2030 bis zu.................................	2 050 T€				
im Haushaltsjahr 2031 bis zu.................................	2 050 T€				
im Haushaltsjahr 2032 bis zu.................................	2 050 T€				
im Haushaltsjahr 2033 bis zu.................................	2 050 T€				
in künftigen Haushaltsjahren bis zu.......................	4 300 000 T€				

Auszug aus Übersicht VIII des Gesamtplans "20 größte Finanzhilfen des Bundes" in der Abgrenzung des 24. Subventionsberichts

Lfd. Nr.	Kapitel	Zweckbestimmung	Lfd. Nr. 24. Subventionsbericht (Anlage 1)	Soll 2014 Mio. €	Soll 2013 Mio. €	Ist 2012 Mio. €
1	2	3	4	5	6	7
6	1209	Verwendung der streckenbezogenen Lkw-Maut im Güterverkehrssektor	52	392	395	344
14	1202	Förderung von Umschlaganlagen des kombinierten Verkehrs	51	107	107	67
18	1202	Finanzbeitrag an die Seeschifffahrt	48	58	58	61

Haushaltsvermerk: - Ausgaben

1. Einsparungen bei folgenden Titeln: Epl. 12 mit Ausnahme der Titel 518 .2 dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: Kap. 1202 Tit. 981 07.

   Dies gilt in Fällen, in denen Bundesressorts im Rahmen von Ressortvereinbarungen für andere Bundesressorts tätig werden und Mittel vom abgebenden Ressort dem empfangenden Ressort für gleiche Zwecke im Wege der Verrechnung zur Verfügung gestellt werden (sog. "Einer-für-Alle-Fälle").

2. Einsparungen bei folgenden Titeln: Epl. 12 mit Ausnahme der Titel 518 .2 dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: Kap. 3208 Tit. 871 01.

3. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1202 Tit. 381 07.

   Dies gilt in Fällen, in denen Bundesressorts im Rahmen von Ressortvereinbarungen für andere Bundesressorts tätig werden und Mittel vom abgebenden Ressort dem empfangenden Ressort für gleiche Zwecke im Wege der Verrechnung zur Verfügung gestellt werden (sog. "Einer-für-Alle-Fälle").

4. **Die Ausgaben der Titel der Hgr. 7 und 8 und der Gruppen 521 und 632 sind bei den Kapiteln 1203 Tgr. 01, 1210 und 1222 gegenseitig deckungsfähig.**

5. **Die Verpflichtungsermächtigungen der Titel der Hgr. 7 und 8 und der Gruppen 521 und 632 sind bei den Kapiteln 1203 Tgr. 01, 1210 und 1222 gegenseitig deckungsfähig.**

Allgemeine Erläuterungen:

Ist-Angaben:

Die Ist-Ergebnisse der Einzeltitel sind kaufmännisch auf 1 000 € gerundet. Dadurch können bei Summenangaben Rundungsdifferenzen entstehen. Summenangaben können außerdem nicht durch Addition der gedruckten Titel errechnet werden, da in Vorjahren weggefallene Titel nur im Bundeshaushaltsplan 2014 abgedruckt werden, wenn bei diesen noch Ausgabereste bestehen.

Ausgabereste:

Die im Vorjahr verfügbaren Ausgabereste im nicht flexibilisierten Bereich sind kaufmännisch auf 1 000 € gerundet und einzeln bei dem jeweiligen Titel mit Stand Juli 2013 ausgewiesen. Die Inanspruchnahme dieser Ausgabereste muss grundsätzlich im jeweiligen Einzelplan durch Minderausgaben an anderer Stelle kassenmäßig eingespart werden. Ausgabereste bei den der Flexibilisierung gemäß § 5 Haushaltsgesetz 2014 (HG) unterliegenden Ansätzen werden lediglich in der Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben summarisch ausgewiesen. Für die Inanspruchnahme dieser Ausgabereste ist zentral Vorsorge getroffen und daher eine kassenmäßige Einsparung im gleichen Einzelplan grundsätzlich nicht erforderlich. Bei Summenangaben können Rundungsdifferenzen entstehen.

Flexibilisierung:

Die in die Regelung nach § 5 HG einbezogenen Ausgaben sind mit einem F vor der Titelnummer gekennzeichnet. Sie werden jeweils im hinteren Teil eines Kapitels im Anschluss an die nicht flexibilisierten Ausgabetitel entsprechend der Zuordnung nach § 5 HG in einer Zusammenstellung aufsummiert und sind danach einzeln aufgelistet. Neu in die Flexibilisierung einbezogene Titel sind dabei mit einem **F** hervorgehoben.

Personalausgaben:

Aufwandsentschädigungen und Besondere Personalausgaben werden gemäß der Übersicht, die nach dem letzten Kapitel des Einzelplans abgedruckt ist, veranschlagt.

Angewandte Kurse:

1 CHF = 0,81460 €; 1 USD = 0,72511 €; 1 GBP = 1,19947 €; 100 DKK = 13,40608 €; 1 CAD = 0,68162 €.

1201 Bundesministerium

Überblick zum Kapitel 1201	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen..	9 064	9 064	-		6 682
Übrige Einnahmen..	640	640	-		699
Gesamteinnahmen..	9 704	9 704	-		7 381
Ausgaben					
Personalausgaben..	121 081	121 758	-677	603	114 658
Sächliche Verwaltungsausgaben...........................	37 368	39 071	-1 703	946	15 660
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	2 800	2 640	+160		2 267
Ausgaben für Investitionen.....................................	10 362	7 097	+3 265	2 008	5 890
Besondere Finanzierungsausgaben......................	-	-	-		-
Gesamtausgaben..	171 611	170 566	+1 045	3 557	138 475
davon flexibilisiert..	143 295	145 320	-2 025	1 856	136 466
davon nicht flexibilisiert...	28 316	25 246	+3 070	1 701	2 009
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung..................................	564 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.................................	141 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.................................	141 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.................................	141 T€				
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.................................	141 T€				

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
111 01 -011	Gebühren, sonstige Entgelte	10	10	5
119 99 -011	Vermischte Einnahmen	9 000	9 000	6 375

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Einnahmen aus Nebentätigkeiten	30
2. Sonstige Einnahmen	8 970
Zusammen	9 000

Bei diesem Titel werden auch Zinsen für nicht zweckentsprechend verwendete Bundesmittel vereinnahmt.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
124 01 -011	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	14	14	10

Erläuterungen:

Einnahmen aus Dienstwohnungen.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
132 01 -011	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	40	40	292

Erläuterungen:

Erlös aus dem Verkauf von 4 Dienstkraftwagen (vgl. Tit. 811 01).

Übrige Einnahmen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
261 01 -011	Erstattung von Verwaltungsausgaben aus dem Inland	640	640	694
282 08 -061	Einnahmen aus Prämienzahlungen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Kap. 1201 flexibilisierter Bereich

Erläuterungen:

Die Höhe der Prämienzahlungen richtet sich nach der Leitlinie für die Gewährung einer Einmalprämie im Zusammenhang mit der Flächenoptimierung dienstlich genutzter Liegenschaften durch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (Bundesanstalt). Die Bundesanstalt hat für die Prämienzahlungen Vorsorge in ihrem Wirtschaftsplan getroffen.

1201 Bundesministerium

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
282 09 -011	Einnahmen aus Sponsoring, Spenden und ähnlichen freiwilligen Geldleistungen	-	-	5

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind wegen rechtsverbindlicher Verwendungsauflage Dritter zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 547 09.

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

1. Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.
   Ausgenommen sind Tit. 427 49 und 712 01.
2. **Einsparungen bei den in die Flexibilisierung nach § 5 HG einbezogenen Titeln der Hgr. 4, 5 und 8 dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 981 06.**
3. Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Kap. 1201 flexibilisierter Bereich dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 282 08.

Personalausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
427 49 -011	Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige	-	-	530

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1202 Tit. 272 01.

Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.

Erläuterungen:

Bei diesem Titel werden Ausgaben für die Durchführung der Technischen Hilfe im Rahmen des EFRE-Bundesprogramms Verkehrsinfrastruktur geleistet. Diese Ausgaben werden von der EU mit 100 Prozent gefördert.

Sächliche Verwaltungsausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
518 02 -011	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	21 315	21 315	-

Haushaltsvermerk:

Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
529 01 -011	Außergewöhnlicher Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	48	48	43

Haushaltsvermerk:

Die Erläuterungen sind verbindlich.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 529 01

Erläuterungen:

Bezeichnung	€
1. Zur Verfügung des	
1.1 Bundesministers für Verkehr und digitale Infrastruktur	30 800
1.2 Präsidenten der Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt und Leiter der 7 Außenstellen	3 600
1.3 Leiters der Bundesanstalt für Wasserbau	400
1.4 Leiters der Bundesanstalt für Gewässerkunde	400
1.5 Präsidenten des Bundesamtes für Seeschifffahrt und Hydrographie	500
1.6 Präsidenten der Bundesanstalt für Straßenwesen	400
1.7 Präsidenten des Kraftfahrt-Bundesamtes	500
1.8 Präsidenten des Deutschen Wetterdienstes	500
1.9 Präsidenten des Bundesamtes für Güterverkehr	500
1.10 Präsidenten des Luftfahrt-Bundesamtes	500
1.11 Präsidenten des Eisenbahn-Bundesamtes	500
1.12 Präsidenten des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung	1 000
1.13 Leiters der Bundesanstalt für IT-Dienstleistungen	400
2. Für sonstigen Aufwand im Ministerium	8 000
Zusammen	48 000

Aus dem Mittelansatz dürfen auch Ausgaben für die Bewirtung mit Erfrischungen bei Besprechungen aus besonderem Anlass geleistet werden.

Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Aus den Belegen muss Anlass, Funktion und Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer (Begünstigte) erkennbar sein.

Eine Auszahlung ohne Beleg ist nicht zulässig.

Die Ausgaben sind zentral für den gesamten Einzelplan veranschlagt.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
532 01 -045	Übungen und Ausbildungen von Fachpersonal	125	525	-

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Wasser- und Schifffahrtsverwaltung sowie Seeverkehr	9
2. Straßenverwaltung	5
3. Straßenverkehr	8
4. Luftfahrt	3
5. Bahnverkehr	100
Zusammen	125

Es ist erforderlich, mit den aus Mitteln der zivilen Notfallvorsorge und des Krisenmanagements beschafften Geräten und Einrichtungen im Rahmen der vorgesehenen Verkehrsorganisationen Übungen abzuhalten und das Personal auszubilden. Für die außerhalb der Bundesverwaltung stehenden Verkehrsorganisationen werden aus diesen Mitteln nur Zweckausgaben geleistet.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
542 01 -013	Öffentlichkeitsarbeit	1 108	1 108 *142*	1 109

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Erstattungen fließen den Ausgaben zu.

1201 Bundesministerium

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 542 01

3. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Drucksachen an Dritte unentgeltlich oder gegen ermäßigtes Entgelt abgegeben werden.
4. Aus den Ausgaben sind auch die Kosten für Porto, Verpackung und Versand von Veröffentlichungen zu leisten.

Erläuterungen:

Im Einzelplan 12 sind außerdem folgende Maßnahmen für Öffentlichkeitsarbeit und Fachinformationen veranschlagt:

Bezeichnung	1 000 €
Öffentlichkeitsarbeit	
keine weiteren Titel	
Fachinformationen	
1202 - 543 01	210
1203 - 543 01	80
1205 - 543 01	8
1208 - 543 01	260
1209 - 543 01	5
1210 - 543 01	820
1211 - 543 01	80
1212 - 543 01	3
1214 - 543 01	106
1223 - 543 11	27

Durch Mittel der Öffentlichkeitsarbeit - Schrift, Bild, Ton, Wort und digitaler Form - sollen der Bevölkerung die Grundsätze und Einzelmaßnahmen der Verkehrspolitik bekannt gemacht und erläutert werden.

Aus diesen Ausgaben werden auch die Kosten bestritten für

1. den Ankauf von Informationsmaterial über fachliche Probleme des In- und Auslandes und von Unterlagen für die Öffentlichkeitsarbeit,
2. die Druck- und Buchbinderarbeiten im Hause sowie Übersetzungen, sofern sie im Zusammenhang mit Veröffentlichungen stehen,
3. Bewirtungskosten mit alkoholfreien Getränken bei Pressegesprächen und bei der Betreuung von Besuchergruppen.

547 09 -011	Ausgaben für Vorhaben, die aus Spenden, Sponsoring und ähnlichen freiwilligen Geldleistungen finanziert werden	-	-	5

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 282 09.

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)

688 06 -011	Zahlungsverpflichtungen aus Verstößen gegen EU-Recht	-	-	-

Ausgaben für Investitionen

712 01 -011	Baumaßnahmen von mehr als 2 000 000 € im Einzelfall	5 720	2 250 *1 559*	322

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Besondere Finanzierungsausgaben			
981 06 -890	Leistungen an Dienstleistungszentren des Bundes zur Durchführung von Aufgaben im Rahmen der Erprobung des DLZ-Projekts	-		
	Haushaltsvermerk: **Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei den in die Flexibilisierung nach § 5 HG einbezogenen Titeln des Kap. 1201 geleistet werden.**			
	Flexibilisierte Ausgaben			
	Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG			
	Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3	123 881	124 398 *603*	116 395
	Aus Hauptgruppe 5	14 772	16 075 *804*	14 503
	Aus Hauptgruppe 7	279	279 *162*	670
	Aus Hauptgruppe 8	4 363	4 568 *287*	4 898
	Zusammen	143 295	145 320 *1 856*	136 466
F ***421 01*** *-011*	*Bezüge des Bundesministers und der Parlamentarischen Staatssekretärinnen und des Parlamentarischen Staatssekretärs*	*572*	*568*	*566*
F 422 01 -011	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*52 662*	*51 697*	*48 612*
F 422 02 -011	*Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte*	*2 153*	*2 137*	*1 841*
F 424 01 -011	*Zuführung an die Versorgungsrücklage* *Erläuterungen:* *Die Ausgaben sind - mit Ausnahme des Versorgungskapitels - zentral für den gesamten Einzelplan veranschlagt.*	*3 602*	*3 251*	*2 434*
F 427 09 -011	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige* *Erläuterungen:* *Aus diesem Titel werden keine Nebentätigkeitsvergütungen an Angehörige des öffentlichen Dienstes gezahlt.*	*1 813*	*1 799*	*2 395*
F 428 01 -011	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*35 329*	*35 179*	*32 263*

1201 Bundesministerium

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu flexibilisierte Ausgaben			
F *441 01 -840*	*Beihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften*	*16 700*	*16 700*	*17 443*
	Erläuterungen: *Die Ausgaben sind - mit Ausnahme des Versorgungskapitels - zentral für den gesamten Einzelplan veranschlagt.*			
F *443 01 -840*	*Fürsorgeleistungen und Unterstützungen*	*650*	*650*	*427*
	Erläuterungen: *Die Ausgaben sind - mit Ausnahme des Versorgungskapitels - zentral für den gesamten Einzelplan veranschlagt.*			
F *443 02 -313*	*Inanspruchnahme überbetrieblicher betriebsärztlicher und sicherheitstechnischer Dienste, von Betriebsärztinnen und Betriebsärzten sowie Fachkräften für Arbeitssicherheit*	*1 500*	*1 500*	*1 555*
	Erläuterungen: *Die Ausgaben sind zentral für den gesamten Einzelplan veranschlagt.*			
F *452 02 -223*	*Unfallkasse des Bundes*	*5 500*	*7 677*	*5 985*
	Erläuterungen: *Die Ausgaben sind zentral für den gesamten Einzelplan veranschlagt.*			
F *453 01 -011*	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	*600*	*600*	*607*
F *511 01 -011*	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände*	*2 525*	*2 685*	*2 013*
F *514 01 -011*	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*	*246*	*274*	*255*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*Soll 2014*	*Soll 2013*
personengebundene Pkw...	*6*	*6*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F *517 01 -011*	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	*3 949*	*4 199*	*3 944*
F *518 01 -011*	*Mieten und Pachten*	*253*	*323*	*163*
F *519 01 -011*	*Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen*	*784*	*1 564*	*611*
F *525 01 -011*	*Aus- und Fortbildung*	*180*	*180*	*135*

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Lehr- und Unterrichtsmaterial an Lehrgangsteilnehmer unentgeltlich abgegeben wird.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 526 01 -011	*Gerichts- und ähnliche Kosten*	*40*	*40*	*41*
F 526 02 -011	*Sachverständige*	*522*	*522*	*449*

Verpflichtungsermächtigung .... 564 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 141 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 141 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu .... 141 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu .... 141 T€

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Kosten für Sachverständige auf dem Gebiet der Seeschifffahrtspolitik	*141*
2. Kosten für Sachverständige auf dem Gebiet des Güterkraftverkehrs	*2*
3. Kosten für Sachverständige des Gefahrgut-Verkehrs-Beirats zur Teilnahme an Sitzungen des ECOSOC-Sachverständigenausschusses für die Beförderung gefährlicher Güter der ECOSOC-Group of Rapporteurs, der ECOSOC-Sachverständigengruppe für Explosivstoffe der ECE-Sachverständigengruppe "Beförderung gefährlicher Güter", des Fachmännischen Ausschusses für das RID, der Arbeitsgruppe "Gefährliche Güter" der Zentralkommission für die Rheinschifffahrt, des Fachausschusses "Gefährliche Güter" der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation und mehrerer Unterausschüsse der IMO, die sich mit der Beförderung gefährlicher Güter befassen	*16*
4. Kosten für die Teilnahme von Sachverständigen an den Sitzungen der internationalen Organisationen und Anpassung internationaler Vorschriften auf dem Gebiet der Sicherheit der Binnenschifffahrt	*2*
5. Kosten für Sachverständige im Rahmen des Europäisch-Arabischen Dialogs und bilateraler Vereinbarungen (z. B. mit den Ländern USA, VR China, Argentinien, Brasilien, GUS)	*14*
6. Kosten für Sachverständige für Tätigkeiten des BMVI in internationalen Gremien auf dem Gebiet der Binnenschifffahrtstechnik..	*16*
7. Kosten für Sachverständige auf dem Gebiet der Fahrzeugtechnik	*20*
8. Kosten für Sachverständige auf dem Gebiet der zivilen Notfallvorsorge und des Krisenmanagements	*75*
9. Kosten für Sachverständige für Subgroup Baltic Sea (TINA-Initiative)	*10*
10. Sonstige Inanspruchnahme von Sachverständigen	*226*
Zusammen	*522*

Aus diesem Titel werden keine Nebentätigkeitsvergütungen an Angehörige des öffentlichen Dienstes gezahlt.

F 526 03 -011	*Ausgaben für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen*	*101*	*101*	*79*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur	*36*
2. Gemeinsamer Beirat für Verkehrsmedizin bei den Bundesministerien für Verkehr und digitale Infrastruktur und Gesundheit........	*7*

1201 Bundesministerium

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 526 03

Bezeichnung	1 000 €
3. Gefahrgut-Verkehrs-Beirat beim Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur mit den Ausschüssen Stoffe/Verpackung (ASV) und Tank/Technik (ATT)	1
4. Berufsbildungsausschuss des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (mit vier Unterausschüssen)	13
5. Fachausschuss für Arbeitsschutz beim Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur	1
6. Beratender Ausschuss nach § 32 a LuftVG bei den Bundesministerien für Verkehr und digitale Infrastruktur und Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	3
7. Sonderausschüsse des Fachausschusses Kraftfahrzeugtechnik beim Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur	5
8. Beirat für Raumordnung (mit zwei ständigen Arbeitsgruppen)	17
9. Ministerkonferenz für Raumordnung (mit vier ständigen Ausschüssen)	1
10. Bilaterale und multilaterale Raumordnungskommissionen und -konferenzen	8
11. Beirat Nationaler Radverkehrsplan	9
Zusammen	101

Aus den Ausgaben dürfen auch Kosten für die Bewirtung mit Erfrischungsgetränken bei Sitzungen geleistet werden.

Aus diesem Titel werden keine Nebentätigkeitsvergütungen an Angehörige des öffentlichen Dienstes gezahlt.

Aus diesen Ausgaben dürfen auch die Kosten für die Vorbereitung von Sitzungen durch Anschaffung von Materialien, durch Ankauf und Drucklegung von Gutachten geleistet werden.

Bei dem Ansatz für die bilateralen und multilateralen Raumordnungskommissionen handelt es sich um den deutschen Beitrag für die Beschaffung von Arbeitsmaterial sowie Kosten für Sachverständige, Übersetzerinnen und Übersetzer sowie Dolmetscherinnen und Dolmetscher.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 527 01 -011	*Dienstreisen*	*2 900*	*2 900*	*2 624*
F 527 03 -011	*Reisen in Angelegenheiten der Personalvertretungen und der Gleichstellungsbeauftragten sowie in Vertretung der Interessen schwerbehinderter Menschen*	*1 156*	*1 156*	*1 412*

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind zentral für den gesamten Einzelplan veranschlagt.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 539 99 -011	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*563*	*578*	*433*

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Inanspruchnahme von freiberuflichen Sprachmittlerinnen und Sprachmittlern	229
2. Sonderstelle des Oberprüfungsamtes beim BMVI für Prüfungsvergütungen inkl. Reisekostenvergütungen	149
3. Vereinbarkeit von Familie und Beruf	150
4. Sonstiges	35
Zusammen	563

Zu 2.:
Den Prüferinnen und Prüfern werden für die Stellung der häuslichen Prüfungsaufgaben und die Beurteilung dieser Prüfungsarbeiten, für die Stellung der Klausuraufgaben und die Beurteilung der Klausurarbeiten sowie für die Abnahme der mündlichen Prüfung Vergütungen gewährt. Die Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleiter sowie Ausschussleiterinnen und Ausschussleiter der einzelnen Prü-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 539 99

fungsgebiete und die Leiterinnen und Leiter der Prüfungsausschüsse erhalten für ihre Tätigkeit bei den Prüfungen eine Vergütung und für ihre im Zusammenhang mit den Prüfungen erwachsenden Auslagen eine pauschale Aufwandsentschädigung.

Außerdem werden den Prüferinnen und Prüfern sowie Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleitern die entstehenden Reisekosten erstattet.

F 546 88 -012	*Förderung des Vorschlagwesens*	*70*	*70*	*98*

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind zentral für den gesamten Einzelplan veranschlagt.

F 634 03 -011	*Zuweisungen an den Versorgungsfonds*	*2 800*	*2 640*	*2 267*
F 711 01 -011	*Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten*	*279*	*279*	*670*
F 811 01 -011	*Erwerb von Fahrzeugen*	*100*	*100*	*424*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Ersatzbeschaffung	
2 Pkw bis zu 27 000 €	*56*
1 Pkw bis zu 42 000 €	*42*
abzgl. Mehreinnahmen bei Tit. 132 01 aus der Veräußerung von Dienst-Kfz gem. § 6 Abs. 7 HG	*-*
2. Sonstiges	*2*
Zusammen	*100*

F 812 01 -011	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke*	*389*	*389*	*195*

Erläuterungen:

Einjährige Maßnahmen	*1 000 €*
1. Erstbeschaffung	*240*
2. Ersatzbeschaffung	*149*
Zusammen	*389*

Titelgruppe 55

Tgr. 55	Ausgaben für die Informationstechnik	(5 357)	(5 562)	
F 511 55 -011	*Geschäftsbedarf und Datenübertragung sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Software, Wartung*	*413*	*413*	*1 171*
F 518 55 -011	*Miete für Datenverarbeitungsanlagen, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Maschinen, Software*	*-*	*-*	*-*

1201 Bundesministerium

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 525 55 -011	*Aus- und Fortbildung*	*154*	*154*	*114*

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Lehr- und Unterrichtsmaterial an Lehrgangsteilnehmer unentgeltlich abgegeben wird.

F 532 55 -011	*Ausgaben für Aufträge und Dienstleistungen*	*916*	*916*	*961*
F 812 55 -011	*Erwerb von Datenverarbeitungsanlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, Software*	*3 874*	*4 079*	*4 279*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Erstbeschaffung	
1.1 Hardware	*100*
1.2 Software	*500*
2. Ersatzbeschaffung	
2.1 Hardware	*800*
2.2 Software	*800*
3. Sonstiges	*1 674*
Zusammen	*3 874*

Vorbemerkung

Bei diesem Kapitel sind diejenigen Haushaltsausgaben, die das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur unmittelbar bewirtschaftet, und die mit ihnen zusammenhängenden Haushaltseinnahmen veranschlagt.

Überblick zum Kapitel 1202	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	300	300	-		777
Übrige Einnahmen	7 050	7 050	-		331 656
Gesamteinnahmen	7 350	7 350	-		332 433
Ausgaben					
Sächliche Verwaltungsausgaben	20 683	14 379	+6 304	8 998	14 290
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	123 126	118 516	+4 610	11 838	128 516
Ausgaben für Investitionen	464 070	1 066 600	-602 530	96 637	562 724
Besondere Finanzierungsausgaben	-	-	-		-
Gesamtausgaben	607 879	1 199 495	-591 616	117 473	705 530
davon nicht flexibilisiert	607 879	1 199 495	-591 616	117 473	705 530
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung	739 941 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu	170 657 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu	132 767 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu	122 697 T€				
im Haushaltsjahr 2018 bis zu	102 990 T€				
im Haushaltsjahr 2019 bis zu	111 990 T€				
im Haushaltsjahr 2020 bis zu	83 990 T€				
im Haushaltsjahr 2021 bis zu	9 450 T€				
im Haushaltsjahr 2022 bis zu	450 T€				
im Haushaltsjahr 2023 bis zu	450 T€				
im Haushaltsjahr 2024 bis zu	450 T€				
im Haushaltsjahr 2025 bis zu	450 T€				
im Haushaltsjahr 2026 bis zu	450 T€				
im Haushaltsjahr 2027 bis zu	450 T€				
im Haushaltsjahr 2028 bis zu	450 T€				
im Haushaltsjahr 2029 bis zu	450 T€				
im Haushaltsjahr 2030 bis zu	450 T€				
im Haushaltsjahr 2031 bis zu	450 T€				
im Haushaltsjahr 2032 bis zu	450 T€				
im Haushaltsjahr 2033 bis zu	450 T€				

1202 Allgemeine Bewilligungen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Einnahmen			
	Verwaltungseinnahmen			
119 99 -790	Vermischte Einnahmen	300	300	777
	Übrige Einnahmen			
182 01 -790	Rückzahlung von Darlehen an private Unternehmen für Investitionen zur Förderung von Umschlaganlagen des Kombinierten Verkehrs	3 050	3 050	3 422
	Erläuterungen: Die Tilgungsdauer der Darlehen an private Unternehmen beträgt bis zu 20 Jahren.			
271 01 -692	Erstattungen der Europäischen Union	-	-	-
	Haushaltsvermerk: Mehreinnahmen (verbleibende) sind wegen bindender Vorgaben der EU zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 532 02. Erläuterungen: Erstattungen der EU zur Finanzierung des BMVI-Anteils im INTERREG IVB-Projektes "AlpInfoNet - Sustainable Mobility Information Network for the Alpine Space" im Rahmen der Alpenkonvention.			
272 01 -692	Einnahmen aus Zuschüssen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung für das Bundesprogramm Verkehrsinfrastruktur	-	-	241 980
	Haushaltsvermerk: 1. Mehreinnahmen (verbleibende) sind wegen bindender Vorgaben der EU zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Kap. 1201 Tit. 427 49, Kap. 1202 Tit. 532 15, 532 18, Kap. 1203 Tit. 752 12, Kap. 1210 Tit. 743 32, 743 42 und Kap. 1222 Tit. 891 04. 2. Rückzahlungen an die EU dürfen von den Einnahmen abgesetzt werden. 3. Rückzahlungen aus weitergeleiteten Beträgen sind in diesem Titel zu vereinnahmen. 4. Anderen Berechtigten als dem Bund zustehende Anteile an den Zuschüssen sind bei der Weitergabe von den Einnahmen abzusetzen. Erläuterungen: Der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) soll zum Ausgleich der wichtigsten regionalen Ungleichgewichte in der Union beitragen, indem er die Entwicklung und die strukturelle Anpassung der Regionen mit Entwicklungsrückstand (Ziel 1/Konvergenz) fördert. Hier werden die Zahlungen für die Finanzierung bedeutsamer Verkehrsinfrastrukturvorhaben im Fördergebiet nach Maßgabe eines Bundesprogramms "Verkehrsinfrastruktur" vereinnahmt.			

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
272 02 -692	Einnahmen aus Zuschüssen der Europäischen Union für transeuropäische Netze	-	-	80 221
	Haushaltsvermerk: 1. Mehreinnahmen (verbleibende) sind wegen bindender Vorgaben der EU zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 532 19, Kap. 1203 Tit. 752 11, Kap. 1210 Tit. 532 01, 743 12 und Kap. 1222 Tit. 891 03. 2. Rückzahlungen aus weitergeleiteten Beträgen sind in diesem Titel zu vereinnahmen. 3. Rückzahlungen an die EU dürfen von den Einnahmen abgesetzt werden. 4. Anderen Berechtigten als dem Bund und den Eisenbahninfrastrukturunternehmen des Bundes zustehende Anteile an den Zuschüssen sind bei der Weitergabe von den Einnahmen abzusetzen. Erläuterungen: Zuschüsse aufgrund der Verordnung (EG) Nr. 680/2007 vom 20. Juni 2007 über die Grundregeln für die Gewährung von Gemeinschaftszuschüssen für transeuropäische Netze.			
272 03 -692	Einnahmen aus Zuschüssen der Europäischen Union zu besonderen Maßnahmen im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	-	-	-
	Haushaltsvermerk: 1. Mehreinnahmen sind wegen bindender Vorgaben der EU zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 545 01. 2. Anderen Berechtigten als dem Bund zustehende Anteile an den Erstattungen sind bei der Weiterleitung von den Einnahmen abzusetzen.			
281 01 -732	Rückzahlung von Zuwendungen	4 000	4 000	6 033
381 07 -890	Leistungen von Bundesbehörden zur Durchführung von ressortübergreifenden Aufgaben	-	-	(-)
	Haushaltsvermerk: Mehreinnahmen sind wegen verbindlicher Vereinbarung mit anderen Bundesbehörden (EfA) zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Epl. 12.			

1202 Allgemeine Bewilligungen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Ausgaben

Sächliche Verwaltungsausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
526 02 -011	Sachverständige	256	306 *135*	17

Verpflichtungsermächtigung ... 315 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu ... 126 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu ... 126 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu ... 63 T€

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind übertragbar.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Rechtliche Beratung zur Umsetzung des Staatsvertrages zwischen Deutschland und Dänemark über eine feste Fehmarnbeltquerung	-
2. Rechtliche und technische Beratung zur Unterstützung der internationalen Zusammenarbeit (IMO)	130
3. Rechtliche Beratung für Verhandlungen marktbasierter Maßnahmen zur Verminderung der CO_2-Emissionen in der Seeschifffahrt.	126
Zusammen	256

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
531 01 -642	Studien, Untersuchungen, Gutachten und Projektbegleitung zur Fortschreibung der Mobilitäts- und Kraftstoffstrategie	2 164	1 964	1 954

Verpflichtungsermächtigung ... 3 511 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu ... 1 691 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu ... 1 180 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu ... 640 T€

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind übertragbar.

Erläuterungen:

Zur Umsetzung der Mobilitäts- und Kraftstoffstrategie werden Studien und Untersuchungen beauftragt sowie Handlungsempfehlungen zur Realisierung strategischer Ziele und Verfahren zur praktischen Fortschreibung entwickelt.

Aus diesem Titel können auch Ausgaben für Arbeitstreffen, Veranstaltungen, Öffentlichkeitsarbeit, Ergebnisdarstellungen und eine externe Projektorganisation getätigt werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
531 06 -790	Förderung und Umsetzung der bilateralen Zusammenarbeit mit anderen Staaten	310	550 *567*	238

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind übertragbar.

Erläuterungen:

1. Zur Anbahnung, Vereinbarung und Weiterentwicklung von bilateralen Kooperationen mit anderen Staaten sollen begleitende Aktivitäten im In- und Ausland, u. a. in Form von Kongressen, Präsentationen, Arbeitstreffen, Delegationsreisen, Besichtigungen etc. organisiert werden, um Entscheidungsträger aus Politik und Wirtschaft vom Nutzen einer Partnerschaft mit Deutschland im Zuständigkeitsbereich des BMVI zu überzeugen. Die Mittel werden zur Finanzierung oder Mitfinanzierung von externer Unterstützung durch Experten bzw.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 531 06

Organisationen und von Planungs-, Vorbereitungs-, Organisations- und Durchführungskosten von Veranstaltungen und Aktivitäten im In- und Ausland benötigt.

2. Aus diesen Mitteln dürfen Ausgaben für Reisekosten geleistet werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 *Reste 2013*	Ist 2012
531 12 -187	Abgeltung von Ansprüchen nach dem Urheberrecht	37	37	23

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. GEMA	19
2. Verwertungsgesellschaft "Wort"	18
Zusammen	37

Rechtsgrundlage ist der Vertrag vom 20. Juni 1974 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Verwertungsgesellschaft "Wort" betreffend die Abgeltung von Urheberrechten bei Veröffentlichungen in Pressespiegeln sowie der Gesamtvertrag für die Bundesverwaltung vom 3./5. Februar 1987 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der "GEMA" betreffend die Abgeltung von Urheberrechten bei der öffentlichen Wiedergabe geschützter Musik- und Sprachwerke.

Die Ausgaben an die Verwertungsgesellschaft Wort und an die GEMA sind hier zentral für den gesamten Einzelplan veranschlagt.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 *Reste 2013*	Ist 2012
531 17 -790	Weiterentwicklung des Güterverkehrs- und Logistikstandorts Deutschland	800	720 *345*	913

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind übertragbar.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 *Reste 2013*	Ist 2012
531 18 -719	Kosten aus Anlass des deutschen Vorsitzes des Zürich-Prozesses	-	200 *170*	10

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind übertragbar.

Erläuterungen:

Befristete Übernahme der Präsidentschaft des so genannten Zürich-Prozesses (zur nachhaltigen und sicheren Bewältigung des Straßen- und Schienenverkehrs im Alpenraum) zwischen 2012 und 2014.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 *Reste 2013*	Ist 2012
531 19 -790	Studien, Untersuchungen zur Initiative Metadatenplattform	1 000	1 000	-

Verpflichtungsermächtigung .... 1 200 T€

davon fällig:

im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 500 T€

im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 300 T€

im Haushaltsjahr 2017 bis zu .... 400 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Die Ausgaben sind mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 686 09.
3. Die Verpflichtungsermächtigung ist mit der Verpflichtungsermächtigung bei folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 686 09.

Erläuterungen:

Ausgaben dürfen auch für die Durchführung vorbereitender, begleitender und ergebnisaufbereitender Maßnahmen geleistet werden.

1202 Allgemeine Bewilligungen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
532 01 -790	Beratung zur Nutzung der Ergebnisse des Weiterentwicklungsprogramms Magnetschwebebahntechnik und der Transrapid-Versuchsanlage Emsland	30	350	19

Haushaltsvermerk:

Ausgaben für Patentgebühren dürfen geleistet werden.

532 02 -719	Studien und Projektbegleitung im Bereich Verkehr für den Alpenraum	36	36	46

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 271 01.

Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.

Erläuterungen:

Das BMVI ist als Mitglied in der Arbeitsgruppe Verkehr zuständig für die Einhaltung und Durchführung des Ausführungsprotokolls Verkehr. Konkret wurde der Arbeitsgruppe Verkehr bei der XI. Alpenkonferenz (dem Beschlussorgan der Alpenkonvention) das Mandat erteilt, koordinierte und einheitliche Informationen in den Bereichen Verkehr und Tourismus für den Alpenraum zu schaffen. Dem Mandat folgend, haben die Mitglieder der Arbeitsgruppe Verkehr Frankreich, Italien, Österreich, Slowenien, Schweiz und Deutschland vertreten durch das BMVI beschlossen, dass diese Aufgabe/Erledigung des Mandates im Rahmen eines EU-Projektes (AlpInfoNet im Rahmen Alpine Space INTERREG IVB) umgesetzt werden soll.

532 03 -719	i-KFZ internetbasierte Fahrzeugzulassung	1 231		

Haushaltsvermerk:

1. **Die Ausgaben sind übertragbar.**
2. **Von den Mitteln dürfen bis zu 10 Prozent für Projektmanagement eingesetzt werden.**

Erläuterungen:

Weiterentwicklung des von der Finanzbehörde Hamburg konzipierten Verfahrens für die internetbasierte Fahrzeugzulassung und Entwicklung eines Konzeptes für die internetbasierte Abwicklung des gesamten Kfz-Zulassungsvorgangs.

Aus den Mitteln dürfen Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit, Gutachten und sonstige Aufträge Dritter geleistet werden.

532 04 -790	Beratung zum Rückbau der Transrapid-Versuchsanlage Emsland	170		
532 12 -712	Kosten des funkärztlichen Beratungsdienstes für die Seeschifffahrt	97	97	41

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Funkärztlicher Beratungsdienst	55
2. Administrative Aufgaben	24
3. Sonstiges	18
Zusammen	97

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
532 13 -165	Wissenschaftliche und allgemein-wirtschaftliche Untersuchungen auf allen Fachgebieten der Verkehrsverwaltung und auf dem Gebiet der Raumordnung	5 024	5 775 *1 059*	5 727

Verpflichtungsermächtigung.. 5 600 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 2 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 1 800 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 1 800 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Einnahmen aus grenzüberschreitenden Vorhaben fließen den Ausgaben zu.
3. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.
4. Von den Forschungsmitteln dürfen bis zu 5 Prozent für Forschungsbegleitung und Projektmanagement eingesetzt werden.

Erläuterungen:

Die Weiterentwicklung der Verkehrs- und Raumordnungspolitik, insbesondere die Erarbeitung längerfristiger Programme, erfordert laufende Untersuchungen und Forschungen:

1. Investitionsbewertungen, die Entwicklung und Fortschreibung des dafür benötigten methodischen Instrumentariums, die Beschaffung der analytischen Grunddaten über den Personen- und Güterverkehr und darauf aufbauende Prognosen der zukünftigen Verkehrsnachfrage, besonders des nationalen und internationalen Schienenschnellverkehrs,
2. Untersuchungen für die Weiterentwicklung des Ordnungsrahmens für das deutsche und europäische Verkehrswesen,
3. Untersuchungen in den Bereichen der Infrastruktur und der Ordnungspolitik, Bundesverkehrswegeplanung, Transportgewerbegebiete, Verkehrsknotenpunkte, Flughäfen, Güter- und Personenverkehr,
4. verkehrliche Anforderungen an Regional- und Landesplanung,
5. betriebswirtschaftliche und technische Untersuchungen auf den Gebieten der See- und Binnenschifffahrt,
6. Untersuchungen im Zusammenhang mit der Einführung und dem Ausbau der Verkehrstelematik und anderen neuen Verkehrstechnologien bei allen Verkehrsträgern und an deren Schnittstellen,
7. ad-hoc-Untersuchungen zu herausragenden Fragen der Tagespolitik,
8. problembezogene Aufbereitung von Forschungsergebnissen und deren entsprechende Veröffentlichung (Forschungsinformationssystem).

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1225 Tit. 544 81	-	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
532 15 -692	Europäischer Fonds für regionale Entwicklung - Verkehrstelematik und intermodaler Verkehr	-	-	-

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind mit folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: 532 18, Kap. 1203 Tit. 752 12, Kap. 1210 Tit. 743 32, 743 42 und Kap. 1222 Tit. 891 04.

1202 Allgemeine Bewilligungen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 532 15

2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 272 01.

   Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.

3. Einnahmen aus gem. Art. 61 VO (EG) 1083/2006 und Art. 20 VO (EG) 1828/2006 wieder eingezogenen Beträgen fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Ausgaben für die Durchführung von Projekten im Bereich der Verkehrstelematik und des intermodalen Verkehrs im Rahmen des EFRE-Bundesprogramms Verkehrsinfrastruktur werden von der EU mit 65 Prozent gefördert; der Kofinanzierungsanteil des Bundes beträgt 35 Prozent. Vorgesehen ist die Förderung von Studien und Pilotprojekten.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
532 16 -719	Kostenbeteiligung an Sekretariaten	468	368	261

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Nordachse und Zentralachse	77
2. Marine Accident Investigator's International Forum (MAIIF)	1
3. Globale Erdbeobachtung GEO	200
4. Deutsch-chinesische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Binnenschifffahrt und der Wasserstraßen	170
5. Conference of European Directors of Road	20
Zusammen	468

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 *Reste 2013*	Ist 2012
532 18 -692	Europäischer Fonds für regionale Entwicklung - Technische Hilfe für Verkehrsinfrastrukturvorhaben -	-	- *1 724*	961

Verpflichtungsermächtigung .... 2 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 1 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 1 000 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind mit folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: 532 15, Kap. 1203 Tit. 752 12, Kap. 1210 Tit. 743 32, 743 42 und Kap. 1222 Tit. 891 04.
2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 272 01.

   Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.
3. Einnahmen aus gem. Art. 61 VO (EG) 1083/2006 und Art. 20 VO (EG) 1828/2006 wieder eingezogenen Beträgen fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Ausgaben für die Durchführung der Technischen Hilfe im Rahmen des EFRE-Bundesprogramms Verkehrsinfrastruktur 2007 - 2013 werden von der EU mit 100 Prozent gefördert.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 532 18

Die im Rahmen der Technischen Hilfe geförderten Operationen ergeben sich aus Art. 46 der VO (EG) 1083/2006. Danach fallen unter die "Technische Hilfe" Maßnahmen zur Vorbereitung, Verwaltung, Begleitung, Bewertung, Information und Kontrolle der operationellen Programme.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
532 19 -165	Zuschüsse der Europäischen Union zu Studien, Untersuchungen und sonstigen FuE-Maßnahmen sowie Verkehrstelematik für Transeuropäische Verkehrsnetze	-	- *1 668*	133

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 272 02.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
543 01 -719	Veröffentlichung und Dokumentation	210	210	187

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Veröffentlichungen und Herstellung von Informationsmaterial auf allen Gebieten der Verkehrsverwaltung	167
2. Beschaffung und Auswertung allgemeiner Daten, die nicht im Rahmen der amtlichen Statistik gedeckt sind	43
Zusammen	210

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
545 01 -719	Konferenzen, Tagungen, Messen und Ausstellungen	1 986	1 216 *1 202*	1 678

Verpflichtungsermächtigung..

fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 220 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben zu Nr. 1, 2 und 3 der Erläuterungen sind übertragbar.
2. Mehrausgaben zu Nr. 4 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 272 03.
3. Erstattungen Dritter fließen den Ausgaben zu.
4. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Werbe- und Informationsmaterialien gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Messen und Ausstellungen	565
2. Internationale Konferenzen und Tagungen	725
3. Sonstige Veranstaltungen	696
4. Zuschüsse der EU	-
Zusammen	1 986

1202 Allgemeine Bewilligungen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
546 01 -790	Kosten der Gemeinsamen Geschäftsstelle Elektromobilität der Bundesregierung	260	500	-

Verpflichtungsermächtigung...

fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 400 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 *Reste 2013*	Ist 2012
632 01 -692	Umsetzung des Nationalen Radverkehrsplans (NRVP) - Zuschüsse an Länder und sonstige juristische Personen des öffentlichen Rechts	990	990 *1 115*	905

Verpflichtungsermächtigung... 800 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 400 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 400 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Die Ausgaben sind mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 686 01.
3. Die Verpflichtungsermächtigung ist mit der Verpflichtungsermächtigung bei folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 686 01.
4. Von den Mitteln dürfen bis zu 5 Prozent für Projektmanagement eingesetzt werden.
5. Die Ausgaben können auch zur Unterstützung von Modellvorhaben einschließlich Forschungsbegleitung auf dem Gebiet der fahrradfreundlichen Stadtentwicklung eingesetzt werden.
6. Von den Mitteln dürfen bis zu 20 Prozent für begleitende Untersuchungen, Gutachten und sonstige Aufträge Dritter eingesetzt werden.

Erläuterungen:

Ausgaben für nicht investive Maßnahmen des Bundes, der Länder und Kommunen sowie sonstiger juristischer Personen des öffentlichen Rechts, die der Umsetzung des Nationalen Radverkehrsplans dienen.

Aus den Mitteln dürfen auch Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit geleistet werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 *Reste 2013*	Ist 2012
636 01 -731	Erstattung der Kosten für Schiffssicherheitsaufgaben des Bundes	7 564	6 676 *1 598*	4 767

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Flaggenstaatliche Aufgaben...	1 774
2. Hafenstaatliche Aufgaben..	2 258
3. Sonstiges...	3 532
Zusammen...	7 564

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
671 02 -134	Kostenerstattung an die Berufbildungsstelle Seeschifffahrt e. V., Bremen	410	396	382

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Kostenerstattung für Bundesaufgaben	397
2. Sonstiges	13
Zusammen	410

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
676 01 -731	Erstattungen von Kosten zur Überwachung der Not-und Sicherheitsfrequenzen für die Schifffahrt	80	80	89
683 01 -732	Finanzbeitrag an die Seeschifffahrt	57 800	57 800 *33*	61 329

Verpflichtungsermächtigung .... 50 800 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 27 520 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 11 640 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu .... 11 640 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1208 Tit. 111 01.

Erläuterungen:

Zur Sicherung der Bordarbeitsplätze von deutschen Seeleuten auf deutschen Handelsschiffen und des maritimen Know-how sowie zur Förderung der Ausbildung des seemännischen Nachwuchses werden Bundeszuwendungen gewährt (Maritimes Bündnis für Ausbildung und Beschäftigung in der Seeschifffahrt).

Weiterhin wird zur Förderung des Kurzstreckenseeverkehrs im Rahmen der Umsetzung des Konzeptes "From Road to Sea" ein Informations-Büro mit bis zu 200 T€ finanziert.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
683 03 -129	Beihilfen zur Ausbildungsförderung in der Binnenschifffahrt	2 534	2 534	1 773

Verpflichtungsermächtigung .... 2 254 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 845 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 845 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu .... 564 T€

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind übertragbar.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
683 04 -741	Aufbau und Einführung eines deutschlandweiten interoperablen Fahrgeldmanagements ("e-ticketing")	1 200	- *3 446*	2 539

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Von den Forschungsmitteln dürfen bis zu 5 Prozent für Forschungsbegleitung und Projektmanagement eingesetzt werden.

1202 Allgemeine Bewilligungen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 683 04

Erläuterungen:

Für die Gesamteinführung eines deutschlandweiten Fahrgeldmanagements soll der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) unterstützt werden, die notwendigen zentral wahrzunehmenden Aufgaben koordinierend für die Bundesländer wahrzunehmen, wie auch die für die Interoperabilität erforderlichen Komponenten, Verfahren und Systeme für und mit Verkehrsunternehmen/Verkehrsverbünden zu entwickeln und aufzubauen. Damit sollen die vom Bundesministerium für Bildung und Forschung finanzierten Vorarbeiten weitergeführt werden.

Aus den Programmmitteln dürfen auch Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit finanziert werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
683 05 -732	Motorenförderprogramm für die Binnenschifffahrt	1 500	1 500 *514*	1 200

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind übertragbar.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
684 01 -129	Beihilfen für Schiffsjungenheime und Schifferkinderheime der Binnenschifffahrt	80	880	80

Erläuterungen:

Die Schifferkinderheime nehmen Kinder von Schifferfamilien auf, die an Bord wohnen und keinen festen Wohnsitz an Land haben. Die Heime stehen im Eigentum karitativer Verbände, deren Mittel beschränkt sind. Nur mit Zuschüssen der Schifffahrtsverbände, der Länder und des Bundes ist die Einrichtung und Aufrechterhaltung der Heime möglich.

Die gesetzlich vorgeschriebene und aus Verkehrssicherheitsgründen notwendige schulische Fortbildung der Schiffsjungen/Schiffsmädchen lässt sich nur durch Zusammenfassung in Schiffsjungen-/mädchenheimen (Internaten) durchführen. Solche Internate sind den Schifferberufsschulen in Schönebeck/Elbe und in Duisburg/Homberg angeschlossen. Während die Sach- und Personalkosten für die Schifferberufsschulen durch die Länder getragen werden, werden die Kosten für Errichtung und Unterhaltung der Schiffsjungen-/mädchenwohnheime von dem Schifffahrtsgewerbe, dem Bund und den Ländern getragen.

Bezeichnung	1 000 €
1. Beihilfe für Schiffsjungen-/mädchenwohnheime der Binnenschifffahrt	25
2. Beihilfen für Schifferkinderheime in der Binnenschifffahrt	55
Zusammen	80

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
684 02 -790	Beiträge an deutsche Vereine und Gesellschaften	39	24	21
686 01 -692	Umsetzung des Nationalen Radverkehrsplans (NRVP) - Zuschüsse an Gesellschaften des privaten Rechts	2 000	2 000 *277*	1 857

Verpflichtungsermächtigung.. 1 500 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 700 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 800 T€

Haushaltsvermerk:

1. **Die Ausgaben sind übertragbar.**
2. Die Ausgaben sind mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 632 01.
3. Die Verpflichtungsermächtigung ist mit der Verpflichtungsermächtigung bei folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 632 01.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 686 01

4. Von den Mitteln dürfen bis zu 5 Prozent für Projektmanagement eingesetzt werden.

5. Von den Mitteln dürfen bis zu 20 Prozent für begleitende Untersuchungen, Gutachten und sonstige Aufträge Dritter eingesetzt werden.

Erläuterungen:

Aus den Mitteln dürfen auch Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit geleistet werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
686 07 -729	Zuschüsse für Aufklärungs- und Erziehungsmaßnahmen zur Bekämpfung der Verkehrsunfälle	11 500	11 500 *65*	11 624

Verpflichtungsermächtigung..

fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 2 000 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben zu Nr. 3 der Erläuterungen sind übertragbar.
2. Von den Mitteln zu Nr. 1 der Erläuterungen dürfen bis zu 34 T€ für die Verwendungsnachweisprüfung eingesetzt werden (Kostenerstattung an das Bundesverwaltungsamt [BVA]).

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Umsetzung einzelner Projekte durch den Deutschen Verkehrssicherheitsrat (DVR) im Auftrag des BMVI..	2 500
2. Förderung der Deutschen Verkehrswacht (DVW)..........................	3 000
3. Maßnahmen des BMVI...	6 000
Zusammen...	11 500

Die aufgeführten Maßnahmen werden im DVR abgestimmt.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
686 08 -680	Förderung des Normenwesens	756	756	756

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Förderung des DIN Normenausschusses Verpackungswesen (Gefahrgutverpackung)..	16
2. Förderung der Koordinierung Gefahrgut......................................	18
3. Förderung des DIN Normenausschusses Beförderung gefährlicher Güter - ISO-Projekt...	4
4. Förderung des DIN Normenausschusses Tankanlagen - CEN-Projekt...	82
5. Förderung des DIN Normenausschusses Heiz- und Raumlufttechnik..	21
6. Förderung des DIN Normenausschusses Druckgasanlagen........	33
7. Förderung des DIN Normenausschusses Beschichtungsstoffe und Beschichtungen - CEN-Projekt...	11
8. Förderung des DIN Normenausschusses Bauwesen..................	488
9. Förderung der DIN-Normenstelle Schiffs- und Meerestechnik (NSMT)..	70
10. Förderung der DIN-Normenstelle Schiffs- und Meerestechnik (NSMT) - ISO-Projekt..	13
Zusammen...	756

1202 Allgemeine Bewilligungen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
686 09 -790	Initiative Metadatenplattform und Förderung von Verkehrsinformationsdiensten	2 000	2 000 *1 640*	1 360

Verpflichtungsermächtigung.. 3 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 1 600 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 600 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 800 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Die Ausgaben sind mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 531 19.
3. Die Verpflichtungsermächtigung ist mit der Verpflichtungsermächtigung bei folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 531 19.
4. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.
5. Es wird zugelassen, dass die Ergebnisse der Forschungsvorhaben ausgewertet, dokumentiert, veröffentlicht und verbreitet werden.
6. Bei den FuE-orientierten Aufträgen und Zuwendungen, die aus diesem Titel finanziert werden, dürfen - auch in Kooperation mit Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft (insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen), mit Hochschulen und anderen Forschungseinrichtungen - auch rechtlich unselbständige Bundesbehörden und -einrichtungen mit FuE-Aufgaben einschließlich der Bundesanstalt für Straßenwesen (BASt) unmittelbar als Antragsteller oder Bieter auftreten. Die Feststellung der Auftragswürdigkeit bzw. Förderwürdigkeit erfolgt im Vergabeverahren nach VOF/VOL bzw. bei Projektanträgen im Rahmen eines ergebnisoffenen, wettbewerblichen Begutachtungsverfahrens gemäß den jeweiligen Förderrichtlinien. Die gewährten Haushaltsmittel werden den rechtlich unselbständigen Bundesbehörden und -einrichtungen mit FuE-Aufgaben im Wege der Zuweisung bereitgestellt.

Erläuterungen:

Die zu entwickelnde und aufzubauende Metadatenplattform soll allen Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmern, Privatpersonen, der öffentlichen Hand und Rundfunkanstalten den Zugriff auf und die Nutzung von verkehrlichen Daten des Individual- und öffentlichen Verkehrs erleichtern. Hierzu sollen Verknüpfungen der Plattform mit bestehenden Verkehrsinformationssystemen aller Verkehrsträger und sonstiger Quellen geschaffen werden. Darüber hinaus können Maßnahmen zur Vorbereitung der Zurverfügungstellung von entsprechenden Verkehrsinformationen gefördert werden. Ziel ist die Schaffung eines intermodalen Informationsangebotes für Jedermann.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
686 11 -165	Verkehrswissenschaftliche Einrichtungen	478	478	478

Haushaltsvermerk:

Die Erläuterungen sind hinsichtlich der Ausgabenansätze der einzelnen Zuwendungsempfänger / Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO verbindlich. Abweichungen bedürfen der Einwilligung des Bundesministeriums der Finanzen.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 686 11

Erläuterungen:

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	Finanzierungsanteil in Prozent ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
Institutionelle Förderung/Zuschüsse an Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO					
Deutscher Verkehrssicherheitsrat e. V. (DVR)... *- aus Kap. 1202 Tit. 686 11*	15,00	100,00	478	478	478

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
686 12 -165	Förderung der Verkehrswissenschaft	216	216	185

Haushaltsvermerk:

Von den Mitteln dürfen bis zu 32 T€ für die Verwendungsnachweisprüfung eingesetzt werden (Kostenerstattung an das Bundesverwaltungsamt [BVA]).

Erläuterungen:

Die Deutsche Gesellschaft für Ortung und Navigation (DGON) wird mit 20 T€ gefördert.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
687 02 -790	Beiträge an internationale Organisationen	9 507	9 561 *1 525*	8 875

Verpflichtungsermächtigung.. 8 550 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 450 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 450 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 450 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.. 450 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu.. 450 T€
im Haushaltsjahr 2020 bis zu.. 450 T€
im Haushaltsjahr 2021 bis zu.. 450 T€
im Haushaltsjahr 2022 bis zu.. 450 T€
im Haushaltsjahr 2023 bis zu.. 450 T€
im Haushaltsjahr 2024 bis zu.. 450 T€
im Haushaltsjahr 2025 bis zu.. 450 T€
im Haushaltsjahr 2026 bis zu.. 450 T€
im Haushaltsjahr 2027 bis zu.. 450 T€
im Haushaltsjahr 2028 bis zu.. 450 T€
im Haushaltsjahr 2029 bis zu.. 450 T€
im Haushaltsjahr 2030 bis zu.. 450 T€
im Haushaltsjahr 2031 bis zu.. 450 T€
im Haushaltsjahr 2032 bis zu.. 450 T€
im Haushaltsjahr 2033 bis zu.. 450 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Beiträge zu Nr. 16 der Erläuterungen fließen den Ausgaben zu (Beiträge der Länder zum Abfall-Übereinkommen in der Rhein- und Binnenschifffahrt).
3. Die Ausgaben dürfen auch für besondere Leistungen außerhalb des Mitgliedsbeitrags verwendet werden.

1202 Allgemeine Bewilligungen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 687 02

Erläuterungen:

Bezeichnung der Organisation Rechtsgrundlage und Zweck der Mitgliedschaft	Mitgliedsbeitrag der Bundesrepublik Deutschland (Pflichtleistungen)			Besondere (freiwillige) Leistungen außerhalb des Mitgliedsbeitrags in 1 000 € (gerundet)	Zusammen Spalte 4 + 5 in 1 000 €
	in Prozent	in Tausend-Fremdwährung (gerundet)	in 1 000 € (gerundet)		
1	2	3	4	5	6
1. Zentralkommission für die Rheinschifffahrt in Straßburg..........	20		515	8	523
Rechtsgrundlage: Revidierte Rheinschifffahrtsakte v. 17.10.1868					
Zweck: Sicherung und Fortbildung des internationalen Flussschifffahrtregimes, Sicherheit und Ordnung des Verkehrs					
2. Zwischenstaatliche Organisationen für den internationalen Eisenbahnverkehr in Bern (OTIF)...		629 CHF	512		512
Rechtsgrundlage: Beitritt					
Zweck: Schaffung, Durchführung u. Fortentwicklung einer einheitlichen Rechtsordnung für die Beförderung von Personen, Gepäck und Gütern					
3. Internationaler Ständiger Verband der Straßenkongresse in Paris					
Rechtsgrundlage: Beitritt (Kabinettbeschluss v. 13.01.1956)....			37		37
Zweck: Überregionale Entwicklung und Forschung im Straßenbau und Straßenverkehr					
4. Department of State, Washington Beitrag zu den Kosten des Betriebs eines internationalen Eiswachdienstes im Nordatlantischen Ozean..		130 USD	94		94
Rechtsgrundlage: Gesetz					
Zweck: Rechtzeitige Unterrichtung der deutschen Seeschifffahrt über die Eisbergbedrohung im Nordatlantik					
5. Internationales Hydrographisches Büro in Monaco.................	3,0		80	4	84
Rechtsgrundlage: Gesetz					
Zweck: Koordinierung der Tätigkeit aller nationalen hydrographischen Dienste sowie Vereinheitlichung der Seekarten und Seebücher					
6. Weltorganisation für Meteorologie in Genf (WMO)..................	8,0	5 271 CHF	4 294	90	4 384
Rechtsgrundlage: Gesetz					
Zweck: Koordinierung der meteorologischen Tätigkeiten in der Welt					
7. Internationale Seeschifffahrts-Organisation (IMO)...................	3,0	755 GBP	906		906
Rechtsgrundlage: Beitritt					
Zweck: Vorbereitung internationaler Regelungen auf den Gebieten der Schiffssicherheit, der Schiffsvermessung, des Meeresumweltschutzes und des öffentlichen und privaten Seerechts					
8. Moselkommission in Trier...	33,0		127	9	136
Rechtsgrundlage: Gesetz					
Zweck: Sicherung und Fortbildung des internationalen Flussschifffahrtregimes					
9. Sekretariat im Rahmen der Vereinbarung über die Hafenstaatkontrollen..			46		46
Rechtsgrundlage: Pariser Vereinbarung über die Hafenstaatkontrolle v. 26.01.1982					
Zweck: Sicherheitskontrolle von Schiffen unter fremden Flaggen					
10. Donaukommission...			228		228
Rechtsgrundlage: Kab.-Beschluss v. 16.12.87					
Zweck: Sicherung und Fortbildung des internationalen Flussschifffahrtregimes					
11. EuroNCAP...			45	-	45
Rechtsgrundlage: Beitritt 20.05.1998					
Zweck: Verbesserung der Fahrzeugsicherheit					

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 687 02

Bezeichnung der Organisation Rechtsgrundlage und Zweck der Mitgliedschaft	Mitgliedsbeitrag der Bundesrepublik Deutschland (Pflichtleistungen)			Besondere (freiwillige) Leistungen außerhalb des Mitgliedsbeitrags in 1 000 € (gerundet)	Zusammen Spalte 4 + 5 in 1 000 €
	in Prozent	in Tausend-Fremdwährung (gerundet)	in 1 000 € (gerundet)		
1	2	3	4	5	6
12. COSPAS/SARSAT-System	3,0	42 CAD	29		29
Rechtsgrundlage: Beitritt 31.08.1992					
Zweck: Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Such- und Rettungsdienste (SAR-Dienste)					
13. CEMT/Weltverkehrsforum ITF	22		932	1 220	2 152
Rechtsgrundlage: OECD - Haushalt					
Zweck: Ausrichtung des jährlichen Forums der CEMT - Europäische Verkehrsministerkonferenz					
14. ERIC ICOS			125		125
Rechtsgrundlage: Beitritt					
Zweck: Aufbau Integrated Carbon Observing System (ICOS)					
15. ERIC EuroArgo			30		30
Rechtsgrundlage: Beitritt					
Zweck: Förderung und Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Ozean- und Klimabeobachtung					
16. Internationale Ausgleichs- und Koordinierungsstelle			27		27
Rechtsgrundlage: Gesetz					
17. Sonstige			143	6	149
Zusammen			8 170	1 337	9 507

Differenzen durch Rundung möglich

Ausgaben für Investitionen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 / Reste 2013	Ist 2012
791 01 -790	Infrastrukturbeschleunigungsprogramm	26 000	290 000 *8 500*	432 470

Verpflichtungsermächtigung .... 451 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 57 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 68 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu .... 75 000 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu .... 84 000 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu .... 93 000 T€
im Haushaltsjahr 2020 bis zu .... 65 000 T€
im Haushaltsjahr 2021 bis zu .... 9 000 T€

Erläuterungen:

Finanzierung "Neubau der 5. Schleusenkammer in Brunsbüttel am Nord-Ostsee-Kanal".

Weniger entsprechend Programmverlauf.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
791 02 -790	Infrastrukturbeschleunigungsprogramm II	243 122	600 000	-

Haushaltsvermerk:

Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Kap. 1203 Tgr. 01, Kap. 1210 Tgr. 01 und Kap. 1222 Tit. 891 01.

Erläuterungen:

Das Gesamtvolumen wird auf die Verkehrsträger wie folgt aufgeteilt: Maßnahmen im Bereich der Bundesfernstraßen 117 014 T€, im Bereich der Bundeswasserstraßen 96 208 T€ und im Bereich der Bundesschienenwege 29 900 T€.

Weniger entsprechend Programmverlauf.

1202 Allgemeine Bewilligungen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
882 01 -430	Zuweisungen für Investitionen		4 500	

Haushaltsvermerk:

Die Leistung von Ausgaben für die Jahre ab 2008 bedarf einer vorherigen Leistung des entsprechenden Anteils (je Tranche rd. 78 Prozent) durch das Land Berlin.

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamt-ausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Nach 2013 übertra-gene Aus-gabereste 1 000 €	Veran-schlagt 2014 1 000 €	Vorbe-halten für 2015 ff 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7
1. Auftragsvolumen U 5 bis 2008..	150 800	122 409	5 600	7 750	4 500	10 541

Nach dem Hauptstadtvertrag mit dem Land Berlin vom 30. Juni 1994 hat sich der Bund u. a. verpflichtet, für den Bau der U-Bahnlinie 5, Abschnitt Alexanderplatz - Lehrter Bahnhof, bis zu max. 150,8 Mio. € an Zuwendungen nach Baufortschritt anteilig zu gewähren.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1226 Tit. 882 81	5 600	5 000

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
891 01 -742	Baukostenzuschüsse für Investitionen in die Schienenwege der nicht bundeseigenen Eisenbahnen	25 000	25 000	-

Verpflichtungsermächtigung.. 33 500 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 13 500 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 12 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 8 000 T€

Haushaltsvermerk:

Die Erläuterungen sind verbindlich.

Erläuterungen:

Der Bund hat mit dem Schienengüterfernverkehrsnetzförderungsgesetz (SGFFG) vom 7. August 2013 die gesetzlichen Voraussetzungen für die Förderung von Ausbau und Erhalt der Schienenwege der öffentlichen nicht bundeseigenen Eisenbahnen, die dem Schienengüterfernverkehr und nicht ausschließlich dem Schienengüternahverkehr und/oder dem Schienenpersonenverkehr dienen, geschaffen.

Dabei finanziert der Bund mit nicht rückzahlbaren Baukostenzuschüssen anteilig mit einer Quote in Höhe von maximal 50 von 100 Anteilen Investitionen in die Schienenwege der öffentlichen nicht bundeseigenen Eisenbahnen. Die Investitionen umfassen Ausbau sowie Ersatz dieser Schienenwege nach Maßgabe einer Förderrichtlinie im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel des Bundes. Die Kosten der Unterhaltung und Instandsetzung ihrer Schienenwege tragen die öffentlichen nicht bundeseigenen Eisenbahnen.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
892 02 -790	Rückbau der Transrapid-Versuchsanlage Emsland (TVE)	7 000	8 000 *9 050*	-

Verpflichtungsermächtigung.. 10 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 6 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 2 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 2 000 T€

Haushaltsvermerk:

1. Rückzahlungen der Systemindustrie fließen den Ausgaben zu.
2. **Rückzahlungen von Zuwendungen für die TVE fließen den Ausgaben zu.**

Besondere Finanzierungsausgaben

981 07 -890	Leistungen an Bundesbehörden zur Durchführung von ressortübergreifenden Aufgaben	-	-	(160)

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Epl. 12.

Titelgruppe 01

Tgr. 01	Raumordnung	(4 736)		

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind übertragbar.

532 14 -165	Modellvorhaben der Raumordnung (Raumordnerisches Aktionsprogramm)	3 479		

Verpflichtungsermächtigung.. 2 706 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 1 420 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 1 286 T€

Haushaltsvermerk:

1. **Die Ausgaben sind mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 687 11.**
2. **Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.**

Erläuterungen:

Die Modellvorhaben dienen der Umsetzung der Ziele des novellierten Raumordnungsgesetzes sowie der Leitbilder der Raumordnung, der Weiterführung der interkommunalen und interregionalen Zusammenarbeit sowie der Umsetzung des Europäischen Raumordnungskonzeptes sowie der territorialen Agenda der EU einschließlich der Interreg-Programme gemäß den Beschlüssen der Ministerkonferenz für Raumordnung vom 14. Juni 2000 und vom 30. Juni 2006.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1225 Tit. 532 85	3 709	2 664

1202 Allgemeine Bewilligungen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 01

532 17 -165	Demografischer Wandel - Sicherung der Mobilität in betroffenen Regionen	300		

Verpflichtungsermächtigung .... 2 840 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 240 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 1 600 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu .... 1 000 T€

Haushaltsvermerk:

1. **Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.**
2. **Es wird zugelassen, dass die Ergebnisse der einzelnen Maßnahmen der Initiative ausgewertet, veröffentlicht und verbreitet werden.**
3. **Von den Mitteln dürfen bis zu 5 Prozent für Projektmanagement eingesetzt werden.**

Erläuterungen:

Entwicklung und Umsetzung innovativer und integrierter Mobilitätskonzepte in Modellregionen sowie strategischer Bausteine zur Umsetzung regionalspezifischer Mobilitätskonzepte im Rahmen eines bundesweiten Förderprogramms. Aus den Ergebnissen des Modellvorhabens sollen Schlussfolgerungen für weitere Rahmensetzungen des Bundes und für regionale ÖPNV-Effizienzpotenziale gezogen werden. Aus den Mitteln dürfen auch Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit, begleitende Untersuchungen, Gutachten und sonstige Aufträge Dritter geleistet werden.

686 13 -422	Europäische territoriale Zusammenarbeit in der Raumentwicklung	292		

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamtausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Nach 2013 übertragene Ausgabereste 1 000 €	Veranschlagt 2014 1 000 €	Vorbehalten für 2015 ff 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7
1. Kosten der sog. "Technischen Hilfe" - INTERREG IV B und V B	**2 053**	**864**	**194**	**49**	**242**	**704**
2. VASAB	**500**	**300**	**50**	**-**	**50**	**100**
Zusammen	2 553	1 164	244	49	292	804

Die Zusammenarbeit im Rahmen des neuen Ziels 3 - "Europäische territoriale Zusammenarbeit" - der EU-Struktur- und Kohäsionsfonds dient der Kooperation im Bereich der europäischen Raumentwicklung (u. a. Umsetzung des Europäischen Raumentwicklungskonzeptes EUREK und der Territorialen Agenda der EU). Der Bund beteiligt sich an den Kosten der sog. "Technischen Hilfe". Hierzu gehören insbesondere die gemeinsamen Sekretariate, die Finanzabwicklung und Finanzkontrolle sowie die Evaluierung des Programms. Darüber hinaus wird die VASAB-Zusammenarbeit (Kooperation der für Raumordnung und -entwicklung zuständigen Minister der Ostseeanrainer- und Nachbarstaaten (Visions and Strategies around the Baltic Sea - VASAB)) mit 50 T€ pro Jahr unterstützt.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1225 Tit. 686 03	244	219

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 01

686 15 -422	Vorbereitung und nationale Kofinanzierung von Projekten der europäischen territorialen Zusammenarbeit	500		

Erläuterungen:

Der Bund unterstützt Projekte der europäischen territorialen Zusammenarbeit mit thematischen und räumlichen Schwerpunkten von besonderem Bundesinteresse.

Gefördert werden investitionsfördernde Maßnahmen in Zusammenarbeit mit den Partnerstaaten im Bereich der europäischen Raumentwicklung. Vorgesehen ist u. a. eine Beteiligung an europäischen Projekten mit Entwicklungscharakter im Bereich des Klimawandels, der demografischen Entwicklung und beim Umbau der regionalen Wirtschafts- und Siedlungsentwicklung. Schwerpunkte bilden Maßnahmen der Innovation, zum Schutz der Umwelt, zur Zugänglichkeit und zur nachhaltigen Stadtentwicklung.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1225 Tit. 686 05	500	292

687 11 -165	Beteiligung an EU-Netzwerken für Raumentwicklung	165		

Haushaltsvermerk:

1. **Die Ausgaben sind mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 532 14.**
2. **Zuschüsse der Europäischen Union (EU) für EU-Projekte fließen den Ausgaben zu.**
3. **Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.**

Erläuterungen:

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1225 Tit. 687 81	-	-

Titelgruppe 02

Tgr. 02	Digitale Infrastruktur	(13 038)		
544 21 -165	Forschung, Untersuchungen und Ähnliches	1 000		

Haushaltsvermerk:

1. **Die Ausgaben sind übertragbar.**
2. **Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.**

1202 Allgemeine Bewilligungen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu Titelgruppe 02			
685 21 -187	Computerspielepreis	250		

Haushaltsvermerk:

1. **Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.**
2. **Die Wirtschaft soll sich mindestens zur Hälfte an der Finanzierung des Preises beteiligen.**
3. **Aus den Ausgaben dürfen auch sächliche Verwaltungsausgaben geleistet werden.**

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0405 Tit. 685 13	300	197

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
894 21 -772	Förderung und Entwicklung von Informations- und Kommunikationstechnischen (IKT-)Infrastrukturen, Breitband	2 000		

Verpflichtungsermächtigung... 2 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 400 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 800 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 800 T€

Erläuterungen:

Mit der Breitbandstrategie setzt die Bundesregierung das Ziel, dass bis 2014 für 75 Prozent der Haushalte Anschlüsse mit Übertragungsraten von mindestens 50 Megabit pro Sekunde zur Verfügung stehen. Bis 2018 beabsichtigt die Bundesregierung, eine flächendeckende Verfügbarkeit von Breitbandanschlüssen mit dieser Bandbreite zu erreichen. Die Mittel werden insbesondere für ein Breitbandbüro und für den Breitbandatlas des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie bereitgestellt.

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0901 Tit. 894 21	2 000	6 639

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
894 22 -692	Zuschüsse zu den Umstellungskosten aus der Freigabe von Frequenzen ("Digitale Dividende")	9 788		

Erläuterungen:

Mit der Umsetzung der Breitbandstrategie des Bundes und der damit einhergehenden Nutzung der "Digitalen Dividende" für den drahtlosen Netzzugang zum Angebot von Telekommunikationsdiensten ist eine Verlagerung der bisher den Frequenzbereich 790 - 862 MHz nutzenden Funkanwendungen des Rundfunks und der Drahtlosen Produktionstechniken (Sekundärnutzer) erforderlich. Der Bund hat sich bereit erklärt, die aus dieser Maßnahme resultierenden Kosten in angemessener Form zu tragen.

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 894 22 (Titelgruppe 02)

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 0901 Tit. 894 22	9 576	884

Titelgruppe 04

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 *Reste 2013*	Ist 2012
Tgr. 04	Förderung des Kombinierten Verkehrs und privater Gleisanschlüsse	(106 750)	(106 750) *(12 000)*	

Haushaltsvermerk:

1. Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Kap. 1203 Tgr. 01, Kap. 1210 Tgr. 01 und Kap. 1222 Tit. 891 01.
2. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.

Erläuterungen:

Neben der Förderung des Neu- und Ausbaus öffentlicher Umschlaganlagen des Kombinierten Verkehrs (KV) zur Verlagerung von Gütertransporten von der Straße auf die Schiene und die Wasserstraße sowie der Errichtung und Reaktivierung von Gleisanschlüssen können Zuschüsse für KV-Ausrüstungen und für innovative Lösungen gewährt sowie Ausgaben für projektbegleitende Untersuchungen geleistet werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 *Reste 2013*	Ist 2012
531 41 -790	Studien und Untersuchungen für den Kombinierten Verkehr	50	50	94
892 41 -790	Zuschüsse an private Unternehmen für Investitionen in den Kombinierten Verkehr	92 700	92 700 *12 000*	52 542

Verpflichtungsermächtigung .... 124 577 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 31 877 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 18 540 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu .... 18 540 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu .... 18 540 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu .... 18 540 T€
im Haushaltsjahr 2020 bis zu .... 18 540 T€

Haushaltsvermerk:

Die Verpflichtungsermächtigung ist mit der Verpflichtungsermächtigung bei folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 892 42.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 *Reste 2013*	Ist 2012
892 42 -790	Investitionszuschüsse an private Unternehmen zur Errichtung, Ausbau und Reaktivierung von Gleisanschlüssen	14 000	14 000	14 282

Verpflichtungsermächtigung .... 5 600 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 2 800 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 2 800 T€

Haushaltsvermerk:

Die Verpflichtungsermächtigung ist mit der Verpflichtungsermächtigung bei folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 892 41.

1202 Allgemeine Bewilligungen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Titelgruppe 06			
Tgr. 06	Nationales Innovationsprogramm Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie	(65 000)	(59 025) *(36 611)*	

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Die Ausgaben folgender Titel sind gegenseitig deckungsfähig: 531 61, 683 61 und 891 61.
3. Die Ausgaben folgender Titel sind gegenseitig deckungsfähig: 682 61 und 682 62.
4. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.
5. Es wird zugelassen, dass die Ergebnisse der Forschungsvorhaben ausgewertet, dokumentiert, veröffentlicht und verbreitet werden.
6. Bei den FuE-orientierten Aufträgen und Zuwendungen, die aus dieser Titelgruppe finanziert werden, dürfen - auch in Kooperation mit Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft (insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen), mit Hochschulen und anderen Forschungseinrichtungen - auch rechtlich unselbständige Bundesbehörden und -einrichtungen mit FuE-Aufgaben einschließlich der Bundesanstalt für Straßenwesen (BASt) unmittelbar als Antragsteller oder Bieter auftreten. Die Feststellung der Auftragswürdigkeit bzw. Förderwürdigkeit erfolgt im Vergabeverahren nach VOF/VOL bzw. bei Projektanträgen im Rahmen eines ergebnisoffenen, wettbewerblichen Begutachtungsverfahrens gemäß den jeweiligen Förderrichtlinien. Die gewährten Haushaltsmittel werden den rechtlich unselbständigen Bundesbehörden und -einrichtungen mit FuE-Aufgaben im Wege der Zuweisung bereitgestellt.

Erläuterungen:

In den Jahren 2006 bis 2016 sollen für ein Langfristprogramm zur Förderung der Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie in Deutschland insgesamt 1 Mrd. € mobilisiert werden. Dieses Nationale Investitionsprogramm Wasser- und Brennstoffzellentechnologie soll zu gleichen Anteilen von je 500 Mio. € von der Bundesregierung und der deutschen Wirtschaft, insbesondere der Automobil- und Mineralölindustrie sowie der Energiewirtschaft finanziert werden. Es dient dem Erhalt und Ausbau der Technologieführerschaft der deutschen Industrie, der Sicherung zukunftsfähiger Arbeitsplätze und leistet zugleich einen wichtigen Beitrag für eine sichere und nachhaltige Energieversorgung und den Klimaschutz. Die Bundesregierung hat in den zurückliegenden 30 Jahren die Erforschung und Entwicklung der Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie aktiv gefördert und damit u. a. wichtige Grundlagen geschaffen, um im Bereich Mobilität und Wohnen die Abhängigkeit vom Öl künftig zu verringern. Durch die gezielte Unterstützung und die Förderung der entstehenden Wasserstoff- und Brennstoffzellenbranche (insbesondere Automobilindustrie, Anlagenbau, Heiz- und Energietechnik, Gasindustrie) bietet sich die große Chance, diesen Prozess positiv zu beeinflussen und die - für den Standort Deutschland wichtige - Marktentwicklung zu beschleunigen. Dafür ist ein gezieltes, mehrjähriges Forschungs-, Entwicklungs- und Demonstrationsprogramm mit Beteiligung industrieller Partner erforderlich. Das Programm dient als weiterer Baustein der Umsetzung der "Kraftstoffstrategie" der Bundesregierung.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 06

531 61 -642	Studien, Untersuchungen, Gutachten sowie Projektbegleitung	1 775	1 000 *2 128*	858

Verpflichtungsermächtigung.. 825 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 425 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 400 T€

Haushaltsvermerk:

Die Verpflichtungsermächtigung ist mit den Verpflichtungsermächtigungen bei folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: 683 61 und 891 61.

Erläuterungen:

Arbeitsthemen sind insbesondere die Erstellung einer "Wasserstoff- und Brennstoffzellen-Roadmap" für Deutschland, Fragen zur Standardisierung von Regelwerken, Sicherheitsanforderungen, Aus- und Weiterbildung sowie bilaterale, europäische (insbesondere European Hydrogen and FuelCell Technology Platform, "HFP") und internationale Kooperation (Internationale Partnerschaft für die Wasserstoff-Wirtschaft, "IPHE", und der IEA "Hydrogen Coordination Group").

682 61 -642	Verwaltungsausgaben der NOW GmbH	1 880	1 874 *1 199*	1 499

Haushaltsvermerk:

Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 683 61.

Erläuterungen:

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent		Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
	mit	ohne			
	Eigenmittel		1 000 €	1 000 €	1 000 €
1	2	3	4	5	6
Institutionelle Förderung/Zuschüsse an Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO					
NOW GmbH Nationale Organisation Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie................ *- aus Kap. 1202 Tit. 682 61*	100,00		1 880	1 874	1 499

682 62 -642	Verwaltungsausgaben des Projektträgers	1 000	1 000 *422*	578

Verpflichtungsermächtigung... 3 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 1 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu... 1 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 1 000 T€

1202 Allgemeine Bewilligungen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu Titelgruppe 06			
683 61 -642	Zuwendungen im Rahmen der Umsetzung des nationalen Innovationsprogramms Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie Verpflichtungsermächtigung........ 8 779 T€ davon fällig: im Haushaltsjahr 2015 bis zu........ 5 597 T€ im Haushaltsjahr 2016 bis zu........ 3 182 T€ Haushaltsvermerk: 1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: 682 61. 2. Die Verpflichtungsermächtigung ist mit den Verpflichtungsermächtigungen bei folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: 531 61 und 891 61. Erläuterungen: Verstärkung der Grundlagenforschung, z. B. zur Verbesserung der Effizienz und Lebensdauer sowie zur Senkung der Gesamtkosten von Brennstoffzellen sowie zur wirtschaftlichen Nutzung von Wasserstofftechnologien (Arbeitsthemen u. a. die Lösung von Fragen der Materialentwicklung, Wasserstoff-Speicher- und Produktionstechnologien).	20 385	18 251	26 955
891 61 -642	Modellvorhaben und Demonstrationsprojekte im Bereich nationales Innovationsprogramm Wasserstoff und Brennstoffzellentechnologie Verpflichtungsermächtigung........ 12 964 T€ davon fällig: im Haushaltsjahr 2015 bis zu........ 10 946 T€ im Haushaltsjahr 2016 bis zu........ 2 018 T€ Haushaltsvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung ist mit den Verpflichtungsermächtigungen bei folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: 531 61 und 683 61. Erläuterungen: Der Auf- und Ausbau von PPP-Pilot- und Demonstrationsprojekten zielt auf eine breite Marktvorbereitung und -durchdringung mittels Systemintegration neuer Technologien ab (z. B. Vorserienproduktion bei der Brennstoffzelle als Blockheizwerk für industrielle Anwendungen; Errichtung von Pilotanlagen für die Brennstoffzelle zur Hausenergieversorgung; Aufbau eines Tankstellen-Korridors und Ausbau der mobilen Wasserstoffflotte mit neuer Technologie; neue Wasserstoff-Anwendungsformen in der Schifffahrt und im Luftverkehr).	39 960	36 900 *32 862*	37 979
	Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel			
683 41 -790	Zuschüsse an private Unternehmen zur Förderung neuer Verkehre im Kombinierten Verkehr		-	-
896 03 -729	Bau einer Straßenverbindung im Dreiländereck der Euroregion Neiße (Zittau/Reichenau/Grottau)		- *1 000*	-
896 04 -790	Zuschuss zum Erweiterungsbau des Großaquariums des Ozeaneums in Stralsund		-	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	In Vorjahren weggefallene Titel mit Ausgaberest			
686 02 -693	Innovative Mobilitätskonzepte		*4*	347
713 71 -693	Aufwendungen für Bundesfernstraßen (August-Hochwasser 2002)		*7 228*	25 666
891 71 -693	Aufwendungen für Eisenbahnen des Bundes und Bundeseisenbahnvermögen (August-Hochwasser 2002)		*25 997*	-215

1203 Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes - Bundeswasserstraßen -

Vorbemerkung

Nach Artikel 89 des Grundgesetzes verwaltet der Bund die Bundeswasserstraßen und nimmt die über den Bereich eines Landes hinausgehenden staatlichen Aufgaben der Binnenschifffahrt sowie die Aufgaben der Seeschifffahrt, die ihm durch Gesetz übertragen worden sind, wahr. Die hierfür zuständigen bundeseigenen Behörden sind die Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt (GDWS) als Mittelbehörde mit Außenstellen (ASt) sowie nachgeordneten Wasser- und Schifffahrtsämtern und Neubauämtern (WSA) als Unterbehörden. Die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung (WSV) des Bundes ist auch mit der Durchführung von Bauaufgaben für das Bundesministerium der Verteidigung und für Maßnahmen der zivilen Verteidigung nach dem Verkehrssicherstellungsgesetz (VSG) im Bereich des Wasserbaus beauftragt.

In diesem Kapitel sind ebenfalls die Ausgaben für die Bundesanstalt für Wasserbau, die Bundesanstalt für Gewässerkunde und für die Bundesanstalt für Verwaltungsdienstleistungen (BAV) veranschlagt.

Die Bundesanstalt für Wasserbau (BAW) ist eine Bundesoberbehörde mit Sitz in Karlsruhe und einer Außenstelle in Hamburg. Die Anstalt ist das zentrale wissenschaftliche eigenständige Institut der WSV für die wissenschaftlich-technische Versuchs- und Forschungsarbeit und die praxisbezogene Beratung der WSV in den Fachgebieten Bautechnik, Geotechnik und Wasserbau.

Die Bundesanstalt für Gewässerkunde (BfG) ist eine Bundesoberbehörde mit Sitz in Koblenz und einer Versuchsstelle auf der Rheininsel Niederwerth. Sie ist das zentrale wissenschaftliche eigenständige Institut des Bundes für die wissenschaftlich-technische Versuchs- und Forschungsarbeit und die praxisbezogene Beratung der WSV in den Fachgebieten Gewässerkunde, Wasserwirtschaft und Gewässerschutz.

Die BAW und BfG unterstützen das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) und die Behörden der WSV gemäß § 45 Absatz 3 Bundeswasserstraßengesetz im Rahmen der Planung, des Ausbaus, des Neubaus, des Betriebs und der Unterhaltung der Bundeswasserstraßen sowie auch andere Bundesressorts in fachspezifischen Fragestellungen zu den Bundeswasserstraßen.

Die Bundesanstalt für Verwaltungsdienstleistungen mit Hauptsitz in Aurich sowie Außenstellen in Hannover, Kiel, Koblenz, Magdeburg und Münster ist eine Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des BMVI. Sie ist am 1. Juli 2013 durch das damalige Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung errichtet worden. Die BAV führt in alleiniger Zuständigkeit im Geschäftsbereich des BMVI Aufgaben aus den Bereichen Personal, Organisation, Beihilfe und Versorgung aus.

Überblick zum Kapitel 1203	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	182 220	182 220	-		175 663
Übrige Einnahmen	23 271	23 276	-5		21 886
Gesamteinnahmen	205 491	205 496	-5		197 549
Ausgaben					
Personalausgaben	697 002	690 891	+6 111	8 567	673 208
Sächliche Verwaltungsausgaben	309 099	311 105	-2 006	7 789	398 050
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	1 408	1 408	-		1 808
Ausgaben für Investitionen	882 856	881 475	+1 381	70 339	776 387
Besondere Finanzierungsausgaben	-	-	-	16	-
Gesamtausgaben	1 890 365	1 884 879	+5 486	86 711	1 849 453
davon flexibilisiert	242 015	238 705	+3 310	52 567	250 147
davon nicht flexibilisiert	1 648 350	1 646 174	+2 176	34 144	1 599 306
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung	753 090 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu	388 250 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu	235 920 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu	98 220 T€				
im Haushaltsjahr 2018 bis zu	20 400 T€				
im Haushaltsjahr 2019 bis zu	10 300 T€				

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
111 01 -712	Gebühren, sonstige Entgelte	83 500	83 500	74 049

Haushaltsvermerk:

Von den Einnahmen dürfen auch die Ausgaben für das Inkasso der Befahrungsabgaben für den Nord-Ostsee-Kanal abgesetzt werden.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Schifffahrts- und Befahrungsabgaben und zwar für	
1.1 Nord-Ostsee-Kanal	26 000
1.2 abgabepflichtige norddeutsche Bundeswasserstraßen im Binnenbereich	32 800
1.3 abgabepflichtige süddeutsche Bundeswasserstraßen	15 500
2. Brücken-, Fähr- und Hafenabgaben	1 400
3. Kosten (Gebühren und Auslagen) nach den Kostenverordnungen für Amtshandlungen der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes	
3.1 schifffahrtsbezogene Gebühren (BinSchKostV + WSV-See-KostV)	3 000
3.2 wasserstraßenbezogene Gebühren (WaStrG-KostV)	1 000
4. Entgelt für die Abgabe von Wasser an Dritte	3 300
5. Erstattung von Prozesskosten	-
6. Eintrittsgelder für die Besichtigung von Anlagen und Modellsammlungen der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung	300
7. Sonstige Gebühren	200
Zusammen	83 500

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
111 06 -731	Lotsabgaben und Einnahmen aus Lotseinrichtungen	73 900	73 900	70 631

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Lotsabgaben	73 250
2. Einnahmen aus Lotseinrichtungen	650
Zusammen	73 900

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
112 01 -712	Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten	670	670	731

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Vertragsstrafen	-
2. Geldbußen	670
Zusammen	670

1203 Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes
- Bundeswasserstraßen -

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
119 01 -712	Einnahmen aus Veröffentlichungen	350	350	242

Erläuterungen:

Vertrieb von Veröffentlichungen, Verkauf von Ausschreibungsunterlagen. Abgabe der Mitteilungsblätter der BAW.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
119 99 -712	Vermischte Einnahmen	3 500	3 500	5 895

Haushaltsvermerk:

1. Mehreinnahmen zu Nr. 1 der Erläuterungen sind wegen rechtsverbindlicher Verwendungsauflage bei Aufträgen Dritter zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Tgr. 04.
2. Mehreinnahmen zu Nr. 2 der Erläuterungen sind wegen rechtsverbindlicher Verwendungsauflage bei Aufträgen Dritter zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Tgr. 05.
3. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass auf die Erstattung der Kosten für die im Rahmen der "Kieler Woche" und der "Travemünder Woche" eingesetzten Schiffe/Boote und Tonnen der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes mit Einwilligung des Bundesministers der Finanzen teilweise verzichtet werden kann.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Einnahmen aus Aufträgen Dritter	-
2. Einnahmen zu Forschungsaufträgen	-
3. Sonstiges	3 500
Zusammen	3 500

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
124 01 -712	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	16 000	16 000	17 645

Haushaltsvermerk:

1. Dem Sozialwerk der Bundesverkehrsverwaltung dürfen vom Bundesministerium für Verkehr **und digitale Infrastruktur** für Zwecke seines Geschäftsbereichs vorübergehend nicht benötigte bundeseigene Liegenschaften nach den Richtlinien des Bundesministeriums der Finanzen und im Einvernehmen mit diesem als Ferienwohnheime mietzinsfrei überlassen werden. Das Sozialwerk hat im Regelfall die Betriebskosten zu übernehmen und sich an den Kosten für Bauunterhaltungs-, Modernisierungs-, Umbau- und Erstinstandsetzungsmaßnahmen angemessen zu beteiligen.
2. Nach § 63 Abs. 4 BHO in Verbindung mit § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass mit In-Kraft-Treten der "VV-WSV 2604 Nutzungsentgelte" bundeseigene Land- und Wasserflächen eingetragenen Vereinen der Sport- und Freizeitschifffahrt, die einem vom Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) anerkannten Spitzenverband des Sports angehören, bzw. deren Gemeinnützigkeit anerkannt und

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Noch zu Titel 124 01				
	nachgewiesen ist, ab 1.1.2010 gegen ein um die Hälfte ermäßigtes Entgelt überlassen werden.			
	3. Zu erstattende Beträge dürfen, auch wenn sie in einem früheren Haushaltsjahr vereinnahmt worden sind, aus den Einnahmen gezahlt werden.			
131 01 -712	Einnahmen aus der Veräußerung von unbeweglichen Sachen	1 300	1 300	479
132 01 -712	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	3 000	3 000	5 991

Haushaltsvermerk:

Ausgaben für die Veräußerung von beweglichen Sachen dürfen vorweg von den Einnahmen abgesetzt werden.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Verkauf von Schrott und Bergungsgut	1 100
2. Verkauf von Kraftfahrzeugen	950
3. Verkauf von schwimmenden Geräten	700
4. Sonstiges	250
Zusammen	3 000

Übrige Einnahmen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
182 01 -411	Darlehens-, Zins- und Tilgungsrückflüsse	5	10	14
232 02 -731	Erstattung von Ausgaben für die Bekämpfung von Meeresverschmutzungen im See- und Küstenbereich (Vorsorge und Abwehr) durch die Küstenländer	250	250	348

Erläuterungen:

Nach der zz. geltenden Vereinbarung zwischen dem Bund und den Küstenländern über die Bekämpfung von Meeresverschmutzungen vom 27. April 1995 werden die im Rahmen des Systemkonzepts erforderlichen Beschaffungen von Fahrzeugen und Geräten zur Schadstoffunfallbekämpfung in Bund- und Ländermaßnahmen aufgeteilt und von den jeweils zuständigen Partnern finanziert. Betrieb und Unterhaltung der Fahrzeuge und Geräte sowie Übungen und Schulungen zur Schadstoffunfallbekämpfung werden als gemeinsame Maßnahme durch Bund und Länder nach einem vereinbarten Kostenschlüssel getragen, wobei der Bundesanteil 50 Prozent beträgt.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
232 03 -731	Erstattung von Bauleitungsausgaben durch Bundesländer und sonstige Dritte	3 340	3 340	3 445

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Maßnahmen am Nord-Ostsee-Kanal	-
2. Bau des Elbe-Seitenkanals, Finanzierungspartner: Hamburg Ausbau des Mittellandkanals, Finanzierungspartner: Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Hamburg und Bremen	1 630
3. Anpassungsmaßnahmen an der Mittelweser, Finanzierungspartner: Bremen	100
4. Ausbau des Küstenkanals, Finanzierungspartner: Bremen	-

1203 Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes - Bundeswasserstraßen -

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 232 03

Bezeichnung	1 000 €
5. Ausbau des westdeutschen Kanalnetzes, Finanzierungspartner: Nordrhein-Westfalen	710
6. Oberrhein-Ausbau, Finanzierungspartner: Frankreich, Baden-Württemberg	300
7. Ausbau der Saar, Finanzierungspartner: Rheinland-Pfalz, Saarland	600
8. Maßnahmen an der Mosel, Finanzierungspartner: Luxemburg	-
Zusammen	3 340

zu 4.: Gemäß Vereinbarung Bund/Senat Bremen leistet das Land Bremen erst nach Fertigstellung seinen Finanzbeitrag.

Die Bauleitungsausgaben für Investitionsmaßnahmen mit Finanzierungspartnern (z. B. Bundesländer) sind in der Tgr. 01 veranschlagt. Die von den Partnern zu erstattenden Anteile für die Bauleitung werden bei Tit. 232 03 vereinnahmt.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
236 01 -712	Erstattungen von Verwaltungsausgaben	72	72	-

Erläuterungen:

Erstattung von Personalausgaben durch die Pflegekasse gem. § 46 des Pflegeversicherungsgesetzes sowie für die der BKK zugewiesenen Beamtinnen und Beamten.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
261 01 -712	Erstattung von Verwaltungsausgaben durch Dritte	18 500	18 500	17 140

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Erstattung von Aufwendungen durch die Internationale Mosel-GmbH nach dem Moselvertrag:	
1.1 Art. 19 Abs. 1 a Abgabenerhebung	230
1.2 Art. 19 Abs. 1 c Schleusenbetrieb	2 900
1.3 Art. 19 Abs. 1 d Pauschale für Unterhaltung	3 300
2. Erstattung von Aufwendungen zur Unterhaltung von Anlagen der WSV; davon 1 700 000 € von der Stadt Frankfurt (Main) für die Unter-Main-Kraftwerke Griesheim und Eddersheim	2 300
3. Kostenerstattung nach der Kostenerstattungsvorschrift (KEV) für Leistungen für Dritte	8 900
4. Erstattung von sonstigen Aufwendungen	250
5. Verwaltungskostenzuschläge sowie Erstattung von Personal- und sächlichen Verwaltungsausgaben bei der Durchführung von Aufträgen für Bundesbehörden und Dritte, soweit diese Ausgaben nicht aus den Tit. 427 49 bis 812 41 geleistet werden	600
6. Erstattung von Reisekosten	20
Zusammen	18 500

Zu 6.:
Reisekostenvergütungen, die von Dritten im Rahmen des Auslagenersatzes (z. B. bei der Durchführung von Maßnahmen nach der Schiffseichordnung und der Schiffsuntersuchungsordnung) zu erstatten sind, soweit die Ausgaben nicht aus Tit. 527 41 geleistet werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
281 01 -731	Erstattung der Bauleitungsausgaben zur Beseitigung von Bergschäden an den westdeutschen Kanälen und am Niederrhein	1 104	1 104	939

Erläuterungen:

Bauleitungsausgaben, die für die Beseitigung von Schäden an den Kanalanlagen (Böschungen, Dämmen und Anlagen) im Bereich der westdeutschen Kanäle und am Niederrhein durch bergbauliche Maßnahmen entstehen. Die Wiederinstandsetzungskosten sind von den Bergbauunternehmern zu tragen.

282 08 -061	Einnahmen aus Prämienzahlungen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Kap. 1203 flexibilisierter Bereich.

Erläuterungen:

Die Höhe der Prämienzahlung richtet sich nach der Leitlinie für die Gewährung einer Einmalprämie im Zusammenhang mit der Flächenoptimierung dienstlich genutzter Liegenschaften durch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben. Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben hat für Prämienzahlungen Vorsorge in ihrem Wirtschaftsplan getroffen.

381 01 -890	Leistungen von Bundesbehörden zur Durchführung von Aufträgen	-	-	(3 939)

Haushaltsvermerk:

1. Mehreinnahmen sind wegen verbindlicher Vereinbarung mit anderen Bundesbehörden zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Tgr. 04.
2. Mehreinnahmen zu Forschungsaufträgen sind wegen verbindlicher Vereinbarung mit anderen Bundesbehörden zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Tgr. 05.

381 04 -890	Erstattung der Ausgaben für die Schleusen der 4. Hafeneinfahrt Wilhelmshaven	-	-	(1 098)

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind wegen verbindlicher Vereinbarung mit anderen Bundesbehörden zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 428 11, 521 11 und 521 12.

Erläuterungen:

Erstattung der Personal- und Betriebsausgaben für die Schleusen der 4. Hafeneinfahrt Wilhelmshaven.

Die Erstattungen werden im Juli und Dezember des laufenden Haushaltsjahres vorgenommen.

382 07 -890	Lotsgeld, Entgelte der Kanalsteurer auf dem Nord-Ostsee-Kanal	-	-	(165 450)

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind als den Haushalt durchlaufende Gelder zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 982 07.

1203 Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes - Bundeswasserstraßen -

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Noch zu Titel 382 07				
	Erläuterungen: Durchlaufende Fremdgelder.			
382 08 -890	Befahrungsabgaben, die für Dritte erhoben werden	-	-	(4 798)

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind als den Haushalt durchlaufende Gelder zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 982 07.

Erläuterungen:

Durchlaufende Fremdgelder:

1. Befahrungsabgaben für die Mosel,
2. Abgaben für die Benutzung der Duisburg-Ruhrorter Häfen bei der Durchfahrt vom Rhein-Herne-Kanal zum Rhein.

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

1. Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.
   Ausgenommen sind Tit. 429 01, Tgr. 01, Tgr. 03, Tgr. 04 und Tgr. 05.
2. **Einsparungen bei den in die Flexibilisierung nach § 5 HG einbezogenen Titeln der Hgr. 4, 5 und 8 dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 981 06.**
3. Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Kap. 1203 flexibilisierter Bereich dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 282 08.
4. **Einnahmen aus Grundstücksveräußerungen fließen den Ausgaben zu.**

Personalausgaben

429 01 -712	Nicht aufteilbare Personalausgaben	3 900	3 900	3 578

Erläuterungen:

Pauschale Arbeitgeberzuwendung für die zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung bei der Knappschaft-Bahn-See (KBS) -Rentenzusatzversicherung-.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Sächliche Verwaltungsausgaben			
518 02 -712	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	22 743	22 743	23 003

Verpflichtungsermächtigung.. 1 800 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 300 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 400 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 400 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.. 400 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu.. 300 T€

Haushaltsvermerk:

1. **Erstattungen Dritter fließen den Ausgaben zu.**
2. Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.

525 02 -712	Kosten der unentgeltlichen Unterbringung und Verpflegung	427	427	390

Haushaltsvermerk:

1. Einnahmen aus der Selbstbewirtschaftung fließen den Selbstbewirtschaftungsmitteln zu.
2. Erstattungen Dritter fließen den Ausgaben zu.
3. Die Mittel für die unentgeltliche Verpflegung durch die Berufsbildungszentren in Koblenz und Kleinmachnow dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Berufsbildungszentrum Koblenz	125
2. Sonderstelle für Aus- und Fortbildung	232
3. Berufsbildungszentrum Kleinmachnow	70
4. Sonstige	-
Zusammen	427

Bis zum 31.12.2012 nicht verbrauchte Selbstbewirtschaftungsmittel: 10 328 € (beim Berufsbildungszentrum Koblenz).

Die Verwaltungsangehörigen werden während der Ausbildungs- und Fortbildungslehrgänge und in geringerem Umfang bei sonstigen Dienstreisen unentgeltlich untergebracht und verpflegt. Dafür werden die Reisekostenvergütungen und Trennungsgelder bestimmungsgemäß gekürzt.

Bei den Berufsbildungszentren werden in geringem Umfang auch Lehrgänge Dritter durchgeführt. Die Einnahmen an Verpflegungsgeld fließen den Ausgabemitteln zu.

531 01 -712	Entschädigungs- und Ersatzleistungen	665	665	518

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Tgr. 01.

1203 Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes - Bundeswasserstraßen -

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 531 01

Erläuterungen:

Entschädigungs- und Ersatzleistungen aus Haftungstatbeständen (insbesondere bei Kfz-, Schiffsunfällen und Leistungen von Zahlungen bei Schadensfällen durch die Zuweisung von Notliegeplätzen sowie bei Verkehrssicherung).

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
532 05 -045	Ausbildung von Schiffsoffizieren der Handelsmarine für Aufgaben der zivilen Notfallvorsorge und des Krisenmanagements	200	200	191
546 01 -712	Ausgaben, die durch die Besichtigung von Anlagen und Modellsammlungen der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung und durch Beschickung von Ausstellungen entstehen	300	300	281

Haushaltsvermerk:

Erstattungen Dritter fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Aufsicht und Führung	100
2. Reinigung, Beleuchtung und Heizung der Ausstellungsräume	100
3. Beschaffung der Eintrittskarten, Wassergeld und sonstige Sachausgaben	60
4. Sonstiges	40
Zusammen	300

Es handelt sich um folgende Anlagen:

1. Wasserstraßenkreuz und Ausstellung in Minden,
2. Schiffshebewerke Henrichenburg und Lüneburg sowie Ausstellungen,
3. Leuchttürme und Radartürme,
4. Schleusen des Nord-Ostsee-Kanals, Ausstellung in Kiel-Holtenau und Brunsbüttel,
5. Hebewerk Niederfinow.

Den Ausgaben stehen Einnahmen aus Eintrittsgeldern bei Tit. 111 01 in Höhe von 300 T€ gegenüber.

Besondere Finanzierungsausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
981 06 -890	Leistungen an Dienstleistungszentren des Bundes zur Durchführung von Aufgaben im Rahmen der Erprobung des DLZ-Projekts	-		

Haushaltsvermerk:

1. **Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei den in die Flexibilisierung nach § 5 HG einbezogenen Titeln des Kap. 1203 geleistet werden.**
2. **Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Tgr. 01 mit Ausnahme folgender Titel: 634 13, 711 11, 712 11, 752 11, 752 12, 780 11, 780 12 und 780 14.**

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
982 07 -890	Durchleitung von Fremdgeldern	-	- *16*	(170 270)

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: 382 07 und 382 08.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Titelgruppe 01

Tgr. 01	Bau und Betrieb der Bundeswasserstraßen	(1 544 044)	(1 536 702) *(29 775)*	

Haushaltsvermerk:

1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Kap. 1202 Tit. 791 02 und Tgr. 04.
2. Einsparungen bei folgenden Titeln: Hgr. 4 dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 634 13.
3. **Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 981 06.**
4. **Einsparungen bei folgenden Titeln: Hgr. 5 dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 531 01.**
5. Die Ausgaben folgender Titel sind gegenseitig deckungsfähig: Hgr. 5, Hgr. 6, Hgr. 7 und Hgr. 8 mit Ausnahme des Titels 634 13.
6. Erstattungen und Kostenbeteiligungen Dritter fließen den Ausgaben zu.
7. Nach § 63 Abs. 4 BHO in Verbindung mit § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass bei Maßnahmen nach der Vereinbarung zwischen dem Bund und den Küstenländern über die Bekämpfung von Meeresverschmutzungen für die anteilmäßige Erstattung durch die Küstenländer nur die zusätzlichen Ausgaben zugrunde gelegt werden, die der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes in Ausführung der Maßnahmen unmittelbar entstanden sind, sofern von den Küstenländern entsprechend verfahren wird.
8. Ausgaben für Voruntersuchungen und für die Bauleitung dürfen geleistet werden außer für die Wasserstraßeninvestitionen des Bundes auch für Maßnahmen zur Beseitigung von Bergschäden an den westdeutschen Kanälen und am Niederrhein sowie für den Bau von Anlagen und die Unterhaltung von Grundstücken/ baulichen Anlagen der Bundeswehr einschl. Maßnahmen für zivile Infrastruktur von militärischem Interesse (Kap. 1412).
9. Im Zuge der Abgabe und Übertragung von bundeseigenen Wasserstraßenabschnitten an Länder und Kommunen können Ablösungen und Finanzierungsbeiträge zur Reaktivierung dieser Gewässer gezahlt werden.
10. Auf der Basis der völkerrechtlichen Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen dürfen Ausgaben bis zu 17.500 T€ zur gemeinsamen Verbesserung der Situation an den Wasserstraßen auf polnischem Hoheitsgebiet im Bereich Dammscher See, Klützer Querfahrt und Westoder (Hochwasserschutz, Abfluss- und Schifffahrtsverhältnisse) geleistet werden.

Erläuterungen:

1. Unterhaltung der Bundeswasserstraßen und Betrieb ihrer Anlagen

1.1 Das Netz der Bundeswasserstraßen umfasst rd. 7 350 km Binnenwasserstraßen und rd. 23 000 qkm Seewasserstraßen. Von den Binnenwasserstraßen entfallen rd. 6 600 km auf Binnenschifffahrtsstraßen und rd. 750 km auf Seeschifffahrtsstraßen. 2 830 km der Netzlänge der Binnenwasserstraßen sind freie/geregelte Flussstrecken, 2 790 km staugeregelte Flussstrecken und 1 730 km Kanalstrecken. Zu den wichtigsten Bauwerken zählen rd. 350 Schleusenanlagen, rd. 300 Wehranlagen, vier Schiffshebewerke, acht Sperrwerke und rd. 1 000 Brücken.

1.2 Zur Wahrnehmung der Betriebs- und Unterhaltungsaufgaben hält die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung eigenes Personal, Werkstätten sowie einen

1203 Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes - Bundeswasserstraßen -

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Fahrzeug- und Gerätepark vor. Ein Teil der Unterhaltungsaufgaben wird an Privatunternehmen vergeben.			
	1.3 In dieser Tgr. sind sämtliche Ausgaben des Regiebetriebes der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung veranschlagt, die von den Dienststellen unterhalb der Amtsebene (Außenbezirke, Bauhöfe, Betriebsstellen und andere Sondereinrichtungen) und von der Fachstelle für Verkehrstechniken durchgeführt werden. Hierzu gehören auch die Vorsorge und Abwehr im Rahmen der Bekämpfung von Verschmutzungen durch Öl und andere Schadstoffe sowie die Beseitigung von Wracks im See- und Küstenbereich.			
	2. Ausbau- und Ersatzmaßnahmen an Bundeswasserstraßen			
	2.1 Das Netz der Bundeswasserstraßen wird durch Ausbaumaßnahmen ständig verbessert, rationalisiert und den veränderten Anforderungen angepasst. An einigen Ausbauvorhaben beteiligen sich die Bundesländer und Dritte aufgrund besonderer Abkommen und Verträge.			
	2.2 An den von ihr betriebenen Stauanlagen der Bundeswasserstraßen ist die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung gemäß WHG § 34 Abs. 3 für die Erhaltung und Wiederherstellung der ökologischen Durchgängigkeit zuständig. Dazu sind der Bau oder die Erneuerung von Fischpässen oder Umgehungsgerinnen als Fischwanderhilfen erforderlich.			
	2.3 Aufgrund der Altersstruktur der Anlagen, die insgesamt ein Anlagevermögen von rd. 40,0 Mrd. € darstellen, fallen ständig Ersatzinvestitionen an. Der größte Teil der Ersatzinvestitionen wird im Rahmen laufender Ausbauprogramme durchgeführt. Ein erheblicher Teil der Ersatzinvestitionen wird aber auch außerhalb dieser Programme als Einzelmaßnahmen vorgenommen.			
	2.4 In dieser Tgr. sind auch die Ausgaben für Voruntersuchungen und für die Bauleitung veranschlagt.			
	2.5 Die von Bundesländern und sonstigen Dritten zu tragenden Anteile für die Bauleitung werden bei Tit. 232 03 bzw. Tit. 281 01 vereinnahmt.			
422 11 -731	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	26 667	26 784	25 942
427 19 -731	Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige	28 453	23 667	22 887
	Haushaltsvermerk:			
	§ 20 Abs. 1 BHO findet keine Anwendung.			
	Ausgaben dürfen nur geleistet werden, solange keine freien Stellen der gleichen oder einer höheren Entgeltgruppe bei Tit. 428 11 vorhanden sind.			
428 11 -731	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	432 947	433 315	414 428
	Haushaltsvermerk:			
	Mehrausgaben verursacht durch die Schleusen der 4. Hafeneinfahrt Wilhelmshaven dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 381 04.			
453 11 -731	Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen	1 085	1 085	464
511 11 -731	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	8 500	8 500	11 847
514 11 -731	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	50 000	50 000	64 595

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 01

521 11 -731	Unterhaltung der Bundeswasserstraßen	54 436	56 387	70 248

Verpflichtungsermächtigung.. 40 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 30 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu... 10 000 T€

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben verursacht durch die Schleusen der 4. Hafeneinfahrt Wilhelmshaven dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 381 04.

521 12 -731	Betrieb der Anlagen an Bundeswasserstraßen	16 900	16 900	31 078

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben verursacht durch die Schleusen der 4. Hafeneinfahrt Wilhelmshaven dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 381 04.

521 13 -731	Unterhaltung und Betrieb des Kommunikationsnetzes der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung	4 300	4 300	4 618
521 14 -731	Aufwendungen für die maritime Notfallvorsorge und verkehrsbezogener Feuerschutz	25 900	25 900	38 642

Verpflichtungsermächtigung..

fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 1 000 T€

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Charterung Notschlepper..	10 700
2. Luftüberwachung..	6 800
3. Betrieb Gewässerschutzschiffe..	5 000
4. Verkehrsbezogener Feuerschutz...	1 900
5. Sonstiges...	1 500
Zusammen..	25 900

525 11 -731	Aus- und Fortbildung	1 000	1 000	1 781

Erläuterungen:

Ausgaben für die Aus- und Fortbildung der bei Tit. 427 19 veranschlagten Auszubildenden einschl. der Reisekosten und Lehr- und Lernmittel im Zusammenhang mit der Aus- und Fortbildung.

526 12 -731	Sachverständige	13 000	13 000	18 642

Verpflichtungsermächtigung... 10 500 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 5 500 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu... 4 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu... 1 000 T€

1203 Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes - Bundeswasserstraßen -

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu Titelgruppe 01			
527 11 -731	Dienstreisen	1 700	1 700	1 666
547 11 -731	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	15 574	15 574	24 666
632 11 -731	Erstattung von Verwaltungsausgaben an die Länder für die Wahrnehmung von Bundesaufgaben und für die Bauleitung	50	200	23
634 13 -731	Zuweisungen an den Versorgungsfonds	244	94	307

Haushaltsvermerk:

1. **Die Ausgaben sind übertragbar.**
   Die Übertragbarkeit ist auf die diesem Titel zufließenden Erstattungen im Sinne des § 16 Abs. 3 Satz 1 des Versorgungsrücklagegesetzes beschränkt.
2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Tgr. 01.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
711 11 -731	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	4 400	4 400	4 587

Verpflichtungsermächtigung...

fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu....................................... 1 000 T€

Erläuterungen:

Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten

Einjährige Maßnahmen	1 000 €
Sonstige Baumaßnahmen (< 125 T€)..	2 700

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamtausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Nach 2013 übertragene Ausgabereste 1 000 €	Veranschlagt 2014 1 000 €	Vorbehalten für 2015 ff 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7
2.3 Instandsetzung von Betriebsgebäuden, ASt Nord..................	950	-	300	-	300	350
2.4 Ersatzmaßnahmen am ABz Münster, WSA Rheine............	**400**	**-**	**-**	**-**	**100**	**300**
2.6 Grundinstandsetzungen in den ABz, WSA Koblenz...............	750	51	170	-	300	229
2.7 Grundinstandsetzung Revierzentrale Oberwesel, WSA Bingen...	**800**	**-**	**-**	**-**	**500**	**300**
2.18 Umbau- und Erweiterungsmaßnahmen im ABz Minden, WSA Minden...	800	-	500	-	300	-
2.19 Ersatzmaßnahmen in den ABz, WSA Nürnberg..................	**610**	**-**	**10**	**-**	**100**	**500**
2.20 Erweiterung der Betriebszentrale, WSA Nürnberg.................	400	16	100	-	100	184
Zusammen...	4 710	67	1 080	-	1 700	1 863

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
712 11 -731	Baumaßnahmen von mehr als 2 000 000 € im Einzelfall	4 500	5 000	8 495

Verpflichtungsermächtigung... 3 500 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 2 500 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 1 000 T€

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 712 11 (Titelgruppe 01)

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamt-ausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Nach 2013 übertra-gene Aus-gabereste 1 000 €	Veran-schlagt 2014 1 000 €	Vorbe-halten für 2015 ff 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7
1. Umbau des Bauhofs Minden/Neubau ABz Minden-Weser, WSA Minden	8 440	14 812	-	-	-	-6 372
2. Neubau Außenbezirk Canow, WSA Eberswalde	1 270	-	100	-	100	1 070
3. Umbau und Modernisierung des Bauhofs Koblenz (davon Nachtrag: 2 359 T€)	4 669	4 612	400	-	-	-343
4. Neubau Außenbezirk/Bauhof Brunsbüttel	9 346	8 143	1 200	-	-	3
5. Bauliche und energetische Instandsetzung Bauhof Meppen	**1 169**	**-**	**100**	**-**	**1 000**	**69**
6. Neubau des ABz Breisach	2 921	68	700	-	2 100	53
8. Neubau Außenbezirk Kummersdorf, WSA Berlin	1 050	47	300	-	700	3
10. Neubau des ABz St. Goar, WSA Bingen	4 000	4 996	500	-	-	-1 496
13. Neubau Außenbezirk/Bauhof Kiel-Holtenau	8 350	-	-	-	500	7 850
14. Neubau ABz Frankfurt/Oder, WSA Eberswalde	**1 630**	**-**	**-**	**-**	**100**	**1 530**
Zusammen	42 845	32 678	3 300	-	4 500	2 367

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
752 11 -731	Baukostenzuschüsse der Europäischen Union für Investitionen in Transeuropäische Verkehrsnetze im Bereich der Bundeswasserstraßen	-	-	4 901

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1202 Tit. 272 02.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
752 12 -731	Baukostenzuschüsse des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung für Verkehrsinfrastrukturvorhaben im Bereich der Bundeswasserstraßen	-	-	4 097

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind mit folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: Kap. 1202 Tit. 532 15, 532 18, Kap. 1210 Tit. 743 32, 743 42 und Kap. 1222 Tit. 891 04.
2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1202 Tit. 272 01.

   Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.
3. Einnahmen aus gem. Art. 8 (VO) EG 438/2001 und Art. 3 VO (EG) 448/2001 wieder eingezogenen Beträgen fließen den Ausgaben zu.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
780 11 -731	Erhaltung der verkehrlichen Infrastruktur	201 992	202 000	210 309

Verpflichtungsermächtigung .... 165 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 105 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 50 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu .... 10 000 T€

1203 Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes
- Bundeswasserstraßen -

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 780 11 (Titelgruppe 01)

Erläuterungen:

Bezeichnung		1 000 €
1.	Unterhaltungsbaggerungen in den Revieren	-
1.1	Unterelbe	45 000
1.2	Nord-Ostsee-Kanal	5 000
1.3	Ostsee Zufahrten	5 000
1.4	Außenems	15 000
1.5	Unterems	14 000
1.6	Unter- und Außenweser	20 000
1.7	Rhein	4 000
1.8	Main-Donau-Wasserstraße	2 000
1.9	restliche Wasserstraßen	10 000
2.	sonstige Maßnahmen	81 992
Zusammen		201 992

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
780 12 -731	Um-, Aus- und Neubaumaßnahmen an Bundeswasserstraßen	605 000	600 000 *29 775*	450 297

Verpflichtungsermächtigung .... 470 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 210 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 150 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu .... 80 000 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu .... 20 000 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu .... 10 000 T€

Erläuterungen:

Bezeichnung		1 000 €
1.	Maßnahmen am Nord-Ostsee-Kanal	40 000
2.	Maßnahmen an der Unter- und Außenelbe	26 000
3.	Maßnahmen an der Ostsee	9 000
4.	Maßnahmen an der Nordsee	37 000
5.	Maßnahmen an der Außen- und Unterweser (einschl. Nebenflüsse)	18 000
6.	Maßnahmen am Mittellandkanal und am Elbe-Seitenkanal	30 000
7.	Maßnahmen an der Mittel- und Oberweser (einschl. Quell- und Nebenflüsse)	28 000
8.	Maßnahmen an der Dortmund-Ems-Kanal Nordstrecke	17 000
9.	Maßnahmen an der Dortmund-Ems-Kanal Südstrecke einschl. Haltung Henrichenburg	20 200
10.	Maßnahmen am Wesel-Datteln-Kanal	9 000
11.	Maßnahmen am Datteln-Hamm-Kanal	14 800
12.	Maßnahmen am Rhein-Herne-Kanal einschl. Ruhrwasserstraße	6 000
13.	Maßnahmen am Rhein	49 000
14.	Maßnahmen an Mosel, Saar, Lahn	13 000
15.	Maßnahmen am Neckar	40 000
16.	Maßnahmen am Main	30 000
17.	Maßnahmen an der Donau und am Main-Donau-Kanal	40 000
18.	Projekt 17 Verkehrsprojekt Deutsche Einheit (Bundeswasserstraßenverbindung Rühen-Magdeburg-Berlin)	92 000
19.	Maßnahmen an der Mittel- und Oberelbe, an der Saale und an der Unteren Havel-WStr. von Plaue bis zur Mündung	7 000
20.	Maßnahmen am Elbe-Lübeck-Kanal und an der Müritz-Elde-WStr.	12 000
21.	Maßnahmen an der Havel-Oder WStr., der Oberen HavelWStr. sowie am Havel-Kanal nördlich Wustermark	62 000

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 780 12 (Titelgruppe 01)

Bezeichnung	1 000 €
22. Maßnahmen an der Spree-Oder-WStr. einschl. Berliner WStr. und Nebengewässer sowie an der Oder	5 000
Zusammen	605 000

Einzelmaßnahmen siehe Anlage 1 zu Kap. 1203.

In den Einzelmaßnahmen der Anlage 1 sind auch die unmittelbar für die Baumaßnahmen erforderlichen Planungsleistungen Dritter veranschlagt. Für die Maßnahmen an der Donau werden diese Planungsleistungen und die Bauleitung von der Rhein Main Donau Wasserstraßen GmbH wahrgenommen.

An den staugeregelten Wasserstraßen sind neben den verkehrlichen Baumaßnahmen auch Maßnahmen zur Wiederherstellung der ökologischen Durchgängigkeit veranschlagt.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
780 14 -731	Aus- und Neubau von Betriebswegen an Bundeswasserstraßen	1 296	1 296	-

Verpflichtungsermächtigung .... 1 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 600 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 400 T€

Erläuterungen:

Falls aufgrund des Betriebes und der Unterhaltung der Bundeswasserstraßen ein Betriebsweg neu- oder ausgebaut werden soll, sollen mit den interessierten Gemeinden Verträge über die Nutzung und Verkehrssicherungspflicht der Betriebswege für den Fahrradverkehr abgeschlossen werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
811 11 -731	Erwerb von Fahrzeugen	31 100	31 100	51 659

Verpflichtungsermächtigung .... 27 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 12 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 10 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu .... 5 000 T€

Erläuterungen:

	Einjährige Maßnahmen	1 000 €
	Landfahrzeuge	
1.	Ersatzbeschaffung	
1.1	Pkw	1 500
1.2	Lkw	1 000
1.3	Anhänger	200
1.4	Straßenfahrzeuge mit Sonderausstattung	800
1.5	fahrbare Arbeitsgeräte	2 500
	Wasserfahrzeuge	
1.	Ersatzbeschaffung	
1.1	Ersatz Decksprahm 1642; WSA Duisburg-Meiderich	300
1.7	Ersatz von Krananlagen auf Decksprahmen, ASt West	100
1.9	Ersatz von Prahmen, ASt Süd	400
1.10	Ersatz von Kleinfahrzeugen, ASt Ost	1 000
1.11	Ersatz Krananlage TL Norden	400
2.	Sonstige Beschaffungen (< 125 000 €)	1 400
3.	Umbau- und Grundinstandsetzungsmaßnahmen	
3.1	Instandsetzung von Eisbrechern nach Eisaufbruch, ASt Ost	900
3.2	Grundinstandsetzung von Baggern, ASt Ost	200
3.3	Instandsetzung Hydraulikanlage MS Rheinland, ASt West	200

1203 Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes
- Bundeswasserstraßen -

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 811 11 (Titelgruppe 01)

Einjährige Maßnahmen	1 000 €
4. Sonstige Umbau- und Grundinstandsetzungsmaßnahmen.....	2 400
Zusammen..	13 300

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamt-ausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Nach 2013 übertra-gene Aus-gabereste 1 000 €	Veran-schlagt 2014 1 000 €	Vorbe-halten für 2015 ff 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7
1. Ersatzbeschaffungen						
1.1 Ersatz TL "Johann Georg Repsold" und 1 Aufsichtsboot, WSA Tönning..	14 000	13 961				39
1.5 Ersatz von schwimmenden Fahrzeugen im WSA Bremen......	18 506	10 806	1 000		2 000	4 700
1.8 Ersatz für TL "Bruno Illing", SMS "Schillig" (OBUSS).............	25 050	23 844	3 000			-1 794
1.9 Ersatz von schwimmenden Fahrzeugen im WSA Emden.......	7 150				2 500	4 650
1.11 Ersatz GFK Boote, ASt Süd..	6 300	3 176	2 800			324
1.12 Neubau von 3 schubfähigen Arbeitsschiffen mit Eisbrecheigenschaften, ASt Mitte..	6 736		700		2 000	4 036
1.16 Neubau von 2 schubfähigen Arbeitsschiffen mit Eisbrecheigenschaften (je WSA 414 + 415)...	6 186	1 200	4 500			486
1.27 Ersatz für SL "Nordmark" und BS "Friedrich Voss", ASt Nord.	8 817	8 677	100			40
1.31 Beschaffungen gemäß Havariegerätekonzept, ASt West........	10 500	134	2 800		2 000	5 566
1.32 Beschaffungen gemäß Havariegerätekonzept, ASt Südwest..	11 500	28	1 000			10 472
1.33 Neubau einer flachgehenden Peileinheit, WSA Cuxhaven......	2 100	585	1 200		300	15
1.34 Ersatz Peilschiff, ASt West..	2 560	1 972	600			-12
1.36 Neubau von 2 schubfähigen Arbeitsschiffen mit Eisbrecheigenschaften, ASt Ost...	6 321	614	2 900		2 500	307
1.37 Ersatz von Arbeitsschiffen auf dem Rhein, WSA Köln...........	3 132		1 000		2 000	132
1.38 Ersatz des hydrologischen Messschiffes "Walter Türk" durch ein MAS...	**3 700**	**-**	**-**	**-**	**1 000**	**2 700**
1.39 Ersatz von 3 Mehrzweckarbeitsschiffen für den Neckar; WSÄ Stuttgart und Heidelberg..	**8 700**	**-**	**-**	**-**	**1 000**	**7 700**
2. Sonstige Beschaffungen (< 500 000 €)..................................	7 500		500		1 000	6 000
3. Umbau - und Grundinstandsetzungsmaßnahmen						
3.4 Instandsetzung der Eisbrecher des WSA Eberswalde nach Eisaufbruch 2013 - 2015...	1 800		600		600	600
3.5 Grundinstandsetzung Antriebe SG Lurch; ASt West.........	**650**	**-**	**-**	**-**	**300**	**350**
4. Sonstige Umbau- und Grundinstandsetzungsmaßnahmen (< 500 000 €)...	5 000	3 500	400		600	500
Zusammen...	156 208	68 497	23 100	-	17 800	46 811

811 12 -731	Beschaffung von Fahrzeugen und Geräten für die maritime Notfallvorsorge	7 000	7 000	1 705

Verpflichtungsermächtigung... 6 500 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 3 500 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 2 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 1 000 T€

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 811 12 (Titelgruppe 01)

Erläuterungen:

	Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamtausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Nach 2013 übertragene Ausgabereste 1 000 €	Veranschlagt 2014 1 000 €	Vorbehalten für 2015 ff 1 000 €
	1	2	3	4	5	6	7
1.	Maßnahmen zur Bekämpfung von Öl und anderen Schadstoffen						
1.1	Optimierung und Ersatz von Geräten	1 948		780		1 100	68
1.2	Ausrüstung von Depots	599		120		400	79
1.3	Instandsetzung und Ersatzbeschaffung von Bekämpfungseinrichtungen	1 148		400		300	448
1.4	Ausrüstung von Wasserfahrzeugen	-					
1.4.1	GS "Neuwerk" - Ersatz der Schlepppfostenanlage	595		500			95
1.4.2	Aufrechterhaltung des Gasschutzbetriebes der GS und GSS-Schiffe für die Chemiekalienunfallbekämpfung auf See	6 183	1 351	3 000		400	1 432
1.4.3	Ausrüstung GS "Arkona" und "Neuwerk" mit Grenzwellenfunkanlagen	1 000		200		500	300
1.4.4	Anpassung der GS "Mellum"	7 795		500		2 800	4 495
1.5	Ausrüstung von Luftfahrzeugen	1 523	327	500		100	596
2.	Elektronisches Informationssystem zur Verhütung und Bekämpfung von Unfällen und Meeresverschmutzungen (ELIUS)	6 151	730	-	-	-	5 421
3.	Errichtung von Havariedepots in Saßnitz und Warnemünde	1 400	1 390	-	-	-	10
4.	Maßnahmen zur Umsetzung von "SafeSeaNet"/"Single Window" (davon Nachtrag: 4 325 T€)	5 575	1 678	500	-	1 000	2 397
5.	Ausstattung des Havariekommandos mit Grenz-/Kurzwellenanlagen	2 050		500		400	1 150
6.	Sonderausrüstung TL "Bruno Illing"	2 200					2 200
	Zusammen	38 167	5 476	7 000	-	7 000	18 691

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
812 11 -731	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	8 000	7 500	12 461

Verpflichtungsermächtigung.......... 6 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.......... 4 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.......... 2 000 T€

Erläuterungen:

	Einjährige Maßnahmen	1 000 €
1.	Ersatz von Maschinen und Ausstattungen, ASt Nord	600
2.	Ersatz von Messgeräten, ASt Nordwest	500
3.	Ersatz von Messgeräten, ASt Mitte	350
4.	Ersatz von Messgeräten, ASt West	500
5.	Ersatz von Kleingeräten in den WSÄ, ASt Südwest	700
6.	Ersatz von Mess- und Kleingeräten in den ABz, ASt Süd	500
7.	Ersatz von Kleingeräten in den WSÄ/WNA, ASt Ost	250
8.	Kleingeräte zur Datenerfassung bei Naturmessungen, BAW	300
9.	Sonstige Beschaffungen	500
10.	Erwerb von Geräten, Ausstattung und Ausrüstungsgegenständen für die Bauplanung und Bauüberwachung	200
	Zusammen	4 400

1203 Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes - Bundeswasserstraßen -

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 812 11 (Titelgruppe 01)

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamt-ausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Nach 2013 übertragene Ausgabereste 1 000 €	Veranschlagt 2014 1 000 €	Vorbehalten für 2015 ff 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7
5. Ersatzbeschaffungen						
5.1 Erneuerung des VTS-Simulators	4 900	438	1 400			3 062
5.2 Ersatz der Peiltechnik auf dem VS Uwe Jens Lornssen	**590**	**-**	**-**	**-**	**400**	**190**
5.3 River Information Services (RIS) an den Binnenwasserstraßen, alle ASt'en	5 171	498	2 000		1 400	1 273
5.4 Aufbau der AIS-Landinfrastruktur	**4 000**	**-**	**-**	**-**	**-**	**4 000**
5.5 Aufbau eines breitbandigen Backbonenetzes im Binnenbereich	**2 415**	**-**	**-**	**-**	**1 100**	**1 315**
5.6 Ersatz der Tauchgeräte und Taucherausstattungen	**2 000**	**-**	**-**	**-**	**500**	**1 500**
5.7 Ausrüstung von Wahrschauflößen mit LED Signallaternen	**762**	**-**	**-**	**-**	**200**	**562**
Zusammen	19 838	936	3 400	-	3 600	11 902

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
821 11 -731	Ankauf von unbebauten Grundstücken	-	-	164

Titelgruppe 03

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
Tgr. 03	Lotswesen	(63 886)	(67 497) *(33)*	

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben **mit Ausnahme des Tit. 518 32** sind übertragbar.
2. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit Ausnahme des Titels **518 32.**

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
518 32 -731	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	-		

Haushaltsvermerk:

1. **Erstattungen Dritter fließen den Ausgaben zu.**
2. **Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.**

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
521 31 -731	Betrieb und Unterhaltung sowie Ersatz und Ergänzung der Lotseinrichtungen	58 500	58 500	61 930
527 31 -731	Dienstreisen	7	7	8
547 31 -731	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	285	285	838

Erläuterungen:

Mitverausgabt werden die Kosten für Maßnahmen zur Asbestentsorgung von Lotsenbooten.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Noch zu Titelgruppe 03				
712 31 -731	Baumaßnahmen von mehr als 2 000 000 € im Einzelfall	-	-	4
811 31 -731	Erwerb von Fahrzeugen	5 094	8 705 *33*	5 456

Verpflichtungsermächtigung.. 8 400 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 3 200 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 4 800 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 400 T€

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamtausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Nach 2013 übertragene Ausgabereste 1 000 €	Veranschlagt 2014 1 000 €	Vorbehalten für 2015 ff 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7
5. Ersatz für die Lotsenversetzschiffe Brunsbüttel Range 2 Monohull-Schiff..................	10 464		4 534	33	5 094	803
7. Monohulltender für Lotsrevier Weser und Jade..........................	3 681	1 519	2 162			
8. Redundanz-Tender für Lotsrevier Ems.......................................	3 586	1 577	2 009			
Zusammen..	17 731	3 096	8 705	33	5 094	803

Zu 7. und 8.:
Ausfinanzierung der Maßnahmen die bis 2011 aus dem ITF finanziert wurden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
812 31 -731	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	-	-	-

Titelgruppe 04

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
Tgr. 04	Durchführung von Aufträgen anderer Bundesbehörden und Dritter	(434)	(434) *(3 351)*	

Haushaltsvermerk:

1. Einsparungen bei folgenden Titeln: Hgr. 4 dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 634 43.
2. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit Ausnahme des Titels 634 43.
3. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: 119 99 und 381 01.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
427 49 -731	Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige	-	- *3 351*	1 113

Haushaltsvermerk:

§ 20 Abs. 1 BHO findet keine Anwendung.

Ausgaben dürfen nur geleistet werden, solange keine freien Stellen der gleichen oder einer höheren Entgeltgruppe bei Tit. 428 41 vorhanden sind.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
428 41 -731	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	-	-	1 523

1203 Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes - Bundeswasserstraßen -

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 04

527 41 -731	Dienstreisen	50	50	91
547 41 -731	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	384	384	108
634 43 -731	Zuweisungen an den Versorgungsfonds	-	-	-

Haushaltsvermerk:

1. **Die Ausgaben sind übertragbar.**
   Die Übertragbarkeit ist auf die diesem Titel zufließenden Erstattungen im Sinne des § 16 Abs. 3 Satz 1 des Versorgungsrücklagegesetzes beschränkt.
2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Tgr. 04.
3. **Erstattungen im Sinne des § 16 Abs. 3 Satz 1 des Versorgungsrücklagegesetzes fließen den Ausgaben zu.**

812 41 -731	Erwerb von Geräten und Ausstattungsgegenständen	-	-	-

Titelgruppe 05

Tgr. 05	Forschung und Entwicklung für die Bundeswasserstraßen	(11 751)	(13 306) *(969)*	

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben zu Nr. 2 der Erläuterungen sind übertragbar.
2. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.
3. Mehrausgaben zu Nr. 1 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: 119 99 und 381 01.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Forschungsaufträge Dritter und anderer Bundesressorts...............	-
2. Eigene Forschung...	11 751
Zusammen..	11 751

427 59 -731	Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige	5 330	5 330 *969*	7 531

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu Titelgruppe 05			
544 51 -731	Forschung, Untersuchungen und Ähnliches	5 731	7 286	6 317
	Verpflichtungsermächtigung ... 3 800 T€ davon fällig: im Haushaltsjahr 2015 bis zu ... 2 500 T€ im Haushaltsjahr 2016 bis zu ... 1 000 T€ im Haushaltsjahr 2017 bis zu ... 300 T€			
	Haushaltsvermerk: Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.			
547 51 -731	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	350	350	1 679
812 51 -731	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie sonstigen Gebrauchsgegenständen für Laboratorien, Werkstätten und Außenuntersuchungen	340	340	2 416
	Verpflichtungsermächtigung ... 390 T€ davon fällig: im Haushaltsjahr 2015 bis zu ... 150 T€ im Haushaltsjahr 2016 bis zu ... 120 T€ im Haushaltsjahr 2017 bis zu ... 120 T€			
	Flexibilisierte Ausgaben			
	Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG			
	Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3 ...	199 734	197 924 *4 247*	197 220
	Aus Hauptgruppe 5 ...	28 147	26 647 *7 789*	33 091
	Aus Hauptgruppe 7 ...	500	1 500 *30 230*	3 150
	Aus Hauptgruppe 8 ...	13 634	12 634 *10 301*	16 686
	Zusammen ...	242 015	238 705 *52 567*	250 147
F 422 01 -712	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*48 555*	*48 254*	*48 568*
F 422 02 -712	*Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte*	*335*	*2 531*	*226*
F 422 03 -712	*Bezüge der Anwärterinnen und Anwärter sowie Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst*	*171*	*167*	*438*

1203 Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes - Bundeswasserstraßen -

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu flexibilisierte Ausgaben			
F 427 09 -731	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*8 282*	*8 237*	*7 102*
	Erläuterungen: *Aufwendungen für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die wegen des wissenschaftlichen Erfahrungsaustauschs, vor allem im Rahmen der osteuropäischen Zusammenarbeit, zeitweise bei der BAW und BfG beschäftigt werden.*			
F 428 01 -712	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*128 747*	*125 597*	*138 681*
F 428 02 -712	*Entgelte für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler*	*11 534*	*11 528*	*-*
	Haushaltsvermerk: *Aus dem Titel werden Entgelte für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie für sonstige im wissenschaftsrelevanten Bereich Beschäftigte gezahlt, die im Rahmen der Planung, Vorbereitung, Durchführung, Auswertung oder Bewertung von Forschungsvorhaben einen wesentlichen Beitrag leisten. Für diesen Beschäftigtenkreis wird kein verbindlicher Stellenplan ausgebracht. Unbefristete Beschäftigungsverhältnisse dürfen im Rahmen vorhandener Mittel abgeschlossen werden.*			
F 453 01 -712	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	*996*	*496*	*727*
F 511 01 -712	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände*	*4 000*	*3 731*	*4 005*
F 514 01 -712	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*	*1 500*	*1 535*	*1 475*
F 517 01 -712	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	*7 800*	*7 800*	*8 855*
F 518 01 -712	*Mieten und Pachten*	*480*	*580*	*491*
F 519 01 -712	*Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen*	*400*	*460*	*485*
F 525 01 -712	*Aus- und Fortbildung*	*2 500*	*2 495*	*2 954*

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Lehr- und Unterrichtsmaterial an Lehrgangsteilnehmerinnen und Lehrgangsteilnehmer unentgeltlich abgegeben wird.

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Aus- und Fortbildung, Umschulung	*1 620*
2. Lehr- und Lernmittel	*180*

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 525 01

Bezeichnung	1 000 €
3. Reisekosten im Zusammenhang mit Aus- und Fortbildung und Umschulung	700
Zusammen	2 500

F 526 01 -712	*Gerichts- und ähnliche Kosten*	400	400	381

Erläuterungen:

Kosten für Beisitzerinnen und Beisitzer, Zeuginnen und Zeugen, Sachverständige sowie Dolmetscherinnen und Dolmetscher.

F 526 02 -712	*Sachverständige*	350	400	347

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Für bei den Schiffsuntersuchungskommissionen tätige Sachverständige	150
2. Sonstiges	200
Zusammen	350

F 527 01 -712	*Dienstreisen*	1 940	1 940	2 600

Erläuterungen:

Die im Rahmen des Auslagenersatzes für Amtshandlungen der WSV neben den Gebühren zu erstattenden Beträge an Reisekosten und Außendienstentschädigungen sowie die für Auslandsdienstreisen der Schiffsuntersuchungskommissionen und Schiffseichämter zu erstattenden Beträge, werden bei Tit. 261 01 vereinnahmt.

F 539 99 -712	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	680	699	664

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern	206
2. Hauptnivellements an Bundeswasserstraßen	270
3. Prüfungsvergütungen	55
4. Sonstiges	149
Zusammen	680

F 543 01 -731	*Veröffentlichung und Dokumentation*	80	89	66

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

F 545 01 -719	*Konferenzen, Tagungen, Messen und Ausstellungen*	250	300	257

1203 Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes - Bundeswasserstraßen -

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 634 03 -712	*Zuweisungen an den Versorgungsfonds*	*1 114*	*1 114*	*1 478*
F 711 01 -712	*Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten*	*500*	*1 500*	*1 108*

Verpflichtungsermächtigung..

fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 600 T€

Erläuterungen:

Baumaßnahmen bis zu 1 000 000 € im Einzelfall, Bauunterhalt bei Dienstgebäuden der Dienststellen der WSV, die durch die Finanzbauverwaltungen der Länder geplant und durchgeführt werden. Diese nutzerspezifischen Investitionen werden nicht durch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben finanziert.

Einjährige Maßnahmen	*1 000 €*
1. Sanierungsmaßnahmen an Dienstgebäuden, BAW........................	*400*
2. Sonstige einjährige Maßnahmen...	*100*
Zusammen...	*500*

F **712 01** -712	*Baumaßnahmen von mehr als 2 000 000 € im Einzelfall*	*-*	*-*	*2 042*

Verpflichtungsermächtigung..

fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 2 500 T€

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen *(davon neue Maßnahmen in Fettdruck)*	*Gesamt-ausgaben des Bundes 1 000 €*	*Verausgabt bis 2012 1 000 €*	*Bewilligt 2013 1 000 €*	*Nach 2013 übertra-gene Aus-gabereste 1 000 €*	*Veran-schlagt 2014 1 000 €*	*Vorbe-halten für 2015 ff 1 000 €*
1	*2*	*3*	*4*	*5*	*6*	*7*
2. Maritimes Sicherheitszentrum Cuxhaven....................................	*14 038*	*272*		*13 766*	*-*	*-*
3. WSA Kiel-Holtenau: Umbaumaßnahmen....................................	*4 765*	*2 294*		*2 471*	*-*	*-*
Zusammen..	*18 803*	*2 566*	*-*	*16 237*	*-*	*-*

Zu 3.: Leistungen Dritter in Höhe von 156 T€.
Die Maßnahme wird mit Leistungen aus dem 120 Mio. €-Programm gefördert.

F 811 01 -712	*Erwerb von Fahrzeugen*	*1 400*	*1 490*	*1 728*

Verpflichtungsermächtigung..

fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 500 T€

Haushaltsvermerk:

Erstattungen Dritter fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Ersatzbeschaffung	
80 Pkw...	*1 820*
abzgl. Mehreinnahmen bei Tit. 132 01 aus der Veräußerung von Dienst-Kfz gem. § 6 Abs. 7 HG..	*-450*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 811 01

Bezeichnung	1 000 €
2. Sonstiges	30
Zusammen	1 400

F 812 01 -712	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke*	*1 000*	*1 000*	*663*

Verpflichtungsermächtigung ... 1 900 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu ... 1 700 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu ... 200 T€

Haushaltsvermerk:

Erstattungen Dritter fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Einjährige Maßnahmen	1 000 €
1. Erstbeschaffung Ausstattung von Diensträumen	860
2. Sonstige Beschaffungen	140
Zusammen	1 000

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamtausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Nach 2013 übertragene Ausgabereste 1 000 €	Veranschlagt 2014 1 000 €	Vorbehalten für 2015 ff 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7
1. Verkehrstechnische Erstausstattung des Maritimen Sicherheitszentrums (MSZ) in Cuxhaven	5 217	364		4 853		-

F 812 02 -731	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie sonstigen Gebrauchsgegenständen für Laboratorien, Werkstätten und Außenuntersuchungen*	*1 800*	*1 838*	*1 555*

Verpflichtungsermächtigung ...

fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu ... 1 000 T€

Erläuterungen:

Einjährige Maßnahmen	1 000 €
1. Ersatzbeschaffung	800
2. Sonstige Beschaffungen (BAW und BfG)	1 000
Zusammen	1 800

Titelgruppe 55

Tgr. 55	Ausgaben für die Informationstechnik	(17 201)	(14 524)	
F 511 55 -731	*Geschäftsbedarf und Datenübertragung sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Software, Wartung*	*5 077*	*4 577*	*6 649*
F 518 55 -731	*Miete für Datenverarbeitungsanlagen, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Maschinen, Software*	*135*	*135*	*294*

1203 Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes - Bundeswasserstraßen -

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 525 55 -712	*Aus- und Fortbildung*	*505*	*475*	*505*
F 532 55 -731	*Ausgaben für Aufträge und Dienstleistungen*	*2 050*	*1 031*	*3 063*
F 812 55 -731	*Erwerb von Datenverarbeitungsanlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, Software*	*9 434*	*8 306*	*12 740*

Verpflichtungsermächtigung...

fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 700 T€

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Erstbeschaffung	
1.1 Hardware..	*1 435*
1.2 Software..	*2 201*
2. Ersatzbeschaffung	
2.1 Hardware..	*3 005*
2.2 Software..	*2 098*
3. Sonstiges..	*695*
Zusammen..	*9 434*

Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel

422 12 -731	Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte		-	-
422 13 -731	Bezüge der Anwärterinnen und Anwärter sowie Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst		-	-
422 41 -731	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten		-	-
459 49 -731	Vermischte Personalausgaben		-	-
F 861 02 -731	*Beteiligung an den Bauvorhaben der Internationalen Mosel-Gesellschaft mbH durch Gewährung von Darlehen*		-	-

Anlage 1 1203

Baumaßnahmen an Bundeswasserstraßen

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamt-ausgaben des Bundes	Verausgabt bis 2012 Titel 780 12	nachrichtlich aus Kap. 1202 (Maut)	nachrichtlich aus Sondertiteln und KP'e	Bewilligt 2013 Titel 780 12	Veranschlagt 2014 Titel 780 12	Vorbe-halten für 2015 ff
	- 1 000 € -						
1	2	3	4	5	6	7	8
Maßnahmen am Nord-Ostsee-Kanal							
1.1 Anpassungs und Sicherungsmaßnahme................	255 339	204 712	59 262	-	1 000	-	-9 635
1.2 Anpassung der Oststrecke des NOK......................	130 000	3 579	8 376	-	-	-	118 045
1.3 Neubau einer 5. Schleusenkammer in Brunsbüttel..	43 100	10 099	11 960	-	5 000	5 000	11 041
zusätzlich aus Kapitel 1202, Titel 791 01................	*485 000*	*-*	*-*	*970*	*7 000*	*26 000*	*451 030*
2. Ersatzinvestitionen							
2.2 Grundinstandsetzung und Elektrifizierung der Eisenbahnbrücke Rendsburg (davon Nachtrag: 23 750 T€)..................................	97 250	73 013	26 823	-	1 500	1 500	-5 586
2.3 Grundinstandsetzung der Hochbrücke Levensau....	4 908	1 917	287	-	-	-	2 704
2.4 Grundinstandsetzung der Hochbrücke Hochdonn...	30 166	8 600	11 679	-	1 200	1 000	7 687
2.6 Grundinstandsetzung der Tunnel Rendsburg...........	65 985	12 343	7 032	-	13 000	7 000	26 610
Ablösung Straßentunnel..	33 000	-	-	29 747	-	3 000	253
2.9 Anpassung der Weichendalben des NOK...............	45 000	21	10 434	19 348	-	3 000	12 197
2.10 Vorgezogene Maßnahmen an den Schleusen Kiel-Holtenau..	38 440	3 832	666	918	10 000	15 000	8 024
2.11 Neubau der Bahn- u. Straßenbrücke Levensau.......	46 780	860	379	-	1 300	1 500	42 741
2.12 Korrosionsschutzmaßnahmen an der Eisenbahnhochbrücke Hochdonn..	14 500	-	-	-	2 000	2 000	10 500
2.13 Ersatz von drei 45-t-Fähren für den NOK............	**14 500**	**-**	**-**	**-**	**-**	**1 000**	**13 500**
Zusammen..	818 968	318 976	136 898	50 013	35 000	40 000	238 081
zusätzlich aus Kap. 1202, Tit. 791 01..............................	485 000	-	-	970	7 000	26 000	451 030
Maßnahmen an der Unter- und Außenelbe							
1.1 Ausbau auf mind. 14,5 m unter KN.........................	116 861	100 754	-	2 161	500	500	12 946
1.2 Fahrrinnenanpassung der Unter- und Außenelbe....	248 183	57 274	-	10 372	25 000	25 000	130 537
2. Ersatzinvestitionen							
2.1 Grundinstandsetzung des Deckwerkes Elbinsel Lühesand...	5 000	93	-	252	1 500	500	2 655
Zusammen..	370 044	158 121	-	12 785	27 000	26 000	146 138
Maßnahmen an der Ostsee							
2. Ausbau von Seeschifffahrtsstraßen in Mecklenburg- Vorpommern							
2.1 Umrüstung der Schifffahrtszeichen auf der Ostsee...	**10 800**	**-**	**-**	**-**	**-**	**1 500**	**9 300**
2.3 Ausbau der Seehafenzufahrt Wismar auf 6,00 m....	5 250	5 169	-	-	-	-	81
2.7 Fahrrinnenanpassung nördlicher Peenestrom auf 7,50 m..	26 338	228	17 755	-	2 200	500	5 655
2.8 Grundinstandsetzung der Hubbrücken in Lübeck....	13 200	-	-	-	2 800	7 000	3 400
Zusammen..	55 588	5 397	17 755	-	5 000	9 000	18 436
Maßnahmen an der Nordsee							
1. Radaranlagen, Seezeichen, Funknavigation							
1.3 Modernisierung der Verkehrstechnik an der deutschen Küste (SMV)..	118 300	33 478	14 392	-	19 000	19 000	32 430
2. Maßnahmen im Bereich der ASt Nord							
2.1 Grundinstandsetzung der Anlagen am Eidersperrwerk (3. Nachtrag)...	39 957	32 625	4 711	-	2 000	-	621
2.5 Vorplattung der Spundwände am Eidersperrwerk....	8 650	699	3 234	-	-	-	4 717
2.7 Erneuerung der Antriebs- und Steuertechnik des Eidersperrwerkes..	9 337	16	43	-	500	2 000	6 778
2.8 Grundinstandsetzung der Anlagen am Eidersperrwerk..	**17 100**	**-**	**-**	**-**	**-**	**3 000**	**14 100**

1203 Anlage 1
Baumaßnahmen an Bundeswasserstraßen

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamt-ausgaben des Bundes	Verausgabt bis 2012 Titel 780 12	nachrichtlich aus Kap. 1202 (Maut)	nachrichtlich aus Sondertiteln und KP'e	Bewilligt 2013 Titel 780 12	Veranschlagt 2014 Titel 780 12	Vorbe-halten für 2015 ff
	- 1 000 € -						
1	2	3	4	5	6	7	8
3. Maßnahmen im Bereich der ASt Nordwest							
3.2 Strombaumaßnahmen in der Ems..........................	30 678	8 361	2 093	-	-	-	20 224
3.4 Anpassung der Unterems für die Überführung großer Werftschiffe..	8 900	10	7 782	-	500	-	608
3.5 Instandsetzung der Strombausysteme auf Borkum und Wangerooge/Minsener Oog (davon Nachtrag: 17 120 T€)..................................	37 600	4 055	-	17 312	2 500	13 000	733
Zusammen..	270 522	79 244	32 255	17 312	24 500	37 000	80 211
Maßnahmen an der Außen- und Unterweser							
1. Außen- und Unterweser							
1.2 Fahrrinnenanpassung der Außenweser für 14,5 m tiefgehende Containerschiffe...................................	28 256	308	3 088	-	20 000	5 000	-140
1.3 Fahrrinnenanpassung der Unterweser an die Entwicklungen im Schiffsverkehr..................................	18 500	369	663	-	15 000	5 000	-2 532
3. Ausbau der Unteren Hunte......................................	29 700	10 728	20 952	-	-	-	-1 980
4. Einrichtung von Warteplätzen auf der Seewasserstraße Hunte...	4 100	2 774	1 657	-	-	-	-331
5. Grundinstandsetzung Geestenkaje, Bremerhaven (davon Nachtrag: 2460 T€).....................................	8 960	134	-	-	4 000	3 000	1 826
6. Errichtung einer Wendestelle in Oldenburg (Hunte).	5 819	22	-	96	-	500	5 201
8. Ersatz Asphaltdeckwerk Bremen; W-km 11,70 - 17,01..	12 600	-	-	-	4 000	4 500	4 100
Zusammen..	107 935	14 335	26 360	96	43 000	18 000	6 144
Maßnahmen am Mittellandkanal und am Elbe-Seitenkanal							
1. Mittellandkanal							
1.1 Ausbaumaßnahmen Weststrecke/Bundesanteil.......	1 307 153	911 851	23 353	40 006	17 000	12 000	302 943
(Beteiligung NRW, NS, HB: 615 253 T€)							
1.2 Ausbaumaßnahmen Oststrecke/Bundesanteil.........	591 419	377 223	107 987	14 126	2 500	1 800	87 783
(Beteiligung NS, HH: 288 429 T€)							
2. Ersatzinvestitionen							
2.1 Ersatz der Förder- und Stromversorgung der Pumpwerke sowie Errichtung einer Fernsteuerzentrale..	20 963	20 782	1 836	-	-	-	-1 655
2.3 Grundinstandsetzung von 134 Brücken..................	36 302	23 586	2 373	2 508	1 000	400	6 435
2.7 Instandsetzung der Schleuse Anderten..................	9 356	4 341	1 638	2 441	-	800	136
2.8 Grundinstandsetzung der Hafenschleuse Linden....	4 070	474	727	-	-	-	2 869
2.9 Nachsorgemaßnahmen an Dämmen und Bauwerken..	44 948	1 536	3 276	-	-	500	39 636
2.11 Umrüstung des KOM-Netzes auf PCM-Übertragungseinrichtungen..	5 020	4 132	-	-	-	500	388
2.12 Erneuerung der Deckwerks- und Sohlsicherungen bei Bramsche u. Westerkappeln..............................	10 500	27	-	-	2 200	1 000	7 273
Zusammen MLK (Bund)..	2 029 731	1 343 952	141 190	59 081	22 700	17 000	445 808
3. Elbe-Seitenkanal							
3.2 Neubau der 2. Schleuse Uelzen..............................	121 995	117 221	12 668	-	-	-	-7 894
3.3 Nachsorgemaßnahmen an Dämmen und Bauwerken..	19 879	496	546	-	300	1 000	17 537
3.4 Grundinstandsetzung Schiffshebewerk Lüneburg....	49 000	12 131	2 336	11 644	13 000	10 000	-111
3.5 Neubau von Liegestellen am Elbe-Seitenkanal........	4 060	7	22	-	4 000	1 000	-969
3.6. Modernisierung KOM-Netz mittels LWL-Kabel am ESK..	**3 400**	**-**	**-**	**-**	**-**	**1 000**	**2 400**
Zusammen ESK..	198 334	129 855	15 572	11 644	17 300	13 000	10 963
Zusammen..	2 228 065	1 473 807	156 762	70 725	40 000	30 000	456 771

Baumaßnahmen an Bundeswasserstraßen

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamt-ausgaben des Bundes	Verausgabt bis 2012			Bewilligt 2013	Veranschlagt 2014	Vorbe-halten für 2015 ff
		Titel 780 12	nachrichtlich aus Kap. 1202 (Maut)	nachrichtlich aus Sondertiteln und KP'e	Titel 780 12	Titel 780 12	
	- 1 000 € -						
1	2	3	4	5	6	7	8
Maßnahmen an der Mittel- und Oberweser (einschl. Quell- und Nebenflüsse)							
1.1 Anpassungs- und Ausbausmaßnahmen an der Mittelweser/Bundesanteil..	106 000	32 973	24 071	22 102	6 800	14 000	6 054
(Beteiligung Bremen: 48 137 T€)							
2. Ersatzinvestitionen							
2.1 Ersatz abgängiger Dalben in den Vorhäfen der Mittelweserschleusen (davon Nachtrag: 14 981 T€).....	23 381	3 202	-	-	3 000	3 000	14 179
2.2 Schleusenautomatisierung......................................	2 383	2 943	-	-	-	-	-560
2.4 Instandsetzung der Schleuse Kassel......................	2 863	-	-	-	-	-	2 863
2.5 Instandsetzung der Staustufen an der Aller............	16 873	4 146	-	6 387	-	-	6 340
2.6 Dammsicherungsmaßnahmen................................	7 669	5 845	292	-	500	1 000	32
2.7 Nachsorgemaßnahmen an Dämmen und Bauwerken...	936	-	-	-	-	-	936
2.8 Neubau Schleuse Dörverden (davon Nachtrag: 23 621 T€)...	66 426	21 632	-	24 734	4 700	8 000	7 360
2.9 Neubau der Straßenbrückenanlage Nr. 59..............	4 500	5 333	-	-	500	-	-1 333
2.10 Stahlwasserbauarbeiten an den Mittelweserschleusen...	18 850	-	-	-	1 500	2 000	15 350
Zusammen..	249 881	76 074	24 363	53 223	17 000	28 000	51 221
Maßnahmen am Dortmund-Ems-Kanal (Nordstrecke)							
2. Ausbau des Küstenkanals.......................................	47 432	34 552	16 917	-	-	-	-4 037
4. Anpassung der Nordstrecke des DEK im Bereich des WSA Rheine für das GMS................................	165 150	19 557	-	-	2 400	3 900	139 293
5. Ersatzinvestitionen							
5.1 Ersatz von abgängigen Brücken.............................	29 517	15 036	4 485	-	250	100	9 646
5.4 Grundinstandsetzung der Großen Schleuse Meppen..	7 670	3 659	4 104	-	20	-	-113
5.6 Grundinstandsetzung der Schleusen im Bereich des WSA Rheine...	25 002	41	20 094	-	50	500	4 317
5.7 Grundinstandsetzung der Schleusen im Bereich des WSA Meppen...	51 500	28 807	1 572	-	11 900	6 000	3 221
5.9 Nachsorgemaßnahmen an Dämmen und Bauwerken...	11 373	641	1 284	-	440	200	8 808
5.13 Instandsetzung der Ufer im Bereich der Tidestrecke des DEK..	33 690	10 106	-	-	6 650	4 300	12 634
5.14 Ersatz der Spundwand im Bereich der B 401 am Küstenkanal...	37 000	102	-	-	-	-	36 898
5.17 Grundinstandsetzung der alten Schleuse Herbrum.	13 800	-	-	-	-	-	13 800
5.19 Ersatz der KOM-Netz-Kabelanlage durch LWL-Kabel...	1 683	1 682	-	-	-	-	1
5.20 Automatisierung und Fernbedienung von Schleusen...	**180**	**-**	**-**	**-**	**-**	**-**	**180**
5.21 Ersatzneubau der Uferwand Hermann-Ehlers-Straße in Oldenburg...	**2 948**	**-**	**-**	**-**	**-**	**2 000**	**948**
Zusammen..	426 945	114 183	48 456	-	21 710	17 000	225 596
Maßnahmen am Dortmund-Ems-Kanal (Südstrecke) einschl. Haltung Henrichenburg							
3. Ausbau der Südstrecke des Dortmund-Ems-Kanals	922 781	358 924	362 975	-	33 000	16 000	151 882
3.1 Neubau Schleuse Münster......................................	116 938	70 648	64 894	-	-	-	-18 605
5.1 Ersatz von abgängigen Brücken.............................	53 077	30 239	18	-	387	3 900	18 532
5.9 Nachsorgemaßnahmen an Dämmen und Bauwerken...	30 471	588	2 067	-	350	200	27 266
5.16 Hebung von Brücken am DEK................................	5 409	-	-	-	-	-	5 409
5.20 Automatisierung und Fernbedienung von Schleusen...	**60**	**-**	**-**	**-**	**-**	**-**	**60**

1203 Anlage 1
Baumaßnahmen an Bundeswasserstraßen

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamt-ausgaben des Bundes	Verausgabt bis 2012 Titel 780 12	nachrichtlich aus Kap. 1202 (Maut)	nachrichtlich aus Sondertiteln und KP'e	Bewilligt 2013 Titel 780 12	Veranschlagt 2014 Titel 780 12	Vorbe-halten für 2015 ff
	- 1 000 € -						
1	2	3	4	5	6	7	8
5.22 Elektrische Landanschlüsse an den Liegestellen der Binnenschifffahrt	**3 090**	**-**	**-**	**-**	**-**	**100**	**2 990**
Zusammen	1 131 826	460 399	429 954	-	33 737	20 200	187 534
Maßnahmen am Wesel-Datteln-Kanal							
5.1 Ersatz von abgängigen Brücken	21 608	7 269	8 280	-	53	1 000	5 006
5.2 Ersatz von abgängigen Dükern	45 085	337	-	-	110	3 000	41 638
5.8 Grundinstandsetzung der kleinen Schleusen am Wesel-Datteln-Kanal (davon Nachtrag: 38 868 T€)	63 000	704	-	-	3 000	3 100	56 196
5.9 Nachsorgemaßnahmen an Dämmen und Bauwerken	7 276	12	621	-	-	-	6 643
5.12 Ersatz der elektrischen Anlagen der Pumpwerke Dorsten	638	124	930	-	-	-	-416
5.15 Instandsetzung von Spundwandstrecken im Bereich des WSA DU-Meiderich	9 400	87	-	-	-	-	9 313
5.16 Hebung von Brücken am WDK	18 960	25	-	-	-	-	18 935
5.19 Ersatz der KOM-Netz-Kabelanlage durch LWL-Kabel	1 264	-	-	-	-	1 000	264
5.20 Automatisierung und Fernbedienung von Schleusen	**3 700**	**-**	**-**	**-**	**-**	**500**	**3 200**
5.22 Elektrische Landanschlüsse an den Liegestellen der Binnenschifffahrt	**620**	**-**	**-**	**-**	**-**	**100**	**520**
5.23 Erneuerung von Dalben und Landgangstellen am Wesel-Datteln-Kanal	**7 500**	**-**	**-**	**-**	**-**	**-**	**7 500**
5.24 Ersatzneubau Krudenburger Brücke (Kostenbeteiligung)	**3 470**	**-**	**-**	**-**	**-**	**300**	**3 170**
Zusammen	182 521	8 558	9 831	-	3 163	9 000	151 969
Maßnahmen am Datteln-Hamm-Kanal							
1. Ausbaumaßnahmen Bundesanteil	54 563	69 585	-	-	3 515	9 000	-27 537
Beteiligung NRW	*13 368*						
5.1 Ersatz von abgängigen Brücken	37 975	22 336	23 986	-	119	100	-8 567
5.2 Ersatz von abgängigen Dükern	7 960	99	-	-	230	30	7 601
5.6 Grundinstandsetzung der Schleusen im Bereich des WSA Rheine	7 721	-	10 542	-	-	-	-2 821
5.9 Nachsorgemaßnahmen an Dämmen und Bauwerken	5 273	125	291	-	-	-	4 858
5.10 Ersatz des Ahsefluss-Dükers am Datteln-Hamm-Kanal	18 000	109	102	-	490	5 500	11 799
5.16 Hebung von Brücken am DHK	14 268	-	-	-	-	-	14 268
5.19 Ersatz der KOM-Netz-Kabelanlage durch LWL-Kabel	1 213	-	-	-	1 000	-	213
5.20 Automatisierung und Fernbedienung von Schleusen	**60**	**-**	**-**	**-**	**-**	**-**	**60**
5.22 Elektrische Landanschlüsse an den Liegestellen der Binnenschifffahrt	**577**	**-**	**-**	**-**	**-**	**70**	**507**
6. Anpassung des Datteln-Hamm-Kanals für das 2,8 m abgeladene Europaschiff	22 500	70	-	-	100	100	22 230
Zusammen	170 110	92 324	34 921	-	5 454	14 800	22 611
Maßnahmen am Rhein-Herne-Kanal (einschl. Ruhrwasserstraße)							
1. Ausbaumaßnahmen Bundesanteil	171 167	56 820	-	-	2 857	2 200	109 290
Beteiligung NRW	*78 933*						
5.1 Ersatz von abgängigen Brücken	21 623	9 445	-	-	40	2 500	9 638
5.2 Ersatz von abgängigen Dükern	14 875	5 329	-	-	3 540	100	5 906
5.3 Ersatz des Ruhrwehres Raffelberg	45 480	31 732	13 243	-	350	200	-45

Anlage 1 1203

Baumaßnahmen an Bundeswasserstraßen

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamt-ausgaben des Bundes	Verausgabt bis 2012 Titel 780 12	nachrichtlich aus Kap. 1202 (Maut)	nachrichtlich aus Sondertiteln und KP'e	Bewilligt 2013 Titel 780 12	Veranschlagt 2014 Titel 780 12	Vorbe-halten für 2015 ff
	- 1 000 € -						
1	2	3	4	5	6	7	8
5.9 Nachsorgemaßnahmen an Dämmen und Bauwerken	1 607	220	270	-	100	-	1 017
5.11 Grundinstandsetzung Schleuse Duisburg-Meiderich	14 703	369	13 274	-	150	100	810
5.12 Ersatz der elektrischen Anlagen der Pumpwerke Oberhausen, Gelsenkirchen, Wanne-Eickel und Herne-Ost	2 113	500	240	-	-	600	773
5.15 Instandsetzung von Spundwandstrecken im Bereich des	9 400	98	-	-	-	-	9 302
5.16 Hebung von Brücken am RHK	16 364	-	-	-	100	-	16 264
5.18 Ersatz der 2. Kammer Schleuse Wanne-Eickel	68 280	555	-	-	50	100	67 575
5.20 Automatisierung und Fernbedienung von Schleusen	**3 850**	**-**	**-**	**-**	**-**	**100**	**3 750**
5.22 Elektrische Landanschlüsse an den Liegestellen der Binnenschifffahrt	**455**	**-**	**-**	**-**	**-**	**100**	**355**
Zusammen	369 917	105 068	27 027	-	7 187	6 000	224 635
Maßnahmen am Rhein							
1. Oberrhein							
1.2 Nachsorgemaßnahmen an Dämmen und Bauwerken am Oberrhein	65 100	848	7 471	-	-	100	56 681
1.3 Beteiligung an den Hochwasserschutzmaßnahmen des Landes Rheinland-Pfalz (davon Nachtrag: 36 637 T€)	73 846	40 963	-	-	6 000	2 100	24 783
1.4 Beteiligung an den Hochwasserschutzmaßnahmen des Landes Baden-Württemberg (davon Nachtrag: 222 139 T€)	459 817	51 386	-	-	9 000	15 000	384 431
1.5 Restmaßnahmen aus dem Staustufenbau und Kompensation	6 992	2 149	1 405	-	500	1 000	1 938
1.6 Liegestellen am Ober- und Mittelrhein	10 040	356	-	307	300	1 000	8 077
1.7 Sicherung der Geschiebezugabe an der Staustufe Iffezheim	126 784	195	-	-	1 000	1 500	124 089
2. Mittel- und Niederrhein							
2.2 Geschiebebewirtschaftung am Rhein (ASt Südwest)	65 000	5 896	-	-	5 000	4 500	49 604
2.3 Maßnahmen im Bereich der ASt West zwischen Rolandseck und Emmerich	238 918	73 856	43 569	-	15 000	10 000	96 492
2.4 Geschiebebewirtschaftung am Rhein (ASt West)	75 000	6 391	-	-	9 500	13 000	46 109
2.5 Neubau Rheinbrücke Wesel (Kostenbeteiligung)	29 560	831	-	28 809	200	-	-280
2.6 Herstellung einer Fahrrinne von 2,50 m unter GLW zwischen Köln und Koblenz (ASt Südwest)	**21 104**	**12 041**	**-**	**-**	**500**	**800**	**7 763**
Zusammen	1 172 161	194 912	52 445	29 116	47 000	49 000	799 687
Maßnahmen an Mosel, Saar und Lahn							
1. Maßnahmen an der Mosel							
1.2 Bau zweiter Schleusenkammern in Fankel und Zeltingen	82 369	24 534	76 414	-	-	-	-18 579
1.3 Aufbau und Ersatz der Funk- und Nachrichtentechnik	4 280	3 559	-	-	-	-	721
1.4 Bau zweiter Schleusenkammern in Koblenz, Lehmen, Müden, St. Aldegund, Enkirch, Detzem und Trier	308 289	13 840	11 679	-	7 000	3 600	272 170
1.5 Fernbedienung der Moselstaustufen	**38 888**	**-**	**-**	**-**	**-**	**2 000**	**36 888**
2. Ersatzinvestitionen Mosel							
2.1 Ersatz der maschinen- und elektrotechnischen Anlagen an Schleusen und Wehren	43 687	22 030	11 408	-	2 400	2 000	5 849

1203 Anlage 1
Baumaßnahmen an Bundeswasserstraßen

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamt-ausgaben des Bundes	Verausgabt bis 2012 Titel 780 12	nachrichtlich aus Kap. 1202 (Maut)	nachrichtlich aus Sondertiteln und KP'e	Bewilligt 2013 Titel 780 12	Veranschlagt 2014 Titel 780 12	Vorbe-halten für 2015 ff
	- 1 000 € -						
1	2	3	4	5	6	7	8
2.3 Grundinstandsetzung von 15 Sektorwehren	10 635	5 753	-	1 105	-	1 000	2 777
2.4 Instandsetzung von 21 Sektorkörpern an den Wehranlagen	19 307	2 765	7 508	3 091	3 200	-	2 743
2.5 Bau von Liegestellen an der Mosel	16 060	897	-	4 234	100	-	10 829
2.6 Ersatzmaßnahmen am KOM-Netz an der Mosel	16 340	3 222	-	7 443	900	-	4 775
Zusammen Mosel	539 855	76 600	107 009	15 873	13 600	8 600	318 173
3. Maßnahmen an der Saar							
3.1 Ausbau der Saar/Bundesanteil (Beteiligung Saarland und RP: 319 711 T€)	731 710	738 473	-	-	1 000	1 000	-8 763
4. Ersatzinvestitionen Saar							
4.1 Schleusenautomatisierung	2 965	-	-	-	100	1 300	1 565
4.2 LWL-Kabel für die Schleusenfernbedienung	6 460	2 292	-	-	-	800	3 368
Zusammen Saar	741 135	740 765	-	-	1 100	3 100	-3 830
5. Maßnahmen an der Lahn							
5.1 Ersatz und Modernisierung der Schleusen	5 179	377	-	132	1 000	1 000	2 670
5.2 Schleusenautomatisierung	1 728	-	-	-	300	300	1 128
Zusammen Lahn	6 907	377	-	132	1 300	1 300	3 798
Zusammen	1 287 897	817 742	107 009	16 005	16 000	13 000	318 141
Maßnahmen am Neckar							
1 Bestandssicherungsmaßnahmen an den Schleusen und Seitenkanälen	247 841	83 374	62 445	7 105	4 000	10 000	80 917
2. Ersatz und Grundinstandsetzung von Brücken	6 800	3 961	-	1 378	-	-	1 461
3. Bestandssicherungsmaßnahmen an den Wehren	66 979	26 798	30 193	-	200	400	9 388
5. Nachsorgemaßnahmen an Dämmen und Bauwerken, WSA Stuttgart	17 500	3 271	2 476	4 522	800	500	5 931
6. Verlängerung und Instandsetzung der Schleusen	338 545	10 188	3 381	-	20 000	14 000	290 976
7. Wehre am Neckar	49 910	5 324	3 865	-	6 000	9 000	25 721
8. Liegestellen am Neckar	6 700	261	43	-	1 000	500	4 896
9. Nachsorgemaßnahmen an Dämmen und Bauwerken, WSA Heidelberg	12 733	372	-	422	-	2 000	9 939
10. Kolkverbau am Wehr Wieblingen	8 000	311	-	-	-	100	7 589
11. Leitzentralen für die Schleusenfernbedienung am Neckar	8 338	42	-	-	-	1 500	6 796
12. Ersatzneubau Wehr Beihingen	**36 643**	**-**	**-**	**-**	**-**	**500**	**36 143**
13. Instandsetzung von Wehrverschlüssen am unteren Neckar (WSA Heidelberg)	**9 211**	**-**	**-**	**-**	**-**	**500**	**8 711**
14. Fernbedienung der Schleusen und Wehre von Feudenheim bis Hirschhorn	**21 500**	**-**	**-**	**-**	**-**	**800**	**20 700**
15. Ersatzneubau Wehr Wieblingen	**42 999**	**-**	**-**	**-**	**-**	**100**	**42 899**
16. Ersatzneubau Wehr Neckarsulm	**39 630**	**-**	**-**	**-**	**-**	**100**	**39 530**
Zusammen	913 329	133 902	102 403	13 427	32 000	40 000	591 597
Maßnahmen am Main							
1. Bestandssicherung, Umkanalisierung und Vertiefung	493 058	358 393	61 282	8 931	35 000	17 000	12 452
1.1 Kampfmittelräumung in der Stauhaltung Schweinfurt	**3 650**	**-**	**-**	**-**	**-**	**3 000**	**650**
2. Ersatzinvestitionen							
2.1 Grundinstandsetzung von 28 Staustufen	203 624	93 938	85 070	33 850	-	3 000	-12 234
2.2 Bau von Liegeplätzen	5 481	3 102	1 174	851	100	-	254
2.3 Schleusenautomatisierung	10 600	4 116	1 712	590	1 000	1 000	2 182
2.5 Nachsorgemaßnahmen an Dämmen und Bauwerken	2 704	520	2 605	-	-	-	-421
2.8 Ersatzmaßnahmen am KOM-Netz WSV am Main	10 857	1 453	2 967	-	2 000	2 000	2 437

Baumaßnahmen an Bundeswasserstraßen

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamt-ausgaben des Bundes	Verausgabt bis 2012			Bewilligt 2013	Veranschlagt 2014	Vorbe-halten für 2015 ff
		Titel 780 12	nachrichtlich aus Kap. 1202 (Maut)	nachrichtlich aus Sondertiteln und KP'e	Titel 780 12	Titel 780 12	
	- 1 000 € -						
1	2	3	4	5	6	7	8
2.11 Ersatz Straßenbrücke Klingenberg (Kostenbeteiligung)	4 794	3 198	-	1 127	-	-	469
2.13 Ersatz der Wehrverschlüsse am Wehr Viereth	9 650	97	-	-	1 900	2 000	5 653
2.14 Neubau der Staustufe Obernau	**136 517**	**699**	**2 536**	**421**	**-**	**1 000**	**131 861**
2.15 Ersatz der Antriebs- und Steuertechnik der Wehranlagen	**10 300**	**-**	**-**	**-**	**-**	**1 000**	**9 300**
Zusammen	891 235	465 516	157 346	45 770	40 000	30 000	152 603
Maßnahmen an der Donau und am Main-Donau-Kanal							
1. Ausbau der Donau							
1.1 Strecke Regensburg - Straubing/Bund (Bayern: 217 230 T€)	434 460	414 296	-	-	2 900	3 800	13 464
1.2 Strecke Straubing - Vilshofen (vorbereitende Maßnahmen)/Bund (Bayern: 120 800 T€)	241 700	215 001	-	-	14 200	13 500	-1 001
2. Ersatzinvestitionen Donau							
2.2 Schleusenautomatisierung	2 700	148	1 177	-	100	100	1 175
2.4 Nachsorgemaßnahmen an Dämmen und Bauwerken	17 321	996	782	-	1 400	500	13 643
2.5 Ersatzmaßnahmen am KOM-Netz WSV an der Donau	3 515	182	1 274	-	900	500	659
2.6 Grundinstandsetzung der Staustufe Kachlet	19 400	10 475	3 577	-	3 500	1 000	848
2.7 Ersatz Protzenweiherbrücke Regensburg	6 000	325	6	4 489	-	-	1 180
2.8 Grundinstandsetzung der Schleuse Kachlet	72 100	-	-	-	5 900	6 300	59 900
2.9 Sicherung der Ufermauer Badstraße, Regensburg	**3 700**	**-**	**-**	**-**	**-**	**500**	**3 200**
Zusammen Donau (Bund)	800 896	641 423	6 816	4 489	28 900	26 200	93 068
4. Ersatzinvestitionen MDK							
4.1 Umbau von Liegeplätzen	7 056	4 103	-	-	-	-	2 953
4.3 Anschluss der Kanalstrecke Bamberg - Hausen an die Betriebszentrale	2 710	2 260	-	-	-	-	450
4.5 Ersatz der Untertore und Seilbetriebe von Eibach bis Hilpoltstein	16 356	5 566	-	10 324	600	-	-134
4.7 Instandsetzung von 16 Brücken	6 375	1 443	3 079	196	700	600	357
4.8 Grundinstandsetzung der Staustufen am MDK	70 500	5 775	29 973	743	5 300	4 000	24 709
4.9 Nachsorgemaßnahmen an Dämmen und Bauwerken	58 221	1 303	5 568	398	1 500	2 000	47 452
4.12 Sicherungsmaßnahmen an den Schleusen der MDK-Nordstrecke	83 000	5 209	7 546	4 005	2 000	-	64 240
4.14 Ersatzmaßnahmen am KOM-Netz WSV am MDK	5 128	2 842	2 632	-	-	-	-346
4.15 Neubau der Löwenbrücke Bamberg	6 506	-	531	4 884	-	-	1 091
4.16 Instandsetzung der Kanalbrücke Rednitztal (davon Nachtrag: 4 860 T€)	10 710	5 548	-	-	2 000	200	2 962
4.17 Instandsetzung der Uferwände einschl. des Drainagesystems in den Haltungen Kriegenbrunn bis Leerstätten	13 150	145	251	-	4 000	2 000	6 754
4.18 Ersatzneubau der Schleuse Erlangen	**203 100**	**-**	**-**	**-**	**-**	**2 000**	**201 100**
4.19 Ersatzneubau der Schleuse Kriegenbrunn	**210 250**	**-**	**-**	**-**	**-**	**3 000**	**207 250**
Zusammen MDK (Bund)	693 062	34 194	49 580	20 550	16 100	13 800	558 838
Zusammen	1 493 958	675 617	56 396	25 039	45 000	40 000	651 906
Projekt 17 VDE (Bundeswasserstraßenverbindung Rühen - Magdeburg - Berlin)							
1. Ausbau des Mittellandkanals von Rühen nach Magdeburg (davon Nachtrag: 130 966 T€)	540 000	371 368	118 705	3 358	15 000	22 000	9 569
2. Bau des Wasserstraßenkreuzes Magdeburg	513 919	464 051	7 713	46 640	100	-	-4 586

1203 Anlage 1
Baumaßnahmen an Bundeswasserstraßen

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamt-ausgaben des Bundes	Verausgabt bis 2012			Bewilligt 2013	Veranschlagt 2014	Vorbe-halten für 2015 ff
		Titel 780 12	nachrichtlich aus Kap. 1202 (Maut)	nachrichtlich aus Sondertiteln und KP'e	Titel 780 12	Titel 780 12	
	- 1 000 € -						
1	2	3	4	5	6	7	8
3. Ausbau des Elbe-Havel-Kanals	493 397	168 293	122 501	10 699	33 400	42 000	116 504
4. Ausbau Untere Havel-Wasserstraße und Havelkanal	310 354	97 003	47 505	167	15 000	24 000	126 680
5. Ausbau der Wasserstraßen in Berlin (Nordtrasse zum Westhafen)	179 842	93 227	38 867	66	3 500	3 500	40 682
Zusammen P 17 VDE	2 037 512	1 193 942	335 291	60 930	67 000	91 500	288 849
7. Ersatzinvestitionen							
7.1 Ausbau und Ersatz des Kom-Netzes am MLK und EHK	**3 055**	**-**	**-**	**-**	**-**	**500**	**2 555**
7.3 Nachsorgemaßnahmen an Dämmen und Bauwerken am EHK und der UHW	6 970	-	-	-	-	-	6 970
7.4 Ersatzmaßnahmen an Wasserstraßen zum Osthafen (Berlin)	362 821	66 195	38 878	29 015	1 000	-	227 733
Zusammen	2 410 358	1 260 137	374 169	89 945	68 000	92 000	526 107
Maßnahmen an der Mittel- und Oberelbe, an der Saale und an der Unteren Havel-Wasserstraße							
1. Mittel- und Oberelbe							
1.3 Grundinstandsetzung der Pfeiler des Wehres Geesthacht	2 761	1 818	-	-	-	-	943
1.4 Erneuerung der Hubtore der Schleuse Geesthacht (davon Nachtrag: 17 323 T€)	23 944	20 395	-	-	3 000	500	49
1.5 Grundinstandsetzung der Staustufen an der Ilmenau	6 391	20	-	-	-	-	6 371
1.6 Schleusenautomatisierung an der Ilmenau	153	-	-	-	-	-	153
1.7 Sohlstabilisierung zwischen Mühlberg und Saalemündung	13 590	3 318	-	-	1 000	1 000	8 272
1.8 Instandsetzung von Schutzbauwerken im Deichvorland; Elbe-km 585 bis 607	22 500	2 537	-	1 412	4 400	4 400	9 751
Zusammen Elbe	69 339	28 088	-	1 412	8 400	5 900	25 539
2. Saale							
2.1 Maßnahmen an der Saale von der Mündung in die Elbe bis nach Halle-Trotha	112 484	19 777	-	-	-	-	92 707
2.2 Schleusenautomatisierung an der Saale	5 195	5 050	-	-	100	100	-55
Zusammen Saale	117 679	24 827	-	-	100	100	92 652
3. Untere Havel-Wasserstraße							
3.3 Grundinstandsetzung und Ersatz der Wehre Rathenow	10 083	5 589	-	2 399	900	500	695
3.5 Grundinstandsetzung der Wehranlagen Quitzöbel	15 332	2 412	-	6 260	600	500	5 560
Zusammen UHW	25 415	8 001	-	8 659	1 500	1 000	6 255
4. Nachsorgemaßnahmen an Dämmen und Bauwerken	1 320	91	-	-	-	-	1 229
Zusammen	213 753	61 007	-	10 071	10 000	7 000	125 675
Maßnahmen am Elbe-Lübeck-Kanal und an der Müritz-Elde-Wasserstraße							
1. Elbe-Lübeck-Kanal							
1.3 Schleusenautomatisierung am ELK	2 293	-	-	-	-	-	2 293
1.4 Brücken am ELK (davon Nachtrag: 20.000 T€)	56 700	5 875	2 634	3 791	6 200	6 500	31 700
Zusammen ELK	58 993	5 875	2 634	3 791	6 200	6 500	33 993
2 Müritz-Elde-Wasserstraße							
2.1 Ufersicherungsmaßnahmen	23 105	20 856	-	-	-	-	2 249
2.3 Sanierung von Dammstrecken	11 760	2 527	-	1 578	1 300	2 000	4 355
2.4 Sanierung von 15 Wehren (davon Nachtrag: 40 174 T€)	65 900	10 574	9 085	1 379	1 200	2 000	41 662
2.6 Instandsetzung von Dükern	2 285	901	-	-	600	750	34
2.7 Schleusenautomatisierung an der MEW	4 893	1 043	-	-	200	250	3 400
Zusammen MEW	107 943	35 901	9 085	2 957	3 300	5 000	51 700

Baumaßnahmen an Bundeswasserstraßen

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamt-ausgaben des Bundes	Verausgabt bis 2012 Titel 780 12	nachrichtlich aus Kap. 1202 (Maut)	nachrichtlich aus Sondertiteln und KP'e	Bewilligt 2013 Titel 780 12	Veranschlagt 2014 Titel 780 12	Vorbe-halten für 2015 ff
	- 1 000 € -						
1	2	3	4	5	6	7	8
3. Nachsorgemaßnahmen an Dämmen und Bauwerken	30 590	128	-	-	500	500	29 462
Zusammen	197 526	41 904	11 719	6 748	10 000	12 000	115 155
Maßnahmen an der Havel-Oder-Wasserstraße, der Oberen Havel-Wasserstraße und am Havelkanal							
1. Havel-Oder-Wasserstraße							
1.2 Neubau des Schiffshebewerkes Niederfinow (Nord) (davon Nachtrag: 137.840 T€)	297 159	42 114	12 920	69 495	50 000	58 000	64 630
1.3 Neubau der Entlastungsanlage Niederfinow	2 712	43	-	-	-	-	2 669
1.4 Nachsorgemaßnahmen an Dämmen und Bauwerken	130 379	58 629	58 405	-	9 100	300	3 945
1.5 Ausbaumaßnahmen in der restlichen Dichtungsstrecke	176 392	2 190	17 304	-	3 000	1 500	152 398
1.6 Neubau der Wartestelle Marienwerder	5 215	729	2 904	-	-	-	1 582
1.10 Schleusenautomatisierung	1 025	244	-	-	-	-	781
1.12 Ausbau der Hohensaaten-Friedrichsthaler-Wasserstraße	40 801	2 911	3 252	-	-	-	34 638
1.14 Neubau DB-Brücke Hohenschöpping (Kostenbeteiligung)	8 200	1 333	-	3 495	200	-	3 172
Zusammen HOW	661 883	108 193	94 785	72 990	62 300	59 800	263 815
2. Obere Havel-Wasserstraße							
2.2 Schleusenautomatisierung	5 317	1 665	-	-	100	300	3 252
2.4 Ersatzneubau der Schleuse Fürstenberg	6 700	471	367	4 846	-	-	1 016
2.5 Ersatzneubau Wehr Fürstenberg/Brandenburger Straße	**2 673**	**85**	**-**	**-**	**500**	**1 000**	**1 088**
2.6 Ersatzneubau Staustufe Steinhavel	**24 000**	**-**	**-**	**-**	**-**	**500**	**23 500**
Zusammen OHW	38 690	2 221	367	4 846	600	1 800	28 856
3. Havelkanal							
4. Nachsorgemaßnahmen an Dämmen und Bauwerken	10 740	4 390	-	-	100	400	5 850
Zusammen	711 313	114 804	95 152	77 836	63 000	62 000	298 521
Maßnahmen an der Spree-Oder-Wasserstraße einschl. Berliner Wasserstraßen und an der Oder							
1. Berliner Wasserstraßen							
1.1 Ersatz der Schleuse Spandau und Grundinstandsetzung des Zitadellenwehres	40 845	39 485	-	-	-	-	1 360
1.6 Ersatz der Eisenbahnbrücke über den TeK-km 36,46 (Kostenbeteiligung)	13 162	-896	-	7 675	500	500	5 383
1.7 Instandsetzung der Ufer des Landwehrkanals (km 0,0 bis 10,73)	**66 000**	**-**	**-**	**-**	**-**	**3 500**	**62 500**
Zusammen Berliner Wasserstraßen	120 007	38 589	-	7 675	500	4 000	69 243
2 Spree-Oder-Wasserstraße							
2.1 Uferinstandsetzung, Dammsicherung und Instandsetzung von Anlagen	37 028	13 591	9 858	29	-	200	13 350
2.5 Verlängerung der Nordkammer Schleuse Kersdorf	13 130	8 925	3 722	-	2 000	200	-1 717
2.6 Verlegung LWL-Kabel (Berlin - Eisenhüttenstadt) (davon Nachtrag: 1 490 T€)	4 400	3 013	-	-	-	600	787
2.7 Schleusenautomatisierung	1 352	613	-	-	-	-	739
Zusammen Spree-Oder-Wasserstraße	55 910	26 142	13 580	29	2 000	1 000	13 159
3. Nachsorgemaßnahmen an Dämmen und Bauwerken	2 670	212	-	-	-	-	2 458
Zusammen	178 587	64 943	13 580	7 704	2 500	5 000	84 860

Vorbemerkung

Die Bundesanstalt für IT-Dienstleistungen (DLZ-IT) ist eine bundesunmittelbare, nicht rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts und als Bundesoberbehörde dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) unmittelbar nachgeordnet. Die Bundesanstalt hat ihren Sitz in Ilmenau und unterhält weitere Standorte in Offenbach und Berlin.

Zweck und Aufgaben der Bundesanstalt sind mit Erlass des damaligen Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung vom 20. Oktober 2011 bestimmt. Die Bundesanstalt ist zentraler IT-Dienstleister im Ressort des BMVI und wird daneben als Dienstleistungszentrum IT der gesamten Bundesverwaltung tätig.

Das DLZ-IT hat folgende Aufgabenschwerpunkte:

1. Beratung der Behörden bei der Planung und dem Einsatz von IT,
2. Planung und Realisierung von IT-Leistungen für Projekte im Ressort des BMVI zur Unterstützung der Fach- und Verwaltungsaufgaben,
3. Unterstützung bei der Planung und Realisierung von IT-Infrastrukturen,
4. Bereitstellung zentraler Serviceleistungen für den Betrieb von IT-Systemen auf Anforderung und im Auftrag der Behörden,
5. Mitwirkung beim Aufbau des Projekts "Netze des Bundes" als verwaltungsinterner Kooperationspartner und Betrieb einzelner Dienste dieser Infrastruktur für die gesamte Bundesverwaltung.

Das DLZ-IT arbeitet im Rahmen seiner Aufgabenstellung und bei der Durchführung der erteilten Aufträge auch mit anderen Stellen des Bundes sowie mit Hochschulen und Universitäten, mit Fachverbänden und privatrechtlich organisierten Unternehmen verschiedener Branchen zusammen.

Überblick zum Kapitel 1204	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	-	-	-		-
Übrige Einnahmen	-	-	-		-
Gesamteinnahmen	-	-	-		-
Ausgaben					
Personalausgaben	12 605	8 306	+4 299		-
Sächliche Verwaltungsausgaben	9 459	8 608	+851		-
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	199	199	-		-
Ausgaben für Investitionen	6 695	4 032	+2 663		-
Gesamtausgaben	28 958	21 145	+7 813		-
davon flexibilisiert	28 212	20 531	+7 681		-
davon nicht flexibilisiert	746	614	+132		-
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung	4 411 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu	1 785 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu	2 426 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu	200 T€				

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

119 99 -719	Vermischte Einnahmen	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen zu Nr. 1 der Erläuterungen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 422 01, 427 09, 428 01, 511 01, 514 01, 527 01, 812 01 und Tgr. 55.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Einnahmen aus Aufträgen Dritter	-
2. Sonstiges	-
Zusammen	-

124 01 -719	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	-	-	-
132 01 -719	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Ausgaben für die Veräußerung von beweglichen Sachen dürfen vorweg von den Einnahmen abgesetzt werden.

Erläuterungen:

Erlöse aus dem Verkauf von auszusondernden Kraftfahrzeugen (vgl. Tit. 811 01) sowie dem Verkauf von Informationstechnik.

Übrige Einnahmen

261 01 -719	Erstattung von Verwaltungsausgaben aus dem Inland	-	-	-
282 08 -061	Einnahmen aus Prämienzahlungen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Kap. 1204 flexibilisierter Bereich.

Erläuterungen:

Die Höhe der Prämienzahlung richtet sich nach der Leitlinie für die Gewährung einer Einmalprämie im Zusammenhang mit der Flächenoptimierung dienstlich genutzter Liegenschaften durch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben. Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben hat für Prämienzahlungen Vorsorge in ihrem Wirtschaftsplan getroffen.

1204 Bundesanstalt für IT-Dienstleistungen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
381 06 -890	Leistungen von Bundesbehörden zur Durchführung von Aufgaben im Rahmen der Erprobung des DLZ-Projekts	-	-	(-)
	Haushaltsvermerk: Mehreinnahmen sind wegen verbindlicher Vereinbarungen mit anderen Bundesbehörden zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Tgr. 01.			

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

1. Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.

   Ausgenommen ist Tgr. 01.
2. Einsparungen bei folgenden Titeln: Kap. 1204 mit Ausnahme der Titel 518 .2 dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Tgr. 01.
3. Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Kap. 1204 flexibilisierter Bereich dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 282 08.

Sächliche Verwaltungsausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
518 02 -719	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	746	614	-
	Haushaltsvermerk: Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.			

Titelgruppe 01

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Tgr. 01	Ausgaben für die Erbringung von Leistungen zur Durchführung von Aufgaben im Rahmen der Erprobung des DLZ-Projekts	(-)	(-)	

Haushaltsvermerk:

1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Kap. 1204.
2. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.
3. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 381 06.

   Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.

   Gehen die erwarteten Einnahmen nicht ein, sind die auf Basis der vorstehenden Sätze im Voraus geleisteten Ausgaben durch haushaltsmäßige Einsparungen im Einzelplan des DLZ im der Ausgabe nachfolgenden Haushaltsjahr auszugleichen.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Erläuterungen: Erwartete Ausgaben, die durch Einnahmen zu finanzieren sind:			

Bezeichnung	1 000 €
1. Hauptgruppe 4	-
2. Hauptgruppe 5	-
3. Hauptgruppe 8	-
Zusammen	-

Erfasst sind alle Ausgaben, die im Zusammenhang mit der Übernahme der Erprobung der IT-Vor-Ort-Betreuung durch die Bundesanstalt für IT-Dienstleistungen erwartet werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
422 11 -719	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	-	-	-
427 19 -719	Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige	-		
428 11 -719	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	-	-	-
511 11 -719	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	-	-	-
527 11 -719	Dienstreisen	-	-	-
532 11 -719	Ausgaben für Aufträge und Dienstleistungen	-	-	-
547 11 -719	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	-	-	-
634 13 -719	Zuweisungen an den Versorgungsfonds	-	-	-

Haushaltsvermerk:

1. **Die Ausgaben sind übertragbar.**

   Die Übertragbarkeit ist auf die diesem Titel zufließenden Erstattungen im Sinne des § 16 Abs. 3 Satz 1 des Versorgungsrücklagegesetzes beschränkt.

2. **Erstattungen im Sinne des § 16 Abs. 3 Satz 1 des Versorgungsrücklagegesetzes fließen den Ausgaben zu.**

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
812 11 -719	Erwerb von Datenverarbeitungsanlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, Software	-	-	-

1204 Bundesanstalt für IT-Dienstleistungen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Flexibilisierte Ausgaben			
	Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG			
	Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3	12 804	8 505	-
	Aus Hauptgruppe 5	8 713	7 994	-
	Aus Hauptgruppe 7	263	263	-
	Aus Hauptgruppe 8	6 432	3 769	-
	Zusammen	28 212	20 531	-
F 422 01 -719	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten* *Haushaltsvermerk:* *Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.*	*6 104*	*2 783*	-
F 427 09 -719	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige* *Haushaltsvermerk:* *Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.*	*479*	*262*	-
F 428 01 -719	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer* *Haushaltsvermerk:* *Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.*	*5 773*	*5 257*	-
F 453 01 -719	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	*249*	*4*	-
F 511 01 -719	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände* *Haushaltsvermerk:* *Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.*	*248*	*196*	-
F 514 01 -719	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.* *Haushaltsvermerk:* *Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.*	*23*	*23*	-
F 517 01 -719	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	*649*	*649*	-
F 518 01 -719	*Mieten und Pachten*	*20*	*20*	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 519 01 -719	*Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen*	*55*	*342*	*-*
F 525 01 -719	*Aus- und Fortbildung*	*13*	*32*	*-*

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Lehr- und Unterrichtsmaterial an Lehrgangsteilnehmerinnen und Lehrgangsteilnehmer unentgeltlich abgegeben wird.

F 526 01 -719	*Gerichts- und ähnliche Kosten*	*7*	*5*	*-*
F 526 02 -719	*Sachverständige*	*-*	*-*	*-*
F 527 01 -719	*Dienstreisen*	*364*	*249*	*-*

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.

F 539 99 -719	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*249*	*204*	*-*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Stellenausschreibungen u. a. in Fachzeitschriften	*60*
2. Messe-Standkosten	*89*
3. Umzüge	*20*
4. Durchführung von Kolloquien	*25*
5. Sonstiges	*55*
Zusammen	*249*

F 634 03 -719	*Zuweisungen an den Versorgungsfonds*	*199*	*199*	*-*
F 711 01 -719	*Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten*	*263*	*263*	*-*

Erläuterungen:

Einjährige Maßnahmen	*1 000 €*
Sonstige Baumaßnahmen	*263*

F 811 01 -719	*Erwerb von Fahrzeugen*	*36*	*36*	*-*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Erstbeschaffung	
1 Pkw	*26*

1204 Bundesanstalt für IT-Dienstleistungen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 811 01

Bezeichnung	*1 000 €*
2. Ersatzbeschaffung	
1 Pkw	*26*
abzgl. Mehreinnahmen bei Tit. 132 01 aus der Veräußerung von Dienst-Kfz gem. § 6 Abs. 7 HG	*-16*
Zusammen	*36*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 812 01 -719	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke*	*329*	*211*	*-*

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Erstbeschaffung	
1.1 Ausstattung von Diensträumen	*198*
1.2 Ausstattung von Besprechungsräumen	*30*
2. Ersatzbeschaffung	
2.1 Statische USV-Anlage	*70*
2.2 Ausstattung von Diensträumen	*14*
Ausstattung der Küche	*17*
Zusammen	*329*

Titelgruppe 55

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
Tgr. 55	Ausgaben für die Informationstechnik	(13 152)	(9 796)	

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 511 55 -719	*Geschäftsbedarf und Datenübertragung sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Software, Wartung*	*4 105*	*3 805*	*-*
F 518 55 -719	*Miete für Datenverarbeitungsanlagen, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Maschinen, Software*	*30*	*30*	*-*
F 525 55 -719	*Aus- und Fortbildung*	*246*	*267*	*-*
F 532 55 -719	*Ausgaben für Aufträge und Dienstleistungen*	*2 704*	*2 172*	*-*
F 812 55 -719	*Erwerb von Datenverarbeitungsanlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, Software*	*6 067*	*3 522*	*-*

Verpflichtungsermächtigung ... 4 411 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu ... 1 785 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu ... 2 426 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu ... 200 T€

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 812 55 (Titelgruppe 55)

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Erstbeschaffung	
1.1 Hardware	*600*
1.2 Software	*1 600*
2. Ersatzbeschaffung	
2.1 Hardware	*1 755*
2.2 Software	*1 790*
3. Sonstiges	*322*
Zusammen	*6 067*

Vorbemerkung

Das Bundesamt für Güterverkehr (BAG) ist eine Bundesoberbehörde mit Sitz in Köln und 11 Außenstellen in den Bundesländern.

Es erledigt Verwaltungsaufgaben des Bundes auf dem Gebiet des Verkehrs, die ihm durch das Güterkraftverkehrsgesetz (GüKG) oder durch andere Bundesgesetze zugewiesen werden.

Das BAG überwacht u. a. den Güterkraftverkehr in- und ausländischer Unternehmen.

Es kontrolliert und überwacht die Einhaltung der Gebührenpflicht der streckenbezogenen Autobahnbenutzungsgebühr für schwere Lastkraftwagen nach dem Autobahnmautgesetz (ABMG), geändert durch das Gesetz über die Erhebung von streckenbezogenen Gebühren für die Benutzung von Bundesautobahnen und Bundesfernstraßen (Bundesfernstraßenmautgesetz - BFStrMG). Es ist Bußgeldbehörde bei Zuwiderhandlungen.

Es erhebt die Konzessionsabgabe für das Betreiben von Nebenbetrieben an Bundesautobahnen (BAB) nach Bundesfernstraßengesetz (FStrG) und BAB-Konzessionsabgabenverordnung.

Das BAG erstellt in Zusammenarbeit mit dem Kraftfahrt-Bundesamt (KBA) die Güterkraftverkehrsstatistik nach dem Verkehrsstatistikgesetz.

Das BAG beobachtet und begutachtet die Entwicklung des Marktgeschehens im Güterverkehr auf Straße, Schiene, in der Binnenschifffahrt und im Luftverkehr.

Es ist gemäß § 21 Luftverkehrsgesetz (LuftVG) Hinterlegungsstelle für Tarife im Luftverkehr.

Dem BAG obliegen nach dem Verkehrssicherstellungsgesetz und dem Verkehrsleistungsgesetz Aufgaben auf dem Gebiet der zivilen Notfallvorsorge für die Durchführung von Personen- und Gütertransporten.

Dem BAG obliegt die Gewährung von Zuwendungen für Maßnahmen der Unternehmen des Güterkraftverkehrsgewerbes mit schweren Nutzfahrzeugen in den Bereichen der Aus- und Weiterbildung, der Qualifizierung und Beschäftigung sowie Sicherheit und Umwelt im Rahmen der Maut-Harmonisierungsmaßnahmen. Die Haushaltsmittel für die Harmonisierungsmaßnahmen im Straßengüterkraftverkehr sind im Kapitel 1209 veranschlagt.

Außerdem erfüllt das Bundesamt weitere Verwaltungsaufgaben kraft besonderen Auftrags (z. B. Abwicklung für oberste Bundesbehörden im Shuttle-Dienst Bonn/Berlin, Abrechnung von Reisekosten für das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) und für Behörden im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur sowie Ausgabe bilateraler und multilateraler Genehmigungen für den grenzüberschreitenden Verkehr und Transitverkehr).

Überblick zum Kapitel 1205	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	17 159	17 159	-		18 188
Übrige Einnahmen	3	3	-		4
Gesamteinnahmen	17 162	17 162	-		18 192
Ausgaben					
Personalausgaben	36 675	38 048	-1 373	4 005	35 991
Sächliche Verwaltungsausgaben	11 949	10 922	+1 027	2 954	9 616
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	743	219	+524		204
Ausgaben für Investitionen	4 943	3 579	+1 364	4 840	2 595
Besondere Finanzierungsausgaben	-	-	-		-
Gesamtausgaben	54 310	52 768	+1 542	11 799	48 406
davon flexibilisiert	50 236	49 713	+523	10 487	47 450
davon nicht flexibilisiert	4 074	3 055	+1 019	1 312	956

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

111 01 -719	Gebühren, sonstige Entgelte	240	240	486

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Gebühren aus der Erteilung einer Bescheinigung über den nächstgelegenen Bahnhof gem. lfd. Nr. 1.4 Kostenverordnung GüKG	-
2. Gebühren aus der Erteilung/Berichtigung/Ersatzausstellung/Ablehnung/Widerruf von CEMT-Genehmigungen einschließlich Fahrtenberichtshefte gem. lfd. Nrn. 2.1 - 2.3 und 7 - 11 Kostenverordnung GüKG	76
3. Gebühren aus der Erteilung/Berichtigung/Ersatzausstellung von CEMT-Umzugsgenehmigungen gem. lfd. Nrn. 3.1 und 3.2 Kostenverordnung GüKG	12
4. Gebühren aus der Erteilung von bilateralen Genehmigungen für den grenzüberschreitenden Straßengüterverkehr gem. lfd. Nrn. 4.1 - 4.4 Kostenverordnung GüKG	152
5. Gebühren für die Ausgabe von Genehmigungen für den Gelegenheitsverkehr nach dem Personenbeförderungsgesetz gemäß lfd. Nr. II 6 PBefGkostV	-
6. Gebühren nach dem Informationsfreiheitsgesetz (IFG) gem. § 10 Abs. 1 Satz 1	-
7. Mahngebühren gem. §§ 1 Abs. 1, 3 Abs. 3 und 19 Abs. 2 VwVG.	-
Zusammen	240

112 01 -719	Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten	16 340	16 340	16 352

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Verwarnungsgelder	1 624
2. Geldbußen	14 703
3. Zwangsgelder	1
4. Auslagen	12
Zusammen	16 340

Verwarnungsgelder und Geldbußen gemäß §§ 19 ff. GüKG, § 10 BFStrMG, § 9 Abs. 2 FPersG, § 10 Abs. 5 GefahrgutG, Art. 7 Abs. 4 des Gesetzes zum CSC, §§ 23, 15 BStatG, § 14 AbfVerbrG sowie Zwangsgelder nach § 11 VwVG sowie Auslagen nach § 107 Abs. 5 OwiG.

119 01 -719	Einnahmen aus Veröffentlichungen	-	-	1

Erläuterungen:

Einnahmen aus dem Verkauf von statistischen Veröffentlichungen über Unternehmen des Straßengüterverkehrs.

119 99 -719	Vermischte Einnahmen	420	420	586

1205 Bundesamt für Güterverkehr

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
124 01 -719	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	6	6	6
132 01 -719	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	153	153	757

Erläuterungen:

Erlöse aus dem Verkauf von auszusondernden Kraftfahrzeugen (vgl. Tit. 811 01) sowie dem Verkauf von Informationstechnik.

Übrige Einnahmen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
261 01 -719	Erstattung von Verwaltungsausgaben	-	-	-
281 02 -719	Erstattung von Kosten und Auslagen im Bußgeldverfahren	3	3	4

Erläuterungen:

Erstattung von Auslagen, die dem Bundesamt als Ermittlungsbehörde bei der Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten entstehen.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
282 08 -061	Einnahmen aus Prämienzahlungen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Kap. 1205 flexibilisierter Bereich.

Erläuterungen:

Die Höhe der Prämienzahlung richtet sich nach der Leitlinie für die Gewährung einer Einmalprämie im Zusammenhang mit der Flächenoptimierung dienstlich genutzter Liegenschaften durch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben. Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben hat für Prämienzahlungen Vorsorge in ihrem Wirtschaftsplan getroffen.

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

1. Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.
   In die Flexibilisierung einbezogen ist auch Tit. 532 02.
2. **Einsparungen bei den in die Flexibilisierung nach § 5 HG einbezogenen Titeln der Hgr. 4, 5 und 8 dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 981 06.**
3. Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Kap. 1205 flexibilisierter Bereich dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 282 08.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Sächliche Verwaltungsausgaben			
518 02 -719	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	4 058	3 035	876
	Haushaltsvermerk: Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.			
	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)			
612 01 -820	Beitrag zu den Kosten des elektronischen Abfallnachweisverfahrens an das Land NRW	6	10	6
687 01 -719	Beitrag zu den Sekretariatskosten der Euro-Controle-Route (ECR)	10	10	10
	Erläuterungen: Die Bundesrepublik Deutschland ist gem. Vertrag vom 5. April 2001 der Euro-Control-Route (ECR) beigetreten. Die ECR beinhaltet die internationale Zusammenarbeit auf Kontrollebene. Sie unterstützt den Informationsaustausch, koordiniert die Kontrollaktivitäten und wirkt beim Austausch von Kontrollpersonal mit.			
	Besondere Finanzierungsausgaben			
981 06 -890	Leistungen an Dienstleistungszentren des Bundes zur Durchführung von Aufgaben im Rahmen der Erprobung des DLZ-Projekts	-		
	Haushaltsvermerk: **Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei den in die Flexibilisierung nach § 5 HG einbezogenen Titeln des Kap. 1205 geleistet werden.**			
	Flexibilisierte Ausgaben			
	Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG			
	Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3..	37 402	38 247 *4 005*	36 179
	Aus Hauptgruppe 5...	7 891	7 887 *2 954*	8 740
	Aus Hauptgruppe 7...	1 912	88 *318*	39
	Aus Hauptgruppe 8...	3 031	3 491 *3 210*	2 492
	Zusammen..	50 236	49 713 *10 487*	47 450
F 422 01 -719	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*6 960*	*5 026*	*4 653*
F 427 09 -719	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*1 648*	*838*	*1 892*

1205 Bundesamt für Güterverkehr

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu flexibilisierte Ausgaben			
F 428 01 -719	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*27 957*	*32 074*	*29 368*
F 453 01 -719	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	*110*	*110*	*78*
F 511 01 -719	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände*	*653*	*653*	*684*
F 514 01 -719	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*	*1 294*	*1 294*	*1 585*
F 517 01 -719	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	*1 123*	*1 119*	*1 792*
F 518 01 -719	*Mieten und Pachten*	*1 941*	*1 941*	*1 780*
F 519 01 -719	*Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen*	*47*	*47*	*21*
F 525 01 -719	*Aus- und Fortbildung*	*189*	*189*	*223*
F 526 01 -719	*Gerichts- und ähnliche Kosten*	*10*	*10*	*26*
F 526 02 -719	*Sachverständige*	*8*	*8*	*6*
F 527 01 -719	*Dienstreisen*	*607*	*607*	*744*
F 532 02 -719	*Ausgaben für Online-Abwicklung von Einzahlungen im Rahmen des Straßenkontrolldienstes durch Private*	*150*	*150*	*175*
F 539 99 -719	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*90*	*90*	*173*
F 543 01 -719	*Veröffentlichung und Dokumentation* *Haushaltsvermerk:* *Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen zu wissenschaftlichen Austauschzwecken an Dritte unentgeltlich bzw. gegen ermäßigtes Entgelt abgegeben werden.*	*8*	*8*	*5*
F 634 03 -719	*Zuweisungen an den Versorgungsfonds*	*727*	*199*	*188*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu flexibilisierte Ausgaben			
F 711 01 -719	*Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten*	*1 912*	*88*	*39*
F 811 01 -719	*Erwerb von Fahrzeugen*	*1 799*	*1 799*	*1 500*

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Ersatzbeschaffung	
46 Pkw	*2 074*
abzgl. Mehreinnahmen bei Tit. 132 01 aus der Veräußerung von Dienst-Kfz gem. § 6 Abs. 7 HG	*-275*
2. Sonstiges	*-*
Zusammen	*1 799*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 812 01 -719	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke*	*199*	*199*	*217*
F 812 02 -719	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie sonstigen Gebrauchsgegenständen für Kontrollzwecke*	*124*	*584* *1 312*	*64*

Titelgruppe 55

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Tgr. 55	Ausgaben für die Informationstechnik	(2 680)	(2 680)	
F 511 55 -719	*Geschäftsbedarf und Datenübertragung sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Software, Wartung*	*899*	*899*	*942*
F 518 55 -719	*Miete für Datenverarbeitungsanlagen, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Maschinen, Software*	*62*	*62*	*-*
F 525 55 -719	*Aus- und Fortbildung*	*125*	*125*	*50*
F 532 55 -719	*Ausgaben für Aufträge und Dienstleistungen*	*685*	*685*	*534*
F 812 55 -719	*Erwerb von Datenverarbeitungsanlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, Software*	*909*	*909*	*775*

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Erstbeschaffung	
1.1 Hardware	*152*
1.2 Software	*78*
2. Ersatzbeschaffung	
2.1 Hardware	*459*
2.2 Software	*220*
Zusammen	*909*

1205 Bundesamt für Güterverkehr

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel			
612 02 -719	Beitrag zu den Kosten der Übertragungssoftware Governikus an das Land Niedersachsen		-	-
F 712 01 -719	*Baumaßnahmen von mehr als 1 000 000 € im Einzelfall*		-	-

Vorbemerkung

Das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie (BSH) ist eine Bundesoberbehörde mit Sitz in Hamburg und Rostock.

Nach dem Seeaufgabengesetz, dem Flaggenrechtsgesetz, dem Strahlenschutzvorsorgegesetz und anderen gesetzlichen Regelungen hat das BSH Aufgaben in folgenden Bereichen:

1. Dienste für die Schifffahrt,
2. Zulassung der Navigations- und Funkausrüstung,
3. nautisch-hydrographischer Dienst,
4. Nutzung in der Ausschließlichen Wirtschaftszone,
5. Angelegenheiten des Meeresumweltschutzes, Koordinierung und Zulassung von Ballastwassermanagement,
6. meereskundliche Dienste und Untersuchungen,
7. Abwehr äußerer Gefahren auf See.

Das Institut für Ostseeforschung an der Universität Rostock (IOW) führt im Auftrag des BSH die meereskundlichen Aufgaben für das Meeresgebiet vor der Küste des Landes Mecklenburg-Vorpommern durch. Die dem IOW hierdurch entstehenden Kosten werden aus diesem Kapitel erstattet.

Zur Erfüllung seiner Aufgaben arbeitet das BSH in verschiedenen nationalen und internationalen Organisationen (z. B. International Hydrographic Organization (IHO) und International Maritime Organization (IMO)) und Gremien der internationalen Meeresumwelt-Übereinkommen mit.

Für die Arbeiten auf See betreibt das BSH fünf Forschungs-, Wracksuch- und Vermessungsschiffe.

Die Ausgaben für die Bundesstelle für Seeunfall-Untersuchung sind ebenfalls in diesem Kapitel veranschlagt.

Überblick zum Kapitel 1208	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	16 357	11 760	+4 597		8 432
Übrige Einnahmen	30	30	-		83
Gesamteinnahmen	16 387	11 790	+4 597		8 515
Ausgaben					
Personalausgaben	44 726	43 215	+1 511	296	44 681
Sächliche Verwaltungsausgaben	21 144	21 044	+100	4 352	25 497
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	3 271	3 183	+88		2 751
Ausgaben für Investitionen	3 340	3 440	-100	2 226	3 870
Besondere Finanzierungsausgaben	-	-	-		-
Gesamtausgaben	72 481	70 882	+1 599	6 874	76 799
davon flexibilisiert	62 878	61 284	+1 594	6 429	61 573
davon nicht flexibilisiert	9 603	9 598	+5	445	15 226
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung	86 590 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu	23 088 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu	21 167 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu	21 168 T€				
im Haushaltsjahr 2018 bis zu	21 167 T€				

1208 Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

111 01 -731	Gebühren, sonstige Entgelte	14 417	9 820	5 478

Haushaltsvermerk:

1. Mehreinnahmen zu Nr. 1 der Erläuterungen sind zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: Kap. 1202 Tit. 683 01.
2. An Dritte zu zahlende Gebührenanteile dürfen von den Einnahmen abgesetzt werden.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Gebühren für die Ausflaggung	1 000
2. Sonstige Gebühren und Entgelte	13 417
Zusammen	14 417

Veranschlagt sind die Gebühren nach der Gebührenverordnung für Amtshandlungen des Bundesamtes für Seeschifffahrt und Hydrographie (BSHGebV).

112 01 -731	Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten	100	100	58
119 01 -731	Einnahmen aus Veröffentlichungen	1 750	1 750	1 713

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen zu Nr. 2 der Erläuterungen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 543 01.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Verkauf und Vertrieb von nautischen Publikationen	1 750
2. Einnahmen aus Nutzungsentgelten hydrographischer Produkte des BSH z. B. durch andere hydrographische Dienste	-
Zusammen	1 750

119 99 -731	Vermischte Einnahmen	51	51	1 166

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen zu Nr. 1 und 2 der Erläuterungen sind wegen rechtsverbindlicher Verwendungsauflage bei Aufträgen Dritter zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Tgr. 01.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Einnahmen aus Aufträgen Dritter	26
2. Einnahmen von der EU für Forschungsaufträge	-
3. Sonstige	25
Zusammen	51

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
132 01 -731	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	39	39	17

Haushaltsvermerk:

Ausgaben für die Veräußerung von beweglichen Sachen dürfen vorweg von den Einnahmen abgesetzt werden.

Übrige Einnahmen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
261 01 -731	Erstattung von Reisekosten und sonstigen Verwaltungsausgaben	30	30	83

Haushaltsvermerk:

1. Mehreinnahmen zu Nr. 1 der Erläuterungen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 527 01.
2. Mehreinnahmen zu Nr. 3 der Erläuterungen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 526 02.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Einnahmen im Rahmen des Auslagenersatzes, soweit die Ausgaben nicht aus Tit. 527 11 geleistet werden: Erstattung von Reisekosten aus Amtshandlungen des BSH für Dritte sowie Erstattung von Aufwandsentschädigungen aus Amtshandlungen des BSH im Rahmen des Aufsichtsdienstes	-
2. Verwaltungskostenzuschläge sowie Erstattung von Personal- und sächlichen Verwaltungsausgaben bei der Durchführung von Aufträgen Dritter, soweit diese Aufgaben nicht bei Tit. 427 11 bis 812 11 geleistet werden	30
3. Kosten für Sachverständige für die Durchführung von Teilprüfungen im Rahmen von Baumusterprüfungen	-
Zusammen	30

Vgl. auch Erläuterungen zu Tit. 526 02 und 527 01.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
282 08 -061	Einnahmen aus Prämienzahlungen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Kap. 1208 flexibilisierter Bereich.

Erläuterungen:

Die Höhe der Prämienzahlung richtet sich nach der Leitlinie für die Gewährung einer Einmalprämie im Zusammenhang mit der Flächenoptimierung dienstlich genutzter Liegenschaften durch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben. Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben hat für Prämienzahlungen Vorsorge in ihrem Wirtschaftsplan getroffen.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
381 01 -890	Leistungen von Bundesbehörden zur Durchführung von Aufträgen	-	-	(5 955)

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind wegen verbindlicher Vereinbarung mit anderen Bundesbehörden zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Tgr. 01.

1208 Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Ausgaben			
	Haushaltsvermerk: 1. Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG. In die Flexibilisierung einbezogen ist auch Tit. 546 01. Ausgenommen sind Tit. 812 04, Tgr. 01 und Tgr. 02. **2. Einsparungen bei den in die Flexibilisierung nach § 5 HG einbezogenen Titeln der Hgr. 4, 5 und 8 dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 981 06.** **3.** Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Kap. 1208 flexibilisierter Bereich dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 282 08. **4.** Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Werbe- und Informationsmaterialien gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.			
	Sächliche Verwaltungsausgaben			
518 02 -731	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	5 387	5 387	4 674
	Haushaltsvermerk: Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.			
532 01 -731	Ausgaben für die Durchführung von Übungen zur Gefahrenabwehr in der Seeschifffahrt	150	150	87
	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)			
632 01 -731	Erstattung an das Institut für Ostseeforschung an der Universität Rostock	2 245	2 245	2 273
	Erläuterungen: Veranschlagt sind die Ausgaben für Personal, Betriebsmittel, Dienstreisen und Schiffseinsatz, die der Bund dem Institut für Ostseeforschung für die Durchführung von Aufgaben im Auftrag des BSH erstattet.			
632 02 -731	Kostenerstattung an Länder für die Durchführung von Kontrollen gemäß Bund-Länder-Vereinbarung (SOLAS-Übereinkommen)	247	247	43
681 01 -731	Unterhalts- und Studienbeihilfen für die Ausbildung von Nachwuchskräften für den gehobenen seevermessungstechnischen Dienst	23	23	5
687 03 -731	Zusammenarbeit europäischer meereskundlicher Institutionen im Hinblick auf Aufbau und Betrieb eines operationellen ozeanographischen Beobachtungssystems (EuroGOOS)	11	11	11
	Erläuterungen: Veranschlagt sind die anteiligen Kosten für den Betrieb des EuroGOOS-Sekretariates.			

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Ausgaben für Investitionen			
812 04 -731	Beschaffung von Treibkörpern (Floats) für den Erhalt und Ausbau des internationalen ARGO-Messnetzes	577	577	578
	Besondere Finanzierungsausgaben			
981 06 -890	Leistungen an Dienstleistungszentren des Bundes zur Durchführung von Aufgaben im Rahmen der Erprobung des DLZ-Projekts Haushaltsvermerk: **Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei den in die Flexibilisierung nach § 5 HG einbezogenen Titeln des Kap. 1208 geleistet werden.**	-		
	Titelgruppe 01			
Tgr. 01	Durchführung von Aufträgen anderer Bundesbehörden und Dritter Haushaltsvermerk: 1. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig. 2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: 119 99 und 381 01. Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.	(26)	(26) *(445)*	
427 19 -165	Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige Haushaltsvermerk: § 20 Abs. 1 BHO findet keine Anwendung. Ausgaben dürfen nur geleistet werden, solange keine freien Stellen der gleichen oder einer höheren Entgeltgruppe bei Tit. 428 11 vorhanden sind. Erläuterungen: Die Erläuterungen zu Tit. 428 01 gelten hinsichtlich der bei der Bemessung der Entgelte im Einzelnen zu berücksichtigenden Leistungen entsprechend.	3	3	1 469
428 11 -165	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	-	-	34
527 11 -165	Dienstreisen	-	-	136
547 11 -165	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	23	23 *445*	4 772

1208 Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu Titelgruppe 01			
812 11 -165	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	-	-	453
	Titelgruppe 02			
Tgr. 02	Bundesstelle für Seeunfalluntersuchung	(937)	(932)	
	Haushaltsvermerk: 1. Einsparungen bei folgenden Titeln: Hgr. 4 dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 634 23. 2. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit Ausnahme folgender Titel: 634 23 und 671 21. 3. Erstattungen Dritter fließen den Ausgaben zu. Erläuterungen: Daneben sind in Tgr. 55 für IT-Ausgaben 22 T€ enthalten.			
422 21 -731	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	358	356	253
428 21 -731	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	411	408	361
453 21 -731	Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen	3	3	2
511 21 -731	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	12	12	8
514 21 -731	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	3	3	1
525 21 -731	Aus- und Fortbildung	5	5	1
526 21 -731	Gerichts- und ähnliche Kosten	-	-	2
527 21 -731	Dienstreisen	25	25	20
539 29 -731	Vermischte Verwaltungsausgaben	-	-	4
634 23 -731	Zuweisungen an den Versorgungsfonds	-	-	-
	Haushaltsvermerk: **1. Die Ausgaben sind übertragbar.**			

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu Titel 634 23 (Titelgruppe 02):			
	Die Übertragbarkeit ist auf die diesem Titel zufließenden Erstattungen im Sinne des § 16 Abs. 3 Satz 1 des Versorgungsrücklagegesetzes beschränkt.			
	2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Tgr. 02.			
	3. Erstattungen im Sinne des § 16 Abs. 3 Satz 1 des Versorgungsrücklagegesetzes fließen den Ausgaben zu.			
671 21 -731	Ausgaben im Zusammenhang mit der Untersuchung von Schiffsunfällen	120	120	25
811 21 -731	Erwerb von Fahrzeugen	-	-	-

Flexibilisierte Ausgaben

	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
	Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG			
	Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3	44 576	42 982 *296*	42 956
	Aus Hauptgruppe 5	15 539	15 439 *3 907*	15 778
	Aus Hauptgruppe 7	-	- *14*	180
	Aus Hauptgruppe 8	2 763	2 863 *2 212*	2 659
	Zusammen	62 878	61 284 *6 429*	61 573
F 422 01 -731	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*9 248*	*8 534*	*7 542*
F 427 09 -731	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*1 274*	*1 260*	*2 261*
	Erläuterungen:			
	Die Erläuterungen zu Tit. 428 01 gelten hinsichtlich der Aufzählung der bei der Bemessung der Entgelte im Einzelnen zu berücksichtigenden Leistungen entsprechend.			
	Aufwendungen für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die wegen des wissenschaftlichen Erfahrungsaustausches, auch im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit, zeitweise beim BSH beschäftigt werden.			
F 428 01 -731	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*32 348*	*31 589*	*32 707*
F 428 02 -731	*Entgelte für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler*	*1 008*	*989*	*-*
	Haushaltsvermerk:			
	Aus dem Titel werden Entgelte für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie für sonstige im wissenschaftsrelevanten Bereich Beschäftigte gezahlt, die im Rahmen der Planung, Vorbereitung, Durchführung, Auswertung oder Bewertung von Forschungsvorhaben einen we-			

1208 Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Noch zu Titel 428 02				
	sentlichen Beitrag leisten. Für diesen Beschäftigtenkreis wird kein verbindlicher Stellenplan ausgebracht. Unbefristete Beschäftigungsverhältnisse dürfen im Rahmen vorhandener Mittel abgeschlossen werden.			
F 453 01 -731	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	*73*	*73*	*52*
F 511 01 -731	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände*	*1 340*	*1 340*	*1 380*
F 514 01 -731	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*	*3 134*	*3 134*	*3 932*
F 517 01 -731	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	*1 981*	*1 981*	*1 857*
F 518 01 -731	*Mieten und Pachten*	*2 002*	*2 002*	*1 427*
	Verpflichtungsermächtigung...			
	fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 1 920 T€			
	Erläuterungen:			
	Auch für Anmietung von Forschungsschiffen: 1 920 T€.			
F 519 01 -731	*Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen*	*407*	*407*	*706*
F 525 01 -731	*Aus- und Fortbildung*	*320*	*120*	*175*
F 526 01 -731	*Gerichts- und ähnliche Kosten*	*22*	*22*	*24*
F 526 02 -731	*Sachverständige*	*-*	*-*	*10*
	Haushaltsvermerk:			
	Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 261 01.			
	Erläuterungen:			
	Beauftragung von Sachverständigen im Rahmen der Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben des BSH.			
F 527 01 -731	*Dienstreisen*	*503*	*503*	*659*
	Haushaltsvermerk:			
	Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 261 01.			

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 527 01

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Aufwandsvergütungen für die zum Bordpersonal der Forschungs- und Vermessungsschiffe gehörenden Beamtinnen und Beamte sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie für vorübergehend an Bord tätige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	170
2. Reisekosten für Inlandsdienstreisen	197
3. Reisekosten für Auslandsdienstreisen	136
Zusammen	503

Die im Rahmen des Auslagenersatzes für Amtshandlungen des BSH neben den Gebühren erstatteten Beträge an Reisekosten und Aufwandsvergütungen werden bei Tit. 261 01 vereinnahmt.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 539 99 -731	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	155	155	276
F 543 01 -731	*Veröffentlichung und Dokumentation*	260	260	267

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben zu Nr. 2 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 01.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Herstellung und Herausgabe der nautischen und wissenschaftlichen Veröffentlichungen, Werkverträge	250
2. Nutzungsentgelte für hydrographische Produkte anderer hydrographischer Dienste	-
3. Sonstiges (u. a. Ausgaben für Filmmaterial, hydrographische Dokumentation usw.)	10
Zusammen	260

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 544 01 -165	*Forschung, Untersuchungen und Ähnliches*	1 089	1 089	1 420

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Kosten für Forschungsaufträge auf dem Gebiet der Meeresumwelt	1 045
2. Kosten für andere Gutachten, Untersuchungen und Versuche	44
Zusammen	1 089

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 545 01 -731	*Konferenzen, Tagungen, Messen und Ausstellungen*	70	70	-

Erläuterungen:

Teilnahme an Messen und Ausstellungen; Durchführung von Konferenzen, Tagungen und sonstigen Veranstaltungen unter internationaler und nationaler Beteiligung.

1208 Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 546 01 -731	*Sonstige Verwaltungsausgaben*	*1 055*	*1 155*	*659*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Meereskundliche Dienste, Meeresumweltüberwachung, meereskundliche Querschnittsaufgaben, technisch-wissenschaftliche Verfahren, Versuchswerkstatt	*450*
2. Seevermessung	*30*
3. Schiffsvermessung, technische Schiffssicherheit	*40*
4. Durchführung der Marktüberwachung und Aufsicht über die benannten Stellen	*300*
5. Durchführung des biologischen Monitorings in der Nordsee	*235*
Zusammen	*1 055*

F 634 03 -731	*Zuweisungen an den Versorgungsfonds*	*625*	*537*	*394*
F 711 01 -731	*Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten*	*-*	*-*	*180*
F 811 01 -731	*Erwerb von Fahrzeugen*	*-*	*-*	*-*

Verpflichtungsermächtigung....... 84 670 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu....... 21 168 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu....... 21 167 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu....... 21 168 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu....... 21 167 T€

Erläuterungen:

Ersatz für das Vermessungs-, Wracksuch- und Forschungsschiff "Atair".

F 812 02 -731	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen*	*1 650*	*1 750*	*1 396*

Titelgruppe 55

Tgr. 55	Ausgaben für die Informationstechnik	(4 314)	(4 314)	
F 511 55 -731	*Geschäftsbedarf und Datenübertragung sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Software, Wartung*	*2 330*	*2 330*	*2 171*
F 518 55 -731	*Miete für Datenverarbeitungsanlagen, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Maschinen, Software*	*100*	*100*	*17*
F 525 55 -731	*Aus- und Fortbildung*	*119*	*119*	*110*
F 532 55 -731	*Ausgaben für Aufträge und Dienstleistungen*	*652*	*652*	*688*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 812 55 -731	*Erwerb von Datenverarbeitungsanlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, Software*	*1 113*	*1 113*	*1 263*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Erstbeschaffung	
1.1 Hardware	*150*
1.2 Software	*200*
2. Ersatzbeschaffung	
2.1 Hardware	*500*
2.2 Software	*250*
3. Sonstiges	*13*
Zusammen	*1 113*

Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel

459 19 -165	Vermischte Personalausgaben		-	-
518 21 -731	Mieten und Pachten		-	-

1209 Erhebung und Verwendung der Maut (Bundesfernstraßen)

Vorbemerkung

Auf der Grundlage des Gesetzes über die Erhebung von streckenbezogenen Gebühren für die Benutzung von Bundesautobahnen mit schweren Nutzfahrzeugen (Autobahnmautgesetz - ABMG), geändert durch das Gesetz über die Erhebung von streckenbezogenen Gebühren für die Benutzung von Bundesautobahnen und Bundesstraßen (Bundesfernstraßenmautgesetz - BFStrMG) wird auf Autobahnen und bestimmten, im Gesetz definierten Bundesstraßenabschnitten Maut erhoben.

Alle Einnahmen und Ausgaben im Zusammenhang mit der Erhebung und Kontrolle der Maut sind in diesem Kapitel veranschlagt. Gemäß § 11 BFStrMG werden die nach Abzug der Systemkosten, der Ausgleichsleistungen für die Kfz-Steuerausfälle und der Ausgaben für die übrigen Harmonisierungsmaßnahmen für das deutsche Güterkraftverkehrsgewerbe verbleibenden Mauteinnahmen zur Finanzierung von Bundesfernstraßen verwendet. Deren finanzielle Abwicklung erfolgt über die Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaft (VIFG).

Nicht verausgabte Mittel werden im jeweils folgenden Haushaltsjahr, spätestens mit dem übernächsten Haushaltsplan bereitgestellt (Mautguthaben); nicht durch Mauteinnahmen gedeckte Ausgaben sind entsprechend spätestens im übernächsten Haushaltsjahr nachzusparen (Mautschaden). Dabei sind die tatsächlichen Ist-Einnahmen und Ist-Ausgaben zu berücksichtigen.

Nach § 6 Absatz 3 des Gesetzes über die vermögensrechtlichen Verhältnisse der Bundesautobahnen und sonstigen Bundesstraßen des Fernverkehrs (BStrVermG) trägt der Bund die Zweckausgaben aus der Wahrnehmung der Straßenbaulast und die Zweckausgaben im Zusammenhang mit der Erhaltung und Bewirtschaftung des bundeseigenen Vermögens. Er gilt Zweckausgaben, die bei der Entwurfsbearbeitung und Bauaufsicht entstehen, durch die Zahlung einer Pauschale ab, die für Kosten der Entwurfsbearbeitung 2 Prozent der Baukosten, für Kosten der Bauaufsicht 1 Prozent der Baukosten beträgt.

Von den im Kapitel 1209 für das Jahr 2014 veranschlagten Einnahmen fließen 150 Mio. Euro als Ausgleich für die im Zuge der Mauteinführung vorgenommene Absenkung der Kfz-Steuer für schwere Lastkraftwagen auf das europarechtlich zulässige Mindestniveau dem Gesamthaushalt zu. Gleichzeitig ist in den veranschlagten Ausgabeansätzen ein Mautschaden aus dem Haushaltsjahr 2012 in Höhe von 38 530 T€ berücksichtigt.

In der nachstehenden Tabelle werden die Sollansätze für das Haushaltsjahr 2014 dargestellt:

Bezeichnung	1 000 €
1. Einnahmen Mautkapitel....................................	4 400 320
- Kompensation Kfz-Steuerausfälle....................	-150 000
+/- Mautguthaben/-schaden................................	-38 530
2. Ausgaben Mautkapitel.......................................	4 211 790
davon	
Bundesfernstraßenbau (einschließlich pauschale Abgeltung Zweckausgaben)...........................	3 129 038

Überblick zum Kapitel 1209	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen..	4 400 320	4 523 320	-123 000		4 369 677
Übrige Einnahmen...	-	-	-		3 631
Gesamteinnahmen...	4 400 320	4 523 320	-123 000		4 373 308
Ausgaben					
Personalausgaben...	46 825	48 303	-1 478		40 731
Sächliche Verwaltungsausgaben...........................	606 558	584 984	+21 574		558 522
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	493 508	497 109	-3 601	43 936	439 553
Ausgaben für Investitionen.....................................	3 064 899	3 255 211	-190 312		3 391 181
Besondere Finanzierungsausgaben......................	-	-	-		-
Gesamtausgaben...	4 211 790	4 385 607	-173 817	43 936	4 429 987
davon nicht flexibilisiert..	4 211 790	4 385 607	-173 817	43 936	4 429 987
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung...................................	7 125 156 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.................................	1 740 656 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.................................	589 500 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.................................	335 000 T€				
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.................................	40 000 T€				
im Haushaltsjahr 2019 bis zu.................................	40 000 T€				
im Haushaltsjahr 2020 bis zu.................................	40 000 T€				
im Haushaltsjahr 2021 bis zu.................................	40 000 T€				
in künftigen Haushaltsjahren bis zu.......................	4 300 000 T€				

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Einnahmen			
	Haushaltsvermerk: 1. Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Kap. 1209. Von den Einnahmen aus dem Schiedsgerichtsverfahren sind jedoch die im Haushaltsjahr 2004 im Kap. 1202 Tgr. 05 aus allgemeinen Deckungsmitteln des Haushalts vorfinanzierten Verkehrsinvestitionen in Höhe von 691.830 T€ in Abzug zu bringen. 2. Zu erstattende Gebühren dürfen, auch wenn sie in einem früheren Haushaltsjahr vereinnahmt worden sind, aus den Einnahmen gezahlt werden.			
	Verwaltungseinnahmen			
111 01 -719	Gebühren, sonstige Entgelte	304	304	145
	Erläuterungen: Gebühren aus dem Mauterstattungsverfahren gemäß § 4 Absatz 5 BFStrMG sowie Gebühren im Zusammenhang mit dem Europäischen Elektronischen Mautdienst (EEMD).			
111 02 -721	Einnahmen aus der streckenbezogenen LKW-Maut	4 400 000	4 523 000	4 362 147
119 99 -059	Vermischte Einnahmen	-	-	6 136
	Erläuterungen: Einnahmen u. a. aus den Schiedsgerichtsverfahren.			
132 01 -719	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	16	16	1 249
	Erläuterungen: Erlöse aus dem Verkauf von auszusondernden Kraftfahrzeugen (vgl. Titel 811 01) sowie dem Verkauf von Informationstechnik.			
	Übrige Einnahmen			
261 01 -719	Kostenerstattung durch Toll Collect für die Nacherhebungsverfahren	-	-	352
272 01 -790	Einnahmen aus Zuschüssen der Europäischen Union zur Entwicklung eines europäischen Mautsystems	-	-	-
	Haushaltsvermerk: Mehreinnahmen sind wegen bindender Vorgaben der EU zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 526 02.			

1209 Erhebung und Verwendung der Maut (Bundesfernstraßen)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
281 01 -790	Rückzahlungen und Erstattungen	-	-	3 279
282 08 -061	Einnahmen aus Prämienzahlungen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben	-		

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.
2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: Kap. 1209.
3. Erstattungen, Beiträge Dritter und Einnahmen aus Schadensersatzleistungen bei unzulässigen Wettbewerbsbeschränkungen fließen den Ausgaben zu.
4. Einnahmen fließen den Ausgaben zu. Dies sind auch Einnahmen durch Kostenbeteiligungen Dritter, aus der Inanspruchnahme von Bürgschaften, aus Insolvenzverfahren, aus Ablösebeträgen und aufgrund von Prüfungsmitteilungen des Bundesrechnungshofes sowie aus Grundstücksveräußerungen, aus Grunderwerbsteuer-Rückzahlungen, aus Gestattungsgebühren und aus Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit Baumaßnahmen.

   Falls Mehrausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet werden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.
5. Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen dürfen für im Straßenbauplan nicht veranschlagte Bauvorhaben und für Kostenerhöhungen nur mit Einwilligung des Bundesministeriums der Finanzen in Anspruch genommen werden, soweit es nicht darauf verzichtet. Die Bauvorhaben bzw. die Kosten- und Zuschusserhöhungen gelten nach dieser Einwilligung als in den Straßenbauplan eingestellt.

Personalausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
422 01 -719	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	22 357	19 943	13 733

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Beschäftigte des BMVI	153
2. Beschäftigte des BAG	22 204
Zusammen	22 357

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
427 09 -719	Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige	2 651	2 651	2 420

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Beschäftigte des BMVI	446
2. Beschäftigte des BAG	2 000
3. Beschäftigte des DLZ-IT	205
Zusammen	2 651

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
428 01 -719	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	21 757	25 649	24 578

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Beschäftigte des BAG	21 624
2. Beschäftigte des KBA	85
3. Beschäftigte der BASt	48
Zusammen	21 757

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
453 01 -719	Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen	60	60	-
	Sächliche Verwaltungsausgaben			
511 01 -719	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	918	937	856
514 01 -719	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	5 685	3 951	4 043
517 01 -719	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	1 785	1 356	2 068
518 01 -719	Mieten und Pachten	1 386	1 390	1 250
518 02 -719	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	-		
519 01 -719	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	60	60	24
525 01 -719	Aus- und Fortbildung	160	933	75

1209 Erhebung und Verwendung der Maut (Bundesfernstraßen)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
526 01 -059	Gerichts- und ähnliche Kosten	15 000	-	11 202

Erläuterungen:

Ausgaben im Zusammenhang mit der Durchführung der Schiedsverfahren (z. B. für die anwaltliche Vertretung).

Mehr wegen Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
526 02 -790	Sachverständige	12 969	7 500	10 838

Verpflichtungsermächtigung.. 3 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 1 500 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 1 500 T€

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben zu Nr. 2 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 272 01.

Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Gutachten und Sachverständige	12 969
1.1 Kostenanteil BMVI	*11 338*
1.2 Kostenanteil BAG	*1 631*
2. Finanzierungsanteil EU (50 Prozent)	-
Zusammen	12 969

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
527 01 -719	Dienstreisen	1 000	1 000	979
532 01 -790	Ausgaben für den Einzug der streckenbezogenen Straßenbenutzungsgebühren für LKW durch Private	560 946	560 000	488 872

Haushaltsvermerk:

Zahlungen aus dem Betreibervertrag fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Der Einzug der Gebühren nach dem Gesetz über die Erhebung von streckenbezogenen Gebühren für die Benutzung von Bundesautobahnen und Bundesstraßen (Bundesfernstraßenmautgesetz - BFStrMG) erfordert die Leistungsvergabe an private Auftragnehmer.

Gemäß Betreibervertrag setzt sich die Betreibervergütung der Projektgesellschaft aus vier Komponenten zusammen, von denen drei Komponenten in bestimmten vertraglich festgelegten Rahmen variabel sind.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
532 02 -719	Ausgaben für Online-Abwicklung von Einzahlungen im Rahmen des Mautkontrolldienstes durch Private	150	150	79

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
539 99 -719	Vermischte Verwaltungsausgaben	186	186	128

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Übersetzungskosten bei Ordnungswidrigkeitenverfahren gegen Gebietsfremde und Registrierungsverfahren EEMD......................	20
2. Entschädigungs- und Ersatzleistungen..	40
3. Auskünfte aus Handelsregistern..	5
4. Kosten des Zahlungsverkehrs (Bankgebühren).............................	30
5. Kosten für Bewerbungen und Arbeitnehmerüberlassungsverträge.	77
6. Bekanntmachungen (z. B. Ausschreibungen)................................	9
7. Sonstiges...	5
Zusammen..	186

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
543 01 -719	Veröffentlichung und Dokumentation	5	5	5

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
634 03 -719	Zuweisungen an den Versorgungsfonds	1 640	162	166

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind übertragbar.

Die Übertragbarkeit ist auf die diesem Titel zufließenden Erstattungen im Sinne des § 16 Abs. 3 Satz 1 des Versorgungsrücklagegesetzes beschränkt.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
662 01 -790	Zinszuschüsse der KfW-Förderbank zur Förderung der Anschaffung emissionsarmer schwerer LKW ("Innovationsprogramm"/Variante Darlehen)	-	250	93

Erläuterungen:

siehe Anlage 1

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
682 01 -790	Verwaltungsausgaben der VIFG	3 390	3 397	2 997
684 01 -790	Zuschüsse der KfW-Förderbank zur Förderung der Anschaffung emissionsarmer schwerer LKW ("Innovationsprogramm"/Variante nicht rückzahlbarer Zuschuss)	12 600	15 750	12 232

Erläuterungen:

siehe Anlage 1

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
684 02 -790	Zuschüsse zur Förderung von Umwelt und Sicherheit in Unternehmen des mautpflichtigen Güterkraftverkehrs (De-Minimis-Programm)	254 878	293 550 *43 936*	256 701

Verpflichtungsermächtigung...

fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu.................................... 200 000 T€

Haushaltsvermerk:

Die Verpflichtungsermächtigung ist mit der Verpflichtungsermächtigung bei folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 684 03.

1209 Erhebung und Verwendung der Maut (Bundesfernstraßen)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 684 02

Erläuterungen:

siehe Anlage 1

Weniger wegen Anpassung an den Bedarf.

684 03 -790	Zuschüsse zur Förderung der Aus- und Weiterbildung in Unternehmen des mautpflichtigen Güterkraftverkehrs (Aus- und Weiterbildungs-Programm)	125 000	85 000	75 076

Verpflichtungsermächtigung... 170 700 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 64 700 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu... 56 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu... 50 000 T€

Haushaltsvermerk:

Die Verpflichtungsermächtigung ist mit der Verpflichtungsermächtigung bei folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 684 02.

Erläuterungen:

siehe Anlage 1

Mehr wegen Anpassung an den Bedarf.

Ausgaben für Investitionen

711 01 -719	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	30	30	14
811 01 -719	Erwerb von Fahrzeugen	1 146	455	12 674

Verpflichtungsermächtigung...

fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu...................................... 14 456 T€

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Neubeschaffung	
13 Pkw..	582
2. Ersatzbeschaffung	
57 Pkw..	1 191
abzgl. Mehreinnahmen bei Tit. 132 01 aus der Veräußerung von Dienst-Kfz gem. § 6 Abs. 7 HG..	-627
Zusammen..	1 146

812 01 -719	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke	40	40	71

Besondere Finanzierungsausgaben

981 06 -890	Leistungen an Dienstleistungszentren des Bundes zur Durchführung von Aufgaben im Rahmen der Erprobung des DLZ-Projekts	-		

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Titelgruppe 01			
Tgr. 01	Nutzerfinanzierter Bau und Erhalt der Bundesfernstraßen	(3 129 038)	(3 335 221)	
521 11 -721	Betriebsdienst (Bundesautobahnen)	-	-	36 238
521 21 -722	Betriebsdienst (Bundesstraßen)	-	-	-
632 12 -721	Pauschale Abgeltung der Zweckausgaben bei Entwurfsbearbeitung und Bauaufsicht (Bundesautobahnen)	80 000	83 000	70 701
632 22 -722	Pauschale Abgeltung der Zweckausgaben bei Entwurfsbearbeitung und Bauaufsicht (Bundesstraßen)	16 000	16 000	21 587
741 11 -721	Bedarfsplanmaßnahmen (Bundesautobahnen)	302 683	639 352	725 096

Verpflichtungsermächtigung... 430 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 245 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 80 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 25 000 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.. 20 000 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu.. 20 000 T€
im Haushaltsjahr 2020 bis zu.. 20 000 T€
im Haushaltsjahr 2021 bis zu.. 20 000 T€

Haushaltsvermerk:

Die Verpflichtungsermächtigung ist mit den Verpflichtungsermächtigungen bei folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: 741 22, 741 31, 741 32, 741 42, 742 11 **und 823 11.**

Die Inanspruchnahme der Deckungsfähigkeit mit **Tit. 823 11 ist auf einen Gesamtbetrag von 400 000 T€** beschränkt.

Erläuterungen:

Summe der Titel 741 14, 741 16 bis 741 18 des Straßenbauplans.

Weniger wegen Anpassung im Rahmen des Finanzierungskreislaufs Straße.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
741 22 -722	Bedarfsplanmaßnahmen (Bundesstraßen)	78 300	108 787	382 638

Verpflichtungsermächtigung... 100 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 70 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 20 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 10 000 T€

Haushaltsvermerk:

Die Verpflichtungsermächtigung ist mit den Verpflichtungsermächtigungen bei folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: 741 11, 741 31, 741 32, 741 42 und 742 11.

Erläuterungen:

Mehr wegen Anpassung an Bedarf.

1209 Erhebung und Verwendung der Maut (Bundesfernstraßen)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 01

741 31 -721	Um- und Ausbau, Rastanlagen, Lärmschutzmaßnahmen (Bundesautobahnen)	310 150	310 150	319 444

Verpflichtungsermächtigung.. 240 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 150 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 60 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 30 000 T€

Haushaltsvermerk:

Die Verpflichtungsermächtigung ist mit den Verpflichtungsermächtigungen bei folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: 741 11, 741 22, 741 32, 741 42 und 742 11.

Erläuterungen:

Summe der Titel 741 34, 741 35 und 741 39 des Straßenbauplans.

741 32 -721	Erhaltung (Bundesautobahnen)	1 626 527	1 563 100	1 207 244

Verpflichtungsermächtigung.. 1 430 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 850 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 300 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 200 000 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.. 20 000 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu.. 20 000 T€
im Haushaltsjahr 2020 bis zu.. 20 000 T€
im Haushaltsjahr 2021 bis zu.. 20 000 T€

Haushaltsvermerk:

Die Verpflichtungsermächtigung ist mit den Verpflichtungsermächtigungen bei folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: 741 11, 741 22, 741 31, 741 42 und 742 11.

741 42 -722	Erhaltung (Bundesstraßen)	246 948	183 402	356 002

Verpflichtungsermächtigung.. 172 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 100 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 60 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 12 000 T€

Haushaltsvermerk:

Die Verpflichtungsermächtigung ist mit den Verpflichtungsermächtigungen bei folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: 741 11, 741 22, 741 31, 741 32 und 742 11.

Erläuterungen:

Mehr wegen höherem Erhaltungsbedarf.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 01

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
742 11 -721	Bau und Erhaltung von Verkehrseinrichtungen und Verkehrsanlagen (Bundesautobahnen)	135 000	130 000	108 007

Verpflichtungsermächtigung.. 65 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 45 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu... 12 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu... 8 000 T€

Haushaltsvermerk:

Die Verpflichtungsermächtigung ist mit den Verpflichtungsermächtigungen bei folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: 741 11, 741 22, 741 31, 741 32 und 741 42.

Erläuterungen:

Summe der Titel 742 13 bis 742 15 des Straßenbauplans.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
821 11 -721	Grunderwerb für Bedarfsplanmaßnahmen (Bundesautobahnen)	69 430	69 430	51 356

Erläuterungen:

Summe der Titel 821 14, 821 16 bis 821 18 des Straßenbauplans.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
821 22 -722	Grunderwerb für Bedarfsplanmaßnahmen (Bundesstraßen)	30 000	30 000	19 835
821 31 -721	Grunderwerb für Um- und Ausbau, Rastanlagen, Lärmschutzmaßnahmen (Bundesautobahnen)	12 000	12 000	10 662

Erläuterungen:

Summe der Titel 821 35 und 821 39 des Straßenbauplans.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
823 11 -721	Erwerbsanteile im Rahmen von ÖPP-Projekten (Bundesautobahnen)	222 000		

Verpflichtungsermächtigung..

in künftigen Haushaltsjahren bis zu................................. 4 300 000 T€

Haushaltsvermerk:

Die Verpflichtungsermächtigung ist in Höhe von 400 000 T€ mit der Verpflichtungsermächtigung bei folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 741 11.

in künftigen Haushaltsjahren.. 400 000 T€

Erläuterungen:

Summe der Titel 823 13, 823 16, 823 17 und 823 19 des Straßenbauplans. Veranschlagt sind hier die Betreibermodelle der Bundesautobahnen. Die Veranschlagung umfasst die Betreiberentgelte der Konzessionsstrecken sowie ggf. die erforderlichen Anschubfinanzierungen.

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamtausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Nach 2013 übertragene Ausgabereste 1 000 €	Veranschlagt 2014 1 000 €	Vorbehalten für 2015 ff 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7
Laufende Maßnahmen...						
1. A 8 Augsburg/West-München/Allach.......................................	843 060	124 146	23 231	-	24 158	671 525

1209 Erhebung und Verwendung der Maut (Bundesfernstraßen)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 823 11 (Titelgruppe 01)

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamt-ausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Nach 2013 übertra-gene Aus-gabereste 1 000 €	Veran-schlagt 2014 1 000 €	Vorbe-halten für 2015 ff 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7
2. A 4 Herleshausen (LGr. HE/TH) - Gotha	554 451	94 172	14 958	-	15 136	430 185
3. A 1 AK Bremen - AD Buchholz	1 002 986	99 535	30 969	-	32 007	840 475
4. A 5 AS Offenburg - Malsch	958 820	45 260	21 337	-	22 157	870 066
5. A 9 AS Lederhose - LGr. TH/BY	406 303	42 435	57 550	-	21 473	284 845
6. A 8 Ulm/Elchingen - Augsburg/West	1 344 600	79 454	45 577	-	46 693	1 172 876
Neue Maßnahmen						
7. A 6 Wiesloch/Rauenberg - AK Weinsberg	1 100 000	-	-	-	-	1 100 000
8. A 7 AD Hamburg/NW - AD Bordesholm	1 200 000	-	-	-	60 000	1 140 000
9. A 1 Münster/Nord - AK Lotte/Osnabrück und A 30 AS Rheine - AK Lotte/Osnabrück	1 300 000	-	-	-	-	-
10. A 7 AS Göttingen - AD Salzgitter	1 000 000	-	-	-	-	1 000 000
11. A 44 Diemelstadt - Kassel/Süd	300 000	-	-	-	-	-
12. A 61 LGr. RP/BW - Worms	500 000	-	-	-	-	-
13. A 94 Forstinning - Marktl	**900 000**	**-**	**-**	**-**	**-**	**900 000**

Titelgruppe 55

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
Tgr. 55	Ausgaben für die Informationstechnik	(36 953)	(25 981)	
511 55 -719	Geschäftsbedarf und Datenübertragung sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Software, Wartung	3 453	3 453	906

Erläuterungen:

Davon sind 8 T€ für die Bundesanstalt für Straßenwesen vorgesehen.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
518 55 -719	Miete für Datenverarbeitungsanlagen, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Maschinen, Software	-	-	-
525 55 -719	Aus- und Fortbildung	253	173	50
532 55 -719	Ausgaben für Aufträge und Dienstleistungen	2 602	3 890	909
812 55 -719	Erwerb von Datenverarbeitungsanlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, Software	30 645	18 465	22 091

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Erstbeschaffung	
1.1 Hardware	10 700
1.2 Software	17 000
2. Ersatzbeschaffung	
2.1 Hardware	1 595
2.2 Software	1 350
Zusammen	30 645

Davon sind 200 T€ für das DLZ-IT vorgesehen.

Mehr wegen Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel			
422 02 -719	Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte		-	-
823 12 -721	Erwerbsanteile im Rahmen von ÖPP-Projekten sowie Erwerb privat vorfinanzierter unbeweglicher Sachen (Bundesautobahnen, A-Modell)		190 000	176 047
823 22 -721	Erwerbsanteile im Rahmen von ÖPP-Projekten sowie Erwerb von privat vorfinanzierten unbeweglichen Sachen (F-Modell)		-	-

1209 Anlage 1 Harmonisierungsmaßnahmen im Straßengüterverkehr

Dem deutschen Güterkraftverkehrsgewerbe ist im Zusammenhang mit der Einführung der streckenbezogenen Lkw-Maut ein jährliches Entlastungsvolumen in Höhe von bis zu 600 Mio. € zugesagt worden. Aufgrund der Programmspezifik der einzelnen Maßnahmen können einzelne Harmonisierungsvolumina jedoch nicht vollständig jahresscheibengenau umgesetzt werden. Die Ausgabenansätze werden im Aufstellungsverfahren jeweils nachfragebezogen so ausgestaltet, dass das zugesagte Entlastungsvolumen jahresdurchschnittlich erreicht wird.

Zur Zeit sind folgende Maßnahmen vorgesehen:

	2014 1 000 €	2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4
Ausgleich von Mindereinnahmen bei der Kfz-Steuer an den Bund (bis 2009 an die Länder)	150 000	150 000	150 000
Innovationsprogramm, Zinszuschüsse/Variante Darlehen (Tit. 662 01)................................	-	250	93
Innovationsprogramm, Direktzuschüsse/Variante nicht rückzahlbarer Zuschuss (Tit. 684 01)................................	12 600	15 750	12 232
De-Minimis-Programm (Tit. 684 02)................................	254 878	293 550	256 701
Aus- und Weiterbildungsprogramm (Tit. 684 03)................................	125 000	85 000	75 076
Verwaltungsausgaben beim Bundesamt für Güterverkehr und für das DLZ-IT....................	11 007	3 999	10 428
Zusammen................................	553 485	548 549	504 530

Vorbemerkung

Nach Artikel 90 des Grundgesetzes verwalten die Länder oder die nach Landesrecht zuständigen Selbstverwaltungskörperschaften die Bundesautobahnen und sonstigen Bundesstraßen des Fernverkehrs im Auftrage des Bundes. Da die Einrichtung der Straßenbaubehörden in diesem Falle nach Artikel 85 des Grundgesetzes Angelegenheit der Länder ist, sind im Bundeshaushalt in der Hauptsache die Haushaltsmittel für die Unterhaltung, den Um- und Ausbau sowie den Neubau der nach dem Bundesfernstraßengesetz in der Fassung vom 28. Juni 2007 (BGBl. I S. 1206) in der Baulast des Bundes stehenden Bundesfernstraßen (Bundesautobahnen und Bundesstraßen) veranschlagt.

Gemäß Artikel 3 des Straßenbaufinanzierungsgesetzes vom 28. März 1960 (BGBl. I S. 201) ist über die Verwendung der Straßenbaumittel ein Straßenbauplan aufzustellen, der dem Kapitel 1210 als Anlage beigefügt ist.

Nach § 6 Absatz 2 des Gesetzes über die vermögensrechtlichen Verhältnisse der Bundesautobahnen und sonstigen Bundesstraßen des Fernverkehrs (BStrVermG) in der Fassung des Finanzanpassungsgesetzes vom 30. August 1971 (BGBl. I S. 1426) erhält der Bund die Einnahmen, die sich im Zusammenhang mit der Straßenbaulast, der Benutzung der Bundesfernstraßen und der Bewirtschaftung des bundeseigenen Vermögens ergeben.

Nach § 6 Absatz 3 BStrVermG trägt der Bund die Zweckausgaben aus der Wahrnehmung der Straßenbaulast und die Zweckausgaben im Zusammenhang mit der Erhaltung und Bewirtschaftung des bundeseigenen Vermögens. Er gilt Zweckausgaben, die bei der Entwurfsbearbeitung und Bauaufsicht entstehen, durch die Zahlung einer Pauschale ab, die für Kosten der Entwurfsbearbeitung 2 Prozent der Baukosten, für Kosten der Bauaufsicht 1 Prozent der Baukosten beträgt.

Die Ausgaben werden nach Maßgabe und im Rahmen der jährlichen Straßenbaupläne (Anlage zu Kapitel 1210, gesondert geheftet) verwendet; siehe hierzu auch Erläuterungen im Straßenbauplan.

Darüber hinaus sind im Kapitel 1209 die aus den Einnahmen der Maut finanzierten Mittel für Investitionen in die Bundesfernstraßen über die Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaft veranschlagt.

Überblick zum Kapitel 1210	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	39 755	39 755	-		38 556
Übrige Einnahmen	182	194	-12		471
Gesamteinnahmen	39 937	39 949	-12		39 027
Ausgaben					
Sächliche Verwaltungsausgaben	896 358	945 078	-48 720	9 810	918 516
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	48 950	49 930	-980	332	56 376
Ausgaben für Investitionen	1 941 052	1 449 207	+491 845	8 161	1 575 770
Gesamtausgaben	2 886 360	2 444 215	+442 145	18 303	2 550 662
davon nicht flexibilisiert	2 886 360	2 444 215	+442 145	18 303	2 550 662
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung	982 900 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu	608 800 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu	244 000 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu	130 100 T€				

1210 Bundesfernstraßen (ohne Maut)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Haushaltsvermerk:

Erstattungen zuviel gezahlter Zinsen und Tilgungsbeträge dürfen von den Einnahmen abgesetzt werden.

Verwaltungseinnahmen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
111 01 -722	Gebühren, sonstige Entgelte	520	520	542

Erläuterungen:

Entgelte für die Benutzung der Rossfeldstraße (Privatstraße des Bundes).

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
112 01 -711	Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten	50	50	12
119 99 -711	Vermischte Einnahmen	5 500	5 500	3 690
122 01 -721	Konzessionsabgabe	16 105	16 105	15 493

Erläuterungen:

Mit Inkrafttreten des Dritten Gesetzes zur Änderung des Bundesfernstraßengesetzes (FStrG, BGBl. I S. 673) vom 8. April 1994 können private Dritte an vom Bund in Abstimmung mit den Straßenbauverwaltungen der Länder vorgesehenen Standorten Nebenbetriebe an Bundesautobahnen (Tankstellen und Raststätten, Motels/Hotels, Kioske) errichten und betreiben. Für das Betriebsrecht und die Mitbenutzung der Verkehrsanlage haben die Konzessionsinhaber eine Konzessionsabgabe an den Bund zu entrichten. Ihre Höhe und die Voraussetzungen sowie das Verfahren zur Erhebung der Abgabe ist in der Konzessionsabgabenverordnung geregelt. Die Erhebung der Abgabe ist dem Bundesamt für Güterverkehr (BAG) übertragen worden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
124 01 -721	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	11 580	11 580	12 490

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 4 BHO in Verbindung mit § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass in bestimmten Fällen der Benutzung von Bundesfernstraßen gemäß § 8 Abs. 10 FStrG nach Maßgabe der "Nutzungsrichtlinien" des Bundesministeriums für Verkehr **und digitale Infrastruktur** kein Entgelt erhoben wird.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
132 01 -722	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	6 000	6 000	6 329

Erläuterungen:

Hier sind auch die Anteile des Bundes aus dem Erlös zu vereinnahmen, soweit die betreffenden Sachen und Kraftfahrzeuge von den Ländern im Rahmen des Gemeinschaftsaufwandes beschafft worden sind.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Übrige Einnahmen			
161 04 -722	Zinsen aus der Vorfinanzierung des Baues, der Änderung oder Beseitigung von Versorgungs- und Abwasseranlagen Erläuterungen: Rückeinnahmen aus den im Straßenbauplan bei Tit. 861 12 und Tit. 861 22 veranschlagten Vorfinanzierungsbeträgen. Die Einnahmen sind nach den Zins- und Tilgungsplänen veranschlagt.	-	-	-
162 01 -722	Zinsen von Darlehen zur Ersatzbetriebsraumbeschaffung (Bundesfernstraßen) Erläuterungen: Die Einnahmen sind nach den Zins- und Tilgungsplänen veranschlagt.	6	6	6
182 01 -722	Tilgung von Darlehen zur Ersatzbetriebsraumbeschaffung (Bundesfernstraßen) Erläuterungen: Die Einnahmen sind nach den Zins- und Tilgungsplänen veranschlagt.	26	38	40
281 01 -722	Erstattung der vorgelegten Beträge aus der Vorfinanzierung des Baues, der Änderung oder Beseitigung von Versorgungs- und Abwasseranlagen	-	-	-
281 03 -045	Einnahmen im Zusammenhang mit der Nutzung von Festbrückengerät	150	150	425

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Die Ausgaben folgender Titel sind gegenseitig deckungsfähig: Grp. 521, Grp. 632, Grp. 685, Ogr. 71, Grp. 741, Grp. 742, Grp. 745, Grp. 746, Ogr. 81, Ogr. 82, 861 12 und 861 22.
3. Erstattungen, Beiträge Dritter und Einnahmen aus Schadenersatzleistungen bei unzulässigen Wettbewerbsbeschränkungen fließen den Ausgaben zu.
4. Der Erlös aus der Veräußerung von bundeseigenen Grundstücken, die aus Mitteln des Epl. 12 beschafft worden sind, fließt den Ausgaben bis zur Höhe des Kaufpreises von zu beschaffenden Grundstücken zu, wenn die Veräußerung des bundeseigenen und der Erwerb des zu beschaffenden Grundstücks Gegenstand desselben Kaufvertrages sind und der Verkehrswert des zu veräußernden Grundstücks 102 T€ nicht übersteigt. Das Recht der Mitwirkung des für das Bundesvermögen zuständigen Bundesministeriums gemäß § 64 BHO bleibt unberührt.
5. Der Erlös aus der Veräußerung von für Zwecke der Bundesfernstraßen beschafften Vorratsland fließt den Ausgaben bis zur Höhe des Kaufpreises von zu beschaffenden Grundstücken zu, wenn die Veräußerung der bundeseigenen und der Erwerb der zu beschaffenden Grundstücke Gegenstand desselben Kaufvertrages sind. Das

1210 Bundesfernstraßen (ohne Maut)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Recht der Mitwirkung des für das Bundesvermögen zuständigen Bundesministeriums gemäß § 64 BHO bleibt unberührt.

6. Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen dürfen für im Straßenbauplan nicht veranschlagte Bauvorhaben des Bundes und für Kosten- und Zuschusserhöhungen nur mit Einwilligung des Bundesministeriums der Finanzen in Anspruch genommen werden, soweit es nicht darauf verzichtet. Die Bauvorhaben bzw. die Kosten- und Zuschusserhöhungen gelten nach dieser Einwilligung als in den Straßenbauplan eingestellt.

Sächliche Verwaltungsausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
526 02 -729	Sachverständige	3 500	3 500 *1 248*	2 252

Verpflichtungsermächtigung... 2 900 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 1 500 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 800 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 600 T€

Haushaltsvermerk:

1. Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 741 11 und 741 22.
2. Die Ausgaben sind mit folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: **531 62** und 534 01.
3. Die Verpflichtungsermächtigung ist mit der Verpflichtungsermächtigung bei folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 534 01.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Kosten für Sachverständige für Privatfinanzierungsmodelle im Bundesfernstraßenbau...	2 500
2. Kosten für Sachverständige für sonstige Maßnahmen im Bundesfernstraßenbau..	1 000
Zusammen..	3 500

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
531 62 -729	Entwicklung und Installation eines DV-gestützten Controlling-Systems für die Bundesfernstraßen	190	220 *94*	201

Haushaltsvermerk:

1. Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 741 41.

2. Die Ausgaben sind mit folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: 526 02 und 534 01.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
532 01 -165	Koordinierung der euroregionalen Projekte der Europäischen Union im Rahmen der Transeuropäischen Verkehrsnetze im Bereich der Bundesfernstraßen	170	170 *8 168*	8 031

Haushaltsvermerk:

1. Einsparungen zu Nr. 1 der Erläuterungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 741 11, 741 22 und 741 41.
2. Mehrausgaben zu Nr. 2 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1202 Tit. 272 02.

   Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Kofinanzierungsanteil des Bundes	170
2. Finanzierungsanteil EU	-
Zusammen	170

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
534 01 -729	Verkehrswirtschaftliche Untersuchungen	3 100	3 100 *300*	2 235

Verpflichtungsermächtigung .... 2 500 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 1 500 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 600 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu .... 400 T€

Haushaltsvermerk:

1. Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 741 11, 741 22 und 741 41.
2. Die Ausgaben sind mit folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: 526 02 **und 531 62.**
3. Die Verpflichtungsermächtigung ist mit der Verpflichtungsermächtigung bei folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 526 02.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
543 01 -729	Veröffentlichung und Dokumentation	820	820	294

Verpflichtungsermächtigung .... 500 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 300 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 100 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu .... 100 T€

Haushaltsvermerk:

1. Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 741 11, 741 22 und 741 41.

1210 Bundesfernstraßen (ohne Maut)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 543 01

2. Die Ausgaben sind mit folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: 544 01 und 545 01.
3. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
544 01 -165	Forschung, Untersuchungen und Ähnliches	9 950	9 450	12 675

Verpflichtungsermächtigung .... 7 500 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 4 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 2 500 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu .... 1 000 T€

Haushaltsvermerk:

1. Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 741 11, 741 22 und 741 41.
2. Die Ausgaben sind mit folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: 543 01 und 545 01.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
545 01 -729	Konferenzen, Tagungen, Messen und Ausstellungen	392	392	315

Haushaltsvermerk:

1. Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 741 11, 741 22 und 741 41.
2. Die Ausgaben sind mit folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: 543 01 und 544 01.

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
682 01 -742	Beitrag an nichtbundeseigene Eisenbahnen zu den Kosten für Unterhaltung und Betrieb höhengleicher Kreuzungen von Bundesstraßen und Eisenbahnstrecken	1 600	1 800 *332*	1 268

Haushaltsvermerk:

Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 741 11, 741 22 und 741 41.

Ausgaben für Investitionen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
744 01 -729	Privatstraßen des Bundes	540	1 200	1 900

Erläuterungen:

Ausgaben dienen zur Erhaltung und zum Betrieb der Rossfeldstraße (Privatstraße des Bundes).

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
883 02 -725	Zuweisungen an kommunale Baulastträger nach § 5 a Bundesfernstraßengesetz (FStrG)	11 000	5 000	-

Haushaltsvermerk:

Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgenden Titeln: **Tgr. 01.**

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 883 02

Erläuterungen:

Mehr wegen Anpassung an den Bauzeiten- und Finanzierungsplan.

Titelgruppe 01

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Tgr. 01	Bau und Betrieb der Bundesfernstraßen	(2 855 098)	(2 418 563) *(8 161)*	

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Kap. 1202 Tit. 791 02, Tgr. 04 **und Kap. 1210 Tit. 883 02.**

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
521 11 -721	Betriebsdienst (Bundesautobahnen)	449 000	499 000	490 255

Haushaltsvermerk:

Einnahmen aus Schadensersatzleistungen und Erlöse aus Anlagen nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) sowie der Verwertung der im Rahmen der Grünpflege anfallenden Biomasse fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Summe der Tit. 521 13 bis 521 19 des Straßenbauplans.

Weniger wegen einmaliger Veranschlagung von zusätzlich 50 Mio. € im Haushaltsjahr 2013.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
521 21 -722	Betriebsdienst (Bundesstraßen)	425 903	425 083	400 856

Haushaltsvermerk:

Einnahmen aus Schadensersatzleistungen und Erlöse aus Anlagen nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) sowie der Verwertung der im Rahmen der Grünpflege anfallenden Biomasse fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Summe der Tit. 521 23 bis 521 29 des Straßenbauplans.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
535 62 -729	Bestandserfassung der Bundesfernstraßen, Koordinierung und Steuerung der Fachinformationssysteme im Straßenwesen	3 333	3 343	1 402

Haushaltsvermerk:

Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 741 11, 741 22 und 741 41.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Bestandserfassung der Bundesfernstraßen	2 800
2. Koordinierung und Steuerung der Fachinformationssysteme im Straßenwesen	533
Zusammen	3 333

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
632 12 -721	Pauschale Abgeltung der Zweckausgaben bei Entwurfsbearbeitung und Bauaufsicht (Bundesautobahnen)	1 700	1 700	11 032

1210 Bundesfernstraßen (ohne Maut)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu Titelgruppe 01			
632 22 -722	Pauschale Abgeltung der Zweckausgaben bei Entwurfsbearbeitung und Bauaufsicht (Bundesstraßen)	39 650	38 930	36 076
685 32 -721	Bundesanteil an den Verwaltungskosten der DEGES Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und Bau GmbH	6 000	7 500	8 000
711 12 -721	Hochbauten an Bundesautobahnen bis 2 000 000 € Baukosten	17 300	17 300	27 623
	Verpflichtungsermächtigung........ 8 000 T€ davon fällig: im Haushaltsjahr 2015 bis zu........ 5 000 T€ im Haushaltsjahr 2016 bis zu........ 2 000 T€ im Haushaltsjahr 2017 bis zu........ 1 000 T€			
	Haushaltsvermerk: Einnahmen aus der Veräußerung von Autobahnmeistereien, die aufgrund der Neustrukturierung der betrieblichen Straßenunterhaltung entbehrlich sind, fließen den Ausgaben zu.			
711 22 -722	Hochbauten an Bundesstraßen bis 2 000 000 € Baukosten	10 400	10 400	21 178
	Verpflichtungsermächtigung........ 5 000 T€ davon fällig: im Haushaltsjahr 2015 bis zu........ 3 000 T€ im Haushaltsjahr 2016 bis zu........ 1 000 T€ im Haushaltsjahr 2017 bis zu........ 1 000 T€			
	Haushaltsvermerk: Einnahmen aus der Veräußerung von Straßenmeistereien, die aufgrund der Neustrukturierung der betrieblichen Straßenunterhaltung entbehrlich sind, fließen den Ausgaben zu.			
712 12 -721	Hochbauten an Bundesautobahnen über 2 000 000 € Baukosten	10 300	10 300	19 169
	Verpflichtungsermächtigung........ 6 000 T€ davon fällig: im Haushaltsjahr 2015 bis zu........ 3 000 T€ im Haushaltsjahr 2016 bis zu........ 2 000 T€ im Haushaltsjahr 2017 bis zu........ 1 000 T€			
	Haushaltsvermerk: Einnahmen aus der Veräußerung von Autobahnmeistereien, die aufgrund der Neustrukturierung der betrieblichen Straßenunterhaltung entbehrlich sind, fließen den Ausgaben zu.			

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu Titelgruppe 01			
712 22 -722	Hochbauten an Bundesstraßen über 2 000 000 € Baukosten	8 000	8 000	5
	Verpflichtungsermächtigung ..... 5 000 T€ davon fällig: im Haushaltsjahr 2015 bis zu ..... 3 000 T€ im Haushaltsjahr 2016 bis zu ..... 1 000 T€ im Haushaltsjahr 2017 bis zu ..... 1 000 T€ Haushaltsvermerk: Einnahmen aus der Veräußerung von Straßenmeistereien, die aufgrund der Neustrukturierung der betrieblichen Straßenunterhaltung entbehrlich sind, fließen den Ausgaben zu.			
741 11 -721	Bedarfsplanmaßnahmen (Bundesautobahnen)	300 000	-	-
	Haushaltsvermerk: 1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: 526 02, 532 01, 534 01, 535 62, 543 01, 544 01, 545 01 und 682 01. 2. Einnahmen, zum Beispiel durch Kostenbeteiligungen Dritter, aus der Inanspruchnahme von Bürgschaften, aus Insolvenzverfahren, aus Ablösebeträgen und aufgrund von Prüfungsmitteilungen des Bundesrechnungshofes, fließen den Ausgaben zu. Falls Mehrausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden. Erläuterungen: Summe der Tit. 741 16 und 741 17 des Straßenbauplans. Mehr wegen zusätzlicher Mittel gem. Koalitionsvertrag zur 18. Legislaturperiode.			
741 22 -722	Bedarfsplanmaßnahmen (Bundesstraßen)	311 560	50 090	136 031
	Verpflichtungsermächtigung ..... 43 500 T€ davon fällig: im Haushaltsjahr 2015 bis zu ..... 23 500 T€ im Haushaltsjahr 2016 bis zu ..... 15 000 T€ im Haushaltsjahr 2017 bis zu ..... 5 000 T€ Haushaltsvermerk: 1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: 526 02, 532 01, 534 01, 535 62, 543 01, 544 01, 545 01 und 682 01. **2.** Einnahmen, zum Beispiel durch Kostenbeteiligungen Dritter, aus der Inanspruchnahme von Bürgschaften, aus Insolvenzverfahren, aus Ablösebeträgen und aufgrund von Prüfungsmitteilungen des Bundesrechnungshofes, fließen den Ausgaben zu. Falls Mehrausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.			

1210 Bundesfernstraßen (ohne Maut)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu Titel 741 22 (Titelgruppe 01)			
	Erläuterungen: Mehr wegen zusätzlicher Mittel gem. Koalitionsvertrag zur 18. Legislaturperiode.			
741 41 -722	Um- und Ausbau, Lärmschutzmaßnahmen (Bundesstraßen)	193 963	177 930	203 505
	Verpflichtungsermächtigung.................... 165 000 T€ davon fällig: im Haushaltsjahr 2015 bis zu.................... 100 000 T€ im Haushaltsjahr 2016 bis zu.................... 45 000 T€ im Haushaltsjahr 2017 bis zu.................... 20 000 T€			
	Haushaltsvermerk: **1.** Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: 531 62, 532 01, 534 01, 535 62, 543 01, 544 01, 545 01 und 682 01. **2.** Einnahmen, zum Beispiel durch Kostenbeteiligungen Dritter, aus der Inanspruchnahme von Bürgschaften, aus Insolvenzverfahren, aus Ablösebeträgen und aufgrund von Prüfungsmitteilungen des Bundesrechnungshofes, fließen den Ausgaben zu. Falls Mehrausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.			
	Erläuterungen: Summe der Tit. 741 45 und 741 49 des Straßenbauplans.			
741 42 -722	Erhaltung (Bundesstraßen)	728 889	754 384	569 592
	Verpflichtungsermächtigung.................... 600 000 T€ davon fällig: im Haushaltsjahr 2015 bis zu.................... 360 000 T€ im Haushaltsjahr 2016 bis zu.................... 150 000 T€ im Haushaltsjahr 2017 bis zu.................... 90 000 T€			
	Haushaltsvermerk: Einnahmen, zum Beispiel durch Kostenbeteiligungen Dritter, aus der Inanspruchnahme von Bürgschaften, aus Insolvenzverfahren, aus Ablösebeträgen und aufgrund von Prüfungsmitteilungen des Bundesrechnungshofes, fließen den Ausgaben zu. Falls Mehrausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.			
742 21 -722	Bau und Erhaltung von Verkehrseinrichtungen und Verkehrsanlagen (Bundesstraßen)	32 000	32 000	23 097
	Verpflichtungsermächtigung.................... 19 000 T€ davon fällig: im Haushaltsjahr 2015 bis zu.................... 11 000 T€ im Haushaltsjahr 2016 bis zu.................... 5 000 T€ im Haushaltsjahr 2017 bis zu.................... 3 000 T€			

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu Titel 742 21 (Titelgruppe 01) Erläuterungen: Summe der Tit. 742 23 bis 742 25 des Straßenbauplans.			
743 12 -721	Baukostenzuschüsse der Europäischen Union für Investitionen in Transeuropäische Verkehrsnetze im Bereich Bundesautobahnen	-	- *565*	6 581
	Haushaltsvermerk: Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1202 Tit. 272 02.			
743 32 -721	Baukostenzuschüsse des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung der Verkehrsinfrastrukturvorhaben im Bereich der Bundesautobahnen	-	- *7 596*	34 493
	Verpflichtungsermächtigung.. fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu...................................... 20 000 T€			
	Haushaltsvermerk: 1. Die Ausgaben sind mit folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: Kap. 1202 Tit. 532 15, 532 18, Kap. 1203 Tit. 752 12, Kap. 1210 Tit. 743 42 und Kap. 1222 Tit. 891 04. **2.** Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1202 Tit. 272 01. Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden. **3.** Einnahmen aus gem. Art. 8 (VO) EG 438/2001 und Art. 3 VO (EG) 448/2001 wieder eingezogenen Beträgen fließen den Ausgaben zu.			
743 42 -722	Baukostenzuschüsse des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung der Verkehrsinfrastrukturvorhaben im Bereich der Bundesstraßen	-	-	8 425
	Verpflichtungsermächtigung.. fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu...................................... 20 000 T€			
	Haushaltsvermerk: 1. Die Ausgaben sind mit folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: Kap. 1202 Tit. 532 15, 532 18, Kap. 1203 Tit. 752 12, Kap. 1210 Tit. 743 32 und Kap. 1222 Tit. 891 04. **2.** Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1202 Tit. 272 01. Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden. **3.** Einnahmen aus gem. Art. 8 (VO) EG 438/2001 und Art. 3 VO (EG) 448/2001 wieder eingezogenen Beträgen fließen den Ausgaben zu.			

1210 Bundesfernstraßen (ohne Maut)

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu Titelgruppe 01			
745 21 -722	Maßnahmen nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz (EKrG) (Bundesstraßen)	10 000	10 000	17 031
	Verpflichtungsermächtigung ... 7 000 T€ davon fällig: im Haushaltsjahr 2015 bis zu ... 4 000 T€ im Haushaltsjahr 2016 bis zu ... 2 000 T€ im Haushaltsjahr 2017 bis zu ... 1 000 T€			
	Haushaltsvermerk: Einnahmen, zum Beispiel durch Kostenbeteiligungen Dritter und der DB AG, aus Ablösebeträgen, aus Rechtsstreitigkeiten und aufgrund von Prüfungsmitteilungen des Bundesrechnungshofes, fließen den Ausgaben zu. Falls Mehrausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.			
	Erläuterungen: Summe der Tit. 745 23 bis 745 25 des Straßenbauplans.			
746 22 -722	Bau von Radwegen einschließlich Erhaltung (Bundesstraßen)	60 000	60 000	60 844
	Verpflichtungsermächtigung ... 40 000 T€ davon fällig: im Haushaltsjahr 2015 bis zu ... 25 000 T€ im Haushaltsjahr 2016 bis zu ... 10 000 T€ im Haushaltsjahr 2017 bis zu ... 5 000 T€			
811 12 -721	Erwerb von Kraftfahrzeugen (Bundesautobahnen)	21 000	21 000	29 283
	Verpflichtungsermächtigung ... 10 000 T€ davon fällig: im Haushaltsjahr 2015 bis zu ... 8 000 T€ im Haushaltsjahr 2016 bis zu ... 2 000 T€			
811 22 -722	Erwerb von Kraftfahrzeugen (Bundesstraßen)	13 000	13 000	17 083
	Verpflichtungsermächtigung ... 8 000 T€ davon fällig: im Haushaltsjahr 2015 bis zu ... 6 000 T€ im Haushaltsjahr 2016 bis zu ... 2 000 T€			
812 12 -721	Erwerb von Geräten (einschl. Stahlflachstraßen) und Maschinen mit Ausgaben von mehr als 5 000 € im Einzelfall (Bundesautobahnen)	13 500	13 500	22 696
	Verpflichtungsermächtigung ... 8 000 T€ davon fällig: im Haushaltsjahr 2015 bis zu ... 6 000 T€ im Haushaltsjahr 2016 bis zu ... 2 000 T€			

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 01

812 22 -722	Erwerb von Geräten und Maschinen mit Ausgaben von mehr als 5 000 € im Einzelfall (Bundesstraßen)	9 500	9 500	12 743

Verpflichtungsermächtigung.. 5 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 4 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 1 000 T€

821 22 -722	Grunderwerb für Bedarfsplanmaßnahmen (Bundesstraßen)	30 000	10 000	22 268

Haushaltsvermerk:

Einnahmen, zum Beispiel aus Grundstücksveräußerungen, aus Grunderwerbsteuer-Rückzahlungen, aus Gestattungsgebühren und aus Rechtsstreitigkeiten, fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Mehr wegen Anpassung an den Bedarf.

821 41 -722	Grunderwerb für Um- und Ausbau einschl. Lärmschutzmaßnahmen (Bundesstraßen)	30 000	30 000	25 147

Haushaltsvermerk:

Einnahmen, zum Beispiel aus Grundstücksveräußerungen, aus Grunderwerbsteuer-Rückzahlungen, aus Gestattungsgebühren und aus Rechtsstreitigkeiten, fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Summe der Tit. 821 45 und 821 49 des Straßenbauplans.

823 12 -721	Erwerb privat vorfinanzierter Bundesautobahnabschnitte	91 100	146 112	194 196

Haushaltsvermerk:

Die Erläuterungen sind hinsichtlich der aufgezählten Projekte verbindlich.

Erläuterungen:

Lfd. Nr.	Straße	Bezeichnung der Maßnahme	Baukosten 1 000 €	Finanzierungskosten 1 000 €	Gesamtkosten 1 000 €
1	2	3	4	5	6
		Bundesautobahnen			
1	**A 7**	**4. Röhre Elbtunnel Hamburg......................................**	**647 796**	**137 254**	**785 050**
3	**A 60**	**Bitburg - Wittlich..**	**300 016**	**120 082**	**420 098**
		Teilmaßnahmen:			
		Bitburg - Badem...	*99 700*	*56 087*	*155 787*
		Badem - Landscheid..	*86 365*	*32 055*	*118 420*
		Landscheid - Wittlich...	*113 951*	*31 940*	*145 891*
4	**A 81**	**Stuttgart/Feuerbach - Leonberg.................................**	**455 645**	**194 203**	**649 848**
		(einschl. Engelberg-Tunnel)			
5	**A 93**	**Hof/Nord (A 72) - Mitterteich/West..............................**	**189 166**	**60 861**	**250 027**
		Teilmaßnahmen:			
		Rehau/Süd - Schönwald..	*25 579*	*9 416*	*34 995*
		Selb/Nord - Selb/West...	*11 238*	*4 275*	*15 513*
		Selb/West - Schwarzenhammer....................................	*42 733*	*13 273*	*56 006*
		Schwarzenhammer - Thiersheim..................................	*27 514*	*7 127*	*34 641*
		Rathaushütte - Marktredwitz/Lengenfeld.......................	*43 514*	*14 964*	*58 478*

1210 Bundesfernstraßen (ohne Maut)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 823 12 (Titelgruppe 01)

Lfd. Nr.	Straße	Bezeichnung der Maßnahme	Baukosten 1 000 €	Finanzierungs-kosten 1 000 €	Gesamt-kosten 1 000 €
1	2	3	4	5	6
		Marktredwitz/Lengenfeld - Mitterteich/West....................	*38 588*	*11 806*	*50 394*
		Zwischensumme Bundesautobahn.................................	1 592 623	512 400	2 105 023
		Bundesstraßen			
6	**B 2**	**Ortsumgehung (OU) Kaisheim...................................**	**12 344**	**4 566**	**16 910**
7	**B 2n**	**OU Farchant (o. Nordanschluss)................................**	**153 830**	**62 512**	**216 342**
8	**B 6**	**A 9 - Stadtgrenze Leipzig einschl. OU Schkeuditz....**	**37 359**	**16 099**	**53 458**
9	**B 10**	**Ausbau bei Pirmasens (Münchweiler - Waldfried-hof)..**	**11 556**	**4 044**	**15 600**
10	**B 31**	**OU Freiburg-Ost...**	**152 945**	**58 141**	**211 086**
11	**B 51**	**Querspange Besseringen (B 51 - A 8)........................**	**13 173**	**5 697**	**18 870**
12	**B 85/281**	**OU Saalfeld (Nordtangente)..**	**17 311**	**7 404**	**24 715**
13	**B 105**	**OU Bentwisch..**	**24 102**	**8 810**	**32 912**
14	**B 173**	**OU Selbitz...**	**12 560**	**4 510**	**17 070**
16	**B 437**	**Weserquerung Esenshamm..**	**267 099**	**105 485**	**372 584**
		Teilmaßnahmen:			
		Los 1: Tunnel...	*210 651*	*82 851*	*293 502*
		Los 2: Strecke..	*56 448*	*22 634*	*79 082*
		Zwischensumme Bundesstraßen..................................	702 279	277 268	979 547
		Insgesamt..	2 294 902	789 668	3 084 570

Stand: 19. März 2012
Zu 1, 3, 4, 5, 7, 10 und 16: Grundlage Beschlüsse 1992/94
Zu Spalten 4 bis 6: Differenzen durch Rundungen

Grundlage für die private Finanzierung von Bundesfernstraßenmaßnahmen sind die Beschlüsse des Kabinetts vom 29. Januar und 15. Juli 1992. Sie sehen vor, die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen einer privaten Finanzierung von Verkehrsinfrastruktur zu überprüfen. Der Erwerb der Bundesfernstraßenabschnitte erfolgt im Wege der Ratenzahlung; die Ratenzahlungen beginnen ein Jahr nach Abnahme der Projekte.

Weniger wegen Anpassung an Tilgungsraten.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
823 22 -722	Erwerb privat vorfinanzierter Bundesstraßenabschnitte	39 000	69 491	115 472

Haushaltsvermerk:

Die Erläuterungen sind hinsichtlich der aufgezählten Projekte verbindlich.

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen zu Tit. 823 12.

Weniger wegen Anpassung an Tilgungsraten.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
861 12 -721	Vorfinanzierung des Baues, der Änderung oder Beseitigung von Versorgungs- und Abwasseranlagen (Bundesautobahnen)	-	-	-
861 22 -722	Vorfinanzierung des Baues, der Änderung oder Beseitigung von Versorgungs- und Abwasseranlagen (Bundesstraßen)	-	-	-

Vorbemerkung

Die Bundesanstalt für Straßenwesen (BASt) mit Sitz in Bergisch Gladbach ist dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) nachgeordnet. Sie hat die Aufgabe, die Entwicklung des Straßenwesens zu fördern und hierfür dem BMVI für anstehende verkehrspolitische Fragestellungen auf dem Gebiet des Straßenwesens wissenschaftlich gesicherte Entscheidungshilfen zur Verfügung zu stellen. Die Aufgaben reichen von der Beantwortung kurzfristiger Anfragen bis zur Koordinierung und Durchführung mehrjähriger Forschungsprojekte.

Die BASt soll dabei auf eine Verbesserung der Wirtschaftlichkeit des Baues und der Erhaltung der Bundesfernstraßen, eine Erhöhung der Sicherheit und Leistungsfähigkeit des Straßenverkehrs, eine Verminderung der straßenverkehrs- und straßenbaubedingten Umweltbelastungen sowie ein effizientes Gesamtverkehrssystem hinwirken. Zur Unterstützung des BMVI arbeitet die BASt auf sämtlichen Gebieten des Straßenwesens bei der Ausarbeitung von Vorschriften und Normen auch im internationalen Bereich mit.

Die BASt führt eigene Forschungs- und Entwicklungsarbeiten durch und vergibt andererseits im Rahmen ihrer Aufgabenstellung und der ihr zugewiesenen Haushaltsmittel Forschungsprojekte an Dritte zur Bearbeitung, betreut diese Forschungsprojekte fachlich und wertet sie aus. Die BASt wirkt an der Prüfung von Baustoffen, Bauteilen und Gegenständen der Straßenausrüstung sowie an der Verbesserung der Prüfgeräte und Prüfverfahren im Straßenwesen mit. Dabei arbeitet die BASt mit Stellen des In- und Auslandes, insbesondere des EU-Auslandes, zusammen. Die BASt kann auf Verlangen auch andere Behörden des Bundes, der Länder und sonstige interessierte Stellen beraten. Außerdem hat sie auf dem Gebiet der Sicherheitsforschung im Straßenverkehr eine zielgerechte Forschungsplanung und -koordinierung zu betreiben und Maßnahmen zur Hebung der Verkehrssicherheit auf ihre Effizienz zu prüfen.

Überblick zum Kapitel 1211	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	5 759	5 759	-		6 461
Übrige Einnahmen	200	200	-		60
Gesamteinnahmen	5 959	5 959	-		6 521
Ausgaben					
Personalausgaben	21 176	21 391	-215		20 689
Sächliche Verwaltungsausgaben	19 915	13 947	+5 968	375	15 175
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	1 770	1 598	+172	372	1 409
Ausgaben für Investitionen	1 657	1 769	-112	9 960	2 266
Besondere Finanzierungsausgaben	-	-	-		-
Gesamtausgaben	44 518	38 705	+5 813	10 707	39 539
davon flexibilisiert	30 169	30 212	-43	2 562	25 983
davon nicht flexibilisiert	14 349	8 493	+5 856	8 145	13 556
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung	17 555 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu	6 855 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu	5 685 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu	5 015 T€				

1211 Bundesanstalt für Straßenwesen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

111 01 -719	Gebühren, sonstige Entgelte	500	500	430
119 99 -719	Vermischte Einnahmen	4 982	4 982	5 791

Haushaltsvermerk:

Ist-Einnahmen zu Nr. 1 der Erläuterungen sind wegen rechtsverbindlicher Verwendungsauflage bei Aufträgen Dritter zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Ausgaben bei folgenden Titeln: Tgr. 02.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Einnahmen aus Aufträgen Dritter	4 977
2. Sonstige vermischte Einnahmen	5
Zusammen	4 982

124 01 -719	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	240	240	216
132 01 -719	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	37	37	24

Übrige Einnahmen

261 01 -719	Erstattung von sonstigen Verwaltungsausgaben aus dem Inland	200	200	60

Haushaltsvermerk:

Abzuführende Beträge dürfen, auch wenn sie in früheren Haushaltsjahren vereinnahmt worden sind, von den Einnahmen abgesetzt werden.

Erläuterungen:

Verwaltungskostenzuschläge sowie Erstattung von Personal- und sächlichen Verwaltungsausgaben bei der Durchführung von Aufträgen für Bundesbehörden und Dritte, soweit diese Ausgaben nicht aus Tit. 427 29 bis 812 21 geleistet werden.

282 08 -061	Einnahmen aus Prämienzahlungen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Kap. 1211 flexibilisierter Bereich.

Erläuterungen:

Die Höhe der Prämienzahlung richtet sich nach der Leitlinie für die Gewährung einer Einmalprämie im Zusammenhang mit der Flächenoptimierung dienstlich genutzter Liegenschaften durch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (Bundesanstalt). Die Bundesanstalt hat für Prämienzahlungen Vorsorge in ihrem Wirtschaftsplan getroffen.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
381 01 -890	Leistungen von Bundesbehörden zur Durchführung von Aufträgen	-	-	(-)

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind wegen verbindlicher Vereinbarung mit anderen Bundesbehörden zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Tgr. 02

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

1. Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.
   Ausgenommen ist Tgr. 02.
2. **Einsparungen bei den in die Flexibilisierung nach § 5 HG einbezogenen Titeln der Hgr. 4, 5 und 8 dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 981 06.**
3. Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Kap. 1211 flexibilisierter Bereich dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 282 08.

Sächliche Verwaltungsausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
518 02 -719	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	5 856	-	-

Verpflichtungsermächtigung... 14 055 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 4 685 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu... 4 685 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu... 4 685 T€

Haushaltsvermerk:

Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
532 05 -719	Unterhaltung der Versuchsanlagen, Beschaffung von Versuchs- und Betriebsstoffen	1 536	1 536	1 252

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Unterhaltung der Laboratorien und Versuchsanlagen einschl. der Beschaffung von Versuchs-, Betriebs- und sonstigen Verbrauchsstoffen	720
2. Beschaffung von Versuchsfahrzeugen, Errichtung der Prüfmuster, Unterhaltung der Mess- und Filmeinrichtungen zur Durchführung der Anfahrversuche an passiven Schutzeinrichtungen einschließlich Bergung der Versuchsfahrzeuge	346
3. Kosten für die Durchführung biomechanischer Untersuchungen, Wartung und Instandsetzung der Versuchsanlage, Reparatur von Versuchskörpern, Verbrauchsmaterial	120
4. Wartung, Instandsetzung und Kalibrierung der Messsysteme zur Erfassung der Zustandsdaten einschließlich Vergleichsuntersuchungen	350
Zusammen	1 536

1211 Bundesanstalt für Straßenwesen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
532 08 -719	Straßenverkehrszählung an Bundesfernstraßen	220	220	219

Verpflichtungsermächtigung ... 150 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu ... 70 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu ... 50 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu ... 30 T€

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Manuelle Verkehrszählungen	160
2. Auswertungen der automatischen Dauerzählstellen	60
Zusammen	220

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
532 09 -719	Vertiefte Erhebungen von Unfällen und deren Ursachen	760	760	750

Verpflichtungsermächtigung ... 750 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu ... 500 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu ... 250 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Erstattungen Dritter fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Vor-Ort Detail-Untersuchungen von Straßenverkehrsunfällen mit dem Ziel, wirkungsvolle Maßnahmen zur Unfallvermeidung und zur Reduzierung von Unfallfolgen einleiten zu können.

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
686 01 -719	Zuschüsse für innovative Forschung zur Verbesserung der Straßeninfrastruktur	1 000	1 000 *372*	912

Verpflichtungsermächtigung ... 700 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu ... 400 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu ... 200 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu ... 100 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Von den Mitteln dürfen bis zu 5 Prozent für Projektmanagement eingesetzt werden.

Erläuterungen:

Mit den Zuschüssen sollen themenspezifische Ideen- und Projektwettbewerbe für das System Straße durchgeführt werden. Dieses Innovationsprogramm ergänzt die kurzfristige detaillierte Ressortforschung. Ziel ist es, die Innovation zur Anwendung bzw. Marktreife zu bringen.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Besondere Finanzierungsausgaben			
981 06 -890	Leistungen an Dienstleistungszentren des Bundes zur Durchführung von Aufgaben im Rahmen der Erprobung des DLZ-Projekts	-		
	Haushaltsvermerk: **Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei den in die Flexibilisierung nach § 5 HG einbezogenen Titeln des Kap. 1211 geleistet werden.**			
	Titelgruppe 02			
Tgr. 02	Durchführung von Aufträgen anderer Bundesbehörden und Dritter	(4 977)	(4 977) *(7 773)*	
	Haushaltsvermerk: 1. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig. 2. Ausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Ist-Einnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.			
	Erläuterungen: Es handelt sich um Untersuchungen, Versuche usw., die im Auftrag und für Rechnung öffentlicher und privater Interessenten durchgeführt werden.			
427 29 -719	Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige	1 317	1 317	1 547
	Haushaltsvermerk: § 20 Abs. 1 BHO findet keine Anwendung.			
428 21 -719	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	851	851	772
459 29 -719	Vermischte Personalausgaben	5	5	-
527 21 -719	Dienstreisen	120	120	146
547 21 -719	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	2 604	2 604	3 072
811 21 -719	Erwerb von Fahrzeugen	-	-	-
812 21 -719	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	80	80 *7 773*	459

1211 Bundesanstalt für Straßenwesen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Flexibilisierte Ausgaben			
	Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG			
	Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3	19 773	19 816	18 867
	Aus Hauptgruppe 5	8 819	8 707 *375*	5 309
	Aus Hauptgruppe 7	195	200 *214*	205
	Aus Hauptgruppe 8	1 382	1 489 *1 973*	1 602
	Zusammen	30 169	30 212 *2 562*	25 983
F 422 01 -719	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*7 741*	*7 452*	*7 185*
F 422 02 -719	*Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte*	-	-	-
F 427 09 -719	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige* *Haushaltsvermerk:* *Von den Mitteln dürfen bis zu 350 T€ für die fachliche und administrative Begleitung und Auswertung der Forschungsprojekte verwendet werden.*	*2 514*	*2 498*	*2 724*
F 428 01 -719	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*8 723*	*9 243*	*8 431*
F 453 01 -719	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	*25*	*25*	*30*
F 511 01 -719	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände*	*310*	*302*	*371*
F 514 01 -719	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*	*135*	*135*	*157*
F 517 01 -719	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	*1 588*	*1 588*	*1 682*
F 518 01 -719	*Mieten und Pachten*	*70*	*88*	*77*
F 519 01 -719	*Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen*	*460*	*460*	*632*
F 525 01 -719	*Aus- und Fortbildung*	*100*	*100*	*80*

	Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F	*526 01 -719*	*Gerichts- und ähnliche Kosten*	*4*	*4*	*39*
F	*526 02 -719*	*Sachverständige*	*230*	*230*	*233*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Kosten für Sachverständige auf wissenschaftlichem Gebiet	*210*
2. Kosten für Entwicklungsarbeiten von Versuchseinrichtungen	*20*
Zusammen	*230*

F	*526 03 -719*	*Ausgaben für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen*	*5*	*5*	*6*

Erläuterungen:

Wissenschaftlicher Beirat der Bundesanstalt für Straßenwesen.

F	*527 01 -719*	*Dienstreisen*	*385*	*385*	*366*
F	*539 99 -719*	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*190*	*180*	*269*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Bekanntmachungen in Tageszeitungen usw.	*80*
2. Sonstiges	*110*
Zusammen	*190*

F	*543 01 -719*	*Veröffentlichung und Dokumentation*	*80*	*80*	*144*

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen zu wissenschaftlichen Austauschzwecken an Dritte unentgeltlich bzw. gegen ermäßigtes Entgelt abgegeben werden.

F	*544 01 -165*	*Forschung, Untersuchungen und Ähnliches*	*4 166*	*4 166*	*4 427*

Verpflichtungsermächtigung ..... 1 900 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu ..... 1 200 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu ..... 500 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu ..... 200 T€

Haushaltsvermerk:

1. *Erstattungen Dritter fließen den Ausgaben zu.*
2. *Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen zu wissenschaftlichen Austauschzwecken an Dritte unentgeltlich bzw. gegen ermäßigtes Entgelt abgegeben werden.*

1211 Bundesanstalt für Straßenwesen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 544 01

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Forschungsaufträge zur Verbesserung der Verkehrssicherheit einschließlich der Auswertung und Veröffentlichung ihrer Ergebnisse sowie Durchführung zugehöriger wissenschaftlicher Veranstaltungen und Bereitstellung von Informationsmaterialien............	*2 875*
2. Forschungsaufträge auf dem Gebiet der Straßenbautechnik und Straßenverkehrstechnik einschließlich ihrer Auswertung und Veröffentlichung..	*781*
3. Forschungsaufträge auf dem Gebiet der Fahrzeugtechnik hinsichtlich Reduktion der straßenverkehrsbedingten Emissionen (Schadstoffe, klimarelevante Komponenten und Geräusche) und des Energieverbrauchs einschl. ihrer Auswertung und Veröffentlichung...	*500*
4. Sonstiges...	*10*
Zusammen..	*4 166*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 545 01 -719	*Konferenzen, Tagungen, Messen und Ausstellungen*	*10*	*5*	*-*
F 634 03 -719	*Zuweisungen an den Versorgungsfonds*	*770*	*598*	*497*
F 711 01 -719	*Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten*	*195*	*200*	*130*
F ***712 01*** *-719*	*Baumaßnahmen von mehr als 2 000 000 € im Einzelfall*	*-*	*-*	*75*
F 811 01 -719	*Erwerb von Fahrzeugen*	*40*	*40*	*111*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Neubeschaffung	
1 Pkw..	*35*
2. Ersatzbeschaffung	
2 Pkw..	*40*
abzgl. Mehreinnahmen bei Tit. 132 01 aus der Veräußerung von Dienst-Kfz gem. § 6 Abs. 7 HG..	*-35*
Zusammen..	*40*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 812 02 -719	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen*	*1 140*	*1 140*	*940*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Titelgruppe 55			
Tgr. 55	Ausgaben für die Informationstechnik	(1 288)	(1 288)	
F 511 55 -719	*Geschäftsbedarf und Datenübertragung sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Software, Wartung*	*683*	*583*	*1 011*
	Haushaltsvermerk: *Erstattungen Dritter und Einnahmen aus dem Verkauf von Programmen fließen den Ausgaben zu.*			
F 518 55 -719	*Miete für Datenverarbeitungsanlagen, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Maschinen, Software*	*126*	*183*	*48*
	Erläuterungen: *Miet-/Lizenzkosten für 14 Software-Programme.*			
F 525 55 -719	*Aus- und Fortbildung*	*28*	*18*	*11*
F 532 55 -719	*Ausgaben für Aufträge und Dienstleistungen*	*249*	*195*	*183*
F 812 55 -719	*Erwerb von Datenverarbeitungsanlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, Software*	*202*	*309*	*551*

Haushaltsvermerk:

Erstattungen Dritter und Einnahmen aus dem Verkauf von Programmen fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Ersatzbeschaffung	
1.1 Hardware	*101*
1.2 Software	*101*
Zusammen	*202*

Vorbemerkung

Das Kraftfahrt-Bundesamt (KBA) mit Sitz in Flensburg und einer Außenstelle in Dresden ist durch Gesetz über die Errichtung eines Kraftfahrt-Bundesamtes vom 4. August 1951 (KBAG) in der jeweils gültigen Fassung als Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) errichtet worden.

Das Amt führt nachstehende Zentrale Register und erteilt entsprechende Auskünfte:

Das Zentrale Fahrzeugregister (ZFZR) gemäß § 31 Absatz 2 Straßenverkehrsgesetz (StVG) über die Fahrzeuge, für die ein amtliches Kennzeichen zugeteilt oder ausgegeben wurde.

Das Verkehrszentralregister (VZR) gemäß § 28 Absatz 1 StVG, in dem negative Entscheidungen zur Fahrerlaubnis (Entziehungen, Sperren, Versagungen und Fahrverbote) sowie Zuwiderhandlungen im Zusammenhang mit der Teilnahme am Straßenverkehr und ihre Ahndung erfasst werden.

Das Zentrale Fahrerlaubnisregister (ZFER) gemäß § 48 Absatz 2 StVG über Fahrerlaubnisse und Führerscheine von Personen, die ihre Fahrerlaubnis im Inland nach dem 1. Januar 1999 erworben oder umgetauscht haben.

Das Zentrale Kontrollgerätkartenregister (ZKR) gemäß § 2 Nummer 4 des Gesetzes über das Fahrpersonal von Kraftfahrzeugen und Straßenbahnen (FPersG) über ausgegebene Fahrer-, Werkstatt-, Unternehmens- und Kontrollkarten. Die Bedienung eines digitalen EG-Kontrollgeräts zur Kontrolle der Lenk- und Ruhezeiten erfordert den Einsatz der Karten (s. a. Sonderaufgaben).

Dem Amt obliegen gemäß § 2 Absatz 1 Nummer 3 und 4 KBAG die Erstellung, die Veröffentlichung und die Auswertung von Statistiken aus den Daten der Zentralen Register (ZFZR, VZR, ZFER, ZKR) sowie auf den Gebieten des Straßenverkehrs und des Kraftfahrsachverständigenwesens.

Das KBA ist gemäß § 2 KBAG deutsche Genehmigungsbehörde für Fahrzeuge, die für den europäischen Straßenverkehr bestimmt sind, und nimmt in diesem Zusammenhang die Zusammenarbeit mit Stellen ausländischer Staaten oder der EU wahr.

Die Sonderaufgaben im KBA umfassen z. B. die Nationale Zertifizierungsinstanz für die Erteilung von Zertifikaten für EG-Kontrollgeräte und Kontrollgerätkarten und die Personalisierung von Kontrollgerätkarten sowie die Führung der "Familienkasse im Geschäftsbereich für Verkehr und digitale Infrastruktur".

Darüber hinaus erteilt das Amt allgemeine übergreifende Auskünfte.

Überblick zum Kapitel 1212	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	102 286	112 286	-10 000		90 976
Übrige Einnahmen	2 800	2 800	-		3 950
Gesamteinnahmen	105 086	115 086	-10 000		94 926
Ausgaben					
Personalausgaben	42 084	42 081	+3		40 308
Sächliche Verwaltungsausgaben	25 848	24 465	+1 383	4 355	24 496
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	302	295	+7		200
Ausgaben für Investitionen	3 445	3 599	-154	2 986	3 037
Besondere Finanzierungsausgaben	-	-	-		-
Gesamtausgaben	71 679	70 440	+1 239	7 341	68 041
davon flexibilisiert	54 399	53 160	+1 239	7 341	51 470
davon nicht flexibilisiert	17 280	17 280	-		16 571

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

111 01 -719	Gebühren, sonstige Entgelte	96 871	106 871	84 304

Haushaltsvermerk:

1. Mehreinnahmen zu Nr. 1 der Erläuterungen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 538 01.
2. Mehreinnahmen zu Nr. 11 der Erläuterungen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 511 01 und 538 02.

Erläuterungen:

	Bezeichnung	1 000 €
1.	Gebühren für die Zuteilung von Zulassungsbescheinigungen Teil II und Aufstellung der Erfassungsunterlagen	39 838
2.	Gebühren für die Aufstellung oder Berichtigung der Erfassungsunterlagen für das Zentrale Fahrzeugregister (ZFZR)	-
2.1	bei Fahrzeugen ohne Zulassungsbescheinigung Teil II oder bei der Ausgabe der roten Kennzeichen zur wiederkehrenden Verwendung oder der Kurzzeitkennzeichen	6 000
2.2	bei Berichtigung der Erfassungsunterlagen bei Halterwechsel und in anderen Fällen	20 000
3.	Gebühren für die Aufbietung von Zulassungsbescheinigungen Teil II	800
4.	Gebühren für die Auskunft über ein Fahrzeug oder einen Anhänger und Sammelauskünfte im Rahmen von Rückrufaktionen sowie schriftliche Auskünfte über den Verbleib eines Fahrzeugs.	1 323
5.1	Gebühren für die Erteilung der Typengenehmigung für Fahrzeuge, Fahrzeugteile und Fahrzeugsysteme	6 500
5.2	Gebühren für die Konfirmitätsprüfung aufgrund der durch das KBA erteilten Typengenehmigungen	50
5.3	Gebühren und Auslagen für die Anerkennung/Benennung von Technischen Diensten, Prüflaboratorien und Zertifizierungsstellen sowie für die Systembewertungen von Qualitätssicherungs- und Qualitätsmanagementsystemen	400
6.	Gebühren für die Bearbeitung der Meldungen für Fahrzeuge mit Versicherungskennzeichen	500
7.	Gebühren für die Bearbeitung der Meldungen für Fahrerlaubnisse auf Probe	2 250
8.	Gebühren für Auskünfte aus dem Verkehrszentralregister in Fahrerlaubnisangelegenheiten	9 000
9.	Gebühren für die Bearbeitung der Meldungen für das Zentrale Fahrerlaubnisregister	2 000
10.	Gebühren für digitale Zertifikate und Verschlüsselungsdienstleistungen für EG-Kontrollgeräte	1 080
11.	Entgelte für die Ausgabe und die Zertifizierung von Kontrollgerätkarten	7 130
12.	Auskünfte über Fahrzeuge aufgrund des Pflichtversicherungsgesetzes	-
13.	Auskünfte über Fahrzeuge an Fahrzeughersteller oder Importeure von Fahrzeugen	-
14.	Sonstiges	-
	Zusammen	96 871

Es handelt sich bei den Nrn. 1 - 10 um Gebühren, die aufgrund der Gebührenordnung für Maßnahmen im Straßenverkehr vom 26. Juni 1970 (BGBl. I S. 865) in der Fassung vom 25. Januar 2011 (BGBl. I S. 98), zuletzt geändert durch Artikel 1

1212 Kraftfahrt-Bundesamt

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Noch zu Titel 111 01	der VO vom 31. August 2012 (BGBl. I S. 1998), erhoben werden und dem Kraftfahrt-Bundesamt zustehen. Bei der Nummer 11 handelt es sich um Entgelte für Dienstleistungen, die das Kraftfahrt-Bundesamt für die Bundesländer erbringt.			
112 01 -719	Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten	10	10	3
119 01 -719	Einnahmen aus Veröffentlichungen	-	-	-
119 19 -719	Vermischte Einnahmen	5 217	5 217	6 431

Haushaltsvermerk:

Ist-Einnahmen zu Nr. 1 der Erläuterungen sind wegen rechtsverbindlicher Verwendungsauflage bei Aufträgen Dritter zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Ausgaben bei folgenden Titeln: Tgr. 01.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Einnahmen aus Aufträgen Dritter	5 217
2. Sonstiges	-
Zusammen	5 217

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
119 99 -719	Vermischte Einnahmen	170	170	224
124 01 -719	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	13	13	13
132 01 -719	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	5	5	1

Übrige Einnahmen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
261 01 -719	Erstattung von Personal- und Reisekosten	2 800	2 800	3 950

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen zu Nr. 2 der Erläuterungen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 526 02.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Erstattung von Personalkosten für das bei Tit. 422 01 und 428 01 beschäftigte Personal, von sächlichen Verwaltungsausgaben, soweit sie nicht bei Tgr. 01 "Durchführung von Aufträgen für Bundesbehörden und Dritte" (Tit. 427 19 bis 547 11) verausgabt wurden, sowie von Verwaltungskostenzuschlägen bei Arbeiten im Auftrage Dritter	2 646
2. Rückerstattung gemäß § 20 StVZO und § 9 der Fahrzeugteileverordnung (Nachprüfungsverfahren vgl. Ausgaben Tit. 526 02)	26
3. Erstattung von Kosten für die Koordinierung des Erfahrungsaustausches im technischen Prüf- und Überwachungswesen	128
Zusammen	2 800

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
282 08 -061	Einnahmen aus Prämienzahlungen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Kap. 1212 flexibilisierter Bereich.

Erläuterungen:

Die Höhe der Prämienzahlung richtet sich nach der Leitlinie für die Gewährung einer Einmalprämie im Zusammenhang mit der Flächenoptimierung dienstlich genutzter Liegenschaften durch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben. Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben hat für Prämienzahlungen Vorsorge in ihrem Wirtschaftsplan getroffen.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
381 01 -890	Leistungen von Bundesbehörden zur Durchführung von Aufträgen	-	-	(152)

Haushaltsvermerk:

Ist-Einnahmen sind wegen verbindlicher Vereinbarung mit anderen Bundesbehörden zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Ausgaben bei folgenden Titeln: Tgr. 01.

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

1. Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.
   In die Flexibilisierung einbezogen ist auch Tit. 532 05.
   Ausgenommen ist Tgr. 01.
2. **Einsparungen bei den in die Flexibilisierung nach § 5 HG einbezogenen Titeln der Hgr. 4, 5 und 8 dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 981 06.**
3. Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Kap. 1212 flexibilisierter Bereich dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 282 08.

Sächliche Verwaltungsausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
518 02 -719	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	3 180	3 180	3 153

Haushaltsvermerk:

Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
531 02 -719	Kauf von genehmigungspflichtigen Fahrzeugteilen zum Zwecke der Nachprüfung	3	3	-
536 01 -719	Kosten für Veröffentlichungen der Verlustanzeigen im Verkehrsblatt	300	300	266

Erläuterungen:

Vgl. Erläuterungen zu Tit. 111 01, Nr. 3.

1212 Kraftfahrt-Bundesamt

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
538 01 -719	Beschaffung der Dokumenten-Vordrucke für die Zulassungsbescheinigungen Teil II	7 000	7 000	5 641
	Haushaltsvermerk: 1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 111 01. 2. Einnahmen aus der Erstattung von Druckkosten bei Rückgabe von Zulassungsbescheinigungen Teil II fließen den Ausgaben zu.			
538 02 -719	Beschaffung der Kartenrohlinge für die Personalisierung von Kontrollgerätkarten	1 530	1 530	896
	Haushaltsvermerk: Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 111 01.			
	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)			
687 01 -719	Beitrag zu den Kosten des European Car and Driving Licence Information System (EUCARIS)	50	50	33
	Erläuterungen: Das European Car and Driving Licence Information System (EUCARIS) ermöglicht den Datenaustausch zwischen den zentralen Fahrzeug- und Fahrerlaubnisregisterbehörden der teilnehmenden Staaten im automatisierten Abrufverfahren (online), um die aus dem jeweiligen Partnerstaat stammenden Fahrzeuge im Zulassungsverfahren zu identifizieren und festzustellen, ob ggf. Gründe gegen eine beantragte Zulassung vorliegen. Darüber hinaus ermöglicht das Verfahren die Prüfung, ob eine Person, die die Erteilung einer Fahrerlaubnis beantragt, ggf. bereits im Besitz der Fahrerlaubnis in einem der Partnerstaaten ist. Insoweit dient EUCARIS als Hilfsmittel, der Forderung der zweiten EG-Führerscheinrichtlinie, nämlich dass jeder EU-Bürger im Besitz nur einer Fahrerlaubnis sein darf, Rechnung tragen zu können.			
	Besondere Finanzierungsausgaben			
981 06 -890	Leistungen an Dienstleistungszentren des Bundes zur Durchführung von Aufgaben im Rahmen der Erprobung des DLZ-Projekts	-		
	Haushaltsvermerk: **Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei den in die Flexibilisierung nach § 5 HG einbezogenen Titeln des Kap. 1212 geleistet werden.**			
	Titelgruppe 01			
Tgr. 01	Durchführung von Aufträgen anderer Bundesbehörden und Dritter	(5 217)	(5 217)	
	Haushaltsvermerk: 1. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig. 2. Ausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Ist-Einnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: 119 19 und 381 01.			

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Noch zu Titelgruppe 01				
427 19 -719	Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige	80	80	76
428 11 -719	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	2 117	2 117	2 102
459 19 -719	Vermischte Personalausgaben	-	-	-
518 11 -719	Mieten und Pachten	20	20	64
527 11 -719	Dienstreisen	6	6	3
547 11 -719	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	2 954	2 954	4 119
812 11 -719	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	40	40	218

Flexibilisierte Ausgaben

	Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
	Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3	40 139	40 129	38 297
	Aus Hauptgruppe 5	10 855	9 472 *4 355*	10 354
	Aus Hauptgruppe 7	200	200 *331*	103
	Aus Hauptgruppe 8	3 205	3 359 *2 655*	2 716
	Zusammen	54 399	53 160 *7 341*	51 470

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 422 01 -719	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*7 178*	*7 004*	*6 571*
F 427 09 -719	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige* *Erläuterungen:* *Aus diesem Titel werden keine Nebentätigkeitsvergütungen an Angehörige des öffentlichen Dienstes gezahlt.*	*3 970*	*2 701*	*3 003*
F 428 01 -719	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*28 690*	*30 130*	*28 539*
F 453 01 -719	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	*49*	*49*	*17*

1212 Kraftfahrt-Bundesamt

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu flexibilisierte Ausgaben			
F 511 01 -719	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände*	*2 009*	*864*	*2 016*
	Haushaltsvermerk: *Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 111 01.*			
F 514 01 -719	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*	*40*	*35*	*36*
F 517 01 -719	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	*1 600*	*1 500*	*1 753*
F 518 01 -719	*Mieten und Pachten*	*50*	*271*	*129*
F 519 01 -719	*Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen*	*170*	*170*	*176*
F 525 01 -719	*Aus- und Fortbildung*	*175*	*175*	*149*
F 526 01 -719	*Gerichts- und ähnliche Kosten*	*2*	*2*	*2*
F 526 02 -719	*Sachverständige*	*483*	*483*	*335*
	Haushaltsvermerk: *Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 261 01.*			

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Aufgaben nach dem ProduktsicherheitsG.......................................	*30*
2. Nachprüfungen gem. § 9 Fahrzeugteile-VO...................................	*109*
3. Konformitätsprüfungen..	*285*
4. Prüfungen von Fahrzeug-Emissionen..	*59*
Zusammen..	*483*

Aus diesem Titel werden keine Nebentätigkeitsvergütungen an Angehörige des öffentlichen Dienstes gezahlt.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 527 01 -719	*Dienstreisen*	*190*	*130*	*186*
F 532 05 -719	*Kosten für Hilfeleistungen durch Dritte*	*-*	*-*	*-*
F 539 99 -719	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*50*	*50*	*44*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu flexibilisierte Ausgaben			
F 543 01 -719	*Veröffentlichung und Dokumentation*	*3*	*3*	*2*
F 545 01 -719	*Konferenzen, Tagungen, Messen und Ausstellungen*	*10*	*10*	*-*
F 634 03 -719	*Zuweisungen an den Versorgungsfonds*	*252*	*245*	*167*
F 711 01 -719	*Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten*	*200*	*200*	*103*
F 712 01 *-719*	*Baumaßnahmen von mehr als 2 000 000 € im Einzelfall*	*-*		
F 811 01 -719	*Erwerb von Fahrzeugen*	*140*	*-*	*-*
F 812 01 -719	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen*	*75*	*75*	*61*
	Titelgruppe 55			
Tgr. 55	Ausgaben für die Informationstechnik	(9 063)	(9 063)	
F 511 55 -719	*Geschäftsbedarf und Datenübertragung sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Software, Wartung*	*2 830*	*2 540*	*2 581*
F 518 55 -719	*Miete für Datenverarbeitungsanlagen, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Maschinen, Software*	*2 092*	*2 175*	*2 422*
F 525 55 -719	*Aus- und Fortbildung*	*300*	*300*	*210*
F 532 55 -719	*Ausgaben für Aufträge und Dienstleistungen*	*851*	*764*	*313*
F 812 55 -719	*Erwerb von Datenverarbeitungsanlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, Software*	*2 990*	*3 284*	*2 655*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Erstbeschaffung	
1.1 Hardware	*470*
1.2 Software	*170*
2. Ersatzbeschaffung	
2.1 Hardware	*1 835*
2.2 Software	*400*

1212 Kraftfahrt-Bundesamt

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 812 55 (Titelgruppe 55)

Bezeichnung	*1 000 €*
3. Sonstiges..	*115*
Zusammen..	*2 990*

Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
712 02 -719	Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten		-	-

Vorbemerkung

Der Deutsche Wetterdienst (DWD) ist der nationale meteorologische Dienst der Bundesrepublik Deutschland mit Sitz in Offenbach am Main. Grundlage seiner Tätigkeit ist das Gesetz über den Deutschen Wetterdienst vom 10. September 1998 (BGBl. I S. 2871), zuletzt geändert durch Artikel 10 des Gesetzes zur Errichtung eines Bundesaufsichtsamtes für Flugsicherung und zur Änderung und Anpassung weiterer Vorschriften vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2424).

Der DWD unterstützt die Länder bei der Durchführung ihrer Aufgaben im Bereich des Katastrophenschutzes und beteiligt sich an den Aufgaben im Rahmen der zivilen Verteidigung und der zivilmilitärischen Zusammenarbeit.

Wichtige Kernaufgaben sind die Bereitstellung von Basisleistungen für die Bundeswehr und der Warndienst bei Unwetterlagen, der sowohl für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger als auch für eine Begrenzung der durch Unwetter verursachten Schäden von zentraler Bedeutung ist.

Der DWD nimmt meteorologische Aufgaben des Bundes im Rahmen des Umweltschutzes einschließlich der Überwachung der Umweltradioaktivität nach dem Strahlenschutzvorsorgegesetz vom 19. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2610), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Ersten Gesetzes zur Änderung des Strahlenschutzvorsorgegesetzes vom 8. April 2008 (BGBl. I S. 686), wahr.

Das Europäische Zentrum für mittelfristige Wettervorhersage (ECMWF) in Reading (Großbritannien) und die Europäische Organisation zur Nutzung von meteorologischen Satelliten (EUMETSAT), an denen die Bundesrepublik Deutschland beteiligt ist, liefern wichtige meteorologische Informationen für die Arbeit des Deutschen Wetterdienstes.

Die Verbesserung der Überwachung der langfristigen Veränderungen des Weltklimas wird beim DWD durch Mitwirkung im globalen Klimabeobachtungsprogramm (GCOS) der Weltorganisation für Meteorologie (WMO) wahrgenommen, u. a. durch den Betrieb einer GAW-Station (Global Atmosphere Watch), des Weltzentrums für Niederschlagsklimatologie und des Zentrums für satellitengestütztes Klimamonitoring (CM-SAF).

Ein leistungsfähiger nationaler Wetterdienst ist zur Erfüllung nationaler und internationaler Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland auf dem Gebiet der Meteorologie sowie zur Förderung des Standortes Deutschland unerlässlich. Zur Wahrnehmung dieser Funktion passt der DWD seine Prozesse ständig dem wissenschaftlichen Erkenntnisfortschritt und den deutlich gewachsenen Benutzeranforderungen an.

Ferner muss im europäischen Bereich die Effektivität in der wetterdienstlichen Zusammenarbeit erhöht werden. Dies geschieht u. a. im Rahmen von EUMETNET-Aktivitäten.

1214 Deutscher Wetterdienst

Überblick zum Kapitel 1214	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen..	51 382	51 382	-		53 672
Übrige Einnahmen..	100	100	-		-
Gesamteinnahmen..	51 482	51 482	-		53 672
Ausgaben					
Personalausgaben..	106 199	107 498	-1 299	1 570	109 291
Sächliche Verwaltungsausgaben...........................	41 113	40 632	+481	10 217	39 352
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	120 415	110 869	+9 546	27 131	103 495
Ausgaben für Investitionen.....................................	31 412	33 100	-1 688	39 323	25 789
Besondere Finanzierungsausgaben......................	-	-	-		-
Gesamtausgaben...	299 139	292 099	+7 040	78 241	277 927
davon flexibilisiert...	169 919	169 811	+108	36 305	167 800
davon nicht flexibilisiert..	129 220	122 288	+6 932	41 936	110 127

Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014	
Verpflichtungsermächtigung...................................	49 469 T€
davon fällig:	
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.................................	4 411 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.................................	4 488 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.................................	4 493 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.................................	4 358 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu.................................	4 615 T€
im Haushaltsjahr 2020 bis zu.................................	3 168 T€
im Haushaltsjahr 2021 bis zu.................................	3 168 T€
im Haushaltsjahr 2022 bis zu.................................	3 168 T€
im Haushaltsjahr 2023 bis zu.................................	1 600 T€
im Haushaltsjahr 2024 bis zu.................................	1 600 T€
im Haushaltsjahr 2025 bis zu.................................	1 600 T€
im Haushaltsjahr 2026 bis zu.................................	1 600 T€
im Haushaltsjahr 2027 bis zu.................................	1 600 T€
im Haushaltsjahr 2028 bis zu.................................	1 600 T€
im Haushaltsjahr 2029 bis zu.................................	1 600 T€
im Haushaltsjahr 2030 bis zu.................................	1 600 T€
im Haushaltsjahr 2031 bis zu.................................	1 600 T€
im Haushaltsjahr 2032 bis zu.................................	1 600 T€
im Haushaltsjahr 2033 bis zu.................................	1 600 T€

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

111 01 -046	Gebühren, sonstige Entgelte	50 000	50 000	46 783

Haushaltsvermerk:

1. Mehreinnahmen zu Nr. **3 und 4** der Erläuterungen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 547 91.
2. An Dritte zu zahlende Gebührenanteile dürfen von den Einnahmen abgesetzt werden.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Gebührenanteile für Leistungen des Flugwetterdienstes für die Luftfahrt, aufgrund des EUROCONTROL-Übereinkommens und der "Grundsätze zur Festsetzung der Gebührenerhebungsgrundlage für Streckennavigationsdienste". Grundlage für den gebildeten Ansatz sind die für das jeweilige Basisjahr für den Flugwetterdienst ermittelten Personal-, Sach- und Kapitalkosten..........	42 768
2. Gebührenanteile aus der Erledigung von Aufträgen aus der Tgr. 02, Rückeinnahmen aus Datenleitungsnetzen, Rechenzeiten und Immissionsmessungen..	90
3. Geschäftsbereich Wettervorhersage...	4 231
4. Geschäftsbereich Klima und Umwelt...	2 461
5. Refinanzierung Personalkosten..	450
Zusammen..	50 000

119 01 -046	Einnahmen aus Veröffentlichungen	24	24	9
119 99 -046	Vermischte Einnahmen	1 100	1 100	6 575

Haushaltsvermerk:

1. Mehreinnahmen zu Nr. 1 der Erläuterungen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 532 55.
2. Mehreinnahmen zu Nr. 2 der Erläuterungen sind aufgrund eines Abkommens mit EUMETSAT zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 427 09, 812 03 und 812 55.
3. Mehreinnahmen zu Nr. 4 der Erläuterungen sind aufgrund der Kooperationsvereinbarung mit EUMETNET zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 812 03.
4. Mehreinnahmen zu Nr. 3 der Erläuterungen sind wegen rechtsverbindlicher Verwendungsauflage bei Aufträgen Dritter zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Tgr. 02.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Einnahmen aus Lizenzierung..	-
2. Einnahmen für EUMETSAT-Großprojekt SAF.................................	-

1214 Deutscher Wetterdienst

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 119 99

Bezeichnung	1 000 €
3. Einnahmen aus Aufträgen Dritter	791
4. Einnahmen für Sensorik Aircraft Meteorological Data Relay (AMDAR)	-
5. Sonstige Einnahmen	309
Zusammen	1 100

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
124 01 -046	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	208	208	229

Haushaltsvermerk:

1. Nach § 63 Abs. 4 BHO in Verbindung mit § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass das Grundstück in Darmstadt, Am Kavalleriesand 25-35, Flur 43, Flurstück 4/116 und Flurstück 4/119, 8.640 qm und das Erbbaurecht an den Flurstücken 4/58, 14.952 qm und 4/109, 1.469 qm EUMETSAT für die Dauer und den Umfang des Bedarfs unentgeltlich überlassen wird.
2. Dem Sozialwerk der Bundesverkehrsverwaltung dürfen vom Bundesministerium für Verkehr **und digitale Infrastruktur** für Zwecke seines Geschäftsbereichs vorübergehend nicht benötigte bundeseigene Liegenschaften nach den Richtlinien des Bundesministeriums der Finanzen und im Einvernehmen mit diesem als Ferienwohnheime mietzinsfrei überlassen werden. Das Sozialwerk hat im Regelfall die Betriebskosten zu übernehmen und sich an den Kosten für Bauunterhaltungs-, Modernisierungs-, Umbau- und Erstinstandsetzungsmaßnahmen angemessen zu beteiligen.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
132 01 -046	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	50	50	76

Haushaltsvermerk:

Ausgaben für die Veräußerung von beweglichen Sachen dürfen vorweg von der Einnahme abgesetzt werden.

Erläuterungen:

Erlöse insbesondere aus dem Verkauf von auszusondernden Kraftfahrzeugen (vgl. Tit. 811 01 und 811 31).

Übrige Einnahmen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
261 01 -046	Erstattung von Verwaltungsausgaben	100	100	-

Erläuterungen:

Einnahmen aus Personalausgaben, sonstigen Verwaltungsausgaben und Investitionen, die von Dritten anlässlich der Erstellung von Gutachten usw. zu erstatten sind. Vgl. Erläuterungen zu Tgr. 02.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
281 01 -046	Rückzahlung von Zuwendungen	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 685 02.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
381 01 -890	Leistungen von Bundesbehörden zur Durchführung von Aufträgen	-	-	(1 165)

Haushaltsvermerk:

Ist-Einnahmen sind wegen verbindlicher Vereinbarung mit anderen Bundesbehörden zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Ausgaben bei folgenden Titeln: Tgr. 02.

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

1. Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.
   In die Flexibilisierung einbezogen sind auch Tit. 547 01 und 547 31.
   Ausgenommen sind Tgr. 01, Tgr. 02 und Tgr. 07.
2. **Einsparungen bei den in die Flexibilisierung nach § 5 HG einbezogenen Titeln der Hgr. 4, 5 und 8 dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 981 06.**

Sächliche Verwaltungsausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
518 02 -046	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	693	691	278

Haushaltsvermerk:

Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Pachtzins für das Grundstück in Darmstadt, Am Kavalleriesand 25 - 35, Flur 43, Flurstück 4/116 und Flurstück 4/119	111
2. Pachtzins für das Grundstück in Darmstadt, Am Kavalleriesand 25 - 35, Flur 43, Flurstück 4/115 und Flurstück 4/118	120
3. Pachtzins für das Grundstück in der Außenstelle Weimar und für die Windmessstelle in Sembach	12
4. Liegenschaft Freiburg	160
5. Liegenschaft Cuxhaven	19
6. Liegenschaft Braunschweig	67
7. Liegenschaft Wetterstation Schmücke	2
8. Sonstige	202
Zusammen	693

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
671 01 -046	Erstattung von anteiligen Bewirtschaftungskosten für das Bildungs- und Tagungszentrum (BTZ) Langen sowie für die Flugwetterwarte (FWW) Bremen an die DFS Deutsche Flugsicherung GmbH	1 548	1 548 *506*	1 042

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind übertragbar.

Erläuterungen:

Anteilige Kosten für Heizung, Strom, Bewachung, Wartung, Reinigung sowie Bauunterhaltung gem. Vertrag zwischen dem DWD und der DFS Deutsche Flugsicherung GmbH.

1214 Deutscher Wetterdienst

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
685 01 -046	Beiträge für meteorologische Organisationen und Vereine	25	25	23
685 02 -046	Zuschüsse für Forschungsprogramme	1 000	1 068 *2 721*	1 950

Verpflichtungsermächtigung... 12 544 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 1 568 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu... 1 568 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu... 1 568 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu... 1 568 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu... 1 568 T€
im Haushaltsjahr 2020 bis zu... 1 568 T€
im Haushaltsjahr 2021 bis zu... 1 568 T€
im Haushaltsjahr 2022 bis zu... 1 568 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: 544 01.
3. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 281 01.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
Aufträge an Hochschulen und Forschungszentren (Hans-Ertel-Zentrum)..	1 000

686 06 -046	Kostenerstattung für das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt e. V. (DLR)	257	252	368

Erläuterungen:

Personal- und Sachaufwand des DLR für die Managementaufgaben bei der Wahrnehmung

1. der Planung/Koordinierung des EUMETSAT-Bodensegments in Deutschland,
2. der deutschen Interessen in der ESA bzgl. der Technologieprogramme MSG (Meteosat Second Generation) und METOP-1 (Polarumlaufender meteorologischer Satellit) sowie den Vorbereitungen zu den Nachfolgeprogrammen MTG (METEOSAT Third Generation) und Post-EPS (EUMETSAT Polar System).

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
686 07 -046	Kostenerstattung für das Max-Planck-Institut Jena und das Institut für Umweltphysik der Universität Heidelberg (ICOS)	-		

Verpflichtungsermächtigung.. 28 800 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2016 bis zu... 1 600 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu... 1 600 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu... 1 600 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu... 1 600 T€
im Haushaltsjahr 2020 bis zu... 1 600 T€
im Haushaltsjahr 2021 bis zu... 1 600 T€
im Haushaltsjahr 2022 bis zu... 1 600 T€
im Haushaltsjahr 2023 bis zu... 1 600 T€
im Haushaltsjahr 2024 bis zu... 1 600 T€
im Haushaltsjahr 2025 bis zu... 1 600 T€
im Haushaltsjahr 2026 bis zu... 1 600 T€
im Haushaltsjahr 2027 bis zu... 1 600 T€
im Haushaltsjahr 2028 bis zu... 1 600 T€
im Haushaltsjahr 2029 bis zu... 1 600 T€
im Haushaltsjahr 2030 bis zu... 1 600 T€
im Haushaltsjahr 2031 bis zu... 1 600 T€
im Haushaltsjahr 2032 bis zu... 1 600 T€
im Haushaltsjahr 2033 bis zu... 1 600 T€

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
687 01 -046	Beiträge an internationale Organisationen	114 212	105 032 *23 904*	97 051

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind übertragbar.

Erläuterungen:

Bezeichnung der Organisation Rechtsgrundlage und Zweck der Mitgliedschaft	Mitgliedsbeitrag der Bundesrepublik Deutschland (Pflichtleistungen)			Besondere (freiwillige) Leistungen außerhalb des Mitgliedsbeitrags in 1 000 € (gerundet)	Zusammen Spalte 4 + 5 in 1 000 €
	in Prozent	in Tausend-Fremdwährung (gerundet)	in 1 000 € (gerundet)		
1	2	3	4	5	6
1. Europäisches Zentrum für mittelfristige Wettervorhersage (EZMW) in Reading, Großbritannien.......................................	20,0	8 328 GBP	9 989		9 989
Rechtsgrundlage: Gesetz					
Zweck: Erstellung mittelfristiger Wettervorhersagen und Durchführung von Forschungs- und Entwicklungsarbeiten. Betrieb einer Datenbank für die meteorologischen Institutionen der Mitgliederstaaten					
2. Europäische Organisation zur Nutzung von meteorologischen Satelliten (EUMETSAT) in Darmstadt......................................	18,9		48 787	-	48 787
Rechtsgrundlage: Gesetz					
Zweck: Betrieb des METOSAT-Programms und Vorbereitung zum Betrieb eines europäischen polarumlaufenden Wettersatelliten					
2.1 Optionales Satellitenprogramm JASON-2................................	27,0			185	185
Rechtsgrundlage: Vereinbarung vom Juni 2004					
Zweck: Betrieb eines globalen Ozeanbeobachtungssatellitensystems					
2.2 Optionales Satellitenprogramm JASON-3................................	13,2			1 781	1 781
Rechtsgrundlage: Vereinbarung vom Dezember 2009					
Zweck: Nachfolgesatellit von JASON-2					
3. Europäische Weltraumagentur (ESA) in Paris..........................	34,0			53 470	53 470
Rechtsgrundlage: Vereinbarung vom November 2008					

1214 Deutscher Wetterdienst

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 687 01

Bezeichnung der Organisation Rechtsgrundlage und Zweck der Mitgliedschaft	Mitgliedsbeitrag der Bundesrepublik Deutschland (Pflichtleistungen)			Besondere (freiwillige) Leistungen außerhalb des Mitgliedsbeitrags in 1 000 € (gerundet)	Zusammen Spalte 4 + 5 in 1 000 €
	in Prozent	in Tausend-Fremdwährung (gerundet)	in 1 000 € (gerundet)		
1	2	3	4	5	6
Zweck: Deutscher Beitrag zum ESA-finanzierten Teil des meteorologischen Satellitenprogramms METEOSAT 3. Generation (MTG)-Phase C/D					
Zusammen			58 776	55 436	114 212

Differenzen durch Rundung möglich

687 02 -046	Zusammenarbeit der europäischen Wetterdienste auf dem kommerziellen Sektor (EIG ECOMET)	65	65	60

Erläuterungen:

Die Gründungsvereinbarung ist 1995 geschlossen worden.

Es sind nur die Kosten im Zusammenhang mit Einrichtung und Betrieb des ECOMET- Sekretariats veranschlagt worden.

687 03 -046	EUMETNET-Programme einschließlich Sekretariatskosten	1 310	1 530	1 271

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind übertragbar.

Erläuterungen:

19 Nationale Wetterdienste aus Westeuropa haben eine enge Kooperation auf der Basis von Arbeitsteilung im Rahmen einer Konferenz unter dem Namen EUMETNET (European Meteorological Network) vereinbart.

Im Rahmen dieser Konferenzen werden Schwerpunkte für die EUMETNET-Aktivitäten im Bereich meteorologische Beobachtungssysteme, Datenbanken und Fernmeldesysteme, Vorhersageprodukte, Forschung und Entwicklung in Pflicht- oder Wahlprogrammen vereinbart. Es sind die Kosten für das EUMETNET-Koordinierungsbüro sowie für die Programmaktivitäten veranschlagt.

Bezeichnung	1 000 €
1. Koordinierungsbüro (Sekretariatskosten)	114
2. EUMETNET-Programme	1 196
Zusammen	1 310

Ausgaben für Investitionen

712 02 -046	Neubauten, größere Um- und Erweiterungsbauten sowie Erwerb von Grundvermögen für diese Zwecke	5 825	7 800 *12 130*	2 271

Haushaltsvermerk:

Der Erlös aus der Veräußerung bundeseigener Grundstücke, die aus Mitteln des Epl. 12 beschafft worden sind, fließt den Ausgaben bis zur Höhe des Kaufpreises von zu beschaffenden Grundstücken zu, wenn die Veräußerung des bundeseigenen und der Erwerb des zu beschaffenden Grundstückes Gegenstand desselben Kaufvertrages sind und der Verkehrswert des zu veräußernden Grundstücks 100 T€ nicht übersteigt. Das Recht der Mitwirkung des für das Bundesvermögen zuständigen Bundesministeriums gemäß § 64 BHO bleibt unberührt.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 712 02

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamt-ausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Nach 2013 übertra-gene Aus-gabereste 1 000 €	Veran-schlagt 2014 1 000 €	Vorbe-halten für 2015 ff 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7
1. Installation von meteorologischen Geräten (Transmissiometer etc.) auf dem Flughafen Berlin-Schönefeld	1 790	580		1 210		
2. Um- und Erweiterungsbaumaßnahmen des Dienstgebäudes der Zentrale in Offenbach am Main, Frankfurter Str. 135 (Preisstand: Juli 2002)	71 519	69 905		1 614		
3. Glasfaserverkabelung	1 023	364	100	341	100	118
4. Automatisierung von 31 Wetterwarten im Rahmen Messnetz 2010 plus	1 525	170	250	555	100	450
5. Neubau Niederlassung Potsdam	31 569		2 431	6 400	3 190	19 548
6. Erweiterung Infrastruktur des Rechenzentrums in Offenbach am Main, Frankfurter Str. 135	3 981	3 970		11		
7. Brandschutzmaßnahmen am Dienstgebäude Oberschleißheim	1 755	722	234	799		
8. Verlegung Wetterradar Emden	1 200			1 200		
9. Automatisierung im hauptamtlichen Messnetz (MN 2015+)	5 150		1 285		2 435	1 430
10. Ertüchtigung DMRZ für neue Großrechnergeneration	3 500		3 500			
Zusammen	123 012	75 711	7 800	12 130	5 825	21 546

Besondere Finanzierungsausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
981 06 -890	Leistungen an Dienstleistungszentren des Bundes zur Durchführung von Aufgaben im Rahmen der Erprobung des DLZ-Projekts	-		

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei den in die Flexibilisierung nach § 5 HG einbezogenen Titeln des Kap. 1214 geleistet werden.

Titelgruppe 01

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
Tgr. 01	Ausgaben für vom Deutschen Wetterdienst durchgeführte Forschungsvorhaben	(3 013)	(3 012) *(2 528)*	

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
427 19 -046	Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige	1 913	1 912 *1 423*	965
544 11 -046	Forschung, Untersuchungen und Ähnliches	1 100	600 *1 063*	75
812 12 -046	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	-	500 *42*	156

1214 Deutscher Wetterdienst

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Titelgruppe 02			
Tgr. 02	Durchführung von Aufträgen anderer Bundesbehörden und Dritter	(791)	(784) *(147)*	
	Haushaltsvermerk: 1. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig. 2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99. Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden. 3. Ausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Ist-Einnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 381 01. Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.			
	Erläuterungen: Veranschlagt sind Personalausgaben für Fachkräfte, Bürokräfte sowie Tarifbeschäftigte, die für die in Betracht kommenden Arbeiten vorübergehend zusätzlich herangezogen werden müssen, sowie die sächlichen Verwaltungsausgaben und Investitionen. Die von den Auftraggebern zu erstattenden Selbstkosten (Bezüge der Beamtinnen und Beamten, Entgelte der Tarifbeschäftigten einschließlich aller Zulagen usw. und die sonstigen von Fall zu Fall auftretenden nachweisbaren Einzelkosten) einschl. Verwaltungskostenzuschläge werden wie folgt vereinnahmt (ausgenommen sind die Kosten, die nach der Preisliste berechnet und bei Tit. 111 01 vereinnahmt werden): 1. bei Tit. 261 01 die Personalausgaben für das Personal der Tit. 422 01 bis 428 01 sowie die sächlichen Verwaltungsausgaben und Investitionen, soweit sie nicht bei Tit. 427 29 bis 812 21 verausgabt wurden. 2. bei Tit. 119 99 und 381 01 die Personalausgaben für vorübergehend zusätzlich eingestelltes Personal sowie die sächlichen Verwaltungsausgaben und Investitionen, soweit sie bei Tit. 427 29 bis 812 21 verausgabt wurden. Die Verwaltungskostenzuschläge zu 1. und 2. werden bei Tit. 261 01 vereinnahmt.			
427 29 -046	Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige Haushaltsvermerk: § 20 Abs. 1 BHO findet keine Anwendung. Ausgaben dürfen nur geleistet werden, solange keine freien Stellen der gleichen oder einer höheren Entgeltgruppe bei Tit. 428 21 vorhanden sind.	520	513 *147*	1 703
428 21 -046	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	5	5	-
459 29 -046	Vermischte Personalausgaben	5	5	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Noch zu Titelgruppe 02				
527 21 -046	Dienstreisen	31	31	140
547 21 -046	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	169	169	2 267
711 21 -046	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	5	5	-
812 21 -046	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	56	56	127

Titelgruppe 07

Tgr. 07	Ausgaben zur Erbringung von kundenorientierten Dienstleistungen	(481)	(481)	

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Erstattungen Dritter fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Die Aufbauorganisation des DWD wird durch die Geschäftsbereiche und die dezentralen Dienststellen geprägt, die so organisiert sind, dass der DWD seine festgelegten Kernaufgaben optimal wahrnehmen kann.

Hierzu sind Maßnahmen und Verfahren notwendig und vorzubereiten, die meteorologischen Dienstleistungen des DWD z. T. kurzfristig und nutzergerecht zur Verfügung zu stellen. Dabei steht die Daseinsvorsorge in Form von Unterrichtung der Bevölkerung zu Maßnahmen und Warnungen vor wetterbedingten Schäden für Leib und Leben sowie Sachschäden im Vordergrund. Die "IMAGI-Richtlinie für Geoinformationen" wird bei der Leistungsabgabe beachtet.

427 79 -046	Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: 547 91.

Erläuterungen:

Entgelte für Aushilfskräfte, die terminbedingte, meterologische Dienstleistungen in den einzelnen Abteilungen erbringen.

531 71 -046	Kosten für Marketing und Darstellung der Dienstleistungen des DWD	130	130	111

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

1214 Deutscher Wetterdienst

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 531 71 (Titelgruppe 07)

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Sachmittel zur verbesserten Gestaltung/Aufbereitung von DWD-Produkten	35
2. Unterrichtung von Empfängern meterologischer Dienstleistungen.	40
3. Erstellung von Marktanalysen	15
4. Gestaltung eines einheitlichen Erscheinungsbildes des DWD	40
Zusammen	130

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
547 91 -046	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	351	351	269

Haushaltsvermerk:

1. Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 427 79 und 812 71.
2. Mehrausgaben zu Nr. 1 und 2 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 111 01.
3. Die Erläuterungen zu Nr. 1 und 2 sind verbindlich.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Geschäftsbereich Wettervorhersage	241
2. Geschäftsbereich Klima und Umwelt	110
Zusammen	351

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
812 71 -046	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: 547 91.

Erläuterungen:

Ausrüstungs- und Ausstattungsgegenstände für die Geschäftsbereiche Wettervorhersage sowie Klima und Umwelt.

Flexibilisierte Ausgaben

Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG

	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3	105 754	106 412	108 353
Aus Hauptgruppe 5	38 639	38 660 *9 154*	36 212
Aus Hauptgruppe 7	3 227	3 227 *3 351*	2 885
Aus Hauptgruppe 8	22 299	21 512 *23 800*	20 350
Zusammen	169 919	169 811 *36 305*	167 800

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 422 01 -046	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*67 609*	*68 343*	*67 280*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 422 02 -046	*Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte*	-	-	-
F 422 03 -046	*Bezüge der Anwärterinnen und Anwärter sowie Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst*	308	295	317
F 427 09 -046	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	5 781	5 985	9 256

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben zu Nr. 6 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Nebenamtliche Beobachterinnen und Beobachter des synoptischen Dienstes	15
2. Nebenamtliche Beobachterinnen und Beobachter des Klimadienstes	
2.1 Stationen höherer Ordnung, 302 nebenamtliche Wetterstationen III und Klimastationen einschl. Entschädigung für Sonnenscheinmessungen für 131 Stationen und 83 Windmessstellen	150
2.2 Niederschlagmessstellen des nebenamtlichen Messnetzes (1 590 Beobachterinnen und Beobachter)	992
2.3 Sonderaufgaben	-
3. Nebenamtliche Beobachterinnen und Beobachter des phänologischen Dienstes, Entschädigung an 1 400 nebenamtliche Beobachterinnen und Beobachter	361
4. Ausbildung und Ausgaben aus besonderen Anlässen für nebenamtliche Beobachterinnen und Beobachter	32
5. Beschäftigungsentgelte für Auszubildende	147
6. Ausgaben für das EUMETSAT-Großprojekt SAF	-
7. Entgelte für Beschäftigte mit befristeten Arbeitsverträgen	4 054
8. Sonstige Beschäftigungsentgelte (Gastwissenschaftler)	30
Zusammen	5 781

F 428 01 -046	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	29 382	29 764	28 953
F 453 01 -046	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	676	676	817
F 511 01 -046	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände*	4 116	3 620	2 656
F 514 01 -046	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*	500	410	503
F 517 01 -046	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	10 034	10 034	9 600
F 518 01 -046	*Mieten und Pachten*	3 469	3 469	3 211

1214 Deutscher Wetterdienst

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 519 01 -046	*Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen*	*1 458*	*1 458*	*1 684*
F 525 01 -046	*Aus- und Fortbildung*	*328*	*328*	*303*

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

F 526 01 -046	*Gerichts- und ähnliche Kosten*	*10*	*-*	*11*
F 526 02 -046	*Sachverständige*	*197*	*197*	*193*
F 526 03 -046	*Ausgaben für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen*	*2*	*2*	*-*

Erläuterungen:

Wissenschaftlicher Beirat des Deutschen Wetterdienstes.

F 527 01 -046	*Dienstreisen*	*975*	*975*	*1 365*
F 539 99 -046	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*434*	*434*	*324*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Umzugs- und Verlegungskosten	*123*
2. Beteiligungen an Ausstellungen	*99*
3. Sonstiges	*212*
Zusammen	*434*

F 543 01 -046	*Veröffentlichung und Dokumentation*	*106*	*106*	*64*

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Deutsches Meteorologisches Jahrbuch	*12*
2. Berichte und Mitteilungen des Deutschen Wetterdienstes	*87*
3. Klima-Atlanten und Klimakarten	*1*
4. Sonstiges	*6*
Zusammen	*106*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 544 01 -046	*Forschung, Untersuchungen und Ähnliches*	*221*	*221*	*113*

Haushaltsvermerk:

Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 685 02.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Meteorologische Modellierung und Vorhersage	121
2. Überwachung der Atmosphäre	60
3. Angewandte Meteorologie	40
Zusammen	221

F 545 01 -046	*Konferenzen, Tagungen, Messen und Ausstellungen*	*298*	*78*	*39*

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Geschäftskosten (Kosten für in Anspruch genommene Dolmetscherinnen und Dolmetscher, Sachverständige und Schreibkräfte, für Mieten, Post- und Telekommunikationsgebühren usw.) sowie für die dem DWD obliegenden repräsentativen Pflichten.

F 547 01 -046	*Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben*	*2 491*	*2 491*	*1 847*

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Kosten für den Aufstiegsbetrieb	2 446
2. Kosten für die Unterhaltung/Verlegung der Messfelder/Stationen	5
3. Nutzungsgebühr EUMETSAT-Daten	14
4. WMO-AMDAR-Panel	26
5. Sonstiges	-
Zusammen	2 491

Betriebsausgaben für den Wetterfachdienst.

F 634 03 -046	*Zuweisungen an den Versorgungsfonds*	*1 998*	*1 349*	*1 730*
F 711 01 -046	*Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten*	*2 807*	*3 207*	*2 816*

Verpflichtungsermächtigung..

fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 1 039 T€

Erläuterungen:

Einjährige Maßnahmen	1 000 €
1. Sicherheits- und Zugangskonzept	300
2. Grenzschicht Windprofiler	100
3. Videokonferenzräume	100
4. Sonstige	425
Zusammen	925

1214 Deutscher Wetterdienst

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 711 01

Mehrjährige Maßnahmen *(davon neue Maßnahmen in Fettdruck)*	*Gesamt-ausgaben des Bundes 1 000 €*	*Verausgabt bis 2012 1 000 €*	*Bewilligt 2013 1 000 €*	*Nach 2013 übertra-gene Aus-gabereste 1 000 €*	*Veran-schlagt 2014 1 000 €*	*Vorbe-halten für 2015 ff 1 000 €*
1	2	3	4	5	6	7
1. Um- und Neubau von 18 Radartürmen	*11 577*	*9 081*	*900*	*1 193*	*403*	
2. Archivstandortkonzept-Regalanlage	*400*	*41*	*343*	*16*		
3. Verlegung und Erneuerung von Windmasten und sonstige Messeinrichtungen	*1 000*	*24*	*200*	*71*	*200*	*505*
4. Erneuerung Messcontainer Falkenberg	*416*	*-*	*37*	*-*	*28*	*351*
5. Einrichtung AMDA I an Fww/Fwst	*887*	*160*	*200*	*262*	*200*	*65*
6. Fassadensanierung Obeschleißheim	*870*			*286*		*584*
7. Baumaßnahmen im Zusammenhang mit der Installation von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im technischen Bereich	*6 133*	*4 171*	*210*	*400*	*266*	*1 086*
8. Sonstige mehrjährige Maßnahmen	*5 513*	*4 688*	*55*	*214*	*100*	*456*
9. Austausch von Gittermasten	*456*	*24*	*54*	*45*	*100*	*233*
10. Nachfolgemaßnahmen Projekt "Messnetz 2000"	*2 104*	*1 967*	*-*	*137*		
11. NdBA4-Anschluss, Zentrale	*250*		*100*	*-*	*100*	*50*
12. DWD Zentrale-Technische Ertüchtigung Außenbereich	***300***	***-***	***-***	***-***	***-***	***300***
13. Neubau Wewa Lingen	*900*		*240*		*100*	*560*
14. Umbau Deutsche Meteorologische Bibliothek	*800*		*50*		*40*	*710*
15. Baumaßnahmen zu Sicherheits- und Zugangskonzept	*770*		*30*		*100*	*640*
16. Bauliche Herrichtung bundesweit, Maßnahmen zur Sicherstellung des Brandschutzes	*300*	*1*	*20*	*184*	*95*	
17. Stadtklimastationen	***640***	***-***	***-***	***-***	***-***	***640***
18. Übernahme Bundeswehrstandorte	***1 510***	***-***	***-***	***-***	***100***	***1 410***
19. Erneuerung Elektrik HA-Sasel	***273***	***-***	***-***	***-***	***-***	***273***
20. Erneuerung MOL Dach Funktionsgebäude	***225***	***-***	***-***	***-***	***-***	***225***
21. DWD Zentrale Technische Ertüchtigung Klima	***200***	***-***	***-***	***-***	***50***	***150***
Zusammen	*35 524*	*20 157*	*2 439*	*2 808*	*1 882*	*8 238*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 811 01 -046	*Erwerb von Fahrzeugen*	*113*	*113*	*318*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Ersatzbeschaffung	
1 Pkw	*26*
1 Kleinbus	*35*
1 Multicar	*45*
abzgl. Mehreinnahmen bei Tit. 132 01 aus der Veräußerung von Dienst-Kfz gem. § 6 Abs. 7 HG	
2. Sonstiges	*7*
Zusammen	*113*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 812 03 -046	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen*	*7 911*	*7 986*	*4 625*

Verpflichtungsermächtigung... 6 666 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 1 664 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu... 1 180 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu... 1 185 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu... 1 190 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu... 1 447 T€

Haushaltsvermerk:

1. *Mehrausgaben zu Nr. 3.1 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.*
2. *Mehrausgaben zu Nr. 3.2 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.*

Erläuterungen:

Einjährige Maßnahmen	*1 000 €*
1. Erstbeschaffungen	
1.1 Forschungsradar Hardware-Aufrüstung (Sender)........................	*500*
1.2 Sonstige Ausgaben für den Wetterfachdienst...............................	*891*
1.3 Sonstige Ausgaben für Verwaltungszwecke.................................	*180*
2. Ersatzbeschaffungen	
2.1 Marconi Sender..	*1 500*
2.2 Infrastrukturmaßnahmen Flughafen FRA....................................	*320*
2.3 Mikrow Profiler & FTIR...	*200*
2.4 Spektrophotometer...	*190*
2.5 Radar- und Windprofileranpassungen..	*250*
2.6 Ersatz Gittermasten...	*250*
2.7 Sonstige Ausgaben für den Wetterfachdienst...............................	*1 394*
2.8 Sonstige Ausgaben für Verwaltungszwecke.................................	*23*
Zusammen...	*5 698*

Mehrjährige Maßnahmen *(davon neue Maßnahmen in Fettdruck)*	*Gesamt-ausgaben des Bundes 1 000 €*	*Verausgabt bis 2012 1 000 €*	*Bewilligt 2013 1 000 €*	*Nach 2013 übertra-gene Aus-gabereste 1 000 €*	*Veran-schlagt 2014 1 000 €*	*Vorbe-halten für 2015 ff 1 000 €*
1	*2*	*3*	*4*	*5*	*6*	*7*
1. Erstbeschaffungen						
1.3 Low Level Windshear Alert System - LLWAS, Integrated Terminal Weather System (ITWS)...	*8 250*	*3 499*	*-*	*4 751*		
1.6 Beschaffung von automatischen Schiffswetterstationen...	***1 705***	***-***	***-***	***-***	***152***	***1 553***
2. Ersatzbeschaffungen						
2.1 Radar-System-Erneuerung - RadSys-E...................................	*18 260*	*6 318*	*1 573*	*9 942*	*427*	
2.2 Sensorik an Flughäfen...	*2 458*	*1 259*	*358*	*170*	*362*	*309*
2.3 Autosondensyteme - ATSO_E...	*3 484*	*1 124*	*600*	*1 060*	*300*	*400*
2.4 Ergänzung Automatisches System zur Datenerfassung und Verbreitung - ASDUV..	*3 900*	*808*		*3 092*		
2.5 Austausch AMDA III/Modulares Datenerfassungssystem........	*4 699*		*79*		*482*	*4 138*
2.6 Ersatz Feuchtesensoren..	*880*		*440*		*440*	
2.7 Ersatz Ceilometer...	***4 700***	***-***	***-***	***-***	***50***	***4 650***
3. Sonstiges...	*-*	*-*	*-*	*-*	*-*	*-*
3.1 EUMETSAT - Großprojekt SAF..	*-*	*-*	*-*	*-*	*-*	*-*
3.2 Sensorik Aircraft Meteorological Relay - AMDAR....................	*-*	*-*	*-*	*-*	*-*	*-*
Zusammen...	*48 336*	*13 008*	*3 050*	*19 015*	*2 213*	*11 050*

1214 Deutscher Wetterdienst

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 821 01 -046	*Ankauf von bebauten und unbebauten Grundstücken für verschiedene Zwecke*	-	-	-

Titelgruppe 03

Tgr. 03	Durchführung der wetterdienstlichen Aufgaben im Rahmen des Umweltschutzes einschließlich der Überwachung der Umweltradioaktivität nach dem Strahlenschutzvorsorgegesetz	(2 459)	(2 059)	

Haushaltsvermerk:

Erstattungen Dritter fließen den Ausgaben zu.

F 427 39 -332	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	-	-	-
F 459 39 -332	*Vermischte Personalausgaben*	-	-	-
F 527 31 -332	*Dienstreisen*	32	32	34
F 544 31 -332	*Forschung, Untersuchungen und Ähnliches*	56	56	18

Erläuterungen:

Es handelt sich hierbei um:

Bezeichnung	1 000 €
1. Meteorologische Modellierung und Vorhersage	44
2. Überwachung der Atmosphäre	12
Zusammen	56

F 547 31 -332	*Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben*	982	982	862

Erläuterungen:

Betriebsausgaben für Ozonsonderaufstiege, das Radioaktivitätsmessnetz sowie für das GAW-Programm.

Bezeichnung	Soll 2014	Soll 2013
Bedarf an Messzügen:		
Messzüge		3
Sonderfahrzeuge für Radargerät		3
Sonderfahrzeuge für Radioaktivitätsmessung		2
Zusammen	-	8

Ein Messzug besteht mindestens aus:

1 Profilmesswagen (Kleintransporter) mit Anhänger,

1 Begleitfahrzeug (Pkw-Kombi) mit Kleinanhänger.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 711 31 -332	*Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten*	*420*	*20*	*69*

Erläuterungen:

Einjährige Maßnahmen	*1 000 €*
1. Verlagerung der Radioaktivitätsmessstelle zum Flughafen Hannover	*400*
2. Sonstige	*20*
Zusammen	*420*

F 811 31 -332	*Erwerb von Fahrzeugen*	*25*	*25*	*-*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
Ersatzbeschaffung	
1 Messwagen	*25*
abzgl. Mehreinnahmen bei Tit. 132 01 aus der Veräußerung von Dienst-Kfz gem. § 6 Abs. 7 HG	*-*
Zusammen	*25*

F 812 32 -332	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen*	*944*	*944*	*2 880*

Erläuterungen:

Einjährige Maßnahmen	*1 000 €*
1. Erstbeschaffungen	*135*
2. Ersatzbeschaffungen	*809*
Zusammen	*944*

Titelgruppe 55

Tgr. 55	Ausgaben für die Informationstechnik	(26 236)	(26 211)	
F 511 55 -046	*Geschäftsbedarf und Datenübertragung sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Software, Wartung*	*8 467*	*10 574*	*9 310*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Für WAN im Geschäftsbereich des BMVI	*1 176*
2. Für Web-Kompetenzzentrum	*278*
3. Sonstiges	*7 013*
Zusammen	*8 467*

F 518 55 -046	*Miete für Datenverarbeitungsanlagen, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Maschinen, Software*	*-*	*-*	*-*

1214 Deutscher Wetterdienst

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 525 55 -046	*Aus- und Fortbildung*	*463*	*483*	*266*

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Web-Kompetenzzentrum	-
2. WAN im Geschäftsbereich des BMVI	23
3. Sonstiges	440
Zusammen	463

F 532 55 -046	*Ausgaben für Aufträge und Dienstleistungen*	*4 000*	*2 710*	*3 809*

Verpflichtungsermächtigung............ 420 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu............ 140 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu............ 140 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu............ 140 T€

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben zu Nr. 3 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1 Web-Kompetenzzentrum	182
2. WAN im Geschäftsbereich des BMVI	50
3. Lizenzierung	-
4. Sonstiges	3 768
Zusammen	4 000

F 812 55 -046	*Erwerb von Datenverarbeitungsanlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, Software*	*13 306*	*12 444*	*12 527*

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben zu Nr. 6 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Erstbeschaffung	
1.1 Hardware	873
1.2 Software	379
2. Ersatzbeschaffung	
2.1 Hardware	11 059
2.2 Software	784
3. Sonstiges	211
Zusammen	13 306

Bezeichnung	1 000 €
4. davon für Web-Kompetenzzentrum	80
5. davon für WAN im Geschäftsbereich des BMVI	282
6. EUMETSAT-Großprojekt SAF	-
Zusammen	362

Vorbemerkung

Das Luftfahrt-Bundesamt (LBA) ist durch Gesetz vom 30. November 1954 (BGBl. I S. 354) als Bundesoberbehörde für Aufgaben der Zivilluftfahrt errichtet worden. Es besteht aus der Zentrale in Braunschweig und Außenstellen in Hamburg, Berlin, Düsseldorf, Frankfurt, Stuttgart und München.

Die Aufgaben des LBA sind im Wesentlichen

1. die Prüfung der Lufttüchtigkeit des Luftfahrtgerätes und hierzu die Genehmigung und Aufsicht über Entwicklungs-, Herstellungs- und Instandhaltungsbetriebe sowie die Lizenzierung des technischen Prüfpersonals und die Genehmigung der Ausbildungseinrichtungen,
2. die Muster- und Umweltzulassungen (Lärm, Emissionen) des Luftfahrtgerätes sowie die Verkehrszulassung, das Führen der Luftfahrzeugrolle und das Ausstellen der Lufttüchtigkeitszeugnisse, Lärmzeugnisse und Dokumentationen der Emissionsvermessung,
3. die Erteilung der Erlaubnisse für Führer von Luftfahrzeugen und sonstiges Luftpersonal sowie die Anerkennung der Ausbildungseinrichtungen und der fliegerärztlichen Untersuchungsstellen,
4. die Überwachung des sicheren Betriebs des Luftfahrtgerätes und hierzu die Genehmigung und Aufsicht über Luftfahrtunternehmen, die Einfluggenehmigung für ausländische Luftfahrzeuge sowie die stichprobenartige Kontrolle insbesondere bei ausländischen Luftfahrzeugen,
5. die Abwehr äußerer Gefahren beim Betrieb von Luftfahrtgerät und hierzu die Kontrolle der Eigensicherungsmaßnahmen der Luftfahrtunternehmen sowie der an der sogenannten sicheren Lieferkette beteiligten anderen Wirtschaftsunternehmen,
6. die Erstellung von Entwürfen zur Fortentwicklung der Vorschriften auf nationaler und internationaler Ebene sowie der Erlass von Durchführungsverordnungen.

In diesem Kapitel sind ebenfalls veranschlagt:

1. die Betreuung des beim Bund verbleibenden Personals nach Gründung der DFS Deutsche Flugsicherung GmbH bei der Dienststelle Flugsicherung beim LBA (Titelgruppe 02),
2. die durch Gesetz vom 26. August 1998 (BGBl. I S. 2470) als eigenständig und von anderen Luftfahrtbehörden unabhängig eingerichtete Bundesstelle für Flugunfalluntersuchungen (Titelgruppe 04).

Überblick zum Kapitel 1216	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen..	12 410	25 743	-13 333		24 668
Übrige Einnahmen..	24 200	24 800	-600		17 394
Gesamteinnahmen..	36 610	50 543	-13 933		42 062
Ausgaben					
Personalausgaben..	52 654	53 893	-1 239	1 900	46 771
Sächliche Verwaltungsausgaben...........................	13 187	13 806	-619	5 837	9 159
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	1 347	907	+440		887
Ausgaben für Investitionen.....................................	961	705	+256	2 099	1 622
Besondere Finanzierungsausgaben......................	-	-	-		-
Gesamtausgaben..	68 149	69 311	-1 162	9 836	58 439
davon flexibilisiert..	50 306	42 665	+7 641	9 836	37 877
davon nicht flexibilisiert...	17 843	26 646	-8 803		20 562
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung..................................	91 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.................................	19 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.................................	36 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.................................	36 T€				

1216 Luftfahrt-Bundesamt

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

111 01 -750	Gebühren, sonstige Entgelte	11 500	11 500	13 003

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Gebühren aus der Kostenverordnung der Luftfahrtverwaltung (LuftKostV)	9 000
2. Gebühren aus der Luftsicherheitsgebührenverordnung (LuftSiGebV)	2 500
Zusammen	11 500

112 01 -750	Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten	200	200	74

Erläuterungen:

Einnahmen aus Bußgeldverfahren wegen luftrechtlicher Verstöße im Rahmen der Zuständigkeit des Luftfahrt-Bundesamtes.

119 99 -750	Vermischte Einnahmen	60	60	88
129 03 -750	Erstattung von Ausgaben durch die EASA und durch Dritte	-	-	1 466

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 427 09, 526 02 und 527 01.

Erläuterungen:

Erstattungen von Kosten bei der Durchführung von Aufträgen für die EASA und Dritten.

132 01 -750	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	650	650	350

Haushaltsvermerk:

Ausgaben der Veräußerung von beweglichen Sachen dürfen vorweg von den Einnahmen abgesetzt werden.

Erläuterungen:

Erlöse insbesondere aus dem Verkauf von 28 auszusondernden Kraftfahrzeugen (vgl. Tit. 811 01)

Übrige Einnahmen

261 02 -750	Einnahmen aus Luftverkehrssicherheitsseminaren	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 532 31.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 261 02

Erläuterungen:

Kostenerstattungen für Luftverkehrssicherheitsseminare für Externe.

282 08 -750	Einnahmen aus Prämienzahlungen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Kap. 1216 flexibilisierter Bereich.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Luftfahrt-Bundesamt	-
2. Bundesstelle für Flugunfalluntersuchung	-

Die Höhe der Prämienzahlung richtet sich nach der Leitlinie für die Gewährung einer Einmalprämie im Zusammenhang mit der Flächenoptimierung dienstlich genutzter Liegenschaften durch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben.

Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben hat für Prämienzahlungen Vorsorge in ihrem Wirtschaftsplan getroffen.

Titelgruppe 02

Tgr. 02	Dienststelle Flugsicherung beim Luftfahrt-Bundesamt	(24 200)	(24 800)	
261 24 -750	Erstattung von Personalausgaben durch die DFS Deutsche Flugsicherung GmbH	14 400	15 000	14 202

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Tgr. 02.

261 25 -750	Erstattung von Versorgungsleistungen des Bundes durch die DFS Deutsche Flugsicherung GmbH	9 800	9 800	3 192

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Gebührenanteile für die Altersversorgung	5 600
2. Beihilfe	4 200
Zusammen	9 800

Zu 1.:
Auf der Grundlage versicherungsmathematischer Grundsätze berechnete Rückstellungen für die Altersversorgung von Beamtinnen und Beamten, die Flugsicherungsaufgaben in der DFS Deutsche Flugsicherung GmbH wahrnehmen, sowie Aufwendungen für die Dynamisierung der Pensionen der Flugsicherheits-Ruhestandsbeamtinnen und -beamten sind Bestandteil der Flugsicherungsgebühren. Die von der DFS Deutsche Flugsicherung GmbH hierfür vereinnahmten Gebührenanteile sind an den Bund abzuführen.

Zu 2.:
Ausgaben für die Wasser- und Schifffahrtsdirektion Münster für Beihilfen und für Fürsorgemaßnahmen.

1216 Luftfahrt-Bundesamt

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Ausgaben			
	Haushaltsvermerk: 1. Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG. In die Flexibilisierung einbezogen ist auch Tit. 547 41. Ausgenommen ist Tgr. 02. **2. Einsparungen bei den in die Flexibilisierung nach § 5 HG einbezogenen Titeln der Hgr. 4, 5 und 8 dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 981 06.** **3.** Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Kap. 1216 flexibilisierter Bereich dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 282 08.			
	Sächliche Verwaltungsausgaben			
518 02 -750	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	3 363	3 363	1 937
	Haushaltsvermerk: Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden. Erläuterungen: Davon 282 T€ für die Tgr. 04.			
532 31 -750	Kosten für die Durchführung von Luftverkehrssicherheitsseminaren	-	-	-
	Haushaltsvermerk: Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 261 02.			
	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)			
632 01 -750	Erstattung von Kosten der Länder für Schulungen zur Durchführung von Luftverkehrssicherheits-Vorfeldinspektionen	70	70	69
671 01 -750	Ausgaben im Zusammenhang mit der Untersuchung von Luftfahrzeugunfällen	140	140	163
	Haushaltsvermerk: Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Tgr. 04. Erläuterungen: Davon 140 T€ für die Tgr. 04.			

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
681 01 -750	Studienbeihilfen an Nachwuchskräfte für das Luftfahrt-Bundesamt	7	-	-

Verpflichtungsermächtigung.. 91 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 19 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 36 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 36 T€

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind übertragbar.

Besondere Finanzierungsausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
981 06 -890	Leistungen an Dienstleistungszentren des Bundes zur Durchführung von Aufgaben im Rahmen der Erprobung des DLZ-Projekts	-		

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei den in die Flexibilisierung nach § 5 HG einbezogenen Titeln des Kap. 1216 geleistet werden.

Titelgruppe 02

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
Tgr. 02	Dienststelle Flugsicherung beim Luftfahrt-Bundesamt	(14 263)	(15 092)	

Haushaltsvermerk:

1. Einsparungen bei folgenden Titeln: Hgr. 4 dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 634 23.
2. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit Ausnahme folgender Titel: 634 23 und 636 21.
3. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 261 24.

Erläuterungen:

Beamtinnen und Beamte sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der früheren Bundesanstalt für Flugsicherung, die nicht aus dem Beamten- oder aus dem Arbeitsverhältnis ausgeschieden sind, sind Beamtinnen und Beamte sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Dienststelle Flugsicherung beim Luftfahrt-Bundesamt und nehmen Aufgaben der Flugsicherung in der DFS wahr, soweit sie nicht anderweitig verwendet werden. Die für dieses Personal entstehenden Personalausgaben sind aus dem Bundeshaushalt zu decken, sie werden jedoch von der DFS erstattet.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
422 21 -750	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	10 995	11 742	10 436
428 21 -750	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	3 193	3 270	3 147
443 22 -313	Inanspruchnahme überbetrieblicher betriebsärztlicher und sicherheitstechnischer Dienste, von Betriebsärztinnen und Betriebsärzten sowie Fachkräften für Arbeitssicherheit	6	6	1

1216 Luftfahrt-Bundesamt

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu Titelgruppe 02			
453 21 -750	Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen	4	4	-
634 23 -750	Zuweisungen an den Versorgungsfonds	-	-	-
	Haushaltsvermerk: 1. **Die Ausgaben sind übertragbar.** **Die Übertragbarkeit ist auf die diesem Titel zufließenden Erstattungen im Sinne des § 16 Abs. 3 Satz 1 des Versorgungsrücklagegesetzes beschränkt.** 2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Tgr. 02. 3. **Erstattungen im Sinne des § 16 Abs. 3 Satz 1 des Versorgungsrücklagegesetzes fließen den Ausgaben zu.**			
636 21 -229	Erstattungen an die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder für die Übergangsversorgung der Angestellten im Flugverkehrs-Kontrolldienst	65	70	61

Flexibilisierte Ausgaben

Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG

	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3	39 521	33 265 *1 900*	30 418
Aus Hauptgruppe 5	9 824	8 720 *5 837*	5 837
Aus Hauptgruppe 8	961	680 *2 099*	1 622
Zusammen	50 306	42 665 *9 836*	37 877

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 422 01 -750	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*17 240*	*9 779*	*6 992*
F 422 02 -750	*Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte*	-	-	-
F 422 03 -750	*Bezüge der Anwärterinnen und Anwärter sowie Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst*	*90*	*52*	*85*
F 427 09 -750	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige* *Haushaltsvermerk:* *Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 129 03.* *Erläuterungen:* *Personalausgaben zur Erledigung von Aufträgen der EASA und Dritten, soweit diese nicht aus den Titeln 422 01 und 428 01 (Stammpersonal) geleistet werden.*	*532*	*518*	*1 904*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 428 01 -750	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*17 941*	*19 857*	*18 402*
F 453 01 -750	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	*100*	*100*	*285*
F 511 01 -750	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände*	*2 226*	*726*	*591*
F 514 01 -750	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*	*1 050*	*1 209*	*782*
F 517 01 -750	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	*1 569*	*1 569*	*835*
F 518 01 -750	*Mieten und Pachten*	*170*	*170*	*50*
F 519 01 -750	*Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen*	*10*	*10*	*50*
F 525 01 -750	*Aus- und Fortbildung*	*772*	*613*	*735*
F 526 01 -750	*Gerichts- und ähnliche Kosten*	*55*	*55*	*46*
F 526 02 -750	*Sachverständige*	*275*	*275*	*238*

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 129 03.

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Kosten für Sachverständige und Prüfungsratsmitglieder bei der Prüfung von Prüfern für Luftfahrtgerät einschl. der Kosten für Einweisung, Aus- und Fortbildung	*70*
2. Kosten für Sachverständige und Prüfungsratsmitglieder bei der Ausbildung und Prüfung von Luftfahrern	*185*
3. Kosten für luftfahrtmedizinische Sachverständige	*20*
Zusammen	*275*

Die im Rahmen der Erledigung von Aufträgen der EASA und Dritten zu erstattenden Sachverständigenkosten werden bei Tit. 129 03 vereinnahmt.

F 527 01 -750	*Dienstreisen*	*1 290*	*1 290*	*619*

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 129 03.

1216 Luftfahrt-Bundesamt

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Noch zu Titel 527 01				
	Erläuterungen: *Die im Rahmen der Erledigung von Aufträgen der EASA und Dritten zu erstattenden Reisekosten werden bei Tit. 129 03 vereinnahmt.*			
F 539 99 -750	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*37*	*48*	*66*
	Haushaltsvermerk: *Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.*			
F 634 03 -750	*Zuweisungen an den Versorgungsfonds*	*1 000*	*352*	*372*
F 811 01 -750	*Erwerb von Fahrzeugen*	*88*	*88*	*697*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
Ersatzbeschaffung	
28 Pkw	*738*
abzgl. Mehreinnahmen bei Tit. 132 01 aus der Veräußerung von Dienst-Kfz gem. § 6 Abs. 7 HG	*-650*
Zusammen	*88*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 812 01 -750	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen*	*562*	*62*	*245*

Titelgruppe 04

Tgr. 04	Bundesstelle für Flugunfalluntersuchung	(2 990)	(2 979)	

Haushaltsvermerk:

1. Einsparungen bei folgenden Titeln: Hgr. 4 dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 671 01.
2. Erstattungen Dritter fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Daneben sind in der Tgr. 55 für IT-Ausgaben 134 T€, im Tit. 518 02 für Mieten und Pachten 282 T€ sowie im Tit. 671 01 für Ausgaben im Zusammenhang mit der Untersuchung von Luftfahrzeugunfällen 140 T€ enthalten.

F 422 41 -750	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*351*	*350*	*273*
F 427 49 -750	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*49*	*48*	*232*
F 428 41 -750	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*2 148*	*2 139*	*1 835*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu flexibilisierte Ausgaben			
F 453 41 -750	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	5	5	22
F 511 41 -750	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände*	70	70	44
F 514 41 -750	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*	15	15	8
F 517 41 -750	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	85	85	75
F 518 41 -750	*Mieten und Pachten*	10	10	3
F 519 41 -750	*Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen*	5	5	-
F 525 41 -750	*Aus- und Fortbildung*	75	75	49
F 526 41 -750	*Gerichts- und ähnliche Kosten*	2	2	6
F 527 41 -750	*Dienstreisen*	80	80	67
F 545 41 -750	*Konferenzen, Tagungen, Messen und Ausstellungen*	5	5	-
F 547 41 -750	*Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben*	20	20	16

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Übungseinsätze im Such- und Rettungsdienst und Unterweisung der Sachverständigen für Unfalluntersuchung	*17*
2. Sonstiges	*3*
Zusammen	*20*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 634 43 -750	*Zuweisungen an den Versorgungsfonds*	65	65	16
F 811 41 -750	*Erwerb von Fahrzeugen*	-	-	-

1216 Luftfahrt-Bundesamt

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 812 41 -750	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen*	*5*	*5*	*3*

Titelgruppe 55

Tgr. 55	Ausgaben für die Informationstechnik	(2 309)	(2 913)	
F 511 55 -750	*Geschäftsbedarf und Datenübertragung sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Software, Wartung*	*1 350*	*1 565*	*695*

Erläuterungen:

Davon 50 T€ für die Tgr. 04. Anteil Tgr. 01 ins neue Kap. 1223 umgesetzt.

F 525 55 -750	*Aus- und Fortbildung*	*155*	*205*	*59*

Erläuterungen:

Davon 5 T€ für die Tgr. 04. Anteil Tgr. 01 ins neue Kap. 1223 umgesetzt.

F 532 55 -750	*Ausgaben für Aufträge und Dienstleistungen*	*498*	*618*	*803*

Erläuterungen:

Davon 29 T€ für die Tgr. 04. Anteil Tgr. 01 ins neue Kap. 1223 umgesetzt.

F 812 55 -750	*Erwerb von Datenverarbeitungsanlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, Software*	*306*	*525*	*677*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Erstbeschaffung	
1.1 Hardware	*56*
1.2 Software	*74*
2. Ersatzbeschaffung	
2.1 Hardware	*104*
2.2 Software	*33*
3. Sonstiges	*39*
Zusammen	*306*

Davon 50 T€ für die Tgr. 04. Anteil Tgr. 01 ins neue Kap. 1223 umgesetzt.

Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel

111 11 -750	Gebühren, sonstige Entgelte		13 033	9 584
112 11 -750	Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten		300	84
119 19 -750	Vermischte Einnahmen		-	2

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
132 11 -750	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		-	17
422 11 -750	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten		4 745	2 329
422 12 -750	Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte		13	162
427 19 -750	Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige		4	111
428 11 -750	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer		1 178	539
443 12 -313	Inanspruchnahme überbetrieblicher betriebsärztlicher und sicherheitstechnischer Dienste, von Betriebsärztinnen und Betriebsärzten sowie Fachkräften für Arbeitssicherheit		5	7
453 11 -750	Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen		78	9
511 11 -750	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände		184	90
514 11 -750	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.		18	16
517 11 -750	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume		135	125
518 11 -750	Mieten und Pachten		17	12
518 12 -750	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement		432	338
525 11 -750	Aus- und Fortbildung		100	83
526 11 -750	Gerichts- und ähnliche Kosten		65	156
526 12 -750	Sachverständige		500	116
527 11 -750	Dienstreisen		210	149

1216 Luftfahrt-Bundesamt

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F *543 01 -750*	*Veröffentlichung und Dokumentation*		-	-
543 11 -750	Veröffentlichung und Dokumentation		32	14
545 11 -750	Konferenzen, Tagungen, Messen und Ausstellungen		10	6
547 11 -750	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben		20	-
634 13 -750	Zuweisungen an den Versorgungsfonds		210	206
811 11 -750	Erwerb von Fahrzeugen		-	-
812 11 -750	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen		25	-

Vorbemerkung

In diesem Kapitel sind die Haushaltseinnahmen und Haushaltsausgaben für die Luftfahrt sowie für die Raumfahrtprogramme zur Erdbeobachtung und zum Aufbau eines europäischen zivilen Satellitennavigationssystems veranschlagt, die aufgrund besonderer Vereinbarung in der Zuständigkeit des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur liegen.

Überblick zum Kapitel 1217	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	-	5 000	-5 000		-
Übrige Einnahmen	143 000	141 000	+2 000		124 424
Gesamteinnahmen	143 000	146 000	-3 000		124 424
Ausgaben					
Sächliche Verwaltungsausgaben	770	770	-	808	494
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	137 935	126 800	+11 135	32 561	123 209
Ausgaben für Investitionen	267 637	258 848	+8 789	405	84 930
Gesamtausgaben	406 342	386 418	+19 924	33 774	208 633
davon nicht flexibilisiert	406 342	386 418	+19 924	33 774	208 633

1217 Luft- und Raumfahrt

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

121 01 -750	Gewinne aus der Beteiligung des Bundes an Flughäfen	-	-	-

Übrige Einnahmen

161 02 -750	Zinsen von Darlehen an Flughafengesellschaften, an denen der Bund beteiligt ist	-	-	4 144

Erläuterungen:

Nach den Verträgen sind die Darlehen an Flughafengesellschaften, an denen der Bund beteiligt ist, unbefristet und zunächst zinsfrei gewährt worden. Beginn und Höhe der Verzinsung sind späteren Verhandlungen vorbehalten worden.

In 2012 werden keine Zinszahlungen erwartet.

182 01 -750	Tilgung von Darlehen an Flughafengesellschaften, an denen der Bund beteiligt ist	-	-	-
261 01 -750	Erstattung von Beiträgen zu internationalen Flugsicherungsorganisationen aus dem Gebührenaufkommen der DFS Deutsche Flugsicherung GmbH	143 000	141 000	120 280

Haushaltsvermerk:

1. Mehreinnahmen zu Nr. 1 der Erläuterungen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 687 01.
2. Mehreinnahmen zu Nr. 2 der Erläuterungen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 544 01.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Einnahmen von EUROCONTROL und ICAO.................................	143 000
2. Einnahmen aufgrund der Finanzierung von Messflügen bei atmosphärischen Schadensereignissen..	-
Zusammen..	143 000

341 01 -046	Beitrag von EUMETSAT für die Entwicklung und den Bau des Erdbeobachtungsinstruments "METimage"	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind aufgrund eines Vertrages mit EUMETSAT zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 892 01.

Erläuterungen:

METimage wird als nationale Beistellung für das zukünftige polarumlaufende Satellitensystem der Europäischen Organisation für die Nutzung meteorologischer Satelliten (EUMETSAT) entwickelt. EUMETSAT beteiligt sich mit 30 Prozent an der Entwicklung und dem Bau des Prototypen des Erdbeobachtungsinstruments "METimage" sowie dem Personal- und Sachaufwand für die Übernahme und Durchführung von Managementaufgaben des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR).

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Ausgaben			
	Sächliche Verwaltungsausgaben			
544 01 -165	Forschung, Untersuchungen und Ähnliches Haushaltsvermerk: 1. Die Ausgaben sind übertragbar. 2. Mehrausgaben, soweit sie für die Finanzierung von Messflügen bei atmosphärischen Störungen notwendig sind, dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 261 01. 3. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen zu wissenschaftlichen Austauschzwecken unentgeltlich bzw. gegen ermäßigtes Entgelt abgegeben werden. Erläuterungen: Die Ausgaben sind insbesondere für Forschungen zur Verbesserung der Flugsicherheit und Verminderung des Fluglärms sowie der optimalen Nutzung der Raumfahrttechniken im Verkehrswesen vorgesehen.	770	770 *808*	494
	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)			
636 01 -229	Gegenwertzahlung an die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) im Rahmen der Auflösung der VBL-Mitgliedschaft der Deutschen Lufthansa AG Erläuterungen: Die Gegenwertzahlung an die VBL mit einem Gesamtvolumen von 537 000 T€ ist Bestandteil der VBL-Paketlösung bei der Deutschen Lufthansa AG (DLH). Sie wurde vereinbart, um den Ausstieg der DLH aus der VBL und damit die weitere Privatisierung der Lufthansa zu ermöglichen. Die Gegenwertzahlung wurde verzinslich in 15 gleichen Jahresraten zu je 41 369 T€ beginnend 1995 geleistet.	-	-	-
671 01 -750	Erstattung von Einnahmeausfällen der DFS Deutsche Flugsicherung GmbH aufgrund von Gebührenbefreiungen Erläuterungen: Nach § 31 b Abs. 4 Luftverkehrsgesetz in der Fassung vom 27. März 1999 (BGBl. I S. 550) hat der Bund der DFS Deutsche Flugsicherung GmbH Einnahmeausfälle aus von EUROCONTROL festgelegten Gebührenbefreiungen bei Inanspruchnahme von Streckennavigationsdiensten und -einrichtungen im Bereich der Zivilluftfahrt zu erstatten.	9 400	9 400	9 316
682 01 -045	Erstattung von Verwaltungskosten an die DFS Deutsche Flugsicherung GmbH für Aufgaben der zivilen Verteidigung	193	187	196

1217 Luft- und Raumfahrt

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
686 01 -750	Einrichtungen zur Förderung des Luftverkehrsbetriebs	50	50	50

Erläuterungen:

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	Finanzierungsanteil in Prozent ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
Projektförderung					
1.2 Zuschuss an das Institut für Luft- und Weltraumrecht der Universität Köln			50	50	50

Das Institut für Luft- und Weltraumrecht der Universität Köln gibt eine Zeitschrift für Luft- und Weltraumrecht heraus.

Mit dem Bundeszuschuss soll ein Teil der Personal- und Druckkosten für die Zeitschrift sowie ein Teil der Aufwendungen für die Auswertung der in- und ausländischen Literatur und Rechtsprechung auf den Gebieten des Luft- und Weltraumrechts abgedeckt werden.

686 04 -790	Kostenerstattung für das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt e. V. (DLR)	2 540	1 439	1 319

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind übertragbar.

Erläuterungen:

Erstattung von Personal- und Sachaufwand des DLR für die Wahrnehmung deutscher Interessen bei der ESA im Bereich der Satellitennavigation, der Erdbeobachtung GMES und der nationalen GMES-Integrationsmaßnahmen.

687 01 -750	Beiträge aufgrund internationaler Vereinbarungen über die Zivilluftfahrt	125 752	115 724 *32 561*	112 328

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Mehrausgaben zu Nr. 1 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 261 01.

Erläuterungen:

Bezeichnung der Organisation Rechtsgrundlage und Zweck der Mitgliedschaft	Mitgliedsbeitrag der Bundesrepublik Deutschland (Pflichtleistungen) in Prozent	in Tausend-Fremdwährung (gerundet)	in 1 000 € (gerundet)	Besondere (freiwillige) Leistungen außerhalb des Mitgliedsbeitrags in 1 000 € (gerundet)	Zusammen Spalte 4 + 5 in 1 000 €
1	2	3	4	5	6
1. Europäische Organisation zur Sicherung der Luftfahrt (EUROCONTROL) in Brüssel			120 959		120 959
Rechtsgrundlage: Gesetz					
Zweck: Zusammenarbeit zur Sicherung der Luftfahrt					
2. Internationale Zivilluft-Organisation (ICAO) in Montreal	6,0	2 091 USD	4 156		4 156
Rechtsgrundlage: Gesetz		3 872 CAD			
Zweck: Einheitliche Regelungen für die Sicherheit, Regelmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit des internationalen Luftverkehrs					
2.1 Geschäftsführung der Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der ICAO		66 CAD	45		45
2.2 Satelliten-Distributions-System SADIS (Pflichtbeitrag aufgrund des Beschlusses des ICAO-Rates vom 6. März 2000 für die Versorgung der internationalen Zivilluftfahrt mit Flugwetterinformation)		86 GBP	103	20	123
3. Luftfahrt-Bodendienste in Island und Grönland					

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 687 01

Bezeichnung der Organisation Rechtsgrundlage und Zweck der Mitgliedschaft	Mitgliedsbeitrag der Bundesrepublik Deutschland (Pflichtleistungen) in Prozent	Mitgliedsbeitrag: in Tausend-Fremdwährung (gerundet)	Mitgliedsbeitrag: in 1 000 € (gerundet)	Besondere (freiwillige) Leistungen außerhalb des Mitgliedsbeitrags in 1 000 € (gerundet)	Zusammen Spalte 4 + 5 in 1 000 €
1	2	3	4	5	6
Rechtsgrundlage: Vereinbarung (Erklärung der Bundesregierung vom 24.09.1957)					
Zweck: Gewährleistung der Sicherheit im Nordatlantikluftverkehr					
3.1 Island		11 USD	8		8
3.2 Grönland		231 DKK	31		31
4. Europäische Zivilluftfahrt-Konferenz (ECAC) in Paris					
Rechtsgrundlage: Verwaltungsabkommen	17,0		360		360
Zweck: Erarbeitung von einheitlichen Richtlinien für den europäischen Luftverkehr					
5. FABEC-Rat in Brüssel auf Grundlage des Staatsvertrages vom 2.12.2010			70		70
Zusammen			125 732	20	125 752

Differenzen durch Rundung möglich

Ausgaben für Investitionen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
831 02 -750	Erhöhung der Rücklage der DFS Deutsche Flugsicherung GmbH	-	-	-
892 01 -046	Entwicklung und Bau des Erdbeobachtungsinstruments "METimage"	5 018	1 750	-

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 341 01.

Erläuterungen:

Das Erdbeobachtungsinstrument "METimage" wird als nationale Beistellung für das zukünftige polarumlaufende Satellitensystem der Europäischen Organisation für die Nutzung meteorologischer Satelliten (EUMETSAT) entwickelt. Aus dem Ansatz wird dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt e. V. (DLR) auch der Personal- und Sachaufwand für die Übernahme und Durchführung von Managementaufgaben im Zusammenhang mit dem Bau von METimage erstattet.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
896 01 -167	Deutscher Beitrag zum Aufbau des europäischen Erdbeobachtungsprogramms "Global Monitoring for Environment and Security" (GMES)	111 129	87 068	84 048

Erläuterungen:

Global Monitoring for Environment and Security (GMES) ist eine gemeinsame Initiative der Europäischen Kommission und der Europäischen Weltraumorganisation ESA für eine globale Umwelt- und Sicherheitsüberwachung. Die einzelnen Komponenten werden über ESA- und EU-Programme und durch nationale Erdbeobachtungsmissionen bereitgestellt.

Seit 2008 besitzt das BMVBS die nationale Federführung. Unterstützt wird es dabei vom Raumfahrtmanagement im Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt e. V. (DLR), dessen Kosten aus Kap. 1217 Tit. 686 04 erstattet werden (Soll 2012: 1 069 T€).

Die ESA-Weltraumkomponente deckt Errichtung und Erstbetrieb ab. Die von den ESA-Mitgliedstaaten gedeckten Gesamtkosten aus dem in 2005 beschlossenen ersten Programmteil (757 Mio. € WB 2006) und dem in 2008 beschlossenen zweiten Programmteil (856,6 Mio. € zu WB 2008, entspricht 821,7 Mio. € zu WB 2006)

1217 Luft- und Raumfahrt

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 896 01

betragen 1 579,1 Mio. € (WB 2006). Die EU beteiligt sich mit 776 Mio. € (laufende WB) am Aufbau der Weltraumkomponente.

Der deutsche Anteil an diesen Programmen beträgt 495,1 Mio. € (alle Zahlen zu WB 2006), die aus dem BMWi- und den BMVBS-Einzelplänen gedeckt werden:

Programmteil 1:
62 Mio. € BMWi (0901 896 31)

129 Mio. € BMVBS (1217 896 01)

Programmteil 2:
304,1 Mio. € BMVBS (1217 896 01)

Ab dem Haushaltsjahr 2010 wird auf der Grundlage der verabschiedeten, rechtsgültigen Deklaration der Ministerratskonferenz 2008 und der damit verbundenen Zusammenführung der Programmteile (Art. 10) keine programmatische und haushalterische Unterscheidung mehr zwischen Programmteil 1 und 2 vorgenommen.

Mittelbare Beiträge zum GMES-Programm werden durch geplante und laufende nationale Missionen (Kap. 0901 Tit. 683 32) sowie nicht-weltraumgestützte Systeme und Studien zur Beobachtung zur Verbesserung der numerischen Wettervorhersage (Kap. 1214 Tit. 687 03) geliefert.

Auch die von EUMETSAT durchgeführten Projekte (Kap. 1214 Tit. 687 01) werden bei dem GMES-Programm berücksichtigt. Die Nutzung für deutsche Bedarfsträger der über ESA-Programme bereitgestellten GMES-Komponenten wird aus dem Nationalen Raumfahrtprogramm (Kap. 0901 Tit. 683 32) vorbereitet. Hierzu fördert das Raumfahrtmanagement im Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt e. V. (DLR) Verbundvorhaben in den Jahren 2006 bis 2012.

Weniger entsprechend Programmverlauf.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
896 02 -167	Deutscher Beitrag zum Aufbau des europäischen, zivilen Satellitennavigationssystems "Galileo"	8 490	1 030 *405*	882

Erläuterungen:

Die satellitengestützte Ortung und Navigation stellt ein Schlüsselelement für den Aufbau einer verkehrsträgerübergreifenden Infrastruktur in allen Anwendungsbereichen der Luftfahrt, der Schifffahrt und der Landverkehre dar.

Die europäischen Satellitennavigationssysteme Galileo und EGNOS (European Geostationary Navigation Overlay Service) sind technologische Flaggschiffprogramme der Europäischen Union. Sie haben das Ziel eines eigenen europäischen Zugangs zur Schlüsseltechnologie der Satellitennavigation (GNSS) unter ziviler Kontrolle. In diesem Zusammenhang gewährleistet das Europäische GNSS Evolution Programme (EGEP) der europäischen Weltraumorganisation ESA die technologische Weiterentwicklung der europäischen Satellitennavigationssysteme.

Der Beitrag der Bundesrepublik Deutschland an dem ESA-Programm beläuft sich für den Zeitraum 2013 bis 2015 auf 32 470 T€ (laufende wirtschaftliche Bedingungen). Er sichert den Erhalt und den Ausbau der erworbenen industriellen Kompetenz Deutschlands in der Systemausgestaltung von Galileo und EGNOS auch für zukünftige Weiterentwicklungen.

Im Zusammenhang mit dem Satellitennavigationssystem sind im Bundeshaushalt darüber hinaus folgende Mittel veranschlagt:

Kapitel / Titel	Maßnahme	1 000 €
1	2	3
0901/683 11	Förderung von Galileo-Anwendungen im Forschungsprogramm "Mobilität und Verkehrstechnologien" (Galileo: Ausgabezeitraum 2009 - 2012)........	3 660
0901/683 32	Positionierung und Navigation innerhalb von Gebäuden - INDOOR (Ausgabezeitraum 2005 - 2012)....	15 041
	Galileo SAR Lawine/Fire Brigades (Ausgabezeitraum 2007 - 2013)........	1 695
	Weitere Anwendungen zu Galileo (Ausgabezeitraum 2002 - 2013)........	8 757
	Testfeld Aachen (Ausgabezeitraum 2009 - 2012)........	7 868
1202/686 06 und		3 852
1217/686 04	Raumfahrtmanagement im Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt e. V. - DLR (Ausgabezeitraum 2008 - 2014)	
3004/685 60	Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e. V. (Ausgabezeitraum 2004 - 2012)........	8 300

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Titelgruppe 01			
Tgr. 01	Flughafengesellschaften, an denen der Bund beteiligt ist	(143 000)	(169 000)	
	Haushaltsvermerk: Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.			
831 12 -750	Beteiligung an Flughafengesellschaften und Erhöhung von Kapitalrücklagen	142 000	168 000	-

Erläuterungen:

Am Stammkapital der nachstehenden Flughafengesellschaften sind nach dem Stand vom 1. Januar 2013 mit Stimmrecht beteiligt:

Bezeichnung	1 000 €
1. Flughafen Berlin-Brandenburg GmbH (FBB)	
Bund (26 Prozent)	2 860
Land Berlin (37 Prozent)	4 070
Land Brandenburg (37 Prozent)	4 070
2. Flughafen Köln/Bonn GmbH	
Bund (30,94 Prozent)	3 348
Land Nordrhein-Westfalen (30,94 Prozent)	3 348
Stadt Köln (31,12 Prozent)	3 367
Stadt Bonn (6,06 Prozent)	656
Rhein-Sieg-Kreis (0,59 Prozent)	64
Rheinisch-Bergischer-Kreis (0,35 Prozent)	38
3. Flughafen München GmbH	
Bund (26 Prozent)	79 762
Freistaat Bayern (51 Prozent)	156 456
Landeshauptstadt München (23 Prozent)	70 558

Weniger entsprechend planmäßiger Finanzierung.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
861 11 -750	Darlehen an Flughafengesellschaften, an denen der Bund beteiligt ist	1 000	1 000	-

Haushaltsvermerk:

Es wird die Ermächtigung erteilt, mit Einwilligung des Bundesministeriums der Finanzen bereits gewährte Darlehen zur Kapitalerhöhung in Anspruch zu nehmen.

Erläuterungen:

Der Bund ist an den Flughafengesellschaften Flughafen Berlin-Schönefeld GmbH, Flughafen Köln/Bonn GmbH und Flughafen München GmbH entsprechend dem bei Tit. 831 12 dargestellten Verhältnis beteiligt.

Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
121 03 -750	Gewinne aus der Beteiligung des Bundes an der DFS Deutsche Flugsicherung GmbH		5 000	-

1218 Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden

Vorbemerkung

Bis zum 31. Dezember 2006 leistete der Bund nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) für Investitionen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden Finanzhilfen an die Länder. Er stellte einen festen Betrag aus dem Mehraufkommen der Mineralölsteuer im Rahmen von Bundes- und Landesprogrammen zur Verfügung.

Im Rahmen der Föderalismusreform wurden die Finanzhilfen der Landesprogramme gemäß Artikel 125 c Absatz 2 Grundgesetz zum 1. Januar 2007 beendet (BGBl. I 2006 S. 2037). Sie wurden durch Kompensationszahlungen an die Länder auf der Grundlage des am 1. Januar 2007 in Kraft getretenen Entflechtungsgesetzes ersetzt (BGBl. I 2006 S. 2102). Die Bundesprogramme werden auf der Grundlage des GVFG fortgeführt.

Insgesamt stellt der Bund für Investitionen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden einschließlich Forschungsvorhaben einen Betrag von 1 672 234 T€ zur Verfügung. Hiervon entfällt ein Betrag in Höhe von 1 335 500 T€ auf die Kompensationszahlungen an die Länder. Auf die Bundesprogramme und die Forschung entfällt ein Betrag in Höhe von 336 734 T€.

Überblick zum Kapitel 1218	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	1 500	1 500	-		101
Gesamteinnahmen	1 500	1 500	-		101
Ausgaben					
Sächliche Verwaltungsausgaben	4 167	4 167	-	2 000	1 687
Ausgaben für Investitionen	1 668 067	1 668 067	-	202 045	1 646 994
Gesamtausgaben	1 672 234	1 672 234	-	204 045	1 648 681
davon nicht flexibilisiert	1 672 234	1 672 234	-	204 045	1 648 681
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung	3 500 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu	2 000 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu	1 000 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu	500 T€				

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

119 99 -725	Vermischte Einnahmen	1 500	1 500	101

Erläuterungen:

Verzugszinsen.

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

Einnahmen aus Zinsen der Zuwendungsempfänger für vorzeitige oder ungerechtfertigte Inanspruchnahme der Bundesfinanzhilfen und Rückforderungen aufgrund der Verwendungsnachweisprüfung fließen den Ausgaben zu.

Sächliche Verwaltungsausgaben

544 01 -165	Forschung, Untersuchungen und Ähnliches	4 167	4 167 *2 000*	1 687

Verpflichtungsermächtigung.. 3 500 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 2 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 1 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 500 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen an Dritte unentgeltlich bzw. gegen ermäßigtes Entgelt abgegeben werden.

Erläuterungen:

Für Forschungsvorhaben zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden steht der o. a. Festbetrag zur Verfügung. Mit diesen Mitteln werden Forschungsarbeiten und Untersuchungen finanziert, die vor allem Bundesländern, Städten, Kreisen, Kommunen und Verkehrsbetrieben Hilfestellungen bei der Verbesserung der Verkehrsverhältnisse geben sollen. Das Forschungsprogramm wird unter Beteiligung der Bundesländer, der kommunalen Spitzenverbände und der Wissenschaft aufgestellt.

Ausgaben für Investitionen

882 02 -741	Finanzhilfen an die Länder für die Schieneninfrastruktur des öffentlichen Personennahverkehrs für Vorhaben über 50 Mio. € zuwendungsfähiger Kosten	221 567	215 877	242 893

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 891 01.

1218 Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Noch zu Titel 882 02				
	Erläuterungen: Gemäß § 6 Abs. 1 GVFG stellt das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur für die zur Verfügung stehenden Mittel in Höhe von 332 567 T€ aufgrund von Vorschlägen der Länder und im Benehmen mit ihnen besondere Programme auf (sog. Bundesprogramme). Die Finanzhilfen an die Länder hierfür sind in den Titeln 882 02 und 891 01 veranschlagt. Aus den Finanzhilfen können die in § 2 Abs. 1 Nr. 2 GVFG genannten Vorhaben von den Ländern durch Zuwendungen gefördert werden. Die Voraussetzungen für eine Förderung und die Förderhöhe ergeben sich aus den §§ 3 und 4 Abs. 1 GVFG. Die Zweckbindung und Verteilung der Mittel ist in § 10 GVFG geregelt.			
882 03 -725	Kompensationszahlungen an die Länder wegen Beendigung der Finanzhilfen des Bundes für Investitionen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden Erläuterungen: Mit der Beendigung der Finanzhilfen des Bundes für "Investitionen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden" steht den Ländern ab dem 1. Januar 2014 bis zum 31. Dezember 2019 jährlich ein Betrag von 1 335,5 Mio. € aus dem Haushalt des Bundes zu (§ 3 Abs. 1 EntflechtG). Der Betrag wird auf die Länder nach einem gesetzlich festgelegten Schlüssel verteilt (§ 4 Abs. 3 EntflechtG) und unterliegt gem. § 5 EntflechtG einer investiven Zweckbindung.	1 335 500	1 335 500	1 335 500
891 01 -741	Investitionszuschüsse für Vorhaben des öffentlichen Personennahverkehrs über 50 Mio. € an die Deutsche Bahn AG und Unternehmen, die sich überwiegend in Bundeshand befinden Haushaltsvermerk: Die Ausgaben sind mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 882 02. Erläuterungen: Siehe Erläuterungen zu Tit. 882 02.	111 000	116 690 *202 045*	68 601

Vorbemerkung

Das Eisenbahn-Bundesamt (EBA) ist durch das Gesetz über die Eisenbahnverkehrsverwaltung vom 27. Dezember 1993 (BGBl. I S. 2394) als selbstständige Bundesoberbehörde für Aufgaben der Eisenbahnverkehrsverwaltung mit Sitz in Bonn errichtet worden.

Das EBA ist Aufsichts- und Genehmigungsbehörde im Sinne des Allgemeinen Eisenbahngesetzes vom 27. Dezember 1993 (BGBl. I S. 2396), zuletzt geändert durch Artikel 2 Absatz 5 des Gesetzes vom 26. August 1998 (BGBl. I S. 2521), für die Eisenbahnen des Bundes und für Eisenbahnunternehmen mit Sitz im Ausland für das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, soweit das Allgemeine Eisenbahngesetz nichts anderes bestimmt.

Dem EBA obliegen folgende Aufgaben:

1. Planfeststellung, Freistellung von Bahnbetriebszwecken und Streckenstilllegung von Schienenwegen der Eisenbahnen des Bundes,
2. Ausübung der Eisenbahnaufsicht einschließlich der technischen Aufsicht für Eisenbahnbetriebsanlagen und Eisenbahnfahrzeuge, Gefahrgutkontrollen und Aufsicht über den Transport radioaktiver Stoffe sowie Bauaufsicht für Betriebsanlagen der Eisenbahnen des Bundes,
3. Erteilung und Widerruf einer Betriebsgenehmigung,
4. Ausübung hoheitlicher Befugnisse sowie von Aufsichts- und Mitwirkungsrechten nach Maßgabe anderer Gesetze und Verordnungen,
5. Anerkennung und Überwachung Benannter Stellen nach der Richtlinie 96/48/EG,
6. Wahrnehmung der Aufgaben der Benannten Stelle nach der Richtlinie 2001/16/EG,
7. Vorbereitung und Durchführung von Vereinbarungen gemäß §§ 9 und 10 des Bundesschienenwegeausbaugesetzes,
8. Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten,
9. Umsetzung der Verordnung über die Lärmkartierung,
10. Tarifaufsicht,
11. Genehmigung der Inbetriebnahme struktureller Teilsysteme,
12. Erteilung von Sicherheitsbescheinigungen und -genehmigungen,
13. Führen des Fahrzeugeinstellregisters,
14. Unfalluntersuchungsstelle,
15. Beschwerde- und Durchsetzungsstelle für Fahrgastrechte,
16. Wahrnehmung von Aufgaben nach der Triebfahrzeugführerscheinverordnung.

Entsprechende Aufgaben obliegen dem EBA hinsichtlich Magnetschwebebahnen.

Auf Antrag eines Landes nimmt das EBA die Landeseisenbahnaufsicht nach dessen Weisung und auf dessen Rechnung wahr.

Beim EBA ist die Benannte Stelle Interoperabilität eingerichtet, die zurzeit die nach der Richtlinie 96/48/EG der Benannten Stelle obliegenden Aufgaben wahrnimmt.

Überblick zum Kapitel 1221	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	34 717	32 403	+2 314		23 377
Übrige Einnahmen	6 000	6 000	-		4 487
Gesamteinnahmen	40 717	38 403	+2 314		27 864
Ausgaben					
Personalausgaben	59 390	56 613	+2 777	10 487	57 078
Sächliche Verwaltungsausgaben	21 447	20 433	+1 014	6 521	15 715
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	730	730	-	92	749
Ausgaben für Investitionen	1 029	5 270	-4 241	8 483	1 537
Besondere Finanzierungsausgaben	-	-	-		-
Gesamtausgaben	82 596	83 046	-450	25 583	75 079
davon flexibilisiert	72 529	73 033	-504	25 583	68 707
davon nicht flexibilisiert	10 067	10 013	+54		6 372

1221 Eisenbahn-Bundesamt

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
111 01 -719	Gebühren, sonstige Entgelte	30 846	28 590	19 910

Haushaltsvermerk:

1. Mehreinnahmen zu Nr. 2 der Erläuterungen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 427 19.
2. Zu erstattende Gebühren und tarifliche Entgelte dürfen, auch wenn sie in einem früheren Haushaltsjahr vereinnahmt worden sind, von den Einnahmen abgesetzt werden.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Eisenbahn-Bundesamt	28 646
2. Eisenbahn-Cert	2 200
Zusammen	30 846

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
112 01 -719	Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten	200	200	177

Erläuterungen:

Ordnungswidrigkeiten nach § 28 Allgemeines Eisenbahngesetz (AEG) und nach der Gefahrgutverordnung Eisenbahn (GGVE) können mit Geldbußen geahndet werden. Verwaltungsbehörde ist das Eisenbahn Bundesamt.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
119 99 -719	Vermischte Einnahmen	550	550	358
124 01 -719	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	3 100	3 000	2 845
132 01 -719	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	21	63	87

Übrige Einnahmen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
261 01 -719	Erstattung von Verwaltungsausgaben aus dem Inland	6 000	6 000	4 487

Erläuterungen:

Erstattung der Kosten für die Landeseisenbahnaufsicht durch die Länder.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
282 08 -061	Einnahmen aus Prämienzahlungen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Kap. 1221 flexibilisierter Bereich.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 282 08

Erläuterungen:

Die Höhe der Prämienzahlung richtet sich nach der Leitlinie für die Gewährung einer Einmalprämie im Zusammenhang mit der Flächenoptimierung dienstlich genutzter Liegenschaften durch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben. Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben hat für Prämienzahlungen Vorsorge in ihrem Wirtschaftsplan getroffen.

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

1. Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.
2. **Einsparungen bei den in die Flexibilisierung nach § 5 HG einbezogenen Titeln der Hgr. 4, 5 und 8 dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 981 06.**
3. Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Kap. 1221 flexibilisierter Bereich dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 282 08.

Sächliche Verwaltungsausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
518 02 -719	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	10 054	10 000	6 359

Haushaltsvermerk:

Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Eisenbahn-Bundesamt	9 809
2. Benannte Stelle Interoperabilität - Eisenbahn-CERT (EBC), Tgr. 01	130
3. Eisenbahn-Unfalluntersuchungsstelle des Bundes (EUB), Tgr. 02.	115
Zusammen	10 054

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
685 01 -719	Beiträge an deutsche Vereine und Verbände	13	13	13

Besondere Finanzierungsausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
981 06 -890	Leistungen an Dienstleistungszentren des Bundes zur Durchführung von Aufgaben im Rahmen der Erprobung des DLZ-Projekts	-		

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei den in die Flexibilisierung nach § 5 HG einbezogenen Titeln des Kap. 1221 geleistet werden.

1221 Eisenbahn-Bundesamt

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Flexibilisierte Ausgaben

Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG

Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3	60 107	57 330 *10 579*	57 814
Aus Hauptgruppe 5	11 393	10 433 *6 521*	9 356
Aus Hauptgruppe 7	-	3 341 *2 454*	511
Aus Hauptgruppe 8	1 029	1 929 *6 029*	1 026
Zusammen	72 529	73 033 *25 583*	68 707

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 422 01 -719	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*42 808*	*40 025*	*41 874*
F 422 02 -719	*Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte*	*645*	*639*	*563*
F 422 03 -719	*Bezüge der Anwärterinnen und Anwärter sowie Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst*	*360*	*360*	*47*
F 427 09 -719	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*1 539*	*1 532*	*1 504*
F 428 01 -719	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*11 161*	*11 180*	*11 579*
F 453 01 -719	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	*323*	*323*	*141*
F 511 01 -719	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände*	*700*	*750*	*661*
F 514 01 -719	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*	*327*	*327*	*358*
F 517 01 -719	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	*3 400*	*3 030*	*3 372*
F 518 01 -719	*Mieten und Pachten*	*50*	*90*	*34*
F 519 01 -719	*Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen*	*100*	*200*	*97*
F 525 01 -719	*Aus- und Fortbildung*	*720*	*735*	*465*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 526 01 -719	*Gerichts- und ähnliche Kosten*	*80*	*80*	*476*

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben zu Nr. 2 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1222 Tit. 281 02, höchstens jedoch 1000 T€.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Gerichts- und ähnliche Kosten	80
2. Gerichts- und ähnliche Kosten im Zusammenhang mit Zuwendungen für Investitionen in die Schienenwege der Eisenbahnen des Bundes	-
Zusammen	80

F 526 02 -719	*Sachverständige*	*450*	*350*	*264*

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben zu Nr. 2 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1222 Tit. 281 02, höchstens jedoch 900 T€.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Kosten für Sachverständige auf dem Gebiet der Eisenbahnaufsicht (Abnahme von Baumaßnahmen und Fahrzeugen; Lärmkartierung)	450
2. Kosten für Sachverständige auf dem Gebiet der Zuwendungen für Investitionen in die Schienenwege der Eisenbahnen des Bundes	-
Zusammen	450

F 527 01 -719	*Dienstreisen*	*1 000*	*830*	*1 083*
F 539 99 -719	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*85*	*85*	*95*
F 545 01 -719	*Konferenzen, Tagungen, Messen und Ausstellungen*	*46*	*20*	*6*

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Werbe- und Informationsmaterialien gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

F 634 03 -719	*Zuweisungen an den Versorgungsfonds*	*686*	*686*	*716*
F 711 01 -719	*Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten*	*-*	*-*	*-*

1221 Eisenbahn-Bundesamt

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F ***712 01*** *-719*	*Baumaßnahmen von mehr als 2 000 000 € im Einzelfall*	*-*	*3 341*	*511*

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen *(davon neue Maßnahmen in Fettdruck)*	*Gesamt-ausgaben des Bundes 1 000 €*	*Verausgabt bis 2012 1 000 €*	*Bewilligt 2013 1 000 €*	*Nach 2013 übertra-gene Aus-gabereste 1 000 €*	*Veran-schlagt 2014 1 000 €*	*Vorbe-halten für 2015 ff 1 000 €*
1	*2*	*3*	*4*	*5*	*6*	*7*
Sanierungsmaßnahmen am bundeseigenen Dienstgebäude des EBA, Außenstelle Frankfurt/Main..	*7 965*	*1 514*	*3 341*	*2 358*	*-*	*-*

Leistungen Dritter in Höhe von 752 T€.

F 811 01 -719	*Erwerb von Fahrzeugen*	*158*	*598*	*437*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
Ersatzbeschaffung	
21 Pkw...	*158*

F 812 01 -719	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke*	*50*	*50*	*64*

Titelgruppe 01

Tgr. 01	Benannte Stelle Interoperabilität - Eisenbahn-Cert (EBC)	(1 554)	(1 540)	

Haushaltsvermerk:

Erstattungen Dritter fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Daneben sind in Tgr. 55 für IT-Ausgaben 32 T€ und in Tit. 518 02 130 T€ für Mieten und Pachten im Rahmen des Einheitlichen Liegenschaftsmanagements enthalten.

F 422 11 -719	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*1 100*	*1 100*	*1 024*
F 422 12 -719	*Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte*	*-*	*-*	*-*
F 427 19 -719	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*-*	*-*	*188*

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 111 01.

F 428 11 -719	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*140*	*140*	*157*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu flexibilisierte Ausgaben			
F 453 11 -719	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	*4*	*4*	*1*
F 511 11 -719	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände*	*20*	*20*	*19*
F 514 11 -719	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*	*4*	*4*	*5*
F 517 11 -719	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	*92*	*70*	*89*
F 518 11 -719	*Mieten und Pachten*	*1*	*1*	*1*
F 525 11 -719	*Aus- und Fortbildung*	*40*	*40*	*23*
F 526 12 -719	*Sachverständige*	*10*	*20*	*-*
F 527 11 -719	*Dienstreisen*	*90*	*90*	*120*
F 539 19 -719	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*3*	*1*	*2*
F 545 11 -719	*Konferenzen, Tagungen, Messen und Ausstellungen*	*30*	*30*	*30*
	Haushaltsvermerk: *Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.*			
	Erläuterungen: *Präsentation der Benannten Stelle auf nationalen und internationalen Messen und Fachausstellungen.*			
F 634 13 -719	*Zuweisungen an den Versorgungsfonds*	*20*	*20*	*20*
	Titelgruppe 02			
Tgr. 02	Eisenbahn-Unfalluntersuchungsstelle des Bundes (EUB)	(1 604)	(1 579)	
	Haushaltsvermerk: Erstattungen Dritter fließen den Ausgaben zu.			

1221 Eisenbahn-Bundesamt

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Erläuterungen: Daneben sind in Tit. 518 02 115 T€ für Mieten und Pachten im Rahmen des Einheitlichen Liegenschaftsmanagements enthalten.			
F 422 21 -719	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Beamtinnen*	*1 000*	*1 000*	-
F 422 22 -719	*Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte*	-	-	-
F 427 29 -719	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	-	-	-
F 428 21 -719	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*300*	*300*	-
F 453 21 -719	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	*10*	*10*	-
F 511 21 -719	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände*	*20*	*20*	-
F 514 21 -719	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*	*33*	*33*	-
F 517 21 -719	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	*80*	*70*	-
F 525 21 -719	*Aus- und Fortbildung*	*30*	*15*	-
F 526 22 -719	*Sachverständige*	*100*	*100*	-
F 527 21 -719	*Dienstreisen*	*20*	*20*	-
F 634 23 -719	*Zuweisungen an den Versorgungsfonds*	*11*	*11*	-
F 811 21 -719	*Erwerb von Fahrzeugen*	-	-	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Titelgruppe 55			
Tgr. 55	Ausgaben für die Informationstechnik	(4 683)	(4 683)	
F 511 55 -719	*Geschäftsbedarf und Datenübertragung sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Software, Wartung*	*2 583*	*2 442*	*1 723*
F 518 55 -719	*Miete für Datenverarbeitungsanlagen, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Maschinen, Software*	*-*	*-*	*-*
F 525 55 -719	*Aus- und Fortbildung*	*130*	*131*	*17*
F 532 55 -719	*Ausgaben für Aufträge und Dienstleistungen*	*1 149*	*829*	*416*
F 812 55 -719	*Erwerb von Datenverarbeitungsanlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, Software*	*821*	*1 281*	*525*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Erstbeschaffung	
1.1 Hardware	*35*
1.2 Software	*105*
2. Ersatzbeschaffung	
2.1 Hardware	*550*
2.2 Software	*131*
Zusammen	*821*

Vorbemerkung

Im Zuge der ersten Stufe der Bahnreform im Jahr 1994 wurden die Sondervermögen Deutsche Bundesbahn und Deutsche Reichsbahn zu einem nicht rechtsfähigen Sondervermögen des Bundes, dem Bundeseisenbahnvermögen (BEV), zusammengeführt (§ 1 Bundeseisenbahnneugliederungsgesetz - BEZNG). Anschließend wurde der unternehmerische Bereich aus dem BEV auf die dadurch gegründete Deutsche Bahn Aktiengesellschaft (DB AG) ausgegliedert (§ 1 Deutsche Bahn Gründungsgesetz - DBGrG).

Beim BEV verblieben nach § 3 BEZNG im Wesentlichen folgende Aufgaben:

1. Wahrnehmung der Zuständigkeiten des Bundes hinsichtlich der Beamten der ehemaligen Deutschen Bundesbahn und der Versorgungsempfänger (Personalverwaltung, Versorgungsfestsetzung, Bezügeabrechnung, Prüfung der Personalkostenerstattung der DB AG),
2. Übertragung der bahnnotwendigen Liegenschaften und sonstigen Vermögensgegenstände auf die DB AG,
3. Verwaltung und Verwertung der nicht bahnnotwendigen Liegenschaften,
4. Aufrechterhaltung der gesetzlichen und betrieblichen Sozialeinrichtungen und der Selbsthilfeeinrichtungen der ehemaligen Bundeseisenbahnen.

Das BEV stellt für jedes Geschäftsjahr einen Wirtschaftsplan auf (§ 16 Absatz 2 BEZNG).

Die nicht durch eigene Einnahmen gedeckten Aufwendungen des BEV werden aus dem Bundeshaushalt getragen (§ 16 Absatz 1 BEZNG).

Mit der ersten Stufe der Bahnreform im Jahr 1994 ist das Eigentum an der Schieneninfrastruktur auf die Deutsche Bahn Aktiengesellschaft (DB AG) übergegangen. Die zweite Stufe brachte 1999 die Aufspaltung in Kapitalgesellschaften (DB Regio AG - Nahverkehr; DB Fernverkehr AG - Fernverkehr; Railion Deutschland AG - Güterverkehr; DB Netz AG - Fahrweg; DB Station&Service AG - Personenbahnhöfe; DB Energie GmbH - Energieversorgung) unter dem Dach der DB AG als Management-Holding. Das Eigentum an der Schieneninfrastruktur ist von der DB AG auf die Eisenbahninfrastrukturunternehmen des Bundes (DB Netz AG, DB Station&Service AG und später DB Energie GmbH; kurz EIU) übertragen worden.

Diese Übertragung berührt die Infrastrukturverantwortung des Bundes nicht. Gemäß Artikel 87e des Grundgesetzes trägt er für den Ausbau und Erhalt des Schienennetzes der Eisenbahnen des Bundes die Verantwortung. Diese Infrastrukturverantwortung des Bundes wird durch das Bundesschienenwegeausbaugesetz konkretisiert. Nach diesem Gesetz finanziert der Bund Investitionen in die Schienenwege der Eisenbahnen des Bundes. Diese umfassen sowohl Ersatzinvestitionen als auch Neu- und Ausbaumaßnahmen.

Den EIU obliegen alle sich aus der Eigentümerfunktion ergebenden Rechte und Pflichten, insbesondere die Finanzierung der Instandhaltung und betriebsbereiten Vorhaltung der Schieneninfrastruktur aus den Trassenerlösen sowie die Bauherrenfunktion bei Investitionsmaßnahmen.

Die Bundesleistungen an das BEV und die DB AG/EIU sind in diesem Kapitel veranschlagt.

Überblick zum Kapitel 1222	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen...	6 000	4 000	+2 000		23 161
Übrige Einnahmen...	100 150	150	+100 000		257 391
Gesamteinnahmen...	106 150	4 150	+102 000		280 552
Ausgaben					
Sächliche Verwaltungsausgaben............................	4 824	4 824	-		441
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	5 771 790	5 889 460	-117 670		5 600 980
Ausgaben für Investitionen.....................................	4 199 547	4 146 169	+53 378	285 167	4 175 446
Gesamtausgaben...	9 976 161	10 040 453	-64 292	285 167	9 776 867
davon nicht flexibilisiert..	9 976 161	10 040 453	-64 292	285 167	9 776 867
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung...................................	14 692 208 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.................................	2 836 360 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.................................	2 921 750 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.................................	2 716 659 T€				
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.................................	2 663 780 T€				
im Haushaltsjahr 2019 bis zu.................................	2 610 523 T€				
im Haushaltsjahr 2020 bis zu.................................	231 136 T€				
im Haushaltsjahr 2021 bis zu.................................	226 000 T€				
im Haushaltsjahr 2022 bis zu.................................	186 000 T€				
im Haushaltsjahr 2023 bis zu.................................	154 000 T€				
im Haushaltsjahr 2024 bis zu.................................	108 000 T€				
im Haushaltsjahr 2025 bis zu.................................	38 000 T€				

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
119 99 -742	Vermischte Einnahmen	6 000	4 000	23 161

Übrige Einnahmen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
181 01 -742	Rückzahlung von Darlehen für Investitionen in die Schienenwege der Eisenbahnen des Bundes	-	-	164 771

Haushaltsvermerk:

Von den Einnahmen darf der vertraglich festgelegte Anteil der Bahnforderungen abgesetzt werden, der in der Vereinbarung des Bundes mit den Erwerbern der Rückzahlungsansprüche des Bundes gegen die DB Netz AG festgelegt ist.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
281 01 -045	Einnahmen aus der Nutzung und Vermietung von vorgehaltenen Einrichtungen der zivilen Notfallvorsorge und des Krisenmanagements	150	150	387

Haushaltsvermerk:

1. Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 682 07 und 891 07.
2. Zu erstattende Beträge dürfen, auch wenn sie in einem früheren Haushaltsjahr vereinnahmt worden sind, von den Einnahmen abgesetzt werden.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Lohnaufwendungen für das Be- und Entladen von Brückengerät und mobilen Stellwerken, Lohn- und Materialaufwendungen für die Instandsetzung von zurückgegebenem beschädigten Brückengerät und mobilen Stellwerken; Reparaturkostenzuschläge, die zur Werterhaltung der Geräte bei der Vermietung zu erheben sind	150
2. Einnahmen aus der Verwertung von Geräten und Materialien der zivilen Notfallvorsorge	-
Zusammen	150

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
281 02 -742	Rückzahlungen von Zuwendungen	100 000	-	92 233

Haushaltsvermerk:

1. Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 634 01, 861 01 und 891 01.
2. Mehreinnahmen dienen bis zu einem Betrag von 1 000 T€ zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: Kap. 1221 Tit. 526 01.
3. Mehreinnahmen dienen bis zu einem Betrag von 900 T€ zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: Kap. 1221 Tit. 526 02.

1222 Eisenbahnen des Bundes

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 281 02

4. Mehreinnahmen dienen bis zu einem Betrag von 16 000 T€ zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 682 04.

5. Überzahlte und zu erstattende Rückforderungsbeträge dürfen, auch wenn sie in einem früheren Haushaltsjahr vereinnahmt worden sind, von den Einnahmen abgesetzt werden.

Erläuterungen:

Mehr wegen Anpassung an die tatsächliche Einnahmeerwartung.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
287 01 -742	Einnahmen für Schienenwegevorhaben auf der Grundlage von internationalen Vereinbarungen	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 891 01.

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Tit. 745 01, 882 01, 883 01 und 883 03 dürfen für im Straßenbauplan nicht veranschlagte Bauvorhaben des Bundes und für Kosten- und Zuschusserhöhungen nur mit Einwilligung des Bundesministeriums der Finanzen in Anspruch genommen werden, soweit es nicht darauf verzichtet. Die Bauvorhaben bzw. die Kosten- und Zuschusserhöhungen gelten nach dieser Einwilligung als in den Straßenbauplan eingestellt.

Sächliche Verwaltungsausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
526 02 -742	Sachverständige	1 100	1 100	64

Verpflichtungsermächtigung...

fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 400 T€

Haushaltsvermerk:

Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 891 01.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Beraterleistungen zur Fortführung der Bahnreform, auch unter Berücksichtigung der Planungen der EU-KOM (4. Eisenbahnpaket)	400
2. Gutachten zur Schienenwegefinanzierung	500
3. Untersuchung internationaler Korridore	200
Zusammen	1 100

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)			
634 01 -813	Erstattungen von Verwaltungsausgaben des Bundeseisenbahnvermögens	5 235 420	5 326 180	5 104 600
634 02 -813	Risikoausgleichsleistungen an die Krankenversorgung der Bundesbahnbeamten (KVB)	-	21 790	-
634 04 -813	Erstattungen des Bundes nach § 21 Abs. 5 und 6 des Gesetzes über die Gründung einer Deutsche Bahn Aktiengesellschaft (DBGrG)	99 661	99 661	69 661
636 01 -229	Zuschuss des Bundes an die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See (KBS) für Rentenleistungen (Renten-Zusatzversicherung) an ehemalige Mitarbeiter/-innen der ehem. Deutschen Bundesbahn	362 000	366 000	350 980

Zu 634 01:

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind mit folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: 634 02 und 636 01.
2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 281 02.

Erläuterungen:

Wirtschaftsplan siehe Anlage zum Kapitel 1222.

Nach § 16 BEZNG werden die nicht durch eigene Einnahmen gedeckten Aufwendungen des BEV aus dem Bundeshaushalt getragen.

Zu 634 02:

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind mit folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: 634 01 und 636 01.

Erläuterungen:

Gemäß § 14 Abs. 4 BEZNG gehen Tarifausgaben der KVB, die nicht durch beihilfeentsprechenden Zuschuss des Bundes und Beiträge der Mitglieder gedeckt werden, zu Lasten des Bundes (Risikoausgleichsleistungen).

Künftige Erhöhungen des Beitragssatzes infolge von Kostensteigerungen im Gesundheitswesen dürfen für Mitglieder mit mitversicherten Angehörigen die Hälfte, für Mitglieder ohne mitversicherte Angehörige zwei Drittel des Beitragssatzes der Rentnerinnen und Rentner der Bahnbetriebskrankenkasse nicht überschreiten (§ 14 Abs. 2 S. 2 und 3 BEZNG).

Weniger wegen nicht anfallender Risikoausgleichsleistung.

Zu 634 04:

Verpflichtungsermächtigung.. 180 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 90 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 90 000 T€

Erläuterungen:

Nach § 21 Abs. 5 und 6 DBGrG werden der DB AG die Kosten erstattet, die ihr bei der Durchführung von technischen, betrieblichen oder organisatorischen Maßnahmen, die zu einem Personalminderbedarf führen, dadurch entstehen, dass unkündbare Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer oder der der DB AG zugewiesene Beamtinnen und Beamte im Unternehmen weiterbeschäftigt werden.

Zu 636 01:

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind mit folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: 634 01 und 634 02.

Erläuterungen:

Gem. § 15 Abs. 1 und 6 BEZNG wird die Renten-Zusatzversicherung von der KBS durchgeführt. Die Renten-Zusatzversicherung ist eine betriebliche Altersver-

1222 Eisenbahnen des Bundes

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 636 01

sorgung für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des BEV einschließlich der in die DB AG übergeleiteten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der früheren Deutschen Bundesbahn.

Gem. BEZNG hatte die DB AG die Möglichkeit, sich an der Renten-Zusatzversicherung zu beteiligen. Davon hat sie keinen Gebrauch gemacht. Damit ist die Renten-Zusatzversicherung im Bestand geschlossen.

Die zur Finanzierung der Ausgaben der Renten-Zusatzversicherung erforderlichen Mittel, die wegen des geschlossenen Bestandes nicht durch Umlagezahlungen des BEV (einschließlich Eigenbeteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer) abgedeckt sind, werden der KBS als Bundeszuschuss zur Verfügung gestellt.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
682 04 -742	Abgeltung übermäßiger Belastungen der Eisenbahnen des Bundes aus dem Betrieb und der Erhaltung höhengleicher Kreuzungen mit Straßen aller Baulastträger	71 320	70 350	71 420

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 281 02, höchstens jedoch 16 000 T€.

Erläuterungen:

Die Sicherung des sich kreuzenden Verkehrs an Bahnübergängen ist eine Gemeinschaftsaufgabe von Straße und Schiene. Nach der Verordnung (EWG) Nr. 1192/69, Anhang IV, hat das Eisenbahnunternehmen einen "ungewöhnlich hohen Anteil" an den Ausgaben zu tragen, wenn es für mehr als die Hälfte der Aufwendungen aufkommt. Der Staat hat hierfür einen Ausgleich zu gewähren.

Der Bund entlastet die Bahnen von der Hälfte der Kosten für den Betrieb und die Erhaltung höhengleicher Kreuzungen mit Straßen aller Baulastträger.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
682 07 -045	Zuschuss an die DB AG für die Wahrnehmung von Aufgaben der zivilen Notfallvorsorge und des Krisenmanagements	3 389	5 479	4 319

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 891 07.
2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 281 01.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Bewirtschaftung von Grundstücken, Gebäuden und Instandhaltung von Einrichtungen, Geräten und Stoffen	750
2. Unterhaltung von ZV-Anlagen	190
3. Erstattung Verwaltungskosten	2 420
4. Sonstiges	29
Zusammen	3 389

Nach Maßgabe des Verkehrssicherstellungsgesetzes (VSG) werden der DB AG Einzelaufgaben der zivilen Verteidigung auf dem Gebiet des Eisenbahnverkehrs übertragen. Die DB AG ist aufgrund von Verpflichtungen nach den §§ 10 Abs. 2 und 10 a des VSG für die ihr entstehenden persönlichen und sächlichen Verwaltungsaufwendungen für Aufgaben der zivilen Verteidigung gemäß § 23 des VSG zu entschädigen.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Ausgaben für Investitionen			
745 01 -722	Kostendrittel des Bundes an Kreuzungsmaßnahmen nach § 13 Abs. 1 Satz 2 Eisenbahnkreuzungsgesetz (EKrG) (Baulast Bund)	12 780	12 780	8 850
	Verpflichtungsermächtigung........ 5 200 T€ davon fällig: im Haushaltsjahr 2015 bis zu........ 3 700 T€ im Haushaltsjahr 2016 bis zu........ 1 000 T€ im Haushaltsjahr 2017 bis zu........ 500 T€			
	Erläuterungen: Ausgaben (einschl. Grunderwerbskosten) für das Drittel der Kostenmasse, das der Bund gemäß § 13 Abs. 1 Satz 2 EKrG zu tragen hat. Einzelmaßnahmen über 5 000 000 € siehe Tabelle 24 des Straßenbauplans.			
861 01 -742	Darlehen für Investitionen in die Schienenwege der Eisenbahnen des Bundes	-	25 000	-
	Haushaltsvermerk: Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 281 02.			
	Erläuterungen: Der Bund kann Investitionen in die Schienenwege von Eisenbahnen des Bundes nach Maßgabe des Bundesschienenwegeausbaugesetzes im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel finanzieren. Die Bundesmittel werden auf der Grundlage von Finanzierungsvereinbarungen bereitgestellt. Aus diesen Finanzierungsvereinbarungen geht u. a. hervor, ob die Bundesmittel in Form rückzahlbarer zinsloser Darlehen oder nicht rückzahlbarer Baukostenzuschüsse gewährt werden. Schienenwege im Sinne dieses Gesetzes sind die Schienenwege von Eisenbahnen einschließlich der für den Betrieb der Schienenwege notwendigen Anlagen, deren Bau oder Änderung grundsätzlich Gegenstand einer Planfeststellung nach § 18 des Allgemeinen Eisenbahngesetzes sein können. Die gewährten zinslosen Darlehen sind in Höhe der jährlichen Abschreibungen auf den vom Bund finanzierten Schienenweg zu tilgen. Weniger wegen Anpassung an den Bedarf.			
882 01 -723	Kostendrittel des Bundes an Kreuzungsmaßnahmen nach § 13 Abs. 1 Satz 2 Eisenbahnkreuzungsgesetz (EKrG) (Baulast: Länder)	17 900	17 900	21 768
	Verpflichtungsermächtigung........ 14 500 T€ davon fällig: im Haushaltsjahr 2015 bis zu........ 10 000 T€ im Haushaltsjahr 2016 bis zu........ 3 000 T€ im Haushaltsjahr 2017 bis zu........ 1 500 T€			
	Erläuterungen: Ausgaben (einschl. Grunderwerbskosten) für das Drittel der Kostenmasse einer Maßnahme, u. a. Einrichtung technischer Sicherungen, das der Bund gemäß § 13 Abs. 1 Satz 2 EkrG zu tragen hat.			
883 01 -725	Kostendrittel des Bundes an Kreuzungsmaßnahmen nach § 13 Abs. 1 Satz 2 Eisenbahnkreuzungsgesetz (EKrG) (Baulast: Kommunen)	50 350	50 300	51 667
	Verpflichtungsermächtigung........ 41 000 T€ davon fällig: im Haushaltsjahr 2015 bis zu........ 26 000 T€ im Haushaltsjahr 2016 bis zu........ 10 000 T€ im Haushaltsjahr 2017 bis zu........ 5 000 T€			

1222 Eisenbahnen des Bundes

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 883 01

Erläuterungen:

Ausgaben (einschl. Grunderwerbskosten) für das Drittel der Kostenmasse einer Maßnahme, u. a. Einrichtung technischer Sicherungen, das der Bund gemäß § 13 Abs. 1 Satz 2 EkrG zu tragen hat.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
883 03 -725	Zuschüsse nach § 17 Eisenbahnkreuzungsgesetz (EKrG)	-	50	-

Erläuterungen:

Ausgaben (einschl. Grunderwerbskosten) für Zuschüsse zur Förderung der Beseitigung von Bahnübergängen und für sonstige Maßnahmen, soweit ein Schienenweg der Deutschen Bahn AG beteiligt ist.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
891 01 -742	Baukostenzuschüsse für Investitionen in die Schienenwege der Eisenbahnen des Bundes	1 496 026	1 428 648 *130 115*	1 237 300

Verpflichtungsermächtigung.. 1 432 858 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 63 510 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 199 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 103 909 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu... 112 780 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu.. 60 523 T€
im Haushaltsjahr 2020 bis zu.. 181 136 T€
im Haushaltsjahr 2021 bis zu.. 226 000 T€
im Haushaltsjahr 2022 bis zu.. 186 000 T€
im Haushaltsjahr 2023 bis zu.. 154 000 T€
im Haushaltsjahr 2024 bis zu.. 108 000 T€
im Haushaltsjahr 2025 bis zu.. 38 000 T€

Haushaltsvermerk:

1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Kap. 1202 Tit. 791 02, Tgr. 04 und Kap. 1222 Tit. 526 02.
2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: 281 02 und 287 01.

Erläuterungen:

Der Bund kann Investitionen in die Schienenwege von Eisenbahnen des Bundes nach Maßgabe des Bundesschienenwegeausbaugesetzes im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel finanzieren. Die Bundesmittel werden auf der Grundlage von Finanzierungsvereinbarungen bereitgestellt. Aus diesen Finanzierungsvereinbarungen geht u. a. hervor, ob die Bundesmittel in Form rückzahlbarer zinsloser Darlehen oder nicht rückzahlbarer Baukostenzuschüsse gewährt werden.

Schienenwege im Sinne dieses Gesetzes sind die Schienenwege von Eisenbahnen einschließlich der für den Betrieb der Schienenwege notwendigen Anlagen, deren Bau oder Änderung grundsätzlich Gegenstand einer Planfeststellung nach § 18 des Allgemeinen Eisenbahngesetzes sein können.

Investitionen in die Vorhaben des Bedarfsplans für die Bundesschienenwege (Anlage zu § 1 des Bundesschienenwegeausbaugesetzes) finanziert der Bund mit Baukostenzuschüssen. Die gewährten Baukostenzuschüsse sind nicht zurückzuzahlen.

Aus den Mitteln werden des Weiteren die zur Umsetzung europäischer Interoperabilitätsziele erforderlichen Ausgaben finanziert.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
891 03 -742	Baukostenzuschüsse der Europäischen Union für Investitionen in Transeuropäische Verkehrsnetze im Bereich der Eisenbahnen des Bundes	-	-	61 476

Verpflichtungsermächtigung.. 300 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 50 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 50 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 50 000 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.. 50 000 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu.. 50 000 T€
im Haushaltsjahr 2020 bis zu.. 50 000 T€

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1202 Tit. 272 02.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
891 04 -742	Baukostenzuschüsse des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur im Bereich der Eisenbahnen des Bundes	-	- *34 055*	167 960

Verpflichtungsermächtigung...

fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu...................................... 20 000 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind mit folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: Kap. 1202 Tit. 532 15, 532 18, Kap. 1203 Tit. 752 12, Kap. 1210 Tit. 743 32 und 743 42.
2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1202 Tit. 272 01.

   Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.
3. Einnahmen aus gem. Art. 8 (VO) EG 438/2001 und Art. 3 VO (EG) 448/2001 wieder eingezogenen Beträgen fließen den Ausgaben zu.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
891 05 -742	Maßnahmen zur Lärmsanierung an bestehenden Schienenwegen der Eisenbahnen des Bundes	120 000	100 000 *20 000*	94 749

Verpflichtungsermächtigung.. 196 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 72 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 68 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 55 000 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.. 1 000 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Erläuterungen sind verbindlich.

2. Von den Mitteln dürfen bis zu 25 Mio. € für innovative Lärmminderungs- und Erschütterungsminderungsmaßnahmen am Fahrweg verwendet werden.

Erläuterungen:

Der Bund kann Investitionen zur Lärmminderung an bestehenden Schienenwegen der Eisenbahnen des Bundes mit Baukostenzuschüssen finanzieren, wenn der Lärmpegel folgende Immissionswerte überschreitet:

1222 Eisenbahnen des Bundes

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 891 05

1. Krankenhäuser, Schulen, Kindertagesstätten, Kurheime und Altenheime, reine und allgemeine Wohngebiete sowie Kleinsiedlungsgebiete 70/60 dB(A) Tag/Nacht,
2. Kerngebiete, Dorfgebiete, Mischgebiete 72/62 dB(A) Tag/Nacht,
3. Gewerbegebiete 75/65 dB(A) Tag/Nacht.

Von den Mitteln dürfen Ausgaben zur Restfinanzierung für das Pilot- und Innovationsprogramm zur lärmmindernden Umrüstung bestehender Güterwagen geleistet werden, wenn die Maßnahmen bis vor Beginn des lärmabhängigen Trassenpreissystems am 9. Dezember 2012 bewilligt wurden oder vertraglich vereinbart sind. Für das lärmabhängige Trassenpreissystem in Deutschland dürfen bis zum Jahr 2021 insgesamt 152 000 T€ an Zuschüssen gewährt werden.

Ebenso können hieraus Maßnahmen zur innovativen Lärm- und Erschütterungsminderung wie u. a. niedrige Schallschutzwände unmittelbar am Gleis, niedrige Gabionenwände am Gleis, Dämpfungselemente (Schwellenbesohlung, Unterschottermatten, Schienendämpfer u. a.) sowie schwingungsdämpfende Schieneneinbettungen finanziert werden. Darüber hinaus können aus dem Titel bis zu 3 Mio. € für Gutachterkosten im Zusammenhang mit den o. g. Programmen und Maßnahmen verwendet werden.

Mehr wegen Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.

891 07 -045	Investitionszuschüsse an die DB AG für Zwecke der zivilen Notfallvorsorge und des Krisenmanagements	2 491	1 491 *2 597*	76

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 682 07.
2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 281 01.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Baumaßnahmen zur Errichtung und erstmalige Einrichtung von Betriebsschutzeinrichtungen	2 361
2. Maßnahmen zur Sicherheit und Verfügbarkeit der Fernmeldeeinrichtungen und Signalanlagen	130
Zusammen	2 491

Nach Maßgabe des Verkehrssicherstellungsgesetzes (VSG) werden der DB AG Einzelaufgaben der zivilen Verteidigung auf dem Gebiet des Eisenbahnverkehrs übertragen. Gemäß § 10 a des Verkehrssicherstellungsgesetzes obliegen der DB AG bestimmte Aufgaben zur Abwehr besonderer Gefahren und Schäden. Im Rahmen der zivilen Verteidigung ist es erforderlich, betriebswichtige Anlagen sowie das notwendige Betriebs- und Betriebslenkungspersonal zu schützen (Betriebsschutzräume).

Die aus Ausgaben für Zwecke der zivilen Verteidigung geschaffenen Vermögenswerte werden Eigentum des Bundes, soweit Anlagen nicht wesentliche Bestandteile von Grundstücken der DB AG werden. Sie werden der DB AG zur Verwaltung überlassen.

Titelgruppe 01

Tgr. 01	Infrastrukturbeitrag des Bundes für die Erhaltung der Schienenwege der Eisenbahnen des Bundes	(2 503 724)	(2 503 724)	

Erläuterungen:

Zur Erfüllung des Gewährleistungsauftrages nach Art. 87 e Abs. 4 GG leistet der Bund nach Abschluss der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung (LuFV) einen jährlichen Infrastrukturbeitrag an die Eisenbahninfrastrukturunternehmen (EIU) zur Erhaltung der Schienenwege der Eisenbahnen des Bundes. Die Leistung des Infrastrukturbeitrages erfolgt nach Maßgabe des Bundesschienenwege-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	ausbaugesetzes. Die EIU verpflichten sich, ihre Schienenwege in einem uneingeschränkt nutzbaren Zustand zu erhalten und zur Realisierung abgestimmter Zielvorgaben zur Steigerung dessen Leistungsfähigkeit jährlich ein Mindestersatz- sowie ein Mindestinstandhaltungsvolumen nachzuweisen.			
532 11 -742	Ausgaben für die Überwachung und Bewertung des Netzzustandes	3 724	3 724	377

Verpflichtungsermächtigung.. 2 250 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 750 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 750 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 750 T€

Erläuterungen:

Der Titel enthält Ausgaben für die Erhebung und Auswertung des Datenmaterials zur Überwachung und Bewertung des Netzzustandes, für die Tätigkeit des Infrastruktur-Wirtschaftsprüfers sowie für die Untersuchungen zur Eignung der Kapazität als weiterer Qualitätsparameter der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung (LuFV).

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
891 11 -742	Baukostenzuschüsse für einen Infrastrukturbeitrag zur Erhaltung der Schienenwege der Eisenbahnen des Bundes	2 500 000	2 500 000	2 500 000

Verpflichtungsermächtigung.. 12 500 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 2 500 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu... 2 500 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu... 2 500 000 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu... 2 500 000 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu... 2 500 000 T€

Haushaltsvermerk:

Die Erläuterungen sind verbindlich.

Erläuterungen:

Der Infrastrukturbeitrag des Bundes dient der Erhaltung der Schienenwege des Bundes in einem uneingeschränkt nutzbaren Zustand. Er wird auf der Grundlage einer mehrjährigen Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung (LuFV) gewährt. Mit der LuFV soll die Eigenverantwortlichkeit der Eisenbahninfrastrukturunternehmen des Bundes (EIU) bei der Erhaltung der Schienenwege des Bundes gestärkt werden. An die Stelle einer inputorientierten Prüfung des Mitteleinsatzes tritt eine outputorientierte Erfolgskontrolle der Verwendung des Infrastrukturbeitrags auf Basis von Qualitätskennziffern und Nachweisindikatoren (Mindestersatzinvestitionsvolumen, Mindestinstandhaltungsvolumen). Zielsetzung ist ein qualitätsorientierter Einsatz des Infrastrukturbeitrages. Durch die Erfüllung der Qualitätsanforderungen und den Nachweis eines Mindestersatzinvestitions- und Mindestinstandhaltungsvolumens gilt die zweckentsprechende Verwendung der Zuwendung gemäß § 44 BHO als nachgewiesen.

Die Finanzierung von Maßnahmen, die dem Schienenpersonennahverkehr gemäß § 8 Abs. 2 Bundesschienenwegeausbaugesetz dienen, erfolgt aus den Mitteln des Infrastrukturbeitrags.

Der Infrastrukturbeitrag kann auch zur Finanzierung von Maßnahmen zur Ausrüstung von Tunneln im bestehenden Netz und den damit im räumlichen Zusammenhang stehenden Personenbahnhöfen mit Einrichtungen für den Brand- und Katastrophenschutz sowie zur brandschutztechnischen Ertüchtigung von oberirdischen Personenverkehrsanlagen eingesetzt werden.

Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
891 09 -742	Programm Seehafenhinterlandverkehr zur Beseitigung von Engpässen im Güterverkehr		10 000 *98 400*	31 600

1222 Anlage 1
Wirtschaftspläne

Anlage zu Kapitel 1222 - Wirtschaftspläne

Zu Tit. 634 01

Bundeseisenbahnvermögen (vorbehaltlich der noch ausstehenden Genehmigung nach § 16 Abs. 3 des Gesetzes zur Zusammenführung und Neugliederung der Bundeseisenbahnen (BEZNG))

	Wirtschaftsplan	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	1	2	3	4
1.	**Einnahmen**	**1 610 530**	**1 670 660**	**1 757 519**
1.1	**Einnahmen - Verwaltungsbereich**	**130 020**	**131 400**	**176 792**
1.1.1	Gewinne aus Beteiligungen (2)	50	50	71
1.1.2	Einnahmen aus Mieten und Pachten (3)	17 270	17 300	18 259
1.1.3	Verkauf von Immobilien und sonstigen Sachanlagen (4)	24 700	26 370	50 120
1.1.4	Zinseinnahmen (5)	770	1 150	1 043
1.1.5	Kapitalrückfl. aus Darlehen an Wohnungsunternehmen, Fam. Heimdarlehen u. a. (6)	2 520	3 220	5 060
1.1.6	Erstattung von Personalverwaltungskosten von DB AG (7)	12 310	12 780	12 931
1.1.7	Versorgungszuschläge, Erstattung von Dienst- und Versorgungsbezügen und dgl. (10)	52 940	51 440	60 832
1.1.8	Zuschüsse und Erstattungen von Pers.- u. Sachkosten von Selbsthilfeeinrichtungen der DB AG (9)	17 560	17 080	17 673
1.1.9	Einnahmen aus Fahrvergünstigungen (10 a)	1 350	1 390	1 456
1.1.10	Sonstige Einnahmen (11)	550	620	9 047
1.2	**Einnahmen - abgeleiteter Bereich**	**1 480 510**	**1 539 260**	**1 580 727**
1.2.1	Erstattung von Personalkosten aus DÜV (74)	35 610	39 750	39 214
1.2.2	Erstattung Pers.- und Sachkosten für zugewiesene Beamtinnen und Beamte von DB AG (71)	1 431 190	1 485 740	1 524 943
1.2.3	Anteilige Erstattung von Aufwendungen für KBS Renten-Zusatzversicherung von DB AG (72)	12 370	12 230	15 174
1.2.4	Erstattung von Personalkosten für zugewiesene Beamtinnen und Beamte von Bahn-BKK (73)	1 340	1 540	1 396
2.	**Ausgaben**	**7 307 611**	**7 484 291**	**7 270 607**
2.1	**Personalausgaben BEV**	**4 896 950**	**4 969 710**	**4 875 057**
2.1.1	Bezüge der Beamtinnen und Beamten (22)	55 030	55 120	53 238
2.1.2	Beihilfen, Unterstützungen und dgl. für Beamtinnen und Beamte (23)	4 720	4 740	4 519
2.1.3	Vergütungen der Angestellten (24)	15 100	15 500	15 145
2.1.4	Beihilfen, Unterstützungen und dgl. für Angestellte (25)	10	10	14
2.1.5	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter (26)	4 250	4 310	4 363
2.1.6	Beihilfen, Unterstützungen und dgl. für Arbeiterinnen und Arbeiter (27)	10	10	24
2.1.7	Versorgungsbezüge der Ruhestandsbeamtinnen und Ruhestandsbeamten/Hinterbliebenen (30)	3 411 410	3 506 300	3 518 697
2.1.8	Beihilfen, Unterstützungen und dgl. für Versorgungsempfänger (31)	1 256 530	1 245 600	1 163 718
2.1.9	Personalbezogene Sachausgaben (28)	270	300	219
2.1.10	Versorgungsrücklage Beamtinnen und Beamte gem. Versorgungsrücklagegesetz (32)	149 620	137 820	115 120
2.2	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**52 060**	**61 590**	**54 864**
2.2.1	Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften (34)	1 120	1 120	1 398
2.2.2	Leistungsentgelte für Post- und Fernmeldedienstleistungen (35)	990	1 000	1 190
2.2.3	Haltung von Kraftfahrzeugen (36)	90	90	79
2.2.4	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (38)	9 270	7 310	9 136
2.2.5	Ausgaben für Mieten und Pachten (39)	5 180	5 160	4 866
2.2.6	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen (40)	9 400	5 060	3 422
2.2.7	Sachverständige, Gerichts- und Anwaltskosten (41)	1 130	1 110	3 289
2.2.8	Reisekosten (42)	870	870	961
2.2.9	Aufwendungen für die Verwertung von Immobilien (43)	13 770	29 020	20 628
2.2.10	Sonstige Ausgaben (44)	4 230	4 420	3 426
2.2.11	Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik (45)	6 010	6 430	6 469
2.3	**Ausgaben BEV-Verwaltungsbereich**	**83 520**	**106 190**	**75 696**
2.3.1	Erstattung der Fahrvergünstigungen an DB AG (43 a)	23 960	24 290	19 559
2.3.2	Risikoausgleichsleistung KVB (50)	-	21 790	-
2.3.3	Erstattung für Geschäftsbesorgung (51)	3 970	3 020	1 855
2.3.4	Baumaßnahmen (54)	1 210	1 250	951

	Wirtschaftsplan	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	1	2	3	4
2.3.5	Erwerb von beweglichen und unbeweglichen Sachen (55)	1 190	1 450	2 383
2.3.6	Darlehen und Zuschüsse an Wohnungs./BauGen., FamHeimDarlehen u. a. (56)	250	1 650	853
2.3.7	Zuschüsse für Sozial- und Selbsthilfeeinrichtungen (49)	51 650	51 440	49 701
2.3.8	Zuschuss zu den Geschäftskosten der Stiftung BSW (52)	1 290	1 300	1 345
2.4	**Personalausgaben abgeleiteter Bereich**	**704 821**	**728 621**	**689 458**
	davon DÜV			
2.4.1	Bezüge der Beamtinnen und Beamten DÜV (101)	10 670	12 760	12 572
2.4.2	Beihilfen, Unterstützungen und dgl. für Beamtinnen und Beamte DÜV (102)	1 540	1 610	1 653
2.4.3	Vergütungen der Angestellten DÜV (103)	3 920	4 210	4 410
2.4.4	Beihilfen, Unterstützungen und dgl. für Angestellte DÜV (104)	130	90	133
2.4.5	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter DÜV (105)	46 380	53 650	51 812
2.4.6	Beihilfen, Unterstützungen und dgl. für Arbeiterinnen und Arbeiter DÜV (106)	50	50	69
2.4.7	Personalbezogene Sachausgaben DÜV (107)	1 930	2 280	2 228
2.4.8	Umlagen, Zuwendungen und Altrenten BVA Abt. B (einschl. Steuern) (112)	148 870	157 370	165 139
2.4.9	Umlagen und Erstattungen von Altrenten an EUK (113)	29 670	30 940	30 801
2.4.10	Erstattung des Bundes nach § 21 Abs. 5 und 6 DBGrG (114)	99 661	99 661	69 661
2.4.11	Zuschüsse für Rentenleistungen an die BVA Abt. B (116)	362 000	366 000	350 980
2.5	**Personalausgaben für der DB AG zugewiesene Beamtinnen und Beamte**	**1 568 820**	**1 616 340**	**1 573 919**
2.5.1	Bezüge der zur DB AG zugewiesenen Beamtinnen und Beamten (91)	1 391 000	1 430 670	1 407 277
2.5.2	Beihilfen, Unterstützungen und dgl. für die zur DB AG zugewiesenen Beamtinnen und Beamten (92)	144 680	141 220	132 733
2.5.3	Ausbildung der zur DB AG zugewiesenen Beamtinnen und Beamten (93)			3
2.5.4	Personalbezogene Sachausgaben für zugewiesene Beamtinnen und Beamte (96)	33 140	44 450	33 906
2.5.5	Förderung anderweitiger Verwendung (Art. 9 § 2 ENeuOG) (111)			
2.6	**Personalausgaben für der Bahn-BKK zugewiesene Beamtinnen und Beamte**	**1 440**	**1 840**	**1 613**
2.6.1	Bezüge der zur Bahn-BKK zugewiesenen Beamtinnen und Beamten (94)	1 300	1 650	1 416
2.6.2	Beihilfen, Unterstützung und dgl. für die zur BAHN-BKK zugewiesenen Beamtinnen und Beamten (95)	140	190	197
3.	**Unterdeckung (1. Einnahmen minus 2. Ausgaben)**	**5 697 081**	**5 813 631**	**5 513 088**
4.	**Bundesleistungen**	**5 697 081**	**5 813 631**	**5 525 241**
4.1	Erstattung von Verwaltungsausgaben des BEV (16)	5 235 420	5 326 180	5 104 600
4.2	Risikoausgleichsleistungen für die KVB (15)	-	21 790	-
4.3	Zuschüsse für Rentenleistungen an die KBS Renten-Zusatzversicherung (78)	362 000	366 000	350 980
4.4	Erstattung des Bundes nach § 21 Abs. 5 und 6 DBGrG (76)	99 661	99 661	69 661

Zu Spalte 1: Zahlen in Klammern geben nachrichtlich die entsprechende Position des Wirtschaftsplans an.

Zu Spalte 4, lfd. Nrn. 3 und 4: Die Differenz steht in keinem direkten Zusammenhang mit dem vom BEV in 2012 tatsächlich benötigten Verwaltungskostenzuschuss des Bundes. Sie ist ein rechnerisches Ergebnis und hauptsächlich auf die zeitlich unterschiedliche Zuordnung eines Zahlungsvorgangs und seiner buchmäßigen Erfassung zurückzuführen.

Hinweis:
Bei dem vorliegenden Wirtschaftsplan 2014 des BEV handelt es sich um einen Entwurf, der vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium der Finanzen noch abgestimmt werden muss.

1222 Anlage 2
Investitionen in die Schienenwege der Eisenbahnen des Bundes

Lfd. Nr.	Bezeichnung der Baumaßnahme	Gesamt-kosten 1 000 €	bis 2013 1 000 €	Soll 2014 1 000 €	Vorbe-halten 1 000 €
1	2	3	4	5	6
1.	ABS Augsburg - München, Augsburg - Mering - Olching	625 680	623 137	1 526	1 017
2.	ABS Berlin - Dresden, 1. Baustufe, 2. Realisierungsstufe	233 024	112 709	26 749	93 566
3.	ABS Berlin - Frankfurt (Oder) - Grenze D/PL	415 455	316 033	19 485	79 937
4.	ABS Emmerich - Oberhausen, dreigleisiger Ausbau und Knoten Oberhausen (Abschnitt 5)	746 250	-	-	746 250
5.	ABS Emmerich - Oberhausen, Blockverdichtung/ESTW Emmerich	106 508	75 778	12 512	18 218
6.	ABS Fulda - Frankfurt am Main, 3. Baustufe Linienverbesserung Neuhof	49 042	45 666	1 831	1 545
7.	ABS Hanau - Nantenbach, Schwarzkopftunnel	225 253	57 868	75 220	92 165
8.	ABS Hildesheim - Großgleidingen	130 699	128 285	2 296	118
9.	ABS Karlsruhe - Stuttgart - Nürnberg - Leipzig/Dresden (Franken-Sachsen-Magistrale)	1 003 314	844 975	30 125	128 214
10.	ABS Kehl - Appenweiler (POS Süd) 1. baustufe	59 616	57 256	1 180	1 180
11.	ABS Knappenrode - Horka - Grenze D/PL	440 839	111 099	101 687	228 053
12.	ABS Ludwigshafen - Saarbrücken (POS Nord), 1. Baustufe	270 811	202 224	34 822	33 765
13.	ABS Ludwigshafen - Saarbrücken (POS Nord), 2. Baustufe	245 675	175 873	11 786	58 016
14.	ABS Mainz - Mannheim, Nordkopf Mainz	38 108	34 148	3 101	774
15.	ABS München - Geltendorf - Lindau	105 000	-	-	105 000
16.	ABS München - Mühldorf - Freilassing, 2. Baustufe, dreigleisiger Ausbau Freilassing - Grenze D/A	39 858	5 294	7 279	27 285
17.	ABS München - Mühldorf - Freilassing, Altmühldorf - Tüßling	106 401	552	12 667	93 182
18.	ABS Nürnberg - Marktredwitz - Reichenbach - Grenze D/CZ, Hof - Reichenbach	125 908	102 293	11 059	12 556
19.	ABS Oldenburg - Wilhelmshaven, Baustufe II (Anbindung Jade-Weser-Port)	27 824	20 828	4 883	2 113
20.	ABS Oldenburg - Wilhelmshaven, Baustufe III.a (zweigleisiger Ausbau)	212 687	181 835	23 890	6 962
21.	ABS Paderborn - Chemnitz, 4. Teil Weimar - Stadtroda	64 933	4 469	26 897	33 567
22.	ABS Stelle - Lüneburg, dreigleisiger Ausbau	301 708	214 275	54 930	32 503
23.	ABS Uelzen - Stendal, 1. Baustufe	66 622	23 496	23 884	19 242
24.	ABS/NBS Karlsruhe - Basel, StA 1 (mit Tunnel Rastatt)	690 111	65 773	19 436	604 902
25.	ABS/NBS Karlsruhe - Basel, StA 9.0 b	198 343	5 403	5 092	187 848
26.	ABS/NBS Karlsruhe - Basel, StA 9.1 (mit Katzenbergtunnel)	672 843	635 304	19 032	18 507
27.	ABS/NBS Karlsruhe - Basel, StA 9.2/9.3	410 417	48 176	45 962	316 279
28.	Knoten Berlin, Ostkreuz	121 894	64 873	14 299	42 722
29.	Knoten Berlin, Schienenanbindung Flughafen Berlin-Brandenburg (BER)	586 818	570 386	9 200	7 232
30.	Knoten Chemnitz	99 619	86 770	6 156	6 693
31.	Knoten Erfurt, 3. Baustufe, Einbindung VDE 8.1/8.2	149 152	93 057	10 039	46 056
32.	Knoten Frankfurt am Main, 1. Baustufe, Sportfeld	74 833	66 432	5 940	2 461
33.	Knoten Halle/Leipzig, 2. Baustufe (Knoten Halle Teil 1)	269 413	10 214	23 894	235 305
34.	Knoten Magdeburg, 2. Baustufe	248 459	116 399	9 580	122 480
35.	Knoten Mannheim, Spurplan/Bahnsteig F	37 543	-	3 663	33 880
36.	NBS/ABS Stuttgart - Ulm - Augsburg; NBS Wendlingen - Ulm	1 901 391	21 257	31 844	1 848 290
37.	Rangierbahnhof Halle (Saale) Nord	122 618	21 581	41 694	59 343
38.	Rhein-Ruhr-Express (RRX), Planungskosten	35 000	26 160	5 600	3 240
39.	Stuttgart 21	563 800	64 371	51 394	448 035
40.	Umschlagbahnhof Duisburg-Ruhrort Hafen (MegaHub Westliche Ruhr), 1. und 2. Baustufe	44 149	39 193	4 838	118
41.	Umschlagbahnhof Lehrte (MegaHub)	92 792	43 435	29 297	20 060
42.	VDE 8.1, ABS Nürnberg - Ebensfeld (Eltersdorf - Erlangen, ESTW Strullendorf und Eggolsheim)	188 570	48 176	38 077	102 317
43.	VDE 8.1, ABS Nürnberg - Ebensfeld (Nürnberg - Fürth)	216 100	168 897	30 793	16 410
44.	VDE 8.1, NBS Ebensfeld - Erfurt	3 223 559	2 045 312	185 128	993 119
45.	VDE 8.2, NBS Erfurt - Gröbers (Leipzig/Halle)	2 172 716	1 530 589	180 000	462 170
46.	VDE 9, ABS Leipzig - Dresden, 3. Baustufe	251 309	175 603	31 356	44 350

Lfd. Nr.	Bezeichnung der Baumaßnahme	Gesamt-kosten 1 000 €	bis 2013 1 000 €	Soll 2014 1 000 €	Vorbe-halten 1 000 €
1	2	3	4	5	6
47.	Weitere Maßnahmen..	-	-	205 903	-
	Summe...	18 012 664	9 285 454	1 496 026	7 437 045

Die Auflistung enthält alle Bedarfsplanvorhaben gemäß Anlage 1 zu § 1 des Bundesschienenwegeausbaugesetzes (BSWAG) mit einem Gesamtvolumen von über 25 Mio. €.

Zahlenangaben zu den Vorhaben lt. Anpassungsvereinbarung (APV) 2013 oder neu abgeschlossenen Finanzierungsverträgen.

Zu Nr. 47.: Weitere Maßnahmen umfassen Vorhaben, zu denen im Jahresverlauf 2014 ein Finanzierungsvertrag geschlossen werden soll.

Vorbemerkung

Das Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung (BAF) ist durch Gesetz vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2424) als Bundesoberbehörde mit Sitz in Langen errichtet worden. Seit dem 4. August 2009 nimmt es als nationale Aufsichtsbehörde für den Bereich der zivilen Flugsicherung Aufgaben nach den EG-Verordnungen zur Schaffung eines Einheitlichen Europäischen Luftraumes (sog. Single European Sky) und den §§ 31 ff. Luftverkehrsgesetz (LuftVG) wahr.

Die Ausgaben des BAF werden vollständig durch Flugsicherungsgebühren und sonstige Gebühren der Luftfahrt gegenfinanziert.

Im Rahmen der grundsätzlichen Aufgabenstellung der "Zertifizierung und Überwachung" der Flugverkehrskontrolldienste, Flugsicherungstechnischen Dienste und Flugmeteorologischen Dienste in Deutschland werden im Wesentlichen folgende Aufgaben durchgeführt:

1. Sicherheitsaufsicht über Flugsicherungsorganisationen und Flugsicherungspersonal einschl. Zertifizierung von Organisationen und Lizensierung von Personal,
2. Sicherheitsaufsicht über Flugsicherungstechnik (Anlagenschutz, Prüfung von EG-Prüferklärungen, Beaufsichtigung der Flugmessungsdienste, Aeronautisches Frequenzmanagement),
3. Leistungsplanung, Leistungsaufsicht und Überwachung der Leistungsziele Sicherheit, Kapazität, Umwelt und Kosteneffizienz im Rahmen der europäischen Regulierung,
4. Festlegung von Flugverfahren, Verfolgung von Flugregelverstößen im Luftverkehr.

Überblick zum Kapitel 1223	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	13 390	-	+13 390		-
Übrige Einnahmen	-	-	-		-
Gesamteinnahmen	13 390	-	+13 390		-
Ausgaben					
Personalausgaben	5 688	-	+5 688		-
Sächliche Verwaltungsausgaben	2 388	-	+2 388		-
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	300	-	+300		-
Ausgaben für Investitionen	230	-	+230		-
Besondere Finanzierungsausgaben	-	-	-		-
Gesamtausgaben	8 606	-	+8 606		-
davon flexibilisiert	8 174	-	+8 174		-
davon nicht flexibilisiert	432	-	+432		-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

111 01 -750	Gebühren, sonstige Entgelte	13 090		

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Anteil der nationalen Aufsichtsbehörde an den Streckengebühren für die Benutzung des deutschen Luftraums..................................	12 000
2. Anteil der nationalen Aufsichtsbehörde an den An- und Abfluggebühren auf den deutschen Verkehrsflughäfen für Flugsicherungsaufgaben..	970
3. Sonstige Gebühreneinnahmen...	120
Zusammen...	13 090

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1216 Tit. 111 11	13 033	9 584

112 01 -750	Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten	300		

Erläuterungen:

Einnahmen aus Bußgeldverfahren wegen luftrechtlicher Verstöße im Rahmen der Zuständigkeit des Bundesaufsichtsamtes für Flugsicherung.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1216 Tit. 112 11	300	84

119 99 -750	Vermischte Einnahmen	-		

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1216 Tit. 119 19	-	2

132 01 -750	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	-		

Erläuterungen:

Erlöse aus dem Verkauf von auszusondernden Kraftfahrzeugen (vgl. Titel 811 01) sowie dem Verkauf von Informationstechnik.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1216 Tit. 132 11	-	17

1223 Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Übrige Einnahmen

282 08 -750	Einnahmen aus Prämienzahlungen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben	-		

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Kap. 1223 flexibilisierter Bereich.

Erläuterungen:

Die Höhe der Prämienzahlungen richtet sich nach der Leitlinie für die Gewährung einer Einmalprämie im Zusammenhang mit der Flächenoptimierung dienstlich genutzter Liegenschaften durch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben. Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben hat für die Prämienzahlungen Vorsorge in ihrem Wirtschaftsplan getroffen.

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

1. **Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.**
2. **Einsparungen bei den in die Flexibilisierung nach § 5 HG einbezogenen Titeln der Hgr. 4, 5 und 8 dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 981 06.**
3. **Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Kap. 1223 flexibilisierter Bereich dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 282 08.**

Sächliche Verwaltungsausgaben

518 02 -750	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	432		

Haushaltsvermerk:

Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1216 Tit. 518 12	432	338

Besondere Finanzierungsausgaben

981 06 -890	Leistungen an Dienstleistungszentren des Bundes zur Durchführung von Aufgaben im Rahmen der Erprobung des DLZ-Projekts	-		

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei den in die Flexibilisierung nach § 5 HG einbezogenen Titeln des Kap. 1223 geleistet werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Flexibilisierte Ausgaben

Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG

Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3	5 988	-	-
Aus Hauptgruppe 5	1 956	-	-
Aus Hauptgruppe 8	230	-	-
Zusammen	8 174	-	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014
F **422 01** -750	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*4 250*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1216 Tit. 422 11	*4 745*	*2 329*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014
F **422 02** -750	*Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte*	*200*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1216 Tit. 422 12	*13*	*162*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014
F **427 09** -750	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*150*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1216 Tit. 427 19	*4*	*111*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014
F **428 01** -750	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*1 038*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1216 Tit. 428 11	*1 178*	*539*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014
F **443 02** -313	*Inanspruchnahme überbetrieblicher betriebsärztlicher und sicherheitstechnischer Dienste, von Betriebsärztinnen und Betriebsärzten sowie Fachkräften für Arbeitssicherheit*	*10*

Erläuterungen:

Eine Veranschlagung bei Kap. 1201 kommt aufgrund der Gebührenfinanzierung auf der Grundlage der sog. SES-Verordnungen nicht in Betracht.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1216 Tit. 443 12	*5*	*7*

1223 Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 453 01 *-750*	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	*40*		

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1216 Tit. 453 11	*78*	*9*

F 511 01 *-750*	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände*	*184*		

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1216 Tit. 511 11	*184*	*90*

F 514 01 *-750*	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*	*18*		

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Kraftstoff	*13*
2. Inspektionen, Reifen etc.	*5*
Zusammen	*18*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1216 Tit. 514 11	*18*	*16*

F 517 01 *-750*	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	*140*		

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1216 Tit. 517 11	*135*	*125*

F 518 01 *-750*	*Mieten und Pachten*	*17*		

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1216 Tit. 518 11	*17*	*12*

F 525 01 *-750*	*Aus- und Fortbildung*	*100*		

Erläuterungen:

Aus diesem Titel werden auch Schulungsmaßnahmen in Angelegenheiten der Personalvertretungen und der Gleichstellungsbeauftragten sowie in Vertretung der Interessen schwerbehinderter Menschen geleistet. Eine Veranschlagung bei

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 525 01

Kap. 1201 kommt aufgrund der Gebührenfinanzierung auf der Grundlage der sog. SES-Verordnungen nicht in Betracht.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1216 Tit. 525 11	*100*	*83*

F 526 01 *-750*	*Gerichts- und ähnliche Kosten*	*300*	

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1216 Tit. 526 11	*65*	*156*

F 526 02 *-750*	*Sachverständige*	*500*	

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1216 Tit. 526 12	*500*	*116*

F 527 01 *-750*	*Dienstreisen*	*210*	

Erläuterungen:

Aus diesem Titel werden auch Reisekosten in Angelegenheiten der Personalvertretungen und der Gleichstellungsbeauftragten sowie in Vertretung der Interessen schwerbehinderter Menschen geleistet. Eine Veranschlagung bei Kap. 1201 kommt aufgrund der Gebührenfinanzierung auf der Grundlage der sog. SES-Verordnungen nicht in Betracht.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1216 Tit. 527 11	*210*	*149*

F 539 99 *-750*	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*20*	

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1216 Tit. 547 11	*20*	*-*

F 543 01 *-750*	*Veröffentlichung und Dokumentation*	*27*	

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1216 Tit. 543 11	*32*	*14*

1223 Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

***F 545 01* -750**	*Konferenzen, Tagungen, Messen und Ausstellungen*		*10*	

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1216 Tit. 545 11	*10*	*6*

***F 634 03* -750**	*Zuweisungen an den Versorgungsfonds*		*300*	

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1216 Tit. 634 13	*210*	*206*

***F 811 01* -750**	*Erwerb von Fahrzeugen*		*25*	

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
Erstbeschaffung	
1 Pkw...	*35*
abzgl. Mehreinnahmen bei Tit. 132 01 aus der Veräußerung von Dienst-Kfz gem. § 6 Abs. 7 HG..	*-10*
Zusammen..	*25*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1216 Tit. 811 01	*-*	*-*

***F 812 01* -750**	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen*		*25*	

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1216 Tit. 812 11	*25*	*-*

Titelgruppe 55

Tgr. 55	Ausgaben für die Informationstechnik		(610)	
***F 511 55* -750**	*Geschäftsbedarf und Datenübertragung sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Software, Wartung*		*240*	

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1216 Tit. 511 55	*240*	*76*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 525 55 -750	*Aus- und Fortbildung*	*50*		

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1216 Tit. 525 55	*50*	*12*

F 532 55 -750	*Ausgaben für Aufträge und Dienstleistungen*	*140*		

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1216 Tit. 532 55	*120*	*376*

F 812 55 -750	*Erwerb von Datenverarbeitungsanlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, Software*	*180*		

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Erstbeschaffung	
1.1 Hardware	*10*
1.2 Software	*100*
2. Ersatzbeschaffung	
Hardware	*60*
3. Sonstiges	*10*
Zusammen	*180*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1216 Tit. 812 55	*230*	*9*

1225 Wohnungswesen und Städtebau (entfallenes Kapitel)

Überblick zum Kapitel 1225	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen..	-	430	-430		143
Übrige Einnahmen...	-	492 976	-492 976		601 255
Gesamteinnahmen...	-	493 406	-493 406		601 398
Ausgaben					
Sächliche Verwaltungsausgaben...........................	-	13 953	-13 953	5 080	11 234
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	-	1 632 216	-1 632 216	155 455	1 753 090
Ausgaben für Investitionen.....................................	-	1 495 858	-1 495 858	461 549	1 597 972
Gesamtausgaben...	-	3 142 027	-3 142 027	622 084	3 362 296
davon nicht flexibilisiert..	-	3 142 027	-3 142 027	622 084	3 362 296

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel			
111 02 -411	Ausgleichszahlungen nach dem Gesetz über den Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen		400	114
121 01 -411	Gewinne aus Beteiligungen an wohnungswirtschaftlichen Unternehmen		30	29
134 01 -411	Abführungen der Treuhandstellen für den Bergarbeiterwohnungsbau nach Aufhebung des Bundestreuhandvermögens für den Bergarbeiterwohnungsbau		-	-
152 12 -411	Zinseinnahmen von Ländern		75 000	62 658
152 27 -411	Zinseinnahmen von Ländern		1	-
152 46 -423	Zinseinnahmen von Ländern		2	-1
152 51 -045	Zinsen von Darlehen		1	-
161 13 -411	Zinseinnahmen von der Kreditanstalt für Wiederaufbau aus Aufwendungsdarlehen (Regionalprogramm)		500	3 408
162 12 -411	Zinseinnahmen aus Darlehen in sonstigen Bereichen		45	36
162 34 -411	Zinseinnahmen		8 000	7 340
172 12 -411	Tilgungsbeträge von Ländern		360 000	363 068
172 27 -411	Tilgungsbeträge von Ländern		30	33
172 46 -423	Tilgungsbeträge und Rückflüsse aus anderen Zuweisungen von Ländern		33	27
172 51 -045	Tilgungsbeträge von Darlehen		14	14
181 13 -411	Tilgungsbeträge von der Kreditanstalt für Wiederaufbau aus Aufwendungsdarlehen (Regionalprogramm)		17 000	19 849

1225 Wohnungswesen und Städtebau (entfallenes Kapitel)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
182 12 -411	Tilgungsbeträge aus Darlehen in sonstigen Bereichen		350	309
182 34 -411	Tilgungsbeträge		27 000	48 484
261 01 -011	Rückflüsse aus der Baumaßnahme "Kaiserslautern Military Community Center (KMCC) - Air Base Ramstein" durch die US-Streitkräfte		5 000	3 000
261 02 -011	Erstattung von Kosten im Bundesbau durch Dritte		-	93 030
526 32 -411	Sachverständige		-	-
531 01 -419	Studien, Untersuchungen, Gutachten, Wettbewerbe sowie Projektbegleitung im Rahmen der "Initiative Immobiliendialog"		500	175
531 51 -423	Studien, Untersuchungen, Gutachten, Wettbewerbe sowie Projektbegleitung		1 000 *664*	1 251
532 66 -165	Studien und Untersuchungen		2 778 *494*	2 510
532 85 -165	Modellvorhaben der Raumordnung (Raumordnerisches Aktionsprogramm)		3 709 *1 264*	2 664
544 81 -165	Forschung, Untersuchungen und Ähnliches		1 101 *146*	968
544 82 -165	Forschung und Untersuchungen im Baubereich		4 865 *1 237*	3 209
622 02 -411	Entlastung von Wohnungsunternehmen nach der Verordnung zum Altschuldenhilfe-Gesetz (AHGV)		9 182 *103 705*	22 458
632 01 -233	Wohngeld nach dem Wohngeldgesetz		630 000	591 654
632 03 -016	Erstattung der den Ländern bei der Erledigung von Bauaufgaben des Bundes entstehenden Kosten		173 000 *14 222*	276 110
632 71 -164	Zweckgebundene Zuweisungen an die Länder für Mitgliedseinrichtungen der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz e. V. (WGL)		7 598	7 119
661 04 -411	Zinszuschüsse im Rahmen des Wohnraum-Modernisierungsprogramms II der KfW-Bankengruppe für die neuen Länder (einschl. ehemaliges Ost-Berlin) - Abwicklung		- *17*	4 775

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
661 05 -411	Zuschüsse im Rahmen des Programms "Niedrigenergiehaus im Bestand" (einschl. Heizungsmodernisierung und Energiesparhäuser) der KfW-Bankengruppe - Abwicklung		28 750	16 700
661 07 -411	Förderung von Maßnahmen zur energetischen Gebäudesanierung "CO_2-Gebäudesanierungsprogramm" der KfW- Bankengruppe - Abwicklung		732 380	750 392
661 08 -411	Zinszuschüsse im Rahmen des Programms " Altersgerecht Umbauen " der KfW- Bankengruppe		11 400 *2 734*	9 516
661 09 -411	Investitionsoffensive Infrastruktur für strukturschwache Kommunen - Abwicklung		18 750 *12 632*	26 280
663 34 -411	Zuschüsse zur Deckung laufender Aufwendungen		1 167 *3 069*	611
671 01 -680	Kostenerstattung an das Deutsche Institut für Bautechnik (DIBt), Berlin		1 300	1 375
671 02 -661	Vergütungen an die KfW-Bankengruppe für die Wahrnehmung von Aufgaben des Bundes bei der Durchführung des Altschuldenhilfe-Gesetzes		1 000	652
685 01 -419	Bundesstiftung Baukultur		1 268 *758*	1 255
686 01 -419	Förderung von Wettbewerben sowie andere Maßnahmen im Aufgabenbereich des Bauwesens		100 *42*	88
686 03 -422	Europäische territoriale Zusammenarbeit in der Raumentwicklung		244 *49*	219
686 04 -419	Maßnahmen auf dem Gebiet der Baukultur und Förderung von Wettbewerben sowie andere Maßnahmen im Aufgabenbereich des Wohnungswesens und Städtebaus		312 *607*	556
686 05 -422	Vorbereitung und nationale Kofinanzierung von Projekten der europäischen territorialen Zusammenarbeit		500 *967*	292
686 09 -423	Nationale Kofinanzierung des ESF-Bundesprogramms "Soziale Stadt - Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier (BIWAQ)"		7 900 *8 753*	36 889
686 71 -165	Zuschüsse zum Betrieb		1 184	1 081
686 81 -012	Zuwendungen für Antragsforschung im Baubereich		6 000 *4 134*	4 673
687 81 -165	Beteiligung an EU-Netzwerken für Raum- und Stadtentwicklung		181	176

1225 Wohnungswesen und Städtebau (entfallenes Kapitel)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
863 34 -411	Darlehen		3 112 *15 446*	299
882 02 -411	Kompensationszahlungen an die Länder wegen Beendigung der Finanzhilfen des Bundes zur Sozialen Wohnraumförderung		518 200	518 200
882 03 -423	Förderung von Investitionen in nationale UNESCO-Welterbestätten - Abwicklung		40 729 *4 240*	38 072
882 11 -423	Zuweisungen an die Länder zur Förderung städtebaulicher Maßnahmen (Städtebauförderung -neu-)		273 164 *21 174*	119 272
882 12 -423	Zuweisungen zur Förderung von aktiven Stadt- und Ortsteilzentren - Abwicklung		28 091 *13 330*	39 784
882 13 -423	Zuweisungen zur Förderung städtebaulicher Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen in den alten Ländern (einschl. ehemaliger Westteil Berlins) - Abwicklung		13 621 *6 370*	33 338
882 14 -423	Zuweisungen zur Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf (Soziale Stadt) - Abwicklung		39 738 *75 756*	67 642
882 15 -423	Zuweisungen für den Stadtumbau West - Abwicklung		38 080 *65 946*	53 273
882 16 -423	Zuweisungen für den Stadtumbau Ost - Abwicklung		44 102 *26 110*	85 841
882 17 -423	Zuweisungen zur Förderung städtebaulicher Maßnahmen in den neuen Ländern (einschl. ehemaliger Ostteil Berlins) - Abwicklung		13 621 *1 680*	36 190
882 18 -423	Zuweisungen für den Städtebaulichen Denkmalschutz Ost - Abwicklung		31 032 *39 024*	58 580
882 19 -423	Zuweisungen für den Städtebaulichen Denkmalschutz West - Abwicklung		12 490 *1 293*	15 997
882 66 -165	Modellvorhaben		2 778 *1 240*	3 850
882 71 -164	Zweckgebundene Zuweisungen an die Länder für Mitgliedseinrichtungen der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz e. V. (WGL)		347 *225*	106
882 91 -423	Investitionspakt Bund-Länder-Gemeinden - Abwicklung		45 000 *40 446*	100 756
882 92 -423	Zuweisungen zur Förderung von kleineren Städten und Gemeinden - Abwicklung		4 545 *2 381*	4 792

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
891 01 -411	Zuschüsse für Investitionen im Rahmen des Programms zur energetischen Gebäudesanierung "CO_2-Gebäudesanierungsprogramm" der KfW-Bankengruppe - Abwicklung		27 030 *134 366*	31 321
891 02 -411	Zuschüsse für Investitionen im Rahmen des Programms "Altersgerecht Umbauen" der KfW-Bankengruppe		3 060 *7 730*	3 169
893 01 -412	Prämien nach dem Wohnungsbau-Prämiengesetz		354 400	385 560
893 34 -411	Zuschüsse für Investitionen		1 718 *1 192*	526
893 51 -423	Pilotprojekte		1 000 *882*	1 386
893 71 -165	Zuschüsse für Investitionen		-	-
894 01 -419	Zuschüsse für Investitionen an die Bundesstiftung Baukultur		-	-
896 01 -423	Zuschuss zum Wiederaufbau der vom Erdbeben zerstörten Ortskirche St. Pietro Apostolo in Onna (Italien)		- *2 718*	18
	In Vorjahren weggefallene Titel mit Ausgaberest			
526 42 -860	Sachverständige		*1 037*	456
545 41 -860	Konferenzen, Tagungen, Messen und Ausstellungen		*238*	1
622 03 -411	Zinshilfe nach dem Altschuldenhilfe-Gesetz - Abwicklung		*537*	
632 02 -299	Leistungen des Bundes zur Zahlung eines einmaligen Heizkostenzuschusses		*2 500*	
633 41 -860	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Durchführung von Pilotprojekten		*729*	133

1226 Hochbau- und Förderungsmaßnahmen in Berlin und Bonn (entfallenes Kapitel)

Überblick zum Kapitel 1226	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Übrige Einnahmen...	-	5 100	-5 100		17 871
Gesamteinnahmen...	-	5 100	-5 100		17 871
Ausgaben					
Sächliche Verwaltungsausgaben...........................	-	16 320	-16 320	40 733	7 126
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	-	2 517	-2 517	29 258	4 215
Ausgaben für Investitionen.....................................	-	51 000	-51 000	225 432	46 229
Gesamtausgaben...	-	69 837	-69 837	295 423	57 570
davon nicht flexibilisiert..	-	69 837	-69 837	295 423	57 570

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel			
153 11 -430	Zinseinnahmen aus Darlehen an Gemeinden		1 100	1 153
173 11 -430	Tilgungsbeträge aus Darlehen an Gemeinden		4 000	4 718
282 01 -011	Zuschüsse für die Wiedererrichtung des Berliner Schlosses - Bau des Humboldtforums im Schlossareal Berlin		-	12 000
519 11 -011	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen		2 800	-
526 14 -011	Planungskosten		-	-
526 44 -011	Planungskosten für Baumaßnahmen im Parlamentsviertel		11 370 *30 617*	5 169
526 45 -011	Planungskosten für Baumaßnahmen außerhalb des Parlamentsviertels		- *8 898*	1 482
526 46 -011	Planungskosten im Zusammenhang mit dem Um- und Ausbau des Zeughauses in Berlin zur endgültigen Unterbringung des Deutschen Historischen Museums		-	11
526 47 -011	Planungskosten für Baumaßnahmen des Bundesrates		2 100	409
526 62 -411	Sachverständige		50 *157*	55
633 71 -693	Ausgleichsleistungen		- *16 065*	-
663 61 -411	Zuschüsse zur Deckung laufender Aufwendungen		700 *13 193*	1 443
685 01 -011	Stiftung Berliner Schloss - Humboldtforum		1 817	2 772
725 05 -011	Baumaßnahmen für den Deutschen Bundestag und die Bundesregierung im Parlamentsviertel in Berlin		41 950 *81 955*	15 648
725 11 -011	Kleine Baumaßnahmen		1 150	-

1226 Hochbau- und Förderungsmaßnahmen in Berlin und Bonn (entfallenes Kapitel)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
725 12 -011	Große Baumaßnahmen		-	-
726 01 -011	Baumaßnahmen für Zwecke des Deutschen Historischen Museums in Berlin		- *431*	97
730 02 -011	Baumaßnahmen für das Bundespräsidialamt in Berlin		-	-
731 01 -011	Baumaßnahmen für den Bundesrat		1 000 *96*	4
732 01 -011	Baumaßnahmen zur Unterbringung der Bundesregierung außerhalb des Parlamentsviertels in Berlin		- *468*	8 120
734 01 -011	Ehemaliger Palast der Republik		- *1 131*	-
821 01 -011	Erwerb und Freimachung von Grundstücken für Zwecke des Deutschen Bundestages		- *10 000*	-
863 61 -411	Darlehen		900 *11 392*	431
882 01 -423	Zuweisungen für Investitionen an das Land Berlin zur Förderung der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme "Hauptstadt Berlin - Parlaments- und Regierungsviertel"		- *45 454*	-
882 81 -430	Zuweisungen für Investitionen		5 600 *7 750*	5 000
892 81 -430	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen		-	-
893 61 -411	Zuschüsse für Investitionen		400 *11 788*	1 879
894 01 -419	Zuschüsse für Investitionen an die Stiftung Berliner Schloss - Humboldtforum		-	-
894 02 -011	Zuschüsse für Investitionen zur Wiedererrichtung des Berliner Schlosses - Bau des Humboldt-Forums im Schlossareal Berlin		- *40 439*	15 000
	In Vorjahren weggefallene Titel mit Ausgaberest			
526 49 -011	Kosten für nicht projektbezogene Gutachten und sachverständige Beratung im Zusammenhang mit der Verlagerung des Parlaments und von Regierungsfunktionen nach Berlin		*1 061*	

Hochbau- und Förderungsmaßnahmen in Berlin und Bonn (entfallenes Kapitel) 1226

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
714 02 -011	Sanierung und Fertigstellung der Neubauten an der Kurt-Schumacher-Straße in Bonn zur Unterbringung der Deutschen Welle		*9 592*	50
728 01 -011	Herrichtung von Ersatzliegenschaften für die durch Freimachung von Liegenschaften zur Unterbringung der Bundesregierung betroffenen Stellen in Berlin		*800*	
729 01 -011	Errichtung eines Dienstgebäudes in Berlin, Jerusalemer Straße 24 - 28, für Zwecke der Bundesregierung		*1 097*	
730 03 -011	Baumaßnahmen für den Bundesrat in Berlin		*3 039*	

1227 Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (entfallenes Kapitel)

Überblick zum Kapitel 1227	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen..	-	2 179	-2 179		2 113
Übrige Einnahmen...	-	3 919	-3 919		4 295
Gesamteinnahmen...	-	6 098	-6 098		6 408
Ausgaben					
Personalausgaben...	-	61 751	-61 751	6 973	63 771
Sächliche Verwaltungsausgaben...........................	-	27 338	-27 338	4 658	23 825
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	-	895	-895	2 781	950
Ausgaben für Investitionen.....................................	-	1 515	-1 515	81 716	54 824
Gesamtausgaben...	-	91 499	-91 499	96 128	143 370
davon flexibilisiert..	-	72 946	-72 946	13 569	74 014
davon nicht flexibilisiert..	-	18 553	-18 553	82 559	69 356

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel			
111 01 -016	Gebühren, sonstige Entgelte		5	-
119 01 -165	Einnahmen aus Veröffentlichungen		140	38
119 99 -165	Vermischte Einnahmen		2 020	1 592
124 01 -165	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		9	10
132 01 -016	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		5	473
261 01 -016	Erstattung von Verwaltungskosten aus dem Inland		3 919	4 291
272 01 -165	Einnahmen aus Zuschüssen der Europäischen Union zum Projekt "Concerted Action"		-	-
282 08 -061	Einnahmen aus Prämienzahlungen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben		-	-
297 01 -016	Vermögensübertragung von Unternehmen, soweit nicht Investitionszuschüsse		-	4
381 01 -890	Leistungen von Bundesbehörden zur Durchführung von Aufträgen		-	(39)
F 422 01 -016	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*		*11 336*	*12 883*
F 422 02 -016	*Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte*		*3*	*-*
F 422 03 -016	*Bezüge der Anwärterinnen und Anwärter sowie Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst*		*222*	*213*
F 427 09 -016	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*		*4 182*	*3 927*
427 19 -165	Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige		- *235*	305

1227 Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (entfallenes Kapitel)

	Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F	*428 01 -016*	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*		*45 852*	*46 414*
F	*453 01 -016*	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*		*156*	*29*
F	*511 01 -016*	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände*		*1 330*	*1 129*
F	*511 55 -016*	*Geschäftsbedarf und Datenübertragung sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Software, Wartung*		*1 582*	*1 200*
F	*514 01 -016*	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*		*152*	*92*
F	*517 01 -016*	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*		*2 010*	*1 955*
	517 11 -165	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume		-	-
F	*518 01 -016*	*Mieten und Pachten*		*507*	*250*
	518 02 -712	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement		8 010	8 117
F	*518 55 -016*	*Miete für Datenverarbeitungsanlagen, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Maschinen, Software*		-	-
F	*519 01 -016*	*Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen*		*320*	*490*
F	*525 01 -016*	*Aus- und Fortbildung*		*372*	*352*
F	*525 55 -016*	*Aus- und Fortbildung*		*85*	*50*
F	*526 01 -016*	*Gerichts- und ähnliche Kosten*		*44*	*8*
	526 02 -016	Sachverständige		10 217 *839*	7 200
F	*526 03 -165*	*Ausgaben für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen*		*10*	*2*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
526 12 -165	Sachverständige		-	-
F *527 01 -016*	*Dienstreisen*		*995*	*1 024*
527 11 -165	Dienstreisen		-	4
F *532 55 -016*	*Ausgaben für Aufträge und Dienstleistungen*		*359*	*410*
F *539 99 -016*	*Vermischte Verwaltungsausgaben*		*570*	*700*
F *543 01 -165*	*Veröffentlichung und Dokumentation*		*400*	*302*
F *545 01 -165*	*Konferenzen, Tagungen, Messen und Ausstellungen*		*84*	*90*
547 01 -165	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben		290	380
547 11 -165	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben		1	70
632 01 -016	Sonstige Zuweisungen an das Land Berlin für Angestellte der ehemaligen Bauverwaltung der Oberfinanzdirektion Berlin		27	19
F *634 03 -016*	*Zuweisungen an den Versorgungsfonds*		*860*	*735*
681 01 -860	Pensionszahlungen an ehemalige Bedienstete der Bundesbaugesellschaft Berlin mbH		- *2 477*	97
685 01 -165	Zuschüsse zur Beteiligung am Projekt "Concerted Action" der Europäischen Union		- *25*	94
686 01 -165	Mitgliedsbeiträge an Verbände, Vereine und andere Institutionen		8	5
F *711 01 -016*	*Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten*		*97*	*213*
720 11 -016	Energieeinsparprogramm Bundesliegenschaften		- *78 983*	53 065

1227 Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (entfallenes Kapitel)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 811 01 -016	*Erwerb von Fahrzeugen*		*80*	*166*
F 812 01 -016	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke*		*400*	*318*
F 812 55 -016	*Erwerb von Datenverarbeitungsanlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, Software*		*938*	*1 062*

Vorbemerkung

Zur Instandhaltung und zum Betrieb der komplexen technischen Anlagen der bundeseigenen Liegenschaft in Bonn-Bad Godesberg-Nord, in der das Bundesministerium für Bildung und Forschung untergebracht ist, ist im Jahre 1973 beim Bundesministerium der Justiz ein Technischer Dienst eingerichtet worden. Dieser ist seit dem 1. Januar 2000 auf das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI), dem größten Nutzer übertragen.

Für die Nutzer der bundeseigenen Liegenschaften in Bonn-Bad Godesberg-Nord sind die Technischen Dienste seit dem 1. Januar 2003 in einem gemeinsamen Technischen Gebäudemanagement (TGM) in der Verantwortung des BMVI mit dem Ziel der sofortigen Aktivierung von Synergieeffekten und der Vermeidung von Personalaufwuchs zusammengefasst worden.

Es besteht Einvernehmen, das TGM in das gegenwärtig von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben entwickelte einheitliche Liegenschaftsmanagement des Bundes zu übernehmen, wenn dieses über eine ressortübergreifende Kompetenz verfügt und die vorgenannten Dienstliegenschaften der Nutzer entsprechend den Regelungen des Gesetzes zur Gründung einer Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (Errichtungsgesetz der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben vom 3. Dezember 2004) eingebunden werden.

Überblick zum Kapitel 1228	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	2	2	-		-
Gesamteinnahmen	2	2	-		-
Ausgaben					
Personalausgaben	2 764	2 743	+21		2 663
Sächliche Verwaltungsausgaben	47	47	-	100	84
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	-	-	-		-
Ausgaben für Investitionen	102	102	-	566	28
Gesamtausgaben	2 913	2 892	+21	666	2 775
davon flexibilisiert	2 913	2 892	+21	666	2 775

1228 Gemeinschaftsdienste

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Einnahmen			
	Verwaltungseinnahmen			
119 99 -011	Vermischte Einnahmen	2	2	-
	Ausgaben			
	Haushaltsvermerk: Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.			
	Flexibilisierte Ausgaben			
	Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG			
	Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3	2 764	2 743	2 663
	Aus Hauptgruppe 5	47	47 *100*	84
	Aus Hauptgruppe 7	68	68 *434*	-
	Aus Hauptgruppe 8	34	34 *132*	28
	Zusammen	2 913	2 892 *666*	2 775
F 422 01 -011	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*314*	*312*	*257*
F 428 01 -011	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*2 450*	*2 431*	*2 406*
F 453 01 -011	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	-	-	-
F 511 01 -011	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände*	*18*	*18*	*75*
F 514 01 -011	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*	*10*	*10*	*3*
F 517 01 -011	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	-	-	-
F 518 01 -011	*Mieten und Pachten*	*3*	*3*	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu flexibilisierte Ausgaben			
F 519 01 -011	*Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen*	*-*	*-*	*-*
F 527 01 -011	*Dienstreisen*	*5*	*5*	*1*
F 539 99 -011	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*1*	*1*	*-*
F 634 03 -011	*Zuweisungen an den Versorgungsfonds*	*-*	*-*	*-*
F 711 01 -011	*Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten*	*68*	*68*	*-*
F 811 01 -011	*Erwerb von Fahrzeugen*	*-*	*-*	*-*
F 812 01 -011	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen*	*-*	*-*	*-*

Titelgruppe 55

Tgr. 55	Ausgaben für die Informationstechnik	(44)	(44)	
F 532 55 -011	*Ausgaben für Aufträge und Dienstleistungen*	*5*	*5*	*2*
F 539 55 -011	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*5*	*5*	*3*
F 812 55 -011	*Erwerb von Datenverarbeitungsanlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, Software*	*34*	*34*	*28*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Erstbeschaffung	
1.1 Software	*17*
2. Ersatzbeschaffung	
2.1 Hardware	*9*
2.2 Software	*8*
Zusammen	*34*

1267 Versorgung der Beamtinnen und Beamten sowie der Richterinnen und Richter des Einzelplans 12

Vorbemerkung

Veranschlagt sind die Einnahmen und Ausgaben der Versorgungsberechtigten, deren Versorgungsanspruch auf dem Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder der Bundesregierung, dem Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Parlamentarischen Staatssekretäre, dem Gesetz über die Versorgung der Beamten und Richter des Bundes (BeamtVG) oder auf einem Vertrag mit dem Bund beruht.

Überblick zum Kapitel 1267	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen..	-	-	-		-
Übrige Einnahmen..	120	120	-		291
Gesamteinnahmen..	120	120	-		291
Ausgaben					
Personalausgaben..	226 781	222 085	+4 696		213 458
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	388	378	+10		1 827
Gesamtausgaben..	227 169	222 463	+4 706		215 285
davon nicht flexibilisiert..	227 169	222 463	+4 706		215 285

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Einnahmen			
	Verwaltungseinnahmen			
119 57 -018	Vermischte Einnahmen	-	-	-
	Übrige Einnahmen			
232 57 -018	Beteiligung an den Versorgungslasten des Bundes	120	120	274
	Haushaltsvermerk: Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Kap. 1267.			
	Ausgaben			
	Haushaltsvermerk: 1. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig. 2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 232 57.			
	Personalausgaben			
431 57 -018	Versorgungsbezüge der Bundesministerinnen und Bundesminister, der Parlamentarischen Staatssekretärinnen und der Parlamentarischen Staatssekretäre, sonstiger Amtsträger und deren Hinterbliebenen	1 238	1 216	1 126
	Erläuterungen: Aus dem Titel werden auch Übergangsgelder für ehemalige Mitglieder der Bundesregierung (§ 14 Bundesministergesetz) und für ehemalige Parlamentarische Staatssekretärinnen und Parlamentarische Staatssekretäre (§ 6 ParlStG) gewährt.			
432 57 -018	Versorgungsbezüge	187 843	184 512	177 671
	Erläuterungen: Aus dem Titel werden auch die Bezüge der in den einstweiligen Ruhestand versetzten Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter vom Ersten des auf den Beginn des einstweiligen Ruhestandes folgenden Monats an gewährt. Hieraus wird auch der einmalige Ausgleich gemäß § 48 BeamtVG gezahlt.			
434 57 -018	Zuführung an die Versorgungsrücklage	5 941	5 624	5 022
443 57 -018	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen	80	79	142

1267 Versorgung der Beamtinnen und Beamten sowie der Richterinnen und Richter des Einzelplans 12

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
446 57 -018	Beihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften	31 679	30 654	29 497
453 57 -018	Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen	-	-	-
	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)			
632 57 -018	Abfindungen und Erstattungen des Bundes für Versorgungslasten	388	378	1 827

Haushaltsvermerk:

In den Personaltiteln dieses Einzelplans sind folgende Aufwandsentschädigungen und Besondere Personalausgaben veranschlagt:

1. **Aufwandsentschädigungen**

1.1 Der Bundesminister erhält eine Dienstaufwandsentschädigung in Höhe von jährlich 3 681,30 € (monatlich 306,78 €) bei folgendem Titel:

Kap. 1201 Tit. 421 01.

1.2 Die Parlamentarischen Staatssekretäre erhalten eine Dienstaufwandsentschädigung in Höhe von jährlich je 2 760,98 € (monatlich 230,08 €) bei folgendem Titel:

Kap. 1201 Tit. 421 01.

1.3 Aufwandsentschädigung für vom Dienst freigestellte Personalratsmitglieder und Vertrauenspersonen der schwerbehinderten Menschen bei folgenden Titeln:

Kap. 1201 Tit. 422 01, 428 01,

Kap. 1203 Tit. 422 01, 422 11, 428 01, 428 02, 428 11,

Kap. 1204 Tit. 422 01, 422 11, 428 01,

Kap. 1205 Tit. 428 01,

Kap. 1208 Tit. 422 01, 428 01, 428 02,

Kap. 1209 Tit. 422 01,

Kap. 1211 Tit. 428 01,

Kap. 1212 Tit. 422 01, 428 01, 428 11,

Kap. 1214 Tit. 422 01, 428 01,

Kap. 1216 Tit. 422 01, 428 01,

Kap. 1221 Tit. 422 01 und 428 01.

1.4 Lehrentschädigung (Prüfungs- und Vertragsvergütung) bei folgenden Titeln:

Kap. 1211 Tit. 422 01, 428 01,

Kap. 1214 Tit. 422 01, 428 01,

Kap. 1221 Tit. 422 01 und 428 01.

1.5 Aufwandsentschädigung für Flugsicherungspersonal bei folgenden Titeln:

Kap. 1216 Tit. 422 21 und 428 21.

1.6 Pauschale monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 1.500 € an Tarifbeschäftigte für ein Studium im Rahmen eines deutsch-französischen Master - Programms zur Vorbereitung auf europäische und internationale Aufgaben - Masters of European Governance and Administration (MEGA) - in entsprechender Anwendung des § 17 Bundesbesoldungsgesetz (BBesG) bei folgendem Titel:

Kap. 1201 Tit. 428 01.

2. **Besondere Personalausgaben**

2.1 Entschädigung gemäß § 11 Abs. 1 Buchst. d BMinG i. V. m. § 5 Abs. 1 ParlStG in Höhe von jährlich 1 840,65 € (monatlich 153,39 €) bei folgendem Titel:

Kap. 1201 Tit. 421 01.

2.2 Betreuung aller Beschäftigten, die am Heiligen Abend nach 18 Uhr Dienst verrichten (zentral für den gesamten Geschäftsbereich) bei folgendem Titel:

Kap. 1201 Tit. 428 01.

2.3 Verfügungsfonds für vom Dienst freigestellte Gleichstellungsbeauftragte gem. § 18 Abs. 4 BGleiG in Höhe von bis zu jährlich je 312 € (monatlich 26 €) bei folgenden Titeln:

Kap. 1201 Tit. 422 01, 428 01,

Kap. 1203 Tit. 422 01, 428 01, 428 02,

Kap. 1204 Tit. 422 01, 422 11, 428 01, 428 11,

Kap. 1205 Tit. 428 01,

Kap. 1208 Tit. 422 01, 428 01, 428 02,

Kap. 1211 Tit. 422 01,

Kap. 1212 Tit. 422 01,

Kap. 1214 Tit. 422 01,

Kap. 1216 Tit. 428 01 und

Kap. 1221 Tit. 422 01.

2.4 Schulbeihilfen bei folgenden Titeln:

Kap. 1201 Tit. 422 01,

Kap. 1203 Tit. 422 01, 422 11, 427 49, 428 01, 428 02, 428 11,

Kap. 1208 Tit. 422 01, 428 01 und 428 02.

2.5 Abfindungen und Übergangsgeld bei folgenden Titeln:

Kap. 1201 Tit. 428 01,

Kap. 1203 Tit. 422 01, 422 11 und

Kap. 1208 Tit. 422 01.

2.6 Nachversicherung bei folgendem Titel:

Kap. 1216 Tit. 422 21.

Ausgaben für Rückstellungen der DFS für die anteilige Absicherung der Versorgungsansprüche der zur DFS überwechselnden Mitarbeiter aus der Abt. V des LBA (§ 5 Abs. 11 der Rahmenvereinbarung mit der DFS).

2.7 Außer- und übertarifliche Leistungen an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die mit Einwilligung des BMF gewährt werden, bei folgenden Titeln:

Kap. 1201 Tit. 427 09, 428 01,

Kap. 1203 Tit. 427 09, 427 19, 428 01, 428 02, 428 11,

Kap. 1204 Tit. 427 09, 428 01, 428 11,

Kap. 1205 Tit. 427 09, 428 01,

Kap. 1208 Tit. 427 09, 428 01, 428 02,

Kap. 1209 Tit. 427 09, 428 01,

Kap. 1211 Tit. 427 09, 427 29, 428 01, 428 21,

Kap. 1214 Tit. 427 09, 428 01,

Kap. 1216 Tit. 428 01, 428 21, 428 41,

Kap. 1221 Tit. 427 09, 428 01, 428 11,

Kap. 1223 Tit. 428 01 und

Kap. 1228 Tit. 428 01.

Übersicht 1 12
Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Kapitel, Titel (Titelgr.) sowie Zweckbestimmung	Ausgaben-soll 2014 1 000 €	a) Bis einschl. 31.12.2012 eingegangene Verpflichtungen fällig ab 2014 b) VE 2013 c) VE 2014 1 000 €	davon fällig 2014 1 000 €	2015 1 000 €	2016 1 000 €	2017 1 000 €	Folgejahre 1 000 €	in künftigen Haushaltsjahren 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Kapitel 1201								
518 02 - Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	21 315	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 63 945	21 315	21 315	21 315	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
712 01 - Baumaßnahmen von mehr als 2 000 000 € im Einzelfall	5 720	a) 11 278	5 620	5 530	128	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
526 02 - Sachverständige	522	a) 141	141	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) 564		141	141	141	141	-
Summe des Kapitels 1201	171 611	a) 11 419	5 761	5 530	128	-	-	-
		b) 63 945	21 315	21 315	21 315	-	-	-
		c) 564		141	141	141	141	-
Kapitel 1202								
526 02 - Sachverständige	256	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) 315		126	126	63	-	-
531 01 - Studien, Untersuchungen, Gutachten und Projektbegleitung zur Fortschreibung der Mobilitäts- und Kraftstoffstrategie	2 164	a) 438	438	-	-	-	-	-
		b) 1 240	611	309	320	-	-	-
		c) 3 511		1 691	1 180	640	-	-
531 17 - Weiterentwicklung des Güterverkehrs- und Logistikstandorts Deutschland	800	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 3 000	600	600	600	600	600	-
		c) -		-	-	-	-	-
531 19 - Studien, Untersuchungen zur Initiative Metadatenplattform	1 000	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 1 500	700	500	300	-	-	-
		c) 1 200		500	300	400	-	-
532 02 - Studien und Projektbegleitung im Bereich Verkehr für den Alpenraum	36	a) 224	150	74	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
532 13 - Wissenschaftliche und allgemein-wirtschaftliche Untersuchungen auf allen Fachgebieten der Verkehrsverwaltung und auf dem Gebiet der Raumordnung	5 024	a) 3 157	2 429	728	-	-	-	-
		b) 3 600	1 100	1 100	1 400	-	-	-
		c) 5 600		2 000	1 800	1 800	-	-
532 16 - Kostenbeteiligung an Sekretariaten	468	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 210	70	70	70	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
532 18 - Europäischer Fonds für regionale Entwicklung - Technische Hilfe für Verkehrsinfrastrukturvorhaben -	-	a) 1 467	728	739	-	-	-	-
		b) 2 500	1 300	1 000	200	-	-	-
		c) 2 000		1 000	1 000	-	-	-
545 01 - Konferenzen, Tagungen, Messen und Ausstellungen	1 986	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 235	235	-	-	-	-	-
		c) 220		220	-	-	-	-
546 01 - Kosten der Gemeinsamen Geschäftsstelle Elektromobilität der Bundesregierung	260	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) 400		400	-	-	-	-

12 Übersicht 1 Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Kapitel, Titel (Titelgr.) sowie Zweckbestimmung	Ausgaben-soll 2014	a) Bis einschl. 31.12.2012 eingegangene Verpflichtungen fällig ab 2014 b) VE 2013 c) VE 2014	davon fällig 2014	2015	2016	2017	Folgejahre	in künftigen Haushaltsjahren
	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €
1	2	3	4	5	6	7	8	9
632 01 - Umsetzung des Nationalen Radverkehrsplans (NRVP) - Zuschüsse an Länder und sonstige juristische Personen des öffentlichen Rechts	990	a) 100	100	-	-	-	-	-
		b) 1 000	600	400	-	-	-	-
		c) 800		400	400	-	-	-
683 01 - Finanzbeitrag an die Seeschifffahrt	57 800	a) 188	188	-	-	-	-	-
		b) 27 500	6 900	9 200	11 400	-	-	-
		c) 50 800		27 520	11 640	11 640	-	-
683 03 - Beihilfen zur Ausbildungsförderung in der Binnenschifffahrt	2 534	a) 1 250	962	288	-	-	-	-
		b) 2 254	845	845	564	-	-	-
		c) 2 254		845	845	564	-	-
686 01 - Umsetzung des Nationalen Radverkehrsplans (NRVP) - Zuschüsse an Gesellschaften des privaten Rechts	2 000	a) 480	480	-	-	-	-	-
		b) 1 600	800	800	-	-	-	-
		c) 1 500		700	800	-	-	-
686 07 - Zuschüsse für Aufklärungs- und Erziehungsmaßnahmen zur Bekämpfung der Verkehrsunfälle	11 500	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 2 000	2 000	-	-	-	-	-
		c) 2 000		2 000	-	-	-	-
686 09 - Initiative Metadatenplattform und Förderung von Verkehrsinformationsdiensten	2 000	a) 19	19	-	-	-	-	-
		b) 1 000	400	-	600	-	-	-
		c) 3 000		1 600	600	800	-	-
687 02 - Beiträge an internationale Organisationen	9 507	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) 8 550		450	450	450	7 200	-
791 01 - Infrastrukturbeschleunigungsprogramm	26 000	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 259 000	75 000	73 000	73 000	38 000	-	-
		c) 451 000		57 000	68 000	75 000	251 000	-
791 02 - Infrastrukturbeschleunigungsprogramm II	243 122	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 150 000	150 000	-	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
891 01 - Baukostenzuschüsse für Investitionen in die Schienenwege der nicht bundeseigenen Eisenbahnen	25 000	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 18 000	6 500	6 500	3 000	2 000	-	-
		c) 33 500		13 500	12 000	8 000	-	-
892 02 - Rückbau der Transrapid-Versuchsanlage Emsland (TVE)	7 000	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 11 200	6 400	3 600	1 200	-	-	-
		c) 10 000		6 000	2 000	2 000	-	-
Tgr. 01								
532 14 - Modellvorhaben der Raumordnung (Raumordnerisches Aktionsprogramm)	3 479	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) 2 706		1 420	1 286	-	-	-
532 17 - Demografischer Wandel - Sicherung der Mobilität in betroffenen Regionen	300	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) 2 840		240	1 600	1 000	-	-
Tgr. 02								
894 21 - Förderung und Entwicklung von Informations- und Kommunikationstechnischen (IKT-)Infrastrukturen, Breitband	2 000	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) 2 000		400	800	800	-	-

Übersicht 1 — 12
Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Kapitel, Titel (Titelgr.) sowie Zweckbestimmung	Ausgaben-soll 2014 1 000 €	a) Bis einschl. 31.12.2012 eingegangene Verpflichtungen fällig ab 2014 b) VE 2013 c) VE 2014 1 000 €	davon fällig 2014 1 000 €	2015 1 000 €	2016 1 000 €	2017 1 000 €	Folgejahre 1 000 €	in künftigen Haushaltsjahren 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Tgr. 04								
892 41 - Zuschüsse an private Unternehmen für Investitionen in den Kombinierten Verkehr	92 700	a) 60 650	36 907	23 743	-	-	-	-
		b) 185 400	18 540	18 540	37 080	37 080	74 160	-
		c) 124 577		31 877	18 540	18 540	55 620	-
892 42 - Investitionszuschüsse an private Unternehmen zur Errichtung, Ausbau und Reaktivierung von Gleisanschlüssen	14 000	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 2 800	2 800	-	-	-	-	-
		c) 5 600		2 800	2 800	-	-	-
Tgr. 06								
531 61 - Studien, Untersuchungen, Gutachten sowie Projektbegleitung	1 775	a) 55	55	-	-	-	-	-
		b) 2 130	180	1 350	600	-	-	-
		c) 825		425	400	-	-	-
682 62 - Verwaltungsausgaben des Projektträgers	1 000	a) 700	700	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) 3 000		1 000	1 000	1 000	-	-
683 61 - Zuwendungen im Rahmen der Umsetzung des nationalen Innovationsprogramms Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie	20 385	a) 15 287	8 396	4 224	2 667	-	-	-
		b) 10 850	6 100	2 600	2 150	-	-	-
		c) 8 779		5 597	3 182	-	-	-
891 61 - Modellvorhaben und Demonstrationsprojekte im Bereich nationales Innovationsprogramm Wasserstoff und Brennstoffzellentechnologie	39 960	a) 38 255	15 798	14 276	8 181	-	-	-
		b) 14 600	8 500	6 100	-	-	-	-
		c) 12 964		10 946	2 018	-	-	-
Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel								
896 04 - Zuschuss zum Erweiterungsbau des Großaquariums des Ozeaneums in Stralsund	-	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 15 000	5 000	-	-	-	-	10 000
		c) -		-	-	-	-	-
Summe des Kapitels 1202	607 879	a) 122 270	67 350	44 072	10 848	-	-	-
		b) 716 619	295 181	126 514	132 484	77 680	74 760	10 000
		c) 739 941		170 657	132 767	122 697	313 820	-
Kapitel 1203								
518 02 - Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	22 743	a) 12 386	537	537	404	404	10 504	-
		b) 597	199	199	199	-	-	-
		c) 1 800		300	400	400	700	-
Tgr. 01								
521 11 - Unterhaltung der Bundeswasserstraßen	54 436	a) 4 300	4 300	-	-	-	-	-
		b) 40 000	30 000	10 000	-	-	-	-
		c) 40 000		30 000	10 000	-	-	-
521 14 - Aufwendungen für die maritime Notfallvorsorge und verkehrsbezogener Feuerschutz	25 900	a) 132 800	19 800	19 800	20 000	20 000	53 200	-
		b) 1 000	1 000	-	-	-	-	-
		c) 1 000		1 000	-	-	-	-

12 Übersicht 1
Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Kapitel, Titel (Titelgr.) sowie Zweckbestimmung	Ausgaben-soll 2014 1 000 €		a) Bis einschl. 31.12.2012 eingegangene Verpflichtungen fällig ab 2014 b) VE 2013 c) VE 2014 1 000 €	davon fällig 2014 1 000 €	2015 1 000 €	2016 1 000 €	2017 1 000 €	Folgejahre 1 000 €	in künftigen Haushaltsjahren 1 000 €
1	2		3	4	5	6	7	8	9
526 12 - Sachverständige	13 000	a)	3 530	3 010	520	-	-	-	-
		b)	9 800	4 800	4 000	1 000	-	-	-
		c)	10 500		5 500	4 000	1 000	-	-
711 11 - Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	4 400	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	1 000	1 000	-	-	-	-	-
		c)	1 000		1 000	-	-	-	-
712 11 - Baumaßnahmen von mehr als 2 000 000 € im Einzelfall	4 500	a)	400	400	-	-	-	-	-
		b)	3 500	2 500	1 000	-	-	-	-
		c)	3 500		2 500	1 000	-	-	-
780 11 - Erhaltung der verkehrlichen Infrastruktur	201 992	a)	17 378	14 921	2 457	-	-	-	-
		b)	161 000	100 600	50 300	10 100	-	-	-
		c)	165 000		105 000	50 000	10 000	-	-
780 12 - Um-, Aus- und Neubaumaßnahmen an Bundeswasserstraßen	605 000	a)	417 255	262 505	114 750	30 000	10 000	-	-
		b)	470 000	210 000	150 000	80 000	20 000	10 000	-
		c)	470 000		210 000	150 000	80 000	30 000	-
780 14 - Aus- und Neubau von Betriebswegen an Bundeswasserstraßen	1 296	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	800	500	300	-	-	-	-
		c)	1 000		600	400	-	-	-
811 11 - Erwerb von Fahrzeugen	31 100	a)	11 370	10 840	530	-	-	-	-
		b)	28 000	10 500	9 500	8 000	-	-	-
		c)	27 000		12 000	10 000	5 000	-	-
811 12 - Beschaffung von Fahrzeugen und Geräten für die maritime Notfallvorsorge	7 000	a)	2 000	2 000	-	-	-	-	-
		b)	5 500	3 500	2 000	-	-	-	-
		c)	6 500		3 500	2 000	1 000	-	-
812 11 - Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	8 000	a)	100	100	-	-	-	-	-
		b)	6 000	4 000	2 000	-	-	-	-
		c)	6 000		4 000	2 000	-	-	-
Tgr. 03									
811 31 - Erwerb von Fahrzeugen	5 094	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	6 300	5 950	350	-	-	-	-
		c)	8 400		3 200	4 800	400	-	-
Tgr. 05									
544 51 - Forschung, Untersuchungen und Ähnliches	5 731	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	1 950	1 500	450	-	-	-	-
		c)	3 800		2 500	1 000	300	-	-
812 51 - Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie sonstigen Gebrauchsgegenständen für Laboratorien, Werkstätten und Außenuntersuchungen	340	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	280	120	80	80	-	-	-
		c)	390		150	120	120	-	-
711 01 - Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	500	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	800	800	-	-	-	-	-
		c)	600		600	-	-	-	-
712 01 - Baumaßnahmen von mehr als 2 000 000 € im Einzelfall	-	a)	2 000	2 000	-	-	-	-	-
		b)	4 500	4 500	-	-	-	-	-
		c)	2 500		2 500	-	-	-	-

Übersicht 1 12
Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Kapitel, Titel (Titelgr.) sowie Zweckbestimmung	Ausgaben-soll 2014 1 000 €		a) Bis einschl. 31.12.2012 eingegangene Verpflichtungen fällig ab 2014 b) VE 2013 c) VE 2014 1 000 €	davon fällig 2014 1 000 €	2015 1 000 €	2016 1 000 €	2017 1 000 €	Folgejahre 1 000 €	in künftigen Haushaltsjahren 1 000 €
1	2		3	4	5	6	7	8	9
811 01 - Erwerb von Fahrzeugen	1 400	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	500	500	-	-	-	-	-
		c)	500		500	-	-	-	-
812 01 - Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke	1 000	a)	3 650	3 000	650	-	-	-	-
		b)	3 650	3 000	650	-	-	-	-
		c)	1 900		1 700	200	-	-	-
812 02 - Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie sonstigen Gebrauchsgegenständen für Laboratorien, Werkstätten und Außenuntersuchungen	1 800	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	1 000	1 000	-	-	-	-	-
		c)	1 000		1 000	-	-	-	-
Tgr. 55									
812 55 - Erwerb von Datenverarbeitungsanlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, Software	9 434	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	700	700	-	-	-	-	-
		c)	700		700	-	-	-	-
Summe des Kapitels 1203	1 890 365	a)	607 169	323 413	139 244	50 404	30 404	63 704	-
		b)	746 877	386 669	230 829	99 379	20 000	10 000	-
		c)	753 090		388 250	235 920	98 220	30 700	-
Kapitel 1204									
Tgr. 55									
812 55 - Erwerb von Datenverarbeitungsanlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, Software	6 067	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	500	500	-	-	-	-	-
		c)	4 411		1 785	2 426	200	-	-
Summe des Kapitels 1204	28 958	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	500	500	-	-	-	-	-
		c)	4 411		1 785	2 426	200	-	-
Kapitel 1205									
532 02 - Ausgaben für Online-Abwicklung von Einzahlungen im Rahmen des Straßenkontrolldienstes durch Private	150	a)	120	-	-	-	-	120	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
Summe des Kapitels 1205	54 310	a)	120	-	-	-	-	120	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
Kapitel 1208									
518 01 - Mieten und Pachten	2 002	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	1 920	1 920	-	-	-	-	-
		c)	1 920		1 920	-	-	-	-
544 01 - Forschung, Untersuchungen und Ähnliches	1 089	a)	673	673	-	-	-	-	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-

12 Übersicht 1
Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Kapitel, Titel (Titelgr.) sowie Zweckbestimmung	Ausgaben-soll 2014	a) Bis einschl. 31.12.2012 eingegangene Verpflichtungen fällig ab 2014 b) VE 2013 c) VE 2014	davon fällig					
			2014	2015	2016	2017	Folgejahre	in künftigen Haushaltsjahren
	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €
1	2	3	4	5	6	7	8	9
811 01 - Erwerb von Fahrzeugen	-	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 84 670	21 168	16 935	25 399	21 168	-	-
		c) 84 670		21 168	21 167	21 168	21 167	-
Summe des Kapitels 1208	72 481	a) 673	673	-	-	-	-	-
		b) 86 590	23 088	16 935	25 399	21 168	-	-
		c) 86 590		23 088	21 167	21 168	21 167	-
Kapitel 1209								
526 02 - Sachverständige	12 969	a) 8 950	4 750	4 200	-	-	-	-
		b) 1 500	500	500	500	-	-	-
		c) 3 000		1 500	1 500	-	-	-
532 01 - Ausgaben für den Einzug der streckenbezogenen Straßenbenutzungsgebühren für LKW durch Private	560 946	a) 63 900	33 900	30 000	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
684 01 - Zuschüsse der KfW-Förderbank zur Förderung der Anschaffung emissionsarmer schwerer LKW ("Innovationsprogramm"/Variante nicht rückzahlbarer Zuschuss)	12 600	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 12 600	12 600	-	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
684 02 - Zuschüsse zur Förderung von Umwelt und Sicherheit in Unternehmen des mautpflichtigen Güterkraftverkehrs (De-Minimis-Programm)	254 878	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 100 000	100 000	-	-	-	-	-
		c) 200 000		200 000	-	-	-	-
684 03 - Zuschüsse zur Förderung der Aus- und Weiterbildung in Unternehmen des mautpflichtigen Güterkraftverkehrs (Aus- und Weiterbildungs-Programm)	125 000	a) 23 619	19 888	3 731	-	-	-	-
		b) 75 000	28 000	28 000	19 000	-	-	-
		c) 170 700		64 700	56 000	50 000	-	-
811 01 - Erwerb von Fahrzeugen	1 146	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) 14 456		14 456	-	-	-	-
Tgr. 01								
741 11 - Bedarfsplanmaßnahmen (Bundesautobahnen)	302 683	a) 450 037	194 521	65 516	50 000	50 000	90 000	-
		b) 339 000	159 000	80 000	20 000	20 000	60 000	-
		c) 430 000		245 000	80 000	25 000	80 000	-
741 22 - Bedarfsplanmaßnahmen (Bundesstraßen)	78 300	a) 127 084	101 013	25 192	28	-	851	-
		b) 30 000	-	10 000	20 000	-	-	-
		c) 100 000		70 000	20 000	10 000	-	-
741 31 - Um- und Ausbau, Rastanlagen, Lärmschutzmaßnahmen (Bundesautobahnen)	310 150	a) 51 415	37 598	13 817	-	-	-	-
		b) 270 000	180 000	60 000	30 000	-	-	-
		c) 240 000		150 000	60 000	30 000	-	-
741 32 - Erhaltung (Bundesautobahnen)	1 626 527	a) 305 114	72 224	26 154	50 030	50 127	106 579	-
		b) 934 800	500 000	150 000	80 000	50 000	154 800	-
		c) 1 430 000		850 000	300 000	200 000	80 000	-
741 42 - Erhaltung (Bundesstraßen)	246 948	a) 9 899	9 631	107	-	-	161	-
		b) 172 000	100 000	60 000	12 000	-	-	-
		c) 172 000		100 000	60 000	12 000	-	-

Übersicht 1 12
Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Kapitel, Titel (Titelgr.) sowie Zweckbestimmung	Ausgaben-soll 2014 1 000 €	a) Bis einschl. 31.12.2012 eingegangene Verpflichtungen fällig ab 2014 b) VE 2013 c) VE 2014 1 000 €	davon fällig 2014 1 000 €	2015 1 000 €	2016 1 000 €	2017 1 000 €	Folgejahre 1 000 €	in künftigen Haushaltsjahren 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7	8	9
742 11 - Bau und Erhaltung von Verkehrseinrichtungen und Verkehrsanlagen (Bundesautobahnen)	135 000	a) 527	527	-	-	-	-	-
		b) 65 000	45 000	12 000	8 000	-	-	-
		c) 65 000		45 000	12 000	8 000	-	-
823 11 - Erwerbsanteile im Rahmen von ÖPP-Projekten (Bundesautobahnen)	222 000	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) 4 300 000		-	-	-	-	4 300 000
Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel								
823 12 - Erwerbsanteile im Rahmen von ÖPP-Projekten sowie Erwerb privat vorfinanzierter unbeweglicher Sachen (Bundesautobahnen, A-Modell)	-	a) 4 319 565	154 333	123 419	128 166	133 811	3 779 836	-
		b) 3 200 000	-	-	-	-	-	3 200 000
		c) -		-	-	-	-	-
Summe des Kapitels 1209	4 211 790	a) 5 360 110	628 385	292 136	228 224	233 938	3 977 427	-
		b) 5 199 900	1 125 100	400 500	189 500	70 000	214 800	3 200 000
		c) 7 125 156		1 740 656	589 500	335 000	160 000	4 300 000
Kapitel 1210								
526 02 - Sachverständige	3 500	a) 140	70	70	-	-	-	-
		b) 2 900	1 100	1 000	800	-	-	-
		c) 2 900		1 500	800	600	-	-
534 01 - Verkehrswirtschaftliche Untersuchungen	3 100	a) 300	300	-	-	-	-	-
		b) 2 300	1 300	600	400	-	-	-
		c) 2 500		1 500	600	400	-	-
543 01 - Veröffentlichung und Dokumentation	820	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 500	300	100	100	-	-	-
		c) 500		300	100	100	-	-
544 01 - Forschung, Untersuchungen und Ähnliches	9 950	a) 837	837	-	-	-	-	-
		b) 10 000	5 000	3 000	2 000	-	-	-
		c) 7 500		4 000	2 500	1 000	-	-
Tgr. 01								
521 11 - Betriebsdienst (Bundesautobahnen)	449 000	a) 1 774	1 033	686	22	22	11	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
521 21 - Betriebsdienst (Bundesstraßen)	425 903	a) 103	103	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
711 12 - Hochbauten an Bundesautobahnen bis 2 000 000 € Baukosten	17 300	a) 700	700	-	-	-	-	-
		b) 7 000	4 000	2 000	1 000	-	-	-
		c) 8 000		5 000	2 000	1 000	-	-
711 22 - Hochbauten an Bundesstraßen bis 2 000 000 € Baukosten	10 400	a) 231	231	-	-	-	-	-
		b) 5 000	3 000	1 000	1 000	-	-	-
		c) 5 000		3 000	1 000	1 000	-	-
712 12 - Hochbauten an Bundesautobahnen über 2 000 000 € Baukosten	10 300	a) 600	400	200	-	-	-	-
		b) 6 000	3 000	2 000	1 000	-	-	-
		c) 6 000		3 000	2 000	1 000	-	-

12 Übersicht 1
Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Kapitel, Titel (Titelgr.) sowie Zweckbestimmung	Ausgaben-soll 2014	a) Bis einschl. 31.12.2012 eingegangene Verpflichtungen fällig ab 2014 b) VE 2013 c) VE 2014	davon fällig 2014	2015	2016	2017	Folge-jahre	in künftigen Haushalts-jahren
	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €
1	2	3	4	5	6	7	8	9
712 22 - Hochbauten an Bundesstraßen über 2 000 000 € Baukosten	8 000	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 5 000	3 000	1 000	1 000	-	-	-
		c) 5 000		3 000	1 000	1 000	-	-
741 22 - Bedarfsplanmaßnahmen (Bundesstraßen)	311 560	a) 64 812	53 896	10 916	-	-	-	-
		b) 29 000	11 000	9 000	9 000	-	-	-
		c) 43 500		23 500	15 000	5 000	-	-
741 41 - Um- und Ausbau, Lärmschutzmaßnahmen (Bundesstraßen)	193 963	a) 12 934	11 400	1 534	-	-	-	-
		b) 165 000	100 000	45 000	20 000	-	-	-
		c) 165 000		100 000	45 000	20 000	-	-
741 42 - Erhaltung (Bundesstraßen)	728 889	a) 55 119	50 319	4 800	-	-	-	-
		b) 640 000	400 000	150 000	90 000	-	-	-
		c) 600 000		360 000	150 000	90 000	-	-
742 21 - Bau und Erhaltung von Verkehrseinrichtungen und Verkehrsanlagen (Bundesstraßen)	32 000	a) 1 000	1 000	-	-	-	-	-
		b) 19 000	11 000	5 000	3 000	-	-	-
		c) 19 000		11 000	5 000	3 000	-	-
743 32 - Baukostenzuschüsse des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung der Verkehrsinfrastrukturvorhaben im Bereich der Bundesautobahnen	-	a) 55 289	42 789	12 500	-	-	-	-
		b) 100 000	60 000	40 000	-	-	-	-
		c) 20 000		20 000	-	-	-	-
743 42 - Baukostenzuschüsse des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung der Verkehrsinfrastrukturvorhaben im Bereich der Bundesstraßen	-	a) 11 000	9 000	2 000	-	-	-	-
		b) 70 000	40 000	30 000	-	-	-	-
		c) 20 000		20 000	-	-	-	-
745 21 - Maßnahmen nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz (EKrG) (Bundesstraßen)	10 000	a) 1 361	1 311	50	-	-	-	-
		b) 7 000	4 000	2 000	1 000	-	-	-
		c) 7 000		4 000	2 000	1 000	-	-
746 22 - Bau von Radwegen einschließlich Erhaltung (Bundesstraßen)	60 000	a) 5 687	5 039	648	-	-	-	-
		b) 40 000	20 000	15 000	5 000	-	-	-
		c) 40 000		25 000	10 000	5 000	-	-
811 12 - Erwerb von Kraftfahrzeugen (Bundesautobahnen)	21 000	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 10 000	8 000	2 000	-	-	-	-
		c) 10 000		8 000	2 000	-	-	-
811 22 - Erwerb von Kraftfahrzeugen (Bundesstraßen)	13 000	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 8 000	6 000	2 000	-	-	-	-
		c) 8 000		6 000	2 000	-	-	-
812 12 - Erwerb von Geräten (einschl. Stahlflachstraßen) und Maschinen mit Ausgaben von mehr als 5 000 € im Einzelfall (Bundesautobahnen)	13 500	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 8 000	6 000	2 000	-	-	-	-
		c) 8 000		6 000	2 000	-	-	-
812 22 - Erwerb von Geräten und Maschinen mit Ausgaben von mehr als 5 000 € im Einzelfall (Bundesstraßen)	9 500	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 5 000	4 000	1 000	-	-	-	-
		c) 5 000		4 000	1 000	-	-	-
823 12 - Erwerb privat vorfinanzierter Bundesautobahnabschnitte	91 100	a) 208 761	95 371	45 945	41 445	26 000	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-

Kapitel, Titel (Titelgr.) sowie Zweckbestimmung	Ausgaben-soll 2014 1 000 €	a) Bis einschl. 31.12.2012 eingegangene Verpflichtungen fällig ab 2014 b) VE 2013 c) VE 2014 1 000 €	davon fällig 2014 1 000 €	2015 1 000 €	2016 1 000 €	2017 1 000 €	Folgejahre 1 000 €	in künftigen Haushaltsjahren 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7	8	9
823 22 - Erwerb privat vorfinanzierter Bundesstraßenabschnitte	39 000	a) 241 804	66 524	65 044	45 018	44 362	20 856	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
Summe des Kapitels 1210	2 886 360	a) 662 452	340 323	144 393	86 485	70 384	20 867	-
		b) 1 139 700	690 700	313 700	135 300	-	-	-
		c) 982 900		608 800	244 000	130 100	-	-
Kapitel 1211								
518 02 - Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	5 856	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) 14 055		4 685	4 685	4 685	-	-
532 08 - Straßenverkehrszählung an Bundesfernstraßen	220	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 150	70	50	30	-	-	-
		c) 150		70	50	30	-	-
532 09 - Vertiefte Erhebungen von Unfällen und deren Ursachen	760	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 750	500	250	-	-	-	-
		c) 750		500	250	-	-	-
686 01 - Zuschüsse für innovative Forschung zur Verbesserung der Straßeninfrastruktur	1 000	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 700	400	200	100	-	-	-
		c) 700		400	200	100	-	-
544 01 - Forschung, Untersuchungen und Ähnliches	4 166	a) 189	189	-	-	-	-	-
		b) 1 900	1 200	500	200	-	-	-
		c) 1 900		1 200	500	200	-	-
Summe des Kapitels 1211	44 518	a) 189	189	-	-	-	-	-
		b) 3 500	2 170	1 000	330	-	-	-
		c) 17 555		6 855	5 685	5 015	-	-
Kapitel 1214								
685 02 - Zuschüsse für Forschungsprogramme	1 000	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) 12 544		1 568	1 568	1 568	7 840	-
686 07 - Kostenerstattung für das Max-Planck-Institut Jena und das Institut für Umweltphysik der Universität Heidelberg (ICOS)	-	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) 28 800		-	1 600	1 600	25 600	-
687 01 - Beiträge an internationale Organisationen	114 212	a) 479 138	49 500	63 982	86 613	84 220	194 823	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
687 03 - EUMETNET-Programme einschließlich Sekretariatskosten	1 310	a) 3 055	1 527	1 528	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
712 02 - Neubauten, größere Um- und Erweiterungsbauten sowie Erwerb von Grundvermögen für diese Zwecke	5 825	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 8 778	4 020	4 758	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
711 01 - Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	2 807	a) 100	100	-	-	-	-	-
		b) 1 095	1 095	-	-	-	-	-
		c) 1 039		1 039	-	-	-	-

12 Übersicht 1
Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Kapitel, Titel (Titelgr.) sowie Zweckbestimmung	Ausgaben-soll 2014	a) Bis einschl. 31.12.2012 eingegangene Verpflichtungen fällig ab 2014 b) VE 2013 c) VE 2014	davon fällig 2014	2015	2016	2017	Folgejahre	in künftigen Haushaltsjahren
	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €
1	2	3	4	5	6	7	8	9
812 03 - Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	7 911	a) 671	362	309	-	-	-	-
		b) 5 000	2 513	771	810	906	-	-
		c) 6 666		1 664	1 180	1 185	2 637	-
Tgr. 55								
532 55 - Ausgaben für Aufträge und Dienstleistungen	4 000	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 1 500	500	500	500	-	-	-
		c) 420		140	140	140	-	-
812 55 - Erwerb von Datenverarbeitungsanlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, Software	13 306	a) 20 180	8 430	7 650	4 100	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
Summe des Kapitels 1214	299 139	a) 503 144	59 919	73 469	90 713	84 220	194 823	-
		b) 16 373	8 128	6 029	1 310	906	-	-
		c) 49 469		4 411	4 488	4 493	36 077	-
Kapitel 1216								
681 01 - Studienbeihilfen an Nachwuchskräfte für das Luftfahrt-Bundesamt	7	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 88	-	19	36	26	7	-
		c) 91		19	36	36	-	-
Summe des Kapitels 1216	68 149	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 88	-	19	36	26	7	-
		c) 91		19	36	36	-	-
Kapitel 1217								
892 01 - Entwicklung und Bau des Erdbeobachtungsinstruments "METimage"	5 018	a) 89 100	8 300	3 000	25 000	22 000	30 800	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
896 01 - Deutscher Beitrag zum Aufbau des europäischen Erdbeobachtungsprogramms "Global Monitoring for Environment and Security" (GMES)	111 129	a) 363 248	80 530	92 428	86 731	62 382	41 177	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
896 02 - Deutscher Beitrag zum Aufbau des europäischen, zivilen Satellitennavigationssystems "Galileo"	8 490	a) 31 440	8 490	22 950	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
Tgr. 01								
831 12 - Beteiligung an Flughafengesellschaften und Erhöhung von Kapitalrücklagen	142 000	a) 143 000	97 500	45 500	-	-	-	-
		b) 142 000	-	-	-	-	-	142 000
		c) -		-	-	-	-	-
861 11 - Darlehen an Flughafengesellschaften, an denen der Bund beteiligt ist	1 000	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 1 000	-	-	-	-	-	1 000
		c) -		-	-	-	-	-
Summe des Kapitels 1217	406 342	a) 626 788	194 820	163 878	111 731	84 382	71 977	-
		b) 143 000	-	-	-	-	-	143 000
		c) -		-	-	-	-	-

Übersicht 1 12
Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Kapitel, Titel (Titelgr.) sowie Zweckbestimmung	Ausgaben-soll 2014 1 000 €		a) Bis einschl. 31.12.2012 eingegangene Verpflichtungen fällig ab 2014 b) VE 2013 c) VE 2014 1 000 €	davon fällig 2014 1 000 €	2015 1 000 €	2016 1 000 €	2017 1 000 €	Folgejahre 1 000 €	in künftigen Haushaltsjahren 1 000 €
1	2		3	4	5	6	7	8	9
Kapitel 1218									
544 01 - Forschung, Untersuchungen und Ähnliches	4 167	a)	1 881	1 500	381	-	-	-	-
		b)	3 200	2 000	850	350	-	-	-
		c)	3 500		2 000	1 000	500	-	-
Summe des Kapitels 1218	1 672 234	a)	1 881	1 500	381	-	-	-	-
		b)	3 200	2 000	850	350	-	-	-
		c)	3 500		2 000	1 000	500	-	-
Kapitel 1221									
518 02 - Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	10 054	a)	19 800	9 800	10 000	-	-	-	-
		b)	10 330	-	-	10 330	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
Summe des Kapitels 1221	82 596	a)	19 800	9 800	10 000	-	-	-	-
		b)	10 330	-	-	10 330	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
Kapitel 1222									
526 02 - Sachverständige	1 100	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	300	300	-	-	-	-	-
		c)	400		400	-	-	-	-
634 04 - Erstattungen des Bundes nach § 21 Abs. 5 und 6 des Gesetzes über die Gründung einer Deutsche Bahn Aktiengesellschaft (DBGrG)	99 661	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	99 661	99 661	-	-	-	-	-
		c)	180 000		90 000	90 000	-	-	-
745 01 - Kostendrittel des Bundes an Kreuzungsmaßnahmen nach § 13 Abs. 1 Satz 2 Eisenbahnkreuzungsgesetz (EKrG) (Baulast Bund)	12 780	a)	413	413	-	-	-	-	-
		b)	5 200	3 700	1 000	500	-	-	-
		c)	5 200		3 700	1 000	500	-	-
861 01 - Darlehen für Investitionen in die Schienenwege der Eisenbahnen des Bundes	-	a)	25 000	25 000	-	-	-	-	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
882 01 - Kostendrittel des Bundes an Kreuzungsmaßnahmen nach § 13 Abs. 1 Satz 2 Eisenbahnkreuzungsgesetz (EKrG) (Baulast: Länder)	17 900	a)	1 652	1 072	580	-	-	-	-
		b)	14 500	10 000	3 000	1 500	-	-	-
		c)	14 500		10 000	3 000	1 500	-	-
883 01 - Kostendrittel des Bundes an Kreuzungsmaßnahmen nach § 13 Abs. 1 Satz 2 Eisenbahnkreuzungsgesetz (EKrG) (Baulast: Kommunen)	50 350	a)	4 798	3 700	1 098	-	-	-	-
		b)	41 000	26 000	10 000	5 000	-	-	-
		c)	41 000		26 000	10 000	5 000	-	-
891 01 - Baukostenzuschüsse für Investitionen in die Schienenwege der Eisenbahnen des Bundes	1 496 026	a)	6 887 569	1 131 392	1 146 564	986 830	1 003 094	2 619 689	-
		b)	1 990 857	104 458	195 000	292 000	206 799	1 192 600	-
		c)	1 432 858		63 510	199 000	103 909	1 066 439	-
891 03 - Baukostenzuschüsse der Europäischen Union für Investitionen in Transeuropäische Verkehrsnetze im Bereich der Eisenbahnen des Bundes	-	a)	95 511	45 511	50 000	-	-	-	-
		b)	350 000	50 000	50 000	50 000	50 000	150 000	-
		c)	300 000		50 000	50 000	50 000	150 000	-

12 Übersicht 1
Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Kapitel, Titel (Titelgr.) sowie Zweckbestimmung	Ausgaben-soll 2014	a) Bis einschl. 31.12.2012 eingegangene Verpflichtungen fällig ab 2014 b) VE 2013 c) VE 2014	davon fällig					
			2014	2015	2016	2017	Folgejahre	in künftigen Haushaltsjahren
	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €
1	2	3	4	5	6	7	8	9
891 04 - Baukostenzuschüsse des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur im Bereich der Eisenbahnen des Bundes	-	a) 36 058	28 298	7 760	-	-	-	-
		b) 170 000	70 000	50 000	30 000	20 000	-	-
		c) 20 000		20 000	-	-	-	-
891 05 - Maßnahmen zur Lärmsanierung an bestehenden Schienenwegen der Eisenbahnen des Bundes	120 000	a) 41 562	24 888	13 923	767	584	1 400	-
		b) 110 000	61 000	27 000	20 000	1 000	1 000	-
		c) 196 000		72 000	68 000	55 000	1 000	-
Tgr. 01								
532 11 - Ausgaben für die Überwachung und Bewertung des Netzzustandes	3 724	a) 290	290	-	-	-	-	-
		b) 1 500	750	750	-	-	-	-
		c) 2 250		750	750	750	-	-
891 11 - Baukostenzuschüsse für einen Infrastrukturbeitrag zur Erhaltung der Schienenwege der Eisenbahnen des Bundes	2 500 000	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 12 500 000	2 500 000	2 500 000	2 500 000	2 500 000	2 500 000	-
		c) 12 500 000		2 500 000	2 500 000	2 500 000	5 000 000	-
Summe des Kapitels 1222	9 976 161	a) 7 092 853	1 260 564	1 219 925	987 597	1 003 678	2 621 089	-
		b) 15 283 018	2 925 869	2 836 750	2 899 000	2 777 799	3 843 600	-
		c) 14 692 208		2 836 360	2 921 750	2 716 659	6 217 439	-
Kapitel 1225								
Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel								
531 01 - Studien, Untersuchungen, Gutachten, Wettbewerbe sowie Projektbegleitung im Rahmen der "Initiative Immobiliendialog"	-	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 100	100	-	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
531 51 - Studien, Untersuchungen, Gutachten, Wettbewerbe sowie Projektbegleitung	-	a) 954	555	399	-	-	-	-
		b) 945	445	300	200	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
532 66 - Studien und Untersuchungen	-	a) 1 876	1 247	629	-	-	-	-
		b) 3 096	967	1 018	1 111	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
532 85 - Modellvorhaben der Raumordnung (Raumordnerisches Aktionsprogramm)	-	a) 1 418	1 418	-	-	-	-	-
		b) 3 654	862	1 368	1 424	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
544 81 - Forschung, Untersuchungen und Ähnliches	-	a) 219	219	-	-	-	-	-
		b) 827	605	222	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
544 82 - Forschung und Untersuchungen im Baubereich	-	a) 293	293	-	-	-	-	-
		b) 1 780	1 705	75	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
661 05 - Zuschüsse im Rahmen des Programms "Niedrigenergiehaus im Bestand" (einschl. Heizungsmodernisierung und Energiesparhäuser) der KfW-Bankengruppe - Abwicklung	-	a) 2 638	2 638	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-

Übersicht 1 12
Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Kapitel, Titel (Titelgr.) sowie Zweckbestimmung	Ausgaben-soll 2014 1 000 €	a) Bis einschl. 31.12.2012 eingegangene Verpflichtungen fällig ab 2014 b) VE 2013 c) VE 2014 1 000 €	davon fällig 2014 1 000 €	2015 1 000 €	2016 1 000 €	2017 1 000 €	Folgejahre 1 000 €	in künftigen Haushaltsjahren 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7	8	9
661 07 - Förderung von Maßnahmen zur energetischen Gebäudesanierung "CO_2-Gebäudesanierungsprogramm" der KfW- Bankengruppe - Abwicklung	-	a) 2 861 792	631 090	592 864	531 689	402 964	703 185	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
661 08 - Zinszuschüsse im Rahmen des Programms " Altersgerecht Umbauen " der KfW- Bankengruppe	-	a) 90 517	15 105	15 836	15 836	13 836	29 904	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
661 09 - Investitionsoffensive Infrastruktur für strukturschwache Kommunen - Abwicklung	-	a) 50 040	25 200	24 840	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
663 34 - Zuschüsse zur Deckung laufender Aufwendungen	-	a) 4	1	1	1	1	-	-
		b) 618	300	78	78	78	84	-
		c) -		-	-	-	-	-
686 09 - Nationale Kofinanzierung des ESF-Bundesprogramms "Soziale Stadt - Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier (BIWAQ)"	-	a) 4 922	4 922	-	-	-	-	-
		b) 1 100	1 100	-	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
686 81 - Zuwendungen für Antragsforschung im Baubereich	-	a) 3 974	3 974	-	-	-	-	-
		b) 4 318	3 005	1 313	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
863 34 - Darlehen	-	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 1 590	1 365	225	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
882 03 - Förderung von Investitionen in nationale UNESCO-Welterbestätten - Abwicklung	-	a) 16 639	16 639	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
882 11 - Zuweisungen an die Länder zur Förderung städtebaulicher Maßnahmen (Städtebauförderung -neu-)	-	a) 483 020	243 062	175 802	64 156	-	-	-
		b) 432 250	113 750	136 500	113 750	68 250	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
882 12 - Zuweisungen zur Förderung von aktiven Stadt- und Ortsteilzentren - Abwicklung	-	a) 11 854	11 854	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
882 13 - Zuweisungen zur Förderung städtebaulicher Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen in den alten Ländern (einschl. ehemaliger Westteil Berlins) - Abwicklung	-	a) 4 153	4 153	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
882 14 - Zuweisungen zur Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf (Soziale Stadt) - Abwicklung	-	a) 13 008	13 008	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
882 15 - Zuweisungen für den Stadtumbau West - Abwicklung	-	a) 10 685	10 685	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
882 16 - Zuweisungen für den Stadtumbau Ost - Abwicklung	-	a) 14 873	14 873	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-

12 Übersicht 1
Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Kapitel, Titel (Titelgr.) sowie Zweckbestimmung	Ausgaben-soll 2014	a) Bis einschl. 31.12.2012 eingegangene Verpflichtungen fällig ab 2014 b) VE 2013 c) VE 2014	davon fällig 2014	2015	2016	2017	Folgejahre	in künftigen Haushaltsjahren
	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €
1	2	3	4	5	6	7	8	9
882 17 - Zuweisungen zur Förderung städtebaulicher Maßnahmen in den neuen Ländern (einschl. ehemaliger Ostteil Berlins) - Abwicklung	-	a) 4 802	4 802	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
882 18 - Zuweisungen für den Städtebaulichen Denkmalschutz Ost - Abwicklung	-	a) 11 278	11 278	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
882 19 - Zuweisungen für den Städtebaulichen Denkmalschutz West - Abwicklung	-	a) 4 452	4 452	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
882 66 - Modellvorhaben	-	a) 2 679	2 079	600	-	-	-	-
		b) 2 321	143	1 067	1 111	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
882 92 - Zuweisungen zur Förderung von kleineren Städten und Gemeinden - Abwicklung	-	a) 2 029	2 029	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
891 01 - Zuschüsse für Investitionen im Rahmen des Programms zur energetischen Gebäudesanierung "CO_2-Gebäudesanierungsprogramm" der KfW-Bankengruppe - Abwicklung	-	a) 139 975	73 700	62 700	3 575	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
891 02 - Zuschüsse für Investitionen im Rahmen des Programms "Altersgerecht Umbauen" der KfW-Bankengruppe	-	a) 2 000	1 000	1 000	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
893 34 - Zuschüsse für Investitionen	-	a) 130	130	-	-	-	-	-
		b) 1 480	555	770	155	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
893 51 - Pilotprojekte	-	a) 410	410	-	-	-	-	-
		b) 655	155	300	200	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
Summe des Kapitels 1225	-	a) 3 740 634	1 100 816	874 671	615 257	416 801	733 089	-
		b) 454 734	125 057	143 236	118 029	68 328	84	-
		c) -		-	-	-	-	-
Kapitel 1226								
Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel								
519 11 - Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	-	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 7 000	5 600	1 400	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
526 44 - Planungskosten für Baumaßnahmen im Parlamentsviertel	-	a) 1 050	1 050	-	-	-	-	-
		b) 2 700	2 050	550	100	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-

Kapitel, Titel (Titelgr.) sowie Zweckbestimmung	Ausgaben-soll 2014 1 000 €	a) Bis einschl. 31.12.2012 eingegangene Verpflichtungen fällig ab 2014 b) VE 2013 c) VE 2014 1 000 €	davon fällig 2014 1 000 €	2015 1 000 €	2016 1 000 €	2017 1 000 €	Folgejahre 1 000 €	in künftigen Haushaltsjahren 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7	8	9
526 47 - Planungskosten für Baumaßnahmen des Bundesrates	-	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 4 600	2 100	1 700	800	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
663 61 - Zuschüsse zur Deckung laufender Aufwendungen	-	a) 3 196	922	645	387	320	922	-
		b) 680	50	80	80	80	360	30
		c) -		-	-	-	-	-
725 05 - Baumaßnahmen für den Deutschen Bundestag und die Bundesregierung im Parlamentsviertel in Berlin	-	a) 1 500	1 500	-	-	-	-	-
		b) 24 500	19 500	4 000	1 000	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
725 11 - Kleine Baumaßnahmen	-	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 3 000	2 400	600	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
731 01 - Baumaßnahmen für den Bundesrat	-	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 24 100	10 600	9 400	4 100	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
863 61 - Darlehen	-	a) 150	150	-	-	-	-	-
		b) 800	650	150	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
893 61 - Zuschüsse für Investitionen	-	a) 2 000	400	400	400	400	400	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
894 02 - Zuschüsse für Investitionen zur Wiedererrichtung des Berliner Schlosses - Bau des Humboldt-Forums im Schlossareal Berlin	-	a) 21 000	5 000	5 100	3 900	3 600	3 400	-
		b) 100 000	52 000	24 000	24 000	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
Summe des Kapitels 1226	-	a) 28 896	9 022	6 145	4 687	4 320	4 722	-
		b) 167 380	94 950	41 880	30 080	80	360	30
		c) -		-	-	-	-	-
Kapitel 1227								
Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel								
518 02 - Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	-	a) 79 717	4 991	5 090	5 192	5 296	59 148	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
812 55 - Erwerb von Datenverarbeitungsanlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, Software	-	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 100	-	100	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
Summe des Kapitels 1227	-	a) 79 717	4 991	5 090	5 192	5 296	59 148	-
		b) 100	-	100	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
Summe des Einzelplans 12	22 783 260	a) 18 858 115	4 007 526	2 978 934	2 191 266	1 933 423	7 746 966	-
		b) 24 035 854	5 700 727	4 139 657	3 662 842	3 035 987	4 143 611	3 353 030
		c) 24 455 475		5 783 022	4 158 880	3 434 229	6 779 344	4 300 000

Personalhaushalt

Einzelplan 12

Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur

Inhalt

Kapitel	Bezeichnung	Seite
	Vorbemerkungen zum Personalhaushalt	264
	Gesamtübersicht	265
1201	Bundesministerium	267
1203	Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes - Bundeswasserstraßen -	271
1204	Bundesanstalt für IT-Dienstleistungen	278
1205	Bundesamt für Güterverkehr	280
1208	Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie	282
1209	Erhebung und Verwendung der Maut (Bundesfernstraßen)	286
1211	Bundesanstalt für Straßenwesen	288
1212	Kraftfahrt-Bundesamt	291
1214	Deutscher Wetterdienst	294
1216	Luftfahrt-Bundesamt	297
1221	Eisenbahn-Bundesamt	303
1223	Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung	307
1227	Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (entfallenes Kapitel)	309
1228	Gemeinschaftsdienste	311
	Übersichten	
	Darstellung der den Planstellen zugeordneten Amtsbezeichnungen	313
	Stellenübersichten der Zuwendungsempfänger:	
1202	Allgemeine Bewilligungen	316

Vorbemerkungen zum Personalhaushalt

1. Ersatz(plan)stellen werden zahlenmäßig in einer eigenen Spalte der Übersichten der ku- und kw-Vermerke in der Gesamtübersicht und in den einzelnen Kapiteln nachgewiesen.

   Ersatz(plan)stellen im Zusammenhang mit der Gewährung von Altersteilzeit sind mit dem Vermerk "kw mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten" ausgewiesen.

   Die sonstigen Ersatz(plan)stellen sind in der Übersicht mit der Kurzformulierung "Ersatzplanstelle" bzw."Ersatzstelle" ausgewiesen, die Kurzformulierung entspricht dabei dem folgenden Wortlaut eines kw-Vermerks:

   - bei Titeln der Gruppe 422: kw - nach Rückkehr der abgeordneten Beschäftigten - mit Übernahme der Ersatzkräfte in eine freie oder die nächste frei werdende Planstelle ihrer Besoldungsgruppe oder mit Versetzung der Beschäftigten oder ihrem Ausscheiden aus dem Dienst

   - bei Titeln der Gruppe 428: kw - nach Rückkehr der abgeordneten Beschäftigten - mit Übernahme der Ersatzkräfte in eine freie oder die nächste frei werdende Stelle ihrer Entgeltgruppe oder Planstelle der entsprechenden Besoldungsgruppe oder mit Versetzung der Beschäftigten oder ihrem Ausscheiden aus dem Dienst

2. AT B ist die Kurzbezeichnung für Arbeitsverhältnisse mit Verträgen nach Anlage 1a oder 1b des BMI-Rundschreibens vom 18. November 2005 - D II 2 - 220 234 - in der jeweils geltenden Fassung.

3. Anzahl der im Haushaltsjahr 2012 eingesetzten Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen (umgerechnet auf vollbeschäftigte Arbeitskräfte im Haushaltsjahr) und Auszubildende (Jahresdurchschnitt):

Kapitel	Titel	Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen	Auszubildende
1201	427 09	45,6	25,5
1201	427 49	8,3	-
1203	427 09	70,7	223,4
1203	427 19	174,4	850,4
1203	427 49	2,7	-
1203	427 59	18,8	-
1205	427 09	36,5	41,0
1208	427 09	26,1	21,9
1208	427 19	22,6	-
1209	427 09	34,0	-
1211	427 09	38,0	19,0
1211	427 29	24,0	-
1212	427 09	40,5	49,5
1212	427 19	3,0	-
1214	427 09	143,5	11,0
1214	427 19	16,5	-
1214	427 29	28,5	-
1214	427 39	-	-
1214	427 79	-	-
1216	427 09	27,5	9,0
1216	427 19	1,5	-
1216	427 49	11,0	-
1221	427 09	50,0	17,0
1221	427 19	3,0	-
1227	427 09	49,0	34,0
1227	427 19	6,5	-
Zusammen		882,2	1.301,7

4. Arbeitsplatzbeschreibungen liegen zurzeit nicht vollständig für alle Stellen der Gruppe 428 des Einzelplans 12 (einschließlich der Stellen der institutionell geförderten Zuwendungsempfänger) vor, weil durch Organisationsveränderungen und Organisationsuntersuchungen die vorliegenden Personalbedarfsermittlungen überholt und Neubemessungen sowie Aktualisierungen notwendig geworden sind.

Gesamtübersicht

Planstellen, Stellen, Leerstellen

Kap.	Behörde	Beamtinnen und Beamte Tit. 422 .1		Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Tit. 428 .1		Zusammen (Spalten 3 bis 6)	
		2014	2013	2014	2013	2014	2013
1	2	3	4	5	6	7	8
	Planstellen und Stellen						
1201	Bundesministerium	896,2	858,5	482,0	478,0	1 378,2	1 336,5
1203	Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes - Bundeswasserstraßen -	1 807,0	1 822,0	10 592,5	10 738,5	12 399,5	12 560,5
1204	Bundesanstalt für IT-Dienstleistungen	157,0	107,0	63,0	39,5	220,0	146,5
1205	Bundesamt für Güterverkehr	245,5	154,0	521,0	542,5	766,5	696,5
1208	Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie	205,5	188,0	564,5	573,0	770,0	761,0
1209	Erhebung und Verwendung der Maut (Bundesfernstraßen)	728,0	618,0	375,7	381,2	1 103,7	999,2
1211	Bundesanstalt für Straßenwesen	151,5	154,0	147,3	151,3	298,8	305,3
1212	Kraftfahrt-Bundesamt	156,0	157,0	545,0	556,5	701,0	713,5
1214	Deutscher Wetterdienst	1 672,5	1 678,0	567,5	579,0	2 240,0	2 257,0
1216	Luftfahrt-Bundesamt	808,0	825,5	497,5	467,5	1 305,5	1 293,0
1221	Eisenbahn-Bundesamt	1 132,0	1 055,0	136,0	147,0	1 268,0	1 202,0
1223	Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung	81,5	-	6,0	-	87,5	-
1227	Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (entfallenes Kapitel)	-	309,0	-	742,5	-	1 051,5
1228	Gemeinschaftsdienste	11,0	13,0	33,5	31,5	44,5	44,5
	Zusammen	8 051,7	7 939,0	14 531,5	15 428,0	22 583,2	23 367,0
	Leerstellen						
1201	Bundesministerium	51,0	51,0	20,0	30,0	71,0	81,0
1203	Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes - Bundeswasserstraßen -	2,0	7,0	9,0	12,0	11,0	19,0
1204	Bundesanstalt für IT-Dienstleistungen	1,0	1,0	-	-	1,0	1,0
1208	Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie	5,0	12,0	4,0	6,0	9,0	18,0
1211	Bundesanstalt für Straßenwesen	3,0	7,0	-	3,5	3,0	10,5
1212	Kraftfahrt-Bundesamt	3,0	3,0	23,0	28,0	26,0	31,0
1214	Deutscher Wetterdienst	23,5	17,0	6,0	6,0	29,5	23,0
1216	Luftfahrt-Bundesamt	6,0	8,0	27,0	28,0	33,0	36,0
1221	Eisenbahn-Bundesamt	3,0	3,0	-	-	3,0	3,0
1227	Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (entfallenes Kapitel)	-	3,0	-	4,0	-	7,0
1228	Gemeinschaftsdienste	-	-	0,5	0,5	0,5	0,5
	Zusammen	97,5	112,0	89,5	118,0	187,0	230,0

ku- und kw-Vermerke

Kap.	Dienststelle	Zusammen	davon fällig					Ersatz(plan)-stellen	Sonstige
			2014	2015	2016	2017	2018 ff.		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
	ku-Vermerke								
1203	Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes - Bundeswasserstraßen -	10,5	-	-	-	-	-	-	10,5
1204	Bundesanstalt für IT-Dienstleistungen	1,0	-	-	-	-	-	-	1,0
1205	Bundesamt für Güterverkehr	6,0	-	-	-	-	-	-	6,0
1208	Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie	1,0	-	-	-	-	-	-	1,0
1209	Erhebung und Verwendung der Maut (Bundesfernstraßen)	227,0	-	-	-	-	-	-	227,0
1211	Bundesanstalt für Straßenwesen	1,0	-	-	-	-	-	-	1,0
1214	Deutscher Wetterdienst	1,0	-	-	-	-	-	-	1,0
1216	Luftfahrt-Bundesamt	1,0	-	-	-	-	-	-	1,0
1221	Eisenbahn-Bundesamt	10,0	-	-	-	-	-	-	10,0
1223	Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung	2,5	-	-	-	-	-	-	2,5
	Zusammen	261,0	-	-	-	-	-	-	261,0
	kw-Vermerke								
1201	Bundesministerium	36,5	-	11,0	-	-	-	12,5	13,0
1203	Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes - Bundeswasserstraßen -	128,5	-	1,0	-	3,0	-	106,0	18,5
1204	Bundesanstalt für IT-Dienstleistungen	5,0	-	-	-	-	-	-	5,0
1208	Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie	34,0	-	8,0	-	21,0	-	1,0	4,0

12 Gesamtübersicht

Kap.	Dienststelle	Zusammen	davon fällig					Ersatz(plan)-stellen	Sonstige
			2014	2015	2016	2017	2018 ff.		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1209	Erhebung und Verwendung der Maut (Bundesfernstraßen).......	69,5	-	-	-	-	-	-	69,5
1211	Bundesanstalt für Straßenwesen.......	6,0	-	1,0	-	-	1,0	4,0	-
1212	Kraftfahrt-Bundesamt.......	7,0	-	4,0	-	-	-	3,0	-
1214	Deutscher Wetterdienst.......	32,5	-	3,5	5,0	-	1,5	13,5	9,0
1216	Luftfahrt-Bundesamt.......	13,0	-	-	9,0	-	-	-	4,0
1221	Eisenbahn-Bundesamt.......	76,5	-	33,5	2,0	24,0	2,0	14,0	1,0
1223	Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung.......	11,0	-	-	-	-	-	-	11,0
1228	Gemeinschaftsdienste.......	4,0	-	-	-	-	-	-	4,0
	Zusammen.......	423,5	-	62,0	16,0	48,0	4,5	154,0	139,0

Institutionell geförderte Zuwendungsempfänger / Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO

Kap.	Kapitelbezeichnung	Stellen mit Dauerarbeitskräften besetzbar				Stellen für Arbeitskräfte mit befristeten Arbeitsverträgen	
		Tit. 422 .1, 425 .1, 426 .1, 428 .1 sowie entsprechende Kontierung im Wirtschaftsplan		Tit. 425 .1, 426 .1, 428 .1 (Projektförderung / Aufträge Dritter)		Tit. 427 .9 (Projektförderung / Aufträge Dritter)	
		2014	2013	2014	2013	2014	2013
1	2	3	4	5	6	7	8
1202	Allgemeine Bewilligungen.......	53,0	53,0	-	-	-	-
1225	Wohnungswesen und Städtebau (entfallenes Kapitel).......	-	78,0	-	-	-	-
1226	Hochbau- und Förderungsmaßnahmen in Berlin und Bonn (entfallenes Kapitel).......	-	15,0	-	-	-	-
	Zusammen.......	53,0	146,0	-	-	-	-

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr: Neue Stellen, Stellenwegfall – ohne ku/ kw-Vermerke +	–	Neue Stellen, Stellenwegfall – und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken +	–	Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken +	–	Hebungen, Herabstufungen +	–	Umwandlungen, Umsetzungen +	–	von Sp. 2 entfallen auf Funktionsgruppen
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Beamtinnen und Beamte														
B 11	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 9	10,0	9,0	7,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 6	20,0	20,0	12,0	1,0	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
B 3	66,0	63,0	52,8	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 16	41,0	37,0	32,7	3,0	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-
A 15	207,7	195,0	193,7	10,0	2,0	1,0	-	1,0	1,0	-	-	3,7	-	-
A 14	114,0	108,5	101,7	7,0	-	-	1,0	-	1,0	-	-	0,5	-	-
A 13 h	49,0	52,5	41,1	1,0	-	-	-	-	4,5	-	-	-	-	-
A 13 g+Z	15,0	15,0	14,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g	168,5	159,0	151,7	8,0	2,0	-	-	-	-	-	-	3,5	-	-
A 12	67,0	64,5	42,7	6,0	-	-	-	-	2,0	-	-	0,5	2,0	-
A 11	33,0	33,0	25,4	3,0	-	1,0	-	-	1,0	-	-	-	3,0	-
A 10	3,0	4,0	6,0	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
A 9 g	4,0	4,0	11,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m+Z	11,0	11,0	10,7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m	22,0	22,0	18,7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 8	18,0	14,0	9,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 7	7,0	7,0	8,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 6 m	5,0	5,0	0,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 6 e	9,0	9,0	8,4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 5	16,0	16,0	15,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 4	7,0	7,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 2/3	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	896,2	858,5	765,4	47,0	4,0	2,0	1,0	1,0	11,5	-	-	9,2	5,0	-
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
AT (B 9)	-	-	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
AT (B 6)	-	-	7,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
AT (B 3)	-	-	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
AT B	-	-	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	-	-	20,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 15	6,0	6,0	6,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 14	42,0	38,0	42,3	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 13	16,0	16,0	15,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 12	30,5	26,5	35,1	2,0	-	-	-	-	-	-	-	2,0	-	-
E 11	28,0	28,0	34,3	1,0	-	-	-	-	3,0	-	-	2,0	-	-
E 10	4,0	5,0	9,1	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-
E 9	34,0	35,0	41,4	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
E 8	119,0	119,0	112,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-
E 7	9,0	9,0	12,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 6	115,0	115,0	115,2	2,0	2,0	-	-	-	1,0	-	-	1,0	-	-
E 5	38,5	40,0	49,4	-	0,5	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
E 4	16,0	16,0	22,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 3	24,0	24,5	26,5	-	-	-	-	-	0,5	-	-	-	-	-
E 2	-	-	1,7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	482,0	478,0	523,3	10,0	2,5	-	1,0	-	6,5	-	-	5,0	1,0	-
Insgesamt	482,0	478,0	543,3	10,0	2,5	-	1,0	-	6,5	-	-	5,0	1,0	-

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 422 01

1. **Zu A 15:**
   2 Planstellen dürfen mit Soldatinnen oder Soldaten besetzt werden.
2. Die folgenden Planstellen dürfen nur mit Überhangpersonal besetzt werden:**1,0 A 16, 1,0 A 15, 2,0 A 14, 1,0 A 13 h, 4,0 A 13 g, 2,0 A 12, 2,0 A 8** (Zusammen: **15,0**).

1201 Bundesministerium

Zu Titel 428 01

Die folgenden Stellen dürfen nur mit Überhangpersonal besetzt werden: 2,0 E 12, 1,0 E 11, 1,0 E 9, 1,0 E 6 (Zusammen: 5,0).

Erläuterungen:

Zu Titel 422 01

Zu Spalte 4:
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
2,0 B9; 7,0 B6; 6,0 B3; 5,0 A16; 0,8 A15; 4,3 A14; 1,0 A13h; 3,0 A13g; 14,1 A12; 8,0 A11; 0,3 A9m+Z; 1,2 A9m; 3,0 A8; 2,0 A7; 5,0 A6m; 0,6 A6e; 6,5 A4; 1,0 A2/3 (Zusammen: 70,8).

Daneben werden 58,0 beamtete Hilfskräfte (Tit. 422 02) beschäftigt.

Zu Titel 428 01

Das Stellensoll enthält folgende für die Umsetzung des Personalrahmenkonzepts zur internationalen Personalpolitik (PRK) ausgebrachte Stellen: 3,0 E14.

Zu Spalte 4:
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
2,0 AT(B9); 7,0 AT(B6); 6,0 AT(B3); 5,0 ATB; 0,8 E15; 4,3 E14; 1,0 E13; 10,1 E12; 7,0 E11; 3,0 E10; 6,5 E9; 3,0 E8; 5,0 E6; 2,0 E5; 5,5 E4; 2,6 E3 (Zusammen: 70,8).

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 422 01				
			1.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
A 15	1,0	1,0	1.1	Zentralkommission für die Rheinschifffahrt (ZKR)
B 3	-	1,0	1.2	FDP-Fraktion des Deutschen Bundestages
A 16	2,0	2,0	1.3	SPD-Fraktion des Deutschen Bundestages
A 14	1,0	1,0		
B 3	1,0	1,0	1.4	DEGES Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH
B 3	1,0	1,0	1.5	CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages
A 16	1,0	1,0		
A 15	1,0	1,0		
B 6	1,0	-	1.6	Verkehrsinfrastrukturgesellschaft (VIFG)
A 15	1,0	1,0	1.7	Europäische Agentur für Flugsicherheit (EASA)
A 14	1,0	1,0		
A 13 h	1,0	1,0		
A 14	-	1,0	1.8	Zentrum der Vereinten Nationen für menschliche Siedlungen - HABITAT (UNCHS-HABITAT)
B 6	1,0	1,0	1.9	Stiftung Berliner Schloss - Humboldtforum
A 15	1,0	1,0	1.12	Weltorganisation für Meteorologie (WMO)
A 15	1,0	1,0	1.15	Fraktion der Europäischen Volkspartei im Parlament der Europäischen Union
A 15	-	1,0	1.24	Europäisches Zentrum für mittelfristige Wettervorhersage (EZMW)
B 3	-	1,0	1.27	Organisation für den internationalen Eisenbahnverkehr (OTIF)
A 14	-	1,0		
Zusammen	15,0	19,0		
			2.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen	27,0	26,0	2.1	gemäß §§ 90, 92, 95 BBG, § 7 DBeglG, § 6 MuSchEltZV, § 24 GAD
			3.	**Sonstige Beurlaubung**
A 16	1,0	-	3.1	Bundeskanzleramt
A 15	4,0	3,0		
A 14	4,0	2,0		
A 5	-	1,0		
Zusammen	9,0	6,0		
Insgesamt	51,0	51,0		
Zu Titel 428 01				
			1.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
E 9	-	1,0	1.1	CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages
AT (B 3)	1,0	1,0	1.3	Stiftung Berliner Schloss - Humboldtforum
AT (B 3)	1,0	1,0	1.4	Autobahn Tank & Rast Holding GmbH
E 12	1,0	1,0	1.5	Verkehrsinfrastrukturgesellschaft (VIFG)
E 15	1,0	1,0	1.6	Europarat
E 14	1,0	-	1.7	DB AG

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
E 15..................	-	1,0	1.10	Europäische Konferenz der Verkehrsminister (ECMT)
Zusammen.........	5,0	6,0		
			2.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	11,5	17,5	2.1	gemäß § 28 TVöD, § 9 UmzugsTV, § 15 BEEG, § 24 GAD
			3.	**Sonstige Beurlaubung**
AT (B 3).............	1,0	2,0	3.1	Bundeskanzleramt
AT B..................	1,0	1,0		
E 15..................	-	1,0		
E 6.....................	-	1,0	3.2	Befristete Rente gem. § 33 Abs. 2 TVöD
E 5.....................	1,5	1,5		
Zusammen.........	3,5	6,5		
Insgesamt..........	20,0	30,0		

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
1	2	3	4	5	6	7

Zu Titel 422 01

Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
					ku	
				2.	**ku**	
				2.1	in Bes.-Gr. A 15	
B 6....................	-	-	1,0	2.1.1	spätestens 31.03.2013	Wirksamwerden des Vermerks
					kw	
				1.	**kw mit Wegfall der Aufgabe**	
				1.1	-	
B 3....................	1,0	-	1,0	1.1.1	Administrative Begleitung der umzugsbedingten Bauaufgaben in Berlin	-
A 15..................	1,0	-	1,0			-
A 16..................	1,0	-	1,0	1.1.2	Gemeinsamer Ausschuss Bund/Berlin, Kooperationsausschuss Bund/Brandenburg	-
A 15..................	1,0	-	1,0	1.1.4	Umzugsbedingte Hauptstadtangelegenheiten	-
A 14..................	1,0	-	1,0	1.1.5	Ausgleich für die Region Bonn	-
				2.	**kw mit Wegfall der Aufgabe**	
				2.1	-	
A 13 g..............	1,0	-	-	2.1.1	Breitbandversorgung	Aufnahme des Vermerks
				3.	**kw**	
A 14..................	-	-	1,0	3.1	Ersatzplanstelle	Wirksamwerden des Vermerks
A 13 h..............	1,0	1,0	3,0			Wirksamwerden des Vermerks
A 11..................	1,0	1,0	1,0			-
A 15..................	2,0	2,0	3,0	3.2	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	Wirksamwerden des Vermerks
A 14..................	0,5	0,5	0,5			-
A 13 h..............	0,5	0,5	3,0			Wirksamwerden des Vermerks
A 12..................	-	-	2,0			Wirksamwerden des Vermerks
A 11..................	2,0	2,0	3,0			Wirksamwerden des Vermerks
A 10..................	-	-	1,0			Wirksamwerden des Vermerks
				5.	**kw 31.12.2015**	
A 16..................	1,0	-	1,0	5.1	-	-
A 14..................	-	-	1,0			Wegfall der Planstelle
A 13 g..............	1,0	-	1,0			-
A 12..................	2,0	-	2,0			-
				5.2	-	
A 15..................	1,0	-	-	5.2.1	EFRE	Neue Planstelle
A 11..................	1,0	-	-			Neue Planstelle
				6.	**kw 31.12.2014**	
A 15..................	-	-	1,0	6.1	-	Wegfall des Vermerks
A 14..................	-	-	1,0			Wegfall des Vermerks
A 12..................	-	-	1,0			Wegfall des Vermerks
Zusammen.......	19,0	7,0	30,5			

1201 Bundesministerium

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
1	2	3	4	5	6	7
Zu Titel 428 01						
					kw	
				1.	**kw mit Wegfall der Aufgabe**	
				1.1	-	
E 8	1,0	-	1,0	1.1.1	Gemeinsamer Ausschuss Bund/Berlin, Kooperationsausschuss Bund/Brandenburg	-
E 6	1,0	-	1,0	1.1.2	Vorlesekraft	-
				2.	**kw**	
E 13	1,0	1,0	1,0	2.1	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	-
E 11	-	-	3,0			Wirksamwerden des Vermerks
E 10	1,0	1,0	1,0			-
E 9	3,5	3,5	4,5			Wirksamwerden des Vermerks
E 5	-	-	1,0			Wirksamwerden des Vermerks
				3.	**kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber/innen**	
E 4	5,0	-	5,0	3.1	Fahrbereitschaft	-
				4.	**kw 31.12.2013**	
				4.1	-	
E 6	-	-	1,0	4.1.1	Ausgleich für Energiewende	Wirksamwerden des Vermerks
E 3	-	-	0,5			Wirksamwerden des Vermerks
				5.	**kw 31.12.2015**	
E 14	3,0	-	3,0	5.1	-	-
E 12	1,0	-	1,0			-
E 10	1,0	-	2,0			Wegfall der Stelle
Zusammen	17,5	5,5	25,0			

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr: Neue Stellen, Stellenwegfall ohne ku/ kw-Vermerke +	-	Neue Stellen, Stellenwegfall und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken +	-	Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken +	-	Hebungen, Herabstufungen +	-	Umwandlungen, Umsetzungen +	-	von Sp. 2 entfallen auf Funktionsgruppen
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Beamtinnen und Beamte														
B 5	7,0	7,0	7,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 3	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 2	6,0	7,0	5,0	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 1	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 16	33,0	33,0	33,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 15	133,0	133,0	120,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 14	135,0	135,0	121,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 h	103,0	103,0	57,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g+Z	17,0	17,0	15,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g	78,0	78,0	63,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 12	163,0	163,0	138,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 11	145,0	146,0	101,0	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
A 10	118,0	121,0	76,0	-	-	-	-	-	3,0	-	-	-	-	-
A 9 g	13,0	13,0	12,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m+Z	16,0	16,0	16,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m	32,0	31,0	32,0	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-
A 8	57,0	57,0	42,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 7	24,0	27,0	2,5	-	2,0	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
A 6 m	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 6 e	4,0	5,0	5,0	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
A 5	4,0	3,0	2,0	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-
Zusammen	1 092,0	1 099,0	852,5	-	3,0	-	-	1,0	6,0	-	-	1,0	-	-
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 15	3,0	3,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 14	6,0	2,0	20,0	1,0	-	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-
E 13	26,0	26,0	37,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 12	162,0	162,0	138,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 11	204,0	204,0	239,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 10	104,0	106,0	125,0	-	-	-	-	-	2,0	-	-	-	-	-
E 9	169,0	171,0	163,5	-	-	-	-	-	2,0	-	-	-	-	-
E 8	408,0	407,0	383,5	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 7	11,0	11,0	14,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 6	596,0	600,0	517,0	1,0	-	-	-	-	5,0	-	-	-	-	-
E 5	332,5	336,5	362,0	-	3,0	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
E 4	59,0	61,0	63,5	-	1,0	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
E 3	124,0	136,0	130,0	-	9,0	-	-	-	3,0	-	-	-	-	-
E 2	11,0	14,0	31,0	-	1,0	-	-	-	2,0	-	-	-	-	-
Zusammen	2 215,5	2 239,5	2 227,0	3,0	14,0	3,0	-	-	16,0	-	-	-	-	-
Titel 428 02 - Erläuterungen														
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 15			1,0											
E 14			33,0											
E 13			48,0											
E 12			31,0											
E 11			20,0											
E 10			16,0											
E 9			17,0											
E 8			1,0											
E 6			1,0											
Zusammen			168,0											

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 422 01

Mit Genehmigung des Bundesministeriums der Finanzen dürfen die bei Tit. 422 01 und 422 11 ausgebrachten Planstellen innerhalb der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes ausgetauscht werden, soweit dies aus personalwirtschaftlichen Gründen erforderlich ist.

1203 Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes - Bundeswasserstraßen -

Zu Titel 428 01

Mit Genehmigung des Bundesministeriums der Finanzen dürfen die bei Tit. 428 01 und 428 11 ausgebrachten Stellen innerhalb der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes ausgetauscht werden, soweit dies aus personalwirtschaftlichen Gründen erforderlich ist.

Erläuterungen:

Zu Titel 422 01

Zu Spalte 2:
Davon mit Dienstwohnung 15,0 Beamte (2013: 14,0).

Zu Spalte 4:
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
2,5 A15; 17,0 A14; 20,0 A13h; 1,0 A13g; 18,5 A12; 41,0 A11; 17,0 A10; 6,0 A9g; 8,5 A8; 21,0 A7; 1,0 A6m; 1,0 A5 (Zusammen: 154,5).

Davon im Polizeivollzugsdienst:
1,0 A16.

Daneben werden 3,0 beamtete Hilfskräfte (Tit. 422 02) beschäftigt.

Zu Spalte 2 (Aufteilung der Planstellen):

Bes.Gr./Verg.-Gr./E.-Gr.	Wasser- und Schifffahrtsverwaltung	Bundesanstalt für Wasserbau	Bundesanstalt für Gewässerkunde	Insgesamt
1	2	3	4	5
Beamtinnen und Beamte				
B 5	7,0	-	-	7,0
B 3	-	1,0	1,0	2,0
B 2	6,0	-	-	6,0
B 1	-	1,0	-	1,0
A 16	25,0	5,0	3,0	33,0
A 15	97,0	17,0	19,0	133,0
A 14	85,0	23,0	27,0	135,0
A 13 h	92,0	3,0	8,0	103,0
A 13 g+Z	17,0	-	-	17,0
A 13 g	74,0	2,0	2,0	78,0
A 12	148,0	10,0	5,0	163,0
A 11	135,0	4,0	6,0	145,0
A 10	115,0	3,0	-	118,0
A 9 g	12,0	-	1,0	13,0
A 9 m+Z	15,0	-	1,0	16,0
A 9 m	30,0	1,0	1,0	32,0
A 8	56,0	-	1,0	57,0
A 7	24,0	-	-	24,0
A 6 m	1,0	-	-	1,0
A 6 e	4,0	-	-	4,0
A 5	4,0	-	-	4,0
Zusammen	947,0	70,0	75,0	1 092,0

Zu Titel 428 01

Zu Spalte 2:
Davon mit Dienstwohnung 9,0 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (2013: 9,0).

Zu Spalte 4:
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
2,0 E15; 16,0 E14; 15,0 E13; 14,0 E12; 38,0 E11; 29,0 E10; 5,5 E9; 13,5 E8; 1,0 E7; 10,5 E6; 6,5 E5; 2,5 E4; 1,0 E2 (Zusammen: 154,5).

Zu Spalte 2 (Aufteilung der Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer):

Bes.Gr./Verg.-Gr./E.-Gr.	Wasser- und Schifffahrtsverwaltung	Bundesanstalt für Wasserbau	Bundesanstalt für Gewässerkunde	Insgesamt
1	2	3	4	5
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer				
E 15	1,0	1,0	1,0	3,0
E 14	3,0	3,0	-	6,0
E 13	18,0	-	8,0	26,0
E 12	159,0	1,0	2,0	162,0
E 11	200,0	3,0	1,0	204,0
E 10	101,0	3,0	-	104,0
E 9	155,0	8,0	6,0	169,0
E 8	343,0	43,0	22,0	408,0
E 7	5,0	6,0	-	11,0
E 6	519,0	48,0	29,0	596,0
E 5	315,5	6,0	11,0	332,5
E 4	55,0	-	4,0	59,0
E 3	123,0	-	1,0	124,0
E 2	11,0	-	-	11,0
Zusammen	2 008,5	122,0	85,0	2 215,5

Ab dem Haushalt 2013 werden für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie für sonstige wissenschaftsrelevante Beschäftigte keine verbindlichen Stellen mehr ausgebracht.

Zu Titel 428 02

Die dargestellten Beschäftigungsverhältnisse sind - einmalig für das Haushaltsjahr 2012 - auch in der Ist-Besetzung zu Tit. 428 01 enthalten.

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 422 01				
			2.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen	1,0	6,0	2.1	gemäß §§ 90, 92, 95 BBG, § 7 DBeglG, § 6 MuSchEltZV, § 24 GAD
Zu Titel 428 01				
			1.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
E 14	1,0	1,0	1.1	Weltorganisation für Meteorologie, Genf
E 14	1,0	1,0	1.2	European Maritime Safety Agency (EMSA), Brüssel
E 15	1,0	1,0	1.3	UNESCO
E 11	1,0	1,0	1.4	Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen (FRONTEX), Warschau
Insgesamt	4,0	4,0		
			2.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen	2,0	5,0	2.1	gemäß § 28 TVöD, § 9 UmzugsTV, § 15 BEEG, § 24 GAD
Insgesamt	6,0	9,0		

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
1	2	3	4	5	6	7
Zu Titel 422 01						
					ku	
				1.	**ku mit Ausscheiden der Planstelleninhaber /innen**	
A 6 e	2,5	-	3,5	1.1	in Bes.-Gr. A 5	Wirksamwerden des Vermerks
A 9 m+Z	0,5	-	0,5	1.2	in Bes.-Gr. A 7	-
				1.3	in Bes.-Gr. B 2	
B 5	4,0	-	-	1.3.1	WSV-Reform	Aufnahme des Vermerks
Zusammen	7,0	-	4,0			
					kw	
				1.	**kw 31.12.2015**	
				1.1	-	
A 11	1,0	-	1,0	1.1.1	DLZ PersOrg	-

1203 Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes - Bundeswasserstraßen -

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
1	2	3	4	5	6	7
				3.	**kw mit Ausscheiden der Planstelleninhaber/innen**	
				3.1	-	
A 12	1,0	-	1,0	3.1.1	ehem. BKK	-
				5.	**kw**	
A 13 h	3,0	3,0	3,0	5.1	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	-
A 11	-	-	1,0			Wirksamwerden des Vermerks
A 10	1,0	1,0	4,0			Wirksamwerden des Vermerks
A 9 g	2,0	2,0	2,0			-
A 7	2,0	2,0	3,0			Wirksamwerden des Vermerks
Zusammen	10,0	8,0	15,0			

Zu Titel 428 01

Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
					kw	
				1.	**kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber/innen**	
				1.1	-	
E 13	1,0	-	1,0	1.1.1	Sekretariat der IKSR	-
E 9	1,0	-	1,0			-
				2.	**kw**	
E 10	4,0	4,0	6,0	2.1	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	Wirksamwerden des Vermerks
E 9	3,0	3,0	5,0			Wirksamwerden des Vermerks
E 6	3,0	3,0	8,0			Wirksamwerden des Vermerks
E 5	9,0	9,0	10,0			Wirksamwerden des Vermerks
E 4	1,0	1,0	1,0			-
E 3	-	-	1,0			Wirksamwerden des Vermerks
E 2	2,0	2,0	2,0			-
				3.	**kw mit Wegfall der Aufgabe**	
				3.1	-	
E 6	1,0	-	1,0	3.1.1	Vorlesekraft	-
				4.	**kw 31.12.2017**	
				4.1	-	
E 14	3,0	-	-	4.1.1	Unterstützung BSH im Bereich Offshore	Neue Stelle
				5.	**kw 31.12.2013**	
				5.1	-	
E 4	-	-	1,0	5.1.1	Ausgleich für Energiewende	Wirksamwerden des Vermerks
E 3	-	-	2,0			Wirksamwerden des Vermerks
E 2	-	-	2,0			Wirksamwerden des Vermerks
Zusammen	28,0	22,0	41,0			

Tgr. 01 - Bau und Betrieb der Bundeswasserstraßen

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt-gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Neue Stellen, Stellenwegfall ohne ku/ kw-Vermerke +	-	und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken +	-	Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken +	-	Hebungen, Herabstufungen +	-	Umwandlungen, Umsetzungen +	-	von Sp. 2 entfallen auf Funktionsgruppen
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 11														
Beamtinnen und Beamte														
A 16	4,0	4,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 15	20,0	20,0	17,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 14	53,0	53,0	49,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 h	22,0	22,0	8,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g+Z	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g	8,0	8,0	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 12	78,0	78,0	77,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 11	147,0	147,0	103,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 10	36,0	36,0	19,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 g	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt-gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr: Neue Stellen, Stellenwegfall ohne ku/ kw-Vermerke +	-	und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken +	-	Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken +	-	Hebungen, Herabstufungen +	-	Umwandlungen, Umsetzungen +	-	von Sp. 2 entfallen auf Funktionsgruppen
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
A 9 m+Z.............	17,0	17,0	13,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m.................	41,0	41,0	42,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 8......................	171,0	174,0	146,0	-	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 7......................	94,0	96,0	65,0	-	-	-	-	-	2,0	-	-	-	-	-
A 6 m.................	1,0	2,0	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 6 e..................	8,0	9,0	9,0	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
A 5......................	11,0	11,0	11,0	-	-	-	-	1,0	1,0	-	-	-	-	-
A 4......................	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen..........	715,0	722,0	571,0	-	4,0	-	-	1,0	4,0	-	-	-	-	-
Titel 428 11 - Erläuterungen														
Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
AT B....................	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 15....................	13,0	13,0	5,5	1,0	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
E 14....................	72,0	72,0	73,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 13....................	136,0	137,0	113,5	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
E 12....................	257,0	252,0	221,0	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 11.....................	160,0	155,0	203,5	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 10....................	125,0	126,0	132,5	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
E 9......................	416,5	417,5	397,0	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
E 8......................	1 921,0	1 927,0	1 594,0	-	-	-	-	-	6,0	-	-	-	-	-
E 7......................	1 318,0	1 341,0	1 286,5	-	21,0	-	-	-	2,0	-	-	-	-	-
E 6......................	2 746,0	2 806,0	2 178,0	-	55,0	-	-	-	5,0	-	-	-	-	-
E 5......................	1 077,5	1 109,5	1 692,0	-	9,0	-	-	-	23,0	-	-	-	-	-
E 4......................	44,0	48,0	128,5	-	2,0	-	-	-	2,0	-	-	-	-	-
E 3......................	59,0	63,0	203,5	-	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 2......................	5,0	6,0	16,0	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
Zusammen..........	8 350,0	8 473,0	8 244,5	11,0	91,0	-	-	-	43,0	-	-	-	-	-
Insgesamt...........	8 350,0	8 473,0	8 245,5	11,0	91,0	-	-	-	43,0	-	-	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 422 11

Mit Genehmigung des Bundesministeriums der Finanzen dürfen die bei Tit. 422 01 und 422 11 ausgebrachten Planstellen innerhalb der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes ausgetauscht werden, soweit dies aus personalwirtschaftlichen Gründen erforderlich ist.

Zu Titel 428 11

Mit Genehmigung des Bundesministeriums der Finanzen dürfen die bei Tit. 428 01 und 428 11 ausgebrachten Stellen innerhalb der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes ausgetauscht werden, soweit dies aus personalwirtschaftlichen Gründen erforderlich ist.

Erläuterungen:

Zu Titel 422 11

Zu Spalte 2:
Davon mit Dienstwohnung 62,0 Beamte (2013: 65,0).

Zu Spalte 4:
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
1,0 A16; 1,0 A15; 2,0 A14; 10,0 A13h; 1,5 A12; 32,5 A11; 17,0 A10; 0,5 A9g; 23,0 A8; 21,0 A7; 2,0 A6m; 1,0 A4 (Zusammen: 112,5).

Zu Titel 428 11

Zu Spalte 2:
Davon mit Dienstwohnung 113,0 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (2013: 120,0).

1203 Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes - Bundeswasserstraßen -

Zu Spalte 4:
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
1,0 ATB; 0,5 E15; 12,5 E13; 30,0 E11; 19,0 E10; 9,0 E9; 18,0 E8; 1,0 E7; 12,5 E6; 7,5 E5; 0,5 E4; 1,0 E3 (Zusammen: 112,5).

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 422 11				
			1.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	1,0	1,0	1.1	gemäß §§ 90, 92, 95 BBG, § 7 DBeglG, § 6 MuSchEltZV, § 24 GAD
Zu Titel 428 11				
			1.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	3,0	3,0	1.1	gemäß § 28 TVöD, § 9 UmzugsTV, § 15 BEEG, § 24 GAD

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
1	2	3	4	5	6	7
Zu Titel 422 11						
					ku	
				1.	**ku mit Ausscheiden der Planstelleninhaber /innen**	
A 6 e................	3,5	-	4,5	1.1	in Bes.-Gr. A 5	Wirksamwerden des Vermerks
					kw	
				1.	**kw**	
A 9 g................	1,0	1,0	1,0	1.1	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	-
A 7....................	4,0	4,0	4,0			-
A 6 m...............	1,0	1,0	1,0			-
				2.	**kw 31.12.2013**	
				2.1	-	
A 7....................	-	-	2,0	2.1.1	Ausgleich für Energiewende	Wirksamwerden des Vermerks
A 5....................	-	-	1,0			Wirksamwerden des Vermerks
Zusammen.......	6,0	6,0	9,0			
Zu Titel 428 11						
					kw	
				1.	**kw 31.12.2013**	
				1.1	-	
E 15..................	-	-	1,0	1.1.1	Ausgleich für Energiewende	Wirksamwerden des Vermerks
E 7....................	-	-	1,0			Wirksamwerden des Vermerks
E 5....................	-	-	3,0			Wirksamwerden des Vermerks
E 4....................	-	-	1,0			Wirksamwerden des Vermerks
				2.	**kw**	
E 13..................	2,0	2,0	3,0	2.1	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	Wirksamwerden des Vermerks
E 10..................	7,0	7,0	8,0			Wirksamwerden des Vermerks
E 9....................	1,5	1,5	2,5			Wirksamwerden des Vermerks
E 8....................	5,0	5,0	11,0			Wirksamwerden des Vermerks
E 7....................	3,0	3,0	4,0			Wirksamwerden des Vermerks
E 6....................	21,0	21,0	26,0			Wirksamwerden des Vermerks
E 5....................	27,5	27,5	47,5			Wirksamwerden des Vermerks
E 4....................	2,0	2,0	3,0			Wirksamwerden des Vermerks
E 2....................	-	-	1,0			Wirksamwerden des Vermerks
				3.	**kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber/innen**	
				3.1	-	
E 5....................	4,5	-	4,5	3.1.1	Maritimes Sicherheitszentrum (MSZ)	-
Zusammen.......	73,5	69,0	116,5			

Tgr. 04 - Durchführung von Aufträgen anderer Bundesbehörden und Dritter

Planstellen-/Stellenübersicht														
Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr										von Sp. 2 entfallen auf Funk- tions- gruppen
				Neue Stellen, Stellenwegfall				Wirksam- werden von ku- und kw- Vermerken		Hebungen, Herab- stufungen		Umwand- lungen, Umsetzungen		
				ohne ku/ kw-Vermerke		und Umsetzun- gen mit ku/ kw-Vermerken								
				+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 41														
Beamtinnen und Beamte														
A 8......................	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-
Titel 428 41 - Erläuterungen														
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 14....................	7,0	7,0	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 13....................	1,0	1,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 12....................	4,0	4,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 11.....................	3,0	3,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 9......................	5,0	5,0	4,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 8......................	6,0	5,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-
E 6......................	1,0	1,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen..........	27,0	26,0	24,5	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-

Erläuterungen:

Zu Titel 422 41

<u>Zu Spalte 4:</u>
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
1,0 A8.

Zu Titel 428 41

<u>Zu Spalte 4:</u>
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
1,0 E8.

Übersicht der ku- und kw- Vermerke							
Bes.-/ E.-Gr.	2014		2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Soll	Ersatz- (plan)st.				
1	2	3	4	5	6	7
Zu Titel 428 41						
					kw	
				1.	**kw**	
E 13..................	1,0	1,0	1,0	1.1	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbe- schäftigten	-
				2.	**kw mit Wegfall der Aufgabe**	
				2.1	-	
E 14..................	1,0	-	1,0	2.1.1	Erneuerung der deutschen Forschungs- Schiffs-Flotte	-
E 12..................	4,0	-	4,0			-
E 11..................	2,0	-	2,0			-
E 8....................	2,0	-	2,0			-
E 6....................	1,0	-	1,0			-
Zusammen.......	11,0	1,0	11,0			

1204 Bundesanstalt für IT-Dienstleistungen

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr: Neue Stellen, Stellenwegfall ohne ku/ kw-Vermerke +	-	und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken +	-	Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken +	-	Hebungen, Herabstufungen +	-	Umwandlungen, Umsetzungen +	-	von Sp. 2 entfallen auf Funktionsgruppen
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Beamtinnen und Beamte														
B 3	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 16	2,0	2,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 15	7,0	7,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 14	17,0	11,0	8,0	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 h	-	-	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g	1,0	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-
A 12	37,0	27,0	2,0	9,0	-	-	-	-	-	2,0	-	-	1,0	-
A 11	66,0	44,0	6,0	23,0	-	-	-	-	-	-	2,0	1,0	-	-
A 10	16,0	8,0	4,0	8,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 g	7,0	6,0	2,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-
A 8	1,0	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 7	2,0	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-
Zusammen	157,0	107,0	33,0	49,0	-	1,0	-	-	-	2,0	2,0	2,0	2,0	-
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 14	3,0	3,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 13	6,0	6,0	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 12	6,0	-	5,0	3,0	-	2,0	-	-	-	-	-	1,0	-	-
E 11	8,0	4,5	39,5	2,5	-	2,0	-	-	-	-	-	-	1,0	-
E 10	1,0	-	20,0	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-
E 9	2,0	-	7,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 8	20,0	6,0	5,0	13,0	1,0	-	-	-	-	2,0	-	-	-	-
E 7	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 6	12,0	14,0	14,0	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	1,0	-
E 5	3,0	4,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-
Zusammen	63,0	39,5	105,5	20,5	1,0	5,0	-	-	-	2,0	2,0	1,0	2,0	-

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 428 01

Die folgenden Stellen dürfen nur mit Überhangpersonal besetzt werden: 3,0 E 12, 2,0 E 11, 2,0 E 9, 3,0 E 8 (Zusammen: 10,0).

Erläuterungen:

Zu Titel 422 01

Zu Spalte 4:
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
2,0 A14; 15,0 A12; 40,0 A11; 8,0 A10; 4,0 A9g (Zusammen: 69,0).

Zu Titel 428 01

Zu Spalte 4:
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
1,0 E14; 1,0 E13; 5,0 E12; 35,0 E11; 20,0 E10; 7,0 E9 (Zusammen: 69,0).

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 422 01				
			1.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen	1,0	1,0	1.1	gemäß §§ 90, 92, 95 BBG, § 7 DBeglG, § 6 MuSchEltZV, § 24 GAD

Übersicht der ku- und kw- Vermerke						
Bes.-/ E.-Gr.	2014		2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Soll	Ersatz-(plan)st.				
1	2	3	4	5	6	7

Zu Titel 422 01

					ku	
				1.	**ku mit Ausscheiden der Planstelleninhaber /innen**	
				1.1	in Entgeltgruppe E 8	
A 9 m................	-	-	1,0	1.1.1	-	Wegfall des Vermerks
				1.2	in Bes.-Gr. A 12	
A 13 g..............	1,0	-	-	1.2.1	-	Neue Planstelle
Zusammen.......	1,0	-	1,0			

Zu Titel 428 01

					kw	
				1.	**kw 31.12.2014**	
				1.1	-	
E 11..................	-	-	0,5	1.1.1	-	Wegfall des Vermerks
E 8....................	-	-	1,0			Wegfall des Vermerks
				2.	**kw mit Wegfall der Aufgabe**	
				2.1	-	
E 12..................	2,0	-	-	2.1.1	Geodateninfrastruktur im Auftrag der BImA	Neue Stelle
E 11..................	2,0	-	-			Neue Stelle
E 10..................	1,0	-	-	2.1.2	Programmsystem zur Bauwerkinspektion im Auftrag der BWI-Nord	Neue Stelle
Zusammen.......	5,0	-	1,5			

1205 Bundesamt für Güterverkehr

Planstellen-/Stellenübersicht														
Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr										von Sp. 2 entfallen auf Funk- tions- gruppen
				Neue Stellen, Stellenwegfall				Wirksam- werden von ku- und kw- Vermerken		Hebungen, Herab- stufungen		Umwand- lungen, Umsetzungen		
				ohne ku/ kw-Vermerke		und Umsetzun- gen mit ku/ kw-Vermerken								
				+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Beamtinnen und Beamte														
B 6	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 3	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 16	3,0	3,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 15	15,0	15,0	14,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 14	17,0	17,0	15,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 h	9,0	7,0	7,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g	5,0	5,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 12	17,0	15,0	11,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 11	46,5	18,0	16,0	22,5	-	-	-	-	-	-	-	6,0	-	-
A 10	24,5	6,0	8,0	15,5	-	-	-	-	-	-	-	3,0	-	-
A 9 g	5,0	5,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m	4,0	4,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 8	65,0	50,0	9,0	9,0	-	5,0	-	-	-	-	-	1,0	-	-
A 7	10,0	7,0	7,0	2,0	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-
A 6 m	18,0	-	-	18,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 5	4,5	-	-	4,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	245,5	154,0	101,0	75,5	-	6,0	-	-	-	-	-	10,0	-	-
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
AT B	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 15	1,0	1,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 14	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 13	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 12	14,0	15,0	10,0	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 11	44,0	50,0	44,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	6,0	-
E 10	29,0	29,0	33,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 9	95,5	98,5	93,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3,0	-
E 8	218,5	222,5	237,0	-	3,0	-	-	-	1,0	-	-	1,0	1,0	-
E 6	24,5	27,5	15,0	-	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 5	76,5	79,0	114,0	-	2,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 4	4,0	4,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 3	11,0	12,0	23,5	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
E 2	-	1,0	1,0	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	520,0	541,5	577,5	-	10,5	-	-	-	2,0	-	-	1,0	10,0	-
Insgesamt	521,0	542,5	578,5	-	10,5	-	-	-	2,0	-	-	1,0	10,0	-

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 422 01

1. **Die folgenden Planstellen dürfen nur mit Überhangpersonal besetzt werden: 2,0 A 12, 22,5 A 11, 14,5 A 10, 8,0 A 8, 2,0 A 7, 18,0 A 6 m, 4,5 A 5 (Zusammen: 71,5).**
2. **Zu den lfd. Nrn. 1.1.1 und 1.1.2 der ku-Vermerke: Die Planstellen dürfen nur mit Überhangpersonal besetzt werden (Zusammen: 6,0).**

Erläuterungen:

Zu Titel 422 01

Zu Spalte 4:
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
1,0 A15; 1,0 A13h; 1,0 A12; 1,0 A11; 1,0 A10; 1,0 A9g; 35,0 A8; 5,0 A7 (Zusammen: 46,0).

Zu Titel 428 01

Zu Spalte 2:
Davon mit Dienstwohnung 1,0 Arbeitnehmerin oder Arbeitnehmer (2013: 1,0).

Zu Spalte 4:
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
1,0 E15; 1,0 E13; 1,0 E12; 1,0 E11; 2,0 E9; 35,0 E8; 5,0 E5 (Zusammen: 46,0).

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
1	2	3	4	5	6	7
Zu Titel 422 01						
					ku	
				1.	**ku mit Ausscheiden der Planstelleninhaber /innen**	
				1.1	in Bes.-Gr. A 6 m	
A 8	5,0	-	-	1.1.1	-	Neue Planstelle
A 7	1,0	-	-	1.1.2	-	Neue Planstelle
Zusammen	6,0	-	-			
Zu Titel 428 01						
					kw	
				3.	**kw**	
E 8	-	-	1,0	3.1	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	Wirksamwerden des Vermerks
				4.	**kw 31.12.2013**	
				4.1	-	
E 3	-	-	1,0	4.1.1	Ausgleich für Energiewende	Wirksamwerden des Vermerks
Zusammen	-	-	2,0			

1208 Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie

Planstellen-/Stellenübersicht														
Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr										von Sp. 2 entfallen auf Funk- tions- gruppen
				Neue Stellen, Stellenwegfall				Wirksam- werden von ku- und kw- Vermerken		Hebungen, Herab- stufungen		Umwand- lungen, Umsetzungen		
				ohne ku/ kw-Vermerke		und Umsetzun- gen mit ku/ kw-Vermerken								
				+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Beamtinnen und Beamte														
B 5......................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 2......................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 1......................	5,0	5,0	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 16....................	3,0	3,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 15....................	18,0	18,0	9,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 14....................	31,0	28,0	30,0	2,0	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 h................	31,5	18,0	15,5	2,5	-	12,0	-	-	-	-	-	-	1,0	-
A 13 g+Z............	3,0	3,0	2,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g................	16,0	16,0	15,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 12....................	35,0	34,0	21,0	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-
A 11.....................	37,0	36,0	29,0	-	-	2,0	-	-	1,0	-	-	-	-	-
A 10....................	13,0	11,0	5,0	1,0	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 g..................	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m+Z.............	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m.................	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 8......................	1,0	1,0	-	-	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen..........	199,5	179,0	140,5	5,5	1,0	18,0	-	-	1,0	-	-	-	1,0	-
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 15....................	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 14....................	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 13....................	5,0	4,5	8,0	-	-	-	-	-	0,5	-	-	1,0	-	-
E 12....................	53,0	53,0	45,5	0,5	-	-	-	-	0,5	-	-	-	-	-
E 11.....................	80,0	80,0	85,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 10....................	19,0	19,5	18,5	-	-	-	-	-	0,5	-	-	-	-	-
E 9......................	49,0	53,5	50,5	-	2,0	-	-	-	2,5	-	-	-	-	-
E 8......................	167,0	168,0	146,5	1,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 7......................	24,0	24,0	26,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 6......................	68,0	66,0	57,0	-	1,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-
E 5......................	63,0	68,0	60,0	-	3,0	-	-	-	2,0	-	-	-	-	-
E 4......................	10,0	10,0	11,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 3......................	18,5	21,5	18,0	-	2,0	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
E 2......................	1,0	1,0	10,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen..........	557,5	569,0	539,0	1,5	10,0	3,0	-	-	7,0	-	-	1,0	-	-
Titel 428 02 - Erläuterungen														
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 14....................			2,0											
E 13....................			12,0											
Zusammen..........			14,0											

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 422 01

Die **folgenden Planstellen dürfen nur mit Überhangpersonal besetzt werden:0,5 A 13 h, 1, 0 A 10 (Zusammen: 1,5).**

Erläuterungen:

Zu Titel 422 01

Zu Spalte 4:
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
1,0 A15; 3,0 A13h; 5,0 A12; 3,0 A11; 2,0 A10; 1,0 A9m (Zusammen: 15,0).

Zu Titel 428 01

Zu Spalte 4:
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
1,0 E15; 1,0 E14; 2,0 E13; 3,0 E12; 3,0 E11; 3,0 E10; 1,0 E9; 1,0 E8 (Zusammen: 15,0).

Ab dem Haushalt 2013 werden für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie für sonstige wissenschaftsrelevante Beschäftigte keine verbindlichen Stellen mehr ausgebracht.

Zu Titel 428 02

Die dargestellten Beschäftigungsverhältnisse sind - einmalig für das Haushaltsjahr 2012 - auch in der Ist-Besetzung zu Tit. 428 01 enthalten.

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 422 01				
			1.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
B 1....................	1,0	1,0	1.1	Atomenergieorganisation (IAEO), Monaco
			2.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	4,0	11,0	2.1	gemäß §§ 90, 92, 95 BBG, § 7 DBeglG, § 6 MuSchEltZV, § 24 GAD
Insgesamt..........	5,0	12,0		
Zu Titel 428 01				
			1.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
E 11...................	1,0	1,0	1.1	International Maritime Organization (IMO)
			2.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	3,0	5,0	2.1	gemäß § 28 TVöD, § 9 UmzugsTV, § 15 BEEG, § 24 GAD
Insgesamt..........	4,0	6,0		

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
1	2	3	4	5	6	7
Zu Titel 422 01						
					ku	
				1.	**ku mit Ausscheiden der Planstelleninhaber /innen**	
A 9 m+Z...........	1,0	-	1,0	1.1	in Bes.-Gr. A 9 m	-
					kw	
				1.	**kw mit Ausscheiden der Planstelleninhaber/innen**	
				1.1	-	
A 15.................	1,0	-	1,0	1.1.1	ehem. BKK	-
A 11.................	2,0	-	2,0			-
A 9 m...............	1,0	-	1,0			-
				2.	**kw**	
A 11.................	-	-	1,0	2.1	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	Wirksamwerden des Vermerks
A 10.................	1,0	1,0	1,0			-
				3.	**kw 31.12.2015**	
				3.1	-	
A 14.................	-	-	1,0	3.1.1	-	Wegfall des Vermerks
A 13 h..............	1,0	-	1,0			-
A 12.................	3,0	-	4,0			Wegfall des Vermerks
A 11.................	1,0	-	5,0			Wegfall des Vermerks
A 10.................	1,0	-	1,0			-
A 9 m...............	1,0	-	1,0			-
				4.	**kw 31.12.2017**	
				4.1	-	
A 13 h..............	1,0	-	-	4.1.1	Nachteilsausgleich Ausflaggung	Neue Planstelle
A 13 h..............	1,0	-	-	4.1.2	Änderung seeverkehrsrechtlicher Vorschriften, Haftungsübereinkommen	Neue Planstelle
A 11.................	1,0	-	-			Neue Planstelle
A 14.................	1,0	-	-	4.1.3	Genehmigungsverfahren Offshore	Neue Planstelle
A 13 h..............	10,0	-	-			Neue Planstelle
A 12.................	1,0	-	-			Neue Planstelle
A 11.................	1,0	-	-			Neue Planstelle

1208 Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie

Übersicht der ku- und kw- Vermerke						
Bes.-/ E.-Gr.	2014		2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Soll	Ersatz-(plan)st.				
1	2	3	4	5	6	7
A 8..................	1,0	-	-			Neue Planstelle
A 10..................	1,0	-	-	4.1.4	Gefahrenabwehr, Seeigensicherungsverordnung	Neue Planstelle
Zusammen.......	30,0	1,0	19,0			
Zu Titel 428 01						
					kw	
				1.	**kw**	
E 13..................	-	-	0,5	1.1	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	Wirksamwerden des Vermerks
E 10..................	-	-	0,5			Wirksamwerden des Vermerks
E 9..................	-	-	2,5			Wirksamwerden des Vermerks
E 5..................	-	-	2,0			Wirksamwerden des Vermerks
E 3..................	-	-	1,0			Wirksamwerden des Vermerks
				2.	**kw 31.12.2015**	
				2.1	-	
E 8..................	-	-	1,0	2.1.1	-	Wegfall des Vermerks
E 6..................	1,0	-	1,0			-
E 5..................	-	-	2,0			Wegfall des Vermerks
				3.	**kw 31.12.2013**	
				3.1	-	
E 12..................	-	-	0,5	3.1.1	Ausgleich für Energiewende	Wirksamwerden des Vermerks
				4.	**kw 31.12.2017**	
				4.1	-	
E 6..................	1,0	-	-	4.1.1	Genehmigungsverfahren Offshore	Neue Stelle
E 6..................	2,0	-	-	4.1.2	Änderung seeverkehrsrechtlicher Vorschriften, Haftungsübereinkommen	Neue Stelle
Zusammen.......	4,0	-	11,0			

Tgr. 01 - Durchführung von Aufträgen anderer Bundesbehörden und Dritter

Planstellen-/Stellenübersicht														
Besoldungs-/ Entgelt-gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr										von Sp. 2 entfallen auf Funk-tions-gruppen
				Neue Stellen, Stellenwegfall				Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken		Hebungen, Herabstufungen		Umwandlungen, Umsetzungen		
				ohne ku/ kw-Vermerke		und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken								
				+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 428 11 - Erläuterungen														
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 13..................	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 11..................	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen..........	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Tgr. 02 - Bundesstelle für Seeunfalluntersuchung

Planstellen-/Stellenübersicht														
Besoldungs-/ Entgelt-gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr										von Sp. 2 entfallen auf Funk-tions-gruppen
				Neue Stellen, Stellenwegfall				Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken		Hebungen, Herabstufungen		Umwandlungen, Umsetzungen		
				ohne ku/ kw-Vermerke		und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken								
				+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 21														
Beamtinnen und Beamte														
A 16..................	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 15..................	-	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-
A 14..................	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g................	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 12..................	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-

Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr: Neue Stellen, Stellenwegfall ohne ku/ kw-Vermerke +	-	und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken +	-	Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken +	-	Hebungen, Herabstufungen +	-	Umwandlungen, Umsetzungen +	-	von Sp. 2 entfallen auf Funktionsgruppen
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
A 11.....................	1,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-
Zusammen..........	6,0	9,0	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3,0	-

Titel 428 21 - Erläuterungen

Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

E 15....................	1,0	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-
E 12....................	1,0	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-
E 11.....................	1,0	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-
E 10....................	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 8......................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 6......................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen..........	5,0	2,0	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-	3,0	-	-

Erläuterungen:

Zu Titel 422 21

<u>Zu Spalte 4:</u>
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
1,0 A15; 1,0 A12; 2,0 A11 (Zusammen: 4,0).

Zu Titel 428 21

<u>Zu Spalte 4:</u>
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
1,0 E15; 1,0 E12; 1,0 E11; 1,0 E10 (Zusammen: 4,0).

1209 Erhebung und Verwendung der Maut (Bundesfernstraßen)

Planstellen-/Stellenübersicht														
				Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr										
				Neue Stellen, Stellenwegfall										
Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	ohne ku/ kw-Vermerke		und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken		Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken		Hebungen, Herabstufungen		Umwandlungen, Umsetzungen		von Sp. 2 entfallen auf Funktionsgruppen
				+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Beamtinnen und Beamte														
A 16	3,0	3,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 15	5,0	6,0	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-
A 14	8,0	8,0	8,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-
A 13 h	10,0	7,0	5,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 12	17,0	14,0	11,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 11	91,0	52,0	28,0	33,0	-	1,0	-	-	-	-	-	5,0	-	-
A 10	19,5	16,0	13,0	4,5	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-
A 9 g	4,0	4,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m+Z	8,0	8,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m	75,0	49,0	34,0	25,0	-	-	-	-	1,0	-	-	2,0	-	-
A 8	277,5	227,0	215,0	19,5	-	-	-	-	-	29,0	-	2,0	-	-
A 7	193,0	220,0	94,0	1,0	-	-	-	-	-	1,0	29,0	-	-	-
A 6 m	8,0	2,0	4,0	8,0	-	-	-	-	-	-	1,0	-	1,0	-
A 5	5,0	-	-	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 3	2,0	-	-	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	728,0	618,0	426,0	105,0	-	1,0	-	-	1,0	30,0	30,0	9,0	4,0	-
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 15	2,0	1,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-
E 14	1,0	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-
E 12	11,7	11,7	14,7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 11	17,0	18,0	28,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-
E 10	24,0	27,0	30,0	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	4,0	-
E 9	48,0	50,0	51,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2,0	-
E 8	55,0	55,0	56,0	1,0	-	-	-	1,0	-	-	-	-	2,0	-
E 6	184,0	185,0	281,0	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 5	32,0	32,5	38,0	-	1,5	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-
E 4	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 3	-	-	5,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	375,7	381,2	507,2	1,0	2,5	-	-	1,0	-	-	-	4,0	9,0	-

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 422 01

1. Die folgenden Planstellen dürfen nur mit Überhangpersonal besetzt werden: **1,0 A 14, 3,0 A 13 h, 3,0 A 12, 36,0 A 11, 4,5,0 A 10,** 3,0 A 9 m+Z, **28,0 A 9 m, 25,5 A 8, 1,0 A 7, 8,0 A 6 m, 5,0 A 5, 2,0 A 3** (Zusammen: **120,0**).
2. **Zu den lfd. Nrn. 1.1.1, 1.2.1 und 1.3.1 der ku-Vermerke: Die Planstellen dürfen nur mit Überhangpersonal besetzt werden (Zusammen: 31,0).**

Erläuterungen:

Zu Titel 422 01

Zu Spalte 4:
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
1,0 A15; 1,0 A14; 3,0 A12; 12,0 A11; 5,0 A10; 2,0 A9g; 9,0 A8; 104,0 A7; 1,0 A6m (Zusammen: 138,0).

Zu Titel 422 01/Titel 428 01
Die im Planstellen-/Stellenplan ausgewiesenen Beamtinnen und Beamte sowie Tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind mit Aufgaben zur Durchführung des Bundesfernstraßenmautgesetzes betraut und werden deshalb aus dem Mautaufkommen finanziert. Die organisatorische Zugehörigkeit der Bediensteten zu ihren Dienststellen bleibt hiervon unberührt. Die Bewirtschaftung des Planstellen-/Stellenplanes erfolgt dementsprechend durch das Bundesamt für Güterverkehr, das Kraftfahrt-Bundesamt, die Bundesanstalt für Straßenwesen, die Bundesanstalt für IT-Dienstleistungen sowie das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur.

Zu Titel 428 01

Zu Spalte 4:
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
1,0 E15; 1,0 E14; 3,0 E12; 11,0 E11; 5,0 E10; 2,0 E9; 9,0 E8; 101,0 E6; 5,0 E5 (Zusammen: 138,0).

Übersicht der ku- und kw- Vermerke						
Bes.-/ E.-Gr.	2014		2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Soll	Ersatz-(plan)st.				
1	2	3	4	5	6	7
Zu Titel 422 01						
					ku	
				1.	**ku mit Ausscheiden der Planstelleninhaber /innen**	
				1.1	in Bes.-Gr. A 10	
A 11..................	1,0	-	-	1.1.1	-	Neue Planstelle
				1.2	in Bes.-Gr. A 7	
A 8....................	29,0	-	-	1.2.1	-	Aufnahme des Vermerks
				1.3	in Bes.-Gr. A 6 m	
A 7....................	1,0	-	-	1.3.1	-	Aufnahme des Vermerks
				2.	**ku mit Ausscheiden der Planstelleninhaber /innen**	
A 12..................	3,0	-	3,0	2.2	in Entgeltgruppe E 11	-
A 12..................	1,0	-	1,0	2.3	in Entgeltgruppe E 10	-
A 11..................	7,0	-	7,0			-
A 9 m...............	10,0	-	11,0	2.5	in Entgeltgruppe E 8	Wirksamwerden des Vermerks
A 8....................	81,0	-	81,0			-
A 9 m...............	9,0	-	9,0	2.6	in Entgeltgruppe E 6	-
A 8....................	83,0	-	83,0			-
Zusammen.......	225,0	-	195,0			
					kw	
				1.	**kw mit Wegfall der Aufgabe**	
				1.1	-	
A 15..................	1,0	-	1,0	1.1.1	Fachbereich Maut-Harmonisierung	-
A 14..................	-	-	1,0			Wegfall des Vermerks
A 10..................	7,0	-	7,0			-
A 9 m...............	12,0	-	12,0			-
A 8....................	32,5	-	32,5			-
A 6 m...............	-	-	1,0			Wegfall des Vermerks
Zusammen.......	52,5	-	54,5			
Zu Titel 428 01						
					ku	
				1.	**ku mit Ausscheiden der Stelleninhaber /innen**	
E 8....................	2,0	-	2,0	1.2	in Entgeltgruppe E 6	-
					kw	
				1.	**kw mit Wegfall der Aufgabe**	
E 14..................	1,0	-	-	1.1	-	Aufnahme des Vermerks
E 9....................	1,0	-	1,0			-
E 8....................	1,0	-	1,0			-
E 5....................	9,0	-	8,0			Aufnahme des Vermerks
				1.2	-	
E 10..................	3,0	-	3,0	1.2.1	Fachbereich Maut-Harmonisierung	-
E 8....................	2,0	-	2,0			-
Zusammen.......	17,0	-	15,0			

1211 Bundesanstalt für Straßenwesen

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr: Neue Stellen, Stellenwegfall ohne ku/ kw-Vermerke +	-	und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken +	-	Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken +	-	Hebungen, Herabstufungen +	-	Umwandlungen, Umsetzungen +	-	von Sp. 2 entfallen auf Funktionsgruppen
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Beamtinnen und Beamte														
B 5	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 3	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 2	5,0	5,0	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 16	7,0	7,0	7,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 15	24,0	24,0	19,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 14	41,0	41,0	33,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 h	20,0	22,0	23,5	-	1,0	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
A 13 g	9,0	9,0	8,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 12	7,0	7,0	6,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 11	11,5	12,0	7,5	-	0,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 10	3,0	3,0	2,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 g	3,0	3,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m	4,0	4,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 8	8,0	8,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 7	3,0	3,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 6 m	4,0	4,0	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	151,5	154,0	130,0	-	1,5	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 14	9,5	9,5	11,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 13	6,5	6,5	8,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 12	16,3	16,3	13,3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 11	9,0	9,0	10,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 10	16,5	16,5	7,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 9	4,0	5,0	29,5	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
E 8	24,5	24,5	22,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 7	1,0	2,0	2,0	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 6	31,0	32,5	20,5	-	1,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 5	13,0	13,5	10,5	-	-	-	-	-	0,5	-	-	-	-	-
E 4	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 3	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	132,3	136,3	136,8	-	2,5	-	-	-	1,5	-	-	-	-	-

Erläuterungen:

Zu Titel 422 01

Zu Spalte 4:
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
3,5 A15; 6,0 A14; 0,5 A13h; 0,5 A12; 4,5 A11; 0,5 A10; 2,0 A9g (Zusammen: 17,5).

Zu Titel 428 01

Zu Spalte 4:
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
2,0 E14; 1,5 E13; 14,0 E9 (Zusammen: 17,5).

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 422 01				
			1.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen	2,0	7,0	1.1	gemäß §§ 90, 92, 95 BBG, § 7 DBeglG, § 6 MuSchEltZV, § 24 GAD
A 15	1,0	-	1.2	gemäß § 13 SUrlV
Insgesamt	3,0	7,0		

Leerstellenübersicht				
Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5

Zu Titel 428 01

			1.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	-	3,0	1.1	gemäß § 28 TVöD, § 9 UmzugsTV, § 15 BEEG, § 24 GAD

Übersicht der ku- und kw- Vermerke						
Bes.-/ E.-Gr.	2014		2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Soll	Ersatz-(plan)st.				
1	2	3	4	5	6	7

Zu Titel 422 01

					ku	
				1.	**ku mit Ausscheiden der Planstelleninhaber /innen**	
				1.1	in Bes.-Gr. A 9 g	
A 13 g..............	1,0	-	1,0	1.1.1	gemäß § 31 Abs. 1 Nr. 4 HG 1999	-
					kw	
				1.	**kw**	
A 13 h..............	-	-	1,0	1.1	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	Wirksamwerden des Vermerks

Zu Titel 428 01

					kw	
				1.	**kw**	
E 10.................	1,0	1,0	1,0	1.1	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	-
E 9...................	1,0	1,0	2,0			Wirksamwerden des Vermerks
E 5...................	2,0	2,0	2,5			Wirksamwerden des Vermerks
Zusammen.......	4,0	4,0	5,5			

Tgr. 02 - Durchführung von Aufträgen anderer Bundesbehörden und Dritter

Planstellen-/Stellenübersicht															
Besoldungs-/ Entgelt-gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr											von Sp. 2 entfallen auf Funk-tions-gruppen
				Neue Stellen, Stellenwegfall				Wirksam-werden von ku- und kw-Vermerken		Hebungen, Herab-stufungen		Umwand-lungen, Umsetzungen			
				ohne ku/ kw-Vermerke		und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken									
				+	-	+	-	+	-	+	-	+	-		
1	2	3	4	5		6		7		8		9			10

Titel 428 21 - Erläuterungen

Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

E 14....................	4,0	4,0	3,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 13....................	5,0	5,0	5,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 11.....................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 10....................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 9......................	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 8......................	3,0	3,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 6......................	-	-	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen..........	15,0	15,0	15,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Leerstellenübersicht				
Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5

Zu Titel 428 21

			1.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	-	0,5	1.1	gemäß § 28 TVöD, § 9 UmzugsTV, § 15 BEEG, § 24 GAD

1211 Bundesanstalt für Straßenwesen

Übersicht der ku- und kw- Vermerke						
Bes.-/ E.-Gr.	2014		2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Soll	Ersatz-(plan)st.				
1	2	3	4	5	6	7

Zu Titel 428 21

					kw	
				1.	**kw 31.12.2018**	
				1.1	-	
E 13..................	1,0	-	1,0	1.1.1	Koordinierung Fachinformationssysteme - IT-ko -	-
				2.	**kw 31.12.2015**	
				2.1	-	
E 8....................	1,0	-	1,0	2.1.1	Fahrbahnzustandserfassung und -bewertung	-
Zusammen.......	2,0	-	2,0			

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr: Neue Stellen, Stellenwegfall ohne ku/ kw-Vermerke +	ohne ku/ kw-Vermerke -	und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken +	und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken -	Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken +	Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken -	Hebungen, Herabstufungen +	Hebungen, Herabstufungen -	Umwandlungen, Umsetzungen +	Umwandlungen, Umsetzungen -	von Sp. 2 entfallen auf Funktionsgruppen
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Beamtinnen und Beamte														
B 6	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 3	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 16	3,0	3,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 15	10,0	10,0	9,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 14	11,0	11,0	7,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 h	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g+Z	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g	11,0	11,0	12,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 12	28,0	28,0	21,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 11	28,0	28,0	27,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 10	9,0	10,0	3,0	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
A 9 g	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m+Z	6,0	6,0	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m	17,0	17,0	13,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 8	26,0	26,0	19,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 7	3,0	3,0	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	156,0	157,0	132,0	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 15	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 14	3,0	3,0	7,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 13	4,5	5,5	1,0	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
E 12	14,0	14,0	18,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 11	78,0	75,0	77,5	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 10	4,0	4,0	4,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 9	42,5	46,0	48,0	-	3,0	-	-	-	0,5	-	-	-	-	-
E 8	112,5	113,0	115,0	-	0,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 7	2,0	3,0	2,0	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 6	38,5	39,5	25,5	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 5	187,5	191,0	208,5	-	3,0	-	-	-	0,5	-	-	-	-	-
E 4	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 3	9,0	10,0	15,0	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
E 2	8,5	9,5	11,0	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	506,0	515,5	536,0	3,0	9,5	-	-	-	3,0	-	-	-	-	-

Erläuterungen:

Zu Titel 422 01

Zu Spalte 4:
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
1,0 A15; 3,5 A14; 4,0 A12; 2,0 A11; 6,0 A10; 2,5 A9m; 4,5 A8; 0,5 A7 (Zusammen: 24,0).

Zu Titel 428 01

Zu Spalte 4:
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
4,0 E14; 3,0 E12; 3,5 E11; 1,0 E10; 5,0 E9; 6,0 E8; 1,5 E5 (Zusammen: 24,0).

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 422 01				
			1.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen	2,0	2,0	1.1	gemäß §§ 90, 92, 95 BBG, § 7 DBeglG, § 6 MuSchEltZV, § 24 GAD
			2.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
A 8	1,0	1,0	2.1	EUROPOL
Insgesamt	3,0	3,0		

1212 Kraftfahrt-Bundesamt

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 428 01				
			1.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	17,0	21,0	1.1	gemäß § 28 TVöD, § 9 UmzugsTV, § 15 BEEG, § 24 GAD
			2.	**Sonstige Beurlaubung**
E 13..................	1,0	1,0	2.1	Befristete Rente gem. § 33 Abs. 2 TVöD
E 9....................	1,0	1,0		
E 8....................	1,0	1,0		
E 6....................	1,0	1,0		
E 5....................	2,0	3,0		
Zusammen.........	6,0	7,0		
Insgesamt..........	23,0	28,0		

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014		2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Soll	Ersatz-(plan)st.				
1	2	3	4	5	6	7
Zu Titel 422 01						
					kw	
				1.	**kw**	
A 10..................	-	-	1,0	1.1	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	Wirksamwerden des Vermerks
Zu Titel 428 01						
					kw	
				1.	**kw**	
E 13..................	0,5	0,5	1,5	1.1	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	Wirksamwerden des Vermerks
E 9....................	1,0	1,0	1,5			Wirksamwerden des Vermerks
E 5....................	1,5	1,5	2,0			Wirksamwerden des Vermerks
				2.	**kw 31.12.2013**	
				2.1	-	
E 3....................	-	-	1,0	2.1.1	Ausgleich für Energiewende	Wirksamwerden des Vermerks
Zusammen.......	3,0	3,0	6,0			

Tgr. 01 - Durchführung von Aufträgen anderer Bundesbehörden und Dritter

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt-gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr										von Sp. 2 entfallen auf Funktions-gruppen
				Neue Stellen, Stellenwegfall				Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken		Hebungen, Herabstufungen		Umwandlungen, Umsetzungen		
				ohne ku/ kw-Vermerke		und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken								
				+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 428 11 - Erläuterungen														
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 14....................	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 13....................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 12....................	-	1,0	2,0	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 11......................	9,0	9,0	7,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 10....................	3,0	3,0	2,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 9......................	12,0	12,0	13,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 8......................	7,0	7,0	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 6......................	4,0	5,0	4,5	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 5......................	2,0	2,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen..........	39,0	41,0	40,5	-	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Übersicht der ku- und kw- Vermerke						
Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
1	2	3	4	5	6	7

Zu Titel 428 11

					kw	
				1.	**kw 31.12.2015**	
				1.1	-	
E 11..................	2,0	-	2,0	1.1.1	Sachgebiete 312 und 142	-
E 9....................	1,0	-	1,0	1.1.2	Sachgebiet 312	-
E 8....................	1,0	-	1,0	1.1.3	Sachgebiet 311	-
Zusammen.......	4,0	-	4,0			

1214 Deutscher Wetterdienst

Besoldungs-/ Entgelt-gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr: Neue Stellen, Stellenwegfall – ohne ku/ kw-Vermerke +	–	und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken +	–	Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken +	–	Hebungen, Herabstufungen +	–	Umwandlungen, Umsetzungen +	–	von Sp. 2 entfallen auf Funktionsgruppen
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Beamtinnen und Beamte														
B 6	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 3	2,0	2,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 2	5,0	5,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 1	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 16	18,0	18,0	19,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 15	71,0	71,0	63,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 14	169,5	172,5	154,5	-	2,0	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
A 13 h	72,0	76,5	83,0	-	2,0	-	-	-	2,5	-	-	-	-	-
A 13 g	22,0	23,0	16,0	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 12	53,0	50,0	54,5	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 11	123,5	112,5	88,0	13,0	-	-	-	-	2,0	-	-	-	-	-
A 10	60,0	60,0	59,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 g	42,0	44,0	48,0	-	-	-	-	-	2,0	-	-	-	-	-
A 9 m+Z	29,0	29,0	27,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m	67,0	67,0	56,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 8	401,5	393,5	359,5	10,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 7	478,0	480,0	465,0	-	1,0	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
A 6 m	56,0	71,0	94,0	-	14,0	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
Zusammen	1 671,5	1 677,0	1 592,0	26,0	22,0	-	-	-	9,5	-	-	-	-	-
Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer														
W 2	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	1 672,5	1 678,0	1 593,0	26,0	22,0	-	-	-	9,5	-	-	-	-	-
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
AT B	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 15	15,0	15,0	14,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 14	30,0	30,0	25,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 13	14,5	15,0	9,0	-	-	-	-	-	0,5	-	-	-	-	-
E 12	18,0	18,0	18,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 11	64,0	65,0	62,0	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
E 10	30,0	30,0	23,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 9	49,5	50,0	47,0	-	-	-	-	-	0,5	-	-	-	-	-
E 8	104,5	104,5	132,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 7	8,0	9,0	7,0	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 6	83,0	83,0	64,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 5	106,0	114,5	99,0	-	8,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 4	19,0	19,0	20,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 3	22,0	22,0	18,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 2	3,0	3,0	4,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	566,5	578,0	544,0	-	9,5	-	-	-	2,0	-	-	-	-	-
Insgesamt	567,5	579,0	544,0	-	9,5	-	-	-	2,0	-	-	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 422 01

1. Die folgenden Planstellen dürfen nur mit Überhangpersonal besetzt werden: **3,0 A 12, 13,0 A 11, 1,0 A 10, 9,0 A 8** (Zusammen: **26,0**).
2. **Zu W 2:**
   Es wird zugelassen, dass die Planstellen der Bes.-Gr. W 2 mit Lehrkräften der Bes.-Gr. C 3 und C 2 besetzt werden dürfen.

Erläuterungen:

Zu Titel 422 01

Zu Spalte 4:
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
1,0 A11; 7,0 A8 (Zusammen: 8,0).

Daneben werden 20,0 Anwärterinnen und Anwärter (Tit. 422 03) beschäftigt.

Zu Titel 428 01

Zu Spalte 4:
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
1,0 E11; 7,0 E8 (Zusammen: 8,0).

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 422 01				
			1.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
A 15	1,0	1,0	1.2	EUMETSAT
A 10	1,0	-		
A 15	1,0	-	1.3	Weltorganisation für Meteorologie (WMO)
Zusammen	3,0	1,0		
			2.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen	20,5	16,0	2.1	gemäß §§ 90, 92, 95 BBG, § 7 DBeglG, § 6 MuSchEltZV, § 24 GAD
Insgesamt	23,5	17,0		
Zu Titel 428 01				
			1.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen	4,0	4,0	1.1	gemäß § 28 TVöD, § 9 UmzugsTV, § 15 BEEG, § 24 GAD
			2.	**Sonstige Beurlaubung**
E 8	1,0	1,0	2.1	Befristete Rente gem. § 33 Abs. 2 TVöD
E 6	1,0	1,0		
Zusammen	2,0	2,0		
Insgesamt	6,0	6,0		

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
1	2	3	4	5	6	7
Zu Titel 422 01						
					ku	
				1.	**ku mit Ausscheiden der Planstelleninhaber /innen**	
A 9 m	1,0	-	1,0	1.1	in Bes.-Gr. A 8	-
					kw	
				1.	**kw 31.12.2013**	
				1.1	-	
A 11	-	-	1,0	1.1.1	Ausgleich für Energiewende	Wirksamwerden des Vermerks
A 7	-	-	0,5			Wirksamwerden des Vermerks
A 6 m	-	-	1,0			Wirksamwerden des Vermerks
				2.	**kw**	
A 14	-	-	1,0	2.1	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	Wirksamwerden des Vermerks
A 13 h	2,0	2,0	4,5			Wirksamwerden des Vermerks
A 11	-	-	1,0			Wirksamwerden des Vermerks
A 9 g	-	-	1,0			Wirksamwerden des Vermerks
A 9 m	1,0	1,0	1,0			-
A 7	-	-	0,5			Wirksamwerden des Vermerks
				2.2	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	
A 13 h	1,0	1,0	1,0	2.2.1	-	-
A 9 g	-	-	1,0			Wirksamwerden des Vermerks
A 8	1,0	1,0	1,0			-
				5.	**kw mit Wegfall der Aufgabe**	
				5.1	-	
A 14	4,0	-	4,0	5.1.1	Satellitengestütztes Klimamonitoring (CM-SAF)	-
				6.	**kw 31.12.2019**	
				6.1	-	
A 14	1,5	-	1,5	6.1.1	Prüfung der Refinanzierung Bereich Wettervorhersage/Software-Entwicklung	-

1214 Deutscher Wetterdienst

Übersicht der ku- und kw- Vermerke						
Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
1	2	3	4	5	6	7
				7.	**kw 31.12.2015**	
				7.1	-	
A 15	1,0	-	1,0	7.1.1	-	-
A 7	1,0	-	1,0			-
A 6 m	1,5	-	1,5			-
				8.	**kw 31.12.2016**	
				8.1	-	
A 14	1,0	-	1,0	8.1.1	-	-
A 13 h	1,0	-	1,0			-
A 8	2,0	-	2,0			-
A 6 m	1,0	-	1,0			-
Zusammen	19,0	5,0	28,5			

Zu Titel 428 01

					kw	
				1.	**kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber/innen**	
E 9	1,0	-	1,0	1.1	-	-
E 8	3,0	-	3,0			-
				2.	**kw**	
E 13	3,0	3,0	3,5	2.1	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	Wirksamwerden des Vermerks
E 11	-	-	1,0			Wirksamwerden des Vermerks
E 9	1,5	1,5	2,0			Wirksamwerden des Vermerks
				3.	**kw mit Wegfall der Aufgabe**	
				3.1	-	
E 14	1,0	-	1,0	3.1.1	Satellitengestütztes Klimamonitoring (CM-SAF)	-
				4.	**kw**	
				4.1	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	
E 10	1,0	1,0	1,0	4.1.1	-	-
E 9	3,0	3,0	3,0			-
Zusammen	13,5	8,5	15,5			

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt-gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr: Neue Stellen, Stellenwegfall: ohne ku/ kw-Vermerke +	-	und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken +	-	Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken +	-	Hebungen, Herabstufungen +	-	Umwandlungen, Umsetzungen +	-	von Sp. 2 entfallen auf Funktionsgruppen
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Beamtinnen und Beamte														
B 6	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 4	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 3	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 2	4,0	3,0	3,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 16	6,0	6,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 15	24,0	24,0	13,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 14	89,0	83,0	17,5	7,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 h	8,0	8,0	17,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g+Z	3,0	3,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g	62,0	51,0	24,0	11,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 12	148,0	136,0	47,5	9,0	-	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-
A 11	58,0	34,5	16,5	3,5	-	-	-	-	-	-	-	20,0	-	-
A 10	3,0	1,0	17,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 g	1,0	1,0	7,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m+Z	33,0	33,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m	78,0	77,0	29,0	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-
A 8	52,0	27,0	14,0	10,0	-	5,0	-	-	-	-	-	10,0	-	-
A 7	24,0	18,0	10,0	-	-	1,0	-	-	-	-	-	5,0	-	-
A 6 m	2,0	-	2,5	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	597,0	507,5	227,5	45,5	1,0	10,0	-	-	-	-	-	35,0	-	-
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
AT B	1,0	1,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 15	7,0	7,0	9,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 14	63,5	57,5	40,0	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 13	46,0	42,0	34,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 12	97,0	75,0	51,0	22,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 11	27,0	45,0	43,0	3,5	1,5	-	-	-	-	-	-	-	20,0	-
E 10	19,0	12,0	2,0	7,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 9	-	1,0	5,5	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
E 8	67,5	68,0	51,5	9,5	-	-	-	-	-	-	-	-	10,0	-
E 6	40,5	36,0	15,0	10,5	1,0	-	-	-	-	-	-	-	5,0	-
E 5	31,5	23,5	36,5	9,5	-	-	-	-	1,5	-	-	-	-	-
E 4	-	-	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	399,0	367,0	289,5	72,0	2,5	-	-	-	2,5	-	-	-	35,0	-
Insgesamt	400,0	368,0	291,5	72,0	2,5	-	-	-	2,5	-	-	-	35,0	-

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 422 01

1. Die folgenden Planstellen dürfen nur mit Überhangpersonal besetzt werden: **7,0 A 14, 11,0 A 13 g, 59,0 A 12, 32,0 A 11, 1,0 A 10, 16,0 A 9 m+Z, 49,2 A 9 m, 21,0 A 8, 12,0 A 7, 2,0 A 6 m** (Zusammen: **210,2**).
2. Die folgenden für den Bereich "Luftfrachtsicherheit" ausgebrachten Planstellen sind gesperrt: 50,0 A 12, 5,0 A 9 m+Z, 5,0 A 9 m, 5,0 A 7 (Zusammen: 65,0). Die Aufhebung der Sperre bedarf der Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages.
3. Die folgenden für den Bereich "technische und betriebliche Flugsicherheit" ausgebrachten Planstellen sind gesperrt: 1,0 A 15, **35,0** A 14, **13,0** A 13 g (Zusammen: **49,0**). Die Zustimmung des Bundesministeriums der Finanzen zur Besetzung der Planstellen erfolgt nur, soweit für sie im Epl. 12 bis zum Ende des Haushaltsjahres Planstellen und Stellen in gleichwertigem Umfang eingespart werden.

1216 Luftfahrt-Bundesamt

Zu Titel 428 01

1. Die folgenden Stellen dürfen nur mit Überhangpersonal besetzt werden: **6,0 E 14, 4,0 E 13, 23,0 E 12, 12,5 E 11, 7,0 E 10, 38,0 E 8, 24,5 E 6, 10,5 E 5 (Zusammen: 125,5).**
2. Die folgenden für den Bereich "Luftfrachtsicherheit" ausgebrachten Stellen sind gesperrt: 5,0 E 8, 5,0 E 6 (Zusammen: 10,0). Die Aufhebung der Sperre bedarf der Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages.
3. Die folgenden für den Bereich "technische und betriebliche Flugsicherheit" ausgebrachten Stellen sind gesperrt: **19,0** E 14, **35,5** E 12 (Zusammen: **54,5**). Die Zustimmung des Bundesministeriums der Finanzen zur Besetzung der Stellen erfolgt nur, soweit für sie im Epl. 12 bis zum Ende des Haushaltsjahres Planstellen und Stellen in gleichwertigem Umfang eingespart werden.

Erläuterungen:

Zu Titel 422 01

<u>Zu Spalte 4:</u>
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
2,0 A16; 4,0 A15; 12,0 A14; 2,0 A13h; 8,0 A13g; 23,0 A12; 2,0 A11; 2,0 A9m; 5,0 A8; 1,0 A7 (Zusammen: 61,0).

Daneben werden 3,0 Anwärterinnen und Anwärter (Tit. 422 03) beschäftigt.

Zu Titel 428 01

<u>Zu Spalte 4:</u>
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
2,0 ATB; 3,0 E15; 8,0 E14; 2,0 E13; 9,0 E12; 24,0 E11; 1,0 E10; 1,0 E9; 6,0 E8; 2,0 E6; 2,0 E5; 1,0 E4 (Zusammen: 61,0).

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 422 01				
			1.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
A 15..................	2,0	2,0	1.1	Europäische Agentur für Flugsicherheit (EASA)
A 13 g+Z...........	1,0	1,0		
A 12..................	-	1,0		
Zusammen.........	3,0	4,0		
			2.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	1,0	1,0	2.1	gemäß §§ 90, 92, 95 BBG, § 7 DBeglG, § 6 MuSchEltZV, § 24 GAD
Insgesamt..........	4,0	5,0		
Zu Titel 428 01				
			1.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	4,0	6,0	1.1	gemäß § 28 TVöD, § 9 UmzugsTV, § 15 BEEG, § 24 GAD
			2.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
E 15..................	1,0	1,0	2.1	Europäische Agentur für Flugsicherheit (EASA)
E 14..................	16,0	16,0		
E 13..................	4,0	4,0		
Zusammen.........	21,0	21,0		
			3.	**Sonstige Beurlaubung**
E 12..................	1,0	-	3.1	Befristete Rente gem. § 33 Abs. 2 TVöD
Insgesamt..........	26,0	27,0		

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
1	2	3	4	5	6	7
Zu Titel 422 01						
					ku	
				1.	**ku mit Ausscheiden der Planstelleninhaber /innen**	
				1.1	in Bes.-Gr. A 8	
A 9 m...............	1,0	-	-	1.1.1	-	Neue Planstelle

Übersicht der ku- und kw- Vermerke						
Bes.-/ E.-Gr.	2014		2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Soll	Ersatz-(plan)st.				
1	2	3	4	5	6	7
					kw	
				1.	**kw 31.07.2016**	
				1.1	-	
A 12..................	1,0	-	-	1.1.1	Postnachfolgeunternehmen	Neue Planstelle
A 8....................	1,0	-	-			Neue Planstelle
				2.	**kw 31.08.2016**	
				2.1	-	
A 12..................	2,0	-	-	2.1.1	Postnachfolgeunternehmen	Neue Planstelle
A 8....................	3,0	-	-			Neue Planstelle
A 7....................	1,0	-	-			Neue Planstelle
				3.	**kw 24.09.2016**	
				3.1	-	
A 8....................	1,0	-	-	3.1.1	Postnachfolgeunternehmen	Neue Planstelle
Zusammen.......	9,0	-	-			

Zu Titel 428 01

					kw	
				1.	**kw 31.12.2013**	
				1.1	-	
E 5....................	-	-	0,5	1.1.1	Ausgleich für Energiewende	Wirksamwerden des Vermerks
				2.	**kw**	
E 9....................	-	-	1,0	2.1	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	Wirksamwerden des Vermerks
E 5....................	-	-	1,0			Wirksamwerden des Vermerks
Zusammen.......	-	-	2,5			

Tgr. 01 - Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung

Planstellen-/Stellenübersicht														
Besoldungs-/ Entgelt-gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr										von Sp. 2 entfallen auf Funk-tions-gruppen
				Neue Stellen, Stellenwegfall				Wirksam-werden von ku- und kw-Vermerken		Hebungen, Herab-stufungen		Umwand-lungen, Umsetzungen		
				ohne ku/ kw-Vermerke		und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken								
				+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 11														
Beamtinnen und Beamte														
B 3......................	-	1,0	1,0	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-
A 16....................	-	1,0	1,0	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-
A 15....................	-	3,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3,0	-
A 14....................	-	21,0	7,0	-	-	-	3,0	-	-	-	-	-	18,0	-
A 13 h..................	-	4,0	7,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	4,0	-
A 13 g+Z.............	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-
A 13 g..................	-	34,0	18,0	-	0,5	-	2,0	-	-	-	-	-	31,5	-
A 12....................	-	10,0	8,0	-	-	-	2,0	-	-	-	-	-	8,0	-
A 11.....................	-	2,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2,0	-
A 10....................	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m+Z..............	-	3,0	3,0	-	-	-	2,5	-	-	-	-	-	0,5	-
A 9 m...................	-	1,0	1,0	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-
A 8......................	-	3,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3,0	-
A 7......................	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen..........	-	84,0	55,0	-	0,5	-	12,5	-	-	-	-	-	71,0	-
Titel 428 11 - Erläuterungen														
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 14....................	-	-	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	2,0	2,0	-
E 13....................	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 12....................	-	2,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2,0	-
E 8......................	-	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-
E 6......................	-	1,0	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen..........	-	4,0	9,0	-	-	-	1,0	-	-	-	-	2,0	5,0	-

1216 Luftfahrt-Bundesamt

Erläuterungen:

Zu Titel 422 11

<u>Zu Spalte 4:</u>
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
3,0 A14; 1,0 A13h; 2,0 A12 (Zusammen: 6,0).

Zu Titel 428 11

<u>Zu Spalte 4:</u>
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
3,0 E14; 1,0 E13; 2,0 E12 (Zusammen: 6,0).

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014		2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Soll	Ersatz-(plan)st.				
1	2	3	4	5	6	7
Zu Titel 422 11						
					ku	
				1.	**ku mit Ausscheiden der Planstelleninhaber /innen**	
B 3....................	-	-	1,0	1.1	in Bes.-Gr. A 16	Umsetzung der Planstelle
A 9 m+Z............	-	-	1,5	1.2	in Bes.-Gr. A 9 m	Umsetzung der Planstelle
Zusammen.......	-	-	2,5			
					kw	
				1.	**kw**	
				1.1	-	
A 16..................	-	-	1,0	1.1.1	mit Wegfall der Tgr. 02 bei Kap. 1216	Umsetzung der Planstelle
A 14..................	-	-	3,0			Umsetzung der Planstelle
A 13 g..............	-	-	2,0			Umsetzung der Planstelle
A 12..................	-	-	2,0			Umsetzung der Planstelle
A 9 m+Z............	-	-	1,0			Umsetzung der Planstelle
A 9 m...............	-	-	1,0			Umsetzung der Planstelle
				2.	**kw 31.12.2014**	
A 14..................	-	-	6,0	2.1	-	Wegfall des Vermerks
A 13 g..............	-	-	10,0			Wegfall des Vermerks
Zusammen.......	-	-	26,0			
Zu Titel 428 11						
					kw	
				1.	**kw**	
				1.1	-	
E 6....................	-	-	1,0	1.1.1	mit Wegfall der Tgr. 02 bei Kap. 1216	Umsetzung der Stelle

Tgr. 02 - Dienststelle Flugsicherung beim Luftfahrt-Bundesamt

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt-gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr										von Sp. 2 entfallen auf Funktions-gruppen
				Neue Stellen, Stellenwegfall				Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken		Hebungen, Herabstufungen		Umwandlungen, Umsetzungen		
				ohne ku/ kw-Vermerke		und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken								
				+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 21														
Beamtinnen und Beamte														
B 2......................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 16....................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 15....................	8,0	10,0	3,0	-	-	-	-	-	2,0	-	-	-	-	-
A 14....................	4,0	4,0	7,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 h................	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g+Z............	17,0	20,0	16,0	-	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g................	98,0	113,0	61,0	-	15,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 12....................	10,0	10,0	25,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 11.....................	-	-	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr										von Sp. 2 entfallen auf Funk- tions- gruppen
				Neue Stellen, Stellenwegfall				Wirksam- werden von ku- und kw-Vermerken		Hebungen, Herab- stufungen		Umwand- lungen, Umsetzungen		
				ohne ku/ kw-Vermerke		und Umsetzun- gen mit ku/ kw-Vermerken								
				+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
A 10	-	-	14,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 g	-	-	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m+Z	25,0	26,0	23,0	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m	41,0	43,0	35,0	-	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 8	-	-	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 7	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	205,0	228,0	196,0	-	21,0	-	-	-	2,0	-	-	-	-	-

Titel 428 21 - Erläuterungen

Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

E 15	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 14	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 12	5,0	5,0	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 11	7,0	7,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 10	5,0	5,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 9	14,0	14,0	15,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 8	19,0	19,0	16,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 7	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 6	16,0	18,0	7,0	-	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 5	-	-	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 4	-	-	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 3	-	-	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	68,0	70,0	62,0	-	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 422 21				
			1.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
A 13 g	1,0	2,0	1.1	EUROCONTROL
A 8	1,0	1,0		
Zusammen	2,0	3,0		

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
1	2	3	4	5	6	7
Zu Titel 422 21						
					kw	
				1.	**kw**	
A 15	2,0	-	4,0	1.1	-	Wirksamwerden des Vermerks
Zu Titel 428 21						
					kw	
				1.	**kw**	
E 12	2,0	-	2,0	1.1	-	-

1216 Luftfahrt-Bundesamt

Tgr. 04 - Bundesstelle für Flugunfalluntersuchung

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr: Neue Stellen, Stellenwegfall ohne ku/ kw-Vermerke +	-	und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken +	-	Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken +	-	Hebungen, Herabstufungen +	-	Umwandlungen, Umsetzungen +	-	von Sp. 2 entfallen auf Funktionsgruppen
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 41														
Beamtinnen und Beamte														
A 15	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 14	4,0	4,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	6,0	6,0	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Titel 428 41 - Erläuterungen														
Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
AT B	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 15	2,0	2,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 14	8,0	8,0	7,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 13	1,0	1,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 12	9,0	5,0	4,5	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 11	3,0	3,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 10	1,0	1,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 9	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 8	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 7	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 6	1,0	1,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 5	1,5	1,5	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 3	-	-	0,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	28,5	24,5	24,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	29,5	25,5	25,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 428 41				
			2.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
AT B	1,0	1,0	2.1	Europäische Agentur für Flugsicherheit (EASA)

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr										von Sp. 2 entfallen auf Funk-tions-gruppen
				Neue Stellen, Stellenwegfall				Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken		Hebungen, Herabstufungen		Umwandlungen, Umsetzungen		
				ohne ku/ kw-Vermerke		und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken								
				+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Beamtinnen und Beamte														
B 6	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 3	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 2	4,0	3,0	2,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 16	11,0	10,0	11,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 15	63,0	63,0	61,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	1,0	1,0	-
A 14	97,5	88,5	75,0	3,0	-	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 h	34,5	36,5	28,5	-	3,0	4,0	-	-	3,0	-	-	-	-	-
A 13 g+Z	18,0	18,0	14,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g	145,0	117,0	106,0	3,0	-	1,0	-	-	-	24,0	-	-	-	-
A 12	270,5	280,0	250,0	11,0	3,0	8,5	-	-	1,0	-	24,0	-	1,0	-
A 11	188,5	169,5	130,5	17,0	0,5	6,5	-	-	3,0	-	-	1,0	2,0	-
A 10	58,5	63,5	45,0	-	1,0	-	-	-	4,0	-	-	-	-	-
A 9 m+Z	10,0	9,0	8,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m	53,0	45,0	45,0	8,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 8	79,5	68,5	65,5	12,0	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-
A 7	37,5	35,5	26,0	3,0	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
A 6 m	8,5	9,0	0,5	-	0,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 6 e	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	1 082,0	1 019,0	871,0	61,0	9,0	26,0	-	-	12,0	24,0	24,0	2,0	5,0	-
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 15	3,0	4,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-
E 14	11,0	11,0	19,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 13	7,0	7,0	11,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 12	25,0	28,0	38,0	-	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 11	37,0	40,0	67,5	-	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 10	1,0	2,0	7,0	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
E 9	3,0	3,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 8	14,5	14,5	16,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 6	6,5	7,5	13,5	1,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 5	24,0	26,0	34,5	-	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 4	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 3	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	134,0	145,0	216,5	1,0	10,0	-	-	-	1,0	-	-	-	1,0	-

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 422 01

1. Die folgenden Planstellen dürfen nur mit Überhangpersonal besetzt werden: **1,0 A 15, 3,0 A 14,** 1,0 A 13 h, **4,0 A 13 g, 11,0 A 12, 31,0 A 11, 1,0 A 9 m+Z, 4,0 A 9 m, 11,0 A 8, 2,0 A 7** (Zusammen: **69,0**).
2. **Die folgenden Planstellen sind bis zu einer Anpassung der Bundeseisenbahngebührenverordnung (BEGebV) gesperrt: 6,0 A 14, 4,0 A 13 h, 1,0 A 13 g, 8,5 A 12, 4,5 A 11 (Zusammen: 24,0).**
3. **Die folgenden Planstellen sind bis zum Abschluss einer Verwaltungsvereinbarung mit den Ländern gesperrt: 4,0 A 13 g, 1,0 A 12 (Zusammen: 5,0).**

Zu Titel 428 01

Die folgende Stelle darf nur mit Überhangpersonal besetzt werden: 1,0 E 6.

Erläuterungen:

Zu Titel 422 01

Zu Spalte 4:
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
8,5 A14; 4,0 A13h; 10,0 A12; 27,5 A11; 5,0 A10; 2,0 A8; 6,0 A7; 8,5 A6m (Zusammen: 71,5).

1221 Eisenbahn-Bundesamt

Zu Titel 428 01

Zu Spalte 4:
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
8,5 E14; 4,0 E13; 10,0 E12; 27,5 E11; 5,0 E10; 2,0 E8; 6,0 E6; 8,5 E5 (Zusammen: 71,5).

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 422 01				
			1.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
A 15..................	2,0	2,0	1.2	European Railway Agency (ERA)
A 14..................	1,0	1,0		
Zusammen.........	3,0	3,0		

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014		2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Soll	Ersatz-(plan)st.				
1	2	3	4	5	6	7
Zu Titel 422 01						
					ku	
				1.	**ku mit Ausscheiden der Planstelleninhaber /innen**	
				1.1	in Bes.-Gr. A 12	
A 13 g..............	4,0	-	4,0	1.1.1	Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter Prüfung und Bewilligung	-
				1.2	in Bes.-Gr. A 11	
A 12.................	5,0	-	5,0	1.2.1	Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter Prüfung und Bewilligung	-
A 6 e................	1,0	-	1,0	1.3	in Bes.-Gr. A 5	-
Zusammen.......	10,0	-	10,0			
					kw	
				1.	**kw 31.12.2015**	
A 11.................	7,5	-	7,5	1.1	-	-
				2.	**kw 31.12.2017**	
				2.1	-	
A 14.................	6,0	-	-	2.1.1	Planfeststellung	Neue Planstelle
A 13 h..............	4,0	-	-			Neue Planstelle
A 13 g..............	1,0	-	-			Neue Planstelle
A 12.................	3,0	-	-			Neue Planstelle
A 11.................	1,0	-	-			Neue Planstelle
A 12.................	3,5	-	-	2.1.2	Antrags- und Verwendungsprüfung bei Förderung nicht bundeseigener Eisenbahnen	Neue Planstelle
A 11.................	3,5	-	-			Neue Planstelle
A 12.................	2,0	-	-	2.1.3	Fahrzeug-Zulassungen	Neue Planstelle
				3.	**kw 31.12.2014**	
				3.1	-	
A 14.................	-	-	3,0	3.1.1	European Train Control System (ETCS)	Wegfall des Vermerks
A 13 g..............	-	-	1,0			Wegfall des Vermerks
A 12.................	-	-	3,0			Wegfall des Vermerks
A 13 g..............	-	-	3,0	3.1.2	Fahrzeug-Zulassungen	Wegfall des Vermerks
A 12.................	-	-	5,0			Wegfall des Vermerks
A 14.................	-	-	1,0	3.1.3	TSI-Prüfungen	Wegfall des Vermerks
A 13 g..............	-	-	1,0			Wegfall des Vermerks
				4.	**kw**	
A 14.................	1,5	1,5	1,5	4.1	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	-
A 13 h..............	3,0	3,0	6,0			Wirksamwerden des Vermerks
A 12.................	1,0	1,0	2,0			Wirksamwerden des Vermerks
A 11.................	1,0	1,0	4,0			Wirksamwerden des Vermerks
A 10.................	3,5	3,5	7,5			Wirksamwerden des Vermerks
A 8...................	1,0	1,0	1,0			-
A 7...................	-	-	1,0			Wirksamwerden des Vermerks
A 6 m...............	0,5	0,5	0,5			-
				5.	**kw 31.12.2015**	
				5.1	-	
A 14.................	1,0	-	1,0	5.1.1	ECM-Zertifizierung	-
A 13 g..............	3,0	-	3,0			-

Übersicht der ku- und kw- Vermerke						
Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
1	2	3	4	5	6	7
A 12..................	1,0	-	1,0			-
A 13 g..............	3,0	-	3,0	5.1.2	Landeseisenbahnaufsicht	-
A 12..................	6,0	-	6,0			-
A 13 g..............	2,0	-	2,0	5.1.3	Magnetschwebebahn-Nahverkehr	-
A 12..................	1,0	-	1,0			-
A 14..................	1,0	-	1,0	5.1.4	Zulassung von ETCS	-
A 13 h..............	1,0	-	1,0			-
A 13 g..............	4,0	-	4,0			-
A 14..................	2,0	-	2,0	5.1.5	Planfeststellung	-
A 13 h..............	1,0	-	1,0			-
				6.	**kw mit Wegfall der Aufgabe**	
				6.1	-	
A 12..................	1,0	-	1,0	6.1.1	Förderrichtlinie Specific Transmission Moduls (STM)	-
				7.	**kw 31.12.2021**	
				7.1	-	
A 12..................	1,0	-	1,0	7.1.1	Förderrichtlinie lärmabhängige Trassenpreise	-
				8.	**kw 31.12.2022**	
				8.1	-	
A 11..................	1,0	-	1,0	8.1.1	Förderrichtlinie lärmabhängige Trassenpreise	-
				9.	**kw 31.10.2016**	
				9.1	-	
A 11..................	2,0	-	-	9.1.1	Postnachfolgeunternehmen	Neue Planstelle
Zusammen.......	74,0	11,5	77,0			

Zu Titel 428 01

					kw	
				1.	**kw**	
E 10..................	1,0	1,0	1,0	1.1	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	-
E 6....................	0,5	0,5	0,5			-
E 3....................	1,0	1,0	1,0			-
				2.	**kw 31.12.2013**	
				2.1	-	
E 10..................	-	-	1,0	2.1.1	Ausgleich für Energiewende	Wirksamwerden des Vermerks
Zusammen.......	2,5	2,5	3,5			

Tgr. 01 - Benannte Stelle Interoperabilität - Eisenbahn-Cert (EBC)

Planstellen-/Stellenübersicht														
Besoldungs-/ Entgelt-gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr										von Sp. 2 entfallen auf Funktionsgruppen
				Neue Stellen, Stellenwegfall				Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken		Hebungen, Herabstufungen		Umwandlungen, Umsetzungen		
				ohne ku/ kw-Vermerke		und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken								
				+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 11														
Beamtinnen und Beamte														
A 16....................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 15....................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 14....................	3,0	3,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g.................	5,0	4,0	4,0	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-
A 12....................	3,0	4,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-
A 11.....................	4,0	4,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 8......................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	18,0	18,0	18,0	-	-	-	-	-	-	1,0	1,0	-	-	-

1221 Eisenbahn-Bundesamt

Tgr. 02 - Eisenbahn-Unfalluntersuchungsstelle des Bundes (EUB)

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr: Neue Stellen, Stellenwegfall: ohne ku/ kw-Vermerke +	-	und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken +	-	Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken +	-	Hebungen, Herabstufungen +	-	Umwandlungen, Umsetzungen +	-	von Sp. 2 entfallen auf Funktionsgruppen
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 21														
Beamtinnen und Beamte														
A 15	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 14	1,0	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g	9,0	5,0	5,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 12	10,0	7,0	7,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-
A 11	7,0	3,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	2,0	-	-
A 10	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 8	2,0	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-
Zusammen	32,0	18,0	17,0	10,0	-	-	-	-	-	-	-	4,0	-	-
Titel 428 21 - Erläuterungen														
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 11	2,0	2,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 422 21

Die folgenden Planstellen dürfen nur mit Überhangpersonal besetzt werden: 1,0 A 14, 1,0 A 11 (Zusammen: 2,0).

Erläuterungen:

Zu Titel 422 21

Zu Spalte 4:
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
1,0 A11.

Zu Titel 428 21

Zu Spalte 4:
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
1,0 E11.

Haushaltsvermerk:

Zu Kap. 1223

1. **Die im Bundeshaushaltsplan 2008 neu ausgebrachten 56 Planstellen/Stellen dürfen nur mit Bediensteten der früheren Bundesanstalt für Flugsicherung besetzt werden, vorrangig mit solchen, die in ihrem früheren Status verblieben sind. Ausnahmen bedürfen der Einwilligung des BMF. Die Einwilligung zur Besetzung der Planstelle zur Leitung und Koordination des Behördenaufbaus (Aufbaustab, Bes.-Gr. B 3) mit einer externen Bewerberin/einem externen Bewerber gilt als erteilt. Soweit Fluglotsinnen/Fluglotsen, Flugdatenbearbeiter/innen oder Flugsicherungstechniker/innen zu regulären Bedingungen nachweislich nicht gewonnen werden können, wird das BMF ermächtigt, in bis zu acht Fällen statt der Planstellen (1 A 15, 5 A 14, 1 A 13 h, 1 A 13 g) Stellen auszubringen, deren Inhabern/Inhaberinnen mit Zustimmung des BMI jeweils ein außertarifliches Entgelt gezahlt werden darf (1 AT (B 7), 2 AT (B 6), 2 AT (B 5), 3 AT (B 3)).**
2. **Folgende Planstellen sind gesperrt:**

   1 A 14, 1 A 13 g.
3. **<u>Zu A 13 g:</u>**

   Eine Planstelle darf mit einer Soldatin/einem Soldaten besetzt werden.
4. **<u>Zu A 14:</u>**

   Eine Planstelle darf mit einer Soldatin/einem Soldaten besetzt werden.

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr: Neue Stellen, Stellenwegfall ohne ku/ kw-Vermerke +	-	und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken +	-	Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken +	-	Hebungen, Herabstufungen +	-	Umwandlungen, Umsetzungen +	-	von Sp. 2 entfallen auf Funktionsgruppen
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Beamtinnen und Beamte														
B 3	1,0	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-
A 16	1,0	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-
A 15	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3,0	-	-
A 14	19,0	-	-	-	-	3,0	-	-	-	-	-	16,0	-	-
A 13 h	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	4,0	-	-
A 13 g+Z	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-
A 13 g	33,5	-	-	-	-	2,0	-	-	-	-	-	31,5	-	-
A 12	10,0	-	-	-	-	2,0	-	-	-	-	-	8,0	-	-
A 11	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2,0	-	-
A 9 m+Z	3,0	-	-	-	-	2,5	-	-	-	-	-	0,5	-	-
A 9 m	1,0	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-
A 8	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3,0	-	-
Zusammen	81,5	-	-	-	-	12,5	-	-	-	-	-	69,0	-	-
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 14	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2,0	-	-
E 12	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2,0	-	-
E 8	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-
E 6	1,0	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	6,0	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-	5,0	-	-

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 422 01

Die folgenden Planstellen dürfen nur mit Überhangpersonal besetzt werden: 3,0 A 12.

Zu Titel 428 01

Die folgende Stelle darf nur mit Überhangpersonal besetzt werden: 1,0 E 12.

1223 Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
1	2	3	4	5	6	7
Zu Titel 422 01						
					ku	
				1.	**ku mit Ausscheiden der Planstelleninhaber /innen**	
				1.1	in Bes.-Gr. A 16	
B 3	1,0	-	-	1.1.1	-	Umsetzung der Planstelle
				1.2	in Bes.-Gr. A 9 m	
A 9 m+Z	1,5	-	-	1.2.1	-	Umsetzung der Planstelle
Zusammen	2,5	-	-			
					kw	
				1.	**kw**	
				1.1	-	
A 16	1,0	-	-	1.1.1	mit Wegfall der Tgr. 02 bei Kap. 1216	Umsetzung der Planstelle
A 14	3,0	-	-			Umsetzung der Planstelle
A 13 g	2,0	-	-			Umsetzung der Planstelle
A 12	2,0	-	-			Umsetzung der Planstelle
A 9 m+Z	1,0	-	-			Umsetzung der Planstelle
A 9 m	1,0	-	-			Umsetzung der Planstelle
Zusammen	10,0	-	-			
Zu Titel 428 01						
					kw	
				1.	**kw**	
				1.1	-	
E 6	1,0	-	-	1.1.1	mit Wegfall der Tgr. 02 bei Kap. 1216	Umsetzung der Stelle

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung 1227
(entfallenes Kapitel)

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr										von Sp. 2 entfallen auf Funk- tions- gruppen
				Neue Stellen, Stellenwegfall				Wirksam- werden von ku- und kw- Vermerken		Hebungen, Herab- stufungen		Umwand- lungen, Umsetzungen		
				ohne ku/ kw-Vermerke		und Umsetzun- gen mit ku/ kw-Vermerken								
				+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Beamtinnen und Beamte														
B 6......................	-	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-
B 3......................	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-
B 2......................	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-
A 16....................	-	8,0	9,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	8,0	-
A 15....................	-	39,0	37,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	39,0	-
A 14....................	-	44,0	39,5	-	-	-	-	-	-	-	-	2,0	46,0	-
A 13 h.................	-	59,0	41,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	61,0	-
A 13 g+Z............	-	5,0	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	5,0	-
A 13 g.................	-	30,0	29,5	-	2,0	-	-	-	1,0	-	-	-	27,0	-
A 12	-	34,0	31,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	34,0	-
A 11.....................	-	22,0	20,0	-	-	-	-	1,0	-	-	-	4,0	27,0	-
A 10....................	-	36,0	15,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	36,0	-
A 9 g..................	-	12,0	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	12,0	-
A 9 m+Z.............	-	1,0	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
A 9 m..................	-	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3,0	-
A 8......................	-	7,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	7,0	-
A 6 m.................	-	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	6,0	10,0	-
A 6 e...................	-	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-
A 5......................	-	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-
Zusammen..........	-	309,0	239,0	2,0	2,0	-	-	1,0	2,0	-	-	12,0	320,0	-
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 15....................	-	10,0	10,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	12,0	-
E 14....................	-	40,0	30,0	-	2,0	-	-	-	-	-	-	-	38,0	-
E 13....................	-	89,0	95,5	3,0	-	3,0	-	-	-	-	-	-	95,0	-
E 12....................	-	131,0	128,5	-	0,5	4,0	-	-	-	-	-	-	134,5	-
E 11.....................	-	101,0	108,0	-	3,0	2,0	-	-	-	-	-	-	100,0	-
E 10....................	-	21,0	47,0	-	2,0	-	-	-	-	-	-	4,0	23,0	-
E 9......................	-	80,0	58,5	-	2,5	-	-	1,0	1,0	-	-	-	77,5	-
E 8......................	-	35,0	48,5	2,0	0,5	-	-	-	-	-	-	-	36,5	-
E 7......................	-	3,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3,0	-
E 6......................	-	59,0	49,5	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	58,0	-
E 5......................	-	134,5	142,5	-	3,5	1,0	-	-	3,0	-	-	-	129,0	-
E 4......................	-	17,0	18,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	17,0	-
E 3......................	-	19,0	15,0	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	18,0	-
E 2......................	-	3,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3,0	-
Zusammen..........	-	742,5	757,0	7,0	15,0	10,0	-	1,0	5,0	-	-	4,0	744,5	-

Erläuterungen:

Zu Titel 422 01

Zu Spalte 4:
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
11,0 A13h; 3,0 A12; 2,0 A11; 21,0 A10; 4,5 A9g; 4,0 A8; 4,0 A6m (Zusammen: 49,5).

Daneben werden 20,0 Anwärterinnen und Anwärter (Tit. 422 03) beschäftigt.

Zu Titel 428 01

Zu Spalte 4:
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
11,0 E13; 3,0 E12; 2,0 E11; 21,0 E10; 4,5 E9; 4,0 E8; 4,0 E5 (Zusammen: 49,5).

1227 Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (entfallenes Kapitel)

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 422 01				
			1.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	-	2,0	1.1	gemäß §§ 90, 92, 95 BBG, § 7 DBeglG, § 6 MuSchEltZV, § 24 GAD
			2.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
A 14..................	-	1,0	2.2	Stadt Chemnitz
Insgesamt..........	-	3,0		
Zu Titel 428 01				
			1.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	-	3,0	1.1	gemäß § 28 TVöD, § 9 UmzugsTV, § 15 BEEG, § 24 GAD
			2.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
E 8....................	-	1,0	2.2	CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages
Insgesamt..........	-	4,0		

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014		2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Soll	Ersatz-(plan)st.				
1	2	3	4	5	6	7
Zu Titel 422 01						
					ku	
				1.	**ku mit Ausscheiden der Planstelleninhaber /innen**	
				1.2	in Bes.-Gr. A 12	
A 13 g..............	-	-	2,0	1.2.1	gemäß § 31 Abs. 1 Nr. 4 HG 1999	Wegfall des Vermerks
				1.3	in Bes.-Gr. A 11	
A 13 g..............	-	-	1,0	1.3.1	gemäß § 31 Abs. 1 Nr. 4 HG 1999	Wirksamwerden des Vermerks
				1.5	in Entgeltgruppe E 9	
A 9 m+Z...........	-	-	1,0	1.5.1	bei Kap. 1227 Tit. 428 01	Wirksamwerden des Vermerks
Zusammen.......	-	-	4,0			
Zu Titel 428 01						
					kw	
				1.	**kw**	
E 5....................	-	-	1,0	1.1	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	Wegfall des Vermerks
E 3....................	-	-	1,0			Wirksamwerden des Vermerks
				2.	**kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber/innen**	
E 15..................	-	-	2,0	2.1	-	Wegfall des Vermerks
E 14..................	-	-	18,0			Wegfall des Vermerks
E 12..................	-	-	7,0			Wegfall des Vermerks
E 11..................	-	-	2,0			Wegfall des Vermerks
E 10..................	-	-	1,0			Wegfall des Vermerks
E 9....................	-	-	6,0			Wegfall des Vermerks
E 8....................	-	-	3,0			Wegfall des Vermerks
E 6....................	-	-	7,0			Wegfall des Vermerks
E 4....................	-	-	2,0			Wegfall des Vermerks
E 9....................	-	-	7,0	2.2	spätestens 31.12.2022	Wegfall des Vermerks
E 8....................	-	-	5,0			Wegfall des Vermerks
E 6....................	-	-	3,0			Wegfall des Vermerks
E 5....................	-	-	27,0			Wegfall des Vermerks, Wirksamwerden des Vermerks
				3.	**kw 31.12.2013**	
				3.1	-	
E 9....................	-	-	1,0	3.1.1	Ausgleich für Energiewende	Wirksamwerden des Vermerks
				4.	**kw 31.12.2017**	
				4.1	-	
E 13..................	-	-	-	4.1.1	Prüfung der Refinanzierung (Bauaufgaben für die BImA)	Wegfall des Vermerks, Neue Stelle
E 12..................	-	-	-			Wegfall des Vermerks, Neue Stelle
E 11..................	-	-	-			Wegfall des Vermerks, Neue Stelle
E 5....................	-	-	-			Wegfall des Vermerks, Neue Stelle
Zusammen.......	-	-	93,0			

Besoldungs-/ Entgelt-gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr: Neue Stellen, Stellenwegfall: ohne ku/ kw-Vermerke +	-	und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken +	-	Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken +	-	Hebungen, Herabstufungen +	-	Umwandlungen, Umsetzungen +	-	von Sp. 2 entfallen auf Funktionsgruppen
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Beamtinnen und Beamte														
B 3......................	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 15....................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g+Z.............	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g..................	3,0	4,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-
A 11.....................	1,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-
A 9 m+Z.............	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m..................	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 8......................	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen..........	11,0	13,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2,0	-
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
AT (B 3)...............	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 13....................	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 12....................	1,0	-	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-
E 11.....................	3,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-
E 10....................	1,0	1,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 9......................	5,0	5,0	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 8......................	16,5	16,5	16,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 7......................	4,0	4,0	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 6......................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 5......................	-	-	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen..........	33,5	31,5	39,5	-	-	-	-	-	-	-	-	2,0	-	-
Insgesamt...........	33,5	31,5	40,5	-	-	-	-	-	-	-	-	2,0	-	-

Table title: **Planstellen-/Stellenübersicht**

Erläuterungen:

Zu Titel 422 01

Zu Spalte 4:
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
1,0 B3; 3,0 A13g; 2,0 A11; 2,0 A9m; 1,0 A8 (Zusammen: 9,0).

Zu Titel 428 01

Zu Spalte 4:
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
1,0 AT(B3); 2,0 E12; 1,0 E11; 2,0 E10; 2,0 E8; 1,0 E5 (Zusammen: 9,0).

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 428 01				
			1.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	0,5	0,5	1.1	gemäß § 28 TVöD, § 9 UmzugsTV, § 15 BEEG, § 24 GAD

1228 Gemeinschaftsdienste

Übersicht der ku- und kw- Vermerke						
Bes.-/ E.-Gr.	2014		2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Soll	Ersatz-(plan)st.				
1	2	3	4	5	6	7

Zu Titel 428 01

					kw	
				2.	**kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber/innen**	
E 8....................	3,0	-	3,0	2.1	-	-
E 6....................	1,0	-	1,0			-
Zusammen.......	4,0	-	4,0			

Anlage zu den Stellenplänen des Epl. 12

Darstellung der den Planstellen zugeordneten Amtsbezeichnungen

Bes.-Gr.	Kap.	**Amtsbezeichnungen** (Grundamtsbezeichnung in Fettdruck)
1	2	3
B 11	1201	Staatssekretärin oder Staatssekretär
B 9	1201	Ministerialdirektorin oder Ministerialdirektor
B 6	1201	Ministerialdirigentin oder Ministerialdirigent
	1227	Präsidentin oder Präsident des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung
	1205	Präsidentin oder Präsident des Bundesamtes für Güterverkehr
	1214	Präsidentin oder Präsident des Deutschen Wetterdienstes
	1221	Präsidentin oder Präsident des Eisenbahn-Bundesamtes
	1212	Präsidentin oder Präsident des Kraftfahrt-Bundesamtes
	1216	Präsidentin oder Präsident des Luftfahrt-Bundesamtes
B 5	1203	Präsidentin oder Präsident einer Wasser- und Schifffahrtsdirektion
	1211	Präsidentin und Professorin oder Präsident und Professor der Bundesanstalt für Straßenwesen
	1208	Präsidentin und Professorin oder Präsident und Professor des Bundesamtes für Seeschifffahrt und Hydrographie
B 4	1216	Präsidentin oder Präsident des Luftfahrt-Bundesamtes
B 3	1223	Direktorin oder Direktor des Bundesaufsichtsamtes für Flugsicherung
	1203	Direktorin und Professorin oder Direktor und Professor der Bundesanstalt für Gewässerkunde
	1203	Direktorin und Professorin oder Direktor und Professor der Bundesanstalt für Wasserbau
	1211, 1214	Direktorin und Professorin oder Direktor und Professor
	1201, 1228	Ministerialrätin oder Ministerialrat
	1205	Vizepräsidentin oder Vizepräsident des Bundesamtes für Güterverkehr
	1214	Vizepräsidentin oder Vizepräsident des Deutschen Wetterdienstes
	1221	Vizepräsidentin oder Vizepräsident des Eisenbahn-Bundesamtes
	1212	Vizepräsidentin oder Vizepräsident des Kraftfahrt-Bundesamtes
	1216	Vizepräsidentin oder Vizepräsident des Luftfahrt-Bundesamtes
B 2	1203	Abteilungsdirektorin oder Abteilungsdirektor der Generaldirektion für Wasserstraßen und Schifffahrt
	1211, 1214, 1216, 1221	Abteilungspräsidentin oder Abteilungspräsident
	1211, 1214	Direktorin und Professorin oder Direktor und Professor
	1208	Vizepräsidentin oder Vizepräsident des Bundesamtes für Seeschifffahrt und Hydrographie
	1203	Vizepräsidentin oder Vizepräsident einer Wasser- und Schifffahrtsdirektion
B 1	1208, 1214	Direktorin und Professorin oder Direktor und Professor
A 16	1203, 1204, 1205, 1208, 1209, 1211, 1212, 1214, 1216, 1221, 1223, 1227	**Leitende Direktorin** oder **Leitender Direktor**
	1208	Direktorin oder Direktor der Bundesstelle für Seeunfalluntersuchung
	1201	Ministerialrätin oder Ministerialrat
A 15	1201, 1203, 1204, 1205, 1208, 1209, 1211, 1212, 1214, 1216, 1221, 1223, 1227, 1228	**Direktorin** oder **Direktor**

12 Übersicht Amtsbezeichnungen

Bes.-Gr.	Kap.	**Amtsbezeichnungen** (Grundamtsbezeichnung in Fettdruck)
1	2	3
A 14	1201, 1203, 1204, 1205, 1208, 1209, 1211, 1212, 1214, 1216, 1221, 1223, 1227	**Oberrätin** oder **Oberrat**
A 13 h	1201, 1203, 1205, 1208, 1209, 1211, 1212, 1214, 1216, 1221, 1223, 1227	**Rätin** oder **Rat**
A 13 g+Z	1201, 1203, 1208, 1212, 1216, 1221, 1223, 1227, 1228	**Oberamtsrätin** oder **Oberamtsrat**
A 13 g	1201, 1203, 1205, 1208, 1209, 1211, 1212, 1214, 1216, 1221, 1223, 1227, 1228	**Oberamtsrätin** oder **Oberamtsrat**
	1203, 1208	Seehauptkapitänin oder Seehauptkapitän
A 12	1201, 1203, 1204, 1205, 1208, 1209, 1211, 1212, 1214, 1216, 1221, 1223, 1227	**Amtsrätin** oder **Amtsrat**
	1203, 1208	Seehauptkapitänin oder Seehauptkapitän
A 11	1201, 1203, 1204, 1205, 1208, 1209, 1211, 1212, 1214, 1216, 1221, 1223, 1227, 1228	**Amtfrau** oder **Amtmann**
	1203, 1208	Seeoberkapitänin oder Seeoberkapitän
A 10	1201, 1203, 1204, 1205, 1208, 1209, 1211, 1212, 1214, 1216, 1221, 1227	**Oberinspektorin** oder **Oberinspektor**
	1203, 1208	Seekapitänin oder Seekapitän
A 9 g	1201, 1203, 1204, 1205, 1208, 1209, 1211, 1212, 1214, 1216, 1227	**Inspektorin** oder **Inspektor**
	1203, 1208	Kapitänin oder Kapitän
A 9 m+Z	1201, 1203, 1208, 1209, 1212, 1214, 1216, 1221, 1223, 1228	**Amtsinspektorin** oder **Amtsinspektor**
	1203, 1208	**Betriebsinspektorin** oder **Betriebsinspektor**
A 9 m	1201, 1203, 1205, 1208, 1209, 1212, 1214, 1216, 1221, 1223, 1228	**Amtsinspektorin** oder **Amtsinspektor**
	1203, 1208	**Betriebsinspektorin** oder **Betriebsinspektor**
A 8	1201, 1203, 1205, 1208, 1209, 1211, 1212, 1214, 1216, 1221, 1223, 1227, 1228	**Hauptsekretärin** oder **Hauptsekretär**
	1203, 1221	**Hauptwerkmeisterin** oder **Hauptwerkmeister**
A 7	1201, 1203, 1205, 1209, 1211, 1212, 1214, 1216, 1221	**Obersekretärin** oder **Obersekretär**
	1203, 1221	**Oberwerkmeisterin** oder **Oberwerkmeister**

Bes.-Gr.	Kap.	**Amtsbezeichnungen** (Grundamtsbezeichnung in Fettdruck)
1	2	3
A 6 m	1201, 1203, 1205, 1209, 1211, 1214, 1216, 1221	**Sekretärin** oder **Sekretär**
A 6 e	1203, 1221	**Betriebsassistentin** oder **Betriebsassistent**
	1203	**Hauptwartin** oder **Hauptwart**
	1201, 1203, 1221, 1227	**Oberamtsmeisterin** oder **Oberamtsmeister**
A 5	1203	**Betriebsassistentin** oder **Betriebsassistent**
	1203	**Hauptwartin** oder **Hauptwart**
	1201, 1203, 1205, 1209, 1227	**Oberamtsmeisterin** oder **Oberamtsmeister**
A 4	1201, 1203	**Amtsmeisterin** oder **Amtsmeister**
	1203	**Oberwartin** oder **Oberwart**
	1203	Hauptsaufseherin oder Hauptaufseher
A 2/3	1201	**Hauptamtsgehilfin** oder **Hauptamtsgehilfe**
	1201	**Oberamtsgehilfin** oder **Oberamtsgehilfe**
W 2	1214	Professorin oder Professor

1202 Anlage zu Kapitel Zuwendungsempfänger

Stellenübersichten der Zuwendungsempfänger / Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO des Kap. 1202

Titel	aus Nr. ... Erläuterung	**Bezeichnung**
1	2	3
Tgr. 06		**Nationales Innovationsprogramm Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie**
682 61		NOW GmbH Nationale Organisation Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie

Tgr. 06 - Nationales Innovationsprogramm Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie

Stellenübersicht							
Besoldungs-/ Vergütungs-/ Entgelt-gruppen	Stellen mit Dauerarbeitskräften besetzbar					Stellen für Arbeitskräfte mit befristeten Arbeitsverträgen	
	Tit. 422 .1, 425 .1, 426 .1 und 428 .1 sowie entsprechende Kontierung im Wirtschaftsplan			Tit. 425 .1, 426 .1 und 428 .1 (Projektförderung/ Aufträge Dritter)		Tit. 427 .9 (Projektförderung/ Aufträge Dritter)	
	Soll 2014	Soll 2013	besetzt am 1. Juni 2013	Soll 2014	Soll 2013	Soll 2014	Soll 2013
1	2	3	4	5	6	7	8
Zu Titel 682 61							
NOW GmbH Nationale Organisation Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie							
Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
AT (B 6)	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
E 15	3,0	3,0	3,0	-	-	-	-
E 14	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-
E 13	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-
E 9	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-
Zusammen	8,0	8,0	8,0	-	-	-	-
Insgesamt	9,0	9,0	9,0	-	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 682 61

1. **Zu AT (B 6):**
   Der erste Stelleninhaber erhält aufgrund einer besonderen Vereinbarung eine Zulage in Höhe des Differenzbetrages zwischen 136.000 Euro jährlich und dem Jahresgehalt eines Beamten der Bes.-Gr. B 6. Das Jahresgehalt kann ab 2012 entsprechend dem jeweils geltenden Tarifabschluss für den Bund angepasst werden.
2. **zu E 15:**
   Einer der Stelleninhaber (2. Geschäftsführer) erhält aufgrund einer besonderen Vereinbarung eine Zulage in Höhe des Differenzbetrages zwischen maximal 111.739,20 Euro (Festgehalt und Leistungszulage) jährlich und dem Jahresgehalt eines Arbeitnehmers der Entgeltgruppe E 15. Das Jahresgehalt kann entsprechend dem jeweils geltenden Tarifabschluss für den Bund angepasst werden.

Übersicht der ku- und kw- Vermerke						
Bes.-/ Verg.-/ E.-Gr.	2014		2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Soll	Ersatz-(plan)st.				
1	2	3	4	5	6	7
Zu Titel 682 61						
NOW GmbH Nationale Organisation Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie						
					kw	
				1.	**kw 31.12.2016**	
AT (B 6)	1,0	-	1,0	1.1	-	-
E 15	3,0	-	3,0			-
E 14	2,0	-	2,0			-
E 13	2,0	-	2,0			-
E 9	1,0	-	1,0			-
Zusammen	9,0	-	9,0			

Entwurf
Bundeshaushalt 2014

Straßenbauplan

Inhalt

Bundesfernstraßenmaßnahmen (Kap. 1209)

Bundesfernstraßenmaßnahmen (Kap. 1210)

Geschäftsbereich des Bundesministeriums

für Verkehr und digitale Infrastruktur

Stand: 15. März 2014

Inhaltsverzeichnis	Seite
Auszug aus Kap. 1202 *(Infrastrukturbeschleunigungsprogramme)*	5
Abdruck des Kap. 1209 Erhebung und Verwendung der Lkw-Maut (Bundesfernstraßen)	7
Erläuterungen zu Straßenbauplan-Titeln des Kap. 1209	21
Abdruck des Kap. 1210 Bundesfernstraßen (ohne Lkw-Maut)	27
Erläuterungen zu Straßenbauplan-Titeln des Kap. 1210	41
Auszug aus Kap. 1222 *(Kostendrittel des Bundes an Kreuzungsmaßnahmen nach § 13 Abs 1 Satz 2 EKrG; Zuschüsse nach § 17 EKrG)*	183

Zusammenstellung der Maßnahmen im Bundesfernstraßenbereich

Tabelle	Zweckbestimmung	Seite
1	Bedarfsplanmaßnahmen - VDE-Erweiterung Bundesautobahnen	53
2	Bedarfsplanmaßnahmen - VDE-Neubau Bundesautobahnen	55
3	Bedarfsplanmaßnahmen - Erweiterung Bundesautobahnen (ohne VDE)	57
4	Bedarfsplanmaßnahmen - Neubau Bundesautobahnen (ohne VDE)	67
5	Bedarfsplanmaßnahmen - Neubau Bundesstraßen	76
6	Bedarfsplanmaßnahmen - Erwerb privat vorfinanzierter Bundesautobahnabschnitte	99
7	Bedarfsplanmaßnahmen - Erwerb privat vorfinanzierter Bundesstraßenabschnitte	101
8	Erhaltungsmaßnahmen Bundesautobahnen	103
9	Erhaltungsmaßnahmen Bundesstraßen	129
10	Um- und Ausbaumaßnahmen Bundesautobahnen	134
11	Um- und Ausbaumaßnahmen Bundesstraßen	147
12	Lärmschutzmaßnahmen Bundesautobahnen	154
13	Lärmschutzmaßnahmen Bundesstraßen	156
14	Hochbauten über 2.000.000 € Bundesautobahnen	157

Tabelle	Zweckbestimmung	Seite
15	Hochbauten über 2.000.000 € Bundesstraßen	159
16	Fernmelde-/SWIS-Anlagen Bundesautobahnen	160
17	Fernmelde-/SWIS-Anlagen Bundesstraßen	164
18	Betriebstechnische Nachrüstung (einschl. Tunnel) Bundesautobahnen	165
19	Betriebstechnische Nachrüstung (einschl. Tunnel) Bundesstraßen	168
20	Verkehrsbeeinflussungsmaßnahmen Bundesautobahnen	169
21	Verkehrsbeeinflussungsmaßnahmen Bundesstraßen	176
22	Zuweisungen an kommunale Baulastträger nach § 5a Bundesfernstraßengesetz (FStrG)	177
23	Maßnahmen zur Änderung von Überführungen (§ 12 EKrG)	178
24	Maßnahmen an Bahnübergängen zwischen Bundesstraßen und DB AG	179
25	Maßnahmen an Bahnübergängen zwischen Bundesstraßen und sonstigen Eisenbahnen	182

Auszug (Abschrift)

Titel Funktion	Zweckbestimmung		Soll 2014 1.000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1.000 €	Ist 2012 1.000 €
791 01-790	Infrastrukturbeschleunigungsprogramm		26.000	290.000	432.470
	Verpflichtungsermächtigung	451.000		*8.500*	
	davon fällig:				
	im Haushaltsjahr 2015 bis zu	57.000			
	im Haushaltsjahr 2016 bis zu	68.000			
	im Haushaltsjahr 2017 bis zu	75.000			
	im Haushaltsjahr 2018 bis zu	84.000			
	im Haushaltsjahr 2019 bis zu	93.000			
	im Haushaltsjahr 2020 bis zu	65.000			
	im Haushaltsjahr 2021 bis zu	9.000			
	Haushaltsvermerk: Die Erläuterungen sind verbindlich.				
	Erläuterungen: Finanzierung "Neubau der 5. Schleusenkammer in Brunsbüttel am Nord-Ostsee-Kanal"				
791 02-790	Infrastrukturbeschleunigungsprogramm II		243.122	600.000	--
	Haushaltsvermerk: 1. Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Kap. 1203 Tgr. 01, Kap. 1210 Tgr. 01 und Kap. 1222 Tit. 891 01. 2. Die Erläuterungen sind verbindlich				
	Erläuterungen: Das Gesamtvolumen wird auf die Verkehrsträger wie folgt aufgeteilt: Maßnahmen im Bereich der Bundesfernstraßen 117.014 T€, im Bereich der Bundeswasserstraßen 96.208 T€ und im Bereich der Bundesschienenwege 29.900 T€.				

Vorbemerkung

Auf der Grundlage des Gesetzes über die Erhebung von streckenbezogenen Gebühren für die Benutzung von Bundesautobahnen mit schweren Nutzfahrzeugen (Autobahnmautgesetz - ABMG), geändert durch das Gesetz über die Erhebung von streckenbezogenen Gebühren für die Benutzung von Bundesautobahnen und Bundesstraßen (Bundesfernstraßenmautgesetz - BFStrMG) wird auf Autobahnen und bestimmten, im Gesetz definierten Bundesstraßenabschnitten Maut erhoben.

Alle Einnahmen und Ausgaben im Zusammenhang mit der Erhebung und Kontrolle der Maut sind in diesem Kapitel veranschlagt. Gemäß § 11 BFStrMG werden die nach Abzug der Systemkosten, der Ausgleichsleistungen für die Kfz-Steuerausfälle und der Ausgaben für die übrigen Harmonisierungsmaßnahmen für das deutsche Güterkraftverkehrsgewerbe verbleibenden Mauteinnahmen zur Finanzierung von Bundesfernstraßen verwendet. Deren finanzielle Abwicklung erfolgt über die Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaft (VIFG).

Nicht verausgabte Mittel werden im jeweils folgenden Haushaltsjahr, spätestens mit dem übernächsten Haushaltsplan bereitgestellt (Mautguthaben); nicht durch Mauteinnahmen gedeckte Ausgaben sind entsprechend spätestens im übernächsten Haushaltsjahr nachzusparen (Mautschaden). Dabei sind die tatsächlichen Ist-Einnahmen und Ist-Ausgaben zu berücksichtigen.

Nach § 6 Absatz 3 des Gesetzes über die vermögensrechtlichen Verhältnisse der Bundesautobahnen und sonstigen Bundesstraßen des Fernverkehrs (BStrVermG) trägt der Bund die Zweckausgaben aus der Wahrnehmung der Straßenbaulast und die Zweckausgaben im Zusammenhang mit der Erhaltung und Bewirtschaftung des bundeseigenen Vermögens. Er gilt Zweckausgaben, die bei der Entwurfsbearbeitung und Bauaufsicht entstehen, durch die Zahlung einer Pauschale ab, die für Kosten der Entwurfsbearbeitung 2 Prozent der Baukosten, für Kosten der Bauaufsicht 1 Prozent der Baukosten beträgt.

Von den im Kapitel 1209 für das Jahr 2014 veranschlagten Einnahmen fließen 150 Mio. Euro als Ausgleich für die im Zuge der Mauteinführung vorgenommene Absenkung der Kfz-Steuer für schwere Lastkraftwagen auf das europarechtlich zulässige Mindestniveau dem Gesamthaushalt zu. Gleichzeitig ist in den veranschlagten Ausgabeansätzen ein Mautschaden aus dem Haushaltsjahr 2012 in Höhe von 38 530 T€ berücksichtigt.

In der nachstehenden Tabelle werden die Sollansätze für das Haushaltsjahr 2014 dargestellt:

Bezeichnung	1 000 €
1. Einnahmen Mautkapitel	4 400 320
- Kompensation Kfz-Steuerausfälle	-150 000
+/- Mautguthaben/-schaden	-38 530
2. Ausgaben Mautkapitel	4 211 790
davon	
Bundesfernstraßenbau (einschließlich pauschale Abgeltung Zweckausgaben)	3 129 038

Überblick zum Kapitel 1209	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	4 400 320	4 523 320	-123 000		4 369 677
Übrige Einnahmen	-	-	-		3 631
Gesamteinnahmen	4 400 320	4 523 320	-123 000		4 373 308
Ausgaben					
Personalausgaben	46 825	48 303	-1 478		40 731
Sächliche Verwaltungsausgaben	606 558	584 984	+21 574		558 522
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	493 508	497 109	-3 601	43 936	439 553
Ausgaben für Investitionen	3 064 899	3 255 211	-190 312		3 391 181
Besondere Finanzierungsausgaben	-	-	-		-
Gesamtausgaben	4 211 790	4 385 607	-173 817	43 936	4 429 987
davon nicht flexibilisiert	4 211 790	4 385 607	-173 817	43 936	4 429 987
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung	7 125 156 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu	1 740 656 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu	589 500 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu	335 000 T€				
im Haushaltsjahr 2018 bis zu	40 000 T€				
im Haushaltsjahr 2019 bis zu	40 000 T€				
im Haushaltsjahr 2020 bis zu	40 000 T€				
im Haushaltsjahr 2021 bis zu	40 000 T€				
in künftigen Haushaltsjahren bis zu	4 300 000 T€				

1209 Erhebung und Verwendung der Maut (Bundesfernstraßen)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Haushaltsvermerk:

1. Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Kap. 1209.

   Von den Einnahmen aus dem Schiedsgerichtsverfahren sind jedoch die im Haushaltsjahr 2004 im Kap. 1202 Tgr. 05 aus allgemeinen Deckungsmitteln des Haushalts vorfinanzierten Verkehrsinvestitionen in Höhe von 691.830 T€ in Abzug zu bringen.

2. Zu erstattende Gebühren dürfen, auch wenn sie in einem früheren Haushaltsjahr vereinnahmt worden sind, aus den Einnahmen gezahlt werden.

Verwaltungseinnahmen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
111 01 -719	Gebühren, sonstige Entgelte	304	304	145

Erläuterungen:

Gebühren aus dem Mauterstattungsverfahren gemäß § 4 Absatz 5 BFStrMG sowie Gebühren im Zusammenhang mit dem Europäischen Elektronischen Mautdienst (EEMD).

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
111 02 -721	Einnahmen aus der streckenbezogenen LKW-Maut	4 400 000	4 523 000	4 362 147
119 99 -059	Vermischte Einnahmen	-	-	6 136

Erläuterungen:

Einnahmen u. a. aus den Schiedsgerichtsverfahren.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
132 01 -719	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	16	16	1 249

Erläuterungen:

Erlöse aus dem Verkauf von auszusondernden Kraftfahrzeugen (vgl. Titel 811 01) sowie dem Verkauf von Informationstechnik.

Übrige Einnahmen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
261 01 -719	Kostenerstattung durch Toll Collect für die Nacherhebungsverfahren	-	-	352
272 01 -790	Einnahmen aus Zuschüssen der Europäischen Union zur Entwicklung eines europäischen Mautsystems	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind wegen bindender Vorgaben der EU zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 526 02.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
281 01 -790	Rückzahlungen und Erstattungen	-	-	3 279
282 08 -061	Einnahmen aus Prämienzahlungen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben	-		

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.
2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: Kap. 1209.
3. Erstattungen, Beiträge Dritter und Einnahmen aus Schadensersatzleistungen bei unzulässigen Wettbewerbsbeschränkungen fließen den Ausgaben zu.
4. Einnahmen fließen den Ausgaben zu. Dies sind auch Einnahmen durch Kostenbeteiligungen Dritter, aus der Inanspruchnahme von Bürgschaften, aus Insolvenzverfahren, aus Ablösebeträgen und aufgrund von Prüfungsmitteilungen des Bundesrechnungshofes sowie aus Grundstücksveräußerungen, aus Grunderwerbsteuer-Rückzahlungen, aus Gestattungsgebühren und aus Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit Baumaßnahmen.

   Falls Mehrausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet werden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.
5. Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen dürfen für im Straßenbauplan nicht veranschlagte Bauvorhaben und für Kostenerhöhungen nur mit Einwilligung des Bundesministeriums der Finanzen in Anspruch genommen werden, soweit es nicht darauf verzichtet. Die Bauvorhaben bzw. die Kosten- und Zuschusserhöhungen gelten nach dieser Einwilligung als in den Straßenbauplan eingestellt.

Personalausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
422 01 -719	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	22 357	19 943	13 733

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Beschäftigte des BMVI	153
2. Beschäftigte des BAG	22 204
Zusammen	22 357

1209 Erhebung und Verwendung der Maut (Bundesfernstraßen)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
427 09 -719	Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige	2 651	2 651	2 420

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Beschäftigte des BMVI	446
2. Beschäftigte des BAG	2 000
3. Beschäftigte des DLZ-IT	205
Zusammen	2 651

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
428 01 -719	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	21 757	25 649	24 578

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Beschäftigte des BAG	21 624
2. Beschäftigte des KBA	85
3. Beschäftigte der BASt	48
Zusammen	21 757

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
453 01 -719	Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen	60	60	-
	Sächliche Verwaltungsausgaben			
511 01 -719	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	918	937	856
514 01 -719	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	5 685	3 951	4 043
517 01 -719	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	1 785	1 356	2 068
518 01 -719	Mieten und Pachten	1 386	1 390	1 250
518 02 -719	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	-		
519 01 -719	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	60	60	24
525 01 -719	Aus- und Fortbildung	160	933	75

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
526 01 -059	Gerichts- und ähnliche Kosten	15 000	-	11 202

Erläuterungen:

Ausgaben im Zusammenhang mit der Durchführung der Schiedsverfahren (z. B. für die anwaltliche Vertretung).

Mehr wegen Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
526 02 -790	Sachverständige	12 969	7 500	10 838

Verpflichtungsermächtigung.. 3 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 1 500 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 1 500 T€

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben zu Nr. 2 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 272 01.

Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Gutachten und Sachverständige	12 969
1.1 Kostenanteil BMVI	*11 338*
1.2 Kostenanteil BAG	*1 631*
2. Finanzierungsanteil EU (50 Prozent)	-
Zusammen	12 969

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
527 01 -719	Dienstreisen	1 000	1 000	979
532 01 -790	Ausgaben für den Einzug der streckenbezogenen Straßenbenutzungsgebühren für LKW durch Private	560 946	560 000	488 872

Haushaltsvermerk:

Zahlungen aus dem Betreibervertrag fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Der Einzug der Gebühren nach dem Gesetz über die Erhebung von streckenbezogenen Gebühren für die Benutzung von Bundesautobahnen und Bundesstraßen (Bundesfernstraßenmautgesetz - BFStrMG) erfordert die Leistungsvergabe an private Auftragnehmer.

Gemäß Betreibervertrag setzt sich die Betreibervergütung der Projektgesellschaft aus vier Komponenten zusammen, von denen drei Komponenten in bestimmten vertraglich festgelegten Rahmen variabel sind.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
532 02 -719	Ausgaben für Online-Abwicklung von Einzahlungen im Rahmen des Mautkontrolldienstes durch Private	150	150	79

1209 Erhebung und Verwendung der Maut (Bundesfernstraßen)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
539 99 -719	Vermischte Verwaltungsausgaben	186	186	128

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Übersetzungskosten bei Ordnungswidrigkeitenverfahren gegen Gebietsfremde und Registrierungsverfahren EEMD......................	20
2. Entschädigungs- und Ersatzleistungen..	40
3. Auskünfte aus Handelsregistern..	5
4. Kosten des Zahlungsverkehrs (Bankgebühren).............................	30
5. Kosten für Bewerbungen und Arbeitnehmerüberlassungsverträge.	77
6. Bekanntmachungen (z. B. Ausschreibungen)................................	9
7. Sonstiges..	5
Zusammen...	186

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
543 01 -719	Veröffentlichung und Dokumentation	5	5	5

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
634 03 -719	Zuweisungen an den Versorgungsfonds	1 640	162	166

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind übertragbar.

Die Übertragbarkeit ist auf die diesem Titel zufließenden Erstattungen im Sinne des § 16 Abs. 3 Satz 1 des Versorgungsrücklagegesetzes beschränkt.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
662 01 -790	Zinszuschüsse der KfW-Förderbank zur Förderung der Anschaffung emissionsarmer schwerer LKW ("Innovationsprogramm"/Variante Darlehen)	-	250	93

Erläuterungen:

siehe Anlage 1

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
682 01 -790	Verwaltungsausgaben der VIFG	3 390	3 397	2 997
684 01 -790	Zuschüsse der KfW-Förderbank zur Förderung der Anschaffung emissionsarmer schwerer LKW ("Innovationsprogramm"/Variante nicht rückzahlbarer Zuschuss)	12 600	15 750	12 232

Erläuterungen:

siehe Anlage 1

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
684 02 -790	Zuschüsse zur Förderung von Umwelt und Sicherheit in Unternehmen des mautpflichtigen Güterkraftverkehrs (De-Minimis-Programm)	254 878	293 550 *43 936*	256 701

Verpflichtungsermächtigung...

fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu.................................... 200 000 T€

Haushaltsvermerk:

Die Verpflichtungsermächtigung ist mit der Verpflichtungsermächtigung bei folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 684 03.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 684 02

Erläuterungen:

siehe Anlage 1

Weniger wegen Anpassung an den Bedarf.

684 03 -790	Zuschüsse zur Förderung der Aus- und Weiterbildung in Unternehmen des mautpflichtigen Güterkraftverkehrs (Aus- und Weiterbildungs-Programm)	125 000	85 000	75 076

Verpflichtungsermächtigung.. 170 700 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 64 700 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 56 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 50 000 T€

Haushaltsvermerk:

Die Verpflichtungsermächtigung ist mit der Verpflichtungsermächtigung bei folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 684 02.

Erläuterungen:

siehe Anlage 1

Mehr wegen Anpassung an den Bedarf.

Ausgaben für Investitionen

711 01 -719	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	30	30	14
811 01 -719	Erwerb von Fahrzeugen	1 146	455	12 674

Verpflichtungsermächtigung..

fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu...................................... 14 456 T€

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Neubeschaffung	
13 Pkw	582
2. Ersatzbeschaffung	
57 Pkw	1 191
abzgl. Mehreinnahmen bei Tit. 132 01 aus der Veräußerung von Dienst-Kfz gem. § 6 Abs. 7 HG	-627
Zusammen	1 146

812 01 -719	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke	40	40	71

Besondere Finanzierungsausgaben

981 06 -890	Leistungen an Dienstleistungszentren des Bundes zur Durchführung von Aufgaben im Rahmen der Erprobung des DLZ-Projekts	-		

1209 Erhebung und Verwendung der Maut (Bundesfernstraßen)

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Titelgruppe 01			
Tgr. 01	Nutzerfinanzierter Bau und Erhalt der Bundesfernstraßen	(3 129 038)	(3 335 221)	
521 11 -721	Betriebsdienst (Bundesautobahnen)	-	-	36 238
521 21 -722	Betriebsdienst (Bundesstraßen)	-	-	-
632 12 -721	Pauschale Abgeltung der Zweckausgaben bei Entwurfsbearbeitung und Bauaufsicht (Bundesautobahnen)	80 000	83 000	70 701
632 22 -722	Pauschale Abgeltung der Zweckausgaben bei Entwurfsbearbeitung und Bauaufsicht (Bundesstraßen)	16 000	16 000	21 587
741 11 -721	Bedarfsplanmaßnahmen (Bundesautobahnen)	302 683	639 352	725 096

Verpflichtungsermächtigung.. 430 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 245 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 80 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 25 000 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.. 20 000 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu.. 20 000 T€
im Haushaltsjahr 2020 bis zu.. 20 000 T€
im Haushaltsjahr 2021 bis zu.. 20 000 T€

Haushaltsvermerk:

Die Verpflichtungsermächtigung ist mit den Verpflichtungsermächtigungen bei folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: 741 22, 741 31, 741 32, 741 42, 742 11 **und 823 11.**

Die Inanspruchnahme der Deckungsfähigkeit mit **Tit. 823 11 ist auf einen Gesamtbetrag von 400 000 T€** beschränkt.

Erläuterungen:

Summe der Titel 741 14, 741 16 bis 741 18 des Straßenbauplans.

Weniger wegen Anpassung im Rahmen des Finanzierungskreislaufs Straße.

741 22 -722	Bedarfsplanmaßnahmen (Bundesstraßen)	78 300	108 787	382 638

Verpflichtungsermächtigung.. 100 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 70 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 20 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 10 000 T€

Haushaltsvermerk:

Die Verpflichtungsermächtigung ist mit den Verpflichtungsermächtigungen bei folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: 741 11, 741 31, 741 32, 741 42 und 742 11.

Erläuterungen:

Mehr wegen Anpassung an Bedarf.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 01

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
741 31 -721	Um- und Ausbau, Rastanlagen, Lärmschutzmaßnahmen (Bundesautobahnen)	310 150	310 150	319 444

Verpflichtungsermächtigung.. 240 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 150 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 60 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 30 000 T€

Haushaltsvermerk:

Die Verpflichtungsermächtigung ist mit den Verpflichtungsermächtigungen bei folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: 741 11, 741 22, 741 32, 741 42 und 742 11.

Erläuterungen:

Summe der Titel 741 34, 741 35 und 741 39 des Straßenbauplans.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
741 32 -721	Erhaltung (Bundesautobahnen)	1 626 527	1 563 100	1 207 244

Verpflichtungsermächtigung.. 1 430 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 850 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 300 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 200 000 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.. 20 000 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu.. 20 000 T€
im Haushaltsjahr 2020 bis zu.. 20 000 T€
im Haushaltsjahr 2021 bis zu.. 20 000 T€

Haushaltsvermerk:

Die Verpflichtungsermächtigung ist mit den Verpflichtungsermächtigungen bei folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: 741 11, 741 22, 741 31, 741 42 und 742 11.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
741 42 -722	Erhaltung (Bundesstraßen)	246 948	183 402	356 002

Verpflichtungsermächtigung.. 172 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 100 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 60 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 12 000 T€

Haushaltsvermerk:

Die Verpflichtungsermächtigung ist mit den Verpflichtungsermächtigungen bei folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: 741 11, 741 22, 741 31, 741 32 und 742 11.

Erläuterungen:

Mehr wegen höherem Erhaltungsbedarf.

1209 Erhebung und Verwendung der Maut (Bundesfernstraßen)

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 01

742 11 -721	Bau und Erhaltung von Verkehrseinrichtungen und Verkehrsanlagen (Bundesautobahnen)	135 000	130 000	108 007

Verpflichtungsermächtigung... 65 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 45 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 12 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 8 000 T€

Haushaltsvermerk:

Die Verpflichtungsermächtigung ist mit den Verpflichtungsermächtigungen bei folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: 741 11, 741 22, 741 31, 741 32 und 741 42.

Erläuterungen:

Summe der Titel 742 13 bis 742 15 des Straßenbauplans.

821 11 -721	Grunderwerb für Bedarfsplanmaßnahmen (Bundesautobahnen)	69 430	69 430	51 356

Erläuterungen:

Summe der Titel 821 14, 821 16 bis 821 18 des Straßenbauplans.

821 22 -722	Grunderwerb für Bedarfsplanmaßnahmen (Bundesstraßen)	30 000	30 000	19 835
821 31 -721	Grunderwerb für Um- und Ausbau, Rastanlagen, Lärmschutzmaßnahmen (Bundesautobahnen)	12 000	12 000	10 662

Erläuterungen:

Summe der Titel 821 35 und 821 39 des Straßenbauplans.

823 11 -721	Erwerbsanteile im Rahmen von ÖPP-Projekten (Bundesautobahnen)	222 000		

Verpflichtungsermächtigung...

in künftigen Haushaltsjahren bis zu................................ 4 300 000 T€

Haushaltsvermerk:

Die Verpflichtungsermächtigung ist in Höhe von 400 000 T€ mit der Verpflichtungsermächtigung bei folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 741 11.

in künftigen Haushaltsjahren.. 400 000 T€

Erläuterungen:

Summe der Titel 823 13, 823 16, 823 17 und 823 19 des Straßenbauplans. Veranschlagt sind hier die Betreibermodelle der Bundesautobahnen. Die Veranschlagung umfasst die Betreiberentgelte der Konzessionsstrecken sowie ggf. die erforderlichen Anschubfinanzierungen.

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamtausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Nach 2013 übertragene Ausgabereste 1 000 €	Veranschlagt 2014 1 000 €	Vorbehalten für 2015 ff 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7
Laufende Maßnahmen..						
1. A 8 Augsburg/West-München/Allach.......................................	843 060	124 146	23 231	-	24 158	671 525

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 823 11 (Titelgruppe 01)

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamt-ausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Nach 2013 übertra-gene Aus-gabereste 1 000 €	Veran-schlagt 2014 1 000 €	Vorbe-halten für 2015 ff 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7
2. A 4 Herleshausen (LGr. HE/TH) - Gotha	554 451	94 172	14 958	-	15 136	430 185
3. A 1 AK Bremen - AD Buchholz	1 002 986	99 535	30 969	-	32 007	840 475
4. A 5 AS Offenburg - Malsch	958 820	45 260	21 337	-	22 157	870 066
5. A 9 AS Lederhose - LGr. TH/BY	406 303	42 435	57 550	-	21 473	284 845
6. A 8 Ulm/Elchingen - Augsburg/West	1 344 600	79 454	45 577	-	46 693	1 172 876
Neue Maßnahmen						
7. A 6 Wiesloch/Rauenberg - AK Weinsberg	1 100 000	-	-	-	-	1 100 000
8. A 7 AD Hamburg/NW - AD Bordesholm	1 200 000	-	-	-	60 000	1 140 000
9. A 1 Münster/Nord - AK Lotte/Osnabrück und A 30 AS Rheine - AK Lotte/Osnabrück	1 300 000	-	-	-	-	-
10. A 7 AS Göttingen - AD Salzgitter	1 000 000	-	-	-	-	1 000 000
11. A 44 Diemelstadt - Kassel/Süd	300 000	-	-	-	-	-
12. A 61 LGr. RP/BW - Worms	500 000	-	-	-	-	-
13. A 94 Forstinning - Marktl	**900 000**	**-**	**-**	**-**	**-**	**900 000**

Titelgruppe 55

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
Tgr. 55	Ausgaben für die Informationstechnik	(36 953)	(25 981)	
511 55 -719	Geschäftsbedarf und Datenübertragung sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Software, Wartung	3 453	3 453	906

Erläuterungen:

Davon sind 8 T€ für die Bundesanstalt für Straßenwesen vorgesehen.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
518 55 -719	Miete für Datenverarbeitungsanlagen, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Maschinen, Software	-	-	-
525 55 -719	Aus- und Fortbildung	253	173	50
532 55 -719	Ausgaben für Aufträge und Dienstleistungen	2 602	3 890	909
812 55 -719	Erwerb von Datenverarbeitungsanlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, Software	30 645	18 465	22 091

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Erstbeschaffung	
1.1 Hardware	10 700
1.2 Software	17 000
2. Ersatzbeschaffung	
2.1 Hardware	1 595
2.2 Software	1 350
Zusammen	30 645

Davon sind 200 T€ für das DLZ-IT vorgesehen.

Mehr wegen Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.

1209 Erhebung und Verwendung der Maut (Bundesfernstraßen)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel			
422 02 -719	Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte		-	-
823 12 -721	Erwerbsanteile im Rahmen von ÖPP-Projekten sowie Erwerb privat vorfinanzierter unbeweglicher Sachen (Bundesautobahnen, A-Modell)		190 000	176 047
823 22 -721	Erwerbsanteile im Rahmen von ÖPP-Projekten sowie Erwerb von privat vorfinanzierten unbeweglichen Sachen (F-Modell)		-	-

Harmonisierungsmaßnahmen im Straßengüterverkehr

Dem deutschen Güterkraftverkehrsgewerbe ist im Zusammenhang mit der Einführung der streckenbezogenen Lkw-Maut ein jährliches Entlastungsvolumen in Höhe von bis zu 600 Mio. € zugesagt worden. Aufgrund der Programmspezifik der einzelnen Maßnahmen können einzelne Harmonisierungsvolumina jedoch nicht vollständig jahresscheibengenau umgesetzt werden. Die Ausgabenansätze werden im Aufstellungsverfahren jeweils nachfragebezogen so ausgestaltet, dass das zugesagte Entlastungsvolumen jahresdurchschnittlich erreicht wird.

Zur Zeit sind folgende Maßnahmen vorgesehen:

	2014 1 000 €	2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4
Ausgleich von Mindereinnahmen bei der Kfz-Steuer an den Bund (bis 2009 an die Länder)	150 000	150 000	150 000
Innovationsprogramm, Zinszuschüsse/Variante Darlehen (Tit. 662 01)................................	-	250	93
Innovationsprogramm, Direktzuschüsse/Variante nicht rückzahlbarer Zuschuss (Tit. 684 01)................................	12 600	15 750	12 232
De-Minimis-Programm (Tit. 684 02)................................	254 878	293 550	256 701
Aus- und Weiterbildungsprogramm (Tit. 684 03)................................	125 000	85 000	75 076
Verwaltungsausgaben beim Bundesamt für Güterverkehr und für das DLZ-IT....................	11 007	3 999	10 428
Zusammen................................	553 485	548 549	504 530

Straßenbauplan

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1.000 €
1	2	3

Erläuterungen zu Straßenbauplan-Titeln des Kap. 1209

Haushaltsvermerke einschl. Erläuterungen zu Titelgruppe 01 siehe Epl. 12 und Kap. 1209

Tgr. 01	Nutzerfinanzierter Bau und Erhalt der Bundesfernstraßen	(3.129.038)
521 11-721	Betriebsdienst (Bundesautobahnen) Erläuterungen siehe Kap. 1210 Titel 521 11.	0
521 21-722	Betriebsdienst (Bundesstraßen) Erläuterungen siehe Kap. 1210 Titel 521 21.	0
632 12-721	Pauschale Abgeltung der Zweckausgaben bei Entwurfsbearbeitung und Bauaufsicht (Bundesautobahnen) Erläuterungen: Nach § 6 Abs. 3 des Gesetzes über die vermögensrechtlichen Verhältnisse der Bundesautobahnen und sonstigen Bundesstraßen des Fernverkehrs in der Fassung vom 30. August 1971 gilt der Bund Zweckausgaben, die bei der Entwurfsbearbeitung und Bauaufsicht entstehen, durch Zahlung einer Pauschale ab, die für Kosten der Entwurfsbearbeitung 2 Prozent der Baukosten und für Kosten der Bauaufsicht 1 Prozent der Baukosten beträgt.	80.000
632 22-722	Pauschale Abgeltung der Zweckausgaben bei Entwurfsbearbeitung und Bauaufsicht (Bundesstraßen) Erläuterungen siehe Titel 632 12	16.000
741 11-721	Bedarfsplanmaßnahmen (Bundesautobahnen) (Summe der Titel 741 14, 741 16 bis 741 18)	302.683
741 14-721	Erweiterung von Bundesautobahnen - Verkehrsprojekte Deutsche Einheit (VDE) Erläuterungen: Ausgaben (ohne Grunderwerbskosten) für Erweiterung von Bundesautobahnen auf sechs oder mehr Fahrstreifen, auch einschließlich Erhaltungsarbeiten an vorhandenen Fahrstreifen. Einzelmaßnahmen siehe **Tabelle 1** des Straßenbauplans.	*60.000*
741 16-721	Erweiterung Bundesautobahnen ohne VDE Erläuterungen: Ausgaben (ohne Grunderwerbskosten) für Erweiterung von Bundesautobahnen auf sechs oder mehr Fahrstreifen, auch einschließlich Erhaltungsarbeiten an vorhandenen Fahrstreifen sowie Ausgaben (ohne Grunderwerbskosten) für die nachträgliche Durchführung der Lärmvorsorge an fertiggestellten Neubaustrecken, soweit nicht bereits in den vorgenannten Ausgaben enthalten. Maßnahmen mit besonderem naturschutzfachlichen Planungsauftrag, der rechtlich umfassend abgearbeitet wurde, sind mit ***)** gekennzeichnet. Maßnahmen auf Grundlage § 6 Fernstraßenausbaugesetz sind mit [1]) gekennzeichnet. Einzelmaßnahmen und Maßnahmen der Lärmvorsorge mit Gesamtkosten über 5.000.000 € siehe **Tabelle 3** des Straßenbauplans.	*87.670*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1.000 €
1	2	3

741 17-721 Neubau Bundesautobahnen ohne VDE — *55.013*

Erläuterungen:
Ausgaben (ohne Grunderwerbskosten) für
- Neubau von Bundesautobahnen,
- Neubau einer zweiten Fahrbahn, auch einschließlich Anpassung der vorhandenen ersten Fahrbahn.

Ausgaben (ohne Grunderwerbskosten) für die nachträgliche Durchführung der Lärmvorsorge an fertiggestellten Neubaustrecken, soweit nicht bereits in den vorgenannten Ausgaben enthalten.
Maßnahmen mit besonderem naturschutzfachlichen Planungsauftrag, der rechtlich umfassend abgearbeitet wurde, sind mit ***)** gekennzeichnet.
Maßnahmen auf Grundlage § 6 Fernstraßenausbaugesetz sind mit **1)** gekennzeichnet.
Einzelmaßnahmen und Maßnahmen der Lärmvorsorge mit Gesamtkosten über 5.000.000 € siehe **Tabelle 4** des Straßenbauplans.

741 18-721 Neubau von Bundesautobahnen - VDE — *100.000*

Erläuterungen:
Ausgaben (ohne Grunderwerbskosten) für
- Neubau von Bundesautobahnen,
- Neubau einer zweiten Fahrbahn, auch einschließlich Anpassung der vorhandenen ersten Fahrbahn.

Einzelmaßnahmen siehe **Tabelle 2** des Straßenbauplans.

741 22-722 Bedarfsplanmaßnahmen (Bundesstraßen) — 78.300

Erläuterungen:
Ausgaben (ohne Grunderwerbskosten) für
- Neubau und Verlegung von Bundesstraßen einschließlich Bau von Ortsumgehungen,
- Neubau einer zweiten Fahrbahn.

Ausgaben (ohne Grunderwerbskosten) für die nachträgliche Durchführung der Lärmvorsorge an fertiggestellten Neubaustrecken, soweit nicht bereits in den vorgenannten Ausgaben enthalten.
Maßnahmen mit besonderem naturschutzfachlichen Planungsauftrag, der rechtlich umfassend abgearbeitet wurde, sind mit ***)** gekennzeichnet.
Maßnahmen auf Grundlage § 6 Fernstraßenausbaugesetz sind mit **1)** gekennzeichnet.
Einzelmaßnahmen und Maßnahmen der Lärmvorsorge mit Gesamtkosten über 5.000.000 € siehe **Tabelle 5** des Straßenbauplans.

741 31-721 Um- und Ausbau, Rastanlagen, Lärmschutzmaßnahmen (Bundesautobahnen) — 310.150
(Summe der Titel 741 34, 741 35 und 741 39)

741 34-721 Bau von Rastanlagen an Bundesautobahnen — *130.000*

Erläuterungen:
Ausgaben (ohne Grunderwerbskosten) für den Neu-, Um- und Ausbau von Rastanlagen an bestehenden Bundesautobahnen sowie Ausgaben für Lärmschutzmaßnahmen nach den Grenzwerten der Verkehrslärmschutz-Verordnung (16. BImschV) unter Berücksichtigung der Interessen der Anwohner.
Einzelmaßnahmen mit Gesamtkosten über 5.000.000 € siehe **Tabelle 10** des Straßenbauplans.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1.000 €
1	2	3
741 35-721	Um- und Ausbau von Bundesautobahnen Erläuterungen: Ausgaben (ohne Grunderwerbskosten) für Maßnahmen, die überwiegend der Verbesserung der Verkehrssicherheit und/oder des Verkehrsflusses dienen, wie z. B. - Um- und Ausbau von Bauwerken und Knotenpunkten, - Bau zusätzlicher Fahrstreifen in Steigungsstrecken und Anbau von Seitenstreifen, - Bau zusätzlicher Anschlussstellen einschließlich notwendiger Erhaltungsarbeiten. Ausgaben (ohne Grunderwerb) für Maßnahmen zur Wiedervernetzung von Lebensräumen an bestehenden Bundesautobahnen. Einzelmaßnahmen mit Gesamtkosten über 5.000.000 € (jedoch alle zusätzlichen Anschlussstellen) siehe Tabelle 10 des Straßenbauplans.	*150.000*
741 39-721	Lärmschutzmaßnahmen an bestehenden Bundesautobahnen Erläuterungen: Ausgaben (ohne Grunderwerbskosten) für Lärmschutzmaßnahmen, wenn der Mittelungspegel folgende Immissionsgrenzwerte überschreitet: - Krankenhäuser, Schulen, Kurheime, Altenheime, reine und allgemeine Wohngebiete, Kleinsiedlungsgebiete: 67/57 dB(A) (Tag/Nacht), - Kerngebiete, Dorfgebiete, Mischgebiete: 69/59 dB(A) (Tag/Nacht), - Gewerbegebiete: 72/62 dB(A) (Tag/Nacht), - Rastanlagen: **65** dB(A) (Nacht) für Lkw-Fahrer. Einzelmaßnahmen mit Gesamtkosten über 2.000.000 € siehe **Tabelle 12** des Straßenbauplans.	*30.150*
741 32-721	Erhaltung (Bundesautobahnen) Erläuterungen: Ausgaben (ohne Grunderwerbskosten) - zur überwiegenden Sicherung und Qualitätsverbesserung (z. B. RiStWag u. a.) von Straßenbefestigungen, Bauwerken und sonstigen Anlagenteilen (z. B. Verkehrszeichen und -einrichtungen, Entwässerungsanlagen, Lärmschutzanlagen, Bepflanzungen u. a.) einschließlich Verbesserung der Linienführung in Grund- und Aufriss, - für Ablösungsbeträge von baulichen Anlagen an Bundesautobahnen anfallen, - zur Abwicklung von Funktionsbauverträgen, - für bauliche Tunnelnachrüstung, - für Einbau von lärmgeminderten Fahrbahnübergangskonstruktionen. Einzelmaßnahmen mit Gesamtkosten über 5.000.000 € siehe Tabelle 8 des Straßenbauplans.	1.626.527
741 42-722	Erhaltung (Bundesstraßen) Erläuterungen: Ausgaben (ohne Grunderwerbskosten) - zur überwiegenden Sicherung und Qualitätsverbesserung (z. B. RiStWag u. a.) von Straßenbefestigungen, Bauwerken und sonstigen Anlagenteilen (z. B. Verkehrszeichen und -einrichtungen, Entwässerungsanlagen, Lärmschutzanlagen, Bepflanzungen u. a) einschließlich Verbesserung der Linienführung in Grund- und Aufriss, - für Ablösungsbeträge von baulichen Anlagen an Bundesstraßen anfallen, - zur Abwicklung von Funktionsbauverträgen, - für bauliche Tunnelnachrüstung, - für Einbau von lärmgeminderten Fahrbahnübergangskonstruktionen. Einzelmaßnahmen mit Gesamtkosten über 5.000.000 € siehe Tabelle 9 des Straßenbauplans.	246.948

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1.000 €
1	2	3
742 11-721	Bau und Erhaltung von Verkehrseinrichtungen und Verkehrsanlagen (Bundesautobahnen) (Summe der Titel 742 13 bis 742 15)	135.000
742 13-721	Erhaltung, Um-, Aus- und Neubau von Fernmelde-, Funkanlagen sowie Straßenzustands- und Wetterinformationssysteme (SWIS) an bestehenden Bundesautobahnen Erläuterungen: Ausgaben (ohne Grunderwerbskosten) für Erhaltung, Um-, Aus- und Neubau von Kabelinfrastruktur-, Notruf-, Fernsprech- und Betriebsfunksysteme sowie Datennetze für Zwecke des Straßenbetriebsdienstes, der Straßenverkehstechnik und für Betrieb und Überwachung von Straßentunnels sowie Glättemeldeanlagen und Taumittelsprühanlagen. Einzelmaßnahmen mit Gesamtkosten über 3.000.000 € siehe **Tabelle 16** des Straßenbauplans.	*35.000*
742 14-721	Erhaltung, Um-, Aus- und Neubau von Anlagen für Betrieb und Überwachung von Straßentunnels, Stromversorgungs- und Beleuchtungsanlagen an bestehenden Bundesautobahnen Erläuterungen: Ausgaben (ohne Grunderwerbskosten) für Erhaltung, Um-, Aus- und Neubau von betriebs- und sicherheitstechnischen Einrichtungen in Straßentunnels (z. B. Beleuchtung, Lüftung, Funk, Notruf, Lautsprecher, Verkehrstechnik und Stromversorgung) und Straßenbeleuchtung, Außenbeleuchtung von Verkehrsanlagen, Beleuchtungseinrichtungen für Verkehrszeichen. Einzelmaßnahmen mit Gesamtkosten über 3.000.000 € siehe Tabelle 18 des Straßenbauplans.	*50.000*
742 15-721	Erhaltung, Um-, Aus-, und Neubau von Einrichtungen zur Beeinflussung des Verkehrs an bestehenden Bundesautobahnen Erläuterungen: Ausgaben für Erhaltung, Um-, Aus- und Neubau von Verkehrsbeeinflussungsanlagen, z. B. Wechselverkehrszeichen mit zugehörigen Aufstellvorrichungen, Stromversorgungsanschlüsse für Streckenstationen, Hard- und Softwareausstattung von Verkehrsrechner- und Unterzentralen sowie Verkehrsdatenerfassungseinrichtungen (z.B. Dauerzählstellen, Achslastmessstellen und Geschwindigkeitsmessstellen). Einzelmaßnahmen mit Gesamtkosten über 3.000.000 € siehe Tabelle 20 des Straßenbauplans.	*50.000*
821 11-721	Grunderwerb für Bedarfsplanmaßnahmen (Bundesautobahnen) (Summe der Titel 821 14, 821 16 bis Titel 821 18)	69.430
821 14-721	Grunderwerb für Verkehrsprojekte Deutsche Einheit (VDE) (Erweiterung) Erläuterungen: Ausgaben für Grunderwerbskosten bei allen Baumaßnahmen (einschließlich der damit verbundenen Hochbauten und anderen Anlagen). Hierzu rechnen insbesondere Entschädigungen für Grund und Boden, für Gebäude, Lärmvorsorgemaßnahmen, Umzugskosten, Aufwuchs, für Folgeschäden im Zusammenhang mit der Inanspruchnahme von Flächen aus Gewerbebetrieben und landwirtschaftlichen Betrieben sowie sonstige Entschädigungen. Dazu gehören auch Ausgaben für Darlehen zur Deckung von Finanzierungslücken bei der Beschaffung von Ersatzbetriebsraum gemäß Darlehensmerkblatt des Bundesministeriums für Verkehr vom 21.12.1976 - StB 13/08.12.71 - über die Finanzierung für Ersatzbetriebsraum für Straßenverdrängte und Zinszuschüsse und Zuschüsse zur Deckung der laufenden Aufwendungen bei der Beschaffung von Ersatzwohnraum für Räumungsbetroffene gemäß der Richtlinie des Bundesministeriums für Verkehr vom 05.10.1998 - StB 16(BN)/08.12.70/63 Va 98 -.	*5.000*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1.000 €
1	2	3

821 16-721	Grunderwerb für Erweiterung Bundesautobahnen ohne VDE Erläuterungen: Ausgaben für Grunderwerbskosten bei allen Baumaßnahmen (einschließlich der damit verbundenen Hochbauten und anderen Anlagen). Hierzu rechnen insbesondere Entschädigungen für Grund und Boden, Gebäude, Lärmvorsorgemaßnahmen, Umzugskosten, Aufwuchs, Folgeschäden im Zusammenhang mit der Inanspruchnahme von Flächen aus Gewerbebetrieben und landwirtschaftlichen Betrieben sowie sonstige Entschädigungen. Dazu gehören auch Ausgaben für Darlehen zur Deckung von Finanzierungslücken bei der Beschaffung von Ersatzbetriebsraum gemäß Darlehensmerkblatt des Bundesministeriums für Verkehr vom 21.12.1976 - StB 13/08.12.71 - über die Finanzierung für Ersatzbetriebsraum für Straßenverdrängte und Zinszuschüsse und Zuschüsse zur Deckung der laufenden Aufwendungen bei der Beschaffung von Ersatzwohnraum für Räumungsbetroffene gemäß der Richtlinie des Bundesministeriums für Verkehr vom 05.10.1998 - StB 16(BN)/08.12.70/63 Va 98 -.	*19.000*
821 17-721	Grunderwerb für Neubau Bundesautobahnen ohne VDE Erläuterungen siehe Titel 821 16	*30.430*
821 18-721	Grunderwerb für VDE (Neubau) Erläuterungen siehe Titel 821 14.	*15.000*
821 22-722	Grunderwerb für Bedarfsplanmaßnahmen (Bundesstraßen) Erläuterungen: Ausgaben für Grunderwerbskosten bei allen Neubaumaßnahmen (einschließlich der damit verbundenen Hochbauten und anderen Anlagen sowie für Radwege) an Bundesstraßen. Ausgaben für Grunderwerb für Maßnahmen im Rahmen des Eisenbahnkreuzungsgesetzes (EKrG) sind bei den Baumaßnahmen veranschlagt. Weitere Erläuterungen siehe Titel 821 16.	30.000
821 31-721	Grunderwerb für Um- und Ausbau, Rastanlagen, Lärmschutzmaßnahmen (Bundesautobahnen) (Summe der Titel 821 35 und 821 39)	12.000
821 35-721	Grunderwerb für Um- und Ausbau, Rastanlagen Erläuterungen siehe Titel 821 16.	*10.000*
821 39-721	Entschädigungsleistungen für Lärmschutz an baulichen Anlagen im Bereich von bestehenden Bundesautobahnen Erläuterungen: Ausgaben können für Entschädigungszahlungen an Eigentümer für Lärmschutzmaßnahmen an baulichen Anlagen in Höhe von 75 Prozent der notwendigen Aufwendungen geleistet werden, wenn der Mittelungspegel folgende Immissionsgrenzwerte überschreitet: - Krankenhäuser, Schulen, Kurheime, Altenheime, reine und allgemeine Wohngebiete, Kleinsiedlungsgebiete = 67/57 dB(A) (Tag/Nacht); - Kerngebiete, Dorfgebiete, Mischgebiete = 69/59 dB(A) (Tag/Nacht); - Gewerbegebiete = 72/62 dB(A) (Tag/Nacht).	*2.000*
823 11-721	Erwerbsanteile im Rahmen von ÖPP-Projekten (Bundesautobahnen) (Summe der Titel 823 13, 823 16, 823 17 und 823 19)	222.000
823 13-721	Erhaltung von Bundesautobahnen im Rahmen von ÖPP-Projekten Erläuterungen: Ausgaben (ohne Grunderwerbskosten) für Betreibervergütungen, wie - Betreiberentgelte für die Konzessions-/Vertragsstrecken, - erforderliche Anschubfinanzierungen/Abschlagszahlungen, - sonstige Ausgaben im Zusammenhang mit ÖPP-Projekten (z.B Kompensationszahlungen, Vertragsstrafen). Einzelmaßnahmen siehe **Tabelle 8** des Straßenbauplans	*0*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1.000 €
1	2	3
823 16-721	Erweiterung von Bundesautobahnen im Rahmen von ÖPP-Projekten Erläuterungen siehe Titel 823 13. Einzelmaßnahmen siehe **Tabellen 1 und 3** des Straßenbauplans.	*222.000*
823 17-721	Neubau von Bundesautobahnen im Rahmen von ÖPP-Projekten Erläuterungen siehe Titel 823 13. Einzelmaßnahmen siehe **Tabelle 4** des Straßenbauplans.	*0*
823 19-721	Erwerbsanteile im Rahmen von ÖPP-Projekten (F-Modell) Erläuterungen: Ausgaben für private Betreibermodelle gemäß Fernstraßenbauprivatfinanzierungsgesetz (F-Modell) für die vom Bund vorgesehenen Anschubfinanzierungen. Einzelmaßnahmen siehe **Tabelle 4** des Straßenbauplans.	*0*

Gesamtausgaben Kap. 1209 Tgr. 01 - Nutzerfinanzierter Bau und Erhalt der Bundesfernstraßen **3.129.038**

Vorbemerkung

Nach Artikel 90 des Grundgesetzes verwalten die Länder oder die nach Landesrecht zuständigen Selbstverwaltungskörperschaften die Bundesautobahnen und sonstigen Bundesstraßen des Fernverkehrs im Auftrage des Bundes. Da die Einrichtung der Straßenbaubehörden in diesem Falle nach Artikel 85 des Grundgesetzes Angelegenheit der Länder ist, sind im Bundeshaushalt in der Hauptsache die Haushaltsmittel für die Unterhaltung, den Um- und Ausbau sowie den Neubau der nach dem Bundesfernstraßengesetz in der Fassung vom 28. Juni 2007 (BGBl. I S. 1206) in der Baulast des Bundes stehenden Bundesfernstraßen (Bundesautobahnen und Bundesstraßen) veranschlagt.

Gemäß Artikel 3 des Straßenbaufinanzierungsgesetzes vom 28. März 1960 (BGBl. I S. 201) ist über die Verwendung der Straßenbaumittel ein Straßenbauplan aufzustellen, der dem Kapitel 1210 als Anlage beigefügt ist.

Nach § 6 Absatz 2 des Gesetzes über die vermögensrechtlichen Verhältnisse der Bundesautobahnen und sonstigen Bundesstraßen des Fernverkehrs (BStrVermG) in der Fassung des Finanzanpassungsgesetzes vom 30. August 1971 (BGBl. I S. 1426) erhält der Bund die Einnahmen, die sich im Zusammenhang mit der Straßenbaulast, der Benutzung der Bundesfernstraßen und der Bewirtschaftung des bundeseigenen Vermögens ergeben.

Nach § 6 Absatz 3 BStrVermG trägt der Bund die Zweckausgaben aus der Wahrnehmung der Straßenbaulast und die Zweckausgaben im Zusammenhang mit der Erhaltung und Bewirtschaftung des bundeseigenen Vermögens. Er gilt Zweckausgaben, die bei der Entwurfsbearbeitung und Bauaufsicht entstehen, durch die Zahlung einer Pauschale ab, die für Kosten der Entwurfsbearbeitung 2 Prozent der Baukosten, für Kosten der Bauaufsicht 1 Prozent der Baukosten beträgt.

Die Ausgaben werden nach Maßgabe und im Rahmen der jährlichen Straßenbaupläne (Anlage zu Kapitel 1210, gesondert geheftet) verwendet; siehe hierzu auch Erläuterungen im Straßenbauplan.

Darüber hinaus sind im Kapitel 1209 die aus den Einnahmen der Maut finanzierten Mittel für Investitionen in die Bundesfernstraßen über die Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaft veranschlagt.

Überblick zum Kapitel 1210	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	39 755	39 755	-		38 556
Übrige Einnahmen	182	194	-12		471
Gesamteinnahmen	39 937	39 949	-12		39 027
Ausgaben					
Sächliche Verwaltungsausgaben	896 358	945 078	-48 720	9 810	918 516
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	48 950	49 930	-980	332	56 376
Ausgaben für Investitionen	1 941 052	1 449 207	+491 845	8 161	1 575 770
Gesamtausgaben	2 886 360	2 444 215	+442 145	18 303	2 550 662
davon nicht flexibilisiert	2 886 360	2 444 215	+442 145	18 303	2 550 662
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung	982 900 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu	608 800 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu	244 000 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu	130 100 T€				

1210 Bundesfernstraßen (ohne Maut)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Einnahmen			
	Haushaltsvermerk: Erstattungen zuviel gezahlter Zinsen und Tilgungsbeträge dürfen von den Einnahmen abgesetzt werden.			
	Verwaltungseinnahmen			
111 01 -722	Gebühren, sonstige Entgelte	520	520	542
	Erläuterungen: Entgelte für die Benutzung der Rossfeldstraße (Privatstraße des Bundes).			
112 01 -711	Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten	50	50	12
119 99 -711	Vermischte Einnahmen	5 500	5 500	3 690
122 01 -721	Konzessionsabgabe	16 105	16 105	15 493
	Erläuterungen: Mit Inkrafttreten des Dritten Gesetzes zur Änderung des Bundesfernstraßengesetzes (FStrG, BGBl. I S. 673) vom 8. April 1994 können private Dritte an vom Bund in Abstimmung mit den Straßenbauverwaltungen der Länder vorgesehenen Standorten Nebenbetriebe an Bundesautobahnen (Tankstellen und Raststätten, Motels/Hotels, Kioske) errichten und betreiben. Für das Betriebsrecht und die Mitbenutzung der Verkehrsanlage haben die Konzessionsinhaber eine Konzessionsabgabe an den Bund zu entrichten. Ihre Höhe und die Voraussetzungen sowie das Verfahren zur Erhebung der Abgabe ist in der Konzessionsabgabenverordnung geregelt. Die Erhebung der Abgabe ist dem Bundesamt für Güterverkehr (BAG) übertragen worden.			
124 01 -721	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	11 580	11 580	12 490
	Haushaltsvermerk: Nach § 63 Abs. 4 BHO in Verbindung mit § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass in bestimmten Fällen der Benutzung von Bundesfernstraßen gemäß § 8 Abs. 10 FStrG nach Maßgabe der "Nutzungsrichtlinien" des Bundesministeriums für Verkehr **und digitale Infrastruktur** kein Entgelt erhoben wird.			
132 01 -722	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	6 000	6 000	6 329
	Erläuterungen: Hier sind auch die Anteile des Bundes aus dem Erlös zu vereinnahmen, soweit die betreffenden Sachen und Kraftfahrzeuge von den Ländern im Rahmen des Gemeinschaftsaufwandes beschafft worden sind.			

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Übrige Einnahmen			
161 04 -722	Zinsen aus der Vorfinanzierung des Baues, der Änderung oder Beseitigung von Versorgungs- und Abwasseranlagen	-	-	-
	Erläuterungen: Rückeinnahmen aus den im Straßenbauplan bei Tit. 861 12 und Tit. 861 22 veranschlagten Vorfinanzierungsbeträgen. Die Einnahmen sind nach den Zins- und Tilgungsplänen veranschlagt.			
162 01 -722	Zinsen von Darlehen zur Ersatzbetriebsraumbeschaffung (Bundesfernstraßen)	6	6	6
	Erläuterungen: Die Einnahmen sind nach den Zins- und Tilgungsplänen veranschlagt.			
182 01 -722	Tilgung von Darlehen zur Ersatzbetriebsraumbeschaffung (Bundesfernstraßen)	26	38	40
	Erläuterungen: Die Einnahmen sind nach den Zins- und Tilgungsplänen veranschlagt.			
281 01 -722	Erstattung der vorgelegten Beträge aus der Vorfinanzierung des Baues, der Änderung oder Beseitigung von Versorgungs- und Abwasseranlagen	-	-	-
281 03 -045	Einnahmen im Zusammenhang mit der Nutzung von Festbrückengerät	150	150	425

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Die Ausgaben folgender Titel sind gegenseitig deckungsfähig: Grp. 521, Grp. 632, Grp. 685, Ogr. 71, Grp. 741, Grp. 742, Grp. 745, Grp. 746, Ogr. 81, Ogr. 82, 861 12 und 861 22.
3. Erstattungen, Beiträge Dritter und Einnahmen aus Schadenersatzleistungen bei unzulässigen Wettbewerbsbeschränkungen fließen den Ausgaben zu.
4. Der Erlös aus der Veräußerung von bundeseigenen Grundstücken, die aus Mitteln des Epl. 12 beschafft worden sind, fließt den Ausgaben bis zur Höhe des Kaufpreises von zu beschaffenden Grundstücken zu, wenn die Veräußerung des bundeseigenen und der Erwerb des zu beschaffenden Grundstücks Gegenstand desselben Kaufvertrages sind und der Verkehrswert des zu veräußernden Grundstücks 102 T€ nicht übersteigt. Das Recht der Mitwirkung des für das Bundesvermögen zuständigen Bundesministeriums gemäß § 64 BHO bleibt unberührt.
5. Der Erlös aus der Veräußerung von für Zwecke der Bundesfernstraßen beschafften Vorratsland fließt den Ausgaben bis zur Höhe des Kaufpreises von zu beschaffenden Grundstücken zu, wenn die Veräußerung der bundeseigenen und der Erwerb der zu beschaffenden Grundstücke Gegenstand desselben Kaufvertrages sind. Das

1210 Bundesfernstraßen (ohne Maut)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Recht der Mitwirkung des für das Bundesvermögen zuständigen Bundesministeriums gemäß § 64 BHO bleibt unberührt.			
	6. Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen dürfen für im Straßenbauplan nicht veranschlagte Bauvorhaben des Bundes und für Kosten- und Zuschusserhöhungen nur mit Einwilligung des Bundesministeriums der Finanzen in Anspruch genommen werden, soweit es nicht darauf verzichtet. Die Bauvorhaben bzw. die Kosten- und Zuschusserhöhungen gelten nach dieser Einwilligung als in den Straßenbauplan eingestellt.			
	Sächliche Verwaltungsausgaben			
526 02 -729	Sachverständige	3 500	3 500 *1 248*	2 252

Verpflichtungsermächtigung.. 2 900 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 1 500 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 800 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 600 T€

Haushaltsvermerk:

1. Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 741 11 und 741 22.
2. Die Ausgaben sind mit folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: **531 62** und 534 01.
3. Die Verpflichtungsermächtigung ist mit der Verpflichtungsermächtigung bei folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 534 01.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Kosten für Sachverständige für Privatfinanzierungsmodelle im Bundesfernstraßenbau..	2 500
2. Kosten für Sachverständige für sonstige Maßnahmen im Bundesfernstraßenbau..	1 000
Zusammen..	3 500

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
531 62 -729	Entwicklung und Installation eines DV-gestützten Controlling-Systems für die Bundesfernstraßen	190	220 *94*	201

Haushaltsvermerk:

1. Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 741 41.

2. Die Ausgaben sind mit folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: 526 02 und 534 01.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
532 01 -165	Koordinierung der euroregionalen Projekte der Europäischen Union im Rahmen der Transeuropäischen Verkehrsnetze im Bereich der Bundesfernstraßen	170	170 *8 168*	8 031

Haushaltsvermerk:

1. Einsparungen zu Nr. 1 der Erläuterungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 741 11, 741 22 und 741 41.
2. Mehrausgaben zu Nr. 2 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1202 Tit. 272 02.

   Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Kofinanzierungsanteil des Bundes	170
2. Finanzierungsanteil EU	-
Zusammen	170

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 *Reste 2013*	Ist 2012
534 01 -729	Verkehrswirtschaftliche Untersuchungen	3 100	3 100 *300*	2 235

Verpflichtungsermächtigung .... 2 500 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 1 500 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 600 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu .... 400 T€

Haushaltsvermerk:

1. Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 741 11, 741 22 und 741 41.
2. Die Ausgaben sind mit folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: 526 02 **und 531 62.**
3. Die Verpflichtungsermächtigung ist mit der Verpflichtungsermächtigung bei folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 526 02.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
543 01 -729	Veröffentlichung und Dokumentation	820	820	294

Verpflichtungsermächtigung .... 500 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 300 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 100 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu .... 100 T€

Haushaltsvermerk:

1. Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 741 11, 741 22 und 741 41.

1210 Bundesfernstraßen (ohne Maut)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Noch zu Titel 543 01				
	2. Die Ausgaben sind mit folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: 544 01 und 545 01. 3. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.			
544 01 -165	Forschung, Untersuchungen und Ähnliches	9 950	9 450	12 675
	Verpflichtungsermächtigung.... 7 500 T€ davon fällig: im Haushaltsjahr 2015 bis zu.... 4 000 T€ im Haushaltsjahr 2016 bis zu.... 2 500 T€ im Haushaltsjahr 2017 bis zu.... 1 000 T€			
	Haushaltsvermerk: 1. Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 741 11, 741 22 und 741 41. 2. Die Ausgaben sind mit folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: 543 01 und 545 01.			
545 01 -729	Konferenzen, Tagungen, Messen und Ausstellungen	392	392	315
	Haushaltsvermerk: 1. Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 741 11, 741 22 und 741 41. 2. Die Ausgaben sind mit folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: 543 01 und 544 01.			
	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)			
682 01 -742	Beitrag an nichtbundeseigene Eisenbahnen zu den Kosten für Unterhaltung und Betrieb höhengleicher Kreuzungen von Bundesstraßen und Eisenbahnstrecken	1 600	1 800 *332*	1 268
	Haushaltsvermerk: Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 741 11, 741 22 und 741 41.			
	Ausgaben für Investitionen			
744 01 -729	Privatstraßen des Bundes	540	1 200	1 900
	Erläuterungen: Ausgaben dienen zur Erhaltung und zum Betrieb der Rossfeldstraße (Privatstraße des Bundes).			
883 02 -725	Zuweisungen an kommunale Baulastträger nach § 5 a Bundesfernstraßengesetz (FStrG)	11 000	5 000	-
	Haushaltsvermerk: Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgenden Titeln: **Tgr. 01.**			

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 883 02

Erläuterungen:

Mehr wegen Anpassung an den Bauzeiten- und Finanzierungsplan.

Titelgruppe 01

Tgr. 01	Bau und Betrieb der Bundesfernstraßen	(2 855 098)	(2 418 563) *(8 161)*	

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Kap. 1202 Tit. 791 02, Tgr. 04 **und Kap. 1210 Tit. 883 02.**

521 11 -721	Betriebsdienst (Bundesautobahnen)	449 000	499 000	490 255

Haushaltsvermerk:

Einnahmen aus Schadensersatzleistungen und Erlöse aus Anlagen nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) sowie der Verwertung der im Rahmen der Grünpflege anfallenden Biomasse fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Summe der Tit. 521 13 bis 521 19 des Straßenbauplans.

Weniger wegen einmaliger Veranschlagung von zusätzlich 50 Mio. € im Haushaltsjahr 2013.

521 21 -722	Betriebsdienst (Bundesstraßen)	425 903	425 083	400 856

Haushaltsvermerk:

Einnahmen aus Schadensersatzleistungen und Erlöse aus Anlagen nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) sowie der Verwertung der im Rahmen der Grünpflege anfallenden Biomasse fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Summe der Tit. 521 23 bis 521 29 des Straßenbauplans.

535 62 -729	Bestandserfassung der Bundesfernstraßen, Koordinierung und Steuerung der Fachinformationssysteme im Straßenwesen	3 333	3 343	1 402

Haushaltsvermerk:

Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 741 11, 741 22 und 741 41.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Bestandserfassung der Bundesfernstraßen	2 800
2. Koordinierung und Steuerung der Fachinformationssysteme im Straßenwesen	533
Zusammen	3 333

632 12 -721	Pauschale Abgeltung der Zweckausgaben bei Entwurfsbearbeitung und Bauaufsicht (Bundesautobahnen)	1 700	1 700	11 032

1210 Bundesfernstraßen (ohne Maut)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu Titelgruppe 01			
632 22 -722	Pauschale Abgeltung der Zweckausgaben bei Entwurfsbearbeitung und Bauaufsicht (Bundesstraßen)	39 650	38 930	36 076
685 32 -721	Bundesanteil an den Verwaltungskosten der DEGES Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und Bau GmbH	6 000	7 500	8 000
711 12 -721	Hochbauten an Bundesautobahnen bis 2 000 000 € Baukosten	17 300	17 300	27 623
	Verpflichtungsermächtigung........ 8 000 T€ davon fällig: im Haushaltsjahr 2015 bis zu........ 5 000 T€ im Haushaltsjahr 2016 bis zu........ 2 000 T€ im Haushaltsjahr 2017 bis zu........ 1 000 T€ Haushaltsvermerk: Einnahmen aus der Veräußerung von Autobahnmeistereien, die aufgrund der Neustrukturierung der betrieblichen Straßenunterhaltung entbehrlich sind, fließen den Ausgaben zu.			
711 22 -722	Hochbauten an Bundesstraßen bis 2 000 000 € Baukosten	10 400	10 400	21 178
	Verpflichtungsermächtigung........ 5 000 T€ davon fällig: im Haushaltsjahr 2015 bis zu........ 3 000 T€ im Haushaltsjahr 2016 bis zu........ 1 000 T€ im Haushaltsjahr 2017 bis zu........ 1 000 T€ Haushaltsvermerk: Einnahmen aus der Veräußerung von Straßenmeistereien, die aufgrund der Neustrukturierung der betrieblichen Straßenunterhaltung entbehrlich sind, fließen den Ausgaben zu.			
712 12 -721	Hochbauten an Bundesautobahnen über 2 000 000 € Baukosten	10 300	10 300	19 169
	Verpflichtungsermächtigung........ 6 000 T€ davon fällig: im Haushaltsjahr 2015 bis zu........ 3 000 T€ im Haushaltsjahr 2016 bis zu........ 2 000 T€ im Haushaltsjahr 2017 bis zu........ 1 000 T€ Haushaltsvermerk: Einnahmen aus der Veräußerung von Autobahnmeistereien, die aufgrund der Neustrukturierung der betrieblichen Straßenunterhaltung entbehrlich sind, fließen den Ausgaben zu.			

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu Titelgruppe 01			
712 22 -722	Hochbauten an Bundesstraßen über 2 000 000 € Baukosten	8 000	8 000	5

Verpflichtungsermächtigung .... 5 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 3 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 1 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu .... 1 000 T€

Haushaltsvermerk:

Einnahmen aus der Veräußerung von Straßenmeistereien, die aufgrund der Neustrukturierung der betrieblichen Straßenunterhaltung entbehrlich sind, fließen den Ausgaben zu.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
741 11 -721	Bedarfsplanmaßnahmen (Bundesautobahnen)	300 000	-	-

Haushaltsvermerk:

1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: 526 02, 532 01, 534 01, 535 62, 543 01, 544 01, 545 01 und 682 01.
2. Einnahmen, zum Beispiel durch Kostenbeteiligungen Dritter, aus der Inanspruchnahme von Bürgschaften, aus Insolvenzverfahren, aus Ablösebeträgen und aufgrund von Prüfungsmitteilungen des Bundesrechnungshofes, fließen den Ausgaben zu.

   Falls Mehrausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.

Erläuterungen:

Summe der Tit. 741 16 und 741 17 des Straßenbauplans.

Mehr wegen zusätzlicher Mittel gem. Koalitionsvertrag zur 18. Legislaturperiode.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
741 22 -722	Bedarfsplanmaßnahmen (Bundesstraßen)	311 560	50 090	136 031

Verpflichtungsermächtigung .... 43 500 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 23 500 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 15 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu .... 5 000 T€

Haushaltsvermerk:

1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: 526 02, 532 01, 534 01, 535 62, 543 01, 544 01, 545 01 und 682 01.
2. Einnahmen, zum Beispiel durch Kostenbeteiligungen Dritter, aus der Inanspruchnahme von Bürgschaften, aus Insolvenzverfahren, aus Ablösebeträgen und aufgrund von Prüfungsmitteilungen des Bundesrechnungshofes, fließen den Ausgaben zu.

   Falls Mehrausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.

1210 Bundesfernstraßen (ohne Maut)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 741 22 (Titelgruppe 01)

Erläuterungen:

Mehr wegen zusätzlicher Mittel gem. Koalitionsvertrag zur 18. Legislaturperiode.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
741 41 -722	Um- und Ausbau, Lärmschutzmaßnahmen (Bundesstraßen)	193 963	177 930	203 505

Verpflichtungsermächtigung .... 165 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 100 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 45 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu .... 20 000 T€

Haushaltsvermerk:

1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: 531 62, 532 01, 534 01, 535 62, 543 01, 544 01, 545 01 und 682 01.

2. Einnahmen, zum Beispiel durch Kostenbeteiligungen Dritter, aus der Inanspruchnahme von Bürgschaften, aus Insolvenzverfahren, aus Ablösebeträgen und aufgrund von Prüfungsmitteilungen des Bundesrechnungshofes, fließen den Ausgaben zu.

Falls Mehrausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.

Erläuterungen:

Summe der Tit. 741 45 und 741 49 des Straßenbauplans.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
741 42 -722	Erhaltung (Bundesstraßen)	728 889	754 384	569 592

Verpflichtungsermächtigung .... 600 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 360 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 150 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu .... 90 000 T€

Haushaltsvermerk:

Einnahmen, zum Beispiel durch Kostenbeteiligungen Dritter, aus der Inanspruchnahme von Bürgschaften, aus Insolvenzverfahren, aus Ablösebeträgen und aufgrund von Prüfungsmitteilungen des Bundesrechnungshofes, fließen den Ausgaben zu.

Falls Mehrausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
742 21 -722	Bau und Erhaltung von Verkehrseinrichtungen und Verkehrsanlagen (Bundesstraßen)	32 000	32 000	23 097

Verpflichtungsermächtigung .... 19 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 11 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 5 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu .... 3 000 T€

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu Titel 742 21 (Titelgruppe 01)			
	Erläuterungen: Summe der Tit. 742 23 bis 742 25 des Straßenbauplans.			
743 12 -721	Baukostenzuschüsse der Europäischen Union für Investitionen in Transeuropäische Verkehrsnetze im Bereich Bundesautobahnen	-	- *565*	6 581
	Haushaltsvermerk: Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1202 Tit. 272 02.			
743 32 -721	Baukostenzuschüsse des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung der Verkehrsinfrastrukturvorhaben im Bereich der Bundesautobahnen	-	- *7 596*	34 493
	Verpflichtungsermächtigung... fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu...................................... 20 000 T€			
	Haushaltsvermerk: 1. Die Ausgaben sind mit folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: Kap. 1202 Tit. 532 15, 532 18, Kap. 1203 Tit. 752 12, Kap. 1210 Tit. 743 42 und Kap. 1222 Tit. 891 04. **2.** Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1202 Tit. 272 01. Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden. **3.** Einnahmen aus gem. Art. 8 (VO) EG 438/2001 und Art. 3 VO (EG) 448/2001 wieder eingezogenen Beträgen fließen den Ausgaben zu.			
743 42 -722	Baukostenzuschüsse des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung der Verkehrsinfrastrukturvorhaben im Bereich der Bundesstraßen	-	-	8 425
	Verpflichtungsermächtigung... fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu...................................... 20 000 T€			
	Haushaltsvermerk: 1. Die Ausgaben sind mit folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: Kap. 1202 Tit. 532 15, 532 18, Kap. 1203 Tit. 752 12, Kap. 1210 Tit. 743 32 und Kap. 1222 Tit. 891 04. **2.** Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1202 Tit. 272 01. Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden. **3.** Einnahmen aus gem. Art. 8 (VO) EG 438/2001 und Art. 3 VO (EG) 448/2001 wieder eingezogenen Beträgen fließen den Ausgaben zu.			

1210 Bundesfernstraßen (ohne Maut)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu Titelgruppe 01			
745 21 -722	Maßnahmen nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz (EKrG) (Bundesstraßen)	10 000	10 000	17 031
	Verpflichtungsermächtigung ... 7 000 T€ davon fällig: im Haushaltsjahr 2015 bis zu ... 4 000 T€ im Haushaltsjahr 2016 bis zu ... 2 000 T€ im Haushaltsjahr 2017 bis zu ... 1 000 T€			
	Haushaltsvermerk: Einnahmen, zum Beispiel durch Kostenbeteiligungen Dritter und der DB AG, aus Ablösebeträgen, aus Rechtsstreitigkeiten und aufgrund von Prüfungsmitteilungen des Bundesrechnungshofes, fließen den Ausgaben zu. Falls Mehrausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.			
	Erläuterungen: Summe der Tit. 745 23 bis 745 25 des Straßenbauplans.			
746 22 -722	Bau von Radwegen einschließlich Erhaltung (Bundesstraßen)	60 000	60 000	60 844
	Verpflichtungsermächtigung ... 40 000 T€ davon fällig: im Haushaltsjahr 2015 bis zu ... 25 000 T€ im Haushaltsjahr 2016 bis zu ... 10 000 T€ im Haushaltsjahr 2017 bis zu ... 5 000 T€			
811 12 -721	Erwerb von Kraftfahrzeugen (Bundesautobahnen)	21 000	21 000	29 283
	Verpflichtungsermächtigung ... 10 000 T€ davon fällig: im Haushaltsjahr 2015 bis zu ... 8 000 T€ im Haushaltsjahr 2016 bis zu ... 2 000 T€			
811 22 -722	Erwerb von Kraftfahrzeugen (Bundesstraßen)	13 000	13 000	17 083
	Verpflichtungsermächtigung ... 8 000 T€ davon fällig: im Haushaltsjahr 2015 bis zu ... 6 000 T€ im Haushaltsjahr 2016 bis zu ... 2 000 T€			
812 12 -721	Erwerb von Geräten (einschl. Stahlflachstraßen) und Maschinen mit Ausgaben von mehr als 5 000 € im Einzelfall (Bundesautobahnen)	13 500	13 500	22 696
	Verpflichtungsermächtigung ... 8 000 T€ davon fällig: im Haushaltsjahr 2015 bis zu ... 6 000 T€ im Haushaltsjahr 2016 bis zu ... 2 000 T€			

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 01

812 22 -722	Erwerb von Geräten und Maschinen mit Ausgaben von mehr als 5 000 € im Einzelfall (Bundesstraßen)	9 500	9 500	12 743

Verpflichtungsermächtigung.. 5 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 4 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 1 000 T€

821 22 -722	Grunderwerb für Bedarfsplanmaßnahmen (Bundesstraßen)	30 000	10 000	22 268

Haushaltsvermerk:

Einnahmen, zum Beispiel aus Grundstücksveräußerungen, aus Grunderwerbsteuer-Rückzahlungen, aus Gestattungsgebühren und aus Rechtsstreitigkeiten, fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Mehr wegen Anpassung an den Bedarf.

821 41 -722	Grunderwerb für Um- und Ausbau einschl. Lärmschutzmaßnahmen (Bundesstraßen)	30 000	30 000	25 147

Haushaltsvermerk:

Einnahmen, zum Beispiel aus Grundstücksveräußerungen, aus Grunderwerbsteuer-Rückzahlungen, aus Gestattungsgebühren und aus Rechtsstreitigkeiten, fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Summe der Tit. 821 45 und 821 49 des Straßenbauplans.

823 12 -721	Erwerb privat vorfinanzierter Bundesautobahnabschnitte	91 100	146 112	194 196

Haushaltsvermerk:

Die Erläuterungen sind hinsichtlich der aufgezählten Projekte verbindlich.

Erläuterungen:

Lfd. Nr.	Straße	Bezeichnung der Maßnahme	Baukosten 1 000 €	Finanzierungs-kosten 1 000 €	Gesamt-kosten 1 000 €
1	2	3	4	5	6
		Bundesautobahnen			
1	**A 7**	**4. Röhre Elbtunnel Hamburg......................................**	**647 796**	**137 254**	**785 050**
3	**A 60**	**Bitburg - Wittlich..**	**300 016**	**120 082**	**420 098**
		Teilmaßnahmen:			
		Bitburg - Badem...	*99 700*	*56 087*	*155 787*
		Badem - Landscheid..	*86 365*	*32 055*	*118 420*
		Landscheid - Wittlich...	*113 951*	*31 940*	*145 891*
4	**A 81**	**Stuttgart/Feuerbach - Leonberg.................................**	**455 645**	**194 203**	**649 848**
		(einschl. Engelberg-Tunnel)			
5	**A 93**	**Hof/Nord (A 72) - Mitterteich/West..............................**	**189 166**	**60 861**	**250 027**
		Teilmaßnahmen:			
		Rehau/Süd - Schönwald..	*25 579*	*9 416*	*34 995*
		Selb/Nord - Selb/West...	*11 238*	*4 275*	*15 513*
		Selb/West - Schwarzenhammer....................................	*42 733*	*13 273*	*56 006*
		Schwarzenhammer - Thiersheim..................................	*27 514*	*7 127*	*34 641*
		Rathaushütte - Marktredwitz/Lengenfeld.......................	*43 514*	*14 964*	*58 478*

1210 Bundesfernstraßen (ohne Maut)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 823 12 (Titelgruppe 01)

Lfd. Nr.	Straße	Bezeichnung der Maßnahme	Baukosten 1 000 €	Finanzierungs-kosten 1 000 €	Gesamt-kosten 1 000 €
1	2	3	4	5	6
		Marktredwitz/Lengenfeld - Mitterteich/West	*38 588*	*11 806*	*50 394*
		Zwischensumme Bundesautobahn	1 592 623	512 400	2 105 023
		Bundesstraßen			
6	**B 2**	**Ortsumgehung (OU) Kaisheim**	**12 344**	**4 566**	**16 910**
7	**B 2n**	**OU Farchant (o. Nordanschluss)**	**153 830**	**62 512**	**216 342**
8	**B 6**	**A 9 - Stadtgrenze Leipzig einschl. OU Schkeuditz**	**37 359**	**16 099**	**53 458**
9	**B 10**	**Ausbau bei Pirmasens (Münchweiler - Waldfried-hof)**	**11 556**	**4 044**	**15 600**
10	**B 31**	**OU Freiburg-Ost**	**152 945**	**58 141**	**211 086**
11	**B 51**	**Querspange Besseringen (B 51 - A 8)**	**13 173**	**5 697**	**18 870**
12	**B 85/281**	**OU Saalfeld (Nordtangente)**	**17 311**	**7 404**	**24 715**
13	**B 105**	**OU Bentwisch**	**24 102**	**8 810**	**32 912**
14	**B 173**	**OU Selbitz**	**12 560**	**4 510**	**17 070**
16	**B 437**	**Weserquerung Esenshamm**	**267 099**	**105 485**	**372 584**
		Teilmaßnahmen:			
		Los 1: Tunnel	*210 651*	*82 851*	*293 502*
		Los 2: Strecke	*56 448*	*22 634*	*79 082*
		Zwischensumme Bundesstraßen	702 279	277 268	979 547
		Insgesamt	2 294 902	789 668	3 084 570

Stand: 19. März 2012
Zu 1, 3, 4, 5, 7, 10 und 16: Grundlage Beschlüsse 1992/94
Zu Spalten 4 bis 6: Differenzen durch Rundungen

Grundlage für die private Finanzierung von Bundesfernstraßenmaßnahmen sind die Beschlüsse des Kabinetts vom 29. Januar und 15. Juli 1992. Sie sehen vor, die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen einer privaten Finanzierung von Verkehrsinfrastruktur zu überprüfen. Der Erwerb der Bundesfernstraßenabschnitte erfolgt im Wege der Ratenzahlung; die Ratenzahlungen beginnen ein Jahr nach Abnahme der Projekte.

Weniger wegen Anpassung an Tilgungsraten.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
823 22 -722	Erwerb privat vorfinanzierter Bundesstraßenabschnitte	39 000	69 491	115 472

Haushaltsvermerk:

Die Erläuterungen sind hinsichtlich der aufgezählten Projekte verbindlich.

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen zu Tit. 823 12.

Weniger wegen Anpassung an Tilgungsraten.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
861 12 -721	Vorfinanzierung des Baues, der Änderung oder Beseitigung von Versorgungs- und Abwasseranlagen (Bundesautobahnen)	-	-	-
861 22 -722	Vorfinanzierung des Baues, der Änderung oder Beseitigung von Versorgungs- und Abwasseranlagen (Bundesstraßen)	-	-	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1.000 €
1	2	3

Erläuterungen zu Straßenbauplan-Titeln des Kap. 1210

Haushaltsvermerke siehe Epl. 12 und Kap. 1210

Sächliche Verwaltungsausgaben

526 02-729 Sachverständige 3.500

Erläuterungen:
1. Kosten für Sachverständige für Privatfinanzieruangsmodelle im Bundesfernstraßenbau in Höhe von 2.500 T€.
2. Kosten für Sachverständige für sonstige Maßnahmen im Bundesfernstraßenbau in Höhe von 1.000 T€.

Für Privatfinanzierungsmodelle im Bundesfernstraßenbau ist die Klärung von Sach- und Grundsatzfragen auch durch externe Sachverständige notwendig.
Ausgaben für Dienstleistungen der DEGES im Rahmen der Fachaufsicht für den Bund auf Selbstkostenbasis.

531 62-729 Entwicklung und Installation eines dv-gestützten Controlling-Systems für die Bundesfernstraßen 190

532 01-165 Koordinierung der euroregionalen Projekte der Europäischen Union im Rahmen der Transeuropäischen Verkehrsnetze im Bereich der Bundesfernstraßen 170

Erläuterungen:
1. Co-Finanzierungsanteil des Bundes in Höhe von 170 T€.
2. Finanzierungsanteil EU in Höhe von 0 T€.

An den EU-Projekten CENTRICO und Connect sind auf europäischer Ebene die Länder Frankreich, Belgien, Niederlande, Luxemburg, England sowie die Bundesrepublik Deutschland beteiligt.
Auch im EU-Finanzplanungszeitraum 2007 bis 2013 ist die Realisierung des Projektes Implementation von Straßenverkehrstelematik in einer zentraleuropäischen Region vorgesehen. Die Einrichtung einer Koordinierungsstelle ist weiterhin erforderlich. Ausgaben im Zusammenhang der Projekt-Koordination fördert die EU voraussichtlich zu 50 Prozent. Der Co-Finanzierungsanteil des Bundes beträgt voraussichtlich 25 Prozent, die restlichen 25 Prozent werden voraussichtlich durch die beteiligten Bundesländer aufgebracht.

534 01-729 Verkehrswirtschaftliche Untersuchungen 3.100

Erläuterungen:
Mit diesen Mitteln werden Untersuchungen durchgeführt, die die großräumige Gestaltung des Bundesfernstraßennetzes betreffen. Hierzu gehören die notwendigen Voruntersuchungen über Netzverknüpfung, Linienführung und Spurenzahl neuer Autobahnen. Wegen der Abhängigkeit des Straßenverkehrs vom Gesamtverkehr sind hierzu auch Verkehrsprognosen für den Gesamtverkehr und Untersuchungen über die Verkehrsaufteilung auf die einzelnen Verkehrsträger im Rahmen der Bundesverkehrswegeplanung erforderlich. Daneben erfordert die langfristige Planung des Gesamtnetzes der Bundesfernstraßen ständig die Beobachtung von straßenrelevanten Größen. Hierzu gehört neben den Prognosen auch die Auswertung von Verkehrserhebungen und dergleichen. Die Vorarbeiten zur Fortschreibung des Bedarfsplanes (Fernstraßenausbaugesetz - FStrAbG) und zur Aufstellung der Mehrjahrespläne werden ebenfalls aus dem Titel 534 01 bestritten.
Die Aufträge dürfen nur mit Einwilligung des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung vergeben werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1.000 €
1	2	3

543 01-729 Veröffentlichung und Dokumentation — 820

Erläuterungen:
Ausgaben für Veröffentlichungen, Beschaffung von technischem und wissenschaftlichem Material auf dem Gebiete des Straßenwesens.
Darunter fallen z. B. Veröffentlichungen der Forschungsberichte in der Schriftenreihe "Straßenbau- und Straßenverkehrstechnik", der internationale Erfahrungsaustausch, die Dokumentation sowie die Beschaffung von Karten und Aufklärungsmaterial, z. B. von Karten des Bundesautobahnnetzes.

544 01-165 Forschung, Untersuchungen und Ähnliches — 9.950

Erläuterungen:
Ausgaben für Forschungs- und Entwicklungsarbeiten auf dem Gebiete der Straßenbautechnik, der Straßenverkehrstechnik, des Straßenbrückenbaues und dgl.
Mit diesen Arbeiten können Hochschulinstitute, Ingenieurbüros, Prüflabors beauftragt werden.

545 01-729 Konferenzen, Tagungen, Messen und Ausstellungen — 392

Erläuterungen:
Ausgaben schließen straßenbautechnische Veranstaltungen und die Betreuung von ausländischen Straßenbaufachleuten ein.

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)

682 01-742 Beitrag an nichtbundeseigene Eisenbahnen zu den Kosten für Unterhaltung und Betrieb höhengleicher Kreuzungen von Bundesstraßen und Eisenbahnstrecken — 1.600

Erläuterungen:
Ausgaben für die Beteiligung des Bundes in Höhe von 50 Prozent an den Kosten für Unterhaltung und Betrieb der höhengleichen Kreuzungen von Bundesstraßen und Eisenbahnstecken der nichtbundeseigenen Eisenbahnen (§ 16 Abs. 1 Nr. 3 AEG vom 27.12.1993).

Ausgaben für Investitionen

744 01-729 Privatstraßen des Bundes — 540

Erläuterungen:
Ausgaben (einschl. Grunderwerbskosten) dienen zur Erhaltung und zum Betrieb der Roßfeldstraße bei Berchtesgaden.

883 02-725 Zuweisungen an kommunale Baulastträger nach § 5a Bundesfernstraßengesetz (FStrG) — 11.000

Erläuterungen:
Zuweisungen nach § 5a FStrG (einschl. Grunderwerbskosten) und zwar für
1. Aus- oder Neubau von Ortsdurchfahrten im Zuge von Bundesstraßen.
2. Aus- oder Neubau von Gemeinde- und Kreisstraßen, die Zubringerstraßen zu Bundesautobahnen sind.
3. Aus- oder Neubau von Gemeinde- und Kreisstraßen, die Zubringer zu Bundesstraßen in der Baulast des Bundes sind.

Einzelmaßnahmen mit zuwendungsfähigen Kosten über 2.500.000 € siehe **Tabelle 22** des Straßenbauplans.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1.000 €
1	2	3

Tgr. 01	**Bau und Betrieb der Bundesfernstraßen**	(2.855.098)
521 11-721	Betriebsdienst (Bundesautobahnen) (Summe der Titel 521 13 bis 521 19) Erläuterungen: Die Ausgabenansätze für den Betriebsdienst der Bundesautobahnen werden auf der Grundlage der Länder-Längenstatistik berechnet.	449.000
521 13-721	Ausgaben für auf Bundesautobahnen eingesetztes Betriebspersonal der Auftragsverwaltung Erläuterungen: Ausgaben zur Abgeltung von Personalkosten (Löhne und personalbezogene Sachausgaben) für das im Betriebsdienst beschäftigte Personal der Auftragsverwaltung (2. AVVFStr. Anl. Nr. 9), für Leistungen im Aufgabenbereich der zivilen Notfallvorsorge und Krisenmanagement und für Leistungen im Zusammenhang mit der Beseitigung von Schäden, die durch Dritte verursacht werden.	*230.000*
521 14-721	Fahrzeuge, Geräte und Maschinen Erläuterungen: Ausgaben für Betrieb, Wartung und Reparatur von verwaltungseigenen oder angemieteten Kraftfahrzeugen, Geräten und Maschinen des Betriebsdienstes und des Aufgabenbereiches der zivilen Notfallvorsorge und Krisenmanagements einschließlich der Ausgaben für Betriebsstoffe, Kfz-Steuern, Geräte- und Garagenmieten sowie sonstige Sachkosten des Fahrzeug- und Gerätebetriebs. Hierzu gehören ferner die Ausgaben für Ersatz- oder Ergänzungsbeschaffungen von Geräten und Maschinen bis zu 5.000 € im Einzelfall, jedoch keine Ausgaben für die Beschaffung von Fahrzeugen.	*42.000*
521 15-721	Grundstücke, Gebäude und Räume Erläuterungen: Ausgaben für Betrieb, Wartung und Reparatur ortsfester Betriebsanlagen und -einrichtungen sowie der bundeseigenen oder angemieteten Grundstücke, Gebäude und sonstigen baulichen Anlagen. Ausgaben für Heizung, Beleuchtung, Elektrizität, Gas, Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung, Schneeräumen, Steuern, Abgaben und sonstige Bewirtschaftungskosten der bundeseigenen oder angemieteten Grundstücke, Gebäude und Räume, soweit der Bund verpflichtet ist, diese Ausgaben zu tragen (§ 2 Abs. 2 der 2. AVVFStr.). Ausgaben für Mieten und Pachten soweit der Bund verpflichtet ist, diese Ausgaben zu tragen (§ 2 Abs. 2 der 2. AVVFStr.) Ausgaben für Ersatz und Ergänzung des Zubehörs der Grundstücke und baulichen Anlagen bis zu 5.000 € im Einzelfall.	*35.000*
521 16-721	Unternehmerleistungen für den Betriebsdienst Erläuterungen: Ausgaben für betriebliche Leistungen (Grünpflege einschließlich Bankettschälen, Winterdienst, Reinigung, Beseitigung von Schäden, die durch Dritte verursacht werden etc.) die von Unternehmern erbracht werden.	*55.000*
521 17-721	Baustoffe, Streustoffe für den Winterdienst, Zubehör Erläuterungen: Ausgaben für Stoffe und Sachausgaben für den Betriebsdienst, auch im Zusammenhang mit der Beseitigung von Schäden, die durch Dritte verursacht werden.	*40.000*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1.000 €
1	2	3

521 18-721	Elektrotechnische Anlagen Erläuterungen: Ausgaben für Betrieb, Wartung und Reparaturen einschließlich Unternehmerleistungen von Fernmelde-, Betriebsfunk-, Signal-, Verkehrsdatenerfassungs-, Taumittelsprüh-, Glättemeldeanlagen sowie Einrichtungen des Straßenzustands- und Wetterinformationssystems. Taustoffe für Taumittelsprühanlagen sind bei Titel 521 17 mit zu erfassen. Ausgaben für Betriebsstrom, Wartung und Betrieb von Beleuchtungsanlagen, Belüftungs- und Verkehrsüberwachungsanlagen in Tunnels sowie technische Einrichtungen zur Beeinflussung des Verkehrs. Ausgaben für den Betrieb von Übertragungs- und Fernwähleinrichtungen des Autobahnfernmeldenetzes einschließlich der anteiligen Kosten für den Betrieb abschnittweise noch mitbenutzter Bundesbahnkabel. Hierunter fallen jedoch nicht Kosten und Gebühren für Anschlüsse an das öffentliche Fernsprechnetz, die als Verwaltungskosten von den Ländern zu tragen sind.	*38.000*
521 19-721	Sonstiges Erläuterungen: Ausgaben für - die Vorbereitung, Durchführung und Auswertung der turnusmäßigen Straßenverkehrszählungen an Europastraßen bzw. Bundesautobahnen und von sonstigen Straßenverkehrszählungen an Bundesautobahnen unter den in Nr. 71 der Anlage zur 2. AVVFStr genannten Voraussetzungen, - Straßenbaustatistik, - die Durchführung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen durch die Bundesforstverwaltung im Zusammenhang mit dem Straßenbau des Bundes, - Ablösungsbeträge sowie für sonstige Ausgaben, die beim Betrieb der Bundesautobahnen anfallen.	*9.000*
521 21-722	Betriebsdienst (Bundesstraßen) (Summe der Titel 521 23 bis 521 29) Erläuterungen: Die Ausgabenansätze für den Betriebsdienst der Bundesstraßen werden auf der Grundlage der Länder-Längenstatistik berechnet.	425.903
521 23-722	Ausgaben für auf Bundesstraßen eingesetztes Betriebspersonal der Auftragsverwaltung Erläuterungen siehe Titel 521 13	*205.000*
521 24-722	Fahrzeuge, Geräte und Maschinen Erläuterungen siehe Titel 521 14	*37.000*
521 25-722	Grundstücke, Gebäude und Räume Erläuterungen siehe Titel 521 15	*15.000*
521 26-722	Unternehmerleistungen für den Betriebsdienst Erläuterungen siehe Titel 521 16	*73.000*
521 27-722	Baustoffe, Streustoffe für den Winterdienst, Zubehör Erläuterungen siehe Titel 521 17	*57.000*
521 28-722	Elektrotechnische Anlagen Erläuterungen siehe Titel 521 18	*37.000*
521 29-722	Sonstiges Erläuterungen: Ausgaben für den Betrieb von Bundesstraßen, die Dritte (z. B. Gemeinden) durch Vereinbarung für den Träger der Straßenbaulast übernommen haben. Weitere Erläuterungen siehe Titel 521 19.	*1.903*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1.000 €
1	2	3
535 62-729	Bestandserfassung der Bundesfernstraßen, Koordinierung und Steuerung der Fachinformationssysteme im Straßenwesen Erläuterungen: 1. Bestandserfassung der Bundesfernstraßen in Höhe von 2.800 T€ 2. Koordinierung und Steuerung der Fachinformationssysteme im Straßenwesen in Höhe von 543 T€. Ausgaben für: - Bundeseinheitliche Erst-Bestandsaufnahme von Straßendaten der Bundesfernstraßen. - Bundeseinheitliche Bestandsdatenerfassung für Zwecke des "Bundesinformationssystems Straße" (BISStra) und wiederkehrende Zustandserfassung und -bewertung der Straßenbefestigung des Bundesfernstraßennetzes als Grundlage einer bedarfsorientierten Erhaltungsplanung. - Koordinierung und Steuerung der Bund/Länder-Fachinformationssysteme im Straßenwesen.	3.333
632 12-721	Pauschale Abgeltung der Zweckausgaben bei Entwurfsbearbeitung und Bauaufsicht (Bundesautobahnen) Erläuterungen: Nach § 6 Abs. 3 des Gesetzes über die vermögensrechtlichen Verhältnisse der Bundesautobahnen und sonstigen Bundesstraßen des Fernverkehrs in der Fassung vom 30. August 1971 gilt der Bund Zweckausgaben, die bei der Entwurfsbearbeitung und Bauaufsicht entstehen, durch Zahlung einer Pauschale ab, die für Kosten der Entwurfsbearbeitung 2 Prozent der Baukosten und für Kosten der Bauaufsicht 1 Prozent der Baukosten beträgt.	1.700
632 22-722	Pauschale Abgeltung der Zweckausgaben bei Entwurfsbearbeitung und Bauaufsicht (Bundesstraßen) Erläuterungen siehe Titel 632 12	39.650
685 32-721	Bundesanteil an den Verwaltungskosten der DEGES Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und Bau GmbH Erläuterungen: - Ausgaben für Planung, Bauvorbereitung und Bauüberwachung, Grunderwerbsnebenkosten sowie Geschäftskosten der Planungsgesellschaft Bundesfernstraßen Deutsche Einheit mbH. Der Bund und die 5 neuen Länder tragen die Kosten je zur Hälfte.	6.000
711 12-721	Hochbauten an Bundesautobahnen bis 2.000.000 € Baukosten Erläuterungen: Ausgaben (ohne Grunderwerbskosten) für den Bau oder Erweiterung von Autobahnmeistereien und anderen Nebenanlagen in kleinerem Umfang einschließlich ortsfester Ausrüstungen und Anlagen der zivilen Notfallvorsorge sowie für den Bau von Kabel-, Verstärkerhäusern und WC-Anlagen auf Rastplätzen. Nicht hierzu gehören die Kosten für fernmeldetechnische Sonderausstattungen, die bei Kap. 1209 Tit. 742 13 veranschlagt sind.	17.300
711 22-722	Hochbauten an Bundesstraßen bis 2.000.000 € Baukosten Erläuterungen: Ausgaben (ohne Grunderwerbskosten) für den Bau oder Erweiterung bundeseigener Gebäude in kleinerem Umfang einschließlich ortsfester Ausrüstungen und Anlagen der zivilen Notfallvorsorge.	10.400

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1.000 €
1	2	3

712 12-721 Hochbauten an Bundesautobahnen über 2.000.000 € Baukosten — 10.300

Erläuterungen:
Ausgaben (ohne Grunderwerbskosten) für den Bau oder Erweiterung von Autobahnmeistereien und anderen Nebenanlagen einschließlich ortsfester Ausrüstungen und Anlagen der zivilen Notfallvorsorge sowie für den Bau von Kabel- und Verstärkerhäusern. Nicht hierzu gehören die Kosten für fernmeldetechnische Sonderausstattungen, die bei Kap. 1209 Tit. 742 13 veranschlagt sind.
Einzelmaßnahmen siehe **Tabelle 14** des Straßenbauplans.

712 22-722 Hochbauten an Bundesstraßen über 2.000.000 € Baukosten — 8.000

Erläuterungen:
Ausgaben (ohne Grunderwerbskosten) für den Bau oder Erweiterung bundeseigener Gebäude einschließlich ortsfester Ausrüstungen und Anlagen der zivilen Notfallvorsorge.
Einzelmaßnahmen siehe **Tabelle 15** des Staßenbauplans**.**

741 11-721 Bedarfsplanmaßnahmen (Bundesautobahnen) — 300.000

741 16-721 Erweiterung Bundesautobahnen ohne VDE — *200.000*

Erläuterungen:
Ausgaben (ohne Grunderwerbskosten) für Erweiterung von Bundesautobahnen auf sechs oder mehr Fahrstreifen, auch einschließlich Erhaltungsarbeiten an vorhandenen Fahrstreifen sowie Ausgaben (ohne Grunderwerbskosten) für die nachträgliche Durchführung der Lärmvorsorge an fertiggestellten Neubaustrecken, soweit nicht bereits in den vorgenannten Ausgaben enthalten.
Maßnahmen mit besonderem naturschutzfachlichen Planungsauftrag, der rechtlich umfassend abgearbeitet wurde, sind mit ***)** gekennzeichnet.
Maßnahmen auf Grundlage § 6 Fernstraßenausbaugesetz sind mit **1)** gekennzeichnet.
Einzelmaßnahmen und Maßnahmen der Lärmvorsorge mit Gesamtkosten über 5.000.000 € siehe **Tabelle 3** des Straßenbauplans.

741 17-721 Neubau Bundesautobahnen ohne VDE — *100.000*

Erläuterungen:
Ausgaben (ohne Grunderwerbskosten) für
- Neubau von Bundesautobahnen,
- Neubau einer zweiten Fahrbahn, auch einschließlich Anpassung der vorhandenen ersten Fahrbahn.

Ausgaben (ohne Grunderwerbskosten) für die nachträgliche Durchführung der Lärmvorsorge an fertiggestellten Neubaustrecken, soweit nicht bereits in den vorgenannten Ausgaben enthalten.
Maßnahmen mit besonderem naturschutzfachlichen Planungsauftrag, der rechtlich umfassend abgearbeitet wurde, sind mit ***)** gekennzeichnet.
Maßnahmen auf Grundlage § 6 Fernstraßenausbaugesetz sind mit **1)** gekennzeichnet.
Einzelmaßnahmen und Maßnahmen der Lärmvorsorge mit Gesamtkosten über 5.000.000 € siehe **Tabelle 4** des Straßenbauplans.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1.000 €
1	2	3

741 22-722	Bedarfsplanmaßnahmen (Bundesstraßen) Erläuterungen: Ausgaben (ohne Grunderwerbskosten) für - Neubau und Verlegung von Bundesstraßen einschließlich Bau von Ortsumgehungen, - Neubau einer zweiten Fahrbahn. Ausgaben (ohne Grunderwerbskosten) für die nachträgliche Durchführung der Lärmvorsorge an fertiggestellten Neubaustrecken, soweit nicht bereits in den vorgenannten Ausgaben enthalten. Maßnahmen mit besonderem naturschutzfachlichen Planungsauftrag, der rechtlich umfassend abgearbeitet wurde, sind mit ***)** gekennzeichnet. Maßnahmen auf Grundlage § 6 Fernstraßenausbaugesetz sind mit **[1])** gekennzeichnet. Einzelmaßnahmen und Maßnahmen der Lärmvorsorge mit Gesamtkosten über 5.000.000 € siehe **Tabelle 5** des Straßenbauplans.	311.560
741 41-722	Um- und Ausbau, Lärmschutzmaßnahmen (Bundesstraßen) (Summe der Titel 741 45 und 741 49)	193.963
741 45-722	Um- und Ausbau von Bundesstraßen Erläuterungen: Ausgaben (ohne Grunderwerbskosten) für Maßnahmen, die überwiegend der Verbesserung der Verkehrssicherheit und/oder des Verkehrsflusses dienen, wie z. B. - Um- und Ausbau von Bauwerken, Knotenpunkten und Rastanlagen an Bundesstraßen, - Bau einzelner Zusatzfahrstreifen (z. B. 2+1, Steigungsstrecken) und zusätzlicher Knotenpunkte, einschließlich notwendiger Erhaltungsarbeiten. Ausgaben (ohne Grunderwerbskosten) für Maßnahmen zur Wiedervernetzung von Lebensräumen an bestehenden Bundesstraßen. Einzelmaßnahmen mit Gesamtkosten über 5.000.000 € (jedoch alle zusätzlichen Anschlussstellen) siehe Tabelle 11 des Straßenbauplans.	*183.533*
741 49-722	Lärmschutzmaßnahmen an bestehenden Bundesstraßen Erläuterungen: Ausgaben (ohne Grunderwerbskosten) für Lärmschutzmaßnahmen, wenn der Mittelungspegel folgende Immissionsgrenzwerte überschreitet: - Krankenhäuser, Schulen, Kurheime, Altenheime, reine und allgemeine Wohngebiete, Kleinsiedlungsgebiete: 67/57 dB(A) (Tag/Nacht), - Kerngebiete, Dorfgebiete, Mischgebiete: 69/59 dB(A) (Tag/Nacht), - Gewerbegebiete: 72/62 dB(A) (Tag/Nacht), - Rastanlagen: 65 dB(A) (Nacht) für Lkw-Fahrer. Einzelmaßnahmen mit Gesamtkosten über 2.000.000 € siehe **Tabelle 13** des Straßenbauplans.	*10.430*
741 42-722	Erhaltung von Bundesstraßen Erläuterungen: Ausgaben (ohne Grunderwerbskosten) - zur überwiegenden Sicherung und Qualitätsverbesserung (z. B. RiStWag u. a.) von Straßenbefestigungen, Bauwerken und sonstigen Anlagenteilen (z. B. Verkehrszeichen und -einrichtungen, Entwässerungsanlagen, Lärmschutzanlagen, Bepflanzungen u. a.) einschließlich Verbesserung der Linienführung in Grund- und Aufriss, - für Ablösungsbeträge von baulichen Anlagen an Bundesstraßen anfallen, - zur Abwicklung von Funktionsbauverträgen, - für bauliche Tunnelnachrüstung, - für Einbau von lärmgeminderten Fahrbahnübergangskonstruktionen. Einzelmaßnahmen mit Gesamtkosten über 5.000.000 € siehe Tabelle 9 des Straßenbauplans.	728.889

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1.000 €
1	2	3
742 21-722	Bau und Erhaltung von Verkehrseinrichtungen und Verkehrsanlagen (Bundesstraßen) (Summe der Titel 742 23 bis 742 25)	32.000
742 23-722	Erhaltung, Um-, Aus- und Neubau von Betriebsfunkanlagen sowie Straßenzustands- und Wetterinformationssysteme (SWIS) an bestehenden Bundesstraßen Erläuterungen: Aus den Ausgaben dürfen auch Zahlungen an die Länder geleistet werden, die die Ausgaben für Betriebsfunkanlagen an bestehenden Bundesstraßen in den Gemeinschaftsaufwand einbezogen haben. Ausgaben für Datennetze für Zwecke des Straßenbetriebsdienstes, der Straßenverkehrstechnik und für Betrieb und Überwachung von Straßentunnels sowie Glättemeldeanlagen und Taumittelsprühanlagen. Einzelmaßnahmen mit Gesamtkosten über 3.000.000 € siehe **Tabelle 17** des Straßenbauplans.	*4.000*
742 24-722	Erhaltung, Um-, Aus- und Neubau von Anlagen für Betrieb und Überwachung von Straßentunnels sowie Stromversorgungs- und Beleuchtungsanlagen an bestehenden Bundesstraßen Erläuterungen: Ausgaben (ohne Grunderwerbskosten) für Erhaltung, Um-, Aus- und Neubau von betriebs- und sicherheitstechnischen Einrichtungen in Straßentunnels (z. B. Beleuchtung, Lüftung, Funk, Notruf, Lautsprecher, Verkehrstechnik und Stromversorgung) und Straßenbeleuchtung, Außenbeleuchtung von Verkehrsanlagen, Beleuchtungseinrichtungen für Verkehrszeichen. Einzelmaßnahmen mit Gesamtkosten über 3.000.000 € siehe Tabelle 19 des Straßenbauplans.	*25.000*
742 25-722	Erhaltung, Um-, Aus- und Neubau von Einrichtungen zur Beeinflussung des Verkehrs an bestehenden Bundesstraßen Erläuterungen: Ausgaben für Erhaltung, Um-, Aus- und Neubau von Verkehrsbeeinflussungsanlagen, z. B. Wechselverkehrszeichen und Signalanlagen mit zugehörigen Aufstellvorrichungen, Stromversorgungsanschlüsse für Streckenstationen, Hard- und Softwareausstattung von Verkehrsrechner- und Unterzentralen sowie Verkehrsdatenerfassungseinrichtungen (Dauerzählstellen, Achslastmessstellen und Geschwindigkeitsmessstellen). Einzelmaßnahmen mit Gesamtkosten über 3.000.000 € siehe Tabelle 21 des Straßenbauplans.	*3.000*
743 12-721	Baukostenzuschüsse der Europäischen Union für Investitionen in Transeuropäische Verkehrsnetze im Bereich Bundesautobahnen	0
743 32-721	Baukostenzuschüsse des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung der Verkehrsinfrastrukturvorhaben im Bereich der Bundesautobahnen	0
743 42-722	Baukostenzuschüsse des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung der Verkehrsinfrastrukturvorhaben im Bereich der Bundesstraßen	0
745 21-722	Maßnahmen nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz (EKrG) (Bundesstraßen) (Summe der Titel 745 23 bis 745 25)	10.000
745 23-722	Änderungen von Überführungen (§ 12 EKrG) Erläuterungen:; Ausgaben (einschließlich Grunderwerbskosten) für Änderungen von Überführungen. Einzelmaßnahmen mit einer Kostenmasse über 5.000.000 € siehe **Tabelle 23** des Straßenbauplans.	*4.000*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1.000 €
1	2	3

745 24-722	Maßnahmen an Bahnübergängen zwischen Bundesstraßen und DB AG Erläuterungen: Ausgaben (einschließlich Grunderwerbskosten) für Maßnahmen an Bahnübergängen zwischen Bundesstraßen und Strecken der DB AG soweit sie der Bund als Träger der Baulast für die Bundesstraßen zu leisten hat. Einzelmaßnahmen mit einer Kostenmasse über 5.000.000 € siehe **Tabelle 24** des Straßenbauplans.	*5.500*
745 25-722	Maßnahmen an Bahnübergängen zwischen Bundesstraßen und sonstigen Eisenbahnen Erläuterungen: Ausgaben (einschließlich Grunderwerbskosten) für Maßnahmen an Bahnübergängen zwischen Bundesstraßen und sonstigen Eisenbahnen. Einzelmaßnahmen mit einer Kostenmasse über 5.000.000 € siehe **Tabelle 25** des Straßenbauplans.	*500*
746 22-722	Bau von Radwegen einschließlich Erhaltung (Bundesstraßen) Erläuterungen: Ausgaben (ohne Grunderwerbskosten) für den Bau von Radwegen an bestehenden Bundesstraßen, auch einschließlich Erhaltungsarbeiten an vorhandenen Radwegen.	60.000
811 12-721	Erwerb von Kraftfahrzeugen (Bundesautobahnen) Erläuterungen: Ausgaben für den Erwerb (Erstbeschaffung und Ersatzbeschaffung) von Kraftfahrzeugen.	21.000
811 22-722	Erwerb von Kraftfahrzeugen (Bundesstraßen) Erläuterungen: Aus den Ausgaben dürfen auch Zahlungen an die Länder geleistet werden, die die Ausgaben für Kraftfahrzeuge in den Gemeinschaftsaufwand einbezogen haben.	13.000
812 12-721	Erwerb von Geräten (einschließlich Stahlflachstraßen) und Maschinen mit Ausgaben von mehr als 5.000 € im Einzelfall (Bundesautobahnen) Erläuterungen: Ausgaben für den Erwerb (Erstbeschaffung und Ersatzbeschaffung) von Geräten über 5.000 € im Einzelfall.	13.500
812 22-722	Erwerb von Geräten und Maschinen mit Ausgaben von mehr als 5.000 € im Einzelfall (Bundesstraßen) Erläuterungen siehe Titel 811 22	9.500
821 22-722	Grunderwerb für Bedarfsplanmaßnahmen (Bundesstraßen) Erläuterungen: Ausgaben für Grunderwerbskosten bei allen Neubaumaßnahmen (einschließlich der damit verbundenen Hochbauten und anderen Anlagen sowie für Radwege) an Bundesstraßen. Ausgaben für Grunderwerb für Maßnahmen im Rahmen des Eisenbahnkreuzungsgesetzes (EKrG) sind bei den Baumaßnahmen veranschlagt. Hierzu rechnen insbesondere Entschädigungen für Grund und Boden, Gebäude, Lärmvorsorgemaßnahmen, Umzugskosten, Aufwuchs, Folgeschäden im Zusammenhang mit der Inanspruchnahme von Flächen aus Gewerbebetrieben und landwirtschaftlichen Betrieben sowie sonstige Entschädigungen. Dazu gehören auch Ausgaben für Darlehen zur Deckung von Finanzierungslücken bei der Beschaffung von Ersatzbetriebsraum gemäß Darlehensmerkblatt des Bundesministeriums für Verkehr vom 21.12.1976 - StB 13/08.12.71 - über die Finanzierung für Ersatzbetriebsraum für Straßenverdrängte und Zinszuschüsse und Zuschüsse zur Deckung der laufenden Aufwendungen bei der Beschaffung von Ersatzwohnraum für Räumungsbetroffene gemäß der Richtlinie des Bundesministeriums für Verkehr vom 05.10.1998 - StB 16(BN)/08.12.70/63 Va 98 -.	30.000

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1.000 €
1	2	3

821 41-722	Grunderwerb für Um- und Ausbau einschl. Lärmschutzmaßnahmen (Bundesstraßen) (Summe der Titel 821 45 und 821 49)	30.000
821 45-722	Grunderwerb für Um- und Ausbau Erläuterungen: Ausgaben für Grunderwerbskosten bei allen Baumaßnahmen (einschließlich der damit verbundenen Hochbauten und anderen Anlagen). Hierzu rechnen insbesondere Entschädigungen für Grund und Boden, Gebäude, Lärmvorsorgemaßnahmen, Umzugskosten, Aufwuchs, Folgeschäden im Zusammenhang mit der Inanspruchnahme von Flächen aus Gewerbebetrieben und landwirtschaftlichen Betrieben sowie sonstige Entschädigungen. Dazu gehören auch Ausgaben für Darlehen zur Deckung von Finanzierungslücken bei der Beschaffung von Ersatzbetriebsraum gemäß Darlehensmerkblatt des Bundesministeriums für Verkehr vom 21.12.1976 - StB 13/08.12.71 - über die Finanzierung für Ersatzbetriebsraum für Straßenverdrängte und Zinszuschüsse und Zuschüsse zur Deckung der laufenden Aufwendungen bei der Beschaffung von Ersatzwohnraum für Räumungsbetroffene gemäß der Richtlinie des Bundesministeriums für Verkehr vom 05.10.1998 - StB 16(BN)/08.12.70/63 Va 98 -.	*25.248*
821 49-722	Entschädigungsleistungen für Lärmschutz an baulichen Anlagen im Bereich von bestehenden Bundesstraßen Erläuterungen: Ausgaben können für Entschädigungszahlungen an Eigentümer für Lärmschutzmaßnahmen an baulichen Anlagen in Höhe von 75 Prozent der notwendigen Aufwendungen geleistet werden, wenn der Mittelungspegel folgende Immissionsgrenzwerte überschreitet: - Krankenhäuser, Schulen, Kurheime, Altenheime, reine und allgemeine Wohngebiete, Kleinsiedlungsgebiete = 67/57 dB(A) (Tag/Nacht); - Kerngebiete, Dorfgebiete, Mischgebiete = 69/59 dB(A) (Tag/Nacht); - Gewerbegebiete = 72/62 dB(A) (Tag/Nacht).	*4.752*
823 12-721	Erwerb privat vorfinanzierter Bundesautobahnabschnitte Erläuterungen: Grundlage für die private Finanzierung von Bundesfernstraßenmaßnahmen sind die Beschlüsse des Kabinetts vom 29. Januar und 15. Juli 1992. Sie sehen vor, die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen einer privaten Finanzierung von Verkehrsinfrastruktur zu überprüfen. Der Erwerb der Bundesfernstraßenabschnitte erfolgt im Wege der Ratenzahlung; die Ratenzahlungen beginnen ein Jahr nach Abnahme der Projekte. Ausgaben (ohne Grunderwerb) für Bau und Finanzierung. Einzelmaßnahmen siehe **Tabelle 6** des Straßenbauplans.	91.100
823 22-722	Erwerb privat vorfinanzierter Bundesstraßenabschnitte Erläuterungen siehe Titel 823 12 Einzelmaßnahmen siehe **Tabelle 7** des Straßenbauplans.	39.000
861 12-721	Vorfinanzierung des Baues, der Änderung oder Beseitigung von Versorgungs- und Abwasseranlagen (Bundesautobahnen) Erläuterungen: Ausgaben für Vorfinanzierung des Baues, der Änderung oder Beseitigung von Versorgungs- und Abwasseranlagen in Straßen in den Fällen, in denen unklare Rechtsverhältnisse bestehen. Wenn sich daher Versorgungsunternehmen weigern, die Verlegungskosten zu zahlen und dadurch die Straßenbauarbeiten verzögert werden würden, können die hierfür erforderlichen Mittel im Wege der Vorfinanzierung bereitgestellt werden. Die Rechtsverhältnisse werden notfalls im Rechtswege geklärt. Im Falle des Obsiegens der Straßenbauverwaltung fließen die Mittel einschließlich Zinsen zurück.	0

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1.000 €
1	2	3
861 22-722	Vorfinanzierung des Baues, der Änderung oder Beseitigung von Versorgungs- und Abwasseranlagen (Bundesstraßen) Erläuterungen siehe Titel 861 12	0
	Abschluss des Straßenbauplans (Anlage zu Kap. 1210)	
	Ausgaben	
	Sächliche Verwaltungsausgaben	896.358
	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	48.950
	Ausgaben für Investitionen	1.941.052
	Gesamtausgaben	**2.886.360**

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Län-gen km	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8	9
	1-26			frei				
BB	27	A 10	9,0	AD Potsdam bis AD Nuthetal (8-str. Ausbau) (DEGES)				
				Gesamtkosten	122.406			
				davon				
				Dritte	1.082			
				Kap. 1209, Titel 741 14	114.926	3.348	2.000	109.578
				Kap. 1209, Titel 821 14	2.102	120	220	1.762
				Kap. 1210, Titel 741 14	4.269	4.269	0	0
				Kap. 1210, Titel 821 14	27	27	0	0
BB	28-33			frei				
BB	34	A 10	5,3	Umbau Dreieck Schwanebeck				
				Gesamtkosten	62.411			
				davon				
				Dritte	1.838			
				Kap. 1202 (IBP I)	14.000	14.000	0	0
				Kap. 1209, Titel 741 14	22.133	22.133	0	0
				Kap. 1209, Titel 821 14	1.043	331	0	712
				Kap. 1210, Titel 741 14	2.916	2.916	0	0
				Kap. 1210, Titel 743 32	20.000	10.500	5.000	4.500
				Kap. 1210, Titel 821 14	481	481	0	0
	35-72			frei				
TH	73.0	A 4	44,4	**Herleshausen (LGr HE/TH) - Gotha (ÖPP-Projekt)**				
				Gesamtkosten	554.451			
				Davon:				
				Anschubfinanzierung (angepasst) Kap. 1209, Titel 823 16	9.639	9.639	0	0
				Betreiberentgelt, Sonstige Ausgaben Kap. 1209, Titel 823 16	544.812	99.491	15.130	430.191
TH	73-83			frei				
TH	84	A 4	11,8	Östl. Magdala bis westl. Jena-Göschwitz (DEGES)				
				Gesamtkosten	361.204			
				davon				
				Dritte	1.252			
				Kap. 1209, Titel 741 14	159.667	120.654	13.500	25.513
				Kap. 1209, Titel 821 14	2.096	134	5	1.957
				Kap. 1210, Titel 741 14	196.372	196.372	0	0
				Kap. 1210, Titel 821 14	1.817	1.817	0	0
TH	85-90			frei				
TH	91	A 9	2,9	Umbau Kreuz Hermsdorf (DEGES)				
				Gesamtkosten	43.479			
				davon				
				Kap. 1209, Titel 741 14	42.500	328	30	42.142
				Kap. 1209, Titel 821 14	487	487	0	0
				Kap. 1210, Titel 741 14	352	352	0	0
				Kap. 1210, Titel 821 14	140	140	0	0

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Län-gen km	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8	9
TH	92-95			frei				
TH	96.0	A 9	46,5	**AS Lederhose - LGr TH/BY (ÖPP-Projekt)**				
				Gesamtkosten	406.303			
				Davon:				
				Anschubfinanzierung Kap. 1209, Titel 823 16	105.000	89.250	15.750	0
				Betreiberentgelt, Sonstige Ausgaben Kap. 1209, Titel 823 16	301.303	10.735	5.720	284.848
TH	96	A 9	9,0	Schleiz bis Dittersdorf (DEGES)				
				Gesamtkosten außerhalb ÖPP	6.829			
				davon				
				Kap. 1209, Titel 741 14	4.001	1.699	500	1.802
				Kap. 1209, Titel 821 14	1.272	47	10	1.215
				Kap. 1210, Titel 741 14	614	614	0	0
				Kap. 1210, Titel 821 14	942	942	0	0
TH	97	A 9	10,0	Dittersdorf bis Triptis (DEGES)				
				Gesamtkosten außerhalb ÖPP	8.964			
				davon				
				Kap. 1209, Titel 741 14	5.829	1.233	2.000	2.596
				Kap. 1209, Titel 821 14	1.304	84	10	1.210
				Kap. 1210, Titel 741 14	893	893	0	0
				Kap. 1210, Titel 821 14	938	938	0	0

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Län-gen km	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8	9
	1-7			frei				
HE	8	A 44	6,2	AK Kassel (m) - AD Kassel-Ost (m) (VKE 01)				
				Gesamtkosten	91.492			
				davon				
				Kap. 1202 (IBP I)	7.200	7.200	0	0
				Kap. 1202, Titel 791 02	6.000	6.000	0	0
				Kap. 1209, Titel 741 18	75.865	3.800	8.000	64.065
				Kap. 1209, Titel 821 18	2.000	1.000	0	1.000
				Kap. 1210, Titel 741 18	247	247	0	0
				Kap. 1210, Titel 821 18	180	180	0	0
HE	9	A 44	11,3	Dreieck Kassel-Ost bis Helsa-Ost (m) (VKE 11)				
				Gesamtkosten	204.659			
				davon				
				Kap. 1209, Titel 741 18	197.219	500	400	196.319
				Kap. 1209, Titel 821 18	7.200	100	100	7.000
				Kap. 1210, Titel 741 18	135	135	0	0
				Kap. 1210, Titel 821 18	105	105	0	0
HE	9.1	A 44	5,2	AS Helsa-Ost (o) bis AS Hessisch Lichtenau-West (o) (VKE 12)				
				Gesamtkosten	326.801			
				davon				
				Kap. 1209, Titel 741 18	321.518	40.500	70.000	211.018
				Kap. 1209, Titel 821 18	2.004	200	500	1.304
				Kap. 1210, Titel 741 18	2.612	2.612	0	0
				Kap. 1210, Titel 821 18	667	667	0	0
HE	10	A 44	2,3	AS Hessisch Lichtenau-West (m) bis AS Hessisch Lichtenau-Mitte (o) (VKE 20)				
				Gesamtkosten	93.145			
				davon				
				Kap. 1209, Titel 741 18	59.225	58.500	500	225
				Kap. 1209, Titel 821 18	1.300	1.000	200	100
				Kap. 1210, Titel 741 18	32.400	32.400	0	0
				Kap. 1210, Titel 821 18	220	220	0	0
HE	11	A 44	4,3	Hessisch Lichtenau-Ost (m) (Wahlburg) bis Waldkappel/Hasselbach (VKE 32)				
				Gesamtkosten	120.569			
				davon				
				Kap. 1209, Titel 741 18	116.125	43.000	35.000	38.125
				Kap. 1209, Titel 821 18	1.467	300	500	667
				Kap. 1210, Titel 741 18	1.333	1.333	0	0
				Kap. 1210, Titel 821 18	1.644	1.644	0	0
HE	11.1	A 44	6,1	Waldkappel/Hasselbach bis AS Waldkappel-Ost (m) (VKE 33)				
				Gesamtkosten	79.190			
				davon				
				Kap. 1209, Titel 741 18	74.317	37.700	14.500	22.117
				Kap. 1209, Titel 821 18	1.063	100	500	463
				Kap. 1210, Titel 741 18	2.239	2.239	0	0
				Kap. 1210, Titel 821 18	1.571	1.571	0	0

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Län-gen km	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8	9
HE	**11.2**	A 44	0,9	AS Waldkappel-Ost				
				Gesamtkosten	11.748			
				davon				
				Kap. 1209, Titel 741 18	11.322	0	2.000	9.322
				Kap. 1209, Titel 821 18	426	0	300	126
HE	12	A 44	7,2	Waldkappel-Ost (o) bis Wehretal/Hoheneiche (VKE 40.1)				
				Gesamtkosten	207.823			
				davon				
				Kap. 1209, Titel 741 18	204.123	800	1.000	202.323
				Kap. 1209, Titel 821 18	950	800	150	0
				Kap. 1210, Titel 741 18	1.041	1.041	0	0
				Kap. 1210, Titel 821 18	1.709	1.709	0	0
HE	12.1	A 44	5,4	Wehretal/Hoheneiche bis AS Sontra-Nord (m) (VKE 40.2)				
				Gesamtkosten	179.960			
				davon				
				Kap. 1209, Titel 741 18	172.013	475	700	170.838
				Kap. 1209, Titel 821 18	2.672	250	700	1.722
				Kap. 1210, Titel 741 18	5.178	5.178	0	0
				Kap. 1210, Titel 821 18	97	97	0	0
HE	13	A 44	10,8	Sontra-Nord (o) bis östl. Sontra/Ulfen (m) (VKE 50)				
				Gesamtkosten	275.466			
				davon				
				Kap. 1209, Titel 741 18	268.087	48	0	268.039
				Kap. 1209, Titel 821 18	5.262	15	0	5.247
				Kap. 1210, Titel 741 18	2.117	2.117	0	0
HE	14	A 44	6,0	östl. Sontra/Ulfen (o) bis Dreieck Wommen (A 4) (m) (VKE 60)				
				Gesamtkosten	87.686			
				davon				
				Kap. 1209, Titel 741 18	85.640	55	0	85.585
				Kap. 1209, Titel 821 18	1.000	200	0	800
				Kap. 1210, Titel 741 18	524	524	0	0
				Kap. 1210, Titel 821 18	522	522	0	0
	15-56			frei				
ST	57	A 143	12,6	Halle/Neustadt bis Dreieck Halle-Nord (DEGES)				
				Gesamtkosten	239.846			
				davon				
				Dritte	205			
				Kap. 1209, Titel 741 18	218.058	186	10	217.862
				Kap. 1209, Titel 821 18	8.333	46	30	8.257
				Kap. 1210, Titel 741 18	10.727	10.727	0	0
				Kap. 1210, Titel 821 18	2.523	2.523	0	0

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Län-gen km	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8	9
BW	1			frei				
BW	2.0	A 5	59,7	**s AS Offenburg - Malsch (ÖPP-Projekt)**				
				Gesamtkosten	958.820			
				Davon:				
				Anschubfinanzierung Kap. 1209, Titel 823 16	0	0	0	0
				Betreiberentgelt, Sonstige Ausgaben Kap. 1209, Titel 823 16	958.820	66.597	22.157	870.066
BW	**3**	A 5		AS Offenburg - AS Malsch				
				Gesamtkosten außerhalb ÖPP	4.200			
				Davon:				
				Kap. 1209, Titel 821 16	4.200	3.100	300	800
BW	4.0	A 6	47,1	**Wiesloch-Rauenberg - AK Weinsberg (ÖPP-Projekt)**				
				Gesamtkosten	1.100.000			
				Davon:				
				Anschubfinanzierung - offen - Kap. 1209, Titel 823 16	0	0	0	0
				Verpflichtungsermächtigungen für Betreiberentgelt fällig in den Haushaltsjahren 2015 - 2044 - bis zu - Kap. 1209, Titel 823 16	1.100.000	0	0	1.100.000
BW	4.3	A 6	8,7	Sinsheim/Steinsfurt bis Bad Rappenau				
				Gesamtkosten	65.057			
				Davon:				
				Kap. 1209, Titel 741 16	41.859	39.600	2.000	259
				Kap. 1209, Titel 821 16	273	200	50	23
				Kap. 1210 (Ergänzungsprogramm)	22.360	22.360	0	0
				Kap. 1210, Titel 821 16	565	565	0	0
BW	4.4			frei				
BW	4.5	A 6	10,6	Heilbronn/Untereisesheim bis Kreuz Weinsberg (einschl. Neckartalübergang Neckarsulm)				
				Gesamtkosten	155.792			
				Davon:				
				Kap. 1209, Titel 741 16	141.897	61.100	1.500	79.297
				Kap. 1209, Titel 821 16	3.641	800	200	2.641
				Kap. 1210 (ZIP)	4.981	4.981	0	0
				Kap. 1210, Titel 743 12	2.220	2.220	0	0
				Kap. 1210, Titel 741 16	2.966	2.966	0	0
				Kap. 1210, Titel 821 16	87	87	0	0
BW	5-6			frei				
BW	6.1	A 8	4,0	AS Pforzheim/S - AS Heimsheim				
				Gesamtkosten	93.795			
				Davon:				
				Dritte	3.080			
				Kap. 1202 (KP I)	7.793	7.793	0	0
				Kap. 1209, Titel 741 16	68.251	68.251	0	0
				Kap. 1209, Titel 821 16	4.839	4.100	100	639
				Kap. 1210, Titel 743 12	1.280	1.280	0	0
				Kap. 1210, Titel 741 16	7.596	7.596	0	0
				Kap. 1210, Titel 821 16	956	956	0	0

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Län-gen km	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8	9
BW	7			frei				
BW	8	A 8	22,6	Hohenstadt - AS Ulm/West				
				Gesamtkosten	202.762			
				Davon:				
				Dritte	520			
				DB AG	2.487			
				Kap. 1202, Titel 791 02	22.000	22.000	0	0
				Kap. 1209, Titel 741 16	171.982	18.200	12.700	141.082
				Kap. 1209, Titel 821 16	2.564	2.400	100	64
				Kap. 1210, Titel 741 16	611	611	0	0
				Kap. 1210, Titel 821 16	2.598	2.598	0	0
BW	8.1	A 8	3,9	Gruibingen - Mühlhausen				
				Gesamtkosten	83.791			
				Davon:				
				Dritte	2.500			
				Kap. 1202 (KP I)	4.924	4.924	0	0
				Kap. 1202 (IBP I)	10.000	10.000	0	0
				Kap. 1209, Titel 741 16	64.102	61.100	1.300	1.702
				Kap. 1209, Titel 821 16	1.862	1.800	60	2
				Kap. 1210, Titel 741 16	203	203	0	0
				Kap. 1210, Titel 821 16	200	200	0	0
BW	9	A 8	9,2	Karlsbad - Pforzheim-West				
				Gesamtkosten	138.181			
				Davon:				
				Kap. 1202 (IBP I)	21.000	21.000	0	0
				Kap. 1202, Titel 791 02	34.000	34.000	0	0
				Kap. 1209, Titel 741 16	81.136	30.500	19.200	31.436
				Kap. 1209, Titel 821 16	1.697	1.600	90	7
				Kap. 1210, Titel 821 16	348	348	0	0
BW	10	A 81		Gärtringen - Böblingen/Hulb				
				Gesamtkosten	43.590			
				Davon:				
				Kap. 1202 (IBP I)	16.000	16.000	0	0
				Kap. 1209, Titel 741 16	14.282	8.350	1.600	4.332
				Kap. 1209, Titel 821 16	480	300	100	80
				Kap. 1210, Titel 821 16	865	865	0	0
				Kap. 6091 (KP II)	11.963	11.963	0	0
BY	11	A 3	0,5	AS Randersacker - AS Heidingsfeld; Mainbrücke Randersacker				
				Gesamtkosten	47.456			
				Davon:				
				Kap. 1209, Titel 741 16	29.487	28.665	100	722
				Kap. 1209, Titel 821 16	292	292	0	0
				Kap. 1210, Titel 741 16	12.777	12.777	0	0
				Kap. 1210, Titel 743 12	1.852	1.852	0	0
				Kap. 1210, Titel 821 16	3.048	3.048	0	0
BY	**11.1**	A 3	5,4	westl. Mainbrücke Randersacker - AS Heidingsfeld				
				Gesamtkosten	220.594			
				Davon:				
				Dritte	2.900			
				Kap. 1209, Titel 741 16	162.333	8.000	1.000	153.333
				Kap. 1209, Titel 741 32	53.000	0	5.000	48.000
				Kap. 1209, Titel 821 16	2.361	427	0	1.934

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Län-gen km	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8	9
BY	12	A 3	8,0	AS Heidingsfeld - AD Würzburg/West				
				Gesamtkosten	71.055			
				Davon:				
				Dritte	39			
				Kap. 1202 (KP I)	18.600	18.600	0	0
				Kap. 1209, Titel 741 16	11.741	9.781	100	1.860
				Kap. 1209, Titel 821 16	188	47	0	141
				Kap. 1210, Titel 741 16	16.377	16.377	0	0
				Kap. 1210, Titel 821 16	734	734	0	0
				Kap. 1210 (Ergänzungsprogramm)	23.376	23.376	0	0
BY	12.1	A 3	4,9	AD Würzburg/West - AS Helmstadt				
				Gesamtkosten	30.129			
				Davon:				
				Kap. 1202 (KP I)	338	338	0	0
				Kap. 1209, Titel 741 16	19.746	19.041	500	205
				Kap. 1209, Titel 821 16	62	22	0	40
				Kap. 1210, Titel 741 16	9.906	9.906	0	0
				Kap. 1210, Titel 821 16	77	77	0	0
BY	12.2	A 3	8,4	w AS Helmstadt - ö AS Wertheim (LGr BY/BW)				
				Gesamtkosten	56.904			
				Davon:				
				Kap. 1209, Titel 741 16	40.171	12.653	500	27.018
				Kap. 1209, Titel 821 16	36	36	0	0
				Kap. 1210, Titel 741 16	9.410	9.410	0	0
				Kap. 1210, Titel 821 16	597	597	0	0
				Kap. 6091 (KP II)	6.690	6.690	0	0
BY	13	A 3	7,3	Kauppenbrücke - ö AS Hösbach				
				Gesamtkosten	137.690			
				Davon:				
				Dritte	6.174			
				Kap. 1209, Titel 741 16	112.084	111.084	1.000	0
				Kap. 1209, Titel 821 16	730	31	0	699
				Kap. 1210, Titel 743 12	4.866	2.433	0	2.433
				Kap. 1210, Titel 741 16	11.744	11.744	0	0
				Kap. 1210, Titel 821 16	2.092	2.092	0	0
BY	13.1	A 3	8,0	Kauppenbrücke - westl. AS Rohrbrunn				
				Gesamtkosten	102.678			
				Davon:				
				Dritte	10			
				Kap. 1202, Titel 791 02	10.000	10.000	0	0
				Kap. 1209, Titel 741 16	91.425	15.764	23.000	52.661
				Kap. 1209, Titel 821 16	1.243	893	300	50
BY	14			frei				
BY	14.1	A 3	0,7	Ersatzbauwerk Haseltalbrücke einschl. östl. und westl. Anschluss an die A 3				
				Gesamtkosten	55.961			
				Davon:				
				Kap. 1209, Titel 741 16	48.285	48.185	100	0
				Kap. 1209, Titel 821 16	40	3	0	37
				Kap. 1210, Titel 743 12	1.480	1.480	0	0
				Kap. 1210, Titel 741 16	5.969	5.969	0	0
				Kap. 1210, Titel 821 16	187	187	0	0

Land	lfd. Nr. (Vorjahr)	Straße	Längen km	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbehalten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8	9
BY	14.2	A 3	9,7	AK Biebelried - AS Würzburg/Randersacker				
				Gesamtkosten	129.949			
				Davon:				
				Kap. 1202 (IBP I)	10.000	10.000	0	0
				Kap. 1209, Titel 741 16	101.851	95.232	100	6.519
				Kap. 1209, Titel 821 16	466	91	0	375
				Kap. 1210, Titel 741 16	15.352	15.352	0	0
				Kap. 1210, Titel 821 16	2.280	2.280	0	0
BY	15-16			frei				
BY	16.1	A 8	57,5	**AK Ulm/Elchingen - Augsburg/West (ÖPP-Projekt)**				
				Gesamtkosten	1.344.600			
				Davon:				
				Anschubfinanzierung Kap. 1209, Titel 823 16	89.250	66.937	22.313	0
				Betreiberentgelt, Sonstige Ausgaben Kap. 1209, Titel 823 16	1.255.350	58.094	24.380	1.172.876
BY	17.0	A 8	52,0	**Augsburg/West bis Dachau/Fürstenfeldbruck mit Erweiterung bis München Allach (ÖPP-Projekt)**				
				Gesamtkosten	843.060			
				Davon:				
				Anschubfinanzierung Kap. 1209, Titel 823 16	6.426	6.426	0	0
				Betreiberentgelt, Sonstige Ausgaben Kap. 1209, Titel 823 16	836.634	140.951	24.158	671.525
	18-30			frei				
BE	31	A 10	5,3	Weißensee (LGr BB/BE) - Pankow (LGr BE/BB)				
				Gesamtkosten	64.341			
				Davon:				
				Kap. 1209, Titel 741 16	52.350	32.228	11.600	8.522
				Kap. 1209, Titel 821 16	2.705	890	200	1.615
				Kap. 1210, Titel 741 16	5.704	5.704	0	0
				Kap. 1210, Titel 743 12	2.690	0	1.345	1.345
				Kap. 1210, Titel 821 16	892	892	0	0
	32-33			frei				
BB	34	A 10/24	6,7	Umbau Dreieck Havelland				
				Gesamtkosten	52.344			
				Davon:				
				Kap. 1209, Titel 741 16	33.284	19.433	9.600	4.251
				Kap. 1209, Titel 821 16	1.060	270	200	590
				Kap. 1210, Titel 743 32	18.000	10.000	8.000	0
BB	35	A 10	1,8	AD Schwanebeck - Weißensee (LGr BB/BE)				
				Gesamtkosten	9.046			
				Davon:				
				Kap. 1209, Titel 741 16	8.866	0	0	8.866
				Kap. 1209, Titel 821 16	180	0	0	180
	36-47			frei				

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Län-gen km	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8	9
HH	48	A 1	3,0	Lärmschutz AS Hamburg-Billstedt bis AD Hamburg-Ost (Lärmvorsorge)				
				Gesamtkosten	53.445			
				Davon:				
				Kap. 1209, Titel 741 16	12.930	10.230	2.000	700
				Kap. 1209, Titel 821 16	927	727	200	0
				Kap. 1209, Titel 741 32	39.414	17.685	12.800	8.929
				Kap. 1210, Titel 741 16	156	156	0	0
				Kap. 1210, Titel 821 16	18	18	0	0
HH	**49**	A 7		südl. AS HH-Volkspark - südl. HH-Stellingen				
				Gesamtkosten	80.067			
				Davon:				
				Dritte	327			
				Kap. 1202, Titel 791 02	6.000	1.000	5.000	0
				Kap. 1209, Titel 741 16	27.418	2.921	2.000	22.497
				Kap. 1209, Titel 741 32	46.000	0	0	46.000
				Kap. 1209, Titel 821 16	322	322	0	0
	50			frei				
HH/ SH	51 (200.0)	A 7	59,8	**AD Hamburg-NW - AD Bordesholm (ÖPP-Projekt)**				
				Gesamtkosten	1.200.000			
				Davon:				
				Stadt Hamburg (Tunnel Schnelsen)	0			
				Anschubfinanzierung: - offen - Kap. 1209, Titel 823 16	0	0	0	0
				Verpflichtungsermächtigungen für Betreiberentgelt fällig in den Haushaltsjahren 2014 - 2043 - bis zu - Kap. 1209, Titel 823 16	1.200.000	0	60.000	1.140.000
	52-54			frei				
HE	55	A 643	1,3	Ersatzneubau Rheinbrücke Schierstein				
				Gesamtkosten	225.011			
				Davon:				
				Anteil Hessen:	*172.569*			
				Kap. 1202 (IBP I)	3.100	3.100	0	0
				Kap. 1209, Titel 741 32	168.108	11.300	60.000	96.808
				Kap. 1209, Titel 821 16	1.361	1.000	300	61
				Anteil Rheinland-Pfalz:	*52.442*			
				Kap. 1202 (IBP I)	4.000	4.000	0	0
				Kap. 1209, Titel 741 32	48.442	200	12.000	36.242
	56-66			frei				
NI	67.0	A 1	72,0	**AK Bremen - AD Buchholz (ÖPP-Projekt)**				
				Gesamtkosten	1.002.986			
				Davon:				
				Anschubfinanzierung Kap. 1209, Titel 823 16	0	0	0	0
				Betreiberentgelt, Sonstige Ausgaben Kap. 1209, Titel 823 16	1.002.986	130.504	32.007	840.475

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Län-gen km	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8	9
NI	67.1	A 1		AK Bremen - AD Buchholz				
				Gesamtkosten außerhalb ÖPP	17.154			
				Davon:				
				Dritte	5.781			
				Kap. 1202 (KP I)	15	15	0	0
				Kap. 1209, Titel 741 16	2.273	1.193	200	880
				Kap. 1209, Titel 821 16	3.197	1.572	300	1.325
				Kap. 1210, Titel 741 16	206	206	0	0
				Kap. 1210, Titel 821 16	5.682	5.682	0	0
NI	68-72			frei				
NI	73	A 1	26,1	Lohne/Dinklage bis AD Ahlhorner Heide				
				Gesamtkosten	85.129			
				Davon:				
				Kap. 1202 (KP I)	380	380	0	0
				Kap. 1202 (IBP I)	9.000	9.000	0	0
				Kap. 1209, Titel 741 16	50.562	45.072	300	5.190
				Kap. 1209, Titel 821 16	1.824	1.114	0	710
				Kap. 1210, Titel 741 16	22.509	22.509	0	0
				Kap. 1210, Titel 821 16	649	649	0	0
				Kap. 6091 (KP II)	205	205	0	0
NI	74-87			frei				
NI	88	A 7	1,0	Um- und Ausbau Kreuz Hannover-Ost				
				Gesamtkosten	32.712			
				Davon:				
				Kap. 1209, Titel 741 16	31.862	25.000	600	6.262
				Kap. 1210, Titel 741 16	850	850	0	0
NI	89.0	A 7	77,6	**AS Göttingen - AD Salzgitter (ÖPP-Projekt)**				
				Gesamtkosten	1.000.000			
				Davon:				
				Anschubfinanzierung: - offen - Kap. 1209, Titel 823 16	0	0	0	0
				Verpflichtungsermächtigungen für Betreiberentgelt fällig in den Haushaltsjahren 2015 - 2044 - bis zu - Kap. 1209, Titel 823 16	1.000.000	0	0	1.000.000
NI	90	A 7	11,9	südl. Bockenem bis AD Salzgitter				
				Gesamtkosten	87.920			
				Davon:				
				Dritte	80			
				Kap. 1202, Titel 791 02	11.000	11.000	0	0
				Kap. 1209, Titel 741 16	47.524	47.408	0	116
				Kap. 1209, Titel 741 32	28.440	13.500	14.000	940
				Kap. 1209, Titel 821 16	876	423	200	253
NI	91	A 7	13,0	südl. Seesen bis südl. Bockenem				
				Gesamtkosten	112.419			
				Davon:				
				Kap. 1202 (IBP I)	13.000	13.000	0	0
				Kap. 1202, Titel 791 02	20.000	20.000	0	0
				Kap. 1209, Titel 741 16	62.681	418	10.000	52.263
				Kap. 1209, Titel 741 32	15.738	0	15.738	0
				Kap. 1209, Titel 821 16	1.000	624	70	306
NI	92-93			frei				

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Län-gen km	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8	9
NI	94	A 7	7,2	nördl. AS Göttingen-Nord bis nördl. AS Nörten-Hardenberg				
				Gesamtkosten	39.360			
				Davon:				
				Kap. 1202 (KP I)	25	25	0	0
				Kap. 1209, Titel 741 16	26.152	25.400	150	602
				Kap. 1209, Titel 821 16	1.599	410	50	1.139
				Kap. 1210, Titel 741 16	7.943	7.943	0	0
				Kap. 1210, Titel 821 16	203	203	0	0
				Kap. 6091 (KP II)	3.438	3.438	0	0
	95-98			frei				
NW	99.0	A 1	68,0	**Münster/N - AK Lotte/Osnabrück und A 30 Rheine/N - AK Lotte/Osnabrück (ÖPP-Projekt)**				
				Gesamtkosten	1.300.000			
				Davon:				
				Anschubfinanzierung: - offen - Kap. 1209, Titel 823 16	0	0	0	0
				Verpflichtungsermächtigungen für Betreiberentgelt fällig in den Haushaltsjahren 2015 - 2044 - bis zu - Kap. 1209, Titel 823 16	1.300.000	0	0	1.300.000
NW	100	A 1	3,2	Kreuz Köln-West bis DB-Strecke Köln - Aachen				
				Gesamtkosten	249.555			
				Davon:				
				Kap. 1202 (IBP I)	53.176	53.176	0	0
				Kap. 1202, Titel 791 02	16.000	16.000	0	0
				Kap. 1209, Titel 741 16	177.633	159.384	6.200	12.049
				Kap. 1209, Titel 821 16	545	540	0	5
				Kap. 1210, Titel 741 16	862	862	0	0
				Kap. 1210, Titel 821 16	1.339	1.339	0	0
NW	101	A 1	7,3	DB-Strecke Köln-Aachen bis Kreuz Köln-Nord (A 57)				
				Gesamtkosten	81.909			
				Davon:				
				Kap. 1209, Titel 741 16	71.148	49.649	7.000	14.499
				Kap. 1209, Titel 821 16	5.220	1.026	50	4.144
				Kap. 1210, Titel 741 16	2.835	2.835	0	0
				Kap. 1210, Titel 821 16	2.706	2.706	0	0
NW	102	A 1	4,4	Wermelskirchen bis T+R-Anlage Remscheid				
				Gesamtkosten	100.247			
				Davon:				
				Kap. 1209, Titel 741 16	42.545	32.333	1.500	8.712
				Kap. 1209, Titel 741 32	21.156	0	500	20.656
				Kap. 1209, Titel 821 16	765	84	300	381
				Kap. 1210, Titel 741 16	16.578	16.578	0	0
				Kap. 1210, Titel 821 16	985	985	0	0
				Kap. 1210 (2 Mrd. Programm)	18.218	18.218	0	0
NW	103-105			frei				
NW	106	A 1	5,5	Blombachtal (L 419) bis Wuppertal/Langerfeld				
				Gesamtkosten	171.952			
				Davon:				
				Kap. 1209, Titel 741 16	114.683	107.116	100	7.467
				Kap. 1209, Titel 821 16	1.375	632	0	743
				Kap. 1210, Titel 741 16	52.587	52.587	0	0
				Kap. 1210, Titel 821 16	3.307	3.307	0	0

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Län-gen km	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8	9
NW	107-110			frei				
NW	111	A 1	3,7	DEK-Brücke bis Kreuz Münster-Süd				
				Gesamtkosten	41.439			
				Davon:				
				Dritte	1.322			
				Kap. 1203	8.057			
				Kap. 1202 (KP I)	13.681	13.681	0	0
				Kap. 1209, Titel 741 16	15.424	8.756	2.300	4.368
				Kap. 1209, Titel 821 16	558	532	0	26
				Kap. 1210, Titel 741 35	2.397	2.397	0	0
NW	112	A 1	10,8	Kreuz Münster-Süd bis Münster-Nord				
				Gesamtkosten	70.062			
				Davon:				
				Kap. 1209, Titel 741 16	52.021	50.839	100	1.082
				Kap. 1209, Titel 821 16	131	98	0	33
				Kap. 1210, Titel 741 16	14.128	14.128	0	0
				Kap. 1210, Titel 821 16	3.782	3.782	0	0
NW	113-120			frei				
NW	121	A 2	3,3	Kreuz Kamen - östl. Kreuz Kamen				
				Gesamtkosten	45.565			
				Davon:				
				Dritte	445			
				Kap. 1209, Titel 741 16	32.470	27.857	3.000	1.613
				Kap. 1209, Titel 821 16	326	137	140	49
				Kap. 1210, Titel 741 16	10.752	10.752	0	0
				Kap. 1210, Titel 821 16	1.572	1.572	0	0
NW	122-139			frei				
NW	140	A 3	2,3	Köln/Dellbrück bis Köln Mülheim				
				Gesamtkosten	82.385			
				Davon:				
				Dritte	6.785			
				Kap. 1202 (IBP I)	11.979	11.979	0	0
				Kap. 1209, Titel 741 16	59.379	59.261	100	18
				Kap. 1209, Titel 821 16	3.650	753	0	2.897
				Kap. 1210, Titel 741 16	322	322	0	0
				Kap. 1210, Titel 821 16	270	270	0	0
NW	141-150			frei				
NW	151	A 4	17,6	Düren - Kerpen				
				Gesamtkosten	191.876			
				Davon:				
				Dritte	84.533			
				Kap. 1209, Titel 741 16	96.194	92.751	100	3.343
				Kap. 1209, Titel 821 16	5.071	4.626	15	430
				Kap. 1210, Titel 821 16	6.078	6.078	0	0
NW	152-154			frei				
NW	155	A 40	3,1	o Gelsenkirchen-Süd - w Bochum/Stahlhausen				
				Gesamtkosten	59.732			
				Davon:				
				Kap. 1202 (KP I)	16.105	16.105	0	0
				Kap. 1209, Titel 741 16	32.905	29.686	400	2.819
				Kap. 1209, Titel 821 16	1.501	443	50	1.008
				Kap. 1210, Titel 741 16	8.830	8.830	0	0
				Kap. 1210, Titel 821 16	391	391	0	0

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Län-gen km	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8	9
NW	156	A 40	2,5	w Bochum/Stahlhausen - o. Bochum/Stahlhausen				
				Gesamtkosten	109.200			
				Davon:				
				Dritte	9.898			
				Kap. 1202 (KP I)	4.689	4.689	0	0
				Kap. 1202 (IBP I)	32.127	32.127	0	0
				Kap. 1202, Titel 791 02	10.000	10.000	0	0
				Kap. 1209, Titel 741 16	46.588	30.612	5.100	10.876
				Kap. 1209, Titel 821 16	5.240	2.805	0	2.435
				Kap. 1210, Titel 741 16	208	208	0	0
				Kap. 1210, Titel 821 16	450	450	0	0
NW	157-168			frei				
NW	169	A 57	3,5	Dreieck Neuss/Süd (A 46) bis Neuss/Norf				
				Gesamtkosten	29.072			
				Davon:				
				Dritte	1.365			
				Kap. 1202 (KP I)	15.295	15.295	0	0
				Kap. 1202, Titel 741 16	5.338	5.223	50	65
				Kap. 1202, Titel 821 16	397	5	0	392
				Kap. 1210, Titel 741 16	12	12	0	0
				Kap. 1210, Titel 821 16	200	200	0	0
				Kap. 1210, Titel 741 35	959	959	0	0
				Kap. 1210 (2 Mrd. Programm)	5.482	5.482	0	0
				Kap. 6091 (KP II)	24	24	0	0
NW	170			frei				
NW	171	A 57	2,1	Bereich Kreuz Neuss-West einschl. Umbau				
				Gesamtkosten	42.277			
				Davon:				
				Kap. 1209, Titel 741 16	21.987	21.687	10	290
				Kap. 1209, Titel 821 16	216	216	0	0
				Kap. 1210, Titel 741 16	17.948	17.948	0	0
				Kap. 1210, Titel 821 16	2.126	2.126	0	0
NW	171.1	A 57	5,9	Kreuz Neuss-West (A 46) bis Kreuz Kaarst (A 52)				
				Gesamtkosten	77.078			
				Davon:				
				Kap. 1209, Titel 741 16	57.769	35.667	7.000	15.102
				Kap. 1209, Titel 741 32	3.406	0	0	3.406
				Kap. 1209, Titel 821 16	1.564	1.064	50	450
				Kap. 1210, Titel 741 16	3.004	3.004	0	0
				Kap. 1210, Titel 821 16	701	701	0	0
				Kap. 6091 (KP II)	10.634	10.634	0	0
NW	172-173			frei				
NW	174	A 59	2,3	Duisburg/Hochfeld bis Duisburg/Duissern				
				Gesamtkosten	97.793			
				Davon:				
				Stadt Duisburg	28.682			
				Dritte	1.904			
				Kap. 1209, Titel 741 16	57.478	56.288	900	290
				Kap. 1209, Titel 821 16	1.872	1.295	0	577
				Kap. 1210 (ZIP)	5.385	5.385	0	0
				Kap. 1210, Titel 821 16	2.472	2.472	0	0
	175-182			frei				

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Län-gen km	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8	9
RP	183	A 6	6,2	AS Kaiserslautern-West - AD Kaiserslautern-Ost (insbesondere Lautertalbrücke)				
				Gesamtkosten	120.796			
				Davon:				
				Kap. 1202 (IBP I)	8.000	8.000	0	0
				Kap. 1202, Titel 791 02	5.000	5.000	0	0
				Kap. 1209, Titel 741 16	67.827	22.054	6.800	38.973
				Kap. 1209, Titel 741 32	34.000	0	6.000	28.000
				Kap. 1209, Titel 821 16	3.811	744	120	2.947
				Kap. 1210, Titel 821 16	2.158	2.158	0	0
	184-185			frei				
RP	186	A 60	5,9	AK Mainz-Süd bis Mainz/Laubenheim (einschl. sog. 1. BA Mainzer Ring)				
				Gesamtkosten	164.296			
				Davon:				
				Land RP	6.010			
				Kap. 1209, Titel 741 16	127.285	124.932	2.000	353
				Kap. 1209, Titel 821 16	4.999	4.990	9	0
				Kap. 1210, Titel 741 16	17.405	17.405	0	0
				Kap. 1210, Titel 821 16	8.597	8.597	0	0
RP	187.0	A 61	44,0	**LGr RP/BW - Worms (ÖPP-Projekt)**				
				Gesamtkosten	500.000			
				Davon:				
				Anschubfinanzierung: - offen - Kap. 1209, Titel 823 16	0	0	0	0
				Verpflichtungsermächtigungen für Betreiberentgelt fällig in den Haushaltsjahren 2015 - 2044 - bis zu - Kap. 1209, Titel 823 16	500.000	0	0	500.000
	188-192			frei				
SN	193	A 14	7,2	Leipzig-Messe - Leipzig-Ost; BA 5				
				Gesamtkosten	88.994			
				Davon:				
				Stadt Leipzig	1.917			
				Kap. 1209, Titel 741 16	47.128	47.128	0	0
				Kap. 1209, Titel 821 16	8.593	820	250	7.523
				Kap. 1210, Titel 741 16	30.120	30.120	0	0
				Kap. 1210, Titel 821 16	1.236	1.236	0	0
	194-200			frei				
SH	201	A 7		LGr HH/SH - AD Bordesholm				
				Gesamtkosten außerhalb ÖPP	23.483			
				Davon:				
				Kap. 1209, Titel 741 16	12.817	3.870	2.900	6.047
				Kap. 1209, Titel 821 16	10.666	4.914	1.000	4.752

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Län-gen km	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8	9
BW	1-5			frei				
BW	5.1	A 98	2,4	AD Hochrhein - Rheinfelden/Karsau				
				Gesamtkosten	85.665			
				Davon:				
				Land BW	9.391			
				Kap. 1209, Titel 741 17	71.014	11.000	5.600	54.414
				Kap. 1209, Titel 821 17	765	600	100	65
				Kap. 1210, Titel 741 17	1.420	1.420	0	0
				Kap. 1210 (Ergänzungsprogramm)	3.075	3.075	0	0
BW	6	A 98	9,5	Murg - Hauenstein (1. Fahrbahn)				
				Gesamtkosten	128.009			
				Davon:				
				Dritte	3.868			
				Kap. 1202 (KP I)	22.992	22.992	0	0
				Kap. 1209, Titel 741 17	64.289	56.400	100	7.789
				Kap. 1209, Titel 821 17	6.572	3.000	100	3.472
				Kap. 1210, Titel 741 17	7.132	7.132	0	0
				Kap. 1210 (ZIP)	15.829	15.829	0	0
				Kap. 1210 (Ergänzungsprogramm)	7.327	7.327	0	0
	7-19			frei				
BY	20	A 7	13,5	Füssen (B 310) bis Nesselwang				
				Gesamtkosten	167.351			
				Davon:				
				Dritte	636			
				Kap. 1209, Titel 741 17	136.317	135.789	250	278
				Kap. 1209, Titel 821 17	5.180	5.179	0	1
				Kap. 1210, Titel 741 17	10.062	10.062	0	0
				Kap. 1210, Titel 821 17	15.156	15.156	0	0
BY	21-25			frei				
BY	26	A 93	6,6	Lärmschutz im Bereich Weiden-Süd bis Luhe-Wildenau (Lärmvorsorge)				
				Gesamtkosten	9.580			
				Davon:				
				Kap. 1209, Titel 741 17	9.478	9.262	200	16
				Kap. 1209, Titel 821 17	102	0	100	2
BY	27	A 93	4,0	Lärmschutz im Bereich Wernberg-Köblitz (Lärmvorsorge)				
				Gesamtkosten	9.427			
				Davon:				
				Kap. 1209, Titel 741 17	9.335	3.247	0	6.088
				Kap. 1209, Titel 821 17	92	39	0	53
BY	28			frei				
BY	29.0	A 94		**Forstinning - Marktl (ÖPP-Projekt)**				
				Gesamtkosten	900.000			
				Davon:				
				Anschubfinanzierung: - offen - Kap. 1209, Titel 823 16	0	0	0	0
				Verpflichtungsermächtigungen für Betreiberentgelt fällig in den Haushaltsjahren 2015 - 2044 - bis zu - Kap. 1209, Titel 823 16	900.000	0	0	900.000

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Län-gen km	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8	9
BY	30	A 94	6,2	Forstinning - Marktl				
				Gesamtkosten außerhalb ÖPP	58.214			
				Davon:				
				Kap. 1202, Titel 791 02	16.000	15.000	1.000	0
				Kap. 1209, Titel 741 17	32.214	27.423	3.000	1.791
				Kap. 1209, Titel 821 17	10.000	3.558	4.000	2.442
BY	31	A 94	6,2	Forstinning - Pastetten				
				Gesamtkosten	49.946			
				Davon:				
				Kap. 1209, Titel 741 17	40.258	40.008	100	150
				Kap. 1209, Titel 821 17	1.000	289	0	711
				Kap. 1210, Titel 741 17	5.039	5.039	0	0
				Kap. 1210, Titel 821 17	3.649	3.649	0	0
BY	32	A 94	6,0	Malching - Tutting, 1.+2. Fb (Kühstein - Malching)				
				Gesamtkosten	37.863			
				Davon:				
				Kap. 1209, Titel 741 17	29.339	28.272	1.000	67
				Kap. 1209, Titel 821 17	1.200	674	100	426
				Kap. 1210, Titel 741 17	2.068	2.068	0	0
				Kap. 1210, Titel 821 17	5.256	5.256	0	0
BY	33	A 94	4,3	Heldenstein - Ampfing				
				Gesamtkosten	70.349			
				Davon:				
				Dritte	2.697			
				Kap. 1202 (IBP I)	13.000	13.000	0	0
				Kap. 1209, Titel 741 17	39.415	38.406	100	909
				Kap. 1209, Titel 821 17	10.708	1.998	0	8.710
				Kap. 1210, Titel 741 17	3.251	1.749	0	1.502
				Kap. 1210, Titel 821 17	1.278	1.278	0	0
	34-35			frei				
BY	36	A 99	4,0	Lärmschutz zwischen AS Ottobrunn und AK München-Süd (Lärmvorsorge)				
				Gesamtkosten	13.993			
				Davon:				
				Dritte	1.075			
				Kap. 1202, Titel 791 02	4.000	4.000	0	0
				Kap. 1209, Titel 741 17	7.728	3.000	4.000	728
				Kap. 1209, Titel 821 17	1.190	366	0	824
	34-49			frei				
BE	50	A 100	3,2	AD Neukölln - AS Am Treptower Park				
				Gesamtkosten	472.944			
				Davon:				
				Kap. 1202, Titel 791 02	80.000	30.000	50.000	0
				Kap. 1209, Titel 741 17	352.527	0	0	352.527
				Kap. 1209, Titel 821 17	40.417	18.385	0	22.032
BE	51	A 100		Bauliche Vorleistungen am S-Bahnhof Bln-Ostkreuz				
				Gesamtkosten	19.900			
				Davon:				
				Kap. 1209, Titel 741 17	19.840	5.443	4.800	9.597
				Kap. 1209, Titel 821 17	56	0	0	56
				Kap. 1210, Titel 821 17	4	4	0	0

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Län-gen km	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8	9
	52-54			frei				
BB	55	A 14	2,0	LGr ST/BB (Elbebrücke Wittenberge) - o AS Wittenberge				
				Gesamtkosten	46.165			
				Davon:				
				Kap. 1209, Titel 741 17	45.380	206	0	45.174
				Kap. 1209, Titel 821 17	785	47	0	738
BB	56			frei				
BB	57	A 14	11,5	m AS Karstädt - m AS Groß Warnow				
				Gesamtkosten	118.215			
				Davon:				
				Dritte	775			
				Kap. 1202, Titel 791 02	10.000	10.000	0	0
				Kap. 1209, Titel 741 17	44.495	2.502	24.000	17.993
				Kap. 1209, Titel 821 17	6.445	623	1.000	4.822
				Kap. 1210, Titel 743 32	56.500	0	25.000	31.500
	58-65			frei				
HB	66	A 281	4,2	Neustädter Hafen bis Strom (BA 3.2)				
				Gesamtkosten	46.442			
				Davon:				
				Dritte	3.739			
				Kap. 1209, Titel 741 17	25.783	17.081	6.000	2.702
				Kap. 1209, Titel 821 17	70	46	0	24
				Kap. 1210, Titel 741 17	14.420	14.420	0	0
				Kap. 1210, Titel 821 17	2.430	2.430	0	0
	67-80			frei				
HE	81	A 49	11,8	AS Schwalmstadt (L 3155) - AS Neuental (L 3074) ***)**				
				Gesamtkosten	204.881			
				Davon:				
				Kap. 1202 (IBP I)	2.000	2.000	0	0
				Kap. 1202, Titel 791 02	10.000	10.000	0	0
				Kap. 1209, Titel 741 17	183.552	31.500	9.000	143.052
				Kap. 1209, Titel 821 17	8.600	1.800	2.000	4.800
				Kap. 1210, Titel 741 17	364	364	0	0
				Kap. 1210, Titel 821 17	365	365	0	0
HE	82	A 66	2,2	Frankfurt/Erlenbruch (m) - Frankfurt/Bergen-Enkheim (Riederwaldtunnel)				
				Gesamtkosten	320.192			
				Davon:				
				Dritte	1.652			
				Kap. 1202, Titel 791 02	9.000	9.000	0	0
				Kap. 1209, Titel 741 17	300.817	5.000	5.000	290.817
				Kap. 1209, Titel 821 17	7.495	160	200	7.135
				Kap. 1210, Titel 821 17	1.228	1.228	0	0
HE	83-84			frei				

Land	lfd. Nr. (Vorjahr)	Straße	Längen km	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbehalten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8	9
HE	85	A 66	3,4	Neuhof/Süd bis Neuhof/Nord (Tunnel); Abschnitt 2.2				
				Gesamtkosten	142.423			
				Davon:				
				Dritte	24.814			
				Kap. 1202 (IBP I)	14.000	14.000	0	0
				Kap. 1202, Titel 791 02	7.000	7.000	0	0
				Kap. 1209, Titel 741 17	91.111	70.200	2.000	18.911
				Kap. 1209, Titel 821 17	3.841	1.300	200	2.341
				Kap. 1210, Titel 741 17	149	149	0	0
				Kap. 1210, Titel 821 17	1.508	1.508	0	0
HE	86	A 66	3,5	Neuhof/Nord bis Eichenzell				
				Gesamtkosten	36.309			
				Davon:				
				Kap. 1209, Titel 741 17	34.069	28.000	3.500	2.569
				Kap. 1209, Titel 821 17	685	500	60	125
				Kap. 1210, Titel 741 17	22	22	0	0
				Kap. 1210, Titel 821 17	1.533	1.533	0	0
HE	87-89			frei				
HE	90	A 661	3,3	Frankfurt/Seckbach bis Hanauer Landstraße 2. Fahrbahn				
				Gesamtkosten	35.720			
				Davon:				
				Kap. 1209, Titel 741 17	17.489	5.000	3.300	9.189
				Kap. 1210 (Ergänzungsprogramm)	18.231	18.231	0	0
	91-95			frei				
MV	96	A 14	16,6	AS Grabow - AK Schwerin (A 24) (VKE 7)				
				Gesamtkosten	148.348			
				Davon:				
				Dritte	2.194			
				Kap. 1209, Titel 741 17	79.966	18.353	34.000	27.613
				Kap. 1209, Titel 821 17	13.844	3.862	4.000	5.982
				Kap. 1210, Titel 741 17	336	336	0	0
				Kap. 1210, Titel 743 32	52.000	17.600	16.200	18.200
				Kap. 1210, Titel 821 17	8	8	0	0
	97-102			frei				
NI	103	A 26	9,2	Horneburg (K 36) bis nordöstlich Buxtehude (K 40)				
				Gesamtkosten	135.318			
				Davon:				
				Dritte	17			
				Kap. 1202 (KP I)	297	297	0	0
				Kap. 1209, Titel 741 17	79.028	8.862	14.350	55.816
				Kap. 1209, Titel 821 17	3.343	2.890	150	303
				Kap. 1210, Titel 743 32	35.197	35.197	0	0
				Kap. 1210, Titel 741 17	15.018	15.018	0	0
				Kap. 1210, Titel 821 17	2.418	2.418	0	0
NI	104	A 26	4,1	Buxtehude (K 40) bis AS Neu Wulmstorf (B 3n) (Vorschüttung)				
				Gesamtkosten	15.000			
				Davon:				
				Kap. 1202, Titel 791 02	4.000	2.000	2.000	0
				Kap. 1209, Titel 741 17	9.500	0	0	9.500
				Kap. 1209, Titel 821 17	1.500	500	500	500

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Län-gen km	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8	9
	105-106			frei				
NI	107	A 33/ B 51	6,7	Osnabrück/Schinkel bis Osnabrück/Belm und Ortsumgehung Belm (B 51)				
				Gesamtkosten	66.888			
				Davon:				
				Dritte	55			
				Kap. 1202, Titel 791 02	4.000	3.000	1.000	0
				Kap. 1209, Titel 741 17	26.445	36	0	26.409
				Kap. 1209, Titel 821 17	1.909	830	0	1.079
				Kap. 1210, Titel 741 22	32.025	12	2.000	30.013
				Kap. 1210, Titel 821 22	2.454	1.185	100	1.169
	108-137			frei				
NW	138	A 30	9,5	Kreuz Löhne - Rehme mit Zubringer B 61				
				Gesamtkosten	202.754			
				Davon:				
				Dritte	1.093			
				Kap. 1202 (IBP I)	17.100	17.100	0	0
				Kap. 1202, Titel 791 02	10.000	7.700	2.300	0
				Kap. 1209, Titel 741 17	113.551	52.507	28.000	33.044
				Kap. 1209, Titel 821 17	7.336	6.640	600	96
				Kap. 1210, Titel 821 17	17.544	17.544	0	0
				Kap. 1210 (Ergänzungsprogramm)	36.130	36.130	0	0
NW	139-141			frei				
NW	142	A 33	6,5	Kreuz Bielefeld (A 2) - Bielefeld/Brackwede				
				Gesamtkosten	109.303			
				Davon:				
				Kap. 1209, Titel 741 17	94.303	94.134	100	69
				Kap. 1209, Titel 821 17	5.926	5.923	0	3
				Kap. 1210, Titel 741 17	251	251	0	0
				Kap. 1210, Titel 821 17	8.823	8.823	0	0
NW	143	A 33	1,3	B 61 Zubringer Bielefeld/Brackwede				
				Gesamtkosten	13.081			
				Davon:				
				Kap. 1209, Titel 741 17	12.204	12.148	0	56
				Kap. 1209, Titel 821 17	877	200	50	627
NW	144	A 33	7,9	Bielefeld/Brackwede (B 61) - Halle/Steinhagen				
				Gesamtkosten	90.388			
				Davon:				
				Kap. 1202, Titel 791 02	12.000	12.000	0	0
				Kap. 1209, Titel 741 17	51.269	11.035	7.000	33.234
				Kap. 1209, Titel 821 17	6.874	4.068	200	2.606
				Kap. 1210, Titel 741 17	7	7	0	0
				Kap. 1210, Titel 821 17	10.916	10.916	0	0
				Kap. 6091 (KP II)	9.322	9.322	0	0
NW	145	A 33	12,6	Halle/Steinhagen - Borgholzhausen				
				Gesamtkosten	140.027			
				Davon:				
				Kap. 1209, Titel 741 17	120.643	3.018	3.500	114.125
				Kap. 1209, Titel 821 17	11.751	1.437	100	10.214
				Kap. 1210, Titel 821 17	7.633	7.633	0	0
NW	146-149			frei				

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Län-gen km	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8	9
NW	150	A 44	9,9	Düsseldorf/Ratingen (A 3) bis w Velbert (B 227)				
				Gesamtkosten	222.480			
				Davon:				
				Kap. 1202 (KP I)	3.879	3.879	0	0
				Kap. 1209, Titel 741 17	192.045	18.167	9.000	164.878
				Kap. 1209, Titel 821 17	12.772	1.275	500	10.997
				Kap. 1210, Titel 741 17	1.535	1.535	0	0
				Kap. 1210, Titel 821 17	3.579	3.579	0	0
				Kap. 6091 (KP II)	8.670	8.670	0	0
NW	151	A 44		Bochum (L 705, Sheffieldring) - Kreuz Bochum/Witten				
				Gesamtkosten	52.875			
				Davon:				
				Dritte	4.926			
				Kap. 1209, Titel 741 17	42.033	4.274	4.000	33.759
				Kap. 1209, Titel 821 17	300	0	200	100
				Kap. 1210, Titel 741 17	221	221	0	0
				Kap. 1210, Titel 821 17	4.878	4.878	0	0
				Kap. 6091 (KP II)	517	517	0	0
NW	152-156			frei				
NW	157	A 46	0,3	Lärmschutz im Stadtgebiet Wuppertal/Katernberg, Julius-Lucas-Weg (Lärmvorsorge)				
				Gesamtkosten	6.707			
				Davon:				
				Kap. 1209, Titel 741 17	3.846	100	1.000	2.746
				Kap. 1209, Titel 821 16	612	0	0	612
				Kap. 1209, Titel 741 32	2.249	250	0	1.999
NW	158	A 46	5,6	Bestwig - Bestwig/Nuttlar einschl. Zubringer B 480				
				Gesamtkosten	157.385			
				Davon:				
				Kap. 1202, Titel 791 02	14.000	14.000	0	0
				Kap. 1209, Titel 741 17	113.862	31.477	9.000	73.385
				Kap. 1209, Titel 821 17	3.984	413	400	3.171
				Kap. 1210, Titel 741 17	2.556	2.556	0	0
				Kap. 1210, Titel 821 17	1.881	1.881	0	0
				Kap. 6091 (KP II)	21.102	21.102	0	0
	159-163			frei				
NW	164	A 61	3,0	Netzanschluss bei Venlo (NL/D)				
				Gesamtkosten	60.195			
				Davon:				
				Dritte	6.573			
				Kap. 1202 (KP I)	2.548	2.548	0	0
				Kap. 1209, Titel 741 17	8.566	8.003	200	363
				Kap. 1209, Titel 821 17	14.752	2.997	100	11.655
				Kap. 1210, Titel 741 17	1.581	1.581	0	0
				Kap. 1210, Titel 821 17	2.755	2.755	0	0
				Kap. 6091 (KP II)	23.420	23.420	0	0

Land	lfd. Nr. (Vorjahr)	Straße	Längen km	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbehalten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8	9
NW	165	A 524	3,0	Duisburg/Serm (B 8) - Duisburg/Rahm				
				Gesamtkosten	51.867			
				Davon:				
				Kap. 1202 (KP I)	6.804	6.804	0	0
				Kap. 1202, Titel 791 02	10.000	10.000	0	0
				Kap. 1209, Titel 741 17	24.022	11.122	4.000	8.900
				Kap. 1209, Titel 821 17	20	7	10	3
				Kap. 1210, Titel 821 17	5.242	5.242	0	0
				Kap. 6091 (KP II)	5.779	5.779	0	0
	166-181			frei				
RP	182	A 1	3,5	Rengen (L 46) bis Gerolstein (B 410n/L 67)				
				Gesamtkosten	50.340			
				Davon:				
				Kap. 1209, Titel 741 17	45.886	40.101	2.000	3.785
				Kap. 1209, Titel 821 17	897	610	5	282
				Kap. 1210, Titel 741 17	3.027	3.027	0	0
				Kap. 1210, Titel 821 17	530	530	0	0
RP	183	A 1	2,6	Gerolstein (B 410n/L 67) - Kelberg (B 410)				
				Gesamtkosten	34.592			
				Davon:				
				Kap. 1209, Titel 741 17	20.376	5.134	100	15.142
				Kap. 1209, Titel 821 17	946	200	500	246
				Kap. 1210, Titel 821 17	0	0	0	0
				Kap. 1210 (Ergänzungsprogramm)	13.270	13.270	0	0
	184-211			frei				
SN	212	A 72	14,5	Rathendorf - Frohburg, BA 3.1				
				Gesamtkosten	102.814			
				Davon:				
				Freistaat Sachsen	4.000			
				Kap. 1202, Titel 791 02	11.000	11.000	0	0
				Kap. 1209, Titel 741 17	34.096	34.096	0	0
				Kap. 1209, Titel 821 17	1.192	1.192	0	0
				Kap. 1210, Titel 743 32	43.500	39.702	3.700	98
				Kap. 1210, Titel 741 17	7.884	7.884	0	0
				Kap. 1210, Titel 821 17	1.142	1.142	0	0
SN	213	A 72	6,0	Frohburg - Borna, BA 3.2				
				Gesamtkosten	89.249			
				Davon:				
				Dritte	404			
				Kap. 1209, Titel 741 17	50.286	39.613	1.100	9.573
				Kap. 1209, Titel 821 17	3.279	949	70	2.260
				Kap. 1210, Titel 743 32	33.000	31.784	1.200	16
				Kap. 1210, Titel 741 17	2.260	2.260	0	0
				Kap. 1210, Titel 821 17	20	20	0	0
SN	213.1			frei				
SN	213.2	A 72	9,5	Borna-Nord - Rötha, BA 5.1				
				Gesamtkosten	88.866			
				Davon:				
				Mitfinanzierung Freistaat Sachsen	45.100			
				Dritte	567			
				Kap. 1209, Titel 741 17	39.841	0	0	39.841
				Kap. 1209, Titel 821 17	3.358	250	250	2.858

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Län-gen km	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8	9
ST	214	A 14	5,2	Wolmirstedt bis B 189 nördlich Colbitz (VKE 1.2) *)				
				Gesamtkosten	48.785			
				Davon:				
				BMVg	2.439			
				Kap. 1209, Titel 741 17	21.900	20.700	100	1.100
				Kap. 1209, Titel 821 17	3.500	1.560	230	1.710
				Kap. 1210, Titel 741 17	58	58	0	0
				Kap. 1210, Titel 821 17	258	258	0	0
				Kap. 1210, Titel 743 32	19.505	7.500	12.000	5
				Kap. 1210 (Ergänzungsprogramm)	1.125	1.125	0	0
	215			frei				
ST	216	A 71	4,9	LGr TH/ST - AD Südharz (A 38) (m)				
				Gesamtkosten	58.158			
				Davon:				
				Kap. 1209, Titel 741 17	15.943	14.384	1.100	459
				Kap. 1209, Titel 821 17	563	261	150	152
				Kap. 1210, Titel 741 17	40.857	40.857	0	0
				Kap. 1210, Titel 821 17	795	795	0	0
SH	217			frei				
SH	218	A 1	3,3	Heiligenhafen-Mitte bis Heiligenhafen-Ost (B 501)				
				Gesamtkosten	22.310			
				Davon:				
				Kap. 1209, Titel 741 17	20.367	20.367	0	0
				Kap. 1209, Titel 821 17	436	231	100	105
				Kap. 1210, Titel 741 17	1.363	1.363	0	0
				Kap. 1210, Titel 821 17	144	144	0	0
SH	219			frei				
SH	220	A 21	5,8	Stolpe bis Nettelsee				
				Gesamtkosten	51.394			
				Davon:				
				Dritte	4.861			
				Kap. 1209, Titel 741 17	38.171	14.407	7.000	16.764
				Kap. 1209, Titel 821 17	655	444	0	211
				Kap. 1209, Titel 741 32	3.725	0	0	3.725
				Kap. 1210, Titel 741 17	525	525	0	0
				Kap. 1210, Titel 821 17	3.457	3.457	0	0
SH	221			frei				
SH	222	A 23	7,5	Itzehoe/Süd bis Itzehoe/Nord (1.+2. BA)				
				Gesamtkosten	94.085			
				Davon:				
				Kap. 1202 (KP I)	6.400	6.400	0	0
				Kap. 1202, Titel 791 02	17.000	15.000	2.000	0
				Kap. 1209, Titel 741 17	65.505	47.540	14.000	3.965
				Kap. 1209, Titel 821 17	980	980	50	-50
				Kap. 1210, Titel 741 17	285	285	0	0
				Kap. 1210, Titel 821 17	652	652	0	0
				Kap. 1210, Titel 821 22	176	176	0	0
				Kap. 6091 (KP II)	3.087	3.087	0	0
	223-230			frei				

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Län-gen km	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8	9
TH	231	A 71	11,3	AS Sömmerda-Ost (B 176) (o) bis prov. AS B 85 (o)				
				Gesamtkosten	76.143			
				Davon:				
				Kap. 1202 (IBP I)	4.000	4.000	0	0
				Kap. 1202, Titel 791 02	11.000	11.000	0	0
				Kap. 1209, Titel 741 17	52.307	20.387	5.000	26.920
				Kap. 1209, Titel 821 17	1.334	1.034	300	0
				Kap. 1210, Titel 743 32	5.000	0	5.000	0
				Kap. 1210, Titel 741 17	2.481	2.481	0	0
				Kap. 1210, Titel 821 17	21	21	0	0
TH	232			frei				
TH	233	A 71	4,3	Artern (m) (B 86) - LGr TH/ST				
				Gesamtkosten	50.997			
				Davon:				
				Kap. 1209, Titel 741 17	18.160	16.860	1.300	0
				Kap. 1209, Titel 821 17	537	268	200	69
				Kap. 1210, Titel 741 17	31.096	31.096	0	0
				Kap. 1210, Titel 821 17	1.204	1.204	0	0
TH	234	A 71	8,7	Heldrungen - Artern				
				Gesamtkosten	90.688			
				Davon:				
				Dritte	600			
				Kap. 1202 (KP I)	8.414	8.414	0	0
				Kap. 1202 (IBP I)	8.000	8.000	0	0
				Kap. 1209, Titel 741 17	70.486	68.989	500	997
				Kap. 1209, Titel 821 17	3.188	2.274	200	714

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
BW	1-17		frei				
BW	18	B 19	Ortsumgehung Bad Mergentheim				
			Gesamtkosten	12.498			
			Davon:				
			Kap. 1202, Titel 791 02	3.000	3.000	0	0
			Kap. 1209, Titel 741 22	7.800	3.650	1.500	2.650
			Kap. 1209, Titel 821 22	1.080	1.080	0	0
			Kap. 1210, Titel 741 22	541	477	0	64
			Kap. 1210, Titel 821 22	77	77	0	0
BW	19-20		frei				
BW	20.1	B 27	4-streifiger Ausbau zwischen Nehren (L 394) und Dußlingen (K 6901) 3. BA				
			Gesamtkosten	56.958			
			Davon:				
			Dritte	2.455			
			DB AG	1.883			
			Kap. 1209, Titel 741 22	42.126	37.700	0	4.426
			Kap. 1209, Titel 821 22	2.404	2.404	0	0
			Kap. 1210, Titel 741 22	8.000	6.500	1.500	0
			Kap. 1210, Titel 821 22	90	90	0	0
BW	20.2	B 28	Ortsumgehung Schopfloch				
			Gesamtkosten	11.451			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 22	500	0	0	500
			Kap. 1209, Titel 821 22	0	0	0	0
			Kap. 1210, Titel 741 22	9.266	7.882	0	1.384
			Kap. 1210, Titel 821 22	1.685	1.500	0	185
BW	21	B 28	Ortsumgehung Oberkirch und Lautenbach				
			Gesamtkosten	69.062			
			Davon:				
			Dritte	56			
			Kap. 1209, Titel 741 22	58.271	56.206	1.500	565
			Kap. 1209, Titel 821 22	1.756	538	200	1.018
			Kap. 1210, Titel 741 22	5.000	2.415	0	2.585
			Kap. 1210, Titel 821 22	3.979	3.979	0	0
BW	22-23		frei				
BW	24	B 29	Ortsumgehung Schwäbisch Gmünd				
			Gesamtkosten	231.636			
			Davon:				
			Dritte	1.376			
			Kap. 1202 (KP I)	6.658	6.658	0	0
			Kap. 1202 (IBP I)	20.000	14.000	6.000	0
			Kap. 1209, Titel 741 22	104.417	104.417	0	0
			Kap. 1209, Titel 821 22	8.000	3.083	0	4.917
			Kap. 1210, Titel 741 22	14.375	14.375	0	0
			Kap. 1210, Titel 821 22	4.214	1.000	0	3.214
			Kap. 1210 (2 Mrd. Programm)	36.187	36.187	0	0
			Kap. 6091 (KP II)	36.409	36.409	0	0

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
BW	25	B 30	Ravensburg/Eschach - n Baindt (Egelsee), BA VI				
			Gesamtkosten	63.202			
			Davon:				
			Dritte	336			
			Kap. 1202, Titel 791 02	3.000	1.000	2.000	0
			Kap. 1209, Titel 741 22	28.811	0	0	28.811
			Kap. 1209, Titel 821 22	2.055	200	0	1.855
			Kap. 1210, Titel 741 22	27.000	0	0	27.000
			Kap. 1210, Titel 821 22	2.000	100	0	1.900
BW	26		frei				
BW	27	B 31	Breisach - AS Freiburg/M, 1. BA (OU Umkirch)				
			Gesamtkosten	31.632			
			Davon:				
			Dritte	1.371			
			Kap. 1209, Titel 741 22	26.294	25.000	500	794
			Kap. 1209, Titel 821 22	2.957	1.200	0	1.757
			Kap. 1210, Titel 741 22	1.000	110	0	890
			Kap. 1210, Titel 741 22	10	1	0	9
BW	28		frei				
BW	29	B 32/311	Ortsumgehung Herbertingen				
			Gesamtkosten	31.574			
			Davon:				
			Kap. 1202 (KP I)	7.281	7.281	0	0
			Kap. 1209, Titel 741 22	14.938	11.000	840	3.098
			Kap. 1209, Titel 821 22	1.000	200	300	500
			Kap. 1210, Titel 741 22	7.000	5.915	1.000	85
			Kap. 1210, Titel 821 22	1.355	600	0	755
BW	30		frei				
BW	31	B 33	Neubau von BGr D/CH bis Konstanz westl. Rheinbrücke (Schänzlebrücke)				
			Gesamtkosten	85.913			
			Davon:				
			Dritte	2.421			
			Kap. 1209, Titel 741 22	24.124	24.124	0	0
			Kap. 1209, Titel 821 22	1.610	0	0	1.610
			Kap. 1210, Titel 741 22	49.105	49.105	0	0
			Kap. 1210, Titel 821 22	8.653	6.653	0	2.000
BW	32	B 33	Konstanz (Landeplatz) - Allensbach/W				
			Gesamtkosten	138.959			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 22	130.911	16.600	3.400	110.911
			Kap. 1209, Titel 821 22	8.048	4.000	100	3.948
BW	33-34		frei				
BW	35	B 39	Ortsumgehung Mühlhausen				
			Gesamtkosten	18.467			
			Davon:				
			Kap. 1202 (KP I)	5.993	5.993	0	0
			Kap. 1209, Titel 741 22	10.367	10.367	0	0
			Kap. 1209, Titel 821 22	1.707	800	100	807
			Kap. 1210, Titel 821 22	400	400	0	0

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
BW	36-38		frei				
BW	39	B 292	Ortsumgehung Adelsheim				
			Gesamtkosten	29.411			
			Davon:				
			Kap. 1202 (KP I)	1.119	1.119	0	0
			Kap. 1209, Titel 741 22	26.000	4.100	1.700	20.200
			Kap. 1209, Titel 821 22	447	0	300	147
			Kap. 1210, Titel 741 22	1.745	1.550	0	195
			Kap. 1210, Titel 821 22	100	100	0	0
BW	40		frei				
BW	40.1	B 294	Ortsumgehung Elzach				
			Gesamtkosten	13.641			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 22	13.178	11.700	0	1.478
			Kap. 1209, Titel 821 22	463	460	3	0
BW	41	B 311	Ortsumgehung Unlingen				
			Gesamtkosten	13.903			
			Davon:				
			Dritte	15			
			Kap. 1209, Titel 791 02	3.000	1.000	2.000	0
			Kap. 1210, Titel 741 22	8.880	0	0	8.880
			Kap. 1210, Titel 821 22	2.008	300	0	1.708
BW	42-44		frei				
BW	44.1	B 312	Ortsumgehung Reutlingen (Scheibengipfeltunnel)				
			Gesamtkosten	108.977			
			Davon:				
			Dritte	464			
			Kap. 1209, Titel 741 22	83.622	35.300	6.100	42.222
			Kap. 1209, Titel 821 22	866	400	400	66
			Kap. 1210, Titel 741 22	8.000	3.000	5.000	0
			Kap. 1210, Titel 821 22	4.866	4.000	0	866
			Kap. 6091 (KP II)	11.159	11.159	0	0
BW	45-46		frei				
BW	47	B 317	Neubau zwischen Weil a. Rhein (B 3) und Lörrach (Zollfreie Straße)				
			Gesamtkosten	58.493			
			Davon:				
			Kap. 1222	1.145			
			Dritte	1.349			
			DB Netz AG	1.145			
			Kap. 1209, Titel 741 22	25.000	25.000	0	0
			Kap. 1209, Titel 821 22	800	600	100	100
			Kap. 1210, Titel 741 22	25.031	24.796	0	235
			Kap. 1210, Titel 821 22	4.023	4.023	0	0
BW	48		frei				

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
BW	49	B 462	Ortsumgehung Dunningen				
			Gesamtkosten	23.441			
			Davon:				
			Kap. 1202 (KP I)	1.428	1.428	0	0
			Kap. 1209, Titel 741 22	18.565	12.000	3.100	3.465
			Kap. 1209, Titel 821 22	648	100	300	248
			Kap. 1210, Titel 741 22	2.100	2.100	0	0
			Kap. 1210, Titel 821 22	700	700	0	0
BW	50	B 464	Neubau zwischen Renningen (B 295) und Sindelfingen (L 1183)				
			Gesamtkosten	56.372			
			Davon:				
			Dritte	802			
			DB AG	792			
			Kap. 1222	792			
			Kap. 1209, Titel 741 22	42.539	42.500	0	39
			Kap. 1209, Titel 821 22	6.439	3.200	800	2.439
			Kap. 1210, Titel 741 22	4.008	4.008	0	0
			Kap. 1210, Titel 821 22	1.000	0	200	800
BW	51		frei				
BW	52	B 466	Süßen (B 10n) - w Donzdorf				
			Gesamtkosten	11.488			
			Davon:				
			Kap. 1202, Titel 791 02	2.000	1.000	1.000	0
			Kap. 1209, Titel 741 22	9.080	0	850	8.230
			Kap. 1209, Titel 821 22	408	100	81	227
	53-55		frei				
BW	56	B 535	Ortsumgehung Schwetzingen-Plankstadt				
			Gesamtkosten	67.909			
			Davon:				
			Kap. 1222	2.180			
			Kap. 1202 (KP I)	8.015	8.015	0	0
			Kap. 1209, Titel 741 22	37.073	34.900	0	2.173
			Kap. 1209, Titel 821 22	3.319	2.000	0	1.319
			Kap. 1210, Titel 741 22	15.811	13.300	600	1.911
			Kap. 1210, Titel 821 22	1.511	200	400	911
	57-64		frei				
BY	65	B 2	Ortsumgehung Oberau mit Tunnel Oberau				
			Gesamtkosten	173.708			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 22	169.511	8.812	1.200	159.499
			Kap. 1209, Titel 821 22	4.197	1.473	0	2.724
BY	66	B 2	Ortsumgehung Untersteinbach				
			Gesamtkosten	17.095			
			Davon:				
			Kap. 1202 (IBP I)	6.000	4.660	0	1.340
			Kap. 1209, Titel 741 22	6.982	1.850	1.600	3.532
			Kap. 1209, Titel 821 22	1.113	0	200	913
			Kap. 1210, Titel 741 22	3.000	0	1.400	1.600
	67		frei				

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
BY	68	B 13	Ortsumgehung Lehrberg				
			Gesamtkosten	12.449			
			Davon:				
			DB Netz AG	638			
			Gemeinde Lehrberg	638			
			Kap. 1222, Titel 883 01	638			
			Kap. 1202 (KP I)	5.975	5.975	0	0
			Kap. 1209, Titel 741 22	2.764	2.764	0	0
			Kap. 1210, Titel 741 22	1.358	472	0	886
			Kap. 1210, Titel 821 22	438	437	0	1
BY	68.1	B 15	Westtangente Rosenheim (1. BA: A 8 - St 2078)				
			Gesamtkosten	20.300			
			Davon:				
			Kap. 1202 (IBP I)	8.000	7.600	0	400
			Kap. 1209, Titel 741 22	9.300	4.522	4.000	778
			Kap. 1209, Titel 821 22	3.000	0	1.000	2.000
BY	69	B 15n	Ergoldsbach - Neufahrn				
			Gesamtkosten	66.109			
			Davon:				
			Kap. 1202 (IBP I)	15.907	15.907	0	0
			Kap. 1202, Titel 791 02	10.000	10.000	0	0
			Kap. 1209, Titel 741 22	35.546	21.687	5.000	8.859
			Kap. 1209, Titel 821 22	4.011	478	500	3.033
			Kap. 1210, Titel 741 22	229	229	0	0
			Kap. 1210, Titel 821 22	416	416	0	0
BY	70	B 15n	Saalhaupt (A 93) bis Neufahrn mit AS Schierling				
			Gesamtkosten	159.117			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 22	120.499	118.366	1.500	633
			Kap. 1209, Titel 821 22	3.831	292	400	3.139
			Kap. 1210, Titel 741 22	19.068	19.068	0	0
			Kap. 1210, Titel 821 22	15.719	15.719	0	0
BY	70.1	B 16	Ortsumgehung Dillingen				
			Gesamtkosten	31.129			
			Davon:				
			Kap. 1202 (IBP I)	9.000	7.014	0	1.986
			Kap. 1202 (KP I)	747	747	0	0
			Kap. 1209, Titel 741 22	12.000	0	7.000	5.000
			Kap. 1209, Titel 821 22	0	0	0	0
			Kap. 1210, Titel 741 22	3.961	1.158	0	2.803
			Kap. 1210, Titel 821 22	5.421	4.175	0	1.246
BY	71-72		frei				
BY	73	B 17	Ergänzender Lärmschutz im Bereich Stadtbergen (Lärmvorsorge)				
			Gesamtkosten	9.921			
			Davon:				
			Kap. 1202 (KP I)	987	987	0	0
			Kap. 1209, Titel 741 22	4.013	1	0	4.012
			Kap. 1210, Titel 741 22	4.908	124	0	4.784
			Kap. 1210, Titel 821 22	13	0	0	13
BY	74-76		frei				

Land	lfd. Nr. (Vorjahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbehalten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
BY	77	B 20	Ortsumgehung Furth im Wald				
			Gesamtkosten	75.185			
			Davon:				
			Kap. 1202 (KP I)	11.364	11.364	0	0
			Kap. 1209, Titel 741 22	37.481	37.042	200	239
			Kap. 1209, Titel 821 22	200	0	0	200
			Kap. 1210, Titel 741 22	24.189	24.189	0	0
			Kap. 1210, Titel 821 22	1.951	1.806	0	145
BY	78	B 23	Ortsumgehung Saulgrub				
			Gesamtkosten	22.394			
			Davon:				
			Kap. 1202, Titel 791 02	3.000	2.000	1.000	0
			Kap. 1209, Titel 741 22	9.030	4.980	0	4.050
			Kap. 1209, Titel 821 22	0	0	0	0
			Kap. 1210, Titel 741 22	9.610	2.093	4.000	3.517
			Kap. 1210, Titel 821 22	754	505	0	249
BY	79	B 23	OU Garmisch-Partenkirchen mit Kramertunnel; **nur** vorbereitende Arbeiten und Erkundungsstollen				
			Gesamtkosten	38.300			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 22	27.907	24.389	0	3.518
			Kap. 1209, Titel 821 22	76	76	0	0
			Kap. 1210, Titel 741 22	9.460	9.459	0	1
			Kap. 1210, Titel 821 22	857	857	0	0
BY	80-83		frei				
BY	84	B 25	Ortsumgehung Wallerstein/Ehringen				
			Gesamtkosten	12.083			
			Davon:				
			Kap. 1202, Titel 791 02	3.000	2.000	1.000	0
			Kap. 1209, Titel 741 22	6.611	1.000	4.000	1.611
			Kap. 1209, Titel 821 22	0	0	0	0
			Kap. 1210, Titel 741 22	1.000	0	0	1.000
			Kap. 1210, Titel 821 22	1.472	1.383	0	89
BY	85-89		frei				
BY	90	B 85	westlich Wetterfeld - Untertraubenbach				
			Gesamtkosten	42.201			
			Davon:				
			Dritte	557			
			Kap. 1202, Titel 791 02	6.000	4.000	2.000	0
			Kap. 1209, Titel 741 22	23.336	0	4.500	18.836
			Kap. 1209, Titel 821 22	0	0	0	0
			Kap. 1210, Titel 741 22	10.000	3.642	3.100	3.258
			Kap. 1210, Titel 821 22	2.308	1.196	0	1.112
BY	91-98		frei				
BY	99	B 299	Ortsumgehung Neumarkt-St. Veit				
			Gesamtkosten	12.350			
			Davon:				
			Kap. 1202 (KP I)	5.165	5.165	0	0
			Kap. 1209, Titel 741 22	2.700	2.700	0	0
			Kap. 1210, Titel 741 22	4.410	4.408	0	2
			Kap. 1210, Titel 821 22	75	75	0	0

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
BY	100-105		frei				
BY	106	B 304	Ortsumgehung Traunstein (2. BA)				
			Gesamtkosten	78.861			
			Davon:				
			Dritte	2.983			
			Kap. 1202 (IBP I)	10.926	10.926	0	0
			Kap. 1209, Titel 741 22	46.996	46.296	100	600
			Kap. 1209, Titel 821 22	23	23	0	0
			Kap. 1210, Titel 741 22	13.345	13.345	0	0
			Kap. 1210, Titel 821 22	4.588	4.238	0	350
BY	107	B 388n	B 388 - Hallbergmoos (Anbindung FH)				
			Gesamtkosten	31.486			
			Davon:				
			Dritte	626			
			Kap. 1202 (KP I)	4.247	4.247	0	0
			Kap. 1209, Titel 741 22	12.704	11.704	100	900
			Kap. 1209, Titel 821 22	148	148	0	0
			Kap. 1210, Titel 741 22	11.513	8.429	0	3.084
			Kap. 1210, Titel 821 22	2.248	2.207	0	41
BY	108-112		frei				
BY	112.1	B 472	Ortsumgehung Hohenpeißenberg				
			Gesamtkosten	33.526			
			Davon:				
			Dritte	100			
			Kap. 1202 (IBP I)	5.000	4.894	0	106
			Kap. 1209, Titel 741 22	10.000	4.412	2.500	3.088
			Kap. 1210, Titel 741 22	10.840	1.231	2.600	7.009
			Kap. 1210, Titel 821 22	3.123	2.654	250	219
			Kap. 6091 (KP II)	4.463	4.463	0	0
BY	112.2	B 492	Ortsumgehung Brenz und Obermedlingen				
			Gesamtkosten	9.696			
			Davon:				
			Anteil Baden-Württemberg	5.940			
			Kap. 1202 (KP I)	883	883	0	0
			Kap. 1209, Titel 741 22	1.500	1.500	0	0
			Kap. 1210, Titel 741 22	1.188	391	0	797
			Kap. 1210, Titel 821 22	185	152	0	33
BY	113	B 533	Ortsumgehung Schwarzach (Hengersberg)				
			Gesamtkosten	26.577			
			Davon:				
			Dritte	540			
			Kap. 1202 (KP I)	3.198	3.198	0	0
			Kap. 1209, Titel 741 22	12.121	11.195	100	826
			Kap. 1209, Titel 821 22	195	78	0	117
			Kap. 1210, Titel 741 22	7.941	7.927	0	14
			Kap. 1210, Titel 821 22	2.582	2.582	0	0

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
BY	114	B 999	Ortsumgehung Rödental *)				
			Gesamtkosten	49.883			
			Davon:				
			Dritte	1.517			
			Kap. 1202 (KP I)	442	442	0	0
			Kap. 1209, Titel 741 22	17.143	16.993	150	0
			Kap. 1209, Titel 821 22	173	173	0	0
			Kap. 1210, Titel 741 22	26.473	26.020	400	53
			Kap. 1210, Titel 821 22	4.135	3.404	500	231
	115-125		frei				
BB	126	B 1	Ortsumgehung Herzfelde				
			Gesamtkosten	14.739			
			Davon:				
			Dritte	42			
			Kap. 1209, Titel 741 22	11.129	662	3.650	6.817
			Kap. 1209, Titel 821 22	1.067	423	50	594
			Kap. 1210, Titel 741 22	16	16	0	0
			Kap. 6091 (KP II)	2.485	2.485	0	0
BB	127-139		frei				
BB	140	B 97/ 168	Ortsumgehung Cottbus, 1. BA				
			Gesamtkosten	20.361			
			Davon:				
			Dritte	855			
			Kap. 1202 (KP I)	3.300	3.300	0	0
			Kap. 1209, Titel 741 22	7.748	6.661	200	887
			Kap. 1209, Titel 821 22	627	600	0	27
			Kap. 1210, Titel 741 22	6.949	6.949	0	0
			Kap. 1210, Titel 821 22	882	882	0	0
BB	141-142		frei				
BB	143	B 101	Ortsumgehung Luckenwalde				
			Gesamtkosten	56.231			
			Davon:				
			Dritte	776			
			Kap. 1209, Titel 741 22	25.688	25.398	200	90
			Kap. 1209, Titel 821 22	837	787	50	0
			Kap. 1210 (ZIP)	24.339	24.339	0	0
			Kap. 1210, Titel 741 22	1.995	1.995	0	0
			Kap. 1210, Titel 821 22	2.596	2.596	0	0
BB	144		frei				
BB	145	B 101	Ortsumgehung Luckenwalde - Wiesenhagen				
			Gesamtkosten	20.075			
			Davon:				
			Land Brandenburg	6.700			
			Kap. 1209, Titel 741 22	3.742	3.742	0	0
			Kap. 1209, Titel 821 22	200	200	0	0
			Kap. 1210, Titel 741 22	8.893	7.346	1.200	347
			Kap. 1210, Titel 821 22	540	219	300	21
BB	146-149		frei				

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
BB	150	B 112	Ortsumgehung Brieskow-Finkenheerd / Wiesenau				
			Gesamtkosten	34.927			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 22	14.012	12.552	700	760
			Kap. 1209, Titel 821 22	1.394	1.394	0	0
			Kap. 1210, Titel 741 22	21	21	0	0
			Kap. 1210, Titel 743 42	19.500	5.000	7.000	7.500
BB	151-157		frei				
BB	158	B 179	Ortsumgehung Königs Wusterhausen				
			Gesamtkosten	13.600			
			Davon:				
			Dritte	316			
			Kap. 1202 (KP I)	1.724	1.724	0	0
			Kap. 1209, Titel 741 22	4.543	4.443	50	50
			Kap. 1209, Titel 821 22	1.004	650	150	204
			Kap. 1210, Titel 741 22	5.623	5.623	0	0
			Kap. 1210, Titel 821 22	390	390	0	0
BB	159	B 183	Ortsumgehung Bad Liebenwerda				
			Gesamtkosten	29.130			
			Davon:				
			Dritte	50			
			Kap. 1202, Titel 791 02	2.000	1.000	1.000	0
			Kap. 1209, Titel 741 22	26.491	0	0	26.491
			Kap. 1209, Titel 821 22	589	0	0	589
BB	160	B 189	Ortsumgehung Kuhbier und Ausbau der freien Strecke Kuhbier-Pritzwalk (Funktionsbauvertrag)				
			Neubaukosten	15.324			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 22	13.158	6.600	6.300	258
			Kap. 1209, Titel 821 22	670	400	100	170
			Kap. 1210, Titel 741 42	1.496	0	0	1.496
	161-174		frei				
HE	175	B 3/45	Neubau der Ortsumgehung Wöllstadt/Nieder- und Oberwöllstadt				
			Gesamtkosten	38.771			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 22	36.048	4.100	2.000	29.948
			Kap. 1209, Titel 821 22	2.723	500	100	2.123
HE	176	B 27	Ortsumgehung Hauneck/Unterhaun - Oberhaun/Sieglos				
			Gesamtkosten	29.932			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 22	8.000	1.000	0	7.000
			Kap. 1210, Titel 741 22	20.410	8.400	4.000	8.010
			Kap. 1210, Titel 821 22	1.522	900	90	532
HE	177		frei				

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
HE	178	B 38	Ortsumgehung Reinheim/Spachbrücken				
			Gesamtkosten	19.469			
			Davon:				
			Dritte	693			
			Kap. 1202 (KP I)	4.515	4.515	0	0
			Kap. 1209, Titel 741 22	12.945	12.400	100	445
			Kap. 1209, Titel 821 22	560	151	400	9
			Kap. 1210, Titel 821 22	756	756	0	0
HE	179-182		frei				
HE	183	B 45/521	Ortsumgehung Nidderau/Windecken und Nidderau/Heldenbergen				
			Gesamtkosten	40.254			
			Davon:				
			Dritte	127			
			Kap. 1202 (KP I)	4.232	4.232	0	0
			Kap. 1209, Titel 741 22	13.509	5.700	500	7.309
			Kap. 1209, Titel 821 22	1.130	500	100	530
			Kap. 1210, Titel 741 22	20.000	14.500	900	4.600
			Kap. 1210, Titel 821 22	1.256	500	100	656
HE	184-186		frei				
HE	187	B 49	4-streifiger Ausbau zwischen Beselich/Obertiefenbach und Beselich/Heckholzhausen (Abschnitt 2 und 3)				
			Gesamtkosten	50.904			
			Davon:				
			Dritte	96			
			Kap. 1209, Titel 741 22	49.452	10.700	2.800	35.952
			Kap. 1209, Titel 821 22	1.305	1.000	300	5
			Kap. 1210, Titel 821 22	51	51	0	0
HE	188	B 49	Solms - Kloster Altenberg (Abschnitt 11)				
			Gesamtkosten	17.858			
			Davon:				
			Kap. 1202 (KP I)	952	952	0	0
			Kap. 1209, Titel 741 22	15.906	8.200	2.500	5.206
			Kap. 1209, Titel 821 22	250	40	100	110
			Kap. 1210, Titel 741 22	29	29	0	0
			Kap. 1210, Titel 821 22	721	721	0	0
HE	189-192		frei				
HE	193	B 83	Ortsumgehung Hofgeismar				
			Gesamtkosten	19.648			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 22	7.587	7.587	0	0
			Kap. 1209, Titel 821 22	136	136	0	0
			Kap. 1210, Titel 741 22	11.389	11.000	389	0
			Kap. 1210, Titel 821 22	536	200	100	236
HE	194-196		frei				

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
HE	197	B 249	Ortsumgehung Meinhard/Frieda				
			Gesamtkosten	5.744			
			Davon:				
			Kap. 1202, Titel 791 02	3.000	1.000	2.000	0
			Kap. 1209, Titel 741 22	1.000	0	400	600
			Kap. 1209, Titel 821 22	423	0	50	373
			Kap. 1210, Titel 741 22	1.000	0	0	1.000
			Kap. 1210, Titel 821 22	321	0	500	-179
HE	198	B 252/62	Ortsumgehung Münchhausen, Wetter, Lahntal 1. BA zwischen Großfelden und Wetter				
			Gesamtkosten	32.254			
			Davon:				
			Kap. 1202, Titel 791 02	3.000	1.000	2.000	0
			Kap. 1209, Titel 741 22	22.000	500	1.000	20.500
			Kap. 1209, Titel 821 22	1.000	0	0	1.000
			Kap. 1210, Titel 741 22	5.559	2	0	5.557
			Kap. 1210, Titel 821 22	695	10	100	585
HE	199-213		frei				
HE	214	B 458	Ortsumgehung Dipperz *)				
			Gesamtkosten	12.958			
			Davon:				
			Dritte	1.374			
			Kap. 1209, Titel 741 22	419	419	0	0
			Kap. 1210, Titel 741 22	10.079	5.800	1.500	2.779
			Kap. 1210, Titel 821 22	428	200	100	128
			Kap. 6091 (KP II)	658	658	0	0
HE	215		frei				
HE	216	B 486	Ortsumgehung Dreieich/Offenthal *)				
			Gesamtkosten	12.229			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 22	9.860	7.750	500	1.610
			Kap. 1209, Titel 821 22	1.918	1.100	300	518
			Kap. 1210, Titel 821 22	451	451	0	0
	217-222		frei				
MV	223	B 96n	AS Samtens-Ost bis AS Altefähr (VKE 2852)				
			Gesamtkosten	85.036			
			Davon:				
			Dritte	2.374			
			Kap. 1202 (IBP I)	7.480	7.480	0	0
			Kap. 1202, Titel 791 02	5.000	5.000	0	0
			Kap. 1209, Titel 741 22	65.604	33.290	16.500	15.814
			Kap. 1209, Titel 821 22	4.578	2.146	400	2.032
MV	224	B 96n	AS Bergen bis AS Samtens-Ost (VKE 2851)				
			Gesamtkosten	34.987			
			Davon:				
			Dritte	1.731			
			Kap. 1222, Titel 745 01	1.587			
			Kap. 1210, Titel 745 24	1.443			
			Kap. 1209, Titel 741 22	27.352	1.100	0	26.252
			Kap. 1209, Titel 821 22	2.874	1.715	0	1.159

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
MV	225-228		frei				
MV	229	B 109	Ortsumgehung Anklam (1. BA)				
			Gesamtkosten	22.189			
			Davon:				
			Dritte	755			
			Kap. 1209, Titel 741 22	9.775	4.940	280	4.555
			Kap. 1209, Titel 821 22	360	281	79	0
			Kap. 1210, Titel 743 42	4.738	0	4.738	0
			Kap. 1210, Titel 741 22	5.535	1.983	0	3.552
			Kap. 1210, Titel 821 22	1.026	531	170	325
	230-247		frei				
NI	248	B 1	Ortsumgehung Aerzen				
			Gesamtkosten	14.854			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 22	12.035	11.195	400	440
			Kap. 1209, Titel 821 22	30	10	20	0
			Kap. 1210, Titel 741 22	1.570	1.570	0	0
			Kap. 1210, Titel 821 22	1.219	1.219	0	0
NI	249-250		frei				
NI	251	B 3	Verlegung von südöstlich Celle (B 214) bis südlich Celle				
			Gesamtkosten	20.365			
			Davon:				
			Kap. 1202 (KP I)	3.838	3.838	0	0
			Kap. 1209, Titel 741 22	9.326	9.171	0	155
			Kap. 1209, Titel 821 22	1.306	626	0	680
			Kap. 1210, Titel 741 22	5.094	5.004	50	40
			Kap. 1210, Titel 821 22	801	801	0	0
NI	252-254		frei				
NI	255	B 4	Ortsumgehung Kirchweyhe				
			Gesamtkosten	11.186			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 22	4.000	2.422	1.500	78
			Kap. 1209, Titel 821 22	100	0	50	50
			Kap. 1210, Titel 741 22	5.983	4.269	1.500	214
			Kap. 1210, Titel 821 22	1.103	929	150	24
NI	256-258		frei				
NI	259	B 27	Ortsumgehung Waake [1])				
			Gesamtkosten	14.673			
			Davon:				
			Kap. 1202 (KP I)	109	109	0	0
			Kap. 1209, Titel 741 22	9.000	7.987	800	213
			Kap. 1210, Titel 741 22	4.904	1.728	500	2.676
			Kap. 1210, Titel 821 22	660	455	20	185
NI	260-264		frei				

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
NI	265	B 68	Ortsumgehung Badbergen				
			Gesamtkosten	8.765			
			Davon:				
			Kap. 1202 (IBP I)	3.000	3.000	0	0
			Kap. 1209, Titel 741 22	2.500	2.074	400	26
			Kap. 1209, Titel 821 22	15	10	0	5
			Kap. 1210, Titel 741 22	2.133	869	600	664
			Kap. 1210, Titel 821 22	1.117	976	100	41
NI	266	B 68	Ortsumgehung Essen				
			Gesamtkosten	12.769			
			Davon:				
			Dritte	184			
			Kap. 1202 (IBP I)	3.000	300	0	2.700
			Kap. 1209, Titel 741 22	2.500	200	1.800	500
			Kap. 1209, Titel 821 22	27	0	0	27
			Kap. 1210, Titel 741 22	5.858	441	600	4.817
			Kap. 1210, Titel 821 22	1.200	973	50	177
NI	267-269		frei				
NI	270	B 75	Ortsumgehung Dibbersen				
			Gesamtkosten	17.183			
			Davon:				
			Dritte	170			
			Kap. 1209, Titel 741 22	8.000	5.553	2.000	447
			Kap. 1209, Titel 821 22	100	0	50	50
			Kap. 1210, Titel 741 22	7.344	2.336	1.000	4.008
			Kap. 1210, Titel 821 22	1.569	1.200	300	69
NI	271-277		frei				
NI	278	B 210	Ortsumgehung Schortens				
			Gesamtkosten	46.236			
			Davon:				
			Kap. 1202 (KP I)	2.094	2.094	0	0
			Kap. 1202 (IBP I)	13.000	13.000	0	0
			Kap. 1209, Titel 741 22	12.000	10.245	800	955
			Kap. 1209, Titel 821 22	0	0	0	0
			Kap. 1210, Titel 741 22	15.965	14.763	0	1.202
			Kap. 1210, Titel 821 22	3.177	3.100	10	67
NI	279	B 212	Ortsumgehung Berne (mit Erneuerung der Huntebrücke)				
			Gesamtkosten	95.490			
			Davon:				
			Kap. 1202 (KP I)	8	8	0	0
			Kap. 1209, Titel 741 22	46.175	32.261	4.300	9.614
			Kap. 1209, Titel 821 22	648	283	50	315
			Kap. 1210, Titel 741 22	40.000	16.660	1.500	21.840
			Kap. 1210, Titel 821 22	3.000	2.532	200	268
			Kap. 6091 (KP II)	5.659	5.659	0	0
NI	280-285		frei				

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
NI	286	B 243	Verlegung von westl. Bad Lauterberg bis südl. Bad Sachsa (OU Barbis)				
			Gesamtkosten	98.351			
			Davon:				
			Land Niedersachsen	103			
			DB Netz AG	1.187			
			Kap. 1222, Titel 745 01	1.187			
			Kap. 1210, Titel 745 24	1.084			
			Kap. 1202 (KP I)	909	909	0	0
			Kap. 1202 (IBP I)	19.000	19.000	0	0
			Kap. 1209, Titel 741 22	22.396	22.209	10	177
			Kap. 1209, Titel 821 22	1.000	903	10	87
			Kap. 1210, Titel 741 22	49.273	33.297	10.000	5.976
			Kap. 1210, Titel 821 22	2.212	1.972	150	90
NI	286.1	B 247	Ortsumgehung Duderstadt (Mittelteil OU Westerode)				
			Gesamtkosten	12.265			
			Davon:				
			Dritte	459			
			Kap. 1209, Titel 741 22	5.340	3.400	1.200	740
			Kap. 1209, Titel 821 22	100	89	0	11
			Kap. 1210, Titel 741 22	5.000	1.052	400	3.548
			Kap. 1210, Titel 821 22	1.366	958	200	208
	287-299		frei				
NW	300	B 1	Dortmund-West (A 45) bis Dortmund (L 660); 6-streifiger Ausbau				
			Gesamtkosten	98.939			
			Davon:				
			Kap. 1202 (KP I)	23.258	23.258	0	0
			Kap. 1209, Titel 741 22	57.223	51.983	500	4.740
			Kap. 1209, Titel 821 22	3.255	3.174	0	81
			Kap. 1210, Titel 741 22	13.094	11.277	0	1.817
			Kap. 1210, Titel 821 22	2.109	2.109	0	0
NW	301	B 1	4-streifiger Ausbau zwischen Salzkotten (L 776) und w Paderborn (L756)				
			Gesamtkosten	13.448			
			Davon:				
			Dritte	923			
			Kap. 1202 (KP I)	4.332	4.332	0	0
			Kap. 1210, Titel 741 22	7.272	5.818	100	1.354
			Kap. 1210, Titel 821 22	921	865	0	56
NW	302		frei				
NW	303	B 8	Ortsumgehung Düsseldorf/Wittlaer 1. BA (A 524 - Froschenteich)				
			Gesamtkosten	13.531			
			Davon:				
			Kap. 1202 (KP I)	2.453	2.453	0	0
			Kap. 1209, Titel 741 22	531	527	0	4
			Kap. 1210, Titel 741 22	9.031	8.445	200	386
			Kap. 1210, Titel 821 22	1.516	1.511	0	5
NW	304-306		frei				

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
NW	307	B 56	Ortsumgehung Düren				
			Gesamtkosten	33.390			
			Davon:				
			Kap. 1202, Titel 791 02	4.000	1.000	3.000	0
				25.574	0	0	25.574
			Kap. 1210, Titel 821 22	3.816	3.018	100	698
NW	308		frei				
NW	308.2	B 56	Neubau zwischen Gangelt und AS Heinsberg (A 46)				
			Gesamtkosten	39.264			
			Davon:				
			Dritte	1.559			
			Kap. 1209, Titel 741 22	4.000	348	0	3.652
			Kap. 1209, Titel 821 22	2.500	0	0	2.500
			Kap. 1210, Titel 741 22	28.862	10.760	8.500	9.602
			Kap. 1210, Titel 821 22	2.343	530	500	1.313
NW	308.3	B 57	Ortsumgehung Baesweiler				
			Gesamtkosten	19.793			
			Davon:				
			Kap. 1202 (KP I)	4.310	4.310	0	0
			Kap. 1209, Titel 741 22	7.675	6.712	500	463
			Kap. 1209, Titel 821 22	678	0	0	678
			Kap. 1210, Titel 741 22	4.493	3.491	300	702
			Kap. 1210, Titel 821 22	2.637	1.838	0	799
NW			frei				
NW	309.1	B 58	Ortsumgehung Wesel-Büderich				
			Gesamtkosten	22.013			
			Davon:				
			Kap. 1202 (KP I)	2.185	2.185	0	0
			Kap. 1209, Titel 741 22	2.000	1.705	0	295
			Kap. 1210, Titel 741 22	12.661	12.256	300	105
			Kap. 1210, Titel 821 22	3.669	2.189	100	1.380
			Kap. 6091 (KP II)	1.498	1.498	0	0
NW	310-311		frei				
NW	312	B 62	Siegtalbrücke (A 45) - Mudersbacher Kreisel				
			Gesamtkosten	81.110			
			Davon:				
			Stadt Siegen	617			
			DB Netz AG	617			
			Kap. 1222, Titel 745 01	617			
			Kap. 1202, Titel 791 02	10.000	10.000	0	0
			Kap. 1209, Titel 741 22	34.689	18.848	0	15.841
			Kap. 1209, Titel 821 22	1.353	624	0	729
			Kap. 1210, Titel 741 22	25.962	12.933	8.000	5.029
			Kap. 1210, Titel 821 22	7.255	7.040	100	115
NW	313-316		frei				

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
NW	317	B 70	Ortsumgehung Wettringen				
			Gesamtkosten	22.047			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 22	5.149	5.149	0	0
			Kap. 1209, Titel 821 22	140	140	0	0
			Kap. 1210, Titel 741 22	10.405	9.347	700	358
			Kap. 1210, Titel 821 22	2.229	797	1.200	232
			Kap. 6091 (KP II)	4.124	4.124	0	0
NW	318-334		frei				
NW	335	B 480	Ortsumgehung Bad Wünnenberg				
			Gesamtkosten	41.100			
			Davon:				
			Kap. 1202, Titel 791 02	3.000	1.000	2.000	0
			Kap. 1210, Titel 741 22	35.515	176	0	35.339
			Kap. 1210, Titel 821 22	2.585	1.512	100	973
NW	336-340		frei				
NW	341	B 525	Ortsumgehung Nottuln				
			Gesamtkosten	18.451			
			Davon:				
			Kap. 1202, Titel 791 02	3.000	1.000	2.000	0
			Kap. 1210, Titel 741 22	12.109	32	0	12.077
			Kap. 1210, Titel 821 22	3.342	1.256	100	1.986
	342-352		frei				
RP	352.1	B 10	Anschlussstelle B 270 (Rodalber Str.) - Haseneck				
			Gesamtkosten	29.349			
			Davon:				
			Land Rheinland-Pfalz	8.649			
			Kap. 1209, Titel 741 22	18.339	15.449	10	2.880
			Kap. 1209, Titel 821 22	268	22	0	246
			Kap. 1210, Titel 741 22	1.911	1.911	0	0
			Kap. 1210, Titel 821 22	182	182	0	0
RP	353	B 10	4-str. Ausbau Wallmersbach - Hinterweidenthal				
			Gesamtkosten	41.826			
			Davon:				
			Land Rheinland-Pfalz	140			
			Kap. 1202, Titel 791 02	4.000	2.000	2.000	0
			Kap. 1209, Titel 741 22	22.003	8.434	6.307	7.262
			Kap. 1209, Titel 821 22	2.094	64	0	2.030
			Kap. 6091 (KP II)	13.589	13.589	0	0
RP	354-362		frei				
RP	363	B 47	2. Rheinbrücke Worms (Anteil RP)				
			Gesamtkosten	64.615			
			Davon:				
			Dritte	12.840			
			Kap. 1209, Titel 741 22	40.884	34.870	2.600	3.414
			Kap. 1209, Titel 821 22	762	296	0	466
			Kap. 1210 (ZIP)	9.287	9.287	0	0
			Kap. 1210, Titel 741 22	398	398	0	0
			Kap. 1210, Titel 821 22	444	444	0	0
RP	364		frei				

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
RP	365	B 48	Ortsumgehung Enkenbach/Alsenborn				
			Gesamtkosten	10.945			
			Davon:				
			Dritte	1.512			
			Kap. 1202 (KP I)	1.959	1.959	0	0
			Kap. 1209, Titel 741 22	6.819	5.778	1.000	41
			Kap. 1209, Titel 821 22	655	37	25	593
RP	366-369		frei				
RP	370	B 50	A 1/A 60-B 50a (Platten)				
			Gesamtkosten	87.557			
			Davon:				
			Dritte	6.762			
			Kap. 1202 (KP I)	1.014	1.014	0	0
			Kap. 1202, Titel 791 02	6.000	6.000	0	0
			Kap. 1209, Titel 741 22	65.427	58.518	6.500	409
			Kap. 1209, Titel 821 22	3.378	3.378	0	0
			Kap. 1210 (ZIP)	3.677	3.677	0	0
			Kap. 1210, Titel 741 22	1.124	1.124	0	0
			Kap. 1210, Titel 821 22	175	175	0	0
RP	371	B 50	B 50a (Platten) - Zubringer B 53 neu				
			Gesamtkosten	204.808			
			Davon:				
			Land Rheinland-Pfalz	20.000			
			Kap. 1202 (KP I)	465	465	0	0
			Kap. 1202 (IBP I)	15.000	15.000	0	0
			Kap. 1202, Titel 791 02	20.000	20.000	0	0
			Kap. 1209, Titel 741 22	142.621	46.508	38.000	58.113
			Kap. 1209, Titel 821 22	355	355	0	0
			Kap. 1210, Titel 821 22	5.095	5.095	0	0
			Kap. 1210 (ZIP)	1.272	1.272	0	0
RP	371.1	B 50	Zubringer B 53 neu - Zubringer B 50a (Longkamp)				
			Gesamtkosten	88.880			
			Davon:				
			Kap. 1202 (KP I)	446	446	0	0
			Kap. 1202, Titel 791 02	15.000	15.000	0	0
			Kap. 1209, Titel 741 22	66.436	19.039	1.000	46.397
			Kap. 1209, Titel 821 22	2.985	2.877	108	0
			Kap. 1210, Titel 821 22	4.013	4.013	0	0
RP	372	B 51	Ortsumgehung Konz-Könen				
			Gesamtkosten	19.771			
			Davon:				
			Dritte	173			
			Kap. 1209, Titel 741 22	18.301	6.470	4.800	7.031
			Kap. 1209, Titel 821 22	1.041	847	10	184
			Kap. 1210, Titel 741 22	0	0	0	0
			Kap. 1210, Titel 821 22	256	256	0	0
RP	373-374		frei				

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
RP	375	B 255	Ortsumgehung Boden				
			Gesamtkosten	14.760			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 22	0	0	0	0
			Kap. 1210, Titel 741 22	13.963	12.000	1.950	13
			Kap. 1210, Titel 821 22	797	797	0	0
RP	376	B 255	Ortsumgehung Niederahr-Ettinghausen-Hahner Kreuz				
			Gesamtkosten	51.877			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 22	47.690	34.336	5.200	8.154
			Kap. 1209, Titel 821 22	3.745	1.421	200	2.124
			Kap. 1210, Titel 741 22	16	16	0	0
			Kap. 1210, Titel 821 22	426	426	0	0
RP	377	B 256	Ortsumgehung Rengsdorf				
			Gesamtkosten	44.442			
			Davon:				
			Kap. 1202 (KP I)	662	662	0	0
			Kap. 1209, Titel 741 22	33.756	27.009	3.470	3.277
			Kap. 1209, Titel 821 22	1.976	304	920	752
			Kap. 1210, Titel 821 22	98	98	0	0
			Kap. 1210 (2 Mrd. Programm)	7.950	7.950	0	0
RP	378	B 256	Ortsumgehung Kruft				
			Gesamtkosten	17.951			
			Davon:				
			Kap. 1202 (KP I)	1.527	1.527	0	0
			Kap. 1209, Titel 741 22	9.755	6.438	1.700	1.617
			Kap. 1209, Titel 821 22	135	100	35	0
			Kap. 1210, Titel 741 22	5.149	5.149	0	0
			Kap. 1210, Titel 821 22	1.385	1.385	0	0
RP	379-380		frei				
RP	381	B 260	Ortsumgehung Dausenau				
			Gesamtkosten	8.319			
			Davon:				
			Dritte	98			
			Kap. 1202 (KP I)	2.104	2.104	0	0
			Kap. 1209, Titel 741 22	6.042	3.903	1.000	1.139
			Kap. 1209, Titel 821 22	75	45	5	25
RP	382-383		frei				
RP	384	B 266	Bad Neuenahr (A 573) - Bad Neuenahr/Ost				
			Gesamtkosten	47.447			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 22	40.888	14.787	11.000	15.101
			Kap. 1209, Titel 821 22	6.374	3.457	1.500	1.417
			Kap. 1210, Titel 741 22	11	11	0	0
			Kap. 1210, Titel 821 22	174	174	0	0
	385		frei				

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
RP	386	B 327	Ortsumgehung Kastellaun				
			Gesamtkosten	29.527			
			Davon:				
			Dritte	305			
			Kap. 1209, Titel 741 22	0	0	0	0
			Kap. 1209, Titel 821 22	0	0	0	0
			Kap. 1210, Titel 741 22	27.414	16.525	6.800	4.089
			Kap. 1210, Titel 821 22	1.808	300	750	758
	387		frei				
SL	388	B 51	Ortsumgehung Besseringen				
			Gesamtkosten	27.222			
			Davon:				
			Kap. 1202 (IBP I)	6.000	6.000	0	0
			Kap. 1202, Titel 791 02	3.000	3.000	0	0
			Kap. 1209, Titel 741 22	12.622	11.922	700	0
			Kap. 1209, Titel 821 22	500	500	0	0
			Kap. 6091 (KP II)	5.100	5.100	0	0
	389-402		frei				
SN	403	B 96	Westtangente Bautzen				
			Gesamtkosten	36.030			
			Davon:				
			Dritte	50			
			Kap. 1209, Titel 741 22	20.252	18.206	1.980	66
			Kap. 1209, Titel 821 22	2.425	397	240	1.788
			Kap. 1210, Titel 741 22	65	65	0	0
			Kap. 1210, Titel 821 22	433	433	0	0
			Kap. 6091 (KP II)	12.805	12.805	0	0
SN	404	B 98	Ortsumgehung Großenhain 2. BA				
			Gesamtkosten	15.024			
			Davon:				
			Dritte	230			
			Kap. 1209, Titel 741 22	3.575	3.575	0	0
			Kap. 1209, Titel 821 22	0	0	0	0
			Kap. 1210, Titel 741 22	10.376	9.133	1.200	43
			Kap. 1210, Titel 821 22	843	553	290	0
SN	405-409		frei				
SN	410	B 107	Ortsumgehung Grimma				
			Gesamtkosten	17.327			
			Davon:				
			Dritte	85			
			Kap. 1202, Titel 713 71	17.242	12.918	0	4.324
SN	411	B 169	Verlegung Riesa bis A 14, 2. BA				
			Gesamtkosten	23.398			
			Davon:				
			Dritte	769			
			DB AG	1.012			
			Kap. 1222	769			
			Kap. 1209, Titel 741 22	3.298	3.298	0	0
			Kap. 1209, Titel 821 22	106	106	0	0
			Kap. 1210, Titel 743 42	13.000	12.400	600	0
			Kap. 1210, Titel 741 22	3.337	3.337	0	0
			Kap. 1210, Titel 821 22	1.107	982	0	125

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
SN	412		frei				
SN	412.1	B 169	Ortsumgehung Göltzschtal, 1. BA (S 278 - S 299n)				
			Gesamtkosten	7.768			
			Davon:				
			Land	3.611			
			Kap. 1202 (IBP I)	2.000	2.000	0	0
			Kap. 1209, Titel 741 22	1.990	513	1.400	77
			Kap. 1210, Titel 821 22	167	117	50	0
SN	**412.2**	B 169	Ortsumgehung Göltzschtal, BA 5				
			Gesamtkosten	8.539			
			Davon:				
			Kap. 1202, Titel 791 02	1.500	500	1.000	0
			Kap. 1209, Titel 741 22	6.627	0	3.500	3.127
			Kap. 1210, Titel 821 22	412	0	150	262
SN	413-414		frei				
SN	415	B 173	Ortsumgehung Flöha				
			Gesamtkosten	60.182			
			Davon:				
			Freistaat Sachsen	8.770			
			Stadt Flöha	2.462			
			Kap. 1202, Titel 713 71	42.381	42.381	0	0
			Kap. 1209, Titel 741 22	6.334	0	900	5.434
			Kap. 1209, Titel 821 22	235	0	235	0
SN	416		frei				
SN	416.1	B 174	Verlegung Chemnitz - Gornau				
			Gesamtkosten	34.571			
			Davon:				
			Kap. 1202 (IBP I)	11.459	11.459	0	0
			Kap. 1209, Titel 741 22	109	0	0	109
			Kap. 1209, Titel 821 22	21	0	0	21
			Kap. 1210, Titel 741 22	5.199	1.250	0	3.949
			Kap. 1210, Titel 743 42	17.200	12.866	4.334	0
			Kap. 1210, Titel 821 22	583	583	0	0
SN	417-419		frei				
SN	420	B 178	B 99 (südlich Zittau) bis BGr D/PL				
			Gesamtkosten	8.945			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 22	3.247	3.247	0	0
			Kap. 1209, Titel 821 22	281	281	0	0
			Kap. 1210, Titel 741 22	5.341	5.341	0	0
			Kap. 1210, Titel 821 22	76	73	3	0
SN	421-422		frei				
SN	423	B 178	Obercunnersdorf bis Niederoderwitz (BA 3.2)				
			Gesamtkosten	55.095			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 22	16.239	15.256	980	3
			Kap. 1209, Titel 821 22	246	246	0	0
			Kap. 1210, Titel 743 42	27.000	26.000	1.000	0
			Kap. 1210, Titel 741 22	8.314	8.314	0	0
			Kap. 1210, Titel 821 22	3.296	1.079	2.200	17

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
	424-440		frei				
ST	441	B 6n	Ortsumgehung Bernburg				
			Gesamtkosten	92.458			
			Davon:				
			Land	294			
			Dritte	83			
			Kap. 1202 (IBP I)	5.052	5.052	0	0
			Kap. 1209, Titel 741 22	19.659	19.659	0	0
			Kap. 1210, Titel 741 22	14.346	13.346	890	110
			Kap. 1210, Titel 821 22	1.562	1.462	100	0
			Kap. 1210, Titel 743 42	28.343	13.826	5.000	9.517
			Kap. 6091 (KP II)	23.119	23.119	0	0
ST	442	B 6n	Ortsumgehung Köthen				
			Gesamtkosten	60.438			
			davon				
			Land	279			
			Kap. 1202 (IBP I)	8.948	8.948	0	0
			Kap. 1202, Titel 791 02	10.000	10.000	0	0
			Kap. 1209, Titel 741 22	14.952	8.516	1.100	5.336
			Kap. 1209, Titel 821 22	3.697	542	0	3.155
			Kap. 1210, Titel 741 22	62	62	0	0
			Kap. 1210, Titel 743 42	22.500	6.500	16.000	0
ST	443-469		frei				
ST	470	B 245	Ortsumgehung Bebertal				
			Gesamtkosten	10.247			
			Davon:				
			Kap. 1202, Titel 791 02	2.000	1.000	1.000	0
			Kap. 1210, Titel 741 22	1.750	0	1.750	0
			Kap. 1210, Titel 741 22	5.404	0	1.750	3.654
			Kap. 1210, Titel 741 22	1.093	60	500	533
ST	471		frei				
ST	472	B 246a	Ortsumgehung Schönebeck, 3. BA ***)**				
			Gesamtkosten	45.072			
			Davon:				
			Dritte	265			
			Kap. 1202, Titel 713 71	36.275	36.275	0	0
			Kap. 1209, Titel 741 22	311	311	0	0
			Kap. 1209, Titel 821 22	272	272	0	0
			Kap. 1210, Titel 741 22	7.949	7.574	375	0
	473-479		frei				
SH	480	B 104	Ortsumgehung Schlutup (2. BA)				
			Gesamtkosten	8.011			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 22	1.316	1.316	0	0
			Kap. 1209, Titel 821 22	3	3	0	0
			Kap. 1210, Titel 741 22	5.062	4.117	900	45
			Kap. 1210, Titel 821 22	1.630	770	250	610
SH	481-484		frei				

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
SH	485	B 206	Ortsumgehung Bad Bramstedt				
			Gesamtkosten	31.746			
			Davon:				
			Kap. 1202 (KP I)	11.000	11.000	0	0
			Kap. 1209, Titel 741 22	3.282	3.282	0	0
			Kap. 1209, Titel 821 22	1.126	1.126	0	0
			Kap. 1210, Titel 741 22	14.554	12.790	20	1.744
			Kap. 1210, Titel 821 22	1.784	1.761	20	3
SH	486-487		frei				
SH	488	B 207	Verlegung Lübeck - Pogeez 2. BA (Pogeez - A 20)				
			Gesamtkosten	24.893			
			Davon:				
			Kap. 1202 (KP I)	1.491	1.491	0	0
			Kap. 1202 (IBP I)	6.000	6.000	0	0
			Kap. 1209, Titel 741 22	10.883	6.229	4.600	54
			Kap. 1209, Titel 821 22	2	2	0	0
			Kap. 1210, Titel 741 22	6.469	4.789	1.600	80
			Kap. 1210, Titel 821 22	48	14	0	34
	489-495		frei				
TH	496	B 19	Ortsumgehung Waldfisch				
			Gesamtkosten	5.834			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 22	5.224	4.734	80	410
			Kap. 1209, Titel 821 22	180	40	140	0
			Kap. 1210, Titel 741 22	420	420	0	0
			Kap. 1210, Titel 821 22	10	10	0	0
TH	497	B 19	Ortsumgehung Gumpelstadt				
			Gesamtkosten	6.014			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 22	5.753	5.469	150	134
			Kap. 1209, Titel 821 22	213	194	19	0
			Kap. 1210, Titel 741 22	48	48	0	0
TH	498	B 19	Ortsumgehungen Fambach und Wernshausen-Niederschmalkalden mit Talbrücke Zwick				
			Gesamtkosten	23.383			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 22	20.262	18.096	2.100	66
			Kap. 1209, Titel 821 22	311	220	90	1
			Kap. 1210, Titel 741 22	2.810	2.810	0	0
TH	499-503		frei				
TH	504	B 88	Bücheloh - Gehren				
			Gesamtkosten	25.636			
			Davon:				
			Dritte	3.497			
			Kap. 1209, Titel 741 22	18.873	18.422	450	1
			Kap. 1209, Titel 821 22	1.275	321	400	554
			Kap. 1210, Titel 741 22	1.659	1.659	0	0
			Kap. 1210, Titel 821 22	332	332	0	0

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
TH	505	B 90n	B 87 (Stadtilm) - Nahwinden (L 1048) *)				
			Gesamtkosten	20.354			
			Davon:				
			Kap. 1202, Titel 791 02	2.000	1.000	1.000	0
			Kap. 1209, Titel 741 22	16.590	0	5.000	11.590
			Kap. 1209, Titel 821 22	1.764	0	400	1.364
TH	506	B 93	Ortsumgehungen Gößnitz und Löhmingen				
			Gesamtkosten	28.391			
			Davon:				
			Kap. 1202 (KP I)	10.510	10.510	0	0
			Kap. 1210, Titel 741 22	17.220	16.674	300	246
			Kap. 1210, Titel 821 22	661	459	100	102
TH	507-509		frei				
TH	510	B 176	Ortsumgehung Sömmerda				
			Gesamtkosten	14.900			
			Davon:				
			Dritte	2.277			
			Kap. 1209, Titel 741 22	220	220	0	0
			Kap. 1209, Titel 821 22	0	0	0	0
			Kap. 1210 (2 Mrd. Programm)	9.560	9.560	0	0
			Kap. 1210, Titel 741 22	2.440	2.440	0	0
			Kap. 1210, Titel 821 22	403	403	0	0
TH	511-512		frei				
TH	513	B 243	A 38 (AS Großwechsungen) bis K 4				
			Gesamtkosten	18.445			
			Davon:				
			Dritte	2.154			
			Kap. 1209, Titel 741 22	15.570	15.150	300	120
			Kap. 1209, Titel 821 22	721	711	10	0
TH	514		frei				
TH	515	B 247	Ortsumgehung Worbis und Ortsumgehung Wintzingerode				
			Gesamtkosten	16.700			
			Davon:				
			Dritte	1.507			
			Kap. 1210, Titel 741 22	4.469	4.109	200	160
			Kap. 6091 (KP II)	10.724	10.724	0	0

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Län-gen km	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8	9
BW	1	A 81	5,7	südl. Stuttgart-Feuerbach bis Dreieck Leonberg (einschl. Engelbergtunnel)				
				Gesamtkosten	649.848			
				Davon:				
				Kap. 1210, Titel 823 12	649.848	607.848	42.000	0
BY	2-5			frei				
BY	6	A 93	3,9	Rehau-Süd (o) bis Schönwald (o)				
				Gesamtkosten	34.995			
				Davon:				
				Kap. 1210, Titel 823 12	34.995	34.995	0	0
BY	7			frei				
BY	8	A 93	3,3	Selb-Nord (m) bis Selb-West (m)				
				Gesamtkosten	15.513			
				Davon:				
				Kap. 1210, Titel 823 12	15.513	14.083	1.000	430
BY	9	A 93	4,3	Selb-West (o) bis Schwarzenhammer				
				Gesamtkosten	56.006			
				Davon:				
				Kap. 1210, Titel 823 12	56.006	48.243	3.800	3.963
BY	10	A 93	5,2	Schwarzenhammer bis Thiersheim				
				Gesamtkosten	34.641			
				Davon:				
				Kap. 1210, Titel 823 12	34.641	30.545	2.400	1.696
BY	11	A 93	6,7	Rathaushütte (o) bis Marktredwitz/Lengenfeld (o)				
				Gesamtkosten	58.478			
				Davon:				
				Kap. 1210, Titel 823 12	58.478	54.255	3.800	423
BY	12	A 93	7,1	Marktredwitz/Lengenfeld (m) bis Mitterteich-West (o)				
				Gesamtkosten	50.394			
				Davon:				
				Kap. 1210, Titel 823 12	50.394	43.069	3.500	3.825
HH	13	A 7	4,4	Hamburg/Othmarschen bis nördl. Hamburg/ Waltershof (4. Elbtunnelröhre)				
				Gesamtkosten	785.050			
				Davon:				
				Kap. 1210, Titel 823 12	785.050	616.353	44.100	124.597
	14			frei				
RP	15	A 60	7,0	Bitburg (m) bis Badem (m)				
				Gesamtkosten	155.787			
				Davon:				
				Kap. 1210, Titel 823 12	155.787	132.218	9.259	14.310

Straßenbauplan
Privat vorfinanzierte BAB-Abschnitte
Tabelle 6

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Län-gen km	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8	9
RP	16	A 60	12,9	Badem (o) bis Landscheid (m)				
				Gesamtkosten	118.420			
				Davon:				
				Kap. 1210, Titel 823 12	118.420	96.246	4.140	18.034
RP	17	A 60	5,9	Landscheid (o) bis Wittlich (m)				
				Gesamtkosten	145.891			
				Davon:				
				Kap. 1210, Titel 823 12	145.891	113.891	2.208	29.792

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Län-gen km	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8	9
BW	1			frei				
BW	2	B 31	5,7	Ortsumgehung Freiburg/Ost				
				Gesamtkosten	211.086			
				Davon:				
				Kap. 1210, Titel 823 22	211.086	185.362	6.450	19.274
BY	3	B 2n	4,6	Ortsumgehung Farchant (ohne Farchant-Nord)				
				Gesamtkosten	216.342			
				Davon:				
				Kap. 1210, Titel 823 22	216.342	187.562	14.360	14.420
BY	4	B 2	6,7	Ortsumgehung Kaisheim				
				Gesamtkosten	16.910			
				Davon:				
				Kap. 1210, Titel 823 22	16.910	14.172	900	1.838
BY	5	B 173	4,7	Ortsumgehung Selbitz				
				Gesamtkosten	17.070			
				Davon:				
				Kap. 1210, Titel 823 22	17.070	14.680	1.140	1.250
	6-10			frei				
MV	11	B 105	4,4	Ortsumgehung Bentwisch				
				Gesamtkosten	32.912			
				Davon:				
				Kap. 1210, Titel 823 22	32.912	27.871	2.100	2.941
NI	12			frei				
NI	13	B 437	2,4	Weserquerung Esenshamm Los 1: Tunnel				
				Gesamtkosten	293.502			
				Davon:				
				Kap. 1210, Titel 823 22	293.502	210.999	16.000	66.503
NI	14	B 437	12,6	Weserquerung Esenshamm Los 2: Strecke				
				Gesamtkosten	79.082			
				Davon:				
				Kap. 1210, Titel 823 22	79.082	51.582	5.000	22.500
	15-16			frei				
RP	17	B 10	3,4	Ausbau bei Pirmasens (Teilabschnitt)				
				Gesamtkosten	15.600			
				Davon:				
				Kap. 1210, Titel 823 22	15.600	12.156	951	2.493
SL	18	B 51	1,5	Querspange Besseringen (B 51 - A 8)				
				Gesamtkosten	18.870			
				Davon:				
				Kap. 1210, Titel 823 22	18.870	15.750	1.200	1.920

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Län-gen km	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8	9
SN	19	B 6	10,1	A 9 - Stadtgrenze Leipzig einschl. OU Schkeuditz				
				Gesamtkosten	53.458			
				Davon:				
				Kap. 1210, Titel 823 22	53.458	37.934	3.400	12.124
	20-21			frei				
TH	22	B 85/ 281	4,7	Ortsumgehung Saalfeld (Nordtangente)				
				Gesamtkosten	24.715			
				Davon:				
				Kap. 1210, Titel 823 22	24.715	18.787	1.600	4.328

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme Erhaltungsmaßnahmenbereich (EMB)	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
BW	1		frei				
BW	2	A 5	EMB 1 LGr HE/BW - AS Kronau Erneuerung der Fahrbahn zwischen nördlich AS Dossenheim und AK Heidelberg, FDE Los Dossenheim II (km 570,240 bis 574,100) FR Karlsruhe				
			Gesamtkosten	5.509			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	5.509	5.509	0	0
BW	3	A 5	EMB 1 LGr HE/BW - AS Kronau Erneuerung der Fahrbahn zwischen AK Heidelberg und AS Ladenburg, FDE Los Dossheim III (km 575,560 bis 570,240), FR Frankfurt				
			Gesamtkosten	7.758			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	7.758	4.500	3.000	258
BW	**4**	A 5	EMB 2 Kronau - Baden-Baden Erneuerung der Fahrbahn zwischen nördlich AS Karlsruhe-Mitte bis AD Karlsruhe (A 8), FDE Oberwald-West, FR Offenburg (km 625,148 bis 627,950) mit Lärmschutzwand "Killisfeld", 2. BA				
			Gesamtkosten	11.754			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	10.571	0	10.000	571
			Kap. 1209, Titel 821 35	1.183	0	1.100	83
BW	4.1	A 5	EMB 2 Kronau - Baden-Baden Erneuerung der Fahrbahn im Bereich der AS Bruchsal, FDE Forst (km 603,360 bis 607,000) FR Frankfurt				
			Gesamtkosten	6.000			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	5.988	5.758	0	230
			Kap. 1209, Titel 821 35	12	12	0	0
BW	4.2	A 5	EMB 2 Kronau - Baden-Baden Erneuerung der Fahrbahn zwischen AD Karlsruhe und AS Karlsruhe-Mitte, FDE Wolfartsweier (Ost) FR Frankfurt (km 627,500 bis 625,147) mit Lärmschutzwand "Killisfeld", 1. BA				
			Gesamtkosten	11.113			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	9.182	8.500	682	0
			Kap. 1209, Titel 741 39	1.931	1.600	300	31
BW	4.3	A 6	EMB 4 Bretzfeld bis LGr Bayern Instandsetzung der Ohrntalbrücke bei Öhringen (BW-Nr. 6722 595)				
			Gesamtkosten	8.149			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	8.149	2.000	3.500	2.649
BW	4.4	A 6	EMB 4 Bretzfeld bis LGr Bayern Instandsetzung der Kochertalbrücke bei Geislingen (BW-Nr. 6824 633)				
			Gesamtkosten	17.247			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	17.247	5.490	5.500	6.257

Land	lfd. Nr. (Vorjahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme Erhaltungsmaßnahmenbereich (EMB)	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbehalten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
BW	4.5	A 6	EMB 6_1b LGr Hessen - AS Schwetzingen Erneuerung der Fahrbahn zwischen LGr Hessen - AS Schwetzingen, FDE Alteichwald (km 568.000 bis 571.625) FR Mannheim				
			Gesamtkosten	5.592			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	5.592	5.400	192	0
BW	5	A 7	EMB 1/2 LGr BY/BW - AK Ulm/Elchingen Erneuerung der Fahrbahn bei AS Heidenheim, FDE-Los Heidenheim II (km 804,3 bis 808,3) FR Würzburg				
			Gesamtkosten	5.401			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	5.401	5.301	100	0
BW	5.1	A 7	EMB 1 LGr BY/BW - AS Heidenheim Bautechnische Nachrüstung und Sanierung des Agnesburgtunnels (BW-Nr. 7127536) bei Westhausen				
			Gesamtkosten	7.948			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	7.948	4.210	2.500	1.238
BW	6		frei				
BW	7	A 8	EMB 1 AD Karlsruhe - Pforzheim/Süd Erneuerung des Bauwerkes Nr. 7016/873 im Zuge der Verbindungsrampe 2 über die BAB 5 im AD Karlsruhe				
			Gesamtkosten	8.856			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	8.856	7.285	1.500	71
BW	7.1 - 7.3		frei				
BW	7.4	A 61	EMB LGr BW/RP - AD Hockenheim Instandsetzung der Rheinbrücke Speyer, BW 6616 505				
			Gesamtkosten	9.348			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	8.451	7.675	700	76
			Kap. 1210, Titel 741 32	897	897	0	0
BW	8		frei				
BW	8.1	A 81	EMB 6 AD Bad Dürrheim - AS Gottmadingen Erneuerung der Immensitzbrücke, BW 8118593				
			Gesamtkosten	15.538			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	15.538	5.900	5.300	4.338
BW	8.2	A 81	EMB 6 AD Bad Dürrheim - AS Gottmadingen Erneuerung der Fahrbahndecke FDE Sunthausen (FR Singen), FDE Öfingen Süd (FR Stuttgart), FDE Engen (FR Singen) und AS Engen-Süd, FDE Aach (FR Stuttgart) und AS Engen-Nord, FDE Singen (FR Stuttgart) und FDE Hilzingen (FR Singen) von km 695+450 bis km 726+260				
			Gesamtkosten	27.585			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	27.585	11.900	6.000	9.685

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme Erhaltungsmaßnahmenbereich (EMB)	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
BW	9	A 81	EMB 5 AS Rottenburg - AD Bad Dürrheim Deckenerneuerung zwischen der AS Rottenburg und AS Villingen-Schwenningen; FDE-Lose Ergenzingen, Weitlingen (Rohrdorf), Dauchingen und Deißlingen (km 621,650 bis 629,270 und 667,400 bis 669,750) beide Fahrtrichtungen				
			Gesamtkosten	13.886			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	8.048	8.048	0	0
			Kap. 1210, Titel 741 32	5.838	5.838	0	0
BW	10	A 81	EMB 5 AS Rottenburg - AD Bad Dürrheim Erneuerung der Fahrbahndecke im Abschnitt Oberndorf - Rottweil (km 657,3 bis 667,3) Fahrtrichtung Singen (Funktionsbauvertrag)				
			Gesamtkosten	5.622			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	265	0	120	145
			Kap. 1210, Titel 741 32	5.357	5.357	0	0
BW	11	A 81	EMB 3 AK Weinsberg - AD Leonberg Grundhafte Deckensanierung zwischen AS Heilbronn/Untergruppenbach unde AS Weinsberg/Ellhofen, FDE Lehrensteinsfeld (km 540,4 bis 536,9) - beide Fahrtrichtungen				
			Gesamtkosten	11.038			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	11.038	11.038	0	0
BW	11.1	A 81	EMB 4 AK Stuttgart - AS Rottenburg Bautechnische Nachrüstung des Schönbuchtunnels (BW-Nr. 7319 585)				
			Gesamtkosten	13.818			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	13.818	780	5.500	7.538
BW	12		frei				
BW	12.1	A 81	EMB 5 AS Rottenburg - AD Bad Dürrheim Erneuerung der Fahrbahndecke FDE Dauchingen Süd (FR Singen), FDE Deißingen Süd (FR Stuttgart) und FDE Tuningen (FR Singen) von km 673+000 bis km 683+500				
			Gesamtkosten	12.099			
			Davon:				
			Kap. 1202 (IBP I)	10.000	10.000	0	0
			Kap. 1209, Titel 741 32	2.099	0	1.000	1.099
BW	13	A 81	EMB 1 LGr BY - Jagsttalbrücke Grundhafte Deckensanierung zwischen AS Ahorn und AS Tauberbischofsheim (km 471,747 bis 472,930) einschließlich Instandsetzung und Verstärkung der Taubertalbrücke (BW 6324 501) und Instandsetzung der Unterführung B 290 (BW 5324 502)				
			Gesamtkosten	14.831			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	14.452	13.950	502	0
			Kap. 1210, Titel 741 32	372	372	0	0
			Kap. 1210, Titel 821 35	7	7	0	0
BW	13.1		frei				

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme Erhaltungsmaßnahmenbereich (EMB)	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
BW	13.2	A 81	EMB 1 LGr BY - Jagsttalbrücke Erneuerung der Fahrbahn von AS Ahorn - AS Tauberbischofsheim, FDE-Los Oberlauda 2009 (km 478,500 - 472,900) RF Würzburg				
			Gesamtkosten	13.746			
			Davon:				
			Kap. 1202 (IBP I)	4.000	4.000	0	0
			Kap. 1209, Titel 741 32	4.978	1.284	500	3.194
			Kap. 1210, Titel 741 32	1.250	1.250	0	0
			Kap. 6091 (KP II)	3.518	3.518	0	0
BW	13.3	A 81	EMB 1 LGr BY - Jagsttalbrücke Instandsetzung der Jagsttalbrücke Widdern (BW 6622 587)				
			Gesamtkosten	17.908			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	14.260	13.315	945	0
			Kap. 1210, Titel 741 32	3.648	3.648	0	0
	14-17		frei				
BY	18	A 3	EMB 5 Gr. ABD Nord/Süd - AK Regensburg Instandsetzung der Talbrücke Schallermühle mit Ersatzneubau der Überbauten				
			Gesamtkosten	10.300			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	4.470	4.470	0	0
			Kap. 1210, Titel 741 32	5.830	5.830	0	0
BY	19	A 3	EMB 6 AK Regensburg - AK Deggendorf Oberbauerneuerung mit Verbreiterung der Fahrbahn zwischen Rosenhof und Kirchroth, km 506,300 - 526,050				
			Gesamtkosten	41.021			
			Davon:				
			Kap. 1202 (IBP I)	7.000	7.000	0	0
			Kap. 1209, Titel 741 32	33.640	15.826	13.000	4.814
			Kap. 1210, Titel 741 32	381	381	0	0
BY	**19.1**	A 3	EMB 6 AK Regensburg - AK Deggendorf Deckenerneuerung zwischen AS Straubing und AK Deggendorf in beiden Fahrtrichtungen				
			Gesamtkosten	72.109			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	72.109	0	6.500	65.609
BY	**19.2**	A 3	EMB 3 AK Biebelried - AK Fürh/Erlangen Ersatzneubau Main-Donau-Kanal-Brücke (BW 379 b) einschl. westl. und östl. Anschluss an die A 3 (Bau-km 379+085 bis Bau-km 380+398) zwischen nördlich TR Aurach und AK Fürth/Erlangen				
			Gesamtkosten	25.805			
			Davon:				
			Kap. 1203	12.139			
			Kap. 1209, Titel 741 32	13.609	0	1.000	12.609
			Kap. 1210, Titel 821 35	57	0	57	0

Land	lfd. Nr. (Vorjahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme Erhaltungsmaßnahmenbereich (EMB)	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbehalten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
BY	20	A 7	EMB 1 LGr HE/BY - AD Schweinfurt Ersatzneubau der Sinntalbrücke, BW 595b				
			Gesamtkosten	61.183			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	48.846	48.706	100	40
			Kap. 1210, Titel 741 32	3.447	3.447	0	0
			Kap. 1210, Titel 821 35	546	54	0	492
			Kap. 6091 (KP II)	8.344	8.344	0	0
BY	21		frei				
BY	22	A 7	EMB 1 LGr HE/BY - AD Schweinfurt Instandsetzung der Thulbabrücke				
			Gesamtkosten	11.360			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	5.580	0	0	5.580
			Kap. 1210, Titel 741 32	5.780	5.780	0	0
BY	22.1	A 7	EMB 1 LGr HE/BY - AD Schweinfurt Oberbauerneuerung (EO 683 L), Rifa Fulda				
			Gesamtkosten	14.000			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	14.000	4.617	0	9.383
BY	23-24		frei				
BY	24.1	A 7	EMB 3 AS Kitzingen - LGr BY /BW Grunderneuerung der Fahrbahnen km 673,2 - km 719,0				
			Gesamtkosten	94.173			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	94.173	21.301	12.000	60.872
BY	24.2	A 7	EMB 3 AS Kitzingen - LGr BY /BW Ersatzneubau der Bräubachtalbrücke (BW 684a)				
			Gesamtkosten	14.347			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	14.347	5.000	5.000	4.347
BY	**24.3**	A 7	EMB 3 AS Kitzingen - LGr BY /BW Grunderneuerung der Fahrbahnen zwischen AS Rothenburg - LGr BY/BW in beiden Fahrtrichtungen, km 719,000 - 755,895				
			Gesamtkosten	90.940			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	90.940	0	12.000	78.940
BY	25	A 8	EMB 4 AD Inntal - BGr D/A Salzburg Ersatzbauwerk Talbrücke Bergen				
			Gesamtkosten	37.572			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	36.943	32.187	1.800	2.956
			Kap. 1210, Titel 741 32	629	629	0	0
BY	26		frei				
BY	27	A 9	EMB 3 AK Nürnberg - AS Denkendorf Erneuerung der Fahrbahndecke zwischen AS Hilpoltstein und AS Greding, FR München, km 406,900 - 414,815				
			Gesamtkosten	8.500			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	8.500	8.300	200	0

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme Erhaltungsmaßnahmenbereich (EMB)	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
BY	28	A 9	EMB 5 AD Holledau - München-Schwabing Seitenstreifenfreigabe 2. Abschnitt, AD Holledau - Allershausen, beide Fahrtrichtungen (FR München erst ab Rastanlage Holledau)				
			Gesamtkosten	36.338			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	36.338	0	25.000	11.338
BY	28.1	A 9	EMB 5 AD Holledau - München-Schwabing Deckenerneuerung zwischen AK Neufahrn und AK München-Nord in beiden Fahrtrichtungen, km 513,830 - km 522,400				
			Gesamtkosten	21.571			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	21.571	4.000	9.000	8.571
BY	29	A 70	AS Kulmbach/Neudrosselfeld - AD Bayreuth/Kulmbach Grunderneuerung mit Standstreifen				
			Gesamtkosten	51.884			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	37.302	16.000	21.300	2
			Kap. 1209, Titel 741 35	11.755	4.271	0	7.484
			Kap. 1209, Titel 821 35	400	400	0	0
			Kap. 1210, Titel 741 35	2.103	2.103	0	0
			Kap. 1210, Titel 821 35	324	324	0	0
BY	30	A 93	EMB 4 AD Inntal - BGr D/A (Kiefersfelden) Ausbau der Fahrbahn B einschließlich Nachrüstung der Entwässerung, Bau-km 0,530 - 22,830				
			Gesamtkosten	37.310			
			Davon:				
			Kap. 1202 (IBP I)	6.800	6.800	0	0
			Kap. 1202, Titel 791 02	18.000	18.000	0	0
			Kap. 1209, Titel 741 32	12.130	8.443	3.600	87
			Kap. 1209, Titel 821 35	380	0	280	100
BY	31		frei				
BY	32	A 95	EMB 2 Seeshaupt - Eschenlohe Generalinstandsetzung der Loisachbrücke Ohlstadt, km 63,158				
			Gesamtkosten	16.100			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	16.100	6.500	6.500	3.100
BY	32.1	A 99	EMB 1 AS München-Langwied - AK München-Süd Deckenerneuerung AS Haar - AK München-Süd; Oberbauerneuerung mit Anbau von Seitenstreifen und Nothaltebuchten				
			Gesamtkosten	27.650			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	27.650	0	0	27.650
BY	32.2	A 99	Bautechnische Nachrüstung des Tunnels Allach				
			Gesamtkosten	7.090			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	0	0	0	0
			Kap. 1210, Titel 741 32	7.090	7.080	0	10

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme Erhaltungsmaßnahmenbereich (EMB)	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
BE	33		frei				
BE	34	A 100	EMB AS Grenzallee - AS Seestraße AD Charlottenburg/AS Seestraße einschl. BW 07150, 07162, 07160, 07163				
			Gesamtkosten	22.347			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	14.940	9.642	500	4.798
			Kap. 1209, Titel 821 35	133	0	0	133
			Kap. 1210, Titel 741 32	7.274	7.274	0	0
BE	35		frei				
BE	36	A 115	EMB AS Spanische Allee - AD Funkturm Instandsetzung zwischen AS Spanische Allee und AD Funkturm				
			Gesamtkosten	27.645			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	27.194	24.901	310	1.983
			Kap. 1209, Titel 821 35	323	0	0	323
			Kap. 1210, Titel 741 32	128	128	0	0
	36-42		frei				
BB	43	A 24	EMB 2 AS Herzsprung - AS Kremmen Ersatzneubau des BW 4Ü2 mit Anpassung der AS Neuruppin/Süd				
			Gesamtkosten	6.610			
			Davon:				
			Dritte	1.792			
			Kap. 1209, Titel 741 32	4.771	3.473	1.250	48
			Kap. 1209, Titel 821 35	47	0	47	0
HB	44	A 27	EMB 1 Bremer Kreuz - AS Uthlede Grundhafte Erneuerung von AS Ihlpohl bis AS Uthlede				
			Gesamtkosten	57.047			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	51.733	35.803	300	15.630
			Kap. 1209, Titel 821 35	280	0	0	280
			Kap. 1210, Titel 741 32	5.034	5.034	0	0
HH	45	A 7	EMB LGr NI/HH - LGr HH/SH Erneuerung der Fahrbahn, RF Hannover				
			Gesamtkosten	8.453			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	2.162	975	0	1.187
			Kap. 1210, Titel 741 32	6.291	6.291	0	0
HH	46	A 1	EMB Süderelbbrücke bis LGr NI Erneuerung der Fahrbahn, RF Bremen zwischen km 156,540 bis km 159,740				
			Gesamtkosten	5.653			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	5.636	5.374	0	262
			Kap. 1210, Titel 741 32	17	17	0	0
HH	46.1	A 1	EMB Süderelbbrücke bis LGr NI Erneuerung der Fahrbahn, RF Lübeck zwischen km 159+740 bis km 156+540				
			Gesamtkosten	7.831			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	7.831	6.753	931	147

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme Erhaltungsmaßnahmenbereich (EMB)	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
HH	46.2 (46.1)	A 7	EMB LGr NI/HH - LGr HH/SH Grunderneuerung AD HH-SW bis LGr HH/NI, RF Flensburg				
			Gesamtkosten	7.690			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	7.690	7.670	20	0
HH	46.3 (46.2)	A 7	EMB LGr NI/HH - LGr HH/SH Erneuerung der Fahrbahndecke zwischen AD HH-Südwest bis AS HH-Heimfeld, RiFa Hamburg				
			Gesamtkosten	9.186			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	9.186	1.150	6.000	2.036
HH	**46.4**	A 7	EMB LGr NI/HH - LGr HH/SH Verstärkung der Brücke Stader Straße, BW-Nr. 643				
			Gesamtkosten	8.378			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	8.378	900	6.500	978
HH	47	A 7	EMB LGr NI/HH - LGr HH/SH Instandsetzung einschl. Nachrüstung des Elbtunnels Hamburg (1. - 3. Röhre)				
			Gesamtkosten	152.574			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	61.833	61.833	0	0
			Kap. 1210, Titel 741 32	90.741	90.741	0	0
HH	48	A 25	EMB AD Hamburg SO - LGr HH/SH Grundhafte Erneuerung einschl. Lärmschutz zwischen AD Hamburg SO und LGr SH, km 0,000 bis 14,536				
			Gesamtkosten	60.000			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	45.341	17.351	19.300	8.690
			Kap. 1209, Titel 821 35	1.016	274	500	242
			Kap. 1210, Titel 741 32	13.643	13.643	0	0
HE	49	A 3	EMB 1 LGr RP/HE - AD Mönchhof Ersatzneubau der Fahrbahn zwischen LGr RP/HE und AS Raunheim, km 98,8 - 161,4				
			Gesamtkosten	29.876			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	29.876	23.500	6.376	0
HE	50	A 3	EMB 1 LGr RP/HE - AD Mönchhof Ersatzneubau der Lahntalbrücke Limburg mit Anpassung der AS Limburg-Süd				
			Gesamtkosten	79.199			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	77.678	1.000	18.000	58.678
			Kap. 1209, Titel 821 35	1.126	600	0	526
			Kap. 1210, Titel 741 32	194	194	0	0
			Kap. 1210, Titel 821 35	201	201	0	0
HE	51	A 3	EMB 2 AD Mönchhof - LGr HE/BY Erneuerung der Fahrbahndecke zwischen AS Frankfurt-Süd/Flughafen und LGr HE/BY (beide FR) km 179,3 - 205,5				
			Gesamtkosten	23.234			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	23.234	2.000	2.000	19.234

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme Erhaltungsmaßnahmenbereich (EMB)	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
HE	52	A 5	EMB 2 AS Homberg (Ohm) - AK Bad Homburg Abbruch und Neubau der Unterführung der L 3132 sowie der Rampe Frankfurt-Dortmund am AK Gambach				
			Gesamtkosten	8.193			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	8.193	5.000	3.193	0
HE	52.1	A 5	EMB 2 AS Homberg (Ohm) - AK Bad Homburg Standstreifenertüchtigung und Erneuerung des 1. Fahrstreifens zwischen AS Ober-Mörlen und AS Friedberg (FR Frankfurt), km 459,6 - 470,5				
			Gesamtkosten	8.119			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	8.119	0	5.000	3.119
HE	**52.2**	A 5	EMB 2 AS Homberg (Ohm) - AK Bad Homburg Standstreifenertüchtigung und Erneuerung des 1. Fahrstreifens zwischen AS Friedberg und AS Ober-Mörlen (FRKassel), km 470,5 - 459,6				
			Gesamtkosten	5.735			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	5.735	5.094	600	41
HE	53	A 5	EMB 4 AS Langen/Mörfelden - LGr HE/BW Abbruch und Neubau der ÜF A 672 bei Darmstadt einschl. Anpassung der Anschlussrampen				
			Gesamtkosten	18.612			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	18.612	10.500	3.500	4.612
HE	53.1	A 5	EMB 4 AS Langen/Mörfelden - LGr HE/BW Erneuerung der Fahrbahn zwischen AS Zeppelinheim - AK Darmstadt (beide FR) km 503,9 - 518,5				
			Gesamtkosten	74.132			
			Davon:				
			Kap. 1202 (KP I)	28.148	28.148	0	0
			Kap. 1209, Titel 741 32	45.946	27.500	3.500	14.946
			Kap. 1210, Titel 741 32	38	38	0	0
HE	54	A 5	EMB 4 AS Langen/Mörfelden - LGr HE/BW Erneuerung der Fahrbahn zwischen AK Darmstadt und AS Zwingenberg, km 521,8/522,16 (FR Süd/FR Nord) - km 538,6				
			Gesamtkosten	27.926			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	27.926	23.500	3.000	1.426
HE	55	A 5	EMB 4 AS Langen/Mörfelden - LGr HE/BW Ersatzneubau der ÜF B 26 bei Darmstadt/Griesheim				
			Gesamtkosten	14.155			
			Davon:				
			Dritte	2.650			
			Kap. 1209, Titel 741 32	11.455	4.500	5.500	1.455
			Kap. 1210, Titel 741 32	50	50	0	0
HE	56	A 5	EMB 4 AS Langen/Mörfelden - LGr HE/BW Erneuerung der Fahrbahn zwischen AS Zwingenberg und LGr HE/BW, km 538,600 bis km 550,350				
			Gesamtkosten	13.843			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	13.843	10.500	2.000	1.343

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme Erhaltungsmaßnahmenbereich (EMB)	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
HE	57		frei				
HE	57.1	A 7	EMB 1 LGr NI/HE - AD Hattenbach Ersatzneubau der Talbrücke Helterbach einschl. Optimierung der Linienführung und Fahrbahnerneuerung zwischen km 325,3 und km 330,1				
			Gesamtkosten	43.242			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	42.970	16.500	24.000	2.470
			Kap. 1209, Titel 821 35	207	50	0	157
			Kap. 1210, Titel 741 32	65	65	0	0
HE	57.2- 57.3		frei				
HE	57.4	A 7	EMB 1 LGr NI/HE - AD Hattenbach Erneuerung der Fahrbahn zwischen AS Malsfeld und AS Homberg (Efze) km 339,5 - km 343,0				
			Gesamtkosten	6.396			
			Davon:				
			Kap. 1202 (IBP I)	4.500	4.500	0	0
			Kap. 1209, Titel 741 32	1.896	1.500	396	0
HE	58	A 7	EMB 1 LGr NI/HE - AD Hattenbach Erneuerung der Fahrbahn zwischen AD Kirchheim und AS Bad Hersfeld, 1. BA (km 360,5 - km 357,85)				
			Gesamtkosten	6.234			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	6.234	5.200	1.000	34
HE	**58.1**	A 7	EMB 1 LGr NI/HE - AD Hattenbach Erneuerung der Fahrbahn zwischen AD Kirchheim und AS Bad Hersfeld, 1. BA (km 363,5 - km 360,5)				
			Gesamtkosten	5.198			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	5.198	4.500	698	0
HE	58.2 (58.1)	A 7	EMB 1 LGr NI/HE - AD Hattenbach Erneuerung der Fahrbahn zwischen LGr HE/NI und AS Kassel-Nord (km 302,8 - km 305,8)				
			Gesamtkosten	5.106			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	5.106	5.000	106	0
HE	59	A 7	EMB 2 AD Hattenbach - LGr HE/BY Instandsetzung der Talbrücke Uttrichshausen				
			Gesamtkosten	12.138			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	4.129	3.964	165	0
			Kap. 1210, Titel 741 32	8.009	8.009	0	0
HE	59.1	A 7	EMB 2 AD Hattenbach - LGr HE/BY Erneuerung der Fahrbahndecke zwischen AS Hünfeld und AS Fulda/Nord (beide FR), km 556,39 - 559,97, einschl. Ersatzneubau UF B 27				
			Gesamtkosten	16.523			
			Davon:				
			Kap. 1202 (IBP I)	4.350	4.350	0	0
			Kap. 1209, Titel 741 32	12.138	500	7.000	4.638
			Kap. 1209, Titel 821 35	17	10	7	0
			Kap. 1210, Titel 741 32	18	18	0	0

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme Erhaltungsmaßnahmenbereich (EMB)	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
HE	60		frei				
HE	61	A 7	EMB 2 AD Hattenbach - LGr HE/BY Ersatzneubau der Döllbachtalbrücke				
			Gesamtkosten	26.826			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	26.810	19.000	5.000	2.810
			Kap. 1210, Titel 741 32	15	15	0	0
			Kap. 1210, Titel 821 35	1	1	0	0
HE	61.1	A 44	**EMB LGr NW/HE - AD Kassel-Süd** **Diemelstadt - Kassel/Süd** **(ÖPP-Projekt)**				
			Gesamtkosten	300.000			
			Davon:				
			Anschubfinanzierung: - offen - Kap. 1209, Titel 823 16	0	0	0	0
			Verpflichtungsermächtigungen für Betreiberentgelt fällig in den Haushaltsjahren 2015 - 2044 - bis zu - Kap. 1209, Titel 823 16	300.000	0	0	300.000
HE	62		frei				
HE	62.1	A 44	EMB LGr NW/HE - AD Kassel-Süd Erneuerung der Fahrbahn zwischen AS Diemelstadt und AS Warburg, km 48,500 - km 41,750				
			Gesamtkosten	8.001			
			Davon:				
			Kap. 1202 (IBP I)	6.150	6.150	0	0
			Kap. 1209, Titel 741 32	1.851	1.851	0	0
HE	63	A 45	EMB 1 LGr NW/HE - AK Gambach Notinstandsetzung der Lahntalbrücke Dolar				
			Gesamtkosten	10.940			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	8.407	3.200	1.000	4.207
			Kap. 6091 (KP II)	2.533	2.533	0	0
HE	**64**	A 45	EMB 1 LGr NW/HE - AK Gambach Ersatzneubau der Lahntalbrücke Dolar, Teilbauwerk in Fahrtrichtung Frankfurt				
			Gesamtkosten	34.080			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	34.055	2.000	12.000	20.055
			Kap. 1209, Titel 821 35	25	25	0	0
HE	65	A 45	EMB 1 LGr NW/HE - AK Gambach Erneuerung der Fahrbahndecke einschl. Instandsetzung der Brückenbauwerke unter 5 Mio. €				
			Gesamtkosten	30.030			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	20.338	0	1.000	19.338
			Kap. 1210, Titel 741 32	9.692	9.692	0	0

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme Erhaltungsmaßnahmenbereich (EMB)	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
HE	66	A 45	EMB 1 LGr NW/HE - AK Gambach Ersatzneubau der Talbrücke Windelbach und Instandsetzung der Ambachtalbrücke einschließlich Streckenbau km 140,0 bis km 141,5				
			Gesamtkosten	45.444			
			Davon:				
			Kap. 1202 (KP I)	21.886	21.886	0	0
			Kap. 1209, Titel 741 32	22.041	21.500	300	241
			Kap. 1210, Titel 741 32	1.494	1.494	0	0
			Kap. 1210, Titel 821 35	23	23	0	0
HE	66.1	A 45	EMB 1 LGr NW/HE - AK Gambach Instandsetzung und Verstärkung der Talbrücke Volkersbach				
			Gesamtkosten	5.190			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	2.675	2.500	175	0
			Kap. 6091 (KP II)	2.515	2.515	0	0
HE	66.2	A 45	EMB 1 LGr NW/HE - AK Gambach Vorabmaßnahmen zu den Notinstandsetzungen der Talbrücken Kalteiche, Sechshelden, Marbach und Lützelbach (km 132,2 - km 139,0)				
			Gesamtkosten	8.569			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	2.930	1.000	1.000	930
			Kap. 6091 (KP II)	5.639	5.639	0	0
HE	66.3		frei				
HE	66.4	A 45	EMB 1 LGr NW/HE - AK Gambach Notinstandsetzung der Talbrücke Kalteiche				
			Gesamtkosten	6.842			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	4.824	4.340	484	0
			Kap. 6091 (KP II)	2.018	2.018	0	0
HE	66.5	A 45	EMB 1 LGr NW/HE - AK Gambach Ersatzneubau der Talbrücke Lützelbach				
			Gesamtkosten	39.426			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	39.416	1.990	10.000	27.426
			Kap. 1209, Titel 741 32	10	10	0	0
HE	**66.6**	A 45	EMB 1 LGr NW/HE - AK Gambach Ersatzneubau der Talbrücke Marbach				
			Gesamtkosten	44.629			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	44.629	0	500	44.129
HE	**66.7**	A 45	EMB 1 LGr NW/HE - AK Gambach Ersatzneubau der Talbrücke Münchholzhausen				
			Gesamtkosten	52.987			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	52.879	2.000	9.000	41.879
			Kap. 1209, Titel 821 35	108	0	50	58

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme Erhaltungsmaßnahmenbereich (EMB)	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
HE	67	A 45	EMB 1 LGr NW/HE - AK Gambach Instandsetzung und Verstärkung der Talbrücke Sechshelden				
			Gesamtkosten	20.000			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	11.829	10.500	1.300	29
			Kap. 6091 (KP II)	8.171	8.171	0	0
HE	67.0	A 49	EMB 1 AK Kassel-Mitte - AS Neuental Erneuerung der Fahrbahn zwischen AS Gudensberg - AS Felsberg (km 142,5 - 139,5)				
			Gesamtkosten	5.670			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	5.670	4.100	600	970
HE	67.0.1	A 49	EMB 1 AS Neuental - AK Kassel-Mitte Erneuerung der Fahrbahn zwischen AS Borken und AS Wabern (km 156,5 - km 153,5)				
			Gesamtkosten	5.343			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	5.343	4.200	700	443
HE	67.1	A 49	EMB 1 AS Neuental - AK Kassel-Mitte Erneuerung der Fahrbahn zwischen AS Fritzlar und AS Gudensberg (FR Kassel), km 146,5 - km 142,5				
			Gesamtkosten	5.868			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	5.862	4.500	1.300	62
			Kap. 1209, Titel 831 35	6	0	0	6
HE	67.2	A 66	EMB 1 AS Wiesbaden-Frauenstein - AD Eschborn Erneuerung der Fahrbahn zwischen AK Schierstein und AS Wiesbaden-Frauenstein (beide FR), km 32,20 - km 34,06 einschl. Ersatzneubau UF Schönaustraße (K 654)				
			Gesamtkosten	6.998			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	6.998	0	1.800	5.198
HE	67.3	A 66	EMB 1/2 AS Wiesbaden-Frauenstein - AD Eschborn - AS Schlüchtern-Nord Erneuerung der Fahrbahn zwischen AS Kelkheim und AS Miquellallee (beide FR), km 3,1 - 6,5 und km 100,0 - 107,0				
			Gesamtkosten	7.276			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	7.276	100	3.500	3.676
HE	67.4	A 66	EMB 2 AD Eschborn - AS Schlüchtern-Nord Erneuerung der Fahrbahndecke zwischen AS Bad Orb/Wächtersbach und AS Schlüchtern/Nord beide FR, km 158,600 - 183,800				
			Gesamtkosten	16.771			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	13.814	12.134	500	1.180
			Kap. 1210, Titel 741 32	2.957	2.957	0	0
HE	**68**	A 480	EMB AS Aßlar - AD Reiskirchen Instandsetzung UF K 25, DB und Lahn bei Gießen-Nord				
			Gesamtkosten	8.300			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	8.300	0	1.000	7.300

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme Erhaltungsmaßnahmenbereich (EMB)	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
HE	69	A 643	EMB AS Wiesbaden-Dotzheim - LGr HE/RP Ersatzneubau des Kreuzungsbauwerkes A 643/A 66 im AK Wiesbaden-Schierstein (BW 10)				
			Gesamtkosten	7.190			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	7.190	1.000	4.500	1.690
HE	70	A 659	EMB LGr BW/HE - LGr HE/BW Ersatzneubau der UF OEG bei Viernheim (BW 10)				
			Gesamtkosten	9.746			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	9.746	0	500	9.246
HE	70.1		frei				
HE	70.2	A 661	EMB AS Oberursel-Nord - AS Egelsbach Instandsetzung von 3 Ingenieurbauwerken zwischen AS Frankfurt/M und AS Offenbach-Kaiselei (km 319,7 - km 320,3)				
			Gesamtkosten	10.744			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	10.744	9.500	300	944
HE	71		frei				
HE	73	A 671	EMB AS Wiesbaden-Mainzer Str. - AD Mainspitz Ersatzneubau "UF B 263, Kreisel Amöneburg"				
			Gesamtkosten	11.900			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	11.900	5.500	4.600	1.800
	74		frei				
MV	75	A 19	EMB 1 AS Rostock-Überseehafen - AS Laage Erneuerung der Fahrbahndecke zwischen AS Laage und Rostock (AS Krummendorf) (km 91,2 bis 122,9)				
			Gesamtkosten	126.085			
			Davon:				
			Dritte	38			
			Kap. 1209, Titel 741 32	27.867	11.476	2.500	13.891
			Kap. 1209, Titel 821 35	148	143	5	0
			Kap. 1210, Titel 741 32	96.013	96.013	0	0
			Kap. 1210, Titel 821 35	556	556	0	0
			Kap. 1210 (ZIP)	1.463	1.463	0	0
MV	76	A 19	EMB 2 AS Laage - LGr MV/BB Erneuerung der Fahrbahndecke zwischen LGr BB/MV und AS Laage (km 13 bis 91,2)				
			Gesamtkosten	138.812			
			Davon:				
			Dritte	5.280			
			Kap. 1209, Titel 741 32	48.260	37.524	0	10.736
			Kap. 1209, Titel 821 35	396	336	50	10
			Kap. 1210, Titel 741 32	62.266	62.266	0	0
			Kap. 1210, Titel 821 35	348	348	0	0
			Kap. 1210 (ZIP)	2.812	2.812	0	0
			Kap. 6091 (KP II)	19.450	19.450	0	0

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme Erhaltungsmaßnahmenbereich (EMB)	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
MV	77	A 19	EMB 2 AS Laage - LGr MV/BB Ersatzneubau Brücke Petersdorfer See				
			Gesamtkosten	32.242			
			Davon:				
			Dritte	130			
			Kap. 1209, Titel 741 32	31.986	847	50	31.089
			Kap. 1209, Titel 821 35	126	2	1	123
MV	78	A 24	EMB 1 LGr SH/MV - AD Schwerin Erneuerung der Fahrbahndecke zwischen der LGr SH/MV und dem Dreieck Schwerin (km 51,7 bis 101,0)				
			Gesamtkosten	98.424			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	33.956	108	200	33.648
			Kap. 1210, Titel 741 32	57.167	57.167	0	0
			Kap. 1210 (ZIP)	7.301	7.301	0	0
MV	79	A 24	EMB 2 AD Schwerin - LGr MV/BB Erneuerung der Fahrbahndecke zwischen Dreieck Schwerin und der LGr MV/BB (km 101,0 bis 134,9)				
			Gesamtkosten	74.955			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	22.136	8.455	1.500	12.181
			Kap. 1210, Titel 741 32	51.405	51.405	0	0
			Kap. 1210, Titel 743 32	1.414	1.414	0	0
	80-85		frei				
NI	86	A 2	EMB 3 und 4 AK Hannover/Ost - AK Wolfsburg/Königslutter - LGr NI/ST Erneuerung der Fahrbahndecke zwischen LGr ST/NI und AK Hannover-Ost (km 128,5 bis 213,0)				
			Gesamtkosten	102.201			
			Davon:				
			Kap. 1202 (KP I)	736	736	0	0
			Kap. 1209, Titel 741 32	92.282	30.574	11.000	50.708
			Kap. 1210, Titel 741 32	9.183	9.183	0	0
NI	86.1	A 2	EMB 1 LGr NW/NI - AS Wunstorf-Kolenfeld Erneuerung der Fahrbahndecke zwischen östlich AS Wunstorf-Kolenfeld und LGr NW/NI (km 243,0 bis 283,8)				
			Gesamtkosten	39.956			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	36.372	9.704	2.000	24.668
			Kap. 1210, Titel 741 32	3.584	3.584	0	0
NI	87	A 7	EMB 1 AS Fleestedt - AD Walsrode Grunderneuerung vom AD Horst bis LGr NI/HH (AS Fleestedt)				
			Gesamtkosten	19.673			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	14.149	13.641	500	8
			Kap. 1210, Titel 741 32	3.524	3.524	0	0
			Kap. 1210, Titel 743 32	2.000	0	2.000	0

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme Erhaltungsmaßnahmenbereich (EMB)	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
NI	88	A 7	EMB 1 AS Fleestedt - AD Walsrode Erneuerung der Hauptfahrstreifen zwischen AS Garlstorf und Horster Dreieck (km 34,500 bis 18,000) sowie Erneuerung des Bauwerkes 433 (A 1/A 7) im Horster Dreieck				
			Gesamtkosten	18.951			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	16.951	10.729	5.300	922
			Kap. 1210, Titel 743 32	2.000	0	2.000	0
NI	88.1	A 7	EMB 2 AD Walsrode - AD Hannover-Ost Erneuerung der Fahrbahndecke von TR Allertal bis AD Walsrode, km 106,640 bis 95,580				
			Gesamtkosten	26.697			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	26.697	3.100	18.000	5.597
NI	89		frei				
NI	89.1	A 27	EMB 1 Cuxhaven - AK Bremen Erneuerung der Fahrbahndecke zwischen AS Uthlede und AS Bremerhaven-Süd (km 98,500 bis km 117,096)				
			Gesamtkosten	37.200			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	33.200	18.975	12.000	2.225
			Kap. 1210, Titel 743 32	4.000	3.000	1.000	0
NI	90	A 28	EMB 1 AD Leer - AK Oldenburg-Ost Erneuerung der Fahrbahndecke zwischen AS Bad Zwischenahn-West und AS Zwischenahner Meer (km 58,685 - km 66,117)				
			Gesamtkosten	16.168			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	16.168	4.040	4.000	8.128
NI	91		frei				
NI	91.1	A 28	EMB 2 AK Oldenburg-Ost - Delmenhorst Erneuerung der Fahrbahndecke zwischen AK Oldenburg-Ost und AS Hude (km 87,6 bis km 102,4)				
			Gesamtkosten	28.202			
			Davon:				
			Kap. 1202 (KP I)	1.449	1.449	0	0
			Kap. 1209, Titel 741 32	23.481	22.407	50	1.024
			Kap. 1210, Titel 741 32	1.717	1.717	0	0
			Kap. 6091 (KP II)	1.555	1.555	0	0
NI	92	A 30	EMB 1 BGr D/NL - AS Rheine-Nord Erneuerung der Fahrbahndecke zwischen BGr D/NL und AS Schüttdorf-Nord, km 0,000 bis km 14,150				
			Gesamtkosten	34.949			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	32.899	30.165	20	2.714
			Kap. 1210, Titel 741 32	1.893	1.893	0	0
			Kap. 6091 (KP II)	157	157	0	0

Land	lfd. Nr. (Vorjahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme Erhaltungsmaßnahmenbereich (EMB)	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbehalten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
NI	93	A 30	EMB 2 AK Lotte - AS Rödringhausen Erneuerung der Fahrbahndecke zwischen AS Hasbergen und AS Bruchmühlen, km 66,9 bis 104,0				
			Gesamtkosten	117.174			
			Davon:				
			Kap. 1202 (KP I)	386	386	0	0
			Kap. 1209, Titel 741 32	62.591	58.136	3.000	1.455
			Kap. 1210, Titel 741 32	50.349	50.349	0	0
			Kap. 6091 (KP II)	3.848	3.848	0	0
NI	94	A 31	EMB 1 Emden - AD Leer Fahrbahnerneuerung und Standstreifenanbau zwischen AS Emden-Ost und AS Neermoor, km 9,437 - 26,577				
			Gesamtkosten	55.210			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	46.305	12.505	50	33.750
			Kap. 1209, Titel 821 35	925	160	240	525
			Kap. 1210, Titel 741 32	6.912	6.912	0	0
			Kap. 1210, Titel 821 35	68	68	0	0
			Kap. 6091 (KP II)	1.000	1.000	0	0
NI	**94.1**	A 31	EMB 2 AD Leer - AD Bunde Bautechnische Instandsetzung des Emstunnels				
			Gesamtkosten	11.176			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	11.176	0	3.000	8.176
NI	95	A 31	EMB 2 AD Leer - AD Bunde Erneuerung der Fahrbahndecke zwischen AS Papenburg und AS Jemgum, km 52,899 bis 52,083 und km 4,570 bis 16,872				
			Gesamtkosten	25.845			
			Davon:				
			Kap. 1202 (KP I)	343	343	0	0
			Kap. 1209, Titel 741 32	18.911	17.783	100	1.028
			Kap. 1210, Titel 741 32	4.184	4.184	0	0
			Kap. 6091 (KP II)	2.407	2.407	0	0
NI	96	A 31	EMB 3 AD Bunte - Geeste Erneuerung der Fahrbahndecke zwischen AS Papenburg und AS Lathen, km 53,350 bis 81,950				
			Gesamtkosten	65.157			
			Davon:				
			Kap. 1202, Titel 791 01	3.961	3.961	0	0
			Kap. 1209, Titel 741 32	58.882	19.726	750	38.406
			Kap. 1210, Titel 741 32	894	894	0	0
			Kap. 6091 (KP II)	1.420	1.420	0	0

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme Erhaltungsmaßnahmenbereich (EMB)	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
NI	97	A 39	EMB 3 AD Braunschweig-Südwest - AD Salzgitter Erneuerung der Fahrbahndecke mit teilweisen Anbau von Standstreifen zwischen AS Braunschweig-Rüningen und AD Salzgitter, km 29,5 bis 0,0				
			Gesamtkosten	91.898			
			Davon:				
			Kap. 1202 (KP I)	2.463	2.463	0	0
			Kap. 1209, Titel 741 32	48.413	28.313	5.500	14.600
			Kap. 1209, Titel 741 35	174	0	0	174
			Kap. 1209, Titel 821 35	451	43	50	358
			Kap. 1210, Titel 741 32	11.015	11.015	0	0
			Kap. 1210, Titel 741 35	22.260	22.260	0	0
			Kap. 1210, Titel 821 35	1.371	1.371	0	0
			Kap. 6091 (KP II)	5.751	5.751	0	0
NI	98		frei				
NI	99	A 391	EMB Westtangente Braunschweig Erneuerung der Fahrbahndecke von AS Braunschweig-Gartenstadt bis AS Braunschweig-Wenden (B 4), km 2.525 bis km 12,528				
			Gesamtkosten	30.099			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	30.099	6.148	10.000	13.951
NI	100		frei				
NI	101	A 395	EMB Braunschweig - Bad Harzburg Erneuerung der Fahrbahndecke zwischen AK Braunschweig-Süd und AS Wolfenbüttel-Nord (km 0,0 bis 7,6) und zwischen AS Schladen-Nord und AS Westerode (km 23,500 bis 40,500)				
			Gesamtkosten	44.157			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	30.083	12.233	500	17.350
			Kap. 1210, Titel 741 32	14.033	14.033	0	0
			Kap. 6091 (KP II)	41	41	0	0
	102-103		frei				
NW	104	A 1	EMB 3 AK Köln-West - AK Leverkusen Instandsetzung der Rheinbrücke Leverkusen (Strom- und Vorlandbrücke)				
			Gesamtkosten	17.000			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	15.952	6.788	4.900	4.264
			Kap. 1210, Titel 741 32	1.048	1.048	0	0
NW	105-106		frei				
NW	107	A 1	EMB 1 AS Blankenheim (L 115) - AK Bliesheim Erneuerung der Fahrbahndecke zwischen AS Euskirchen und AS Wißkirchen (km 453,8 bis km 359,3)				
			Gesamtkosten	14.324			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	8.234	8.184	50	0
			Kap. 1210, Titel 741 32	6.090	6.090	0	0
NW	107.1		frei				

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme Erhaltungsmaßnahmenbereich (EMB)	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
NW	**107.2**	A 2	EMB 4 AK Kamener Kreuz - AK Recklinghausen Erneuerung der Fahrbahndecke zwischen AS Kamen/Bergkamen und AS Dortmund-Nordort (km 415,4 bis km 427,7)				
			Gesamtkosten	51.409			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	51.409	0	16.000	35.409
NW	108	A 2/A 3/ A 516	EMB 5 AK Recklinghausen - AK Oberhausen Ersatzneubau des zentralen Kreuzungsbauwerkes AK Oberhausen				
			Gesamtkosten	11.674			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	5.909	5.529	380	0
			Kap. 1210, Titel 741 32	942	942	0	0
			Kap. 6091 (KP II)	4.823	4.823	0	0
NW	108.1	A 3	EMB 1 BGr NL/D - AK Oberhausen Erneuerung der Fahrbahndecke zwischen BGr NL/D und AS Hünxe von km 0,000 bis km 52,094				
			Gesamtkosten	66.033			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	65.930	6.085	12.600	47.245
			Kap. 1210, Titel 741 32	103	103	0	0
NW	108.2	A 3	EMB 2 AK Oberhausen - AK Hilden Erneuerung der Fahrbahndecke zwischen AS Mettmann und AK Hilden, km 100,794 - km 108,730				
			Gesamtkosten	18.884			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	15.619	500	10.100	5.019
			Kap. 1209, Titel 741 39	3.257	0	3.000	257
			Kap. 1209, Titel 821 35	8	8	0	0
NW	109	A 4	EMB 3 Anschluss B 55 A - AS Wenden (L 512) Instandsetzung Bauwerk Wiehltalbrücke				
			Gesamtkosten	21.471			
			Davon:				
			Dritte	1.801			
			Kap. 1209, Titel 741 32	9.206	5.379	3.600	227
			Kap. 1210, Titel 741 32	10.464	10.464	0	0
NW	110-115		frei				
NW	115.1	A 30	EMB 2 LGr NI/NW - AK Bad Oeynhausen (A 2) Erneuerung der Fahrbahndecke zwischen AS Bruchmühlen und AD Löhne, km 105,104 - 124,410				
			Gesamtkosten	54.645			
			Davon:				
			Kap. 1202 (IBP I)	7.500	7.500	0	0
			Kap. 1209, Titel 741 32	47.145	13.769	15.000	18.376
NW	116	A 31	EMB 1 AK Bottrop - AS Gescher/Coesfeld Erneuerung der Fahrbahndecke zwischen südl. AS Schermbeck und südl. AS Reken (km 16,550 bis km 28,550)				
			Gesamtkosten	39.199			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	39.199	500	2.500	36.199

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme Erhaltungsmaßnahmenbereich (EMB)	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
NW	117	A 31	EMB 2 AS Gescher/Coesfeld - LGr NW/NI Erneuerung der Fahrbahndecke zwischen nördl. AS Gescher/Coesfeld bis südl. AS Heek von km 45,800 bis km 60,460 (Funktionsbauvertrag)				
			Gesamtkosten	29.300			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	29.300	15.756	6.000	7.544
NW	118	A 33	EMB 1 AK Wünnenberg-Haaren - AK Bielefeld Erneuerung der Fahrbahndecke zwischen nördlich AS Paderborn-Sennelager und nördlich AS Stukenbrock-Senne, km 24,560 bis km 33,000				
			Gesamtkosten	21.400			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	21.400	5.027	10.000	6.373
NW	119	A 40	EMB 1 BGr NL/D Straelen - AK Kaiserberg Instandsetzung der Rheinbrücke Duisburg-Neuenkamp				
			Gesamtkosten	14.000			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	7.828	7.635	150	43
			Kap. 1210, Titel 741 32	6.172	6.172	0	0
NW	120	A 40	EMB 3 AD Essen-Ost - AN Übergang A 40/B 1 Erneuerung der Fahnbahndecke zwischen östlich AS Dortmund-Lütgendortmund und AK Dortmund-West, km 17,040 bis km 20,740				
			Gesamtkosten	12.534			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	12.517	5.303	2.600	4.614
			Kap. 1210, Titel 741 32	17	17	0	0
NW	121		frei				
NW	121.2	A 42	EMB 2 AK Oberhausen-West - AS Dortmund-Bodelschwingh Erneuerung der Fahrbahndecke zwischen östlich AS Herne/Börnig und AS Dortmund/Bodelschwingh, von km 51,800 - 58,330				
			Gesamtkosten	21.454			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	8.547	3.656	3.500	1.391
			Kap. 1209, Titel 741 39	2.951	2.498	400	53
			Kap. 1210, Titel 741 32	1.399	1.399	0	0
			Kap. 6091 (KP II)	8.557	8.557	0	0
NW	121.3	A 42	EMB 2 AK Oberhausen-West - AS Dortmund-Bodelschwingh Erneuerung der Fahrbahndecke zwischen westlich AS Bottrop-Süd und westlich AK Essen-Nord von km 26,3 bis km 30,2				
			Gesamtkosten	10.416			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	10.245	500	6.000	3.745
			Kap. 1209, Titel 741 39	171	0	171	0
NW	122-123		frei				

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme Erhaltungsmaßnahmenbereich (EMB)	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
NW	123.1	A 43	EMB 2 AK Recklinghausen - AN Übergang A 43/B 51 Erneuerung der Fahrbahndecke zwischen nördl. AS Recklinghausen/Herten und nödl. AK Marl-Nord, km 40,500 bis km 50,951				
			Gesamtkosten	36.751			
			Davon:				
			Dritte	250			
			Kap. 1202 (IBP I)	6.000	6.000	0	0
			Kap. 1209, Titel 741 32	30.501	5.052	10.000	15.449
NW	124	A 43	EMB 2 AK Recklinghausen - AK Münster-Süd Erneuerung der Fahrbahndecke zwischen AK Marl-Nord und AS Lavesum von km 51,35 bis km 59,05				
			Gesamtkosten	21.790			
			Davon:				
			Dritte	50			
			Kap. 1209, Titel 741 32	16.646	15.913	600	133
			Kap. 1210, Titel 741 32	21	21	0	0
			Kap. 6091 (KP II)	5.073	5.073	0	0
NW	**125**	A 44	EMB 2 AS Mönchengladbach-Ost - AK Ratingen-Ost Instandsetzung der Grundwasserwanne einschließlich Fahrbahn zwischen AS Düsseldorf-Messe/Arena und AS Düsseldorf-Stockum (km 89,700 bis km 92,300)				
			Gesamtkosten	10.764			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	10.764	0	2.000	8.764
NW	126-127		frei				
NW	128	A 45	EMB 3 AK Westhofener Kreuz - AK Dortmund-Nordwest Erneuerung der Fahrbahndecke zwischen AK Dortmund-Nordwest und südlich AS Dortmund-Eichlinghofen, km 0,0 bis 13,7				
			Gesamtkosten	42.718			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	35.862	20.863	4.000	10.999
			Kap. 1210, Titel 741 32	6.856	6.856	0	0
NW	129	A 45	EMB 2 Westhofener Kreuz (A 1) - AK Olpe-Süd (A 4) Ersatzneubau Lennetalbrücke				
			Gesamtkosten	114.800			
			Davon:				
			Kap. 1202, Titel 791 02	4.000	2.000	2.000	0
			Kap. 1209, Titel 741 32	110.800	0	8.000	102.800
NW	130	A 45	EMB 2 AL Olpe-Süd - AK Westhofener Kreuz Instandsetzung und Verstärkung der Talbrücke Rahmede				
			Gesamtkosten	18.670			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	14.108	4.600	4.500	5.008
			Kap. 1210, Titel 741 32	4.562	4.562	0	0
NW	131	A 45	EMB 1 AS Haiger/Burbach - AK Olpe-Süd Erneuerung der Fahrbahndecke zwischen nördl. AS Freudenberg und südl. AS Siegen, FR Frankfurt km 98,2 bis km 108,6				
			Gesamtkosten	14.800			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	14.800	500	8.000	6.300

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme Erhaltungsmaßnahmenbereich (EMB)	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
NW	132	A 46	EMB 1 AS Heinsberg - AK Neuss-West Erneuerung der Fahrbahndecke zwischen AD Holz und AK Neuss-West, km 49,300 - km 65,100				
			Gesamtkosten	18.552			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	18.552	100	8.400	10.052
NW	133	A 46	EMB 2 AD Neuss-Süd - AK Hilden Instandsetzung der Rheinbrücke Düsseldorf Flehe				
			Gesamtkosten	23.343			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	13.135	8.851	2.000	2.284
			Kap. 1210, Titel 741 32	10.208	10.208	0	0
NW	134	A 52	EMB 2 AN B 1/A 52 - AD Essen-Ost Erneuerung der Fahrbahndecke zwischen AS Düsseldorf-Rath und AD Essen-Ost von km 54,0 bis 82,3				
			Gesamtkosten	38.763			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	38.726	37.807	800	119
			Kap. 1210, Titel 741 32	37	37	0	0
NW	135	A 52	EMB 2 AN B 1/A 52 - AD Essen-Ost Instandsetzung der Ruhrtalbrücke bei Mintard				
			Gesamtkosten	29.615			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	7.719	6.500	1.000	219
			Kap. 1210, Titel 741 32	21.896	21.896	0	0
NW	**136**	A 59	EMB 1 AS Dinslaken-West - AK Duisburg-Süd Instandsetzung der Brückenzüge Meiderich, Gartsträuch und Berliner Brücke in Duisburg einschließlich Fahrbahnerneuerung zwischen nördlich AK Duisburg-Nord (A 42) und südlich AK Duisburg (A 40)				
			Gesamtkosten	51.000			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	51.000	800	25.000	25.200
NW	137-144		frei				
NW	145	A 448	EMB 1 AD Bochum-West - AK Dortmund-Witten Erhaltung Bochumer Außenring von Südl. AS Bochum-Stahlhausen (A 40) bis westl. Universitätsstraße				
			Gesamtkosten	31.037			
			Davon:				
			Dritte	4.479			
			Kap. 1209, Titel 741 32	23.007	15.439	7.500	68
			Kap. 1209, Titel 821 35	51	51	0	0
			Kap. 1210, Titel 741 32	3.500	3.500	0	0
NW	146		frei				
NW	147	A 553	EMB 1 AS Brühl-Nord - AK Bliesheim Erneuerung der Fahrbahndecke zwischen AS Brühl-Nord (B 51) und AK Bliesheim von km 0,8 bis 13,2				
			Gesamtkosten	28.539			
			Davon:				
			Kap. 1202 (KP I)	1.235	1.235	0	0
			Kap. 1209, Titel 741 32	27.304	18.786	7.800	718
	148-153		frei				

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme Erhaltungsmaßnahmenbereich (EMB)	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
RP	154	A 8	EMB LGr SL/RP - AS Pirmasens Erneuerung der Fahrbahndecke zwischen Zweibrücken (LGr SL/RP) und AS Pirmasens von km 100,0 bis 120,5 einschl. Deckensanierung eines Teilabschnittes im Zuge der A 62				
			Gesamtkosten	19.431			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	12.244	4.176	3.000	5.068
			Kap. 1210, Titel 741 32	7.187	7.187	0	0
RP	155-156		frei				
RP	157	A 48	EMB 2 AS Ochtendung - AD Vulkaneifel Erneuerung der Fahrbahndecke zwischen AS Ochtendung - AD Vulkaneifel von km 33,5 - 78,9				
			Gesamtkosten	77.715			
			Davon:				
			Kap. 1202 (KP I)	11.555	11.555	0	0
			Kap. 1209, Titel 741 32	37.461	29.915	4.000	3.546
			Kap. 1210, Titel 741 32	22.980	22.980	0	0
			Kap. 6091 (KP II)	5.719	5.719	0	0
RP	158	A 61	EMB 1 LGr NW/RP - AK Koblenz Instandsetzung der Nettetalbrücke, BW 5610 611				
			Gesamtkosten	6.700			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	6.700	3.000	500	3.200
RP	**158.1**	A 61	EMB 1 LGr NW/RP - AK Koblenz Instandsetzung der Brohltalbrücke, BW 5509 542				
			Gesamtkosten	5.770			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	5.770	5.770	0	0
RP	159	A 61	EMB 1 LGr NW/RP - AK Koblenz Instandsetzung der Ahrtalbrücke (BW-Nr. 5408 609)				
			Gesamtkosten	6.610			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	2.795	804	1.100	891
			Kap. 1210, Titel 741 32	3.815	3.815	0	0
RP	160	A 61	EMB 1 LGr NW/RP - AK Koblenz Verstärkung und Instandsetzung der Talbrücke Bengen, BW 5408 608				
			Gesamtkosten	9.129			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	9.129	9.129	0	0
RP	160.1	A 61	EMB 3 AD Nahetal - AK Frankental Verstärkung und Instandsetzung der Talbrücke Pfeddersheim, BW 6315 537				
			Gesamtkosten	5.820			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	5.820	3.000	2.800	20
RP	161	A 62	EMB LGr RP/SL - AK Landstuhl Erneuerung der Fahrbahndecke zwischen AS Birkenfeld (LGr SL/RP) und Pirmasens von km 175,1 bis 239,0 (Abschnitte)				
			Gesamtkosten	25.034			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	9.278	7.158	0	2.120
			Kap. 1210, Titel 741 32	15.756	15.756	0	0

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme Erhaltungsmaßnahmenbereich (EMB)	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
	162-166		frei				
SL	**167**	A 1	EMB LGr RP/SL - Saarbrücken Grundhafte Fahrbahnernmeuerung zwischen AS Braunshausen und AS Primstal mit Mettnicher Talbrücke (Betr.km 165,2 bis Talbrücke Mettnich) 1. BA, FR Saarbrücken				
			Gesamtkosten	9.388			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	9.281	9.000	0	281
			Kap. 1209, Titel 821 35	107	100	0	7
SL	**168**	A 1	EMB LGr RP/SL - Saarbrücken Grundhafte Erneuerung zwischen AS Nonnweiler-Braunshausen und AS Nonnweiler-Primstal einschl. Bauwerke (Betr.km 165,200 - 169,700) - 2. BA - FR Trier				
			Gesamtkosten	10.693			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	10.586	100	5.000	5.486
			Kap. 1209, Titel 821 35	107	5	100	2
SL	**169**	A 8	Instandsetzung der Talbrücke Großenbruch (BW 6608 536)				
			Gesamtkosten	5.750			
			Davon:				
			Dritte	60			
			Kap. 1209, Titel 741 32	5.690	0	4.000	1.690
	170		frei				
SL	**171**	A 62	EMB 1 AD Nonnweiler - AS Birkenfeld Grundhafte Erneuerung zwischen AS Nohfelden-Türkismühle bis BW 1317 einschl. Bauwerke (2. BA) beide RF; Betr.-km 168,700 bis 170.530				
			Gesamtkosten	9.616			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	9.472	0	9.000	472
			Kap. 1209, Titel 821 35	144	0	144	0
	172-176		frei				
ST	177	A 9	EMB 3 AK Rippachtal - Landesgrenze ST/TH AS Naumburg - AS Droyßig, Rifa Berlin (Betriebs-km 160+300 - km 163+950)				
			Gesamtkosten	8.305			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	8.260	0	8.260	0
			Kap. 1209, Titel 821 35	45	0	45	0
ST	178	A 9	EMB 2 Schkeuditzer Kreuz - AK Rippachtal AS Weißenfels - AS Bad Dürrenberg, Rifa Berlin (Betrieb km 142,750 - km 137,000)				
			Gesamtkosten	8.195			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	8.195	8.195	0	0
ST	179	A 9	EMB 2 Schkeuditzer Kreuz - AK Rippachtal AK Rippachtal - AS Bad Dürrenberg, Rifa München (Betrieb km 140,927 - km 137,000)				
			Gesamtkosten	6.394			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	6.394	6.394	0	0

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme Erhaltungsmaßnahmenbereich (EMB)	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
ST	**180**	A 14	EMB 2 AD Halle-Nord - AK Magdeburg AS Löbejün - AS Plötzkau, Rifa Magdeburg (Betrieb km 132+700 - km 143+500)				
			Gesamtkosten	6.394			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	6.394	0	6.300	94
SH	181	A 1	EMB 1 LGr HH/SH - AK Lübeck Erneuerung der Fahrbahndecke zwischen AK Bargteheide und AS Sereetz (km 27,2 bis 64,4)				
			Gesamtkosten	106.652			
			Davon:				
			Kap. 1202 (IBP I)	8.000	8.000	0	0
			Kap. 1209, Titel 741 32	86.979	51.255	11.000	24.724
			Kap. 1210, Titel 741 32	11.673	11.673	0	0
SH	181.1	A 1	EMB 2 AK Lübeck - AS Jahnsdorf Erneuerung der Fahrbahndecke zwischen Hasselburger Mühle und Lensahn (Rifa Nord) (km 92,900 - 100,532)				
			Gesamtkosten	5.180			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	5.180	4.647	0	533
SH	182	A 1/24	EMB 1 LGr HH/SH - AK Lübeck Erneuerung des AK Hamburg-Ost				
			Gesamtkosten	27.252			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	3.548	2.971	0	577
			Kap. 1210, Titel 741 32	23.704	23.704	0	0
	183		frei				
SH	184	A 7	EMB 1 BGr D/DK - AK Rendsburg Instandsetzung des Brückenbauwerkes Rader Insel				
			Gesamtkosten	14.457			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	2.978	1.761	0	1.217
			Kap. 1210, Titel 741 32	11.479	11.479	0	0
SH	185		frei				
SH	186	A 7	EMB 1 BGr D/DK - AK Rendsburg Erneuerung der Fahrbahndecke zwischen Bundesgrenze und AS Schleswig/Jagel (km 0,00 bis 39,75)				
			Gesamtkosten	47.032			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	22.856	21.664	0	1.192
			Kap. 1210, Titel 741 32	24.176	24.176	0	0
SH	187	A 21	EMB A 21/B 404 - AK Bargteheide Grundhafte Erneuerung zwischen Negernbötel und AS Bad Oldesloe-Süd (km 39,000 bis 62,634)				
			Gesamtkosten	41.024			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	41.000	10.469	4.000	26.531
			Kap. 1210, Titel 741 32	24	24	0	0

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme Erhaltungsmaßnahmenbereich (EMB)	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
SH	188	A 23	EMB 1 LGr HH/SH - AS Itzehoe-Süd Erneuerung der Fahrbahndecke zwischen AS Tornesch und AS Itzehoe-Süd (km 16,5 bis 42,6)				
			Gesamtkosten	54.656			
			Davon:				
			Kap. 1202 (IBP I)	8.000	8.000	0	0
			Kap. 1209, Titel 741 32	26.769	23.491	300	2.978
			Kap. 1210, Titel 741 32	19.887	19.887	0	0
SH	189	A 23	EMB 1 LGr HH/SH - AS Itzehoe-Süd Ersatzneubau der Störbrücke bei Itzehoe				
			Gesamtkosten	51.500			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	34.179	33.932	50	197
			Kap. 1210, Titel 741 32	17.321	17.321	0	0
SH	190	A 24	EMB LGr HH/SH - LGr SH/MV Erneuerung der Fahrbahndecke zwischen AK Hamburg-Ost und LGr SH/MV (km 10,0 bis 31,2 und 37,2 bis 42,8)				
			Gesamtkosten	66.769			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	30.148	29.275	200	673
			Kap. 1210, Titel 741 32	36.621	36.621	0	0
SH	191	A 24	EMB LGr HH/SH - LGr SH/MV Erneuerung der Fahrbahndecke zwischen AK Hamburg-Ost und LGr SH/MV (km 7,5 bis 10,0, km 31,2 bis 37,2 und km 42,8 bis 51,7)				
			Gesamtkosten	46.729			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	44.554	22.665	16.000	5.889
			Kap. 1210, Titel 741 32	2.175	2.175	0	0
	192-194		frei				
TH	195	A 4	EMB 1 LGr SN/TH - Hermsdorfer Kreuz Karolinentalbrücke bei Eisenach				
			Gesamtkosten	7.649			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	2.084	2.084	0	0
			Kap. 1210, Titel 741 32	1.241	1.241	0	0
			Kap. 6091 (KP II)	4.324	4.324	0	0

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
BW	1	B 14	Erneuerung des Murrtalviaduktes - Überbau West				
			Gesamtkosten	17.940			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 42	16.844	15.884	790	170
			Kap. 1210, Titel 741 42	1.096	1.096	0	0
BW	1.1	B 3	Instandsetzung der Badener Brücke bei Rastatt				
			Gesamtkosten	5.678			
			Davon:				
			Dritte	619			
			Kap. 1209 (IBP I)	5.000	5.000	0	0
			Kap. 1209, Titel 741 42	59	0	59	0
BW	2-3		frei				
BW	4	B 27	Erneuerung der Fahrbahn zwischen Bad Dürrheim und Donaueschingen (westl. Fahrbahn)				
			Gesamtkosten	5.750			
			Davon:				
			Kap. 1210, Titel 741 42	5.750	5.750	0	0
BW	5	B 294	Bau eines parallelen Rettungsstollen für den Hugenwaldtunnel i.Z. der OU Waldkirch				
			Gesamtkosten	11.320			
			Davon:				
			Kap. 1210, Titel 741 42	11.320	10.700	0	620
BW	6	B 294	Bau eines parallelen Rettungsstollen für den Reutherbergtunnel i.Z. der OU Wolfach				
			Gesamtkosten	7.975			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 42	7.797	7.797	0	0
			Kap. 1210, Titel 741 42	178	178	0	0
BW	6.1	B 311	Erneuerung des Donauviaduktes bei Untermarchtal				
			Gesamtkosten	12.659			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 42	11.910	11.010	900	0
			Kap. 1209, Titel 821 45	29	29	0	0
			Kap. 1210, Titel 741 42	600	600	0	0
			Kap. 1210, Titel 821 45	120	120	0	0
BW	6.1.1	B 312	Sanierung zwischen AS Aichtal-Norf und AS Neckartailfingen, 1. BA				
			Gesamtkosten	8.364			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 42	7.364	4.000	800	2.564
			Kap. 1210, Titel 821 45	1.000	400	200	400
BW	6.2	B 500	Sicherheitstechnische Nachrüstung Michaelstunnel Baden-Baden				
			Gesamtkosten	34.179			
			Davon:				
			Kap. 1210, Titel 742 24	15.224			
			Kap. 1209, Titel 741 42	100	100	0	0
			Kap. 1210, Titel 741 42	18.787	16.690	1.000	1.097
			Kap. 1210, Titel 821 45	68	68	0	0

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
BY	6.3	B 2	Tunnel Farchant bauliche Nachrüstung nach RABT 2006				
			Gesamtkosten	9.200			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 42	9.200	4.800	0	4.400
BY	7	B 8	Fahrbahnerneuerung bei Seukendorf				
			Gesamtkosten	9.810			
			Davon:				
			Kap. 1202 (IBP I)	4.000	4.000	0	0
			Kap. 1209, Titel 741 42	5.650	4.000	1.600	50
			Kap. 1210, Titel 741 42	160	160	0	0
BY	7.1	B 12	Neubau der Innbrücke bei Marktl				
			Gesamtkosten	7.705			
			Davon:				
			Dritte	190			
			Kap. 1209, Titel 741 42	0	0	0	0
			Kap. 1210, Titel 741 42	2.274	2.270	0	4
			Kap. 6091 (KP II)	5.241	5.241	0	0
BY	7.2	B 15	Erneuerung der Bahnbrücke bei Höhenberg				
			Gesamtkosten	7.688			
			Davon:				
			DB Netz AG	990			
			Kap. 1209, Titel 741 42	3.693	3.520	173	0
			Kap. 1210, Titel 741 42	2.621	2.621	0	0
			Kap. 1210, Titel 745 23	300	0	300	0
			Kap. 1210, Titel 821 45	84	84	0	0
BY	7.3		frei				
BY	7.4	B 309	Instandsetzung Wertachtalübergang bei Nesselwang				
			Gesamtkosten	7.657			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 42	7.153	7.153	0	0
			Kap. 1210, Titel 741 42	504	504	0	0
BE	7.5	B 2/5	Ersatzneubau Freybrücke				
			Gesamtkosten	32.260			
			Davon:				
			Kap. 1203	10.753			
			Kap. 1202, Titel 791 02	6.000	6.000	0	0
			Kap. 1210, Titel 741 42	15.507	0	8.600	6.907
BE	**7.6**	B 96a	Erneuerung von Grünbergallee bis Adlergestell				
			Gesamtkosten	6.372			
			Davon:				
			Land Berlin	125			
			DB Netz AG	86			
			Kap. 1210, Titel 741 42	5.430	0	200	5.230
			Kap. 1210, Titel 821 45	215	0	10	205
			Kap. 1210, Titel 746 22	516	0	0	516

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
BB	**8**	B 273	BW 12 über den Sacrow-Paretzer Kanal bei Marquart				
			Gesamtkosten	10.277			
			Davon:				
			Wasserschifffahrtsdirektion Ost	4.894			
			Land Brandenburg	489			
			Kap. 1209, Titel 741 42	4.894	2.000	2.000	894
HE	9		frei				
HE	9.1	B 43	Ersatzneubau UF DB und WW bei Rüsselsheim einschl. Umfahrung				
			Gesamtkosten	8.336			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 42	7.327	5.300	1.500	527
			Kap. 1210, Titel 741 42	1.000	0	0	1.000
			Kap. 1210, Titel 821 45	9	9	0	0
HE	10	B 47	Instandsetzung der alten Rheinbrücke Worms (Nibelungenbrücke) einschl. Kostenanteil RP				
			Gesamtkosten	13.600			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 42	13.134	13.000	134	0
			Kap. 1210, Titel 741 42	466	466	0	0
HE	11	B 253	Instandsetzung der UF der Dill, DB, B 277 und Stadtstraße (Hochstraße Dillenburg), ASB 5215-575				
			Gesamtkosten	5.450			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 42	450	0	0	450
			Kap. 1210, Titel 741 42	5.000	1.600	2.800	600
MV	12		frei				
MV	**12.1**	B 104	Brückenerneuerung in Neubrandenburg (BW-Nr. 2445569)				
			Gesamtkosten	12.014			
			Davon:				
			Kap. 1210, Titel 741 42	11.204	0	1.000	10.204
			Kap. 1210, Titel 821 45	810	0	150	660
MV	**12.2**	B 96a	Erneuerung der Fahrbahnentwässerung zwischen AS Stralsund (A 20) bis AS Miltzow				
			Gesamtkosten	6.737			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 42	6.642	0	2.500	4.142
			Kap. 1209, Titel 821 45	95	0	20	75
NI	13	B 1	Ersatzneubau der Münsterbrücke (Westteil) in Hameln				
			Gesamtkosten	9.499			
			Davon:				
			Dritte	1.610			
			Kap. 1209, Titel 741 42	3.750	3.728	0	22
			Kap. 1210, Titel 741 42	3.850	3.524	300	26
			Kap. 1210, Titel 746 22	180	180	0	0
			Kap. 1210, Titel 821 45	109	40	50	19
NI	13.1	B 6	Fahrbahnerneuerung in der Ortsumgehung Goslar (km 47,4 bis km 52,4)				
			Gesamtkosten	9.315			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 42	4.600	4.600	0	0
			Kap. 1210, Titel 741 42	4.715	48	4.400	267

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
NI	**14**	B 4	Erneuerung der Brücke über die "Celler Straße" in Gifhorn				
			Gesamtkosten	9.839			
			Davon:				
			Kap. 1210, Titel 741 42	9.839	0	1.000	8.839
NI	14.1	B 498	Erneuerung der Weißwasserbrücke über den Okerstausee				
			Gesamtkosten	11.349			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 42	5.800	5.614	0	186
			Kap. 1210, Titel 741 42	5.532	4.112	1.100	320
			Kap. 1210, Titel 821 45	8	1	7	0
			Kap. 6091 (KP II)	9	9	0	0
	15-17		frei				
NW	18	B 56	Ersatzneubau der DB-Brücke (Schoellerstraße) in Düren				
			Gesamtkosten	10.348			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 42	211	211	0	0
			Kap. 1210, Titel 741 42	10.137	2.703	3.000	4.434
NW	19	B 55/56	Instandsetzung der Aggertalbrücke Vollmerhausen einschl. der Bauwerke Ab- und Auffahrtsrampen Zubringer A 4				
			Gesamtkosten	10.000			
			Davon:				
			Kap. 1202 (KP I)	3.207	3.207	0	0
			Kap. 1210, Titel 741 42	6.793	6.700	93	0
NW	20	B 220	Instandsetzung der Rheinbrücke Kleve - Emmerich				
			Gesamtkosten	9.750			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 42	1.300	1.233	67	0
			Kap. 1210, Titel 741 42	8.450	8.428	22	0
NW	**21**	B 258	Grundhafte Instandsetzung von Fahrbahn, Böschungssicherung und Entwässerung im Bereich Monschau, Burgring				
			Gesamtkosten	9.077			
			Davon:				
			Kap. 1210, Titel 741 42	9.077	200	4.500	4.377
	22		frei				
RP	23	B 9	Erneuerung von Stützwänden zwischen Schweizerhaus und Kreuzbach				
			Gesamtkosten	5.256			
			Davon:				
			Kap. 1210, Titel 741 42	5.256	20	1.500	3.736
RP	24	B 9	Erneuerung von Stützwänden und der Fahrbahn zwischen Trechtingshausen und Schweizerhaus				
			Gesamtkosten	8.000			
			Davon:				
			Kap. 1210, Titel 741 42	7.991	7.558	50	383
			Kap. 1210, Titel 821 45	9	0	9	0
RP	25	B 9	Instandsetzung der Hangbrücke Krahnenberg				
			Gesamtkosten	10.003			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 42	8.652	7.474	1.100	78
			Kap. 1210, Titel 741 42	1.351	1.351	0	0

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
RP	26	B 419	Erneuerung der Moselbrücke Wellen-Grevenmacher				
			Gesamtkosten	19.578			
			Davon:				
			Großherzogtum Luxemburg	12.670			
			Kap. 1209, Titel 741 42	0	0	0	0
			Kap. 1210, Titel 741 42	6.908	3.384	3.000	524
	27-31		frei				
SN	32	B 180	Burkhardtsdorf, 2. BA				
			Gesamtkosten	8.228			
			Davon:				
			Dritte	1.513			
			Kap. 1209, Titel 741 42	4.154	2.380	1.000	774
			Kap. 1210, Titel 741 42	1.165	1.165	0	0
			Kap. 1210, Titel 821 45	1.396	749	0	647
	33-44		frei				
SH	45	B 5	Instandsetzung der Hochbrücke über den Nord-Ostsee-Kanal bei Brunsbüttel				
			Gesamtkosten	7.710			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 42	1.088	1.088	0	0
			Kap. 1210, Titel 741 42	6.622	2.581	0	4.041
SH	46-47		frei				
SH	48	B 202	Erneuerung der Fahrbahn zwischen Erfde und Norderstapel				
			Gesamtkosten	18.575			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 42	1.156	1.156	0	0
			Kap. 1210, Titel 741 42	16.453	16.236	110	107
			Kap. 1210, Titel 821 45	966	810	0	156
	49		frei				
TH	50	B 94	Instandsetzung der Gräßlitzbrücke in der OD Greiz				
			Gesamtkosten	8.637			
			Davon:				
			Stadt Greiz	647			
			Dritte	2.568			
			Kap. 1209, Titel 741 42	686	686	0	0
			Kap. 1210, Titel 741 42	2.006	2.006	0	0
			Kap. 1210, Titel 746 22	147	147	0	0
			Kap. 6091 (KP II)	2.583	2.583	0	0
TH	51	B 281	Instandsetzung der Kotschaubrücke in Pößneck				
			Gesamtkosten	9.145			
			Davon:				
			Freistaat Thüringen	769			
			Stadt Pößneck	1.420			
			Dritte	891			
			Kap. 1210, Titel 741 42	724	724	0	0
			Kap. 1210, Titel 741 45	2.936	2.913	20	3
			Kap. 1210, Titel 821 45	39	39	0	0
			Kap. 6091 (KP II)	2.366	2.366	0	0

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
BW	1	A 5	Neubau der Tank- und Rastanlage March				
			Gesamtkosten	8.309			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 34	8.069	0	0	8.069
			Kap. 1209, Titel 821 35	240	0	50	190
BW	2	A 5	Umbau und Erweiterung der Tank- und Rastanlage Bühl				
			Gesamtkosten	6.829			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 34	5.868	0	0	5.868
			Kap. 1209, Titel 821 35	938	140	100	698
			Kap. 1210, Titel 821 35	23	23	0	0
BW	3	A 5	Umbau und Erweiterung der Tank- und Rastanlage Baden-Baden				
			Gesamtkosten	7.767			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 34	7.437	7.437	0	0
			Kap. 1209, Titel 821 35	66	66	0	0
			Kap. 1210, Titel 741 34	264	264	0	0
			Kap. 1210, Titel 821 35	0	0	0	0
BW	4	A 6	Umbau und Erweiterung der Tank- und Rastanlage Kraichgau Nord und Süd				
			Gesamtkosten	25.771			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 34	21.903	5.534	6.500	9.869
			Kap. 1209, Titel 821 35	1.472	1.472	0	0
			Kap. 1210, Titel 821 35	1	1	0	0
			Kap. 6091 (KP II)	2.395	2.395	0	0
BW	5	A 6	Aus- und Umbau der bewirtschafteten Rastanlagen Hohenlohe Nord und Süd				
			Gesamtkosten	18.891			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 34	18.197	2.930	7.850	7.417
			Kap. 1209, Titel 821 35	691	397	150	144
			Kap. 1210, Titel 821 35	3	3	0	0
BW	6	A 8	Neubau der Tank- und Rastanlage Am Kämpfelbach				
			Gesamtkosten	8.475			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 34	7.814	5.997	0	1.817
			Kap. 1209, Titel 821 35	431	166	200	65
			Kap. 1210, Titel 821 35	230	230	0	0
BW	7		frei				
BW	8	A 8	Neubau der Tank- und Rastanlage Enztal				
			Gesamtkosten	11.576			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 34	11.157	0	0	11.157
			Kap. 1209, Titel 821 35	419	20	10	389

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
BY	9		frei				
BY	**10**	A 3	Erweiterung der Tank- und Rastanlage Steigerwald Nord/Süd				
			Gesamtkosten	28.031			
			Davon:				
			Dritte	20			
			Kap. 1209, Titel 741 34	26.713	0	500	26.213
			Kap. 1209, Titel 821 35	1.298	0	0	1.298
BY	10.1	A 3	Aus- und Umbau der unbewirtschafteten Rastanlagen Fuchsmühle und Ludergraben				
			Gesamtkosten	8.952			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 34	5.610	5.573	10	27
			Kap. 1209, Titel 821 35	111	0	0	111
			Kap. 1210, Titel 741 34	871	871	0	0
			Kap. 1210, Titel 821 35	60	60	0	0
			Kap. 6091 (KP II)	2.300	2.300	0	0
BY	10.2	A 3	Ausbau der bewirtschafteten Rastanlagen Aurach Nord und Süd				
			Gesamtkosten	14.332			
			Davon:				
			Dritte	899			
			Kap. 1209, Titel 741 34	12.636	5.537	4.500	2.599
			Kap. 1209, Titel 821 35	797	0	500	297
BY	10.3	A 3	Neubau einer Anschlussstelle an die Staatsstraße 2240 bei Frickenhofen				
			Gesamtkosten	11.189			
			Davon:				
			Dritte	954			
			Kap. 1209, Titel 741 35	10.066	4.201	500	5.365
			Kap. 1209, Titel 821 35	169	8	0	161
BY	**10.4**	A 6	Neubau der Rastanlagen Auergründel Nord und Süd				
			Gesamtkosten	7.321			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 34	7.277	4.000	2.500	777
			Kap. 1209, Titel 821 35	44	0	0	44
BY	10.5	A 6	Neubau der unbewirtschafteten Rastanlagen Moosbach Nord und Süd				
			Gesamtkosten	6.274			
			Davon:				
			Dritte	236			
			Kap. 1209, Titel 741 34	5.825	0	0	5.825
			Kap. 1209, Titel 821 35	98	1	0	97
			Kap. 1210, Titel 741 34	17	17	0	0
			Kap. 1210, Titel 821 35	98	98	0	0

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
BY	**10.6**	A 6	Ausbau der unbewirtschafteten Rastanlagen Auergründel Nord und Süd				
			Gesamtkosten	7.321			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 34	7.277	0	3.000	4.277
			Kap. 1209, Titel 821 35	44	0	44	0
BY	11	A 7	Umbau und Erweiterung der Tank- und Rastanlage Rhön Ost				
			Gesamtkosten	9.453			
			Davon:				
			Dritte	76			
			Kap. 1209, Titel 741 34	7.263	7.090	100	73
			Kap. 1209, Titel 821 35	36	0	0	36
			Kap. 1210, Titel 741 34	141	141	0	0
			Kap. 1210, Titel 821 35	45	45	0	0
			Kap. 6091 (KP II)	1.892	1.892	0	0
BY	11.1	A 7	Aus- und Umbau der bewirtschafteten Rastanlagen Riedener Wald West und Ost				
			Gesamtkosten	9.678			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 34	8.033	7.928	100	5
			Kap. 1209, Titel 821 35	75	0	0	75
			Kap. 1210, Titel 741 34	1.291	1.291	0	0
			Kap. 1210, Titel 821 35	19	16	0	3
			Kap. 6091 (KP II)	260	260	0	0
BY	**11.2**	A 8	Ausbau Tank- und Rastanlage Holzkirchen Süd				
			Gesamtkosten	8.050			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 34	6.514	0	1.000	5.514
			Kap. 1209, Titel 821 35	1.536	0	500	1.036
BY	12	A 9	Ausbau der bewirtschafteten Rastanlage Köschinger Forst Ost				
			Gesamtkosten	6.855			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 34	6.012	5.789	220	3
			Kap. 1209, Titel 821 35	843	766	70	7
BY	13	A 9	Ausbau der bewirtschafteten Rastanlage Köschinger Forst West				
			Gesamtkosten	5.640			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 34	5.245	5.245	0	0
			Kap. 1209, Titel 821 35	395	0	300	95
BY	14	A 9	Umbau des Autobahnkreuzes Neufahrn				
			Gesamtkosten	25.324			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 35	8.394	5.467	0	2.927
			Kap. 1209, Titel 821 35	0	0	0	0
			Kap. 1210, Titel 741 35	16.327	16.327	0	0
			Kap. 1210, Titel 821 35	603	603	0	0

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
BY	15	A 9	Erneuerung der Fahrbahndecke und temporäre Standstreifenfreigabe zwischen Allershausen und Neufahrn, km 497,419 - 511,990				
			Gesamtkosten	57.821			
			Davon:				
			Kap. 1202 (IBP I)	4.000	4.000	0	0
			Kap. 1209, Titel 741 32	25.000	0	0	25.000
			Kap. 1209, Titel 741 35	10.839	10.816	0	23
			Kap. 1209, Titel 821 35	0	0	0	0
			Kap. 1210, Titel 741 35	17.982	17.982	0	0
BY	**16**	A 9	Ausbau der bewirtschafteten Rastanlage Fürholzen Ost				
			Gesamtkosten	13.542			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 34	12.508	0	500	12.008
			Kap. 1209, Titel 821 35	1.034	0	0	1.034
BY	**17**	A 9	Ausbau der bewirtschafteten Rastanlage Fürholzen West				
			Gesamtkosten	9.100			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 34	8.000	0	500	7.500
			Kap. 1209, Titel 821 35	1.100	0	0	1.100
BY	18-19		frei				
BY	19.1	A 70	Neubau der PWC-Anlage Wiesentquelle				
			Gesamtkosten	7.604			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 34	7.044	6.997	40	7
			Kap. 1209, Titel 821 35	400	384	0	16
			Kap. 1210, Titel 741 34	160	160	0	0
BY	20-21		frei				
BY	22	A 93	Ausbau der unbewirtschafteten Rastanlagen Schlossberg				
			Gesamtkosten	7.431			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 34	7.415	5.360	2.000	55
			Kap. 1210, Titel 821 35	16	16	0	0
BY	22.1	A 93	Neubau der T&R Waldnaabtal Ost und West				
			Gesamtkosten	16.351			
			Davon:				
			Dritte	2.432			
			Kap. 1209, Titel 741 34	10.873	10.808	60	5
			Kap. 1209, Titel 821 35	362	362	0	0
			Kap. 1210, Titel 741 34	2.664	2.664	0	0
			Kap. 1210, Titel 821 35	20	20	0	0

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
BY	23	A 99	Ausbau der AS Kirchheim				
			Gesamtkosten	7.255			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 35	1.038	55	0	983
			Kap. 1209, Titel 821 35	703	0	0	703
			Kap. 1210, Titel 741 35	4.995	4.995	0	0
			Kap. 1210, Titel 821 35	519	519	0	0
BY	24	A 99	Verlegung der AS Aschheim/Ismaning				
			Gesamtkosten	25.359			
			Davon:				
			Dritte	4.923			
			Kap. 1209, Titel 741 35	16.569	108	5.000	11.461
			Kap. 1209, Titel 821 35	3.867	2.123	1.510	234
	25-31		frei				
BB	32	A 11	Grundhafte Erneuerung AS Britz - AS Prenzlau mit Anbau von Seitenstreifen km 41,9 bis 78,3				
			Gesamtkosten	104.747			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 35	28.442	4.292	0	24.150
			Kap. 1210, Titel 741 35	74.311	74.311	0	0
			Kap. 1210, Titel 743 12	1.994	0	0	1.994
BB	33	A 11	Grundhafte Erneuerung AD Kreuz Uckermark - LGr BB/MV mit Anbau von Seitenstreifen, km 81,7 - 90,5				
			Gesamtkosten	23.352			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 35	18.907	6.749	2.000	10.158
			Kap. 1209, Titel 821 35	564	564	0	0
			Kap. 1210, Titel 741 35	3.881	3.881	0	0
BB	34		frei				
BB	35	A 12	Grundhafte Erneuerung AD Spreeau - östl. AS Storkow mit Anbau von Seitenstreifen, km 1,142 - 17,425				
			Gesamtkosten	50.991			
			Davon:				
			Dritte	316			
			Kap. 1209, Titel 741 35	47.138	10.247	11.400	25.491
			Kap. 1209, Titel 821 35	968	968	0	0
			Kap. 1210, Titel 743 12	2.569	0	1.285	1.284
BB	35.1		frei				
BB	35.2	A 12	AS Briesen - AS Müllrose, Bauwerk 15Ü2a, Grünbrücke bei km 39,85				
			Gesamtkosten	6.913			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 35	6.893	5.227	50	1.616
			Kap. 6091 (KP II)	20	20	0	0

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
BB	36	A 13	Grundhafte Erneuerung AK Schönefeld - AD Spreewald mit Anbau von Seitenstreifen km 1,35 bis 60,4				
			Gesamtkosten	185.539			
			Davon:				
			Dritte	4.241			
			Kap. 1209, Titel 741 35	20.391	19.200	500	691
			Kap. 1209, Titel 821 35	9.177	35	0	9.142
			Kap. 1210, Titel 741 35	143.874	143.874	0	0
			Kap. 1210, Titel 743 12	7.856	7.856	0	0
	37-47		frei				
HE	48	A 4	Neubau der Verkehrsanlagen der bewirtschafteten Rastanlage Werratal (Süd)				
			Gesamtkosten	6.624			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 34	6.425	2.500	2.500	1.425
			Kap. 1209, Titel 821 35	199	50	50	99
HE	49	A 4	Erneuerung der Fahrbahndecken zwischen Dreieck Kirchheim und AS Wildeck/Obersuhl; 1. BA Kirchheim-West, km 365,870 - 366,975				
			Gesamtkosten	6.579			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 35	5.425	0	100	5.325
			Kap. 1210, Titel 741 35	1.100	1.100	0	0
			Kap. 1210, Titel 821 35	54	54	0	0
HE	49.1	A 4	Erneuerung der Fahrbahndecken zwischen Dreieck Kirchheim und AS Wildeck/Obersuhl; 2. BA Kirchheim-Ost, km 361,300 - 365,870				
			Gesamtkosten	53.773			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 35	26.481	26.000	481	0
			Kap. 1209, Titel 821 35	370	100	100	170
			Kap. 1210, Titel 741 35	26.672	26.672	0	0
			Kap. 1210, Titel 821 35	250	250	0	0
HE	49.2	A 4	Erneuerung der Fahrbahndecken zwischen Dreieck Kirchheim und AS Wildeck/Obersuhl; 3. BA Bad Hersfeld-West, km 357,413 - 361,300				
			Gesamtkosten	81.981			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 35	80.474	700	0	79.774
			Kap. 1209, Titel 821 35	1.499	0	50	1.449
			Kap. 1210, Titel 741 35	8	8	0	0
HE	49.3	A 4	Erneuerung der Fahrbahndecken zwischen Dreieck Kirchheim und AS Wildeck/Obersuhl; 4. BA Bad Hersfeld-Ost, km 349,850 - 356,639				
			Gesamtkosten	54.781			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 35	52.740	0	6.400	46.340
			Kap. 1209, Titel 821 35	1.824	1.000	50	774
			Kap. 1210, Titel 741 35	167	167	0	0
			Kap. 1210, Titel 821 35	50	50	0	0

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
HE	49.4	A 4	Erneuerung der Fahrbahndecken zwischen Dreieck Kirchheim und AS Wildeck/Obersuhl; 5. BA Friedewald, km 344,350 - 349,850				
			Gesamtkosten	52.582			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 35	50.864	14.500	15.000	21.364
			Kap. 1209, Titel 821 35	1.093	700	145	248
			Kap. 1210, Titel 741 35	552	552	0	0
			Kap. 1210, Titel 821 35	73	73	0	0
HE	49.5	A 4	Erneuerung der Fahrbahndecken zwischen Dreieck Kirchheim und AS Wildeck/Obersuhl; 6. BA Friedewald/Wildeck, km 340,000 - 344,350				
			Gesamtkosten	27.312			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 35	26.705	8.400	3.000	15.305
			Kap. 1209, Titel 821 35	325	50	50	225
			Kap. 1210, Titel 741 35	268	268	0	0
			Kap. 1210, Titel 821 35	14	14	0	0
HE	49.6	A 4	Erneuerung der Fahrbahndecken zwischen Dreieck Kirchheim und AS Wildeck/Obersuhl; 7. BA Wildeck, km 331,260 - 340,000				
			Gesamtkosten	42.789			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 35	39.571	500	100	38.971
			Kap. 1209, Titel 821 35	825	50	50	725
			Kap. 1210, Titel 741 35	2.393	2.393	0	0
HE	50		frei				
HE	51	A 5	Ausbau der Anschlussstelle Frankfurt/M.-Niederrad				
			Gesamtkosten	5.867			
			Davon:				
			Dritte	1.760			
			Kap. 1209, Titel 741 35	4.074	4.000	0	74
			Kap. 1209, Titel 821 35	18	0	10	8
			Kap. 1210, Titel 741 35	15	15	0	0
HE	52		frei				
HE	53	A 7	/A 4, Umbau des Kirchheimer Dreiecks				
			Gesamtkosten	38.717			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 35	37.986	50	50	37.886
			Kap. 1209, Titel 821 35	612	50	50	512
			Kap. 1210, Titel 741 35	119	119	0	0
HE	54		frei				

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
HE	55	A 7/44	AK Kassel (m) - AD Kassel-Ost (m) Tank- und Rastanlage Kassel-Ost				
			Gesamtkosten	19.141			
			davon				
			Kap. 1209, Titel 741 34	13.674	6.500	5.000	2.174
			Kap. 1209, Titel 821 35	1.357	100	350	907
			Kap. 1210, Titel 741 18	1.921	1.921	0	0
			Kap. 1210, Titel 821 18	157	157	0	0
			Kap. 1210, Titel 741 34	51	51	0	0
			Kap. 1210, Titel 821 35	1.981	1.981	0	0
HE	**56**	A 45	Umbau der Tank- und Rastanlage Langen-Bergheim - Ost				
			Gesamtkosten	6.749			
			davon				
			Kap. 1209, Titel 741 34	1.235	387	800	48
			Kap. 1209, Titel 821 35	140	140	0	0
			Kap. 6091 (KP II)	5.374	5.374	0	0
HE	57	A 45	Umbau der Tank- und Rastanlage Langen-Bergheim - West				
			Gesamtkosten	7.546			
			davon				
			Kap. 1209, Titel 741 34	7.438	6.590	800	48
			Kap. 1209, Titel 821 35	108	108	0	0
HE	58	A 60	Ausbau zwischen LGr RP/HE und Mainspitzdreieck, Südfahrbahn				
			Gesamtkosten	11.564			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 35	7.117	7.000	100	17
			Kap. 1209, Titel 821 35	210	100	50	60
			Kap. 1210, Titel 741 35	3.873	3.873	0	0
			Kap. 1210, Titel 821 35	364	364	0	0
HE	59	A 66	Neubau der unbewirtschafteten Rastanlagen Weinberg und Hundsrücker Berg bei Steinau an der Straße				
			Gesamtkosten	8.561			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 34	8.314	5.600	150	2.564
			Kap. 1209, Titel 821 35	232	100	60	72
			Kap. 1210, Titel 741 34	15	15	0	0
HE	**60**	A 661	Umbau der Anschlussstelle Offenbach/Kaiserlei				
			Gesamtkosten	20.577			
			Davon:				
			Dritte	14.736			
			Kap. 1209, Titel 741 35	5.259	0	100	5.159
			Kap. 1209, Titel 821 35	582	0	100	482

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
MV	61	A 11	Grundhafte Erneuerung von LGr BB / MV bis B-GR D/PL mit Anbau von Standstreifen, km 90,7 bis 108,9				
			Gesamtkosten	84.754			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 35	33.330	7.915	0	25.415
			Kap. 1209, Titel 821 35	101	91	10	0
			Kap. 1210, Titel 741 35	46.614	46.614	0	0
			Kap. 1210, Titel 743 12	1.600	1.600	0	0
			Kap. 1210, Titel 743 32	2.275	2.275	0	0
			Kap. 1210, Titel 821 35	834	834	0	0
MV	62		frei				
MV	63	A 19	Umbau der Anschlussstelle Rostock-Ost				
			Gesamtkosten	10.765			
			Davon:				
			Dritte	3.270			
			Kap. 1209, Titel 741 35	4.278	0	0	4.278
			Kap. 1210, Titel 745 23	2.849	2.849	0	0
			Kap. 1210, Titel 741 35	368	368	0	0
	64-66		frei				
NI	67	A 7	Neubau der Anschlussstelle Schneverdingen				
			Gesamtkosten	3.312			
			Davon:				
			Dritte	738			
			Kap. 1209, Titel 741 35	2.408	100	2.000	308
			Kap. 1209, Titel 741 35	166	0	150	16
NI	**68**	A 7	Ausbau der Tank- und Rastanlagen Brunautal Ost und West				
			Gesamtkosten	7.721			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 34	7.394	2.642	4.500	252
			Kap. 1209, Titel 821 35	327	322	5	0
	69-71		frei				
NI	72	A 39/ A 391	Umbau des Autobahndreieckes Braunschweig-Südwest				
			Gesamtkosten	116.806			
			Davon:				
			Dritte	1.507			
			Kap. 1209, Titel 741 35	45.002	42.902	30	2.070
			Kap. 1209, Titel 821 35	1.044	1.040	0	4
			Kap. 1210, Titel 741 35	67.647	67.647	0	0
			Kap. 1210, Titel 821 35	1.606	1.606	0	0
NI	73	A 39	Umbau der Anschlussstelle Sandkamp				
			Gesamtkosten	7.964			
			Davon:				
			Dritte	3.671			
			Kap. 1210, Titel 741 35	4.231	1.500	2.700	31
			Kap. 1210, Titel 821 35	62	25	30	7

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
NI	**74**	A 39	Neubau der Tank- und Rastanlagen Salzgitterhüttenblick Nord und Süd				
			Gesamtkosten	7.763			
			Davon:				
			Kap. 1210, Titel 741 35	6.776	0	900	5.876
			Kap. 1210, Titel 821 35	987	214	700	73
	75-76		frei				
NW	77	A 2	Neubau der Verkehrsanlagen der bewirtschafteten Rastanlagen Lipperland Land/Nord und Süd				
			Gesamtkosten	15.509			
			Davon:				
			Dritte	1.277			
			Kap. 1209, Titel 741 34	11.762	11.599	120	43
			Kap. 1209, Titel 821 35	2.192	1.507	100	585
			Kap. 1210, Titel 821 35	278	278	0	0
NW	77.1	A 3/ 52/524	Umbau AK/AD Breitscheid				
			Gesamtkosten	11.218			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 35	8.101	7.170	900	31
			Kap. 1209, Titel 821 35	237	184	50	3
			Kap. 6091 (KP II)	2.880	2.880	0	0
NW	77.2	A 3	Neubau der Grünbrücke in Köln-Königsforst				
			Gesamtkosten	6.223			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 35	932	654	30	248
			Kap. 1209, Titel 821 35	4	0	0	4
			Kap. 6091 (KP II)	5.287	5.287	0	0
NW	78	A 4/44/ 544	Um- und Ausbau AK Aachen				
			Gesamtkosten	75.118			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 35	50.360	17.795	12.700	19.865
			Kap. 1209, Titel 821 35	2.073	322	300	1.451
			Kap. 1210, Titel 741 35	3.843	3.843	0	0
			Kap. 1210, Titel 821 35	2.092	2.092	0	0
			Kap. 6091 (KP II)	16.750	16.750	0	0
NW	78.1	A 4	Aus- und Umbau der bewirtschafteten Rastanlagen Aachen Land Nord				
			Gesamtkosten	7.153			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 34	6.369	3.589	2.400	380
			Kap. 1209, Titel 821 35	469	6	0	463
			Kap. 1210, Titel 741 34	315	315	0	0
NW	78.2	A 40	Neubau der AS Essen-Frillendorf (Nord)				
			Gesamtkosten	3.791			
			Davon:				
			Dritte	1.238			
			Kap. 1209, Titel 741 35	2.197	10	1.600	587
			Kap. 1209, Titel 821 35	356	30	300	26

Land	lfd. Nr. (Vorjahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbehalten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
NW	79	A 40	Neubau der AS Essen-Frillendorf (Süd)				
			Gesamtkosten	6.004			
			Davon:				
			Dritte	1.972			
			Kap. 1209, Titel 741 35	3.327	1.597	1.100	630
			Kap. 1209, Titel 821 35	60	31	10	19
			Kap. 1210, Titel 741 35	1	1	0	0
			Kap. 1210, Titel 821 35	644	644	0	0
NW	80	A 44/52	Umbau AK Neersen				
			Gesamtkosten	17.966			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 35	9.308	1.009	2.500	5.799
			Kap. 1209, Titel 821 35	327	97	30	200
			Kap. 1210, Titel 741 35	8.249	8.249	0	0
			Kap. 1210, Titel 821 35	82	82	0	0
NW	**80.1**	A 44	Ausbau der bewirtschafteten Rastanlagen Am Haarstrang Nord und Süd				
			Gesamtkosten	11.280			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 34	10.746	0	0	10.746
			Kap. 1209, Titel 821 35	534	3	100	431
NW	81	A 44	Umbau der unbewirtschafteten Rastanlagen Eringerfeld zu bewirtschafteten Rastanlagen Hellweg				
			Gesamtkosten	12.681			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 34	12.342	293	2.600	9.449
			Kap. 1209, Titel 821 35	339	150	60	129
NW	81.1	A 45	Aus- und Umbau der bewirtschafteten Rastanlagen Sauerland West und Ost				
			Gesamtkosten	14.218			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 32	2.713	0	0	2.713
			Kap. 1209, Titel 741 34	10.017	1.006	3.500	5.511
			Kap. 1209, Titel 741 39	1.377	0	800	577
			Kap. 1209, Titel 821 35	111	68	15	28
NW	82	A 46	Um- und Ausbau AD Düsseldorf/Süd				
			Gesamtkosten	26.162			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 35	21.634	5.096	2.200	14.338
			Kap. 1209, Titel 741 39	4.494	0	0	4.494
			Kap. 1210, Titel 741 35	34	34	0	0
NW	**83**	A 46	Ausbau der bewirtschafteten Rastanlagen Vierwinden Nord				
			Gesamtkosten	5.650			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 34	5.191	0	0	5.191
			Kap. 1209, Titel 741 39	70	0	0	70
			Kap. 1209, Titel 821 35	389	100	100	189

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
	84-88		frei				
RP	89	A 61	Neue Anschlussstelle mit der L 530 (südl. AK Mutterstadt)				
			Gesamtkosten	7.478			
			Davon:				
			Dritte	2.199			
			Kap. 1209, Titel 741 35	3.408	2.007	1.000	401
			Kap. 1209, Titel 821 35	683	415	100	168
			Kap. 1210, Titel 741 35	1.188	1.188	0	0
RP	**89.1**	A 62	Umbau im Bereich Pirmasens-Höheinöd				
			Gesamtkosten	6.756			
			Davon:				
			Kap. 1202, Titel 791 02	2.000	1.000	1.000	0
			Kap. 1209, Titel 741 35	4.729	0	4.700	29
			Kap. 1209, Titel 821 35	27	10	17	0
RP	90	A 65	/ B 272 Landau-Nord, Neubau Richtungsfahrbahn				
			Gesamtkosten	5.747			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 35	5.725	0	2.600	3.125
			Kap. 1209, Titel 821 35	22	0	10	12
RP	**91**	A 65	L 509, Anschlussstelle Landau-Zentrum/West				
			Gesamtkosten	8.360			
			Davon:				
			Dritte	2.704			
			Kap. 1209, Titel 741 35	5.527	0	1.420	4.107
			Kap. 1209, Titel 821 35	129	0	100	29
	92-95		frei				
SN	96	A 4	Nachnutzung der ehemaligen Grenzzollanlage Ludwigsdorf als beidseitig unbewirtschaftete Rastanlagen				
			Gesamtkosten	9.840			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 34	3.282	2.386	890	6
			Kap. 1209, Titel 741 35	5.959	5.851	0	108
			Kap. 1209, Titel 821 35	587	587	0	0
			Kap. 1210, Titel 741 35	12	12	0	0
	97-98		frei				
SN	99	A 13	Ausbau zwischen AS Radeburg und AD Dresden, BA 3				
			Gesamtkosten	47.698			
			Davon:				
			Kap. 1202 (IBP I)	3.000	3.000	0	0
			Kap. 1209, Titel 741 35	43.493	1.898	10.900	30.695
			Kap. 1209, Titel 821 35	1.205	166	100	939

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
SN	100	A 13	Ausbau zwischen LGr und AS Thiendorf				
			Gesamtkosten	38.981			
			Davon:				
			Dritte	266			
			DB Netz AG	1.052			
			Kap. 1209, Titel 741 35	29.321	28.528	150	643
			Kap. 1209, Titel 821 35	758	690	35	33
			Kap. 1210, Titel 741 35	7.536	7.536	0	0
			Kap. 1210, Titel 821 35	48	48	0	0

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
BW	**1**	B 3	Entlastung des Knotenpunktes B 3/B 500 bei Sinzheim				
			Gesamtkosten	6.427			
			Davon:				
			Dritte	158			
			Kap. 1210, Titel 741 45	5.836	0	800	5.036
			Kap. 1210, Titel 821 45	433	0	200	233
BW	1.1	B 10	/B 463 Umbau des Knotenpunktes an der Anschlussstelle Pforzheim-West				
			Gesamtkosten	11.100			
			Davon:				
			Kap. 1210, Titel 741 45	7.800	7.750	50	0
			Kap. 1210, Titel 821 45	3.300	2.400	100	800
BW	1.2	B 3	Um- und Ausbau der Knotenpunkte mit der K 9608 Nord und Süd im Industriegebiet Steinbach				
			Gesamtkosten	5.349			
			Davon:				
			Kap. 1210, Titel 741 45	5.107	5.000	100	7
			Kap. 1210, Titel 821 45	242	242	0	0
BW	1.3	B 3	Entlastung des Knotenpunkts B 3/K 84a/Gemeindestraße bei Steinbach				
			Gesamtkosten	6.540			
			Davon:				
			Kap. 1210, Titel 741 45	5.700	0	1.000	4.700
			Kap. 1210, Titel 821 45	840	100	100	640
BW	1.4	B 14	Anschlussstelle Backnang-Mitte				
			Gesamtkosten	8.031			
			Davon:				
			Dritte	1.637			
			DB AG	846			
			Kap. 1202, Titel 791 02	3.000	1.000	2.000	0
			Kap. 1210, Titel 741 45	2.242	0	1.000	1.242
			Kap. 1210, Titel 821 45	306	300	0	6
BW	2	B 28	Ausbau in Freudenstadt - Stuttgarter Straße				
			Gesamtkosten	17.962			
			Davon:				
			Landkreis Freudenstadt	781			
			Stadt Freudenstadt	2.206			
			Kap. 1210, Titel 741 45	12.851	10.600	800	1.451
			Kap. 1210, Titel 821 45	2.124	1.200	600	324
BW	3	B 30	3-str. Ausbau zwischen Oberessendorf und Biberach/Jordanbad				
			Gesamtkosten	8.607			
			Davon:				
			Kap. 1210, Titel 741 45	8.419	8.300	119	0
			Kap. 1210, Titel 821 45	188	170	18	0
BW	4-12		frei				

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
BW	12.1	B 462	Umbau Knotenpunkt Rotherma bei Gaggenau				
			Gesamtkosten	10.630			
			Davon:				
			Dritte	5.225			
			Kap. 1210, Titel 741 45	5.367	5.260	67	40
			Kap. 1210, Titel 821 45	38	38	0	0
BW	**12.2**	B 463	Zusatzfahrstreifen Balingen - Laufen; 1. BA: Balingen - Weilstetten				
			Gesamtkosten	8.475			
			Davon:				
			Dritte	1.695			
			Kap. 1210, Titel 741 45	6.455	4.131	1.900	424
			Kap. 1210, Titel 821 45	325	112	100	113
BY	13		frei				
BY	14	B 8	Anbau Zusatzstreifen östl. Neustadt a.d. Aisch				
			Gesamtkosten	6.705			
			Davon:				
			Dritte	355			
			Kap. 1210, Titel 741 45	5.794	5.153	0	641
			Kap. 1210, Titel 821 45	556	556	0	0
BY	15		frei				
BY	16	B 11	Ausbau von Urfeld bis Walchensee mit Steinschlag- und Lawinensicherung, 2. Bauabschnitt				
			Gesamtkosten	12.272			
			Davon:				
			Wasserwirtschaft	6.136			
			Kap. 1210, Titel 741 45	6.136	3.889	500	1.747
BY	17	B 14	Höhenfreier Knotenpunkt östlich Ansbach				
			Gesamtkosten	5.780			
			Davon:				
			Dritte	7			
			Kap. 1210, Titel 741 45	5.426	0	2.000	3.426
			Kap. 1210, Titel 821 45	347	0	200	147
BY	18	B 20	Ausbau zwischen Cham und Furth im Wald, BA II				
			Gesamtkosten	6.650			
			Davon:				
			Kap. 1202 (IBP I)	3.000	3.000	0	0
			Kap. 1210, Titel 741 45	3.591	3.480	100	11
			Kap. 1210, Titel 821 45	59	59	0	0
BY	**19**	B 26	Ausbau der Darmstädter Straße in Aschaffenburg				
			Gesamtkosten	7.679			
			Davon:				
			Dritte	910			
			Kap. 1210, Titel 741 45	5.288	0	100	5.188
			Kap. 1210, Titel 821 45	1.481	0	0	1.481

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
BY	20	B 85	Ausbau Lösau und Höferänger				
			Gesamtkosten	9.203			
			Davon:				
			Dritte	400			
			Kap. 1210, Titel 741 45	8.218	8.026	150	42
			Kap. 1210, Titel 821 45	585	585	0	0
BY	21	B 85	Ausbau Förtschendorf - Steinbach am Wald				
			Gesamtkosten	10.958			
			Davon:				
			Kap. 1210, Titel 741 45	10.287	9.895	350	42
			Kap. 1210, Titel 821 45	671	449	150	72
BY	22		frei				
BY	23	B 85	Bayreuth - Amberg; 4. BA Ausbau von Karmensölden bis Schäflohe				
			Gesamtkosten	5.978			
			Davon:				
			Kap. 1210, Titel 741 45	5.725	4.971	750	4
			Kap. 1210, Titel 821 45	253	253	0	0
BY	24-26		frei				
BY	27	B 305	Schutzwaldsanierung Weißwand zwischen Schneizlreuth und Berchtesgaden				
			Gesamtkosten	28.122			
			Davon:				
			Forstverwaltung	6.340			
			Wasserwirtschaft	10.891			
			Kap. 1210, Titel 741 45	10.891	9.044	300	1.547
	28-33		frei				
BB	**34**	B 96	Verlegung der OD Finsterwalde				
			Gesamtkosten	6.950			
			Davon:				
			Dritte	178			
			Kap. 1210, Titel 741 45	6.207	0	450	5.757
			Kap. 1210, Titel 821 45	565	0	50	515
BB	35	B 96/115	Ausbau der OD Baruth				
				10.933			
			Davon:				
			Dritte	994			
			Kap. 1210, Titel 741 45	9.890	9.384	506	0
				49	47	2	0
BB	36	B 101	Ausbau zwischen Elsterwerda und Bad Liebenwerda				
			Gesamtkosten	5.782			
			Davon:				
			Kap. 1210, Titel 741 45	5.611	50	400	5.161
			Kap. 1210, Titel 821 45	171	0	100	71
	37-43		frei				

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
HH	**44**	B 4/75	Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße				
			Gesamtkosten	130.057			
			Davon:				
			DB AG	4.325			
			Hamburg	15.041			
			Kap. 1222	16.625			
			Kap. 1202, Titel 791 02 (Schiene)	3.200			
			Kap. 1210, Titel 741 42	84.594	0	3.000	81.594
			Kap. 1210, Titel 821 45	6.272	0	1.300	4.972
HE	**45**	B 42	Ausbau zwischen Rüdesheim und Rüdesheim/Assmannshausen einschl. Bau eines Geh- und Radweges 3. BA				
			Gesamtkosten	28.059			
			Davon:				
			Kap. 1210, Titel 741 45	14.029	3.300	4.300	6.429
			Kap. 1210, Titel 746 22	12.555	6.200	4.300	2.055
			Kap. 1210, Titel 821 45	1.475	120	50	1.305
HE	46	B 253	Ausbau zwischen Biedenkopf/Ludwigshütte und Kreisgrenze, 3. und 4. BA (Sackpfeife)				
			Gesamtkosten	9.780			
			Davon:				
			Kap. 1210, Titel 741 45	9.590	5.100	2.100	2.390
			Kap. 1210, Titel 821 45	190	50	50	90
	47		frei				
HE	48	B 454	Tieferlegung in Stadtallendorf mit Anbindung der Lilienthalstraße, 2. BA				
			Gesamtkosten	8.869			
			Davon:				
			Dritte	2.711			
			Kap. 1210, Titel 741 45	5.815	5.800	15	0
			Kap. 1210, Titel 821 45	343	100	100	143
	49-60		frei				
NI	61	B 6	Ausbau der OD Berenbostel				
			Gesamtkosten	8.093			
			Davon:				
			Dritte	220			
			Kap. 1210, Titel 741 45	6.116	5.797	100	219
			Kap. 1210, Titel 746 22	553	553	0	0
			Kap. 1210, Titel 821 45	1.204	418	400	386
	62		frei				
NI	**63**	B 213	Neubau der AS Molberger Straße (L 836) in Cloppenburg				
			Gesamtkosten	5.949			
			Davon:				
			Dritte	1.981			
			Kap. 1210, Titel 741 45	3.344	2.501	500	343
			Kap. 1210, Titel 821 45	624	619	5	0
	64-74		frei				

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
NW	75	B 237	Verlängerung Nordtangente Wipperfürth				
			Gesamtkosten	5.990			
			Davon:				
			Dritte	258			
			Kap. 1210, Titel 741 45	4.868	2.445	800	1.623
			Kap. 1210, Titel 821 45	844	232	0	612
			Kap. 1210, Titel 821 22	20	20	0	0
	76-85		frei				
RP	86	B 41	/B 270 / L 160 Ausbau eines Knotenpunktes mit Überführungsbauwerk bei Fischbach (BW 6210 614)				
			Gesamtkosten	7.529			
			Davon:				
			Dritte	3.070			
			Kap. 1210, Titel 741 45	4.233	3.900	300	33
			Kap. 1210, Titel 821 45	226	210	10	6
RP	87	B 41	Um- und Ausbau des Knotenpunktes mit der L 108/L 234 bei Waldböckelheim				
			Gesamtkosten	8.639			
			Davon:				
			Land Rheinland-Pfalz	1.917			
			Kap. 1210, Titel 741 45	6.023	1.325	2.350	2.348
			Kap. 1210, Titel 821 45	699	699	0	0
	88		frei				
RP	89	B 42	Ausbau der Ortsdurchfahrt Hammerstein				
			Gesamtkosten	11.733			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 35	2.000	2.000	0	0
			Kap. 1210, Titel 741 45	11.151	6.755	3.500	896
			Kap. 1210, Titel 821 45	582	406	100	76
RP	90		frei				
RP	90.1	B 47	Ausbau zwischen Marnheim und Albisheim				
			Gesamtkosten	7.480			
			Davon:				
			Kap. 1210, Titel 741 45	6.802	6.255	20	527
			Kap. 1210, Titel 821 45	678	475	20	183
RP	91	B 51	Ausbau von Zusatzspuren zwischen Helenenberg und Meilbrück				
			Gesamtkosten	20.398			
			Davon:				
			Kap. 1210, Titel 741 45	19.478	18.879	599	0
			Kap. 1210, Titel 821 45	920	920	0	0
RP	91.1	B 51	Um- und Ausbau des Knotenpunktes mit der L 43/K 8 bei Aach-Hohensonne				
			Gesamtkosten	9.863			
			Davon:				
			Dritte	108			
			Kap. 1210, Titel 741 45	7.845	0	300	7.545
			Kap. 1210, Titel 821 45	1.910	1.910	0	0

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
RP	92	B 53	Ersatzneubau einer Brücke bei Wolf				
			Gesamtkosten	13.563			
			Davon:				
			Dritte	29			
			Kap. 1210, Titel 741 45	13.102	4.996	5.500	2.606
			Kap. 1210, Titel 821 45	432	346	50	36
	93-99		frei				
SN	100	B 6	Ausbau in Meißen, Siebeneichener Straße				
			Gesamtkosten	5.916			
			Davon:				
			Dritte	678			
			Kap. 1202, Titel 713 71	3.339	3.339	0	0
			Kap. 1210, Titel 741 45	1.749	0	1.700	49
			Kap. 1210, Titel 821 45	150	0	150	0
	101-102		frei				
SN	103	B 92	Ausbau KP S 309/K 7842 (Adorf)				
			Gesamtkosten	6.705			
			Davon:				
			Dritte	1.745			
			Kap. 1210, Titel 741 45	4.676	1.346	2.500	830
			Kap. 1210, Titel 821 45	284	29	255	0
SN	104	B 95	Ausbau südlich Ehrenfriedersdorf				
			Gesamtkosten	9.602			
			Davon:				
			Dritte	5.535			
			Kap. 1209, Titel 791 01	1.238	1.238	0	0
			Kap. 1210, Titel 741 45	2.597	200	2.300	97
			Kap. 1210, Titel 821 45	232	17	215	0
	105		frei				
SN	106	B 170	Ausbau zwischen A 4 und Zinnwald/Grenze CZ, 2. BA Bannewitz				
			Gesamtkosten	6.185			
			Davon:				
			Dritte	45			
			Kap. 1210, Titel 741 45	5.784	0	70	5.714
			Kap. 1210, Titel 821 45	356	0	0	356
SN	107	B 175	Choren bis Döbeln westl. A 14				
			Gesamtkosten	11.671			
			Davon:				
			Dritte	1.774			
			Kap. 1210, Titel 741 45	9.544	0	1.000	8.544
			Kap. 1210, Titel 821 45	353	85	0	268
SN	108	B 175	Ausbau westlich Glauchau				
			Gesamtkosten	24.946			
			Davon:				
			Dritte	182			
			Kap. 1209, Titel 821 45	804	804	0	0
			Kap. 1210, Titel 741 45	20.262	0	0	20.262
			Kap. 1210, Titel 821 45	3.698	1.096	500	2.102

Land	lfd. Nr. (Vorjahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbehalten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
	109-119		frei				
SH	120	B 76	Ausbau zwischen B 203 und Lornsenplatz in Eckernförde				
			Gesamtkosten	15.253			
			Davon:				
			Dritte	460			
			Kap. 1210, Titel 741 45	13.986	13.986	0	0
			Kap. 1210, Titel 821 45	807	786	10	11
SH	121-126		frei				
SH	127	B 404	Anlage von Überholfahrstreifen zwischen A 1 (Bargteheide) und A 24 (Schwarzenbek) 1-3. BA				
			Gesamtkosten	24.653			
			Davon:				
			Kap. 1210, Titel 741 45	24.263	6.308	1.100	16.855
			Kap. 1210, Titel 821 45	390	0	50	340
SH	128	B 432	Ausbau Knotenpunkt Ochsenzoll in Norderstedt				
			Gesamtkosten	11.890			
			Davon:				
			Dritte	6.996			
			Kap. 1210, Titel 741 45	3.963	3.963	0	0
			Kap. 1210, Titel 821 45	931	695	230	6

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
	1-5		frei				
BY	**6**	A 93	Lärmschutz Oberaudorf, Ortsteile Erlenau- und Innsiedlung				
			Gesamtkosten	3.225			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 39	2.748	0	0	2.748
			Kap. 1209, Titel 821 39	477	0	0	477
	7-30		frei				
HH	31	A 24	Lämschutz AS Hamburg-Horn bis westl. AS Hamburg-Jenfeld (km 0,667 bis 2,800)				
			Gesamtkosten	5.150			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 39	1.749	742	20	987
			Kap. 1209, Titel 821 39	159	16	0	143
			Kap. 1210, Titel 741 39	3.229	3.229	0	0
			Kap. 1210, Titel 821 39	13	13	0	0
	32-40		frei				
NW	40.1	A 2	Lärmschutz im Bereich Recklinghausen (Berghäuser Straße) km 443,9 bis 445,2				
			Gesamtkosten	3.016			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 39	2.788	2.004	200	584
			Kap. 1209, Titel 821 39	228	50	50	128
NW	**40.2**	A 3	Lärmschutz im Bereich Köln-Rath-Heumar				
			Gesamtkosten	10.184			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 39	10.038	100	4.750	5.188
			Kap. 1209, Titel 821 39	146	0	0	146
NW	**40.3**	A 3	Lärmschutz im Bereich Lohmar-Pützrath				
			Gesamtkosten	2.233			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 39	2.216	1.315	900	1
			Kap. 1209, Titel 821 39	17	10	0	7
NW	41	A 4	Lärmschutz Bereich Köln-Merheim				
			Gesamtkosten	3.101			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 39	3.084	0	500	2.584
			Kap. 1209, Titel 821 39	17	0	0	17
NW	42	A 30	Lärmschutz Bereich Bad Oeynhausen-Rehme (km 45,1 bis 52,8)				
			Gesamtkosten	5.213			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 39	5.213	4.015	1.100	98

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
NW	43	A 40	Lärmschutz in Mühlheim an der Ruhr (km 45,1 bis 52,8)				
			Gesamtkosten	5.223			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 39	5.223	5.035	150	38
NW	**43.1**	A 40	Lärmschutz AD Essen-Ost bis neue AS Essen-Frillendorf (Südseite)				
			Gesamtkosten	7.793			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 39	7.615	100	4.000	3.515
			Kap. 1209, Titel 821 39	178	0	0	178
NW	44		frei				
NW	45	A 42	Lärmschutz AS Gelsenkirchen-Heßler bis AS Gelsenkirchen-Zentrum (km 34,5 bis 37,0)				
			Gesamtkosten	6.200			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 39	6.200	3.518	1.800	882
NW	45.1	A 42	Lärmschutz AS Gelsenkirchen-Bismarck bis AS Herne-Crange (km 41,5 - 45,0)				
			Gesamtkosten	6.746			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 39	6.746	3.000	200	3.546
NW	46		frei				
NW	47	A 45	Lärmschutz im Bereich Dortmund-Bittermark				
			Gesamtkosten	2.567			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 741 39	2.267	2.257	10	0
			Kap. 1210, Titel 741 39	300	300	0	0

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
	1-30		frei				

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
BW	1		frei				
BW	2	A 5	Erweiterung und Instandsetzung der Autobahnmeisterei Walldorf				
			Gesamtkosten	2.610			
			Davon:				
			Kap. 1210, Titel 712 12	2.610	2.410	100	100
BW	3	A 6	Neubau der Autobahnmeisterei Öhringen				
			Gesamtkosten	10.538			
			Davon:				
			Kap. 1210, Titel 712 12	10.538	10.538	0	0
BW	4-6		frei				
BW	7	A 656	Neubau der Autobahnmeisterei Mannheim-Seckenheim				
			Gesamtkosten	5.867			
			Davon:				
			Kap. 1210, Titel 712 12	5.867	5.619	248	0
BY	**8**	A 3	Neubau einer Werk- und Kfz-Halle für die Autobahnmeisterei Kist				
			Gesamtkosten	3.100			
			Davon:				
			Kap. 1210, Titel 712 12	3.100	0	2.600	500
	9-11		frei				
BB	12	A 10	Umbau und Erweiterung der Autobahnmeisterei Rangsdorf				
			Gesamtkosten	3.314			
			Davon:				
			Kap. 1210, Titel 712 12	3.314	3.314	0	0
	13-14		frei				
HE	15	A 4	Neubau der Autobahnmeisterei Hönebach				
			Gesamtkosten	7.181			
			Davon:				
			Kap. 1210, Titel 712 12	7.181	7.100	81	0
	16-17		frei				
MV	18	A 14	Neubau Winterdienststützpunkt Rüggow HWI AM Upahl				
			Gesamtkosten	3.980			
			Davon:				
			Kap. 1210, Titel 712 12	3.980	3.809	171	0
	19-20		frei				
NI	21	A 2	Errichtung neuer Winterdienststützpunkte; Autobahnmeisterei Braunschweig (Hämelerwald, BS-Hafen)				
			Gesamtkosten	5.780			
			Davon:				
			Kap. 1210, Titel 712 12	5.780	5.780	0	0
	22-25		frei				

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
SN	26	A 4	Erweiterung der Autobahnmeisterei Chemnitz-Meerane				
			Gesamtkosten	2.950			
			Davon:				
			Kap. 1210, Titel 712 12	2.950	2.215	100	635
SN	**27**	A 4	Neubau der Betriebsleitzentrale in der AM Dresden-				
			Gesamtkosten	2.360			
			Davon:				
			Kap. 1210, Titel 712 12	2.360	0	0	2.360
	28-29		frei				
ST	30	A 2	Neubau der Autobahnmeisterei Theeßen				
			Gesamtkosten	4.270			
			Davon:				
			Kap. 1210, Titel 712 12	4.270	4.270	0	0
	31		frei				
SH	32	A 20	Neubau der Straßen- und Autobahnmeisterei Bad Segeberg				
			Gesamtkosten	4.419			
			Davon:				
			Kap. 1210, Titel 712 12	4.419	0	500	3.919

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8

frei

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
BW	1	A 7/6	Neubau einer Streckenfernmeldekabelanlage (LWL) im Abschnitt KH Unterelchingen - KH Oberampfrach				
			Gesamtkosten	6.000			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 13	6.000	3.500	2.500	0
BW	2	A 81/6	Bau einer LWL-Streckenfernmeldekabelanlage im Abschnitt KH Weinsberg - KH Oberampfrach				
			Gesamtkosten	4.500			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 13	4.500	3.386	800	314
BW	3-6		frei				
BW	6.5	A 5	Bau einer Lichtwellenleiterkabelanlage und Errichtung eines Richtfunksystems mit Anbindung an das SDH-System				
			Gesamtkosten	3.000			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 13	500	0	0	500
			Kap. 1210, Titel 742 13	2.500	2.500	0	0
BY	7		frei				
BY	8	A 92	Neubau einer Lichtwellenleiterkabelanlage in den Abschnitten AM Freising bis AM Wörth und AM Wörth bis AS Deggendorf-Mitte				
			Gesamtkosten	4.290			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 13	4.290	4.290	0	0
BY	9	A 95/96/ 952	Neubau einer Lichtwellenleiterkabelanlage und Richtfunkstrecke in den Abschnitten BG Tunnel Gräfelfing (A 96) - AM Starnberg (A 95), AM Starnberg (A 95) - Ende A 952 (Starnberg) und AM Starnberg (A 95) - BG Tunnel Farchant				
			Gesamtkosten	3.205			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 13	3.151	2.631	0	520
			Kap. 1210, Titel 742 13	54	54	0	0
BY	10	A 3	LWL-Kabelanlage zwischen den KH Parsberg, Eltheim, Niederwinkl, der AM Passau und dem KH Suben				
			Gesamtkosten	8.136			
			Davon:				
			Dritte	1.079			
			Kap. 1209, Titel 742 13	7.057	2.404	3.000	1.653
BY	10.1	A 3	Neubau einer LWL-Kabelanlage mit Ergänzungen zu SDH-Technik im Abschnitt AK Nürnberg-Ost - AS Parsberg, Bereich KH Feucht - KH Parsberg				
			Gesamtkosten	3.860			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 13	3.860	141	2.000	1.719
BY	11	A 7/96	Lückenschlussarbeiten an der LWL-Kabelanlage zwischen AK Ulm - AK Memmingen und AS Aichstetten - AK Memmingen				
			Gesamtkosten	3.411			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 13	3.411	2.800	0	611

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
BY	12		frei				
BY	13	A 7/45	Neubau einer LWL-Anlage mit Ergänzung der digitalen SDH-Übertragungstechnik zwischen den KH Brückenau-Werneck-Zellhausen bis LGr HE				
			Gesamtkosten	4.999			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 13	4.999	4.211	0	788
BY	14		frei				
BY	15	A 93	Neubau einer Lichtwellenleiterkabelanlage in den Abschnitten KH Holledau bis KH Saalhaupt und KH Saalhaupt bis KH Fronau				
			Gesamtkosten	3.760			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 13	3.760	3.470	0	290
BY	16		Erneuerung des Betriebsfunks im Bereich der Autobahndirektion Südbayern in den Bauabschnitten 1 - 3				
			Gesamtkosten	4.881			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 13	4.881	2.000	1.000	1.881
BB	17		frei				
BB	18	A 10	Neubau der Streckenfernmeldekabelanlage (Kupfer- und Lichtwellenleiterkabel) in den Abschnitten AS Rangsdorf - AS Genshagen - AS Michendorf				
			Gesamtkosten	3.355			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 13	3.355	0	2.000	1.355
	19		frei				
BB	**20**	A 19/24	Verlegung von Fernmeldekabel zwischen AD Wittstock - LGr BB/MV				
			Gesamtkosten	6.971			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 13	6.971	0	0	6.971
	21-23		frei				
HE	24	A 5/661	Ausbau des Kommunikationsnetzes				
			Gesamtkosten	3.380			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 13	2.504	2.450	0	54
			Kap. 1210, Titel 742 13	876	876	0	0
	25		frei				
HE	**26**	A 7	Neubau einer Lichtwellenleiterkabelanlage SDH-Ring, LGr HE/BY - AD Hattenbach				
			Gesamtkosten	4.495			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 13	4.495	0	0	4.495
	27-31		frei				
MV	32	A 24	Neuverlegung Autobahnfernmeldekabel Kupfer 24 Doppeladern und LWL 48 Fasern				
			Gesamtkosten	4.000			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 13	4.000	3.447	500	53
	33-34		frei				

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
NI	**34**	A 1/7/39	Lichtwellenleiterkabelanlage südlich Hamburg - Datenkommunikation für Verkehrsbeeinflussungsanlagen und Tunnelüberwachung				
			Gesamtkosten	4.750			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 13	4.750	0	0	4.750
NI	34.1	A 31	Erweiterung der Lichtwellenleiterkabelanlage zur nachrichtentechnischen Anbindung des Emstunnels (A 31) an die Betriebszentrale Hannover				
			Gesamtkosten	4.235			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 13	2.631	329	0	2.302
			Kap. 1210, Titel 742 13	1.604	1.604	0	0
NI	35		Verdichtung und Erneuerung des Messstellennetzes und der SWIS-Zentrale im Rahmen des Straßenzustands- und Wetterinformationssystems an Bundesfernstraßen in Niedersachsen				
			Gesamtkosten	5.160			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 13	1.442	1.430	0	12
			Kap. 1210, Titel 742 13	1.068	1.068	0	0
			Kap. 1210, Titel 742 23	2.650	2.600	50	0
NI	36	BAB/B	Breitbandkommunikationsnetz Niedersachsen/Bremen				
			Gesamtkosten	3.830			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 13	3.830	1.500	1.500	830
	37-38		frei				
NW	39	A 1/2/3/ 4/44/46	Bau von Lichtwellenleiter (LWL)-Kabelanlagen entlang den BAB'en im Bereich des Landesbetrieb Straßenbau, sowie die nachrichtentechnische Anbindung von Tunnelbauwerken und verkehrstechnischen Einrichtungen an die Tunnelbetriebs- bzw. Verkehrsrechnerzentralen				
			Gesamtkosten	24.000			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 13	11.050	5.720	1.500	3.830
			Kap. 1210, Titel 742 13	12.950	12.950	0	0
	40-41		frei				
NW	**42**	A 535/44	Lichtwellenleiterkabel- und Kupferkabelanlage im Bereich Wuppertal-Velbert - AS Langenberg - AS Heisingen				
			Gesamtkosten	5.030			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 13	5.030	0	0	5.030
	43-45		frei				
RP	46	A 3/48	Bau einer Lichtwellenleiter - Kabelanlage (LWL) und Nachrüstung von digitalen Übertragungssystemen entlang der BAB im Bereich der Fernmeldemeisterei Koblenz				
			Gesamtkosten	19.230			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 13	7.512	5.817	1.690	5
			Kap. 1210, Titel 742 13	11.718	11.718	0	0
RP	47-48		frei				

Straßenbauplan
Fernmelde-/SWIS-Anlagen BAB
Tabelle 16

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
RP	48.2		Modernisierung und Umrüstung der analogen BAB-Betriebsfunkanlagen auf digitale Betriebsfunksystem im Frequenzbereich 415-418 MHz in den Autobahnmeistereien in RP				
			Gesamtkosten	6.500			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 13	268	196	0	72
			Kap. 1210, Titel 742 13	6.232	6.232	0	0
SL	49		Modernisierung und Umrüstung der analogen Betriebsfunkanlagen auf digitale Betriebsfunksysteme in den Autobahn- und Straßenmeistereien im Saarland				
			Gesamtkosten	6.226			
			Davon:				
			Land	426			
			Kap. 1209, Titel 742 13	4.800	0	0	4.800
			Kap. 1210, Titel 742 23	1.000	0	0	1.000
SN	49.1-49.4		frei				
SN	49.5	A 14	Neubau der Streckenfernmeldekabelanlage und Nachrüstung von digitalen Übertragungssystemen in den Abschnitten AD Nossen - AS Grimma sowie AS Kleinpösna - AS Leipzig-Ost im Freistaat Sachsen				
			Gesamtkosten	7.166			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 13	7.128	47	0	7.081
			Kap. 1210, Titel 742 13	38	38	0	0
	50-51		frei				
SH	52	A 1	Bau einer LWL-Streckenfernmeldekabelanlage im Abschnitt AK Bargteheide bis AS Oldenburg/Nord				
			Gesamtkosten	4.611			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 13	4.611	1.585	1.200	1.826
SH	53	A 1	Bau einer Streckenfernmeldekabelanlage im Abschnitt Maschen (NI) - Barsbüttel (SH)				
			Gesamtkosten	3.000			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 13	3.000	1.473	1.500	27

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8

frei

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
BW	1-3		frei				
BW	4	A 7	Sicherheitstechnische Nachrüstung im Agnesbergtunnel				
			Gesamtkosten	8.359			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 14	8.359	0	2.700	5.659
BW	5		frei				
BW	6	A 7	Betriebstechnische Nachrüstung im Schönbuchtunnel				
			Gesamtkosten	9.428			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 14	9.428	1.200	4.100	4.128
BW	7-8		frei				
BW	9 (5)	A 81	Betriebstechnische Nachrüstung im Hohentwieltunnel bei Singen				
			Gesamtkosten	8.903			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 14	611	611	0	0
			Kap. 1210, Titel 742 14	8.292	8.292	0	0
BW	10	A 81	Nachrüstung der Betriebs- und Kommunikationseinrichtungen im Engelberg-Basistunnel				
			Gesamtkosten	8.179			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 14	2.586	163	2.200	223
			Kap. 1210, Titel 742 14	5.593	5.593	0	0
BW	**11**	A 96	Betriebstechnische Nachrüstung im Herfatztunnel				
			Gesamtkosten	5.567			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 14	3.905	1.700	2.000	205
			Kap. 1210, Titel 742 13	1.662	1.500	100	62
	12		frei				
BY	**13**	A 93	Betriebstechnische Nachrüstung Tunnel Pfaffenstein				
			Gesamtkosten	12.924			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 14	10.924	0	0	10.924
			Kap. 1209, Titel 741 32	2.000	0	600	1.400
BY	**14**	A 93	Betriebstechnische Nachrüstung Tunnel Prüfening				
			Gesamtkosten	7.276			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 14	5.679	0	0	5.679
			Kap. 1209, Titel 741 32	1.597	0	600	997
BY	15	A 96	Betriebstechnische Nachrüstung Tunnel Eching				
			Gesamtkosten	7.250			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 14	7.250	0	2.400	4.850

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
BY	16	A 96	Betriebstechnische Nachrüstung Tunnel Etterschlag				
			Gesamtkosten	9.600			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 14	9.600	0	1.900	7.700
BY	17	A 99	Sicherheitstechnische Nachrüstung Tunnel Allach				
			Gesamtkosten	13.455			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 14	7.957	1.205	4.100	2.652
			Kap. 1210, Titel 742 14	5.498	5.498	0	0
	18-22		frei				
BE	23	A 111	Betriebstechnische Ausstattung im Tunnel Beyschlagsiedlung und im Tunnel Forstamt				
			Gesamtkosten	4.585			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 14	4.585	0	0	4.585
BE	24	A 111	Verkehrstechnische Nachrüstung zur Erhöhung der Sicherheit bei den Tunnels Beyschlagsiedlung, Forstamt Tegel, Tegel Ortskern, Überführung Ernststraße				
			Gesamtkosten	8.800			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 14	8.800	0	400	8.400
	25-28		frei				
HH	29	A 7	Betriebstechnische Nachrüstung der Elbtunnelröhren 1 bis 3 zur Verbesserung der Sicherheit für den Verkehr				
			Gesamtkosten	71.000			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 14	41.061	30.502	10.500	59
			Kap. 1210, Titel 742 14	29.939	29.939	0	0
	30-34		frei				
NI	35	A 33	Erneuerung und Anpassung der betriebstechnischen Ausstattung im Lärmschutztunnel Dissen				
			Gesamtkosten	4.882			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 14	3.191	3.191	0	0
			Kap. 1209, Titel 741 32	1.691	1.691	0	0
	36-39		frei				
NW	40	A 40	Sicherheitstechnische Nachrüstung Ruhrschnellwegtunnel Essen				
			Gesamtkosten	9.560			
			Davon:				
			Kap. 1202, Titel 742 14	9.560	6.981	0	2.579
NW	41	A 40	Nachrüstung der Lüftung des Ruhrschnellwegtunnels Essen				
			Gesamtkosten	3.617			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 14	970	278	0	692
			Kap. 1210, Titel 742 14	2.647	2.647	0	0

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
NW	42	A 44	Sicherheitstechnische Nachrüstung Tunnel Flughafen, Düsseldorf				
			Gesamtkosten	5.800			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 14	5.800	850	200	4.750
NW	42.1	A 44	Tunnel Birth Erneuerung und Anpassung der betriebstechnischen Ausstattung zur Erhöhung der Tunnelsicherheit				
			Gesamtkosten	11.515			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 14	11.515	0	5.000	6.515
NW	42.2	A 44	Tunnel Reichwaldallee Erneuerung und Anpassung der betriebstechnischen Ausstattung zur Erhöhung der Tunnelsicherheit				
			Gesamtkosten	7.656			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 14	7.656	0	4.000	3.656
NW	43	A 46	Aufrüstung des Tunnels "Wersten" nach RABT 2006				
			Gesamtkosten	5.750			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 14	5.642	4.785	200	657
			Kap. 1210, Titel 742 14	108	108	0	0
NW	43.1	A 46	Aufrüstung des Tunnels "Universität" nach RABT 2006				
			Gesamtkosten	5.430			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 14	5.315	5.164	100	51
			Kap. 1210, Titel 742 14	115	115	0	0
NW	44	A 46	Tunnelkette Hemberg-Olpe Erneuerung und Anpassung der betriebstechnischen Ausstattung				
			Gesamtkosten	5.450			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 14	5.450	227	4.400	823
NW	45	A 52	Tunnel Huttrop Erneuerung und Anpassung der betriebstechnischen Ausstattung zur Erhöhung der Tunnelsicherheit				
			Gesamtkosten	4.518			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 14	4.518	0	200	4.318
	46-49		frei				
SN	50	A 4	Nachrüstung betriebstechnische Ausstattung Tunnel Königshainer Berge, BW 80 T				
			Gesamtkosten	12.052			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 14	12.049	212	200	11.637
			Kap. 1210, Titel 742 14	3	3	0	0
	51-54		frei				
TH	55	A 71	Sicherheitstechnische Nachrüstung Tunnel Rennsteig bei Erfurt				
			Gesamtkosten	6.500			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 14	6.500	6.500	0	0

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
BW	1	B 10	Sicherheitstechnische Nachrüstung Tunnel Grötzingen				
			Gesamtkosten	7.599			
			Davon:				
			Kap. 1210, Titel 742 24	7.599	1.000	6.500	99
BW	2-3		frei				
BW	4	B 38a	Nachrüstung Saukopftunnel zur Erhöhung der Sicherheit				
			Gesamtkosten	14.100			
			Davon:				
			Kap. 1210, Titel 742 24	14.100	14.100	0	0
BW	5	B 294	Sicherheitstechnische Nachrüstung Hugenwaldtunnel OU Waldkirch				
			Gesamtkosten	9.100			
			Davon:				
			Kap. 1210, Titel 742 24	9.100	9.100	0	0
BW	5.1	B 294	Sicherheitstechnische Nachrüstung Reutherbergtunnel im Zuge der OU Wolfach				
			Gesamtkosten	7.300			
			Davon:				
			Kap. 1210, Titel 742 24	7.300	2.500	4.700	100
BW	6	B 462	Sicherheitstechnische Nachrüstung Tunnel Gernsbach				
			Gesamtkosten	5.275			
			Davon:				
			Kap. 1210, Titel 742 24	5.275	5.275	0	0
BW	7	B 500	Sicherheitstechnische Nachrüstung Michaelstunnel				
			Gesamtkosten	15.224			
			Davon:				
			Kap. 1210, Titel 742 24	15.224	14.900	320	4
	8		frei				
BY	9	B 2n	Tunnelnachrüstung Tunnel Farchant				
			Gesamtkosten	4.500			
			Davon:				
			Kap. 1210, Titel 742 24	4.500	359	2.000	2.141
	10-25		frei				
NW	26	B 236	Tunnel Dortmund-Wambel Instandsetzung der betriebstechnischen Ausstattung				
			Gesamtkosten	7.793			
			Davon:				
			Kap. 1210, Titel 742 24	7.793	6.568	1.000	225
	27-30		frei				
RP	31	B 10	Tunnelgruppe bei Annweiler				
			Gesamtkosten	14.100			
			Davon:				
			Kap. 1210, Titel 742 24	14.100	13.763	0	337

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
BW	1		Verdichtung der Verkehrsdatenerfassung in Baden-Württemberg				
			Gesamtkosten	3.133			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 15	3.133	500	1.500	1.133
BW	2		frei				
BW	3		Streckenbeeinflussungsanlage zwischen AD Leonberg und AS Mundelsheim				
			Gesamtkosten	14.000			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 15	11.778	10.560	200	1.018
			Kap. 1210, Titel 743 12	2.222	1.241	0	981
BW	4-5		frei				
BW	6		Netzbeeinflussungsanlage Rhein-Neckar - Teil Baden-Württemberg				
			Gesamtkosten	7.696			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 15	7.233	5.600	1.500	133
			Kap. 1209, Titel 741 35	463	350	110	3
BW	7	A 8	Streckenbeeinflussung AD Leonberg - AS Wendlingen				
			Gesamtkosten	21.238			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 15	17.537	17.060	300	177
			Kap. 1209, Titel 741 32	3.279	2.004	800	475
			Kap. 1210, Titel 742 15	422	422	0	0
BW	8	A 8	Erneuerung der Nebelwarnanlage Hohenstadt-Riedheim (Ulm)				
			Gesamtkosten	12.301			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 15	11.698	900	2.100	8.698
			Kap. 1209, Titel 741 32	603	0	0	603
	9-13		frei				
BY	13.1	A 3/6/ 9/73	Netzbeeinflussung und dynamische Zielführung im Raum Nürnberg				
			Gesamtkosten	6.136			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 15	104	60	0	44
			Kap. 1210, Titel 742 15	6.032	6.032	0	0
BY	14	A 3	Umbau der Streckenbeeinflussungsanlage Würzburg				
			Gesamtkosten	4.399			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 15	3.593	2.553	50	990
			Kap. 1210, Titel 742 15	806	806	0	0
BY	15-17		frei				
BY	18	A 8/92/ 99/B471	Wechselwegweisung AK München-Süd und München-Nordwest				
			Gesamtkosten	6.145			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 15	2.972	31	600	2.341
			Kap. 1210, Titel 742 15	3.173	3.173	0	0

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
BY	19	A 9	Verkehrsbeeinflussungsanlage AS München-Frankfurter Ring - AD Holledau				
			Gesamtkosten	31.584			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 15	13.277	7.924	0	5.353
			Kap. 1209, Titel 741 32	1.855	1.855	0	0
			Kap. 1209, Titel 741 35	5.151	5.151	0	0
			Kap. 1210, Titel 742 15	11.301	11.301	0	0
BY	19.1	A 9	Ergänzung Verkehrsbeeinflussungsanlage um eine Seitenstreifenfreigabe zwischen AD Holledau und AK Neufahrn				
			Gesamtkosten	21.440			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 15	17.861	10.924	0	6.937
			Kap. 1209, Titel 741 32	624	624	0	0
			Kap. 1210, Titel 742 15	2.838	2.838	0	0
			Kap. 1210, Titel 741 32	117	117	0	0
BY	20-21		frei				
BY	22	A 3/6/ 7/9/72	Dynamische Netzsteuerung Bayern (dNet Bayern) Stufe 1				
			Gesamtkosten	14.537			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 15	14.537	3.000	6.000	5.537
	23-33		frei				
HB	34	A 27	Optimierung von Verkehrssicherheit und Verkehrsfluss AS Bremen-Nord - AS Achim-Ost				
			Gesamtkosten	4.173			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 15	3.637	2.000	0	1.637
			Kap. 1209, Titel 741 32	536	0	0	536
	35		frei				
HH	36	A 1	Streckenbeeinflussungsanlage Hamburg-Südost				
			Gesamtkosten	8.252			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 15	7.353	3.609	2.000	1.744
			Kap. 1209, Titel 741 32	883	400	410	73
			Kap. 1210, Titel 742 15	16	16	0	0
HH	37		frei				
HE	38	A 3	Streckenbeeinflussungsanlage Wiesbadener Kreuz - AS Ffm-Süd - Mönchhofdreieck				
			Gesamtkosten	7.469			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 15	6.436	200	3.000	3.236
			Kap. 1209, Titel 741 32	1.033	0	0	1.033
HE	39		Umrüstung des vorhandenen Messstellennetzes zur Verkehrsdatenerfassung im Bereich des Bundesautobahnnetzes in Hessen				
			Gesamtkosten	6.190			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 15	2.942	1.900	550	492
			Kap. 1210, Titel 742 15	2.605	2.605	0	0
			Kap. 1210, Titel 743 12	643	643	0	0

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
HE	40	A 5	Streckenbeeinflussung AS Reiskirchen - AS Homberg/Ohm				
			Gesamtkosten	4.449			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 15	4.207	3.800	300	107
			Kap. 1209, Titel 74132	242	0	0	242
HE	41		Netzbeeinflussung Rhein-Main-Ost/Mittelhessen				
			Gesamtkosten	5.120			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 15	5.120	3.200	1.920	0
HE	41.1	A 3	Streckenbeeinflussungsanlage LGr RP - AS Limburg-Süd				
			Gesamtkosten	5.995			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 15	4.978	1.500	3.400	78
			Kap. 1202, Titel 741 35	1.017	0	1.000	17
HE	42	A 3/5	Ersatzmaßnahme dWiSta Frankfurter Kreuz				
			Gesamtkosten	3.493			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 15	3.225	2.400	50	775
			Kap. 1209, Titel 741 32	62	0	0	62
			Kap. 1210, Titel 742 15	146	146	0	0
			Kap. 1210, Titel 741 32	60	60	0	0
HE	42.3	A 5	Streckenbeeinflussungsanlage Gambacher Kreuz - Friedberg				
			Gesamtkosten	7.017			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 15	657	657	0	0
			Kap. 1210, Titel 742 15	6.360	6.360	0	0
HE	**42.4**	A 5	Temporäre Seitenstreifenfreigabe zwischen dem Gambacher Kreuz und der AS Friedberg				
			Gesamtkosten	9.426			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 15	6.714	0	0	6.714
			Kap. 1209, Titel 741 32	2.712	0	0	2.712
HE	43	A 5	Temporäre Seitenstreifenfreigabe AS Alsfeld-Ost - Hattenbacher Dreieck				
			Gesamtkosten	5.143			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 15	4.137	100	3.000	1.037
			Kap. 1209, Titel 741 35	1.006	0	0	1.006
HE	43.1	A 45/ A 66/B 43a	Streckenbeeinflussungsanlage mit temporärer Seitenstreifenfreigabe Langenselbold - Hanau				
			Gesamtkosten	13.374			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 15	10.669	0	0	10.669
			Kap. 1209, Titel 741 32	2.705	0	0	2.705
HE	44		frei				

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
HE	44.2	A 7/ 5/44/49	Netzbeeinflussungsanlage Nordhessen (Kasseler Ring)				
			Gesamtkosten	3.471			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 15	3.049	0	0	3.049
			Kap. 1209, Titel 741 32	422	0	0	422
HE	45		Netzbeeinflussung im Nordkorridor Rhein-Main				
			Gesamtkosten	5.810			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 15	5.767	2.360	0	3.407
			Kap. 1210, Titel 742 15	43	43	0	0
HE	45.1		Soft- und Hardware-Erweiterung Teil II der Verkehrsrechnerzentrale in Rüsselsheim				
			Gesamtkosten	4.346			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 15	771	601	170	0
			Kap. 1210, Titel 742 15	3.575	3.575	0	0
HE	45.2		Umfassende Verkehrsdatenerfassung auf BAB in Hessen				
			Gesamtkosten	8.100			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 15	2.247	1.760	0	487
			Kap. 1210, Titel 742 15	3.649	3.649	0	0
			Kap. 1210, Titel 743 12	2.204	2.204	0	0
	46-47		frei				
NI	47.1	A 2	Verkehrsbeeinflussungsanlage zwischen AK Hannover-Buchholz und AS Lehrte-Ost sowie zwischen AK Braunschweig-Nord und AK Wolfsburg-Königslutter				
			Gesamtkosten	5.500			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 15	1.754	250	250	1.254
			Kap. 1210, Titel 742 15	3.746	3.746	0	0
NI	48		frei				
NI	49	A 2/391 /39/7	Netzbeeinflussungsanlage Hannover - Braunschweig - Salzgitter				
			Gesamtkosten	4.726			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 15	4.364	100	1.500	2.764
			Kap. 1209, Titel 741 35	362	0	362	0
NI	50		Großräumige Netzbeeinflussungsanlage Dortmund-Hannover-Bremen-Hamburg, Long-Distance-Corridor-Nord				
			Gesamtkosten	8.445			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 15	7.805	2.000	4.000	1.805
			Kap. 1209, Titel 741 35	640	100	540	0
	51-53		frei				
NW	54	A 1/2/3/ 40/42/ 43/44/ 45/52	Netzbeeinflussung mittels dynamischer Wegweiser mit integrierter Stauinformation (dWiSta)				
			Gesamtkosten	18.972			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 15	16.602	0	600	16.002
			Kap. 1209, Titel 741 35	2.370	0	800	1.570

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
NW	54.1	A 1/2/3/ 40/42/ 45/52	Anlagen zur Zuflussregelung und Netzsteuerung im Ruhrgebiet				
			Gesamtkosten	12.050			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 15	3.339	636	200	2.503
			Kap. 1210, Titel 742 15	2.711	2.711	0	0
			Kap. 1210, Titel 743 12	6.000	6.000	0	0
NW	55	A 1/3/46	Netzbeeinflussungsanlage Leverkusen - Wuppertal				
			Gesamtkosten	5.763			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 15	4.701	0	500	4.201
			Kap. 1209, Titel 741 35	1.062	0	300	762
NW	56		frei				
NW	57	A 1/2/3/ 4/57	Verdichtung der Verkehrsdatenerfassung 1. Stufe				
			Gesamtkosten	11.693			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 15	1.023	200	800	23
			Kap. 1210, Titel 742 15	10.520	10.520	0	0
			Kap. 1210, Titel 743 12	150	150	0	0
NW	58	A 3/4/ 45/59/ 61/565	Erweiterung der Netzbeeinflussungsanlage Köln-Koblenz-Frankfurt, LDC West, Teil NW				
			Gesamtkosten	3.737			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 15	3.544	2.257	1.200	87
			Kap. 1209, Titel 741 35	193	100	0	93
NW	59	A 3	Streckenbeeinflussungsanlage AK Leverkusen - AK Oberhausen			0	
			Gesamtkosten	20.035			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 15	16.749	0	700	16.049
			Kap. 1209, Titel 741 35	3.286	0	200	3.086
NW	**60**	A 3	Temporäre Seitenstreifenfreigabe zwischen AK Hilden und AD Ratingen-Ost (beide Fahrtrichtungen)				
			Gesamtkosten	6.975			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 15	5.720	0	0	5.720
			Kap. 1209, Titel 741 32	1.255	0	0	1.255
NW	61-67		frei				
NW	68	A 4/61/ B 221	Netzbeeinflussungsanlage Köln - Eindhoven, 2. Ausbaustufe				
			Gesamtkosten	3.155			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 15	899	100	500	299
			Kap. 1210, Titel 742 15	1.991	1.991	0	0
			Kap. 1210, Titel 743 12	265	265	0	0
NW	69-70		frei				

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
NW	71	A 45	Temporäre Seitenstreifenfreigabe zwischen AK Hagen und AK Westhofen				
			Gesamtkosten	3.640			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 15	2.041	2.041	0	0
			Kap. 1209, Titel 741 35	1.599	500	90	1.009
NW	72-75		frei				
NW	76	A 46	Verkehrsbeeinflussung zwischen dem Kreuz Wuppertal - Sonnborn und Wuppertal-Nord Fahrtrichtung Düsseldorf				
			Gesamtkosten	7.454			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 15	1.005	9	400	596
			Kap. 1210, Titel 742 15	6.408	6.408	0	0
			Kap. 1210, Titel 743 12	41	41	0	0
NW	80		Verkehrsrechnerzentrale Leverkusen				
			Gesamtkosten	3.385			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 15	542	69	300	173
			Kap. 1210, Titel 742 15	2.811	2.811	0	0
			Kap. 1210, Titel 743 12	32	32	0	0
NW	81	A 565	Kombinierte Streckenbeeinflussungs- und Zuflussregelungsanlage zwischen dem AD Bonn-Beuel und AS Bonn-Hardtberg				
			Gesamtkosten	5.760			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 15	5.392	2.051	3.000	341
			Kap. 1209, Titel 741 32	368	0	0	368
NW	82		Dauerzählstellen auf Bundesautobahnen und Bundesstraßen in Nordrhein-Westfalen				
			Gesamtkosten	4.050			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 15	4.050	628	1.700	1.722
NW	82.1	A 61	Erneuerung der Streckenbeeinflussungsanlage zwischen AD Erfttal - AK Meckenheim				
			Gesamtkosten	4.550			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 15	3.400	2.500	900	0
			Kap. 1209, Titel 741 35	1.150	0	0	1.150
	83-84		frei				
RP	84.2	A 61	Erneuerung Streckenbeeinflussungsanlage AS Stromberg - AD Nahetal				
			Gesamtkosten	3.401			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 15	3.180	251	2.000	929
			Kap. 1209, Titel 741 32	221	0	0	221
RP	85	A 63	Temporäre Seitenstreifenmitbenutzung AS Saulheim und dem AK Mainz-Süd				
			Gesamtkosten	8.880			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 15	7.714	5.454	0	2.260
			Kap. 1209, Titel 741 32	1.137	0	0	1.137
			Kap. 1210, Titel 742 15	29	29	0	0

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
	86-91		frei				
ST	92	A 14	Verkehrsbeeinflussungsanlage Schönebeck - Wanzleben				
			Gesamtkosten	3.158			
			Davon:				
			Kap. 1209, Titel 742 15	3.158	3.158	0	0

Straßenbauplan
Verkehrsbeeinflussung BStr
Tabelle 21

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8

frei

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
	1-8		frei				
HB	9		Anbindung des Überseehafengebietes an die A 27 (Ausbau der Cherbourger Straße)				
			Gesamtkosten	171.319			
			zuwendungsfähig	120.000			
			Kostenaufteilung:				
			Land	29.056			
			Hafenwirtschaft	15.000			
			Baulastträger Stadt Bremerhaven	7.263			
			Kap. 1210, Titel 883 02	120.000	0	23.000	97.000

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
	1-9		frei				
MV	**10**	B 96	OD Neubrandenburg; Brücke Demminer Straße				
			Gesamtkosten	7.233			
			Davon:				
			DB Netz AG	3.054			
			Stadt Neubrandenburg	195			
			Kap. 1210, Titel 745 23	3.984	0	0	3.984
	11-30		frei				
TH	31	B 85	Ersatzneubau BW 3 über die DB bei Markgölitz				
			Gesamtkosten	7.949			
			Davon:				
			DB Netz AG	1.580			
			Kap. 1210, Titel 745 23	6.369	6.249	100	20
TH	32	B 88	Ersatzneubau DB Brücke bei Rottenbach				
			Gesamtkosten	5.005			
			Davon:				
			DB Netz AG	1.061			
			Kap. 1210, Titel 745 23	3.944	3.702	240	2

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
BW	1		frei				
BW	**2**	B 34	Beseitigung des Bahnüberganges "Hörnle" in Grenzach-Wyhlen, Ortsteil Grenzach				
			Gesamtkosten	6.824			
			Davon:				
			Gemeinde Grenzach-Wyhlen	1.097			
			Land BW	118			
			DB Netz AG	2.192			
			Kap. 1222, Titel 745 01	1.292			
			Kap. 1222, Titel 883 01	900			
			Kap. 1210, Titel 741 45/821 45	51			
			Kap. 1210, Titel 745 24	1.174	0	150	1.024
BW	3-9		frei				
BW	10	B 492	Schmiechen; Ulm Sigmaringen				
			Gesamtkosten	9.627			
			Davon:				
			Land BW	286			
			DB Netz AG	3.209			
			Kap. 1222, Titel 745 01	3.212			
			Kap. 1210, Titel 745 24	2.920	2.600	200	120
	11-14		frei				
BY	15	B 12	Beseitigung Bahnübergang westlich Stockenweiler				
			Gesamtkosten	7.314			
			Davon:				
			DB Netz AG	2.438			
			Kap. 1222, Titel 745 01	2.438			
			Kap. 1210, Titel 745 24	2.438	710	500	1.228
BY	16	B 13	Verlegung bei Muhr am See zur Beseitigung schienengleicher Bahnübergänge				
			Gesamtkosten	10.886			
			Davon:				
			Gemeinde Muhr a.S.	830			
			Land BY	255			
			DB Netz AG	3.629			
			Kap. 1222, Titel 745 01	2.799			
			Kap. 1222, Titel 883 01	830			
			Kap. 1210, Titel 745 24	2.544	2.077	0	467
BY	17	B 32	Beseitigung des Bahnüberganges bei Biesenberg				
			Gesamtkosten	5.347			
			Davon:				
			Sonstige	58			
			DB Netz AG	1.780			
			Kap. 1222, Titel 745 01	1.838			
			Kap. 1210, Titel 745 24	1.671	0	0	1.671
	18-19		frei				

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
BY	20	B 304	Ausbau der B 304 mit Beseitigung des Bahnüberganges bei Mühlreit				
			Gesamtkosten	8.487			
			Davon:				
			DB Netz AG	2.433			
			Kap. 1222, Titel 745 01	2.433			
			Kap. 1210, Titel 741 45	1.274			
			Kap. 1210, Titel 745 24	2.039	2.039	0	0
			Kap. 1210, Titel 821 45	308	0	0	308
	21-24		frei				
BB	25	B 1	Gollwitz; Griebnitzsee - Eilsleben				
			Gesamtkosten	9.895			
			Davon:				
			Land	300			
			DB Netz AG	3.298			
			Kap. 1222, Titel 745 01	3.299			
			Kap. 1210, Titel 745 24	2.998	2.895	80	23
BB	26		frei				
BB	26.1	B 5	Friesack; Berlin - Hamburg (VDE-Nr. 2)				
			Gesamtkosten	7.348			
			Davon:				
			Land	245			
			DB Netz AG	2.449			
			Kap. 1222, Titel 745 01	2.449			
			Kap. 1210, Titel 745 24	2.205	1.929	200	76
BB	27	B 102	Rathenow; Berlin-Hannover				
			Gesamtkosten	13.513			
			Davon:				
			Stadt Rathenow	446			
			Land Brandenburg	369			
			DB Netz AG	4.504			
			Kap. 1222, Titel 745 01	4.059			
			Kap. 1222, Titel 883 01	446			
			Kap. 1210, Titel 745 24	3.689	2.192	0	1.497
	28-44		frei				
MV	45	B 105	Kummerow; BÜ-Beseitigung auf der DB Netz AG Strecke Lübeck - Stralsund /VDE 1) in Bahn-km 13,4				
			Gesamtkosten	8.413			
			Davon:				
			DB Netz AG	2.418			
			Gemeinde Kummerow	38			
			Land Mecklenburg-Vorpommern	220			
			Kap. 1222, Titel 745 01	2.418			
			Kap. 1210, Titel 741 45/821 45	1.121			
			Kap. 1210, Titel 745 24	2.198	1.965	0	233

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
MV	46	B 108	Waren; BÜ-Beseitigung auf der DB Netz AG Strecke Neustrelitz - Warnemünde in Bahn-km 36,44				
			Gesamtkosten	9.318			
			Davon:				
			DB Netz AG	2.974			
			Land Mecklenburg-Vorpommern	273			
			Stadt Waren	164			
			Dritte (Stadtwerke, edis, TOTAL)	241			
			Kap. 1222, Titel 745 01	2.939			
			Kap. 1210, Titel 741 45/821 45	56			
			Kap. 1210, Titel 745 24	2.671	2.652	0	19
MV	47-49		frei				
MV	50	B 321	Pampow; Hagenow-Land - Stralsund (VDE 1) in Bahn-km 58,4				
			Gesamtkosten	5.917			
			Davon:				
			DB Netz AG	1.972			
			Land Mecklenburg-Vorpommern	180			
			Kap. 1222, Titel 745 01	1.972			
			Kap. 1210, Titel 745 24	1.793	0	0	1.793
	51-70		frei				
NW	71	B 227	Ratingen-Hösel; Düsseldorf - Essen				
			Gesamtkosten	8.112			
			Davon:				
			Land Nordrhein-Westfalen	228			
			DB Netz AG	2.503			
			Kap. 1222, Titel 745 01	2.503			
			Kap. 1210, Titel 741 45	592	590	0	2
			Kap. 1202, Titel 821 45	11	0	0	11
			Kap. 1210, Titel 745 24	2.275	2.149	100	26
	72-77		frei				
NW	78	B 477	BÜ-Beseitigung in Mechernich, Bahn-km 43,692 der Strecke Köln-Trier				
			Gesamtkosten	16.415			
			Davon:				
			Stadt Mechernich	374			
			Land Nordrhein-Westfalen	463			
			DB Netz AG	5.471			
			Kap. 1222, Titel 745 01	5.473			
			Kap. 1210, Titel 745 24	4.634	2.035	800	1.799
	79-126		frei				
TH	127	B 7	BÜ-Beseitigung Mechterstädt, DB-Strecke Halle-Guntershausen, Bahn-km 151,027				
			Gesamtkosten	12.136			
			Davon:				
			Gemeinde	886			
			Land Thüringen	651			
			DB Netz AG	4.027			
			Kap. 1222, Titel 745 01	3.661			
			Kap. 1210, Titel 745 24	2.911	2.538	100	273

Straßenbauplan
Bahnübergänge BStr / sonst. Eisenbahnen
Tabelle 25

Land	lfd. Nr. (Vor-jahr)	Straße	Bezeichnung der Baumaßnahme	Kosten 1.000 €	bis 2013 1.000 €	Soll 2014 1.000 €	Vorbe-halten 1.000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
	1-4		frei				
NW	5	B 1	Niveaufreie Ausfädelung der Stadtbahnstrecke 82 in die Marsbruchstraße in Dortmund-Aplerbeck				
			Gesamtkosten	36.489			
			Davon:				
			Land Nordrhein-Westfalen	2.212			
			Stadt Dortmund	12.163			
			Stadtbahn	11.057			
			Kap. 1210, Titel 745 25	11.057	3.507	400	7.150

Auszug (Abschrift)

Titel Funktion	Zweckbestimmung		Soll 2014 1.000 €	Soll 2013 1.000 €	Ist 2012 1.000 €
745 01-722	Kostendrittel des Bundes an Kreuzungsmaßnahmen nach § 13 Abs. 1 Satz 2 Eisenbahnkreuzungsgesetz (EKrG) (Baulast Bund)		12.780	12.780	8.850
	Verpflichtungsermächtigung	5.200			
	davon fällig:				
	im Haushaltsjahr 2014 bis zu	3.700			
	im Haushaltsjahr 2016 bis zu	1.000			
	im Haushaltsjahr 2017 bis zu	500			

Haushaltsvermerk

1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1210 Tit. 741 41. Die Deckungsfähigkeit ist auf insgesamt 5 000 T€ in der Summe der Tit. 745 01, 882 01 und 883 01 begrenzt.

2. Die Ausgaben sind mit folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: 882 01, 883 01, 883 03 und 891 01.

3. Die Verpflichtungsermächtigung ist mit den Verpflichtungsermächtigungen bei folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: 882 01 und 883 01.

Erläuterungen:

Ausgaben (einschl. Grunderwerbskosten) für das Drittel der Kostenmasse, das der Bund gemäß § 13 Abs. 1 Satz 2 EKrG zu tragen hat.
Einzelmaßnahmen über 5.000.000 € siehe **Tabelle 24** des Straßenbauplans.

882 01-723	Kostendrittel des Bundes an Kreuzungsmaßnahmen nach § 13 Abs. 1 Satz 2 Eisenbahnkreuzungsgesetz (EKrG) (Baulast Länder)		17.900	17.900	21.768
	Verpflichtungsermächtigung	14.500			
	davon fällig:				
	im Haushaltsjahr 2015 bis zu	10.000			
	im Haushaltsjahr 2016 bis zu	3.000			
	im Haushaltsjahr 2017 bis zu	1.500			

Haushaltsvermerk

1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1210 Titel 741 41. Die Deckungsfähigkeit ist auf insgesamt 5 000 T€ in der Summe der Titel 745 01, 882 01 und 883 01 begrenzt.

2. Die Ausgaben sind mit folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: 745 01, 883 01 und 883 03.

3. Die Verpflichtungsermächtigung ist mit den Verpflichtungsermächtigungen bei folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: 745 01 und 883 01.

Erläuterungen:

Ausgaben (einschl. Grunderwerbskosten) für das Drittel der Kostenmasse einer Maßnahme, u.a. Einrichtung technischer Sicherungen, das der Bund gemäß § 13 Abs. 1 Satz 2 EKrG zu tragen hat.

Auszug (Abschrift)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1.000 €	Soll 2013 1.000 €	Ist 2012 1.000 €
883 01-725	Kostendrittel des Bundes an Kreuzungsmaßnahmen nach § 13 Abs. 1 Satz 2 Eisenbahnkreuzungsgesetz (EKrG) (Baulast Kommunen)	50.350	50.300	51.667

Verpflichtungsermächtigung	41.000
davon fällig:	
im Haushaltsjahr 2015 bis zu	26.000
im Haushaltsjahr 2016 bis zu	10.000
im Haushaltsjahr 2017 bis zu	5.000

Haushaltsvermerk

1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1210 Titel 741 41. Die Deckungsfähigkeit ist auf insgesamt 5 000 T€ in der Summe der Titel 745 01, 882 01 und 883 01 begrenzt.

2. Die Ausgaben sind mit folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: 745 01, 882 01 und 883 03.

3. Die Verpflichtungsermächtigung ist mit den Verpflichtungsermächtigungen bei folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: 745 01 und 882 01.

Erläuterungen:

Ausgaben (einschl. Grunderwerbskosten) für das Drittel der Kostenmasse einer Maßnahme, u.a. Einrichtung technischer Sicherungen, das der Bund gemäß § 13 Abs. 1 Satz 2 EKrG zu tragen hat.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1.000 €	Soll 2013 1.000 €	Ist 2012 1.000 €
883 03-725	Zuschüsse nach § 17 Eisenbahnkreuzungsgesetz (EKrG)	-	50	-

Haushaltsvermerk

Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 745 01.

Erläuterungen:

Ausgaben (einschl. Grunderwerbskosten) für Zuschüsse zur Förderung der Beseitigung von Bahnübergängen und für sonstige Maßnahmen, soweit ein Schienenweg der Deutschen Bahn AG beteiligt ist.

Entwurf

zum

Bundeshaushaltsplan 2014

Einzelplan 14

Bundesministerium der Verteidigung

Inhalt

Kapitel	Bezeichnung	Seite
	Vorwort zum Einzelplan	3
	Überblick zum Einzelplan	4
	Haushaltsvermerk / Hinweise zum Einzelplan	5
1401	Bundesministerium	7
1402	Allgemeine Bewilligungen	15
	Einnahmen-Tgr. 01 Erstattungen für Hilfsmaßnahmen bei Katastrophen, größeren Unglücksfällen und Notfällen und für sonstige Hilfsmaßnahmen (Kap. 0511 Tit. 981 01) sowie für Unterstützungsleistungen	19
1403	Kommandobehörden, Truppen, Sozialversicherungsbeiträge und Fürsorgemaßnahmen für Soldatinnen und Soldaten	25
	Ausgaben-Tgr. 07 Sozialversicherungsbeiträge und Fürsorgemaßnahmen für Soldatinnen und Soldaten	35
	Ausgaben-Tgr. 08 Maßnahmen der Bundeswehr im Zusammenhang mit internationalen Einsätzen	38
	Anlage 1 Wirtschaftspläne	47
1404	Bundeswehrverwaltung, Universitäten der Bundeswehr, Militärseelsorge und Rechtspflege sowie Personalausgaben für das Zivilpersonal bei den Kommandobehörden, Truppen usw.	48
1407	Sonstiger Betrieb der Bundeswehr	61
	Ausgaben-Tgr. 56 Ausgaben für das Informations- und Kommunikationssystem der Bundeswehr	69
1409	Materialerhaltung der Bundeswehr	73
1412	Unterbringung	77
	Ausgaben-Tgr. 01 Investitionen und Aufwendungen für Baumaßnahmen der Bundeswehr	89
	Ausgaben-Tgr. 06 Überprüfung und Ausbau öffentlicher Verkehrseinrichtungen und Versorgungsanlagen von militärischem Interesse	91
	Anlage 1 NATO-Sicherheits-Investitionsprogramm in der Bundesrepublik Deutschland - Anlage N (1490)	93
1416	Militärische Beschaffungen	96
1420	Wehrforschung, wehrtechnische und sonstige militärische Entwicklung und Erprobung	104
	Ausgaben-Tgr. 01 Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e. V. für Zwecke der wehrtechnischen Luftfahrtforschung	110
	Ausgaben-Tgr. 02 Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e. V. (FhG), München	110
	Ausgaben-Tgr. 04 Deutsch-französisches Forschungsinstitut St. Louis	111
1422	Verpflichtungen im Rahmen der Mitgliedschaft zur NATO und zu anderen internationalen Organisationen und Stellen	112
	Ausgaben-Tgr. 01 NATO-Sicherheits-Investitionsprogramm	121
	Ausgaben-Tgr. 02 Beitrag zu den Kosten des luftgestützten Radarsystems der NATO zur weiträumigen Aufklärung und Bodenüberwachung NATO Alliance Ground Surveillance (AGS) Core	122
	Ausgaben-Tgr. 03 Beitrag zu den Kosten des NATO-Frühwarnsystems (AWACS)	123
1467	Versorgung der Beamtinnen und Beamten sowie der Richterinnen und Richter des Einzelplans 14	124

Kapitel	B e z e i c h n u n g	Seite
1468	Versorgung der Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr	127
	Aufwandsentschädigungen, Besondere Personalausgaben	130
	<u>Übersichten</u>	
	Übersicht 1 Verpflichtungsermächtigungen (VE)	132
	Personalhaushalt	139

Aufgaben und Aufbau der Verwaltung in den wichtigsten Grundzügen

Das Verteidigungsressort entspricht in seiner organisatorischen Gliederung der im Grundgesetz verankerten Forderung nach Unterstellung der gesamten Bundeswehr unter die einheitliche politische Leitung einer zivilen Bundesministerin/eines zivilen Bundesministers. Diese/dieser ist dem Parlament gegenüber verantwortlich und hat im Frieden die Befehls- und Kommandogewalt über die Streitkräfte.

Organisation des Bundesministeriums der Verteidigung:

Im Bundesministerium der Verteidigung unterstehen der Ministerin zwei Parlamentarische Staatssekretäre und zwei Staatssekretäre. Die Ministerin, die Parlamentarischen Staatssekretäre und die Staatssekretäre bilden die Leitung. Der Generalinspekteur der Bundeswehr ist als militärischer Berater der Bundesregierung und als höchster militärischer Repräsentant der Bundeswehr Teil der Leitung des Bundesministeriums der Verteidigung.

Das Bundesministerium der Verteidigung hat seinen Sitz in Bonn und einen zweiten Dienstsitz in Berlin.

1. Der Leitung sind im ministeriellen Aufgabenbereich unmittelbar unterstellt:

1.1 Leitungsstab,
Presse- und Informationsstab und
Stab Organisation und Revision.

1.2 Der Generalinspekteur der Bundeswehr als ministerielle Instanz mit den ihm unterstellten Abteilungen
Planung,
Führung Streitkräfte sowie
Strategie und Einsatz.

1.3 Die Abteilungen
Politik,
Haushalt und Controlling,
Recht,
Personal,
Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung sowie
Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen.

2. Dem Generalinspekteur der Bundeswehr sind die Streitkräfte in jeder Hinsicht unterstellt.

Die Inspekteure führen ihre Teilstreitkräfte bzw. ihren militärischen Organisationsbereich außerhalb des Bundesministeriums der Verteidigung.

Organisation des nachgeordneten Bereichs:
(Änderungen der Organisationsstrukturen werden dem Haushaltsausschuss unverzüglich mitgeteilt.)

1. Streitkräfte
Einzelheiten ergeben sich aus den Vorbemerkungen zu Kapitel 1403.

2. Bundeswehrverwaltung, Universitäten der Bundeswehr, Militärseelsorge und Rechtspflege
Einzelheiten ergeben sich aus den Vorbemerkungen zu Kapitel 1404.

14 Überblick zum Einzelplan

Überblick zum Einzelplan 14	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen..	264 904	293 004	-28 100		403 443
Übrige Einnahmen..	27 150	30 328	-3 178		207 064
Gesamteinnahmen..	292 054	323 332	-31 278		610 507
Ausgaben					
Personalausgaben..	15 690 029	15 770 346	-80 317	11 026	16 703 279
Sächliche Verwaltungsausgaben...........................	5 879 829	5 881 659	-1 830	4 995	5 410 885
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw...............	9 966 022	10 370 892	-404 870	38 306	10 217 148
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	1 130 094	1 070 100	+59 994		1 017 959
Ausgaben für Investitionen.....................................	169 702	165 107	+4 595	1 784	156 563
Besondere Finanzierungsausgaben......................	-	-	-		-
Gesamtausgaben..	32 835 676	33 258 104	-422 428	56 111	33 505 834
davon flexibilisiert..	2 005 657	2 217 743	-212 086	17 722	1 969 354
davon nicht flexibilisiert..	30 830 019	31 040 361	-210 342	38 389	31 536 480
Flexibilisierte Ausgaben nach § 5 HG					
Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3.......................	588 733	801 129	-212 396	11 026	684 103
Aus Hauptgruppe 5..	1 332 736	1 321 441	+11 295	4 912	1 201 646
Aus Hauptgruppe 6 ohne Titel 634 .3.....................	210	405	-195		87
Aus Hauptgruppe 7..	2 000	2 100	-100		1 711
Aus Hauptgruppe 8..	81 978	92 668	-10 690	1 784	81 807
Zusammen...	2 005 657	2 217 743	-212 086	17 722	1 969 354

Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014	
Verpflichtungsermächtigung...................................	6 109 698 T€
davon fällig:	
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.................................	1 892 338 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.................................	1 979 235 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.................................	1 291 921 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.................................	378 626 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu.................................	250 060 T€
im Haushaltsjahr 2020 bis zu.................................	119 060 T€
im Haushaltsjahr 2021 bis zu.................................	86 460 T€
im Haushaltsjahr 2022 bis zu.................................	18 760 T€
im Haushaltsjahr 2023 bis zu.................................	14 060 T€
im Haushaltsjahr 2024 bis zu.................................	3 060 T€
im Haushaltsjahr 2025 bis zu.................................	3 060 T€
im Haushaltsjahr 2026 bis zu.................................	3 060 T€
im Haushaltsjahr 2027 bis zu.................................	3 060 T€
im Haushaltsjahr 2028 bis zu.................................	3 028 T€
im Haushaltsjahr 2029 bis zu.................................	1 500 T€
in künftigen Haushaltsjahren bis zu.......................	62 410 T€

Haushaltsvermerk: - Ausgaben

1. Einsparungen bei folgenden Titeln: Epl. 14 mit Ausnahme der Titel 518 .2 und Kap. 1403 Tit. 423 02 dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Kap. 1401 Tit. 546 88, Kap. 1403 Tit. 525 71, Tgr. 08, Kap. 1407 Tit. 537 11, Kap. 1412 Tit. 632 01 und Kap. 1420 Tgr. 02.
2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Kap. 1403 Tgr. 08.

   Die Leistung der Mehrausgaben im Epl. 14 bedarf der Einwilligung des Bundesministeriums der Finanzen.
3. Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Epl. 14 Grp. 551, Grp. 553, Grp. 554, Grp. 558, Grp. 559, Hgr. 7 und Hgr. 8 dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Kap. 1401 Hgr. 4, Kap. 1403 Hgr. 4 und Kap. 1404 Hgr. 4.
4. Einsparungen bei den in die Flexibilisierung nach § 5 HG einbezogenen Titeln dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Kap. 1404 Tgr. 55.
5. Einsparungen bei folgenden Titeln: Epl. 14 mit Ausnahme der Titel 518 .2 und Kap. 1403 Tit. 423 02 dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: Kap. 1402 Tit. 981 07.

   Dies gilt in Fällen, in denen Bundesressorts im Rahmen von Ressortvereinbarungen für andere Bundesressorts tätig werden und Mittel vom abgebenden Ressort dem empfangenden Ressort für gleiche Zwecke im Wege der Verrechnung zur Verfügung gestellt werden (sog. "Einer-für-Alle-Fälle").
6. Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Epl. 14 Hgr. 5 dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: Kap. 1402 Tit. 281 01 und Kap. 1404 Tit. 121 01.
7. Ausgaben bei folgenden Titeln: Epl. 14 Grp. 551, Grp. 554, Grp. 558, Grp. 559, Hgr. 7 und Hgr. 8 dürfen bis zu einem Betrag von 520 000 T€ der zufließenden Mehreinnahmen bei folgendem Titel verstärkt werden: Kap. 1407 Tit. 132 01. Dies gilt nur für Maßnahmen im Zusammenhang mit der Umstrukturierung der Bundeswehr. Von der Verstärkung ausgenommen sind flexibilisierte Titel.
8. Ausgaben dürfen bis zur Höhe der zufließenden Mehreinnahmen bei folgendem Titel verstärkt werden: Kap. 1402 Tit. 125 01.
9. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1402 Tit. 381 07.

   Dies gilt in Fällen, in denen Bundesressorts im Rahmen von Ressortvereinbarungen für andere Bundesressorts tätig werden und Mittel vom abgebenden Ressort dem empfangenden Ressort für gleiche Zwecke im Wege der Verrechnung zur Verfügung gestellt werden (sog. "Einer-für-Alle-Fälle").
10. Nach § 63 Abs. 4 BHO in Verbindung mit § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass für die Beistellung von Personal und Material im Zusammenhang mit der Tätigkeit der Gesellschaft für Entwicklung, Beschaffung und Betrieb sowie mit dem Neuen Bekleidungsmanagement, dem Neuen Flottenmanagement und der Gesellschaft für Heeresinstandsetzungslogistik auf die Erstattung von Personal- und Materialkosten verzichtet wird.
11. Gesellschaftsgründungen des Bundesministeriums der Verteidigung oder seiner Beteiligungsgesellschaften im Zusammenhang mit der Privatisierung von Aufgabenfeldern der Bundeswehr bedürfen der Zustimmung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages.

Allgemeine Erläuterungen:

Ist-Angaben:

Die Ist-Ergebnisse der Einzeltitel sind kaufmännisch auf 1 000 € gerundet. Dadurch können bei Summenangaben Rundungsdifferenzen entstehen. Summenangaben können außerdem nicht durch Addition der gedruckten Titel errechnet werden, da in Vorjahren weggefallene Titel nur im Bundeshaushaltsplan 2014 abgedruckt werden, wenn bei diesen noch Ausgabereste bestehen.

Ausgabereste:

Die im Vorjahr verfügbaren Ausgabereste im nicht flexibilisierten Bereich sind kaufmännisch auf 1 000 € gerundet und einzeln bei dem jeweiligen Titel mit Stand Juli 2013 ausgewiesen. Die Inanspruchnahme dieser Ausgabereste muss grundsätzlich im jeweiligen Einzelplan durch Minderausgaben an anderer Stelle kassenmäßig eingespart werden. Ausgabereste bei den der Flexibilisierung gemäß § 5 Haushaltsgesetz 2014 (HG) unterliegenden Ansätzen werden lediglich in der Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben summarisch ausgewiesen. Für die Inanspruchnahme dieser Ausgabereste ist zentral Vorsorge getroffen und daher eine kassenmäßige Einsparung im gleichen Einzelplan grundsätzlich nicht erforderlich. Bei Summenangaben können Rundungsdifferenzen entstehen.

14 Haushaltsvermerk / Hinweise zum Einzelplan

Flexibilisierung:

Die in die Regelung nach § 5 HG einbezogenen Ausgaben sind mit einem F vor der Titelnummer gekennzeichnet. Sie werden jeweils im hinteren Teil eines Kapitels im Anschluss an die nicht flexibilisierten Ausgabetitel entsprechend der Zuordnung nach § 5 HG in einer Zusammenstellung aufsummiert und sind danach einzeln aufgelistet. Neu in die Flexibilisierung einbezogene Titel sind dabei mit einem **F** hervorgehoben.

Geheime Erläuterungsblätter:

Bei einzelnen Titeln sind die Ansätze mit Einwilligung des Deutschen Bundestages in den Geheimen Erläuterungsblättern näher erläutert.

Personalausgaben:

Aufwandsentschädigungen und Besondere Personalausgaben werden gemäß der Übersicht, die nach dem letzten Kapitel des Einzelplans abgedruckt ist, veranschlagt.

Angewandte Kurse:

1 USD = 0,72511 €; 10 NOK = 1,19574 €; 1 GBP = 1,19947 €; 1 PLN = 0,24071 €; 1 CAD = 0,68162 €; 1 CHF = 0,81460 €

Überblick zum Kapitel 1401	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen..	-	102	-102		182
Gesamteinnahmen...	-	102	-102		182
Ausgaben					
Personalausgaben...	388 364	370 650	+17 714		392 100
Sächliche Verwaltungsausgaben...........................	33 671	34 110	-439		34 136
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	477	263	+214		356
Ausgaben für Investitionen.....................................	3 257	3 550	-293		2 657
Gesamtausgaben...	425 769	408 573	+17 196		429 249
davon flexibilisiert..	278 811	278 293	+518		282 830
davon nicht flexibilisiert..	146 958	130 280	+16 678		146 419
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung...................................	395 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.................................	275 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.................................	120 T€				

1401 Bundesministerium

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

1. Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.
   Ausgenommen sind Tit. 423 01, 424 02, 546 88 und 634 13.

   Darüber hinaus sind kapitelübergreifend folgende flexibilisierte Titel/ Titelteilansätze einbezogen: Kap. 1407 Tit. 553 39.
2. Einsparungen bei folgenden Titeln: Hgr. 4 dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Epl. 14 Grp. 551, Grp. 553, Grp. 554, Grp. 558, Grp. 559, Hgr. 7 und Hgr. 8.

Personalausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
423 01 -011	Bezüge und Nebenleistungen der Berufssoldatinnen und Berufssoldaten sowie Soldatinnen und Soldaten auf Zeit	62 159	60 949	90 697

Haushaltsvermerk:

Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 634 13.

Erläuterungen:

Für die in das Ministerium abgeordneten Soldatinnen und Soldaten: Stellenzulage für Verwendungen bei obersten Bundesbehörden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
424 02 -032	Zuführung an die Versorgungsrücklage	75 404	60 106	47 164

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind - mit Ausnahme der Versorgungskapitel - zentral für die Soldatinnen und Soldaten des gesamten Einzelplans veranschlagt.

Sächliche Verwaltungsausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
529 01 -011	Außergewöhnlicher Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	2 735	2 735	1 985

Haushaltsvermerk:

Die Erläuterungen sind verbindlich.

Erläuterungen:

	Bezeichnung	€
1.	Zur Verfügung der Bundesministerin	75 000
2.	Für sonstigen Aufwand im Ministerium	7 000
3.	Für die "Bundesakademie für Sicherheitspolitik"	20 000
4.	Für sonstigen Aufwand im Inland	1 296 850
5.	Für sonstigen Aufwand im Ausland	259 150
6.	Für sonstigen Aufwand bei Kontakten mit der GUS, den SOE-Staaten sowie sonstigen Staaten von besonderer militärpolitischer Bedeutung	1 077 000
Zusammen		2 735 000

Aus dem Mittelansatz dürfen auch Ausgaben für die Bewirtung mit Erfrischungen bei Besprechungen aus besonderem Anlass geleistet werden.

Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Aus den Belegen muss Anlass, Funktion und Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer (Begünstigte) erkennbar sein.

Eine Auszahlung ohne Beleg ist nicht zulässig.

Die Ausgaben sind zentral für den gesamten Einzelplan veranschlagt.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Noch zu Titel 529 01				
	Die Ausgaben zu 4. und 5. entstehen im Zusammenhang mit dem Besuch von Einrichtungen der Bundeswehr oder bei öffentlichen Veranstaltungen (z. B. Schiffsbesuche, Sportwettkämpfe usw.), dem mit der Vertretung der Bundeswehr beauftragten Personal sowie den Angehörigen der militärischen Vertretungen im Ausland, soweit sie nicht Leiterinnen oder Leiter dieser Vertretungen sind, und sonstigen Vertretern.			
535 01 -011	Innere Führung und Sicherheits- und verteidigungspolitische Kommunikation	550	550	549
535 05 -011	Zur Verfügung des Bundesministeriums der Verteidigung für Zwecke des militärischen Abschirmdienstes	2 935	2 935	2 861
542 01 -013	Öffentlichkeitsarbeit	3 000	2 800	2 632

Zu 535 01:

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Bücher und Schriften an Angehörige der Bundeswehr einschl. der im Reserveverhältnis stehenden Personen nach Richtlinien, die vom Bundesministerium der Verteidigung im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen erlassen worden sind, unentgeltlich oder gegen ermäßigtes Entgelt abgegeben werden.

Zu 535 05:

Haushaltsvermerk:

1. Einnahmen fließen den Ausgaben zu.
2. Die Mittel werden nach einem gemäß § 10 a Abs. 2 BHO gebilligten Wirtschaftsplan bewirtschaftet.

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind keine Dispositionsausgaben im Sinne des § 37 Abs. 5 BHO.

Zu 542 01:

Haushaltsvermerk:

1. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Werbe- und Informationsmaterialien gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.
2. Aus den Ausgaben dürfen auch Zuwendungen nach § 44 Abs. 1 BHO gewährt werden.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Unterrichtung der Medien, Information der Alliierten	450
2. Bürgerinformation zu Verteidigungsfragen	2 550
Zusammen	3 000

Im Einzelplan 14 sind außerdem folgende Maßnahmen für Öffentlichkeitsarbeit und Fachinformationen veranschlagt:

Bezeichnung	1 000 €
Öffentlichkeitsarbeit	
keine weiteren Titel	
Fachinformationen	
1403 - 538 01	30 000

Es ist Aufgabe der Öffentlichkeitsarbeit, die Bevölkerung mit Bundeswehr und Bündnis vertraut zu machen und das Verständnis für Grundlagen und Ziele deutscher Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu fördern und zu festigen. Einzelmaßnahmen betreffen Zielgruppen der Stationierungsstreitkräfte und deren Familien.

1401 Bundesministerium

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
546 88 -012	Förderung des Vorschlagwesens	175	175	481

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe von 2 300 T€ der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Epl. 14.

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind zentral für den gesamten Einzelplan veranschlagt.

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
634 13 -011	Zuweisungen an den Versorgungsfonds	-	-	-

Haushaltsvermerk:

1. **Die Ausgaben sind übertragbar.**
   Die Übertragbarkeit ist auf die diesem Titel zufließenden Erstattungen im Sinne des § 16 Abs. 3 Satz 1 des Versorgungsrücklagegesetzes beschränkt.
2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: 423 01.
3. **Erstattungen im Sinne des § 16 Abs. 3 Satz 1 des Versorgungsrücklagegesetzes fließen den Ausgaben zu.**

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
688 06 -011	Zahlungsverpflichtungen aus Verstößen gegen EU-Recht	-	-	-

Flexibilisierte Ausgaben

Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG

	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3	251 278	249 858	254 595
Aus Hauptgruppe 5	24 276	24 885	25 578
Aus Hauptgruppe 7	2 000	2 100	1 711
Aus Hauptgruppe 8	1 257	1 450	946
Zusammen	278 811	278 293	282 830

	Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F	***421 01*** *-011*	*Bezüge der Bundesministerin und der Parlamentarischen Staatssekretäre*	*432*	*432*	*434*
F	*422 01 -011*	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*64 321*	*68 220*	*74 292*
F	*422 02 -011*	*Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte*	*319*	*317*	*414*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu flexibilisierte Ausgaben			
F 424 01 -011	*Zuführung an die Versorgungsrücklage*	*14 320*	*11 397*	*9 558*
	Erläuterungen: *Die Ausgaben sind - mit Ausnahme der Versorgungskapitel - zentral für die planmäßigen Richterinnen und Richter, Professorinnen und Professoren, Beamtinnen und Beamten des gesamten Einzelplans veranschlagt.*			
F 427 09 -011	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*100*	*53*	*121*
F 428 01 -011	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*30 469*	*29 526*	*33 193*
F 441 01 -840	*Beihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften*	*126 000*	*127 000*	*121 970*
	Erläuterungen: *Die Ausgaben sind - mit Ausnahme der Versorgungskapitel - zentral für den gesamten Einzelplan veranschlagt.*			
F 443 01 -840	*Fürsorgeleistungen und Unterstützungen*	*2 700*	*2 500*	*2 316*
	Erläuterungen: *Die Ausgaben sind - mit Ausnahme der Versorgungskapitel - zentral für den gesamten Einzelplan veranschlagt.*			
F 443 02 -313	*Inanspruchnahme überbetrieblicher betriebsärztlicher und sicherheitstechnischer Dienste, von Betriebsärztinnen und Betriebsärzten sowie Fachkräften für Arbeitssicherheit*	*5 000*	*5 000*	*4 770*
	Erläuterungen: *Die Ausgaben sind zentral für den gesamten Einzelplan veranschlagt.*			
F 452 01 -031	*Erstattung an die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) einschließlich Verwaltungskostenzuschlag*	*140*	*150*	*164*
	Erläuterungen: *Übergangsversorgung gemäß § 7 des Tarifvertrages sowie Erstattung der nach dem Tarifvertrag über einen sozialverträglichen Personalabbau entstehenden Ausgaben für die Zahlung der Übergangsversorgung.*			
F 453 01 -011	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	*7 000*	*5 000*	*7 007*
F 511 01 -011	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände*	*1 200*	*1 200*	*1 287*
	Erläuterungen: *Die Ausgaben für Fernmeldedienstleistungen sind zentral bei Kap. 1407 Tit. 511 01 veranschlagt.*			

1401 Bundesministerium

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 514 01 -011	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*	*30*	*30*	*32*

Erläuterungen:

Die Ausgaben für Kraft- und Schmierstoffe sind zentral bei Kap. 1407 Tit. 514 03 veranschlagt.

F 517 01 -011	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	*10 200*	*10 200*	*10 394*
F 518 01 -011	*Mieten und Pachten*	*450*	*450*	*425*
F 519 01 -011	*Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen*	*1 800*	*1 800*	*1 404*
F 525 01 -011	*Aus- und Fortbildung*	*420*	*420*	*414*
F 526 02 -011	*Sachverständige*	*15*	*15*	*3*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Kosten für Gutachten	*13*
2. Honorare und Reisekosten für die Vorsitzende oder den Vorsitzenden und Beisitzerinnen und Beisitzer der Einigungsstelle nach § 71 BPersVG	*2*
Zusammen	*15*

F 526 03 -011	*Ausgaben für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen*	*110*	*110*	*87*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Beirat Innere Führung	*45*
2. Wehrmedizinischer Beirat	*20*
3. Ausschuss für Geräuschminderung auf den Schiffen der Bundeswehr	*3*
4. Unterausschuss Vortriebsanlagen	*3*
5. Beirat Militärgeschichtliches Forschungsamt	*5*
6. Kommission nach § 15 Abs. 3 Tierschutzgesetz	*4*
7. Arbeitskreis Wehrdienst und Berufswelt	*1*
8. Beirat Bundesakademie für Sicherheitspolitik	*15*
9. Wissenschaftlicher Beirat beim Zentrum für Geoinformationswesen der Bundeswehr	*6*
10. Wissenschaftlicher Beirat beim Wehrwissenschaftlichen Institut für Schutztechnologien ABC-Schutz (WIS)	*2*
11. Wissenschaftlicher Beirat des Forschungs- und Behandlungszentrums für Psychotraumatologie und PTBS	*3*
12. Wissenschaftlicher Beirat des Wehrwissenschaftlichen Instituts für Werk- und Betriebsstoffe (WIWeB)	*3*
Zusammen	*110*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 527 01 -011	*Dienstreisen*	*4 400*	*4 800*	*5 372*
F 527 03 -011	*Reisen in Angelegenheiten der Personalvertretungen und der Gleichstellungsbeauftragten sowie in Vertretung der Interessen schwerbehinderter Menschen*	*3 000*	*3 000*	*3 844*

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind zentral für den gesamten Einzelplan veranschlagt.

F 539 99 -011	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*470*	*440*	*650*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Umzugs- und Transportkosten	*100*
2. Ehrenzeichen/Einsatzmedaillen	*80*
3. Sonstiges	*290*
Zusammen	*470*

F 634 03 -011	*Zuweisungen an den Versorgungsfonds*	*477*	*263*	*356*
F 711 01 -011	*Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten*	*2 000*	*2 100*	*1 711*

Erläuterungen:

Einjährige Maßnahmen	*1 000 €*
Baumaßnahmen zur materiellen Absicherung	*2 000*

F 811 01 -011	*Erwerb von Fahrzeugen*	*-*	*-*	*-*
F 812 01 -011	*Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen*	*350*	*1 100*	*841*

Titelgruppe 55

Tgr. 55	Ausgaben für die Informationstechnik	(3 088)	(2 770)	
F 511 55 -011	*Geschäftsbedarf und Datenübertragung sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Software, Wartung*	*1 091*	*1 185*	*754*
F 518 55 -011	*Miete für Datenverarbeitungsanlagen, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Maschinen, Software*	*-*	*-*	*2*
F 525 55 -011	*Aus- und Fortbildung*	*350*	*338*	*123*

1401 Bundesministerium

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu flexibilisierte Ausgaben			
F 532 55 -011	*Ausgaben für Aufträge und Dienstleistungen*	*740*	*897*	*787*
	Verpflichtungsermächtigung ... 395 T€ *davon fällig:* *im Haushaltsjahr 2015 bis zu ... 275 T€* *im Haushaltsjahr 2016 bis zu ... 120 T€*			
F 812 55 -011	*Erwerb von Datenverarbeitungsanlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, Software*	*907*	*350*	*105*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Erstbeschaffung	
1.1 Hardware	*110*
1.2 Software	*797*
Zusammen	*907*

Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
111 01 -011	Gebühren, sonstige Entgelte		102	182
532 02 -011	Ausgaben für die Kindertagesstätte		30	50

Überblick zum Kapitel 1402	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen..	56 802	56 302	+500		56 833
Übrige Einnahmen..	9 009	8 357	+652		32 464
Gesamteinnahmen..	65 811	64 659	+1 152		89 297
Ausgaben					
Sächliche Verwaltungsausgaben...........................	11 870	12 660	-790	83	19 325
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	49 199	51 945	-2 746		54 763
Besondere Finanzierungsausgaben......................	-	-	-		-
Gesamtausgaben...	61 069	64 605	-3 536	83	74 088
davon nicht flexibilisiert..	61 069	64 605	-3 536	83	74 088
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung...................................	1 000 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.................................	250 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.................................	250 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.................................	250 T€				
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.................................	250 T€				

1402 Allgemeine Bewilligungen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

111 01 -032	Gebühren, sonstige Entgelte	250	250	218
112 01 -032	Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten	5 500	5 000	5 507

Erläuterungen:

1. Gegen Soldatinnen und Soldaten verhängte Disziplinarbußen nach der Wehrdisziplinarordnung, Geldbußen gemäß § 45 Wehrpflichtgesetz, Verwarnungsgelder und die in gerichtlichen Disziplinarverfahren und in Beschwerdeverfahren von den Wehrdienstgerichten zu erhebenden Kosten und verhängten Ordnungsstrafen.
2. Gegen Beamtinnen und Beamte verhängte Geldbußen nach dem Bundesdisziplinargesetz.
3. Vertragsstrafen.

119 01 -032	Einnahmen aus Veröffentlichungen	30	30	12

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Vertrieb des Ministerialblattes des Bundesministeriums der Verteidigung	5
2. Veröffentlichungen des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes	15
3. Abgabe von Ausschreibungsunterlagen	-
4. Sonstige Veröffentlichungen	10
Zusammen	30

119 99 -032	Vermischte Einnahmen	50 000	50 000	35 055

Haushaltsvermerk:

1. Mehreinnahmen zu Nr. 10 der Erläuterungen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 539 99.
2. Von den Einnahmen sind Kursverluste bei Auslandszahlungen und bei Fremdwährungsbeständen im Ausland abzusetzen.
3. Nach § 63 Abs. 4 BHO in Verbindung mit § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass nahe Angehörige (einschließlich Bezugspersonen und betreuungspflichtige Kinder), Hinterbliebene, frühere Soldatinnen und Soldaten sowie zivile Bundeswehrangehörige im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Einsatznachbetreuung für Soldatinnen und Soldaten mit einsatzbedingten Verwundungen und Erkrankungen unentgeltliche Unterstützungsleistungen erhalten.
4. Nach § 63 Abs. 4 BHO in Verbindung mit § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO werden nach Richtlinien des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg), die im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen erlassen worden sind, zugelassen:

4.1 Einsatz von Luftfahrzeugen der Flugbereitschaft BMVg zur Beförderung von Personen des politischen und parlamentarischen Bereichs und deren Begleiter ohne Entgelt bzw. gegen Erstattung der Kosten

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 119 99

gemäß den "Richtlinien für den Einsatz von Luftfahrzeugen der Flugbereitschaft BMVg zur Beförderung von Personen des politischen und parlamentarischen Bereichs",

4.2 unentgeltliche Unterstützungsleistungen an das Soldatenhilfswerk der Bundeswehr e. V.,

4.3 unentgeltliche Nutzungsüberlassung von Diensträumen an die Unteroffizier-Kameradschaft im BMVg e. V.,

4.4 unentgeltliche Unterstützungsleistungen an Familienangehörige und Bezugspersonen von Bundeswehrangehörigen im Zusammenhang mit Einsätzen und einsatzgleichen Verpflichtungen der Bundeswehr,

4.5 unentgeltliche Unterstützung des Deutschen Olympischen Sportbundes bei der Einkleidung für die olympischen Sommer- und Winterspiele und die entsprechenden Paralympics.

5. Nach § 63 Abs. 4 BHO in Verbindung mit § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Luftfahrzeuge der Bundeswehr nach den Richtlinien des Bundesministeriums der Verteidigung durch Bundeswehrangehörige und deren Familienmitglieder sowie durch andere Stellen unentgeltlich benutzt werden können.

6. Außerdem wird zugelassen, dass

6.1 Kantinenwaren vorwiegend leicht verderblicher Art in begrenzten Mengen zu Betreuungseinrichtungen der Bundeswehr im Ausland in Transportmitteln der Bundeswehr als Beiladung im Rahmen freier Kapazitäten unentgeltlich befördert werden,

6.2 die Bundeswehrverwaltung unentgeltlich Leistungen im Wert von bis zu 8 T€ zur Unterstützung des jährlich von den amerikanischen Streitkräften in Grafenwöhr veranstalteten Deutsch-Amerikanischen Volksfestes erbringt,

6.3 auf die Erstattung der Kosten für die Beförderung von Schwerstkranken und Pflegepersonal mit Luftfahrzeugen der Bundeswehr nach Lourdes ganz oder teilweise verzichtet werden kann,

6.4 für die Benutzung der 4. Hafeneinfahrt in Wilhelmshaven keine Gebühren erhoben werden,

6.5 Betriebs-/Schmierstoffe, Verpflegung und sonstige Leistungen dem französischen Anteil der Deutsch-Französischen Brigade bis zur Höhe von 520 T€ jährlich unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden,

6.6 im Rahmen des Bundeswettbewerbs "Jugend forscht" ein Studienplatz an einer Universität der Bundeswehr unentgeltlich bereitgestellt wird.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Sonderkonditionen der Deutschen Lufthansa	80
2. Nebentätigkeiten	100
3. Rechnungs-/Preisprüfung	6 600
4. Überzahlungen	12 000
5. Bereitstellung von deutschem Zivilpersonal	200
6. Übrige Einnahmen	15 000
7. Fremdstaaten/Rüstungskontrollmaßnahmen	10 300
8. Schadensersatzleistungen	5 700
9. Einnahmen im Zusammenhang mit Zuwendungen Dritter an Bundeswehrangehörige	20
10. Einnahmen der Museen der Bundeswehr	-
Zusammen	50 000

1402 Allgemeine Bewilligungen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
125 01 -032	Leistungen Dritter für Aufträge an militärische oder zivile Dienststellen	1 022	1 022	16 041

Haushaltsvermerk:

1. Mehreinnahmen fließen den Ausgaben bei folgenden Titeln zu: Epl. 14.

   Die Verstärkung aus Mehreinnahmen bei **Kap. 1402 Tit. 125 01 und Kap. 1407 Tit. 132 01** ist auf insgesamt höchstens 520 000 T€ begrenzt.

2. Nach § 63 Abs. 4 BHO in Verbindung mit § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass nach Richtlinien, die vom Bundesministerium der Verteidigung im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen erlassen sind, auf Kostenerstattung im Rahmen der Förderung der Ausbildung durch Übernahme von Aufgaben auf wirtschaftlichem Gebiet ganz oder teilweise verzichtet werden kann.

3. Nach § 63 Abs. 4 BHO in Verbindung mit § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass im Rahmen der **Gemeinsamen** Sicherheits- und Verteidigungspolitik **(GSVP)** auf die Kostenerstattung für die Überlassung von Satellitenbildmaterial für das Europäische Satellitenzentrum der Europäischen Union verzichtet wird.

4. Außerdem wird zugelassen,

4.1 dass auf eine Kostenerstattung für Hilfeleistungen der Bundeswehr im Rahmen der Amtshilfe in dem Umfang verzichtet werden kann, in dem ein Ausbildungsinteresse der Truppe festgestellt wird,

4.2 dass freie Ausbildungskapazitäten zur fremdsprachlichen Ausbildung von Ehepartnern Bundeswehrangehöriger unentgeltlich genutzt werden können,

4.3 dass auf Kostenerstattung bei im Interesse der Öffentlichkeitsarbeit erfolgender Unterstützung von Medienvorhaben Dritter teilweise oder gänzlich verzichtet werden kann,

4.4 dass Fremdsprachenunterricht beim Bundessprachenamt für Beamtinnen und Beamte und Angestellte aus dem Bereich der Länderverwaltungen sowie für Bundestagsabgeordnete und deren wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ohne Erstattung der Kosten erteilt wird,

4.5 dass auf Gebühren von Teilnehmerinnen und Teilnehmern an Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen der Bundesakademie für Sicherheitspolitik im Ausnahmefall verzichtet werden kann.

Übrige Einnahmen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
162 02 -032	Zinsen aus Vorauszahlungen sowie aufgrund von Verzug und Stundung aus Inlandsverträgen	3 471	3 300	2 723

Erläuterungen:

Bei Lieferungen und Leistungen für die Bedarfsdeckung der Bundeswehr sind in bestimmten Fällen Vorauszahlungen zu leisten.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
166 02 -032	Zinsen aus Vorauszahlungen sowie aufgrund von Verzug und Stundung aus Auslandsverträgen	5 500	5 000	5 772

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen zu Tit. 162 02.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
166 03 -032	Erträge aus dem Konto bei der Zentralbank der Vereinigten Staaten von Amerika	38	57	42

Erläuterungen:

Aufgrund des Abkommens vom 30. Juni 1955 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika über gegenseitige Verteidigungshilfe (BGBl. II S. 1050) sind für Lieferungen und Leistungen der US-Streitkräfte Vorauszahlungen zu leisten. Die nicht sofort benötigten Beträge werden von der Zentralbank der Vereinigten Staaten in verzinslichen Schatzanweisungen angelegt.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
281 01 -031	Erstattungen Dritter für die Gestellung von Personal der Bundeswehr	-	-	2 856

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Epl. 14 Hgr. 5.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
282 09 -011	Einnahmen aus Sponsoring, Spenden und ähnlichen freiwilligen Geldleistungen	-	-	304

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind wegen rechtsverbindlicher Verwendungsauflage Dritter zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 547 09.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
381 07 -890	Leistungen von Bundesbehörden zur Durchführung von ressortübergreifenden Aufgaben	-	-	(-)

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind wegen verbindlicher Vereinbarung mit anderen Bundesbehörden (EfA) zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Epl. 14.

Titelgruppe 01

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
Tgr. 01	Erstattungen für Hilfsmaßnahmen bei Katastrophen, größeren Unglücksfällen und Notfällen und für sonstige Hilfsmaßnahmen (Kap. 0511 Tit. 981 01) sowie für Unterstützungsleistungen	(-)	(-)	

Haushaltsvermerk:

1. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass bewegliche Sachen und Leistungen des Bundesministeriums der Verteidigung aus Anlass von Katastrophen, größeren Unglücksfällen und Notfällen unentgeltlich überlassen werden, wenn die Überlassung zur Abwendung oder Milderung einer nicht vorhergesehenen Notlage erfolgt. Soweit der Wert im Einzelfall 3 Mio. € übersteigt, ist die Einwilligung des Bundesministeriums der Finanzen erforderlich.
2. Ferner wird zugelassen, dass auf Forderungen aus der Abgabe von Sachen und Leistungen des Bundesministeriums der Verteidigung aus Anlass von Katastrophen, größeren Unglücksfällen und Notfällen verzichtet werden kann. Soweit der Wert im Einzelfall 3 Mio. € übersteigt, ist die Einwilligung des Bundesministeriums der Finanzen erforderlich.
3. Ferner wird zugelassen, dass nach den im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen erlassenen Richtlinien des Bundes-

1402 Allgemeine Bewilligungen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu Titelgruppe 01			
	ministeriums der Verteidigung das Entgelt in dem Umfang ermäßigt wird, in dem ein Ausbildungsinteresse der Truppe vorliegt.			
261 11 -032	Erstattungen Dritter - Inland -	-	-	5 491
	Haushaltsvermerk: Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 537 01.			
266 11 -032	Erstattungen Dritter - Ausland -	-	-	15 276
	Haushaltsvermerk: Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 537 01.			
381 12 -890	Erstattungen anderer Bundesbehörden	-	-	(6 728)
	Haushaltsvermerk: Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 537 01.			

Ausgaben

Sächliche Verwaltungsausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
526 01 -032	Gerichts- und ähnliche Kosten	1 700	1 500	1 548
	Haushaltsvermerk: Aus den Ausgaben sind auch die den Soldaten erwachsenen notwendigen Auslagen, die dem Bund auferlegt werden, zu erstatten.			
	Erläuterungen: Gerichts-, Anwalts- und ähnliche Kosten für den gesamten Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung. Für Entschädigungen von Angehörigen der Reserve als ehrenamtliche Richterinnen und Richter, von Zeuginnen und Zeugen und Sachverständigen, für Rechtsanwaltskosten und für sonstige Auslagen im gerichtlichen Disziplinarverfahren sowie im Antrags- und Beschwerdeverfahren nach der Wehrdisziplinarordnung und Wehrbeschwerdeordnung vor den Wehrdienstgerichten.			
531 02 -187	Abgeltung von Ansprüchen nach dem Urheberrechtsgesetz	820	760	884
	Erläuterungen: Die Ausgaben sind zentral für den gesamten Einzelplan veranschlagt.			

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
532 01 -032	Aufwendungen im Rahmen der nationalen Umsetzung des KSE-Vertrages und des Wiener Dokuments einschließlich des Open-Skies-Vertrages sowie des Chemiewaffenübereinkommens	750	750	699

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. KSE-Maßnahmen	140
2. WD-Maßnahmen	100
3. OS-Maßnahmen	450
4. CWÜ-Maßnahmen	10
5. Sonstiges	50
Zusammen	750

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
533 01 -032	Ausbildung von Angehörigen ausländischer Streitkräfte	3 000	3 000	2 743

Erläuterungen:

Ausgaben, die die Bundesrepublik Deutschland im Rahmen von Abkommen, Verträgen und Einzelvereinbarungen für die Gewährung von Ausbildungshilfe an Angehörige der Streitkräfte anderer Staaten zu leisten hat, soweit sie nicht aus anderen Zweckbestimmungen des Epl. 14 getragen werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
537 01 -032	Hilfsmaßnahmen bei Katastrophen, größeren Unglücksfällen und Notfällen einschließlich sonstiger Hilfsmaßnahmen (Kap. 0511 Tit. 981 01) sowie Unterstützungsleistungen	4 000	4 000	11 153

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben für die Wiederbeschaffung oder -herstellung der beweglichen Sachen, die aus Anlass von Hilfsmaßnahmen und Unterstützungsleistungen abgegeben, verwendet bzw. verbraucht worden sind, dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: 261 11, 266 11 und 381 12. Für erbrachte Leistungen gilt Entsprechendes.

Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.

Erläuterungen:

Bezeichnung	Ist 2012 1 000 €
Ausgabenbereiche:	
1. Hilfsmaßnahmen im Ausland	-
2. Vermischte Personalausgaben	-
3. Wiederbeschaffung Betriebsstoff und sonstiger Verbrauchsmittel	-
4. Sächliche Verwaltungsausgaben	-
5. Erhaltungsmaßnahmen	11 153
6. Wiederbeschaffung von militärischem Gerät, Fahrzeugen usw.	-
Zusammen	11 153

Befreundete Nationen erhalten durch die Bundeswehr qualifizierte Unterstützungsleistungen (Host Nation Support - HNS) im Inland gegen Kostenerstattung.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
539 99 -032	Vermischte Verwaltungsausgaben	1 600	2 650	1 933

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben zu Nr. 4 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.

1402 Allgemeine Bewilligungen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 539 99

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Vergütungen für Arbeitnehmererfindungen	50
2. Billigkeitsleistungen	20
3. Militärgeschichtliche und wehrwissenschaftliche Arbeiten einschließlich des Erwerbs einschlägigen Materials	290
4. Ausgaben für das Museumsgut der Bundeswehrmuseen	1 212
5. Sonstiges	28
Zusammen	1 600

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
547 09 -011	Ausgaben für Vorhaben, die aus Spenden, Sponsoring und ähnlichen freiwilligen Geldleistungen finanziert werden	-	- *83*	365

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 282 09.

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
681 02 -032	Beihilfen zur fremdsprachlichen Ausbildung von Ehepartnern Bundeswehrangehöriger	55	55	44

Erläuterungen:

Die Beihilfen werden nach Richtlinien des Bundesministeriums der Verteidigung gewährt, die im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen erlassen worden sind. Die Ausgaben sind hier zentral für den gesamten Einzelplan veranschlagt.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
684 01 -032	Unterstützungsleistungen für unverschuldet in Not geratene ehemalige Angehörige der Bundeswehr und der NVA sowie für deren Hinterbliebene	-	3 000	7 000
686 01 -036	Beiträge an Verbände, Vereine und Gesellschaften im Inland	60	56	56
686 03 -187	Förderung wissenschaftlicher, kultureller und sonstiger Einrichtungen durch die Bundeswehr	584	334	280

Verpflichtungsermächtigung .... 1 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 250 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 250 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu .... 250 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu .... 250 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Erläuterungen zu Nr. 5 sind verbindlich.

2. Nach § 63 Abs. 4 BHO in Verbindung mit § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass dem Wissenschaftlichen Forum für Internationale Sicherheit e. V. unentgeltlich administrative Unterstützung durch die Führungsakademie der Bundeswehr gewährt wird.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 686 03

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Wissenschaftliches Forum für Internationale Sicherheit e. V.	29
2. Betriebskostenzuschuss für gemeinsame Ausbildungszwecke des Bundesamtes für Verfassungsschutz und Militärischem Abschirmdienst	225
3. Betriebskostenzuschuss zum Luftschiff- und Marinefliegermuseum in Nordholz	5
4. Zuschuss an die Stiftung Wissenschaft und Politik zur Gewinnung sicherheitspolitischer Expertise	75
5. Universität Bonn (Henry-Kissinger-Stiftungsprofessur für Internationale Beziehungen und Völkerrechtsordnung bis 2018)	250
Zusammen	584

Zu 1. und 4.:
Rechtsgrundlage: § 23 BHO
Zweck: Zusammenarbeit zwischen Bundeswehr und Wissenschaftlichen Einrichtungen außerhalb der Bundeswehr auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
687 02 -032	Unterstützung des Aufbaus afghanischer Sicherheitskräfte durch die NATO	40 000	40 000	40 000
698 01 -032	Abgeltung von Schadenersatzansprüchen Dritter, soweit es sich nicht um Ansprüche aus Übungsschäden handelt	8 500	8 500	7 383

Haushaltsvermerk:

Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 981 02.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Abgeltung von Kraftfahrzeugschäden	6 200
2. Abgeltung von Flugunfallschäden	500
3. Abgeltung von Havarie-Schäden	200
4. Abgeltung sonstiger Schäden	1 500
5. Ausgleich von Härten im Zusammenhang mit Entschädigungen Dritter infolge militärischer Schadensfälle	100
Zusammen	8 500

Ausgaben für die Abgeltung von Übungsschäden nach dem Bundesleistungsgesetz sind bei Kap. 1403 Tit. 698 23 veranschlagt. Im Zusammenhang mit der Abgeltung von Schadenersatzansprüchen Dritter infolge militärischer Schadensfälle kann unter Berücksichtigung aller Umstände die Zahlung eines angemessenen Ausgleichs ohne Anerkennung einer Rechtsverpflichtung unabweisbar sein. Dieser Ausgleich wird im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen vorgenommen.

Besondere Finanzierungsausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
981 01 -890	Leistungen an Bundesbehörden zur Durchführung von Aufträgen	-	-	(1 098)

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1407 Tit. 533 01.

Erläuterungen:

Ausgaben für die beim Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur entstehenden Ausgaben für die Durchführung von Verteidigungsaufgaben.

1402 Allgemeine Bewilligungen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu Titel 981 01			
	In Betracht kommen die für das Schleusenwerk der 4. Hafeneinfahrt in Wilhelmshaven entstehenden Personal- und Betriebskosten (Kap. 1407 Tit. 533 01). Die Aufwendungen sind dem Kap. 1203 Tit. 381 04 zu erstatten.			
981 02 -890	Erstattungen an andere Bundesbehörden (gem. § 61 BHO) für die Abgeltung von Schäden im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte. Haushaltsvermerk: Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: 698 01 und Kap. 1403 Tit. 698 23. Erläuterungen: Abgeltung von Schäden Dritter in den westlichen Bundesländern und nach dem 2. Oktober 1990 in Berlin und im Beitrittsgebiet, 1. die nach Maßgabe internationaler Verträge (NATO-Truppenstatut, Zusatzvereinbarungen zum NATO-Truppenstatut, Gesetz zum NATO-Truppenstatut usw.) durch deutsche Behörden abzuwickeln und von den Streitkräften der Entsendestaaten in der Regel in Höhe von 75 Prozent zu erstatten sind, 2. wenn der Bund rechtlich verantwortlich ist. Die Erstattungen fließen Kap. 0802 zu.	-	-	(-)
981 07 -890	Leistungen an Bundesbehörden zur Durchführung von ressortübergreifenden Aufgaben Haushaltsvermerk: Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Epl. 14.	-	-	(-)

Vorbemerkung

Die Struktur des Kapitels sowie die zahlenmäßige Stärke der Streitkräfte ist in nachstehenden Erläuterungen niedergelegt.

1. **Allgemeines**

Im Kapitel 1403 sind Planstellen, Stellen und Ausgaben für das militärische Personal der Bundeswehr (ohne Ministerium) und die allgemeinen Kosten des militärischen Dienstes einschließlich der militärischen Ausbildung veranschlagt. Dazu gehören auch die Ausgaben für den staatsbürgerlichen und völkerrechtlichen Unterricht, für Sport sowie für die Gestaltung der Freizeit. Das Kapitel 1403 enthält auch alle Einnahmen und Ausgaben für Beamtinnen und Beamte, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Auszubildende bei den Kommandobehörden und Truppen mit Ausnahme der Planstellen und der Personalausgaben (vgl. hierzu Kapitel 1404).

Die Soldatinnen und Soldaten haben nach § 30 Absatz 1 Soldatengesetz Anspruch auf Heilfürsorge. Sie besteht in unentgeltlicher truppenärztlicher Versorgung, die

1. Berufssoldatinnen und Berufssoldaten sowie Soldatinnen und Soldaten auf Zeit nach § 69 Absatz 2 Bundesbesoldungsgesetz und
2. Reservistendienst Leistenden und freiwillig Wehrdienstleistenden nach § 6 Wehrsoldgesetz

gewährt wird.

In Standorten, in denen Sanitätsoffiziere nicht zur Verfügung stehen, wird die Heilfürsorge im Auftrag der Bundeswehr von frei praktizierenden Ärztinnen und Ärzten ausgeübt.

Nach Maßgabe vertraglicher Vereinbarungen wird dem militärischen und zivilen Personal anderer Staaten, in Ausnahmefällen auch dessen Begleitpersonen und Familienangehörigen, unentgeltliche Heilbehandlung gewährt.

Die bei Eignungsuntersuchungen entstehenden Aufwendungen werden aus den im Kapitel 1404 - Bundeswehrverwaltung sowie Personalausgaben für das Zivilpersonal bei den Kommandobehörden, Truppen usw. - veranschlagten Ausgaben bestritten. Ausgaben für die Inanspruchnahme von überbetrieblichen betriebsärztlichen Diensten sowie Vertragsärztinnen und Vertragsärzten nach dem Arbeitssicherheitsgesetz sind zentral bei Kapitel 1401 Titel 443 02 veranschlagt.

Die Titelgruppe 07 enthält die mit der Sozialversicherung und der den Soldatinnen und Soldaten zu gewährenden Fürsorge in Zusammenhang stehenden Ausgaben. Den Berechnungen sind 12 500 freiwillig Wehrdienstleistende und 2 500 Stellen für Reservedienst Leistende im Jahresdurchschnitt zugrunde gelegt.

Der Bund hat für Berufssoldatinnen und Berufssoldaten und Soldatinnen und Soldaten auf Zeit, die ohne lebenslängliche Versorgung aus der Bundeswehr ausscheiden, Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung nachzuentrichten. Er ist weiterhin verpflichtet, für Wehrsoldempfängerinnen und Wehrsoldempfänger Beiträge zur gesetzlichen Kranken-, Renten-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung sowie zu einer zusätzlichen Alters- und Hinterbliebenenversorgung zu leisten. Darüber hinaus trägt er für Soldatinnen und Soldaten auf Zeit sowie für Wehrsoldempfängerinnen und Wehrsoldempfänger die Beiträge für Zuschläge an Entgeltpunkten für Zeiten einer besonderen Auslandsverwendung nach § 76e Sechstes Buch Sozialgesetzbuch.

Für Soldatinnen und Soldaten auf Zeit sowie Berufssoldatinnen und Berufssoldaten in bestimmten Verwendungen besteht nach dem Gesetz über die Versorgung für ehemalige Soldaten der Bundeswehr und ihrer Hinterbliebenen (Soldatenversorgungsgesetz - SVG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. September 2009 (BGBl. I S. 3054), zuletzt geändert durch Artikel 14 des Gesetzes zur Begleitung der Reform der Bundeswehr vom 21. Juli 2012 (BGBl. I S. 1583) Anspruch auf Förderung der zivilberuflichen Qualifizierung.

Nach Maßgabe des Gesetzes über die Sicherung des Unterhalts der zum Wehrdienst einberufenen Wehrpflichtigen und ihrer Angehörigen (Unterhaltssicherungsgesetz) in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. August 2008 (BGBl. I S. 1774), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Wehrrechtsänderungsgesetzes 2011 vom 28. April 2011 (BGBl. I S. 678) können Wehrsoldempfängerinnen und Wehrsoldempfänger Sonderleistungen oder Verdienstausfallentschädigungen erhalten. Ihren Familienangehörigen werden Leistungen des Bundes zur Sicherung des Lebensbedarfs gewährt.

Der Bund ist weiterhin nach dem Gesetz über den Einfluss von Eignungsübenden der Streitkräfte auf Vertragsverhältnisse der Arbeitnehmer und Handelsvertreter sowie auf Beamtenverhältnisse (Eignungsübungsgesetz) vom 20. Januar 1956 (BGBl. I S. 13), zuletzt geändert durch Artikel 15 Absatz 77 des Gesetzes vom 5. Februar 2009 (BGBl. I S. 160), sowie nach dem Gesetz über den Schutz des Arbeitsplatzes bei Einberufung zum Wehrdienst (Arbeitsplatzschutzgesetz) in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. Juli 2009 (BGBl. I S. 2055), geändert durch Artikel 6 des Wehrrechtsänderungsgesetzes 2011 vom 28. April 2011, zu bestimmten Leistungen verpflichtet.

Im Rahmen der den Soldatinnen und Soldaten zu gewährenden Fürsorge übernimmt der Bund ferner die nach § 31 des Gesetzes über die Rechtsstellung der Soldaten (Soldatengesetz) in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Mai 2005 (BGBl. I S. 1482), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Einsatzversorgungsverbesserungsgesetzes vom 4. Dezember 2011 (BGBl. I S. 2458), entstehenden Ausgaben.

Die Titelgruppe 08 enthält die spezifischen Ausgaben für Maßnahmen der Bundeswehr im Zusammenhang mit internationalen Einsätzen.

2. **Zahlenmäßige Stärke der Streitkräfte (Artikel 87 a Absatz 1 Satz 2 Grundgesetz (GG))**

Für 2014 ist ein organisatorischer Umfang der Bundeswehr von 202 500 zur Ausplanung der Strukturreform zugelassen. Die Struktur der Streitkräfte setzt sich zusammen aus Soldatinnen und Soldaten in den Eingreif-, Stabilisierungs- und Unterstützungskräften einschließlich der Soldatinnen und Soldaten in militärischer Ausbildung, Berufs- und Zeitsoldatinnen und -soldaten, die an Maßnahmen zur zivilberuflichen Aus- und Weiterbildung im Rahmen der militärfachlichen Ausbildung oder der Berufsförderung teilnehmen (Ausbildungsumfang) und Soldatinnen und Soldaten, die zu Wehrübungen/Einsätzen einberufen werden (Reservistenumfang). Der Grundumfang der Streitkräfte stellt die zahlenmäßige Stärke der Soldatinnen und Soldaten der Streitkräfte (Artikel 87 a GG) dar.

1403 Kommandobehörden, Truppen, Sozialversicherungsbeiträge und Fürsorgemaßnahmen für Soldatinnen und Soldaten

Dienstpostenumfang
2014: 170 000, 2013: 177 000
Ausbildungsumfang
2014: 30 000, 2013: 33 000,
Reservistenumfang (im Jahresdurchschnitt)
2014: 2 500, 2013: 2 500
Insgesamt 2014: 202 500, 2013: 212 500
Planstellen- und Stellensoll
Planstellen für Berufssoldatinnen und Berufssoldaten sowie Zeitsoldatinnen und Zeitsoldaten
2014: 187 978, 2013: 191 245
bei Kapitel 1401
2014: 924, 2013: 923
bei Kapitel 1403
2014: 187 054, 2013: 190 322
Stellen im Jahresdurchschnitt für freiwillig Wehrdienstleistende (FWDL) - Kapitel 1403
2014: 12 500, 2013: 12 500
Stellen für Reservistendienst Leistende im Jahresdurchschnitt (nur Haushaltsausgaben bei Kapitel 1403)
2014: 2 500, 2013: 2 500
Planstellen und Stellen insgesamt
2014: 202 978, 2013: 206 245
Gegenüber dem Planstellen- und Stellensoll können als Veranschlagungsstärke für Berufssoldatinnen und Berufssoldaten sowie Zeitsoldatinnen und Zeitsoldaten im Jahresdurchschnitt folgende Stärken als Obergrenze zugrunde gelegt werden: 2014: 178 000, 2013: 181 200
Insgesamt
2014: 193 000, 2013: 196 200

3. **Grundzüge der Organisation (Artikel 87 a GG)** [1)]

3.1 Heer

3.1.1 Bereich Kommando Heer

1 Kommando Heer
1 Kommando Division Spezielle Operationen
(Umgliederung zum Kommando Division Schnelle Kräfte bis 07.2014)
1 Kommando Division Luftbewegliche Operationen (Auflösung 07.2014)
3 Divisionskommandos (mechanisiert)
10. PzDiv (alt) (Auflösung im Zeitraum 07.2014 bis 01.2015)
Div. Süd/10. PzDiv (neu) (Aufstellung im Zeitraum bis 01.2015)
5 Brigaden (mechanisiert)
PzGrenBrig 37 (Umgliederung im Zeitraum 04.2014 bis 10.2014)
PzBrig 12 (Umgliederung im Zeitraum 07.2014 bis 01.2015)
2 Luftlandebrigaden
LLBrig 31 (Auflösung im Zeitraum 10.2014 bis 07.2015)
1 Gebirgsjägerbrigade (Umgliederung im Zeitraum 07.2014 bis 01.2015)
1 Luftbewegliche Brigade (Auflösung im Zeitraum 01.2014 bis 07.2014)
1 Deutscher Anteil Deutsch-Französische Brigade
(Umgliederung im Zeitraum 10.2014 bis 04.2015)
1 Kommando Spezialkräfte
1 Amt Heeresentwicklung
1 Ausbildungskommando
15 Schulen und Ausbildungszentren

3.1.2 Heeresanteile NATO/Multinational

1 Deutscher Anteil Eurokorps
1 Deutscher Anteil DEU/NLD Korps
1 Deutscher Anteil ARRC
1 Deutscher Anteil Multinational-Corps North-East (MNC NE) STETTIN
1 Deutscher Anteil USAREUR
3 Deutsche Anteile an Headquarters bei NATO Rapid Deployable Corps (NRDC) in ITA, ESP und TUR
1 Deutscher Anteil an Forces of Lower Readiness (Land) Headquarters in GRC
(Auflösung geplant im Zeitraum 01.2014 bis 07.2014)
1 Deutscher Anteil HQ NATO Rapid Deployable Corps - France (NRDC FRA) LILLE

3.2 Luftwaffe

1 Kommando Luftwaffe

3.2.1 Bereich Kommando Einsatzverbände Luftwaffe

5 Taktische Luftwaffengeschwader
1 Flugabwehrraketengeschwader
2 Einsatzführungsbereiche
1 Objektschutzregiment der Luftwaffe
1 Fliegerisches Ausbildungszentrum Luftwaffe USA
1 Taktisches Ausbildungskommando der Luftwaffe ITALIEN
3 Lufttransportgeschwader
1 Hubschraubergeschwader
1 Flugbereitschaft BMVg
1 Führungsunterstützungsbereich Luftwaffe
1 Zentrum Elektronischer Kampf Fliegende Waffensysteme

3.2.2 Bereich Kommando Unterstützungsverbände Luftwaffe

2 Waffensystemunterstützungszentren (Aufstellung)
3 Schulen
1 Luftwaffenausbildungsbataillon
1 Zentrum Luft- und Raumfahrtmedizin Luftwaffe
1 Amt für Flugsicherung der Bundeswehr

3.2.3 Bereich Zentrum Luftoperationen

3.2.4 Luftwaffenanteile NATO/Multinational

1 Deutscher Anteil HQ AC RAMSTEIN
1 Deutscher Anteil CADTF
1 Deutscher Anteil VKdo LuSK EUROKORPS
2 Deutsche Anteile CAOC
1 Deutscher Anteil JAPCC
1 Deutscher Anteil NPC, GLONS
1 Deutscher Anteil AOCC ARRC
1 Deutscher Anteil AOCC I. DEU/NLD Korps
1 Deutscher Anteil AOCC Multinational-Corps North-East (MNC NE) STETTIN
1 Deutscher Anteil AOCC HQ NRDC - TUR
1 Deutscher Anteil NAEW&C E-3AC
1 Deutscher Anteil EAG (European Air Group)
1 Deutscher Anteil C.F.A.A. (Centre de Formation à l'Appui Aérien NANCY OCHEY)
1 Deutscher Anteil DACCC Poggio Renatico, ITA
1 Deutscher Anteil EATC

3.3 Marine

Bereich Marinekommando

1 Marinekommando
1 Marinefliegerkommando
2 Marinefliegergeschwader
1 Schifffahrtmedizinisches Institut der Marine
1 Einsatzflottille
2 Fregattengeschwader
1 Trossgeschwader
1 Einsatzflottille
1 Korvettengeschwader
1 Schnellbootgeschwader
2 Minensuchgeschwader
1 U-Bootgeschwader
Spezialisierte Einsatzkräfte Marine (Auflösung im Jahr 2014 geplant)
Marineschutzkräfte (Auflösung im Jahr 2014 geplant)
1 Seebataillon (Aufstellung im Jahr 2014 geplant)
1 Kommando Spezialkräfte der Marine (Austellung im Jahr 2014 geplant)
1 Marineunterstützungskommando
4 Schulen
1 Einsatzausbildungszentrum Schadensabwehr der Marine

3.4 Zentraler Sanitätsdienst der Bundeswehr
Bereich Kommando Sanitätsdienst der Bundeswehr

1 Kommando Sanitätsdienst der Bundeswehr
1 Kommando Sanitätsdienstliche Einsatzunterstützung
1 Kommando Regionale Sanitätsdienstliche Unterstützung
2 Sanitätskommandos (Auflösung bis 01.2016)
1 Kommando Schnelle Einsatzkräfte Sanitätsdienst
7 Sanitäts- und Lazarettregimenter (Auflösung ab 2014)
3 Sanitätsregimenter mit Ausb/SimZ (Aufstellung ab 2014)
1 Bundeswehrzentralkrankenhaus
4 Bundeswehrkrankenhäuser sowie Fachsanitätszentren, Sanitätszentren und Sanitätsstaffeln

4 Versorgungs-/Instandsetzungszentren Sanitätsmaterial
1 Sanitätsamt der Bundeswehr (Auflösung bis 01.2014)
1 Sanitätsakademie der Bundeswehr
1 Zentrum für Einsatzausbildung und Übungen des SanDstBw (Auflösung bis 01.2015)
5 Fachschulen Rettungsdienst (Auflösung der Fachschulen Rettungsdienst 2014/2015 geplant)
3 Zentralinstitute
6 Fachinstitute (Auflösung InstMedArbUmwSchBw bis 01.2014)
1 Sanitätslehrregiment
4 Überwachungsstellen für öffentlich-rechtliche Aufgaben des Sanitätsdienstes der Bundeswehr (Nord, West, Ost, Süd)

3.5 Streitkräftebasis

1 Kommando SKB
1 MN Kommando Operative Führung Eingreifkräfte, 1 Unterstützungselement und 2 Kp
1 Amt für den Militärischen Abschirmdienst mit 7 MAD-Stellen
1 Amt für Militärkunde
1 Zentrum für Innere Führung
1 Führungsakademie der Bundeswehr
1 Bundesakademie für Sicherheitspolitik
1 Deutscher Militärischer Vertreter im Militärausschuss der NATO, bei der EU und WEU
1 Logistik-Kommando der Bundeswehr
1 Logistikschule der Bundeswehr
1 Logistikzentrum der Bundeswehr
1 Logistikamt der Bundeswehr (Auflösung im Jahr 2013)
1 Logistikbrigade
1 Logistikregiment (Auflösung von 2 Logistikregimenten im Jahr 2013, Auflösung von 1 Logistikregiment im Jahr 2014)
Depotorganisation oIE
11 Logistik-/Nachschub-/Transport-/Instandsetzungsbataillone (6 Bataillone in der Zielstruktur)
2 SpezPiBataillon
1 Bereich KfAusbZ

1 Führungsunterstützungskommando der Bundeswehr
1 Führungsunterstützungsschule der Bundeswehr
2 Führungsunterstützungsregimenter (Auflösung je 1 Führungsunterstützungsregiment in den Jahren 2013/2014 und 2015)
11 Führungsunterstützungsbataillone (6 Bataillone in der Zielstruktur)
1 1stNSB
BetrbZ IT-SysBw

1403 Kommandobehörden, Truppen, Sozialversicherungsbeiträge und Fürsorgemaßnahmen für Soldatinnen und Soldaten

1 Kommando Strategische Aufklärung
1 Schule für Strategische Aufklärung der Bundeswehr
1 ZentAbbAufkl
1 ZU-StelleBwT Aufkl
1 AuswZentr EloKa
4 Bataillone für Elektronische Kampfführung
1 Zentrum Geoinformationswesen der Bundeswehr

1 Kommando Territoriale Aufgaben der Bundeswehr
15 Landeskommandos mit 11 SportFördGrpBw
3 LKdo Bayern RegStTerrAufg
30 RegSichUstgKp (RSUKp)
1 Wachbataillon BMVg
1 Zentr Operative Kommunikation der Bundeswehr
1 Zentr ZMZBw
10 TrÜbPl
10 BwFachSBeSt bzw. BwFachSBeSt/ZAWBeSt

1 Kommando Feldjäger der Bundeswehr
1 Schule Feldjäger und Stabsdienst Bundeswehr
3 Feldjägerregimenter

1 ABCAbwKdo Bw
1 SABCAbw/GschAufg/Schule
1 ABC Abwehrregiment
2 ABC Abwehrbataillone
2 ABC Abwehrbataillone (ErgTrTl 2)
1 Streitkräfteamt
1 Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation
1 Zentrum für Verifikationsaufgaben der Bundeswehr
1 Zentrum Militärmusik der Bundeswehr
1 BigBand der Bundeswehr
1 AusbMusKorpsBw
1 MusKorpsBw
1 StMusKorpsBw
10 Musikkorps

1 Militärgeschichtliches Forschungsamt mit Sozialwissenschaftlichem Institut der Bundeswehr
1 Sportschule der Bundeswehr mit 2 SportFördGrpBw
1 Schule Diensthunde Bundeswehr
1 Museum (MilHistMuseumBw)
1 IFAZ SASPF Bundeswehr
1 Bundeswehrkommando USA/CAN
1 Deutsche Stabsgruppe Frankreich
64 Militärattachestäbe
27 Deutsche Vertretungen und NATO-Anteile
2 Delegationsanteile BMVg
22 Verbindungselemente zu ausländischen Dienststellen

3.6 Dem BMVg unmittelbar unterstellte Dienststellen

1 Einsatzführungskommando der Bundeswehr
1 St/FmBtl Einsatzführungskommando der Bundeswehr
1 Zentrum Counter-IED
1 Planungsamt

---

1) Organisation zu Beginn 2014 sowie beabsichtigte Neuaufstellungen; im Verlauf des Jahres 2014 weitere Organisationsänderungen (u. a. Auflösungen, Umgliederungen)

Kommandobehörden, Truppen, 1403
Sozialversicherungsbeiträge und Fürsorgemaßnahmen für Soldatinnen und Soldaten

Überblick zum Kapitel 1403	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	79 500	79 500	-		174 250
Übrige Einnahmen	-	-	-		123 953
Gesamteinnahmen	79 500	79 500	-		298 203
Ausgaben					
Personalausgaben	7 273 276	7 698 061	-424 785		7 499 489
Sächliche Verwaltungsausgaben	723 160	755 241	-32 081		879 674
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	370 200	420 200	-50 000		604 705
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	286 008	265 111	+20 897		248 830
Ausgaben für Investitionen	200	760	-560		366
Besondere Finanzierungsausgaben	-	-	-		-
Gesamtausgaben	8 652 844	9 139 373	-486 529		9 233 064
davon flexibilisiert	481 990	730 481	-248 491		540 224
davon nicht flexibilisiert	8 170 854	8 408 892	-238 038		8 692 840
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung	85 476 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu	39 200 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu	17 080 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu	17 480 T€				
im Haushaltsjahr 2018 bis zu	11 716 T€				

1403 Kommandobehörden, Truppen, Sozialversicherungsbeiträge und Fürsorgemaßnahmen für Soldatinnen und Soldaten

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

111 04 -032	Einnahmen aus der Heilbehandlung Dritter	79 500	79 500	174 250

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 632 01, Tgr. 01, Kap. 1409 Tit. 553 01 und Kap. 1416 Tit. 554 01.

Erläuterungen:

Zivilpersonen können gegen Kostenerstattung nach den im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen vom Bundesministerium der Verteidigung erlassenen Richtlinien vom 1. November 1996 von Sanitätsoffizieren behandelt oder in Bundeswehrkrankenhäusern aufgenommen werden. Das Gleiche gilt für Soldatinnen und Soldaten fremder Streitkräfte, soweit die Kosten nicht von der Bundesrepublik Deutschland aufgrund rechtlicher Verpflichtungen zu tragen sind.

Übrige Einnahmen

266 01 -032	Einnahmen aus Erstattungen für Maßnahmen der Bundeswehr im Zusammenhang mit internationalen Einsätzen	-	-	123 953

Haushaltsvermerk:

1. Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Tgr. 08.
2. Nach § 63 Abs. 4 BHO in Verbindung mit § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass im Rahmen der Ausbildungsangebote des VN-Ausbildungszentrums der Bundeswehr in Hammelburg für Journalisten sowie Journalistenschüler je Teilnehmer auf die Erstattung von bis zu 70 Prozent der Lehrgangskosten verzichtet werden kann.
3. Nach § 63 Abs. 4 BHO in Verbindung mit § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass gegenüber ausländischen Streitkräften auf die Erstattung von Kosten für Unterstützungsleistungen der Bundeswehr im Zusammenhang mit einem internationalen Einsatz verzichtet werden kann, wenn deren Beteiligung an diesem internationalen Einsatz zu einer Entlastung der Bundeswehr führt.

382 01 -890	Einnahmen aus der Bewirtschaftung der Mannschafts-, Unteroffiziers- und Offiziersheime, der Verkaufsstellen sowie aus der Durchführung der Tage der offenen Tür und sonstiger Veranstaltungen	-	-	(4 630)

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind als den Haushalt durchlaufende Gelder zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 982 01.

Erläuterungen:

Nach den Heimbewirtschaftungsbestimmungen vom 16. Februar 2011 haben die Betreiber der Heime Rabatte in Höhe von 2,5 Prozent des erzielten Umsatzes abzuführen. Diese Einnahmen sind für Betreuungsmaßnahmen gemäß Nr. 405 der Bestimmungen vorgesehen.

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

1. Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.

   In die Flexibilisierung einbezogen sind auch Tit. 514 12, 521 21, 523 61, 531 01, 532 01, 532 21, 532 22, 532 51, 532 61, 538 02, 554 01 und 698 23.

   Ausgenommen sind Tit. 423 01, 423 02, 423 03, 423 71, 423 72, 423 81, 433 71, 453 01, 453 73, 525 71 und 634 13.

   Darüber hinaus sind kapitelübergreifend folgende flexibilisierte Titel/Titelteilansätze einbezogen: Kap. 1407 Tit. 553 39, 553 49, Kap. 1409 Tit. 553 01, 553 04, 553 05, 553 06, 553 07, 553 08, 553 10 und 553 11.

2. Einsparungen bei folgenden Titeln: Hgr. 4 mit Ausnahme des Titels 423 02 dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Epl. 14 Grp. 551, Grp. 553, Grp. 554, Grp. 558, Grp. 559, Hgr. 7 und Hgr. 8.

3. Die Veranschlagungsstärken (vgl. Vorbemerkungen Kap. 1403) dürfen bei dringendem Bedarf bis zum Umfang von insgesamt **200.000** Soldatinnen und Soldaten überschritten werden.

Personalausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
423 01 -032	Bezüge und Nebenleistungen der Berufssoldatinnen und Berufssoldaten, der Soldatinnen und Soldaten auf Zeit sowie Ausbildungsgeld für Anwärterinnen und Anwärter der Sanitätsoffizierslaufbahn	6 028 675	6 007 730	6 084 406

Haushaltsvermerk:

1. Einsparungen infolge nicht in Anspruch genommener Planstellen für Berufssoldatinnen und Berufssoldaten sowie Soldatinnen und Soldaten auf Zeit dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 423 02, 423 03, 423 72, 453 73, 681 72 und Kap. 1407 Tit. 514 02.

   Dies gilt nur insoweit, als Mehrausgaben bei diesen Titeln durch Überschreitung der Zahl der freiwillig Wehrdienstleistenden/Stellen für Reservisten durch nicht in Anspruch genommene Planstellen für Berufssoldatinnen und Berufssoldaten sowie Soldatinnen und Soldaten auf Zeit kompensiert werden können.

2. Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 634 13.

3. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass bei Kommandierung je einer Soldatin oder eines Soldaten an das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg sowie für eine Verwendung einer Soldatin oder eines Soldaten als "Fellow Student" bei der Firma RAND Cooperation auf die Erstattung der Personalkosten verzichtet wird.

4. Aus den Ausgaben dürfen auch Entschädigungen für Dienstleistungen in der Zeit zwischen Dienstantritt und dem Tage der vorzeitigen Entlassung oder bis zur Aushändigung der Ernennungsurkunde zur Soldatin oder zum Soldaten auf Zeit oder zur Berufssoldatin oder zum Berufssoldaten geleistet werden.

1403 Kommandobehörden, Truppen, Sozialversicherungsbeiträge und Fürsorgemaßnahmen für Soldatinnen und Soldaten

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
423 02 -032	Wehrsold und Nebenleistungen der freiwillig Wehrdienstleistenden	176 240	209 960	215 869

Haushaltsvermerk:

1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: 423 01.

   Dies gilt nur insoweit, als Mehrausgaben bei diesem Titel durch Überschreitung der Zahl der freiwillig Wehrdienstleistenden durch nicht in Anspruch genommene Planstellen für Berufssoldatinnen und Berufssoldaten sowie Soldatinnen und Soldaten auf Zeit kompensiert werden können.

2. Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 423 72, 453 73, 671 71, 681 72, Kap. 1407 Tit. 514 02 und 553 19.

   Dies gilt nur insoweit, als Mehrausgaben bei diesen Titeln durch Überschreitung der Zahl von 5 000 freiwillig Wehrdienstleistenden nach neuem Recht verursacht werden.

Erläuterungen:

Weniger wegen Reduzierung der Vorsorge um 2 500 freiwillig Wehrdienstleistende.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
423 03 -032	Wehrsold und Nebenleistungen der Reservistendienst Leistenden	21 583	21 583	22 312

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: 423 01.

Dies gilt nur insoweit, als Mehrausgaben bei diesem Titel durch Überschreitung der Zahl der Stellen für Reservisten durch nicht in Anspruch genommene Planstellen für Berufssoldatinnen und Berufssoldaten sowie Soldatinnen und Soldaten auf Zeit kompensiert werden können.

Erläuterungen:

Wehrsold oder Dienstgeld und Leistungszuschlag nach dem Wehrsoldgesetz.

Ausgaben sind veranschlagt für 2 500 Stellen für Reservisten, auf denen jährlich rd. 42 800 Reservisten üben können.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
453 01 -032	Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen	241 490	246 444	220 322

Sächliche Verwaltungsausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
537 01 -032	Geoinformationen für Ausbildung, Planung und Einsatz der Bundeswehr	11 600	13 500	13 497

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Einnahmen aus dem Verkauf von Geoinformationen fließen den Ausgaben zu.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 537 01

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Geo-, Navigations- und Vermessungsunterlagen sowie Verfahren.	900
2. Geo-Info-Grundlagen/Quelleninformationen..................................	2 940
3. Werk- und Dienstleistungen sowie Nutzungsrechte.......................	6 910
4. Geo-Info-Werkmaterial..	850
Zusammen...	11 600

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
538 01 -032	Nachwuchswerbung	30 000	30 000	28 922

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Werbe- und Informationsmaterialien gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
632 01 -032	Erstattungen an das Land Rheinland-Pfalz für Fachpersonal beim Herzzentrum des Bundeswehrzentralkrankenhauses Koblenz	5 470	5 410	5 252

Haushaltsvermerk:

1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 111 04.
2. Soweit am Ende des Haushaltsjahres im Voraus geleistete Ausgaben noch nicht durch Einnahmen gedeckt wurden, sind die Ist-Ausgaben in das folgende Haushaltsjahr umzubuchen.

Erläuterungen:

Aufgrund einer Verwaltungsvereinbarung mit dem Land Rheinland-Pfalz über das Herzzentrum beim Bundeswehrzentralkrankenhaus Koblenz werden die Kosten des vom Land bereitgestellten Fachpersonals aus den anteiligen Einnahmen für die Behandlung von Zivilpatientinnen und Zivilpatienten gedeckt.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
634 13 -032	Zuweisungen an den Versorgungsfonds	165 502	143 608	107 151

Haushaltsvermerk:

1. **Die Ausgaben sind übertragbar.**

   Die Übertragbarkeit ist auf die diesem Titel zufließenden Erstattungen im Sinne des § 16 Abs. 3 Satz 1 des Versorgungsrücklagegesetzes beschränkt.
2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: 423 01.
3. **Erstattungen im Sinne des § 16 Abs. 3 Satz 1 des Versorgungsrücklagegesetzes fließen den Ausgaben zu.**

Erläuterungen:

Mehr wegen Aufnahme eines weiteren Jahrgangs von Berufssoldatinnen und Berufssoldaten in den Versorgungsfonds.

1403 Kommandobehörden, Truppen, Sozialversicherungsbeiträge und Fürsorgemaßnahmen für Soldatinnen und Soldaten

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
685 01 -032	Zuschuss an den Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e. V.	14 440	14 363	13 677

Haushaltsvermerk:

1. Nach § 63 Abs. 4 BHO wird zugelassen, dass dem Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e. V. folgende Leistungen gewährt werden:

1.1 Unentgeltliche Überlassung von Büroräumen mit Einrichtungsgegenständen für die Unterbringung von Geschäftsstellen in Bundeswehrliegenschaften. Kostenbeiträge für Reinigung, Heizung, Wasser- und Stromverbrauch werden nicht erhoben.

1.2 Unentgeltliche Mitbenutzung von Bundeswehranlagen im Rahmen auftragsbezogener Veranstaltungen des VdRBw.

1.3 Unentgeltliche Inanspruchnahme freier Unterkünfte in Liegenschaften der Bundeswehr für hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Verbandes anlässlich der Durchführung von Dienstreisen.

2. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass die Verbandszeitschrift "loyal", soweit sie aus Bundesmitteln bezuschusst wird, unentgeltlich an alle Verbandsmitglieder abgegeben wird.

Erläuterungen:

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	Finanzierungsanteil in Prozent ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
Institutionelle Förderung/Zuschüsse an Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO					
Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e. V. .... *- aus Kap. 1403 Tit. 685 01*	100,00	100,00	14 440	14 363	13 677

Wirtschaftsplan siehe Anlage zum Kapitel 1403.

Dem Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e. V. ist die Aufgabe übertragen worden, aus der Bundeswehr ausgeschiedene Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften nach Richtlinien des Bundesministeriums der Verteidigung im Rahmen des Wehrrechts zu betreuen und fortzubilden.

Besondere Finanzierungsausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
982 01 -890	Betreuungsmaßnahmen aus abgeführten Einnahmen, Überschüsse aus der Durchführung der Tage der offenen Tür und sonstiger Veranstaltungen	-	-	(4 575)

Haushaltsvermerk:

1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 382 01.
2. Die Mittel dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.

Erläuterungen:

Bis zum 31.12.2012 nicht verbrauchte Selbstbewirtschaftungsmittel: - T€.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Titelgruppe 07			
Tgr. 07	Sozialversicherungsbeiträge und Fürsorgemaßnahmen für Soldatinnen und Soldaten	(700 854)	(816 294)	
423 71 -032	Nachversicherungsbeiträge für ausscheidende Berufssoldatinnen und Berufssoldaten sowie Soldatinnen und Soldaten auf Zeit	502 200	602 864	490 294

Erläuterungen:

Berufssoldatinnen und Berufssoldaten sowie Soldatinnen und Soldaten auf Zeit, die aus der Bundeswehr ohne Anspruch oder Anwartschaft auf Versorgung ausgeschieden sind oder ihren Anspruch auf Versorgung verloren haben, werden nach § 8 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch (SGB VI) für die Dauer ihrer versicherungsfreien Dienstzeit in der gesetzlichen Rentenversicherung nachversichert, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen hierzu erfüllt sind, insbesondere Gründe für einen Aufschub der Beitragszahlung nicht vorliegen.

Die Beiträge sind vom Bund an die Rentenversicherungsträger zu entrichten.

Veranschlagt ist der errechnete Bedarf der Nachversicherungsbeiträge in der allgemeinen Rentenversicherung, zzgl. der Beiträge für Zuschläge an Entgeltpunkten für Zeiten einer besonderen Auslandsverwendung nach § 76e SGB VI.

Weniger wegen gestiegener Anzahl von Weiterverpflichtungen.

423 72 -032	Sozialversicherungs- und Arbeitslosenversicherungsbeiträge für Wehrsoldempfänger	33 658	45 000	13 016

Haushaltsvermerk:

1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: 423 01.

   Dies gilt insoweit, als Mehrausgaben bei diesem Titel durch Überschreitung der Zahl der Wehrsoldempfänger um die Zahl der nicht in Anspruch genommenen Planstellen für Berufssoldatinnen und Berufssoldaten sowie Soldatinnen und Soldaten auf Zeit entstehen.

2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: 423 02.

   Dies gilt nur insoweit, als Mehrausgaben bei diesem Titel durch Überschreitung der Zahl von 5 000 freiwillig Wehrdienstleistenden nach neuem Recht verursacht werden.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung (§§ 193, 244 und 251 Abs. 4 SGB V)	2 073
2. Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung (§§ 3 Nr. 2 und 2 a sowie 166 Abs. 1 Nr. 1 und 1 a und 76 e SGB VI)	29 721
3. Beiträge zur Arbeitslosenversicherung (§§ 26 Abs. 1 Nr. 2, 345 Nr. 2 und 347 Nr. 2 SGB III)	1 590
4. Beiträge zur gesetzlichen Pflegeversicherung (§ 20 Abs. 1 und 3 SGB XI)	274
Zusammen	33 658

Die Beiträge zur gesetzlichen Sozial- und Arbeitslosenversicherung werden für Wehrsoldempfänger vom Bund getragen.

Weniger wegen Reduzierung der Zahl der freiwillig Wehrdienstleistenden.

1403 Kommandobehörden, Truppen, Sozialversicherungsbeiträge und Fürsorgemaßnahmen für Soldatinnen und Soldaten

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 07

433 71 -039	Absicherung von ehemaligen Soldatinnen und Soldaten auf Zeit gegen die wirtschaftlichen Folgen der Arbeitslosigkeit	10 000	11 000	9 870
453 73 -032	Familienheimfahrten der Wehrsoldempfänger	4 600	6 100	13 721

Haushaltsvermerk:

1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: 423 01.

   Dies gilt insoweit, als Mehrausgaben bei diesem Titel durch Überschreitung der Zahl der Wehrsoldempfänger um die Zahl der nicht in Anspruch genommenen Planstellen für Berufssoldatinnen und Berufssoldaten sowie Soldatinnen und Soldaten auf Zeit entstehen.
2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: 423 02.

   Dies gilt nur insoweit, als Mehrausgaben bei diesem Titel durch Überschreitung der Zahl von 5 000 freiwillig Wehrdienstleistenden nach neuem Recht verursacht werden.

Erläuterungen:

Freiwillig Wehrdienstleistende sowie Reservistendienst Leistende bei einer Wehrübung von mehr als 12 Tagen, die nach dem Wehrsoldgesetz abgefunden werden, erhalten nach Richtlinien des Bundesministeriums der Verteidigung kostenlose Familienheimfahrten (VMBl. 2009 S. 129).

525 71 -032	Aus- und Fortbildung	114 000	114 000	-

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Epl. 14.

Erläuterungen:

Ausgaben im Zusammenhang mit der Berufsförderung für das spätere Berufsleben

Bezeichnung	1 000 €
1. Aus- und Fortbildung	111 920
2. Schaumburger Modell	1 800
3. Berufs- und Lehrerfachbüchereien	280
Zusammen	114 000

532 71 -032	Überführung und Bestattung verstorbener Soldatinnen und Soldaten	1 000	1 000	454

Haushaltsvermerk:

Aus dem Ansatz dürfen auch Ausgaben für die Pflege der Gräber von Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr geleistet und Zuwendungen aus Anlass des Todes von Wehrsoldempfängern gezahlt werden.

Erläuterungen:

Ausgaben nach den Richtlinien des Bundesministeriums der Verteidigung für die Überführung und Bestattung verstorbener Soldaten, für die Pflege der Gräber von Soldaten der Bundeswehr (RL des BMVg vom 1. Oktober 1985, bekanntgegeben mit Erlass vom 7. November 1985 - S I 1 - Az 23-59-00) sowie für Reisebeihilfen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 532 71 (Titelgruppe 07)

an die Familienangehörigen, denen bei der Teilnahme an der militärischen Trauerfeier für verstorbene Wehrsoldempfänger Kosten entstehen (VMBl. 1986 S. 22).

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
671 71 -037	Leistungen des Bundes nach dem Arbeitsplatzschutzgesetz und dem Eignungsübungsgesetz	1 196	1 430	1 163

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: 423 02.

Dies gilt nur insoweit, als Mehrausgaben bei diesem Titel durch Überschreitung der Zahl von 5 000 freiwillig Wehrdienstleistenden nach neuem Recht verursacht werden.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Mehraufwendungen an Lohn für eine Ersatzperson (§ 1 Abs. 5 Arbeitsplatzschutzgesetz)	9
2. Erstattung der Bezüge der Beamtinnen und Beamten der Deutschen Post AG (§ 9 Abs. 3 Arbeitsplatzschutzgesetz)	607
3. Beiträge und Umlagen zu einer zusätzlichen Alters- und Hinterbliebenenversorgung und in besonderen Fällen (§§ 14 a und 14 b Arbeitsplatzschutzgesetz)	240
4. Leistungen nach dem Eignungsübungsgesetz	340
Zusammen	1 196

Nach dem Arbeitsplatzschutzgesetz und dem Eignungsübungsgesetz sind die Kosten durch den Bund zu erstatten.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
681 71 -032	Zuschüsse an Soldatinnen und Soldaten auf Zeit zum Erwerb einer BahnCard	600	600	347
681 72 -037	Leistungen des Bundes nach dem Unterhaltssicherungsgesetz	33 600	34 300	35 100

Haushaltsvermerk:

1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: 423 01.

   Dies gilt insoweit, als Mehrausgaben bei diesem Titel durch Überschreitung der Zahl der Wehrsoldempfänger um die Zahl der nicht in Anspruch genommenen Planstellen für Berufssoldatinnen und Berufssoldaten sowie Soldatinnen und Soldaten auf Zeit entstehen.
2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: 423 02.

   Dies gilt nur insoweit, als Mehrausgaben bei diesem Titel durch Überschreitung der Zahl von 5 000 freiwillig Wehrdienstleistenden nach neuem Recht verursacht werden.
3. Erstattungen zu Unrecht gezahlter Leistungen fließen den Ausgaben zu, auch wenn die Leistungen in einem früheren Haushaltsjahr erbracht wurden.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Allgemeine Leistungen (§§ 5 bis 5 c USG)	400
2. Einzelleistungen (§ 6 USG)	300

1403 Kommandobehörden, Truppen, Sozialversicherungsbeiträge und Fürsorgemaßnahmen für Soldatinnen und Soldaten

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 681 72 (Titelgruppe 07)

Bezeichnung	1 000 €
3. Sonderleistungen, Mietbeihilfe und Wirtschaftsbeihilfe (§§ 7 bis 7 b USG)	2 000
4. Verdienstausfallentschädigung (§§ 13 und 13 b bis 13 d USG)	27 000
5. Leistungen an Selbständige (§ 13 a USG)	3 900
Zusammen	33 600

Wehrsoldempfänger und ihre anspruchsberechtigten Angehörigen erhalten auf Antrag Leistungen zur Sicherung ihres Lebensbedarfs nach dem Unterhaltssicherungsgesetz (USG).

Titelgruppe 08

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
Tgr. 08	Maßnahmen der Bundeswehr im Zusammenhang mit internationalen Einsätzen	(775 000)	(900 000)	

Haushaltsvermerk:

1. Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Epl. 14.

   Die Leistung der Mehrausgaben im Epl. 14 bedarf der Einwilligung des Bundesministeriums der Finanzen.

2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Epl. 14.
3. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.
4. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 266 01.

Erläuterungen:

Die Bundesrepublik Deutschland beteiligt sich u. a. an folgenden internationalen Einsätzen:

1. INTERNATIONAL SECURITY ASSISTANCE FORCE (ISAF)
2. KOSOVO FORCE (KFOR)
3. United Nations Interim Force in Lebanon (UNIFIL)
4. Operation ACTIVE ENDEAVOUR (OAE)
5. European Union Naval Force (EUNAVFOR) ATALANTA
6. Operation ACTIVE FENCE TURKEY (ACTIVE FENCE TUR)
7. European Union Training Mission (EUTM) Mali
8. Multidimensionale integrierte Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali (MINUSMA)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
423 81 -032	Personalausgaben	125 000	170 000	262 626

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Auslandsverwendungszuschlag	121 200
2. Entlohnung nicht deutscher Ortskräfte	3 300
3. Sonstige Leistungen	500
Zusammen	125 000

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 08

547 81 -032	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	215 000	245 000	464 219
553 81 -032	Erhaltung von Wehrmaterial	280 000	285 000	353 697
554 81 -032	Militärische Beschaffungen	75 000	120 000	210 384

Verpflichtungsermächtigung...

fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu....................................... 20 000 T€

Haushaltsvermerk:

Die Verpflichtungsermächtigung ist mit den Verpflichtungsermächtigungen bei folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: Kap. 1416 Tit. 554 01, 554 03, 554 05, 554 06, 554 07, 554 08, 554 10, 554 11, 554 12, 554 13, Kap. 1420 Tit. 551 01, 551 02, 551 03, 551 11, 551 12, 551 16 und 551 18.

Die Deckungsfähigkeit gilt nur innerhalb des jeweiligen Fälligkeitsjahres und ist auf 50 Prozent der Jahressumme aller einbezogenen Titel begrenzt.

Bei der Inanspruchnahme des Deckungsvermerks ist das Bundesministerium der Finanzen zu beteiligen.

558 81 -032	Militärische Anlagen	15 000	15 000	40 488

Verpflichtungsermächtigung...

fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 2 500 T€

687 81 -032	Deutscher Beitrag zu den gemeinsamen Kosten für EU- und NATO-geführte Militäreinsätze sowie für den militärischen Anteil von EU-Maßnahmen mit militärischen oder verteidigungspolitischen Bezügen	65 000	65 000	86 053

Erläuterungen:

Bezeichnung der Organisation Rechtsgrundlage und Zweck der Mitgliedschaft	Mitgliedsbeitrag der Bundesrepublik Deutschland (Pflichtleistungen)			Besondere (freiwillige) Leistungen außerhalb des Mitgliedsbeitrags in 1 000 € (gerundet)	Zusammen Spalte 4 + 5 in 1 000 €
	in Prozent	in Tausend-Fremdwährung (gerundet)	in 1 000 € (gerundet)		
1	2	3	4	5	6
1. Europäische Union (EU).. Rechtsgrundlage: EU-Vertrag und weitere Vereinbarungen Zweck: Finanzierung der gemeinsamen Kosten Mit ihrer Beteiligung an EU-geführten Militäreinsätzen und EU-Maßnahmen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU hat die Bundesrepublik Deutschland zur Finanzierung von gemeinsamen Kosten (common costs) beizutragen.	21,0		7 500		7 500
2. NATO...	14,9		57 500		57 500

1403 Kommandobehörden, Truppen, Sozialversicherungsbeiträge und Fürsorgemaßnahmen für Soldatinnen und Soldaten

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 687 81 (Titelgruppe 08)

Bezeichnung der Organisation Rechtsgrundlage und Zweck der Mitgliedschaft	Mitgliedsbeitrag der Bundesrepublik Deutschland (Pflichtleistungen)			Besondere (freiwillige) Leistungen außerhalb des Mitgliedsbeitrags in 1 000 € (gerundet)	Zusammen Spalte 4 + 5 in 1 000 €
	in Prozent	in Tausend-Fremdwährung (gerundet)	in 1 000 € (gerundet)		
1	2	3	4	5	6
Rechtsgrundlage: NATO-Vertrag Zweck: Finanzierung der gemeinsamen Kosten Mit ihrer Beteiligung an NATO-geführten Militäreinsätzen hat die Bundesrepublik Deutschland zur Finanzierung von gemeinsamen Kosten (common costs) beizutragen.					
Zusammen			65 000	-	65 000

Differenzen durch Rundung möglich

Flexibilisierte Ausgaben

Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG

	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
Aus Hauptgruppe 4	129 830	377 380	167 053
Aus Hauptgruppe 5	351 760	351 941	372 718
Aus Hauptgruppe 6	200	400	87
Aus Hauptgruppe 8	200	760	366
Zusammen	481 990	730 481	540 224

F 511 01 -032	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände*	*19 000*	*21 000*	*21 479*

Haushaltsvermerk:

1. *Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass an jede Soldatin und jeden Soldaten je ein Stück folgender Merkblätter unentgeltlich abgegeben werden: "Erste Hilfe, Kurzfassung der ZDv 49/20 - Sanitätsausbildung aller Truppen, Abschnitt Selbst- und Kameradenhilfe", "Schutz gegen die Wirkungen von ABC-Kampfmitteln und Verhalten bei Luftalarm".*
2. *Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass militärfachliche Zeitschriften unentgeltlich nach den Richtlinien des Bundesministeriums der Verteidigung, die im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen erlassen sind, an Personen, die im Reservistenverhältnis stehen, sowie nach den Richtlinien des Bundesministeriums der Verteidigung vom 5. Februar 2008 an die Truppe abgegeben werden.*

Erläuterungen:

Als Hilfe für die Ausbildung und zur Unterrichtung werden militärische Fachzeitschriften zur Verteilung an die Truppe herausgegeben.

Geoinformationen sind bei Tit. 537 01 veranschlagt.

Die Ausgaben für Fernmeldedienstleistungen sind zentral bei Kap. 1407 Tit. 511 01 veranschlagt.

F 525 01 -032	*Aus- und Fortbildung*	*100 000*	*100 000*	*104 689*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 527 01 -032	*Dienstreisen*	*28 000*	*28 000*	*34 436*

Haushaltsvermerk:

Aus den Ausgaben dürfen auch Mehrkosten erstattet werden, die Angehörigen der Militärattachestäbe bei nicht dienstlichen Reisen zwischen dem In- und Ausland entstehen, weil aus Sicherheitsgründen Reisewege dienstlich vorgeschrieben sind.

Erläuterungen:

Es sind auch die Ausgaben für Militärattaches zu bestreiten, die gemäß besonderer Vereinbarung mit dem Auswärtigen Amt vom Epl. 14 übernommen werden. Außerdem sind Fahrtkostenzuschüsse für Soldatinnen und Soldaten, Beamtinnen und Beamte sowie für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu den Mehrkosten veranschlagt, die aus Anlass von nicht dienstlichen Reisen zwischen dem Ausland und der Bundesrepublik Deutschland auf dienstlich vorgeschriebenen Reisewegen entstehen.

F 531 01 -032	*Beschaffung und Haltung von Tieren*	*1 380*	*1 300*	*1 234*

Erläuterungen:

Beschaffung und Haltung von Tragtieren und Hunden einschl. Futter, Ausrüstung, Veterinärmaterial und Dienstleistungen.

Die Zug- und Tragtiere sind für die Gebirgsjägerbrigade, die Hunde für den Wachdienst und für Spezialaufgaben (z. B. Kampfmittelspürhunde) im In- und Ausland bestimmt.

F 532 01 -032	*Betrieb Flugplätze und Depots, einschließlich sonstiger Betriebskosten*	*2 700*	*2 700*	*3 261*

Erläuterungen:

Einrichtung und Betrieb von Depots, sonstigen Einrichtungen des Materialwesens, der Flugplätze sowie Anlagen, Ausrüstungs- und Versorgungseinrichtungen für die fliegenden Verbände, Verbrauchs-, Stapel- und Abdeckmaterial, Transportkosten (soweit nicht an anderer Stelle veranschlagt) sowie sonstige nicht aufteilbare Betriebskosten (z. B. für Unfallverhütungsmaßnahmen, Brandschutz, Betriebsstoffuntersuchungen, Bewachung etc.).

F 538 02 -032	*Transporte der Bundeswehr im In- und Ausland, soweit nicht an anderer Stelle des Epl. 14 veranschlagt*	*35 000*	*35 000*	*34 969*

Haushaltsvermerk:

Erstattungen auf der Grundlage internationaler Vereinbarungen zur gegenseitigen Bereitstellung von Transportleistungen fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Die Transporte der Bundeswehr (Streitkräfte und Wehrverwaltung) sind komplexe verkehrsartübergreifende Dienstleistungen auf Schiene, Straße, Luft- und Seeweg der gewerblichen Transportwirtschaft und vergleichbarer Agenturen. Die Transporte umfassen Materialtransporte, Paketdienst, Agentur- und Umschlagsleistungen, Transporthilfsmittel, Verpackungen und Ladehilfsmittel und schließen den vormaligen Kurierdienst der Bundeswehr mit ein.

Ausgaben für "Vorhaltecharter Strategischer Lufttransport" siehe Kap. 1407 Tit. 553 69, für "Vorhaltecharter im Seetransport" siehe Kap. 1407 Tit. 553 59.

1403 Kommandobehörden, Truppen, Sozialversicherungsbeiträge und Fürsorgemaßnahmen für Soldatinnen und Soldaten

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 539 99 -032	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*9 850*	*11 883*	*6 694*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Umzugs- und Verlegungskosten von Dienststellen	*3 027*
2. Sonstiges	*6 823*
Zusammen	*9 850*

F 554 01 -032	*Militärische Beschaffungen zur Rationalisierung des Betriebes*	*200*	*200*	*136*

Titelgruppe 01

Tgr. 01	Zahnärztliche und ärztliche Behandlung	(213 830)	(209 038)	

Haushaltsvermerk:

1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 111 04.
2. Einnahmen aus Schadenersatzleistungen Dritter fließen den Ausgaben zu.

F 443 13 -840	*Zahnärztliche Behandlung*	*24 830*	*23 690*	*27 157*

Erläuterungen:

Angesichts der begrenzten Zahl bundeswehreigener zahnärztlicher Behandlungseinrichtungen und der begrenzten Zahl an Sanitätsoffizieren (Z) müssen Soldatinnen und Soldaten auch von zivilen Zahnärztinnen und Zahnärzten behandelt werden.

Veranschlagt sind auch die Ausgaben für die Inanspruchnahme gewerblicher zahntechnischer Laboratorien.

F 443 15 -840	*Behandlung bei zivilen Ärztinnen und Ärzten sowie Gesundheitseinrichtungen*	*96 750*	*95 700*	*131 467*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Stationäre Krankenhausbehandlungen	*40 500*
2. Kuren	*5 497*
3. Massagen, Bäder, Heilgymnastik und dergleichen	*20 700*
4. Fachärztliche Untersuchungen und Behandlungen einschließlich Notfälle	*24 500*
5. Honorare und Auslagenersatz für Vertragsärztinnen und Vertragsärzte	*4 908*
6. Sonstige Kosten, z. B. Beweiserhebungskosten im Wehrdienstbeschädigungsverfahren für entlassene Soldatinnen und Soldaten sowie ärztliche Fach- und Obergutachten in Wehrdienstbeschädigungsangelegenheiten	*645*
Zusammen	*96 750*

	Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
		Noch zu flexibilisierte Ausgaben			
F	*443 16 -840*	*Krankenbeförderungskosten, Ersatz von Reiseauslagen und Reisebeihilfen für Angehörige von Soldatinnen und Soldaten bei Einweisung in auswärtige Bundeswehr- oder zivile Krankenhäuser*	*8 250*	*7 990*	*8 429*
F	*514 12 -032*	*Arzneien, Verbandmittel, Brillen und orthopädische Hilfsmittel*	*84 000*	*81 658*	*106 636*

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass die aus diesem Titel beschafften Hilfsmittel und Gegenstände den Soldatinnen und Soldaten nach Maßgabe der Allgemeinen Verwaltungsvorschriften zu § 69 Abs. 2 BBesG und § 6 WSG, die beschafften ABC-Schutzmaskenbrillen bestimmten Beamtinnen und Beamten, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern der Bundeswehr unentgeltlich zu Eigentum überlassen werden.

Erläuterungen:

Arzneien, Verbandmittel, Brillen und orthopädische Hilfsmittel, die im Rahmen der unentgeltlichen truppenärztlichen Versorgung (Heilfürsorge) dezentral beschafft werden, sowie für ABC-Schutzmaskenbrillen bestimmter Beamtinnen und Beamter und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Bundeswehr.

Titelgruppe 02

	Tgr. 02	Truppenübungen (Gefechts- und Schießübungen, Geländebesprechungen und sonstige Übungen aller Waffen)	(70 000)	(69 000)	

Haushaltsvermerk:

1. Einnahmen aus der Mitbenutzung des Gefechtsübungszentrums des Heeres durch ausländische Streitkräfte fließen den Ausgaben zu.
2. Nach § 63 Abs. 4 BHO in Verbindung mit § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass gegenüber ausländischen Streitkräften auf die Erstattung der Kosten für die Benutzung des Gefechtsübungszentrums des Heeres verzichtet werden kann, sofern die Benutzung der unmittelbaren Vorbereitung eines gemeinsamen internationalen Einsatzes nach deutschen Vorgaben und unter deutscher Führung dient und die ausländischen Streitkräfte zur Entlastung der Bundeswehr in den deutschen Verband integriert sind.
3. Nach § 63 Abs. 4 BHO in Verbindung mit § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass bei Truppenübungen im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden in Deutschland folgende Leistungen unentgeltlich an die Staaten des European Atlantic Partnership Council (EAPC) gewährt werden, sofern der Bundeswehr bei Übungen in diesen Staaten vergleichbare Leistungen kostenlos überlassen werden: Truppenverpflegung, Unterkunft in militärischen Liegenschaften, Nutzung von Transportmitteln, Übungsanlagen, Einrichtungen und Geräte der Bundeswehr, medizinische Notfallversorgung in militärischen Einrichtungen.

F	*518 21 -032*	*Mieten und Pachten*	*4 100*	*4 100*	*3 444*

Erläuterungen:

Charterung von Schiffen. Ausgaben für "Vorhaltecharter im Seetransport" siehe Kap. 1407 Tit. 553 59.

1403 Kommandobehörden, Truppen, Sozialversicherungsbeiträge und Fürsorgemaßnahmen für Soldatinnen und Soldaten

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 521 21 -032	*Betrieb und Unterhaltung der Schieß- und Übungsplätze*	*24 000*	*21 500*	*18 373*

Verpflichtungsermächtigung... 62 976 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 16 700 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 17 080 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 17 480 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu... 11 716 T€

Erläuterungen:

1. *Betrieb, Unterhaltung und Instandsetzung der nationalen Schieß- und Übungsplätze und Schießanlagen sowie Kosten für die Mitbenutzung der in der Verwaltung verbündeter Streitkräfte oder der NATO stehenden inländischen Übungsplätze. Von den Aufwendungen für die in deutscher Verwaltung befindlichen NATO-Übungsplätze ist lediglich der deutsche Anteil, der nach einem Kostendeckungsverfahren berechnet wird, veranschlagt. Ausgenommen sind die Ausgaben für die Verwaltung und Bewirtschaftung der Liegenschaften (vgl. Kap. 1412).*
2. *Mitbenutzung von Übungsplätzen im Ausland, die in der Verwaltung verbündeter Streitkräfte stehen (Ausgaben für die Mitbenutzung militärischer Anlagen im Ausland, die von den daran beteiligten Staaten gemeinsam finanziert werden, sind bei Kap. 1422 veranschlagt).*

F 527 21 -032	*Dienstreisen*	*15 000*	*15 000*	*11 677*

Erläuterungen:

Abfindungen bei Übungen (Aufwandsvergütungen, Tage- und Übernachtungsgelder, Fahrtkosten).

F 532 21 -032	*Transportkosten*	*10 700*	*13 000*	*10 661*

Erläuterungen:

Ausgaben für die Charterung von Luftfahrzeugen und Eisenbahntransportkosten.

Ausgaben für "Vorhaltecharter Strategischer Lufttransport" siehe Kap. 1407 Tit. 553 69.

F 532 22 -032	*Sonstige Übungskosten*	*16 000*	*15 000*	*12 540*

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für:

1. *Einrichtung und Betrieb von Übungsversorgungseinrichtungen.*
2. *Übungen im Rahmen der NATO, soweit diese nicht an anderer Stelle zu veranschlagen sind.*
3. *Quartier-, Naturalleistungen und sonstige Leistungen.*
4. *Militärische Übungen in Wettkämpfen.*
5. *Teilnahme ausländischer Soldatinnen und Soldaten an Übungen.*
6. *Sonstige Ausgaben, die im Zusammenhang mit Übungen stehen und unter keiner der übrigen Zweckbestimmungen des Epl. 14 erfasst sind.*

	Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F	*698 23 -032*	*Ersatzleistungen für Übungsschäden*	*200*	*400*	*87*

Haushaltsvermerk:

1. *Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: Kap. 1402 Tit. 981 02.*
2. *Erstattungen Dritter fließen den Ausgaben zu.*

Erläuterungen:

Ersatzleistungen für Übungsschäden (auch solche an Gemeinde- und Feldwegen) bei

1. *Truppenübungen der Streitkräfte,*
2. *gemeinsamen Truppenübungen mit NATO-Streitkräften anteilmäßig, wenn der Urheber des Schadens nicht festzustellen ist,*
3. *gemeinsamen Truppenübungen mit NATO-Streitkräften, sofern die Bundeswehr bis zur endgültigen Feststellung der Schadenersatzpflichtigen in Vorlage tritt.*

Titelgruppe 05

	Tgr. 05	Sport und Sportgerät	(900)	(1 460)	
F	*511 51 -032*	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände*	*300*	*300*	*540*
F	*527 51 -032*	*Dienstreisen*	*200*	*200*	*353*

Erläuterungen:

Reisekosten für die Teilnahme an Sportwettkämpfen.

F	*532 51 -032*	*Sonstige Ausgaben zur Förderung des Sports*	*200*	*200*	*578*

Erläuterungen:

Sonstige Ausgaben zur Förderung des Sports bei der Bundeswehr, wie z. B. für die Durchführung von Sportwettkämpfen einschließlich Preise für besondere sportliche Leistungen.

F	*812 52 -032*	*Erwerb von Turn- und Sportgerät*	*200*	*760*	*366*

Titelgruppe 06

	Tgr. 06	Gestaltung der Freizeit	(1 130)	(900)	

Erläuterungen:

Die Ausgaben dienen dem allgemeinen Interesse der Soldatinnen und Soldaten einer Einheit, jedoch nicht der Befriedigung von Sonderinteressen Einzelner. Die Zuschüsse sollen lediglich Restkosten decken, die nach Zahlung eines zumutba-

1403 Kommandobehörden, Truppen, Sozialversicherungsbeiträge und Fürsorgemaßnahmen für Soldatinnen und Soldaten

	Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
		ren und angemessenen Beitrages der Soldatin oder des Soldaten verbleiben. Aus den Ansätzen sind auch die Kosten für die Teilnahme der Auszubildenden in Ausbildungswerkstätten der Bundeswehr an der Freizeitgestaltung zu zahlen.			
F	*511 61 -032*	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände*	*300*	*300*	*255*
		Haushaltsvermerk: *Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass an jede Soldatin und jeden Soldaten auf Wunsch ein Liederbuch der Bundeswehr unentgeltlich abgegeben wird.*			
F	*523 61 -032*	*Truppenbüchereien*	*50*	*50*	*98*
F	*532 61 -032*	*Betreuungsmaßnahmen*	*780*	*550*	*665*
		Haushaltsvermerk: *Aus den Ausgaben dürfen nach der Richtlinie vom 6. Dezember 2004, die vom Bundesministerium der Verteidigung im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen erlassen ist, auch Zuschüsse für Soldatenheime geleistet werden.*			

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Zuschüsse zu kulturellen Veranstaltungen, Wanderungen und Besichtigungen	*100*
2. Zuschüsse zu Veranstaltungen in den Soldatenheimen	*140*
3. Sonstige Betreuungsmaßnahmen	*540*
Zusammen	*780*

Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel

	Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F	*459 09 -032*	*Vermischte Personalausgaben*		*250 000*	*-*

Anlage zu Kapitel 1403 - Wirtschaftspläne

Zu Tit. 685 01

Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e. V.

Wirtschaftsplan		Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1		2	3	4
Institutionelle Förderung				
1.	**Ausgaben**	**14 440**	**14 363**	**13 677**
1.1	Personalausgaben	11 199	11 122	10 556
1.2	Sächliche Verwaltungsausgaben	3 206	3 206	3 088
1.3	Ausgaben für Investitionen	35	35	33
2.	**Finanzierung der Ausgaben**	**14 440**	**14 363**	**13 677**
2.1	**Zuwendung des Bundes**	**14 440**	**14 363**	**13 677**
	aus Kap. 1403 Tit. 685 01	*14 440*	*14 363*	*13 677*

1404 Bundeswehrverwaltung, Universitäten der Bundeswehr, Militärseelsorge und Rechtspflege sowie Personalausgaben für das Zivilpersonal bei den Kommandobehörden, Truppen usw.

Vorbemerkung

In dem Kapitel sind die Ausgaben für die dem Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) nachgeordneten Behörden und Dienststellen der Bundeswehrverwaltung, der Universitäten der Bundeswehr, der Militärseelsorge und der Rechtspflege sowie für die Gesellschaft für Entwicklung, Beschaffung und Betrieb (g.e.b.b.) veranschlagt. Die g.e.b.b. wird vom Bundesrechnungshof nach § 104 Absatz 1 Nummer 3 Bundeshaushaltsordnung geprüft.

Die Bundeswehrverwaltung als bundeseigene Verwaltung mit eigenem Verwaltungsunterbau dient den Aufgaben des Personalwesens und der unmittelbaren Deckung des Sachbedarfs der Streitkräfte [Artikel 87 b Absatz 1 Grundgesetz (GG)]. Ferner sind ihr die Aufgaben des Wehrersatzwesens - mit Ausnahme der Erfassung - übertragen (Artikel 87 b Absatz 2 GG).

Diese ergeben sich aus dem Wehrpflichtgesetz (WpflG).

Der Bundeswehrverwaltung stehen für ihre Aufgaben zur Verfügung:

1. Als Bundesoberbehörden das Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr,
   das Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr,
   das Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr,
   das Bildungszentrum der Bundeswehr,
   das Bundessprachenamt.
2. Als Behörden und Dienststellen der unteren Verwaltungsstufe
   das Verpflegungsamt der Bundeswehr,
   das Zentrum Brandschutz der Bundeswehr,
   die Karrierecenter der Bundeswehr,
   die Bundeswehrdienstleistungszentren.
3. Die wehrwissenschaftlichen Institute,
   die wehrtechnischen Dienststellen,
   das Marinearsenal und das Zentrum für Informationstechnik der Bundeswehr.
4. Die Bundeswehrverwaltungsstellen im Ausland mit Aufgaben der mittleren und unteren Verwaltungsstufe sowie die Deutsche Verbindungsstelle des Rüstungsbereiches.
5. Als Ausbildungseinrichtungen und Dienststellen mit besonderen Aufgaben
   die Universitäten der Bundeswehr,
   die Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung - Fachbereich Bundeswehrverwaltung,
   die Bundeswehrfachschulen.

Im Organisationsbereich Militärseelsorge sind als zentrale Dienststellen das Evangelische Kirchenamt für die Bundeswehr und das Katholische Militärbischofsamt eingerichtet. Als Bundesoberbehörden sind die beiden Ämter unmittelbar dem BMVg nachgeordnet. Die Militärseelsorge als Teil der kirchlichen Arbeit wird im Auftrag und unter Aufsicht der Kirchen ausgeübt. Die kirchliche Leitung der Militärseelsorge obliegt dem Militärbischof, der in keinem Dienstverhältnis zum Staat steht und allein eine pauschale Aufwandsentschädigung erhält. Daneben sorgt der Staat für den organisatorischen Aufbau der Militärseelsorge und trägt ihre Kosten. Hinsichtlich aller mit der Militärseelsorge zusammenhängenden staatlichen Verwaltungsaufgaben übt das BMVg insofern auch die Dienstaufsicht aus.

Die Militärgeistlichen sind auf der Mittelebene als Leiterin/Leiter Militärdekanat und auf der Ortsebene als Leiterin/Leiter Militärpfarramt eingesetzt. Ihr Rechtsverhältnis zum Staat ist auf beamtenrechtlicher Grundlage geregelt. Darüber hinaus werden die Militärgeistlichen im Einvernehmen mit dem BMVg durch Pastoralreferentinnen/Pastoralreferenten und durch Seelsorgerinnen/Seelsorger einer Landeskirche/Diözese im Rahmen eines Gestellungsvertrages unterstützt. Deren Personalkosten werden durch den Bund erstattet.

Für die bei den Kommandobehörden, Truppen usw. im Verwaltungsdienst, im technischen Dienst und in sonstigen Fachdiensten tätigen Beamtinnen und Beamten, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Auszubildenden sind hier nur die Planstellen bzw. Stellen und Personalausgaben ausgebracht. Die Beamtinnen und Beamten, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dieses Bereiches sind u. a. an Akademien, Schulen und in Abteilungen Verwaltung, als Rechtsberaterinnen und Rechtsberater sowie Wehrdisziplinaranwältinnen und Wehrdisziplinaranwälte, im Sanitätsdienst, dem Geoinformationsdienst der Bundeswehr, dem Bibliotheksdienst sowie im Depot-, Nachschub- und Instandsetzungswesen eingesetzt.

Mit der Wehrdisziplinarordnung ist für Soldatinnen und Soldaten eine Wehrdienstgerichtsbarkeit als eigenständiger Organisationsbereich geschaffen worden, die Rechtspflege der Bundeswehr.

Hierfür stehen zur Verfügung:
der Bundeswehrdisziplinaranwalt und die Truppendienstgerichte.

In diesem Kapitel sind auch die Ausgaben für Informationstechnik der Fachinformationssysteme des Geschäftsbereiches mit Ausnahme des bei Kapitel 1401 veranschlagten Bedarfs enthalten.

Die Ausgaben für die Beschaffung der für die Wehrtechnischen Dienststellen, das Marinearsenal und die sonstigen wehrtechnischen und wissenschaftlichen Institute erforderlichen Schiffe, Betriebswasserfahrzeuge, Boote und schwimmenden Geräte sowie Flugzeuge und deren flugtechnischen Geräte sind bei Kapitel 1416 veranschlagt. Die Ausgaben für die Erhaltung dieses Materials sind bei Kapitel 1409 veranschlagt.

Eine berufliche Rehabilitation erhalten bis zum Ausscheiden die Soldatinnen und Soldaten, deren Aussichten auf eine berufliche Eingliederung durch Gesundheitsschädigung nicht nur vorübergehend wesentlich gemindert sind.

Für bei besonderen Auslandseinsätzen der Bundeswehr verletzte Soldatinnen und Soldaten sowie zivile Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sieht das Einsatzweiterverwendungsgesetz zusätzliche Förderungsmöglichkeiten zur zivilberuflichen Qualifizierung vor.

(Die terminliche Umsetzung der zugrunde liegenden Organisationsplanungen ist in Gänze noch nicht absehbar. Daher sind im Verlauf des Jahres 2014 weitere Organisationsänderungen möglich).

Überblick zum Kapitel 1404	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen..	3 002	2 900	+102		27 372
Übrige Einnahmen..	-	-	-		-
Gesamteinnahmen..	3 002	2 900	+102		27 372
Ausgaben					
Personalausgaben..	2 935 070	2 701 728	+233 342	11 026	3 922 917
Sächliche Verwaltungsausgaben...........................	333 167	333 548	-381	4 912	320 304
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	44 275	30 676	+13 599		30 797
Ausgaben für Investitionen.....................................	80 521	90 458	-9 937	1 784	80 495
Gesamtausgaben...	3 393 033	3 156 410	+236 623	17 722	4 354 513
davon flexibilisiert...	606 285	582 894	+23 391	17 722	539 649
davon nicht flexibilisiert..	2 786 748	2 573 516	+213 232		3 814 864
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung...................................	133 309 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.................................	60 653 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.................................	42 525 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.................................	30 131 T€				

1404 Bundeswehrverwaltung, Universitäten der Bundeswehr, Militärseelsorge und Rechtspflege sowie Personalausgaben für das Zivilpersonal bei den Kommandobehörden, Truppen usw.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Einnahmen			
	Verwaltungseinnahmen			
111 01 -031	Gebühren, sonstige Entgelte	102		
	Haushaltsvermerk: **Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 534 02.** Erläuterungen: Einnahmen aus dem Betrieb der Kindertagesstätte.			

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1401 Tit. 111 01	102	182

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
121 01 -031	Gewinne aus Unternehmen und Beteiligungen	-	-	9 539
	Haushaltsvermerk: Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Epl. 14 Hgr. 5.			
129 01 -165	Leistungen Dritter für Forschungsaufträge an die Universitäten der Bundeswehr und sonstige Forschungseinrichtungen im Verteidigungsressort	2 900	2 900	17 833
	Haushaltsvermerk: Ist-Einnahmen sind wegen rechtsverbindlicher Verwendungsauflage bei Aufträgen Dritter zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Ausgaben bei folgenden Titeln: Tgr. 08.			
	Übrige Einnahmen			
381 01 -890	Leistungen von Bundesbehörden zur Durchführung von Aufträgen	-	-	(20 572)
	Haushaltsvermerk: Ist-Einnahmen sind wegen verbindlicher Vereinbarung mit anderen Bundesbehörden zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Ausgaben bei folgenden Titeln: Tgr. 08. Erläuterungen: Für Forschungsaufträge der Universitäten der Bundeswehr und sonstige Forschungseinrichtungen im Verteidigungsressort, auch aus Kap. 1420.			

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

1. Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.

   In die Flexibilisierung einbezogen sind auch Tit. 531 02, 532 01, 534 31, 547 81 und 681 02.

   Ausgenommen sind Tit. 422 01 und 428 01.

   Darüber hinaus sind kapitelübergreifend folgende flexibilisierte Titel/ Titelteilansätze einbezogen: Kap. 1407 Tit. 553 39.

2. Einsparungen bei folgenden Titeln: Hgr. 4 dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: Kap. 1412 Tit. 518 01.

3. Einsparungen bei folgenden Titeln: Hgr. 4 dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Epl. 14 Grp. 551, Grp. 553, Grp. 554, Grp. 558, Grp. 559, Hgr. 7 und Hgr. 8.

4. Einnahmen fließen den Ausgaben zu.

   Dies gilt nur für Einnahmen

4.1 aus Nebentätigkeiten der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer und Gemeinkostenerstattungen der Geldgeber im Rahmen von Drittmittelforschungsprojekten,

4.2 aus dem Verkauf von Skripten, Studieninformationen oder sonstigen wissenschaftlichen Druckerzeugnissen,

4.3 aus der Veräußerung von Geräten der Universitäten der Bundeswehr, die zu Lasten Tit. 812 01 beschafft worden sind.

Personalausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
422 01 -031	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Richterinnen, Richter, Professorinnen, Professoren, Beamtinnen und Beamten	857 947	790 743	1 005 108

Haushaltsvermerk:

1. Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 671 02.

   Dies gilt nur für den Anteil Militärseelsorge und soweit Planstellen für hauptamtliche Militärgeistliche nicht besetzt sind.

2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 6002 Tit. 461 72.

3. Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln herangezogen werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
428 01 -031	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1 910 148	1 764 515	2 683 182

Haushaltsvermerk:

1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 6002 Tit. 461 72.

2. Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln herangezogen werden.

1404 Bundeswehrverwaltung, Universitäten der Bundeswehr, Militärseelsorge und Rechtspflege sowie Personalausgaben für das Zivilpersonal bei den Kommandobehörden, Truppen usw.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Sächliche Verwaltungsausgaben			
531 01 -031	Beratungsleistungen zur Optimierung der Bundeswehr	15 000	15 000	13 723
532 02 -031	Aufwandsentschädigungen der Militärbischöfe	8	8	7

Erläuterungen:

Die Militärbischöfe, die nicht in einem Dienstverhältnis zum Staat stehen, erhalten für den mit der Wahrnehmung der Tätigkeit als Militärbischof verbundenen besonderen Aufwand eine Entschädigung in Höhe von je 3 700 € jährlich.

534 02 -031	Ausgaben für die Kindertagesstätte	30		

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 111 01.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1401 Tit. 532 02	30	50

537 01 -031	Travelmanagement der Bundeswehr	-		

Haushaltsvermerk:

Erstattungen fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Der Titel dient der Abwicklung der Reiseleistungen für die Organisationseinheiten der Bundeswehr.

Diese erstatten die auf sie entfallenden Ausgaben für die Inanspruchnahme des Travelmanagements. Die Mittel hierfür sind in den jeweiligen Kapiteln/Titeln veranschlagt.

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)

671 02 -031	Erstattungen an die Kirchen und Ordensgemeinschaften	1 800	1 500	1 415

Haushaltsvermerk:

1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: 422 01.

   Dies gilt nur für den Anteil Militärseelsorge und soweit Planstellen für hauptamtliche Militärgeistliche nicht besetzt sind.

2. Erstattungen an die katholische Kirche für die Beschäftigung von Pastoralreferentinnen und Pastoralreferenten dürfen nur insoweit geleistet werden, als Planstellen für katholische Militärgeistliche nicht besetzt sind.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 671 02

Erläuterungen:

Erstattung von Kosten an die katholische Kirche, die für die Verwendung von Pastoralreferentinnen (Diplomtheologinnen) und Pastoralreferenten (Diplomtheologen) in der Militärseelsorge aufgrund einer Vereinbarung zwischen dem Bundesministerium der Verteidigung und dem katholischen Militärbischof entstehen.

Erstattungen an die evangelische und katholische Kirche für die Beschäftigung von Pfarrerinnen und Pfarrern, Priestern, Pastoralreferentinnen und Pastoralreferenten sowie theologisch ausgebildeten Personals zur Durchführung der Militärseelsorge in der Bundeswehr.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
681 01 -031	Unterstützungen und sonstige Geldleistungen	565	500	361

Erläuterungen:

Im Bereich der Bundeswehr besteht im begrenzten Umfang (60 Studierende) ein Bedarf an Nachwuchskräften mit abgeschlossenem Studium.

Befähigte Studierende an staatlich anerkannten Fachhochschulen, an Universitäten, Technischen Hochschulen und entsprechenden Lehranstalten, die an einem späteren Eintritt in die Bundeswehr interessiert sind, werden nach besonderen, im Einvernehmen mit den beteiligten Ressorts und dem Bundesrechnungshof erlassenen Richtlinien durch Studienbeihilfen gefördert.

Bezeichnung	1 000 €
1. Studienbeihilfen	472
2. Ausgaben nach den Richtlinien für die Unterbringung und Verpflegung von Auszubildenden	93
Zusammen	565

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
687 01 -031	Betrieb von deutschen Grund-/Haupt-/Realschulen, deutschen Abteilungen an internationalen Schulen und deutschen Kindergärten im Ausland	1 250	1 250	1 193

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Beitrag zu den Personalkosten, Kosten für die Instandhaltung, Kosten für Schulfahrten und allgemeine Kosten	960
2. Neubeschaffung, Erhaltung und Ergänzung des Lehr- und Anschauungsmaterials, Bereitstellung von Lehrmitteln	137
3. Honorare für Ortskräfte (Lehrkräfte und Betreuungspersonal)	150
4. Zuschüsse zur Unterhaltung deutscher Kindergärten im Ausland	3
Zusammen	1 250

1404 Bundeswehrverwaltung, Universitäten der Bundeswehr, Militärseelsorge und Rechtspflege sowie Personalausgaben für das Zivilpersonal bei den Kommandobehörden, Truppen usw.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Flexibilisierte Ausgaben			
	Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG			
	Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3	207 625	173 891 *11 026*	262 455
	Aus Hauptgruppe 5	318 129	318 540 *4 912*	196 699
	Aus Hauptgruppe 6 ohne Titel 634 .3	10	5	-
	Aus Hauptgruppe 8	80 521	90 458 *1 784*	80 495
	Zusammen	606 285	582 894 *17 722*	539 649
F 422 02 -031	*Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte*	-	-	*3 743*
F 422 03 -031	*Bezüge der Anwärterinnen und Anwärter sowie Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst*	*13 835*	*13 723*	*14 306*
F 427 09 -031	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*80 000*	*66 507*	*81 065*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Aushilfskräfte mit befristeten Verträgen	*24 000*
2. Beschäftigungsentgelte für Auszubildende	*50 000*
3. Überbrückungsbeschäftigungen nach Beendigung der Ausbildung	*6 000*
Zusammen	*80 000*

Mehr wegen erhöhten Bedarfs an Auszubildenden insbesondere im technischen Bereich sowie an Aushilfskräften.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 452 01 -031	*Erstattung an die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) einschließlich Verwaltungskostenzuschlag*	*8 200*	*8 300*	*8 569*

Erläuterungen:

Erstattung der nach dem Tarifvertrag über einen sozialverträglichen Personalabbau entstehenden Ausgaben für die Zahlung von Ausgleichsbeträgen.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 452 02 -223	*Unfallkasse des Bundes*	*21 000*	*21 000*	*24 054*

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind zentral für den gesamten Einzelplan veranschlagt.

	Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
		Noch zu flexibilisierte Ausgaben			
F	*453 01 -031*	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	*40 000*	*33 000*	*36 112*

Erläuterungen:

Aus dem Ansatz können auch Fahrtkostenersatz und Verpflegungszuschuss an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei abgelegenen Standorten (Nörvenich-Erlass) gezahlt werden.

Die Ausgaben für die Erstattung der Umzugskosten für Militärgeistliche an die Kirchen bzw. Ordensgemeinschaften sind bei Tit. 671 02 veranschlagt.

F	*511 01 -031*	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände*	*28 045*	*23 045*	*24 629*

Erläuterungen:

Inkl. Leistungen insbesondere an das Deutsche Institut für Normung e. V. für vertraglich erbrachte Normungsarbeiten sowie Ausgaben u. a. für die Zentraldruckerei Köln/Bonn.

Die Ausgaben für die Beschaffung und Unterhaltung von Geräten und Ausstattungsgegenständen (Unterkunftsgerät) sind bei Kap. 1412 veranschlagt.

F	*514 01 -031*	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*	*3 800*	*3 800*	*3 270*

Erläuterungen:

Die Ausgaben für Kraft- und Schmierstoffe sind zentral bei Kap. 1407 Tit. 514 03 veranschlagt.

F	*518 01 -031*	*Mieten und Pachten*	*725*	*900*	*638*
F	*525 01 -031*	*Aus- und Fortbildung*	*10 000*	*10 000*	*10 386*
F	*527 01 -031*	*Dienstreisen*	*15 500*	*15 500*	*17 102*
F	*531 02 -031*	*Seelsorgerische Dienste (Gottesdienste, Rüstzeiten, Exerzitien u. Ä.) und Kultkosten sowie Lebenskundlicher Unterricht*	*1 600*	*1 300*	*1 265*

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass an jede Soldatin oder jeden Soldaten ein Gebetbuch unentgeltlich abgegeben wird.

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Soldaten-Gebet- und Gesangbücher, seelsorgerische Schriften, Verordnungsblätter, Merkblätter und Broschüren sowie Lehr- und Anschauungsmaterial	*250*
2. Kultgeräteausstattung und andere Kultkosten	*70*
3. Honorare und Fahrtkosten für Lehrkräfte, die nicht der Militärseelsorge angehören	*40*
4. Lourdeswallfahrt, Kirchentage, Laienarbeit	*170*

1404 Bundeswehrverwaltung, Universitäten der Bundeswehr, Militärseelsorge und Rechtspflege sowie Personalausgaben für das Zivilpersonal bei den Kommandobehörden, Truppen usw.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 531 02

Bezeichnung	1 000 €
5. Lebenskundliche Seminare	1 030
6. Intensive Veranstaltungen, Rüstzeiten	40
Zusammen	1 600

F 532 01 -031	*Betrieb der Anlagen zur Entsorgung von chemischen Kampfstoffen*	*17 900*	*17 453*	*16 670*

Erläuterungen:

Die Gesellschaft zur Entsorgung von chemischen Kampfstoffen und Rüstungsaltlasten mbH (GEKA mbH) ist beauftragt, die in Munster bestehenden Anlagen zur Beseitigung von chemischen Kampfstoffen zu betreiben. Zu leisten sind gemäß Gesellschaftsvertrag vom 25. August 2003 die Betriebskosten (Personalkosten und Sachkosten) vermindert um die Einnahmen von Dritten.

F 539 99 -031	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*20 579*	*19 373*	*17 271*

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Bekanntmachungen und Vorstellungsreisen	2 752
2. Umzüge	1 395
3. Unterbringung von Güteprüfstellen bei Industriefirmen	3 500
4. Inanspruchnahme der Leistungen von Personalserviceagenturen.	500
5. Umsatzsteuer für Personalgestellung	9 900
6. Sonstiges	2 532
Zusammen	20 579

Firmenpersonal mit voraussichtlich mehr als 3-jähriger Beschäftigungsdauer: 24 Fachkräfte (165 Mann/Monate = 1 073 T€)

F 634 03 -031	*Zuweisungen an den Versorgungsfonds*	*40 650*	*27 421*	*27 828*

Erläuterungen:

Mehr wegen Aufwuchs des Personals, für das Zuführungen an den Versorgungsfonds zu leisten sind.

F 681 02 -032	*Manfred Wörner - Stipendium*	*10*	*5*	*-*
F 811 01 -031	*Erwerb von Fahrzeugen*	*1 147*	*2 200*	*2 272*

Verpflichtungsermächtigung

fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu 1 600 T€

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
Ersatzbeschaffung	
Arbeitsfahrzeuge	650

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 811 01

Bezeichnung	*1 000 €*
Pkw	*497*
Zusammen	*1 147*

F 812 01 -031	*Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen*	*44 000*	*44 000*	*38 276*

Verpflichtungsermächtigung ... 28 300 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu ... 8 700 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu ... 9 800 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu ... 9 800 T€

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Erstbeschaffung	
1.1 Analysegeräte	*515*
1.2 Messgeräte/-systeme	*2 206*
1.3 Simulationsgeräte	*105*
1.4 Werkzeuge, Transportgeräte	*475*
1.5 Testsysteme	*1 602*
1.6 Prüfanlagen	*3 055*
1.7 Aufzeichnungs-/Dokumentationstechnik	*440*
1.8 Energieerzeugungsanlagen	*290*
2. Ersatzbeschaffung	
2.1 Analysegeräte	*385*
2.2 Messgeräte/-systeme	*1 668*
2.3 Simulationsgeräte	*187*
2.4 Werkzeuge, Transportgeräte	*885*
2.5 Testsysteme	*1 055*
2.6 Aufzeichnungs-/Dokumentationstechnik	*570*
2.7 Prüfanlagen	*1 645*
2.8 Prozessoren	*135*
2.9 Systemkomponenten	*537*
3. Sonstige Beschaffungen	*18 219*
Zusammen	*33 974*

Mehrjährige Maßnahmen *(davon neue Maßnahmen in Fettdruck)*	*Gesamt-ausgaben des Bundes 1 000 €*	*Verausgabt bis 2012 1 000 €*	*Bewilligt 2013 1 000 €*	*Nach 2013 übertra-gene Aus-gabereste 1 000 €*	*Veran-schlagt 2014 1 000 €*	*Vorbe-halten für 2015 ff 1 000 €*
1	*2*	*3*	*4*	*5*	*6*	*7*
2. WTD 61, Manching						
2.1 Prüfstand Wellenleistungstriebwerke	*10 000*	*-*	*1 000*	*-*	*3 000*	*6 000*
2.2 Kleinmotorenprüfstand	*1 000*	*-*	*400*	*-*	*600*	*-*
2.4 Erweiterung mit 2. Einheit AOI-Projektion	***3 150***	***199***	***2 411***	***-***	***540***	***-***
3. WTD 71, Eckernförde	*-*	*-*	*-*	*-*	*-*	*-*
3.3 Digitales Sensorsystem	*1 000*	*-*	*250*	*-*	*250*	*500*
4. WTD 81, Greding						
4.2 Spinningantenne mit Empfänger	*800*	*-*	*200*	*-*	*600*	*-*
4.3 Stoßstromgenerator 10/350 usec 200kA	*1 700*	*-*	*550*	*-*	*1 150*	*-*
4.5 Afokal-Optik für Infrarotzielsimulator	*750*	*-*	*150*	*-*	*600*	*-*
4.7 HF-Zielsimulator	*1 000*	*-*	*100*	*-*	*900*	*-*
4.9 Flugwegvermessungsanlage	*18 000*	*-*	*-*	*-*	*-*	*18 000*

1404 Bundeswehrverwaltung, Universitäten der Bundeswehr, Militärseelsorge und Rechtspflege sowie Personalausgaben für das Zivilpersonal bei den Kommandobehörden, Truppen usw.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 812 01

Mehrjährige Maßnahmen *(davon neue Maßnahmen in Fettdruck)*	*Gesamtausgaben des Bundes 1 000 €*	*Verausgabt bis 2012 1 000 €*	*Bewilligt 2013 1 000 €*	*Nach 2013 übertragene Ausgabereste 1 000 €*	*Veranschlagt 2014 1 000 €*	*Vorbehalten für 2015 ff 1 000 €*
1	*2*	*3*	*4*	*5*	*6*	*7*
4.10 Richtsystem, IAM-Code Ermittlung	***150***	***-***	***-***	***-***	***50***	***100***
4.11 HF-Signal-Simulationsumgebung	***250***	***-***	***-***	***-***	***150***	***100***
4.12 Erneuerung Infrarotkameraausstattung	***375***	***-***	***-***	***-***	***50***	***325***
5. WIS, Munster						
5.1 Neutronengenerator (Beschleuniger)	*3 500*	*-*	*1 500*	*-*	*1 500*	*500*
9. BAAINBw Q 2.2	***-***	***-***	***-***	***-***	***-***	***-***
9.1 Munitionsprüfrohre 30 mm x 173	***814***	***-***	***369***	***-***	***445***	***-***
9.2 Munitionsprüfrohre 27 mm x 145	***478***	***-***	***287***	***-***	***191***	***-***
10. WTD 91, Meppen	***-***	***-***	***-***	***-***	***-***	***-***
10.1 Bahnverfolgungsradar MFDR - 2100/43	***7 600***	***-***	***-***	***-***	***-***	***7 600***
Zusammen	*50 567*	*199*	*7 217*	*-*	*10 026*	*33 125*

Ausstattung der technischen und wissenschaftlichen Dienststellen sowie des Güteprüfdienstes mit Betriebseinrichtungen und Geräten aufgrund der vorliegenden Ausstattungsprogramme. Austattungen der Universitäten der Bundeswehr.
Ausstattung der Wehrtechnischen Dienststellen und des Marinearsenals mit Schiffen, Flugzeugen und sonstigem Wehrmaterial sind bei den entsprechenden Materialkapiteln veranschlagt.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 831 02 -031	*Erwerb von Beteiligungen an Gesellschaften*	*-*	*6 500*	*-*

Titelgruppe 03

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
Tgr. 03	Wehrersatzwesen	(2 250)	(5 370)	
F 443 34 -840	*Kosten für Vertragsärztinnen und Vertragsärzte sowie für Fachärztinnen und Fachärzte*	*1 500*	*1 500*	*690*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Honorare für ärztliche Vertretungskräfte	*329*
2. Reisekostenvergütungen für ärztliche Vertretungskräfte	*5*
3. Ausgaben für fachärztliche Untersuchungen	*1 100*
5. Honorare für psychologische Vertretungskräfte	*66*
Zusammen	*1 500*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 511 31 -031	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände*	*70*	*70*	*25*
F 514 31 -031	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*	*50*	*50*	*81*
F 534 31 -031	*Erstattung von Auslagen und Verdienstausfall*	*580*	*3 700*	*353*

	Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
		Noch zu flexibilisierte Ausgaben			
F	*812 32 -031*	*Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen für die Wehrersatzbehörden*	*50*	*50*	*-*
		Titelgruppe 08			
	Tgr. 08	Durchführung von Aufträgen anderer Bundesbehörden und Dritter	(2 900)	(2 900)	
		Haushaltsvermerk: Ausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Ist-Einnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: 129 01 und 381 01.			
F	*427 89 -165*	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*2 440*	*2 440*	*24 372*
F	*511 81 -165*	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände*	*50*	*50*	*1 514*
F	*547 81 -165*	*Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben*	*250*	*250*	*9 424*
F	*812 81 -165*	*Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen*	*160*	*160*	*549*
		Titelgruppe 55			
	Tgr. 55	Ausgaben für die Informationstechnik	(254 144)	(260 597)	
		Haushaltsvermerk: Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei den in die Flexibilisierung nach § 5 HG einbezogenen Kapiteln des Epl. 14 geleistet werden.			
F	*511 55 -031*	*Geschäftsbedarf und Datenübertragung sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Software, Wartung*	*59 156*	*52 018*	*47 845*
F	*518 55 -031*	*Miete für Datenverarbeitungsanlagen, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Maschinen, Software*	*5 285*	*2 392*	*2 040*
		Verpflichtungsermächtigung.......... 2 285 T€ *davon fällig:* *im Haushaltsjahr 2015 bis zu.......... 985 T€* *im Haushaltsjahr 2016 bis zu.......... 1 300 T€*			
F	*525 55 -031*	*Aus- und Fortbildung*	*14 386*	*15 214*	*4 055*

1404 Bundeswehrverwaltung, Universitäten der Bundeswehr, Militärseelsorge und Rechtspflege sowie Personalausgaben für das Zivilpersonal bei den Kommandobehörden, Truppen usw.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 532 55 -031	*Ausgaben für Aufträge und Dienstleistungen*	*140 153*	*153 425*	*40 090*

Verpflichtungsermächtigung... 80 514 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 38 108 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu... 24 075 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu... 18 331 T€

Erläuterungen:

Kosten für Sachverständige sowie Systemanalysen.

F 812 55 -031	*Erwerb von Datenverarbeitungsanlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, Software*	*35 164*	*37 548*	*39 398*

Verpflichtungsermächtigung... 20 610 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 11 260 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 7 350 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 2 000 T€

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Erstbeschaffung	
1.1 Hardware	*2 038*
1.2 Software	*9 309*
2. Ersatzbeschaffung	
2.1 Hardware	*21 039*
2.2 Software	*2 778*
Zusammen	*35 164*

Überblick zum Kapitel 1407	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen..	102 800	131 400	-28 600		114 494
Gesamteinnahmen...	102 800	131 400	-28 600		114 494
Ausgaben					
Sächliche Verwaltungsausgaben...........................	1 133 071	1 119 490	+13 581		1 139 216
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw...............	925 975	952 500	-26 525		883 374
Gesamtausgaben...	2 059 046	2 071 990	-12 944		2 022 590
davon flexibilisiert...	377 721	375 200	+2 521		363 216
davon nicht flexibilisiert..	1 681 325	1 696 790	-15 465		1 659 374
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung...................................	1 582 610 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.................................	525 100 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.................................	590 100 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.................................	360 000 T€				
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.................................	45 000 T€				
in künftigen Haushaltsjahren bis zu.......................	62 410 T€				

1407 Sonstiger Betrieb der Bundeswehr

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Haushaltsvermerk:

1. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Wehrmaterial nach den Richtlinien des Bundesministeriums der Verteidigung in der Fassung vom 20. April 1972 (VMBl. S. 251), die im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen erlassen worden sind, an wissenschaftliche Anstalten und sonstige Stellen, die in diesen Richtlinien festgelegt sind, unentgeltlich abgegeben werden.
2. Nach § 63 Abs. 4 BHO in Verbindung mit § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Bundeswehrmaterial nach Richtlinien des Bundesministeriums der Verteidigung, die mit Einwilligung des Bundesministeriums der Finanzen erlassen worden sind, Auftragnehmern der Bundeswehr im Rahmen von Aufträgen zur unentgeltlichen Nutzung überlassen wird.
3. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass mit Einwilligung des Bundesministeriums der Finanzen überschüssiges Bundeswehrmaterial im Rahmen der Ausstattungshilfe unentgeltlich abgegeben wird.
4. Nach § 61 Abs. 1 Satz 1 BHO wird zugelassen, dass entbehrliche Fahrzeuge und Materialien der Bundeswehr an die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk unentgeltlich abgegeben werden können. Soweit der Wert im Einzelfall 400 T€ übersteigt, ist die Einwilligung des Bundesministeriums der Finanzen erforderlich.
5. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass entbehrliche Fahrzeuge und Materialien der Bundeswehr an bundesweit anerkannte Katastrophenschutzorganisationen unentgeltlich abgegeben werden können. Soweit der Wert im Einzelfall 400 T€ übersteigt, ist die Einwilligung des Bundesministeriums der Finanzen erforderlich.
6. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass nicht verkäufliches Wehrmaterial, dessen Lagerung, Beseitung oder Vernichtung Kosten verursacht, unentgeltlich abgegeben werden kann.
7. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass zur Förderung der rüstungstechnischen Zusammenarbeit an die Staaten der GUS, die baltischen Staaten sowie die mittelost- und südosteuropäischen Staaten ausgesondertes Wehrmaterial bis zum Wert von 5 000 T€ insgesamt unentgeltlich abgegeben werden kann, sofern diese Staaten es mangels Devisen nicht käuflich erwerben können.
8. Nach § 63 Abs. 4 BHO in Verbindung mit § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Spanien 108 gebrauchte Kampfpanzer Leopard 2 unter vollem Wert mietweise überlassen werden.
9. Nach § 63 Abs. 4 BHO in Verbindung mit § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass **an** Israel **eine Kampfführungsanlage (ICC) Waffensystem PATRIOT unentgeltlich abgegeben werden kann** sowie ein auf Lastkraftwagen verlastetes Dekontaminationssystem Truppenentgiftungsplatz 90 (TEP 90) **und sieben weitere nicht auf Lastkraftwagen verlastete TEP 90** zur unentgeltlichen Nutzung überlassen werden.
10. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Lebensmittel aus den Verpflegungsvorräten nach Richtlinien des Bundesministeriums der Verteidigung, die im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen erlassen worden sind, an Dritte zu den gleichen Preisen abgegeben werden, zu denen sie im Rahmen der Truppenverpflegung verwertet werden.
11. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass nach Richtlinien, die vom Bundesministerium der Verteidigung im Einvernehmen

mit dem Bundesministerium der Finanzen erlassen worden sind, an die ausscheidenden Soldatinnen und Soldaten die in ihrem Besitz befindliche Unterwäsche, das Schwerschuhwerk, die Sportschuhe und die Badesandalen unentgeltlich abgegeben werden.

Ausgesonderte Unterwäsche kann auch an Hilfsgesellschaften und -organisationen mit karitativer und sozialer Zielsetzung unentgeltlich abgegeben werden.

12. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass überschüssiges Sanitätsgerät im Wert bis zu 511 T€ jährlich, dessen Lagerung, Beseitigung oder Vernichtung Kosten verursacht, unentgeltlich abgegeben wird.

13. Nach § 63 Abs. 4 BHO in Verbindung mit § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Kanada 21 Kampfpanzer Leopard 2A6M und 2 Bergepanzer Büffel sowie die für die Funktionsfähigkeit erforderlichen Ersatzteile und Sonderwerkzeuge zur unentgeltlichen Nutzung überlassen werden.

    Es wird zugelassen, dass Kanada ersatzweise gleichartige und mindestens gleichwertige Kampfpanzer Leopard 2A6M und Bergepanzer Büffel unentgeltlich zurückgibt.

14. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass im Zuge der beabsichtigten Beendigung der Operation ISAF und der damit bis Ende 2014 einhergehenden Reduzierung und Rückverlegung des deutschen Einsatzkontingentes Vermögensgegenstände (z. B. Vermögenswerte der Infrastruktur - Gebäude, bauliche Anlagen, Gebäudeausstattungen und -bestandteile, sonstige Ausstattung oder sonstige Einrichtungen der Bundeswehr an den ISAF-Standorten in Afghanistan wie Wasser- und Abwasserleitungen, befestigte Straßen im Feldlager, etc. -, Erstattungsansprüche oder Bundeswehrmaterial - ausgenommen Kriegswaffen gemäß Kriegswaffenliste zum Kriegswaffenkontrollgesetz -, das nicht nach Deutschland zurückgeführt werden soll), unentgeltlich an die Afghan National Security Forces (ANSF) abgegeben werden, wenn dies zur Wahrung deutscher Sicherheitsinteressen erforderlich ist. Soweit die Abgabe an die ANSF nicht in Frage kommt, kann in Einzelfällen unter Beachtung der Sicherheitsinteressen Deutschlands eine unentgeltliche Abgabe an afghanische Behörden sowie international anerkannte Nichtregierungsorganisationen erfolgen.

15. **Nach § 63 Abs. 4 BHO in Verbindung mit § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass den Niederlanden 41 Lenkflugkörper PATRIOT zur unentgeltlichen Nutzung überlassen werden. Es wird zugelassen, dass die Niederlande ersatzweise gleichartige und mindestens gleichwertige Lenkflugkörper PATRIOT unentgeltlich zurückgeben.**

16. **Nach § 63 Abs. 4 BHO in Verbindung mit § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass ein Luftfahrzeug des Typs EUROFIGHTER für Flugvorführungen im Rahmen der internationalen Luftfahrtausstellung 2014 mietweise unter vollem Wert zum geltenden Amtshilfesatz überlassen wird.**

1407 Sonstiger Betrieb der Bundeswehr

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Verwaltungseinnahmen			
119 99 -032	Vermischte Einnahmen	400	400	789

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Berufssoldatinnen und Berufssoldaten sowie Soldatinnen und Soldaten auf Zeit entrichten für die Dauer ihres Aufenthalts in zivilen Krankenpflegeeinrichtungen oder für die Dauer eines Kuraufenthaltes für die dort zu Lasten von Kap. 1403 Tit. 443 15 gewährte Verpflegung ein Entgelt in Höhe des jeweils festgesetzten Verpflegungsgeldes	344
2. Verpflegungsgelder von Berufssoldatinnen und Berufssoldaten sowie Soldatinnen und Soldaten auf Zeit, soweit sie nicht bei Kap. 1407 Tit. 514 02 zu buchen sind oder unter Nr. 1 fallen	50
3. Einnahmen, die den Musikkorps oder einzelnen Musikerinnen und Musikern für das Spielen auf Dienstinstrumenten und die Benutzung dienstlicher Noten aus nichtdienstlichem Anlass zufließen	6
Zusammen	400

Zu 3.:
Von den Einnahmen, die den Musikkorps oder einzelnen Musikerinnen und Musikern für das Spielen auf Dienstinstrumenten und die Benutzung dienstlicher Noten aus nichtdienstlichem Anlass zufließen, ist ein Anteil entsprechend der Verfahrenshinweise zur "Genehmigung von Nebentätigkeiten der Beamtinnen und Beamten und Inanspruchnahme von Einrichtungen, Personal oder Material des Dienstherrn" (VMBl. 1999 S. 190 ff.) an den Bund abzuführen.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
132 01 -032	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	102 400	131 000	113 705

Haushaltsvermerk:

1. Mehreinnahmen zu Nr. 2 der Erläuterungen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 514 02.
2. Mehreinnahmen zu Nr. 4 der Erläuterungen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 514 04.
3. Mehreinnahmen zu Nr. 1 und **6** der Erläuterungen, soweit sie insgesamt 100 000 T€ übersteigen, fließen bis zur Höhe von 50 Prozent den Ausgaben bei folgenden Titeln zu: Epl. 14.

   Die Verstärkung aus Mehreinnahmen bei **Kap. 1402 Tit. 125 01 und Kap. 1407 Tit. 132 01** ist auf insgesamt höchstens 520 000 T€ begrenzt.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Einnahmen aus der Veräußerung von Material der Bundeswehr	95 000
2. Ersparnisse bei der Verpflegungsgeldwirtschaft	-
3. Einnahmen aus der Abgabe von Verpflegungsvorräten und Bekleidung	1 750
4. Einnahmen aus der Veräußerung von Marketenderwaren sowie Waren der Feldlager- und Bordkantinen und sonstigen Verkaufsstellen	-
5. Einnahmen aus Verwaltungskostenzuschlag Bekleidung und Mitverpflegung Dritter	650
6. Einnahmen aus der Veräußerung von ISAF-Material der Bundeswehr	5 000
Zusammen	102 400

Zu 1.:
Veräußerungserlöse der Bundeswehr und der VEBEG GmbH.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 132 01

Die Zuständigkeit für die Veräußerung durch die Bundeswehr oder die VEBEG GmbH richtet sich nach den Bestimmungen über das Aussondern und Verwerten von Material der Bundeswehr (VMBl. 2004 S. 130 ff.). Veräußerung von unbrauchbar oder entbehrlich gewordenem Material aller Art (einschließlich Schrott) sowie Veräußerung von Tieren durch Dienststellen der Bundeswehr.

Zu 2.:
Den Wirtschaftstruppenteilen stehen Ersparnisse bei der Verpflegungsgeldwirtschaft bis zu einem festgesetzten Höchstbetrag zur Verfügung. Darüber hinausgehende Beträge sind hier zu vereinnahmen. Das Verpflegungsgeld (Naturalkosten) wird entsprechend den Beschaffungskosten ab 1. Juli 2003 auf 3,60 € festgesetzt.

Zu 3.:
Auffrischungsbedürftige Lebensmittel aus den Verpflegungsvorräten werden im Rahmen der laufenden Truppenverpflegung gegen Bezahlung verbraucht sowie an Dritte aufgrund von Bestimmungen verkauft, die vom BMVg mit Zustimmung des BMF erlassen werden.
Berufsoffiziere und Offiziere auf Zeit können bei ihrer ersten Ernennung die in ihrem Besitz befindlichen Dienstbekleidungsstücke gemäß den Bestimmungen des Bundesministers der Verteidigung gegen Bezahlung übernehmen.

Zu 6.:
Veräußerung von unbrauchbar oder entbehrlich gewordenem ISAF-Material aller Art (einschl. Schrott), ansonsten siehe Erläuterung zu 1.

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.

In die Flexibilisierung einbezogen sind auch Tit. 511 03, 532 01, 532 02, 532 03, 532 11, 537 11, 547 11, 553 39 und 553 49.

Ausgenommen ist Tgr. 56.

Die flexibilisierten Ausgaben bei Tit. 553 39 sind begrenzt auf 35 Prozent, die flexibilisierten Ausgaben bei Tit. 553 49 sind begrenzt auf 40 Prozent.

Sächliche Verwaltungsausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
514 02 -032	Gemeinschaftsverpflegung	55 000	60 000	78 535

Haushaltsvermerk:

1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1403 Tit. 423 01.

   Dies gilt insoweit, als Mehrausgaben bei diesem Titel durch Überschreitung der Zahl der Wehrdienstleistenden um die Zahl der nicht in Anspruch genommenen Planstellen für Berufssoldatinnen und Berufssoldaten sowie Soldatinnen und Soldaten auf Zeit entstehen.

2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1403 Tit. 423 02.

   Dies gilt nur insoweit, als Mehrausgaben bei diesem Titel durch Überschreitung der Zahl von 5 000 freiwillig Wehrdienstleistenden nach neuem Recht verursacht werden.

3. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 132 01.

4. Einnahmen aus der Verpflegungsgeldwirtschaft fließen den Ausgaben zu.

5. Nach § 52 Satz 1 BHO wird zugelassen, dass die aus den Ausgaben zu beschaffende zusätzliche/besondere Verpflegung in besonderen

1407 Sonstiger Betrieb der Bundeswehr

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 514 02

Fällen Angehörigen des öffentlichen Dienstes nach Maßgabe der Verpflegungsbestimmungen unentgeltlich bereitgestellt wird.

6. Bewerberinnen und Bewerber **bei der Bundeswehr können unentgeltlich Truppen-/Gemeinschaftsverpflegung erhalten.**

7. Gemäß § 52 und § 63 BHO wird bei Angehörigen der Bundeswehr, die freiwillig an der Truppenverpflegung teilnehmen, von der Entrichtung eines Verwaltungskostenzuschlages abgesehen, von Nichtangehörigen der Bundeswehr erhebt das Bundesministerium der Verteidigung im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen einen ermäßigten Zuschlag.

8. Aus den Ausgaben dürfen auch Leistungen Dritter im Zusammenhang mit dem Verpflegungsmanagement finanziert werden.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Ausgaben der bereitgestellten Verpflegung für Wehrsoldempfänger	6 075
2. Ausgezahltes Verpflegungsgeld an Wehrsoldempfänger	5 595
3. Verpflegungsausgaben für Berufssoldatinnen und Berufssoldaten, Soldatinnen und Soldaten auf Zeit, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Bundeswehr und Soldatinnen und Soldaten anderer Staaten unter bestimmten Voraussetzungen sowie für Bewerberinnen bzw. Bewerber bei der Annahmeuntersuchung	250
4. Mehrausgaben für Selbstbeköstigung für Wehrdienstleistende im Ausland	20
5. Mehrausgaben bei der Beschaffung von Lebensmitteln im Ausland	1 970
6. Ausgaben der Flugverpflegung bei außereuropäischen Flügen	1 101
7. Ausgaben der Verpflegung für Bewerberinnen und Bewerber bei der Bundeswehr	250
8. Zusatzkost	810
9. Mehrausgaben der Verpflegung von anderer Seite und durch alliierte Streitkräfte	6 295
10. Mehrausgaben der Truppenverpflegung über dem Wertansatz	26 274
11. Mehrausgaben der Verpflegung in den übrigen Fällen	6 360
Zusammen	55 000

Nach § 18 Soldatengesetz sind die Soldatinnen und Soldaten auf dienstliche Anordnung verpflichtet, an einer Gemeinschaftsverpflegung im Sinne der hierzu erlassenen allgemeinen Verwaltungsvorschriften vom 3. Januar 1997 (VMBl. S. 39) teilzunehmen. Für diesen Personenkreis sind unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Wirtschaftlichkeit Küchen zu betreiben.

Ist für die übrigen Angehörigen der Bundeswehr die Bereitstellung einer der Truppenverpflegung vergleichbaren Gemeinschaftsverpflegung aus Fürsorgegründen erforderlich und kann diese durch den Bund nicht anderweitig wirtschaftlich bereitgestellt werden, ist dieser Personenkreis aus den o. a. Küchen zu versorgen.

Soldatinnen und Soldaten, die aufgrund des Wehrpflichtgesetzes Wehrdienst leisten, erhalten nach § 3 Wehrsoldgesetz die Verpflegung unentgeltlich und an dienstfreien Tagen den nach der Sozialversicherungsentgeltverordnung festgesetzten Wert für den Sachbezug Verpflegung.

Den Berufssoldatinnen und Berufssoldaten und Soldatinnen und Soldaten auf Zeit wird nach § 10 Bundesbesoldungsgesetz die ihnen bereitgestellte Verpflegung unter Berücksichtigung ihres wirtschaftlichen Wertes mit einem angemessenen Betrag nach Maßgabe der Sozialversicherungsentgeltverordnung auf die Dienstbezüge angerechnet.

Berufssoldatinnen und Berufssoldaten, Soldatinnen und Soldaten auf Zeit und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Soldatinnen und Soldaten anderer Staaten haben unter bestimmten Voraussetzungen einen gesetzlichen, tariflichen oder vertraglichen Anspruch auf unentgeltliche Truppenverpflegung oder Verpflegung in einer Sanitätseinrichtung.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
514 03 -032	Betriebsstoff für die Bundeswehr	225 000	206 000	209 941

Haushaltsvermerk:

Einnahmen aus der Abgabe von Kraftstoffen (Betriebsstoffen) an andere Bedarfsträger fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Der Betriebsstoffbedarf für Kraftfahrzeuge, Aggregate, Arbeitsmaschinen und Pionierboote ist nach Erfahrungssätzen ermittelt worden. Für Flugzeuge und Schiffe sind der Errechnung des Betriebsstoffbedarfs die vorhandenen Flug- bzw. Wasserfahrzeuge und deren voraussichtlicher Einsatz zugrunde gelegt worden.

514 04 -032	Ausgaben für Marketenderwaren sowie Waren der Feldlager- und Bordkantinen und sonstiger Verkaufsstellen	-	-	21 756

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 132 01.

Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.

531 01 -032	Kosten der Flugzieldarstellung und Charterkosten für Luftfahrzeuge	66 300	60 200	63 325
533 01 -032	Kosten für den Betrieb des Schleusenwerkes der 4. Hafeneinfahrt in Wilhelmshaven	1 150	1 090	-

Haushaltsvermerk:

Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: Kap. 1402 Tit. 981 01.

Erläuterungen:

Ausgaben für die beim Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur entstehenden Kosten für den Betrieb des Schleusenwerkes der 4. Hafeneinfahrt in Wilhelmshaven.

537 01 -032	Unterstützungsmaßnahmen der Bundeswehr zur Förderung militär- und rüstungstechnischer Zusammenarbeit	500	500	-

Haushaltsvermerk:

Erstattungen der Empfängerländer fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind vorgesehen für Staaten der GUS, die baltischen Staaten, die mittelost- und südosteuropäischen Staaten sowie die Staaten im Nahen und Mittleren Osten.

Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.

553 19 -032	Betrieb des Bekleidungswesens	130 000	140 000	110 106

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1403 Tit. 423 02.

1407 Sonstiger Betrieb der Bundeswehr

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 553 19

Dies gilt nur insoweit, als Mehrausgaben bei diesem Titel durch Überschreitung der Zahl von 5 000 freiwillig Wehrdienstleistenden nach neuem Recht verursacht werden.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Erhaltung der Bekleidung	6 000
2. Beschaffung von Bekleidung	86 500
3. Transaktionsbezogene Vergütung	36 000
4. Prämien/Honorierungen	1 500
Zusammen	130 000

Mit dem Bekleidungswesen der Bundeswehr wurde die LH Bundeswehr Bekleidungsgesellschaft mbH beauftragt (Gesellschaftsanteile: 74,9 Prozent LH-Bekleidungsgesellschaft mbH sowie 25,1 Prozent Bund).

Zu den Aufgaben der Gesellschaft gehören neben der Beschaffung und Lagerung von Bekleidung auch die Einkleidung der Soldatinnen und Soldaten sowie der Betrieb der bundesweit eingerichteten Servicestationen.

Beamtinnen und Beamte und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Bundeswehr haben bei Ausübung bestimmter Tätigkeiten einen Anspruch auf Bereitstellung von Schutzkleidung; aus überwiegendem Interesse des Dienstherren bzw. Arbeitgebers kann ihnen auch Dienstkleidung bereitgestellt werden.

553 29 -032	Betrieb von Einrichtungen des Fernmeldewesens	27 000	27 000	26 788

Erläuterungen:

Die Ausgaben dienen der Finanzierung von Betreibermodellen im Vorhaben SATCOMBw.

553 59 -032	Betreiber- und Vorhaltechartermodelle für Schiffe	12 100	12 100	6 461

Haushaltsvermerk:

Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 553 69.

Erläuterungen:

Ausgaben dienen der Finanzierung von Vorhaltecharter im Seetransport.

553 69 -032	Betreibermodelle und Vorhaltecharter für Flugzeuge, Flugkörper und flugtechnisches Gerät	116 875	127 400	109 046

Verpflichtungsermächtigung ..... 126 610 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu ..... 32 100 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu ..... 32 100 T€
in künftigen Haushaltsjahren bis zu ..... 62 410 T€

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: 553 59.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind "Vorhaltecharter Strategischer Lufttransport", "Betreibermodell Simulatorausbildung NATO - Hubschrauber 90" und "System zur Abbildenden Aufklärung in der Tiefe des Einsatzgebietes (SAATEG Zwischenlösung)".

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Titelgruppe 56			
Tgr. 56	Ausgaben für das Informations- und Kommunikationssystem der Bundeswehr	(643 400)	(654 900)	
	Haushaltsvermerk: Erstattungen fließen den Ausgaben zu.			
532 56 -031	Ausgaben für Aufträge und Dienstleistungen	643 400	654 900	635 000

Erläuterungen:

Mit dem Aufbau und Betrieb eines modernen und leistungsfähigen Informations- und Kommunikationssystems der Bundeswehr im Inland ist die BWI Informationstechnik GmbH beauftragt (Gesellschaftsanteile: 49,9 Prozent Bund sowie 50,1 Prozent Industriekonsortium).

Flexibilisierte Ausgaben

Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG

	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
Aus Hauptgruppe 5	377 721	375 200	363 216
Zusammen	377 721	375 200	363 216

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 511 01 -032	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände*	*12 500*	*8 300*	*8 880*

Erläuterungen:

Es sind ausschließlich Leistungsentgelte für Fernmeldedienstleistungen - soweit nicht in den Ausgaben für das Informations- und Kommunikationssystem der Bundeswehr (Tgr. 56) enthalten - zentral für den gesamten Einzelplan veranschlagt.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 511 03 -032	*Entgelte für Fernmeldeleitungen*	*9 741*	*7 000*	*6 504*

Erläuterungen:

Die Entgelte sind hier - soweit nicht in den Ausgaben für das Informations- und Kommunikationssystem der Bundeswehr (Tgr. 56) enthalten - zentral für den gesamten Einzelplan veranschlagt.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 514 01 -032	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*	*10 400*	*10 500*	*10 320*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Einkleidungsbeihilfen und Entschädigungen	*110*
2. An Soldatinnen zu zahlender Geldwert	*1 000*
3. Entschädigungszahlungen nach § 5 WSG	*192*
4. Reinigungskostenpauschale	*123*
5. Abnutzungsentschädigung Offiziere	*6 660*
6. Dienstbekleidungszuschuss Offiziere	*1 200*
7. Dienstbekleidungszuschuss Unteroffiziere	*1 115*
Zusammen	*10 400*

1407 Sonstiger Betrieb der Bundeswehr

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 514 01

Den Berufssoldatinnen und Berufssoldaten sowie Soldatinnen und Soldaten auf Zeit wird nach § 69 Abs. 1 und 4 Bundesbesoldungsgesetz die Ausrüstung und die Dienstbekleidung unentgeltlich bereitgestellt.

Abweichend hiervon werden Offizieren, deren Restdienstzeit am Tage ihrer Ernennung zum Offizier mehr als 12 Monate beträgt, nur die Ausrüstung und die Dienstbekleidung, die zur Einsatz- und Arbeitsausstattung gehören, unentgeltlich bereitgestellt. Diesen Offizieren wird für die von ihnen zu beschaffende Dienstbekleidung ein Bekleidungszuschuss und für deren besondere Abnutzung eine Entschädigung gewährt. Berufsunteroffiziere und Unteroffiziere auf Zeit mit einer Dienstzeitverpflichtung auf mindestens acht Jahre, die noch mindestens vier Jahre im Dienst verbleiben, erhalten abweichend von Satz 1 auf Antrag einen Zuschuss für die Beschaffung der Ausgehuniform.

Soldatinnen und Soldaten, die aufgrund des Wehrpflichtgesetzes Wehrdienst leisten, erhalten Dienstbekleidung und persönliche Ausrüstung nach § 5 Wehrsoldgesetz ebenfalls unentgeltlich. Wehrdienstleistende können auf die Bereitstellung bestimmter Artikel der Friedenszusatzausstattung verzichten und dafür eine einmalige Entschädigung erhalten.

Um eine möglichst wirtschaftliche Ausnutzung der Bekleidungszuschüsse und der Entschädigung für besondere Abnutzung der Dienstbekleidung zu gewährleisten, ist eine "Kleiderkasse für die Bundeswehr" geschaffen worden. Im Rahmen der Privatisierung des Bekleidungswesens wurde die Kleiderkasse von der "LH Dienstbekleidungsgesellschaft mbH" übernommen (siehe hierzu Tit. 553 19).

F	*532 01 -032*	*Schifffahrts- und Hafengebühren sowie durch Ausschiffung im Ausland entstehende sächliche Ausgaben*	*3 000*	*3 000*	*2 617*

Erläuterungen:

Für Kanalpassagen, Lotsen- und Hafengelder sowie Schleusen- und Liegeplatzgebühren usw.

F	*532 02 -032*	*Gebühren für die Benutzung ziviler Flugplätze*	*7 500*	*7 000*	*8 907*

Erläuterungen:

Die Kosten richten sich nach den Flugplatzgebührenordnungen.

F	*532 03 -032*	*Kosten der Flugsicherung*	*76 000*	*75 000*	*72 970*

Erläuterungen:

Nach § 31 b Abs. 4 des Luftverkehrsgesetzes sind der Deutschen Flugsicherungsgesellschaft mbH (DFS) Einnahmeausfälle aus Kostenbefreiungen gemäß den jeweiligen Flugsicherungsgebührenordnungen (Strecke, An- und Abflug) zu erstatten.

F	*553 39 -032*	*Betrieb der Fahrzeuge des Flottenmanagements*	*400 000*	*400 000*	*396 645*

Verpflichtungsermächtigung... 441 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 223 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 218 000 T€

Haushaltsvermerk:

1. ***Die Verpflichtungsermächtigung ist gesperrt.***

   Die Aufhebung der Sperre bedarf der Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages.

2. *Erstattungen Dritter fließen den Ausgaben zu.*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Noch zu Titel 553 39				
	Erläuterungen:			
	Mit dem Fahrzeug- und Flottenmanagement der Bundeswehr ist die BwFuhrpark-Service GmbH beauftragt (Gesellschaftsanteile: 24,9 Prozent DB AG sowie 75,1 Prozent Bund).			
F 553 49 -032	*Betrieb der Heeresinstandsetzungslogistik (HIL)*	*240 000*	*246 000*	*234 328*
	Verpflichtungsermächtigung.. 1 015 000 T€ *davon fällig:* *im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 270 000 T€* *im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 340 000 T€* *im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 360 000 T€* *im Haushaltsjahr 2018 bis zu.. 45 000 T€*			
	Haushaltsvermerk:			
	1. Die Verpflichtungsermächtigung ist gesperrt. ***Die Aufhebung der Sperre bedarf der Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages.***			
	2. Erstattungen der HIL GmbH fließen den Ausgaben zu.			
	Erläuterungen:			
	Mit der Durchführung der Heeresinstandsetzungslogistik ist die HIL GmbH beauftragt (Gesellschaftsanteile: 100 Prozent Bund).			
	Titelgruppe 01			
Tgr. 01	Betrieb der Depots und der sonstigen Einrichtungen des Materialwesens der Kap. 1407 und 1409	(22 580)	(26 000)	
	Erläuterungen:			
	In Betracht kommen u. a. Ausgaben für Instandsetzungseinrichtungen, Werkstätten usw.			
	Aufteilbare Bewirtschaftungskosten, Mieten und Pachten sowie Bewachungskosten für Grundstücke, Gebäude und Räume sind bei Kap. 1412 Tit. 517 01, Tit. 517 02 und Tit. 518 01 veranschlagt.			
F 514 11 -032	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*	*1 500*	*1 300*	*1 525*
F 518 11 -032	*Mieten und Pachten*	*380*	*390*	*377*
F 532 11 -032	*Transportkosten, soweit nicht bei Kap. 1403 Tit. 538 02 veranschlagt*	*1 700*	*1 760*	*1 093*
F 537 11 -032	*Verwertung und Entsorgung von Material der Bundeswehr*	*11 900*	*8 770*	*8 307*
	Haushaltsvermerk:			
	Mehrausgaben zu Nr. 5 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Epl. 14.			

1407 Sonstiger Betrieb der Bundeswehr

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 537 11 (Titelgruppe 01)

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Zentrale Aussonderung/Verwertung/Entsorgung	*6 985*
2. Aussonderung/Verwertung/Entsorgung von San-Material	*85*
3. Zentrale Aussonderung/Verwertung/Entsorgung durch milOrgBereiche	*475*
4. Dezentrale Aussonderung/Verwertung/Entsorgung durch milOrgBereiche	*1 340*
5. Aussonderung/Verwertung/Entsorgung von Streumunition	*3 015*
Zusammen	*11 900*

Veranschlagt sind die Kosten für die Verwertung und Entsorgung des gesamten, von der Bundeswehr nicht mehr verwendbaren Materials.

F 547 11 -032	*Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben*	*7 100*	*13 780*	*9 159*

Überblick zum Kapitel 1409	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Ausgaben					
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	2 315 492	2 206 292	+109 200		2 158 090
Gesamtausgaben	2 315 492	2 206 292	+109 200		2 158 090
davon flexibilisiert	260 850	250 875	+9 975		243 435
davon nicht flexibilisiert	2 054 642	1 955 417	+99 225		1 914 655

1409 Materialerhaltung der Bundeswehr

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.

In die Flexibilisierung einbezogen sind auch Tit. 553 01, 553 04, 553 05, 553 06, 553 07, 553 08, 553 10 und 553 11.

Die flexibilisierten Ausgaben bei den Tit. 553 01 sind begrenzt auf 10 Prozent, die flexibilisierten Ausgaben bei Tit. 553 04, 553 05 und 553 06 sind begrenzt auf 20 Prozent, die flexibilisierten Ausgaben bei Tit. 553 07 sind begrenzt auf 35 Prozent, die flexibilisierten Ausgaben bei Tit. 553 08 sind begrenzt auf 50 Prozent, die flexibilisierten Ausgaben bei Tit. 553 10 und 553 11 sind begrenzt auf 5 Prozent.
Darüber hinaus sind kapitelübergreifend folgende flexibilisierte Titel/Titelteilansätze einbezogen: Kap. 1407 Tit. 553 49.

Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.

553 02 -032	Erhaltung der Anlagen und Einrichtungen des Verpflegungswesens	92	92	92

Erläuterungen:

Hier sind alle durch den Betrieb des Verpflegungsamtes und seiner Außenlager entstehenden Aufwendungen sowie die Ausgaben für Hilfsarbeiten durch Vertragsfirmen veranschlagt.

553 03 -032	Erhaltung der Bekleidung	1 400	700	199

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Erhaltung Bundeswehrverwaltungsstellen im Ausland	40
2. Erhaltung Sonderbekleidung der Teilstreitkräfte	1 330
3. Kosten/Gebühren Entsorgung	30
Zusammen	1 400

Flexibilisierte Ausgaben

Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG

	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
Aus Hauptgruppe 5	260 850	250 875	243 435
Zusammen	260 850	250 875	243 435

F 553 01 -032	*Erhaltung des Sanitätsgeräts*	*41 000*	*40 000*	*61 942*

Haushaltsvermerk:

1. *Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1403 Tit. 111 04.*
2. *Erstattungen Dritter fließen den Ausgaben zu.*

   Erstattungen des Landes Rheinland-Pfalz für das Herzzentrum des Bundeswehrzentralkrankenhauses Koblenz fließen den Ausgaben zu.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 553 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die ausschließlich durch den Betrieb der Sanitätseinrichtungen der Bundeswehr entstehenden Aufwendungen sowie Aufwendungen für Röntgenschirmbilduntersuchungen.

Für Pflege, Wartung und Instandsetzungen sowie für Ersatzteile, soweit diese nicht bei Kap. 1416 Tit. 554 01 veranschlagt sind.

F 553 04 -032	*Erhaltung des Fernmeldematerials*	*142 000*	*140 000*	*127 972*

Erläuterungen:

Für Pflege, Wartung, Instandsetzungen und Ersatzteile, soweit nicht bei Kap. 1416 Tit. 554 05 veranschlagt.

F 553 05 -032	*Erhaltung des Feldzeugmaterials, ausgenommen Munition sowie Fahrzeug- und Kampffahrzeugmaterial*	*142 000*	*140 000*	*129 451*

Haushaltsvermerk:

Einnahmen aus der Mitbenutzung des Gefechtsübungszentrums des Heeres durch ausländische Streitkräfte fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Für Pflege, Wartung und Instandsetzungen sowie für Ersatzteile, soweit diese nicht bei Kap. 1416 Tit. 554 10 veranschlagt sind.

F 553 06 -032	*Erhaltung der Munition und Ersatz von Munitionseinzelteilen*	*60 000*	*62 000*	*54 361*

Erläuterungen:

Für Pflege, Wartung und Instandsetzungen sowie für Ersatzteile, soweit diese nicht bei Kap. 1416 Tit. 554 08 veranschlagt sind, sowie Prämien für das Bergen verlorengegangener Torpedos.

F 553 07 -032	*Erhaltung des Fahrzeug- und Kampffahrzeugmaterials der Streitkräfte*	*266 000*	*253 500*	*247 750*

Haushaltsvermerk:

1. *Die Ausgaben in Höhe der nicht verwendeten Einnahmen gemäß Haushaltsvermerk Nr. 3 sind übertragbar.*
2. *Einnahmen aus Schadensersatzleistungen Dritter, soweit sie für die Instandsetzung bestimmt sind, fließen den Ausgaben zu.*
3. *Einnahmen aus Beiträgen der Partnerstaaten für die gemeinsame Ersatzteilversorgung und Depotinstandsetzung für das Waffensystem Leopard und Abwandlungen fließen den Ausgaben zu.*
4. *Einnahmen aus der Mitbenutzung des Gefechtsübungszentrums des Heeres durch ausländische Streitkräfte fließen den Ausgaben zu.*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
Zu erwartende Einzahlungen der Partnerstaaten in 2014....................	*8 500*
Voraussichtliche Ausgaben für die Partnerstaaten in 2014..................	*2 600*

Die von den Partnerstaaten zu zahlende Verwaltungskostenpauschale fließt den allgemeinen Deckungsmitteln des Bundeshaushalts zu.

Australien, Belgien, Brasilien, Chile, Dänemark, Finnland, Italien, Kanada, die Niederlande, Norwegen, Griechenland, Großbritannien, Österreich, Schweden, Spanien, Türkei, USA und die Bundesrepublik Deutschland haben eine gemeinsame

1409 Materialerhaltung der Bundeswehr

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Noch zu Titel 553 07				
	Ersatzteilversorgung und Depotinstandsetzung für das Waffensystem Leopard vereinbart. In Höhe ihres voraussichtlichen Bedarfs zahlen die Vertragsparteien jährlich einen Beitrag an die Bundesrepublik Deutschland, die die Ersatzteilversorgung und Depotinstandsetzung für alle Partnerstaaten durch einheitliche Beschaffung sicherstellt. *Für Pflege, Wartung und Instandsetzungen sowie für Ersatzteile, soweit diese nicht bei Kap. 1416 Tit. 554 06 und 554 07 veranschlagt sind.*			
F 553 08 -032	*Erhaltung des Quartiermeistermaterials*	*26 000*	*25 000*	*25 233*
	Erläuterungen: *Für Pflege, Wartung und Instandsetzung sowie für Ersatzteile, soweit diese nicht bei Kap. 1416 Tit. 554 11 veranschlagt sind, und für die Erhaltung und Neubeschaffung von Noten.* *Die Erhaltung von Büromaschinen und Druckereigerät ist hier nur für den Bereich der Streitkräfte veranschlagt. Die Ausgaben für Büromaschinen des Ministeriums, der Bundeswehrverwaltung und ziviler Dienststellen sind bei den entsprechenden Tit. der Gruppen 511 und 812 der Kap. 1401 und 1404 veranschlagt.*			
F 553 10 -032	*Erhaltung von Schiffen, Betriebswasserfahrzeugen, Booten, schwimmendem und sonstigem Marinegerät*	*266 000*	*265 000*	*276 536*
	Haushaltsvermerk: *Einnahmen aus Beiträgen der Partnerstaaten für die gemeinsame Ersatzteilversorgung im NATO-Fregatten- und U-Bootprogramm fließen den Ausgaben zu.* *Erläuterungen:* *Für Pflege, Wartung und Instandsetzungen sowie für Ersatzteile, soweit nicht bei Kap. 1416 Tit. 554 12 veranschlagt.*			
F 553 11 -032	*Erhaltung von Flugzeugen, Flugkörpern, Flugzeugrettungs-, Sicherheits- und sonstigem flugtechnischen Gerät*	*1 371 000*	*1 280 000*	*1 234 554*
	Haushaltsvermerk: *Erstattungen Dritter für die Nutzung deutscher Open-Skies-Beobachtungsluftfahrzeuge fließen den Ausgaben zu.* *Erläuterungen:* *Für Pflege, Wartung und Instandsetzungen sowie für Ersatzteile, soweit diese nicht bei Kap. 1416 Tit. 554 13 bis 554 18 veranschlagt sind.*			

Vorbemerkung

Die Unterbringung der Bundeswehr erfordert Ausgaben für die Durchführung von Baumaßnahmen aller Art.

Ferner weist das Kapitel Ausgaben für die erstmalige Beschaffung, die Unterhaltung, den Ersatz und die Ergänzung der liegenschaftsgebundenen Geräte und Ausstattungsgegenstände, die Unterhaltung und Bewirtschaftung der Gebäude und Liegenschaften für alle Dienststellen der Bundeswehr (ausgenommen Ministerium - Kapitel 1401 - und Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr - Kapitel 1404 - in bestimmten Fällen) und für die Beschaffung von Liegenschaften sowie sonstige mit der Unterbringung im Zusammenhang stehende Ausgaben aus.

Außerdem sind hier im Zusammenhang mit den Ausgaben stehende Einnahmen (ausgenommen Ministerium) ausgewiesen.

Auch ist hier die Entschädigung veranschlagt, die nach Maßgabe der Verwaltungsvereinbarungen zwischen Bund und Ländern für die Durchführung von Baumaßnahmen der Bundeswehr an die Länder zu zahlen ist.

Die g.e.b.b. ist beauftragt, das Liegenschaftsmanagement weiter zu entwickeln und innovative Lösungsvorschläge zu unterbreiten. Alle übrigen Aufgaben verbleiben in der Territorialen Wehrverwaltung.

Überblick zum Kapitel 1412	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen..	18 000	18 000	-		25 449
Übrige Einnahmen...	1 091	1 321	-230		36 199
Gesamteinnahmen...	19 091	19 321	-230		61 648
Ausgaben					
Sächliche Verwaltungsausgaben...........................	3 644 540	3 626 260	+18 280		3 017 930
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw...............	818 000	790 000	+28 000		653 037
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	344 950	310 800	+34 150		302 400
Ausgaben für Investitionen.....................................	63 980	55 220	+8 760		58 936
Gesamtausgaben..	4 871 470	4 782 280	+89 190		4 032 303
davon nicht flexibilisiert..	4 871 470	4 782 280	+89 190		4 032 303
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung...................................	742 308 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.................................	465 060 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.................................	169 060 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.................................	40 060 T€				
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.................................	11 060 T€				
im Haushaltsjahr 2019 bis zu.................................	11 060 T€				
im Haushaltsjahr 2020 bis zu.................................	11 060 T€				
im Haushaltsjahr 2021 bis zu.................................	6 060 T€				
im Haushaltsjahr 2022 bis zu.................................	6 060 T€				
im Haushaltsjahr 2023 bis zu.................................	6 060 T€				
im Haushaltsjahr 2024 bis zu.................................	3 060 T€				
im Haushaltsjahr 2025 bis zu.................................	3 060 T€				
im Haushaltsjahr 2026 bis zu.................................	3 060 T€				
im Haushaltsjahr 2027 bis zu.................................	3 060 T€				
im Haushaltsjahr 2028 bis zu.................................	3 028 T€				
im Haushaltsjahr 2029 bis zu.................................	1 500 T€				

1412 Unterbringung

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Einnahmen			
	Verwaltungseinnahmen			
124 01 -032	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	18 000	18 000	25 449

Haushaltsvermerk:

1. Nach § 63 Abs. 4 BHO in Verbindung mit § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass

1.1 bundeseigene Liegenschaften den Trägerverbänden für Soldatenheime für die Dauer der Benutzung für Soldatenheimzwecke unentgeltlich überlassen werden,

1.2 bundeseigene Sportanlagen Dritten, insbesondere Gruppenbenutzern, nach den vom Bundesministerium der Verteidigung im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen erlassenen Richtlinien unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden, soweit dienstliche Belange und die Förderung des außerdienstlichen Sports der Bundeswehr-Angehörigen nicht entgegenstehen,

1.3 bundeseigene Übungsanlagen vorübergehend für Zwecke des Zivilschutzes unentgeltlich zur Mitbenutzung überlassen werden,

1.4 Betreuungseinrichtungen der Bundeswehr den Betreibern unentgeltlich zur Nutzung überlassen werden (vgl. Erläuterungen bei Kap. 1403 Tit. 382 01),

1.5 bundeseigene Liegenschaften den aus Kap. 1420 geförderten Forschungsinstituten unentgeltlich zur Nutzung überlassen werden,

1.6 zum Wohnen in Gemeinschaftsunterkunft verpflichtete und berechtigte Angehörige der Bundeswehr Wasser aus bundeseigenen Wagenwaschanlagen unentgeltlich zum Reinigen ihrer privaten Kraftfahrzeuge entnehmen dürfen,

1.7 Truppenfrisörstuben Dritten nach den vom Bundesministerium der Verteidigung im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen erlassenen Richtlinien gegen ermäßigtes Entgelt zur Nutzung überlassen werden,

1.8 militärische Einrichtungen und Truppenübungsplätze vom EUROKORPS und anderen gemischten Korps auf der Basis praktizierter Gegenseitigkeit in den beteiligten Ländern unentgeltlich genutzt werden können,

1.9 Auszubildenen/Studentinnen und Studenten (ehemaligen Wehrdienstleistenden) gegen ermäßigtes Entgelt im Rahmen des Attraktivitätsprogramms der Bundeswehr verfügbarer Wohnraum in bundeseigenen Liegenschaften bereitgestellt werden kann,

1.10 Patienten-TV-Anlagen in Bundeswehrkrankenhäusern von Soldaten und Zivilpatienten unentgeltlich genutzt werden können,

1.11 bundeseigene Liegenschaften und Gebäude Verbänden, Gewerkschaften und Vereinen, die eine enge Beziehung zur Bundeswehr haben, nach den vom Bundesministerium der Verteidigung im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen erlassenen Richtlinien unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden,

1.12 bundeseigene bzw. von der Bundeswehr genutzte Liegenschaften Trägervereinigungen für Kinderbetreuungseinrichtungen (nicht Kommunen) für die Dauer der Benutzung für Kinderbetreuungszwecke unentgeltlich überlassen werden,

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 124 01

1.13 bundeseigene oder vom Bund beschaffte Unterkünfte, die für die Unterbringung von zum Wohnen in der Gemeinschaftsunterkunft Verpflichteten nicht mehr benötigt werden, nichtunterkunftspflichtigen Angehörigen der Bundeswehr gegen ermäßigtes Entgelt ("Unterkunftspauschale für freiwillige Inanspruchnahme von Gemeinschaftsunterkunft" in der jeweils gültigen Fassung) zur Verfügung gestellt werden können, ohne dass hierdurch die dienstliche Nutzung der Liegenschaft entfällt.

2. Nach § 63 Abs. 4 BHO in Verbindung mit § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass bundeseigene oder vom Bund beschaffte Unterkünfte den Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst gegen ermäßigtes Entgelt überlassen werden.

3. Nach § 63 Abs. 4 BHO in Verbindung mit § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Entgelte für die fernmeldetechnische Mitbenutzung von Fernmeldetürmen mit Nebeneinrichtungen der NATO in Deutschland, die im Rahmen des "Fernmeldetechnischen Verbesserungsprogramms 1967" (Communication Improvement Programme 67 = CIP 67-Stationen) errichtet wurden, durch Dritte in Höhe von 30 Prozent an SHAPE (NATO) erstattet werden.

4. Nach § 63 Abs. 4 BHO in Verbindung mit § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Entgelte für die Vermarktung von Bundeswehrliegenschaften für Mobilfunkanlagen/Windkraftanlagen durch die g.e.b.b. um Ausgaben im Zusammenhang mit der Erfüllung des Geschäftsbesorgungsvertrages mit der g.e.b.b. gemindert werden.

Übrige Einnahmen

153 01 -032	Zinseinnahmen aus Darlehen an Gemeinden und Gemeindeverbände	6	15	17

Erläuterungen:

	Zinsen 1 000 €	Rückflüsse 1 000 €
1. zu Aufschließungsmaßnahmen und Folgeeinrichtungen (vgl. Tit. 853 01)............................	6	133
2. zum Ausbau öffentlicher Verkehrseinrichtungen..	-	-
Zusammen..	6	133

162 01 -032	Sonstige Zinseinnahmen aus Darlehen	5	6	11

Erläuterungen:

	Zinsen 1 000 €	Rückflüsse 1 000 €
Zinsen und Rückflüsse aus		
1. Darlehen an die Trägerverbände für Soldatenheime...	-	587
2. Darlehen im Zusammenhang mit der Freimachung von bundeseigenen Liegenschaften.....	5	-
3. Darlehen für Umsiedlungen und Lärmschutzmaßnahmen im Zusammenhang mit Flugplätzen (vgl. Tit. 698 01).......................................	-	-
4. Darlehen im Zusammenhang mit der Unterbringung von Angehörigen der Bundeswehr außerhalb der Bundesrepublik Deutschland...	-	-

1412 Unterbringung

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 162 01

	Zinsen 1 000 €	Rückflüsse 1 000 €
5. Sonstiges	-	-
Zusammen	5	587

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
173 01 -032	Darlehensrückflüsse von Gemeinden und Gemeindeverbänden	133	250	287

Erläuterungen:

Siehe Erläuterung zu Tit. 153 01.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
182 01 -032	Sonstige Darlehensrückflüsse	587	750	1 337

Erläuterungen:

Siehe Erläuterung zu Tit. 162 01.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
266 01 -032	Verwaltungszuschlag im Zusammenhang mit der Verwaltung des NATO-Truppenübungsplatzes Bergen	360	300	357

Erläuterungen:

Die im Rahmen der Verwaltungsvereinbarungen zu erbringenden Unterstützungsleistungen hängen von den Anforderungen der Nutzerinnen und Nutzer ab. Für jede Erstattungsart ist ein besonderer Buchungsabschnitt zu bilden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
286 01 -032	Erstattung der Kosten für die Verwaltung und die Mitbenutzung von NATO-Einrichtungen in Deutschland und damit zusammenhängende Unterstützungsleistungen	-	-	34 190

Haushaltsvermerk:

1. Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 537 01.
2. Am Ende des Haushaltsjahres nicht verwendete Mehreinnahmen sind in das folgende Haushaltsjahr umzubuchen.

Erläuterungen:

Erstattung der Kosten für

1. die Mitbenutzung des NATO-Übungsplatzes Bergen,
2. die Verwaltung der Haupteinsatzbasis des NATO-E-3A-Verbandes (AWACS) Geilenkirchen und damit zusammenhängende Unterstützungsleistungen.

Zu 1.:
Die von der Bundesrepubik Deutschland für die Bewirtschaftung und Verwaltung des NATO-Übungsplatzes geleistete Ausgaben werden am Ende des Schießabschnittes (31. Dezember jedes Jahres) von den Benutzernationen entsprechend dem Anteil der Inanspruchnahme erstattet.

Zu 2.:
Die im Rahmen der Verwaltungsvereinbarung zu erbringende Unterstützungsleistungen hängen von den Anforderungen des NATO-E-3A-Verbandes (AWACS) ab.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
286 03 -032	Beiträge anderer NATO-Mitgliedstaaten im Zusammenhang mit dem NATO-Sicherheits-Investitionsprogramm in der Bundesrepublik Deutschland	-	-	-

Haushaltsvermerk:

1. Ist-Einnahmen dienen zur Leistung der Ausgaben bei folgenden Titeln: Anlage 1 zu Kap. 1412 - Anlage N (1490) - in Höhe des dort bestehenden anteiligen Bedarfs.
2. Am Ende des Haushaltsjahres nicht verwendete Ist-Einnahmen sind in das folgende Haushaltsjahr umzubuchen.

Erläuterungen:

Vereinnahmt werden

1. die Beiträge anderer NATO-Mitgliedstaaten zum NATO-Sicherheits-Investitionsprogramm in der Bundesrepublik Deutschland,
2. die Beiträge anderer NATO-Mitgliedstaaten für die Abgeltung von Leistungen der Landesbauverwaltungen für das NATO-Sicherheits-Investitionsprogramm,
3. die Beiträge der Benutzer von Infrastruktureinrichtungen für Vorhaben, die nicht unter die Normen des NATO-Sicherheits-Investitionsprogramms fallen.

Die Anlage N ist am Ende des Kapitels abgedruckt.

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben folgender Titel sind gegenseitig deckungsfähig: 511 01, 517 01, 517 02, 517 09, 812 01 und Tgr. 01.

Sächliche Verwaltungsausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
511 01 -032	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	21 000	20 000	21 400

Haushaltsvermerk:

Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 518 01.

Erläuterungen:

Ausgenommen sind Büromaschinen (Kap. 1404 Tit. 511 01, Kap. 1409 Tit. 553 08 und Kap. 1416 Tit. 554 11), das Ministerium (Kap. 1401) und das Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr ohne die Liegenschaften in Koblenz (Kap. 1404).

1412 Unterbringung

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
517 01 -032	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	596 100	580 000	613 030

Verpflichtungsermächtigung... 43 500 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 3 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 3 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 3 000 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.. 3 000 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu.. 3 000 T€
im Haushaltsjahr 2020 bis zu.. 3 000 T€
im Haushaltsjahr 2021 bis zu.. 3 000 T€
im Haushaltsjahr 2022 bis zu.. 3 000 T€
im Haushaltsjahr 2023 bis zu.. 3 000 T€
im Haushaltsjahr 2024 bis zu.. 3 000 T€
im Haushaltsjahr 2025 bis zu.. 3 000 T€
im Haushaltsjahr 2026 bis zu.. 3 000 T€
im Haushaltsjahr 2027 bis zu.. 3 000 T€
im Haushaltsjahr 2028 bis zu.. 3 000 T€
im Haushaltsjahr 2029 bis zu.. 1 500 T€

Haushaltsvermerk:

Erstattungsbeträge aus Mitbenutzungs- und sonstigen Verträgen fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Der Betrieb von Wärmeversorgungsanlagen der Bundeswehr kann unter bestimmten Voraussetzungen gewerblichen Unternehmen übertragen werden. Die Ausgaben umfassen auch Aufwendungen der Auftragnehmer für den Bau/die Modernisierung von Wärmeversorgungsanlagen.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
517 02 -032	Absicherung von Liegenschaften	209 000	190 000	198 044

Haushaltsvermerk:

1. Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 518 01.
2. Erstattungen Dritter fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Die Bewachung von Anlagen und Liegenschaften kann unter bestimmten Voraussetzungen gewerblichen Unternehmen übertragen werden.

Die Ausgaben umfassen auch Aufwendungen der Auftragnehmer für den Einsatz und Betrieb von Absicherungstechnik, sofern die Wirtschaftlichkeit hierfür nachgewiesen ist.

Mehr wegen erhöhten Bedarfs an ziviler Bewachungsleistung.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
517 03 -032	Bewirtschaftung Forsten	44 640	43 760	44 880

Haushaltsvermerk:

Erstattungen Dritter fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Der Titel bildet die Grundlage für die Abrechnung der Dienstleistungskosten zwischen dem Bundesministerium der Verteidigung und der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, Sparte Bundesforst.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
517 09 -032	Betreibermodelle im Liegenschaftsbereich	10 500	10 500	9 559

Verpflichtungsermächtigung.. 808 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 60 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu... 60 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu... 60 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu... 60 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu... 60 T€
im Haushaltsjahr 2020 bis zu... 60 T€
im Haushaltsjahr 2021 bis zu... 60 T€
im Haushaltsjahr 2022 bis zu... 60 T€
im Haushaltsjahr 2023 bis zu... 60 T€
im Haushaltsjahr 2024 bis zu... 60 T€
im Haushaltsjahr 2025 bis zu... 60 T€
im Haushaltsjahr 2026 bis zu... 60 T€
im Haushaltsjahr 2027 bis zu... 60 T€
im Haushaltsjahr 2028 bis zu... 28 T€

Erläuterungen:

Aus den Ausgaben werden Leistungen im Rahmen von Öffentlich-Privaten Partnerschaften (ÖPP-Vorhaben) sowie Leistungen Dritter im Zusammenhang mit dem Liegenschaftsmanagement erstattet.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
518 01 -032	Mieten und Pachten	26 300	22 000	21 537

Verpflichtungsermächtigung... 27 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 3 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 3 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 3 000 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.. 3 000 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu.. 3 000 T€
im Haushaltsjahr 2020 bis zu.. 3 000 T€
im Haushaltsjahr 2021 bis zu.. 3 000 T€
im Haushaltsjahr 2022 bis zu.. 3 000 T€
im Haushaltsjahr 2023 bis zu.. 3 000 T€

Haushaltsvermerk:

1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Kap. 1404 Hgr. 4, Kap. 1412 Tit. 511 01, 517 02, 519 11, 558 11, 558 13 und 812 01.
2. Aus den Ausgaben dürfen auch Leistungen Dritter im Zusammenhang mit dem Liegenschaftsmanagement finanziert werden.

Erläuterungen:

Mieten und Pachten für militärischen oder Zwecken der Verwaltung oder Betreuungszwecken dienende Grundstücke, Gebäude, Anlagen und Räume; ausgenommen ist das Ministerium (Kap. 1401).

1412 Unterbringung

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
518 02 -032	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	2 612 000	2 635 000	1 923 802

Verpflichtungsermächtigung.. 30 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 5 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 5 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 5 000 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.. 5 000 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu.. 5 000 T€
im Haushaltsjahr 2020 bis zu.. 5 000 T€

Haushaltsvermerk:

Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.

Erläuterungen:

Von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben als Eigenbaumaßnahme zu realisierende Unterbringung (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	genehmigte Gesamtkosten 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Veranschlagt 2014 1 000 €	Vorbehalten für 2015 ff. 1 000 €	Jährlicher Mietzins 1 000 €	voraussichtliche Übergabe
1	2	3	4	5	6	7	8
Baumaßnahme im Geschäftsbereich der Bundesregierung (AA, BMVg, BK) Internationaler Flughafen BER, Gesamtkosten/Mietanteil BMVg (Sp. 7)............	300 000	23 588	8 040	51 300	217 072	19 284	2017

Von den Gesamtkosten entfallen auf das BMVg 62,0 Prozent.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
537 01 -032	Betrieb, Bewirtschaftung und Verwaltung von NATO-Einrichtungen und damit zusammenhängende Unterstützungsleistungen	-	-	29 307

Haushaltsvermerk:

1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 286 01.

   Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.

2. Der auf die Bundeswehr entfallende Anteil wird auf die jeweiligen Titel des Epl. 14 umgebucht.

Erläuterungen:

Kosten für

1. Betrieb und Bewirtschaftung des NATO-Übungsplatzes Bergen,
2. die Verwaltung der Haupteinsatzbasis des NATO-E-3A-Verbandes (AWACS) Geilenkirchen und damit zusammehängende Unterstützungsleistungen.

Zu 1.:
Der NATO-Übungsplatz steht auch anderen NATO-Mitgliedern gegen Kostenerstattung zur Verfügung. Die Betriebs- und Unterhaltskosten müssen insoweit von der Bundesrepublik Deutschland vorfinanziert werden. Am Ende eines Schießabschnittes (31. Dezember jedes Jahres) werden die Kosten nach dem Anteil der Benutzung umgelegt und von den ausländischen Benutzern erstattet. Die erstatteten Beträge werden bei Tit. 286 01 gebucht.

Zu 2.:
Die im Rahmen der Verwaltungsvereinbarungen zu erbringenden Unterstützungsleistungen hängen von den Anforderungen des NATO-E-3A-Verbandes (AWACS) ab.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.			
558 70 -032	Vorfinanzierung von Infrastrukturmaßnahmen des NATO-Sicherheits-Investitionsprogramms in der Bundesrepublik Deutschland	-	-	-

Haushaltsvermerk:

1. Erstattungen für aus diesem Titel vorfinanzierte Vorhaben fließen den Ausgaben zu.
2. Soweit am Ende des Haushaltsjahres vorfinanzierte Beträge noch nicht erstattet werden, sind die Ist-Ausgaben in das folgende Haushaltsjahr umzubuchen.
3. Die Ausgaben werden nach Anlage N zu Kap. 1412 bewirtschaftet.
4. In Erwartung von Erstattungen dürfen Ausgaben bis zur Höhe von 51 000 T€, darüber hinaus nur mit Zustimmung des Bundesministeriums der Finanzen geleistet werden.

Erläuterungen:

Nach den Infrastrukturregeln der NATO werden die NATO-Infrastrukturmaßnahmen des NATO-Sicherheits-Investitionsprogramms vom Gastgeberstaat erstellt. Er schließt die Verträge und finanziert unter bestimmten Voraussetzungen Ausgaben vor. Die zu den Vorhaben beitragenden Staaten erstatten dem Gastgeberstaat die auf sie entfallenden Kostenanteile.

Die Anlage N ist am Ende des Kapitels abgedruckt.

	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)			
632 01 -032	Erstattung von Verwaltungsausgaben an die Länder	340 000	305 350	300 117

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: **Kap. 1606 Tit. 632 03.**
3. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Epl. 14.
4. Die Ausgaben sind mit folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: 633 01, 682 01 und 686 01.
5. Erstattungen Dritter fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Für die Durchführung der Baumaßnahmen oder sonstiger Maßnahmen im Zusammenhang mit der Unterbringung der Bundeswehr ist, soweit sie den Landesbauverwaltungen obliegt, nach § 8 Abs. 7 des Finanzverwaltungsgesetzes in der Fassung des Finanzanpassungsgesetzes vom 30. August 1971 (BGBl. I S. 1426) den Ländern eine Entschädigung zu zahlen. Höhe und Art der Entschädigung sind durch Verwaltungsvereinbarungen zwischen Bund und Ländern geregelt.

In Betracht kommen Entschädigungszahlungen für die

1. Durchführung der Baumaßnahmen - Tit. 558 11 bis 558 13,
2. Wahrnehmung der Bauunterhaltung - Tit. 519 11,
3. Inanspruchnahme bei der Prüfung und/oder Ausführung von Maßnahmen der Tit. 518 01, 698 01, 821 03, 853 01, 741 41 bis 893 41 und Kap. 1606 Tit. 663 34.

Ausgaben für Baumaßnahmen der NATO werden bei Tit. 632 91 der Anlage N zu Kap. 1412 nachgewiesen.

1412 Unterbringung

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Noch zu Titel 632 01				
	Aus diesem Titel erhalten die Länder auch Finanzhilfen nach den Richtlinien für die Gewährung von fortdauernden Unterhaltungs- und Bewirtschaftungskosten für nicht bundeseigene Verkehrseinrichtungen, Bauwerke und Anlagen vom 20. Juli 1964. Mehr wegen ansteigendem Planungsaufwand für die Infrastrukturmaßnahmen.			
633 01 -032	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Straßenunterhaltung	350	350	327
	Haushaltsvermerk: Die Ausgaben sind mit folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: 632 01, 682 01 und 686 01. Erläuterungen: Finanzhilfen nach den Richtlinien für die Gewährung von fortdauernden Unterhaltungs- und Bewirtschaftungskosten für nicht bundeseigene Verkehrseinrichtungen, Bauwerke und Anlagen vom 20. Juli 1964.			
682 01 -032	Zuschüsse an die Deutsche Bahn AG zur Unterhaltung von Strecken und Gleisabschnitten	2 000	1 000	429
	Haushaltsvermerk: Die Ausgaben sind mit folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: 632 01, 633 01 und 686 01. Erläuterungen: Siehe Erläuterung zu Tit. 633 01.			
686 01 -411	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	600	600	335
	Haushaltsvermerk: Die Ausgaben sind mit folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: 632 01, 633 01 und 682 01. Erläuterungen: Siehe Erläuterung zu Tit. 633 01. Zur Bereithaltung, Freimachung und Instandsetzung ehemals zweckgebundener sowie sonstiger für den Bund zweckgebundener oder zur Verfügung gestellter Wohnungen, soweit dies im Bundesinteresse liegt.			
698 01 -032	Entschädigungen im Zusammenhang mit dem Bau und Betrieb von Flug- und Truppenübungsplätzen	2 000	3 500	1 192
	Erläuterungen: Dabei handelt es sich um Entschädigungen 1. aufgrund des Schutzbereichgesetzes und des Luftverkehrsgesetzes einschließlich der Kosten der Festsetzung und Auszahlung; Ausgaben für die Einrichtung und Festlegung von Schutzbereichen und Bauschutzbereichen aufgrund des Schutzbereichgesetzes vom 7. Dezember 1956 (BGBl. I S. 899) und des Luftverkehrsgesetzes in der Fassung vom 27. März 1999 (BGBl. I S. 550), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 29. Dezember 2003 (BGBl. I S. 3093). Hierunter fallen die Kosten für die Errichtung und Unterhaltung von Schutzbereichen und Bauschutzbereichen sowie die Kosten der Entschädigungen, der entzogenen Nutzung, der Duldungen oder Unterlassungen, der Beschädigung oder Zerstörung und der sonstigen Vermögensnachteile. Außerdem sind hier auch Ausgaben zur Zahlung von Entschädigungen und sonstigen Kosten veranschlagt, die aufgrund privatrechtlicher Duldungsverträ-			

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 698 01

ge gemäß § 1 Abs. 4 des Schutzbereichgesetzes zu zahlen sind. Ferner können hieraus Entschädigungen gezahlt werden, die durch militärische Einwirkungen auf die Umgebung militärischer Anlagen ausgelöst werden oder im Zusammenhang mit der zeitweiligen Sperrung bestimmter Seegebiete vertraglich vereinbart worden sind.

2. für Lärm im Zusammenhang mit dem Betrieb von Flugplätzen und Truppenübungsplätzen;

   Nach dem Gesetz zum Schutz gegen Fluglärm vom 31. Oktober 2007 (BGBl. I S. 2550) werden für militärische Flugplätze, die dem Betrieb von Flugzeugen mit Strahltriebwerken zu dienen bestimmt sind, Lärmschutzbereiche festgesetzt. Veranschlagt werden Entschädigungen für Bauverbote und Erstattungen von Aufwendungen für bauliche Schallschutzmaßnahmen in Lärmschutzbereichen, die für Flugplätze der Bundeswehr und der NATO festgesetzt sind. Außerdem sind Entschädigungen für die Wertminderung von Grundstücken sowie für Beeinträchtigungen des Außenwohnbereichs durch Fluglärm veranschlagt.

   Aus den Ausgaben dürfen auch Entschädigungen für passiven Schallschutz in der Umgebung von Truppenübungsplätzen geleistet werden.

3. für die Entziehung des Eigentums an Grundstücken;

   Im Zusammenhang mit der Erweiterung und dem Betrieb von Flugplätzen müssen in verschiedenen Fällen angrenzende Siedlungen verlegt werden. Veranschlagt sind hier außer den Entschädigungen für die Entziehung des Eigentums die Finanzierungshilfen für die Erstellung von Ersatzobjekten sowie die Kosten des Abrisses der geräumten Bauwerke.

Ausgaben für Investitionen

812 01 -032	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	55 000	45 000	52 003

Verpflichtungsermächtigung..

fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu...................................... 42 000 T€

Haushaltsvermerk:

Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 518 01.

Erläuterungen:

	Einjährige Maßnahmen	1 000 €
1.	Erstbeschaffung	
1.1	Unterkunftsgerät und Einrichtungsgegenstände..........................	8 000
1.2	Betriebsgerät..	17 500
2.	Ersatzbeschaffung	
2.1	Unterkunftsgerät und Einrichtungsgegenstände..........................	16 000
2.2	Betriebsgerät..	13 500
	Zusammen..	55 000

Zu 1.1 und 2.1:
Allgemeines Möblierungsgerät, Unterkunftstextilien, Küchen- und Tafelgerät, Turn- und Sportgerät.

Zu 1.2 und 2.2:
Gerät zur Landschaftspflege, Zugmaschinen, Straßenreinigungs- und Winterdienstgerät, Transport- und Hebegerät, Werkstattausstattung, Brandschutz- und Rettungsgerät, Raumreinigungsgerät.

Ausgenommen sind das Ministerium - Kap. 1401 - und das Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr (ohne die Liegenschaften in Koblenz) - im Kap. 1404 -.

Mehr wegen zusätzlichen Bedarfs insbesondere im Bereich der Schießanlagen.

1412 Unterbringung

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
821 03 -032	Beschaffung von Liegenschaften für militärische Zwecke und Werterstattungen nach § 61 Abs. 1 BHO für bundeseigene Grundstücke sowie Restwertentschädigungen	2 000	2 000	571

Haushaltsvermerk:

1. Der Erlös aus der Veräußerung von bundeseigenen Grundstücken, die aus Mitteln des Epl. 14 beschafft worden sind, fließt den Ausgaben bis zur Höhe des Kaufpreises von zu beschaffenden Grundstücken zu, wenn die Veräußerung des bundeseigenen und der Erwerb des zu beschaffenden Grundstücks Gegenstand desselben Kaufvertrages sind und der Verkehrswert des zu veräußernden Grundstücks 100 T€ nicht übersteigt.
2. Der Erlös aus der Veräußerung von für Zwecke der Verteidigung (Epl. 14) beschafftem Vorratsland fließt den Ausgaben bis zur Höhe des Kaufpreises von zu beschaffenden Grundstücken zu, wenn die Veräußerung der bundeseigenen und der Erwerb der zu beschaffenden Grundstücke Gegenstand desselben Vertrages sind.
3. Erlöse aus der Wiederveräußerung von Restflächen gem. § 13 (2) LBG fließen den Ausgaben zu.
4. In den vorgenannten Fällen bleibt das Recht der Mitwirkung des für das Bundesvermögen zuständigen Bundesministers gemäß § 64 BHO unberührt.
5. Erstattungsbeträge der Gaststreitkräfte im Zusammenhang mit der Abgeltung von Belegungsschäden fließen den Ausgaben zu.
6. Aus diesen Ausgaben dürfen auch Darlehen gewährt und Entgelte für Dienstbarkeiten bei der Verlegung von Treibstoffleitungen sowie einmalige Entschädigungen aufgrund des Landbeschaffungsgesetzes und vertraglicher Vereinbarungen beim Abschluss von Nutzungsverträgen gezahlt werden.

Erläuterungen:

Aus den Ausgaben dürfen auch Darlehen im Zusammenhang mit Maßnahmen gewährt werden, die bei Tit. 698 01 veranschlagt sind. Außerdem sind aus diesem Titel Entgelte für die Bestellung von Dienstbarkeiten bei der Verlegung von Treibstoffleitungen (Pipelines) für Verteidigungszwecke aufgrund der Richtlinien des Bundesministeriums der Finanzen vom 19. April 1961 (MinBlFin S. 870) zu zahlen.

Ferner sind aus diesem Titel einmalige und laufende Entschädigungen aufgrund des Landbeschaffungsgesetzes und vertraglicher Vereinbarungen beim Abschluss von Nutzungsverträgen sowie Naturalwertrenten zu zahlen.

Bei vollständiger oder teilweiser Freigabe von Liegenschaften einer Gaststreitkraft, die rechtlich im Eigentum des Bundes stehen, wird im Einzelfall auch vereinbart, in welcher Höhe etwa noch vorhandene Restwerte aus Benutzerinvestitionen abzugelten sind. Die Restwertentschädigung umfasst auch die Zahlungen für Ausrüstungsgegenstände und Vorräte, wenn sie vereinbarungsgemäß auf einer solchen Liegenschaft zurückbleiben sollen.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
853 01 -032	Darlehen an Gemeinden und Gemeindeverbände sowie sonstige Bedarfsträger	-	-	-

Erläuterungen:

Sonderlastenausgleich an Gemeinden und Gemeindeverbände nach Art. 106 Abs. 8 Grundgesetz sowie andere Leistungen wegen der Übernahme von Aufgaben der Bundeswehr.

Maßgebend sind die Richtlinien für den Sonderlastenausgleich des Bundes an Gemeinden und Gemeindeverbände nach Art. 106 Abs. 8 Grundgesetz als Folge von Einrichtungen der Bundeswehr in der Fassung vom 1. Februar 1992. Außerdem sind hier auch Ausgaben für alle Fälle veranschlagt, in denen die Bundeswehr kommunale Einrichtungen für die Erfüllung ihr obliegender Aufgaben aus wirtschaftlichen Gründen mitbenutzt.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
883 01 -032	Erschließungsbeiträge	200	1 000	355

Erläuterungen:

Einmalige Abgaben für

1. Erschließungsanlagen im Sinne von § 127 Abs. 2 (z. B. Verkehrsanlagen) und
2. andere Anlagen im Sinne von § 127 Abs. 4 (z. B. Ver- und Entsorgungsanlagen)

des Baugesetzbuches in der Fassung vom 8. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2253), soweit diese Beträge nicht im Zusammenhang mit Baumaßnahmen bei den Bauausgaben zu veranschlagen sind.

883 02 -032	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	20	20	2

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen zu Tit. 853 01.

Titelgruppe 01

Tgr. 01	Investitionen und Aufwendungen für Baumaßnahmen der Bundeswehr	(943 000)	(915 000)	

Haushaltsvermerk:

Erstattungen Dritter fließen den Ausgaben zu.

519 11 -032	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	125 000	125 000	156 371

Haushaltsvermerk:

1. Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 518 01.
2. Aus den Ausgaben dürfen Leistungen Dritter für den Betrieb der Liegenschaften finanziert werden.
3. Ferner dürfen Ausgaben geleistet werden für:
4. die Altlastensanierung mit verteidigungsinvestiver Bedeutung und zur Abgeltung eventueller Altlastenbeseitigung im Rahmen von Grundstücksveräußerungen,
5. aus nationalen Mitteln zu unterhaltende bauliche Anlagen im Ausland.

Erläuterungen:

Zur Abgeltung eventueller künftiger Altlastenbeseitigungen im Rahmen von Veräußerungen bundeseigener Liegenschaften des Ressortvermögens des Bundesministeriums der Verteidigung fließen den Ausgaben jeweils 5 Prozent des Bruttoverkaufserlöses aus Veräußerungen durch das Bundesministerium der Verteidigung oder durch beauftragte Dritte zu.

1412 Unterbringung

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu Titelgruppe 01			
558 11 -032	Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	490 000	500 000	427 877

Verpflichtungsermächtigung.. 350 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 230 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 95 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 25 000 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 518 01.
3. Mehrausgaben für Ersatzbaumaßnahmen für das Zentralinstitut des Sanitätswesens der Bundeswehr im Zusammenhang mit dem Verkauf des Grundstückes in Koblenz, Zentralplatz, dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 6004 Tit. 121 01.
4. Aus den Ausgaben darf vorfinanziert werden:

4.1 Mit Einwilligung des BMF der französische Kostenanteil für Baumaßnahmen im Zusammenhang mit der gemeinsamen technisch-logistischen Ausbildung des deutschen und französischen Personals für das Waffensystem Unterstützungshubschrauber TIGER in Faßberg.

4.2 Der französische Kostenanteil für Baumaßnahmen in Müllheim und Immendingen für die Deutsch-Französische Brigade.

5. Baumaßnahmen nach § 24 Abs. 3 BHO können durchgeführt werden, wenn nach Verabschiedung des Haushalts Unterlagen nach § 24 BHO vom Bundesministerium der Finanzen anerkannt wurden oder es sich um Fälle unabweisbaren und mit dem Bundesministerium der Finanzen abgestimmten Bedarfs handelt.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
Wehrbereich Nord..	163 000
Wehrbereich West..	124 000
Wehrbereich Süd..	129 000
Wehrbereich Ost..	73 000
Ausland..	1 000
Zusammen..	490 000

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
558 12 -032	Nationale Anteile bei den Infrastrukturmaßnahmen des NATO-Sicherheits-Investitionsprogramms	60 000	80 000	59 126

Verpflichtungsermächtigung... 54 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 40 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 10 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 4 000 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.

2.1 Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen, für die bei der Verabschiedung des Haushalts keine Unterlagen nach § 24 BHO vorgelegen haben, dürfen in Anspruch genommen werden, wenn die Baumaßnahmen sich im Rahmen der vom Bundesministerium der Fi-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 558 12 (Titelgruppe 01):

nanzen genehmigten Typenpläne halten und der Bedarf im Einzelfall von ihm anerkannt ist.

2.2 Darüber hinaus können Baumaßnahmen nach § 24 Abs. 3 BHO durchgeführt werden, wenn nach Verabschiedung des Haushalts Unterlagen nach § 24 BHO vom Bundesministerium der Finanzen anerkannt wurden oder es sich um Fälle unabweisbaren Bedarfs handelt.

2.3 Entsprechend dem bei den Titeln 558 11 und 558 12 entstehenden unabweisbaren Bedarf sind jeweils neue Unterteile zu bilden und dafür im Titelbuch besondere Abschnitte einzurichten.

3. Die Ausgaben werden nach Anlage N zu Kap. 1412 bewirtschaftet.

Erläuterungen:

Hierzu rechnen die national zu finanzierenden Kostenanteile zu den Infrastrukturmaßnahmen des NATO-Sicherheits-Investitionsprogramms, auch wenn sie aus Kap. 1412 Tit. 558 70 vorfinanziert wurden. Außerdem sind hier Baumaßnahmen für die Bundeswehr in NATO-Anlagen veranschlagt, bei deren Finanzierung sich die NATO nicht beteiligt.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
558 13 -032	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	268 000	210 000	166 034

Verpflichtungsermächtigung.. 195 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 142 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 53 000 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 518 01.

   Die Inanspruchnahme bedarf der Zustimmung des Bundesministeriums der Finanzen.
3. Hieraus dürfen auch Ausgaben für aus nationalen Mitteln zu finanzierende Baumaßnahmen im Ausland geleistet werden.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
Ausgaben für Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, soweit sie im Einzelfall 2 000 000 € nicht übersteigen.	
Wehrbereich Nord	92 000
Wehrbereich West	55 000
Wehrbereich Süd	76 000
Wehrbereich Ost	44 000
Ausland	1 000
Zusammen	268 000

Titelgruppe 06

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
Tgr. 06	Überprüfung und Ausbau öffentlicher Verkehrseinrichtungen und Versorgungsanlagen von militärischem Interesse	(6 760)	(7 200)	

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.

1412 Unterbringung

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Erläuterungen: Für Überprüfung, Bau, Ausbau und Verlegung von Straßen im Zusammenhang mit militärischen Anlagen, für sonstige Anlagen des öffentlichen Verkehrs, wie Eisenbahnen, Wasserstraßen, Häfen und Anlagen der zivilen Luftfahrt, für Versorgungsanlagen sowie zum Ausbau des Straßennetzes für den militärischen Durchgangsstraßenverkehr einschließlich Brückenverstärkungen und Brückenbauten müssen Finanzhilfen gewährt werden.			
741 41 -032	Zuweisungen für Straßenbaumaßnahmen des Bundes	1 700	1 700	1 712
882 41 -032	Zuweisungen für Investitionen an die Länder	650	1 500	437
883 41 -032	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	2 500	2 500	2 349
891 41 -032	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	1 660	500	79
893 41 -032	Zuschüsse für Investitionen an sonstige Bedarfsträger	250	1 000	1 428
	Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel			
131 01 -032	Einnahmen aus der Veräußerung von unbeweglichen Sachen		-	-

NATO-Sicherheits-Investitionsprogramm in der Bundesrepublik Deutschland - Anlage N (1490)

Überblick zur Anlage	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Übrige Einnahmen...	155 000	166 500	-11 500		81 346
Gesamteinnahmen...	155 000	166 500	-11 500		81 346
Ausgaben					
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw...............	150 000	160 000	-10 000		77 281
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	5 000	6 500	-1 500		4 065
Gesamtausgaben..	155 000	166 500	-11 500		81 346
davon nicht flexibilisiert..	155 000	166 500	-11 500		81 346

1412 Anlage 1
NATO-Sicherheits-Investitionsprogramm in der Bundesrepublik Deutschland - Anlage N (1490)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Übrige Einnahmen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
286 91 -032	Gemeinsam finanzierte Maßnahmen des NATO-Sicherheits-Investitionsprogramms in der Bundesrepublik Deutschland	150 000	160 000	77 281

Haushaltsvermerk:

Ist-Einnahmen dienen zur Leistung der Ausgaben bei folgendem Titel: 559 91.

Erläuterungen:

Nachzuweisen sind:

1. Beiträge der Bundesrepublik Deutschland und der anderen NATO-Mitgliedstaaten zu den Ausgaben des NATO-Sicherheits-Investitionsprogramms auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland (Kap. 1422 Tit. 559 12 und Kap. 1412 Tit. 286 03) einschließlich der Infrastrukturbeiträge für das NATO-Frühwarnsystem AWACS (Haupteinsatzbasis Geilenkirchen).
2. Nationale Steuern und Zölle, die von der NATO-Finanzierung ausgenommen und von der Bundesrepublik Deutschland zu tragen sind (Kap. 1422 Tit. 559 11).
3. Nationale Anteile der Bundesrepublik Deutschland bei den Maßnahmen des NATO-Sicherheits-Investitionsprogramms (Kap. 1412 Tit. 558 12).
4. Beiträge der Benutzerinnen und Benutzer von Infrastruktureinrichtungen für Vorhaben, die nicht unter die Normen des NATO-Sicherheits-Investitionsprogramms fallen (Kap. 1412 Tit. 286 03).
5. Vorfinanzierungen von Infrastrukturmaßnahmen des NATO-Sicherheits-Investitionsprogramms in der Bundesrepublik Deutschland (Kap. 1412 Tit. 558 70). Erstattungen vorfinanzierter Beträge fließen den Ausgaben bei Kap. 1412 Tit. 558 70 zu.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
286 93 -032	NATO-Ausgaben für die Abgeltung von Leistungen der Landesbauverwaltungen für Infrastrukturmaßnahmen des NATO-Sicherheits-Investitionsprogramms	5 000	6 500	4 065

Haushaltsvermerk:

Ist-Einnahmen dienen zur Leistung der Ausgaben bei folgendem Titel: 632 91.

Erläuterungen:

In den Ausgaben der NATO-Mitgliedstaaten zum NATO-Sicherheits-Investitionsprogramm und in den Kosten für die nicht unter die Normen des Programms fallenden Vorhaben sind auch Pauschbeträge enthalten, mit denen die Leistungen der nationalen Bauverwaltungen abgegolten werden sollen. Der Umfang dieser Leistungen richtet sich nach besonderen NATO-Richtlinien. Die darauf entfallenden Beitragsanteile der Bundesrepublik Deutschland und der anderen NATO-Mitgliedstaaten sind bei Kap. 1422 Tit. 559 12 mitveranschlagt bzw. werden bei Kap. 1412 Tit. 286 03 vereinnahmt.

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1412 Tit. 286 03.

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.			
559 91 -032	Gemeinsam finanzierte Maßnahmen des NATO-Sicherheits-Investitionsprogramms in der Bundesrepublik Deutschland	150 000	160 000	77 281

Haushaltsvermerk:

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 286 91.

Erläuterungen:

Nachzuweisen sind (jeweils in besonderen Buchungsabschnitten):

1. Von der Bundesrepublik Deutschland und von den anderen NATO-Mitgliedstaaten zu finanzierendes NATO-Sicherheits-Investitionsprogramm auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland (Kap. 1422 Tit. 559 12 und Kap. 1412 Tit. 286 03) einschließlich der Infrastrukturbeiträge für das NATO- Frühwarnsystem AWACS (Haupteinsatzbasis Geilenkirchen).

   Die Vorhaben sind von der Bundesrepublik Deutschland auszuführen. Die entstehenden Kosten werden von allen beteiligten NATO-Mitgliedstaaten nach einem Kostenteilungsschlüssel erstattet.
2. Nationale Steuern und Zölle, die in der Bundesrepublik Deutschland für Maßnahmen des NATO-Sicherheits-Investitionsprogramms erhoben werden, von der NATO-Finanzierung ausgenommen und von der Bundesrepublik Deutschland zu tragen sind (Kap. 1422 Tit. 559 11).
3. Nationale Anteile der Bundesrepublik Deutschland bei Maßnahmen des NATO- Sicherheits-Investitionsprogramms (Kap. 1412 Tit. 558 12).
4. Beiträge der Benutzer von Infrastruktureinrichtungen für Vorhaben, die nicht unter die Normen des NATO-Sicherheits-Investitionsprogramm fallen (Kap. 1412 Tit. 286 03).
5. Vorfinanzierungen von Infrastrukturmaßnahmen des NATO-Sicherheits-Investitionsprogramms in der Bundesrepublik Deutschland (Kap. 1412 Tit. 558 70).

	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)			
632 91 -032	Abgeltung von Leistungen der Landesbauverwaltungen für Infrastrukturmaßnahmen des NATO-Sicherheits-Investitionsprogramms	5 000	6 500	4 065

Haushaltsvermerk:

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 286 93.

Erläuterungen:

In den Ausgaben der NATO-Mitgliedstaaten zum NATO-Sicherheits-Investitionsprogramm und in den Kosten für die nicht unter die Normen dieses Programms fallenden Vorhaben sind auch Pauschbeträge enthalten, mit denen die Leistungen der nationalen Bauverwaltungen abgegolten werden sollen. Der Umfang dieser Leistungen richtet sich nach besonderen NATO-Richtlinien. Verwaltungsausgaben für die Durchführung von national zu finanzierenden Baumaßnahmen der Bundeswehr werden aus Kap. 1412 Tit. 632 01 erstattet.

1416 Militärische Beschaffungen

Überblick zum Kapitel 1416	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Ausgaben					
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	4 375 400	4 891 500	-516 100	38 306	4 903 538
Ausgaben für Investitionen	-	-	-		-
Gesamtausgaben	4 375 400	4 891 500	-516 100	38 306	4 903 538
davon nicht flexibilisiert	4 375 400	4 891 500	-516 100	38 306	4 903 538
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung	2 806 600 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu	623 600 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu	948 100 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu	657 200 T€				
im Haushaltsjahr 2018 bis zu	249 600 T€				
im Haushaltsjahr 2019 bis zu	194 000 T€				
im Haushaltsjahr 2020 bis zu	63 000 T€				
im Haushaltsjahr 2021 bis zu	50 400 T€				
im Haushaltsjahr 2022 bis zu	12 700 T€				
im Haushaltsjahr 2023 bis zu	8 000 T€				

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.

   Die Deckungsfähigkeit ist auf insgesamt 500 000 T€ begrenzt.

2. Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen bei den Titeln 554 05 bis 554 08 und 554 10 bis 554 13 dürfen für andere als die veranschlagten Beschaffungsvorhaben in Anspruch genommen werden, soweit diese als Austauschvorhaben in dem Geheimen Erläuterungsblatt für den jeweiligen Beschaffungstitel erfasst sind.

3. Für Beschaffungsvorhaben, die nicht bei dem jeweiligen Titel vorgesehen sind, dürfen Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen nur mit Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages in Anspruch genommen werden.

Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
554 01 -032	Beschaffung von Sanitätsgerät sowie Beschaffung und Erneuerung der Vorräte an Arznei- und Verbandmitteln, Brillen und sonstigem Sanitätsverbrauchsmaterial	61 000	66 000	66 566

Verpflichtungsermächtigung... 22 000 T€

davon fällig:

im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 10 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu... 5 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu... 3 000 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu... 4 000 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.

2. Die Verpflichtungsermächtigung ist mit den Verpflichtungsermächtigungen bei folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: Kap. 1403 Tit. 554 81, Kap. 1416 Tit. 554 03, 554 05, 554 06, 554 07, 554 08, 554 10, 554 11, 554 12, 554 13, Kap. 1420 Tit. 551 01, 551 02, 551 03, 551 11, 551 12, 551 16 und 551 18.

   Die Deckungsfähigkeit gilt nur innerhalb des jeweiligen Fälligkeitsjahres und ist auf 50 Prozent der Jahressumme aller einbezogenen Titel begrenzt.

   Bei der Inanspruchnahme des Deckungsvermerks ist das Bundesministerium der Finanzen zu beteiligen.

3. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1403 Tit. 111 04.

4. Erstattungen und Zuschüsse des Landes Rheinland-Pfalz für das Herzzentrum des Bundeswehrzentralkrankenhauses Koblenz fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Geräte der ortsfesten Sanitätseinrichtungen, wie Bundeswehr-Krankenhäuser, Institute, Untersuchungsstellen, Sanitätsbereiche sowie für die Feld-Sanitätsausrüstung...	53 000
2. Beschaffung von Einsatzvorräten an Arznei- und Verbandmitteln, Brillen und sonstigem Sanitätsverbrauchsmaterial und Erneuerung der Einsatzvorräte wegen Ablaufs der Lagerfähigkeit............	8 000
Zusammen..	61 000

1416 Militärische Beschaffungen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
554 02 -032	Beschaffung und Erneuerung der Verpflegungsvorräte	4 400	4 500	3 578

Verpflichtungsermächtigung...

fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 1 000 T€

Erläuterungen:

Für die Bundeswehr ist im Verpflegungsamt und auf Seenotrettungsinseln ein Vorrat "Verpflegung" niedergelegt.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
554 03 -032	Beschaffung von Bekleidung	25 000	27 000	17 951

Verpflichtungsermächtigung.. 19 800 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 7 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 6 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 5 000 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.. 1 800 T€

Haushaltsvermerk:

Die Verpflichtungsermächtigung ist mit den Verpflichtungsermächtigungen bei folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: Kap. 1403 Tit. 554 81, Kap. 1416 Tit. 554 01, 554 05, 554 06, 554 07, 554 08, 554 10, 554 11, 554 12, 554 13, Kap. 1420 Tit. 551 01, 551 02, 551 03, 551 11, 551 12, 551 16 und 551 18.

Die Deckungsfähigkeit gilt nur innerhalb des jeweiligen Fälligkeitsjahres und ist auf 50 Prozent der Jahressumme aller einbezogenen Titel begrenzt.

Bei der Inanspruchnahme des Deckungsvermerks ist das Bundesministerium der Finanzen zu beteiligen.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
Beschaffungen, die durch Bundeswehrdienststellen durchgeführt werden	
1. Ersatzbedarf..	8 000
2. Erstbedarf..	17 000
Zusammen..	25 000

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
554 05 -032	Beschaffung von Fernmeldematerial	205 000	215 000	200 799

Verpflichtungsermächtigung... 199 800 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 60 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 60 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 60 000 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.. 19 800 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Die Verpflichtungsermächtigung ist mit den Verpflichtungsermächtigungen bei folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: Kap. 1403 Tit. 554 81, Kap. 1416 Tit. 554 01, 554 03, 554 06, 554 07, 554 08, 554 10, 554 11, 554 12, 554 13, Kap. 1420 Tit. 551 01, 551 02, 551 03, 551 11, 551 12, 551 16 und 551 18.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu Titel 554 05 Die Deckungsfähigkeit gilt nur innerhalb des jeweiligen Fälligkeitsjahres und ist auf 50 Prozent der Jahressumme aller einbezogenen Titel begrenzt. Bei der Inanspruchnahme des Deckungsvermerks ist das Bundesministerium der Finanzen zu beteiligen.			
554 06 -032	Beschaffung von Fahrzeugen für die Streitkräfte einschließlich des Zubehörs	125 000	160 000	269 652
	Verpflichtungsermächtigung .... 146 000 T€ davon fällig: im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 50 000 T€ im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 50 000 T€ im Haushaltsjahr 2017 bis zu .... 45 000 T€ im Haushaltsjahr 2018 bis zu .... 1 000 T€ Haushaltsvermerk: 1. Die Ausgaben sind übertragbar. 2. Die Verpflichtungsermächtigung ist mit den Verpflichtungsermächtigungen bei folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: Kap. 1403 Tit. 554 81, Kap. 1416 Tit. 554 01, 554 03, 554 05, 554 07, 554 08, 554 10, 554 11, 554 12, 554 13, Kap. 1420 Tit. 551 01, 551 02, 551 03, 551 11, 551 12, 551 16 und 551 18. Die Deckungsfähigkeit gilt nur innerhalb des jeweiligen Fälligkeitsjahres und ist auf 50 Prozent der Jahressumme aller einbezogenen Titel begrenzt. Bei der Inanspruchnahme des Deckungsvermerks ist das Bundesministerium der Finanzen zu beteiligen.			
554 07 -032	Beschaffung von Kampffahrzeugen	180 000	285 000	375 000
	Verpflichtungsermächtigung .... 24 000 T€ davon fällig: im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 15 000 T€ im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 8 000 T€ im Haushaltsjahr 2017 bis zu .... 1 000 T€ Haushaltsvermerk: 1. Die Ausgaben sind übertragbar. 2. Die Verpflichtungsermächtigung ist mit den Verpflichtungsermächtigungen bei folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: Kap. 1403 Tit. 554 81, Kap. 1416 Tit. 554 01, 554 03, 554 05, 554 06, 554 08, 554 10, 554 11, 554 12, 554 13, Kap. 1420 Tit. 551 01, 551 02, 551 03, 551 11, 551 12, 551 16 und 551 18. Die Deckungsfähigkeit gilt nur innerhalb des jeweiligen Fälligkeitsjahres und ist auf 50 Prozent der Jahressumme aller einbezogenen Titel begrenzt. Bei der Inanspruchnahme des Deckungsvermerks ist das Bundesministerium der Finanzen zu beteiligen.			

1416 Militärische Beschaffungen

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
554 08 -032	Beschaffung von Munition	340 000	360 000	311 545

Verpflichtungsermächtigung.. 68 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 35 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 30 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 3 000 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Die Verpflichtungsermächtigung ist mit den Verpflichtungsermächtigungen bei folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: Kap. 1403 Tit. 554 81, Kap. 1416 Tit. 554 01, 554 03, 554 05, 554 06, 554 07, 554 10, 554 11, 554 12, 554 13, Kap. 1420 Tit. 551 01, 551 02, 551 03, 551 11, 551 12, 551 16 und 551 18.

   Die Deckungsfähigkeit gilt nur innerhalb des jeweiligen Fälligkeitsjahres und ist auf 50 Prozent der Jahressumme aller einbezogenen Titel begrenzt.

   Bei der Inanspruchnahme des Deckungsvermerks ist das Bundesministerium der Finanzen zu beteiligen.

554 10 -032	Beschaffung von Feldzeugmaterial, soweit nicht an anderer Stelle veranschlagt	275 000	280 000	292 228

Verpflichtungsermächtigung... 105 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 50 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 30 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 25 000 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Die Verpflichtungsermächtigung ist mit den Verpflichtungsermächtigungen bei folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: Kap. 1403 Tit. 554 81, Kap. 1416 Tit. 554 01, 554 03, 554 05, 554 06, 554 07, 554 08, 554 11, 554 12, 554 13, Kap. 1420 Tit. 551 01, 551 02, 551 03, 551 11, 551 12, 551 16 und 551 18.

   Die Deckungsfähigkeit gilt nur innerhalb des jeweiligen Fälligkeitsjahres und ist auf 50 Prozent der Jahressumme aller einbezogenen Titel begrenzt.

   Bei der Inanspruchnahme des Deckungsvermerks ist das Bundesministerium der Finanzen zu beteiligen.
3. **Nicht mehr benötigte deutsche PATRIOT Systemkomponenten im Gesamtwert von bis zu 12,7 Mio. € können an den Hersteller Raytheon abgegeben werden. Durch vertragliche Regelungen ist gleichzeitig sicherzustellen, dass Raytheon zur unentgeltlichen Lieferung von im Gesamtwert mindestens gleichwertigen PATRIOT Systemkomponenten verpflichtet wird.**

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
554 11 -032	Beschaffung von Quartiermeistermaterial	38 000	53 000	52 418

Verpflichtungsermächtigung... 23 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 8 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 15 000 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Die Verpflichtungsermächtigung ist mit den Verpflichtungsermächtigungen bei folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: Kap. 1403 Tit. 554 81, Kap. 1416 Tit. 554 01, 554 03, 554 05, 554 06, 554 07, 554 08, 554 10, 554 12, 554 13, Kap. 1420 Tit. 551 01, 551 02, 551 03, 551 11, 551 12, 551 16 und 551 18.

   Die Deckungsfähigkeit gilt nur innerhalb des jeweiligen Fälligkeitsjahres und ist auf 50 Prozent der Jahressumme aller einbezogenen Titel begrenzt.

   Bei der Inanspruchnahme des Deckungsvermerks ist das Bundesministerium der Finanzen zu beteiligen.

Erläuterungen:

Die Beschaffung von Büromaschinen und Druckereigerät ist hier nur für den Bereich der Streitkräfte veranschlagt. Die Ausgaben für Büromaschinen des Ministeriums, der Bundeswehrverwaltung und ziviler Dienststellen sind bei den entsprechenden Tit. der Gruppen 511 und 812 der Kap. 1401 und 1404 veranschlagt.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
554 12 -032	Beschaffung von Schiffen, Betriebswasserfahrzeugen, Booten, schwimmendem und sonstigem Marinegerät	600 000	620 000	706 530

Verpflichtungsermächtigung... 132 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 35 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 55 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 35 000 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.. 6 000 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu.. 1 000 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Die Verpflichtungsermächtigung ist mit den Verpflichtungsermächtigungen bei folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: Kap. 1403 Tit. 554 81, Kap. 1416 Tit. 554 01, 554 03, 554 05, 554 06, 554 07, 554 08, 554 10, 554 11, 554 13, Kap. 1420 Tit. 551 01, 551 02, 551 03, 551 11, 551 12, 551 16 und 551 18.

   Die Deckungsfähigkeit gilt nur innerhalb des jeweiligen Fälligkeitsjahres und ist auf 50 Prozent der Jahressumme aller einbezogenen Titel begrenzt.

   Bei der Inanspruchnahme des Deckungsvermerks ist das Bundesministerium der Finanzen zu beteiligen.
3. Erlöse aus der Veräußerung von Fertigungsunterlagen für den Bau von U-Booten Klasse 212 an Italien können verrechnet werden mit den Mehrkosten aufgrund der Tauchtiefenvergrößerung der deutschen U-Boote.

1416 Militärische Beschaffungen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
554 13 -032	Beschaffung von Flugzeugen, Flugkörpern, Flugzeugrettungs-, Sicherheits- und sonstigem flugtechnischen Gerät	450 000	411 770	320 455
	Verpflichtungsermächtigung ... 557 000 T€ davon fällig: im Haushaltsjahr 2015 bis zu ... 45 000 T€ im Haushaltsjahr 2016 bis zu ... 70 000 T€ im Haushaltsjahr 2017 bis zu ... 70 000 T€ im Haushaltsjahr 2018 bis zu ... 120 000 T€ im Haushaltsjahr 2019 bis zu ... 172 000 T€ im Haushaltsjahr 2020 bis zu ... 50 000 T€ im Haushaltsjahr 2021 bis zu ... 30 000 T€			
	Haushaltsvermerk: 1. Die Ausgaben sind übertragbar. 2. Die Verpflichtungsermächtigung ist mit den Verpflichtungsermächtigungen bei folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: Kap. 1403 Tit. 554 81, Kap. 1416 Tit. 554 01, 554 03, 554 05, 554 06, 554 07, 554 08, 554 10, 554 11, 554 12, Kap. 1420 Tit. 551 01, 551 02, 551 03, 551 11, 551 12, 551 16 und 551 18. Die Deckungsfähigkeit gilt nur innerhalb des jeweiligen Fälligkeitsjahres und ist auf 50 Prozent der Jahressumme aller einbezogenen Titel begrenzt. Bei der Inanspruchnahme des Deckungsvermerks ist das Bundesministerium der Finanzen zu beteiligen.			
554 14 -032	Erneuerung Mittelstreckenluftfahrzeuge der Flugbereitschaft BMVg	-	- *38 306*	73 137
554 15 -032	Beschaffung des Waffensystems Unterstützungshubschrauber	155 000	230 000	18 238
	Verpflichtungsermächtigung ... fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu ... 4 000 T€			
	Haushaltsvermerk: **Einnahmen aus dem Rückkauf von elf UH Tiger fließen den Ausgaben zu.**			
554 16 -032	Beschaffung NATO-Hubschrauber 90	117 000	200 000	105 029
	Verpflichtungsermächtigung ... 287 000 T€ davon fällig: im Haushaltsjahr 2015 bis zu ... 6 600 T€ im Haushaltsjahr 2016 bis zu ... 81 100 T€ im Haushaltsjahr 2017 bis zu ... 128 200 T€ im Haushaltsjahr 2018 bis zu ... 10 000 T€ im Haushaltsjahr 2019 bis zu ... 10 000 T€ im Haushaltsjahr 2020 bis zu ... 10 000 T€ im Haushaltsjahr 2021 bis zu ... 20 400 T€ im Haushaltsjahr 2022 bis zu ... 12 700 T€ im Haushaltsjahr 2023 bis zu ... 8 000 T€			

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
554 17 -032	Beschaffung des Waffensystems Eurofighter	650 000	1 050 000	1 389 930
	Verpflichtungsermächtigung .... 860 000 T€ davon fällig: im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 151 000 T€ im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 441 000 T€ im Haushaltsjahr 2017 bis zu .... 196 000 T€ im Haushaltsjahr 2018 bis zu .... 69 000 T€ im Haushaltsjahr 2019 bis zu .... 3 000 T€			
	Haushaltsvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung ist in Höhe von **800 000 T€** gesperrt. **Haushaltsjahr 2015 .... 123 000 T€** **Haushaltsjahr 2016 .... 420 000 T€** **Haushaltsjahr 2017 .... 192 000 T€** **Haushaltsjahr 2018 .... 65 000 T€** Die Aufhebung der Sperre bedarf der Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages.			
554 18 -032	Beschaffung des Großraumtransportflugzeuges A400M	900 000	725 000	619 982
	Verpflichtungsermächtigung .... 171 000 T€ davon fällig: im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 56 000 T€ im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 41 000 T€ im Haushaltsjahr 2017 bis zu .... 59 000 T€ im Haushaltsjahr 2018 bis zu .... 6 000 T€ im Haushaltsjahr 2019 bis zu .... 7 000 T€ im Haushaltsjahr 2020 bis zu .... 2 000 T€			
554 20 -032	Beschaffung Schützenpanzer PUMA	250 000	204 230	80 500
	Verpflichtungsermächtigung .... 187 000 T€ davon fällig: im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 90 000 T€ im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 56 000 T€ im Haushaltsjahr 2017 bis zu .... 27 000 T€ im Haushaltsjahr 2018 bis zu .... 12 000 T€ im Haushaltsjahr 2019 bis zu .... 1 000 T€ im Haushaltsjahr 2020 bis zu .... 1 000 T€			
	Ausgaben für Investitionen			
870 01 -032	Ausgaben für die Inanspruchnahme aus dem EADS/Airbus im Zusammenhang mit der Beschaffung des Großraumtransportflugzeuges A400M von der Kreditanstalt für Wiederaufbau gewährten Exportkredit	-	-	-

1420 Wehrforschung, wehrtechnische und sonstige militärische Entwicklung und Erprobung

Vorbemerkung

Das Kapitel enthält die Ausgaben für

1. anwendungsnahe Forschung auf den Gebieten der Wehrtechnik, der Wehrmedizin, der Wehrpsychologie,
2. Entwicklung und Erprobung auf den Gebieten der Wehrtechnik, des Sanitätsdienstes, des Verpflegungs- und Bekleidungswesens sowie der Unterkunft und des Bauwesens,
3. wissenschaftliche Methoden zur Zukunfts- und Weiterentwicklung der Bundeswehr.

Das Kapitel enthält ferner die Zuwendungen zur Grundfinanzierung wehrtechnisch orientierter Forschungseinrichtungen.

Als Einnahmen sind die Erstattungen aus der gewerblichen Nutzung solcher Forschungs- und Entwicklungsergebnisse veranschlagt, die aus dem Einzelplan 14 finanziert worden sind.

Überblick zum Kapitel 1420	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Übrige Einnahmen	14 600	18 200	-3 600		11 664
Gesamteinnahmen	14 600	18 200	-3 600		11 664
Ausgaben					
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	828 355	811 000	+17 355		769 835
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	102 310	101 288	+1 022		101 096
Ausgaben für Investitionen	21 744	15 119	+6 625		14 109
Besondere Finanzierungsausgaben	-	-	-		-
Gesamtausgaben	952 409	927 407	+25 002		885 040
davon nicht flexibilisiert	952 409	927 407	+25 002		885 040
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung	758 000 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu	178 200 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu	212 000 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu	186 800 T€				
im Haushaltsjahr 2018 bis zu	61 000 T€				
im Haushaltsjahr 2019 bis zu	45 000 T€				
im Haushaltsjahr 2020 bis zu	45 000 T€				
im Haushaltsjahr 2021 bis zu	30 000 T€				

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Übrige Einnahmen

281 01 -036	Einnahmen aus der Erstattung von wehrtechnischen und sonstigen militärischen Forschungs-, Entwicklungs- und Erprobungskosten	14 600	18 200	11 664

Erläuterungen:

In den Forschungs-, Entwicklungs- und Erprobungsverträgen werden die Vertragspartnerinnen und Vertragspartner verpflichtet, Einnahmen aus gewerblicher Nutzung der Forschungs-, Entwicklungs- und Erprobungsergebnisse gegenüber Dritten bis zur Höhe der aus Ausgaben des Bundes aufgewendeten Forschungs-, Entwicklungs- und Erprobungskosten zu erstatten.

Ausgaben

Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.

551 01 -036	Wehrtechnische Forschung und Technologie	300 000	272 000	304 900

Verpflichtungsermächtigung... 210 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 70 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu... 70 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu... 60 000 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu... 10 000 T€

Haushaltsvermerk:

1. Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 981 01.
2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: 551 11.
3. Die Verpflichtungsermächtigung ist mit den Verpflichtungsermächtigungen bei folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: Kap. 1403 Tit. 554 81, Kap. 1416 Tit. 554 01, 554 03, 554 05, 554 06, 554 07, 554 08, 554 10, 554 11, 554 12, 554 13, Kap. 1420 Tit. 551 02, 551 03, 551 11, 551 12, 551 16 und 551 18.

   Die Deckungsfähigkeit gilt nur innerhalb des jeweiligen Fälligkeitsjahres und ist auf 50 Prozent der Jahressumme aller einbezogenen Titel begrenzt.

   Bei der Inanspruchnahme des Deckungsvermerks ist das Bundesministerium der Finanzen zu beteiligen.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben

1. für nicht institutionell finanzierte Untersuchungen zur Gewinnung neuer Erkenntnisse in technischen Themenbereichen von militärischem Interesse (Forschung und Basistechnik),
2. zur Schaffung der technologischen Voraussetzungen für künftige militärische Anwendungen (Zukunftstechnik),

1420 Wehrforschung, wehrtechnische und sonstige militärische Entwicklung und Erprobung

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 551 01

3. für die Erarbeitung von technischen Lösungsalternativen zur Schließung von Fähigkeitslücken (Analysephase),
4. für Kommunikation und Informationsverarbeitung (Informationstechnologie).

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
551 02 -036	Wehrmedizinische, wehrpsychologische und sonstige militärische Forschung	4 000	4 000	2 989

Verpflichtungsermächtigung.. 6 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 2 500 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 2 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 1 500 T€

Haushaltsvermerk:

1. Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 981 01.
2. Die Verpflichtungsermächtigung ist mit den Verpflichtungsermächtigungen bei folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: Kap. 1403 Tit. 554 81, Kap. 1416 Tit. 554 01, 554 03, 554 05, 554 06, 554 07, 554 08, 554 10, 554 11, 554 12, 554 13, Kap. 1420 Tit. 551 01, 551 03, 551 11, 551 12, 551 16 und 551 18.

   Die Deckungsfähigkeit gilt nur innerhalb des jeweiligen Fälligkeitsjahres und ist auf 50 Prozent der Jahressumme aller einbezogenen Titel begrenzt.

   Bei der Inanspruchnahme des Deckungsvermerks ist das Bundesministerium der Finanzen zu beteiligen.

Erläuterungen:

Für Forschungsarbeiten auf den Gebieten der Medizin, der Pharmazie, der Veterinärmedizin und der Psychologie, soweit an ihnen ein überwiegend militärisches Interesse besteht.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
551 03 -036	Zukunfts- und Weiterentwicklung der Bundeswehr	11 000	8 000	5 551

Verpflichtungsermächtigung.. 8 600 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 5 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 2 700 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu... 900 T€

Haushaltsvermerk:

1. Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 981 01.
2. Die Verpflichtungsermächtigung ist mit den Verpflichtungsermächtigungen bei folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: Kap. 1403 Tit. 554 81, Kap. 1416 Tit. 554 01, 554 03, 554 05, 554 06, 554 07, 554 08, 554 10, 554 11, 554 12, 554 13, Kap. 1420 Tit. 551 01, 551 02, 551 11, 551 12, 551 16 und 551 18.

   Die Deckungsfähigkeit gilt nur innerhalb des jeweiligen Fälligkeitsjahres und ist auf 50 Prozent der Jahressumme aller einbezogenen Titel begrenzt.

   Bei der Inanspruchnahme des Deckungsvermerks ist das Bundesministerium der Finanzen zu beteiligen.
3. **Die Erläuterungen zu Nr. 2 sind verbindlich.**

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 551 03

Erläuterungen:

1. Ausgaben für die Anwendung wissenschaftlicher Methoden, die der Zukunfts- und Weiterentwicklung der Bundeswehr dienen.

   Zu den Formen der Anwendung wissenschaftlicher Methoden gehören Nichttechnische Studienarbeit, Konzeptentwicklung und deren experimentelle Überprüfung (CD&E), Analysen, Gutachten, Unterstützungsleistungen mit Studiencharakter sowie Studien unter Anwendung von Methoden des Operations Research (OR)/der Modellbildung und Simulation (M&S), CD&E sowie Architektur.

2. In Zusammenhang mit der Zukunfts- und Weiterentwicklung der Bundeswehr dürfen darüber hinaus bei folgenden Titeln Ausgaben bis zu folgenden Höchstbeträgen geleistet werden:

Kapitel Titel (Tgr.)	Zweckbestimmung (stichwortartig)	2014 1 000 €
1	2	3
1401 / 527 01	Dienstreisen	150
1403 / 511 01	Geschäftsbedarf und Kommunikation	15
1403 / 527 01	Dienstreisen	500
1403 / Tgr. 02	Dienstreisen und Transportkosten im Rahmen von Übungen sowie sonstige Übungskosten.	1 750
1404 / Tgr. 55	IT-Geschäftsbedarf und Datenübertragung sowie IT-Erwerb von Datenverarbeitungsanlagen usw.	752
1407 / 511 01	Geschäftsbedarf Fernmeldedienstleistungen	250
1407 / 511 03	Entgelte für Fernmeldeleitungen	750
Zusammen		4 167

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1420 Tit. 551 04	5 000	4 300

551 11 -036	Wehrtechnische Entwicklung und Erprobung	230 000	334 000	295 588

Verpflichtungsermächtigung ..... 245 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu ..... 60 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu ..... 90 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu ..... 90 000 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu ..... 5 000 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.

2. Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 551 01.

3. Die Verpflichtungsermächtigung ist mit den Verpflichtungsermächtigungen bei folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: Kap. 1403 Tit. 554 81, Kap. 1416 Tit. 554 01, 554 03, 554 05, 554 06, 554 07, 554 08, 554 10, 554 11, 554 12, 554 13, Kap. 1420 Tit. 551 01, 551 02, 551 03, 551 12, 551 16 und 551 18.

   Die Deckungsfähigkeit gilt nur innerhalb des jeweiligen Fälligkeitsjahres und ist auf 50 Prozent der Jahressumme aller einbezogenen Titel begrenzt.

   Bei der Inanspruchnahme des Deckungsvermerks ist das Bundesministerium der Finanzen zu beteiligen.

4. Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen dürfen für andere als die veranschlagten Entwicklungsvorhaben in Anspruch genommen

1420 Wehrforschung, wehrtechnische und sonstige militärische Entwicklung und Erprobung

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 551 11

werden, soweit diese als Austauschvorhaben in dem Geheimen Erläuterungsblatt zu Kap. 1420 für diesen Titel erfasst sind.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für die wehrtechnische Entwicklung und Erprobung, für die Entwicklungstechnische Betreuung (ETB) sowie für die Beschaffung von Erprobungsgegenständen.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
551 12 -036	Entwicklung und Erprobung auf den Gebieten des Sanitätsdienstes, des Verpflegungs- und Bekleidungswesens sowie der Unterkunft und des Bauwesens	3 355	3 000	2 135

Verpflichtungsermächtigung .... 4 400 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 1 700 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 1 500 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu .... 1 200 T€

Haushaltsvermerk:

1. Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 981 01.
2. Die Verpflichtungsermächtigung ist mit den Verpflichtungsermächtigungen bei folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: Kap. 1403 Tit. 554 81, Kap. 1416 Tit. 554 01, 554 03, 554 05, 554 06, 554 07, 554 08, 554 10, 554 11, 554 12, 554 13, Kap. 1420 Tit. 551 01, 551 02, 551 03, 551 11, 551 16 und 551 18.

   Die Deckungsfähigkeit gilt nur innerhalb des jeweiligen Fälligkeitsjahres und ist auf 50 Prozent der Jahressumme aller einbezogenen Titel begrenzt.

   Bei der Inanspruchnahme des Deckungsvermerks ist das Bundesministerium der Finanzen zu beteiligen.
3. Die Erläuterungen zu Nr. 1 sind verbindlich.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Sanitätsdienst	2 250
2. Verpflegungswesen	250
3. Bekleidungswesen	755
4. Unterkunfts- und Bauwesen	100
Zusammen	3 355

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
551 16 -036	Entwicklung des Kampfflugzeuges MRCA	45 000	35 000	34 372

Verpflichtungsermächtigung .... 34 200 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 16 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 14 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu .... 3 200 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu .... 1 000 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Verpflichtungsermächtigung ist mit den Verpflichtungsermächtigungen bei folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: Kap. 1403 Tit. 554 81, Kap. 1416 Tit. 554 01, 554 03, 554 05, 554 06, 554 07, 554 08, 554 10, 554 11, 554 12, 554 13, Kap. 1420 Tit. 551 01, 551 02, 551 03, 551 11, 551 12 und 551 18.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 551 16

Die Deckungsfähigkeit gilt nur innerhalb des jeweiligen Fälligkeitsjahres und ist auf 50 Prozent der Jahressumme aller einbezogenen Titel begrenzt.

Bei der Inanspruchnahme des Deckungsvermerks ist das Bundesministerium der Finanzen zu beteiligen.

2. Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen dürfen für andere als die veranschlagten Entwicklungsvorhaben in Anspruch genommen werden, soweit diese als Austauschvorhaben in dem Geheimen Erläuterungsblatt zu Kap. 1420 für diesen Titel erfasst sind.

Erläuterungen:

Für die Entwicklungstechnische Betreuung (ETB) und Kampfwertanpassungen des Multi-Role Combat Aircraft (MRCA).

551 18 -036	Entwicklung des Waffensystems Eurofighter	235 000	150 000	120 000

Verpflichtungsermächtigung .... 245 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 20 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 30 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu .... 30 000 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu .... 45 000 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu .... 45 000 T€
im Haushaltsjahr 2020 bis zu .... 45 000 T€
im Haushaltsjahr 2021 bis zu .... 30 000 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.

2. Die Verpflichtungsermächtigung ist mit den Verpflichtungsermächtigungen bei folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: Kap. 1403 Tit. 554 81, Kap. 1416 Tit. 554 01, 554 03, 554 05, 554 06, 554 07, 554 08, 554 10, 554 11, 554 12, 554 13, Kap. 1420 Tit. 551 01, 551 02, 551 03, 551 11, 551 12 und 551 16.

   Die Deckungsfähigkeit gilt nur innerhalb des jeweiligen Fälligkeitsjahres und ist auf 50 Prozent der Jahressumme aller einbezogenen Titel begrenzt.

   Bei der Inanspruchnahme des Deckungsvermerks ist das Bundesministerium der Finanzen zu beteiligen.

Besondere Finanzierungsausgaben

981 01 -890	Leistungen an Bundesbehörden zur Durchführung von Aufträgen	-	-	(368)

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: 551 01, 551 02, 551 03 und 551 12.

Erläuterungen:

Für Forschungs- und Entwicklungsaufträge an Bundesforschungsanstalten sowie an Universitäten der Bundeswehr.

1420 Wehrforschung, wehrtechnische und sonstige militärische Entwicklung und Erprobung

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Titelgruppe 01			
Tgr. 01	Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e. V. für Zwecke der wehrtechnischen Luftfahrtforschung	(31 050)	(29 008)	
	Erläuterungen: Das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt e. V. (DLR) nimmt in erheblichem Umfange Aufgaben auf dem Gebiet der wehrtechnischen Luftfahrtforschung wahr. Die zur Erfüllung der Aufgaben erforderlichen Ausgaben werden als Zuschuss zur Grundfinanzierung zur Verfügung gestellt und sind für diejenigen Einrichtungen des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt e. V. bestimmt, die sich ausschließlich mit der Luftfahrtforschung, insbesondere der wehrtechnischen Luftfahrtforschung, sowie der Luftfahrtdokumentation befassen. Die Federführung gegenüber dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt e. V. obliegt innerhalb der Bundesregierung dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie. Weitere Zuwendungen zur Grundfinanzierung sind u. a. bei Kap. 0901 Tgr. 03 veranschlagt. Wirtschaftsplan siehe Anlage zu Kap. 0901.			
685 11 -036	Betrieb	29 000	26 963	26 963
	Haushaltsvermerk: Die Mittel dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden. Erläuterungen: Zuwendungsempfänger: Zusammenstellung siehe Erläuterungen zu Kap. 0901 Tit. 685 31.			
894 11 -036	Investitionen	2 050	2 045	2 045
	Haushaltsvermerk: Die Mittel dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden. Erläuterungen: Zuwendungsempfänger: Zusammenstellung siehe Erläuterungen zu Kap. 0901 Tit. 685 31.			
	Titelgruppe 02			
Tgr. 02	Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e. V. (FhG), München	(71 880)	(66 275)	
	Haushaltsvermerk: Mehrausgaben zur Leistung von Umsatzsteuer und Nebenleistungen aus den Jahren 1982 bis 2008 sowie steuerlich begründete Mehrausgaben aus der Verschmelzung der FGAN in die FhG dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Epl. 14. Erläuterungen: Die Fraunhofer-Gesellschaft e. V. ist u. a. Trägerin von Forschungsinstituten, die überwiegend anwendungsnahe Aufgaben von wehrtechnischem Interesse bearbeiten. Die veranschlagten Ausgaben sind für die Grundfinanzierung der Institute bestimmt. Die Federführung gegenüber der FhG obliegt innerhalb der Bundesregierung dem Bundesministerium für Bildung und Forschung. Weitere Zuwendungen sind bei Kap. 3004 Tgr. 60 veranschlagt. Wirtschaftsplan siehe Anlage zu Kap. 3004.			

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu Titelgruppe 02			
685 21 -036	Betrieb	55 010	56 025	55 833
	Haushaltsvermerk: Die Mittel dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden. Erläuterungen: Zuwendungsempfänger: Zusammenstellung siehe Erläuterungen zu Kap. 3004 Tit. 685 60.			
894 21 -036	Investitionen	16 870	10 250	9 240
	Verpflichtungsermächtigung .... 4 800 T€ davon fällig: im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 3 000 T€ im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 1 800 T€ Haushaltsvermerk: Die Mittel dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden. Erläuterungen: Zuwendungsempfänger: Zusammenstellung siehe Erläuterungen zu Kap. 3004 Tit. 685 60.			
	Titelgruppe 04			
Tgr. 04	Deutsch-französisches Forschungsinstitut St. Louis	(21 124)	(21 124)	
	Erläuterungen: Aufgrund des Regierungsabkommens vom 31. März 1958 (BGBl. 1959 Teil II S. 189) hat die Bundesrepublik Deutschland die Hälfte der Betriebsausgaben und der Investitionen des Deutsch-Französischen Forschungsinstituts St. Louis (ISL) zu tragen. Die Gesamteinnahmen und -ausgaben sind im Haushaltsplan des ISL nachgewiesen.			
687 41 -036	Betrieb	18 300	18 300	18 300
896 41 -036	Investitionen	2 824	2 824	2 824
	Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel			
551 04 -036	Transformationsprozess der Bundeswehr		5 000	4 300

1422 Verpflichtungen im Rahmen der Mitgliedschaft zur NATO und zu anderen internationalen Organisationen und Stellen

Vorbemerkung

Die Bundesrepublik Deutschland hat als Mitglied der NATO Beiträge zu den Ausgaben für die Errichtung und den Betrieb der NATO-Anlagen, zu den Haushalten der militärischen Hauptquartiere und der Agenturen der NATO sowie zu den NATO-Produktions- und Logistikgemeinschaften zu leisten.

Sie trägt ferner zu sonstigen allgemeinen internationalen Angelegenheiten bei (z. B. Mitbenutzung bestimmter militärischer Anlagen im Ausland, Mitgliedschaft bei internationalen Organisationen).

Gemäß Artikel 41 Absatz 2 des EU-Vertrages ist die Bundesrepublik Deutschland verpflichtet, die operativen Ausgaben von EU-Maßnahmen mit militärischen und verteidigungspolitischen Bezügen nach dem Bruttonationaleinkommen-Schlüssel zu tragen.

Durch Beschluss des Rates für Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen gehören dazu auch die gemeinsamen Kosten für militärische Krisenmanagementübungen. Darüber hinaus sind weitere Verwaltungsausgaben, die nicht zu Lasten des EU-Haushalts gehen, nach dem Bruttonationaleinkommen-Schlüssel zu tragen.

Überblick zum Kapitel 1422	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Übrige Einnahmen	2 200	2 200	-		2 036
Gesamteinnahmen	2 200	2 200	-		2 036
Ausgaben					
Sächliche Verwaltungsausgaben	350	350	-		300
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	332 600	299 400	+33 200		244 569
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	260 204	272 318	-12 114		237 609
Gesamtausgaben	593 154	572 068	+21 086		482 478
davon nicht flexibilisiert	593 154	572 068	+21 086		482 478

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Übrige Einnahmen

286 01 -032	Erstattungen der NATO für Unterstützungsleistungen und Aufwendungen der Bundesrepublik Deutschland	2 200	2 200	2 036

Erläuterungen:

Die Bundesrepublik Deutschland hat Ausgaben für den Betrieb von einzelnen NATO-Anlagen zu leisten, die ihr aus den NATO-Militärhaushalten erstattet werden.

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

Soweit die Ausgaben im Zusammenhang mit dem NATO-Sicherheits-Investitionsprogramm in der Bundesrepublik Deutschland zu verwenden sind, werden sie nach Anlage N zu Kap. 1412 bewirtschaftet.

Sächliche Verwaltungsausgaben

545 01 -032	Konferenzen, Tagungen, Messen und Ausstellungen	350	350	300

Erläuterungen:

Veranschlagt sind im Rahmen der NATO und EU die Aufwendungen für

1. die organisatorische Durchführung von Tagungen durch die Bundesrepublik Deutschland,
2. die Teilnahme an Tagungen und Lehrgängen von deutschen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern und sonstigen Fachleuten, die nicht in einem Dienstverhältnis zur Bundeswehr stehen.

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)

671 01 -032	Betrieb und Wartung von NATO-Kraftstoffleitungen durch die Fernleitungs-Betriebsgesellschaft mbH (FBG)	13 225	13 800	12 000

Erläuterungen:

Die Bundesrepublik Deutschland hat die im Bundesgebiet liegenden NATO-Kraftstoffleitungen zu betreiben und zu warten. Diese Aufgabe ist der Fernleitungs-Betriebsgesellschaft mbH (FBG) übertragen worden.

Veranschlagt sind die nach den Grundsätzen des von der logistischen NATO-Support Agency (NSPA) verwalteten Programms für das zentraleuropäische NATO-Kraftstoffsystem (Central Europe Pipeline System Programme) nicht erstattungsfähigen betrieblichen Aufwendungen, insbesondere Steuern, sowie die betrieblichen Aufwendungen des NEPS (North European Pipeline System) im Rahmen des Betriebsführungsvertrages.

1422 Verpflichtungen im Rahmen der Mitgliedschaft zur NATO und zu anderen internationalen Organisationen und Stellen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
685 01 -032	Beitrag zu den Kosten für den gemeinsamen Betrieb des George C. Marshall Center	1 618	2 168	1 545

Erläuterungen:

Bezeichnung der Organisation Rechtsgrundlage und Zweck der Mitgliedschaft	Mitgliedsbeitrag der Bundesrepublik Deutschland (Pflichtleistungen)			Besondere (freiwillige) Leistungen außerhalb des Mitgliedsbeitrags in 1 000 € (gerundet)	Zusammen Spalte 4 + 5 in 1 000 €
	in Prozent	in Tausend-Fremdwährung (gerundet)	in 1 000 € (gerundet)		
1	2	3	4	5	6
George C. Marshall Center für sicherheitspolitische Studien in Garmisch-Partenkirchen/Deutschland..	11,5	2 190 USD	1 588	30	1 618

Rechtsgrundlage: Vereinbarung
Zweck: Förderung der friedlichen Zusammenarbeit zwischen den Staaten des Europäisch-Atlantischen-Partnerschaftsrats (EAPR) im Rahmen des Programms Partnerschaft für den Frieden (PfP)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
687 01 -032	Beitrag zu den NATO-Militärhaushalten	100 000	105 000	94 346

Haushaltsvermerk:

Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 687 10.

Erläuterungen:

Bezeichnung der Organisation Rechtsgrundlage und Zweck der Mitgliedschaft	Mitgliedsbeitrag der Bundesrepublik Deutschland (Pflichtleistungen)			Besondere (freiwillige) Leistungen außerhalb des Mitgliedsbeitrags in 1 000 € (gerundet)	Zusammen Spalte 4 + 5 in 1 000 €
	in Prozent	in Tausend-Fremdwährung (gerundet)	in 1 000 € (gerundet)		
1	2	3	4	5	6
Nordatlantisches Verteidigungsbündnis (NATO)..............................	16,5		100 000		100 000

Rechtsgrundlage: Vereinbarung

Zweck: Gemeinsame Finanzierung von NATO-Militärhaushalten einschl. Partnerschaft für den Frieden (PfP)

Die Bundesrepublik Deutschland hat zu den NATO-Militärhaushalten beizutragen, und zwar im Wesentlichen für

1. den internationalen militärischen Führungsstab mit seinen Fernmeldeagenturen,
2. die militärischen Hauptquartiere,
3. das Luftverteidigungssystem,
4. die Fernmeldeeinrichtungen der NATO,
5. die Pensionsbeiträge für ehemalige NATO-Zivilbedienstete einschl. ehemaliger Zivilbediensteter der NATO-Agenturen.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
687 02 -032	Beitrag zu den Kosten der gemeinsam finanzierten Kommandostellen und Stäbe	16 880	14 270	11 203

Haushaltsvermerk:

Erstattungen Dritter fließen den Ausgaben zu.

Verpflichtungen im Rahmen der Mitgliedschaft zur NATO und zu anderen internationalen Organisationen und Stellen 1422

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 687 02

Erläuterungen:

Bezeichnung der Organisation Rechtsgrundlage und Zweck der Mitgliedschaft	Mitgliedsbeitrag der Bundesrepublik Deutschland (Pflichtleistungen)			Besondere (freiwillige) Leistungen außerhalb des Mitgliedsbeitrags in 1 000 € (gerundet)	Zusammen Spalte 4 + 5 in 1 000 €
	in Prozent	in Tausend-Fremdwährung (gerundet)	in 1 000 € (gerundet)		
1	2	3	4	5	6
1. Deutsch-Französische Brigade in Deutschland und Frankreich	50,0		3 600		3 600
Rechtsgrundlage: Vereinbarung Zweck: Organisation und Koordination der Deutsch-Französischen Brigade in ihrer Gesamtheit					
2. Joint Air Power Competence Center (JAPCC) in Kalkar/Deutschland	30,0		268		268
Rechtsgrundlage: Vereinbarung Zweck: Streitkräftegemeinsames Kompetenzzentrum für Luftmachtoperationen					
3. Hauptquartier EUROKORPS in Straßburg/Frankreich	28,3		3 012		3 012
Rechtsgrundlage: Vereinbarung Zweck: Organisation und Koordinierung des Europäischen Korps in seiner Gesamtheit					
4. Hauptquartier ACE-Rapid Reaction Corps (ARRC) in Innsworth/Großbritannien (einschl. Air Operations Coordination Centre (AOCC))	16,3		465		465
Rechtsgrundlage: Vereinbarung Zweck: Führung von zur Krisenbewältigung auf Weisung SACEUR eingesetzten Divisionen und Korpstruppen					
5. I. Deutsch-Niederländisches Korps in Münster/Deutschland (einschl. Air Operations Coordination Centre (AOCC))	50,0		4 070		4 070
Rechtsgrundlage: Vereinbarung Zweck: Organisation und Koordinierung des Deutsch-Niederländischen Korps in seiner Gesamtheit					
6. Multinationales Korps Nordost (MNK NO) in Stettin/Polen (einschl. Air Operations Coordination Centre (AOCC))	33,3		1 008		1 008
Rechtsgrundlage: Vereinbarung Zweck: Organisation und Koordinierung des Multinationalen Korps Nordost in seiner Gesamtheit					
7. Combined Air Defence Task Force (CADTF) in Ramstein/Deutschland	65,7		52		52
Rechtsgrundlage: Vereinbarung Zweck: Erweiterte Luftverteidigung im Rahmen des Roland-/Patriot-Folgeabkommens					
8. Informationszentrum für Kampfmittelbeseitigung (EODTIC) in Liverpool/Großbritannien					
Rechtsgrundlage: Vereinbarung	10,0		20		20
Zweck: Betrieb eines multinationalen technischen Informationszentrums für Kampfmittelbeseitigung					
9. International Special Training Centre (ISTC) in Pfullendorf/Deutschland	16,5		400		400
Rechtsgrundlage: Vereinbarung Zweck: Internationales Ausbildungszentrum für fortgeschrittene Ausbildung von Spezialkräften und ähnlichen Kräften in der Bundesrepublik Deutschland					
10. HQ NATO NAVAL STRIKING and SUPPORT FORCES (HQ STRIKFORNATO) in Neapel/Italien	6,6		165		165
Rechtsgrundlage: Vereinbarung Zweck: Hauptquartier für in die NATO-Streitkräftestruktur eingebundene Marineverbände in Südeuropa					
11. European Air Group (EAG) in High Wycombe/Großbritannien.	14,3		20		20
Rechtsgrundlage: Vereinbarung					

1422 Verpflichtungen im Rahmen der Mitgliedschaft zur NATO und zu anderen internationalen Organisationen und Stellen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 687 02

Bezeichnung der Organisation Rechtsgrundlage und Zweck der Mitgliedschaft	Mitgliedsbeitrag der Bundesrepublik Deutschland (Pflichtleistungen)			Besondere (freiwillige) Leistungen außerhalb des Mitgliedsbeitrags in 1 000 € (gerundet)	Zusammen Spalte 4 + 5 in 1 000 €
	in Prozent	in Tausend-Fremdwährung (gerundet)	in 1 000 € (gerundet)		
1	2	3	4	5	6
Zweck: Europäische Zusammenarbeit im Bereich Lufttransport und -betankung					
12. High Readiness Force HQ in Frankreich, Griechenland, Italien, Spanien und Türkei			867		867
Rechtsgrundlage: Vereinbarung Zweck: Hauptquartiere zur Führung von Schnellen Einsatzkräften der NATO					
13. Intelligence Fusion Center (IFC), Molesworth/Großbritannien	3,4		76		76
Rechtsgrundlage: Vereinbarung Zweck: Verbesserung der Intelligence Unterstützung insbesondere für NATO Response Forces (NRF) und Combined Joint Task Forces (CJTF) Einsätze					
14. Movement Coordination Centre Europe (MCCE) in Eindhoven/Niederlande	6,3		20		20
Rechtsgrundlage: Vereinbarung Zweck: Verkehrsübergreifende Koordination von Land-, See- und Lufttransporten einschließlich Luftbetankung					
15. European Air Transport Command (EATC) in Eindhoven/ Niederlande	38,0		1 294		1 294
Rechtsgrundlage: Vereinbarung Zweck: Optimierung des nationalen/internationalen Einsatzes von Lufttransportkräften im europäischen Umfeld					
16. NATO Special Operations HQ (NSHQ) in Mons/Belgien	7,9		250		250
Rechtsgrundlage: Vereinbarung Zweck: Verbesserung der Fähigkeiten der NATO mit Blick auf die Operation der Spezialkräfte					
17. Centres of Excellence (CoEs) in Deutschland, Estland, Niederlande, Spanien, Tschechien, Türkei, Ungarn und USA			893		893
Rechtsgrundlage: Vereinbarung Zweck: Unterstützung der Transformation der NATO					
18. Joint Electronic Warefare Core Staff (JEWCS)	23,4		400		400
Rechtsgrundlage: Vereinbarung Zweck: Verbesserung der Fähigkeiten der NATO im Bereich Elektronischer Kampf					
Zusammen			16 880	-	16 880

Differenzen durch Rundung möglich

Deutscher Beitrag zu den Kosten von integrierten Kommandostellen und Stäben, die nicht aus NATO-Militärhaushalten, sondern nur von den daran beteiligten Staaten zu finanzieren sind.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
687 03 -032	Beiträge zu den Verwaltungskosten der multinationalen Organisationen für Unterstützung, Rüstung und Informationsaustausch	4 158	4 405	2 698

Erläuterungen:

Bezeichnung der Organisation Rechtsgrundlage und Zweck der Mitgliedschaft	Mitgliedsbeitrag der Bundesrepublik Deutschland (Pflichtleistungen)			Besondere (freiwillige) Leistungen außerhalb des Mitgliedsbeitrags in 1 000 € (gerundet)	Zusammen Spalte 4 + 5 in 1 000 €
	in Prozent	in Tausend-Fremdwährung (gerundet)	in 1 000 € (gerundet)		
1	2	3	4	5	6
1. Unmittelbar von den Teilnehmerstaaten zu tragende Verwaltungsausgaben für die NATO Support Organisation (NSPO), sowie ihre allgemeinen logistischen und Verwaltungsabteilungen, sofern nicht die Ausgaben auf die Nutzer, insbesondere die Programme und Partnerschaften, als indirekte Kosten verteilt werden	14,9		567		567
Rechtsgrundlage: NSPO Charta und Finanzsatzung Zweck: Individuelle und kollektive logistische und operationelle Unterstützung der NATO und ihrer Mitgliedstaaten					
2. BICES (Battlefield Information Collection and Exploitation Systems) Group Executive in Brüssel/Belgien	15,5		615		615
Rechtsgrundlage: Vereinbarung Zweck: Betrieb eines gemeinsamen Datenverarbeitungs- und Datenaustauschsystems des militärischen Nachrichtenwesens					
3. Gemeinsame Organisation für Rüstungskooperation (OCCAR) in Bonn/Deutschland	23,2		2 976		2 976
Rechtsgrundlage: Staatsvertrag Zweck: Effizientes Management der Rüstungszusammenarbeit unter den Partnerstaaten					
Zusammen			4 158	-	4 158

Differenzen durch Rundung möglich

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
687 04 -032	Beitrag zu den Verwaltungs- und Betriebskosten des zentraleuropäischen Kraftstoffleitungssystems der NATO	10 250	12 000	11 000

Erläuterungen:

Bezeichnung der Organisation Rechtsgrundlage und Zweck der Mitgliedschaft	Mitgliedsbeitrag der Bundesrepublik Deutschland (Pflichtleistungen)			Besondere (freiwillige) Leistungen außerhalb des Mitgliedsbeitrags in 1 000 € (gerundet)	Zusammen Spalte 4 + 5 in 1 000 €
	in Prozent	in Tausend-Fremdwährung (gerundet)	in 1 000 € (gerundet)		
1	2	3	4	5	6
Central Europe Pipeline System (CEPS) mit der CEPMA in Versailles/Frankreich	25,7		10 250		10 250
Rechtsgrundlage: Charta Zweck: Betrieb des Zentraleuropäischen Kraftstoffleitungssystems					

Der Betrieb der zentraleuropäischen Kraftstoffleitungen wird vom Central Europe Pipeline System Programme in der logistischen NATO Agentur NSPA (NATO Support Agency) gesteuert. Betrieb und Wartung der Kraftstoffleitungen und sonstigen Anlagen (insbesondere Depots) sind Aufgabe der nationalen Betreiberorganisationen, auf deren Gebiet sich die Kraftstoffleitungen befinden (Gastgeberstaaten). Die Kosten des Zentraleuropäischen Kraftstoffleitungssystems der NATO (CEPS), einschließlich der CEPS Programmabteilung in der NSPA, werden durch Einnahmen aus militärischer und nicht-militärischer Nutzung sowie durch Beiträge der Teilnehmerstaaten gedeckt. Der deutsche Beitragsanteil wird aus diesem Titel finanziert.

1422 Verpflichtungen im Rahmen der Mitgliedschaft zur NATO und zu anderen internationalen Organisationen und Stellen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
687 05 -032	Beitrag zu den Kosten von der Bundeswehr mitbenutzter militärischer Anlagen	70 047	72 966	67 542

Erläuterungen:

Bezeichnung der Organisation Rechtsgrundlage und Zweck der Mitgliedschaft	Mitgliedsbeitrag der Bundesrepublik Deutschland (Pflichtleistungen)			Besondere (freiwillige) Leistungen außerhalb des Mitgliedsbeitrags in 1 000 € (gerundet)	Zusammen Spalte 4 + 5 in 1 000 €
	in Prozent	in Tausend-Fremdwährung (gerundet)	in 1 000 € (gerundet)		
1	2	3	4	5	6
1. EURO NATO Joint Jet Pilot Training (ENJJPT) in Sheppard AFB/USA..........	15,0	34 000 USD	24 654		24 654
Rechtsgrundlage: Vereinbarung					
Zweck: Grund- und Fortgeschrittenenausbildung der Strahlflugzeugführer					
2. Air Weapons Training Installation (AWTI) mit Air Combat Manoeuvring Instrumentation Range (ACMI) in Decimomannu/ Italien..........	50,0		18 275		18 275
Rechtsgrundlage: Vereinbarung					
Zweck: Fliegerische Schießausbildung					
3. NATO Missile Firing Installation (NAMFI) auf Kreta/Griechenland..........	60,0		6 400		6 400
Rechtsgrundlage: Vereinbarung					
Zweck: Raketenschießausbildung					
4. NATO NAVAL Forces Sensor and Weapon Accuracy Check Sites (FORACS) in Griechenland, Norwegen und USA..........	12,1		708		708
Rechtsgrundlage: Vereinbarung					
Zweck: Genauigkeitsvermessung von Waffensystemen auf Kriegsschiffen					
5. Tactical Leadership Programme (TLP) in Albacete/Spanien.......	14,0		600		600
Rechtsgrundlage: Vereinbarung					
Zweck: Ausbildung der alliierten taktischen Luftstreitkräfte					
6. Fliegerisches Ausbildungszentrum der Luftwaffe in Holloman AFB/USA..........		25 514 USD	18 500		18 500
Rechtsgrundlage: Vereinbarung					
Zweck: Tornado-Ausbildung					
7. Deutsch-Französisches Heeresflieger-Ausbildungszentrum TIGER (D/F HFlgAusbZ) in Le Luc/Frankreich..........	50,0		910		910
Rechtsgrundlage: Vereinbarung					
Zweck: Fliegerische Ausbildung der Luftfahrzeugführer Waffensystem TIGER					
Zusammen..........			70 047	-	70 047

Differenzen durch Rundung möglich

Anteilige Gestehungs- und Betriebskosten für militärische Anlagen, die von den daran beteiligten Staaten gemeinsam finanziert werden. Hierunter fallen nicht die Kosten für eine ausschließlich nationalen Zwecken dienende gelegentliche oder zeitweise Mitbenutzung von militärischen Anlagen, für nationale Zusatzforderungen und sonstige den jeweiligen Benutzerstaaten in Rechnung zu stellende Sonderleistungen.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
687 06 -032	Beiträge an internationale Organisationen	7 209	6 850	4 752

Erläuterungen:

Bezeichnung der Organisation Rechtsgrundlage und Zweck der Mitgliedschaft	Mitgliedsbeitrag der Bundesrepublik Deutschland (Pflichtleistungen)			Besondere (freiwillige) Leistungen außerhalb des Mitgliedsbeitrags in 1 000 € (gerundet)	Zusammen Spalte 4 + 5 in 1 000 €
	in Prozent	in Tausend-Fremdwährung (gerundet)	in 1 000 € (gerundet)		
1	2	3	4	5	6
1. EUROCONTROL in Maastricht/Niederlande..............................			5 929		5 929
Rechtsgrundlage: Gesetz Zweck: Internationale Koordinierung der Flugsicherung					
2. NATO Industrial Advisory Group (NIAG) in Brüssel/Belgien........	14,6		590		590
Rechtsgrundlage: Vereinbarung Zweck: Förderung der Zusammenarbeit in Forschung und Entwicklung innerhalb der NATO					
3. von-Karman-Institut (VKI) in Brüssel/Belgien.............................	16,1		467		467
Rechtsgrundlage: Vereinbarung Zweck: Nachakademische Ausbildung auf dem Gebiet der experimentellen Aerodynamik					
4. Munitions Safety Information Analysis Center (MSIAC) in Brüssel/Belgien..	12,5		180		180
Rechtsgrundlage: Vereinbarung Zweck: a) Schaffung einer Datenbasis für Entwicklung und Beschaffung nicht sympathetisch detonierender Munition (Eigengefährdung) einschl. Klassifizierung b) Bewertungsverfahren und Gefahrenanalysen					
5. Sonstiges..			43		43
Zusammen...			7 209	-	7 209

Differenzen durch Rundung möglich

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
687 07 -032	Beitrag zu den Verwaltungskosten der Agentur für den NATO-Hubschrauber NH 90 (NAHEMA)	3 706	3 500	3 500

Erläuterungen:

Bezeichnung der Organisation Rechtsgrundlage und Zweck der Mitgliedschaft	Mitgliedsbeitrag der Bundesrepublik Deutschland (Pflichtleistungen)			Besondere (freiwillige) Leistungen außerhalb des Mitgliedsbeitrags in 1 000 € (gerundet)	Zusammen Spalte 4 + 5 in 1 000 €
	in Prozent	in Tausend-Fremdwährung (gerundet)	in 1 000 € (gerundet)		
1	2	3	4	5	6
Agentur für den NATO-Transporthubschrauber NH90 sowie den Marinehubschrauber MH90 (NATO Helicopter Management Agency - NAHEMA) in Aix-en-Provence/Frankreich................................	35,8		3 706		3 706
Rechtsgrundlage: Vereinbarung Zweck: Entwicklung und Produktion des NH90 sowie des MH90					

Die NAHEMA ist eine selbstständige NATO-Agentur der NATO-Mitglieder Deutschland, Frankreich, Italien, Niederlande und Portugal. Die Beiträge zu den Verwaltungskosten richten sich nach den Anteilen der Vertragspartner am Gemeinschaftsprogramm.

1422 Verpflichtungen im Rahmen der Mitgliedschaft zur NATO und zu anderen internationalen Organisationen und Stellen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
687 08 -032	Beitrag zu den Verwaltungskosten der Agentur für das taktische NATO-Luftverteidigungssystem mittlerer Reichweite (NAMEADSMA)	1 653	3 741	2 794

Erläuterungen:

Bezeichnung der Organisation Rechtsgrundlage und Zweck der Mitgliedschaft	Mitgliedsbeitrag der Bundesrepublik Deutschland (Pflichtleistungen)			Besondere (freiwillige) Leistungen außerhalb des Mitgliedsbeitrags in 1 000 € (gerundet)	Zusammen Spalte 4 + 5 in 1 000 €
	in Prozent	in Tausend-Fremdwährung (gerundet)	in 1 000 € (gerundet)		
1	2	3	4	5	6
Agentur für das taktische NATO-Luftverteidigungssystem mittlerer Reichweite (NATO Medium Extended Air Defense System Management Agency - NAMEADSMA) in Huntsville/USA					
Personalhaushalt	60,2	1 433 USD	1 039		1 039
Verwaltungshaushalt	25,2	847 USD	614		614
Rechtsgrundlage: Vereinbarung					
Zweck: Definition des taktischen NATO-Luftverteidigungssystems mittlerer Reichweite					
Zusammen			1 653	-	1 653

Differenzen durch Rundung möglich

Die NAMEADSMA ist eine selbstständige NATO-Agentur der NATO-Mitglieder Deutschland, USA und Italien. Die Beiträge zu den Verwaltungskosten der Agentur richten sich nach den Anteilen der Vertragspartner am Gemeinschaftsprogramm.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
687 09 -032	Beitrag zu den Verwaltungskosten der Agentur für den NATO-Eurofighter 2000 und das Mehrzweckkampfflugzeug Tornado (NETMA)	16 300	16 900	15 400

Erläuterungen:

Bezeichnung der Organisation Rechtsgrundlage und Zweck der Mitgliedschaft	Mitgliedsbeitrag der Bundesrepublik Deutschland (Pflichtleistungen)			Besondere (freiwillige) Leistungen außerhalb des Mitgliedsbeitrags in 1 000 € (gerundet)	Zusammen Spalte 4 + 5 in 1 000 €
	in Prozent	in Tausend-Fremdwährung (gerundet)	in 1 000 € (gerundet)		
1	2	3	4	5	6
Agentur für den NATO Eurofighter 2000 und das Mehrzweckkampfflugzeug Tornado (NATO Eurofighter 2000 und Tornado Development, Production and Logistics Management Agency - NETMA) in Unterhaching/Deutschland	32,6		15 300	1 000	16 300
Rechtsgrundlage: Vereinbarung					
Zweck: Definition, Entwicklung, Produktion und Logistik für EF 2000 und Tornado					

Die NETMA ist eine selbstständige NATO-Agentur der NATO-Mitglieder Deutschland, Großbritannien, Italien und Spanien.

Die Beiträge zu den Verwaltungskosten der Agentur richten sich nach den Anteilen der Vertragspartner am jeweiligen Gemeinschaftsprogramm.

Die Ausgaben enthalten auch Erstattungen der von der NETMA gezahlten und vom Gastgeberland zu tragenden Mehrwertsteuer auf dienstliche Einkäufe nach Art. X des Ottawa-Abkommens.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
687 10 -032	Beitrag zu den Verwaltungsanteilen der gemeinsamen Kosten für den militärischen Anteil der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU (GSVP)	328	328	328

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: 687 01 und Tgr. 01.

Erläuterungen:

Mit ihrer Beteiligung im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU hat die Bundesrepublik Deutschland gemäß EU-Vertrag und weiterer Vereinbarungen zur Finanzierung von Verwaltungsausgaben, die durch die EU nicht direkt einer militärischen GSVP-Operation zugeordnet werden können, beizutragen.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
687 11 -032	Beitrag zu den Verwaltungskosten der Europäischen Verteidigungsagentur (EVA)	6 300	6 200	5 974

Erläuterungen:

Bezeichnung der Organisation Rechtsgrundlage und Zweck der Mitgliedschaft	Mitgliedsbeitrag der Bundesrepublik Deutschland (Pflichtleistungen)			Besondere (freiwillige) Leistungen außerhalb des Mitgliedsbeitrags in 1 000 € (gerundet)	Zusammen Spalte 4 + 5 in 1 000 €
	in Prozent	in Tausend-Fremdwährung (gerundet)	in 1 000 € (gerundet)		
1	2	3	4	5	6
Europäische Verteidigungsagentur (EVA) in Brüssel/Belgien...........	21,0		6 300		6 300

Rechtsgrundlage: Ratsentscheidung

Zweck: Verbesserung der militärischen Fähigkeiten der EU

Die Europäische Verteidigungsagentur ist eine selbstständige EU-Agentur der EU-Mitgliedstaaten mit Ausnahme Dänemarks. Sie beteiligt sich an der Festlegung einer europäischen Sicherheitspolitik, der Ermittlung des operationellen Bedarfs zur Verbesserung der militärischen Fähigkeiten, Förderung von F&T-Projekten sowie an Maßnahmen zur Stärkung der industriellen und technologischen Grundlagen des Verteidigungssektors.

Titelgruppe 01

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
Tgr. 01	NATO-Sicherheits-Investitionsprogramm	(105 000)	(120 000)	

Haushaltsvermerk:

1. Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 687 10.
2. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
559 11 -032	Nationale Steuern und Zölle	4 000	4 000	3 509

Erläuterungen:

Aufgrund einer zwischen den NATO-Staaten getroffenen Regelung sind die im NATO-Sicherheits-Investitionsprogramm enthaltenen Steuern und Zölle von den Gastgeberländern zu tragen.

1422 Verpflichtungen im Rahmen der Mitgliedschaft zur NATO und zu anderen internationalen Organisationen und Stellen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 01

559 12 -032	Beitrag zu den Kosten des NATO-Sicherheits-Investitionsprogramms in der Bundesrepublik Deutschland	4 000	8 000	3 922

Erläuterungen:

Die Ausgaben für Grunderwerb, Grundstücke und nationale Zusatzbauten sind im Kap. 1412 veranschlagt.

559 13 -032	Beitrag zu den Kosten des NATO-Sicherheits-Investitionsprogramms in den übrigen Staaten	97 000	108 000	88 509

Erläuterungen:

Hieraus werden auch die deutschen Anteile an den projektbezogenen Verwaltungskosten der Agenturen für die NATO-Fernmelde- und Führungsinformationssysteme (NC3A) und das NATO-Führungssystem der Luftstreitkräfte (NACMA) finanziert; die Kosten der projektunabhängigen Planungs- und Unterstützungsaufgaben der NC3A und der NACMA sind bei Tit. 687 01 veranschlagt.

Im Übrigen siehe Erläuterung zu Tit. 559 12.

Titelgruppe 02

Tgr. 02	Beitrag zu den Kosten des luftgestützten Radarsystems der NATO zur weiträumigen Aufklärung und Bodenüberwachung NATO Alliance Ground Surveillance (AGS) Core	(133 630)	(91 090)	

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.

553 21 -032	Beitrag zu den Kosten für Materialerhaltung und Betrieb	2 000	1 000	-
559 21 -032	Beitrag zu den Beschaffungskosten	127 900	86 400	83 575
687 21 -032	Beitrag zu den Verwaltungskosten des AGS-Programmbüros (NAGSMA)	3 730	3 690	731

Erläuterungen:

Bezeichnung der Organisation Rechtsgrundlage und Zweck der Mitgliedschaft	Mitgliedsbeitrag der Bundesrepublik Deutschland (Pflichtleistungen)			Besondere (freiwillige) Leistungen außerhalb des Mitgliedsbeitrags in 1 000 € (gerundet)	Zusammen Spalte 4 + 5 in 1 000 €
	in Prozent	in Tausend-Fremdwährung (gerundet)	in 1 000 € (gerundet)		
1	2	3	4	5	6
Agentur für luftgestützte Bodenaufklärung (NATO Alliance Ground Surveillance Management Agency - NAGSMA) in Brüssel/Belgien	33,3		3 730		3 730

Rechtsgrundlage: Vereinbarung

Zweck: Luftgestützte Bodenaufklärung

Die NAGSMA ist eine selbstständige NATO-Agentur. Sie ist verantwortlich für die programmbezogenen Maßnahmen auf den Gebieten Verwaltung, Finanzwesen, Vertragswesen und Technik. Die Beiträge zu den Verwaltungskosten der Agentur richten sich nach den Anteilen der Vertragspartner am Programm.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Titelgruppe 03			
Tgr. 03	Beitrag zu den Kosten des NATO-Frühwarnsystems (AWACS)	(102 500)	(98 500)	
	Haushaltsvermerk: Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.			
	Erläuterungen: Die Bundesrepublik Deutschland beteiligt sich an den Kosten des von der NATO gemeinsam beschafften luftgestützten Aufklärungs- und Frühwarnsystems der NATO E-3A.			
553 31 -032	Beitrag zu den Kosten für Materialerhaltung und Betrieb	70 800	72 000	57 916
559 31 -032	Beitrag zu den Beschaffungskosten	26 900	20 000	7 138
687 31 -032	Beitrag zu den Verwaltungskosten des AWACS-Programmbüros (NAPMA)	4 800	6 500	3 796

Erläuterungen:

Bezeichnung der Organisation Rechtsgrundlage und Zweck der Mitgliedschaft	Mitgliedsbeitrag der Bundesrepublik Deutschland (Pflichtleistungen)			Besondere (freiwillige) Leistungen außerhalb des Mitgliedsbeitrags in 1 000 € (gerundet)	Zusammen Spalte 4 + 5 in 1 000 €
	in Prozent	in Tausend-Fremdwährung (gerundet)	in 1 000 € (gerundet)		
1	2	3	4	5	6
Agentur für das Gemeinschaftsprogramm NATO E-3A im Zusammenhang mit der Modernisierung des luftgestützten Frühwarn- und Leitsystems der NATO (NATO Airborne Early Warning and Control Programme Management Agency - NAPMA) in Brunssum/Niederlande					
Verwaltungshaushalt..	27,5		4 800		4 800
Rechtsgrundlage: Vereinbarung Zweck: Organisation und Durchführung des Programms					

Die NAPMA ist eine selbstständige NATO-Agentur. Die Beiträge zu den Verwaltungskosten richten sich nach den Anteilen der Vertragsparteien am jeweiligen Gemeinschaftsprogramm.

1467 Versorgung der Beamtinnen und Beamten sowie der Richterinnen und Richter des Einzelplans 14

Vorbemerkung

Veranschlagt sind die Einnahmen und Ausgaben für Versorgungsberechtigte, deren Versorgungsanspruch auf dem Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder der Bundesregierung, dem Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Parlamentarischen Staatssekretäre, dem Gesetz über die Versorgung der Beamten und Richter des Bundes (BeamtVG) oder auf einem Vertrag mit dem Bund beruht.

Überblick zum Kapitel 1467	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	500	500	-		809
Übrige Einnahmen	250	250	-		748
Gesamteinnahmen	750	750	-		1 557
Ausgaben					
Personalausgaben	906 463	863 108	+43 355		846 406
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	14 257	9 500	+4 757		12 968
Gesamtausgaben	920 720	872 608	+48 112		859 374
davon nicht flexibilisiert	920 720	872 608	+48 112		859 374

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Einnahmen			
	Verwaltungseinnahmen			
119 57 -038	Vermischte Einnahmen	500	500	809
	Übrige Einnahmen			
232 57 -038	Beteiligung an den Versorgungslasten des Bundes	250	250	748
	Haushaltsvermerk: Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Kap. 1467.			
	Ausgaben			
	Haushaltsvermerk: 1. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig. 2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 232 57.			
	Personalausgaben			
431 57 -038	Versorgungsbezüge der Bundesminister, der Parlamentarischen Staatssekretärinnen und der Parlamentarischen Staatssekretäre sowie deren Hinterbliebenen	607	762	572
	Erläuterungen: Aus dem Titel werden auch Übergangsgelder für ehemalige Bundesminister (§ 14 Bundesministergesetz) und für ehemalige Parlamentarische Staatssekretärinnen und Parlamentarische Staatssekretäre (§ 6 ParlStG) gewährt.			
432 57 -038	Versorgungsbezüge	748 056	712 625	703 111
	Erläuterungen: Aus dem Titel werden auch die Bezüge der in den einstweiligen Ruhestand versetzten Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter vom Ersten des auf den Beginn des einstweiligen Ruhestandes folgenden Monats an gewährt. Aus dem Titel werden ferner die eigenständigen Versorgungsansprüche der geschiedenen Ehepartner und ihrer Hinterbliebenen nach Maßgabe des "Gesetzes zur Strukturreform des Versorgungsausgleichs (VAStrRefG)" vom 3. April 2009 (BGBl. I S. 700) sowie der einmalige Ausgleich gemäß § 48 BeamtVG gezahlt.			
434 57 -038	Zuführung an die Versorgungsrücklage	26 100	23 981	21 535

1467 Versorgung der Beamtinnen und Beamten sowie der Richterinnen und Richter des Einzelplans 14

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
443 57 -038	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen	600	640	140
446 57 -038	Beihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften	131 000	125 000	120 997
453 57 -038	Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen	100	100	51
	Erläuterungen: Umzugskostenvergütungen (vgl. § 4 Abs. 3 Bundesumzugskostengesetz).			
	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)			
632 57 -038	Abfindungen und Erstattungen des Bundes für Versorgungslasten	10 000	5 278	8 408
671 57 -038	Beteiligung an den Versorgungslasten der sonstigen Bereiche	4 257	4 222	4 560
	Erläuterungen: Nach dem Gesetz über die Militärseelsorge vom 26. Juli 1957 (BGBl. II S. 701) beteiligt sich der Bund an den Versorgungsbezügen der ehemaligen Militärgeistlichen.			

Vorbemerkung

Veranschlagt sind die Einnahmen und Ausgaben für Soldatinnen und Soldaten, deren Versorgungsanspruch auf dem Gesetz über die Versorgung der ehemaligen Soldaten der Bundeswehr und ihrer Hinterbliebenen (SVG) beruht sowie nach den Gesetzen zur Verbesserung der Personalstruktur in den Streitkräften.

Überblick zum Kapitel 1468	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen..	4 300	4 300	-		4 054
Übrige Einnahmen..	-	-	-		-
Gesamteinnahmen..	4 300	4 300	-		4 054
Ausgaben					
Personalausgaben..	4 186 856	4 136 799	+50 057		4 042 367
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	28 414	28 199	+215		29 140
Gesamtausgaben..	4 215 270	4 164 998	+50 272		4 071 507
davon nicht flexibilisiert..	4 215 270	4 164 998	+50 272		4 071 507

1468 Versorgung der Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Einnahmen			
	Verwaltungseinnahmen			
119 53 -039	Vermischte Einnahmen	4 300	4 300	4 054
	Übrige Einnahmen			
232 53 -039	Beteiligung an den Versorgungslasten des Bundes	-	-	-
	Haushaltsvermerk: Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Kap. 1468.			
	Ausgaben			
	Haushaltsvermerk: 1. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig. 2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 232 53.			
	Personalausgaben			
433 06 -039	Versorgungsbezüge der Soldatinnen und Soldaten nach den Gesetzen zur Verbesserung der Personalstruktur in den Streitkräften	9 559	21 853	41 086
	Erläuterungen: Weniger wegen Überführung von Versorgungsempfängern in die reguläre Versorgung			
433 53 -039	Versorgungsbezüge	2 826 665	2 764 428	2 714 970
	Erläuterungen: Aus dem Titel werden auch gewährt 1. die Bezüge der in den einstweiligen Ruhestand versetzten Soldatinnen und Soldaten vom Ersten des auf den Beginn des einstweiligen Ruhestandes folgenden Monats an, 2. der einmalige Ausgleich gemäß § 38 SVG, 3. die eigenständigen Versorgungsansprüche geschiedener Ehepartner und ihrer Hinterbliebenen nach Maßgabe des Gesetzes zur Strukturreform des Versorgungsausgleiches (VAStrRefG) vom 3. April 2009 (BGBl. I S. 700).			
433 54 -039	Übergangsbeihilfen, Übergangsgebührnisse und Ausgleichsbezüge	753 702	760 881	727 233
434 53 -039	Zuführung an die Versorgungsrücklage	110 041	95 837	91 781

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
443 01 -039	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen	3 000	3 000	4 415
	Erläuterungen: Unfallfürsorge nach dem SVG.			
446 53 -039	Beihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften	478 389	486 300	457 617
453 53 -039	Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen	5 500	4 500	5 265
	Erläuterungen: Umzugskostenvergütungen (vgl. § 62 SVG).			
	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)			
632 53 -039	Abfindungen und Erstattungen des Bundes für Versorgungslasten	28 414	28 199	29 140

14 Aufwandsentschädigungen, Besondere Personalausgaben

Haushaltsvermerk:

In den Personaltiteln dieses Einzelplans sind folgende Aufwandsentschädigungen und Besondere Personalausgaben veranschlagt:

1. **Aufwandsentschädigungen**

1.1 Dienstaufwandsentschädigung für den Bundesminister in Höhe von jährlich 3 681,30 € (monatlich 306,78 €) bei folgendem Titel:

Kap. 1401 Tit. 421 01.

1.2 Dienstaufwandsentschädigungen für die Parlamentarischen Staatssekretäre in Höhe von jährlich je 2 760,98 € (monatlich 230,08 €) bei folgendem Titel:

Kap. 1401 Tit. 421 01.

1.3 Dienstaufwandsentschädigungen für Offiziere in leitenden Stellen im Ausland bei folgendem Titel:

Kap. 1403 Tit. 423 01.

Die hierzu ergangenen Auflagen des Bundesministeriums des Innern sind entsprechend zu berücksichtigen.

1.4 Aufwandsentschädigung für Bedienstete bei der Deutschen NATO-Vertretung in Brüssel (analog den für die entsandten Bediensteten des diplomatischen Dienstes geltenden Grundsätzen) bei folgenden Titeln:

Kap. 1401 Tit. 422 01, 423 01 und 428 01.

1.5 Aufwandsentschädigung für die vom Dienst freigestellten Personalratsmitglieder und Vertrauenspersonen der schwerbehinderten Menschen bei folgenden Titeln:

Kap. 1401 Tit. 422 01, 423 01, 428 01,

Kap. 1403 Tit. 423 01,

Kap. 1404 Tit. 422 01 und 428 01.

1.6 Aufwandsentschädigung für Militärattaches, wehrtechnische Attaches und ihre Gehilfinnen und Gehilfen (analog den für die entsandten Bediensteten des diplomatischen Dienstes geltenden Grundsätzen) bei folgenden Titeln:

Kap. 1403 Tit. 423 01,

Kap. 1404 Tit. 422 01 und 428 01.

1.7 Grubenaufwandsentschädigungen bei folgenden Titeln:

Kap. 1403 Tit. 423 01, 423 02,

Kap. 1404 Tit. 422 01, 422 03 und 428 01.

1.8 Bekleidungsentschädigung bei angeordneter Teilnahme an Manövern, Übungen, Katastropheneinsätzen u. ä. bei folgenden Titeln:

Kap. 1404 Tit. 422 01, 422 03 und 428 01.

1.9 Aufwandsentschädigung an Bundesbeamtinnen und Bundesbeamte, Soldatinnen und Soldaten sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Fällen dienstlich veranlasster doppelter Haushaltsführung aus Anlass von Versetzungen und Abordnungen vom Inland in das Ausland, im Ausland und vom Ausland in das Inland bei folgenden Titeln:

Kap. 1401 Tit. 422 01, 423 01, 428 01,

Kap. 1403 Tit. 423 01, 423 02,

Kap. 1404 Tit. 422 01 und 428 01.

1.10 Aufwandsentschädigung an Soldatinnen und Soldaten sowie Beamtinnen und Beamte, die als Diensthundeführer der Bundeswehr eingesetzt sind bei folgenden Titeln:

Kap. 1403 Tit. 423 01 und

Kap. 1404 Tit. 422 01.

1.11 Aufwandsentschädigungen für Reservistinnen und Reservisten, die in ein Reservedienstverhältnis berufen werden, bei folgendem Titel:

Kap. 1403 Tit. 423 03.

2. **Besondere Personalausgaben**

2.1 Prüfungsvergütungen bei folgenden Titeln:

Kap. 1401 Tit. 422 01, 428 01,

Kap. 1403 Tit. 423 01,

Kap. 1404 Tit. 422 01 und 428 01.

2.2 Abfindungen bei folgenden Titeln:

Kap. 1401 Tit. 422 01 und

Kap. 1404 Tit. 422 01.

2.3 Übergangsgeld bei folgenden Titeln:

Kap. 1401 Tit. 422 01 und

Kap. 1404 Tit. 422 01.

2.4 Schul- und Kinderreisebeihilfen sowie Schulkostenbeiträge an die Träger einer allgemeinbildenden Schule im Inland für Kinder von grenznah im Ausland stationierten Bundeswehrangehörigen bei folgenden Titeln:

Kap. 1401 Tit. 422 01, 428 01,

Kap. 1403 Tit. 423 01,

Kap. 1404 Tit. 422 01 und 428 01.

2.5 Außer- und übertarifliche Leistungen an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die mit Einwilligung des BMF gewährt werden, bei folgenden Titeln:

Kap. 1401 Tit. 428 01 und

Kap. 1404 Tit. 428 01.

2.6 Betreuung aller Beschäftigten, die am Heiligen Abend nach 18 Uhr Dienst verrichten (zentral für den gesamten Geschäftsbereich) bei folgendem Titel:

Kap. 1401 Tit. 428 01.

2.7 Betreuung aller Beschäftigten in Auslandseinsätzen, die am Heiligen Abend nach 18 Uhr Dienst verrichten (zentral für den gesamten Geschäftsbereich) bei folgendem Titel:

Kap. 1403 Tit. 423 81.

2.8 Bekleidungsentschädigung an Beamtinnen und Beamte bei angeordneter Teilnahme an Manövern, Übungen u. a. (Beamtinnen und Beamte auf Soldatenwechselstellen) bei folgendem Titel:

Kap. 1403 Tit. 423 01.

2.9 Persönliche Zulage für Feuerwehrpersonal der Bundeswehr zum Ausgleich von Einkommenseinbußen infolge Einführung des modifizierten 2-Schichtdienstes bei folgendem Titel:

Kap. 1404 Tit. 428 01.

2.10 Zuschuss zum Krankenversicherungsbeitrag an Ortskräfte in den USA bei folgendem Titel:

Kap. 1404 Tit. 428 01.

2.11 Zuschuss zur betrieblichen Altersversorgung an nichtdeutsche Ortskräfte in den USA bei folgendem Titel:

Kap. 1404 Tit. 428 01.

2.12 Währungsbedingte Ausgleichszahlungen an deutsche Ortskräfte in den USA bei folgendem Titel:

Kap. 1404 Tit. 428 01.

2.13 Übungsvergütung für die Stollenwehr bei der wehrtechnischen Dienststelle 52 bei folgenden Titeln:

Kap. 1404 Tit. 422 01 und 428 01.

2.14 Besondere Zuwendungen an Beamtinnen und Beamte, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Soldatinnen und Soldaten, die ohne Dienstbezüge bei den Vereinten Nationen verwendet werden, wenn ohne diese Zuwendung qualifiziertes Personal für eine derartige Verwendung nicht gefunden werden kann, bei folgenden Titeln:

Kap. 1401 Tit. 422 01, 423 01, 428 01,

Kap. 1403 Tit. 423 01,

Kap. 1404 Tit. 422 01 und 428 01.

Die Regelungen nach § 54 BBesG sind analog anzuwenden.

2.15 Verfügungsfonds für vom Dienst freigestellte Gleichstellungsbeauftragte gem. § 18 Abs. 4 BGleiG oder § 18 Abs. 4 SGleiG in Höhe von bis zu jährlich je 312 € (monatlich 26 €) bei folgenden Titeln:

Kap. 1401 Tit. 422 01, 423 01, 428 01,

Kap. 1403 Tit. 423 01,

Kap. 1404 Tit. 422 01 und 428 01.

14 Übersicht 1
Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Kapitel, Titel (Titelgr.) sowie Zweckbestimmung	Ausgaben-soll 2014 1 000 €		a) Bis einschl. 31.12.2012 eingegangene Verpflichtungen fällig ab 2014 b) VE 2013 c) VE 2014 1 000 €	davon fällig 2014 1 000 €	2015 1 000 €	2016 1 000 €	2017 1 000 €	Folgejahre 1 000 €	in künftigen Haushaltsjahren 1 000 €
1	2		3	4	5	6	7	8	9
Kapitel 1401									
535 01 - Innere Führung und Sicherheits- und verteidigungspolitische Kommunikation	550	a)	200	100	100	-	-	-	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
Tgr. 55									
532 55 - Ausgaben für Aufträge und Dienstleistungen	740	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	395		275	120	-	-	-
812 55 - Erwerb von Datenverarbeitungsanlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, Software	907	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	50	50	-	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
Summe des Kapitels 1401	425 769	a)	200	100	100	-	-	-	-
		b)	50	50	-	-	-	-	-
		c)	395		275	120	-	-	-
Kapitel 1402									
686 03 - Förderung wissenschaftlicher, kultureller und sonstiger Einrichtungen durch die Bundeswehr	584	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	1 000		250	250	250	250	-
Summe des Kapitels 1402	61 069	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	1 000		250	250	250	250	-
Kapitel 1403									
538 01 - Nachwuchswerbung	30 000	a)	872	832	37	3	-	-	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
Tgr. 08									
547 81 - Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	215 000	a)	1 166	1 138	28	-	-	-	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
553 81 - Erhaltung von Wehrmaterial	280 000	a)	50 880	50 167	713	-	-	-	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
554 81 - Militärische Beschaffungen	75 000	a)	16 946	16 946	-	-	-	-	-
		b)	50 000	50 000	-	-	-	-	-
		c)	20 000		20 000	-	-	-	-
558 81 - Militärische Anlagen	15 000	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	2 500	2 500	-	-	-	-	-
		c)	2 500		2 500	-	-	-	-
538 02 - Transporte der Bundeswehr im In- und Ausland, soweit nicht an anderer Stelle des Epl. 14 veranschlagt	35 000	a)	1	1	-	-	-	-	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
539 99 - Vermischte Verwaltungsausgaben	9 850	a)	340	340	-	-	-	-	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-

Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Kapitel, Titel (Titelgr.) sowie Zweckbestimmung	Ausgaben-soll 2014 1 000 €	a) Bis einschl. 31.12.2012 eingegangene Verpflichtungen fällig ab 2014 b) VE 2013 c) VE 2014 1 000 €	davon fällig 2014 1 000 €	2015 1 000 €	2016 1 000 €	2017 1 000 €	Folgejahre 1 000 €	in künftigen Haushaltsjahren 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Tgr. 01								
514 12 - Arzneien, Verbandmittel, Brillen und orthopädische Hilfsmittel	84 000	a) 47	47	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
Tgr. 02								
521 21 - Betrieb und Unterhaltung der Schieß- und Übungsplätze	24 000	a) 11 517	11 517	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) 62 976		16 700	17 080	17 480	11 716	-
Summe des Kapitels 1403	8 652 844	a) 81 769	80 988	778	3	-	-	-
		b) 52 500	52 500	-	-	-	-	-
		c) 85 476		39 200	17 080	17 480	11 716	-
Kapitel 1404								
539 99 - Vermischte Verwaltungsausgaben	20 579	a) 879	755	38	38	48	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
811 01 - Erwerb von Fahrzeugen	1 147	a) 7	7	-	-	-	-	-
		b) 740	740	-	-	-	-	-
		c) 1 600		1 600	-	-	-	-
812 01 - Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	44 000	a) 14 959	14 959	-	-	-	-	-
		b) 36 030	24 080	8 700	3 250	-	-	-
		c) 28 300		8 700	9 800	9 800	-	-
Tgr. 55								
518 55 - Miete für Datenverarbeitungsanlagen, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Maschinen, Software	5 285	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 6 339	3 015	379	2 945	-	-	-
		c) 2 285		985	1 300	-	-	-
532 55 - Ausgaben für Aufträge und Dienstleistungen	140 153	a) 25 045	12 906	12 139	-	-	-	-
		b) 39 601	10 994	10 081	15 526	3 000	-	-
		c) 80 514		38 108	24 075	18 331	-	-
812 55 - Erwerb von Datenverarbeitungsanlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, Software	35 164	a) 4 946	1 961	1 935	1 050	-	-	-
		b) 8 968	1 386	2 665	4 917	-	-	-
		c) 20 610		11 260	7 350	2 000	-	-
Summe des Kapitels 1404	3 393 033	a) 45 836	30 588	14 112	1 088	48	-	-
		b) 91 678	40 215	21 825	26 638	3 000	-	-
		c) 133 309		60 653	42 525	30 131	-	-
Kapitel 1407								
514 03 - Betriebsstoff für die Bundeswehr	225 000	a) 25 688	24 929	759	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
531 01 - Kosten der Flugzieldarstellung und Charterkosten für Luftfahrzeuge	66 300	a) 105 011	45 303	45 512	7 143	6 513	540	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
553 19 - Betrieb des Bekleidungswesens	130 000	a) 71 000	71 000	-	-	-	-	-
		b) 281 000	59 000	140 000	82 000	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-

14 Übersicht 1
Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Kapitel, Titel (Titelgr.) sowie Zweckbestimmung	Ausgaben-soll 2014		a) Bis einschl. 31.12.2012 eingegangene Verpflichtungen fällig ab 2014 b) VE 2013 c) VE 2014	davon fällig					
				2014	2015	2016	2017	Folge-jahre	in künftigen Haushalts-jahren
	1 000 €		1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €
1	2		3	4	5	6	7	8	9
553 29 - Betrieb von Einrichtungen des Fernmeldewesens	27 000	a)	66 451	26 760	26 953	12 738	-	-	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
553 59 - Betreiber- und Vorhaltechartermodelle für Schiffe	12 100	a)	96 800	12 100	12 100	12 100	12 100	48 400	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
553 69 - Betreibermodelle und Vorhaltecharter für Flugzeuge, Flugkörper und flugtechnisches Gerät	116 875	a)	456 758	103 673	50 717	51 732	52 766	197 870	-
		b)	35 100	-	-	-	-	-	35 100
		c)	126 610		32 100	32 100	-	-	62 410
Tgr. 56									
532 56 - Ausgaben für Aufträge und Dienstleistungen	643 400	a)	3 483 000	1 173 200	1 165 600	1 144 200	-	-	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
553 39 - Betrieb der Fahrzeuge des Flottenmanagements	400 000	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	375 000	180 000	195 000	-	-	-	-
		c)	441 000		223 000	218 000	-	-	-
553 49 - Betrieb der Heeresinstandsetzungslogistik (HIL)	240 000	a)	9	9	-	-	-	-	-
		b)	300 000	240 000	60 000	-	-	-	-
		c)	1 015 000		270 000	340 000	360 000	45 000	-
Tgr. 01									
537 11 - Verwertung und Entsorgung von Material der Bundeswehr	11 900	a)	13 537	9 211	4 326	-	-	-	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
Summe des Kapitels 1407	2 059 046	a)	4 318 254	1 466 185	1 305 967	1 227 913	71 379	246 810	-
		b)	991 100	479 000	395 000	82 000	-	-	35 100
		c)	1 582 610		525 100	590 100	360 000	45 000	62 410
Kapitel 1409									
553 03 - Erhaltung der Bekleidung	1 400	a)	4	4	-	-	-	-	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
553 01 - Erhaltung des Sanitätsgeräts	41 000	a)	5 530	3 865	1 665	-	-	-	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
553 04 - Erhaltung des Fernmeldematerials	142 000	a)	44 762	37 429	5 459	1 510	364	-	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
553 05 - Erhaltung des Feldzeugmaterials, ausgenommen Munition sowie Fahrzeug- und Kampffahrzeugmaterial	142 000	a)	80 314	54 131	24 200	1 983	-	-	-
		b)	14 400	3 600	3 600	3 600	3 600	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
553 06 - Erhaltung der Munition und Ersatz von Munitionseinzelteilen	60 000	a)	148 399	38 172	25 177	18 229	20 240	46 581	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
553 07 - Erhaltung des Fahrzeug- und Kampffahrzeugmaterials der Streitkräfte	266 000	a)	131 141	79 539	15 731	15 186	11 820	8 865	-
		b)	77 500	10 000	18 000	18 000	18 000	13 500	-
		c)	-		-	-	-	-	-

Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Kapitel, Titel (Titelgr.) sowie Zweckbestimmung	Ausgaben-soll 2014 1 000 €		a) Bis einschl. 31.12.2012 eingegangene Verpflichtungen fällig ab 2014 b) VE 2013 c) VE 2014 1 000 €	davon fällig 2014 1 000 €	2015 1 000 €	2016 1 000 €	2017 1 000 €	Folgejahre 1 000 €	in künftigen Haushaltsjahren 1 000 €
1	2		3	4	5	6	7	8	9
553 08 - Erhaltung des Quartiermeistermaterials	26 000	a)	3 914	3 914	-	-	-	-	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
553 10 - Erhaltung von Schiffen, Betriebswasserfahrzeugen, Booten, schwimmendem und sonstigem Marinegerät	266 000	a)	33 395	27 498	5 084	433	380	-	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
553 11 - Erhaltung von Flugzeugen, Flugkörpern, Flugzeugrettungs-, Sicherheits- und sonstigem flugtechnischen Gerät	1 371 000	a)	629 936	358 362	131 938	50 832	26 560	62 244	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
Summe des Kapitels 1409	2 315 492	a)	1 077 395	602 914	209 254	88 173	59 364	117 690	-
		b)	91 900	13 600	21 600	21 600	21 600	13 500	-
		c)	-		-	-	-	-	-
Kapitel 1412									
517 01 - Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	596 100	a)	7 029	5 041	706	322	320	640	-
		b)	43 500	3 000	3 000	3 000	3 000	31 500	-
		c)	43 500		3 000	3 000	3 000	34 500	-
517 02 - Absicherung von Liegenschaften	209 000	a)	630	630	-	-	-	-	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
517 09 - Betreibermodelle im Liegenschaftsbereich	10 500	a)	121 729	8 509	8 509	8 509	8 509	87 693	-
		b)	1 041	72	72	72	72	753	-
		c)	808		60	60	60	628	-
518 01 - Mieten und Pachten	26 300	a)	18 609	-	1 893	1 508	1 240	13 968	-
		b)	30 000	3 000	3 000	3 000	3 000	18 000	-
		c)	27 000		3 000	3 000	3 000	18 000	-
518 02 - Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	2 612 000	a)	1 731 450	-	1 050 112	89 977	89 977	501 384	-
		b)	2 203 500	735 000	735 100	733 400	-	-	-
		c)	30 000		5 000	5 000	5 000	15 000	-
812 01 - Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	55 000	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	33 000	33 000	-	-	-	-	-
		c)	42 000		42 000	-	-	-	-
Tgr. 01									
558 11 - Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	490 000	a)	59 742	53 766	5 976	-	-	-	-
		b)	425 000	285 000	113 000	27 000	-	-	-
		c)	350 000		230 000	95 000	25 000	-	-
558 12 - Nationale Anteile bei den Infrastrukturmaßnahmen des NATO-Sicherheits-Investitionsprogramms	60 000	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	61 000	40 000	15 000	6 000	-	-	-
		c)	54 000		40 000	10 000	4 000	-	-
558 13 - Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	268 000	a)	200	200	-	-	-	-	-
		b)	167 000	121 000	46 000	-	-	-	-
		c)	195 000		142 000	53 000	-	-	-
Summe des Kapitels 1412	4 871 470	a)	1 939 389	68 146	1 067 196	100 316	100 046	603 685	-
		b)	2 964 041	1 220 072	915 172	772 472	6 072	50 253	-
		c)	742 308		465 060	169 060	40 060	68 128	-

14 Übersicht 1
Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Kapitel, Titel (Titelgr.) sowie Zweckbestimmung	Ausgaben-soll 2014		a) Bis einschl. 31.12.2012 eingegangene Verpflichtungen fällig ab 2014 b) VE 2013 c) VE 2014	davon fällig 2014	2015	2016	2017	Folgejahre	in künftigen Haushaltsjahren
	1 000 €		1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €
1	2		3	4	5	6	7	8	9
Kapitel 1416									
554 01 - Beschaffung von Sanitätsgerät sowie Beschaffung und Erneuerung der Vorräte an Arznei- und Verbandmitteln, Brillen und sonstigem Sanitätsverbrauchsmaterial	61 000	a)	903	903	-	-	-	-	-
		b)	13 500	10 500	3 000	-	-	-	-
		c)	22 000		10 000	5 000	3 000	4 000	-
554 02 - Beschaffung und Erneuerung der Verpflegungsvorräte	4 400	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	1 000	1 000	-	-	-	-	-
		c)	1 000		1 000	-	-	-	-
554 03 - Beschaffung von Bekleidung	25 000	a)	29 291	10 291	9 000	10 000	-	-	-
		b)	9 000	1 000	2 000	2 000	4 000	-	-
		c)	19 800		7 000	6 000	5 000	1 800	-
554 05 - Beschaffung von Fernmeldematerial	205 000	a)	229 017	129 990	62 928	28 068	1 548	6 483	-
		b)	55 000	20 000	30 000	5 000	-	-	-
		c)	199 800		60 000	60 000	60 000	19 800	-
554 06 - Beschaffung von Fahrzeugen für die Streitkräfte einschließlich des Zubehörs	125 000	a)	38 415	38 415	-	-	-	-	-
		b)	148 000	70 000	45 000	30 000	3 000	-	-
		c)	146 000		50 000	50 000	45 000	1 000	-
554 07 - Beschaffung von Kampffahrzeugen	180 000	a)	238 506	114 495	61 810	62 201	-	-	-
		b)	110 700	58 700	18 000	10 000	24 000	-	-
		c)	24 000		15 000	8 000	1 000	-	-
554 08 - Beschaffung von Munition	340 000	a)	473 124	152 922	137 074	134 512	37 982	10 634	-
		b)	469 000	95 000	60 000	15 000	115 000	184 000	-
		c)	68 000		35 000	30 000	3 000	-	-
554 10 - Beschaffung von Feldzeugmaterial, soweit nicht an anderer Stelle veranschlagt	275 000	a)	190 048	86 303	60 866	42 879	-	-	-
		b)	243 000	90 000	70 000	60 000	23 000	-	-
		c)	105 000		50 000	30 000	25 000	-	-
554 11 - Beschaffung von Quartiermeistermaterial	38 000	a)	3 908	3 908	-	-	-	-	-
		b)	39 000	20 000	16 000	3 000	-	-	-
		c)	23 000		8 000	15 000	-	-	-
554 12 - Beschaffung von Schiffen, Betriebswasserfahrzeugen, Booten, schwimmendem und sonstigem Marinegerät	600 000	a)	1 451 440	466 544	487 354	284 893	110 312	102 337	-
		b)	117 291	35 034	50 971	20 286	7 000	4 000	-
		c)	132 000		35 000	55 000	35 000	7 000	-
554 13 - Beschaffung von Flugzeugen, Flugkörpern, Flugzeugrettungs-, Sicherheits- und sonstigem flugtechnischen Gerät	450 000	a)	275 790	199 169	66 302	7 612	1 872	835	-
		b)	921 776	160 000	87 860	82 916	190 000	401 000	-
		c)	557 000		45 000	70 000	70 000	372 000	-
554 14 - Erneuerung Mittelstreckenluftfahrzeuge der Flugbereitschaft BMVg	-	a)	36 240	36 240	-	-	-	-	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
554 15 - Beschaffung des Waffensystems Unterstützungshubschrauber	155 000	a)	967 087	124 098	323 583	283 018	204 408	31 980	-
		b)	81 000	44 000	33 000	4 000	-	-	-
		c)	4 000		4 000	-	-	-	-
554 16 - Beschaffung NATO-Hubschrauber 90	117 000	a)	2 097 454	117 757	238 179	303 955	344 637	1 092 926	-
		b)	49 000	12 000	26 000	4 000	2 000	5 000	-
		c)	287 000		6 600	81 100	128 200	71 100	-

Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Kapitel, Titel (Titelgr.) sowie Zweckbestimmung	Ausgaben-soll 2014 1 000 €		a) Bis einschl. 31.12.2012 eingegangene Verpflichtungen fällig ab 2014 b) VE 2013 c) VE 2014 1 000 €	davon fällig 2014 1 000 €	2015 1 000 €	2016 1 000 €	2017 1 000 €	Folgejahre 1 000 €	in künftigen Haushaltsjahren 1 000 €
1	2		3	4	5	6	7	8	9
554 17 - Beschaffung des Waffensystems Eurofighter	650 000	a)	3 149 045	693 083	570 878	341 771	242 428	1 300 885	-
		b)	865 000	88 000	119 000	407 000	191 000	60 000	-
		c)	860 000		151 000	441 000	196 000	72 000	-
554 18 - Beschaffung des Großraumtransportflugzeuges A400M	900 000	a)	6 748 732	1 004 069	921 301	1 206 476	1 199 592	2 417 294	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	171 000		56 000	41 000	59 000	15 000	-
554 20 - Beschaffung Schützenpanzer PUMA	250 000	a)	3 064 750	552 982	534 304	502 411	484 622	990 431	-
		b)	79 000	18 000	15 000	42 000	1 000	3 000	-
		c)	187 000		90 000	56 000	27 000	14 000	-
Summe des Kapitels 1416	4 375 400	a)	18 993 750	3 731 169	3 473 579	3 207 796	2 627 401	5 953 805	-
		b)	3 201 267	723 234	575 831	685 202	560 000	657 000	-
		c)	2 806 600		623 600	948 100	657 200	577 700	-
Kapitel 1420									
551 01 - Wehrtechnische Forschung und Technologie	300 000	a)	72 938	52 982	18 114	1 842	-	-	-
		b)	190 000	70 000	70 000	40 000	10 000	-	-
		c)	210 000		70 000	70 000	60 000	10 000	-
551 02 - Wehrmedizinische, wehrpsychologische und sonstige militärische Forschung	4 000	a)	858	540	318	-	-	-	-
		b)	3 500	1 000	1 000	1 500	-	-	-
		c)	6 000		2 500	2 000	1 500	-	-
551 03 - Zukunfts- und Weiterentwicklung der Bundeswehr	11 000	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	5 400	3 000	1 800	600	-	-	-
		c)	8 600		5 000	2 700	900	-	-
551 11 - Wehrtechnische Entwicklung und Erprobung	230 000	a)	149 534	120 132	28 991	411	-	-	-
		b)	262 300	17 300	45 000	40 000	50 000	110 000	-
		c)	245 000		60 000	90 000	90 000	5 000	-
551 12 - Entwicklung und Erprobung auf den Gebieten des Sanitätsdienstes, des Verpflegungs- und Bekleidungswesens sowie der Unterkunft und des Bauwesens	3 355	a)	276	207	69	-	-	-	-
		b)	3 700	1 000	1 500	1 200	-	-	-
		c)	4 400		1 700	1 500	1 200	-	-
551 16 - Entwicklung des Kampfflugzeuges MRCA	45 000	a)	11 048	6 656	4 204	188	-	-	-
		b)	17 000	5 000	10 000	2 000	-	-	-
		c)	34 200		16 000	14 000	3 200	1 000	-
551 18 - Entwicklung des Waffensystems Eurofighter	235 000	a)	109 428	96 829	12 599	-	-	-	-
		b)	165 000	30 000	35 000	30 000	30 000	40 000	-
		c)	245 000		20 000	30 000	30 000	165 000	-
Tgr. 02									
894 21 - Investitionen	16 870	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	7 800	3 000	3 000	1 800	-	-	-
		c)	4 800		3 000	1 800	-	-	-
Tgr. 04									
687 41 - Betrieb	18 300	a)	3 275	3 275	-	-	-	-	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
896 41 - Investitionen	2 824	a)	706	706	-	-	-	-	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-

14 Übersicht 1
Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Kapitel, Titel (Titelgr.) sowie Zweckbestimmung	Ausgaben-soll 2014		a) Bis einschl. 31.12.2012 eingegangene Verpflichtungen fällig ab 2014 b) VE 2013 c) VE 2014	davon fällig 2014	2015	2016	2017	Folgejahre	in künftigen Haushaltsjahren
	1 000 €		1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €
1	2		3	4	5	6	7	8	9
Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel									
551 04 - Transformationsprozess der Bundeswehr	-	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	3 200	2 000	900	300	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
Summe des Kapitels 1420	952 409	a)	348 063	281 327	64 295	2 441	-	-	-
		b)	657 900	132 300	168 200	117 400	90 000	150 000	-
		c)	758 000		178 200	212 000	186 800	181 000	-
Kapitel 1422									
687 05 - Beitrag zu den Kosten von der Bundeswehr mitbenutzter militärischer Anlagen	70 047	a)	453	183	270	-	-	-	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
Tgr. 03									
559 31 - Beitrag zu den Beschaffungskosten	26 900	a)	79 700	20 000	20 000	19 000	15 800	4 900	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
Summe des Kapitels 1422	593 154	a)	80 153	20 183	20 270	19 000	15 800	4 900	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
Summe des Einzelplans 14	32 835 676	a)	26 884 809	6 281 600	6 155 551	4 646 730	2 874 038	6 926 890	-
		b)	8 050 436	2 660 971	2 097 628	1 705 312	680 672	870 753	35 100
		c)	6 109 698		1 892 338	1 979 235	1 291 921	883 794	62 410

Personalhaushalt

Einzelplan 14

Bundesministerium der Verteidigung

Inhalt

Kapitel	B e z e i c h n u n g	Seite
	Vorbemerkungen zum Personalhaushalt	140
	Gesamtübersicht	141
1401	Bundesministerium	143
1403	Kommandobehörden, Truppen, Sozialversicherungsbeiträge und Fürsorgemaßnahmen für Soldatinnen und Soldaten	147
1404	Bundeswehrverwaltung, Universitäten der Bundeswehr, Militärseelsorge und Rechtspflege sowie Personalausgaben für das Zivilpersonal bei den Kommandobehörden, Truppen usw.	153
	Übersichten	
	Darstellung der den Planstellen zugeordneten Amtsbezeichnungen	158
	Stellenübersichten der Zuwendungsempfänger:	
1403	Kommandobehörden, Truppen, Sozialversicherungsbeiträge und Fürsorgemaßnahmen für Soldatinnen und Soldaten	164

Vorbemerkungen zum Personalhaushalt

1. AT B ist die Kurzbezeichnung für Arbeitsverhältnisse mit Verträgen nach Anlage 1a oder 1b des BMI-Rundschreibens vom 18. November 2005 - D II 2 - 220 234 - in der jeweils geltenden Fassung.

2. Anzahl der im Haushaltsjahr 2012 eingesetzten Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen (umgerechnet auf vollbeschäftigte Arbeitskräfte im Haushaltsjahr) und Auszubildende (Jahresdurchschnitt):

Kapitel	Titel	Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen	Auszubildende
1401	427 09	5,0	-
1404	427 09	287,0	4.120,0
1404	427 19	-	-
1404	427 89	377,0	-
Zusammen		669,0	4.120,0

3. Arbeitsplatzbeschreibungen für alle Stellen der Gruppe 428 des Einzelplans (einschließlich der Stellen der institutionell geförderten Zuwendungsempfänger/Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO) liegen vor.

Gesamtübersicht

Planstellen, Stellen, Leerstellen der Soldatinnen und Soldaten

Kap.	Dienststelle	Berufs- und Zeitsoldatinnen und -soldaten Tit. 423 .1		Freiwillig Wehrdienst Leistende Tit 423 .2		Reservistendienst Leistende Tit. 423 .3		Soldatinnen und Soldaten Zusammen (Sp. 3 bis 8)	
		2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
	Planstellen und Stellen								
1401	Bundesministerium	924,0	923,0	-	-	-	-	924,0	923,0
1403	Kommandobehörden, Truppen, Sozialversicherungsbeiträge und Fürsorgemaßnahmen für Soldatinnen und Soldaten	187 054,0	190 322,0	12 500,0	12 500,0	2 500,0	2 500,0	202 054,0	205 322,0
	Zusammen	187 978,0	191 245,0	12 500,0	12 500,0	2 500,0	2 500,0	202 978,0	206 245,0
	Leerstellen								
1401	Bundesministerium	17,0	17,0	-	-	-	-	17,0	17,0
1403	Kommandobehörden, Truppen, Sozialversicherungsbeiträge und Fürsorgemaßnahmen für Soldatinnen und Soldaten	2 176,0	1 706,0	-	-	-	-	2 176,0	1 706,0
	Zusammen	2 193,0	1 723,0	-	-	-	-	2 193,0	1 723,0

Planstellen, Stellen, Leerstellen

Kap.	Behörde	Beamtinnen und Beamte Tit. 422 .1		Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Tit. 428 .1		Zusammen (Spalten 3 bis 6)	
		2014	2013	2014	2013	2014	2013
1	2	3	4	5	6	7	8
	Planstellen und Stellen						
1401	Bundesministerium	1 193,0	1 296,0	542,0	583,0	1 735,0	1 879,0
1404	Bundeswehrverwaltung, Universitäten der Bundeswehr, Militärseelsorge und Rechtspflege sowie Personalausgaben für das Zivilpersonal bei den Kommandobehörden, Truppen usw.	24 984,0	25 587,0	60 794,0	62 768,0	85 778,0	88 355,0
	Zusammen	26 177,0	26 883,0	61 336,0	63 351,0	87 513,0	90 234,0
	Leerstellen						
1401	Bundesministerium	62,0	66,0	16,0	22,0	78,0	88,0
1404	Bundeswehrverwaltung, Universitäten der Bundeswehr, Militärseelsorge und Rechtspflege sowie Personalausgaben für das Zivilpersonal bei den Kommandobehörden, Truppen usw.	506,0	552,0	353,0	371,0	859,0	923,0
	Zusammen	568,0	618,0	369,0	393,0	937,0	1 011,0

ku- und kw-Vermerke

Kap.	Dienststelle	Zusammen	davon fällig					Ersatz(plan)-stellen	Sonstige
			2014	2015	2016	2017	2018 ff.		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
	ku-Vermerke								
1403	Kommandobehörden, Truppen, Sozialversicherungsbeiträge und Fürsorgemaßnahmen für Soldatinnen und Soldaten	11,0	2,0	2,0	3,0	4,0	-	-	-
	kw-Vermerke								
1401	Bundesministerium	2,0	-	1,0	-	-	-	-	1,0
1403	Kommandobehörden, Truppen, Sozialversicherungsbeiträge und Fürsorgemaßnahmen für Soldatinnen und Soldaten	5,0	1,0	2,0	1,0	-	-	-	1,0
1404	Bundeswehrverwaltung, Universitäten der Bundeswehr, Militärseelsorge und Rechtspflege sowie Personalausgaben für das Zivilpersonal bei den Kommandobehörden, Truppen usw.	6,0	-	-	-	-	6,0	-	-
	Zusammen	13,0	1,0	3,0	1,0	-	6,0	-	2,0

14 Gesamtübersicht

Institutionell geförderte Zuwendungsempfänger / Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO

Kap.	Kapitelbezeichnung	Stellen mit Dauerarbeitskräften besetzbar				Stellen für Arbeitskräfte mit befristeten Arbeitsverträgen	
		Tit. 422 .1, 425 .1, 426 .1, 428 .1 sowie entsprechende Kontierung im Wirtschaftsplan		Tit. 425 .1, 426 .1, 428 .1 (Projektförderung / Aufträge Dritter)		Tit. 427 .9 (Projektförderung / Aufträge Dritter)	
		2014	2013	2014	2013	2014	2013
1	2	3	4	5	6	7	8
1403	Kommandobehörden, Truppen, Sozialversicherungsbeiträge und Fürsorgemaßnahmen für Soldatinnen und Soldaten..................................	227,0	227,0	-	-	-	-

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr: Neue Stellen, Stellenwegfall ohne ku/ kw-Vermerke +	-	und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken +	-	Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken +	-	Hebungen, Herabstufungen +	-	Umwandlungen, Umsetzungen +	-	von Sp. 2 entfallen auf Funktionsgruppen
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Beamtinnen und Beamte														
B 11	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 9	5,0	6,0	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-
B 7	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 6	21,0	20,0	18,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 3	77,0	85,0	79,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	8,0	-
A 16	28,0	34,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	6,0	-
A 15	297,0	297,0	301,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 14	72,0	72,0	26,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 h	-	-	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g+Z	10,0	10,0	10,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g	233,0	276,0	274,0	-	11,0	-	-	-	-	-	-	-	32,0	-
A 12	67,0	71,0	44,0	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	3,0	-
A 11	21,0	23,0	13,0	-	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 10	8,0	8,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 g	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m+Z	55,0	60,0	53,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	5,0	-
A 9 m	130,0	138,0	118,0	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	7,0	-
A 8	68,0	79,0	38,0	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	10,0	-
A 7	8,0	9,0	2,0	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 6	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 6 e	39,0	53,0	48,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	14,0	-
A 5	51,0	52,0	38,0	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	1 193,0	1 296,0	1 083,0	1,0	18,0	-	-	-	-	-	-	-	86,0	-
Titel 423 01														
Soldatinnen und Soldaten														
B 10	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 9	5,0	4,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-
B 7	5,0	5,0	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 6	14,0	14,0	14,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 3	75,0	75,0	75,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 16	22,0	22,0	22,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 15	408,0	408,0	408,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 14	146,0	146,0	146,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13	74,0	74,0	74,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 12	45,0	45,0	45,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 10	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 +Z	72,0	72,0	72,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 (StFw)	56,0	56,0	56,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	924,0	923,0	923,0	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
AT B	1,0	1,0	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 15	8,0	8,0	13,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 14	11,0	11,0	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 13	13,0	13,0	10,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 12	20,0	20,0	25,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 11	11,0	12,0	23,0	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 9	29,0	34,0	30,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	5,0	-
E 8	168,0	168,0	186,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 7	5,0	5,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 6	143,0	162,0	145,0	-	4,0	-	-	-	-	-	-	-	15,0	-
E 5	133,0	149,0	97,0	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	15,0	-
E 4	-	-	16,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 3	-	-	29,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 2	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	541,0	582,0	583,0	-	6,0	-	-	-	-	-	-	-	35,0	-
Insgesamt	542,0	583,0	588,0	-	6,0	-	-	-	-	-	-	-	35,0	-

1401 Bundesministerium

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 422 01

1. **Zu A 14:**

   Davon dürfen aus zwingenden dienstlichen Gründen bis zu 30 Planstellen mit einer entsprechenden Anzahl von Planstellen der Bes.-Gr. A 15 des nachgeordneten Bereichs bei Kap. 1404 ausgetauscht werden.

2. **Zu A 9 m:**

   Davon dürfen aus zwingenden dienstlichen Gründen bis zu 5 Planstellen mit einer entsprechenden Anzahl von Planstellen der Bes.-Gr. A 9 m+Z des Kap. 1404 ausgetauscht werden.

3. **Wechselstellen:**

   Die folgenden Planstellen dürfen mit fachlich ausgebildeten Soldatinnen oder Soldaten besetzt werden:

   2 B 9 - für AL P und AL Politik -, **3** B 6 - für UAL P II, UAL Politik II **und Ltr AG Attraktivität / Sekr. SB Attraktivität** -, 17 B 3, 3 A 16, 45 A 15, 6 A 14, 1 A 13 h, 10 A 13 g, 2 A 12, 2 A 11, 2 A 9 m+Z, 1 A 9 m (Zusammen: **94**).

Zu Titel 423 01

1. **Zu B 3:**

   Die Planstellen dürfen aus zwingenden dienstlichen Gründen mit einer entsprechenden Anzahl von Planstellen der Bes.-Gr. A 16 des nachgeordneten Bereichs bei Kap. 1403 ausgetauscht werden.

2. **Zu A 14:**

   Davon dürfen aus zwingenden dienstlichen Gründen bis zu 25 Planstellen mit einer entsprechenden Anzahl von Planstellen der Bes.-Gr. A 15 des nachgeordneten Bereichs bei Kap. 1403 ausgetauscht werden.

3. **Zu A 13:**

   Nur für Offiziere des militärfachlichen Dienstes.

4. **Zu A 12:**

   Davon 41 Planstellen für Offiziere des militärfachlichen Dienstes.

   Davon dürfen aus zwingenden dienstlichen Gründen bis zu 15 Planstellen mit einer entsprechenden Anzahl von Planstellen der Bes.-Gr. A 13 des nachgeordneten Bereichs bei Kap. 1403 ausgetauscht werden.

5. **Zu A 10:**

   Nur für Offiziere des militärfachlichen Dienstes.

6. **Zu A 9:**

   Davon dürfen aus zwingenden dienstlichen Gründen bis zu 10 Planstellen mit einer entsprechenden Anzahl von Planstellen der Bes.-Gr. A 9 + Z des nachgeordneten Bereichs bei Kap. 1403 ausgetauscht werden.

7. **Wechselstellen:**

   Die folgenden Planstellen dürfen mit fachlich ausgebildeten Beamtinnen, Beamten oder Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmern besetzt werden: **1 B 9 - für AL P,** 1 B 7 - für StV AL P -, 1 B 6 für UAL PI, 4 B 3, 4 A 16, 12 A 15, 16 A 14, 2 A 13, 3 A 12, 8 A 9 +Z, 13 A 9 (Zusammen: **65**).

Erläuterungen:

Zu Titel 422 01

Zu Spalte 4:
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
2,0 B6; 3,0 B3; 10,0 A15; 5,0 A14; 2,0 A12; 8,0 A11; 7,0 A10; 25,0 A8; 7,0 A7 (Zusammen: 69,0).

Daneben werden 131,0 beamtete Hilfskräfte (Tit. 422 02) beschäftigt.

Zu Spalte 2:
Davon Planstellen für Auslandsdienststellen:3 B 3, 5 A 15, 2 A 13 g, 1 A 12, 2 A 9 m (Zusammen: 13).

Zu Titel 423 01

Zu Spalte 2:
Davon Planstellen für Auslandsdienststellen:
2 B 6, 2 B 3, 1 A 16, 4 A 15, 2 A 13/14, 1 A 10, 1 A 9 SF (Zusammen: 13).

Die Gesamtzahl dieser Planstellen darf um bis zu 5 Prozent überschritten werden. Das gilt nicht für Planstellen der Besoldungsordnung B. Das Bundesministerium der Finanzen kann bei unabweisbarem Bedarf Ausnahmen zulassen.

Zu Titel 428 01

Zu Spalte 4:
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
5,0 ATB; 10,0 E15; 5,0 E14; 2,0 E12; 2,0 E11; 13,0 E9; 18,0 E8; 14,0 E6 (Zusammen: 69,0).

Zu Spalte 2:
Davon Stellen für Auslandsdienststellen:1 E 8, 2 E 6 (Zusammen: 3).

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 422 01				
			1.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
B 3.....................	2,0	2,0	1.1	NETMA
A 15...................	3,0	1,0		
A 13 g................	-	2,0		
B 6.....................	-	-	1.2	BwFuhrparkService GmbH
B 3.....................	-	1,0		
A 15...................	-	1,0		
B 3.....................	-	1,0	1.4	BWI Informationstechnik GmbH
A 15...................	2,0	2,0		
A 13 g................	2,0	2,0		
A 9 m.................	1,0	1,0		
B 3.....................	1,0	1,0	1.6	Deutsch-Französisches Forschungsinstitut St. Louis (ISL)
A 13 g................	1,0	1,0		
A 8.....................	-	1,0	1.9	EU-Kommission
A 15...................	1,0	1,0	1.10	NATO C 3-Agency
B 3.....................	-	1,0	1.11	CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages
A 13 g................	1,0	1,0	1.14	Verband der Beamten der Bundeswehr e. V.
A 15...................	2,0	2,0	1.15	NAGSMA
A 13 g................	-	1,0		
A 15...................	1,0	1,0	1.16	NAHEMA
A 15...................	1,0	1,0	1.17	Headquarters Allied Force Command Heidelberg
A 15...................	2,0	-	1.19	Gesellschaft für Entwicklung, Beschaffung und Betrieb mbH (g.e.b.b.)
A 13 g................	1,0	2,0		
A 15...................	4,0	3,0	1.20	OCCAR
A 13 g................	6,0	5,0		
A 9 m+Z.............	1,0	1,0		
A 9 m.................	1,0	1,0		
A 13 g	2,0	1,0	1.21	NAMEADSMA
A 16...................	2,0	1,0	1.22	Fernleitungsbetriebsgesellschaft mbH (FBG)
A 15...................	-	1,0		
B 3.....................	-	1,0	1.23	European Defence Agency (EDA)
B 3.....................	1,0	1,0	1.24	Gesellschaft zur Entsorgung von chemischen Kampfstoffen und Rüstungsaltlasten mbH (GE-KA mbH), Munster
A 14...................	1,0	1,0	1.25	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
A 13 g................	1,0	-	1.26	HIL GmbH (Heeres Instandsetzungs Logistik)
B 3.....................	1,0	-	1.27	NCIA
Zusammen.........	41,0	42,0		
			2.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	8,0	12,0	2.1	gemäß §§ 90, 92, 95 BBG, § 7 DBeglG, § 6 MuSchEltZV, § 24 GAD
			3.	**Sonstige Beurlaubung**
B 3.....................	1,0	-	3.1	Bundeskanzleramt
A 16...................	1,0	1,0		
A 15...................	2,0	1,0		
A 13 g................	1,0	1,0		
A 9 m+Z.............	2,0	2,0		
A 9 m.................	5,0	5,0		
A 16...................	1,0	1,0	3.2	Bundespräsidialamt
A 13 g	-	1,0		
Zusammen.........	13,0	12,0		
Insgesamt..........	62,0	66,0		
Zu Titel 423 01				
			1.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
A 16...................	1,0	-	1.1	Fernleitungsbetriebsgesellschaft mbH (FBG)
A 15...................	1,0	-	1.2	Internationaler Stab (IS) der NATO
B 6.....................	1,0	1,0	1.5	NAPMA
A 16...................	1,0	2,0		
A 15...................	1,0	-		
A 16...................	1,0	1,0	1.6	NACMA
A 15...................	1,0	1,0	1.8	BWI Informationstechnik GmbH

1401 Bundesministerium

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
A 13	2,0	2,0		
A 15	1,0	1,0	1.17	EUROCONTROL
A 15	1,0	1,0	1.19	NAMSA
A 15	-	1,0	1.20	OCCAR
B 3	1,0	1,0	1.21	CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages
A 15	-	1,0	1.23	NATO HQ
B 6	1,0	1,0	1.24	HIL GmbH (Heeres Instandsetzungs Logistik)
A 9	-	1,0	1.25	European Chemicals Agency (ECHA)
A 13	2,0	2,0	1.26	NETMA
A 15	-	1,0	1.27	Vereinte Nationen (VN)
B 3	1,0	-	1.28	NAHEMA
Zusammen	16,0	17,0		
			2.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen	1,0	-	2.1	gemäß §§ 28 Abs. 5 und 7, 28a SG
Insgesamt	17,0	17,0		

Zu Titel 428 01

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
			1.	**Sonstige Beurlaubung**
E 14	1,0	1,0	1.1	Bundeskanzleramt
E 11	1,0	1,0		
E 8	2,0	2,0		
E 5	2,0	2,0		
Zusammen	6,0	6,0		
			2.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen	8,0	14,0	2.1	gemäß § 28 TVöD, § 9 UmzugsTV, § 15 BEEG, § 24 GAD
			3.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
AT (B 3)	1,0	1,0	3.1	SPD-Fraktion des Deutschen Bundestages
E 8	1,0	1,0	3.2	CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages
Zusammen	2,0	2,0		
Insgesamt	16,0	22,0		

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014		2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Soll	Ersatz-(plan)st.				
1	2	3	4	5	6	7

Zu Titel 422 01

Bes.-/ E.-Gr.	Soll	Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung
					kw	
				1.	**kw**	
A 15	1,0	-	1,0	1.2	-	-
				2.	**kw 01.06.2015**	
B 6	1,0	-	1,0	2.1	-	-
Zusammen	2,0	-	2,0			

Planstellen-/Stellenübersicht														
Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr										von Sp. 2 entfallen auf Funk- tions- gruppen
				Neue Stellen, Stellenwegfall				Wirksam- werden von ku- und kw- Vermerken		Hebungen, Herab- stufungen		Umwand- lungen, Umsetzungen		
				ohne ku/ kw-Vermerke		und Umsetzun- gen mit ku/ kw-Vermerken								
				+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 423 01														
Soldatinnen und Soldaten														
B 10	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 9	19,0	23,0	19,0	-	2,0	-	-	-	1,0	-	-	-	1,0	-
B 7	43,0	41,0	42,0	1,0	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-
B 6	113,0	114,0	117,0	-	2,0	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-
B 3	265,0	263,0	263,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 2	1,0	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 16	882,0	878,0	878,0	5,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 15	2 887,0	2 844,0	2 813,0	43,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 14	5 929,0	5 907,0	5 928,0	22,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13	3 362,0	3 434,0	3 387,0	-	72,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 12	2 976,0	2 876,0	2 872,0	100,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 11	7 629,0	7 639,0	7 603,0	-	10,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 10	7 857,0	7 957,0	6 979,0	-	100,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9	5 073,0	5 328,0	4 602,0	-	255,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 +Z	4 096,0	4 096,0	4 086,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 (StFw)	9 702,0	9 702,0	9 708,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 8 +Z	22 299,0	22 299,0	23 887,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 7 +Z	26 853,0	27 853,0	20 984,0	-	1 000,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 7	16 942,0	16 942,0	19 044,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 6	20 604,0	22 604,0	18 967,0	-	2 000,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 5	6 887,0	6 887,0	4 702,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 5 + Z	13 481,0	11 244,0	3 496,0	2 237,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 5 (StG)	13 481,0	11 921,0	15 983,0	1 560,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 4 +Z	7 401,0	11 038,0	14 960,0	-	3 637,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 4	4 176,0	4 336,0	3 165,0	-	160,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 3 +Z	2 181,0	2 181,0	1 121,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 3	1 913,0	1 913,0	864,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	187 054,0	190 322,0	176 472,0	3 971,0	7 239,0	1,0	-	1,0	1,0	-	-	-	1,0	-
Titel 423 02 - Erläuterungen														
Freiwillig Wehrdienstleistende														
Hauptgefreite	5 000,0	5 000,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Obergefreite	3 750,0	3 750,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gefreite	1 875,0	1 875,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Grenadiere usw.	1 875,0	1 875,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	12 500,0	12 500,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Titel 423 03 - Erläuterungen														
Reservistendienst Leistende														
im Jahresdurch- schnitt	2 500,0	2 500,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 423 01

1. **Zu B 9:**

   Eine Planstelle kann wechselseitig für den Kommandierenden General des EUROKORPS oder den Stellvertretenden Kommandierenden General oder den Chef des Stabes dieser Kommandobehörde genutzt werden. Bei Verwendung der Planstelle für den Stellvertretenden Kommandierenden General dürfen nur Bezüge nach Bes.-Gr. B 7 und bei Verwendung der Planstelle für den Chef des Stabes dürfen nur Bezüge nach Bes.-Gr. B 6 bezahlt werden.

2. **Zu B 9:**

   Eine Planstelle kann wechselseitig für den Kommandierenden General des "Multinational Corps Northeast" (MNC NE) oder den Stellvertretenden Kommandierenden General oder den Chef des Stabes dieser Kommandobehörde genutzt werden. Bei Verwendung der Planstelle für den Stellvertretenden Kommandierenden General dürfen nur Bezüge nach Bes.-Gr. B 7 und bei Verwendung der Planstelle für den Chef des Stabes dürfen nur Bezüge nach Bes.-Gr. B 6 bezahlt werden.

1403 Kommandobehörden, Truppen, Sozialversicherungsbeiträge und Fürsorgemaßnahmen für Soldatinnen und Soldaten

3. **Zu B 9:**

Eine Planstelle kann wechselseitig für den Kommandierenden General des Deutsch-/Niederländischen-Korps oder den Stellvertretenden Kommandierenden General dieser Kommandobehörde genutzt werden. Bei Verwendung der Planstelle für den Stellvertretenden Kommandierenden General dürfen jedoch nur Bezüge nach Bes.-Gr. B 7 bezahlt werden.

4. **Zu B 9:**

wird keiner der in den Nummern 1. bis **3.** genannten Dienstposten besetzt, können aus der Planstelle der Bes.-Gr. B 9 Bezüge nach Bes.-Gr. B 6 aus Anlass der Verwendung auf einem anderen Dienstposten gezahlt werden.

5. **Zu B 7:**

Davon

kann eine Planstelle wechselseitig für den Kommandeur der NATO-Frühwarnflotte bei SHAPE oder den Kommandeur des NATO-AEW-Verband (E-3A) genutzt werden, bei Verwendung der Planstelle für die zuletzt genannte Aufgabe dürfen jedoch nur Bezüge nach Bes.-Gr. B 6 gezahlt werden.

6. **Zu B 7:**

Eine Planstelle kann wechselseitig für den Chef des Stabes (COS) des Kommandos der Alliierten Luftstreitkräfte (Air Command (AC) Ramstein) oder den Stellvertretenden Chef des Stabes für Operationen (DCOS Ops) dieser Kommandobehörde genutzt werden. Bei Verwendung der Planstelle für den DCOS Ops dürfen nur Bezüge nach Bes.-Gr. B 6 gezahlt werden.

7. **Zu A 16:**

Die Planstellen dürfen aus zwingenden dienstlichen Gründen mit einer entsprechenden Anzahl von Planstellen der Bes.-Gr. B 3 des Bundesministeriums der Verteidigung (Kap. 1401) ausgetauscht werden.

8. **Zu A 15:**

Davon

dürfen aus zwingenden dienstlichen Gründen bis zu 25 Planstellen mit einer entsprechenden Anzahl von Planstellen der Bes.-Gr. A 14 des Bundesministeriums der Verteidigung (Kap. 1401) ausgetauscht werden.

9. **Zu A 13:**

Davon

bis zu 246 Planstellen für Offiziere des militärfachlichen Dienstes.

Davon dürfen aus zwingenden dienstlichen Gründen bis zu 15 Planstellen mit einer entsprechenden Anzahl von Planstellen der Bes.-Gr. A 12 des Bundesministeriums der Verteidigung (Kap. 1401) ausgetauscht werden.

10. **Zu A 12 bis A 9:**

Die Planstellen für Offiziere des Truppen- und des militärfachlichen Dienstes dürfen in Höhe von bis zu 25 Prozent wechselseitig in Anspruch genommen werden.

11. **Zu A 12:**

Davon

bis zu **1 078** Planstellen für Offiziere des militärfachlichen Dienstes.

12. **Zu A 11:**

Davon

bis zu 200 Planstellen für Soldatinnen oder Soldaten auf Zeit in der Berufsförderung,

bis zu 4198 Planstellen für Offiziere des militärfachlichen Dienstes.

13. **Zu A 10:**

Davon

bis zu **3 863** Planstellen für Offiziere des militärfachlichen Dienstes.

14. **Zu A 9:**

Davon

bis zu **979** Planstellen für Offiziere des militärfachlichen Dienstes.

Das Planstellensoll darf zeitweise um bis zu 700 mit der Maßgabe überschritten werden, dass es im Jahresdurchschnitt eingehalten wird.

15. **Zu A 9 + Z:**

Davon

dürfen aus zwingenden dienstlichen Gründen bis zu 10 Planstellen mit einer entsprechenden Anzahl von Planstellen der Bes.-Gr. A 9 des Bundesministeriums der Verteidigung (Kap. 1401) ausgetauscht werden.

16. **Zu A 8 + Z:**

Davon

bis zu 500 Planstellen für Soldatinnen oder Soldaten auf Zeit in der Berufsförderung,

bis zu 391 Planstellen für Soldaten der Spezialkräfte,

bis zu 2 160 Planstellen für Offiziersanwärterinnen oder Offiziersanwärter. Das Planstellensoll für Offiziersanwärterinnen und Offiziersanwärter darf zeitweise um bis zu 970 mit der Maßgabe überschritten werden, dass es im Jahresdurchschnitt eingehalten wird.

17. **Zu A 7 + Z:**

Davon

bis zu 6 300 Planstellen für Soldatinnen oder Soldaten auf Zeit in der Berufsförderung.

18. **Zu A 7:**

Davon

bis zu 3 300 Planstellen für Soldatinnen oder Soldaten auf Zeit in der Berufsförderung,

können bis zu 1 000 Planstellen für Unteroffiziere auch für Reserveoffiziersanwärterinnen oder Reserveoffiziersanwärter in Anspruch genommen werden,

bis zu 2 147 Planstellen für Offiziersanwärterinnen oder Offiziersanwärter. Das Planstellensoll für Offiziersanwärterinnen und Offiziersanwärter darf zeitweise um bis zu 750 mit der Maßgabe überschritten werden, dass es im Jahresdurchschnitt eingehalten wird.

19. **Zu A 6:**

Davon

bis zu 1 700 Planstellen für Soldatinnen oder Soldaten auf Zeit in der Berufsförderung.

20. **Zu A 5:**

Davon

bis zu 2 959 Planstellen für Offiziersanwärterinnen oder Offiziersanwärter. Das Planstellensoll für Offiziersanwärterinnen und Offiziersanwärter darf zeitweise um bis zu 1.000 überschritten werden, mit der Maßgabe, dass es im Jahresdurchschnitt eingehalten wird.

Planstellen für Unteroffiziere dürfen mit Mannschaften besetzt werden, die zur Laufbahn der Feldwebel oder Unteroffiziere zugelassen sind (§§ 11 ff. Soldatenlaufbahnverordnung).

21. **Kommandierungen:**

Gemäß haushaltsgesetzlicher Regelung dürfen - abweichend von § 50 Absatz 3 BHO - insgesamt höchstens 16 Soldatinnen oder Soldaten im Wege der Kommandierung im Geschäftsbereich des Bundespräsidialamtes, des Bundeskanzleramtes, des Auswärtigen Amtes, des Bundesministeriums des Innern, der Bundestagsverwaltung und des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung beschäftigt werden, wobei von der aufnehmenden Behörde die Stellenzulage für Verwendungen bei obersten Bundesbehörden zu zahlen ist.

Ferner sind die bei deutschen Beteiligungen an internationalen zivilen Friedensmissionen anfallenden Personalkosten für Soldatinnen und Soldaten, die an das Auswärtige Amt kommandiert worden sind, von der abordnenden Behörde zu zahlen.

22. **Freiwillig Wehrdienstleistende, Reservistendienst Leistende:**

Planstellen und Stellen sowie Ausgaben für **Reservistendienst Leistende** dürfen nur im Rahmen der festgelegten zahlenmäßigen Stärke der Bundeswehr in Anspruch genommen werden. Dabei darf die Zahl der freiwillig Wehrdienstleistenden um die Zahl der nicht in Anspruch genommenen Planstellen für Berufssoldatinnen und Berufssoldaten oder Soldatinnen und Soldaten auf Zeit überschritten werden.

23. **Wechselstellen:**

Die folgenden Planstellen dürfen mit fachlich ausgebildeten Beamtinnen, Beamten, Arbeitnehmerinnen oder Arbeitnehmern besetzt werden:

1 B 9, 3 B 7, 6 B 6, 7 B 3, 9 A 16, 1 A 16 (Arzt), 11 A 15, 24 A 15 (Arzt), 18 A 14, 33 A 14 (Arzt), 7 A 13, 7 A 13 (Arzt), 22 A 12, 33 A 11, 17 A 10, 4 A 9 (LT), 7 A 9 + Z, 107 A 9 (Uffz.), **253 A 8 + Z, 315 A 7,** 59 A 6, 33 A 5 (Uffz.), 16 A 5 + Z, **70 A 5 (M),** 8 A 4 / A 3 (Zusammen: **1 071**).

24. **Dienstwohnungen:**

Dienstwohnung mit ausgestatteten Empfangsräumen haben:

Der Chef des Stabes des Obersten Hauptquartiers der Alliierten Mächte Europa, der deutsche Kommandierende General des Europäischen Korps, der Befehlshaber der Alliierten Streitkräfte im Joint Force Command (JFC) Brunssum (COM JFC Brunssum), der Deutsche Militärische Vertreter im Militärausschuss der NATO, der Direktor der NATO Communication and Information Systems Services Agency (NCSA), der Direktor des Internationalen Militärstabes (DIMS), der Nationale Militärische Vertreter (NMR) bei SHAPE und der Head Military Liaison Mission (Head MLM) in Moskau.

Ferner haben die in Belgien und bei den Militärattachestäben eingesetzten Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr eine Dienstwohnung, soweit der Bund diese zur Verfügung stellen kann.

25. **Militärattachestäbe:**

Von 64 bewilligten Militärattachestäben waren 63 Ende **2013** besetzt. Mit Einwilligung des Haushalts- und des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages dürfen weitere Militärattachestäbe bei diplomatischen Vertretungen errichtet oder darf ein Militärattachestab auf 2 diplomatische Vertretungen aufgeteilt werden.

1403 Kommandobehörden, Truppen, Sozialversicherungsbeiträge und Fürsorgemaßnahmen für Soldatinnen und Soldaten

Erläuterungen:

Zu Titel 423 01

Zu Spalte 2:
Davon Planstellen für Auslandsdienststellen: 2 B 10, 5 B 9, 9 B 7, 26 B 6, 42 B 3, 137 A 16, 245 A 15, 650 A 13/14, 48 A 12, 248 A 11, 125 A 10/ A 9, 89 A9 + Z, 474 A 9 SF, 491 A 8 + Z, 550 A 7/7 + Z, 240 A 5/6, 520 A 5/5 + Z, 305 A 4 + Z-A 3 (Zusammen: 4 206).

Die Gesamtzahl dieser Planstellen darf um bis zu 5 Prozent überschritten werden. Das gilt nicht für Planstellen der Besoldungsordnung B. Das Bundesministerium der Finanzen kann bei unabweisbarem Bedarf Ausnahmen zulassen.

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 423 01				
			1.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
A 11....................	-	1,0	1.1	CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages
A 16...................	-	1,0	1.2	FDP-Fraktion des Deutschen Bundestages
A 16...................	1,0	1,0	1.3	NETMA
A 15...................	5,0	6,0		
A 14...................	10,0	7,0		
A 13...................	-	1,0		
A 12...................	5,0	5,0		
A 11	3,0	7,0		
A 9 +Z...............	2,0	1,0		
A 8 +Z...............	4,0	4,0		
A 15...................	1,0	1,0	1.4	NAMSA
A 14...................	-	1,0		
A 11....................	1,0	2,0		
A 9 +Z...............	1,0	1,0		
A 9 (StFw)..........	1,0	1,0		
A 7.....................	1,0	1,0		
B 9.....................	1,0	-	1.6	Internationaler Stab (IS) der NATO
B 7.....................	-	1,0		
A 14...................	1,0	1,0		
A 15...................	3,0	3,0	1.8	NAPMA
A 14...................	3,0	2,0		
A 14...................	1,0	1,0	1.10	EUROCONTROL
A 12...................	-	1,0		
A 11....................	1,0	1,0		
A 9 +Z...............	1,0	1,0		
A 13...................	1,0	1,0	1.11	NATO C 3-Agency
A 11....................	-	1,0		
A 9 (StFw)..........	1,0	-		
A 8 +Z...............	-	1,0		
B 3.....................	1,0	1,0	1.12	NAMEADSMA
A 14...................	1,0	1,0		
A 11....................	2,0	2,0		
A 15...................	1,0	-	1.15	NAHEMA
A 14...................	2,0	2,0		
A 9 +Z...............	1,0	1,0		
A 15...................	1,0	1,0	1.18	EDA, Brüssel
A 14...................	1,0	1,0		
B 3.....................	1,0	1,0	1.19	BWI Informationstechnik GmbH
A 16...................	1,0	1,0		
A 15...................	6,0	2,0		
A 14...................	7,0	6,0		
A 12...................	1,0	1,0		
A 9 +Z...............	1,0	1,0		
A 11....................	-	1,0	1.20	BWI Systeme GmbH
A 15...................	1,0	1,0	1.27	OCCAR
A 14...................	2,0	2,0		
A 12...................	2,0	1,0		
A 11....................	2,0	1,0		
A 10...................	-	1,0		
A 9 +Z...............	1,0	1,0		
A 9 (StFw)..........	1,0	-		
A 14...................	-	1,0	1.28	JHQ CENT
A 14...................	1,0	1,0	1.29	NATO E 3-A Vbd
A 9 (StFw)..........	-	-		
A 8 +Z...............	1,0	1,0		

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
A 12..................	1,0	1,0	1.30	NATO Communication and Information Systems Services Agency (NCSA)
A 9 +Z...............	1,0	1,0		
A 9 (StFw)..........	1,0	1,0		
A 8 +Z...............	3,0	2,0		
A 16..................	1,0	1,0	1.31	Gesellschaft für Entwicklung, Beschaffung und Betrieb mbH (g.e.b.b.)
A 14..................	-	1,0		
A 12..................	2,0	2,0		
A 10..................	1,0	-		
A 16..................	-	1,0	1.32	Fernleitungsbetriebsgesellschaft mbH (FBG)
B 3.....................	1,0	1,0	1.33	Vereinte Nationen (VN)
A 16..................	1,0	1,0		
A 15..................	2,0	-		
A 14..................	-	2,0		
A 15..................	1,0	1,0	1.35	Dt A SHAPE
A 12..................	1,0	1,0	1.36	NATO BICES Agency
A 11...................	1,0	1,0		
A 13..................	-	1,0	1.37	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
B 7.....................	1,0	1,0	1.40	LH Bundeswehr Bekleidungsgesellschaft mbH
A 16..................	-	1,0	1.41	BwFuhrparkService GmbH
A 15..................	2,0	2,0		
A 14..................	1,0	1,0		
A 11...................	4,0	5,0		
A 16..................	1,0	1,0	1.44	HIL GmbH (Heeres Instandsetzungs Logistik)
A 15..................	3,0	3,0		
A 14..................	6,0	6,0		
A 12..................	1,0	1,0		
A 9 +Z	1,0	1,0		
A 16..................	1,0	1,0	1.45	Deutsche Flugsicherung (DFS)
A 15..................	1,0	2,0		
A 14..................	4,0	3,0		
A 13..................	29,0	28,0		
A 12..................	28,0	28,0		
A 11...................	68,0	68,0		
A 10..................	50,0	59,0		
A 9.....................	3,0	9,0		
A 9 +Z...............	1,0	1,0		
A 9 (StFw)..........	30,0	31,0		
A 8 +Z...............	18,0	18,0		
A 7 +Z...............	1,0	-		
A 11...................	1,0	1,0	1.48	European Union Satellite Centre (EUSC)
A 15..................	-	1,0	1.50	NACMA
A 11...................	1,0	-		
A 14..................	2,0	1,0	1.51	Organisation for the Prohibition of Chemical Weapons (OPCW)
A 9 (StFw)..........	1,0	1,0	1.52	NATO Communications and Information Systems School
A 8 +Z...............	1,0	1,0	1.54	1 NATO Signal Battalion
B 6.....................	1,0	1,0	1.55	ESA/DLR
A 10..................	1,0	1,0		
A 9 (StFw)..........	1,0	-	1.56	NATO Programming Centre (NPC)
A 8 +Z...............	-	1,0		
A 14..................	-	1,0	1.57	Deutsche Rentenversicherung Bayern Süd
A 14..................	1,0	-	1.58	NSPA (NATO Support Agency)
A 11...................	-	1,0		
A 14..................	1,0	-	1.59	Deutscher BundeswehrVerband (DBwV)
A 14..................	1,0	-	1.60	NCIA
A 11...................	1,0	-	1.61	NAGSMA
Zusammen.........	370,0	385,0		
			3.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	1.800,0	1.315,0	3.1	gemäß §§ 28 Abs. 5 und 7, 28a SG
			4.	**Sonstige Beurlaubung**
B 6.....................	1,0	1,0	4.1	Bundeskanzleramt
B 3.....................	1,0	1,0		
A 16..................	1,0	1,0		
A 13..................	3,0	3,0		
Zusammen.........	6,0	6,0		
Insgesamt..........	2.176,0	1.706,0		

1403 Kommandobehörden, Truppen, Sozialversicherungsbeiträge und Fürsorgemaßnahmen für Soldatinnen und Soldaten

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
1	2	3	4	5	6	7

Zu Titel 423 01

					ku	
				3.	**ku mit Ausscheiden der Planstelleninhaber /innen 31.07.2013**	
				3.1	in Bes.-Gr. B 6	
B 9....................	-	-	1,0	3.1.1	Direktor des Internationalen Militärstabes (DIMS)	Wirksamwerden des Vermerks
				4.	**ku mit Ausscheiden der Planstelleninhaber /innen 30.09.2016**	
				4.1	in Bes.-Gr. B 6	
B 7....................	1,0	-	-	4.1.1	Director NATO Headquarters C3 Staff (Dir NATO HQ C3S)	Neue Planstelle
				5.	**ku**	
				5.1	in Bes.-Gr. B 3 (Soldaten)	
B 6....................	2,0	-	-	5.1.1	spätestens 31.12.2014	Aufnahme des Vermerks
				5.2	in Bes.-Gr. B 3 (Soldaten)	
B 6....................	2,0	-	-	5.2.1	spätestens 31.12.2015	Aufnahme des Vermerks
				5.3	in Bes.-Gr. B 3 (Soldaten)	
B 6....................	2,0	-	-	5.3.1	spätestens 31.12.2016	Aufnahme des Vermerks
				5.4	in Bes.-Gr. B 3 (Soldaten)	
B 6....................	4,0	-	-	5.4.1	spätestens 31.12.2017	Aufnahme des Vermerks
Zusammen.......	11,0	-	1,0			
					kw	
				1.	**kw mit Wegfall der Aufgabe**	
				1.1	spätestens 31.03.2016	
B 7....................	1,0	-	1,0	1.1.1	Stellvertretender Kommandeur (DCOM) ISAF Joint Command	-
				1.2	spätestens 31.03.2015	
B 6....................	1,0	-	1,0	1.2.1	Chief Medical (CH MED/Medad) HQ ISAF Joint Command	-
				1.15	spätestens 31.03.2015	
B 7....................	1,0	-	1,0	1.15.1	Stellvertretender Chef des Stabes (DCOS) Resources HQ ISAF	-
				1.17	spätestens 31.12.2014	
B 6....................	1,0	-	1,0	1.17.1	Spokesperson HQ ISAF	-
				3.	**kw mit Wegfall der Aufgabe**	
				3.3	-	
A 16..................	1,0	-	1,0	3.3.1	Vertretung bei der Genfer Abrüstungskonferenz	-
Zusammen.......	5,0	-	5,0			

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr: Neue Stellen, Stellenwegfall: ohne ku/ kw-Vermerke +	-	und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken +	-	Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken +	-	Hebungen, Herabstufungen +	-	Umwandlungen, Umsetzungen +	-	von Sp. 2 entfallen auf Funktionsgruppen
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Richterinnen und Richter														
R 3	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
R 2	13,0	13,0	11,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	15,0	15,0	13,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamtinnen und Beamte														
B 9	3,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-
B 7	7,0	7,0	7,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 6	10,0	9,0	9,0	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-
B 5	3,0	3,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 4	15,0	15,0	9,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 3	39,0	31,0	29,0	-	-	-	-	-	-	-	-	8,0	-	-
B 2	65,0	65,0	52,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 16+Z	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 16	275,0	269,0	210,0	-	-	-	-	-	-	-	-	6,0	-	-
A 15	1 170,0	1 171,0	1 103,0	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 14	1 875,0	1 876,0	1 666,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-
A 13 h	641,0	643,0	299,0	-	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g+Z	85,0	85,0	67,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g	1 065,0	1 039,0	995,0	-	4,0	-	-	-	-	-	-	30,0	-	-
A 12	2 309,0	2 343,0	2 261,0	-	34,0	-	-	-	-	-	-	3,0	3,0	-
A 11	3 279,0	3 388,0	2 862,0	-	90,0	-	-	-	-	-	-	-	19,0	-
A 10	2 017,0	2 104,0	1 594,0	-	76,0	-	-	-	-	-	-	-	11,0	-
A 9 g	281,0	291,0	391,0	-	4,0	-	-	-	-	-	-	-	6,0	-
A 9 m+Z	479,0	475,0	468,0	-	1,0	-	-	-	-	-	-	5,0	-	-
A 9 m	1 170,0	1 181,0	1 112,0	-	15,0	-	-	-	-	-	-	6,0	2,0	-
A 8	5 548,0	5 676,0	5 364,0	-	123,0	-	-	-	-	-	-	10,0	15,0	-
A 7	3 639,0	3 923,0	3 025,0	-	278,0	-	-	-	-	-	-	-	6,0	-
A 6 m	231,0	233,0	153,0	-	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 6 e	139,0	125,0	123,0	-	-	-	-	-	-	-	-	14,0	-	-
A 5	122,0	122,0	87,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 4	49,0	49,0	30,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 3	4,0	4,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	24 521,0	25 130,0	21 921,0	-	630,0	-	-	-	-	-	-	84,0	63,0	-
Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer														
W 3	199,0	197,0	139,0	-	-	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-
W 2	108,0	104,0	98,0	-	-	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-
W 1	141,0	141,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	448,0	442,0	239,0	-	-	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	24 984,0	25 587,0	22 173,0	-	630,0	6,0	-	-	-	-	-	84,0	63,0	-
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
AT (B 6)	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-
AT B	9,0	9,0	19,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	9,0	10,0	19,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 15	56,0	56,0	61,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 14	149,0	149,0	120,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 13	175,0	175,0	703,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 12	314,0	314,0	280,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 11	801,0	802,0	663,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-
E 10	286,0	288,0	272,0	-	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 9	2 449,0	2 452,0	2 693,0	-	8,0	-	-	-	-	-	-	5,0	-	-
E 8	7 299,0	7 318,0	6 809,0	-	17,0	-	-	-	-	-	-	-	2,0	-
E 7	3 532,0	3 534,0	3 246,0	-	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 6	10 647,5	10 663,0	9 334,0	-	24,5	-	-	-	-	-	-	15,0	6,0	-
E 5	15 752,5	15 842,0	14 157,0	-	97,0	-	-	-	-	-	-	15,0	7,5	-
E 4	3 467,0	3 470,0	3 034,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3,0	-
E 3	14 771,0	16 609,0	17 662,0	-	1 838,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 2	192,0	192,0	444,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

1404 Bundeswehrverwaltung, Universitäten der Bundeswehr, Militärseelsorge und Rechtspflege sowie Personalausgaben für das Zivilpersonal bei den Kommandobehörden, Truppen usw.

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist- Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr										von Sp. 2 entfallen auf Funk- tions- gruppen
				Neue Stellen, Stellenwegfall				Wirksam- werden von ku- und kw- Vermerken		Hebungen, Herab- stufungen		Umwand- lungen, Umsetzungen		
				ohne ku/ kw-Vermerke		und Umsetzun- gen mit ku/ kw-Vermerken								
				+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Kr. 11a................	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Kr. 10a................	5,0	5,0	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Kr. 9d.................	17,0	17,0	13,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Kr. 9c..................	42,0	42,0	28,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Kr. 9b.................	203,0	203,0	164,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Kr. 8a.................	215,0	215,0	187,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Kr. 7a.................	410,0	410,0	397,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Kr. 4a.................	-	-	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Kr. 3a.................	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen..........	60 785,0	62 758,0	60 281,0	-	1 988,5	-	-	-	-	-	-	35,0	19,5	-
Insgesamt...........	60 794,0	62 768,0	60 300,0	-	1 988,5	-	-	-	-	-	-	35,0	20,5	-

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 422 01

1. **Zu A 16:**

   14 für Leitende Dekaninnen oder Leitende Dekane.

2. **Zu A 15:**

   Aus zwingenden dienstlichen Gründen dürfen bis zu 30 Planstellen mit einer entsprechenden Anzahl von Planstellen der Bes.-Gr. A 14 des Kap. 1401 ausgetauscht werden.

   44 für Dekaninnen oder Dekane.

3. **Wechselstellen:**

   Die folgenden Planstellen dürfen mit fachlich ausgebildeten Soldatinnen oder Soldaten besetzt werden: **1** B 7, **1** B 6, **1** B 3, **3** A 16, **18** A 15, **59** A 14, 56 A 13 h, **29** A 12, **60** A 11, **15** A 10, **6** A 9 m + Z, **5** A 9 m, **5** A 7 (Zusammen: **259**).

4. **Zu W 3:**

   Es wird zugelassen, dass die Planstellen der Bes.-Gr. W 3 mit Lehrkräften der Bes.-Gr. C 3 besetzt werden dürfen.

   Bis zu 25 Planstelleninhaberinnen oder Planstelleninhaber dürfen einen Zuschuss gemäß Vorbemerkung Nr. 2 zur Besoldungsordnung C erhalten, sofern sie dieser noch angehören.

   Davon 12 für Lehrkräfte im Fachhochschulbereich.

5. **Zu A 9 m+Z:**

   Aus zwingenden dienstlichen Gründen dürfen bis zu 5 Planstellen mit einer entsprechenden Anzahl von Planstellen der Bes.-Gr. A 9 m des Kap. 1401 ausgetauscht werden.

6. **Zu W 2:**

   Es wird zugelassen, dass die Planstellen der Bes.-Gr. W 2 mit Lehrkräften der Bes.-Gr. C 3 und C 2 besetzt werden dürfen.

   Davon 36 für Lehrkräfte im Fachhochschulbereich.

7. **Zu W:**

   Es wird zugelassen, dass die Planstellen der Bes.-Gr. W 3 mit Lehrkräften der Bes.-Gr. C 4 und C 3, Planstellen der Bes.-Gr. W 2 mit Lehrkräften der Bes.-Gr. C 3 und C 2 und Planstellen der Bes.-Gr. W 1 mit Lehrkräften der Bes.-Gr. C 1 besetzt werden dürfen.

   Die Planstellen dürfen mit Beamtinnen und Beamten der Besoldungsordnungen A und B besetzt werden.

8. Anstelle von katholischen Militärgeistlichen können Pastoralreferentinnen und Pastoralreferenten (Tit. 671 02) beschäftigt werden.

Erläuterungen:

Zu Titel 422 01

Zu Spalte 2:
Davon mit Dienstwohnung 3,0 Beamte (2013: 1,0).

Zu Spalte 4:
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
1,0 B3; 5,0 A16; 19,0 A15; 59,0 A14; 275,0 A13h; 7,0 A13g; 14,0 A12; 118,0 A11; 221,0 A9g; 14,0 A8; 10,0 A7; 18,0 A6m; 6,0 A5; 3,0 A3; 26,0 W3; 14,0 W2; 139,0 W1 (Zusammen: 949,0).

Daneben werden 839,0 Anwärterinnen und Anwärter (Tit. 422 03) beschäftigt.

Zu Spalte 2:
Davon Planstellen für Auslandsdienststellen:9 A 16, 18 A 15, 34 A 14, 10 A 13 g, 21 A 12, 22 A 11, 35 A 10, 4 A 9 m, 44 A 8, 38 A 7 (Zusammen: 235).

Die Gesamtzahl dieser Planstellen darf um bis zu 5 Prozent überschritten werden. Das gilt nicht für Planstellen der Besoldungsordnung B. Das Bundesministerium der Finanzen kann bei unabweisbarem Bedarf Ausnahmen zulassen.

Zu Spalte 2:
Davon für Rechtspflege:2 R 3, 13 R 2, 1 B 6, 3 A 16, 2 A 13 g, 3 A 12, 8 A 11, 3 A 9 m+Z, 1 A 9 m, 13 A 8

Zu Titel 428 01

Zu Spalte 2:
Davon mit Dienstwohnung 31,0 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (2013: 31,0).

Zu Spalte 4:
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
19,0 ATB; 33,0 E15; 59,0 E14; 427,0 E13; 21,0 E12; 118,0 E11; 221,0 E9; 14,0 E8; 10,0 E6; 18,0 E5; 6,0 E4; 3,0 E2 (Zusammen: 949,0).

Zu Spalte 2:
Davon Stellen für Auslandsdienststellen: 2 E 13, 1 E 12, 28 E 10, 3 E 9, 43 E 8, 34 E 6, 57 E 5, 72 E 4, 53 E 3, 55 E 2, 1 Kr. 7a (Zusammen: 349).

Die Gesamtzahl dieser Planstellen darf um bis zu 5 Prozent überschritten werden. Das gilt nicht für Planstellen der Besoldungsordnung B. Das Bundesministerium der Finanzen kann bei unabweisbarem Bedarf Ausnahmen zulassen.

Zu Spalte 2:
Davon für Rechtspflege: 4 E 6, 14 E 5, 1 E 3.

Bei der Entgeltgruppe 3 ist ein Teil des zivilen Personalabbaus dargestellt; die Aufteilung auf die entsprechenden Besoldungs- und Entgeltgruppen erfolgt im Rahmen der Maßnahmen zur Einnahme der Zielstruktur im weiteren Verfahren.

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 422 01				
			1.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
A 14...................	1,0	1,0	1.1	BICES (NATO Battlefield Information Collection and Exploitation System)
B 2.....................	-	1,0	1.4	NETMA
A 16...................	1,0	-		
A 15...................	3,0	6,0		
A 14...................	4,0	5,0		
A 13 g...............	4,0	3,0		
A 12...................	4,0	5,0		
A 11....................	7,0	5,0		
A 9 m................	2,0	2,0		
A 8.....................	2,0	3,0		
A 7.....................	1,0	1,0		
A 16...................	1,0	-	1.5	Deutsch-Französisches Forschungsinstitut St. Louis (ISL)
A 15...................	1,0	2,0		
A 12...................	1,0	2,0		
A 11....................	1,0	1,0		
A 10...................	1,0	-		
A 11....................	1,0	2,0	1.6	EU-Kommission
A 12...................	1,0	1,0	1.7	NAEW Force Command E 3
A 15...................	1,0	1,0	1.8	NAMSA
A 12...................	1,0	1,0		
A 11....................	1,0	1,0		
A 16...................	1,0	1,0	1.9	BWI Systeme GmbH
A 15...................	1,0	1,0		
A 13 g...............	2,0	2,0		
A 9 m................	1,0	1,0		
B 2.....................	1,0	1,0	1.10	NATO-Undersea Research Centre (NURC)

1404 Bundeswehrverwaltung, Universitäten der Bundeswehr, Militärseelsorge und Rechtspflege sowie Personalausgaben für das Zivilpersonal bei den Kommandobehörden, Truppen usw.

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
B 4	-	1,0	1.14	NAHEMA
A 16	1,0	-		
A 14	2,0	2,0		
A 12	2,0	2,0		
A 8	1,0	1,0		
A 14	2,0	2,0	1.19	EUMETSAT
A 14	3,0	3,0	1.20	NAMEADSMA
A 13 g	1,0	1,0		
A 12	5,0	5,0		
A 11	1,0	2,0		
A 14	1,0	1,0	1.26	Europäisches Patentamt
A 14	1,0	1,0	1.27	BWI Informationstechnik GmbH
A 11	2,0	2,0		
A 9 m+Z	5,0	5,0		
A 9 m	12,0	11,0		
A 8	8,0	8,0		
A 15	-	1,0	1.29	NATO-Standardization Agency (NSA)
A 14	1,0	1,0	1.31	Gesellschaft zur Entsorgung von chemischen Kampfstoffen und Rüstungsaltlasten mbH (GE-KA mbH), Munster
A 13 g	1,0	-		
A 12	1,0	2,0		
A 11	1,0	1,0		
A 16	1,0	-	1.33	NAPMA
A 15	1,0	2,0		
A 16	1,0	1,0	1.35	EDA, Brüssel
A 15	1,0	1,0		
A 14	1,0	1,0		
A 16	1,0	1,0	1.36	OCCAR
A 15	5,0	5,0		
A 14	2,0	2,0		
A 13 g	-	1,0		
A 12	2,0	3,0		
A 11	4,0	4,0		
A 9 m	1,0	1,0		
A 8	2,0	3,0		
A 8	1,0	1,0	1.38	NAMA (NATO Airlift Management Agency)
A 14	1,0	1,0	1.39	Internationaler Währungsfonds (IWF)
A 16	1,0	1,0	1.40	CEPMA
A 11	1,0	1,0		
A 15	1,0	1,0	1.41	NATO-Hauptquartier
A 14	1,0	1,0	1.43	Fusion for Energy (F4E)
A 12	2,0	-	1.45	NAGSMA
A 11	-	1,0		
W 3	1,0	1,0	1.47	Europäische Weltraumorganisation (ESA)
A 8	1,0	1,0	1.48	Stiftung Deutsche Geisteswissenschaftliche Institute im Ausland
W 3	1,0	1,0		
A 14	1,0	1,0	1.49	Senat Hamburg
B 4	1,0	-	1.50	HIL GmbH (Heeres Instandsetzungs Logistik)
A 12	1,0	-		
A 8	1,0	-		
A 11	1,0	-	1.51	RTA (Research and Technology Agancy)
B 6	1,0	-	1.52	BwFuhrparkService GmbH
A 15	1,0	-	1.53	Joint Research Centre (JRC) in Ispra, Italien
Zusammen	136,0	137,0		
			2.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen	331,0	376,0	2.1	gemäß §§ 90, 92, 95 BBG, § 7 DBeglG, § 6 MuSchEltZV, § 24 GAD
			3.	**Sonstige Beurlaubung**
B 3	1,0	-	3.1	Bundeskanzleramt
A 16	-	1,0		
A 15	2,0	2,0		
A 13 g	7,0	7,0		
A 12	7,0	5,0		
A 11	-	2,0		
A 9 m+Z	1,0	1,0		
A 9 m	1,0	1,0		
A 8	1,0	1,0		

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
A 7	1,0	1,0		
A 16	1,0	1,0	3.2	Bundespräsidialamt
A 13 g	8,0	8,0		
A 9 m	5,0	5,0		
A 8	1,0	1,0		
A 11	1,0	1,0	3.3	Bundesrat
A 14	2,0	2,0	3.4	Deutscher Bundestag
Zusammen	39,0	39,0		
Insgesamt	506,0	552,0		

Zu Titel 428 01

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
			1.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
E 14	-	1,0	1.1	FDP-Fraktion des Deutschen Bundestages
E 10	1,0	1,0	1.3	EUROCONTROL
E 9	1,0	2,0	1.4	NETMA
E 8	1,0	1,0		
E 5	-	2,0		
E 9	1,0	1,0	1.5	GEKA mbH, Munster
E 8	-	1,0		
E 5	1,0	1,0		
E 13	1,0	1,0	1.7	NAGSMA
E 9	1,0	1,0	1.8	NAMEADSMA
E 15	1,0	1,0	1.9	Headquarters Supreme Allied Commander Transformation (HQ SACT)
Zusammen	8,0	13,0		
			2.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen	337,0	351,0	2.1	gemäß § 28 TVöD, § 9 UmzugsTV, § 15 BEEG, § 24 GAD
			3.	**Sonstige Beurlaubung**
E 12	1,0	1,0	3.1	Bundeskanzleramt
E 9	1,0	1,0		
E 8	2,0	2,0		
E 6	1,0	1,0		
E 8	1,0	1,0	3.2	Bundespräsidialamt
E 5	1,0	1,0		
E 14	1,0	-	3.3	gemäß Nr. 3.1 Satz 2 VV-BHO zu § 50 BHO
Zusammen	8,0	7,0		
Insgesamt	353,0	371,0		

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
1	2	3	4	5	6	7

Zu Titel 422 01

Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
					kw	
				1.	**kw 31.12.2019**	
				1.1	-	
W 3	1,0	-	-	1.1.1	-	Neue Planstelle
W 2	2,0	-	-			Neue Planstelle
				2.	**kw 31.12.2020**	
				2.1	-	
W 3	1,0	-	-	2.1.1	-	Neue Planstelle
W 2	2,0	-	-			Neue Planstelle
Zusammen	6,0	-	-			

Anlage zu den Stellenplänen des Epl. 14

Darstellung der den Planstellen zugeordneten Amtsbezeichnungen

Bes.-Gr.	Kap.	**Amtsbezeichnungen** (Grundamtsbezeichnung in Fettdruck)
1	2	3
		Beamtinnen oder Beamte
B 11	1401	Staatssekretärin oder Staatssekretär
B 9	1401	Ministerialdirektorin oder Ministerialdirektor
	1404	Präsidentin oder Präsident des Bundesamtes für das Personalmanagement der Bundeswehr
	1404	Präsidentin oder Präsident des Bundesamtes für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr
	1404	Präsidentin oder Präsident des Bundesamtes für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr
B 7	1401	Ministerialdirigentin oder Ministerialdirigent bei einer obersten Bundesbehörde
	1401	Ministerialdirigentin oder Ministerialdirigent im Bundesministerium der Verteidigung als ständige Vertreterin oder als ständiger Vertreter des Leiters einer großen oder bedeutenden Abteilung oder als Leiterin oder als Leiter des Stabes Organisation und Revision
	1404	Präsidentin oder Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik
	1404	Präsidentin oder Präsident des Amtes für den Militärischen Abschirmdienst
	1404	Präsidentin oder Präsident des Bildungszentrums der Bundeswehr
	1404	Präsidentin oder Präsident des Planungsamtes der Bundewehr
	1404	Vizepräsidentin oder Vizepräsident eines Amtes der Bundeswehr dessen Leiterin oder Leiter in Besoldungsgruppe B 9 eingestuft ist
B 6	1404	Bundeswehrdisziplinaranwältin oder Bundeswehrdisziplinaranwalt
	1404	Direktorin oder Direktor beim Amt für den Militärischen Abschirmdienst - als die ständige Vertreterin oder als der ständige Vertreter der Amtschefin oder des Amtschefs
	1404	Erste Direktorin oder Erster Direktor bei einem Amt der Bundeswehr, dessen Leiterin oder Leiter in Besoldungsgruppe B 9 eingestuft ist als Leiterin oder Leiter einer großen und bedeutenden Abteilung
	1404	Erste Direktorin oder Erster Direktor bei einem Amt der Bundeswehr, dessen Leiterin oder Leiter in Besoldungsgruppe B 9 eingestuft ist als Geschäftsführende Beamtin oder Geschäftsführender Beamter
	1404	Erste Direktorin oder Erster Direktor beim Planungsamt der Bundeswehr als ständige Vertreterin oder als ständiger Vertreter der Amtschefin oder des Amtschefs
	1404	Militärgeneraldekanin oder Militärgeneraldekan
	1404	Militärgeneralvikar
	1401	Ministerialdirigentin oder Ministerialdirigent
B 5	1404	Präsidentin oder Präsident des Bundessprachenamtes
B 4	1404	Direktorin oder Direktor einer Wehrtechnischen Dienststelle
	1404	Erste Direktorin oder Erster Direktor beim Amt für Geoinformationswesen der Bundeswehr - als ständige Vertreterin oder ständiger Vertreter des Amtschefs
	1404	Erste Direktorin oder Erster Direktor beim Zentrum für Geoinformationswesen der Bundeswehr - als ständige Vertreterin oder als ständiger Vertreter der Amtschefin oder des Amtschefs
	1404	Leitende Direktorin oder Leitender Direktor des Marinearsenals
	1404	Präsidentin oder Präsident einer Universität der Bundeswehr
B 3	1404	Abteilungsdirektorin oder Abteilungsdirektor beim Amt für den Militärischen Abschirmdienst
	1404	Direktorin oder Direktor als Beauftragte oder Beauftragter für die Rechtsausbildung in den Streitkräften beim Zentrum Innere Führung
	1404	Direktorin oder Direktor als Rechtsberatin oder Rechtsberater bei der Inspekteurin oder beim Inspekteur einer Teilstreitkraft oder eines militärischen Organisationsbereiches, der Befehlshaberin oder des Befehlshabers des Einsatzführungskommandos der Bundeswehr, der Befehlshaberin oder des Befehlshabers des Multinational Joint Headquarters
	1404	Direktorin oder Direktor bei der Führungsakademie der Bundeswehr - als Leiterin oder Leiter einer Fachgruppe

Bes.-Gr.	Kap.	**Amtsbezeichnungen** (Grundamtsbezeichnung in Fettdruck)
1	2	3
	1404	Direktorin oder Direktor beim Bildungszentrum der Bundeswehr
	1404	Direktorin oder Direktor beim/bei - als ständige Vertreterin oder als ständiger Vertreter der Leiterin oder des Leiters der Abteilung Personalgewinnung im Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr
	1404	Direktorin oder Direktor beim/bei - als Leiterin oder als Leiter einer Abteilung, Unterabteilung oder Gruppe oder als Leiterin oder als Leiter einer Sonderorganisation bei einem Amt der Bundeswehr, dessen Leiterin oder Leiter in Besoldungsgruppe B 9 eingestuft ist
	1404	Direktorin oder Direktor der Schule für ABC-Abwehr und gesetzliche Schutzaufgaben der Bundeswehr
	1404	Direktorin oder Direktor des Verpflegungsamtes der Bundeswehr
	1404	Direktorin oder Direktor des Zentrums für Brandschutz der Bundeswehr
	1404	Direktorin oder Direktor des Zentrums für Informationstechnik der Bundeswehr
	1404	Direktorin oder Direktor einer Wehrtechnischen Dienststelle- als Leiterin oder Leiter des Musterprüfwesens für Luftfahrtgeräte der Bundeswehr
	1404	Direktorin und Professorin oder Direktor und Professor als Leiterin oder Leiter des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr
	1404	Direktorin und Professorin oder Direktor und Professor beim Zentrum für Geoinformationswesen der Bundeswehr - als Leiterin oder Leiterder Abteilung angewandte Geowissenschaften
	1404	Direktorin und Professorin oder Direktor und Professor der Wehrtechnischen Dienststelle für Schiffe und Marinewaffen, Maritime Technologie und Forschung
	1404	Direktorin und Professorin oder Direktor und Professor des Wehrwissenschaftlichen Instituts für Schutztechnologien ABC-Schutz
	1404	Direktorin und Professorin oder Direktor und Professor des Wehrwissenschaftlichen Instituts für Werk- und Betriebsstoffe
	1401	Ministerialrätin oder Ministerialrat
	1404	Vizepräsidentin oder Vizepräsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik
B 2	1404	Abteilungspräsidentin oder Abteilungspräsident
	1404	Direktorin oder Direktor bei der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung - als Leiterin oder als Leiter eines großen Fachbereichs
	1404	Direktorin oder Direktor bei einem Amt der Bundeswehr dessen Leiterin oder Leiter in Besoldungsgruppe B 9 eingestuft ist
	1404	Direktorin oder Direktor beim Evangelischen Kirchenamt für die Bundeswehr- als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Amtsleiterin oder des Amtsleiters
	1404	Direktorin oder Direktor beim Katholischen Militärbischofsamt - als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter des Amtsleiters
	1404	Direktorin oder Direktor beim Marinearsenal
	1404	Direktorin oder Direktor eines Rechtsberaterzentrums der Bundeswehr - als Leiter der Dienststelle -
	1404	Direktorin und Professorin oder Direktor und Professor
A 16+Z	1404	**Leitende Direktorin** oder **Leitender Direktor**
A 16	1404	**Leitende Direktorin** oder **Leitender Direktor**
	1404	Direktorin oder Direktor einer Wehrtechnischen Dienststelle
	1404	Kanzlerin oder Kanzler einer Universität der Bundeswehr
	1404	Leitende Akademische Direktorin oder Leitender Akademischer Direktor
	1404	Leitende Dekanin oder Leitender Dekan
	1404	Leitende Regierungsschuldirektorin oderLeitender Regierungsschuldirektor
	1401	Ministerialrätin oder Ministerialrat
	1404	Oberstudiendirektorin oder Oberstudiendirektor
A 15	1404	**Dekanin** oder **Dekan**
	1401, 1404	**Direktorin** oder **Direktor**
	1404	Akademische Direktorin oder Akademischer Direktor
	1404	Direktorin oder Direktor einer Fachschule

14 Übersicht Amtsbezeichnungen

Bes.-Gr.	Kap.	**Amtsbezeichnungen** (Grundamtsbezeichnung in Fettdruck)
1	2	3
	1401	Regierungsschuldirektorin oder Regierungsschuldirektor
	1401	Studiendirektorin oder Studiendirektor
A 14	1401, 1404	**Oberrätin** oder **Oberrat**
	1404	**Pfarrerin** oder **Pfarrer**
	1404	Fachschuldirektorin oder Fachschuldirektor
	1404	Fachschuloberlehrerin oder Fachschuloberlehrer als Stufenleiterin oder Stufenleiter Sekundarstufe I bei einer Bundeswehrfachschule
	1401, 1404	Oberstudienrätin oder Oberstudienrat
	1401, 1404	Regierungsschulrätin oder Regierungsschulrat
A 13 h	1404	**Pfarrerin** oder **Pfarrer**
	1401, 1404	**Rätin** oder **Rat**
	1401, 1404	Studienrätin oder Studienrat
A 13 g+Z	1401, 1404	**Oberamtsrätin** oder **Oberamtsrat**
A 13 g	1401, 1404	**Oberamtsrätin** oder **Oberamtsrat**
	1404	Fachschuloberlehrerin oder Fachschuloberlehrer
	1404	Seehauptkapitänin oder Seehauptkapitän
A 12	1401, 1404	**Amtsrätin** oder **Amtsrat**
	1404	Seehauptkapitänin oder Seehauptkapitän
A 11	1401, 1404	**Amtfrau** oder **Amtmann**
	1404	Seeoberkapitänin oder Seeoberkapitän
A 10	1401, 1404	**Oberinspektorin** oder **Oberinspektor**
	1404	Seekapitänin oder Seekapitän
A 9 g	1401, 1404	**Inspektorin** oder **Inspektor**
	1404	Kapitänin oder Kapitän
A 9 m+Z	1401, 1404	**Amtsinspektorin** oder **Amtsinspektor**
	1404	**Betriebsinspektorin** oder **Betriebsinspektor**
	1404	Hauptbrandmeisterin oder Hauptbrandmeister
A 9 m	1401, 1404	**Amtsinspektorin** oder **Amtsinspektor**
	1404	**Betriebsinspektorin** oder **Betriebsinspektor**
	1404	Hauptbrandmeisterin oder Hauptbrandmeister
A 8	1401, 1404	**Hauptsekretärin** oder **Hauptsekretär**
	1404	**Hauptwerkmeisterin** oder **Hauptwerkmeister**
	1404	Oberbrandmeisterin oder Oberbrandmeister
A 7	1401, 1404	**Obersekretärin** oder **Obersekretär**
	1404	**Oberwerkmeisterin** oder **Oberwerkmeister**
	1404	Brandmeisterin oder Brandmeister
A 6 m	1404	**Sekretärin** oder **Sekretär**
A 6 e	1404	**Betriebsassistentin** oder **Betriebsassistent**
	1404	**Hauptwartin** oder **Hauptwart**
	1401, 1404	**Oberamtsmeisterin** oder **Oberamtsmeister**
A 5	1404	**Betriebsassistentin** oder **Betriebsassistent**
	1404	**Hauptwartin** oder **Hauptwart**
	1401, 1404	**Oberamtsmeisterin** oder **Oberamtsmeister**
A 4	1404	**Amtsmeisterin** oder **Amtsmeister**
	1404	**Hauptaufseherin** oder **Hauptaufseher**

Bes.-Gr.	Kap.	**Amtsbezeichnungen** (Grundamtsbezeichnung in Fettdruck)
1	2	3
	1404	**Oberwartin** oder **Oberwart**
		Hochschullehrerinnen oder Hochschullehrer
W 3	1404	Kanzlerin oder Kanzler einer Universität der Bundeswehr
	1404	Professorin oder Professor an einer Fachhochschule
	1404	Präsidentin oder Präsident einer Universität der Bundeswehr
	1404	Universitätsprofessorin oder Universitätsprofessor
W 2	1404	Hochschuldozentin oder Hochschuldozent
	1404	Oberassistentin oder Oberassistent
	1404	Oberingenieurin oder Oberingenieur
	1404	Professorin oder Professor an einer Fachhochschule
	1404	Universitätsprofessorin oder Universitätsprofessor
W 1	1404	Wissenschaftliche Assistentin oder Wissenschaftlicher Assistent
		Richterinnen oder Richter
R 3	1404	Präsidentin oder Präsident eines Truppendienstgerichtes
R 2	1404	Vizepräsidentin oder Vizepräsident eines Truppendienstgerichts
	1404	Vorsitzende Richterin oder Vorsitzender Richter am Truppendienstgericht
		Soldatinnen und Soldaten (Kap. 1401 und 1403)
B 10	1401, 1403	General
	1401	Admiral
B 9	1401, 1403	Generalleutnant
	1401, 1403	Vizeadmiral
	1401, 1403	Generaloberstabsärztin oder Generaloberstabsarzt
	1401, 1403	Admiraloberstabsärztin oder Admiraloberstabsarzt
B 7	1401, 1403	Generalmajor
	1401, 1403	Konteradmiral
	1401, 1403	Generalstabsärztin oder Generalstabsarzt
	1401, 1403	Admiralstabsärztin oder Admiralstabsarzt
B 6	1401, 1403	Brigadegeneral
	1401, 1403	Flotillenadmiral
	1401, 1403	Generalärztin oder Generalarzt
	1401, 1403	Admiralärztin oder Admiralarzt
	1401, 1403	Generalapothekerin oder Generalapotheker
B 3	1401, 1403	Oberst
	1401, 1403	Kapitän zur See
	1401, 1403	Oberstärztin oder Oberstarzt
	1401, 1403	Flottenärztin oder Flottenarzt
	1401, 1403	Oberstveterinärin oder Oberstveterinär
	1401, 1403	Oberstapothekerin oder Oberstapotheker
	1401, 1403	Flottenapothekerin oder Flottenapotheker
B 2	1403	Oberst
	1403	Kapitän zur See
	1403	Oberstärztin oder Oberstarzt
	1403	Flottenärztin oder Flottenarzt
	1403	Oberstveterinärin oder Oberstveterinär
	1403	Oberstapothekerin oder Oberstapotheker

14 Übersicht Amtsbezeichnungen

Bes.-Gr.	Kap.	**Amtsbezeichnungen** (Grundamtsbezeichnung in Fettdruck)
1	2	3
	1403	Flottenapothekerin oder Flottenapotheker
A 16	1401, 1403	Oberst
	1401, 1403	Kapitän zur See
	1401, 1403	Oberstärztin oder Oberstarzt
	1401, 1403	Flottenärztin oder Flottenarzt
	1401, 1403	Oberstveterinärin oder Oberstveterinär
	1401, 1403	Oberstapothekerin oder Oberstapotheker
	1401, 1403	Flottenapothekerin oder Flottenapotheker
A 15	1401, 1403	Oberstleutnant
	1401, 1403	Fregattenkapitän
	1401, 1403	Oberfeldärztin oder Oberfeldarzt
	1401, 1403	Flottillenärztin oder Flottillenarzt
	1401, 1403	Oberfeldveterinärin oder Oberfeldveterinär
	1401, 1403	Oberfeldapothekerin oder Oberfeldapotheker
	1401, 1403	Flottillenapothekerin oder Flottillenapotheker
A 14	1401, 1403	Oberstleutnant
	1401, 1403	Fregattenkapitän
	1401, 1403	Oberstabsärztin oder Oberstabsarzt
	1401, 1403	Oberstabsveterinärin oder Oberstabsveterinär
	1401, 1403	Oberstabsapothekerin oder Oberstabsapotheker
A 13	1401, 1403	Major
	1401, 1403	Stabshauptmann
	1401, 1403	Korvettenkapitän
	1401, 1403	Stabskapitänleutnant
	1403	Stabsärztin oder Stabsarzt
	1403	Stabsveterinärin oder Stabsveterinär
	1403	Stabsapothekerin oder Stabsapotheker
A 12	1401, 1403	Hauptmann
	1401, 1403	Kapitänleutnant
A 11	1403	Hauptmann
	1403	Kapitänleutnant
A 10	1401, 1403	Oberleutnant
	1401, 1403	Oberleutnant zur See
A 9	1403	Leutnant
	1403	Leutnant zur See
A 9 +Z	1401, 1403	Oberstabsfeldwebel
	1401, 1403	Oberstabsbootsmann
A 9 (StFw)	1401, 1403	Stabsfeldwebel
	1401, 1403	Stabsbootsmann
A 8 +Z	1403	Hauptfeldwebel
	1403	Oberfähnrich
	1403	Hauptbootsmann
	1403	Oberfähnrich zur See
A 7 +Z	1403	Oberfeldwebel

Bes.-Gr.	Kap.	**Amtsbezeichnungen** (Grundamtsbezeichnung in Fettdruck)
1	2	3
	1403	Oberbootsmann
A 7	1403	Feldwebel
	1403	Fähnrich
	1403	Stabsunteroffizier
	1403	Bootsmann
	1403	Fähnrich zur See
	1403	Obermaat
A 6	1403	Stabsunteroffizier
	1403	Obermaat
A 5	1403	Fahnenjunker
	1403	Unteroffizier
	1403	Maat
	1403	Seekadett
A 5 +Z	1403	Oberstabsgefreiter
A 5 (StG)	1403	Stabsgefreiter
A 4 +Z	1403	Hauptgefreiter
A 4	1403	Obergefreiter
A 3 +Z	1403	Gefreiter
A 3	1403	Grenadier, Jäger, Panzerschütze, Panzergrenadier, Panzerjäger, Kanonier, Panzerkanonier, Pionier, Panzerpionier, Funker, Panzerfunker, Schütze, Flieger, Matrose, Sanitätssoldat

1403 Anlage zu Kapitel Zuwendungsempfänger

Stellenübersichten der Zuwendungsempfänger / Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO des Kap. 1403

Titel	aus Nr. ... Erläuterung	**Bezeichnung**
1	2	3
685 01		Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e. V.

Stellenübersicht							
Besoldungs-/ Vergütungs-/ Entgelt- gruppen	Stellen mit Dauerarbeitskräften besetzbar					Stellen für Arbeitskräfte mit befristeten Arbeitsverträ- gen	
	Tit. 422 .1, 425 .1, 426 .1 und 428 .1 sowie entsprechende Kontierung im Wirtschaftsplan			Tit. 425 .1, 426 .1 und 428 .1 (Projektförderung/ Aufträge Dritter)		Tit. 427 .9 (Projektförderung/ Aufträge Dritter)	
	Soll 2014	Soll 2013	besetzt am 1. Juni 2013	Soll 2014	Soll 2013	Soll 2014	Soll 2013
1	2	3	4	5	6	7	8

Zu Titel 685 01

Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e. V.

Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
S (Honorar)	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-
AT B	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-
Zusammen	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
E 13	1,0	1,0	2,0	-	-	-	-
E 12	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-
E 11	5,0	5,0	6,0	-	-	-	-
E 10	11,0	11,0	7,0	-	-	-	-
E 9	94,0	94,0	111,0	-	-	-	-
E 8	6,0	6,0	1,0	-	-	-	-
E 6	4,0	4,0	15,2	-	-	-	-
E 5	102,0	102,0	83,2	-	-	-	-
E 4	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-
E 3	-	-	10,0	-	-	-	-
Zusammen	225,0	225,0	237,4	-	-	-	-
Insgesamt	227,0	227,0	239,4	-	-	-	-

Entwurf

zum

Bundeshaushaltsplan 2014

Einzelplan 15

Bundesministerium für Gesundheit

Inhalt

Kapitel	Bezeichnung	Seite
	Vorwort zum Einzelplan	2
	Überblick zum Einzelplan	3
	Haushaltsvermerk / Hinweise zum Einzelplan	4
1501	Bundesministerium	5
1502	Allgemeine Bewilligungen	18
	Ausgaben-Tgr. 01 Maßnahmen zur Verbesserung der Versorgung Pflegebedürftiger	25
	Ausgaben-Tgr. 06 Maßnahmen auf dem Gebiet des Drogen- und Suchtmittelmissbrauchs	26
	Ausgaben-Tgr. 08 Internationales Gesundheitswesen	28
	Ausgaben-Tgr. 09 Zweckgebundene Zuweisungen an die Länder für Mitgliedseinrichtungen der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz e. V. (WGL)	30
	Ausgaben-Tgr. 12 Ausgaben für die AIDS-Bekämpfung und anderer sexuell übertragbarer Krankheiten	31
1504	Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung	33
	Ausgaben-Tgr. 02 Durchführung von Leistungen zur Prävention in Lebenswelten im Auftrag der Krankenkassen gemäß Gesetz zur Förderung der Prävention	37
1505	Deutsches Institut für Medizinische Dokumentation und Information	44
	Ausgaben-Tgr. 06 Ausgaben im Zusammenhang mit der Wahrnehmung der Aufgaben der Datentransparenz gem. § 303a Abs. 1 SGB V	47
1506	Paul-Ehrlich-Institut	55
	Ausgaben-Tgr. 02 Durchführung von Aufträgen Dritter	59
	Ausgaben-Tgr. 05 Durchführung von Aufträgen anderer Bundesbehörden	60
	Ausgaben- Tgr. 07 Prüflabor für In-vitro Diagnostika	60
	Ausgaben-Tgr. 08 Verfahren zur gegenseitigen Anerkennung von Tierimpfstoffen in der EU	61
1510	Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte	66
	Ausgaben-Tgr. 02 Durchführung von Aufträgen Dritter	69
	Ausgaben-Tgr. 05 Durchführung von Aufträgen anderer Bundesbehörden	70
1511	Robert Koch-Institut	77
	Ausgaben-Tgr. 02 Durchführung von Aufträgen anderer Bundesbehörden und Dritter	80
1567	Versorgung der Beamtinnen und Beamten sowie der Richterinnen und Richter des Einzelplans 15	87
	Aufwandsentschädigungen, Besondere Personalausgaben	90
	Übersichten	
	Übersicht 1 Verpflichtungsermächtigungen (VE)	92
	Personalhaushalt	97

Aufgaben und Aufbau der Verwaltung in den wichtigsten Grundzügen

Das Bundesministerium für Gesundheit führt im Rahmen des Grundgesetzes die gesetzgeberischen und verwaltungsmäßigen Aufgaben auf dem Gebiet der Gesundheitspolitik durch. Es ist insbesondere verantwortlich für die wichtigen Sozialversicherungszweige der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung. Hinzu kommen Zuständigkeiten für Arzneimittel, Gesundheitsvorsorge sowie Drogen und Suchtmittel.

Zum Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit zählen

1. die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung in Köln,
2. das Deutsche Institut für Medizinische Dokumentation und Information in Köln,
3. das Paul-Ehrlich-Institut in Langen,
4. das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte in Bonn und
5. das Robert Koch-Institut in Berlin.

Überblick zum Einzelplan 15	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen..	98 906	92 172	+6 734		114 992
Übrige Einnahmen..	640	1 290	-650		14 581
Gesamteinnahmen..	99 546	93 462	+6 084		129 573
Ausgaben					
Personalausgaben...	209 046	196 008	+13 038	11 187	209 615
Sächliche Verwaltungsausgaben...........................	153 061	138 746	+14 315	26 015	144 034
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	10 630 540	11 597 073	-966 533	1 285	14 092 378
Ausgaben für Investitionen.....................................	62 004	55 035	+6 969	13 447	55 631
Besondere Finanzierungsausgaben.......................	-	-	-		-
Gesamtausgaben...	11 054 651	11 986 862	-932 211	51 934	14 501 658
davon flexibilisiert..	283 582	259 152	+24 430	35 036	256 740
davon nicht flexibilisiert..	10 771 069	11 727 710	-956 641	16 898	14 244 918
Flexibilisierte Ausgaben nach § 5 HG					
Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3.......................	188 419	174 283	+14 136	2 678	176 067
Aus Hauptgruppe 5..	77 695	72 408	+5 287	21 463	68 435
Aus Hauptgruppe 6 ohne Titel 634 .3.....................	1 094	1 094	-	1 009	486
Aus Hauptgruppe 7..	2 470	2 618	-148	1 994	1 517
Aus Hauptgruppe 8..	13 904	8 749	+5 155	7 892	10 235
Zusammen...	283 582	259 152	+24 430	35 036	256 740
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung...................................	64 690 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.................................	35 189 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.................................	20 339 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.................................	9 162 T€				

15 Haushaltsvermerk / Hinweise zum Einzelplan

Haushaltsvermerk: - Ausgaben

1. Einsparungen bei folgenden Titeln: Epl. 15 mit Ausnahme der Titel 518 .2 dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: Kap. 1502 Tit. 981 07.

   Dies gilt in Fällen, in denen Bundesressorts im Rahmen von Ressortvereinbarungen für andere Bundesressorts tätig werden und Mittel vom abgebenden Ressort dem empfangenden Ressort für gleiche Zwecke im Wege der Verrechnung zur Verfügung gestellt werden (sog. "Einer-für-Alle-Fälle").

2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1502 Tit. 381 07.

   Dies gilt in Fällen, in denen Bundesressorts im Rahmen von Ressortvereinbarungen für andere Bundesressorts tätig werden und Mittel vom abgebenden Ressort dem empfangenden Ressort für gleiche Zwecke im Wege der Verrechnung zur Verfügung gestellt werden (sog. "Einer-für-Alle-Fälle").

Allgemeine Erläuterungen:

Ist-Angaben:

Die Ist-Ergebnisse der Einzeltitel sind kaufmännisch auf 1 000 € gerundet. Dadurch können bei Summenangaben Rundungsdifferenzen entstehen. Summenangaben können außerdem nicht durch Addition der gedruckten Titel errechnet werden, da in Vorjahren weggefallene Titel nur im Bundeshaushaltsplan 2014 abgedruckt werden, wenn bei diesen noch Ausgabereste bestehen.

Ausgabereste:

Die im Vorjahr verfügbaren Ausgabereste im nicht flexibilisierten Bereich sind kaufmännisch auf 1 000 € gerundet und einzeln bei dem jeweiligen Titel mit Stand Juli 2013 ausgewiesen. Die Inanspruchnahme dieser Ausgabereste muss grundsätzlich im jeweiligen Einzelplan durch Minderausgaben an anderer Stelle kassenmäßig eingespart werden. Ausgabereste bei den der Flexibilisierung gemäß § 5 Haushaltsgesetz 2014 (HG) unterliegenden Ansätzen werden lediglich in der Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben summarisch ausgewiesen. Für die Inanspruchnahme dieser Ausgabereste ist zentral Vorsorge getroffen und daher eine kassenmäßige Einsparung im gleichen Einzelplan grundsätzlich nicht erforderlich. Bei Summenangaben können Rundungsdifferenzen entstehen.

Flexibilisierung:

Die in die Regelung nach § 5 HG einbezogenen Ausgaben sind mit einem F vor der Titelnummer gekennzeichnet. Sie werden jeweils im hinteren Teil eines Kapitels im Anschluss an die nicht flexibilisierten Ausgabetitel entsprechend der Zuordnung nach § 5 HG in einer Zusammenstellung aufsummiert und sind danach einzeln aufgelistet. Neu in die Flexibilisierung einbezogene Titel sind dabei mit einem **F** hervorgehoben.

Personalausgaben:

Aufwandsentschädigungen und Besondere Personalausgaben werden gemäß der Übersicht, die nach dem letzten Kapitel des Einzelplans abgedruckt ist, veranschlagt.

Angewandte Kurse:

1 USD = 0,72511 €, 1 SEK = 0,11288 €, 1 CHF = 0,81460.

Überblick zum Kapitel 1501	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen..	60	510	-450		411
Übrige Einnahmen..	-	-	-		14 563
Gesamteinnahmen..	60	510	-450		14 974
Ausgaben					
Personalausgaben..	45 375	39 335	+6 040	989	40 510
Sächliche Verwaltungsausgaben...........................	33 473	31 582	+1 891	16 304	42 040
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	1 294	776	+518	224	788
Ausgaben für Investitionen.....................................	5 034	1 404	+3 630	5 676	1 722
Besondere Finanzierungsausgaben......................	-	-	-		-
Gesamtausgaben..	85 176	73 097	+12 079	23 193	85 060
davon flexibilisiert..	75 361	63 012	+12 349	16 528	63 982
davon nicht flexibilisiert...	9 815	10 085	-270	6 665	21 078
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung...................................	7 500 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.................................	3 500 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.................................	2 500 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.................................	1 500 T€				

1501 Bundesministerium

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Einnahmen			
	Verwaltungseinnahmen			
111 01 -314	Gebühren, sonstige Entgelte Haushaltsvermerk: Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 547 01. Erläuterungen: Einnahmen aus Gebühren und Erstattungen von Auslagen, die für die Bearbeitung der Anträge pharmazeutischer Unternehmen auf Ausnahme vom Herstellerabschlag entstanden sind.	-	450	45
119 99 -011	Vermischte Einnahmen	60	60	153
132 01 -011	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	-	-	213
	Übrige Einnahmen			
272 01 -314	Einnahmen aus Zuschüssen von der EU Haushaltsvermerk: Mehreinnahmen sind wegen bindender Vorgaben der EU zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 428 01, 527 01 und 544 01.	-	-	-
282 09 -011	Einnahmen aus Sponsoring, Spenden und ähnlichen freiwilligen Geldleistungen Haushaltsvermerk: Mehreinnahmen sind wegen rechtsverbindlicher Verwendungsauflage Dritter zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 547 09.	-	-	14 563

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

1. Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.

   In die Flexibilisierung einbezogen sind auch Tit. 547 41, 547 51 und 547 91.

   Ausgenommen sind Tit. 514 81 und 712 01.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

2. Einsparungen bei folgenden Titeln: Kap. 1501 mit Ausnahme der Titel 518 .2 dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 547 01.
3. Einsparungen bei folgenden Titeln: Hgr. 4, Hgr. 5 und Hgr. 8 mit Ausnahme folgender Titel: 518 .2 dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 981 01.

Sächliche Verwaltungsausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
514 81 -314	Beschaffung von Impfstoffen	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass der WHO bis zu 2 Millionen Impfstoffdosen unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden können.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
518 02 -011	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	4 361	4 301	515

Haushaltsvermerk:

Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
529 01 -011	Außergewöhnlicher Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	49	49	31

Haushaltsvermerk:

Die Erläuterungen sind verbindlich.

Erläuterungen:

	Bezeichnung	€
1.	Zur Verfügung der/des	
1.1	Bundesministers für Gesundheit	29 000
1.2	Drogenbeauftragten der Bundesregierung	5 500
1.3	Beauftragter der Bundesregierung für die Belange der Patientinnen und Patienten sowie Bevollmächtigter für Pflege	5 500
1.4	Präsidentin und Professorin oder des Präsidenten und Professors des Paul-Ehrlich-Instituts	900
1.5	Direktorin oder des Direktors der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung	900
1.6	Direktorin oder des Direktors des Deutschen Instituts für medizinische Dokumentation und Information	900
1.7	Präsidentin und Professorin oder des Präsidenten und Professors des Bundesinstituts für Arzneimittel und Medizinprodukte	900
1.8	Präsidentin und Professorin oder des Präsidenten und Professors des Robert Koch-Instituts	900
2.	Für sonstigen Aufwand im Ministerium	4 500
Zusammen		49 000

Aus dem Mittelansatz dürfen auch Ausgaben für die Bewirtung mit Erfrischungen bei Besprechungen aus besonderem Anlass geleistet werden.

Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Aus den Belegen muss Anlass, Funktion und Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer (Begünstigte) erkennbar sein.

Eine Auszahlung ohne Beleg ist nicht zulässig.

Die Ausgaben sind zentral für den gesamten Einzelplan veranschlagt.

1501 Bundesministerium

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
542 01 -013	Öffentlichkeitsarbeit	5 105	4 887 *19*	4 785

Verpflichtungsermächtigung.. 1 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 500 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu... 500 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Einnahmen aus dem Verkauf von Informationsmaterial, Rückerstattungen wegen Nachrabattierungen, nachträglich eingeräumten Skonti oder Ähnlichem fließen den Ausgaben zu.
3. Die Erläuterungen zu Nr. 2 und 3 sind verbindlich.
4. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Werbe- und Informationsmaterialien gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.
5. Aus den Ausgaben sind auch Kosten für Porto, Verpackung und Versand von Veröffentlichungen zu leisten.
6. Aus den Mitteln dürfen auch Zuwendungen gemäß § 23 BHO gewährt werden.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Ministerium...	4 908
2. Geschäftsstelle der oder des Drogenbeauftragten der Bundesregierung..	87
3. Geschäftsstelle der oder des Beauftragten der Bundesregierung für die Belange der Patientinnen und Patienten sowie der oder des Bevollmächtigten für Pflege...	110
Zusammen..	5 105

Bezeichnung	1 000 €
Im Einzelplan 15 sind außerdem folgende Maßnahmen für Öffentlichkeitsarbeit und Fachinformationen veranschlagt:	
1. Öffentlichkeitsarbeit	
1501 - 542 01...	5 105
2. Fachinformationen	
1501 - 543 01...	130
1502 - 531 66...	7 514
1502 - 531 16...	11 575
1504 - 531 06...	20 505
1504 - 531 07...	-
1505 - 543 01...	10
1506 - 543 01...	26
1510 - 543 01...	1 240
1511 - 543 01...	110

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1501 Tit. 531 01	448	99

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
547 01 -011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	300	400	-

Haushaltsvermerk:

1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Kap. 1501.
2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 111 01.

   Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.

Erläuterungen:

Etatisiert sind die Ausgaben, die für die Bearbeitung der Anträge pharmazeutischer Unternehmen auf Ausnahme vom Herstellerabschlag entstehen. Das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) entscheidet nach § 130a Abs. 4 und 9 SGB V i. d. F. des GKV-Änderungsgesetzes über Anträge pharmazeutischer Unternehmen auf Ausnahmen von dem ab 1. August 2010 bis 31. Dezember 2013 geltenden gesetzlichen Rabatt in Höhe von 16 Prozent des Abgabepreises auf die zu Lasten der GKV abgegebenen Arzneimittel. Das BAFA erhebt entsprechend der gesetzlichen Vorgabe kostendeckende Gebühren für die Antragsbearbeitung bei den antragstellenden Unternehmen. Aus den Ausgaben können auch vor Antragseingang entstehende Kosten sowie Kosten für Widerspruchs- und Klageverfahren geleistet werden.

547 09 -011	Ausgaben für Vorhaben, die aus Spenden, Sponsoring und ähnlichen freiwilligen Geldleistungen finanziert werden	-	- *4 289*	15 512

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 282 09.

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)

688 06 -011	Zahlungsverpflichtungen aus Verstößen gegen EU-Recht	-	-	-

Ausgaben für Investitionen

712 01 -011	Baumaßnahmen von mehr als 2 000 000 € im Einzelfall	-	- *2 357*	34

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamtausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Nach 2013 übertragene Ausgabereste 1 000 €	Veranschlagt 2014 1 000 €	Vorbehalten für 2015 ff 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7
3. Erweiterungsbau in Bonn, Rochusstraße	27 848	25 491	-	2 357	-	-

1501 Bundesministerium

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Besondere Finanzierungsausgaben			
972 09 -880	Globale Minderausgabe	-	-	-
981 01 -890	Leistungen an Bundesbehörden zur Durchführung von Aufträgen	-	-	(96)
	Haushaltsvermerk: Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Kap. 1501.			
	Flexibilisierte Ausgaben			
	Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG			
	Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3	46 669	40 111 *1 213*	41 298
	Aus Hauptgruppe 5	23 658	21 497 *11 996*	20 996
	Aus Hauptgruppe 7	401	401 *815*	187
	Aus Hauptgruppe 8	4 633	1 003 *2 504*	1 501
	Zusammen	75 361	63 012 *16 528*	63 982
F 421 01 -011	*Bezüge des Bundesministers und der Parlamentarischen Staatssekretärinnen*	*440*	*379*	*425*
F 422 01 -011	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*21 724*	*19 930*	*18 904*
F 424 01 -011	*Zuführung an die Versorgungsrücklage*	*800*	*250*	*344*
	Erläuterungen: Die Ausgaben sind - mit Ausnahme des Versorgungskapitels - zentral für den gesamten Einzelplan veranschlagt.			
F 427 09 -011	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*3 130*	*1 312*	*3 886*
F 428 01 -011	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*15 236*	*13 830*	*13 060*
	Haushaltsvermerk: Mehrausgaben ***zu Nr. 2 der Erläuterungen*** *dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 272 01.*			

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu Titel 428 01			

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	*15 236*
2. Zuschüsse der EU	*-*
Zusammen	*15 236*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 441 01 -840	*Beihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften*	*2 581*	*2 079*	*2 443*

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind - mit Ausnahme des Versorgungskapitels - zentral für den gesamten Einzelplan veranschlagt.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 443 01 -840	*Fürsorgeleistungen und Unterstützungen*	*25*	*17*	*32*

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind - mit Ausnahme des Versorgungskapitels - zentral für den gesamten Einzelplan veranschlagt.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 443 02 -313	*Inanspruchnahme überbetrieblicher betriebsärztlicher und sicherheitstechnischer Dienste, von Betriebsärztinnen und Betriebsärzten sowie Fachkräften für Arbeitssicherheit*	*330*	*366*	*315*

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind zentral für den gesamten Einzelplan veranschlagt.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 452 02 -223	*Unfallkasse des Bundes*	*191*	*176*	*191*

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind zentral für den gesamten Einzelplan veranschlagt.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 453 01 -011	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	*100*	*160*	*91*
F 511 01 -011	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände*	*1 599*	*1 189*	*1 173*
F 514 01 -011	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*	*122*	*122*	*97*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*Soll 2014*	*Soll 2013*
personengebundene Pkw	*5*	*5*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 517 01 -011	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	*2 375*	*1 895*	*1 985*
F 518 01 -011	*Mieten und Pachten*	*283*	*183*	*1 855*

1501 Bundesministerium

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 519 01 -011	*Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen*	*67*	*67*	*128*
F 525 01 -011	*Aus- und Fortbildung*	*200*	*50*	*127*
F 526 01 -011	*Gerichts- und ähnliche Kosten*	*61*	*61*	*-26*
F 526 02 -011	*Sachverständige*	*42*	*42*	*24*
F 526 03 -011	*Ausgaben für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen*	*18*	*18*	*17*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Gemeinsamer wissenschaftlicher Beirat	*5*
2. Nationaler AIDS-Beirat	*5*
3. Expertenbeirat Pflege	*5*
4 Ad-hoc-Beratungseinrichtungen	*3*
Zusammen	*18*

F 527 01 -011	*Dienstreisen*	*1 600*	*1 400*	*1 594*

Haushaltsvermerk:

*Mehrausgaben **zu Nr. 2 der Erläuterungen** dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 272 01.*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Erstattung von Reisekosten	*1 600*
2. Zuschüsse der EU	*-*
Zusammen	*1 600*

F 527 03 -011	*Reisen in Angelegenheiten der Personalvertretungen und der Gleichstellungsbeauftragten sowie in Vertretung der Interessen schwerbehinderter Menschen*	*84*	*84*	*102*

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind zentral für den gesamten Einzelplan veranschlagt.

F 539 99 -011	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*780*	*780*	*872*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern	*20*
2. Umzugs- und Verlegungskosten	*35*
3. Externe Dienstleister	*565*
4. Vereinbarkeit Familie und Beruf, Audit Beruf und Familie	*10*
5. Betriebliches Gesundheitsmanagement	*30*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 539 99

Bezeichnung	1 000 €
6. Sonstiges	120
Zusammen	780

F 543 01 -011	*Veröffentlichung und Dokumentation*	130	130	111

Haushaltsvermerk:

1. *Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.*
2. *Aus den Ausgaben sind auch die Kosten für Porto, Verpackung und Versand von Veröffentlichungen zu leisten.*

F 544 01 -165	*Forschung, Untersuchungen und Ähnliches*	14 242	14 752	10 138

Verpflichtungsermächtigung ... 6 500 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu ... 3 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu ... 2 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu ... 1 500 T€

Haushaltsvermerk:

1. *Mehrausgaben* ***zu Nr. 2 der Erläuterungen*** *dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 272 01.*
2. *Einnahmen gemäß § 291b SGB V fließen den Ausgaben zu.*
3. *Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Forschungs- und Kongressberichte beschafft und unentgeltlich oder gegen ermäßigtes Entgelt an Dritte abgegeben werden.*

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Forschungen, Untersuchungen und Ähnliches	14 242
2. Zuschüsse der EU	-
Zusammen	14 242

Ressortforschung mit folgenden Schwerpunkten:

Versorgungsforschung zu seltenen Erkrankungen, Nationaler Krebsplan, Verbesserung der Versorgung von Demenzkranken und von Menschen mit psychischen Erkrankungen, Optimierung der Patientensicherheit, Kranken- und Pflegeversicherung. Ferner Forschung zur Bekämpfung von Antibiotikaresistenzen sowie zur Prävention und Umweltmedizin.

Aus dem Ansatz dürfen auch Ausgaben für Projektträgerschaften, für den wissenschaftlichen Erfahrungsaustausch sowie für die wissenschaftliche Begleitung bei praktischer Erprobung und für die Veröffentlichung von Forschungsergebnissen geleistet werden.

Aus den Ausgaben können auch Zuwendungen gewährt sowie Sachverständigengutachten bezahlt werden.

F 545 01 -314	*Konferenzen, Tagungen, Messen und Ausstellungen*	3	3	-

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Werbe- und Informationsmaterialien gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

1501 Bundesministerium

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 546 88 -012	*Förderung des Vorschlagwesens*	*3*	*3*	*1*

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind zentral für den gesamten Einzelplan veranschlagt.

F 634 03 -011	*Zuweisungen an den Versorgungsfonds*	*1 294*	*776*	*788*
F 711 01 -011	*Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten*	*401*	*401*	*187*

Erläuterungen:

Einjährige Maßnahmen	*1 000 €*
Sonstige Baumaßnahmen...	*401*

F 811 01 -011	*Erwerb von Fahrzeugen*	*-*	*-*	*161*
F 812 01 -011	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen*	*258*	*128*	*275*

Titelgruppe 04

Tgr. 04	Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen	(662)	(653)	

Erläuterungen:

Nach § 142 Abs. 1 und 2 SGB V entwickelt der Sachverständigenrat

1. Prioritäten für den Abbau von Versorgungsdefiziten und bestehenden Überversorgungen und zeigt
2. Möglichkeiten und Wege zur Weiterentwicklung des Gesundheitswesens auf.

F 427 49 -011	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*361*	*355*	*466*
F 428 41 -011	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*231*	*228*	*169*
F 547 41 -011	*Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben*	*70*	*70*	*96*

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Titelgruppe 05			
Tgr. 05	Geschäftsstelle der oder des Drogenbeauftragten der Bundesregierung	(224)	(222)	
F 412 51 -011	*Aufwandsentschädigung für die Drogenbeauftragte oder den Drogenbeauftragten der Bundesregierung*	*31*	*30*	*30*
F 427 59 -011	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*107*	*106*	*116*
F 511 51 -011	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände*	*10*	*10*	*4*
F 514 51 -011	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*	*16*	*16*	*7*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*Soll 2014*	*Soll 2013*
personengebundene Pkw...	*1*	*1*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 518 51 -011	*Mieten und Pachten*	*10*	*10*	*4*
F 526 52 -011	*Sachverständige*	*18*	*18*	*9*
F 527 51 -011	*Dienstreisen*	*32*	*32*	*33*
F 547 51 -011	*Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben*	*-*	*-*	*-*
F 811 51 -011	*Erwerb von Fahrzeugen*	*-*	*-*	*-*
	Titelgruppe 09			
Tgr. 09	Geschäftsstelle der oder des Beauftragten der Bundesregierung für die Belange der Patientinnen und Patienten sowie der oder des Bevollmächtigten für Pflege	(176)	(174)	
F 412 91 -011	*Aufwandsentschädigung für die Patientenbeauftragte oder den Patientenbeauftragten der Bundesregierung*	*-*	*30*	*30*
F 427 99 -011	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*88*	*87*	*8*
F 511 91 -011	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände*	*5*	*5*	*1*

1501 Bundesministerium

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu flexibilisierte Ausgaben			
F 514 91 -011	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*	*14*	*14*	*11*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*Soll 2014*	*Soll 2013*
personengebundene Pkw..	*1*	*1*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 518 91 -011	*Mieten und Pachten*	*4*	*4*	*1*
F 526 92 -011	*Sachverständige*	*46*	*15*	*-*
F 527 91 -011	*Dienstreisen*	*19*	*19*	*9*
F 547 91 -011	*Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben*	*-*	*-*	*-*
F 811 91 -011	*Erwerb von Fahrzeugen*	*-*	*-*	*-*

Titelgruppe 55

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Tgr. 55	Ausgaben für die Informationstechnik	(6 180)	(1 380)	
F 511 55 -011	*Geschäftsbedarf und Datenübertragung sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Software, Wartung*	*550*	*150*	*1 086*
F 518 55 -011	*Miete für Datenverarbeitungsanlagen, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Maschinen, Software*	*15*	*15*	*-*
F 525 55 -011	*Aus- und Fortbildung*	*140*	*140*	*35*
F 532 55 -011	*Ausgaben für Aufträge und Dienstleistungen*	*1 100*	*200*	*1 502*
F 812 55 -011	*Erwerb von Datenverarbeitungsanlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, Software*	*4 375*	*875*	*1 065*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Erstbeschaffung	
1.1 Hardware..	*600*
1.2 Software...	*1 000*
2. Ersatzbeschaffung	
2.1 Hardware..	*1 200*
2.2 Software...	*1 575*
Zusammen...	*4 375*

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel			
531 01 -013	Präventionskampagne		448	99

1502 Allgemeine Bewilligungen

Überblick zum Kapitel 1502	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen..	3 400	3 300	+100		3 200
Übrige Einnahmen...	-	-	-		-
Gesamteinnahmen...	3 400	3 300	+100		3 200
Ausgaben					
Sächliche Verwaltungsausgaben...........................	23 949	20 224	+3 725		21 347
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	10 618 697	11 587 435	-968 738		14 084 496
Ausgaben für Investitionen.....................................	3 795	3 730	+65	717	3 033
Besondere Finanzierungsausgaben......................	-	-	-		-
Gesamtausgaben...	10 646 441	11 611 389	-964 948	717	14 108 876
davon nicht flexibilisiert..	10 646 441	11 611 389	-964 948	717	14 108 876
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung...................................	23 810 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.................................	14 520 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.................................	7 270 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.................................	2 020 T€				

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Einnahmen			
	Verwaltungseinnahmen			
119 99 -314	Vermischte Einnahmen	3 400	3 300	3 200
	Erläuterungen: Der Titel dient insbesondere als Verbuchungsstelle für Zuwendungen, die von den Zuwendungsempfängern nicht oder nicht zweckentsprechend verwendet wurden und daher zurückzuzahlen sind.			
	Übrige Einnahmen			
272 01 -314	Einnahmen aus Zuschüssen von der EU	-	-	-
	Haushaltsvermerk: Mehreinnahmen sind wegen bindender Vorgaben der EU zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 532 82, 684 69 und 686 18.			
381 07 -890	Leistungen von Bundesbehörden zur Durchführung von ressortübergreifenden Aufgaben	-	-	(-)
	Haushaltsvermerk: Mehreinnahmen sind wegen verbindlicher Vereinbarung mit anderen Bundesbehörden (EfA) zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Epl. 15.			
	Ausgaben			
	Sächliche Verwaltungsausgaben			
532 09 -314	Gesundheitsberichterstattung	726	726	723
	Verpflichtungsermächtigung.......... 550 T€ davon fällig: im Haushaltsjahr 2015 bis zu.......... 450 T€ im Haushaltsjahr 2016 bis zu.......... 100 T€			
	Erläuterungen: Aus diesem Titel dürfen bis zu acht Stellen in Kap. 0614 - Statistisches Bundesamt - bezahlt werden.			
	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)			
632 01 -299	Bundesanteil zur Entschädigung von Hepatitis-C-Opfern der ehemaligen DDR	2 258	2 102	2 056

1502 Allgemeine Bewilligungen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
632 02 -314	Zuschuss zu den Kosten für Erhebungen auf dem Gebiet der Krebskrankheiten und anderer nicht übertragbarer Krankheiten	897	897	722

Verpflichtungsermächtigung ... 210 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu ... 70 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu ... 70 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu ... 70 T€

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
Die Mittel sind bestimmt für	
1. epidemiologische Krebsregister, die der Erhebung der Krebserkrankungsfälle und der Krebsursachenforschung dienen	290
2. Mortalitätsevaluation des Mammographiescreenings	200
3. Register für nicht übertragbare Krankheiten	407
Zusammen	897

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
632 03 -314	Zuschuss zu den Kosten zum Betrieb eines Transplantationsregisters und eines Implantateregisters	300		
636 02 -224	Erstattung der Aufwendungen für Leistungen der Krankenkassen an Aussiedler	120	150	15

Haushaltsvermerk:

Einnahmen aus Rückerstattungen der Krankenkassen fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Nach § 11 Abs. 6 Bundesvertriebenengesetz wird den Krankenkassen der ihnen aufgrund dieser Vorschrift entstehende Aufwand aus Bundesmitteln erstattet. Krankenkassen, die bundesunmittelbare Körperschaften des öffentlichen Rechts sind, erhalten aus Bundesmitteln außerdem als Verwaltungskostenersatz acht Prozent ihres Aufwandes für Leistungen nach § 90 Bundesvertriebenengesetz.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
636 05 -232	Leistungen des Bundes für Aufwendungen nach dem Mutterschutzgesetz	3 520	3 520	3 324

Haushaltsvermerk:

Einnahmen aus Rückerstattungen der Krankenkassen fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Nach § 14 Abs. 2 und 3 MuSchG leistet der Bund, soweit er für die Zahlung des Mutterschaftsgeldes zuständig ist, den Zuschuss zum Mutterschaftsgeld an Frauen, deren Arbeitsverhältnis während der Schwangerschaft oder der Schutzfrist vom Arbeitgeber zulässig aufgelöst worden ist. Dies gilt auch, wenn der Arbeitgeber wegen Insolvenz seinen Zuschuss nicht zahlen kann.

Arbeitnehmerinnen, die nicht Mitglied einer Krankenkasse sind, zahlt der Bund durch das Bundesversicherungsamt je Leistungsfall bis zu 210 € (§ 13 Abs. 2 MuSchG).

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
636 06 -224	Pauschale Abgeltung der Aufwendungen der Krankenkassen für gesamtgesellschaftliche Aufgaben (Gesundheitsfonds)	10 500 000	11 500 000	14 000 000

Haushaltsvermerk:

Einnahmen aus der Rückzahlung vorgezogener Leistungen des Bundes fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Das Bundesversicherungsamt verwaltet als Sondervermögen ab dem 1. Januar 2009 die Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung (§ 271 SGB V). Die Beteiligung des Bundes zur Mitfinanzierung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben nach § 221 SGB V wird ebenfalls an den Gesundheitsfonds gezahlt. Die Zahlungen erfolgen in monatlichen Teilbeträgen zum 1. Bankarbeitstag.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
681 01 -314	Leistungen des Bundes für die Förderung der freiwilligen privaten Pflegevorsorge	33 000		

Haushaltsvermerk:

1. **Aus diesem Titel werden die Verwaltungsausgaben der Deutschen Rentenversicherung Bund für die Durchführung der Pflegevorsorge erstattet.**
2. **Aus diesem Titel werden die Personal- und Sachausgaben des Bundesversicherungsamtes als Aufsichtsbehörde über die neu einzurichtende zentrale Stelle für Pflegevorsorge bei der Deutschen Rentenversicherung Bund geleistet.**

Erläuterungen:

Aus dem Titel wird auch der sächliche und personelle Aufwand erstattet, der bei der zentralen Stelle für Pflegevorsorge bei der Deutschen Rentenversicherung Bund als durchführendes Organ für die Pflegevorsorgeförderung nach § 128 Abs. 2 Satz 1 SGB XI und beim Bundesversicherungsamt als aufsichtsführende Behörde über die zentrale Stelle für Pflegevorsorge entsteht.

Nach § 126 ff. des Elften Buches des Sozialgesetzbuches (Soziale Pflegeversicherung - SGB XI) leistet der Bund unter bestimmten Voraussetzungen eine Zulage für privat abgeschlossene Pflegezusatzversicherungen.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
684 03 -314	Zuschüsse zur Förderung von Modellen zur Verbesserung der Versorgung chronisch Kranker	350	350	258

Verpflichtungsermächtigung.. 150 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 50 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 50 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 50 T€

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass im Rahmen der Modellvorhaben erarbeitete Materialien an die interessierte Fachöffentlichkeit unentgeltlich oder gegen ermäßigtes Entgelt abgegeben werden.

Erläuterungen:

Aus den veranschlagten Mitteln sollen Einzelmaßnahmen sowie die Fort- und Weiterbildung von Fachkräften bezuschusst werden.

Aus diesem Titel dürfen auch sächliche Verwaltungsausgaben geleistet werden.

1502 Allgemeine Bewilligungen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
684 04 -314	Sicherung der Qualität im Gesundheitswesen	400	800	575

Verpflichtungsermächtigung.. 250 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 150 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 100 T€

Erläuterungen:

Die Verpflichtung zur medizinischen Qualitätssicherung wurde durch das Gesundheits-Reformgesetz vom 20. Dezember 1988 erstmals bundesgesetzlich verankert (§§ 135 bis 139 SGB V). Sie umfasst Maßnahmen zur Prüfung, Sicherung und Verbesserung der medizinischen Versorgung von Patienten im ambulanten und stationären Bereich, um eine hochwertige, humane und wirtschaftliche Behandlung zu gewährleisten.

Es werden Projekte gefördert, die modellhaft aufzeigen, wie die Qualität der Versorgung im Gesundheitswesen gesichert werden kann. Dabei geht es insbesondere darum, die Patientenorientierung, die Patientensicherheit und die Evidenzbasierung der Versorgung zu verbessern. Darüber hinaus werden Aufträge an das Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen gem. § 139b Abs. 2 S. 2 i.V.m. § 139a Abs. 3 SGB V finanziert. Es dürfen Ausgaben für Projektträgerschaft geleistet werden.

Aus diesem Titel dürfen auch sächliche Verwaltungsausgaben geleistet werden.

684 06 -314	Zuschüsse und Beiträge an zentrale Einrichtungen und Verbände des Gesundheitswesens	2 873	2 888	2 829

Verpflichtungsermächtigung.. 900 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 400 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 300 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 200 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Erläuterungen sind hinsichtlich der Ausgabenansätze der einzelnen Zuwendungsempfänger / Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO verbindlich. Abweichungen bedürfen der Einwilligung des Bundesministeriums der Finanzen.
2. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

Erläuterungen:

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
Institutionelle Förderung/Zuschüsse an Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO					
2. Bundesvereinigung Prävention und Gesundheitsförderung e. V......... *- aus Kap. 1502 Tit. 684 06*	93,35	100,00	393	383	367
2.2 Aktion Psychisch Kranke e. V.. *- aus Kap. 1502 Tit. 684 06*	98,26	100,00	331	327	309
Zusammen			724	710	676
- Summe Tit. 684 06			*724*	*710*	*676*
Projektförderung					
2.1 Projektförderung..			2 149	2 178	2 153
Insgesamt			2 873	2 888	2 829
- Summe Tit. 684 06			*2 873*	*2 888*	*2 829*

Zu 2.1:

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 684 06

Im Rahmen von Projektförderungen werden Zuwendungen als Zuschüsse zur Förderung der gesundheitlichen Selbsthilfe und zur Förderung von Maßnahmen zur selbstbestimmten Lebensgestaltung behinderter Menschen in Höhe von 1 661 T€ gewährt, des Weiteren an Zentrale Einrichtungen des Gesundheitswesens in Höhe von 200 T€ sowie an Zentrale Einrichtungen und Verbände im Bereich der Psychiatrie in Höhe von 288 T€.

Aus diesem Titel dürfen auch sächliche Verwaltungsausgaben geleistet werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
685 04 -165	Zuschuss an die Stiftung Chemotherapeutisches Forschungsinstitut Georg-Speyer-Haus, Frankfurt -Betrieb -	1 910	2 410	2 410

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 894 01.
2. Die Erläuterungen sind hinsichtlich der Ausgabenansätze der einzelnen Zuwendungsempfänger / Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO verbindlich. Abweichungen bedürfen der Einwilligung des Bundesministeriums der Finanzen.

Erläuterungen:

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	Finanzierungsanteil in Prozent ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
Institutionelle Förderung/Zuschüsse an Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO					
Chemotherapeutisches Forschungsinstitut Georg-Speyer-Haus, Frankfurt am Main	30,00	50,00	2 045	2 545	2 545
- aus Kap. 1502 Tit. 685 04			*1 910*	*2 410*	*2 410*
- aus Kap. 1502 Tit. 894 01			*135*	*135*	*135*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
686 02 -314	Zuschüsse zu Forschungsvorhaben zur Erkennung und Bekämpfung neuer Infektionskrankheiten	1 151	1 151	763

Verpflichtungsermächtigung.......... 200 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.......... 150 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.......... 50 T€

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für Untersuchungen zu Ausbreitung und Infektionsmodus von neuen Infektionskrankheiten. Diese beziehen sich auf humane Retrovirusinfektionen (mit Ausnahme von AIDS), andere neue oder erneut aufgetretene Infektionskrankheiten sowie chronische Krankheiten, bei denen Infektionserreger erstmalig ursächlich bekannt werden und auf Erreger, die in der Empfindlichkeit gegen Antibiotika resistent wurden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
686 05 -314	Verbesserung der Arzneimitteltherapiesicherheit	700	900	302

Verpflichtungsermächtigung.......... 1 600 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.......... 700 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.......... 500 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.......... 400 T€

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

1502 Allgemeine Bewilligungen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Noch zu Titel 686 05	Erläuterungen: Aus diesem Titel dürfen auch sächliche Verwaltungsaufgaben geleistet werden.			
686 07 -314	Förderung der Kindergesundheit	500	-	622
	Verpflichtungsermächtigung.. 1 500 T€ davon fällig: im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 700 T€ im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 500 T€ im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 300 T€			
	Haushaltsvermerk: **Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.**			
	Erläuterungen: Aus diesem Titel dürfen auch sächliche Verwaltungsaufgaben geleistet werden.			
	Ausgaben für Investitionen			
863 02 -224	Unterjährige Liquiditätshilfen an den Gesundheitsfonds	-	-	-
	Haushaltsvermerk: Einnahmen aus der Tilgung von Liquiditätshilfen fließen den Ausgaben zu.			
	Erläuterungen: Aus diesem Titel werden die unterjährigen Liquiditätshilfen gemäß § 12 Abs. 5 Satz 1 HG geleistet.			
894 01 -165	Zuschuss an die Stiftung Chemotherapeutisches Forschungsinstitut Georg-Speyer-Haus, Frankfurt -Investitionen -	135	135	135
	Haushaltsvermerk: Die Ausgaben sind mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 685 04.			
	Erläuterungen: Zuwendungsempfänger: Zusammenstellung siehe Erläuterungen zu Tit. 685 04.			
	Besondere Finanzierungsausgaben			
981 07 -890	Leistungen an Bundesbehörden zur Durchführung von ressortübergreifenden Aufgaben	-	-	(-)
	Haushaltsvermerk: Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Epl. 15.			

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Titelgruppe 01			
Tgr. 01	Maßnahmen zur Verbesserung der Versorgung Pflegebedürftiger	(5 400)	(900)	
	Haushaltsvermerk: Rückzahlungen von einzelnen Zuwendungsempfängern aufgrund nicht benötigter Zuwendungsmittel fließen den Ausgaben zu.			
	Erläuterungen: Dem Modellprogramm stellt sich auch weiterhin die Aufgabe, die Umsetzung der Reformen der Pflegeversicherung unterstützend zu begleiten. Dabei kann auf einen umfangreichen Fundus bisheriger Erfahrungen und Erkenntnisse aufgebaut werden. Dennoch besteht auch weiterhin praxisbezogener Erprobungsbedarf. So sollen Neuregelungen bei der ärztlichen Versorgung in der stationären Pflege sowie bei den Fördermaßnahmen für neue Wohnformen und zur Stärkung der Rehabilitation pflegender Angehöriger evaluiert werden. Grundsätzliches Ziel der weiteren Durchführung des Modellprogramms ist es, einen Beitrag zur Weiterentwicklung der Sozialen Pflegeversicherung mit dem Ziel des Abbaus von Anwendungsproblemen in der praktischen Umsetzung sowie der Entwicklung von praxisbezogenen Lösungsansätzen für ein System mit sonstigen Unterstützungsangeboten vernetzter ambulanter, teil- und vollstationärer Pflegeeinrichtungen zu leisten. Dementsprechend dürfen aus dem Titel auch Ausgaben für die Beratung von Einrichtungen, die Erarbeitung von Planungsgrundlagen, die Aus- und Fortbildung von Fachpersonal, für Gutachter und Sachverständige und die Durchführung von Schulungs- und Informationsmaßnahmen geleistet werden.			
531 11 -314	Pflegekampagne	3 000		
	Verpflichtungsermächtigung... fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 1 500 T€			
684 11 -235	Maßnahmen zur Verbesserung der Versorgung Pflegebedürftiger	2 400	900	448
	Verpflichtungsermächtigung... 4 500 T€ davon fällig: im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 2 000 T€ im Haushaltsjahr 2016 bis zu... 2 000 T€ im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 500 T€			
893 11 -235	Zuschüsse zur Errichtung, Erweiterung, Ausstattung und Modernisierung von modellhaften Pflegeeinrichtungen	-	-	-

1502 Allgemeine Bewilligungen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Titelgruppe 06

Tgr. 06	Maßnahmen auf dem Gebiet des Drogen- und Suchtmittelmissbrauchs	(12 154)	(12 321)	
531 66 -314	Aufklärungsmaßnahmen auf dem Gebiet des Drogen- und Suchtmittelmissbrauchs	7 514	7 214	7 249

Verpflichtungsermächtigung... 2 500 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 1 700 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 800 T€

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

Erläuterungen:

In Ausführung des Aktionsplanes Drogen und Sucht soll die Aufklärung durch massen- und personalkommunikative Maßnahmen zielgruppenorientiert fortgesetzt werden.

Die Mittel werden überwiegend der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung zur Bewirtschaftung zugewiesen.

684 67 -314	Zuschüsse an zentrale Einrichtungen und Verbände	840	807	863

Verpflichtungsermächtigung...

fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 150 T€

Haushaltsvermerk:

Die Erläuterungen sind hinsichtlich der Ausgabenansätze der einzelnen Zuwendungsempfänger / Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO verbindlich. Abweichungen bedürfen der Einwilligung des Bundesministeriums der Finanzen.

Erläuterungen:

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmitteln	Finanzierungsanteil in Prozent ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
Institutionelle Förderung/Zuschüsse an Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO					
1. Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen (DHS).................................... *- aus Kap. 1502 Tit. 684 67*	94,76	100,00	664	656	621
Projektförderung					
2.1 Projektförderung DHS und andere...			176	151	242
Insgesamt			840	807	863
- Summe Tit. 684 67			*840*	*807*	*863*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 06

684 69 -314	Modellmaßnahmen und Forschungsvorhaben auf dem Gebiet des Drogen- und Suchtmittelmissbrauchs	2 900	3 400	3 412

Verpflichtungsermächtigung.. 1 900 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 1 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 600 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 300 T€

Haushaltsvermerk:

1. Mehrausgaben **zu Nr. 6 der Erläuterungen** dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 272 01.

   Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.

2. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Einzelprojekte zur Umsetzung einer nationalen Strategie zur Drogen- und Suchtpolitik für den Bereich Alkohol................................	800
2. Einzelprojekte zur Umsetzung einer nationalen Strategie zur Drogen- und Suchtpolitik für den Bereich der illegalen Drogen............	600
3. Einzelprojekte zur Umsetzung einer nationalen Strategie zur Drogen- und Suchtpolitik für den Bereich Tabak..................................	200
4. Einzelprojekte zur Umsetzung einer nationalen Strategie zur Drogen- und Suchtpolitik für den Bereich Medikamentenabhängigkeit	400
5. Einzelprojekte zur Umsetzung einer nationalen Strategie zur Drogen- und Suchtpolitik für den Bereich "suchtmittelübergreifender Ansatz"...	900
6. Zuschüsse der EU...	-
Zusammen..	2 900

Aus diesem Titel dürfen auch sächliche Verwaltungsausgaben geleistet werden.

685 62 -314	Förderung der nationalen Informationsknotenstelle im Bereich Sucht	900	900	673

Verpflichtungsermächtigung.. 400 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 350 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 50 T€

Erläuterungen:

Aus den Mitteln werden folgende Vorhaben gefördert:

Basisdokumentation:

Daten von rd. 140 000 Klienten und des Vergleichszeitraums von über 20 Jahren erlauben Trendanalysen und Schätzungen auch für Teilgruppen. Im Rahmen der Berichtspflicht der Bundesregierung werden diese Daten an die Europäische Drogenbeobachtungsstelle geliefert.

1502 Allgemeine Bewilligungen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 685 62 (Titelgruppe 06)

REITOX/Focal point:

Durch Rechtsverordnung ergibt sich die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit mit der Europäischen Drogenbeobachtungsstelle. Der finanzielle Anteil Deutschlands wird über die eingerichteten Knotenpunkte eingebracht.

Titelgruppe 08

Tgr. 08	Internationales Gesundheitswesen	(28 755)	(33 284)	
532 82 -314	Kosten der internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Gesundheitswesens	1 134	1 134	1 028

Verpflichtungsermächtigung.. 200 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 150 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 50 T€

Haushaltsvermerk:

1. Mehrausgaben **zu Nr. 8 der Erläuterungen** dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 272 01.

   Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.

2. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen, Informations-, therapeutisches und diagnostisches Material an Dritte gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich abgegeben werden, soweit dies zur Durchführung des Vorhabens notwendig ist.

Erläuterungen:

	Bezeichnung	1 000 €
1.	Fonds zur Förderung des Gesundheitswesens, Programme und Veranstaltungen der WHO, der OECD und anderer internationaler Organisationen, an denen Deutschland ein eigenes gesundheitspolitisches Interesse hat..	120
2.	Ausgaben, die durch die Mitgliedschaft des Bundes in internationalen Organisationen entstehen, die auf dem Gebiet des Gesundheitswesens tätig sind (WHO, OECD, Europarat und andere) sowie internationale und multilaterale Vereinbarungen im Gesundheitswesen insbesondere für	
2.1	fremdsprachliche, organisatorische und fachliche Vorbereitung und Durchführung von Seminaren, Symposien, Arbeitsgruppentagungen usw. (außer Repräsentationskosten)...........................	30
2.2	Kosten für Sprachendienst und Protokollangelegenheiten (außer für Repräsentation)...	60
2.3	Vorbereitung und Ausführung bilateraler Vereinbarungen (z. B. Abkommen) über die Zusammenarbeit und den Erfahrungsaustausch..	120
3.	Internationaler Erfahrungsaustausch mit Fachleuten..................	35
4.	Vorbereitung und Entwicklung inhaltlicher deutscher Vorstellungen zu Schwerpunkten der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der europäischen und internationalen Gesundheitspolitik...........	409
5.	Internationale Projekte im Rahmen der Strategie gegen das Inverkehrbringen gefälschter Arzneimittel......................................	80

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 532 82 (Titelgruppe 08)

Bezeichnung	1 000 €
6. Kosten der internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Gesundheitspolitik	80
7. Gesundheitswirtschaft und Gesundheitssystementwicklung im Ausland	200
8. Zuschüsse der EU	-
Zusammen	1 134

Aus den Ausgaben können auch Zuwendungen gewährt werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
685 81 -314	Kosten für den Betrieb von Zentren zur Zusammenarbeit mit der Weltgesundheitsorganisation	697	697	696

Verpflichtungsermächtigung .... 600 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 200 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 200 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu .... 200 T€

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
687 86 -314	Beiträge an internationale Organisationen	26 924	31 453	32 367

Erläuterungen:

Bezeichnung der Organisation Rechtsgrundlage und Zweck der Mitgliedschaft	Mitgliedsbeitrag der Bundesrepublik Deutschland (Pflichtleistungen) in Prozent	in Tausend-Fremdwährung (gerundet)	in 1 000 € (gerundet)	Besondere (freiwillige) Leistungen außerhalb des Mitgliedsbeitrags in 1 000 € (gerundet)	Zusammen Spalte 4 + 5 in 1 000 €
1	2	3	4	5	6
1. Weltgesundheitsorganisation (WHO) in Genf	7,1	16 587 USD	12 027		12 027
		15 558 CHF	12 674		12 674
Rechtsgrundlage: Vereinbarung Zweck: Mitgliedsbeitrag					
2. Vereinte Nationen (VN) in New York	0,5	600	600		600
Rechtsgrundlage: Vereinbarung Zweck: Beitrag zum UNDCP					
3. Internationales Zentrum für Krebsforschung in Lyon	7,9	1 093	1 093		1 093
Rechtsgrundlage: Vereinbarung Zweck: Mitgliedsbeitrag					
4. Internationale Union für Krebsbekämpfung (UICC) in Genf	1,5	80	80		80
Rechtsgrundlage: Vereinbarung Zweck: Zuschuss zum Mitgliedsbeitrag					
5. Internationale Union gegen die Tuberkulose (IUATLD/TSRU) in Paris	7,2	51	51		51
Rechtsgrundlage: Vereinbarung Zweck: Zuschuss zum Mitgliedsbeitrag					
6. Sekretariat zum Tabakrahmenübereinkommen bei der WHO	11,0	466 USD	338		338
Rechtsgrundlage: intern. Vereinbarung Zweck: Mitgliedsbeitrag					
7. Northern Dimension Partnership in Public Health and Social Well-being (NDPHS)	13,3	406 SEK	46		46
8. Sonstiges		15	15		15
Zusammen			26 924	-	26 924

Differenzen durch Rundung möglich

1502 Allgemeine Bewilligungen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Titelgruppe 09

Tgr. 09	Zweckgebundene Zuweisungen an die Länder für Mitgliedseinrichtungen der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz e. V. (WGL)	(38 158)	(36 146) *(717)*	

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.

632 91 -164	Zweckgebundene Zuweisungen an die Länder für Mitgliedseinrichtungen der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz e. V. (WGL)	34 498	32 551	30 654

Haushaltsvermerk:

Die Mittel dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.

Dies gilt, wenn und soweit das zuwendungsgebende Sitzland seinen Finanzierungsanteil ebenfalls überjährig zur Verfügung stellt.

Erläuterungen:

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	Finanzierungsanteil in Prozent ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
WGL-Einrichtungen					
1. **Nordrhein-Westfalen**			**(12 047)**	**(11 577)**	**(10 945)**
1.1 Deutsches Diabetes-Zentrum, Düsseldorf (DDZ)			6 375	5 945	5 623
- aus Kap. 1502 Tit. 632 91		50,00	*5 802*	*5 372*	*5 113*
- aus Kap. 1502 Tit. 882 91		50,00	*573*	*573*	*510*
1.2 Deutsche Zentralbibliothek für Medizin, Köln (ZB MED)			3 617	3 393	3 229
- aus Kap. 1502 Tit. 632 91		30,00	*3 547*	*3 323*	*3 088*
- aus Kap. 1502 Tit. 882 91		30,00	*70*	*70*	*141*
1.3 Leibniz-Institut für Arterioskleroseforschung, Münster (LIFA)			2 055	2 239	2 093
- aus Kap. 1502 Tit. 632 91		50,00	*2 055*	*2 239*	*2 093*
- aus Kap. 1502 Tit. 882 91			-	-	-
2. **Schleswig-Holstein**			**(10 038)**	**(9 447)**	**(8 608)**
2.1 Forschungszentrum Borstel, Leibniz-Zentrum für Medizin und Biowissenschaften, Borstel (FZB)			10 038	9 447	8 608
- aus Kap. 1502 Tit. 632 91		50,00	*9 106*	*8 552*	*8 000*
- aus Kap. 1502 Tit. 882 91		50,00	*932*	*895*	*608*
3. **Hamburg**			**(14 591)**	**(13 702)**	**(12 782)**
3.1 Bernhard-Nocht-Institut für Tropenmedizin, Hamburg (BNI)			8 624	7 912	7 225
- aus Kap. 1502 Tit. 632 91		50,00	*7 109*	*6 645*	*6 417*
- aus Kap. 1502 Tit. 882 91		50,00	*1 515*	*1 267*	*808*
3.2 Heinrich-Pette-Institut - Leibnitz-Institut für Experimentelle Virologie, Hamburg (HPI)			5 967	5 790	5 557
- aus Kap. 1502 Tit. 632 91		50,00	*5 417*	*5 020*	*4 746*
- aus Kap. 1502 Tit. 882 91		50,00	*550*	*770*	*811*
4. **Rheinland-Pfalz**			**(1 482)**	**(1 420)**	**(1 217)**
4.1 Zentrum für Psychologische Information und Dokumentation, Trier (ZPID)			1 482	1 420	1 217
- aus Kap. 1502 Tit. 632 91		50,00	*1 462*	*1 400*	*1 197*
- aus Kap. 1502 Tit. 882 91		50,00	*20*	*20*	*20*
Zusammen			38 158	36 146	33 552
- Summe Tit. 632 91			*34 498*	*32 551*	*30 654*
- Summe Tit. 882 91			*3 660*	*3 595*	*2 898*

Die Länder gewähren den Einrichtungen Zuwendungen zur institutionellen Förderung. Die Förderung des Bundes erfolgt durch zweckgebundene Zuweisungen an die Sitzländer.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu Titelgruppe 09			
882 91 -164	Zweckgebundene Zuweisungen an die Länder für Mitgliedseinrichtungen der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz e. V. (WGL)	3 660	3 595 *717*	2 898

Haushaltsvermerk:

Die Mittel dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.

Dies gilt, wenn und soweit das zuwendungsgebende Sitzland seinen Finanzierungsanteil ebenfalls überjährig zur Verfügung stellt.

Erläuterungen:

WGL-Einrichtungen: Zusammenstellung siehe Erläuterungen zu Tit. 632 91.

Titelgruppe 12

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Tgr. 12	Ausgaben für die AIDS-Bekämpfung und anderer sexuell übertragbarer Krankheiten	(13 134)	(12 709)	

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
531 16 -314	Aufklärungsmaßnahmen auf dem Gebiet von sexuell übertragbaren Krankheiten	11 575	11 150	12 347

Verpflichtungsermächtigung.. 5 500 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 4 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu... 1 500 T€

Haushaltsvermerk:

Aus den Ausgaben zu Nr. 2 der Erläuterungen dürfen bis zu sechs Stellen der AIDS-Aufklärung in Kap. 1504 Tit. 422 01 und 428 01 bezahlt werden.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Aufklärung der Allgemeinbevölkerung und überproportional gefährdeter Gruppen..	3 800
2. Aufklärung durch persönliche Ansprache (insbesondere Multiplikatoren)...	1 725
3. Förderung der HIV/STI-Aufklärung durch den freien Träger DAH...	4 800
4. Qualitätssicherung und Evaluation der Kampagne; Streukosten....	1 250
Zusammen...	11 575

Zentrale Pfeiler der AIDS-Bekämpfung sind nach wie vor Aufklärungsmaßnahmen, die insbesondere

einen hohen Informationsstand über Infektionsrisiken, Nichtrisiken und Schutzmöglichkeiten sichern,

Schutzmotivation und Schutzverhalten in Risikosituationen fördern,

trügerischer Hoffnung, wegen der neuen Kombinationstherapien spiele Vorsicht keine so bedeutende Rolle mehr, entgegenarbeiten.

Zu diesem Zweck werden innerhalb einer Gesamtkonzeption aufeinander abgestimmte Maßnahmen der Massenkommunikation und der sog. "personalen Kommunikation" (AIDS-Aktionstage, Multiplikatorenschulungen etc.) weiterentwickelt und eingesetzt.

Die Mittel werden überwiegend der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung zur Bewirtschaftung zugewiesen.

1502 Allgemeine Bewilligungen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu Titelgruppe 12			
686 18 -165	Forschungs- und Entwicklungsvorhaben zur Erkennung und Bekämpfung von AIDS und anderen sexuell übertragbaren Krankheiten	1 559	1 559	1 507

Verpflichtungsermächtigung.. 1 200 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 800 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 400 T€

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben **zu Nr. 4 der Erläuterungen** dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 272 01.

Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Erforschung des Infektionsmodus, des Verlaufs der HIV-Infektion; Untersuchungen zur Diagnose und Therapie opportunistischer Erkrankungen; klinische Studien der Behandlung von AIDS..........	550
2. Epidemiologische Untersuchungen über die Ausbreitung der HIV-Infektion und der AIDS-Erkrankung sowie anderer sexuell übertragbarer Krankheiten in der Bundesrepublik Deutschland............	452
3. Sozialwissenschaftliche Untersuchungen zu HIV-Infektionsrisiken und Schutzmöglichkeiten vor AIDS..	557
4. Zuschüsse der EU..	-
Zusammen...	1 559

Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
685 12 -314	Zuschuss zur Unterstützung der durch Blutprodukte HIV-infizierte Personen		-	-

Vorbemerkung

Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) ist durch Erlass vom 20. Juli 1967 (GMBl S. 374) errichtet worden. Sie ist eine nichtrechtsfähige Bundesanstalt und hat ihren Sitz in Köln.

Die BZgA hat die Aufgabe, durch gesundheitliche Aufklärung einen Beitrag zur Gesundheitsförderung und Prävention zu erbringen. Hierzu gehört insbesondere die Aufklärung über schwerwiegende gesundheitliche Risiken und Krankheiten, zur Suchtprävention und zur Prävention von Infektionskrankheiten, u. a. AIDS. Mittel für die Aufgaben sind auch in den Kapiteln 1502 und 1703 veranschlagt.

Die BZgA erfüllt ihren Auftrag durch bevölkerungsweite Aufklärungskampagnen, durch Aus- und Fortbildung der auf dem Gebiet der Gesundheitserziehung und -aufklärung tätigen Personen, durch Koordinierung und Verstärkung der gesundheitlichen Aufklärung im Bundesgebiet, durch fachliche Zusammenarbeit mit dem Ausland, durch Evaluation und Qualitätssicherung zur Sicherung der Effektivität und Effizienz.

Überblick zum Kapitel 1504	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	77	77	-		404
Übrige Einnahmen	-	-	-		-
Gesamteinnahmen	77	77	-		404
Ausgaben					
Personalausgaben	6 946	6 647	+299	496	6 027
Sächliche Verwaltungsausgaben	23 168	18 452	+4 716	734	12 869
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	46	16	+30	26	25
Ausgaben für Investitionen	626	135	+491	290	126
Besondere Finanzierungsausgaben	-	-	-		-
Gesamtausgaben	30 786	25 250	+5 536	1 546	19 047
davon flexibilisiert	9 441	8 259	+1 182	1 530	7 693
davon nicht flexibilisiert	21 345	16 991	+4 354	16	11 354
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung	1 550 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu	1 050 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu	500 T€				

1504 Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

111 01 -314	Gebühren, sonstige Entgelte	4	4	4

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 427 09, 427 49, 531 06 und 539 99.

Erläuterungen:

Lizenzgebühren aus der wirtschaftlichen Verwertung der in der Bundeszentrale hergestellten Lehr- und Anschauungsmittel.

119 01 -314	Einnahmen aus Veröffentlichungen	53	53	37

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen wegen entgeltlicher Abgabe von Broschüren und Veröffentlichungen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 427 09 und 531 06.

119 99 -314	Vermischte Einnahmen	20	20	363

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen zu Nr. 1 der Erläuterungen sind aus der Durchführung der Aufträge Dritter gemäß Vertrag zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 427 09 und 531 06.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Erstattung durch Sozialversicherungsträger, Institutionen und Private für die Durchführung von Aufträgen	10
2. Sonstiges	10
Zusammen	20

132 01 -314	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	-	-	-

Übrige Einnahmen

236 01 -314	Einnahmen aus Mitteln der GKV zur Umsetzung der Präventionsstrategie	-		

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind wegen verbindlicher Vereinbarungen mit der GKV zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Tgr. 02.

Erläuterungen:

Zur Unterstützung der Kankenkassen bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben beauftragt der Spitzenverband Bund der Krankenkassen die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung mit der Durchführung von kassenübergreifenden Leistungen zur primären Prävention, insbesondere in Kindertagesstätten, Kindergär-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Noch zu Titel 236 01	ten, Schulen und Jugendeinrichtungen sowie in den Lebenswelten älterer Menschen. Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung erhält für diese Leistungen vom Spitzenverband Bund der Krankenkassen eine pauschale Vergütung, die mindestens der Hälfte des Betrags entspricht, den die Krankenkassen nach § 20 Absatz 5 Satz 2 SGB V für Leistungen zur Prävention in Lebenswelten aufzuwenden haben.			
272 01 -314	Einnahmen aus Zuschüssen von der EU	-	-	-
	Haushaltsvermerk: Mehreinnahmen sind wegen bindender Vorgaben der EU zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 427 09, 511 01, 527 01, 531 06, 532 03 und 545 01.			
381 01 -890	Leistungen von Bundesbehörden zur Durchführung von Aufträgen	-	-	(47)
	Haushaltsvermerk: Mehreinnahmen sind wegen verbindlicher Vereinbarung mit anderen Bundesbehörden zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Tgr. 01.			

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

1. Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.

   In die Flexibilisierung einbezogen sind auch Tit. 532 03, 532 04, 547 11 und 547 41.

   Ausgenommen ist Tgr. 02.

2. Einsparungen bei folgenden Titeln: Hgr. 4, Hgr. 5 und Hgr. 8 mit Ausnahme folgender Titel: 518 .2 dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 981 01.

Sächliche Verwaltungsausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
518 02 -314	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	834	534	531
	Haushaltsvermerk: Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.			
531 06 -314	Gesundheitliche Aufklärung der Bevölkerung	20 505	16 451 *16*	10 817

Verpflichtungsermächtigung.. 1 500 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 1 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 500 T€

Haushaltsvermerk:

1. Einsparungen zu Nr. 2, 3 und 7 der Erläuterungen dienen bis zur Höhe von 800 T€ zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 427 09.

1504 Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 531 06

2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: 111 01 und 119 01.
3. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.
4. Mehrausgaben **zu Nr. 12 der Erläuterungen** dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 272 01.
5. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Gesundheit von Kindern und Jugendlichen	2 130
2. Aufklärung zur Organspende	7 500
3. Aufklärung zur Blutspende	300
4. Weiterentwicklung des Programms "gesund und aktiv älter werden"	1 400
5. Sicherung von Effektivität und Effizienz in der gesundheitlichen Aufklärung	900
6. Erhöhung der Reichweiten	1 100
7. Aufklärungskampagne zur Steigerung der Durchimpfung	3 000
8. Aufklärungskampagne zur Hygiene	750
9. Information von Unternehmen über betriebliche Gesundheitsförderung	1 000
10. Transfer von Qualitätssicherungsverfahren: Ausbau von Unterstützungsangeboten zur Qualitätssicherung von Gesundheitsförderungsansätzen in Lebenswelten	2 000
11. Krisenkommunikation	425
12. Zuschüsse der EU	-
Zusammen	20 505

Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) hat die Aufgabe, mit von ihr initiierten und durchgeführten Maßnahmen bevölkerungsweite Wirkungen in der Prävention und Gesundheitsförderung zu erreichen. Die Maßnahmen der BZgA zielen darauf ab, den Wissensstand zu grundlegenden und aktuellen Gesundheitsthemen in der Bevölkerung zu verbessern und das individuelle Gesundheitsverhalten positiv zu beeinflussen. Die Stärkung der Eigenverantwortlichkeit der Bürgerinnen und Bürger im Hinblick auf gesundheitsgerechtes Handeln und adäquate Nutzung von Präventionsangeboten steht dabei im Mittelpunkt der Aufklärungsarbeit. Ergänzend hierzu sollen verhältnispräventive Maßnahmen in den Lebenswelten durchgeführt werden, die gesundheitsgerechtes Verhalten der Bevölkerung erleichtern und unterstützen und einen Beitrag zur Verminderung sozial bedingter Ungleichheit von Gesundheitschancen leisten.

Bei der Entwicklung, Erprobung und Umsetzung der Medien/Maßnahmen arbeitet die Bundeszentrale mit Bundesländern, mit der Bundesvereinigung Prävention und Gesundheitsförderung e. V., Gemeinden, Institutionen, insbesondere den Krankenkassen, freien Initiativen und sonstigen Organisationen zur Gesundheitsaufklärung zusammen.

Aus den Ausgaben können auch Zuwendungen gewährt werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
531 07 -314	Finanzierung von Maßnahmen zur Suchtprävention	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 531 07

Erläuterungen:

Nach § 4 des Gesetzes zur Verbesserung des Schutzes junger Menschen vor Gefahren des Alkohol- und Tabakkonsums ist das Netto-Mehraufkommen aus der Alkopopsteuer zur Finanzierung von Maßnahmen zur Suchtprävention der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung zu verwenden. Das Netto-Mehraufkommen ergibt sich aus der Differenz zwischen dem Aufkommen der Alkopopsteuer und den Mindereinnahmen bei der Branntweinsteuer, die sich durch die Einführung der Alkopopsteuer ergeben. Das Verfahren zur Berechnung des Netto-Mehraufkommens ist durch eine Rechtsverordnung geregelt.

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
687 01 -314	Mitgliedsbeiträge an internationale Organisationen	6	6	6

Besondere Finanzierungsausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
981 01 -890	Leistungen an Bundesbehörden zur Durchführung von Aufträgen	-	-	(-)

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Kap. 1504.

Titelgruppe 02

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
Tgr. 02	Durchführung von Leistungen zur Prävention in Lebenswelten im Auftrag der Krankenkassen gemäß Gesetz zur Förderung der Prävention	(-)		

Haushaltsvermerk:

1. **Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.**
2. **Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 236 01.**

Erläuterungen:

Der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung entstehen für die Durchführung von Leistungen zur primären Prävention Aufwendungen, die von der GKV erstattet werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
427 29 -314	Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige	-		
459 29 -314	Vermischte Personalausgaben	-		
547 21 -314	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	-		

1504 Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Flexibilisierte Ausgaben			
	Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG			
	Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3	6 986	6 657 *522*	6 046
	Aus Hauptgruppe 5	1 829	1 467 *718*	1 521
	Aus Hauptgruppe 7	31	40 *174*	-
	Aus Hauptgruppe 8	595	95 *116*	126
	Zusammen	9 441	8 259 *1 530*	7 693
F 422 01 -314	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*1 247*	*1 133*	*897*
	Erläuterungen: *Es dürfen bis zu vier Planstellen der AIDS-Aufklärung aus Kap. 1502 Tit. 531 16 bezahlt werden.*			
F 427 09 -314	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*496*	*430*	*325*

Haushaltsvermerk:

1. *Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe von 800 T€ der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: 531 06.*
2. *Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: 111 01 und 119 01.*
3. *Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.*
4. *Mehrausgaben **zu Nr. 2 der Erläuterungen** dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 272 01.*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige	*496*
2. Zuschüsse der EU	*-*
Zusammen	*496*

F 428 01 -314	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*3 099*	*2 989*	*4 124*

Erläuterungen:

Es dürfen bis zu zwei Stellen der AIDS-Aufklärung aus Kap. 1502 Tit. 531 16 bezahlt werden.

	Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
		Noch zu flexibilisierte Ausgaben			
F	*428 02 -314*	*Entgelte für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler*	*1 341*	*1 341*	*-*

Haushaltsvermerk:

Aus dem Titel werden Entgelte für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie für sonstige im wissenschaftsrelevanten Bereich Beschäftigte gezahlt, die im Rahmen der Planung, Vorbereitung, Durchführung, Auswertung oder Bewertung von Forschungsvorhaben einen wesentlichen Beitrag leisten. Für diesen Beschäftigtenkreis wird kein verbindlicher Stellenplan ausgebracht. Unbefristete Beschäftigungsverhältnisse dürfen im Rahmen vorhandener Mittel abgeschlossen werden.

	Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F	*453 01 -314*	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	*6*	*6*	*3*
F	*511 01 -314*	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände*	*189*	*181*	*82*

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben ***zu Nr. 2 der Erläuterungen*** *dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 272 01.*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Geschäftsbedarf und Kommunikation	*189*
2. Zuschüsse der EU	*-*
Zusammen	*189*

	Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F	*514 01 -314*	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*	*10*	*10*	*11*
F	*517 01 -314*	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	*430*	*220*	*243*
F	*518 01 -314*	*Mieten und Pachten*	*10*	*10*	*9*
F	*519 01 -314*	*Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen*	*45*	*45*	*45*
F	*525 01 -314*	*Aus- und Fortbildung*	*20*	*20*	*23*
F	*526 01 -314*	*Gerichts- und ähnliche Kosten*	*-*	*-*	*6*

1504 Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 526 03 -314	*Ausgaben für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen*	*11*	*11*	*12*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Ständiger Koordinierungsausschuss der BZgA und des wissenschaftlichen Beirats	*6*
2. Fachausschüsse für Schwerpunktaktionen	*5*
Zusammen	*11*

F 527 01 -314	*Dienstreisen*	*122*	*140*	*152*

Haushaltsvermerk:

*Mehrausgaben **zu Nr. 2 der Erläuterungen** dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 272 01.*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Erstattung von Reisekosten	*122*
2. Zuschüsse der EU	*-*
Zusammen	*122*

F 532 03 -314	*Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet der Gesundheitserziehung*	*115*	*115*	*110*

Haushaltsvermerk:

1. *Mehrausgaben **zu Nr. 1 der Erläuterungen** dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 272 01.*
2. *Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Zuschüsse der EU	*-*
2. Zusammenarbeit zur Gesundheitsförderung mit der EU	*58*
3. Vorhaben im Rahmen des Kooperationsvertrages mit der WHO	*35*
4. Sonstiges	*22*
Zusammen	*115*

F 532 04 -314	*Ausgaben für Lehrgänge, Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen auf dem Gebiet der Gesundheitsaufklärung und -erziehung*	*151*	*151*	*144*

Verpflichtungsermächtigung..

fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 50 T€

F 539 99 -314	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*216*	*30*	*66*

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben zu Nr. 1 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 111 01.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 539 99

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Steuerzahlung für Lizenzeinnahmen	-
2. Umzugskosten	200
3. Sonstiges	16
Zusammen	216

Zu 1.:
Für die bei Tit. 111 01 vereinnahmten Lizenzgebühren aus der wirtschaftlichen Verwertung der in der Bundeszentrale hergestellten Lehr- und Anschauungsmittel sind anteilig Steuern zu zahlen.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 545 01 -314	*Konferenzen, Tagungen, Messen und Ausstellungen*	*152*	*152*	*51*

Haushaltsvermerk:

1. *Mehrausgaben* ***zu Nr. 2 der Erläuterungen*** *dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 272 01.*
2. *Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Werbe- und Informationsmaterialien gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.*

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Konferenzen, Tagungen usw.	152
2. Zuschüsse der EU	-
Zusammen	152

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 634 03 -314	*Zuweisungen an den Versorgungsfonds*	*40*	*10*	*19*
F 711 01 -314	*Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten*	*31*	*40*	*-*
F 811 01 -314	*Erwerb von Fahrzeugen*	*-*	*-*	*-*
F 812 01 -314	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen*	*339*	*39*	*30*

Titelgruppe 01

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
Tgr. 01	Durchführung von Aufträgen anderer Bundesbehörden	(-)	(-)	

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 381 01.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 427 19 -314	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*-*	*-*	*-26*

1504 Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu flexibilisierte Ausgaben			
F 547 11 -314	*Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben*	*-*	*-*	*46*
	Titelgruppe 04			
Tgr. 04	Aufklärung und Beratung nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz	(807)	(798)	
F 422 41 -314	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*324*	*320*	*253*
F 427 49 -314	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige* *Haushaltsvermerk:* *Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 111 01.*	*33*	*33*	*144*
F 428 41 -314	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*400*	*395*	*307*
F 547 41 -314	*Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben*	*50*	*50*	*44*
F 634 43 -314	*Zuweisungen an den Versorgungsfonds*	*-*	*-*	*-*
F 812 41 -314	*Erwerb von Geräten*	*-*	*-*	*-*
	Titelgruppe 55			
Tgr. 55	Ausgaben für die Informationstechnik	(564)	(388)	
F 511 55 -314	*Geschäftsbedarf und Datenübertragung sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Software, Wartung*	*244*	*244*	*328*
F 525 55 -314	*Aus- und Fortbildung*	*25*	*25*	*28*
F 532 55 -314	*Ausgaben für Aufträge und Dienstleistungen*	*39*	*63*	*121*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu flexibilisierte Ausgaben			
F 812 55 -314	*Erwerb von Datenverarbeitungsanlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, Software*	*256*	*56*	*96*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Erstbeschaffung	
1.1 Hardware	*75*
1.2 Software	*56*
2. Ersatzbeschaffung	
2.1 Hardware	*75*
2.2 Software	*50*
Zusammen	*256*

1505 Deutsches Institut für Medizinische Dokumentation und Information

Vorbemerkung

Das Deutsche Institut für Medizinische Dokumentation und Information (DIMDI) in Köln ist durch Erlass vom 1. September 1969 (GMBl S. 401) als nichtrechtsfähige Bundesanstalt errichtet worden.

Gemäß Errichtungserlass hat das DIMDI:

1. in- und ausländische Literatur und sonstige Informationen auf dem Gesamtgebiet der Medizin und ihrer Randgebiete unter Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung zu erfassen, zu speichern und bekannt zu geben,
2. Dokumentations- und Informationssysteme im Bereich der Medizin und ihrer Randgebiete zu verbessern und
3. die Aus- und Fortbildung von Personal für die medizinische Dokumentation und Information zu fördern.

Zu den gesetzlichen Aufgaben gehören u. a. die Einrichtung, Pflege und Weiterentwicklung des Arzneimittelinformationssystems, des Medizinprodukteinformationssystems sowie medizinischer Klassifikationen und Terminologien.

Überblick zum Kapitel 1505	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen..	1 245	1 345	-100		1 065
Übrige Einnahmen..	640	1 290	-650		11
Gesamteinnahmen..	1 885	2 635	-750		1 076
Ausgaben					
Personalausgaben...	7 502	7 203	+299	917	7 152
Sächliche Verwaltungsausgaben...........................	5 085	5 079	+6	3 956	3 981
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	69	59	+10	26	49
Ausgaben für Investitionen.....................................	618	1 308	-690	2 067	400
Besondere Finanzierungsausgaben.......................	-	-	-		-
Gesamtausgaben...	13 274	13 649	-375	6 966	11 582
davon flexibilisiert...	12 040	11 765	+275	6 966	10 993
davon nicht flexibilisiert..	1 234	1 884	-650		589
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung...................................	1 150 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.................................	800 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.................................	350 T€				

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

119 01 -314	Einnahmen aus Veröffentlichungen	845	1 145	843

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, Dienstleistungen unentgeltlich oder gegen ermäßigtes Entgelt an Dritte abzugeben, wenn Gegenseitigkeit oder ein erhebliches Bundesinteresse besteht.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Einnahmen aus der Nutzung von Datenbanken und sonstigen online-Angeboten des DIMDI	700
2. Sonstiges	145
Zusammen	845

119 99 -314	Vermischte Einnahmen	400	200	222

Haushaltsvermerk:

1. Mehreinnahmen zu Nr. 5 der Erläuterungen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 427 09, 532 01, 539 99 und 543 01.
2. Mehreinnahmen zu Nr. 6 der Erläuterungen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 427 09 **und 532 55.**
3. Mehreinnahmen zu Nr. 1 der Erläuterungen sind aufgrund verbindlicher Vereinbarungen mit Dritten zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 427 09, 428 01, 532 01, **532 55** und 543 01.
4. Mehreinnahmen zu Nr. 3 der Erläuterungen sind aufgrund verbindlicher Vereinbarungen mit Dritten zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: **427 09.**
5. Mehreinnahmen zu Nr. 4 der Erläuterungen sind aufgrund verbindlicher Vereinbarungen mit Dritten zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 427 09 **und 544 51.**

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Beiträge Dritter zur Planung und Durchführung von Aufgaben auf dem Gebiet der Dokumentation und Information sowie auf dem Gebiet der Informationstechnologie	-
2. Einnahmen aus der Überlassung von DV-Programmen	-
3. Einnahmen aus der Nutzung der Arzneimittelinformationssysteme	-
4. Beiträge Dritter zur Planung und Durchführung von Aufgaben auf dem Gebiet der evidenzbasierten Medizin/HTA	-
5. Einnahmen aus der Veröffentlichung von Fachinformationen	-
6. Einnahmen aus der Nutzung des Informationssystems Medizinprodukte	-
7. Sonstiges	400
Zusammen	400

1505 Deutsches Institut für Medizinische Dokumentation und Information

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Übrige Einnahmen			
236 01 -311	Kosten der Datentransparenz gem. § 303a Abs. 1 SGB V	640	1 290	-

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Erstattungen der Kosten die der Datenaufbereitungsstelle und der Vertrauensstelle durch die Wahrnehmung der Datentransparenz entstehen	640
2. Gebühren, Entgelte	-
Zusammen	640

Der Spitzenverband Bund der Krankenkassen erstattet dem DIMDI die von den Krankenkassen nach § 303a Abs. 3 Satz 1 SGB V zu tragenden Kosten (Sach- und Personalkosten) von bis zu 500 T€, die der Datenaufbereitungsstelle und der Vertrauensstelle für die Wahrnehmung der Aufgaben der Datentransparenz entstehen. Darüber hinaus sind weitere Sachkosten von bis zu 140 T€ zu erstatten.

Die eingehenden Gebühren reduzieren den Anteil, der durch die GKV zu erstatten ist.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
272 01 -314	Einnahmen aus Zuschüssen von der EU	-	-	11

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind wegen bindender Vorgaben der EU zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 427 09, 527 01, **532 55, 544 51 und 812 55.**

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
381 01 -890	Leistungen von Bundesbehörden zur Durchführung von Aufträgen	-	-	(127)

Haushaltsvermerk:

1. Mehreinnahmen zu Nr. 1 der Erläuterungen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: **532 55 und 812 55.**
2. Mehreinnahmen zu Nr. 2 der Erläuterungen sind wegen verbindlicher Vereinbarung mit anderen Bundesbehörden zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Tgr. 01.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Leistungen anderer Bundesbehörden für die Mitbenutzung des Rechenzentrums	-
2. Erstattung durch andere Bundesbehörden zur Durchführung von Aufträgen	-
Zusammen	-

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

1. Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.

   In die Flexibilisierung einbezogen sind auch Tit. 532 01, 547 11 und 547 51.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Ausgenommen ist Tgr. 06.			
	2. Einsparungen bei folgenden Titeln: Hgr. 4, Hgr. 5 und Hgr. 8 mit Ausnahme folgender Titel: 518 .2 dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 981 01.			
	Sächliche Verwaltungsausgaben			
518 02 -314	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	582	582	578
	Haushaltsvermerk:			
	Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.			
	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)			
684 01 -314	Mitgliedsbeiträge an Verbände und Vereine	12	12	11
	Besondere Finanzierungsausgaben			
981 01 -890	Leistungen an Bundesbehörden zur Durchführung von Aufträgen	-	-	(16)
	Haushaltsvermerk:			
	Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Kap. 1505.			
	Titelgruppe 06			
Tgr. 06	Ausgaben im Zusammenhang mit der Wahrnehmung der Aufgaben der Datentransparenz gem. § 303a Abs. 1 SGB V	(640)	(1 290)	
	Haushaltsvermerk:			
	Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.			
	Erläuterungen:			
	Dem DIMDI entstehen Aufwendungen für die Wahrnehmung von Aufgaben einer Vertrauensstelle und einer Datenaufbereitungsstelle für die Versorgungsdaten nach § 303a Abs. 1 Satz 1 SGB V.			
	Die hierfür entstehenden Kosten tragen die Krankenkassen nach § 303a Abs. 3 Satz 1 SGB V. Näheres über die Erstattung der Kosten einschließlich der zu zahlenden Vorschüsse regelt die vom BMG zu erlassende Verordnung nach § 303a Abs. 1 Satz 2 SGB V (Datentransparenzverordnung - DaTraV).			
422 61 -311	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	500	420	-
427 69 -311	Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige	-	-	-

1505 Deutsches Institut für Medizinische Dokumentation und Information

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu Titelgruppe 06			
428 61 -311	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	-	-	-
459 69 -311	Vermischte Personalausgaben	-	-	-
547 61 -311	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	140	80	-
634 63 -311	Zuweisungen an den Versorgungsfonds	-	-	-
	Haushaltsvermerk: 1. **Die Ausgaben sind übertragbar.** **Die Übertragbarkeit ist auf die diesem Titel zufließenden Erstattungen im Sinne des § 16 Abs. 3 Satz 1 des Versorgungsrücklagegesetzes beschränkt.** 2. **Erstattungen im Sinne des § 16 Abs. 3 Satz 1 des Versorgungsrücklagegesetzes fließen den Ausgaben zu.**			
812 61 -311	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	-	790	-

Flexibilisierte Ausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG			
	Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3	7 059	6 830 *943*	7 190
	Aus Hauptgruppe 5	4 363	4 417 *3 956*	3 403
	Aus Hauptgruppe 7	52	52 *488*	-
	Aus Hauptgruppe 8	566	466 *1 579*	400
	Zusammen	12 040	11 765 *6 966*	10 993
F 422 01 -314	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*1 002*	*1 058*	*1 027*
F 427 09 -314	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*792*	*682*	*721*
	Haushaltsvermerk: *1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.*			

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 427 09

2. *Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.*

3. ***Mehrausgaben zu Nr. 2 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 272 01.***

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige	*792*
2. Zuschüsse der EU	*-*
Zusammen	*792*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 428 01 -314	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*5 202*	*5 037*	*4 461*

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 453 01 -314	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	*6*	*6*	*1*
F 511 01 -314	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände*	*130*	*155*	*110*
F 514 01 -314	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*	*4*	*4*	*2*
F 517 01 -314	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	*500*	*480*	*530*
F 518 01 -314	*Mieten und Pachten*	*32*	*32*	*15*
F 519 01 -314	*Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen*	*10*	*5*	*42*
F 525 01 -314	*Aus- und Fortbildung*	*50*	*50*	*47*
F 526 01 -314	*Gerichts- und ähnliche Kosten*	*25*	*25*	*294*
F 526 02 -314	*Sachverständige*	*25*	*25*	*22*

1505 Deutsches Institut für Medizinische Dokumentation und Information

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 526 03 -314	*Ausgaben für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen*	*15*	*15*	*5*

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. DIMDI Beirat	1
2. Kuratorium HTA	4
3. Wissenschaftlicher Beirat HTA	5
4. Kuratorium für Fragen der Klassifikation im Gesundheitswesen (KKG)	5
Zusammen	15

F 527 01 -314	*Dienstreisen*	*78*	*78*	*75*

Haushaltsvermerk:

*Mehrausgaben **zu Nr. 2 der Erläuterungen** dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 272 01.*

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Erstattung von Reisekosten	78
2. Zuschüsse der EU	-
Zusammen	78

F 532 01 -314	*Medizinische Klassifikationen und verwandte Begriffssysteme*	*120*	*120*	*17*

Haushaltsvermerk:

1. *Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.*
2. *Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.*

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Medizinische Klassifikationen und verwandte Begriffssysteme	110
2. Sonstiges	10
Zusammen	120

F 539 99 -314	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*93*	*93*	*123*

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu flexibilisierte Ausgaben			
F 543 01 -314	*Veröffentlichung und Dokumentation*	*10*	*10*	*2*
	Haushaltsvermerk: *1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.* *2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.*			
F 634 03 -314	*Zuweisungen an den Versorgungsfonds*	*57*	*47*	*38*
F 711 01 -314	*Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten*	*52*	*52*	*-*
F 811 01 -314	*Erwerb von Fahrzeugen*	*-*	*-*	*-*
F 812 01 -314	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen*	*15*	*15*	*34*
	Titelgruppe 01			
Tgr. 01	Durchführung von Aufträgen anderer Bundesbehörden	(-)	(-)	
	Haushaltsvermerk: Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 381 01.			
F 427 19 -314	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*-*	*-*	*72*
F 547 11 -314	*Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben*	*-*	*-*	*-*
F 812 11 -314	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen*	*-*	*-*	*-*

1505 Deutsches Institut für Medizinische Dokumentation und Information

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Titelgruppe 05			
Tgr. 05	Ausgaben für das Informationssystem zur Bewertung medizinischer Technologien	(685)	(685)	
F 544 51 -165	*Forschung, Untersuchungen und Ähnliches*	*660*	*660*	*458*

Verpflichtungsermächtigung.. 400 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 300 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 100 T€

Haushaltsvermerk:

1. ***Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.***
2. ***Mehrausgaben zu Nr. 2 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 272 01.***

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Erstellung von HTA-Berichten...	*660*
2. Zuschüsse der EU..	*-*
Zusammen..	*660*

F 547 51 -314	*Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben*	*25*	*25*	*45*
	Titelgruppe 55			
Tgr. 55	Ausgaben für die Informationstechnik	(3 137)	(3 091)	
F 511 55 -314	*Geschäftsbedarf und Datenübertragung sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Software, Wartung*	*918*	*918*	*744*
F 518 55 -314	*Miete für Datenverarbeitungsanlagen, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Maschinen, Software*	*5*	*5*	*-*
F 525 55 -314	*Aus- und Fortbildung*	*40*	*40*	*47*
F 532 55 -314	*Ausgaben für Aufträge und Dienstleistungen*	*1 623*	*1 677*	*825*

Verpflichtungsermächtigung.. 750 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 500 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 250 T€

Haushaltsvermerk:

1. ***Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: 119 99 und 381 01.***

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 532 55 (Titelgruppe 55):

2. ***Mehrausgaben zu Nr. 2 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 272 01.***
3. ***Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.***
4. ***Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Benutzeranleitungen an Dritte unentgeltlich bzw. gegen ermäßigtes Entgelt abgegeben werden.***
5. ***Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass bei Zusammenarbeit mit anderen Dokumentationszentren oder Informationseinrichtungen Datenmaterial nach dem Grundsatz der Gegenseitigkeit weitergegeben oder zu Demonstrationszwecken kurzfristig zugänglich gemacht wird.***
6. ***Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass bei Zusammenarbeit mit anderen Informations- und Dokumentationszentren Fachliteratur und Dokumentationsmaterial unentgeltlich bzw. im Austausch überlassen werden.***

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Ausgaben für Aufträge und Dienstleistungen	1 623
2. Zuschüsse der EU	-
Zusammen	1 623

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 812 55 -314	*Erwerb von Datenverarbeitungsanlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, Software*	551	451	366

Haushaltsvermerk:

1. ***Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 381 01.***
2. ***Mehrausgaben zu Nr. 3 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 272 01.***

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Erstbeschaffung	
1.1 Hardware	122
1.2 Software	45
2. Ersatzbeschaffung	
2.1 Hardware	244
2.2 Software	140
Zusammen	551

Bezeichnung	1 000 €
3. Zuschüsse der EU	-

Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 427 49 -314	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*		-	721

1505 Deutsches Institut für Medizinische Dokumentation und Information

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F *427 59 -314*	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*		*-*	*149*
F *459 49 -314*	*Vermischte Personalausgaben*		*-*	*-*
F *547 41 -314*	*Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben*		*-*	*-*

Vorbemerkung

Durch Gesetz vom 7. Juli 1972 (BGBl. I S. 1163) ist das Paul-Ehrlich-Institut als selbstständige Bundesoberbehörde errichtet worden. Seine Aufgaben ergeben sich grundlegend aus Artikel 1 Absatz 2 des o. g. Gesetzes.

Ergänzt und modifiziert wird der dortige Aufgabenkatalog durch Regelungen des Arzneimittel- und Tierseuchengesetzes bzw. der Tierimpfstoff-Verordnung.

Hauptaufgaben sind die Zulassung und die staatliche Chargenprüfung von Sera, Impfstoffen, Testallergenen, Testsera und Testantigenen sowie Blutzubereitungen.

Forschungsaufgaben hat das Institut vorrangig auf dem Gebiet der o. a. Arzneimittel, insbesondere auf dem Gebiet der Prüfverfahren.

Weiterhin ist die Erfassung und Auswertung von Arzneimittelrisiken und die Koordination von Maßnahmen zur Risikovorsorge und Gefahrenabwehr von besonderer Bedeutung. Daneben wirkt das Institut bei der Überwachung des Arzneimittelverkehrs durch die zuständigen Landesbehörden mit.

Sitz des Paul-Ehrlich-Instituts ist Langen.

Überblick zum Kapitel 1506	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	14 459	14 086	+373		22 529
Übrige Einnahmen	-	-	-		-
Gesamteinnahmen	14 459	14 086	+373		22 529
Ausgaben					
Personalausgaben	29 258	28 192	+1 066	4 542	36 759
Sächliche Verwaltungsausgaben	22 797	22 375	+422	384	22 974
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	2 162	1 594	+568		1 117
Ausgaben für Investitionen	9 354	10 542	-1 188	969	7 439
Besondere Finanzierungsausgaben	-	-	-		-
Gesamtausgaben	63 571	62 703	+868	5 895	68 289
davon flexibilisiert	50 194	47 459	+2 735	866	46 750
davon nicht flexibilisiert	13 377	15 244	-1 867	5 029	21 539
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung	12 971 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu	5 416 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu	5 016 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu	2 539 T€				

1506 Paul-Ehrlich-Institut

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

111 01 -314	Gebühren, sonstige Entgelte	13 233	12 860	14 462

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen zu Nr. 2 der Erläuterungen aufgrund von Verfahren zur gegenseitigen Anerkennung von Tierimpfstoffen in der EU dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Tgr. 08.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Gebühren für Amtshandlungen des Paul-Ehrlich-Instituts gemäß Kostenverordnung nach dem Arzneimittelgesetz............................	12 526
2. Gebühren für Amtshandlungen des Paul-Ehrlich-Instituts nach der Tierimpfstoff-Kostenverordnung..	700
3. Gebühren für Amtshandlungen des Paul-Ehrlich-Instituts nach der Verordnung zum Medizinproduktegesetz.................................	6
4. Gebühren nach der Verordnung über die Gebühren und Auslagen nach dem Informationsfreiheitsgesetz..	1
Zusammen..	13 233

119 99 -314	Vermischte Einnahmen	-	-	6 375

Haushaltsvermerk:

1. Mehreinnahmen zu Nr. 1 der Erläuterungen sind aus Verträgen mit Dritten zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 545 01.
2. Mehreinnahmen zu Nr. 2 der Erläuterungen sind wegen rechtsverbindlicher Verwendungsauflage bei Aufträgen Dritter zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Tgr. 02.
3. Mehreinnahmen zu Nr. 3 der Erläuterungen sind wegen rechtsverbindlicher Verwendungsauflage (Gesetz über Arbeitnehmererfindungen) für Einnahmen aus Patenten und Wissenstransfer zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 539 99.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Einnahmen aus der Durchführung wissenschaftlicher Symposien.	-
2. Einnahmen für Aufträge Dritter auf dem Gebiet des Gesundheitswesens..	-
3. Einnahmen aus Patenten und Wissenstransfer..............................	-
Zusammen..	-

124 01 -314	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	34	34	106

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
129 02 -314	Einnahmen aus Konformitätsbewertungsverfahren bei Hoch-Risiko-Diagnostika	1 192	1 192	1 511
	Haushaltsvermerk: Mehreinnahmen dienen bis zur Höhe von 50 Prozent zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Tgr. 07.			
132 01 -314	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	-	-	75
	Übrige Einnahmen			
272 01 -314	Einnahmen aus Zuschüssen von der EU	-	-	-
	Haushaltsvermerk: Mehreinnahmen sind wegen bindender Vorgaben der EU zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Tgr. 01.			
381 01 -890	Leistungen von Bundesbehörden zur Durchführung von Aufträgen	-	-	(846)
	Haushaltsvermerk: Mehreinnahmen sind wegen verbindlicher Vereinbarung mit anderen Bundesbehörden zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Tgr. 05.			

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

1. Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.
   In die Flexibilisierung einbezogen sind auch Tit. 547 11 und 547 41.
   Ausgenommen sind Tgr. 02, Tgr. 05, Tgr. 07 und Tgr. 08.
2. Einsparungen bei folgenden Titeln: Hgr. 4, Hgr. 5 und Hgr. 8 mit Ausnahme folgender Titel: 518 .2 dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 981 01.

Sächliche Verwaltungsausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
518 02 -314	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	7 514	7 406	7 395
	Verpflichtungsermächtigung ... 678 T€ davon fällig: im Haushaltsjahr 2015 bis zu ... 226 T€ im Haushaltsjahr 2016 bis zu ... 226 T€ im Haushaltsjahr 2017 bis zu ... 226 T€			
	Haushaltsvermerk: Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.			

1506 Paul-Ehrlich-Institut

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)			
684 01 -314	Mitgliedsbeiträge an Vereine und Verbände	9	9	9
	Ausgaben für Investitionen			
712 04 -314	Große Baumaßnahmen (Abwasser)	3 474	4 390 *54*	2 158

Verpflichtungsermächtigung... 11 093 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 4 390 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu... 4 390 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu... 2 313 T€

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind mit folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: 712 05, 712 06 und 712 07.

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamtausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Nach 2013 übertragene Ausgabereste 1 000 €	Veranschlagt 2014 1 000 €	Vorbehalten für 2015 ff 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7
Neubau Haus 10 Abwasseraufbereitungsanlage einschl. der energetischen Optimierung der Ver- und Entsorgung.............................	24 600	7 317	4 390	-	3 474	9 419

Bauunterlagen nach § 24 BHO liegen teilweise noch nicht vor.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
712 05 -314	Große Baumaßnahmen (Klimaanlage)	556	1 452 *162*	1 669

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind mit folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: 712 04, 712 06 und 712 07.

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamtausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Nach 2013 übertragene Ausgabereste 1 000 €	Veranschlagt 2014 1 000 €	Vorbehalten für 2015 ff 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7
Raumlufttechnische Anlagen Haus 7..	5 000	2 777	1 452	215	556	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
712 06 -314	Große Baumaßnahmen (Optimierung Hs. IV)	236	112 *271*	153

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind mit folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: 712 04, 712 05 und 712 07.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 712 06

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamt-ausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Nach 2013 übertra-gene Aus-gabereste 1 000 €	Veran-schlagt 2014 1 000 €	Vorbe-halten für 2015 ff 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7
Bauliche Optimierungsmaßnahmen im Haus IV	1 689	1 070	112	271	236	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
712 07 -314	Große Baumaßnahmen (Brandschutz)	200	500	-

Verpflichtungsermächtigung ... 1 200 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu ... 800 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu ... 400 T€

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind mit folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: 712 04, 712 05 und 712 06.

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamt-ausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Nach 2013 übertra-gene Aus-gabereste 1 000 €	Veran-schlagt 2014 1 000 €	Vorbe-halten für 2015 ff 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7
1. Erneuerung der Brandmeldeanlage sowie der Elektroakustischen Rufanlage im PEI	2 802	-	500	-	200	2 102

Bauunterlagen nach § 24 BHO liegen teilweise noch nicht vor.

Besondere Finanzierungsausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
981 01 -890	Leistungen an Bundesbehörden zur Durchführung von Aufträgen	-	-	(36)

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Kap. 1506.

Titelgruppe 02

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
Tgr. 02	Durchführung von Aufträgen Dritter	(-)	(-) *(3 307)*	

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.

Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.

1506 Paul-Ehrlich-Institut

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Noch zu Titelgruppe 02				
427 29 -314	Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige Haushaltsvermerk: § 20 Abs. 1 BHO findet keine Anwendung.	-	- *3 307*	6 001
459 29 -314	Vermischte Personalausgaben	-	-	8
547 21 -314	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	-	-	308
	Titelgruppe 05			
Tgr. 05	Durchführung von Aufträgen anderer Bundesbehörden Haushaltsvermerk: Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 381 01. Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.	(-)	(-) *(1 235)*	
427 59 -314	Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige	-	- *1 235*	993
459 59 -314	Vermischte Personalausgaben	-	-	1
547 51 -314	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	-	-	531
	Titelgruppe 07			
Tgr. 07	Prüflabor für In-vitro Diagnostika Haushaltsvermerk: 1. Einsparungen bei folgenden Titeln: Hgr. 4 dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 634 73. 2. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit Ausnahme des Titels 634 73. 3. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 129 02.	(1 388)	(1 375)	
422 71 -314	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	381	443	351

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Noch zu Titelgruppe 07				
427 79 -314	Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige	166	164	251
428 71 -314	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	504	394	570
459 79 -314	Vermischte Personalausgaben	2	2	-
547 71 -314	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	233	270	216
634 73 -314	Zuweisungen an den Versorgungsfonds	-	-	-
	Haushaltsvermerk: 1. **Die Ausgaben sind übertragbar.** **Die Übertragbarkeit ist auf die diesem Titel zufließenden Erstattungen im Sinne des § 16 Abs. 3 Satz 1 des Versorgungsrücklagegesetzes beschränkt.** 2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Tgr. 07. 3. **Erstattungen im Sinne des § 16 Abs. 3 Satz 1 des Versorgungsrücklagegesetzes fließen den Ausgaben zu.**			
812 71 -314	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	102	102	102
	Titelgruppe 08			
Tgr. 08	Verfahren zur gegenseitigen Anerkennung von Tierimpfstoffen in der EU	(-)	(-)	
	Haushaltsvermerk: Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 111 01. Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.			
427 89 -314	Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige	-	-	547
428 81 -314	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	-	-	228
459 89 -314	Vermischte Personalausgaben	-	-	-

1506 Paul-Ehrlich-Institut

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu Titelgruppe 08			
547 81 -314	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	-	-	-
	Flexibilisierte Ausgaben			
	Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG			
	Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3	30 358	28 774	28 917
	Aus Hauptgruppe 5	15 050	14 699 *384*	14 524
	Aus Hauptgruppe 7	1 400	1 400	900
	Aus Hauptgruppe 8	3 386	2 586 *482*	2 409
	Zusammen	50 194	47 459 *866*	46 750
F 422 01 -314	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*7 943*	*6 953*	*7 540*
F 427 09 -314	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*3 152*	*3 030*	*3 846*
F 428 01 -314	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*9 923*	*10 244*	*15 856*
F 428 02 -314	*Entgelte für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler*	*6 448*	*6 448*	-
	Haushaltsvermerk: *Aus dem Titel werden Entgelte für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie für sonstige im wissenschaftsrelevanten Bereich Beschäftigte gezahlt, die im Rahmen der Planung, Vorbereitung, Durchführung, Auswertung oder Bewertung von Forschungsvorhaben einen wesentlichen Beitrag leisten. Für diesen Beschäftigtenkreis wird kein verbindlicher Stellenplan ausgebracht. Unbefristete Beschäftigungsverhältnisse dürfen im Rahmen vorhandener Mittel abgeschlossen werden.*			
F 453 01 -314	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	*275*	*56*	*68*
F 511 01 -314	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände*	*1 604*	*1 806*	*1 525*
F 514 01 -314	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*	*2 101*	*2 601*	*1 909*
F 517 01 -314	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	*7 400*	*6 400*	*7 174*
F 518 01 -314	*Mieten und Pachten*	*3*	*10*	*2*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 519 01 -314	*Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen*	*1 400*	*1 400*	*1 315*
F 525 01 -314	*Aus- und Fortbildung*	*232*	*232*	*264*
F 526 01 -314	*Gerichts- und ähnliche Kosten*	*4*	*4*	*16*
F 526 02 -314	*Sachverständige*	*80*	*122*	*39*

Erläuterungen:

Kosten der Begutachtung wichtiger Fragen auf dem Gebiet des Gesundheitswesens, insbesondere im Zusammenhang mit Blut und Blutprodukten sowie neuen Problemen der biotechnischen Herstellungsprozesse der Allergologie. Anpassung der Kostenverordnung, Qualitätsmanagement und Akkreditierung wissenschaftlicher Labore.

F 526 03 -314	*Ausgaben für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen*	*9*	*9*	*10*
F 527 01 -314	*Dienstreisen*	*337*	*337*	*478*
F 539 99 -314	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*352*	*250*	*412*

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.

Erläuterungen:

Von den Einnahmen im Titel 119 99 aus Patenten und Wissenstransfer sind Patentverwertungsberatung und -betreuung, externe Kosten für die Patentanmeldung und Patentaufrechterhaltung, anteilige Steuern sowie Erfindervergütungen zu zahlen.

F 543 01 -314	*Veröffentlichung und Dokumentation*	*26*	*26*	*42*

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen an in- und ausländische Forschungseinrichtungen unentgeltlich oder gegen ermäßigtes Entgelt abgegeben werden.

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Kosten für die Veröffentlichung von Richtlinien	*2*
2. Veröffentlichung von wissenschaftlichen Dokumentationen	*12*
3. Kosten für Bekanntmachungen gemäß § 34 Arzneimittelgesetz	*10*
4. Sonstiges	*2*
Zusammen	*26*

1506 Paul-Ehrlich-Institut

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 545 01 -314	*Konferenzen, Tagungen, Messen und Ausstellungen*	*42*	*42*	*28*

Haushaltsvermerk:

1. *Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.*
2. *Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Werbe- und Informationsmaterialien gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.*

F 634 03 -314	*Zuweisungen an den Versorgungsfonds*	*2 153*	*1 585*	*1 108*
F 711 01 -314	*Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten*	*1 400*	*1 400*	*900*

Erläuterungen:

Einjährige Maßnahmen	*1 000 €*
gem. Genehmigung AABau 2009	*1 400*

F 811 01 -314	*Erwerb von Fahrzeugen*	*25*	*25*	*57*
F 812 01 -314	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen*	*1 700*	*1 550*	*1 409*

Erläuterungen:

Einjährige Maßnahmen	*1 000 €*
1. Erstbeschaffung	*600*
2. Ersatzbeschaffung	*1 080*
3. Sonstige Beschaffungen	*20*
Zusammen	*1 700*

Titelgruppe 01

Tgr. 01	Durchführung von Aufträgen der EU	(-)	(-)	

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 272 01.

Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.

F 427 19 -314	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	-	-	-
F 459 19 -314	*Vermischte Personalausgaben*	-	-	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 547 11 -314	*Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben*	*-*	*-*	*-*

Titelgruppe 04

Tgr. 04	AIDS - Zentrum (Forschung)	(741)	(735)	
F 427 49 -314	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige* *Haushaltsvermerk:* *§ 20 Abs. 1 BHO findet keine Anwendung.*	*456*	*450*	*499*
F 459 49 -314	*Vermischte Personalausgaben*	*8*	*8*	*-*
F 547 41 -314	*Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben*	*277*	*277*	*319*

Titelgruppe 55

Tgr. 55	Ausgaben für die Informationstechnik	(2 844)	(2 194)	
F 511 55 -314	*Geschäftsbedarf und Datenübertragung sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Software, Wartung*	*653*	*653*	*543*
F 518 55 -314	*Miete für Datenverarbeitungsanlagen, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Maschinen, Software*	*-*	*-*	*-*
F 525 55 -314	*Aus- und Fortbildung*	*91*	*91*	*18*
F 532 55 -314	*Ausgaben für Aufträge und Dienstleistungen*	*439*	*439*	*430*
F 812 55 -314	*Erwerb von Datenverarbeitungsanlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, Software*	*1 661*	*1 011*	*943*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Erstbeschaffung	
1.1 Hardware	*875*
1.2 Software	*-*
2. Ersatzbeschaffung	
2.1 Hardware	*786*
2.2 Software	*-*
Zusammen	*1 661*

1510 Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte

Vorbemerkung

Das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) ist durch das Gesetz über die Neuordnung zentraler Einrichtungen des Gesundheitswesens (Gesundheitseinrichtungen-Neuordnungs-Gesetz - GNG) vom 24. Juni 1994 (BGBl. I S. 1416) als Bundesoberbehörde errichtet worden.

Zu den Aufgaben des Bundesinstituts gehören insbesondere:

1. Zulassung und Registrierung von Fertigarzneimitteln,
2. Erfassung und Bewertung sowie Abwehr von Arzneimittelrisiken (Pharmakovigilanz),
3. zentrale Erfassung und Bewertung von Risiken bei Medizinprodukten, Empfehlungen und Maßnahmen zur Risikoabwehr bei Medizinprodukten und Arbeiten zur medizinischen und technischen Sicherheit, Eignung und Leistung von Medizinprodukten,
4. Beratung der zuständigen Behörden und der Fachkreise hinsichtlich der Anforderungen an medizinische und technische Sicherheit, Eignung und Leistung von Medizinprodukten sowie zur Auslegung und Anwendung der gesetzlichen Vorschriften,
5. Überwachung des Verkehrs mit Betäubungsmitteln und Grundstoffen.

Sitz des BfArM ist Bonn.

Überblick zum Kapitel 1510	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	79 590	72 779	+6 811		85 337
Übrige Einnahmen	-	-	-		-
Gesamteinnahmen	79 590	72 779	+6 811		85 337
Ausgaben					
Personalausgaben	53 875	49 905	+3 970	31	52 317
Sächliche Verwaltungsausgaben	19 173	18 733	+440	4 553	17 893
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	4 249	3 901	+348	1 009	2 014
Ausgaben für Investitionen	1 768	1 782	-14	633	1 882
Besondere Finanzierungsausgaben	-	-	-		-
Gesamtausgaben	79 065	74 321	+4 744	6 226	74 106
davon flexibilisiert	70 567	65 823	+4 744	5 967	66 251
davon nicht flexibilisiert	8 498	8 498	-	259	7 855
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung	1 500 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu	700 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu	550 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu	250 T€				

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
111 01 -314	Gebühren, sonstige Entgelte	78 873	72 062	84 034

Erläuterungen:

Bezeichnung		1 000 €
1.	Gebühren und Auslagen für die Zulassung von Arzneimitteln nach der AMG-KostenVO	64 063
2.	Gebühren und Auslagen nach der Betäubungsmittel-KostenVO.	1 900
3.	Gebühren und Auslagen nach der Grundstoff-KostenVO	108
4.	Gebühren und Auslagen nach der Medizinprodukte-KostenVO	1 000
5.	Gebühren und Auslagen nach der KostenVO für die Registrierung und Nachregistrierung homöopathischer Arzneimittel	1 000
6.	Gebühren und Auslagen für GCP-Inspektionen	5 500
7.	Gebühren und Auslagen für Zulassungen der EMEA	3 500
8.	Gebühren und Auslagen für Pharmakovigilanz	1 800
9.	Gebührenanteil Umweltprüfung	-
10.	Gebühren nach der Verordnung über die Gebühren und Auslagen nach dem Informationsfreiheitsgesetz	2
Zusammen		78 873

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
112 01 -314	Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten	80	80	179
119 99 -314	Vermischte Einnahmen	334	334	820

Haushaltsvermerk:

1. Mehreinnahmen zu Nr. 1 der Erläuterungen sind wegen rechtsverbindlicher Verwendungsauflage bei Aufträgen Dritter zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Tgr. 02.
2. Mehreinnahmen zu Nr. 3 der Erläuterungen sind gemäß Vereinbarung zwischen dem BMG und den Bundesländern zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Tgr. 55.
3. Mehreinnahmen zu Nr. 4 der Erläuterungen sind nach Maßgabe des Vermächtnisgebers zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 539 99.

Erläuterungen:

Bezeichnung		1 000 €
1.	Einnahmen aus Aufträgen Dritter auf dem Gebiet des Gesundheitswesens	-
2.	Einnahmen aus Untersuchungen und aus der Erstattung von Gutachten für Amtshandlungen nach § 20 des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten	-
3.	Einnahmen aus Erstattungen der Länder zur Finanzierung des Substitutionsregisters	269
4.	Einnahmen aus Vermächtnissen	-

1510 Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 119 99

Bezeichnung	1 000 €
5. Sonstige Einnahmen	65
Zusammen	334

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
124 01 -314	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	263	263	261
132 01 -314	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	40	40	43
	Übrige Einnahmen			
261 01 -314	Erstattungen von Verwaltungskosten aus dem Inland	-	-	-
272 01 -314	Einnahmen aus Zuschüssen von der EU	-	-	-
	Haushaltsvermerk: Mehreinnahmen sind wegen bindender Vorgaben der EU zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 427 09, **428 01, 511 01,** 527 01, 544 01, 685 02 **und 812 01.**			
381 01 -890	Leistungen von Bundesbehörden zur Durchführung von Aufträgen	-	-	(-)
	Haushaltsvermerk: Mehreinnahmen sind wegen verbindlicher Vereinbarung mit anderen Bundesbehörden zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Tgr. 05.			

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

1. Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.
   In die Flexibilisierung einbezogen ist auch Tit. 685 02.
   Ausgenommen sind Tgr. 02 und Tgr. 05.
2. Einsparungen bei folgenden Titeln: Hgr. 4, Hgr. 5 und Hgr. 8 mit Ausnahme folgender Titel: 518 .2 dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 981 01.

Sächliche Verwaltungsausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
518 02 -314	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	6 843	6 843	6 842
	Haushaltsvermerk: Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.			

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)			
684 01 -314	Mitgliedsbeiträge an Verbände und Vereine	5	5	5
686 05 -314	Kosten des Betriebs nationaler Pharmakovigilanzzentren	1 650	1 650	570
	Verpflichtungsermächtigung.... 900 T€ davon fällig: im Haushaltsjahr 2015 bis zu.... 450 T€ im Haushaltsjahr 2016 bis zu.... 350 T€ im Haushaltsjahr 2017 bis zu.... 100 T€			
	Haushaltsvermerk: Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe von 200 T€ der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: 685 02.			
	Besondere Finanzierungsausgaben			
981 01 -890	Leistungen an Bundesbehörden zur Durchführung von Aufträgen	-	-	(61)
	Haushaltsvermerk: Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Kap. 1510.			
	Titelgruppe 02			
Tgr. 02	Durchführung von Aufträgen Dritter	(-)	(-) *(259)*	
	Haushaltsvermerk: 1. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig. 2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99. Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.			
427 29 -314	Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige	-	- *31*	127
459 29 -314	Vermischte Personalausgaben	-	-	-
547 21 -314	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	-	- *228*	305

1510 Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Noch zu Titelgruppe 02				
812 21 -314	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	-	-	6
	Titelgruppe 05			
Tgr. 05	Durchführung von Aufträgen anderer Bundesbehörden	(-)	(-)	
	Haushaltsvermerk: 1. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig. 2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 381 01. Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.			
427 59 -314	Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige Haushaltsvermerk: § 20 Abs. 1 BHO findet keine Anwendung.	-	-	-
459 59 -314	Vermischte Personalausgaben	-	-	-
547 51 -314	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	-	-	-
812 51 -314	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	-	-	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Flexibilisierte Ausgaben			
	Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG			
	Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3	55 375	51 057	53 143
	Aus Hauptgruppe 5	12 330	11 890 *4 325*	10 746
	Aus Hauptgruppe 6 ohne Titel 634 .3	1 094	1 094 *1 009*	486
	Aus Hauptgruppe 7	126	265 *517*	131
	Aus Hauptgruppe 8	1 642	1 517 *116*	1 745
	Zusammen	70 567	65 823 *5 967*	66 251
F 422 01 -314	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*14 500*	*12 133*	*13 495*
F 427 09 -314	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*3 876*	*3 528*	*4 960*

Haushaltsvermerk:

*Mehrausgaben **zu Nr. 2 der Erläuterungen** dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 272 01.*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige	*3 876*
2. Zuschüsse der EU	*-*
Zusammen	*3 876*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 428 01 -314	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*32 411*	*31 156*	*33 678*

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben zu Nr. 2 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 272 01.

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	*32 411*
2. Zuschüsse der EU	*-*
Zusammen	*32 411*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 428 02 -314	*Entgelte für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler*	*3 038*	*3 038*	*-*

Haushaltsvermerk:

Aus dem Titel werden Entgelte für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie für sonstige im wissenschaftsrelevanten Bereich Beschäftigte gezahlt, die im Rahmen der Planung, Vorbereitung, Durchfüh-

1510 Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 428 02

rung, Auswertung oder Bewertung von Forschungsvorhaben einen wesentlichen Beitrag leisten. Für diesen Beschäftigtenkreis wird kein verbindlicher Stellenplan ausgebracht. Unbefristete Beschäftigungsverhältnisse dürfen im Rahmen vorhandener Mittel abgeschlossen werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 453 01 -314	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	*50*	*50*	*57*
F 511 01 -314	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände*	*1 813*	*1 972*	*1 349*

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben zu Nr. 2 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 272 01.

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	*1 813*
2. Zuschüsse der EU	*-*
Zusammen	*1 813*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 514 01 -314	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*	*145*	*145*	*99*
F 517 01 -314	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	*3 000*	*2 783*	*3 177*
F 518 01 -314	*Mieten und Pachten*	*140*	*140*	*100*
F 519 01 -314	*Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen*	*500*	*475*	*255*
F 525 01 -314	*Aus- und Fortbildung*	*253*	*253*	*261*
F 526 01 -314	*Gerichts- und ähnliche Kosten*	*270*	*270*	*260*
F 526 02 -314	*Sachverständige*	*138*	*138*	*130*

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

Erläuterungen:

Kosten für externe Sachverständige. Aus diesen Mitteln werden auch Kosten des Erfahrungsaustausches und der Veröffentlichung der Ergebnisse geleistet.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 526 03 -314	*Ausgaben für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen*	*120*	*120*	*84*

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
Kommissionen:	
1. 4 Zulassungskommissionen nach § 25 Abs. 6, 7 und 7a, § 109a Abs. 3 des Arzneimittelgesetzes mit Arbeitsgruppen......................	*29*
2. Kommission "Arzneimittel für Kinder und Jugendliche" nach § 25 Abs. 7a des Arzneimittelgesetzes mit Arbeitsgruppen....................	*8*
3. Deutsche Arzneibuchkommission nach § 55 Abs. 4 des Arzneimittelgesetzes mit Ausschüssen und Arbeitsgruppen....................	*22*
4. Homöopathische Arzneibuchkommission nach § 55 Abs. 6 des Arzneimittelgesetzes mit Ausschüssen..	*12*
Ausschüsse:	
1. Sachverständigenausschuss für Empfehlungen zur Verkaufsabgrenzung von Arzneimitteln nach § 53 Abs. 1 des Arzneimittelgesetzes - Apothekenpflicht -..	*-*
2. Sachverständigenausschuss für Empfehlungen zur Verschreibungspflicht von Arzneimitteln nach § 53 Abs. 2 des Arzneimittelgesetzes - Verschreibungspflicht -...	*6*
3. Betäubungsmittelsachverständigenausschuss nach § 1 Abs. 2 Betäubungsmittelgesetz...	*4*
4. Sachverständigenausschuss "Arzneimittelsicherheit"....................	*4*
5. Sachverständigenausschuss "Bioverfügbarkeit"............................	*-*
6. Sachverständigenausschuss "Standardzulassung"........................	*-*
Expertenkommissionen:	
1. 5 Expertengruppen "Off Label"..	*32*
Beiräte:	
1. Wissenschaftlicher Beirat..	*3*
Zusammen..	*120*

F 527 01 -314	*Dienstreisen*	*400*	*400*	*362*

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben ***zu Nr. 2 der Erläuterungen*** *dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 272 01.*

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Erstattung von Reisekosten...	*400*
2. Zuschüsse der EU..	*-*
Zusammen..	*400*

F 539 99 -314	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*180*	*180*	*251*

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben zu Nr. 1 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.

1510 Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 539 99

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Ausgaben im Rahmen von Vermächtnissen	-
2. Kosten für Stellenausschreibungen, Vorstellungsreisen und Arbeitnehmerüberlassungen	100
3. Sonstiges	80
Zusammen	180

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 543 01 -314	*Veröffentlichung und Dokumentation*	*1 240*	*1 000*	*675*

Haushaltsvermerk:

1. *Einnahmen aus Nr. 2 des Haushaltsvermerks fließen den Ausgaben zu.*
2. *Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.*

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Kosten für die Bekanntmachungen nach dem Arzneimittelgesetz, dem Medizinproduktegesetz, dem Betäubungsmittelgesetz und dem Grundstoffüberwachungsgesetz	135
2. Kosten für die Herstellung und Verteilung amtlicher Formblätter nach der Betäubungsmittel-Verschreibungs-VO	1 100
3. Sonstiges	5
Zusammen	1 240

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 544 01 -165	*Forschung, Untersuchungen und Ähnliches*	*907*	*907*	*590*

Haushaltsvermerk:

*Mehrausgaben **zu Nr. 2 der Erläuterungen** dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 272 01.*

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Forschung, Untersuchungen und Ähnliches	907
2. Zuschüsse der EU	-
Zusammen	907

Maßnahmen auf folgenden Gebieten:

1. *Wissenschaftliche Bearbeitung des Deutschen, Europäischen und Homöopathischen Arzneibuches;*
2. *Wissenschaftliche Erarbeitung von Standards für die Befreiung von der Zulassungspflicht nach dem Arzneimittelgesetz;*
3. *Untersuchungen im Zusammenhang mit der Sicherheit von Arzneimitteln und Medizinprodukten; Prävention und Intervention.*

Aus den Ausgaben können auch Zuwendungen gewährt sowie Sachverständigengutachter finanziert werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 545 01 -314	*Konferenzen, Tagungen, Messen und Ausstellungen*	*49*	*49*	*80*

Haushaltsvermerk:

1. *Einnahmen aus Teilnahmebeiträgen Externer an BfArM-Veranstaltungen sowie aus Nr. 2 des Haushaltsvermerks fließen den Ausgaben zu.*
2. *Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Werbe- und Informationsmaterialien gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.*

F 634 03 -314	*Zuweisungen an den Versorgungsfonds*	*1 500*	*1 152*	*953*
F 685 02 -314	*Maßnahmen im Zusammenhang mit der Zulassung von Arzneimitteln sowie der Risikobewertung von Arzneimitteln und Medizinprodukten*	*1 094*	*1 094*	*486*

Verpflichtungsermächtigung.. 600 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 250 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 200 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 150 T€

Haushaltsvermerk:

1. *Einsparungen dienen bis zur Höhe von 200 T€ zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 686 05.*
2. *Mehrausgaben* ***zu Nr. 2 der Erläuterungen*** *dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 272 01.*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Maßnahmen im Zusammenhang mit der Zulassung von Arzneimitteln sowie der Risikobewertung von Arzneimitteln und Medizinprodukten...	*1 094*
2. Zuschüsse der EU...	*-*
Zusammen..	*1 094*

Aus diesem Titel dürfen auch sächliche Verwaltungsausgaben geleistet werden.

F 711 01 -314	*Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten*	*126*	*265*	*131*
F 811 01 -314	*Erwerb von Fahrzeugen*	*25*	*25*	*33*
F 812 01 -314	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen*	*542*	*542*	*374*

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben zu Nr. 2 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 272 01.

1510 Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 812 01

Erläuterungen:

Einjährige Maßnahmen	*1 000 €*
1. Sonstige Beschaffungen	*542*
2. Zuschüsse der EU	*-*
Zusammen	*542*

Titelgruppe 55

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
Tgr. 55	Ausgaben für die Informationstechnik Haushaltsvermerk: Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.	(4 250)	(4 008)	
F 511 55 -314	*Geschäftsbedarf und Datenübertragung sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Software, Wartung*	*1 525*	*1 480*	*1 691*
F 518 55 -314	*Miete für Datenverarbeitungsanlagen, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Maschinen, Software*	*2*	*2*	*2*
F 525 55 -314	*Aus- und Fortbildung*	*41*	*41*	*55*
F 532 55 -314	*Ausgaben für Aufträge und Dienstleistungen*	*1 607*	*1 535*	*1 325*
F 812 55 -314	*Erwerb von Datenverarbeitungsanlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, Software*	*1 075*	*950*	*1 338*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Erstbeschaffung	
1.1 Hardware	*375*
1.2 Software	*150*
2. Ersatzbeschaffung	
2.1 Hardware	*425*
2.2 Software	*125*
Zusammen	*1 075*

Vorbemerkung

Das Robert Koch-Institut (RKI) ist durch das Gesetz über die Neuordnung zentraler Einrichtungen des Gesundheitswesens (Gesundheitseinrichtungen-Neuordnungs-Gesetz - GNG) vom 24. Juni 1994 (BGBl. I S. 1416) als Bundesoberbehörde errichtet worden.

Zu den Aufgaben des RKI gehören insbesondere:

1. Entwicklung von Konzeptionen zur Vorbeugung übertragbarer Krankheiten sowie zur frühzeitigen Erkennung und Verhinderung der Weiterverbreitung von Infektionen,
2. Entwicklung und Durchführung epidemiologischer und laborgestützter Analysen und Forschung zu Ursachen, Diagnostik und Prävention übertragbarer Krankheiten,
3. Beratung der obersten Landesgesundheitsbehörden bei Maßnahmen zur Vorbeugung, Erkennung und Verhinderung der Weiterverbreitung von schwerwiegenden übertragbaren Krankheiten,
4. Koordinierungsaufgaben im Rahmen des Europäischen Netzes für die epidemiologische Überwachung und Kontrolle übertragbarer Krankheiten,
5. Gesundheitsberichterstattung,
6. Risikoerfassung und -bewertung bei gentechnisch veränderten Organismen und Produkten mit dem Schwerpunkt Gesundheitsschutz, Erarbeitung geeigneter Sicherheitsmaßnahmen, Durchführung des Stammzellgesetzes.

Sitz des RKI ist Berlin.

Überblick zum Kapitel 1511	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	35	35	-		2 004
Übrige Einnahmen	-	-	-		-
Gesamteinnahmen	35	35	-		2 004
Ausgaben					
Personalausgaben	41 235	40 263	+972	4 212	44 220
Sächliche Verwaltungsausgaben	25 416	22 301	+3 115	84	22 930
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	3 349	3 203	+146		3 224
Ausgaben für Investitionen	40 809	36 134	+4 675	3 095	41 029
Besondere Finanzierungsausgaben	-	-	-		-
Gesamtausgaben	110 809	101 901	+8 908	7 391	111 403
davon flexibilisiert	65 979	62 834	+3 145	3 179	61 071
davon nicht flexibilisiert	44 830	39 067	+5 763	4 212	50 332
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung	16 209 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu	9 203 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu	4 153 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu	2 853 T€				

1511 Robert Koch-Institut

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

111 01 -314	Gebühren, sonstige Entgelte	20	20	60

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Gebühren und Auslagen für Amtshandlungen auf dem Gebiet des Infektionsschutzgesetzes	17
2. Gebühren und Auslagen für Amtshandlungen auf dem Gebiet des Stammzellgesetzes	1
3. Gebühren und Auslagen für Amtshandlungen im Zusammenhang mit dem Vollzug des Informationsfreiheitsgesetzes nach Informationsgebührenverordnung	1
4. Kostenverordnung für die Stellungnahmen der Gendiagnostikkommission nach dem Gendiagnostikgesetz	1
Zusammen	20

119 99 -314	Vermischte Einnahmen	-	-	1 854

Haushaltsvermerk:

1. Mehreinnahmen zu Nr. 1 der Erläuterungen sind wegen rechtsverbindlicher Verwendungsauflage bei Aufträgen Dritter zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Tgr. 02.
2. Mehreinnahmen zu Nr. 2 der Erläuterungen sind wegen rechtsverbindlicher Verwendungsauflage (Gesetz über Arbeitnehmererfindungen) für Einnahmen aus Patenten und Wissenstransfer zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 539 99.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Einnahmen aus Aufträgen Dritter	-
2. Einnahmen aus Patenten und Wissenstransfer	-
3. Sonstige Einnahmen	-
Zusammen	-

124 01 -314	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	15	15	8
129 01 -314	Einnahmen aus Vermächtnissen	-	-	18

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind wegen der Verfügung des Vermächtnisgebers zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 427 09 und 539 99.

132 01 -314	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	-	-	64

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Übrige Einnahmen			
272 01 -314	Einnahmen aus Zuschüssen von der EU	-	-	-
	Haushaltsvermerk: Mehreinnahmen sind wegen bindender Vorgaben der EU zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: **427 29, 428 21, 459 29, 547 21 und 812 21.**			
381 01 -890	Leistungen von Bundesbehörden zur Durchführung von Aufträgen	-	-	(4 601)
	Haushaltsvermerk: Mehreinnahmen sind wegen verbindlicher Vereinbarung mit anderen Bundesbehörden zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Tgr. 02.			
	Ausgaben			
	Haushaltsvermerk: 1. Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG. In die Flexibilisierung einbezogen sind auch Tit. 532 02, 547 01 und 547 31. Ausgenommen sind Tit. 712 01 und Tgr. 02. 2. Einsparungen bei folgenden Titeln: Hgr. 4, Hgr. 5 und Hgr. 8 mit Ausnahme folgender Titel: 518 .2 dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 981 01.			
	Sächliche Verwaltungsausgaben			
518 02 -314	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	4 951	3 863	3 885
	Verpflichtungsermächtigung ... 5 109 T€ davon fällig: im Haushaltsjahr 2015 bis zu ... 1 703 T€ im Haushaltsjahr 2016 bis zu ... 1 703 T€ im Haushaltsjahr 2017 bis zu ... 1 703 T€			
	Haushaltsvermerk: Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.			
	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)			
686 04 -314	Kosten für den Betrieb nationaler Referenzzentren auf dem Gebiet der Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten	2 612	2 612	2 587
	Verpflichtungsermächtigung ... 1 500 T€ davon fällig: im Haushaltsjahr 2015 bis zu ... 500 T€ im Haushaltsjahr 2016 bis zu ... 500 T€ im Haushaltsjahr 2017 bis zu ... 500 T€			

1511 Robert Koch-Institut

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 686 04

Erläuterungen:

Aus den Mitteln können auch Personal- und Sachausgaben für beim RKI berufene nationale Referenzzentren (NRZ) geleistet werden.

Ausgaben für Investitionen

712 01 -314	Baumaßnahmen von mehr als 2 000 000 € im Einzelfall	37 267	32 592	36 671

Verpflichtungsermächtigung.. 9 400 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 6 850 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 1 900 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu... 650 T€

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamtausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Nach 2013 übertragene Ausgabereste 1 000 €	Veranschlagt 2014 1 000 €	Vorbehalten für 2015 ff 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7
1. Umbau und Sanierung der Liegenschaft Seestraße 10 und Bau eines L/S 4-Laborgebäudes in Berlin (1. Bauabschnitt).............	166 126	85 616	32 592	-	37 267	10 651

Veranschlagt sind die Gesamtkosten einschl. 3. Nachtrag.

Besondere Finanzierungsausgaben

981 01 -890	Leistungen an Bundesbehörden zur Durchführung von Aufträgen	-	-	(613)

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Kap. 1511.

Titelgruppe 02

Tgr. 02	Durchführung von Aufträgen anderer Bundesbehörden und Dritter	(-)	(-) *(4 212)*	

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.
2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: 119 99 und 381 01.

   Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 02

427 29 -314	Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige	-	- *4 212*	5 384

Haushaltsvermerk:

1. **Mehrausgaben zu Nr. 2 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 272 01.**
2. § 20 Abs. 1 BHO findet keine Anwendung.
   Ausgaben dürfen nur geleistet werden, solange keine freien Stellen der gleichen oder einer höheren Entgeltgruppe bei Tit. 428 21 vorhanden sind.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich Tätige	-
2. Zuschüsse der EU	-
Zusammen	-

428 21 -314	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben zu Nr. 2 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 272 01.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	-
2. Zuschüsse der EU	-
Zusammen	-

459 29 -314	Vermischte Personalausgaben	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben zu Nr. 2 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 272 01.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Vermischte Personalausgaben	-
2. Zuschüsse der EU	-
Zusammen	-

547 21 -314	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	-	-	1 800

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben zu Nr. 2 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 272 01.

1511 Robert Koch-Institut

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu Titel 547 21 (Titelgruppe 02)			

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	-
2. Zuschüsse der EU	-
Zusammen	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
812 21 -314	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	-	-	5

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben zu Nr. 2 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 272 01.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	-
2. Zuschüsse der EU	-
Zusammen	-

Flexibilisierte Ausgaben

Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG

	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3	41 972	40 854	39 473
Aus Hauptgruppe 5	20 465	18 438 *84*	17 245
Aus Hauptgruppe 7	460	460	299
Aus Hauptgruppe 8	3 082	3 082 *3 095*	4 054
Zusammen	65 979	62 834 *3 179*	61 071

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 422 01 -314	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*5 960*	*6 420*	*5 383*
F 427 09 -314	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*5 196*	*4 642*	*5 642*

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 129 01.

Erläuterungen:

Vergütungen für in- und ausländische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die wegen des wissenschaftlichen Erfahrungsaustausches zeitweise beschäftigt werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 428 01 -314	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*10 550*	*9 684*	*27 463*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu flexibilisierte Ausgaben			
F 428 02 -314	*Entgelte für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler*	*18 650*	*18 650*	*-*
	Haushaltsvermerk: *Aus dem Titel werden Entgelte für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie für sonstige im wissenschaftsrelevanten Bereich Beschäftigte gezahlt, die im Rahmen der Planung, Vorbereitung, Durchführung, Auswertung oder Bewertung von Forschungsvorhaben einen wesentlichen Beitrag leisten. Für diesen Beschäftigtenkreis wird kein verbindlicher Stellenplan ausgebracht. Unbefristete Beschäftigungsverhältnisse dürfen im Rahmen vorhandener Mittel abgeschlossen werden.*			
F 453 01 -314	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	*15*	*15*	*12*
F 511 01 -314	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände*	*2 922*	*2 883*	*2 062*
F 514 01 -314	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*	*3 298*	*3 538*	*3 087*
F 517 01 -314	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	*4 631*	*3 531*	*4 112*
F 518 01 -314	*Mieten und Pachten*	*432*	*432*	*343*
F 519 01 -314	*Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen*	*600*	*600*	*713*
F 525 01 -314	*Aus- und Fortbildung*	*244*	*244*	*288*
F 526 01 -314	*Gerichts- und ähnliche Kosten*	*1*	*1*	*-*
F 526 02 -314	*Sachverständige*	*90*	*90*	*59*
	Erläuterungen: *Aus diesen Mitteln werden Kosten der Begutachtung wichtiger Fragen auf dem Gebiet des Gesundheitswesens, der Erarbeitung von Planungsgrundlagen, des Erfahrungsaustausches und der Veröffentlichungen der Ergebnisse geleistet.*			
F 526 03 -314	*Ausgaben für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen*	*199*	*239*	*165*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Wissenschaftlicher Beirat..	*4*
2. Ständige Impfkommission...	*13*
3. Kommission "Krankenhaushygiene und Infektionsprävention".....	*20*
4. Arbeitskreis "Blut"..	*27*

1511 Robert Koch-Institut

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 526 03

Bezeichnung	*1 000 €*
5. Infektionsepidemiologie	*5*
6. Herausgeberbeirat Bundesgesundheitsblatt	*2*
7. Gesundheitsberichterstattung	*4*
8. Umweltmedizin	*8*
9. Influenzapandemieplanung	*1*
10. Zentrale Ethik-Kommission für Stammzellenforschung	*23*
11. Kommission-Gendiagnostik	*50*
12. Wissenschaftlicher Beirat Krebsregisterdaten	*12*
13. Kommission Polioeradikation	*10*
14. Kommission Antimikrobielle Resistenzlage und Therapie	*10*
15. Nationales Verifizierungskomitee Masern/Röteln	*10*
Zusammen	*199*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 527 01 -314	*Dienstreisen*	*384*	*384*	*472*
F 532 02 -314	*Durchführung von wissenschaftlichen Sonderaufgaben*	*2 873*	*2 873*	*2 434*

Verpflichtungsermächtigung............ 200 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu............ 150 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu............ 50 T€

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Durchführung eines Gesundheitsmonitorings	*1 205*
2. Sonstige wissenschaftliche Sonderaufgaben	*1 168*
3. Nationales Krebsregister	*500*
Zusammen	*2 873*

Aus den Ausgaben können auch Zuwendungen gewährt werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 539 99 -314	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*1 654*	*486*	*548*

Haushaltsvermerk:

1. *Mehrausgaben zu Nr. 1 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 129 01.*
2. *Mehrausgaben zu Nr. 2 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Ausgaben im Rahmen von Vermächtnissen	*-*
2. Steuerzahlungen für die Einnahmen aus Patenten und Wissenstransfer	*-*
3. Sonstiges	*1 654*
Zusammen	*1 654*

Zu 2.:
Von den Einnahmen im Titel 119 99 aus Patenten und Wissenstransfer sind Patentverwertungsberatung und -betreuung, externe Kosten für die Patentanmeldung und Patentaufrechterhaltung, anteilige Steuern sowie Erfindervergütungen zu zahlen.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu flexibilisierte Ausgaben			
F 543 01 -314	*Veröffentlichung und Dokumentation*	*110*	*110*	*175*
	Haushaltsvermerk: *Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.*			
F 545 01 -314	*Konferenzen, Tagungen, Messen und Ausstellungen*	*45*	*45*	*86*
	Haushaltsvermerk: *Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Werbe- und Informationsmaterialien gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.*			
F 547 01 -314	*Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben*	*5*	*5*	*7*
F 634 03 -314	*Zuweisungen an den Versorgungsfonds*	*737*	*591*	*637*
F 711 01 -314	*Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten*	*460*	*460*	*299*

Erläuterungen:

Einjährige Maßnahmen	*1 000 €*
1. Anschluss von Geräten und Apparaten	*140*
2. Umbau von Laboren	*280*
3. Umsetzung IT-Sicherheitskonzept	*40*
Zusammen	*460*

F 811 01 -314	*Erwerb von Fahrzeugen*	*20*	*20*	*94*
F 812 01 -314	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen*	*1 651*	*1 651*	*2 217*

Erläuterungen:

Einjährige Maßnahmen	*1 000 €*
1. Erstbeschaffung	*978*
2. Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen	*673*
Zusammen	*1 651*

Titelgruppe 03

Tgr. 03	AIDS und andere übertragbare Krankheiten	(1 375)	(1 363)	
F 422 31 -314	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*-*	*285*	*-*

1511 Robert Koch-Institut

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu flexibilisierte Ausgaben			
F 427 39 -314	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*575*	*567*	*102*
F 428 31 -314	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*289*	*-*	*234*
F 547 31 -314	*Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben*	*511*	*511*	*366*
F 634 33 -314	*Zuweisungen an den Versorgungsfonds*	*-*	*-*	*-*
	Titelgruppe 55			
Tgr. 55	Ausgaben für die Informationstechnik	(3 877)	(3 877)	
F 511 55 -314	*Geschäftsbedarf und Datenübertragung sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Software, Wartung*	*1 485*	*1 485*	*1 191*
F 525 55 -314	*Aus- und Fortbildung*	*120*	*120*	*107*
F 532 55 -314	*Ausgaben für Aufträge und Dienstleistungen*	*861*	*861*	*1 030*
F 812 55 -314	*Erwerb von Datenverarbeitungsanlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, Software*	*1 411*	*1 411*	*1 743*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Erstbeschaffung	
1.1 Hardware	*470*
1.2 Software	*341*
2. Ersatzbeschaffung	
2.1 Hardware	*480*
2.2 Software	*120*
Zusammen	*1 411*

Vorbemerkung

Veranschlagt sind die Einnahmen und Ausgaben der Versorgungsberechtigten, deren Versorgungsanspruch auf dem Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder der Bundesregierung, dem Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Parlamentarischen Staatssekretäre, dem Gesetz über die Versorgung der Beamten und Richter des Bundes (BeamtVG) oder auf einem Vertrag mit dem Bund beruht.

Überblick zum Kapitel 1567	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen...	40	40	-		42
Übrige Einnahmen...	-	-	-		7
Gesamteinnahmen...	40	40	-		49
Ausgaben					
Personalausgaben...	24 855	24 463	+392		22 630
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	674	89	+585		665
Gesamtausgaben...	25 529	24 552	+977		23 295
davon nicht flexibilisiert..	25 529	24 552	+977		23 295

1567 Versorgung der Beamtinnen und Beamten sowie der Richterinnen und Richter des Einzelplans 15

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Einnahmen			
	Verwaltungseinnahmen			
119 57 -018	Vermischte Einnahmen	40	40	42
	Übrige Einnahmen			
232 57 -018	Beteiligung an den Versorgungslasten des Bundes	-	-	7
	Haushaltsvermerk: Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Kap. 1567.			
	Ausgaben			
	Haushaltsvermerk: 1. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig. 2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 232 57.			
	Personalausgaben			
431 57 -018	Versorgungsbezüge der Bundesministerinnen und Bundesminister, parlamentarischen Staatssekretärinnen und parlamentarischen Staatssekretäre, sonstiger Amtsträger und deren	210	104	153
	Erläuterungen: Aus dem Titel werden auch Übergangsgelder für ehemalige Mitglieder der Bundesregierung (§ 14 Bundesministergesetz) und für ehemalige Parlamentarische Staatssekretärinnen und Parlamentarische Staatssekretäre (§ 6 ParlStG) gewährt.			
432 57 -018	Versorgungsbezüge	20 857	20 690	19 282
	Erläuterungen: Aus dem Titel werden auch die Bezüge der in den einstweiligen Ruhestand versetzten Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter vom Ersten des auf den Beginn des einstweiligen Ruhestandes folgenden Monats an gewährt.			
434 57 -018	Zuführung an die Versorgungsrücklage	731	525	546
443 57 -018	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen	2	2	2

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
446 57 -018	Beihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften	3 055	3 142	2 647
453 57 -018	Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen	-	-	-
	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)			
632 57 -018	Abfindungen und Erstattungen des Bundes für Versorgungslasten	674	89	665

15 Aufwandsentschädigungen, Besondere Personalausgaben

Haushaltsvermerk:

In den Personaltiteln dieses Einzelplans sind folgende Aufwandsentschädigungen und Besondere Personalausgaben veranschlagt:

1. **Aufwandsentschädigungen**

1.1 Dienstaufwandsentschädigung für den Bundesminister in Höhe von jährlich 3 681,30 € (monatlich 306,78 €) bei folgendem Titel:

Kap. 1501 Tit. 421 01.

1.2 Dienstaufwandsentschädigung für die Parlamentarischen Staatssekretärinnen in Höhe von jährlich je 2 760,98 € (monatlich 230,08 €) bei folgendem Titel:

Kap. 1501 Tit. 421 01.

1.3 Aufwandsentschädigung für vom Dienst freigestellte Personalratsmitglieder in Höhe von jährlich je 312 € bei folgenden Titeln:

Kap. 1501 Tit. 422 01, 428 01,

Kap. 1506 Tit. 428 01,

Kap. 1510 Tit. 422 01, 428 01 und

Kap. 1511 Tit. 428 01.

1.4 Aufwandsentschädigung für den Vorsitzenden des Hauptpersonalrats bei folgendem Titel:

Kap. 1505 Tit. 428 01.

1.5 Aufwandsentschädigung für die Drogenbeauftragte oder den Drogenbeauftragten der Bundesregierung in Höhe von jährlich 30 406,51 € (monatlich 2 533,88 €) bei folgendem Titel:

Kap. 1501 Tit. 412 51.

1.6 Aufwandsentschädigung für die Patientenbeauftragte oder den Patientenbeauftragten der Bundesregierung in Höhe von jährlich 30 406,51 € (monatlich 2 533,88 €) bei folgendem Titel:

Kap. 1501 Tit. 412 91.

1.7 Aufwandsentschädigung an Bundesbeamtinnen und Bundesbeamte in Fällen dienstlich veranlasster doppelter Haushaltsführung bei Versetzungen und Abordnungen vom Inland ins Ausland, im Ausland und vom Ausland in das Inland (AER) bei folgendem Titel:

Kap. 1501 Tit. 422 01.

1.8 Aufwandsentschädigung für die Hauptvertrauensperson für schwerbehinderte Menschen in Höhe von bis zu 312 € jährlich bei folgendem Titel:

Kap. 1505 Tit. 428 01.

1.9 Aufwandsentschädigung für die Vertrauensperson für schwerbehinderte Menschen in Höhe von bis zu 312 € jährlich bei folgenden Titeln:

Kap. 1501 Tit. 422 01 und 428 01.

2. **Besondere Personalausgaben**

2.1 Betreuung aller Beschäftigten, die am Heiligen Abend nach 18 Uhr Dienst verrichten (zentral für den gesamten Geschäftsbereich) bei folgenden Titeln:

Kap. 1501 Tit. 428 01,

Kap. 1504 Tit. 428 02,

Kap. 1506 Tit. 428 02,

Kap. 1510 Tit. 428 02 und

Kap. 1511 Tit. 428 02.

2.2 Verfügungsfonds für vom Dienst freigestellte Gleichstellungsbeauftragte gem. § 18 Abs. 4 BGleiG in Höhe von bis zu jährlich je 312 € (monatlich 26 €) bei folgenden Titeln:

Kap. 1501 Tit. 422 01,

Kap. 1504 Tit. 422 01,

Kap. 1505 Tit. 422 01,

Kap. 1506 Tit. 422 01,

Kap. 1510 Tit. 428 01 und

Kap. 1511 Tit. 422 01.

2.3 Außer- und übertarifliche Leistungen an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die mit Einwilligung des BMF gewährt werden, bei folgenden Titeln:

Kap. 1501 Tit. 422 01, 428 01,

Kap. 1504 Tit. 422 01, 428 01, 428 02,

Kap. 1505 Tit. 422 01, 428 01,

Kap. 1506 Tit. 422 01, 428 01, 428 02,

Kap. 1510 Tit. 422 01, 428 01, 428 02,

Kap. 1511 Tit. 422 01, 428 01 und 428 02.

15 Übersicht 1
Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Kapitel, Titel (Titelgr.) sowie Zweckbestimmung	Ausgaben-soll 2014 1 000 €		a) Bis einschl. 31.12.2012 eingegangene Verpflichtungen fällig ab 2014 b) VE 2013 c) VE 2014 1 000 €	davon fällig 2014 1 000 €	2015 1 000 €	2016 1 000 €	2017 1 000 €	Folgejahre 1 000 €	in künftigen Haushaltsjahren 1 000 €
1	2		3	4	5	6	7	8	9
Kapitel 1501									
518 02 - Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	4 361	a)	476	204	204	68	-	-	-
		b)	5 628	1 876	1 876	1 876	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
542 01 - Öffentlichkeitsarbeit	5 105	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	4 500	1 500	1 500	1 500	-	-	-
		c)	1 000		500	500	-	-	-
518 01 - Mieten und Pachten	283	a)	473	-	-	-	-	473	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
544 01 - Forschung, Untersuchungen und Ähnliches	14 242	a)	9 628	7 793	1 835	-	-	-	-
		b)	6 500	2 000	2 500	2 000	-	-	-
		c)	6 500		3 000	2 000	1 500	-	-
Summe des Kapitels 1501	85 176	a)	10 577	7 997	2 039	68	-	473	-
		b)	16 628	5 376	5 876	5 376	-	-	-
		c)	7 500		3 500	2 500	1 500	-	-
Kapitel 1502									
532 09 - Gesundheitsberichterstattung	726	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	550	450	100	-	-	-	-
		c)	550		450	100	-	-	-
632 02 - Zuschuss zu den Kosten für Erhebungen auf dem Gebiet der Krebskrankheiten und anderer nicht übertragbarer Krankheiten	897	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	210		70	70	70	-	-
684 03 - Zuschüsse zur Förderung von Modellen zur Verbesserung der Versorgung chronisch Kranker	350	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	150	50	50	50	-	-	-
		c)	150		50	50	50	-	-
684 04 - Sicherung der Qualität im Gesundheitswesen	400	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	100	100	-	-	-	-	-
		c)	250		150	100	-	-	-
684 06 - Zuschüsse und Beiträge an zentrale Einrichtungen und Verbände des Gesundheitswesens	2 873	a)	149	75	74	-	-	-	-
		b)	900	400	300	200	-	-	-
		c)	900		400	300	200	-	-
686 02 - Zuschüsse zu Forschungsvorhaben zur Erkennung und Bekämpfung neuer Infektionskrankheiten	1 151	a)	129	89	40	-	-	-	-
		b)	450	250	150	50	-	-	-
		c)	200		150	50	-	-	-
686 05 - Verbesserung der Arzneimitteltherapiesicherheit	700	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	1 600		700	500	400	-	-
686 07 - Förderung der Kindergesundheit	500	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	1 500		700	500	300	-	-

Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Kapitel, Titel (Titelgr.) sowie Zweckbestimmung	Ausgaben-soll 2014	a) Bis einschl. 31.12.2012 eingegangene Verpflichtungen fällig ab 2014 b) VE 2013 c) VE 2014	davon fällig 2014	2015	2016	2017	Folgejahre	in künftigen Haushaltsjahren
	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Tgr. 01								
531 11 - Pflegekampagne	3 000	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) 1 500		1 500	-	-	-	-
684 11 - Maßnahmen zur Verbesserung der Versorgung Pflegebedürftiger	2 400	a) 50	50	-	-	-	-	-
		b) 600	350	250	-	-	-	-
		c) 4 500		2 000	2 000	500	-	-
Tgr. 06								
531 66 - Aufklärungsmaßnahmen auf dem Gebiet des Drogen- und Suchtmittelmissbrauchs	7 514	a) 496	496	-	-	-	-	-
		b) 1 650	1 500	150	-	-	-	-
		c) 2 500		1 700	800	-	-	-
684 67 - Zuschüsse an zentrale Einrichtungen und Verbände	840	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 225	175	50	-	-	-	-
		c) 150		150	-	-	-	-
684 69 - Modellmaßnahmen und Forschungsvorhaben auf dem Gebiet des Drogen- und Suchtmittelmissbrauchs	2 900	a) 541	464	77	-	-	-	-
		b) 1 800	1 100	700	-	-	-	-
		c) 1 900		1 000	600	300	-	-
685 62 - Förderung der nationalen Informationsknotenstelle im Bereich Sucht	900	a) 50	50	-	-	-	-	-
		b) 350	350	-	-	-	-	-
		c) 400		350	50	-	-	-
Tgr. 08								
532 82 - Kosten der internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Gesundheitswesens	1 134	a) 35	35	-	-	-	-	-
		b) 200	150	50	-	-	-	-
		c) 200		150	50	-	-	-
685 81 - Kosten für den Betrieb von Zentren zur Zusammenarbeit mit der Weltgesundheitsorganisation	697	a) 323	175	148	-	-	-	-
		b) 600	200	200	200	-	-	-
		c) 600		200	200	200	-	-
Tgr. 12								
531 16 - Aufklärungsmaßnahmen auf dem Gebiet von sexuell übertragbaren Krankheiten	11 575	a) 199	199	-	-	-	-	-
		b) 3 500	3 500	-	-	-	-	-
		c) 5 500		4 000	1 500	-	-	-
686 18 - Forschungs- und Entwicklungsvorhaben zur Erkennung und Bekämpfung von AIDS und anderen sexuell übertragbaren Krankheiten	1 559	a) 230	188	42	-	-	-	-
		b) 600	350	250	-	-	-	-
		c) 1 200		800	400	-	-	-
Summe des Kapitels 1502	10 646 441	a) 2 202	1 821	381	-	-	-	-
		b) 11 675	8 925	2 250	500	-	-	-
		c) 23 810		14 520	7 270	2 020	-	-
Kapitel 1504								
518 02 - Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	834	a) 1 068	534	534	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
531 06 - Gesundheitliche Aufklärung der Bevölkerung	20 505	a) 468	468	-	-	-	-	-
		b) 2 500	2 000	500	-	-	-	-
		c) 1 500		1 000	500	-	-	-

15 Übersicht 1
Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Kapitel, Titel (Titelgr.) sowie Zweckbestimmung	Ausgaben-soll 2014 1 000 €	a) Bis einschl. 31.12.2012 eingegangene Verpflichtungen fällig ab 2014 b) VE 2013 c) VE 2014 1 000 €	davon fällig 2014 1 000 €	 2015 1 000 €	 2016 1 000 €	 2017 1 000 €	 Folgejahre 1 000 €	 in künftigen Haushaltsjahren 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7	8	9
532 04 - Ausgaben für Lehrgänge, Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen auf dem Gebiet der Gesundheitsaufklärung und -erziehung	151	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 50	50	-	-	-	-	-
		c) 50		50	-	-	-	-
Summe des Kapitels 1504	30 786	a) 1 536	1 002	534	-	-	-	-
		b) 2 550	2 050	500	-	-	-	-
		c) 1 550		1 050	500	-	-	-
Kapitel 1505								
518 02 - Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	582	a) 1 164	582	582	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
Tgr. 05								
544 51 - Forschung, Untersuchungen und Ähnliches	660	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 500	350	150	-	-	-	-
		c) 400		300	100	-	-	-
Tgr. 55								
532 55 - Ausgaben für Aufträge und Dienstleistungen	1 623	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 750	500	250	-	-	-	-
		c) 750		500	250	-	-	-
Summe des Kapitels 1505	13 274	a) 1 164	582	582	-	-	-	-
		b) 1 250	850	400	-	-	-	-
		c) 1 150		800	350	-	-	-
Kapitel 1506								
518 02 - Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	7 514	a) 15 020	7 344	7 211	292	173	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) 678		226	226	226	-	-
712 04 - Große Baumaßnahmen (Abwasser)	3 474	a) 2 757	2 757	-	-	-	-	-
		b) 6 644	1 893	4 390	361	-	-	-
		c) 11 093		4 390	4 390	2 313	-	-
712 07 - Große Baumaßnahmen (Brandschutz)	200	a) 800	800	-	-	-	-	-
		b) 702	402	300	-	-	-	-
		c) 1 200		800	400	-	-	-
Summe des Kapitels 1506	63 571	a) 18 577	10 901	7 211	292	173	-	-
		b) 7 346	2 295	4 690	361	-	-	-
		c) 12 971		5 416	5 016	2 539	-	-
Kapitel 1510								
518 02 - Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	6 843	a) 13 686	6 843	6 843	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
686 05 - Kosten des Betriebs nationaler Pharmakovigilanzzentren	1 650	a) 550	450	100	-	-	-	-
		b) 900	450	350	100	-	-	-
		c) 900		450	350	100	-	-
685 02 - Maßnahmen im Zusammenhang mit der Zulassung von Arzneimitteln sowie der Risikobewertung von Arz-	1 094	a) 200	200	-	-	-	-	-
		b) 600	250	200	150	-	-	-
		c) 600		250	200	150	-	-

Kapitel, Titel (Titelgr.) sowie Zweckbestimmung	Ausgaben-soll 2014 1 000 €	a) Bis einschl. 31.12.2012 eingegangene Verpflichtungen fällig ab 2014 b) VE 2013 c) VE 2014		davon fällig 2014 1 000 €	2015 1 000 €	2016 1 000 €	2017 1 000 €	Folgejahre 1 000 €	in künftigen Haushaltsjahren 1 000 €
1	2		3	4	5	6	7	8	9
neimitteln und Medizinprodukten									
Summe des Kapitels 1510	79 065	a)	14 436	7 493	6 943	-	-	-	-
		b)	1 500	700	550	250	-	-	-
		c)	1 500		700	550	250	-	-
Kapitel 1511									
518 02 - Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	4 951	a)	6 496	3 248	3 248	-	-	-	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	5 109		1 703	1 703	1 703	-	-
686 04 - Kosten für den Betrieb nationaler Referenzzentren auf dem Gebiet der Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten	2 612	a)	1 500	1 000	500	-	-	-	-
		b)	1 500	500	500	500	-	-	-
		c)	1 500		500	500	500	-	-
712 01 - Baumaßnahmen von mehr als 2 000 000 € im Einzelfall	37 267	a)	5 284	4 984	300	-	-	-	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	9 400		6 850	1 900	650	-	-
532 02 - Durchführung von wissenschaftlichen Sonderaufgaben	2 873	a)	250	200	50	-	-	-	-
		b)	200	150	50	-	-	-	-
		c)	200		150	50	-	-	-
Summe des Kapitels 1511	110 809	a)	13 530	9 432	4 098	-	-	-	-
		b)	1 700	650	550	500	-	-	-
		c)	16 209		9 203	4 153	2 853	-	-
Summe des Einzelplans 15	11 054 651	a)	62 022	39 228	21 788	360	173	473	-
		b)	42 649	20 846	14 816	6 987	-	-	-
		c)	64 690		35 189	20 339	9 162	-	-

Personalhaushalt

Einzelplan 15

Bundesministerium für Gesundheit

Inhalt

Kapitel	B e z e i c h n u n g	Seite
	Vorbemerkungen zum Personalhaushalt	98
	Gesamtübersicht	99
1501	Bundesministerium	100
1504	Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung	103
1505	Deutsches Institut für Medizinische Dokumentation und Information	106
1506	Paul-Ehrlich-Institut	108
1510	Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte	112
1511	Robert Koch-Institut	116
	Übersichten	
	Darstellung der den Planstellen zugeordneten Amtsbezeichnungen	119
	Stellenübersichten der Zuwendungsempfänger:	
1502	Allgemeine Bewilligungen	120

Vorbemerkungen zum Personalhaushalt

1. Ersatz(plan)stellen werden zahlenmäßig in einer eigenen Spalte der Übersichten der ku- und kw-Vermerke in der Gesamtübersicht und in den einzelnen Kapiteln nachgewiesen.

   Ersatz(plan)stellen im Zusammenhang mit der Gewährung von Altersteilzeit sind mit dem Vermerk "kw mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten" ausgewiesen.

   Die sonstigen Ersatz(plan)stellen sind in der Übersicht mit der Kurzformulierung "Ersatzplanstelle" bzw."Ersatzstelle" ausgewiesen, die Kurzformulierung entspricht dabei dem folgenden Wortlaut eines kw-Vermerks:

   - bei Titeln der Gruppe 422: kw - nach Rückkehr der abgeordneten Beschäftigten - mit Übernahme der Ersatzkräfte in eine freie oder die nächste frei werdende Planstelle ihrer Besoldungsgruppe oder mit Versetzung der Beschäftigten oder ihrem Ausscheiden aus dem Dienst

   - bei Titeln der Gruppe 428: kw - nach Rückkehr der abgeordneten Beschäftigten - mit Übernahme der Ersatzkräfte in eine freie oder die nächste frei werdende Stelle ihrer Entgeltgruppe oder Planstelle der entsprechenden Besoldungsgruppe oder mit Versetzung der Beschäftigten oder ihrem Ausscheiden aus dem Dienst

2. AT B ist die Kurzbezeichnung für Arbeitsverhältnisse mit Verträgen nach Anlage 1a oder 1b des BMI-Rundschreibens vom 18. November 2005 - D II 2 - 220 234 - in der jeweils geltenden Fassung.

3. Anzahl der im Haushaltsjahr 2012 eingesetzten Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen (umgerechnet auf vollbeschäftigte Arbeitskräfte im Haushaltsjahr) und Auszubildende (Jahresdurchschnitt):

Kapitel	Titel	Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen	Auszubildende
1501	427 09	79,6	27,0
1501	427 49	5,0	-
1501	427 59	2,0	-
1501	427 99	-	-
1504	427 09	8,0	7,0
1504	427 19	-	-
1504	427 49	1,6	-
1505	427 09	11,6	8,1
1505	427 19	3,9	-
1505	427 49	15,3	-
1505	427 59	3,3	-
1506	427 09	68,8	47,8
1506	427 29	105,6	-
1506	427 49	9,9	-
1506	427 59	20,2	-
1506	427 79	5,8	-
1506	427 89	9,8	-
1510	427 09	84,3	51,5
1510	427 29	2,0	-
1510	427 59	-	-
1511	427 09	130,2	48,0
1511	427 29	107,0	-
1511	427 39	1,6	-
Zusammen		675,5	189,4

4. Arbeitsplatzbeschreibungen für alle Stellen der Gruppe 428 des Einzelplans (einschließlich der Stellen der institutionell geförderten Zuwendungsempfänger/Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO) liegen mit Ausnahme des Kapitels 1511 vor.

Gesamtübersicht

Planstellen, Stellen, Leerstellen

Kap.	Behörde	Beamtinnen und Beamte Tit. 422 .1		Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Tit. 428 .1		Zusammen (Spalten 3 bis 6)	
		2014	2013	2014	2013	2014	2013
1	2	3	4	5	6	7	8
	Planstellen und Stellen						
1501	Bundesministerium	365,8	352,9	164,6	167,6	530,4	520,5
1504	Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung.	31,0	33,0	56,0	54,5	87,0	87,5
1505	Deutsches Institut für Medizinische Dokumentation und Information	26,0	27,0	77,5	77,5	103,5	104,5
1506	Paul-Ehrlich-Institut	166,0	172,0	127,5	137,0	293,5	309,0
1510	Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte	293,5	291,5	471,8	481,8	765,3	773,3
1511	Robert Koch-Institut	106,0	109,0	132,8	130,8	238,8	239,8
	Zusammen	988,3	985,4	1 030,2	1 049,2	2 018,5	2 034,6
	Leerstellen						
1501	Bundesministerium	10,8	16,0	9,5	11,0	20,3	27,0
1504	Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung.	-	-	5,0	5,0	5,0	5,0
1505	Deutsches Institut für Medizinische Dokumentation und Information	1,0	1,0	-	1,0	1,0	2,0
1506	Paul-Ehrlich-Institut	5,0	6,0	6,0	7,0	11,0	13,0
1510	Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte	5,0	5,0	9,0	10,0	14,0	15,0
1511	Robert Koch-Institut	1,0	1,0	1,0	1,0	2,0	2,0
	Zusammen	22,8	29,0	30,5	35,0	53,3	64,0

ku- und kw-Vermerke

Kap.	Dienststelle	Zusammen	davon fällig					Ersatz(plan)-stellen	Sonstige
			2014	2015	2016	2017	2018 ff.		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
	ku-Vermerke								
1504	Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung.	2,0	-	-	-	-	-	-	2,0
1510	Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte	24,0	-	-	-	-	-	-	24,0
1511	Robert Koch-Institut	1,0	-	-	-	-	-	-	1,0
	Zusammen	27,0	-	-	-	-	-	-	27,0
	kw-Vermerke								
1501	Bundesministerium	15,1	-	-	-	-	-	4,1	11,0
1504	Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung.	4,0	-	-	-	-	-	1,0	3,0
1505	Deutsches Institut für Medizinische Dokumentation und Information	3,0	-	-	-	-	-	1,0	2,0
1506	Paul-Ehrlich-Institut	21,0	-	3,0	-	-	-	6,0	12,0
1510	Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte	21,0	8,0	-	-	7,0	-	2,0	4,0
1511	Robert Koch-Institut	8,5	-	-	-	-	-	0,5	8,0
	Zusammen	72,6	8,0	3,0	-	7,0	-	14,6	40,0

Institutionell geförderte Zuwendungsempfänger / Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO

Kap.	Kapitelbezeichnung	Stellen mit Dauerarbeitskräften besetzbar				Stellen für Arbeitskräfte mit befristeten Arbeitsverträgen	
		Tit. 422 .1, 425 .1, 426 .1, 428 .1 sowie entsprechende Kontierung im Wirtschaftsplan		Tit. 425 .1, 426 .1, 428 .1 (Projektförderung / Aufträge Dritter)		Tit. 427 .9 (Projektförderung / Aufträge Dritter)	
		2014	2013	2014	2013	2014	2013
1	2	3	4	5	6	7	8
1502	Allgemeine Bewilligungen	19,0	19,0	1,8	1,8	70,0	96,0

1501 Bundesministerium

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist- Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr: Neue Stellen, Stellenwegfall ohne ku/ kw-Vermerke +	-	und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken +	-	Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken +	-	Hebungen, Herabstufungen +	-	Umwandlungen, Umsetzungen +	-	von Sp. 2 entfallen auf Funktionsgruppen
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Beamtinnen und Beamte														
B 11	2,0	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 9......................	5,0	5,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 6......................	11,0	11,0	8,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 3......................	37,0	36,0	28,8	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 16....................	23,0	23,0	22,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 15....................	71,0	64,0	61,4	3,0	-	1,0	-	-	-	-	-	3,0	-	-
A 14....................	57,5	56,5	37,9	3,0	1,0	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
A 13 h.................	23,4	24,5	10,5	-	0,1	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
A 13 g.................	66,4	63,4	58,7	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 12....................	17,6	16,6	7,7	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 11.....................	9,1	10,1	8,2	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
A 10....................	2,0	2,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 g...................	2,0	2,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m+Z..............	6,0	6,0	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m..................	9,8	7,8	5,0	1,0	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-
A 8......................	2,8	3,8	2,0	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
A 7......................	1,5	1,5	6,0	-	-	-	-	-	-	-	1,0	1,0	-	-
A 6 e...................	6,0	6,0	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 5......................	7,0	7,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 4......................	5,7	5,7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen..........	365,8	352,9	281,2	13,0	1,1	1,0	-	-	4,0	1,0	1,0	4,0	-	-
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
AT (B 9)...............	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
AT (B 6)...............	-	-	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
AT (B 3)...............	-	-	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
AT B....................	-	-	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen..........	-	-	11,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 15....................	11,0	14,0	11,3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3,0	-
E 14....................	1,0	1,0	15,3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 13....................	3,5	3,5	14,2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 12....................	5,0	5,0	17,6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 11.....................	6,8	5,8	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-
E 10....................	-	-	1,9	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 9......................	8,5	7,5	6,7	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 8......................	51,5	51,5	54,2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 7......................	4,0	4,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 6......................	39,4	40,5	39,2	-	0,1	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
E 5......................	18,1	20,0	15,7	-	0,5	-	-	-	1,4	-	-	-	-	-
E 4......................	10,8	9,8	14,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 3......................	1,0	1,0	9,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen..........	160,6	163,6	205,1	2,0	0,6	-	-	-	2,4	-	-	1,0	3,0	-
Insgesamt...........	160,6	163,6	216,1	2,0	0,6	-	-	-	2,4	-	-	1,0	3,0	-

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 422 01

1. Die folgenden Planstellen dürfen nur mit Überhangpersonal besetzt werden: **1,0 A 13 g, 1,0 A 11,** 1,0 A 9 m (Zusammen: 3,0).
2. **Die folgenden Planstellen sind bis zum Inkrafttreten des Präventionsgesetzes gesperrt: 1,0 A 15, 1,0 A 13 g, 1,0 A 9 m (Zusammen: 3,0)**

Zu Titel 428 01

1. **Zu lfd. Nr. 1.1 der kw-Vermerke:**
   Es wird zugelassen, dass nur jede dritte frei werdende Stelle wegfällt.
2. Die folgende Stelle darf nur mit Überhangpersonal besetzt werden: **1,0 E 8.**

Erläuterungen:

Zu Titel 422 01

Das Planstellensoll enthält folgende für die Umsetzung des Personalrahmenkonzepts zur internationalen Personalpolitik (PRK) ausgebrachte Planstellen: 1,0 A14.

Zu Spalte 4:
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
1,0 B9; 3,0 B6; 5,0 B3; 2,0 A16; 15,3 A14; 10,2 A13h; 13,6 A12; 0,2 A11; 1,0 A9m; 3,0 A5; 5,7 A4 (Zusammen: 60,0).

Zu Titel 428 01

Zu Spalte 4:
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
1,0 AT(B9); 3,0 AT(B6); 5,0 AT(B3); 2,0 ATB; 14,3 E14; 11,2 E13; 13,6 E12; 0,2 E11; 1,0 E8; 3,0 E5; 5,2 E4; 0,5 E3 (Zusammen: 60,0).

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 422 01				
			1.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
B 3	1,0	1,0	1.1	CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages
A 15	1,0	1,0		
A 13 h	1,0	1,0	1.2	Deutsches Institut für Ernährungsforschung Potsdam-Rehbrücke (DIfE)
B 3	-	1,0	1.3	AOK Bundesverband
B 6	1,0	1,0	1.9	Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG)
Zusammen	4,0	5,0		
			2.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen	5,8	8,0	2.1	gemäß §§ 90, 92, 95 BBG, § 7 DBeglG, § 6 MuSchEltZV, § 24 GAD
			3.	**Sonstige Beurlaubung**
A 16	1,0	1,0	3.1	Bundeskanzleramt
A 15	-	1,0		
A 14	-	1,0		
Zusammen	1,0	3,0		
Insgesamt	10,8	16,0		
Zu Titel 428 01				
			1.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
AT (B 3)	1,0	1,0	1.1	Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion des Deutschen Bundestages
E 14	1,0	1,0	1.2	Weltgesundheitsorganisation (WHO)
E 15	-	1,0	1.3	Entwicklungspolitische Zusammenarbeit
E 8	-	1,0	1.4	Bundesgeschäftsstelle der FDP
E 9	-	1,0	1.5	FDP-Fraktion des Deutschen Bundestages
Zusammen	2,0	5,0		
			2.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen	3,0	4,0	2.1	gemäß § 28 TVöD, § 9 UmzugsTV, § 15 BEEG, § 24 GAD
			3.	**Sonstige Beurlaubung**
AT (B 3)	1,0	1,0	3.1	Bundeskanzleramt
E 14	2,0	1,0		
E 5	0,5	-	3.2	Befristete Rente gem. § 33 Abs. 2 TVöD
E 9	1,0	-	3.3	gemäß Nr. 3.1 Satz 2 VV-BHO zu § 50 BHO
Zusammen	4,5	2,0		
Insgesamt	9,5	11,0		

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014		2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Soll	Ersatz-(plan)st.				
1	2	3	4	5	6	7
Zu Titel 422 01						
					kw	
				1.	**kw**	
A 14	-	-	1,0	1.1	Ersatzplanstelle	Wirksamwerden des Vermerks

1501 Bundesministerium

Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
1	2	3	4	5	6	7

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

				1.2	Ersatzplanstelle	
A 15..................	1,0	1,0	-	1.2.1	-	Neue Planstelle
A 13 h...............	-	-	1,0	1.3	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	Wirksamwerden des Vermerks
A 11..................	0,6	0,6	1,6			Wirksamwerden des Vermerks
A 8....................	-	-	1,0			Wirksamwerden des Vermerks
				5.	**kw mit Ausscheiden der Planstelleninhaber/innen**	
A 13 h...............	1,0	-	1,0	5.1	schwerbehindert	-
				6.	**kw mit Wegfall der Aufgabe**	
				6.1	-	
A 15..................	1,0	-	1,0	6.1.1	Bündnis für Arbeit	-
Zusammen.......	3,6	1,6	6,6			

Zu Titel 428 01

					kw	
				1.	**kw**	
E 6....................	1,0	-	1,0	1.1	-	-
E 5....................	4,0	-	4,0			-
E 6....................	1,0	1,0	2,0	1.2	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	Wirksamwerden des Vermerks
E 5....................	1,5	1,5	2,9			Wirksamwerden des Vermerks
				4.	**kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber/innen**	
E 4....................	3,0	-	3,0	4.1	Fahrbereitschaft	-
				5.	**kw mit Wegfall der Aufgabe**	
				5.1	-	
E 5....................	1,0	-	1,0	5.1.2	schwerbehindert	-
Zusammen.......	11,5	2,5	13,9			

Tgr. 04 - Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Neue Stellen, Stellenwegfall: ohne ku/ kw-Vermerke +	-	Neue Stellen, Stellenwegfall: und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken +	-	Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken +	-	Hebungen, Herabstufungen +	-	Umwandlungen, Umsetzungen +	-	von Sp. 2 entfallen auf Funktionsgruppen
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 428 41 - Erläuterungen														
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 15....................	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 12....................	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 9......................	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 8......................	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 6......................	1,0	1,0	1,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen..........	4,0	4,0	2,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt-gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr: Neue Stellen, Stellenwegfall: ohne ku/ kw-Vermerke +	-	und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken +	-	Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken +	-	Hebungen, Herabstufungen +	-	Umwandlungen, Umsetzungen +	-	von Sp. 2 entfallen auf Funktionsgruppen
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Beamtinnen und Beamte														
B 4	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 16	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 15	4,0	4,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 14	7,0	7,0	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 h	2,0	2,0	0,7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g	1,0	1,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 12	2,0	2,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 11	5,0	5,0	4,3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 10	-	2,0	1,0	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	1,0	-
A 9 m	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 8	-	-	0,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 5	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	26,0	28,0	20,5	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	1,0	-
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 14	0,5	0,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 13	1,0	1,0	2,2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 12	5,5	5,5	6,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 11	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 10	6,0	4,0	2,9	-	-	-	-	1,0	-	-	-	1,0	-	-
E 9	5,5	5,5	3,3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 8	6,0	6,5	9,6	-	-	-	-	-	0,5	-	-	-	-	-
E 7	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 6	10,0	10,0	11,2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 5	6,5	6,5	7,7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 4	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 3	5,0	5,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 2	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	50,0	48,5	51,7	-	-	-	-	1,0	0,5	-	-	1,0	-	-
Titel 428 02 - Erläuterungen														
Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
AT B			1,0											
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 15			1,0											
E 14			5,5											
E 13			6,5											
E 12			1,0											
E 11			1,0											
E 10			2,0											
E 9			2,0											
E 8			1,0											
Zusammen			20,0											
Insgesamt			21,0											

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 428 01

Die folgende Stelle darf nur mit Überhangpersonal besetzt werden: 1,0 E 10.

Erläuterungen:

Zu Titel 422 01

Zu Spalte 4:
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
1,0 A13h; 1,0 A12; 1,0 A10; 0,5 A9m (Zusammen: 3,5).

1504 Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung

Zu Titel 428 01

Zu Spalte 4:
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
1,0 E13; 1,0 E12; 1,0 E10; 0,5 E8 (Zusammen: 3,5).

Ab dem Haushalt 2013 werden für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie für sonstige wissenschaftsrelevante Beschäftigte keine verbindlichen Stellen mehr ausgebracht.

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 428 01				
			1.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	4,0	5,0	1.1	gemäß § 28 TVöD, § 9 UmzugsTV, § 15 BEEG, § 24 GAD

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
1	2	3	4	5	6	7
Zu Titel 422 01						
					ku	
				1.	**ku**	
A 11..................	2,0	-	2,0	1.4	in Bes.-Gr. A 10	-
				2.	**ku mit Ausscheiden der Planstelleninhaber /innen**	
A 10..................	-	-	1,0	2.1	in Entgeltgruppe E 10	Wirksamwerden des Vermerks
Zusammen.......	2,0	-	3,0			
Zu Titel 428 01						
					kw	
				1.	**kw**	
E 8....................	-	-	0,5	1.1	-	Wirksamwerden des Vermerks
E 9....................	1,0	1,0	1,0	1.2	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	-
				1.3	-	
E 3....................	1,0	-	1,0	1.3.1	Stelleneinsparung HG 2009	-
E 7....................	1,0	-	1,0	1.3.2	Stelleneinsparung HG 2011	-
				2.	**kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber/innen**	
E 3....................	1,0	-	1,0	2.1	-	-
Zusammen.......	4,0	1,0	4,5			

Tgr. 04 - Aufklärung und Beratung nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt-gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr: Neue Stellen, Stellenwegfall – ohne ku/ kw-Vermerke +	ohne ku/ kw-Vermerke -	und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken +	und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken -	Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken +	Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken -	Hebungen, Herabstufungen +	Hebungen, Herabstufungen -	Umwandlungen, Umsetzungen +	Umwandlungen, Umsetzungen -	von Sp. 2 entfallen auf Funktionsgruppen
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 41														
Beamtinnen und Beamte														
A 15....................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 14....................	3,0	3,0	2,9	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 12....................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen..........	5,0	5,0	4,9	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist- Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr										von Sp. 2 entfallen auf Funk- tions- gruppen
				Neue Stellen, Stellenwegfall				Wirksam- werden von ku- und kw- Vermerken		Hebungen, Herab- stufungen		Umwand- lungen, Umsetzungen		
				ohne ku/ kw-Vermerke		und Umsetzun- gen mit ku/ kw-Vermerken								
				+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 428 41 - Erläuterungen														
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 15....................	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 13....................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 12....................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 10....................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 8......................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 5......................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen..........	6,0	6,0	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 428 41				
			1.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	1,0	-	1.1	gemäß § 28 TVöD, § 9 UmzugsTV, § 15 BEEG, § 24 GAD

1505 Deutsches Institut für Medizinische Dokumentation und Information

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt-gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr										von Sp. 2 entfallen auf Funk-tions-gruppen
				Neue Stellen, Stellenwegfall				Wirksam-werden von ku- und kw-Vermerken		Hebungen, Herab-stufungen		Umwand-lungen, Umsetzungen		
				ohne ku/ kw-Vermerke		und Umsetzun-gen mit ku/ kw-Vermerken								
				+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Beamtinnen und Beamte														
B 4......................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 16....................	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 15....................	3,0	3,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 14....................	3,0	5,0	4,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2,0	-
A 13 h.................	3,0	3,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g.................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 12....................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 11.....................	3,0	3,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 10....................	1,0	-	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 g...................	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 8......................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen..........	21,0	22,0	19,5	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	2,0	-
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 15....................	5,0	5,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 14....................	26,5	24,5	27,5	-	-	-	-	-	-	-	-	2,0	-	-
E 13....................	3,0	4,0	3,0	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
E 11.....................	16,0	17,0	14,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-
E 10....................	5,0	5,0	8,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 9......................	10,0	10,0	10,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 8......................	2,0	2,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 7......................	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 6......................	3,5	3,5	3,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 5......................	5,5	5,5	5,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 4......................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen..........	77,5	77,5	78,5	-	-	-	-	-	1,0	-	-	2,0	1,0	-

Erläuterungen:

Zu Titel 422 01

Zu Spalte 4:
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
2,0 A14.

Zu Titel 428 01

Zu Spalte 4:
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
2,0 E14.

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 422 01				
			1.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	1,0	1,0	1.1	gemäß §§ 90, 92, 95 BBG, § 7 DBeglG, § 6 MuSchEltZV, § 24 GAD
Zu Titel 428 01				
			2.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
E 14...................	-	1,0	2.1	Weltgesundheitsorganisation (WHO)

Übersicht der ku- und kw- Vermerke						
Bes.-/ E.-Gr.	2014		2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Soll	Ersatz-(plan)st.				
1	2	3	4	5	6	7
Zu Titel 428 01						
					kw	
				1.	**kw**	
E 15..................	1,0	1,0	1,0	1.1	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	-
E 13..................	-	-	1,0			Wirksamwerden des Vermerks
				2.	**kw mit Wegfall der Aufgabe**	
				2.1	-	
E 14..................	2,0	-	2,0	2.1.1	ABDA-Kooperation	-
Zusammen.......	3,0	1,0	4,0			

Tgr. 06 - Ausgaben im Zusammenhang mit der Wahrnehmung der Aufgaben der Datentransparenz gem. § 303a Abs. 1 SGB V

Planstellen-/Stellenübersicht														
Besoldungs-/ Entgelt-gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr										von Sp. 2 entfallen auf Funktions-gruppen
				Neue Stellen, Stellenwegfall				Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken		Hebungen, Herabstufungen		Umwandlungen, Umsetzungen		
				ohne ku/ kw-Vermerke		und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken								
				+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 61														
Beamtinnen und Beamte														
A 15....................	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 14....................	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 h.................	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 12....................	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 11.....................	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen..........	5,0	5,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Titel 428 61 - Erläuterungen														
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 13....................	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Erläuterungen:

Zu Titel 422 61

Zu Spalte 4:
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
1,0 A14.

Zu Titel 428 61

Zu Spalte 4:
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
1,0 E13.

1506 Paul-Ehrlich-Institut

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr: Neue Stellen, Stellenwegfall ohne ku/ kw-Vermerke +	-	und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken +	-	Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken +	-	Hebungen, Herabstufungen +	-	Umwandlungen, Umsetzungen +	-	von Sp. 2 entfallen auf Funktionsgruppen
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Beamtinnen und Beamte														
B 7	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 3	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 2	9,0	9,0	8,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 1	8,0	8,0	8,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 15	26,0	27,0	26,0	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
A 14	65,0	67,0	60,0	-	-	-	-	-	2,0	-	-	-	-	-
A 13 h	20,0	22,0	10,0	-	-	-	-	-	2,0	-	-	-	-	-
A 13 g	5,0	5,0	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 12	13,0	14,0	6,0	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
A 11	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 10	4,0	4,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 g	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m	3,0	3,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	158,0	164,0	132,0	-	-	-	-	-	6,0	-	-	-	-	-
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 15	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 14	8,0	8,0	23,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 13	3,0	4,0	8,0	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
E 12	2,0	2,0	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 11	2,0	2,0	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 10	2,0	2,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 9	13,5	17,5	18,5	-	-	-	-	-	4,0	-	-	-	-	-
E 8	15,5	15,5	14,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 7	7,0	7,0	7,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 6	8,5	9,5	9,5	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
E 5	7,5	8,0	8,0	-	0,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 4	5,0	6,0	6,0	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 3	38,5	40,5	38,5	-	1,0	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
Zusammen	113,5	123,0	148,0	-	2,5	-	-	-	7,0	-	-	-	-	-
Titel 428 02 - Erläuterungen														
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 15			5,0											
E 14			15,0											
E 13			6,0											
E 12			2,0											
E 11			3,0											
E 10			2,0											
E 9			35,0											
E 8			12,0											
E 7			2,0											
E 6			29,0											
E 5			16,0											
Zusammen			127,0											

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 422 01

Zu B 2/B 1:

Aus 3 Planstellen dürfen die Besoldung und der Versorgungszuschlag für 3 Professorinnen oder Professoren nach Bes.-Gr. W 2 **oder die Entgelte für bis zu 3 außertarifliche Beschäftigte** erstattet werden. Die zu erstattende Besoldung **bzw. das zu erstattende Entgelt** darf dabei die vergleichbare Besoldung aus B 1 bzw. B 2 nicht übersteigen. Voraussetzung ist ein mit Einwilligung des Bundesministeriums der Finanzen abgeschlossener Kooperationsvertrag mit der Hochschule der Professorin bzw. des Professors.

Zu Titel 428 01

Die folgenden Stellen dürfen nur mit Überhangpersonal besetzt werden: 1,0 E 11, 1,0 E 8 (Zusammen: 2,0).

Erläuterungen:

Zu Titel 422 01

Zu Spalte 4:
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
1,0 B2; 1,0 A15; 6,0 A14; 12,0 A13h; 7,0 A12; 2,0 A10; 1,0 A9m (Zusammen: 30,0).

Zu Titel 428 01

Zu Spalte 4:
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
15,0 E14; 4,0 E13; 3,0 E12; 5,0 E11; 1,0 E10; 1,0 E9; 1,0 E6 (Zusammen: 30,0).

Ab dem Haushalt 2013 werden für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie für sonstige wissenschaftsrelevante Beschäftigte keine verbindlichen Stellen mehr ausgebracht.

Zu Titel 428 02

Die dargestellten Beschäftigungsverhältnisse sind - einmalig für das Haushaltsjahr 2012 - auch in der Ist-Besetzung zu Tit. 428 01 enthalten.

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 422 01				
			1.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
A 11....................	1,0	1,0	1.1	EU-Kommission
A 15....................	1,0	1,0	1.2	Europäische Arzneimittelagentur (EMEA)
A 14....................	1,0	1,0	1.3	Weltgesundheitsorganisation (WHO)
Zusammen.........	3,0	3,0		
			2.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	1,0	3,0	2.1	gemäß §§ 90, 92, 95 BBG, § 7 DBeglG, § 6 MuSchEltZV, § 24 GAD
Insgesamt..........	4,0	6,0		
Zu Titel 428 01				
			1.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	5,0	7,0	1.1	gemäß § 28 TVöD, § 9 UmzugsTV, § 15 BEEG, § 24 GAD

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014		2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Soll	Ersatz-(plan)st.				
1	2	3	4	5	6	7
Zu Titel 422 01						
					kw	
				1.	**kw mit Ausscheiden der Planstelleninhaber/innen**	
A 13 h..............	1,0	-	1,0	1.1	schwerbehindert	-
A 12..................	1,0	-	1,0	1.2	-	-
A 11..................	1,0	-	1,0			-
				2.	**kw**	
A 13 h..............	-	-	1,0	2.1	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	Wirksamwerden des Vermerks
A 9 m...............	2,0	-	2,0	2.2	-	-
				3.	**kw 31.12.2013**	
				3.1	-	
A 13 h..............	-	-	1,0	3.1.3	Rezeptur-Therapieallergen-Verordnung	Wirksamwerden des Vermerks
				4.	**kw 31.12.2015**	
				4.1	-	
A 15..................	1,0	-	1,0	4.1.1	15. AMG-Novelle	-
A 14..................	2,0	-	2,0			-
				5.	**kw 31.12.2013**	
A 15..................	-	-	1,0	5.1	-	Wirksamwerden des Vermerks
A 14..................	-	-	2,0			Wirksamwerden des Vermerks

1506 Paul-Ehrlich-Institut

Übersicht der ku- und kw- Vermerke						
Bes.-/ E.-Gr.	2014		2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Soll	Ersatz-(plan)st.				
1	2	3	4	5	6	7
				7.	**kw 28.02.2013**	
				7.1	-	
A 12..................	-	-	1,0	7.1.1	Postnachfolgeunternehmen	Wirksamwerden des Vermerks
Zusammen.......	8,0	-	14,0			
Zu Titel 428 01						
					kw	
				1.	**kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber/innen**	
E 14..................	2,0	-	2,0	1.1	schwerbehindert	-
E 10..................	1,0	-	1,0			-
E 9....................	4,0	-	4,0			-
				2.	**kw**	
E 13..................	1,0	1,0	2,0	2.1	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	Wirksamwerden des Vermerks
E 9....................	1,0	1,0	1,0			-
E 7....................	2,0	2,0	2,0			-
E 6....................	-	-	1,0			Wirksamwerden des Vermerks
E 5....................	1,0	1,0	1,0			-
E 3....................	-	-	1,0			Wirksamwerden des Vermerks
				5.	**kw 31.12.2013**	
E 9....................	-	-	2,0	5.1	-	Wirksamwerden des Vermerks
				7.	**kw 31.12.2013**	
				7.1	-	
E 9....................	-	-	2,0	7.1.2	Chargenprüfungen	Wirksamwerden des Vermerks
Zusammen.......	12,0	5,0	19,0			

Tgr. 07 - Prüflabor für In-vitro Diagnostika

Planstellen-/Stellenübersicht													
Besoldungs-/ Entgelt-gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr									von Sp. 2 entfallen auf Funktions-gruppen
				Neue Stellen, Stellenwegfall				Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken		Hebungen, Herabstufungen		Umwandlungen, Umsetzungen	
				ohne ku/ kw-Vermerke		und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken							
				+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 71													
Beamtinnen und Beamte													
A 15....................	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 14....................	3,0	3,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 h.................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 11.....................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 g...................	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen..........	8,0	8,0	7,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Titel 428 71 - Erläuterungen													
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer													
E 9......................	2,0	2,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 8......................	4,0	4,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 6......................	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 3......................	3,0	3,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen..........	11,0	11,0	11,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Erläuterungen:

Zu Titel 422 71

Zu Spalte 4:
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
1,0 A9g.

Zu Titel 428 71

Zu Spalte 4:
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
1,0 E9.

Leerstellenübersicht				
Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 422 71				
			1.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	1,0	-	1.1	gemäß §§ 90, 92, 95 BBG, § 7 DBeglG, § 6 MuSchEltZV, § 24 GAD

Übersicht der ku- und kw- Vermerke						
Bes.-/ E.-Gr.	2014		2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Soll	Ersatz-(plan)st.				
1	2	3	4	5	6	7
Zu Titel 428 71						
					kw	
				1.	**kw**	
E 3....................	1,0	1,0	1,0	1.1	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	-

Tgr. 08 - Verfahren zur gegenseitigen Anerkennung von Tierimpfstoffen in der EU

Planstellen-/Stellenübersicht														
Besoldungs-/ Entgelt-gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr										von Sp. 2 entfallen auf Funk-tions-gruppen
				Neue Stellen, Stellenwegfall				Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken		Hebungen, Herab-stufungen		Umwand-lungen, Umsetzungen		
				ohne ku/ kw-Vermerke		und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken								
				+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 428 81 - Erläuterungen														
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 15....................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 14....................	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen..........	3,0	3,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Leerstellenübersicht				
Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 428 81				
			1.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	1,0	-	1.1	gemäß § 28 TVöD, § 9 UmzugsTV, § 15 BEEG, § 24 GAD

1510 Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr: Neue Stellen, Stellenwegfall – ohne ku/ kw-Vermerke +	ohne ku/ kw-Vermerke -	und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken +	und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken -	Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken +	Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken -	Hebungen, Herabstufungen +	Hebungen, Herabstufungen -	Umwandlungen, Umsetzungen +	Umwandlungen, Umsetzungen -	von Sp. 2 entfallen auf Funktionsgruppen
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Beamtinnen und Beamte														
B 7	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 3	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 2	11,0	11,0	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 1	39,0	39,0	28,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 15	36,0	35,0	32,0	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-
A 14	91,0	91,0	84,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 h	46,5	46,5	67,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g	9,0	9,0	9,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 12	8,0	8,0	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 11	7,0	7,0	8,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 10	4,0	4,0	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 g	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m+Z	6,0	6,0	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m	10,5	11,5	10,5	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
A 8	2,0	2,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 7	2,5	0,5	0,5	-	-	-	-	-	-	-	-	2,0	-	-
A 6 m	4,0	4,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 6 e	9,0	9,0	9,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 5	4,0	4,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	293,5	291,5	285,5	-	-	-	-	-	1,0	-	-	3,0	-	-
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
AT (B 2)	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 15	21,5	24,5	24,5	-	-	-	-	-	2,0	-	-	-	1,0	-
E 14	36,5	38,5	40,5	-	1,0	2,0	-	-	3,0	-	-	-	-	-
E 13	37,5	39,5	37,0	-	-	-	-	-	2,0	-	-	-	-	-
E 12	6,0	6,0	10,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 11	14,0	14,0	15,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 10	1,0	1,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 9	89,0	87,0	87,0	-	-	3,0	-	-	1,0	-	-	-	-	-
E 8	160,0	159,0	156,5	-	-	4,0	-	1,0	1,0	-	-	-	3,0	-
E 7	5,0	10,0	6,0	-	-	-	-	-	3,0	-	-	-	2,0	-
E 6	38,5	38,5	36,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 5	47,8	48,8	50,8	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 4	4,0	4,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 3	10,0	10,0	10,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 2	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	471,8	481,8	482,8	-	2,0	9,0	-	1,0	12,0	-	-	-	6,0	-
Insgesamt	471,8	481,8	483,8	-	2,0	9,0	-	1,0	12,0	-	-	-	6,0	-
Titel 428 02 - Erläuterungen														
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 15			8,0											
E 14			12,0											
E 13			13,0											
E 11			1,0											
E 9			4,0											
E 8			7,0											
E 6			2,0											
E 5			3,0											
Zusammen			50,0											

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 422 01

Zu B 2/ B 1:
Aus 2 Planstellen dürfen die Besoldung und der Versorgungszuschlag für 2 Professorinnen oder Professoren nach Bes.-Gr. W 2 **oder die Entgelte für bis zu 2 außertarifliche Beschäftigte** erstattet werden. Die zu erstattende Besoldung **bzw. das zu erstattende Entgelt** darf dabei die vergleichbare Besoldung aus B 1 bzw. B 2 nicht übersteigen. Voraussetzung ist ein mit Einwilligung des Bundesministeriums der Finanzen abgeschlossener Kooperationsvertrag mit der Hochschule der Professorin bzw. des Professors.

Zu Titel 428 01

Zu Ziffer 2.1.1 der kw-Vermerke:
Die Vermerke werden erst wirksam, wenn die Finanzierung aus Drittmitteln wegfällt.

Erläuterungen:

Zu Titel 422 01

Zu Spalte 4:
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
1,0 B2; 1,0 B1; 1,0 A15; 2,0 A14 (Zusammen: 5,0).

Zu Titel 428 01

Zu Spalte 4:
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
1,0 AT(B2); 1,0 E15; 3,0 E14 (Zusammen: 5,0).

Ab dem Haushalt 2013 werden für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie für sonstige wissenschaftsrelevante Beschäftigte keine verbindlichen Stellen mehr ausgebracht.

Zu Titel 428 02

Die dargestellten Beschäftigungsverhältnisse sind - einmalig für das Haushaltsjahr 2012 - auch in der Ist-Besetzung zu Tit. 428 01 enthalten.

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 422 01				
			1.	**Sonstige Beurlaubung**
A 13 g................	1,0	1,0	1.1	Bundespräsidialamt
			2.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
B 2.....................	1,0	1,0	2.1	European Directorate for the Quality of Medicines & HealthCare (EDQM), Straßburg
			3.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	3,0	3,0	3.1	gemäß §§ 90, 92, 95 BBG, § 7 DBeglG, § 6 MuSchEltZV, § 24 GAD
Insgesamt..........	5,0	5,0		
Zu Titel 428 01				
			1.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	8,0	9,0	1.1	gemäß § 28 TVöD, § 9 UmzugsTV, § 15 BEEG, § 24 GAD
			2.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
E 9.....................	1,0	1,0	2.1	Europäische Arzneimittelagentur (EMEA)
Insgesamt..........	9,0	10,0		

1510 Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
1	2	3	4	5	6	7

Zu Titel 422 01

Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
					ku	
				1.	**ku mit Ausscheiden der Planstelleninhaber /innen**	
				1.2	in Bes.-Gr. A 14	
A 15	1,0	-	1,0	1.2.1	gemäß § 30 Abs. 1 Nr. 5 HG 2000	-
				1.3	in Bes.-Gr. A 12	
A 13 g	2,0	-	2,0	1.3.1	gemäß § 30 Abs. 1 Nr. 5 HG 2000	-
				1.4	in Bes.-Gr. A 11	
A 13 g	2,0	-	2,0	1.4.1	gemäß § 30 Abs. 1 Nr. 5 HG 2000	-
A 12	1,0	-	1,0			-
				1.6	in Bes.-Gr. A 9 m	
A 9 m+Z	1,0	-	1,0	1.6.1	gemäß § 30 Abs. 1 Nr. 5 HG 2000	-
				1.7	in Bes.-Gr. A 8	
A 9 m	0,5	-	0,5	1.7.1	gemäß § 30 Abs. 1 Nr. 5 HG 2000	-
				1.17	in Bes.-Gr. A 10	
A 13 g	1,0	-	1,0	1.17.1	gemäß § 22 Abs. 1 Nr. 5 HG 2003	-
				3.	**ku mit Ausscheiden der Planstelleninhaber /innen**	
				3.1	in Entgeltgruppe E 9	
A 12	1,0	-	1,0	3.1.1	gemäß § 30 Abs. 1 Nr. 5 HG 2000	-
A 11	1,0	-	1,0			-
				3.2	in Entgeltgruppe E 8	
A 9 m+Z	1,0	-	1,0	3.2.1	gemäß § 30 Abs. 1 Nr. 5 HG 2000	-
A 9 m	5,0	-	6,0			Wirksamwerden des Vermerks
				3.3	in Entgeltgruppe E 6	
A 9 m+Z	1,0	-	1,0	3.3.1	gemäß § 30 Abs. 1 Nr. 5 HG 2000	-
A 9 m	1,0	-	1,0			-
A 8	0,5	-	0,5			-
				3.4	in Entgeltgruppe E 5	
A 9 m	1,0	-	1,0	3.4.1	gemäß § 30 Abs. 1 Nr. 5 HG 2000	-
				3.6	in Entgeltgruppe E 9	
A 13 g	1,0	-	1,0	3.6.1	gemäß § 22 Abs. 1 Nr. 5 HG 2003	-
A 12	1,0	-	1,0			-
				3.7	in Entgeltgruppe E 8	
A 9 m+Z	1,0	-	1,0	3.7.1	gemäß § 22 Abs. 1 Nr. 5 HG 2003	-
				3.8	in Entgeltgruppe E 3	
A 6 e	1,0	-	1,0	3.8.1	gemäß § 22 Abs. 1 Nr. 5 HG 2003	-
Zusammen	24,0	-	25,0			
					kw	
				3.	**kw**	
A 13 h	1,0	1,0	1,0	3.2	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	-
A 11	1,0	1,0	1,0			-
Zusammen	2,0	2,0	2,0			

Zu Titel 428 01

Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
					kw	
				1.	**kw 31.12.2014**	
				1.1	-	
E 15	1,0	-	1,0	1.1.1	Medizinproduktegesetz	-
E 14	2,0	-	2,0			-
E 13	2,0	-	2,0			-
E 9	1,0	-	1,0			-
E 8	2,0	-	2,0			-
				2.	**kw**	
				2.1	-	
E 9	2,0	-	-	2.1.1	CTS/Eudratrack	Neue Stelle
				3.	**kw 31.12.2017**	
				3.1	-	
E 14	2,0	-	-	3.1.1	VO (EU) 712/2012 zur Änderung der Variation Regulation (EC) 1234/2008	Neue Stelle
E 9	1,0	-	-			Neue Stelle
E 8	4,0	-	-			Neue Stelle

Übersicht der ku- und kw- Vermerke						
Bes.-/ E.-Gr.	2014		2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Soll	Ersatz-(plan)st.				
1	2	3	4	5	6	7
				4.	**kw 31.12.2013**	
				4.1	-	
E 14..................	-	-	1,0	4.1.1	Medizinproduktegesetz	Wirksamwerden des Vermerks
E 13..................	-	-	2,0			Wirksamwerden des Vermerks
E 9....................	-	-	1,0			Wirksamwerden des Vermerks
E 7....................	-	-	1,0			Wirksamwerden des Vermerks
				6.	**kw 31.12.2013**	
E 15..................	-	-	2,0	6.1	-	Wirksamwerden des Vermerks
E 14..................	-	-	2,0			Wirksamwerden des Vermerks
E 8....................	-	-	1,0			Wirksamwerden des Vermerks
E 7....................	-	-	2,0			Wirksamwerden des Vermerks
				7.	**kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber/innen**	
E 6....................	2,0	-	2,0	7.1	-	-
Zusammen.......	19,0	-	22,0			

1511 Robert Koch-Institut

Planstellen-/Stellenübersicht													
Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist- Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr									von Sp. 2 entfallen auf Funk- tions- gruppen
				Neue Stellen, Stellenwegfall				Wirksam- werden von ku- und kw- Vermerken		Hebungen, Herab- stufungen		Umwand- lungen, Umsetzungen	
				ohne ku/ kw-Vermerke		und Umsetzun- gen mit ku/ kw-Vermerken							
				+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01													
Beamtinnen und Beamte													
B 7	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 3	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 2	11,0	11,0	7,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 1	30,0	30,0	17,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 16	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 15	9,0	9,0	18,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 14	28,0	28,0	20,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 h	9,0	9,0	13,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g	2,0	2,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 12	2,0	2,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 11	5,0	5,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 10	5,0	5,0	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 g	3,0	3,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	106,0	106,0	93,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Titel 428 01 - Erläuterungen													
Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer													
AT B	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer													
E 15	6,0	6,0	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 14	12,5	12,5	15,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 13	7,5	7,5	11,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 12	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 11	4,0	4,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 10	3,0	3,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 9	29,6	31,1	30,1	-	1,0	-	-	-	0,5	-	-	-	-	-
E 8	27,7	27,7	27,7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 7	1,5	1,5	1,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 6	10,7	9,7	9,7	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 5	7,7	8,2	8,2	-	0,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 3	18,6	18,6	18,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	128,8	129,8	134,7	1,0	1,5	-	-	-	0,5	-	-	-	-	-
Insgesamt	129,8	130,8	135,7	1,0	1,5	-	-	-	0,5	-	-	-	-	-
Titel 428 02 - Erläuterungen													
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer													
E 15			27,0											
E 14			65,0											
E 13			34,0											
E 12			2,0											
E 11			10,0											
E 10			9,0											
E 9			70,0											
E 8			40,0											
E 7			10,0											
E 6			20,0											
E 5			15,0											
E 4			4,0											
E 3			34,0											
Kr. 7a			1,0											
Zusammen			341,0											

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 422 01

Zu B 2/B 1:

Aus 3 Planstellen dürfen die Besoldung und der Versorgungszuschlag für 3 Professorinnen oder Professoren nach Bes.-Gr. W 2 **oder die Entgelte für bis zu 3 außertarifliche Beschäftigte** erstattet werden. Die zu erstattende Besoldung **bzw. das zu erstattende Entgelt** darf dabei die vergleichbare Besoldung aus B 1 bzw. B 2 nicht übersteigen. Voraussetzung ist ein mit Einwilligung des Bundesministeriums der Finanzen abgeschlossener Kooperationsvertrag mit der Hochschule der Professorin bzw. des Professors.

Zu Titel 428 01

Die folgenden Stellen dürfen nur mit Überhangpersonal besetzt werden: 2,0 E 10, **3,0 E 9** (Zusammen: **5,0**).

Erläuterungen:

Zu Titel 422 01

Zu Spalte 4:
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
1,0 A15; 6,0 A14; 3,0 A13h; 1,0 A11; 1,0 A9g (Zusammen: 12,0).

Zu Titel 428 01

Zu Spalte 4:
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
5,0 E14; 4,0 E13; 1,0 E12; 2,0 E9 (Zusammen: 12,0).

Ab dem Haushaltsjahr 2013 werden für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie für sonstige wissenschaftsrelevante Beschäftigte keine verbindlichen Stellen mehr ausgebracht.

Zu Titel 428 02

Die dargestellten Beschäftigungsverhältnisse sind - einmalig für das Haushaltsjahr 2012 - auch in der Ist-Besetzung zu Tit. 428 01 enthalten.

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 422 01				
			1.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
B 2....................	1,0	1,0	1.2	European Centre for Disease Prevention and Control (ECDC), Stockholm
Zu Titel 428 01				
			1.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
E 15..................	1,0	1,0	1.1	European Centre for Disease Prevention and Control (ECDC), Stockholm

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014		2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Soll	Ersatz-(plan)st.				
1	2	3	4	5	6	7
Zu Titel 422 01						
					ku	
				2.	**ku**	
A 13 g..............	1,0	-	1,0	2.1	in Bes.-Gr. A 12	-
					kw	
				1.	**kw**	
A 9 g................	1,0	-	1,0	1.1	-	-
Zu Titel 428 01						
					kw	
				1.	**kw**	
E 14.................	1,0	-	1,0	1.1	-	-
E 10.................	2,0	-	2,0			-
E 9...................	-	-	0,5	1.2	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	Wirksamwerden des Vermerks
E 6...................	0,5	0,5	0,5			-
				2.	**kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber/innen**	
E 11.................	1,0	-	1,0	2.1	schwerbehindert	-
Zusammen.......	4,5	0,5	5,0			

1511 Robert Koch-Institut

Tgr. 03 - AIDS und andere übertragbare Krankheiten

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr: Neue Stellen, Stellenwegfall: ohne ku/ kw-Vermerke +	-	und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken +	-	Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken +	-	Hebungen, Herabstufungen +	-	Umwandlungen, Umsetzungen +	-	von Sp. 2 entfallen auf Funktionsgruppen
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 31														
Beamtinnen und Beamte														
A 15....................	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-
A 14....................	-	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2,0	-
Zusammen	-	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3,0	-
Titel 428 31 - Erläuterungen														
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 15....................	1,0	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-
E 14....................	2,0	-	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	2,0	-	-
Zusammen..........	3,0	-	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	3,0	-	-

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
1	2	3	4	5	6	7
Zu Titel 422 31						
					kw	
				2.	**kw**	
A 15..................	-	-	1,0	2.1	-	Wegfall des Vermerks
A 14..................	-	-	2,0			Wegfall des Vermerks
Zusammen.......	-	-	3,0			
Zu Titel 428 31						
					kw	
				1.	**kw**	
				1.1	-	
E 15..................	1,0	-	-	1.1.1	-	Aufnahme des Vermerks
E 14..................	2,0	-	-			Aufnahme des Vermerks
Zusammen.......	3,0	-	-			

Anlage zu den Stellenplänen des Epl. 15

Darstellung der den Planstellen zugeordneten Amtsbezeichnungen

Bes.-Gr.	Kap.	Amtsbezeichnungen (Grundamtsbezeichnung in Fettdruck)
1	2	3
B 11	1501	Staatssekretärin oder Staatssekretär
B 9	1501	Ministerialdirektorin oder Ministerialdirektor
B 7	1510	Präsidentin und Professorin oder Präsident und Professor des Bundesinstituts für Arzneimittel und Medizinprodukte
	1506	Präsidentin und Professorin oder Präsident und Professor des Paul-Ehrlich-Institutes
	1511	Präsidentin und Professorin oder Präsident und Professor des Robert Koch-Instituts
B 6	1501	Ministerialdirigentin oder Ministerialdirigent
B 4	1504	Direktorin oder Direktor der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung
	1505	Direktorin oder Direktor des Instituts für medizinische Dokumentation und Information
B 3	1501	Ministerialrätin oder Ministerialrat
	1506, 1510, 1511	Vizepräsidentin und Professorin oder Vizepräsident und Professor
B 2	1506, 1510, 1511	Abteilungspräsidentin oder Abteilungspräsident
	1506, 1510, 1511	Direktorin und Professorin oder Direktor und Professor
B 1	1506, 1510, 1511	Direktorin und Professorin oder Direktor und Professor
A 16	1504, 1505, 1511	**Leitende Regierungsdirektorin** oder **Leitender Regierungsdirektor**
	1501, 1504	Ministerialrätin oder Ministerialrat
A 15	1501, 1504, 1505, 1506, 1510, 1511	**Direktorin** oder **Direktor**
A 14	1501, 1504, 1505, 1506, 1510, 1511	**Oberrätin** oder **Oberrat**
A 13 h	1501, 1504, 1505, 1506, 1510, 1511	**Rätin** oder **Rat**
A 13 g	1501, 1504, 1505, 1506, 1510, 1511	**Oberamtsrätin** oder **Oberamtsrat**
A 12	1501, 1504, 1505, 1506, 1510, 1511	**Amtsrätin** oder **Amtsrat**
A 11	1501, 1504, 1505, 1506, 1510, 1511	**Amtfrau** oder **Amtmann**
A 10	1501, 1504, 1505, 1506, 1510, 1511	**Oberinspektorin** oder **Oberinspektor**
A 9 g	1501, 1505, 1506, 1510, 1511	**Inspektorin** oder **Inspektor**
A 9 m+Z	1501, 1510	**Amtsinspektorin** oder **Amtsinspektor**
A 9 m	1501, 1504, 1506, 1510	**Amtsinspektorin** oder **Amtsinspektor**
A 8	1501, 1504, 1505, 1510	**Hauptsekretärin** oder **Hauptsekretär**
A 7	1501, 1510	**Obersekretärin** oder **Obersekretär**
A 6 m	1510	**Sekretärin** oder **Sekretär**
A 6 e	1501, 1510	**Oberamtsmeisterin** oder **Oberamtsmeister**
A 5	1501, 1504, 1510	**Oberamtsmeisterin** oder **Oberamtsmeister**
A 4	1501	**Amtsmeisterin** oder **Amtsmeister**

1502 Anlage zu Kapitel Zuwendungsempfänger

Stellenübersichten
der Zuwendungsempfänger / Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO des Kap. 1502

Titel	aus Nr. ... Erläuterung	**Bezeichnung**
1	2	3
685 04		Chemotherapeutisches Forschungsinstitut Georg-Speyer-Haus, Frankfurt am Main

Stellenübersicht							
Besoldungs-/ Vergütungs-/ Entgelt- gruppen	Stellen mit Dauerarbeitskräften besetzbar					Stellen für Arbeitskräfte mit befristeten Arbeitsverträ- gen	
	Tit. 422 .1, 425 .1, 426 .1 und 428 .1 sowie entsprechende Kontierung im Wirtschaftsplan			Tit. 425 .1, 426 .1 und 428 .1 (Projektförderung/ Aufträge Dritter)		Tit. 427 .9 (Projektförderung/ Aufträge Dritter)	
	Soll 2014	Soll 2013	besetzt am 1. Juni 2013	Soll 2014	Soll 2013	Soll 2014	Soll 2013
1	2	3	4	5	6	7	8

Zu Titel 685 04

Chemotherapeutisches Forschungsinstitut Georg-Speyer-Haus, Frankfurt am Main

Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
AT (B 3)..	1,0	1,0	-	-	-	1,0	1,0
AT (B 2)..	1,0	1,0	1,0	-	-	1,0	1,0
AT B..	1,0	-	-	-	-	-	-
Zusammen...	3,0	2,0	1,0	-	-	2,0	2,0
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
E 15 Ü..	-	1,0	-	-	-	-	-
E 14..	-	-	3,0	-	-	5,0	6,0
E 13..	-	-	6,0	-	-	39,0	65,0
E 12..	-	-	1,0	-	-	-	-
E 9..	-	-	9,5	-	-	5,0	4,0
E 8..	-	-	4,0	-	-	2,0	3,0
E 6..	-	-	3,0	-	-	5,0	2,0
E 5..	-	-	1,0	-	-	5,0	9,0
E 4..	-	-	1,0	-	-	-	-
E 3..	-	-	3,0	-	-	1,0	1,0
Zusammen...	-	1,0	31,5	-	-	62,0	90,0
Insgesamt..	3,0	3,0	32,5	-	-	64,0	92,0

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 685 04

Nach § 14 Absatz 2 Satz 1 Haushaltsgesetz gilt folgende Regelung: Der Anteil der Personalausgaben für unbefristete Arbeitsverhältnisse darf 50 Prozent der aus Zuwendungsmitteln finanzierten Betriebsausgaben des Wirtschaftsplans nicht übersteigen. Der Stellenplan für außertarifliche Arbeitsverhältnisse sowie für Arbeitsverhältnisse nach E 15 Ü ist verbindlich.

Erläuterungen:

Zu Titel 685 04

Chemotherapeutisches Forschungsinstitut Georg-Speyer-Haus, Frankfurt am Main

Es gilt das Dienst- und Tarifrecht des Landes Hessen.

Entwurf

zum

Bundeshaushaltsplan 2014

Einzelplan 16

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

Inhalt

Kapitel	Bezeichnung	Seite
	Vorwort zum Einzelplan	3
	Überblick zum Einzelplan	4
	Haushaltsvermerk / Hinweise zum Einzelplan	5
1601	Umweltschutz	6
1602	Klimaschutz	18
1603	Erneuerbare Energien	22
1604	Naturschutz	25
1605	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	31
1606	Wohnungswesen und Städtebau	37
	Einnahmen-Tgr. 01 Rückflüsse aus Darlehen des Bundes zur Förderung des Wohnungsbaues und aus Reichsbaudarlehen (soweit sie nicht in der Tgr. 02 veranschlagt sind)	40
	Einnahmen-Tgr. 02 Rückflüsse aus Darlehen des Bundes für den Bau von Wohnungen für den in den Erläuterungen genannten Personenkreis	42
	Ausgaben-Tgr. 01 Förderung des Städtebaues	51
	Ausgaben-Tgr. 03 Maßnahmen der Wohnungsfürsorge für Angehörige der Bundeswehr, der Verwaltung des Bundes, der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben sowie für Mitarbeiter der Bundestagsfraktionen und -abgeordneten	57
	Ausgaben-Tgr. 05 Nationale Stadtentwicklungspolitik	59
	Ausgaben-Tgr. 06 Forschungsvorhaben zur Weiterentwicklung des Wohnungs- und Städtebaues (Experimenteller Wohnungs- und Städtebau)	60
	Ausgaben-Tgr. 07 Förderung von Forschungseinrichtungen auf den Gebieten der Raumordnung, des Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesens sowie des Städtebaues	61
	Ausgaben-Tgr. 08 Forschung auf den Gebieten des Städtebaues sowie des Bau- und Wohnungswesens	64
1607	Hochbau- und Förderungsmaßnahmen in Berlin und Bonn	67
	Ausgaben-Tgr. 01 Erneuerung baulicher und gebäudetechnischer Anlagen in den Liegenschaften des Deutschen Bundestages in Berlin	75
	Ausgaben-Tgr. 04 Kosten von Gutachten, Wettbewerben, Planungen von Sachverständigen, Architekten und Ingenieuren im Zusammenhang mit Baumaßnahmen zur Unterbringung insbesondere von Verfassungsorganen in Berlin	77
	Ausgaben-Tgr. 06 Maßnahmen der Wohnungsfürsorge in Berlin und Bonn aus Anlass der Verlagerung von Parlament und Regierungsfunktionen nach Berlin	79
1611	Zentral veranschlagte Verwaltungseinnahmen und -ausgaben	82
	Einnahmen-Tgr. 57 Versorgung der Beamtinnen und Beamten sowie der Richterinnen und Richter	84
	Ausgaben-Tgr. 57 Versorgung der Beamtinnen und Beamten sowie der Richterinnen und Richter	86
1612	Bundesministerium	95

Kapitel	Bezeichnung	Seite

Kapitel	Bezeichnung	Seite
1613	Umweltbundesamt	104
	Ausgaben-Tgr. 01 Durchführung von Aufträgen anderer Bundesbehörden und Dritter	107
1614	Bundesamt für Naturschutz	117
	Ausgaben-Tgr. 01 Durchführung von Aufträgen anderer Bundesbehörden und Dritter	121
1615	Bundesamt für kerntechnische Entsorgung	129
1616	Bundesamt für Strahlenschutz	132
	Ausgaben-Tgr. 01 Durchführung von Aufträgen anderer Bundesbehörden und Dritter	138
	Ausgaben-Tgr. 02 Endlagerung radioaktiver Abfälle	139
	Ausgaben-Tgr. 03 Staatliche Verwahrung von Kernbrennstoffen	146
1617	Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung	155
	Ausgaben-Tgr. 01 Durchführung von Aufträgen anderer Bundesbehörden und Dritter	161
	Aufwandsentschädigungen, Besondere Personalausgaben	168
	Übersichten	
	Übersicht 1 Verpflichtungsermächtigungen (VE)	169
	Personalhaushalt	177

Wesentliche Politikbereiche und Ziele

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) nimmt die Ressortaufgaben auf den verschiedenen Gebieten des Umweltschutzes (z. B. Immissionsschutz-, Anlagen- und Chemikaliensicherheit, Wasser- und Abfallwirtschaft, Bodenschutz), des Klima- und Naturschutzes, der Sicherheit kerntechnischer Einrichtungen und des Strahlenschutzes, des Städtebau- und Wohnungswesens sowie der Hochbau- und Förderungsmaßnahmen in Bonn und Berlin wahr. Das BMUB wirkt insoweit an der Gestaltung Europäischer Politiken und internationaler Vereinbarungen mit.

Die Ziele der aktiven Umweltpolitik sind gerichtet auf den Schutz und die Bewahrung der elementaren Lebensgrundlagen und die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung auf nationaler und internationaler Ebene. Neben den bisherigen Kernbereichen der Umweltpolitik nehmen inzwischen Fragen des Klimaschutzes eine zentrale Rolle ein. Mit den Instrumenten der nationalen und der internationalen Klimaschutzinitiative leistet das BMUB einen entscheidenden Beitrag zu Fortentwicklung und Einhaltung anspruchsvoller Klimaschutzziele. Das Bundesprogramm Biologische Vielfalt sowie insbesondere die Naturschutzgroßprojekte dienen dem Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen und der Umsetzung der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt.

Im Bereich der Reaktorsicherheit und des Strahlenschutzes nimmt das BMUB unterschiedliche Aufgaben wahr. Neben der Schaffung der Grundlagen, Strategien und Instrumente für das atomrechtliche Handeln des Bundes reicht das Spektrum von der Bundesaufsicht über die Vollzugsbehörden der Länder, der Gewährleistung des Strahlenschutzes über die staatliche Verwahrung von Kernbrennstoffen bis hin zur Einrichtung von Anlagen zur Sicherstellung und Endlagerung radioaktiver Abfälle. Hierzu gehören als zentraler Bereich die Aufgaben nach dem Standortauswahlgesetz. Zur Aufgabenwahrnehmung wird im Geschäftsbereich des BMUB das Bundesamt für kerntechnische Entsorgung errichtet.

Aufgabenschwerpunkte in den Bereichen Wohnungswesen und Städtebau sind das Wohngeld, die Wohnungsbauprämie sowie die Städtebauförderung. Hinzu kommen Maßnahmen in den Bereichen Baukultur und des experimentellen Wohnungs- und Städtebaus.

Die Zuständigkeit des BMUB umfasst darüber hinaus auch Hochbau- und Förderungsmaßnahmen in Bonn und Berlin. Dies umfasst insbes. die entsprechenden Baumaßnahmen des Bundes, die Finanzhilfen zur Förderung im Entwicklungsbereich „Hauptstadt Berlin - Parlaments- und Regierungsviertel“.

Zur Gliederung des Einzelplans

Der Haushalt des BMUB ist bereits entsprechend den Regelungen zur Neustrukturierung des Bundeshaushaltes veranschlagt. Der Programmhaushalt gliedert sich in folgende Kapitel:

1. Umweltschutz,
2. Klimaschutz,
3. Naturschutz,
4. Reaktorsicherheit und Strahlenschutz,
5. Wohnungswesen und Städtebau sowie
6. Hochbau und Förderungsmaßnahmen in Bonn und Berlin.

Es folgen das neue Kapitel zu den zentral veranschlagten Verwaltungseinnahmen und -ausgaben sowie die Kapitel für das Bundesministerium und für die Behörden des Geschäftsbereichs.

Nur noch nachrichtlich enthalten ist das Kapitel Erneuerbare Energien, das nunmehr im Einzelplan 09 veranschlagt ist.

16 Überblick zum Einzelplan

Überblick zum Einzelplan 16	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	50 609	48 169	+2 440		93 025
Übrige Einnahmen	714 139	278 355	+435 784		218 665
Gesamteinnahmen	764 748	326 524	+438 224		311 690
Ausgaben					
Personalausgaben	297 410	220 745	+76 665	18 600	208 380
Sächliche Verwaltungsausgaben	276 379	204 930	+71 449	38 633	179 288
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	855 892	503 776	+352 116	90 456	547 938
Ausgaben für Investitionen	2 228 490	722 647	+1 505 843	438 999	552 101
Besondere Finanzierungsausgaben	-11 335	-8 000	-3 335		-
Gesamtausgaben	3 646 836	1 644 098	+2 002 738	586 688	1 487 707
davon flexibilisiert	355 153	246 178	+108 975	61 189	243 086
davon nicht flexibilisiert	3 291 683	1 397 920	+1 893 763	525 499	1 244 621
Flexibilisierte Ausgaben nach § 5 HG					
Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3	256 999	181 482	+75 517	18 600	173 254
Aus Hauptgruppe 5	87 556	54 657	+32 899	12 009	57 376
Aus Hauptgruppe 6 ohne Titel 634 .3	49	-	+49		-
Aus Hauptgruppe 7	97	3 620	-3 523	25 300	4 667
Aus Hauptgruppe 8	10 452	6 419	+4 033	5 280	7 789
Zusammen	355 153	246 178	+108 975	61 189	243 086

Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014

Verpflichtungsermächtigung	1 718 220 T€
davon fällig:	
im Haushaltsjahr 2015 bis zu	479 785 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu	479 616 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu	373 445 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu	148 562 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu	27 110 T€
im Haushaltsjahr 2020 bis zu	15 289 T€
im Haushaltsjahr 2021 bis zu	7 789 T€
im Haushaltsjahr 2022 bis zu	7 789 T€
im Haushaltsjahr 2023 bis zu	7 669 T€
im Haushaltsjahr 2024 bis zu	7 169 T€
im Haushaltsjahr 2025 bis zu	7 159 T€
im Haushaltsjahr 2026 bis zu	7 129 T€
im Haushaltsjahr 2027 bis zu	7 129 T€
im Haushaltsjahr 2028 bis zu	7 129 T€
im Haushaltsjahr 2029 bis zu	7 129 T€
im Haushaltsjahr 2030 bis zu	7 129 T€
im Haushaltsjahr 2031 bis zu	7 129 T€
im Haushaltsjahr 2032 bis zu	7 129 T€
im Haushaltsjahr 2033 bis zu	7 129 T€
im Haushaltsjahr 2034 bis zu	7 129 T€
ab dem Haushaltsjahr 2035 bis zu	92 677 T€

Auszug aus Übersicht VIII des Gesamtplans "20 größte Finanzhilfen des Bundes" in der Abgrenzung des 24. Subventionsberichts

Lfd. Nr.	Kapitel	Zweckbestimmung	Lfd. Nr. 24. Subventionsbericht (Anlage 1)	Soll 2014 Mio. €	Soll 2013 Mio. €	Ist 2012 Mio. €
1	2	3	4	5	6	7
9	1606	Prämien nach dem Wohnungsbau-Prämiengesetz	62	321	354	386
10	1606	Förderung des Städtebaus nur Teilbeträge der Haushaltsansätze (soweit Finanzhilfen)	53	160	181	205

Haushaltsvermerk: - Ausgaben

1. Einsparungen bei folgenden Titeln: Epl. 16 mit Ausnahme der Titel 518 .2 dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: Kap. 1611 Tit. 981 07.

   Dies gilt in Fällen, in denen Bundesressorts im Rahmen von Ressortvereinbarungen für andere Bundesressorts tätig werden und Mittel vom abgebenden Ressort dem empfangenden Ressort für gleiche Zwecke im Wege der Verrechnung zur Verfügung gestellt werden (sog. "Einer-für-Alle-Fälle").

2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1611 Tit. 381 07.

   Dies gilt in Fällen, in denen Bundesressorts im Rahmen von Ressortvereinbarungen für andere Bundesressorts tätig werden und Mittel vom abgebenden Ressort dem empfangenden Ressort für gleiche Zwecke im Wege der Verrechnung zur Verfügung gestellt werden (sog. "Einer-für-Alle-Fälle").

Allgemeine Erläuterungen:

Ist-Angaben:

Die Ist-Ergebnisse der Einzeltitel sind kaufmännisch auf 1 000 € gerundet. Dadurch können bei Summenangaben Rundungsdifferenzen entstehen. Summenangaben können außerdem nicht durch Addition der gedruckten Titel errechnet werden, da in Vorjahren weggefallene Titel nur im Bundeshaushaltsplan 2014 abgedruckt werden, wenn bei diesen noch Ausgabereste bestehen.

Ausgabereste:

Die im Vorjahr verfügbaren Ausgabereste im nicht flexibilisierten Bereich sind kaufmännisch auf 1 000 € gerundet und einzeln bei dem jeweiligen Titel mit Stand Juli 2013 ausgewiesen. Die Inanspruchnahme dieser Ausgabereste muss grundsätzlich im jeweiligen Einzelplan durch Minderausgaben an anderer Stelle kassenmäßig eingespart werden. Ausgabereste bei den der Flexibilisierung gemäß § 5 Haushaltsgesetz 2014 (HG) unterliegenden Ansätzen werden lediglich in der Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben summarisch ausgewiesen. Für die Inanspruchnahme dieser Ausgabereste ist zentral Vorsorge getroffen und daher eine kassenmäßige Einsparung im gleichen Einzelplan grundsätzlich nicht erforderlich. Bei Summenangaben können Rundungsdifferenzen entstehen.

Flexibilisierung:

Die in die Regelung nach § 5 HG einbezogenen Ausgaben sind mit einem F vor der Titelnummer gekennzeichnet. Sie werden jeweils im hinteren Teil eines Kapitels im Anschluss an die nicht flexibilisierten Ausgabetitel entsprechend der Zuordnung nach § 5 HG in einer Zusammenstellung aufsummiert und sind danach einzeln aufgelistet. Neu in die Flexibilisierung einbezogene Titel sind dabei mit einem **F** hervorgehoben.

Personalausgaben:

Aufwandsentschädigungen und Besondere Personalausgaben werden gemäß der Übersicht, die nach dem letzten Kapitel des Einzelplans abgedruckt ist, veranschlagt.

Angewandte Kurse:

1 USD = 0,72511 €; 100 DKK = 13,40608 €; 1 CHF = 0,81460 €; 1 GBP = 1,19947 €; 1 PLN = 0,24071 €.

Vorbemerkung

Wesentliche finanzwirksame Schwerpunkte des Kapitels

sind die Umweltbereiche Immissionsschutz, Bodenschutz, Wasser- und Abfallwirtschaft, Chemikaliensicherheit, Umwelt und Verkehr, Umwelt und Gesundheit sowie Ressourceneffizienz. Die **Ressortforschung** stellt mit rd. 33,6 Mio. € (Titel 544 01) den Hauptschwerpunkt dar, gefolgt von **Investitionen zur Verminderung von Umweltbelastungen im In- und Ausland** (rd. 28 Mio. €:Titel 892 01 und Titel 896 04). Im Rahmen der **Internationalen Zusammenarbeit** werden für Beiträge auf Grund vertragsstaatlicher Verpflichtungen, Abstimmungen und Konferenzen (Titel 687 01 und 532 05) 26,4 Mio. € veranschlagt.

Wesentliche Ziele, die mit den veranschlagten Mitteln erreicht werden sollen

Der Umweltschutz bezweckt den Schutz der menschlichen Lebensbedingungen. Bereits eingetretene Umweltschäden sollen beseitigt, gegenwärtige Umweltbelastungen sollen begrenzt und künftigen Umweltbelastungen soll vorgebeugt werden. Er dient dazu, die Umwelt wiederherzustellen, zu erhalten und zu schützen.

Die im Rahmen der **Ressortforschung** veranschlagten Umweltforschungsmittel dienen dazu, den zur Wahrnehmung der Aufgaben des Bundesumweltministeriums (BMUB) erforderlichen Unterstützungs- und Forschungsbedarf in dem Bereich Umweltschutz zu decken. Die Ergebnisse sind für das BMUB Entscheidungsgrundlagen und -hilfen für die Vorbereitung, Überprüfung, Weiterentwicklung und Umsetzung von umweltpolitischen Zielen, Instrumenten, Programmen und Konzeptionen oder rechtlichen Regelungen (Gesetze, Verordnungen, internationalen Vereinbarungen). Zur ressortakzessorischen Forschung gehören auch die praktische Erprobung und Entwicklung von Ergebnissen der Forschung und Entwicklung.

Mit den **Investitionen** zur Verminderung von Umweltbelastungen im In- und Ausland werden durch das BMUB Umweltinnovationsprojekte mit Demonstrationscharakter im großtechnischen Maßstab gefördert. Sie sollen die praktische Eignung und die Leistungsfähigkeit neuer Produktionsanlagen, von Verfahrenstechniken zur Verminderung von Umweltbelastungen sowie umweltverträglicher Produkte nachweisen. Aus den Vorhaben werden wichtige Erkenntnisse für die Fortschreibung des Umweltrechts gewonnen, Impulse für die Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik gegeben sowie ein Beitrag zur Erfüllung der Klimaschutzziele der Bundesregierung geleistet. Die Umweltinnovationsprojekte sind somit ein zentrales Instrument zur Fortentwicklung der Umweltpolitik im In- und Ausland.

Ziele der im Rahmen der **internationalen Zusammenarbeit** durchgeführten Maßnahmen sind insbesondere:

1. Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen, anderen Staaten und ausländischen Sachverständigen, NGO's,
2. Austausch von Informationen, Forschungsergebnissen, Durchführung internationaler Konferenzen und Seminare, Capacity Building,
3. Fortentwicklung des internationalen Klimaregimes,
4. Zusammenarbeit mit Entwicklungs- und Schwellenländern.

Überblick zum Kapitel 1601	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	2 082	82	+2 000		239
Gesamteinnahmen	2 082	82	+2 000		239
Ausgaben					
Sächliche Verwaltungsausgaben	44 789	40 458	+4 331	8 000	33 574
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	38 114	43 165	-5 051	220	41 181
Ausgaben für Investitionen	31 291	27 991	+3 300	27 500	19 748
Gesamtausgaben	114 194	111 614	+2 580	35 720	94 503
davon nicht flexibilisiert	114 194	111 614	+2 580	35 720	94 503
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung	89 942 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu	34 676 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu	27 739 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu	23 647 T€				
im Haushaltsjahr 2018 bis zu	800 T€				
im Haushaltsjahr 2019 bis zu	800 T€				
im Haushaltsjahr 2020 bis zu	600 T€				
im Haushaltsjahr 2021 bis zu	600 T€				
im Haushaltsjahr 2022 bis zu	600 T€				
im Haushaltsjahr 2023 bis zu	480 T€				

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

119 99 -332	Vermischte Einnahmen	2 000		

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1602 Tit. 119 99	1 771	2 283

124 01 -332	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	77	77	37

Erläuterungen:

Einnahmen aus Dienstwohnungen.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1602 Tit. 124 01	77	37

129 01 -332	Erlöse aus dem Verkauf von Sonderpostwertzeichen mit Zuschlag zugunsten des Umweltschutzes	-	-	202

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind wegen verbindlicher Verwendungsauflage der Drittmittelgeber zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 685 04.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1602 Tit. 129 01	-	202

132 01 -332	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	5	5	-

Erläuterungen:

Wertausgleich für Gegenstände, die ganz oder teilweise aus nicht rückzahlbaren Bundeszuwendungen nach § 44 BHO beschafft wurden.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1602 Tit. 132 01	5	-

1601 Umweltschutz

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Ausgaben

Sächliche Verwaltungsausgaben

532 05 -332	Internationale Zusammenarbeit	4 850	4 550	4 921

Verpflichtungsermächtigung.. 4 400 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 2 100 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 1 500 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 800 T€

Haushaltsvermerk:

1. Erstattungen Dritter fließen den Ausgaben zu.

2. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

Erläuterungen:

Die Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen (insbesondere EU, Europarat, UNO, ECE, UNESCO, OECD, WHO), mit anderen Staaten und mit ausländischen Sachverständigen umfasst im Wesentlichen:

1. Austausch von Informationen, Forschungsergebnissen, technischen Erfahrungen, Daten und Veröffentlichungen einschließlich der hierfür notwendigen Übersetzungsarbeiten,
2. Abstimmung der Forschung,
3. Konferenzen und Seminare.

Ausgaben dürfen auch für die Heranziehung von Fachleuten außerhalb der Bundesverwaltung sowie für die Vorbereitung der Zusammenarbeit innerhalb der Bundesrepublik Deutschland geleistet werden. Im begrenzten Umfang dürfen auch Ausgaben der Betreuung von Besucherinnen und Besuchern, Delegationen und bilateralen Gremien geleistet werden.

Auf Gegenseitigkeit können auch Ausgaben für den Aufenthalt gezahlt werden. Bei Entwicklungsländern können die Ausgaben für Aufenthalt und Reisen gezahlt werden. Dies gilt auch für Staaten in Mittel- und Osteuropa, soweit sie im Einzelfall nicht über ausreichende Devisen verfügen.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1602 Tit. 532 02	4 550	4 921

533 02 -332	Kosten des Messprogramms zur Überwachung der Gewässergüte grenzüberschreitender Flüsse sowie von Küstengewässern	2 327	2 327	-

Haushaltsvermerk:

Einsparungen dienen zur Deckung von **Mehrausgaben** bei folgendem Titel: Kap. 1612 Tit. 981 01.

Erläuterungen:

Mit Hilfe des Messprogramms zur Überwachung der Gewässergüte grenzüberschreitender Flüsse sowie von Küstengewässern werden der Bundesrepublik Deutschland zufallende Aufgaben aus internationalen Übereinkommen und Verpflichtungen erfüllt. Dazu zählen insbesondere die Übereinkommen zum Schutz des Rheins, der Mosel und der Saar sowie der Elbe vor Verunreinigungen und der Verhütung der Meeresverschmutzung vom Land aus sowie die Verpflichtungen aus dem Internationalen Hydrologischen Programm der UNESCO.

Mit der Durchführung des Messprogramms ist die Bundesanstalt für Gewässerkunde beauftragt.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 533 02

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1602 Tit. 533 02	2 327	-

533 03 -332	Ausgaben zum Betrieb der Umweltprobenbank	4 031		

Verpflichtungsermächtigung... 2 500 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 1 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu... 1 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 500 T€

Haushaltsvermerk:

1. **Die Ausgaben sind mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 812 03.**
2. **Die Verpflichtungsermächtigung ist mit der Verpflichtungsermächtigung bei folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 812 03.**

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1602 Tit. 685 08	4 031	3 923

544 01 -165	Forschung, Untersuchungen und Ähnliches	33 581	33 581 *8 000*	28 653

Verpflichtungsermächtigung... 33 512 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 9 763 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu... 13 749 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu... 10 000 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: Kap. 1612 Tit. 981 01.
3. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1602 Tit. 546 01.
4. Die Ausgaben sind mit folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: Kap. 1604 Tit. 544 01 und Kap. 1605 Tit. 544 01.
5. Die Verpflichtungsermächtigung ist mit den Verpflichtungsermächtigungen bei folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: Kap. 1604 Tit. 544 01 **und Kap. 1605 Tit. 544 01.**
6. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Umweltpolitische Grundsatzfragen	
1.1 Grundlagen der Umweltpolitik, Umweltstrategien, Bürgerbeteiligung..	1 250
1.2 Umweltindikatoren, Daten zur Umwelt, Umweltstatistik................	500

1601 Umweltschutz

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 544 01

	Bezeichnung	1 000 €
1.3	Umweltqualitäts-, Umwelthandlungsziele, Umweltverträglichkeitsprüfung	300
1.4	Gesamt- und betriebswirtschaftliche Umweltfragen	1 400
1.5	Umweltplanung, kommunaler Umweltschutz	800
1.6	Sozialwissenschaftliche Umweltfragen	600
1.7	Umweltrecht, rechtswissenschaftliche Umweltfragen	300
1.8	Grenzübergreifende/internationale Umweltfragen	1 300
	Zwischensumme zu Nummern 1.1 bis 1.8	6 450
2.	Übergreifende Fragen des Umweltschutzes	
2.1	Geoinformationen, Umweltbeobachtung, Untersuchungen zur Umweltprobenbank	100
2.2	Stoffstrommanagement, Ökobilanzen	150
2.3	Ressourcenhaushalt- und effizienz, Ressourcenschonung	3 000
2.4	Umweltverträgliche Produktionsverfahren und Dienstleistungen.	400
2.5	Umweltverträgliche Produkte, Umweltzeichen	1 700
2.6	Umweltverträglicher Verkehr, Elektromobilität	400
2.7	Umweltverträgliche Nahrungsmittelerzeugung	100
	Zwischensumme zu Nummern 2.1 bis 2.7	5 850
3.	Wasserwirtschaft, Gewässerschutz	2 500
4.	Kreislauf- und Abfallwirtschaft	1 250
5.	Umwelt und Klimaschutz im Energiesektor, Luftreinhaltung, Anlagensicherheit	4 800
6.	Lärmschutz, Lärmbekämpfung	650
7.	Umweltwirkungen auf die menschliche Gesundheit und Ökosysteme, Chemikaliensicherheit	5 381
8.	Bodenschutz, Altlasten	1 000
9.	Klimaschutz	4 500
10.	Anpassung an den Klimawandel	1 200
Zusammen		33 581

Die Ausgaben dienen dazu, den Beratungs- und Forschungsbedarf des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit auf dem Gebiet des Umweltschutzes, der aus den Fachaufgaben erwächst, durch externe Zuarbeit zu decken (z. B. in der Form von Untersuchungen, Erhebungen, Gutachten, Stellungnahmen, Demonstrationsvorhaben). Die Mittel werden nach dem Umweltforschungsplan des Ministeriums verausgabt.

Vorgesehen sind:

1. Aufträge an Bundesbehörden,
2. Vergabe öffentlicher Aufträge,
3. Zuwendungen

zur Durchführung von Vorhaben in den vorgenannten Schwerpunktbereichen.

In begrenztem Umfang dürfen Ausgaben auch für vorbereitende Arbeiten, Vorlaufforschung, Veröffentlichung der Ergebnisse, den wissenschaftlichen Erfahrungsaustausch sowie Arbeitstagungen und Informationsveranstaltungen geleistet werden.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1602 Tit. 544 01	33 581	28 653

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)

685 04 -332	Zuschüsse an Verbände und sonstige Vereinigungen auf den Gebieten des Umweltschutzes und des Naturschutzes	11 749	11 740 *220*	11 896

Verpflichtungsermächtigung... 12 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 6 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu... 4 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu... 2 000 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben **zu Nr. 1 und 1.3 der Erläuterungen** sind übertragbar.

3. Mehrausgaben zu Nr. 2.4 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 129 01.

4. Die Erläuterungen sind hinsichtlich der Ausgabenansätze der einzelnen Zuwendungsempfänger / Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO verbindlich. Abweichungen bedürfen der Einwilligung des Bundesministeriums der Finanzen.

Erläuterungen:

Adresse und Bezeichnung		Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	Finanzierungsanteil in Prozent ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1		2	3	4	5	6
Institutionelle Förderung/Zuschüsse an Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO						
1.	Verein Deutscher Ingenieure e. V. (VDI) für die Kommission "Reinhaltung der Luft im VDI und DIN"....................................... *- aus Kap. 1601 Tit. 685 04*	57,02	100,00	1 332	1 326	1 263
1.3	Deutscher Naturschutzring e. V.. *- aus Kap. 1601 Tit. 685 04*	58,26	100,00	474	471	465
Zusammen				1 806	1 797	1 728
- Summe Tit. 685 04				*1 806*	*1 797*	*1 728*
Projektförderung						
2.1	**Unterstützung der Normungstätigkeit**			**(2 199)**	**(2 199)**	**(2 195)**
2.1.1	Normenausschuss "Akustik, Lärmminderung und Schwingungsverhalten in DIN und VDI"...			720	685	724
2.1.2	Koordinierungsstelle Umweltschutz im DIN................................			160	255	233
2.1.3	Normenausschuss "Grundlagen des Umweltschutzes".............			150	140	149
2.1.4	Normenausschuss "Bauakustik"...			-	40	36
2.1.5	Normenausschuss "Landwirtschaft"...			22	22	22
2.1.6	Normenausschuss "Wasserwesen"..			643	620	653
2.1.7	Normausschuss "Bauwesen"...			78	105	96
2.1.9	Koordinierungsstelle "Normung" der Umweltverbände (KNV).....			300	300	254
2.1.10	Normenausschuss "Informationstechnik"...................................			6	9	5
2.1.11	Normenausschuss "Kältetechnik"...			20	19	21
2.1.12	Normenausschuss "Materialprüfung" (NMP) Brennstoffe (Sekundärbrennstoffe)...			-	4	2
2.1.13	Förderung des Normungsprozesses durch Bundespreis Ecodesign..			100	-	-
2.2	Projekte zur Ermittlung und Bewertung regulierungsbedürftiger Chemikalien aus Gründen des Umwelt- und Gesundheitsschutzes...			542	542	552
2.3	Klimaschutzkampagne...			2 756	2 756	2 756
2.4	Umweltschutzprojekte und Naturschutzprojekte von Verbänden			4 446	4 446	4 665
Zusammen				9 943	9 943	10 168

1601 Umweltschutz

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 685 04

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
Insgesamt			11 749	11 740	11 896
- Summe Tit. 685 04			*11 749*	*11 740*	*11 896*

Zu 1.:
Die Kommission "Reinhaltung der Luft im VDI und DIN" unterstützt das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit bei der Durchführung der Aufgaben auf dem Gebiet der Reinhaltung der Luft im Sinne von § 1 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes. Die Kommission stellt den Stand von Wissenschaft und Technik in freiwilliger Selbstverantwortung und gemeinsam mit allen Beteiligten (Behörden, Wissenschaft und Industrie) fest und setzt sie in Richtlinien und technischen Normen um.

Diese fließen in die Gesetzgebung und die Tätigkeit der Exekutive ein und werden als DIN-Normenentwürfe in die europäische und die internationale Normungsarbeit eingebracht.

Zu 1.3:
Der Deutsche Naturschutzring e. V. ist die Dachorganisation für ca. 100 Umwelt- und Naturschutzverbände. Ihm obliegt die Aufgabe, deren Arbeit auf diesem Gebiet zu koordinieren und die Verbindung zur Bundesregierung zu pflegen.

Zu 2.3:
Der Betrag dient der Finanzierung der Klimaschutzkampagne, die auf die privaten Haushalte und Kleinverbraucher abzielt.

Zu 2.4:
Durch Zuwendungen sollen Maßnahmen von Verbänden gefördert werden, die geeignet sind, das Umwelt- und Naturschutzbewusstsein breiter Schichten der Bevölkerung zu stärken und Sachverstand in Umwelt- und Naturschutzfragen auch außerhalb der öffentlichen Verwaltung zu entwickeln. Hierzu gehören insbesondere Projekte des Umwelt- und Naturschutzes zu wichtigen aktuellen Schwerpunktthemen.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1602 Tit. 685 04	11 740	11 896

687 01 -332	Beiträge an internationale Organisationen	21 542	26 048	24 158

Erläuterungen:

Bezeichnung der Organisation Rechtsgrundlage und Zweck der Mitgliedschaft	Mitgliedsbeitrag der Bundesrepublik Deutschland (Pflichtleistungen) in Prozent	in Tausend-Fremdwährung (gerundet)	in 1 000 € (gerundet)	Besondere (freiwillige) Leistungen außerhalb des Mitgliedsbeitrags in 1 000 € (gerundet)	Zusammen Spalte 4 + 5 in 1 000 €
1	2	3	4	5	6
1. Ständiges Sekretariat der Internationalen Kommission zum Schutz des Rheins gegen Verunreinigung in Koblenz	-		319		319
Rechtsgrundlage: Vereinbarung					
Zweck: Schutz des Rheins gegen Verunreinigung					
2. Ständiges Sekretariat der Internationalen Kommissionen zum Schutz der Mosel und der Saar gegen Verunreinigungen	47,5		123		123
Rechtsgrundlage: Vereinbarung					
Zweck: Schutz von Mosel und Saar gegen Verunreinigungen					
3. Sekretariat zum OSPAR-Übereinkommen	15,4	211 GBP	258		258
Zusätzlich für Sonderhaushalt "ICES"	19,7	235 DKK	32		32
Zusätzlich für Sonderhaushalt "QSR"					
Rechtsgrundlage: Gesetz					
Zweck: Meeresschutz Nordostatlantik					
4. Ständiges Sekretariat der Internationalen Maaskommission	14,3		67		67
Rechtsgrundlage: Vereinbarung					
Zweck: Schutz der Maas					
5. Sekretariat des Helsinki-Übereinkommens	9,2		200		200
Rechtsgrundlage: Gesetz					
Zweck: Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebietes					
6. Beitrag für das Montrealer Protokoll über Stoffe, die zum Abbau der Ozonschicht führen	8,0	342 USD	259		259

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 687 01

	Bezeichnung der Organisation Rechtsgrundlage und Zweck der Mitgliedschaft	Mitgliedsbeitrag der Bundesrepublik Deutschland (Pflichtleistungen)			Besondere (freiwillige) Leistungen außerhalb des Mitgliedsbeitrags in 1 000 € (gerundet)	Zusammen Spalte 4 + 5 in 1 000 €
		in Prozent	in Tausend-Fremdwährung (gerundet)	in 1 000 € (gerundet)		
	1	2	3	4	5	6
	Rechtsgrundlage: Gesetz					
	Zweck: Schutz der Ozonschicht					
7.	Beitrag an IPCC	5,2	357 CHF	294		294
	Rechtsgrundlage: Vereinbarung					
	Zweck: Forschung Klimaschutz					
8.	Ständiges Sekretariat der Internationalen Kommission zum Schutz der Elbe	66,7		490		490
	Rechtsgrundlage: Gesetz					
	Zweck: Schutz der Elbe					
9.	Ständiges Sekretariat der Internationalen Kommission zum Schutz der Oder gegen Verunreinigungen	39,7		137		137
	Rechtsgrundlage: Vereinbarung					
	Zweck: Schutz der Oder gegen Verunreinigung					
10.	Beitrag für das Basler Übereinkommen über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung	10,7	468 USD	353		353
	Rechtsgrundlage: Gesetz					
	Zweck: Kontrolle über Transport gefährlicher Abfälle					
11.	Sekretariat der Klimarahmenkonvention	10,4		2 352	3 885	6 237
	Rechtsgrundlage: Gesetz					
	Zweck: Schutz des Klimas					
12.	Ständiges Sekretariat der Internationalen Kommission zum Schutz der Donau	8,6		98		98
	Rechtsgrundlage: Vereinbarung					
	Zweck: Donauschutz					
13.	Beitrag für das Sekretariat des Strategischen Ansatzes zum Internationalen Chemikalienmanagement (SAICM)	7,55		83		83
	Rechtsgrundlage: Vereinbarung					
	Zweck: Verbesserung der Chemikaliensicherheit					
14.	VN-Umweltfonds			7 420	710	8 130
	Rechtsgrundlage: Vereinbarung					
	Zweck: Finanzierung der im Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) festgelegten Aktivitäten sowie Beitrag für UNEP-Kursus "Environmental Management for Developing Countries					
15.	Beitrag für das Europäische Zentrum für Umwelt und Gesundheit der WHO in Bonn				3 423	3 423
	Rechtsgrundlage: Vereinbarung					
	Zweck: Schutz der Umwelt und Gesundheit					
16.	Wiener Übereinkommen zum Schutz der Ozonschicht	8,1	48 USD	37		37
	Rechtsgrundlage: Vertragsgesetz					
	Zweck: Schutz vor negativen Effekten aus der Beeinträchtigung der Ozonschicht					
17.	Beitrag für das Sekretariat der Expertengruppe Nachhaltige Entwicklung - Baltic 21 (Ostseerat)	12		24		24
	Rechtsgrundlage: Vereinbarung					
	Zweck: Unterstützung bei der Erarbeitung der Agenda 21 für den Ostseeraum					
18.	Ständiges Sekretariat der Alpenkonvention			52		52
	Rechtsgrundlage: Vereinbarung					
	Zweck: Schutz der Alpen					
19.	Beitrag für das Stockholmer Übereinkommen (POPs Übereinkommen)	12	501 USD	553		553
	Rechtsgrundlage: Gesetz					

1601 Umweltschutz

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 687 01

Bezeichnung der Organisation Rechtsgrundlage und Zweck der Mitgliedschaft	Mitgliedsbeitrag der Bundesrepublik Deutschland (Pflichtleistungen)			Besondere (freiwillige) Leistungen außerhalb des Mitgliedsbeitrags in 1 000 € (gerundet)	Zusammen Spalte 4 + 5 in 1 000 €
	in Prozent	in Tausend-Fremdwährung (gerundet)	in 1 000 € (gerundet)		
1	2	3	4	5	6
Zweck: Schutz vor gefährlichen Stoffen					
20. Beitrag für das Rotterdamer Übereinkommen (PIC Übereinkommen)........	11,03	285 USD	271		271
Rechtsgrundlage: Gesetz					
Zweck: Schutz vor gefährlichen Stoffen					
21. Überführung der Finanzierung des UNEP International Panel on Recources........			100		100
Rechtsgrundlage: Vereinbarung					
Zweck: Erhöhung der Ressourceneffizienz entsprechend der Nachhaltigkeitsstrategie					
22. Sonstige........			2		2
Zusammen........			13 524	8 018	21 542

Differenzen durch Rundung möglich

Zu Nr. 11, 14, 15, Spalte 5: Freiwillige Beiträge

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1602 Tit. 687 01	20 648	20 118

Weniger durch Umsetzung nach Kap. 0904 Tit. 687 03.

687 03 -332	Projektbezogene Beiträge an internationale Organisationen	2 083	2 637	2 584

Erläuterungen:

Bezeichnung der Organisation Rechtsgrundlage und Zweck der Mitgliedschaft	Mitgliedsbeitrag der Bundesrepublik Deutschland (Pflichtleistungen)			Besondere (freiwillige) Leistungen außerhalb des Mitgliedsbeitrags in 1 000 € (gerundet)	Zusammen Spalte 4 + 5 in 1 000 €
	in Prozent	in Tausend-Fremdwährung (gerundet)	in 1 000 € (gerundet)		
1	2	3	4	5	6
1. ECE-Konvention........	18	425 USD	322		322
Rechtsgrundlage: Gesetz					
Zweck: Messprogramme für weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigungen					
2. Chemikalienprogramm der OECD........			245		245
Rechtsgrundlage: Vereinbarung					
Zweck: Chemikalienprogramm					
3. Für Projekte der WHO im Bereich Umwelt und Gesundheit.....			250		250
Rechtsgrundlage: Vereinbarung					
Zweck: Umweltschutzprojekte der Weltgesundheitsorganisation					
4. Programm über die Sicherheit chemischer Stoffe (IPCS) der WHO........			126		126
Rechtsgrundlage: Vereinbarung					
Zweck: IPCS-Programm der Weltgesundheitsorganisation					
5. Umweltaktionsprogramm für Mittel- und Osteuropa bei der OECD........			200		200
Rechtsgrundlage: Vereinbarung					

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 687 03

Bezeichnung der Organisation Rechtsgrundlage und Zweck der Mitgliedschaft	Mitgliedsbeitrag der Bundesrepublik Deutschland (Pflichtleistungen)			Besondere (freiwillige) Leistungen außerhalb des Mitgliedsbeitrags in 1 000 € (gerundet)	Zusammen Spalte 4 + 5 in 1 000 €
	in Prozent	in Tausend-Fremdwährung (gerundet)	in 1 000 € (gerundet)		
1	2	3	4	5	6
Zweck: OECD-Umweltaktionsprogramm					
6. Programm der Climate Technology Initiative			140		140
Rechtsgrundlage: Vereinbarung					
Zweck: Klima-Programm					
7. Quick Start Programme zur Unterstützung des Strategischen Ansatzes für ein Internationales Chemiekalienmanagement			180		180
Rechtsgrundlage: Vereinbarung					
Zweck: Verbesserung der Chemikaliensicherheit					
8. Zusammenarbeit mit den Sekretariaten zum Rotterdamer und Stockholmer Übereinkommen zum Kapazitätsaufbau unter Nutzung von Synergien			100		100
Rechtsgrundlage: Vereinbarung					
Zweck: Schutz vor gefährlichen Stoffen					
9. UNEP Chemicals (Genf)			120		120
Rechtsgrundlage: Vereinbarung					
Zweck: Umsetzung des Umweltabkommens zu Quecksilber					
10. UNEP Collaborating Center (CC) for Sustainable Energy Finance in Frankfurt/Main			400		400
Rechtsgrundlage: Vereinbarung					
Zweck: Einbeziehung des Banken- und Finanzsektors in die internationale Klimaschutzfinanzierung					
Zusammen			2 083	-	2 083

Differenzen durch Rundung möglich

Zu Nr. 2 Spalte 5: Freiwillige Beiträge

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1602 Tit. 687 03	2 637	2 584

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
687 87 -332	Beratungshilfe für den Umweltschutz in den Staaten Mittel- und Osteuropas sowie den Neuen Unabhängigen Staaten (NUS)	2 740	2 740	2 543

Verpflichtungsermächtigung .... 1 850 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 1 100 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 600 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu .... 150 T€

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1602 Tit. 687 87	2 740	2 543

1601 Umweltschutz

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Ausgaben für Investitionen			
812 03 -332	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen zum Betrieb der Umweltprobenbank	300		

Verpflichtungsermächtigung ... 480 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu ... 200 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu ... 180 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu ... 100 T€

Haushaltsvermerk:

1. **Die Ausgaben sind mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 533 03.**
2. **Die Verpflichtungsermächtigung ist mit der Verpflichtungsermächtigung bei folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 533 03.**

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1602 Tit. 685 08 ...	300	292

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
892 01 -332	Investitionen zur Verminderung von Umweltbelastungen	25 351	25 351 *25 000*	19 680

Verpflichtungsermächtigung ... 32 032 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu ... 12 929 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu ... 6 182 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu ... 9 041 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu ... 800 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu ... 800 T€
im Haushaltsjahr 2020 bis zu ... 600 T€
im Haushaltsjahr 2021 bis zu ... 600 T€
im Haushaltsjahr 2022 bis zu ... 600 T€
im Haushaltsjahr 2023 bis zu ... 480 T€

Haushaltsvermerk:

1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: 896 04.
2. Die weitere Verpflichtungsermächtigung darf bis zur Höhe der Einsparung der Verpflichtungsermächtigung bei folgendem Titel belegt werden: 896 04.

Erläuterungen:

Durch Demonstrationsprojekte im großtechnischen Maßstab soll aufgezeigt werden, in welcher Weise Anlagen einem fortschrittlichen Stand der Technik zur Verminderung von Umweltbelastungen angepasst und fortschrittliche Verfahren zur Vermeidung und Verminderung von Umweltbelastungen eingesetzt sowie umweltverträgliche Produkte und umweltschonende Substitionsstoffe hergestellt und angewandt werden können. Eine angemessene Beteiligung der Betreiber der Anlagen bzw. Anwender fortschrittlicher Verfahren wird vorausgesetzt. Die Förderung erfolgt durch Zinszuschüsse und durch Investitionszuschüsse.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1602 Tit. 892 01 ...	25 351	19 680

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
896 04 -332	Investitionen zur Verminderung von Umweltbelastungen im Ausland	2 640	2 640 *2 500*	68

Verpflichtungsermächtigung.. 3 168 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 1 584 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 528 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 1 056 T€

Haushaltsvermerk:

1. Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 892 01.
2. Einsparungen bei der Verpflichtungsermächtigung dienen zur Deckung der weiteren Verpflichtungsermächtigung bei folgendem Titel: 892 01.
3. Zinszuschüsse dürfen bei nachgewiesener Wirtschaftlichkeit auch kapitalisiert an den mit der bankmäßigen Abwicklung beauftragten Treuhänder (§ 44 Abs. 2 BHO) ausgezahlt werden.

Erläuterungen:

Durch Demonstrationsprojekte soll aufgezeigt werden, wie durch Anlagen nach dem neuesten Stand der Technik grenzüberschreitende Umweltbelastungen vermindert werden können. Vorrangig sollen Projekte im Bereich der Luftreinhaltung, des Gewässerschutzes und des Klimaschutzes in EU-Beitrittsländern gefördert werden. Eine angemessene Beteiligung der Betreiber der Anlagen wird vorausgesetzt.

Die Förderung erfolgt durch Zins- und Investitionszuschüsse.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1602 Tit. 896 04	2 640	68

896 05 -722	Zuschuss zum Erweiterungsbau des Großaquariums des Ozeaneums in Stralsund	3 000		

Erläuterungen:

Das 2008 eröffnete Ozeaneum ist Teil des Deutschen Meeresmuseums in Stralsund. Das Museum ist wissenschaftlich und wirtschaftlich erfolgreich und wichtig für die Region. Es soll um einen Neubau mit Großaquarium erweitert werden. Die Kosten des Neubaus betragen 40 Mio. €.

Durch Beschluss des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages in der 107. Sitzung vom 8. November 2012 wurde festgelegt, dass der Bund den Erweiterungsbau mit einem Zuwendungsbetrag in Höhe von 15 Mio. € fördert.

Weitere Zuwendungsgeber sind das Land Mecklenburg-Vorpommern (15 Mio. €) und die Hansestadt Stralsund (5 Mio. €). Zuwendungsempfänger ist das Deutsche Meeresmuseum (Eigenanteil 5 Mio. €). Die drei Zuwendungsgeber haben in 2013 eine Finanzierungsvereinbarung geschlossen.

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1202 Tit. 896 04	-	-

1602 Klimaschutz

Vorbemerkung

Wesentliche finanzwirksame Schwerpunkte des Kapitels

bilden die nationale und die internationale Klimaschutzinitiative. Mit 309,1 Mio. € (Titel 896 05) stellt die **internationale Klimaschutzinitiative** den Hauptschwerpunkt im Kapitel dar. U. a. werden die Entwicklung einer klimafreundlichen Wirtschaft, investive Maßnahmen zur Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels und der Schutz und die nachhaltige Nutzung von Wäldern und anderen Ökosystemen gefördert. Der Ansatz wurde durch Umsetzung der Mittel aus dem Energie- und Klimafonds 2014 um 189 Mio. € aufgestockt.

Im Rahmen der **nationalen Klimaschutzinitiative** werden die Wirtschaft, die Kommunen und private Verbraucher für das KWK-Programm, Kälteklima, Kommunalprogramm, Einzelprogramme und Einzelprojekte, Klimaschutzkonzepte u. a. mit jährlich 68 Mio. € (Titel 686 05) gefördert.

Wesentliche Ziele, die mit den veranschlagten Mitteln erreicht werden sollen

Die **internationale Klimaschutzinitiative** hat zur Aufgabe, den weltweiten Treibhausgasausstoß zu verringern, internationale Anpassungsstrategien an den Klimawandel in der Entwicklung zu unterstützen und die nachhaltige Nutzung von Ökosystemen und deren Dienstleistungen zu fördern. Dabei sind die Klimarahmenkonvention und das Kyoto-Protokoll fortzuentwickeln.

Die **nationale Klimaschutzinitiative** soll eine in Klimaschutzzielen festgelegte Reduzierung der Treibhausgasemissionen in Deutschland bis zum Jahr 2020 um 40 Prozent, bis 2030 um 55 Prozent, bis 2040 um 70 Prozent und bis 2050 um 80 bis 95 Prozent (jeweils bezogen auf das Basisjahr 1990) unterstützen. Potentiale klimaschonender Zukunftstechnologien sollen aufgezeigt, entwickelt und kostengünstig in der Breite erschlossen werden.

Überblick zum Kapitel 1602	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen..	18 193	21 549	-3 356		67 910
Gesamteinnahmen...	18 193	21 549	-3 356		67 910
Ausgaben					
Sächliche Verwaltungsausgaben...........................	5 130	5 250	-120		3 671
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	72 000	37 331	+34 669	3 005	37 453
Ausgaben für Investitionen.....................................	309 065	120 000	+189 065	30 500	108 108
Gesamtausgaben..	386 195	162 581	+223 614	33 505	149 232
davon nicht flexibilisiert..	386 195	162 581	+223 614	33 505	149 232
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung...................................	246 528 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.................................	77 028 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.................................	63 400 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.................................	50 600 T€				
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.................................	30 000 T€				
im Haushaltsjahr 2019 bis zu.................................	18 000 T€				
im Haushaltsjahr 2020 bis zu.................................	7 500 T€				

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
119 99 -332	Vermischte Einnahmen	2 000	6 200	7 992

Erläuterungen:

Weniger durch Umsetzung nach Kap. 1601 Tit. 119 99, Kap. 1604 Tit. 119 99 und Kap. 1605 Tit. 119 99.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
132 03 -332	Erlöse aus der Veräußerung von Einheiten der zugeteilten Menge (AAUs) und Einheiten des Kohlenstoffabbaus (RMUs) gemäß Kyoto-Protokoll sowie von Zertifikaten aus CDM/JI-Projekten	-	-	-
132 04 -332	Erlöse aus der Veräußerung von Emissionsberechtigungen zur Refinanzierung der Deutschen Emissionshandelsstelle	16 193	15 349	59 918

Ausgaben

Sächliche Verwaltungsausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
532 05 -332	Internationale Zusammenarbeit	5 000	3 000	2 613

Verpflichtungsermächtigung... 4 600 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 1 500 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 1 600 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 1 500 T€

Haushaltsvermerk:

Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: Kap. 1612 Tit. 981 01.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Maßnahmen zur Weiterentwicklung CDM und Neuen Marktmechanismen..	3 000
2. Maßnahmen zur Schaffung eines internationalen Kohlenstoffmarktes...	2 000
Zusammen...	5 000

Zu 1.:
Die Ausgaben dienen der Durchführung von Maßnahmen zur stärkeren Nutzung projektbezogener Mechanismen des Kyoto-Protokolls (Mechanismus zur umweltverträglichen Entwicklung - CDM - und zur gemeinsamen Umsetzung - JI -) und der Entwicklung der Neuen Marktmechanismen (NMM) auch unter Berücksichtigung des Rahmenmechanismus für andere internationale Ansätze (FVA).

Zu 2.:
Deutschland hat sich dazu bekannt, den Emissionshandel als vorrangiges Klimaschutzinstrument zu einem globalem Kohlenstoffmarkt ausbauen zu wollen und hierzu Initiativen zu ergreifen, um regionale Emissionshandelssysteme zu verbinden. Mit ICAP (International Carbon Action Partnership) hat Deutschland bereits seit 2007 eine Initiative zur Annäherung und Verknüpfung des EU-Emissionshandels mit anderen regionalen EHS angestoßen. Der Teilansatz dient u. a. der Finanzierung des vorläufigen Sekretariats von ICAP. Ziel ist es, durch Etablierung eines vorläufigen Sekretariats in Berlin den Einfluss Deutschlands in diesem internationalen Forum zu sichern.

1602 Klimaschutz

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 532 05

Zur inhaltlichen Vorbereitung der Verknüpfung von Emissionshandelssystemen und zur Unterstützung der Gründung einer internationalen Organisation bedarf es einer Anschubfinanzierung, bis eine mit einem eigenständigen Budget versehene internationale Organisation gegründet ist. Das stärkere finanzielle Engagement Deutschlands erhöht die Chancen, ICAP dauerhaft in Deutschland anzusiedeln. Zudem sollen zur Schaffung von Verbindungen von Emissionshandelssystemen auf internationaler Ebene auch bilaterale Aktivitäten verstärkt und zusätzliche multilaterale Initiativen auf politischer Ebene angestoßen werden.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1602 Tit. 532 03	3 000	2 613
Kap. 1602 Tit. 532 04	2 000	878
Zusammen	5 000	3 491

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
546 01 -165	Beteiligung an den Kosten der Gemeinsamen Geschäftsstelle Elektromobilität der Bundesregierung	130	250	180

Haushaltsvermerk:

Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: Kap. 1601 Tit. 544 01.

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
685 05 -332	Förderung von Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel	4 000	3 000	877

Verpflichtungsermächtigung.. 4 928 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 1 528 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 1 800 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 1 600 T€

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
686 05 -332	Nationale Klimaschutzinitiative	68 000		

Verpflichtungsermächtigung... 87 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 34 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 25 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 20 000 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.. 5 000 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu.. 3 000 T€

Haushaltsvermerk:

1. **Die Ausgaben sind übertragbar.**
2. **Einsparungen dienen bis zur Höhe von 4 000 T€ zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: Kap. 1612 Tit. 981 01.**
3. **Die Erläuterungen sind verbindlich.**

   Abweichungen bedürfen der Einwilligung des Bundesministeriums der Finanzen.
4. **Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.**

Erläuterungen:

Programme und Projekte der nationalen Klimaschutzinitiative (insbesondere Mini-KWK-Programm, Kälteklima, Kommunalprogramm, Einzelprogramm, Einzelprojekte, Klimaschutzkonzepte, Gutachten, Informationskampagnen und -materialien,

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 686 05

Evaluierung und Weiterentwicklung der nationalen Klimaschutzinitiative, Energieeffizienzprogramm Landwirtschaft).

Darüber hinaus dürfen Ausgaben zur Finanzierung der im Zusammenhnag mit der Durchführung der Maßnahmen erforderlichen Projektträgerkosten geleistet werden.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1603 Tit. 686 04	61 101	72 671

Ausgaben für Investitionen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
896 05 -332	Investitionen zum Schutz des Klimas und der Biodiversität im Ausland	309 065	120 000 *30 500*	108 108

Verpflichtungsermächtigung.. 150 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 40 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 35 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 27 500 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.. 25 000 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu.. 15 000 T€
im Haushaltsjahr 2020 bis zu.. 7 500 T€

Haushaltsvermerk:

1. Zinszuschüsse dürfen bei nachgewiesener Wirtschaftlichkeit auch kapitalisiert an den mit der bankmäßigen Abwicklung beauftragten Treuhänder (§ 44 Abs. 2 BHO) ausgezahlt werden.
2. **Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen müssen mindestens zu 90 Prozent ODA-anrechenbar sein.**

Erläuterungen:

Im Rahmen von Klima- und Energiepartnerschaften mit Entwicklungsländern sollen Klima- und Biodiversitätsschutzmaßnahmen gefördert werden. Die Förderung erfolgt durch Zins- und Investitionszuschüsse sowie durch die Beteiligung und Gewährung von Zuschüssen an internationale Fonds.

Mehr wegen Verlagerung aus dem Energie- und Klimafonds.

Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
532 04 -332	Maßnahmen zur Schaffung eines internationalen Kohlenstoffmarktes		2 000	878
681 01 -332	Zuschüsse zum Kauf von Partikelfiltern		30 000 *5*	29 361
685 08 -332	Ausgaben zum Betrieb der Umweltprobenbank		4 331	4 215

In Vorjahren weggefallene Titel mit Ausgaberest

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
687 04 -332	Beitrag für den Umweltbereich des NDEP-Fonds		*3 000*	3 000

1603 Erneuerbare Energien

Überblick zum Kapitel 1603	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen..	-	-	-		-
Gesamteinnahmen...	-	-	-		-
Ausgaben					
Sächliche Verwaltungsausgaben...........................	-	1 700	-1 700		-
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	-	391 536	-391 536	69 568	447 084
Ausgaben für Investitionen.....................................	-	72 056	-72 056	8 000	56 114
Gesamtausgaben...	-	465 292	-465 292	77 568	503 198
davon nicht flexibilisiert..	-	465 292	-465 292	77 568	503 198

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

119 99 -332	Vermischte Einnahmen	-		

Erläuterungen:

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1602 Tit. 119 99	886	1 142

Weniger durch Umsetzung nach Kap. 0910 Tit. 119 99.

Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel

546 21 -651	Betrieb der Clearingstelle EEG		1 700	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1602 Tit. 546 21	1 700	-

683 01 -165	Forschungs- und Entwicklungsvorhaben: Erneuerbare Energien		88 366	86 507

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1602 Tit. 683 21	88 366	86 507

686 04 -651	Förderung von Einzelmaßnahmen zur Nutzung erneuerbarer Energien		303 170 *69 568*	360 577

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1602 Tit. 546 21	1 700	-
Kap. 1602 Tit. 686 24	303 170	360 577
Zusammen	304 870	360 577

892 01 -165	Investitionszuschüsse: Erneuerbare Energien		70 000 *8 000*	54 446

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1602 Tit. 892 21	70 000	54 446

1603 Erneuerbare Energien

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
892 02 -651	Förderung der Photovoltaikanlagen durch ein "100.000 Dächer-Solarstrom-Programm"		2 056	1 668

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1602 Tit. 892 22	2 056	1 668

Vorbemerkung

Wesentliche finanzwirksame Schwerpunkte des Kapitels

Das Bundesprogramm **Biologische Vielfalt** ist mit jährlich 15 Mio. € (Titel 685 01) der finanziell bedeutendste Bereich im Kapitel Naturschutz und dient zur Umsetzung der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt. Das Programm befindet sich in der Aufbauphase und lag deshalb in 2013 mit Ist-Ausgaben von 4,7 Mio. € deutlich unter dem Ansatz. Die Tendenz ist steigend. Einen weiteren Schwerpunkt stellt die Ressortforschung (Auswirkungen des Klimawandels auf Natur und Landschaft, Artenschutz, Ökosystemschutz, etc.) mit 18,25 Mio. € (Titel 544 01) dar.

Wesentliche Ziele, die mit den veranschlagten Mitteln erreicht werden sollen

Das Bundesumweltministerium setzt sich dafür ein, den Schutz der **biologischen Vielfalt** national und international entscheidend voranzubringen und das UN-Übereinkommen über die biologische Vielfalt umzusetzen. Das beinhaltet, die Erhaltung biologischer Vielfalt, die nachhaltige Nutzung ihrer Bestandteile sowie die gerechte Aufteilung der aus der Nutzung genetischer Ressourcen gewonnenen Vorteile.

Die **Ressortforschung** auf dem Gebiet des Naturschutzes dient insbesondere dazu, die Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes nachhaltig zu sichern, die biologische Vielfalt zu sichern und die Sicherung des Naturerbes voranzutreiben.

Schwerpunktvorhaben dienen der Entwicklung von Methoden und Verfahren, die geeignet sind,

1. Anpassungsstrategien der Natur an das sich verändernde Klima zu entwickeln,
2. die Datengrundlagen des Naturschutzes zu verbessern,
3. natürliche und naturnahe Flächen zu sichern,
4. Impulse für eine naturverträgliche Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft auszulösen,
5. das nationale und europäische Naturerbe zu erhalten,
6. Fragestellungen an der Schnittstelle zwischen Ökonomie und Naturschutz zu beantworten.

Überblick zum Kapitel 1604	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	1 000	-	+1 000		-
Gesamteinnahmen	1 000	-	+1 000		-
Ausgaben					
Sächliche Verwaltungsausgaben	20 750	12 750	+8 000	3 493	12 318
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	19 436	19 419	+17	15 000	9 664
Ausgaben für Investitionen	16 945	16 945	-	4 775	14 698
Gesamtausgaben	57 131	49 114	+8 017	23 268	36 680
davon nicht flexibilisiert	57 131	49 114	+8 017	23 268	36 680
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung	44 535 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu	15 679 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu	14 206 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu	10 800 T€				
im Haushaltsjahr 2018 bis zu	3 850 T€				

1604 Naturschutz

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

119 99 -332	Vermischte Einnahmen	1 000		

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1602 Tit. 119 99	886	1 142

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 671 01.

Sächliche Verwaltungsausgaben

532 05 -332	Internationale Zusammenarbeit	2 500	2 500	2 481

Verpflichtungsermächtigung... 2 700 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 1 400 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 800 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 500 T€

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1602 Tit. 534 12	2 500	2 481

544 01 -165	Forschung, Untersuchungen und Ähnliches	18 250	10 250 *3 493*	9 837

Verpflichtungsermächtigung... 11 496 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 4 496 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 4 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 3 000 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: Kap. 1612 Tit. 981 01.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 544 01

3. Die Ausgaben sind mit folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: Kap. 1601 Tit. 544 01 und Kap. 1605 Tit. 544 01.
4. Die Verpflichtungsermächtigung ist mit den Verpflichtungsermächtigungen bei folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: Kap. 1601 Tit. 544 01 **und Kap. 1605 Tit. 544 01.**
5. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Naturschutzpolitische Grundsatzfragen, Daten zur Natur	1 000
2. Schutzziele, Methoden und Instrumente des Naturschutzes	1 000
3. Leistungsfähigkeit und nachhaltige Nutzung des Naturhaushaltes	1 000
4. Waldökosysteme, Waldschäden	350
5. Biotopschutz, Ökosystemschutz	1 200
6. Artenschutz	1 200
7. Schutz der Erholungslandschaft; Sport und Freizeit	400
8. Naturschutz und Landwirtschaft	700
9. Auswirkungen biotechnologischer Produkte und Verfahren auf den Naturhaushalt	700
10. Auswirkungen des Klimawandels auf Natur und Landschaft	2 000
11. Ökologische Begleitforschung	8 000
12. Arbeitstagungen und Informationsveranstaltungen	700
Zusammen	18 250

Die Ausgaben dienen dazu, den Beratungs- und Forschungsbedarf des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit auf dem Gebiet des Naturschutzes, der aus den Fachaufgaben erwächst, durch externe Zuarbeit zu decken (z. B. in der Form von Untersuchungen, Erhebungen, Gutachten, Stellungnahmen, Demonstrationsvorhaben).

Die Mittel werden nach dem Umweltforschungsplan des Ministeriums verausgabt.

Vorgesehen sind:

1. Aufträge an Bundesbehörden,
2. Vergabe öffentlicher Aufträge,
3. Zuwendungen

zur Durchführung von Vorhaben in den vorgenannten Schwerpunktbereichen.

In begrenztem Umfang dürfen Ausgaben auch für vorbereitende Arbeiten, Vorlaufforschung, Veröffentlichung der Ergebnisse, den wissenschaftlichen Erfahrungsaustausch sowie Arbeitstagungen und Informationsveranstaltungen geleistet werden.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1602 Tit. 544 11	10 250	9 837

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
671 01 -332	Erstattung an die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben für das Nationale Naturerbe	-	-	1 049

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: **Kap. 1604.**

1604 Naturschutz

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 671 01

Erläuterungen:

Erstattung von nicht durch Einnahmen/Erträge gedeckten Aufwendungen (Personal- und Sachkosten) zur Bewirtschaftung von dem Nationalen Naturerbe zugeordneten Flächen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1602 Tit. 671 11	-	1 049

685 01 -332	Förderung von Maßnahmen im Rahmen des Bundesprogramms Biologische Vielfalt	15 000	15 000 *15 000*	4 061

Verpflichtungsermächtigung... 13 376 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 4 172 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 4 204 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 3 000 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.. 2 000 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

Erläuterungen:

Die Ausgaben dienen zur Finanzierung von Maßnahmen im Rahmen des Bundesprogramms Biologische Vielfalt zur Umsetzung der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt. Das Programm umfasst die Förderschwerpunkte:

1. Sichern von Ökosystemdienstleistungen,
2. Arten in besonderer Verantwortung Deutschlands,
3. Hotspots der biologischen Vielfalt in Deutschland und
4. weitere Maßnahmen von besonderer repräsentativer Bedeutung für die Strategie.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1602 Tit. 685 11	15 000	4 061

687 01 -332	Beiträge an internationale Organisationen	4 436	4 419	4 554

Erläuterungen:

Bezeichnung der Organisation Rechtsgrundlage und Zweck der Mitgliedschaft	Mitgliedsbeitrag der Bundesrepublik Deutschland (Pflichtleistungen) in Prozent	in Tausend-Fremdwährung (gerundet)	in 1 000 € (gerundet)	Besondere (freiwillige) Leistungen außerhalb des Mitgliedsbeitrags in 1 000 € (gerundet)	Zusammen Spalte 4 + 5 in 1 000 €
1	2	3	4	5	6
1. Internationale Union zur Erhaltung der Natur und der natürlichen Hilfsquellen... Rechtsgrundlage: Vereinbarung Zweck: Erhaltung von Natur und natürlichen Hilfsquellen	4,0	489 CHF	406	52	458
2. Übereinkommen über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten wildlebender Pflanzen und Tiere (Washingtoner Artenschutzübereinkommen - WA).. Rechtsgrundlage: Gesetz	7,15	441 USD	334		334

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 687 01

Bezeichnung der Organisation Rechtsgrundlage und Zweck der Mitgliedschaft	Mitgliedsbeitrag der Bundesrepublik Deutschland (Pflichtleistungen)			Besondere (freiwillige) Leistungen außerhalb des Mitgliedsbeitrags in 1 000 € (gerundet)	Zusammen Spalte 4 + 5 in 1 000 €
	in Prozent	in Tausend-Fremdwährung (gerundet)	in 1 000 € (gerundet)		
1	2	3	4	5	6
Zweck: Schutz beim Handel gefährdeter Arten					
3. Übereinkommen zum Schutz der wandernden wildlebenden Tierarten (Bonner Übereinkommen)..	16,38		417	315	732
Rechtsgrundlage: Gesetz					
Zweck: Schutz der wandernden wildlebenden Tierarten					
4. Übereinkommen über Feuchtgebiete, insbesondere als Lebensraum für Wasser- und Watvögel, von internationaler Bedeutung (Ramsar-Übereinkommen)..	8,07	391 CHF	324		324
Rechtsgrundlage: Gesetz					
Zweck: Schutz von Feuchtgebieten für Wasser- und Watvögel					
5. Übereinkommen über die biologische Vielfalt..........................	9,08	1 233 USD	935	52	987
Rechtsgrundlage: Vereinbarung					
Zweck: Schutz der biologischen Vielfalt					
6. Regionalabkommen Kleinwale in der Nord- und Ostsee..........	20,0		39	26	65
Rechtsgrundlage: Gesetz					
Zweck: Schutz der Kleinwale in Nord- und Ostsee					
7. Wetlands International..	10,59		49		49
Rechtsgrundlage: Gesetz					
Zweck: Wasservogelforschung					
8. Regionalabkommen Fledermäuse...	16,24		67	26	93
Rechtsgrundlage: Gesetz					
Zweck: Erhaltung der Fledermäuse					
9. Afrikanisch-Eurasisches Wasservogelabkommen....................	14,7		133	26	159
Rechtsgrundlage: Gesetz					
Zweck: Erhaltung der wandernden afrikanisch-eurasischen Wasservögel					
10. Trilaterales Wattenmeersekretariat..	33,33		235		235
Rechtsgrundlage: Gesetze					
Zweck: Schutz des Wattenmeeres					
11. IPBES-Sekretariat..	30,0		1 000		1 000
Rechtsgrundlage: Vereinbarung					
Zweck: Politikberatung zur biologischen Vielfalt					
Zusammen..			3 939	497	4 436

Differenzen durch Rundung möglich

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1602 Tit. 687 11	4 419	4 554

Ausgaben für Investitionen

882 01 -332	Zuweisungen zur Errichtung und Sicherung schutzwürdiger Teile von Natur und Landschaft mit gesamtstaatlich repräsentativer Bedeutung	14 000	14 000 *4 100*	12 112

Verpflichtungsermächtigung... 13 532 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 4 330 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu... 4 202 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu... 3 500 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu... 1 500 T€

1604 Naturschutz

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Noch zu Titel 882 01				

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1602 Tit. 882 11	14 000	12 112

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
892 01 -332	Zuschüsse für Erprobungs- und Entwicklungsvorhaben auf dem Gebiet des Naturschutzes	2 945	2 945 *675*	2 586

Verpflichtungsermächtigung... 3 431 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 1 281 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu... 1 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 800 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.. 350 T€

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1602 Tit. 892 11	2 945	2 586

Vorbemerkung

Wesentliche finanzwirksame Schwerpunkte des Kapitels

sind die mit Ausgaben i. H. v. 30,1 Mio. € veranschlagten Untersuchungen zu Fragen des **Strahlenschutzes** und Untersuchungen zu Fragen der **Reaktorsicherheit** und der nuklearen Ver- und Entsorgung (Titel 544 01), die **internationale Zusammenarbeit** (Titel 532 05) sowie die **Sanierung des Sarkophags in Tschernobyl** (Titel 896 05). Ein wesentlicher Ausgabenschwerpunkt im Bereich der ressortakzessorischen Forschung ist die gutachterliche Beratung durch die Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit mbH (GRS) bezüglich Sicherheitsfragen der Kerntechnik und der Überwachung der Einhaltung von technischen Anforderungen beim Betrieb kerntechnischer Anlagen (21 Mio. € aus Titel 544 01).

Wesentliche Ziele, die mit den veranschlagten Mitteln erreicht werden sollen

Die auf dem Gebiet der **Reaktorsicherheit** durchgeführte Forschung hat zur Aufgabe, Untersuchungen zur Bestimmung der Sicherheits- und Sicherungsanforderungen und für die Wahrnehmung der Bundesaufsicht nach Art. 85 GG über den Vollzug des Atomgesetzes durch die Länder durchzuführen. Art und Themenstellung der Untersuchungen stehen daher in enger Wechselwirkung mit den aktuellen Fragestellungen atomrechtlicher Genehmigungs- und Aufsichtsverfahren und der Weiterentwicklung des Atomrechts. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Entsorgung der bereits angefallenen oder noch anfallenden radioaktiven Abfälle, für deren Endlagerung Anlagen des Bundes einzurichten sind.

Im Rahmen der auf dem Gebiet des **Strahlenschutzes** durchgeführten Forschung werden wissenschaftliche Grundlagen erarbeitet sowie technische Verfahren und Maßnahmen entwickelt, um Strahlenschutzvorschriften erstellen und deren Durchführung ermöglichen zu können.

Ziel der **Internationalen Zusammenarbeit** ist die Beseitigung der Risiken der Kernkraftnutzung sowie der Schutz von Mensch und Umwelt vor Strahlung auf Grundlage der neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse. Dies erfordert Maßnahmen der bi- und internationalen Zusammenarbeit mit Sachverständigenorganisationen, Betreibern, Herstellerunternehmen, internationalen Organisationen und Aufsichtsbehörden sowie anderen Staaten.

Im Rahmen der Beteiligung an der Finanzierung des **Sarkophags in Tschernobyl** leistet Deutschland seinen finanziellen Beitrag zur Umwandlung des Standortes in einen umwelttechnisch sicheren Zustand sowie die Unterstützung der Ukraine bei der Überführung des Sarkophags in ein ökologisch sicheres System.

Überblick zum Kapitel 1605	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen..	1 000	-	+1 000		-
Gesamteinnahmen...	1 000	-	+1 000		-
Ausgaben					
Sächliche Verwaltungsausgaben...........................	33 512	34 762	-1 250	12 320	33 835
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	6 798	6 948	-150	2 663	6 512
Ausgaben für Investitionen.....................................	7 650	3 000	+4 650	4 331	9 960
Besondere Finanzierungsausgaben......................	-	-	-		-
Gesamtausgaben...	47 960	44 710	+3 250	19 314	50 307
davon nicht flexibilisiert..	47 960	44 710	+3 250	19 314	50 307
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung...................................	39 079 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.................................	13 621 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.................................	13 480 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.................................	11 978 T€				

1605 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

119 99 -342	Vermischte Einnahmen	1 000		

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1602 Tit. 119 99	886	1 142

Ausgaben

Sächliche Verwaltungsausgaben

532 05 -342	Internationale Zusammenarbeit	3 450	3 450 *1 352*	3 451

Verpflichtungsermächtigung... 4 200 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 1 635 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 1 323 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 1 242 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: **Kap. 1612 Tit. 981 01.**
3. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.
4. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass technische Arbeitsmittel für die Sicherheitskontrollbehörden in den MOE-Staaten und GUS unentgeltlich abgegeben werden.

Erläuterungen:

Die Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen (insbesondere EU, Europarat, UNO, IAEO, UNSCEAR, UNESCO, ECE, OECD, PARCOM, ICRP, ICNIRP, IRPA, WHO), mit anderen Staaten und mit ausländischen Sachverständigen umfasst im Wesentlichen:

1. Austausch von Informationen, Forschungsergebnissen, technischen Erfahrungen, Daten und Veröffentlichungen einschließlich der hierfür notwendigen Übersetzungsarbeiten,
2. Abstimmung der Forschung,
3. Konferenzen und Seminare,
4. Unterstützung bei der Weiterbildung von Behördenpersonal und Sachverständigen.

Von den Ausgaben sind 1,1 Mio. € für die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit mit Osteuropa und anderen Regionen vorgesehen:

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 532 05

Bezeichnung	1 000 €
1. Unterstützung des Aufbaus sowie des operativen Handelns der Sicherheitsbehörden	750
2. Aus- und Weiterbildung von Behörden- und Betreiberpersonal in Atomkraftwerken	350
Zusammen	1 100

Ausgaben dürfen auch für die Heranziehung von Fachleuten außerhalb der Bundesverwaltung sowie für die Vorbereitung der Zusammenarbeit innerhalb der Bundesrepublik Deutschland geleistet werden. In begrenztem Umfang dürfen auch Ausgaben für die Betreuung von Besucherinnen und Besuchern, Delegationen und bilateralen Gremien geleistet werden.

Auf Gegenseitigkeit können auch die Ausgaben für den Aufenthalt gezahlt werden. Bei Entwicklungsländern können die Ausgaben für Aufenthalt und Reise gezahlt werden.

Dies gilt auch für Staaten in Mittel- und Osteuropa, soweit sie im Einzelfall nicht über ausreichende Devisen verfügen.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1604 Tit. 532 05	3 450	3 451

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
544 01 -342	Forschung, Untersuchungen und Ähnliches	30 062	22 752 *4 552*	24 045

Verpflichtungsermächtigung .... 34 879 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 11 986 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 12 157 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu .... 10 736 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: **Kap. 1612 Tit. 981 01.**
3. Die Ausgaben sind mit folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: Kap. 1601 Tit. 544 01 und Kap. 1604 Tit. 544 01.
4. **Die Verpflichtungsermächtigung ist mit den Verpflichtungsermächtigungen bei folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: Kap. 1601 Tit. 544 01 und Kap. 1604 Tit. 544 01.**
5. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen wissenschaftlicher Untersuchungsergebnisse an Dritte unentgeltlich bzw. gegen ermäßigtes Entgelt abgegeben werden.

Erläuterungen:

Das BMUB hat nach dem Atomgesetz technisch-wissenschaftliche Fragen von grundsätzlicher Bedeutung für die Sicherheit kerntechnischer Einrichtungen zu klären. Hierbei handelt es sich um Probleme, die kurzfristig gelöst werden müssen und um Probleme, deren Lösung eine langfristige Methodenentwicklung erfordert.

Für die in atomrechtlichen Genehmigungs- und Aufsichtsverfahren zu treffenden Entscheidungen sind Stand und Fortentwicklung von Wissenschaft und Technik festzustellen, insbesondere durch Nachprüfungen oder Ergänzungen von durch Genehmigungs- und Aufsichtsbehörden veranlassten Untersuchungen sowohl in besonderen Einzelfällen als auch bei Fällen von übergreifender Bedeutung.

Zur Klärung von Sicherheitsfragen der Kerntechnik, die eine langfristige Methodenentwicklung erfordern und zur Überwachung der Einhaltung von technischen Anforderungen beim Betrieb kerntechnischer Anlagen lässt sich das BMUB von der Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit mbH (GRS) gutachtlich beraten. Für Aufträge an die GRS sind vorbehaltlich der Vergabe durch Einzelaufträge 21 Mio. € vorgesehen.

1605 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 544 01

Aus den Ausgaben dürfen auch Vorhaben der Eigenforschung der GRS finanziert werden, die der Kompetenzerhaltung der GRS auf hohem wissenschaftlich-technischen Niveau und damit der Erfüllung der satzungsmäßigen Aufgaben der GRS dienen und daher im Bundesinteresse liegen. Darüber hinaus dürfen Maßnahmen zum Erhalt der für die Wahrnehmung der Aufsicht erforderlichen Kompetenz finanziert werden.

Aus den Ausgaben dürfen auch Untersuchungen zur Sicherheit kerntechnischer Einrichtungen in osteuropäischen Staaten finanziert werden.

Im Rahmen seiner durch das Atomgesetz und die Strahlenschutzverordnung festgelegten Schutzaufgaben obliegt dem BMUB der Schutz des Menschen vor den Gefahren ionisierender Strahlen. Zur Erfüllung dieser Aufgabe ist die Durchführung von Vorhaben sowohl zur Klärung grundsätzlicher Fragestellungen als auch im Zusammenhang mit der konkreten Durchführung einzelner Strahlenschutzmaßnahmen erforderlich.

Für Genehmigungsentscheidungen der Länder im Rahmen ihrer Pflichten zur Altlastensanierung entwickelt der Bund fachlich methodische Rahmenvorgaben, soweit dies für seine Bundesaufsicht erforderlich ist.

In begrenztem Umfang dürfen Ausgaben auch für vorbereitende Arbeiten, Vorlaufforschung, gutachtliche Stellungnahmen und Veröffentlichungen der Ergebnisse sowie für den wissenschaftlichen Erfahrungsaustausch geleistet werden.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1604 Tit. 532 02	22 752	24 045
Kap. 1604 Tit. 532 03	7 810	5 612
Zusammen	30 562	29 657

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 *Reste 2013*	Ist 2012
632 01 -342	Erstattung von Zweckausgaben der Länder beim Vollzug des Atomgesetzes und des Strahlenschutzvorsorgegesetzes	5 968	5 968 *2 614*	5 751

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 681 01.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Messkosten nach § 3 StrVG	2 622
2. Pflege der IMIS Anwendungssoftware	500
3. Investitionen IMIS	93
4. Schulung IMIS	60
5. Geschäftsbedarf	20
6. Zweckausgaben, Vollzug Atomgesetz	2 673
Zusammen	5 968

Zu 1. bis 5.:
Nach § 10 des Gesetzes zum vorsorgenden Schutz der Bevölkerung gegen Strahlenbelastungen (Strahlenschutzvorsorgegesetz - StrVG -) vom 19. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2610) in Verbindung mit Art. 104 a Abs. 2 Grundgesetz ist der Bund verpflichtet, die Ausgaben zu tragen, die den Ländern beim Vollzug des Strahlenschutzvorsorgegesetzes und der dazu ergangenen Rechtsverordnungen entstehen. Die Aufgaben der Länder bei der Ermittlung der Radioaktivität sind in § 3 des StrVG festgelegt. Der Bund hat daher die Zweckausgaben der Länder für diese Aufgaben zu erstatten.

Für laufende jährliche Zweckausgaben der Länder sowie für Investitionen und Betriebskosten im Rahmen des integrierten Mess- und Informationssystems zur Überwachung der Umweltradioaktivität (IMIS) sind die tabellarisch aufgeführten Beträge vorgesehen.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 632 01

Zu 6.:

Nach Art. 104 a Abs. 2 Grundgesetz ist der Bund verpflichtet, die Ausgaben zu tragen, die den Ländern beim Vollzug des Atomgesetzes und der dazu ergangenen Rechtsverordnungen entstehen.

Eingeplant sind insbesondere Ausgaben für die Erstellung und Unterhaltung von Messstellen für Personendosimetrie und Inkorporationsmessungen, Umgebungsüberwachung grenznaher ausländischer Kernanlagen und Lagerung sowie Umkonditionierung von Altabfällen, für die keine Gebühren mehr erhoben werden können.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1604 Tit. 632 01	5 968	5 751

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 *Reste 2013*	Ist 2012
681 01 -342	Erfüllung von Ausgleichsansprüchen nach § 38 Abs. 2 Atomgesetz infolge des Reaktorunfalls von Tschernobyl	330	480	310

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: 632 01.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1604 Tit. 681 01	480	310

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 *Reste 2013*	Ist 2012
687 03 -342	BMUB-Unterstützungsmaßnahmen im Rahmen der Globalen Partnerschaft	500	500 *49*	451

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind übertragbar.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1604 Tit. 687 03	500	451

Ausgaben für Investitionen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 *Reste 2013*	Ist 2012
896 02 -342	Sanierung des Sarkophags in Tschernobyl	7 650	3 000 *4 331*	9 960

Erläuterungen:

Die Ausgaben dienen der Leistung des von der Bundesrepublik Deutschland zu erbringenden bilateralen Beitrags innerhalb des von den G7-Staaten beschlossenen Hilfsprogramms. Hierzu gehören als international geförderte Maßnahmen zur Stilllegung des Standortes Tschernobyl auch die Kosten für Redesign und Fertigbau des Brennelementezwischenlagers ISF-2, dessen Abwicklung ebenfalls über die European Bank for Reconstruction and Development (EBRD) erfolgt.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1604 Tit. 896 02	3 000	9 960

1605 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel			
526 03 -342	Ausgaben für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen		750	727

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1604 Tit. 526 03	750	727

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
532 03 -342	Untersuchungen zu Fragen des Strahlenschutzes		7 810 *6 416*	5 612

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1604 Tit. 532 03	7 810	5 612

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
981 01 -890	Leistungen an Bundesbehörden zur Durchführung von Aufträgen		-	(-)

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1604 Tit. 981 01	-	(-)

Vorbemerkung

Veranschlagt sind Einnahmen und Ausgaben im Bereich Wohnungswesen und Städtebau. Ausgabeschwerpunkte sind das Wohngeld, die Wohnungsbauprämie sowie die Städtebauförderung. Daneben sind Forschungsausgaben des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) für den Experimentellen Wohnungs- und Städtebau (ExWoSt) sowie der Ressortforschung auf den Gebieten des Städtebaus und des Bau- und Wohnungswesens etatisiert. Zu den wichtigsten Einnahmen zählen die Rückflüsse aus Darlehen, die zugunsten des Wohnungsbaus sowie der Wohnraummodernisierung im Rahmen der früheren sozialen Wohnraumförderung gewährt wurden.

Die Vorbemerkung wird bis zum Inkrafttreten des Haushalts noch überarbeitet.

Überblick zum Kapitel 1606	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	222	-	+222		-
Übrige Einnahmen	462 649	-	+462 649		-
Gesamteinnahmen	462 871	-	+462 871		-
Ausgaben					
Sächliche Verwaltungsausgaben	10 126	-	+10 126		-
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	707 968	-	+707 968		-
Ausgaben für Investitionen	1 345 499	-	+1 345 499		-
Gesamtausgaben	2 063 593	-	+2 063 593		-
davon nicht flexibilisiert	2 063 593	-	+2 063 593		-
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung	710 818 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu	194 426 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu	224 249 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu	186 949 T€				
im Haushaltsjahr 2018 bis zu	105 093 T€				
im Haushaltsjahr 2019 bis zu	101 T€				

1606 Wohnungswesen und Städtebau

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

111 01 -411	Gebühren, sonstige Entgelte	100		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgleichszahlungen für Wohnungen (nach dem Gesetz über den Abbau der Fehlsubventionen im Wohnungswesen), die mit Wohnungsfürsorgemitteln des Bundes gefördert worden sind. Sie sind im Bedarfsfalle zweckgebunden für Wohnungsfürsorgemaßnahmen zu verwenden.

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1225 Tit. 111 02	400	114

119 99 -165	Vermischte Einnahmen	-		
121 01 -411	Gewinne aus Beteiligungen an wohnungswirtschaftlichen Unternehmen	22		

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
16 Gemeinnützige Wohnungsgenossenschaften................................ (Beteiligungsbetrag: insgesamt 579 T€)	22

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1225 Tit. 121 01	30	29

121 02 -411	Einnahmen aus Zinszahlungen und Erstattungen von Fördermitteln der Städtebauförderung von den Ländern	100		

Erläuterungen:

Zinszahlungen für nicht fristgerechte Weitergabe von Fördermitteln sowie Rückforderungen von Fördermitteln von den Ländern.

134 01 -411	Abführungen der Treuhandstellen für den Bergarbeiterwohnungsbau nach Aufhebung des Bundestreuhandvermögens für den Bergarbeiterwohnungsbau	-		

Erläuterungen:

Durch Kauf- und Abtretungsvertrag vom 4. Dezember 2000 wurden die Forderungen gegen die Bundestreuhandstellen im Wesentlichen verwertet. Der Überschuss der Einnahmen wird in bis zum Jahr 2040 festgelegten Teilbeträgen zum 15. Mai und 15. November jeden Jahres an den Erwerber ausgekehrt.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 134 01

	2014 1 000 €	2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4
Planmäßige Rückflüsse vom 31.12.2000 bis 31.12.2040: 1 469 787 T€ Abgetretene Forderungen (an Deutsche Pfandbriefbank AG) vom 31.12.2000 bis 31.12.2040: 927 622 T€			
Auskehrungen an die Deutsche Pfandbriefbank AG...	29 957	29 696	29 752

Die historische Abwicklung des Bundestreuhandvermögens wurde abschließend in der Übersicht 3 des Epl. 12 zum Bundeshaushaltsplan 2002, S. 254 dargestellt.

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1225 Tit. 134 01	-	-

Übrige Einnahmen

152 07 -423	Zinseinnahmen von Ländern	3		

Erläuterungen:

Der Bund hat sich bis zum Haushaltsjahr 1981 (Programm 1982) an der Finanzierung der von den Ländern geförderten Modernisierung an Wohngebäuden durch Finanzhilfen gemäß Artikel 104a Absatz 4 (alt) GG beteiligt.

Die Länder führen die auf den Bund entfallenden Zinsen aus Darlehen nachträglich zum 30. Juni und 31. Dezember jeden Jahres ab.

Hier werden auch die Zinsen aus Mitteln veranschlagt, die bis 1980 für den Experimentellen Wohnungs- und Städtebau gewährt wurden.

Darüber hinaus werden Zinsen aus den Darlehen, die der Bund zur Förderung der Errichtung von Erprobungsbauten, der beispielhaften Instandsetzung von Bauwerken und der Durchführung von praktischen Untersuchungen auf dem Gesamtgebiet des baulichen Zivilschutzes den Ländern gewährt hat, veranschlagt.

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1225 Tit. 152 27	1	-
Kap. 1225 Tit. 152 46	2	-1
Kap. 1225 Tit. 152 51	1	-
Zusammen	4	-1

172 07 -423	Tilgungsbeiträge von Ländern	71		

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen zu Tit. 152 07. Hier werden die entsprechenden Tilgungsbeträge veranschlagt.

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1225 Tit. 172 27	30	33
Kap. 1225 Tit. 172 46	33	27

1606 Wohnungswesen und Städtebau

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 172 07

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1225 Tit. 172 51	14	14
Zusammen	77	74

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
261 01 -011	Rückflüsse aus der Baumaßnahme "Kaiserslautern Military Community Center (KMCC) - Air Base Ramstein" durch die US-Streitkräfte	11 000		

Erläuterungen:

Hier werden die vorfinanzierungsbezogenen Erstattungen der US-Streitkräfte für die Baumaßnahme - KMCC - vereinnahmt.

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1225 Tit. 261 01	5 000	3 000

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
261 02 -011	Erstattung von Kosten im Bundesbau durch Dritte	-		

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind wegen rechtsverbindlicher Verwendungsauflagen durch Dritte zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 632 03.

Erläuterungen:

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1225 Tit. 261 02	-	93 030

Titelgruppe 01

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Tgr. 01	Rückflüsse aus Darlehen des Bundes zur Förderung des Wohnungsbaues und aus Reichsbaudarlehen (soweit sie nicht in der Tgr. 02 veranschlagt sind)	(419 575)		
152 12 -411	Zinseinnahmen von Ländern	65 000		

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Zinsen aus Baudarlehen..	45 000
2. Zinsen aus Aufwendungsdarlehen...	20 000
Zusammen..	65 000

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1225 Tit. 152 12	75 000	62 658

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 01

161 13 -411	Zinseinnahmen von der Kreditanstalt für Wiederaufbau aus Aufwendungsdarlehen (Regionalprogramm)	1 420		

Erläuterungen:

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1225 Tit. 161 13	500	3 408

162 12 -411	Zinseinnahmen aus Darlehen in sonstigen Bereichen	45		

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Gemeinden, Gemeindeverbände	2
2. Sonstige Bereiche	43
Zusammen	45

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1225 Tit. 162 12	45	36

172 12 -411	Tilgungsbeträge von Ländern	340 000		

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Tilgungen aus Baudarlehen	180 000
2. Tilgungen aus Aufwendungsdarlehen	160 000
Zusammen	340 000

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1225 Tit. 172 12	360 000	363 068

181 13 -411	Tilgungsbeträge von der Kreditanstalt für Wiederaufbau aus Aufwendungsdarlehen (Regionalprogramm)	12 780		

Erläuterungen:

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1225 Tit. 181 13	17 000	19 849

1606 Wohnungswesen und Städtebau

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 01

182 12 -411	Tilgungsbeträge aus Darlehen in sonstigen Bereichen	330		

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Gemeinden, Gemeindeverbände	60
2. Sonstige Bereiche	270
Zusammen	330

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1225 Tit. 182 12	350	309

Titelgruppe 02

Tgr. 02	Rückflüsse aus Darlehen des Bundes für den Bau von Wohnungen für den in den Erläuterungen genannten Personenkreis	(32 000)		

Erläuterungen:

Der Personenkreis umfasst Angehörige der Bundeswehr, der Verwaltung des Bundes, der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, Mitarbeiterinnnen und Mitarbeiter der Bundestagsfraktionen und der Abgeordneten, Angehörige der in- und ausländischen Presse, Abgeordnete des Deutschen Bundestages sowie Angehörige der ausländischen Missionen.

162 24 -411	Zinseinnahmen	7 000		

Erläuterungen:

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1225 Tit. 162 34	8 000	7 340

182 24 -411	Tilgungsbeträge	25 000		

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Planmäßige Tilgungen	12 000
2. Vorzeitige vollständige Rückzahlungen	13 000
Zusammen	25 000

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1225 Tit. 182 34	27 000	48 484

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Ausgaben

Sächliche Verwaltungsausgaben

532 02 -419 Behördenspezifische fachbezogene Verwaltungsausgaben (ohne IT) — 300

Haushaltsvermerk:

Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 632 03.

Erläuterungen:

Hier werden Mittel für die Evaluation und Organisation der Bauverwaltung veranschlagt.

544 01 -419 Forschung, Untersuchungen und Ähnliches — 500

Verpflichtungsermächtigung..

fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 100 T€

Haushaltsvermerk:

1. **Die Ausgaben sind übertragbar.**
2. **Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.**
3. **Es wird zugelassen, dass bis zu 10 Prozent der Mittel als Zuwendungen gewährt werden können.**

Erläuterungen:

Mit der Initiative Immobiliendialog sollen Handlungskonzepte und Kooperationsprojekte zu aktuellen wohnungspolitischen Schwerpunkten mit dem Ziel einer nachhaltigen Wohnungswirtschaft entwickelt werden. Dazu werden ausgewählte Akteure der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft eingebunden. Schwerpunkte sind das Thema Wohneigentum, generationsübergreifende Wohnformen oder nachhaltige Bauweisen. Die Ergebnisse sollen gezielt an private Eigentümer, Investoren sowie die interessierte Öffentlichkeit verbreitet werden. Dies soll z. B. im Rahmen von Arbeitshilfen, Informationsangeboten und Fachveranstaltungen erfolgen.

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1225 Tit. 531 01	500	175

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)

622 02 -411 Entlastung von Wohnungsunternehmen nach der Verordnung zum Altschuldenhilfe-Gesetz (AHGV) — -

Haushaltsvermerk:

Die Mittel können in Einzelfällen auch zur Sanierung Stadtbild prägender Altbaubestände verwendet werden.

1606 Wohnungswesen und Städtebau

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 622 02

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamt-ausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Nach 2013 übertra-gene Aus-gabereste 1 000 €	Veran-schlagt 2014 1 000 €	Vorbe-halten für 2015 ff 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7
Förderprogramme bis 2005	1 113 254	1 000 368	9 182	103 704	-	-

Durch die Verordnung wird von der Ermächtigung des § 6 a Altschuldenhilfe-Gesetz mit dem Ziel Gebrauch gemacht, einen Beitrag zur Lösung des strukturellen Leerstandes in den neuen Ländern und zur Stabilisierung der Wohnungswirtschaft zu leisten. Danach haben in der Existenz gefährdete Wohnungsunternehmen die Möglichkeit, Entlastungen für Altverbindlichkeiten unter der Maßgabe des Rückbaus leerstehenden, nicht mehr benötigten Wohnraums zu erhalten. Daneben und unter bestimmten Bedingungen werden anstelle der Entlastungshilfen auch Sanierungsmittel gewährt, wenn die Altbauten unter Berücksichtigung städtebaulicher Aspekte saniert und somit erhalten werden.

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1225 Tit. 622 02	9 182	22 458

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
632 01 -233	Wohngeld nach dem Wohngeldgesetz	500 000		

Erläuterungen:

Nach § 32 des Wohngeldgesetzes ist das Wohngeld, das von einem Land gezahlt worden ist, vom Bund zur Hälfte zu erstatten.

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1225 Tit. 632 01	630 000	591 654

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
632 03 -016	Erstattung der den Ländern bei der Erledigung von Bauaufgaben des Bundes entstehenden Kosten	167 700		

Haushaltsvermerk:

1. **Die Ausgaben zu Nr. 1 der Erläuterungen sind übertragbar.**
2. **Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Kap. 1412 Tit. 632 01 und Kap. 1606 Tit. 532 02.**
3. **Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 261 02.**

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Anteil für zivile Baumaßnahmen	167 700
2. Anteil für militärische Baumaßnahmen	-
3. Erstattung durch Dritte	-
Zusammen	167 700

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 632 03

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1225 Tit. 632 03	173 000	276 110

661 04 -411 Zinszuschüsse im Rahmen des Wohnraum-Modernisierungsprogramms II der KfW-Bankengruppe für die neuen Länder (einschl. ehemaliges Ost-Berlin) - Abwicklung — Soll 2014: -

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamtausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Nach 2013 übertragene Ausgabereste 1 000 €	Veranschlagt 2014 1 000 €	Vorbehalten für 2015 ff 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7
Förderprogramme bis 2002..	154 398	154 398	-	-	-	-

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1225 Tit. 661 04	-	4 775

661 08 -411 Zinszuschüsse im Rahmen des Programms " Altersgerecht Umbauen " der KfW- Bankengruppe — Soll 2014: 10 750

Haushaltsvermerk:

1. **Die Ausgaben sind übertragbar.**
2. **Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: 891 02.**
3. **Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 671 01.**

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamtausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Nach 2013 übertragene Ausgabereste 1 000 €	Veranschlagt 2014 1 000 €	Vorbehalten für 2015 ff 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7
1. Förderprogramme bis 2012..	106 939	19 805	11 400	2 734	10 750	62 250

Das Programm "Altersgerecht Umbauen" dient der Kreditfinanzierung von Maßnahmen zum Zwecke der seniorengerechten Anpassung von bestehenden vermieteten und selbstgenutzten Wohngebäuden.

Durch die Förderung werden die Finanzierungskonditionen insbesondere für die senioren- und behindertengerechte Modernisierung des Wohnungsbestandes deutlich attraktiver gestaltet. Damit kann der Verbleib älterer Menschen in den eigenen vier Wänden erheblich erleichtert werden.

Die Kredite werden aus dem Bundeshaushalt über einen Zeitraum von zehn Jahren zinsverbilligt. Die Zinsverbilligung soll durchschnittlich zwei Prozent-Punkte jährlich nicht überschreiten.

Aus den Programmmitteln wurden auch Modellvorhaben und Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit finanziert.

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1225 Tit. 661 08	11 400	9 516

1606 Wohnungswesen und Städtebau

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

671 01 -680 Kostenerstattung an das Deutsche Institut für Bautechnik (DIBt), Berlin — 1 300

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: 661 08.

Erläuterungen:

Der Bund erstattet dem DIBt die Kosten, die diesem durch die Wahrnehmung der Bundesaufgaben entstehen, die ihm gemäß Art. 3 des DIBt-Abkommens im Wege der Organleihe übertragen worden sind.

Das DIBt ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts nach Berliner Landesrecht. Es dient der einheitlichen Erfüllung bautechnischer Aufgaben auf dem Gebiet des Bauordnungsrechts.

Nach § 4 der DIBt-Finanzierungsvereinbarung leistet der Bund auf die Erstattung der Kosten jährlich eine Vorauszahlung. Mehr- oder Minderbeträge gegenüber den in den Vorjahren geleisteteten Vorauszahlungen werden zu einem späteren Zeitpunkt ausgeglichen.

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1225 Tit. 671 01	1 300	1 375

671 02 -661 Vergütungen an die KfW-Bankengruppe für die Wahrnehmung von Aufgaben des Bundes bei der Durchführung des Altschuldenhilfe-Gesetzes — -

Erläuterungen:

Nach § 11 Abs. 1 des Altschuldenhilfe-Gesetzes hat der Bund Prüfungsaufgaben und Entscheidungsbefugnisse im Zusammenhang mit der Übernahme von Altschulden in den Erblastentilgungsfonds und mit Leistungen gemäß der Altschuldenhilfeverordnung auf die Kreditanstalt für Wiederaufbau übertragen.

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1225 Tit. 671 02	1 000	652

685 01 -419 Bundesstiftung Baukultur — 1 271

Haushaltsvermerk:

1. **Die Ausgaben sind übertragbar.**
2. **Einsparungen dienen bis zur Höhe von 550 T€ zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 894 01.**
3. **Die Ausgaben sind mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 686 04.**

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 685 01

Erläuterungen:

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	Finanzierungsanteil in Prozent ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
Institutionelle Förderung/Zuschüsse an Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO					
Bundesstiftung Baukultur		100,00	1 271	1 268	1 255
- aus Kap. 1225 Tit. 685 01			-	*1 268*	*1 255*
- aus Kap. 1606 Tit. 685 01			*1 271*	-	-

Der Titel dient der Finanzierung der Bundesstiftung Baukultur. Die durch Bundesgesetz errichtete Stiftung hat die Aufgabe, die Möglichkeiten guten Planens und Bauens einer breiten Öffentlichkeit bewusst zu machen und die hohe Leistungsfähigkeit von Architekten und Ingenieuren in Deutschland auf dem Weltmarkt besser darzustellen. Langfristig soll der Finanzbedarf der Stiftung wesentlich von privaten Dritten mitgetragen werden.

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1225 Tit. 685 01	1 268	1 255

686 01 -419 Förderung von Wettbewerben sowie andere Maßnahmen im Aufgabenbereich des Bauwesens — 100

Haushaltsvermerk:

1. **Die Ausgaben sind übertragbar.**
2. **Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.**

Erläuterungen:

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1225 Tit. 686 01	100	88

686 04 -419 Maßnahmen auf dem Gebiet der Baukultur und Förderung von Wettbewerben sowie andere Maßnahmen im Aufgabenbereich des Wohnungswesens und Städtebaus — 204

Haushaltsvermerk:

1. **Die Ausgaben sind übertragbar.**
2. **Die Ausgaben sind mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 685 01.**
3. **Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.**

Erläuterungen:

Der Titel dient der Finanzierung von Maßnahmen und Veranstaltungen auf dem Gebiet der Baukultur, einschließlich Preise und Wettbewerbe im Aufgabenbereich des Wohnungswesens und Städtebaus.

1606 Wohnungswesen und Städtebau

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 686 04

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1225 Tit. 686 04	312	556

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
686 05 -423	Nationale Kofinanzierung des ESF-Bundesprogramms "Soziale Stadt - Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier (BIWAQ)"	8 400		

Verpflichtungsermächtigung... 26 221 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 8 456 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu... 8 645 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu... 9 120 T€

Haushaltsvermerk:

1. **Die Ausgaben zu Nr. 1 und 3 der Erläuterungen sind übertragbar.**
2. **Mehrausgaben zu Nr. 2 und 4 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1106 Tit. 686 12.**
3. **Die Ausgaben zu Nr. 1 der Erläuterungen bis zur Höhe der im Programmzeitraum 2008 bis 2015 insgesamt zur Verfügung gestellten Bundesmittel in Höhe von 60 000 T€ sind mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 882 14.**
4. **Die Ausgaben zu Nr. 3 der Erläuterungen bis zur Höhe der im Programmzeitraum 2014 bis 2021 insgesamt zur Verfügung gestellten Bundesmittel in Höhe von 64 460 T€ sind mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 882 14.**
5. **Mehrausgaben zu Nr. 2 und 4 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1106 Tit. 272 02.**
6. **Einnahmen aus Forderungen gegenüber Maßnahmeträgern und Auftragnehmern fließen den Ausgaben zu.**
7. **Bis zu 5 Prozent des Förderungsprogramms dürfen für Kosten der sogenannten Technischen Hilfe eingesetzt werden.**

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamt-ausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Nach 2013 übertra-gene Aus-gabereste 1 000 €	Veran-schlagt 2014 1 000 €	Vorbe-halten für 2015 ff 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7
I. ESF-Förderperiode 2007 - 2013...						
1. Kofinanzierungsanteil des Bundes..	60 000	38 024	7 900	5 036	6 300	2 740
2. Finanzierungsanteil der EU..	39 106	35 389	-	3 717	-	-
Zusammen..	99 106	73 413	7 900	8 753	6 300	2 740
II. ESF-Förderperiode 2014 - 2020..						
3. Kofinanzierungsanteil des Bundes...	**64 460**	**-**	**-**	**-**	**2 100**	**62 360**
4. Kofinanzierungsanteil der EU..	**-**	**-**	**-**	**-**	**-**	**-**
Zusammen...	163 566	73 413	7 900	8 753	8 400	65 100

Gefördert werden im Sinne des Operationellen Bundesprogramms für den Europäischen Sozialfonds arbeitsmarktbezogene Maßnahmen in den Programmgebieten der Sozialen Stadt.

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 686 05

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1225 Tit. 686 09	7 900	36 889

Ausgaben für Investitionen

882 02 **-411** Kompensationszahlungen an die Länder wegen Beendigung der Finanzhilfen des Bundes zur Sozialen Wohnraumförderung — 518 200

Erläuterungen:

Mit der Beendigung der Finanzhilfen des Bundes zur "Wohnraumförderung" steht den Ländern ab dem 1. Januar 2014 bis zum 31. Dezember 2019 jährlich ein Betrag von 518,2 Mio. € aus dem Haushalt des Bundes zu (§ 3 Abs. 2 EntflechtG). Der Betrag wird auf die Länder nach einem gesetzlich festgelegten Schlüssel verteilt (§ 4 Abs. 4 EntflechtG) und unterliegt gem. § 5 EntflechtG einer investiven Zweckbindung.

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1225 Tit. 882 02	518 200	518 200

882 03 **-423** Förderung von Investitionen in nationale UNESCO-Welterbestätten - Abwicklung — 16 643

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamtausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Nach 2013 übertragene Ausgabereste 1 000 €	Veranschlagt 2014 1 000 €	Vorbehalten für 2015 ff 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7
Förderprogramme bis 2010...	219 957	158 345	40 729	4 240	16 643	-

Gefördert werden investive sowie konzeptionelle Maßnahmen, die der Erhaltung, Sanierung oder Weiterentwicklung nationaler UNESCO Kultur- und Naturerbestätten dienen und modellhaften Charakter für die städtebauliche Entwicklung der Welterbekommunen besitzen.

Bis zu 2 Prozent der Mittel dürfen für die Projektträgerschaft (administrative Abwicklung), Evaluierung sowie begleitende Öffentlichkeitsarbeit eingesetzt werden. Hieraus können auch Vergütungen für die treuhänderische Verwaltung sowie Mandatartätigkeit geleistet werden.

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1225 Tit. 882 03	40 729	38 072

891 02 **-411** Zuschüsse für Investitionen im Rahmen des Programms "Altersgerecht Umbauen" der KfW-Bankengruppe — 100

Haushaltsvermerk:

Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 661 08.

1606 Wohnungswesen und Städtebau

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 891 02

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamt-ausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Nach 2013 übertragene Ausgabereste 1 000 €	Veranschlagt 2014 1 000 €	Vorbehalten für 2015 ff 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7
Förderprogramme bis 2011	18 267	7 377	3 060	7 730	100	-

Gefördert werden Maßnahmen insbesondere zum Zwecke der alten- und behindertengerechten Anpassung an Wohngebäuden. Die Förderung erfolgt durch Zuschüsse. Hierbei sollen Doppelförderungen (z. B. durch steuerliche Abzugsmöglichkeiten) ausgeschlossen werden. Die Zuschussgewährung bei Investitionen soll 20 Prozent des förderfähigen Investitionsvolumens nicht überschreiten. Aus den Mitteln werden auch Vergütungen für die treuhänderische Verwaltung sowie Mandatartätigkeit geleistet.

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1225 Tit. 891 02	3 060	3 169

893 01 -412	Prämien nach dem Wohnungsbau-Prämiengesetz	321 430		

Haushaltsvermerk:

1. **Die Ausgaben sind nicht übertragbar.**
2. **Rückzahlungen der Länder aus der Wohnungsbauprämie fließen den Ausgaben zu.**

Erläuterungen:

Nach § 7 des Wohnungsbau-Prämiengesetzes trägt der Bund die Wohnungsbauprämie in voller Höhe. Bei vor 2009 abgeschlossenen Bausparverträgen wird die Wohnungsbauprämie erst nach Zuteilung des Bausparvertrages oder nach Ablauf der Sperrfrist von sieben Jahren gezahlt.

Bei den ab 2009 abgeschlossenen Bausparverträgen ist die Wohnungsbauprämie in der Regel an die Verwendung zu wohnungswirtschaftlichen Zwecken gekoppelt und wird dann bei entsprechendem Nachweis gezahlt.

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1225 Tit. 893 01	354 400	385 560

894 01 -419	Zuschüsse für Investitionen an die Bundesstiftung Baukultur	-		

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben im Rahmen des Bundesanteils für den Ankauf der Stiftungsvilla dürfen bis zur Höhe von 550 T€ der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: 685 01.

Erläuterungen:

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 894 01

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1225 Tit. 894 01	-	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
896 01 -423	Zuschuss zum Wiederaufbau der vom Erdbeben zerstörten Ortskirche St. Pietro Apostolo in Onna (Italien)	-		

Erläuterungen:

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1225 Tit. 896 01	-	18

Titelgruppe 01

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
Tgr. 01	Förderung des Städtebaues	(479 754)		

Haushaltsvermerk:

1. **Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.**
2. **Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Drucksachen an Dritte unentgeltlich oder gegen ermäßigtes Entgelt zu Aufklärungszwecken abgegeben werden.**
3. **Von den Programmmitteln dürfen bis zu 0,5 Prozent des Verpflichtungsrahmens für Forschungsvorhaben und Evaluierung eingesetzt werden.**
4. **Es wird zugelassen, dass die Ergebnisse der Forschungsvorhaben ausgewertet, dokumentiert, veröffentlicht und verbreitet werden.**

Erläuterungen:

Zur Förderung des Städtebaues als Aufgabe im besonderen öffentlichen Interesse gewährt der Bund den Ländern Finanzhilfen gemäß Art. 104 b GG.

Einzelheiten werden auf der Grundlage der §§ 164 a und b, 171 b Abs. 4 und 171 e Abs. 6 Baugesetzbuch durch Verwaltungsvereinbarung geregelt. Hierbei ist auch zu bestimmen, mit welchem Anteil sich der Bund an der Finanzierung der Maßnahmen beteiligt.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
882 11 -423	Zuweisungen an die Länder zur Förderung städtebaulicher Maßnahmen (Städtebauförderung -neu-)	399 000		

Verpflichtungsermächtigung.. 665 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 175 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 210 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 175 000 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.. 105 000 T€

Haushaltsvermerk:

1. **Die Erläuterungen zu Nr. 26, 27, 28, 29, 30, 31 und 32 sind verbindlich.**
2. **Bundesmittel, welche die Länder nicht für die Fördergebiete in Anspruch nehmen, können nach Maßgabe der in einer Verwaltungsvereinbarung festgelegten Bedingungen für die Erhaltung**

1606 Wohnungswesen und Städtebau

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 882 11 (Titelgruppe 01):

von das Ortsbild prägenden Bauwerken eingesetzt werden. Das Gleiche gilt für Bundesmittel, die der Bund den neuen Ländern zusätzlich aus dem Titel zur Verfügung stellt, weil ein oder mehrere der 16 Länder die ihnen aus diesem Titel zustehenden Mittel nicht voll in Anspruch nehmen. Der Bundesanteil an den förderfähigen Kosten kann in diesen Fällen bis zu 60 Prozent betragen. Der verbleibende Anteil wird durch das Land, die Gemeinde, den Träger oder Dritte aufgebracht.

3. **Die Bundesmittel können zwischen den Programmen nach Maßgabe der entsprechenden Verwaltungsvereinbarung umverteilt werden. Minderausgaben bei einem Programm können zur Verstärkung in einem anderen Programm verwendet werden.**

4. **Von den Programmmitteln der Erläuterungsziffern 26 bis 32 dürfen jeweils bis zu 10 Prozent zur Förderung von National bedeutsamen städtebaulichen Maßnahmen eingesetzt werden.**

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamt-ausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Nach 2013 übertra-gene Aus-gabereste 1 000 €	Veran-schlagt 2014 1 000 €	Vorbe-halten für 2015 ff 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7
Förderprogramme 2011 bis 2013 (bisherige Nrn. 1 bis 25)......	1 365 000	138 076	273 000	21 174	364 000	568 750
Förderprogramm 2014........	-	-	-	-	-	-
davon........	-	-	-	-	-	-
26. Stadtumbau Ost........	**110 000**	-	-	-	**5 500**	**104 500**
27. Stadtumbau West........	**110 000**	-	-	-	**5 500**	**104 500**
28. Denkmalschutz Ost........	**80 000**	-	-	-	**4 000**	**76 000**
29. Denkmalschutz West........	**45 000**	-	-	-	**2 250**	**42 750**
30. Soziale Stadt........	**150 000**	-	-	-	**7 500**	**142 500**
31. Aktive Stadt- und Ortsteilzentren........	**125 000**	-	-	-	**6 250**	**118 750**
32. Kleinere Städte und Gemeinden........	**80 000**	-	-	-	**4 000**	**76 000**
Zusammen........	700 000	-	-	-	35 000	665 000
Zusammen........	2 065 000	138 076	273 000	21 174	399 000	1 233 750

33. Aus den Mitteln können kulturhistorisch bedeutende Sakralbauten, so beispielsweise auch Vorhaben im Rahmen der Lutherdekade, gefördert werden.

Zu Zeile Förderprogramme 2011 bis 2013:
Die Aufteilung der Förderprogramme 2011 bis 2013 auf die einzelnen Programme ist in den Bundeshaushaltsplänen der Vorjahre ausgewiesen.

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1225 Tit. 882 11	273 164	119 272

882 12 -423	Zuweisungen zur Förderung von aktiven Stadt- und Ortsteilzentren - Abwicklung	12 893		

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamt-ausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Nach 2013 übertra-gene Aus-gabereste 1 000 €	Veran-schlagt 2014 1 000 €	Vorbe-halten für 2015 ff 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7
1. Förderprogramme bis 2010........	168 702	114 388	28 091	13 330	12 893	

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 882 12 (Titelgruppe 01)

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamt-ausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Nach 2013 übertra-gene Aus-gabereste 1 000 €	Veran-schlagt 2014 1 000 €	Vorbe-halten für 2015 ff 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7

Zu 1. Spalte 2: Restverpflichtung am 31.12.2012

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1225 Tit. 882 12	28 091	39 784

882 13 -423 Zuweisungen zur Förderung städtebaulicher Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen in den alten Ländern (einschl. ehemaliger Westteil Berlins) - Abwicklung — Soll 2013: 4 072

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamt-ausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Nach 2013 übertra-gene Aus-gabereste 1 000 €	Veran-schlagt 2014 1 000 €	Vorbe-halten für 2015 ff 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7
1. Förderprogramme bis 2010...	968 610	944 547	13 621	6 370	4 072	

Zu 1. Spalte 2: Restverpflichtung am 31.12.2012

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1225 Tit. 882 13	13 621	33 338

882 14 -423 Zuweisungen zur Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf (Soziale Stadt) - Abwicklung — Soll 2013: 14 251

Haushaltsvermerk:

1. **Die Ausgaben bis zur Höhe der zugunsten des ESF-Bundesprogramms BIWAQ im Programmzeitraum 2008 bis 2015 insgesamt zur Verfügung gestellten Bundesmittel in Höhe von 60 000 T€ sind mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 686 05.**
2. **Die Ausgaben bis zur Höhe der zugunsten des ESF-Bundesprogramms BIWAQ im Programmzeitraum 2014 bis 2021 insgesamt zur Verfügung gestellten Bundesmittel in Höhe von 64 460 T€ sind mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 686 05.**

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamt-ausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Nach 2013 übertra-gene Aus-gabereste 1 000 €	Veran-schlagt 2014 1 000 €	Vorbe-halten für 2015 ff 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7
1. Förderprogramme bis 2010...	843 245	713 500	39 738	75 756	14 251	-

Zu 1. Spalte 2: Restverpflichtung am 31.12.2012

1606 Wohnungswesen und Städtebau

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 882 14 (Titelgruppe 01)

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1225 Tit. 882 14	39 738	67 642

882 15 -423	Zuweisungen für den Stadtumbau West - Abwicklung		12 893	

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamt-ausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Nach 2013 übertra-gene Aus-gabereste 1 000 €	Veran-schlagt 2014 1 000 €	Vorbe-halten für 2015 ff 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7
1. Förderprogramme bis 2010..	422 892	305 973	38 080	65 946	12 893	

Zu 1. Spalte 2: Restverpflichtung am 31.12.2012

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1225 Tit. 882 15	38 080	53 273

882 16 -423	Zuweisungen für den Stadtumbau Ost - Abwicklung		14 251	

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamt-ausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Nach 2013 übertra-gene Aus-gabereste 1 000 €	Veran-schlagt 2014 1 000 €	Vorbe-halten für 2015 ff 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7
1. Förderprogramme bis 2010..	823 514	739 051	44 102	26 110	14 251	

Zu 1. Spalte 2: Restverpflichtung am 31.12.2012

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1225 Tit. 882 16	44 102	85 841

882 17 -423	Zuweisungen zur Förderung städtebaulicher Maßnahmen in den neuen Ländern (einschl. ehemaliger Ostteil Berlins) - Abwicklung		4 072	

Haushaltsvermerk:

Bundesmittel, welche die Länder nicht für die Fördergebiete in Anspruch nehmen, können nach Maßgabe der in einer Verwaltungsvereinbarung festgelegten Bedingungen für die Erhaltung von das Ortsbild prägenden Bauwerken eingesetzt werden. Das Gleiche gilt für Bundesmittel, die der Bund den neuen Ländern zusätzlich aus den Titeln 882 12 bis 882 19 und 882 92 zur Verfügung stellt, weil ein oder mehrere der 16 Länder die ihnen aus diesen Titeln zustehenden Mittel nicht voll in Anspruch nehmen. Der Bundesanteil an den

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 882 17 (Titelgruppe 01):

förderfähigen Kosten kann in diesen Fällen bis zu 60 Prozent betragen. Der verbleibende Anteil wird durch das Land, die Gemeinde, den Träger oder Dritte aufgebracht.

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamt-ausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Nach 2013 übertra-gene Aus-gabereste 1 000 €	Veran-schlagt 2014 1 000 €	Vorbe-halten für 2015 ff 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7
1. Förderprogramme bis 2010	2 540 087	2 520 714	13 621	1 680	4 072	

Zu 1. Spalte 2: Restverpflichtung am 31.12.2012

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1225 Tit. 882 17	13 621	36 190

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
882 18 -423	Zuweisungen für den Städtebaulichen Denkmalschutz Ost - Abwicklung		10 857	

Haushaltsvermerk:

Bundesmittel, welche die Länder nicht für die Fördergebiete in Anspruch nehmen, können nach Maßgabe der in einer Verwaltungsvereinbarung festgelegten Bedingungen für die Erhaltung von das Ortsbild prägenden Bauwerken eingesetzt werden. Das Gleiche gilt für Bundesmittel, die der Bund den neuen Ländern zusätzlich aus den Titeln 882 12 bis 882 19 und 882 92 zur Verfügung stellt, weil ein oder mehrere der 16 Länder die ihnen aus diesen Titeln zustehenden Mittel nicht voll in Anspruch nehmen. Der Bundesanteil an den förderfähigen Kosten kann in diesen Fällen bis zu 60 Prozent betragen. Der verbleibende Anteil wird durch das Land, die Gemeinde, den Träger oder Dritte aufgebracht.

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamt-ausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Nach 2013 übertra-gene Aus-gabereste 1 000 €	Veran-schlagt 2014 1 000 €	Vorbe-halten für 2015 ff 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7
1. Förderprogramme bis 2010	668 831	587 918	31 032	39 024	10 857	-

Zu 1. Spalte 2: Restverpflichtung am 31.12.2012

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1225 Tit. 882 18	31 032	58 580

1606 Wohnungswesen und Städtebau

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 01

882 19 -423	Zuweisungen für den Städtebaulichen Denkmalschutz West - Abwicklung	4 750		

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamtausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Nach 2013 übertragene Ausgabereste 1 000 €	Veranschlagt 2014 1 000 €	Vorbehalten für 2015 ff 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7
1. Förderprogramme bis 2010...	61 144	42 611	12 490	1 293	4 750	

Zu 1 Spalte 2: Restverpflichtung am 31.12.2012

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1225 Tit. 882 19	12 490	15 997

882 91 -423	Investitionspakt Bund-Länder-Gemeinden - Abwicklung	-		

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamtausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Nach 2013 übertragene Ausgabereste 1 000 €	Veranschlagt 2014 1 000 €	Vorbehalten für 2015 ff 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7
1. Förderprogramme bis 2010...	494 201	408 755	45 000	40 446	-	-

Zu 1. Spalte 2: Restverpflichtung am 31.12.2012

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1225 Tit. 882 91	45 000	100 756

882 92 -423	Zuweisungen zur Förderung von kleineren Städten und Gemeinden - Abwicklung	2 715		

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamtausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Nach 2013 übertragene Ausgabereste 1 000 €	Veranschlagt 2014 1 000 €	Vorbehalten für 2015 ff 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7
1. Förderprogramme bis 2010...	18 083	8 442	4 545	2 381	2 715	-

Zu 1. Spalte 2: Restverpflichtung am 31.12.2012

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1225 Tit. 882 92	4 545	4 792

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Titelgruppe 03

Tgr. 03 Maßnahmen der Wohnungsfürsorge für Angehörige der Bundeswehr, der Verwaltung des Bundes, der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben sowie für Mitarbeiter der Bundestagsfraktionen und -abgeordneten (6 627)

Haushaltsvermerk:

1. **Eigenkapitalersatzdarlehen an Unternehmen bedürfen der Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages.**
2. **Die Ausgaben dürfen geleistet werden an öffentliche Unternehmen, private Unternehmen und Sonstige im Inland.**

Erläuterungen:

Maßnahmen der Wohnungsfürsorge in Berlin und Bonn aus Anlass der Verlagerung von Parlament und Regierungsfunktionen sind bei Kap. 1607 Tgr. 06 veranschlagt.

663 34 -411 Zuschüsse zur Deckung laufender Aufwendungen 1 397

Verpflichtungsermächtigung .... 604 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 224 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 93 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu .... 93 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu .... 93 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu .... 101 T€

Haushaltsvermerk:

1. **Die Ausgaben sind übertragbar.**
2. **Die Ausgaben sind mit folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: 863 34 und 893 34.**

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind bestimmt zur Erneuerung, Verlängerung und zum Ankauf von Belegungsrechten bei Wohnraum sowie zur Deckung der laufenden Aufwendungen im Sinne des WoFG durch Zinszuschüsse und Zuschüsse.

Der Einsatz der Mittel erfolgt nach Richtlinien des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, jetzt Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit.

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1225 Tit. 663 34	1 167	611

863 34 -411 Darlehen 3 312

Verpflichtungsermächtigung .... 1 590 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 1 365 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 225 T€

Haushaltsvermerk:

1. **Die Ausgaben sind mit folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: 663 34 und 893 34.**

1606 Wohnungswesen und Städtebau

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 863 34 (Titelgruppe 03):

2. Im Rahmen dieser Verpflichtungsermächtigung darf auch die Vor- und Zwischenfinanzierung von Bauvorhaben ermöglicht werden.

3. Der Zinssatz für Darlehen darf nach Maßgabe der Richtlinien gesenkt werden.

Erläuterungen:

Mit den Ausgaben werden im Rahmen bestehenden Bedarfs der Neubau, Wiederaufbau und Ausbau von Mietwohnungen einschließlich Dachgeschossausbau, Aufstockung oder Erweiterung durch Gewährung von Darlehen sowie die Neuschaffung und der Erwerb von Familienheimen und Eigentumswohnungen durch Einsatz von Darlehen gefördert. In diesem Zusammenhang können auch Gewerberäume, Abstellplätze für Kraftfahrzeuge auf Wohngrundstücken und Garagen gefördert werden, soweit es erforderlich ist. Falls ein dringendes Bedürfnis besteht, können Abstellplätze in Einzelfällen ausnahmsweise auch nachträglich gefördert werden.

Der Einsatz der Mittel erfolgt nach Richtlinien des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, jetzt Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit.

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1225 Tit. 863 34	3 112	299

893 34 -411	Zuschüsse für Investitionen		1 918	

Verpflichtungsermächtigung... 1 480 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 555 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 770 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 155 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind mit folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: 663 34 und 863 34.

2. Im Rahmen dieser Verpflichtungsermächtigung darf auch die Vor- und Zwischenfinanzierung von Bauvorhaben ermöglicht werden.

Erläuterungen:

Im Rahmen bestehenden Bedarfs wird der Neubau von Mietwohnungen durch Zuschussgewährung gefördert.

Der Einsatz der Mittel erfolgt nach Richtlinien des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, jetzt Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit.

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1225 Tit. 893 34	1 718	526

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Titelgruppe 05

Tgr. 05	Nationale Stadtentwicklungspolitik	(2 000)		

Haushaltsvermerk:

1. **Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.**
2. **Die Verpflichtungsermächtigungen sind gegenseitig deckungsfähig.**
3. **Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.**
4. **Es wird zugelassen, dass die Ergebnisse der einzelnen Maßnahmen ausgewertet, veröffentlicht und verbreitet werden.**

Erläuterungen:

Die Ausgaben dienen zur Durchführung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik, zur Unterstützung von Investitionen für Modellvorhaben, zur Durchführung von Wettbewerben sowie zur Deckung der Kosten für die Erläuterung und die Bekanntmachung der Grundsätze und Einzelmaßnahmen der nationalen Stadtentwicklungspolitik.

544 51 -423	Forschung, Untersuchungen und Ähnliches	1 000		

Verpflichtungsermächtigung.. 600 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 100 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 300 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 200 T€

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind übertragbar.

Erläuterungen:

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1225 Tit. 531 51	1 000	1 251

893 51 -423	Pilotprojekte	1 000		

Verpflichtungsermächtigung.. 1 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 500 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 300 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 200 T€

Erläuterungen:

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1225 Tit. 893 51	1 000	1 386

1606 Wohnungswesen und Städtebau

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Titelgruppe 06

Tgr. 06	Forschungsvorhaben zur Weiterentwicklung des Wohnungs- und Städtebaues (Experimenteller Wohnungs- und Städtebau)	(5 466)		

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.

2. Die Verpflichtungsermächtigungen sind gegenseitig deckungsfähig.

3. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

Erläuterungen:

Die Ausgaben dienen der Durchführung von Forschungsmaßnahmen, mit denen an konkreten Projekten neue, durch praktische Anwendung abgesicherte Erkenntnisse für Bundesaufgaben auf dem Gebiet des Wohnungswesens und des Städtebaues gewonnen oder vorhandene Erkenntnisse auf Handlungsbedarf des Bundes überprüft werden sollen (angewandte Ressortforschung). Der Einsatz erfolgt nach Richtlinien des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, jetzt Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, die im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen erlassen worden sind. Die Ergebnisse der Forschungsmaßnahmen können dokumentiert, zusammenfassend ausgewertet, veröffentlicht und verbreitet werden.

Von den 2014 neu zur Verfügung gestellten Mitteln werden 1 500 T€ zur Unterstützung von Investitionskosten einschließlich Forschungsbegleitung für Modellvorhaben "Stärkung der Innenentwicklung, Kooperative Stadtentwicklung und Vernetzung öffentlicher Investitionen im Stadtteil" eingesetzt.

Von den Mitteln werden bis zu 100 T€ für Maßnahmen der "Initiative ländliche Infrastruktur" bereitgestellt.

544 61 -165	Forschung, Untersuchungen und Ähnliches	2 688		

Verpflichtungsermächtigung.. 2 070 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 500 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 500 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 1 070 T€

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind übertragbar.

Erläuterungen:

Ausgaben dürfen auch für die Durchführung vorbereitender, begleitender und ergebnisaufbereitender Maßnahmen geleistet werden - in begrenztem Umfang - als Zuwendungen gewährt werden.

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1225 Tit. 532 66	2 778	2 510

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 06

882 66 -165	Modellvorhaben	2 778		

Verpflichtungsermächtigung.. 2 222 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 555 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 556 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 1 111 T€

Erläuterungen:

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1225 Tit. 882 66	2 778	3 850

Titelgruppe 07

Tgr. 07	Förderung von Forschungseinrichtungen auf den Gebieten der Raumordnung, des Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesens sowie des Städtebaues	(9 536)		
632 71 -164	Zweckgebundene Zuweisungen an die Länder für Mitgliedseinrichtungen der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz e. V. (WGL)	7 978		

Haushaltsvermerk:

1. **Die Ausgaben sind mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 882 71.**
2. **Die Mittel dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.**

   Dies gilt, wenn und soweit das zuwendungsgebende Sitzland seinen Finanzierungsanteil ebenfalls überjährig zur Verfügung stellt.

Erläuterungen:

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	Finanzierungsanteil in Prozent ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
WGL-Einrichtungen					
1. **Brandenburg**			**(1 958)**	**(1 870)**	**(1 703)**
1.1 Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung e. V. (IRS), Erkner....................................			1 958	1 870	1 703
- aus Kap. 1225 Tit. 632 71..............................			-	*1 815*	*1 692*
- aus Kap. 1225 Tit. 882 71..............................			-	*55*	*11*
- aus Kap. 1606 Tit. 632 71..............................		50,00	*1 900*	-	-
- aus Kap. 1606 Tit. 882 71..............................		50,00	*58*	-	-
2. **Niedersachsen**			**(840)**	**(800)**	**(748)**
2.1 Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL), Hannover			840	800	748
- aus Kap. 1225 Tit. 632 71..............................			-	*800*	*748*
- aus Kap. 1225 Tit. 882 71..............................			-	-	-
- aus Kap. 1606 Tit. 632 71..............................		30,00	*840*	-	-
- aus Kap. 1606 Tit. 882 71..............................			-	-	-
3. **Sachsen**			**(5 544)**	**(5 275)**	**(4 774)**

1606 Wohnungswesen und Städtebau

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 632 71 (Titelgruppe 07)

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
3.1 Institut für ökologische Raumentwicklung e. V. (IÖR), Dresden			3 115	2 965	2 784
- aus Kap. 1225 Tit. 632 71			-	*2 875*	*2 742*
- aus Kap. 1225 Tit. 882 71			-	*90*	*42*
- aus Kap. 1606 Tit. 632 71		50,00	*3 020*	-	-
- aus Kap. 1606 Tit. 882 71		50,00	*95*	-	-
3.2 Institut für Länderkunde e. V. (IfL), Leipzig			2 429	2 310	1 990
- aus Kap. 1225 Tit. 632 71			-	*2 108*	*1 937*
- aus Kap. 1225 Tit. 882 71			-	*202*	*53*
- aus Kap. 1606 Tit. 632 71		50,00	*2 218*	-	-
- aus Kap. 1606 Tit. 882 71		50,00	*211*	-	-
Zusammen			8 342	7 945	7 225
- Summe Kap. 1225 Tit. 632 71			-	*7 598*	*7 119*
- Summe Kap. 1225 Tit. 882 71			-	*347*	*106*
- Summe Tit. 632 71			*7 978*	-	-
- Summe Tit. 882 71			*364*	-	-

Die Länder gewähren den Einrichtungen Zuwendungen zur institutionellen Förderung. Die Förderung des Bundes erfolgt durch zweckgebundene Zuweisungen an die Sitzländer.

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1225 Tit. 632 71	7 598	7 119

686 71 -165 Zuschüsse zum Betrieb — 1 194

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 893 71.

2. Die Erläuterungen sind hinsichtlich der Ausgabenansätze der einzelnen Zuwendungsempfänger / Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO verbindlich. Abweichungen bedürfen der Einwilligung des Bundesministeriums der Finanzen.

Erläuterungen:

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
Institutionelle Förderung/Zuschüsse an Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO					
1. Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH	11,55	19,36	721	715	677
- aus Kap. 1225 Tit. 686 71			-	*715*	*677*
- aus Kap. 1606 Tit. 686 71			*721*	-	-
2. **Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung e. V. (DASL), München**			**(473)**	**(469)**	**(404)**
2.1 Institut für Städtebau (ISB), Berlin	9,76	50,00	115	114	76
- aus Kap. 1225 Tit. 686 71			-	*114*	*76*
- aus Kap. 1606 Tit. 686 71			*115*	-	-
2.2 Institut für Städtebau und Wohnungswesen (ISW), München	35,06	50,00	169	168	148
- aus Kap. 1225 Tit. 686 71			-	*168*	*148*
- aus Kap. 1606 Tit. 686 71			*169*	-	-

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 686 71 (Titelgruppe 07)

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	Finanzierungsanteil in Prozent ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
2.3 Zentralinstitut für Raumplanung an der Universität Münster (ZIR), Münster	49,59	50,00	189	187	180
- aus Kap. 1225 Tit. 686 71			-	*187*	*180*
- aus Kap. 1606 Tit. 686 71			*189*	-	-
Zusammen			1 194	1 184	1 081
- Summe Kap. 1225 Tit. 686 71			-	*1 184*	*1 081*
- Summe Tit. 686 71			*1 194*	-	-

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1225 Tit. 686 71	1 184	1 081

882 71 -164 Zweckgebundene Zuweisungen an die Länder für Mitgliedseinrichtungen der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz e. V. (WGL) — 364

Haushaltsvermerk:

1. **Die Ausgaben sind mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 632 71.**
2. **Die Mittel dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.**

   Dies gilt, wenn und soweit das zuwendungsgebende Sitzland seinen Finanzierungsanteil ebenfalls überjährig zur Verfügung stellt.

Erläuterungen:

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

WGL-Einrichtungen: Zusammenstellung siehe Erläuterungen zu Tit. 632 71.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1225 Tit. 882 71	347	106

893 71 -165 Zuschüsse für Investitionen — -

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 686 71.

Erläuterungen:

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1225 Tit. 893 71	-	-

1606 Wohnungswesen und Städtebau

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Titelgruppe 08

Tgr. 08 Forschung auf den Gebieten des Städtebaues sowie des Bau- und Wohnungswesens — (13 312)

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

544 81 -165 Forschung, Untersuchungen und Ähnliches — 5 638

Verpflichtungsermächtigung.. 2 668 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 2 371 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 297 T€

Haushaltsvermerk:

1. **Die Ausgaben sind übertragbar.**
2. **Die Ausgaben sind mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 686 81.**
3. **Die Verpflichtungsermächtigung ist mit der Verpflichtungsermächtigung bei folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 686 81.**
4. **Es wird zugelassen, dass die Ergebnisse der Forschungsvorhaben ausgewertet, dokumentiert, veröffentlicht und verbreitet werden.**
5. **Von den Forschungsmitteln dürfen bis zu 5 Prozent für Forschungsbegleitung und Projektmanagement eingesetzt werden.**

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind u. a. für Forschungsaufträge zur Durchführung von Ressortaufgaben auf den Gebieten der Stadtentwicklung sowie der Wohnforschung bestimmt.

Bauwesen und Bauwirtschaft sind Schlüsselbranchen für Wachstum und Beschäftigung. Die Forschungsinitiative Zukunft Bau soll positive Impulse für das Bauwesen auslösen. Bei zunehmend komplexen Forschungsfragen werden die Ressortforschungsmittel aktuell, interdisziplinär und passgenau zur Deckung des bestehenden Forschungsbedarfs eingesetzt. Der Bausektor ist nach Umfang und Qualität entscheidend für die

1. Erreichung der Klimaschutzziele und die Fragen der Energieeffizienz,
2. Sicherung der Rohstoffeffizienz und
3. Reaktion auf den demografischen Wandel.

Die Ressortforschung ist gekennzeichnet durch ein hohes Maß an Aktualität und fortlaufender Qualitätsprüfung. Darüber hinaus sollen die Beschäftigungs- und Wachstumsansätze der Baubranche unterstützt werden. Die Ausgaben sind auch für Forschungsvorhaben vorgesehen, die schwerpunktmäßig baupolitisch wichtige und zukunftsträchtige Ressortforschungsaufgaben abdecken. Die Ressortforschung setzt auch gezielt auf die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Bauwesens im Europäischen Binnenmarkt und weltweit. Wichtig ist die Einbeziehung europäischer Themen. Europäische Richtlinien und Standards sollen nicht nur reaktiv umgesetzt, sondern von deutscher Seite maßgeblich mitgestaltet werden.

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1225 Tit. 544 81	1 101	968

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 544 81 (Titelgruppe 08)

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1225 Tit. 544 82	4 865	3 209
Zusammen	5 966	4 177

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
686 81 -012	Zuwendungen für Antragsforschung im Baubereich	7 536		

Verpflichtungsermächtigung ... 7 263 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu ... 4 700 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu ... 2 563 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.

2. Die Ausgaben sind mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 544 81.

3. Die Verpflichtungsermächtigung ist mit der Verpflichtungsermächtigung bei folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 544 81.

4. Es wird zugelassen, dass die Ergebnisse der Forschungsvorhaben ausgewertet, dokumentiert, veröffentlicht und verbreitet werden.

5. Von den Forschungsmitteln dürfen bis zu 5 Prozent für Forschungsbegleitung und Projektmanagement eingesetzt werden.

Erläuterungen:

Die Antragsforschung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit im Bereich des Bauwesens unterstützt die überwiegend mittelständisch strukturierten Unternehmen der Baubranche in ihrem Prozess der Neuausrichtung. Die Antragsforschung ist ein entscheidender Baustein auf dem Weg zur Breitenanwendung neuester Technologien in der Baubranche. Die Zielsetzung der zu stärkenden Forschungsinitiative "Zukunft Bau" besteht in der gemeinsamen Bearbeitung komplexer Themen- und Forschungsfelder möglichst im fachübergreifenden Verbund von wissenschaftlichen Einrichtungen und der Bauwirtschaft. Bei den Vorhaben im Baubereich sollen einerseits die Fragen der Energieeffizienz und Ressourcenschonung erforscht und andererseits Beschäftigungs- und Wachstumsansätze der Baubranche unterstützt werden. Die Ressortforschung setzt auch gezielt auf die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Bauwesens im Europäischen Binnenmarkt und weltweit. Besondere Bedeutung haben anwendungsreife Techniken, Technologien und Regeln für die Verbesserung

1. neuester energetischer Konzeptionen, wie das Passivhaus, das Null-Energie-Haus und das Plus-Energie-Haus,
2. des Einsatzes erneuerbarer Energien, insbesondere die Aufnahme von aktiven Systemen in der Gebäudehülle,
3. der technischen Gebäudeausrüstung (TGA),
4. der Effizienz der Gebäudedämmung,
5. der Beleuchtungssysteme.

Es soll der Einsatz von Spitzentechnologien an Neubauten und in der Bestandsmodernisierung getestet werden. Die Mittel sollen darüber hinaus ermöglichen, im neu aufgelegten EU-Programm "Energieeffiziente Gebäude" große Projekte mit europäischen Partnern umzusetzen. Die Forschungscluster zur Sanierung im Gebäudebestand und die Qualitätssicherung am Bau sollen besonders ausgebaut werden.

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

1606 Wohnungswesen und Städtebau

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 686 81 (Titelgruppe 08)

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1225 Tit. 686 81	6 000	4 673

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
687 81 -165	Beteiligung an EU-Netzwerken für Stadtentwicklung	138		

Haushaltsvermerk:

1. **Die Ausgaben sind übertragbar.**
2. **Zuschüsse der Europäischen Union (EU) für EU-Projekte fließen den Ausgaben zu.**

Erläuterungen:

Die Ausgaben dienen der Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an den Netzwerken "European Urban Knowledge Network" (EUKN) und "Europäisches Beobachtungsnetzwerk zur territorialen Entwicklung und Kohäsion" (ESPON).

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1225 Tit. 687 81	181	176

Vorbemerkung

Veranschlagt sind

1. Baumaßnahmen des Bundes in Berlin und Bonn, soweit sie nicht im Einzelplan des jeweiligen Nutzers eingestellt sind,
2. die Finanzhilfen im Entwicklungsbereich "Hauptstadt Berlin - Parlaments- und Regierungsviertel" und
3. Maßnahmen der Wohnungsfürsorge in Berlin und Bonn aus Anlass der Verlagerung von Parlament und Regierungsfunktionen nach Berlin.

Die Aufgaben der Bundesregierung beim Vollzug des Berlin/Bonn-Gesetzes werden vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) wahrgenommen. Hierzu gehören:

1. Vollzug der Vereinbarungen mit Berlin und Brandenburg,
2. Vollzug der Vereinbarungen mit der Region Bonn,
3. Planung und Vollzug der Baumaßnahmen,

Die originären Ressortzuständigkeiten für die Teilaufgaben bleiben unberührt.

Die Vorbemerkung wird bis zum Inkrafttreten des Haushalts noch überarbeitet.

Überblick zum Kapitel 1607	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	-	-	-		-
Übrige Einnahmen	3 900	-	+3 900		-
Gesamteinnahmen	3 900	-	+3 900		-
Ausgaben					
Sächliche Verwaltungsausgaben	20 655	-	+20 655		-
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	2 682	-	+2 682		-
Ausgaben für Investitionen	92 250	-	+92 250		-
Gesamtausgaben	115 587	-	+115 587		-
davon nicht flexibilisiert	115 587	-	+115 587		-
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung	178 550 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu	68 000 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu	74 759 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu	33 321 T€				
im Haushaltsjahr 2018 bis zu	1 080 T€				
im Haushaltsjahr 2019 bis zu	1 080 T€				
im Haushaltsjahr 2020 bis zu	60 T€				
im Haushaltsjahr 2021 bis zu	60 T€				
im Haushaltsjahr 2022 bis zu	60 T€				
im Haushaltsjahr 2023 bis zu	60 T€				
im Haushaltsjahr 2024 bis zu	40 T€				
im Haushaltsjahr 2025 bis zu	30 T€				

1607 Hochbau- und Förderungsmaßnahmen in Berlin und Bonn

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

119 99 -165	Vermischte Einnahmen	-		

Übrige Einnahmen

153 01 -430	Zinseinnahmen aus Darlehen an Gemeinden zur Förderung kommunaler Vorhaben im Raum Bonn	900		

Erläuterungen:

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1226 Tit. 153 11	1 100	1 153

173 01 -430	Tilgungsbeträge aus Darlehen an Gemeinden zur Förderung kommunaler Vorhaben im Raum Bonn	3 000		

Erläuterungen:

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1226 Tit. 173 11	4 000	4 718

282 01 -011	Zuschüsse für die Wiedererrichtung des Berliner Schlosses - Bau des Humboldtforums im Schlossareal Berlin	-		

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind wegen rechtsverbindlicher Verwendungsauflage zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 894 02.

Erläuterungen:

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1226 Tit. 282 01	-	12 000

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Ausgaben

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)

633 01 -693	Ausgleichsleistungen für die Region Bonn wegen des Verlustes von Parlamentssitz und Regierungsfunktionen	-		

Haushaltsvermerk:

Die Einnahmen aus Rückzahlungen nicht fristgerecht eingesetzter Mittel fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Aufgrund von § 6 des Berlin/Bonn-Gesetzes in Verbindung mit der Vereinbarung über die Ausgleichsmaßnahmen für die Region Bonn vom 29. Juni 1994 hat der Bund der Region Bonn im Zeitraum bis 2004 abschließende Gesamtleistungen in Höhe von 1 436 Mio. € zur Verfügung gestellt.

Die Ausgleichsvereinbarung sieht im Art. 9 vor, dass begonnene investive Maßnahmen über das Jahr 2004 hinaus gefördert werden können.

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1226 Tit. 633 71	-	-

685 01 -011	Stiftung Berliner Schloss - Humboldtforum	1 982		

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind übertragbar.

Erläuterungen:

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
Institutionelle Förderung/Zuschüsse an Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO					
Stiftung Berliner Schloss - Humboldtforum..	100,00	100,00	1 982	1 817	2 772
- aus Kap. 1226 Tit. 685 01...			-	*1 817*	*2 772*
- aus Kap. 1607 Tit. 685 01...			*1 982*	-	-

Die Stiftung nimmt Bauherren- und Betreiberfunktionen bei der Wiedererrichtung des Berliner Schlosses für das Humboldtforum wahr.

Mit der Planung und Durchführung der Baumaßnahme beauftragt die Stiftung das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung. Die Stiftung selbst ist im Planungs- und Baubereich überwiegend koordinierend tätig. Daneben stellt sie die Kooperation mit den privaten Spendenorganisationen sicher.

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1226 Tit. 685 01	1 817	2 772

1607 Hochbau- und Förderungsmaßnahmen in Berlin und Bonn

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Ausgaben für Investitionen

725 05 -011 Baumaßnahmen für den Deutschen Bundestag und die Bundesregierung im Parlamentsviertel in Berlin — 33 150

Verpflichtungsermächtigung... 10 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 6 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu... 3 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu... 1 000 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind mit folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: 526 44, 526 45, 526 46, 726 01, 730 02, 732 01 und 882 01.

2. Einnahmen aus Rückflüssen von Schadensersatzzahlungen fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamtausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Nach 2013 übertragene Ausgabereste 1 000 €	Veranschlagt 2014 1 000 €	Vorbehalten für 2015 ff 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7
1. Reichstagsgebäude	260 250	261 246	-	-996	-	-
2. Jakob-Kaiser-Haus	436 960	418 480	-	18 480	-	-
3. Paul-Löbe-Haus	259 364	275 174	-	-15 810	-	-
3.1 Marie-Elisabeth-Lüders-Haus	168 882	169 252	-	-370	-	-
4. Bundeskanzleramt	237 534	229 812	-	7 722	-	-
5. Infrastruktur Parlamentsbaumaßnahmen im Spreebogen	68 720	64 418	-	4 302	-	-
6. Infrastruktur Bundeskanzleramt	17 988	17 988	-	-	-	-
7. Kindertagesstätte	4 135	4 135	-	-	-	-
8. Sozialplan Luisenstraße	4 857	4 857	-	-	-	-
9. Liegenschaftsverbindungsnetz	3 456	3 456	-	-	-	-
10. Baugrund- und Gründungsproblematik, weitere Folgekosten	89 986	89 986	-	-	-	-
11. Erweiterungsbau Marie-Elisabeth-Lüders-Haus	153 083	27 435	35 000	57 159	30 000	3 489
12 Kfz-Stellplätze für Deutschen Bundestag	7 101	-	-	7 101	-	-
13. Wilhelmstraße 64	14 541	9	3 500	491	200	10 341
14. Dorotheenstraße 90	12 291	1	2 000	1 999	2 000	6 291
15. Neustädtische Kirchstraße 14	7 468	10	1 450	90	700	5 218
16. Dorotheenstraße 85 - 86	76 096	-	-	-	100	75 996
17. Unter den Linden 62 - 68	28 200	-	-	-	100	28 100
18. Sicherungsmaßnahmen (Glas)	2 000	1 713	-	287	-	-
19. Neustädtische Kirchstraße 4 - 5	31 825	-	-	1 500	50	30 275
20. Besucher- und Informationszentrum des Deutschen Bundestages	-	-	-	-	-	-
Zusammen	1 884 737	1 567 972	41 950	81 955	33 150	159 710

Zu 2., 3.1 und 12.:
Mittel für Kfz-Stellplatzmöglichkeiten waren bisher in den Projekten Jakob-Kaiser-Haus und Marie-Elisabeth-Lüders-Haus vorgehalten. Der Bedarf muss durch den Deutschen Bundestag noch konkretisiert werden.

Zu 1. bis 5., Spalte 3:
Inkl. Umlage auf die Bauprojekte aus gemeinsamen Infrastrukturverträgen.

Zu 14.:
Die Unterlagen nach § 24 BHO für ein Auftragsvolumen von 64 T€ liegen noch nicht vor.

Zu 17. und 20.:
Die Unterlagen nach § 24 BHO liegen noch nicht vor.

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 725 05

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1226 Tit. 725 05	41 950	15 648

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
726 01 -011	Baumaßnahmen für Zwecke des Deutschen Historischen Museums in Berlin		-	

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind mit folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: 526 44, 526 45, 526 46, 725 05, 730 02, 732 01 und 882 01.

Erläuterungen:

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1226 Tit. 726 01	-	97

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
730 02 -011	Baumaßnahmen für das Bundespräsidialamt in Berlin		-	

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind mit folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: 526 44, 526 45, 526 46, 725 05, 726 01, 732 01 und 882 01.

Erläuterungen:

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1226 Tit. 730 02	-	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
731 01 -011	Baumaßnahmen für den Bundesrat		-	

Verpflichtungsermächtigung... 2 712 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 2 300 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 412 T€

Haushaltsvermerk:

1. **Die Ausgaben sind mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 526 47.**
2. **Einnahmen aus Rückflüssen von Schadensersatzzahlungen und Vergleichen fließen den Ausgaben zu.**

Erläuterungen:

Die Unterlagen nach § 24 BHO liegen noch nicht vor.

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1226 Tit. 731 01	1 000	4

1607 Hochbau- und Förderungsmaßnahmen in Berlin und Bonn

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

732 01 -011 Baumaßnahmen zur Unterbringung der Bundesregierung außerhalb des Parlamentsviertels in Berlin -

Haushaltsvermerk:

1. **Die Ausgaben sind mit folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: 526 44, 526 45, 526 46, 725 05, 726 01, 730 02 und 882 01.**
2. **Einnahmen aus Rückflüssen von Schadensersatzzahlungen und Vergleichen fließen den Ausgaben zu.**

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamt-ausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Nach 2013 übertragene Ausgabereste 1 000 €	Veranschlagt 2014 1 000 €	Vorbehalten für 2015 ff 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7
1. BPA	90 990	89 908	-	1 082	-	-
2.1 AA	254 446	254 446	-	-	-	-
2.2 Ausbildungsstätte	18 918	18 870	-	48	-	-
3. BMWi	142 850	142 149	-	701	-	-
4.1 BMVI (BMV alt)	123 570	125 028	-	-1 458	-	-
4.2 BMVI (BMBau - Berlin - alt)	19 647	19 002	-	645	-	-
4.3 BMVI (2. Erweiterungsbau)	25 558	24 987	-	571	-	-
5. BMJV	74 128	70 607	-	3 521	-	-
6.1 BMAS (BMA alt)	51 448	51 248	-	200	-	-
6.2 BMAS (BMGS alt u. Erweiterungsbau)	19 829	19 519	-	310	-	-
7. BMFSFJ	4 493	4 493	-	-	-	-
8. BMVg	71 291	71 293	-	-2	-	-
9. BMF	205 938	205 938	-	-	-	-
10. BMZ	11 472	11 472	-	-	-	-
11. BMEL	12 276	12 286	-	-10	-	-
12. BMBF	11 068	11 068	-	-	-	-
13. BMUB	57 838	63 107	-	-5 269	-	-
14. Übergeordnete Gebäudeleittechnik	6 925	6 796	-	129	-	-
15. Gästehaus Schloss Meseberg	8 527	8 527	-	-	-	-
Zusammen	1 211 212	1 210 744	-	468	-	-

Zu Spalten 2 und 3: Zzgl. 79 T€ Ist-Ausgaben aus 1996 für Preußisches Herrenhaus.

Weitere Maßnahmen sind nicht vorgesehen.

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1226 Tit. 732 01	-	8 120

734 01 -011 Ehemaliger Palast der Republik -

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamt-ausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Nach 2013 übertragene Ausgabereste 1 000 €	Veranschlagt 2014 1 000 €	Vorbehalten für 2015 ff 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7
Ehemaliger Palast der Republik	98 546	97 415	-	1 131	-	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 734 01

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1226 Tit. 734 01	-	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
821 01 -011	Erwerb und Freimachung von Grundstücken für Zwecke des Deutschen Bundestages		-	

Erläuterungen:

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1226 Tit. 821 01	-	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
882 01 -423	Zuweisungen für Investitionen an das Land Berlin zur Förderung der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme "Hauptstadt Berlin - Parlaments- und Regierungsviertel"		-	

Haushaltsvermerk:

1. **Die Ausgaben sind mit folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: 526 44, 526 45, 526 46, 725 05, 726 01, 730 02 und 732 01.**
2. **Einnahmen aus Rückzahlungen nicht fristgerecht eingesetzter Mittel fließen den Ausgaben zu.**

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamt-ausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Nach 2013 übertra-gene Aus-gabereste 1 000 €	Veran-schlagt 2014 1 000 €	Vorbe-halten für 2015 ff 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7
Auftragsvolumen bis 2010..	268 454	223 000	-	45 454	-	-

Nach dem zwischen dem Bund und dem Land Berlin abgeschlossenen Vertrag vom 10. Mai 1994 wird die durch Rechtsverordnung festgelegte städtebauliche Entwicklungsmaßnahme "Hauptstadt Berlin - Parlaments- und Regierungsviertel" vom Bund zu 64 Prozent gefördert. Die Höhe der Zuweisungen ergibt sich aus dem jährlichen Finanzierungsplan.

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1226 Tit. 882 01	-	-

1607 Hochbau- und Förderungsmaßnahmen in Berlin und Bonn

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
894 02 -011	Zuschüsse für Investitionen zur Wiedererrichtung des Berliner Schlosses - Bau des Humboldt-Forums im Schlossareal Berlin	53 000		

Verpflichtungsermächtigung.. 130 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 45 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 60 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 23 000 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.. 1 000 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu.. 1 000 T€

Haushaltsvermerk:

1. **Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 282 01.**
2. **Einnahmen aus Erstattungen Dritter, Rückzahlungen von überzahlten Bundesmitteln oder Vergleichen bei der Baumaßnahme fließen den Ausgaben zu.**

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamt-ausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Nach 2013 übertra-gene Aus-gabereste 1 000 €	Veran-schlagt 2014 1 000 €	Vorbe-halten für 2015 ff 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7
1. Wiedererrichtung des Berliner Schlosses - Bau des Humboldt-Forums im Schlossareal Berlin..	510 000	33 060	-	40 439	53 000	383 501

Auf Grundlage der Beschlüsse des Deutschen Bundestages vom 4. Juli 2002, vom 13. November 2003 und vom 13. Dezember 2007 ist der Bau des Humboldtforums im Berliner Schlossareal unter Berücksichtigung der historischen Fassaden des ehemaligen Schlosses vorgesehen.

Unter Berücksichtigung der Kosten der Erstausstattung ist eine verbindliche Kostenobergrenze in Höhe von 590 Mio. € festgesetzt.

Abzüglich des zugesagten Finanzierungsanteils des Landes Berlin in Höhe von 32 Mio. €, des zu erbringenden Spendenaufkommens in Höhe von 80 Mio. € und 1,5 Mio. € Finanzierung der Stiftung Berliner Schloss-Humboldtforum (Tit. 685 01) ergibt sich damit ein vom Bund zu finanzierender Netto-Betrag in Höhe von 476,5 Mio. €.

Für die spätere Realisierung der baulichen Optionen ist innerhalb der Kostenobergrenze von 590 Mio. € baukonstruktiv Vorsorge zu treffen.

Typische Planungs- und Baurisiken (z. B. Baugrund, Vergabebeschwerden etc.), die zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht vollständig ausgeschlossen werden können, sind innerhalb des vorgegebenen Budgets für die Baumaßnahme einschließlich Ersteinrichtung von 590 Mio. € durch Einsparungen aufzufangen.

Die Mittel fließen bedarfsgerecht dem Titel 712 01 des Wirtschaftsplans der Stiftung Berliner Schloss - Humboldtforum zu.

Die Bauunterlagen nach § 24 BHO für ein Auftragsvolumen von 27,2 Mio. € der Gesamtkosten liegen noch nicht vor.

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1226 Tit. 894 02	-	15 000

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Titelgruppe 01

Tgr. 01	Erneuerung baulicher und gebäudetechnischer Anlagen in den Liegenschaften des Deutschen Bundestages in Berlin	(12 595)		
519 11 -011	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	6 675		

Verpflichtungsermächtigung .... 13 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 4 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 4 500 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu .... 4 500 T€

Haushaltsvermerk:

1. **Die Ausgaben sind übertragbar.**
2. **Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 526 14 und 712 11.**
3. **Die Ausgaben sind mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 711 11.**
4. **Die Verpflichtungsermächtigung ist mit der Verpflichtungsermächtigung bei folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 711 11.**

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamtausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Nach 2013 übertragene Ausgabereste 1 000 €	Veranschlagt 2014 1 000 €	Vorbehalten für 2015 ff 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7
1. Auftragsvolumen 2013	**2 800**	**-**	**2 800**	**-**	**-**	**-**
2. Auftragsvolumen 2014	**32 795**	**-**	**-**	**-**	**6 675**	**26 120**
Zusammen	35 595	-	2 800	-	6 675	26 120

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1226 Tit. 519 11	2 800	-

526 14 -011	Planungskosten	1 120		

Verpflichtungsermächtigung .... 900 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 300 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 300 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu .... 300 T€

Haushaltsvermerk:

1. **Die Ausgaben sind übertragbar.**
2. **Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: 519 11 und 711 11.**
3. **Aus den Mitteln dürfen auch Personal- und Sachkosten für projektbezogenes Eigenpersonal des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR) geleistet werden.**

1607 Hochbau- und Förderungsmaßnahmen in Berlin und Bonn

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 526 14 (Titelgruppe 01)

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamt-ausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Nach 2013 übertra-gene Aus-gabereste 1 000 €	Veran-schlagt 2014 1 000 €	Vorbe-halten für 2015 ff 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7
1. Auftragsvolumen 2014..	**4 240**	**-**	**-**	**-**	**1 120**	**3 120**

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1226 Tit. 526 14	-	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
711 11 -011	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	2 400		

Verpflichtungsermächtigung... 5 600 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 1 400 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 1 700 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 2 500 T€

Haushaltsvermerk:

1. **Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 526 14 und 712 11.**
2. **Die Ausgaben sind mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 519 11.**
3. **Die Verpflichtungsermächtigung ist mit der Verpflichtungsermächtigung bei folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 519 11.**

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamt-ausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Nach 2013 übertra-gene Aus-gabereste 1 000 €	Veran-schlagt 2014 1 000 €	Vorbe-halten für 2015 ff 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7
1. Jakob-Kaiser-Haus..	**2 210**	**-**	**910**	**-**	**1 300**	**-**
2. Paul-Löbe-Haus...	**440**	**-**	**-**	**-**	**165**	**275**
3. Sonstige Baumaßnahmen..	**12 300**	**-**	**240**	**-**	**935**	**11 125**
Zusammen..	14 950	-	1 150	-	2 400	11 400

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1226 Tit. 725 11	1 150	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 01

712 11 -011	Baumaßnahmen von mehr als 2 000 000 € im Einzelfall	2 400		

Verpflichtungsermächtigung.. 9 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 4 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu... 4 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu... 1 000 T€

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: 519 11 und 711 11.

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamt-ausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Nach 2013 übertra-gene Aus-gabereste 1 000 €	Veran-schlagt 2014 1 000 €	Vorbe-halten für 2015 ff 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7
1. Reichstagsgebäude	**12 000**	**-**	**-**	**-**	**-**	**12 000**
2. Paul-Löbe-Haus	**2 400**	**-**	**-**	**-**	**1 200**	**1 200**
3. Marie-Elisabeth-Lüders-Haus	**2 400**	**-**	**-**	**-**	**1 200**	**1 200**
Zusammen	16 800	-	-	-	2 400	14 400

Zu 1. bis 3.: Die Unterlagen nach § 24 BHO liegen noch nicht vor.

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1226 Tit. 725 12	-	-

Titelgruppe 04

Tgr. 04	Kosten von Gutachten, Wettbewerben, Planungen von Sachverständigen, Architekten und Ingenieuren im Zusammenhang mit Baumaßnahmen zur Unterbringung insbesondere von Verfassungsorganen in Berlin	(12 810)		

Erläuterungen:

Die Baumaßnahmen im Zusammenhang mit der Unterbringung der Verfassungsorgane des Bundes in Berlin sowie des Deutschen Historischen Museums werden im Einzelplan 16 zentral veranschlagt.

526 44 -011	Planungskosten für Baumaßnahmen im Parlamentsviertel	9 910		

Verpflichtungsermächtigung.. 4 300 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 3 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu... 800 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu... 500 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.

1607 Hochbau- und Förderungsmaßnahmen in Berlin und Bonn

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 526 44 (Titelgruppe 04):

2. Die Ausgaben sind mit folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: 526 45, 526 46, 725 05, 726 01, 730 02, 732 01 und 882 01.

3. Aus den Mitteln dürfen auch Personal- und Sachkosten für projektbezogenes Eigenpersonal des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR) geleistet werden.

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamtausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Nach 2013 übertragene Ausgabereste 1 000 €	Veranschlagt 2014 1 000 €	Vorbehalten für 2015 ff 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7
1. Auftragsvolumen bis 2012	398 569	367 925	-	30 617	-	-
2. Auftragsvolumen 2013	11 370	-	11 370	-	-	-
3. Auftragsvolumen 2014	74 148	-	-	-	9 910	64 238
Zusammen (Summendifferenz)	484 087	367 925	11 370	30 617	9 910	64 238

Die Ausgaben dienen der Erfüllung von Verpflichtungen aus Verträgen über die Planung, Vergabe und Durchführung von Baumaßnahmen.

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1226 Tit. 526 44	11 370	5 169

526 45 -011 Planungskosten für Baumaßnahmen außerhalb des Parlamentsviertels | -

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind mit folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: 526 44, 526 46, 725 05, 726 01, 730 02, 732 01 und 882 01.

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamtausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Nach 2013 übertragene Ausgabereste 1 000 €	Veranschlagt 2014 1 000 €	Vorbehalten für 2015 ff 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7
1. Auftragsvolumen bis 2010	401 441	392 543	-	8 898	-	-

Die Ausgaben dienen zur Erfüllung von Verpflichtungen aus Verträgen über die Planung, Vergabe und Durchführung von Baumaßnahmen.

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1226 Tit. 526 45	-	1 482

526 46 -011 Planungskosten im Zusammenhang mit dem Um- und Ausbau des Zeughauses in Berlin zur endgültigen Unterbringung des Deutschen Historischen Museums | -

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind mit folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: 526 44, 526 45, 725 05, 726 01, 730 02, 732 01 und 882 01.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 526 46 (Titelgruppe 04)

Erläuterungen:

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1226 Tit. 526 46	-	11

526 47 -011	Planungskosten für Baumaßnahmen des Bundesrates	2 900		

Verpflichtungsermächtigung... 1 558 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 1 300 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 229 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 29 T€

Haushaltsvermerk:

1. **Die Ausgaben sind mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 731 01.**
2. **Einnahmen aus Rückflüssen von Schadensersatzzahlungen und Vergleichen fließen den Ausgaben zu.**
3. **Aus den Mitteln dürfen auch Personal- und Sachkosten für projektbezogenes Eigenpersonal des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR) geleistet werden.**

Erläuterungen:

Veranschlagung der Planungskosten zur Kellersanierung des Bundesratsgebäudes.

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1226 Tit. 526 47	2 100	409

Titelgruppe 06

Tgr. 06	Maßnahmen der Wohnungsfürsorge in Berlin und Bonn aus Anlass der Verlagerung von Parlament und Regierungsfunktionen nach Berlin	(2 050)		

Haushaltsvermerk:

1. **Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.**
2. **Sie dürfen geleistet werden an**
   - öffentliche Unternehmen,
   - private Unternehmen und
   - Sonstige im Inland.
3. **Eigenkapitalersatzdarlehen an Unternehmen bedürfen der Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages.**

Erläuterungen:

Maßnahmen sind vorgesehen für Angehörige der Verwaltung des Bundes und der Bundeswehr, für Beschäftigte der Bundestagsfraktionen und Bundestagsabgeord-

1607 Hochbau- und Förderungsmaßnahmen in Berlin und Bonn

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

neten ebenso für Bedienstete von mittelbaren Bundeseinrichtungen und von Zuwendungsempfängern des Bundes.

526 62 -411	Sachverständige, Ausgaben für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen		50	

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind übertragbar.

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind insbesondere zur Vorbereitung, Durchführung und Abwicklung von Investorenauswahlverfahren sowie zur Durchführung von städtebaulichen Wettbewerben und des Wohnungsangebotsverfahrens bestimmt.

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1226 Tit. 526 62	50	55

663 61 -411	Zuschüsse zur Deckung laufender Aufwendungen		700	

Verpflichtungsermächtigung... 680 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 50 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu... 80 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu... 80 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu... 80 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu... 80 T€
im Haushaltsjahr 2020 bis zu... 60 T€
im Haushaltsjahr 2021 bis zu... 60 T€
im Haushaltsjahr 2022 bis zu... 60 T€
im Haushaltsjahr 2023 bis zu... 60 T€
im Haushaltsjahr 2024 bis zu... 40 T€
im Haushaltsjahr 2025 bis zu... 30 T€

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind übertragbar.

Erläuterungen:

1. Die Ausgaben sind bestimmt für die Zusatzförderung im Rahmen der Familienheimförderung.

2. Der Einsatz der Mittel erfolgt nach den Zusatzbestimmungen Berlin zu den Sonderregelungen zur Familienheimförderung für Umzüge aufgrund der Umzugsbeschlüsse vom 1. Juni 1996.

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1226 Tit. 663 61	700	1 443

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 06

863 61 -411	Darlehen	900		

Verpflichtungsermächtigung... 800 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 650 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu... 150 T€

Erläuterungen:

Aus den Verpflichtungsermächtigungen der vergangenen Jahre werden die Neuschaffung und der Erwerb von Familienheimen und Eigentumswohnungen durch Einsatz von Darlehen gefördert.

Der Einsatz der Mittel erfolgt nach den Sonderregelungen der Familienheimförderung für Umzüge aufgrund der Umzugsbeschlüsse vom 1. Juni 1996.

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1226 Tit. 863 61	900	431

893 61 -411	Zuschüsse für Investitionen	400		

Erläuterungen:

Im Rahmen bestehenden Bedarfs wird der Neubau von Mietwohnungen durch Zuschussgewährung gefördert. Der Einsatz der Mittel für die Zusatzförderung erfolgt nach Richtlinien des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, jetzt Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit.

Nach dem Beschluss des Gemeinsamen Ausschusses Bund/Berlin vom 28. Mai 1997 beteiligt sich der Bund im Zusammenhang mit den Wohnungsneubaumaßnahmen an den Infrastrukturkosten für die vorgesehenen großen Wohnungsbaustandorte mit bis 70 558 T€.

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1226 Tit. 893 61	400	1 879

1611 Zentral veranschlagte Verwaltungseinnahmen und -ausgaben

Vorbemerkung

Wesentliche finanzwirksame Schwerpunkte des Kapitels

In Kapitel 1611 werden bestimmte Verwaltungseinnahmen und -ausgaben für den Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit zentral veranschlagt. Einen Schwerpunkt hierbei bildet die Versorgung. In der Titelgruppe 57 veranschlagt sind die Einnahmen und Ausgaben der Versorgungsberechtigten, deren Versorgungsanspruch auf dem Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder der Bundesregierung, dem Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Parlamentarischen Staatssekretärinnen und Parlamentarischen Staatssekretäre, dem Gesetz über die Versorgung der Beamtinnen und Beamten und Richterinnen und Richter des Bundes (BeamtVG) oder auf einem Vertrag mit dem Bund beruht. Die Zuführung an die Versorgungsrücklage und die Zuweisung an den Versorgungsfonds sind in gesonderten Titeln ebenfalls in diesem Kapitel etatisiert.

Nachgeordnete Dienststellen sind:

1. das Umweltbundesamt (Kapitel 1613),
2. das Bundesamt für Naturschutz (Kapitel 1614),
3. das Bundesamt für kerntechnische Entsorgung (Kapitel 1615),
4. das Bundesamt für Strahlenschutz (Kapitel 1616) und
5. das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Kapitel 1617).

Überblick zum Kapitel 1611	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	15	15	-		48
Übrige Einnahmen	-	-	-		831
Gesamteinnahmen	15	15	-		879
Ausgaben					
Personalausgaben	32 880	30 257	+2 623	405	29 058
Sächliche Verwaltungsausgaben	24 127	7 675	+16 452	85	7 751
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	7 227	2 430	+4 797		3 050
Besondere Finanzierungsausgaben	-11 335	-8 000	-3 335		-
Gesamtausgaben	52 899	32 362	+20 537	490	39 859
davon flexibilisiert	35 430	6 357	+29 073	409	5 853
davon nicht flexibilisiert	17 469	26 005	-8 536	81	34 006
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung	2 440 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu	610 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu	610 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu	610 T€				
im Haushaltsjahr 2018 bis zu	610 T€				

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Übrige Einnahmen

282 08 -061	Einnahmen aus Prämienzahlungen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: **Kap. 1612 flexibilisierter Bereich und Kap. 1617 flexibilisierter Bereich.**

Erläuterungen:

Die Höhe der Prämienzahlung richtet sich nach der Leitlinie für die Gewährung einer Einmalprämie im Zusammenhang mit der Flächenoptimierung dienstlich genutzter Liegenschaften durch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben. Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben hat für die Prämienzahlungen Vorsorge in ihrem Wirtschaftsplan getroffen.

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1227 Tit. 282 08	-	-
Kap. 1601 Tit. 282 08	-	-
Zusammen	-	-

282 09 -011	Einnahmen aus Sponsoring, Spenden und ähnlichen freiwilligen Geldleistungen	-	-	250

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind wegen rechtsverbindlicher Verwendungsauflage Dritter zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 547 09.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1601 Tit. 282 09	-	250

381 07 -890	Leistungen von Bundesbehörden zur Durchführung von ressortübergreifenden Aufgaben	-	-	(-)

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind wegen verbindlicher Vereinbarung mit anderen Bundesbehörden (EfA) zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Epl. 16.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1602 Tit. 381 07	-	(-)

1611 Zentral veranschlagte Verwaltungseinnahmen und -ausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Titelgruppe 57			
Tgr. 57	Versorgung der Beamtinnen und Beamten sowie der Richterinnen und Richter	(15)	(15)	
119 57 -018	Vermischte Einnahmen	15	15	48

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1667 Tit. 119 57	15	48

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
232 57 -018	Beteiligung an den Versorgungslasten des Bundes	-	-	581

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: **Tgr. 57.**

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1667 Tit. 232 57	-	581

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.

Ausgenommen ist Tgr. 57.

Sächliche Verwaltungsausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
529 01 -011	Außergewöhnlicher Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	36	35	22

Haushaltsvermerk:

Die Erläuterungen sind verbindlich.

Erläuterungen:

Bezeichnung	€
1. Zur Verfügung der Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit...	32 000
2. Für sonstigen Aufwand im Ministerium.......................................	4 000
Zusammen..	36 000

Aus dem Mittelansatz dürfen auch Ausgaben für die Bewirtung mit Erfrischungen bei Besprechungen aus besonderem Anlass geleistet werden.

Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Aus den Belegen muss Anlass, Funktion und Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer (Begünstigte) erkennbar sein.

Eine Auszahlung ohne Beleg ist nicht zulässig.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 529 01

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1601 Tit. 529 01	35	22

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
542 01 -013	Öffentlichkeitsarbeit	159	159	144

Haushaltsvermerk:

1. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Werbe- und Informationsmaterialien gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.
2. Ausgaben dürfen auch für Porto, Verpackung und Versand von Veröffentlichungen geleistet werden.

Erläuterungen:

Öffentlichkeitsarbeit umfasst folgende Bereiche:

1. Öffentlichkeitsarbeit aller Art in Schrift, Bild, Ton und Wort,
1.1 Sachbroschüren, Fach- und Informationsdienste, Dokumentationen,
1.2 Filme und Bildreihen,
1.3 Diskussionsveranstaltungen: einschließlich Bewirtung mit alkoholfreien Getränken bei der Betreuung von Besuchergruppen im und außerhalb des BMUB,
1.4 Informationsgespräche und -reisen mit Journalistinnen und Journalisten sowie Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens (Multiplikatoren).
2. Sonstige PR-Maßnahmen.

Im Einzelplan 16 sind außerdem folgende Maßnahmen für Öffentlichkeitsarbeit und Fachinformationen veranschlagt:

Bezeichnung	1 000 €
Öffentlichkeitsarbeit	
1615 - 542 01..	60
1616 - 542 21..	1 670
Fachinformationen	
1611 - 543 01..	7 090
1611 - 545 01..	428

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1601 Tit. 542 01	159	144

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
547 09 -011	Ausgaben für Vorhaben, die aus Spenden, Sponsoring und ähnlichen freiwilligen Geldleistungen finanziert werden	-	- *81*	272

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 282 09.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1601 Tit. 547 09	-	272

1611 Zentral veranschlagte Verwaltungseinnahmen und -ausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)			
688 06 -011	Zahlungsverpflichtungen aus Verstößen gegen EU-Recht	-	-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1601 Tit. 688 06	-	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
	Besondere Finanzierungsausgaben			
972 02 -880	Globale Minderausgabe	-11 335	-8 000	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1601 Tit. 972 02	-8 000	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
981 07 -890	Leistungen an Bundesbehörden zur Durchführung von ressortübergreifenden Aufgaben	-	-	(-)

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Epl. 16.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1602 Tit. 981 07	-	(-)

Titelgruppe 57

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
Tgr. 57	Versorgung der Beamtinnen und Beamten sowie der Richterinnen und Richter	(28 609)	(26 747)	

Haushaltsvermerk:

1. **Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.**
2. **Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 232 57.**

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
431 57 -018	Versorgungsbezüge der Bundesminister und der Parlamentarischen Staatssekretärinnen und der Parlamentarischen Staatssekretäre, sonstiger Amtsträger und deren Hinterbliebenen	269	350	249

Erläuterungen:

Aus dem Titel werden auch Übergangsgelder für ehemalige Mitglieder der Bundesregierung (§ 14 Bundesministergesetz) und für ehemalige Parlamentarische Staatssekretärinnen und Parlamentarische Staatssekretäre (§ 6 ParlStG) gewährt.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 431 57 (Titelgruppe 57)

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1667 Tit. 431 57	350	249

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
432 57 -018	Versorgungsbezüge	23 600	22 067	21 621

Erläuterungen:

Aus dem Titel werden auch die Bezüge der in den einstweiligen Ruhestand versetzten Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter vom Ersten des auf den Beginn des einstweiligen Ruhestandes folgenden Monats an gewährt.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1667 Tit. 432 57	22 067	21 621

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
434 57 -018	Zuführung an die Versorgungsrücklage	830	600	655

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1667 Tit. 434 57	600	655

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
443 57 -018	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen einschließlich Inanspruchnahme von besonderen Fachdiensten/-kräften	-	-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1667 Tit. 443 57	-	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
446 57 -018	Beihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften	3 360	3 400	2 891

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1667 Tit. 446 57	3 400	2 891

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
453 57 -018	Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen	-	-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1667 Tit. 453 57	-	-

1611 Zentral veranschlagte Verwaltungseinnahmen und -ausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 57

632 57 -018	Erstattungen des Bundes für Versorgungslasten	550	330	1 432

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1667 Tit. 632 57	330	1 432

Flexibilisierte Ausgaben

Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG

	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3...	11 498	5 940 *405*	5 260
Aus Hauptgruppe 5..	23 932	417 *4*	593
Zusammen..	35 430	6 357 *409*	5 853

F *424 01* *-011*	*Zuführung an die Versorgungsrücklage*	*965*	*419*	*502*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1601 Tit. 424 01	*419*	*502*

F *441 01* *-840*	*Beihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften*	*3 222*	*3 200*	*2 907*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1601 Tit. 441 01	*3 200*	*2 907*

F *443 01* *-840*	*Fürsorgeleistungen und Unterstützungen einschließlich Inanspruchnahme von besonderen Fachdiensten/-kräften*	*443*	*31*	*42*

Erläuterungen:

Ausgaben dürfen auch im Rahmen des betrieblichen Gesundheitsmanagements geleistet werden.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1601 Tit. 443 01	*31*	*42*
Kap. 1601 Tit. 443 02	*445*	*388*
Zusammen	*476*	*430*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F **452 02** *-223*	*Unfallkasse des Bundes*	*191*	*190*	*191*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1601 Tit. 452 02	190	191

F **526 01** *-011*	*Gerichts- und ähnliche Kosten*	*620*	*17*	*13*

Erläuterungen:

Für Ausgaben der nachfolgenden Behörden:

Bezeichnung	1 000 €
1. BMUB	17
2. UBA	354
3. BfE	1
4. BfS	204
5. BBR	44
Zusammen	620

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1227 Tit. 526 01	44	8
Kap. 1601 Tit. 526 01	17	13
Kap. 1605 Tit. 526 01	418	71
Kap. 1607 Tit. 526 01	204	204
Zusammen	683	296

F 526 02 *-332*	*Sachverständige, Ausgaben für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen*	*15 583*	*1 029*	*949*

Verpflichtungsermächtigung .... 2 440 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 610 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 610 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu .... 610 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu .... 610 T€

Erläuterungen:

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Für Ausgaben der nachfolgenden Behörden:

Bezeichnung	1 000 €
1. BMUB	1 915
2. UBA	3 339
3. BfN	735
4. BfE	50
5. BfS	39
6. BBR	9 505
Zusammen	15 583

1611 Zentral veranschlagte Verwaltungseinnahmen und -ausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 526 02

Die Ausgaben umfassen neben den Kosten für die Beratungstätigkeit auch die Kosten für die Entsendung von Mitgliedern und Sachverständigen zu wissenschaftlichen Tagungen, Sitzungen und Besprechungen, die Kosten für Fachliteratur sowie sonstige Kosten. Ausgaben dürfen auch für Sitzungsvergütungen und Reisekosten für Sachverständige, die Drucklegung von Gutachten und ihren Ankauf, die Vorbereitung von Sitzungen durch Beschaffung von Materialien und anderen Unterlagen sowie die Bewirtschaftung mit Erfrischungsgetränken bei Sitzungen geleistet werden.

Zu 1.: Geschäftsstellen, Sachverständige, Ausschüssse und Fachbeiräte im Bereich des BMUB

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Geschäftsstelle der Kommission für Anlagensicherheit (KAS).....	*660*
2. Geschäftsstelle des Umweltgutachterausschusses und Aufwendungen im Widerspruchsverfahren...	*390*
3. Kommission Bewertung wassergefährdender Stoffe...................	*3*
4. Wissenschaftlicher Arbeitskreis "Klimawandel und Auswirkungen in der Wasserwirtschaft"...	*2*
5. Kommission für Anlagensicherheit...	*48*
6. Beirat für Umwelt und Sport...	*2*
7. Unabhängige Sachverständigen-Kommission nach § 6 Abs. 5 des Ausführungsgesetzes zum Umweltschutzprotokoll zum Antarktisvertrag...	*6*
8. Fachbeirat "Bodenuntersuchungen"..	*19*
9. Expertengremium "Folgen von Schadstoffunfällen".....................	*4*
10. Ausschuss für Rohrfernleitungsanlagen......................................	*5*
11. Beratender Ausschuss (TALA) nach der Technischen Anleitung zur Reinhaltung der Luft (TA-Luft)..	*7*
12. Beratender Expertenkreis für Human-Biomonitoring...................	*6*
13. Arbeitskreise und Projektgruppen für andere Aufgaben..............	*4*
14. Reaktorsicherheitskommission..	*307*
15. Strahlenschutzkommission..	*343*
16. Entsorgungskommission..	*100*
17. Sonstige Ausgaben für Sachverständige.....................................	*9*
Zusammen..	*1 915*

Zu 2.: Sachverständige, Ausschüsse und Fachbeiräte des Umweltbundesamtes

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Entwesungskommission gem. § 18 Infektionsschutzgesetz.........	*2*
2. Kommission "Innenraumlufthygiene"...	*10*
3. Kommission "Aufbereitung und Desinfektion von Schwimmbadewasser"..	*14*
4. Trinkwasserkommission mit 3 Arbeitsgruppen.............................	*16*
5. Kommission "Humanbiomonitoring" mit 5 Arbeitsgruppen...........	*12*
6. Kommission Bodenschutz mit 6 Arbeitsgruppen.........................	*6*
7. Kommission Landwirtschaft...	*10*
8. Jury Umweltzeichen...	*22*
9. Honorare für die 7 Sachverständigen (SRU)...............................	*207*
10. Übersetzungen..	*110*
11. Fachgespräche und Seminare zur Unterstützung im Forschungs- und Entwicklungsbereich...	*110*
12. Gutachten und Studien..	*535*
13. Inanspruchnahme von externem Sachverstand und Untersuchungen im Rahmen gesetzlicher Vollzugsaufgaben..................	*915*
14. Emissionshandel..	*496*
15. Klimaschutz..	*818*
16. Analytische Laboruntersuchungen..	*56*
Zusammen..	*3 339*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 526 02

Zu 3.: Sachverständige, Ausschüsse und Fachbeiräte des Bundesamtes für Naturschutz

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Beirat und Arbeitsausschuss für die Durchführung von Aufgaben aus dem Washingtoner Artenschutzübereinkommen	*5*
2. Sonstige Ausgaben für Sachverständige	*730*
Zusammen	*735*

Zu 5.: Sachverständige, Ausschüsse und Fachbeiräte des Bundesamtes für Strahlenschutz

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Kommission "Nichtionisierende Strahlen"	*2*
2. Kerntechnischer Ausschuss	*3*
3. Sonstige Ausgaben für Sachverständige	*34*
Zusammen	*39*

Zu 6.: Sachverständige, Ausschüsse und Fachbeiräte des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Für den wissenschaftlichen Beirat des Bundesinstituts für Bau- Stadt- und Raumforschung	*10*
2. Deckung von bestehenden Verpflichtungen aus den mit Inlands- und Auslandsarchitekten sowie Spezialingenieuren geschlossenen Verträgen für die Durchführung der Inlands- und Auslandsbauvorhaben einschl. Sonderbaumaßnahmen, Kosten von Gutachten	*9 495*
Planungskosten für neue Baumaßnahmen, mit Ausnahme der militärischen Baumaßnahmen, werden bis zur haushaltsmäßigen Anerkennung nach § 24 BHO im jeweiligen Bedarfsträgerressort bei Tit. 539 99 - Vermischte Verwaltungsausgaben - und danach bei dem entsprechenden Titel der Baumaßnahme veranschlagt.	
Zusammen	*9 505*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1225 Tit. 526 32	*-*	*-*
Kap. 1227 Tit. 526 02	*10 217*	*7 200*
Kap. 1227 Tit. 526 03	*10*	*2*
Kap. 1601 Tit. 526 02	*9*	*31*
Kap. 1602 Tit. 526 02	*1 029*	*949*
Kap. 1602 Tit. 526 03	*127*	*76*
Kap. 1604 Tit. 526 03	*750*	*727*
Kap. 1605 Tit. 526 02	*3 140*	*2 418*
Kap. 1605 Tit. 526 03	*299*	*255*
Kap. 1606 Tit. 526 02	*730*	*211*
Kap. 1606 Tit. 526 03	*5*	*-*
Kap. 1607 Tit. 526 02	*34*	*46*
Kap. 1607 Tit. 526 03	*5*	*-*
Zusammen	*16 355*	*11 915*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F **527 03** -011	*Reisen in Angelegenheiten der Personalvertretungen und der Gleichstellungsbeauftragten sowie in Vertretung der Interessen schwerbehinderter Menschen*	*211*	*210*	*246*

Erläuterungen:

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

1611 Zentral veranschlagte Verwaltungseinnahmen und -ausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 527 03

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1601 Tit. 527 03	*210*	*246*

F 543 01 *-332*	*Veröffentlichungen und Fachinformationen*	*7 090*	*6 035*	*5 771*

Haushaltsvermerk:

1. ***Mehrausgaben zu Nr. 2, dort Nr. 2.2, für wissenschaftliche Veröffentlichungen dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1613 Tit. 119 01.***
2. ***Mehrausgaben zu Nr. 2, dort Nr. 2.3, für wissenschaftliche Veröffentlichungen dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1614 Tit. 119 99.***
3. ***Mehrausgaben zu Nr. 1, dort Nr. 1.5, dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1617 Tit. 119 01.***
4. *Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.*
5. *Ausgaben dürfen auch für Porto, Verpackung und Versand von Veröffentlichungen geleistet werden.*

Erläuterungen:

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Für Ausgaben der nachfolgenden Behörden:

	Bezeichnung	*1 000 €*
1.	*BMUB*	*6 035*
1.1	*Aufklärungsmaßnahmen/Informationsreihen und -materialien sowie Fachveröffentlichungen zu verschiedenen aktuellen Umweltthemen*	*3 300*
1.2	*Herstellung und Einsatz von audiovisuellen Medien sowie von Anwendungen für mobile Endgeräte*	*120*
1.3	*Informationsarbeit im internationalen Bereich zu globalen Umweltthemen*	*700*
1.4	*Ausstellungen, Wettbewerbe, Aktionen*	*1 000*
1.5	*Internet/Soziale Medien*	*915*
2.	*UBA*	*409*
2.1	*Publikationen*	*339*
2.2	*Veröffentlichungen und Dokumentationen der DEHST einschl. Layout-, Satz- und Druckkosten sowie Übersetzungskosten für fremdsprachliche Veröffentlichungen*	*50*
2.3	*Veröffentlichungen und Dokumentationen des SRU einschl. Layout-, Satz- und Druckkosten sowie Übersetzungskosten für fremdsprachliche Veröffentlichungen*	*20*
3.	*BfN*	*180*
4.	*BfE*	*2*
5.	*BfS*	*64*
6.	*BBR*	*400*
Zusammen		*7 090*

Zu 1.:
Aufklärung der Bevölkerung auf den Gebieten Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 543 01

Die Aufklärungsarbeit umfasst neben dem Einsatz der Massenmedien die Herausgabe von Informations- und Aufklärungsschriften sowie den Einsatz von Filmen und Infomationsveranstaltungen.

Von den Ausgaben stehen 900 T€ dem Umweltbundesamt, 190 T€ dem Bundesamt für Strahlenschutz sowie 190 T€ dem Bundesamt für Naturschutz für die unter Nr. 1 bis 4 bezeichneten Maßnahmen zur Verfügung.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1227 Tit. 543 01	*400*	*302*
Kap. 1602 Tit. 543 01	*6 035*	*5 771*
Kap. 1605 Tit. 543 01	*409*	*756*
Kap. 1606 Tit. 543 01	*110*	*192*
Kap. 1607 Tit. 543 01	*64*	*58*
Zusammen	*7 018*	*7 079*

F ***545 01*** *-331*	*Konferenzen, Tagungen, Messen und Ausstellungen*	*428*	*190*	*334*

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Werbe- und Informationsmaterialien gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

Erläuterungen:

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Für Ausgaben der nachfolgenden Behörden:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. UBA	*190*
2. BfN	*130*
3. BfE	*2*
4. BfS	*22*
5. BBR	*84*
Zusammen	*428*

1. *Für Tagungen, Lehrgänge, wissenschaftliche Symposien, Konferenzen und Beteiligungen an Ausstellungen und Fachmessen.*
2. *Austausch von Informationen, Erfahrungen, Daten und Veröffentlichungen einschließlich der hierfür notwendigen Übersetzungsarbeiten.*
3. *Reisen zu Besprechungen und Informationen zur gegenseitigen Unterstützung und Gewinnung von Erkenntnissen für die Praxis.*

   Ausgaben dürfen in begrenztem Umfang auch für die Heranziehung von Fachleuten außerhalb der Bundesverwaltung geleistet werden.

   Im Verkehr mit Staaten mit nicht frei konvertierbarer Währung können auf Gegenseitigkeit Übernachtungs- und Bewirtungskosten gezahlt werden.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1227 Tit. 545 01	*84*	*90*
Kap. 1605 Tit. 545 01	*190*	*334*
Kap. 1606 Tit. 545 01	*100*	*93*
Kap. 1607 Tit. 545 01	*22*	*3*
Zusammen	*396*	*520*

1611 Zentral veranschlagte Verwaltungseinnahmen und -ausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F ***634 03*** *-011*	*Zuweisungen an den Versorgungsfonds*	*6 677*	*2 100*	*1 618*

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Kap. 1616 Tit. 422 31, 427 39, 428 31 und 429 31.

Erläuterungen:

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Für Ausgaben der nachfolgenden Behörden:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. BMUB	*2 887*
2. UBA	*1 400*
3. BfN	*367*
4. BfE	*231*
5. BfS	*812*
6. BBR	*980*
Zusammen	*6 677*

Weitere Ausgaben sind bei Kap. 1616 Tit. 634 23 veranschlagt.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1227 Tit. 634 03	*860*	*735*
Kap. 1601 Tit. 634 03	*2 100*	*1 618*
Kap. 1605 Tit. 634 03	*1 006*	*1 166*
Kap. 1606 Tit. 634 03	*299*	*185*
Kap. 1607 Tit. 634 03	*625*	*611*
Kap. 1607 Tit. 634 43	*-*	*-*
Zusammen	*4 890*	*4 315*

Vorbemerkung

Wesentliche finanzwirksame Schwerpunkte des Kapitels

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit ist insbesondere zuständig für die Bereiche Umweltschutz, Naturschutz, Klimaschutz, gesundheitliche Belange des Umweltschutzes, die Sicherheit kerntechnischer Einrichtungen und Strahlenschutz sowie Wohnungswesen und Städtebau, Hochbau- und Förderungsmaßnahmen in Berlin und Bonn.

Das Bundesumweltministerium gliedert sich in acht Abteilungen:

1. Abteilung Z (Zentralabteilung, Finanzierungsinstrumente, Strukturfonds),
2. Abteilung G (Grundsatzangelegenheiten der Umwelt, Bau und Stadtentwick-lungspolitik),
3. Abteilung KI (Klimaschutzpolitik, Europa und Internationales),
4. Abteilung RS (Sicherheit kerntechnischer Einrichtungen, Strahlenschutz, nuk-leare Ver- und Entsorgung),
5. Abteilung WR (Wasserwirtschaft, Ressourcenschutz),
6. Abteilung IG (Umwelt und Gesundheit, Immissionsschutz, Anlagensicherheit und Verkehr, Chemikaliensicherheit),
7. Abteilung N (Naturschutz und nachhaltige Naturnutzung),
8. Abteilung SW (Stadtentwicklung, Wohnen, Öffentliches Baurecht),
9. Abteilung B (Bauwesen, Bauwirtschaft und Bundesbau).

Überblick zum Kapitel 1612	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	12	12	-		4
Gesamteinnahmen	12	12	-		4
Ausgaben					
Personalausgaben	60 430	58 373	+2 057	6 313	52 145
Sächliche Verwaltungsausgaben	32 067	29 378	+2 689	1 287	15 943
Ausgaben für Investitionen	1 082	4 708	-3 626	12 024	1 633
Besondere Finanzierungsausgaben	-	-	-		-
Gesamtausgaben	93 579	92 459	+1 120	19 624	69 721
davon flexibilisiert	74 759	76 331	-1 572	19 624	69 645
davon nicht flexibilisiert	18 820	16 128	+2 692		76

1612 Bundesministerium

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

119 99 -011	Vermischte Einnahmen	10	10	1

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1601 Tit. 119 99	10	1

124 01 -011	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	2	2	2

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 4 BHO in Verbindung mit § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass folgendes Grundstück den genannten Nutznießern für die Dauer und den Umfang des Bedarfs unentgeltlich überlassen wird:

- Bonn, Robert-Schuman-Platz 3 (Teilfläche)
- Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost (BAnstPT),
- Museumsstiftung Post und Telekommunikation (MusStiftPT)
- Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB)

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1601 Tit. 124 01	2	2

132 01 -011	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	-	-	1

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1601 Tit. 132 01	-	1

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

1. Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.
2. Mehrausgaben bei folgenden Titeln: **Kap. 1612 flexibilisierter Bereich** dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1611 Tit. 282 08.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Sächliche Verwaltungsausgaben			
518 02 -011	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	18 820	16 001	-

Haushaltsvermerk:

Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1601 Tit. 518 02	16 001	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Besondere Finanzierungsausgaben			
981 01 -890	Leistungen an Bundesbehörden zur Durchführung von Aufträgen	-	-	(2 467)

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Kap. 1601 Tit. 533 02, 544 01, **Kap. 1602 Tit. 532 05, 686 05,** Kap. 1604 Tit. 544 01, **Kap. 1605 Tit. 532 05 und 544 01.**

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1602 Tit. 981 01	-	(2 467)
Kap. 1604 Tit. 981 01	-	(-)
Zusammen	-	2 467

1612 Bundesministerium

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Flexibilisierte Ausgaben

Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG

	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
Aus Hauptgruppe 4	60 430	58 373 *6 313*	52 145
Aus Hauptgruppe 5	13 247	13 250 *1 287*	15 867
Aus Hauptgruppe 7	-	3 620 *10 889*	103
Aus Hauptgruppe 8	1 082	1 088 *1 135*	1 530
Zusammen	74 759	76 331 *19 624*	69 645

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***421 01*** *-011*	*Bezüge der Bundesministerin, der Parlamentarischen Staatssekretärin und des Parlamentarischen Staatssekretärs*	*443*	*440*	*440*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1601 Tit. 421 01	*440*	*440*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***422 01*** *-011*	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*37 457*	*35 110*	*29 724*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1601 Tit. 422 01	*35 110*	*29 724*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***427 09*** *-011*	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*2 302*	*2 284*	*3 608*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1601 Tit. 427 09	*2 284*	*3 608*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***428 01*** *-011*	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*20 068*	*19 934*	*17 752*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1601 Tit. 428 01	*19 934*	*17 752*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F ***453 01*** *-011*	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	*160*	*160*	*233*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1601 Tit. 453 01	*160*	*233*

F ***511 01*** *-011*	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände, Software, Wartung*	*2 622*	*1 696*	*1 606*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1601 Tit. 511 01	*1 696*	*1 606*
Kap. 1601 Tit. 511 55	*926*	*1 059*
Zusammen	*2 622*	*2 665*

F ***514 01*** *-011*	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*	*131*	*131*	*113*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*Soll 2014*	*Soll 2013*
personengebundene Pkw...	*5*	*5*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1601 Tit. 514 01	*131*	*113*

F ***517 01*** *-011*	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	*3 674*	*3 684*	*3 353*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1601 Tit. 517 01	*3 684*	*3 353*

F ***518 01*** *-011*	*Mieten und Pachten*	*488*	*483*	*1 639*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1601 Tit. 518 01	*483*	*1 639*
Kap. 1601 Tit. 518 55	*5*	*-*
Zusammen	*488*	*1 639*

1612 Bundesministerium

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F **519 01** -011	*Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen*	*959*	*959*	*1 205*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1601 Tit. 519 01	959	1 205

F **525 01** -011	*Aus- und Fortbildung*	*216*	*170*	*265*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1601 Tit. 525 01	170	265
Kap. 1601 Tit. 525 55	46	32
Zusammen	216	297

F **527 01** -011	*Dienstreisen*	*2 950*	*2 950*	*2 753*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1601 Tit. 527 01	2 950	2 753

F **532 01** -011	*Aufträge und Dienstleistungen im Bereich Informationstechnik*	*1 975*	*1 975*	*3 291*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1601 Tit. 532 55	1 975	3 291

F **539 99** -011	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*232*	*211*	*520*

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Abgeltung von Ansprüchen nach dem Urheberrecht	90
2. Maßnahmen nach dem Bundesgleichstellungsgesetz	122
3. Förderung des Vorschlagswesens	5
4. Maßnahmen zur Klimaneutralisierung von Veranstaltungen im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit	-
5. Sonstiges	15
Zusammen	232

Zu 1.:
Abgeltung von Vergütungsansprüchen u. a. nach § 49 Abs. 1 Satz 2 des Urhebergesetzes für Veröffentlichungen urheberrechtlich geschützter Werke in Pressespiegeln.

Zu 2.:
Aufwendungen für Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie, insbesondere Kinderbetreuung.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 539 99

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1601 Tit. 531 01	*-*	*-*
Kap. 1601 Tit. 539 99	*211*	*520*
Kap. 1601 Tit. 546 88	*5*	*-*
Zusammen	*216*	*520*

F ***711 01*** *-011*	*Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten*	-	-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1601 Tit. 711 01	*-*	*-*

F ***712 01*** *-011*	*Baumaßnahmen von mehr als 2 000 000 € im Einzelfall*	-	*3 620*	*103*

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen *(davon neue Maßnahmen in Fettdruck)*	*Gesamtausgaben des Bundes 1 000 €*	*Verausgabt bis 2012 1 000 €*	*Bewilligt 2013 1 000 €*	*Nach 2013 übertragene Ausgabereste 1 000 €*	*Veranschlagt 2014 1 000 €*	*Vorbehalten für 2015 ff 1 000 €*
1	*2*	*3*	*4*	*5*	*6*	*7*
1. Brandschutzsanierung des Dienstgebäudes Robert-Schuman-Platz 3	*12 128*	*809*	*2 690*	*8 629*		
2. Dachsanierung und Einbau einer Photovoltaikanlage im Dienstgebäude Robert-Schuman-Platz 3	*3 190*	*-*	*930*	*2 260*		
Zusammen	*15 318*	*809*	*3 620*	*10 889*	*-*	*-*

Zu 2.: Beinhaltet nur das bei Kap. 1601 veranschlagte Soll; Gesamtausgaben des Bundes einschließlich der aus dem Jahr 2007 aus Kap. 1227 Tit. 720 11 (Energieeinsparprogramm Bundesliegenschaften) bereitgestellten Mittel: 5 648 T€.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1601 Tit. 712 01	*3 620*	*103*

F ***811 01*** *-011*	*Erwerb von Fahrzeugen*	-	*27*	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1601 Tit. 811 01	*27*	*-*

F ***812 01*** *-011*	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)*	*442*	*421*	*624*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1601 Tit. 812 01	*421*	*624*

1612 Bundesministerium

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F ***812 02*** *-011*	*Erwerb von Anlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Software im Bereich Informationstechnik*	*640*	*640*	*906*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Erstbeschaffung	
1.1 Software	*15*
2. Ersatzbeschaffung	
2.1 Hardware	*625*
Zusammen	*640*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1601 Tit. 812 55	*640*	*906*

Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel

F *422 02* *-011*	*Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte*		*-*	*-*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1601 Tit. 422 02	*-*	*-*

F *443 02* *-840*	*Inanspruchnahme überbetrieblicher betriebsärztlicher und sicherheitstechnischer Dienste, von Betriebsärztinnen und Betriebsärzten sowie Fachkräften für Arbeitssicherheit*		*445*	*388*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1601 Tit. 443 02	*445*	*388*

F *511 55* *-011*	*Geschäftsbedarf und Datenübertragung sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Software, Wartung*		*926*	*1 059*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1601 Tit. 511 55	*926*	*1 059*

F *518 55* *-011*	*Miete für Datenverarbeitungsanlagen, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Maschinen, Software*		*5*	*-*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1601 Tit. 518 55	*5*	*-*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 525 55 -011	*Aus- und Fortbildung*		*46*	*32*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1601 Tit. 525 55	*46*	*32*

F 526 02 -011	*Sachverständige*		*9*	*31*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1601 Tit. 526 02	*9*	*31*

526 03 -332	Ausgaben für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen		127	76

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1602 Tit. 526 03	127	76

F 531 01 -332	*Maßnahmen zur Klimaneutralisierung von Veranstaltungen im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit*		*-*	*-*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1601 Tit. 531 01	*-*	*-*

F 546 88 -012	*Förderung des Vorschlagwesens*		*5*	*-*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1601 Tit. 546 88	*5*	*-*

Vorbemerkung

Das Umweltbundesamt (UBA) ist aufgrund des Gesetzes über die Errichtung eines Umweltbundesamtes vom 22. Juli 1974 (BGBl. I S. 1505) zuletzt geändert durch Gesetz vom 2. Mai 1996 (BGBl. I S. 660) als Bundesoberbehörde errichtet worden. Es ist gegliedert in die Fachbereiche:

I Umweltplanung und Nachhaltigkeitsstrategien,

II Gesundheitlicher Umweltschutz, Schutz der Ökosysteme,

III Nachhaltige Produktion und Produkte, Kreislaufwirtschaft,

IV Chemikaliensicherheit,

E Emissionshandel - Deutsche Emissionshandelsstelle,

ZB Zentralbereich.

Zu den Aufgaben des Amtes gehören insbesondere:

1. Wissenschaftliche Unterstützung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit bei der Entwicklung von Nachhaltigkeitsstrategien, in allen Angelegenheiten des Immissions-, Boden- und Klimaschutzes, der Abfall-, Energie- und Wasserwirtschaft sowie der nachhaltigen Mobilität, des Lärmschutzes, der gesundheitlichen Belange des Umweltschutzes, der Chemikaliensicherheit, insbesondere bei der Erarbeitung von Rechts- und Verwaltungsvorschriften, bei der Erforschung und Entwicklung von Grundlagen für geeignete Maßnahmen sowie bei der Prüfung und Untersuchung von Verfahren und Einrichtungen;
2. Aufbau und Führung des Informationssystems zur Umweltplanung sowie einer zentralen Umweltdokumentation, Messung der großräumigen Luftbelastung, Aufklärung der Öffentlichkeit in Umweltfragen, Bereitstellung zentraler Dienste und Hilfen für die Ressortforschung und die Koordinierung der Umweltforschung des Bundes, Unterstützung bei der Prüfung der Umweltverträglichkeit von Maßnahmen des Bundes.
3. Vollzugsaufgaben nach dem Chemikaliengesetz, Pflanzenschutzgesetz (Einnahmen bei Kapitel 1017 Titel 111 01), EG-Reach-Verordnung, Arzneimittelgesetz (Einnahmen bei Kapitel 1017 Titel 111 01 und Einnahmen bei Kapitel 1510 Titel 111 01), Biozidgesetz, Wasch- und Reinigungsmittelgesetz, Infektionsschutzgesetz, Wasserhaushaltsgesetz, Baseler Übereinkommen, Antarktis-Umweltschutz-Ausführungsgesetz, FCKW-Halon-Verbotsverordnung, Internationales Übereinkommen über den Schutz der Meeresumwelt, Gesetz zur Umsetzung des NOx-Protokolls, Gefahrgutbeförderungsgesetz und Seeaufgabengesetz, EG-CLP-Verordnung zu Einstufung und Kennzeichnung, Treibhausgas-Emissionshandelsgesetz und Zuteilungsverordnung 2020 (ZuV 2020), Herkunftsnachweisregister für Erneuerbare Energien und Vollzug des Seeaufgabengesetzes (Ballastwasser).
4. Wissenschaftliche Forschung auf den unter 1., 2. und 3. genannten Gebieten.

Das UBA hat seinen Sitz in Dessau-Roßlau. Der Dienstsitz der Deutschen Emissionshandelsstelle ist Berlin.

Die Vorbemerkung wird bis zum Inkrafttreten des Haushalts noch überarbeitet.

Überblick zum Kapitel 1613	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	2 190	1 356	+834		-5 760
Übrige Einnahmen	15	15	-		116
Gesamteinnahmen	2 205	1 371	+834		-5 644
Ausgaben					
Personalausgaben	72 185	69 981	+2 204	11 736	71 039
Sächliche Verwaltungsausgaben	34 797	36 743	-1 946	8 332	37 388
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	30	1 030	-1 000		1 187
Ausgaben für Investitionen	3 494	2 172	+1 322	15 039	5 394
Besondere Finanzierungsausgaben	-	-	-		-
Gesamtausgaben	110 506	109 926	+580	35 107	115 008
davon flexibilisiert	100 589	100 780	-191	33 969	104 053
davon nicht flexibilisiert	9 917	9 146	+771	1 138	10 955
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung	2 258 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu	445 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu	373 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu	1 440 T€				

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

111 01 -331	Gebühren, sonstige Entgelte	1 667	933	-7 230

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Gebühren und Entgelte im Rahmen gesetzlicher Vollzugsaufgaben	
1.1 Abfallverbringungsgesetz	130
1.2 Durchführung der Fach- und Rechtsaufsicht aufgrund des Vollzugs des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes	165
1.3 Vollzug von Ordnungswidrigkeiten nach dem Elektro- und Elektronikgerätegesetz (OWiG ElektroG)	20
1.4 Wasch- und Reinigungsmittel	-
1.5 Umweltschutzprotokoll-Ausführungsgesetz zum Antarktisvertrag	15
1.6 Gebühren und sonstige Entgelte der Deutschen Emissionshandelsstelle	15
1.7 Herkunftsnachweisregister (HKNR)	1 026
1.8 Vollzug Trinkwasserverordnung	296
Zusammen	1 667

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1605 Tit. 111 01	933	-7 230

112 01 -331	Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten	500	400	220

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Einnahmen aus Bußgeldbescheiden nach dem Elektro- und Elektronikgerätegesetz und Batteriegesetz	400
2. Einnahmen nach § 30 Abs. 1 TEHG	-
3. Herkunftsnachweisregister	100
Zusammen	500

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1605 Tit. 112 01	400	220

119 01 -331	Einnahmen aus Veröffentlichungen	4	4	4

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen zu Nr. 1 der Erläuterungen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: **Kap. 1611 Tit. 543 01** für wissenschaftliche Veröffentlichungen

1613 Umweltbundesamt

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 119 01

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Einnahmen für wissenschaftliche Veröffentlichungen des Umweltbundesamtes	4
2. Einnahmen für Veröffentlichungen des Sachverständigenrates für Umweltfragen (SRU)	-
Zusammen	4

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1605 Tit. 119 01	4	4

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
119 99 -331	Vermischte Einnahmen	-	-	1 164

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind wegen rechtsverbindlicher Verwendungsauflage bei Aufträgen Dritter zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: **Tgr. 01.**

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1605 Tit. 119 99	-	1 164

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
124 01 -331	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	17	17	21

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1605 Tit. 124 01	17	21

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
132 01 -331	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	2	2	61

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1605 Tit. 132 01	2	61

Übrige Einnahmen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
261 01 -331	Erstattungen von Verwaltungskosten	15	15	116

Erläuterungen:

Gemeinkosten bei den Arbeiten im Auftrag Dritter.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1605 Tit. 261 01	15	116

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
381 01 -890	Leistungen von Bundesbehörden zur Durchführung von Aufträgen	-	-	(908)

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind wegen verbindlicher Vereinbarung mit anderen Bundesbehörden zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: **Tgr. 01.**

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1605 Tit. 381 01	-	(908)

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.

In die Flexibilisierung einbezogen ist auch Tit. 547 01.

Ausgenommen ist **Tgr. 01.**

Sächliche Verwaltungsausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
518 02 -331	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	9 917	9 122	8 690

Haushaltsvermerk:

Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1605 Tit. 518 02	9 122	8 690

Besondere Finanzierungsausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
981 01 -890	Leistungen an Bundesbehörden zur Durchführung von Aufträgen	-		

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: 532 02.

Titelgruppe 01

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Tgr. 01	Durchführung von Aufträgen anderer Bundesbehörden und Dritter	(-)	(-) *(1 138)*	

Haushaltsvermerk:

1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: 119 99 und 381 01.

1613 Umweltbundesamt

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu Titelgruppe 01			
	Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.			
	2. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.			
427 19 -331	Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige	-	-	1 368
428 11 -331	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	-	-	-
459 19 -331	Vermischte Personalausgaben	-	-	-
547 11 -331	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	-	- *1 138*	876
812 11 -331	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)	-	-	-

Erläuterungen zu 427 19:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1605 Tit. 427 29	-	1 368

Erläuterungen zu 428 11:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1605 Tit. 428 21	-	-

Erläuterungen zu 459 19:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1605 Tit. 459 29	-	-

Erläuterungen zu 547 11:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1605 Tit. 547 21	-	876

Erläuterungen zu 812 11:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1605 Tit. 812 21	-	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Flexibilisierte Ausgaben

Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG

	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3	72 185	70 987 *11 736*	70 837
Aus Hauptgruppe 5	24 880	27 621 *7 194*	27 822
Aus Hauptgruppe 6 ohne Titel 634 .3	30	-	-
Aus Hauptgruppe 7	-	- *12 936*	2 396
Aus Hauptgruppe 8	3 494	2 172 *2 103*	2 998
Zusammen	100 589	100 780 *33 969*	104 053

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***422 01*** *-331*	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*18 895*	*18 401*	*15 728*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1605 Tit. 422 01	*18 401*	*15 728*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***427 09*** *-331*	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*4 914*	*4 875*	*17 545*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1605 Tit. 427 09	*4 875*	*17 545*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***428 01*** *-331*	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*48 116*	*46 445*	*36 172*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1605 Tit. 428 01	*46 445*	*36 172*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***453 01*** *-331*	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	*260*	*260*	*226*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1605 Tit. 453 01	*260*	*226*

1613 Umweltbundesamt

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F **511 01** -331	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände, Software, Wartung*	*5 143*	*3 187*	*3 179*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1605 Tit. 511 01	*3 187*	*3 179*
Kap. 1605 Tit. 511 55	*1 644*	*2 133*
Zusammen	*4 831*	*5 312*

F **514 01** -331	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*	*130*	*130*	*95*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1605 Tit. 514 01	*130*	*95*

F **517 01** -331	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	*4 471*	*4 157*	*4 663*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1605 Tit. 517 01	*4 157*	*4 663*

F **518 01** -331	*Mieten und Pachten*	*975*	*234*	*101*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1605 Tit. 518 01	*234*	*101*
Kap. 1605 Tit. 518 55	*783*	*636*
Zusammen	*1 017*	*737*

F **519 01** -331	*Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen*	*600*	*600*	*1 000*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1605 Tit. 519 01	*600*	*1 000*

F **525 01** -331	*Aus- und Fortbildung*	*799*	*600*	*413*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1605 Tit. 525 01	*600*	*413*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 525 01

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1605 Tit. 525 55	*144*	*56*
Zusammen	*744*	*469*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F **527 01** -331	*Dienstreisen*	*2 102*	*2 072*	*1 944*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1605 Tit. 527 01	*2 072*	*1 944*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F **532 01** -331	*Aufträge und Dienstleistungen im Bereich Informationstechnik*	*2 811*	*2 728*	*2 021*

Verpflichtungsermächtigung .... 1 327 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 354 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 278 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu .... 695 T€

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1605 Tit. 532 55	*2 728*	*2 021*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F **532 02** -331	*Behördenspezifische fachbezogene Verwaltungsausgaben (ohne IT)*	*7 504*	*5 474*	*6 810*

Verpflichtungsermächtigung .... 931 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 91 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 95 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu .... 745 T€

Haushaltsvermerk:

1. ***Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 981 01.***
2. *Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Entwicklung des Informations- und Dokumentationssystems Umwelt (UMPLIS)	*3 615*
2. Betrieb des Informations- und Dokumentationssystems Umwelt (UMPLIS)	*2 642*
3. Maßnahmen zur Durchführung des Gesetzes zum Schutz gegen Fluglärm	*75*
4. Betrieb eines Messstellennetzes zur Messung der weiträumigen grenzüberschreitenden Luftverschmutzung	*1 172*
Zusammen	*7 504*

1613 Umweltbundesamt

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 532 02

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1605 Tit. 532 02	*5 474*	*6 810*
Kap. 1605 Tit. 532 06	*75*	*25*
Kap. 1605 Tit. 532 07	*1 202*	*1 031*
Zusammen	*6 751*	*7 866*

F ***539 99*** *-331*	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*345*	*325*	*211*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1605 Tit. 539 99	*325*	*211*

F ***547 01*** *-331*	*Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben*	*-*	*-*	*4*

Erläuterungen:

Zur Abrechnung von Handvorschüssen bei den Außenstellen des Umweltbundesamtes.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1605 Tit. 547 01	*-*	*4*

F 684 09 *-331*	*Mitgliedsbeiträge und sonstige Zuschüsse an Verbände, Vereine und ähnliche Institutionen geringeren Umfangs*	*30*	*24*	*21*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1605 Tit. 684 01	*24*	*21*

F ***711 01*** *-331*	*Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten*	*-*	*-*	*1 392*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1605 Tit. 711 01	*-*	*1 392*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F **712 01** -331	*Baumaßnahmen von mehr als 2 000 000 € im Einzelfall*	-	-	1 004

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen *(davon neue Maßnahmen in Fettdruck)*	Gesamtausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Nach 2013 übertragene Ausgabereste 1 000 €	Veranschlagt 2014 1 000 €	Vorbehalten für 2015 ff 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7
1. Neubau Dienstgebäude Dessau	75 451	71 326	-	4 125	-	-
2. Teilsanierung Bad Elster	3 506	3 468	-	38	-	-
Zusammen	78 957	74 794	-	4 163	-	-

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1605 Tit. 712 01	-	1 004

F **811 01** -331	*Erwerb von Fahrzeugen*	54	54	69

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
Ersatzbeschaffung	
1 Kleinbus	27,5
2 Pkw	26,5
Zusammen	54,0

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1605 Tit. 811 01	54	69

F **812 01** -331	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)*	2 389	1 016	1 749

Erläuterungen:

Einjährige Maßnahmen	1 000 €
1. Erstbeschaffung	581
2. Ersatzbeschaffung	1 620
3. Fachbereich E - Deutsche Emissionshandelsstelle	183
4. Sachverständigenrat Umwelt (SRU)	5
Zusammen	2 389

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1605 Tit. 812 01	1 016	1 749

F **812 02** -331	*Erwerb von Anlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Software im Bereich Informationstechnik*	1 051	1 102	1 180

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Erstbeschaffung	
1.1 Hardware	110
1.2 Software	145

1613 Umweltbundesamt

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 812 02

Bezeichnung	*1 000 €*
2. Ersatzbeschaffung	
2.1 Hardware	*146*
2.2 Software	*625*
3. Sonstiges	*25*
Zusammen	*1 051*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1605 Tit. 812 55	*1 102*	*1 180*

Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 422 02 -331	*Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte*		*-*	*-*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1605 Tit. 422 02	*-*	*-*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 511 55 -331	*Geschäftsbedarf und Datenübertragung sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Software, Wartung*		*1 644*	*2 133*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1605 Tit. 511 55	*1 644*	*2 133*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 518 55 -331	*Miete für Datenverarbeitungsanlagen, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Maschinen, Software*		*783*	*636*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1605 Tit. 518 55	*783*	*636*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 525 55 -331	*Aus- und Fortbildung*		*144*	*56*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1605 Tit. 525 55	*144*	*56*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 526 01 -331	*Gerichts- und ähnliche Kosten*		*418*	*71*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1605 Tit. 526 01	*418*	*71*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 526 02 -331	*Sachverständige*		*3 140*	*2 418*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1605 Tit. 526 02	*3 140*	*2 418*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 526 03 -331	*Ausgaben für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen*		*299*	*255*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1605 Tit. 526 03	*299*	*255*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 532 06 -331	*Maßnahmen zur Durchführung des Gesetzes zum Schutz gegen Fluglärm*		*75*	*25*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1605 Tit. 532 06	*75*	*25*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 532 07 -331	*Betrieb eines Messstellennetzes zur Messung der weiträumigen grenzüberschreitenden Luftverschmutzung*		*1 202*	*1 031*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1605 Tit. 532 07	*1 202*	*1 031*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 543 01 -331	*Veröffentlichung und Dokumentation*		*409*	*756*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1605 Tit. 543 01	*409*	*756*

1613 Umweltbundesamt

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 634 03 -331	*Zuweisungen an den Versorgungsfonds*		*1 006*	*1 166*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1605 Tit. 634 03	*1 006*	*1 166*

Vorbemerkung

Das Bundesamt für Naturschutz (BfN) ist mit Inkrafttreten des Errichtungsgesetzes am 15. August 1993 (BGBl. I S. 1458) als Bundesoberbehörde errichtet worden. Es wurde im Wesentlichen geschaffen durch Umwandlung der früheren Bundesforschungsanstalt für Naturschutz und Landschaftsökologie.

Das Bundesamt für Naturschutz hat seinen Sitz in Bonn.

Es hat folgende Außenstellen:

1. die Abteilung II 5 (Insel Vilm) vor Rügen,
2. die Abteilung II 4 (Natur und Landschaft in Planungen und Projekten) in Leipzig.

Es ist in folgende Organisationseinheiten gegliedert:

1. Zentral- und Fachbereich I (zentrale Aufgaben, Grundsatzangelegenheiten des Naturschutzes),
2. Fachbereich II (Schutz, Entwicklung und nachhaltige Nutzung von Natur und Landschaft).

Zu den Aufgaben des Bundesamtes gehören insbesondere:

1. Erledigung von Verwaltungsaufgaben des Bundes auf den Gebieten des Naturschutzes und der Landschaftspflege,
2. fachliche und wissenschaftliche Unterstützung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit in allen Fragen des Naturschutzes und der Landschaftspflege sowie bei der internationalen Zusammenarbeit.

Die Vorbemerkung wird bis zum Inkrafttreten des Haushalts noch überarbeitet.

Überblick zum Kapitel 1614	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	1 311	1 311	-		921
Übrige Einnahmen	10	10	-		-
Gesamteinnahmen	1 321	1 321	-		921
Ausgaben					
Personalausgaben	17 051	16 096	+955	146	15 080
Sächliche Verwaltungsausgaben	11 037	11 380	-343	6	10 279
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	21	320	-299		201
Ausgaben für Investitionen	801	601	+200		595
Besondere Finanzierungsausgaben	-	-	-		-
Gesamtausgaben	28 910	28 397	+513	152	26 155
davon flexibilisiert	26 020	21 587	+4 433	152	20 466
davon nicht flexibilisiert	2 890	6 810	-3 920		5 689
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung	4 200 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu	1 800 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu	800 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu	1 600 T€				

1614 Bundesamt für Naturschutz

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

111 01 -331	Gebühren, sonstige Entgelte	672	672	455

Haushaltsvermerk:

1. Mehreinnahmen zu Nr. 1 und 2 der Erläuterungen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: **Hgr. 4 und Hgr. 5.**
2. Mehreinnahmen zu Nr. 3 der Erläuterungen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: **532 02.**

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Gebühren und Auslagen für Amtshandlungen im Bereich des Artenschutzes aufgrund der Kostenverordnung................................	503
2. Gebühren nach der BfNKostV für Entscheidungen (Ausnahmen und Befreiungen vom marinen Arten- und Biotopschutz) in der Auschließlichen Wirtschaftszone (AWZ)..	167
3. Gebühren nach dem Umweltinformationsgesetz (UIG)..................	1
4. Gebühren nach dem Gesetz zur Regelung des Zugangs zu Informationen des Bundes..	1
Zusammen...	672

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1606 Tit. 111 01	672	455

112 01 -331	Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten	60	60	28

Erläuterungen:

Einnahmen aus Bußgeldbescheiden nach dem Bundesnaturschutzgesetz.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1606 Tit. 112 01	60	28

119 99 -331	Vermischte Einnahmen	200	200	80

Haushaltsvermerk:

1. Mehreinnahmen zu Nr. 2 der Erläuterungen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: **Kap. 1611 Tit. 543 01** und Kap. 1614 Tit. 511 01.
2. Mehreinnahmen zu Nr. 1 der Erläuterungen sind wegen rechtsverbindlicher Verwendungsauflage bei Aufträgen Dritter zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: **Tgr. 01.**

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 119 99

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Einnahmen aus Aufträgen Dritter	130
2. Sonstiges	70
Zusammen	200

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1606 Tit. 119 99	200	80

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
124 01 -331	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	211	211	214

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1606 Tit. 124 01	211	214

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
125 02 -331	Einnahmen aus dem Kantinenbetrieb der Internationalen Naturschutzakademie Insel Vilm	168	168	142

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1606 Tit. 125 02	168	142

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
132 01 -011	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	-	-	2

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1606 Tit. 132 01	-	2

Übrige Einnahmen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
261 01 -331	Erstattung von Verwaltungsausgaben	10	10	-

Erläuterungen:

Gemeinkosten bei den Arbeiten im Auftrag Dritter.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1606 Tit. 261 01	10	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
282 01 -331	Einnahmen im Rahmen der Kooperationsvereinbarung zum Deutschen Naturschutzpreis	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind auf Grund des Kooperationsvertrages mit dem Stifter zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: **539 99.**

1614 Bundesamt für Naturschutz

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Noch zu Titel 282 01				

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1606 Tit. 282 01	-	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
381 01 -890	Leistungen von Bundesbehörden zur Durchführung von Aufträgen	-	-	(-)

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind wegen verbindlicher Vereinbarung mit anderen Bundesbehörden zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: **Tgr. 01.**

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1606 Tit. 381 01	-	(-)

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

1. Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.
   Ausgenommen ist **Tgr. 01.**
2. Mehrausgaben bei folgenden Titeln: **Hgr. 4 und Hgr. 5** dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 111 01.

Sächliche Verwaltungsausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
518 02 -331	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	2 791	2 711	2 112

Haushaltsvermerk:

Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1606 Tit. 518 02	2 711	2 112

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
687 01 -331	Beiträge an Vereine, Gesellschaften sowie internationale Organisationen	21	21	16

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1606 Tit. 687 01	21	16

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Besondere Finanzierungsausgaben

981 01 -890	Leistungen an Bundesbehörden zur Durchführung von Aufträgen	-	-	(248)

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: 532 02.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1606 Tit. 981 01	-	(248)

Titelgruppe 01

Tgr. 01	Durchführung von Aufträgen anderer Bundesbehörden und Dritter	(78)	(78)	

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: 119 99 und 381 01.

Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.

427 19 -331	Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige	48	48	35

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1606 Tit. 427 29	48	35

459 19 -331	Vermischte Personalausgaben	-	-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1606 Tit. 459 29	-	-

547 11 -331	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	30	30	19

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind insbesondere vorgesehen für Reisekosten, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Verbrauchsmittel für Forschungs- und Versuchszwecke, für Geschäftsbedarf, Postgebühren und Bewirtschaftungskosten.

1614 Bundesamt für Naturschutz

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 547 11 (Titelgruppe 01)

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1606 Tit. 547 21	30	19

812 11 -331	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)	-	-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1606 Tit. 812 24	-	-

Flexibilisierte Ausgaben

Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG

	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3...	17 003	16 347 *146*	15 230
Aus Hauptgruppe 5..	8 216	4 639 *6*	4 641
Aus Hauptgruppe 7..	-	-	-
Aus Hauptgruppe 8..	801	601	595
Zusammen...	26 020	21 587 *152*	20 466

F ***422 01*** *-331*	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*7 099*	*6 287*	*4 981*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1606 Tit. 422 01	*6 287*	*4 981*

F ***427 09*** *-331*	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*473*	*469*	*2 175*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1606 Tit. 427 09	*469*	*2 175*

F ***428 01*** *-331*	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*9 411*	*9 272*	*7 884*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1606 Tit. 428 01	*9 272*	*7 884*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F ***453 01*** *-331*	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	*20*	*20*	*5*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1606 Tit. 453 01	*20*	*5*

F ***511 01*** *-331*	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände, Software, Wartung*	*993*	*525*	*476*

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1606 Tit. 511 01	*525*	*476*
Kap. 1606 Tit. 511 55	*468*	*435*
Zusammen	*993*	*911*

F ***514 01*** *-331*	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*	*240*	*210*	*230*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1606 Tit. 514 01	*210*	*230*

F ***517 01*** *-331*	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	*280*	*260*	*720*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1606 Tit. 517 01	*260*	*720*

F ***518 01*** *-331*	*Mieten und Pachten*	*207*	*205*	*159*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1606 Tit. 518 01	*205*	*159*
Kap. 1606 Tit. 518 55	*2*	*-*
Zusammen	*207*	*159*

1614 Bundesamt für Naturschutz

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F **519 01** *-331*	*Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen*	*135*	*135*	*88*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1606 Tit. 519 01	*135*	*88*

F **525 01** *-331*	*Aus- und Fortbildung*	*98*	*50*	*35*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1606 Tit. 525 01	*50*	*35*
Kap. 1606 Tit. 525 55	*48*	*30*
Zusammen	*98*	*65*

F **527 01** *-331*	*Dienstreisen*	*460*	*425*	*456*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1606 Tit. 527 01	*425*	*456*

F **532 01** *-331*	*Aufträge und Dienstleistungen im Bereich Informationstechnik*	*950*	*600*	*854*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1606 Tit. 532 55	*600*	*854*

F **532 02** *-331*	*Behördenspezifische fachbezogene Verwaltungsausgaben (ohne IT)*	*4 725*	*4 000*	*3 507*

Verpflichtungsermächtigung... 4 200 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 1 800 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 800 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu... 1 600 T€

Haushaltsvermerk:

1. *Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 981 01.*

2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 111 01.

3. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 532 02

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Vollzug des Naturschutzes in der deutschen AWZ der Nord- und Ostsee	*4 000*
2. Naturschutzinformationssysteme (NATIS)	*725*
Zusammen	*4 725*

Aus den Ausgaben dürfen auch Zuwendungen zur Projektförderung geleistet werden.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1606 Tit. 532 03	*625*	*588*
Kap. 1606 Tit. 533 02	*4 000*	*3 507*
Zusammen	*4 625*	*4 095*

F ***539 99*** *-331*	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*128*	*55*	*64*

Haushaltsvermerk:

1. Mehrausgaben zu Nr. 3 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 282 01.

2. Die Erläuterungen sind verbindlich.

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Bekanntmachungen	*32*
2. Deutscher Naturschutzpreis, Ausgaben für die Durchführung des Wettbewerbs	*80*
3. Deutscher Naturschutzpreis, Preisgeld	*-*
4. Kosten für die Unterbringung von beschlagnahmten Tieren und Pflanzen	*6*
5. Sonstiges	*10*
Zusammen	*128*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1606 Tit. 531 01	*80*	*-*
Kap. 1606 Tit. 533 01	*6*	*10*
Kap. 1606 Tit. 539 99	*55*	*64*
Zusammen	*141*	*74*

F ***711 01*** *-331*	*Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten*	*-*	*-*	*-*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1606 Tit. 711 01	*-*	*-*

1614 Bundesamt für Naturschutz

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F **712 01** -331	*Baumaßnahmen von mehr als 2 000 000 € im Einzelfall*	-	-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1606 Tit. 712 01	-	-

F **811 01** -331	*Erwerb von Fahrzeugen*	-	-	77

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1606 Tit. 811 01	-	77

F **812 01** -331	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)*	81	81	48

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1606 Tit. 812 01	81	48

F **812 02** -331	*Erwerb von Anlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Software im Bereich Informationstechnik*	720	520	470

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Erstbeschaffung	
1.1 Hardware...	*121*
1.2 Software...	*114*
2. Ersatzbeschaffung	
2.1 Hardware...	*360*
2.2 Software...	*125*
Zusammen...	*720*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1606 Tit. 812 55	520	470

Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel

F 422 02 -331	*Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte*		-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1606 Tit. 422 02	-	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 511 55 -331	*Geschäftsbedarf und Datenübertragung sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Software, Wartung*		*468*	*435*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1606 Tit. 511 55	*468*	*435*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 518 55 -331	*Miete für Datenverarbeitungsanlagen, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Maschinen, Software*		*2*	*-*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1606 Tit. 518 55	*2*	*-*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 525 55 -331	*Aus- und Fortbildung*		*48*	*30*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1606 Tit. 525 55	*48*	*30*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 526 02 -331	*Sachverständige*		*730*	*211*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1606 Tit. 526 02	*730*	*211*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 526 03 -331	*Ausgaben für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen*		*5*	*-*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1606 Tit. 526 03	*5*	*-*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 531 01 -331	*Deutscher Naturschutzpreis*		*80*	*-*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1606 Tit. 531 01	*80*	*-*

1614 Bundesamt für Naturschutz

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 532 03 -331	*Naturschutz-Informationssysteme (NATIS)*		*625*	*588*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1606 Tit. 532 02	*625*	*588*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 533 01 -331	*Kosten für die Unterbringung von beschlagnahmten Tieren und Pflanzen*		*6*	*10*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1606 Tit. 533 01	*6*	*10*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 543 01 -331	*Veröffentlichung und Dokumentation*		*110*	*192*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1606 Tit. 543 01	*110*	*192*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 545 01 -331	*Konferenzen, Tagungen, Messen und Ausstellungen*		*100*	*93*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1606 Tit. 545 01	*100*	*93*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 634 03 -331	*Zuweisungen an den Versorgungsfonds*		*299*	*185*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1606 Tit. 634 03	*299*	*185*

Vorbemerkung

Das Bundesamt für kerntechnische Entsorgung (BfE) ist entsprechend dem Gesetz zur Suche und Auswahl eines Standortes für ein Endlager für Wärme entwickelnde radioaktive Abfälle (Standortauswahlgesetz – StandAG) als Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesumweltministeriums zu errichten.

In einer ersten Aufbaustufe gliedert sich das BfE in folgende Organisationseinheiten:

1. Zentralabteilung (Administrative Steuerung und Service),
2. Fachbereich I (Auswahlverfahren, Öffentlichkeitsbeteiligung, Grundsatzfragen und Sicherheit, Gesetzgebung und Kontrolle).

In einer zweiten Aufbaustufe erfolgt eine Erweiterung um folgende Organisationseinheit:

3. Fachbereich II (Umsetzung, Planfeststellung und Schließung des Endlagers für radioaktive Abfälle Morsleben; Aufsicht und Betrieb des Endlagers Konrad).

Wesentliche Ziele, die mit den veranschlagten Mitteln erreicht werden sollen

Zu den Aufgaben des BfE gehören auf Grund der ihm durch das Standortauswahlgesetz zugewiesenen Funktionen insbesondere:

1. Die Wahrnehmung der Aufgaben des Bundes auf dem Gebiet der Entsorgung radioaktiver Abfälle, insbesondere die Funktionen wissenschaftlicher Begleitung der Standortauswahl und der Endlagerzulassungsbehörde,
2. die Suche und Auswahl eines Standortes für den sicheren Verbleib von Wärme entwickelnden radioaktiven Abfällen,
3. die Atomrechtliche Zulassung von Anlagen des Bundes und
4. die Sicherstellung und Endlagerung radioaktiver Abfälle.

Überblick zum Kapitel 1615	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	-	-	-		-
Gesamteinnahmen	-	-	-		-
Ausgaben					
Personalausgaben	799	-	+799		-
Sächliche Verwaltungsausgaben	840	-	+840		-
Ausgaben für Investitionen	1 098	-	+1 098		-
Besondere Finanzierungsausgaben	-	-	-		-
Gesamtausgaben	2 737	-	+2 737		-
davon flexibilisiert	2 507	-	+2 507		-
davon nicht flexibilisiert	230	-	+230		-

1615 Bundesamt für kerntechnische Entsorgung

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Einnahmen			
	Verwaltungseinnahmen			
119 99 -011	Vermischte Einnahmen	-		
	Ausgaben			
	Haushaltsvermerk: **Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.**			
	Sächliche Verwaltungsausgaben			
518 02 -011	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	170		
542 01 -013	Öffentlichkeitsarbeit	60		
	Besondere Finanzierungsausgaben			
981 01 -890	Leistungen an Bundesbehörden zur Durchführung von Aufträgen	-		
	Flexibilisierte Ausgaben			
	Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG			
	Aus Hauptgruppe 4	799	-	-
	Aus Hauptgruppe 5	610	-	-
	Aus Hauptgruppe 7	-	-	-
	Aus Hauptgruppe 8	1 098	-	-
	Zusammen	2 507	-	-
F ***422 01*** *-011*	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*705*		
F ***427 09*** *-011*	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*50*		
F ***428 01*** *-011*	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*36*		
F ***453 01*** *-011*	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	*8*		

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu flexibilisierte Ausgaben			
F **511 01** *-011*	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände, Software, Wartung*	*130*		
F **514 01** *-011*	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*	*14*		
F **517 01** *-011*	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	*29*		
F **518 01** *-011*	*Mieten und Pachten*	*8*		
F **519 01** *-011*	*Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen*	*4*		
F **525 01** *-011*	*Aus- und Fortbildung*	*6*		
F **527 01** *-011*	*Dienstreisen*	*9*		
F **532 01** *-011*	*Aufträge und Dienstleistungen im Bereich Informationstechnik*	*407*		
F **539 99** *-011*	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*3*		
F **544 01** *-342*	*Forschung, Untersuchungen und Ähnliches*	*-*		
F **711 01** *-011*	*Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten*	*-*		
F **811 01** *-011*	*Erwerb von Fahrzeugen*	*78*		
F **812 01** *-011*	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)*	*20*		
F **812 02** *-011*	*Erwerb von Anlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Software im Bereich Informationstechnik*	*1 000*		

Vorbemerkung

Das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) ist mit Gesetz vom 9. Oktober 1989 (BGBl. I S. 1830) als Bundesoberbehörde errichtet worden. Es ist in folgende fünf Organisationseinheiten gegliedert:

1. Zentralabteilung Z (Verwaltung),
2. Fachbereich SK "Sicherheit in der Kerntechnik",
3. Fachbereich SE "Sicherheit nuklearer Entsorgung",
4. Fachbereich SG "Strahlenschutz und Gesundheit",
5. Fachbereich SW "Strahlenschutz und Umwelt".

Zu den Aufgaben des Bundesamtes gehören insbesondere:

1. Vollzugsaufgaben des Bundes nach dem Atomgesetz, dem Strahlenschutzvorsorgegesetz und dem Standortauswahlgesetz,
2. wissenschaftliche und administrative Unterstützung der Bundesregierung, insbesondere des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, in Angelegenheiten der kerntechnischen Sicherheit, der Beförderung radioaktiver Stoffe, der Entsorgung radioaktiver Abfälle und des Strahlenschutzes einschließlich der Unterstützung bei der Wahrnehmung der Bundesaufsicht.

Das Bundesamt für Strahlenschutz hat seinen Sitz in Salzgitter.

Die Vorbemerkung wird bis zum Inkrafttreten des Haushalts noch überarbeitet.

Überblick zum Kapitel 1616	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen..	22 505	23 844	-1 339		29 663
Übrige Einnahmen..	242 830	278 330	-35 500		217 718
Gesamteinnahmen..	265 335	302 174	-36 839		247 381
Ausgaben					
Personalausgaben..	49 686	46 038	+3 648		41 058
Sächliche Verwaltungsausgaben...........................	22 520	24 834	-2 314	5 110	24 529
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	1 589	1 597	-8		1 606
Ausgaben für Investitionen.....................................	417 800	475 174	-57 374	336 830	335 851
Besondere Finanzierungsausgaben......................	-	-	-		-
Gesamtausgaben...	491 595	547 643	-56 048	341 940	403 044
davon flexibilisiert...	41 771	41 123	+648	7 035	43 069
davon nicht flexibilisiert..	449 824	506 520	-56 696	334 905	359 975
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung..................................	399 870 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu................................	73 500 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu................................	60 000 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu................................	52 500 T€				
im Haushaltsjahr 2018 bis zu................................	7 129 T€				
im Haushaltsjahr 2019 bis zu................................	7 129 T€				
im Haushaltsjahr 2020 bis zu................................	7 129 T€				
im Haushaltsjahr 2021 bis zu................................	7 129 T€				
im Haushaltsjahr 2022 bis zu................................	7 129 T€				
im Haushaltsjahr 2023 bis zu................................	7 129 T€				
im Haushaltsjahr 2024 bis zu................................	7 129 T€				
im Haushaltsjahr 2025 bis zu................................	7 129 T€				
im Haushaltsjahr 2026 bis zu................................	7 129 T€				
im Haushaltsjahr 2027 bis zu................................	7 129 T€				
im Haushaltsjahr 2028 bis zu................................	7 129 T€				
im Haushaltsjahr 2029 bis zu................................	7 129 T€				
im Haushaltsjahr 2030 bis zu................................	7 129 T€				
im Haushaltsjahr 2031 bis zu................................	7 129 T€				
im Haushaltsjahr 2032 bis zu................................	7 129 T€				
im Haushaltsjahr 2033 bis zu................................	7 129 T€				
im Haushaltsjahr 2034 bis zu................................	7 129 T€				
ab dem Haushaltsjahr 2035 bis zu........................	92 677 T€				

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

111 01 -341	Gebühren, sonstige Entgelte	9 279	8 923	8 389

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen zu Nr. 1 und 6 der Erläuterungen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: **Hgr. 4 und Hgr. 5.**

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Kosten für Genehmigungen des Transports von radioaktiven Stoffen	330
2. Kosten für Genehmigungen zur Aufbewahrung von Kernbrennstoffen außerhalb staatlicher Verwahrung	1 776
3. Kosten für die staatliche Verwahrung von Kernbrennstoffen	-
4. Gebühren für die Erteilung von Auskünften aus dem Strahlenschutzregister	1
5. Gebühren und Auslagen für Zuverlässigkeitsprüfungen zum Schutz gegen Entwendungen oder erhebliche Freisetzung radioaktiver Stoffe	15
6. Gebühren für Genehmigungen zur Anwendung von Röntgenstrahlen sowie von radioaktiven Stoffen am Menschen in der medizinischen Forschung	560
7. Kosten für die Erteilung von Bauartzulassungen	40
8. Einnahmen aus Produktkontrolle	6 550
9. Gebühren für die Registrierung von Ethikkommissionen	1
10. Gebühren und Auslagen für die Entgegennahme und Bekanntmachung von ermittelten Strommengen	5
11. Sonstige Gebühren und Entgelte	1
Zusammen	9 279

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1607 Tit. 111 01	8 923	8 389

111 02 -342	Vorausleistungen der künftigen Benutzer von Endlagern für radioaktive Abfälle (Kosten der Bundesbehörden)	12 059	13 754	13 102

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen zu Nr. 2 der Erläuterungen sind gem. § 21b Atomgesetz i. V. m. der Endlagervorausleistungsverordnung zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 712 25.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Deckung des notwendigen Aufwandes nach der Endlagervorausleistungsverordnung (Kosten der Bundesbehörden)	12 059
2. Refinanzierung der Kosten für die Endlagerstandortsuche	-
Zusammen	12 059

Zu 1.:
Zur Deckung des notwendigen Aufwandes für Anlagen des Bundes erhebt das Bundesamt für Strahlenschutz Vorausleistungen auf die nach § 21b des Atomgesetzes zu entrichtenden kostendeckenden Beiträge nach der "Verordnung über Vorausleistungen für die Einrichtung von Anlagen des Bundes zur Sicherstellung und zur Endlagerung radioaktiver Abfälle".

1616 Bundesamt für Strahlenschutz

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 111 02

Grundlage für die Ermittlung des Ansatzes sind die berücksichtigungsfähigen Ausgaben der Bundesbehörden für die Endlagerprojekte.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1607 Tit. 111 02	13 754	13 102

119 01 -341	Einnahmen aus Veröffentlichungen	7	7	4

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1607 Tit. 119 01	7	4

119 99 -341	Vermischte Einnahmen	1 148	1 148	8 127

Haushaltsvermerk:

1. Mehreinnahmen zu Nr. 1 der Erläuterungen sind wegen rechtsverbindlicher Verwendungsauflage bei Aufträgen Dritter zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: **Tgr. 01.**
2. Mehreinnahmen **zu Nr. 2 und 3 der Erläuterungen** sind wegen § 21 **Abs.1** und Abs. 2 Atomgesetz i. V. m. der Kostenverordnung zum AtomG zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 526 04.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Einnahmen aus Aufträgen Dritter	1 136
2. Erstattungen für Sachverständigengutachten	-
3. Erstattungen für Öffentlichkeitsbeteiligungen	10
4. Sonstige Einnahmen	2
Zusammen	1 148

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1607 Tit. 119 99	1 148	8 127

124 01 -341	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	12	12	12

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1607 Tit. 124 01	12	12

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
132 01 -341	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	-	-	29

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1607 Tit. 132 01	-	29

Übrige Einnahmen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
261 01 -341	Erstattung von Verwaltungsausgaben	231	231	244

Erläuterungen:

Gemeinkosten bei den Arbeiten im Auftrag Dritter.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1607 Tit. 261 01	231	244

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
282 01 -341	Beiträge Dritter zur Finanzierung der Geschäftsstelle des Kerntechnischen Ausschusses	899	899	423

Erläuterungen:

Das Bundesamt für Strahlenschutz nimmt die Aufgaben der Geschäftsstelle des Kerntechnischen Ausschusses wahr. Der Ausschuss wurde im Jahre 1972 zur Aufstellung von sicherheitstechnischen Regeln auf dem Gebiet der Kerntechnik eingerichtet.

Der Zentralverband der Elektrotechnischen Industrie e. V., der Verband Deutscher Elektrizitätswerke e. V. und die Vereinigung der Technischen Überwachungsvereine e. V. beteiligen sich kraft Vertrages mit 72 Prozent an den Gesamtkosten des Kerntechnischen Ausschusses.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1607 Tit. 282 01	899	423

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
341 01 -342	Vorausleistungen der künftigen Benutzer von Endlagern für radioaktive Abfälle (Investitionskosten)	241 700	277 200	217 051

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen zu Nr. 3 der Erläuterungen sind gemäß § 21b Atomgesetz i. V. m. der Endlagervorausleistungsverordnung zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 712 25.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Deckung des notwendigen Aufwandes nach der Endlagervorausleistungsverordnung (Investitionskosten).......................................	239 000
2. Abführung von Kosten durch die Landessammelstellen................	200
3. Refinanzierung der Kosten für die Endlagerstandortsuche............	2 500
Zusammen..	241 700

Zu 1.:
Zur Deckung des notwendigen Aufwandes für Anlagen des Bundes erhebt das Bundesamt für Strahlenschutz Vorausleistungen auf die nach § 21 b des Atomgesetzes zu entrichtenden kostendeckenden Beiträge nach der "Verordnung über

1616 Bundesamt für Strahlenschutz

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 341 01

Vorausleistungen für die Errichtung von Anlagen des Bundes zur Sicherstellung und zur Endlagerung radioaktiver Abfälle". Grundlage für die Ermittlung des Ansatzes sind die berücksichtigungsfähigen Ausgaben für Investitionen des Bundes für die Endlagerprojekte.

Zu 2.:
Kosten und Entgelte für die Endlagerung radioaktiver Abfälle, die Landessammelstellen nach § 21 a Atomgesetz miterheben und an das Bundesamt für Strahlenschutz abführen.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1607 Tit. 341 01	277 200	217 051

Weniger wegen Beendigung der bergmännischen Erkundung nach Inkrafttreten des Standortauswahlgesetzes.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
381 01 -890	Leistungen von Bundesbehörden zur Durchführung von Aufträgen	-	-	(-)

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind wegen verbindlicher Vereinbarung mit anderen Bundesbehörden zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: **Tgr. 01.**

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1607 Tit. 381 01	-	(-)

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

1. Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.

   Ausgenommen sind **Tgr. 01, Tgr. 02 und Tgr. 03.**

2. Mehrausgaben bei folgenden Titeln: **Hgr. 4 und Hgr. 5** dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 111 01.

   Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Sächliche Verwaltungsausgaben			
518 02 -341	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	3 232	3 459	4 113

Verpflichtungsermächtigung .... 213 870 T€

davon fällig:

im Haushaltsjahr 2018 bis zu .... 7 129 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu .... 7 129 T€
im Haushaltsjahr 2020 bis zu .... 7 129 T€
im Haushaltsjahr 2021 bis zu .... 7 129 T€
im Haushaltsjahr 2022 bis zu .... 7 129 T€
im Haushaltsjahr 2023 bis zu .... 7 129 T€
im Haushaltsjahr 2024 bis zu .... 7 129 T€
im Haushaltsjahr 2025 bis zu .... 7 129 T€
im Haushaltsjahr 2026 bis zu .... 7 129 T€
im Haushaltsjahr 2027 bis zu .... 7 129 T€
im Haushaltsjahr 2028 bis zu .... 7 129 T€
im Haushaltsjahr 2029 bis zu .... 7 129 T€
im Haushaltsjahr 2030 bis zu .... 7 129 T€
im Haushaltsjahr 2031 bis zu .... 7 129 T€
im Haushaltsjahr 2032 bis zu .... 7 129 T€
im Haushaltsjahr 2033 bis zu .... 7 129 T€
im Haushaltsjahr 2034 bis zu .... 7 129 T€
ab dem Haushaltsjahr 2035 bis zu .... 92 677 T€

Haushaltsvermerk:

Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1607 Tit. 518 02	3 459	4 113

526 04 -341	Kosten für Sachverständigengutachten und für Öffentlichkeitsbeteiligungen bei Genehmigungsverfahren	10	-	2 881

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.

Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1607 Tit. 526 04	-	2 881
Kap. 1607 Tit. 531 01	10	6
Zusammen	10	2 887

1616 Bundesamt für Strahlenschutz

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Besondere Finanzierungsausgaben

981 01 -890	Leistungen an Bundesbehörden zur Durchführung von Aufträgen	-	-	(-)

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: **Tgr. 02.**

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1607 Tit. 981 01	-	(-)

Titelgruppe 01

Tgr. 01	Durchführung von Aufträgen anderer Bundesbehörden und Dritter	(1 367)	(1 367) *(1 592)*	

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: 119 99 und 381 01.

Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.

427 19 -341	Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige	254	254	306

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1607 Tit. 427 29	254	306

428 11 -341	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	637	626	594

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1607 Tit. 428 21	626	594

459 19 -341	Vermischte Personalausgaben	-	-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1607 Tit. 459 29	-	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 01

547 11 -341	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	376	377 *1 592*	919

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind insbesondere vorgesehen für Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Verbrauchsmittel für Forschungs- und Versuchszwecke, für Geschäftsbedarf, Postgebühren, Bewirtschaftungs- und Reisekosten.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1607 Tit. 547 21	377	919

812 11 -341	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)	100	110	35

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1607 Tit. 812 24	110	35

Titelgruppe 02

Tgr. 02	Endlagerung radioaktiver Abfälle	(444 838)	(501 135) *(333 313)*	

Haushaltsvermerk:

1. Einsparungen bei folgenden Titeln: Kap. 1616 Tgr. 02 mit Ausnahme der Titel 518 22 und 634 23 dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 981 01.
2. Einsparungen bei folgenden Titeln: **Hgr. 4** dienen zur Deckung von **Mehrausgaben** bei folgendem Titel: 634 23.
3. Die Ausgaben folgender Titel sind gegenseitig deckungsfähig: 532 24, 712 22, 712 23, 712 24, 712 25 und 712 26.
4. Die Ausgaben folgender Titel sind gegenseitig deckungsfähig: 517 21, 518 21, 527 21 und 547 21.

Erläuterungen:

1. Aufgabenerfüllung

   Für die Planung und Errichtung der Anlagen des Bundes zur Sicherstellung und zur Endlagerung radioaktiver Abfälle hat die Physikalisch-Technische Bundesanstalt einen Kooperationsvertrag vom 29. März 1984 mit der Deutschen Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern für Abfallstoffe mbH (DBE) in Peine als Dritter nach § 9 a Absatz 3 Satz 2 AtG (Verwaltungshelfer) geschlossen. Das BfS ist insofern Rechtsnachfolger der PTB und in den Kooperationsvertrag eingetreten. Bei der Stilllegung der Schachtanlage Asse II bedient sich das BfS der bundeseigenen Asse GmbH in Remlingen als Dritter nach § 9 a Absatz 3 Satz 2 AtG (Verwaltungshelfer).

2. Refinanzierung der Kosten für die Planung und Errichtung von Bundesendlagern

   Zur Deckung des notwendigen Aufwandes für die Errichtung, Planung etc. von Anlagen des Bundes zur Sicherstellung und Endlagerung radioaktiver Abfälle werden Vorausleistungen auf die nach § 21b des Atomgesetzes zu entrichtenden kostendeckenden Beiträge nach der Endlagervorausleistungsverordnung (EndlagerVlV) erhoben. Abrechenbar ist der notwendige Aufwand für die anlagenbezogene Forschung und Entwicklung, den Erwerb von Grundstücken und Rechten, die Planung, die Erkundung, die Unterhaltung von Grundstücken und

1616 Bundesamt für Strahlenschutz

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einrichtungen, die Errichtung, die Erweiterung und die Erneuerung von Anlagen des Bundes nach § 9a Absatz 3 S. 1 AtG. Vorausleistungspflichtig sind nach dem Verursacherprinzip die zukünftigen Benutzer der Endlager für radioaktive Abfälle, also vor allem die Kernkraftwerke betreibenden EVU.

Die Vorausleistungen werden jeweils in dem Kalenderjahr erhoben, in dem der notwendige Aufwand entsteht. Zunächst wird eine Abschlagzahlung auf Basis einer Kostenkalkulation erhoben. Der tatsächliche Jahres-Gesamtaufwand wird nach dessen Ermittlung im Folgejahr unter Anrechnung der geleisteten Abschlagzahlung erhoben.

Der notwendige Aufwand nach § 21b AtG umfasst die berücksichtigungsfähigen Ausgaben aus der Titelgruppe 03, sowie Personal-, Sach- und Gemeinkosten des BfS und der anderen beteiligten Behörden (z. B. BGR). Die endgültige Verrechnung erfolgt über Beiträge nach Erlass einer Beitragsverordnung gemäß § 21b Absatz 1 und 3 AtG.

Ausnahmen:

Die Kosten der Offenhaltung bis zum Planfeststellungsbeschluss, die Kosten des Planfeststellungsverfahrens und die Kosten für die Stilllegung des Endlagers für radioaktive Abfälle Morsleben (Titel 712 24) sind nicht refinanzierbar, da gemäß § 9a Abs. 3 AtG ausschließlich der notwendige Aufwand für die Errichtung, die Erweiterung und die Erneuerung von Anlagen des Bundes abrechenbar ist.

Die Kosten der Stilllegung der Schachtanlage Asse II (Titel 712 26) sind ebenfalls nicht refinanzierbar. Nach § 57b AtG trägt der Bund die Kosten für den Weiterbetrieb und die Stilllegung.

Die Kosten der Vorbereitung und Durchführung eines notwendigen Auswahlverfahrens zur Suche eines geeigneten Endlagerstandortes für hochradioaktive Abfälle (Nr. 1 der Erläuterungen zum Tit. 712 25) sind grundsätzlich refinanzierbar.

Die unter Nr. 2 der Erläuterungen zum Tit. 712 25 aufgeführten abfallspezifischen und projektübergreifenden Maßnahmen sind wegen des fehlenden Projektbezugs zurzeit nicht refinanzierbar; sie werden zu einem späteren Zeitpunkt im Einzelfall auf ihre Refinanzierbarkeit überprüft.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
422 21 -342	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	9 662	7 926	3 401

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1607 Tit. 422 31	7 926	3 401

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
427 29 -341	Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige	1 079	1 071	757

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1607 Tit. 427 39	1 071	757

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
428 21 -342	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	7 080	6 664	6 621

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1607 Tit. 428 31	6 664	6 621

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Noch zu Titelgruppe 02				
429 21 -342	Nicht aufteilbare Personalausgaben	200	200	136

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1607 Tit. 429 31	200	136

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
517 21 -342	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	512	409	375

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1607 Tit. 517 31	409	375

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
518 21 -342	Mieten und Pachten	-	-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1607 Tit. 518 31	-	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
518 22 -341	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	1 215	858	196

Haushaltsvermerk:

Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1607 Tit. 518 32	858	196

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
527 21 -342	Dienstreisen	259	259	103

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1607 Tit. 527 31	259	103

1616 Bundesamt für Strahlenschutz

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 02

532 24 -342	Produktkontrollmaßnahmen	5 960	5 960	5 485

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1607 Tit. 532 33	5 960	5 485

542 21 -013	Öffentlichkeitsarbeit	1 670	4 096	1 421

Haushaltsvermerk:

1. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Werbe- und Informationsmaterialien gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.
2. Ausgaben dürfen auch für Porto, Verpackung und Versand von Veröffentlichungen geleistet werden.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Informationsmaterial und -angebote zur Aufklärung der Bevölkerung über die nukleare Entsorgung	
1.1 Informationsmaterial zur Aufklärung der Bevölkerung über die nukleare Entsorgung	70
1.2 Mobile Ausstellung zur Endlagerung radioaktiver Abfälle	350
2. Tagungen und Informationsveranstaltungen, Messen und Ausstellungen	90
3. Informations- und Dialogangebote	
3.1 Infostelle Schacht Konrad in Salzgitter	200
3.2 Infostelle Asse in Remlingen	615
3.3 Infostelle in Gorleben	100
3.4 Infostelle in Morsleben	245
Zusammen	1 670

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1607 Tit. 542 31	4 096	1 421

547 21 -342	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	582	388	478

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1607 Tit. 547 31	388	478

634 23 -342	Zuweisungen an den Versorgungsfonds	378	263	288

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.

Die Übertragbarkeit ist auf die diesem Titel zufließenden Erstattungen im Sinne des § 16 Abs. 3 Satz 1 des Versorgungsrücklagegesetzes beschränkt.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 634 23 (Titelgruppe 02):

2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: **Tgr. 02.**

3. **Erstattungen im Sinne des § 16 Abs. 3 Satz 1 des Versorgungsrücklagegesetzes fließen den Ausgaben zu.**

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1607 Tit. 634 33	263	288

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
686 21 -342	Zuweisungen zum Salzgitterfonds	700	700	700

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1607 Tit. 686 31	700	700

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
686 23 -342	Zuweisungen zum Assefonds	500		
712 22 -342	Projekt Konrad	200 000	200 000 *243 974*	140 900

Verpflichtungsermächtigung ..... 142 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu ..... 49 500 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu ..... 47 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu ..... 45 500 T€

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamtausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Nach 2013 übertragene Ausgabereste 1 000 €	Veranschlagt 2014 1 000 €	Vorbehalten für 2015 ff 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7
1. Ausgaben für die Planung und Erkundung bis 2007	862 214	862 214				
2. Geschätzte Ausgaben der Errichtung ab 2008	2 167 056	500 791	200 000	243 974	200 000	1 022 291
Zusammen	3 029 270	1 363 005	200 000	243 974	200 000	1 022 291

Zu 1. und 2.: Enthalten sind nicht die Kosten anderer Bundesbehörden sowie die Personal-, Sach- und Gemeinkosten des BfS.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1607 Tit. 712 32	200 000	140 900

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
712 23 -342	Projekt Gorleben	40 000	76 000 *20 755*	54 181

Verpflichtungsermächtigung ..... 6 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu ..... 3 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu ..... 2 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu ..... 1 000 T€

1616 Bundesamt für Strahlenschutz

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 712 23 (Titelgruppe 02)

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamt-ausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Nach 2013 übertra-gene Aus-gabereste 1 000 €	Veran-schlagt 2014 1 000 €	Vorbe-halten für 2015 ff 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7
Fortführung im notwendigen Umfang einschl. Planungsarbeiten zur Wiederaufnahme der Weitererkundung (bisherige Ausgaben 1977 bis 2013)	1 671 069	1 498 314	76 000	20 755	40 000	-

Enthalten sind nicht die Kosten anderer Bundesbehörden sowie die Personal-, Sach- und Gemeinkosten des BfS.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1607 Tit. 712 33	76 000	54 181

Weniger wegen Beendigung der bergmännischen Erkundung nach Inkrafttreten des Standortauswahlgesetzes.

712 24 -342	Stilllegung des Endlagers für radioaktive Abfälle Morsleben	50 000	50 000 *31 048*	43 736

Verpflichtungsermächtigung ... 6 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu ... 3 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu ... 2 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu ... 1 000 T€

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamt-ausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Nach 2013 übertra-gene Aus-gabereste 1 000 €	Veran-schlagt 2014 1 000 €	Vorbe-halten für 2015 ff 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7
1. Bisherige Ausgaben (1990 bis 2012)	772 936	772 936	-	-	-	-
2. Ausgaben bis zum Beginn der Stilllegung (2013 bis 2015)	164 700	-	50 000	31 048	50 000	33 652
3. Geschätzte Ausgaben der Stilllegung (ab 2015)	1 200 000	-	-	-	-	1 200 000
Zusammen	2 137 636	772 936	50 000	31 048	50 000	1 233 652

Zu 1.: Enthalten sind nicht die für den Betrieb des Endlagers in den Jahren bis 1998 angefallenen Ist-Ausgaben bei Tit. 532 31.
Zu 1. - 3.: Enthalten sind nicht die Kosten anderer Bundesbehörden sowie die Personal-, Sach- und Gemeinkosten des BfS.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1607 Tit. 712 34	50 000	43 736

712 25 -342	Erkundung weiterer Standorte für die Endlagerung radioaktiver Abfälle	3 500	3 500 *3 910*	301

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben zu Nr. 1 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: 111 02 und 341 01.

Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 712 25 (Titelgruppe 02)

Erläuterungen:

Einjährige Maßnahmen	1 000 €
1. Kosten der Vorbereitung und Durchführung eines Auswahlverfahrens zur Suche eines geeigneten Endlagerstandortes	2 500
2. Abfallspezifische Arbeiten und allgemeine projektübergreifende Maßnahmen, die dauerhaft anfallen, solange ein Endlager für radioaktive Abfälle nicht realisiert ist	1 000
Zusammen	3 500

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1607 Tit. 712 35	3 500	301

712 26 -342	Stilllegung Schachtanlage Asse	121 300	142 600 *33 531*	91 740

Verpflichtungsermächtigung ... 32 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu ... 18 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu ... 9 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu ... 5 000 T€

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamt-ausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Nach 2013 übertragene Ausgabereste 1 000 €	Veranschlagt 2014 1 000 €	Vorbehalten für 2015 ff 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7
1. Betrieb durch HMGU (1993 - 2008)	317 280	317 280				
2. Betrieb und Stilllegung durch BfS (ab 2009)	563 156	308 325	100 000	33 531	121 300	-
Zusammen	880 436	625 605	100 000	33 531	121 300	-

Zu 2.:
Seit dem 1. Januar 2009 wird die Schachtanlage Asse nicht mehr vom Helmholtz Zentrum München (HMGU), sondern vom BfS betrieben. Für die Durchführung der Stilllegung der Schachtanlage Asse bedient sich das BfS der Asse GmbH als Dritter nach § 9a Abs. 3 AtG. Die Gesamtkosten für die Stilllegung der Schachtanlage lassen sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht abschließend prognostizieren, da eine belastbare Kostenschätzung erst nach Auswahl der Stilllegungsoption erstellt werden kann.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1607 Tit. 712 36	142 600	91 740

Weniger wegen Bedarfsanpassung.

811 21 -342	Erwerb von Fahrzeugen	22	22	-

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
Ersatzbeschaffung	
1 Pkw	27
abzgl. Mehreinnahmen bei Tit. 132 01 aus der Veräußerung von Dienst-Kfz gem. § 6 Abs. 7 HG	-5
Zusammen	22

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1607 Tit. 811 31	22	-

1616 Bundesamt für Strahlenschutz

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 02

812 21 -342	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)	219	219 *95*	124

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1607 Tit. 812 31	219	124

Titelgruppe 03

Tgr. 03	Staatliche Verwahrung von Kernbrennstoffen	(377)	(550)	

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben folgender Titel sind gegenseitig deckungsfähig: 517 31, 518 31, 526 32, 527 31, 547 31 und 812 31.

Erläuterungen:

Das Bundesamt für Strahlenschutz ist zuständig für die staatliche Verwahrung von Kernbrennstoffen.

422 31 -342	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: Kap. 1611 Tit. 634 03.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1607 Tit. 422 41	-	-

427 39 -342	Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: Kap. 1611 Tit. 634 03.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1607 Tit. 427 49	-	-

428 31 -342	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	68	86	66

Haushaltsvermerk:

Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: Kap. 1611 Tit. 634 03.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 428 31 (Titelgruppe 03)

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1607 Tit. 428 41	86	66

429 31 -342	Nicht aufteilbare Personalausgaben	1	1	6

Haushaltsvermerk:

Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: Kap. 1611 Tit. 634 03.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1607 Tit. 429 41	1	6

517 31 -342	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	83	83	8

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1607 Tit. 517 41	83	8

518 31 -342	Mieten und Pachten	25	25	11

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1607 Tit. 518 41	25	11

526 32 -342	Sachverständige, Ausgaben für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen	50	100	83

Erläuterungen:

Für Gutachten und Untersuchungen im Zusammenhang mit der Aufbewahrung von Kernbrennstoffen im Rahmen der staatlichen Verwahrung.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1607 Tit. 526 42	100	83

527 31 -342	Dienstreisen	15	15	1

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1607 Tit. 527 41	15	1

1616 Bundesamt für Strahlenschutz

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu Titelgruppe 03			
547 31 -342	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	35	75	2

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1607 Tit. 547 41	75	2

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
711 31 -342	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	-	-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1607 Tit. 711 41	-	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
812 31 -342	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)	100	165	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1607 Tit. 812 41	165	-

Flexibilisierte Ausgaben

Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG

	Soll 2014	Soll 2013 *Reste 2013*	Ist 2012
Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3..	30 705	29 835	29 782
Aus Hauptgruppe 5..	8 496	8 730 *3 518*	8 453
Aus Hauptgruppe 6 ohne Titel 634 .3..	11	-	-
Aus Hauptgruppe 7..	-	- *1 475*	2 168
Aus Hauptgruppe 8..	2 559	2 558 *2 042*	2 666
Zusammen..	41 771	41 123 *7 035*	43 069

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F ***422 01*** *-341*	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*10 551*	*9 299*	*9 939*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1607 Tit. 422 01	*9 299*	*9 939*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu flexibilisierte Ausgaben			
F *427 09 -341*	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*1 725*	*1 711*	*2 289*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1607 Tit. 427 09	*1 711*	*2 289*

F *428 01 -341*	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*18 390*	*18 161*	*16 931*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1607 Tit. 428 01	*18 161*	*16 931*

F *453 01 -341*	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	*39*	*39*	*12*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1607 Tit. 453 01	*39*	*12*

F *511 01 -341*	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände, Software, Wartung*	*3 138*	*823*	*707*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1607 Tit. 511 01	*823*	*707*
Kap. 1607 Tit. 511 55	*2 315*	*2 216*
Zusammen	*3 138*	*2 923*

F *514 01 -341*	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*	*383*	*383*	*337*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1607 Tit. 514 01	*383*	*337*

F *517 01 -341*	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	*2 556*	*2 445*	*2 601*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1607 Tit. 517 01	*2 445*	*2 601*

1616 Bundesamt für Strahlenschutz

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F ***518 01*** *-341*	*Mieten und Pachten*	*14*	*19*	*13*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1607 Tit. 518 01	*19*	*13*
Kap. 1607 Tit. 518 55	*-*	*-*
Zusammen	*19*	*13*

F ***519 01*** *-341*	*Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen*	*599*	*600*	*631*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1607 Tit. 519 01	*600*	*631*

F ***525 01*** *-341*	*Aus- und Fortbildung*	*401*	*268*	*186*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1607 Tit. 525 01	*268*	*186*
Kap. 1607 Tit. 525 55	*133*	*82*
Zusammen	*401*	*268*

F ***527 01*** *-341*	*Dienstreisen*	*645*	*645*	*673*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1607 Tit. 527 01	*645*	*673*

F ***532 01*** *-341*	*Aufträge und Dienstleistungen im Bereich Informationstechnik*	*545*	*545*	*359*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1607 Tit. 532 55	*545*	*359*

F ***539 99*** *-341*	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*215*	*215*	*331*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Bekanntmachungen...	*110*
2. Grundstückseigentümerentschädigungen.......................................	*32*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 539 99

Bezeichnung	*1 000 €*
3. Sonstiges	*73*
Zusammen	*215*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1607 Tit. 539 99	*215*	*331*

F 686 09 *-341*	*Mitgliedsbeiträge und sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland geringeren Umfangs*	*9*	*8*	*6*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1607 Tit. 684 01	*8*	*6*

F 687 09 *-342*	*Mitgliedsbeiträge und sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Ausland geringeren Umfangs*	*2*	*1*	*1*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1607 Tit. 687 01	*1*	*1*

F ***711 01*** *-341*	*Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten*	-	-	*125*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1607 Tit. 711 01	-	*125*

F ***712 01*** *-341*	*Baumaßnahmen von mehr als 2 000 000 € im Einzelfall*	-	-	*2 043*

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen *(davon neue Maßnahmen in Fettdruck)*	*Gesamt-ausgaben des Bundes 1 000 €*	*Verausgabt bis 2012 1 000 €*	*Bewilligt 2013 1 000 €*	*Nach 2013 übertragene Ausgabereste 1 000 €*	*Veranschlagt 2014 1 000 €*	*Vorbehalten für 2015 ff 1 000 €*
1	*2*	*3*	*4*	*5*	*6*	*7*
1. Sanierung des Dienstgebäudes Berlin-Karlshorst (Ringbau)	*9 147*	*8 690*	-	*457*	-	-

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1607 Tit. 712 01	-	*2 043*

1616 Bundesamt für Strahlenschutz

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 811 01 -341	*Erwerb von Fahrzeugen*	*92*	*22*	*164*

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
Ersatzbeschaffung	
4 Pkw	*107*
1 Elektrohubwagen	*5*
1 Mehrzweckarbeitsmaschine	*5*
abzgl. Mehreinnahmen bei Tit. 132 01 aus der Veräußerung von Dienst-Kfz gem. § 6 Abs. 7 HG	*-25*
Zusammen	*92*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1607 Tit. 811 01	*22*	*164*

F 812 01 -341	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)*	*1 122*	*1 191*	*863*

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Erstbeschaffung	
1.1 Automatischer Pipettierautomat	*250*
1.2 Biobanking- und Labormanagementsoftware	*180*
2. Ersatzbeschaffung	
2.1 TILL System/Monochromator/Mikroskop	*168*
3. Sonstige Beschaffungen	*524*
Zusammen	*1 122*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1607 Tit. 812 01	*1 191*	*863*

F 812 02 -341	*Erwerb von Anlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Software im Bereich Informationstechnik*	*1 345*	*1 345*	*1 639*

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Erstbeschaffung	
1.1 Hardware	*425*
1.2 Software	*213*
2. Ersatzbeschaffung	
2.1 Hardware	*632*
2.2 Software	*75*
Zusammen	*1 345*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1607 Tit. 812 55	*1 345*	*1 639*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel			
F 511 55 -341	*Geschäftsbedarf und Datenübertragung sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Software, Wartung*		*2 315*	*2 216*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1607 Tit. 511 55	*2 315*	*2 216*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 518 55 -341	*Miete für Datenverarbeitungsanlagen, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Maschinen, Software*		*-*	*-*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1607 Tit. 518 55	*-*	*-*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 525 55 -341	*Aus- und Fortbildung*		*133*	*82*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1607 Tit. 525 55	*133*	*82*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 526 01 -341	*Gerichts- und ähnliche Kosten*		*204*	*204*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1607 Tit. 526 01	*204*	*204*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 526 02 -341	*Sachverständige*		*34*	*46*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1607 Tit. 526 02	*34*	*46*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 526 03 -341	*Ausgaben für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen*		*5*	*-*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1607 Tit. 526 03	*5*	*-*

1616 Bundesamt für Strahlenschutz

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 531 01 -341	*Kosten für Öffentlichkeitsbeteiligungen*		*10*	*6*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1607 Tit. 531 01	*10*	*6*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 543 01 -341	*Veröffentlichung und Dokumentation*		*64*	*58*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1607 Tit. 543 01	*64*	*58*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 545 01 -341	*Konferenzen, Tagungen, Messen und Ausstellungen*		*22*	*3*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1607 Tit. 545 01	*22*	*3*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 634 03 -341	*Zuweisungen an den Versorgungsfonds*		*625*	*611*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1607 Tit. 634 03	*625*	*611*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
634 43 -342	Zuweisungen an den Versorgungsfonds		-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1607 Tit. 634 43	-	-

Vorbemerkung

Das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) ist durch das Gesetz über die Errichtung eines Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung sowie zur Änderung besoldungsrechtlicher Vorschriften mit Wirkung vom 1. Januar 1998 als Bundesoberbehörde mit Sitz in Bonn errichtet worden.

Dem BBR obliegt die Durchführung der Bauangelegenheiten der Verfassungsorgane des Bundes und der obersten Bundesbehörden. Es ist ferner zuständig für die Bauangelegenheiten der Bundesrepublik Deutschland im Ausland sowie für die Bauangelegenheiten im Geschäftsbereich eines Bundesministeriums bei überwiegendem Interesse des Bundes.

Für die Bauangelegenheiten im Raum Berlin wird eine ständige Außenstelle in Berlin unterhalten.

Im Zuge der Neuorganisation der Bundesvermögensverwaltung ist mit Wirkung vom 1. Januar 2004 die Bauverwaltung der Oberfinanzdirektion (OFD) Berlin, bestehend aus der Baugruppe der OFD und zwei Bundesbauämtern, an das BBR angegliedert worden.

Die Bundesbaugesellschaft wurde zur Beendigung der umzugsbedingten Aufgaben für den Deutschen Bundestag und die Bundesregierung zum 1. Januar 2009 an das BBR angegliedert.

Das BBR unterstützt das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) fachlich bei der Wahrnehmung der Aufgaben auf den Gebieten des Bauwesens, der Raumordnung, des Städtebaus und des Wohnungswesens einschließlich der internationalen Zusammenarbeit und stellt zentrale Dienste und Hilfen für Bundesbehörden bereit. Es betreibt im Auftrag des BMUB auch wissenschaftliche Forschung auf den Gebieten der Raumordnung, des Städtebaus und des Wohnungswesens.

Diese Forschungsaufgaben werden seit 2009 organisatorisch in einem Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung als Organisationseinheit innerhalb des BBR unter Integration des bisherigen Instituts für Erhaltung und Modernisierung von Bauwerken (IEMB e.V.) zusammengefasst.

Die Vorbemerkung wird bis zum Inkrafttreten des Haushalts noch überarbeitet.

Überblick zum Kapitel 1617	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	2 079	-	+2 079		-
Übrige Einnahmen	4 735	-	+4 735		-
Gesamteinnahmen	6 814	-	+6 814		-
Ausgaben					
Personalausgaben	64 379	-	+64 379		-
Sächliche Verwaltungsausgaben	16 029	-	+16 029		-
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	27	-	+27		-
Ausgaben für Investitionen	1 515	-	+1 515		-
Besondere Finanzierungsausgaben	-	-	-		-
Gesamtausgaben	81 950	-	+81 950		-
davon flexibilisiert	74 077	-	+74 077		-
davon nicht flexibilisiert	7 873	-	+7 873		-

1617 Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

111 01 -016	Gebühren, sonstige Entgelte	5		

Erläuterungen:

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1227 Tit. 111 01	5	-

119 01 -165	Einnahmen aus Veröffentlichungen	40		

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: Kap. 1611 Tit. 543 01.

Erläuterungen:

Einnahmen aus dem Verkauf von Veröffentlichungen des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung und sonstiger Veröffentlichungen (Jahrbuch "Bau und Raum" u. a.).

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1227 Tit. 119 01	140	38

119 99 -165	Vermischte Einnahmen	2 020		

Haushaltsvermerk:

1. **Mehreinnahmen zu Nr. 1 der Erläuterungen sind auf Grund rechtsverbindlicher Verwendungsauflagen zweckgebunden. Sie dienen bis zu einem Betrag von 1 000 T€ nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 427 19, 517 11, 526 12, 527 11 und 547 11.**
2. **Mehreinnahmen zu Nr. 2 und 3 der Erläuterungen sind auf Grund rechtsverbindlicher Verwendungsauflagen zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 427 19, 517 11, 526 12, 527 11 und 547 11.**

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Erstattung von Verwaltungskosten durch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben..	2 001
2. Erstattungen durch die Europäische Union....................................	-
3. Einnahmen aus Aufträgen Dritter...	-
4. Sonstiges...	19
Zusammen...	2 020

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 119 99

Mit dem In-Kraft-Treten des Errichtungsgesetzes der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben zum 1. Januar 2005 wurde die ehemalige Bundesvermögensverwaltung in die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben übergeleitet. Auf der Grundlage der "Ressortvereinbarung zwischen dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und dem Bundesministerium der Finanzen über die Erledigung von Bauangelegenheiten der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben" vom 26. Januar 2006 werden die Baumaßnahmen jedoch weiterhin nach den Vorschriften der Richtlinien für die Durchführung von Bauaufgaben des Bundes (RBBau) durch die Bauverwaltung erledigt. Die Erstattung der Verwaltungskosten durch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben richtet sich nach Abschnitt L 5 der RBBau und den hiernach erforderlichen Vereinbarungen. Die Leistungen der Europäischen Union erfolgen auf der Grundlage vertraglicher Vereinbarungen.

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1227 Tit. 119 99	2 020	1 592

124 01 -165	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	9		

Erläuterungen:

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1227 Tit. 124 01	9	10

132 01 -016	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	5		

Erläuterungen:

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1227 Tit. 132 01	5	473

Übrige Einnahmen

261 01 -016	Erstattung von Verwaltungskosten aus dem Inland	4 735		

Erläuterungen:

Erlöse für die Ausgabe von Verdingungsunterlagen für öffentliche Ausschreibungen sowie Erstattung von Bauleitungskosten und Baunebenkosten.

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1227 Tit. 261 01	3 919	4 291

1617 Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
272 01 -165	Einnahmen aus Zuschüssen der Europäischen Union zum Projekt "Concerted Action"		-	

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind wegen bindender Vorgaben der Europäischen Union zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 685 01.

Erläuterungen:

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1227 Tit. 272 01	-	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
297 01 -016	Vermögensübertragung von Unternehmen, soweit nicht Investitionszuschüsse		-	

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind auf Grund des Vermögensübertragungsvertrages vom 9. Dezember 2008 zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 428 01, 539 99 und 681 01.

Erläuterungen:

Die Bundesbaugesellschaft Berlin mbH (BBB) wurde zum 1. Januar 2009 in das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung eingegliedert. Das Restvermögen der BBB fiel auf Grund des Vermögensübertragungsvertrages an die Bundesrepublik Deutschland. Es muss u. a. für eingegangene Pensionsverpflichtungen, Verpflichtungen aus Altersteilzeit und nachwirkende Sachkosten verwendet werden.

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1227 Tit. 297 01	-	4

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
381 01 -890	Leistungen von Bundesbehörden zur Durchführung von Aufträgen		-	

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind wegen verbindlicher Vereinbarungen mit anderen Bundesbehörden zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 427 19, 517 11, 526 12, 527 11 und 547 11.

Erläuterungen:

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1227 Tit. 381 01	-	(39)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

1. **Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.**

   Ausgenommen ist Tgr. 01.

2. **Einsparungen bei den in die Flexibilisierung nach § 5 HG einbezogenen Titeln der Hgr. 4, 5 und 8 dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 981 06.**

3. **Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Kap. 1617 flexibilisierter Bereich dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1611 Tit. 282 08.**

Sächliche Verwaltungsausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
518 02 -712	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	7 555		

Haushaltsvermerk:

Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.

Erläuterungen:

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1227 Tit. 518 02	8 010	8 117

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
547 01 -165	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	298		

Erläuterungen:

Kosten der Beschaffung und Aufbereitung von regionalstatistischen Daten, raum- und baubezogenen digitalen Daten, Baustruktur-, Bauland- und Immobilienmarktdaten, Daten aus regionalen Berichtssystemen und Fallstudien sowie Kosten eigener Umfragen, Haushaltsbefragungen und Interviews.

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1227 Tit. 547 01	290	380

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
632 01 -016	Sonstige Zuweisungen an das Land Berlin für Angestellte der ehemaligen Bauverwaltung der Oberfinanzdirektion Berlin	19		

Erläuterungen:

Zuweisungen für eine zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung für ehemalige Bedienstete des Senators für Bau- und Wohnungswesen Berlin, die unter die Vereinbarung über die Versorgung der Angestellten und Arbeiter des Landes Berlin (VVA) i.d.F. vom 24. Mai/30. Dezember 1966 gefallen sind.

1617 Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 632 01

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1227 Tit. 632 01	27	19

681 01 -860	Pensionszahlungen an ehemalige Bedienstete der Bundesbaugesellschaft Berlin mbH		-	

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 297 01.

Erläuterungen:

Das Restvermögen der BBB ist an die Bundesrepublik Deutschland gefallen. Daraus müssen auch Pensionsverpflichtungen gegenüber ehemaligen BBB-Bediensteten erfüllt werden.

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1227 Tit. 681 01	-	97

685 01 -165	Zuschüsse zur Beteiligung am Projekt "Concerted Action" der Europäischen Union		-	

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 272 01.

Erläuterungen:

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1227 Tit. 685 01	-	94

Besondere Finanzierungsausgaben

981 06 -890	Leistungen an Dienstleistungszentren des Bundes zur Durchführung von Aufgaben im Rahmen der Erprobung des DLZ-Projekts		-	

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei den in die Flexibilisierung nach § 5 HG einbezogenen Titeln des Kap. 1617 geleistet werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Titelgruppe 01

Tgr. 01	Durchführung von Aufträgen anderer Bundesbehörden und Dritter	(1)		
427 19 -165	Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige	-		

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: 119 99 und 381 01.

Erläuterungen:

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1227 Tit. 427 19	-	305

517 11 -165	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	-

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: 119 99 und 381 01.

Erläuterungen:

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1227 Tit. 517 11	-	-

526 12 -165	Sachverständige, Ausgaben für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen	-

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: 119 99 und 381 01.

Erläuterungen:

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1227 Tit. 526 12	-	-

527 11 -165	Dienstreisen	-

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: 119 99 und 381 01.

1617 Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 527 11 (Titelgruppe 01)

Erläuterungen:

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1227 Tit. 527 11	-	4

547 11 -165 Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben — 1

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: 119 99 und 381 01.

Erläuterungen:

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1227 Tit. 547 11	1	70

Flexibilisierte Ausgaben

Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG

	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
Aus Hauptgruppe 4	64 379	-	-
Aus Hauptgruppe 5	8 175	-	-
Aus Hauptgruppe 6	8	-	-
Aus Hauptgruppe 7	97	-	-
Aus Hauptgruppe 8	1 418	-	-
Zusammen	74 077	-	-

F ***422 01*** *-016 Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten — 12 150*

Erläuterungen:

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1227 Tit. 422 01	*11 336*	*12 883*

F ***422 02*** *-016 Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte — 3*

Erläuterungen:

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1227 Tit. 422 02	*3*	*-*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F ***422 03*** *-016* *Bezüge der Anwärterinnen und Anwärter sowie Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst* — *225*

Erläuterungen:

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1227 Tit. 422 03	*222*	*213*

F ***427 09*** *-016* *Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige* — *4 202*

Erläuterungen:

Aus diesem Titel werden auch Entgelte, jährliche Sonderzuwendungen und Beiträge zu ausländischen Sozialversicherungen für Ortskräfte, die zur vorübergehenden Verstärkung einzelner örtlicher Bauleitungen im Ausland erforderlich sind, gezahlt.

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1227 Tit. 427 09	*4 182*	*3 927*

F ***428 01*** *-016* *Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer* — *47 643*

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind in Höhe von 645 T€ gesperrt.

Eine Entsperrung kann erst nach Abschluss einer Kostenerstattungsvereinbarung zwischen dem BBR und der BImA erfolgen.

2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 297 01.

Erläuterungen:

Das Restvermögen der BBB fällt an die Bundesrepublik Deutschland. Es muss u. a. für Verpflichtungen aus Altersteilzeit gegenüber ehemaligen BBB-Mitarbeitern verwendet werden.

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1227 Tit. 428 01	*45 852*	*46 414*

F ***453 01*** *-016* *Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen* — *156*

Erläuterungen:

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

1617 Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 453 01

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1227 Tit. 453 01	156	29

F 511 01 -016 *Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände, Software, Wartung* — *2 912*

Erläuterungen:

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1227 Tit. 511 01	1 330	1 129
Kap. 1227 Tit. 511 55	1 582	1 200
Zusammen	2 912	2 329

F 514 01 -016 *Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.* — *152*

Erläuterungen:

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1227 Tit. 514 01	152	92

F 517 01 -016 *Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume* — *2 010*

Erläuterungen:

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1227 Tit. 517 01	2 010	1 955

F 518 01 -016 *Mieten und Pachten* — *400*

Erläuterungen:

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1227 Tit. 518 01	507	250
Kap. 1227 Tit. 518 55	-	-
Zusammen	507	250

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F ***519 01*** *-016*	*Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen*	*320*		

Erläuterungen:

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1227 Tit. 519 01	*320*	*490*

F ***525 01*** *-016*	*Aus- und Fortbildung*	*457*		

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Lehr- und Unterrichtsmaterial an Lehrgangsteilnehmer unentgeltlich abgegeben wird.

Erläuterungen:

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1227 Tit. 525 01	*372*	*352*
Kap. 1227 Tit. 525 55	*85*	*50*
Zusammen	*457*	*402*

F ***527 01*** *-016*	*Dienstreisen*	*995*		

Erläuterungen:

U. a. Pauschalvergütungen für Beamtinnen und Beamte sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Außendienst.

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1227 Tit. 527 01	*995*	*1 024*

F ***532 01*** *-016*	*Aufträge und Dienstleistungen im Bereich Informationstechnik*	*359*		

Erläuterungen:

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1227 Tit. 532 55	*359*	*410*

1617 Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F 539 99 -016	*Vermischte Verwaltungsausgaben*		*570*	

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 297 01.

Erläuterungen:

Das Restvermögen der BBB ist an die Bundesrepublik Deutschland gefallen. Daraus sind auch nachwirkende Sachkosten der ehemaligen BBB zu leisten.

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1227 Tit. 539 99	*570*	*700*

F 684 09 -165	*Mitgliedsbeiträge und sonstige Zuschüsse an Verbände, Vereine und ähnliche Institutionen geringeren Umfangs*		*8*	

Erläuterungen:

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1227 Tit. 686 01	*8*	*5*

F 711 01 -016	*Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten*		*97*	

Erläuterungen:

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1227 Tit. 711 01	*97*	*213*

F 811 01 -016	*Erwerb von Fahrzeugen*		*40*	

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Ersatzbeschaffung	
16 Pkw...	*392*
abzgl. Mehreinnahmen bei Tit. 132 01 aus der Veräußerung von Dienst-Kfz gem. § 6 Abs. 7 HG..	*-373*
2. Sonstiges...	*21*
Zusammen...	*40*

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1227 Tit. 811 01	*80*	*166*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

***F* 812 01 -016**	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)*	*440*		

Erläuterungen:

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1227 Tit. 812 01	*400*	*318*

***F* 812 02 -016**	*Erwerb von Anlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Software im Bereich Informationstechnik*	*938*		

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Erstbeschaffung	
1.1 Hardware	*125*
1.2 Software	*275*
2. Ersatzbeschaffung	
2.1 Hardware	*238*
2.2 Software	*300*
Zusammen	*938*

Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1227 Tit. 812 55	*938*	*1 062*

16 Aufwandsentschädigungen, Besondere Personalausgaben

Haushaltsvermerk:

In den Personaltiteln dieses Einzelplans sind folgende Aufwandsentschädigungen und Besondere Personalausgaben veranschlagt:

1. **Aufwandsentschädigungen**

1.1 Dienstaufwandsentschädigung für **die Bundesministerin** in Höhe von jährlich 3 681,30 € (monatlich 306,78 €) bei folgendem Titel:

Kap. 1612 Tit. 421 01.

1.2 Dienstaufwandsentschädigung für die **Parlamentarische Staatssekretärin und den Parlamentarischen Staatssekretär** in Höhe von jährlich je 2 760,98 € (monatlich je 230,08 €) bei folgendem Titel:

Kap. 1612 Tit. 421 01.

1.3 Aufwandsentschädigung für vom Dienst freigestellte Personalratsmitglieder bei folgenden Titeln:

Kap. 1612 Tit. 422 01, 428 01,

Kap. 1613 Tit. 422 01, 428 01,

Kap. 1614 Tit. 422 01,

Kap. 1616 Tit. 422 01, 422 21, 428 01, 428 11, 428 21, 428 31,

Kap. 1617 Tit. 422 01 und 428 01.

1.4 Lehrentschädigung (Prüfungs- und Vertragsvergütung) bei folgendem Titel:

Kap. 1617 Tit. 422 01.

2. **Besondere Personalausgaben**

2.1 Betreuung aller Beschäftigten, die am Heiligen Abend nach 18 Uhr Dienst verrichten (zentral für den gesamten Geschäftsbereich) bei folgendem Titel:

Kap. 1612 Tit. 428 01.

2.2 Verfügungsfonds für vom Dienst freigestellte Gleichstellungsbeauftragte gem. § 18 Abs. 4 BGleiG in Höhe von bis zu jährlich je 312 € (monatlich 26 €) bei folgenden Titeln:

Kap. 1612 Tit. 422 01,

Kap. 1613 Tit. 428 01,

Kap. 1614 Tit. 422 01, 428 01,

Kap. 1616 Tit. 422 01, 422 21, 428 01, 428 11, 428 21, 428 31 **und**

Kap. 1617 Tit. 428 01.

2.3 Außer- und übertarifliche Leistungen an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die mit Einwilligung des BMF gewährt werden, bei den Titeln der Gruppen 427 und 428.

Übersicht 1 16
Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Kapitel, Titel (Titelgr.) sowie Zweckbestimmung	Ausgaben-soll 2014 1 000 €	a) Bis einschl. 31.12.2012 eingegangene Verpflichtungen fällig ab 2014 b) VE 2013 c) VE 2014 1 000 €	davon fällig 2014 1 000 €	2015 1 000 €	2016 1 000 €	2017 1 000 €	Folgejahre 1 000 €	in künftigen Haushaltsjahren 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Kapitel 1601								
532 05 - Internationale Zusammenarbeit	4 850	a) 261	261	-	-	-	-	-
		b) 4 800	2 500	1 500	800	-	-	-
		c) 4 400		2 100	1 500	800	-	-
533 03 - Ausgaben zum Betrieb der Umweltprobenbank	4 031	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) 2 500		1 000	1 000	500	-	-
544 01 - Forschung, Untersuchungen und Ähnliches	33 581	a) 26 525	16 311	10 214	-	-	-	-
		b) 22 982	9 865	6 717	6 400	-	-	-
		c) 33 512		9 763	13 749	10 000	-	-
685 04 - Zuschüsse an Verbände und sonstige Vereinigungen auf den Gebieten des Umweltschutzes und des Naturschutzes	11 749	a) 784	784	-	-	-	-	-
		b) 10 500	6 000	3 000	1 500	-	-	-
		c) 12 000		6 000	4 000	2 000	-	-
687 87 - Beratungshilfe für den Umweltschutz in den Staaten Mittel- und Osteuropas sowie den Neuen Unabhängigen Staaten (NUS)	2 740	a) 342	342	-	-	-	-	-
		b) 2 176	1 192	844	140	-	-	-
		c) 1 850		1 100	600	150	-	-
812 03 - Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen zum Betrieb der Umweltprobenbank	300	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) 480		200	180	100	-	-
892 01 - Investitionen zur Verminderung von Umweltbelastungen	25 351	a) 7 890	4 742	2 130	720	283	15	-
		b) 26 027	8 798	5 040	8 309	800	3 080	-
		c) 32 032		12 929	6 182	9 041	3 880	-
896 04 - Investitionen zur Verminderung von Umweltbelastungen im Ausland	2 640	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 2 772	1 188	528	1 056	-	-	-
		c) 3 168		1 584	528	1 056	-	-
Summe des Kapitels 1601	114 194	a) 35 802	22 440	12 344	720	283	15	-
		b) 69 257	29 543	17 629	18 205	800	3 080	-
		c) 89 942		34 676	27 739	23 647	3 880	-
Kapitel 1602								
532 05 - Internationale Zusammenarbeit	5 000	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 3 900	1 600	1 500	800	-	-	-
		c) 4 600		1 500	1 600	1 500	-	-
546 01 - Beteiligung an den Kosten der Gemeinsamen Geschäftsstelle Elektromobilität der Bundesregierung	130	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 370	150	120	100	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
685 05 - Förderung von Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel	4 000	a) 605	533	72	-	-	-	-
		b) 2 575	1 175	800	600	-	-	-
		c) 4 928		1 528	1 800	1 600	-	-
686 05 - Nationale Klimaschutzinitiative	68 000	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) 87 000		34 000	25 000	20 000	8 000	-
896 05 - Investitionen zum Schutz des Klimas und der Biodiversität im Ausland	309 065	a) 77 656	56 373	16 812	4 071	400	-	-
		b) 150 000	41 500	40 000	22 500	20 000	26 000	-
		c) 150 000		40 000	35 000	27 500	47 500	-

16 Übersicht 1
Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Kapitel, Titel (Titelgr.) sowie Zweckbestimmung	Ausgaben-soll 2014		a) Bis einschl. 31.12.2012 eingegangene Verpflichtungen fällig ab 2014 b) VE 2013 c) VE 2014	davon fällig					
				2014	2015	2016	2017	Folgejahre	in künftigen Haushaltsjahren
	1 000 €		1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €
1	2		3	4	5	6	7	8	9
Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel									
532 04 - Maßnahmen zur Schaffung eines internationalen Kohlenstoffmarktes	-	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	3 000	1 400	1 000	600	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
685 08 - Ausgaben zum Betrieb der Umweltprobenbank	-	a)	498	243	255	-	-	-	-
		b)	3 633	1 966	867	800	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
Summe des Kapitels 1602	386 195	a)	78 759	57 149	17 139	4 071	400	-	-
		b)	163 478	47 791	44 287	25 400	20 000	26 000	-
		c)	246 528		77 028	63 400	50 600	55 500	-
Kapitel 1603									
Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel									
546 21 - Betrieb der Clearingstelle EEG	-	a)	6 783	1 699	1 699	1 689	1 696	-	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
683 01 - Forschungs- und Entwicklungsvorhaben: Erneuerbare Energien	-	a)	101 880	52 946	35 691	13 243	-	-	-
		b)	70 276	17 691	17 239	22 091	13 255	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
686 04 - Förderung von Einzelmaßnahmen zur Nutzung erneuerbarer Energien	-	a)	158 695	97 062	25 944	10 956	7 533	17 200	-
		b)	400 480	112 680	119 000	71 300	55 000	42 500	-
		c)	-		-	-	-	-	-
892 01 - Investitionszuschüsse: Erneuerbare Energien	-	a)	78 875	41 944	26 815	10 116	-	-	-
		b)	56 502	14 001	14 501	17 500	10 500	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
Summe des Kapitels 1603	-	a)	346 233	193 651	90 149	36 004	9 229	17 200	-
		b)	527 258	144 372	150 740	110 891	78 755	42 500	-
		c)	-		-	-	-	-	-
Kapitel 1604									
532 05 - Internationale Zusammenarbeit	2 500	a)	197	183	14	-	-	-	-
		b)	2 215	1 215	500	500	-	-	-
		c)	2 700		1 400	800	500	-	-
544 01 - Forschung, Untersuchungen und Ähnliches	18 250	a)	6 538	4 884	1 654	-	-	-	-
		b)	7 104	3 254	2 050	1 800	-	-	-
		c)	11 496		4 496	4 000	3 000	-	-
685 01 - Förderung von Maßnahmen im Rahmen des Bundesprogramms Biologische Vielfalt	15 000	a)	7 143	3 338	1 328	2 477	-	-	-
		b)	19 207	8 657	6 500	2 250	1 800	-	-
		c)	13 376		4 172	4 204	3 000	2 000	-
882 01 - Zuweisungen zur Errichtung und Sicherung schutzwürdiger Teile von Natur und	14 000	a)	13 763	7 605	4 060	2 098	-	-	-
		b)	8 754	2 644	2 810	2 100	1 200	-	-
		c)	13 532		4 330	4 202	3 500	1 500	-

Kapitel, Titel (Titelgr.) sowie Zweckbestimmung	Ausgaben-soll 2014	a) Bis einschl. 31.12.2012 eingegangene Verpflichtungen fällig ab 2014 b) VE 2013 c) VE 2014	davon fällig 2014	2015	2016	2017	Folgejahre	in künftigen Haushaltsjahren
	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Landschaft mit gesamtstaatlich repräsentativer Bedeutung								
892 01 - Zuschüsse für Erprobungs- und Entwicklungsvorhaben auf dem Gebiet des Naturschutzes	2 945	a) 1 273	912	351	10	-	-	-
		b) 2 344	828	724	442	350	-	-
		c) 3 431		1 281	1 000	800	350	-
Summe des Kapitels 1604	57 131	a) 28 914	16 922	7 407	4 585	-	-	-
		b) 39 624	16 598	12 584	7 092	3 350	-	-
		c) 44 535		15 679	14 206	10 800	3 850	-
Kapitel 1605								
532 05 - Internationale Zusammenarbeit	3 450	a) 1 925	1 672	253	-	-	-	-
		b) 2 245	955	690	600	-	-	-
		c) 4 200		1 635	1 323	1 242	-	-
544 01 - Forschung, Untersuchungen und Ähnliches	30 062	a) 12 731	9 332	3 399	-	-	-	-
		b) 15 257	7 707	4 550	3 000	-	-	-
		c) 34 879		11 986	12 157	10 736	-	-
Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel								
532 03 - Untersuchungen zu Fragen des Strahlenschutzes	-	a) 5 131	3 927	1 204	-	-	-	-
		b) 4 810	2 048	1 562	1 200	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
Summe des Kapitels 1605	47 960	a) 19 787	14 931	4 856	-	-	-	-
		b) 22 312	10 710	6 802	4 800	-	-	-
		c) 39 079		13 621	13 480	11 978	-	-
Kapitel 1606								
544 01 - Forschung, Untersuchungen und Ähnliches	500	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) 100		100	-	-	-	-
686 05 - Nationale Kofinanzierung des ESF-Bundesprogramms "Soziale Stadt - Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier (BIWAQ)"	8 400	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) 26 221		8 456	8 645	9 120	-	-
Tgr. 01								
882 11 - Zuweisungen an die Länder zur Förderung städtebaulicher Maßnahmen (Städtebauförderung -neu-)	399 000	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) 665 000		175 000	210 000	175 000	105 000	-
Tgr. 03								
663 34 - Zuschüsse zur Deckung laufender Aufwendungen	1 397	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) 604		224	93	93	194	-
863 34 - Darlehen	3 312	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) 1 590		1 365	225	-	-	-

16 Übersicht 1
Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Kapitel, Titel (Titelgr.) sowie Zweckbestimmung	Ausgaben-soll 2014 1 000 €	a) Bis einschl. 31.12.2012 eingegangene Verpflichtungen fällig ab 2014 b) VE 2013 c) VE 2014 1 000 €	davon fällig 2014 1 000 €	2015 1 000 €	2016 1 000 €	2017 1 000 €	Folgejahre 1 000 €	in künftigen Haushaltsjahren 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7	8	9
893 34 - Zuschüsse für Investitionen	1 918	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) 1 480		555	770	155	-	-
Tgr. 05								
544 51 - Forschung, Untersuchungen und Ähnliches	1 000	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) 600		100	300	200	-	-
893 51 - Pilotprojekte	1 000	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) 1 000		500	300	200	-	-
Tgr. 06								
544 61 - Forschung, Untersuchungen und Ähnliches	2 688	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) 2 070		500	500	1 070	-	-
882 66 - Modellvorhaben	2 778	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) 2 222		555	556	1 111	-	-
Tgr. 08								
544 81 - Forschung, Untersuchungen und Ähnliches	5 638	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) 2 668		2 371	297	-	-	-
686 81 - Zuwendungen für Antragsforschung im Baubereich	7 536	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) 7 263		4 700	2 563	-	-	-
Summe des Kapitels 1606	2 063 593	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) 710 818		194 426	224 249	186 949	105 194	-
Kapitel 1607								
725 05 - Baumaßnahmen für den Deutschen Bundestag und die Bundesregierung im Parlamentsviertel in Berlin	33 150	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) 10 000		6 000	3 000	1 000	-	-
731 01 - Baumaßnahmen für den Bundesrat	-	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) 2 712		2 300	-	412	-	-
894 02 - Zuschüsse für Investitionen zur Wiedererrichtung des Berliner Schlosses - Bau des Humboldt-Forums im Schlossareal Berlin	53 000	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) 130 000		45 000	60 000	23 000	2 000	-
Tgr. 01								
519 11 - Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	6 675	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) 13 000		4 000	4 500	4 500	-	-
526 14 - Planungskosten	1 120	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) 900		300	300	300	-	-

Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Kapitel, Titel (Titelgr.) sowie Zweckbestimmung	Ausgaben-soll 2014 1 000 €	a) Bis einschl. 31.12.2012 eingegangene Verpflichtungen fällig ab 2014 b) VE 2013 c) VE 2014 1 000 €	davon fällig 2014 1 000 €	2015 1 000 €	2016 1 000 €	2017 1 000 €	Folgejahre 1 000 €	in künftigen Haushaltsjahren 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7	8	9
711 11 - Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	2 400	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) 5 600		1 400	1 700	2 500	-	-
712 11 - Baumaßnahmen von mehr als 2 000 000 € im Einzelfall	2 400	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) 9 000		4 000	4 000	1 000	-	-
Tgr. 04								
526 44 - Planungskosten für Baumaßnahmen im Parlamentsviertel	9 910	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) 4 300		3 000	800	500	-	-
526 47 - Planungskosten für Baumaßnahmen des Bundesrates	2 900	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) 1 558		1 300	229	29	-	-
Tgr. 06								
663 61 - Zuschüsse zur Deckung laufender Aufwendungen	700	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) 680		50	80	80	470	-
863 61 - Darlehen	900	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) 800		650	150	-	-	-
Summe des Kapitels 1607	115 587	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) 178 550		68 000	74 759	33 321	2 470	-
Kapitel 1611								
526 02 - Sachverständige, Ausgaben für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen	15 583	a) 640	640	-	-	-	-	-
		b) 3 390	1 000	1 000	1 000	390	-	-
		c) 2 440		610	610	610	610	-
Summe des Kapitels 1611	52 899	a) 640	640	-	-	-	-	-
		b) 3 390	1 000	1 000	1 000	390	-	-
		c) 2 440		610	610	610	610	-
Kapitel 1612								
518 01 - Mieten und Pachten	488	a) 3 396	1 132	1 132	1 132	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
Summe des Kapitels 1612	93 579	a) 3 396	1 132	1 132	1 132	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
Kapitel 1613								
518 02 - Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	9 917	a) 188 117	3 056	3 575	7 984	7 984	165 518	-
		b) 26 162	7 909	9 853	8 400	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
511 01 - Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände, Software, Wartung	5 143	a) 14	14	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-

16 Übersicht 1
Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Kapitel, Titel (Titelgr.) sowie Zweckbestimmung	Ausgaben-soll 2014 1 000 €		a) Bis einschl. 31.12.2012 eingegangene Verpflichtungen fällig ab 2014 b) VE 2013 c) VE 2014 1 000 €	davon fällig 2014 1 000 €	2015 1 000 €	2016 1 000 €	2017 1 000 €	Folgejahre 1 000 €	in künftigen Haushaltsjahren 1 000 €
1	2		3	4	5	6	7	8	9
518 01 - Mieten und Pachten	975	a)	5	5	-	-	-	-	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
525 01 - Aus- und Fortbildung	799	a)	4	2	2	-	-	-	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
532 01 - Aufträge und Dienstleistungen im Bereich Informationstechnik	2 811	a)	72	48	24	-	-	-	-
		b)	1 640	702	330	608	-	-	-
		c)	1 327		354	278	695	-	-
532 02 - Behördenspezifische fachbezogene Verwaltungsausgaben (ohne IT)	7 504	a)	603	448	155	-	-	-	-
		b)	3 885	1 381	1 440	1 064	-	-	-
		c)	931		91	95	745	-	-
812 02 - Erwerb von Anlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Software im Bereich Informationstechnik	1 051	a)	547	539	8	-	-	-	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel									
511 55 - Geschäftsbedarf und Datenübertragung sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Software, Wartung	-	a)	1 154	592	562	-	-	-	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
518 55 - Miete für Datenverarbeitungsanlagen, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Maschinen, Software	-	a)	750	460	290	-	-	-	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
525 55 - Aus- und Fortbildung	-	a)	48	48	-	-	-	-	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
526 02 - Sachverständige	-	a)	276	214	43	19	-	-	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
532 07 - Betrieb eines Messstellennetzes zur Messung der weiträumigen grenzüberschreitenden Luftverschmutzung	-	a)	392	392	-	-	-	-	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
543 01 - Veröffentlichung und Dokumentation	-	a)	15	15	-	-	-	-	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
Summe des Kapitels 1613	110 506	a)	191 997	5 833	4 659	8 003	7 984	165 518	-
		b)	31 687	9 992	11 623	10 072	-	-	-
		c)	2 258		445	373	1 440	-	-
Kapitel 1614									
518 02 - Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Ein-	2 791	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	8 133	2 711	2 711	2 711	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-

Kapitel, Titel (Titelgr.) sowie Zweckbestimmung	Ausgaben-soll 2014	a) Bis einschl. 31.12.2012 eingegangene Verpflichtungen fällig ab 2014 b) VE 2013 c) VE 2014	davon fällig 2014	2015	2016	2017	Folgejahre	in künftigen Haushaltsjahren
	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €
1	2	3	4	5	6	7	8	9
heitlichen Liegenschaftsmanagement								
532 02 - Behördenspezifische fachbezogene Verwaltungsausgaben (ohne IT)	4 725	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 4 200	1 800	800	1 600	-	-	-
		c) 4 200		1 800	800	1 600	-	-
Summe des Kapitels 1614	28 910	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 12 333	4 511	3 511	4 311	-	-	-
		c) 4 200		1 800	800	1 600	-	-
Kapitel 1616								
518 02 - Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	3 232	a) 8 528	4 264	4 264	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) 213 870		-	-	-	213 870	-
Tgr. 02								
518 22 - Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	1 215	a) 394	197	197	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
712 22 - Projekt Konrad	200 000	a) 7 170	5 933	1 237	-	-	-	-
		b) 142 000	49 500	47 000	45 500	-	-	-
		c) 142 000		49 500	47 000	45 500	-	-
712 23 - Projekt Gorleben	40 000	a) 106	106	-	-	-	-	-
		b) 6 000	3 000	2 000	1 000	-	-	-
		c) 6 000		3 000	2 000	1 000	-	-
712 24 - Stilllegung des Endlagers für radioaktive Abfälle Morsleben	50 000	a) 1 953	1 843	110	-	-	-	-
		b) 6 000	3 000	2 000	1 000	-	-	-
		c) 6 000		3 000	2 000	1 000	-	-
712 25 - Erkundung weiterer Standorte für die Endlagerung radioaktiver Abfälle	3 500	a) 12	12	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
712 26 - Stilllegung Schachtanlage Asse	121 300	a) 26 712	23 948	2 764	-	-	-	-
		b) 76 000	30 000	24 000	22 000	-	-	-
		c) 32 000		18 000	9 000	5 000	-	-
Summe des Kapitels 1616	491 595	a) 44 875	36 303	8 572	-	-	-	-
		b) 230 000	85 500	75 000	69 500	-	-	-
		c) 399 870		73 500	60 000	52 500	213 870	-
Summe des Einzelplans 16	3 646 836	a) 750 403	349 001	146 258	54 515	17 896	182 733	-
		b) 1 099 339	350 017	323 176	251 271	103 295	71 580	-
		c) 1 718 220		479 785	479 616	373 445	385 374	-

Personalhaushalt

Einzelplan 16

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

Inhalt

Kapitel	Bezeichnung	Seite
	Vorbemerkungen zum Personalhaushalt	178
	Haushaltsvermerk - Ausgaben	178
	Gesamtübersicht	179
1612	Bundesministerium	180
1613	Umweltbundesamt	183
1614	Bundesamt für Naturschutz	186
1615	Bundesamt für kerntechnische Entsorgung	188
1616	Bundesamt für Strahlenschutz	189
1617	Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung	194
	Übersicht	
	Darstellung der den Planstellen zugeordneten Amtsbezeichnungen	196

Vorbemerkungen zum Personalhaushalt

1. Ersatz(plan)stellen werden zahlenmäßig in einer eigenen Spalte der Übersichten der ku- und kw-Vermerke in der Gesamtübersicht und in den einzelnen Kapiteln nachgewiesen.

   Ersatz(plan)stellen im Zusammenhang mit der Gewährung von Altersteilzeit sind mit dem Vermerk "kw mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten" ausgewiesen.

   Die sonstigen Ersatz(plan)stellen sind in der Übersicht mit der Kurzformulierung "Ersatzplanstelle" bzw."Ersatzstelle" ausgewiesen, die Kurzformulierung entspricht dabei dem folgenden Wortlaut eines kw-Vermerks:

   - bei Titeln der Gruppe 422: kw - nach Rückkehr der abgeordneten Beschäftigten - mit Übernahme der Ersatzkräfte in eine freie oder die nächste frei werdende Planstelle ihrer Besoldungsgruppe oder mit Versetzung der Beschäftigten oder ihrem Ausscheiden aus dem Dienst

   - bei Titeln der Gruppe 428: kw - nach Rückkehr der abgeordneten Beschäftigten - mit Übernahme der Ersatzkräfte in eine freie oder die nächste frei werdende Stelle ihrer Entgeltgruppe oder Planstelle der entsprechenden Besoldungsgruppe oder mit Versetzung der Beschäftigten oder ihrem Ausscheiden aus dem Dienst

2. AT B ist die Kurzbezeichnung für Arbeitsverhältnisse mit Verträgen nach Anlage 1a oder 1b des BMI-Rundschreibens vom 18. November 2005 - D II 2 - 220 234 - in der jeweils geltenden Fassung.

3. Anzahl der im Haushaltsjahr 2012 eingesetzten Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen (umgerechnet auf vollbeschäftigte Arbeitskräfte im Haushaltsjahr) und Auszubildende (Jahresdurchschnitt):

Kapitel	Titel	Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen	Auszubildende
1612	427 09	69,7	47,0
1613	427 09	448,0	70,0
1613	427 19	25,0	-
1614	427 09	39,9	13,0
1614	427 19	1,3	-
1616	427 09	48,0	34,0
1616	427 19	5,8	-
1616	427 29	26,8	-
1616	427 39	-	-
Zusammen		664,5	164,0

4. Arbeitsplatzbeschreibungen für alle Stellen der Gruppe 428 des Einzelplans (einschließlich der Stellen der institutionell geförderten Zuwendungsempfänger/Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO) liegen vor.

Haushaltsvermerk

Freie Planstellen und Stellen im Epl. 16 am Dienstort Berlin sind vorrangig mit Bediensteten zu besetzen, die als anerkannte Härtefälle oder aus gravierenden sozialen Gründen von der Folgepflicht beim Umzug des Umweltbundesamtes nach Dessau ausgenommen sind und aus diesem Grund bei Kap. 1605 auf (Plan)Stellen mit Vermerk "kw mit Ausscheiden der (Plan)Stelleninhaber/innen, spätestens 31.12.2014, Härtefälle am Standort Berlin" geführt werden.

Abweichungen bedürfen der Einwilligung des Bundesministeriums der Finanzen.

Gesamtübersicht

Planstellen, Stellen, Leerstellen

Kap.	Behörde	Beamtinnen und Beamte Tit. 422 .1		Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Tit. 428 .1		Zusammen (Spalten 3 bis 6)	
		2014	2013	2014	2013	2014	2013
1	2	3	4	5	6	7	8
	Planstellen und Stellen						
1612	Bundesministerium	645,5	599,5	265,8	265,0	911,3	864,5
1613	Umweltbundesamt	416,5	402,5	710,3	699,0	1 126,8	1 101,5
1614	Bundesamt für Naturschutz	162,0	151,0	90,5	91,4	252,5	242,4
1615	Bundesamt für kerntechnische Entsorgung	38,0	-	2,0	-	40,0	-
1616	Bundesamt für Strahlenschutz	467,5	446,6	296,5	300,7	764,0	747,3
1617	Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung	316,0	-	731,0	-	1 047,0	-
	Zusammen	2 045,5	1 599,6	2 096,1	1 356,1	4 141,6	2 955,7
	Leerstellen						
1612	Bundesministerium	22,0	27,0	30,0	34,0	52,0	61,0
1613	Umweltbundesamt	4,0	6,0	5,0	3,0	9,0	9,0
1614	Bundesamt für Naturschutz	1,0	2,0	5,0	6,5	6,0	8,5
1616	Bundesamt für Strahlenschutz	4,0	3,0	2,0	3,0	6,0	6,0
1617	Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung	3,0	-	4,0	-	7,0	-
	Zusammen	34,0	38,0	46,0	46,5	80,0	84,5

ku- und kw-Vermerke

Kap.	Dienststelle	Zusammen	davon fällig					Ersatz(plan)-stellen	Sonstige
			2014	2015	2016	2017	2018 ff.		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
	ku-Vermerke								
1617	Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung	2,0	-	-	-	-	-	-	2,0
	kw-Vermerke								
1612	Bundesministerium	37,0	-	-	9,0	-	-	13,0	15,0
1613	Umweltbundesamt	64,5	17,0	-	17,0	-	10,0	13,5	7,0
1614	Bundesamt für Naturschutz	11,5	-	-	1,0	-	-	2,5	8,0
1616	Bundesamt für Strahlenschutz	118,4	-	-	-	-	28,0	7,4	83,0
1617	Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung	98,0	-	-	-	10,0	39,0	1,0	48,0
	Zusammen	329,4	17,0	-	27,0	10,0	77,0	37,4	161,0

Institutionell geförderte Zuwendungsempfänger / Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO

Kap.	Kapitelbezeichnung	Stellen mit Dauerarbeitskräften besetzbar				Stellen für Arbeitskräfte mit befristeten Arbeitsverträgen	
		Tit. 422 .1, 425 .1, 426 .1, 428 .1 sowie entsprechende Kontierung im Wirtschaftsplan		Tit. 425 .1, 426 .1, 428 .1 (Projektförderung / Aufträge Dritter)		Tit. 427 .9 (Projektförderung / Aufträge Dritter)	
		2014	2013	2014	2013	2014	2013
1	2	3	4	5	6	7	8
1601	Umweltschutz	23,3	23,3	2,0	2,0	-	-
1606	Wohnungswesen und Städtebau	78,0	-	-	-	-	-
1607	Hochbau- und Förderungsmaßnahmen in Berlin und Bonn	15,0	-	-	-	-	-
	Zusammen	116,3	23,3	2,0	2,0	-	-

1612 Bundesministerium

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr: Neue Stellen, Stellenwegfall ohne ku/ kw-Vermerke +	-	und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken +	-	Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken +	-	Hebungen, Herabstufungen +	-	Umwandlungen, Umsetzungen +	-	von Sp. 2 entfallen auf Funktionsgruppen
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Beamtinnen und Beamte														
B 11	2,0	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 9	6,0	6,0	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 6	17,0	16,0	12,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 3	51,0	49,0	44,0	1,0	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-
A 16	24,0	20,0	18,0	-	-	1,0	-	-	-	3,0	-	-	-	-
A 15	132,0	131,0	113,0	3,0	1,0	3,0	-	-	1,0	-	3,0	-	-	-
A 14	92,0	88,0	72,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 h	61,0	51,0	44,0	9,0	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-
A 13 g+Z	3,0	3,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g	98,0	88,0	71,0	10,0	-	2,0	-	-	2,0	-	-	-	-	-
A 12	43,0	39,0	19,0	2,0	-	-	-	2,0	-	-	-	-	-	-
A 11	15,5	17,5	19,0	-	-	-	-	-	2,0	-	-	-	-	-
A 10	6,0	2,0	10,0	5,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 g	3,0	3,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m+Z	14,0	14,0	13,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m	43,0	36,0	19,0	6,0	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-
A 8	5,5	5,5	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 7	2,5	2,5	8,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 6 m	1,0	1,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 6 e	7,0	7,0	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 5	6,0	6,0	8,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 4	9,0	9,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 2/3	4,0	4,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	645,5	599,5	497,5	42,0	2,0	8,0	-	2,0	5,0	3,0	3,0	1,0	-	-
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
AT (B 9)	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
AT (B 6)	-	-	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
AT (B 3)	-	-	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
AT B	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	-	-	8,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 15	9,0	9,0	14,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 14	9,0	9,0	11,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 13	6,0	6,0	8,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 12	19,0	19,0	25,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 11	8,0	9,0	10,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-
E 10	3,0	3,0	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 9	8,0	7,0	8,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 8	73,8	71,8	67,3	1,0	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-
E 7	4,0	3,0	3,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 6	55,5	46,7	46,5	-	0,2	-	-	-	1,0	10,0	-	-	-	-
E 5	47,5	58,5	62,5	1,0	-	-	-	-	2,0	-	10,0	-	-	-
E 4	21,0	21,0	23,0	1,0	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
E 3	2,0	2,0	7,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	265,8	265,0	291,8	5,0	0,2	1,0	-	-	4,0	10,0	10,0	-	1,0	-
Insgesamt	265,8	265,0	299,8	5,0	0,2	1,0	-	-	4,0	10,0	10,0	-	1,0	-

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 422 01

Die folgenden Planstellen dürfen nur mit Überhangpersonal besetzt werden: **9,0 A 13 g, 4,0 A 12, 1,0 A 10, 14,0 A 9 m** (Zusammen: **28,0**).

Zu Titel 428 01

Die folgenden Stellen dürfen nur mit Überhangpersonal besetzt werden: **2,0** E 8, 1,0 E 5 **(Zusammen:** 3,0**).**

Erläuterungen:

Zu Titel 422 01

Das Planstellensoll enthält folgende für die Umsetzung des Personalrahmenkonzepts zur internationalen Personalpolitik (PRK) ausgebrachte Planstellen: 1,0 A15; 1,0 A14 (Zusammen: 2,0).

Zu Spalte 4:
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
1,0 B9; 3,0 B6; 3,0 B3; 1,0 A16; 5,0 A15; 2,0 A14; 2,0 A13h; 1,0 A13g; 7,0 A12; 2,5 A11; 1,0 A9g; 1,0 A9m; 0,5 A8; 5,0 A4; 3,0 A2/3 (Zusammen: 38,0).

Zu Titel 428 01

Zu Spalte 4:
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
1,0 AT(B9); 3,0 AT(B6); 3,0 AT(B3); 1,0 ATB; 5,0 E15; 2,0 E14; 2,0 E13; 7,0 E12; 3,5 E11; 1,0 E9; 1,5 E8; 3,0 E4; 5,0 E3 (Zusammen: 38,0).

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 422 01				
			1.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
B 3	1,0	1,0	1.1	Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
A 15	1,0	1,0	1.3	Europäische Investitionsbank (EIB)
B 3	1,0	1,0	1.5	CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages
A 15	1,0	1,0		
A 13 g	-	1,0	1.6	Internationale Organisation für erneuerbare Energien (IRENA)
A 13 g	1,0	1,0	1.7	EU-Kommission
A 16	-	1,0	1.8	European Chemicals Agency (ECHA)
A 15	1,0	1,0	1.9	Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion des Deutschen Bundestages
B 6	-	1,0	1.10	SPD-Parteizentrale
Zusammen	6,0	9,0		
			2.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen	7,0	10,0	2.1	gemäß §§ 90, 92, 95 BBG, § 7 DBeglG, § 6 MuSchEltZV, § 24 GAD
			3.	**Sonstige Beurlaubung**
B 6	1,0	1,0	3.1	Bundeskanzleramt
B 3	2,0	1,0		
A 16	1,0	1,0		
A 15	4,0	5,0		
A 14	1,0	-		
Zusammen	9,0	8,0		
Insgesamt	22,0	27,0		
Zu Titel 428 01				
			1.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
E 14	1,0	1,0	1.1	Weltgesundheitsorganisation (WHO)
AT (B 3)	1,0	1,0	1.2	CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages
E 14	1,0	1,0	1.3	Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP)
E 15	1,0	1,0	1.4	ICARDA
AT B	-	1,0	1.5	SPD-Parteizentrale
E 14	1,0	1,0		
E 12	1,0	1,0		
AT B	1,0	1,0	1.6	SPD-Fraktion des Deutschen Bundestages
AT (B 3)	-	1,0	1.7	Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion des Deutschen Bundestages
Zusammen	7,0	9,0		
			2.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen	22,0	24,0	2.1	gemäß § 28 TVöD, § 9 UmzugsTV, § 15 BEEG, § 24 GAD
			3.	**Sonstige Beurlaubung**
AT (B 9)	1,0	1,0	3.2	Bundeskanzleramt
E 15	-	-		
Zusammen	1,0	1,0		
Insgesamt	30,0	34,0		

1612 Bundesministerium

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
1	2	3	4	5	6	7

Zu Titel 422 01

					ku	
				1.	**ku**	
				1.1	in Bes.-Gr. A 12	
A 13 g..............	-	-	2,0	1.1.1	spätestens 31.12.2013	Wirksamwerden des Vermerks
					kw	
				1.	**kw mit Wegfall der Aufgabe**	
				1.1	-	
A 15..................	3,0	-	3,0	1.1.1	Projekt Asse II	-
A 14..................	3,0	-	3,0			-
A 13 h..............	3,0	-	3,0			-
A 12..................	2,0	-	2,0			-
				2.	**kw 31.12.2016**	
				2.1	-	
B 3....................	1,0	-	-	2.1.1	Regierungswechsel	Neue Planstelle
A 16..................	1,0	-	-			Neue Planstelle
A 15..................	3,0	-	-			Neue Planstelle
A 13 g..............	2,0	-	-			Neue Planstelle
A 9 m...............	1,0	-	-			Neue Planstelle
				4.	**kw**	
				4.1	Ersatzplanstelle	
A 14..................	1,0	1,0	1,0	4.1.1	-	-
A 14..................	1,0	1,0	1,0	4.2	Ersatzplanstelle	-
A 15..................	-	-	1,0	4.3	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	Wirksamwerden des Vermerks
A 13 h..............	1,0	1,0	1,0			-
A 11..................	2,0	2,0	4,0			Wirksamwerden des Vermerks
A 8....................	1,5	1,5	1,5			-
A 7....................	0,5	0,5	0,5			-
A 2/3.................	1,0	1,0	1,0			-
B 6....................	-	-	1,0	4.5	spätestens 31.12.2014	Wegfall des Vermerks
Zusammen.......	27,0	8,0	23,0			

Zu Titel 428 01

					kw	
				1.	**kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber/innen**	
E 8....................	1,0	-	1,0	1.1	-	-
E 4....................	1,0	-	2,0	1.2	Fahrbereitschaft	Wirksamwerden des Vermerks
				2.	**kw mit Wegfall der Aufgabe**	
				2.1	-	
E 6....................	1,0	-	1,0	2.1.1	Vorlesekraft	-
E 5....................	1,0	-	1,0			-
				3.	**kw**	
E 9....................	2,0	2,0	2,0	3.2	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	-
E 6....................	1,0	1,0	2,0			Wirksamwerden des Vermerks
E 5....................	-	-	2,0			Wirksamwerden des Vermerks
E 4....................	2,0	2,0	2,0			-
				4.	**kw 31.12.2016**	
				4.1	-	
E 8....................	1,0	-	-	4.1.1	Regierungswechsel	Neue Stelle
Zusammen.......	10,0	5,0	13,0			

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr: Neue Stellen, Stellenwegfall ohne ku/ kw-Vermerke +	-	und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken +	-	Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken +	-	Hebungen, Herabstufungen +	-	Umwandlungen, Umsetzungen +	-	von Sp. 2 entfallen auf Funktionsgruppen
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Beamtinnen und Beamte														
B 8	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 4	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 3	6,0	6,0	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 2	16,0	16,0	11,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 1	28,5	28,5	22,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 16	4,0	5,0	2,0	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
A 15	41,5	43,5	22,5	-	-	-	-	-	2,0	-	-	-	-	-
A 14	95,0	88,0	81,0	2,0	-	6,0	-	-	1,0	-	-	-	-	-
A 13 h	86,5	85,5	72,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g	17,0	17,0	12,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 12	30,0	30,0	24,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 11	32,0	32,0	12,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 10	19,0	19,0	18,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 g	7,0	7,0	13,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m+Z	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m	7,0	5,0	3,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 8	12,0	8,0	4,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 7	8,0	6,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 6 m	2,0	1,0	6,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 6 e	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 5	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	416,5	402,5	314,5	12,0	-	6,0	-	-	4,0	-	-	-	-	-
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
AT B	5,0	5,0	5,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 15	24,5	24,5	28,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 14	105,5	87,5	86,0	18,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 13	130,0	119,0	139,0	12,0	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
E 12	29,8	30,8	23,5	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 11	75,5	71,5	59,8	3,5	1,5	4,0	-	-	2,0	-	-	-	-	-
E 10	37,5	40,0	50,8	1,5	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 9	39,8	43,8	46,0	-	1,0	-	-	-	3,0	-	-	-	-	-
E 8	87,3	92,0	78,3	-	3,5	-	-	-	1,2	-	-	-	-	-
E 7	12,0	13,0	12,0	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
E 6	88,5	92,5	90,3	1,0	4,0	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
E 5	46,2	49,7	68,5	1,0	-	-	-	-	1,0	-	-	-	3,5	-
E 4	7,0	8,0	8,0	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
E 3	21,7	21,7	26,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 2	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	705,3	694,0	717,2	37,0	15,0	4,0	-	-	11,2	-	-	-	3,5	-
Insgesamt	710,3	699,0	722,7	37,0	15,0	4,0	-	-	11,2	-	-	-	3,5	-

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 422 01

Die folgenden Planstellen dürfen nur mit Überhangpersonal besetzt werden: 3,0 A 13 g, 2,0 A 11, 2,0 A 8 (Zusammen: 7,0).

Zu Titel 428 01

Die folgenden Stellen dürfen nur mit Überhangpersonal besetzt werden: 9,0 E 11, 1,0 E 10, 1,0 E 9, 1,0 E 8, 3,0 E 6 (Zusammen: 15,0).

1613 Umweltbundesamt

Erläuterungen:

Zu Titel 422 01

Zu Spalte 4:
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
4,0 B2; 1,5 B1; 1,0 A16; 11,0 A15; 9,0 A14; 15,5 A13h; 1,0 A13g; 5,0 A12; 7,0 A11; 4,0 A10; 1,0 A5 (Zusammen: 60,0).

Zu Titel 428 01

Zu Spalte 4:
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
3,0 ATB; 5,5 E15; 9,0 E14; 23,5 E13; 2,0 E12; 7,0 E11; 7,0 E10; 2,0 E9; 1,0 E3 (Zusammen: 60,0).

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 422 01				
			1.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
A 13 h................	1,0	1,0	1.1	Europäische Umweltagentur
A 14....................	-	1,0	1.2	Kulturveranstaltungen des Bundes in Berlin GmbH (KBB)
A 13 g................	1,0	1,0	1.6	Nachfolgeeinrichtungen der Treuhandanstalt
B 2.....................	1,0	1,0	1.7	Weltgesundheitsorganisation (WHO)
Zusammen.........	3,0	4,0		
			2.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	1,0	2,0	2.1	gemäß §§ 90, 92, 95 BBG, § 7 DBeglG, § 6 MuSchEltZV, § 24 GAD
Insgesamt..........	4,0	6,0		
Zu Titel 428 01				
			1.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
E 15...................	1,0	1,0	1.1	Landtag Sachsen-Anhalt
E 12...................	1,0	-	1.2	Europäische Umweltagentur
Zusammen.........	2,0	1,0		
			2.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	3,0	2,0	2.1	gemäß § 28 TVöD, § 9 UmzugsTV, § 15 BEEG, § 24 GAD
Insgesamt..........	5,0	3,0		

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
1	2	3	4	5	6	7
Zu Titel 422 01						
					kw	
				1.	**kw mit Ausscheiden der Planstelleninhaber/innen**	
A 11..................	1,0	-	1,0	1.1	-	-
				1.2	-	
A 13 g..............	1,0	-	1,0	1.2.1	-	-
				1.3	spätestens 31.12.2014	
A 14..................	3,0	-	3,0	1.3.1	Härtefälle am Standort Berlin	-
A 13 g..............	1,0	-	1,0			-
A 12..................	1,0	-	1,0			-
				2.	**kw**	
A 14..................	-	-	1,0	2.1	Ersatzplanstelle	Wirksamwerden des Vermerks
A 16..................	-	-	1,0	2.2	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	Wirksamwerden des Vermerks
A 15..................	1,0	1,0	3,0			Wirksamwerden des Vermerks
A 14..................	1,0	1,0	1,0			-
A 13 h..............	1,0	1,0	1,0			-
				3.	**kw**	
				3.1	spätestens 31.12.2016	
A 14..................	1,0	-	1,0	3.1.1	Vollzug ElektroG/BattG/PfSchG	-
A 13 h..............	2,0	-	2,0			-
A 11..................	1,0	-	1,0			-
A 10..................	2,0	-	2,0			-
A 7....................	2,0	-	2,0			-

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
1	2	3	4	5	6	7
A 15..................	1,0	-	1,0	3.1.2	Herkunftsnachweisregister	-
				3.2	spätestens 31.12.2018	
A 14..................	6,0	-	-	3.2.1	Vollzug Strompreiskompensation	Neue Planstelle
Zusammen.......	25,0	3,0	23,0			
Zu Titel 428 01						
					kw	
				1.	**kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber/innen**	
E 8....................	1,0	-	1,0	1.1	-	-
E 6....................	1,0	-	1,0			-
				1.3	spätestens 31.12.2014	
E 14..................	1,0	-	1,0	1.3.1	Härtefälle am Standort Berlin	-
E 12..................	1,0	-	1,0			-
E 11..................	1,0	-	2,0			Wirksamwerden des Vermerks
E 10..................	1,0	-	1,0			-
E 9....................	1,0	-	1,0			-
E 7....................	1,0	-	2,0			Wirksamwerden des Vermerks
E 6....................	1,0	-	1,0			-
E 5....................	3,0	-	3,0			-
				2.	**kw mit Wegfall der Aufgabe**	
				2.1	-	
E 14..................	1,0	-	1,0	2.1.1	(Erhebung und Auswertung von Luftschadstoff-Emissionsdaten Fachgebiet I 2.6)	-
E 13..................	1,0	-	1,0	2.1.2	(Entwicklung von Richtlinien für Grundwassersanierung - Fachgebiet II 2.4)	-
E 6....................	1,0	-	1,0	2.1.3	Vorlesekraft	-
				3.	**kw**	
E 14..................	1,0	1,0	1,0	3.1	Ersatzstelle	-
E 13..................	1,0	1,0	1,0	3.2	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	-
E 12..................	1,0	1,0	1,0			-
E 10..................	2,5	2,5	2,5			-
E 9....................	2,5	2,5	3,5			Wirksamwerden des Vermerks
E 8....................	-	-	0,5			Wirksamwerden des Vermerks
E 6....................	-	-	1,0			Wirksamwerden des Vermerks
E 5....................	2,5	2,5	2,5			-
E 4....................	-	-	1,0			Wirksamwerden des Vermerks
E 13..................	2,0	-	2,0	3.6	spätestens 31.12.2014	-
				4.	**kw**	
				4.1	spätestens 31.12.2016	
E 14..................	2,0	-	2,0	4.1.1	Herkunftsnachweisregister	-
E 11..................	3,0	-	3,0			-
E 6....................	1,0	-	1,0			-
E 5....................	1,0	-	1,0			-
E 10..................	1,0	-	1,0	4.1.2	grenzüberschreitende Abfallverbringung	-
				4.2	spätestens 31.12.2018	
E 11..................	4,0	-	-	4.2.1	Vollzug Strompreiskompensation	Neue Stelle
				5.	**kw**	
				5.1	spätestens 31.12.2013	
E 13..................	-	-	1,0	5.1.1	Stelleneinsparung HG 2012	Wirksamwerden des Vermerks
E 11..................	-	-	1,0			Wirksamwerden des Vermerks
E 9....................	-	-	2,0			Wirksamwerden des Vermerks
E 8....................	-	-	0,7			Wirksamwerden des Vermerks
E 5....................	-	-	1,0			Wirksamwerden des Vermerks
Zusammen.......	39,5	10,5	46,7			

1614 Bundesamt für Naturschutz

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr: Neue Stellen, Stellenwegfall: ohne ku/ kw-Vermerke +	ohne ku/ kw-Vermerke -	und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken +	und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken -	Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken +	Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken -	Hebungen, Herabstufungen +	Hebungen, Herabstufungen -	Umwandlungen, Umsetzungen +	Umwandlungen, Umsetzungen -	von Sp. 2 entfallen auf Funktionsgruppen
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Beamtinnen und Beamte														
B 5	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 2	5,0	5,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 1	5,0	5,0	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 16	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 15	16,0	14,0	10,5	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 14	34,0	33,0	24,8	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 h	23,0	22,0	9,5	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g	9,0	8,0	7,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 12	17,0	14,0	8,7	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 11	15,0	12,0	5,2	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 10	7,0	7,0	2,7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 g	5,0	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m+Z	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m	3,0	4,0	4,0	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
A 8	8,0	7,0	2,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 7	3,0	3,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 6 m	8,0	8,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 5	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	162,0	151,0	90,4	12,0	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
AT B	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 15	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 14	3,0	3,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 13	8,5	8,5	30,6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 12	5,0	5,0	5,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 11	8,0	8,0	6,7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 10	6,5	6,5	12,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 9	4,0	4,0	9,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 8	11,0	11,0	12,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 7	5,0	5,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 6	17,8	18,3	13,7	-	0,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 5	16,4	16,8	25,7	-	0,4	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 4	2,4	2,4	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 3	2,5	2,5	6,1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 2	0,4	0,4	0,4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	90,5	91,4	129,2	-	0,9	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	90,5	91,4	130,2	-	0,9	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 422 01

Die folgenden Planstellen dürfen nur mit Überhangpersonal besetzt werden: **1,0 A 13 g, 3,0 A 12, 2,0 A 11, 1,0 A 10,** 1,0 A 9 g, **2,0 A 6 m** (Zusammen: **10,0**).

Erläuterungen:

Zu Titel 422 01

Zu Spalte 4:
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
1,0 B2; 1,5 A15; 7,2 A14; 12,4 A13h; 1,0 A13g; 0,2 A12; 2,0 A11; 3,8 A10; 4,0 A9g; 3,0 A8; 4,0 A6m (Zusammen: 40,1).

Zu Titel 428 01

Zu Spalte 4:
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
1,0 ATB; 1,0 E15; 20,1 E13; 1,0 E12; 5,0 E10; 5,0 E9; 3,0 E8; 4,0 E5 (Zusammen: 40,1).

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5

Zu Titel 422 01

			2.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
A 15..................	-	1,0	2.2	UNWTO
			3.	**Sonstige Beurlaubung**
A 12..................	1,0	1,0	3.1	Bundeskanzleramt
Insgesamt..........	1,0	2,0		

Zu Titel 428 01

			1.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	5,0	6,5	1.1	gemäß § 28 TVöD, § 9 UmzugsTV, § 15 BEEG, § 24 GAD

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014		2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Soll	Ersatz-(plan)st.				
1	2	3	4	5	6	7

Zu Titel 422 01

					kw	
				1.	**kw mit Ausscheiden der Planstelleninhaber/innen**	
A 9 m...............	-	-	1,0	1.1	-	Wirksamwerden des Vermerks
A 7...................	1,0	-	1,0			-
A 6 m...............	4,0	-	4,0			-
				2.	**kw**	
A 14.................	1,0	1,0	1,0	2.1	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	-
				3.	**kw**	
				3.1	spätestens 31.12.2016	
A 10.................	1,0	-	1,0	3.1.1	Artenschutzvollzug	-
Zusammen.......	7,0	1,0	8,0			

Zu Titel 428 01

					kw	
				1.	**kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber/innen**	
E 11.................	1,0	-	1,0	1.1	-	-
E 10.................	1,0	-	1,0			-
E 5...................	1,0	-	1,0			-
				2.	**kw**	
E 13.................	0,5	0,5	0,5	2.2	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	-
E 6...................	1,0	1,0	1,0			-
Zusammen.......	4,5	1,5	4,5			

1615 Bundesamt für kerntechnische Entsorgung

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr										von Sp. 2 entfallen auf Funktions-gruppen
				Neue Stellen, Stellenwegfall				Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken		Hebungen, Herabstufungen		Umwandlungen, Umsetzungen		
				ohne ku/ kw-Vermerke		und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken								
				+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Beamtinnen und Beamte														
B 8......................	1,0	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 4......................	1,0	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 2......................	2,0	-	-	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 16....................	3,0	-	-	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 15....................	6,0	-	-	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 14....................	5,0	-	-	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 h................	2,0	-	-	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g................	3,0	-	-	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 12....................	2,0	-	-	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 11.....................	3,0	-	-	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 10....................	1,0	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 g..................	3,0	-	-	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m..................	1,0	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 8......................	3,0	-	-	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 6 e..................	2,0	-	-	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen..........	38,0	-	-	38,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 11.....................	1,0	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 8......................	1,0	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen..........	2,0	-	-	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt-gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr										von Sp. 2 entfallen auf Funk-tions-gruppen
				Neue Stellen, Stellenwegfall				Wirksam-werden von ku- und kw-Vermerken		Hebungen, Herab-stufungen		Umwand-lungen, Umsetzungen		
				ohne ku/ kw-Vermerke		und Umsetzun-gen mit ku/ kw-Vermerken								
				+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Beamtinnen und Beamte														
B 7......................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 3......................	4,0	4,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 2......................	10,0	10,0	8,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 1......................	9,0	9,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 16....................	7,0	7,0	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 15....................	29,0	27,0	24,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 14....................	67,0	63,0	44,0	6,0	-	-	-	-	2,0	-	-	-	-	-
A 13 h.................	25,0	24,5	24,0	1,0	-	-	-	-	0,5	-	-	-	-	-
A 13 g.................	14,0	11,0	8,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 12....................	23,0	23,0	18,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 11.....................	11,0	12,0	10,0	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
A 10....................	3,5	3,5	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m+Z.............	4,0	3,0	3,0	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-
A 9 m..................	11,0	11,0	10,0	1,0	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-
A 8......................	17,0	16,0	11,0	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-
A 7......................	9,0	9,0	8,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 6 m..................	7,0	6,0	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-
Zusammen..........	251,5	240,0	187,0	13,0	-	-	-	-	3,5	1,0	1,0	2,0	-	-
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
AT B....................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 15....................	8,0	8,0	14,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 14....................	47,7	47,7	64,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 13....................	14,0	14,0	10,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 12....................	4,0	4,0	8,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 11.....................	22,0	22,0	19,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 10....................	7,0	7,0	5,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 9......................	28,2	28,2	27,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 8......................	37,1	37,1	41,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 6......................	35,2	37,2	42,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2,0	-
E 5......................	28,9	29,6	34,0	-	-	-	-	-	0,7	-	-	-	-	-
E 4......................	9,0	9,0	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 3......................	4,9	4,9	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 2......................	0,5	1,5	3,0	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
Zusammen..........	246,5	250,2	280,0	-	-	-	-	-	1,7	-	-	-	2,0	-
Insgesamt...........	247,5	251,2	281,0	-	-	-	-	-	1,7	-	-	-	2,0	-

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 422 01

Die folgenden Planstellen dürfen nur mit Überhangpersonal besetzt werden: 2,0 A 13 g, 1,0 A 9 m, 1,0 A 8 (Zusammen: 4,0).

Erläuterungen:

Zu Titel 422 01

Zu Spalte 4:
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
1,0 B3; 1,0 B1; 1,0 A16; 7,0 A15; 14,0 A14; 5,5 A13h; 5,0 A12; 4,3 A11; 1,0 A10; 0,5 A9m; 4,0 A8; 1,0 A6m (Zusammen: 45,3).

Zu Titel 428 01

Zu Spalte 4:
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
1,0 ATB; 6,0 E15; 16,0 E14; 6,5 E13; 4,0 E12; 2,5 E11; 0,5 E10; 3,3 E9; 2,5 E8; 2,5 E6; 0,5 E5 (Zusammen: 45,3).

1616 Bundesamt für Strahlenschutz

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 422 01				
			1.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
A 15..................	1,0	1,0	1.2	Organisation zur Überwachung des Verbots von Nuklearversuchen (CTBTO)
			2.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	1,0	-	2.1	gemäß §§ 90, 92, 95 BBG, § 7 DBeglG, § 6 MuSchEltZV, § 24 GAD
Insgesamt..........	2,0	1,0		
Zu Titel 428 01				
			1.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	1,0	2,0	1.1	gemäß § 28 TVöD, § 9 UmzugsTV, § 15 BEEG, § 24 GAD

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014		2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Soll	Ersatz- (plan)st.				
1	2	3	4	5	6	7
Zu Titel 422 01						
					kw	
				1.	**kw mit Ausscheiden der Planstelleninhaber/innen**	
A 10..................	1,0	-	1,0	1.1	-	-
A 8....................	1,0	-	1,0			-
				2.	**kw**	
A 14..................	-	-	2,0	2.1	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	Wirksamwerden des Vermerks
A 13 h...............	1,0	1,0	1,5			Wirksamwerden des Vermerks
A 11..................	-	-	1,0			Wirksamwerden des Vermerks
A 10..................	0,5	0,5	0,5			-
Zusammen.......	3,5	1,5	7,0			
Zu Titel 428 01						
					kw	
				1.	**kw**	
E 13..................	1,5	1,5	1,5	1.1	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	-
E 5....................	0,9	0,9	1,6			Wirksamwerden des Vermerks
E 2....................	0,5	0,5	1,5			Wirksamwerden des Vermerks
				1.2	spätestens 31.12.2019	
E 15..................	1,0	-	-	1.2.1	med. Strahlenschutz und Zwischenlager	Aufnahme des Vermerks
E 14..................	6,0	-	-			Aufnahme des Vermerks
E 13..................	1,0	-	-			Aufnahme des Vermerks
E 12..................	1,0	-	-			Aufnahme des Vermerks
E 10..................	1,0	-	-			Aufnahme des Vermerks
E 8....................	3,0	-	-			Aufnahme des Vermerks
E 6....................	3,0	-	-			Aufnahme des Vermerks
E 15..................	-	-	1,0	1.4	spätestens 31.12.2014	Wegfall des Vermerks
E 14..................	-	-	6,0			Wegfall des Vermerks
E 13..................	-	-	1,0			Wegfall des Vermerks
E 12..................	-	-	1,0			Wegfall des Vermerks
E 10..................	-	-	1,0			Wegfall des Vermerks
E 8....................	-	-	3,0			Wegfall des Vermerks
E 6....................	-	-	3,0			Wegfall des Vermerks
Zusammen.......	18,9	2,9	20,6			

Tgr. 01 - Durchführung von Aufträgen anderer Bundesbehörden und Dritter

Planstellen-/Stellenübersicht													
Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr									von Sp. 2 entfallen auf Funk- tions- gruppen
				Neue Stellen, Stellenwegfall				Wirksam- werden von ku- und kw- Vermerken		Hebungen, Herab- stufungen		Umwand- lungen, Umsetzungen	
				ohne ku/ kw-Vermerke		und Umsetzun- gen mit ku/ kw-Vermerken							
				+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 428 11 - Erläuterungen													
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer													
E 14	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 12	2,0	2,0	1,7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 11	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 9	3,0	3,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 8	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 6	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 5	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	11,0	11,0	10,7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Übersicht der ku- und kw- Vermerke						
Bes.-/ E.-Gr.	2014		2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Soll	Ersatz-(plan)st.				
1	2	3	4	5	6	7
Zu Titel 428 11						
					kw	
				1.	**kw mit Wegfall der Aufgabe**	
				1.1	-	
E 14	1,0	-	1,0	1.1.1	Durchführung von Aufträgen Dritter (insb. Kontrolle der Eigenüberwachung radioaktiver Emissionen aus Atomkraftwerken)	-
E 12	2,0	-	2,0			-
E 11	1,0	-	1,0			-
E 9	3,0	-	3,0			-
E 8	1,0	-	1,0			-
E 6	1,0	-	1,0			-
E 5	1,0	-	1,0			-
E 11	1,0	-	1,0	1.1.2	Organisation zur Überwachung des Verbots von Nuklearversuchen (CTBTO)	-
Zusammen	11,0	-	11,0			

Tgr. 02 - Endlagerung radioaktiver Abfälle

Planstellen-/Stellenübersicht													
Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr									von Sp. 2 entfallen auf Funk- tions- gruppen
				Neue Stellen, Stellenwegfall				Wirksam- werden von ku- und kw- Vermerken		Hebungen, Herab- stufungen		Umwand- lungen, Umsetzungen	
				ohne ku/ kw-Vermerke		und Umsetzun- gen mit ku/ kw-Vermerken							
				+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 21														
Beamtinnen und Beamte														
B 3	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 2	5,0	5,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 16	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 15	22,0	20,0	11,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 14	101,0	97,6	15,0	4,0	0,6	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 h	14,0	12,0	10,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g+Z	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g	21,0	19,0	13,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 12	28,0	28,0	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 11	5,0	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 10	1,0	1,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

1616 Bundesamt für Strahlenschutz

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr: Neue Stellen, Stellenwegfall ohne ku/ kw-Vermerke +	-	und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken +	-	Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken +	-	Hebungen, Herabstufungen +	-	Umwandlungen, Umsetzungen +	-	von Sp. 2 entfallen auf Funktionsgruppen
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
A 9 m+Z.............	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-
A 9 m..................	5,0	6,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-
A 8......................	8,0	8,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 7......................	2,0	2,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen..........	216,0	206,6	62,0	10,0	0,6	-	-	-	-	1,0	1,0	-	-	-
Titel 428 21 - Erläuterungen														
Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
AT B....................	1,0	1,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 15....................	3,0	3,0	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 14....................	7,0	7,0	42,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 13....................	4,0	4,0	9,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 12....................	3,0	3,5	4,0	-	0,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 11.....................	1,5	1,5	8,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 10....................	3,0	3,0	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 9......................	0,5	0,5	3,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 8......................	7,0	7,0	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 6......................	0,5	0,5	7,6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 5......................	3,0	3,0	4,7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 4......................	2,0	2,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 3......................	0,5	0,5	0,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 2......................	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen..........	36,0	36,5	96,3	-	0,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt...........	37,0	37,5	98,3	-	0,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 422 21

Die folgenden Planstellen dürfen nur mit Überhangpersonal besetzt werden: 4,0 A 12, 1,0 A 11 (Zusammen: **5,0**).

Zu Titel 428 21

Die folgende Stelle darf nur mit Überhangpersonal besetzt werden: 1,0 E 4.

Erläuterungen:

Zu Titel 422 21

Zu Spalte 4:
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
1,0 B2; 1,0 A16; 7,0 A15; 33,5 A14; 3,0 A13h; 1,0 A13g+Z; 1,0 A13g; 10,0 A12; 3,0 A11; 1,0 A10; 3,3 A9m; 2,0 A8; 2,0 A7 (Zusammen: 68,8).

Zu Titel 428 21

Zu Spalte 4:
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
1,0 ATB; 5,0 E15; 34,0 E14; 7,0 E13; 3,0 E12; 4,8 E11; 5,0 E10; 0,5 E9; 3,5 E8; 4,0 E6; 1,0 E5 (Zusammen: 68,8).

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 422 21				
			1.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	1,0	1,0	1.1	gemäß §§ 90, 92, 95 BBG, § 7 DBeglG, § 6 MuSchEltZV, § 24 GAD
			2.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
B 3.....................	1,0	1,0	2.1	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)
Insgesamt..........	2,0	2,0		

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5

Zu Titel 428 21

			2.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
E 14..................	1,0	1,0	2.1	Internationale Atomenergieorganisation (IAEO)

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014		2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Soll	Ersatz-(plan)st.				
1	2	3	4	5	6	7

Zu Titel 422 21

					kw	
				2.	**kw**	
A 13 h..............	2,0	2,0	2,0	2.1	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	-
A 11.................	1,0	1,0	1,0			-
				3.	**kw mit Wegfall der Aufgabe**	
				3.1	-	
B 2....................	1,0	-	1,0	3.1.1	Projekt Asse II	-
A 16.................	1,0	-	1,0			-
A 15.................	8,0	-	8,0			-
A 14.................	27,0	-	27,0			-
A 13 h..............	4,0	-	4,0			-
A 13 g..............	5,0	-	5,0			-
A 12.................	12,0	-	12,0			-
A 11.................	2,0	-	2,0			-
A 9 m...............	3,0	-	3,0			-
A 8....................	3,0	-	3,0			-
A 7....................	2,0	-	2,0			-
Zusammen.......	71,0	3,0	71,0			

Zu Titel 428 21

					kw	
				2.	**kw mit Wegfall der Aufgabe**	
E 14.................	1,0	-	1,0	2.1	-	-
E 4....................	1,0	-	1,0	2.1.1	Projekt Asse II	-
				3.	**kw**	
				3.1	spätestens 31.12.2019	
E 15.................	3,0	-	3,0	3.1.1	Projekt Konrad	-
E 14.................	3,0	-	3,0			-
E 12.................	3,0	-	3,0			-
E 10.................	2,0	-	2,0			-
E 8....................	1,0	-	1,0			-
Zusammen.......	14,0	-	14,0			

Tgr. 03 - Staatliche Verwahrung von Kernbrennstoffen

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt-gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr: Neue Stellen, Stellenwegfall ohne ku/ kw-Vermerke +	-	Neue Stellen, Stellenwegfall und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken +	-	Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken +	-	Hebungen, Herabstufungen +	-	Umwandlungen, Umsetzungen +	-	von Sp. 2 entfallen auf Funktionsgruppen
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10

Titel 428 31 - Erläuterungen

Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

E 13...................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

1617 Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr: Neue Stellen, Stellenwegfall ohne ku/ kw-Vermerke +	-	und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken +	-	Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken +	-	Hebungen, Herabstufungen +	-	Umwandlungen, Umsetzungen +	-	von Sp. 2 entfallen auf Funktionsgruppen
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Beamtinnen und Beamte														
B 6	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-
B 3	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-
B 2	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-
A 16	8,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	8,0	-	-
A 15	39,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	39,0	-	-
A 14	46,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	46,0	-	-
A 13 h	61,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	61,0	-	-
A 13 g+Z	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	5,0	-	-
A 13 g	27,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	27,0	-	-
A 12	34,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	34,0	-	-
A 11	27,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	27,0	-	-
A 10	32,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	32,0	-	-
A 9 g	12,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	12,0	-	-
A 9 m	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3,0	-	-
A 8	7,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	7,0	-	-
A 6 m	10,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	10,0	-	-
A 6 e	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-
A 5	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-
Zusammen	316,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	316,0	-	-
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 15	12,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	12,0	-	-
E 14	36,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	36,0	-	-
E 13	95,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	95,0	-	-
E 12	133,0	-	-	-	1,5	-	-	-	-	-	-	134,5	-	-
E 11	96,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	96,0	-	-
E 10	23,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	23,0	-	-
E 9	77,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	77,5	-	-
E 8	36,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	36,5	-	-
E 7	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3,0	-	-
E 6	58,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	58,0	-	-
E 5	123,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	123,0	-	-
E 4	17,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	17,0	-	-
E 3	18,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	18,0	-	-
E 2	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3,0	-	-
Zusammen	731,0	-	-	-	1,5	-	-	-	-	-	-	732,5	-	-

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 428 01

Die folgenden, für die Bereiche Projektleiter/-innen Hochbau, Sachbearbeiter/-innen Hochbau, Sachbearbeiter/-innen Technische Gebäudeausrüstung und Bürosachbearbeiter/-in Baubereich ausgebrachten Stellen sind bis zum Abschluss einer Kostenerstattungsvereinbarung zwischen dem BBR und der BImA gesperrt: 3,0 E 13, 4,0 E 12, 2,0 E 11, 1,0 E 5 (Zusammen: 10,0).

Erläuterungen:

Zu Titel 428 01

Zu Spalte 2:

Davon mit Dienstwohnung 1,0 Arbeitnehmerin oder Arbeitnehmer (2013: 1,0).

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 422 01				
			1.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	2,0	-	1.1	gemäß §§ 90, 92, 95 BBG, § 7 DBeglG, § 6 MuSchEltZV, § 24 GAD
			2.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
A 14..................	1,0	-	2.2	Stadt Chemnitz
Insgesamt..........	3,0	-		
Zu Titel 428 01				
			1.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	3,0	-	1.1	gemäß § 28 TVöD, § 9 UmzugsTV, § 15 BEEG, § 24 GAD
			2.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
E 8....................	1,0	-	2.2	CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages
Insgesamt..........	4,0	-		

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014		2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Soll	Ersatz-(plan)st.				
1	2	3	4	5	6	7
Zu Titel 422 01						
					ku	
				1.	**ku mit Ausscheiden der Planstelleninhaber /innen**	
				1.1	in Bes.-Gr. A 12	
A 13 g..............	2,0	-	-	1.1.1	gemäß § 31 Abs. 1 Nr. 4 HG 1999	Aufnahme des Vermerks
Zu Titel 428 01						
					kw	
				1.	**kw**	
				1.1	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	
E 5....................	1,0	1,0	-	1.1.1	-	Aufnahme des Vermerks
				2.	**kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber/innen**	
				2.1	-	
E 15..................	2,0	-	-	2.1.1	-	Aufnahme des Vermerks
E 14..................	18,0	-	-			Aufnahme des Vermerks
E 12..................	7,0	-	-			Aufnahme des Vermerks
E 11..................	2,0	-	-			Aufnahme des Vermerks
E 10..................	1,0	-	-			Aufnahme des Vermerks
E 9....................	6,0	-	-			Aufnahme des Vermerks
E 8....................	3,0	-	-			Aufnahme des Vermerks
E 6....................	7,0	-	-			Aufnahme des Vermerks
E 4....................	2,0	-	-			Aufnahme des Vermerks
				2.2	spätestens 31.12.2022	
E 9....................	7,0	-	-	2.2.1	-	Aufnahme des Vermerks
E 8....................	5,0	-	-			Aufnahme des Vermerks
E 6....................	3,0	-	-			Aufnahme des Vermerks
E 5....................	24,0	-	-			Aufnahme des Vermerks
				3.	**kw 31.12.2017**	
				3.2	-	
E 13..................	3,0	-	-	3.2.1	Prüfung der Refinanzierung (Bauaufgaben für die BImA)	Aufnahme des Vermerks
E 12..................	4,0	-	-			Aufnahme des Vermerks
E 11..................	2,0	-	-			Aufnahme des Vermerks
E 5....................	1,0	-	-			Aufnahme des Vermerks
Zusammen.......	98,0	1,0	-			

Anlage zu den Stellenplänen des Epl. 16

Darstellung der den Planstellen zugeordneten Amtsbezeichnungen

Bes.-Gr.	Kap.	**Amtsbezeichnungen** (Grundamtsbezeichnung in Fettdruck)
1	2	3
B 11	1612	Staatssekretärin oder Staatssekretär
B 9	1612	Ministerialdirektorin oder Ministerialdirektor
B 8	1615	Präsidentin oder Präsident des Bundesamtes für kerntechnische Entsorgung
	1613	Präsidentin oder Präsident des Umweltbundesamtes
B 7	1616	Präsidentin oder Präsident des Bundesamtes für Strahlenschutz
B 6	1612	Ministerialdirigentin oder Ministerialdirigent
	1617	Präsidentin oder Präsident des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung
B 5	1614	Präsidentin oder Präsident des Bundesamtes für Naturschutz
B 4	1615	Vizepräsidentin oder Vizepräsident des Bundesamtes für kerntechnische Entsorgung
	1613	Vizepräsidentin oder Vizepräsident des Umweltbundesamtes
B 3	1616	Direktorin oder Direktor beim Bundesamt für Strahlenschutz
	1613	Direktorin oder Direktor beim Umweltbundesamt
	1613, 1616, 1617	Direktorin und Professorin oder Direktor und Professor
	1612	Ministerialrätin oder Ministerialrat
	1616	Vizepräsidentin oder Vizepräsident des Bundesamtes für Strahlenschutz
B 2	1613, 1614, 1615, 1616	Abteilungspräsidentin oder Abteilungspräsident
	1613, 1614, 1616	Direktorin und Professorin oder Direktor und Professor
	1614	Vizepräsidentin oder Vizepräsident des Bundesamtes für Naturschutz
B 1	1613, 1614, 1616	Direktorin und Professorin oder Direktor und Professor
A 16	1617	**Leitende Direktorin** oder **Leitender Direktor**
	1613, 1614, 1615, 1616	**Leitende Regierungsdirektorin** oder **Leitender Regierungsdirektor**
	1613, 1614, 1616	Leitende wissenschaftliche Direktorin oder Leitender wissenschaftlicher Direktor
	1612	Ministerialrätin oder Ministerialrat
A 15	1612, 1613, 1614, 1615, 1616, 1617	**Direktorin** oder **Direktor**
	1613, 1614, 1616	Wissenschaftliche Direktorin oder Wissenschaftlicher Direktor
A 14	1612, 1613, 1614, 1615, 1616, 1617	**Oberrätin** oder **Oberrat**
	1613, 1614, 1616	Wissenschaftliche Oberrätin oder Wissenschaftlicher Oberrat
A 13 h	1612, 1613, 1614, 1615, 1616, 1617	**Rätin** oder **Rat**
	1613, 1614, 1616	Wissenschaftliche Rätin oder Wissenschaftlicher Rat
A 13 g+Z	1612, 1616, 1617	**Oberamtsrätin** oder **Oberamtsrat**
A 13 g	1612, 1613, 1614, 1615, 1616, 1617	**Oberamtsrätin** oder **Oberamtsrat**
A 12	1612, 1613, 1614, 1615, 1616, 1617	**Amtsrätin** oder **Amtsrat**
A 11	1612, 1613, 1614, 1615, 1616, 1617	**Amtfrau** oder **Amtmann**
A 10	1612, 1613, 1614, 1615, 1616, 1617	**Oberinspektorin** oder **Oberinspektor**
A 9 g	1612, 1613, 1614, 1615, 1617	**Inspektorin** oder **Inspektor**

Bes.-Gr.	Kap.	**Amtsbezeichnungen** (Grundamtsbezeichnung in Fettdruck)
1	2	3
A 9 m+Z	1612, 1613, 1614, 1616	**Amtsinspektorin** oder **Amtsinspektor**
A 9 m	1612, 1613, 1614, 1615, 1616, 1617	**Amtsinspektorin** oder **Amtsinspektor**
A 8	1612, 1613, 1614, 1615, 1616, 1617	**Hauptsekretärin** oder **Hauptsekretär**
A 7	1612, 1613, 1614, 1616	**Obersekretärin** oder **Obersekretär**
A 6 m	1612, 1613, 1614, 1616, 1617	**Sekretärin** oder **Sekretär**
A 6 e	1612, 1613, 1615, 1617	**Oberamtsmeisterin** oder **Oberamtsmeister**
A 5	1612, 1613, 1614, 1617	**Oberamtsmeisterin** oder **Oberamtsmeister**
A 4	1612	**Amtsmeisterin** oder **Amtsmeister**
A 2/3	1612	**Hauptamtsgehilfin** oder **Hauptamtsgehilfe**
	1612	**Oberamtsgehilfin** oder **Oberamtsgehilfe**

Entwurf

zum

Bundeshaushaltsplan 2014

Einzelplan 17

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Inhalt

Kapitel	Bezeichnung	Seite
	Vorwort zum Einzelplan	2
	Überblick zum Einzelplan	3
	Haushaltsvermerk / Hinweise zum Einzelplan	4
1701	Gesetzliche Leistungen für die Familien	5
	Ausgaben-Tgr. 01 Kindergeld und Kinderzuschlag nach dem Bundeskindergeldgesetz	10
1702	Kinder- und Jugendpolitik	12
	Anlage 1 Wirtschaftspläne	21
	Anlage 2 Wirtschaftsplan des Sondervermögens "Kinderbetreuungsausbau" (1790)	22
1703	Stärkung der Zivilgesellschaft, Familien-, Gleichstellungs- und Seniorenpolitik	26
	Ausgaben-Tgr. 01 Stärkung der Zivilgesellschaft	28
	Ausgaben-Tgr. 02 Familien-, Gleichstellungs- und Seniorenpolitik	30
	Anlage 1 Wirtschaftspläne	35
1710	Sonstige Bewilligungen	36
1711	Zentral veranschlagte Verwaltungseinnahmen und -ausgaben	42
	Einnahmen-Tgr. 57 Versorgung der Beamtinnen und Beamten sowie der Richterinnen und Richter	43
	Ausgaben-Tgr. 57 Versorgung der Beamtinnen und Beamten sowie der Richterinnen und Richter	46
1712	Bundesministerium	51
1713	Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben	60
	Ausgaben-Tgr. 03 Restzahlungen für Dienstleistende nach dem Zivildienstgesetz	65
1714	Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien	74
1715	Antidiskriminierungsstelle des Bundes	79
	Aufwandsentschädigungen, Besondere Personalausgaben	88
	<u>Übersichten</u>	
	Übersicht 1 Verpflichtungsermächtigungen (VE)	89
	Personalhaushalt	93

Wesentliche Politikbereiche und Ziele

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) ist innerhalb der Bundesregierung für die Politikfelder

1. Familie,
2. ältere Menschen,
3. Gleichstellung,
4. Freiwilligendienste,
5. Kinder und Jugend,
6. Engagementpolitik und Wohlfahrtspflege

verantwortlich, die für wesentliche Aufgaben zur Gestaltung unserer Gesellschaft stehen:

Deutschland ist ein familienfreundliches Land. In diesem Bereich verfolgt das BMFSFJ das Ziel, bestmögliche Rahmenbedingungen zu schaffen, um eine Entscheidung für Familie und Kinder zu erleichtern. Hierzu gehört eine wirksame Familienförderung mit dem Ziel, für Familien beruflich und privat bestmögliche Perspektiven zu schaffen.

Deutschland erkennt die Chancen des demographischen Wandels. Ein wichtiges Ziel ist daher, die Rolle der älteren Generation zu stärken und deren wertvolles Erfahrungswissen in die Gesellschaft einzubringen. Langfristig soll ihre Rolle innerhalb unserer Gesellschaft - hin zu einem Leitbild des aktiven Alters - neu definiert werden.

Das BMFSFJ unterstützt die Gleichstellung von Frauen und Männern durch Förderung von Maßnahmen sowohl zur Überwindung tradierter Rollenbilder als auch zur gleichen Teilhabe im Erwerbsleben. Ziel ist ein Umdenken in der Gesellschaft hin zu einem zeitgemäßen Rollenverständnis.

Das BMFSFJ verfolgt das Ziel, Kindern und Jugendlichen bestmögliche Zukunftsvoraussetzungen zu schaffen und ihnen langfristig einen Weg in ein gutes Berufsleben zu ebnen. Hierzu gehört auch ein wirksamer Schutz vor Gewalt und Ausbeutung.

Ein wichtiges Ziel ist auch die Förderung der demokratischen Kultur, des zivilen Engagements sowie der interkulturellen Kompetenz. Um dieses Ziel zu erreichen, fördert das BMFSFJ die Freiwilligendienste der Länder und bietet die Möglichkeit eines Bundesfreiwilligendienstes. Beide Dienste wollen das soziale Bewusstsein stärken und die jungen Menschen auf ihrem Weg hin zu mündigen und verantwortungsbewussten Bürgerinnen und Bürgern begleiten.

Durch die Entwicklung einer ressortübergreifenden Engagementpolitik im Rahmen der nationale Engagementstrategie und einer nachhaltigen Förderung der Wohlfahrtspflege verfolgt BMFSFJ das Ziel, soziales Bewusstsein in allen Politikbereichen zu stärken und hierdurch die Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement in unserer Gesellschaft nachhaltig zu verbessern.

Zur Gliederung des Einzelplans

Die gesetzlichen Leistungen für Familien sind als finanzwirksamster Schwerpunkt im Kapitel 1701 dargestellt. Es folgen die Programmhaushalte der Politikbereiche Kinder- und Jugendpolitik (Kap. 1702) sowie Stärkung der Zivilgesellschaft, Familien-, Gleichstellungs- und Seniorenpolitik (Kap. 1703). Im Kapitel für sonstige Bewilligungen (1710) sind insbesondere Zuschüsse an Wohlfahrtsverbände sowie Zuweisungen an Fonds zur Unterstützung von Opfern der Heimerziehung und sexuellem Missbrauch vorgesehen.

Hiernach sind das neue Kapitel zu den zentral veranschlagten Verwaltungseinnahmen und -ausgaben (1711) sowie das Kapitel für das Bundesministerium (1712) und seine Behörden im Geschäftsbereich (1713, 1714) und die Antidiskriminierungsstelle des Bundes (1715) dargestellt.

Überblick zum Einzelplan 17	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen..	7 133	7 374	-241		9 838
Übrige Einnahmen..	61 319	60 339	+980		62 337
Gesamteinnahmen..	68 452	67 713	+739		72 175
Ausgaben					
Personalausgaben..	113 783	97 704	+16 079	6 396	80 884
Sächliche Verwaltungsausgaben...........................	39 621	43 869	-4 248	3 716	40 675
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	7 792 403	6 726 936	+1 065 467	58 770	6 575 601
Ausgaben für Investitionen.....................................	13 756	13 245	+511	7 277	591 857
Besondere Finanzierungsausgaben......................	-	-	-		-
Gesamtausgaben...	7 959 563	6 881 754	+1 077 809	76 159	7 289 017
davon flexibilisiert...	116 598	98 071	+18 527	10 989	106 142
davon nicht flexibilisiert..	7 842 965	6 783 683	+1 059 282	65 170	7 182 875
Flexibilisierte Ausgaben nach § 5 HG					
Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3.......................	92 134	76 353	+15 781	6 584	83 344
Aus Hauptgruppe 5..	21 481	19 246	+2 235	2 929	19 919
Aus Hauptgruppe 7..	70	150	-80	133	722
Aus Hauptgruppe 8..	2 913	2 322	+591	1 343	2 157
Zusammen...	116 598	98 071	+18 527	10 989	106 142
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung...................................	490 511 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.................................	262 871 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.................................	116 117 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.................................	99 523 T€				
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.................................	12 000 T€				

17 Haushaltsvermerk / Hinweise zum Einzelplan

Haushaltsvermerk: - Ausgaben

1. Einsparungen bei folgenden Titeln: Epl. 17 mit Ausnahme der Titel 518 .2 dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: Kap. 1711 Tit. 981 07.

   Dies gilt in Fällen, in denen Bundesressorts im Rahmen von Ressortvereinbarungen für andere Bundesressorts tätig werden und Mittel vom abgebenden Ressort dem empfangenden Ressort für gleiche Zwecke im Wege der Verrechnung zur Verfügung gestellt werden (sog. "Einer-für-Alle-Fälle").

2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1711 Tit. 381 07.

   Dies gilt in Fällen, in denen Bundesressorts im Rahmen von Ressortvereinbarungen für andere Bundesressorts tätig werden und Mittel vom abgebenden Ressort dem empfangenden Ressort für gleiche Zwecke im Wege der Verrechnung zur Verfügung gestellt werden (sog. "Einer-für-Alle-Fälle").

3. Der Wirtschaftsplan des Sondervermögens "Kinderbetreuungsausbau" (Anlage 2 zu Kap. 1702) ist einschließlich der Vorbemerkung verbindlich.

Allgemeine Erläuterungen:

Ist-Angaben:

Die Ist-Ergebnisse der Einzeltitel sind kaufmännisch auf 1 000 € gerundet. Dadurch können bei Summenangaben Rundungsdifferenzen entstehen. Summenangaben können außerdem nicht durch Addition der gedruckten Titel errechnet werden, da in Vorjahren weggefallene Titel nur im Bundeshaushaltsplan 2014 abgedruckt werden, wenn bei diesen noch Ausgabereste bestehen.

Ausgabereste:

Die im Vorjahr verfügbaren Ausgabereste im nicht flexibilisierten Bereich sind kaufmännisch auf 1 000 € gerundet und einzeln bei dem jeweiligen Titel mit Stand Juli 2013 ausgewiesen. Die Inanspruchnahme dieser Ausgabereste muss grundsätzlich im jeweiligen Einzelplan durch Minderausgaben an anderer Stelle kassenmäßig eingespart werden. Ausgabereste bei den der Flexibilisierung gemäß § 5 Haushaltsgesetz 2014 (HG) unterliegenden Ansätzen werden lediglich in der Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben summarisch ausgewiesen. Für die Inanspruchnahme dieser Ausgabereste ist zentral Vorsorge getroffen und daher eine kassenmäßige Einsparung im gleichen Einzelplan grundsätzlich nicht erforderlich. Bei Summenangaben können Rundungsdifferenzen entstehen.

Flexibilisierung:

Die in die Regelung nach § 5 HG einbezogenen Ausgaben sind mit einem F vor der Titelnummer gekennzeichnet. Sie werden jeweils im hinteren Teil eines Kapitels im Anschluss an die nicht flexibilisierten Ausgabetitel entsprechend der Zuordnung nach § 5 HG in einer Zusammenstellung aufsummiert und sind danach einzeln aufgelistet. Neu in die Flexibilisierung einbezogene Titel sind dabei mit einem **F** hervorgehoben.

Personalausgaben:

Aufwandsentschädigungen und Besondere Personalausgaben werden gemäß der Übersicht, die nach dem letzten Kapitel des Einzelplans abgedruckt ist, veranschlagt.

Vorbemerkung

Wesentliche finanzwirksame Schwerpunkte des Kapitels

In diesem Kapitel sind die wesentlichen gesetzlichen Leistungen, insbesondere der Familienpolitik in einem Umfang von 7 005 Mio. € zusammengefasst.

Einen Schwerpunkt bildet das **Elterngeld** (Titel 681 02) mit einem Volumen von 5 370 Mio. €. 2013 erstmals in den Einzelplan aufgenommen wurde der Ansatz für das **Betreuungsgeld** (Titel 681 03 mit Ansätzen 2014: 515 Mio. €, 2013: 55 Mio. €). Ein weiterer wichtiger Aufgabenschwerpunkt mit insgesamt 539,9 Mio. € ist der Bereich **Kindergeld und Kinderzuschlag** nach dem Bundeskindergeldgesetz nebst Verwaltungskostenerstattung (Tgr. 01).

Des Weiteren sind folgende gesetzliche Leistungen etatisiert:

1. Ausgaben nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (Titel 632 07) mit 295 Mio. €,
2. Zuweisung an die Conterganstiftung für behinderte Menschen (Titel 685 01) mit 155 Mio. €,
3. Einlage in die „Stiftung Mutter und Kind - Schutz des ungeborenen Lebens“ (Titel 685 02) mit 92 Mio. €,
4. Familienpflegezeit (Titel 661 01) mit 1,1 Mio. €,
5. Gräbergesetz (Titel 632 01) mit 37 Mio. €.

Wesentliche Ziele, die mit den veranschlagten Mitteln erreicht werden sollen

Zu den wesentlichen Zielen der Familienpolitik gehört es, Familien und Kinder wirksam zu unterstützen und zu fördern sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern.

Ziel des 2007 eingeführten **Elterngeldes** ist es, jungen Familien den notwendigen Schonraum zu schaffen, um ohne finanzielle Einbrüche vor allem im Jahr nach der Geburt für ihr Kind da sein zu können. Das Elterngeld fängt in erster Linie den Einkommenswegfall auf, der den Eltern wegen der Betreuung ihres Neugeborenen entsteht. Den einkommensunabhängigen Mindestbetrag von 300 Euro können alle Eltern erhalten. In seiner flexiblen Ausgestaltung passt sich das Elterngeld unterschiedlichen Lebens- und Einkommenssituationen an. Unterstützt durch das Elterngeld beteiligen sich zunehmend auch die Väter an den familiären Aufgaben der Kinderbetreuung. Insgesamt trägt das Elterngeld dazu bei, die wirtschaftliche Situation der Familien zu stabilisieren.

Das **Betreuungsgeld** stellt eine neue Unterstützungsleistung für Eltern mit Kleinkindern im zweiten und dritten Lebensjahr dar, die ihre vielfältigen Betreuungs- und Erziehungsaufgaben in der Familie oder im privaten Umfeld erfüllen. Ziel ist es, den Eltern einen größeren Gestaltungsspielraum für die familiär organisierte Kinderbetreuung zu eröffnen und die Vielfalt der Betreuungsmöglichkeiten zu stärken.

Um Abhängigkeit von Leistungen nach dem SGB II aufgrund von Kindern zu vermeiden, gibt es seit 2005 den **Kinderzuschlag.** Der Kinderzuschlag wird als Leistung für Familien gewährt, die trotz Erwerbstätigkeit wegen ihrer Kinder auf Leistungen nach dem SGB II angewiesen sind. Ziel ist es, zusammen mit dem Wohngeld von Leistungen des Arbeitslosengeldes II unabhängig zu werden.

Das **Kindergeld** nach dem Bundeskindergeldgesetz ist im Verhältnis zum Kindergeld nach dem Einkommensteuergesetz als Auffangtatbestand anzusehen. Es wird Eltern gezahlt, die in Deutschland nicht unbeschränkt steuerpflichtig, aber in einer Weise mit dem deutschen Arbeits-, Dienst- und Sozialrechtssystem verbunden sind, die eine Kindergeldzahlung angemessen erscheinen lässt. Ziel ist es, dass diese Eltern unter denselben Voraussetzungen und in derselben Höhe Kindergeld erhalten wie in Deutschland unbeschränkt steuerpflichtige Eltern.

Überblick zum Kapitel 1701	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen..	140	105	+35		175
Übrige Einnahmen..	61 000	60 000	+1 000		60 767
Gesamteinnahmen..	61 140	60 105	+1 035		60 942
Ausgaben					
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	7 005 412	5 976 442	+1 028 970		5 821 727
Gesamtausgaben...	7 005 412	5 976 442	+1 028 970		5 821 727
davon nicht flexibilisiert..	7 005 412	5 976 442	+1 028 970		5 821 727

1701 Gesetzliche Leistungen für die Familien

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

112 01 -231	Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten	110	75	140

Erläuterungen:

Gemäß § 16 des Bundeskindergeldgesetzes können die dort bezeichneten Ordnungswidrigkeiten mit einer Geldstrafe belegt werden.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1710 Tit. 112 01	75	140

119 99 -290	Vermischte Einnahmen	30	30	35

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1710 Tit. 119 99	30	35

Übrige Einnahmen

232 07 -237	Einnahmen nach § 8 Abs. 2 Unterhaltsvorschussgesetz	61 000	60 000	60 767

Erläuterungen:

Unterhaltsansprüche des Kindes gegen den Elternteil, bei dem es nicht lebt, und Ansprüche auf Waisenbezüge, die wegen des Todes dieses Elternteils zu zahlen sind, gehen nach § 7 Abs. 1 des Unterhaltsvorschussgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Juli 2007 (BGBl. I S. 1446), zuletzt geändert durch Gesetz vom 3. Mai 2013 (BGBl. I S. 1108), auf das jeweils zuständige Land über. Die darauf erbrachten Zahlungen sind anteilig an den Bund abzuführen.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1710 Tit. 232 07	60 000	60 767

Ausgaben

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)

632 01 -249	Aufwendungen für Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft	37 000	37 000	37 750

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind übertragbar.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 632 01

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Pauschsätze zur Erstattung der Ruherechtsentschädigungen nach § 10 Abs. 4 Gräbergesetz einschl. einmaliger Abfindungen nach § 3 Abs. 6 Gräbergesetz und Grundstücksübernahmen nach § 4 Gräbergesetz sowie rückwirkende Festsetzungen........	14 106
2. Pauschsätze zur Erstattung der Aufwendungen an die Länder nach § 10 Abs. 4 Gräbergesetz..	21 717
3. Verpflichtungen aufgrund internationaler Verträge	
3.1 Lohnkostenerstattung Friedhofswärter gem. Deutsch-Italienischem Abkommen aus dem Jahre 1955.....................................	77
3.2 Beitrag an die Commonwealth War Graves Commission............	1 100
Zusammen..	37 000

Der Bund trägt nach dem Gräbergesetz und der hierzu ergangenen Verordnung die o. g. Kosten.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1702 Tit. 632 01	37 000	37 750

632 07 -237	Ausgaben nach § 8 Abs. 1 des Unterhaltsvorschussgesetzes	295 000	315 000	293 497

Haushaltsvermerk:

Die Einnahmen fließen mit Ausnahme der Einnahmen nach § 7 UVG den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Nach dem Unterhaltsvorschussgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Juli 2007 (BGBl. I S. 1446), zuletzt geändert durch Gesetz vom 3. Mai 2013 (BGBl. I S. 1108), erhalten Kinder unter 12 Jahren, die im Bundesgebiet bei einem alleinstehenden Elternteil leben und von dem anderen Elternteil nicht oder nicht regelmäßig Unterhalt (oder im Falle seines Todes nicht Waisenbezüge) mindestens in Höhe des für die Altersgruppe gesetzlichen Mindestunterhalts gemäß § 1612a Abs. 1 BGB bekommen, aus öffentlichen Mitteln Unterhaltsleistungen bis zu dieser Höhe.

Die Aufwendungen werden vom Bund zu einem Drittel, im Übrigen von den Ländern getragen.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1710 Tit. 632 07	315 000	293 497

661 01 -290	Familienpflegezeit	1 100	1 100	8

Erläuterungen:

Mit der staatlichen Förderung der Familienpflegezeit soll pflegenden Angehörigen die Möglichkeit eröffnet werden, in einem Zeitraum von bis zu zwei Jahren zur häuslichen Pflege von Angehörigen mit reduzierter Wochenstundenzahl im Beruf weiter zu arbeiten und durch eine staatliche geförderte Aufstockung ihres Arbeitsentgelts dennoch ihre finanzielle Lebensgrundlage zu erhalten. Die Ansprüche ergeben sich aus § 3 Absatz 1 sowie § 8 Familienpflegezeitgesetz (FPfZG).

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1710 Tit. 661 01	1 100	8

1701 Gesetzliche Leistungen für die Familien

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
681 01 -232	Erziehungsgeld	70	-	-70

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 681 02.
2. Einnahmen (Rückzahlungen, Erstattungen) fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Aufgrund der Aufhebung des Bundeserziehungsgeldgesetz - BErzGG - durch Artikel 3 des Gesetzes vom 5. Dezember 2006 (BGBl. I S. 2748) fallen im Jahr 2013 nur noch Ausgaben an, die durch noch nicht abgeschlossene Verwaltungsverfahren sowie aufgrund gerichtlicher Einzelfallentscheidungen entstehen.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1710 Tit. 681 01	-	-70

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
681 02 -232	Elterngeld	5 370 000	4 900 000	4 824 749

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 681 01.
2. Einnahmen (Rückzahlungen, Erstattungen) fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Nach dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz - BEEG vom 5. Dezember 2006 (BGBl I S. 2748) und zuletzt durch Art. 1 des Gesetzes vom 15. Februar 2013 (BGBl. I S. 254) geändert worden ist, trägt der Bund die Ausgaben für das von den Ländern durchzuführende Gesetz (§ 12 BEEG).

Das Elterngeld ersetzt grundsätzlich 67 Prozent des nach der Geburt des Kindes wegfallenden Erwerbseinkommens bis max. 1 800 € monatlich. Alle anspruchsberechtigten Eltern erhalten mindestens 300 €. Für Geringverdiener, Mehrkindfamilien und Familien mit einer Mehrlingsgeburt wird das Elterngeld erhöht. Das Elterngeld wird für einen Zeitraum bis zu 12 Monaten, bei Inanspruchnahme der Partnermonate bis zu 14 Monaten, gewährt.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1710 Tit. 681 02	4 900 000	4 824 749

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
681 03 -232	Betreuungsgeld	515 000	55 000	-

Erläuterungen:

Nach dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz -BEEG- vom 5. Dezember 2006 (BGBl. I S. 2748), zuletzt durch Art. 1 des Gesetzes vom 15. Februar 2013 (BGBl. I S. 254) geändert, wird ab 1. August 2013 stufenweise ein Betreuungsgeld für Kinder im zweiten und dritten Lebensjahr eingeführt.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1710 Tit. 681 03	55 000	-

Mehr wegen stufenweiser Einführung ab 1. August 2013.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
685 01 -235	Zuweisung an die Conterganstiftung für behinderte Menschen	155 309	35 309	34 424

Erläuterungen:

Nach dem Gesetz über die Conterganstiftung für behinderte Menschen vom 1. August 2013 (BGBl. I S. 1537) werden jährlich Haushaltsmittel zur Sicherstellung der Kapitalentschädigung Contergan-Renten bereit gestellt. Durch die Bereitstellung zusätzlicher Mittel zur Deckung spezifischer Bedarfe der Betroffenen kann darüber hinaus individuelle Unterstützung im konkreten Einzelfall gewährt werden, soweit solche Maßnahmen nicht von anderen Kostenträgern übernommen werden. Berücksichtigt ist das vom Deutschen Bundestag beschlossene Dritte Gesetz zur Änderung des Conterganstiftungsgesetzes.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1702 Tit. 685 02	35 309	34 424

Mehr wegen Erhöhung der Contergan-Renten.

685 02 -290	Einlage in die Stiftung "Mutter und Kind - Schutz des ungeborenen Lebens"	92 033	92 033	92 033

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 4 BHO in Verbindung mit § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass ein Bediensteter aus dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend die Geschäfte der Stiftung unentgeltlich führt.

Erläuterungen:

Die Stiftung ist durch Bundesgesetz vom 13. Juli 1984 (BGBl. I S. 880) errichtet worden. Zweck der Bundesstiftung ist, Mittel für Hilfen zu geben, die werdenden Müttern in Not gewährt oder zugesagt werden, um ihnen die Fortsetzung der Schwangerschaft zu erleichtern.

Hilfen aus Mitteln der Stiftung sollen schwangeren Frauen gewährt werden, die sich wegen einer Notlage an eine anerkannte Beratungsstelle gewandt haben und dringend auf materielle Hilfe angewiesen sind. Durch die Vergabe der Mittel im Zusammenhang mit der Schwangerschaftsberatung kann den besonderen Bedürfnissen des Einzelfalles Rechnung getragen und somit in einer Notlagensituation schnell und wirksam geholfen werden. Leistungen zur Behebung von Notlagen können insbesondere sein:

1. Hilfen zur Beschaffung, Einrichtung und Erhaltung einer familiengerechten Wohnung,
2. Hilfen zur Haushaltsführung während der Schwangerschaft und nach der Entbindung, vor allem Hilfe durch Familienhelferinnen für körperlich und seelisch überlastete Mütter,
3. Hilfen zur Anschaffung von Wäsche, Kleidung und Haushaltsgegenständen,
4. Hilfen zur Betreuung des Kindes.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1710 Tit. 685 02	92 033	92 033

1701 Gesetzliche Leistungen für die Familien

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Titelgruppe 01			
Tgr. 01	Kindergeld und Kinderzuschlag nach dem Bundeskindergeldgesetz	(539 900)	(541 000)	

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben folgender Titel sind gegenseitig deckungsfähig: 636 11, 681 11, 681 12 und 681 13.
2. Einnahmen (Rückzahlungen, Erstattungen) fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Für das Kindergeld und den Kinderzuschlag im Epl. 17 werden Mittel insbesondere benötigt für:

1. Kindergeld für Anspruchsberechtigte nach § 1 Bundeskindergeldgesetz,
2. Kinderzuschlag nach § 6a Bundeskindergeldgesetz,
3. Verwaltungskosten für die Bundesagentur für Arbeit.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
636 11 -219	Erstattung von Verwaltungskosten an die Bundesagentur für Arbeit für die Durchführung des Bundeskindergeldgesetzes	52 000	50 000	59 000

Erläuterungen:

Nach § 8 Abs. 3 des Bundeskindergeldgesetzes in Verbindung mit der zwischen der Bundesregierung und der Bundesagentur für Arbeit abgeschlossenen Vereinbarung erstattet der Bund der Bundesagentur für Arbeit die ihr aus der Durchführung dieses Gesetzes entstehenden Verwaltungskosten.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1710 Tit. 636 11	50 000	59 000

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
681 11 -231	Kindergeld für Anspruchsberechtigte nach § 1 BKGG	108 000	103 000	108 897

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1710 Tit. 681 18	103 000	108 897

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
681 12 -231	Kindergeld und Kindergeldzuschlag für Bedienstete und Versorgungsempfänger der Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts	-	-	-63

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1710 Tit. 681 19	-	-63

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
681 13 -231	Kinderzuschlag für Anspruchsberechtigte nach § 6 a Bundeskindergeldgesetz	379 900	388 000	371 502

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1710 Tit. 681 13	388 000	371 502

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel

681 14 -231	Einmalbetrag für Kindergeldberechtigte nach § 1 BKGG		-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1710 Tit. 681 14	-	-

Vorbemerkung

Wesentliche finanzwirksame Schwerpunkte des Kapitels

Der Bereich der Kinder- und Jugendpolitik umfasst ein finanzielles Volumen in Höhe von rund 383 Mio. €.

Besonderes finanzielles Gewicht hat die **Anregung und Förderung der Kinder- und Jugendhilfe auf Bundesebene** auf der Grundlage des Achten Buches Sozialgesetzbuch durch den Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP, Titel 684 01). Hierfür stehen in 2014 rund 146,6 Mio. € zur Verfügung.

Zweitgrößter finanzieller Schwerpunkt sind die Maßnahmen zur Umsetzung der Qualifizierungsoffensive (Titel 684 02), für die mit 126 Mio. € rund 33 Prozent aller Ausgaben des Kapitels vorgesehen sind. Für **Maßnahmen zur Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie** (Titel 684 04) stehen im Jahr 2014 rund 30,5 Mio. € zur Verfügung. Hieraus sollen u. a. das Bundesprogramm "TOLERANZ FÖRDERN - KOMPETENZ STÄRKEN" und das Bundesprogramm „Initiative Demokratie Stärken“ gefördert werden.

Mit der **Bundesinitiative Frühe Hilfen** (Titel 684 03) stärkt die Bundesregierung durch einen Ansatz von 51 Mio. € in 2014 die im Gesetz zur Kooperation und Information im Kinderschutz (KKG) gesetzlich verankerten Frühen Hilfen.

Wesentliche Ziele, die mit den veranschlagten Mitteln erreicht werden sollen

Das BMFSFJ soll gem. § 83 Abs. 1 SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfe) als fachlich zuständige oberste Bundesbehörde die Tätigkeit der Jugendhilfe anregen und fördern, soweit sie von überregionaler Bedeutung ist und ihrer Art nach nicht durch ein Land allein wirksam gefördert werden kann **(Anregung und Förderung der Kinder- und Jugendhilfe auf Bundesebene).** Ziel des BMFSFJ ist es, diese Aufgabe auf Bundesebene insbesondere mit dem Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP) sowie den hierzu erlassenen Richtlinien umzusetzen. So sollen durch die Förderung die Ziele und Aufgaben nach §§ 1 und 2 SGB VIII erfüllt werden mit dem Ziel, Rahmenbedingungen für eine leistungsfähige Infrastruktur der Kinder- und Jugendhilfe auf Bundesebene zu schaffen und sichern.

Bei den **Maßnahmen zur Unterstützung der Qualifizierungsoffensive** geht es darum, die Qualität der Betreuung und Bildung im frühkindlichen Bereich zu unterstützen. Bausteine dieses Programms sind die Bundesprogramme „Offensive Frühe Chancen“, Elternchance ist Kinderchance - Elternbegleitung der Bildungsverläufe der Kinder“, das Förderprogramm „Betriebliche Kinderbetreuung“ sowie ergänzende Maßnahmen zum Ausbau von Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren. Ziel ist es, die Sprach- und Integrationsförderung zu verbessern, die elterliche Bildungsbegleitung zu stärken und die berufliche Chancengleichheit von Müttern und Vätern zu steigern. Dies soll durch konkrete Anreize an Arbeitgeber, sich für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch Einrichtung betrieblicher Kinderbetreuung zu engagieren, erreicht werden. Die Förderung der Maßnahmen durch den Bund wird durch ESF-Mittel kofinanziert. Mit der KfW Bankengruppe werden seit dem 1. Februar 2013 zwei neue, zinsgünstige Förderprogramme für den Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten durchgeführt. Hierfür stehen von 2013 bis 2015 KfW-Kredite im Umfang von 350 Mio. € für Kommunen und andere Träger von Tageseinrichtungen und Kindertagespflege zur Verfügung. Das Bundesfamilienministerium unterstützt das Vorhaben mit einer Zinsverbilligung. Die Förderung ist Bestandteil des "10-Punkte-Programms für ein bedarfsgerechtes Angebot an Kinderbetreuung".

Die Förderung der **Maßnahmen zur Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie** bei Kindern und Jugendlichen hat das Ziel, das demokratische Verhalten und zivilgesellschaftliche Engagement zu unterstützen, Toleranz und Weltoffenheit zu fördern sowie qualitätsorientierte Beratungsleistungen der landesweiten Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus vor Ort zu unterstützen.

Durch die **Bundesinitiative Frühe Hilfen** wird auf der Grundlage des seit 2012 geltenden Bundeskinderschutzgesetzes mit der Unterstützung von Ländern, Städten, Gemeinden und Landkreisen deutschlandweit ein Angebot von Frühen Hilfen geschaffen. Ziel ist es, dass junge Familien, die sich überfordert fühlen, möglichst frühzeitig Hilfe und Unterstützung erhalten.

Überblick zum Kapitel 1702	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen..	2 000	-	+2 000		-
Übrige Einnahmen..	140	75	+65		91
Gesamteinnahmen..	2 140	75	+2 065		91
Ausgaben					
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	380 358	368 710	+11 648	53 079	367 713
Ausgaben für Investitionen.....................................	3 000	3 000	-	1 265	583 860
Gesamtausgaben..	383 358	371 710	+11 648	54 344	951 573
davon nicht flexibilisiert..	383 358	371 710	+11 648	54 344	951 573
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung...................................	230 862 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.................................	85 962 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.................................	53 400 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.................................	85 500 T€				
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.................................	6 000 T€				

1702 Kinder- und Jugendpolitik

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
111 01 -290	Gebühren, sonstige Entgelte		-	
119 99 -290	Vermischte Einnahmen		2 000	

Erläuterungen:

Der Titel dient insbesondere als Verbuchungsstelle für Zuwendungen, die von den Zuwendungsempfängern nicht oder nicht zweckentsprechend verwendet wurden und daher zurückzuzahlen sind.

Übrige Einnahmen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
152 01 -290	Zinsen aus Darlehen zum Bau und zur Einrichtung von zentralen Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätten und Jugendherbergen	10		

Erläuterungen:

Im Rahmen des 2. Konjunkturprogramms 1967/68 sind zum Bau und zur Einrichtung von zentralen Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätten und von Jugendherbergen Darlehen bewilligt worden. Diese sind mit 0,5 Prozent zu verzinsen und mit 1 Prozent jährlich zuzüglich ersparter Zinsen zu tilgen.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1702 Tit. 152 01	16	18

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
172 01 -290	Tilgung von Darlehen zum Bau und zur Einrichtung von zentralen Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätten und Jugendherbergen	60		

Erläuterungen:

Siehe Erläuterung zu Tit. 152 01.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1702 Tit. 172 01	76	86

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
232 01 -246	Rückerstattungen von Zuwendungen im Rahmen der Förderung nach den Richtlinien zum "Garantiefonds-Hochschulbereich"	70	75	71

Erläuterungen:

Die aus Tit. 684 01 an die Stipendiaten der OBS gewährten Zuschüsse sind zurückzuzahlen, soweit sie als Überbrückungsvorschüsse gegeben wurden und der endgültig verpflichtete Kostenträger aufgrund anderer Vorschriften rückwirkend eintritt und die geleisteten Überbrückungsvorschüsse zurückzuerstatten hat.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
234 01 -270	Einnahmen aus Abführungen des Sondervermögens "Kinderbetreuungsausbau"	-	-	20

Erläuterungen:

Einnahmen für Zinsabführungen aus Kap. 1790 Sondervermögen "Kinderbetreuungsausbau" Tit. 119 99, Anlage 2 zu Kapitel 1702 (1790).

Ausgaben

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
684 01 -261	Zuschüsse und Leistungen für laufende Zwecke an Länder, Träger und für Aufgaben der freien Jugendhilfe	146 606	148 091 *16 629*	191 811

Verpflichtungsermächtigung.. 51 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 32 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 10 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 7 000 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.. 2 000 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben zu Nr. 11 der Erläuterungen sind übertragbar.
2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1106 Tit. 686 12.
3. **Die Ausgaben sind mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 684 05.**
4. Mehrausgaben zu Nr. 12 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: Kap. 1106 Tit. 272 02 und Kap. 1710 Tit. 272 02.

   Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.
5. Die Erläuterungen sind hinsichtlich der Ausgabenansätze der einzelnen Zuwendungsempfänger / Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO verbindlich. Abweichungen bedürfen der Einwilligung des Bundesministeriums der Finanzen.
6. **Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.**

Erläuterungen:

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	Finanzierungsanteil in Prozent ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
Institutionelle Förderung/Zuschüsse an Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO					
1. Fachstelle für internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e. V., Bonn.. *- aus Kap. 1702 Tit. 684 01*	99,78	100,00	2 293	2 268	2 255

1702 Kinder- und Jugendpolitik

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 684 01

Adresse und Bezeichnung		Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1		2	3	4	5	6
4.	Akademie Remscheid für musische Bildungs- und Medienerziehung, Remscheid *- aus Kap. 1702 Tit. 684 01*	33,80	50,00	908	895	850
8.	Internationale Jugendbibliothek e. V., München *- aus Kap. 1702 Tit. 684 01*	40,22	45,00	827	779	706
9.	Bundesakademie für musikalische Jugendbildung, Trossingen *- aus Kap. 1702 Tit. 684 01*	38,76	66,66	659	651	618
Zusammen				4 687	4 593	4 429
- Summe Tit. 684 01				*4 687*	*4 593*	*4 429*
Zuschüsse der EU				-	-	-
11.	**Aufteilung des Titelansatzes nach Förderprogrammen**			**(141 919)**	**(143 498)**	**(187 383)**
11.1	**Politische Bildung**			**(10 380)**	**(11 031)**	**(10 997)**
11.1.1	Allgemeine politische Bildung			9 480	9 350	9 301
11.1.2	Jugendinformation			900	1 681	1 696
11.2	Kulturelle Bildung			6 575	6 469	6 437
11.3	Jugend und Sport			5 656	5 595	4 187
11.4	**Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund**			**(55 650)**	**(55 550)**	**(55 228)**
11.4.1	Eingliederungsprogramm			41 650	41 550	41 577
11.4.2	Maßnahmen zur gesellschaftlichen und sozialen Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern			6 400	6 400	5 763
11.4.3	Garantiefonds-Hochschulbereich			7 600	7 600	7 888
11.5	Soziale u. berufliche Integration von Jugendlichen			7 392	7 283	52 297
11.5.1	Jugendsozialarbeit			-	-	-
11.5.2	Jugend und Arbeit			-	-	-
11.5.3	Entwicklung und Chancen in sozialen Brennpunkten			-	-	-
11.5.4	Arbeit mit behinderten jungen Menschen			-	-	-
11.6	Gleichstellung von Mädchen und Jungen			-	-	-
11.7	Hilfen für junge Menschen und Familien			4 150	4 100	3 408
11.8	**Kindheit, Tageseinrichtungen und Tagespflege**			**(4 200)**	**(4 600)**	**(6 479)**
11.8.1	Kindheit, Tageseinrichtungen und Tagespflege			1 800	2 200	4 223
11.8.2	Auf- und Ausbau von Netzwerken Früher Hilfen			2 400	2 400	2 256
11.9	Schutz von Kindern und Jugendlichen			7 640	7 240	6 480
11.10	Jugendverbandsarbeit			15 545	16 450	16 360
11.11	Kinder- und Jugendhilfe der freien Wohlfahrtspflege			2 730	2 670	2 548
11.12	Zentrale Einrichtungen der Fortbildung			-	-	-
11.13	**Neue Wege der Kinder- und Jugendhilfe**			**(2 111)**	**(2 350)**	**(1 941)**
11.13.1	Jugend und Technik			-	-	-
11.13.2	Jugendhilfe und Schule			11	250	269
11.13.3	Eigenständige Jugendpolitik, Partizipation			2 100	2 100	1 672
11.13.4	Perspektiven gegen die Abwanderung Ost - ehem. "wir hier und jetzt"			-	-	-
11.14	**Internationale Jugendarbeit**			**(17 850)**	**(17 900)**	**(17 579)**
11.14.1	IJA - Globalprogramme			8 250	7 900	7 658
11.14.2	IJA - Bilaterale Sonderprogramme			6 300	6 400	6 414
11.14.3	IJA - Sonstige Sonderprogramme			1 200	1 500	1 497
11.14.4	IJA - IJAB (inkl. Nationalagentur "Jugend für Europa")			2 100	2 100	2 010
11.15	Internationales Studienprogramm für Fachkräfte der Kinder-, Jugend- und Sozialarbeit			-	-	-
11.16	**Sonstige Fördermaßnahmen**			**(1 800)**	**(1 790)**	**(2 308)**

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 684 01

Adresse und Bezeichnung		Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1		2	3	4	5	6
11.16.1	Sonstige Fördermaßnahmen			1 050	1 050	1 514
11.16.2	Sonstige Träger			750	740	794
11.17	Aktionsprogramme			-	-	744
11.18	Forschung			240	470	390
12.	Mittel des Europäischen Sozialfonds			-	-	43 880
13.	Zuschüsse der EU			-	-	-
Zusammen				141 919	143 498	231 263

Zu 11.:
Die Ausgaben werden gemäß den Richtlinien für den Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP) vom 16. Januar 2012 (GMBl 2012 S. 141 ff., 410 f.) sowie den Richtlinien vom 19. Januar 1998 "Garantiefonds-Hochschulbereich (RL-GF-H)" (GMBl 1998 S. 147 ff.) in der Fassung vom 23. November 2001 (GMBl 2001 S. 1136) geleistet.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1702 Tit. 684 11	148 091	191 811

684 02 -261	Maßnahmen zur Umsetzung der Qualifizierungsoffensive	126 000	122 000 *18 357*	107 914

Verpflichtungsermächtigung .... 103 800 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 25 200 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 26 200 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu .... 52 400 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben zu Nr. 1 der Erläuterungen sind übertragbar.
2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1106 Tit. 686 12.
3. Mehrausgaben zu Nr. 2 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: Kap. 1106 Tit. 272 02 und Kap. 1710 Tit. 272 02.
4. **Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.**

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Förderung von Modellprojekten und Maßnahmen der Sprach- und Integrationsförderung im frühkindlichen Bereich	126 000
2. Mittel des Europäischen Sozialfonds	-
3. Zuschüsse der EU	-
Zusammen	126 000

Zu 1:
Förderung von Modellprojekten und Maßnahmen der Sprach- und Integrationsförderung und der verbesserten Einbindung von Eltern im frühkindlichen Bereich sowie ergänzende Maßnahmen zum Ausbau von Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1702 Tit. 684 12	122 000	107 914

1702 Kinder- und Jugendpolitik

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
684 03 -265	Bundesinitiative Frühe Hilfen	51 000	45 000 *12 928*	17 072

Verpflichtungsermächtigung.. 52 494 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 21 894 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 10 200 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 20 400 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.

2. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

Erläuterungen:

Die "Bundesinitiative Frühe Hilfen" ist notwendig, um die Aktivitäten zu Familienhebammen von Ländern und Kommunen zu unterstützen und dort modellhaft solche anzuregen, wo es noch keine gibt. Durch die Erprobung verschiedener Modelle des Einsatzes insbesondere von Familienhebammen wird eine Basis von deren bundesweiten Einsatz gelegt - zur Schaffung eines bundeseinheitlichen Schutzes von Kindern.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1702 Tit. 684 13	45 000	17 072

684 04 -165	Maßnahmen zur Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie	30 500	29 000 *5 165*	27 760

Verpflichtungsermächtigung.. 22 300 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 6 400 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 6 400 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 5 500 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.. 4 000 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben zu Nr. 1 der Erläuterungen sind übertragbar.

2. Mehrausgaben zu Nr. 2 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1710 Tit. 272 02.

   Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.

3. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Zuschuss des Bundes...	30 500
2. Zuweisungen der EU..	-
Zusammen..	30 500

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 684 04

Die Bekämpfung von Extremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus ist ein wichtiges gesellschaftspolitisches Anliegen. Gefördert werden Modellprojekte, Einzelmaßnahmen sowie lokale Aktionspläne. Ziel ist die Stärkung von Demokratie und Toleranz insbesondere bei jungen Menschen.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1702 Tit. 684 14	29 000	27 760

684 05 -261 Zuschüsse für Aufgaben der freien Jugendhilfe an Jugendorganisationen politischer Parteien — 1 275

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.

2. Die Ausgaben sind mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 684 01.

Erläuterungen:

Der Bund fördert gemäß § 83 Absatz 1 SGB VIII die überregionale Tätigkeit der Jugendorganisationen der politischen Parteien auf dem Gebiet der Jugendarbeit.

686 04 -261 Zuschuss an das Deutsche Jugendinstitut e. V., München — 8 751 | 8 393 | 7 930

Verpflichtungsermächtigung...

fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 400 T€

Erläuterungen:

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	Finanzierungsanteil in Prozent ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
Institutionelle Förderung/Zuschüsse an Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO					
Deutsches Jugendinstitut e. V., München.. *- aus Kap. 1702 Tit. 686 04*	93,38	95,15	8 751	8 393	7 930

Wirtschaftsplan siehe Anlage zum Kapitel 1702.

Das Deutsche Jugendinstitut e. V. in München ist eine zentrale Forschungseinrichtung, die insbesondere den Sozialisationsprozess von Kindern und Jugendlichen untersucht, wie er vornehmlich durch Familie, Einrichtungen der Jugendhilfe und das sonstige soziale Umfeld bestimmt wird.

Es wirkt mit bei der Erstellung der Berichte der Bundesregierung über Bestrebungen und Leistungen der Jugendhilfe gemäß § 84 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG) sowie bei der Erstellung der Berichte der Bundesregierung über die Lage der Familien in der Bundesrepublik Deutschland.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1702 Tit. 686 14	8 393	7 930

686 07 -261 Beitrag zum Deutsch-Französischen Jugendwerk — 11 226 | 11 226 | 10 226

Erläuterungen:

In Durchführung des deutsch-französischen Vertrages vom 22. Januar 1963 haben die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik am 5. Juli 1963 ein Abkommen über die Errichtung eines Deutsch-Französischen Jugendwerks unterzeichnet, das am 15. Februar 2006 geändert worden ist. Nach Art. 4 dieses Abkommens verfügt das Jugendwerk zur Wahrnehmung seiner Aufgaben über einen Fonds, dem die französische und die deutsche Re-

1702 Kinder- und Jugendpolitik

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 686 07

gierung nach Maßgabe der in jedem Land geltenden Haushaltsvorschriften und nach Prüfung des vom Verwaltungsrat des Jugendwerks erstellten Haushaltsentwurfs zu gleichen Teilen die erforderlichen Ausgaben zur Verfügung stellen.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1702 Tit. 686 19	11 226	10 226

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
686 08 -261	Beitrag zum Deutsch-Polnischen Jugendwerk	5 000	5 000	5 000

Erläuterungen:

In Durchführung des deutsch-polnischen Vertrages vom 17. Juni 1991 haben die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen am 17. Juni 1991 ein Abkommen über die Errichtung eines Deutsch-Polnischen Jugendwerks unterzeichnet. Nach Art. 11 dieses Abkommens verfügt das Jugendwerk zur Wahrnehmung seiner Aufgaben über einen Fonds, dem die polnische und die deutsche Regierung nach Maßgabe der in jedem Land geltenden Haushaltsvorschriften und nach Prüfung des vom Jugendrat des Jugendwerks erstellten Haushaltsentwurfs zu gleichen Teilen die erforderlichen Ausgaben zur Verfügung stellen.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1702 Tit. 686 18	5 000	5 000

Ausgaben für Investitionen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
882 02 -261	Zuweisungen zum Bau, zum Erwerb, zur Einrichtung und zur Bauerhaltung von zentralen oder überregionalen Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätten sowie Jugendherbergen	3 000	3 000 *1 265*	3 360

Verpflichtungsermächtigung.. 868 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 68 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 600 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 200 T€

Haushaltsvermerk:

In Ausnahmefällen können mit Zustimmung des Bundesministeriums der Finanzen auch Ausgaben für Bauvorhaben für zentrale Aufgaben von Zuwendungsempfängern geleistet werden.

Erläuterungen:

Die Ausgaben werden nach den Richtlinien für den Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP) vom 16. Januar 2012 (GMBl 2012 S. 141 ff., 410 f.) geleistet.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1702 Tit. 882 62	3 000	3 360

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
884 01 -270	Zuweisungen für Investitionen an das Sondervermögen Kinderbetreuungsausbau für die "Kinderbetreuungsfinanzierung 2013 - 2014"	-	-	580 500

Anlage zu Kapitel 1702 - Wirtschaftspläne

Zu Tit. 686 04

Deutsches Jugendinstitut e. V., München

	Wirtschaftsplan	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	1	2	3	4
Institutionelle Förderung				
1.	**Ausgaben**	**9 385**	**8 984**	**8 530**
1.1	Personalausgaben	7 029	6 844	6 407
1.2	Sächliche Verwaltungsausgaben	2 308	2 129	2 115
1.3	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	3	3	3
1.4	Ausgaben für Investitionen	45	8	5
2.	**Finanzierung der Ausgaben**	**9 385**	**8 984**	**8 530**
2.1	Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	162	145	183
2.2	Zuwendungen von Ländern	472	446	417
2.3	**Zuwendung des Bundes**	**8 751**	**8 393**	**7 930**
	aus Kap. 1702 Tit. 686 04	*8 751*	*8 393*	*7 930*
nachrichtlich: **Projektförderung**		9 000	9 100	9 394

1702 Anlage 2
Wirtschaftsplan des Sondervermögens "Kinderbetreuungsausbau" (1790)

Vorbemerkung

Der Ausbau der Infrastruktur für Kleinkinderbetreuung ist eine dringende öffentliche Aufgabe. Das derzeitige Angebot an Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren ist im Vergleich zum Bedarf unzureichend. Die gesetzliche Verpflichtung zum Ausbau der Kinderbetreuung sowie die Einführung eines Rechtsanspruches auf ein Betreuungsangebot für alle Kinder vom 1. bis zum 3. Lebensjahr ab dem Kindergartenjahr 2013/2014 sind im Achten Buch Sozialgesetzbuch geregelt worden. Um den bedarfsgerechten Ausbau der Infrastruktur zu erreichen, ist eine gemeinsame auch finanzielle Anstrengung aller staatlichen Ebenen notwendig. Der Bund hat daher zum Ausbau der Kleinkinderbetreuung 2007 2,15 Mrd. Euro bereit gestellt. Damit leistet er seinen Beitrag zum Ausbau auf 750 000 Kinderbetreuungsplätzen. Näheres regelt die Verwaltungsvereinbarung Investitionsprogramm "Kinderbetreuungsfinanzierung 2008 bis 2013" zwischen dem Bund und den Ländern.

Aufgrund neuer Bedarfsschätzungen wurde deutlich, dass die Bereitstellung von 750 000 Plätzen nicht bedarfsdeckend ist. Daher haben Bund und Länder die gemeinsame Finanzierung von zusätzlichen 30 000 Plätzen vereinbart. Zu den Investitionen trägt der Bund 580,5 Mio. Euro bei. Das bestehende Sondervermögen wurde im Jahr 2012 erhöht. Näheres regelt das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Finanzhilfen des Bundes zum Ausbau der Tagesbetreuung für Kinder.

Aus dem Sondervermögen sind die vereinbarten Finanzhilfen für Investitionen für die "Kinderbetreuungsfinanzierung 2008 bis 2013" und für die "Kinderbetreuungsfinanzierung 2013 bis 2014" zu gewähren.

Überblick zur Anlage	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	-	-	-		1 053
Übrige Einnahmen	-	-	-		798 777
Gesamteinnahmen	-	-	-		799 830
Ausgaben					
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	-	-	-		20
Ausgaben für Investitionen	-	-	-		340 902
Besondere Finanzierungsausgaben	-	-	-		458 908
Gesamtausgaben	-	-	-		799 830
davon nicht flexibilisiert	-	-	-		799 830

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
119 99 -270	Vermischte Einnahmen	-	-	1 053

Haushaltsvermerk:

1. Mehreinnahmen aus dem Investitionsprogramm "Kinderbetreuungsfinanzierung 2008 - 2013" sind nach Art. 7 Abs. 1 der Verwaltungsvereinbarung Investitionsprogramm "Kinderbetreuungsfinanzierung" zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 882 01 und 919 01.
2. Mehreinnahmen aus dem Investitionsprogramm "Kinderbetreuungsfinanzierung 2008 - 2013" sind nach Art. 7 Abs. 2 der Verwaltungsvereinbarung Investitionsprogramm "Kinderbetreuungsfinanzierung" zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 611 01.
3. Mehreinnahmen aus dem Investitionsprogramm "Kinderbetreuungsfinanzierung 2013 - 2014" sind nach § 10 Abs. 1 des Gesetzes über Finanzhilfen des Bundes zum Ausbau der Tagesbetreuung für Kinder zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 882 02 und 919 02.
4. Mehreinnahmen aus dem Investitionsprogramm "Kinderbetreuungsfinanzierung 2013 2014" sind nach § 10 Abs. 2 des Gesetzes über Finanzhilfen des Bundes zum Ausbau der Tagesbetreuung für Kinder zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 611 02.

Übrige Einnahmen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
359 01 -850	Entnahme aus Rücklagen	-	-	798 777

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind nach Art. 7 Abs. 1 der Verwaltungsvereinbarung Investitionsprogramm "Kinderbetreuungsfinanzierung" zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 882 01 und 919 01.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
359 02 -850	Entnahme aus Rücklagen "Kinderbetreuungsfinanzierung 2013 - 2014"	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind nach § 5 Abs. 1 des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Finanzhilfen des Bundes zum Ausbau der Tagesbetreuung für Kinder zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 882 02 und 919 02.

1702 Anlage 2
Wirtschaftsplan des Sondervermögens "Kinderbetreuungsausbau" (1790)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Ausgaben			
	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)			
611 01 -820	Abführung an den Bundeshaushalt	-	-	20
	Haushaltsvermerk: Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99. Erläuterungen: Abführungen von Zinsen aus Tit. 119 99 an Kap. 1702 Tit. 234 01.			
611 02 -820	Abführungen an den Bundeshaushalt "Kinderbetreuungsfinanzierung 2013 - 2014"	-	-	-
	Haushaltsvermerk: Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99. Erläuterungen: Abführungen von Zinsen aus Titel 119 99 an Kap. 1702 Tit. 234 01.			
	Ausgaben für Investitionen			
882 01 -270	Zuweisungen an die Länder für Investitionen zum Ausbau der Betreuung von Kindern unter drei Jahren	-	-	340 902
	Haushaltsvermerk: 1. Die Ausgaben sind mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 919 01. 2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: 119 99 und 359 01.			
882 02 -270	Zuweisungen an die Länder für Investitionen zum Ausbau der Betreuung von Kindern unter drei Jahren "Kinderbetreuungsfinanzierung 2013 - 2014"	-	-	-
	Haushaltsvermerk: 1. Die Ausgaben sind mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 919 02. 2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: 119 99 und 359 02.			

Wirtschaftsplan des Sondervermögens "Kinderbetreuungsausbau" (1790)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Besondere Finanzierungsausgaben			
919 01 -850	Zuführung an Rücklagen	-	-	458 908
	Haushaltsvermerk: 1. Die Ausgaben sind mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 882 01. 2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: 119 99 und 359 01.			
919 02 -850	Zuführung an Rücklagen "Kinderbetreuungsfinanzierung 2013 - 2014"	-	-	-
	Haushaltsvermerk: 1. Die Ausgaben sind mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 882 02. 2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: 119 99 und 359 02.			

1703 Stärkung der Zivilgesellschaft, Familien-, Gleichstellungs- und Seniorenpolitik

Vorbemerkung

Wesentliche finanzwirksame Schwerpunkte des Kapitels

In diesem Kapitel sind die wesentlichen Maßnahmen zur Stärkung der Zivilgesellschaft (Tgr. 01) mit einem Umfang von rd. 264,7 Mio. € sowie der Familien-, Gleichstellungs- und Seniorenpolitik (Tgr. 02) mit einem Ansatz von rd. 65 Mio. € zusammengefasst.

Einen Schwerpunkt bilden die **Freiwilligendienste** mit insgesamt rd. 260 Mio. €, die sich in die Freiwilligendienste der Länder (Titel 684 11) mit rd. 93 Mio. € und den Bundesfreiwilligendienst (Titel 684 14) mit rd. 167 Mio. € gliedern.

Weitere rd. 5 Mio. € sind zur Schaffung und Weiterentwicklung förderlicher Rahmenbedingungen für **bürgerschaftliches Engagement (Titel 684 12)** eingestellt.

In der Titelgruppe 02 mit einem Volumen von rd. 65. Mio. € ist die Förderung von gesellschaftspolitischen Maßnahmen der **Familien-, Gleichstellungs- und Seniorenpolitik** veranschlagt.

Wesentliche Ziele, die mit den veranschlagten Mitteln erreicht werden sollen

Wesentliches Ziel der Familien-, Gleichstellungs- und Seniorenpolitik der Bundesregierung ist es, Gestaltungsmöglichkeiten für ein Leben entsprechend der eigenen Wünsche eines jeden Menschen zu schaffen.

Hieraus lässt sich für den Bereich der **Seniorenpolitik (Tgr. 02)** - ausgehend von dem Leitbild der sorgenden Gemeinschaft - folgende Schwerpunktzielsetzung ableiten: Förderung der Potenziale des Alters und Verbesserung von Pflege, Hilfestellung und Versorgung im Alter.

Für den Aufgabenbereich des **bürgerschaftlichen Engagements** besteht - ausgehend von der am 6. Oktober 2010 verabschiedeten Nationalen Engagementstrategie - das Ziel, in Partnerschaft mit der Zivilgesellschaft, der Wirtschaft, den Ländern und Kommunen förderliche Rahmenbedingungen hierfür zu schaffen.

Zu den Schwerpunkten der **Gleichstellungspolitik** der Bundesregierung gehören insbesondere die Herstellung von fairen Einkommensperspektiven für Frauen und Männer, die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und der weitere Ausbau der Gleichstellungspolitik für Jungen und Männer. Ziel ist es, faire Chancen für Frauen und Männer in Beruf und Familie zu schaffen.

Die **Freiwilligendienste** leisten einen wichtigen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt und vermitteln als Bildungs- und Orientierungsdienste vielfältige Kompetenzen. Ziel ist es, die Bereitschaft zur Verantwortungsübernahme innerhalb der Gesellschaft zu fördern und die Qualität der Freiwilligendienste zu sichern.

Überblick zum Kapitel 1703	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	2 050	570	+1 480		2 675
Übrige Einnahmen	32	10	+22		11
Gesamteinnahmen	2 082	580	+1 502		2 686
Ausgaben					
Sächliche Verwaltungsausgaben	5 112	10 112	-5 000	787	9 995
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	317 250	317 416	-166	5 503	324 986
Ausgaben für Investitionen	7 773	7 773	-	3 665	4 970
Gesamtausgaben	330 135	335 301	-5 166	9 955	339 951
davon nicht flexibilisiert	330 135	335 301	-5 166	9 955	339 951
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung	255 719 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu	173 299 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu	62 397 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu	14 023 T€				
im Haushaltsjahr 2018 bis zu	6 000 T€				

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

111 01 -290	Gebühren, sonstige Entgelte	50	570	2 675

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen **zu Nr. 2 der Erläuterungen** dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 531 22.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Schutzgebühren aus Multiplikatorenmaterial	50
2. Zuschüsse der Bundesagentur für Arbeit	-
Zusammen	50

Schutzgebühren aus der Abgabe von speziellem Multiplikatorenmaterial.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1702 Tit. 111 01	570	2 675

119 99 -290	Vermischte Einnahmen	2 000		

Erläuterungen:

Der Titel dient insbesondere als Verbuchungsstelle für Zuwendungen, die von den Zuwendungsempfängern nicht oder nicht zweckentsprechend verwendet wurden und daher zurückzuzahlen sind.

Übrige Einnahmen

152 01 -290	Zinsen aus Darlehen zum Bau und zur Einrichtung von zentralen Familienferienstätten	6		

Erläuterungen:

Im Rahmen des 2. Konjunkturprogramms 1967/68 sind zum Bau und zur Einrichtung von zentralen Familienferienstätten Darlehen bewilligt worden. Diese sind mit 0,5 Prozent zu verzinsen und mit 1 Prozent jährlich zuzüglich ersparter Zinsen zu tilgen.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1702 Tit. 152 01	-	-

162 04 -290	Zinsen aus Darlehen zur Förderung von gesellschaftspolitischen Maßnahmen für die ältere Generation	2	2	2

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1702 Tit. 162 04	2	2

1703 Stärkung der Zivilgesellschaft, Familien-, Gleichstellungs- und Seniorenpolitik

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
172 01 -290	Tilgung von Darlehen zum Bau und zur Einrichtung von zentralen Familienferienstätten	16		

Erläuterungen:

Siehe Erläuterung zu Tit. 152 01.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1702 Tit. 172 01	-	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
182 03 -290	Tilgung von Darlehen zur Förderung von gesellschaftspolitischen Maßnahmen für die ältere Generation und sonstigen Darlehen	8	8	9

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1702 Tit. 182 03	8	9

Ausgaben

Titelgruppe 01

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Tgr. 01	Stärkung der Zivilgesellschaft	(264 721)	(261 102) *(157)*	
684 11 -290	Freiwilligendienste	92 800	92 700 *157*	92 443

Verpflichtungsermächtigung.. 78 160 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 67 160 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 7 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 4 000 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben zu Nr. 1, 2 und 3 der Erläuterungen sind übertragbar.
2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1106 Tit. 686 12.
3. Mehrausgaben zu Nr. 4 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1106 Tit. 272 02.

   Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.
4. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, das Bücher, Broschüren und sonstige Veröffentlichungen an Dritte unentgeltlich bzw. gegen ermäßigtes Entgelt abgegeben werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 684 11 (Titelgruppe 01)

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Freiwilliger Sozialer Dienst	74 000
2. Freiwilliger Ökologischer Dienst	7 300
3. Internationaler Jugendfreiwilligendienst	11 500
4. Mittel des Europäischen Sozialfonds	-
Zusammen	92 800

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1702 Tit. 684 71	92 700	92 443

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
684 12 -290	Förderung von Modellvorhaben zur Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements und von zentralen Maßnahmen sowie von Organisationen des Ehrenamtes und der Selbsthilfe	4 719	1 200	1 038

Verpflichtungsermächtigung .... 3 460 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 1 590 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 1 190 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu .... 680 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben zu Nr. 1 der Erläuterungen sind übertragbar.

2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1106 Tit. 686 12.

3. Mehrausgaben zu Nr. 2 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1106 Tit. 272 02.

Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.

4. Mehrausgaben **zu Nr. 3 der Erläuterungen** dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1710 Tit. 272 02.

5. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Bücher, Broschüren und sonstige Veröffentlichungen an Dritte unentgeltlich bzw. gegen ermäßigtes Entgelt abgegeben werden.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Zuschuss des Bundes	4 719
2. Mittel des Europäischen Sozialfonds	-
3. Sonstige Zuschüsse der Europäischen Union	-
Zusammen	4 719

Die Ausweitung des Ehrenamtes, der Selbsthilfe und des bürgerlichen Engagements als Ergänzung des Versorgungs- und Leistungsangebotes des sozialen Netzes ist ein zentrales sozialpolitisches Anliegen. Bürgernahe, überschaubare und durch personale Zuwendung geprägte Hilfen sollen gestärkt werden.

Gefördert werden zentrale Maßnahmen und Organisationen, die auf die individuelle und institutionelle Verbesserung der Rahmenbedingungen für bürgerliches Engagement abzielen.

1703 Stärkung der Zivilgesellschaft, Familien-, Gleichstellungs- und Seniorenpolitik

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 684 12 (Titelgruppe 01)

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1702 Tit. 684 72	1 200	1 038
Kap. 1702 Tit. 684 73	3 519	2 364
Zusammen	4 719	3 402

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
684 14 -290	Bundesfreiwilligendienst	167 202	167 202	165 679

Verpflichtungsermächtigung ..... 128 031 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu ..... 85 761 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu ..... 42 270 T€

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Taschengeld und Sozialversicherung	162 030
2. Verpflegung in bundeseigenen Bildungszentren	2 000
3. Verwaltungskosten Zentralstellen	2 000
4. Fachinformationen	1 172
Zusammen	167 202

Im Bundesfreiwilligendienst engagieren sich Frauen und Männer für das Allgemeinwohl, insbesondere im sozialen, ökologischen und kulturellen Bereich sowie im Bereich des Sports, der Integration und des Zivil- und Katastrophenschutzes. Den Einsatzstellen wird der Aufwand für das Taschengeld, die Sozialversicherungsbeiträge und die pädagogische Begleitung erstattet.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1704 Tit. 671 02	167 202	165 679

Titelgruppe 02

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
Tgr. 02	Familien-, Gleichstellungs- und Seniorenpolitik	(65 414)	(70 680) *(8 864)*	
531 22 -314	Aufklärung im Zusammenhang mit der Umsetzung des Schwangerschaftskonfliktgesetzes	5 112	5 112	7 682

Verpflichtungsermächtigung ..... 800 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu ..... 700 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu ..... 100 T€

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 111 01.

Erläuterungen:

Die Mittel werden der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung zur Bewirtschaftung zugewiesen.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1702 Tit. 531 22	5 112	7 682

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 02

681 21 -290	Zuschüsse und Leistungen zur Unterstützung bei ungewollter Kinderlosigkeit sowie für den Ausbau der Hilfen für Schwangere und zur Regelung der vertraulichen Geburt	12 000	10 000	572

Verpflichtungsermächtigung.. 8 800 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 3 800 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 2 800 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 2 200 T€

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind übertragbar.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1702 Tit. 681 21	10 000	572

684 21 -290	Zuschüsse und Leistungen für laufende Zwecke an Träger und für Aufgaben der Familien- und Gleichstellungspolitik sowie für Ältere Menschen	34 504	36 770 *1 892*	45 285

Verpflichtungsermächtigung.. 29 619 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 11 182 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 6 805 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 5 632 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.. 6 000 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben zu Nr. 3 der Erläuterungen sind übertragbar.
2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1106 Tit. 686 12.
3. Mehrausgaben **zu Nr. 4 und 5 der Erläuterungen** dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: Kap. 1106 Tit. 272 02 und Kap. 1710 Tit. 272 02.

   Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.
4. Die Erläuterungen sind hinsichtlich der Ausgabenansätze der einzelnen Zuwendungsempfänger / Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO verbindlich. Abweichungen bedürfen der Einwilligung des Bundesministeriums der Finanzen.
5. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.
6. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Forschungs- und Kongressberichte beschafft und unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

1703 Stärkung der Zivilgesellschaft, Familien-, Gleichstellungs- und Seniorenpolitik

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 684 21 (Titelgruppe 02)

Erläuterungen:

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	Finanzierungsanteil in Prozent ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
Institutionelle Förderung/Zuschüsse an Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO					
1.1 Deutsche Arbeitsgemeinschaft für Jugend- und Eheberatung e. V., München *- aus Kap. 1703 Tit. 684 21*	74,22	100,00	239	237	228
1.2 Verband alleinerziehender Mütter und Väter Bundesverband e. V., Berlin *- aus Kap. 1703 Tit. 684 21*	94,84	100,00	313	299	291
1.3 Deutscher Frauenrat, Berlin *- aus Kap. 1703 Tit. 684 21*	91,13	100,00	584	579	558
1.4 Deutsches Zentrum für Altersfragen e. V., Berlin *- aus Kap. 1703 Tit. 684 21*	99,26	100,00	2 733	2 705	2 601
Zusammen			3 869	3 820	3 678
- Summe Tit. 684 21			*3 869*	*3 820*	*3 678*
Projektförderung					
2. Projektförderung			30 635	32 950	41 607
Insgesamt			34 504	36 770	45 285
- Summe Tit. 684 21			*34 504*	*36 770*	*45 285*

Wirtschaftsplan zu 1.4 siehe Anlage zum Kapitel 1703.

Bezeichnung	1 000 €
3. Zuschuss des Bundes	34 504
4. Mittel des Europäischen Sozialfonds	-
5. Zuweisungen der EU	-
Zusammen	34 504

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1702 Tit. 684 21	36 770	45 285

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 *Reste 2013*	Ist 2012
684 22 -235	Förderung von Modellprojekten zur Einrichtung von Mehrgenerationenhäusern	6 025	6 025 *2 520*	17 605

Verpflichtungsermächtigung

fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu 324 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben zu Nr. 1 der Erläuterungen sind übertragbar.
2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1106 Tit. 686 12.
3. Mehrausgaben zu Nr. 2 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1106 Tit. 272 02.

   Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 684 22 (Titelgruppe 02)

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Zuschuss des Bundes	6 025
2. Mittel des Europäischen Sozialfonds	-
Zusammen	6 025

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1702 Tit. 684 22	6 025	17 605

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
893 21 -290	Zuschüsse für überregionale Maßnahmen und Modelleinrichtungen	1 883	1 883	1 883

Verpflichtungsermächtigung ... 1 768 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu ... 639 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu ... 629 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu ... 500 T€

Haushaltsvermerk:

In Ausnahmefällen können mit Zustimmung des Bundesministeriums der Finanzen auch Ausgaben für Bauvorhaben bei Zuwendungsempfängern geleistet werden.

Erläuterungen:

Der Bund gewährt Zuwendungen für modellhafte Bauprojekte der Altenhilfe, die überregional beispielgebend und geeignet sind, Initiativen anzuregen. Hierzu gehören insbesondere Neubau und Umbau, Sanierung und Modernisierung sowie Ausstattung modellhafter Einrichtungen für ältere Menschen - einschließlich älterer Menschen mit Behinderungen.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1702 Tit. 893 61	1 883	1 883

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
893 22 -290	Zuschüsse zum Bau, zur Modernisierung sowie für Sanierungsmaßnahmen und zur Einrichtung von Familienferienstätten	1 800	1 800 *1 493*	317

Verpflichtungsermächtigung ... 1 680 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu ... 600 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu ... 580 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu ... 500 T€

Erläuterungen:

Die Zuwendungen werden Organisationen, die überregionale Bedeutung haben, zur Verfügung gestellt.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1702 Tit. 893 62	1 800	317

1703 Stärkung der Zivilgesellschaft, Familien-, Gleichstellungs- und Seniorenpolitik

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Noch zu Titelgruppe 02				
893 24 -314	Zuschüsse für überregionale Einrichtungen des Deutschen Müttergenesungswerkes	4 090	4 090 *2 172*	2 770

Verpflichtungsermächtigung.. 3 077 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 1 543 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 1 023 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu... 511 T€

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1702 Tit. 893 64	4 090	2 770

Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
531 21 -235	Einrichtung eines bundesweiten Hilfetelefons bei Gewalt gegen Frauen		5 000 *787*	2 313

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1702 Tit. 531 21	5 000	2 313

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
684 13 -290	Förderung von Modellvorhaben zur Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements		3 519 *934*	2 364

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1702 Tit. 684 73	3 519	2 364

Anlage zu Kapitel 1703 - Wirtschaftspläne

Zu Tgr. 02 Tit. 684 21

1.4 Deutsches Zentrum für Altersfragen e. V., Berlin

Wirtschaftsplan	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4
Institutionelle Förderung			
1. Ausgaben	**2 753**	**2 726**	**2 616**
1.1 Personalausgaben	2 113	2 086	1 973
1.2 Sächliche Verwaltungsausgaben	608	608	605
1.3 Ausgaben für Investitionen	32	32	38
2. Finanzierung der Ausgaben	**2 753**	**2 726**	**2 616**
2.1 Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	20	21	15
2.2 Zuwendung des Bundes	**2 733**	**2 705**	**2 601**
aus Kap. 1703 Tit. 684 21	*2 733*	*2 705*	*2 601*
nachrichtlich: **Projektförderung**	1 238	299	835

1710 Sonstige Bewilligungen

Überblick zum Kapitel 1710	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen..	2 000	6 000	-4 000		5 583
Übrige Einnahmen..	-	92	-92		292
Gesamteinnahmen...	2 000	6 092	-4 092		5 875
Ausgaben					
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	66 164	42 214	+23 950		39 420
Ausgaben für Investitionen.....................................	-	-	-		-
Gesamtausgaben...	66 164	42 214	+23 950		39 420
davon nicht flexibilisiert..	66 164	42 214	+23 950		39 420
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung...................................	650 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.................................	350 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.................................	300 T€				

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

111 01 -290	Gebühren, sonstige Entgelte	-		
119 99 -290	Vermischte Einnahmen	2 000	6 000	5 583

Erläuterungen:

Der Titel dient insbesondere als Verbuchungsstelle für Zuwendungen, die von den Zuwendungsempfängern nicht oder nicht zweckentsprechend verwendet wurden und daher zurückzuzahlen sind.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1702 Tit. 119 99	6 000	5 583

Übrige Einnahmen

272 01 -236	Einnahmen von der Europäischen Union für die Unterstützung der Aktivitäten des EURES-Netzwerkes	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind wegen bindender Vorgaben der EU zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 684 06.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1702 Tit. 272 01	-	-

272 02 -290	Einnahmen aus sonstigen Zuschüssen der Europäischen Union zu besonderen Maßnahmen	-	-	188

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind wegen bindender Vorgaben der EU zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Kap. 1702 Tit. 684 01, 684 02, 684 04, Kap. 1703 Tit. 684 12, 684 21, Kap. 1710 Tit. 684 07, **Kap. 1711 Tit. 543 01,** Kap. 1715 Tit. 542 01, 543 01, 544 01, 545 01 und 684 01.

Erläuterungen:

Einnahmen aus Zuschüssen der Europäischen Kommission zur Durchführung von besonderen Maßnahmen insbesondere im Zusammenhang mit dem jeweiligen Europäischen Jahr und aufgrund von Programmen der Europäischen Kommission.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1702 Tit. 272 02	-	188

1710 Sonstige Bewilligungen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
342 01 -236	Erstattungen der Bank für Sozialwirtschaft aus dem Revolvingfonds zur Deckung von Bürgschaften	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind aufgrund verbindlicher Vereinbarung mit der Bürgschaftsbank für Sozialwirtschaft Köln zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 870 01.

Erläuterungen:

Der Bund unterstützt sozialpolitisch begründete Investitionsvorhaben der Bürgschaftsbank für Sozialwirtschaft, Köln, in den neuen Ländern mit Rückbürgschaften des Bundes. Bürgschaftsausfälle des Bundes werden von der Bank für Sozialwirtschaft, Köln, aus dem Revolvingfonds getragen. Veranschlagt sind Erstattungen aus dem Revolvingfonds zur Deckung von Bürgschaftsausfällen bei der Bürgschaftsbank für Sozialwirtschaft, Köln.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1702 Tit. 342 01	-	-

Ausgaben

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
684 04 -236	Zuschüsse an die Wohlfahrtsverbände für die Durchführung zentraler und internationaler Aufgaben einschließlich bundeszentraler Fortbildung	18 800	18 800	18 800

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Bücher, Broschüren und sonstige Veröffentlichungen an Dritte unentgeltlich bzw. gegen ermäßigtes Entgelt abgegeben werden.

Erläuterungen:

Empfänger dieser Zuschüsse sind:

1. Deutscher Caritasverband,
2. Diakonisches Werk der EKD,
3. Deutsches Rotes Kreuz,
4. Arbeiterwohlfahrt,
5. Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband,
6. Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1702 Tit. 684 04	18 800	18 800

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
684 05 -236	Zuschüsse an Wohlfahrtsverbände und andere zentrale Organisationen für die Beratung und Betreuung von Flüchtlingen und Auswanderern	2 214	2 214	2 208

Erläuterungen:

Die Wohlfahrtsverbände und andere zentrale Organisationen erhalten Zuschüsse für die Beratung und Betreuung von ausländischen Flüchtlingen einschließlich der Integration von jüdischen Immigranten durch die jüdischen Gemeinden. Veranschlagt sind 2 064 T€.

Die Gewährleistung einer zuverlässigen Auswandererberatung ist Aufgabe des Bundes, dem gemäß Art. 73 Nr. 3 des Grundgesetzes die ausschließliche Gesetzgebung auf dem Gebiet der Auswanderung zusteht. Die Auswandererberatung

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 684 05

wird durch Auswandererberatungsstellen vorgenommen, die von Wohlfahrtsorganisationen unterhalten werden. Durch objektive, sachgemäße Aufklärung über die Einreisemöglichkeiten und Lebensverhältnisse im Ausland sollen unüberlegte Auswanderungen vermieden werden. Veranschlagt sind 150 T€. Gefördert wird ausschließlich die bundeszentrale Koordinierung der Beratungsstellen.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1702 Tit. 684 05	2 214	2 208

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
684 06 -236	Unterstützung der Aktivitäten des EURES-Netzwerkes	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 272 01.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1702 Tit. 684 06	-	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
684 07 -236	Zuschüsse an zentrale Organisationen und für zentrale Maßnahmen im Bereich der Wohlfahrtspflege	6 200	6 200	5 912

Verpflichtungsermächtigung...

fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 50 T€

Haushaltsvermerk:

1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1106 Tit. 686 12.
2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: Kap. 1106 Tit. 272 02 und Kap. 1710 Tit. 272 02.

   Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.
3. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Bücher, Broschüren und sonstige Veröffentlichungen an Dritte unentgeltlich bzw. gegen ermäßigtes Entgelt abgegeben werden.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1702 Tit. 684 07	6 200	5 912

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
686 01 -290	Zuweisungen an den Fonds für Opfer der Heimerziehung	26 450	15 000	12 500

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Die Erläuterungen zu Nr. 1 und 2 sind verbindlich.

1710 Sonstige Bewilligungen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 686 01

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Fonds "Heimerziehung in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1949 bis 1975"	20 000
2. Fonds "Heimerziehung in der DDR in den Jahren 1949 bis 1990".	6 450
Zusammen	26 450

Mit Einrichtung der Fonds wird ermöglicht, ehemaligen Heimkindern neben der Anerkennung des erlittenen Unrechts angemessene Unterstützungs- und Hilfeleistungen zu gewähren. Der Fonds zu Nr. 1 wird zu je einem Drittel durch den Bund, die Länder und die Kirchen finanziert. Der Fonds zu Nr. 2 wird je zur Hälfte durch den Bund und die Länder finanziert.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1702 Tit. 686 01	15 000	12 500

Mehr wegen Vorziehen der Jahresansätze von 2015 und 2016.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
686 02 -290	Zuweisungen an den Fonds sexueller Missbrauch und in diesem Zusammenhang stehende Ausgaben	12 500		

Verpflichtungsermächtigung ... 600 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu ... 300 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu ... 300 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.

2. Die Erläuterungen sind verbindlich.

Erläuterungen:

1. Die Ausgaben dienen der Bereitstellung von Sachleistungen für Betroffene sexuellen Missbrauchs im familiären Bereich.
2. Die Ausgaben dienen der Zuweisung an den Fonds für Betroffene sexuellen Missbrauchs.
3. Die Ausgaben dienen einzelner Maßnahmen der örtlich beratenden Anlaufstellen im Zusammenhang mit den Leistungen des Fonds.

Der mit Beschluss der Bundesregierung vom 24. März 2010 eingerichtete Runde Tisch "Sexueller Kindesmissbrauch in Abhängigkeits- und Machtverhältnissen in privaten und öffentlichen Einrichtungen und im familiären Bereich" hat die Einrichtung eines ergänzenden Hilfesystems für Betroffene sexuellen Missbrauchs angeregt. Der Bund kommt dabei seiner Verantwortung durch die Errichtung eines Fonds für Betroffene sexuellen Missbrauchs im familiären Bereich nach. Mit Errichtung des Fonds wird ermöglicht, Betroffenen neben der Anerkennung des erlittenen Unrechts auch angemessene Unterstützungs- und Hilfeleistungen zu gewähren. Es ist vorgesehen, Dritten, z. B. den Ländern, zu ermöglichen, den Fonds durch Einzahlungen zu verstärken.

Ausgaben für Investitionen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
870 01 -236	Ausgaben für Bürgschaftsausfälle des Bundes aus sozialpolitisch begründeten Investitionsvorhaben	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 342 01.

Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen,

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 870 01

dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.

Erläuterungen:

Der Bund unterstützt sozialpolitisch begründete Investitionsvorhaben der Bürgschaftsbank für Sozialwirtschaft, Köln, in den neuen Ländern mit Rückbürgschaften des Bundes. Bürgschaftsausfälle des Bundes werden von der Bank für Sozialwirtschaft, Köln, aus dem Revolvingfonds getragen. Veranschlagt sind Ausgaben für die Inanspruchnahme des Bundes aus übernommenen Gewährleistungen gegenüber der Bürgschaftsbank für Sozialwirtschaft, Köln.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1702 Tit. 870 61	-	-

Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
152 01 -290	Zinsen aus Darlehen zum Bau und zur Einrichtung von zentralen Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätten, Jugendherbergen und Familienferienstätten		16	18

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1702 Tit. 152 01	16	18

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
172 01 -290	Tilgung von Darlehen zum Bau und zur Einrichtung von zentralen Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätten, Jugendherbergen und Familienferienstätten		76	86

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1702 Tit. 172 01	76	86

1711 Zentral veranschlagte Verwaltungseinnahmen und -ausgaben

Vorbemerkung

Wesentliche finanzwirksame Schwerpunkte des Kapitels

Im Kapitel 1711 sind bestimmte Verwaltungsausgaben für den Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zentral veranschlagt.

Einen Schwerpunkt hierbei bildet der Bereich Versorgung: In den Titelgruppen 57 veranschlagt sind die Einnahmen und Ausgaben der Versorgungsberechtigten, deren Versorgungsanspruch auf dem Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder der Bundesregierung, dem Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Parlamentarischen Staatssekretärinnen und Parlamentarischen Staatssekretäre, dem Gesetz über die Versorgung der Beamtinnen und Beamten und Richterinnen und Richter des Bundes (BeamtVG) oder auf einem Vertrag mit dem Bund beruht. Die Zuführungen an die Versorgungsrücklage und die Zuweisungen an den Versorgungsfonds sind in gesonderten Titeln ebenfalls in diesem Kapitel etatisiert.

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend als oberste Bundesbehörde ist bei Kapitel 1712 veranschlagt.

Nachgeordnete Dienststellen sind:

1. das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (Kapitel 1713),
2. die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (Kapitel 1714).

Unmittelbar beim Bundesministerium ist zudem organisatorisch die Antidiskriminierungsstelle des Bundes (Kapitel 1715) angesiedelt.

Rechtsgrundlagen und Aufgaben der Dienststellen sind bei den einzelnen Kapiteln in den Vorbemerkungen kurz dargestellt.

Überblick zum Kapitel 1711	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	-	-	-		-
Übrige Einnahmen	87	87	-		93
Gesamteinnahmen	87	87	-		93
Ausgaben					
Personalausgaben	26 305	25 491	+814		24 603
Sächliche Verwaltungsausgaben	804	568	+236	7	442
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	1 834	1 466	+368		1 101
Besondere Finanzierungsausgaben	-	-	-		-
Gesamtausgaben	28 943	27 525	+1 418	7	26 146
davon flexibilisiert	5 241	4 336	+905	7	3 870
davon nicht flexibilisiert	23 702	23 189	+513		22 276

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Übrige Einnahmen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
282 08 -011	Einnahmen aus Prämienzahlungen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben	-		

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Kap. 1712 flexibilisierter Bereich, Kap. 1713 flexibilisierter Bereich und Kap. 1715 flexibilisierter Bereich.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
282 09 -011	Einnahmen aus Sponsoring, Spenden und ähnlichen freiwilligen Geldleistungen	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind wegen rechtsverbindlicher Verwendungsauflage Dritter zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 547 09.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1701 Tit. 282 09	-	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
381 07 -890	Leistungen von Bundesbehörden zur Durchführung von ressortübergreifenden Aufgaben	-	-	(-)

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind wegen verbindlicher Vereinbarung mit anderen Bundesbehörden (EfA) zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Epl. 17.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1702 Tit. 381 07	-	(-)

Titelgruppe 57

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
Tgr. 57	Versorgung der Beamtinnen und Beamten sowie der Richterinnen und Richter	(87)	(87)	
119 57 -018	Vermischte Einnahmen	-	-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1767 Tit. 119 57	-	-

1711 Zentral veranschlagte Verwaltungseinnahmen und -ausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 57

232 57 -018	Beteiligung an den Versorgungslasten des Bundes	87	87	93

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: **Tgr. 57.**

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1767 Tit. 232 57	87	93

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.

Ausgenommen ist Tgr. 57.

Sächliche Verwaltungsausgaben

529 01 -011	Außergewöhnlicher Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	19	19	17

Haushaltsvermerk:

Die Erläuterungen sind verbindlich.

Erläuterungen:

	Bezeichnung	€
1.	Zur Verfügung	
1.1	der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend..	14 000
1.2	der Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes..............	600
1.3.	der Präsidentin des Bundesamtes für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben..	700
1.4	der Leiterin der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien..	400
2.	Für sonstigen Aufwand im Ministerium.......................................	3 300
Zusammen	....	19 000

Aus dem Mittelansatz dürfen auch Ausgaben für die Bewirtung mit Erfrischungen bei Besprechungen aus besonderem Anlass geleistet werden.

Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Aus den Belegen muss Anlass, Funktion und Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer (Begünstigte) erkennbar sein.

Eine Auszahlung ohne Beleg ist nicht zulässig.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1701 Tit. 529 01	19	17

542 01 -013	Öffentlichkeitsarbeit	115	115	114

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Werbe- und Informationsmaterialien gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 542 01

Erläuterungen:

Im Einzelplan 17 sind außerdem folgende Maßnahmen für Öffentlichkeitsarbeit und Fachinformationen veranschlagt:

Bezeichnung	1 000 €
Öffentlichkeitsarbeit	
1715 - 542 01	100
Fachinformationen	
1703 - 531 22	5 112
aus 1702 - 684 01	650
aus 1703 - 684 21	1 500
aus 1703 - 684 12	150
1711 - 543 01	86
1715 - 543 01	250

Informationen über die Tätigkeit und Arbeitsergebnisse des Ministeriums:

1. Öffentlichkeitsarbeit in Schrift, Bild, Ton und Wort,
2. Informationsgespräche mit Journalistinnen und Journalisten und Multiplikatoren,
3. Bewirtungskosten, die bei der Betreuung von Besuchergruppen sowie bei Pressegesprächen, Diskussions- und Vortragsveranstaltungen entstehen.
4. Sonstige PR-Maßnahmen.

Aus den Ausgaben sind auch die Kosten für Porto, Verpackung und Versand von Veröffentlichungen zu leisten.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1701 Tit. 542 01	115	114

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
547 09 -011	Ausgaben für Vorhaben, die aus Spenden, Sponsoring und ähnlichen freiwilligen Geldleistungen finanziert werden	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 282 09.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1701 Tit. 547 09	-	-

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
688 06 -011	Zahlungsverpflichtungen aus Verstößen gegen EU-Recht	-	-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1701 Tit. 688 06	-	-

1711 Zentral veranschlagte Verwaltungseinnahmen und -ausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Besondere Finanzierungsausgaben

981 07 -890	Leistungen an Bundesbehörden zur Durchführung von ressortübergreifenden Aufgaben	-	-	(221)

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Epl. 17.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1702 Tit. 981 07	-	(221)

Titelgruppe 57

Tgr. 57	Versorgung der Beamtinnen und Beamten sowie der Richterinnen und Richter	(23 568)	(23 055)	

Haushaltsvermerk:

1. **Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.**
2. **Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 232 57.**

431 57 -018	Versorgungsbezüge der Bundesministerinnen und Bundesminister, Parlamentarischen Staatssekretärinnen und Parlamentarischen Staatssekretäre, sonstiger Amtsträger sowie deren Hinterbliebenen	1 183	1 135	953

Erläuterungen:

Aus dem Titel werden auch Übergangsgelder für ehemalige Mitglieder der Bundesregierung (§ 14 Bundesministergesetz) und für ehemalige Parlamentarische Staatssekretärinnen und Parlamentarische Staatssekretäre (§ 6 ParlStG) gewährt.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1767 Tit. 431 57	1 135	953

432 57 -018	Versorgungsbezüge	17 638	17 538	16 936

Erläuterungen:

Aus dem Titel werden auch die Bezüge der in den einstweiligen Ruhestand versetzten Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter vom Ersten des auf den Beginn des einstweiligen Ruhestandes folgenden Monats an gewährt.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1767 Tit. 432 57	17 538	16 936

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu Titelgruppe 57			
434 57 -018	Zuführung an die Versorgungsrücklage	655	485	477

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1767 Tit. 434 57	485	477

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
443 57 -018	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen einschließlich Inanspruchnahme von besonderen Fachdiensten/-kräften	6	30	2

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1767 Tit. 443 57	30	2

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
446 57 -018	Beihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften	3 886	3 667	3 593

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1767 Tit. 446 57	3 667	3 593

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
453 57 -018	Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen	-	-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1767 Tit. 453 57	-	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
632 57 -018	Erstattungen des Bundes für Versorgungslasten	200	200	184

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1767 Tit. 632 57	200	184

1711 Zentral veranschlagte Verwaltungseinnahmen und -ausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Flexibilisierte Ausgaben

Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG

	Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3	4 571	3 902	3 559
	Aus Hauptgruppe 5	670	434 *7*	311
	Zusammen	5 241	4 336 *7*	3 870
F ***424 01*** *-011*	*Zuführung an die Versorgungsrücklage*	*405*	*198*	*252*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1701 Tit. 424 01	*198*	*252*

F ***441 01*** *-840*	*Beihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften*	*2 267*	*2 267*	*2 256*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1701 Tit. 441 01	*2 267*	*2 256*

F ***443 01*** *-840*	*Fürsorgeleistungen und Unterstützungen einschließlich Inanspruchnahme von besonderen Fachdiensten/-kräften*	*130*	*45*	*13*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1701 Tit. 443 01	*45*	*13*
Kap. 1701 Tit. 443 02	*107*	*103*
Zusammen	*152*	*116*

F ***452 02*** *-223*	*Unfallkasse des Bundes*	*135*	*126*	*121*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1701 Tit. 452 02	*126*	*121*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F **526 01** *-011*	*Gerichts- und ähnliche Kosten*	*131*	*90*	*33*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1701 Tit. 526 01	*90*	*33*
Kap. 1703 Tit. 526 01	*12*	*3*
Kap. 1704 Tit. 526 01	*142*	*53*
Zusammen	*244*	*89*

F **526 02** *-165*	*Sachverständige, Ausgaben für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen*	*265*	*70*	*18*

Erläuterungen:

1. *Kosten der Begutachtung wichtiger Fragen auf den Gebieten der Familien-, Senioren-, Jugend- und Gleichstellungspolitik. Hierunter fallen auch Ausgaben für die Entsendung von Sachverständigen zu wissenschaftlichen Tagungen, Sitzungen und Besprechungen.*
2. *Durchführung von Fachtagungen mit ressortpolitischen Themen.*
3. *Zur Klärung von Grundsatzfragen ist es erforderlich, Gutachten von Verwaltungsrechtlerinnen bzw. Verwaltungsrechtlern und anderen Sachverständigen einzuholen.*

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Beirat für Familienfragen	*24*
2. Bund-Länder-Arbeitskreis "Altenpolitik"	*4*
3. Bund-Länder-Arbeitsgruppe "Häusliche Gewalt"	*5*
4. Kuratorium für die Bundesjugendspiele	*1*
5. Ausschuss für die Bundesjugendspiele	*2*
6. Beirat für den Bundesfreiwilligendienst	*6*
7. Bund-Länder-Arbeitsgruppe "Frauenhandel"	*5*
8. Ad-hoc-Beratungseinrichtungen nach Bedarf	*3*
9. Beisitzer-Gremium der Bundesprüfstelle	*70*
Zusammen	*120*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1701 Tit. 526 02	*70*	*18*
Kap. 1701 Tit. 526 03	*50*	*33*
Kap. 1703 Tit. 526 02	*40*	*33*
Kap. 1703 Tit. 526 03	*70*	*59*
Kap. 1704 Tit. 526 02	*100*	*73*
Zusammen	*330*	*216*

F **527 03** *-011*	*Reisen in Angelegenheiten der Personalvertretungen und der Gleichstellungsbeauftragten sowie in Vertretung der Interessen schwerbehinderter Menschen*	*188*	*188*	*171*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1701 Tit. 527 03	*188*	*171*

1711 Zentral veranschlagte Verwaltungseinnahmen und -ausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F ***543 01*** *-290*	*Veröffentlichungen und Fachinformationen*	*86*	*86*	*89*

Haushaltsvermerk:

1. ***Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1710 Tit. 272 02.***
2. *Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.*

Erläuterungen:

Für Veröffentlichungen, Druck und Versand eines jährlich erscheinenden Gesamtverzeichnisses der jugendgefährdenden Medien und der Nachträge, Prüfexemplare von Druckschriften sowie für Beschaffung von Ausschnitten aus Zeitungen und Zeitschriften.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1703 Tit. 543 01	*86*	*89*
Kap. 1704 Tit. 543 01	*625*	*460*
Zusammen	*711*	*549*

F ***634 03*** *-011*	*Zuweisungen an den Versorgungsfonds*	*1 634*	*1 266*	*917*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1701 Tit. 634 03	*1 266*	*917*
Kap. 1703 Tit. 634 03	*18*	*15*
Kap. 1704 Tit. 634 03	*135*	*97*
Zusammen	*1 419*	*1 029*

Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel

972 01 -880	Globale Minderausgabe		-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1702 Tit. 972 01	-	-

Vorbemerkung

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend nimmt Aufgaben wahr, die sich für den Bund auf familien-, senioren-, frauen- und jugendpolitischem Gebiet ergeben.

Das Bundesministerium gliedert sich in 5 Abteilungen:

Abteilung 1 - Zentralabteilung

Abteilung 2 - Familie

Abteilung 3 - Ältere Menschen, Wohlfahrtspflege, Engagementpolitik

Abteilung 4 - Gleichstellung, Chancengleichheit

Abteilung 5 - Kinder und Jugend

Zudem wird ein Arbeitsstab Freiwilligendienste geführt.

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat seinen Sitz in Berlin und unterhält einen zweiten Dienstsitz in Bonn.

Überblick zum Kapitel 1712	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	188	186	+2		510
Gesamteinnahmen	188	186	+2		510
Ausgaben					
Personalausgaben	34 716	32 860	+1 856		31 902
Sächliche Verwaltungsausgaben	17 666	16 110	+1 556		17 277
Ausgaben für Investitionen	1 587	609	+978		722
Gesamtausgaben	53 969	49 579	+4 390		49 901
davon flexibilisiert	45 380	41 207	+4 173		40 214
davon nicht flexibilisiert	8 589	8 372	+217		9 687

1712 Bundesministerium

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

111 01 -011	Gebühren, sonstige Entgelte	180	180	183

Erläuterungen:

Einnahmen (einkommensabhängige Elternbeiträge) aus dem Betrieb der Kindertagesstätte.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1701 Tit. 111 01	180	183

119 99 -011	Vermischte Einnahmen	8	6	9

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1701 Tit. 119 99	6	9

132 01 -011	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	-	-	318

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1701 Tit. 132 01	-	318

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

1. Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.
   Ausgenommen ist Tit. 427 99.
2. **Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Kap. 1712 flexibilisierter Bereich dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1711 Tit. 282 08.**

Personalausgaben

427 99 -011	Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige	-	-	212

Haushaltsvermerk:

1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1106 Tit. 686 12.
2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1106 Tit. 272 02.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 427 99

Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1701 Tit. 427 99	-	212

Sächliche Verwaltungsausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
518 02 -011	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	8 449	8 249	9 110

Haushaltsvermerk:

Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Bundesministerium	8 108
2. Kindertagesstätte Bonn-Bad Godesberg/Nord	341
Zusammen	8 449

Zu 2.:
Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend unterhält in Bonn-Bad Godesberg/Nord eine gemeinsame Kindertagesstätte für die Kinder von Bediensteten der in diesem Bereich befindlichen Bundesministerien.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1701 Tit. 518 02	8 249	9 110

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
547 01 -011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	140	123	121

Erläuterungen:

Die Mittel sind bestimmt u. a. für Ausgaben zur Kinderbetreuung, Bewirtschaftung und Unterhaltung der Kindertagesstätte.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1701 Tit. 547 01	123	121

1712 Bundesministerium

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Flexibilisierte Ausgaben

Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG

Aus Hauptgruppe 4	34 716	32 860	31 690
Aus Hauptgruppe 5	9 077	7 738	7 802
Aus Hauptgruppe 7	70	150	40
Aus Hauptgruppe 8	1 517	459	682
Zusammen	45 380	41 207	40 214

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***412 02*** *-011*	*Aufwandsentschädigung für den Unabhängigen Beauftragten zur Aufarbeitung des sexuellen Kindesmissbrauchs*	*-*	*-*	*-*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1701 Tit. 412 02	*-*	*-*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***421 01*** *-011*	*Bezüge der Bundesministerin und der Parlamentarischen Staatssekretärinnen*	*444*	*306*	*298*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1701 Tit. 421 01	*306*	*298*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***422 01*** *-011*	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*19 047*	*17 875*	*16 605*

Haushaltsvermerk:

1. *Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1106 Tit. 686 12.*
2. *Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1106 Tit. 272 02.*

   Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1701 Tit. 422 01	*17 875*	*16 605*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F **427 09** -011	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*2 359*	*2 393*	*2 365*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1701 Tit. 427 09	*2 393*	*2 365*

F **428 01** -011	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*12 756*	*12 069*	*11 480*

Haushaltsvermerk:

1. *Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1106 Tit. 686 12.*
2. *Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1106 Tit. 272 02.*

   Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1701 Tit. 428 01	*12 069*	*11 480*

F **453 01** -011	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	*110*	*110*	*79*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1701 Tit. 453 01	*110*	*79*

F **511 01** -011	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände, Software, Wartung*	*1 664*	*500*	*497*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1701 Tit. 511 01	*500*	*497*
Kap. 1701 Tit. 511 55	*1 164*	*1 423*
Zusammen	*1 664*	*1 920*

1712 Bundesministerium

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F ***514 01*** *-011*	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*	*105*	*105*	*85*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1701 Tit. 514 01	*105*	*85*

F ***517 01*** *-011*	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	*2 911*	*2 141*	*2 172*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1701 Tit. 517 01	*2 141*	*2 172*

F ***518 01*** *-011*	*Mieten und Pachten*	*372*	*372*	*365*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1701 Tit. 518 01	*372*	*365*
Kap. 1701 Tit. 518 55	*-*	*-*
Zusammen	*372*	*365*

F ***525 01*** *-011*	*Aus- und Fortbildung*	*176*	*106*	*82*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1701 Tit. 525 01	*106*	*82*
Kap. 1701 Tit. 525 55	*50*	*21*
Zusammen	*156*	*103*

F ***527 01*** *-011*	*Dienstreisen*	*810*	*800*	*808*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1701 Tit. 527 01	*800*	*808*

F ***532 01*** *-011*	*Aufträge und Dienstleistungen im Bereich Informationstechnik*	*1 737*	*1 348*	*1 159*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1701 Tit. 532 55	*1 348*	*1 159*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F ***539 99*** *-011*	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*1 302*	*1 060*	*1 115*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Geschäftsstelle des Unabhängigen Beauftragten für den sexuellen Kindesmissbrauch	*1 200*
2. Gesundheitsförderung	*40*
3. Sonstiges	*62*
Zusammen	*1 302*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1701 Tit. 519 01	*35*	*40*
Kap. 1701 Tit. 539 99	*1 060*	*1 115*
Kap. 1701 Tit. 546 88	*7*	*2*
Zusammen	*1 102*	*1 157*

F ***711 01*** *-011*	*Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten*	*70*	*150*	*40*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1701 Tit. 711 01	*150*	*40*

F ***811 01*** *-011*	*Erwerb von Fahrzeugen*	*-*	*-*	*314*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
Ersatzbeschaffung	
2 Pkw bis 43 200	*87*
10 Pkw	*295*
abzgl. Mehreinnahmen bei Tit. 132 01 aus der Veräußerung von Dienst-Kfz gem. § 6 Abs. 7 HG	*-382*
Zusammen	*-*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1701 Tit. 811 01	*-*	*314*

F ***812 01*** *-011*	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)*	*400*	*200*	*145*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1701 Tit. 812 01	*200*	*145*

1712 Bundesministerium

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu flexibilisierte Ausgaben			
F **812 02** -011	*Erwerb von Anlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Software im Bereich Informationstechnik*	*1 117*	*259*	*223*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Erstbeschaffung	*875*
2. Ersatzbeschaffung	*242*
Zusammen	*1 117*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1701 Tit. 812 55	*259*	*223*

Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 422 02 -011	*Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte*		*-*	*-*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1701 Tit. 422 02	*-*	*-*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 443 02 -313	*Inanspruchnahme überbetrieblicher betriebsärztlicher und sicherheitstechnischer Dienste, von Betriebsärztinnen und Betriebsärzten sowie Fachkräften für Arbeitssicherheit*		*107*	*103*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1701 Tit. 443 02	*107*	*103*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 511 55 -011	*Geschäftsbedarf und Datenübertragung sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Software, Wartung*		*1 164*	*1 423*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1701 Tit. 511 55	*1 164*	*1 423*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 518 55 -011	*Miete für Datenverarbeitungsanlagen, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Maschinen, Software*		*-*	*-*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1701 Tit. 518 55	*-*	*-*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 519 01 -011	*Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen*		*35*	*40*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1701 Tit. 519 01	*35*	*40*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 525 55 -011	*Aus- und Fortbildung*		*50*	*21*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1701 Tit. 525 55	*50*	*21*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 526 03 -011	*Ausgaben für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen*		*50*	*33*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1701 Tit. 526 03	*50*	*33*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
532 05 -011	Umzugs- und Verlegungskosten		-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1701 Tit. 532 05	-	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 546 88 -012	*Förderung des Vorschlagwesens*		*7*	*2*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1701 Tit. 546 88	*7*	*2*

1713 Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben

Vorbemerkung

Das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) in Köln ist eine selbstständige Bundesoberbehörde und ist gemäß § 14 Absatz 1 des Gesetzes über den Bundesfreiwilligendienst – Bundesfreiwilligendienstgesetz (BFDG) – vom 28. April 2011 (BGBl. I S. 687) durch Umbenennung aus dem ehemaligen Bundesamt für den Zivildienst hervorgegangen.

Das BAFzA führt gesetzliche und per Erlass übertragene Aufgaben durch. Zu den gesetzlichen Aufgaben gehören der Bundesfreiwilligendienst, die Administration des Familienpflegezeitgesetzes (FPfZG) vom 6. Dezember 2011 (BGBl. I S. 2564), der Betrieb des bundesweiten Hilfetelefons „Gewalt gegen Frauen“ (Hilfetelefongesetz – HilfetelefonG) vom 7. März 2012 (BGBl. I S. 448) sowie Aufgaben im Rahmen des Schwangerschaftskonfliktgesetzes.

Dem BAFzA wurden gemäß § 14 Absatz 2 BFDG insbesondere folgende Aufgaben aus dem Bereich des BMFSFJ übertragen: Jugendfreiwilligendienste einschließlich Internationaler Jugendfreiwilligendienst, Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive Altenpflege, Programme des Europäischen Sozialfonds, nationale Zuwendungen, Regiestelle „TOLERANZ FÖRDERN, KOMPETENZ STÄRKEN“, Aktion „Zusammen Wachsen“, Geschäftsstelle „Fonds Heimerziehung“ und sonstige Dienstleistungen.

Zudem führt das BAFzA mit der Geschäftsstelle der Conterganstiftung für behinderte Menschen eine vertraglich vereinbarte Aufgabe durch.

Daneben bleibt das BAFzA auch nach Aussetzung der Wehrpflicht zuständig für die Durchführung von nachwirkenden Aufgaben nach dem Zivildienstgesetz (ZDG).

Überblick zum Kapitel 1713	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	700	458	+242		854
Übrige Einnahmen	60	75	-15		1 083
Gesamteinnahmen	760	533	+227		1 937
Ausgaben					
Personalausgaben	50 187	36 976	+13 211	6 361	21 864
Sächliche Verwaltungsausgaben	14 340	15 480	-1 140	2 859	11 194
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	21 200	20 335	+865	188	20 525
Ausgaben für Investitionen	1 321	1 788	-467	2 324	2 253
Besondere Finanzierungsausgaben	-	-	-		-
Gesamtausgaben	87 048	74 579	+12 469	11 732	55 836
davon flexibilisiert	61 898	48 724	+13 174	10 861	58 670
davon nicht flexibilisiert	25 150	25 855	-705	871	-2 834
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung					
fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu	3 240 T€				

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

111 01 -290	Gebühren, sonstige Entgelte	-	-	-

Erläuterungen:

Der Titel dient insbesondere als Verbuchungsstelle für Kostenbeiträge zur pädagogischen Begleitung in Bildungseinrichtungen des Bundes von Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Jugendfreiwilligendienstes.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1704 Tit. 111 01	-	-

112 01 -015	Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten	10	10	1

Erläuterungen:

Geldbußen können nach § 57 ff. ZDG und § 13 Familienpflegezeitgesetz (FPfZG) verhängt werden.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1704 Tit. 112 01	10	1

119 99 -015	Vermischte Einnahmen	615	370	731

Haushaltsvermerk:

1. Mehreinnahmen zu Nr. 2 der Erläuterungen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: **511 01.**
2. **Mehreinnahmen zu Nr. 4 der Erläuterungen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Hgr. 4, Hgr. 5 und Hgr. 8.**

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Einnahmen aus Schadenersatzleistungen......................................	320
2. Einnahmen aus Annoncenwerbung im Magazin für den Bundesfreiwilligendienst...	20
3. Einnahmen aus der Abwicklung des Zivildienstes..........................	-
4. Einnahmen aus der Administration des Fonds sexuellen Missbrauchs und des Fonds für Opfer der Heimerziehung....................	-
5. Sonstiges..	275
Zusammen..	615

Zu 1.:
Ersatzansprüche von Dienstleistenden gegenüber Dritten außerhalb eines Vertragsverhältnisses, die nach § 30 Abs. 3 Soldatengesetz in Verbindung mit § 35 ZDG und § 87 a Abs. 1 Bundesbeamtengesetz auf den Bund übergegangen sind. Nach Auslaufen des Zivildienstes fallen nur noch Restansprüche an.

1713 Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 119 99

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1704 Tit. 119 99	370	731

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
132 01 -290	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	75	78	122

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1704 Tit. 132 01	78	122

Übrige Einnahmen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
182 03 -015	Tilgung von Darlehen zur Einrichtung von Unterkünften für Dienstleistende	60	75	64

Erläuterungen:

Tilgung von unverzinslichen Darlehen (Tit. 863 01) mit einer Laufzeit bis zu 20 Jahren.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1704 Tit. 182 03	75	64

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
321 01 -830	Einnahmen nach dem Familienpflegezeitgesetz (FPfZG)	-	-	1 019

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 862 01.

Erläuterungen:

Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) stellt dem Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) Mittel zur Finanzierung der Ausgaben aus dem FPfZG zur Verfügung. Geförderte Unternehmen zahlen die gewährten Darlehen zurück.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1704 Tit. 321 01	-	1 019

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
381 01 -890	Leistungen von Bundesbehörden zur Durchführung von Aufträgen	-		

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind wegen verbindlicher Vereinbarung mit anderen Bundesbehörden zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Hgr. 4, Hgr. 5 und Hgr. 8.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

1. Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG. Ausgenommen sind Tit. 862 01 **und Tgr. 03.**
2. **Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Tgr. 03.**
3. **Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Kap. 1713 flexibilisierter Bereich dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1711 Tit. 282 08.**
4. **Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Hgr. 4, Hgr. 5 und Hgr. 8 dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.**
5. **Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Hgr. 4, Hgr. 5 und Hgr. 8 dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 381 01.**

Sächliche Verwaltungsausgaben

518 02 -290	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	3 950	5 655	-

Haushaltsvermerk:

Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben	2 863
2. Bundeseigene Bildungszentren	1 087
Zusammen	3 950

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1704 Tit. 518 02	5 655	-

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)

671 01 -290	Kosten der Durchführung von Seminaren in den staatlichen Bildungszentren, die in Zusammenarbeit mit Vertragspartnern betrieben werden	21 000	20 000	20 168

Verpflichtungsermächtigung..

fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 3 240 T€

Erläuterungen:

Der Bund betreibt folgende Bildungszentren:

1. Ith,
2. Bad Staffelstein,
3. Bocholt,
4. Trier,
5. Bad Oeynhausen,
6. Herdecke,

1713 Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 671 01

7. Spiegelau,
8. Bodelshausen,
9. Braunschweig,
10. Karlsruhe,
11. Kiel,
12. Ritterhude,
13. Wetzlar,
14. Schleife,
15. Barth,
16. Geretsried,
17. Sondershausen.

Der Bundesfreiwilligendienst sieht vor, dass alle Freiwilligen an einem fünftägigen Seminar zur politischen Bildung teilnehmen (§ 4 Absatz 3 BFDG).

Alle Freiwilligen, die der Zentralstelle im Bundesamt zugeordnet sind, erhalten insgesamt bis zu 25 Bildungstage in den Bildungszentren. Diese werden in staatlichen bundeseigenen und den in Zusammenarbeit mit Vertragspartnern betriebenen Bildungszentren durchgeführt. Werden Bildungszentren in Zusammenarbeit mit Auftragnehmern betrieben, erhalten diese für ihre Leistungen ein vertraglich vereinbartes Entgelt.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1704 Tit. 671 01	20 000	20 168

681 01 -015	Schadenersatzansprüche Dritter	200	200	106

Erläuterungen:

Schadenersatzansprüche Dritter gegen den Bund bei Dienstpflichtverletzungen durch Dienstleistende.
Nach Auslaufen des Zivildienstes fallen nur noch Restansprüche an.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1704 Tit. 532 02	200	106

Ausgaben für Investitionen

862 01 -830	Ausgaben nach dem Familienpflegezeitgesetz (FPfZG)	-	- *871*	148

Haushaltsvermerk:

1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 321 01.
2. Rückzahlungen fließen den Ausgaben zu.
3. **Ausgaben dürfen zur Tilgung der durch die KfW zur Verfügung gestellten Mittel verwendet werden, soweit nicht Kap. 1701 Tit. 661 01 betroffen ist.**

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1704 Tit. 862 01	-	148

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Titelgruppe 03			
Tgr. 03	Restzahlungen für Dienstleistende nach dem Zivildienstgesetz	(-)	(-)	

Haushaltsvermerk:

1. **Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Kap. 1713.**
2. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.
3. **Einnahmen fließen den Ausgaben zu.**

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
423 37 -015	Sold, Zulagen und Zuwendungen für Dienstleistende	-	-	109

Erläuterungen:

Nachträgliche Erstattung nach § 6 Absatz 2 ZDG von Sold an die Beschäftigungsstellen für den Zeitraum Oktober bis Dezember 2011.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1704 Tit. 423 37	-	109

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
423 38 -015	Versicherungsbeiträge für Dienstleistende	-	-	-23 233

Erläuterungen:

Schlusszahlungen für Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung sowie der Beiträge zur Bundesagentur für Arbeit für das Haushaltsjahr 2011.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1704 Tit. 423 38	-	-23 233

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
423 39 -015	Entlassungsgeld für die nach Ableistung des Zivildienstes zu entlassenden Dienstleistenden	-	-	2

Erläuterungen:

Nachträgliche Erstattung nach § 6 Absatz 2 ZDG von Entlastungsgeld an die Beschäftigungsstellen für den Zeitraum Oktober bis Dezember 2011.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1704 Tit. 423 39	-	2

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
443 33 -015	Ausgleich für Zivildienstbeschädigung, Sterbegeld	-	-	1

Erläuterungen:

Nach § 50 ZDG erhalten Dienstleistende wegen der Folgen einer Zivildienstbeschädigung während ihrer Dienstzeit einen Ausgleich in Höhe der Grundrente nach dem Bundesversorgungsgesetz. Die Eltern oder Adoptiveltern erhalten nach § 35 Abs. 8 ZDG unter gewissen Voraussetzungen beim Tode des Dienstleistenden ein Sterbegeld.
Nach Auslaufen des Zivildienstes fallen nur noch Restzahlungen an.

1713 Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 443 33 (Titelgruppe 03)

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1704 Tit. 443 33	-	1

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
443 34 -015	Kosten der Heilfürsorge, der ärztlichen Einstellungs-, Entlassungs- und Nachuntersuchungen	-	-	39

Erläuterungen:

Nach § 35 Abs. 1 ZDG haben die Dienstleistenden Anspruch auf Heilfürsorge nach den für wehrpflichtige Soldaten des untersten Mannschaftsdienstgrades geltenden Bestimmungen.
Nach Auslaufen des Zivildienstes fallen nur noch Restzahlungen an.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1704 Tit. 443 34	-	39

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
539 39 -015	Vermischte Verwaltungsausgaben	-	-	1

Erläuterungen:

Nach Auslaufen des Zivildienstes fallen nur noch Restzahlungen an.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1704 Tit. 539 39	-	1

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
681 31 -015	Leistungen nach dem Unterhaltssicherungsgesetz	-	-	66

Haushaltsvermerk:

Erstattungen zu Unrecht gezahlter Leistungen fließen den Ausgaben zu, auch wenn Leistungen in einem früheren Haushaltsjahr erbracht wurden.

Erläuterungen:

Nach Auslaufen des Zivildienstes fallen nur noch Restzahlungen an.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1704 Tit. 681 31	-	66

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Flexibilisierte Ausgaben

Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG

Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3	50 187	37 111 *6 549*	45 451
Aus Hauptgruppe 5	10 390	9 825 *2 859*	11 114
Aus Hauptgruppe 7	-	- *133*	682
Aus Hauptgruppe 8	1 321	1 788 *1 320*	1 423
Zusammen	61 898	48 724 *10 861*	58 670

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***422 01*** *-015*	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*14 359*	*10 833*	*14 297*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1704 Tit. 422 01	*10 833*	*14 297*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***422 02*** *-015*	*Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte*	*-*	*75*	*4*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1704 Tit. 422 02	*75*	*4*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***427 09*** *-015*	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*7 183*	*2 078*	*2 949*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1704 Tit. 427 09	*2 078*	*2 949*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***428 01*** *-015*	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*28 550*	*23 905*	*16 467*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1704 Tit. 428 01	*23 905*	*16 467*

1713 Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F **453 01** -015	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	*95*	*85*	*42*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1704 Tit. 453 01	*85*	*42*

F **511 01** -015	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände, Software, Wartung*	*4 030*	*1 541*	*766*

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1704 Tit. 511 01	*1 541*	*766*
Kap. 1704 Tit. 511 55	*1 571*	*882*
Zusammen	*3 112*	*1 648*

F **514 01** -015	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*	*250*	*234*	*208*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1704 Tit. 514 01	*234*	*208*

F **517 01** -015	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	*1 900*	*1 502*	*622*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1704 Tit. 517 01	*1 502*	*622*

F **518 01** -015	*Mieten und Pachten*	*450*	*496*	*3 590*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1704 Tit. 518 01	*496*	*3 590*
Kap. 1704 Tit. 518 55	*-*	*-*
Zusammen	*496*	*3 590*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F **519 01** *-015*	*Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen*	*350*	*58*	*145*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1704 Tit. 519 01	*58*	*145*

F **525 01** *-015*	*Aus- und Fortbildung*	*850*	*450*	*255*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1704 Tit. 525 01	*450*	*255*
Kap. 1704 Tit. 525 55	*316*	*110*
Zusammen	*766*	*365*

F **527 01** *-015*	*Dienstreisen*	*950*	*1 049*	*682*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Reisekosten für Regionalbetreuer und Regionalbetreuerinnen	*338*
2. Reisekosten für sonstige Bedienstete des Bundesamtes	*282*
3. Reisekosten für Bedienstete in den Bildungszentren	*330*
Zusammen	*950*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1704 Tit. 527 01	*1 049*	*682*

F **532 01** *-015*	*Aufträge und Dienstleistungen im Bereich Informationstechnik*	*1 000*	*1 560*	*915*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1704 Tit. 532 55	*1 560*	*915*

F **539 99** *-015*	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*610*	*181*	*135*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1704 Tit. 539 99	*181*	*135*

1713 Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F ***711 01*** *-015*	*Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten*	-	-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1704 Tit. 711 01	-	-

F ***811 01*** *-015*	*Erwerb von Fahrzeugen*	21	-	122

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
Ersatzbeschaffung	
1 Pkw (bis 20 500 €)	*21*
3 Pkw	*75*
abzgl. Mehreinnahmen bei Tit. 132 01 aus der Veräußerung von Dienst-Kfz gem. § 6 Abs. 7 HG	*-75*
Zusammen	*21*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1704 Tit. 811 01	-	*122*

F ***812 01*** *-015*	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)*	300	235	165

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Büroausstattungen	*120*
2. Sonstige Beschaffungen	*180*
Zusammen	*300*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1704 Tit. 812 01	*235*	*165*

F ***812 02*** *-015*	*Erwerb von Anlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Software im Bereich Informationstechnik*	1 000	1 553	1 041

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Erstbeschaffung	*210*
2. Ersatzbeschaffung	*790*
Zusammen	*1 000*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1704 Tit. 812 55	*1 553*	*1 041*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F ***863 01*** *-015*	*Darlehen zur Bereitstellung und Ausstattung von Unterkünften und Schulungseinrichtungen für Dienstleistende des Bundesfreiwilligendienstes*	-	-	-

Erläuterungen:

Um die vorhandenen Beschäftigungs- und Ausbildungsmöglichkeiten für Dienstleistende nutzen zu können, ist es erforderlich, den in Betracht kommenden Trägern von Beschäftigungsstellen oder von Schulungseinrichtungen für die Bereitstellung und Ausstattung von Unterkünften und Schulungseinrichtungen Darlehen und Zuschüsse entsprechend den geltenden Richtlinien zu gewähren.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1704 Tit. 863 01	*-*	*-*

Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel

453 31 -015	Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen		-	2

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1704 Tit. 453 31	-	2

453 32 -015	Fahrtkosten für auswärtigen Familienbesuch		-	-393

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1704 Tit. 453 32	-	-393

F *511 55* *-290*	*Geschäftsbedarf und Datenübertragung sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Software, Wartung*		*1 571*	*882*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1704 Tit. 511 55	*1 571*	*882*

514 31 -015	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.		-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1704 Tit. 514 31	-	-

1713 Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 518 55 -290	*Miete für Datenverarbeitungsanlagen, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Maschinen, Software*		*-*	*-*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1704 Tit. 518 55	*-*	*-*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 525 55 -015	*Aus- und Fortbildung*		*316*	*110*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1704 Tit. 525 55	*316*	*110*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 526 01 -015	*Gerichts- und ähnliche Kosten*		*142*	*53*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1704 Tit. 526 01	*142*	*53*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 526 02 -015	*Sachverständige*		*100*	*73*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1704 Tit. 526 02	*100*	*73*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
533 31 -015	Berufsförderung der Dienstleistenden		-	79

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1704 Tit. 533 31	-	79

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 543 01 -015	*Veröffentlichung und Dokumentation*		*625*	*460*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1704 Tit. 543 01	*625*	*460*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 634 03 -015	*Zuweisungen an den Versorgungsfonds*		*135*	*97*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1704 Tit. 634 03	*135*	*97*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
671 32 -015	Leistungen des Bundes nach Maßgabe des Arbeitsplatzschutzgesetzes		-	71

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1704 Tit. 671 32	-	71

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
684 31 -015	Betreuungsmaßnahmen		-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1704 Tit. 684 31	-	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
686 31 -015	Förderung des Dienstsports und Gestaltung der Freizeit		-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1704 Tit. 686 31	-	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
972 01 -880	Globale Minderausgabe		-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1704 Tit. 972 01	-	-

1714 Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien

Vorbemerkung

Die „Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften“ wurde errichtet aufgrund des Gesetzes über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften vom 9. Juni 1953 (BGBl. I S. 377) in der Fassung vom 29. April 1961 (BGBl. I S. 497). Mit Inkrafttreten des Jugendschutzgesetzes (JuSchG) vom 23. Juli 2002 (BGBl. I S. 2730, S. 476) am 1. April 2003 führt sie den Namen „Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien“ (BPjM). Der Sitz der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien ist Bonn.

Es hat die Aufgabe, in einem justizförmigen Verfahren über jugendgefährdende Medieninhalte zu entscheiden.

Überblick zum Kapitel 1714	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen..	55	55	-		40
Gesamteinnahmen...	55	55	-		40
Ausgaben					
Personalausgaben...	1 078	1 084	-6	35	991
Sächliche Verwaltungsausgaben...........................	194	299	-105	46	427
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	-	18	-18		15
Ausgaben für Investitionen.....................................	4	4	-	4	5
Gesamtausgaben...	1 276	1 405	-129	85	1 438
davon flexibilisiert..	1 276	1 405	-129	85	1 438

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

111 01 -290	Gebühren, sonstige Entgelte	50	50	40

Erläuterungen:

Nach § 21 Abs. 10 Jugendschutzgesetz werden auf Grundlage der Verordnung über die Erhebung von Gebühren durch die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (GebO-BPjM) Gebühren für Verfahren erhoben, die auf Antrag der Urheberin oder des Urhebers, der Inhaberin oder des Inhabers der Nutzungsrechte sowie bei Telemedien des Anbieters eingeleitet werden.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1703 Tit. 111 01	50	40

119 99 -290	Vermischte Einnahmen	5	5	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1703 Tit. 119 99	5	-

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.

Flexibilisierte Ausgaben

Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG

	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3..	1 078	1 102 *35*	1 006
Aus Hauptgruppe 5..	194	299 *46*	427
Aus Hauptgruppe 8..	4	4 *4*	5
Zusammen..	1 276	1 405 *85*	1 438

F ***422 01*** *-290*	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*536*	*545*	*529*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1703 Tit. 422 01	*545*	*529*

1714 Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F ***422 02*** *-290*	*Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte*	-	-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1703 Tit. 422 02	-	-

F ***427 09*** *-290*	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	24	24	43

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1703 Tit. 427 09	24	43

F ***428 01*** *-290*	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	518	515	419

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1703 Tit. 428 01	515	419

F ***453 01*** *-290*	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	-	-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1703 Tit. 453 01	-	-

F ***532 01*** *-290*	*Aufträge und Dienstleistungen im Bereich Informationstechnik*	59	59	69

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1703 Tit. 532 55	59	69

F ***539 99*** *-290*	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	135	57	186

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1703 Tit. 511 01	40	22
Kap. 1703 Tit. 511 55	8	47
Kap. 1703 Tit. 517 01	2	1
Kap. 1703 Tit. 518 01	-	-
Kap. 1703 Tit. 518 55	8	7

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 539 99

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1703 Tit. 525 55	*3*	*-*
Kap. 1703 Tit. 539 99	*57*	*186*
Zusammen	*118*	*263*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
*F **812 02** -290*	*Erwerb von Anlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Software im Bereich Informationstechnik*	*4*	*4*	*5*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
Ersatzbeschaffung	*4*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1703 Tit. 812 55	*4*	*5*

Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 511 01 -290	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände*		*40*	*22*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1703 Tit. 511 01	*40*	*22*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 511 55 -290	*Geschäftsbedarf und Datenübertragung sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Software, Wartung*		*8*	*47*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1703 Tit. 511 55	*8*	*47*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 517 01 -290	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*		*2*	*1*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1703 Tit. 517 01	*2*	*1*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 518 01 -290	*Mieten und Pachten*		*-*	*-*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1703 Tit. 518 01	*-*	*-*

1714 Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 518 55 -290	*Miete für Datenverarbeitungsanlagen, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Maschinen, Software*		*8*	*7*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1703 Tit. 518 55	*8*	*7*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 525 55 -290	*Aus- und Fortbildung*		*3*	*-*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1703 Tit. 525 55	*3*	*-*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 526 01 -290	*Gerichts- und ähnliche Kosten*		*12*	*3*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1703 Tit. 526 01	*12*	*3*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 526 02 -290	*Sachverständige*		*40*	*33*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1703 Tit. 526 02	*40*	*33*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 526 03 -290	*Ausgaben für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen*		*70*	*59*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1703 Tit. 526 03	*70*	*59*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 634 03 -290	*Zuweisungen an den Versorgungsfonds*		*18*	*15*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1703 Tit. 634 03	*18*	*15*

Vorbemerkung

Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes wurde gemäß §§ 25 bis 30 des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) vom 14. August 2006 (BGBl. I 2006, S. 1897 ff.) eingerichtet. Sie ist organisatorisch beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend angesiedelt und arbeitet gemäß § 26 Absatz 1 Satz 3 AGG unabhängig. Ihre gesetzlichen Aufgaben ergeben sich aus § 27 AGG und umfassen

1. die Unterstützung von Personen, die sich aus Gründen der Rasse oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität benachteiligt fühlen bei der Durchsetzung ihrer Rechte,
2. Öffentlichkeitsarbeit,
3. Maßnahmen zur Verhinderung von Benachteiligungen aus den genannten Gründen,
4. Durchführung wissenschaftlicher Untersuchungen zu diesen Benachteiligungen,
5. Vorlage eines Berichtes über Benachteiligungen aus den genannten Gründen nebst Empfehlungen zur Beseitigung und Vermeidung dieser Benachteiligungen an den Deutschen Bundestag.

Die Antidiskriminierungsstelle wird gemäß § 26 AGG durch eine Person unabhängig geleitet, die von der Bundesregierung vorgeschlagen wurde und in einem öffentlich-rechtlichen Amtsverhältnis zum Bund steht.

Nach § 30 AGG steht ihr ein beratender Beirat zur Seite, dessen Mitgliederzahl auf 16 begrenzt ist. Die Beiratsmitglieder üben ihre Tätigkeit gemäß § 30 Absatz 4 AGG ehrenamtlich aus.

Der Sitz der Antidiskriminierungsstelle des Bundes ist Berlin.

Überblick zum Kapitel 1715	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	-	-	-		1
Gesamteinnahmen	-	-	-		1
Ausgaben					
Personalausgaben	1 497	1 293	+204		1 524
Sächliche Verwaltungsausgaben	1 505	1 300	+205	17	1 340
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	185	335	-150		114
Ausgaben für Investitionen	71	71	-	19	47
Gesamtausgaben	3 258	2 999	+259	36	3 025
davon flexibilisiert	2 803	2 399	+404	36	1 950
davon nicht flexibilisiert	455	600	-145		1 075
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung	40 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu	20 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu	20 T€				

1715 Antidiskriminierungsstelle des Bundes

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

119 99 -011	Vermischte Einnahmen	-	-	1

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1706 Tit. 119 99	-	1

132 01 -011	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	-	-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1706 Tit. 132 01	-	-

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

1. Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.
2. **Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Kap. 1715 flexibilisierter Bereich dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1711 Tit. 282 08.**

Sächliche Verwaltungsausgaben

518 02 -011	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	255	200	200

Haushaltsvermerk:

Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1706 Tit. 518 02	200	200

542 01 -013	Öffentlichkeitsarbeit	100	150	175

Haushaltsvermerk:

1. **Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 684 01.**

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 542 01

2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1710 Tit. 272 02.

3. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Werbe- und Informationsmaterialien gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

4. Aus den Ausgaben sind auch die Kosten für Porto, Verpackung und Versand von Veröffentlichungen zu leisten.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1706 Tit. 542 01	150	175

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
684 01 -165	Maßnahmen zur Verhinderung und Bekämpfung von Diskriminierung	100	250	-

Verpflichtungsermächtigung... 40 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 20 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 20 T€

Haushaltsvermerk:

1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: 542 01, 543 01, 544 01 und 545 01.
2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1710 Tit. 272 02.

Erläuterungen:

Der Titel dient der Förderung von Projekten, die sich gegen Diskriminierung im Sinne des § 1 AGG wenden. Es werden Maßnahmen unterstützt, die (auch präventiv) Antidiskriminierungsarbeit mit horizontalem Ansatz leisten.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1706 Tit. 684 01	250	-

1715 Antidiskriminierungsstelle des Bundes

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Flexibilisierte Ausgaben			
	Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG			
	Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3	1 582	1 378	1 638
	Aus Hauptgruppe 5	1 150	950 *17*	265
	Aus Hauptgruppe 8	71	71 *19*	47
	Zusammen	2 803	2 399 *36*	1 950
F ***421 01*** *-011*	*Bezüge des Leiters oder der Leiterin der Antidiskriminierungsstelle*	*107*	*107*	*107*
F ***422 01*** *-011*	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*1 161*	*959*	*803*
F ***422 02*** *-011*	*Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte*	-	-	-
F ***427 09*** *-011*	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*144*	*143*	*490*
F ***428 01*** *-011*	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*59*	*58*	*115*

Erläuterungen zu 421 01:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1706 Tit. 421 01	*107*	*107*

Erläuterungen zu 422 01:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1706 Tit. 422 01	*959*	*803*

Erläuterungen zu 422 02:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1706 Tit. 422 02	-	-

Erläuterungen zu 427 09:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1706 Tit. 427 09	*143*	*490*

Erläuterungen zu 428 01:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1706 Tit. 428 01	*58*	*115*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F ***453 01*** *-011*	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	*26*	*26*	*9*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1706 Tit. 453 01	*26*	*9*

F ***526 01*** *-011*	*Gerichts- und ähnliche Kosten*	*23*	*23*	*-*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1706 Tit. 526 01	*23*	*-*

F ***526 02*** *-165*	*Sachverständige, Ausgaben für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen*	*55*	*50*	*50*

Erläuterungen:

Kosten für Expertisen, Empfehlungen und Berichte.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1706 Tit. 526 02	*50*	*50*
Kap. 1706 Tit. 526 03	*11*	*2*
Zusammen	*61*	*52*

F ***532 01*** *-011*	*Aufträge und Dienstleistungen im Bereich Informationstechnik*	*65*	*65*	*82*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1706 Tit. 532 55	*65*	*82*

F 539 99 *-011*	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*257*		

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1706 Tit. 511 01	*40*	*31*
Kap. 1706 Tit. 511 55	*50*	*12*
Kap. 1706 Tit. 514 01	*-*	*-*
Kap. 1706 Tit. 517 01	*84*	*84*
Kap. 1706 Tit. 518 01	*-*	*-*
Kap. 1706 Tit. 518 55	*-*	*-*
Kap. 1706 Tit. 519 01	*20*	*20*
Kap. 1706 Tit. 525 01	*-*	*2*
Kap. 1706 Tit. 525 55	*7*	*-*
Kap. 1706 Tit. 527 01	*50*	*32*

1715 Antidiskriminierungsstelle des Bundes

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 539 99

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Zusammen	*251*	*181*

F **543 01** -011	*Veröffentlichungen und Fachinformationen*	*250*	*150*	*169*

Haushaltsvermerk:

1. *Einsparungen dienen zur Deckung von **Mehrausgaben** bei folgendem Titel: 684 01.*
2. ***Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1710 Tit. 272 02.***
3. ***Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.***
4. ***Aus den Ausgaben sind auch Kosten für Porto, Verpackung und Versand von Veröffentlichungen zu leisten.***

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1706 Tit. 543 01	*150*	*169*

F **544 01** -011	*Forschung, Untersuchungen und Ähnliches*	*280*	*250*	*286*

Haushaltsvermerk:

1. *Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 684 01.*
2. *Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1710 Tit. 272 02.*
3. *Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.*

Erläuterungen:

Grundsatzfragen zu den Themenbereichen Antidiskriminierungsforschung, Antidiskriminierungspolitik und Antidiskriminierungsstellen. Aus dem Ansatz dürfen auch Ausgaben für Projektträgerschaften, für wissenschaftlichen Erfahrungsaustausch sowie für die wissenschaftliche Begleitung bei praktischer Erprobung und für Veröffentlichung von Forschungsergebnissen geleistet werden. Aus den Ausgaben können auch Zuwendungen gewährt sowie Sachverständigengutachten bezahlt werden.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1706 Tit. 544 01	*250*	*286*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F ***545 01*** *-011*	*Konferenzen, Tagungen, Messen und Ausstellungen*	*220*	*150*	*195*

Haushaltsvermerk:

1. *Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 684 01.*
2. *Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1710 Tit. 272 02.*
3. *Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Werbe- und Informationsmaterialien gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1706 Tit. 545 01	*150*	*195*

F ***634 03*** *-011*	*Zuweisungen an den Versorgungsfonds*	*85*	*85*	*114*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1706 Tit. 634 03	*85*	*114*

F ***811 01*** *-011*	*Erwerb von Fahrzeugen*	-	-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1706 Tit. 811 01	-	-

F ***812 01*** *-011*	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)*	*63*	*63*	*42*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1706 Tit. 812 01	*63*	*42*

F ***812 02*** *-011*	*Erwerb von Anlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Software im Bereich Informationstechnik*	*8*	*8*	*5*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
Ersatzbeschaffung	*8*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1706 Tit. 812 55	*8*	*5*

1715 Antidiskriminierungsstelle des Bundes

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel

F 511 01 -011	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände*		*40*	*31*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1706 Tit. 511 01	*40*	*31*

F 511 55 -011	*Geschäftsbedarf und Datenübertragung sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Software, Wartung*		*50*	*12*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1706 Tit. 511 55	*50*	*12*

F 514 01 -011	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*		*-*	*-*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1706 Tit. 514 01	*-*	*-*

F 517 01 -011	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*		*84*	*84*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1706 Tit. 517 01	*84*	*84*

F 518 01 -011	*Mieten und Pachten*		*-*	*-*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1706 Tit. 518 01	*-*	*-*

F 518 55 -011	*Miete für Datenverarbeitungsanlagen, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Maschinen, Software*		*-*	*-*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1706 Tit. 518 55	*-*	*-*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 519 01 -011	*Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen*		*20*	*20*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1706 Tit. 519 01	*20*	*20*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 525 01 -011	*Aus- und Fortbildung*		*-*	*2*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1706 Tit. 525 01	*-*	*2*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 525 55 -011	*Aus- und Fortbildung*		*7*	*-*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1706 Tit. 525 55	*7*	*-*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 526 03 -011	*Ausgaben für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen*		*11*	*2*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1706 Tit. 526 03	*11*	*2*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 527 01 -011	*Dienstreisen*		*50*	*32*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1706 Tit. 527 01	*50*	*32*

17 Aufwandsentschädigungen, Besondere Personalausgaben

Haushaltsvermerk:

In den Personaltiteln dieses Einzelplans sind folgende Aufwandsentschädigungen und Besondere Personalausgaben veranschlagt:

1. **Aufwandsentschädigungen**

1.1 Dienstaufwandsentschädigung für die Bundesministerin in Höhe von jährlich 3 681,30 € (monatlich 306,78 €) bei folgendem Titel:

Kap. 1712 Tit. 421 01.

1.2 Dienstaufwandsentschädigung für den Parlamentarischen Staatssekretär in Höhe von jährlich 2 760,96 € (monatlich 230,08 €) bei folgendem Titel:

Kap. 1712 Tit. 421 01.

1.3 Aufwandsentschädigungen erhalten nach § 46 Abs. 5 BPersVG für vom Dienst freigestellte Personalratsmitglieder in Höhe von jährlich 312 € bei folgenden Titeln:

Kap. 1712 Tit. 422 01, 428 01,

Kap. 1713 Tit. 422 01 und 428 01.

2. **Besondere Personalausgaben**

2.1 Betreuung aller Beschäftigten, die am Heiligen Abend nach 18 Uhr Dienst verrichten (zentral für den gesamten Geschäftsbereich) bei folgendem Titel:

Kap. 1712 Tit. 428 01.

2.2 Verfügungsfonds für vom Dienst freigestellte Gleichstellungsbeauftragte gem. § 18 Abs. 4 BGleiG in Höhe von bis zu jährlich je 312 € (monatlich 26 €) bei folgenden Titeln:

Kap. 1712 Tit. 422 01 und

Kap. 1713 Tit. 422 01.

2.4 Außer- und übertarifliche Leistungen an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die mit Einwilligung des BMF gewährt werden, bei den Titeln der Gruppen 427 und 428.

Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Kapitel, Titel (Titelgr.) sowie Zweckbestimmung	Ausgaben-soll 2014 1 000 €	a) Bis einschl. 31.12.2012 eingegangene Verpflichtungen fällig ab 2014 b) VE 2013 c) VE 2014 1 000 €	davon fällig 2014 1 000 €	2015 1 000 €	2016 1 000 €	2017 1 000 €	Folgejahre 1 000 €	in künftigen Haushaltsjahren 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Kapitel 1702								
684 01 - Zuschüsse und Leistungen für laufende Zwecke an Länder, Träger und für Aufgaben der freien Jugendhilfe	146 606	a) 15 031	14 192	712	127	-	-	-
		b) 51 000	32 000	10 000	7 000	2 000	-	-
		c) 51 000		32 000	10 000	7 000	2 000	-
684 02 - Maßnahmen zur Umsetzung der Qualifizierungsoffensive	126 000	a) 17 489	17 489	-	-	-	-	-
		b) 166 760	38 760	75 600	52 400	-	-	-
		c) 103 800		25 200	26 200	52 400	-	-
684 03 - Bundesinitiative Frühe Hilfen	51 000	a) 19 441	19 135	306	-	-	-	-
		b) 61 800	22 800	18 600	20 400	-	-	-
		c) 52 494		21 894	10 200	20 400	-	-
684 04 - Maßnahmen zur Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie	30 500	a) 3 717	3 717	-	-	-	-	-
		b) 1 000	1 000	-	-	-	-	-
		c) 22 300		6 400	6 400	5 500	4 000	-
686 04 - Zuschuss an das Deutsche Jugendinstitut e. V., München	8 751	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) 400		400	-	-	-	-
882 02 - Zuweisungen zum Bau, zum Erwerb, zur Einrichtung und zur Bauerhaltung von zentralen oder überregionalen Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätten sowie Jugendherbergen	3 000	a) 5 242	3 000	2 242	-	-	-	-
		b) 1 289	-	89	1 200	-	-	-
		c) 868		68	600	200	-	-
Summe des Kapitels 1702	383 358	a) 60 920	57 533	3 260	127	-	-	-
		b) 281 849	94 560	104 289	81 000	2 000	-	-
		c) 230 862		85 962	53 400	85 500	6 000	-
Kapitel 1703								
Tgr. 01								
684 11 - Freiwilligendienste	92 800	a) 111	111	-	-	-	-	-
		b) 78 160	67 160	7 000	4 000	-	-	-
		c) 78 160		67 160	7 000	4 000	-	-
684 12 - Förderung von Modellvorhaben zur Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements und von zentralen Maßnahmen sowie von Organisationen des Ehrenamtes und der Selbsthilfe	4 719	a) 200	200	-	-	-	-	-
		b) 1 960	760	720	480	-	-	-
		c) 3 460		1 590	1 190	680	-	-
684 14 - Bundesfreiwilligendienst	167 202	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 128 031	85 761	42 270	-	-	-	-
		c) 128 031		85 761	42 270	-	-	-
Tgr. 02								
531 22 - Aufklärung im Zusammenhang mit der Umsetzung des Schwangerschaftskonfliktgesetzes	5 112	a) 99	99	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) 800		700	100	-	-	-
681 21 - Zuschüsse und Leistungen zur Unterstützung bei ungewollter Kinderlosigkeit sowie für den Ausbau der Hilfen	12 000	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 4 000	2 000	1 000	1 000	-	-	-
		c) 8 800		3 800	2 800	2 200	-	-

17 Übersicht 1
Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Kapitel, Titel (Titelgr.) sowie Zweckbestimmung	Ausgaben-soll 2014 1 000 €	a) Bis einschl. 31.12.2012 eingegangene Verpflichtungen fällig ab 2014 b) VE 2013 c) VE 2014 1 000 €	davon fällig 2014 1 000 €	2015 1 000 €	2016 1 000 €	2017 1 000 €	Folgejahre 1 000 €	in künftigen Haushaltsjahren 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7	8	9
für Schwangere und zur Regelung der vertraulichen Geburt								
684 21 - Zuschüsse und Leistungen für laufende Zwecke an Träger und für Aufgaben der Familien- und Gleichstellungspolitik sowie für Ältere Menschen	34 504	a) 11 787	9 024	2 682	81	-	-	-
		b) 39 084	10 417	12 104	10 563	6 000	-	-
		c) 29 619		11 182	6 805	5 632	6 000	-
684 22 - Förderung von Modellprojekten zur Einrichtung von Mehrgenerationenhäusern	6 025	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 1 313	1 205	108	-	-	-	-
		c) 324		324	-	-	-	-
893 21 - Zuschüsse für überregionale Maßnahmen und Modelleinrichtungen	1 883	a) 264	264	-	-	-	-	-
		b) 1 796	666	630	500	-	-	-
		c) 1 768		639	629	500	-	-
893 22 - Zuschüsse zum Bau, zur Modernisierung sowie für Sanierungsmaßnahmen und zur Einrichtung von Familienferienstätten	1 800	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 1 700	600	600	500	-	-	-
		c) 1 680		600	580	500	-	-
893 24 - Zuschüsse für überregionale Einrichtungen des Deutschen Müttergenesungswerkes	4 090	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 3 077	1 543	1 023	511	-	-	-
		c) 3 077		1 543	1 023	511	-	-
Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel								
531 21 - Einrichtung eines bundesweiten Hilfetelefons bei Gewalt gegen Frauen	-	a) 3 100	1 860	1 240	-	-	-	-
		b) 7 700	2 940	2 360	2 400	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
684 13 - Förderung von Modellvorhaben zur Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements	-	a) 1 706	1 213	493	-	-	-	-
		b) 1 500	500	500	500	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
Summe des Kapitels 1703	330 135	a) 17 267	12 771	4 415	81	-	-	-
		b) 268 321	173 552	68 315	20 454	6 000	-	-
		c) 255 719		173 299	62 397	14 023	6 000	-
Kapitel 1710								
684 07 - Zuschüsse an zentrale Organisationen und für zentrale Maßnahmen im Bereich der Wohlfahrtspflege	6 200	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 50	50	-	-	-	-	-
		c) 50		50	-	-	-	-
686 02 - Zuweisungen an den Fonds sexueller Missbrauch und in diesem Zusammenhang stehende Ausgaben	12 500	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) 600		300	300	-	-	-
Summe des Kapitels 1710	66 164	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 50	50	-	-	-	-	-
		c) 650		350	300	-	-	-
Kapitel 1713								
671 01 - Kosten der Durchführung von Seminaren in den staatlichen Bildungszentren, die	21 000	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 3 240	3 240	-	-	-	-	-

Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Kapitel, Titel (Titelgr.) sowie Zweckbestimmung	Ausgaben-soll 2014	a) Bis einschl. 31.12.2012 eingegangene Verpflichtungen fällig ab 2014 b) VE 2013 c) VE 2014		davon fällig 2014	2015	2016	2017	Folgejahre	in künftigen Haushaltsjahren
	1 000 €		1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €
1	2		3	4	5	6	7	8	9
in Zusammenarbeit mit Vertragspartnern betrieben werden		c)	3 240		3 240	-	-	-	-
Summe des Kapitels 1713	87 048	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	3 240	3 240	-	-	-	-	-
		c)	3 240		3 240	-	-	-	-
Kapitel 1715									
684 01 - Maßnahmen zur Verhinderung und Bekämpfung von Diskriminierung	100	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	180	80	60	40	-	-	-
		c)	40		20	20	-	-	-
Summe des Kapitels 1715	3 258	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	180	80	60	40	-	-	-
		c)	40		20	20	-	-	-
Summe des Einzelplans 17	7 959 563	a)	78 187	70 304	7 675	208	-	-	-
		b)	553 640	271 482	172 664	101 494	8 000	-	-
		c)	490 511		262 871	116 117	99 523	12 000	-

Personalhaushalt

Einzelplan 17

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Inhalt

Kapitel	Bezeichnung	Seite
	Vorbemerkungen zum Personalhaushalt	94
	Haushaltsvermerk - Ausgaben	94
	Gesamtübersicht	95
1712	Bundesministerium	96
1713	Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben	99
1714	Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien	103
1715	Antidiskriminierungsstelle des Bundes	104
	Übersichten	
	Darstellung der den Planstellen zugeordneten Amtsbezeichnungen	105
	Stellenübersichten der Zuwendungsempfänger:	
1702	Kinder- und Jugendpolitik	106
1703	Stärkung der Zivilgesellschaft, Familien-, Gleichstellungs- und Seniorenpolitik	109

Vorbemerkungen zum Personalhaushalt

1. Ersatz(plan)stellen werden zahlenmäßig in einer eigenen Spalte der Übersichten der ku- und kw-Vermerke in der Gesamtübersicht und in den einzelnen Kapiteln nachgewiesen.

   Ersatz(plan)stellen im Zusammenhang mit der Gewährung von Altersteilzeit sind mit dem Vermerk "kw mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten" ausgewiesen.

   Gleiches gilt sinngemäß für die sonstigen Ersatz(plan)stellen im Bereich der Titel der Hauptgruppe 6 bei den institutionell geförderten Zuwendungsempfängern/Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO.

2. AT B ist die Kurzbezeichnung für Arbeitsverhältnisse mit Verträgen nach Anlage 1a oder 1b des BMI-Rundschreibens vom 18. November 2005 - D II 2 - 220 234 - in der jeweils geltenden Fassung.

3. Anzahl der im Haushaltsjahr 2012 eingesetzten Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen (umgerechnet auf vollbeschäftigte Arbeitskräfte im Haushaltsjahr) und Auszubildende (Jahresdurchschnitt):

Kapitel	Titel	Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen	Auszubildende
1712	427 09	21,5	22,0
1712	427 29	4,5	-
1712	427 99	3,0	-
1713	427 09	70,4	36,0
1713	427 49	18,8	-
1714	427 09	1,5	-
1715	427 09	6,8	-
Zusammen		126,5	58,0

4. Arbeitsplatzbeschreibungen für alle Stellen der Gruppe 428 des Einzelplans (einschließlich der Stellen der institutionell geförderten Zuwendungsempfänger/Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO) liegen vor.

Haushaltsvermerk

Die Wieder- und Neubesetzung von Planstellen und Stellen im mittleren Dienst in Bonn bei Kap. **1712** bedarf solange der Zustimmung des Bundesministeriums der Finanzen, bis folgende Stellen bei

Kap. **1712** Tit. 428 01 mit Vermerk kw (Ziff. 1.3.1.): 1 E 6, 3 E 5, 1 E 3

weggefallen sind.

Gesamtübersicht

Planstellen, Stellen, Leerstellen

Kap.	Behörde	Beamtinnen und Beamte Tit. 422 .1		Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Tit. 428 .1		Zusammen (Spalten 3 bis 6)	
		2014	2013	2014	2013	2014	2013
1	2	3	4	5	6	7	8
	Planstellen und Stellen						
1712	Bundesministerium	314,3	306,3	170,7	164,7	485,0	471,0
1713	Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben	332,5	343,5	445,9	416,9	778,4	760,4
1714	Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien	10,0	10,0	10,0	9,5	20,0	19,5
1715	Antidiskriminierungsstelle des Bundes	22,0	16,0	1,0	1,0	23,0	17,0
	Zusammen	678,8	675,8	627,6	592,1	1 306,4	1 267,9
	Leerstellen						
1712	Bundesministerium	53,0	38,0	21,5	18,5	74,5	56,5
1713	Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben	20,0	19,0	9,0	10,0	29,0	29,0
1715	Antidiskriminierungsstelle des Bundes	1,0	1,0	1,0	-	2,0	1,0
	Zusammen	74,0	58,0	31,5	28,5	105,5	86,5

ku- und kw-Vermerke

Kap.	Dienststelle	Zusammen	davon fällig					Ersatz(plan)-stellen	Sonstige
			2014	2015	2016	2017	2018 ff.		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
	ku-Vermerke								
1712	Bundesministerium	2,0	-	-	-	-	-	-	2,0
1713	Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben	28,0	-	-	-	-	-	-	28,0
1714	Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien	1,0	-	1,0	-	-	-	-	-
	Zusammen	31,0	-	1,0	-	-	-	-	30,0
	kw-Vermerke								
1712	Bundesministerium	75,5	2,0	-	8,0	-	-	11,5	54,0
1713	Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben	239,4	99,0	19,0	18,0	17,0	47,0	6,4	33,0
1714	Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien	1,0	-	-	-	-	-	-	1,0
	Zusammen	315,9	101,0	19,0	26,0	17,0	47,0	17,9	88,0

Institutionell geförderte Zuwendungsempfänger / Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO

Kap.	Kapitelbezeichnung	Stellen mit Dauerarbeitskräften besetzbar				Stellen für Arbeitskräfte mit befristeten Arbeitsverträgen	
		Tit. 422 .1, 425 .1, 426 .1, 428 .1 sowie entsprechende Kontierung im Wirtschaftsplan		Tit. 425 .1, 426 .1, 428 .1 (Projektförderung / Aufträge Dritter)		Tit. 427 .9 (Projektförderung / Aufträge Dritter)	
		2014	2013	2014	2013	2014	2013
1	2	3	4	5	6	7	8
1702	Kinder- und Jugendpolitik	210,1	209,1	30,5	30,5	17,0	17,0
1703	Stärkung der Zivilgesellschaft, Familien-, Gleichstellungs- und Seniorenpolitik	43,3	43,3	-	-	-	-
	Zusammen	253,4	252,4	30,5	30,5	17,0	17,0

1712 Bundesministerium

Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr: Neue Stellen, Stellenwegfall: ohne ku/ kw-Vermerke +	-	und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken +	-	Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken +	-	Hebungen, Herabstufungen +	-	Umwandlungen, Umsetzungen +	-	von Sp. 2 entfallen auf Funktionsgruppen
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Beamtinnen und Beamte														
B 11	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 9	5,0	4,0	3,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 6	12,0	11,0	7,0	-	-	2,0	-	-	1,0	-	-	-	-	-
B 3	25,0	23,0	14,2	-	-	1,0	-	-	-	1,0	-	-	-	-
A 16	17,0	16,0	14,0	-	-	-	-	-	-	2,0	1,0	-	-	-
A 15	44,0	44,0	43,9	1,0	-	1,0	-	-	-	-	2,0	-	-	-
A 14	28,3	26,3	26,1	1,0	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-
A 13 h	32,0	33,0	24,0	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-
A 13 g	59,5	59,5	57,6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 12	12,0	12,0	9,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 11	16,5	16,5	11,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 10	3,0	2,0	1,9	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-
A 9 g	3,0	4,0	6,5	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-
A 9 m+Z	5,0	5,0	4,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m	16,0	16,0	10,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 8	6,0	6,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 6 m	11,0	9,0	17,7	-	-	-	-	-	-	-	-	2,0	-	-
A 6 e	14,0	13,0	13,0	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-
A 5	1,0	2,0	2,0	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-
A 4	3,0	3,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	314,3	306,3	270,3	3,0	-	5,0	1,0	-	1,0	5,0	5,0	2,0	-	-
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
AT (B 9)	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
AT (B 6)	-	-	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
AT (B 3)	-	-	7,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
AT B	3,0	3,0	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	3,0	3,0	18,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 15	12,0	12,0	10,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 14	3,7	4,7	6,6	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 13	3,5	3,5	12,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 12	11,0	11,0	14,2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 11	5,0	4,0	8,0	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-
E 9	17,5	18,5	16,4	1,0	-	-	-	-	-	-	1,0	-	1,0	-
E 8	29,0	25,0	25,7	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 7	4,0	3,0	4,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 6	46,5	48,5	48,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2,0	-
E 5	14,5	14,5	14,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 4	14,5	10,5	10,5	3,0	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-
E 3	6,5	6,5	5,4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	167,7	161,7	176,6	9,0	1,0	-	-	-	-	1,0	1,0	1,0	3,0	-
Insgesamt	170,7	164,7	195,4	9,0	1,0	-	-	-	-	1,0	1,0	1,0	3,0	-

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 428 01

Zu lfd. Nr. 3.1 der Übersicht der kw-Vermerke:

Diese kw-Vermerke werden nur wirksam, wenn es sich um Stellen am Dienstsitz Bonn handelt.

Erläuterungen:

Zu Titel 422 01

Das Planstellensoll enthält folgende für die Umsetzung des Personalrahmenkonzepts zur internationalen Personalpolitik (PRK) ausgebrachte Planstellen: 1,0 A15.

Zu Spalte 4:
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
1,0 B9; 4,0 B6; 8,8 B3; 2,0 A16; 0,2 A14; 9,0 A13h; 1,0 A13g; 2,2 A12; 4,0 A11; 1,7 A8 (Zusammen: 33,9).

Zu Titel 428 01

Zu Spalte 4:
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
1,0 AT(B9); 4,0 AT(B6); 7,8 AT(B3); 3,0 ATB; 0,7 E14; 8,5 E13; 3,2 E12; 4,0 E11; 0,7 E8; 1,0 E7 (Zusammen: 33,9).

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 422 01				
			1.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
A 15...................	1,0	1,0	1.1	Deutsche Bischofskonferenz - Verein der Diözesen Deutschlands
B 3.....................	-	1,0	1.2	Europarat
B 11....................	1,0	1,0	1.3	Gemeinsamer Bundesausschuss (G-BA)
A 15...................	1,0	-		
A 13 g................	1,0	1,0	1.4	Institut für Auslandsbeziehungen e. V.
A 9 m.................	1,0	1,0	1.5	Stiftung Deutsche Geisteswissenschaftliche Institute im Ausland
A 16...................	-	1,0	1.6	SPD-Fraktion des Deutschen Bundestages
A 13 h................	1,0	-	1.7	CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages
Zusammen.........	6,0	6,0		
			2.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	37,0	25,0	2.1	gemäß §§ 90, 92, 95 BBG, § 7 DBeglG, § 6 MuSchEltZV, § 24 GAD
			3.	**Sonstige Beurlaubung**
A 15...................	1,0	1,0	3.1	Bundeskanzleramt
A 14...................	4,0	2,0		
A 13 g................	3,0	3,0		
A 6 e..................	1,0	-		
A 9 m.................	1,0	1,0	3.2	Bundespräsidialamt
Zusammen.........	10,0	7,0		
Insgesamt..........	53,0	38,0		
Zu Titel 428 01				
			1.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
E 15...................	1,0	1,0	1.1	Internationale Arbeitsorganisation (IAO), Genf
			2.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	12,5	12,5	2.1	gemäß § 28 TVöD, § 9 UmzugsTV, § 15 BEEG, § 24 GAD
			3.	**Sonstige Beurlaubung**
AT B...................	1,0	-	3.1	Bundeskanzleramt
E 15...................	1,0	1,0		
E 14...................	1,0	-		
E 12...................	1,0	1,0		
E 5.....................	1,0	1,0	3.2	Bundespräsidialamt
E 9.....................	1,0	1,0	3.3	Befristete Rente gem. § 33 Abs. 2 TVöD
E 8.....................	1,0	-		
E 5.....................	1,0	1,0		
Zusammen.........	8,0	5,0		
Insgesamt..........	21,5	18,5		

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
1	2	3	4	5	6	7
Zu Titel 422 01						
					kw	
				1.	**kw**	
A 11..................	1,0	-	1,0	1.2	-	-
A 6 e.................	1,0	-	-			Neue Planstelle
A 5....................	1,0	-	2,0			Wegfall der Planstelle
A 4....................	2,0	-	2,0			-
A 15..................	1,0	1,0	1,0	1.3	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbe-schäftigten	-
A 14..................	1,0	1,0	1,0			-
A 13 h...............	1,0	1,0	1,0			-

1712 Bundesministerium

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
1	2	3	4	5	6	7
A 11..................	2,5	2,5	2,5			-
A 8....................	1,0	1,0	1,0			-
A 4....................	1,0	1,0	1,0			-
				1.4	-	
A 13 h..............	1,0	-	1,0	1.4.1	Stelleneinsparung HG 2008	-
A 9 m................	1,0	-	1,0	1.4.2	Stelleneinsparung HG 2009	-
A 13 h..............	1,0	-	1,0	1.4.3	Stelleneinsparung HG 2010	-
A 11..................	1,0	-	1,0	1.4.4	Stelleneinsparung HG 2011	-
A 14..................	1,0	-	1,0	1.4.5	Stelleneinsparung HG 2012	-
A 11..................	2,0	-	2,0			-
				2.	**kw 31.12.2014**	
				2.1	-	
A 6 e................	1,0	-	1,0	2.1.1	Postnachfolgeunternehmen	-
				3.	**kw 31.12.2014**	
A 12..................	1,0	-	1,0	3.1	-	-
				4.	**kw 31.12.2016**	
				4.1	-	
B 6....................	2,0	-	-	4.1.1	Regierungswechsel	Neue Planstelle
B 3....................	1,0	-	-			Neue Planstelle
A 15..................	1,0	-	-			Neue Planstelle
				5.	**kw 31.12.2016**	
				5.1	-	
A 14..................	1,0	-	1,0	5.1.1	Bescheinigungsstelle ESF	-
A 13 h..............	1,0	-	1,0			-
A 10..................	2,0	-	2,0			-
				6.	**kw 31.12.2013**	
				6.1	-	
B 6....................	-	-	1,0	6.1.1	Pressesprecher	Wirksamwerden des Vermerks
Zusammen.......	29,5	7,5	26,5			

Zu Titel 428 01

					ku	
				1.	**ku**	
E 13..................	2,0	-	2,0	1.1	in Entgeltgruppe E 12	-
					kw	
				1.	**kw**	
E 12..................	1,0	-	1,0	1.1	-	-
E 9....................	1,0	-	1,0			-
E 5....................	8,0	-	8,0			-
E 4....................	1,0	-	1,0			-
E 3....................	2,0	-	2,0			-
E 13..................	1,5	1,5	1,5	1.2	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	-
E 9....................	1,0	1,0	1,0			-
E 6....................	0,5	0,5	0,5			-
E 5....................	0,5	0,5	0,5			-
E 3....................	0,5	0,5	0,5			-
				1.3	-	
E 6....................	1,0	-	1,0	1.3.1	Assistenzstellen	-
E 5....................	3,0	-	3,0			-
E 3....................	1,0	-	1,0			-
E 4....................	1,0	-	1,0	1.3.2	Stelleneinsparung HG 2008	-
E 8....................	1,0	-	1,0	1.3.3	Stelleneinsparung HG 2009	-
E 7....................	1,0	-	1,0			-
E 15..................	1,0	-	1,0	1.3.4	Stelleneinsparung HG 2010	-
E 14..................	2,0	-	2,0	1.3.5	Stelleneinsparung HG 2011	-
E 9....................	1,0	-	1,0			-
E 6....................	1,0	-	1,0			-
E 7....................	1,0	-	1,0	1.3.6	Stelleneinsparung HG 2012	-
				2.	**kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber/innen**	
E 4....................	5,0	-	5,0	2.1	Fahrbereitschaft	-
E 5....................	1,0	-	1,0	2.2	-	-
E 4....................	1,0	-	1,0			-
				3.	**kw**	
E 8....................	2,0	-	2,0	3.1	-	-
E 6....................	6,0	-	6,0			-
Zusammen.......	46,0	4,0	46,0			

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr										von Sp. 2 entfallen auf Funk-tions-gruppen
				Neue Stellen, Stellenwegfall				Wirksam-werden von ku- und kw-Vermerken		Hebungen, Herab-stufungen		Umwand-lungen, Umsetzungen		
				ohne ku/ kw-Vermerke		und Umsetzun-gen mit ku/ kw-Vermerken								
				+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Beamtinnen und Beamte														
B 6	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 3	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 16	4,0	4,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 15	17,0	15,0	12,0	-	-	-	-	-	-	2,0	-	-	-	-
A 14	27,5	29,5	23,0	-	-	-	-	-	-	-	2,0	-	-	-
A 13 h	4,0	5,0	3,0	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
A 13 g	19,0	19,0	17,3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 12	41,0	43,0	41,2	-	-	-	-	-	2,0	-	-	-	-	-
A 11	65,0	67,0	66,4	-	-	-	-	-	2,0	-	-	-	-	-
A 10	65,0	67,0	67,3	-	-	-	-	-	2,0	-	-	-	-	-
A 9 g	16,0	18,0	21,8	-	-	-	-	-	2,0	-	-	-	-	-
A 9 m+Z	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m	9,0	9,0	7,2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 8	30,0	31,0	30,3	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
A 7	24,0	25,0	20,6	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
A 6 m	5,0	5,0	1,6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 6 e	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 4	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 3	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	332,5	343,5	321,7	-	-	-	-	-	11,0	2,0	2,0	-	-	-
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 15	13,0	10,0	9,9	1,0	-	-	-	-	-	2,0	-	-	-	-
E 14	3,0	4,0	8,0	1,0	-	-	-	-	-	-	2,0	-	-	-
E 13	70,0	71,0	66,4	3,0	-	-	-	-	4,0	-	-	-	-	-
E 12	16,9	13,9	14,4	-	-	-	-	4,0	1,0	-	-	-	-	-
E 11	30,0	31,0	34,5	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
E 10	47,0	48,0	46,6	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
E 9	93,5	57,5	62,0	39,0	0,5	-	-	-	2,5	-	-	-	-	-
E 8	21,0	21,0	21,7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 6	35,0	37,0	38,7	-	-	-	-	-	2,0	-	-	-	-	-
E 5	94,5	99,5	101,6	-	0,5	-	-	-	4,5	-	-	-	-	-
E 4	6,0	6,0	8,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 3	13,0	15,0	17,0	-	-	-	-	-	2,0	-	-	-	-	-
E 2	3,0	3,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	445,9	416,9	431,8	44,0	1,0	-	-	4,0	18,0	2,0	2,0	-	-	-

Erläuterungen:

Zu Titel 422 01

Zu Spalte 4:
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
3,0 A15; 6,5 A14; 2,0 A13h; 1,8 A9m; 0,7 A8; 4,4 A7; 3,4 A6m (Zusammen: 21,8).

Daneben wird 1,0 beamtete Hilfskraft (Tit. 422 02) beschäftigt.

Zu Titel 428 01

Zu Spalte 4:
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
4,5 E14; 1,0 E13; 2,0 E11; 1,0 E10; 4,8 E9; 0,7 E8; 1,7 E6; 2,1 E5; 2,0 E4; 2,0 E3 (Zusammen: 21,8).

1713 Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 422 01				
			2.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	20,0	19,0	2.1	gemäß §§ 90, 92, 95 BBG, § 7 DBeglG, § 6 MuSchEltZV, § 24 GAD
Zu Titel 428 01				
			1.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	9,0	10,0	1.1	gemäß § 28 TVöD, § 9 UmzugsTV, § 15 BEEG, § 24 GAD

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014		2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Soll	Ersatz-(plan)st.				
1	2	3	4	5	6	7
Zu Titel 422 01						
					kw	
				2.	**kw 31.12.2013**	
A 13 h..............	-	-	1,0	2.1	-	Wirksamwerden des Vermerks
A 12.................	-	-	2,0			Wirksamwerden des Vermerks
A 11.................	-	-	1,0			Wirksamwerden des Vermerks
A 10.................	-	-	2,0			Wirksamwerden des Vermerks
A 9 g................	-	-	2,0			Wirksamwerden des Vermerks
A 8....................	-	-	1,0			Wirksamwerden des Vermerks
A 7....................	-	-	1,0			Wirksamwerden des Vermerks
				3.	**kw 31.12.2014**	
A 13 h..............	1,0	-	1,0	3.1	-	-
A 12.................	1,0	-	1,0			-
A 11.................	2,0	-	2,0			-
A 10.................	1,0	-	1,0			-
A 9 g................	3,0	-	3,0			-
A 8....................	1,0	-	1,0			-
A 6 m...............	1,0	-	1,0			-
				4.	**kw 31.12.2015**	
A 12.................	2,0	-	2,0	4.1	-	-
A 11.................	2,0	-	2,0			-
A 10.................	2,0	-	2,0			-
A 9 g................	2,0	-	2,0			-
A 8....................	1,0	-	1,0			-
				5.	**kw mit Wegfall der Aufgabe**	
				5.1	-	
A 15.................	1,0	-	1,0	5.1.1	Geschäftsstelle Conterganstiftung	-
				6.	**kw**	
A 13 h..............	1,0	1,0	1,0	6.1	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	-
A 11.................	-	-	1,0			Wirksamwerden des Vermerks
A 7....................	13,0	-	13,0	6.2	-	-
A 6 e................	1,0	-	1,0			-
A 4....................	1,0	-	1,0			-
				7.	**kw**	
				7.1	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	
A 14.................	0,5	0,5	0,5	7.1.1	-	-
				9.	**kw 31.12.2016**	
				9.1	-	
A 10.................	2,0	-	2,0	9.1.1	Umstrukturierung BAFzA	-
A 9 g................	1,0	-	1,0			-
A 7....................	1,0	-	1,0			-
A 6 m...............	1,0	-	1,0			-
				10.	**kw 31.12.2017**	
				10.1	-	
A 13 g..............	1,0	-	1,0	10.1.1	-	-
A 11.................	1,0	-	1,0			-
A 10.................	1,0	-	1,0			-
A 8....................	2,0	-	2,0			-
A 7....................	1,0	-	1,0			-
				11.	**kw 31.12.2018**	
				11.1	-	

Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
1	2	3	4	5	6	7
A 12	1,0	-	1,0	11.1.1	-	-
A 11	1,0	-	1,0			-
A 10	2,0	-	2,0			-
A 8	1,0	-	1,0			-
A 7	2,0	-	2,0			-
				12.	**kw 31.12.2019**	
				12.1	-	
A 13 g	1,0	-	1,0	12.1.1	-	-
A 12	1,0	-	1,0			-
A 10	1,0	-	1,0			-
A 8	2,0	-	2,0			-
A 7	1,0	-	1,0			-
				13.	**kw 31.12.2020**	
				13.1	-	
A 14	1,0	-	1,0	13.1.1	-	-
A 12	1,0	-	1,0			-
A 11	1,0	-	1,0			-
A 10	1,0	-	1,0			-
A 8	1,0	-	1,0			-
				14.	**kw 31.12.2014**	
				14.1	-	
A 14	5,0	-	5,0	14.1.1	Evaluierungsbericht	-
A 11	1,0	-	1,0			-
A 10	2,0	-	2,0			-
A 7	2,0	-	2,0			-
Zusammen	75,5	1,5	86,5			

Zu Titel 428 01

Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
					ku	
				1.	**ku**	
				1.1	in Entgeltgruppe E 12	
E 13	28,0	-	32,0	1.1.1	-	Wirksamwerden des Vermerks
					kw	
				1.	**kw**	
E 9	-	-	0,5	1.1	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	Wirksamwerden des Vermerks
E 6	1,0	1,0	1,0			-
E 5	1,0	1,0	1,0			-
E 13	1,0	-	1,0	1.2	-	-
				1.3	-	
E 6	1,0	-	1,0	1.3.2	Stelleneinsparung HG 2010	-
				3.	**kw 31.12.2013**	
E 11	-	-	1,0	3.1	-	Wirksamwerden des Vermerks
E 10	-	-	1,0			Wirksamwerden des Vermerks
E 6	-	-	2,0			Wirksamwerden des Vermerks
E 5	-	-	4,0			Wirksamwerden des Vermerks
E 3	-	-	2,0			Wirksamwerden des Vermerks
				4.	**kw 31.12.2014**	
E 10	2,0	-	2,0	4.1	-	-
E 9	1,0	-	1,0			-
E 5	5,0	-	5,0			-
E 3	1,0	-	1,0			-
				5.	**kw 31.12.2015**	
E 11	2,0	-	2,0	5.1	-	-
E 10	1,0	-	1,0			-
E 9	1,0	-	1,0			-
E 6	1,0	-	1,0			-
E 5	4,0	-	4,0			-
E 3	1,0	-	1,0			-
				7.	**kw**	
				7.1	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	
E 12	2,9	2,9	3,9	7.1.1	-	Wirksamwerden des Vermerks
E 5	-	-	0,5			Wirksamwerden des Vermerks

1713 Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
1	2	3	4	5	6	7
				8.	**kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber/innen**	
				8.1	-	
E 10	5,0	-	5,0	8.1.1	Freizeitbetreuer	-
E 9	9,0	-	11,0			Wirksamwerden des Vermerks
				9.	**kw**	
				9.1	-	
E 4	1,0	-	1,0	9.1.1	Stelleneinsparung HG 2009	-
				10.	**kw 31.12.2016**	
				10.1	-	
E 9	2,0	-	2,0	10.1.1	Umstrukturierung BAFzA	-
E 8	1,0	-	1,0			-
E 6	3,0	-	3,0			-
E 5	5,0	-	5,0			-
E 4	1,0	-	1,0			-
E 3	1,0	-	1,0			-
				11.	**kw 31.12.2017**	
				11.1	-	
E 11	1,0	-	1,0	11.1.1	-	-
E 10	2,0	-	2,0			-
E 9	2,0	-	2,0			-
E 8	2,0	-	2,0			-
E 6	2,0	-	2,0			-
E 5	2,0	-	2,0			-
				12.	**kw 31.12.2018**	
				12.1	-	
E 11	2,0	-	2,0	12.1.1	-	-
E 9	1,0	-	1,0			-
E 8	2,0	-	2,0			-
E 6	4,0	-	4,0			-
E 5	3,0	-	3,0			-
				13.	**kw 31.12.2019**	
				13.1	-	
E 10	1,0	-	1,0	13.1.1	-	-
E 9	1,0	-	1,0			-
E 8	2,0	-	2,0			-
E 6	3,0	-	3,0			-
E 5	3,0	-	3,0			-
E 4	1,0	-	1,0			-
E 3	1,0	-	1,0			-
				14.	**kw 31.12.2020**	
				14.1	-	
E 11	1,0	-	1,0	14.1.1	-	-
E 10	1,0	-	1,0			-
E 9	1,0	-	1,0			-
E 6	1,0	-	1,0			-
E 5	1,0	-	1,0			-
				15.	**kw 31.12.2014**	
				15.1	-	
E 15	5,0	-	5,0	15.1.1	Evaluierungsbericht	-
E 14	2,0	-	2,0			-
E 13	38,0	-	38,0			-
E 12	5,0	-	5,0			-
E 10	1,0	-	1,0			-
E 9	4,0	-	4,0			-
E 5	11,0	-	11,0			-
E 3	2,0	-	2,0			-
E 2	2,0	-	2,0			-
Zusammen	163,9	4,9	177,9			

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr: Neue Stellen, Stellenwegfall: ohne ku/ kw-Vermerke		und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken		Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken		Hebungen, Herabstufungen		Umwandlungen, Umsetzungen		von Sp. 2 entfallen auf Funktionsgruppen
				+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Beamtinnen und Beamte														
A 16....................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 15....................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 14....................	5,0	4,0	3,9	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-
A 13 h.................	-	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-
A 13 g.................	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 12....................	1,0	1,0	0,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen..........	10,0	10,0	9,4	-	-	-	-	-	-	1,0	1,0	-	-	-
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 14....................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 13....................	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 12....................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 9......................	-	-	0,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 8......................	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 6......................	3,0	2,5	2,3	0,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 5......................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen..........	10,0	9,5	9,8	0,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Erläuterungen:

Zu Titel 422 01

Zu Spalte 4:
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
0,5 A12.

Zu Titel 428 01

Zu Spalte 4:
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
0,5 E9.

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
1	2	3	4	5	6	7
Zu Titel 422 01						
					ku	
				1.	**ku 31.12.2015**	
				1.1	in Bes.-Gr. A 13 h	
A 14..................	1,0	-	-	1.1.1	-	Aufnahme des Vermerks
Zu Titel 428 01						
					kw	
				1.	**kw**	
				1.1	-	
E 5....................	1,0	-	1,0	1.1.1	Ausgleich für Hebung	-

1715 Antidiskriminierungsstelle des Bundes

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr										von Sp. 2 entfallen auf Funk-tions-gruppen
				Neue Stellen, Stellenwegfall				Wirksam-werden von ku- und kw-Vermerken		Hebungen, Herab-stufungen		Umwand-lungen, Umsetzungen		
				ohne ku/ kw-Vermerke		und Umsetzun-gen mit ku/ kw-Vermerken								
				+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Beamtinnen und Beamte														
B 3......................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 16....................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 15....................	3,0	2,0	2,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 14....................	4,0	3,0	1,9	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 h.................	4,0	1,0	1,9	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g.................	2,0	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 12....................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 11.....................	2,0	2,0	0,9	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 10....................	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m..................	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 8......................	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 7......................	3,0	3,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 6 m..................	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen..........	22,0	16,0	14,7	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 6......................	1,0	1,0	1,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Erläuterungen:

Zu Titel 422 01

Zu Spalte 4:
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
0,8 A7.

Zu Titel 428 01

Zu Spalte 4:
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
0,8 E6.

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 422 01				
			1.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	1,0	1,0	1.1	gemäß §§ 90, 92, 95 BBG, § 7 DBeglG, § 6 MuSchEltZV, § 24 GAD
Zu Titel 428 01				
			1.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	1,0	-	1.1	gemäß § 28 TVöD, § 9 UmzugsTV, § 15 BEEG, § 24 GAD

Anlage zu den Stellenplänen des Epl. 17

Darstellung der den Planstellen zugeordneten Amtsbezeichnungen

Bes.-Gr.	Kap.	**Amtsbezeichnungen** (Grundamtsbezeichnung in Fettdruck)
1	2	3
B 11	1712	Staatssekretärin oder Staatssekretär
B 9	1712	Ministerialdirektorin oder Ministerialdirektor
B 6	1712	Ministerialdirigentin oder Ministerialdirigent
	1713	Präsidentin oder Präsident des Bundesamtes für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben
B 3	1712, 1715	Ministerialrätin oder Ministerialrat
	1713	Vizepräsidentin oder Vizepräsident des Bundesamtes für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben
A 16	1713, 1714, 1715	**Leitende Direktorin** oder **Leitender Direktor**
	1712	Ministerialrätin oder Ministerialrat
A 15	1712, 1713, 1715	**Direktorin** oder **Direktor**
A 14	1712, 1713, 1714, 1715	**Oberrätin** oder **Oberrat**
A 13 h	1712, 1713, 1715	**Rätin** oder **Rat**
A 13 g	1712, 1713, 1714, 1715	**Oberamtsrätin** oder **Oberamtsrat**
A 12	1712, 1713, 1714, 1715	**Amtsrätin** oder **Amtsrat**
A 11	1712, 1713, 1715	**Amtfrau** oder **Amtmann**
A 10	1712, 1713	**Oberinspektorin** oder **Oberinspektor**
A 9 g	1712, 1713	**Inspektorin** oder **Inspektor**
A 9 m+Z	1712, 1713	**Amtsinspektorin** oder **Amtsinspektor**
A 9 m	1712, 1713	**Amtsinspektorin** oder **Amtsinspektor**
A 8	1712, 1713, 1715	**Hauptsekretärin** oder **Hauptsekretär**
A 7	1713, 1715	**Obersekretärin** oder **Obersekretär**
A 6 m	1712, 1713	**Sekretärin** oder **Sekretär**
A 6 e	1712, 1713	**Oberamtsmeisterin** oder **Oberamtsmeister**
A 5	1712	**Oberamtsmeisterin** oder **Oberamtsmeister**
A 4	1712	**Amtsmeisterin** oder **Amtsmeister**

1702 Anlage zu Kapitel Zuwendungsempfänger

Stellenübersichten der Zuwendungsempfänger / Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO des Kap. 1702

Titel	aus Nr. ... Erläuterung	**Bezeichnung**
1	2	3

686 04 Deutsches Jugendinstitut e. V., München

Stellenübersicht							
Besoldungs-/ Vergütungs-/ Entgelt- gruppen	Stellen mit Dauerarbeitskräften besetzbar					Stellen für Arbeitskräfte mit befristeten Arbeitsverträgen	
	Tit. 422 .1, 425 .1, 426 .1 und 428 .1 sowie entsprechende Kontierung im Wirtschaftsplan			Tit. 425 .1, 426 .1 und 428 .1 (Projektförderung/ Aufträge Dritter)		Tit. 427 .9 (Projektförderung/ Aufträge Dritter)	
	Soll 2014	Soll 2013	besetzt am 1. Juni 2013	Soll 2014	Soll 2013	Soll 2014	Soll 2013
1	2	3	4	5	6	7	8

Zu Titel 686 04

Deutsches Jugendinstitut e. V., München

Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
S (B 3)..	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-
S (B 2)..	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-
AT B..	5,0	5,0	5,0	-	-	-	-
Zusammen...	8,0	8,0	8,0	-	-	-	-
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
E 15...	5,0	5,0	4,0	-	-	-	-
E 14...	34,0	32,0	30,0	4,0	4,0	-	-
E 13...	14,0	15,0	14,0	6,0	6,0	-	-
E 12...	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-
E 11..	3,0	3,0	2,0	-	-	-	-
E 10...	2,1	2,1	2,0	-	-	-	-
E 9...	5,9	5,9	6,0	-	-	-	-
E 8...	10,0	9,0	8,0	-	-	-	-
E 6...	6,0	6,0	6,0	-	-	-	-
E 5...	12,5	13,5	13,0	-	-	-	-
Zusammen...	94,5	93,5	87,0	10,0	10,0	-	-
Praktikantinnen und Praktikanten							
Praktikanten...	5,0	5,0	3,0	-	-	-	-
Insgesamt...	107,5	106,5	98,0	10,0	10,0	-	-

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 686 04

1. **Zu S (B 3):**
   Der am 1. August 2002 vorhandene Stelleninhaber erhält aufgrund einer besonderen Vereinbarung eine Vergütung entsprechend B 5.
2. **Zu Spalte 5:**
   Dauerprojektstellen sind kw (davon 4 E 14 und 2 E 13 kw 31.12.2015).
3. **Zu AT B:**
   Einer der am 1. April 2011 vorhandenen Stelleninhaber erhält aufgrund einer besonderen Vereinbarung eine persönliche Zulage.

Übersicht der ku- und kw- Vermerke						
Bes.-/ Verg.-/ E.-Gr.	2014		2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Soll	Ersatz-(plan)st.				
1	2	3	4	5	6	7

Zu Titel 686 04

Deutsches Jugendinstitut e. V., München

					kw	
				1.	**kw**	
E 13.................	0,5	0,5	1,5	1.2	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	Wirksamwerden des Vermerks

1702 Anlage zu Kapitel Zuwendungsempfänger

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ Verg.-/ E.-Gr.	2014		2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Soll	Ersatz-(plan)st.				
1	2	3	4	5	6	7
E 5....................	2,5	2,5	2,5			-
				1.3	-	
E 5....................	-	-	1,0	1.3.2	Stelleneinsparung HG 2012	Wirksamwerden des Vermerks
Zusammen.......	3,0	3,0	5,0			

Stellenübersichten
der Zuwendungsempfänger / Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO des Kap. 1703

Titel	aus Nr. ... Erläuterung	**Bezeichnung**
1	2	3
Tgr. 02		**Familien-, Gleichstellungs- und Seniorenpolitik**
684 21	1.4	Deutsches Zentrum für Altersfragen e. V., Berlin

1703 Anlage zu Kapitel Zuwendungsempfänger

Tgr. 02 - Familien-, Gleichstellungs- und Seniorenpolitik

Stellenübersicht							
Besoldungs-/ Vergütungs-/ Entgelt- gruppen	Stellen mit Dauerarbeitskräften besetzbar					Stellen für Arbeitskräfte mit befristeten Arbeitsverträ- gen	
	Tit. 422 .1, 425 .1, 426 .1 und 428 .1 sowie entsprechende Kontierung im Wirtschaftsplan			Tit. 425 .1, 426 .1 und 428 .1 (Projektförderung/ Aufträge Dritter)		Tit. 427 .9 (Projektförderung/ Aufträge Dritter)	
	Soll 2014	Soll 2013	besetzt am 1. Juni 2013	Soll 2014	Soll 2013	Soll 2014	Soll 2013
1	2	3	4	5	6	7	8

Zu Titel 684 21

1.4 Deutsches Zentrum für Altersfragen e. V., Berlin

Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
AT B	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
E 15	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-
E 14	3,0	3,0	2,8	-	-	-	-
E 13	13,8	13,8	14,0	-	-	-	-
E 11	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-
E 9	4,0	4,0	4,0	-	-	-	-
E 6	2,0	2,0	1,5	-	-	-	-
E 5	2,5	2,5	2,4	-	-	-	-
E 2	1,0	1,0	0,8	-	-	-	-
Zusammen	29,3	29,3	28,5	-	-	-	-
Insgesamt	30,3	30,3	29,5	-	-	-	-

Entwurf

zum

Bundeshaushaltsplan 2014

Einzelplan 19

Bundesverfassungsgericht

Inhalt

Kapitel	Bezeichnung	Seite
	Vorwort zum Einzelplan	2
	Überblick zum Einzelplan	3
	Haushaltsvermerk / Hinweise zum Einzelplan	4
1911	Zentral veranschlagte Verwaltungseinnahmen und -ausgaben	5
	Einnahmen-Tgr. 57 Versorgung der Beamtinnen und Beamten sowie der Richterinnen und Richter	6
	Ausgaben-Tgr. 57 Versorgung der Beamtinnen und Beamten sowie der Richterinnen und Richter	8
1912	Bundesverfassungsgericht	13
	Aufwandsentschädigungen, Besondere Personalausgaben	21
	Übersichten	
	Übersicht 1 Verpflichtungsermächtigungen (VE)	22
	Personalhaushalt	23

Aufgaben und Aufbau der Verwaltung in den wichtigsten Grundzügen

Das Bundesverfassungsgericht ist ein allen übrigen Verfassungsorganen gegenüber selbstständiger und unabhängiger Gerichtshof des Bundes mit dem Sitz in Karlsruhe. Seine Rechtsstellung und Entscheidungsbefugnisse ergeben sich aus Artikel 92 bis 94 des Grundgesetzes in Verbindung mit §§ 1, 13 und 14 des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. August 1993 (BGBl. I S. 1473), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 29. August 2013 (BGBl. I S. 3463).

Das Bundesverfassungsgericht besteht aus zwei Senaten mit je acht Richterinnen und Richtern. Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts und der Vizepräsident führen den Vorsitz in ihrem Senat.

Die Mitglieder des Bundesverfassungsgerichts werden je zur Hälfte vom Bundestag und vom Bundesrat gewählt. Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts und der Vizepräsident werden vom Bundestag und Bundesrat im Wechsel gewählt.

Überblick zum Einzelplan 19	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen..	40	40	-		166
Übrige Einnahmen...	-	-	-		315
Gesamteinnahmen...	40	40	-		481
Ausgaben					
Personalausgaben...	23 732	22 660	+1 072	750	20 688
Sächliche Verwaltungsausgaben...........................	3 959	2 970	+989	836	2 808
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	936	750	+186	176	685
Ausgaben für Investitionen.....................................	17 438	18 749	-1 311	4 421	5 276
Besondere Finanzierungsausgaben.......................	-	-	-		-
Gesamtausgaben...	46 065	45 129	+936	6 183	29 457
davon flexibilisiert..	40 064	39 748	+316	6 183	24 443
davon nicht flexibilisiert..	6 001	5 381	+620		5 014
Flexibilisierte Ausgaben nach § 5 HG					
Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3.......................	18 971	18 055	+916	926	16 384
Aus Hauptgruppe 5..	3 655	2 944	+711	836	2 783
Aus Hauptgruppe 7..	15 309	18 600	-3 291	4 151	4 990
Aus Hauptgruppe 8..	2 129	149	+1 980	270	286
Zusammen...	40 064	39 748	+316	6 183	24 443

19 Haushaltsvermerk / Hinweise zum Einzelplan

Haushaltsvermerk: - Ausgaben

1. Einsparungen bei folgenden Titeln: Epl. 19 mit Ausnahme der Titel 518 .2 dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: Kap. 1911 Tit. 981 07.

   Dies gilt in Fällen, in denen Bundesressorts im Rahmen von Ressortvereinbarungen für andere Bundesressorts tätig werden und Mittel vom abgebenden Ressort dem empfangenden Ressort für gleiche Zwecke im Wege der Verrechnung zur Verfügung gestellt werden (sog. "Einer-für-Alle-Fälle").

2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1911 Tit. 381 07.

   Dies gilt in Fällen, in denen Bundesressorts im Rahmen von Ressortvereinbarungen für andere Bundesressorts tätig werden und Mittel vom abgebenden Ressort dem empfangenden Ressort für gleiche Zwecke im Wege der Verrechnung zur Verfügung gestellt werden (sog. "Einer-für-Alle-Fälle").

Allgemeine Erläuterungen:

Ist-Angaben:

Die Ist-Ergebnisse der Einzeltitel sind kaufmännisch auf 1 000 € gerundet. Dadurch können bei Summenangaben Rundungsdifferenzen entstehen. Summenangaben können außerdem nicht durch Addition der gedruckten Titel errechnet werden, da in Vorjahren weggefallene Titel nur im Bundeshaushaltsplan 2014 abgedruckt werden, wenn bei diesen noch Ausgabereste bestehen.

Ausgabereste:

Die im Vorjahr verfügbaren Ausgabereste im nicht flexibilisierten Bereich sind kaufmännisch auf 1 000 € gerundet und einzeln bei dem jeweiligen Titel mit Stand Juli 2013 ausgewiesen. Die Inanspruchnahme dieser Ausgabereste muss grundsätzlich im jeweiligen Einzelplan durch Minderausgaben an anderer Stelle kassenmäßig eingespart werden. Ausgabereste bei den der Flexibilisierung gemäß § 5 Haushaltsgesetz 2014 (HG) unterliegenden Ansätzen werden lediglich in der Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben summarisch ausgewiesen. Für die Inanspruchnahme dieser Ausgabereste ist zentral Vorsorge getroffen und daher eine kassenmäßige Einsparung im gleichen Einzelplan grundsätzlich nicht erforderlich. Bei Summenangaben können Rundungsdifferenzen entstehen.

Flexibilisierung:

Die in die Regelung nach § 5 HG einbezogenen Ausgaben sind mit einem F vor der Titelnummer gekennzeichnet. Sie werden jeweils im hinteren Teil eines Kapitels im Anschluss an die nicht flexibilisierten Ausgabetitel entsprechend der Zuordnung nach § 5 HG in einer Zusammenstellung aufsummiert und sind danach einzeln aufgelistet. Neu in die Flexibilisierung einbezogene Titel sind dabei mit einem **F** hervorgehoben.

Personalausgaben:

Aufwandsentschädigungen und Besondere Personalausgaben werden gemäß der Übersicht, die nach dem letzten Kapitel des Einzelplans abgedruckt ist, veranschlagt.

Wesentliche finanzwirksame Schwerpunkte des Kapitels

Im Kapitel 1911 sind bestimmte Verwaltungsausgaben für das Bundesverfassungsgericht zentral veranschlagt.

Einen Schwerpunkt hierbei bildet der Bereich Versorgung: In der Titelgruppe 57 veranschlagt sind die Einnahmen und Ausgaben der Versorgungsberechtigten, deren Versorgungsanspruch auf dem Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder der Bundesregierung, dem Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Parlamentarischen Staatsekretäre, dem Gesetz über die Versorgung der Beamten und Richter des Bundes (BeamtVG) oder auf einem Vertrag mit dem Bund beruht.

Überblick zum Kapitel 1911	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	-	-	-		-
Übrige Einnahmen	-	-	-		315
Gesamteinnahmen	-	-	-		315
Ausgaben					
Personalausgaben	6 244	5 962	+282	29	5 483
Sächliche Verwaltungsausgaben	402	154	+248	189	131
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	936	750	+186	176	685
Besondere Finanzierungsausgaben	-	-	-		-
Gesamtausgaben	7 582	6 866	+716	394	6 299
davon flexibilisiert	1 636	1 540	+96	394	1 337
davon nicht flexibilisiert	5 946	5 326	+620		4 962

1911 Zentral veranschlagte Verwaltungseinnahmen und -ausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Einnahmen			
	Übrige Einnahmen			
282 09 -011	Einnahmen aus Sponsoring, Spenden und ähnlichen freiwilligen Geldleistungen	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind wegen rechtsverbindlicher Verwendungsauflage Dritter zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 547 09.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1901 Tit. 282 09	-	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
381 07 -890	Leistungen von Bundesbehörden zur Durchführung von ressortübergreifenden Aufgaben	-	-	(-)

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind wegen verbindlicher Vereinbarung mit anderen Bundesbehörden (EfA) zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Epl. 19.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1901 Tit. 381 07	-	(-)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Titelgruppe 57			
Tgr. 57	Versorgung der Beamtinnen und Beamten sowie der Richterinnen und Richter	(-)		
119 57 -018	Vermischte Einnahmen	-	-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1967 Tit. 119 57	-	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
232 57 -018	Beteiligung an den Versorgungslasten des Bundes	-	-	315

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: **Tgr. 57.**

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 232 57 (Titelgruppe 57)

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1967 Tit. 232 57	-	315

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG. Ausgenommen ist Tgr. 57.

Sächliche Verwaltungsausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
529 01 -051	Außergewöhnlicher Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	39	18	17

Haushaltsvermerk:

Die Erläuterungen sind verbindlich.

Erläuterungen:

Bezeichnung	€
1. Zur Verfügung des Präsidenten..	16 000
2. Für sonstigen Aufwand im Bundesverfassungsgericht...............	23 000
Zusammen..	39 000

Aus dem Mittelansatz dürfen auch Ausgaben für die Bewirtung mit Erfrischungen bei Besprechungen aus besonderem Anlass geleistet werden.

Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Aus den Belegen muss Anlass, Funktion und Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer (Begünstigte) erkennbar sein.

Eine Auszahlung ohne Beleg ist nicht zulässig.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1901 Tit. 529 01	18	17

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
542 01 -013	Öffentlichkeitsarbeit	265	8	8

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Werbe- und Informationsmaterialien gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

Erläuterungen:

Im Einzelplan 19 sind außerdem folgende Maßnahmen für Öffentlichkeitsarbeit und Fachinformationen veranschlagt:

Bezeichnung	1 000 €
Öffentlichkeitsarbeit	
keine weiteren TItel	
Fachinformationen	
1911 - 543 01..	45

1911 Zentral veranschlagte Verwaltungseinnahmen und -ausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 542 01

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1901 Tit. 542 01	8	8

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
547 09 -011	Ausgaben für Vorhaben, die aus Spenden, Sponsoring und ähnlichen freiwilligen Geldleistungen finanziert werden	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 282 09.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1901 Tit. 547 09	-	-

Besondere Finanzierungsausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
981 07 -890	Leistungen an Bundesbehörden zur Durchführung von ressortübergreifenden Aufgaben	-	-	(-)

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Epl. 19.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1901 Tit. 981 07	-	(-)

Titelgruppe 57

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
Tgr. 57	Versorgung der Beamtinnen und Beamten sowie der Richterinnen und Richter	(5 642)	(5 300)	

Haushaltsvermerk:

1. **Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.**
2. **Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 232 57.**

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
431 57 -018	Versorgungsbezüge der Amtsträger und deren Hinterbliebenen	3 276	3 294	3 010

Erläuterungen:

Aus dem Titel werden auch Übergangsgelder für ehemalige Mitglieder des Bundesverfassungsgerichts (§ 100 BVerfGG) gewährt.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1967 Tit. 431 57	3 294	3 010

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 57

432 57 -018	Versorgungsbezüge	1 593	1 264	1 322

Erläuterungen:

Aus dem Titel werden auch die Bezüge der in den einstweiligen Ruhestand versetzten Beamtinnen und Beamten vom Ersten des auf den Beginn des einstweiligen Ruhestandes folgenden Monats an gewährt.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1967 Tit. 432 57	1 264	1 322

434 57 -018	Zuführung an die Versorgungsrücklage	142	127	123

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1967 Tit. 434 57	127	123

443 57 -018	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen einschließlich Inanspruchnahme von besonderen Fachdiensten/-kräften	1	1	-

Erläuterungen:

Unfallfürsorge nach dem BeamtVG.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1967 Tit. 443 57	1	-

446 57 -018	Beihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften	630	614	482

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1967 Tit. 446 57	614	482

453 57 -018	Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen	-	-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1967 Tit. 453 57	-	-

1911 Zentral veranschlagte Verwaltungseinnahmen und -ausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu Titelgruppe 57			
632 57 -018	Erstattungen des Bundes für Versorgungslasten	-	-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1967 Tit. 632 57	-	-

Flexibilisierte Ausgaben

Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG

	Soll 2014	Soll 2013 *Reste 2013*	Ist 2012
Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3...	1 538	1 412 *205*	1 231
Aus Hauptgruppe 5...	98	128 *189*	106
Zusammen..	1 636	1 540 *394*	1 337

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***424 01*** *-051*	*Zuführung an die Versorgungsrücklage*	*90*	*40*	*44*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1901 Tit. 424 01	*40*	*44*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***441 01*** *-840*	*Beihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften*	*500*	*610*	*484*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1901 Tit. 441 01	*610*	*484*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***443 01*** *-313*	*Fürsorgeleistungen und Unterstützungen einschließlich Inanspruchnahme von besonderen Fachdiensten/-kräften*	*4*	*4*	*6*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1901 Tit. 443 02	*4*	*6*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F ***452 02*** *-223*	*Unfallkasse des Bundes*	*8*	*8*	*12*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1901 Tit. 452 02	*8*	*12*

F ***526 01*** *-051*	*Gerichts- und ähnliche Kosten*	*26*	*26*	*3*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1901 Tit. 526 01	*26*	*3*

F ***526 02*** *-051*	*Sachverständige, Ausgaben für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen*	*25*	*25*	*48*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1901 Tit. 526 02	*25*	*48*

F ***543 01*** *-051*	*Veröffentlichungen und Fachinformationen*	*45*	*75*	*46*

Erläuterungen:

Die wichtigsten Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts sollen dem nicht deutschsprachigen Ausland zugänglich gemacht werden.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1901 Tit. 543 01	*75*	*46*

F ***545 01*** *-051*	*Konferenzen, Tagungen, Messen und Ausstellungen*	*2*	*2*	*9*

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Werbe- und Informationsmaterialien gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1901 Tit. 545 01	*2*	*9*

1911 Zentral veranschlagte Verwaltungseinnahmen und -ausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Noch zu flexibilisierte Ausgaben				
F ***634 03 -051***	*Zuweisungen an den Versorgungsfonds*	*936*	*750*	*685*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1901 Tit. 634 03	*750*	*685*

Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
281 57 -018	Sonstige Erstattungen aus dem Inland		-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1967 Tit. 281 57	-	-

Überblick zum Kapitel 1912	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen..	40	40	-		166
Gesamteinnahmen...	40	40	-		166
Ausgaben					
Personalausgaben...	17 488	16 698	+790	721	15 205
Sächliche Verwaltungsausgaben...........................	3 557	2 816	+741	647	2 677
Ausgaben für Investitionen.....................................	17 438	18 749	-1 311	4 421	5 276
Gesamtausgaben...	38 483	38 263	+220	5 789	23 158
davon flexibilisiert..	38 428	38 208	+220	5 789	23 106
davon nicht flexibilisiert..	55	55	-		52

1912 Bundesverfassungsgericht

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

111 01 -051	Gebühren, sonstige Entgelte	3	3	3

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1901 Tit. 111 01	3	3

112 01 -051	Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten	13	13	21

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1901 Tit. 112 01	13	21

119 01 -051	Einnahmen aus Veröffentlichungen	13	13	6

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Einnahmen aus dem Verlagsvertrag für die Ergänzungslieferungen des Nachschlagewerks zur Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts..	12
2. Einnahmen aus dem Verlagsvertrag für die Herausgabe der wichtigsten Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts in englischer Sprache..	1
Zusammen...	13

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1901 Tit. 119 01	13	6

119 99 -051	Vermischte Einnahmen	11	11	136

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen aus der Veräußerung von Schrifttum dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 511 01.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1901 Tit. 119 99	11	136

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.

In die Flexibilisierung einbezogen ist auch Tit. 532 04.

Personalausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
411 01 -051	Kostenerstattung an die Deutsche Bahn AG für die Benutzung ihrer Verkehrsmittel durch die Mitglieder des Bundesverfassungsgerichts	55	55	52

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1901 Tit. 411 01	55	52

Sächliche Verwaltungsausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
518 02 -051	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1901 Tit. 518 02	-	-

Flexibilisierte Ausgaben

Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG

	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
Aus Hauptgruppe 4..	17 433	16 643 *721*	15 153
Aus Hauptgruppe 5..	3 557	2 816 *647*	2 677
Aus Hauptgruppe 7..	15 309	18 600 *4 151*	4 990
Aus Hauptgruppe 8..	2 129	149 *270*	286
Zusammen..	38 428	38 208 *5 789*	23 106

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F *421 01* *-051*	*Bezüge und Nebenleistungen des Präsidenten, des Vizepräsidenten, der Bundesverfassungsrichterinnen und Bundesverfassungsrichter*	*2 554*	*2 575*	*2 494*

Haushaltsvermerk:

Aus den Ausgaben dürfen auch Erstattungen gemäß § 101 Abs. 3 Satz 4 BVerfGG geleistet werden.

1912 Bundesverfassungsgericht

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 421 01

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1901 Tit. 421 01	*2 575*	*2 494*

F ***422 01*** *-051*	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*4 400*	*3 956*	*3 550*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1901 Tit. 422 01	*3 956*	*3 550*

F ***422 02*** *-051*	*Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte*	*5 412*	*5 000*	*4 562*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1901 Tit. 422 02	*5 000*	*4 562*

F ***427 09*** *-051*	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*920*	*839*	*724*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1901 Tit. 427 09	*839*	*724*

F ***428 01*** *-051*	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*3 731*	*3 888*	*3 413*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1901 Tit. 428 01	*3 888*	*3 413*

F ***453 01*** *-051*	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	*415*	*384*	*399*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1901 Tit. 453 01	*384*	*399*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F ***459 09*** *-051*	*Vermischte Personalausgaben*	*1*	*1*	*11*

Erläuterungen:

Ausgaben für Fürsorgemaßnahmen und Unterstützung aufgrund der Unterstützungsgrundsätze sind zentral für den gesamten Einzelplan veranschlagt.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1901 Tit. 459 09	*1*	*11*

F ***511 01*** *-051*	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände, Software, Wartung*	*1 648*	*984*	*977*

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben für Schrifttum dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1901 Tit. 511 01	*984*	*977*
Kap. 1901 Tit. 511 55	*160*	*186*
Zusammen	*1 144*	*1 163*

F ***517 01*** *-051*	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	*1 116*	*1 116*	*888*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1901 Tit. 517 01	*1 116*	*888*

F ***518 01*** *-051*	*Mieten und Pachten*	*290*	*233*	*285*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1901 Tit. 518 01	*233*	*285*

F ***519 01*** *-051*	*Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen*	*164*	*101*	*111*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1901 Tit. 519 01	*101*	*111*

1912 Bundesverfassungsgericht

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F **532 01** -051	*Aufträge und Dienstleistungen im Bereich Informationstechnik*	*14*	*14*	*22*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1901 Tit. 532 55	*14*	*22*

F **532 03** -051	*Sonstige Dienstleistungsaufträge an Dritte*	*75*		

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1901 Tit. 543 01	*75*	*46*

F **532 04** -051	*Ausgaben zur Förderung internationaler Kontakte*	*87*	*35*	*51*

Erläuterungen:

Kosten für ausländische Gäste.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1901 Tit. 532 03	*35*	*51*

F **539 99** -051	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*163*	*20*	*20*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1901 Tit. 514 01	*80*	*68*
Kap. 1901 Tit. 525 55	*5*	*10*
Kap. 1901 Tit. 527 01	*67*	*58*
Kap. 1901 Tit. 539 99	*20*	*20*
Kap. 1901 Tit. 546 88	*1*	*1*
Zusammen	*173*	*157*

F **711 01** -051	*Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten*	*322*	*-*	*-*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1901 Tit. 711 01	*-*	*-*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F **712 01** -051	*Baumaßnahmen von mehr als 2 000 000 € im Einzelfall*	*14 987*	*18 600*	*4 990*

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen *(davon neue Maßnahmen in Fettdruck)*	*Gesamtausgaben des Bundes 1 000 €*	*Verausgabt bis 2012 1 000 €*	*Bewilligt 2013 1 000 €*	*Nach 2013 übertragene Ausgabereste 1 000 €*	*Veranschlagt 2014 1 000 €*	*Vorbehalten für 2015 ff 1 000 €*
1	*2*	*3*	*4*	*5*	*6*	*7*
Grundsanierung des Bundesverfassungsgerichts............................	*45 500*	*7 584*	*18 600*	*4 090*	*14 987*	*239*

Bauunterlagen nach § 24 BHO liegen für Ausgaben in Höhe von 4 134 T€ nicht vor.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1901 Tit. 712 01	*18 600*	*4 990*

F **811 01** -051	*Erwerb von Fahrzeugen*	*-*	*-*	*102*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
Ersatzbeschaffung	
2 Pkw bis je 29 500 €...	*59*
abzgl. Mehreinnahmen bei Tit. 119 99 aus der Veräußerung von Dienst-Kfz gem. § 6 Abs. 7 HG..	*-59*
Zusammen..	*-*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1901 Tit. 811 01	*-*	*102*

F **812 01** -051	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)*	*1 995*	*15*	*12*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Erstausstattung nach Grundsanierung..	*1 980*
2. Ersatzbeschaffung..	*15*
Zusammen..	*1 995*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1901 Tit. 812 01	*15*	*12*

F **812 02** -051	*Erwerb von Anlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Software im Bereich Informationstechnik*	*134*	*134*	*172*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Erstbeschaffung	
1.1 Hardware...	*14*
1.2 Software..	*-*
2. Ersatzbeschaffung	
2.1 Hardware...	*79*

1912 Bundesverfassungsgericht

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 812 02

Bezeichnung	*1 000 €*
2.2 Software	*41*
Zusammen	*134*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1901 Tit. 812 55	*134*	*172*

Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 511 55 -051	*Geschäftsbedarf und Datenübertragung sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Software, Wartung*		*160*	*186*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1901 Tit. 511 55	*160*	*186*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 514 01 -051	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*		*80*	*68*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1901 Tit. 514 01	*80*	*68*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 525 55 -051	*Aus- und Fortbildung*		*5*	*10*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1901 Tit. 525 55	*5*	*10*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 527 01 -051	*Dienstreisen*		*67*	*58*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1901 Tit. 527 01	*67*	*58*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 546 88 -012	*Förderung des Vorschlagwesens*		*1*	*1*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 1901 Tit. 546 88	*1*	*1*

Haushaltsvermerk:

In den Personaltiteln dieses Einzelplans sind folgende Aufwandsentschädigungen und Besondere Personalausgaben veranschlagt:

1. **Aufwandsentschädigungen**

1.1 Dienstaufwandsentschädigung für den Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts gemäß § 1 c des Gesetzes über das Amtsgehalt der Mitglieder des Bundesverfassungsgerichts in Höhe von jährlich 3 681,30 € (monatlich 306,78 €) bei folgendem Titel:

Kap. 1912 Tit. 421 01.

1.2 Dienstaufwandsentschädigung für den Vizepräsidenten des Bundesverfassungsgerichts gemäß § 1 c des Gesetzes über das Amtsgehalt der Mitglieder des Bundesverfassungsgerichts in Höhe von jährlich 3 681,30 € (monatlich 306,78 €) bei folgendem Titel:

Kap. 1912 Tit. 421 01.

1.3 Aufwandsentschädigung gemäß Allgemeiner Verwaltungsvorschrift zu § 17 Satz 2 BBesG (GMBl. 1973, S. 137) von jährlich 153,40 € bei folgendem Titel:

Kap. 1912 Tit. 422 01.

2. **Besondere Personalausgaben**

2.1 Betreuung aller Beschäftigten, die am Heiligen Abend nach 18 Uhr Dienst verrichten (zentral für den gesamten Geschäftsbereich) bei folgendem Titel:

Kap. 1912 Tit. 428 01.

2.2 Verfügungsfonds für vom Dienst freigestellte Gleichstellungsbeauftragte gem. § 18 Abs. 4 BGleiG in Höhe von bis zu jährlich 312 € (monatlich 26 €) bei folgendem Titel:

Kap. 1912 Tit. 422 01.

2.3 Außer- und übertarifliche Leistungen an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die mit Einwilligung des BMF gewährt werden, bei den Titeln der Gruppen 427 und 428.

19 Übersicht 1 Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Kapitel, Titel (Titelgr.) sowie Zweckbestimmung	Ausgaben-soll 2014		a) Bis einschl. 31.12.2012 eingegangene Verpflichtungen fällig ab 2014 b) VE 2013 c) VE 2014	davon fällig					
				2014	2015	2016	2017	Folgejahre	in künftigen Haushaltsjahren
	1 000 €		1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €
1	2		3	4	5	6	7	8	9
Kapitel 1912									
712 01 - Baumaßnahmen von mehr als 2 000 000 € im Einzelfall	14 987	a)	8 533	8 187	346	-	-	-	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
812 01 - Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)	1 995	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	1 900	1 900	-	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
Summe des Kapitels 1912	38 483	a)	8 533	8 187	346	-	-	-	-
		b)	1 900	1 900	-	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
Summe des Einzelplans 19	46 065	a)	8 533	8 187	346	-	-	-	-
		b)	1 900	1 900	-	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-

Personalhaushalt

Einzelplan 19

Bundesverfassungsgericht

Inhalt

Kapitel	B e z e i c h n u n g	Seite
	Vorbemerkungen zum Personalhaushalt	24
	Gesamtübersicht	25
1912	Bundesverfassungsgericht	26
	Übersicht	
	Darstellung der den Planstellen zugeordneten Amtsbezeichnungen	28

Vorbemerkungen zum Personalhaushalt

1. Ersatz(plan)stellen werden zahlenmäßig in einer eigenen Spalte der Übersichten der ku- und kw-Vermerke in der Gesamtübersicht und in den einzelnen Kapiteln nachgewiesen.

   Ersatz(plan)stellen im Zusammenhang mit der Gewährung von Altersteilzeit sind mit dem Vermerk "kw mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten" ausgewiesen.

2. Anzahl der im Haushaltsjahr 2012 eingesetzten Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen (umgerechnet auf vollbeschäftigte Arbeitskräfte im Haushaltsjahr) und Auszubildende (Jahresdurchschnitt):

Kapitel	Titel	Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen	Auszubildende
1912	427 09	14,3	-

3. Arbeitsplatzbeschreibungen für alle Stellen der Gruppe 428 des Einzelplans liegen vor.

Gesamtübersicht

Planstellen, Stellen, Leerstellen

Kap.	Behörde	Beamtinnen und Beamte Tit. 422 .1		Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Tit. 428 .1		Zusammen (Spalten 3 bis 6)	
		2014	2013	2014	2013	2014	2013
1	2	3	4	5	6	7	8
	Planstellen und Stellen						
1912	Bundesverfassungsgericht................................	102,5	101,0	69,5	68,5	172,0	169,5
	Leerstellen						
1912	Bundesverfassungsgericht................................	2,0	2,0	3,2	3,2	5,2	5,2

ku- und kw-Vermerke

Kap.	Dienststelle	Zusammen	davon fällig					Ersatz(plan)-stellen	Sonstige
			2014	2015	2016	2017	2018 ff.		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
	ku-Vermerke								
1912	Bundesverfassungsgericht................................	2,0	-	-	-	-	-	-	2,0
	kw-Vermerke								
1912	Bundesverfassungsgericht................................	4,0	-	-	-	1,0	-	2,0	1,0

1912 Bundesverfassungsgericht

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr										von Sp. 2 entfallen auf Funk- tions- gruppen
				Neue Stellen, Stellenwegfall				Wirksam- werden von ku- und kw- Vermerken		Hebungen, Herab- stufungen		Umwand- lungen, Umsetzungen		
				ohne ku/ kw-Vermerke		und Umsetzun- gen mit ku/ kw-Vermerken								
				+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Richterinnen und Richter														
B 11+1/3.............	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 11+1/6.............	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
R 10....................	14,0	14,0	14,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen..........	16,0	16,0	16,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamtinnen und Beamte														
B 9......................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 3	3,0	3,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 16....................	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 15....................	7,0	6,0	5,0	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-
A 14....................	4,0	4,5	4,5	0,5	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-
A 13 h.................	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g+Z.............	3,0	3,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g.................	19,0	17,5	16,5	0,5	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-
A 12....................	5,5	6,5	5,5	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-
A 11.....................	6,0	6,0	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 10....................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m+Z.............	3,0	3,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m..................	9,0	9,0	9,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 8......................	3,0	3,0	2,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 7......................	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 6 e...................	4,0	4,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 5......................	12,0	11,5	11,0	0,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 4......................	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen..........	86,5	85,0	77,0	1,5	-	-	-	-	-	2,0	2,0	-	-	-
Insgesamt...........	102,5	101,0	93,0	1,5	-	-	-	-	-	2,0	2,0	-	-	-
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 15....................	2,0	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 14....................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 9......................	9,0	9,0	9,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 8......................	25,0	25,0	25,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 7......................	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 6......................	5,0	5,0	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 5......................	17,5	17,5	18,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 4......................	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 3......................	6,0	6,0	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen..........	69,5	68,5	69,5	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Erläuterungen:

Zu Titel 422 01

Zu Spalte 4:
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
1,0 A7.

Daneben werden 65,0 beamtete Hilfskräfte (Tit. 422 02) beschäftigt.

Zu Titel 428 01

Zu Spalte 4:
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
1,0 E5.

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 422 01				
			1.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	2,0	2,0	1.1	gemäß §§ 90, 92, 95 BBG, § 7 DBeglG, § 6 MuSchEltZV, § 24 GAD
Zu Titel 428 01				
			1.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	3,2	3,2	1.1	gemäß § 28 TVöD, § 9 UmzugsTV, § 15 BEEG, § 24 GAD

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014		2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Soll	Ersatz-(plan)st.				
1	2	3	4	5	6	7
Zu Titel 422 01						
					ku	
				1.	**ku mit Ausscheiden der Planstelleninhaber /innen**	
A 5...................	2,0	-	2,0	1.1	in Bes.-Gr. A 4	-
					kw	
				4.	**kw**	
A 12..................	1,0	1,0	1,0	4.2	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	-
A 11..................	1,0	1,0	1,0			-
				5.	**kw 31.12.2017**	
				5.1	-	
A 10..................	1,0	-	1,0	5.1.1	-	-
Zusammen.......	3,0	2,0	3,0			
Zu Titel 428 01						
					kw	
				1.	**kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber/innen**	
E 9....................	1,0	-	1,0	1.1	schwerbehindert	-

Anlage zu den Stellenplänen des Epl. 19

Darstellung der den Planstellen zugeordneten Amtsbezeichnungen

Bes.-Gr.	Kap.	**Amtsbezeichnungen** (Grundamtsbezeichnung in Fettdruck)
1	2	3
B 11+1/3	1912	Präsidentin oder Präsident des Bundesverfassungsgerichts
B 11+1/6	1912	Vizepräsidentin oder Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts
R 10	1912	Richterin oder Richter des Bundesverfassungsgerichts
B 9	1912	Direktorin oder Direktor beim Bundesverfassungsgericht
B 3	1912	Ministerialrätin oder Ministerialrat
A 16	1912	**Leitende Direktorin** oder **Leitender Direktor**
	1912	Ministerialrätin oder Ministerialrat
A 15	1912	**Direktorin** oder **Direktor**
A 14	1912	**Oberrätin** oder **Oberrat**
A 13 h	1912	**Rätin** oder **Rat**
A 13 g+Z	1912	**Oberamtsrätin** oder **Oberamtsrat**
A 13 g	1912	**Oberamtsrätin** oder **Oberamtsrat**
A 12	1912	**Amtsrätin** oder **Amtsrat**
A 11	1912	**Amtfrau** oder **Amtmann**
A 10	1912	**Oberinspektorin** oder **Oberinspektor**
A 9 m+Z	1912	**Amtsinspektorin** oder **Amtsinspektor**
A 9 m	1912	**Amtsinspektorin** oder **Amtsinspektor**
A 8	1912	**Hauptsekretärin** oder **Hauptsekretär**
A 7	1912	**Obersekretärin** oder **Obersekretär**
A 6 e	1912	**Oberamtsmeisterin** oder **Oberamtsmeister**
A 5	1912	**Oberamtsmeisterin** oder **Oberamtsmeister**
A 4	1912	**Amtsmeisterin** oder **Amtsmeister**

Entwurf

zum

Bundeshaushaltsplan 2014

Einzelplan 20

Bundesrechnungshof

Inhalt

Kapitel	B e z e i c h n u n g	Seite
	Vorwort zum Einzelplan	2
	Überblick zum Einzelplan	3
	Haushaltsvermerk / Hinweise zum Einzelplan	4
2011	Zentral veranschlagte Verwaltungseinnahmen und -ausgaben	5
	Einnahmen-Tgr. 57 Versorgung der Beamtinnen und Beamten sowie der Richterinnen und Richter	6
	Ausgaben-Tgr. 57 Versorgung der Beamtinnen und Beamten sowie der Richterinnen und Richter	8
2012	Bundesrechnungshof	13
2013	Prüfungsämter des Bundes	22
	Aufwandsentschädigungen, Besondere Personalausgaben	28
	Übersichten	
	Übersicht 1 Verpflichtungsermächtigungen (VE)	29
	Personalhaushalt	31

Aufgaben und Aufbau der Verwaltung in den wichtigsten Grundzügen

Der Bundesrechnungshof prüft die Rechnung sowie die Wirtschaftlichkeit und Ordnungsmäßigkeit der Haushalts- und Wirtschaftsführung des Bundes (Artikel 114 Absatz 2 Grundgesetz). Er fasst seine Feststellungen in Prüfungsmitteilungen oder Berichten zusammen, die er grundsätzlich an die geprüften Stellen richtet. Über seine wichtigsten Prüfungsergebnisse berichtet er dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat jährlich in den "Bemerkungen". Zudem berät der Bundesrechnungshof auf der Grundlage seiner Prüfungserkenntnisse das Parlament und die Bundesregierung zu grundsätzlichen Fragen, zu finanziell bedeutsamen Einzelmaßnahmen oder zu Sachverhalten, bei denen er um Informationen gebeten wird.

Die Prüfungstätigkeit umfasst neben dem gesamten Bundeshaushalt auch die Sondervermögen und Betriebe des Bundes, die bundesunmittelbaren juristischen Personen des öffentlichen Rechts sowie die Träger der gesetzlichen Sozialversicherung, wenn sie Bundeszuschüsse erhalten oder der Bund eine Garantiehaftung innehat. Gegenstand der Prüfung sind einerseits die Ausführung des Haushaltsgesetzes und des Haushaltsplanes sowie die Buchführung und Rechnungslegung (Haushaltsführung) sowie andererseits die gesamte finanzwirtschaftliche Betätigung des Bundes (Wirtschaftsführung).

Außerhalb der Bundesverwaltung erstrecken sich die Prüfungsrechte des Bundesrechnungshofes unter anderem auf die bestimmungsmäßige und wirtschaftliche Verwendung von Bundesmitteln durch Empfänger von Zuwendungen sowie durch die Länder im Rahmen der Bundesauftragsverwaltung. Der Bundesrechnungshof prüft außerdem das Handeln des Bundes bei privatrechtlichen Unternehmen, an denen er beteiligt ist (beispielsweise die Deutsche Bahn AG).

Die Prüfungs- und Beratungstätigkeit zielt darauf ab, die Rechtmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit des Handelns der Verwaltung zu sichern, ihre Leistungsfähigkeit zu verbessern und Fehlentwicklungen zu vermeiden. Der Bundesrechnungshof unterstützt das Parlament bei der Ausübung des Budgetrechts und bei der Entlastung der Bundesregierung. Seine Tätigkeit soll dazu beitragen, dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat einen möglichst umfassenden Überblick über die Haushaltswirtschaft des Bundes zu vermitteln und Ursachen und Folgen bedeutsamer Mängel aufzuzeigen sowie Vorschläge zu ihrer Beseitigung zu machen.

Die Maßstäbe für die Prüfung sind die Wirtschaftlichkeit und Ordnungsmäßigkeit. Bei der Prüfung der Wirtschaftlichkeit untersucht der Bundesrechnungshof, ob das günstigste Verhältnis zwischen dem verfolgten Zweck und den eingesetzten personellen und materiellen Ressourcen angestrebt und erreicht wurde. Bei der Prüfung der Ordnungsmäßigkeit achtet er darauf, ob die geprüften Stellen bei der Haushalts- und Wirtschaftsführung die geltenden Vorschriften und Grundsätze sowie den Haushaltsplan eingehalten haben.

Der Bundesrechnungshof ist bei der Wahl seiner Prüfungsthemen und bei der Gestaltung seiner Prüfungen unabhängig. Er wählt seine Prüfungen so aus, dass die Ergebnisse einen Überblick über die seinen Prüfungsbefugnissen unterliegenden Bereiche ermöglichen, prüfungsfreie Räume vermieden werden oder Erkenntnisse erwarten lassen, die von Bedeutung für Parlament und Regierung sein können. Er kann Prüfungen nach eigenem Ermessen auf Stichproben beschränken und Rechnungen ungeprüft lassen.

Der Präsident des Bundesrechnungshofes ist traditionell zugleich Bundesbeauftragter für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung (BWV). Aufgabe des BWV ist es, durch Vorschläge, Gutachten oder Stellungnahmen auf eine wirtschaftliche Erfüllung der Bundesaufgaben und eine effiziente Organisation der Bundesverwaltung hinzuwirken. Zu den Schwerpunkten der Arbeit des BWV gehört es, Regierung und Parlament über die Auswirkungen von Rechtsvorschriften auf die Wirtschaftlichkeit des Verwaltungshandelns zu beraten. Der BWV ist daher von den Ressorts frühzeitig an der Erarbeitung von Rechtsvorschriften des Bundes zu beteiligen.

Überblick zum Einzelplan 20	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen...	340	354	-14		481
Übrige Einnahmen..	-	-	-		1 147
Gesamteinnahmen..	340	354	-14		1 628
Ausgaben					
Personalausgaben..	113 345	111 171	+2 174	646	104 657
Sächliche Verwaltungsausgaben...........................	17 018	16 951	+67	1 473	11 856
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	3 642	2 848	+794	249	2 817
Ausgaben für Investitionen.....................................	1 984	1 881	+103	2 195	6 228
Besondere Finanzierungsausgaben.......................	-	-	-		-
Gesamtausgaben...	135 989	132 851	+3 138	4 563	125 558
davon flexibilisiert...	95 314	93 249	+2 065	4 563	91 591
davon nicht flexibilisiert..	40 675	39 602	+1 073		33 967
Flexibilisierte Ausgaben nach § 5 HG					
Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3.......................	82 423	80 873	+1 550	895	75 770
Aus Hauptgruppe 5..	10 886	10 495	+391	1 473	9 593
Aus Hauptgruppe 6 ohne Titel 634 .3.....................	21	-	+21		-
Aus Hauptgruppe 7..	-	-	-	2 195	3 801
Aus Hauptgruppe 8..	1 984	1 881	+103		2 427
Aus Hauptgruppe 9..	-	-	-		-
Zusammen...	95 314	93 249	+2 065	4 563	91 591
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung...................................	11 414 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.................................	3 203 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.................................	3 811 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.................................	3 819 T€				
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.................................	386 T€				
im Haushaltsjahr 2019 bis zu.................................	195 T€				

20 Haushaltsvermerk / Hinweise zum Einzelplan

Haushaltsvermerk: - Ausgaben

1. Einsparungen bei folgenden Titeln: Epl. 20 mit Ausnahme der Titel 518 .2 dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: Kap. 2011 Tit. 981 07.

   Dies gilt in Fällen, in denen Bundesressorts im Rahmen von Ressortvereinbarungen für andere Bundesressorts tätig werden und Mittel vom abgebenden Ressort dem empfangenden Ressort für gleiche Zwecke im Wege der Verrechnung zur Verfügung gestellt werden (sog. "Einer-für-Alle-Fälle").

2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 2011 Tit. 381 07.

   Dies gilt in Fällen, in denen Bundesressorts im Rahmen von Ressortvereinbarungen für andere Bundesressorts tätig werden und Mittel vom abgebenden Ressort dem empfangenden Ressort für gleiche Zwecke im Wege der Verrechnung zur Verfügung gestellt werden (sog. "Einer-für-Alle-Fälle").

Allgemeine Erläuterungen:

Ist-Angaben:

Die Ist-Ergebnisse der Einzeltitel sind kaufmännisch auf 1 000 € gerundet. Dadurch können bei Summenangaben Rundungsdifferenzen entstehen. Summenangaben können außerdem nicht durch Addition der gedruckten Titel errechnet werden, da in Vorjahren weggefallene Titel nur im Bundeshaushaltsplan 2014 abgedruckt werden, wenn bei diesen noch Ausgabereste bestehen.

Ausgabereste:

Die im Vorjahr verfügbaren Ausgabereste im nicht flexibilisierten Bereich sind kaufmännisch auf 1 000 € gerundet und einzeln bei dem jeweiligen Titel mit Stand Juli 2013 ausgewiesen. Die Inanspruchnahme dieser Ausgabereste muss grundsätzlich im jeweiligen Einzelplan durch Minderausgaben an anderer Stelle kassenmäßig eingespart werden. Ausgabereste bei den der Flexibilisierung gemäß § 5 Haushaltsgesetz 2014 (HG) unterliegenden Ansätzen werden lediglich in der Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben summarisch ausgewiesen. Für die Inanspruchnahme dieser Ausgabereste ist zentral Vorsorge getroffen und daher eine kassenmäßige Einsparung im gleichen Einzelplan grundsätzlich nicht erforderlich. Bei Summenangaben können Rundungsdifferenzen entstehen.

Flexibilisierung:

Die in die Regelung nach § 5 HG einbezogenen Ausgaben sind mit einem F vor der Titelnummer gekennzeichnet. Sie werden jeweils im hinteren Teil eines Kapitels im Anschluss an die nicht flexibilisierten Ausgabetitel entsprechend der Zuordnung nach § 5 HG in einer Zusammenstellung aufsummiert und sind danach einzeln aufgelistet. Neu in die Flexibilisierung einbezogene Titel sind dabei mit einem **F** hervorgehoben.

Personalausgaben:

Aufwandsentschädigungen und Besondere Personalausgaben werden gemäß der Übersicht, die nach dem letzten Kapitel des Einzelplans abgedruckt ist, veranschlagt.

Vorbemerkung

Im Kapitel 2011 sind bestimmte Verwaltungsausgaben für den Geschäftsbereich des Bundesrechnungshofes zentral veranschlagt.

Einen Schwerpunkt hierbei bildet der Bereich Versorgung: In der Titelgruppe 57 veranschlagt sind die Einnahmen und Ausgaben der Versorgungsberechtigten, deren Versorgungsanspruch auf dem Gesetz über die Versorgung der Beamtinnen und Beamten und Richterinnen und Richter des Bundes (BeamtVG) oder auf einem Vertrag mit dem Bund beruht. Die Zuführungen an die Versorgungsrücklage und die Zuweisungen an den Versorgungsfonds sind in gesonderten Titeln ebenfalls in diesem Kapitel etatisiert.

Der Bundesrechnungshof als oberste Bundesbehörde ist bei Kapitel 2012 und die nachgeordneten Prüfungsämter des Bundes sind bei Kapitel 2013 veranschlagt.

Überblick zum Kapitel 2011	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen..	-	-	-		-
Übrige Einnahmen...	-	-	-		902
Gesamteinnahmen...	-	-	-		902
Ausgaben					
Personalausgaben...	37 878	36 025	+1 853	5	34 282
Sächliche Verwaltungsausgaben...........................	798	438	+360	103	186
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	3 621	2 329	+1 292	98	1 929
Besondere Finanzierungsausgaben......................	-	-	-		-
Gesamtausgaben...	42 297	38 792	+3 505	206	36 397
davon flexibilisiert...	7 696	5 609	+2 087	206	4 681
davon nicht flexibilisiert..	34 601	33 183	+1 418		31 716

2011 Zentral veranschlagte Verwaltungseinnahmen und -ausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Übrige Einnahmen

282 09 -011	Einnahmen aus Sponsoring, Spenden und ähnlichen freiwilligen Geldleistungen	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind wegen rechtsverbindlicher Verwendungsauflage Dritter zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 547 09.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2001 Tit. 282 09	-	-

381 07 -890	Leistungen von Bundesbehörden zur Durchführung von ressortübergreifenden Aufgaben	-	-	(-)

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind wegen verbindlicher Vereinbarung mit anderen Bundesbehörden (EfA) zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Epl. 20.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2001 Tit. 381 07	-	(-)

Titelgruppe 57

Tgr. 57	Versorgung der Beamtinnen und Beamten sowie der Richterinnen und Richter	(-)		
119 57 -018	Vermischte Einnahmen	-	-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2067 Tit. 119 57	-	-

232 57 -018	Beteiligung an den Versorgungslasten des Bundes	-	-	902

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Tgr. 57.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 232 57 (Titelgruppe 57)

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2067 Tit. 232 57	-	902

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG. Ausgenommen ist Tgr. 57.

Sächliche Verwaltungsausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
529 01 -011	Außergewöhnlicher Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	11	11	3

Haushaltsvermerk:

Die Erläuterungen sind verbindlich.

Erläuterungen:

Bezeichnung	€
1. Zur Verfügung der/des	
1.1 Präsidenten..	5 000
1.2 Leiterinnen und Leiter der Prüfungsämter..................................	1 000
2. Für sonstigen Aufwand im Bundesrechnungshof.......................	5 000
Zusammen..	11 000

Aus dem Mittelansatz dürfen auch Ausgaben für die Bewirtung mit Erfrischungen bei Besprechungen aus besonderem Anlass geleistet werden.

Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Aus den Belegen muss Anlass, Funktion und Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer (Begünstigte) erkennbar sein.

Eine Auszahlung ohne Beleg ist nicht zulässig.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2001 Tit. 529 01	11	3

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
542 01 -013	Öffentlichkeitsarbeit	47	47	29

Haushaltsvermerk:

1. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.
2. Aus den Ausgaben sind auch Kosten für Porto, Verpackung und Versand von Veröffentlichungen zu leisten.

Erläuterungen:

Im Einzelplan 20 sind außerdem folgende Maßnahmen für Öffentlichkeitsarbeit und Fachinformationen veranschlagt:

Bezeichnung	1 000 €
Öffentlichkeitsarbeit	
keine weiteren Titel	

2011 Zentral veranschlagte Verwaltungseinnahmen und -ausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 542 01

Bezeichnung	1 000 €

Fachinformationen
keine Titel

Die Ausgaben sind zentral für den gesamten Einzelplan veranschlagt.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2001 Tit. 542 01	47	29

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
547 09 -011	Ausgaben für Vorhaben, die aus Spenden, Sponsoring und ähnlichen freiwilligen Geldleistungen finanziert werden	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 282 09.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2001 Tit. 547 09	-	-

Besondere Finanzierungsausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
981 07 -890	Leistungen an Bundesbehörden zur Durchführung von ressortübergreifenden Aufgaben	-	-	(-)

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Epl. 20.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2001 Tit. 981 07	-	(-)

Titelgruppe 57

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
Tgr. 57	Versorgung der Beamtinnen und Beamten sowie der Richterinnen und Richter	(34 543)	(33 125)	

Haushaltsvermerk:

1. **Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.**
2. **Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 232 57.**

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
432 57 -018	Versorgungsbezüge	28 057	27 147	26 035

Erläuterungen:

Aus dem Titel werden auch die Bezüge der in den einstweiligen Ruhestand versetzten Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter vom Ersten des auf den Beginn des einstweiligen Ruhestandes folgenden Monats an gewährt.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 432 57 (Titelgruppe 57)

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2067 Tit. 432 57	27 147	26 035

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
434 57 -018	Zuführung an die Versorgungsrücklage	976	716	707

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2067 Tit. 434 57	716	707

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
443 57 -018	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen einschließlich Inanspruchnahme von besonderen Fachdiensten/-kräften	4	4	4

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2067 Tit. 443 57	4	4

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
446 57 -018	Beihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften	4 206	4 058	3 727

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2067 Tit. 446 57	4 058	3 727

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
632 57 -018	Erstattungen des Bundes für Versorgungslasten	1 300	1 200	1 211

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2067 Tit. 632 57	1 200	1 211

2011 Zentral veranschlagte Verwaltungseinnahmen und -ausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Flexibilisierte Ausgaben

	Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG			
	Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3	6 956	5 229 *103*	4 527
	Aus Hauptgruppe 5	740	380 *103*	154
	Zusammen	7 696	5 609 *206*	4 681
F ***424 01*** *-011*	*Zuführung an die Versorgungsrücklage*	*857*	*364*	*452*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 2001 Tit. 424 01	*364*	*452*

F ***441 01*** *-840*	*Beihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften*	*3 697*	*3 695*	*3 303*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 2001 Tit. 441 01	*3 695*	*3 303*

F ***443 01*** *-840*	*Fürsorgeleistungen und Unterstützungen einschließlich Inanspruchnahme von besonderen Fachdiensten/-kräften*	*72*	*32*	*46*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 2001 Tit. 443 01	*32*	*46*
Kap. 2001 Tit. 443 02	*20*	*33*
Zusammen	*52*	*79*

F ***452 02*** *-223*	*Unfallkasse des Bundes*	*9*	*9*	*8*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 2001 Tit. 452 02	*9*	*8*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F ***526 01*** *-011*	*Gerichts- und ähnliche Kosten*	*60*	*60*	*27*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 2001 Tit. 526 01	*60*	*27*

F ***526 02*** *-011*	*Sachverständige, Ausgaben für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen*	*170*	*190*	*7*

Haushaltsvermerk:

1. *Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.*
2. *Aus den Mitteln dürfen auch Ausgaben für Zwecke des Bundesbeauftragten für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung und für Druckschriften geleistet werden.*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 2001 Tit. 526 02	*190*	*7*

F ***527 03*** *-011*	*Reisen in Angelegenheiten der Personalvertretungen und der Gleichstellungsbeauftragten sowie in Vertretung der Interessen schwerbehinderter Menschen*	*110*	*110*	*101*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 2001 Tit. 527 03	*110*	*101*

F ***545 01*** *-011*	*Konferenzen, Tagungen, Messen und Ausstellungen*	*400*	*20*	*19*

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

Erläuterungen:

Aus dem Mittelansatz dürfen auch Ausgaben für außergewöhnlichen Aufwand geleistet werden.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 2001 Tit. 545 01	*20*	*19*

Mehr aufgrund des Projekts "300 Jahre externe Finanzkontrolle".

2011 Zentral veranschlagte Verwaltungseinnahmen und -ausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Noch zu flexibilisierte Ausgaben				
F ***634 03*** *-011*	*Zuweisungen an den Versorgungsfonds*	*2 321*	*1 129*	*718*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 2001 Tit. 634 03	*1 129*	*718*
Kap. 2003 Tit. 634 03	*498*	*868*
Zusammen	*1 627*	*1 586*

Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
281 57 -018	Sonstige Erstattungen aus dem Inland		-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2067 Tit. 281 57	-	-

Vorbemerkung

Der Bundesrechnungshof ist eine oberste Bundesbehörde und als unabhängiges Organ der staatlichen Finanzkontrolle nur dem Gesetz unterworfen (§ 1 Satz 1 Bundesrechnungshofgesetz). Die Mitglieder des Bundesrechnungshofes besitzen richterliche Unabhängigkeit. Mitglieder sind – außer dem Präsidenten und dem Vizepräsidenten – die Leiterinnen und Leiter der Prüfungsabteilungen und der Prüfungsgebiete.

Der Bundesrechnungshof hat seinen Hauptsitz in Bonn und eine Außenstelle in Potsdam. Er besteht aus neun Prüfungsabteilungen mit zurzeit 49 Prüfungsgebieten. Verwaltungsaufgaben werden von einer Präsidialabteilung wahrgenommen.

Der Haushalt des Bundesrechnungshofes ist aufgrund der sehr personalintensiven Prüfungs- und Beratungstätigkeit durch einen sehr hohen Anteil der Personalausgaben gekennzeichnet.

Dem zielorientierten Einsatz der Prüferinnen und Prüfer kommt daher eine besondere Bedeutung zu. Als zentrales Steuerungsinstrument hat der Bundesrechnungshof in den letzten Jahren eine umfassende IT-Unterstützung für die Arbeitsplanung, die Prüfungsdurchführung und die Ergebnisdokumentation eingeführt. Entsprechend sind die Ausgaben für die Informationstechnik gegenüber dem langjährigen Durchschnitt zuletzt deutlich angestiegen.

Der Bundesrechnungshof nimmt eine zunehmende Anzahl an Abschlussprüfungsmandaten bei internationalen Organisationen wahr. Derzeit sind dies die Organisation für das Verbot von Chemiewaffen (OVCW), die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), die Welthandelsorganisation (WTO), die Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO), die Welttourismusorganisation (UNWTO) und die Europäische Organisation für meteorologische Satelliten (EUMETSAT).

Die Übernahme derartiger Mandate ist mit zusätzlichen Ausgaben im Haushalt des Bundesrechnungshofes verbunden. Sie liegt jedoch im besonderen Interesse des Bundes. Deutschland ist mit einem Gesamtvolumen von rund fünf Milliarden Euro regelmäßig zweit- oder drittgrößter Beitragszahler in insgesamt rund 120 internationalen Organisationen. Mit seinen Prüfungen trägt der Bundesrechnungshof zu einer wirtschaftlichen Verwendung der deutschen Mitgliedsbeiträge bei.

National hat er seine Prüfungs- und Beratungstätigkeit mit bedeutsamen Maßnahmen ebenfalls erweitert:

Zur Steigerung der Nachhaltigkeit seiner Prüfungstätigkeit hat der Bundesrechnungshof ein Nachfrageverfahren eingeführt. Hierzu befragt er die geprüfte Stelle, inwieweit die zugesagten Empfehlungen umgesetzt wurden, und fordert gegebenenfalls entsprechende Nachweise. Die beim Nachfrageverfahren gewonnenen Erkenntnisse können Anlass für eine Berichterstattung an das Parlament oder eine Kontrollprüfung geben.

Mit den „Leitsätzen der externen Finanzkontrolle“ wird das Beratungsspektrum des Bundesbeauftragten für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung (BWV) erweitert. Ziel der Leitsätze ist es, grundsätzliche und querschnittliche Erkenntnisse aus der Prüfungstätigkeit des Bundesrechnungshofes für die Entscheidungsträger in der Verwaltung besser nutzbar zu machen. Die Leitsatzsammlung umfasst derzeit 27 Leitsätze.

Der Bundesrechnungshof hat seine Methoden und Verfahren im Rahmen des Projektes „Erweiterte Einzel- und Gesamtrechnungsprüfung“ unter Einbeziehung internationaler Prüfungsstandards weiter entwickelt. Ziel ist ein noch umfassenderes und differenzierteres Prüfungsurteil über die Ordnungsmäßigkeit der Haushalts- und Wirtschaftsführung des Bundes. Hierzu hat der Bundesrechnungshof in der Belegprüfung ein mathematisch-statistisches Stichprobenverfahren eingeführt. Darüber hinaus wird er risikoorientiert und standardisiert die wesentlichen IT-Verfahren zur Bewirtschaftung von Haushaltsmitteln des Bundes prüfen (IT-Systemprüfung).

Überblick zum Kapitel 2012	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	337	351	-14		456
Übrige Einnahmen	-	-	-		245
Gesamteinnahmen	337	351	-14		701
Ausgaben					
Personalausgaben	45 383	45 211	+172	422	42 129
Sächliche Verwaltungsausgaben	9 874	10 185	-311	696	6 066
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	21	21	-		20
Ausgaben für Investitionen	854	1 025	-171	2 195	5 247
Besondere Finanzierungsausgaben	-	-	-		-
Gesamtausgaben	56 132	56 442	-310	3 313	53 462
davon flexibilisiert	52 522	52 500	+22	3 313	53 190
davon nicht flexibilisiert	3 610	3 942	-332		272
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung	8 400 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu	2 400 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu	3 000 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu	3 000 T€				

2012 Bundesrechnungshof

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

111 01 -012	Gebühren, sonstige Entgelte	-	-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2001 Tit. 111 01	-	-

119 99 -011	Vermischte Einnahmen	19	28	26

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2001 Tit. 119 99	28	26

124 01 -011	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	318	323	217

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2001 Tit. 124 01	323	217

132 01 -011	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	-	-	213

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2001 Tit. 132 01	-	213

Übrige Einnahmen

286 02 -011	Erstattungen aus internationalen Prüfungsmandaten und dgl.	-	-	245

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: **532 04.**

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2001 Tit. 286 02	-	245

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

1. Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.
2. **Einsparungen bei den in die Flexibilisierung nach § 5 HG einbezogenen Titeln der Hgr. 5 dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 532 04.**

Sächliche Verwaltungsausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
518 02 -011	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	3 610	3 921	238

Verpflichtungsermächtigung.. 8 400 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 2 400 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 3 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 3 000 T€

Haushaltsvermerk:

Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2001 Tit. 518 02	3 921	238

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
532 04 -011	Internationale Prüfungsmandate und dgl.	-		

Haushaltsvermerk:

1. **Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei den in die Flexibilisierung nach § 5 HG einbezogenen Titeln des Kap. 2012 geleistet werden.**
2. **Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 286 02.**

Erläuterungen:

Die Ausgaben können auch für den Einsatz von Beschäftigten des nachgeordneten Geschäftsbereichs verwendet werden.

Aus dem Mittelansatz dürfen auch Ausgaben für außergewöhnlichen Aufwand geleistet werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
547 01 -011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	-	-	14

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2001 Tit. 547 01	-	14

2012 Bundesrechnungshof

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Flexibilisierte Ausgaben

Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG

	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
Aus Hauptgruppe 4	45 383	45 211 *422*	42 129
Aus Hauptgruppe 5	6 264	6 264 *696*	5 814
Aus Hauptgruppe 6	21	-	-
Aus Hauptgruppe 7	-	- *2 195*	3 801
Aus Hauptgruppe 8	854	1 025	1 446
Aus Hauptgruppe 9	-	-	-
Zusammen	52 522	52 500 *3 313*	53 190

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F *422 01 -011*	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*38 647*	*38 205*	*35 841*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 2001 Tit. 422 01	*38 205*	*35 841*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F *427 09 -011*	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*432*	*432*	*398*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 2001 Tit. 427 09	*432*	*398*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F *428 01 -011*	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*6 084*	*6 334*	*5 727*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 2001 Tit. 428 01	*6 334*	*5 727*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F *453 01 -011*	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	*220*	*220*	*130*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 2001 Tit. 453 01	*220*	*130*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F **511 01** -011	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände, Software, Wartung*	*1 276*	*485*	*469*

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Druckschriften unentgeltlich abgegeben werden.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 2001 Tit. 511 01	*485*	*469*
Kap. 2001 Tit. 511 55	*782*	*637*
Zusammen	*1 267*	*1 106*

F **517 01** -011	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	*1 580*	*1 500*	*1 356*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 2001 Tit. 517 01	*1 500*	*1 356*

F **518 01** -011	*Mieten und Pachten*	*506*	*353*	*430*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 2001 Tit. 518 01	*353*	*430*
Kap. 2001 Tit. 518 55	*150*	*110*
Zusammen	*503*	*540*

F **519 01** -011	*Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen*	*331*	*331*	*381*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 2001 Tit. 519 01	*331*	*381*

F **525 01** -011	*Aus- und Fortbildung*	*500*	*350*	*340*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 2001 Tit. 525 01	*350*	*340*
Kap. 2001 Tit. 525 55	*250*	*129*
Zusammen	*600*	*469*

2012 Bundesrechnungshof

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F ***527 01*** *-011*	*Dienstreisen*	*1 551*	*1 600*	*1 488*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 2001 Tit. 527 01	*1 600*	*1 488*

F ***532 01*** *-011*	*Aufträge und Dienstleistungen im Bereich Informationstechnik*	*362*	*325*	*224*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 2001 Tit. 532 55	*325*	*224*

F ***539 99*** *-011*	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*158*	*100*	*214*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Stellenausschreibungen (inklusive Vorstellungsreisen)	*65*
2. Sonstiges	*93*
Zusammen	*158*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 2001 Tit. 514 01	*36*	*33*
Kap. 2001 Tit. 539 99	*100*	*214*
Kap. 2001 Tit. 546 88	*2*	*3*
Zusammen	*138*	*250*

F 686 09 *-011*	*Mitgliedsbeiträge und sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland geringeren Umfangs*	*3*	*3*	*3*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 2001 Tit. 686 01	*3*	*3*

F 687 09 *-011*	*Mitgliedsbeiträge und sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Ausland geringeren Umfangs*	*18*	*18*	*17*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 2001 Tit. 687 01	*18*	*17*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F ***711 01*** *-011*	*Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten*	-	-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 2001 Tit. 711 01	-	-

F ***712 01*** *-011*	*Baumaßnahmen von mehr als 2 000 000 € im Einzelfall*	-	-	*3 801*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 2001 Tit. 712 01	-	*3 801*

F ***811 01*** *-011*	*Erwerb von Fahrzeugen*	-	-	*198*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
Ersatzbeschaffung	
8 Pkw (davon ein personengebundener Pkw)....................................	*242*
abzgl. Mehreinnahmen bei Tit. 132 01 aus der Veräußerung von Dienst-Kfz gem. § 6 Abs. 7 HG..	*-242*
Zusammen...	-

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 2001 Tit. 811 01	-	*198*

F ***812 01*** *-011*	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)*	*90*	*90*	*78*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 2001 Tit. 812 01	*90*	*78*

F ***812 02*** *-011*	*Erwerb von Anlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Software im Bereich Informationstechnik*	*764*	*935*	*1 170*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Erstbeschaffung	
1.1 Hardware..	*190*
1.2 Software..	*25*
2. Ersatzbeschaffung	
2.1 Hardware..	*235*
2.2 Software..	*314*
Zusammen...	*764*

2012 Bundesrechnungshof

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 812 02

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 2001 Tit. 812 55	*935*	*1 170*

Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 443 02 -313	*Inanspruchnahme überbetrieblicher betriebsärztlicher und sicherheitstechnischer Dienste, von Betriebsärztinnen und Betriebsärzten sowie Fachkräften für Arbeitssicherheit*		*20*	*33*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 2001 Tit. 443 02	*20*	*33*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 511 55 -011	*Geschäftsbedarf und Datenübertragung sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Software, Wartung*		*782*	*637*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 2001 Tit. 511 55	*782*	*637*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 514 01 -011	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*		*36*	*33*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 2001 Tit. 514 01	*36*	*33*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 518 55 -011	*Miete für Datenverarbeitungsanlagen, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Maschinen, Software*		*150*	*110*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 2001 Tit. 518 55	*150*	*110*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 525 55 -011	*Aus- und Fortbildung*		*250*	*129*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 2001 Tit. 525 55	*250*	*129*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 546 88 -012	*Förderung des Vorschlagwesens*		*2*	*3*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 2001 Tit. 546 88	*2*	*3*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 972 88 -880	*Einsparungen flexibilisierter Mittel im Epl. 20*		*-*	*-*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 2001 Tit. 972 88	*-*	*-*

Vorbemerkung

Seit dem 1. Januar 1998 unterstützen und ergänzen Prüfungsämter des Bundes (Prüfungsämter) die Prüfungstätigkeit des Bundesrechnungshofes. Die sieben Prüfungsämter haben ihren Sitz in Berlin, Frankfurt am Main, Hamburg, Hannover, Koblenz, München und Stuttgart.

Die Prüfungsämter folgen den Weisungen des Bundesrechnungshofes. Sie sind seiner Dienst- und Fachaufsicht unterstellt. Bei ihren Prüfungen wenden sie die für den Bundesrechnungshof geltenden Bestimmungen an. Gegenüber den geprüften Stellen haben sie dieselben Prüfungsrechte wie der Bundesrechnungshof, der die übergreifende verfassungsrechtliche Verantwortung auch für die Prüfungsergebnisse der Prüfungsämter trägt.

Der Bundesrechnungshof und die Prüfungsämter arbeiten bei der Planung und Durchführung von Prüfungen eng zusammen. Dies stellt sicher, dass bundesweit nach einheitlichen Maßstäben geprüft wird.

Zum 31. Dezember 2012 wurden die Prüfungsämter des Bundes in Köln und Magdeburg als Folge einer mehrjährigen Organisationsreform der externen Finanzkontrolle des Bundes geschlossen.

Überblick zum Kapitel 2013	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	3	3	-		25
Gesamteinnahmen	3	3	-		25
Ausgaben					
Personalausgaben	30 084	29 935	+149	219	28 246
Sächliche Verwaltungsausgaben	6 346	6 328	+18	674	5 604
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	-	498	-498	151	868
Ausgaben für Investitionen	1 130	856	+274		981
Gesamtausgaben	37 560	37 617	-57	1 044	35 699
davon flexibilisiert	35 096	35 140	-44	1 044	33 720
davon nicht flexibilisiert	2 464	2 477	-13		1 979
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung	3 014 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu	803 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu	811 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu	819 T€				
im Haushaltsjahr 2018 bis zu	386 T€				
im Haushaltsjahr 2019 bis zu	195 T€				

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Einnahmen			
	Verwaltungseinnahmen			
119 99 -011	Vermischte Einnahmen	3	3	25

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2003 Tit. 119 99	3	25

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.

Sächliche Verwaltungsausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
518 02 -011	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	2 464	2 477	1 979

Verpflichtungsermächtigung.. 3 014 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 803 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 811 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 819 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.. 386 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu.. 195 T€

Haushaltsvermerk:

Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2003 Tit. 518 02	2 477	1 979

2013 Prüfungsämter des Bundes

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Flexibilisierte Ausgaben

Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG

Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3	30 084	30 433 *370*	29 114
Aus Hauptgruppe 5	3 882	3 851 *674*	3 625
Aus Hauptgruppe 7	-	-	-
Aus Hauptgruppe 8	1 130	856	981
Zusammen	35 096	35 140 *1 044*	33 720

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***422 01*** *-011*	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*27 148*	*26 165*	*25 462*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 2003 Tit. 422 01	*26 165*	*25 462*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***427 09*** *-011*	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*91*	*91*	*60*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 2003 Tit. 427 09	*91*	*60*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***428 01*** *-011*	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*2 650*	*3 484*	*2 601*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 2003 Tit. 428 01	*3 484*	*2 601*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***453 01*** *-011*	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	*195*	*195*	*123*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 2003 Tit. 453 01	*195*	*123*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***511 01*** *-011*	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände, Software, Wartung*	*1 080*	*336*	*268*

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Druckschriften unentgeltlich abgeben werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 511 01

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 2003 Tit. 511 01	*336*	*268*
Kap. 2003 Tit. 511 55	*771*	*565*
Zusammen	*1 107*	*833*

F ***517 01*** *-011*	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	*815*	*810*	*818*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 2003 Tit. 517 01	*810*	*818*

F ***525 01*** *-011*	*Aus- und Fortbildung*	*430*	*300*	*430*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 2003 Tit. 525 01	*300*	*430*
Kap. 2003 Tit. 525 55	*80*	*114*
Zusammen	*380*	*544*

F ***527 01*** *-011*	*Dienstreisen*	*1 158*	*1 150*	*1 104*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 2003 Tit. 527 01	*1 150*	*1 104*

F ***532 01*** *-011*	*Aufträge und Dienstleistungen im Bereich Informationstechnik*	*274*	*289*	*220*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 2003 Tit. 532 55	*289*	*220*

F ***539 99*** *-011*	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*125*	*90*	*87*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Stellenausschreibungen (inklusive Vorstellungsreisen)	*85*
2. Sonstiges	*40*
Zusammen	*125*

2013 Prüfungsämter des Bundes

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 539 99

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2003 Tit. 518 01	-	-
Kap. 2003 Tit. 518 55	25	11
Kap. 2003 Tit. 519 01	-	8
Kap. 2003 Tit. 539 99	90	87
Zusammen	115	106

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F **711 01** -011	*Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten*	-	-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2003 Tit. 711 01	-	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F **812 01** -011	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)*	36	36	45

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2003 Tit. 812 01	36	45

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F **812 02** -011	*Erwerb von Anlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Software im Bereich Informationstechnik*	1 094	820	936

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Erstbeschaffung	
1.1 Hardware	90
1.2 Software	75
2. Ersatzbeschaffung	
2.1 Hardware	665
2.2 Software	264
Zusammen	1 094

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2003 Tit. 812 55	820	936

Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F 511 55 -011	*Geschäftsbedarf und Datenübertragung sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Software, Wartung*		771	565

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2003 Tit. 511 55	771	565

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

F 518 01 -011	*Mieten und Pachten*		*-*	*-*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 2003 Tit. 518 01	*-*	*-*

F 518 55 -011	*Miete für Datenverarbeitungsanlagen, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Maschinen, Software*		*25*	*11*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 2003 Tit. 518 55	*25*	*11*

F 519 01 -011	*Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen*		*-*	*8*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 2003 Tit. 519 01	*-*	*8*

F 525 55 -011	*Aus- und Fortbildung*		*80*	*114*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 2003 Tit. 525 55	*80*	*114*

F 634 03 -011	*Zuweisungen an den Versorgungsfonds*		*498*	*868*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 2003 Tit. 634 03	*498*	*868*

20 Aufwandsentschädigungen, Besondere Personalausgaben

Haushaltsvermerk:

In den Personaltiteln dieses Einzelplans sind folgende Aufwandsentschädigungen und Besondere Personalausgaben veranschlagt:

1. **Aufwandsentschädigungen**

1.1 Aufwandsentschädigung für vom Dienst freigestellte Personalratsmitglieder und Vertrauenspersonen der schwerbehinderten Menschen bei folgenden Titeln:

Kap. 2012 Tit. 422 01, 428 01 und

Kap. 2013 Tit. 422 01.

2. **Besondere Personalausgaben**

2.1 Betreuung aller Beschäftigten, die am Heiligen Abend nach 18 Uhr Dienst verrichten (zentral für den gesamten Geschäftsbereich) bei folgendem Titel:

Kap. 2012 Tit. 428 01.

2.2 Verfügungsfonds für vom Dienst freigestellte Gleichstellungsbeauftragte gem. § 18 Abs. 4 BGleiG in Höhe von bis zu jährlich je 312 € (monatlich 26 €) bei folgenden Titeln:

Kap. 2012 Tit. 422 01 und

Kap. 2013 Tit. 422 01.

2.3 Außer- und übertarifliche Leistungen an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die mit Einwilligung des BMF gewährt werden, bei den Titeln der Gruppen 427 und 428.

Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Kapitel, Titel (Titelgr.) sowie Zweckbestimmung	Ausgaben-soll 2014 1 000 €	a) Bis einschl. 31.12.2012 eingegangene Verpflichtungen fällig ab 2014 b) VE 2013 c) VE 2014 1 000 €	davon fällig 2014 1 000 €	2015 1 000 €	2016 1 000 €	2017 1 000 €	Folgejahre 1 000 €	in künftigen Haushaltsjahren 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Kapitel 2012								
518 02 - Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	3 610	a) 2 257	1 126	1 131	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) 8 400		2 400	3 000	3 000	-	-
518 01 - Mieten und Pachten	506	a) 537	355	182	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
812 02 - Erwerb von Anlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Software im Bereich Informationstechnik	764	a) 185	185	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
Summe des Kapitels 2012	56 132	a) 2 979	1 666	1 313	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) 8 400		2 400	3 000	3 000	-	-
Kapitel 2013								
518 02 - Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	2 464	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 1 908	636	636	636	-	-	-
		c) 3 014		803	811	819	581	-
812 02 - Erwerb von Anlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Software im Bereich Informationstechnik	1 094	a) 185	185	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
Summe des Kapitels 2013	37 560	a) 185	185	-	-	-	-	-
		b) 1 908	636	636	636	-	-	-
		c) 3 014		803	811	819	581	-
Summe des Einzelplans 20	135 989	a) 3 164	1 851	1 313	-	-	-	-
		b) 1 908	636	636	636	-	-	-
		c) 11 414		3 203	3 811	3 819	581	-

Personalhaushalt

Einzelplan 20

Bundesrechnungshof

Inhalt

Kapitel	B e z e i c h n u n g	Seite
	Vorbemerkungen zum Personalhaushalt	32
	Gesamtübersicht	33
2012	Bundesrechnungshof	34
2013	Prüfungsämter des Bundes	37
	Übersicht	
	Darstellung der den Planstellen zugeordneten Amtsbezeichnungen	39

Vorbemerkungen zum Personalhaushalt

1. Ersatz(plan)stellen werden zahlenmäßig in einer eigenen Spalte der Übersichten der ku- und kw-Vermerke in der Gesamtübersicht und in den einzelnen Kapiteln nachgewiesen.

   Ersatz(plan)stellen im Zusammenhang mit der Gewährung von Altersteilzeit sind mit dem Vermerk "kw mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten" ausgewiesen.

   Die sonstigen Ersatz(plan)stellen sind in der Übersicht mit der Kurzformulierung "Ersatzplanstelle" bzw."Ersatzstelle" ausgewiesen, die Kurzformulierung entspricht dabei dem folgenden Wortlaut eines kw-Vermerks:

   - bei Titeln der Gruppe 422: kw - nach Rückkehr der abgeordneten Beschäftigten - mit Übernahme der Ersatzkräfte in eine freie oder die nächste frei werdende Planstelle ihrer Besoldungsgruppe oder mit Versetzung der Beschäftigten oder ihrem Ausscheiden aus dem Dienst

   - bei Titeln der Gruppe 428: kw - nach Rückkehr der abgeordneten Beschäftigten - mit Übernahme der Ersatzkräfte in eine freie oder die nächste frei werdende Stelle ihrer Entgeltgruppe oder Planstelle der entsprechenden Besoldungsgruppe oder mit Versetzung der Beschäftigten oder ihrem Ausscheiden aus dem Dienst

2. Anzahl der im Haushaltsjahr 2012 eingesetzten Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen (umgerechnet auf vollbeschäftigte Arbeitskräfte im Haushaltsjahr) und Auszubildende (Jahresdurchschnitt):

Kapitel	Titel	Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen	Auszubildende
2012	427 09	4,5	2,5
2013	427 09	0,7	-
Zusammen		5,2	2,5

3. Arbeitsplatzbeschreibungen für alle Stellen der Gruppe 428 des Einzelplans liegen vor.

Gesamtübersicht

Planstellen, Stellen, Leerstellen

Kap.	Behörde	Beamtinnen und Beamte Tit. 422 .1		Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Tit. 428 .1		Zusammen (Spalten 3 bis 6)	
		2014	2013	2014	2013	2014	2013
1	2	3	4	5	6	7	8
	Planstellen und Stellen						
2012	Bundesrechnungshof..	668,0	694,0	85,5	56,5	753,5	750,5
2013	Prüfungsämter des Bundes................................	523,0	566,0	38,0	22,0	561,0	588,0
	Zusammen..	1 191,0	1 260,0	123,5	78,5	1 314,5	1 338,5
	Leerstellen						
2012	Bundesrechnungshof..	16,5	17,5	-	1,0	16,5	18,5
2013	Prüfungsämter des Bundes................................	5,0	5,0	-	-	5,0	5,0
	Zusammen..	21,5	22,5	-	1,0	21,5	23,5

ku- und kw-Vermerke

Kap.	Dienststelle	Zusammen	davon fällig					Ersatz(plan)-stellen	Sonstige
			2014	2015	2016	2017	2018 ff.		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
	ku-Vermerke								
2012	Bundesrechnungshof..	6,0	-	-	-	-	-	-	6,0
2013	Prüfungsämter des Bundes................................	5,0	-	-	-	-	-	-	5,0
	Zusammen..	11,0	-	-	-	-	-	-	11,0
	kw-Vermerke								
2012	Bundesrechnungshof..	7,5	-	-	4,0	-	1,0	2,0	0,5
2013	Prüfungsämter des Bundes................................	4,0	-	-	-	-	-	-	4,0
	Zusammen..	11,5	-	-	4,0	-	1,0	2,0	4,5

2012 Bundesrechnungshof

Planstellen-/Stellenübersicht														
Besoldungs-/ Entgelt-gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr										von Sp. 2 entfallen auf Funk-tions-gruppen
				Neue Stellen, Stellenwegfall				Wirksam-werden von ku- und kw-Vermerken		Hebungen, Herab-stufungen		Umwand-lungen, Umsetzungen		
				ohne ku/ kw-Vermerke		und Umsetzun-gen mit ku/ kw-Vermerken								
				+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Beamtinnen und Beamte														
B 11	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 9	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 6	10,0	10,0	9,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 3	54,0	55,0	53,0	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
A 16	37,0	33,0	32,0	-	-	2,0	-	-	1,0	3,0	-	-	-	-
A 15	117,0	110,0	100,0	4,0	-	2,0	-	-	-	3,0	3,0	1,0	-	-
A 14	30,0	31,0	19,0	1,0	1,0	-	-	-	1,0	-	-	1,0	1,0	-
A 13 h	7,0	13,0	17,0	-	-	-	-	-	-	-	3,0	-	3,0	-
A 13 g+Z	11,0	11,0	11,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g	260,0	259,0	239,0	-	1,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-
A 12	31,0	36,0	11,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	5,0	-
A 11	6,0	7,0	13,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-
A 10	1,0	2,0	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-
A 9 g	-	1,0	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-
A 9 m+Z	20,0	18,0	18,0	-	-	-	-	-	-	2,0	-	-	-	-
A 9 m	45,0	57,0	19,0	-	-	-	-	-	-	-	2,0	-	10,0	-
A 8	17,0	19,0	8,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2,0	-
A 7	7,0	6,0	14,0	-	3,0	-	-	-	-	4,0	-	-	-	-
A 6 m	-	-	12,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 6 e	4,0	6,0	5,0	-	-	-	-	-	1,0	-	1,0	-	-	-
A 5	9,0	17,0	8,0	-	1,0	-	-	1,0	-	-	3,0	-	5,0	-
A 3	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-
Zusammen	668,0	694,0	601,0	5,0	6,0	6,0	-	1,0	4,0	12,0	12,0	2,0	30,0	-
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 15	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 14	1,0	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-
E 13	3,0	-	5,5	-	-	-	-	-	-	-	-	3,0	-	-
E 12	5,0	-	7,0	-	-	-	-	-	-	-	-	5,0	-	-
E 11	1,0	-	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-
E 10	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-
E 9	6,0	5,0	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-
E 8	39,5	27,5	46,5	-	-	-	-	-	-	-	-	12,0	-	-
E 6	15,0	15,0	20,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 5	6,0	6,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 4	6,0	1,0	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	5,0	-	-
E 3	1,0	-	8,0	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-
E 2	1,0	2,0	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	85,5	56,5	106,5	-	1,0	-	-	-	-	-	-	30,0	-	-

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 422 01

1. **Zu A 16:**
   Davon dürfen 2 Planstellen mit einem Oberst oder Kapitän zur See besetzt werden.
2. **Zu A 15:**
   Davon dürfen 3 Planstellen mit einem Oberstleutnant oder Fregattenkapitän besetzt werden.
3. **Zu A 12:**
   Davon darf 1 Planstelle mit einem Hauptmann oder Kapitänleutnant besetzt werden
4. **Zu A 2/3 bis A 16:**
   Bis zu 5 Prozent der in den Kapiteln **2012** und **2013** ausgebrachten Planstellen der Besoldungsgruppen A 2/3 bis A 16 können zur gegenseitigen Verstärkung herangezogen werden.
5. **Folgende Planstellen dürfen nur mit Überhangpersonal besetzt werden: 3,0 A 15.**

Erläuterungen:

Zu Titel 422 01

Zu Spalte 4:
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
1,5 A15; 2,0 A14; 5,0 A13h; 10,0 A12; 1,0 A10; 19,5 A9m; 5,0 A8; 1,0 A7; 8,0 A5; 1,0 A3 (Zusammen: 54,0).

Zu Titel 428 01

Zu Spalte 2:
Davon mit Dienstwohnung 2,0 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (2013: 2,0).

Zu Spalte 4:
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
1,0 E15; 1,0 E14; 5,5 E13; 7,0 E12; 2,0 E11; 3,0 E9; 21,0 E8; 4,5 E6; 5,0 E4; 4,0 E3 (Zusammen: 54,0).

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 422 01				
			1.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
A 15..................	1,0	1,0	1.2	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
A 13 g...............	1,0	1,0		
A 16..................	2,0	1,0	1.13	Europäischer Rechnungshof
A 16..................	1,0	1,0	1.16	Internationale Atomenergieorganisation (IAEO)
Zusammen.........	5,0	4,0		
			2.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	11,5	13,5	2.1	gemäß §§ 90, 92, 95 BBG, § 7 DBeglG, § 6 MuSchEltZV, § 24 GAD
Insgesamt..........	16,5	17,5		
Zu Titel 428 01				
			1.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	-	1,0	1.1	gemäß § 28 TVöD, § 9 UmzugsTV, § 15 BEEG, § 24 GAD

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
1	2	3	4	5	6	7
Zu Titel 422 01						
					ku	
				1.	**ku**	
				1.1	in Bes.-Gr. A 9 m	
A 9 m+Z...........	1,0	-	1,0	1.1.1	Übernahme ehem. Vorprüfer	-
				2.	**ku mit Ausscheiden der Planstelleninhaber /innen**	
				2.1	in Bes.-Gr. A 13 g	
A 13 g+Z..........	3,0	-	3,0	2.1.1	Übernahme von Prüferinnen und Prüfern aus dem PÄB Köln	-
				2.2	in Bes.-Gr. A 5 e	
A 6 e................	-	-	2,0	2.2.1	Fußnote 5 zu Bes.-Gr. A 6 e der Anlage 1 zum BBesG	Wegfall des Vermerks
				2.3	in Bes.-Gr. A 5	
A 6 e................	1,0	-	-	2.3.1	Fußnote 5 zu Bes.-Gr. A 6 e der Anlage 1 zum BBesG	Wirksamwerden des Vermerks, Aufnahme des Vermerks
A 6 e................	1,0	-	-	2.3.2	-	Aufnahme des Vermerks
Zusammen.......	6,0	-	6,0			
					kw	
				1.	**kw**	
B 3....................	-	-	1,0	1.2	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	Wirksamwerden des Vermerks
A 16..................	-	-	1,0	1.3	Ersatzplanstelle	Wirksamwerden des Vermerks
A 15..................	-	-	1,0			Wegfall des Vermerks
				1.4	Ersatzplanstelle	
A 14..................	-	-	1,0	1.4.1	-	Wirksamwerden des Vermerks
A 15..................	2,0	2,0	-	1.4.2	Normenkontrollrat	Aufnahme des Vermerks, Neue Planstelle

2012 Bundesrechnungshof

Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
1	2	3	4	5	6	7
				2.	**kw mit Wegfall der Aufgabe**	
				2.1	spätestens 31.12.2014	
A 15..................	-	-	3,0	2.1.1	Finanzmarktstabilisierungsgesetz (FMStG)	Wegfall des Vermerks
				3.	**kw 31.12.2016**	
				3.1	-	
A 16..................	2,0	-	-	3.1.1	Abschlussprüfungsmandate OSZE, EU-METSAT	Neue Planstelle
A 13 g...............	2,0	-	-			Neue Planstelle
				4.	**kw 31.12.2019**	
				4.1	-	
A 15..................	1,0	-	-	4.1.1	Prüfungsmandate UNIDO, WTO	Neue Planstelle
Zusammen.......	7,0	2,0	7,0			

Zu Titel 428 01

					kw	
				2.	**kw mit Wegfall der Aufgabe**	
				2.1	-	
E 8....................	0,5	-	0,5	2.1.1	Vorlesekraft	-

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr: Neue Stellen, Stellenwegfall: ohne ku/ kw-Vermerke +	ohne ku/ kw-Vermerke -	und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken +	und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken -	Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken +	Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken -	Hebungen, Herabstufungen +	Hebungen, Herabstufungen -	Umwandlungen, Umsetzungen +	Umwandlungen, Umsetzungen -	von Sp. 2 entfallen auf Funktionsgruppen
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Beamtinnen und Beamte														
B 2	5,0	5,0	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 16	2,0	2,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 15	57,0	60,0	45,0	-	-	-	-	-	2,0	-	-	-	1,0	-
A 14	50,0	47,0	27,0	-	-	-	-	-	-	4,0	-	-	1,0	-
A 13 h	1,0	1,0	24,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g+Z	12,0	12,0	12,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g	254,0	277,0	220,0	-	3,0	-	-	-	13,0	-	4,0	-	3,0	-
A 12	76,0	86,0	50,0	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	9,0	-
A 11	11,5	16,0	30,0	-	2,5	-	-	-	-	-	-	-	2,0	-
A 10	3,5	5,0	6,0	-	1,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 g	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m+Z	13,0	14,0	10,0	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-
A 9 m	31,0	34,0	20,0	-	-	-	-	-	1,0	1,0	-	-	3,0	-
A 8	4,0	4,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 7	1,0	1,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 6 m	1,0	1,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 6 e	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	523,0	566,0	461,0	-	8,0	-	-	-	16,0	5,0	5,0	-	19,0	-
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
AT (B 2)	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 13	3,0	-	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	3,0	-	-
E 12	9,0	-	10,0	-	-	-	-	-	-	-	-	9,0	-	-
E 11	2,0	-	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	2,0	-	-
E 10	-	-	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 8	13,0	10,0	14,0	-	-	-	-	-	-	-	-	3,0	-	-
E 6	10,0	11,0	9,0	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 5	-	-	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 4	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 3	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	38,0	22,0	44,0	-	1,0	-	-	-	-	-	-	17,0	-	-
Insgesamt	38,0	22,0	45,0	-	1,0	-	-	-	-	-	-	17,0	-	-

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 422 01

1. **Zu A 15:**
   Davon dürfen 4 Planstellen mit einem Oberstleutnant oder Fregattenkapitän besetzt werden.
2. **Zu A 14:**
   Davon dürfen 4 Planstellen mit einem Oberstleutnant oder Fregattenkapitän besetzt werden.
3. **Zu A 2/3 bis A 16:**
   Bis zu 5 Prozent der in den Kapiteln **2012** und **2013** ausgebrachten Planstellen der Besoldungsgruppen A 2/3 bis A 16 können zur gegenseitigen Verstärkung herangezogen werden.

Erläuterungen:

Zu Titel 422 01

Zu Spalte 4:
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
1,0 A14; 5,0 A13g; 10,0 A12; 2,0 A11; 8,0 A9m (Zusammen: 26,0).

2013 Prüfungsämter des Bundes

Zu Titel 428 01

Zu Spalte 4:
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
4,0 E13; 10,0 E12; 2,0 E11; 2,0 E10; 8,0 E8 (Zusammen: 26,0).

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 422 01				
			1.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
A 13 g................	1,0	1,0	1.1	Stadt Nidderau
			2.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	4,0	4,0	2.1	gemäß §§ 90, 92, 95 BBG, § 7 DBeglG, § 6 MuSchEltZV, § 24 GAD
Insgesamt..........	5,0	5,0		

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
1	2	3	4	5	6	7
Zu Titel 422 01						
					ku	
				1.	**ku mit Ausscheiden der Planstelleninhaber /innen**	
				1.1	in Bes.-Gr. A 16	
B 2....................	5,0	-	5,0	1.1.1	Neubewertung der Dienstposten der Leiter/-innen der Prüfungsämter	-
					kw	
				2.	**kw mit Ausscheiden der Planstelleninhaber/innen**	
A 15..................	-	-	2,0	2.1	-	Wirksamwerden des Vermerks
A 13 g..............	4,0	-	17,0			Wirksamwerden des Vermerks
A 9 m................	-	-	1,0			Wirksamwerden des Vermerks
Zusammen.......	4,0	-	20,0			

Anlage zu den Stellenplänen des Epl. 20

Darstellung der den Planstellen zugeordneten Amtsbezeichnungen

Bes.-Gr.	Kap.	**Amtsbezeichnungen** (Grundamtsbezeichnung in Fettdruck)
1	2	3
B 11	2012	Präsidentin oder Präsident des Bundesrechnungshofes
B 9	2012	Vizepräsidentin oder Vizepräsident des Bundesrechnungshofes
B 6	2012	Direktorin oder Direktor beim Bundesrechnungshof
B 3	2012	Ministerialrätin oder Ministerialrat als Mitglied des Bundesrechnungshofes
	2012	Ministerialrätin oder Ministerialrat
B 2	2013	Direktorin oder Direktor eines Prüfungsamtes des Bundes
A 16	2013	**Leitende Direktorin** oder **Leitender Direktor**
	2013	Direktorin oder Direktor eines Prüfungsamtes des Bundes
	2012	Kapitän zur See
	2012	Ministerialrätin oder Ministerialrat
	2012	Oberst
A 15	2012, 2013	**Direktorin** oder **Direktor**
	2012, 2013	Fregattenkapitän
	2012, 2013	Oberstleutnant
A 14	2012, 2013	**Oberrätin** oder **Oberrat**
	2013	Fregattenkapitän
	2013	Oberstleutnant
A 13 h	2012, 2013	**Rätin** oder **Rat**
A 13 g+Z	2013	**Oberamtsrätin** oder **Oberamtsrat**
	2012	Oberrechnungsrätin oder Oberrechnungsrat
A 13 g	2013	**Oberamtsrätin** oder **Oberamtsrat**
	2012	Oberrechnungsrätin oder Oberrechnungsrat
A 12	2013	**Amtsrätin** oder **Amtsrat**
	2012	Hauptmann
	2012	Kapitänleutnant
	2012	Rechnungsrätin oder Rechnungsrat
A 11	2012, 2013	**Amtfrau** oder **Amtmann**
A 10	2012, 2013	**Oberinspektorin** oder **Oberinspektor**
A 9 g	2012, 2013	**Inspektorin** oder **Inspektor**
A 9 m+Z	2012, 2013	**Amtsinspektorin** oder **Amtsinspektor**
A 9 m	2012, 2013	**Amtsinspektorin** oder **Amtsinspektor**
A 8	2012, 2013	**Hauptsekretärin** oder **Hauptsekretär**
A 7	2012, 2013	**Obersekretärin** oder **Obersekretär**
A 6 m	2012, 2013	**Sekretärin** oder **Sekretär**
A 6 e	2012	**Oberamtsmeisterin** oder **Oberamtsmeister**
A 5	2012	**Oberamtsmeisterin** oder **Oberamtsmeister**

Entwurf

zum

Bundeshaushaltsplan 2014

Einzelplan 23

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Inhalt

Kapitel	Bezeichnung	Seite
	Vorwort zum Einzelplan	2
	Überblick zum Einzelplan	4
	Haushaltsvermerk / Hinweise zum Einzelplan	5
2301	Bilaterale staatliche Entwicklungszusammenarbeit	6
	Ausgaben-Tgr. 01 Bilaterale Finanzielle Zusammenarbeit	15
2302	Zivilgesellschaftliches, kommunales und wirtschaftliches Engagement	19
	Ausgaben-Tgr. 07 Förderung des bürgerschaftlichen und kommunalen Engagements	24
	Anlage 1 Wirtschaftspläne	26
2303	Europäische Entwicklungszusammenarbeit, Beiträge an die Vereinten Nationen sowie andere internationale Einrichtungen	27
2304	Beiträge an multilaterale Entwicklungsbanken	36
2305	Forschung, Evaluierung und Qualifizierung in der Entwicklungszusammenarbeit	46
	Ausgaben-Tgr. 04 Institutionelle Förderung von Einrichtungen der Forschung und Evaluierung in der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit	48
	Anlage 1 Wirtschaftspläne	51
2310	Sonstige Bewilligungen	52
	Ausgaben-Tgr. 03 Sonderinitiativen: Eine Welt ohne Hunger, Fluchtursachen bekämpfen, Flüchtlinge reintegrieren, Stabilisierung in Nordafrika und dem Nahen Osten	55
2311	Zentral veranschlagte Verwaltungseinnahmen und -ausgaben	57
	Einnahmen-Tgr. 57 Versorgung der Beamtinnen und Beamten sowie der Richterinnen und Richter	59
	Ausgaben-Tgr. 57 Versorgung der Beamtinnen und Beamten sowie der Richterinnen und Richter	62
2312	Bundesministerium	66
2313	Abwicklung Bundesstelle für Entwicklungshilfe	75
	Aufwandsentschädigungen, Besondere Personalausgaben	77
	<u>Übersichten</u>	
	Übersicht 1 Verpflichtungsermächtigungen (VE)	78
	Übersicht 2 Ausgaben auf dem Gebiet der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit	82
	Personalhaushalt	83

Wesentliche Politikbereiche und Ziele

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gestaltet die Entwicklungspolitik und zielt auf das entwicklungsorientierte Zusammenwirken der verschiedenen Politikfelder in der Bundesregierung und der Europäischen Union. Innerhalb der Bundesregierung hat das BMZ Koordinierungsfunktion für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA). Es verantwortet den weitaus größten Anteil der ODA-relevanten Mittel. Die Haushaltsmittel des Einzelplans 23 tragen damit maßgeblich dazu bei, Deutschland weiter auf dem Finanzierungspfad zu führen, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) für ODA aufzuwenden.

Die deutsche Entwicklungspolitik befasst sich mit den zentralen Überlebens- und Zukunftsfragen der Menschheit. Das BMZ gestaltet deshalb internationale Strukturen, Verhandlungen und Regelwerke mit, so auch die Weiterentwicklung der Millenniumsentwicklungsziele der Vereinten Nationen im Rahmen der Post-2015-Agenda zu neuen globalen Entwicklungs- und Nachhaltigkeitszielen. Das BMZ wirkt darauf hin, dass diese Ziele der globalen Verantwortung der Weltgemeinschaft Rechnung tragen. Die neuen Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsziele werden der zentrale internationale Referenzrahmen für die deutsche Entwicklungspolitik sein.

Die deutsche Entwicklungspolitik unterstützt das Ziel, allen Menschen eine Lebensperspektive zu ermöglichen, die auch die natürlichen Grenzen unserer Erde respektiert. In Abstimmung mit nationalen und internationalen Akteuren trägt sie dazu bei,

die weltweite Armut zu verringern, Grundbedürfnisse und Entwicklungschancen aller Menschen zu sichern und insbesondere das Recht auf Nahrung zu verwirklichen;

die natürlichen Lebensgrundlagen nachhaltiger zu nutzen und besser zu schützen;

Krisen vorzubeugen und Konflikte friedlich zu bewältigen sowie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und gute Regierungsführung zu stärken.

Die Verwirklichung der Menschenrechte und der Ordnungsrahmen einer sozial und ökologisch ausgerichteten Marktwirtschaft sind dabei Leitprinzipien.

In der 18. Legislaturperiode will die deutsche Entwicklungspolitik insbesondere mit drei Sonderinitiativen Akzente setzen und nachhaltige Wirkungen erzeugen:

Sonderinitiative „Eine Welt ohne Hunger“;

Sonderinitiative „Fluchtursachen bekämpfen, Flüchtlinge reintegrieren“;

Stabilitätsinitiative „Nordafrika und Naher Osten“.

Zudem wird die deutsche Entwicklungspolitik schwerpunktmäßig

in Bildung investieren;

gemeinsam mit der deutschen und lokalen Wirtschaft in Entwicklungsländern berufliche Ausbildung, Arbeit und nachhaltiges Wirtschaftswachstum fördern und

den Klimaschutz als Eckpfeiler der deutschen entwicklungspolitischen Zusammenarbeit betrachten.

Das BMZ setzt seine entwicklungspolitischen Ziele über verschiedene bilaterale und multilaterale Instrumente um, die in den jeweiligen Fachkapiteln des Einzelplans zusammengefasst sind.

Bilateral arbeitet das BMZ über die bundeseigenen Durchführungsorganisationen Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) mit Kooperationspartnern in Entwicklungs-, Transformations- und Schwellenländern zusammen. In der nichtstaatlichen Entwicklungszusammenarbeit unterstützt das BMZ das zivilgesellschaftliche, kommunale und privatwirtschaftliche Engagement. In der multilateralen und europäischen Entwicklungszusammenarbeit leistet das BMZ Beiträge an internationale Organisationen und Institutionen, deren Ziele und Aufgaben mit den langfristigen Werten und Interessen von Deutschland übereinstimmen. Das BMZ vertritt die Interessen der Bundesregierung bei der Steuerung und Weiterentwicklung dieser Organisationen.

Die Entwicklungszusammenarbeit ist ein dynamischer Politikbereich. Ihr Erfolg lebt von einer kritischen unabhängigen Überprüfung. Das BMZ finanziert deshalb auch entwicklungspolitische Forschung, Evaluierung und berufliche Qualifizierung.

Um die entwicklungspolitischen Ziele zu erreichen, richtet sich die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit insbesondere an die armen und ärmsten Länder der Erde, an fragile und von Gewalt und Konflikt betroffene Staaten sowie an Länder, die von Naturereignissen und dem Klimawandel besonders betroffen sind. Die Zusammenarbeit mit den Schwellenländern konzentriert sich auf den Schutz und die Sicherung globaler und regionaler öffentlicher Güter sowie auf die Suche nach rohstoffschonenden und nachhaltigen Entwicklungspfaden. Gleichzeitig gilt es, von den Schwellenländern ihre höhere Leistungsfähigkeit bei der Verwirklichung der Grundbedürfnisse und ihre Verantwortung bei der Lösung globaler Probleme einzufordern.

Entwicklungspolitik gestaltet die globale Zukunft. Sie ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Entwicklungspolitik lebt von der Unterstützung der Zivilgesellschaft, von privatwirtschaftlichen Akteuren und nicht zuletzt vom Engagement jeder und jedes Einzelnen.

Zur Gliederung des Einzelplans

Der entwicklungspolitische Programmhaushalt gliedert sich im Wesentlichen in zwei große Bereiche, in die bilaterale und die multilaterale Entwicklungszusammenarbeit. Beide Bereiche bilden sich jeweils in zwei Fachkapiteln ab:

Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit:

2301 Bilaterale staatliche Entwicklungszusammenarbeit

2302 Zivilgesellschaftliches, kommunales und wirtschaftliches Engagement

Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit:

2303 Europäische Entwicklungszusammenarbeit, Beiträge an die Vereinten Nationen sowie andere internationale Einrichtungen

2304 Beiträge an multilaterale Entwicklungsbanken

Ein weiteres Fachkapitel, über das für das Politikfeld auch übergreifende Dienstleistungen erbracht werden, wird ebenfalls der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit zugeordnet:

2305 Forschung, Evaluierung und Qualifizierung in der Entwicklungszusammenarbeit.

Im Kapitel für sonstige Bewilligungen (2310) sind die drei Sonderinitiativen „Eine Welt ohne Hunger“, „Fluchtursachen bekämpfen, Flüchtlinge reintegrieren“ sowie die „Stabilitätsinitiative Nordafrika und Naher Osten“ abgebildet. Zudem führt das BMZ mit den dort ebenfalls enthaltenen Haushaltsmitteln für den Internationalen Klima- und Umweltschutz seine Aufgaben, die bis Ende 2013 in dem Sondervermögen „Energie- und Klimafonds“ aufgeführt waren, fort.

Im Anschluss folgen das Kapitel zu den zentral veranschlagten Verwaltungseinnahmen und -ausgaben (2311), das Kapitel für die unmittelbaren Ausgaben und Einnahmen des Bundesministeriums (2312) sowie das Kapitel zur Abwicklung der alten Bundesstelle für Entwicklungshilfe (2313).

23 Überblick zum Einzelplan

Überblick zum Einzelplan 23	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen..	9 014	9 014	-		8 896
Übrige Einnahmen..	557 016	550 579	+6 437		596 172
Gesamteinnahmen..	566 030	559 593	+6 437		605 068
Ausgaben					
Personalausgaben..	80 546	79 750	+796	5 747	63 558
Sächliche Verwaltungsausgaben...........................	49 935	42 201	+7 734	1 135	25 672
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	1 885 860	1 965 785	-79 925	18 055	1 939 863
Ausgaben für Investitionen.....................................	4 427 495	4 208 705	+218 790	37 161	4 297 841
Besondere Finanzierungsausgaben......................	-	-	-		-
Gesamtausgaben...	6 443 836	6 296 441	+147 395	62 098	6 326 934
davon flexibilisiert..	85 736	83 861	+1 875	8 022	62 986
davon nicht flexibilisiert..	6 358 100	6 212 580	+145 520	54 076	6 263 948
Flexibilisierte Ausgaben nach § 5 HG					
Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3.......................	61 853	62 692	-839	7 747	44 632
Aus Hauptgruppe 5..	20 984	18 066	+2 918	237	16 806
Aus Hauptgruppe 7..	3	3	-	35	-
Aus Hauptgruppe 8..	2 896	3 100	-204	3	1 548
Aus Hauptgruppe 9..	-	-	-		-
Zusammen...	85 736	83 861	+1 875	8 022	62 986
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung...................................	7 550 000 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.................................	627 984 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.................................	620 426 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.................................	640 899 T€				
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.................................	2 150 T€				
in künftigen Haushaltsjahren bis zu.......................	5 658 541 T€				

Haushaltsvermerk: - Ausgaben

1. Einsparungen **bei folgenden Titeln: Epl. 23** mit Ausnahme der Titel **518 .2** dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: Kap. 2311 Tit. 981 07.

   Dies gilt in Fällen, in denen Bundesressorts im Rahmen von Ressortvereinbarungen für andere Bundesressorts tätig werden und Mittel vom abgebenden Ressort dem empfangenden Ressort für gleiche Zwecke im Wege der Verrechnung zur Verfügung gestellt werden (sog. "Einer-für-Alle-Fälle").

2. Einsparungen **bei folgenden Titeln: Epl. 23** mit Ausnahme der Titel **518 .2** dienen zur Deckung von **Mehrausgaben** bei folgendem Titel: Kap. 2312 Tit. 981 01.

3. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 2311 Tit. 381 07.

   Dies gilt in Fällen, in denen Bundesressorts im Rahmen von Ressortvereinbarungen für andere Bundesressorts tätig werden und Mittel vom abgebenden Ressort dem empfangenden Ressort für gleiche Zwecke im Wege der Verrechnung zur Verfügung gestellt werden (sog. "Einer-für-Alle-Fälle").

Allgemeine Erläuterungen:

Ist-Angaben:

Die Ist-Ergebnisse der Einzeltitel sind kaufmännisch auf 1 000 € gerundet. Dadurch können bei Summenangaben Rundungsdifferenzen entstehen. Summenangaben können außerdem nicht durch Addition der gedruckten Titel errechnet werden, da in Vorjahren weggefallene Titel nur im Bundeshaushaltsplan 2014 abgedruckt werden, wenn bei diesen noch Ausgabereste bestehen.

Ausgabereste:

Die im Vorjahr verfügbaren Ausgabereste im nicht flexibilisierten Bereich sind kaufmännisch auf 1 000 € gerundet und einzeln bei dem jeweiligen Titel mit Stand Juli 2013 ausgewiesen. Die Inanspruchnahme dieser Ausgabereste muss grundsätzlich im jeweiligen Einzelplan durch Minderausgaben an anderer Stelle kassenmäßig eingespart werden. Ausgabereste bei den der Flexibilisierung gemäß § 5 Haushaltsgesetz 2014 (HG) unterliegenden Ansätzen werden lediglich in der Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben summarisch ausgewiesen. Für die Inanspruchnahme dieser Ausgabereste ist zentral Vorsorge getroffen und daher eine kassenmäßige Einsparung im gleichen Einzelplan grundsätzlich nicht erforderlich. Bei Summenangaben können Rundungsdifferenzen entstehen.

Flexibilisierung:

Die in die Regelung nach § 5 HG einbezogenen Ausgaben sind mit einem F vor der Titelnummer gekennzeichnet. Sie werden jeweils im hinteren Teil eines Kapitels im Anschluss an die nicht flexibilisierten Ausgabetitel entsprechend der Zuordnung nach § 5 HG in einer Zusammenstellung aufsummiert und sind danach einzeln aufgelistet. Neu in die Flexibilisierung einbezogene Titel sind dabei mit einem **F** hervorgehoben.

Personalausgaben:

Aufwandsentschädigungen und Besondere Personalausgaben werden gemäß der Übersicht, die nach dem letzten Kapitel des Einzelplans abgedruckt ist, veranschlagt.

Angewandte Kurse:

1 SZR = 1,11732 €; 1 USD = 0,72511 €.

2301 Bilaterale staatliche Entwicklungszusammenarbeit

Vorbemerkung

Wesentliche finanzwirksame Schwerpunkte des Kapitels

Kapitel 2301 ist das volumenmäßig umfangreichste Kapitel des Einzelplans 23. Es fasst die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen für die bilaterale staatliche Entwicklungszusammenarbeit zusammen.

Die finanziell bedeutsamsten Ausgabenblöcke innerhalb der bilateralen staatlichen Entwicklungszusammenarbeit sind

die **Bilaterale Finanzielle Zusammenarbeit (FZ):** Titelgruppe 01 und Titel 896 01 mit rund 1,613 Mrd. € Ausgaben und 2,18 Mrd. € Verpflichtungsermächtigungen und

die **Bilaterale Technische Zusammenarbeit (TZ):** Titel 896 03 und 896 06 mit rund 1,339 Mrd. € Ausgaben und 1,360 Mrd. € Verpflichtungsermächtigungen.

Die FZ fördert Investitionen der Kooperationspartner, indem sie Finanzmittel und ergänzende Maßnahmen bereitstellt. Die TZ erhöht die Fähigkeiten von Menschen, Organisationen und Gesellschaften in den Kooperationsländern.

Mit der Durchführung der Vorhaben sind im Wesentlichen die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) im Falle der FZ und die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH (GIZ) im Falle der TZ betraut.

Ein weiterer politisch prioritärer Ausgabenschwerpunkt innerhalb des Kapitels ist

die **entwicklungsfördernde und strukturbildende Übergangshilfe (ESÜH):** Titel 687 06 mit 49 Mio. € Ausgaben und 30 Mio. € Verpflichtungsermächtigungen.

Wesentliche Ziele, die mit den veranschlagten Mitteln erreicht werden sollen

Im Rahmen der im Vorwort zum Einzelplan 23 genannten Ziele der deutschen Entwicklungspolitik werden die Mittel der **bilateralen Finanziellen Zusammenarbeit** und der **bilateralen Technischen Zusammenarbeit** vorrangig für Maßnahmen veranschlagt, die der Reduzierung von Armut und ihrer Ursachen dienen. Dies erfolgt v. a. durch mittel- bis langfristige Investitionen in ländliche Entwicklung, nachhaltige Landwirtschaft, Ernährungssicherung, Bildung, nachhaltiges Wirtschaften, berufliche Ausbildung, Schaffung von Arbeitsplätzen, Verfügbarkeit von Wasser und zukunftsfähige Energie. Weitere Schwerpunkte des Mitteleinsatzes sind die Förderung von Demokratie, guter Regierungsführung und Menschenrechten, die Vorbeugung von Konflikten und Krisen und die Verringerung von Fluchtursachen insbesondere durch Schaffung ökonomischer Perspektiven.

Durch die Kooperation mit Schwellenländern tragen die veranschlagten Haushaltsmittel auch zum Schutz und zur Sicherung globaler und regionaler öffentlicher Güter bei. Zudem dienen sie der Umsetzung internationaler finanzieller Zusagen der Bundesregierung in den Bereichen Klimaschutz und Klimaanpassung, Erhalt der Biodiversität sowie der Gesundheit von Müttern und Kindern.

Mit den in der **entwicklungsfördernden und strukturbildenden Übergangshilfe (ESÜH)** veranschlagten Mitteln soll die Widerstandsfähigkeit (Resilienz) von Menschen und Institutionen in fragilen Situationen und langanhaltenden Krisen, beim Wiederaufbau nach Katastrophen sowie in Ländern und Regionen, die besonders durch extreme Naturereignisse und den Klimawandel gefährdet sind, gestärkt werden. Zudem sollen mit den veranschlagten Haushaltsmitteln Perspektiven für eine nachhaltige Entwicklung im Vorfeld und begleitend zur bilateralen FZ und TZ geschaffen werden.

Überblick zum Kapitel 2301	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Übrige Einnahmen	514 390	506 806	+7 584		557 698
Gesamteinnahmen	514 390	506 806	+7 584		557 698
Ausgaben					
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	119 900	111 600	+8 300		206 425
Ausgaben für Investitionen	2 951 899	2 849 840	+102 059	16 597	3 077 421
Gesamtausgaben	3 071 799	2 961 440	+110 359	16 597	3 283 846
davon nicht flexibilisiert	3 071 799	2 961 440	+110 359	16 597	3 283 846
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung	3 623 820 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu	36 250 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu	27 200 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu	18 400 T€				
im Haushaltsjahr 2018 bis zu	2 150 T€				
in künftigen Haushaltsjahren bis zu	3 539 820 T€				

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Übrige Einnahmen

166 01 -023	Zinsen aus Darlehen der bilateralen Finanziellen Zusammenarbeit und Erträge aus Treuhandbeteiligungen	104 000	104 000	106 760

Haushaltsvermerk:

1. Von den Einnahmen können die Mittel für den Kapitaldienst der von der Kreditanstalt für Wiederaufbau für die Finanzierung der bilateralen Finanziellen Zusammenarbeit eingesetzten anderen Mittel als Haushaltsmittel des Bundes vorweg abgezogen werden.

2. Die Bundesregierung wird ermächtigt, sich im Rahmen multilateraler Schuldendienstregelungen am

2.1 Schuldenerlass zu Gunsten von hoch verschuldeten armen Entwicklungsländern (HIPC) zu beteiligen und auf Forderungen der Finanziellen Zusammenarbeit zu verzichten (derzeit geschätztes Erlassvolumen: über 3 Mrd. €). Es ist mit dem Partnerland zu vereinbaren, dass die dadurch freiwerdenden Mittel zur Umsetzung seiner nationalen, gemeinsam mit den Kräften seiner Gesellschaft entwickelten und alle Schichten seiner Bevölkerung berücksichtigenden Armutsminderungsstrategie verwendet werden. Prozess und Inhalt dieser Strategie sollen auch zur Stabilisierung der innenpolitischen Verhältnisse im Partnerland beitragen.

2.2 Teilverzicht auf Forderungen aus der Finanziellen Zusammenarbeit zu beteiligen und Forderungen mit einem Abschlag vom Nennwert zu verkaufen oder in vergleichbarer Form zu verwerten, wenn dies nach Prüfung im Einzelfall im Hinblick auf die Schuldendienstfähigkeit des betreffenden Schuldnerlandes erforderlich ist.

3. Die Bundesregierung wird ermächtigt, nach vorheriger Zustimmung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages einen Verzicht auf Forderungen aus der Finanziellen Zusammenarbeit in Höhe von insgesamt bis zu 150 Mio. € nach Prüfung im Einzelfall **mit einem Schuldnerland zu vereinbaren, das im Pariser Club eine Umschuldungsregelung erhalten hat oder das auch ohne Umschuldungsvereinbarung mit dem Pariser Club einen Schuldenentlastungsbedarf hat, wenn in diesem Fall das Land ein Verhältnis Schulden zu Exporten von 150 % und höher aufweist oder ein Verhältnis Schuldendienst zu Exporten von 15 % und höher.** Bereits bestehende Zusagen der Bundesregierung sind hiervon ausgenommen. Das Schuldnerland muss dadurch frei werdende Mittel in Abstimmung mit der Bundesregierung für Vorhaben gemäß Textziffer 2 der "Leitlinien für die bilaterale Finanzielle und Technische Zusammenarbeit der deutschen Entwicklungszusammenarbeit vom 1. März 2007" (kurz: FZ/TZ-Leitlinien) einsetzen oder als eigene Geberbeiträge in internationale Geberorganisationen einzahlen.

   Die Aufnahme der Verhandlungen mit dem jeweiligen Schuldnerland bedarf der Zustimmung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages.

Erläuterungen:

1. Nach dem Vertrag zur Durchführung der Finanziellen Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern der Deutschen Entwicklungszusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Kreditanstalt für Wiederaufbau vom 22. Juni 2009 (Generalvertrag) werden alle aus Darlehen der Finanziellen Zusammenarbeit (FZ) aufkommenden Zinsen und Zusageprovisionen sowie Erträge aus Treuhandprojekten einem bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau be-

2301 Bilaterale staatliche Entwicklungszusammenarbeit

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 166 01

stehenden Zinsverrechnungskonto zugeführt. Zinsen aus Darlehen können nach Prüfung im Einzelfall erlassen werden.

2. Nach dem Vertrag zur Regelung des Entgelts für die Durchführung von Treuhandaufgaben in Entwicklungsländern zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DEG - Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH vom 14. Mai /1. Juni 1987 (Treuhandgrundvertrag) sind die Erträge aus Treuhandmitteln, die das Pauschalentgelt der DEG übersteigen, an den Bund abzuführen.
3. Außerdem werden bei diesem Titel außerhalb der vorgenannten Verträge anfallende Zinsen veranschlagt.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2302 Tit. 166 01	104 000	106 760

166 03 -023	Zinsen aus Darlehen zur Verbesserung der Beschäftigungssituation	603	712	875

Erläuterungen:

Zinsen aus den im Rahmen der Kredit-Sonderfonds-Abkommen vom 7. Dezember 1972 mit der Republik Türkei, vom 9. Juni 1992 mit der Sozialistischen Republik Vietnam, vom 2. November 1992 mit der Republik Kroatien und vom 5. Juni 1989 nach Maßgabe des Zusatzabkommens zum Umschuldungsabkommen vom 15. März 2002 mit der Bundesrepublik Jugoslawien an die jeweiligen Regierungen gewährten Darlehen.

Es wurden bis 31. Dezember 2010 insgesamt 167,0 Mio. € an Darlehen ausgezahlt.

Im Übrigen wird auf die Erläuterungen zu Tgr. 01 Bezug genommen.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2302 Tit. 166 03	712	875

186 01 -023	Tilgung von Darlehen der bilateralen Finanziellen Zusammenarbeit und Rückflüsse aus Treuhandbeteiligungen	404 000	396 000	443 385

Haushaltsvermerk:

1. Von den Einnahmen können die Mittel für den Kapitaldienst der von der Kreditanstalt für Wiederaufbau für die Finanzierung der bilateralen Finanziellen Zusammenarbeit eingesetzten anderen Mittel als Haushaltsmittel des Bundes vorweg abgezogen werden.
2. Die Bundesregierung wird ermächtigt, im Rahmen multilateraler Schuldendienstregelungen

2.1 am Schuldenerlass zu Gunsten von hoch verschuldeten armen Entwicklungsländern (HIPC) teilzunehmen und auf Forderungen der Finanziellen Zusammenarbeit zu verzichten (derzeit geschätztes Erlassvolumen: über 3 Mrd. €). Es ist mit dem Partnerland zu vereinbaren, dass die dadurch freiwerdenden Mittel zur Umsetzung seiner nationalen, gemeinsam mit den Kräften seiner Gesellschaft entwickelten und alle Schichten seiner Bevölkerung berücksichtigenden Armutsminderungsstrategie verwendet werden. Prozess und Inhalt dieser Strategie sollen auch zur Stabilisierung der innenpolitischen Verhältnisse im Partnerland beitragen.

2.2 Forderungen aus der Finanziellen Zusammenarbeit mit einem Abschlag vom Nennwert zu verkaufen oder in vergleichbarer Form zu verwerten, wenn dies nach Prüfung im Einzelfall im Hinblick auf die

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 186 01

Schuldendienstfähigkeit des betreffenden Schuldnerlandes erforderlich ist.

3. Die Bundesregierung wird ermächtigt, nach vorheriger Zustimmung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages einen Verzicht auf Forderungen aus der Finanziellen Zusammenarbeit in Höhe von insgesamt bis zu 150 Mio. € nach Prüfung im Einzelfall **mit einem Schuldnerland zu vereinbaren, das im Pariser Club eine Umschuldungsregelung erhalten hat oder das auch ohne Umschuldungsvereinbarung mit dem Pariser Club einen Schuldenentlastungsbedarf hat, wenn in diesem Fall das Land ein Verhältnis Schulden zu Exporten von 150 % und höher aufweist oder ein Verhältnis Schuldendienst zu Exporten von 15 % und höher.** Bereits bestehende Zusagen der Bundesregierung sind hiervon ausgenommen. Das Schuldnerland muss dadurch frei werdende Mittel in Abstimmung mit der Bundesregierung für Vorhaben gemäß Textziffer 2 der "Leitlinien für die bilaterale Finanzielle und Technische Zusammenarbeit der deutschen Entwicklungszusammenarbeit vom 1. März 2007" (kurz: FZ/TZ-Leitlinien) einsetzen oder als eigene Geberbeiträge in internationale Geberorganisationen einzahlen.

   Die Aufnahme der Verhandlungen mit dem jeweiligen Schuldnerland bedarf der Zustimmung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages.

Erläuterungen:

1. Nach dem in Nr. 1 der Erläuterungen zu Tit. 166 01 genannten Vertrag werden alle aus Darlehen der Finanziellen Zusammenarbeit (FZ) aufkommenden Tilgungen sowie Erträge aus Treuhandprojekten einem bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau bestehenden Tilgungsverrechnungskonto zugeführt.

   Tilgungen von Darlehen können nach Prüfung im Einzelfall erlassen werden.
2. Nach dem in Nr. 2 der Erläuterungen zu Tit. 166 01 genannten Vertrag sind Tilgungen oder sonstige Rückflüsse aus Treuhandprojekten unverzüglich nach Eingang bei der DEG an den Bund abzuführen. Im Übrigen wird auf die Erläuterungen zu Tit. 166 01 Bezug genommen.
3. Außerdem werden bei diesem Titel außerhalb der vorgenannten Verträge anfallende Tilgungen veranschlagt.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2302 Tit. 186 01	396 000	443 385

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
186 03 -023	Tilgung von Darlehen zur Verbesserung der Beschäftigungssituation	5 787	6 094	6 678

Erläuterungen:

Auf die Erläuterungen zu Tit. 166 03 und Tgr. 01 wird Bezug genommen.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2302 Tit. 186 03	6 094	6 678

2301 Bilaterale staatliche Entwicklungszusammenarbeit

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Ausgaben

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)

681 02 -023	Leistungen nach dem Entwicklungshelfer-Gesetz	7 460	7 460	7 125

Erläuterungen:

Hierunter fallen u. a. Aufwendungen für die Unfallversicherung der Entwicklungshelferinnen und Entwicklungshelfer, die Lohnersatzleistungen bei Arbeitslosigkeit und die berufliche Förderung für zurückgekehrte Entwicklungshelferinnen und Entwicklungshelfer. Leistungen gemäß § 3 des Entwicklungshelfer-Gesetzes werden auch bei Tit. 896 03 sowie bei Kap. 2302 Tit. 687 72, 687 76 und 896 04 veranschlagt.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2302 Tit. 681 02	7 460	7 125

685 01 -023	Berufliche Aus- und Fortbildung	47 240	55 140	50 140

Verpflichtungsermächtigung... 42 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 15 250 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 14 200 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 10 400 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.. 2 150 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Nachkontaktzeitschriften, Lehr- und Lernmaterial sowie technische Hilfsmittel unentgeltlich oder gegen ermäßigtes Entgelt abgegeben werden.
3. Personalausgaben für die Wahrnehmung von Aufgaben im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und in Institutionen, deren Finanzausstattung ganz oder überwiegend im Epl. 23 veranschlagt ist, dürfen aus diesem Titel nicht geleistet werden.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Aus- und Fortbildungsprogramm der/des	
1.1 Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD)...............	40 630
1.2 Alexander-von-Humboldt-Stiftung (AvH).......................................	6 610
2. Programmentwicklung und Vorbereitung......................................	-
Zusammen..	47 240

Mitveranschlagt sind die Kosten für vorbereitende Maßnahmen, Tagungen, Seminare sowie für Nachbetreuung.

Ausgaben für Aus- und Fortbildungsmaßnahmen, die Projekten aus dem FZ- und TZ-Bereich sowie der Förderung der Medien zuzuordnen sind, werden bei den Titeln 687 05 und 896 03 sowie der Tgr. 01 veranschlagt.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2302 Tit. 685 01	55 140	50 140

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
687 05 -023	Förderung von Medien, Zugang zu Information und Meinungsfreiheit in Kooperationsländern	16 200		

Verpflichtungsermächtigung... 12 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 4 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 4 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 4 000 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.

2. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Nachkontaktzeitschriften, Lehr- und Lernmaterial sowie technische Hilfsmittel unentgeltlich oder gegen ermäßigtes Entgelt abgegeben werden.

Erläuterungen:

1. Die Maßnahmen werden in der Regel von der Deutschen Welle Akademie durchgeführt.
2. Aus dem Ansatz können auch Beiträge bis zu einer Gesamthöhe von maximal 10 Prozent zur Unterstützung des Engagements von Nichtregierungsorganisationen, die sich für die Achtung, den Schutz und die Gewährleistung des Rechts auf Meinungsfreiheit, freie Meinungsäußerung und Zugang zu Informationen einsetzen, gefördert werden.
3. Mitveranschlagt sind die Kosten vorbereitender, begleitender und auswertender Maßnahmen sowie Maßnahmen zur Förderung des regionalen und internationalen Austausches, des Dialogs und der Netzwerkbildung.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2302 Tit. 685 01	9 400	7 310
Kap. 2302 Tit. 896 03	6 800	4 180
Zusammen	16 200	11 490

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
687 06 -023	Entwicklungsfördernde und strukturbildende Übergangshilfe	49 000	49 000	149 160

Verpflichtungsermächtigung... 30 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 17 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 9 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 4 000 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe von 26 000 T€ der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 2303 Tit. 896 02.
3. Erstattungen Dritter fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen dienen der Finanzierung von Maßnahmen der entwicklungsfördernden und strukturbildenden Übergangshilfe und der Katastrophenprävention im Kontext von Krisen, Konflikten und Katastrophen. Soweit Zuwendungen gewährt werden, werden die Ausgaben nach Maßgabe von Richtlinien geleistet.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2302 Tit. 687 20	49 000	149 160

2301 Bilaterale staatliche Entwicklungszusammenarbeit

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Ausgaben für Investitionen			
896 01 -023	Finanzielle Zusammenarbeit mit Regionen	60 000	80 000 *1 532*	78 468

Verpflichtungsermächtigung...

in künftigen Haushaltsjahren bis zu..................................... 60 000 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind mit folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: **Tgr. 01.**
2. Die Verpflichtungsermächtigung ist in Höhe von 42 000 T€ mit der Verpflichtungsermächtigung bei folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: **896 11.**

   in künftigen Haushaltsjahren... 42 000 T€
3. Die Erläuterungen zu Nr. 1.1 und 3 sind verbindlich.
4. Auf die Verpflichtungsermächtigung sind auch Finanzierungszusagen anzurechnen, die schon im selben Haushaltsjahr ganz oder teilweise erfüllt werden.
5. Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen werden nach vertraulichen Erläuterungen bewirtschaftet.
6. Über Maßnahmen, die nicht in den vertraulichen Erläuterungen vorgesehen sind, ist der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages zusammenfassend nach Ablauf des Haushaltsjahres zu unterrichten.
7. Für Maßnahmen, die nicht in den vertraulichen Erläuterungen vorgesehen sind und im Einzelnen den Betrag von 26 000 T€ überschreiten, bedürfen die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigung der vorherigen Unterrichtung des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie der Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages.
8. Die Zuschüsse und Beteiligungen werden über die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) abgewickelt. Die Vergütung der KfW erfolgt gemäß Generalvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der KfW. Sie wird aus **Tgr. 01** geleistet.

Erläuterungen:

1. Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sind bestimmt für entwicklungspolitisch wichtige Vorhaben mit länderübergreifender Ausrichtung durch

1.1 Gewährung von Zuschüssen an länderübergreifende Fonds, nicht jedoch an Einrichtungen multilateraler und supranationaler Organisationen.

1.2 Erwerb von Beteiligungen an Entwicklungsgesellschaften mit länderübergreifender Ausrichtung.

2. Die Ausgaben werden nach Maßgabe von Richtlinien bewirtschaftet.

3. Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen müssen ODA-anrechenbar sein.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2302 Tit. 896 01	80 000	78 468

Weniger wegen abrufbedingtem Minderbedarf.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
896 03 -023	Bilaterale Technische Zusammenarbeit	1 308 899	1 118 476 *6 196*	1 315 980

Verpflichtungsermächtigung...

in künftigen Haushaltsjahren bis zu................................ 1 329 820 T€

Haushaltsvermerk:

1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 2303 Tit. 896 02.

2. Einsparungen dienen bis zur Höhe von 10 000 T€ zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 896 06.

3. Die Ausgaben sind in Höhe von 15 000 T€ mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: Kap. 2302 Tit. 687 01.

4. Die Verpflichtungsermächtigung ist in Höhe von 50 000 T€ mit der Verpflichtungsermächtigung bei folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: **896 11.**

in künftigen Haushaltsjahren... 50 000 T€

5. Erstattungen Dritter fließen den Ausgaben zu.

6. Die Erläuterungen zu Nr. 2.2 und 4 sind verbindlich.

7. In den völkerrechtlichen Zusagen ist zu vereinbaren, dass die Verpflichtungen entfallen, soweit innerhalb von sieben Jahren nach der Zusage der Mittel eine Durchführungsvereinbarung nicht abgeschlossen wurde.

8. Die Ausgaben und die Verpflichtungsermächtigung werden nach vertraulichen Erläuterungen bewirtschaftet.

9. Über Schwerpunkte, die nicht in den **vertraulichen** Erläuterungen vorgesehen sind, ist der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages zusammenfassend nach Ablauf des Haushaltsjahres zu unterrichten.

10. Zusagen für Vorhaben der Technischen Zusammenarbeit im Bereich der allgemeinen Budgethilfe und Sektorbudgethilfe bedürfen der Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages.

11. Aus den Ausgaben können Personalausgaben für zeitlich befristete Einsätze gem. Nr. 6 der Erläuterungen geleistet werden.

Erläuterungen:

1. Die bilaterale Technische Zusammenarbeit (TZ) mit Kooperationsländern einschließlich ihrer regionalen Zusammenschlüsse und der regionalen Wirtschaftskommissionen der Vereinten Nationen umfasst entwicklungspolitisch wichtige Vorhaben, die darauf abzielen, die Leistungsfähigkeit von Menschen und Organisationen, besonders auch ärmerer Bevölkerungsgruppen, in den Kooperationsländern zu erhöhen.

2.1 Die Ausgaben werden nach Maßgabe der "Leitlinien für die bilaterale Finanzielle und Technische Zusammenarbeit der deutschen Entwicklungszusammenarbeit vom 1. März 2007" (kurz: TZ-/FZ-Leitlinien) geleistet.

2.2 Die Leistungen der Bilateralen Technischen Zusammenarbeit werden weitgehend als Direktleistungen erbracht.

3. Aus den Ausgaben können Zuschüsse an nichtstaatliche Träger in Kooperationsländern nach Maßgabe besonderer Leitlinien und Verfahren zum Aufbau selbstverwalteter Kapitalvermögen gewährt werden, die diesen ermöglichen, Kleinstunternehmern Kredite, Kreditgarantien sowie Beratungsleistungen zur Verfügung zu stellen.

2301 Bilaterale staatliche Entwicklungszusammenarbeit

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 896 03

4. Die Maßnahmen werden von der GIZ durchgeführt, soweit sie nicht von der Bundesregierung und ihren Dienststellen selbst durchgeführt werden.

   Aus diesem Titel dürfen auch Vorauszahlungen an die GIZ geleistet werden, um ihr die Durchführung von Leistungen für den Bund zu ermöglichen.

5. Die Kosten für die Nachversicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung für Beamte, die ohne Dienstbezüge für Aufgaben der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit beurlaubt waren und unversorgt ausscheiden, können auf Antrag dem beurlaubenden Dienstherrn aus diesem Titel erstattet werden. Ebenfalls veranschlagt sind die Ausgaben für Sofortmaßnahmen für Fachkräfte der deutschen entwicklungspolitischen Zusammenarbeit in Katastrophen- und Krisenfällen im Einsatzland. Darüber hinaus können diesen Fachkräften für Versicherungsfälle, die nach SGB VII weder Arbeitsunfälle sind noch als solche gelten und die auf Umständen beruhen, die für das Einsatzland eigentümlich sind und eine besondere Gefährdung darstellen, Leistungen entsprechend des SGB VII gewährt werden. Aus den Ausgaben dürfen auch Billigkeitsleistungen nach § 53 BHO gewährt werden.
6. Personalausgaben dürfen aus diesem Titel außer für vorbereitende, begleitende und auswertende Maßnahmen nicht für Aufgaben im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung geleistet werden.
7. Aus dem Ansatz dürfen auch Ausgaben für das Deutsche Institut für Menschenrechte (Kap. 0710 Tit. 685 03 Nr. 1.5 der Erläuterungen) geleistet werden.
8. Mitveranschlagt sind die Kosten vorbereitender, begleitender und auswertender Maßnahmen. Veranschlagt sind auch Ausgaben für die Koordinierung der deutschen entwicklungspolitischen Zuammenarbeit in Kooperationsländern sowie die entwicklungspolitische Mitwirkung in internationalen Organisationen.

Zuwendungsempfänger: Zusammenstellung siehe Erläuterungen zu Kap. 0710 Tit. 685 03.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2302 Tit. 896 03	1 118 476	1 315 980

Mehr wegen entwicklungspolitischer Verpflichtungen.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
896 06 -023	Internationale Zusammenarbeit mit Regionen für nachhaltige Entwicklung	30 000	30 000	17 450

Verpflichtungsermächtigung..

in künftigen Haushaltsjahren bis zu..................................... 30 000 T€

Haushaltsvermerk:

1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe von 10 000 T€ der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: 896 03.
2. Erstattungen Dritter fließen den Ausgaben zu.
3. Die Erläuterungen zu Nr. 2 sind verbindlich.
4. Die Ausgaben und die Verpflichtungsermächtigung werden nach vertraulichen Erläuterungen bewirtschaftet.
5. Über Maßnahmen, die nicht in den vertraulichen Erläuterungen vorgesehen sind, ist der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages zusammenfassend nach Ablauf des Haushaltsjahres zu unterrichten.
6. Die Leistungen aus diesem Titel werden weitgehend als Direktleistungen erbracht.
7. Die Maßnahmen werden **im Regelfall von der GIZ durchgeführt. Daneben dürfen Maßnahmen in einem wettbewerblichen Verfahren auch an andere Träger vergeben werden.** Aus diesem Titel dür-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 896 06

fen auch Vorauszahlungen an die GIZ geleistet werden, um ihr die Durchführung von Leistungen für den Bund zu ermöglichen.

Erläuterungen:

1. Die internationale Zusammenarbeit für nachhaltige Entwicklung (IZ) umfasst entwicklungspolitisch wichtige Vorhaben, die länderübergreifend, sektorübergreifend, regional und weltweit die Leistungsfähigkeit der Kooperationspartner für nachhaltige Entwicklung stärken.
2. Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen müssen ODA-anrechenbar sein.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2302 Tit. 896 06	30 000	17 450

Titelgruppe 01

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Tgr. 01	Bilaterale Finanzielle Zusammenarbeit	(1 553 000)	(1 621 364) *(8 869)*	

Haushaltsvermerk:

1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Kap. 2303 Tit. 896 02 und Kap. 2304 Tit. 687 01.

Haushaltsvermerk Nr. 8 findet hierbei für bilaterale Finanzierungszusagen in Höhe von maximal 75 Mio. €, für die keine völkerrechtlichen Vereinbarungen erforderlich sind und die vollständig im laufenden Haushaltsjahr erfüllt werden, keine Anwendung.

2. Einsparungen dienen bis zur Höhe von 10 000 T€ zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: Kap. 2302 Tit. 687 08.

3. Die Ausgaben sind mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 896 01.

4. Die Ausgaben sind in Höhe von 120 000 T€ gegenseitig deckungsfähig.

5. Die Verpflichtungsermächtigungen sind gegenseitig deckungsfähig.

6. Die Erläuterungen zu Nr. 1.2, 1.2.1, 1.2.2, 1.2.3, 1.2.4, 1.2.5 und 2.2 sind verbindlich.

7. In den völkerrechtlichen Zusagen ist zu vereinbaren, dass die Verpflichtungen entfallen, soweit innerhalb von sieben Jahren nach der Zusage der Mittel eine Durchführungsvereinbarung nicht abgeschlossen wurde.

8. Auf die Verpflichtungsermächtigungen sind auch bilaterale Finanzierungszusagen anzurechnen, die schon im selben Haushaltsjahr ganz oder teilweise erfüllt werden.

9. Die Ausgaben und die Verpflichtungsermächtigungen werden nach vertraulichen Erläuterungen bewirtschaftet.

10. Über Schwerpunkte, die nicht in den vertraulichen Erläuterungen vorgesehen sind, ist der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages nach Ablauf des Haushaltsjahres zusammenfassend zu unterrichten.

11. Schwerpunkte, die nicht in den vertraulichen Erläuterungen vorgesehen sind und im Einzelnen den Betrag von 26 000 T€ überschreiten, bedürfen der vorherigen Unterrichtung des Aus-

2301 Bilaterale staatliche Entwicklungszusammenarbeit

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 01

schusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und der Zustimmung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages.

12. Zinssubventionen nach Erläuterung 1.2.3 dürfen bei nachgewiesener Wirtschaftlichkeit auch kapitalisiert an die KfW oder DEG ausgezahlt werden (§ 44 Abs. 2 BHO).

13. Zusagen für Vorhaben der Finanziellen Zusammenarbeit im Bereich der allgemeinen Budgethilfe und Sektorbudgethilfe bedürfen der Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages.

Erläuterungen:

1. Die Ausgaben und die Verpflichtungsermächtigung sind bestimmt für entwicklungspolitisch wichtige Vorhaben im Rahmen der Finanziellen Zusammenarbeit mit Kooperationsländern einschließlich ihrer regionalen Zusammenschlüsse durch

1.1 Gewährung von Darlehen,

1.2 Gewährung von Zuschüssen, wenn die Voraussetzungen einer der nachfolgenden Nummern erfüllt sind:

1.2.1 Der Empfänger gehört zu den am wenigsten entwickelten Ländern (least developed countries, LDC).

1.2.2 Der Empfänger ist ein anderes ärmeres Kooperationsland und das Bundesministerium der Finanzen stimmt der Gewährung eines Zuschusses zu.

1.2.3 Das Vorhaben dient der Umsetzung von Maßnahmen zur Verbesserung der gesellschaftlichen Stellung von Frauen, selbsthilfeorientierten Maßnahmen zur Armutsbekämpfung, Kreditgarantiefonds für mittelständische Betriebe sowie Vorhaben der sozialen Infrastruktur und des Umweltschutzes oder wird durch Zinssubventionen für Darlehen zur Finanzierung förderungswürdiger Maßnahmen in fortgeschritteneren Kooperationsländern gefördert. Die Summe der Zuschüsse nach dieser Nummer darf 37 Prozent der insgesamt in dieser Titelgruppe veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen nicht überschreiten.

Zuschüsse können auch als Zinssubventionen für Marktmittelkredite der KfW oder Darlehen der DEG an private Unternehmen eingesetzt werden. Die zinssubventionierten Darlehen der DEG werden im Rahmen der Sonderfazilität für erneuerbare Energien und Energieeffizienz gewährt. Für Zinssubventionen für Marktmittelkredite werden nicht weniger als 282 800 T€ eingesetzt. Davon sind im Rahmen der Sonderfazilität für erneuerbare Energien und Energieeffizienz 50 000 T€ vorgesehen. Die Möglichkeit, darüber hinaus weitere Zuschüsse für Zinssubventionen einzusetzen, bleibt hiervon unberührt.

1.2.4 Es handelt sich um ein Vorhaben im Rahmen des Stabilitätspakts Südosteuropa. Die Summe der Zuschüsse für diese Länder nach dieser Nummer darf 50 Mio. € nicht überschreiten.

1.2.5 Die Maßnahme dient der projektbezogenen Aus- und Fortbildung von Fach- und Führungskräften aus Kooperationsländern durch die KfW oder die DEG und ist nicht nach den Verträgen zur Durchführung der Vorhaben der Finanziellen Zusammenarbeit bzw. nicht aus Eigenmitteln der DEG selbst zu finanzieren.

1.3 Finanzierung projektbezogener Vorbereitung und Betreuung von FZ-Maßnahmen (Studien- und Beratungsfonds) durch Aufträge an beratende Ingenieure und sonstige Fachkräfte oder die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH. Es darf auch projektbezogene Vorbereitung und Betreuung von Vorhaben im Rahmen des Eigengeschäfts der DEG finanziert werden.

1.4 Erwerb von Beteiligungen und Gewährung von beteiligungsähnlichen Darlehen an Entwicklungsgesellschaften in Kooperationsländern. Treuhandbeteiligungen der KfW und der DEG sowie Forderungen der DEG aus treuhänderischen beteiligungsähnlichen Darlehen in LDC können in geeigneten Fällen unentgeltlich an das Kooperationsland übertragen werden.

1.5 Gewährung von Darlehen und im Falle von LDC Zuschüsse zur Förderung der Privatwirtschaft in den Kooperationsländern und zur Schaffung zusätzli-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

cher Arbeitsplätze durch Unternehmensgründungen rückkehrender Fachkräfte sowie Gewährung von Zuschüssen für Begleitmaßnahmen.

2.1 Die Ausgaben zu 1.1 - 1.4 werden nach Maßgabe der "Leitlinien für die bilaterale Finanzielle und Technische Zusammenarbeit der deutschen Entwicklungszusammenarbeit vom 1. März 2007" (kurz: FZ/TZ-Leitlinien) geleistet. Für die thematische Fazilität IKLU (Initiative Klima- und Umweltschutz) sollen mindestens 250 Mio. € vorgesehen werden. Für Maßnahmen im Rahmen von IKLU kann bis zu einem Betrag von max. 206 Mio. € im Einzelfall auf völkerrechtliche Verträge verzichtet werden. Weiterhin kann im Einzelfall auf völkerrechtliche Abkommen für Maßnahmen nach Entscheidung des bewirtschaftenden Ressorts verzichtet werden, sofern ein völkerrechtliches Rahmenabkommen mit dem Partnerland besteht und wechselseitige Zusagen für die Maßnahme ausgetauscht wurden.

2.2 Die Darlehen und Zuschüsse werden über die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), die Beteiligungen und beteiligungsähnlichen Darlehen über die KfW und DEG abgewickelt.

3. Die Ausgaben zu 1.5 werden auf der Grundlage des Geschäftsbesorgungsvertrages BMZ/DEG vom 8. September 2003 bzw. entsprechender Durchführungsaufträge des BMZ an die GIZ für bestimmte Begleitmaßnahmen abgewickelt. Die Konditionen der Beteiligung sowie der Endkredite bedürfen der vorherigen Zustimmung des Bundesministeriums der Finanzen.

4. Aus dem Ansatz dürfen ferner geleistet werden Ausgaben

4.1 aufgrund des vom Bund übernommenen Risikos aus der Kündigung von Verträgen der bilateralen Finanziellen Zusammenarbeit oder einer Auszahlungssperre für Darlehen und Zuschüsse,

4.2 für die der KfW oder der DEG im Rahmen der diesen Institutionen übertragenen Aufgaben entstandenen Kosten einer notwendigen Rechtsverfolgung und Rechtsverteidigung,

4.3 für das die Erträge aus Treuhandaufgaben übersteigende Pauschalentgelt der DEG gemäß Treuhandgrundvertrag (vgl. Erläuterungen zu Tit. 166 01),

4.4 zur Vergütung der KfW nach dem Vertrag zur Durchführung der Finanziellen Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern der Deutschen Entwicklungszusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der KfW vom 22. Juni 2009 (Generalvertrag) in der jeweils gültigen Fassung.

866 11 -023	Bilaterale Finanzielle Zusammenarbeit - Darlehen	388 250	1 621 364 *8 869*	1 665 523

Verpflichtungsermächtigung...

in künftigen Haushaltsjahren bis zu................................... 530 000 T€

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2302 Tit. 866 01	405 341	416 381

Weniger wegen Umsetzung nach Kap. 2301 Tit. 896 11.

896 11 -023	Bilaterale Finanzielle Zusammenarbeit - Zuschüsse	1 164 750		

Verpflichtungsermächtigung...

in künftigen Haushaltsjahren bis zu................................ 1 590 000 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Verpflichtungsermächtigung ist in Höhe von 50 000 T€ mit der Verpflichtungsermächtigung bei folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 896 03.

in künftigen Haushaltsjahren... 50 000 T€

2301 Bilaterale staatliche Entwicklungszusammenarbeit

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 896 11 (Titelgruppe 01):

2. Die Verpflichtungsermächtigung ist in Höhe von 42 000 T€ mit der Verpflichtungsermächtigung bei folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 896 01.

in künftigen Haushaltsjahren.. 42 000 T€

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2302 Tit. 866 01	1 216 023	1 249 142

Vorbemerkung

Wesentliche finanzwirksame Schwerpunkte des Kapitels

Das Kapitel 2302 umfasst die nichtstaatliche Entwicklungszusammenarbeit und bildet infolgedessen die Förderung des vielfältigen entwicklungspolitischen Engagements zivilgesellschaftlicher, wirtschaftlicher und kommunaler Akteure ab.

Die größten Ausgabenblöcke sind die Förderung entwicklungswichtiger Vorhaben von:

Politischen Stiftungen: Titel 687 04 mit rund 249 Mio. € und

Kirchen: Titel 896 04 mit 218 Mio. €.

Weitere politisch wichtige Ausgabenblöcke innerhalb des Kapitels sind Programme zur Förderung des **bürgerschaftlichen und kommunalen Engagements:** Titelgruppe 07 mit insgesamt rund 148 Mio. € sowie

Entwicklungspartnerschaften mit der Wirtschaft: Titel 687 01 mit 79,8 Mio. €.

Zudem ist in diesem Kapitel die institutionelle Förderung der Engagement Global gGmbH mit insgesamt rund 17,9 Mio. € (Titel 685 01 und 894 01) veranschlagt.

Wesentliche Ziele, die mit den veranschlagten Mitteln erreicht werden sollen

In einer immer stärker zusammenwachsenden Welt ist Entwicklungspolitik nicht nur eine zentralstaatliche, sondern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die Erfahrung, Kreativität und Finanzkraft aller gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und öffentlichen Akteure fordert. Ihr Engagement wirkt auch in Bereichen, in denen der Staat aus politischen, ökonomischen oder logistischen Gründen kaum Einfluss nehmen kann.

Ziel ist es, mehr Menschen und Organisationen aus Zivilgesellschaft und Wirtschaft sowie mehr Kommunen für Entwicklungspolitik und ihre Ziele zu interessieren. Die veranschlagten Haushaltsmittel tragen dazu bei, neue ebenso wie erfahrene Akteure dabei zu unterstützen, sich wirksam für entwicklungspolitische Anliegen einzusetzen und im Austausch mit ihren Partnern in Entwicklungs- und Schwellenländern Lösungsansätze für Entwicklungsfragen zu erarbeiten.

Über die Veranschlagung der Haushaltsmittel für Vorhaben der **politischen Stiftungen** wird insbesondere zum Aufbau funktionierender staatlicher und demokratischer Strukturen mit unabhängiger Judikative, mit Rechtssicherheit und mit einer aktiven Beteiligung der Zivilgesellschaft beigetragen. Mit den Haushaltsmitteln, die für Vorhaben der **Kirchen** eingesetzt werden, trägt das BMZ wesentlich zur Stärkung von Eigenverantwortung und Eigeninitiative lokaler Akteure in Entwicklungs- und Schwellenländern bei.

Die Programme zur Förderung **bürgerschaftlichen und kommunalen Engagements** (Titelgruppe 07) umfassen die Finanzierung entwicklungswichtiger Vorhaben privater deutscher Träger, der entwicklungspolitischen Bildung und des kommunalen Engagements ebenso wie den entwicklungspolitischen Freiwilligendienst (weltwärts) und den Zivilen Friedensdienst. Die zivilgesellschaftlichen und kommunalen Akteure verfügen über äußerst vielfältige Kompetenzen. So bringen bspw. die Träger des Zivilen Friedensdienstes besonderes Know-How im Bereich der Krisenprävention und Konfliktbewältigung oder die kommunalen Akteure für die kommunale Regierungsführung und Daseinsvorsorge ein. Über die veranschlagten Haushaltsmittel wird damit auch dazu beigetragen, entwicklungspolitische Themen stärker in der Gesellschaft zu verankern. Engagement Global unterstützt diesen Trägerkreis bei der Umsetzung der programmspezifischen Ziele mit entsprechenden Dienstleistungen. Dazu gehören insbesondere Informations-, Beratungs- und Qualifizierungsmaßnahmen und die Umsetzung von Förder- und Lernprogrammen.

Mit den Haushaltsmitteln, die für **Entwicklungspartnerschaften mit der Wirtschaft** eingesetzt werden, können zusätzliche Kräfte, Know-How und finanzielle Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit und damit den Aufbau der Wirtschaft in den Partnerländern gewonnen werden. Zudem können insbesondere private Unternehmen, die global tätig sind, über ihre Wertschöpfungsketten umwelt- und sozialverträglichere Produktions- und Konsummuster befördern.

2302 Zivilgesellschaftliches, kommunales und wirtschaftliches Engagement

Überblick zum Kapitel 2302	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Übrige Einnahmen...	401	1 548	-1 147		2 240
Gesamteinnahmen...	401	1 548	-1 147		2 240
Ausgaben					
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	537 117	511 600	+25 517	186	509 420
Ausgaben für Investitionen.....................................	218 350	218 000	+350		216 000
Gesamtausgaben..	755 467	729 600	+25 867	186	725 420
davon nicht flexibilisiert..	755 467	729 600	+25 867	186	725 420

Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014	
Verpflichtungsermächtigung...................................	662 620 T€
davon fällig:	
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.................................	178 130 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.................................	146 390 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.................................	136 100 T€
in künftigen Haushaltsjahren bis zu.......................	202 000 T€

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Übrige Einnahmen

166 05 -023	Zinsen aus Darlehen zur Förderung von Niederlassungen deutscher Unternehmen sowie des Technologietransfers durch deutsche Unternehmen	7	30	42

Haushaltsvermerk:

Von den Einnahmen können die Kosten der bei der Durchführung der Maßnahmen eingeschalteten Institute vorweg abgezogen werden.

186 05 -023	Tilgung von Darlehen zur Förderung von Niederlassungen deutscher Unternehmen sowie des Technologietransfers durch deutsche Unternehmen	394	1 518	2 198

Ausgaben

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)

685 01 -023	Institutionelle Förderung der Engagement Global gGmbH - Betrieb	17 517		

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 894 01.

Erläuterungen:

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
Institutionelle Förderung/Zuschüsse an Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO					
1. Engagement Global gGmbH	100,00	100,00	17 867	16 692	14 946
- aus Kap. 2302 Tit. 685 01			*17 517*	*-*	*-*
- aus Kap. 2302 Tit. 894 01			*350*	*-*	*-*
- aus Kap. 2305 Tit. 685 41			*-*	*16 097*	*14 132*
- aus Kap. 2305 Tit. 894 41			*-*	*595*	*814*

Wirtschaftsplan zu 1. siehe Anlage zum Kapitel 2302.

Gesellschafter ist der Bund mit einer Stammeinlage von 25.000 Euro. Zweck der Engagement Global gGmbH ist die Förderung der Entwicklungszusammenarbeit und der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit sowie des bürgerschaftlichen und kommunalen Engagements zugunsten dieser Zwecke. Die Engagement Global gGmbH erbringt entsprechende Dienst- und Verwaltungsleistungen. Dazu gehören insbesondere Informations-, Beratungs- und Qualifizierungsmaßnahmen, die Umsetzung von Förder- und Lernprogrammen, Maßnahmen der entwicklungspolitischen Bildungsarbei im Inland sowie Kooperationen mit den Ländern und Kommunen in der Bundesrepublik Deutschland. Die Ausgaben für die Projektförderung sind in der Tgr. 07 und Tit. 687 01 sowie in weiteren Epl. des Bundeshaushalts veranschlagt. Daneben beteiligen sich die Länder sowie sonstige Kostenträger an der Projektförderung.

Zu Spalte 6:
Bereinigt um die vom Zusendungsempfänger im Haushaltsjahr 2013 zurückgezahlten, in 2012 nicht in Anspruch genommenen Beträge.

2302 Zivilgesellschaftliches, kommunales und wirtschaftliches Engagement

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
687 01 -023	Entwicklungspartnerschaft mit der Wirtschaft	79 800	79 800	79 800

Verpflichtungsermächtigung... 79 800 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 31 350 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu... 27 050 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu... 21 400 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Die Ausgaben sind in Höhe von 15 000 T€ mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: Kap. 2301 Tit. 896 03.
3. Die Erläuterungen zu Nr. 2 sind verbindlich.

Erläuterungen:

1. Die Ausgaben und die Verpflichtungsermächtigung sind dazu bestimmt, Entwicklungspartnerschaften mit der Wirtschaft zu fördern, insbesondere durch Unterstützung

1.1 entwicklungsrelevanter Projekte von Unternehmen (Public-Private Partnership/ PPP),

1.2 von Partnerschaftsvorhaben von Einrichtungen der Wirtschaft wie Kammern, Verbänden sowie Spar- und Krediteinrichtungen.

2. Aus dem Ansatz können auch Beiträge bis zur Höhe von 1 250 T€ zu einem Fonds "PPP-Fazilität der KfW" geleistet werden. Die Fazilität unterstützt die Vorbereitung von entwicklungspolitisch wirksamen Engagements privater Unternehmen bei Infrastrukturvorhaben in Kooperationsländern. Ziel ist die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Infrastruktur in den Partnerländern.

3. Mitveranschlagt sind die Kosten vorbereitender, begleitender und auswertender Maßnahmen. Die Ausgaben für Partnerschaftsvorhaben von Einrichtungen der deutschen Wirtschaft werden nach Maßgabe von Richtlinien geleistet.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2302 Tit. 687 11	79 800	79 800

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
687 03 -023	Förderung der Sozialstruktur	42 020	42 020	44 288

Verpflichtungsermächtigung... 31 500 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 10 550 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu... 11 100 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu... 9 850 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Die Ausgaben sind in Höhe von **2 500 T€** mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 687 76.
3. Die Verpflichtungsermächtigung ist mit den Verpflichtungsermächtigungen bei folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: 684 71, 685 71, 687 72, 687 74 und 687 76.

Erläuterungen:

Die Ausgaben werden nach Maßgabe von Richtlinien geleistet.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Noch zu Titel 687 03				
	Trägerorganisationen sind ausgewählte gesellschaftliche Selbsthilfeeinrichtungen. Mitveranschlagt sind die Kosten vorbereitender, projektbegleitender und auswertender Maßnahmen.			
687 04 -023	Förderung entwicklungswichtiger Vorhaben der politischen Stiftungen	249 400	249 400	247 400
	Verpflichtungsermächtigung.................... 220 000 T€ davon fällig: im Haushaltsjahr 2015 bis zu.................... 74 000 T€ im Haushaltsjahr 2016 bis zu.................... 62 310 T€ im Haushaltsjahr 2017 bis zu.................... 83 690 T€ Haushaltsvermerk: Die Ausgaben sind übertragbar. Erläuterungen: Die Ausgaben werden nach Maßgabe von Richtlinien geleistet. Wahlkämpfe, Arbeitskämpfe und die Direktfinanzierung von Parteien und Gewerkschaften werden aus den Ausgaben nicht gefördert. Mitveranschlagt sind die Kosten vorbereitender, projektbegleitender und auswertender Maßnahmen.			
687 08 -023	Gesellschaftliche Krisenreaktions- und Stabilisierungshilfe	-	-	1 494
	Haushaltsvermerk: 1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe von 10 000 T€ der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: **Kap. 2301 Tgr. 01.** 2. Einnahmen fließen den Ausgaben zu. Erläuterungen: Die Förderung gesellschaftlicher Krisenreaktion und Stabilisierungen von systemischen Reformprozessen deckt Länder einschließlich Regionen ab.			
	Ausgaben für Investitionen			
894 01 -023	Institutionelle Förderung der Engagement Global gGmbH - Zuschüsse für Investitionen	350		
	Haushaltsvermerk: **Die Ausgaben sind mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 685 01.** Erläuterungen: Zuwendungsempfänger: Zusammenstellung siehe Erläuterungen zu Tit. 685 01.			
896 04 -023	Förderung entwicklungswichtiger Vorhaben der Kirchen	218 000	218 000	216 000
	Verpflichtungsermächtigung.................... in künftigen Haushaltsjahren bis zu.................... 202 000 T€ Erläuterungen: Die Ausgaben dienen der Förderung entwicklungswichtiger Vorhaben der Kirchen in Kooperationsländern einschließlich der regionalen Zusammenschlüsse der Ko-			

2302 Zivilgesellschaftliches, kommunales und wirtschaftliches Engagement

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Noch zu Titel 896 04				
	operationsländer und personeller Maßnahmen zur Einleitung und Sicherung solcher Vorhaben. Seelsorgerische Maßnahmen werden aus den Ausgaben nicht finanziert. Die Ausgaben und Verpflichtungen werden nach Maßgabe von Richtlinien geleistet bzw. eingegangen. Mitveranschlagt sind die Kosten vorbereitender, projektbegleitender und auswertender Maßnahmen.			
	Titelgruppe 07			
Tgr. 07	Förderung des bürgerschaftlichen und kommunalen Engagements	(148 380)	(140 380) *(186)*	
	Haushaltsvermerk: 1. Die Ausgaben sind übertragbar. 2. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig. 3. Die Verpflichtungsermächtigungen sind gegenseitig deckungsfähig. 4. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden. Erläuterungen: Mitveranschlagt sind die Kosten vorbereitender, begleitender, auswertender und nachbereitender Maßnahmen.			
684 71 -023	Förderung der entwicklungspolitischen Bildung	23 000	15 000 *186*	19 784
	Verpflichtungsermächtigung....... 20 000 T€ davon fällig: im Haushaltsjahr 2015 bis zu....... 11 000 T€ im Haushaltsjahr 2016 bis zu....... 9 000 T€ Haushaltsvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung ist mit der Verpflichtungsermächtigung bei folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 687 03. Erläuterungen: Es werden Programme mit gesellschaftlichen Gruppen und Institutionen der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit durchgeführt.			
685 71 -023	Förderung des kommunalen Engagements	5 000	5 000	-
	Verpflichtungsermächtigung....... 3 000 T€ davon fällig: im Haushaltsjahr 2015 bis zu....... 1 500 T€ im Haushaltsjahr 2016 bis zu....... 1 000 T€ im Haushaltsjahr 2017 bis zu....... 500 T€ Haushaltsvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung ist mit der Verpflichtungsermächtigung bei folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 687 03.			

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu Titelgruppe 07			
687 72 -023	Ziviler Friedensdienst	29 000	29 000	29 443
687 74 -023	Entwicklungspolitischer Freiwilligendienst	30 000	30 000	26 853
687 76 -023	Förderung entwicklungswichtiger Vorhaben privater deutscher Träger	61 380	61 380	60 358

687 72 -023 Ziviler Friedensdienst

Verpflichtungsermächtigung... 25 320 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 6 130 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 8 330 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 10 860 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Verpflichtungsermächtigung ist mit der Verpflichtungsermächtigung bei folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 687 03.
2. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Gegenstände die aus Ausgaben dieses Titels angeschafft und als Ausrüstungsgegenstände in Maßnahmen des Zivilen Friedensdienstes verwendet worden sind, einer im Partnerland ansässigen, gemeinnützigen Organisation überlassen werden können.

Erläuterungen:

Mitveranschlagt sind die Kosten für sonstige nichtstaatliche Maßnahmen ziviler Konfliktbearbeitung.

687 74 -023 Entwicklungspolitischer Freiwilligendienst

Verpflichtungsermächtigung... 26 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 15 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 10 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 1 000 T€

Haushaltsvermerk:

Die Verpflichtungsermächtigung ist mit der Verpflichtungsermächtigung bei folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 687 03.

687 76 -023 Förderung entwicklungswichtiger Vorhaben privater deutscher Träger

Verpflichtungsermächtigung... 55 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 28 600 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 17 600 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 8 800 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind in Höhe von **2 500 T€** mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 687 03.
2. Die Verpflichtungsermächtigung ist mit der Verpflichtungsermächtigung bei folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 687 03.

Erläuterungen:

Die Ausgaben werden nach Maßgabe von Richtlinien geleistet. Einbezogen sind personelle Maßnahmen, soweit diese zur Einleitung und Sicherung eines bestimmten Vorhabens erforderlich sind. Mitveranschlagt sind in Ausnahmefällen Kosten des Transports entwicklungswichtiger Spendensammlungen von deutschen Gruppen und Organisationen.

2302 Anlage 1 Wirtschaftspläne

Anlage zu Kapitel 2302 - Wirtschaftspläne

Zu Tit. 685 01

1. Engagement Global gGmbH

Wirtschaftsplan		Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1		2	3	4
Institutionelle Förderung				
1.	**Ausgaben**	**17 867**	**16 692**	**14 947**
1.1	Personalausgaben	10 088	10 047	7 877
1.2	Sächliche Verwaltungsausgaben	7 429	6 050	6 256
1.3	Ausgaben für Investitionen	350	595	814
2.	**Finanzierung der Ausgaben**	**17 867**	**16 692**	**14 947**
2.1	Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	-	-	1
2.2	**Zuwendung des Bundes**	**17 867**	**16 692**	**14 946**
	aus Kap. 2302 Tit. 685 01	*17 517*	-	-
	aus Kap. 2302 Tit. 894 01	*350*	-	-
	aus Kap. 2305 Tit. 685 41	-	*16 097*	*14 132*
	aus Kap. 2305 Tit. 894 41	-	*595*	*814*
nachrichtlich: **Projektförderung**		146 280	141 820	67 438

Zu Spalte 4: Bereinigt um die vom Zuwendungsempfänger im Haushaltsjahr 2013 zurückgezahlten, in 2012 nicht in Anspruch genommenen Beträge.

Vorbemerkung

Wesentliche finanzwirksame Schwerpunkte des Kapitels

Kapitel 2303 beinhaltet als Teil der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit diejenigen Haushaltsmittel, die sich an eine supranationale Institution, internationale Einrichtungen und internationale Nichtregierungsorganisationen richten.

Die finanzwirksamsten Ausgabenblöcke innerhalb des Kapitels sind:

der deutsche **Beitrag zum Europäischen Entwicklungsfonds (EEF):** Titel 896 02 mit 670 Mio. € zur Finanzierung der aus den EU-AKP-Partnerschaftsabkommen (Staaten in Afrika, in der Karibik und im Pazifik) von Lomé und Cotonou resultierenden Verpflichtungen und

der deutsche **Beitrag an den Globalen Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria (GFATM):** Titel 896 07 mit 240 Mio. € sowie

die **Beiträge an die Vereinten Nationen, ihre Sonderorganisationen sowie an andere internationale Einrichtungen und internationale Nichtregierungsorganisationen:** Titel 687 01 mit insgesamt rund 131 Mio. €.

Weitere politische Ausgabenschwerpunkte innerhalb des Kapitels sind:

die **Beiträge zur Sicherung der Ernährung, der internationalen Agrarforschung und zur ländlichen Entwicklung:** Titel 687 02, 687 03 und 687 04 mit insgesamt rund 61 Mio. € sowie

die **entwicklungswichtigen multilateralen Hilfen zum weltweiten Umweltschutz, zur Erhaltung der Biodiversität und zum Klimaschutz:** Titel 896 09 mit 183 Mio. €. Über diesen Titel werden deutsche Beiträge zu der Globalen Umweltfazilität (GEF), zum Montrealer Protokollfonds und zu verschiedenen Fonds im Bereich Klimaschutz/Klimawandel finanziert.

Nach § 11 Haushaltsgesetz 2014 wird die Bundesregierung ermächtigt, die bei den Titeln 687 04 und 896 09 zu entrichtenden Beiträge durch Hingabe von unverzinslichen Schuldscheinen zu erbringen.

Wesentliche Ziele, die mit den veranschlagten Mitteln erreicht werden sollen

Der deutsche **Beitrag zum Europäischen Entwicklungsfonds (EEF)** dient der langfristigen und nachhaltigen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der AKP-Staaten und deren Integration in die Weltwirtschaft.

Mit dem deutschen Beitrag an den **Globalen Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria** (GFATM) werden weltweit bedürftige Länder in ihrem Kampf gegen diese drei übertragbaren Krankheiten unterstützt.

Über ausgewählte **Beiträge an die Vereinten Nationen, ihre Sonderorganisationen sowie andere internationale Einrichtungen und internationale Nichtregierungsorganisationen** beteiligt sich das BMZ an der strategischen entwicklungspolitischen Ausrichtung dieser Organisationen und bringt in deren Arbeit eigene entwicklungspolitische Akzente ein.

Die **Beiträge zur Sicherung der Ernährung, der internationalen Agrarforschung und zur ländlichen Entwicklung** verbessern in Zusammenarbeit mit dem Welternährungsprogramm gezielt den Zugang zu Nahrungsmitteln durch temporäre Transferleistungen sowie die Reduzierung von chronischer Unter- und Mangelernährung in ländlichen und urbanen Räumen. Die deutsche Beteiligung an der Finanzierung der globalen Agrarforschungspartnerschaft dient dem Entwicklungsziel, die Ernährung für eine wachsende Weltbevölkerung gerade auch unter den Bedingungen des Klimawandels zu sichern, ländliche Armut zu reduzieren und die nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen im ländlichen Raum zu fördern. Der Internationale Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD) leistet mit seinem auf nachhaltige Strukturveränderungen und marginalisierte Bevölkerungsgruppen ausgerichteten strategischen Ansatz einen Beitrag zur dauerhaften Überwindung der Nahrungsmittelknappheit und zur Schaffung von Ernährungssicherheit.

Die **entwicklungswichtigen multilateralen Hilfen zum weltweiten Umweltschutz, zur Erhaltung der Biodiversität und zum Klimaschutz** sind dazu bestimmt, durch die Beteiligung an verschiedenen internationalen Fonds Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen bei Umwelt- und Klimaschutz/Klimaanpassungsvorhaben von weltweitem Interesse finanziell zu unterstützen.

2303 Europäische Entwicklungszusammenarbeit, Beiträge an die Vereinten Nationen sowie andere internationale Einrichtungen

Überblick zum Kapitel 2303	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Übrige Einnahmen	40 000	40 000	-		34 012
Gesamteinnahmen	40 000	40 000	-		34 012
Ausgaben					
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	192 376	178 039	+14 337		167 223
Ausgaben für Investitionen	1 093 374	1 136 279	-42 905	19 763	1 001 593
Gesamtausgaben	1 285 750	1 314 318	-28 568	19 763	1 168 816
davon nicht flexibilisiert	1 285 750	1 314 318	-28 568	19 763	1 168 816
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung	476 016 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu	68 108 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu	75 608 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu	52 000 T€				
in künftigen Haushaltsjahren bis zu	280 300 T€				

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Übrige Einnahmen

186 04 -023	Tilgungen von Darlehen im Rahmen der EWG-Assoziierungsabkommen - Jaunde I und II und Lomé	40 000	40 000	34 012

Haushaltsvermerk:

Von den Einnahmen können die Kosten der bei der Durchführung der Maßnahmen eingeschalteten Institute vorweg abgezogen werden.

Erläuterungen:

Nach den Abkommen von Jaunde und den Folgeabkommen von Lomé zwischen der Europäischen Gemeinschaft und 78 Staaten in Afrika, in der Karibik und im Pazifik (AKP-Staaten) werden den AKP-Staaten im Rahmen des Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) u. a. rückzahlbare Finanzhilfen gewährt, die aus den nationalen Haushalten der EU-Mitgliedstaaten finanziert werden. Nach den internen Abkommen über die Finanzierung und die Verwaltung der Mittel stehen die von den Empfängerländern eingenommenen Beträge nach Abzug einer Verwaltungsprovision den Mitgliedstaaten entsprechend ihren früheren Beitragsleistungen zu, sofern der Rat nicht eine anderweitige Verwendung beschließt.

Bei diesem Titel dürfen auch die der Höhe nach noch nicht bestimmbaren Zinseinnahmen veranschlagt werden.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2302 Tit. 186 04	40 000	34 012

Ausgaben

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)

687 01 -023	Beiträge an die Vereinten Nationen, ihre Sonderorganisationen sowie andere internationale Einrichtungen und internationale Nichtregierungsorganisationen	131 032	118 800	108 400

Verpflichtungsermächtigung... 32 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 22 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu... 10 000 T€

Haushaltsvermerk:

Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 896 02.

Erläuterungen:

Gegenstand der Förderung ist die Leistung von Beiträgen an

1. Sonderorganisationen der Vereinten Nationen, zu deren Leistung die Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer Mitgliedschaft verpflichtet ist, und
2. Fonds und Programme der Vereinten Nationen sowie weitere internationale Einrichtungen und internationale Nichtregierungsorganisationen, die die Bundesrepublik Deutschland freiwillig leistet, um sich an der strategischen entwicklungspolitischen Ausrichtung dieser Organisationen zu beteiligen und deutsche entwicklungspolitische Akzente in deren Arbeit einzubringen.

2303 Europäische Entwicklungszusammenarbeit, Beiträge an die Vereinten Nationen sowie andere internationale Einrichtungen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 687 01

Bezeichnung der Organisation Rechtsgrundlage und Zweck der Mitgliedschaft	Mitgliedsbeitrag der Bundesrepublik Deutschland (Pflichtleistungen)			Besondere (freiwillige) Leistungen außerhalb des Mitgliedsbeitrags in 1 000 € (gerundet)	Zusammen Spalte 4 + 5 in 1 000 €
	in Prozent	in Tausend-Fremdwährung (gerundet)	in 1 000 € (gerundet)		
1	2	3	4	5	6
1. Beitrag an die Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO)......	12,1		7 518		7 518
Rechtsgrundlage: Gesetz					
2. Beiträge an das Sekretariat des internationalen Übereinkommens zur Bekämpfung der Wüstenbildung (UNCCD)..............	7,33		514	1 123	1 637
Rechtsgrundlage: Übereinkommen vom 26.12.1996					
3. Beitrag zum OECD-Development-Center (OECD-DEV) sowie zum OECD Development Assistance Committee (OECD-DAC)......	16,9		1 028	-	1 028
4. Beitrag zum Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP)......				22 400	22 400
5. Beitrag zum Freiwilligenprogramm der Vereinten Nationen (UNV)......				1 790	1 790
Rechtsgrundlage: Abkommen vom 13.02.1996					
6. Beitrag zur Organisation der Vereinten Nationen für Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit (UN WOMEN)...........				2 000	2 000
7. Beitrag zum Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA)......				18 000	18 000
8. Beitrag zum Doha Development Agenda Global Trust Fund (DDAGTF)......				1 000	1 000
9. Global Partnership for Education Fund (GPE-Fund)...............				7 000	7 000
10. Beitrag an das International Institute for Democracy and Electoral Assistance (IDEA)......				400	400
11. Beitrag zum Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF)......				12 532	12 532
12. Beitrag zur Internationalen Familienplanungsföderation (IPPF)......				5 000	5 000
13. Beitrag zur Globalen Allianz für Impfstoffe und Immunisierung (GAVI)......				15 000	15 000
14. Scaling up Nutrition Movement Secretariat (SUN)...................				1 000	1 000
15. Zweckgebundene Beiträge an die Vereinten Nationen, ihre Sonderorganisationen sowie andere internationale Einrichtungen und internationale Nichtregierungsorganisationen............				34 727	34 727
Zusammen......			9 060	121 972	131 032

Differenzen durch Rundung möglich

Mitveranschlagt sind die Kosten vorbereitender, begleitender und auswertender Maßnahmen.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2302 Tit. 687 01	118 800	108 400

Mehr wegen entwicklungspolitischer Verpflichtungen.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
687 02 -023	Beteiligung am Welternährungsprogramm	23 008	23 008	23 008

Verpflichtungsermächtigung... 46 016 T€

davon fällig:

im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 23 008 T€

im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 23 008 T€

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 687 02

Erläuterungen:

Das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen und der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) dient der Förderung arbeitsintensiver und produktiver Projekte durch Bereitstellung von Nahrungsmitteln einschließlich notwendiger Begleitmaßnahmen und der Hilfe bei akuten Hungersnöten.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2302 Tit. 687 23	23 008	23 008

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
687 03 -023	Förderung der internationalen Agrarforschung	20 000	20 000	20 000

Verpflichtungsermächtigung.. 16 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 4 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 5 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 7 000 T€

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind übertragbar.

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind bestimmt für

1. Beiträge zu den Ausgaben der von der Weltbankberatungsgruppe "Internationale Agrarforschung" geförderten wissenschaftlichen Institute.
2. Maßnahmen der internationalen Agrarforschung.

   Es dürfen auch die Kosten vorbereitender Maßnahmen sowie Kosten, die im Zusammenhang mit der Entsendung deutschen Personals in internationale Institute entstehen, finanziert werden.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2302 Tit. 687 38	20 000	20 000

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
687 04 -023	Zahlungen an den Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD) und an dessen Sonderprogramm für Subsahara-Afrika	18 336	16 231	15 815

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Die Erläuterungen zu Nr. 2 sind verbindlich.

Erläuterungen:

Bezeichnung der Organisation Rechtsgrundlage und Zweck der Mitgliedschaft	Mitgliedsbeitrag der Bundesrepublik Deutschland (Pflichtleistungen)			Besondere (freiwillige) Leistungen außerhalb des Mitgliedsbeitrags in 1 000 € (gerundet)	Zusammen Spalte 4 + 5 in 1 000 €
	in Prozent	in Tausend-Fremdwährung (gerundet)	in 1 000 € (gerundet)		
1	2	3	4	5	6
Beteiligung am Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD), hier IFAD IX Rechtsgrundlage: Beitragsurkunde...	6,5		18 336		18 336

1. Der 1976 gegründete Internationale Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD) hat die Aufgabe, die Nahrungsmittelproduktion in den ärmsten Entwick-

2303 Europäische Entwicklungszusammenarbeit, Beiträge an die Vereinten Nationen sowie andere internationale Einrichtungen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 687 04

lungsländern zu steigern und den Ernährungszustand der ländlichen Bevölkerung zu verbessern. Die Bundesrepublik Deutschland ist dem IFAD 1977 beigetreten (BGBl. 1978 II S. 1405).

Die kumulativen Beitragszusagen für den Fonds beliefen sich am 31. Dezember 2012 auf rd. 7,166 Mrd. USD. Hieran ist die Bundesrepublik Deutschland mit 481,37 Mio. USD beteiligt.

Der Ansatz enthält den für 2014 zu erwartenden Abruf aus hinterlegten Schuldscheinen für die 9. Auffüllung des Fonds.

2. Die Bundesregierung wird, soweit andere Geberländer ihre nach den jeweiligen Auffüllungsresolutionen einzugehenden Verpflichtungen nicht oder nicht termingerecht eingehen oder erfüllen, von ihrem Recht Gebrauch machen, die Inanspruchnahme ihrer Verpflichtungen insoweit zu sperren, als die Resolutionen dies zulassen. Ausnahmen bedürfen der Zustimmung des Bundesministeriums der Finanzen und des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2302 Tit. 687 57	16 231	15 815

Ausgaben für Investitionen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
896 02 -023	Beitrag zu den "Europäischen Entwicklungsfonds" der Europäischen Union (Abkommen von Lomé und Cotonou)	670 000	694 000 *19 763*	598 408

Haushaltsvermerk:

1. Einsparungen dienen bis zur Höhe von 26 000 T€ zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: Kap. 2301 Tit. 687 06.
2. Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Kap. 2301 Tit. 896 03 **und Tgr. 01.**
3. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: 687 01.
4. Entscheidungen über die Höhe deutscher Beiträge zu den Europäischen Entwicklungsfonds bedürfen der Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages.

   § 38 BHO bleibt unberührt.

Erläuterungen:

Die im Rahmen der AKP-EU-Partnerschaftsabkommen zwischen der Europäischen Union und 78 Staaten in Afrika, in der Karibik und im Pazifik (AKP-Staaten) eingerichteten Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) haben die Aufgabe, Finanzhilfen an die AKP-Staaten zu gewähren. Die Mittel der Fonds werden aus den nationalen Haushalten der EU-Mitgliedstaaten aufgebracht.

Das Abkommen von Cotonou wurde am 1. Juni 2000 unterzeichnet und umfasst die Einrichtung eines 9. EEF in einer Höhe von 13,8 Mrd. € im Rahmen des 1. Finanzprotokolls. Der deutsche Anteil beträgt 3,224 Mrd. € (23,36 Prozent).

Das Cotonou-Abkommen wurde am 25. Juni 2005 revidiert und um das 2. Finanzprotokoll ergänzt, das die Ausstattung des 10. EEF mit 22,682 Mrd. € vorsieht. Der deutsche Anteil beträgt rd. 4,650 Mrd. € (20,5 Prozent).

Der Ansatz berücksichtigt die zu erwartenden Abrufe aus dem 9. und 10. EEF.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2302 Tit. 896 02	694 000	598 408

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
896 07 -023	Beitrag an den Globalen Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria (GFATM)	240 000	200 000	200 000

Erläuterungen:

Auf der Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen zu HIV/Aids im Juni 2001 wurde beschlossen, einen Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria (GFATM) zu gründen. Der Fonds hat im Jahr 2002 seine Arbeit aufgenommen; er wurde als Stiftung nach Schweizer Recht mit Sitz in Genf eingerichtet und stellt eine Partnerschaft zwischen den relevanten Akteuren dar (Geber-/Empfängerländer, Wirtschaft, private Stiftungen, Nord- und Süd-Nichtregierungsorganisationen und Vertreter der von der Krankheit Betroffenen). Diese Akteure sind im wichtigsten Steuerungsgremium, dem Verwaltungsrat, vertreten. Der GFATM ist ein wesentliches Finanzierungsinstrument in der internationalen Zusammenarbeit zur Bekämpfung von HIV/Aids, Tuberkulose und Malaria. Er unterstützt weltweit bedürftige Länder in ihrem Kampf gegen diese drei übertragbaren Krankheiten.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2302 Tit. 896 07	200 000	200 000

Mehr wegen entwicklungspolitischer Verpflichtungen.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
896 09 -023	Entwicklungswichtige multilaterale Hilfen zum weltweiten Umweltschutz, zur Erhaltung der Biodiversität und zum Klimaschutz	183 374	242 279	203 185

Verpflichtungsermächtigung... 382 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 19 100 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu... 37 600 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu... 45 000 T€
in künftigen Haushaltsjahren bis zu................................... 280 300 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Erläuterungen zu Nr. 1.2 sind verbindlich.
2. Zinssubventionen nach Erläuterung Nr. 4.1 dürfen bei nachgewiesener Wirtschaftlichkeit auch kapitalisiert an die KfW oder DEG ausgezahlt werden (§ 44 Abs. 2 BHO).

Erläuterungen:

Bezeichnung der Organisation Rechtsgrundlage und Zweck der Mitgliedschaft	Mitgliedsbeitrag der Bundesrepublik Deutschland (Pflichtleistungen)			Besondere (freiwillige) Leistungen außerhalb des Mitgliedsbeitrags in 1 000 € (gerundet)	Zusammen Spalte 4 + 5 in 1 000 €
	in Prozent	in Tausend-Fremdwährung (gerundet)	in 1 000 € (gerundet)		
1	2	3	4	5	6
1. Beteiligung am Globalen Umwelt- und Treuhandfonds (GET) der Globalen Umweltfazilität (GEF); 4. Wiederauffüllung Rechtsgrundlage: Beitragsurkunde..	12,89	3 284 USD	2 382		2 382
2. Beteiligung am Globalen Umwelt- und Treuhandfonds (GET) der Globalen Umweltfazilität (GEF); 5. Wiederauffüllung Rechtsgrundlage: Beitragsurkunde..	13,53		78 226		78 226
3. Beteiligung am Montrealer Protokollfonds (MP); 7. Wiederauffüllung Rechtsgrundlage: Beitragsurkunde..	10,41		1 217		1 217
4. MP 8. Auffüllung...			6 549		6 549
5. Beteiligung an der Forest Carbon Partnership Facility (FCPF) Rechtsgrundlage: Beitragsurkunde..			47 000		47 000

2303 Europäische Entwicklungszusammenarbeit, Beiträge an die Vereinten Nationen sowie andere internationale Einrichtungen

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 896 09

Bezeichnung der Organisation Rechtsgrundlage und Zweck der Mitgliedschaft	Mitgliedsbeitrag der Bundesrepublik Deutschland (Pflichtleistungen)			Besondere (freiwillige) Leistungen außerhalb des Mitgliedsbeitrags in 1 000 € (gerundet)	Zusammen Spalte 4 + 5 in 1 000 €
	in Prozent	in Tausend-Fremdwährung (gerundet)	in 1 000 € (gerundet)		
1	2	3	4	5	6
6. Beteiligung am Fonds für die am wenigsten entwickelten Länder (LDCF) Rechtsgrundlage: Beitragsurkunde..			30 000		30 000
7. Beteiligung am Sonderfonds Klimawandel (SCCF) Rechtsgrundlage: Beitragsurkunde..			18 000		18 000
Zusammen...			183 374	-	183 374

Differenzen durch Rundung möglich

Die Ausgaben sind dazu bestimmt, durch die Beteiligung an verschiedenen internationalen Fonds Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen bei Umweltvorhaben von weltweitem Interesse finanziell zu unterstützen.

1.1 Der Globale Umwelt-Treuhandfonds (GET) der Globalen Umweltfazilität (GEF) ist das zentrale Finanzierungsinstrument insbesondere zur Eindämmung des Treibhauseffektes, zur Erhaltung der biologischen Vielfalt, zum Schutz der Ozonschicht und von internationalen Gewässern sowie zum Schutz vor bestimmten langlebigen organischen Schadstoffen (POPs) und vor Landdegradation.

Die von den Gebern zugesagte Mittelausstattung des GET belief sich am 31. Dezember 2012 auf 9,1 Mrd. SZR. Hieran ist die Bundesrepublik Deutschland mit 1 751,1 Mio. USD beteiligt.

Der Ansatz enthält die für 2014 zu erwartenden Abrufe aus hinterlegten Schuldscheinen für die Beteiligung an der 4. und 5. Auffüllung des Fonds.

Die Bundesregierung beabsichtigt, sich mit einem weiteren Beitrag in Höhe von 350 Mio. € an der 6. Auffüllung des GET zu beteiligen. Hierzu dient ein Teil der Verpflichtungsermächtigung.

1.2 Die Bundesregierung wird, soweit andere Geber ihre nach den Resolutionen zu den Wiederauffüllungen des Globalen Umwelt-Treuhandfonds der GEF einzugehenden Verpflichtungen nicht oder nicht termingerecht eingehen oder erfüllen, von ihrem Recht Gebrauch machen, die Inanspruchnahme ihrer Verpflichtungen insoweit zu sperren, als die Resolutionen dies zulassen. Ausnahmen bedürfen der Einwilligung des Bundesministeriums der Finanzen und des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages.

2. Durch den "Bonner Beschluss" zur Umsetzung des Kyoto-Protokolls im Juli 2001 wurden neue Fonds für Aufgaben des Klimaschutzes unter der GEF geschaffen:

2.1 Der Fonds für die am wenigsten entwickelten Länder (LDCF) soll vor allem Maßnahmen zur Kompetenzentwicklung im Bereich Anpassung an den Klimawandel fördern. Die Bundesrepublik Deutschland ist hieran mit 135 Mio. € (31. Dezember 2012) beteiligt. Der Ansatz enthält den für 2014 zu erwartenden Abruf.

2.2 Der Sonderfonds Klimawandel (SCCF) soll vor allem Technologietransfer und Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel in Kooperationsländern unterstützen. Die Bundesrepublik Deutschland ist hieran mit 71,02 Mio. € (31. Dezember 2012) beteiligt. Der Ansatz enthält den für 2014 zu erwartenden Abruf.

3. Im Rahmen des Montrealer Protokolls (MP) über Stoffe, die zum Abbau der Ozonschicht führen, wurde 1990 die Einrichtung eines Multilateralen Fonds vereinbart. Dieser Fonds deckt die Kosten der Kooperationsländer, die durch die Einhaltung des Protokolls zusätzlich entstehen. Die Zusagen für den Fonds beliefen sich am 31. Dezember 2012 auf 3,28 Mrd. USD. Hieran ist die Bundesrepublik Deutschland mit 364,99 Mio. USD beteiligt. Davon werden seit 1997 80 Prozent multilateral und 20 Prozent durch Direktleistungen in Partnerländern erbracht.

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 896 09

Der Ansatz enthält den für 2014 zu erwartenden Abruf aus hinterlegten Schuldscheinen für die Beteiligung an der 7. und 8. Auffüllung des Fonds.

Die Bundesregierung beabsichtigt, sich mit einem weiteren Beitrag in Höhe von 32,0 Mio. € an der 9. Auffüllung des MP zu beteiligen. Hierzu dient ein Teil der Verpflichtungsermächtigung.

4.1 Mit dem Klima-Investitionsfonds (Climate Investment Funds, CIF) werden bei der Weltbank die zentralen Instrumente zur Bündelung von Gebermitteln zur Klimaschutzfinanzierung geschaffen. Unterhalb der CIF's werden u. a. zwei Einzelfonds eingerichtet für "saubere Technologie" und für "strategische Klimafonds" mit einem ersten Fenster für "Anpassung an den Klimawandel". Damit sollen Investitionsentscheidungen beschleunigt werden, um den gewaltigen Herausforderungen des Klimawandels rasch zu begegnen sowie den Verhandlungsprozess für ein Post Kyoto-Klimaregime und die Transformation zur kohlenstoffarmen Wirtschaftsstruktur zu befördern.

Die Bundesregierung ist an der Einrichtung des CIF's mit 303 Mio. € beteiligt.

5. Die Forest Carbon Partnerchip Facility (FCPF) hat sich sehr schnell zur größten multilateralen Pilotinitiative für die Ausgestaltung und Erprobung von Ansätzen für REDD+ entwickelt. Sie entschädigt Entwicklungsländer, wenn sie ihre Wälder langfristig schützen und damit zur Reduzierung der Emissionen aus Entwaldung beitragen. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich an dieser Fazilität bisher mit 131 Mio. € (31. Dezember 2012) beteiligt. Der Ansatz enthält die für 2014 zu erwartenden Abrufe.

Die Bundesregierung beabsichtigt, sich mit einem weiteren Beitrag in Höhe von 20 Mio. € an der FCPF zu beteiligen. Hierzu dient ein Teil des Baransatzes.

Die 16. UNFCCC-Vertragsstaaten-Konferenz hat den Waldschutz/REDD+ als wichtigen und kostengünstigen Beitrag zum Klimaschutz bestätigt und die Einrichtung eines Mechanismus zu REDD+ beschlossen.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2302 Tit. 896 09	242 279	203 185

Weniger wegen abrufbedingtem Minderbedarf.

2304 Beiträge an multilaterale Entwicklungsbanken

Vorbemerkung

Wesentliche finanzwirksame Schwerpunkte des Kapitels

In Kapitel 2304 sind die Haushaltsmittel für die multilateralen Entwicklungsbanken einschließlich ihrer konzessionären Fonds zusammengefasst. Die multilateralen Entwicklungsbanken erfüllen ihr Mandat durch die Vergabe von Darlehen und Zuschüssen, durch Beteiligung an Investitionen sowie durch Investitionsgarantien.

Neben dem über das Grundkapital finanzierten Kreditgeschäft verfügen die Entwicklungsbanken zusätzlich über einen Mechanismus für die Vergabe von hoch konzessionären Krediten und nicht rückzahlbaren Zuschüssen an die ärmsten Länder der Welt bzw. der jeweiligen Region. Die konzessionären Fonds werden durch Geberbeiträge finanziert, die in regelmäßigen Wiederauffüllungsverhandlungen zugesagt werden. Die veranschlagten Haushaltsmittel decken die zu den Wiederauffüllungen der Fonds eingegangenen Verpflichtungen und vereinbarten Beiträge zu Kapitalerhöhungen ab.

Ausgabenschwerpunkte des Kapitels sind:

die **Zahlungen an die Weltbankgruppe:** Tit. 687 01 mit rund 611 Mio. € Ausgaben und rund 1,896 Mrd. € Verpflichtungsermächtigungen. Im Rahmen dieser Haushaltsmittel ist auch die deutsche Beteiligung an der 17. Wiederauffüllung der International Development Association (IDA) vorgesehen und die **Zahlungen an die regionalen Entwicklungsbanken:** Tit. 687 02, 687 03, 687 04 und 687 05 mit insgesamt rund 251 Mio. € Ausgaben und rund 422 Mio. € Verpflichtungsermächtigungen. Im Rahmen dieser Haushaltsmittel ist auch die Beteiligung an der 13. Wiederauffüllung des Afrikanischen Entwicklungsfonds vorgesehen.

Nach § 11 Haushaltsgesetz 2014 wird die Bundesregierung ermächtigt, die bei den Titeln 687 01 bis 687 05 zu entrichtenden Beiträge durch Hingabe von unverzinslichen Schuldscheinen zu erbringen.

Wesentliche Ziele, die mit den veranschlagten Mitteln erreicht werden sollen

Das Mandat der multilateralen Entwicklungsbanken ist die Bekämpfung der Armut in ihren weniger entwickelten Mitgliedsländern sowie die Förderung einer wirtschaftlich, sozial und ökologisch nachhaltigen Entwicklung unter Förderung eines inklusiven Wachstums. Mit den Beiträgen an die multilateralen Entwicklungsbanken werden die für diesen Bereich bestehenden internationalen Verpflichtungen erfüllt. Die Entwicklungsbanken sind wichtige Partner der Bundesregierung in der Entwicklungszusammenarbeit sowohl auf konzeptioneller Ebene als auch in Form vielfacher Kooperationen und Ko-Finanzierungen auf Länderebene.

Die Weltbank ist ein zentraler Akteur in der internationalen Entwicklungsarchitektur, den das BMZ mit seinen **Zahlungen an die Weltbankgruppe** entscheidend prägt. Mit ihren **Zahlungen an die regionalen Entwicklungsbanken** unterstützt das BMZ zentrale entwicklungspolitische Akteure in der jeweiligen regionalen Governancestruktur. Als wichtige Plattform zwischen Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern bestimmen die Weltbank und die regionalen Entwicklungsbanken die Agenda der globalen bzw. regionalen Entwicklungszusammenarbeit entscheidend mit. Sie verfügen über große Expertise und sind wichtige Unterstützer und Kreditgeber für viele Partnerländer. Darüber hinaus begleiten sie große privat finanzierte Projekte, aber auch internationale Prozesse wie z. B. die Bekämpfung des Klimawandels durch ihre Kreditzusagen.

Über die multilateralen Entwicklungsbanken kann Deutschland mit den veranschlagten Haushaltsmitteln durch seine Mitentscheidungsrechte in den Aufsichtsgremien große Hebelwirkungen erzielen und bilaterale Programme und deren Wirkungen in Entwicklungs- und Schwellenländern ergänzen.

Überblick zum Kapitel 2304	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Übrige Einnahmen..	2 220	2 220	-		2 151
Gesamteinnahmen..	2 220	2 220	-		2 151
Ausgaben					
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	862 198	988 632	-126 434	15 869	967 224
Gesamtausgaben..	862 198	988 632	-126 434	15 869	967 224
davon nicht flexibilisiert..	862 198	988 632	-126 434	15 869	967 224
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung...................................	2 317 509 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.................................	170 041 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.................................	193 418 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.................................	317 629 T€				
in künftigen Haushaltsjahren bis zu.......................	1 636 421 T€				

2304 Beiträge an multilaterale Entwicklungsbanken

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Einnahmen			
	Übrige Einnahmen			
186 06 -023	Tilgung von Darlehen im Rahmen der Sonderaktion der Konferenz für Internationale Wirtschaftliche Zusammenarbeit (KIWZ) 1977	2 220	2 220	2 151

Erläuterungen:

Im Rahmen der Konferenz für Internationale Wirtschaftliche Zusammenarbeit 1977 (KIWZ) hatten die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft beschlossen, der Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA) für zinslose Darlehen an ärmere Entwicklungsländer Sondermittel in Höhe von 385 Mio. USD zur Verfügung zu stellen, an denen sich die Bundesrepublik Deutschland mit 126,27 Mio. € beteiligt hat.

Der Ansatz entspricht dem Anteil der Bundesrepublik Deutschland an den im Jahr 2014 geschätzten Rückzahlungsraten.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2302 Tit. 186 06	2 220	2 151

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Ausgaben			
	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)			
687 01 -023	Zahlungen an Einrichtungen der Weltbankgruppe	611 407	740 215	736 938

Verpflichtungsermächtigung.. 1 895 519 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 121 918 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 134 724 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 257 493 T€
in künftigen Haushaltsjahren bis zu................................ 1 381 384 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgenden Titeln: **Kap. 2301 Tgr. 01.**
3. Die Erläuterungen zu Nr. 2.2 sind verbindlich.
4. Entscheidungen über künftige Auffüllungen der IDA-Mittel bedürfen der Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages. § 38 BHO bleibt unberührt.
5. Mit der Verpflichtungsermächtigung sollen Verpflichtungen bis zu 293,2 Mio. SZR eingegangen werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 687 01

Erläuterungen:

Bezeichnung der Organisation Rechtsgrundlage und Zweck der Mitgliedschaft	Mitgliedsbeitrag der Bundesrepublik Deutschland (Pflichtleistungen)			Besondere (freiwillige) Leistungen außerhalb des Mitgliedsbeitrags in 1 000 € (gerundet)	Zusammen Spalte 4 + 5 in 1 000 €
	in Prozent	in Tausend-Fremdwährung (gerundet)	in 1 000 € (gerundet)		
1	2	3	4	5	6
1. Beteiligung an der Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA) Rechtsgrundlage: Beitragsurkunde					
1.1 IDA 15	7,11	250 940 SZR	280 381		280 381
1.2 IDA 16	6,01	236 860 SZR	264 649		264 649
1.3 IDA 17	5,48		40 000		40 000
2. Beteiligung am HIPC-Treuhandfonds der Weltbank Rechtsgrundlage: Beitragsurkunde			-		-
3. Beteiligung an der Kapitalerhöhung der IBRD Rechtsgrundlage: Kapitalzeichnungsurkunde	4,24	36 376 USD	26 377		26 377
Zusammen			611 407	-	611 407

Differenzen durch Rundung möglich

Die Bundesrepublik Deutschland ist am Kapital folgender Einrichtungen der Weltbankgruppe beteiligt:

1. Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD, Weltbank),
2. Internationale Entwicklungsorganisation (IDA),
3. Multilaterale Investitions-Garantie-Agentur (MIGA) und
4. Internationale Finanz-Corporation (IFC).

Aufgabe der Weltbankgruppe ist es, den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt in den weniger entwickelten Mitgliedsländern durch die Vergabe von langfristigen Darlehen und Zuschüssen, durch Beteiligungen an Investitionen und durch Investitionsgarantien zu fördern.

1. Die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD) hat die Aufgabe, langfristige Kredite zu marktnahen Bedingungen an weniger entwickelte Mitgliedsländer zu vergeben. Die Bundesrepublik Deutschland ist seit dem 14. August 1952 Mitglied der Bank (BGBl. 1952 II S. 637).

   Das gezeichnete Kapital der Weltbank belief sich am 30. Dezember 2012 auf 205,4 Mrd. USD. Hieran ist die Bundesrepublik Deutschland mit 9,95 Mrd. USD beteiligt, davon sind 615,7 Mio. USD eingezahlt. Weitere 102,2 Mio. USD sind bis 2015 in gleichen Jahresraten einzuzahlen. Der Ansatz enthält die für 2014 zu leistende Zahlung. Der Rest ist Haftungskapital.

2.1 Die Internationale Entwicklungsorganisation (IDA) hat die Aufgabe, zinslose Kredite und Zuschüsse an die ärmsten Mitgliedsländer zu vergeben. Die Bundesrepublik Deutschland ist Gründungsmitglied der IDA (BGBl. 1960 II S. 2137/2363).

   Die von den Geberländern zugesagte Mittelausstattung der IDA beläuft sich bisher auf 214,7 Mrd. USD (30. Dezember 2012) Die Bundesrepublik Deutschland hat sich hieran mit insgesamt 23,5 Mrd. USD beteiligt.

   Für die Zahlungsverpflichtungen aus ihrer Beteiligung an der 15. und 16. Auffüllung der IDA-Mittel (IDA 15 und 16) hat die Bundesrepublik Deutschland Schuldscheine hinterlegt, die nach dem voraussichtlichen Liquiditätsbedarf des Fonds abgerufen werden. Der Ansatz enthält die für 2014 zu erwartenden Abrufe.

   Die Bundesrepublik Deutschland beabsichtigt, sich an der Wiederauffüllung von IDA (IDA 17) mit 1 607,92 Mio. € zu beteiligen. Hierzu dient ein Teil des Baransatzes sowie der Verpflichtungsermächtigung.

   Im Rahmen des Weltwirtschaftsgipfels 2005 in Gleneagles haben die G8-Länder einem weiteren multilateralen Schuldenerlass zugunsten armer, hochverschuldeter Staaten zugestimmt. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich verpflichtet, sich zunächst bis 2019 an den bei IDA anfallenden

2304 Beiträge an multilaterale Entwicklungsbanken

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 687 01

Kosten dieses Erlasses mit insgesamt 681,215 Mio. SZR zu beteiligen. Der Ansatz enthält den für 2014 zu erwartenden Abruf aus dieser Beteiligung.

Die Bundesrepublik Deutschland beabsichtigt, sich mit einem weiteren Beitrag in Höhe von bis zu 293,2 Mio. SZR für den Zeitraum 2020 bis 2022 zu beteiligen. Hierzu dient ein Teil der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung.

2.2 Die Bundesregierung wird, soweit andere Geberländer ihre nach den Resolutionen des Gouverneursrats über die jeweiligen Auffüllungen der Mittel der IDA einzugehenden Verpflichtungen nicht oder nicht termingerecht eingehen oder erfüllen, von ihrem Recht Gebrauch machen, die Inanspruchnahme ihrer Verpflichtungen insoweit zu sperren, als die Resolutionen dies zulassen. Ausnahmen bedürfen der Zustimmung des Bundesministeriums der Finanzen und des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages.

3. Die Multilaterale Investitions-Garantie-Agentur (MIGA) hat die Aufgabe, privatwirtschaftliche Direktinvestitionen in weniger entwickelten Mitgliedsländern durch Garantien gegen nicht-kommerzielle Risiken abzusichern und durch gezielte Förderungsmaßnahmen das Investitionsklima in den Partnerländern zu beleben.

Die Bundesrepublik Deutschland ist der MIGA am 6. Oktober 1987 beigetreten (BGBl. 1987 II S. 454). Sie ist Gründungsmitglied.

Die MIGA verfügte am 30. Dezember 2012 über ein gezeichnetes Kapital in Höhe von 1,713 Mrd. USD. Hieran ist die Bundesrepublik Deutschland mit 96,7 Mio. USD beteiligt. Davon wurden 12,9 Mio. USD eingezahlt, für 5,5 Mio. USD ist ein Schuldschein hinterlegt worden; der Rest ist Haftungskapital.

4. Die Internationale Finanz-Corporation (IFC) hat die Aufgabe, durch Förderung von Privatinvestitionen zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in weniger entwickelten Mitgliedsländern beizutragen.

Die Bundesrepublik Deutschland ist der IFC am 12. Juli 1956 beigetreten (BGBl. 1956 II S. 747). Sie ist Gründungsmitglied.

Die IFC verfügte am 31. Dezember 2012 über ein gezeichnetes Kapital von 2,36 Mrd. USD; hieran ist die Bundesrepublik Deutschland mit insgesamt 128,9 Mio. USD beteiligt. Der Betrag wurde in voller Höhe eingezahlt.

5. Die Weltbank hat zur Unterstützung multilateraler Gläubigerinstitutionen bei der Finanzierung ihrer Entschuldungsmaßnahmen im Rahmen der Entschuldungsinitiative für hochverschuldete arme Länder (HIPC) einen Treuhandfonds eingerichtet. Die Bundesrepublik Deutschland beteiligt sich daran bislang mit rd. 165 Mio. €.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2302 Tit. 687 52	740 215	736 938

Weniger wegen abrufbedingtem Minderbedarf.

687 02 -023	Zahlungen an die Asiatische Entwicklungsbank, an den Asiatischen Entwicklungsfonds sowie an den Sonderfonds für Technische Hilfe	48 919	47 364 *10 428*	27 325

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Die Erläuterungen zu Nr. 2.2 sind verbindlich.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 687 02

Erläuterungen:

Bezeichnung der Organisation Rechtsgrundlage und Zweck der Mitgliedschaft	Mitgliedsbeitrag der Bundesrepublik Deutschland (Pflichtleistungen)			Besondere (freiwillige) Leistungen außerhalb des Mitgliedsbeitrags in 1 000 € (gerundet)	Zusammen Spalte 4 + 5 in 1 000 €
	in Prozent	in Tausend-Fremdwährung (gerundet)	in 1 000 € (gerundet)		
1	2	3	4	5	6
1. Beteiligung am Asiatischen Entwicklungsfonds (AsDF) Rechtsgrundlage: Beitragsurkunde					
1.1 AsDF IX	5,78	4 515 SZR	5 045		5 045
1.2 AsDF X	4,82		23 224		23 224
1.3 AsDF XI	3,34		12 080		12 080
2. Kapitalerhöhung AsDB	4,32	11 818 USD	8 570		8 570
Rechtsgrundlage: Kapitalzeichnungsurkunde					
Zusammen			48 919	-	48 919

Differenzen durch Rundung möglich

1. Die 1966 gegründete Asiatische Entwicklungsbank (AsDB) hat die Aufgabe, Kredite zu marktnahen Bedingungen an asiatische Entwicklungsländer zu vergeben. Die Bundesrepublik Deutschland ist Gründungsmitglied der Bank (BGBl. 1966 II S. 617).

   Das gezeichnete Kapital betrug am 31. Dezember 2012 163,12 Mrd. USD. Hieran ist die Bundesrepublik Deutschland mit rd. 7,058 Mrd. USD beteiligt; davon sind 352,954 Mio. USD Einzahlungskapital; der Rest ist Haftungskapital. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich an der allgemeinen Kapitalerhöhung der AsDB (GCI 5) beteiligt. Dabei sind rd. 147,718 Mio. USD als Einzahlungskapital zu erbringen. Der Ansatz enthält die für 2014 zu leistende Zahlung. Das Haftungskapital beträgt 3,545 Mrd. USD.

2.1 Der 1973 eingerichtete Asiatische Entwicklungsfonds (AsDF) hat die Aufgabe, zinsgünstige Kredite und Zuschüsse an besonders bedürftige Mitglieder zu vergeben.

   Die kumulative Mittelausstattung des AsDF belief sich am 31. Dezember 2012 auf rd. 35,54 Mrd. USD. Hieran ist die Bundesrepublik Deutschland mit 1,955 Mrd. USD beteiligt.

   Für die Zahlungsverpflichtungen aus ihrer Beteiligung an ASDF VIII bis XI hat die Bundesrepublik Deutschland Schuldscheine hinterlegt, die nach dem voraussichtlichen Liquiditätsbedarf abgerufen werden. Der Ansatz enthält die für 2014 zu erwartenden Abrufe.

2.2 Die Bundesregierung wird, soweit andere Geberländer ihre nach den Resolutionen des Gouverneursrats über die jeweiligen Aufstockungen der Mittel des AsDF einzugehenden Verpflichtungen nicht oder nicht termingerecht eingehen oder erfüllen, von ihrem Recht Gebrauch machen, die Inanspruchnahme ihrer Verpflichtungen insoweit zu sperren, als die Resolutionen dies zulassen. Ausnahmen bedürfen der Zustimmung des Bundesministeriums der Finanzen und des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2302 Tit. 687 53	47 364	27 325

2304 Beiträge an multilaterale Entwicklungsbanken

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
687 03 -023	Zahlungen an die Afrikanische Entwicklungsbank und an den Afrikanischen Entwicklungsfonds	191 599	190 374	192 964

Verpflichtungsermächtigung.. 421 990 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 48 123 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 58 694 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 60 136 T€
in künftigen Haushaltsjahren bis zu................................... 255 037 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Die Erläuterungen zu Nr. 2.2 sind verbindlich.

Erläuterungen:

Bezeichnung der Organisation Rechtsgrundlage und Zweck der Mitgliedschaft	Mitgliedsbeitrag der Bundesrepublik Deutschland (Pflichtleistungen)			Besondere (freiwillige) Leistungen außerhalb des Mitgliedsbeitrags in 1 000 € (gerundet)	Zusammen Spalte 4 + 5 in 1 000 €
	in Prozent	in Tausend-Fremdwährung (gerundet)	in 1 000 € (gerundet)		
1	2	3	4	5	6
1. Beteiligung am Afrikanischen Entwicklungsfonds (AfDF) Rechtsgrundlage: Beitragsurkunde					
1.1 AfDF X.	6,61	6 773 SZR	7 568		7 568
1.2 AfDF XI.	10,82	46 960 SZR	52 470		52 470
1.3 AfDF XII.	9,78	92 534 USD	67 098		67 098
1.4 AfDF XIII.	5,03		43 410		43 410
2. Beteiligung an der Multilateralen Schuldenerlassinitiative (MDRI) Rechtsgrundlage: Beitragsurkunde	9,19	5 751 SZR	6 426		6 426
3. Beteiligung an der Kapitalerhöhung der AfDB Rechtsgrundlage: Kapitalzeichnungsurkunde	4,1	20 171 USD	14 627		14 627
Zusammen			191 599	-	191 599

Differenzen durch Rundung möglich

1. Die 1963 gegründete Afrikanische Entwicklungsbank (AfDB) hat die Aufgabe, Kredite zu marktnahen Bedingungen an afrikanische Entwicklungsländer zu vergeben. Die Bundesrepublik Deutschland ist der Bank am 18. Februar 1983 beigetreten (BGBl. 1981 II S. 253).

   Das gezeichnete Kapital der AfDB belief sich am 31. Dezember 2012 auf 63,1 Mrd. SZR. Hieran ist die Bundesrepublik Deutschland mit 2,6 Mrd. SZR beteiligt; davon sind 103,245 Mio. SZR eingezahlt; der Rest ist Haftungskapital.

   Die Bundesrepublik Deutschland hat sich an der allgemeinen Kapitalerhöhung der AfDB (GCI 6) beteiligt. Dabei sind rd. 161,4 Mio. USD als Einzahlungskapital zu erbringen. Der Ansatz enthält die für 2014 zu leistende Zahlung. Das Haftungskapital beträgt rd. 2,528 Mrd. USD.

2.1 Der 1973 gegründete Afrikanische Entwicklungsfonds (AfDF) hat die Aufgabe, zinsgünstige Kredite und Zuschüsse an besonders bedürftige Mitgliedstaaten zu vergeben. Die Bundesrepublik Deutschland ist Gründungsmitglied des Fonds (BGBl. 1973 II S. 1793).

   Die von den Geberländern zugesagte Mittelausstattung des AfDF belief sich am 31. Dezember 2012 auf rd. 22,44 Mrd. SZR. Hieran ist die Bundesrepublik Deutschland mit rd. 2,291 Mrd. SZR beteiligt.

   Für die Zahlungsverpflichtungen aus ihrer Beteiligung an der 9. - 12. Wiederauffüllung des Fonds hat die Bundesrepublik Deutschland Schuldschei-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 687 03

ne hinterlegt, die nach dem voraussichtlichen Liquiditätsbedarf abgerufen werden. Der Ansatz enthält die für 2014 zu erwartenden Abrufe.

Die Bundesregierung beabsichtigt, sich an der Wiederauffüllung des AfDF XIII mit 465,400 Mio. € zu beteiligen. Hierfür dient ein Teil des Baransatzes sowie die Verpflichtungsermächtigung.

Im Rahmen des Weltwirtschaftsgipfels 2005 in Gleneagles haben die G8-Länder einem weiteren multilateralen Schuldenerlass zugunsten armer, hochverschuldeter Staaten zugestimmt. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich verpflichtet, sich zunächst bis 2020 an den beim AfDF anfallenden Kosten dieses Erlasses mit insgesamt 143,32 Mio. SZR zu beteiligen. Der Ansatz enthält den für 2014 zu erwartenden Abruf aus dieser Beteiligung.

2.2 Die Bundesregierung wird, soweit andere Geberländer ihre nach den Resolutionen des Gouverneursrats über die jeweiligen Auffüllungen des AfDF einzugehenden Verpflichtungen nicht oder nicht termingerecht eingehen oder erfüllen, von ihrem Recht Gebrauch machen, die Inanspruchnahme ihrer Verpflichtungen insoweit zu sperren, als die Resolutionen dies zulassen. Ausnahmen bedürfen der Zustimmung des Bundesministeriums der Finanzen und des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2302 Tit. 687 54	190 374	192 964

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
687 04 -023	Zahlungen an die Inter-Amerikanische Entwicklungsbank und deren Sonderfonds, an die Inter-Amerikanische Investitionsgesellschaft und an den Multilateralen Investitionsfonds	4 672	4 979 *5 441*	4 331

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Die Erläuterungen zu Nr. 5 sind verbindlich.

Erläuterungen:

Bezeichnung der Organisation Rechtsgrundlage und Zweck der Mitgliedschaft	Mitgliedsbeitrag der Bundesrepublik Deutschland (Pflichtleistungen)			Besondere (freiwillige) Leistungen außerhalb des Mitgliedsbeitrags in 1 000 € (gerundet)	Zusammen Spalte 4 + 5 in 1 000 €
	in Prozent	in Tausend-Fremdwährung (gerundet)	in 1 000 € (gerundet)		
1	2	3	4	5	6
Beteiligung an der Kapitalerhöhung der IDB Rechtsgrundlage: Kapitalzeichnungsurkunde..................................	1,9	6 442 USD	4 672		4 672
Differenzen durch Rundung möglich					

1. Die 1959 gegründete Inter-Amerikanische Entwicklungsbank (IDB) hat die Aufgabe, Kredite zu marktnahen Bedingungen an lateinamerikanische und karibische Entwicklungsländer zu vergeben. Die Bundesrepublik Deutschland ist der Bank am 9. Juli 1976 beigetreten (BGBl. 1976 II S. 37).

   Das gezeichnete Kapital der IDB belief sich am 31. Dezember 2012 auf rd. 116,880 Mrd. USD. Hieran ist die Bundesrepublik Deutschland mit rd. 2,062 Mrd. USD beteiligt, davon sind rd. 88 Mio. USD Einzahlungskapital, der Rest ist Haftungskapital.

   Die Bundesrepublik Deutschland hat sich an der allgemeinen Kapitalerhöhung der IDB (GCI 9) beteiligt. Hierfür sind rd. 32,234 Mio. USD als Einzahlungskapital zu erbringen. Der Ansatz enthält die für 2014 zu leistende Zahlung. Das Haftungskapital beträgt rd. 1 295 Mrd. USD.

2. Der Sonderfonds der IDB hat die Aufgabe, zinsgünstige Kredite an besonders bedürftige Mitglieder zu vergeben.

   Die von den Mitgliedern der IDB zugesagte kumulative Mittelausstattung des Sonderfonds belief sich am 31. Dezember 2012 auf 10,238 Mrd. USD. Hieran ist die Bundesrepublik Deutschland mit 0,241 Mrd. USD beteiligt.

   Die Bundesregierung hat sich an der Wiederauffüllung des Sonderfonds der IDB (FSO IX) mit 11,287 Mio. USD beteiligt.

2304 Beiträge an multilaterale Entwicklungsbanken

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 687 04

3. Die 1984 gegründete Inter-Amerikanische Investitionsgesellschaft (IIC) hat die Aufgabe, private Unternehmen in den lateinamerikanischen und karibischen Entwicklungsländern durch Kredite und Kapitalbeteiligungen zu fördern. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich an ihrer Gründung beteiligt.

   Das gezeichnete Kapital der IIC belief sich am 31. Dezember 2012 auf rd. 689,8 Mio. USD. Hieran ist die Bundesrepublik Deutschland mit 13,34 Mio. USD beteiligt.

4. Aufgabe des Multilateralen Investitionsfonds (MIF) ist die Förderung von marktwirtschaftlichen Reformen und die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Privatinvestitionen in Lateinamerika (kreditnehmende Mitgliedstaaten der Interamerikanischen und der Karibischen Entwicklungsbank) durch Zuschüsse und Kredite zu günstigen Bedingungen.

5. Die Bundesregierung wird, soweit andere Geberländer ihre nach den Resolutionen des Gouverneursrats über die jeweiligen Auffüllungen des Sonderfonds und dem Abkommen über die Errichtung des Multilateralen Investitionsfonds einzugehenden Verpflichtungen nicht oder nicht termingerecht eingehen oder erfüllen, von ihrem Recht Gebrauch machen, die Inanspruchnahme ihrer Verpflichtungen insoweit zu sperren, als Resolutionen und Abkommen dies zulassen. Ausnahmen bedürfen der Zustimmung des Bundesministeriums der Finanzen und des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2302 Tit. 687 55	4 979	4 331

687 05 -023	Zahlungen an die Karibische Entwicklungsbank und deren Sonderfonds	5 601	5 700	5 666

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Die Erläuterungen **zu Nr. 2.2** sind verbindlich.

Erläuterungen:

Bezeichnung der Organisation Rechtsgrundlage und Zweck der Mitgliedschaft	Mitgliedsbeitrag der Bundesrepublik Deutschland (Pflichtleistungen)			Besondere (freiwillige) Leistungen außerhalb des Mitgliedsbeitrags in 1 000 € (gerundet)	Zusammen Spalte 4 + 5 in 1 000 €
	in Prozent	in Tausend-Fremdwährung (gerundet)	in 1 000 € (gerundet)		
1	2	3	4	5	6
1. Beteiligung am Sonderfonds der Karibischen Entwicklungsbank (SDF), hier SDF VIII Rechtsgrundlage: Beitragsurkunde..	6,44		4 100		4 100
2. Beteiligung am Kapital der CDB Rechtsgrundlage: Kapitalzeichnungsurkunde............................	5,73	2 069 USD	1 501		1 501
Zusammen..			5 601	-	5 601

Differenzen durch Rundung möglich

1. Die 1970 gegründete Karibische Entwicklungsbank (CDB) hat die Aufgabe, Kredite zu marktnahen Bedingungen an karibische Entwicklungsländer zu vergeben. Die Bundesrepublik Deutschland ist der Bank 1989 beigetreten (BGBl 1989 II S. 298).

   Das gezeichnete Kapital betrug am 31. Dezember 2012 - einschließlich eines nicht stimmrechtsfähigen Sonderbeitrages in Höhe von 56,4 Mio. USD - 1,549 Mrd. USD. Hieran ist die Bundesrepublik Deutschland mit 106,569 Mio. USD beteiligt; davon sind 23,512 Mio. USD Einzahlungskapital; der Rest ist Haftungskapital.

   Die Bundesrepublik Deutschland hat sich an der allgemeinen Kapitalerhöhung der CDB (GCI) beteiligt. Hierfür sind rd. 12,414 Mio. USD als Einzahlungskapital zu erbringen. Der Ansatz enthält die für 2014 zu leistende Zahlung. Das Haftungskapital beträgt rd. 44,002 Mio. USD.

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 687 05

2.1 Die CDB verfügt über mehrere Sonderfonds für die Vergabe zinsgünstiger Kredite, insbesondere an bedürftige Mitgliedsländer.

Die Bundesrepublik Deutschland trägt wie alle Mitglieder der Bank zum Special Development Fund-Unified (SDF) bei. Die zugesagte kumulative Mittelausstattung des SDF belief sich am 31. Dezember 2012 auf rd. 983,8 Mio. USD. Hieran ist die Bundesrepublik Deutschland mit rd. 82,689 Mio. USD beteiligt.

Die Bundesregierung ist an der Wiederauffüllung SDF VIII mit 12,3 Mio. € beteiligt. Der Ansatz enthält den für 2014 zu erwartenden Abruf aus hinterlegten Schuldscheinen.

2.2 Die Bundesregierung wird, soweit andere Geberländer ihre nach den jeweiligen Auffüllungsresolutionen einzugehenden Verpflichtungen nicht oder nicht termingerecht eingehen oder erfüllen, von ihrem Recht Gebrauch machen, die Inanspruchnahme ihrer Verpflichtungen insoweit zu sperren, als die Resolutionen dies zulassen. Ausnahmen bedürfen der Zustimmung des Bundesministeriums der Finanzen und des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2302 Tit. 687 58	5 700	5 666

2305 Forschung, Evaluierung und Qualifizierung in der Entwicklungszusammenarbeit

Vorbemerkung

Wesentliche finanzwirksame Schwerpunkte des Kapitels

Das Kapitel 2305 dient der Finanzierung von Dienstleistungen, die einen wissenschaftsbasierten Beitrag zur Steigerung der Wirksamkeit und zur Erfolgskontrolle der deutschen Entwicklungszusammenarbeit (EZ) leisten. Ferner werden daraus Qualifizierungsmaßnahmen für Fachkräfte finanziert.

Die größten Ausgabeblöcke innerhalb des Kapitels sind:

die **Forschung:** Titel 544 01 mit rund 13,6 Mio. € für die projektgebundene Finanzierung sowie Titelgruppe 04, in der die institutionelle Förderung des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE) mit 4,26 Mio. € veranschlagt ist und

die **Evaluierung:** Titel 532 04 mit 1,5 Mio. € für projektgebundene Evaluierungen sowie ebenfalls Titelgruppe 04, in der die institutionelle Förderung des Deutschen Evaluierungsinstituts der Entwicklungszusammenarbeit (DEval) mit rd. 7 Mio. € veranschlagt ist.

Darüber hinaus werden Fachkräfte für den Einsatz in Vorhaben der deutschen Entwicklungszusammenarbeit oder in multilateralen Organisationen aus- und weitergebildet: Titel 686 03.

Wesentliche Ziele, die mit den veranschlagten Mitteln erreicht werden sollen

Die eingesetzten Mittel für die **Forschung** sollen signifikant zum nachhaltigen Aufbau von entwicklungsrelevanten Forschungskapazitäten in Deutschland und zu deren stärkerer Integration in internationale Forschungsnetzwerke beitragen. Dabei sollen insbesondere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Entwicklungs- und Schwellenländern einbezogen werden.

In die Forschungstätigkeit ist zum großen Teil das DIE eingebunden. Darüber hinaus bildet das DIE Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen für die berufliche Praxis in Institutionen der deutschen und internationalen Entwicklungspolitik aus. Inhaltlich orientiert sich diese Forschungstätigkeit an den Zielen der deutschen Entwicklungspolitik.

Der Bereich der **Evaluierung** bzw. Erfolgsbewertung der deutschen EZ ist Aufgabe des DEval, das eine unabhängige und externe Gesamtsicht auf die deutsche EZ gewährleisten soll. Es soll unabhängige Analysen und Bewertungen von Wirksamkeit, Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit der EZ vornehmen und Empfehlungen erarbeiten, wie die Entwicklungsmaßnahmen verbessert werden können. Das DEval soll darüber hinaus Untersuchungsmethoden weiter entwickeln und damit das methodische Rüstzeug für Evaluierungen verbessern. Durch die Verbesserung der Aus- und Weiterbildung von Fachkräften für einen Einsatz im Rahmen der EZ soll insbesondere auch der Anteil von deutschen Fachkräften in internationalen Einrichtungen gesteigert werden.

Überblick zum Kapitel 2305	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Ausgaben					
Sächliche Verwaltungsausgaben............................	15 090	12 030	+3 060	742	7 011
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	31 753	44 891	-13 138		37 638
Ausgaben für Investitionen.....................................	393	1 213	-820		1 203
Gesamtausgaben...	47 236	58 134	-10 898	742	45 852
davon nicht flexibilisiert..	47 236	58 134	-10 898	742	45 852
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung...................................	14 845 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.................................	10 265 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.................................	2 810 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.................................	1 770 T€				

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Ausgaben

Sächliche Verwaltungsausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
532 04 -023	Beobachtung, Überprüfung und Kapazitätsaufbau im Rahmen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit	1 500	1 000	710

Verpflichtungsermächtigung.. 1 500 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 750 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 750 T€

Haushaltsvermerk:

1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: 685 41.
2. Einnahmen aus Beiträgen anderer Geber für gemeinsame Vorhaben fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Mitveranschlagt sind die Kosten für vorbereitende, begleitende und nachbereitende Maßnahmen sowie die Ausgaben für Zuwendungen für übergreifende Evaluierungen.

Die Ausgaben dienen auch der Förderung der Leistungsfähigkeit von Menschen und Organisationen in Kooperationsländern, eigene Analysen und Bewertungen von Maßnahmen zu beauftragen oder durchzuführen.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2302 Tit. 532 02	1 000	710

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
544 01 -023	Forschung, Untersuchungen und Ähnliches	13 590	11 030 *742*	6 301

Verpflichtungsermächtigung.. 6 345 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 2 515 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 2 060 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 1 770 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

Erläuterungen:

Aus den Ausgaben werden auch Veröffentlichungen von Forschungsergebnissen finanziert. Die Ausgaben können auch im Rahmen von Zuwendungen geleistet werden.

Mitveranschlagt sind die Kosten für vorbereitende, begleitende und auswertende Maßnahmen.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2302 Tit. 544 01	11 030	6 301

2305 Forschung, Evaluierung und Qualifizierung in der Entwicklungszusammenarbeit

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)			
686 03 -023	Vorbereitung und Ausbildung von Personal für eine Tätigkeit auf dem Gebiet der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit sowie Beratungsmaßnahmen für anerkannte Entwicklungsdienste	20 865	18 640	18 635

Verpflichtungsermächtigung..

fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 7 000 T€

Haushaltsvermerk:

1. Erstattungen Dritter fließen den Ausgaben zu.
2. Personalausgaben für die Wahrnehmung von Aufgaben im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und in Institutionen, deren Finanzausstattung ganz oder überwiegend im Epl. 23 veranschlagt ist, dürfen aus diesem Titel nicht geleistet werden. Ausgenommen sind Ausgaben beim Arbeitskreis "Lernen und Helfen in Übersee" e. V.

Erläuterungen:

1. Gefördert wird die Aus- und Weiterbildung von Fachkräften, u. a. Personal sowie deren Partner, für den Einsatz in Vorhaben der deutschen Entwicklungszusammenarbeit oder in multilateralen Einrichtungen der Entwicklungszusammenarbeit.
2. Aus den Ausgaben dürfen auch die Kosten der Vorstellungsreisen für die Auswahl von Bewerberinnen und Bewerbern für einen Einsatz im Rahmen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit (Arbeitskreis "Lernen und Helfen in Übersee" e. V.) geleistet werden.
3. Die Ausgaben sind veranschlagt für folgende Maßnahmen:

Bezeichnung	1 000 €
3.1 Humboldt-Universität Berlin, Seminar für ländliche Entwicklung..	600
3.2 Arbeitskreis "Lernen und Helfen in Übersee" e. V.......................	265
3.3 Programm "Beigeordnete Sachverständige zu internationalen Organisationen"...	20 000
Zusammen...	20 865

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2302 Tit. 686 13	18 640	18 635

Titelgruppe 04

Tgr. 04	Institutionelle Förderung von Einrichtungen der Forschung und Evaluierung in der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit	(11 281)	(27 464)	

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.

Erläuterungen:

Wirtschaftspläne siehe Anlage zum Kapitel.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 04

685 41 -023	Institutionelle Förderung von Einrichtungen der Forschung und Evaluierung in der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit - Betrieb	10 888	26 251	19 003

Haushaltsvermerk:

1. Einsparungen zu Nr. 3 der Erläuterungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 532 04.
2. Die Erläuterungen sind hinsichtlich der Ausgabenansätze der einzelnen Zuwendungsempfänger / Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO verbindlich. Abweichungen bedürfen der Einwilligung des Bundesministeriums der Finanzen.

Erläuterungen:

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	Finanzierungsanteil in Prozent ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
Institutionelle Förderung/Zuschüsse an Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO					
1. Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE) gGmbH	74,04	75,00	4 261	4 102	3 608
- aus Kap. 2305 Tit. 685 41			*4 121*	*3 902*	*3 515*
- aus Kap. 2305 Tit. 894 41			*140*	*200*	*93*
3. Deutsches Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit gGmbH (DEval)	100,00	100,00	7 020	6 670	1 315
- aus Kap. 2305 Tit. 685 41			*6 767*	*6 252*	*1 096*
- aus Kap. 2305 Tit. 894 41			*253*	*418*	*219*
Zusammen			11 281	10 772	4 923
- Summe Tit. 685 41			*10 888*	*10 154*	*4 611*
- Summe Tit. 894 41			*393*	*618*	*312*

Wirtschaftspläne zu 1. und 3. siehe Anlage zum Kapitel 2305.

Zu 1.:
Gesellschafter sind der Bund mit einer Stammeinlage von 19.174 Euro und das Land Nordrhein-Westfalen mit einer Stammeinlage von 6.391 Euro. Das Institut führt auf der Grundlage unabhängiger wissenschaftlicher Forschung Beratungs- und Ausbildungsaufgaben durch. Es erstellt für öffentliche Institutionen in der Bundesrepublik Deutschland und im Ausland Gutachten zu entwicklungspolitischen Themen und berät sie im Hinblick auf aktuelle Fragen der Zusammenarbeit zwischen Industrie- und Entwicklungsländern/Übergangsländern. Es bildet Hochschulabsolventen und Hochschulabsolventinnen verschiedener Fachrichtungen für die berufliche Praxis in öffentlichen und privaten Institutionen der deutschen und internationalen Entwicklungspolitik aus.

Die Ausgaben für die Projektförderung sind im Epl. 23 Kap. 03 Tit. 687 01 und Kap. 05 Tit. 544 01 sowie in weiteren Epl. des Bundeshaushalts veranschlagt. Daneben beteiligen sich die Länder sowie sonstige Kostenträger an der Projektförderung.

Zu 3.:
Gesellschafter ist der Bund mit einer Stammeinlage von 25.000 Euro. Zweck des Instituts ist, die Wirksamkeit, Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit von Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit unabhängig und empirisch fundiert zu analysieren und zu bewerten sowie Empfehlungen für deren Verbesserung zu erarbeiten. Ferner fördert das Institut die Leistungsfähigkeit von Menschen und Organisationen in Kooperationsländern, eigene Analysen und Bewertungen von Maßnahmen zu beauftragen oder durchzuführen. Die Ausgaben für die Projektförderung sind im Epl. 23 Kap. 05 Tit. 532 04 veranschlagt.

Zu Spalte 6:
Bereinigt um die vom Zuwendungsempfänger im Haushaltsjahr 2013 zurückgezahlten, in 2012 nicht in Anspruch genommenen Beträge.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2302 Tit. 685 40	26 251	19 003

Weniger wegen Umsetzung nach Kap. 2302 Tit. 685 01.

894 41 -023	Institutionelle Förderung von Einrichtungen der Forschung und Evaluierung in der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit - Zuschüsse für Investitionen	393	1 213	1 203

Erläuterungen:

Zuwendungsempfänger: Zusammenstellung siehe Erläuterungen zu Tit. 685 41.

2305 Forschung, Evaluierung und Qualifizierung in der Entwicklungszusammenarbeit

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 894 41 (Titelgruppe 04)

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2302 Tit. 894 40	1 213	1 203

Anlage zu Kapitel 2305 - Wirtschaftspläne

Zu Tgr. 04 Tit. 685 41

1. Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE) gGmbH

	Wirtschaftsplan	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	1	2	3	4
Institutionelle Förderung				
1.	**Ausgaben**	**5 756**	**5 549**	**4 978**
1.1	Personalausgaben	3 773	3 592	3 281
1.2	Sächliche Verwaltungsausgaben	1 792	1 687	1 570
1.3	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	4	4	3
1.4	Ausgaben für Investitionen	187	266	124
2.	**Finanzierung der Ausgaben**	**5 756**	**5 549**	**4 978**
2.1	Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	75	80	167
2.2	Zuwendungen von Ländern	1 420	1 367	1 203
2.3	**Zuwendung des Bundes**	**4 261**	**4 102**	**3 608**
	aus Kap. 2305 Tit. 685 41	*4 121*	*3 902*	*3 515*
	aus Kap. 2305 Tit. 894 41	*140*	*200*	*93*
nachrichtlich: **Projektförderung**		3 409	2 191	3 029

Zu Spalte 4: Bereinigt um die vom Zuwendungsempfänger im Haushaltsjahr 2013 zurückgezahlten, in 2012 nicht in Anspruch genommenen Beträge.

Zu Tgr. 04 Tit. 685 41

3. Deutsches Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit gGmbH (DEval)

	Wirtschaftsplan	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	1	2	3	4
Institutionelle Förderung				
1.	**Ausgaben**	**7 020**	**6 670**	**1 315**
1.1	Personalausgaben	2 765	2 836	500
1.2	Sächliche Verwaltungsausgaben	3 997	3 413	596
1.3	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	5	3	-
1.4	Ausgaben für Investitionen	253	418	219
2.	**Finanzierung der Ausgaben**	**7 020**	**6 670**	**1 315**
2.1	**Zuwendung des Bundes**	**7 020**	**6 670**	**1 315**
	aus Kap. 2305 Tit. 685 41	*6 767*	*6 252*	*1 096*
	aus Kap. 2305 Tit. 894 41	*253*	*418*	*219*

Zu Spalte 4: Bereinigt um die vom Zuwendungsempfänger im Haushaltsjahr 2013 zurückgezahlten, in 2012 nicht in Anspruch genommenen Beträge.

2310 Sonstige Bewilligungen

Vorbemerkung

Wesentliche finanzwirksame Schwerpunkte des Kapitels

Den Ausgabenschwerpunkt des Kapitels 2310 bildet mit insgesamt rd. 160 Mio. € die Titelgruppe 03 **„Sonderinitiativen: Eine Welt ohne Hunger; Fluchtursachen bekämpfen, Flüchtlinge reintegrieren; Stabilisierung in Nordafrika und dem Nahen Osten.“**

Einen weiteren Ausgabenschwerpunkt bildet der Titel 687 01 - **Internationaler Klima- und Umweltschutz** mit rd. 139 Mio. €. Er führt die Aufgaben des BMZ fort, die bis zum 31. Dezember 2013 aus dem Sondervermögen "Energie und Klimafonds" (EKF), dort ebenfalls Titel 687 01 (Internationaler Klima- und Umweltschutz) finanziert wurden.

Wesentliche Ziele, die mit den veranschlagten Mitteln erreicht werden sollen

Über die **Sonderinitiative „Eine Welt ohne Hunger“** (Titel 896 31) soll mit dem gezielten Einsatz von Haushaltsmitteln dazu beigetragen werden, den Hunger und die Mangelernährung zu bekämpfen und die ländliche Entwicklung als wichtigste Voraussetzung für Ernährungssicherung zu stärken.

Im Rahmen der **Sonderinitiative „Fluchtursachen bekämpfen, Flüchtlinge reintegrieren“** (Titel 896 32) sollen Fluchtursachen vermindert werden. Flüchtlinge und Binnenvertriebene sollen vor Ort eine Lebensperspektive erhalten.

Die **„Stabilitätsinitiative Nordafrika und Naher Osten“** (Titel 896 33) soll die Demokratie in fragilen Situationen insbesondere in Nordafrika und im Nahen Osten fördern. Weiterhin soll sie den Menschen ökonomische Perspektiven bieten.

Mit den Haushaltsmitteln im Bereich des **Internationalen Klima- und Umweltschutzes** werden gezielt Projekte und Programme umgesetzt, die zur Anpassung an den Klimawandel, zur Minderung von Treibhausgasen sowie zum Erhalt von Wäldern und anderen Ökosystemen beitragen. Aus diesen Mitteln wird auch die Arbeit des Green Climate Fund (GCF) mitfinanziert.

Überblick zum Kapitel 2310	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Übrige Einnahmen	5	5	-		5
Gesamteinnahmen	5	5	-		5
Ausgaben					
Sächliche Verwaltungsausgaben	1 350	-	+1 350		-
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	139 455	127 080	+12 375		50 364
Ausgaben für Investitionen	159 880	-	+159 880		-
Besondere Finanzierungsausgaben	-	-	-		-
Gesamtausgaben	300 685	127 080	+173 605		50 364
davon nicht flexibilisiert	300 685	127 080	+173 605		50 364
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung	452 800 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu	162 800 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu	175 000 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu	115 000 T€				

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Übrige Einnahmen

182 01 -411	Tilgung von Darlehen zur Wohnraumbeschaffung für Beschäftigte von Zuwendungsempfängern	5	5	5

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2302 Tit. 182 01	5	5

Ausgaben

Sächliche Verwaltungsausgaben

532 04 -011	Ausgaben für Maßnahmen und Projekte des Beauftragten der Bundeskanzlerin für die Deutsch-Griechische Versammlung	850		

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind übertragbar.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind darüber hinaus auch alle im Zusammenhang mit der Aufgabe des Beauftragten der Bundeskanzlerin für die Deutsch-Griechische Versammlung erwachsenden Sach- und Geschäftskosten (Kosten für Konferenzen, für in Anspruch genommene Dolmetscherinnen und Dolmetscher, Reisekosten, Sachverständige und Schreibkräfte, für Mieten, Postdienstleistungsentgelte etc.).

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 1102 Tit. 532 03	600	-

546 01 -023	Kosten aus Anlass des deutschen G8-Vorsitzes 2015	500		

Verpflichtungsermächtigung...

fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 2 800 T€

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind übertragbar.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die im Zusammenhang mit dem deutschen G8-Vorsitz im Einzelfall erwachsenden Sach- und Geschäftskosten (Kosten für Einrichtung/Ausstattung von Konferenzzentren, für in Anspruch genommene Dolmetscherinnen und Dolmetscher, Sachverständige und Schreibkräfte, für Mieten, Postdienstleistungsentgelte etc.), ferner die Reisekosten, die durch die Beteiligung von Beamtinnen und Beamten oder Angestellten des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung an Veranstaltungen anlässlich des G8-Vorsitzes entstehen. Die Reisekosten für die Angehörigen anderer teilnehmender Ressorts sind von den sie entsendenden Ressorts zu tragen.

2310 Sonstige Bewilligungen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)			
687 01 -023	Internationaler Klima- und Umweltschutz	139 455		

Verpflichtungsermächtigung... 30 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 10 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 10 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 10 000 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.

2. Zinssubventionen dürfen bei nachgewiesener Wirtschaftlichkeit auch kapitalisiert an den mit der bankenmäßigen Abwicklung beauftragten Treuhänder (§ 44 Abs. 2 BHO) ausgezahlt werden.

Erläuterungen:

1. Der Titel führt die Aufgaben des BMZ, die bis zum 31. Dezember 2013 aus dem Sondervermögen "Energie und Klimafonds" (EKF), Titel 687 01 (Internationaler Klima- und Umweltschutz) finanziert wurden, fort.
2. Durch gezielte Projekte und Programme, fokussiert auf die Bereiche Klimaanpassung und Klimaminderung sowie Maßnahmen zum Erhalt von Wäldern und anderen Ökosystemen ergänzt der Titel die bestehenden klima- und umweltpolitischen Fördermaßnahmen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit.
3. Die ODA-fähige Förderung erfolgt u. a. durch Beiträge für Zins- und Investitionszuschüsse sowie durch Beiträge für die Beteiligung und Gewährung von Zuschüssen an internationale Fonds.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 6092 Tit. 687 01	159 916	14 087

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
687 07 -023	Erstattung an den Internationalen Währungsfonds (IWF) aus Mehrerlösen aus Goldverkäufen	-	127 080	50 364

Erläuterungen:

Entsprechend des Beschlusses auf dem G20-Gipfel vom 2. April 2009 sollen vom internationalen Währungsfonds (IWF) die wegen des gestiegenen Goldpreises erzielbaren zusätzlichen Erträge aus Goldverkäufen für Kreditfazilitäten von Entwicklungsländern verwendet werden. Die zusätzlichen Erträge, die auf die Bundesrepublik Deutschland entfallen, erhöhen den von der Deutschen Bundesbank an den Bundeshaushalt abzuführenden Gewinn. Dieser Betrag wird an den IWF zur Verwendung für Kreditfazilitäten von Entwicklungsländern zurück überwiesen.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2302 Tit. 687 07	127 080	50 364

Weniger aufgrund Bedarfsanpassung.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Titelgruppe 03			
Tgr. 03	Sonderinitiativen: Eine Welt ohne Hunger, Fluchtursachen bekämpfen, Flüchtlinge reintegrieren, Stabilisierung in Nordafrika und dem Nahen Osten Haushaltsvermerk: **1. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.** **2. Die Verpflichtungsermächtigungen sind gegenseitig deckungsfähig.**	(159 880)		
896 31 -023	Sonderinitiative Eine Welt ohne Hunger Verpflichtungsermächtigung.......... 240 000 T€ davon fällig: im Haushaltsjahr 2015 bis zu.......... 80 000 T€ im Haushaltsjahr 2016 bis zu.......... 100 000 T€ im Haushaltsjahr 2017 bis zu.......... 60 000 T€	70 000		
896 32 -023	Sonderinitiative Fluchtursachen bekämpfen, Flüchtlinge reintegrieren Verpflichtungsermächtigung.......... 100 000 T€ davon fällig: im Haushaltsjahr 2015 bis zu.......... 40 000 T€ im Haushaltsjahr 2016 bis zu.......... 40 000 T€ im Haushaltsjahr 2017 bis zu.......... 20 000 T€	69 880		
896 33 -023	Sonderinitiative Nordafrika und Naher Osten Verpflichtungsermächtigung.......... 80 000 T€ davon fällig: im Haushaltsjahr 2015 bis zu.......... 30 000 T€ im Haushaltsjahr 2016 bis zu.......... 25 000 T€ im Haushaltsjahr 2017 bis zu.......... 25 000 T€	20 000		
	Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel			
666 01 -023	Beitrag an den Internationalen Währungsfonds zur Ablösung der Zahlungsrückstände Liberias		-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2302 Tit. 666 01	-	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
666 02 -023	Zahlungen an den Fonds für Technische Hilfe im Bereich nachhaltiger Schuldenstrategien des Internationalen Währungsfonds (IWF)		-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2302 Tit. 666 02	-	-

2310 Sonstige Bewilligungen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
666 03 -023	Zahlungen an das Zinssubventionskonto des Poverty Reduction and Growth Trust (PRGT) des Internationalen Währungsfonds (IWF) für Staaten mit Zahlungsbilanzproblemen		-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2302 Tit. 666 03	-	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
896 05 -023	Innovative Klimaschutzinitiative		-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2302 Tit. 896 05	-	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
972 01 -880	Globale Minderausgabe		-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2302 Tit. 972 01	-	-

Vorbemerkung

Wesentliche finanzwirksame Schwerpunkte des Kapitels

In Kapitel 2311 sind bestimmte Verwaltungsausgaben für den Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zentral veranschlagt. Einen Schwerpunkt hierbei bildet der Bereich Versorgung. In der Tgr. 57 veranschlagt sind die Einnahmen und Ausgaben der Versorgungsberechtigten, deren Versorgungsanspruch auf dem Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder der Bundesregierung, dem Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Parlamentarischen Staatssekretärinnen und Parlamentarischen Staatssekretäre, dem Gesetz über die Versorgung der Beamtinnen und Beamten und Richterinnen und Richter des Bundes (BeamtVG) oder auf einem Vertrag mit dem Bund beruht. Die Zuführungen an die Versorgungsrücklage und die Zuweisungen an den Versorgungsfonds sind in gesonderten Titeln ebenfalls in diesem Kapitel etatisiert. Die eigentlichen Verwaltungsausgaben für das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sind bei Kapitel 2312 veranschlagt.

Überblick zum Kapitel 2311	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	9 010	9 000	+10		8 819
Übrige Einnahmen	-	-	-		54
Gesamteinnahmen	9 010	9 000	+10		8 873
Ausgaben					
Personalausgaben	24 097	23 231	+866	718	21 851
Sächliche Verwaltungsausgaben	3 627	3 038	+589	156	2 896
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	3 061	3 943	-882	2 000	1 569
Besondere Finanzierungsausgaben	-	-	-		-
Gesamtausgaben	30 785	30 212	+573	2 874	26 316
davon flexibilisiert	6 832	7 024	-192	2 718	3 978
davon nicht flexibilisiert	23 953	23 188	+765	156	22 338

2311 Zentral veranschlagte Verwaltungseinnahmen und -ausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
119 99 -023	Vermischte Einnahmen	9 010	9 000	8 819

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2301 Tit. 119 99	10	-
Kap. 2302 Tit. 119 99	9 000	8 819
Zusammen	9 010	8 819

Übrige Einnahmen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
282 09 -011	Einnahmen aus Sponsoring, Spenden und ähnlichen freiwilligen Geldleistungen	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind wegen rechtsverbindlicher Verwendungsauflage Dritter zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 547 09.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2301 Tit. 282 09	-	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
381 07 -890	Leistungen von Bundesbehörden zur Durchführung von ressortübergreifenden Aufgaben	-	-	(-)

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind wegen verbindlicher Vereinbarung mit anderen Bundesbehörden (EfA) zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Epl. 23.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2302 Tit. 381 07	-	(-)

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Titelgruppe 57

Tgr. 57	Versorgung der Beamtinnen und Beamten sowie der Richterinnen und Richter	(-)		
119 57 -018	Vermischte Einnahmen	-	-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2367 Tit. 119 57	-	-

232 57 -018	Beteiligung an den Versorgungslasten des Bundes	-	-	54

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: **Tgr. 57.**

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2367 Tit. 232 57	-	54

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.

Ausgenommen sind Tit. 545 01 und Tgr. 57.

Sächliche Verwaltungsausgaben

529 01 -011	Außergewöhnlicher Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	60	48	46

Haushaltsvermerk:

Die Erläuterungen sind verbindlich.

Erläuterungen:

Bezeichnung	€
1. Zur Verfügung des Bundesministers..	22 000
2. Für sonstigen Aufwand im Ministerium.......................................	38 000
Zusammen..	60 000

Aus dem Mittelansatz dürfen auch Ausgaben für die Bewirtung mit Erfrischungen bei Besprechungen aus besonderem Anlass geleistet werden.

Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Aus den Belegen muss Anlass, Funktion und Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer (Begünstigte) erkennbar sein.

Eine Auszahlung ohne Beleg ist nicht zulässig.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2301 Tit. 529 01	48	46

2311 Zentral veranschlagte Verwaltungseinnahmen und -ausgaben

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
532 04 -023	Betreuung von Delegationen und internationalen Besuchern	360	360	335

Erläuterungen:

Aus dem Mittelansatz dürfen auch Ausgaben für außergewöhnlichen Aufwand von Beauftragten, Delegationen und Dienststellen der Bundesrepublik Deutschland im dienstlichen Verkehr im Ausland geleistet werden, soweit diese nicht aus Kap. 6002 Tit. 529 03 finanziert werden. Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Aus den Belegen muss die dienstliche Veranlassung zumindest aus den Angaben der Funktion der Teilnehmerinnen und Teilnehmer (Begünstigte) erkennbar sein. Die Auszahlung ohne Beleg ist nicht zulässig.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2302 Tit. 532 04	360	335

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
542 01 -013	Öffentlichkeitsarbeit	1 029	1 029	1 029

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Werbe- und Informationsmaterialien gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

Erläuterungen:

Im Einzelplan 23 sind außerdem folgende Maßnahmen für Öffentlichkeitsarbeit und Fachinformationen veranschlagt:

Bezeichnung	1 000 €
Öffentlichkeitsarbeit	
keine weiteren Titel	
Fachinformationen	
2311 - 543 01..	1 000

Aus den Ausgaben können auch Kosten für die Bewirtung und Betreuung von Journalistinnen und Journalisten und Besuchergruppen bei Veranstaltungen sowie anlässlich von Informationsgesprächen und -reisen geleistet werden.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2301 Tit. 542 01	1 029	1 029

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
545 01 -023	Konferenzen, Tagungen, Messen und Ausstellungen	750	750 *156*	445

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Werbe- und Informationsmaterialien gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

Erläuterungen:

1. Ausgaben dürfen auch für die Heranziehung von Fachleuten außerhalb der Bundesverwaltung geleistet werden. Im begrenzten Umfang dürfen auch Kosten der Betreuung von Besucherinnen und Besuchern, Delegationen und bilateralen Gremien geleistet werden. Bei Entwicklungsländern können die Ausga-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 545 01

ben für Aufenthalt und Reisen gezahlt werden. Dies gilt auch für Übergangsländer, soweit sie im Einzelfall nicht über ausreichende Devisen verfügen.

2. Mitveranschlagt sind auch die Kosten vorbereitender, begleitender und auswertender Maßnahmen.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2302 Tit. 545 01	750	445

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
547 09 -011	Ausgaben für Vorhaben, die aus Spenden, Sponsoring und ähnlichen freiwilligen Geldleistungen finanziert werden	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 282 09.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2301 Tit. 547 09	-	-

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
688 06 -011	Zahlungsverpflichtungen aus Verstößen gegen EU-Recht	-	-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2301 Tit. 688 06	-	-

Besondere Finanzierungsausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
981 07 -890	Leistungen an Bundesbehörden zur Durchführung von ressortübergreifenden Aufgaben	-	-	(-)

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Epl. 23.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2302 Tit. 981 07	-	(-)

2311 Zentral veranschlagte Verwaltungseinnahmen und -ausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Titelgruppe 57			
Tgr. 57	Versorgung der Beamtinnen und Beamten sowie der Richterinnen und Richter Haushaltsvermerk: **1. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.** **2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 232 57.**	(21 754)	(21 001)	
431 57 -018	Versorgungsbezüge der Bundesministerinnen und Bundesminister, Parlamentarischen Staatssekretärinnen und Parlamentarischen Staatssekretäre, sonstiger Amtsträger und deren Hinterbliebenen	886	741	719

Erläuterungen:

Aus dem Titel werden auch Übergangsgelder für ehemalige Mitglieder der Bundesregierung (§ 14 Bundesministergesetz) und für ehemalige Parlamentarische Staatssekretärinnen und Parlamentarische Staatssekretäre (§ 6 ParlStG) gewährt.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2367 Tit. 431 57	741	719

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
432 57 -018	Versorgungsbezüge	17 409	16 878	16 708

Erläuterungen:

Aus dem Titel werden auch die Bezüge der in den einstweiligen Ruhestand versetzten Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter vom Ersten des auf den Beginn des einstweiligen Ruhestandes folgenden Monats an gewährt.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2367 Tit. 432 57	16 878	16 708

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
434 57 -018	Zuführung an die Versorgungsrücklage	637	595	463

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2367 Tit. 434 57	595	463

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
443 57 -018	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen einschließlich Inanspruchnahme von besonderen Fachdiensten/-kräften	8	48	10

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2367 Tit. 443 57	48	10

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu Titelgruppe 57			
446 57 -018	Beihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften	2 753	2 684	2 491

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2367 Tit. 446 57	2 684	2 491

453 57 -018	Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen	-	-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2367 Tit. 453 57	-	-

632 57 -018	Erstattungen des Bundes für Versorgungslasten	61	55	92

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2367 Tit. 632 57	55	92

Flexibilisierte Ausgaben

Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG

	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3...	5 404	6 173 *2 718*	2 937
Aus Hauptgruppe 5..	1 428	851	1 041
Zusammen..	6 832	7 024 *2 718*	3 978

F ***424 01*** *-011*	*Zuführung an die Versorgungsrücklage*	*434*	*457*	*255*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 2301 Tit. 424 01	*457*	*255*

2311 Zentral veranschlagte Verwaltungseinnahmen und -ausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu flexibilisierte Ausgaben			
F *441 01 -840*	*Beihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften*	*1 800*	*1 768*	*1 141*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2301 Tit. 441 01	1 768	1 141

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F *443 01 -840*	*Fürsorgeleistungen und Unterstützungen einschließlich Inanspruchnahme von besonderen Fachdiensten/-kräften*	*120*	*10*	*26*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2301 Tit. 443 01	10	26
Kap. 2301 Tit. 443 02	100	56
Zusammen	110	82

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F *452 02 -223*	*Unfallkasse des Bundes*	*50*	*50*	*38*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2301 Tit. 452 02	50	38

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F *526 01 -011*	*Gerichts- und ähnliche Kosten*	*55*	*33*	*30*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2301 Tit. 526 01	33	30

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F *526 02 -011*	*Sachverständige, Ausgaben für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen*	*353*	*98*	*3*

Erläuterungen:

Kosten für Sachverständige, die in Fragen von allgemeiner entwicklungspolitischer Bedeutung gehört werden, einschließlich der bei der Abgabe der Gutachten entstehenden Reisekosten. Mitveranschlagt sind Kosten für Dolmetscher- und Übersetzungsleistungen.

Innovationsbeirat (Beratung des BMZ in Fragen der Entwicklungspolitik).

Aus den veranschlagten Ausgaben dürfen auch die Kosten für die Vorbereitung, Durchführung und Auswertung der Tagungen des Fachbeirats gezahlt werden, soweit sie in unmittelbarem Zusammenhang mit den Tagungen stehen und nicht andere Ansätze hierfür in Betracht kommen.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2301 Tit. 526 02	98	3
Kap. 2301 Tit. 526 03	200	3

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 526 02

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Zusammen	*298*	*6*

F ***527 03*** *-011*	*Reisen in Angelegenheiten der Personalvertretungen und der Gleichstellungsbeauftragten sowie in Vertretung der Interessen schwerbehinderter Menschen*	*20*	*20*	*13*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 2301 Tit. 527 03	*20*	*13*

F ***543 01*** *-023*	*Veröffentlichungen und Fachinformationen*	*1 000*	*700*	*995*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 2301 Tit. 543 01	*700*	*995*

F ***634 03*** *-011*	*Zuweisungen an den Versorgungsfonds*	*3 000*	*3 888*	*1 477*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 2301 Tit. 634 03	*3 888*	*1 477*
Kap. 2303 Tit. 634 03	*-*	*-*
Zusammen	*3 888*	*1 477*

2312 Bundesministerium

Vorbemerkung

Wesentliche finanzwirksame Schwerpunkte des Kapitels

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) nimmt für den Bund die Aufgaben auf dem Gebiet der Entwicklungspolitik wahr.

Das Bundesministerium gliedert sich in fünf Abteilungen:

Abteilung P/K: Planung und Kommunikation

Abteilung 1: Zentrale Dienste, Zivilgesellschaft, Wirtschaft

Abteilung 2: Grundsatzfragen und politische Steuerung der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit; Sektorale Aufgaben

Abteilung 3: Afrika- und Lateinamerikapolitik; Globale und sektorale Aufgaben

Abteilung 4: Europa-, Nahost- und Asienpolitik; multilaterale Entwicklungspolitik

Das BMZ als oberste Bundesbehörde hat seinen Sitz in Bonn und unterhält einen zweiten Dienstsitz in Berlin.

Überblick zum Kapitel 2312	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	4	14	-10		77
Gesamteinnahmen	4	14	-10		77
Ausgaben					
Personalausgaben	56 449	56 519	-70	5 029	41 695
Sächliche Verwaltungsausgaben	29 868	27 133	+2 735	237	15 765
Ausgaben für Investitionen	3 599	3 373	+226	801	1 624
Besondere Finanzierungsausgaben	-	-	-		-
Gesamtausgaben	89 916	87 025	+2 891	6 067	59 084
davon flexibilisiert	78 904	76 837	+2 067	5 304	59 008
davon nicht flexibilisiert	11 012	10 188	+824	763	76
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung					
fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu	2 390 T€				

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

124 01 -011	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	-	-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2301 Tit. 124 01	-	-

132 01 -011	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	4	4	77

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2301 Tit. 132 01	4	77

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.

Ausgenommen sind Tit. 712 05 und 712 07.

Sächliche Verwaltungsausgaben

518 02 -011	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	10 312	9 918	-

Haushaltsvermerk:

Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2301 Tit. 518 02	9 918	-

2312 Bundesministerium

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Ausgaben für Investitionen

712 05 -011	Baumaßnahmen im Dienstgebäude Bundeskanzleramt	-	- *763*	76

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamt-ausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Nach 2013 übertra-gene Aus-gabereste 1 000 €	Veran-schlagt 2014 1 000 €	Vorbe-halten für 2015 ff 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7
Übrige Sanierungs- und Herrichtungsmaßnahmen..........................	44 243	43 480		763		-

Die baufachlichen Gesamtkosten der Teil-Baumaßnahmen belaufen sich einschl. der Planungskosten auf 66 251 T€. Ausgaben für die Grundsanierung (Asbestbeseitigung, Brandschutzmaßnahmen, Sanierung der Tiefgarage einschl. Planungskosten) in Höhe von 20 954 T€ sind bei Kap. 0807 Tit. 712 31 (mittlerweile entfallen) verausgabt worden. Die Ausgaben sind für übrige erforderliche Sanierungs- und Herrichtungsmaßnahmen im Bundeskanzleramt zur Nutzung als 1. Dienstsitz des BMZ bestimmt.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2301 Tit. 712 05	-	76

712 07 -011	Baumaßnahmen im Dienstsitz Berlin	700	270	-

Verpflichtungsermächtigung..

fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 2 390 T€

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamt-ausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Nach 2013 übertra-gene Aus-gabereste 1 000 €	Veran-schlagt 2014 1 000 €	Vorbe-halten für 2015 ff 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7
Sanierungs- und Herrichtungsmaßnahmen Dienstgebäude Stresemannstraße 94, Berlin..	17 528	14 438			700	2 390

Bauunterlagen nach § 24 BHO für den Nachtrag zur ES-Bau liegen noch nicht vor.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2301 Tit. 712 10	270	-

Besondere Finanzierungsausgaben

981 01 -890	Leistungen an Bundesbehörden zur Durchführung von Aufträgen	-	-	(19 030)

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Epl. 23.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 981 01

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2302 Tit. 981 01	-	(19 030)

Flexibilisierte Ausgaben

Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG

	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
Aus Hauptgruppe 4	56 449	56 519 *5 029*	41 695
Aus Hauptgruppe 5	19 556	17 215 *237*	15 765
Aus Hauptgruppe 7	3	3 *35*	-
Aus Hauptgruppe 8	2 896	3 100 *3*	1 548
Aus Hauptgruppe 9	-	-	-
Zusammen	78 904	76 837 *5 304*	59 008

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***421 01*** *-011*	*Bezüge des Bundesministers und der Parlamentarischen Staatssekretäre*	*445*	*295*	*300*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 2301 Tit. 421 01	*295*	*300*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***422 01*** *-011*	*Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten*	*33 441*	*38 443*	*22 950*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 2301 Tit. 422 01	*38 443*	*22 950*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***422 02*** *-011*	*Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte*	-	-	*-8*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 2301 Tit. 422 02	-	*-8*

2312 Bundesministerium

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F ***427 09*** *-011*	*Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige*	*3 775*	*2 100*	*1 753*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 2301 Tit. 427 09	*2 100*	*1 753*

F ***428 01*** *-011*	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*17 863*	*14 681*	*15 904*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 2301 Tit. 428 01	*14 681*	*15 904*

F ***453 01*** *-011*	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	*925*	*900*	*740*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 2301 Tit. 453 01	*900*	*740*

F ***511 01*** *-011*	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände, Software, Wartung*	*2 654*	*1 000*	*884*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 2301 Tit. 511 01	*1 000*	*884*
Kap. 2301 Tit. 511 55	*1 535*	*1 259*
Zusammen	*2 535*	*2 143*

F ***517 01*** *-011*	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	*4 300*	*3 400*	*3 882*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 2301 Tit. 517 01	*3 400*	*3 882*

F ***518 01*** *-011*	*Mieten und Pachten*	*493*	*405*	*467*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 2301 Tit. 518 01	*405*	*467*
Kap. 2301 Tit. 518 55	*3*	*3*
Zusammen	*408*	*470*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F **519 01** *-011*	*Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen*	*3 968*	*4 170*	*2 578*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2301 Tit. 519 01	4 170	2 578

F **525 01** *-011*	*Aus- und Fortbildung*	*1 010*	*585*	*335*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2301 Tit. 525 01	585	335
Kap. 2301 Tit. 525 55	83	57
Zusammen	668	392

F **527 01** *-011*	*Dienstreisen*	*3 700*	*3 440*	*3 055*

Haushaltsvermerk:

1. *Aus den Ausgaben dürfen auch die Reisekosten von Bediensteten anderer Bundesbehörden gezahlt werden, die im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Dienstreisen im Rahmen der bilateralen entwicklungspolitischen Zusammenarbeit durchführen.*
2. *Die Zahlstellen der Auslandsvertretungen können in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember für Rechnung des nächsten Haushaltsjahres Auszahlungen bis zur Höhe eines Vierteljahresbetrages der Ansätze des laufenden Haushaltsjahres des für Referentinnen und Referenten für wirtschaftliche Zusammenarbeit vorgesehenen Betrages leisten.*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2301 Tit. 527 01	3 440	3 055

F **532 01** *-011*	*Aufträge und Dienstleistungen im Bereich Informationstechnik*	*2 860*	*2 035*	*2 514*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2301 Tit. 532 55	2 035	2 514

2312 Bundesministerium

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F **539 99** -011	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*571*	*280*	*670*

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Abgeltung von Ansprüchen nach dem Urheberrecht	100
2. Vereinbarkeit von Familie und Beruf	200
3. Aufgabenkritik Phase II	70
4. Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	75
5. Sonstiges	126
Zusammen	571

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2301 Tit. 514 01	75	58
Kap. 2301 Tit. 539 99	280	670
Kap. 2301 Tit. 546 88	4	-
Zusammen	359	728

F **711 01** -011	*Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten*	*3*	*3*	*-*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2301 Tit. 711 01	3	-

F **811 01** -011	*Erwerb von Fahrzeugen*	*25*	*25*	*123*

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
Ersatzbeschaffung	
1 Pkw	25
abzgl. Mehreinnahmen bei Tit. 132 01 aus der Veräußerung von Dienst-Kfz gem. § 6 Abs. 7 HG	-
Zusammen	25

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2301 Tit. 811 01	25	123

F **812 01** -011	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)*	*897*	*745*	*364*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2301 Tit. 812 01	745	364

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F ***812 02*** *-011*	*Erwerb von Anlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Software im Bereich Informationstechnik*	*1 974*	*2 330*	*1 061*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Erstbeschaffung	
1.1 Hardware	*685*
1.2 Software	*702*
2. Ersatzbeschaffung	
2.1 Hardware	*457*
2.2 Software	*130*
Zusammen	*1 974*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 2301 Tit. 812 55	*2 330*	*1 061*

F ***972 88*** *-880*	*Einsparungen flexibilisierter Mittel im Epl. 23*	*-*	*-*	*-*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 2301 Tit. 972 88	*-*	*-*

Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel

119 99 -011	Vermischte Einnahmen		10	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2301 Tit. 119 99	10	-

F *443 02* *-313*	*Inanspruchnahme überbetrieblicher betriebsärztlicher und sicherheitstechnischer Dienste, von Betriebsärztinnen und Betriebsärzten sowie Fachkräften für Arbeitssicherheit*		*100*	*56*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 2301 Tit. 443 02	*100*	*56*

F *511 55* *-011*	*Geschäftsbedarf und Datenübertragung sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Software, Wartung*		*1 535*	*1 259*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 2301 Tit. 511 55	*1 535*	*1 259*

2312 Bundesministerium

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 514 01 -011	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*		*75*	*58*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 2301 Tit. 514 01	*75*	*58*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 518 55 -011	*Miete für Datenverarbeitungsanlagen, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Maschinen, Software*		*3*	*3*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 2301 Tit. 518 55	*3*	*3*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 525 55 -011	*Aus- und Fortbildung*		*83*	*57*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 2301 Tit. 525 55	*83*	*57*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 526 03 -011	*Ausgaben für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen*		*200*	*3*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 2301 Tit. 526 03	*200*	*3*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 546 88 -012	*Förderung des Vorschlagwesens*		*4*	*-*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 2301 Tit. 546 88	*4*	*-*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
712 06 -011	Baumaßnahmen im Haus 3 des Dienstgebäudes des ehemaligen Bundeskanzleramtes		-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2301 Tit. 712 06	-	-

Vorbemerkung

Durch Erlass des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit vom 30. Juni 1975 (GMBl S 482) sind die Aufgaben der Bundesstelle für Entwicklungshilfe (BfE) in Eschborn auf das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH in Eschborn übergegangen.

Die Abwicklungsstelle der Bundesstelle für Entwicklungshilfe hat die projektbezogenen Abrechnungs- und Abwicklungsaufgaben beendet. Restaufgaben, die insbesondere Unterbringung und Beurlaubung von Beamtinnen und Beamten, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern der ehemaligen Bundesstelle für Entwicklungshilfe, Eschborn, betreffen, werden seit März 1979 durch Bedienstete des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Nebenamt) wahrgenommen.

Bei diesem Kapitel werden die erforderlichen Leerstellen und Stellen für die zur Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH beurlaubten Bediensteten der ehemaligen BfE ausgebracht und die für die an die GIZ beurlaubten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu leistende Umlage zur zusätzlichen Altersversorgung sowie andere gesetzliche und tarifliche Ansprüche abgewickelt.

Überblick zum Kapitel 2313	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Übrige Einnahmen	-	-	-		12
Gesamteinnahmen	-	-	-		12
Ausgaben					
Personalausgaben	-	-	-		12
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	-	-	-		-
Gesamtausgaben	-	-	-		12
davon nicht flexibilisiert	-	-	-		12

2313 Abwicklung Bundesstelle für Entwicklungshilfe

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Übrige Einnahmen

261 01 -023	Erstattungen von Verwaltungsausgaben (VBL-Umlage) durch die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ)	-	-	12

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 428 01.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2303 Tit. 261 01	-	12

Ausgaben

Personalausgaben

422 01 -023	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	-	-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2303 Tit. 422 01	-	-

428 01 -023	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	-	-	12

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 261 01.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2303 Tit. 428 01	-	12

Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel

634 03 -023	Zuweisungen an den Versorgungsfonds		-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 2303 Tit. 634 03	-	-

Haushaltsvermerk:

In den Personaltiteln dieses Einzelplans sind folgende Aufwandsentschädigungen und Besondere Personalausgaben veranschlagt:

1. **Aufwandsentschädigungen**

1.1 Dienstaufwandsentschädigung für den Bundesminister in Höhe von jährlich 3 681,30 € (monatlich 306,78 €) bei folgendem Titel:

Kap. 2312 Tit. 421 01.

1.2 Dienstaufwandsentschädigung für die **Parlamentarischen Staatssekretäre in Höhe von jährlich je 2 760,98 € (monatlich je** 230,08 €) bei folgendem Titel:

Kap. 2312 Tit. 421 01.

1.3 Aufwandsentschädigung für vom Dienst freigestellte Personalratsmitglieder in Höhe von jährlich 312 € (monatlich 26 €) bei folgenden Titeln:

Kap. 2312 Tit. 422 01 und 428 01.

1.4 Aufwandsentschädigung aufgrund dienstlich veranlasster doppelter Haushaltsführung bei Versetzungen vom Inland ins Ausland, im Ausland und vom Ausland ins Inland bei folgenden Titeln:

Kap. 2312 Tit. 422 01 und 428 01.

2. **Besondere Personalausgaben**

2.1 Betreuung aller Beschäftigten, die am Heiligen Abend nach 18 Uhr Dienst verrichten (zentral für den gesamten Geschäftsbereich) bei folgendem Titel:

Kap. 2312 Tit. 428 01.

2.2 Verfügungsfonds für vom Dienst freigestellte Gleichstellungsbeauftragte gem. § 18 Abs. 4 BGleiG in Höhe von bis zu jährlich 312 € (monatlich 26 €) bei folgendem Titel:

Kap. 2312 Tit. 422 01.

2.3 Außer- und übertarifliche Leistungen an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die mit Einwilligung des BMF gewährt werden, bei den Titeln der Gruppen 427 und 428.

23 Übersicht 1
Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Kapitel, Titel (Titelgr.) sowie Zweckbestimmung	Ausgaben-soll 2014	a) Bis einschl. 31.12.2012 eingegangene Verpflichtungen fällig ab 2014 b) VE 2013 c) VE 2014	davon fällig 2014	2015	2016	2017	Folgejahre	in künftigen Haushaltsjahren
	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Kapitel 2301								
685 01 - Berufliche Aus- und Fortbildung	47 240	a) 34 271	23 756	8 334	2 181	-	-	-
		b) 45 000	16 750	15 200	10 900	2 150	-	-
		c) 42 000		15 250	14 200	10 400	2 150	-
687 05 - Förderung von Medien, Zugang zu Information und Meinungsfreiheit in Kooperationsländern	16 200	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) 12 000		4 000	4 000	4 000	-	-
687 06 - Entwicklungsfördernde und strukturbildende Übergangshilfe	49 000	a) 13 320	11 120	2 200	-	-	-	-
		b) 30 000	17 000	9 000	4 000	-	-	-
		c) 30 000		17 000	9 000	4 000	-	-
896 01 - Finanzielle Zusammenarbeit mit Regionen	60 000	a) 63 170	22 490	40 680	-	-	-	-
		b) 80 000	-	-	-	-	-	80 000
		c) 60 000		-	-	-	-	60 000
896 03 - Bilaterale Technische Zusammenarbeit	1 308 899	a) 2 538 533	915 547	699 991	596 809	227 497	98 689	-
		b) 1 262 844	-	-	-	-	-	1 262 844
		c) 1 329 820		-	-	-	-	1 329 820
896 06 - Internationale Zusammenarbeit mit Regionen für nachhaltige Entwicklung	30 000	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 40 000	-	-	-	-	-	40 000
		c) 30 000		-	-	-	-	30 000
Tgr. 01								
866 11 - Bilaterale Finanzielle Zusammenarbeit - Darlehen	388 250	a) 8 025 765	1 146 250	985 891	836 669	691 296	4 365 659	-
		b) 1 860 000	-	-	-	-	-	1 860 000
		c) 530 000		-	-	-	-	530 000
896 11 - Bilaterale Finanzielle Zusammenarbeit - Zuschüsse	1 164 750	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) 1 590 000		-	-	-	-	1 590 000
Summe des Kapitels 2301	3 071 799	a) 10 675 059	2 119 163	1 737 096	1 435 659	918 793	4 464 348	-
		b) 3 317 844	33 750	24 200	14 900	2 150	-	3 242 844
		c) 3 623 820		36 250	27 200	18 400	2 150	3 539 820
Kapitel 2302								
687 01 - Entwicklungspartnerschaft mit der Wirtschaft	79 800	a) 39 290	32 290	7 000	-	-	-	-
		b) 79 800	31 350	27 050	21 400	-	-	-
		c) 79 800		31 350	27 050	21 400	-	-
687 03 - Förderung der Sozialstruktur	42 020	a) 34 820	23 450	11 370	-	-	-	-
		b) 31 500	10 550	11 100	9 850	-	-	-
		c) 31 500		10 550	11 100	9 850	-	-
687 04 - Förderung entwicklungswichtiger Vorhaben der politischen Stiftungen	249 400	a) 221 100	147 600	73 500	-	-	-	-
		b) 249 400	57 440	84 600	107 360	-	-	-
		c) 220 000		74 000	62 310	83 690	-	-
896 04 - Förderung entwicklungswichtiger Vorhaben der Kirchen	218 000	a) 227 796	112 242	62 933	22 833	19 532	10 256	-
		b) 218 000	-	-	-	-	-	218 000
		c) 202 000		-	-	-	-	202 000
Tgr. 07								
684 71 - Förderung der entwicklungspolitischen Bildung	23 000	a) 1 500	1 500	-	-	-	-	-
		b) 10 000	6 000	4 000	-	-	-	-
		c) 20 000		11 000	9 000	-	-	-

Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Kapitel, Titel (Titelgr.) sowie Zweckbestimmung	Ausgaben-soll 2014	a) Bis einschl. 31.12.2012 eingegangene Verpflichtungen fällig ab 2014 b) VE 2013 c) VE 2014	davon fällig					
			2014	2015	2016	2017	Folgejahre	in künftigen Haushaltsjahren
	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €
1	2	3	4	5	6	7	8	9
685 71 - Förderung des kommunalen Engagements	5 000	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 3 000	1 500	1 000	500	-	-	-
		c) 3 000		1 500	1 000	500	-	-
687 72 - Ziviler Friedensdienst	29 000	a) 23 460	15 640	7 820	-	-	-	-
		b) 25 320	7 560	8 930	8 830	-	-	-
		c) 25 320		6 130	8 330	10 860	-	-
687 74 - Entwicklungspolitischer Freiwilligendienst	30 000	a) 823	823	-	-	-	-	-
		b) 26 000	15 000	10 000	1 000	-	-	-
		c) 26 000		15 000	10 000	1 000	-	-
687 76 - Förderung entwicklungswichtiger Vorhaben privater deutscher Träger	61 380	a) 22 601	17 738	4 863	-	-	-	-
		b) 61 000	33 980	19 420	7 600	-	-	-
		c) 55 000		28 600	17 600	8 800	-	-
Summe des Kapitels 2302	755 467	a) 571 390	351 283	167 486	22 833	19 532	10 256	-
		b) 704 020	163 380	166 100	156 540	-	-	218 000
		c) 662 620		178 130	146 390	136 100	-	202 000
Kapitel 2303								
687 01 - Beiträge an die Vereinten Nationen, ihre Sonderorganisationen sowie andere internationale Einrichtungen und internationale Nichtregierungsorganisationen	131 032	a) 10 000	10 000	-	-	-	-	-
		b) 32 000	22 000	10 000	-	-	-	-
		c) 32 000		22 000	10 000	-	-	-
687 02 - Beteiligung am Welternährungsprogramm	23 008	a) 23 008	23 008	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) 46 016		23 008	23 008	-	-	-
687 03 - Förderung der internationalen Agrarforschung	20 000	a) 18 000	12 000	6 000	-	-	-	-
		b) 16 000	4 000	6 000	6 000	-	-	-
		c) 16 000		4 000	5 000	7 000	-	-
687 04 - Zahlungen an den Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD) und an dessen Sonderprogramm für Subsahara-Afrika	18 336	a) 36 672	18 336	18 336	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
896 02 - Beitrag zu den "Europäischen Entwicklungsfonds" der Europäischen Union (Abkommen von Lomé und Cotonou)	670 000	a) 3 005 803	750 500	900 000	900 000	455 303	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
896 07 - Beitrag an den Globalen Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria (GFATM)	240 000	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 600 000	200 000	200 000	200 000	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
896 09 - Entwicklungswichtige multilaterale Hilfen zum weltweiten Umweltschutz, zur Erhaltung der Biodiversität und zum Klimaschutz	183 374	a) 343 429	123 277	97 673	6 384	1 310	114 785	-
		b) 40 000	40 000	-	-	-	-	-
		c) 382 000		19 100	37 600	45 000	-	280 300
Summe des Kapitels 2303	1 285 750	a) 3 436 912	937 121	1 022 009	906 384	456 613	114 785	-
		b) 688 000	266 000	216 000	206 000	-	-	-
		c) 476 016		68 108	75 608	52 000	-	280 300

23 Übersicht 1
Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Kapitel, Titel (Titelgr.) sowie Zweckbestimmung	Ausgaben-soll 2014		a) Bis einschl. 31.12.2012 eingegangene Verpflichtungen fällig ab 2014 b) VE 2013 c) VE 2014	davon fällig 2014	2015	2016	2017	Folgejahre	in künftigen Haushaltsjahren
	1 000 €		1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €
1	2		3	4	5	6	7	8	9
Kapitel 2304									
687 01 - Zahlungen an Einrichtungen der Weltbankgruppe	611 407	a)	1 948 994	570 971	505 645	408 652	325 639	138 087	-
		b)	11 500	11 500	-	-	-	-	-
		c)	1 895 519		121 918	134 724	257 493	-	1 381 384
687 02 - Zahlungen an die Asiatische Entwicklungsbank, an den Asiatischen Entwicklungsfonds sowie an den Sonderfonds für Technische Hilfe	48 919	a)	352 844	49 526	48 313	54 321	47 378	153 306	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
687 03 - Zahlungen an die Afrikanische Entwicklungsbank und an den Afrikanischen Entwicklungsfonds	191 599	a)	668 993	164 523	135 265	121 229	92 370	155 606	-
		b)	71 049	-	-	-	-	-	71 049
		c)	421 990		48 123	58 694	60 136	-	255 037
687 04 - Zahlungen an die Inter-Amerikanische Entwicklungsbank und deren Sonderfonds, an die Inter-Amerikanische Investitionsgesellschaft und an den Multilateralen Investitionsfonds	4 672	a)	15 207	4 883	4 883	4 901	-	540	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
687 05 - Zahlungen an die Karibische Entwicklungsbank und deren Sonderfonds	5 601	a)	8 914	1 569	1 569	1 569	-	4 207	-
		b)	12 300	4 100	4 100	4 100	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
Summe des Kapitels 2304	862 198	a)	2 994 952	791 472	695 675	590 672	465 387	451 746	-
		b)	94 849	15 600	4 100	4 100	-	-	71 049
		c)	2 317 509		170 041	193 418	317 629	-	1 636 421
Kapitel 2305									
532 04 - Beobachtung, Überprüfung und Kapazitätsaufbau im Rahmen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit	1 500	a)	100	100	-	-	-	-	-
		b)	800	400	400	-	-	-	-
		c)	1 500		750	750	-	-	-
544 01 - Forschung, Untersuchungen und Ähnliches	13 590	a)	4 197	4 197	-	-	-	-	-
		b)	2 100	1 100	500	500	-	-	-
		c)	6 345		2 515	2 060	1 770	-	-
686 03 - Vorbereitung und Ausbildung von Personal für eine Tätigkeit auf dem Gebiet der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit sowie Beratungsmaßnahmen für anerkannte Entwicklungsdienste	20 865	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	7 000	7 000	-	-	-	-	-
		c)	7 000		7 000	-	-	-	-
Summe des Kapitels 2305	47 236	a)	4 297	4 297	-	-	-	-	-
		b)	9 900	8 500	900	500	-	-	-
		c)	14 845		10 265	2 810	1 770	-	-
Kapitel 2310									
546 01 - Kosten aus Anlass des deutschen G8-Vorsitzes 2015	500	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	2 800		2 800	-	-	-	-
687 01 - Internationaler Klima- und Umweltschutz	139 455	a)	-	-	-	-	-	-	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	30 000		10 000	10 000	10 000	-	-

Kapitel, Titel (Titelgr.) sowie Zweckbestimmung	Ausgaben-soll 2014	a) Bis einschl. 31.12.2012 eingegangene Verpflichtungen fällig ab 2014 b) VE 2013 c) VE 2014	davon fällig 2014	2015	2016	2017	Folgejahre	in künftigen Haushaltsjahren
	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Tgr. 03								
896 31 - Sonderinitiative Eine Welt ohne Hunger	70 000	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) 240 000		80 000	100 000	60 000	-	-
896 32 - Sonderinitiative Fluchtursachen bekämpfen, Flüchtlinge reintegrieren	69 880	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) 100 000		40 000	40 000	20 000	-	-
896 33 - Sonderinitiative Nordafrika und Naher Osten	20 000	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) 80 000		30 000	25 000	25 000	-	-
Summe des Kapitels 2310	300 685	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) 452 800		162 800	175 000	115 000	-	-
Kapitel 2312								
518 02 - Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	10 312	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 35 373	11 791	11 791	11 791	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
712 07 - Baumaßnahmen im Dienstsitz Berlin	700	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 2 820	2 000	820	-	-	-	-
		c) 2 390		2 390	-	-	-	-
Summe des Kapitels 2312	89 916	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 38 193	13 791	12 611	11 791	-	-	-
		c) 2 390		2 390	-	-	-	-
Summe des Einzelplans 23	6 443 836	a) 17 682 610	4 203 336	3 622 266	2 955 548	1 860 325	5 041 135	-
		b) 4 852 806	501 021	423 911	393 831	2 150	-	3 531 893
		c) 7 550 000		627 984	620 426	640 899	2 150	5 658 541

23 Übersicht 2
Ausgaben auf dem Gebiet der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit

	Bezeichnung	1 000 €
	Quellen der deutschen ODA 2012	
Epl. 02	Deutscher Bundestag	568
Epl. 04	Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt	83 100
Epl. 05	Auswärtiges Amt	939 135
Epl. 06	Bundesministerium des Innern	5 825
Epl. 07	Bundesministerium für Justiz	3 510
Epl. 08	Bundesministerium der Finanzen	5 516
Epl. 09	Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie	18 305
Epl. 10	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	30 958
Epl. 11	Bundesministerium für Arbeit und Soziales	14 436
Epl. 12	Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	210
Epl. 14	Bundesministerium der Verteidigung	7 725
Epl. 15	Bundesministerium für Gesundheit	24 902
Epl. 16	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	127 386
Epl. 17	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	2 127
Epl. 30	Bundesministerium für Bildung und Forschung	112 697
Epl. 23	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	6 099 464
Epl. 60	Allgemeine Finanzverwaltung (Wirtschaftsplan des Energie- und Klimafonds)	31 076
	ODA-anrechenbarer Anteil aus dem EU-Haushalt	1 292 366
	Bundesländer	722 843
	Bundesvermögen (Schuldenerleichterung)	660 877
	Sonstige	417 211
	Tilgungen	-1 268 257
	Marktmittel	734 943
Zusammen		10 066 923

	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Ist 2012 1 000 €	ODA 2012 1 000 €
	1	2	3	4
	Zusammensetzung der ODA des Epl. 23			
1.	Bilateriale Entwicklungszusammenarbeit	4 175 187	4 048 101	4 091 533
1.1	Bilaterale staatliche Entwicklungszusammenarbeit	3 071 799	3 322 685	3 383 918
1.2	EZ zivilgesellschaftlicher und wirtschaftlicher Gruppen und Institutionen	802 703	725 416	707 615
1.3	Sondermaßnahmen	300 685	-	-
2.	Multilaterale und Europäische Entwicklungszusammenarbeit	2 147 948	2 186 397	1 890 185
2.1	Vereinte Nationen und internationale Einrichtungen	371 032	308 400	273 622
2.2	IWF/Weltbank	611 407	787 301	613 946
2.3	Regionalbanken	250 791	230 283	243 678
2.4	EEF	670 000	598 407	598 407
2.5	Internationale Ernährungssicherung und globaler Umweltschutz	244 718	262 006	160 532
3.	Bundesministerium	120 701	111 463	117 746
	Gesamtsumme Epl. 23 (1. - 3.)	6 443 836	6 345 961	6 099 464
	Sonstige ODA-Quellen	-	-	3 967 459
	ODA 2012	-	-	10 066 923

Personalhaushalt

Einzelplan 23

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Inhalt

Kapitel	B e z e i c h n u n g	Seite
	Vorbemerkungen zum Personalhaushalt	84
	Gesamtübersicht	85
2312	Bundesministerium	86
2313	Abwicklung Bundesstelle für Entwicklungshilfe	90
	Übersichten	
	Darstellung der den Planstellen zugeordneten Amtsbezeichnungen	91
	Stellenübersichten der Zuwendungsempfänger:	
2302	Zivilgesellschaftliches, kommunales und wirtschaftliches Engagement	92
2305	Forschung, Evaluierung und Qualifizierung in der Entwicklungszusammenarbeit	94

Vorbemerkungen zum Personalhaushalt

1. Ersatz(plan)stellen werden zahlenmäßig in einer eigenen Spalte der Übersichten der ku- und kw-Vermerke in der Gesamtübersicht und in den einzelnen Kapiteln nachgewiesen.

   Ersatz(plan)stellen im Zusammenhang mit der Gewährung von Altersteilzeit sind mit dem Vermerk "kw mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten" ausgewiesen.

   Die sonstigen Ersatz(plan)stellen sind in der Übersicht mit der Kurzformulierung "Ersatzplanstelle" bzw."Ersatzstelle" ausgewiesen, die Kurzformulierung entspricht dabei dem folgenden Wortlaut eines kw-Vermerks:

   - bei Titeln der Gruppe 422: kw - nach Rückkehr der abgeordneten Beschäftigten - mit Übernahme der Ersatzkräfte in eine freie oder die nächste frei werdende Planstelle ihrer Besoldungsgruppe oder mit Versetzung der Beschäftigten oder ihrem Ausscheiden aus dem Dienst

   - bei Titeln der Gruppe 428: kw - nach Rückkehr der abgeordneten Beschäftigten - mit Übernahme der Ersatzkräfte in eine freie oder die nächste frei werdende Stelle ihrer Entgeltgruppe oder Planstelle der entsprechenden Besoldungsgruppe oder mit Versetzung der Beschäftigten oder ihrem Ausscheiden aus dem Dienst

2. AT B ist die Kurzbezeichnung für Arbeitsverhältnisse mit Verträgen nach Anlage 1a oder 1b des BMI-Rundschreibens vom 18. November 2005 - D II 2 - 220 234 - in der jeweils geltenden Fassung.

3. Anzahl der im Haushaltsjahr 2012 eingesetzten Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen (umgerechnet auf vollbeschäftigte Arbeitskräfte im Haushaltsjahr) und Auszubildende (Jahresdurchschnitt):

Kapitel	Titel	Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen	Auszubildende
2312	427 09	26,0	29,0

4. Arbeitsplatzbeschreibungen für alle Stellen der Gruppe 428 des Einzelplans (einschließlich der Stellen der institutionell geförderten Zuwendungsempfänger/Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO) liegen vor.

Gesamtübersicht

Planstellen, Stellen, Leerstellen

Kap.	Behörde	Beamtinnen und Beamte Tit. 422 .1		Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Tit. 428 .1		Zusammen (Spalten 3 bis 6)	
		2014	2013	2014	2013	2014	2013
1	2	3	4	5	6	7	8
	Planstellen und Stellen						
2312	Bundesministerium	550,9	555,4	184,0	176,5	734,9	731,9
2313	Abwicklung Bundesstelle für Entwicklungshilfe	-	-	2,0	2,0	2,0	2,0
	Zusammen	550,9	555,4	186,0	178,5	736,9	733,9
	Leerstellen						
2312	Bundesministerium	60,0	71,0	22,0	14,0	82,0	85,0
2313	Abwicklung Bundesstelle für Entwicklungshilfe	-	1,0	-	-	-	1,0
	Zusammen	60,0	72,0	22,0	14,0	82,0	86,0

ku- und kw-Vermerke

Kap.	Dienststelle	Zusammen	davon fällig					Ersatz(plan)-stellen	Sonstige
			2014	2015	2016	2017	2018 ff.		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
	ku-Vermerke								
2312	Bundesministerium	1,0	-	-	-	-	-	-	1,0
	kw-Vermerke								
2312	Bundesministerium	30,9	-	1,0	9,0	5,0	-	10,9	5,0
2313	Abwicklung Bundesstelle für Entwicklungshilfe	2,0	-	-	-	-	-	-	2,0
	Zusammen	32,9	-	1,0	9,0	5,0	-	10,9	7,0

Institutionell geförderte Zuwendungsempfänger / Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO

Kap.	Kapitelbezeichnung	Stellen mit Dauerarbeitskräften besetzbar				Stellen für Arbeitskräfte mit befristeten Arbeitsverträgen	
		Tit. 422 .1, 425 .1, 426 .1, 428 .1 sowie entsprechende Kontierung im Wirtschaftsplan		Tit. 425 .1, 426 .1, 428 .1 (Projektförderung / Aufträge Dritter)		Tit. 427 .9 (Projektförderung / Aufträge Dritter)	
		2014	2013	2014	2013	2014	2013
1	2	3	4	5	6	7	8
2302	Zivilgesellschaftliches, kommunales und wirtschaftliches Engagement	145,0	145,0	-	-	25,5	2,0
2305	Forschung, Evaluierung und Qualifizierung in der Entwicklungszusammenarbeit	82,0	82,0	-	-	30,0	46,3
	Zusammen	227,0	227,0	-	-	55,5	48,3

2312 Bundesministerium

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr										von Sp. 2 entfallen auf Funk-tions-gruppen
				Neue Stellen, Stellenwegfall				Wirksam-werden von ku- und kw-Vermerken		Hebungen, Herab-stufungen		Umwand-lungen, Umsetzungen		
				ohne ku/ kw-Vermerke		und Umsetzun-gen mit ku/ kw-Vermerken								
				+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Beamtinnen und Beamte														
B 11	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 9	4,0	4,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 6	13,0	13,0	10,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 3	35,0	32,0	27,2	-	-	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-
A 16	26,0	28,0	25,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2,0	-
A 15	139,9	130,4	88,1	16,0	-	4,0	-	-	0,5	-	-	-	10,0	-
A 14	72,5	84,5	23,5	1,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	11,0	-
A 13 h	44,5	47,5	15,4	-	-	-	-	-	3,0	-	-	-	-	-
A 13 g	83,0	78,0	71,6	5,0	-	2,0	-	-	-	1,0	-	-	3,0	-
A 12	26,0	28,0	6,8	-	-	-	-	-	-	-	2,0	-	-	-
A 11	17,0	19,0	11,8	2,0	3,0	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
A 10	-	1,0	3,0	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
A 9 g	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-	1,0	-
A 9 m+Z	8,0	7,0	5,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m	22,0	17,0	16,5	3,0	-	-	-	-	-	2,0	-	-	-	-
A 8	17,5	17,5	9,6	1,0	-	-	-	-	-	1,0	2,0	-	-	-
A 7	13,0	15,0	8,0	-	1,0	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-
A 6 m	6,0	9,0	11,6	-	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 6 e	6,0	6,0	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 5	10,0	9,0	8,0	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-
A 4	5,0	7,0	2,0	-	-	-	-	-	1,0	-	1,0	-	-	-
A 2/3	0,5	0,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	550,9	555,4	353,7	29,0	9,0	9,0	-	-	6,5	6,0	6,0	-	27,0	-
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
AT (B 9)	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
AT (B 6)	-	-	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
AT (B 3)	-	-	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
AT B	1,0	1,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	1,0	1,0	7,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 15	12,0	11,0	22,1	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-
E 14	7,0	6,0	77,5	-	-	3,0	-	-	-	-	2,0	-	-	-
E 13	6,0	3,0	52,4	-	-	1,0	-	-	-	2,0	-	-	-	-
E 12	9,0	9,0	26,3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 11	16,0	16,5	7,2	1,0	0,5	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-
E 10	3,0	3,0	7,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 9	4,0	2,5	7,7	1,0	0,5	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-
E 8	69,0	66,0	63,4	2,0	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-
E 7	9,0	8,0	9,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 6	24,0	26,5	32,3	-	1,5	1,0	-	-	2,0	-	-	-	-	-
E 5	9,0	11,0	12,3	-	1,0	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
E 4	9,0	7,0	5,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 3	6,0	6,0	9,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	183,0	175,5	332,0	7,0	3,5	7,0	-	-	3,0	3,0	3,0	-	-	-
Insgesamt	184,0	176,5	339,0	7,0	3,5	7,0	-	-	3,0	3,0	3,0	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 422 01

Die folgenden Planstellen dürfen nur mit Überhangpersonal besetzt werden: **2,0 A 12, 2,0 A 11, 1,0 A 9 m, 3,0 A 8, 1,0 A 7** (Zusammen: **9,0**).

Zu Titel 428 01

1. Die folgenden Stellen dürfen nur mit Überhangpersonal besetzt werden: **2,0 E 11, 1,0 E 10, 1,0 E 8** (Zusammen: **4,0**).
2. **<u>Zu Nr. 3.1.1 der Übersicht der kw-Vermerke:</u>**
   Es wird zugelassen, dass nur jede dritte frei werdende Stelle wegfällt.

Erläuterungen:

Zu Titel 422 01

Zu Spalte 4:
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
1,0 B9; 2,2 B6; 3,7 B3; 3,0 A16; 31,8 A15; 62,0 A14; 35,6 A13h; 1,0 A13g; 17,6 A12; 3,5 A11; 3,0 A8; 5,4 A7; 1,0 A5; 1,0 A4 (Zusammen: 171,8).

Zu Titel 428 01

Zu Spalte 4:
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
1,0 AT(B9); 2,0 AT(B6); 2,0 AT(B3); 2,0 ATB; 11,2 E15; 70,7 E14; 50,4 E13; 17,3 E12; 1,1 E11; 2,0 E10; 1,7 E9; 3,0 E8; 1,0 E7; 4,0 E6; 0,4 E5; 2,0 E3 (Zusammen: 171,8).

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 422 01				
			1.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
A 13 g................	1,0	-	1.1	Engagement Global gGmbH
A 16..................	-	1,0	1.2	Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion des Deutschen Bundestages
A 14..................	1,0	1,0		
A 15..................	1,0	1,0	1.3	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)
B 3.....................	4,0	9,0	1.4	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
A 16..................	1,0	2,0		
A 15..................	8,0	3,0		
A 14..................	1,0	3,0		
A 13 h................	3,0	2,0		
A 13 g................	5,0	6,0		
A 12..................	-	1,0		
B 3.....................	1,0	-	1.5	Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)
A 15..................	1,0	1,0	1.6	Europäische Entwicklungsbank (EIB) Luxemburg
A 15..................	2,0	-	1.8	Weltbank
A 14..................	2,0	3,0		
A 13 h................	-	1,0		
B 3.....................	1,0	1,0	1.11	Asiatische Entwicklungsbank, Manila
B 3.....................	-	1,0	1.13	Interamerikanische Entwicklungsbank, Washington/Santiago de Chile
A 15..................	2,0	2,0	1.19	EU-Kommission
A 14..................	2,0	2,0		
A 14..................	-	1,0	1.22	NRO AtDta-Stiftung, Jona
A 13 g................	1,0	1,0	1.23	Verbandsgemeinde Brohltal
A 15..................	-	1,0	1.24	Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
A 13 g................	1,0	-		
Zusammen.........	38,0	43,0		
			2.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	18,0	24,0	2.1	gemäß §§ 90, 92, 95 BBG, § 7 DBeglG, § 6 MuSchEltZV, § 24 GAD
			3.	**Sonstige Beurlaubung**
A 15..................	3,0	-	3.1	Bundeskanzleramt
A 14..................	-	2,0		
B 3.....................	-	1,0	3.2	Bundespräsidialamt
A 14..................	1,0	-		
A 13 h................	-	1,0		
Zusammen.........	4,0	4,0		
Insgesamt..........	60,0	71,0		
Zu Titel 428 01				
			1.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
AT (B 3).............	-	1,0	1.1	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
E 14...................	2,0	1,0		
E 13...................	1,0	1,0		
E 15...................	1,0	-	1.2	Weltbank
AT (B 3).............	1,0	1,0	1.3	Afrikanische Entwicklungsbank, Abidjan
E 15...................	1,0	1,0	1.4	CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages
E 14...................	-	1,0	1.5	dapd Nachrichtenagentur GmbH
AT (B 3).............	1,0	-	1.6	Interamerikanische Entwicklungsbank, Washington/Santiago de Chile
Zusammen.........	7,0	6,0		
			2.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	13,0	7,0	2.1	gemäß § 28 TVöD, § 9 UmzugsTV, § 15 BEEG, § 24 GAD

2312 Bundesministerium

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
			3.	**Sonstige Beurlaubung**
AT (B 3)..............	1,0	1,0	3.1	Bundeskanzleramt
E 15...................	1,0	-		
Zusammen.........	2,0	1,0		
Insgesamt..........	22,0	14,0		

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
1	2	3	4	5	6	7
Zu Titel 422 01						
					ku	
				2.	**ku mit Ausscheiden der Planstelleninhaber /innen**	
B 6....................	1,0	-	1,0	2.1	in Bes.-Gr. B 3	-
					kw	
				1.	**kw 31.12.2015**	
				1.1	-	
B 6....................	1,0	-	1,0	1.1.1	Beratungsgremium "Post 2015"	-
				2.	**kw 31.12.2014**	
				2.1	-	
A 15..................	-	-	-	2.1.1	Arbeitsstab Deutsch-Griechische Versammlung	Wegfall des Vermerks, Umsetzung der Planstelle
A 13 g..............	-	-	-			Wegfall des Vermerks, Umsetzung der Planstelle
				3.	**kw 31.12.2017**	
				3.1	-	
A 15..................	1,0	-	-	3.1.1	Kooperationsstelle Deutsch-Griechische Versammlung	Aufnahme des Vermerks
A 13 g..............	1,0	-	-			Aufnahme des Vermerks
				4.	**kw**	
A 15..................	2,9	2,9	2,9	4.1	Ersatzplanstelle	-
A 14..................	1,0	1,0	1,0			-
A 13 h..............	-	-	2,0			Wirksamwerden des Vermerks
A 15..................	-	-	0,5	4.2	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	Wirksamwerden des Vermerks
A 14..................	1,0	1,0	1,0			-
A 13 h..............	-	-	1,0			Wirksamwerden des Vermerks
A 11..................	1,5	1,5	2,5			Wirksamwerden des Vermerks
A 10..................	-	-	1,0			Wirksamwerden des Vermerks
A 4....................	-	-	1,0			Wirksamwerden des Vermerks
A 2/3................	0,5	0,5	0,5			-
				6.	**kw 31.12.2016**	
				6.1	-	
B 3....................	3,0	-	-	6.1.1	Regierungswechsel	Neue Planstelle
A 15..................	3,0	-	-			Neue Planstelle
A 13 g..............	1,0	-	-			Neue Planstelle
Zusammen.......	16,9	6,9	14,4			
Zu Titel 428 01						
					kw	
				1.	**kw mit Wegfall der Aufgabe**	
				1.1	-	
E 6....................	1,0	-	-	1.1.1	Vorlesekraft	Neue Stelle
				2.	**kw**	
				2.1	Ersatzstelle	
E 14..................	1,0	1,0	-	2.1.1	-	Neue Stelle
E 9....................	1,0	1,0	1,0	2.2	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	-
E 6....................	-	-	1,0			Wirksamwerden des Vermerks
E 5....................	2,0	2,0	2,0			-
				3.	**kw**	
				3.1	-	
E 8....................	1,0	-	1,0	3.1.1	Strukturprobleme	-
E 6....................	1,0	-	2,0			Wirksamwerden des Vermerks
E 5....................	1,0	-	2,0			Wirksamwerden des Vermerks

Übersicht der ku- und kw- Vermerke						
Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
1	2	3	4	5	6	7
E 3....................	1,0	-	1,0			-
				4.	**kw 31.12.2017**	
				4.1	-	
E 14..................	1,0	-	-	4.1.1	Kooperationsstelle Deutsch-Griechische Versammlung	Neue Stelle
E 13..................	1,0	-	-			Neue Stelle
E 8....................	1,0	-	-			Neue Stelle
				6.	**kw 31.12.2016**	
				6.1	-	
E 15..................	1,0	-	-	6.1.1	Regierungswechsel	Neue Stelle
E 14..................	1,0	-	-			Neue Stelle
Zusammen.......	14,0	4,0	10,0			

2313 Abwicklung Bundesstelle für Entwicklungshilfe

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist- Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr										von Sp. 2 entfallen auf Funk- tions- gruppen
				Neue Stellen, Stellenwegfall				Wirksam- werden von ku- und kw- Vermerken		Hebungen, Herab- stufungen		Umwand- lungen, Umsetzungen		
				ohne ku/ kw-Vermerke		und Umsetzun- gen mit ku/ kw-Vermerken								
				+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 9......................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 8......................	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen..........	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 428 01

Die Stellen dürfen nur für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Anspruch genommen werden, die im Zeitpunkt des Übergangs der Aufgaben der Bundesstelle für Entwicklungshilfe auf die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH zur GIZ übertariflich unter Fortzahlung der Bezüge bzw. für eine Tätigkeit in Entwicklungsländern unter Fortfall der Bezüge beurlaubt worden sind.

Die ihnen von der GIZ gezahlte Vergütung gilt in Höhe des vom Bund nach dem TVöD geschuldeten Entgeltes als vom BMZ bezahlt.

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 422 01				
			1.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
A 9 m.................	-	1,0	1.1	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz- (plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
1	2	3	4	5	6	7
Zu Titel 428 01						
					kw	
				1.	**kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber/innen**	
E 9....................	1,0	-	1,0	1.1	-	-
E 8....................	1,0	-	1,0			-
Zusammen.......	2,0	-	2,0			

Anlage zu den Stellenplänen des Epl. 23

Darstellung der den Planstellen zugeordneten Amtsbezeichnungen

Bes.-Gr.	Kap.	**Amtsbezeichnungen** (Grundamtsbezeichnung in Fettdruck)
1	2	3
B 11	2312	Staatssekretärin oder Staatssekretär
B 9	2312	Ministerialdirektorin oder Ministerialdirektor
B 6	2312	Ministerialdirigentin oder Ministerialdirigent
B 3	2312	Ministerialrätin oder Ministerialrat
A 16	2312	Ministerialrätin oder Ministerialrat
A 15	2312	**Direktorin** oder **Direktor**
A 14	2312	**Oberrätin** oder **Oberrat**
A 13 h	2312	**Rätin** oder **Rat**
A 13 g	2312	**Oberamtsrätin** oder **Oberamtsrat**
A 12	2312	**Amtsrätin** oder **Amtsrat**
A 11	2312	**Amtfrau** oder **Amtmann**
A 10	2312	**Oberinspektorin** oder **Oberinspektor**
A 9 g	2312	**Inspektorin** oder **Inspektor**
A 9 m+Z	2312	**Amtsinspektorin** oder **Amtsinspektor**
A 9 m	2312	**Amtsinspektorin** oder **Amtsinspektor**
A 8	2312	**Hauptsekretärin** oder **Hauptsekretär**
A 7	2312	**Obersekretärin** oder **Obersekretär**
A 6 m	2312	**Sekretärin** oder **Sekretär**
A 6 e	2312	**Oberamtsmeisterin** oder **Oberamtsmeister**
A 5	2312	**Oberamtsmeisterin** oder **Oberamtsmeister**
A 4	2312	**Amtsmeisterin** oder **Amtsmeister**
A 2/3	2312	**Hauptamtsgehilfin** oder **Hauptamtsgehilfe**
	2312	**Oberamtsgehilfin** oder **Oberamtsgehilfe**

2302 Anlage zu Kapitel Zuwendungsempfänger

Stellenübersichten der Zuwendungsempfänger / Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO des Kap. 2302

Titel	aus Nr. ... Erläuterung	**Bezeichnung**
1	2	3
685 01	1.	Engagement Global gGmbH

Stellenübersicht							
Besoldungs-/ Vergütungs-/ Entgelt- gruppen	Stellen mit Dauerarbeitskräften besetzbar					Stellen für Arbeitskräfte mit befristeten Arbeitsverträgen	
	Tit. 422 .1, 425 .1, 426 .1 und 428 .1 sowie entsprechende Kontierung im Wirtschaftsplan			Tit. 425 .1, 426 .1 und 428 .1 (Projektförderung/ Aufträge Dritter)		Tit. 427 .9 (Projektförderung/ Aufträge Dritter)	
	Soll 2014	Soll 2013	besetzt am 1. Juni 2013	Soll 2014	Soll 2013	Soll 2014	Soll 2013
1	2	3	4	5	6	7	8

Zu Titel 685 01

1. Engagement Global gGmbH

Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
AT (B 6)	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-
AT (B 3)	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-
AT B	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-
Zusammen	4,0	4,0	4,0	-	-	-	-
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
E 15	10,0	10,0	9,8	-	-	-	-
E 14	17,0	17,0	14,5	-	-	-	-
E 13	21,5	21,5	21,5	-	-	2,5	-
E 12	12,5	13,0	12,8	-	-	1,0	-
E 11	24,3	23,0	21,8	-	-	11,0	-
E 10	6,5	6,5	6,5	-	-	-	-
E 9	15,0	16,0	14,8	-	-	1,0	-
E 8	28,0	25,5	25,1	-	-	9,0	2,0
E 7	0,7	3,5	3,5	-	-	-	-
E 6	5,5	5,0	5,0	-	-	1,0	-
Zusammen	141,0	141,0	135,3	-	-	25,5	2,0
Insgesamt	145,0	145,0	139,3	-	-	25,5	2,0

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 685 01

<u>Zu Nr. 1 der Erläuterung:</u>

Nach § 14 Abs. 2 Satz 1 Haushaltsgesetz gilt folgende Regelung:

Unter der Voraussetzung der Kostenneutralität wird zugelassen, dass bis zu 10 Prozent der Stellen durch Hebung oder Senkung verändert werden. Dabei darf das Stellensoll je Entgeltgruppe um nicht mehr als 10 Prozent überschritten werden.

2305 Anlage zu Kapitel Zuwendungsempfänger

Stellenübersichten
der Zuwendungsempfänger / Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO des Kap. 2305

Titel	aus Nr. ... Erläuterung	**Bezeichnung**
1	2	3
Tgr. 04		**Institutionelle Förderung von Einrichtungen der Forschung und Evaluierung in der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit**
685 41	1.	Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE) gGmbH
	3.	Deutsches Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit gGmbH (DEval)

Tgr. 04 - Institutionelle Förderung von Einrichtungen der Forschung und Evaluierung in der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit

Stellenübersicht							
Besoldungs-/ Vergütungs-/ Entgelt- gruppen	Stellen mit Dauerarbeitskräften besetzbar					Stellen für Arbeitskräfte mit befristeten Arbeitsverträ- gen	
	Tit. 422 .1, 425 .1, 426 .1 und 428 .1 sowie entsprechende Kontierung im Wirtschaftsplan			Tit. 425 .1, 426 .1 und 428 .1 (Projektförderung/ Aufträge Dritter)		Tit. 427 .9 (Projektförderung/ Aufträge Dritter)	
	Soll 2014	Soll 2013	besetzt am 1. Juni 2013	Soll 2014	Soll 2013	Soll 2014	Soll 2013
1	2	3	4	5	6	7	8

Zu Titel 685 41

1. Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE) gGmbH

Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
S (B 5)	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-
AT B	6,0	6,0	6,0	-	-	-	-
Zusammen	7,0	7,0	7,0	-	-	-	-
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
E 15	6,0	6,0	6,0	-	-	-	1,0
E 14	10,0	10,0	10,0	-	-	13,9	18,0
E 13	1,0	1,0	1,0	-	-	10,9	8,8
E 11	1,0	1,0	1,0	-	-	4,0	4,0
E 10	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-
E 9	4,0	4,0	4,0	-	-	-	-
E 8	3,0	3,0	3,0	-	-	1,2	1,5
E 6	6,5	6,5	6,5	-	-	-	-
E 5	0,5	0,5	0,5	-	-	-	-
E 3	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-
E 2	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-
Zusammen	37,0	37,0	37,0	-	-	30,0	33,3
Insgesamt	44,0	44,0	44,0	-	-	30,0	33,3

3. Deutsches Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit gGmbH (DEval)

Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
AT (B 5)	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-
AT (B 4)	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-
AT B	4,0	4,0	2,0	-	-	-	-
Zusammen	6,0	6,0	4,0	-	-	-	-
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
E 15	8,0	8,0	3,0	-	-	-	-
E 14	2,0	2,0	2,0	-	-	-	5,0
E 13	10,0	10,0	8,5	-	-	-	8,0
E 11	4,0	4,0	3,0	-	-	-	-
E 10	6,0	6,0	5,0	-	-	-	-
E 8	1,0	1,0	-	-	-	-	-
E 6	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-
Zusammen	32,0	32,0	22,5	-	-	-	13,0
Insgesamt	38,0	38,0	26,5	-	-	-	13,0

2305 Anlage zu Kapitel Zuwendungsempfänger

Leerstellenübersicht				
Bes.-/Verg.-E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5

Zu Titel 685 41

1. Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE) gGmbH

			1.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
AT B..................	-	1,0	1.1	Wahrnehmung von Beratungsaufgaben in Entwicklungsländern
AT B..................	-	1,0	1.2	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
Zusammen.........	-	2,0		

Entwurf

zum

Bundeshaushaltsplan 2014

Einzelplan 30

Bundesministerium für Bildung und Forschung

Inhalt

Kapitel	Bezeichnung	Seite
	Vorwort zum Einzelplan	3
	Überblick zum Einzelplan	4
	Haushaltsvermerk / Hinweise zum Einzelplan	5
3002	Leistungsfähigkeit des Bildungswesens, Nachwuchsförderung	6
	Einnahmen-Tgr. 01 Zinsen und Tilgung für Darlehen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)	8
	Einnahmen-Tgr. 02 Zinsen und Tilgung für Darlehen nach dem Graduiertenförderungsgesetz	8
	Ausgaben-Tgr. 10 Begabtenförderung	10
	Ausgaben-Tgr. 20 Modernisierung und Stärkung der beruflichen Bildung	12
	Ausgaben-Tgr. 40 Stärkung des Lernens im Lebenslauf	15
	Ausgaben-Tgr. 50 Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)	19
	Ausgaben-Tgr. 60 Kompensationsmittel Föderalismusreform	20
	Ausgaben-Tgr. 70 Europäische Schulen	21
	Anlage 1 Wirtschaftspläne	24
3003	Wettbewerbsfähigkeit des Wissenschafts- und Innovationssystems	25
	Ausgaben-Tgr. 01 Entwicklung des Hochschul- und Wissenschaftssystems	30
	Ausgaben-Tgr. 10 Geistes- und Sozialwissenschaften	33
	Ausgaben-Tgr. 20 Max Weber Stiftung - Deutsche Geisteswissenschaftliche Institute im Ausland (MWS), Bonn	34
	Ausgaben-Tgr. 30 Deutsche Forschungsgemeinschaft e. V. (DFG), Bonn	35
	Ausgaben-Tgr. 40 Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V. (MPG), Berlin	36
	Ausgaben-Tgr. 50 Zweckgebundene Zuweisungen an die Länder für Mitgliedseinrichtungen der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz e. V. (WGL)	39
	Ausgaben-Tgr. 60 Sonstige institutionell geförderte Einrichtungen im Bereich Bildung und Forschung	45
	Ausgaben-Tgr. 70 Leistungen für europäische und internationale Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen	47
	Ausgaben-Tgr. 80 Abwicklung Deutsche Historische Institute Rom und Paris	50
	Anlage 1 Wirtschaftspläne	51

Kapitel	B e z e i c h n u n g	Seite
3004	Forschung für Innovationen, Hightech-Strategie	56
	Ausgaben-Tgr. 10 Neue Konzepte und regionale Förderung	61
	Ausgaben-Tgr. 20 Innovation durch neue Technologien	63
	Ausgaben-Tgr. 30 Innovation durch Lebenswissenschaften	69
	Ausgaben-Tgr. 40 Nachhaltigkeit, Klima, Energie	73
	Ausgaben-Tgr. 50 Ausgewählte Schwerpunkte der naturwissenschaftlichen Grundlagenforschung	79
	Ausgaben-Tgr. 60 Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e. V. (FhG), München	81
	Ausgaben-Tgr. 70 Zentren der Hermann von Helmholtz-Gemeinschaft (HGF-Zentren)	83
	Ausgaben-Tgr. 80 Stilllegung und Rückbau kerntechnischer Versuchs- und Demonstrationsanlagen	91
	Anlage 1 Wirtschaftspläne	94
3011	Zentral veranschlagte Verwaltungseinnahmen und -ausgaben	105
	Einnahmen-Tgr. 57 Versorgung der Beamtinnen und Beamten sowie der Richterinnen und Richter	106
	Ausgaben-Tgr. 57 Versorgung der Beamtinnen und Beamten sowie der Richterinnen und Richter	110
3012	Bundesministerium	115
	Aufwandsentschädigungen, Besondere Personalausgaben	124
	Übersichten	
	Übersicht 1 Verpflichtungsermächtigungen (VE)	126
	Übersicht 2 Projektträger und Projektbegleiter des BMBF	131
	Personalhaushalt	137

Wesentliche Politikbereiche und Ziele

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung nimmt die Aufgaben der Bundesregierung auf dem Gebiet der Bildungs- und der Forschungspolitik wahr. Bildung und Forschung sind zentrale Zukunftsinvestitionen, die maßgeblich zum Wohlstand in Deutschland, seinem Innovationsvermögen und seiner internationalen Wettbewerbsfähigkeit beitragen.

Bildung erschließt den Menschen den Zugang zu Wissen und eröffnet ihnen die Möglichkeit zur wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Teilhabe. Staaten mit hohem Bildungsstand zeigen im internationalen Vergleich die größten Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts. Angesichts der demografischen Entwicklung und eines beschleunigten internationalen Wettbewerbs wird gerade der Bedarf nach hoch qualifizierten Fachkräften immer größer.

Die Aufgaben des BMBF für ein **leistungsfähiges Bildungswesen** umfassen alle Abschnitte im Lebensverlauf. Sie reichen von der frühkindlichen Förderung bis zum lebensbegleitenden Lernen. Gemeinsam mit den Ländern kümmert sich das BMBF um die außerschulische berufliche Bildung, die Ausbildungsförderung und die Weiterbildung. Wichtige Schwerpunkte sind der Einsatz für mehr Bildungsgerechtigkeit (etwa durch die Bündnisse für Bildung), die Gestaltung des demografischen Wandels und - damit zusammenhängend - die Entwicklung wirksamer Strategien gegen einen drohenden Fachkräftemangel. Der Erfolg des deutschen Ausbildungssystems zeigt sich derzeit auch an der europaweit niedrigsten Jugendarbeitslosigkeit.

Durch ein **wettbewerbsfähiges Wissenschafts- und Innovationssystem** werden die Grenzen des Wissens erweitert, neue Technologien und Anwendungen ermöglicht und in neue Produkte, Verfahren und Dienstleistungen übersetzt. Um diese Funktionen auf international wettbewerbsfähigem Niveau erfüllen zu können, hat das BMBF die drei großen Pakte mit den Ländern abgeschlossen (Hochschulpakt, Exzellenzinitiative und Pakt für Forschung und Innovation), durch die das Wissenschaftssystem dynamisch weiterentwickelt wird - hin zu mehr Vernetzung, mehr internationaler Zusammenarbeit und nachhaltigen Partnerschaften zwischen Wissenschaft und Wirtschaft. Der Erfolg zeigt sich bereits: Im aktuellen Leistungsanzeiger der Europäischen Union für Forschung und Innovation (Innovation Scoreboard) 2013 liegt Deutschland auf Platz 2 und wird europaweit nur noch von Schweden übertroffen.

Exzellente Forschung findet Lösungen für globale Probleme und Strategien für nachhaltiges Wachstum, sie eröffnet bislang unbekannte Möglichkeiten für alle Lebensbereiche und hält unsere Produkte und Dienstleistungen innovativ und wettbewerbsfähig. Mit der **Hightech-Strategie** wird das Ziel verfolgt, Deutschland durch **Forschung für Innovationen** zum Vorreiter bei Lösungen auf den Feldern Klima/Energie, Gesundheit/Ernährung, Mobilität, Sicherheit und Kommunikation zu machen. Von ihr kommen starke Impulse für Wachstum und Beschäftigung: Deutschland ist heute einer der weltweit führenden Exporteure von forschungs- und entwicklungsintensiven Gütern, die Zahl der Arbeitsplätze in Forschung und Entwicklung ist zwischen 2005 und 2011 um 92 000 bzw. 19 Prozent gestiegen. Denn durch die Hightech-Strategie der Bundesregierung wurden auch die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft gestärkt und die Rahmenbedingungen für Innovationen verbessert.

Die Förderung aus dem Epl. 30 erstreckt sich auch auf

1. die Umsetzung von Forschungsergebnissen in der Praxis. Hierunter fallen u. a. Prototyp- und Demonstrationsanlagen und -vorhaben;
2. Untersuchungen von FuE-Aspekten zu technischen Regeln, Normen und Standards sowie die Setzung innovationsfreundlicher Rahmenbedingungen;
3. Projekte der internationalen Zusammenarbeit und des Technologietransfers in Entwicklungsländer.

Aus den für die Projektförderung sowie für gesetzliche Leistungen veranschlagten Mitteln dürfen ferner Ausgaben für vorbereitende und begleitende Studien und Gutachten (einschließlich externer Beratung und Begutachtung einzelner Fördermaßnahmen), für die im Rahmen der Projektzielsetzungen erforderliche kommunikative Verbreitung der Förderbedingungen und Ergebnisse, für die Verbreitung von Fachinformationen für die Öffentlichkeit, für den wissenschaftlichen Erfahrungsaustausch im nationalen und internationalen Rahmen sowie für die Erstattung von Aufwendungen für Koordinierungsmaßnahmen im Rahmen der Bewerbung um Fördermittel aus den Rahmenprogrammen Forschung der EU geleistet werden.

Bei den in der Regel nicht rückzahlbaren Zuwendungen für FuE-Projekte in der gewerblichen Wirtschaft wird eine angemessene Eigenbeteiligung - grundsätzlich mindestens 50 Prozent - vorausgesetzt.

Bei der Durchführung von Vorhaben oder Programmen entstehen Ausgaben für Projektträgerleistungen und Projektbegleitungen sowie für das Programmanagement. Diese sind bei den jeweiligen Fachtiteln mitveranschlagt und dort getrennt ausgewiesen. Detailinformationen zu den Dienstleistungen, die Projektträger und Projektbegleiter für das BMBF erbringen, ergeben sich aus der Übersicht 2.

30 Überblick zum Einzelplan

Überblick zum Einzelplan 30	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	30 245	39 245	-9 000		28 667
Übrige Einnahmen	59 181	72 501	-13 320		98 293
Gesamteinnahmen	89 426	111 746	-22 320		126 960
Ausgaben					
Personalausgaben	95 690	91 807	+3 883	793	91 428
Sächliche Verwaltungsausgaben	60 273	56 155	+4 118	1 886	37 769
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	12 078 296	11 786 180	+292 116	103 599	10 834 528
Ausgaben für Investitionen	2 144 104	2 089 123	+54 981	86 495	1 981 332
Besondere Finanzierungsausgaben	-410 463	-282 915	-127 548		-
Gesamtausgaben	13 967 900	13 740 350	+227 550	192 773	12 945 057
davon flexibilisiert	126 840	120 337	+6 503	4 784	107 669
davon nicht flexibilisiert	13 841 060	13 620 013	+221 047	187 989	12 837 388
Flexibilisierte Ausgaben nach § 5 HG					
Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3	67 691	64 922	+2 769	793	62 809
Aus Hauptgruppe 5	13 918	14 486	-568	1 303	12 794
Aus Hauptgruppe 6 ohne Titel 634 .3	39 435	37 979	+1 456	1 150	29 940
Aus Hauptgruppe 7	100	174	-74	523	42
Aus Hauptgruppe 8	5 696	2 776	+2 920	1 015	2 084
Zusammen	126 840	120 337	+6 503	4 784	107 669

Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014	
Verpflichtungsermächtigung	4 682 797 T€
davon fällig:	
im Haushaltsjahr 2015 bis zu	1 209 333 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu	1 239 123 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu	1 149 466 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu	929 961 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu	125 764 T€
im Haushaltsjahr 2020 bis zu	15 764 T€
im Haushaltsjahr 2021 bis zu	5 764 T€
im Haushaltsjahr 2022 bis zu	1 814 T€
im Haushaltsjahr 2023 bis zu	264 T€
im Haushaltsjahr 2024 bis zu	264 T€
im Haushaltsjahr 2025 bis zu	264 T€
im Haushaltsjahr 2026 bis zu	264 T€
im Haushaltsjahr 2027 bis zu	264 T€
im Haushaltsjahr 2028 bis zu	264 T€
im Haushaltsjahr 2029 bis zu	264 T€
im Haushaltsjahr 2030 bis zu	264 T€
im Haushaltsjahr 2031 bis zu	264 T€
im Haushaltsjahr 2032 bis zu	264 T€
im Haushaltsjahr 2033 bis zu	264 T€
im Haushaltsjahr 2034 bis zu	264 T€
ab dem Haushaltsjahr 2035 bis zu	2 640 T€

Haushaltsvermerk: - Ausgaben

1. Einsparungen bei folgenden Titeln: Epl. 30 mit Ausnahme der Titel 518 .2 dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: Kap. 3011 Tit. 981 01.

2. Einsparungen bei folgenden Titeln: Epl. 30 mit Ausnahme der Titel 518 .2 dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: Kap. 3011 Tit. 981 07.

   Dies gilt in Fällen, in denen Bundesressorts im Rahmen von Ressortvereinbarungen für andere Bundesressorts tätig werden und Mittel vom abgebenden Ressort dem empfangenden Ressort für gleiche Zwecke im Wege der Verrechnung zur Verfügung gestellt werden (sog. "Einer-für-Alle-Fälle").

3. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 3011 Tit. 381 07.

   Dies gilt in Fällen, in denen Bundesressorts im Rahmen von Ressortvereinbarungen für andere Bundesressorts tätig werden und Mittel vom abgebenden Ressort dem empfangenden Ressort für gleiche Zwecke im Wege der Verrechnung zur Verfügung gestellt werden (sog. "Einer-für-Alle-Fälle").

Allgemeine Erläuterungen:

Ist-Angaben:

Die Ist-Ergebnisse der Einzeltitel sind kaufmännisch auf 1 000 € gerundet. Dadurch können bei Summenangaben Rundungsdifferenzen entstehen. Summenangaben können außerdem nicht durch Addition der gedruckten Titel errechnet werden, da in Vorjahren weggefallene Titel nur im Bundeshaushaltsplan 2014 abgedruckt werden, wenn bei diesen noch Ausgabereste bestehen.

Ausgabereste:

Die im Vorjahr verfügbaren Ausgabereste im nicht flexibilisierten Bereich sind kaufmännisch auf 1 000 € gerundet und einzeln bei dem jeweiligen Titel mit Stand Juli 2013 ausgewiesen. Die Inanspruchnahme dieser Ausgabereste muss grundsätzlich im jeweiligen Einzelplan durch Minderausgaben an anderer Stelle kassenmäßig eingespart werden. Ausgabereste bei den der Flexibilisierung gemäß § 5 Haushaltsgesetz 2014 (HG) unterliegenden Ansätzen werden lediglich in der Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben summarisch ausgewiesen. Für die Inanspruchnahme dieser Ausgabereste ist zentral Vorsorge getroffen und daher eine kassenmäßige Einsparung im gleichen Einzelplan grundsätzlich nicht erforderlich. Bei Summenangaben können Rundungsdifferenzen entstehen.

Flexibilisierung:

Die in die Regelung nach § 5 HG einbezogenen Ausgaben sind mit einem F vor der Titelnummer gekennzeichnet. Sie werden jeweils im hinteren Teil eines Kapitels im Anschluss an die nicht flexibilisierten Ausgabetitel entsprechend der Zuordnung nach § 5 HG in einer Zusammenstellung aufsummiert und sind danach einzeln aufgelistet. Neu in die Flexibilisierung einbezogene Titel sind dabei mit einem **F** hervorgehoben.

Personalausgaben:

Aufwandsentschädigungen und Besondere Personalausgaben werden gemäß der Übersicht, die nach dem letzten Kapitel des Einzelplans abgedruckt ist, veranschlagt.

Angewandte Kurse:

1 CHF = 0,81460 €.

3002 Leistungsfähigkeit des Bildungswesens, Nachwuchsförderung

Vorbemerkung

Wesentliche finanzwirksame Schwerpunkte des Kapitels

In diesem Kapitel sind die wesentlichen Schwerpunkte der Bildungspolitik mit Ausnahme der Hochschulfinanzierung zusammengefasst. Dazu zählen Maßnahmen zur **Stärkung des Lernens im Lebenslauf** mit einem Gesamtvolumen von rd. 182 Mio. € und solche zur **Modernisierung und Stärkung der beruflichen Bildung** in Höhe von rd. 203 Mio. €. Darüber hinaus sind hier die **Studien- und Bildungsfinanzierung** durch den Bund (Bundesausbildungsförderungsgesetz [BAföG] und berufliche Aufstiegsfortbildung) sowie die **Begabtenförderung** der Begabtenförderungswerke und das nationale Stipendienprogramm (Deutschlandstipendium) mit einer Summe von rd. 2,1 Mrd. € verankert.

Wesentliche Ziele, die mit den veranschlagten Mitteln erreicht werden sollen

Im Zuge der beschleunigten Entwicklung von Wissenschaft und Technik sowie mit Blick auf die steigende Lebenserwartung gewinnt die **Stärkung des Lernens im Lebenslauf** immer mehr an Bedeutung. Hierfür müssen entsprechende Möglichkeiten und Anreize geschaffen werden. Die Weiterbildungsbeteiligung in Deutschland ist seit 1979 kontinuierlich gestiegen: 2012 haben 49 Prozent der 18- bis 64-Jährigen innerhalb von zwölf Monaten an mindestens einer Weiterbildungsmaßnahme teilgenommen. Damit ist das Ziel des Dresdner Bildungsgipfels, die Weiterbildungsquote bis 2015 auf 50 Prozent zu steigern, schon jetzt nahezu erreicht.

Um auch benachteiligten Kindern und Jugendlichen unabhängig von der Förderung im Elternhaus ein gutes Rüstzeug mit auf ihren Bildungsweg zu geben, unterstützt das BMBF deutschlandweit ab 2013 Bündnisse für Bildung. In diesen Bildungsbündnissen schließen sich vor Ort verschiedene zivilgesellschaftliche Akteure zusammen (z. B. Chöre, Musikgruppen, Sportvereine, Stiftungen, Bibliotheken, Theater- und Jugendgruppen), um Kinder durch außerschulische Angebote zu unterstützen – insbesondere im Bereich der kulturellen Bildung.

Die **Modernisierung und Stärkung der beruflichen Bildung** ist eine wesentliche Aufgabe im deutschen Bildungssystem, da die zunehmende Globalisierung und der fortlaufende Strukturwandel in Wirtschaft und Gesellschaft dazu führen, dass sich die Qualifikationsanforderungen an Fachkräfte stetig verändern. Deshalb müssen Ausbildungsordnungen bestehender Berufe modernisiert sowie neue Ausbildungsberufe geschaffen werden. Durch eine frühzeitige individuelle Förderung und eine intensivere Berufsorientierung sollen sowohl die Zahl an Schulabgängern ohne Schulabschluss reduziert als auch der Übergang von Schule in Ausbildung wirksam verbessert werden. Diese Maßnahmen beugen nicht nur dem drohenden Fachkräftemangel vor, sondern auch einer hohen Jugendarbeitslosigkeit - diese ist in Deutschland mit 7,6 Prozent (2013) die geringste in der Europäischen Union (durchschnittlich 23,5 Prozent).

Ziel der **Studien- und Bildungsfinanzierung** der Bundesregierung ist es, dass der Bildungsaufstieg junger Menschen nicht an finanziellen Hürden scheitert. Daher wird das **BAföG** regelmäßig überprüft und an die Bedarfe angepasst, für beruflich Qualifizierte steht die berufliche Aufstiegsfortbildung zur Verfügung. Die **Begabtenförderung** der Begabtenförderungswerke wird durch das **nationale Stipendienprogramm (Deutschlandstipendium)** flankiert, das je zur Hälfte vom Bund und von privaten Mittelgebern finanziert wird und einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung einer Stipendienkultur in Deutschland leistet.

Überblick zum Kapitel 3002	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Übrige Einnahmen	59 181	72 501	-13 320		96 418
Gesamteinnahmen	59 181	72 501	-13 320		96 418
Ausgaben					
Sächliche Verwaltungsausgaben	4 700	5 304	-604		-
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	2 617 792	2 529 794	+87 998	18 260	2 680 791
Ausgaben für Investitionen	736 295	735 895	+400	214	735 469
Gesamtausgaben	3 358 787	3 270 993	+87 794	18 474	3 416 260
davon flexibilisiert	39 980	38 524	+1 456	1 364	30 109
davon nicht flexibilisiert	3 318 807	3 232 469	+86 338	17 110	3 386 151

Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014

Verpflichtungsermächtigung	1 037 699 T€
davon fällig:	
im Haushaltsjahr 2015 bis zu	264 462 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu	260 882 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu	266 200 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu	201 241 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu	25 764 T€
im Haushaltsjahr 2020 bis zu	5 764 T€
im Haushaltsjahr 2021 bis zu	5 764 T€
im Haushaltsjahr 2022 bis zu	1 814 T€
im Haushaltsjahr 2023 bis zu	264 T€
im Haushaltsjahr 2024 bis zu	264 T€
im Haushaltsjahr 2025 bis zu	264 T€
im Haushaltsjahr 2026 bis zu	264 T€
im Haushaltsjahr 2027 bis zu	264 T€
im Haushaltsjahr 2028 bis zu	264 T€
im Haushaltsjahr 2029 bis zu	264 T€
im Haushaltsjahr 2030 bis zu	264 T€
im Haushaltsjahr 2031 bis zu	264 T€
im Haushaltsjahr 2032 bis zu	264 T€
im Haushaltsjahr 2033 bis zu	264 T€
im Haushaltsjahr 2034 bis zu	264 T€
ab dem Haushaltsjahr 2035 bis zu	2 640 T€

3002 Leistungsfähigkeit des Bildungswesens, Nachwuchsförderung

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Einnahmen			
	Titelgruppe 01			
Tgr. 01	Zinsen und Tilgung für Darlehen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) Haushaltsvermerk: Der auf die Länder und auf die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) entfallende Anteil ist von den Einnahmen abzusetzen. Erläuterungen: Zinsen und Tilgung werden zunächst vom Bundesverwaltungsamt zentral eingezogen. Die Verteilung erfolgt erst zum Jahresende auf die Länder, die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und den Bund.	(59 150)	(72 450)	
162 11 -142	Zinsen	3 250	3 250	3 210
182 11 -142	Tilgung Erläuterungen: Weniger wegen Anpassung an Bedarf.	55 900	69 200	93 175
	Titelgruppe 02			
Tgr. 02	Zinsen und Tilgung für Darlehen nach dem Graduiertenförderungsgesetz Haushaltsvermerk: Der auf die Länder entfallende Anteil ist von den Einnahmen abzusetzen. Erläuterungen: Zinsen und Tilgung werden vom Bundesverwaltungsamt eingezogen.	(31)	(51)	
162 21 -142	Zinsen	1	1	1
182 21 -142	Tilgung	30	50	32

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.

In die Flexibilisierung einbezogen ist auch Tit. 685 30.

Ausgenommen sind Tit. 812 71, 882 60 und 893 20.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)

681 01 -142	Studenten- und Wissenschaftleraustausch sowie internationale Hochschul- und Wissenschaftskooperation	130 500	139 160	134 870

Verpflichtungsermächtigung .... 107 100 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 26 800 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 28 100 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu .... 26 100 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu .... 26 100 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Die Ausgaben sind mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: Kap. 3003 Tit. 685 16.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Zuwendungen an den Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) zur Förderung der Internationalität deutscher Hochschulen und der internationalen Mobilität für Studien- und Forschungsaufenthalte, u. a. Stipendien für deutsche Studierende, Graduierte und Wissenschaftlerinnen/Wissenschaftler (u. a. PROMOS), ausländische Gastdozentinnen und Gastdozenten, Integration ausländischer Studierender, TestAS, Marketing, Präsenz deutscher Bildungs- und Wissenschaftsangebote im Ausland, internationale Hochschulkooperationsprogramme, Internationale Promotionsprogramme in Deutschland (IPID), Deutsch-Argentinisches Hochschulzentrum	60 170
2. Aufbau einer Türkisch-Deutschen Universität in der Türkei	4 000
3. Austausch- und Kooperationsprogramm mit Indien ("A New Passage to India")	3 100
4. Zuwendungen an die Alexander von Humboldt-Stiftung (AvH) zur Unterstützung von Maßnahmen zur Gewinnung und Förderung von Forschungsstipendiaten (z. B. Forschungsstipendien, Forschungspreise, Feodor-Lynen-Programm für die wissenschaftliche Forschung deutscher Postdoktoranden im Ausland, Anneliese Maier-Forschungspreis, Sofja-Kovalevskaja-Preis, Nationale Kontaktstelle Mobilität, EURAXESS Deutschland), Alexander von Humboldt-Professur	59 280
5. Stipendien und Beihilfen der Fulbright-Kommission, insbesondere für Studierende sowie Absolventinnen und Absolventen von deutschen Fachhochschulen	1 252
6. Stipendien und Beihilfen der Deutschen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH für Auslandspraktika von Studierenden sowie Absolventinnen und Absolventen von deutschen Fachhochschulen	1 157
7. Stipendien und Beihilfen der Europäischen Bewegung Deutschland für das Europa-Kolleg Brügge/Warschau	475
8. Förderung der Nobelpreisträgertreffen in Lindau zu jährlich wechselnden Wissenschaftsdisziplinen	1 066
Zusammen	130 500

Aus dem Ansatz können folgende Ausgaben für die Durchführung von Maßnahmen geleistet werden:

Bezeichnung	1 000 €
Projektträgerleistungen	900
Programmmanagement	-

3002 Leistungsfähigkeit des Bildungswesens, Nachwuchsförderung

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Titelgruppe 10

Tgr. 10	Begabtenförderung	(341 527)	(295 100)	

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Die Ausgaben sind in Höhe von 3 000 T€ gegenseitig deckungsfähig.
3. Die Verpflichtungsermächtigungen folgender Titel sind gegenseitig deckungsfähig: 681 10, 681 11, 681 12 und 685 11.

681 10 -142	Zuschüsse an Begabtenförderungswerke	232 633	198 100	175 532

Verpflichtungsermächtigung.. 225 084 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 65 783 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 60 488 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 52 286 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.. 46 527 T€

Haushaltsvermerk:

1. Rückzahlungen fließen den Ausgaben zu.
2. Bis zu 5 Prozent der Promotionsfördermittel können für Habilitationsstipendien eingesetzt werden.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Studienförderung/Förderung von Menschen mit Migrationshintergrund	183 791
2. Promotionsförderung	47 842
3. Wissenschaftliche Begleitung	1 000
Zusammen	232 633

Der Bund gewährt an folgende rechtlich selbstständige Begabtenförderungswerke Zuwendungen, die sie nach Richtlinien des BMBF als Stipendium für Studien (einschl. Aufbaustudien) und Promotionen vergeben:

1. Cusanuswerk
2. Evangelisches Studienwerk Villigst
3. Friedrich-Ebert-Stiftung
4. Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
5. Hanns-Seidel-Stiftung
6. Hans-Böckler-Stiftung
7. Konrad-Adenauer-Stiftung
8. Heinrich-Böll-Stiftung
9. Studienstiftung des deutschen Volkes
10. Stiftung der Deutschen Wirtschaft für Qualifizierung und Kooperation
11. Rosa-Luxemburg-Stiftung
12. Ernst-Ludwig-Ehrlich Studienwerk
13. Avicenna-Studienwerk

Die Begabtenförderungswerke können im Rahmen der Zuwendung Pauschalen für Verwaltungs- und Auswahlkosten sowie für Betreuungskosten erhalten.

Mehr wegen Anpassung an Bedarf.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 10

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
681 11 -144	Begabtenförderung Berufliche Bildung	44 000	44 500	42 184

Verpflichtungsermächtigung .... 71 200 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 35 600 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 22 250 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu .... 8 900 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu .... 4 450 T€

Haushaltsvermerk:

Rückzahlungen fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Förderung der Weiterbildung begabter junger Berufstätiger unter Berücksichtigung im Programm unterrepräsentierter Personengruppen	22 200
2. Stipendien für Studien von beruflich Begabten nach besonderem Auswahlverfahren (Aufstiegsstipendien)	21 500
3. Wissenschaftliche Begleitung des Programms sowie Entwicklung von differenzierten Weiterbildungsangeboten für begabte junge Berufstätige	300
Zusammen	44 000

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
681 12 -142	Deutschlandstipendium	57 394	45 500	17 519

Verpflichtungsermächtigung ....

fällig im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 45 915 T€

Haushaltsvermerk:

Rückzahlungen fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Mit dem nationalen Stipendienprogramm soll der Ausbau des Stipendienwesens durch eine Partnerschaft in der Finanzierung zwischen privaten Förderern und öffentlicher Hand erreicht werden. Die Stipendien sollen nach Leistung einkommensunabhängig vergeben werden. Hierzu sollen von den Hochschulen eingeworbene Stipendien in Höhe von bis zu 300 € monatlich bezuschusst werden. Darüber hinaus sollen programmunterstützende Maßnahmen durchgeführt werden.

Aus dem Ansatz können auch Ausgaben für Fachinformationen bis zu einer Höhe von 1000 T€ geleistet werden.

Mehr wegen Anpassung an Bedarf.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
685 11 -142	Leistungswettbewerbe und Preise für den wissenschaftlichen Nachwuchs	7 500	7 000	6 990

Verpflichtungsermächtigung .... 10 800 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 4 600 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 3 400 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu .... 2 800 T€

Erläuterungen:

Um Anreize zu besonders qualifizierten Leistungen im Bildungswesen zu schaffen und die inhaltliche und strukturelle Weiterentwicklung im Bildungswesen zu unterstützen, fördert der Bund bundesweit bedeutsame Wettbewerbe sowie wettbewerbsbegleitende und -ergänzende Maßnahmen.

3002 Leistungsfähigkeit des Bildungswesens, Nachwuchsförderung

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 685 11 (Titelgruppe 10)

Hierzu gehören:

1. Wettbewerbe im mathematisch-naturwissenschaftlichen, im sprachlich-sozialwissenschaftlichen und im musisch-kulturellen Bereich sowie Schülerolympiaden (z. B. Jugend forscht, Bundeswettbewerb Fremdsprachen, Kunststudenten stellen aus, Physikolympiade, Chemieolympiade u. a.),
2. Deutsche Schülerakademie, Zentrum Bildung und Begabung,
3. Preise, Zuschüsse, wettbewerbsbegleitende Maßnahmen, Veranstaltungen in einzelnen Wettbewerben und Olympiaden.
4. Das BMBF und der Präsident der DFG verleihen jährlich gemeinsam Preise an die besten Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler.

Die Förderung umfasst Preisgelder und die mit der Vergabe verbundenen notwendigen Ausgaben sowie Maßnahmen zur Evaluierung und Entwicklung von Förderinstrumenten in der Begabtenförderung und für wissenschaftliche Nachwuchskräfte.

Aus dem Ansatz können auch Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit bis zu einer Höhe von 100 T€ geleistet werden.

Titelgruppe 20

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
Tgr. 20	Modernisierung und Stärkung der beruflichen Bildung	(389 415)	(389 000) *(15 287)*	

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Die Ausgaben sind in Höhe von 3 000 T€ gegenseitig deckungsfähig.
3. Die Verpflichtungsermächtigungen folgender Titel sind gegenseitig deckungsfähig: 681 21, 685 20, 685 21 und 893 20.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
681 20 -144	Förderung der beruflichen Aufstiegsfortbildung	186 500	175 000	166 553

Haushaltsvermerk:

1. Rückzahlungen fließen den Ausgaben zu.
2. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

Erläuterungen:

Teilnehmerinnen und Teilnehmer an beruflichen Fortbildungsmaßnahmen werden nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG), neu gefasst durch Bekanntgabe vom 18. Oktober 2012 (BGBl. I S. 2127), zuletzt geändert durch Art. 32 des Gesetzes vom 20. Dezember 2011 (BGBl. I S. 2854), unterstützt.

Die Aufwendungen für die Leistungen nach dem AFBG werden zu 78 Prozent vom Bund und zu 22 Prozent von den Ländern getragen.

Die Ausgaben dürfen auch für die Kosten zur Durchführung statistischer Aufgaben sowie für die Pflege DV-gestützter Verfahren zur Durchführung des AFBG verwendet werden. Aus dem Ansatz können auch Ausgaben für allgemeine Aufklärungs- und Orientierungshilfen bis zu einer Höhe von 1 000 T€ geleistet werden.

Leistungsfähigkeit des Bildungswesens, Nachwuchsförderung **3002**

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu Titelgruppe 20			
681 21 -144	Internationaler Austausch und Zusammenarbeit in der beruflichen Bildung	10 778	11 000	11 714

Verpflichtungsermächtigung.. 9 880 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 1 800 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 2 680 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 3 300 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.. 2 100 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind in Höhe von 5 000 T€ mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: Kap. 3004 Tit. 687 02.
2. Einnahmen aus der Beteiligung anderer Staaten an den Verwaltungskosten für die Durchführung der Austauschmaßnahmen fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Bi- und multilaterale Kooperation im Berufsbildungsbereich in ausgewählten Ländern zum Informationsaustausch über weitere Entwicklung der Bildungssysteme sowie zur gemeinsamen Projektarbeit	500
2. Initiative zur weltweiten Kooperation und Stärkung des Berufsbildungsexports und Marketing für den Bildungsstandort Deutschland	6 800
3. Berufliche Ausbildung im Rahmen von Austauschprogrammen auf der Grundlage bilateraler Vereinbarungen mit anderen Staaten sowie berufliche Auslandsqualifizierungen in der Weiterbildung	3 478
Zusammen	10 778

Aus dem Ansatz können auch Ausgaben für fachspezifische Aufklärungs- und Orientierungshilfen bis zu einer Höhe von 50 T€ geleistet werden.

Aus dem Ansatz können folgende Ausgaben für die Durchführung der Maßnahmen geleistet werden:

Bezeichnung	1 000 €
Projektträgerleistungen	644
Programmmanagement	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
685 20 -144	Innovationen und Strukturentwicklungen in der beruflichen Bildung	87 137	88 000 *15 287*	91 028

Verpflichtungsermächtigung.. 61 100 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 11 100 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 11 500 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 19 000 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.. 19 500 T€

Haushaltsvermerk:

1. Mehrausgaben **zu Nr. 4 der Erläuterungen** dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1106 Tit. 686 12.
2. Mehrausgaben **zu Nr. 4 der Erläuterungen** dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1106 Tit. 272 02.

3002 Leistungsfähigkeit des Bildungswesens, Nachwuchsförderung

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 685 20 (Titelgruppe 20):

Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.

3. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Modernisierung der Ausbildung	4 800
2. Ausschöpfen aller Potenziale	75 537
3. Erhöhung der Bildungsbeteiligung	6 800
4. Mittel des Europäischen Sozialfonds (ESF) für Fachprogramme des BMBF: Jobstarter/Jobstarter Connect/Perspektive Berufsabschluss	-
Zusammen	87 137

Zu 1.:
insbesondere: Erhebungen und Forschungsinitiativen, Anerkennung von beruflichen Leistungen/Zertifikaten, integrierte Ausbildungsberichterstattung, Berufswettbewerbe.

Zu 2.:
insbesondere: Programm zur Gestaltung von Bildungsketten in der beruflichen Bildung, Programm "JOBSTARTER-Connect", Programm "JOBSTARTER", Programm "Perspektive Berufsabschluss", Initiative "Neue Wege in die duale Ausbildung - Heterogenität als Chance für die Fachkräftesicherung", Programm "VerA", Programm "Berufliche Bildung für eine nachhaltige Entwicklung", Früherkennung.

Zu 3.:
insbesondere: Programm "Anrechnung beruflicher Kompetenzen auf Hochschulstudiengänge", Förderung von Personal in der Beruflichen Bildung.

Aus dem Ansatz können auch Ausgaben für fachspezifische Aufklärungs- und Orientierungshilfen bis zu einer Höhe von 80 T€ geleistet werden.

Aus dem Ansatz können folgende Ausgaben für die Durchführung der Maßnahmen geleistet werden:

Bezeichnung	1 000 €
Projektträgerleistungen	611
Programmmanagement	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
685 21 -153	Maßnahmen zur Verbesserung der Berufsorientierung	65 000	75 000	59 981

Verpflichtungsermächtigung ..... 144 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu ..... 20 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu ..... 29 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu ..... 45 000 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu ..... 50 000 T€

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 685 21 (Titelgruppe 20)

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Maßnahmen zur Verbesserung der Berufsorientierung ab der 7. Klasse in überbetrieblichen oder vergleichbaren Berufsbildungsstätten einschl. Potenzialanalyse zur Verbesserung des Übergangs von der Schule in eine duale Berufsausbildung	60 000
2. Entwicklung und Gestaltung (Ansätze, Konzepte, Instrumente, Projekte) der Berufsorientierung und -vorbereitung einschl. Potenzialanalysen von Jugendlichen	5 000
Zusammen	65 000

Weniger wegen Anpassung an Bedarf.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
893 20 -153	Überbetriebliche Berufsbildungsstätten	40 000	40 000	40 000

Verpflichtungsermächtigung .... 26 800 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 9 400 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu .... 11 600 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu .... 5 800 T€

Erläuterungen:

Zur Sicherung der Qualität der beruflichen Bildung werden Zuschüsse zu Investitionen in überbetriebliche Berufsbildungsstätten (ÜBS) gewährt. Gefördert werden nach den Richtlinien des BMBF vom 24. Juni 2009 (BAnz. Nr. 100 S. 2353):

1. Modernisierung bestehender ÜBS,
2. Weiterentwicklung von ÜBS zu Kompetenzzentren,
3. Unterstützung des Prozesses der strategischen Neuausrichtung und Konzentration bestehender ÜBS.

Ergänzend zur Investitionsförderung des Bundes werden bei der Weiterentwicklung von ÜBS zu Kompetenzzentren Personal- und Sachkosten gefördert.

Titelgruppe 40

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
Tgr. 40	Stärkung des Lernens im Lebenslauf	(182 015)	(168 480) *(1 823)*	

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Die Ausgaben folgender Titel sind in Höhe von 3 000 T€ gegenseitig deckungsfähig: 685 41, 685 42 und 685 43.
3. Die Verpflichtungsermächtigungen folgender Titel sind gegenseitig deckungsfähig: 685 41, 685 42 und 685 43.

3002 Leistungsfähigkeit des Bildungswesens, Nachwuchsförderung

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 40

661 40 -142	Bildungskredit (Erstattung von Kreditausfällen an die Kreditanstalt für Wiederaufbau)	14 700	14 500	15 177

Verpflichtungsermächtigung... 25 600 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 2 050 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.. 5 500 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu.. 5 500 T€
im Haushaltsjahr 2020 bis zu.. 5 500 T€
im Haushaltsjahr 2021 bis zu.. 5 500 T€
im Haushaltsjahr 2022 bis zu.. 1 550 T€

Haushaltsvermerk:

Einnahmen aus vom Bundesverwaltungsamt übernommenen Darlehens-Einzugsverfahren fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Zur Unterstützung von Auszubildenden in fortgeschrittenen Ausbildungsphasen werden nach Maßgabe des Programms für die Vergabe von Bildungskrediten verzinsliche Darlehen gewährt. Die Darlehen dienen bei nicht nach dem BAföG geförderten Auszubildenden der Sicherung und Beschleunigung der Ausbildung, bei geförderten Auszubildenden der Finanzierung von besonderem, nicht durch das BAföG erfasstem Bedarf. Der Bund trägt gegenüber der Kreditanstalt für Wiederaufbau, die die Darlehen vergibt, das Ausfallrisiko.

685 41 -144	Stärkung der Leistungsfähigkeit des Bildungswesens	117 974	103 625	62 988

Verpflichtungsermächtigung... 219 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 24 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 70 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 77 000 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.. 28 000 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu.. 20 000 T€

Haushaltsvermerk:

1. Mehrausgaben **zu Nr. 7 der Erläuterungen** dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1106 Tit. 686 12.
2. Mehrausgaben **zu Nr. 7 der Erläuterungen** dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1106 Tit. 272 02.

   Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.
3. Mehrausgaben **zu Nr. 7 der Erläuterungen** dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 3004 Tit. 272 01.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Sicherung der Nachhaltigkeit des Investitionsprogramms "Zukunft Bildung und Betreuung" (IZBB)..	4 000
2. Bildungsforschung..	8 000
3. Bildungsmonitoring; Bildung für nachhaltige Entwicklung...............	7 500

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 685 41 (Titelgruppe 40)

Bezeichnung	1 000 €
4. Innovation und Forschung in der Bildung	15 910
5. Stärkung der kulturellen Bildung und der Bildungsstrukturen vor Ort	71 564
6. Sprach- und Leseförderung	11 000
7. Mittel des Europäischen Sozialfonds (ESF) für Fachprogramme des BMBF: Professionalisierung des pädagogischen Personals/ Begleitprogramm IZBB und sonstige Zuschüsse der EU	-
Zusammen	117 974

Zu 1.:
Unterstützungsmaßnahmen zur Gestaltung der neuen Ganztagsschulangebote sowie begleitende Forschung.

Aus diesem Ansatz können außerdem Mittel für begleitende Maßnahmen zur Verbesserung der Information und Beratung über Bildungsangebote bis zu einer Höhe von 500 T€ zur Verfügung gestellt werden.

Zu 2.:
Unterstützung des strukturellen Ausbaus der Bildungsforschung durch das Rahmenprogramm zur Förderung der empirischen Bildungsforschung, Forschungsvorhaben in wissenschaftlich wie bildungs- und forschungspolitisch zentralen und innovationsträchtigen Feldern.

Zu 3.:
Bildungsberichterstattung, Beteiligung an internationalen und nationalen Vergleichsstudien, Zentrum für internationale Bildungsvergleichsstudien, Durchführung ergänzender Forschungsprojekte; Förderung von Bildung für nachhaltige Entwicklung.

Zu 4.:
Der Bund unterstützt im Rahmen seiner Zuständigkeit innovative Prozesse und Forschung zur Bildung in der frühen Kindheit und zum allgemeinen Bildungswesen. Dies bezieht sich insbesondere auf Fragen der Bildungsgerechtigkeit und auf individuelle und inklusive Förderung, der mathematisch-naturwissenschaftlichen Kompetenzen und zur sexuellen Gewalt gegen Kinder und Jugendliche in pädagogischen Kontexten.

Aus diesem Ansatz können außerdem Mittel für begleitende Maßnahmen zur Verbesserung der Information und Beratung über Bildungsangebote bis zu einer Höhe von 275 T€ zur Verfügung gestellt werden.

Zu 5.:
Mit der Förderrichtlinie "Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung", innovativen Programmen und Projekten, auch in der Forschung, wird die kulturelle Bildung in Deutschland gestärkt. Gleichzeitig wird die Entwicklung regionaler und kommunaler Bildungsstrukturen mit den Ergebnissen aus der Förderinitiative "Lernen vor Ort" gestärkt.

Erhöhung der Qualität der kulturellen Bildung durch die Förderung von Entwicklungs- und Erprobungsvorhaben zur pädagogischen Weiterbildung von Kunst- und Kulturschaffenden (Förderrichtlinie) sowie Förderung von Forschung zur kulturellen Bildung.

Aus diesem Ansatz können außerdem Mittel für begleitende Maßnahmen zur Verbesserung der Information und Beratung über Bildungsangebote bis zu einer Höhe von 300 T€ zur Verfügung gestellt werden.

Zu 6.:
Innovative Programme und Durchführung von Forschung zur Sprachförderung und Sprachdiagnostik, insbesondere die wissenschaftliche Überprüfung von Wirksamkeit eingesetzter Instrumente zur Sprachdiagnostik und Sprachförderung sowie Weiterentwicklung innovativer Verfahren und gezielter Sprachförderung für alle Kinder vor der Schule sowie zur Unterstützung darüber hinausgehender unterrichtsbegleitender Sprachprogramme. Leseförderung und Durchführung von Forschung.

Aus dem Ansatz können folgende Ausgaben für die Durchführung von Maßnahmen geleistet werden:

Bezeichnung	1 000 €
Projektträgerleistungen	6 743
Programmmanagement	2 555

3002 Leistungsfähigkeit des Bildungswesens, Nachwuchsförderung

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu Titel 685 41 (Titelgruppe 40)			
	Mehr wegen Anpassung an Bedarf.			
685 42 -144	Weiterbildung und Lebenslanges Lernen	39 542	40 355 *1 823*	77 303

Verpflichtungsermächtigung... 70 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 25 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu... 20 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu... 15 000 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu... 10 000 T€

Haushaltsvermerk:

1. Mehrausgaben **zu Nr. 6 der Erläuterungen** dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1106 Tit. 686 12.
2. Mehrausgaben **zu Nr. 6 der Erläuterungen** dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1106 Tit. 272 02.

   Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Reform- und Umsetzungsstrategien des Lebenslangen Lernens in nationalen und internationalen Bezügen....................................	10 132
2. Qualitätsentwicklung und Strukturverbesserung der allgemeinen Weiterbildung..	10 500
3. Modernisierung, Beratung und Qualitätssicherung in der beruflichen Weiterbildung...	10 945
4. Durchführung von Weiterbildungstests durch die Stiftung Warentest..	1 150
5. Verbesserung der Informations- und Beratungsstrukturen zur Anerkennung von Qualifikationen, die im Ausland erworben wurden.	6 815
6. Mittel des Europäischen Sozialfonds (ESF) für Fachprogramme des BMBF: Lernen vor Ort/Bildungsprämie....................................	-
Zusammen...	39 542

Soziale und arbeitsmarktbezogene Veränderungsprozesse erfordern einen konstruktiven Umgang mit sich ändernden Lebensumständen. Die breite Entfaltung des Lebenslangen Lernens in Verbindung mit dem Ausbau einer dynamischen und praxisnahen Weiterbildung sind wesentliche Voraussetzungen für die gesamtstaatliche soziale und wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands.

Zu 1.:
Förderung regionaler Weiterbildungsstrukturen, inbesondere Programmaktivität "Lernen vor Ort"; Kommunales Bildungsmonitoring und "Bildung integriert".

Zu 2.:
Forschung und Entwicklung zur Alphabetisierung/Grundbildung von Erwachsenen (einschl. ökonomischer Grundbildung), Weiterentwicklung und Nutzung der Potenziale älterer Menschen, Professionalisierung des Personals in der Weiterbildung, Forschung zu Bestimmungsfaktoren der Weiterbildungsbeteiligung.

Zu 3.:
Intensivierung der beruflichen Weiterbildung, insbesondere in KMU, Verbesserung der Information, Transparenz und Qualität der beruflichen Weiterbildung, Weiterbildungsbeteiligung von Betrieben, Bildungsprämie, Verbesserung der Bildungsberatung.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 685 42 (Titelgruppe 40)

Aus dem Ansatz können folgende Ausgaben für die Durchführung von Maßnahmen geleistet werden:

Bezeichnung	1 000 €
Projektträgerleistungen	2 800
Programmmanagement	1 300

685 43 -144	Digitale Medien in der Bildung	9 799	10 000	16 866

Verpflichtungsermächtigung ..... 13 300 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu ..... 3 600 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu ..... 3 800 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu ..... 2 900 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu ..... 3 000 T€

Haushaltsvermerk:

1. Mehrausgaben **zu Nr. 2 der Erläuterungen** dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1106 Tit. 686 12.
2. Mehrausgaben **zu Nr. 2 der Erläuterungen** dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1106 Tit. 272 02.

   Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Ausgaben des Bundes	9 799
2. Mittel des Europäischen Sozialfonds (ESF) für Fachprogramme des BMBF: Neue Medien in der beruflichen Bildung	-
Zusammen	9 799

Vorhaben zur Entwicklung und zum Einsatz digitaler Bildungstechnologien in der beruflichen Bildung, zur Erprobung und Weiterentwicklung neuer Lehr- und Lernformate für die mediengestützte Qualifizierung, zur Vermittlung von Medienkompetenz und zur Gewährleistung einer leistungsfähigen Informationsinfrastruktur.

Aus dem Ansatz können folgende Ausgaben für die Durchführung von Maßnahmen geleistet werden:

Bezeichnung	1 000 €
Projektträgerleistungen	1 407
Programmmanagement	200

Titelgruppe 50

Tgr. 50	Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)	(1 542 100)	(1 505 000)	

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind in Höhe von 300 000 T€ gegenseitig deckungsfähig.

3002 Leistungsfähigkeit des Bildungswesens, Nachwuchsförderung

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 50

2. Rückzahlungen fließen den Ausgaben zu.
3. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

Erläuterungen:

Auf individuelle Ausbildungsförderung nach dem BAföG in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. Dezember 2010 (BGBl. I S. 1952), zuletzt geändert durch Art. 31 des Gesetzes vom 20. Dezember 2011 (BGBl. I S. 2854) besteht ein Rechtsanspruch. Das Gesetz sieht nach der Art der Ausbildung und Unterbringung gestaffelte pauschalierte Bedarfssätze vor. Auf die Bedarfssätze sind Einkommen und Vermögen der Auszubildenden sowie das Einkommen ihrer Ehepartner bzw. eingetragenen Lebenspartner und ihrer Eltern anzurechnen, soweit sie die im Gesetz festgelegten Freibeträge übersteigen.

Die Aufwendungen für diese Leistungen werden zu 65 Prozent durch den Bund und zu 35 Prozent durch die Länder getragen. Das Gesetz wird im Auftrag des Bundes von den Ländern durchgeführt, die die bei ihnen entstehenden Verwaltungsausgaben tragen. Die Ausgaben dürfen auch für die Kosten zur Durchführung statistischer und prognostischer Aufgaben sowie für die Pflege DV-gestützter Verfahren zur Durchführung des BAföG verwendet werden. Aus dem Ansatz werden auch Ausgaben für allgemeine Aufklärungs- und Orientierungshilfen in Höhe von bis zu 1 900 T€ geleistet.

632 50 -141	BAföG - Schülerinnen und Schüler	561 000	577 000	624 666
632 51 -142	BAföG - Zuschüsse an Studierende	800 000	812 000	798 916
661 50 -142	BAföG - Zinszuschüsse und Erstattung von Darlehensausfällen an die Kreditanstalt für Wiederaufbau	181 100	116 000	323 153

Erläuterungen:

Mehr wegen Anpassung an Bedarf.

Titelgruppe 60

Tgr. 60	Kompensationsmittel Föderalismusreform	(715 200)	(715 200)	

Haushaltsvermerk:

Rückzahlungen nicht zweckgerecht verwendeter Bundesmittel fließen den Ausgaben zu.

632 60 -139	Kompensationsmittel für die Abschaffung der GA Bildungsplanung	19 900	19 900	19 900

Erläuterungen:

Mit Beendigung der Gemeinschaftsaufgabe "Bildungsplanung" steht den Ländern ab dem 1. Januar 2014 bis zum 31. Dezember 2019 jährlich ein Betrag von 19,9 Mio. € aus dem Haushalt des Bundes zu (§ 2 Abs. 2 EntflechtG). Der Betrag wird auf die Länder nach einem gesetzlich festgelegten Schlüssel verteilt (§ 4 Abs. 2 EntflechtG) und unterliegt gem. § 5 EntflechtG einer investiven Zweckbindung.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Noch zu Titelgruppe 60				
882 60 -139	Kompensationsmittel für die Abschaffung der GA Hochschulbau	695 300	695 300	695 300

Erläuterungen:

Mit Beendigung der Gemeinschaftsaufgabe "Ausbau und Neubau von Hochschulen einschließlich der Hochschulkliniken" steht den Ländern ab dem 1. Januar 2014 bis zum 31. Dezember 2019 jährlich ein Betrag von 695,3 Mio. € aus dem Haushalt des Bundes zu (§ 2 Abs. 1 EntflechtG). Der Betrag wird auf die Länder nach einem gesetzlich festgelegten Schlüssel verteilt (§ 4 Abs. 1 EntflechtG) und unterliegt gem. § 5 EntflechtG einer investiven Zweckbindung.

Titelgruppe 70

Tgr. 70	Europäische Schulen	(18 050)	(18 254)	
518 72 -114	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	4 700	5 304	-

Verpflichtungsermächtigung.. 7 920 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 264 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 264 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 264 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.. 264 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu.. 264 T€
im Haushaltsjahr 2020 bis zu.. 264 T€
im Haushaltsjahr 2021 bis zu.. 264 T€
im Haushaltsjahr 2022 bis zu.. 264 T€
im Haushaltsjahr 2023 bis zu.. 264 T€
im Haushaltsjahr 2024 bis zu.. 264 T€
im Haushaltsjahr 2025 bis zu.. 264 T€
im Haushaltsjahr 2026 bis zu.. 264 T€
im Haushaltsjahr 2027 bis zu.. 264 T€
im Haushaltsjahr 2028 bis zu.. 264 T€
im Haushaltsjahr 2029 bis zu.. 264 T€
im Haushaltsjahr 2030 bis zu.. 264 T€
im Haushaltsjahr 2031 bis zu.. 264 T€
im Haushaltsjahr 2032 bis zu.. 264 T€
im Haushaltsjahr 2033 bis zu.. 264 T€
im Haushaltsjahr 2034 bis zu.. 264 T€
ab dem Haushaltsjahr 2035 bis zu.. 2 640 T€

Haushaltsvermerk:

1. Nach § 63 Abs. 4 BHO wird zugelassen, dass das Grundstück Elise-Aulinger-Straße 21 in München der Europäischen Schule München für die Dauer und den Umfang des Bedarfs unentgeltlich überlassen wird.

2. Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.

3002 Leistungsfähigkeit des Bildungswesens, Nachwuchsförderung

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 518 72 (Titelgruppe 70)

Erläuterungen:

Von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben als Eigenbaumaßnahme zu realisierende Unterbringung (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	genehmigte Gesamtkosten 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Veranschlagt 2014 1 000 €	Vorbehalten für 2015 ff. 1 000 €	Jährlicher Mietzins 1 000 €	voraussichtliche Übergabe
1	2	3	4	5	6	7	8
1. Europäische Schule München (ESM), Provisorium	4 000						2014
2. Europäische Schule München (ESM), Erweiterungsbau, 3. Abschnitt (Neubau Mensa/Bibliothek)	24 784						2017
3. Europäische Schule München (ESM), Erweiterungsbau, Annex (Grundschule, Kindergarten, Mensa)	61 550						2017
Zusammen (Summendifferenz)	90 334	-	-	-	-	-	

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
687 71 -114	Beiträge zu laufenden Kosten Europäischer Schulen	12 900	12 900	-

Erläuterungen:

Aufgrund der von den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft am 21. Juni 1994 in Luxemburg unterzeichneten Vertrags (Vereinbarung über die Satzung der Europäischen Schulen) hat die Bundesregierung Beiträge zu den laufenden Kosten der Europäischen Schulen in Brüssel, Mol, Frankfurt/Main, Karlsruhe, München, Varese, Luxemburg, Bergen, Alicante und Culham zu leisten. Die von Deutschland unmittelbar zu zahlenden Kostenanteile dienen dazu, die Bezüge für Lehrkräfte und Vergütungen für die Erzieherinnen und Erzieher an die entsendenden Bundesländer zu erstatten. Die Anzahl der Lehrerinnen und Lehrer bzw. Erzieherinnen und Erzieher richtet sich nach der Zahl der aus den einzelnen Mitgliedstaaten stammenden Schülerinnen und Schüler.

Gegebenenfalls sind von den Mitgliedstaaten zusätzliche finanzielle Beiträge zu leisten, die der Oberste Rat der Europäischen Schulen einstimmmig beschließt.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
812 71 -114	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)	450	50	-

Flexibilisierte Ausgaben

Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG

	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
Aus Hauptgruppe 6	39 435	37 979 *1 150*	29 940
Aus Hauptgruppe 8	545	545 *214*	169
Zusammen	39 980	38 524 *1 364*	30 109

Titelgruppe 30

Titel	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
Tgr. 30	Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB)	(39 980)	(38 524)	

Erläuterungen:

Nach § 89 des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) vom 23. März 2005 (BGBl. I S. 931) ist das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) eine bundesunmittelbare Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Bonn. Es führt im Rahmen der Bildungs-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

politik der Bundesregierung die in § 90 Abs. 2 und 3 BBiG beschriebenen Aufgaben durch.

Die Ausgaben des Instituts werden durch Zuschüsse des Bundes gedeckt (§ 96 BBiG).

F 685 30 -153	*BIBB - Betrieb*	*39 435*	*37 979*	*29 940*

Erläuterungen:

Adresse und Bezeichnung	*Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel*	*ohne Eigenmittel*	*Soll 2014 1 000 €*	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
1	*2*	*3*	*4*	*5*	*6*
Institutionelle Förderung/Zuschüsse an Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO					
Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB), Bonn	*98,34*	*100,00*	*39 980*	*38 524*	*30 109*
- aus Kap. 3002 Tit. 685 30			*39 435*	*37 979*	*29 940*
- aus Kap. 3002 Tit. 894 30			*545*	*545*	*169*
Wirtschaftsplan siehe Anlage zum Kapitel 3002.					

F 894 30 -153	*BIBB - Investitionen*	*545*	*545*	*169*

Erläuterungen:

Zuwendungsempfänger: Zusammenstellung siehe Erläuterungen zu Tit. 685 30.

Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel

632 02 -153	Sonderprogramm zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze in den neuen Ländern und Berlin		2 275	5 511

Anlage zu Kapitel 3002 - Wirtschaftspläne

Zu Tgr. 30 Tit. 685 30

Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB), Bonn

Wirtschaftsplan		Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1		2	3	4
Institutionelle Förderung				
1.	**Ausgaben**	**40 824**	**39 474**	**30 973**
1.1	Personalausgaben	27 295	26 602	24 550
1.2	Sächliche Verwaltungsausgaben	12 565	12 256	5 945
1.3	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	489	363	309
1.4	Ausgaben für Investitionen	545	545	169
1.5	Besondere Finanzierungsausgaben	-70	-292	-
2.	**Finanzierung der Ausgaben**	**40 824**	**39 474**	**30 973**
2.1	Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	844	950	864
2.2	**Zuwendung des Bundes**	**39 980**	**38 524**	**30 109**
	aus Kap. 3002 Tit. 685 30	*39 435*	*37 979*	*29 940*
	aus Kap. 3002 Tit. 894 30	*545*	*545*	*169*
nachrichtlich: **Projektförderung**		-	49	13 132

Wesentliche finanzwirksame Schwerpunkte des Kapitels

Um die Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Wissenschafts- und Innovationssystems zu sichern, hat das BMBF drei große Pakte mit den Ländern geschlossen und führt diese fort. Schwerpunkt dieses Kapitels ist der **Hochschulpakt 2020,** für den im Haushalt 2014 rd. 2,2 Mrd. € vorgesehen sind: Im Rahmen der ersten Säule werden an den deutschen Hochschulen zusätzliche Studienplätze für ein der Nachfrage entsprechendes Studienangebot geschaffen, mit der zweiten Säule wird für die Projektausgaben in DFG-Forschungsvorhaben eine Programmpauschale bereitgestellt und dadurch die Forschung an Hochschulen gestärkt. Für weitere Maßnahmen zur Entwicklung des Hochschul- und Wissenschaftssystems, wie etwa den Qualitätspakt Lehre für die Verbesserung von Studienbedingungen und Lehrqualität, sind bis 2020 insgesamt rund 2 Mrd. € vorgesehen, davon im Haushalt 2014 200 Mio. €.

Darüber hinaus werden für die **Exzellenzinitiative** von Bund und Ländern zur Förderung von Wissenschaft und Forschung an deutschen Hochschulen in den Jahren 2011 bis 2017 Mittel im Umfang von insgesamt 2,7 Mrd. € zur Verfügung gestellt, der Anteil des Bundes (75 Prozent) beträgt dabei insgesamt rd. 2 Mrd. €, davon in 2014 rd. 377 Mio. €.

In dieses Kapitel sind weiterhin die **institutionellen Zuwendungen an die außeruniversitären Wissenschaftseinrichtungen** Max-Planck-Gesellschaft (rd. 748 Mio. €), Leibniz-Gemeinschaft (rd. 422 Mio. €) und Deutsche Forschungsgemeinschaft (rd. 1,1 Mrd. €) eingestellt. Entsprechend dem Pakt für Forschung und Innovation (PFI) streben Bund und Länder an, die gemeinsamen Zuwendungen an diese Wissenschaftsorganisationen in den Jahren 2011 bis 2015 jährlich um 5 Prozent zu steigern.

Wesentliche Ziele, die mit den veranschlagten Mitteln erreicht werden sollen

Mit dem **Hochschulpakt 2020** wollen Bund und Länder Impulse für die Zukunftsvorsorge bis in das nächste Jahrzehnt setzen. Dabei soll dem wachsenden Fachkräftebedarf auf dem Arbeitsmarkt begegnet und der vor allem wegen der demografischen Entwicklung, der steigenden Bildungsbeteiligung und der doppelten Abiturjahrgänge steigenden Zahl von Studienberechtigten ein qualitativ hochwertiges Studium gewährleistet werden. Die Studienanfängerquote stieg von 37 Prozent in 2007 auf derzeit über 50 Prozent.

Durch die **Exzellenzinitiative** von Bund und Ländern zur Förderung von Wissenschaft und Forschung an deutschen Hochschulen sollen der Wissenschaftsstandort Deutschland nachhaltig gestärkt, seine internationale Wettbewerbsfähigkeit verbessert und Spitzen im Universitäts- und Wissenschaftsbereich sichtbar gemacht werden. In drei Wettbewerbsrunden waren insgesamt 39 Universitäten aus 13 Ländern erfolgreich, ein Teil dieser Vorhaben läuft noch bis 2017. Die DFG und der Wissenschaftsrat werden der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK) bis zum 30. Juni 2015 einen datengestützten Bericht über den Verlauf der Exzellenzinitiative vorlegen. Zusätzlich wird die GWK eine externe Kommission unter Beteiligung internationaler Expertinnen und Experten mit einer Evaluation des Programms und seiner Auswirkungen auf das deutsche Wissenschaftssystem beauftragen. Dabei sollen Auswirkungen sowohl auf geförderte als auch auf nicht geförderte Hochschulen dargestellt werden. Die Ergebnisse dieser Evaluation werden der GWK im Januar 2016 vorgelegt.

Als **institutionelle Zuwendungen an die großen außeruniversitären Wissenschaftseinrichtungen** stellt das BMBF Mittel für Forschungseinrichtungen und Förderorganisationen mit unterschiedlichen Aufgabenstellungen zur Verfügung, damit diese Grundlagenforschung auf hohem Niveau durchführen können. Im Rahmen des Pakts für Forschung und Innovation (PFI) verpflichteten sich die Einrichtungen auf forschungspolitische Ziele wie die Etablierung nachhaltiger Partnerschaften mit der Wirtschaft, neue Strategien der internationalen Zusammenarbeit oder die Gewinnung herausragender Talente. Ziel des Paktes ist es, den Wissenschaftsstandort Deutschland insgesamt nachhaltig zu stärken und seine internationale Wettbewerbsfähigkeit weiter zu verbessern. So stieg etwa der in internationalen Datenbanken dokumentierte Publikations-Output aus Deutschland von 2001 bis 2011 um ca. 20 Prozent auf ca. 67 000 Veröffentlichungen. Deutschland lag damit weltweit an vierter Stelle (5,1 Prozent der weltweiten Publikationen) nach den USA (23 Prozent), China (10,8 Prozent) und Großbritannien (5,5 Prozent). Jährlich wird von der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz des Bundes und der Länder ein Monitoring-Bericht zum PFI veröffentlicht.

3003 Wettbewerbsfähigkeit des Wissenschafts- und Innovationssystems

Überblick zum Kapitel 3003	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Ausgaben					
Personalausgaben	-	-	-		812
Sächliche Verwaltungsausgaben	11 680	11 890	-210	583	11 752
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	5 317 785	5 184 872	+132 913	65 840	4 223 495
Ausgaben für Investitionen	543 752	447 518	+96 234	81 079	516 606
Gesamtausgaben	5 873 217	5 644 280	+228 937	147 502	4 752 665
davon nicht flexibilisiert	5 873 217	5 644 280	+228 937	147 502	4 752 665

Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014

Verpflichtungsermächtigung	655 100 T€
davon fällig:	
im Haushaltsjahr 2015 bis zu	184 500 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu	197 800 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu	144 200 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu	98 600 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu	20 000 T€
im Haushaltsjahr 2020 bis zu	10 000 T€

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Ausgaben

Sächliche Verwaltungsausgaben

541 01 -165	Wissenschaftskommunikation und Wissenschaftsjahre	11 650	11 890	10 690

Verpflichtungsermächtigung... 13 300 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 4 200 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu... 4 500 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu... 2 300 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu... 2 300 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

Erläuterungen:

1. Bürgerdialog,
2. Förderung von Vorhaben der Wissenschaftskommunikation, insbesondere Wissenschaftsjahre,
3. Beteiligung an Messen und Veranstaltungen,
4. Zielinformation im Bildungswesen, Aufklärung über Forschung und Technologie, Bürger-Service-Center.

Aus dem Ansatz können folgende Ausgaben für die Durchführung von Maßnahmen geleistet werden:

Bezeichnung	1 000 €
Projektträgerleistungen	1 066
Programmmanagement	-

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)

685 04 -137	Exzellenzinitiative Spitzenförderung von Hochschulen	376 950	362 925	308 475

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind übertragbar.

Erläuterungen:

Die Regierungschefs von Bund und Ländern haben am 24. Juni 2009 auf der Grundlage von Art. 91b GG eine Verwaltungsvereinbarung über die Fortsetzung der Exzellenzinitiative geschlossen (BAnz. Nr. 103 S. 2 416). Im Rahmen eines einheitlichen Wettbewerbs werden folgende Maßnahmen gefördert:

1. projektbezogene Förderung von Graduiertenschulen zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses,
2. projektbezogene Förderung von Exzellenzclustern zur Förderung der Spitzenforschung,
3. Zukunftskonzepte zum projektbezogenen Ausbau der universitären Spitzenforschung.

Bund-Länder-Finanzierung 75:25 Prozent nach dem Sitzlandprinzip. In den Ausgaben sind auch Mittel zur Erstattung von Personal- und Sachaufwendungen der beteiligten Wissenschaftsorganisationen enthalten.

3003 Wettbewerbsfähigkeit des Wissenschafts- und Innovationssystems

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 685 04

Die Exzellenzinitiative wurde auf Grundlage der Verwaltungsvereinbarung vom 18. Juli 2005 (BAnz. Nr. 167 S. 13 347) gestartet und wird nunmehr in einer zweiten Programmphase fortgeführt.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
685 05 -139	Hochschulpakt 2020	2 178 044	2 171 942 *50 000*	1 459 959

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Programmpauschalen für die zweite Säule des Hochschulpaktes können aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung unterjährig bis zu einer Höhe von 15 T€ in Form von Vorauszahlungen gewährt werden.

Erläuterungen:

Die Regierungschefs von Bund und Ländern haben am 4. Juni 2009 auf der Grundlage von Art. 91b GG eine Verwaltungsvereinbarung über die Fortsetzung des Hochschulpakts 2020 geschlossen (BAnz. Nr. 103 S. 2419). Ziel ist es,

1. mit dem Programm zur Aufnahme zusätzlicher Studienanfänger dem wachsenden Fachkräftebedarf auf dem Arbeitsmarkt, der demografischen Entwicklung und doppelten Abiturjahrgängen Rechnung zu tragen.
2. durch ein Programm zur Finanzierung von Programmpauschalen für von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderte Forschungsvorhaben die Forschung insbesondere an Hochschulen weiter zu stärken.

Der Hochschulpakt 2020 wurde auf Grundlage der Verwaltungsvereinbarung vom 20. August 2007 (BAnz. Nr. 171 S. 7480) gestartet und wird nunmehr in einer zweiten Programmphase fortgeführt.

Zuwendungsempfänger: Zusammenstellung siehe Erläuterungen zu Tit. 685 30.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
685 07 -165	Strategien zur Durchsetzung von Chancengerechtigkeit für Frauen in Bildung und Forschung	23 000	23 000	25 861

Verpflichtungsermächtigung... 56 800 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 13 400 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 13 400 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 12 000 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.. 12 000 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu.. 6 000 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben zu Nr. 1 der Erläuterungen sind übertragbar.
2. Mehrausgaben zu Nr. 2 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1106 Tit. 686 12.
3. Mehrausgaben zu Nr. 2 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1106 Tit. 272 02.

   Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 685 07

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Ausgaben des Bundes	23 000
2. Mittel des Europäischen Sozialfonds (ESF) für Fachprogramme des BMBF: Power für Gründerinnen/Frauen an die Spitze	-
Zusammen	23 000

Gefördert werden Forschungsvorhaben, Stärkung von Vernetzung, Informationsmaßnahmen und breitenwirksame Aktionen, nationaler und internationaler Erfahrungsaustausch sowie Berichtssysteme.

Im Einzelnen sind vorgesehen:

1. Entwicklung von konzeptionellen Grundlagen zur Durchsetzung von Chancengerechtigkeit im Wissenschaftssystem einschl. Förderung der Genderforschung,
2. Maßnahmen zur Verbesserung der Chancengerechtigkeit in Wissenschaft, Forschung und Technik, u. a. Professorinnenprogramm, sowie Maßnahmen der Karriereentwicklung,
3. Maßnahmen zur Erweiterung des Berufswahlspektrums und Verbesserung der Ausbildungsmöglichkeiten von Frauen, u. a. Nationaler Pakt für Frauen in MINT-Berufen und Girls Day,
4. Verbesserung der beruflichen Entwicklungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten auch im Hinblick auf Diversityaspekte.

Aus dem Ansatz können folgende Ausgaben für die Durchführung von Maßnahmen geleistet werden:

Bezeichnung	1 000 €
Projektträgerleistungen	2 195
Programmmanagement	300

685 08 -139	Zuschuss an die Stiftung zur Förderung der Hochschul-Rektorenkonferenz, Bonn	2 007	1 948	1 914

Erläuterungen:

In der Hochschul-Rektorenkonferenz (HRK) wirken die ihr angehörenden Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland ständig zusammen und nehmen ihre gemeinsamen Belange wahr. Der Bund hat ein erhebliches Interesse an den Aufgaben der HRK.

Daher

1. trägt er die Kosten für die Arbeiten, die die HRK zur Erfüllung ihrer Aufgaben im internationalen Bereich durchführt und
2. beteiligt sich an den Kosten für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Dokumentation und Bibliothek sowie neue Medien der HRK.

685 09 -142	Hochschulbezogene zentrale Maßnahmen studentischer Verbände und anderer Organisationen	1 600	1 600	1 418

Verpflichtungsermächtigung .... 1 400 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 700 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 400 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu .... 300 T€

3003 Wettbewerbsfähigkeit des Wissenschafts- und Innovationssystems

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 685 09

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Mit den Ausgaben sollen Einzelmaßnahmen im Hochschulbereich gefördert werden, die der Erfüllung studentischer Aufgaben dienen einschließlich der im Hochschulrahmengesetz genannten politischen Bildung und der kulturellen Arbeit	1 077
2. Dem Deutschen Studentenwerk (DSW) dürfen Verwaltungsausgaben für die Beratung und Information behinderter Studierender erstattet werden, einschließlich der Personalausgaben für fünf Stellen nach TVöD (je eine Stelle der Entgeltgruppe 14, 13, 12, 9 und 5)	360
3. Dem Deutschen Studentenwerk (DSW) dürfen Verwaltungsausgaben für die Servicestelle Interkulturelle Kompetenz erstattet werden, einschließlich der Personalausgaben für zwei Stellen nach TVöD (je eine Stelle der Entgeltgruppen 13 und 9)	163
Zusammen	1 600

Aus dem Ansatz können folgende Ausgaben für die Durchführung von Maßnahmen geleistet werden:

Bezeichnung	1 000 €
Projektträgerleistungen	144
Programmmanagement	-

Ausgaben für Investitionen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
882 01 -139	Überregionale Forschungsförderung im Hochschulbereich	298 000	216 921 *81 079*	292 305

Haushaltsvermerk:

Rückzahlungen nicht zweckgerecht verwendeter Bundesmittel fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Nach Art. 91 b Abs. 1 Grundgesetz stellt der Bund jährlich Mittel für überregionale Fördermaßnahmen (Forschungsbauten und Großgeräte) im Hochschulbereich zur Verfügung. Die Regierungschefs von Bund und Ländern haben eine Ausführungsvereinbarung über die gemeinsame Förderung von Forschungsbauten an Hochschulen einschließlich Großgeräten vom 21. Mai 2007 (AV-FuG), BAnz. Nr. 106, S. 5863 geschlossen, geändert mit Beschluss der GWK vom 5. April 2012, BAnz. AT 03.07.2012 B 3.

Mehr wegen Anpassung an Bedarf.

Titelgruppe 01

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
Tgr. 01	Entwicklung des Hochschul- und Wissenschaftssystems	(271 921)	(265 670) *(15 840)*	

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
685 15 -139	Qualitätspakt Lehre	200 000	200 000 *13 500*	129 000

Verpflichtungsermächtigung ... 51 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2016 bis zu ... 31 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu ... 20 000 T€

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 685 15 (Titelgruppe 01)

Erläuterungen:

Eine qualitativ hochwertige akademische Ausbildung ist eine der zentralen Voraussetzungen für eine hohe Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit von Wissenschaft und Wirtschaft. Durch den Qualitätspakt sollen insbesondere eine intensivere Betreuung und Beratung der Studierenden ermöglicht werden, um zu besseren Studienbedingungen, mehr Lehrqualität und höheren Abschlussquoten an Hochschulen beizutragen.

Aus dem Ansatz können folgende Ausgaben für die Durchführung von Maßnahmen geleistet werden:

Bezeichnung	1 000 €
Projektträgerleistungen	2 138
Programmmanagement	601

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
685 16 -142	Weiterentwicklung des Bologna-Prozesses	54 984	48 570 *2 340*	39 336

Verpflichtungsermächtigung .... 107 100 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 26 800 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 31 100 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu .... 32 100 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu .... 17 100 T€

Haushaltsvermerk:

1. Mehrausgaben **zu Nr. 5 der Erläuterungen** dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1106 Tit. 686 12.
2. Die Ausgaben sind mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: Kap. 3002 Tit. 681 01.
3. Mehrausgaben **zu Nr. 5 der Erläuterungen** dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1106 Tit. 272 02.

   Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.

Erläuterungen:

Es werden Maßnahmen zu folgenden Themenbereichen finanziert:

Bezeichnung	1 000 €
1. Bologna-Mobilitätspaket (u. a. "Bologna macht mobil")	17 620
2. Unterstützung bei der Umsetzung der Studienreform; Internationalisierungsstrategie Hochschulen	6 300
3. Wettbewerb "Aufstieg durch Bildung: offene Hochschulen"	30 664
4. Berufliche Eingliederung von bestimmten Personengruppen mit Hochschulabschluss (u. a. Programm AQUA-"Akademikerinnen und Akademiker qualifizieren sich für den Arbeitsmarkt")	400
5. Mittel des Europäischen Sozialfonds (ESF) für Fachprogramme des BMBF: Wettbewerb "Aufstieg durch Bildung: offene Hochschulen"	-
Zusammen	54 984

Aus dem Ansatz können folgende Ausgaben für die Durchführung von Maßnahmen geleistet werden:

3003 Wettbewerbsfähigkeit des Wissenschafts- und Innovationssystems

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 685 16 (Titelgruppe 01)

Bezeichnung	1 000 €
Projektträgerleistungen	1 758
Programmmanagement	1 000

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
685 17 -139	Monitoring des Wissenschaftssystems, Wissenschafts- und Hochschulforschung	16 937	17 100	16 338

Verpflichtungsermächtigung.. 13 500 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 3 400 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu... 3 400 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu... 3 500 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu... 3 200 T€

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben **zu Nr. 2 der Erläuterungen** dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 3004 Tit. 272 01.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Ausgaben des Bundes	16 937
2. Zuschuss der EU	-
Zusammen	16 937

Es werden Maßnahmen zu folgenden Themenbereichen finanziert:

1. Förderprogramm zur Stärkung der Forschung über Hochschulen und das Wissenschaftssystem,
2. Qualitätssicherung, Ranking, Benchmarking und Monitoring des Wissenschaftssystems,
3. Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses,
4. Ressortforschung, Studien, Gutachten und Untersuchungen,
5. Hochschulmarketingkampagne für die neuen Länder.

Aus dem Ansatz können folgende Ausgaben für die Durchführung von Maßnahmen geleistet werden:

Bezeichnung	1 000 €
Projektträgerleistungen	866
Programmmanagement	50

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Titelgruppe 10

Tgr. 10	Geistes- und Sozialwissenschaften	(100 689)	(101 563)	
685 10 -165	Sozial- und geisteswissenschaftliche Forschung	70 724	73 025	56 552

Verpflichtungsermächtigung.. 107 000 T€

davon fällig:

im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 21 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 24 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 24 000 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.. 14 000 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu.. 14 000 T€
im Haushaltsjahr 2020 bis zu.. 10 000 T€

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind übertragbar.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Thematische Förderschwerpunkte	28 524
2. Nationale und internationale Strukturbildung	16 600
3. Internationale Kollegs und Geisteswissenschaftliche Zentren	25 600
Zusammen	70 724

Zu 1.:
Förderschwerpunkte der Geistes- und Sozialwissenschaften: Regionalstudien; International Centres for Advanced Study, Nachwuchsgruppen, Forschung mit Museen und Sammlungen/Sprache der Objekte; Kulturelle Vielfalt und Zivilgesellschaft; Religion und Gesellschaft (Islamische Studien, Jüdische Studien); Wissenschaftsforschung.

Zu 2.:
Pilotmaßnahmen zum Aufbau von Infrastrukturen in den Geistes- und Sozialwissenschaften auf nationaler und internationaler Ebene.

Aus dem Ansatz können folgende Ausgaben für die Durchführung von Maßnahmen geleistet werden:

Bezeichnung	1 000 €
Projektträgerleistungen	3 561
Programmmanagement	-

685 11 -164	Programm der Akademien der Wissenschaften	29 965	28 538	27 170

Erläuterungen:

Anteiliger Zuschuss für das von der Union der deutschen Akademien der Wissenschaften koordinierte Programm gemäß der zwischen Bund und Ländern getroffenen Rahmenvereinbarung Forschungsförderung nach Art. 91 b GG.

3003 Wettbewerbsfähigkeit des Wissenschafts- und Innovationssystems

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Titelgruppe 20

Tgr. 20	Max Weber Stiftung - Deutsche Geisteswissenschaftliche Institute im Ausland (MWS), Bonn	(40 430)	(39 099)	

Haushaltsvermerk:

1. Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 821 20.
2. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.

Erläuterungen:

Zweck der Stiftung sind die Förderung der Forschung mit Schwerpunkten auf den Gebieten der Geschichts-, Kultur-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in ausgewählten Ländern und die Förderung des gegenseitigen Verständnisses zwischen Deutschland und diesen Ländern. Die Stiftung unterhält mit dieser Zielrichtung im jeweiligen Gastland deutsche Forschungsinstitute: Orient-Institute in Beirut und Istanbul, Deutsches Institut für Japanstudien in Tokio, Deutsche Historische Institute in London, Moskau, Warschau, Washington, Rom und Paris sowie das Deutsche Forum für Kunstgeschichte (DFK) in Paris. Darüber hinaus sind hier auch die Ausgaben der gemeinsamen Geschäftsstelle veranschlagt. Die Geschäftsstelle mit Sitz in Bonn unterstützt die Arbeit der Auslandsinstitute durch Übernahme von Aufgaben mit übergreifenden und zentralen Themen.

685 20 -165	MWS - Betrieb	38 096	37 555	34 287

Haushaltsvermerk:

1. Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Tgr. 80.
2. Die Mittel dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.

Erläuterungen:

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	Finanzierungsanteil in Prozent ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
Institutionelle Förderung/Zuschüsse an Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO					
Inland					
Max Weber Stiftung - Deutsche Geisteswissenschaftliche Institute im Ausland (MWS), Bonn................	100,00	100,00	1 713	1 980	1 486
- aus Kap. 3003 Tit. 685 20..........			*1 608*	*1 965*	*1 428*
- aus Kap. 3003 Tit. 894 20..........			*105*	*15*	*58*
Ausland					
Max Weber Stiftung - Deutsche Geisteswissenschaftliche Institute im Ausland (MWS), Bonn................	100,00	100,00	38 717	37 119	34 160
- aus Kap. 3003 Tit. 422 81..........			-	-	*722*
- aus Kap. 3003 Tit. 422 82..........			-	-	*90*
- aus Kap. 3003 Tit. 685 20..........			*36 488*	*35 590*	*32 859*
- aus Kap. 3003 Tit. 894 20..........			*2 229*	*1 529*	*489*

Wirtschaftsplan siehe Anlage zum Kapitel 3003.

Dienstaufwandsentschädigungen werden gemäß der Übersicht, die vor dem Einzelplanabschluss abgedruckt ist, gezahlt.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 20

821 20 -165	Erwerb von Verwaltungsgebäuden für Auslandsinstitute	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Tgr. 20, Tgr. 40, Tgr. 50, Tgr. 60, Kap. 3004 Tgr. 60 und Tgr. 70.

894 20 -165	MWS - Investitionen	2 334	1 544	547

Haushaltsvermerk:

Die Mittel dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamtausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Nach 2013 übertragene Ausgabereste 1 000 €	Veranschlagt 2014 1 000 €	Vorbehalten für 2015 ff 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7
1. Orient-Institut Istanbul, Umbau und Sanierung des Institutgebäudes.............................	5 035	-	1 000	-	1 600	2 435

Zuwendungsempfänger: Zusammenstellung siehe Erläuterungen zu Tit. 685 20.

Titelgruppe 30

Tgr. 30	Deutsche Forschungsgemeinschaft e. V. (DFG), Bonn	(1 083 259)	(1 031 675)	

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.
2. Die DFG darf institutionelle Zuwendungsmittel an das Institut für Forschungsinformation und Qualitätssicherung (IFQ) sowie an die Kooperationsstelle EU der Wissenschaftsorganisationen (KoWi) zu institutionellen Zwecken weitergeben.

Erläuterungen:

Aufgrund des Verwaltungsabkommens zwischen Bund und Ländern über die Errichtung einer Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK-Abkommen) vom 19. September 2007 (BAnz. Nr. 195 S. 7787) und der Ausführungsvereinbarung über die gemeinsame Förderung der Deutschen Forschungsgemeinschaft fördern Bund und Länder die DFG mit einem Finanzierungsschlüssel von 58 Prozent Bund zu 42 Prozent Länder. Daraus werden die allgemeine Forschungsförderung (z. B. Einzelvorhaben, Stipendien, Schwerpunktprogramme, Forschergruppen, wissenschaftliches Bibliothekswesen sowie die Sonderforschungsbereiche, die Graduiertenkollegs, das Leibniz-Programm, das Emmy-Noether-Programm und die Forschungszentren) finanziert. Die Mittel werden von der DFG als Selbstverwaltungsorganisation der deutschen Wissenschaft vergeben. Neben dem gemeinsam aufzubringenden Zuschussbedarf können Bund und Länder im gegenseitigen Einvernehmen Sonderleistungen erbringen.

Bis zum 31.12.2012 nicht verbrauchte Selbstbewirtschaftungsmittel: - T€.

685 30 -137	DFG - Laufende Zwecke	1 083 178	1 031 543	982 422

Haushaltsvermerk:

Die Mittel dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.

3003 Wettbewerbsfähigkeit des Wissenschafts- und Innovationssystems

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 685 30 (Titelgruppe 30)

Erläuterungen:

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	Finanzierungsanteil in Prozent ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
Institutionelle Förderung/Zuschüsse an Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO					
Deutsche Forschungsgemeinschaft e. V. (DFG), Bonn	57,32	58,00	1 436 797	1 349 425	1 277 158
- aus Kap. 3003 Tit. 685 05			*353 538*	*317 750*	*294 610*
- aus Kap. 3003 Tit. 685 30			*1 083 178*	*1 031 543*	*982 422*
- aus Kap. 3003 Tit. 894 30			*81*	*132*	*126*
0.0.10 davon für Institut für Forschungsinformation und Qualitätssicherung (IFQ), Bonn	58,00	58,00	1 082	1 111	962
- aus Kap. 3003 Tit. 685 30			*1 082*	*1 111*	*962*
0.0.11 davon für Koordinierungsstelle EG der Wissenschaftsorganisation (KoWi), Bonn	58,00	58,00	1 244	1 189	1 143
- aus Kap. 3003 Tit. 685 30			*1 244*	*1 189*	*1 143*
Zusammen			1 436 797	1 349 425	1 277 158
- Summe Tit. 685 05			*353 538*	*317 750*	*294 610*
- Summe Tit. 685 30			*1 083 178*	*1 031 543*	*982 422*
- Summe Tit. 894 30			*81*	*132*	*126*

Wirtschaftsplan siehe Anlage zum Kapitel 3003.

Zu 0.0.10 IFQ:
Wirtschaftsplanvolumen 1 996 T€, Projektförderung des Bundes 32 T€, Personal (umgerechnet auf Vollbeschäftigte): 11,0

Zu 0.0.11 KoWi:
Wirtschaftsplanvolumen 2 276 T€, Projektförderung des Bundes 0 T€, Personal (umgerechnet auf Vollbeschäftigte): 19,0

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
894 30 -137	DFG - Investitionen	81	132	126

Haushaltsvermerk:

Die Mittel dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.

Erläuterungen:

Zuwendungsempfänger: Zusammenstellung siehe Erläuterungen zu Tit. 685 30.

Titelgruppe 40

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
Tgr. 40	Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V. (MPG), Berlin	(747 653)	(716 070)	

Haushaltsvermerk:

1. Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 821 20.
2. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.
3. Die MPG ist ermächtigt, bis zu 5 Prozent, im Einzelfall bis zu 10 Mio. €, der institutionellen Zuwendungsmittel an eine juristische Person, an der sie beteiligt ist oder der sie angehört, insbesondere zur Vernetzung mit der Wissenschaft und zur Kooperation mit der Wirtschaft, zu institutionellen Zwecken weiterzugeben. Die Weitergabe institutioneller Zuwendungsmittel über 500 T€ im Einzelfall an Empfänger im Ausland bedarf der Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages.

Erläuterungen:

Aufgrund des Verwaltungsabkommens zwischen Bund und Ländern über die Errichtung einer Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK) vom 19. September 2007 (BAnz. Nr. 195 S. 7787) und der Ausführungsvereinbarung über die gemein-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

same Förderung der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V. vom 27. Oktober 2008 wird die MPG als Trägerorganisation für 84 Einrichtungen der Grundlagenforschung vom Bund und von den Ländern im Verhältnis 50:50 finanziell gefördert.

Neben dem gemeinsam aufzubringenden allgemeinen Zuschussbedarf können Bund und Länder im gegenseitigen Einvernehmen Sonderleistungen erbringen.

Aufgabe der Max-Planck-Institute ist vorwiegend die Grundlagenforschung in den Bereichen Chemie, Physik, Astronomie, Umwelt, Mathematik, Informatik, Biologie, Medizin.

Neben dem Zuschuss zur Grundfinanzierung der MPG sind im Epl. 30 Ausgaben für Zuwendungen an das Max-Planck-Institut für Plasmaphysik (IPP) bei Kap. 3004 Tit. 685 70, 894 70 und 894 71 veranschlagt.

Bis zum 31.12.2012 nicht verbrauchte Selbstbewirtschaftungsmittel: 773 T€.

526 42 -164	Sachverständige, Ausgaben für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen	30		

Erläuterungen:

Kosten für Gutachten und begleitende Beratung der Bundesregierung bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben im Rahmen des Bauverfahrens der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V. (MPG).

685 40 -164	MPG - Betrieb	590 227	570 115	546 662

Haushaltsvermerk:

Die Mittel dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.

Erläuterungen:

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit	ohne	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
	Eigenmittel		1 000 €	1 000 €	1 000 €
1	2	3	4	5	6
Institutionelle Förderung/Zuschüsse an Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO					
Inland					
Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V. (MPG), Berlin	45,60	49,87	747 623	716 070	677 523
- aus Kap. 3003 Tit. 685 40			*590 227*	*570 115*	*546 662*
- aus Kap. 3003 Tit. 894 40			*157 396*	*145 955*	*130 861*
0.0.10 davon für Gesellschaft für wissenschaftliche Datenverarbeitung mbh, Göttingen			2 741	2 111	2 215
- aus Kap. 3003 Tit. 685 40			*2 303*	*1 761*	*1 727*
- aus Kap. 3003 Tit. 894 40			*438*	*350*	*488*
0.0.11 davon für Wissenschaft im Dialog GmbH, Berlin			62	62	62
- aus Kap. 3003 Tit. 685 40			*62*	*62*	*62*
0.0.12 davon für Biomedizinische NMR-Forschungs GmbH, Göttingen			674	662	651
- aus Kap. 3003 Tit. 685 40			*610*	*598*	*587*
- aus Kap. 3003 Tit. 894 40			*64*	*64*	*64*
0.0.13 davon für Max-Planck-Graduate Center GmbH, Mainz			73	73	55
- aus Kap. 3003 Tit. 685 40			*73*	*73*	*55*
0.0.14 davon für European Neuroscience Institutes ENI-G, Göttingen			425	530	618
- aus Kap. 3003 Tit. 685 40			*425*	*480*	*468*
- aus Kap. 3003 Tit. 894 40			*-*	*50*	*150*

3003 Wettbewerbsfähigkeit des Wissenschafts- und Innovationssystems

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 685 40 (Titelgruppe 40)

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	Finanzierungsanteil in Prozent ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
Ausland					
0.0.50 davon für Institut für Radioastronomie im mm-Wellenbereich, Frankreich			5 421	3 491	2 890
- aus Kap. 3003 Tit. 685 40			*2 553*	*2 604*	*2 503*
- aus Kap. 3003 Tit. 894 40			*2 868*	*887*	*387*
0.0.51 davon für Centro Astronomico Hispano Aleman, Spanien			1 119	1 230	1 184
- aus Kap. 3003 Tit. 685 40			*1 119*	*1 230*	*1 184*
0.0.52 davon für Large Binocular Telescope Corporation, USA			1 170	1 120	998
- aus Kap. 3003 Tit. 685 40			*1 150*	*1 100*	*982*
- aus Kap. 3003 Tit. 894 40			*20*	*20*	*16*
0.0.53 davon für Max Planck Florida Institut, USA			4 000	-	-
- aus Kap. 3003 Tit. 685 40			*4 000*	*-*	*-*
Zusammen			747 623	716 070	677 523
- Summe Tit. 685 40			*590 227*	*570 115*	*546 662*
- Summe Tit. 894 40			*157 396*	*145 955*	*130 861*

Wirtschaftsplan zu 0.0.10 siehe Anlage zum Kapitel 3003.

Zu 0.0.10 GWDG:
Wirtschaftsplanvolumen 11 749 T€, Projektförderung des Bundes 0 T€, Personal (umgerechnet auf Vollbeschäftigte): 61,0

Zu 0.0.11 Wissenschaft im Dialog:
Wirtschaftsplanvolumen 2 633 T€, Projektförderung des Bundes 0 T€, Personal (umgerechnet auf Vollbeschäftigte): 7,0

Zu 0.0.12 Biomedizinische NMR-Forschungs GmbH:
Wirtschaftsplanvolumen 1 386 T€, Projektfördergung des Bundes 0 T€, Personal (umgerechnet auf Vollbeschäftigte): 18,5

Zu 0.0.13 Max-Planck-Graduate Center:
Wirtschaftsplanvolumen 290 T€, Projektförderung des Bundes 0 T€, Personal (umgerechnet auf Vollbeschäftigte): 2,5

Zu 0.0.14 ENI-G:
Wirtschaftsplanvolumen 1 676 T€, Projektförderung des Bundes 0 T€, Personal (umgerechnet auf Vollbeschäftigte): 15,0

Zu 0.0.50 IRAM:
Wirtschaftsplanvolumen 18 735 T€, Projektförderung des Bundes 0 T€, Personal (umgerechnet auf Vollbeschäftigte): 119,0

Zu 0.0.51 CAHA:
Wirtschaftsplanvolumen 4 476 T€, Projektförderung des Bundes 0 T€, Personal (umgerechnet auf Vollbeschäftigte): 37,0

Zu 0.0.52 LBT:
Planvolumen in 13 708 TUSD/10 389 T€, Projektförderung des Bundes 0 T€, Personal (umgerechnet auf Vollbeschäftigte): 61,0

Zu 0.0.53 MPFI:
Planvolumen 23 991 TUSD/18 183 T€, Projektförderung des Bundes 0 T€, Personal (umgerechnet auf Vollbeschäftigte): 122,0

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
894 40 -164	MPG - Investitionen	157 396	145 955	130 861

Verpflichtungsermächtigung.. 185 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 70 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu... 55 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu... 30 000 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu... 30 000 T€

Haushaltsvermerk:

Die Mittel dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 894 40 (Titelgruppe 40)

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamt-ausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Nach 2013 übertra-gene Aus-gabereste 1 000 €	Veran-schlagt 2014 1 000 €	Vorbe-halten für 2015 ff 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7
1. Unselbstständige Einrichtungen						
1.1 87 Baumaßnahmen (lfd.)........	464 409	228 469	64 682	-	55 816	115 442
1.2 1 neue Baumaßnahme........	3 226	-	922	-	1 728	576
2. Selbstständige Einrichtungen						
2.1 Baumaßnahmen (lfd.)........	-	-	-	-	-	-
3. Sonderfinanzierungen von Baumaßnahmen						
3.1 Instandsetzung der "Gebäude des KHI Florenz"........	10 529	8 529	1 000	-	1 000	-
Zusammen........	478 164	236 998	66 604	-	58 544	116 018

Zu 1.1: Leistungen Dritter in Höhe von 464 408 T€ (50 Prozent)
Zu 1.2: Leistungen Dritter in Höhe von 3 226 T€ (50 Prozent)
Zu 2.1: Leistungen Dritter in Höhe von - T€ (75 Prozent)
Zu 3.1: Leistungen Dritter in Höhe von 823 T€

Zuwendungsempfänger: Zusammenstellung siehe Erläuterungen zu Tit. 685 40.

Titelgruppe 50

Titel	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
Tgr. 50	Zweckgebundene Zuweisungen an die Länder für Mitgliedseinrichtungen der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz e. V. (WGL)	(422 202)	(388 426)	

Haushaltsvermerk:

1. Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 821 20.
2. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.

Erläuterungen:

Aufgrund des Verwaltungsabkommens zwischen Bund und Ländern über die Errichtung einer Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK) vom 19. September 2007 (BAnz. Nr. 195 S. 7787) und der Ausführungsvereinbarung über die gemeinsame Förderung der Mitgliedseinrichtungen der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz e. V. (WGL) vom 27. Oktober 2008 werden die Mitgliedseinrichtungen der WGL gemeinsam vom Bund und von den Ländern finanziell gefördert.

Die Länder gewähren den Einrichtungen Zuwendungen zur institutionellen Förderung. Die Förderung des Bundes erfolgt durch zweckgebundene Zuweisungen an die Sitzländer. Die Zuweisungen des Bundes sind, je nach fachlicher Betreuung der einzelnen Einrichtungen durch die Bundesressorts, überwiegend in Kap. 3003, darüber hinaus in den Kap. 0405, 0502, 0602, 0910, 1005, 1107, 1606 und 1502 veranschlagt.

Bis zum 31.12.2012 nicht verbrauchte Selbstbewirtschaftungsmittel: 52 613 T€.

Titel	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
632 50 -164	Zweckgebundene Zuweisungen an die Länder für Mitgliedseinrichtungen der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz e. V. (WGL)	336 560	305 758	284 186

Haushaltsvermerk:

Die Mittel dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.

Dies gilt, wenn und soweit das zuwendungsgebende Sitzland seinen Finanzierungsanteil ebenfalls überjährig zur Verfügung stellt.

3003 Wettbewerbsfähigkeit des Wissenschafts- und Innovationssystems

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 632 50 (Titelgruppe 50)

Erläuterungen:

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	Finanzierungsanteil in Prozent ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
WGL-Einrichtungen					
1. **Baden-Württemberg**			**(37 434)**	**(34 648)**	**(32 506)**
1.1 Mathematisches Forschungsinstitut Oberwolfach gGmbH (MFO)		50,00	1 501	1 434	1 316
- aus Kap. 3003 Tit. 632 50			*1 370*	*1 347*	*1 234*
- aus Kap. 3003 Tit. 882 50			*131*	*87*	*82*
1.2 Fachinformationszentrum Karlsruhe (FIZ KA)		75,00	7 537	6 776	6 672
- aus Kap. 3003 Tit. 632 50			*5 365*	*4 662*	*4 394*
- aus Kap. 3003 Tit. 882 50			*2 172*	*2 114*	*2 278*
1.3 Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften e. V. (GESIS) in Mannheim		80,00	16 962	15 487	14 474
- aus Kap. 3003 Tit. 632 50			*16 186*	*14 748*	*13 770*
- aus Kap. 3003 Tit. 882 50			*776*	*739*	*704*
1.4 Stiftung Institut für Deutsche Sprache (IDS) in Mannheim		50,00	5 410	5 162	4 918
- aus Kap. 3003 Tit. 632 50			*5 360*	*5 114*	*4 873*
- aus Kap. 3003 Tit. 882 50			*50*	*48*	*45*
1.5 Institut für Wissensmedien (IWM) in Tübingen		50,00	3 182	3 036	2 495
- aus Kap. 3003 Tit. 632 50			*3 052*	*2 912*	*2 395*
- aus Kap. 3003 Tit. 882 50			*130*	*124*	*100*
1.6 Kiepenheuer-Institut für Sonnenphysik (KIS) in Freiburg		50,00	2 842	2 753	2 631
- aus Kap. 3003 Tit. 632 50			*2 161*	*2 064*	*1 937*
- aus Kap. 3003 Tit. 882 50			*681*	*689*	*694*
2. **Bayern**			**(41 338)**	**(30 154)**	**(25 098)**
2.1 Institut für Zeitgeschichte (IfZ) in München		50,00	3 214	2 815	2 652
- aus Kap. 3003 Tit. 632 50			*2 802*	*2 675*	*2 519*
- aus Kap. 3003 Tit. 882 50			*412*	*140*	*133*
2.2 Deutsches Museum (DM), München		50,00	16 261	18 496	15 046
- aus Kap. 3003 Tit. 632 50			*5 410*	*5 170*	*4 784*
- aus Kap. 3003 Tit. 882 50			*10 851*	*13 326*	*10 262*
2.3 Germanisches Nationalmuseum (GNM), Nürnberg		50,00	6 585	8 843	7 400
- aus Kap. 3003 Tit. 632 50			*5 756*	*5 498*	*5 553*
- aus Kap. 3003 Tit. 882 50			*829*	*3 345*	*1 847*
2.4 Leibniz-Institut für Bildungsverläufe e. V. (LIFBI) -NEPS, Bamberg.		50,00	15 278	-	-
- aus Kap. 3003 Tit. 632 50			*15 203*	-	-
- aus Kap. 3003 Tit. 882 50			*75*	-	-
3. **Berlin**			**(78 509)**	**(82 766)**	**(73 342)**
3.1 Fachinformationszentrum Chemie GmbH (FIZ Ch) in Berlin		50,00	1 225	8 348	2 576
- aus Kap. 3003 Tit. 632 50			*1 225*	*8 348*	*2 506*
- aus Kap. 3003 Tit. 882 50			-	-	*70*
3.2 Ferdinand-Braun-Institut für Höchstfrequenztechnik (FBH) im Forschungsverbund Berlin e. V.		50,00	6 360	6 172	5 876
- aus Kap. 3003 Tit. 632 50			*4 838*	*4 627*	*4 331*
- aus Kap. 3003 Tit. 882 50			*1 522*	*1 545*	*1 545*
3.3 Leibniz-Institut für Molekulare Pharmakologie (FMP) im Forschungsverbund Berlin e. V.		50,00	8 166	7 925	7 710
- aus Kap. 3003 Tit. 632 50			*6 441*	*6 150*	*5 935*
- aus Kap. 3003 Tit. 882 50			*1 725*	*1 775*	*1 775*
3.4 Leibniz-Institut für Gewässerökologie und Binnenfischerei (IGB) im Forschungsverbund Berlin e. V.		50,00	6 533	6 250	6 030
- aus Kap. 3003 Tit. 632 50			*5 733*	*5 450*	*5 230*
- aus Kap. 3003 Tit. 882 50			*800*	*800*	*800*
3.5 Leibniz-Institut für Kristallzüchtung (IKZ) im Forschungsverbund Berlin e. V.		50,00	4 875	4 678	4 249
- aus Kap. 3003 Tit. 632 50			*3 875*	*3 678*	*3 249*
- aus Kap. 3003 Tit. 882 50			*1 000*	*1 000*	*1 000*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 632 50 (Titelgruppe 50)

	Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	Finanzierungsanteil in Prozent ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	1	2	3	4	5	6
3.6	Leibniz-Institut für Zoo- und Wildtierforschung (IZW) im Forschungsverbund Berlin e. V.		50,00	4 170	4 013	4 366
	- aus Kap. 3003 Tit. 632 50			*3 490*	*3 313*	*3 194*
	- aus Kap. 3003 Tit. 882 50			*680*	*700*	*1 172*
3.7	Max-Born-Institut für Nichtlineare Optik und Kurzzeitspektroskopie (MBI) im Forschungsverbund Berlin e. V.		50,00	7 779	7 542	7 295
	- aus Kap. 3003 Tit. 632 50			*6 329*	*6 042*	*5 795*
	- aus Kap. 3003 Tit. 882 50			*1 450*	*1 500*	*1 500*
3.8	Paul-Drude-Institut für Festkörperelektronik (PDI) im Forschungsverbund Berlin e. V.		50,00	4 603	4 299	4 329
	- aus Kap. 3003 Tit. 632 50			*3 580*	*3 419*	*3 211*
	- aus Kap. 3003 Tit. 882 50			*1 023*	*880*	*1 118*
3.9	Weierstraß-Institut für Angewandte Analysis und Stochastik (WIAS) im Forschungsverbund Berlin e. V.		50,00	4 535	4 342	4 148
	- aus Kap. 3003 Tit. 632 50			*4 235*	*4 042*	*3 848*
	- aus Kap. 3003 Tit. 882 50			*300*	*300*	*300*
3.10	Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB), Berlin		75,00	12 807	12 220	11 668
	- aus Kap. 3003 Tit. 632 50			*12 608*	*12 031*	*11 488*
	- aus Kap. 3003 Tit. 882 50			*199*	*189*	*180*
3.12	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Abtlg. Sozioökonomisches Panel (SOEP) in Berlin		66,66	5 497	5 063	4 470
	- aus Kap. 3003 Tit. 632 50			*5 445*	*5 014*	*4 423*
	- aus Kap. 3003 Tit. 882 50			*52*	*49*	*47*
3.13	Deutsches Rheuma-Forschungszentrum (DRFZ), Berlin		50,00	3 618	3 455	3 491
	- aus Kap. 3003 Tit. 632 50			*3 074*	*2 934*	*2 763*
	- aus Kap. 3003 Tit. 882 50			*544*	*521*	*728*
3.14	Museum für Naturkunde (MfN) - Leibniz-Institut für Evolutions- und Biodiversitätsforschung an der Humboldt-Universität zu Berlin		50,00	8 341	8 459	7 134
	- aus Kap. 3003 Tit. 632 50			*5 752*	*5 488*	*5 181*
	- aus Kap. 3003 Tit. 882 50			*2 589*	*2 971*	*1 953*
4.	**Brandenburg**			**(34 872)**	**(33 666)**	**(32 698)**
4.1	Astrophysikalisches Institut Potsdam (AIP) in Potsdam		50,00	5 789	5 524	5 295
	- aus Kap. 3003 Tit. 632 50			*4 639*	*4 424*	*4 223*
	- aus Kap. 3003 Tit. 882 50			*1 150*	*1 100*	*1 072*
4.2	Deutsches Institut für Ernährungsforschung Potsdam-Rehbrücke (DIfE)		50,00	7 697	7 097	6 695
	- aus Kap. 3003 Tit. 632 50			*6 847*	*6 547*	*6 195*
	- aus Kap. 3003 Tit. 882 50			*850*	*550*	*500*
4.3	IHP GmbH - Institut für innovative Mikroelektronik, Frankfurt/Oder		50,00	11 921	12 061	11 964
	- aus Kap. 3003 Tit. 632 50			*7 985*	*7 561*	*7 164*
	- aus Kap. 3003 Tit. 882 50			*3 936*	*4 500*	*4 800*
4.4	Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung e. V. (PIK), Potsdam		50,00	7 615	7 319	7 172
	- aus Kap. 3003 Tit. 632 50			*5 047*	*4 869*	*4 747*
	- aus Kap. 3003 Tit. 882 50			*2 568*	*2 450*	*2 425*
4.5	Zentrum für Zeithistorische Forschung e. V. (ZZF), Potsdam		50,00	1 850	1 665	1 572
	- aus Kap. 3003 Tit. 632 50			*1 845*	*1 660*	*1 567*
	- aus Kap. 3003 Tit. 882 50			*5*	*5*	*5*
5.	**Hessen**			**(34 313)**	**(25 702)**	**(29 395)**
5.1	Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF) in Frankfurt am Main		50,00	9 247	7 594	9 664
	- aus Kap. 3003 Tit. 632 50			*7 960*	*7 321*	*6 954*
	- aus Kap. 3003 Tit. 882 50			*1 287*	*273*	*2 710*
5.2	Senckenberg Forschungsinstitute und Naturmuseen (SFN), Frankfurt am Main		50,00	23 366	16 486	18 140
	- aus Kap. 3003 Tit. 632 50			*14 416*	*13 757*	*13 695*
	- aus Kap. 3003 Tit. 882 50			*8 950*	*2 729*	*4 445*

3003 Wettbewerbsfähigkeit des Wissenschafts- und Innovationssystems

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 632 50 (Titelgruppe 50)

	Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	Finanzierungsanteil in Prozent ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	1	2	3	4	5	6
5.3	Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Frankfurt am Main		50,00	1 700	1 622	1 591
	- aus Kap. 3003 Tit. 632 50			*1 675*	*1 597*	*1 480*
	- aus Kap. 3003 Tit. 882 50			*25*	*25*	*111*
6.	**Mecklenburg-Vorpommern**			**(20 343)**	**(21 206)**	**(20 497)**
6.1	Leibniz-Institut für Atmosphärenphysik an der Universität Rostock e. V. (IAP) in Kühlungsborn		50,00	3 116	2 973	2 947
	- aus Kap. 3003 Tit. 632 50			*2 476*	*2 364*	*2 366*
	- aus Kap. 3003 Tit. 882 50			*640*	*609*	*581*
6.2	Leibniz-Institut für Plasmaforschung und Technologie e. V. (INP) in Greifswald		50,00	4 024	4 503	4 792
	- aus Kap. 3003 Tit. 632 50			*3 086*	*2 955*	*2 852*
	- aus Kap. 3003 Tit. 882 50			*938*	*1 548*	*1 940*
6.3	Leibniz-Institut für Ostseeforschung Warnemünde an der Universität Rostock (IOW) in Warnemünde		50,00	6 299	6 074	5 893
	- aus Kap. 3003 Tit. 632 50			*5 631*	*5 438*	*5 287*
	- aus Kap. 3003 Tit. 882 50			*668*	*636*	*606*
6.4	Leibniz-Institut für Katalyse e. V. an der Universität Rostock (LIKAT)		50,00	6 904	7 656	6 865
	- aus Kap. 3003 Tit. 632 50			*4 944*	*4 718*	*4 448*
	- aus Kap. 3003 Tit. 882 50			*1 960*	*2 938*	*2 417*
7.	**Niedersachsen**			**(24 438)**	**(23 236)**	**(25 286)**
7.1	Deutsche Sammlung von Mikroorganismen und Zellkulturen GmbH (DSMZ) in Braunschweig		50,00	3 800	3 625	3 598
	- aus Kap. 3003 Tit. 632 50			*3 591*	*3 426*	*3 066*
	- aus Kap. 3003 Tit. 882 50			*209*	*199*	*532*
7.2	Deutsches Primatenzentrum GmbH (DPZ) - Leibniz Institut für Primatenforschung, Göttingen		50,00	8 167	8 535	10 940
	- aus Kap. 3003 Tit. 632 50			*7 359*	*6 680*	*6 696*
	- aus Kap. 3003 Tit. 882 50			*808*	*1 855*	*4 244*
7.3	Wissen und Medien gGmbH (IWF) in Göttingen		50,00	-	-	1 779
	- aus Kap. 3003 Tit. 632 50			*-*	*-*	*1 779*
	- aus Kap. 3003 Tit. 882 50			*-*	*-*	*-*
7.4	Technische Informationsbibliothek - Universitätsbibliothek Hannover (TIB)		30,00	8 333	7 831	7 297
	- aus Kap. 3003 Tit. 632 50			*7 929*	*7 446*	*6 930*
	- aus Kap. 3003 Tit. 882 50			*404*	*385*	*367*
7.5	Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung (GEI), Braunschweig		50,00	4 138	3 245	1 672
	- aus Kap. 3003 Tit. 632 50			*2 004*	*1 863*	*1 605*
	- aus Kap. 3003 Tit. 882 50			*2 134*	*1 382*	*67*
8.	**Nordrhein-Westfalen**			**(26 099)**	**(18 451)**	**(16 854)**
8.1	Leibniz-Institut für Analytische Wissenschaften (ISAS) in Dortmund		50,00	6 584	7 204	5 922
	- aus Kap. 3003 Tit. 632 50			*5 789*	*5 530*	*5 153*
	- aus Kap. 3003 Tit. 882 50			*795*	*1 674*	*769*
8.2	Deutsches Institut für Erwachsenenbildung e. V. (DIE) in Bonn		50,00	2 449	2 427	2 333
	- aus Kap. 3003 Tit. 632 50			*2 428*	*2 407*	*2 313*
	- aus Kap. 3003 Tit. 882 50			*21*	*20*	*20*
8.3	Deutsches Bergbaumuseum (DBM), Bochum		50,00	3 276	3 285	3 215
	- aus Kap. 3003 Tit. 632 50			*3 083*	*2 969*	*2 823*
	- aus Kap. 3003 Tit. 882 50			*193*	*316*	*392*
8.4	Zoologisches Forschungsmuseum Alexander Koenig (ZFMK), Bonn		50,00	7 927	2 573	2 590
	- aus Kap. 3003 Tit. 632 50			*2 542*	*2 377*	*2 291*
	- aus Kap. 3003 Tit. 882 50			*5 385*	*196*	*299*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 632 50 (Titelgruppe 50)

	Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	Finanzierungsanteil in Prozent ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	1	2	3	4	5	6
8.5	Institut für Umweltmedizinische Forschung Düsseldorf gGmbH (IUF)		50,00	3 340	2 962	2 794
	- aus Kap. 3003 Tit. 632 50			*2 980*	*2 837*	*2 669*
	- aus Kap. 3003 Tit. 882 50			*360*	*125*	*125*
8.6	DWI an der RWTH Aachen e. V. (DWI)		50,00	2 523	-	-
	- aus Kap. 3003 Tit. 632 50			*2 298*	-	-
	- aus Kap. 3003 Tit. 882 50			*225*	-	-
9.	**Saarland**			**(9 824)**	**(9 223)**	**(9 186)**
9.1	Leibniz-Institut für Neue Materialien gGmbH (INM) in Saarbrücken.		50,00	8 406	8 020	8 051
	- aus Kap. 3003 Tit. 632 50			*6 645*	*6 343*	*6 053*
	- aus Kap. 3003 Tit. 882 50			*1 761*	*1 677*	*1 998*
9.2	Schloss Dagstuhl - Leibniz-Zentrum für Informatik GmbH (LZI), Wadern		50,00	1 418	1 203	1 135
	- aus Kap. 3003 Tit. 632 50			*1 215*	*1 163*	*1 100*
	- aus Kap. 3003 Tit. 882 50			*203*	*40*	*35*
10.	**Sachsen**			**(37 741)**	**(35 985)**	**(34 212)**
10.1	Forschungszentrum Dresden-Rossendorf e. V., Rossendorf (FZD).		50,00	-	-	-
	- aus Kap. 3003 Tit. 632 50			-	-	-
	- aus Kap. 3003 Tit. 882 50			-	-	-
10.2	Leibniz-Institut für Festkörper- und Werkstoffforschung Dresden e. V. (IFW)		50,00	15 293	15 027	14 315
	- aus Kap. 3003 Tit. 632 50			*12 491*	*11 938*	*11 393*
	- aus Kap. 3003 Tit. 882 50			*2 802*	*3 089*	*2 922*
10.3	Leibniz-Institut für Oberflächenmodifizierung e. V. (IOM) in Leipzig.		50,00	4 188	4 844	4 770
	- aus Kap. 3003 Tit. 632 50			*3 478*	*3 320*	*3 126*
	- aus Kap. 3003 Tit. 882 50			*710*	*1 524*	*1 644*
10.4	Leibniz-Institut für Polymerforschung Dresden e. V. (IPF)		50,00	12 190	11 630	10 972
	- aus Kap. 3003 Tit. 632 50			*9 635*	*9 197*	*8 655*
	- aus Kap. 3003 Tit. 882 50			*2 555*	*2 433*	*2 317*
10.5	Leibniz-Institut für Troposphärenforschung e. V. (IfT) in Leipzig		50,00	6 070	4 484	4 155
	- aus Kap. 3003 Tit. 632 50			*3 615*	*3 451*	*3 251*
	- aus Kap. 3003 Tit. 882 50			*2 455*	*1 033*	*904*
11.	**Sachsen-Anhalt**			**(29 867)**	**(28 650)**	**(26 080)**
11.1	Leibniz-Institut für Neurobiologie (LIN) in Magdeburg		50,00	6 788	6 719	6 604
	- aus Kap. 3003 Tit. 632 50			*5 911*	*5 649*	*5 348*
	- aus Kap. 3003 Tit. 882 50			*877*	*1 070*	*1 256*
11.2	Leibniz-Institut für Pflanzenbiochemie (IPB) in Halle		50,00	7 023	6 707	6 138
	- aus Kap. 3003 Tit. 632 50			*5 807*	*5 549*	*5 244*
	- aus Kap. 3003 Tit. 882 50			*1 216*	*1 158*	*894*
11.3	Leibniz-Institut für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung (IPK) in Gatersleben		50,00	16 056	15 224	13 338
	- aus Kap. 3003 Tit. 632 50			*12 542*	*11 952*	*11 524*
	- aus Kap. 3003 Tit. 882 50			*3 514*	*3 272*	*1 814*
12.	**Schleswig-Holstein**			**(4 243)**	**(4 048)**	**(3 819)**
12.1	Leibniz-Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften und Mathematik (IPN), Kiel		50,00	4 243	4 048	3 819
	- aus Kap. 3003 Tit. 632 50			*4 022*	*3 838*	*3 619*
	- aus Kap. 3003 Tit. 882 50			*221*	*210*	*200*
12.2	Leibniz-Institut für Meereswissenschaften Kiel (IfM GEOMAR)		50,00	-	-	-
	- aus Kap. 3003 Tit. 632 50			-	-	-
	- aus Kap. 3003 Tit. 882 50			-	-	-
13.	**Thüringen**			**(25 796)**	**(22 738)**	**(27 555)**
13.1	Leibniz-Institut für Altersforschung Fritz-Lipmann-Institut e. V. (FLI) in Jena		50,00	13 044	14 859	17 247
	- aus Kap. 3003 Tit. 632 50			*10 854*	*10 543*	*9 957*
	- aus Kap. 3003 Tit. 882 50			*2 190*	*4 316*	*7 290*

3003 Wettbewerbsfähigkeit des Wissenschafts- und Innovationssystems

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 632 50 (Titelgruppe 50)

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	Finanzierungsanteil in Prozent ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
13.2 Leibniz-Institut für Naturstoff-Forschung und Infektionsbiologie e. V. (HKI) Hans-Knöll-Institut - in Jena		50,00	8 252	7 879	10 308
- aus Kap. 3003 Tit. 632 50			*6 681*	*6 383*	*6 314*
- aus Kap. 3003 Tit. 882 50			*1 571*	*1 496*	*3 994*
13.3 Institut für Photonische Technologien Jena e. V. (IPHT), Jena		50,00	4 500	-	-
- aus Kap. 3003 Tit. 632 50			*4 250*	-	-
- aus Kap. 3003 Tit. 882 50			*250*	-	-
14. **Bremen**			**(11 824)**	**(12 480)**	**(10 291)**
14.1 Zentrum für Marine Tropenökologie (ZMT) an der Universität Bremen		50,00	3 665	3 590	3 301
- aus Kap. 3003 Tit. 632 50			*3 431*	*3 277*	*3 089*
- aus Kap. 3003 Tit. 882 50			*234*	*313*	*212*
14.2 Deutsches Schifffahrtsmuseum (DSM), Bremerhaven		50,00	5 377	6 277	6 990
- aus Kap. 3003 Tit. 632 50			*2 032*	*1 939*	*1 859*
- aus Kap. 3003 Tit. 882 50			*3 345*	*4 338*	*5 131*
14.3 Institut für Epidemiologie und Präventionsforschung GmbH (BIPS), Bremen		50,00	2 782	2 613	-
- aus Kap. 3003 Tit. 632 50			*2 707*	*2 542*	-
- aus Kap. 3003 Tit. 882 50			*75*	*71*	-
15. **Rheinland Pfalz**			**(5 561)**	**(5 473)**	**(9 544)**
15.1 Römisch-Germanisches Zentralmuseum (RGZM), Mainz		50,00	4 091	4 062	8 382
- aus Kap. 3003 Tit. 632 50			*3 940*	*3 801*	*3 586*
- aus Kap. 3003 Tit. 882 50			*151*	*261*	*4 796*
15.2 Institut für Europäische Geschichte (IEG), Mainz		50,00	1 470	1 411	1 162
- aus Kap. 3003 Tit. 632 50			*1 460*	*1 401*	*1 152*
- aus Kap. 3003 Tit. 882 50			*10*	*10*	*10*
Zusammen			422 202	388 426	376 363
- Summe Tit. 632 50			*336 560*	*305 758*	*284 186*
- Summe Tit. 882 50			*85 642*	*82 668*	*92 177*

Die Länder gewähren den Einrichtungen Zuwendungen zur institutionellen Förderung. Die Förderung des Bundes erfolgt durch zweckgebundene Zuweisungen an die Sitzländer.

Es ergibt sich folgende fachbezogene Aufteilung:

	Fin.-Anteil in Prozent	2014 1 000 €	2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5
1. Geisteswissenschaften und Bildungsforschung		90 266	76 952	78 724
2. Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Raumwissenschaften		36 966	34 392	32 203
3. Lebenswissenschaften		132 537	119 131	121 093
4. Mathematik, Natur- und Ingenieurwissenschaften		132 251	130 234	117 792
5. Umweltwissenschaften		30 182	27 717	26 551
Zusammen	-	422 202	388 426	376 363

Mehr wegen Anpassung an Bedarf.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu Titelgruppe 50			
882 50 -164	Zweckgebundene Zuweisungen an die Länder für Mitgliedseinrichtungen der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz e. V. (WGL)	85 642	82 668	92 177
	Verpflichtungsermächtigung ..... 120 000 T€ davon fällig: im Haushaltsjahr 2015 bis zu ..... 45 000 T€ im Haushaltsjahr 2016 bis zu ..... 35 000 T€ im Haushaltsjahr 2017 bis zu ..... 20 000 T€ im Haushaltsjahr 2018 bis zu ..... 20 000 T€			
	Haushaltsvermerk: Die Mittel dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden. Dies gilt, wenn und soweit das zuwendungsgebende Sitzland seinen Finanzierungsanteil ebenfalls überjährig zur Verfügung stellt.			
	Erläuterungen: WGL-Einrichtungen: Zusammenstellung siehe Erläuterungen zu Tit. 632 50.			
	Titelgruppe 60			
Tgr. 60	Sonstige institutionell geförderte Einrichtungen im Bereich Bildung und Forschung	(20 299)	(18 370)	
	Haushaltsvermerk: 1. Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 821 20. 2. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.			
518 02 -165	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	-	-	-
	Haushaltsvermerk: **Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.**			
	Erläuterungen: Die Verpflichtungsermächtigung dient dem Abschluss eines langfristigen Mietvertrages mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) zur Unterbringung des "Haus der Zukunft".			
685 60 -165	Sonstige institutionell geförderte Einrichtungen im Bereich Bildung und Forschung - Betrieb	20 000	18 072	16 648
	Haushaltsvermerk: 1. Die Ausgaben sind in Höhe von 300 T€ übertragbar. 2. Die Mittel zu Nr. 2, 3 und 5 der Erläuterungen dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.			

3003 Wettbewerbsfähigkeit des Wissenschafts- und Innovationssystems

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 685 60 (Titelgruppe 60)

Erläuterungen:

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	Finanzierungsanteil in Prozent ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
Institutionelle Förderung/Zuschüsse an Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO					
1. Haus der Zukunft	100,00	100,00	2 000	500	-
- aus Kap. 3003 Tit. 685 60					
2. Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V., Halle/ Saale	80,00	80,00	8 008	7 890	7 339
- aus Kap. 3003 Tit. 685 60			*7 848*	*7 730*	*6 946*
- aus Kap. 3003 Tit. 894 60			*160*	*160*	*393*
3. acatech - Deutsche Akademie der Technikwissenschaften e. V., München	9,10	50,00	1 250	1 250	1 250
- aus Kap. 3003 Tit. 685 60					
4. Wissenschaftsrat, Köln	50,00	50,00	2 613	2 503	2 423
- aus Kap. 3003 Tit. 685 60			*2 579*	*2 470*	*2 339*
- aus Kap. 3003 Tit. 894 60			*34*	*33*	*84*
5. Wissenschaftskolleg zu Berlin e. V.	43,00	50,00	3 282	3 126	3 177
- aus Kap. 3003 Tit. 685 60			*3 228*	*3 090*	*3 133*
- aus Kap. 3003 Tit. 894 60			*54*	*36*	*44*
6. Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung GmbH (DZHW), Hannover	32,82	33,33	3 146	3 101	3 049
- aus Kap. 3003 Tit. 685 60			*3 095*	*3 032*	*2 980*
- aus Kap. 3003 Tit. 894 60			*51*	*69*	*69*
Zusammen			20 299	18 370	17 238
- Summe Tit. 685 60			*20 000*	*18 072*	*16 648*
- Summe Tit. 894 60			*299*	*298*	*590*

Wirtschaftspläne zu 2., 4., 5. und 6. siehe Anlage zum Kapitel 3003.

Zu 1. HdZ:
Mit dem "Haus der Zukunft" soll in der Hauptstadt Berlin am Kapelle-Ufer ein Ausstellungs- und Kommunikationszentrum des Bundes geschaffen werden, in dem zukunftsgerichtete Entwicklungen in Wissenschaft, Forschung und Innovation präsentiert werden. Durch Dauer- und Wechselausstellungen sowie durch Veranstaltungen sollen mit Unterstützung der Wirtschaft und Forschungsorganisationen wegweisende Entwicklungen vorgestellt und diskutiert werden.

Zu 2. Leopoldina:
Die deutsche Akademie der Naturforscher LEOPOLDINA ist die älteste deutsche Akademie (gegründet 1652). Die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (GWK) hat ihr am 18.02.2008 Aufgaben und Funktion einer Nationalen Akademie der Wissenschaften übertragen. Der Bund beteiligt sich an der Förderung aufgrund einer mit dem Land Sachsen-Anhalt geschlossenen Vereinbarung nach Art. 91 b GG.

Zu 3. acatech:
Die Deutsche Akademie der Technikwissenschaften (acatech) vereint die technikwissenschaftlichen Aktivitäten der Akademien der Wissenschaften unter einem Dach. Acatech wird seit 2008 auf der Grundlage eines Beschlusses der BLK vom 10.11.2007 gemeinsam von Bund und Ländern gefördert.

Zu 4. Wissenschaftsrat:
Der aufgrund eines Verwaltungsabkommens zwischen Bund und Ländern errichtete Wissenschaftsrat hat die Aufgabe, im Rahmen von Arbeitsprogrammen übergreifende Empfehlungen zur inhaltlichen und strukturellen Entwicklung der Wissenschaft, der Forschung und des Hochschulbereichs zu erarbeiten sowie zur Sicherung der internationalen Konkurrenzfähigkeit der Wissenschaft in Deutschland im nationalen und europäischen Wissenschaftssystem beizutragen. Im Übrigen hat der Wissenschaftsrat die ihm durch besondere Vorschriften, insbesondere durch Verwaltungsabkommen und Ausführungsvereinbarungen nach Art. 91 b GG übertragenen Aufgaben.

Zu 5. Wissenschaftskolleg:
Die Wissenschaftsstiftung Ernst Reuter (WER) in Berlin wird als Träger des Wissenschaftskollegs zu Berlin e. V. zu gleichen Teilen vom Land Berlin und vom Bund finanziell gefördert. Das Kolleg bietet anerkannten Gelehrten aus aller Welt (Fellows) in der Regel für ein Jahr die Möglichkeit zur Forschung in einer interdisziplinären Zusammensetzung.

Zu 6. DZHW:
Bund und Länder haben am 28.06.2013 in der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK) die Gründung und gemeinsame Förderung des Deutschen Zentrums für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW) beschlossen. Die Neugründung wurde durch Abspaltung der Abteilung Hochschulforschung und der Abteilung Hochschulentwicklung der Hochschul-Informations-System GmbH (HIS) sowie anteilig deren Verwaltung vollzogen. DZHW wurde als Kompetenzzentrum zur Stärkung der Hochschul- und Wissenschaftsforschung in Deutschland errichtet. Es führt Forschungsvorhaben auf dem Gebiet der Hochschul- und Wissenschaftsforschung durch und stellt forschungsbasierte Dienstleistungen und wissenschaftliche Infrastrukturen bereit.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 60

894 60 -165	Sonstige institutionell geförderte Einrichtungen im Bereich Bildung und Forschung - Investitionen	299	298	590

Haushaltsvermerk:

Die Mittel zu Nr. 2, 3 und 5 der Erläuterungen zu Tit. 685 60 dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.

Erläuterungen:

Zuwendungsempfänger: Zusammenstellung siehe Erläuterungen zu Tit. 685 60.

Titelgruppe 70

Tgr. 70	Leistungen für europäische und internationale Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen	(295 513)	(293 181)	
687 70 -167	Leistungen für die Europäischen Forschungseinrichtungen CERN, ESO, ESRF und ILL	256 660	253 598	257 019

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind in Höhe von 15 000 T€ übertragbar.
2. Soweit die Bundesregierung beabsichtigt, im CERN-Rat neuen Programmen mit mehr als 25 000 T€ Gesamtfinanzierungsbeitrag für die Bundesrepublik Deutschland zuzustimmen und den Bund finanziell zu verpflichten oder langfristigen Kreditaufnahmen des CERN zuzustimmen, bedarf sie der vorherigen Zustimmung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages.

Erläuterungen:

Bezeichnung der Organisation Rechtsgrundlage und Zweck der Mitgliedschaft	Mitgliedsbeitrag der Bundesrepublik Deutschland (Pflichtleistungen)			Besondere (freiwillige) Leistungen außerhalb des Mitgliedsbeitrags in 1 000 € (gerundet)	Zusammen Spalte 4 + 5 in 1 000 €
	in Prozent	in Tausend-Fremdwährung (gerundet)	in 1 000 € (gerundet)		
1	2	3	4	5	6
1. Europäische Organisation für Kernforschung - Labor für Teilchenphysik - (CERN) in Genf......	20,29	217 366 CHF	177 066	3 421	180 487
Rechtsgrundlage: Vereinbarung					
Zweck: Bau und Betrieb von internationalen Labors für die Forschung über Teilchen hoher Energie					
2. Europäische Organisation für Astronomische Forschung in der Südlichen Hemisphäre (ESO) in Garching......	22,1		30 794	1 370	32 164
Zweck: Bau, Ausrüstung und Betrieb eines auf der Südhalbkugel gelegenen astronomischen Observatoriums					
3. Europäische Synchrotronstrahlungsanlage (ESRF) in Grenoble	25,5		22 929	-	22 929
Rechtsgrundlage: Vereinbarung					
Zweck: Bau und Betrieb einer Synchrotronstrahlungsanlage mit einer leistungsstarken Röntgenstrahlungsquelle für Forschungszwecke					
4. Institut Max von Laue-Paul Langevin (ILL) in Grenoble......	33		19 480	1 600	21 080
Rechtsgrundlage: Vereinbarung					
Zweck: Bau und Betrieb eines Höchstflussneutronenreaktors für Forschungszwecke					
Zu einem späteren Zeitpunkt muss auch der deutsche Anteil an den Kosten für Stilllegung und Rückbau des ILL-Reaktors entsprechend finanziert werden. Dieser Anteil wird zurzeit auf rd. 49 600 T€ geschätzt.					
Zusammen......			250 269	6 391	256 660

Differenzen durch Rundung möglich

3003 Wettbewerbsfähigkeit des Wissenschafts- und Innovationssystems

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 70

687 71 -167	Leistungen an die Europäische Konferenz und das Europäische Laboratorium für Molekularbiologie (EMBC und EMBL), Heidelberg	25 800	25 000	23 843

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind in Höhe von 500 T€ übertragbar.

Erläuterungen:

Bezeichnung der Organisation Rechtsgrundlage und Zweck der Mitgliedschaft	Mitgliedsbeitrag der Bundesrepublik Deutschland (Pflichtleistungen)			Besondere (freiwillige) Leistungen außerhalb des Mitgliedsbeitrags in 1 000 € (gerundet)	Zusammen Spalte 4 + 5 in 1 000 €
	in Prozent	in Tausend-Fremdwährung (gerundet)	in 1 000 € (gerundet)		
1	2	3	4	5	6
1. Europäische Konferenz für Molekularbiologie (EMBC) in Heidelberg	19,1		3 400	180	3 580
Rechtsgrundlage: Intern. Vereinbarung					
Zweck: Stipendien und Studientagungen					
2. Europäisches Laboratorium für Molekularbiologie (EMBL) in Heidelberg	23,6		21 760		21 760
Rechtsgrundlage: Intern. Vereinbarung und Sitzstaatsabkommen					
Zweck: Einrichtung und Betrieb eines Labors für Grundlagenforschung, Instrumentenentwicklung, Lehre und Ausbildung in der Molekularbiologie					
3. Besondere Ausstattung des Mehrzweckgebäudes für Workshops, Seminare und Gastlabors (ATC)				460	460
Zusammen			25 160	640	25 800

Differenzen durch Rundung möglich

Zu 1. Spalte 5: Young Investigator Programm (YIP) (Sonderfinanzierung von nationalen Stipendiaten)

687 72 -139	Leistungen für sonstige europäische und internationale Wissenschaftseinrichtungen	11 842	11 842	11 344

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind in Höhe von 1 000 T€ mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: Kap. 3004 Tit. 687 02.
2. Erstattungen des Landes Nordrhein-Westfalen zur Mitfinanzierung der United Nations University Institute for Environment and Human Security (UNU-EHS) fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Europäisches Hochschulinstitut (EHI) in Florenz	4 762
2. Deutsch-Französische Hochschule (DFH) mit Sitz des Sekretariats in Saarbrücken	3 650
3. UN-Einrichtungen	2 825
4. Centre Marc Bloch (CMB)	455
5. New Europe College (NEC), Bukarest	150
Zusammen	11 842

Zu 1.:
Das Europäische Hochschulinstitut wurde von den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften als selbstständige Einrichtung gegründet. Es dient der Forschung über europäische Themen und bietet Graduierten die Möglichkeit, zu promovieren oder als bereits Promovierte an der Forschungsarbeit des Instituts mitzuwirken.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 687 72 (Titelgruppe 70)

Bezeichnung der Organisation Rechtsgrundlage und Zweck der Mitgliedschaft	Mitgliedsbeitrag der Bundesrepublik Deutschland (Pflichtleistungen)			Besondere (freiwillige) Leistungen außerhalb des Mitglieds-beitrags in 1 000 € (gerundet)	Zusammen Spalte 4 + 5 in 1 000 €
	in Pro-zent	in Tausend-Fremdwährung (gerundet)	in 1 000 € (gerundet)		
1	2	3	4	5	6
Europäisches Hochschulinstitut (EHI) in Florenz..............................	17,9		4 762	-	4 762
Rechtsgrundlage: Vereinbarung					
Zweck: Lehre und Forschung über europ. Themen (einschl. Promotionsmöglichkeit) für Graduierte					

Zu 2.:
Die Deutsch-Französische Hochschule ist auf der Grundlage eines deutsch-französischen Regierungsabkommens als selbstständige binationale Einrichtung gegründet worden. Sie hat am 1. Januar 2000 ihre Tätigkeit aufgenommen. Neben der Förderung von Doppeldiplomstudiengängen unterstützt sie Maßnahmen zur Graduierten- und Forschungsförderung, die Unterstützung der telekommunikativen Vernetzung der Mitgliederhochschulen, die Förderung langfristiger Studienaufenthalte im Ausland, die Konzeption von Weiterbildungsmaßnahmen sowie die Förderung von Begegnungen im Hochschul- und Forschungsbereich. Veranschlagt sind 70 Prozent des deutschen Anteils an den Programmausgaben sowie programmbezogenen Nebenkosten der DFH; die übrigen 30 Prozent werden von den Ländern finanziert.

Zu 3.:
Einrichtungen der Universität der Vereinten Nationen (UNU); Internationales Langzeitprogramm für Berufsbildung der UNESCO (UNEVOC).

Zu 4.:
Deutsch-Französisches Forschungszentrum für Sozialwissenschaften (Centre Marc Bloch), Berlin.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
687 73 -153	Beitrag und Aufwendungsersatz an den Verein "Villa Vigoni e. V."	1 211	2 741	1 061

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe von 360 T€ aus dem Verkaufserlös von Teilen der Liegenschaft "Villa Vigoni" geleistet werden.

Erläuterungen:

Die Bundesrepublik Deutschland ist seit 1984 durch Annahme eines Vermächtnisses Eigentümerin der Liegenschaft "Villa Vigoni" in Loveno di Menaggio am Comer See (Italien). Das Vermächtnis enthält die Auflage, den Grundbesitz als Begegnungsstätte insbesondere zur Förderung der deutsch-italienischen Beziehungen in Wissenschaft, Bildung und Kultur unter Einbeziehung ihrer Vernetzung mit Wirtschaft, Gesellschaft und Politik zu nutzen.

Eine entsprechende deutsch-italienische Regierungsvereinbarung wurde am 21. April 1986 abgeschlossen. Der danach vorgesehene Trägerverein "Villa Vigoni e. V." mit Sitz in Bonn wurde am 21. Oktober 1986 gegründet.

Bezeichnung	1 000 €
1. Mitgliedsbeitrag...	310
Neben der Bundesrepublik Deutschland (Bund) sind die Republik Italien (mit gleich hohem Beitrag), die autonome Provinz Trient sowie weitere Institutionen und Privatpersonen Mitglieder. Der Trägerverein nimmt die Aufgaben des Bundes auf der Grundlage des Geschäftsbesorgungsvertrages vom 22. Dezember 1987 wahr.	
2. Aufwendungsersatz...	751
Der Grundbesitz ist dem Trägerverein zur unentgeltlichen Nutzung übertragen worden. Die Aufwendungen für die Verwaltung der Liegenschaft werden vom Bund allein getragen.	
3. Um- und Erhaltungsbaumaßnahmen...	150
Zusammen..	1 211

3003 Wettbewerbsfähigkeit des Wissenschafts- und Innovationssystems

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Titelgruppe 80			
Tgr. 80	Abwicklung Deutsche Historische Institute Rom und Paris	(-)	(-)	
	Haushaltsvermerk: Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: 685 20.			
	Erläuterungen: Die Deutschen Historischen Institute in Rom und Paris sind durch Gesetz vom 20. Juni 2002 zur Errichtung einer Stiftung Deutsche Geisteswissenschaftliche Institute im Ausland, Bonn, zum 1. Juli 2002 auf die Stiftung übergegangen. Die vorhandenen Beamtinnen und Beamten sowie beamteten Hilfskräfte dieser beiden ehemals unselbstständigen Bundesanstalten wurden der Stiftung, die selber keine Dienstherreneigenschaft besitzt, vom BMBF zur Dienstleistung in Rom bzw. in Paris zugewiesen. Solange deren Bezüge und Nebenleistungen aus Kap. 3003 Tgr. 80 zu Lasten von Tit. 685 20 gezahlt werden, sind bei der Stiftung Stellen entsprechender Vergütungsgruppen gesperrt (vgl. Haushaltsvermerk zu 3003, Tgr. 20).			
422 81 -165	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	-	-	722
	Erläuterungen: Zuwendungsempfänger: Zusammenstellung siehe Erläuterungen zu Tit. 685 20.			
422 82 -165	Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte	-	-	90
	Erläuterungen: Zuwendungsempfänger: Zusammenstellung siehe Erläuterungen zu Tit. 685 20.			
634 83 -165	Zuweisungen an den Versorgungsfonds	-	-	-
	In Vorjahren weggefallene Titel mit Ausgaberest			
539 99 -163	Vermischte Verwaltungsausgaben		*583*	1 062

Anlage zu Kapitel 3003 - Wirtschaftspläne

Titel	aus Nr. ... Erläuterung	Bezeichnung
1	2	3
Tgr. 20		**Max Weber Stiftung - Deutsche Geisteswissenschaftliche Institute im Ausland (MWS), Bonn**
685 20		Max Weber Stiftung - Deutsche Geisteswissenschaftliche Institute im Ausland (MWS), Bonn
Tgr. 30		**Deutsche Forschungsgemeinschaft e. V. (DFG), Bonn**
685 30		Deutsche Forschungsgemeinschaft e. V. (DFG), Bonn
Tgr. 40		**Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V. (MPG), Berlin**
685 40		Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V. (MPG), Berlin
	0.0.10	Gesellschaft für wissenschaftliche Datenverarbeitung mbh, Göttingen
Tgr. 60		**Sonstige institutionell geförderte Einrichtungen im Bereich Bildung und Forschung**
685 60	2.	Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V., Halle/ Saale
	4.	Wissenschaftsrat, Köln
	5.	Wissenschaftskolleg zu Berlin e. V.
	6.	Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung GmbH (DZHW), Hannover

3003 Anlage 1 Wirtschaftspläne

Zu Tgr. 20 Tit. 685 20

Max Weber Stiftung - Deutsche Geisteswissenschaftliche Institute im Ausland (MWS), Bonn

	Wirtschaftsplan	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	1	2	3	4
Institutionelle Förderung				
1.	**Ausgaben**			
	Inland	1 713	1 980	1 486
1.1	Personalausgaben	800	887	585
1.2	Sächliche Verwaltungsausgaben	502	704	698
1.3	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	306	374	145
1.4	Ausgaben für Investitionen	105	15	58
	Ausland	38 805	37 213	34 257
1.1	Personalausgaben	21 852	20 942	20 545
1.2	Sächliche Verwaltungsausgaben	12 751	12 896	11 823
1.3	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	1 973	1 846	1 400
1.4	Ausgaben für Investitionen	2 229	1 529	489
2.	**Finanzierung der Ausgaben**			
	Inland	1 713	1 980	1 486
2.1	**Zuwendung des Bundes**	**1 713**	**1 980**	**1 486**
	aus Kap. 3003 Tit. 685 20	*1 608*	*1 965*	*1 428*
	aus Kap. 3003 Tit. 894 20	*105*	*15*	*58*
	Ausland	38 805	37 213	34 257
2.1	Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	88	94	97
2.2	**Zuwendung des Bundes**	**38 717**	**37 119**	**34 160**
	aus Kap. 3003 Tit. 422 81	-	-	*722*
	aus Kap. 3003 Tit. 422 82	-	-	*90*
	aus Kap. 3003 Tit. 685 20	*36 488*	*35 590*	*32 859*
	aus Kap. 3003 Tit. 894 20	*2 229*	*1 529*	*489*

Zu Tgr. 30 Tit. 685 30

Deutsche Forschungsgemeinschaft e. V. (DFG), Bonn

	Wirtschaftsplan	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	1	2	3	4
Institutionelle Förderung				
1.	**Ausgaben**	**2 243 271**	**2 116 889**	**2 010 173**
1.1	Personalausgaben	40 069	33 634	37 645
1.2	Sächliche Verwaltungsausgaben	24 149	24 307	20 006
1.3	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	2 174 903	2 054 748	1 948 134
1.4	Ausgaben für Investitionen	140	235	758
1.5	Zuwendungen an nachgeordnete ZE	4 010	3 965	3 630
2.	**Finanzierung der Ausgaben**	**2 243 271**	**2 116 889**	**2 010 173**
2.1	Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	22 045	20 389	21 513
2.2	Zuwendungen von Ländern	784 429	747 075	711 502
2.3	Nicht verbrauchte Selbstbewirtschaftungsmittel			-
2.4	**Zuwendung des Bundes**	**1 436 797**	**1 349 425**	**1 277 158**
	aus Kap. 3003 Tit. 685 05	*353 538*	*317 750*	*294 610*
	aus Kap. 3003 Tit. 685 30	*1 083 178*	*1 031 543*	*982 422*
	aus Kap. 3003 Tit. 894 30	*81*	*132*	*126*
nachrichtlich: **Projektförderung**		475 694	586 922	404 896

Zu 2.1: einschl. der Zuwendungen für die Allgemeine Forschungsförderung aus Haushaltsmitteln der WGL-Einrichtungen.

Zu Tgr. 40 Tit. 685 40

Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V. (MPG), Berlin

Wirtschaftsplan		Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1		2	3	4
Institutionelle Förderung				
1.	**Ausgaben**	**1 639 408**	**1 542 045**	**1 503 815**
1.1	Personalausgaben	608 884	579 124	573 558
1.2	Sächliche Verwaltungsausgaben	503 431	483 583	482 342
1.3	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	133 276	143 175	144 740
1.4	Ausgaben für Investitionen	357 545	317 605	285 829
1.5	Zuwendungen an nachgeordnete ZE	36 272	18 558	17 346
2.	**Finanzierung der Ausgaben**	**1 639 408**	**1 542 045**	**1 503 815**
2.1	Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	140 353	114 906	149 847
2.2	Zuwendungen von Ländern	751 432	711 069	677 218
2.3	Nicht verbrauchte Selbstbewirtschaftungsmittel			-773
2.4	**Zuwendung des Bundes**	**747 623**	**716 070**	**677 523**
	aus Kap. 3003 Tit. 685 40	*590 227*	*570 115*	*546 662*
	aus Kap. 3003 Tit. 894 40	*157 396*	*145 955*	*130 861*
nachrichtlich: **Projektförderung**		292 157	281 300	280 146

zu 2.1: Im Ist 2012 sind 1.209 T€ Selbstbewirtschaftungsmittel aus 2011 enthalten.

Zu Tgr. 40 Tit. 685 40

0.0.10 Gesellschaft für wissenschaftliche Datenverarbeitung mbh, Göttingen

Wirtschaftsplan		Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1		2	3	4
Institutionelle Förderung				
1.	**Ausgaben**	**11 749**	**9 065**	**8 230**
1.1	Personalausgaben	5 127	4 661	4 354
1.2	Sächliche Verwaltungsausgaben	4 872	3 004	3 151
1.3	Ausgaben für Investitionen	1 750	1 400	725
2.	**Finanzierung der Ausgaben**	**11 749**	**9 065**	**8 230**
2.1	Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	544	458	777
2.2	Zuwendungen von Ländern	2 740	2 110	1 821
2.3	Zuwendungen anderer öffentlicher Zuwendungsgeber (ohne Bund)	5 724	4 386	3 811
2.4	Nicht verbrauchte Selbstbewirtschaftungsmittel			-
2.5	Zuwendungen von übergeordneten ZE	2 741	2 111	1 821
	aus Kap. 3003 Tit. 685 40	*2 303*	*1 761*	*1 727*
	aus Kap. 3003 Tit. 894 40	*438*	*350*	*488*

3003 Anlage 1
Wirtschaftspläne

Zu Tgr. 60 Tit. 685 60

2. Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V., Halle/ Saale

Wirtschaftsplan	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4
Institutionelle Förderung			
1. Ausgaben	**9 963**	**9 825**	**9 131**
1.1 Personalausgaben	4 649	4 639	3 688
1.2 Sächliche Verwaltungsausgaben	3 713	3 712	3 242
1.3 Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	1 401	1 274	1 358
1.4 Ausgaben für Investitionen	200	200	843
2. Finanzierung der Ausgaben	**9 963**	**9 825**	**9 131**
2.1 Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	28	13	46
2.2 Zuwendungen von Ländern	1 927	1 922	1 746
2.3 Zuwendung des Bundes	**8 008**	**7 890**	**7 339**
aus Kap. 3003 Tit. 685 60	*7 848*	*7 730*	*6 946*
aus Kap. 3003 Tit. 894 60	*160*	*160*	*393*
nachrichtlich: **Projektförderung**	364	370	377

Zu Tgr. 60 Tit. 685 60

4. Wissenschaftsrat, Köln

Wirtschaftsplan	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4
Institutionelle Förderung			
1. Ausgaben	**5 226**	**5 067**	**4 992**
1.1 Personalausgaben	3 839	3 626	3 325
1.2 Sächliche Verwaltungsausgaben	1 319	1 375	1 492
1.3 Ausgaben für Investitionen	68	66	175
2. Finanzierung der Ausgaben	**5 226**	**5 067**	**4 992**
2.1 Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	-	62	146
2.2 Zuwendungen von Ländern	2 613	2 502	2 423
2.3 Zuwendung des Bundes	**2 613**	**2 503**	**2 423**
aus Kap. 3003 Tit. 685 60	*2 579*	*2 470*	*2 339*
aus Kap. 3003 Tit. 894 60	*34*	*33*	*84*
nachrichtlich: **Projektförderung**	1 501	1 488	1 374

Zu Tgr. 60 Tit. 685 60

5. Wissenschaftskolleg zu Berlin e. V.

Wirtschaftsplan	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4
Institutionelle Förderung			
1. Ausgaben	**7 637**	**7 318**	**7 559**
1.1 Personalausgaben	2 358	2 253	2 119
1.2 Sächliche Verwaltungsausgaben	2 166	2 137	2 739
1.3 Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	3 005	2 856	2 624
1.4 Ausgaben für Investitionen	108	72	77
2. Finanzierung der Ausgaben	**7 637**	**7 318**	**7 559**
2.1 Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	1 073	1 066	1 205
2.2 Zuwendungen von Ländern	3 282	3 126	3 177
2.3 Zuwendung des Bundes	**3 282**	**3 126**	**3 177**
aus Kap. 3003 Tit. 685 60	*3 228*	*3 090*	*3 133*
aus Kap. 3003 Tit. 894 60	*54*	*36*	*44*
nachrichtlich: **Projektförderung**	2 500	2 500	3 691

Zu Tgr. 60 Tit. 685 60

6. Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung GmbH (DZHW), Hannover

Wirtschaftsplan	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4
Institutionelle Förderung			
1. Ausgaben	**3 518**	**9 386**	**9 229**
1.1 Personalausgaben	2 871	7 866	7 696
1.2 Sächliche Verwaltungsausgaben	589	1 310	1 333
1.3 Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	1	4	4
1.4 Ausgaben für Investitionen	57	206	196
2. Finanzierung der Ausgaben	**3 518**	**9 386**	**9 229**
2.1 Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	21	38	42
2.2 Zuwendungen von Ländern	350	6 202	6 098
2.3 Zuwendungen anderer öffentlicher Zuwendungsgeber (ohne Bund)	1	45	40
2.4 Zuwendung des Bundes	**3 146**	**3 101**	**3 049**
aus Kap. 3003 Tit. 685 60	*3 095*	*3 032*	*2 980*
aus Kap. 3003 Tit. 894 60	*51*	*69*	*69*
nachrichtlich: **Projektförderung**	18 200	17 020	16 454

3004 Forschung für Innovationen, Hightech-Strategie

Wesentliche finanzwirksame Schwerpunkte des Kapitels

Im Mittelpunkt dieses Kapitels steht die Förderung der Forschung mit dem Instrument der **Projektförderung** , die in thematischen Schwerpunkten gebündelt ist. Danach stehen für Innovationen durch neue Technologien insgesamt rd. 630 Mio. €, für Innovationen in den **Lebenswissenschaften** rd. 500 Mio. €, für Forschung im Bereich Klima, **Energie** und Umwelt rd. 430 Mio. € und für naturwissenschaftliche Grundlagenforschung rd. 250 Mio. € zur Verfügung. Ergänzt wird dies durch Mittel für neue Konzepte und regionale Förderung in den neuen Ländern in Höhe von rd. 332 Mio. €.

In dieses Kapitel sind die institutionellen Zuwendungen an die außeruniversitären Forschungsorganisationen Fraunhofer-Gesellschaft (rd. 510 Mio. €) und Helmholtz-Gemeinschaft (rd. 2,1 Mrd. €) eingestellt. Auch hier streben Bund und Länder – entsprechend dem Pakt für Forschung und Innovation (PFI) – an, diese Zuwendungen in den Jahren 2011 bis 2015 jährlich um 5 Prozent zu steigern (siehe dazu Vorbemerkungen zu Kapitel 3003).

Wesentliche Ziele, die mit den veranschlagten Mitteln erreicht werden sollen

Mit der Hightech-Strategie 2020 (HTS) wird die Forschungs- und Innovationspolitik der Bundesregierung unter der Federführung des BMBF politikfeld- und themenübergreifend gebündelt. Die **Projektförderung** des BMBF steht unter diesem Dach.

Aktuelle Schwerpunkte der Projektförderung liegen etwa im Bereich der **Lebenswissenschaften** im Aufbau der sechs Deutschen Zentren der Gesundheitsforschung (für Krebs, Herz-Kreislauf-, Stoffwechsel-, Infektions-, Lungen- und neurodegenerative Erkrankungen), in denen die Forschung zu diesen besonders bedeutsamen Volkskrankheiten gebündelt wird. Die einrichtungs- und standortübergreifende Zentren-Struktur ist weltweit einzigartig und wird von vielen Ländern mit Interesse verfolgt. Hier bietet sich die Möglichkeit, die deutsche Gesundheitsforschung international zu positionieren, ihre Wettbewerbsfähigkeit weiter zu steigern und die Zentren als wichtige Ansprechpartner in Deutschland für die jeweilige Indikation zu etablieren.

Im Bereich der Grundlagenforschung **Energie** geht es um Forschung für die Energiewende: Der Schwerpunkt des BMBF liegt auf der Schaffung der Grundlagen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, auf der Erhöhung der Energieeffizienz sowie auf der Akzeptanz- und Systemforschung. Die Aktivitäten sind breit aufgestellt und reichen von der Technologieförderung über neue Dienstleistungen bis hin zu gesellschaftswissenschaftlichen Aspekten der Energiewende.

Mit den **neuen Konzepten** für den Wissens- und Technologietransfer sollen Anreize zur Verbesserung der Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft gesetzt werden. Damit sollen die Lücken zwischen Forschung und wirtschaftlicher Verwertung weiter geschlossen und der Wirtschaft neue Anschlussoptionen eröffnet werden. Aktueller Schwerpunkt ist dabei die Förderinitiative „Forschungscampus **-** Partnerschaft für Innovationen“. Hier werden zehn Forschungsprojekte in Partnerschaft von Wirtschaft und öffentlich finanzierter Forschung erprobt, mit denen Forschungsfelder von starker Komplexität, einem hohen Forschungsrisiko und/oder besonderen Potenzialen für Sprunginnovationen wirtschaftlich nutzbringend erschlossen werden können.

Die **regionale Förderung** steht bei dem neuen Programm für die **Neuen Länder** "Zwanzig20 - Partnerschaft für Innovation" im Vordergrund: Die dort bereits aufgebauten wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Kompetenzen sollen durch überregionale und interdisziplinäre Konsortien ausgebaut werden, die ostdeutschlandweit von Akteuren aus Wirtschaft und Wissenschaft und einem oder mehreren Partnern aus den alten Bundesländern gegründet werden. Im Rahmen eines Wettbewerbs erfolgt Mitte 2013 die Auswahl von bis zu 10 Konsortien. Mit dem gebündelten multidisziplinären Know-how soll ein Zukunftsproblem mit hoher volkswirtschaftlicher Relevanz identifiziert und innovativ gelöst werden. Dieses Programm ist Teil der Innovationsinitiative „Unternehmen Region“, in der bis heute rund 400 regionale Bündnisse in den neuen Bundesländern gefördert und insgesamt über 1 Mrd. € investiert wurden.

Überblick zum Kapitel 3004	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Übrige Einnahmen	-	-	-		1 875
Gesamteinnahmen	-	-	-		1 875
Ausgaben					
Sächliche Verwaltungsausgaben	12 560	12 560	-		11 780
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	4 139 438	4 068 459	+70 979	19 499	3 927 990
Ausgaben für Investitionen	858 806	903 305	-44 499		725 105
Gesamtausgaben	5 010 804	4 984 324	+26 480	19 499	4 664 875
davon nicht flexibilisiert	5 010 804	4 984 324	+26 480	19 499	4 664 875

Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014

Verpflichtungsermächtigung	2 989 998 T€
davon fällig:	
im Haushaltsjahr 2015 bis zu	760 371 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu	780 441 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu	739 066 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu	630 120 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu	80 000 T€

3004 Forschung für Innovationen, Hightech-Strategie

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Einnahmen			
	Übrige Einnahmen			
272 01 -165	Einnahmen von der Europäischen Union für Bildungsprogramme	-	-	1 875

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind wegen bindender Vorgaben der EU zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Kap. 3002 Tit. 685 41, Kap. 3003 Tit. 685 17, **Kap. 3004 Tit. 685 44** und 687 04.

Ausgaben

Sächliche Verwaltungsausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
541 01 -165	Analysen, Planung und Datenerhebung	12 560	12 560	11 780

Verpflichtungsermächtigung... 12 500 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 3 900 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 4 100 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 2 000 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.. 2 500 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

Erläuterungen:

1. Planung, Analysen, Bildungs-, Wissenschafts- und Forschungsdaten, darunter
1.1 Analysen zum Bildungs-, Forschungs- und Innovationssystem, Entwicklung neuer Instrumente und internationale Wirkungsvergleiche,
1.2 Bildungs- und Forschungsstatistik, Leistungsvergleiche, Qualifikationsbedarf und -angebot,
1.3 Forschungs- und innovationspolitische Berichterstattung:
Analysen zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands,
2. Förderberatung "Forschung und Innovation" des Bundes,
3. Mittel- und langfristige Vorausschau, darunter
3.1 Innovations- und Technikanalysen,
3.2 Technologievorausschau.

Aus dem Ansatz können folgende Ausgaben für die Durchführung von Maßnahmen geleistet werden:

Bezeichnung	1 000 €
Projektträgerleistungen	1 644
Programmmanagement	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)

687 02 -165	Zusammenarbeit mit anderen Staaten in den Bereichen Bildung und Forschung	46 838	44 909	49 025

Verpflichtungsermächtigung... 62 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 16 800 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu... 21 700 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu... 12 700 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu... 10 800 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Die Ausgaben sind in Höhe von 5 000 T€ mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: Kap. 3002 Tit. 681 21.
3. Die Ausgaben sind in Höhe von 1 000 T€ mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: Kap. 3003 Tit. 687 72.
4. Die Ausgaben sind in Höhe von 25 000 T€ mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 687 04.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Stärkung der wissenschaftlichen Exzellenz..................................	9 800
2. Erschließung von Innovationspotenzialen......................................	7 840
3. Zusammenarbeit mit Schwellen- und Entwicklungsländern............	17 138
4. Maßnahmen zur Lösung globaler Herausforderungen...................	1 960
5. Querschnittmaßnahmen...	9 510
6. Sonstiges, insbesondere Betreuung von ausländischen Besuchern und Delegationen...	590
Zusammen...	46 838

Zu 1.:
Internationalisierung und Maßnahmen zur Verbesserung der Migrationsbilanz im FuE-Bereich (Mobilitätsprogramme) unter Einbeziehung der wirtschaftsnahen FuE in Deutschland.

Zu 2.:
Maßnahmen zur Internationalisierung von KMU und Clustern sowie die wirtschaftsbezogene internationale Zusammenarbeit (2+2 Projekte).

Zu 3.:
Bilaterale strukturbildende Maßnahmen, z. B. bilaterale Fazilitäten zur FuE-Kooperation sowie die Deutsch-Vietnamesische Hochschule.

Zu 4.:
Vorhaben und andere strukturbildende Maßnahmen mit internationalen Organisationen und multilateralen Prozessen, insbesondere OECD, UNESCO und UNU zu globalen Herausforderungen.

Zu 5.:
Maßnahmen zur Werbung für den Standort Deutschland, zur internationalen Berichterstattung in Bildung und Forschung, zur Stärkung der deutschen Präsenz im Ausland sowie zur Durchführung von internationalen Wissenschaftsjahren.

Aus dem Ansatz können folgende Ausgaben für die Durchführung von Maßnahmen geleistet werden:

Bezeichnung	1 000 €
Projektträgerleistungen...	10 865
Programmmanagement...	-

3004 Forschung für Innovationen, Hightech-Strategie

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
687 03 -165	Wissenschaftliche Zusammenarbeit mit ausländischen Forschungseinrichtungen und Unternehmen	12 100	12 100	14 462

Verpflichtungsermächtigung... 24 200 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 9 680 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 7 260 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 4 840 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.. 2 420 T€

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Grundlagenforschung	3 600
2. Wissenschaftler-Austausch	1 150
3. Sonstige Einzelmaßnahmen	7 350
Zusammen	12 100

Zu 1. - 3.:
Mit den Ausgaben sollen insbesondere Forschungsvorhaben der naturwissenschaftlichen Grundlagenforschung, die ausländische Forschungseinrichtungen in Zusammenarbeit mit deutschen Forschungseinrichtungen durchführen, der Wissenschaftler-Austausch zwischen deutschen und ausländischen Forschungseinrichtungen sowie die Industriekooperation (Verbundvorhaben) gefördert werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
687 04 -165	Stärkung Deutschlands im Europäischen Forschungs- und Bildungsraum	31 755	29 558	22 298

Verpflichtungsermächtigung... 36 700 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 9 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 11 600 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 9 800 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.. 6 300 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben zu Nr. 1, 2 und 3 der Erläuterungen sind übertragbar.
2. Die Ausgaben sind in Höhe von 25 000 T€ mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 687 02.
3. Mehrausgaben zu Nr. 4 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 272 01.
4. Erstattungen der EU und Dritter für die Entwicklung des Europäischen Forschungsraums (EFR) durch Koordinierung nationaler FuE-Aktivitäten einschl. der gemeinsamen Programmierung (Joint Programming) fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Durchführung und Beteiligung an gemeinsamen Programmen (Joint Programming) und sonstigen multilateralen Koordinierungs-, Programm- und Projektmaßnahmen zur Stärkung der deutschen Forschung in Europa	15 005
2. Durchführung des Programms Lebenslanges Lernen und von EU-Drittstaatenprogrammen im Hochschulbereich	4 950
3. Maßnahmen zum Ausbau und zur Steigerung der Effizienz des Europäischen Bildungs- und Forschungsraums einschl. EUREKA-Programm EUROSTARS	11 800
4. Zuschuss der EU	-
Zusammen	31 755

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 687 04

Zu 1.:
Die gemeinsame Programmierung umfasst die Vorbereitung und Durchführung von Programmen und Projekten zur Stärkung des Europäischen Forschungsraums durch die Mitgliedstaaten und assoziierte Staaten mit und ohne Drittmittelbeteiligung.

Zu 2.:
Darin sind Personal- und Sachaufwand in Höhe von 2 950 T€ für die Durchführung von verschiedenen EU-Programmen beim Bundesinstitut für Berufsbildung bei 62 Beschäftigten enthalten.

Zu 3.:

Bezeichnung der Organisation Rechtsgrundlage und Zweck der Mitgliedschaft	Mitgliedsbeitrag der Bundesrepublik Deutschland (Pflichtleistungen)			Besondere (freiwillige) Leistungen außerhalb des Mitgliedsbeitrags in 1 000 € (gerundet)	Zusammen Spalte 4 + 5 in 1 000 €
	in Prozent	in Tausend-Fremdwährung (gerundet)	in 1 000 € (gerundet)		
1	2	3	4	5	6
11. EUREKA-Sekretariat in Brüssel.. Rechtsgrundlage: Vereinbarung Zweck: Förderung der Zusammenarbeit mit anderen Staaten auf dem Gebiet der technologischen Forschung	11		330		330

Aus dem Ansatz können folgende Ausgaben für die Durchführung von Maßnahmen geleistet werden:

Bezeichnung	1 000 €
Projektträgerleistungen..	6 706
Programmmanagement...	60

Titelgruppe 10

Tgr. 10	Neue Konzepte und regionale Förderung	(331 712)	(365 878)	

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Die Ausgaben sind in Höhe von 5 000 T€ gegenseitig deckungsfähig.
3. Die Verpflichtungsermächtigungen folgender Titel sind gegenseitig deckungsfähig: 683 10, 685 10 und 685 11.

683 10 -165	Instrumente im Wissens- und Technologietransfer im Rahmen der Hightech-Strategie	145 832	178 428	135 982

Verpflichtungsermächtigung... 136 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 27 800 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu... 36 800 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu... 42 300 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu... 29 100 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind in Höhe von 10 000 T€ mit folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: Tgr. 20, Tgr. 30 und Tgr. 40.
2. Die Verpflichtungsermächtigung ist in Höhe von **45 000 T€** mit den Verpflichtungsermächtigungen bei folgenden Titeln gegenseitig de-

3004 Forschung für Innovationen, Hightech-Strategie

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 683 10 (Titelgruppe 10):

ckungsfähig: 683 20, 683 21, 683 22, 683 23, 683 24, 683 25, 683 26, 683 27, 683 30, 685 30, 685 31, 685 40, 685 41, 685 42 und 894 40.

Haushaltsjahr 2015 .... 15 000 T€
Haushaltsjahr 2016 .... 15 000 T€
Haushaltsjahr 2017 .... 10 000 T€
Haushaltsjahr 2018 .... 5 000 T€

3. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Spitzencluster-Wettbewerb	95 132
2. Instrumente zur Stärkung der Wissenschaft in der Zusammenarbeit mit der Wirtschaft	38 000
3. Vorhaben zum Wissens- und Technologietransfer	9 000
4. Förderinitiative KMU-innovativ	700
5. Aktivitäten und Modellprojekte zur Weiterentwicklung und Umsetzung der Hightech-Strategie	2 000
6. Kommunikative Begleitung der Hightech-Strategie	1 000
Zusammen	145 832

Aus dem Ansatz können folgende Ausgaben zur Durchführung von Maßnahmen geleistet werden:

Bezeichnung	1 000 €
Projektträgerleistungen	9 700
Programmmanagement	1 700

Weniger wegen Anpassung an Bedarf.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
685 10 -165	Innovationsförderung in den neuen Ländern	146 000	146 000	140 072

Verpflichtungsermächtigung .... 94 700 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 23 600 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 23 700 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu .... 23 700 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu .... 23 700 T€

Erläuterungen:

1. Regionenorientierte Innovationsförderung ("Unternehmen Region")"Innovationsforen", "Innovative regionale Wachstumskerne mit Modul WK Potenzial", "Zentren für Innovationskompetenz", "ForMaT", "InnoProfile-Transfer", "Zwanzig20-Partnerschaften für Innovation" sowie für die programmatische Weiterentwicklung von "Unternehmen Region" und zur Unterstützung von innovativen jungen Unternehmen,
2. Programm "Spitzenforschung und Innovation in den Neuen Ländern",
3. Ausgaben für die Evaluation der Förderprogramme, für Studien und Analysen des Innovationsgeschehens sowie zur konzeptionellen Weiterentwicklung der Innovationspolitik in den Neuen Ländern.
4. Darüber hinaus können Ausgaben für Fachinformationen zur Umsetzung und Verbreitung der Ergebnisse sowie zur Hervorbringung von Innovationsinitiativen in Höhe von bis zu 1 000 T€ geleistet werden.

Aus dem Ansatz können folgende Ausgaben für die Durchführung von Maßnahmen geleistet werden:

Bezeichnung	1 000 €
Projektträgerleistungen	5 146
Programmmanagement	630

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 10

685 11 -133	Forschung an Fachhochschulen	39 880	41 450	37 928

Verpflichtungsermächtigung... 39 800 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 11 100 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu... 12 900 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu... 7 900 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu... 7 900 T€

Erläuterungen:

Fachhochschulen tragen innerhalb des deutschen Wissenschaftssystems mit ihrer anwendungsorientierten Forschung wesentlich zum Wissens- und Technologietransfer in die Wirtschaft, insbesondere in kleine und mittlere Unternehmen (KMU) der jeweiligen Region, bei.

Durch das Programm sollen die anwendungsorientierten Innovations- und Forschungsbereiche und die Netzwerkfähigkeit der Fachhochschulen gestärkt und die Nutzung ihrer Innovationspotenziale durch Unternehmen, Universitäten und andere Partner verbessert werden.

Das Programm besteht aus drei Förderlinien:

1. Forschung an Fachhochschulen mit Unternehmen (FHprofUnt)

   jährliche Ausschreibung

2. Ingenieurnachwuchs (ING-Nachwuchs)

   jährliche Ausschreibung

3. Soziale Innovationen für Lebensqualität im Alter (SILQUA-FH)

   jährliche Ausschreibung

sowie der Fördermaßnahme zur Förderung von strategischen Investitionen an Fachhochschulen (FHInvest).

Die Förderung erfolgt auf der Grundlage einer Bund-Länder-Vereinbarung nach Art. 91 b GG.

Aus dem Ansatz können auch Ausgaben für die fachliche und kommunikative Begleitung des Programms in Höhe von 200 T€ geleistet werden.

Aus dem Ansatz können folgende Ausgaben für die Durchführung von Maßnahmen geleistet werden:

Bezeichnung	1 000 €
Projektträgerleistungen	1 609
Programmmanagement	144

Titelgruppe 20

Tgr. 20	Innovation durch neue Technologien	(627 105)	(639 000)	

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Die Ausgaben sind in Höhe von 50 000 T€ gegenseitig deckungsfähig.
3. Die Ausgaben sind in Höhe von 10 000 T€ mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 683 10.
4. Die Verpflichtungsermächtigungen folgender Titel sind gegenseitig deckungsfähig: 683 10, 683 20, 683 21, 683 22, 683 23, 683 24, 683 25, 683 26 und 683 27.

3004 Forschung für Innovationen, Hightech-Strategie

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Erläuterungen:

Strategische Schwerpunkte:

Innovation durch neue Technologien

Ziel ist es, die Spitzenstellung Deutschlands in den Schlüsseltechnologien (wie etwa Mikro- und Nanotechnologien, Photonik, Höchstleistungsrechnen) zu sichern und auszubauen. Damit wird die Basis für neue Produkte, innovative Dienstleistungen und Verfahren geschaffen, um die Wirtschaft zu stärken und zugleich Beiträge zur Lösung der gesellschaftlichen Herausforderungen in den Bereichen Klima/Energie, Gesundheit, Mobilität, Sicherheit und Kommunikation zu leisten.

Innovationen für ein selbstbestimmtes Leben im Alter

Ziel der Förderung ist der Erhalt der Selbstständigkeit älterer Menschen im vertrauten Umfeld durch Entwicklung technischer Assistenzsysteme und der Entwicklung von Produkten und Dienstleistungen, die neue Technologien und soziales Umfeld miteinander verbinden und verbessern.

Industrie 4.0

Ziel des Zukunftsprojektes Industrie 4.0 ist es, eine moderne Produktion im Zeitalter des Internets zu realisieren. Mit dem Internet der Dinge wird im Rahmen der Umsetzung der Hightech-Strategie eine vierte industrielle Revolution eingeleitet, die über die Vernetzung von Produkten und Prozessen für den Produktlebenszyklus und damit für die Produktion und die produktnahen Dienstleistungen entscheidende Bedeutung hat. Zugleich ermöglicht Industrie 4.0 ressourcenschonende Produktion, größere Individualisierung und Passgenauigkeit von Produkten und Dienstleistungen.

Cyber-Sicherheit

Ziel der Förderung ist es, die Sicherheit IT-basierter Infrastrukturen und Dienstleistungen zu erhöhen. Wirtschaft, Gesellschaft und Politik sind bereits heute in hohem Maße von funktionierenden IT-Systemen abhängig. Gleichzeitig werden die Angriffe auf IT-Systeme immer professioneller und technisch komplexer. Die heute vorhandenen Lösungen zur Abwehr von Cyber-Angriffen reichen nicht mehr aus, um dem steigenden Risiko und Schadenspotential zu begegnen. Der Forschungsschwerpunkt Cyber-Sicherheit unterstützt die Entwicklung neuer und ganzheitlicher Schutz- und Abwehrkonzepte. Neben technischen Lösungen rücken Aspekte wie Risikomanagement und menschliches Verhalten zunehmend in den Fokus neuer IT-Forschungsansätze.

Aus dem Ansatz können auch Ausgaben für die fachliche und kommunikative Begleitung der Programme in Höhe von 3 350 T€ geleistet werden.

683 20 -165	Kommunikationssysteme, IT-Sicherheit	57 000	56 000	52 753

Verpflichtungsermächtigung .... 50 600 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 11 400 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 11 400 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu .... 16 400 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu .... 11 400 T€

Haushaltsvermerk:

Erstattungen der EU für die Entwicklung des Europäischen Forschungsraums (EFR) durch Koordinierung nationaler FuE-Aktivitäten fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Photonische Kommunikationsnetze	9 000
2. Mobile Kommunikationsnetze	7 000
3. Netzbasierte Dienste	6 000
4. IT-Sicherheit	29 000
5. Neue Technologiefelder	6 000
Zusammen	57 000

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 683 20 (Titelgruppe 20)

Neue Netztechnologien und Dienste sowie steigende Anforderungen an die IT-Sicherheit treiben nicht nur die wirtschaftliche Entwicklung voran, sondern sind auch zur Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen wie der informationellen Selbstbestimmung unverzichtbar.

Auf der Grundlage des Förderprogrammes "IKT 2020" werden folgende Schwerpunkte gefördert:

1. Neue Konzepte und Standards für mobile und photonische Netze,
2. Sicherung von IKT-Systemen gegen äußere Einwirkungen,
3. Netzgestützte Anwendungen und Dienste in Verkehr, Medizin und Produktion.

Gefördert werden zudem Beiträge zum Wissenschaftsjahr 2014 "Digitale Gesellschaft".

Aus dem Ansatz können folgende Ausgaben für die Durchführung von Maßnahmen geleistet werden:

Bezeichnung	1 000 €
Projektträgerleistungen	2 846
Programmmanagement	500

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
683 21 -165	Softwaresysteme, Wissenstechnologien	129 605	139 000	130 173

Verpflichtungsermächtigung ... 79 500 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu ... 22 100 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu ... 22 100 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu ... 15 300 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu ... 10 000 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu ... 10 000 T€

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Softwareintensive eingebettete Systeme für das Internet der Dinge	35 000
2. Strukturelle Weiterentwicklung der IT-Forschung	13 000
3. Höchstleistungsrechnen und Grid/Cloud	30 605
4. Interaktive IT-Systeme	30 000
5. KMU-innovativ: IKT - Software Engineering	21 000
Zusammen	129 605

Die Fördermaßnahmen im Bereich der Softwaresysteme und Wissenstechnologien orientieren sich an den Vorgaben des Förderprogramms "IKT 2020". Softwaresysteme bestimmen maßgeblich die Wertschöpfung von Produkten, Fertigungs- und Geschäftsprozessen. Mit der Maßnahme "KMU-innovativ: IKT" ist insbesondere auch eine signifikante Beteiligung der IKT herstellenden und anwendenden mittelständischen Wirtschaft sichergestellt.

Aus dem Ansatz können folgende Ausgaben für die Durchführung von Maßnahmen geleistet werden:

Bezeichnung	1 000 €
Projektträgerleistungen	6 534
Programmmanagement	500

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
683 22 -165	Demografischer Wandel, Mensch-Technik-Interaktion	74 500	76 000	77 421

Verpflichtungsermächtigung ... 59 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu ... 13 900 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu ... 15 600 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu ... 14 600 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu ... 14 900 T€

3004 Forschung für Innovationen, Hightech-Strategie

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 683 22 (Titelgruppe 20)

Erläuterungen:

Gefördert werden technische und soziale Innovationen im Themenfeld Demografischer Wandel und Mensch-Technik-Interaktion (MTI). Die Förderung basiert auf der "Forschungsagenda der Bundesregierung für den demografischen Wandel: Das Alter hat Zukunft" und ist ein Beitrag zur Umsetzung der Demografie-Strategie der Bundesregierung. KMU und europäische Partner finden besondere Berücksichtigung.

Gefördert werden zudem Beiträge zum Wissenschaftsjahr 2013 - Die Demografische Chance.

Aus dem Ansatz können folgende Ausgaben für die Durchführung von Maßnahmen geleistet werden:

Bezeichnung	1 000 €
Projektträgerleistungen	6 175
Programmmanagement	400

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
683 23 -165	Elektroniksysteme	53 000	54 000	48 321

Verpflichtungsermächtigung .... 40 900 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 10 100 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 8 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu .... 12 200 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu .... 10 600 T€

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Innovative Elektroniksysteme für neue Anwendungen insbesondere unter dem Aspekt von Energieeffizienz und Klimaschutz; u. a. durch Leistungselektronik, rechnergestützten Chipentwurf (EDA), hochintegrierte Systeme und neuartige Mikrosysteme	41 000
2. Kompetenzzentren für die Elektronikforschung; u. a. Nanolithografieverfahren, 3D-Silizium-Systemintegration (ASSID), neue Materialien und Prozesstechnologien, NaMLab	11 000
3. Maßnahmen der Nachwuchsförderung, Gemeinsame Geschäftsstelle Elektromobilität (GGEMO)	1 000
Zusammen	53 000

Die Förderung erfolgt im Rahmen des Programms "IKT 2020".

Aus dem Ansatz können folgende Ausgaben für die Durchführung von Maßnahmen geleistet werden:

Bezeichnung	1 000 €
Projektträgerleistungen	4 832
Programmmanagement	500

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 20

683 24 -165	Produktions- und Dienstleistungsforschung, Arbeiten und Kompetenzentwicklung	80 000	80 000	90 189

Verpflichtungsermächtigung... 92 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 30 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 26 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 18 000 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.. 18 000 T€

Haushaltsvermerk:

1. Mehrausgaben **zu Nr. 4 der Erläuterungen** dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1106 Tit. 686 12.

2. Mehrausgaben **zu Nr. 4 der Erläuterungen** dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1106 Tit. 272 02.

   Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Produktionssysteme und -verfahren	46 200
2. Arbeiten - Lernen - Kompetenzen entwickeln. Innovationsfähigkeit in einer modernen Arbeitswelt	19 500
3. Innovationen mit Dienstleistungen	14 300
4. Mittel des Europäischen Sozialfonds (ESF) für Fachprogramme des BMBF: Arbeiten, Lernen, Kompetenzen entwickeln	-
Zusammen	80 000

Zu 1.:
Die Förderung zielt insbesondere darauf ab, Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der industriellen Produktion zu stärken, einschl. der Förderung einer ressourceneffizienten Produktion und neuer Fertigungstechnologien für kleine und mittlere Unternehmen (KMU).

Zu 2.:
Die Förderung hat zum Ziel, die Beschäftigungsfähigkeit der Menschen und die Wandlungsfähigkeit der Unternehmen und damit deren Innovationsfähigkeit zu stärken.

Zu 3.:
Die Dienstleistungsforschung orientiert sich an den großen Zukunftsmärkten und hat Dienstleistungsinnovationen im Zentrum der wichtigsten gesellschaftlichen Bedarfsfelder zum Ziel.

Aus dem Ansatz können folgende Ausgaben für die Durchführung von Maßnahmen geleistet werden:

Bezeichnung	1 000 €
Projektträgerleistungen	5 122
Programmmanagement	430

3004 Forschung für Innovationen, Hightech-Strategie

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 20

683 25 -165	Optische Technologien	102 000	100 000	110 903

Verpflichtungsermächtigung... 85 600 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 21 600 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu... 22 200 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu... 21 800 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu... 20 000 T€

Haushaltsvermerk:

Erstattungen der EU für die Entwicklung des Europäischen Forschungsraums (EFR) durch Koordinierung nationaler FuE-Aktivitäten fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Photonik, Optische Technologien..	94 000
2. Begleitende Maßnahmen...	8 000
Zusammen..	102 000

Die Photonik/Optischen Technologien haben eine Schlüsselstellung zur Lösung zahlreicher gesellschaftlicher Probleme z. B. in den Bereichen Gesundheit, Umwelt, Energie und industrieller Fertigung. Die Handlungsfelder sind im Förderprogramm "Photonik Forschung Deutschland" im Einzelnen dargestellt.

Aus dem Ansatz können folgende Ausgaben für die Durchführung von Maßnahmen geleistet werden:

Bezeichnung	1 000 €
Projektträgerleistungen...	7 420
Programmmanagement..	-

683 26 -165	Neue Werkstoffe, Nanotechnologien	75 000	77 000	77 225

Verpflichtungsermächtigung... 57 900 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 14 100 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu... 14 200 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu... 14 600 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu... 15 000 T€

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Neue Werkstoffe, Nanotechnologien...	56 000
2. Innovationsunterstützende Maßnahmen...	19 000
Zusammen..	75 000

Die Förderung von Forschungsvorhaben ist darauf gerichtet, mit werkstoffbasierten Innovationen entscheidende Voraussetzungen für die Entwicklung wettbewerbsfähiger Produkte in wichtigen Industriezweigen sowie zentralen gesellschaftlichen Bereichen zu schaffen. Im Fokus stehen dabei die Anwendungsfelder Ressourceneffizienz, Umwelt, Gesundheit sowie Risikoforschung und die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses.

Gefördert werden innerhalb dieser Zielsetzung auch Vorhaben der internationalen Zusammenarbeit.

Aus dem Ansatz können folgende Ausgaben für die Durchführung von Maßnahmen geleistet werden:

Bezeichnung	1 000 €
Projektträgerleistungen...	6 259
Programmmanagement..	500

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 20

683 27 -165	Sicherheitsforschung	56 000	57 000	53 070

Verpflichtungsermächtigung... 43 700 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 10 700 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu... 10 800 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu... 11 000 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu... 11 200 T€

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Szenarienorientierte Sicherheitsforschung	32 000
2. Technologieverbünde	9 000
3. Geistes- und sozialwissenschaftliche Dimensionen und gesellschaftlicher Dialog	7 000
4. Internationale Forschungskooperationen	8 000
Zusammen	56 000

Die Sicherheitsforschung soll Beiträge zum Schutz des Menschen, der Wirtschaft und der Gesellschaft vor Bedrohungen der zivilen Sicherheit liefern. Gefahren für die zivile Sicherheit gehen aus von Terrorismus, Sabotage, organisierter Kriminalität, den Folgen von Naturkatastrophen oder technischen Unfällen besonderen Ausmaßes.

Beispielhafte Förderschwerpunkte des Sicherheitsforschungsprogramms II:

1. Sicherheit von Infrastrukturen und Wirtschaft,
2. Schutz vor Gefahrstoffen,
3. Verbesserung des Situationsbewusstseins und der Sicherheitskultur,
4. Stärkung kleiner und mittlerer Unternehmen,
5. internationale Kooperationen.

Aus dem Ansatz können folgende Ausgaben für die Durchführung von Maßnahmen geleistet werden:

Bezeichnung	1 000 €
Projektträgerleistungen	4 206
Programmmanagement	376

Titelgruppe 30

Tgr. 30	Innovation durch Lebenswissenschaften	(495 805)	(519 748)	

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Die Ausgaben sind in Höhe von 35 000 T€ gegenseitig deckungsfähig.
3. Die Ausgaben sind in Höhe von 10 000 T€ mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 683 10.
4. Die Verpflichtungsermächtigungen folgender Titel sind gegenseitig deckungsfähig: 683 10, 683 30, 685 30 und 685 31.

Erläuterungen:

Aus dem Ansatz können auch Ausgaben für die fachliche und kommunikative Begleitung der Programme in Höhe von 6 000 T€ geleistet werden.

3004 Forschung für Innovationen, Hightech-Strategie

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 30

683 30 -165	Bioökonomie	135 000	139 352	135 414

Verpflichtungsermächtigung .... 112 800 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 33 100 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 25 600 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu .... 24 100 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu .... 15 000 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu .... 15 000 T€

Haushaltsvermerk:

Erstattungen der EU für die Entwicklung des Europäischen Forschungsraums (EFR) durch Koordinierung nationaler FuE-Aktivitäten fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Weltweite Ernährung sichern	24 500
2. Agrarproduktion nachhaltig gestalten	16 000
3. Gesunde und sichere Lebensmittel produzieren	12 000
4. Nachwachsende Rohstoffe industriell nutzen	32 500
5. Energieträger auf Basis von Biomasse aufbauen	1 500
6. KMU- und Gründungsförderung, Technologietransfer in den Biowissenschaften	48 000
7. Bioökonomie und Gesellschaft	500
Zusammen	135 000

Zu 1.:
Internationale Projekte zur Sicherung der Welternährung, Pflanzenforschung.

Zu 2.:
Kompetenznetze Agrarforschung, Pflanzenzüchtung im Anbausystem, Boden als nachhaltige Ressource für die Bioökonomie.

Zu 3.:
Tiergesundheit, Tierhaltung, Phänotypisierung von Kulturpflanzen, Lebensmittelproduktion.

Zu 4.:
BioIndustrie 2021, Biotechnologie 2020+, Innovationsinitiative industrielle Biotechnologie.

Zu 5.:
Bioenergieforschung - BioEnergie2021.

Zu 6.:
KMU-innovativ, Gründungsoffensive Biotechnologie.

Aus dem Ansatz können folgende Ausgaben für die Durchführung von Maßnahmen geleistet werden:

Bezeichnung	1 000 €
Projektträgerleistungen	7 146
Programmmanagement	3 100

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 30

685 30 -165	Gesundheitsforschung und Gesundheitswirtschaft	234 805	252 396	250 631

Verpflichtungsermächtigung.. 180 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 44 200 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 45 200 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 40 600 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.. 30 000 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu.. 20 000 T€

Haushaltsvermerk:

1. Einnahmen aus Beiträgen der Länder für die Nationale Kohorte fließen den Ausgaben zu.
2. Ausgaben zum BioPharma-Wettbewerb unter Nr. 5 der Erläuterungen dürfen nur geleistet werden, wenn sichergestellt ist, dass durch den Beitrag der Wirtschaft in der Regel mindestens zwei Drittel der Projektkosten finanziert werden.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Volkskrankheiten	83 415
2. Individualisierte Medizin	63 000
3. Prävention und Ernährung	30 000
4. Versorgungsforschung	15 000
5. Gesundheitswirtschaft (davon BioPharma-Wettbewerb 15 000 T€)	42 900
6. Europäische Forschungsinfrastrukturen (ESFRI)	490
Zusammen	234 805

Zu 1.:
Diverse krankheitsbezogene Maßnahmen, Aktionsplan vernachlässigte Krankheiten, Integrierte Forschungs- und Behandlungszentren (IFB), Krankheitsbezogene internationale Kooperationen (z. B. Era-Netze), Produktentwicklungspartnerschaften (PDP).

Zu 2.:
Klinische Studien, Seltene Erkrankungen, Innovative Therapieverfahren, Biomaterialbanken-Initiative, Translationscluster regenerative Medizin, Innovationen für die individualisierte Medizin.

Zu 3.:
Präventionsforschung, Nationale Kohorte, Ernährungsforschung.

Zu 4.:
Versorgungsforschungsstudien, Gesundheitsökonomie, Aufbau eines Nationalen Notaufnahmeregisters.

Zu 5.:
KMU-innovativ: Medizintechnik, BioPharma-Wettbewerb, Gesundheitsregionen.

Zu 6.:
European Clinical Infrastructure Network (ECRIN).

Die Ausgaben dürfen auch für die Nachwuchsförderung geleistet werden.

Auf der Grundlage des Programms "Gesundheitsforschung" werden mit dem Bundesministerium für Gesundheit und, soweit erforderlich, mit den Ländern abgestimmte Vorhaben in vorstehenden Bereichen gefördert.

Im Rahmen des Gesundheitsforschungsprogramms wird auch die Vernetzung von universitären Einrichtungen untereinander und mit den Deutschen Zentren der Gesundheitsforschung gefördert.

Aus dem Ansatz können folgende Ausgaben für die Durchführung von Maßnahmen geleistet werden:

3004 Forschung für Innovationen, Hightech-Strategie

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 685 30 (Titelgruppe 30)

Bezeichnung	1 000 €
Projektträgerleistungen	18 473
Programmmanagement	4 700

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
685 31 -165	Lebenswissenschaftliche Grundlagenforschung	126 000	128 000	136 279

Verpflichtungsermächtigung .... 88 600 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 24 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 24 400 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu .... 20 200 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu .... 10 000 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu .... 10 000 T€

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Systemmedizin	42 000
2. Systembiologie	44 200
3. Neurowissenschaften	26 000
4. Ersatzmethoden zum Tierversuch	4 800
5. Ethische, rechtliche, soziale Aspekte in den Biowissenschaften	4 800
6. Europäische Forschungsinfrastrukturen (ESFRI)	4 200
Zusammen	126 000

Zu 1.:
Systemorientierte biomedizinische Forschung (Übertragung systemorientierter Forschungsansätze in die Medizin; Generierung, Analyse und Nutzung komplexer biologischer und medizinischer Daten für präventive, diagnostische und therapeutische Verfahren). Etablierung des Forschungsfeldes, internationale Forschungszusammenarbeit und internationale Großprojekte, Nachwuchsförderung, Human Frontier Science Programm Organisation (HFSPO).

Zu 2.:
Aufklärung und mathematische Modellierung molekularer Prozesse mit medizinischer und biotechnologischer Relevanz (z. B. Krankheitsmechanismen, Alterungsprozesse, Diagnose- und Therapieverfahren, biotechnologische Verfahren). Strukturelle Maßnahmen, internationale Forschungszusammenarbeit, Nachwuchsförderung.

Zu 3.:
Strukturelle Maßnahmen im Bereich theoretischer und experimenteller Neurowissenschaften, einschl. Nachwuchsförderung, Altersforschung, Translation in die Anwendung, Internationalisierung.

Zu 4.:
Entwicklung alternativer Analyseverfahren zum Ersatz von Tierversuchen mit klassischen und modernen Ansätzen, Anwendungsfelder in pharmazeutischer Wirkstoffentwicklung und Zulassung, Risikobewertung von Chemikalien, Grundlagenforschung sowie Aus- und Weiterbildung.

Zu 5.:
Forschungsprojekte, Maßnahmen zu Nachwuchs- und Strukturförderung, Diskursprojekte.

Zu 6.:
Forschungsinfrastruktur INFRAFRONTIER: Maßnahme zur Bereitstellung von Mausmodellen als zentrale Ressource für die biochemische Erforschung menschlicher Erkrankungen.

Die Ausgaben dürfen auch für die Nachwuchsförderung geleistet werden.

Aus dem Ansatz können folgende Ausgaben für die Durchführung von Maßnahmen geleistet werden:

Bezeichnung	1 000 €
Projektträgerleistungen	7 931
Programmmanagement	1 000

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Titelgruppe 40			
Tgr. 40	Nachhaltigkeit, Klima, Energie	(432 048)	(450 708)	
685 40 -165	Klimaforschung, Biodiversität und Globalisierte Lebensräume - Forschungs- und Entwicklungsvorhaben	101 749	160 073	141 117

Zu Tgr. 40:

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind in Höhe von 27 000 T€ gegenseitig deckungsfähig.
2. Die Ausgaben sind in Höhe von 10 000 T€ mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 683 10.
3. Die Verpflichtungsermächtigungen folgender Titel sind gegenseitig deckungsfähig: 683 10, 685 40, 685 41, 685 42, **685 43, 685 44** und 894 40.

Erläuterungen:

Auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Vorhaben und Maßnahmen werden entsprechend dem jeweiligen fachlichen Zusammenhang auch aus einer Reihe anderer Titel gefördert.

Zu 685 40:

Verpflichtungsermächtigung... 80 200 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 19 700 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 20 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 20 000 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.. 20 500 T€

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Erstattungen des **BMUB** zur Mitfinanzierung der Geschäftsstelle des Wissenschaftlichen Beirates Globale Umweltveränderungen (WBGU) fließen den Ausgaben zu.
3. **Erstattungen des BMUB zur Mitfinanzierung der nationalen Koordinierungsstelle Intergovernmental Platform on Biodiversity and Ecosystem Services (IPBES) fließen den Ausgaben zu.**

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Klimaforschung	73 549
2. Biodiversität und Ökosysteme	12 000
3. Globalisierte Lebensräume	15 200
4. Sonstige Aktivitäten im Bereich Globaler Wandel	1 000
Zusammen	101 749

Zu 1.:
Forschung für Klimaschutz und regionale Anpassung: "Klimamodellierung und -vorhersage, Climate Service Center (CSC), Ökonomie des Klimawandels, Kompetenzzentren Klimawandel und angepasstes Landmanagement in Afrika, Klimaschutz in Wirtschaft und Gesellschaft, KMU-innovativ-Klimaschutz, Entscheidungswissen für Mitigation und Adaption.

Zu 2.:
Schutz und nachhaltige Nutzung der Biodiversität, Ökosystemdienstleistungen, Forschung zur Umsetzung der internationalen Biodiversitätskonvention (CBD) und der nationalen Biodiversitätsstrategie (NBS).

Zu 3.:
Urbane Wachstumszentren, Nachhaltiges Landmanagement (internationale Aktivitäten), Desertifikation, Governancestrukturen des Globalen Wandels, Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU),

3004 Forschung für Innovationen, Hightech-Strategie

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 685 40 (Titelgruppe 40)

Nationale Koordinierungsstelle Intergovernmental Platform on Biodiversity and Ecosystem Services (IPBES).

Zu 4.:
Beteiligung an internationalen Forschungsprogrammen und Beratungsgremien, Fernerkundung, Sonstige Aktivitäten in der Global Change Forschung.

Aus dem Ansatz können folgende Ausgaben für die Durchführung von Maßnahmen geleistet werden:

Bezeichnung	1 000 €
Projektträgerleistungen	7 747
Programmmanagement	1 500

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamtausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Nach 2013 übertragene Ausgabereste 1 000 €	Veranschlagt 2014 1 000 €	Vorbehalten für 2015 ff 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7
Verfüllung KTB-Bohrungen	645	-	-	-	-	645

Abwicklung des Kontinentalen Tiefbohrprogramms der Bundesrepublik Deutschland (KTB). Für die abschließende Maßnahme der Verfüllung beider Bohrungen gem. BBergG durch das GFZ fallen Kosten frühestens in 2014 nach Ende des Messprogramms an.

Weniger wegen Umstrukturierung der Titelgruppe.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
685 41 -165	Energietechnologien und effiziente Energienutzung - Forschungs- und Entwicklungsvorhaben	68 514	63 980	55 809

Verpflichtungsermächtigung... 54 900 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 13 100 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu... 14 800 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu... 11 000 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu... 8 000 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu... 8 000 T€

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind übertragbar.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Energieeffizienz	31 800
2. Erneuerbare Energiequellen	18 714
3. Nachwuchsförderung nukleare Sicherheitsforschung	10 000
4. Fusionsforschung	8 000
Zusammen	68 514

In den Bereichen "Erneuerbare Energiequellen" und "Energieeffizienz" sollen bei den Forschungseinrichtungen und Hochschulen im wettbewerblichen Verfahren strategisch wichtige Forschungsvorhaben mit Grundlagencharakter gefördert werden, die geeignet sind, im Lichte eines beschleunigten Umbaus des Energiesystems, mittel- bis langfristig zu einer dauerhaften Sicherung der Energieversorgung in Deutschland beizutragen, bei der Versorgungssicherheit, erschwingliche Energiepreise sowie Klima- und Umweltverträglichkeit ausgewogen berücksichtigt sind. Mit der Förderung soll vor allem die Kooperation zwischen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen, ggf. unter Einbindung der Industrie, gestärkt und dadurch die Effizienz der Grundlagenforschung gesteigert werden.

Im Bereich der nuklearen Sicherheits- und Entsorgungsforschung wird eine Förderinitiative fortgeführt, die unter Berücksichtigung des Beschlusses über den Ausstieg aus der Kernenergie bis 2022 besonders grundlagennahe Arbeiten zur Sicherheitsforschung für Kernreaktoren und zur nuklearen Entsorgung sowie Strahlenforschung umfasst. Damit soll insbesondere die Nachwuchsförderung an Hochschulen unterstützt werden, um einem Kompetenzverlust in der Kerntechnik und in der Strahlenforschung in Deutschland mit Blick auf nationale und internationale Erfordernisse entgegenzuwirken.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 685 41 (Titelgruppe 40)

Für die Fusionsforschung werden zur Unterstützung der deutschen Fusionsforschungsinstitute und der deutschen Industrie bei der Einwerbung von Aufträgen zu ITER und DEMO sowie für ITER begleitende Maßnahmen zeitlich befristete Projektfördermittel eingesetzt.

Aus dem Ansatz können folgende Ausgaben für die Durchführung von Maßnahmen geleistet werden:

Bezeichnung	1 000 €
Projektträgerleistungen	3 490
Programmmanagement	500

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
685 42 -165	Umwelttechnologien und Ressourcen	106 190	140 905	138 380

Verpflichtungsermächtigung .... 80 960 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 21 840 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 18 320 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu .... 16 800 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu .... 12 000 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu .... 12 000 T€

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind übertragbar.

Erläuterungen:

	Bezeichnung	1 000 €
	Nachhaltiges Wirtschaften und Ressourcen	
1.	Umwelttechnologien und Rohstoffeffizienz	
1.1	Rohstoffnahe Produktionssysteme	20 300
1.2	Internationale Partnerschaften für Umwelt- und Klimaschutz	16 338
1.3	Technologien für Nachhaltigkeit und Klimaschutz	16 117
2.	Nachhaltiges Wassermanagement	41 680
3.	Nachhaltiges Landmanagement	11 755
	Zusammen	106 190

Zu 1.1:
Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie im Bereich Rohstoffproduktivität und Steigerung der Ressourceneffizienz im industriellen Bereich, einschließlich spezifischer Maßnahmen für KMU (KMU-innovativ).

Zu 1.2:
Stärkung der deutschen Unternehmen im internationalen Leitmarkt "Umwelttechnologien". Schwerpunkt ist die Zusammenarbeit mit den wichtigsten Schwellenländern.

Zu 1.3:
Erschließung und Nutzung neuer Technologien, insbesondere zur stofflichen Nutzung von CO_2.

Zu 2.:
Umsetzung des Förderschwerpunktes "Nachhaltiges Wassermanagement" (NaWaM).

Zu 3.:
Förderung von FuE zum nachhaltigen Landmanagement, Transferaktivitäten.

Aus dem Ansatz können folgende Ausgaben für die Durchführung von Maßnahmen geleistet werden:

Bezeichnung	1 000 €
Projektträgerleistungen	8 885
Programmmanagement	-

Weniger wegen Umstrukturierung der Titelgruppe.

3004 Forschung für Innovationen, Hightech-Strategie

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 40

685 43 -165	Gesellschaftswissenschaften für Nachhaltigkeit	27 336		

Verpflichtungsermächtigung... 20 240 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 5 460 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 4 580 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 4 200 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.. 3 000 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu.. 3 000 T€

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind übertragbar.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Sozial-ökologische Forschung und Wirtschaftswissenschaften für Nachhaltigkeit	13 000
2. Verbreitungsstrategien	2 936
3. Internationale Maßnahmen	1 000
4. Weiterentwicklung für Nachhaltigkeitsstrategien	8 000
5. Themenübergreifende Ansätze in der Nachhaltigkeit	2 400
Zusammen	27 336

Zu 1.:
Transdisziplinäre Förderung von FuE zu Nachhaltigkeitsthemen insbesondere sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Aspekte.

Zu 2:
Projekte zur Verbreitung des Nachhaltigkeitsprinzips in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik.

Zu 3:
Unterstützung verschiedener internationaler Initiativen mit Bezug zu Forschung für nachhaltige Entwicklung.

Zu 4.:
Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS) in Potsdam: Ziel des nach Aufgabe und Zuschnitt weltweit herausragenden Instituts ist es, die transdisziplinäre Forschung für einen globalen Gesellschaftsvertrag zur Nachhaltigkeit, zur Transformation des Energiesystems und zu Klimawandel und Klimaschutz voranzutreiben, insbesondere durch strategische Dialoge mit Wirtschaft, Politik und Gesellschaft.

Zu 5.:
Förderung von FuE zu übergreifenden systemischen Aspekten der Nachhaltigkeit (z. B. nachhaltiges Wirtschaften, nachhaltige Stadtentwicklung) sowie Förderung der Nachhaltigkeit in der Wissenschaft.

Aus dem Ansatz können folgende Ausgaben für die Durchführung von Maßnahmen geleistet werden:

Bezeichnung	1 000 €
Projektträgerleistungen	3 218
Programmmanagement	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 40

685 44 -165	Küsten-, Meeres- und Polarforschung, Geoforschung - Forschungs- und Entwicklungsvorhaben	45 483		

Verpflichtungsermächtigung... 35 600 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 8 800 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu... 9 100 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu... 8 800 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu... 8 900 T€

Haushaltsvermerk:

1. **Die Ausgaben zu Nr. 1, 2, 3, 4 und 5 der Erläuterungen sind übertragbar.**
2. **Mehrausgaben zu Nr. 6 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 272 01.**

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Küstenforschung	2 000
2. Meeres- und Polarforschung	19 559
3. Geoforschung	6 424
4. Betrieb von Forschungsschiffen	17 000
5. Sonstige Aktivitäten Küsten-, Meeres- und Polarforschung, Geoforschung	500
6. Zuschuss der EU aus dem Programm BONUS-ERANET	-
Zusammen	45 483

Zu 1.:
Forschung zur nachhaltigen Entwicklung der deutschen und internationalen Küstengebiete sowie Förderung anwendungsnaher Forschungsprojekte des Kuratoriums für Forschung im Küsteningenieurwesen.

Zu 2.:
Interdisziplinäre Forschung zu den grundlegenden Prozessen des globalen Stoff- und Energieaustausches in Meer und Eis sowie den marinen und polaren Ökosystemen einschließlich internationale Zusammenarbeit, natürliche CO_2-Speicherung, klimarelevante Meeres- und Polarforschung.

Zu 3.:
Gemeinschaftsinitiative von BMBF und DFG (Sonderprogramm GEOTECHNOLOGIEN) sowie wissenschaftliche Untersuchungen von Geoprozessen der kontinentalen und ozeanischen Lithosphäre mit Hilfe von land-, meer- und weltraumgestützten Untersuchungsmethoden, FuE zur Vorsorge gegen Naturrisiken, internationale Zusammenarbeit.

Zu 4.:
Betrieb FS METEOR, FS MERIAN, FS SONNE.

Aus dem Ansatz können folgende Ausgaben für die Durchführung von Maßnahmen geleistet werden:

Bezeichnung	1 000 €
Projektträgerleistungen	3 003
Programmmanagement	200

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamtausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Nach 2013 übertragene Ausgabereste 1 000 €	Veranschlagt 2014 1 000 €	Vorbehalten für 2015 ff 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7
Verfüllung KTB-Bohrungen	645	-	-	-	-	645

Abwicklung des Kontinentalen Tiefbohrprogramms der Bundesrepublik Deutschland (KTB). Für die abschließende Maßnahme der Verfüllung beider Bohrungen gem. BBergG durch das GFZ fallen Kosten frühestens in 2014 nach Ende des Messprogramms an.

3004 Forschung für Innovationen, Hightech-Strategie

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 40

894 40 -165	Klimaforschung und System Erde, Energie - Investitionen	82 776	85 750	19 636

Verpflichtungsermächtigung.. 151 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 62 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 48 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 22 000 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.. 19 000 T€

Haushaltsvermerk:

Einnahmen aus Beiträgen der Länder Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg und Bremen für den Nachfolgebau Forschungsschiff Sonne fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamtausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Nach 2013 übertragene Ausgabereste 1 000 €	Veranschlagt 2014 1 000 €	Vorbehalten für 2015 ff 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7
4. Atmosphärenflugzeug..	47 912	47 912	-	-	-	-
5. Standortspezifische CO_2-Deponierung (Gasspeicher und Aquifere)...	27 343	23 816	2 527	-	1 000	-
6. Nachsorgeprojekt Deutsch-Indonesisches Frühwarnsystem......	7 275	3 487	2 641	-	1 147	-
7. Künftige Investitionen im Bereich Meeresforschung und Geowissenschaften (Schiffe)...	515 311	43 036	67 782	-	68 013	336 480
8. künftige Investitionen im Bereich Klimaforschung.......................	58 264	-	11 800	-	11 616	34 848
9. großgerätebezogene Querschnittsaktivitäten.............................	12 391	7 391	1 000	-	1 000	3 000
Zusammen..	668 496	125 642	85 750	-	82 776	374 328

Zu 4.: Leistungen Dritter in Höhe von 20 300 T€ (29 Prozent)

Zu 4.:
Beschaffung eines Forschungsflugzeuges für Atmosphärenforschung und Fernerkundung.

Zu 5.:
Standortspezifische CO_2-Deponierung in Gasspeichern und Aquiferen.

Zu 6.:
Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen, um den Übergang zu einem optimalen und nachhaltigen Betrieb durch Indonesien sicherzustellen.

Zu 7.:
Ersatz deutscher Forschungsschiffe, insbesondere Nachfolgebauten FS Sonne, FS Polarstern, FS Poseidon und andere Großgeräte.

Zu 8.:
Anpassung Klimarechner, Monitoring Globaler Wandel (u. a. In-Service Aircraft for a Global Observing System (IAGOS)).

Aus dem Ansatz können folgende Ausgaben für die Durchführung von Maßnahmen geleistet werden:

Bezeichnung	1 000 €
Projektträgerleistungen..	700
Programmmanagement...	-

Die Mittel zur Finanzierung des TEWS-Projektes (D/Indonesien) wurden in den Jahren 2005 bis 2010 aus dem Epl. 23 (BMZ) in Höhe von insgesamt 45 Mio. € bereitgestellt.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Titelgruppe 50

Tgr. 50	Ausgewählte Schwerpunkte der naturwissenschaftlichen Grundlagenforschung	(249 932)	(282 600)	
	Haushaltsvermerk: Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.			
685 50 -165	Naturwissenschaftliche Grundlagenforschung - Forschungs- und Entwicklungsvorhaben	34 584	39 200	38 373

Verpflichtungsermächtigung... 26 300 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 7 600 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 9 300 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 2 500 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.. 6 900 T€

894 50 -165	Naturwissenschaftliche Grundlagenforschung - Investitionen	215 348	243 400	173 462

Verpflichtungsermächtigung... 283 298 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 26 791 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 55 781 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 100 726 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.. 98 000 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu.. 2 000 T€

Erläuterungen:

Bezeichnung	FuE-Vorhaben 1 000 €	Investitionen 1 000 €
1	2	3
1. Elementarteilchenphysik im Bereich hoher Energien, insbesondere bei CERN und DESY	8 400	9 000
2. Hadronen- und Kernphysik, insbesondere bei CERN und GSI...	7 000	10 000
3. Erforschung kondensierter Materie durch Nutzung insbesondere von Neutronenquellen (insbesondere an den Reaktoren ILL, Grenoble, HZB (BER II), FRM II) und von Synchrotronstrahlungsquellen (insbesondere bei DESY (Petra III), HZB (BESSY II) sowie ESRF in Grenoble)...	6 084	17 500
4. Verbundforschung an ausgewählten Geräten der Astrophysik und Astroteilchenphysik.........	2 500	10 600
5. Förderung ausgewählter Gebiete problemorientierter Mathematik.......................................	5 200	-
6. Apparative Entwicklungen im Rahmen der Förderbereiche (u. a. FRM II, Spiral 2)............	-	9 600
7. Großgeräte der Grundlagenforschung (XFEL, FAIR, ESS, ELI, E-ELT)......................	-	152 912
8. Maßnahme deutsch-russische und deutsch-schwedische Partnerschaft.............................	5 400	-
9. FIS-Roadmap/ESFRI-Vorhaben.....................	-	5 736
Zusammen...	34 584	215 348

Aus dem Ansatz können folgende Ausgaben für die Durchführung von Maßnahmen geleistet werden:

Bezeichnung	1 000 €
Projektträgerleistungen	
Tit. 685 50..	3 958

3004 Forschung für Innovationen, Hightech-Strategie

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 894 50 (Titelgruppe 50)

Bezeichnung	1 000 €
Tit. 894 50	957
Programmmanagement	
Tit. 685 50	35
Tit. 894 50	500

Zu 7.:
Gefördert wird der Ausbau folgender Großgeräte: Röntgenlaser XFEL, bei DESY, Hamburg; Facility for Antiproton und Ion Research (FAIR), bei GSI, Darmstadt sowie European Spallation Source (ESS), Lund/Schweden und Extreme Light Intensity short pulse Laser (ELI) in Prag und Standorten in Rumänien und Ungarn sowie das European Extremely Large Telescope (E-ELT).

Zu 9.:
Vorsorge für die nationale Roadmap der Forschungsinfrastrukturen (FIS) sowie die damit verbundenen neuen Vorhaben der europäischen Roadmap für die Forschungsinfrastrukturen (ESFRI, European Strategy Forum on Research Infrastructures).

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamt-ausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Nach 2013 übertragene Ausgabereste 1 000 €	Veranschlagt 2014 1 000 €	Vorbehalten für 2015 ff 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7
1. XFEL (incl. FEL 2004 und FEL 2006)	408 490	274 890	79 900		39 100	14 600
2. FAIR	714 229	56 077	71 500		100 548	486 104
3. ESS in Lund/Schweden	202 531	12 082	7 000		7 000	176 449
4. ELI in Prag und Standorten in Rumänien und Ungarn	13 000	-	500		500	12 000
5. E-ELT	60 665	-	5 651		5 764	49 250
Zusammen	1 398 915	343 049	164 551	-	152 912	738 403

Zu 1.: Leistungen Dritter in Höhe von 425 000 T€ (51 Prozent)
Zu 2.: Leistungen Dritter in Höhe von 329 000 T€ (32 Prozent)

In Zusammenhang mit den genannten Großgeräten sind im Einzelplan 30 darüber hinaus Mittel in den Titeln 894 70 veranschlagt.

Kapitel / Titel	**Maßnahme**	1 000 €
1	2	3
3004/894 70	Investition für XFEL (DESY); Gesamt: 97 600 T€	7 308
	Investition für FAIR (GSI); Gesamt: 97 720 T€	9 000
Zusammen		16 308

Die Projekte werden je nach Standort von der Freien und Hansestadt Hamburg, den Ländern Schleswig-Holstein und Hessen sowie internationalen Partnern mitfinanziert.

Zu Tit. 685 50 und 894 50

Nationale und internationale Forschungseinrichtungen stellen -vom Bund gefördert- Forschungsplattformen für die naturwissenschaftliche Grundlagenforschung zur Verfügung.

Gefördert werden neben Investitionen zum Bau von Großgeräten Vorhaben deutscher Forschergruppen (insbesondere Hochschulen) zur Erforschung, Entwicklung und zum Bau neuer innovativer Instrumentierungen und Methoden für Großgeräte. Diese Arbeiten führen insbesondere zu einer breiteren, innovativen Nutzung der Großgeräte sowie zur Ausbildung qualifizierten Nachwuchses. Die Förderung erfolgt in enger Abstimmung mit der Deutschen Forschungsgemeinschaft.

Weniger wegen Anpassung an den Bedarf.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Titelgruppe 60

Tgr. 60	Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e. V. (FhG), München	(510 244)	(489 946)	

Haushaltsvermerk:

1. Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: Kap. 3003 Tit. 821 20.
2. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.
3. Die FhG ist ermächtigt, Lizenzerträge aus der MP3-Technologie in eine Fraunhofer-Zukunftsstiftung einzubringen.
4. Die FhG ist ermächtigt, bis zu 5 Prozent, im Einzelfall bis zu 10 Mio. €, der institutionellen Zuwendungsmittel an eine juristische Person, an der sie beteiligt ist oder der sie angehört, insbesondere zur Vernetzung mit der Wissenschaft und zur Kooperation mit der Wirtschaft, zu institutionellen Zwecken weiterzugeben. Die Weitergabe institutioneller Zuwendungsmittel über 500 T€ im Einzelfall an Empfänger im Ausland bedarf der Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages.

Erläuterungen:

Aufgrund des Verwaltungsabkommens zwischen Bund und Ländern über die Errichtung einer Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK) vom 19. September 2007 (BAnz. Nr. 195 S. 7787) und der Ausführungsvereinbarung über die gemeinsame Förderung der Fraunhofer Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e. V. (FhG) vom 27. Oktober 2008 wird die FhG als Träger für 60 Einrichtungen vom Bund und von den Ländern (mit Ausnahme von Hamburg) im Verhältnis 90:10 finanziell gefördert.

Die von der gemeinsamen Bund/Länder-Finanzierung ausgenommenen Einrichtungen für Verteidigungsforschung werden vom Bund aus Epl. 14 und teilweise aus Epl. 30 gefördert.

Aufgaben der FhG:

Angewandte Forschung und Entwicklung für Industrie und öffentliche Aufgaben, insbesondere im Wege der Vertragsforschung.

Bis zum 31.12.2012 nicht verbrauchte Selbstbewirtschaftungsmittel: 0 T€.

685 60 -164	FhG - Betrieb	353 276	340 453	320 431

Haushaltsvermerk:

1. Die Mittel dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.
2. Die FhG stellt bis zu **5 000 T€** für FhG-Forschungsgruppen an Fachhochschulen aus dem Ansatz zur Verfügung.

Erläuterungen:

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	Finanzierungsanteil in Prozent ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
Institutionelle Förderung/Zuschüsse an Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO					
Inland					
Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e. V. (FhG), München	44,33	84,71	581 296	554 039	527 878
- aus Kap. 1420 Tit. 685 21			*54 586*	*53 843*	*55 833*
- aus Kap. 1420 Tit. 894 21			*16 466*	*10 250*	*9 240*
- aus Kap. 3004 Tit. 685 60			*353 276*	*340 453*	*320 431*
- aus Kap. 3004 Tit. 894 60			*156 968*	*149 493*	*142 374*

3004 Forschung für Innovationen, Hightech-Strategie

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 685 60 (Titelgruppe 60)

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6
Ausland					
0.0.50 davon für Fraunhofer USA, Inc.			8 100	8 280	6 660
- aus Kap. 3004 Tit. 685 60			*7 634*	*7 829*	*6 211*
- aus Kap. 3004 Tit. 894 60			*466*	*451*	*449*
0.0.51 davon für Fraunhofer Austria Research GmbH			1 080	1 170	810
- aus Kap. 3004 Tit. 685 60			*1 049*	*1 138*	*810*
- aus Kap. 3004 Tit. 894 60			*31*	*32*	*-*
0.0.52 davon für Fraunhofer Portugal Research Associacao			810	810	810
- aus Kap. 3004 Tit. 685 60			*741*	*746*	*720*
- aus Kap. 3004 Tit. 894 60			*69*	*64*	*90*
0.0.53 davon für Fraunhofer-Chalmers Research Centre for Industrial Mathematics			540	450	450
- aus Kap. 3004 Tit. 685 60			*528*	*439*	*439*
- aus Kap. 3004 Tit. 894 60			*12*	*11*	*11*
0.0.54 davon für Fraunhofer UK Research Ltd			630	360	990
- aus Kap. 3004 Tit. 685 60			*485*	*295*	*594*
- aus Kap. 3004 Tit. 894 60			*145*	*65*	*396*
Zusammen			581 296	554 039	527 878
- Summe Kap. 1420 Tit. 685 21			*54 586*	*53 843*	*55 833*
- Summe Kap. 1420 Tit. 894 21			*16 466*	*10 250*	*9 240*
- Summe Tit. 685 60			*353 276*	*340 453*	*320 431*
- Summe Tit. 894 60			*156 968*	*149 493*	*142 374*

Wirtschaftsplan siehe Anlage zum Kapitel 3004.

Zu 0.0.50 Fraunhofer USA, Inc.:
Wirtschaftsplanvolumen 43 500 T€, Projektförderung des Bundes 0 T€, Personal (umgerechnet auf Vollbeschäftigte): 280

Zu 0.0.51 Fraunhofer Austria Research GmbH:
Wirtschaftsplanvolumen 3 500 T€, Projektförderung des Bundes 0 T€, Personal (umgerechnet auf Vollbeschäftigte): 37

Zu 0.0.52 Fraunhofer Portugal Research Associacao:
Wirtschaftsplanvolumen 3 500 T€, Projektförderung des Bundes 0 T€, Personal (umgerechnet auf Vollbeschäftigte): 56

Zu 0.0.53 Fraunhofer-Chalmers Research Centre:
Wirtschaftsplanvolumen 4 500 T€, Projektförderung des Bundes 0 T€, Personal (umgerechnet auf Vollbeschäftigte): 38

Zu 0.0.54 Fraunhofer UK Research Ltd.:
Wirtschaftsplanvolumen 3 900 T€, Projektförderung des Bundes 0 T€, Personal (umgerechnet auf Vollbeschäftigte): 23,5

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
894 60 -164	FhG - Investitionen	156 968	149 493	142 374

Verpflichtungsermächtigung .... 100 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu .... 30 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu .... 35 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu .... 35 000 T€

Haushaltsvermerk:

Die Mittel dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamtausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Nach 2013 übertragene Ausgabereste 1 000 €	Veranschlagt 2014 1 000 €	Vorbehalten für 2015 ff 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7
62 Ausbaumaßnahmen für Institutsbauten	321 720	50 605	77 565	-	70 525	123 025

Leistungen Dritter in Höhe von 63 420 T€ (16 Prozent)

Zuwendungsempfänger: Zusammenstellung siehe Erläuterungen zu Tit. 685 60.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Titelgruppe 70

Tgr. 70	Zentren der Hermann von Helmholtz-Gemeinschaft (HGF-Zentren)	(2 078 654)	(1 955 266)	

Haushaltsvermerk:

1. Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: Kap. 3003 Tit. 821 20.
2. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.
3. Die Ausgaben sind in Höhe von 10 000 T€ mit folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: Kap. 0901 Tit. 685 31 und 894 31.
4. Die in Tit. 685 70 genannten Helmholtz-Zentren sind ermächtigt, bis zu 5 Prozent, im Einzelfall bis zu 10 Mio. €, der institutionellen Zuwendungsmittel an eine juristische Person, an der das Helmholtz-Zentrum beteiligt ist oder der es angehört, insbesondere zur Vernetzung mit der Wissenschaft und zur Kooperation mit der Wirtschaft, zu institutionellen Zwecken weiterzugeben. Die Weitergabe institutioneller Zuwendungsmittel über 500 T€ im Einzelfall an Empfänger im Ausland bedarf der Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages.
5. Im Rahmen der Kooperation der HGF-Zentren mit der Technischen Universität München - **Heinz Maier-Leibnitz Zentrum (MLZ)** - ist FZJ ermächtigt, bis zu 10 760 T€ der institutionellen Zuwendungsmittel zu institutionellen Zwecken weiter zu geben.

Erläuterungen:

Aufgrund des Verwaltungsabkommens zwischen Bund und Ländern über die Errichtung einer Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK) vom 19. September 2007 (BAnz. Nr. 195 S. 7787) werden die Zentren der Hermann von Helmholtz-Gemeinschaft (HGF-Zentren) vom Bund und von den Ländern in der Regel im Verhältnis 90:10 finanziell gefördert. Die Förderung betrifft programmorientierte Aktivitäten in den Forschungsbereichen "Struktur der Materie", "Erde und Umwelt", "Luftfahrt, Raumfahrt und Verkehr", "Gesundheit", "Energie" und "Schlüsseltechnologien". Im Rahmen des Gesamtansatzes für die Forschungsbereiche werden sich die Zuwendungen für die einzelnen HGF-Zentren nach Maßgabe eines wettbewerblichen Verfahrens (Programmorientierte Förderung) verändern können. Die Mittel können im Umfang von bis zu 72 642 T€ (Bundesanteil) für ein vom Präsidenten des HGF e. V. verwaltetes gemeinsames Maßnahmenprogramm insbesondere zur Förderung der Vernetzung der Helmholtz-Zentren mit Hochschulen und zur Erschließung neuer Forschungsansätze verwendet werden (Impuls- und Vernetzungsfonds der Helmholtz-Gemeinschaft). Darin enthalten sind auch die anteiligen Kosten für die Verwaltung dieses Fonds.

Bis zum 31.12.2012 nicht verbrauchte Selbstbewirtschaftungsmittel: 244 617 T€.

685 70 -164	HGF-Zentren - Betrieb	1 674 940	1 530 604	1 443 339

Verpflichtungsermächtigung.. 310 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 70 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 70 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 70 000 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.. 100 000 T€

Haushaltsvermerk:

Die Mittel dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.

3004 Forschung für Innovationen, Hightech-Strategie

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 685 70 (Titelgruppe 70)

Erläuterungen:

	Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	1	2	3	4	5	6
	Institutionelle Förderung/Zuschüsse an Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO					
1.	Stiftung Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung (AWI), Bremerhaven	88,45	89,96	105 828	100 335	97 005
	- aus Kap. 3004 Tit. 685 70			*88 603*	*78 312*	*76 431*
	- aus Kap. 3004 Tit. 894 70			*17 225*	*22 023*	*11 785*
	- aus Kap. 3004 Tit. 894 71			*-*	*-*	*8 789*
2.	Deutsches Elektronen-Synchrotron (DESY), Hamburg	90,33	90,34	215 583	206 611	205 864
	- aus Kap. 3004 Tit. 685 70			*156 157*	*153 164*	*147 510*
	- aus Kap. 3004 Tit. 894 70			*59 426*	*53 447*	*21 056*
	- aus Kap. 3004 Tit. 894 71			*-*	*-*	*37 298*
3.	Stiftung Deutsches Krebsforschungszentrum (DKFZ), Heidelberg	81,03	90,00	154 495	138 584	128 893
	- aus Kap. 3004 Tit. 685 70			*129 521*	*116 510*	*108 167*
	- aus Kap. 3004 Tit. 894 70			*24 974*	*22 074*	*12 383*
	- aus Kap. 3004 Tit. 894 71			*-*	*-*	*8 343*
4.	Forschungszentrum Jülich GmbH (FZJ), Jülich	89,13	89,35	351 762	328 079	322 187
	- aus Kap. 3004 Tit. 685 70			*248 965*	*242 927*	*229 829*
	- aus Kap. 3004 Tit. 685 80			*50 096*	*30 015*	*49 881*
	- aus Kap. 3004 Tit. 685 81			*8 634*	*6 488*	*5 222*
	- aus Kap. 3004 Tit. 894 70			*44 067*	*48 649*	*24 796*
	- aus Kap. 3004 Tit. 894 71			*-*	*-*	*12 459*
4.0.10	davon für German Research School for Simulation Sciences GmbH, Jülich			-	1 200	1 200
	- aus Kap. 3004 Tit. 685 70			*-*	*1 200*	*1 200*
4.0.11	davon für Heinz Maier-Leibnitz Zentrum (MLZ) am FRM II	78,43	78,43	10 760	10 760	10 760
	- aus Kap. 3004 Tit. 685 70			*10 760*	*10 760*	*10 760*
5.	Sondervermögen Großforschung beim Karlsruher Institut für Technologie (KIT), Eggenstein-Leopoldshafen	88,55	89,34	249 667	249 363	240 279
	- aus Kap. 3004 Tit. 685 70			*212 481*	*210 309*	*202 667*
	- aus Kap. 3004 Tit. 894 70			*37 186*	*39 054*	*16 392*
	- aus Kap. 3004 Tit. 894 71			*-*	*-*	*21 220*
6.	Helmholtz-Zentrum Potsdam, Deutsches GeoForschungs-Zentrum - GFZ, Potsdam	88,33	90,00	47 651	46 039	46 169
	- aus Kap. 3004 Tit. 685 70			*36 523*	*34 990*	*33 101*
	- aus Kap. 3004 Tit. 894 70			*11 128*	*11 049*	*7 647*
	- aus Kap. 3004 Tit. 894 71			*-*	*-*	*5 421*
7.	Helmholtz-Zentrum Geesthacht, Zentrum für Material- und Küstenforschung GmbH (HZG), Geesthacht	89,75	90,08	86 847	72 152	69 659
	- aus Kap. 3004 Tit. 685 70			*56 253*	*52 197*	*49 864*
	- aus Kap. 3004 Tit. 685 80			*7 920*	*6 823*	*6 513*
	- aus Kap. 3004 Tit. 685 81			*963*	*888*	*679*
	- aus Kap. 3004 Tit. 894 70			*21 711*	*12 244*	*9 036*
	- aus Kap. 3004 Tit. 894 71			*-*	*-*	*3 567*
8.	Helmholtz-Zentrum München, Deutsches Forschungszentrum für Gesundheit und Umwelt GmbH (HMGU), Neuherberg bei München	91,32	91,58	159 404	138 456	133 285
	- aus Kap. 3004 Tit. 685 70			*129 177*	*112 234*	*108 693*
	- aus Kap. 3004 Tit. 894 70			*30 227*	*26 222*	*14 521*
	- aus Kap. 3004 Tit. 894 71			*-*	*-*	*10 071*
9.	GSI Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung GmbH, Darmstadt	89,89	90,00	114 558	114 176	109 470
	- aus Kap. 3004 Tit. 685 70			*98 776*	*81 656*	*84 568*
	- aus Kap. 3004 Tit. 894 70			*15 782*	*32 520*	*8 860*
	- aus Kap. 3004 Tit. 894 71			*-*	*-*	*16 042*

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 685 70 (Titelgruppe 70)

	Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent mit Eigenmittel	ohne Eigenmittel	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	1	2	3	4	5	6
10.	Helmholtz-Zentrum Berlin für Materialien und Energie GmbH (HZB), Berlin	89,71	89,86	106 731	102 791	94 027
	- aus Kap. 3004 Tit. 685 70			*77 133*	*75 806*	*72 633*
	- aus Kap. 3004 Tit. 685 81			*144*	*144*	*229*
	- aus Kap. 3004 Tit. 894 70			*29 454*	*26 841*	*15 585*
	- aus Kap. 3004 Tit. 894 71			-	-	*5 580*
11.	Helmholtz-Zentrum für Infektionsforschung GmbH (HZI), Braunschweig	91,62	92,25	67 149	61 501	58 235
	- aus Kap. 3004 Tit. 685 70			*59 274*	*54 427*	*48 849*
	- aus Kap. 3004 Tit. 894 70			*7 875*	*7 074*	*1 725*
	- aus Kap. 3004 Tit. 894 71			-	-	*7 661*
11.0.10	davon für TWINCORE GmbH, Hannover			1 013	1 013	853
	- aus Kap. 3004 Tit. 685 70			*1 013*	*1 013*	*853*
12.	Max-Planck-Institut für Plasmaphysik (IPP), Garching bei München	89,97	90,00	95 614	95 053	92 622
	- aus Kap. 3004 Tit. 685 70			*64 796*	*65 628*	*64 336*
	- aus Kap. 3004 Tit. 894 70			*30 818*	*29 425*	*11 178*
	- aus Kap. 3004 Tit. 894 71			-	-	*17 108*
13.	Stiftung Max-Delbrück-Centrum für Molekulare Medizin (MDC), Berlin-Buch	92,68	93,89	125 914	76 522	69 278
	- aus Kap. 3004 Tit. 685 70			*110 764*	*66 455*	*59 337*
	- aus Kap. 3004 Tit. 894 70			*15 150*	*10 067*	*5 315*
	- aus Kap. 3004 Tit. 894 71			-	-	*4 626*
14.	Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung GmbH - UFZ, Leipzig	89,97	90,00	58 886	60 516	57 245
	- aus Kap. 3004 Tit. 685 70			*47 993*	*46 057*	*46 111*
	- aus Kap. 3004 Tit. 894 70			*10 893*	*14 459*	*6 066*
	- aus Kap. 3004 Tit. 894 71			-	-	*5 068*
15.	Deutsches Zentrum für Neurodegenerative Erkrankungen e. V. (DZNE), Bonn	57,38	57,40	70 938	73 988	56 318
	- aus Kap. 3004 Tit. 685 70			*49 664*	*46 535*	*32 895*
	- aus Kap. 3004 Tit. 894 70			*21 274*	*27 453*	*19 703*
	- aus Kap. 3004 Tit. 894 71			-	-	*3 720*
16.	Rekrutierungsinitiative			13 972	5 500	-
	- aus Kap. 3004 Tit. 685 70					
18.	auf die Helmholtz-Zentren im Rahmen der Programmorientierten Förderung noch zu verteilende Mittel			-	-	-
	- aus Kap. 3004 Tit. 685 70					
19.	Helmholtz-Zentrum Dresden-Rossendorf (HZDR)	79,19	79,30	82 726	80 478	76 870
	- aus Kap. 3004 Tit. 685 70			*61 208*	*55 216*	*48 058*
	- aus Kap. 3004 Tit. 894 70			*21 518*	*25 262*	*13 146*
	- aus Kap. 3004 Tit. 894 71			-	-	*15 666*
20.	Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung (GEOMAR), Kiel	88,87	88,87	38 686	49 480	38 090
	- aus Kap. 3004 Tit. 685 70			*33 680*	*32 681*	*30 290*
	- aus Kap. 3004 Tit. 894 70			*5 006*	*16 799*	*1 800*
	- aus Kap. 3004 Tit. 894 71			-	-	*6 000*
Zusammen				2 146 411	1 999 624	1 895 496
- Summe Tit. 685 70				*1 674 940*	*1 530 604*	*1 443 339*
- Summe Tit. 685 80				*58 016*	*36 838*	*56 394*
- Summe Tit. 685 81				*9 741*	*7 520*	*6 130*
- Summe Tit. 894 70				*403 714*	*424 662*	*200 994*
- Summe Tit. 894 71				-	-	*188 639*

Wirtschaftspläne zu 1., 2., 3., 4., 4.0.11, 5., 6., 7., 8., 9., 10., 11., 12., 13., 14., 15., 19. und 20. siehe Anlage zum Kapitel 3004.

Zu 1. AWI:
Forschung in den polar- bzw. meeresbezogenen Biowissenschaften, Geowissenschaften, Ozeanographie, Glaziologie, Meteorologie und Chemie. Das AWI erforscht multidisziplinär und in enger nationaler und internationaler Kooperation die Arktis, Antarktis und Ozeane mittlerer und hoher Breiten im Erdsystem. Es koordiniert die Polarforschung in Deutschland und stellt wichtige polare Forschungsinfrastrukturen für die nationale und internationale Wissenschaft zur Verfügung.

Zu 2. DESY:
Forschung und Entwicklung, insbesondere auf dem Gebiet der Elementarteilchenphysik und der Synchrotronstrahlung.

3004 Forschung für Innovationen, Hightech-Strategie

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 685 70 (Titelgruppe 70)

Aus dem Wirtschaftsplan werden Zuwendungen des Bundes in Höhe von bis zu 7 308 T€ für den Aufbau des Röntgenlasers XFEL, eines neuen Großgeräts der Grundlagenforschung, im Rahmen einer Projektförderung an die European XFEL GmbH weitergeleitet.

Zu 3. DKFZ:
Erforschung der Ursachen und der Entstehung von Krebs, Entwicklung verbesserter Methoden zur Erkennung, Vorsorge sowie Behandlung von Krebskranken.

In dem Ansatz sind Ausgaben in Höhe von 25 000 T€ für den Aufbau des Deutschen Konsortiums für Translationale Krebsforschung (DKTK) enthalten. Die Finanzierung der Partnerstandorte des DKTK erfolgt im Wege des Außenstellenmodells über das DKFZ. Die Ausgaben werden im Wirtschaftsplan des DKFZ gesondert ausgewiesen.

Das DKFZ ist ermächtigt, im Rahmen der Umsetzung der Nationalen Kohorte Haushaltsmittel an den Verein Nationale Kohorte e. V. im Wege von Zuwendungen zur Projektförderung weiterzuleiten. Die Ausgaben werden im Wirtschaftsplan des DKFZ gesondert ausgewiesen.

Der Anteil des Bundes der nach den Regelungen der §§ 13 ff. AtG in Verbindung mit den Regelungen der Strahlenschutzverordnung aufzubringenden Deckungsvorsorge beträgt 1 980 T€.

Zu 4. FZJ:
Forschung und Entwicklung insbesondere auf den Gebieten: Struktur der Materie, Schlüsseltechnologien, Erde, Umwelt und Energie, speziell Erneuerbare Energien und Rationelle Energieumwandlung.

Für die FZJ GmbH ergeben sich aus §§ 7 und 9 a AtG finanzielle Verpflichtungen durch Stilllegung kerntechnischer Anlagen (FRJ 2 u. a.). Es werden Gesamtkosten von ca. 406 200 T€ erwartet, die zu Ausgaben in mehreren künftigen Haushaltsjahren führen und im Rahmen von Sonderfinanzierungen abgewickelt werden.

An der Forschungs-Neutronenquelle Heinz Maier-Leibnitz (FRM II) besteht zwischen FZJ, HZB, HZG und der TUM die Kooperation MLZ. Zu diesem Zweck werden aus dem Wirtschaftsplan des FZJ bis zu 10 760 T€ an die TUM zur institutionellen Förderung des wissenschaftlichen Nutzerbetriebs einschl. der wissenschaftlichen Infrastruktur der FRM II weitergeleitet.

Zu 4.0.11 MLZ am FRM II:
Wirtschaftsplanvolumen: 16 820 T€, Projektförderung des Bundes: 0 T€, Personal (umgerechnet auf Vollbeschäftigte): 58.

Zu 5. KIT:
Forschung und Entwicklung auf den Gebieten der Energie- und Umweltforschung, den Schlüsseltechnologien und der Struktur der Materie einschließlich Errichtung von Experimentier- und Demonstrationsanlagen und deren Betrieb, Übertragung von Kenntnissen an Unternehmen der Wirtschaft, Aus- und Fortbildung des wissenschaftlichen und technischen Nachwuchses. Das KIT gliedert sich in zwei eigenständige Bereiche: Großforschung und Universität. Damit nimmt es eine Sonderstellung gegenüber den übrigen HGF-Zentren ein. Gefördert wird der Bereich Großforschung. In dem Ansatz sind Ausgaben für die Außenstelle Helmholtz-Institut Ulm für Elektrochemische Energiespeicher (Batterieforschung) in Höhe von 5 000 T€ enthalten. Die Ausgaben werden im Wirtschaftsplan des KIT gesondert ausgewiesen.

Zu 6. GFZ:
Eigene multidisziplinäre Grundlagenforschung zu globalen geowissenschaftlichen Themen sowie Gemeinschaftsforschung und Durchführung von Großprojekten mit Universitäten und in internationaler Kooperation.

Die eigenständige Forschung konzentriert sich auf die Themenbereiche:

1. Dynamik der Erde,
2. Aufbau des Erdkörpers,
3. Struktur und Evolution der kontinentalen Lithosphäre,
4. Eigenschaften, Zustandsbedingungen und Prozesse der kontinentalen Lithosphäre

sowie

5. Geothermische Technologien.

Zu 7. HZG:
Forschung und Entwicklung insbesondere auf den Gebieten Materialforschung (einschließlich der Biomaterialien) sowie der Küsten-, Klima- und Umweltforschung.

Für das HZG ergeben sich aus § 7 und § 9 a AtG finanzielle Verpflichtungen durch Stilllegung kerntechnischer Anlagen (NS Otto Hahn, Sammelstelle für radioaktive Abfälle, FRG 1 und 2 mit Heißen Zellen, FRG-Brennelemente). Es werden geschätzte Gesamtkosten von ca. 147 Mio. € erwartet, die zu Ausgaben in künftigen Haushaltsjahren führen und im Rahmen von Sonderfinanzierungen abgewickelt werden.

Die nach den §§ 7, 9 und 11 AtG aufzubringende Deckungsvorsorge für den Betrieb von radioaktiven Anlagen beträgt 33 900 T€ (90 Prozent Bund). Die nach den §§ 4, 6, 7 und 9 AtG aufzubringende Deckungsvorsorge für den Transport von radioaktiven Stoffen beträgt 38 300 T€ (100 Prozent Bund).

Zu 8. HMGU:
In dem Ansatz sind Ausgaben i. H. v. 20 000 T€ für den Aufbau des DZD und 18 000 T€ für den Aufbau des DZL enthalten. Die Finanzierung der jeweiligen Partnerstandorte und externer Kooperationspartner erfolgt durch das HMGU im Wege der Weiterleitung von Zuwendungen zur Projektförderung. Die Ausgaben werden im Wirtschaftsplan des HMGU gesondert ausgewiesen.

Das HMGU ist ermächtigt, im Rahmen der Umsetzung der Nationalen Kohorte Haushaltsmittel an den Verein Nationale Kohorte e. V. im Wege von Zuwendungen zur Projektförderung weiterzuleiten. Die Ausgaben werden im Wirtschaftsplan des HMGU gesondert ausgewiesen.

Für das HMGU ergeben sich aus § 7 und § 9 a AtG finanzielle Verpflichtungen durch Stilllegung kerntechnischer Anlagen. Es werden Gesamtkosten i. H. v. ca. 6,7 Mio. € erwartet, die zu Ausgaben in künftigen Haushaltsjahren führen und im Rahmen von Sonderfinanzierungen abgewickelt werden.

Der Anteil des Bundes gem. der nach den §§ 13 ff. AtG aufzubringenden Deckungsvorsorge beträgt 24 375 T€.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 685 70 (Titelgruppe 70)

Zu 9. GSI:
Errichtung und Betrieb von Schwerionenbeschleunigern sowie Forschungsarbeiten mit schweren Ionen. In dem Ansatz sind Ausgaben für die beiden Außenstellen Helmholtz-Institut Jena und Helmholtz-Institut Mainz in Höhe von je 5 000 T€ enthalten. Die Ausgaben werden im Wirtschaftsplan der GSI gesondert ausgewiesen.

Zu 10. HZB:
Grundlagenforschung und anwendungsorientierte Forschung auf den Gebieten Material und Energie insbesondere unter Nutzung der Neutronenquelle BER II einschließlich wettbewerbsfähiger Neutronenstreuungsinstrumente sowie der Synchrotronstrahlungsquelle BESSY II. Im Helmholtz-Programm "Erneuerbare Energien" trägt das HZB dazu bei, neue Materialien und Technologien zur Nutzung der Solarenergie zu entwickeln.

Für das HZB ergeben sich aus § 7 und § 9 a Atomgesetz finanzielle Verpflichtungen durch Stilllegung kerntechnischer Anlagen. Es werden geschätzte Gesamtkosten in Höhe von ca. 29 Mio. € erwartet, die zu Ausgaben in künftigen Haushaltsjahren (voraussichtlich nicht vor dem Jahr 2020) führen und im Rahmen von Sonderfinanzierungen abgewickelt werden.

Zu 11. HZI:
Entwicklung von Konzepten und Strategien zur verbesserten Diagnose und Therapien von Infektionskrankheiten.

In dem Ansatz sind Ausgaben i. H. v. 5 000 T€ für die Außenstelle Helmholtz-Institut Saarland und 18 000 T€ für den Aufbau des DZIF enthalten. Die Finanzierung der Partnerstandorte des DZIF und externer Kooperationspartner erfolgt durch das HZI im Wege einer Weiterleitung von Zuwendungen zur Projektförderung. Die Ausgaben werden im Wirtschaftsplan des HZI gesondert ausgewiesen.

Das HZI ist ermächtigt, im Rahmen der Umsetzung der Nationalen Kohorte Haushaltsmittel an den Verein Nationale Kohorte e. V. im Wege von Zuwendungen zur Projektförderung weiterzuleiten. Die Ausgaben werden im Wirtschaftsplan des HZI gesondert ausgewiesen.

Aus dem Wirtschaftsplan werden Zuwendungen des Bundes zur institutionellen Förderung der TWINCORE GmbH in Höhe von 933 T€ zur Verfügung gestellt. Der Anteil des Bundes gem. der nach den §§ 13 ff. AtG aufzubringenden Deckungsvorsorge beträgt 1 170 T€.

Zu 11.0.10 TWINCORE:
Wirtschaftsplanvolumen 6 574 T€, Projektförderung des Bundes 0 T€, Personal (umgerechnet auf Vollbeschäftigte): 0

Zu 12. IPP:
Forschung auf dem Gebiet der Plasmaphysik und den angrenzenden Gebieten zur Bereitstellung der plasmaphysikalischen und technologischen Grundlagen für den Bau eines Fusionsreaktors.

Zu 13. MDC:
In dem Ansatz sind Ausgaben in Höhe von 13 295 T€ für den Aufbau des DZHK und 3 877 T€ für den Ausbau des BIMSB enthalten. Die Finanzierung der Partnerstandorte des DZHK und externer Kooperationspartner erfolgt durch das MDC im Wege einer Weiterleitung von Zuwendungen zur Projektförderung. Die Ausgaben werden im Wirtschaftsplan des MDC gesondert ausgewiesen.

In dem Ansatz sind die Ausgaben i. H. v. 26 000 T€ für das BIG enthalten. Die Finanzierung von Vorhaben der Gliedkörperschaft Charité erfolgt bis zur Erreichtung des BIG als rechtsfähige Körperschaft durch das MDC im Wege einer Weiterleitung von Zuwendungen zur Projektförderung.

Das MDC ist ermächtigt, im Rahmen der Umsetzung der Nationalen Kohorte Haushaltsmittel an den Verein Nationale Kohorte e. V. im Wege von Zuwendungen zur Projektförderung weiterzuleiten. Die Ausgaben werden im Wirtschaftsplan des MDC gesondert ausgewiesen.

Der Anteil des Bundes gem. der nach den §§ 13 ff. AtG aufzubringenden Deckungsvorsorge beträgt 1 530 T€.

Zu 14. UFZ:
Systemische, interdisziplinäre Umweltforschung zu den komplexen Wechselwirkungen zwischen Mensch und Natur unter Einfluss des globalen Wandels in drei Hauptlinien:

1. Entwicklung von Strategien zum nachhaltigen Umgang mit Landnutzungsänderungen und Nutzungskonkurrenzen,

2. Entwicklung von Handlungsoptionen für ein nachhaltiges Management von Wasserressourcen auf unterschiedlichen räumlichen und zeitlichen Skalen,

3. Analyse der Exposomsignaturen von Chemikalien und deren Management in Bezug auf den Erhalt der menschlichen Gesundheit sowie der Natur- und Ökosystemfunktionen.

Zu 15. DZNE:
Grundlagenforschung und anwendungsorientierte Forschung vorwiegend auf dem Gebiet der neurodegenerativen Erkrankungen. Wesentliche Forschungsthemen sind dabei insbesondere Krankheitsursachen und Prävention, Früherkennung, Medikamententherapie, Verhaltenstherapie, psychosoziale Folgen von Demenzen, Pflegeforschung und Evaluation der Leistungsfähigkeit des Versorgungssystems.

Zu 16. Rekrutierungsinitiative:
Mit der "Rekrutierungsinitiative" sollen kurzfristig und zur Unterstützung des Aufgreifens neuer Themen (insbesondere in der Energieforschung) international ausgewiesene Persönlichkeiten für die Helmholtz-Zentren gewonnen werden - davon mindestens 30 Prozent Forscherinnen für Leitungspositionen. Wegen des wettbewerblich angelegten Verfahrens kann die Zuteilung der Mittel auf die einzelnen Helmholtz-Zentren erst nach erfolgter Berufung an die Zentren erfolgen.

Zu 19. HZDR:
Forschung und Entwicklung, insbesondere auf den Gebieten der Material-, Energie- und Gesundheitsforschung.

In dem Ansatz sind Ausgaben für die Außenstelle Helmholtz-Institut "Ressourcentechnologie - Institut Freiberg - HRIF" in Höhe von 5 000 T€ enthalten. Die Ausgaben werden im Wirtschaftsplan des HZDR gesondert ausgewiesen. Die gem. § 14 Abs. 2 Atomgesetz aufzubringende Deckungsvorsorge für den Umgang mit sonstigen radioaktiven Stoffen nach § 7 StrlSchV sowie den Betrieb von Anlagen zur Erzeugung ionisierender Strahlung nach § 11 Abs. 1 und 2 StrlSchV beträgt 83 295 T€.

Zu 20. GEOMAR:

3004 Forschung für Innovationen, Hightech-Strategie

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 685 70 (Titelgruppe 70)

Grundlagenorientierte Forschung und Entwicklung der Ozeanforschung auf internationalem Spitzenniveau. Eigene Forschung und Unterstützung der meereswissenschaftlichen Forschung in Deutschland durch Koordination, Logistik und technische Hilfestellung in gemeinsamen Projekten der Ozeanforschung in nationalen, europäischen und internationalen Programmen sowie Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft, inbesondere im Bereich der Meerestechnik.

HGF e. V. :
Die HGF-Zentren sind Mitglieder des HGF e. V., der die Programmförderung unterstützt. Vorstand des Vereins ist der Präsident. Der Verein hat seinen Sitz in Bonn. Die Ausgaben des Vereins einschließlich der Geschäftsstelle bis zu einer Höhe von 8 500 T€ werden durch eine Umlage der Zentren aus dieser Tgr. und aus Kap. 0901 Tit. 685 31 getragen.

894 70 -164	HGF-Zentren - Investitionen	403 714	424 662	200 994

Verpflichtungsermächtigung... 525 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 150 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 145 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 130 000 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.. 100 000 T€

Haushaltsvermerk:

Die Mittel dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.

Erläuterungen:

	Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamtausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Nach 2013 übertragene Ausgabereste 1 000 €	Veranschlagt 2014 1 000 €	Vorbehalten für 2015 ff 1 000 €	Nachrichtlich Leistungen Dritter 1 000 €
	1	2	3	4	5	6	7	8
	Zu 1. AWI							
1.	2. Bauabschnitt Potsdam..	9 405	900	5 147	-	3 358	-	1 045
2.	**NEC...**	**3 600**	**-**	**-**	**-**	**1 682**	**1 918**	**400**
3.	**NMR..**	**2 250**	**-**	**-**	**-**	**688**	**1 562**	**250**
4.	**ACROSS...**	**2 250**	**-**	**-**	**-**	**450**	**1 800**	**250**
5.	**FRAM..**	**22 242**	**-**	**-**	**-**	**872**	**21 370**	**2 471**
	Zusammen...	39 747	900	5 147	-	7 050	26 650	4 416
	Zu 2. DESY							
1.	XFEL..	87 840	68 040	6 923	-	6 577	6 300	9 760
2.	Flash II..	26 640	19 483	5 103	-	2 054	-	2 960
3.	Neubau CSSB...	36 500	6 300	8 000	-	8 000	14 200	13 500
4.	Wasserversorgung und -entsorgung.......................	14 068	8 424	2 674	-	2 970	-	1 563
6.	TIER..	4 320	2 640	1 014	-	666	-	480
7.	LHC-Investments..	2 340	1 120	590	-	630	-	260
8.	Detektoren FLASH/PETRA III.................................	4 563	347	1 870	-	1 402	944	507
9.	PETRA III Extension..	21 330	248	3 402	-	13 062	4 618	2 370
10.	Laser-Plattform...	3 600	199	1 530	-	1 506	365	400
11.	Nano-Lab..	6 300	4 469	953	-	428	450	700
	Zusammen...	207 501	111 270	32 059	-	37 295	26 877	32 500
	Zu 3. DKFZ							
1.	Radiologisches Entwicklungszentrum (inkl. Erstausstattung)..	24 016	-	-	-	9 616	14 400	2 668
2.	Studienzentrum für die nationale Kohorte...............	794	-	500	-	294	-	88
3.	MRT-Imagingstation für die nationale Kohorte........	1 530	-	510	-	1 020	-	170
4.	**Vollausbau und -ausstattung Keller ZPF............**	**2 898**	**-**	**2 898**	**-**	**-**	**-**	**322**
5.	**Ausstattung einer zusätzlichen Barriere im ZPF..**	**2 430**	**-**	**2 430**	**-**	**-**	**-**	**270**
6.	**Ausstattung Barriere D im ZPF............................**	**2 565**	**-**	**2 565**	**-**	**-**	**-**	**285**
	Zusammen...	34 233	-	8 903	-	10 930	14 400	3 803
	Zu 4. FZJ							
1.	**Bürogebäude..**	**7 794**	**-**	**180**	**-**	**270**	**7 344**	**866**
2.	TERENO MED...	2 520	-	90	-	1 485	945	280

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 894 70 (Titelgruppe 70)

	Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamt-ausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Nach 2013 übertra-gene Aus-gabereste 1 000 €	Veran-schlagt 2014 1 000 €	Vorbe-halten für 2015 ff 1 000 €	Nach-richtlich Leistungen Dritter 1 000 €
	1	2	3	4	5	6	7	8
3.	Strukturbiologie/NMR-Zentrum	18 000	-	1 518	-	7 466	9 016	2 000
4.	Sanierung Kanalnetz	4 077	1 440	1 260	-	1 377	-	453
5.	HEMCP	9 900	-	2 547	-	3 151	4 202	1 100
6.	Ersatzbau INM-5 Geb. 15.19	6 503	3 150	1 800	-	1 553	-	723
7.	**Forschungsgewächsgebäude IBG-2**	**3 960**	**-**	**450**	**-**	**2 970**	**540**	**440**
8.	**Neubau Biocampus**	**15 599**	**-**	**450**	**-**	**180**	**14 969**	**10 733**
9.	Sanierung Telekommunikationsanlage	8 910	-	446	-	1 980	6 484	990
10.	**JCNS/FRM-II Neubau**	**15 000**	**-**	**4 000**	**-**	**1 000**	**10 000**	**-**
11.	**ACROSS**	**2 700**	**-**	**-**	**-**	**630**	**2 070**	**300**
	Zusammen	94 963	4 590	12 741	-	22 062	55 570	17 885
	Zu 5. KIT							
1.	Ausbau und Erneuerung des Gyrotron Teststandes	5 166	-	2 034	-	2 592	540	574
2.	**ACROSS**	**2 250**	**-**	**-**	**-**	**270**	**1 980**	**250**
3.	**Karlsruhe Nano Micro Facility**	**21 177**	**15 570**	**5 427**	**-**	**180**	**-**	**2 353**
5.	MoNiKa	3 960	-	2 007	-	1 575	378	440
6.	Neubau Kantine	10 814	9 360	90	-	1 364	-	1 201
7.	AIDA 2	4 770	-	1 845	-	1 620	1 305	530
9.	LSDF	2 700	-	1 080	-	986	634	300
10.	FLUTE	3 600	-	2 349	-	990	261	400
11.	**Verfügungsgebäude Geb. 318**	**12 033**	**-**	**90**	**-**	**981**	**10 962**	**1 337**
12.	Sanierung TGA Geb. 681	4 140	-	225	-	1 620	2 295	460
13.	Neubau Institutsgebäude ITeP	3 825	-	293	-	3 217	315	425
14.	HEMCP	4 851	-	1 268	-	1 554	2 029	539
	Zusammen	79 286	24 930	16 708	-	16 949	20 699	8 809
	Zu 6. GFZ							
2.	Erweiterung der Gebäude A69/A70 einschl. IT-Ausstattung	2 932	-	2 480	-	452	-	326
3.	**Aufbau GeoBioLab**	**8 100**	**-**	**-**	**-**	**2 182**	**5 918**	**900**
4.	**ACROSS**	**2 250**	**-**	**-**	**-**	**540**	**1 710**	**250**
	Zusammen	13 282	-	2 480	-	3 174	7 628	1 476
	Zu 7. HZG							
1.	HEMCP	882	-	204	-	271	407	98
2.	**ACROSS**	**2 250**	**-**	**-**	**-**	**693**	**1 557**	**250**
3.	COSYNA	8 055	7 051	554	-	450	-	895
5.	Engineering Materials Science Center at DESY	3 060	819	79	-	-	2 162	340
6.	Polymertechnikum	3 600	-	135	-	1 305	2 160	400
7.	Wasserstofftechnikum	2 340	-	135	-	719	1 486	260
8.	Coastal Competencs Center	4 500	-	135	-	1 215	3 150	500
9.	HPRE-III (DKRZ)	13 500	-	450	-	8 550	4 500	1 500
	Zusammen	38 187	7 870	1 692	-	13 203	15 422	4 243
	Zu 8. GSI							
1.	FAIR (GSI-Zukunftsprojekt)	87 948	47 956	11 077	-	-	28 915	9 772
2.	Neubau Süd incl. Kantine	10 742	621	4 230	-	-	5 891	900
3.	GSI-FAIR Tier-0 Green IT	17 100	2 700	4 500	-	811	9 089	1 900
4.	TGA- und Brandschutzsanierung	12 690	2 279	2 925	-	-	7 486	1 410
5.	Beschleunigersanierung	6 251	4 327	812	-	142	970	695
6.	**IT-Sanierungskonzept**	**9 630**	**-**	**-**	**-**	**5 216**	**4 414**	**1 070**
	Zusammen	144 361	57 883	23 544	-	6 169	56 765	15 747
	Zu 9. HMGU							
1.	German Mouse Clinic II einschl. Kryoarchiv	23 658	12 791	3 330	-	4 387	3 150	2 629
2.	Sanierung Biologikum	10 701	6 166	3 282	-	1 253	-	1 189
3.	Biorepository	19 739	1 314	1 571	-	2 473	14 381	2 193

3004 Forschung für Innovationen, Hightech-Strategie

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 894 70 (Titelgruppe 70)

	Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamt-ausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Nach 2013 übertra-gene Aus-gabereste 1 000 €	Veran-schlagt 2014 1 000 €	Vorbe-halten für 2015 ff 1 000 €	Nach-richtlich Leistungen Dritter 1 000 €
	1	2	3	4	5	6	7	8
5.	Diabeteszentrum	25 200	-	270	-	630	24 300	22 800
6.	Studienzentrum für die nationale Kohorte	1 647	-	500	-	1 147	-	88
7.2	Hydrobiologie	10 611	9 930	-	-	681	-	1 179
8.	MRT-Imagingstation für die nationale Kohorte	1 530	-	510	-	1 020	-	170
9.	**ACROSS**	**1 545**	**-**	**-**	**-**	**288**	**1 257**	**172**
10.	**800 MHz Festkörper-NMR**	**4 500**	**-**	**-**	**-**	**180**	**4 320**	**500**
11.	**VALIDATE Programm Infrastruktur Geräte**	**11 160**	**-**	**-**	**-**	**90**	**11 070**	**1 240**
12.	**Tierhaltung Ausstattung mit IVC-Racks**	**4 190**	**-**	**-**	**-**	**900**	**3 290**	**466**
13.	**Sicherheitskonzept: Campus-Zugang**	**2 700**	**-**	**-**	**-**	**360**	**2 340**	**300**
14.	**Erweiterung und Sanierung Tierhaltung Hämatologikum**	**3 600**	**-**	**-**	**-**	**450**	**3 150**	**400**
	Zusammen	120 781	30 201	9 463	-	13 859	67 258	33 326
	Zu 10. HZB							
1.	HEMCP	6 660	-	1 121	-	2 664	2 875	740
2.	BERLinPro	32 397	3 420	7 020	-	6 975	14 982	8 600
3.	Upgrade of neutron spectrometer NEAT	8 100	3 960	2 250	-	1 890	-	900
4.	EMIL	5 400	900	2 700	-	1 800	-	600
	Zusammen	52 557	8 280	13 091	-	13 329	17 857	10 840
	Zu 11. HZI							
1.	**Neubau HIPS, Saarbrücken**	**2 250**	**-**	**190**	**-**	**1 304**	**756**	**22 500**
2.	Campussanierungskonzept	8 100	-	1 288	-	1 350	5 462	900
3.	Ausbau Geräteinfrastruktur	7 380	2 940	2 220	-	2 220	-	820
4.	Zentrum für Wirkstoff- und funktionale Genomforschung	16 200	27	990	-	2 070	13 113	10 700
5.	Studienzentrum für die nationale Kohorte	795	-	500	-	295	-	88
	Zusammen	34 725	2 967	5 188	-	7 239	19 331	35 008
	Zu 12. IPP							
	Greifswald							
1.	**Bau des Stellerators W 7-X**	**222 457**	**194 271**	**13 543**	**-**	**14 643**	**-**	**101 382**
2.	**Diagnostik für den Stellerator W 7-X**	**22 490**	**20 076**	**1 757**	**-**	**657**	**-**	**7 297**
	Garching:							
4.	ECRH III an ASDEX Upgrade	13 140	720	1 991	-	2 663	7 766	1 460
	Zusammen	258 087	215 067	17 291	-	17 963	7 766	110 139
	Zu 13. MDC							
1.	**Neubau BIMSB inkl. Ausstattung**	**37 860**	**-**	**3 000**	**-**	**4 000**	**30 860**	**1 990**
2.	In-vivo-Pathophysiologielabor	21 600	900	900	-	4 425	15 375	2 400
4.	Studienzentrum für die nationale Kohorte	795	-	500	-	295	-	88
5.	MRT-Imagingstation für die nationale Kohorte	1 530	-	510	-	1 020	-	170
	Zusammen	61 785	900	4 910	-	9 740	46 235	4 648
	Zu 14. UFZ							
1.	**Zentrum zur Visualisierung biochemischer Prozesse auf zellulärer Ebene**	**8 340**	**3 075**	**4 207**	**-**	**1 058**	**-**	**6 075**
2.	Neubau Labor- und Bürogebäude	11 744	-	1 486	-	1 512	8 746	1 305
4.	TERENO MED	2 520	180	-	-	1 116	1 224	280
5.	**ACROSS**	**2 700**	**-**	**1 669**	**-**	**1 031**	**-**	**300**
	Zusammen	25 304	3 255	7 362	-	4 717	9 970	7 960
	Zu 15. DZNE							
2.	Gebäudeneubau Bonn	28 870	8 687	5 000	-	1 800	13 383	85 226
3.	Forschungsgebäude Tübingen	6 300	3 420	900	-	1 710	270	700
5.	**Zebrafisch-Facility, München**	**2 567**	**-**	**-**	**-**	**2 567**	**-**	**285**
	Zusammen	37 737	12 107	5 900	-	6 077	13 653	86 211
	Zu 19. HZDR							
1.	Zentrum für Hochleistungsstrahlenquellen	4 500	-	3 150	-	1 350	-	500

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 894 70 (Titelgruppe 70)

	Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamt-ausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Nach 2013 übertra-gene Aus-gabereste 1 000 €	Veran-schlagt 2014 1 000 €	Vorbe-halten für 2015 ff 1 000 €	Nach-richtlich Leistungen Dritter 1 000 €
	1	2	3	4	5	6	7	8
3.	Dynamoprojekt DRESDYN....................................	11 491	234	2 874	-	2 556	5 827	1 277
4.	Campton-Kamera...	2 700	-	1 350	-	1 350	-	300
5.	Sicherheitsforschung/TOPFLOW...........................	6 852	4 725	180	-	1 947	-	761
6.	Zentrum für Radiopharmazeutische Tumorfor-schung (einschl. Erstausstattung)..........................	26 405	11 700	3 785	-	2 821	8 099	2 934
	Zusammen...	51 948	16 659	11 339	-	10 024	13 926	5 772
	Zu 20. GEOMAR							
1.	Erweiterungsneubau mit Bohrkernlager und Park-haus..	80 377	3 278	12 749	-	-	64 350	9 210
4.	**Thermionenmassenspektrometer/MC-ICP-MS/ SIMS mit Laser-Ablation......................................**	**2 205**	**-**	**-**	**-**	**2 205**	**-**	**245**
	Zusammen...	82 582	3 278	12 749	-	2 205	64 350	9 455

Zu Spalte 3: Darin enthalten sind nicht verausgabte Selbstbewirtschaftungsmittel.

Zuwendungsempfänger: Zusammenstellung siehe Erläuterungen zu Tit. 685 70.

Titelgruppe 80

Tgr. 80	Stilllegung und Rückbau kerntechnischer Versuchs- und Demonstrations-anlagen	(182 051)	(182 051) *(19 499)*	

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Die Ausgaben sind in Höhe von 100 000 T€ gegenseitig deckungsfähig.

685 80 -641	Stilllegung und Rückbau kerntechnischer Versuchs- und Demonstrations-anlagen	128 077	136 836 *11 606*	191 820

Verpflichtungsermächtigung... 26 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 8 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 7 000 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 6 000 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.. 5 000 T€

Erläuterungen:

	Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamt-ausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Nach 2013 übertra-gene Aus-gabereste 1 000 €	Veran-schlagt 2014 1 000 €	Vorbe-halten für 2015 ff 1 000 €
	1	2	3	4	5	6	7
1.	StiWAK (1991 - 2035)...	1 317 610	792 832	44 893	-	41 073	438 812
2.	FR2 (2011 - 2014)..	2 497	1 749	270	-	478	-
3.	Altlasten aus Forschungsbereich (2010 - 2020)......................	22 486	7 726	5 040	-	2 520	7 200
4.	KNK II (1992 - 2019)..	281 042	216 669	8 100	-	8 100	48 173
5.	MZFR (1985 - 2015)..	204 702	188 202	5 500	-	5 500	5 500
6.	Entsorgungsforschung (2013 - 2017)......................................	15 000	-	3 000	-	3 000	9 000
7.	HDB (1998 - 2035)...	548 685	149 947	25 210	-	27 501	346 027
8.	AVR (1987 - 2017)...	357 861	310 948	10 150	-	9 170	27 593
9.	THTR-300 (1997 - 2017)...	35 722	35 722	-	-	-	-
12.	Umweltverträgliche Rückbauverfahren (laufend).....................	70 436	44 332	6 000	-	6 000	14 104
13.	MAREN / FRG 1+2 (2002 - 2018)...	105 364	42 873	5 823	-	7 074	49 594

3004 Forschung für Innovationen, Hightech-Strategie

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 685 80 (Titelgruppe 80)

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamtausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Nach 2013 übertragene Ausgabereste 1 000 €	Veranschlagt 2014 1 000 €	Vorbehalten für 2015 ff 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7
14. Projekte FZJ (1994 - 2018)..	303 176	210 279	15 015	11 606	13 335	52 941
16. Entsorgung Kernbrennstoffe (2003 - 2035)...............................	102 490	66 976	4 860	-	360	30 294
17. Sonstiges..	35 890	17 606	2 975	-	3 966	11 343
Zusammen..	3 402 961	2 085 861	136 836	11 606	128 077	1 040 581

zu 1.: Anschlussfinanzierung des ausgelaufenen WAK-Fonds (WAK = Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe GmbH).
zu 2.: FR2 = Forschungsreaktor zur Zeit im sicheren Einschluss.
zu 3.: Vorbereitung der Übernahme der Forschungsanlagen des KIT nach deren Abschaltung an die WAK für späteren Rückbau; vertragsgemäße sukzessive Übernahme Projekte.
zu 4.: KNK = Kompakte Natrium gekühlte Kernenergieanlage in der WAK (übernommen zum 1. Juli 2009).
zu 5.: MZFR = Mehr-Zweck-Forschungs-Reaktor in der WAK (übernommen zum 1. Juli 2009).
zu 4.+5.: Aktualisierte Projektkostenschätzung 2010.
zu 6.: Fördervorhaben in Zusammenarbeit mit dem Bundesland Niedersachsen.
zu 7.: HDB = Hauptabteilung Dekonterminationsbetriebe in der WAK (übernommen zum 1. Juli 2009).
zu 8.: AVR = Arbeitsgemeinschaft Versuchsreaktor GmbH; Rückbauprojekt am Standort des FZJ.
zu 9.: bezogen auf Betrieb Sicherer Einschluss (THTR = Thorium-Hoch-Temperatur-Reaktor in Hamm-Uentrop).
zu 12.: Rückbau begleitende Forschung; Ausgaben nur bis 2016 berücksichtigt, Projekte laufen voraussichtlich länger.
zu 14.: Struktur wird zurzeit überprüft.

Zu 1.: Leistungen Dritter in Höhe von 1 126 935 T€ (46,1 Prozent)
Zu 2.: Leistungen Dritter in Höhe von 6 387 T€ (10,0 Prozent)
Zu 3.: Leistungen Dritter in Höhe von 2 498 T€ (10,0 Prozent)
Zu 4.: Leistungen Dritter in Höhe von 31 227 T€ (10,0 Prozent)
Zu 7.: Leistungen Dritter in Höhe von 60 965 T€ (10,0 Prozent)
Zu 8.: Leistungen Dritter in Höhe von 92 279 T€ (20,5 Prozent)
Zu 9.: Leistungen Dritter in Höhe von 33 240 T€ (48,2 Prozent)
Zu 13.: Leistungen Dritter in Höhe von 11 707 T€ (10,0 Prozent)
Zu 14.: Leistungen Dritter in Höhe von 33 686 T€ (10,0 Prozent)
Zu 16.: Leistungen Dritter in Höhe von 11 388 T€ (10,0 Prozent)

Im Rahmen abgeschlossener Forschungs- und Entwicklungsvorhaben der Bundesregierung zur friedlichen Nutzung der Kernenergie wurden in früheren Jahren eine Reihe von Forschungsreaktoren, Pilot- und Versuchsanlagen errichtet und betrieben. Ferner sind nukleare Testanlagen errichtet, erprobt und betrieben worden.

Aufgrund bestehender Vereinbarungen und gesellschaftsrechtlicher Verpflichtungen ist das BMBF - nach Beendigung dieser Programme - im Rahmen der gesetzlichen Regelungen gehalten, für eine umweltverträgliche Stilllegung und Entsorgung der Anlagen in seinem Verantwortungsbereich zu sorgen.

Ferner werden Aufwendungen aufgrund internationaler Entsorgungsverträge und für atomrechtliche Verfahren einschl. Gutachter-, Transport- und Gebäudekosten finanziert.

Aus dem Ansatz können folgende Ausgaben für die Durchführung von Maßnahmen geleistet werden:

Bezeichnung	1 000 €
Projektträgerleistungen...	2 943
Programmmanagement..	270

Zuwendungsempfänger: Zusammenstellung siehe Erläuterungen zu Tit. 685 70.

685 81 -342	Gesetzliche Endlageraufwendungen (Endlagervorausleistungen und Endlagergebühren)	53 974	45 215 *7 893*	36 575

Erläuterungen:

Der Bund hat nach dem Atomgesetz (AtG) die Aufgabe, Anlagen zur Endlagerung radioaktiver Abfälle einzurichten.

Die finanziellen Aufwendungen für diese Anlagen müssen nach dem Verursacherprinzip kostendeckend umgelegt werden. Im Bereich "Stilllegung und Rückbau

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 685 81 (Titelgruppe 80)

kerntechnischer Versuchs- und Demonstrationsanlagen" fallen radioaktive Abfälle an, die in ein Endlager zu verbringen sind.

Die notwendigen Aufwendungen (Endlagervorausleistungen und Endlagergebühren) sind für die Forschungszentren Jülich (FZJ), Helmholtz-Zentrum Geesthacht (HZG), Helmholtz-Zentrum Berlin für Materialien und Energie GmbH (HZB), die Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe GmbH (WAK) und für den Bereich der früheren Hochtemperaturreaktoren (AVR, THTR) mit dem vom Bund zu erbringenden Anteil veranschlagt.

Die Anforderungsbescheide werden vom Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) gemäß Endlagervorausleistungsverordnung erteilt.

Zuwendungsempfänger: Zusammenstellung siehe Erläuterungen zu Tit. 685 70.

3004 Anlage 1 Wirtschaftspläne

Anlage zu Kapitel 3004 - Wirtschaftspläne

Titel	aus Nr. ... Erläuterung	Bezeichnung
1	2	3
Tgr. 60		**Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e. V. (FhG), München**
685 60		Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e. V. (FhG), München
Tgr. 70		**Zentren der Hermann von Helmholtz-Gemeinschaft (HGF-Zentren)**
685 70	1.	Stiftung Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung (AWI), Bremerhaven
	2.	Deutsches Elektronen-Synchrotron (DESY), Hamburg
	3.	Stiftung Deutsches Krebsforschungszentrum (DKFZ), Heidelberg
	4.	Forschungszentrum Jülich GmbH (FZJ), Jülich
	4.0.11	Heinz Maier-Leibnitz Zentrum (MLZ) am FRM II
	5.	Sondervermögen Großforschung beim Karlsruher Institut für Technologie (KIT), Eggenstein-Leopoldshafen
	6.	Helmholtz-Zentrum Potsdam, Deutsches GeoForschungsZentrum - GFZ, Potsdam
	7.	Helmholtz-Zentrum Geesthacht, Zentrum für Material- und Küstenforschung GmbH (HZG), Geesthacht
	8.	Helmholtz-Zentrum München, Deutsches Forschungszentrum für Gesundheit und Umwelt GmbH (HMGU), Neuherberg bei München
	9.	GSI Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung GmbH, Darmstadt
	10.	Helmholtz-Zentrum Berlin für Materialien und Energie GmbH (HZB), Berlin
	11.	Helmholtz-Zentrum für Infektionsforschung GmbH (HZI), Braunschweig
	12.	Max-Planck-Institut für Plasmaphysik (IPP), Garching bei München
	13.	Stiftung Max-Delbrück-Centrum für Molekulare Medizin (MDC), Berlin-Buch
	14.	Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung GmbH - UFZ, Leipzig
	15.	Deutsches Zentrum für Neurodegenerative Erkrankungen e. V. (DZNE), Bonn
	19.	Helmholtz-Zentrum Dresden-Rossendorf (HZDR)
	20.	Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung (GEOMAR), Kiel

Zu Tgr. 60 Tit. 685 60

Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e. V. (FhG), München

Wirtschaftsplan	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4
Institutionelle Förderung			
1. Ausgaben	**1 311 249**	**1 316 043**	**1 447 171**
1.1 Personalausgaben	611 237	606 932	675 067
1.2 Sächliche Verwaltungsausgaben	407 825	435 368	439 406
1.3 Ausgaben für Investitionen	281 027	262 673	322 978
1.4 Zuwendungen an nachgeordnete ZE	11 160	11 070	9 720
2. Finanzierung der Ausgaben	**1 311 249**	**1 316 043**	**1 447 171**
2.1 Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	625 048	665 054	812 764
2.2 Zuwendungen von Ländern	104 905	96 950	106 529
2.3 Nicht verbrauchte Selbstbewirtschaftungsmittel			-
2.4 Zuwendung des Bundes	**581 296**	**554 039**	**527 878**
aus Kap. 1420 Tit. 685 21	*54 586*	*53 843*	*55 833*
aus Kap. 1420 Tit. 894 21	*16 466*	*10 250*	*9 240*
aus Kap. 3004 Tit. 685 60	*353 276*	*340 453*	*320 431*
aus Kap. 3004 Tit. 894 60	*156 968*	*149 493*	*142 374*
nachrichtlich: **Projektförderung**	270 000	225 000	433 865

Zu 2.1. : Im Ist 2012 sind 21 000 T€ Selbstbewirtschaftungsmittel aus 2011 enthalten.

Zu Tgr. 70 Tit. 685 70

1. Stiftung Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung (AWI), Bremerhaven

Wirtschaftsplan	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4
Institutionelle Förderung			
1. Ausgaben	**119 641**	**113 537**	**120 432**
1.1 Personalausgaben	42 000	34 763	37 205
1.2 Sächliche Verwaltungsausgaben	24 030	26 494	28 216
1.3 Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	34 472	27 810	34 836
1.4 Ausgaben für Investitionen	19 139	24 470	20 175
2. Finanzierung der Ausgaben	**119 641**	**113 537**	**120 432**
2.1 Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	2 000	2 000	18 931
2.2 Zuwendungen von Ländern	11 813	11 202	10 832
2.3 Nicht verbrauchte Selbstbewirtschaftungsmittel			-6 336
2.4 Zuwendung des Bundes	**105 828**	**100 335**	**97 005**
aus Kap. 3004 Tit. 685 70	*88 603*	*78 312*	*76 431*
aus Kap. 3004 Tit. 894 70	*17 225*	*22 023*	*11 785*
aus Kap. 3004 Tit. 894 71	-	-	*8 789*
nachrichtlich: **Projektförderung**	8 000	4 000	7 737

Zu 2.1: Im Ist 2012 sind 13 807 T€ Selbstbewirtschaftungsmittel aus 2011 enthalten.

3004 Anlage 1
Wirtschaftspläne

Zu Tgr. 70 Tit. 685 70

2. Deutsches Elektronen-Synchrotron (DESY), Hamburg

Wirtschaftsplan	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4
Institutionelle Förderung			
1. Ausgaben	**238 674**	**228 705**	**230 749**
1.1 Personalausgaben	111 096	109 145	118 785
1.2 Sächliche Verwaltungsausgaben	55 271	54 025	18 421
1.3 Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	7 167	7 039	6 701
1.4 Ausgaben für Investitionen	65 140	58 496	86 842
2. Finanzierung der Ausgaben	**238 674**	**228 705**	**230 749**
2.1 Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	26	26	27 855
2.2 Zuwendungen von Ländern	23 065	22 068	22 430
2.3 Nicht verbrauchte Selbstbewirtschaftungsmittel			-25 400
2.4 Zuwendung des Bundes	**215 583**	**206 611**	**205 864**
aus Kap. 3004 Tit. 685 70	*156 157*	*153 164*	*147 510*
aus Kap. 3004 Tit. 894 70	*59 426*	*53 447*	*21 056*
aus Kap. 3004 Tit. 894 71	-	-	*37 298*
nachrichtlich: **Projektförderung**	39 300	81 001	56 786

Zu 2.1: Im Ist 2012 sind 27 835 T€ Selbstbewirtschaftungsmittel aus 2011 enthalten.

Zu Tgr. 70 Tit. 685 70

3. Stiftung Deutsches Krebsforschungszentrum (DKFZ), Heidelberg

Wirtschaftsplan	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4
Institutionelle Förderung			
1. Ausgaben	**190 661**	**168 982**	**157 843**
1.1 Personalausgaben	100 250	89 200	81 083
1.2 Sächliche Verwaltungsausgaben	55 162	48 256	47 813
1.3 Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	7 500	7 000	6 197
1.4 Ausgaben für Investitionen	27 749	24 526	22 750
2. Finanzierung der Ausgaben	**190 661**	**168 982**	**157 843**
2.1 Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	19 000	15 000	38 102
2.2 Zuwendungen von Ländern	17 166	15 398	13 991
2.3 Nicht verbrauchte Selbstbewirtschaftungsmittel			-23 143
2.4 Zuwendung des Bundes	**154 495**	**138 584**	**128 893**
aus Kap. 3004 Tit. 685 70	*129 521*	*116 510*	*108 167*
aus Kap. 3004 Tit. 894 70	*24 974*	*22 074*	*12 383*
aus Kap. 3004 Tit. 894 71	-	-	*8 343*
nachrichtlich: **Projektförderung**	11 000	14 500	8 909

Zu 2.1: Im Ist 2012 sind 15 472 T€ Selbstbewirtschaftungsmittel aus 2011 enthalten.

Zu Tgr. 70 Tit. 685 70

4. Forschungszentrum Jülich GmbH (FZJ), Jülich

Wirtschaftsplan		Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1		2	3	4
Institutionelle Förderung				
1.	**Ausgaben**	**394 654**	**364 654**	**383 936**
1.1	Personalausgaben	214 088	191 906	185 108
1.2	Sächliche Verwaltungsausgaben	95 173	84 908	85 229
1.3	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	10 281	10 023	11 167
1.4	Ausgaben für Investitionen	64 352	65 857	89 322
1.5	Zuwendungen an nachgeordnete ZE	10 760	11 960	13 110
2.	**Finanzierung der Ausgaben**	**394 654**	**364 654**	**383 936**
2.1	Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	950	950	58 218
2.2	Zuwendungen von Ländern	41 942	35 625	43 513
2.3	Nicht verbrauchte Selbstbewirtschaftungsmittel			-39 982
2.4	**Zuwendung des Bundes**	**351 762**	**328 079**	**322 187**
	aus Kap. 3004 Tit. 685 70	*248 965*	*242 927*	*229 829*
	aus Kap. 3004 Tit. 685 80	*50 096*	*30 015*	*49 881*
	aus Kap. 3004 Tit. 685 81	*8 634*	*6 488*	*5 222*
	aus Kap. 3004 Tit. 894 70	*44 067*	*48 649*	*24 796*
	aus Kap. 3004 Tit. 894 71	*-*	*-*	*12 459*
nachrichtlich: **Projektförderung**		46 100	42 165	38 984

Zu 2.1: Im Ist 2012 sind 57 472 T€ Selbstbewirtschaftungsmittel aus 2011 enthalten.

Zu Tgr. 70 Tit. 685 70

4.0.11 Heinz Maier-Leibnitz Zentrum (MLZ) am FRM II

Wirtschaftsplan		Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1		2	3	4
Institutionelle Förderung				
1.	**Ausgaben**	**13 720**	**13 720**	**13 720**
1.1	Personalausgaben	3 490	2 440	2 510
1.2	Sächliche Verwaltungsausgaben	8 440	6 890	10 072
1.3	Ausgaben für Investitionen	1 790	4 390	1 138
2.	**Finanzierung der Ausgaben**	**13 720**	**13 720**	**14 241**
2.1	Zuwendungen von Ländern	2 960	2 960	3 481
2.2	Nicht verbrauchte Selbstbewirtschaftungsmittel			-
2.3	Zuwendungen von übergeordneten ZE	10 760	10 760	10 760
	aus Kap. 3004 Tit. 685 70	*10 760*	*10 760*	*10 760*
nachrichtlich: **Projektförderung**		-	3 100	3 100

3004 Anlage 1 Wirtschaftspläne

Zu Tgr. 70 Tit. 685 70

5. Sondervermögen Großforschung beim Karlsruher Institut für Technologie (KIT), Eggenstein-Leopoldshafen

	Wirtschaftsplan	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	1	2	3	4
Institutionelle Förderung				
1.	**Ausgaben**	**281 954**	**282 620**	**265 729**
1.1	Personalausgaben	166 540	166 000	154 159
1.2	Sächliche Verwaltungsausgaben	59 644	69 510	62 614
1.3	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	10 877	4 000	2 717
1.4	Ausgaben für Investitionen	41 893	43 110	46 239
1.5	Besondere Finanzierungsausgaben	3 000	-	-
2.	**Finanzierung der Ausgaben**	**281 954**	**282 620**	**265 729**
2.1	Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	2 500	3 000	42 762
2.2	Zuwendungen von Ländern	29 787	30 257	29 275
2.3	Nicht verbrauchte Selbstbewirtschaftungsmittel			-46 587
2.4	**Zuwendung des Bundes**	**249 667**	**249 363**	**240 279**
	aus Kap. 3004 Tit. 685 70	*212 481*	*210 309*	*202 667*
	aus Kap. 3004 Tit. 894 70	*37 186*	*39 054*	*16 392*
	aus Kap. 3004 Tit. 894 71	-	-	*21 220*
nachrichtlich:	**Projektförderung**	15 000	21 000	7 155

Zu 2.1: Im Ist 2012 sind 40 405 T€ Selbstbewirtschaftungsmittel aus 2011 enthalten.

Zu Tgr. 70 Tit. 685 70

6. Helmholtz-Zentrum Potsdam, Deutsches GeoForschungsZentrum GFZ, Potsdam

	Wirtschaftsplan	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	1	2	3	4
Institutionelle Förderung				
1.	**Ausgaben**	**53 946**	**52 154**	**52 753**
1.1	Personalausgaben	35 288	31 885	30 874
1.2	Sächliche Verwaltungsausgaben	4 505	6 269	9 148
1.3	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	1 788	1 724	1 620
1.4	Ausgaben für Investitionen	12 365	12 276	11 111
2.	**Finanzierung der Ausgaben**	**53 946**	**52 154**	**52 753**
2.1	Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	1 000	1 000	5 294
2.2	Zuwendungen von Ländern	5 295	5 115	5 130
2.3	Nicht verbrauchte Selbstbewirtschaftungsmittel			-3 840
2.4	**Zuwendung des Bundes**	**47 651**	**46 039**	**46 169**
	aus Kap. 3004 Tit. 685 70	*36 523*	*34 990*	*33 101*
	aus Kap. 3004 Tit. 894 70	*11 128*	*11 049*	*7 647*
	aus Kap. 3004 Tit. 894 71	-	-	*5 421*
nachrichtlich:	**Projektförderung**	14 716	10 789	12 815

Zu 2.1: Im Ist 2012 sind 3 307 T€ Selbstbewirtschaftungsmittel aus 2011 enthalten.

Zu Tgr. 70 Tit. 685 70

7. Helmholtz-Zentrum Geesthacht, Zentrum für Material- und Küstenforschung GmbH (HZG), Geesthacht

	Wirtschaftsplan	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	1	2	3	4
Institutionelle Förderung				
1.	**Ausgaben**	**96 765**	**80 437**	**77 535**
1.1	Personalausgaben	36 387	35 886	38 273
1.2	Sächliche Verwaltungsausgaben	33 682	28 539	20 930
1.3	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	2 573	2 408	2 299
1.4	Ausgaben für Investitionen	24 123	13 604	16 033
2.	**Finanzierung der Ausgaben**	**96 765**	**80 437**	**77 535**
2.1	Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	352	352	8 678
2.2	Zuwendungen von Ländern	9 566	7 933	7 656
2.3	Nicht verbrauchte Selbstbewirtschaftungsmittel			-8 458
2.4	**Zuwendung des Bundes**	**86 847**	**72 152**	**69 659**
	aus Kap. 3004 Tit. 685 70	*56 253*	*52 197*	*49 864*
	aus Kap. 3004 Tit. 685 80	*7 920*	*6 823*	*6 513*
	aus Kap. 3004 Tit. 685 81	*963*	*888*	*679*
	aus Kap. 3004 Tit. 894 70	*21 711*	*12 244*	*9 036*
	aus Kap. 3004 Tit. 894 71	*-*	*-*	*3 567*
nachrichtlich: **Projektförderung**		3 421	8 100	7 129

Zu 2.1: Im Ist 2012 sind 8 416 T€ Selbstbewirtschaftungsmittel aus 2011 enthalten.

Zu Tgr. 70 Tit. 685 70

8. Helmholtz-Zentrum München, Deutsches Forschungszentrum für Gesundheit und Umwelt GmbH (HMGU), Neuherberg bei München

	Wirtschaftsplan	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	1	2	3	4
Institutionelle Förderung				
1.	**Ausgaben**	**174 555**	**152 007**	**157 315**
1.1	Personalausgaben	75 065	62 639	69 094
1.2	Sächliche Verwaltungsausgaben	40 780	34 679	42 738
1.3	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	6 272	6 202	6 452
1.4	Ausgaben für Investitionen	34 400	29 788	31 705
1.5	Besondere Finanzierungsausgaben	-7 500	-2 300	-8 052
1.6	Zuwendungen an nachgeordnete ZE	25 538	20 999	15 378
2.	**Finanzierung der Ausgaben**	**174 555**	**152 007**	**157 315**
2.1	Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	500	500	24 553
2.2	Zuwendungen von Ländern	14 651	13 051	12 237
2.3	Nicht verbrauchte Selbstbewirtschaftungsmittel			-12 760
2.4	**Zuwendung des Bundes**	**159 404**	**138 456**	**133 285**
	aus Kap. 3004 Tit. 685 70	*129 177*	*112 234*	*108 693*
	aus Kap. 3004 Tit. 894 70	*30 227*	*26 222*	*14 521*
	aus Kap. 3004 Tit. 894 71	*-*	*-*	*10 071*
nachrichtlich: **Projektförderung**		13 500	13 500	11 970

Zu 2.1: Im Ist 2012 sind 23 928 T€ Selbstbewirtschaftungsmittel aus 2011 enthalten.

3004 Anlage 1
Wirtschaftspläne

Zu Tgr. 70 Tit. 685 70

9. GSI Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung GmbH, Darmstadt

Wirtschaftsplan	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4
Institutionelle Förderung			
1. Ausgaben	**127 437**	**127 322**	**117 501**
1.1 Personalausgaben	70 700	55 961	58 897
1.2 Sächliche Verwaltungsausgaben	35 062	31 115	33 890
1.3 Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	4 140	3 654	3 946
1.4 Ausgaben für Investitionen	17 535	36 592	20 768
2. Finanzierung der Ausgaben	**127 437**	**127 322**	**117 501**
2.1 Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	150	460	16 778
2.2 Zuwendungen von Ländern	12 729	12 686	12 053
2.3 Zuwendungen anderer öffentlicher Zuwendungsgeber (ohne Bund)	-	-	-20 800
2.4 Nicht verbrauchte Selbstbewirtschaftungsmittel			-
2.5 Zuwendung des Bundes	**114 558**	**114 176**	**109 470**
aus Kap. 3004 Tit. 685 70	*98 776*	*81 656*	*84 568*
aus Kap. 3004 Tit. 894 70	*15 782*	*32 520*	*8 860*
aus Kap. 3004 Tit. 894 71	-	-	*16 042*
nachrichtlich: **Projektförderung**	13 361	-	23 116

Zu 2.1: Im Ist 2012 sind 6 828 T€ Selbstbewirtschaftungsmittel aus 2011 enthalten.

Zu Tgr. 70 Tit. 685 70

10. Helmholtz-Zentrum Berlin für Materialien und Energie GmbH (HZB), Berlin

Wirtschaftsplan	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4
Institutionelle Förderung			
1. Ausgaben	**118 974**	**114 871**	**105 828**
1.1 Personalausgaben	51 501	50 224	46 303
1.2 Sächliche Verwaltungsausgaben	30 805	31 112	34 371
1.3 Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	3 940	3 712	5 620
1.4 Ausgaben für Investitionen	32 728	29 823	19 534
2. Finanzierung der Ausgaben	**118 974**	**114 871**	**105 828**
2.1 Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	200	75	10 626
2.2 Zuwendungen von Ländern	12 043	12 005	13 031
2.3 Nicht verbrauchte Selbstbewirtschaftungsmittel			-11 856
2.4 Zuwendung des Bundes	**106 731**	**102 791**	**94 027**
aus Kap. 3004 Tit. 685 70	*77 133*	*75 806*	*72 633*
aus Kap. 3004 Tit. 685 81	*144*	*144*	*229*
aus Kap. 3004 Tit. 894 70	*29 454*	*26 841*	*15 585*
aus Kap. 3004 Tit. 894 71	-	-	*5 580*
nachrichtlich: **Projektförderung**	8 002	9 434	6 428

Zu 2.1: Im Ist 2012 sind 10 595 T€ Selbstbewirtschaftungsmittel aus 2011 enthalten.

Zu Tgr. 70 Tit. 685 70

11. Helmholtz-Zentrum für Infektionsforschung GmbH (HZI), Braunschweig

	Wirtschaftsplan	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	1	2	3	4
Institutionelle Förderung				
1.	**Ausgaben**	**73 289**	**67 893**	**67 477**
1.1	Personalausgaben	34 100	29 835	27 717
1.2	Sächliche Verwaltungsausgaben	7 689	13 899	18 799
1.3	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	1 973	1 701	1 869
1.4	Ausgaben für Investitionen	11 187	8 360	11 173
1.5	Zuwendungen an nachgeordnete ZE	18 340	14 098	7 919
2.	**Finanzierung der Ausgaben**	**73 289**	**67 893**	**67 477**
2.1	Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	500	500	10 806
2.2	Zuwendungen von Ländern	5 640	5 892	5 636
2.3	Nicht verbrauchte Selbstbewirtschaftungsmittel			-7 200
2.4	**Zuwendung des Bundes**	**67 149**	**61 501**	**58 235**
	aus Kap. 3004 Tit. 685 70	*59 274*	*54 427*	*48 849*
	aus Kap. 3004 Tit. 894 70	*7 875*	*7 074*	*1 725*
	aus Kap. 3004 Tit. 894 71	-	-	*7 661*
nachrichtlich:	**Projektförderung**	3 500	4 000	3 994

Zu 2.1: Im Ist 2012 sind 4 700 T€ Selbstbewirtschaftungsmittel aus 2011 enthalten.

Zu Tgr. 70 Tit. 685 70

12. Max-Planck-Institut für Plasmaphysik (IPP), Garching bei München

	Wirtschaftsplan	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	1	2	3	4
Institutionelle Förderung				
1.	**Ausgaben**	**106 278**	**105 655**	**103 966**
1.1	Personalausgaben	41 178	42 818	42 915
1.2	Sächliche Verwaltungsausgaben	27 736	27 053	28 846
1.3	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	3 121	3 089	3 002
1.4	Ausgaben für Investitionen	34 243	32 695	29 203
2.	**Finanzierung der Ausgaben**	**106 278**	**105 655**	**103 966**
2.1	Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	40	40	10 162
2.2	Zuwendungen von Ländern	10 624	10 562	10 292
2.3	Nicht verbrauchte Selbstbewirtschaftungsmittel			-9 110
2.4	**Zuwendung des Bundes**	**95 614**	**95 053**	**92 622**
	aus Kap. 3004 Tit. 685 70	*64 796*	*65 628*	*64 336*
	aus Kap. 3004 Tit. 894 70	*30 818*	*29 425*	*11 178*
	aus Kap. 3004 Tit. 894 71	-	-	*17 108*
nachrichtlich:	**Projektförderung**	1 225	1 926	325

Zu 2.1: Im Ist 2012 sind 10 154 T€ Selbstbewirtschaftungsmittel aus 2011 enthalten.

3004 Anlage 1
Wirtschaftspläne

Zu Tgr. 70 Tit. 685 70

13. Stiftung Max-Delbrück-Centrum für Molekulare Medizin (MDC), Berlin-Buch

Wirtschaftsplan		Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1		2	3	4
Institutionelle Förderung				
1.	**Ausgaben**	**135 865**	**87 759**	**89 980**
1.1	Personalausgaben	52 061	37 249	37 322
1.2	Sächliche Verwaltungsausgaben	18 277	18 923	19 019
1.3	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	7 841	7 650	7 088
1.4	Ausgaben für Investitionen	17 095	13 785	19 994
1.5	Zuwendungen an nachgeordnete ZE	40 591	10 152	6 557
2.	**Finanzierung der Ausgaben**	**135 865**	**87 759**	**89 980**
2.1	Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	1 764	1 263	15 318
2.2	Zuwendungen von Ländern	8 187	9 974	7 841
2.3	Nicht verbrauchte Selbstbewirtschaftungsmittel			-2 457
2.4	**Zuwendung des Bundes**	**125 914**	**76 522**	**69 278**
	aus Kap. 3004 Tit. 685 70	*110 764*	*66 455*	*59 337*
	aus Kap. 3004 Tit. 894 70	*15 150*	*10 067*	*5 315*
	aus Kap. 3004 Tit. 894 71	*-*	*-*	*4 626*
nachrichtlich: **Projektförderung**		20 936	19 000	19 640

Zu 2.1: Im Ist 2012 sind 10 048 T€ Selbstbewirtschaftungsmittel aus 2011 enthalten.

Zu Tgr. 70 Tit. 685 70

14. Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung GmbH - UFZ, Leipzig

Wirtschaftsplan		Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1		2	3	4
Institutionelle Förderung				
1.	**Ausgaben**	**65 454**	**67 280**	**66 418**
1.1	Personalausgaben	42 250	42 500	38 165
1.2	Sächliche Verwaltungsausgaben	8 790	6 554	9 386
1.3	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	2 310	2 161	1 769
1.4	Ausgaben für Investitionen	12 104	16 065	13 873
1.5	Besondere Finanzierungsausgaben	-	-	3 225
2.	**Finanzierung der Ausgaben**	**65 454**	**67 280**	**66 418**
2.1	Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	25	40	9 462
2.2	Zuwendungen von Ländern	6 543	6 724	6 360
2.3	Nicht verbrauchte Selbstbewirtschaftungsmittel			-6 649
2.4	**Zuwendung des Bundes**	**58 886**	**60 516**	**57 245**
	aus Kap. 3004 Tit. 685 70	*47 993*	*46 057*	*46 111*
	aus Kap. 3004 Tit. 894 70	*10 893*	*14 459*	*6 066*
	aus Kap. 3004 Tit. 894 71	*-*	*-*	*5 068*
nachrichtlich: **Projektförderung**		7 000	6 000	7 435

Zu 2.1: Im Ist 2012 sind 9 440 T€ Selbstbewirtschaftungsmittel aus 2011 enthalten.

Zu Tgr. 70 Tit. 685 70

15. Deutsches Zentrum für Neurodegenerative Erkrankungen e. V. (DZNE), Bonn

Wirtschaftsplan		Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1		2	3	4
Institutionelle Förderung				
1.	**Ausgaben**	**123 622**	**105 155**	**71 658**
1.1	Personalausgaben	35 305	31 352	23 010
1.2	Sächliche Verwaltungsausgaben	17 762	18 115	16 977
1.3	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	2 417	2 540	2 286
1.4	Ausgaben für Investitionen	68 138	53 148	29 385
2.	**Finanzierung der Ausgaben**	**123 622**	**105 155**	**71 658**
2.1	Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	40	40	16 950
2.2	Zuwendungen von Ländern	52 644	31 127	10 768
2.3	Nicht verbrauchte Selbstbewirtschaftungsmittel			-12 378
2.4	**Zuwendung des Bundes**	**70 938**	**73 988**	**56 318**
	aus Kap. 3004 Tit. 685 70	*49 664*	*46 535*	*32 895*
	aus Kap. 3004 Tit. 894 70	*21 274*	*27 453*	*19 703*
	aus Kap. 3004 Tit. 894 71	-	-	*3 720*
nachrichtlich: **Projektförderung**		447	327	420

Zu 2.1: Im Ist 2012 sind 10 059 T€ Selbstbewirtschaftungsmittel aus 2011 enthalten.

Zu Tgr. 70 Tit. 685 70

19. Helmholtz-Zentrum Dresden-Rossendorf (HZDR)

Wirtschaftsplan		Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1		2	3	4
Institutionelle Förderung				
1.	**Ausgaben**	**104 468**	**108 470**	**101 868**
1.1	Personalausgaben	42 451	38 173	34 017
1.2	Sächliche Verwaltungsausgaben	22 679	20 900	17 251
1.3	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	3 030	2 428	2 160
1.4	Ausgaben für Investitionen	36 308	46 969	47 729
1.5	Besondere Finanzierungsausgaben	-	-	711
2.	**Finanzierung der Ausgaben**	**104 468**	**108 470**	**101 868**
2.1	Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	150	150	10 356
2.2	Zuwendungen von Ländern	21 592	27 842	30 016
2.3	Nicht verbrauchte Selbstbewirtschaftungsmittel			-15 374
2.4	**Zuwendung des Bundes**	**82 726**	**80 478**	**76 870**
	aus Kap. 3004 Tit. 685 70	*61 208*	*55 216*	*48 058*
	aus Kap. 3004 Tit. 894 70	*21 518*	*25 262*	*13 146*
	aus Kap. 3004 Tit. 894 71	-	-	*15 666*
nachrichtlich: **Projektförderung**		4 000	6 830	1 988

Zu 2.1: Im Ist 2012 sind 10 224 T€ Selbstbewirtschaftungsmittel aus 2011 enthalten.

3004 Anlage 1
Wirtschaftspläne

Zu Tgr. 70 Tit. 685 70

20. Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung (GEOMAR), Kiel

Wirtschaftsplan		Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1		2	3	4
Institutionelle Förderung				
1.	**Ausgaben**	**43 533**	**55 527**	**34 074**
1.1	Personalausgaben	24 021	22 460	17 539
1.2	Sächliche Verwaltungsausgaben	11 472	13 389	13 245
1.3	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	1 929	463	409
1.4	Ausgaben für Investitionen	5 562	18 666	2 663
1.5	Besondere Finanzierungsausgaben	549	549	218
2.	**Finanzierung der Ausgaben**	**43 533**	**55 527**	**34 074**
2.1	Zuwendungen von Ländern	4 847	6 047	4 784
2.2	Nicht verbrauchte Selbstbewirtschaftungsmittel			-8 800
2.3	**Zuwendung des Bundes**	**38 686**	**49 480**	**38 090**
	aus Kap. 3004 Tit. 685 70	*33 680*	*32 681*	*30 290*
	aus Kap. 3004 Tit. 894 70	*5 006*	*16 799*	*1 800*
	aus Kap. 3004 Tit. 894 71	*-*	*-*	*6 000*
nachrichtlich: **Projektförderung**		8 390	3 743	6 751

Wesentliche finanzwirksame Schwerpunkte des Kapitels

In Kapitel 3011 sind bestimmte Verwaltungsausgaben für den Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zentral veranschlagt.

Einen Schwerpunkt hierbei bildet der Bereich Versorgung: In den Titelgruppen 57 veranschlagt sind die Einnahmen und Ausgaben der Versorgungsberechtigten, deren Versorgungsanspruch auf dem Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder der Bundesregierung, dem Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Parlamentarischen Staatssekretärinnen und Parlamentarischen Staatssekretäre, dem Gesetz über die Versorgung der Beamtinnen und Beamten und Richterinnen und Richter des Bundes (BeamtVG) oder auf einem Vertrag mit dem Bund beruht. Die Zuführungen an die Versorgungsrücklage und die Zuweisungen an den Versorgungsfonds sind in gesonderten Titeln ebenfalls in diesem Kapitel etatisiert.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung als oberste Bundesbehörde ist unter Kapitel 3012 veranschlagt. Zu seinem Geschäftsbereich gehört das Bundesinstitut für Berufsbildung in Bonn (Kap. 3002).

Überblick zum Kapitel 3011	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	240	240	-		369
Übrige Einnahmen	-	-	-		-
Gesamteinnahmen	240	240	-		369
Ausgaben					
Personalausgaben	33 289	31 658	+1 631		31 672
Sächliche Verwaltungsausgaben	1 135	1 105	+30	477	1 134
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	3 281	3 055	+226		2 252
Besondere Finanzierungsausgaben	-410 463	-282 915	-127 548		-
Gesamtausgaben	-372 758	-247 097	-125 661	477	35 058
davon flexibilisiert	6 020	5 473	+547	477	4 702
davon nicht flexibilisiert	-378 778	-252 570	-126 208		30 356

3011 Zentral veranschlagte Verwaltungseinnahmen und -ausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Übrige Einnahmen

282 08 -011	Einnahmen aus Prämienzahlungen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben	-		

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Kap. 3012 flexibilisierter Bereich.

282 09 -011	Einnahmen aus Sponsoring, Spenden und ähnlichen freiwilligen Geldleistungen	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind wegen rechtsverbindlicher Verwendungsauflage Dritter zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 547 09.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 3001 Tit. 282 09	-	-

381 07 -890	Leistungen von Bundesbehörden zur Durchführung von ressortübergreifenden Aufgaben	-	-	(-)

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen sind wegen verbindlicher Vereinbarung mit anderen Bundesbehörden (EfA) zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Epl. 30.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 3002 Tit. 381 07	-	(-)

Titelgruppe 57

Tgr. 57	Versorgung der Beamtinnen und Beamten sowie der Richterinnen und Richter	(240)	(240)	
119 57 -018	Vermischte Einnahmen	240	240	369

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 3067 Tit. 119 57	240	369

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 57

232 57 -018	Beteiligung an den Versorgungslasten des Bundes	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: **Tgr. 57.**

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 3067 Tit. 232 57	-	-

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.

Ausgenommen ist Tgr. 57.

Sächliche Verwaltungsausgaben

529 01 -011	Außergewöhnlicher Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	35	35	26

Haushaltsvermerk:

Die Erläuterungen sind verbindlich.

Erläuterungen:

Bezeichnung	€
Zur Verfügung der Bundesministerin...	35 000

Aus dem Mittelansatz dürfen auch Ausgaben für die Bewirtung mit Erfrischungen bei Besprechungen aus besonderem Anlass geleistet werden.

Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Aus den Belegen muss Anlass, Funktion und Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer (Begünstigte) erkennbar sein.

Eine Auszahlung ohne Beleg ist nicht zulässig.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 3001 Tit. 529 01	35	26

542 01 -013	Öffentlichkeitsarbeit	370	370	271

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Werbe- und Informationsmaterialien gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

Erläuterungen:

Im Einzelplan 30 sind außerdem folgende Maßnahmen für Öffentlichkeitsarbeit und Fachinformationen veranschlagt:

Bezeichnung	1 000 €
Öffentlichkeitsarbeit	
aus 3002 - 685 11..	100
aus 3003 - 541 01..	1 846

3011 Zentral veranschlagte Verwaltungseinnahmen und -ausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 542 01

Bezeichnung	1 000 €
Fachinformationen	
3012 - 543 01	380
aus 3002 - 681 12	1 000
aus 3002 - 681 20	1 000
aus 3002 - 681 21	50
aus 3002 - 685 20	80
aus 3002 - 685 41	1 075
aus 3002 - Tgr. 50	1 900
aus 3003 - 541 01	10 044
aus 3004 - 541 01	290
aus 3004 - 683 10	1 000
aus 3004 - 685 10	1 000
aus 3004 - 685 11	200
aus 3004 - Tgr. 20	3 350
aus 3004 - Tgr. 30	6 000

Die Öffentlichkeitsarbeit des BMBF soll

1. das Interesse an Fragen der Bildungs-, Wissenschafts-, Forschungs- und Technologiepolitik vertiefen und
2. die Bürgerinnen und Bürger über Sinn und Umfang der Förderung in den Bereichen Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie informieren.

Aus dem Mittelansatz dürfen auch Ausgaben für die Bewirtung bei öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen und Pressegesprächen geleistet werden.

In besonderen Fällen dürfen auch Zuwendungen nach § 23 BHO gewährt werden.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 3001 Tit. 542 01	370	271

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
547 09 -011	Ausgaben für Vorhaben, die aus Spenden, Sponsoring und ähnlichen freiwilligen Geldleistungen finanziert werden	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 282 09.

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 3001 Tit. 547 09	-	-

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
688 06 -011	Zahlungsverpflichtungen aus Verstößen gegen EU-Recht	-	-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 3001 Tit. 688 06	-	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Besondere Finanzierungsausgaben			
972 01 -880	Globale Minderausgabe	-410 463	-282 915	-

Haushaltsvermerk:

Die Erläuterungen zu Nr. 1 sind verbindlich.

Erläuterungen:

1. Von den im Einzelplan veranschlagten Ausgaben sollen 410 463 T€ eingespart werden. Die Festtitel 518 .2 - Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement -, Kap. 3002 Tit. 681 20 - Förderung der beruflichen Aufstiegsfortbildung -, Kap. 3002 Tgr. 50 - Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) - sowie Kap. 3004 Tit. 685 81 - Gesetzliche Endlageraufwendungen (Endlagervorausleistungen und Endlagergebühren) - dürfen nicht als Einsparstellen herangezogen werden.
2. Da zum Zeitpunkt der Aufstellung des Haushaltsplans nicht vorhersehbar ist, bei welchen Titeln Minderabflüsse aufgrund von verzögerten Projektabläufen entstehen, wird die Einsparung ohne eine Gefährdung geplanter Maßnahmen in Form einer Globalen Minderausgabe veranschlagt und im Vollzug erwirtschaftet.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 3001 Tit. 972 01	-282 915	-

981 01 -890	Leistungen an Bundesbehörden zur Durchführung von Aufträgen	-	-	(23 744)

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Epl. 30.

Erläuterungen:

Dienststellen der Bundesverwaltung, insbesondere Bundesforschungsanstalten, werden soweit wie möglich an der Durchführung der Förderprogramme des BMBF beteiligt. Soweit hierfür Ausgaben vorhersehbar sind, werden sie in den Einzelplänen der betreffenden Bundesstellen veranschlagt. Damit Bundesstellen auch Forschungs- und Entwicklungsvorhaben übernehmen können, die sich erst im weiteren Programmverlauf nach Abschluss der Haushaltsplanung konkretisieren, ist eine Erstattung der dafür entstehenden Ausgaben aus dem Epl. 30 in folgender Weise vorgesehen: Die Beträge werden im Epl. 30 bei den betreffenden Förderungstiteln eingespart und über den hier eingerichteten Tit. 981 01 den anspruchsberechtigten Bundesstellen erstattet.

Durch dieses Erstattungsverfahren soll erreicht werden, dass die geleisteten Ausgaben des Bundes jeweils im Haushalt derjenigen Bundesstelle nachgewiesen werden, die die Vorhaben tatsächlich durchgeführt hat.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 3001 Tit. 981 01	-	(23 744)

981 07 -890	Leistungen an Bundesbehörden zur Durchführung von ressortübergreifenden Aufgaben	-	-	(5)

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Epl. 30.

3011 Zentral veranschlagte Verwaltungseinnahmen und -ausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 981 07

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 3002 Tit. 981 07	-	(5)

Titelgruppe 57

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Tgr. 57	Versorgung der Beamtinnen und Beamten sowie der Richterinnen und Richter	(31 280)	(29 940)	

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.

2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 232 57.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
431 57 -018	Versorgungsbezüge der Bundesministerinnen und Bundesminister, sonstiger Amtsträger und deren Hinterbliebenen	575	631	562

Erläuterungen:

Aus dem Titel werden auch Übergangsgelder für ehemalige Mitglieder der Bundesregierung (§ 14 Bundesministergesetz) und für ehemalige Parlamentarische Staatssekretärinnen und Parlamentarische Staatssekretäre (§ 6 ParlStG) gewährt.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 3067 Tit. 431 57	631	562

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
432 57 -018	Versorgungsbezüge	25 294	24 175	24 617

Erläuterungen:

Aus dem Titel werden auch die Bezüge der in den einstweiligen Ruhestand versetzten Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter vom Ersten des auf den Beginn des einstweiligen Ruhestandes folgenden Monats an gewährt.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 3067 Tit. 432 57	24 175	24 617

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
434 57 -018	Zuführung an die Versorgungsrücklage	900	768	721

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 3067 Tit. 434 57	768	721

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 57

443 57 -018	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen einschließlich Inanspruchnahme von besonderen Fachdiensten/-kräften	2	1	2

Erläuterungen:

Unfallfürsorge nach dem BeamtVG.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 3067 Tit. 443 57	1	2

446 57 -018	Beihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften	4 101	3 800	3 753

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 3067 Tit. 446 57	3 800	3 753

453 57 -018	Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen	-	-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 3067 Tit. 453 57	-	-

632 57 -018	Erstattungen des Bundes für Versorgungslasten	408	565	404

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 3067 Tit. 632 57	565	404

3011 Zentral veranschlagte Verwaltungseinnahmen und -ausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Flexibilisierte Ausgaben			
	Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG			
	Aus Hauptgruppe 4 und Titel 634 .3	5 290	4 773	3 865
	Aus Hauptgruppe 5	730	700 *477*	837
	Zusammen	6 020	5 473 *477*	4 702
F ***424 01*** *-011*	*Zuführung an die Versorgungsrücklage*	*440*	*356*	*259*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 3001 Tit. 424 01	*356*	*259*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***441 01*** *-840*	*Beihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften*	*1 848*	*1 871*	*1 709*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 3001 Tit. 441 01	*1 871*	*1 709*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***443 01*** *-840*	*Fürsorgeleistungen und Unterstützungen einschließlich Inanspruchnahme von besonderen Fachdiensten/-kräften*	*78*	*14*	*-1*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 3001 Tit. 443 01	*14*	*-1*
Kap. 3001 Tit. 443 02	*70*	*117*
Zusammen	*84*	*116*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
F ***452 02*** *-223*	*Unfallkasse des Bundes*	*51*	*42*	*50*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 3001 Tit. 452 02	*42*	*50*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F ***526 01*** *-011*	*Gerichts- und ähnliche Kosten*	*30*	*30*	*43*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 3001 Tit. 526 01	*30*	*43*

F ***526 02*** *-011*	*Sachverständige, Ausgaben für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen*	*292*	*262*	*474*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Entsendung von Sachverständigen zu wissenschaftlichen Tagungen, Sitzungen und Besprechungen..	*52*
2. Gutachten zur Erfolgskontrolle (Prognose, laufende Kontrolle und abschließende Bewertung) sowie für Kosten-Nutzen-Analysen.....	*96*
3. Honorare an Dolmetscherinnen und Dolmetscher sowie andere freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter...	*50*
4. sonstige Gutachtertätigkeit...	*64*
5. Beratungsgremien mit übergreifenden förderpolitischen Aktivitäten...	*20*
6. Beratungsgremien in Bildung, Forschung und Innovation, die nicht einem Fachtitel zugeordnet werden können..........................	*10*
Zusammen...	*292*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 3001 Tit. 526 02	*262*	*474*
Kap. 3001 Tit. 526 03	*30*	*24*
Zusammen	*292*	*498*

F ***527 03*** *-011*	*Reisen in Angelegenheiten der Personalvertretungen und der Gleichstellungsbeauftragten sowie in Vertretung der Interessen schwerbehinderter Menschen*	*28*	*28*	*27*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 3001 Tit. 527 03	*28*	*27*

F ***543 01*** *-011*	*Veröffentlichungen und Fachinformationen*	*380*	*380*	*293*

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

Erläuterungen:

Die wissenschaftlichen Fachinformationen sind Aufgabe der Forschungseinrichtungen, der Fachpublizistik und der Dokumentationsdienste. In besonderen Fällen ist es jedoch erforderlich, dass das Ministerium Veröffentlichungen selbst vornimmt oder fördert.

3011 Zentral veranschlagte Verwaltungseinnahmen und -ausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 543 01

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 3001 Tit. 543 01	*380*	*293*

F ***634 03*** *-011*	*Zuweisungen an den Versorgungsfonds*	*2 873*	*2 490*	*1 848*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 3001 Tit. 634 03	*2 490*	*1 848*

Wesentliche finanzwirksame Schwerpunkte des Kapitels

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung nimmt die Aufgaben der Bundesregierung auf dem Gebiet der Bildungs- und Forschungspolitik wahr. Es gliedert sich in acht Abteilungen:

Abteilung Z	Zentralabteilung
Abteilung I	Strategien und Grundsatzfragen
Abteilung II	Europäische und internationale Zusammenarbeit in Bildung und Forschung
Abteilung III	Berufliche Bildung; Lebenslanges Lernen
Abteilung IV	Wissenschaftssystem
Abteilung V	Schlüsseltechnologien - Forschung für Innovationen
Abteilung VI	Lebenswissenschaften - Forschung für Gesundheit
Abteilung VII	Zukunftsvorsorge - Forschung für Grundlagen und Nachhaltigkeit

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat seinen ersten Dienstsitz in Bonn und einen zweiten Dienstsitz in Berlin.

Überblick zum Kapitel 3012	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	30 005	39 005	-9 000		28 298
Gesamteinnahmen	30 005	39 005	-9 000		28 298
Ausgaben					
Personalausgaben	62 401	60 149	+2 252	793	58 944
Sächliche Verwaltungsausgaben	30 198	25 296	+4 902	826	13 103
Ausgaben für Investitionen	5 251	2 405	+2 846	5 202	4 152
Gesamtausgaben	97 850	87 850	+10 000	6 821	76 199
davon flexibilisiert	80 840	76 340	+4 500	2 943	72 858
davon nicht flexibilisiert	17 010	11 510	+5 500	3 878	3 341

3012 Bundesministerium

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

111 01 -011	Gebühren, sonstige Entgelte	-	-	-

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 3001 Tit. 111 01	-	-

119 99 -011	Vermischte Einnahmen	30 000	39 000	27 726

Erläuterungen:

Die Einnahmen sind hier zentral für den gesamten Einzelplan veranschlagt. Es handelt sich insbesondere um Einnahmen aus der Investitionszulagen-Rückvergütung, der Abrechnung von Zuschüssen, Stundungs- und Verzugszinsen sowie der Beteiligung an Lizenzeinnahmen aus der Projektförderung des BMBF (ausgenommen Kap. 3002 Tit. 162 11 und Tit. 162 21).

Hier werden auch Erlöse aus Filmverleih und aus der Veräußerung von Ausstellungsgegenständen vereinnahmt, die durch Ausgaben bei Kap. 3011 Tit. 542 01 angeschafft worden sind.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 3001 Tit. 119 99	39 000	27 726

124 01 -011	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	-	-	-

Haushaltsvermerk:

1. Nach § 63 Abs. 4 BHO in Verbindung mit § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass die bundeseigenen Forschungsschiffe "Polarstern", "Uthörn", "Mya", "Heincke" und "Aade" der Stiftung "Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung" (AWI) in Bremerhaven (vgl. Kap. 3004 Tit. 685 70 und 894 70) unentgeltlich zur Nutzung überlassen bzw. bei Einsatzfahrten von Hochschulen sowie vom Bund mitfinanzierten Forschungseinrichtungen unentgeltlich mitgenutzt werden.
2. Nach § 63 Abs. 4 BHO in Verbindung mit § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass das bundeseigene Grundstück Villa Vigoni in Loveno di Menaggio am Comer See (Italien) dem Verein "Villa Vigoni e. V." unentgeltlich zur Nutzung überlassen wird.
3. Nach § 63 Abs. 4 BHO in Verbindung mit § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass die bundeseigenen Liegenschaften der geisteswissenschaftlichen Einrichtungen im Ausland der "Max Weber Stiftung - Deutsche Geisteswissenschaftliche Institute im Ausland" (vgl. Kap. 3003 Tit. 685 20 und 894 20) für die Dauer und den Umfang des Bedarfs unentgeltlich zur Nutzung überlassen werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 124 01

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 3001 Tit. 124 01	-	-

132 01 -011	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	5	5	572

Erläuterungen:

Erlöse aus der Veräußerung von ausgesonderten Personenkraftwagen und sonstigen Ausstattungs- und Gebrauchsgegenständen.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 3001 Tit. 132 01	5	572

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

1. Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 6 HG.
2. **Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Kap. 3012 flexibilisierter Bereich dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 3011 Tit. 282 08.**

Sächliche Verwaltungsausgaben

518 02 -011	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	17 010	11 510	1 146

Haushaltsvermerk:

Minderausgaben dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Titeln oder zur Erbringung von Globalen Minderausgaben herangezogen werden.

Erläuterungen:

In den Mietkosten für die BMBF-Liegenschaft (Kreuzbauten) in Bonn sind ab 2012 anteilig die Ausgaben zur Deckung der Sanierung der 0-Ebene der Kreuzbauten enthalten.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 3001 Tit. 518 02	11 510	1 146

3012 Bundesministerium

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Flexibilisierte Ausgaben

Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben nach § 5 HG

		Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
	Aus Hauptgruppe 4	62 401	60 149 *793*	58 944
	Aus Hauptgruppe 5	13 188	13 786 *826*	11 957
	Aus Hauptgruppe 7	100	174 *523*	42
	Aus Hauptgruppe 8	5 151	2 231 *801*	1 915
	Zusammen	80 840	76 340 *2 943*	72 858

F ***421 01*** *-011* *Bezüge der Bundesministerin und der Parlamentarischen Staatssekretäre* — *453* | *450* | *421*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 3001 Tit. 421 01	*450*	*421*

F ***422 01*** *-011* *Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten* — *34 919* | *33 146* | *31 955*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 3001 Tit. 422 01	*33 146*	*31 955*

F ***422 02*** *-011* *Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte* — *800* | *624* | *924*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 3001 Tit. 422 02	*624*	*924*

F ***427 09*** *-011* *Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, sonstige Beschäftigungsentgelte (auch für Auszubildende) sowie Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige* — *6 400* | *6 039* | *6 337*

Haushaltsvermerk:

1. *Mehrausgaben* ***zu Nr. 4 der Erläuterungen*** *dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1106 Tit. 686 12.*

2. *Mehrausgaben* ***zu Nr. 4 der Erläuterungen*** *dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1106 Tit. 272 02.*

   Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haus-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 427 09

haltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.

3. Ausgaben dürfen auch für Vergütungen für bis zu 50 Personalaushilfen geleistet werden, die von Forschungseinrichtungen, forschungsfördernden Einrichtungen und anderen Einrichtungen zum BMBF auf Zeit abgestellt werden.

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
Die Ausgaben sind vorgesehen für Vergütungen der auf Zeitvertragsbasis beschäftigten oder auf Zeit abgestellten	
1. Aushilfsbeschäftigte zur Überwindung von Arbeitsengpässen im allgemeinen Geschäftsbetrieb...	*2 200*
2. bis zu 50 Personalaushilfen aus Forschungseinrichtungen, forschungsfördernden Einrichtungen und anderen Einrichtungen......	*3 600*
Durch die vorübergehende Beschäftigung von Personal der Forschungseinrichtungen sollen das gegenseitige Verständnis verbessert und die Gewinnung qualifizierter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erleichtert werden.	
3. Beschäftigungsentgelte für Auszubildende.....................................	*600*
4. Mittel des Europäischen Sozialfonds (ESF) für Fachprogramme des BMBF: Technische Hilfe (Personalkosten)...............................	*-*
Zusammen..	*6 400*

Ausgaben dürfen auch für Erstattungen der Vergütungen und Löhne von Aushilfskräften aus Einrichtungen geleistet werden, die den TVöD anwenden.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 3001 Tit. 427 09	*6 039*	*6 337*

*F **428 01** -011*	*Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*	*19 445*	*19 427*	*18 981*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 3001 Tit. 428 01	*19 427*	*18 981*

*F **453 01** -840*	*Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen*	*384*	*393*	*209*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 3001 Tit. 453 01	*393*	*209*

*F **511 01** -011*	*Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände, Software, Wartung*	*2 739*	*1 630*	*1 666*

Haushaltsvermerk:

Einnahmen aus dem Verkauf von Kunstgegenständen fließen den Ausgaben zu.

3012 Bundesministerium

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 511 01

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 3001 Tit. 511 01	1 630	1 666
Kap. 3001 Tit. 511 55	2 506	2 148
Zusammen	4 136	3 814

F **514 01** -011	*Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.*	155	155	122

Erläuterungen:

Bezeichnung	Soll 2014	Soll 2013
personengebundene Pkw..	5	5

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 3001 Tit. 514 01	155	122

F **517 01** -011	*Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume*	4 640	5 140	3 974

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 3001 Tit. 517 01	5 140	3 974

F **518 01** -011	*Mieten und Pachten*	171	171	85

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 3001 Tit. 518 01	171	85

F **519 01** -011	*Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen*	600	765	576

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 3001 Tit. 519 01	765	576

F **525 01** -011	*Aus- und Fortbildung*	505	230	187

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 3001 Tit. 525 01	230	187
Kap. 3001 Tit. 525 55	275	229
Zusammen	505	416

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F **527 01** -011	*Dienstreisen*	*2 150*	*2 100*	*2 040*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 3001 Tit. 527 01	*2 100*	*2 040*

F **532 01** -011	*Aufträge und Dienstleistungen im Bereich Informationstechnik*	*1 973*	*529*	*809*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 3001 Tit. 532 55	*529*	*809*

F **539 99** -011	*Vermischte Verwaltungsausgaben*	*255*	*250*	*96*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 3001 Tit. 539 99	*250*	*96*
Kap. 3001 Tit. 546 88	*5*	*1*
Zusammen	*255*	*97*

F **711 01** -011	*Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten*	*100*	*174*	*42*

Erläuterungen:

Einjährige Maßnahmen	*1 000 €*
Sonstige Baumaßnahmen	*100*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 3001 Tit. 711 01	*174*	*42*

F **811 01** -011	*Erwerb von Fahrzeugen*	*5*	*5*	*446*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 3001 Tit. 811 01	*5*	*446*

3012 Bundesministerium

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu flexibilisierte Ausgaben

F ***812 01 -011***	*Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)*	*1 610*	*390*	*246*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Ausstattung Büroräume	*110*
2. Ergänzung Technik (Videokonferenzanlagen, Druckvorstufe)	*30*
3. Ausstattung Sitzungssäle	*90*
4. Nutzerspezifische Ausstattung Neubau Berlin	*1 320*
5. Sonstiges	*60*
Zusammen	*1 610*

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 3001 Tit. 812 01	*390*	*246*

F ***812 02 -011***	*Erwerb von Anlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Software im Bereich Informationstechnik*	*3 536*	*1 836*	*1 223*

Erläuterungen:

Bezeichnung	*1 000 €*
1. Erstbeschaffung	*1 776*
2. Ersatzbeschaffung	*690*
3. Sonstiges	*1 070*
Zusammen	*3 536*

Zu 3.:
Verkabelung/Netzinfrastruktur: davon für Neuausstattung: 70 T€, davon für Ersatzbeschaffung 1 000 T€.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 3001 Tit. 812 55	*1 836*	*1 223*

Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel

F *443 02 -313*	*Inanspruchnahme überbetrieblicher betriebsärztlicher und sicherheitstechnischer Dienste, von Betriebsärztinnen und Betriebsärzten sowie Fachkräften für Arbeitssicherheit*		*70*	*117*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 3001 Tit. 443 02	*70*	*117*

F *511 55 -011*	*Geschäftsbedarf und Datenübertragung sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Software, Wartung*		*2 506*	*2 148*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 3001 Tit. 511 55	*2 506*	*2 148*

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
F 525 55 -011	*Aus- und Fortbildung*		*275*	*229*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 3001 Tit. 525 55	*275*	*229*

F 526 03 -011	*Ausgaben für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen*		*30*	*24*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 3001 Tit. 526 03	*30*	*24*

F 546 88 -012	*Förderung des Vorschlagwesens*		*5*	*1*

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	*Soll 2013 1 000 €*	*Ist 2012 1 000 €*
Kap. 3001 Tit. 546 88	*5*	*1*

In Vorjahren weggefallene Titel mit Ausgaberest

712 01 -011	Baumaßnahmen von mehr als 1 000 000 € im Einzelfall		*3 878*	2 195

Erläuterungen:

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Kap. 3001 Tit. 712 01	-	2 195

30 Aufwandsentschädigungen, Besondere Personalausgaben

Haushaltsvermerk:

In den Personaltiteln dieses Einzelplans sind folgende Aufwandsentschädigungen und Besondere Personalausgaben veranschlagt:

1. **Aufwandsentschädigungen**

1.1 Dienstaufwandsentschädigung für die Bundesministerin in Höhe von jährlich 3 681,30 € (monatlich 306,78 €) bei folgendem Titel:

Kap. 3012 Tit. 421 01.

1.2 Dienstaufwandsentschädigung für die Parlamentarischen Staatssekretäre in Höhe von jährlich 2 760,98 € (monatlich 230,08 €) bei folgendem Titel:

Kap. 3012 Tit. 421 01.

1.3 Aufwandsentschädigung für vom Dienst freigestellte Personalratsmitglieder und Vertrauenspersonen der schwerbehinderten Menschen bei folgenden Titeln:

Kap. 3012 Tit. 422 01 und 428 01.

1.4 Aufwandsentschädigung nach der Aufwandsentschädigungsrichtlinie (AER) vom 15.12.1997 (GMBl. 1998 S. 27) bei folgenden Titeln:

Kap. 3012 Tit. 422 01, 422 02 und 428 01.

1.5 Dienstaufwandsentschädigung für den Vorsitzenden des Stiftungsrates der MWS in Höhe von jährlich 4 680 € (monatlich 390 €) bei folgendem Titel:

Kap. 3003 Tit. 685 20.

1.6 Dienstaufwandsentschädigung für den Präsidenten der DFG in Höhe von jährlich 3 067,75 € (monatlich 255,65 €) bei folgendem Titel:

Kap. 3003 Tit. 685 30.

Aufwandsentschädigung im Arbeitsvertrag vereinbart.

1.7 Dienstaufwandsentschädigung für den Präsidenten der MPG in Höhe von jährlich 3 681,30 € (monatlich 306,78 €) bei folgendem Titel:

Kap. 3003 Tit. 685 40.

Aufwandsentschädigung im Arbeitsvertrag vereinbart.

1.8 Dienstaufwandsentschädigung für den Generalsekretär der MPG in Höhe von jährlich 3 067,75 € (monatlich 255,65 €) bei folgendem Titel:

Kap. 3003 Tit. 685 40.

Aufwandsentschädigung im Arbeitsvertrag vereinbart.

1.9 Dienstaufwandsentschädigung für den Präsidenten der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina in Höhe von jährlich 2 454 € (monatlich 204,50 €) bei folgendem Titel:

Kap. 3003 Tit. 685 60.

(Nr. 2)

1.10 Dienstaufwandsentschädigung für die vier Vizepräsidenten der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina in Höhe von jährlich je 1227 € (monatlich je 102,25 €) bei folgendem Titel:

Kap. 3003 Tit. 685 60.

(Nr. 2)

1.11 Dienstaufwandsentschädigung für den Vorsitzenden des Wissenschaftsrates in Höhe von jährlich 3 067,75 € (monatlich 255,65 €) bei folgendem Titel:

Kap. 3003 Tit. 685 60.

(Nr. 4)

1.12 Dienstaufwandsentschädigung für den Präsidenten der FhG in Höhe von jährlich 3 681,30 € (monatlich 306,78 €) bei folgendem Titel:

Kap. 3004 Tit. 685 60.

Aufwandsentschädigung im Arbeitsvertrag vereinbart.

1.13 Dienstaufwandsentschädigung für den Präsidenten des HGF e. V. in Höhe von jährlich 3 681,30 € (monatlich 306,78 €) bei folgendem Titel:

Kap. 3004 Tit. 685 70.

2. **Besondere Personalausgaben**

2.1 Betreuung aller Beschäftigten, die am Heiligen Abend nach 18 Uhr Dienst verrichten bei folgendem Titel:

Kap. 3012 Tit. 428 01.

2.2 Verfügungsfonds für vom Dienst freigestellte Gleichstellungsbeauftragte gem. § 18 Abs. 4 BGleiG in Höhe von bis zu jährlich 156 € (monatlich 13 €) bei folgendem Titel:

Kap. 3012 Tit. 422 01.

2.3 Außer- und übertarifliche Leistungen an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die mit Einwilligung des BMF gewährt werden, bei folgenden Titeln:

Kap. 3012 Tit. 427 09 und 428 01.

30 Übersicht 1
Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Kapitel, Titel (Titelgr.) sowie Zweckbestimmung	Ausgaben-soll 2014 1 000 €	a) Bis einschl. 31.12.2012 eingegangene Verpflichtungen fällig ab 2014 b) VE 2013 c) VE 2014 1 000 €	davon fällig 2014 1 000 €	2015 1 000 €	2016 1 000 €	2017 1 000 €	Folgejahre 1 000 €	in künftigen Haushaltsjahren 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Kapitel 3002								
681 01 - Studenten- und Wissenschaftleraustausch sowie internationale Hochschul- und Wissenschaftskooperation	130 500	a) 151 743	76 643	51 000	24 100	-	-	-
		b) 105 400	26 600	26 600	26 100	26 100	-	-
		c) 107 100		26 800	28 100	26 100	26 100	-
Tgr. 10								
681 10 - Zuschüsse an Begabtenförderungswerke	232 633	a) 220 932	110 403	74 671	35 858	-	-	-
		b) 177 831	48 178	45 652	43 234	40 767	-	-
		c) 225 084		65 783	60 488	52 286	46 527	-
681 11 - Begabtenförderung Berufliche Bildung	44 000	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 35 600	35 600	-	-	-	-	-
		c) 71 200		35 600	22 250	8 900	4 450	-
681 12 - Deutschlandstipendium	57 394	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 41 100	41 100	-	-	-	-	-
		c) 45 915		45 915	-	-	-	-
685 11 - Leistungswettbewerbe und Preise für den wissenschaftlichen Nachwuchs	7 500	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 7 400	5 600	1 000	800	-	-	-
		c) 10 800		4 600	3 400	2 800	-	-
Tgr. 20								
681 21 - Internationaler Austausch und Zusammenarbeit in der beruflichen Bildung	10 778	a) 6 839	4 229	1 800	810	-	-	-
		b) 13 000	4 500	5 000	2 500	1 000	-	-
		c) 9 880		1 800	2 680	3 300	2 100	-
685 20 - Innovationen und Strukturentwicklungen in der beruflichen Bildung	87 137	a) 99 531	62 791	31 740	5 000	-	-	-
		b) 121 800	24 140	35 660	42 000	20 000	-	-
		c) 61 100		11 100	11 500	19 000	19 500	-
685 21 - Maßnahmen zur Verbesserung der Berufsorientierung	65 000	a) 23 395	21 395	1 000	1 000	-	-	-
		b) 110 705	46 705	39 000	20 000	5 000	-	-
		c) 144 000		20 000	29 000	45 000	50 000	-
893 20 - Überbetriebliche Berufsbildungsstätten	40 000	a) 31 723	20 654	11 069	-	-	-	-
		b) 48 000	24 000	16 000	8 000	-	-	-
		c) 26 800		-	9 400	11 600	5 800	-
Tgr. 40								
661 40 - Bildungskredit (Erstattung von Kreditausfällen an die Kreditanstalt für Wiederaufbau)	14 700	a) 63 850	14 700	15 200	11 800	8 650	13 500	-
		b) 25 600	-	-	3 400	4 500	17 700	-
		c) 25 600		-	-	2 050	23 550	-
685 41 - Stärkung der Leistungsfähigkeit des Bildungswesens	117 974	a) 59 312	31 593	23 289	4 430	-	-	-
		b) 212 000	70 000	60 000	54 000	28 000	-	-
		c) 219 000		24 000	70 000	77 000	48 000	-
685 42 - Weiterbildung und Lebenslanges Lernen	39 542	a) 49 589	31 613	8 156	3 904	2 985	2 931	-
		b) 39 000	15 000	12 000	7 000	5 000	-	-
		c) 70 000		25 000	20 000	15 000	10 000	-
685 43 - Digitale Medien in der Bildung	9 799	a) 13 644	8 098	3 480	2 066	-	-	-
		b) 13 000	2 300	4 700	3 000	3 000	-	-
		c) 13 300		3 600	3 800	2 900	3 000	-
Tgr. 70								
518 72 - Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Ein-	4 700	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 11 280	-	-	-	188	11 092	-

Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Kapitel, Titel (Titelgr.) sowie Zweckbestimmung	Ausgaben-soll 2014 1 000 €	a) Bis einschl. 31.12.2012 eingegangene Verpflichtungen fällig ab 2014 b) VE 2013 c) VE 2014 1 000 €	davon fällig 2014 1 000 €	2015 1 000 €	2016 1 000 €	2017 1 000 €	Folgejahre 1 000 €	in künftigen Haushaltsjahren 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7	8	9
heitlichen Liegenschaftsmanagement		c) 7 920		264	264	264	7 128	-
812 71 - Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke (ohne IT)	450	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 450	450	-	-	-	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
Summe des Kapitels 3002	3 358 787	a) 720 558	382 119	221 405	88 968	11 635	16 431	-
		b) 962 166	344 173	245 612	210 034	133 555	28 792	-
		c) 1 037 699		264 462	260 882	266 200	246 155	-
Kapitel 3003								
541 01 - Wissenschaftskommunikation und Wissenschaftsjahre	11 650	a) 2 407	1 874	533	-	-	-	-
		b) 15 200	6 000	4 500	2 400	2 300	-	-
		c) 13 300		4 200	4 500	2 300	2 300	-
685 04 - Exzellenzinitiative Spitzenförderung von Hochschulen	376 950	a) 463 000	225 500	157 500	79 516	484	-	-
		b) 1 035 210	151 450	240 000	314 240	329 520	-	-
		c) -		-	-	-	-	-
685 07 - Strategien zur Durchsetzung von Chancengerechtigkeit für Frauen in Bildung und Forschung	23 000	a) 22 224	15 650	4 380	2 194	-	-	-
		b) 63 600	7 500	15 800	16 200	16 600	7 500	-
		c) 56 800		13 400	13 400	12 000	18 000	-
685 09 - Hochschulbezogene zentrale Maßnahmen studentischer Verbände und anderer Organisationen	1 600	a) 484	198	143	143	-	-	-
		b) 1 600	900	400	300	-	-	-
		c) 1 400		700	400	300	-	-
Tgr. 01								
685 15 - Qualitätspakt Lehre	200 000	a) 570 003	200 001	200 001	168 311	1 690	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) 51 000		-	31 000	20 000	-	-
685 16 - Weiterentwicklung des Bologna-Prozesses	54 984	a) 47 978	32 052	12 159	3 767	-	-	-
		b) 72 300	11 600	26 200	21 800	12 700	-	-
		c) 107 100		26 800	31 100	32 100	17 100	-
685 17 - Monitoring des Wissenschaftssystems, Wissenschafts- und Hochschulforschung	16 937	a) 14 291	9 332	4 394	565	-	-	-
		b) 18 100	4 100	5 200	5 800	3 000	-	-
		c) 13 500		3 400	3 400	3 500	3 200	-
Tgr. 10								
685 10 - Sozial- und geisteswissenschaftliche Forschung	70 724	a) 96 324	44 630	27 836	16 871	6 987	-	-
		b) 87 600	21 000	22 600	18 400	13 100	12 500	-
		c) 107 000		21 000	24 000	24 000	38 000	-
Tgr. 40								
894 40 - MPG - Investitionen	157 396	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 156 400	50 000	43 800	32 600	30 000	-	-
		c) 185 000		70 000	55 000	30 000	30 000	-
Tgr. 50								
882 50 - Zweckgebundene Zuweisungen an die Länder für Mitgliedseinrichtungen der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz e. V. (WGL)	85 642	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 99 000	30 000	32 000	19 000	18 000	-	-
		c) 120 000		45 000	35 000	20 000	20 000	-

30 Übersicht 1
Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Kapitel, Titel (Titelgr.) sowie Zweckbestimmung	Ausgaben-soll 2014 1 000 €	a) Bis einschl. 31.12.2012 eingegangene Verpflichtungen fällig ab 2014 b) VE 2013 c) VE 2014 1 000 €	davon fällig 2014 1 000 €	2015 1 000 €	2016 1 000 €	2017 1 000 €	Folgejahre 1 000 €	in künftigen Haushaltsjahren 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Tgr. 60								
518 02 - Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	-	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) 167 550	-	-	1 396	5 585	160 569	-
		c) -		-	-	-	-	-
Summe des Kapitels 3003	5 873 217	a) 1 216 711	529 237	406 946	271 367	9 161	-	-
		b) 1 716 560	282 550	390 500	432 136	430 805	180 569	-
		c) 655 100		184 500	197 800	144 200	128 600	-
Kapitel 3004								
541 01 - Analysen, Planung und Datenerhebung	12 560	a) 6 072	4 532	1 121	419	-	-	-
		b) 15 700	4 700	5 000	3 000	3 000	-	-
		c) 12 500		3 900	4 100	2 000	2 500	-
687 02 - Zusammenarbeit mit anderen Staaten in den Bereichen Bildung und Forschung	46 838	a) 14 297	8 644	3 976	1 677	-	-	-
		b) 55 600	19 300	18 400	9 000	8 900	-	-
		c) 62 000		16 800	21 700	12 700	10 800	-
687 03 - Wissenschaftliche Zusammenarbeit mit ausländischen Forschungseinrichtungen und Unternehmen	12 100	a) 1 150	1 150	-	-	-	-	-
		b) 14 600	5 280	4 460	2 440	2 420	-	-
		c) 24 200		9 680	7 260	4 840	2 420	-
687 04 - Stärkung Deutschlands im Europäischen Forschungs- und Bildungsraum	31 755	a) 20 739	14 219	5 924	596	-	-	-
		b) 48 600	21 200	13 600	6 900	6 900	-	-
		c) 36 700		9 000	11 600	9 800	6 300	-
Tgr. 10								
683 10 - Instrumente im Wissens- und Technologietransfer im Rahmen der Hightech-Strategie	145 832	a) 181 825	92 205	53 490	23 927	12 019	184	-
		b) 144 100	40 600	44 300	40 500	18 700	-	-
		c) 136 000		27 800	36 800	42 300	29 100	-
685 10 - Innovationsförderung in den neuen Ländern	146 000	a) 139 500	71 000	44 900	23 600	-	-	-
		b) 94 600	23 600	23 700	23 700	23 600	-	-
		c) 94 700		23 600	23 700	23 700	23 700	-
685 11 - Forschung an Fachhochschulen	39 880	a) 32 748	20 652	12 096	-	-	-	-
		b) 43 000	13 000	11 000	11 000	8 000	-	-
		c) 39 800		11 100	12 900	7 900	7 900	-
Tgr. 20								
683 20 - Kommunikationssysteme, IT-Sicherheit	57 000	a) 67 946	34 000	22 646	11 300	-	-	-
		b) 46 000	11 600	11 500	11 500	11 400	-	-
		c) 50 600		11 400	11 400	16 400	11 400	-
683 21 - Softwaresysteme, Wissenstechnologien	129 605	a) 149 860	69 282	49 071	19 987	11 520	-	-
		b) 154 800	41 700	32 500	35 600	25 000	20 000	-
		c) 79 500		22 100	22 100	15 300	20 000	-
683 22 - Demografischer Wandel, Mensch-Technik-Interaktion	74 500	a) 74 391	41 840	18 912	13 639	-	-	-
		b) 76 200	18 900	26 700	15 400	15 200	-	-
		c) 59 000		13 900	15 600	14 600	14 900	-
683 23 - Elektroniksysteme	53 000	a) 68 686	31 350	18 284	19 052	-	-	-
		b) 47 800	15 800	14 000	9 000	9 000	-	-
		c) 40 900		10 100	8 000	12 200	10 600	-
683 24 - Produktions- und Dienstleistungsforschung, Ar-	80 000	a) 85 680	48 950	25 049	11 681	-	-	-
		b) 67 000	16 000	17 000	16 000	18 000	-	-
		c) 92 000		30 000	26 000	18 000	18 000	-

Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Kapitel, Titel (Titelgr.) sowie Zweckbestimmung	Ausgaben-soll 2014	a) Bis einschl. 31.12.2012 eingegangene Verpflichtungen fällig ab 2014 b) VE 2013 c) VE 2014	davon fällig 2014	2015	2016	2017	Folge-jahre	in künftigen Haushalts-jahren
	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €
1	2	3	4	5	6	7	8	9
beiten und Kompetenzentwicklung								
683 25 - Optische Technologien	102 000	a) 120 865	60 879	39 997	19 989	-	-	-
		b) 81 100	20 100	21 000	20 000	20 000	-	-
		c) 85 600		21 600	22 200	21 800	20 000	-
683 26 - Neue Werkstoffe, Nanotechnologien	75 000	a) 100 130	46 257	32 897	20 976	-	-	-
		b) 50 200	12 000	13 000	9 800	15 400	-	-
		c) 57 900		14 100	14 200	14 600	15 000	-
683 27 - Sicherheitsforschung	56 000	a) 68 173	34 104	22 693	11 376	-	-	-
		b) 45 600	11 400	11 400	11 400	11 400	-	-
		c) 43 700		10 700	10 800	11 000	11 200	-
Tgr. 30								
683 30 - Bioökonomie	135 000	a) 179 783	83 402	49 889	31 492	14 812	188	-
		b) 103 900	25 000	25 000	23 900	15 000	15 000	-
		c) 112 800		33 100	25 600	24 100	30 000	-
685 30 - Gesundheitsforschung und Gesundheitswirtschaft	234 805	a) 332 525	143 011	93 564	55 642	33 316	6 992	-
		b) 173 600	48 600	50 000	40 000	20 000	15 000	-
		c) 180 000		44 200	45 200	40 600	50 000	-
685 31 - Lebenswissenschaftliche Grundlagenforschung	126 000	a) 172 777	77 355	56 826	23 470	15 126	-	-
		b) 102 700	25 000	20 000	27 700	15 000	15 000	-
		c) 88 600		24 000	24 400	20 200	20 000	-
Tgr. 40								
685 40 - Klimaforschung, Biodiversität und Globalisierte Lebensräume - Forschungs- und Entwicklungsvorhaben	101 749	a) 172 951	90 443	58 254	24 209	45	-	-
		b) 125 000	29 000	31 000	35 000	30 000	-	-
		c) 80 200		19 700	20 000	20 000	20 500	-
685 41 - Energietechnologien und effiziente Energienutzung - Forschungs- und Entwicklungsvorhaben	68 514	a) 80 045	40 920	23 452	9 661	5 980	32	-
		b) 67 470	14 670	18 200	16 600	10 000	8 000	-
		c) 54 900		13 100	14 800	11 000	16 000	-
685 42 - Umwelttechnologien und Ressourcen	106 190	a) 194 328	87 372	61 444	45 512	-	-	-
		b) 143 600	29 000	30 000	31 600	33 000	20 000	-
		c) 80 960		21 840	18 320	16 800	24 000	-
685 43 - Gesellschaftswissenschaften für Nachhaltigkeit	27 336	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) 20 240		5 460	4 580	4 200	6 000	-
685 44 - Küsten-, Meeres- und Polarforschung, Geoforschung - Forschungs- und Entwicklungsvorhaben	45 483	a) -	-	-	-	-	-	-
		b) -	-	-	-	-	-	-
		c) 35 600		8 800	9 100	8 800	8 900	-
894 40 - Klimaforschung und System Erde, Energie - Investitionen	82 776	a) 85 572	48 321	31 251	6 000	-	-	-
		b) 304 500	64 600	127 600	65 000	32 300	15 000	-
		c) 151 000		62 000	48 000	22 000	19 000	-
Tgr. 50								
685 50 - Naturwissenschaftliche Grundlagenforschung - Forschungs- und Entwicklungsvorhaben	34 584	a) 38 503	19 817	9 979	4 392	4 315	-	-
		b) 31 500	7 500	10 000	7 000	7 000	-	-
		c) 26 300		7 600	9 300	2 500	6 900	-

30 Übersicht 1
Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Kapitel, Titel (Titelgr.) sowie Zweckbestimmung	Ausgaben-soll 2014		a) Bis einschl. 31.12.2012 eingegangene Verpflichtungen fällig ab 2014 b) VE 2013 c) VE 2014	davon fällig					
				2014	2015	2016	2017	Folgejahre	in künftigen Haushaltsjahren
	1 000 €		1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €
1	2		3	4	5	6	7	8	9
894 50 - Naturwissenschaftliche Grundlagenforschung - Investitionen	215 348	a)	692 987	194 724	194 309	158 319	104 374	41 261	-
		b)	224 000	36 000	34 000	41 000	50 000	63 000	-
		c)	283 298		26 791	55 781	100 726	100 000	-
Tgr. 60									
894 60 - FhG - Investitionen	156 968	a)	65 000	30 000	35 000	-	-	-	-
		b)	100 000	30 000	35 000	35 000	-	-	-
		c)	100 000		30 000	35 000	35 000	-	-
Tgr. 70									
685 70 - HGF-Zentren - Betrieb	1 674 940	a)	114 172	35 060	38 112	41 000	-	-	-
		b)	264 240	27 440	69 600	67 200	100 000	-	-
		c)	310 000		70 000	70 000	70 000	100 000	-
894 70 - HGF-Zentren - Investitionen	403 714	a)	310 700	138 500	112 200	60 000	-	-	-
		b)	200 000	60 000	50 000	50 000	40 000	-	-
		c)	525 000		150 000	145 000	130 000	100 000	-
Tgr. 80									
685 80 - Stilllegung und Rückbau kerntechnischer Versuchs- und Demonstrationsanlagen	128 077	a)	1 231 758	46 379	47 232	46 800	40 853	1 050 494	-
		b)	43 042	6 349	5 874	5 400	1 427	23 992	-
		c)	26 000		8 000	7 000	6 000	5 000	-
685 81 - Gesetzliche Endlageraufwendungen (Endlagervorausleistungen und Endlagergebühren)	53 974	a)	1 139 494	4 741	27 898	27 351	27 351	1 052 153	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
Summe des Kapitels 3004	5 010 804	a)	5 942 657	1 619 109	1 190 466	712 067	269 711	2 151 304	-
		b)	2 868 452	678 339	773 834	670 640	550 647	194 992	-
		c)	2 989 998		760 371	780 441	739 066	710 120	-
Kapitel 3012									
518 02 - Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement	17 010	a)	757 010	16 010	14 380	14 380	14 380	697 860	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
Summe des Kapitels 3012	97 850	a)	757 010	16 010	14 380	14 380	14 380	697 860	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
Summe des Einzelplans 30	13 967 900	a)	8 636 936	2 546 475	1 833 197	1 086 782	304 887	2 865 595	-
		b)	5 547 178	1 305 062	1 409 946	1 312 810	1 115 007	404 353	-
		c)	4 682 797		1 209 333	1 239 123	1 149 466	1 084 875	-

Übersicht 2 30
Projektträger und Projektbegleiter des BMBF

Bei den Projektträgern handelt es sich um Dienstleister für das BMBF, die sich in wettbewerblichen Verfahren qualifiziert haben. Die Hauptaufgabe der Projektträger liegt in der wissenschaftlich-technischen und der administrativen Abwicklung von Fördermaßnahmen bei der direkten Projektförderung. Diese Aufgaben reichen von der Bekanntmachung eines Förderprogramms über die Beratung der Antragsteller einschließlich des notwendigen Schriftverkehrs, Organisation der wissenschaftlichen Begleitung und Evaluation bis hin zur Schlussabrechnung der Vorhaben. Darüber hinaus übernehmen die Projektträger weitere Beratungs- und Unterstützungsleistungen. Diese umfassen die für die Projektzielsetzung notwendige kommunikative Verbreitung der Förderbedingungen und Ergebnisse, die Verbreitung von Fachinformationen für die Öffentlichkeit, den wissenschaftlichen Erfahrungsaustausch im nationalen und internationalen Rahmen sowie Koordinierungsmaßnahmen im Rahmen der Bewerbung um Fördermittel aus den Rahmenprogrammen Forschung der EU.

Projektbegleiter/Projektsteuerer unterstützen das BMBF bei der Vorbereitung und der laufenden Betreuung von Fördervorhaben, insbesondere im Projektmanagement und in wissenschaftlich-technischer Hinsicht.

Lfd.-Nr.	Projektträger / Projektbegleiter und ihre Einsatzbereiche	Epl. Kap. Titel	Projektträger / Projektbegleiter			Ausgaben		
			2014	2013	2012	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1.	**Leistungsfähigkeit im Bildungswesen, Nachwuchsförderung**	**3002**				**13 105**	**11 482**	**7 087**
1.1	*Studenten- und Wissenschaftleraustausch sowie internationale Hochschul- und Wissenschaftskooperation*	*681 01*				*900*		
1.1.1	Nationale Kontaktstelle "Mobilität"	681 01	N.N.			900		
1.2	*Internationaler Austausch und Zusammenarbeit in der beruflichen Bildung*	*681 21*				*644*	*528*	
1.2.1	Berufsbildungsexport		DLR	DLR		644	528	
1.3	*Innovationen und Strukturentwicklungen in der beruflichen Bildung*	*685 20*				*611*	*1 466*	*974*
1.3.1	Perspektive Berufsabschluss		DLR	DLR	DLR	159	780	
1.3.2	Wissens- und Ergebnistransfer im "Programm Perspektive Berufsabschluss"		DLR	DLR		183	410	
1.3.3	Technologieorientierte Kompetenzmessung in der beruflichen Bildung		DLR	DLR	DLR	117	117	
1.3.4	Technologieorientierte Kompetenzmessung in der beruflichen Bildung (Sonderaufgabe)		DLR	DLR	DLR	152	159	
1.4	*Stärkung der Leistungsfähigkeit des Bildungswesens*	*685 41*				*6 743*	*4 561*	*1 760*
1.4.1	Innovationspolitik, Wissenschaftsanalyse, Daten- und Analysegrundlagen für Bildung und Forschung, Strategie		VDIVDE	VDIVDE		7	7	
1.4.2	Bündnisse für Bildung		DLR	DLR		1 388	400	
1.4.3	Leistungsfähigkeit des Bildungswesens		DLR	DLR		1 355	1 061	
1.4.4	Sexuelle Gewalt gegen Kinder und Jugendliche in pädagogischen Kontexten		DLR	DLR		539	539	
1.4.5	Rahmenprogramm zur Förderung der empirischen Bildungsforschung		DLR	DLR		2 079	2 079	
1.4.6	Kulturelle Bildung		DLR	DLR		475	475	
1.4.7	Qualitätsoffensive Lehrerbildung		N.N.			900		
1.5	*Weiterbildung und Lebenslanges Lernen*	*685 42*				*2 800*	*3 800*	*3 749*
1.5.1	Arbeitsplatzorientierte Alphabetisierung und Grundbildung Erwachsener		DLR	DLR		703	703	
1.5.2	Lernen vor Ort		DLR	DLR		2 097	2 097	
1.5.3	Restabwicklung Bildungsprämie			DLR	DLR	-	1 000	
1.6	*Digitale Medien in der Bildung*	*685 43*				*1 407*	*1 127*	*604*
1.6.1.	Digitale Medien in der beruflichen Bildung		DLR	DLR		1 407	1 127	
	nachrichtlich (Kapitelsumme bisherige PT-Aufgabenzuschnitte)							
2.	**Wettbewerbsfähigkeit des Wissenschafts- und Innovationssystems**	**3003**				**12 596**	**12 852**	**6 585**
2.1	*Wissenschaftskommunikation und Wissenschaftsjahre*	*541 01*				*1 066*	*1 066*	*658*
2.1.1	Innovationspolitik, Wissenschaftsanalyse, Daten- und Analysegrundlagen für Bildung und Forschung, Strategie		VDIVDE	VDIVDE		144	144	
2.1.2	Wissenschaftskommunikation		DLR	DLR		922	922	
2.2	*Strategien zur Durchsetzung von Chancengerechtigkeit für Frauen in Bildung und Forschung*	*685 07*				*2 195*	*2 195*	*995*
2.2.1	Chancengerechtigkeit in Bildung und Forschung		DLR	DLR		2 195	2 195	

30 Übersicht 2
Projektträger und Projektbegleiter des BMBF

Lfd.-Nr.	Projektträger / Projektbegleiter und ihre Einsatzbereiche	Epl. Kap. Titel	Projektträger / Projektbegleiter 2014	2013	2012	Ausgaben Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7	8	9
2.3	*Hochschulbezogene zentrale Maßnahmen studentischer Verbände und anderer Organisationen*	*685 09*				*144*	*144*	*71*
2.3.1	Förderung hochschulbezogener Maßnahmen und studentischer Verbände und Organisationen		DLR	DLR		144	144	
2.4	*Qualitätspakt Lehre*	*685 15*				*2 138*	*2 103*	*1 944*
2.4.1	Qualität der Hochschullehre		DLR	DLR	DLR	2 138	2 103	
2.5	*Weiterentwicklung des Bologna-Prozesses*	*685 16*				*2 626*	*2 863*	*2 524*
2.5.1	Aufstieg durch Bildung: offene Hochschulen		VDIVDE	VDIVDE	VDIVDE	1 391	1 035	
2.5.2	Aufstieg durch Bildung: offene Hochschulen (Anschluss)		N.N.			645		
2.5.3	Akademikerinnen und Akademiker qualifizieren sich für den Arbeitsmarkt (AQUA)		OBS	OBS	OBS	590	1 828	
2.6	*Monitoring des Wissenschaftssystems, Wissenschafts- und Hochschulforschung*	*685 17*				*866*	*1 007*	*393*
2.6.1	Innovationspolitik, Wissenschaftsanalyse, Daten- und Analysegrundlagen für Bildung und Forschung, Strategie		VDIVDE	VDIVDE		-	7	
2.6.2	Hochschulforschung		DLR	DLR		562	562	
2.6.3	Forschung zum wissenschaftlichen Nachwuchs		VDIVDE	VDIVDE		304	438	
2.7	*Sozial- und geisteswissenschaftliche Forschung*	*685 10*				*3 561*	*3 474*	
2.7.1	Geistes-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften		DLR	DLR		3 561	3 474	
	nachrichtlich (Kapitelsumme bisherige PT-Aufgabenzuschnitte)							
3.	**Forschung für Innovation, Hightech-Strategie**	**3004**				**145 129**	**143 348**	**76 697**
3.1	*Analysen, Planung und Datenerhebung*	*541 01*				*1 644*	*1 566*	*1 048*
3.1.1	Innovationspolitik, Wissenschaftsanalyse, Daten- und Analysegrundlagen für Bildung und Forschung, Strategie		VDIVDE	VDIVDE		809	801	
3.1.2	Förderberatung "Forschung und Innovation" des Bundes		FZJ	FZJ		654	646	
3.1.3	Externe Redaktion Bundesbericht Forschung und Innovation		VDIVDE	VDIVDE		181	119	
3.2	*Zusammenarbeit mit anderen Staaten in den Bereichen Bildung und Forschung*	*687 02*				*10 865*	*10 864*	*27*
3.2.1	Innovationspolitik, Wissenschaftsanalyse, Daten- und Analysegrundlagen für Bildung und Forschung, Strategie		VDIVDE	VDIVDE		54	54	
3.2.2	Internationales Büro		DLR	DLR		10 811	10 810	
3.3	*Stärkung Deutschlands im Europäischen Forschungs- und Bildungsraum*	*687 04*				*6 706*	*7 189*	
3.3.1	Gesundheitsforschung			DLR	DLR	-	149	
3.3.2	EU-Büro		DLR	DLR		3 819	3 819	
3.3.3	Nationale Kontaktstelle für EU-Drittlandprogramme an Hochschulen		DAAD	DAAD		132	530	
3.3.4	EUREKA/COST-Büro		DLR	DLR		2 419	2 431	
3.3.5	Zivile Sicherheitsforschung		VDI	VDI		136	60	
3.3.6	Bioökonomie		FZJ	FZJ		200	200	
3.4	*Instrumente im Wissens- und Technologietransfer im Rahmen der Hightech-Strategie*	*683 10*				*9 700*	*8 772*	*5 744*
3.4.1	Forschungscampus - öffentlich-private Partnerschaft für Innovationen (Gesamtkoordination und Vorphasenförderung)		FZJ	FZJ	FZJ	502	386	
3.4.2	Innovationspolitik, Wissenschaftsanalyse, Daten- und Analysegrundlagen für Bildung und Forschung, Strategie		VDIVDE	VDIVDE		111	111	
3.4.3	Instrumente und Aktivitäten im Wissens- und Technologietransfer		FZJ	FZJ		3 500	3 100	
3.4.4	Spitzencluster BioRN, MedicalValley, M4, CI3		VDI	VDI		1 500	1 500	
3.4.5	Spitzencluster Forum Organic Electronics		VDI	VDI		300	300	

Lfd.-Nr.	Projektträger / Projektbegleiter und ihre Einsatzbereiche	Epl. Kap. Titel	Projektträger / Projektbegleiter			Ausgaben		
			2014	2013	2012	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7	8	9
3.4.6	Spitzencluster Cool Silicon		VDIVDE	VDIVDE		300	300	
3.4.7	Sitzencluster Solarvalley		FZJ	FZJ		368	368	
3.4.8	Spitzencluster Micro TEC Südwest		VDIVDE	VDIVDE		340	340	
3.4.9	Spitzencluster Softwarecluster, EffizienzCluster LogistikRuhr		DLR	DLR		700	700	
3.4.10	Spitzencluster M A I Carbon		FZJVDI	FZJVDI		398	398	
3.4.11	Spitzencluster BioEconomy		FZJ	FZJ		420	500	
3.4.12	Spitzencluster it's OWL		KITDLR	KITDLR		486	320	
3.4.13	Wissenschaftliche und administrativ-organisatorische Unterstützung bei der Weiterentwicklung und Umsetzung der Hightech-Strategie		VDIVDE	VDIVDE		217	449	
3.4.14	Forschungsprämie			FZJ	FZJ			
3.4.15	Forschungscampus Digiral Photonic Production		VDI			95		
3.4.16	Forschungscampi Elektrische Netze der Zukunft, EU-REF		FZJ			48		
3.4.17	Forschungscampus Connected Technologies		VDIVDE			48		
3.4.18	Forschungscampus MODAL AG		DESY			56		
3.4.19	Forschungscampi Arena2036, open Hybrid LabFactory		KITDLR			151		
3.4.20	Forschungscampi Infecto Gnostics, M2OLIE, STIMULATE		N.N.			160		
3.5	*Innovationsförderung in den neuen Ländern*	*685 10*				*5 146*	*5 376*	*775*
3.5.1	Regionale Innovationsinitiative/Neue Länder			DLR	DLR		911	
3.5.2	Instrumente und Aktivitäten zur Entwicklung und Erschließung regionaler Innovationspotentiale in den Neuen Ländern		FZJ	FZJ		4 465	4 465	
3.5.3	Innovationsforen		DLR			213		
3.5.4	Fachinformationen zum Innovationsgeschehen und Innovationsförderung		DLR			468		
3.6	*Forschung an Fachhochschulen*	*685 11*				*1 609*	*1 556*	*1 784*
3.6.1	Forschung an Fachhochschulen		FZJ	FZJ		1 556	1 556	
3.6.2	Neue Horizonte für deutsche Fachhochschulen im Rahmen von Horizont 2020		FZJ			53		
3.7	*Kommunikationssysteme, IT-Sicherheit*	*683 20*				*2 846*	*2 846*	*1 369*
3.7.1	Kommunikationssysteme, IT-Sicherheit		VDIVDE	VDIVDE		2 846	2 846	
3.8	*Softwaresysteme, Wissenstechnologien*	*683 21*				*6 534*	*6 534*	*2 788*
3.8.1	IT-Systeme		DLR	DLR	DLR	4 794	4 794	
3.8.2	Nationale Kontaktstelle IKT "IKT-Strategien und EU-Synergien"		DLR	DLR		1 740	1 740	
3.9	*Demografischer Wandel, Mensch-Technik-Interaktion*	*683 22*				*6 175*	*6 175*	*6 993*
3.9.1	Mensch-Technik-Interaktion		VDIVDE	VDIVDE		6 175	6 175	
3.10	*Elektroniksysteme*	*683 23*				*4 832*	*3 178*	*4 244*
3.10.1	Elektroniksysteme		VDIVDE	VDIVDE		3 816	2 300	
3.10.2	Innovationsunterstützende Maßnahmen (INNOVUM) für Elektroniksysteme		VDI	VDI		1 016	878	
3.11	*Produktions- und Dienstleistungsforschung, Arbeiten und Kompetenzentwicklung*	*683 24*				*5 122*	*4 761*	*4 471*
3.11.1	Produktion - Dienstleistung - Arbeitsgestaltung		KITDLR	KITDLR		5 122	4 761	
3.12	*Optische Technologien*	*683 25*				*7 420*	*6 985*	*5 975*
3.12.1	Photonik, Optische Technologien		VDI	VDI		5 360	5 278	
3.12.2	Innovationsunterstützende Maßnahmen (INNOVUM) für Optische Technologien		VDI	VDI		2 060	1 707	
3.13.	*Neue Werkstoffe, Nanotechnologie*	*683 26*				*6 259*	*6 806*	*3 746*
3.13.1	Nationale Kontaktstelle Nanotechnologie			VDI	VDI	-	576	
3.13.2	Innovationsbegleitende Maßnahmen zur Forschungsförderung "InnWeNa" auf dem Gebiet Neue Werkstoffe, Nanotechnologie		VDI	VDI	VDI	1 121	1 092	
3.13.3	Neue Werkstoffe, Nanotechnologie		FZJVDI	FZJVDI		5 138	5 138	

30 Übersicht 2
Projektträger und Projektbegleiter des BMBF

Lfd.-Nr.	Projektträger / Projektbegleiter und ihre Einsatzbereiche	Epl. Kap. Titel	Projektträger / Projektbegleiter			Ausgaben		
			2014	2013	2012	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7	8	9
3.14	*Sicherheitsforschung*	*683 27*				*4 206*	*4 282*	*2 258*
3.14.1	Zivile Sicherheitsforschung		VDI	VDI		4 206	4 282	
3.15	*Bioökonomie*	*683 30*				*7 146*	*7 146*	*7 252*
3.15.1	Bioökonomie		FZJ	FZJ		7 146	7 146	
3.16	*Gesundheitsforschung und Gesundheitswirtschaft*	*685 30*				*16 803*	*16 465*	*13 345*
3.16.1	Projektbegleiter Nationale Kohorte		DO	DO	DO	555	581	
3.16.2	Gesundheitsforschung		DLR	DLR	DLR/FZJ	11 277	11 128	
3.16.3	Gesundheitswirtschaft		VDEVDI	VDEVDI	VDEVDI	2 441	2 441	
3.16.4	Nationale Kontaktstelle Lebenswissenschaften		DLRFZJ	DLRFZJ	DLR	2 530	2 315	
3.17	*Lebenswissenschaftliche Grundlagenforschung*	*685 31*				*7 931*	*7 931*	*5 440*
3.17.1	Lebenswissenschaftliche Grundlagenforschung		DLR	DLR		7 931	7 931	
3.18	*Klimaforschung, Biodiversität und globalisierte Lebensräume - Forschungs- und Entwicklungsvorhaben*	*685 40*				*7 079*	*7 294*	
3.18.1	Nationale Kontaktstelle Umwelt		FZJ	FZJ		237	237	
3.18.2	Begleitende Maßnahmen und Zusatzaufgaben der Projektträgerschaft im Bereich Nachhaltigkeit, Klima, Energie, hier: Klimaforschung, Biodiversität und globalisierte Lebensräume		VDI	VDI		1 171	1 171	
3.18.3	Forschung zum globalen Wandel		DLR	DLR		5 671	5 886	
3.19	*Energietechnologien und effiziente Energienutzung - Forschungs- und Entwicklungsvorhaben*	*685 41*				*3 442*	*3 101*	*350*
3.19.1	Nachwuchsförderung Nukleare Sicherheitsforschung		N.N.	KIT	KIT	700	311	
3.19.2	Energietechnologien und effiziente Energienutzung		FZJ	FZJ		2 012	2 060	
3.19.3	Begleitende Maßnahmen und Zusatzaufgaben der Projektträgerschaft im Bereich Nachhaltigkeit, Klima, Energie		VDI	VDI		400	400	
3.19.4	System Erde: Küsten-, Meeres- und Polarforschung, Geowissenschaften		FZJ	FZJ		330	330	
3.20	*Umwelttechnologien und Ressourcen*	*685 42*				*3 218*	*3 218*	*5 218*
3.20.1	Sozialökologische Forschung und Wirtschaftswissenschaften für Nachhaltigkeit		DLR	DLR		1 476	1 476	
3.20.2	Nationale Kontaktstelle Umwelt		FZJ	FZJ		474	474	
3.20.3	Begleitende Maßnahmen und Zusatzaufgaben der Projektträgerschaft im Bereich Nachhaltigkeit, Klima, Energie		VDI	VDI		1 268	1 268	
3.21	*Gesellschaftswissenschaften für Nachhaltigkeit*	*685 43*				*8 885*	*8 944*	
3.21.1	Ressourcen und Nachhaltigkeit		FZJKIT	FZJKIT		8 015	8 015	
3.21.2	BMBF-Stipendienprogramm "Internationale Aufbaustudien im Wasserfach"		DLR	DLR	DLR	93	152	
3.21.3.	Natonale Kontaktstelle Umwelt		FZJ	FZJ		387	387	
3.21.4	Begleitende Maßnahmen und Zusatzaufgaben der Projektträgerschaft im Bereich Nachhaltigkeit, Klima, Energie		VDI	VDI		390	390	
3.22	*Küsten-, Meeres- und Polarforschung, Geoforschung - Forschungs- und Entwicklungsvorhaben*	*685 44*				*3 003*	*3 003*	
3.22.1	Nationale Kontaktstelle Umwelt - Teilbereich System Erde		FZJ	FZJ		150	150	
	Begleitende Maßnahmen und Zusatzaufgaben der Projektträgerschaft im Bereich Nachhaltigkeit, Klima, Energie -Teilbereich							
3.22.2	System Erde		VDI	VDI		390	390	
3.22.3	System Erde: Küsten-, Meeres- und Polarforschung, Geowissenschaften		FZJ	FZJ		2 463	2 463	
3.23	*Klimaforschung und System Erde, Energie - Investitionen*	*894 40*				*700*	*700*	
3.23.1	System Erde: Küsten-, Meeres- und Polarforschung, Geowissenschaften		FZJ	FZJ		700	700	

Projektträger und Projektbegleiter des BMBF

Lfd.-Nr.	Projektträger / Projektbegleiter und ihre Einsatzbereiche	Epl. Kap. Titel	Projektträger / Projektbegleiter			Ausgaben		
			2014	2013	2012	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7	8	9
3.24	*Naturwissenschaftliche Grundlagenforschung - Forschungs und Entwicklungsvorhaben.............................*	*685 50*				*3 958*	*3 958*	*2 461*
3.24.1	Naturwissenschaftliche Grundlagenforschung..............		DESY	DESY		3 707	3 707	
3.24.2	Mathematik für Innovationen in Industrie und Dienstleistungen..		DESY	DESY		251	251	
3.25	*Naturwissenschaftliche Grundlagenforschung - Investitionen...*	*894 50*				*957*	*1 460*	*713*
3.25.1	Projektbegleiter Großgeräte XFEL und FAIR................			DF	DF		1 034	713
3.25.2	Projektbegleiter Großgeräte FAIR.................................		DO			284		
3.25.3	Projektbegleiter Großgeräte XFEL................................		DS			143		
3.25.4	Durchführung von Schätzklausuren bei Großprojekten und Erstellung einer nationalen Roadmap für Forschungsinfrastrukturen..		VDIVDE	VDIVDE	VDIVDE	161	426	
3.25.5	Unterstützungsbüro ESFRI/Großgeräte der naturwissenschaftlichen Forschung..		DLR			369		
3.26	*Stilllegung und Rückbau kerntechnischer Versuchs- und Demonstrationsanlagen..*	*685 80*				*2 943*	*3 238*	*696*
3.26.1	Projektbegleiter/Projektsteuerer Stilllegung und Rückbau kerntechnischer Versuchs- und Demonstrationsanlagen..		GRS	FI	FI	2 563	2 856	
3.26.2	Begleitende Forschungsvorhaben bei Stilllegung und Rückbau kerntechnischer Versuchsanlagen..................		KIT	KIT	KIT	380	382	
4.	**Sonstige Dienstleistungen..**	**Diverse**				**2 338**	**2 008**	**1 658**
4.1	VDI...		VDI	VDI	VDI	1 570	788	1 458
4.2	KfW..		KfW	KfW	KfW	768	1 220	200
Zusammen	....					173 168	169 690	92 027

Die Ist-Zahlen 2012 werden aufgrund des Neuzuschnitts der Projektträgerverträge übergangsweise nachrichtlich kapitelbezogen dargestellt. Für das Jahr 2014 erfolgt eine Bezeichnung der Projektträger/Projektbegleiter, sofern nach Abschluss des Vergabeverfahrens ein Vertrag bereits geschlossen wurde. Ansonsten erscheint die Bezeichnung N.N.

DAAD Deutscher Akademischer Austauschdienst
DESY Stiftung Deutsches Elektronen-Synchrotron; Hamburg
DF Arbeitsgemeinschaft Dornier Consulting GmbH/Fichtner Management Beratung AG; Friedrichshafen
DLR Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e. V.; Köln
DO Dornier Consulting GmbH; Berlin
DS Dreees & Sommer
FI Fichtner GmbH; Stuttgart
FZJ Forschungszentrum Jülich GmbH; Jülich
KIT Karlsruher Institut für Technologie; Karlsruhe
KfW Kreditanstalt für Wiederaufbau; Frankfurt am Main
OBS Otto Benecke Stiftung; Bonn
VDI VDI Technologiezentrum GmbH; Düsseldorf
VDIVDE VDI/VDE Informationstechnik GmbH; Berlin
VDEVDI Bietergemeinschaft aus VDI und VDIVDE

Personalhaushalt

Einzelplan 30

Bundesministerium für Bildung und Forschung

Inhalt

Kapitel	Bezeichnung	Seite
	Vorbemerkungen zum Personalhaushalt	138
	Gesamtübersicht	139
3003	Wettbewerbsfähigkeit des Wissenschafts- und Innovationssystems	140
3012	Bundesministerium	141
	Übersichten	
	Darstellung der den Planstellen zugeordneten Amtsbezeichnungen	145
	Stellenübersichten der Zuwendungsempfänger:	
3002	Leistungsfähigkeit des Bildungswesens, Nachwuchsförderung	146
3003	Wettbewerbsfähigkeit des Wissenschafts- und Innovationssystems	149

Vorbemerkungen zum Personalhaushalt

1. Ersatz(plan)stellen werden zahlenmäßig in einer eigenen Spalte der Übersichten der ku- und kw-Vermerke in der Gesamtübersicht und in den einzelnen Kapiteln nachgewiesen.

   Ersatz(plan)stellen im Zusammenhang mit der Gewährung von Altersteilzeit sind mit dem Vermerk "kw mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten" ausgewiesen.

   Die sonstigen Ersatz(plan)stellen sind in der Übersicht mit der Kurzformulierung "Ersatzplanstelle" bzw."Ersatzstelle" ausgewiesen, die Kurzformulierung entspricht dabei dem folgenden Wortlaut eines kw-Vermerks:

   - bei Titeln der Gruppe 422: kw - nach Rückkehr der abgeordneten Beschäftigten - mit Übernahme der Ersatzkräfte in eine freie oder die nächste frei werdende Planstelle ihrer Besoldungsgruppe oder mit Versetzung der Beschäftigten oder ihrem Ausscheiden aus dem Dienst

   - bei Titeln der Gruppe 428: kw - nach Rückkehr der abgeordneten Beschäftigten - mit Übernahme der Ersatzkräfte in eine freie oder die nächste frei werdende Stelle ihrer Entgeltgruppe oder Planstelle der entsprechenden Besoldungsgruppe oder mit Versetzung der Beschäftigten oder ihrem Ausscheiden aus dem Dienst

   Gleiches gilt sinngemäß für die sonstigen Ersatz(plan)stellen im Bereich der Titel der Hauptgruppe 6 bei den institutionell geförderten Zuwendungsempfängern/Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO.

2. AT B ist die Kurzbezeichnung für Arbeitsverhältnisse mit Verträgen nach Anlage 1a oder 1b des BMI-Rundschreibens vom 18. November 2005 - D II 2 - 220 234 - in der jeweils geltenden Fassung.

3. Anzahl der im Haushaltsjahr 2012 eingesetzten Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen (umgerechnet auf vollbeschäftigte Arbeitskräfte im Haushaltsjahr) und Auszubildende (Jahresdurchschnitt):

Kapitel	Titel	Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen	Auszubildende
3012	427 09	90,7	41,0

   Arbeitsplatzbeschreibungen für alle Stellen der Gruppe 428 des Einzelplans (einschließlich der Stellen der institutionell geförderten Zuwendungsempfänger/Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO) liegen vor.

4. Für die nachfolgenden Einrichtungen wird kein verbindlicher Stellenplan ausgebracht: Max-Weber-Stiftung - Deutsche Geisteswissenschaftliche Institute im Ausland (Kap. 3003 Tgr. 20), Deutsche Forschungsgemeinschaft e. V. (Kap. 3003 Tgr. 30), Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V. (Kap. 3003 Tgr. 40), Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. (Kap. 3003 Tit. 685 60 Erl. Nr. 2). Deutsche Akademie der Technikwissenschaften e. V. (Kap. 3003 Tit. 685 60 Erl. Nr. 3), Wissenschaftskolleg zu Berlin e. V. (Kap. 3003 Tit. 685 60 Erl. Nr. 5), Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e. V. (Kap. 3004 Tgr. 60), Mitgliedseinrichtungen der Hermann von Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren e. V. (Kap. 3004 Tgr. 70). Unbefristete Beschäftigungsverhältnisse dürfen im Rahmen vorhandener Mittel abgeschlossen werden.

Gesamtübersicht

Planstellen, Stellen, Leerstellen

Kap.	Behörde	Beamtinnen und Beamte Tit. 422 .1		Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Tit. 428 .1		Zusammen (Spalten 3 bis 6)	
		2014	2013	2014	2013	2014	2013
1	2	3	4	5	6	7	8
	Planstellen und Stellen						
3003	Wettbewerbsfähigkeit des Wissenschafts- und Innovationssystems	8,0	8,0	-	-	8,0	8,0
3012	Bundesministerium	625,0	617,9	301,3	298,3	926,3	916,2
	Zusammen	633,0	625,9	301,3	298,3	934,3	924,2
	Leerstellen						
3012	Bundesministerium	94,0	86,0	27,0	34,0	121,0	120,0

ku- und kw-Vermerke

Kap.	Dienststelle	Zusammen	davon fällig					Ersatz(plan)-stellen	Sonstige
			2014	2015	2016	2017	2018 ff.		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
	kw-Vermerke								
3003	Wettbewerbsfähigkeit des Wissenschafts- und Innovationssystems	8,0	-	-	-	-	-	-	8,0
3012	Bundesministerium	52,3	-	-	2,0	5,0	6,0	13,3	26,0
	Zusammen	60,3	-	-	2,0	5,0	6,0	13,3	34,0

Institutionell geförderte Zuwendungsempfänger / Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO

Kap.	Kapitelbezeichnung	Stellen mit Dauerarbeitskräften besetzbar				Stellen für Arbeitskräfte mit befristeten Arbeitsverträgen	
		Tit. 422 .1, 425 .1, 426 .1, 428 .1 sowie entsprechende Kontierung im Wirtschaftsplan		Tit. 425 .1, 426 .1, 428 .1 (Projektförderung / Aufträge Dritter)		Tit. 427 .9 (Projektförderung / Aufträge Dritter)	
		2014	2013	2014	2013	2014	2013
1	2	3	4	5	6	7	8
3002	Leistungsfähigkeit des Bildungswesens, Nachwuchsförderung	342,5	356,1	42,9	42,9	8,3	8,3
3003	Wettbewerbsfähigkeit des Wissenschafts- und Innovationssystems	16,0	16,0	-	-	-	-
	Zusammen	358,5	372,1	42,9	42,9	8,3	8,3

3003 Wettbewerbsfähigkeit des Wissenschafts- und Innovationssystems

Tgr. 80 - Abwicklung Deutsche Historische Institute Rom und Paris

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt-gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr: Neue Stellen, Stellenwegfall: ohne ku/ kw-Vermerke +	-	und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken +	-	Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken +	-	Hebungen, Herabstufungen +	-	Umwandlungen, Umsetzungen +	-	von Sp. 2 entfallen auf Funktionsgruppen
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 81														
Beamtinnen und Beamte														
A 15	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 14	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 h	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 g	3,0	3,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	8,0	8,0	8,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Erläuterungen:

Zu Titel 422 81

Daneben wird 1,0 beamtete Hilfskraft (Tit. 422 82) beschäftigt.

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
1	2	3	4	5	6	7
Zu Titel 422 81						
					kw	
				1.	**kw mit Ausscheiden der Planstelleninhaber/innen**	
				1.1	-	
A 15	2,0	-	2,0	1.1.1	oder mit Beendigung der Zuweisung zur Max-Weber-Stiftung - Deutsche Geisteswissenschaftliche Institute im Ausland	-
A 14	2,0	-	2,0			-
A 13 h	1,0	-	1,0			-
A 9 g	3,0	-	3,0			-
Zusammen	8,0	-	8,0			

Planstellen-/Stellenübersicht

Besoldungs-/ Entgelt- gruppen	2014	2013	Ist-Besetzung am 1. Juni 2013	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr: Neue Stellen, Stellenwegfall ohne ku/ kw-Vermerke +	-	Neue Stellen, Stellenwegfall und Umsetzungen mit ku/ kw-Vermerken +	-	Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken +	-	Hebungen, Herabstufungen +	-	Umwandlungen, Umsetzungen +	-	von Sp. 2 entfallen auf Funktionsgruppen
1	2	3	4	5		6		7		8		9		10
Titel 422 01														
Beamtinnen und Beamte														
B 11	2,0	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 9	8,0	8,0	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 6	15,0	15,0	13,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 3	49,0	49,0	40,0	1,0	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
A 16	36,0	36,0	28,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 15	113,0	112,0	113,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 14	76,0	71,0	70,0	4,0	1,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 h	40,5	40,4	32,9	1,0	-	-	-	-	0,9	-	-	-	-	-
A 13 g	107,0	103,0	97,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 12	31,0	31,0	12,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 11	18,5	18,5	16,5	1,0	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
A 10	11,0	11,0	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 g	10,0	10,0	5,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m+Z	9,0	9,0	9,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m	24,0	25,0	15,0	-	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
A 8	9,0	9,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 7	9,0	9,0	11,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 6 m	15,0	15,0	16,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 6 e	13,0	13,0	13,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 5	20,0	20,0	20,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 4	9,0	11,0	7,0	-	1,0	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-
Zusammen	625,0	617,9	536,4	13,0	3,0	2,0	-	-	4,9	-	-	-	-	-
Titel 428 01 - Erläuterungen														
Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
AT (B 9)	-	-	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
AT (B 6)	-	-	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
AT (B 3)	-	-	8,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
AT B	3,0	3,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	3,0	3,0	16,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
E 15	12,0	12,0	14,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 14	2,0	2,0	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 13	2,0	2,0	3,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 12	34,0	30,0	37,0	-	-	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-
E 11	6,0	6,0	10,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 10	3,0	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 9	9,0	9,5	13,5	-	-	-	-	-	0,5	-	-	-	-	-
E 8	79,0	81,0	85,5	-	-	-	-	-	2,0	-	-	-	-	-
E 7	16,0	16,0	16,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 6	79,5	78,5	75,5	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-
E 5	21,8	22,3	26,3	1,0	-	-	-	-	1,5	-	-	-	-	-
E 4	19,0	18,0	19,0	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-
E 3	15,0	15,0	18,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	298,3	295,3	323,3	1,0	-	6,0	-	-	4,0	-	-	-	-	-
Insgesamt	301,3	298,3	339,3	1,0	-	6,0	-	-	4,0	-	-	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 422 01

1. Die folgenden Planstellen dürfen nur mit Überhangpersonal besetzt werden: **7,0 A 13 g,** 2,0 A 12, **4,0 A 11,** 4,0 A 10, 4,0 A 9 g (Zusammen: **21,0**).
2. **Zu Leerstellen:**

   Es wird zugelassen, dass bei gleichzeitiger Rückkehr mehrerer Beamtinnen oder Beamter in den Bundesdienst nur jede zweite frei werdende Planstelle für die zurückkehrenden Beamtinnen oder Beamten in Anspruch zu nehmen ist.

3012 Bundesministerium

Zu Titel 428 01

1. Die folgenden Stellen dürfen nur mit Überhangpersonal besetzt werden: 1,0 E 12, 1,0 E 9, 3,0 E 6, 1,0 E 5 (Zusammen: 6,0).
2. **Zu Leerstellen:**
   Es wird zugelassen, dass bei gleichzeitiger Rückkehr mehrerer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Bundesdienst nur jede zweite frei werdende Stelle für die zurückkehrenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Anspruch zu nehmen ist.
3. **Zu Nr. 3.1.1 der Übersicht der kw-Vermerke:**
   Es wird zugelassen, dass nur jede dritte frei werdende Stelle wegfällt.

Erläuterungen:

Zu Titel 422 01

Das Planstellensoll enthält folgende für die Umsetzung des Personalrahmenkonzepts zur internationalen Personalpolitik (PRK) ausgebrachte Planstellen: 1,0 A15; 1,0 A13h (Zusammen: 2,0).

Zu Spalte 4:
Daneben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freien Planstellen folgender Bes.-Gr. geführt:
2,0 B9; 2,0 B6; 8,0 B3; 1,0 A16; 2,0 A15; 3,0 A14; 1,5 A13h; 9,0 A12; 3,0 A11; 1,0 A10; 2,0 A9g; 7,0 A9m; 1,5 A8; 1,0 A7; 2,0 A6m; 3,0 A4 (Zusammen: 49,0).

Daneben werden 15,0 beamtete Hilfskräfte (Tit. 422 02) beschäftigt.

Zu Titel 428 01

Zu Spalte 4:
Davon werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgender Entgeltgruppen auf freien Planstellen geführt:
2,0 AT(B9); 2,0 AT(B6); 8,0 AT(B3); 1,0 ATB; 2,0 E15; 3,0 E14; 1,5 E13; 7,0 E12; 5,0 E11; 6,0 E9; 4,5 E8; 2,0 E6; 2,0 E5; 3,0 E3 (Zusammen: 49,0).

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 422 01				
			1.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
B 3.....................	1,0	2,0	1.1	Europäische Union (EU)
A 15..................	3,0	3,0		
A 16..................	1,0	1,0	1.2	Weltbank
A 16..................	1,0	1,0	1.5	Forschungszentrum Jülich GmbH (FZJ), Jülich
A 16..................	1,0	-	1.6	Arbeitsgemeinschaft Versuchsreaktor GmbH (AVR), Jülich
A 15..................	-	-		
A 13 g...............	1,0	1,0	1.8	NAMA (NATO Airlift Management Agency)
A 16..................	1,0	1,0	1.11	Projektträger Gesundheitsforschung bei dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt e. V. (DLR), Köln-Porz
B 3.....................	1,0	1,0	1.17	Deutsches Primatenzentrum GmbH (DPZ)
B 3.....................	2,0	2,0	1.23	Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e. V. (DLR), Köln-Porz
A 13 g...............	2,0	2,0		
A 13 g...............	1,0	1,0	1.26	Institut für Festkörper- und Werkstoffforschung, Dresden
A 14..................	1,0	-	1.27	Technische Fachhochschule Georg Agricola, Bochum
A 16..................	1,0	-	1.30	Bundesgeschäftsstelle der CDU
B 6.....................	1,0	1,0	1.31	CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages
B 3.....................	1,0	1,0		
A 15..................	1,0	1,0		
B 9.....................	1,0	-	1.32	Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
A 16..................	-	1,0		
A 15..................	1,0	1,0	1.33	Nicht an die Person gebundene Leerstelle zur Beurlaubung für die Tätigkeit bei Projektträgerschaften der Großforschungseinrichtungen
A 14..................	1,0	1,0		
A 13 g...............	3,0	3,0		
A 13 g...............	1,0	1,0	1.34	Projektträger beim Forschungszentrum Jülich GmbH (FZJ), Jülich
A 15..................	1,0	1,0	1.39	Projektträger Umweltforschung und -technik im Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt e. V. (DLR) Köln-Porz
A 13 g...............	1,0	1,0	1.42	Forschungszentrum Rossendorf e. V. (FZR)
A 14..................	1,0	1,0	1.43	Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V. (DIHK)
A 15..................	-	1,0	1.44	Schulen ans Netz e. V.
A 15..................	1,0	-	1.45	VDI Technologiezentrum GmbH (VDI-TZ), Düsseldorf
A 14..................	-	1,0		
A 15..................	1,0	-	1.46	Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V. (MPG), Berlin

Leerstellenübersicht

Bes.-/ E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
A 14..................	-	1,0		
A 13 g...............	1,0	1,0		
A 11..................	1,0	1,0		
A 10..................	1,0	1,0		
B 3....................	1,0	-	1.47	Deutsches Zentrum für Neurodegenerative Erkrankungen (DZNE)
A 16..................	-	1,0		
A 13 g...............	1,0	1,0		
A 16..................	1,0	-	1.48	GSI Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung GmbH, Darmstadt
A 15..................	-	1,0		
A 15..................	1,0	1,0	1.49	Deutsches Zentrum für Herz-Kreislauf-Forschung e. V. (DZHK), Berlin
A 16..................	1,0	1,0	1.51	Stiftung CAESAR, Bonn
A 13 g...............	1,0	1,0		
A 15..................	1,0	1,0	1.52	Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften (BBAW)
B 6....................	1,0	1,0	1.53	Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V.
B 3....................	1,0	1,0		
A 13 g...............	1,0	2,0	1.54	Stiftung Deutsche Geisteswissenschaftliche Institute im Ausland
Zusammen.........	45,0	45,0		
			2.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	41,0	33,0	2.1	gemäß §§ 90, 92, 95 BBG, § 7 DBeglG, § 6 MuSchEltZV, § 24 GAD
			3.	**Sonstige Beurlaubung**
B 6....................	2,0	1,0	3.1	Bundeskanzleramt
B 3....................	-	1,0		
A 15..................	4,0	4,0		
A 14..................	-	1,0		
B 6....................	1,0	-	3.2	Bundespräsidialamt
B 3....................	1,0	1,0		
Zusammen.........	8,0	8,0		
Insgesamt..........	94,0	86,0		

Zu Titel 428 01

			1.	**Beurlaubung wegen Tätigkeit außerhalb der Bundesverwaltung bei:**
E 5....................	1,0	1,0	1.1	Stiftung Deutsche Geisteswissenschaftliche Institute im Ausland
AT (B 3).............	1,0	1,0	1.4	CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages
AT (B 11)...........	1,0	1,0	1.5	Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
E 8....................	2,0	2,0	1.6	Deutsches Zentrum für Neurodegenerative Erkrankungen (DZNE)
Zusammen.........	5,0	5,0		
			2.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	16,0	21,0	2.1	gemäß § 28 TVöD, § 9 UmzugsTV, § 15 BEEG, § 24 GAD
			3.	**Sonstige Beurlaubung**
AT (B 3).............	1,0	1,0	3.1	Bundeskanzleramt
AT B..................	1,0	1,0		
E 15..................	1,0	2,0		
AT (B 3).............	1,0	1,0	3.2	Bundespräsidialamt
E 6....................	1,0	1,0	3.3	Befristete Rente gem. § 33 Abs. 2 TVöD
E 5....................	1,0	1,0		
E 2....................	-	1,0		
Zusammen.........	6,0	8,0		
Insgesamt..........	27,0	34,0		

Übersicht der ku- und kw- Vermerke

Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
1	2	3	4	5	6	7

Zu Titel 422 01

					kw	
				1.	**kw**	
				1.2	Ersatzplanstelle	
A 16..................	1,0	1,0	1,0	1.2.1	EU-Kommission, Brüssel	-
A 15..................	2,0	2,0	2,0			-
A 14..................	1,0	1,0	-			Neue Planstelle
A 14..................	1,0	1,0	-	1.2.2	Robert-Bosch-Stiftung	Neue Planstelle
				3.	**kw mit Ausscheiden der Planstelleninhaber/innen**	
A 9 m...............	2,0	-	3,0	3.2	-	Wirksamwerden des Vermerks

3012 Bundesministerium

Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
1	2	3	4	5	6	7
				4.	**kw**	
B 3	-	-	1,0	4.3	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	Wirksamwerden des Vermerks
A 15	1,0	1,0	1,0			-
A 13 h	1,0	1,0	1,9			Wirksamwerden des Vermerks
A 11	1,5	1,5	2,5			Wirksamwerden des Vermerks
A 4	-	-	1,0			Wirksamwerden des Vermerks
Zusammen	10,5	8,5	13,4			

Zu Titel 428 01

Bes.-/ E.-Gr.	2014 Soll	2014 Ersatz-(plan)st.	2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
					kw	
				1.	**kw**	
E 9	2,0	2,0	2,5	1.2	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	Wirksamwerden des Vermerks
E 5	1,8	1,8	3,3			Wirksamwerden des Vermerks
E 4	1,0	1,0	1,0			-
				2.	**kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber/innen**	
E 4	-	-	7,0	2.3	Fahrbereitschaft	Wegfall des Vermerks
				2.4	Fahrbereitschaft	
E 4	8,0	-	-	2.4.1	-	Aufnahme des Vermerks, Neue Stelle
				3.	**kw**	
				3.1	-	
E 8	12,0	-	14,0	3.1.1	Strukturprobleme	Wirksamwerden des Vermerks
				4.	**kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber/innen**	
				4.1	-	
E 6	1,0	-	1,0	4.1.1	Härtefall	-
				4.2	spätestens 31.07.2016	
E 12	1,0	-	-	4.2.1	Struktur- und Personalentwicklung im IT-Bereich	Neue Stelle
				4.3	spätestens 31.08.2016	
E 12	1,0	-	-	4.3.1	Struktur- und Personalentwicklung im IT-Bereich	Neue Stelle
				5.	**kw 31.12.2017**	
				5.1	-	
E 6	5,0	-	5,0	5.1.1	Strukturprobleme	-
				6.	**kw 31.12.2019**	
				6.1	-	
E 6	6,0	-	6,0	6.1.1	Strukturprobleme	-
				7.	**kw mit Wegfall der Aufgabe**	
				7.1	-	
E 12	2,0	-	-	7.1.1	Struktur- und Personalentwicklung im IT-Bereich	Neue Stelle
				7.2	-	
E 6	1,0	-	-	7.2.1	Vorlesekraft	Neue Stelle
Zusammen	41,8	4,8	39,8			

Anlage zu den Stellenplänen des Epl. 30

Darstellung der den Planstellen zugeordneten Amtsbezeichnungen

Bes.-Gr.	Kap.	**Amtsbezeichnungen** (Grundamtsbezeichnung in Fettdruck)
1	2	3
B 11	3012	Staatssekretärin oder Staatssekretär
B 9	3012	Ministerialdirektorin oder Ministerialdirektor
B 6	3012	Ministerialdirigentin oder Ministerialdirigent
B 3	3012	Ministerialrätin oder Ministerialrat
A 16	3012	Ministerialrätin oder Ministerialrat
A 15	3003, 3012	**Direktorin** oder **Direktor**
A 14	3003, 3012	**Oberrätin** oder **Oberrat**
A 13 h	3003, 3012	**Rätin** oder **Rat**
A 13 g	3012	**Oberamtsrätin** oder **Oberamtsrat**
A 12	3012	**Amtsrätin** oder **Amtsrat**
A 11	3012	**Amtfrau** oder **Amtmann**
A 10	3012	**Oberinspektorin** oder **Oberinspektor**
A 9 g	3003, 3012	**Inspektorin** oder **Inspektor**
A 9 m+Z	3012	**Amtsinspektorin** oder **Amtsinspektor**
A 9 m	3012	**Amtsinspektorin** oder **Amtsinspektor**
A 8	3012	**Hauptsekretärin** oder **Hauptsekretär**
A 7	3012	**Obersekretärin** oder **Obersekretär**
A 6 m	3012	**Sekretärin** oder **Sekretär**
A 6 e	3012	**Oberamtsmeisterin** oder **Oberamtsmeister**
A 5	3012	**Oberamtsmeisterin** oder **Oberamtsmeister**
A 4	3012	**Amtsmeisterin** oder **Amtsmeister**

3002 Anlage zu Kapitel Zuwendungsempfänger

Stellenübersichten der Zuwendungsempfänger / Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO des Kap. 3002

Titel	aus Nr. ... Erläuterung	**Bezeichnung**
1	2	3

Tgr. 30 **Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB)**

685 30 Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB), Bonn

Tgr. 30 - Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB)

Stellenübersicht							
Besoldungs-/ Vergütungs-/ Entgelt- gruppen	Stellen mit Dauerarbeitskräften besetzbar					Stellen für Arbeitskräfte mit befristeten Arbeitsverträgen	
	Tit. 422 .1, 425 .1, 426 .1 und 428 .1 sowie entsprechende Kontierung im Wirtschaftsplan			Tit. 425 .1, 426 .1 und 428 .1 (Projektförderung/ Aufträge Dritter)		Tit. 427 .9 (Projektförderung/ Aufträge Dritter)	
	Soll 2014	Soll 2013	besetzt am 1. Juni 2013	Soll 2014	Soll 2013	Soll 2014	Soll 2013
1	2	3	4	5	6	7	8

Zu Titel 685 30

Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB), Bonn

Beamtinnen und Beamte							
B 7	1,0	1,0	1,0				
B 4	1,0	1,0	1,0				
B 3	4,0	4,0	2,0				
B 2	1,0	1,0	1,0				
A 16	12,0	12,0	8,0				
A 15	25,0	25,0	21,5				
A 14	19,0	19,0	8,5				
A 13 h	7,0	8,0	7,0				
A 13 g	12,0	12,0	12,0				
A 12	8,0	8,0	7,5				
A 11	9,5	10,5	3,5				
A 10	2,5	2,5	2,0				
A 9 g	3,0	3,0	1,0				
A 9 m+Z	1,0	1,0	1,0				
A 9 m	5,0	6,0	5,0				
A 8	3,0	2,0	-				
A 7	2,0	2,0	-				
A 6 e	3,0	3,0	2,0				
A 5	5,0	5,0	1,0				
A 4	2,0	2,0	-				
Zusammen	126,0	128,0	85,0				
Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
AT B	6,0	7,0	12,0	1,0	1,0	-	-
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
E 15	34,0	34,0	25,0	3,0	1,0	-	-
E 14	26,5	26,5	21,0	8,1	10,1	0,4	0,4
E 13	9,0	12,0	27,0	-	-	1,0	1,0
E 12	15,5	15,5	14,5	3,0	3,0	1,0	1,0
E 11	18,0	18,0	17,5	3,3	3,3	0,3	0,3
E 10	3,5	3,5	5,5	3,0	3,0	1,0	1,0
E 9	15,5	19,3	22,0	15,5	15,5	2,1	2,1
E 8	21,0	21,0	24,5	1,0	1,0	-	-
E 7	1,0	1,0	-	-	-	-	-
E 6	27,0	27,0	26,5	5,0	5,0	1,5	1,5
E 5	30,5	33,3	32,0	-	-	-	-
E 4	2,0	2,0	2,0	-	-	1,0	1,0
E 3	4,0	4,0	10,5	-	-	-	-
E 2	3,0	4,0	4,5	-	-	-	-
Zusammen	210,5	221,1	232,5	41,9	41,9	8,3	8,3
Insgesamt	342,5	356,1	329,5	42,9	42,9	8,3	8,3

3002 Anlage zu Kapitel Zuwendungsempfänger

Leerstellenübersicht				
Bes.-/Verg.-E.-Gr.	2014	2013	lfd. Nr.	Erläuterung
1	2	3	4	5
Zu Titel 685 30				
Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB), Bonn				
			1.	**Sonstige Beurlaubung**
E 9....................	-	1,0	1.1	Befristete Rente gem. § 33 Abs. 2 TVöD
			2.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	5,0	4,0	2.1	gemäß §§ 90, 92, 95 BBG, § 7 DBeglG, § 6 MuSchEltZV, § 24 GAD
			3.	**Langfristige Beurlaubung**
Zusammen.........	15,5	17,3	3.1	gemäß § 28 TVöD, § 9 UmzugsTV, § 15 BEEG, § 24 GAD
Insgesamt..........	20,5	22,3		

Übersicht der ku- und kw- Vermerke						
Bes.-/ Verg.-/ E.-Gr.	2014		2013 Soll	lfd. Nr.	Inhalt des Vermerks	Erläuterung der Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Soll	Ersatz-(plan)st.				
1	2	3	4	5	6	7
Zu Titel 685 30						
Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB), Bonn						
					ku	
				1.	**ku mit Ausscheiden der Stelleninhaber /innen**	
				1.2	in Bes.-Gr. A 12	
A 13 g..............	5,0	-	5,0	1.2.1	gemäß § 31 Abs. 1 Nr. 4 HG 1999	-
				1.4	in Bes.-Gr. A 8	
A 9 m...............	1,0	-	2,0	1.4.1	gemäß § 31 Abs. 1 Nr. 4 HG 1999	Wirksamwerden des Vermerks
Zusammen.......	6,0	-	7,0			
					kw	
				1.	**kw**	
E 4...................	1,0	-	1,0	1.1	-	-
A 13 h..............	1,0	1,0	2,0	1.2	mit Ausscheiden der Altersteilzeitbeschäftigten	Wirksamwerden des Vermerks
A 11..................	-	-	1,0			Wirksamwerden des Vermerks
AT B.................	-	-	1,0			Wirksamwerden des Vermerks
E 13..................	1,5	1,5	2,5			Wirksamwerden des Vermerks
E 9....................	2,0	2,0	3,8			Wirksamwerden des Vermerks
E 5....................	4,0	4,0	5,8			Wirksamwerden des Vermerks
E 2....................	-	-	1,0			Wirksamwerden des Vermerks
				3.	**kw 31.12.2013**	
				3.1	-	
E 13..................	-	-	2,0	3.1.1	Stelleneinsparung HG 2012	Wirksamwerden des Vermerks
E 9....................	-	-	2,0			Wirksamwerden des Vermerks
E 5....................	-	-	1,0			Wirksamwerden des Vermerks
Zusammen.......	9,5	8,5	23,1			

Stellenübersichten
der Zuwendungsempfänger / Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO des Kap. 3003

Titel	aus Nr. ... Erläuterung	Bezeichnung
1	2	3
Tgr. 60		**Sonstige institutionell geförderte Einrichtungen im Bereich Bildung und Forschung**
685 60	4.	Wissenschaftsrat, Köln
	6.	Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung GmbH (DZHW), Hannover

3003 Anlage zu Kapitel Zuwendungsempfänger

Tgr. 60 - Sonstige institutionell geförderte Einrichtungen im Bereich Bildung und Forschung

Stellenübersicht							
Besoldungs-/ Vergütungs-/ Entgelt- gruppen	Stellen mit Dauerarbeitskräften besetzbar					Stellen für Arbeitskräfte mit befristeten Arbeitsverträgen	
	Tit. 422 .1, 425 .1, 426 .1 und 428 .1 sowie entsprechende Kontierung im Wirtschaftsplan			Tit. 425 .1, 426 .1 und 428 .1 (Projektförderung/ Aufträge Dritter)		Tit. 427 .9 (Projektförderung/ Aufträge Dritter)	
	Soll 2014	Soll 2013	besetzt am 1. Juni 2013	Soll 2014	Soll 2013	Soll 2014	Soll 2013
1	2	3	4	5	6	7	8

Zu Titel 685 60

4. Wissenschaftsrat, Köln

Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
AT (B 9)..	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-
AT (B 3)..	4,0	4,0	4,0	-	-	-	-
AT (B 2)..	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-
Zusammen..	6,0	6,0	6,0	-	-	-	-

6. Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung GmbH (DZHW), Hannover

Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
AT (B 3)..	-	1,0	1,0	-	-	-	-
AT (B 2)..	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-
AT (W 3)...	1,0	1,0	-	-	-	-	-
AT B..	-	1,0	1,0	-	-	-	-
Zusammen..	2,0	4,0	3,0	-	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Zu Titel 685 60

1. **<u>Zu Nr. 4 der Erläuterung:</u>**
   Die Verbindlichkeit des Stellenplans beschränkt sich hinsichtlich der Zahl und der Wertigkeit auf die im Stellenplan aufgeführten Leitungspositionen (AT-Stellen). Im Übrigen können Beschäftigungsverhältnisse eingegangen werden, soweit die Personalausgaben durch das Personalkostenbudget des Tit. 428 01 des Wirtschaftsplans gedeckt sind. Soweit Drittmittel zur Verfügung stehen, dürfen zusätzlich zu dem aus dem Personalkostenbudget finanzierten Personal weitere Beschäftigungsverhältnisse eingegangen werden, davon 1 unbefristetes.
2. **<u>Zu Nr. 6 der Erläuterung:</u>**
   Der Stellenplan für außertarifliche Anstellungsverträge ist verbindlich. Tarifliche Beschäftigungsverhältnisse können eingegangen werden, soweit die Personalausgaben durch das Personalkostenbudget gedeckt sind. Soweit Drittmittel zur Verfügung stehen, dürfen zusätzlich zu dem aus dem Personalkostenbudget finanzierten Personal weitere Beschäftigungsverhältnisse eingegangen werden, davon **23** unbefristete.

   Der am 1. Januar 2012 vorhandene Stelleninhaber (Leiter des Bereichs Verwaltung) erhält aufgrund einer besonderen Vereinbarung eine aus Drittmitteln finanzierte persönliche Zulage in Höhe der Differenz zwischen den Grundgehältern E 15 und Bes.-Gr. A 16 (NBesG).
3. **<u>Zu AT (B 2):</u>**
   Der am 1. Januar 2005 vorhandene Stelleninhaber erhält aufgrund einer besonderen Vereinbarung eine Zulage in Höhe der Differenz zwischen den Grundgehältern der Bes.-Gr. B 2 und B 3.
4. **<u>Zu AT (W 3):</u>**
   Dem Stelleninhaber können Leistungszulagen gem. W-Besoldung gewährt werden. Die Summe aller Leistungszulagen ist beschränkt auf die Differenz zwischen der Bruttovergütung W 3 und der Bruttovergütung B 2.

Erläuterungen:

Zu Titel 685 60

4. Wissenschaftsrat, Köln

Der Stellenplan bezieht sich auf das Tarif-/Dienstrecht des Landes Nordrhein-Westfalen.

Entwurf

zum

Bundeshaushaltsplan 2014

Einzelplan 32

Bundesschuld

Inhalt

Kapitel	Bezeichnung	Seite
	Vorwort zum Einzelplan	2
	Überblick zum Einzelplan	3
	Haushaltsvermerk / Hinweise zum Einzelplan	4
3201	Kreditaufnahme	5
3205	Verzinsung	7
	Anlage 1 Übersicht gemäß § 5 Schlusszahlungsfinanzierungsgesetz (SchlussFinG)	11
3208	Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen	12

Aufgaben und Aufbau der Verwaltung in den wichtigsten Grundzügen

Der Einzelplan 32 - Bundesschuld - enthält in Kapitel 3201 die Einnahmen aus der Kreditaufnahme des Bundes. Die Ausgaben für die Tilgung der Bundesschuld sind im Kreditfinanzierungsplan abgebildet.

Weiter enthält der Einzelplan die Ausgaben für die Verzinsung der Schulden des Bundes (Kapitel 3205) sowie die Einnahmen und Ausgaben für Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen (Kapitel 3208).

Überblick zum Einzelplan 32	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	850 000	805 381	+44 619		843 870
Übrige Einnahmen	6 898 774	25 545 613	-18 646 839		22 905 283
Gesamteinnahmen	7 748 774	26 350 994	-18 602 220		23 749 153
Ausgaben					
Sächliche Verwaltungsausgaben	34 090	37 667	-3 577		28 145
Schuldendienst	28 839 582	31 595 604	-2 756 022	2 719 000	30 487 307
Ausgaben für Investitionen	1 200 000	1 350 000	-150 000	660 000	800 901
Gesamtausgaben	30 073 672	32 983 271	-2 909 599	3 379 000	31 316 353
davon nicht flexibilisiert	30 073 672	32 983 271	-2 909 599	3 379 000	31 316 353

32 Haushaltsvermerk / Hinweise zum Einzelplan

Allgemeine Erläuterungen:

Ist-Angaben:

Die Ist-Ergebnisse der Einzeltitel sind kaufmännisch auf 1 000 € gerundet. Dadurch können bei Summenangaben Rundungsdifferenzen entstehen. Summenangaben können außerdem nicht durch Addition der gedruckten Titel errechnet werden, da in Vorjahren weggefallene Titel nur im Bundeshaushaltsplan 2014 abgedruckt werden, wenn bei diesen noch Ausgabereste bestehen.

Ausgabereste:

Die im Vorjahr verfügbaren Ausgabereste im nicht flexibilisierten Bereich sind kaufmännisch auf 1 000 € gerundet und einzeln bei dem jeweiligen Titel mit Stand Juli 2013 ausgewiesen. Die Inanspruchnahme dieser Ausgabereste muss grundsätzlich im jeweiligen Einzelplan durch Minderausgaben an anderer Stelle kassenmäßig eingespart werden. Ausgabereste bei den der Flexibilisierung gemäß § 5 Haushaltsgesetz 2014 (HG) unterliegenden Ansätzen werden lediglich in der Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben summarisch ausgewiesen. Für die Inanspruchnahme dieser Ausgabereste ist zentral Vorsorge getroffen und daher eine kassenmäßige Einsparung im gleichen Einzelplan grundsätzlich nicht erforderlich. Bei Summenangaben können Rundungsdifferenzen entstehen.

Flexibilisierung:

Die in die Regelung nach § 5 HG einbezogenen Ausgaben sind mit einem F vor der Titelnummer gekennzeichnet. Sie werden jeweils im hinteren Teil eines Kapitels im Anschluss an die nicht flexibilisierten Ausgabetitel entsprechend der Zuordnung nach § 5 HG in einer Zusammenstellung aufsummiert und sind danach einzeln aufgelistet. Neu in die Flexibilisierung einbezogene Titel sind dabei mit einem **F** hervorgehoben.

Überblick zum Kapitel 3201	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Übrige Einnahmen..	6 500 000	25 100 000	-18 600 000		22 480 026
Gesamteinnahmen..	6 500 000	25 100 000	-18 600 000		22 480 026

3201 Kreditaufnahme

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Haushaltsvermerk:

Zum Ausgleich des Haushalts dürfen Einnahmen aus Kreditaufnahmen in das folgende Haushaltsjahr umgebucht werden. Desgleichen dürfen am Anfang des folgenden Haushaltsjahres eingehende Einnahmen aus Kreditaufnahmen noch zugunsten des abzuschließenden Haushaltsjahres umgebucht werden.

Übrige Einnahmen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
325 11 -830	Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt	6 500 000	25 100 000	22 480 026

Haushaltsvermerk:

1. Aus diesem Titel sind auch die im Kreditfinanzierungsplan aufgeführten Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt, zur Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge und für Marktpflege zu leisten.
2. Ist-Einnahmen aus Spenden und ähnlichen freiwilligen Geldleistungen Dritter, die nach deren Willen zur Schuldentilgung des Bundes bestimmt sind, sind hier zu vereinnahmen und zweckgebunden zur Schuldentilgung zu verwenden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
325 12 -830	Einnahmen aus Krediten aufgrund des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: Kap. 6002 Tit. 971 01.

Erläuterungen:

Bei einer Abschwächung der allgemeinen Wirtschaftstätigkeit kann die Bundesregierung bestimmen, dass zur Anregung der Konjunktur zusätzliche Ausgaben zu leisten sind. Krediteinnahmen, die hierfür aufgrund der Ermächtigung des § 6 Abs. 3 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft vom 8. Juni 1967 (StWG) (BGBl. I S. 582) aufgenommen werden, sind hier zu buchen (vgl. Kap. 6002 Tit. 971 01).

Die Einrichtung des Leertitels beruht auf § 8 Abs. 2 StWG.

Vorbemerkung

Das Kapitel enthält Einnahmen aus Gebühren und Zinsen aus der Geldanlage sowie die Ausgaben für die Verzinsung der Schulden des Bundes, Zahlungen an die Bundesrepublik Deutschland - Finanzagentur GmbH und Kosten der Kreditaufnahme.

Überblick zum Kapitel 3205	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	-	-	-		-
Übrige Einnahmen	43 774	160 613	-116 839		43 014
Gesamteinnahmen	43 774	160 613	-116 839		43 014
Ausgaben					
Sächliche Verwaltungsausgaben	34 090	37 667	-3 577		28 145
Schuldendienst	28 839 582	31 595 604	-2 756 022	2 719 000	30 487 307
Gesamtausgaben	28 873 672	31 633 271	-2 759 599	2 719 000	30 515 452
davon nicht flexibilisiert	28 873 672	31 633 271	-2 759 599	2 719 000	30 515 452

3205 Verzinsung

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

111 01 -830	Gebühren, sonstige Entgelte	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Kap. 3205 mit Ausnahme des Titels 541 02.

Übrige Einnahmen

162 12 -830	Zinseinnahmen aus der Anlage von Kassenmitteln des Bundes	43 774	160 613	43 014

Haushaltsvermerk:

1. Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Kap. 3205 mit Ausnahme des Titels 541 02.
2. Aus den Ist-Einnahmen dürfen die anfallenden Nebenkosten geleistet werden.

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben der Titel des Kap. 3205 mit Ausnahme der Tit. 541 01, 541 02 und 573 14 sind übertragbar.
2. Die Ausgaben folgender Titel sind gegenseitig deckungsfähig: Kap. 3205 mit Ausnahme des Titels 541 02.
3. Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Kap. 3205 mit Ausnahme des Titels 541 02 dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: 111 01 und 162 12.
4. Einnahmen (wie z. B. Stückzinseinnahmen bei Begebung, Zinseinnahmen auf Depotbestände, Agien und Rückerstattungen) fließen den Ausgaben zu.

Sächliche Verwaltungsausgaben

541 01 -830	Ausgaben aus Anlass der Beschaffung von Mitteln im Wege des Kredits	3 090	6 867	3 711

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben im Zusammenhang mit der Marktpflege sowie Kosten für Dienstleistungen Dritter.

541 02 -062	Zahlungen an die Bundesrepublik Deutschland - Finanzagentur GmbH -	31 000	30 800	24 434

Erläuterungen:

Mit Gesellschaftsvertrag vom 19. September 2000 wurde die "Bundesrepublik Deutschland - Finanzagentur GmbH" mit dem Ziel der Optimierung des Schulden-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Noch zu Titel 541 02				
	managements des Bundes gegründet. Alleiniger Gesellschafter der Finanzagentur ist der Bund. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt rd. 25,5 T€ (50 TDM). Gegenstand der Finanzagentur ist die Erbringung von Dienstleistungen für das Bundesministerium der Finanzen bei der Haushalts- und Kassenfinanzierung der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Sondervermögen auf den Finanzmärkten. Die Agentur hat ihre operative Arbeit am 11. Juni 2001 aufgenommen. Die Zahlungen an die Finanzagentur dienen der Deckung der von ihr erbrachten Leistungen.			
	Aus diesem Titel können auch unterjährige Darlehen gewährt werden, die die Finanzagentur zur Sicherung der Liquidität in Form eines Darlehens bis zu einer Höhe von 5 000 T€ benötigt. Das Darlehen ist spätestens nach einer Vertragsdauer von drei Monaten zurückzuzahlen. Einnahmen aus Tilgung und Verzinsung werden in diesem Titel gebucht.			
	Schuldendienst			
573 14 -830	Zinsen für Ausgleichsforderungen der Deutschen Bundesbank und nach dem Umstellungsergänzungsgesetz sowie Rentenausgleichsforderungen zur Aufbesserung von Versicherungsleistungen	41 601	41 601	41 601
575 01 -830	Zinsen für Bundesanleihen	22 272 999	23 309 057 *1 200 000*	23 231 864
	Haushaltsvermerk:			
	1. Aus den Ausgaben dürfen Entschädigungen für verspätet vorgelegte oder verlorengegangene Zinsscheine gezahlt werden.			
	2. Aus den Ausgaben dürfen Zahlungen aus Verträgen zur Optimierung der Zinsstruktur und zur Begrenzung von Zinsänderungs- und Währungsrisiken geleistet werden.			
575 02 -830	Zinsen für Bundesschatzbriefe	257 302	245 219	268 766
575 03 -830	Zinsen für Bundesobligationen	3 261 434	4 203 974	5 273 369
575 04 -830	Zinsen für Schuldscheindarlehen	535 240	538 203	537 044
575 05 -830	Zinsen für Bundesschatzanweisungen	101 821	696 284	1 239 720
575 06 -830	Diskont für Unverzinsliche Schatzanweisungen	27 879	85 648 *19 000*	376 430
575 07 -830	Diskont für Finanzierungsschätze des Bundes	29	1 456	2 883
575 08 -830	Zinsen gem. § 4 des Schlusszahlungsfinanzierungsgesetzes (SchlussFinG)	636 929	1 721 687	1 283 413
	Erläuterungen:			
	Aus diesem Titel sind die Zuführungen an das Sondervermögen nach dem SchlussFinG zu leisten. Aus dem Sondervermögen werden die Schlusszahlungen für inflationsindexierte Bundeswertpapiere geleistet, die entsprechend den Emissionsbedingungen auf der Grundlage des vom Statistischen Amt der Europä-			

3205 Verzinsung

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Noch zu Titel 575 08				
	ischen Gemeinschaften ("EUROSTAT") berechneten unrevidierten harmonisierten Verbraucherpreisindexes in der Euro-Zone ohne Tabak berechnet werden. Die Zuführungen zum Ausgleich der Inflation erfolgen jährlich zum Zinszahlungstermin der inflationsindexierten Bundeswertpapiere und ggf. bei Aufstockungen.			
575 09 -830	Disagio auf Bundesanleihen, Bundesobligationen, Bundesschatzanweisungen, unverzinsliche Schatzanweisungen und Darlehen	1 651 491	573 685 *1 500 000*	-1 807 996
	Erläuterungen: Disagio für die Begebung von Bundesanleihen, Bundesobligationen und Bundesschatzanweisungen, unverzinsliche Schatzanweisungen sowie für die Aufnahme von Schuldscheindarlehen.			
575 10 -830	Zinsen für weitere Produkte im Privatkundengeschäft	1 952	27 234	2 460
575 20 -830	Sonstige auf Euro lautende Zinsausgaben für Schulden des Bundes	-	-	-82
575 21 -830	Zinsen für Kassenverstärkungskredite	50 905	151 556	37 835
	Erläuterungen: Das Bundesministerium der Finanzen ist durch Gesetz ermächtigt, zur vorübergehenden Verstärkung des Zentralkontos des Bundes bis zu 10 Prozent der Haushaltssumme im Wege des Kredits zu beschaffen. Für Geschäfte, die den gleichzeitigen Verkauf und Rückkauf von Bundeswertpapieren beinhalten, können weitere Kassenverstärkungskredite bis zur Höhe von 10 Prozent der Haushaltssumme aufgenommen werden.			
576 13 -830	Sonstige auf fremde Währungen lautende Zinsausgaben für Schulden des Bundes	-	-	-

Anlage 1 3205

Übersicht gemäß § 5 Schlusszahlungs-finanzierungsgesetz (SchlussFinG)

Lfd. Nr.	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5
	Einnahmen			
1.1	für Schlusszahlungen der Inflationsindexierten Bundesanleihen bei Fälligkeit	454 947	846 430	838 050
1.2	für Schlusszahlungen der Inflationsindexierten Bundesobligationen bei Fälligkeit	207 802	494 480	495 400
1.3	Entnahmen aus Rücklagen	-	32 000	-
	Gesamteinnahmen	**662 749**	**1 372 910**	**1 333 450**
	Ausgaben			
2.1	für Schlusszahlungen der Inflationsindexierten Bundesanleihen bei Fälligkeit		-	-
2.2	für Schlusszahlungen der Inflationsindexierten Bundesobligationen bei Fälligkeit		1 372 910	-
2.3	Zuführungen an Rücklagen	662 749	-	1 333 450
	Gesamtausgaben	**662 749**	**1 372 910**	**1 333 450**

Vorbemerkung

In diesem Kapitel sind die Einnahmen und Ausgaben für Gewährleistungen des Bundes nach dem Haushaltsgesetz, dem Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz vom 7. Mai 2010 (BGBl. I S. 537) und dem Stabilisierungsmechanismusgesetz vom 22. Mai 2010 (BGBl. I S. 627), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 23. Mai 2012 (BGBl. I S. 1166) geändert worden ist, berücksichtigt. Ausgaben für Gewährleistungen für Kredite der KfW für den internationalen Klima- und Umweltschutz und für Offshore-Windparks werden im Wirtschaftsplan des Energie- und Klimafonds veranschlagt. Der Ermächtigungsrahmen für Gewährleistungen nach § 3 Absatz 1 Satz 1 HG wird in der nachfolgenden verbindlichen Erläuterung konkretisiert.

	2014 Mio. €	2013 Mio. €
1	2	3
Ermächtigungsrahmen für		
1. Ausfuhren (§ 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 HG)......................	165 000	145 000
2. Ungebundene Finanzkredite, Direktinvestitionen im Ausland, EIB-Kredite (§ 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 HG).......	65 000	60 000
3. FZ- und internationale Klimaschutzvorhaben (§ 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 HG)...	16 700	12 500
4. Ernährungsbevorratung (§ 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 HG)..	700	700
5. Binnenwirtschaft und sonstige Zwecke im Inland (§ 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 HG)...	160 000	160 000
6. Internationale Finanzinstitutionen (§ 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 HG)..	62 000	62 000
7. Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen (§ 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 7 HG)...	1 010	1 175
8. Zinsausgleichsgarantien (§ 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 8 HG).	8 000	8 000
Zusammen...	478 410	449 375

Haushaltsvermerk:

Die Erläuterungen sind verbindlich.

1. Gewährleistungen nach § 3 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 HG dürfen übernommen werden

1.1 im Zusammenhang mit förderungswürdigen Ausfuhren zugunsten von Ausführern sowie zugunsten von Kredit- und Garantiegebern für Kredite an ausländische Schuldner, auch in Form von Rückversicherungen gegenüber anderen staatlichen Exportversicherern, soweit entsprechende Rückversicherungsabkommen bestehen. Die Gewährleistungen werden nach Richtlinien übernommen, die das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen, dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und dem Auswärtigen Amt festlegt;

1.2 im Zusammenhang mit Ausfuhren, an deren Durchführung ein besonderes staatliches Interesse der Bundesrepublik Deutschland besteht, zugunsten von Ausführern und zugunsten von Kreditgebern für Kredite an ausländische Schuldner;

1.3 zum Zwecke der Umschuldung nach Nummer 1.1 oder 1.2 gedeckter Forderungen. Dabei können die Selbstbeteiligungen nachträglich ermäßigt sowie in Ausnahmefällen Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen für bisher ungedeckte Forderungen übernommen werden, wenn andernfalls die Umschuldungsmaßnahmen nicht durchgeführt werden können.

2. Gewährleistungen nach § 3 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 HG dürfen übernommen werden

2.1 für Kredite an ausländische Schuldner, wenn dies der Finanzierung förderungswürdiger Vorhaben dient oder im besonderen staatlichen Interesse der Bundesrepublik Deutschland liegt;

2.2 zum Zwecke der Umschuldung nach Nummer 2.1 gedeckter Forderungen. Dabei können die Selbstbeteiligungen nachträglich ermäßigt sowie in Ausnahmefällen Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen für bisher ungedeckte Forderungen übernommen werden, wenn andernfalls die Umschuldungsmaßnahmen nicht durchgeführt werden können;

2.3 zur Absicherung des politischen Risikos bei förderungswürdigen Direktinvestitionen im Ausland, wenn zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Land, in dem die Direktinvestition vorgenommen wird, eine Vereinbarung über die Behandlung von Direktinvestitionen besteht oder, solange dies nicht der Fall ist, durch die Rechtsordnung des betreffenden Landes oder in sonstiger Weise ein ausreichender Schutz der Direktinvestition gewährleistet erscheint. Die Gewährleistungen werden nach Richtlinien übernommen, die das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen, dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und dem Auswärtigen Amt festlegt;

2.4 gegenüber der Europäischen Investitionsbank für Kredite dieser Bank an Schuldner außerhalb der Europäischen Union;

2.5 für Minderheitsbeteiligungen und nachrangige Darlehen der Kreditanstalt für Wiederaufbau als Unterstützungsmaßnahme für kleine und mittlere Unternehmen in Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebietes, die die Voraussetzung für Notmaßnahmen gemäß Stabilisierungsmechanismusgesetz oder für Stabilitätshilfen gemäß ESM-Finanzierungsgesetz vom 13. September 2012 (BGBl. I S. 1918) erfüllen und die von schwerwiegenden Finanzierungs- und Liquiditätsengpässen im Finanzsystem betroffen sind.

3. Gewährleistungen nach § 3 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 HG dürfen nur für auf Öffentliche Entwicklungshilfe (ODA) anrechenbare Kredite übernommen werden.

4. Gewährleistungen nach § 3 Absatz 1 Satz 1 Nummer 4 HG dürfen übernommen werden für Marktordnungs- und Bevorratungsmaßnahmen auf dem Ernährungsgebiet.

5. Gewährleistungen nach § 3 Absatz 1 Satz 1 Nummer 5 HG dürfen übernommen werden

5.1 zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft und der freien Berufe, wenn eine anderweitige Finanzierung nicht möglich ist und ein allgemeines volkswirtschaftliches Interesse an der Durchführung der Maßnahme besteht;

5.2 zur Förderung des Verkehrswesens;

5.3 zur Förderung von Investitionen, die der Herstellung von Produkten zur Vermeidung von Umweltbelastungen die-

nen, wenn eine anderweitige Finanzierung nicht möglich ist;

5.4 für Maßnahmen gemäß § 5 des Landwirtschaftsgesetzes in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 780-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, das durch Artikel 1 des Gesetzes vom 13. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2936) geändert worden ist;

5.5 zur Förderung der Fischwirtschaft;

5.6 im Zusammenhang mit der Abdeckung von Haftpflichtrisiken, die sich insbesondere aus Tätigkeiten ergeben, die in den Anwendungsbereich des Atomgesetzes oder der aufgrund dieses Gesetzes ergangenen Rechtsverordnungen fallen, soweit dadurch eine Finanzierung aus Haushaltsmitteln vermieden wird;

5.7 zugunsten von Personen, die vom Bund an deutsche Auslandsvertretungen entsandt oder im Rahmen der Auslandskulturarbeit des Bundes ins Ausland entsandt oder vermittelt werden, sowie zugunsten von Personen, die von der Germany Trade and Invest - Gesellschaft für Außenwirtschaft und Standortmarketing mbH (GTAI) ins Ausland entsandt werden, für ihre Verpflichtungen gegenüber den Zollbehörden des Aufnahmestaates im Zusammenhang mit der Ein- und Ausfuhr von Umzugsgut sowie für ihre sonstigen Verpflichtungen gegenüber Behörden und Personen des Aufnahmestaates, soweit dies gesetzlich vorgeschrieben oder nach den örtlichen Umständen unvermeidbar ist und im dienstlichen Interesse des Bundes liegt;

5.8 im Zusammenhang mit den von institutionellen Zuwendungsempfängern des Bundes veranstalteten Ausstellungen im Bereich von Kunst und Kultur zur Deckung des Haftpflichtrisikos gegenüber den Verleihern;

5.9 zur Förderung von Einrichtungen im Sozial- und Gesundheitswesen;

5.10 im Falle eines unvorhergesehenen, unabweisbaren Bedarfs, insbesondere für Notmaßnahmen.

6. Gewährleistungen in der Form von abrufbarem Kapital (Haftungskapital) oder Garantien nach § 3 Absatz 1 Satz 1 Nummer 6 HG dürfen übernommen werden im Zusammenhang mit der Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an der Europäischen Investitionsbank, der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (Weltbank), der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, der Afrikanischen, der Asiatischen, der Interamerikanischen und der Karibischen Entwicklungsbank, der Entwicklungsbank des Europarates, dem Gemeinsamen Fonds für Rohstoffe sowie der Multilateralen Investitions-Garantie-Agentur.

7. Schadensfälle aus der Inanspruchnahme aus Garantien, Bürgschaften und sonstigen Gewährleistungen nach § 3 Absatz 1 Satz 1 Nummer 7 HG für die Nachfolgeeinrichtungen der Treuhandanstalt sind aus Kap. 0803 zu leisten.

8. Gewährleistungen nach § 3 Absatz 1 Satz 1 Nummer 8 HG für einen Teil des Zinsrisikos bei der Refinanzierung von Krediten für den Bau von Schiffen auf deutschen Werften dürfen übernommen werden, wenn sich das Land, in dem die beauftragte Werft ihren Sitz hat, ab dem Zeitpunkt einer erstmaligen Zinsausgleichszusage und während der Laufzeit von Finanzierungen geförderter Schiffbauaufträge an Finanzhilfen des Bundes im Rahmen der Innovationsförderung des deutschen Schiffbaus zu 50 Prozent beteiligt, soweit sich diese Finanzhilfen auf Empfänger mit Sitz in dem jeweiligen Land beziehen.

Überblick zum Kapitel 3208	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	850 000	805 381	+44 619		843 870
Übrige Einnahmen	355 000	285 000	+70 000		382 243
Gesamteinnahmen	1 205 000	1 090 381	+114 619		1 226 113
Ausgaben					
Ausgaben für Investitionen	1 200 000	1 350 000	-150 000	660 000	800 901
Gesamtausgaben	1 200 000	1 350 000	-150 000	660 000	800 901
davon nicht flexibilisiert	1 200 000	1 350 000	-150 000	660 000	800 901

3208 Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Einnahmen			
	Verwaltungseinnahmen			
111 02 -680	Entgelte und sonstige Einnahmen aus Gewährleistungsmaßnahmen	850 000	805 381	843 870
	Haushaltsvermerk: Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 871 01 und 872 01.			
	Übrige Einnahmen			
141 01 -680	Einnahmen aus der Inanspruchnahme von Gewährleistungen aus dem Inland	35 000	35 000	52 959
	Haushaltsvermerk: Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 871 01.			
146 01 -680	Einnahmen aus der Inanspruchnahme von Gewährleistungen aus dem Ausland	320 000	250 000	329 284

Haushaltsvermerk:

1. Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 872 01.
2. Die Bundesregierung wird ermächtigt, sich im Rahmen multilateraler Schuldendienstregelungen am Teilverzicht auf Forderungen zu beteiligen und Forderungen mit einem Abschlag vom Nennwert zu verkaufen oder in vergleichbarer Form zu verwerten, die aufgrund der Entschädigung aus Gewährleistungen auf sie übergegangen sind oder übergehen werden, wenn dies nach Prüfung im Einzelfall im Hinblick auf die Schuldendienstfähigkeit des betreffenden Schuldnerlandes erforderlich ist.

   Ein darüber hinausgehender Verzicht erfordert die Zustimmung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages.
3. Bei Rückversicherungsgeschäften, bei denen der Bund als Erstversicherer auftritt, dürfen die Auszahlungen an Rückversicherer von den Einnahmen abgesetzt werden.

Erläuterungen:

Zum Zwecke der Umschuldung können abweichend von den vertraglichen Gewährleistungsbestimmungen aus den ersten Zahlungen der Schuldner Selbstbeteiligungen und ungedeckte Spitzen der Deckungsnehmer beglichen werden, wenn andernfalls aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen Umschuldungsmaßnahmen nicht durchgeführt werden können.

Aus Rückversicherungsgeschäften sind im Jahr 2013 keine Auszahlungen angefallen.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Ausgaben

Ausgaben für Investitionen

871 01 -680	Entschädigungen und Kosten aus inlandsbezogenen Gewährleistungen, Zahlungen zur Abwendung oder Minderung von Schäden	500 000	460 000 *500 000*	427 192

Haushaltsvermerk:

1. Mehrausgaben zu Nr. 2 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Epl. 09.
2. Mehrausgaben zu Nr. 3 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Epl. 12.
3. Mehrausgaben zu Nr. 4 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Epl. 10.
4. Die Ausgaben sind mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 872 01.
5. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: 111 02 und 141 01.
6. Aus den Mitteln dürfen auch Ansprüche für Schäden nach dem Atom-Gesetz beim Besuch ausländischer atomgetriebener Kriegsschiffe in deutschen Häfen abgegolten werden.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Entschädigungen und Kosten aus inlandsbezogenen Gewährleistungen, Zahlungen zur Abwendung oder Minderung von Schäden - ohne 2. bis 4.	500 000
2. Inanspruchnahme von Gewährleistungen für Darlehen zur Finanzierung von Entwicklungskosten eines zivilen Luftfahrzeugs gem. Nr. 5.1 der verbindlichen Erläuterungen zu Kap. 3208	-
3. Inanspruchnahme aus Garantien, Bürgschaften und sonstigen Gewährleistungen gem. Nr. 5.2 der verbindlichen Erläuterungen zu Kap. 3208 für die Langfristfinanzierung des Flughafens Berlin Brandenburg International sowie für die Erbringung des Kapitaldienstes	-
4. Inanspruchnahme von Garantien gem. Nr. 5.4 der verbindlichen Erläuterungen zu Kap. 3208 des Bundeshaushaltsplans 2010 für Maßnahmen zur Absicherung der Landwirtschaftlichen Rentenbank im Zusammenhang mit vom Bund in Auftrag gegebenen Maßnahmen zur Sicherung der Liquidität von landwirtschaftlichen Unternehmen	-
Zusammen	500 000

Zu 1.:
Veranschlagt sind die Ausgaben für Schäden, für die Vergütungen der bei den Maßnahmen mitwirkenden Mandatare sowie sonstige Kosten und Ausgaben für Zahlungen zur Abwehr oder Minderung von Schäden.

Die Haushaltsmittel für das EKH-Programm, für das Anträge bis zum 31. Dezember 1996 gestellt werden konnten, werden in Kap. 3208 Tit. 871 01 in Höhe von 10 Mio. € und in Kap. 0910 Tit. 662 01 in Höhe von 47,8 Mio. € veranschlagt.

Zu 2.:
Ausgaben aus der Inanspruchnahme des Bundes aus Gewährleistungen zur Absicherung des Ausfallrisikos im Zusammenhang mit Darlehen zur Finanzierung der anteiligen Entwicklungskosten eines zivilen Luftfahrzeugs gemäß § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 HG.

Zu 3.:
Ausgaben aus der Inanspruchnahme des Bundes aus Garantien, Bürgschaften und sonstigen Gewährleistungen zur Absicherung der Langfristfinanzierung des

3208 Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 871 01

Flughafens Berlin Brandenburg International gemäß § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 HG und der Erbringung des Kapitaldienstes.

Zu 4.:
Ausgaben aus der Inanspruchnahme des Bundes aus Rückgarantien zur Absicherung der Landwirtschaftlichen Rentenbank (LR) bei der Kreditvergabe der Hausbanken an Landwirte gem. § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 HG 2010.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
872 01 -680	Entschädigungen und Kosten aus auslandsbezogenen Gewährleistungen und Umschuldungen, Zahlungen zur Abwendung oder Minderung von Schäden	700 000	890 000 *160 000*	373 709

Haushaltsvermerk:

1. Mehrausgaben zu Nr. 2 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Epl. 09.
2. Die Ausgaben sind mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 871 01.
3. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: 111 02 und 146 01.
4. Bei Rückversicherungsgeschäften, bei denen der Bund als Erstversicherer auftritt, fließen die Einnahmen aus Zahlungen von Rückversicherern den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Entschädigungen und Kosten aus auslandsbezogenen Gewährleistungen und Umschuldungen, Zahlungen zur Abwendung oder Minderung von Schäden - ohne 2. und 3.	700 000
2. Inanspruchnahme von Gewährleistungen zur Absicherung des Zinsrisikos bei der Refinanzierung von Krediten für den Bau von Schiffen gem. Nr. 8 der verbindlichen Erläuterungen zu Kap. 3208	-
3. Inanspruchnahme von Garantien nach dem Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz und dem Stabilisierungsmechanismusgesetz	-
Zusammen	700 000

Zu 1.:
Veranschlagt sind die Ausgaben für Schäden und Umschuldungen einschließlich der Ablösung von bundesgarantierten Umschuldungskrediten, für die Vergütungen der bei den Maßnahmen mitwirkenden Mandatare sowie sonstige Kosten und Ausgaben für Zahlungen zur Abwehr oder Minderung von Schäden.

Die Mittel sind nicht für Ausgaben bestimmt, die aufgrund des vom Bund übernommenen Risikos aus der Kündigung von Kapitalhilfeverträgen oder einer Auszahlungssperre für Kapitalhilfe zu leisten sind (vgl. Kap. 2301 Tgr. 01).

Aus Rückversicherungsgeschäften sind im Jahr 2013 Einnahmen in Höhe von 816 T€ angefallen.

Zu 2.:
Ausgaben aus der Inanspruchnahme des Bundes aus Gewährleistungen zur Absicherung des Zinsrisikos bei der Refinanzierung von Krediten für den Bau von Schiffen auf deutschen Werften gemäß § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 8 HG. Vor Auszahlung von Haushaltsmitteln sind alle bei der KfW im Rahmen der Durchführung anfallenden Einnahmen einzusetzen.

Entwurf

zum

Bundeshaushaltsplan 2014

Einzelplan 60

Allgemeine Finanzverwaltung

Inhalt

Kapitel	B e z e i c h n u n g	Seite
	Vorwort zum Einzelplan	3
	Überblick zum Einzelplan	4
	Haushaltsvermerk / Hinweise zum Einzelplan	5
6001	Steuern	6
	Einnahmen-Tgr. 01 Veränderungen auf Grund steuerlicher Maßnahmen und Einnahmeentwicklung	12
	Anlage 1 Erhebung der Eigenmittel der EU - Anlage E (6090)	14
	Anlage 2 20 größte Steuervergünstigungen des Bundes	19
	Anlage 3 Größte sonstige steuerliche Regelungen des Bundes	21
6002	Allgemeine Bewilligungen	23
	Ausgaben-Tgr. 01 Verstärkung von Ausgaben im Personalsektor	36
	Ausgaben-Tgr. 02 Beiträge an internationale und supranationale Einrichtungen	36
	Anlage 1 Wirtschaftsplan des Sondervermögens "Investitions- und Tilgungsfonds (ITF)" (6091)	39
	Anlage 2 Wirtschaftsplan der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung	42
	Anlage 3 Wirtschaftsplan des Energie- und Klimafonds (6092)	43
	Anlage 4 Wirtschaftsplan des Sondervermögens "Aufbauhilfe" (6095)	57
6003	Leistungen im Zusammenhang mit der deutschen Einheit	63
	Anlage 1 Wirtschaftsplan des Entschädigungsfonds	69
	Anlage 2 Wirtschaftsplan des Fonds nach § 5 Mauergrundstücksgesetz (6094)	70
	Anlage 3 Wirtschaftsplan des Erblastentilgungsfonds - ELF (6093)	73
6004	Bundesimmobilienangelegenheiten	77
	Anlage 1 Wirtschaftspläne	84

Kapitel	Bezeichnung	Seite
6067	Sonstige Versorgungsausgaben	88
	Einnahmen-Tgr. 02 Versorgung von verdrängten Angehörigen des öffentlichen Dienstes und von Angehörigen aufgelöster Dienststellen sowie ihrer Hinterbliebenen	89
	Einnahmen-Tgr. 03 Versorgung der Berufssoldaten der früheren Wehrmacht und der berufsmäßigen Angehörigen des früheren Reichsarbeitsdienstes sowie ihrer Hinterbliebenen	89
	Einnahmen-Tgr. 04 Leistungen nach dem Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz (AAÜG) vom 25. Juli 1991 (BGBl. I S. 1677) für die geschlossenen Sonderversorgungssysteme im Beitrittsgebiet	90
	Ausgaben-Tgr. 01 Versorgungsausgaben, die durch das Zweite Überleitungsgesetz vom 21. August 1951 (BGBl. I S. 774) vom Bund übernommen worden sind	91
	Ausgaben-Tgr. 02 Versorgung von verdrängten Angehörigen des öffentlichen Dienstes und von Angehörigen aufgelöster Dienststellen sowie ihrer Hinterbliebenen	91
	Ausgaben-Tgr. 03 Versorgung der Berufssoldaten der früheren Wehrmacht und der berufsmäßigen Angehörigen des früheren Reichsarbeitsdienstes sowie ihrer Hinterbliebenen	93
	Ausgaben-Tgr. 04 Leistungen nach dem Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz (AAÜG) vom 25. Juli 1991 (BGBl. I S. 1677) für die geschlossenen Sonderversorgungssysteme im Beitrittsgebiet	94
	Übersichten	
	Übersicht 1 Verpflichtungsermächtigungen (VE)	96
	Personalhaushalt	97

Aufgaben und Aufbau der Verwaltung in den wichtigsten Grundzügen

Im Einzelplan der Allgemeinen Finanzverwaltung sind diejenigen Einnahmen und Ausgaben des Bundes veranschlagt, die keine besondere Beziehung zu einem Verwaltungszweig haben oder die umgekehrt, außer der Beziehung zu einem einzelnen Verwaltungszweig, auch Beziehungen zu allen anderen Verwaltungszweigen aufweisen. Dies gilt insbesondere für die Einnahmen aus Steuern und für sonstige allgemeine Einnahmen, die nicht aus einem einzelnen Ressort heraus oder ohne besondere Beziehung zu diesem Ressort anfallen.

Der Einzelplan der Allgemeinen Finanzverwaltung enthält demgemäß in erster Linie die Einnahmen aus den Bundessteuern und den Gemeinschaftssteuern (Kapitel 6001). Mit diesen Einnahmen stellt der Einzelplan im Wesentlichen den Ausgleich des Bundeshaushalts her, da die übrigen Einzelpläne fast ausnahmslos Ausgabepläne sind und einen mehr oder weniger erheblichen Zuschussbedarf aufweisen. Auf der Einnahmeseite werden auch die Zuweisungen des Bundes an die Länder im Bereich des Finanzausgleichs sowie die Mehrwertsteuer- und BNE-Eigenmittel der EU ausgewiesen. Über diesen Plan werden auch die Zuführungen und Entnahmen aus Sonderkonten bei der Deutschen Bundesbank (z. B. Konjunkturausgleichsrücklagen) abgewickelt. Der Einzelplan enthält außerdem den Anteil des Bundes am Reingewinn der Deutschen Bundesbank.

Alle Eigenmittelabführungen des Bundes an die Europäische Union werden in der Anlage E zu Kapitel 6001 ausgewiesen.

Die Rückflüsse von der EU an die Bundesrepublik Deutschland werden dezentral veranschlagt bzw. vereinnahmt. Lediglich die Erhebungskostenpauschale und die Zuschüsse des EU-Ratssekretariats zu den Reisekosten aufgrund der Teilnahme an Sitzungen der EU-Ratsgremien verbleiben im Einzelplan 60.

Die Einnahmen und Ausgaben des Bundes in Bezug auf durch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (Bundesanstalt) übernommenen Immobiliendienstleistungen sind zentral im Kapitel 6004 veranschlagt. Auf der Einnahmeseite ist dies inbesondere die Abführung an den Bundeshaushalt. Auf der Ausgabenseite waren dies bis zum Haushaltsjahr 2012 im Wesentlichen die Darlehen des Bundes für Baumaßnahmen der Bundesanstalt. Ab dem Haushaltsjahr 2013 erfolgt die Finanzierung dieser Kosten durch die Bundesanstalt aus dem eigenen Wirtschaftsplan.

Darüber hinaus sind die Ausgaben für die Versorgung von Personen, deren Versorgungsansprüche aufgrund des Zweiten Überleitungsgesetzes vom Bund zu erfüllen sind, sowie von Personen, die unter das Gesetz zu Artikel 131 des Grundgesetzes fallen, ebenso wie die Ausgaben für die geschlossenen Sonderversorgungssysteme im Beitrittsgebiet in Kapitel 6067 veranschlagt.

Im Einzelnen werden folgende Hinweise gegeben:

Einnahmen

Die Einnahmeerwartung des Bundes bei den Steuern für das Kalenderjahr 2014 beruht auf dem Ergebnis der Steuerschätzung des Arbeitskreises "Steuerschätzungen" vom 5. bis 7. November 2013. Der Steuerschätzung liegen die gesamtwirtschaftlichen Eckwerte der Herbstprojektion der Bundesregierung zugrunde.

Die Veränderungen, die sich aus den Beschlüssen der Bundesregierung, insbesondere aus den noch im Gesetzgebungsverfahren befindlichen Steuergesetzen ergeben, sind gesondert ausgewiesen.

Ausgaben

Auf der Ausgabeseite enthält der Einzelplan der Allgemeinen Finanzverwaltung im Kapitel 6002 die Allgemeinen Bewilligungen.

In diesem Kapitel sind eine Vielzahl verschiedenartiger Ausgaben ausgebracht, u. a. Münzprägekosten, Zahlungen nach dem Bundeswahlgesetz, dem Europawahlgesetz und dem Parteiengesetz, Zuschüsse an die Postbeamtenversorgungskasse sowie die Erstattung von Verwaltungskosten an die Länder für die Erhebung der Kfz-Steuer. Darüber hinaus sind die deutschen Beiträge zum Grundkapital des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) und der Europäischen Investitionsbank (EIB) und zur Finanzierung der OECD und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) und ihrer Sonderfonds abgebildet.

Im Kapitel 6003 sind die Leistungen im Zusammenhang mit der deutschen Einheit veranschlagt.

60 Überblick zum Einzelplan

Überblick zum Einzelplan 60	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Steuern und steuerähnliche Abgaben	269 138 000	260 921 000	+8 217 000		256 378 794
Verwaltungseinnahmen	7 194 300	10 040 822	-2 846 522		8 160 659
Übrige Einnahmen	2 867 176	2 134 532	+732 644		2 080 295
Gesamteinnahmen	279 199 476	273 096 354	+6 103 122		266 619 748
Ausgaben					
Personalausgaben	981 665	1 110 392	-128 727		293 681
Sächliche Verwaltungsausgaben	329 040	373 675	-44 635	203	245 724
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	25 000	25 000	-		70 000
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	11 111 237	17 815 083	-6 703 846	150 019	9 245 706
Ausgaben für Investitionen	4 384 270	8 726 694	-4 342 424	40 867	10 612 807
Besondere Finanzierungsausgaben	-350 000	150 000	-500 000		-
Gesamtausgaben	16 481 212	28 200 844	-11 719 632	191 089	20 467 918
davon nicht flexibilisiert	16 481 212	28 200 844	-11 719 632	191 089	20 467 918
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung	194 000 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu	129 000 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu	6 500 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu	6 500 T€				
im Haushaltsjahr 2018 bis zu	6 500 T€				
im Haushaltsjahr 2019 bis zu	6 500 T€				
im Haushaltsjahr 2020 bis zu	6 500 T€				
im Haushaltsjahr 2021 bis zu	6 500 T€				
im Haushaltsjahr 2022 bis zu	6 500 T€				
im Haushaltsjahr 2023 bis zu	6 500 T€				
im Haushaltsjahr 2024 bis zu	6 500 T€				
im Haushaltsjahr 2025 bis zu	6 500 T€				

Auszug aus Übersicht VIII des Gesamtplans "20 größte Finanzhilfen des Bundes" in der Abgrenzung des 24. Subventionsberichts

Lfd. Nr.	Kapitel	Zweckbestimmung	Lfd. Nr. 24. Subventionsbericht (Anlage 1)	Soll 2014 Mio. €	Soll 2013 Mio. €	Ist 2012 Mio. €
1	2	3	4	5	6	7
8	6092	Strompreiskompensation	17	350	-	-
20	6092	Energieeffizienzfonds	16	29	29	11

Allgemeine Erläuterungen:

Ist-Angaben:

Die Ist-Ergebnisse der Einzeltitel sind kaufmännisch auf 1 000 € gerundet. Dadurch können bei Summenangaben Rundungsdifferenzen entstehen. Summenangaben können außerdem nicht durch Addition der gedruckten Titel errechnet werden, da in Vorjahren weggefallene Titel nur im Bundeshaushaltsplan 2014 abgedruckt werden, wenn bei diesen noch Ausgabereste bestehen.

Ausgabereste:

Die im Vorjahr verfügbaren Ausgabereste im nicht flexibilisierten Bereich sind kaufmännisch auf 1 000 € gerundet und einzeln bei dem jeweiligen Titel mit Stand Juli 2013 ausgewiesen. Die Inanspruchnahme dieser Ausgabereste muss grundsätzlich im jeweiligen Einzelplan durch Minderausgaben an anderer Stelle kassenmäßig eingespart werden. Ausgabereste bei den der Flexibilisierung gemäß § 5 Haushaltsgesetz 2014 (HG) unterliegenden Ansätzen werden lediglich in der Zusammenstellung der flexibilisierten Ausgaben summarisch ausgewiesen. Für die Inanspruchnahme dieser Ausgabereste ist zentral Vorsorge getroffen und daher eine kassenmäßige Einsparung im gleichen Einzelplan grundsätzlich nicht erforderlich. Bei Summenangaben können Rundungsdifferenzen entstehen.

Flexibilisierung:

Die in die Regelung nach § 5 HG einbezogenen Ausgaben sind mit einem F vor der Titelnummer gekennzeichnet. Sie werden jeweils im hinteren Teil eines Kapitels im Anschluss an die nicht flexibilisierten Ausgabetitel entsprechend der Zuordnung nach § 5 HG in einer Zusammenstellung aufsummiert und sind danach einzeln aufgelistet. Neu in die Flexibilisierung einbezogene Titel sind dabei mit einem **F** hervorgehoben.

6001 Steuern

Überblick zum Kapitel 6001	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Steuern und steuerähnliche Abgaben.....................	268 920 000	260 611 000	+8 309 000		256 086 079
Gesamteinnahmen..	268 920 000	260 611 000	+8 309 000		256 086 079

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Haushaltsvermerk:

Rückzahlungen, Erstattungen und Vergütungen dürfen von den Einnahmen abgesetzt werden.
Dies gilt auch für die Entlastung bei Steuern auf Grund völkerrechtlicher Vereinbarung oder besonderer gesetzlicher Regelung, insbesondere gegenüber internationalen Organisationen, amtlichen zwischenstaatlichen Einrichtungen, ausländischen diplomatischen Missionen und deren Mitgliedern. Dabei sind Ausgaben für die Rückzahlung, Erstattung und Vergütung von Umsatzsteuer von den Einnahmen bei Tit. 016 01 abzusetzen.
Gesetzlich bestimmte Einnahmeminderungen aufgrund von Zuweisungen des Bundes an die Länder (im Bereich des Finanzausgleichs, der Regionalisierungsmittel, der Konsolidierungshilfen und des Ausgleichs der weggefallenen Einnahmen aus der Kraftfahrzeugsteuer und der Lkw-Maut) und an die EU (Mehrwertsteuer- und BNE-Eigenmittel) werden als Negativtitel dargestellt.
Zinsen gem. Art. 11 der Ratsverordnung 1150/2000 sind bei den jeweiligen EU-Eigenmitteln abzusetzen.
Die Vorschriften der Bundeshaushaltsordnung sowie die zu ihrer Anwendung erlassenen Bestimmungen sind auf die Anlage E entsprechend anzuwenden. Das Bundesministerium der Finanzen kann Änderungen der Anlage E, die auf Grund der endgültigen Feststellungen von Haushalts- oder Berichtigungshaushaltsplänen der Europäischen Union erforderlich werden, vornehmen und bekannt geben.

Gemeinschaftsteuern und Gewerbesteuerumlage

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
011 01 -820	Lohnsteuer	70 593 000	66 768 000	63 136 207

Haushaltsvermerk:

Aus den Einnahmen dürfen die von den Familienkassen für die Zahlung des Kindergeldes benötigten Mittel gemäß Art. 1 Nr. 61 Jahressteuergesetz 1996 (BGBl. I 1995, S. 1250 ff.) sowie die von der zentralen Stelle im Sinne des Gesetzes zur Reform der gesetzlichen Rentenversicherung und zur Förderung eines kapitalgedeckten Altersvorsorgevermögens (BGBl. I 2001, S. 1310 ff.) für die Auszahlung der Altersvorsorgezulage im Sinne dieses Gesetzes benötigten Mittel bereitgestellt werden.

Erläuterungen:

Das Gesamtaufkommen an Lohnsteuer wird auf 166 100 Mio. € geschätzt. Der Anteil des Bundes beträgt 42,5 Prozent.

Der Länder- und Gemeindeanteil an dem von den Familienkassen ausgezahlten Kindergeld wird dem Bund gemäß Art. 3 des Jahressteuergesetzes 1996 erstattet.

Der Anteil des Bundes an den Kindergeldauszahlungen beträgt entsprechend seinem Anteil an der Einkommensteuer 42,5 Prozent. Die Länder erhalten für ihre Belastung im Rahmen der Umsatzsteuerverteilung einen Ausgleich gemäß § 1 Finanzausgleichsgesetz. Die verbleibenden Kindergeldleistungen - auf der Grundlage des Bundeskindergeldgesetzes - sind im Kap. 1701 Tgr. 01 veranschlagt.

Steuerliches Kindergeld

Bezeichnung	1 000 €
Soll 2014	37 950 000
Soll 2013	38 500 000
Ist 2012	38 539 100

6001 Steuern

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
012 01 -820	Veranlagte Einkommensteuer	18 721 000	16 915 000	15 837 992
	Erläuterungen: Das Gesamtaufkommen an veranlagter Einkommensteuer wird auf 44 050 Mio. € geschätzt. Der Anteil des Bundes beträgt 42,5 Prozent.			
013 01 -820	Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag (ohne das in Tit. 018 03 erfasste Aufkommen)	7 898 000	7 243 000	10 027 526
	Erläuterungen: Das Gesamtaufkommen an nicht veranlagten Steuern vom Ertrag (ohne Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge) wird auf 15 795 Mio. € geschätzt. Der Anteil des Bundes beträgt 50 Prozent.			
014 01 -820	Körperschaftsteuer	10 355 000	10 285 000	8 467 229
	Erläuterungen: Das Gesamtaufkommen an Körperschaftsteuer wird auf 20 710 Mio. € geschätzt. Der Anteil des Bundes beträgt 50 Prozent.			
015 01 -820	Umsatzsteuer	82 017 000	78 782 000	76 084 074
	Erläuterungen: Das Gesamtaufkommen der Umsatzsteuer wird auf 153 400 Mio. € geschätzt. Vom Gesamtaufkommen (einschl. der Einfuhrumsatzsteuer) stehen dem Bund vorab 4,45 Prozent als Ausgleich für die Belastungen auf Grund der Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung zu. Vom verbleibenden Aufkommen stehen dem Bund 5,05 Prozent als Ausgleich für die Belastungen auf Grund eines zusätzlichen Bundeszuschusses an die Rentenversicherung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu. Vom verbleibenden Aufkommen erhalten die Gemeinden vorab 2,2 Prozent. Vom danach verbleibenden Aufkommen beträgt der Anteil des Bundes 49,70 Prozent zuzüglich eines Betrages von 189,21 Mio. €.			
015 02 -820	Konsolidierungshilfen	-800 000	-800 000	-800 000
	Erläuterungen: Fünf Länder in schwieriger Haushaltssituation erhalten für die Jahre 2011 bis 2019 Konsolidierungshilfen in Höhe von insgesamt 800 Mio. €, um ihnen die Einhaltung der Schuldenbremse ab dem Jahr 2020 zu ermöglichen. Nach § 1 Abs. 2 Konsolidierungshilfengesetz erhält Berlin 80 Mio. €, Bremen 300 Mio. €, Saarland 260 Mio. €, Sachsen-Anhalt 80 Mio. € und Schleswig-Holstein 80 Mio. € pro Jahr. Nach § 1 Abs. 3 Konsolidierungshilfengesetz werden zwei Drittel der Summe vorschüssig im laufenden Jahr gezahlt, beginnend mit dem Jahr 2011. Daraus ergab sich im Jahr 2011 ein Betrag in Höhe von 533 Mio. €. Ab dem Jahr 2012 entscheidet der Stabilitätsrat für jedes Land über die Einhaltung der Obergrenze des Finanzierungssaldos für das abgelaufene Jahr (§ 2 Abs. 2 Satz 1 Konsolidierungshilfengesetz) oder das Vorliegen eines begründeten Ausnahmefalles (§ 2 Abs. 2 Satz 2 Konsolidierungshilfengesetz). Wird dies nicht festgestellt, so wird der Betrag mit der Vorschusszahlung für das laufende Jahr verrechnet. Die Voraussetzungen für die Gewährung der Konsolidierungshilfen sind im Einzelnen in den zwischen dem Bund und den jeweiligen Ländern geschlossenen Verwaltungsvereinbarungen geregelt.			

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
016 01 -820	Einfuhrumsatzsteuer	27 321 000	29 153 000	27 880 543

Haushaltsvermerk:

Bei diesem Titel ist auch die für die Personenbeförderung im grenzüberschreitenden Verkehr von den Zollzahlstellen und die vom Bundeszentralamt für Steuern für elektronischen Geschäftsverkehr für Deutschland zu erhebende Umsatzsteuer nachzuweisen.

Erläuterungen:

Das Gesamtaufkommen der Einfuhrumsatzsteuer wird auf 51 100 Mio. € geschätzt. Die Aufteilung erfolgt zusammen mit der Umsatzsteuer (vgl. Erläuterungen zu Tit. 015 01).

016 02 -820	Zuweisungen an Länder gemäß § 11 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern	-10 423 000	-10 842 000	-11 621 298

Erläuterungen:

Bezeichnung	Mio. €
1. Allgemeine BEZ an leistungsschwache Länder in Höhe von 77,5 Prozent zu 99,5 Prozent des Länderdurchschnitts der nach Länderfinanzausgleich verbleibenden Fehlbeträge (Schätzung)..	3 352
2. Sonderbedarfs-BEZ an neue Länder und Berlin wegen teilungsbedingter Sonderlasten aus dem bestehenden starken infrastrukturellen Nachholbedarf und zum Ausgleich unterproportionaler kommunaler Finanzkraft..	5 778
3. Sonderbedarfs-BEZ an neue Länder (ohne Berlin) wegen struktureller Arbeitslosigkeit und der daraus entstehenden überproportionalen Lasten bei der Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe für Erwerbsfähige......................	777
4. Sonderbedarfs-BEZ wegen überdurchschnittlich hoher Kosten politischer Führung...	517
Zusammen..	10 424

Differenzen durch Rundung möglich.

017 01 -820	Gewerbesteuerumlage	1 675 000	1 606 000	1 586 658

Erläuterungen:

Das Gesamtaufkommen an Gewerbesteuerumlage wird auf 7 102 Mio. € geschätzt.

018 03 -820	Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	3 844 000	3 641 000	3 622 990

Erläuterungen:

Das Gesamtaufkommen an Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge wird auf 8 737 Mio. € geschätzt. Der Anteil des Bundes beträgt 44 Prozent.

In diesem Titel ist auch der Bundesanteil der beim Bundeszentralamt für Steuern eingehenden ausländischen Quellensteuer auf Zinserträge gemäß der Richtlinie 2003/48/EG in der jeweils geltenden Fassung enthalten.

EU-Eigenmittel

021 01 -820	Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-4 140 000	-2 150 000	-2 027 430

6001 Steuern

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
022 02 -820	BNE-Eigenmittel der EU	-22 930 000	-23 950 000	-19 826 095
	Bundessteuern			
031 02 -820	Energiesteuer (aus dem Verbrauch von anderen Heizstoffen als von Erdgas)	1 398 000	1 426 000	1 376 448
031 03 -820	Energiesteuer (sonstiges Aufkommen, ohne das in den Titeln 031 02 und 031 04 erfasste Aufkommen)	34 947 000	35 669 000	35 226 218
031 04 -820	Energiesteuer (aus dem Verbrauch von Erdgas)	2 805 000	2 555 000	2 701 983
031 05 -820	Zuweisungen an die Länder - Regionalisierungsmittel	-7 299 000	-7 191 000	-7 084 602
	Erläuterungen: Das Volumen der Zuweisungen und seine Verteilung auf die einzelnen Länder sind im § 5 des Gesetzes zur Regionalisierung des öffentlichen Personennahverkehrs (Regionalisierungsgesetz - Art. 4 des Gesetzes zur Neuordnung des Eisenbahnwesens vom 27. Dezember 1993 (BGBl. I S. 2378, 2395), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 12. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2871)), geregelt.			
032 02 -820	Tabaksteuer	14 050 000	14 450 000	14 143 447
033 01 -820	Branntweinsteuer	2 080 000	2 100 000	2 121 386
033 02 -820	Alkopopsteuer	2 000	1 000	2 023
	Erläuterungen: Nach Art. 1 des Gesetzes zur Verbesserung des Schutzes junger Menschen vor Gefahren des Alkohol- und Tabakkonsums vom 23. Juli 2004 (BGBl. I S. 1857, berichtigt durch BGBl. I S. 2228), ist das Netto-Mehraufkommen aus der Alkopopsteuer zur Finanzierung von Maßnahmen zur Suchtprävention der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung zu verwenden (Kap. 1504 Tit. 531 07 - Finanzierung von Maßnahmen zur Suchtprävention). Das Netto-Mehraufkommen der Alkopopsteuer berechnet sich aus der Differenz zwischen dem Aufkommen der Alkopopsteuer und den Mindereinnahmen bei der Branntweinsteuer, die sich durch die Einführung der Alkopopsteuer ergeben. Das Verfahren über die Berechnung des Netto-Mehraufkommens ergibt sich aus der Verordnung über das Verfahren zur Berechnung des Netto-Mehraufkommens der nach dem Alkopopsteuergesetz erhobenen Alkopopsteuer (Alkopopsteuerverordnung - AlkopopStV) vom 1. November 2004 (BGBl. I S. 2711).			
034 01 -820	Schaumweinsteuer	435 000	460 000	449 981
034 02 -820	Zwischenerzeugnissteuer	14 000	14 000	14 334

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
035 02 -820	Kaffeesteuer	1 030 000	1 045 000	1 053 544
036 02 -820	Versicherungsteuer	11 750 000	11 150 000	11 137 968
037 03 -820	Stromsteuer	7 000 000	6 400 000	6 973 152
038 01 -820	Kfz-Steuer	8 485 000	8 305 000	8 442 660
038 02 -820	Zuweisung an die Länder zum Ausgleich der weggefallenen Einnahmen aus der Kfz-Steuer und der Lkw-Maut	-8 992 000	-8 992 000	-8 991 764
039 01 -820	Luftverkehrsteuer	970 000	970 000	948 404
041 01 -820	Kernbrennstoffsteuer	1 300 000	1 400 000	1 576 984
044 01 -820	Solidaritätszuschlag zur Lohnsteuer	10 120 000	9 525 000	9 223 625
	Erläuterungen: Nach Art. 31 des Gesetzes vom 23. Juni 1993 (BGBl. I S. 944, 975) wurde vom 1. Januar 1995 ab als Ergänzungsabgabe zur Einkommen- und Körperschaftsteuer ein Solidaritätszuschlag von 7,5 Prozent erhoben. Dieser wird durch das Gesetz zur Senkung des Solidaritätszuschlages seit dem 1. Januar 1998 auf 5,5 Prozent reduziert.			
044 02 -820	Solidaritätszuschlag zur Einkommensteuer	2 115 000	1 930 000	1 862 558
	Erläuterungen: Siehe Erläuterungen zu Tit. 044 01.			
044 03 -820	Solidaritätszuschlag zu den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag (ohne das in Tit. 044 06 erfasste Aufkommen)	905 000	895 000	1 037 035
	Erläuterungen: Siehe Erläuterungen zu Tit. 044 01.			
044 04 -820	Solidaritätszuschlag zur Körperschaftsteuer	1 240 000	1 255 000	1 059 323
	Erläuterungen: Siehe Erläuterungen zu Tit. 044 01.			

6001 Steuern

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
044 06 -820	Solidaritätszuschlag zur Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	470 000	445 000	441 152
	Erläuterungen: Siehe Erläuterungen zu Tit. 044 01.			
049 02 -820	Restzahlungen aus entfallenen Steuerarten und Abführungen	-	-	135
	Erläuterungen: Vereinnahmt werden Restzahlungen in den neuen Ländern (einschl. ehemaliges Ost-Berlin) aus Steuerarten und Abführungen, die zum Jahresende 1990 ausgelaufen sind, sowie nachträgliche Festsetzungen und die Tilgung von Rückständen aus 1. der ausgelaufenen Ergänzungsabgabe zur Einkommen- und Körperschaftsteuer und "Notopfer Berlin", 2. den gem. Art. 4 des Finanzmarktförderungsgesetzes vom 22. Februar 1990 (BGBl. I S. 266) zum 1. Januar 1991 bzw. 1. Januar 1992 abgeschafften Börsenumsatz-, Gesellschaft- und Wechselsteuern sowie 3. den nach Art. 5 und 7 des Umsatzsteuer-Binnenmarktgesetzes vom 25. August 1992 (BGBl. I S. 1548) zum 1. Januar 1993 abgeschafften Tee-, Zucker- und Leuchtmittelsteuern.			
049 03 -820	Pauschalierte Einfuhrabgaben	2 000	2 000	1 689
	Erläuterungen: Die pauschalierten Einfuhrabgaben bestehen aus Einfuhrumsatzsteuer, Zöllen und Verbrauchsteuern. Die darin enthaltene Einfuhrumsatzsteuer wird bei Tit. 016 01 ausgewiesen. Die der Europäischen Union als Eigenmittel zustehenden Zölle werden bei Tit. 023 01 der Anlage E zu Kap. 6001 ausgewiesen.			
	Titelgruppe 01			
Tgr. 01	Veränderungen auf Grund steuerlicher Maßnahmen und Einnahmeentwicklung	(-38 000)	(146 000)	
011 23 -820	Anpassung an Einnahmeentwicklung	-38 000		
	Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel			
011 11 -820	Entwurf eines Gesetzes zum Abbau der kalten Progression		-1 260 000	-
012 11 -820	Entwurf eines Gesetzes zur steuerlichen Förderung von energetischen Sanierungsmaßnahmen an Wohngebäuden		-63 000	-
013 11 -820	Gesetzentwurf zum Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Zusammenarbeit in den Bereichen Steuern und Finanzmarkt		499 000	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
015 17 -820	Entwurf eines Jahressteuergesetzes 2013		-115 000	-
018 11 -820	Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung des EuGH-Urteils vom 20. Oktober 2011 in der Rechtssache C-284/09 zu Dividendenzahlungen an bestimmte gebietsfremde EU-/EWR-Körperschaften		500 000	-
031 11 -820	Nachfolgemodell ab dem Jahr 2013 zu Steuerbegünstigungen für Unternehmen des produzierenden Gewerbes sowie der Land- und Forstwirtschaft bei der Energie- und Stromsteuer		620 000	-
036 11 -820	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Versicherungsteuergesetzes und des Kraftfahrzeugsteuergesetzes (Verkehrsteueränderungsgesetz)		-35 000	-

6001 Anlage 1
Erhebung der Eigenmittel der EU - Anlage E (6090)

Vorbemerkung

Der Haushalt der Europäischen Union wird vollständig aus Eigenmitteln der Gemeinschaften finanziert (Artikel 1 Absatz 2 des Beschlusses vom 7. Juni 2007, Amtsblatt der EU Nr. L 163 vom 23. Juni 2007).

Die Eigenmittel der EU umfassen die Zölle, die Zuckerabgaben, die Mehrwertsteuer- sowie die BNE-Eigenmittel. Die Einzelheiten für die Bereitstellung und Abführung der Eigenmittel sowie die Kontrollvorschriften ergeben sich aus den Verordnungen (EG, EURATOM) Nr. 1150/2000 vom 22. Mai 2000 (Amtsblatt der EG Nr. L 130 vom 31. Mai 2000) und (EWG, EURATOM) Nr. 1553/89 vom 29. Mai 1989 (Amtsblatt der EG Nr. L 155 vom 7. Juni 1989).

Weitere Vorschriften enthält die EU-Haushaltsordnung vom 25. Oktober 2012 (Amtsblatt der EU Nr. L 298 vom 26. Oktober 2012).

Die von den Dienststellen des Bundes bewirtschafteten Einnahmen und Ausgaben der EU sind in besonderen Anlagen ("E") zu Kapitel 1004 und zu Kapitel 6001 ausgewiesen.

Überblick zur Anlage	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Steuern und steuerähnliche Abgaben....................	31 360 000	30 690 000	+670 000		26 383 319
Übrige Einnahmen..	-1 073 000	-1 148 000	+75 000		-1 132 392
Gesamteinnahmen..	30 287 000	29 542 000	+745 000		25 250 927
Ausgaben					
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	30 287 000	29 542 000	+745 000		25 250 927
Gesamtausgaben..	30 287 000	29 542 000	+745 000		25 250 927
davon nicht flexibilisiert...	30 287 000	29 542 000	+745 000		25 250 927

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Haushaltsvermerk:

Rückzahlungen, Erstattungen und Vergütungen dürfen von den Einnahmen abgesetzt werden. Dies gilt **auch** für die Entlastung bei Steuern und Abgaben aufgrund völkerrechtlicher Vereinbarungen oder besonderer gesetzlicher Regelung, insbesondere gegenüber internationalen Organisationen, amtlichen zwischenstaatlichen Einrichtungen, ausländischen diplomatischen Missionen und **deren** Mitglieder.
Nach geltendem Recht können die in einem Haushaltsjahr erhobenen Eigenmittel der EU höher oder niedriger sein als die in diesem Jahr an die EU abzuführenden Eigenmittel. Sofern dadurch der Bundeshaushalt nicht belastet wird, sind folgende Umbuchungen vorzunehmen:
a) soweit am Ende des Haushaltsjahres die Ist-Einnahmen die Ist-Ausgaben bei den korrespondierenden Ausgabetiteln übersteigen, sind sie in das folgende Haushaltsjahr umzubuchen,
b) soweit am Ende des Haushaltsjahres die Ist-Einnahmen die Ist-Ausgaben bei den korrespondierenden Ausgabetiteln unterschreiten, sind Einnahmen des folgenden Haushaltsjahres in das abzuschließende Haushaltsjahr umzubuchen.
Zur Erfüllung von Ansprüchen in Fällen, in denen für festgesetzte, noch nicht eingenommene Zölle und Zuckerabgaben Sicherheit geleistet und die festgestellten Ansprüche nicht angefochten wurden (Art. 6 Abs. 3 der VO-Nr. 1150/00), können Einnahmen aus Zöllen und Zuckerabgaben, die zu einem späteren Zeitpunkt abzuführen sind, verwendet werden.

Steuern und steuerähnliche Abgaben

021 01 -820	Mehrwertsteuer-Eigenmittel	4 140 000	2 150 000	2 027 430

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 688 08.

Erläuterungen:

Gemäß Art. 2 Abs. 1 b) des Eigenmittelbeschlusses vom 7. Juni 2007 stehen der Europäischen Union Mehrwertsteuer-Eigenmittel zu.

022 01 -820	BNE-Eigenmittel	22 930 000	23 950 000	19 826 095

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 688 09.

Erläuterungen:

Gemäß Art. 2 Abs. 1 c) des Eigenmittelbeschlusses vom 7. Juni 2007 stehen der Europäischen Union BNE-Eigenmittel zu.

6001 Anlage 1
Erhebung der Eigenmittel der EU - Anlage E
(6090)

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
023 01 -820	Zölle	4 250 000	4 550 000	4 481 130
024 02 -820	Produktionsabgaben und Überschussbeträge für Zucker und Isoglukose sowie einmalige Beträge für zusätzlich zugeteilte Zuckerquoten	40 000	40 000	48 664
	Übrige Einnahmen			
266 01 -022	Erhebungskostenpauschale	-1 073 000	-1 148 000	-1 132 392

Zu 023 01 -820 Zölle:

Haushaltsvermerk:

1. Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 688 04.
2. 1. Buchungsabschnitt
   Zölle - ohne Ausgleichs- und Antidumpingzölle
   2. Buchungsabschnitt
   Ausgleichs- und Antidumpingzölle

Erläuterungen:

Gemäß Art. 2 Abs. 1 a) des Eigenmittelbeschlusses vom 7. Juni 2007 gehören zu den Eigenmitteln der Europäischen Union die Zölle des Gemeinsamen Zolltarifs und andere Zölle auf den Warenverkehr mit Nichtmitgliedstaaten, die von den Unionsorganen eingeführt worden sind oder noch eingeführt werden.

Zu 024 02 -820 Produktionsabgaben und Überschussbeträge für Zucker und Isoglukose sowie einmalige Beträge für zusätzlich zugeteilte Zuckerquoten:

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 688 02.

Erläuterungen:

Die Produktionsabgabe soll zur Finanzierung der Ausgaben im Rahmen der gemeinsamen Marktorganisation für Zucker beitragen. Sie wird nach Art. 51 Abs. 1 und 2 VO (EG) Nr. 1234/2007 des Rates vom 22. Oktober 2007 über eine gemeinsame Organisation der Agrarmärkte und mit Sondervorschriften für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse auf die Quoten erhoben, die den Zucker, Isoglukose und Inulinsirup erzeugenden Wirtschaftsbeteiligten zugeteilt worden sind. Es ist hierbei unerheblich, ob die zugeteilten Quoten durch die tatsächliche Zucker-, Isoglukose- oder Inulinsiruperzeugung ausgeschöpft worden sind.

Ist die tatsächliche Erzeugung an Zucker, Isoglukose oder Inulinsirup höher als die zugeteilten Quoten, so wird auf die überschüssige Menge gemäß Art. 64 VO (EG) Nr. 1234/2007 des Rates vom 22. Oktober 2007 über eine gemeinsame Organisation der Agrarmärkte und mit Sondervorschriften für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse eine Überschussabgabe erhoben.

Hier sind auch die auf der Grundlage der VO (EG) Nr. 318/2006 des Rates vom 20. Februar 2006 über die gemeinsame Marktorganisation für Zucker und ihrer Vorgängerverordnungen sowie die auf der Grundlage der VO (EG) Nr. 1234/2007 des Rates vom 22. Oktober 2007 über eine gemeinsame Organisation der Agrarmärkte und mit Sondervorschriften für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse festgesetzten Abgaben für frühere Wirtschaftsjahre zu buchen.

Zu 266 01 -022 Erhebungskostenpauschale:

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen zu Kap. 6002 Tit. 266 01.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Ausgaben

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
688 02 -022	Abführung der Produktionsabgaben und Überschussbeträge für Zucker und Isoglukose sowie einmalige Beträge für zusätzlich zugeteilte Zuckerquoten	40 000	40 000	48 664
688 04 -022	Abführung der Zölle	4 250 000	4 550 000	4 481 130
688 08 -022	Abführung der Mehrwertsteuer-Eigenmittel	4 140 000	2 150 000	2 027 430
688 09 -022	Abführung der BNE-Eigenmittel	22 930 000	23 950 000	19 826 095
688 10 -022	Erhebungskostenpauschale	-1 073 000	-1 148 000	-1 132 392

688 02:

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 024 02 zuzüglich der in den Vorjahren als Eigenmittel der EU erhobenen und noch nicht abgeführten Beträge.

Erläuterungen:

Die Traditionellen Eigenmittel nach Art. 2 Abs. 1 Buchst. a) des Eigenmittelbeschlusses vom 7. Juni 2007 sind an die Europäische Union abzuführen, wenn sie nach Feststellung der Ansprüche gezahlt wurden oder wenn für sie Sicherheit geleistet und der Abgabenbescheid nicht angefochten worden ist.

688 04:

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 023 01 zuzüglich der in den Vorjahren als Eigenmittel der EU erhobenen und noch nicht abgeführten Beträge.

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen zu Tit. 688 02.

688 08:

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 021 01.

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen zu Tit. 021 01.

688 09:

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 022 01.

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen zu Tit. 022 02.

688 10:

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen zu Kap. 6002 Tit. 266 01.

6001 Anlage 1
Erhebung der Eigenmittel der EU - Anlage E
(6090)

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

nachrichtlich: Rückflüsse von der EU an die Bundesrepublik Deutschland

	2014 1 000 €	2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4
1. Europäischer Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL)................	5 500 000	5 500 000	5 434 443
2. Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER)...	1 200 000	1 400 000	1 452 942
3. Europäischer Sozialfonds (ESF)..	600 000	700 000	534 693
4. Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)......................	2 200 000	2 500 000	2 320 389
5. Transeuropäische Netze (TEN)...	100 000	100 000	75 380
6. Erhebungskostenpauschale für Eigenmittel.......................................	1 073 000	1 148 000	1 133 778
Zwischensumme..	10 673 000	11 348 000	10 951 625
7. Sonstige Rückflüsse (Direktzahlungen außerhalb Bundeshaushalt)....	1 800 000	1 800 000	1 800 000
Zusammen..	12 473 000	13 148 000	12 751 625

Zu 1. bis 6.: Abgrenzung gemäß Systematik Bundeshaushalt

Zu 6.: Die Erhebungskostenpauschale 2012 entspricht dem Ist 2012; 2013 und 2014 wurden mit Stand der Steuerschätzung November 2012 bzw. November 2013 errechnet.

Zu 7.: Schätzungen aufgrund von Angaben der Europäischen Kommission korrigiert um bereits im Bundeshaushalt erfasste Beträge (Ziffern 1 - 5); Soll 2013 und 2014 z. T. grobe Schätzungen

Rubrik	Verpflichtungs-ermächtigungen in Mio. €	Zahlungs-ermächtigungen in Mio. €
1	2	3
Umfang des EU-Haushalts 2013		
Nachhaltiges Wachstum..	70 630	59 085
Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen.............................	60 149	57 484
Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht...	2 106	1 515
EU als globaler Partner..	9 583	6 323
Verwaltung..	8 431	8 430
Zusammen..	150 899	132 837

Differenzen durch Rundung möglich

20 größte Steuervergünstigungen des Bundes
in der Abgrenzung des 24. Subventionsberichts

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Steuervergünstigung	Lfd. Nr. 24. Subventionsbericht (Anlage 2)	Funktionsbereich	Steuermindereinnahmen des Bundes im Kassenjahr in Mio. €		
				2014	2013	2012
1	2	3	4	5	6	7
1	Stromsteuerbegünstigung für Unternehmen des Produzierenden Gewerbes in Sonderfällen (Spitzenausgleich) (§ 10 StromStG)	63	Gewerbliche Wirtschaft	2 000	2 000	2 008
2	USt-Ermäßigung für kulturelle unterhaltende Leistungen (§ 12 Abs. 2 Nrn. 1, 2 und 7 UStG)	98	Kultur	1 937	1 879	1 844
3	Steuerbegünstigung für die Stromerzeugung und die gekoppelte Erzeugung von Kraft und Wärme (§§ 37, 53 EnergieStG)	53	Gewerbliche Wirtschaft	1 800	1 800	2 200
4	Steuerbefreiung der gesetzlichen oder tariflichen Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit (§ 3b EStG)	94	Arbeit	1 148	1 124	1 101
5	Stromsteuerbegünstigung für Unternehmen des Produzierenden Gewerbes und der Unternehmen der Land- und Forstwirtschaft (§ 9 Abs. 3 StromStG; ab 1. Januar 2011 § 9b StromStG)	61	Gewerbliche Wirtschaft	1 000	1 000	994
6	Stromsteuerbegünstigung für bestimmte Prozesse und Verfahren (§ 9a StromStG)	68	Gewerbliche Wirtschaft	720	720	722
7	Steuerermäßigung für die Inanspruchnahme von Handwerkerleistungen für Renovierungs-, Erhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen in einem in der EU oder dem EWR liegenden Haushalt des Steuerpflichtigen (§ 35a Abs. 3 EStG)	38	Gewerbliche Wirtschaft	646	646	646
8	Energiesteuerbegünstigung für bestimmte Prozesse und Verfahren (§§ 37, 51 EnergieStG)	52	Gewerbliche Wirtschaft	612	612	612
9	Ermäßigter USt-Satz für Personenbeförderung im Nahverkehr (§ 12 Abs. 2 Nr. 10 UStG i.V.m. § 28 Abs. 4 UStG)	66	Verkehr	587	574	560
10	Ermäßigter Umsatzsteuersatz für Beherbergungsleistungen ab 1. Januar 2010 (§ 12 Abs. 1 Nr. 11 UStG)	99	Gewerbliche Wirtschaft	515	512	510
11	Steuerbegünstigung für Energieerzeugnisse, die im inländischen Flugverkehr verwendet werden (§ 27 Abs. 2 EnergieStG)	78	Verkehr	500	500	500
12	Förderung der privaten kapitalgedeckten Altersvorsorge durch Zulagen (Fördervolumen) (§ 10a EStG/Abschnitt XI des EStG)	91	Finanzen	497	459	412
13	Steuerbegünstigung für Betriebe der Land- und Forstwirtschaft (Agrardieselgesetz) (§ 57 EnergieStG)	19	Gewerbliche Wirtschaft	430	430	430
14	Teilweise Energiesteuerentlastung für die gekoppelte Erzeugung von Kraft und wärme (KWK) (§ 53b EnergieStG)	55	Gewerbliche Wirtschaft	300	350	-
15	Steuerbegünstigung der Energieerzeugnisse, die bei der Herstellung von Energieerzeugnissen zur Aufrechterhaltung des Betriebs verwendet werden (Herstellerprivileg) (§§ 26, 37, 44 EnergieStG)	50	Gewerbliche Wirtschaft	300	300	300
16	Ermäßigter Steuersatz für die Umsätze aus der Tätigkeit als Zahntechniker sowie für Lieferungen und Wiederherstellungen von Zahnprothesen und kieferorthopädischen Apparaten durch Zahnärzte (§ 12 Abs. 2 Nr. 6 UStG)	100	Gewerbliche Wirtschaft	278	273	268

20 größte Steuervergünstigungen des Bundes
in der Abgrenzung des 24. Subventionsberichts

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Steuervergünstigung	Lfd. Nr. 24. Subventionsbericht (Anlage 2)	Funktionsbereich	Steuermindereinnahmen des Bundes im Kassenjahr in Mio. €		
				2014	2013	2012
1	2	3	4	5	6	7
17	Steuerbegünstigung für Flüssiggas und Erdgas, das als Kraftstoff verwendet wird (§ 2 Abs. 2 EnergieStG)	76	Verkehr	250	230	215
18	Energiesteuerbegünstigung für Unternehmen des produzierenden Gewerbes in Sonderfällen (Spitzenausgleich) (§ 55 EnergieStG)	58	Gewerbliche Wirtschaft	180	180	174
19	Energiesteuerbegünstigung für Unternehmen des produzierenden Gewerbes und Unternehmen der Land- und Forstwirtschaft (§ 54 EnergieStG)	57	Gewerbliche Wirtschaft	170	170	184
20	Steuerbegünstigung für Energieerzeugnisse, die in der Binnenschifffahrt verwendet werden (§ 27 Abs. 1 EnergieStG)	79	Verkehr	160	160	160

Größte sonstige steuerliche Regelungen des Bundes
in der Abgrenzung des 24. Subventionsberichts

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der sonstigen steuerlichen Regelung	Lfd. Nr. 24. Subventionsbericht (Anlage 3)	Funktionsbereich	Steuermindereinnahmen des Bundes im Kassenjahr in Mio. €		
				2014	2013	2012
1	2	3	4	5	6	7
1	Befreiung der Heilbehandlungen im Bereich der Humanmedizin, Krankenhausbehandlungen und ärztliche Heilbehandlungen durch Einrichtungen des öffentlichen Rechts sowie vergleichbare Einrichtungen, Leistungen im Rahmen von Verträgen zur integrierten Versorgung, sonstigen Leistungen von Gemeinschaften gegenüber ihren Mitgliedern im Bereich der Heil- und Krankenhausbehandlungen (§ 4 Nr. 14 UStG)	37	Gesundheit, Soziales	7 381	7 269	7 157
2	Abzug der Kirchensteuer als Sonderausgaben (§ 10 Abs. 1 Nr. 4 EStG)	5	Kultur, Soziales	1 468	1 422	1 383
3	Steuerbegünstigung von Ausgaben zur Förderung mildtätiger, kirchlicher und gemeinnütziger Zwecke sowie von Zuwendungen an politische Parteien (§ 10b EStG)	7	Kultur, Soziales, Allgemeine Verwaltung	669	649	620
4	Sonderausgabenabzug für sonstige Vorsorgeaufwendungen (insbesondere Kranken-, Pflege-, Haftpflicht-, Unfall- aber ohne Rentenversicherung); Neuordnung nach dem Alterseinkünftegesetz: Ab 2005 sind abziehbar Beiträge für Vorsorgeaufwendungen bis max. 2 400 € resp. 1 500 €, Anwendung des alten Rechts bei höherem Effektivabzug i. R. d. Günstigerprüfung. Infolge des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zur Absetzbarkeit von Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen rechnet ihre steuerliche Abziehbarkeit ab 2010 nicht mehr zu den sonstigen steuerlichen Regelungen (§ 10 Abs. 1 Nr. 3 EStG i.V.m. Abs. 4 und 4a n. F.)	4	Soziales	537	578	635
5	Ermäßigter Steuersatz für Krankenrollstühle, Körperersatzstücke, orthopädische Apparate und andere orthopädische Vorrichtungen sowie zum Beheben von Funktionsschäden oder Gebrechen sowie für Schwimm- und Heilbäder und die Bereitstellung von Kureinrichtungen (§ 12 Abs. 2 Nr. 1 und 9 UStG)	42	Gesundheit, Soziales	326	320	315
6	Ermäßigter Steuersatz für Leistungen gemeinnütziger, mildtätiger und kirchlicher Einrichtungen sowie von Personenvereinigungen und Gemeinschaften dieser Einrichtungen (§12 Abs. 2 Nr. 8 UStG)	43	Kultur, Soziales	179	176	173
7	Pauschalierung der Lohnsteuer bei bestimmten Zukunftssicherungsleistungen mit einem Steuersatz von 20 Prozent ab 1996 (§ 40b EStG)	12	Soziales	155	162	170

6001 Anlage 3
Größte sonstige steuerliche Regelungen des Bundes

Größte sonstige steuerliche Regelungen des Bundes
in der Abgrenzung des 24. Subventionsberichts

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der sonstigen steuerlichen Regelung	Lfd. Nr. 24. Subventionsbericht (Anlage 3)	Funktionsbereich	Steuermindereinnahmen des Bundes im Kassenjahr in Mio. €		
				2014	2013	2012
1	2	3	4	5	6	7
8	Steuerermäßigung für die Inanspruchnahme einer haushaltsnahen Dienstleistung; ab 2006 Erhöhung für Pflege- und Betreuungsleistungen; ab 2009 Zusammenfassung mit der Steuerermäßigung für sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse in Privathaushalten (lfd. Nr. 10 des 22. Subventionsberichts) zu einem einheitlichen Fördertatbestand; Erhöhung des Steuerermäßigungsbetrages auf zusammengefasst 20 Prozent der Aufwendungen, höchstens 4 000 € (§ 35a Abs. 2 EStG)	10	Gewerbliche Wirtschaft	145	145	145
9	Steuerbefreiung für blinde, hilflose und außergewöhnlich gehbehinderte schwerbehinderte Menschen, Steuerermäßigungen um 50 Prozent für andere schwerbehinderte Menschen mit orangefarbenem Aufdruck im Behindertenausweis (§ 3a KraftStG)	47	Soziales	115	115	120
10	Steuerbegünstigung von Ausgaben zur Förderung mildtätiger, kirchlicher und gemeinnütziger Zwecke (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 KStG)	25	Kultur, Soziales	84	82	81
11	Steuerermäßigung bei Zuwendungen an politische Parteien und an unabhängige Wählervereinigungen (§ 34g EStG)	8	Allgemeine Verwaltung	40	38	37
12	Begrenzter Sonderausgabenabzug für Schulgeldzahlungen an private Schulen (höchstens 5 000 € p.a.; ab 2009 Ausweitung der Regelung auf das EU-Ausland) (§ 10 Abs. 1 Nr. 9 EStG)	6	Bildung	42	41	39
13	Freibetrag für Belegschaftsrabatte von 1 080 € (§ 8 Abs. 3 EStG)	3	Gewerbliche Wirtschaft	34	34	34
14	Steuerermäßigung für Aufwendungen eines privaten Haushalts bei Beschäftigung von geringfügigen Beschäftigten ("Mini-Jobber") (§ 35a Abs. 1 Nr. 1 EStG)	9	Gewerbliche Wirtschaft	30	28	26
15	Pauschalierung der Lohnsteuer bei bestimmten Vergütungen für Verpflegungsmehraufwendungen mit einem Steuersatz von 25 Prozent (§ 40 Abs. 2 Nr. 4 EStG)	11	Gewerbliche Wirtschaft	19	19	19

zu Spalte 2: Regelungen, die durch die seit dem 6. Subventionsbericht erfolgte neue Begriffsbestimmung nicht den Subventionen zuzuordnen sind. Die Anlage 3 des 24. Subventionsberichts weist insgesamt 53 sonstige steuerliche Regelungen aus. Für nur 15 Regelungen sind die Steuermindereinnahmen quantifizierbar.

Vorbemerkung

Auf der Einnahmeseite dieses Kapitels sind die Verwaltungseinnahmen (insbesondere Privatisierungserlöse, Gewinne aus Unternehmen und Beteiligungen und der Anteil des Bundes am Reingewinn der Deutschen Bundesbank, soweit er nicht für Verbindlichkeiten des Erblastentilgungsfonds oder des Investitions- und Tilgungsfonds verwandt wird), die Münzeinnahmen und Erlöse aus dem Verkauf von Sammlermünzen sowie die Einnahmen aus Tilgung und Zinsen von Darlehen, die an Gebietskörperschaften, insbesondere an das Land Berlin und an Sondervermögen des Bundes gewährt worden sind, veranschlagt.

Die Ausgaben umfassen im Bereich der Sachausgaben neben den Kosten der Drucklegung des Bundeshaushaltsplans sowie der Haushaltsrechnung und Vermögensrechnung des Bundes u. a. die Ausgaben der Münzprägung. Ferner sind die Kosten für die öffentliche Finanzierung der politischen Parteien veranschlagt.

Außerdem sind Titel für Zuführungen an und Entnahmen aus Konjunkturausgleichsrücklagen des Bundes, für sonstige Zuführungen auf Sonderkonten bei der Deutschen Bundesbank sowie für Ausgaben nach Maßgabe des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (StWG) ausgebracht.

Auf der Ausgabeseite werden auch die Verstärkungen von Ausgaben im Personalbereich zur Verfügung gestellt.

Des Weiteren sind die Beiträge an internationale und supranationale Einrichtungen, wie die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) sowie die Beteiligung Deutschlands am Grundkapital des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) und der Europäischen Investitionsbank (EIB) veranschlagt.

Auch sind in diesem Kapitel die Erstattung von Verwaltungskosten an die Länder für die Erhebung der Kfz-Steuer, die Zuschüsse für verschiedene Beamtenversorgungseinrichtungen sowie die Erstattung der Kosten für die Verwaltung des Finanzmarktstabilisierungsfonds eingestellt.

Überblick zum Kapitel 6002	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Steuern und steuerähnliche Abgaben....................	218 000	310 000	-92 000		292 715
Verwaltungseinnahmen..	4 375 520	7 257 650	-2 882 130		5 593 962
Übrige Einnahmen...	1 929 921	1 184 227	+745 694		1 178 586
Gesamteinnahmen...	6 523 441	8 751 877	-2 228 436		7 065 263
Ausgaben					
Personalausgaben...	782 450	882 450	-100 000		32 353
Sächliche Verwaltungsausgaben...........................	328 940	373 175	-44 235	203	245 724
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw..............	25 000	25 000	-		70 000
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	8 675 537	15 456 180	-6 780 643		7 066 241
Ausgaben für Investitionen.....................................	4 384 270	8 726 694	-4 342 424	40 867	10 411 121
Besondere Finanzierungsausgaben......................	-350 000	150 000	-500 000		-
Gesamtausgaben...	13 846 197	25 613 499	-11 767 302	41 070	17 825 439
davon nicht flexibilisiert..	13 846 197	25 613 499	-11 767 302	41 070	17 825 439
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung...................................	194 000 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.................................	129 000 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.................................	6 500 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.................................	6 500 T€				
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.................................	6 500 T€				
im Haushaltsjahr 2019 bis zu.................................	6 500 T€				
im Haushaltsjahr 2020 bis zu.................................	6 500 T€				
im Haushaltsjahr 2021 bis zu.................................	6 500 T€				
im Haushaltsjahr 2022 bis zu.................................	6 500 T€				
im Haushaltsjahr 2023 bis zu.................................	6 500 T€				
im Haushaltsjahr 2024 bis zu.................................	6 500 T€				
im Haushaltsjahr 2025 bis zu.................................	6 500 T€				

6002 Allgemeine Bewilligungen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Steuern und steuerähnliche Abgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
092 01 -820	Münzeinnahmen	218 000	310 000	292 715

Haushaltsvermerk:

Von den Münzeinnahmen wird der dem Bund von der Deutschen Bundesbank zur Last geschriebene Nennwert der aus dem Verkehr gezogenen Münzen abgesetzt.

Erläuterungen:

Die Ausgaben für die Münzprägung sowie die im Zusammenhang mit dem Münzumlauf entstehenden Kosten sind bei Kap. 6002 Tit. 540 01 veranschlagt.

Weniger wegen geringerem Neuprägebedarf bei Euro-Umlaufmünzen.

Verwaltungseinnahmen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
111 02 -411	Ausgleichszahlungen nach dem Gesetz über den Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen - AFWoG - von mittelbar aus dem Bundeshaushalt geförderten Wohnungen	20	50	80

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgleichszahlungen für Wohnungen, die für Angehörige von Zuwendungsempfängern und der ehemaligen Sondervermögen des Bundes gefördert worden sind. Sie sind im Bedarfsfalle zweckgebunden für Wohnungsfürsorgemaßnahmen zu verwenden.

nachrichtlich:

Die Ausgleichszahlungen von unmittelbar aus dem Bundeshaushalt geförderten Wohnungen werden bei Kap. 1606 Tit. 111 01 vereinnahmt.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
119 89 -860	Erlöse aus dem Verkauf von Sammlermünzen	322 000	361 000	335 676

Haushaltsvermerk:

1. Mit Übernahme der Sammlermünzen durch die Verkaufsstelle für Sammlermünzen ist deren Nennwert von den Einnahmen abzusetzen.
2. Aus zu erwartenden Einnahmen dürfen die bei der Veräußerung anfallenden Portokosten und Steuern geleistet werden.

Erläuterungen:

Die Ausgaben für die Münzprägung sind bei Kap. 6002 Tit. 540 01 veranschlagt.

Weniger wegen Reduzierung der Auflagen der Sammlermünzen.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
119 99 -860	Vermischte Einnahmen	13 500	15 000	22 369

Haushaltsvermerk:

1. Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 539 99.
2. Zu erstattende Beträge dürfen von den Einnahmen abgesetzt werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 119 99

Erläuterungen:

Hier werden auch die Schuldendienstleistungen aus Darlehen vereinnahmt. Insbesondere sind dies die Schuldendienstleistungen von Darlehen

1. für Wirtschaftsförderungs- und Infrastrukturmaßnahmen der Länder,
2. aus Mitteln des Sondervermögens für berufliche Leistungsförderung,
3. die im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Bundesregierung des Jahres 1949/50 von der Bank deutscher Länder vorfinanziert worden sind und
4. zur Wohnraumbeschaffung für Beschäftigte von Zuwendungsempfängern.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
121 01 -680	Gewinne aus Unternehmen und Beteiligungen	565 000	1 031 600	1 063 455

Haushaltsvermerk:

Aus zu erwartenden Einnahmen dürfen anfallende Nebenkosten und Steuern geleistet werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Einnahmen aus Dividendenzahlungen aus Anteilsrechten an der Deutsche Telekom AG, der Deutsche Bahn AG, der EADS sowie Gewinnausschüttungen weiterer Bundesunternehmen.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
121 04 -661	Anteil des Bundes am Reingewinn der Deutschen Bundesbank	2 500 000	1 500 000	642 567

Erläuterungen:

Nach § 6 Abs. 1 Erblastentilgungsfonds-Gesetz (ELFG) fließen die Einnahmen, soweit sie den Betrag von 3,5 Mrd. € übersteigen, dem Erblastentilgungfonds (Kap. 6003 Tit. 624 01) zu. Darüber hinaus regelt bei Kap. 6003 Tit. 624 01 - Zuführungen an den Erblastentilgungsfonds - der Haushaltsvermerk Nr. 1, dass bereits ab einem Betrag von 2,5 Mrd. € Mehreinnahmen am Reingewinn der Deutschen Bundesbank dem Erblastentilgungsfonds zufließen. Einnahmen, die nicht zur Tilgung fälliger Verbindlichkeiten des Erblastentilgungsfonds benötigt werden, werden zur Tilgung der Verbindlichkeiten des Sondervermögens "Investitions- und Tilgungsfonds" (§ 6 Abs. 1 des Gesetzes zur Errichtung eines Sondervermögens "Investitions- und Tilgungsfonds" vom 2. März 2009 (BGBl. I S. 417) in der Fassung vom 25. Juni 2009 (BGBl. I S. 1577)) verwendet.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
133 01 -634	Einnahmen aus der Veräußerung von Beteiligungen und aus der Verwertung von sonstigem Kapitalvermögen des Bundes	975 000	4 350 000	3 529 815

Haushaltsvermerk:

Aus zu erwartenden Einnahmen dürfen die bei der Veräußerung anfallenden Nebenkosten, Darlehen und Steuern geleistet werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Erlöse aus der Privatisierung insbesondere der Deutsche Telekom AG, der Deutsche Post AG, der Bundesanteile an der Flughafen Köln/Bonn GmbH und der Flughafen München GmbH, der EXPO 2000 Hannover GmbH i. L., der Deutsche Bahn AG, der DEGES Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH, des Bergmannsiedlungsvermögens (BSV) sowie die Einnahmen aus der Neuordnung der ERP-Wirtschaftsförderung.

Die Veräußerungen werden kapitalmarktgerecht erfolgen.

6002 Allgemeine Bewilligungen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Übrige Einnahmen

152 02 -693	Zinsen aus Darlehen aus der Bundeshilfe für das Land Berlin	1 223	1 383	1 537

Erläuterungen:

Bezeichnung des Darlehns	Darlehen insgesamt 1 000 €	Darlehen Stand Ende Haushaltsjahr 2013 1 000 €	Tilgung 2014 1 000 €	Zinsen 2014 1 000 €
1	2	3	4	5
U-Bahn-Bau..	133 284	42 112	5 442	1 223

Schuldendienstleistungen aus Bundesdarlehen gemäß § 16 Drittes Überleitungsgesetz für die Jahre 1985 - 1992.

154 01 -813	Zinsen aus Liquiditätsdarlehen an das Sondervermögen Energie- und Klimafonds	-	-	-
161 01 -669	Zinsen aus Darlehen an die Entschädigungseinrichtung der Wertpapierhandelsunternehmen (EdW) zur Finanzierung von Ansprüchen im Entschädigungsfall "Phoenix"	1 456	3 962	4 075
172 03 -693	Tilgung von Darlehen aus der Bundeshilfe für das Land Berlin	5 442	5 282	5 127

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen zu Tit. 152 02.

174 01 -813	Tilgung von Liquiditätsdarlehen an das Sondervermögen Energie- und Klimafonds	-	-	-
181 01 -669	Tilgung von Darlehen an die Entschädigungseinrichtung der Wertpapierhandelsunternehmen (EdW) zur Finanzierung von Ansprüchen im Entschädigungsfall "Phoenix"	13 800	25 600	33 601

Erläuterungen:

Weniger wegen gesetzlicher Kappungsgrenzen bei der Sonderzahlungserhebung durch die EdW.

214 01 -820	Zuweisung aus dem Sondervermögen "Aufbauhilfe"	1 000 000		
266 01 -022	Erhebungskostenpauschale	1 073 000	1 148 000	1 133 778

Haushaltsvermerk:

Erstattungen anderer Mitgliedstaaten und Leistungen an andere Mitgliedstaaten sind hier zu buchen.

Erläuterungen:

Gemäß Art. 2 Abs. 3 des Eigenmittelbeschlusses vom 7. Juni 2007 behalten die Mitgliedstaaten 25 Prozent der Traditionellen Eigenmittel der Europäischen Union als Erhebungskosten ein (s. a. Anlage E zu Kap. 6001 Tit. 266 01 und 688 10).

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
271 01 -011	Erstattung von Reisekosten für die Teilnahme an Sitzungen der Ratsgremien aus dem Gemeinschaftshaushalt der EU	-	-	468

Haushaltsvermerk:

1. Mehreinnahmen sind wegen bindender Vorgaben der EU zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 527 01.
2. An die EU zurückzuzahlende Beträge dürfen von den Einnahmen abgesetzt werden.

Erläuterungen:

Die EU erstattet seit 2004 die Reisekosten für die Teilnahme an Sitzungen der Ratsgremien pauschal jedem Mitgliedstaat.

352 01 -850	Entnahmen aus der Kassenverstärkungsrücklage	-	-	-

Erläuterungen:

Der Titel ermöglicht die Wiederzuführung von Mitteln aus der Kassenverstärkungsrücklage nach § 62 BHO (vgl. Erläuterungen zu Tit. 912 01).

355 01 -850	Entnahmen aus der Konjunkturausgleichsrücklage gemäß § 6 Abs. 2 StWG	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 971 01.

Erläuterungen:

Die Einrichtung des Leertitels ist nach § 8 Abs. 2 StWG vorgesehen.

355 02 -850	Entnahmen aus der Konjunkturausgleichsrücklage gemäß § 5 Abs. 3 StWG	-	-	-

Erläuterungen:

Der Titel ermöglicht im Fall des § 5 Abs. 3 StWG die Entnahme von Mitteln aus der Konjunkturausgleichsrücklage als zusätzliche Deckungsmittel.

372 03 -880	Globale Mindereinnahme	-165 000		

Ausgaben

Personalausgaben

422 04 -011	Leistungsbezahlung	31 000	31 000	31 000

Erläuterungen:

Für die Vergabe von leistungsbezogenen Besoldungselementen nach der Bundesleistungsbesoldungsverordnung an Beamtinnen und Beamte sowie Soldatinnen und Soldaten werden Mittel gemäß § 42a Abs. 4 Bundesbesoldungsgesetz (BBesG) zentral veranschlagt. Die Zuweisung der Mittel an die Ressorts ist durch Verwaltungsvorschrift des Bundesministeriums des Innern geregelt und wird re-

6002 Allgemeine Bewilligungen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu Titel 422 04			
	gelmäßig an die Voraussetzung geknüpft, dass diese aus ihren Einzelplänen ergänzende eigene Mittel für die Leistungsbezahlung bereitstellen und ausgeben.			
451 03 -290	Zuschuss zu den Sozialwerken der Bundesverwaltung	1 450	1 450	1 353

Haushaltsvermerk:

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass - soweit mit dienstlichen Belangen vereinbar - zur Förderung der Arbeit der Sozialwerke

- den ehrenamtlichen Mitarbeitern gestattet werden kann, ihre Tätigkeit in den Diensträumen als Nebentätigkeit während der regelmäßigen Arbeitszeit wahrzunehmen,

- den Arbeitnehmern die erforderliche Dienstbefreiung unter Fortzahlung der Entgelte außertariflich gewährt werden kann,

- in angemessenem Rahmen Schreibkräfte in Anspruch genommen werden dürfen und Büroeinrichtungen benutzt werden können und

- auf die Erhebung von Verwaltungskosten verzichtet wird.

Die Ausnahmeregelung setzt voraus, dass daneben keine weiteren Kosten aus dem Bundeshaushalt übernommen werden.

Erläuterungen:

Die von den Bediensteten der Bundesverwaltungen gegründeten Sozialwerke e. V. erhalten einen Bundeszuschuss. Die Zuwendungen werden gewährt nach Maßgabe der Richtlinien zur Förderung der Arbeit der Sozialwerke der Bundesverwaltungen [RdSchr. des BMI vom 17. September 1990 - DI4-213401/2 - (GMBl 1990, S. 575), zuletzt geändert RdSchr. des BMI vom 14. November 2003 - DI3-213401/2 - (GMBl 2004, S. 2)].

Sächliche Verwaltungsausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013 / *Reste 2013*	Ist 2012
527 01 -011	Dienstreisen	-	- *3*	472

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 271 01.

Erläuterungen:

Die pauschale Erstattung der Reisekosten für die Teilnahme an Sitzungen der Ratsgremien der EU bei Tit. 271 01 wird anhand ermittelter Quoten auf die jeweiligen obersten Bundesbehörden aufgeteilt. Ausgaben sind der EU zu belegen.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
529 02 -011	Verstärkung der Verfügungsmittel für Leiterinnen und Leiter oberster Bundesbehörden für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	200	200	-

Haushaltsvermerk:

Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 529 03.

Erläuterungen:

Bei Leiterinnen und Leitern einzelner oberster Bundesbehörden ist eine Verstärkung der ihnen bei Tit. 529 01 bewilligten Ausgaben für außergewöhnlichen Aufwand in besonderen Fällen aus dienstlicher Veranlassung erforderlich.

Die Ausgaben sind jeweils bei Tit. 529 01 zu buchen.

Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Aus den Belegen muss die dienstliche Veranlassung zumindest aus den Angaben der Funktion der Teilnehmerinnen und Teilnehmer (Begünstigte) erkennbar sein. Eine Auszahlung ohne Beleg ist nicht zulässig.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
529 03 -029	Außergewöhnlicher Aufwand von Beauftragten, Delegationen und Dienststellen der Bundesrepublik Deutschland im dienstlichen Verkehr mit dem Ausland	1 000	1 000 *200*	495

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: 529 02.
3. Erstattungen Dritter fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Im dienstlichen Verkehr von Beauftragten, Delegationen und Dienststellen der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland entstehen Verpflichtungen insbesondere repräsentativer Art. Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Aus den Belegen muss die dienstliche Veranlassung zumindest aus den Angaben der Funktion der Teilnehmerinnen und Teilnehmer (Begünstigte) erkennbar sein. Eine Auszahlung ohne Beleg ist nicht zulässig.

Gesondert veranschlagt sind insbesondere Ausgaben für Fälle außergewöhnlicher Repräsentationsverpflichtungen für die Leiterinnen und Leiter sowie die Angehörigen der Vertretungen des Bundes im Ausland.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
531 01 -011	Kosten von Erfassung und Druck des Bundeshaushaltsplans sowie der Haushaltsrechnung und Vermögensrechnung des Bundes einschließlich des sonstigen Materials	170	170	104

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Einnahmen aus Rückzahlungen aufgrund nachträglich beanstandeter bzw. korrigierter Rechnungen sowie Erstattungen Dritter fließen den Ausgaben zu.
3. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.
4. Aus diesem Titel dürfen auch Ausgaben zur Unterrichtung der Bevölkerung über die Einnahmen und Ausgaben des Bundes geleistet werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt werden neben den Kosten für die Herstellung des Bundeshaushaltes u. a. auch die Kosten für die Herstellung der Haushaltsrechnung und der Vermögensrechnung, des Finanzplans und des Finanzberichts.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
531 03 -187	Pauschale Abgeltung von Ansprüchen nach dem Urheberrechtsgesetz	1 920	2 155	1 831

Haushaltsvermerk:

Erstattungen Dritter fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Aus dem Ansatz werden die Ansprüche der Autoren nach dem Urheberrechtsgesetz für das Ausleihen urheberrechtlich geschützter Werke und für Vervielfältigungen aus solchen Werken abgegolten.

6002 Allgemeine Bewilligungen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
532 03 -290	Ausgleichsabgabe nach § 77 Abs. 1 Sozialgesetzbuch IX	-	-	-
	Haushaltsvermerk: Einnahmen aus Zahlungen von Ausgleichsabgaben der Arbeitgeber fließen den Ausgaben zu. Erläuterungen: Nach § 77 Abs. 1 des Sozialgesetzbuches - Neuntes Buch - (SGB IX), Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen vom 19. Juni 2001 (BGBl. I S. 1046), haben Arbeitgeber, solange sie die vorgeschriebene Zahl schwerbehinderter Menschen nicht beschäftigen, für jeden unbesetzten Pflichtarbeitsplatz monatlich eine Ausgleichsabgabe zu entrichten. Nach § 71 Abs. 1 SGB IX haben private und öffentliche Arbeitgeber mit mindestens 20 Arbeitsplätzen auf wenigstens 5 Prozent der Arbeitsplätze schwerbehinderte Menschen zu beschäftigen. Nach § 77 Abs. 2 SGB IX beträgt die Ausgleichsabgabe je unbesetzten Pflichtarbeitsplatz zwischen 105 € und 260 €. Für die Verpflichtung zur Entrichtung einer Ausgleichsabgabe gilt gem. § 77 Abs. 8 SGB IX der Bund als ein Arbeitgeber.			
533 01 -059	Kosten der Ombudsstelle zur Überwachung der Sozialchartas im Rahmen der Privatisierung der TLG IMMOBILIEN GmbH und der TLG WOHNEN GmbH	500	500	-
	Haushaltsvermerk: Einnahmen aus den Vereinbarungen zu den Sozialchartas fließen den Ausgaben zu.			
539 99 -860	Vermischte Verwaltungsausgaben	150	150	65
	Haushaltsvermerk: Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99. Erläuterungen: Aus dem Ansatz werden keine Ausgaben für Beraterverträge geleistet.			
540 01 -860	Prägekosten, Metallbeschaffungskosten, Kosten für den Vertrieb von Sammlermünzen und die Unterhaltung des Münzumlaufs	325 000	369 000	242 116
	Verpflichtungsermächtigung.. 194 000 T€ davon fällig: im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 129 000 T€ im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 6 500 T€ im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 6 500 T€ im Haushaltsjahr 2018 bis zu.. 6 500 T€ im Haushaltsjahr 2019 bis zu.. 6 500 T€ im Haushaltsjahr 2020 bis zu.. 6 500 T€ im Haushaltsjahr 2021 bis zu.. 6 500 T€ im Haushaltsjahr 2022 bis zu.. 6 500 T€ im Haushaltsjahr 2023 bis zu.. 6 500 T€ im Haushaltsjahr 2024 bis zu.. 6 500 T€ im Haushaltsjahr 2025 bis zu.. 6 500 T€ Haushaltsvermerk: Verkaufserlöse für Münzschrott fließen den Ausgaben zu.			

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Noch zu Titel 540 01				
	Erläuterungen: Die Münzeinnahmen (Umlaufmünzen) sind bei Tit. 092 01 veranschlagt. Die Einnahmen aus dem Verkauf von Sammlermünzen sind bei Tit. 119 89 veranschlagt. Weniger wegen reduzierter Edelmetallpreisprognose und rückläufiger Auflagen bei Umlauf- und Sammlermünzen.			
	Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.			
559 01 -860	Beitrag zur Beschaffung von Verteidigungssystemen für Israel	25 000	25 000	70 000
	Haushaltsvermerk: Die Ausgaben sind übertragbar.			
	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)			
614 01 -820	Zuweisung an den Energie- und Klimafonds	655 000		
	Haushaltsvermerk: **Ausgaben werden bis zur Höhe des Defizits im Energie- und Klimafonds (EKF) geleistet.**			
624 01 -813	Zuführungen an das Sondervermögen "Investitions- und Tilgungsfonds"	-	-	-
	Haushaltsvermerk: Einnahmen aus dem Anteil des Bundes am Reingewinn der Deutschen Bundesbank, soweit sie den Betrag von **2,5 Mrd. €** übersteigen und nicht zur Tilgung der Verbindlichkeiten des Erblastentilgungsfonds benötigt werden, fließen den Ausgaben zu. Erläuterungen: Siehe Erläuterungen zu Tit. 121 04.			
632 01 -061	Erstattung von Verwaltungskosten an die Länder für die Erhebung der Kfz-Steuer durch die Finanzbehörden der Länder im Wege der Organleihe	85 000	170 000	170 000
	Erläuterungen: Weniger wegen Ende der Organleihe zum 30. Juni 2014.			
636 02 -229	Zuschuss an die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See und an die Pensionskasse Deutscher Eisenbahnen und Straßenbahnen VVaG	7 600	8 300	8 655
	Erläuterungen: Gemäß Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Änderung des Versicherungsaufsichtsgesetzes und anderer Gesetze vom 15. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3426) sind die Versicherungsverhältnisse der Pensionskasse Deutscher Eisenbahnen und Straßenbahnen (Abteilungen D, E und F) mit Wirkung zum 1. Januar 2006 auf die Bahnversicherungsanstalt - jetzt Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See - übertragen worden. Veranschlagt sind Zuschüsse des Bundes an die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See zu den nach dem 30. Juni 1948 fällig gewordenen oder fällig werdenden Leistungen aus Versicherungsverhältnissen der Pensionskasse Deutsche Eisenbahnen und Straßenbahnen, die vor dem 1. Juli 1948 mit der Pensionskasse begründet worden sind sowie anteilige Bundesleistungen für die beamtenmäßige Altersversorgung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und Versorgungsberechtigten einer saarländischen und dreier bayerischer Privatbah-			

6002 Allgemeine Bewilligungen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Noch zu Titel 636 02				
	nen. In den Bundeszuschüssen sind auch die Verwaltungskosten der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See für ihre Auftragstätigkeit enthalten. Darüber hinaus beteiligt sich der Bund an den Alterversorgungslasten für Bedienstete der Pensionskasse Deutscher Eisenbahnen und Straßenbahnen VVaG, welche im Wege der Auftragstätigkeit für den Bund Abrechnungen vorgenommen haben.			
636 03 -229	Erstattung der Zinsbeträge aus der Übertragung von Versorgungsanwartschaften der Bediensteten der Europäischen Zentralbank und der Europäischen Investitionsbank	2 500	4 000	5 684
	Erläuterungen:			
	Aus diesem Titel werden der Deutschen Rentenversicherung Bund die Zinsbeträge erstattet, die sie gemäß Art. 2 der Verordnung vom 16. November 2007 (BGBl. 2007 II S. 1690) zu dem Abkommen vom 24. August 2007 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Zentralbank über die Durchführung des Abschnitts 16 des Anhangs III der Beschäftigungsbedingungen für das Personal der Europäischen Zentralbank und zu dem Abkommen vom 23. August 2007 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Investitionsbank über die Übertragung von Versorgungsanwartschaften auszahlt. Die Erstattungen aus diesem Titel beziehen sich ausschließlich auf die Fälle, denen keine Nachversicherung durch ein Bundesressort vorangegangen ist.			
661 07 -693	Zinsverbilligungen für durch Unwetter und Hochwasser Geschädigte	15	60	192
	Erläuterungen:			
	Aus diesem Titel werden ausschließlich Zuschüsse an die KfW Bankengruppe zur Zinsverbilligung von Darlehen sowie eine mögliche Inanspruchnahme aus der Haftungsfreistellung der durchleitenden Hausbanken für Hochwassergeschädigte des Jahres 2002 geleistet.			
671 01 -669	Erstattung der Kosten für die Verwaltung des Finanzmarktstabilisierungsfonds	11 222	13 800	-
	Haushaltsvermerk:			
	1. Abführungen der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung fließen den Ausgaben zu.			
	2. Die Mittel werden in einem vom Bundesministerium der Finanzen zu genehmigenden Wirtschaftsplan einschließlich Stellenplan bewirtschaftet, dessen Planstellen und Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verbindlich sind.			
	Erläuterungen:			
	Durch Art. 1 des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes vom 17. Oktober 2008 (BGBl. I S. 1982) wurde der Finanzmarktstabilisierungsfonds errichtet. Die Kosten für die Verwaltung des Fonds trägt nach § 12 des Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetzes der Bund. Dazu zählen insbesondere die Kosten, die bei der Finanzmarktstabilisierungsanstalt anfallen. Erstattet werden Personal- und Sachausgaben, die nicht aus eigenen Einnahmen der Finanzmarktstabilisierungsanstalt (FMSA) gedeckt werden können.			
	Durch Art. 3 des Restrukturierungsgesetzes vom 9. Dezember 2010 (BGBl. I S. 1900) wurde der Restrukturierungsfonds bei der FMSA errichtet. Die anfallenden Personal- und Sachkosten für die Errichtung und Verwaltung des Restrukturierungsfonds werden der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung nach § 11 RStruktFG aus Mitteln des Restrukturierungsfonds erstattet.			

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
684 03 -011	Zahlungen nach § 49 b Bundeswahlgesetz, § 28 Europawahlgesetz und dem Parteiengesetz Haushaltsvermerk: 1. Die Ausgaben sind übertragbar. 2. Einnahmen aus Rückforderungen fließen den Ausgaben zu.	140 100	142 500	134 135
685 01 -018	Zuschuss an die Postbeamtenversorgungskasse Haushaltsvermerk: Der Teil des Zuschusses, der zur Abdeckung der im Voraus zu zahlenden Versorgungsbezüge für den ersten Monat des neuen Haushaltsjahres bestimmt ist, wird in entsprechender Anwendung von § 72 Abs. 4 Nr. 3 BHO für das neue Haushaltsjahr gebucht.	7 181 700	7 046 100	6 716 500
687 01 -029	Zahlung des der Republik Österreich zustehenden Einnahmeanteils für das Zollanschlussgebiet Kleines Walsertal aufgrund Art. 12 des deutsch-österreichischen Vertrages vom 2. Dezember 1890 Haushaltsvermerk: Einnahmen aus den Biersteueranteilen der Länder fließen den Ausgaben zu. Erläuterungen: Durch Vertrag vom 2. Dezember 1890 zwischen dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn wurde die österreichische Gemeinde Mittelberg (Kleines Walsertal) an das Zollgebiet des Deutschen Reiches angeschlossen. Nach Art. 12 des Vertrages stand Österreich bis zum Wirksamwerden seines Beitritts zur EU am 1. Januar 1995 vom Reinertrag der im deutschen Zollgebiet erhobenen Zölle und Verbrauchsteuern der nach dem Verhältnis der Bevölkerung auf das Kleine Walsertal entfallende Anteil abzüglich eines Verwaltungskostenbeitrages zu. Nach dem Beitritt Österreichs zur EU ist nur noch der entsprechende Anteil an den erhobenen Verbrauchsteuern abzuführen. Der an die Republik Österreich abzuführende Anteil an der Biersteuer wird von den Ländern aufgebracht.	5 000	4 720	4 505
687 02 -029	Zahlung an die Hellenische Republik	532 000	-	-
697 01 -661	Ausgaben im Zusammenhang mit dem Zwischenerwerb von EADS-Anteilen durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau	30 000	42 000	4 099
	Ausgaben für Investitionen			
812 01 -042	Erwerb von Geräten für Luftfrachtkontrollen	-	- *15 462*	938
854 01 -813	Liquiditätsdarlehen an das Sondervermögen Energie- und Klimafonds	-	-	-
861 01 -669	Darlehen an die Entschädigungseinrichtung der Wertpapierhandelsunternehmen (EdW) zur Finanzierung von Ansprüchen im Entschädigungsfall "Phoenix"	-	- *24 832*	66 168

6002 Allgemeine Bewilligungen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
882 01 -820	Zuweisungen an Länder für Investitionen im Bereich der Seehäfen gem. Art. 9 des Solidarpaktfortführungsgesetzes	38 346	38 346	38 346
893 01 -019	Baumaßnahmen zur Sicherung von privaten Wohnsitzen gefährdeter Personen	2 500	1 500 *573*	1 818
	Erläuterungen: Die Gefährdungseinstufung von im Bundesdienst stehenden Personen und Mitgliedern der Verfassungsorgane erfordert häufig die sofortige Durchführung von baulichen Sicherungsmaßnahmen. Um eine beschleunigte Durchführung der Maßnahmen zu gewährleisten, ist der voraussichtliche Ausgabenbedarf zentral veranschlagt.			
	Besondere Finanzierungsausgaben			
912 01 -850	Zuführungen an die Kassenverstärkungsrücklage	-	-	-
	Erläuterungen: Gemäß § 62 BHO soll zur Aufrechterhaltung einer ordnungsmäßigen Kassenwirtschaft ohne Inanspruchnahme von Kreditermächtigungen durch möglichst regelmäßige Zuführung von Haushaltsmitteln eine Kassenverstärkungsrücklage bei der Deutschen Bundesbank angesammelt werden.			
915 01 -850	Zuführungen an die Konjunkturausgleichsrücklage	-	-	-
	Erläuterungen: Dieser Titel dient den Zuführungen des Bundes an die Konjunkturausgleichsrücklage nach § 7 StWG oder aufgrund von Verordnungen nach § 15 StWG.			
971 01 -880	Zusätzliche Ausgaben nach Maßgabe des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft	-	-	-
	Haushaltsvermerk: Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: Kap. 3201 Tit. 325 12 und Kap. 6002 Tit. 355 01. Erläuterungen: Nach § 6 Abs. 2 StWG können bei einer Abschwächung der allgemeinen Wirtschaftstätigkeit für die dort genannten Zwecke nach Maßgabe des § 8 Abs. 1 StWG zusätzliche Ausgaben geleistet werden. Die Einrichtung des Leertitels ist in § 8 Abs. 1 Satz 1 StWG vorgesehen.			
971 02 -880	Ausgabemittel zur Restedeckung	50 000	150 000	-
	Erläuterungen: Vorsorge zur Deckung der Ausgabereste bei den flexibilisierten Ausgaben für die Verwaltung.			

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
971 03 -880	Aufwendungen deutscher Sicherheitskräfte im Zusammenhang mit internationalen Einsätzen	-	-	-

Haushaltsvermerk:

1. Die auf Grundlage eines neuen Kabinettbeschlusses entstehenden unterjährigen Mehrausgaben für zusätzliche einsatzbedingte Aufwendungen für kurzfristige und unvorhergesehene Verpflichtungen der Sicherheitskräfte im Zusammenhang mit neuen oder erweiterten internationalen Einsätzen können mit Einwilligung des Bundesministeriums der Finanzen gegen Einsparung geleistet werden. Die Mehrausgaben sind im Kabinettbeschluss zu beziffern.

   Vor Einwilligung des Bundesministeriums der Finanzen ist der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages zu unterrichten.

2. Die Erläuterungen sind verbindlich.

   Die Einsparung hat nach dem in den Erläuterungen festgelegten Verteilungsschlüssel zu erfolgen.

3. Die Ausgaben sind bei den entsprechenden Titeln der jeweiligen Einzelpläne zu buchen. Die Übertragbarkeit dieser Ausgaben ist ausgeschlossen.

Erläuterungen:

Einzelplan		Anteil in Prozent
Epl. 04	Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt	1,91
Epl. 05	Auswärtiges Amt	3,47
Epl. 06	Bundesministerium des Innern	5,51
Epl. 07	Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz	0,61
Epl. 08	Bundesministerium der Finanzen	4,95
Epl. 09	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie	7,07
Epl. 10	Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft	1,73
Epl. 11	Bundesministerium für Arbeit und Soziales	1,1
Epl. 12	Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur	20,47
Epl. 14	Bundesministerium der Verteidigung	31,34
Epl. 15	Bundesministerium für Gesundheit	0,53
Epl. 16	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	2,51
Epl. 17	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	1,46
Epl. 23	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	6,15
Epl. 30	Bundesministerium für Bildung und Forschung	11,19

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
971 07 -880	Globale Mehrausgabe	500 000		

Erläuterungen:

Die Länder und Gemeinden stehen vor großen Herausforderungen bei der Finanzierung von Kinderkrippen, Kitas, Schulen und Hochschulen. Damit sie diese Aufgaben besser bewältigen können, werden die Länder in der laufenden Legislaturperiode in Höhe von sechs Milliarden Euro entlastet, davon 500 Millionen Euro für das Jahr 2014.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
972 01 -880	Globale Minderausgabe	-900 000	-	-

6002 Allgemeine Bewilligungen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Titelgruppe 01			
Tgr. 01	Verstärkung von Ausgaben im Personalsektor	(750 000)	(850 000)	
	Haushaltsvermerk: 1. Die Ausgaben folgender Titel sind gegenseitig deckungsfähig: 461 71 und 971 71. 2. Die Mittel ausgenommen Tit. 461 72 dienen zur Deckung eines eventuellen Mehrbedarfs aufgrund von Besoldungs- und Tarifrunden bei den Personalausgaben in den Einzelplänen und können mit Einwilligung des Bundesministeriums der Finanzen in Anspruch genommen werden. 3. Mit Einwilligung des Bundesministeriums der Finanzen können zur Deckung des Mehrbedarfs in den Einzelplänen Mehrausgaben bei den Personalausgaben gegen Einsparung im jeweiligen Einzelplan geleistet werden. 4. Die Ausgaben sind bei den entsprechenden Titeln der jeweiligen Einzelpläne zu buchen.			
461 71 -880	Verstärkung von Personalausgaben der Hgr. 4	500 000	-	-
461 72 -880	Verstärkung von Personalausgaben der Hgr. 4 für ziviles Überhangpersonal im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	250 000	850 000	-
	Haushaltsvermerk: 1. Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Kap. 1404 Tit. 422 01 und 428 01. Die Inanspruchnahme bedarf der Einwilligung des Bundesministeriums der Finanzen. 2. Die Mittel dienen zur Deckung eines eventuellen Mehrbedarfs bei Personalausgaben aufgrund von Versetzungen von Überhangpersonal aus dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung in die Geschäftsbereiche anderer Bundesministerien und können mit Einwilligung des Bundesministeriums der Finanzen von den aufnehmenden Einzelplänen in Anspruch genommen werden.			
971 71 -880	Verstärkung von Personalausgaben der Hgr. 5 bis 9	-	-	-
	Titelgruppe 02			
Tgr. 02	Beiträge an internationale und supranationale Einrichtungen	(4 368 824)	(8 711 548)	
687 22 -022	Beitrag zur Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)	24 900	24 200	21 971
	Haushaltsvermerk: Die Ausgaben sind übertragbar.			

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 687 22 (Titelgruppe 02)

Erläuterungen:

Bezeichnung der Organisation Rechtsgrundlage und Zweck der Mitgliedschaft	Mitgliedsbeitrag der Bundesrepublik Deutschland (Pflichtleistungen)			Besondere (freiwillige) Leistungen außerhalb des Mitgliedsbeitrags in 1 000 € (gerundet)	Zusammen Spalte 4 + 5 in 1 000 €
	in Prozent	in Tausend-Fremdwährung (gerundet)	in 1 000 € (gerundet)		
1	2	3	4	5	6
Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung..	10,3		24 900		24 900
Rechtsgrundlage: Gesetz					
Zweck: Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung					

Bei der Angabe des Beitragssatzes handelt es sich um ein gewichtetes Mittel.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
687 24 -022	Zahlungen an die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung und ihre Sonderfonds	500	500	500

Erläuterungen:

Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) verwaltet verschiedene Sonderfonds zugunsten ihrer Förderländer. Unter diesen Fonds befindet sich auch der multilaterale Treuhandfonds zugunsten der "Early Transition Countries" (ETC-Fonds), der technische Unterstützung für die am wenigsten entwickelten Einsatzländer der EBWE (Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Kirgisistan, Moldau, Mongolei, Tadschikistan und Usbekistan) leistet. Die Bundesrepublik Deutschland beteiligt sich seit 2009 jährlich mit 500 T€ am ETC-Fonds.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
836 21 -022	Erhöhung des Kapitalanteils an der Europäischen Investitionsbank	-	-	1 617 003

Erläuterungen:

Die Bundesrepublik Deutschland ist aufgrund des Gesetzes zu den Verträgen vom 25. März 1957 zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft vom 27. Juli 1957 (BGBl. II S. 753) Mitglied der Europäischen Investitionsbank (EIB) geworden. Das Stammkapital der EIB beträgt derzeit 242,4 Mrd. €. Der Kapitalanteil Deutschlands an der EIB beträgt 39,2 Mrd. €. Davon sind 3,5 Mrd. € eingezahlt; der Rest wirkt als Garantiekapital.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
836 24 -022	Beteiligung am Grundkapital des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM)	4 343 424	8 686 848	8 686 848

Erläuterungen:

Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) wurde durch einen völkerrechtlichen Vertrag als internationale Finanzinstitution gegründet und mit einem Stammkapital von 700 Mrd. € ausgestattet, das aus 80 Mrd. € eingezahltem Kapital und 620 Mrd. € abrufbarem Kapital besteht. Zur Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Beitritt zum ESM beteiligt sich die Bundesrepublik Deutschland am Gesamtbetrag des einzuzahlenden Kapitals des ESM mit einem Betrag in Höhe von rund 21,7 Mrd. € sowie am Gesamtbetrag des abrufbaren Kapitals mit einem Betrag von rund 168,3 Mrd. €, vgl. § 1 des Gesetzes zur finanziellen Beteiligung am Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM-Finanzierungsgesetz - ESMFinG) vom 13. September 2012 (BGBl. I S. 1918).

Weniger wegen Zahlung der letzten Rate des einzuzahlenden Kapitals.

Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
634 02 -813	Zuweisung an das Sondervermögen "Aufbauhilfe"		8 000 000	-

6002 Allgemeine Bewilligungen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
687 23 -022	Zuschuss an die Gesellschaft nach § 1 des Gesetzes zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus (European Financial Stability Facility)		-	-
972 02 -880	Globale Minderausgabe		-	-

Vorbemerkung

Über das Gesetz zur Errichtung eines Sondervermögens "Investitions- und Tilgungsfonds" (ITFG) in der Fassung des Gesetzes vom 25. Juni 2009 (BGBl. I S. 1577) hat der Bund in den Jahren 2009 bis 2011 zusätzliche Maßnahmen zur Stützung der Konjunktur im Umfang von 19,9 Mrd. € finanziert. Seit dem Jahr 2012 dürfen keine Fördermittel mehr ausgezahlt werden. Zur Finanzierung des Sondervermögens ist das Bundesministerium der Finanzen ermächtigt, Kredite bis zu einer Höhe von 25,2 Mrd. € aufzunehmen. Zur Tilgung der Schulden des ITF wird seit 2010 der Teil des Bundesbankgewinns verwendet, der den im Bundeshaushalt veranschlagten Anteil übersteigt und nicht zur Tilgung der Schulden des Erblastentilgungsfonds benötigt wird.

Überblick zur Anlage	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen..	-	-	-		16 011
Übrige Einnahmen..	-	-	-		329 677
Gesamteinnahmen..	-	-	-		345 688
Ausgaben					
Schuldendienst..	-	-	-	4 303 987	352 911
Ausgaben für Investitionen....................................	-	-	-		-7 222
Gesamtausgaben...	-	-	-	4 303 987	345 689
davon nicht flexibilisiert...	-	-	-	4 303 987	345 689

6002 Anlage 1
Wirtschaftsplan des Sondervermögens "Investitions- und Tilgungsfonds (ITF)" (6091)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Einnahmen			
	Verwaltungseinnahmen			
119 99 -813	Vermischte Einnahmen Haushaltsvermerk: Ist-Einnahmen verringern die Einnahmen bei folgendem Titel: 325 01.	-	-	16 011
	Übrige Einnahmen			
162 01 -830	Sonstige Zinseinnahmen Haushaltsvermerk: Ist-Einnahmen verringern die Einnahmen bei folgendem Titel: 325 01. Erläuterungen: Zinsen für nicht zweckentsprechend verwendete Mittel nach dem ZuInvG werden hier vereinnahmt.	-	-	866
221 01 -820	Zuführungen aus dem Bundesbankgewinn Haushaltsvermerk: Ist-Einnahmen verringern die Einnahmen bei folgendem Titel: 325 01.	-	-	-
221 02 -820	Zuführungen aus dem Bundeshaushalt Haushaltsvermerk: **Ist-Einnahmen verringern die Einnahmen bei folgendem Titel: 325 01.**	-		
325 01 -830	Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt Erläuterungen: Veranschlagt sind die Einnahmen aus Krediten für die Finanzierung nach dem ITFG. Aus diesem Titel werden auch Tilgungen geleistet.	-	-	328 811

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
   § 45 Abs. 3 BHO ist nicht anzuwenden.
2. Das Bundesministerium der Finanzen erlässt im Rahmen eines Bewirtschaftungsrundschreibens allgemeine Verwaltungsvorschriften zur Haushalts- und Wirtschaftsführung.

Wirtschaftsplan des Sondervermögens "Investitions- und Tilgungsfonds (ITF)" (6091)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Schuldendienst			
575 01 -830	Zinsen für Kreditaufnahmen am Geld- und Kapitalmarkt	-	- *4 303 987*	352 911
	Haushaltsvermerk: 1. Einnahmen fließen den Ausgaben zu. 2. Die Berechnung der Zinsen erfolgt unter Zugrundelegung der durchschnittlichen Verzinsung der Bruttokreditaufnahme des Bundes im jeweiligen Jahr.			
	Titelgruppe 01			
Tgr. 01	Finanzhilfen nach Art. 104 b GG für Zukunftsinvestitionen der Kommunen und Länder Haushaltsvermerk: Einnahmen aus Rückzahlungen von Finanzhilfen nach dem ZuInvG aus nicht zweckentsprechend verwendeten Mitteln fließen den Ausgaben zu.	(-)	(-)	
882 11 -813	Finanzhilfen gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 1 ZuInvG	-	-	-5 526
882 12 -813	Finanzhilfen gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 2 ZuInvG	-	-	-1 696

6002 Anlage 2
Wirtschaftsplan der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung

Lfd. Nr.	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5
1.	**Einnahmen**			
1.1	Gebühren, sonstige Entgelte für Garantiegewährung, Rekapitalisierung, Risikoübernahme, § 6a- und § 8a-Maßnahmen nach dem Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz.........	2 700	2 250	8 950
1.2	Kostenerstattungen nach dem Restrukturierungsfondsgesetz..	9 843	10 555	2 510
1.3	Zinseinnahmen..	-	-	-
1.4	Zuweisung aus dem Bundeshaushalt..	11 222	13 800	-
1.5	Sonstige Einnahmen...	12	12	12
	Gesamteinnahmen...	**23 777**	**26 617**	**11 472**
2.	**Ausgaben**			
2.1	Personalausgaben..	10 048	10 311	7 245
	davon Personalausgaben für den Restrukturierungsfonds..	*1 267*	*1 393*	*1 165*
2.2	Sächliche Verwaltungsausgaben...	11 026	12 719	1 937
	davon sächliche Verwaltungsausgaben für den Restrukturierungsfonds..........................	*6 949*	*6 404*	*434*
2.3	Ausgaben für Informationstechnik..	2 619	3 505	1 327
	davon Ausgaben für die Informationstechnik für den Restrukturierungsfonds...................	*1 620*	*2 742*	*911*
2.4	Ausgaben für Investitionen..	84	82	-
	davon Ausgaben für Investitionen für den Restrukturierungsfonds...................................	*7*	*16*	*-*
	Gesamtausgaben...	**23 777**	**26 617**	**10 509**
	davon Verwaltung für den Restrukturierungsfonds..	9 843	10 555	2 510

1. Ab dem Jahr 2012 werden im Wirtschaftsplan der FMSA die Einnahmen und Ausgaben des Restrukturierungsfonds dargestellt (vgl. Erläuterungen zu Kap. 6002 Tit. 671 01)
2. In Nr. 1.1 (Ist 2012) sind Einnahmen in Höhe von 1 665 T€ aus dem Vortrag vom Jahr 2011 in das Jahr 2012 enthalten. Von diesen Einnahmen wurden 702 T€ im Jahr 2012 und 963 T€ im Jahr 2013 mit dem Bundeszuschuss verrechnet.

Vorbemerkung

Am 28. September 2010 hat die Bundesregierung ihr langfristig angelegtes Energiekonzept beschlossen. Deutschland will danach in Zukunft bei wettbewerbsfähigen Energiepreisen und hohem Wohlstandsniveau eine Vorreiterrolle hinsichtlich Erneuerbarer Energien, Energieeffizienz, Klimaschutz und Umweltschonung anstreben. Ein hohes Maß an Versorgungssicherheit, ein wirksamer Klima- und Umweltschutz sowie eine bezahlbare Energieversorgung sind zugleich wichtige Voraussetzungen dafür, dass Deutschland auch langfristig ein wettbewerbsfähiger Industriestandort bleibt. Einen wesentlichen Beitrag zur Umsetzung dieses Energiekonzeptes leistet die Errichtung des Energie- und Klimafonds (EKF) durch das Gesetz vom 8. Dezember 2010 (BGBl. I S. 1807).

Nach den Beschlüssen der Bundesregierung vom 6. Juni 2011 zur beschleunigten Energiewende fließen dem EKF seit 2012 sämtliche Erlöse aus der Versteigerung von Berechtigungen zur Emission von Treibhausgasen (nach Abzug der Kosten für die Deutsche Emissionshandelsstelle) zu. Zur Stabilisierung der Finanzierung der verschiedenen Förderprogramme wird der EKF im Wirtschaftsjahr 2014 einen Zuschuss aus dem Bundeshaushalt (Epl. 60) nach Maßgabe des Haushaltsgesetzes erhalten.

Überblick zur Anlage	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen..	835 603	2 046 500	-1 210 897		482 715
Übrige Einnahmen...	749 149	-	+749 149		28 924
Gesamteinnahmen...	1 584 752	2 046 500	-461 748		511 639
Ausgaben					
Schuldendienst...	-	-	-		-
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	1 489 557	1 886 764	-397 207		316 908
Ausgaben für Investitionen.....................................	115 195	64 000	+51 195		30
Besondere Finanzierungsausgaben......................	-20 000	95 736	-115 736		194 701
Gesamtausgaben...	1 584 752	2 046 500	-461 748		511 639
davon nicht flexibilisiert..	1 584 752	2 046 500	-461 748		511 639
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014					
Verpflichtungsermächtigung...................................	2 815 252 T€				
davon fällig:					
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.................................	474 938 T€				
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.................................	489 784 T€				
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.................................	613 946 T€				
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.................................	399 194 T€				
im Haushaltsjahr 2019 bis zu.................................	242 490 T€				
im Haushaltsjahr 2020 bis zu.................................	141 950 T€				
im Haushaltsjahr 2021 bis zu.................................	126 160 T€				
im Haushaltsjahr 2022 bis zu.................................	125 060 T€				
im Haushaltsjahr 2023 bis zu.................................	93 820 T€				
im Haushaltsjahr 2024 bis zu.................................	92 480 T€				
im Haushaltsjahr 2025 bis zu.................................	15 430 T€				

6002 Anlage 3
Wirtschaftsplan des Energie- und Klimafonds (6092)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Einnahmen			
	Haushaltsvermerk:			
	Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Anlage 3 zu Kap. 6002.			
	Verwaltungseinnahmen			
119 99 -860	Vermischte Einnahmen	-	-	321
132 02 -332	Erlöse aus der Versteigerung von Berechtigungen gemäß Treibhausgas-Emissionshandelsgesetz	835 603	2 046 500	482 394
	Erläuterungen:			
	Weniger wegen niedrigerer Einnahmen aus dem Emissionshandel.			
	Übrige Einnahmen			
162 01 -860	Erträge aus der Anlage der vertraglich vereinbarten Zahlungen der Betreibergesellschaften der deutschen Kernkraftwerke	-	-	-
211 01 -820	Zuweisungen aus dem Bundeshaushalt	655 000		
	Haushaltsvermerk:			
	Die Höhe der Einnahmen ist auf den Ausgleich des Defizits beschränkt.			
311 01 -830	Liquiditätsdarlehen aus dem Bundeshaushalt	-	-	-
359 01 -850	Entnahme aus Rücklage	94 149	-	28 924
	Erläuterungen:			
	Mehr wegen Veranschlagung der Rücklage.			

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Einsparungen bei folgenden Titeln: 661 01, 661 07, 683 01, 683 02, 683 03, 683 04, 686 03, 686 04, 686 05, 686 06, 686 07, 687 02, 687 04 **und 891 01** dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 919 01.
3. **Einsparungen bei folgenden Titeln: 683 01, 683 02, 683 03, 683 04, 686 03, 686 04, 687 02 und 687 04 dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 661 07 und 891 01.**

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Die Inanspruchnahme des Deckungsvermerks ist in Höhe der im HKR-Verfahren auf das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie zugewiesenen Mittel beschränkt. Bei der Inanspruchnahme des Deckungsvermerks ist das Bundesministerium der Finanzen zu beteiligen.

4. Die Ausgaben folgender Titel sind gegenseitig deckungsfähig: **661 01,** 683 04, 686 05, 686 06 und 686 07.

Die Inanspruchnahme des Deckungsvermerks ist in Höhe der im HKR-Verfahren auf das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, **Bau** und Reaktorsicherheit zugewiesenen Mittel beschränkt. Bei der Inanspruchnahme des Deckungsvermerks ist das Bundesministerium der Finanzen zu beteiligen.

5. Die Ausgaben folgender Titel sind gegenseitig deckungsfähig: **683 01,** 683 02, **683 03,** 683 04, 686 03, **686 04,** 687 02 **und 687 04.**

Die Inanspruchnahme des Deckungsvermerks ist in Höhe der im HKR-Verfahren auf das Bundesministerium für Wirtschaft und **Energie** zugewiesenen Mittel beschränkt. Bei der Inanspruchnahme des Deckungsvermerks ist das Bundesministerium der Finanzen zu beteiligen.

6. Die Ausgaben folgender Titel sind gegenseitig deckungsfähig: 683 01, 683 02 und 683 04.

Die Inanspruchnahme des Deckungsvermerks ist in Höhe der im HKR-Verfahren auf das Bundesministerium für Bildung und Forschung zugewiesenen Mittel beschränkt. Bei der Inanspruchnahme des Deckungsvermerks ist das Bundesministerium der Finanzen zu beteiligen.

7. Die Ausgaben folgender Titel sind gegenseitig deckungsfähig: 683 01 und 686 06.

Die Inanspruchnahme des Deckungsvermerks ist in Höhe der im HKR-Verfahren auf das Bundesministerium für Ernährung **und Landwirtschaft** zugewiesenen Mittel beschränkt. Bei der Inanspruchnahme des Deckungsvermerks ist das Bundesministerium der Finanzen zu beteiligen.

8. Die Verpflichtungsermächtigungen folgender Titel sind gegenseitig deckungsfähig: **661 01,** 683 04, 686 05, 686 06 und 686 07.

Die Deckungsfähigkeit ist **in Höhe der im HKR-Verfahren auf das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit zugewiesenen Verpflichtungsermächtigungen** beschränkt. Sie gilt nur innerhalb des jeweiligen Fälligkeitsjahres und ist auf 5 Prozent der Jahressumme aller einbezogenen Titel begrenzt. Bei der Inanspruchnahme des Deckungsvermerks ist das Bundesministerium der Finanzen zu beteiligen.

9. Die Verpflichtungsermächtigungen folgender Titel sind gegenseitig deckungsfähig: **683 01,** 683 02, 683 04, 686 03, **686 04,** 687 02 **und 687 04.**

Die Deckungsfähigkeit ist **in Höhe der im HKR-Verfahren auf das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie zugewiesenen Verpflichtungsermächtigungen** beschränkt. Sie gilt nur innerhalb des jeweiligen Fälligkeitsjahres und ist auf 5 Prozent der Jahressumme aller einbezogenen Titel begrenzt. Bei der Inanspruchnahme des Deckungsvermerks ist das Bundesministerium der Finanzen zu beteiligen.

6002 Anlage 3
Wirtschaftsplan des Energie- und Klimafonds (6092)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

10. Die Verpflichtungsermächtigungen folgender Titel sind gegenseitig deckungsfähig: 683 01, 683 02 und 683 04.

Die Deckungsfähigkeit ist **in Höhe der im HKR-Verfahren auf das Bundesministerium für Bildung und Forschung zugewiesenen Verpflichtungsermächtigungen** beschränkt. Sie gilt nur innerhalb des jeweiligen Fälligkeitsjahres und ist auf 5 Prozent der Jahressumme aller einbezogenen Titel begrenzt. Bei der Inanspruchnahme des Deckungsvermerks ist das Bundesministerium der Finanzen zu beteiligen.

11. Die Verpflichtungsermächtigungen folgender Titel sind gegenseitig deckungsfähig: 683 01 und 686 06.

Die Deckungsfähigkeit ist **in Höhe der im HKR-Verfahren auf das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft zugewiesenen Verpflichtungsermächtigungen** beschränkt. Sie gilt nur innerhalb des jeweiligen Fälligkeitsjahres und ist auf 5 Prozent der Jahressumme aller einbezogenen Titel begrenzt. Bei der Inanspruchnahme des Deckungsvermerks ist das Bundesministerium der Finanzen zu beteiligen.

12. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: Anlage 3 zu Kap. 6002.

13. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

14. Es wird zugelassen, dass die Ergebnisse der Maßnahmen und Modellvorhaben ausgewertet, veröffentlicht und verbreitet werden.

Erläuterungen:

Projektträgerkosten und sonstige Umsetzungskosten für die Durchführung der Maßnahmen können nach Maßgabe des Haushaltsführungs-Rundschreibens aus den jeweiligen Programmausgaben geleistet werden.

Schuldendienst

561 01 -830	Zinsausgaben für Liquiditätsdarlehen	-	-	-
581 01 -830	Tilgungsausgaben für Liquiditätsdarlehen	-	-	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)			
661 01 -411	Förderung von Maßnahmen zur energetischen Stadtsanierung, KfW	11 429	18 200	-

Verpflichtungsermächtigung.. 45 100 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 12 960 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu... 6 480 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu... 5 780 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu... 4 340 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu... 3 240 T€
im Haushaltsjahr 2020 bis zu... 2 900 T€
im Haushaltsjahr 2021 bis zu... 2 560 T€
im Haushaltsjahr 2022 bis zu... 2 460 T€
im Haushaltsjahr 2023 bis zu... 2 120 T€
im Haushaltsjahr 2024 bis zu... 1 780 T€
im Haushaltsjahr 2025 bis zu.. 480 T€

Haushaltsvermerk:

Aus den Mitteln dürfen auch Ausgaben zur Förderung von Projekten, Modellvorhaben, Fachinformationen und Öffentlichkeitsarbeit, Wettbewerben und sonstigen Maßnahmen zur Erstellung und Umsetzung quartiers- bzw. stadtteilbezogener integrierter Sanierungskonzepte mit energetischer Zielsetzung sowie wissenschaftliche Begleitforschung und Gutachten bis zur Höhe von 1 Mio. € geleistet werden.

Erläuterungen:

Das Förderprogramm ist Bestandteil des Energiekonzepts der Bundesregierung. 2014 stehen Programmmittel in Höhe von 50 Mio. € zur Verfügung.

Gefördert wird die Erstellung und Umsetzung gebäudeübergreifender Sanierungskonzepte einschließlich quartiersbezogener Lösungen der Wärmeversorgung. Die Förderung erfolgt durch zinsgünstige Darlehen und Zuschüsse.

Aus den Ausgaben können auch Vergütungen für die treuhänderische Verwaltung sowie Mandatartätigkeit geleistet werden.

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamtausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Nach 2013 übertragene Ausgabereste 1 000 €	Veranschlagt 2014 1 000 €	Vorbehalten für 2015 ff 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7
1. Förderprogramme bis 2013	41 918	-	18 200	-	6 529	17 189
2. Förderprogramm 2014	50 000	-	-	-	4 900	45 100
Zusammen	91 918	-	18 200	-	11 429	62 289

6002 Anlage 3
Wirtschaftsplan des Energie- und Klimafonds (6092)

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
661 07 -411	Förderung von Maßnahmen zur energetischen Gebäudesanierung "CO_2-Gebäudesanierungsprogramm", KfW	293 612	260 020	52 320

Verpflichtungsermächtigung.. 1 497 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 90 700 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 120 350 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 239 450 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.. 284 050 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu.. 194 350 T€
im Haushaltsjahr 2020 bis zu.. 134 550 T€
im Haushaltsjahr 2021 bis zu.. 119 600 T€
im Haushaltsjahr 2022 bis zu.. 119 600 T€
im Haushaltsjahr 2023 bis zu.. 89 700 T€
im Haushaltsjahr 2024 bis zu.. 89 700 T€
im Haushaltsjahr 2025 bis zu.. 14 950 T€

Haushaltsvermerk:

1. **Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: 683 01, 683 02, 683 03, 683 04, 686 03, 686 04, 687 02 und 687 04.**
2. Die Ausgaben sind in Höhe von **70 000 T€** mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: **891 01.**
3. **Die Verpflichtungsermächtigung ist mit der Verpflichtungsermächtigung bei folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 891 01.**

   Die Deckungsfähigkeit ist beschränkt auf einen Betrag von bis zu 70 000 T€.
4. Aus den Mitteln dürfen auch Ausgaben zur Förderung von Projekten, Modellvorhaben, Fachinformationen und Öffentlichkeitsarbeit, Wettbewerben und sonstigen Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz und Verbesserung des Klimaschutzes im Gebäudebereich sowie wissenschaftliche Begleitforschung und Gutachten bis zur Höhe von 5 Mio. € geleistet werden.

Erläuterungen:

Gefördert werden Maßnahmen zur Energieeinsparung und Reduzierung des CO_2-Ausstoßes im Gebäudebestand sowie die Errichtung/Herstellung von Effizienzhäusern. Die Förderung erfolgt durch zinsgünstige Darlehen, die mit einem Teilschulderlass ergänzt werden können, und Zuschüsse.

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamtausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Nach 2013 übertragene Ausgabereste 1 000 €	Veranschlagt 2014 1 000 €	Vorbehalten für 2015 ff 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7
1. Förderprogramme bis 2013..	2 839 647	52 320	260 020	-	290 612	2 236 695
2. Förderprogramm 2014..	1 500 000	-	-	-	3 000	1 497 000
Zusammen...	4 339 647	52 320	260 020	-	293 612	3 733 695

Aus den Ausgaben können auch Vergütungen für die treuhänderische Verwaltung sowie Mandatartätigkeit geleistet werden. Das Förderprogramm umfasst einschließlich der Zuschussmittel (Kapitel 6092 Titel 891 01) ein Programmvolumen in Höhe von 1,8 Mrd. €.

Mehr wegen eines erhöhten Mittelbedarfs zur Umsetzung der beschleunigten Energiewende.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
683 01 -165	Forschungs- und Entwicklungsvorhaben: Erneuerbare Energien	99 293	104 000	18 692

Verpflichtungsermächtigung.. 130 749 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 29 784 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu... 32 811 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 47 150 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.. 21 004 T€

Haushaltsvermerk:

Die Erläuterungen sind verbindlich.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Anwendungsorientierte Forschung (BMWi)....................................	58 705
2. sonstige Forschung (BMEL)...	20 062
3. Grundlagenforschung (BMBF)...	20 526
Zusammen..	99 293

Zu 1.:
Unterstützt werden Forschungs-, Entwicklungs- und in begrenztem Umfang Demonstrationsvorhaben mit dem Ziel, einen Beitrag zum kosteneffizienten Ausbau der erneuerbaren Energien und zur Optimierung der Energieversorgungssysteme im Hinblick auf einen steigenden Anteil erneuerbarer Energien zu leisten. Besondere Schwerpunkte sind regenerative Energieversorgungssysteme (u. a. intelligente Netze, Speicher, Systemdienstleistungen durch erneuerbare Energien, virtuelle Kombikraftwerke auf Basis erneuerbarer Energien), Wind- und Sonnenenergie.

Zu 3.:
Es soll Grundlagenwissen generiert werden, das der anwendungsorientierten Forschung und der Anwendung bereitgestellt werden kann, zu den Schwerpunkten: Ausbau der Energienetze, Photovoltaik inkl. organischer Photovoltaik (OPV), Bioenergie sowie kontinuierliche Energiesystemforschung, die den Umbau des Energiesystems wissenschaftsbasiert begleitet.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
683 02 -165	Forschungs- und Entwicklungsvorhaben: Energieeffizienz	69 269	72 000	14 433

Verpflichtungsermächtigung.. 40 150 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 8 886 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 17 456 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 3 808 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.. 10 000 T€

Haushaltsvermerk:

Die Erläuterungen sind verbindlich.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Anwendungsorientierte Forschung (BMWi)....................................	54 549
2. Grundlagenforschung (BMBF)...	14 720
Zusammen..	69 269

Zu 1.:
Die Erhöhung der Energieeffizienz lässt sich nur durch intensive Forschung und Entwicklung entlang der gesamten Kette der Energieumwandlung, des Energietransports und der Energienachfrage erreichen. Besondere Schwerpunkte bei den Fördermaßnahmen sind rationelle Energienutzung in Industrie, Handel und bei Dienstleistungen, energieoptimiertes Bauen und Sanieren von Gebäuden, neue Speichertechnologien und Technologien zur effizienten Übertragung und Vertei-

6002 Anlage 3
Wirtschaftsplan des Energie- und Klimafonds (6092)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 683 02

lung elektrischer Energie sowie die Nutzung der Effizienzpotenziale auf der Energieangebotsseite.

Zu 2.:
Darüber hinaus soll Grundlagenwissen generiert werden, das der anwendungsorientierten Forschung und der Anwendung bereitgestellt werden kann.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
683 03 -634	Zuschüsse an stromintensive Unternehmen zum Ausgleich von emissionshandelsbedingten Strompreiserhöhungen	350 000	-	-

Erläuterungen:

Durch die Strompreiskompensation werden Beihilfen zum teilweisen Ausgleich der auf den Strompreis übergewälzten Kosten des europäischen Emissionshandels gewährt. Die Strompreiskompensation können nur Unternehmen aus Sektoren in Anspruch nehmen, die aufgrund ihrer Stromintensität und ihrer Stellung im internationalen Wettbewerb einer Verlagerungsgefahr ins außereuropäische Ausland ausgesetzt sind. Diese Sektoren wurden von der EU-Kommission festgelegt. Die Strompreiskompensation wird nachschüssig ausgezahlt.

Mehr wegen erstmaligen Mittelbedarfs zur Umsetzung der beschleunigten Energiewende.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
683 04 -165	Maßnahmen zur Weiterentwicklung der Elektromobilität	278 877	426 080	155 954

Verpflichtungsermächtigung.. 235 290 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 16 348 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 59 560 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 79 582 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.. 39 900 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu.. 39 900 T€

Haushaltsvermerk:

1. Erstattungen der EU für die Entwicklung des Europäischen Forschungsraums (ERA-Net) durch Koordinierung nationaler FuE-Aktivitäten fließen den Ausgaben im Rahmen der jeweiligen Erläuterungsnummer zu.

2. Die Erläuterungen sind verbindlich.

3. Bei den FuE-orientierten Aufträgen und Zuwendungen, die aus diesem Titel finanziert werden, dürfen - auch in Kooperation mit Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft (insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen), mit Hochschulen und anderen Forschungseinrichtungen - auch rechtlich unselbstständige Bundesbehörden und -einrichtungen mit FuE-Aufgaben einschließlich der Bundesanstalt für Straßenwesen (BASt) unmittelbar als Antragsteller oder Bieter auftreten. Die Feststellung der Auftragswürdigkeit erfolgt im Vergabeverfahren nach VOF/VOL bzw. bei Projektanträgen im Rahmen eines ergebnisoffenen, wettbewerblichen Begutachtungsverfahrens gemäß den jeweiligen Förderrichtlinien. Die gewährten Haushaltsmittel werden den rechtlich unselbstständigen Bundesbehörden und -einrichtungen mit FuE-Aufgaben im Wege der Zuweisung bereitgestellt.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF).................	110 040
2. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi)..................	72 200
3. Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI)...	53 823

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 683 04

Bezeichnung	1 000 €
4. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)	42 814
Zusammen	278 877

Ziel des Regierungsprogramms Elektromobilität ist es, Deutschland zum Leitmarkt und Leitanbieter bei der Elektromobilität zu entwickeln. Daher werden die vier beteiligten Ministerien BMWi, BMVI, BMUB und BMBF unter Berücksichtigung der Empfehlungen des Zweiten Berichts der Nationalen Plattform Elektromobilität die marktorientierte Forschung und Entwicklung in diesem Bereich forcieren. In Ergänzung zu den bewährten FuE-Maßnahmen sollen "technische Leuchtturmprojekte" etabliert sowie in sog. "Schaufenstern Elektromobilität" die verschiedenen Technologien unter realen Bedingungen erprobt werden, um deren Weiterentwicklung zu beschleunigen und Erkenntnisse hinsichtlich Energieverbrauch und Umweltwirkungen der Elektromobilität, deren Integration in Mobilitätskonzepte und die Wirksamkeit ordnungspolitischer Maßnahmen zu gewinnen.

Aus dem Titel können auch Ausgaben für Investitionen geleistet werden.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
686 03 -649	Förderung der rationellen und sparsamen Energieverwendung - Energieeffizienzfonds	132 268	232 464	11 406

Verpflichtungsermächtigung ..... 231 951 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu ..... 64 626 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu ..... 87 115 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu ..... 57 410 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu ..... 22 800 T€

Erläuterungen:

Die Mittel werden insbesondere eingesetzt für:

Energie- und Stromsparchecks für private Haushalte,

Verbraucherinformation zum Energiesparen sowie Öffentlichkeitsarbeit,

Unterstützung der Markteinführung hoch effizienter Querschnittstechnologien (z. B. Motoren, Pumpen, Kälteanlagen, Green-IT) durch direkte Zuschüsse an kleine und mittlere Unternehmen (KMU),

Förderung von Energiemanagementsystemen,

Modernisierungsoffensive für innovative Netze,

Förderung energieeffizienter und klimaschonender Produktionsprozesse,

Unterstützung und Entwicklung sonstiger Effizienzmaßnahmen.

Weniger wegen Anpassung an die Einnahmen.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
686 04 -649	Markteinführungsprogramm zur Förderung des Einsatzes erneuerbarer Energien	107 104	172 000	-

Verpflichtungsermächtigung ..... 200 559 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu ..... 51 457 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu ..... 57 312 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu ..... 66 290 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu ..... 6 000 T€
im Haushaltsjahr 2019 bis zu ..... 5 000 T€
im Haushaltsjahr 2020 bis zu ..... 4 500 T€
im Haushaltsjahr 2021 bis zu ..... 4 000 T€
im Haushaltsjahr 2022 bis zu ..... 3 000 T€
im Haushaltsjahr 2023 bis zu ..... 2 000 T€
im Haushaltsjahr 2024 bis zu ..... 1 000 T€

6002 Anlage 3
Wirtschaftsplan des Energie- und Klimafonds (6092)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 686 04

Erläuterungen:

Gefördert werden innovative Technologien zum Einsatz erneuerbarer Energien, insbesondere zur Wärme- und Kälteerzeugung in Wohngebäuden und Nichtwohngebäuden.

Weniger wegen Anpassung an die Einnahmen.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
686 05 -332	Nationale Klimaschutzinitiative	118 934	172 000	28 948

Verpflichtungsermächtigung.. 145 904 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 49 049 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu... 30 565 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu... 66 290 T€

Erläuterungen:

Gefördert werden Programme und Projekte der Nationalen Klimaschutzinitiative, insbesondere:

1. Mini-KWK-Programm,
2. Kälteklima-Programm,
3. Förderung der Marktdurchdringung innovativer Klimaschutztechnologien,
4. Klimaschutzmaßnahmen in Kommunen,
5. Pilot-, Einzel- und Modellprojekte für den Klimaschutz,
6. Klimaschutzkonzepte,
7. Gutachten,
8. Informationskampagnen- und materialien,
9. Evaluierung, Begleitung und Weiterentwicklung der NKI und ihrer Programme.

Weniger wegen Anpassung an die Einnahmen.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
686 06 -523	Waldklimafonds	13 766	28 000	-

Verpflichtungsermächtigung.. 18 976 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 6 000 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu... 4 976 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu... 5 000 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu... 3 000 T€

Haushaltsvermerk:

Die Erläuterungen sind verbindlich.

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
1. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)..........	6 883
2. Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)......	6 883
Zusammen..........	13 766

Es sollen u. a. Maßnahmen von privaten und öffentlichen Stellen zur Anpassung der Wälder an die Folgen des Klimawandels und zur Vermeidung von Treibhausgasemissionen sowie zur Sicherung und Erhöhung der Kohlenstoffspeicherung von Wäldern und Holzprodukten gefördert werden.

Hierunter fallen auch Maßnahmen zur Wiederherstellung eines ausgeglichenen Landschaftswasserhaushaltes, der Erhalt und die Sicherung von Waldmooren, die

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 686 06

Wiederherstellung und Neuanlage von naturverträglich genutzten Au- und Feuchtwäldern sowie die Anlage von Referenzflächen und die Neuanlage von Wald. Dabei ist der Schutz der Biodiversität sicherzustellen.

Im Rahmen dieses Titels können auch Forschungs-, Entwicklungs-, Modell- und Demonstrationsvorhaben, die Entwicklung und Bereitstellung von Informationen zu Ausmaß und Auswirkungen des Klimawandels auf Waldökosysteme sowie von Möglichkeiten zum Ausbau des Kohlenstoffspeicherpotenzials im Wald und von Holzprodukten gefördert werden.

Gefördert werden kann auch der Wissenschaftstransfer in die Praxis und Schulungs- und Aufklärungsmaßnahmen sowie Präventionsmaßnahmen zur Vermeidung und Bewältigung von großflächigen Schadereignissen im Wald.

Ausgaben dürfen auch für vorbereitende Arbeiten, Studien, gutachtliche Stellungnahmen, Projektmanagementkosten geleistet werden.

Aus dem Titel können auch Ausgaben für Investitionen geleistet werden.

Bezeichnung	Zuschüsse 1 000 €	Investitionen 1 000 €
1	2	3
Waldklimafonds..	6 883	6 883

Weniger wegen Anpassung an die Einnahmen.

686 07 -332	Förderung von Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel	5 234	8 000	-

Verpflichtungsermächtigung... 7 691 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu... 2 867 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu... 1 422 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu... 3 402 T€

Erläuterungen:

Grundlage der Förderung ist die von der Bundesregierung beschlossene Deutsche Anpassungsstrategie an den Klimawandel (DAS) vom 17. Dezember 2008 und der darauf aufbauende Aktionsplan Anpassung vom 31. August 2011.

Gefördert werden Vorhaben zur Erstellung von Anpassungskonzepten in Unternehmen sowie von Bildungsangeboten im Bereich Anpassung an die Folgen des Klimawandels und der Aufbau kommunaler Leuchtturmvorhaben sowie interkommunaler und regionaler Verbünde zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels.

687 01 -332	Internationaler Klima- und Umweltschutz	-	372 000	30 383

Haushaltsvermerk:

1. **Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen müssen mindestens zu 90 Prozent ODA-anrechenbar sein.**
2. **Zinssubventionen dürfen bei nachgewiesener Wirtschaftlichkeit auch kapitalisiert an den mit der bankenmäßigen Abwicklung beauftragten Treuhänder (§ 44 Abs. 2 BHO) ausgezahlt werden.**

Erläuterungen:

Weniger wegen Verlagerung in den Bundeshaushalt.

6002 Anlage 3
Wirtschaftsplan des Energie- und Klimafonds (6092)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
687 02 -649	Internationale Energie- und Rohstoffpartnerschaften sowie Technologie-zusammenarbeit	5 584	8 000	1 737

Verpflichtungsermächtigung.. 8 104 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 2 867 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 3 275 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 1 962 T€

Erläuterungen:

Gefördert werden internationale Energie- und Rohstoffpartnerschaften sowie Technologiezusammenarbeit.

Darunter im Bereich Energie: Maßnahmen zur Unterstützung, Fortsetzung und zum Aufbau von bilateralen Energiepartnerschaften, vor allem mit dem Ziel, die Versorgungssicherheit mit energetischen Rohstoffen zu flankieren. Dazu dienen u. a. Machbarkeits- und Marktstudien und Foren/Veranstaltungen mit internationaler Beteiligung.

Im Bereich Rohstoffe: Gefördert werden Maßnahmen zur Unterstützung der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Erschließung, Gewinnung und Nutzung nicht-energetischer mineralischer Rohstoffe im Rahmen von Rohstoffpartnerschaften. Dazu zählen z. B. der Aufbau von Kompetenzzentren für Bergbau und Rohstoffe in den AHKs, Investorenhandbücher, Machbarkeitsstudien zur wirtschaftlichen Nutzung von mineralischen Rohstoffvorkommen, Haldenuntersuchungen oder internationale Veranstaltungen zu Rohstoffen. Die konkrete Ausgestaltung von Rohstoffmaßnahmen wird gemeinsam mit dem jeweiligen Partnerland vereinbart.

Im Bereich Technologiezusammenarbeit: Bei den UN-Klimaverhandlungen wurde die Einrichtung des sog. Technologiemechanismus im Bereich klimarelevanter Technologien beschlossen. Damit soll die technologische Zusammenarbeit hinsichtlich Klimaschutz, Anpassung an den Klimawandel, Unterstützung von Entwicklungs- und Schwellenländern bei der Ermittlung ihres technologischen Bedarfs etc. verbessert werden. Auf nationaler Ebene wird der Technologiemechanismus durch eine nationale Kontaktstelle (NDE) umgesetzt.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
687 04 -332	Förderung im Rahmen der EU-Richtlinie Erneuerbare Energien	4 187	6 400	-

Verpflichtungsermächtigung.. 8 678 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 2 294 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 3 662 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 2 722 T€

Erläuterungen:

Gefördert wird die Kooperation mit anderen Staaten bei der Umsetzung der EU-Richtlinie Erneuerbare Energien, insbesondere zur Umsetzung der Kooperationsmechanismen zur grenzüberschreitenden Förderung der erneuerbaren Energien sowie zur Weiterentwicklung der nationalen und europäischen Rahmenbedingungen für die Förderung und Integration Erneuerbarer Energien in den EU-Strommarkt.

Ausgaben für Investitionen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
871 01 -680	Entschädigungen und Kosten aus Deckungszusagen des Bundes gegenüber der KfW für Maßnahmen der KfW zur Förderung der ersten zehn Offshore-Windparks	-	64 000	-

Erläuterungen:

Soweit Schadensfälle nicht aus Einnahmen der KfW, die im Zusammenhang mit der Durchführung der Maßnahmen angefallen sind, abgedeckt werden können, sind diese aus Mitteln des Sondervermögens zu decken.

Weniger wegen Minderbedarfs.

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
871 02 -680	Entschädigungen und Kosten aus Deckungszusagen des Bundes gegenüber der KfW für zinssubventionierte Darlehen der KfW für Maßnahmen des internationalen Klima- und Umweltschutzes	-	-	-
891 01 -411	Zuschüsse an Privateigentümer zur Förderung von Maßnahmen zur energetischen Gebäudesanierung "CO_2-Gebäudesanierungsprogramm" der KfW	115 195	-	-

Verpflichtungsermächtigung.. 245 100 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2015 bis zu.. 137 100 T€
im Haushaltsjahr 2016 bis zu.. 64 800 T€
im Haushaltsjahr 2017 bis zu.. 35 100 T€
im Haushaltsjahr 2018 bis zu.. 8 100 T€

Haushaltsvermerk:

1. **Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: 683 01, 683 02, 683 03, 683 04, 686 03, 686 04, 687 02 und 687 04.**
2. **Die Ausgaben sind in Höhe von 70 000 T€ mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 661 07.**
3. **Die Verpflichtungsermächtigung ist mit der Verpflichtungsermächtigung bei folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 661 07.**

   Die Deckungsfähigkeit ist beschränkt auf einen Betrag von bis zu 70 000 T€.

Erläuterungen:

Mehrjährige Maßnahmen (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamtausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	Bewilligt 2013 1 000 €	Nach 2013 übertragene Ausgabereste 1 000 €	Veranschlagt 2014 1 000 €	Vorbehalten für 2015 ff 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7
1. Förderprogramm 2013..	189 790	-	51 000	-	60 295	78 495
2. Förderprogramm 2014..	300 000	-	-	-	54 900	245 100
Zusammen..	489 790	-	51 000	-	115 195	323 595

Gefördert werden umfassende energetische Sanierungsmaßnahmen zum KfW-Effizienzhaus, energetisch hocheffiziente Einzelmaßnahmen im Gebäudebestand sowie die qualifizierte energetische Fachplanung und Baubegleitung von energetischen Sanierungsmaßnahmen. Die Förderung erfolgt durch Zuschüsse.

Aus den Ausgaben können auch Vergütungen für die treuhändische Verwaltung sowie Mandatartätigkeit geleistet werden.

Mehr wegen erstmaligen Mittelbedarfs zur Umsetzung der beschleunigten Energiewende.

Besondere Finanzierungsausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
919 01 -850	Zuführung an Rücklage	-	95 736	194 701

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: 661 01, 661 07, 683 01, 683 02, 683 03, 683 04, 686 03, 686 04, 686 05, 686 06, 686 07, 687 02, 687 04, 871 01 **und 891 01.**

Erläuterungen:

Weniger wegen Anpassung an die Einnahmen.

6002 Anlage 3
Wirtschaftsplan des Energie- und Klimafonds (6092)

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
972 01 -880	Globale Minderausgabe	-20 000		
	Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel			
687 03 -332	Energie- und Klimaaußenpolitik		7 600	3 035

Vorbemerkung

In Ausführung des Gesetzes zur Errichtung eines Sondervermögens "Aufbauhilfe" (Aufbauhilfefonds-Errichtungsgesetz - AufbhG) vom 15. Juli 2013 (BGBl. I S. 2401) wird ein nationaler Fonds "Aufbauhilfe" als Sondervermögen des Bundes errichtet.

Der Fonds dient der Leistung von Hilfen in den im Sommer 2013 vom Hochwasser betroffenen Ländern. Mit den Fondsmitteln werden Maßnahmen zur Beseitigung der Hochwasserschäden und zum Wiederaufbau der zerstörten Infrastruktur finanziert. Sein Volumen beträgt 8 Mrd. Euro. Die Länder beteiligen sich an der Finanzierung durch die Übernahme von Zinsen und Tilgungen. Dies erfolgt in den Jahren 2014 bis 2019 durch eine Änderung der Umsatzsteuerverteilung zwischen Bund und Ländern und in den Jahren 2020 bis 2033 durch direkte Zahlungen der Länder an den Bund. Weitere Mittel kommen aus dem EU-Solidaritätsfonds.

Gemäß § 1 Abs. 2 Satz 2 AufbhG werden die von Bund und Ländern geleisteten Soforthilfen, über die im Jahr 2013 Verwaltungsvereinbarungen zwischen dem Bund und den Ländern geschlossen wurden, aus den Mitteln des Fonds erstattet.

Überblick zur Anlage	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Übrige Einnahmen..	-	8 000 000	-8 000 000		-
Gesamteinnahmen..	-	8 000 000	-8 000 000		-
Ausgaben					
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	-	2 411 169	-2 411 169		-
Ausgaben für Investitionen.....................................	-	5 588 831	-5 588 831		-
Besondere Finanzierungsausgaben......................	-	-	-		-
Gesamtausgaben...	-	8 000 000	-8 000 000		-
davon nicht flexibilisiert..	-	8 000 000	-8 000 000		-

6002 Anlage 4
Wirtschaftsplan des Sondervermögens "Aufbauhilfe" (6095)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Einnahmen			
	Übrige Einnahmen			
231 01 -813	Zuführungen des Bundes	-	8 000 000	-
272 01 -813	Zuschüsse von der Europäischen Union	-	-	-
	Haushaltsvermerk: Mehreinnahmen sind wegen bindender Vorgaben der EU zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Anlage 4 zu Kap. 6002.			
	Titelgruppe 01			
Tgr. 01	Infrastruktur des Bundes	(-)	(-)	
359 11 -850	Entnahme aus Rücklage	-	-	-
	Haushaltsvermerk: Mehreinnahmen sind gemäß Aufbauhilfefonds-Errichtungsgesetz zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Tgr. 01 Kap. 6095.			
	Titelgruppe 02			
Tgr. 02	Beseitigung der Hochwasserschäden in den Ländern	(-)	(-)	
359 21 -850	Entnahme aus Rücklage	-	-	-
	Haushaltsvermerk: Mehreinnahmen sind gemäß Aufbauhilfefonds-Errichtungsgesetz zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Tgr. 02 Kap. 6095.			

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

1. Mehrausgaben zu Nr. 2 und 3 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: 272 01, 359 11 und 359 21.
2. Erstattungen und Rückzahlungen fließen den Ausgaben zu.

Anlage 4 6002

Wirtschaftsplan des Sondervermögens "Aufbauhilfe" (6095)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Erläuterungen:			

Bezeichnung	1 000 €
1. Zuführung des Bundes	-
2. Zuschüsse der Europäischen Union	-
3. Entnahmen aus Rücklagen	-
Zusammen	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Titelgruppe 01			
Tgr. 01	Infrastruktur des Bundes	(-)	(1 320 000)	
	Haushaltsvermerk: Die Ausgaben der Tgr. 01 sind gegenseitig deckungsfähig.			
741 11 -721	Aufwendungen für Bundesautobahnen	-	100 000	-
741 12 -722	Aufwendungen für Bundesstraßen	-	305 000	-
741 13 -731	Aufwendungen für Bundeswasserstraßen	-	90 000	-
741 14 -813	Aufwendungen für Liegenschaften der Ressorts und sonstiges Vermögen des Bundes	-	100 000	-
891 11 -742	Aufwendungen für Eisenbahnen des Bundes zur Beseitigung von Schäden am Bundesschienenwegenetz und für das Bundeseisenbahnvermögen	-	725 000	-
919 11 -850	Zuführung an Rücklage	-	-	-
	Titelgruppe 02			
Tgr. 02	Beseitigung der Hochwasserschäden in den Ländern	(-)	(6 680 000)	
	Haushaltsvermerk: Die Ausgaben der Tgr. 02 sind gegenseitig deckungsfähig.			
611 21 -820	Erstattung an den Bund	-	459 850	-

6002 Anlage 4
Wirtschaftsplan des Sondervermögens "Aufbauhilfe" (6095)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 02

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
612 21 -820	Soforthilfen der Länder	-	369 742	-

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
Sachsen-Anhalt	-
Sachsen	-
Bayern	-
Thüringen	-
Brandenburg	-
Niedersachsen	-
Baden-Württemberg	-
Schleswig-Holstein	-
Hessen	-
Mecklenburg-Vorpommern	-
Rheinland-Pfalz	-
Zusammen	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
697 21 -813	Programm zur Unterstützung hochwasserbetroffener Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft und Angehöriger Freier Berufe sowie wirtschaftsnaher Infrastruktur	-	527 468	-

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
Sachsen-Anhalt	-
Sachsen	-
Bayern	-
Thüringen	-
Brandenburg	-
Niedersachsen	-
Baden-Württemberg	-
Schleswig-Holstein	-
Hessen	-
Mecklenburg-Vorpommern	-
Rheinland-Pfalz	-
Zusammen	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
697 22 -813	Programm zur Unterstützung der vom Hochwasser betroffenen Land- und Forstwirtschaft sowie zum Schadensausgleich in der ländlichen Infrastruktur im Außenbereich von Gemeinden	-	401 604	-

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
Sachsen-Anhalt	-
Sachsen	-
Bayern	-
Thüringen	-
Brandenburg	-
Niedersachsen	-
Baden-Württemberg	-
Schleswig-Holstein	-
Hessen	-
Mecklenburg-Vorpommern	-
Rheinland-Pfalz	-
Zusammen	-

Anlage 4 6002
Wirtschaftsplan des Sondervermögens "Aufbauhilfe" (6095)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titelgruppe 02

698 21 -813	Programm zur Unterstützung vom Hochwasser betroffener privater Haushalte und Wohnungsunternehmen	-	587 494	-

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
Sachsen-Anhalt	-
Sachsen	-
Bayern	-
Thüringen	-
Brandenburg	-
Niedersachsen	-
Baden-Württemberg	-
Schleswig-Holstein	-
Hessen	-
Mecklenburg-Vorpommern	-
Rheinland-Pfalz	-
Zusammen	-

698 22 -813	Programm zur Schadensbeseitigung bei kulturellen Einrichtungen und Kulturdenkmälern unabhängig von der Trägerschaft	-	62 761	-

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
Sachsen-Anhalt	-
Sachsen	-
Bayern	-
Thüringen	-
Brandenburg	-
Niedersachsen	-
Baden-Württemberg	-
Schleswig-Holstein	-
Hessen	-
Mecklenburg-Vorpommern	-
Rheinland-Pfalz	-
Zusammen	-

698 23 -813	Programm zur Schadensbeseitigung bei Forschungseinrichtungen unabhängig von der Trägerschaft	-	2 250	-

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
Sachsen-Anhalt	-
Sachsen	-
Bayern	-
Thüringen	-
Brandenburg	-
Niedersachsen	-
Baden-Württemberg	-
Schleswig-Holstein	-
Hessen	-
Mecklenburg-Vorpommern	-
Rheinland-Pfalz	-
Zusammen	-

6002 Anlage 4
Wirtschaftsplan des Sondervermögens "Aufbauhilfe" (6095)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu Titelgruppe 02			
882 21 -813	Programm zur Wiederherstellung der Infrastruktur in den Gemeinden	-	785 252	-

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
Sachsen-Anhalt	-
Sachsen	-
Bayern	-
Thüringen	-
Brandenburg	-
Niedersachsen	-
Baden-Württemberg	-
Schleswig-Holstein	-
Hessen	-
Mecklenburg-Vorpommern	-
Rheinland-Pfalz	-
Zusammen	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
882 22 -813	Programm zur Wiederherstellung der Infrastruktur der Länder	-	373 504	-

Erläuterungen:

Bezeichnung	1 000 €
Sachsen-Anhalt	-
Sachsen	-
Bayern	-
Thüringen	-
Brandenburg	-
Niedersachsen	-
Baden-Württemberg	-
Schleswig-Holstein	-
Hessen	-
Mecklenburg-Vorpommern	-
Rheinland-Pfalz	-
Zusammen	-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
893 21 -813	Reserve zur Aufteilung nach weiterer Schadensbewertung	-	3 110 075	-
919 21 -850	Zuführung an Rücklage	-	-	-

Vorbemerkung

In diesem Kapitel sind die Leistungen im Zusammenhang mit der deutschen Einheit veranschlagt.

Dazu gehören insbesondere Zuweisungen an den Entschädigungsfonds und Einnahmen aus Abführungen des Erblastentilgungsfonds. Ferner sind in diesem Kapitel Leistungen aus dem Sozialbereich (Bereinigung SED-Unrecht) ausgewiesen.

Zum 1. Januar 2005 entfielen nach dem Gesetz über die Errichtung eines Fonds "Deutsche Einheit" (FDE) die Schuldendienstanteile der alten Länder am FDE, und der Bund übernahm gemäß Artikel 8 § 6a Solidarpaktfortführungsgesetz (SFG) als Mitschuldner die Verbindlichkeiten des FDE. Im Innenverhältnis zu dem FDE ist der Bund damit alleiniger Schuldner. Die Verbindlichkeiten des FDE wurden in die Bundesschuld eingegliedert. Nach Auflösung des FDE mit Ablauf des Jahres 2019 leisten die Länder nach Artikel 8 § 6b SFG einen Ausgleich an den Bund, wenn der FDE den Referenzbetrag von 6 544 536 079,31 € überschreitet. Der fiktive Schuldenstand des FDE wird den Ländern jährlich durch das Bundesministerium der Finanzen mitgeteilt.

Überblick zum Kapitel 6003	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen	2 150	1 500	+650		1 250
Übrige Einnahmen	52 020	72 020	-20 000		76 252
Gesamteinnahmen	54 170	73 520	-19 350		77 502
Ausgaben					
Sächliche Verwaltungsausgaben	100	500	-400		-
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	371 320	281 650	+89 670	150 019	232 452
Gesamtausgaben	371 420	282 150	+89 270	150 019	232 452
davon nicht flexibilisiert	371 420	282 150	+89 270	150 019	232 452

6003 Leistungen im Zusammenhang mit der deutschen Einheit

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Einnahmen			
	Verwaltungseinnahmen			
119 99 -860	Vermischte Einnahmen	1 500	1 500	1 250
	Haushaltsvermerk: Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 539 99.			
129 01 -812	Einnahmen aus der Verwertung von Altforderungen der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik	650	-	-
	Erläuterungen: Es handelt sich um Forderungen nach den Artikeln 21 und 22 des Einigungsvertrages, die mit Inkrafttreten des Finanzvermögen-Staatsvertrages unmittelbares Bundesvermögen geworden sind sowie um Hypothekenforderungen des Deutschen Reiches.			
	Übrige Einnahmen			
234 01 -813	Einnahmen aus Abführungen des Erblastentilgungsfonds	52 000	72 000	76 225
	Haushaltsvermerk: Aus den Einnahmen dürfen Zahlungen an den Erblastentilgungsfonds, die die Ist-Einnahmen auch vorübergehend übersteigen können, zur Erfüllung seiner Verpflichtungen geleistet werden.			
	Erläuterungen: Im Zuge der Integration der Verschuldung des Erblastentilgungsfonds in die Bundesschuld wird der Schuldendienst des Erblastentilgungsfonds aus dem Bundeshaushalt (Kap. 3205) geleistet. Daher wird der Überschuss, der sich aus den eigenen Einnahmen des Erblastentilgungsfonds und den bei ihm verbleibenden Ausgaben ergibt, an den Bundeshaushalt abgeführt. Weniger wegen fortgeschrittener Abwicklung des Erblastentilgungsfonds.			
281 01 -680	Einnahmen aus Rückforderungen wegen unrechtmäßiger Inanspruchnahme des Transferrubel-Verrechnungsverkehrs	20	20	27
	Haushaltsvermerk: Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 671 03.			
	Erläuterungen: Der Transferrubel-Verrechnungsverkehr mit den ehemaligen RGW-Ländern ist nach der deutschen Wiedervereinigung bis Ende 1990 aus Vertrauensschutzgründen fortgeführt worden. Bei Transferrubel-Geschäften, bei denen nachträglich festgestellt wurde, dass die Voraussetzungen zur Teilnahme am Transferrubel-Verrechnungsverkehr nicht vorgelegen haben, führt die KfW Bankengruppe an deutsche Unternehmen zu Unrecht ausgezahlte und zurückgeforderte Beträge auf der Grundlage einer am 29. September 1994 mit dem Bundesministerium der Finanzen geschlossenen Vereinbarung an den Bundeshaushalt ab.			

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Ausgaben

Sächliche Verwaltungsausgaben

537 02 -011	Kosten des Flugdienstes zwischen Bonn und Berlin	-	-	-

Erläuterungen:

Epl.	Bezeichnung	1 000 €
01	Bundespräsident und Bundespräsidialamt	18
02	Deutscher Bundestag	45
03	Bundesrat	30
04	Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt	238
05	Auswärtiges Amt	200
06	Bundesministerium des Innern	460
07	Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz	130
08	Bundesministerium der Finanzen	500
09	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie	808
10	Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft	320
11	Bundesministerium für Arbeit und Soziales	350
12	Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur	147
14	Bundesministerium der Verteidigung	800
15	Bundesministerium für Gesundheit	550
16	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	500
17	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	285
20	Bundesrechnungshof	250
23	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	380
30	Bundesministerium für Bildung und Forschung	400
Zusammen		6 411

Der Titel dient der Abrechnung der Flugleistungen für die obersten Bundesbehörden zwischen Köln/Bonn und Berlin im Rahmen der getroffenen Vereinbarungen.

Die obersten Bundesbehörden und die anderen Nutzer erstatten die auf sie entfallenden Kosten für die Inanspruchnahme des Flugdienstes. Die Mittel hierfür sind in den jeweiligen Einzelplänen veranschlagt und fließen dem Titel zur Verstärkung zu (§ 6 Abs. 6 Satz 1 HG 2014).

539 99 -860	Vermischte Verwaltungsausgaben	100	500	-

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 119 99.

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)

624 01 -813	Zuführungen an den Erblastentilgungsfonds	-	-	-

Haushaltsvermerk:

1. Einnahmen aus dem Anteil des Bundes am Reingewinn der Deutschen Bundesbank, soweit sie den Betrag von **2,5 Mrd. €** übersteigen

6003 Leistungen im Zusammenhang mit der deutschen Einheit

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 624 01

und zur Tilgung fälliger Verbindlichkeiten des Erblastentilgungsfonds benötigt werden, fließen den Ausgaben zu.

2. Erstattungen Dritter fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Im Zuge der Integration der Schulden des Erblastentilgungsfonds in die Bundesschuld (Schuldmitübernahme durch den Bund) wird der Schuldendienst für die Schulden des Erblastentilgungsfonds seit 1999 unmittelbar aus dem Bundeshaushalt (Kap. 3205 und Kap. 3201 Tit. 325 11) geleistet, soweit er nicht Zuführungen aus dem an den Bundeshaushalt abgeführten Bundesbankgewinn erhält:

Nach § 6 Abs. 1 Erblastentilgungsfonds-Gesetz (ELFG) fließen die Einnahmen bei Kap. 6002 Tit. 121 04, soweit sie den Betrag von 3,5 Mrd. € übersteigen, dem Erblastentilgungsfonds zu. Darüber hinaus regelt der Haushaltsvermerk Nr. 1, dass bereits ab einem Betrag von 2,5 Mrd. € Mehreinnahmen am Reingewinn der Deutschen Bundesbank dem Erblastentilgungsfonds zufließen. Einnahmen, die nicht zur Tilgung fälliger Verbindlichkeiten des Erblastentilgungsfonds benötigt werden, werden zur Tilgung der Verbindlichkeiten des Sondervermögens "Investitions- und Tilgungsfonds" (§ 6 Abs. 1 des Gesetzes zur Errichtung eines Sondervermögens "Investitions- und Tilgungsfonds" vom 2. März 2009 (BGBl. I S. 417) in der Fassung vom 25. Juni 2009 (BGBl. I S. 1577)) verwendet.

Soweit der Fonds die bei ihm verbliebenen Verbindlichkeiten nicht aus eigenen Einnahmen decken kann, greift die Bundeshaftung nach § 4 ELFG.

632 01 -249	Zahlungen nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz	119 000	129 000	101 173

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 632 02.

Erläuterungen:

Gemäß § 20 des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes (StrRehaG) vom 29. Oktober 1992 (Bekanntmachung der Neufassung vom 17. Dezember 1999, BGBl. I S. 2664), das zuletzt durch Art. 11 des Gesetzes vom 22. Juni 2011 (BGBl. I S. 1202) geändert worden ist, trägt der Bund 65 Prozent der Ausgaben, die den Ländern durch Leistungen nach diesem Gesetz entstehen. Die Unterstützungsleistungen (§ 18 StrRehaG), die von der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge gewährt werden, trägt der Bund zu 100 Prozent.

632 02 -249	Zahlungen nach dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz	2 000	2 400	1 709

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: 632 01.

Erläuterungen:

Gemäß §§ 28 und 29 des Beruflichen Rehabilitierungsgesetzes (BerRehaG) vom 23. Juni 1994 (Bekanntmachung der Neufassung vom 1. Juli 1997, BGBl. I S. 1625), das zuletzt durch Art. 17 des Gesetzes vom 20. Dezember 2011 (BGBl. I S. 2854) geändert worden ist, trägt der Bund 60 Prozent von den Aufwendungen, die den Ländern durch Geldleistungen nach diesem Gesetz entstehen.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
634 02 -813	Zuweisungen an den Entschädigungsfonds	250 000	150 000 *145 000*	116 350

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind übertragbar.

Erläuterungen:

Der Entschädigungsfonds als nicht rechtfähiges Sondervermögen des Bundes erbringt Wiedergutmachungsleistungen für Vermögensverluste im Beitrittsgebiet. Er wird aus den in § 10 Entschädigungsgesetz (EntschG) genannten Einnahmequellen gespeist. Nach § 10 Abs. 1 Nr. 13 EntschG sind Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt an den Entschädigungsfonds abzuführen. Die Zuschüsse richten sich nach der voraussichtlichen Abarbeitung der Entschädigungsverfahren.

634 41 -813	Zuweisungen an den Fonds nach § 5 Mauergrundstücksgesetz	-	- *4 980*	13 005

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 6004 Tit. 131 01. Die Leistung von Ausgaben bedarf der Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages.

Erläuterungen:

Nach § 2 des Gesetzes über den Verkauf von Mauer- und Grenzgrundstücken an die früheren Eigentümer (MauerG) vom 19. Juli 1996 (BGBl. I S. 980) können Berechtigte ihre früheren, jetzt bundeseigenen Mauer- und Grenzgrundstücke zu 25 Prozent des Verkehrswertes erwerben. Bei für eigene öffentliche Zwecke benötigten Grundstücken haben die Berechtigten einen Anspruch auf 75 Prozent des Verkehrswertes. Die nach Abzug der Leistungen an Berechtigte und der Nebenkosten verbleibenden Einnahmen sind nach § 5 MauerG einem Fonds zur Förderung von wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Zwecken in den neuen Ländern (einschließlich ehemaliges Ost-Berlin) zuzuführen.

671 02 -661	Erstattung von Aufwendungen der KfW Bankengruppe bei der Geschäftsbesorgung für den Ausgleichsfonds Währungsumstellung und für den Erblastentilgungsfonds	220	220	205

Erläuterungen:

Die KfW Bankengruppe führt die Geschäfte des Ausgleichsfonds Währungsumstellung (Fonds) unter der Aufsicht des Bundesministeriums der Finanzen. Nach § 7 Abs. 3 des Gesetzes über die Errichtung des Ausgleichsfonds Währungsumstellung vom 13. September 1990 (GBl. I Nr. 61) i. V. m. Art. 3 Ziffer 9 der Vereinbarung zum Einigungsvertrag sind ihr die Aufwendungen für diese Tätigkeit aus dem Bundeshaushalt zu erstatten. Die Einzelheiten der Erstattung regelt der Geschäftsbesorgungsvertrag zwischen dem Fonds und der KfW Bankengruppe. Aus den Ausgaben werden auch die Aufwendungen für den Geschäftsführer des Ausgleichsfonds Währungsumstellung erstattet. Die KfW Bankengruppe verwaltet auf der Grundlage eines weiteren Geschäftsbesorgungsvertrages die aufgrund des Altschuldenhilfegesetzes dem Erblastentilgungsfonds übertragenen Forderungen und Verbindlichkeiten betreffend Wohnungsbau-Altschulden und Abführungen von Wohnraum-Veräußerungserlösen.

671 03 -680	Erstattung von Aufwendungen und Zahlungen im Zusammenhang mit dem Transferrubel-Verrechnungsverkehr	100	30 *39*	10

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 281 01.

6003 Leistungen im Zusammenhang mit der deutschen Einheit

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 671 03

Erläuterungen:

Der Bund hat der KfW Bankengruppe gemäß einer Vereinbarung vom 29. September 1994 die bei der Beitreibung der Rückforderungen aus dem Transferrubel-Verrechnungsverkehr entstehenden Anwalts- und Gerichtskosten zu erstatten.

Außerdem führt die Bundesrepublik Deutschland Rechtsstreite zur Eintreibung von Rückforderungen.

Zahlungen auf die Rückforderungen werden bei Tit. 281 01 vereinnahmt.

Wirtschaftsplan des Entschädigungsfonds

Lfd. Nr.	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1	2	3	4	5
1.	**Einnahmen**			
1.1	Verwaltungseinnahmen	-	-	4 021
1.2	Abführungen der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS)	-	-	-
1.3	Abführungen des Bundes aus der Verwertung des Finanzvermögens	-	41 500	82 650
1.4	Abführung der Gebietskörperschaften oder sonstigen Träger	-	-	1 977
1.5	Rückflüsse aus Lastenausgleichsleistungen	3 000	3 000	6 630
1.6	Einnahmen nach dem Sachenrechtsänderungsgesetz	2 000	2 000	2 317
1.7	Zuweisungen aus dem Bundeshaushalt	250 000	150 000	116 350
1.8	Übrige Einnahmen	-	-	5 377
1.9	Entnahmen aus Rücklagen	-	-	-
	Gesamteinnahmen	**255 000**	**196 500**	**219 322**
2.	**Ausgaben**			
2.1	Sächliche Verwaltungsausgaben	-	-	1 691
2.2	Rückzahlung an den Bundeshaushalt	-	-	-
2.3	Leistungen nach dem Vertriebenenzuwendungsgesetz	-	-	-
2.4	Entschädigungen für NS-Verfolgte	135 000	100 000	123 753
2.5	Ansprüche, die nach dem Entschädigungsgesetz in bar zu erfüllen sind	115 000	91 500	93 843
2.6	Zinsausgaben (einschl. Marktpflege)	-	-	-
2.7	Tilgung von Schuldverschreibungen ab 2004	-	-	20
2.8	Sonstige Zuweisungen und Zuschüsse	5 000	5 000	15
2.9	Zuführungen an Rücklagen	-	-	-
	Gesamtausgaben	**255 000**	**196 500**	**219 322**

6003 Anlage 2
Wirtschaftsplan des Fonds nach § 5 Mauergrundstücksgesetz (6094)

Überblick zur Anlage	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Übrige Einnahmen..	-	-	-		16 167
Gesamteinnahmen..	-	-	-		16 167
Ausgaben					
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	-	-	-		2 104
Besondere Finanzierungsausgaben.......................	-	-	-		14 062
Gesamtausgaben..	-	-	-		16 166
davon nicht flexibilisiert..	-	-	-		16 166

Wirtschaftsplan des Fonds nach § 5 Mauergrundstücksgesetz (6094)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Einnahmen			
	Übrige Einnahmen			
211 01 -820	Zuweisung des Bundes nach § 5 Mauergrundstücksgesetz	-	-	13 005
	Haushaltsvermerk: Mehreinnahmen sind gemäß § 5 Abs. 1 MauerG zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 685 01, 685 02, 685 03 und 919 01.			
359 01 -850	Entnahme aus Rücklage	-	-	3 162
	Haushaltsvermerk: Mehreinnahmen sind gemäß § 5 Abs. 1 MauerG zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 685 01, 685 02, 685 03 und 919 01.			
	Ausgaben			
	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)			
685 01 -693	Förderung wirtschaftlicher Zwecke in den neuen Ländern (einschl. ehemaliges Ost-Berlin)	-	-	351
	Haushaltsvermerk: Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: 211 01 und 359 01.			
685 02 -290	Förderung sozialer Zwecke in den neuen Ländern (einschl. ehemaliges Ost-Berlin)	-	-	666
	Haushaltsvermerk: Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: 211 01 und 359 01.			
685 03 -187	Förderung kultureller Zwecke in den neuen Ländern (einschl. ehemaliges Ost-Berlin)	-	-	1 087
	Haushaltsvermerk: Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: 211 01 und 359 01.			

6003 Anlage 2 Wirtschaftsplan des Fonds nach § 5 Mauergrundstücksgesetz (6094)

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Besondere Finanzierungsausgaben			
919 01 -850	Zuführung an Rücklage	-	-	14 062

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: 211 01 und 359 01.

Anlage 3 6003

Wirtschaftsplan des Erblastentilgungsfonds - ELF (6093)

Überblick zur Anlage	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen...	52 300	72 500	-20 200		76 225
Übrige Einnahmen..	-	-	-		-
Gesamteinnahmen..	52 300	72 500	-20 200		76 225
Ausgaben					
Schuldendienst..	-	-	-		-
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	52 300	72 500	-20 200		76 225
Gesamtausgaben..	52 300	72 500	-20 200		76 225
davon nicht flexibilisiert...	52 300	72 500	-20 200		76 225

6003 Anlage 3 Wirtschaftsplan des Erblastentilgungsfonds - ELF (6093)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Einnahmen

Haushaltsvermerk:

1. Mehreinnahmen bei folgenden Titeln: Kap. 6093 mit Ausnahme des Titels 221 02 dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 595 15.
2. Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 611 01 und 671 01.

Verwaltungseinnahmen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
119 02 -813	Abführungen von Erlösen aus der Liquidation oder dem Verkauf von Außenhandelsbetrieben	-	-	1 109
	Erläuterungen: Nach § 12 Abs. 6 des Gesetzes über die Errichtung eines Erblastentilgungsfonds (Erblastentilgungsfonds-Gesetz - ELFG) sind Erlöse an den Fonds abzuführen.			
119 03 -813	Abführungen von Privatisierungserlösen aus der Veräußerung von Wohnungsbestand	-	100	11 788
	Erläuterungen: Nach § 2 Abs. 3 ELFG sind dem Fonds in Durchführung des Altschuldenhilfe-Gesetzes Privatisierungserlöse aus der Veräußerung von Wohnungsbestand zuzuführen sowie Zins- und Tilgungszahlungen aus zu viel übernommenen Wohnungsbau- Altverbindlichkeiten zurückzuzahlen. Dem Fonds stehen auch zu viel übernommene Teilentlastungsbeträge einschließlich Zinsen zu.			
119 04 -813	Erstattung der vom Erblastentilgungsfonds geleisteten Tilgungszahlungen aus zuviel übernommenen Wohnungsbau-Altverbindlichkeiten	300	300	412
	Erläuterungen: Siehe Tit. 119 03.			
119 05 -813	Rückzahlung der vom Erblastentilgungsfonds gezahlten Zinsen/Erstattung von Refinanzierungskosten aus zuviel übernommenen Wohnungsbau-Altverbindlichkeiten	50	100	68
	Erläuterungen: Siehe Tit. 119 03.			
119 06 -813	Abführungen von auf Hinterlegungskonten eingezahlten Beträgen aus Schuldbuchforderungen gegen die ehemalige Deutsche Demokratische Republik	-	-	-
	Erläuterungen: Nach § 4 Abs. 2 des DDR-Schuldbuchbereinigungsgesetzes vom 27. September 1994 sind die ab 3. Oktober 1990 eingezahlten Beträge aus Schuldbuchforderungen von den Hinterlegungsstellen ab 1. Januar 1995 an den Fonds zu überweisen.			

Wirtschaftsplan des Erblastentilgungsfonds - ELF (6093)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
119 07 -830	Abführungen des Ausgleichsfonds Währungsumstellung aus eingegangenen Rückzahlungen	51 950	72 000	62 848

Haushaltsvermerk:

Im Rahmen multilateraler Schuldendienstregelungen kann auf Forderungen teilweise verzichtet werden, und können Forderungen mit einem Abschlag vom Nennwert verkauft oder in vergleichbarer Form verwertet werden, wenn dies nach Prüfung im Einzelfall im Hinblick auf die Schuldendienstfähigkeit des betreffenden Schuldnerlandes erforderlich ist.

Erläuterungen:

Nach § 12 Abs. 5 ELFG sind beim Ausgleichsfonds Währungsumstellung eingehende Rückzahlungen an den ELF abzuführen.

Weniger wegen fortgeschrittener Abwicklung des Erblastentilgungsfonds.

119 99 -813	Vermischte Einnahmen	-	-	-

Übrige Einnahmen

162 02 -813	Sonstige Zinseinnahmen	-	-	-
221 02 -820	Zuführungen aus dem Bundesbankgewinn	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 595 16.

Erläuterungen:

Nach § 6 Abs. 1 ELFG fließen die Einnahmen bei Kap. 6002 Tit. 121 04, soweit sie den Betrag von 3,5 Mrd. € übersteigen, dem Erblastentilgungsfonds zu. Sie werden aus Kap. 6003 Tit. 624 01 zugeführt. Darüber hinaus regelt bei Kap. 6003 Tit. 624 01 - Zuführungen an den Erblastentilgungsfonds - der Haushaltsvermerk Nr. 1, dass bereits ab einem Betrag von 2,5 Mrd. € Mehreinnahmen am Reingewinn der Deutschen Bundesbank dem Erblastentilgungsfonds zufließen.

Einnahmen, die nicht zur Tilgung fälliger Verbindlichkeiten des Erblastentilgungsfonds benötigt werden, werden zur Tilgung der Verbindlichkeiten des Sondervermögens "Investitions- und Tilgungsfonds" (§ 6 Abs. 1 des Gesetzes zur Errichtung eines Sondervermögens "Investitions- und Tilgungsfonds" vom 2. März 2009 (BGBl. I S. 417)) verwendet.

Ausgaben

Schuldendienst

595 15 -830	Sonstige Ausgaben, insbesondere Erstattungspflichten des Fonds aus Einnahmen der Vorjahre	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: Anlage 3 zu Kap. 6003.

6003 Anlage 3
Wirtschaftsplan des Erblastentilgungsfonds - ELF (6093)

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Noch zu Titel 595 15				
	Erläuterungen: Bei Einnahmen betreffend Titel 119 02 - 119 07, insbesondere Erlösabführungen der Wohnungsbauunternehmen und Abführungen der Geldinstitute nach § 43 a des Gesetzes über die Eröffnungsbilanz in Deutscher Mark und die Kapitalneufestsetzung (D-Markbilanzgesetz - DMBilG) kann es - z. B. aufgrund von Bescheidänderungen - zu Rückgewähransprüchen gegen den Fonds kommen, die nicht aus Einnahmen des laufenden Wirtschaftsjahres abgedeckt werden können.			
595 16 -830	Tilgungsbeiträge des Erblastentilgungsfonds für seine von Bund übernommenen Schulden aus den Zuführungen aus dem Bundesbankgewinn	-	-	-
	Haushaltsvermerk: Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 221 02.			
	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)			
611 01 -820	Abführungen an den Bundeshaushalt	52 000	72 000	76 225
	Haushaltsvermerk: 1. Die Ausgaben sind mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 671 01. 2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: Anlage 3 zu Kap. 6003.			
	Erläuterungen: Der Überschuss, der sich aus den eigenen Einnahmen des Erblastentilgungsfonds und den bei ihm verbleibenden Ausgaben ergibt, wird an den Bundeshaushalt (Kap. 6003 Tit. 234 01) abgeführt. Weniger wegen fortgeschrittener Abwicklung des Erblastentilgungsfonds.			
671 01 -830	Erstattung Verwaltungsaufwendungen, Zinsausgaben und sonstige Verluste der Außenhandelsbetriebe aus der Abwicklung von Forderungen und Verbindlichkeiten aus dem DDR-Außenhandels- und Valutamonopol	300	500	-
	Haushaltsvermerk: 1. Die Ausgaben sind mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 611 01. 2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: Anlage 3 zu Kap. 6003. 3. Einnahmen aus Rückzahlungen der Außenhandelsbetriebe fließen den Ausgaben zu.			
	Erläuterungen: Nach § 2 Abs. 1 Ziffer 1 d und Ziffer 3 ELFG hat der Fonds ab 1. Januar 1995 die bis zu diesem Zeitpunkt aufgelaufenen Verbindlichkeiten des Kreditabwicklungsfonds aus den Verpflichtungen des Bundes und aus den Kosten der Abwicklung von Auslandsforderungen und -verbindlichkeiten der ehemaligen DDR sowie die sich daraus nach dem 1. Januar 1995 ergebenden Verpflichtungen und Kosten übernommen.			

Vorbemerkung

Nach dem Gesetz zur Gründung einer Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA-Errichtungsgesetz) ist mit Wirkung vom 1. Januar 2005 die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (Bundesanstalt) errichtet worden. Bei der Bundesanstalt handelt es sich um eine bundesunmittelbare rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts; sie steht unter der Fach- und Rechtsaufsicht des Bundesministeriums der Finanzen.

Die Bundesanstalt nimmt die bis Ende 2004 von der Bundesvermögensverwaltung wahrgenommenen und ihr durch das BImA-Errichtungsgesetz übertragenen liegenschaftsbezogenen sowie sonstigen Aufgaben eigenverantwortlich wahr. Hierzu zählt insbesondere die Verwaltung der Dienstliegenschaften des Bundes nach wirtschaftlichen Grundsätzen. Die Bundesanstalt hat dabei das Ziel, eine einheitliche Verwaltung des Liegenschaftsvermögens des Bundes nach kaufmännischen Grundsätzen vorzunehmen und nicht betriebsnotwendiges Vermögen wirtschaftlich zu veräußern. Die auf der Grundlage eines Wirtschaftsplans, in dem die Erträge und Aufwendungen der Bundesanstalt dargestellt sind (Anlage 1 zum Kapitel 6004), an den Bund zu leistende Abführung ist in diesem Kapitel bei Titel 121 01 veranschlagt.

Im Rahmen des Einheitlichen Liegenschaftsmanagements (ELM) führt die Bundesanstalt seit dem Haushaltsjahr 2005 neue Baumaßnahmen für die Bundesbehörden auf den ihr übertragenen bzw. von ihr zu beschaffenden Liegenschaften durch. Ab dem Haushaltsjahr 2013 erfolgt die Finanzierung der Kosten durch die Bundesanstalt, die nicht zur Kreditaufnahme am Kapitalmarkt ermächtigt ist, aus dem eigenen Wirtschaftsplan. Die Refinanzierung ist durch die von den Nutzern zu zahlenden und in den Ressorteinzelplänen veranschlagten Mieten sichergestellt.

Überblick zum Kapitel 6004	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen..	2 816 630	2 781 672	+34 958		2 565 447
Übrige Einnahmen..	39 500	39 500	-		21 616
Gesamteinnahmen..	2 856 130	2 821 172	+34 958		2 587 063
Ausgaben					
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	-	-	-		-
Ausgaben für Investitionen....................................	-	-	-		201 686
Gesamtausgaben...	-	-	-		201 686
davon nicht flexibilisiert...	-	-	-		201 686

6004 Bundesimmobilienangelegenheiten

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Einnahmen			
	Verwaltungseinnahmen			
119 99 -811	Vermischte Einnahmen	-	-	-
121 01 -811	Abführung der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben	2 816 630	2 781 672	2 560 636

Haushaltsvermerk:

1.6.3 Mehreinnahmen zu Nr. 2.1 der Erläuterungen durch die Veräußerung des vom Zentralinstitut des Sanitätswesens der Bundeswehr genutzten Grundstücks in Koblenz dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: Kap. 1412 Tit. 558 11.

2. Die vorübergehende Abgabe von Grundstücken im Vermögen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (§ 61 Abs. 4 in Verbindung mit Abs. 1 Satz 1 BHO) ist ohne Werterstattung zulässig. Sie bedarf der Zustimmung des Bundesministeriums der Finanzen.

3. Nach § 63 Abs. 4 BHO in Verbindung mit § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass mietzinsfrei überlassen werden:

3.1 Grundstücke den Trägern des Schutzes von Kulturgut zur Durchführung des Zivilschutzneuordnungsgesetzes vom 25. März 1997 (BGBl. I S. 726) sowie zu der Konvention vom 14. Mai 1954 zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten für die Dauer und den Umfang des Bedarfs,

3.2 Grundstücke, auf denen ehemalige öffentliche Schutzbauwerke vorhanden sind, den Gemeinden im Falle der Wiederverwendung der Schutzbauwerke für Zivilschutzzwecke,

3.3 für Verwaltungszwecke nicht benötigte Grundstücke den Sozialwerken der Bundesverwaltung als Ferienwohnheime mit der Maßgabe mietzinsfrei bereitgestellt werden, dass die Sozialwerke im Regelfall die Betriebskosten übernehmen und sich an den Kosten für Bauunterhaltungs-, Modernisierungs-, Umbau- und Erstinstandsetzungsmaßnahmen angemessen beteiligen. Das Nähere wird durch Richtlinien des Bundesministeriums der Finanzen bestimmt.

3.5 Grundstücke den Ländern oder Gemeinden zur Eingliederung der Aussiedler für deren vorübergehende Unterbringung.

6. Nach § 63 Abs. 4 BHO in Verbindung mit § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Liegenschaften an Zuwendungsempfänger, die vom Bund und den Ländern gemeinsam gefördert werden, unentgeltlich überlassen werden. Voraussetzung ist, die Länder handeln entsprechend. Die unentgeltliche Überlassung bedarf der Einwilligung des Bundesministeriums der Finanzen.

6.4 Nach § 63 Abs. 4 BHO in Verbindung mit § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass folgende Grundstücke den

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 121 01

genannten Nutznießern für die Dauer und den Umfang des Bedarfs unentgeltlich überlassen werden:

6.4.5 Marburg, Gisonenweg 5-7 - Herder-Institut e. V. (Kap. 0405 Tit. 632 71)

6.4.6 Berlin-Mitte, Wilhelmstr. 50 (Teile der Liegenschaft) - Stiftung Topographie des Terrors (Kap. 0405 Tit. 685 61)

6.4.10 Berlin-Tiergarten, von-der-Heydt-Str. 16-17, Tiergartenstr. 9a, Berlin-Tiergarten, Genthiner Str. 38, sowie Berlin-Köpenick/ Treptow, Fürstenwalder Damm 388 (Teile der Liegenschaft), - Stiftung Preußischer Kulturbesitz (Kap. 0405 Tit. 685 31)

6.4.13 Berlin-Tempelhof-Schöneberg, Marienfelder Allee 66-80 (Teilbereiche der Liegenschaft) - Verein "Erinnerungstätte Notaufnahmelager Marienfelde" e. V.

6.9.1 Darmstadt, Robert-Bosch-Straße 5 zuzügl. Erweiterungsfläche von 0,92 ha, Köln-Porz, Linder Höhe (0,8 ha) - Europäische Weltraumorganisation (ESA) in Paris (Kap. 0901 Tit. 896 31)

6.9.2 Köln-Porz-Wahn, Linder Höhe (rd. 55 ha), Göttingen, Bunsenstraße 10, Oberpfaffenhofen (Kreis Starnberg), Münchner Straße 20, Trauen (Kreis Celle), Gemarkung Fassberg, Flur 6, Flurstück 3/1, Braunschweig-Querum, Flur 7, Flurstück 384/17 (7 367qm), Neustrelitz, Kalkhorstweg 53, Flur 55, Flurstück 73 (rd. 8,25 ha) und Flurstück 75/2 (rd. 0,4 ha) - Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e. V. (DLR), Köln (Kap. 0901 Tit. 685 31 und 894 31)

6.9.3 Köln-Porz-Lind, Erbbaurecht an 45 ha - Europäischer Transschall-Windkanal GmbH (ETW) (Kap. 0901 Tit. 685 31)

6.30.1 München, Hansastraße 27, Freiburg i. B., Heidenhofstr. 2 und 8, Holzkirchen ehem. Flugplatz, Schmallenberg (Hochsauerland), Gemarkung Grafschaft, Flur 1, Flurstück 40, Hof (Saale), Großer Kornberg, Birlinghoven (Rhein-Sieg-Kreis), Schloss Birlinghoven, Darmstadt, Rheinstraße 75-77 und Feldstraße 10 -Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e. V. (FhG) in München (Kap. 3004 Tgr. 60)

6.30.2 Hamburg-Groß-Flottbeck, Notkestraße 85 u. a. - Stiftung Deutsches Elektronen-Synchrotron (DESY) in Hamburg (Kap. 3004 Tit. 685 70 Erl. Nr. 2)

6.30.3 Neuherberg (bei München), Ingolstädter Landstraße 1, Helmholtz-Zentrum München, Deutsches Forschungszentrum für Gesundheit und Umwelt GmbH in München (Kap. 3004 Tit. 685 70 Erl. Nr. 8)

6.30.9 Bremerhaven, Adolf-Butenandt-Str. (Gebäude 600), Helgoland, Teile der ehemaligen Marineanlage, Gätkestraße 510 u. a. - Stiftung Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung (AWI), Bremerhaven (Kap. 3004 Tit. 685 70 Erl. Nr. 1)

6.30.10 Oberschleißheim, ehemaliger Flugplatz, Erbbaurecht an 17,0 ha, München, Teilfläche des HZA München - Deutsches Museum in München (Kap. 3003 Tit. 632 50 Erl. Nr. 2.2)

6.30.11 Berlin-Lichterfelde, Finckensteinallee 63 u. a. (1. Obergeschoss des Gebäudes 909 in der ehemaligen Andrews- Kaserne) - Außenstelle Potsdam des Instituts für Zeitgeschichte (IfZ) (Kap. 3003 Tit. 632 50 Erl. Nr. 2.1)

6004 Bundesimmobilienangelegenheiten

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 121 01

6.30.13 Wilhelmshaven, Marineanlage Fliegerdeich - Senckenberg Forschungsinstitute und Naturmuseen (SFN) (Kap. 3003 Tit. 632 50 Erl. Nr. 5.2)

6.30.16 Potsdam, Auf dem Telegrafenberg "Wissenschaftspark Albert Einstein" (Teilfläche von 26.759 qm) - Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung e. V. (PIK) (Kap. 3003 Tit. 632 50 Erl. Nr. 4.4)

6.30.17 Potsdam, Auf dem Telegrafenberg, Teilfläche des Flurstücks 67/2 der Flur 14 in der Gemarkung Potsdam (Teilfläche von rd. 37.124 qm) und Flurstück 67/1 Flur 14 - Helmholtz Zentrum Potsdam, Deutsches GeoForschungs-Zentrum-GFZ, Potsdam (Kap. 3004 Tit. 685 70 Erl. Nr. 6)

6.30.18 Berlin-Tiergarten, Erbbaurecht an Reichpietschufer 50 u. a. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB) (Kap. 3003 Tit. 632 50 Erl. Nr. 3.10)

7. Nach § 63 Abs. 4 BHO in Verbindung mit § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass folgende Grundstücke den genannten Nutznießern für die Dauer und den Umfang des Bedarfs wie folgt überlassen werden:

7.1 Unentgeltlich:

7.1.1 Berlin-Tiergarten, Reichpietschufer 72-76/Stauffenbergstraße 11-14, (Bendlerblock, Teile der Liegenschaft) - Stiftung Gedenkstätte Deutscher Widerstand

7.1.4 Berlin-Wedding, Müllerstr. 74 (Centre Francais - zur Einrichtung einer deutsch-französischen Jugendbegegnungsstätte) nebst vorhandenem Mobiliar/Einrichtungsgegenständen - Centre Francais de Berlin GmbH

7.1.7 Berlin-Charlottenburg, Theodor-Heuss-Platz 5/Thüringer Allee 1 und 2 (Edinburgh-House) - Internationales studentisches Begegnungszentrum nebst den Einrichtungsgegenständen und dem vorhandenen Mobiliar - dem Deutschen Studentenwerk als Verwalter für eine noch zu gründende Stiftung (künftiger Träger)

7.1.15 Berlin-Mitte, Am Molkenmarkt 1 - 3 (Teile der Liegenschaft) - Deutsch-Französisches Jugendwerk (DFJW) (Kap. 1702 Tit. **686 07**)

7.1.17 Bonn, Görresstr. (ehem. Plenarbereich - zur Nutzung als Tagungs- und Kongresszentrum nebst Inventar - Stadt Bonn)

7.2 Gegen ein ermäßigtes Entgelt:

7.2.1 Berlin-Kreuzberg, Gitschiner Str. 97-103 - Europäische Patentorganisation

30.7 Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, ein Grundstück in der Gemarkung Geisa/ Rasdorf-Grüsselbach an den künftigen Träger des Grenzlandmuseums unentgeltlich zu übereignen.

30.14 Es wird zugelassen, dass für die Dauer des Bedarfs und der unentgeltlichen Überlassung des landeseigenen Grundstücks in Berlin-Dahlem, Ihnestraße 19, durch das Land Berlin an den Zuwendungsempfänger Max-Planck-Gesellschaft (MPG) das auf dem Grundstück mit Bundesmitteln errichtete Gebäude der MPG unentgeltlich überlassen wird und darüber hinaus während dieser Zeit ein Wertausgleich an den Bund nicht zu leisten ist.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 121 01

50.3 Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass der Eigentumsanteil des Bundes an Schatzfunden auf die Länder übertragen wird, soweit dieser 10 T€ nicht überschreitet.

60.1 Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass gesamtstaatlich repräsentative Naturschutzflächen des Bundes ("Nationales Naturerbe") / der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben unentgeltlich an die Bundesländer, eine Bundes- oder Landesstiftung sowie an andere Träger des Naturschutzes auf Vorschlag des jeweiligen Belegenheitslandes übertragen werden dürfen mit den Maßgaben, dass

der Empfänger die mit der Eigentumsübertragung verbundenen Kosten (Vertragskosten, Gebühren, Grunderwerbsteuer, Vermessungskosten etc.), erforderliche Aufwendungen insbesondere für die Beseitigung von Altlasten und alle auf den Liegenschaften lastenden sonstigen tatsächlichen und rechtlichen Risiken trägt, die dauerhafte Sicherung des Naturschutzes gewährleistet und grundsätzlich das in der Flächenbewirtschaftung tätige Personal der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben übernimmt oder die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben mit der Bewirtschaftung der übernommenen Flächen beauftragt und den Aufwand erstattet, der bei der Bundesanstalt für das vor der Eigentumsübertragung für diese Flächen eingesetzte Personal entstanden wäre. Die Beauftragung der Bundesanstalt soll mindestens bis zu dem Zeitpunkt dauern, zu dem das eingesetzte Personal ohne die Eigentumsübertragung dieser Flächen abgebaut wäre.

Wird die Beseitigung von Altlasten erforderlich, sind die hierfür notwendigen Aufwendungen grundsätzlich von den Flächenempfängern zu tragen, hiervon abweichende Regelungen bedürfen der Zustimmung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages.

60.2. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, die Dienstliegenschaft, die in den Grundbüchern von Remlingen, Blatt 213 und 296, Groß Denkte, Blatt 455, sowie Wendessen, Blatt 285 (Schachtanlage ASSE) aufgeführt sind, unentgeltlich an das **BMUB,** endvertreten durch das Bundesamt für Strahlenschutz, zu übereignen.

61. Haben Grundstücke erheblichen Wert oder besondere Bedeutung und ist ihre Veräußerung im Haushaltsplan nicht vorgesehen, so dürfen sie in Abweichung von § 64 Abs. 2 BHO mit Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages und des Finanzausschusses des Bundesrates veräußert werden, soweit nicht aus zwingenden Gründen eine Ausnahme hiervon geboten ist.

Ist die Zustimmung aus zwingenden Gründen nicht eingeholt worden, so sind der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages und der Finanzausschuss des Bundesrates alsbald von der Veräußerung zu unterrichten.

Erläuterungen:

Wirtschaftsplan siehe Anlage zum Kapitel 6004.

Bezeichnung	1 000 €
1. Abführung	2 816 630
2.1 Einnahmen aus Grundstücksveräußerungen der im Haushaltsvermerk 1.6.3 genannten Liegenschaften	-
Zusammen	2 816 630

6004 Bundesimmobilienangelegenheiten

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €

Noch zu Titel 121 01

Gemäß Beschluss des Haushaltsausschusses vom 21. März 2012 (Ausschussdrucksache 17(8)4356) wird zugelassen, dass die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben an Gebietskörperschaften sowie privatrechtliche Gesellschaften/Unternehmen, Stiftungen oder Anstalten, an denen die Kommune/Gebietskörperschaft mehrheitlich beteiligt ist, die in deren Gebiet gelegenen entbehrlichen Grundstücke, die unmittelbar aus militärischer Vornutzung stammen und zu militärischen Zwecken genutzt wurden (Konversionsgrundstücke), zum gutachterlich ermittelten Verkehrswert ohne Bieterverfahren veräußert (Erstzugriff). Kaufangebote Dritter bleiben in diesem Fall unberücksichtigt.

Übersicht zu den Baumaßnahmen siehe Anlage zum Kapitel 6004.

131 01 -811	Erlöse aus der Veräußerung von ehem. Mauer- und Grenzgrundstücken	-	-	4 811

Haushaltsvermerk:

1. Mehreinnahmen dienen zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 681 01.
2. Mehreinnahmen (verbleibende) sind nach § 5 Mauergrundstücksgesetz zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: Kap. 6003 Tit. 634 41.

Erläuterungen:

In diesem Titel sind Erlöse aus der Veräußerung von Grundstücken an die früheren Eigentümer, ihre Gesamtrechtsnachfolger oder an Dritte sowie Stundungszinsen nach dem Mauergrundstücksgesetz zu vereinnahmen.

Übrige Einnahmen

162 01 -812	Zinsen aus Darlehen des Bundes an die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben	31 065	31 390	14 953
182 01 -812	Tilgung von Darlehen des Bundes an die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben	8 435	8 110	6 663

Ausgaben

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)

681 01 -811	Ausgaben zur Erfüllung von Ansprüchen Berechtigter nach § 3 Abs. 1 und 2 des Mauergrundstücksgesetzes sowie anfallende Nebenkosten nach § 2 Abs. 2 des Mauergrundstücksgesetzes.	-	-	-

Haushaltsvermerk:

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 131 01.

Dies gilt auch für zu erwartende Einnahmen aus bestehenden Ansprüchen. Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.

Titel Funktion	Z w e c k b e s t i m m u n g	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Ausgaben für Investitionen			
861 01 -811	Betriebsmitteldarlehen an die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben	-	-	-
	Haushaltsvermerk:			
	Einnahmen aus der Tilgung von Betriebsmitteldarlehen fließen den Ausgaben zu.			
	Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel			
687 01 -811	Leistungen an die Jewish Claims Conference (JCC) und an andere Berechtigte für Abfindungen vermögensrechtlicher Ansprüche gegen die Bundesrepublik Deutschland		-	-

6004 Anlage 1 Wirtschaftspläne

Anlage zu Kapitel 6004 - Wirtschaftspläne

Zu Tit. 121 01

Bundesanstalt für Immobilienaufgaben des Bundes

	Wirtschaftsplan	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	1	2	3	4
1.	**Erfolgsplan**			
	Die voraussichtlichen Aufwendungen und Erträge betragen:			
1.1	**Erträge**	5 020 288	5 037 891	4 213 479
1.1.1	Umsatzerlöse Leistung	4 360 754	4 333 046	3 310 347
1.1.1.1	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung Umlaufvermögen (UV)	265 340	292 956	288 241
1.1.1.2	Einnahmen aus Nebenkostenabrechnung UV	67 390	70 734	68 622
1.1.1.3	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung Anlagevermögen (AV)	3 699 632	3 684 168	2 712 653
1.1.1.3.1	*davon Nettokaltmieten AV - anstaltseigene Objekte*	*3 082 184*	*3 041 043*	*2 262 860*
1.1.1.3.2	*davon Einnahme für Drittvermietung*	*148 563*	*179 890*	*126 772*
1.1.1.3.3	*davon Einnahmeanteil für Bauunterhalt AV*	*468 885*	*463 235*	*323 020*
1.1.1.4	Einnahmen aus Nebenkostenabrechnung AV	328 391	285 187	240 830
1.1.2	Umsatzerlöse Ware	514 024	590 952	581 599
1.1.2.1	Verkäufe UV	377 200	427 250	400 137
1.1.2.2	Verkäufe Bundeswehrliegenschaften	25 000	30 000	41 208
1.1.2.3	Aufwandserstattung Verwaltung Finanzvermögen	-	19 650	17 819
1.1.2.4	Verkäufe Forst	51 235	53 720	51 883
1.1.2.5	Sonstige Verkäufe und Dienstleistungsentgelte	60 589	60 332	70 552
1.1.3	Bestandsveränderungen Vorräte Bundesforst	-100	-	200
1.1.4	Sonstige betriebliche Erträge	145 610	113 894	321 333
1.1.4.1	Erträge aus Erlösauskehr	2 404	3 570	4 860
1.1.4.2	Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	85 537	12 055	223 777
1.1.4.3	Erträge aus der Inanspruchnahme von Rückstellungen	47 871	89 483	47 523
1.1.4.4	übrige betriebliche Erträge	9 799	8 786	45 174
1.1.4.5	Haushaltsmittel Instandhaltungsstau	-	-	-
1.2	**Aufwendungen**	**-3 370 380**	**-3 507 101**	**-3 148 891**
1.2.1	Aufwendungen für veräußerte/veräußerbare Grundstücke	-433 808	-489 497	-260 334
1.2.1.1	Buchwertabgang der veräußerten Grundstücke (UV+BW)	-395 000	-451 000	-228 589
1.2.1.2	Nebenkosten für veräußerte/veräußerbare Grundstücke	-38 808	-38 497	-31 745
1.2.2	Materialaufwand	-1 124 839	-1 146 557	-975 506
1.2.2.1	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	-8 922	-9 458	-9 817
1.2.2.2	Aufwendungen für bezogene Leistungen	-1 115 916	-1 137 099	-965 690
1.2.2.2.1	Aufwendungen für Bewirtschaftung	-460 601	-421 496	-370 315
	davon Bewirtschaftung AV	*-359 809*	*-312 728*	*-257 915*
	davon Bewirtschaftung UV	*-100 792*	*-108 769*	*-112 400*
1.2.2.2.2	Aufwendungen für Anmietung	-148 563	-179 890	-126 778
1.2.2.2.3	Aufwendungen für Instandhaltung/Bauunterhalt/Altlastenbeseitigung	-506 753	-535 713	-468 596
	davon Aufwendungen für Instandhaltung/Bauunterhalt/Altlastenbeseitigung AV	*-411 025*	*-453 871*	*-322 626*
	davon Aufwendungen für Instandhaltung/Bauunterhalt/Altlastenbeseitigung UV	*-95 728*	*81 842*	*-145 971*
1.2.3	Personalaufwand	-338 896	-326 204	-310 551
1.2.3.1	Löhne, Vergütung und Besoldung	-260 377	-246 752	-238 234
1.2.3.2	Soziale Abgaben	-41 299	-49 989	-36 514
1.2.3.3	Altersvorsorge, Unterstützung inkl. Versorgungsrücklage gem. § 19 BImAG	-38 727	-38 663	-38 721
1.2.3.4	Personalnebenkosten/Rückstellungen	1 507	9 200	2 918
1.2.4	Abschreibungen	-1 216 697	-1 269 340	-1 308 686
1.2.4.1	Abschreibungen auf immat. Vermögensgegenstände des AV und Sachanlagen	-17 053	-36 572	-61 503
1.2.4.2	Abschreibungen auf Gebäude UV und AV	-1 075 663	-1 111 216	-1 064 691
1.2.4.3	Abschreibungen auf das Sonderverlustkonto aus Rückstellungsbildung nach § 17 Abs. 4 DMBiLG	-123 981	-121 552	-182 492
1.2.5	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-61 816	-76 022	-148 266
1.2.5.1	Aufwendungen Raumkosten, Mieten, Leasing, Pachten	-7 726	-9 472	-5 748
1.2.5.2	Aufwendungen Beratung, Rechtschutz	-21 783	-18 126	-37 058
1.2.5.3	Aufwendungen Verwaltung und Kommunikation	-8 065	-15 285	-9 626

Wirtschaftsplan		Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
1		2	3	4
1.2.5.4	Übrige betriebliche Aufwendungen	-24 242	-33 138	-95 834
1.2.6	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	9 516	10 398	5 502
1.2.7	Zinsaufwand	-203 840	-209 879	-151 050
1.2.7.1	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-179 938	-178 489	-134 022
1.2.7.2	Zinsaufwand für vom Bund gewährte Baudarlehen	-23 902	-31 390	-17 028
1.3	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1 649 908	1 530 791	1 064 587
1.4	Sonstige Steuern	-15 376	-15 546	-18 333
1.5	Gemeinkostenumlage	-	-	-
1.6	Jahresüberschuss/-Jahresfehlbetrag	1 634 532	1 515 245	1 046 255
	Abführung Gesamt (Cash Flow)	2 716 630	2 808 837	2 560 636
	davon Abführung Umlaufvermögen	*197 923*	*300 474*	*249 460*
	davon Abführung Anlagevermögen	*2 518 708*	*2 481 198*	*2 285 311*
	davon Abführung Bundeswehr	-	*27 165*	*25 865*
2.	**Finanzplan**			
2.1	Jahresüberschuss/-Jahresfehlbetrag	1 634 532	1 515 245	1 046 255
2.2	nicht ausgabewirksame bilanzmäßige Abschreibung	1 090 458	1 147 380	1 013 475
2.3	Veränderungen SVK nach § 17 DMBilG	123 981	121 552	182 492
2.4	Veränderungen Rückstellung	21 361	27 583	-44 391
2.5	Veränderung der zum Verkauf bestimmten Grundstücke	395 000	451 000	213 319
2.6	Wertveränderungen des AV und UV	12 995	13 516	109 282
2.7	Veränderungen Wertberichtigungen auf Forderungen	-	-	11 270
2.8	Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstän-den sowie der aktiven Rechnungsabgrenzungsposten/BK-Vorauszahlungen	-	-	49 882
2.9	Zunahme/Abnahme der erhaltenen Anzahlungen	-	-	-172
2.10	Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten sowie der passiven Rechnungsabgrenzungs-posten	-	-	95 706
2.11	Summe zu 2. (Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit)	3 278 327	3 276 276	2 677 117
3.	**Plan der Investitionen**			
3.1	Investitionen in das AV	-544 437	-462 289	-354 500
3.1.1	Immaterielles Vermögen	-2 383	-2 065	-2 203
3.1.2	Grundstücke	450	-	-18 680
3.1.3	Technische Anlagen und Maschinen	-1 190	-1 784	-1 205
3.1.4	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	-49 669	-39 804	-40 519
3.1.5	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	-479 440	-399 660	-285 428
3.1.6	Investitionen Gebäude Cash Cows	-11 305	-18 976	-6 466
3.2	Investitionen in das UV	-34 710	-24 205	-28 115
3.2.1	Investitionen Gebäude UV	-34 710	-24 205	-28 115
3.3	Investitionszuschüsse u. a.	-	-	2 782
3.3.1	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Anlagevermögens, Investitionszu-schüsse und in einem Sonderposten ausgewiesene Investitionszuschüsse			2 782
	Summe zu 3. (Cash Flow aus der Investitionstätigkeit)	-579 147	-486 494	-379 833
4.	**Abführungen/Finanzierungstätigkeit**			
4.1	Abführung an den Bund	-2 713 245	-2 808 837	-2 560 636
4.1.1	*davon Abführung UV*	*-250 453*	*-300 474*	*-249 460*
4.1.2	*davon Abführung AV*	*-2 462 793*	*-2 481 198*	*-2 285 311*
4.1.3	*davon Abführung Bundeswehr*	-	*-27 165*	*-25 865*
4.2	Korrektur Erlösauskehr Bundeswehr und Mauergrundstücke	2 000	29 165	30 675
4.3	Abführungsbetrag Mauergrundstücke	-2 000	-2 000	-4 811
4.4	Veränderung Liquidität	-	-	-
4.6	Einzahlungen aus durch den Bund gewährten Baudarlehen, Energetische Maßnahmen etc.	-	-	201 686
4.7	Tilgung Bundesdarlehen	-8 435	-8 110	-6 518
	Summe zu 4. (Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit)	-2 699 180	-2 789 782	-2 339 603

Stand 1. Regierungsentwurf 2014, Überarbeitung des Wirtschaftsplans bis zum Zeitpunkt der Drucklegung noch nicht abgeschlossen.
Zu 1.2.6: Diese Wirtschaftsplanposition ist als positiver Ertrag geplant.
Zu 4.2: Diese Wirtschaftsplanposition enthält ab dem Jahr 2014 lediglich die Korrektur Erlösauskehr Mauergrundstücke.

6004 Anlage 1
Wirtschaftspläne

Die Bundesanstalt darf die für die Umsetzung des Sanierungsfahrplans im Wirtschaftsplan und in der Mittelfristplanung bis 2017 eingeplanten Basis-Beträge (Ausgaben und vertragliche Bindungen) überschreiten, sofern die Umsetzung des Sanierungsfahrplans dies erforderlich macht. Sofern die Beträge nicht an anderer Stelle im Wirtschaftsplan ausgeglichen werden können, kann der Abführungsbetrag an den Bundeshaushalt im Vollzug mit Einwilligung des Bundesministeriums der Finanzen abgesenkt werden. Dies wird im Rahmen der künftigen Haushaltsverhandlungen berücksichtigt.

Baumaßnahmen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben einschließlich Grunderwerb für Zwecke des Bundes

Nr. (gem. Epl.)	**Mehrjährige Maßnahmen** (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamt-ausgaben des Bundes	Verausgabt bis 2012	prognos. maßnahmenbezogener Mittelabfluss		Vorbe-halten für 2015 ff
				2013	2014	
		1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €
1	2	3	4	5	6	7
4	Baumaßnahme im Geschäftsbereich des Bundeskanzleramtes					
4.1	Chausseestraße, Berlin-Mitte					
	Grunderwerbskosten	66 673	66 673	-	-	-
4.1.1	Baumaßnahme	723 780	552 669	86 075	60 413	24 622
4.1.2	Erwartete Mehrkosten	25 000	19 392	3 020	2 120	468
4.1.3	Indexsteigerung	55 970	42 939	6 688	4 694	1 649
4.1.4	4. Nachtrag	101 150	77 568	12 081	8 479	3 023
4.2	Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung Berlin, "Deutschlandhaus"	37 645	1 483	1 085	7 245	27 832
4.4	IT-Maßnahme BK FM-1035	15 250	11 831	1 890	1 529	-
	Baumaßnahme im Geschäftsbereich der Bundesregierung (AA, BMVg, BK)					
4.7	Internationaler Flughafen BER					
4.7.1	Kosten im Zusammenhang mit dem Erbbaurechtsvertrag	2 765	2 740	25	-	-
4.7.2	Baumaßnahme	299 208	19 274	4 166	30 900	244 418
4.7.3	Terminal A Interim Davonposition BER Baumaßnahme	4 235	1 530	19	90	2 596
5	Baumaßnahmen im Geschäftsbereich des AA					
5.3	Internat. Kindertagesstätte, Bonn	5 806	2 016	3 193	597	-
5.4	UN-Campus	92 114	65 122	15 009	766	11 217
5.5	UN-Erweiterung für UNFCCC	71 130	9	387	550	70 184
6	Baumaßnahmen im Geschäftsbereich des BMI					
6.1	Neubau Ministerium	208 130	53 980	68 868	60 000	25 282
6.1.1	Grunderwerbskosten	2 321	2 021	-	100	200
6.1.2	SBB BMI Lüneburger Str.	4 183	32	-	3 500	651
6.2	Bundespolizeipräsidium BB					
6.2.1	Grunderwerbskosten	3 167	267	-	2 900	-
6.2.2	Baumaßnahme	71 664	-	-	25	71 639
6.3	Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Casino	10 402	-	-	-	10 402
6.4	Neubau + Sanierung in Lübeck					
	THW Maßnahmen					
6.10	THW Kaiserslautern, Deltafinanzierung	490	445	28	17	-
6.11	THW Bundesschule Neuhausen	4 300	676	230	2 500	894
6.12	THW OV Neuhausen	1 729	-	704	150	875
6.13	THW Frankfurt/Main	3 768	-	-	768	3 000
6.14	THW OV Bad Mergentheim	1 806	131	1 485	190	-
6.16	THW OV Roding	1 460	-	-	1 200	260
6.17	THW OV Miesbach	1 611	162	1 143	306	-
	BPol Maßnahmen					
6.39	Bpol Aachen, Herrichtungsmaßnahme	6 821	-	3 359	900	2 562
6.40	Bpol Sankt Augustin, Erweiterungsbau Luftfahrerschule	4 932	2 103	2 785	44	-
6.44	Bpol Berlin, Reiterstaffel	5 852	-	-	3 200	2 652
7	Baumaßnahmen im Geschäftsbereich des BMJV					
7.1	Bundesamt für Justiz (BfJ) Bonn, Erweiterungsbau	20 000	-	-	200	19 800
7.2	DPMA Gitschiner Str. 97-103, Umbau Lesehalle	2 047	-	-	409	1 638

Nr. (gem. Epl.)	**Mehrjährige Maßnahmen** (davon neue Maßnahmen in Fettdruck)	Gesamt-ausgaben des Bundes 1 000 €	Verausgabt bis 2012 1 000 €	prognos. maßnahmenbezogener Mittelabfluss 2013 1 000 €	2014 1 000 €	Vorbe-halten für 2015 ff 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7
7.5	**Europäisches Patentamt, Berlin - Herrichtung.................................**	**41 004**	**-**	**-**	**7 687**	**33 317**
8	Baumaßnahmen im Geschäftsbereich des BMF					
8.5	HZA Erfurt..	11 038	3 872	4 976	859	1 331
8.10	HZA Berlin-Spandau - Errichtung einer Raumschießanlage.................	3 023	-	-	250	2 773
10	Baumaßnahmen im Geschäftsbereich des BMEL					
10.5	JKI, Dossenheim Umbau Hauptgebäude, Neubau Laborgebäude.........	20 077	-	-	5 000	15 077
11	Baumaßnahme im Geschäftsbereich des BMAS					
11.1	BMAS Berlin..	13 678	-	171	1 600	11 907
14	Baumaßnahmen im Geschäftsbereich BMVg					
14.5	BAKWVT/FHS-FB BWV/BWVS I; Neubau U-Geb. (Ersatz R&Q+Zu-bau)..	23 745	-	-	2 200	21 545
16	Baumaßnahmen im Geschäftsbereich des BMUB					
16.1	UBA, Berlin, Umbau...	40 040	702	1 368	2 000	35 970
16.2	UBA, Dessau, Neu-/Erweiterungsbau..	12 815	376	112	200	12 127
16.3	BfS, Berlin, Köpenicker Allee 120 Neubau K12.....................................	13 200	-	135	1 140	11 925
16.4	BfS Salzgitter, Erweiterungsbau..	12 019	-	-	700	11 319
30	Baumaßnahmen im Geschäftsbereich des BMBF					
30.1	Kapelleufer, Berlin ÖPP; Baumaßnahme...	58 075	-	31 151	26 924	-
30.2	Kreuzbauten, Bonn..	39 319	16 272	12 088	5 800	5 159
30.3	**Europäische Schule München**					
30.3.1	**3. Bauabschnitt...**	**17 424**	**17 179**	**42**	**-**	**203**
30.3.2	**Annex (Grundschule/2. Bauabschnitt...**	**53 805**	**-**	**-**	**-**	**53 805**
30.3.3	**Sondermodul Sonstiges...**	**1 332**	**-**	**-**	**533**	**799**
30.3.4	**Annex Provisorium..**	**3 014**	**-**	**-**	**1 522**	**1 492**
32	Übrige Baumaßnahmen..	-	-	50 563	-	-
	Zusammen...	2 219 017	961 464	312 846	250 207	744 613

Anlage 1 - Stand: 10. Februar 2014

Zu Grunderwerb:
hhm. Anerkennung ist nicht erforderlich

Zu 5.4:
Die Gesamtausgaben berücksichtigen Nachträge sowie den Anteil aus dem 120-Mio.-Programm i. H. v. 6,4 Mio. €.

Zu 6.10:
Die Maßnahme wurde aus KPII-Mitteln finanziert. Die Verausgabungen und die prognostizierten Mittelbedarfe betreffen die Differenz, die nicht aus KPII finanzert wurde.

Zu 8.5:
Die Gesamtausgaben berücksichtigen einen Anteil von Mitteln aus dem 120-Mio.-Programm i. H. v. 1,1 Mio. €.

Zu 16.1:
Die Gesamtausgaben berücksichtigen einen Anteil von Mitteln aus dem 120-Mio.-Programm i. H. v. 100 T€.

Zu 30.2:
Die Gesamtausgaben berücksichtigten den 1. und 2. Nachtrag; ein Teilbetrag aus dem 2. Nachtrag i. H. v. 3 720 T€ unterliegen einer bfl. Sperrung; Teil der Gesamtausgaben bis 2011 i. H. v. 9 369 T€ entfielen auf KPII; der nicht verteilte Betrag i. H. v. 3 341 T€ wird vom Nutzer über seinen Epl. bezahlt.

Zu 32:
Mittelverausgabungen 2013 mit Buchungsstand 10. Februar 2014 (kleine Baumaßnahmen und in 2013 abgeschlossene Baumaßnahmen)

Vorbemerkung

Die im Kapitel 6067 ausgebrachten Ausgaben beruhen auf Rechtsverpflichtungen.

Titelgruppe 01

Versorgungsausgaben, die durch das Zweite Überleitungsgesetz vom 21. August 1951 (BGBl. I S. 774) vom Bund übernommen worden sind

Es handelt sich um Versorgungsausgaben an Personen nach den Artikeln I und II des Zweiten Überleitungsgesetzes, z. B. an ehemalige Angehörige der Zoll- und Verbrauchsteuerverwaltung, der Monopolverwaltungen oder ehemaliger Reichsbehörden, Reichsbetriebe und Zonenbehörden, soweit sie nicht zum Personenkreis des Kapitel I des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen gehören. Die Arten der Versorgungsleistungen sind im Einzelnen durch die Verordnung zur Durchführung des § 10 des Zweiten Überleitungsgesetzes vom 24. November 1952 (BGBl. I S. 741) bestimmt.

Titelgruppe 02

Versorgung von verdrängten Angehörigen des öffentlichen Dienstes und von Angehörigen aufgelöster Dienststellen sowie ihrer Hinterbliebenen

Die Versorgung von verdrängten Angehörigen des öffentlichen Dienstes und von Angehörigen aufgelöster Dienststellen sowie ihrer Hinterbliebenen beruht auf dem Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen - in den Erläuterungen als "G 131" bezeichnet.

Titelgruppe 03

Versorgung der Berufssoldaten der früheren Wehrmacht und der berufsmäßigen Angehörigen des früheren Reichsarbeitsdienstes sowie ihrer Hinterbliebenen

Die Versorgung der Berufssoldaten der früheren Wehrmacht und der berufsmäßigen Angehörigen des früheren Reichsarbeitsdienstes sowie ihrer Hinterbliebenen beruht auf dem Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen - in den Erläuterungen als "G 131" bezeichnet.

Titelgruppe 04

Leistungen nach dem Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz (AAÜG) vom 25. Juli 1991 (BGBl. I S. 1677) für die geschlossenen Sonderversorgungssysteme im Beitrittsgebiet

Die Sonderversorgungssysteme im Beitrittsgebiet sind geschlossen und die daraus erworbenen Ansprüche und Anwartschaften nach Maßgabe des AAÜG zum 31. Dezember 1991 in die gesetzliche Rentenversicherung überführt worden.

Darüber hinaus obliegt der Deutschen Rentenversicherung Bund seit dem 1. Januar 1992 die Auszahlung von Leistungen, die nach § 9 Absatz 1 AAÜG nicht überführt werden.

Die hierdurch entstehenden Aufwendungen einschließlich der Verwaltungskosten sind der Rentenversicherung vom Bund zu erstatten. Die Aufwendungen aufgrund der Sonderversorgung der Angehörigen der ehemaligen Deutschen Volkspolizei, der Feuerwehr und des Strafvollzugs sind dem Bund durch die Länder im Beitrittsgebiet zu erstatten.

Überblick zum Kapitel 6067	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 1 000 €	Veränderung gegenüber 2013 1 000 €	Ausgabereste 2013 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen..	-	-	-		-
Übrige Einnahmen...	845 735	838 785	+6 950		803 841
Gesamteinnahmen...	845 735	838 785	+6 950		803 841
Ausgaben					
Personalausgaben...	199 215	227 942	-28 727		261 328
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).	2 064 380	2 077 253	-12 873		1 947 013
Gesamtausgaben...	2 263 595	2 305 195	-41 600		2 208 341
davon nicht flexibilisiert..	2 263 595	2 305 195	-41 600		2 208 341

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Einnahmen			
	Titelgruppe 02			
Tgr. 02	Versorgung von verdrängten Angehörigen des öffentlichen Dienstes und von Angehörigen aufgelöster Dienststellen sowie ihrer Hinterbliebenen	(705)	(805)	
119 29 -018	Vermischte Einnahmen	-	-	-
232 21 -018	Beteiligung der Länder an den Versorgungslasten des Bundes	370	400	425
233 21 -018	Beteiligung der Gemeinden und Gemeindeverbände an den Versorgungslasten des Bundes	200	240	292
236 21 -018	Beteiligung der Sozialversicherungsträger und der Bundesagentur für Arbeit an den Versorgungslasten des Bundes	25	25	34
237 21 -018	Beteiligung der Zweckverbände an den Versorgungslasten des Bundes	10	10	25
281 21 -018	Sonstige Erstattungen aus dem Inland	100	130	217

Erläuterungen:

Es werden nachgewiesen:

1. Beteiligungen anderer als in den Tit. 232 21, 233 21, 236 21 und 237 21 erfasster Dienstherren an den Versorgungslasten des Bundes;
2. Erstattungen von Arbeitnehmerbeiträgen;
3. Rückzahlungen von Kapitalabfindungen.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Titelgruppe 03			
Tgr. 03	Versorgung der Berufssoldaten der früheren Wehrmacht und der berufsmäßigen Angehörigen des früheren Reichsarbeitsdienstes sowie ihrer Hinterbliebenen	(2 530)	(2 920)	
119 39 -018	Vermischte Einnahmen	-	-	-
232 31 -018	Beteiligung der Länder an den Versorgungslasten des Bundes	1 400	1 500	2 139
233 31 -018	Beteiligung der Gemeinden und Gemeindeverbände an den Versorgungslasten des Bundes	750	1 000	1 306
236 31 -018	Beteiligung der Sozialversicherungsträger und der Bundesagentur für Arbeit an den Versorgungslasten des Bundes	100	120	145

6067 Sonstige Versorgungsausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Noch zu Titelgruppe 03				
237 31 -018	Beteiligung der Zweckverbände an den Versorgungslasten des Bundes	100	100	171
281 31 -018	Sonstige Erstattungen aus dem Inland	180	200	395
	Erläuterungen: Es werden auch nachgewiesen: 1. Beteiligungen anderer als in den Tit. 232 31, 233 31, 236 31 und 237 31 erfasster Dienstherren an den Versorgungslasten des Bundes; 2. Erstattungen von Arbeitnehmerbeiträgen; 3. Rückzahlungen von Kapitalabfindungen.			
	Titelgruppe 04			
Tgr. 04	Leistungen nach dem Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz (AAÜG) vom 25. Juli 1991 (BGBl. I S. 1677) für die geschlossenen Sonderversorgungssysteme im Beitrittsgebiet	(842 500)	(835 060)	
119 49 -229	Vermischte Einnahmen	-	-	-
232 41 -229	Erstattungen der Länder im Beitrittsgebiet für Verwaltungskosten der Deutschen Rentenversicherung Bund	1 100	1 100	4 779
	Erläuterungen: Erstattung des Verwaltungskostenanteils an der pauschalierten Abgeltung gemäß § 15 AAÜG in Verbindung mit § 3 AAÜG-Erstattungsverordnung vom 29. Mai 1992, zuletzt geändert durch Art. 8 des 2. AAÜG-Änderungsgesetzes vom 27. Juli 2001 (BGBl. S. 1939) für Leistungen an Angehörige der ehemaligen Deutschen Volkspolizei, der Feuerwehr und des Strafvollzugs und ihre Hinterbliebenen.			
232 42 -229	Erstattungen der Länder im Beitrittsgebiet für sonstige Versorgungsleistungen an Angehörige der ehemaligen Deutschen Volkspolizei, der Feuerwehr und des Strafvollzugs	4 400	3 960	4 437
	Erläuterungen: Erstattung der Ausgaben nach § 15 Abs. 2 AAÜG.			
232 43 -229	Erstattungen der Länder im Beitrittsgebiet für Rentenleistungen an Angehörige der ehemaligen Deutschen Volkspolizei, der Feuerwehr und des Strafvollzugs und ihre Hinterbliebenen	837 000	830 000	789 476
	Erläuterungen: Erstattung der Ausgaben nach § 15 Abs. 2 AAÜG.			

Ausgaben

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Titelgruppe 01			
Tgr. 01	Versorgungsausgaben, die durch das Zweite Überleitungsgesetz vom 21. August 1951 (BGBl. I S. 774) vom Bund übernommen worden sind	(1 330)	(1 578)	
432 11 -018	Versorgungsbezüge	805	998	1 194

Erläuterungen:

Bezeichnung	Anzahl am 1.1.2012	Anzahl am 1.1.2013	Veränderung Prozent
Ruhegehaltsempfängerinnen und Ruhegehaltsempfänger................		-	
Witwen und Witwer und Waisen...	100	79	-21,0
Zusammen..................................	100	79	-21,0

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
434 11 -018	Zuführung an die Versorgungsrücklage	25	30	35
443 11 -018	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen	-	-	-
446 11 -018	Beihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften	500	550	544
	Titelgruppe 02			
Tgr. 02	Versorgung von verdrängten Angehörigen des öffentlichen Dienstes und von Angehörigen aufgelöster Dienststellen sowie ihrer Hinterbliebenen	(162 038)	(189 154)	
434 21 -018	Zuführung an die Versorgungsrücklage	3 535	3 743	3 168
437 21 -018	Versorgungsbezüge	31 170	35 423	43 288

Erläuterungen:

Bezeichnung	Anzahl am 1.1.2012	Anzahl am 1.1.2013	Veränderung Prozent
Ruhegehaltsempfängerinnen und Ruhegehaltsempfänger................	91	54	-40,7
Witwen und Witwer und Waisen...	4 462	3 677	-17,6
Zusammen..................................	4 553	3 731	-18,1

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
437 22 -018	Versorgung nach § 18 Abs. 1 Satz 1 des Reichsnährstands-Abwicklungsgesetzes	400	495	376

Erläuterungen:

Nach § 18 Abs. 1 Satz 1 des Reichsnährstands-Abwicklungsgesetzes vom 23. Februar 1961 trägt der Bund die Versorgung für die dort bezeichneten früheren Reichsnährstandsangehörigen und deren Hinterbliebene.

Aus diesem Titel sind auch sonstige Leistungen (z. B. Beihilfen, Unterstützungen) für den o. g. Personenkreis zu leisten.

6067 Sonstige Versorgungsausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu Titelgruppe 02			
443 21 -018	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen	30	30	1
446 21 -018	Beihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften	5 500	6 500	7 098
632 21 -018	Beteiligung an den Versorgungslasten der Länder sowie Zuschüsse und Zulagen an die Länder	50 000	63 703	39 454

Erläuterungen:

1. Erstattungen nach §§ 42 Abs. 1, 61 G 131 sowie Beteiligungen an der Versorgungslast gemäß § 42 Abs. 2 G 131.
2. Gewährung von Zuschüssen und Zulagen nach Maßgabe des § 71 e Abs. 3 G 131.
3. Erstattungen nach § 18 Abs. 2 des Reichsnährstands-Abwicklungsgesetzes (vgl. Tit. 437 22).

Weniger wegen Rückgang der Zahl der Leistungsempfänger.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
633 21 -018	Beteiligung an den Versorgungslasten der Gemeinden und Gemeindeverbände sowie Zuschüsse und Zulagen an die Gemeinden und Gemeindeverbände	5 000	6 521	5 587

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen zu Tit. 632 21.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
636 21 -018	Beteiligung an den Versorgungslasten der Sozialversicherungsträger und der Bundesagentur für Arbeit sowie Zuschüsse und Zulagen an die Sozialversicherungsträger und die Bundesagentur für Arbeit	767	861	774

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen zu Tit. 632 21.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
636 22 -018	Nachversicherungen	16 000	16 000	14 231

Erläuterungen:

Nach § 72 Abs. 11 G 131 erstattet der Bund den Trägern der gesetzlichen Rentenversicherung im Versicherungsfall für die unter Art. 131 des Grundgesetzes fallenden Personen, die nach der in diesem Gesetz getroffenen Regelung keinen Anspruch oder keine Anwartschaft auf Alters- und Hinterbliebenenversorgung haben, die auf die Zeiten versicherungsfreier Beschäftigungen vor Ablauf des 8. Mai 1945 entfallenden Leistungen. Das Gleiche gilt in den Fällen der Nachversicherung im Beitrittsgebiet (§ 233 a SGB VI).

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
636 23 -018	Erstattungen an Rentenversicherungsträger für Aufwendungen gemäß § 290 a des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch (SGB VI)	47 000	53 000	54 747

Erläuterungen:

Nach § 290 a SGB VI hat der Bund als ein Träger der Versorgungslast den Rentenversicherungsträgern eine pauschale Erstattung für die Berücksichtigung von solchen Zeiten bei Bestandsrenten der neuen Länder (einschließlich ehemaliges Ost-Berlin) zu zahlen, für die im übrigen Bundesgebiet eine Nachversicherung als durchgeführt gilt. Die Regelung bezieht sich insbesondere auf eine Nachversicherung nach dem Gesetz zu Art. 131 des Grundgesetzes (G 131), dem Allgemeinen Kriegsfolgengesetz (AKG) und dem Fremdrenten- und Auslandsrenten-Neuregelungsgesetz (FANG). Das Nähere bestimmt die aufgrund des § 292 a SGB VI erlassene Versorgungslast-Erstattungsverordnung vom 19. Dezember 1991 (BGBl. I S. 2346).

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
Noch zu Titelgruppe 02				
637 21 -018	Beteiligung an den Versorgungslasten der Zweckverbände sowie Zuschüsse und Zulagen an die Zweckverbände	447	505	376

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen zu Tit. 632 21.

671 21 -018	Beteiligung an den Versorgungslasten der sonstigen Bereiche sowie Zuschüsse und Zulagen an sonstige Bereiche	2 189	2 373	2 380

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen zu Tit. 632 21.

Titelgruppe 03

Tgr. 03	Versorgung der Berufssoldaten der früheren Wehrmacht und der berufsmäßigen Angehörigen des früheren Reichsarbeitsdienstes sowie ihrer Hinterbliebenen	(259 627)	(303 463)	
434 31 -018	Zuführung an die Versorgungsrücklage	3 800	4 040	4 201
437 31 -018	Versorgungsbezüge	100 000	116 273	139 157

Erläuterungen:

Bezeichnung	Anzahl am 1.1.2012	Anzahl am 1.1.2013	Veränderung Prozent
Ruhegehaltsempfängerinnen und Ruhegehaltsempfänger................	692	476	-31,2
Witwen und Witwer und Waisen...	11 734	10 052	-14,3
Zusammen..................................	12 426	10 528	-15,3

Hierunter fallen auch Übergangsbezüge nach §§ 52 a und 52 b G 131, Unterhaltsgelder nach Maßgabe der §§ 71 h und 71 k G 131 und Entlassungsgelder gemäß §§ 54 Nr. 4, 54 b, 55 Abs. 1 und 71 G 131.

Weniger wegen Rückgang der Zahl der Leistungsempfänger.

443 31 -018	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen	50	60	4
446 31 -018	Beihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften	38 000	44 000	46 675
632 31 -018	Beteiligung an den Versorgungslasten der Länder sowie Zuschüsse und Zulagen an die Länder	6 373	7 223	5 414

Erläuterungen:

1. Erstattungen nach § 53 in Verbindung mit § 42 Abs. 1 G 131.
2. Gewährung von Zuschüssen und Zulagen nach Maßgabe des § 71 e Abs. 3 G 131.

6067 Sonstige Versorgungsausgaben

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu Titelgruppe 03			
633 31 -018	Beteiligung an den Versorgungslasten der Gemeinden und Gemeindeverbände sowie Zuschüsse und Zulagen an die Gemeinden und Gemeindeverbände	1 764	1 951	1 914
	Erläuterungen: Siehe Erläuterungen zu Tit. 632 31.			
636 31 -018	Beteiligung an den Versorgungslasten der Sozialversicherungsträger und der Bundesagentur für Arbeit sowie Zuschüsse und Zulagen an die Sozialversicherungsträger und die Bundesagentur für Arbeit	336	433	408
	Erläuterungen: Siehe Erläuterungen zu Tit. 632 31.			
636 32 -018	Nachversicherungen	105 000	125 000	127 999

Erläuterungen:

Nach § 72 Abs. 11 G 131 erstattet der Bund den Trägern der gesetzlichen Rentenversicherung im Versicherungsfall für die unter Art. 131 des Grundgesetzes fallenden Personen, die keinen Anspruch oder keine Anwartschaft auf Alters- und Hinterbliebenenversorgung haben, die auf die Zeiten versicherungsfreier Beschäftigungen vor Ablauf des 8. Mai 1945 entfallenden Leistungen. Das Gleiche gilt in den Fällen der Nachversicherung im Beitrittsgebiet (§ 233 a SGB VI).

Aus den Ausgaben sind auch Leistungen gemäß Art. 6 § 22 des Fremdrenten- und Auslandsrenten-Neuregelungsgesetzes (FANG) vom 25. Februar 1960 (BGBl. I S. 93) zu zahlen.

Weitere Ausgaben für die Nachversicherung gemäß Art. 6 FANG sind veranschlagt:

1. zu §§ 19 und 23 bei Kap. 1102 Tit. 636 03,
2. zu §§ 18 und 21 bei Kap. 0801 Tit. 636 33.

Weniger wegen Rückgang der Zahl der Leistungsempfänger.

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2013	Ist 2012
637 31 -018	Beteiligung an den Versorgungslasten der Zweckverbände sowie Zuschüsse und Zulagen an die Zweckverbände	151	160	161
	Erläuterungen: Siehe Erläuterungen zu Tit. 632 31.			
671 31 -018	Beteiligung an den Versorgungslasten der sonstigen Bereiche sowie Zuschüsse und Zulagen an sonstige Bereiche	4 153	4 323	4 173
	Erläuterungen: Siehe Erläuterungen zu Tit. 632 31.			
	Titelgruppe 04			
Tgr. 04	Leistungen nach dem Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz (AAÜG) vom 25. Juli 1991 (BGBl. I S. 1677) für die geschlossenen Sonderversorgungssysteme im Beitrittsgebiet	(1 840 600)	(1 811 000)	
439 41 -018	Sonstige Versorgungsleistungen an Angehörige der ehemaligen Nationalen Volksarmee	9 200	9 500	9 434

Erläuterungen:

Es handelt sich gemäß § 15 Abs. 3 AAÜG um die Erstattung von Aufwendungen für die nach §§ 9 und 11 AAÜG nicht in die gesetzliche Rentenversicherung über-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2014 1 000 €	Soll 2013 *Reste 2013* 1 000 €	Ist 2012 1 000 €
	Noch zu Titel 439 41 (Titelgruppe 04)			
	führten Leistungen. Aus dem Titel wird auch der Dienstbeschädigungsausgleich gewährt.			
439 42 -018	Sonstige Versorgungsleistungen an Angehörige der ehemaligen Deutschen Volkspolizei, der Feuerwehr und des Strafvollzugs	4 400	4 500	4 438
	Erläuterungen:			
	Siehe Erläuterungen zu Tit. 439 41.			
439 43 -018	Sonstige Versorgungsleistungen an Angehörige der ehemaligen Zollverwaltung der DDR	200	200	211
	Erläuterungen:			
	Siehe Erläuterungen zu Tit. 439 41.			
439 44 -018	Sonstige Versorgungsleistungen an Angehörige des aufgelösten MfS/ AfNS	1 600	1 600	1 504
	Erläuterungen:			
	Siehe Erläuterungen zu Tit. 439 41.			
636 41 -229	Erstattung von Verwaltungskosten an die Deutsche Rentenversicherung Bund	3 200	3 200	12 853
	Erläuterungen:			
	Abrechnung durch die Deutsche Rentenversicherung Bund gem. § 3 AAÜG-Erstattungsverordnung vom 29. Mai 1992, zuletzt geändert durch Art. 8 des 2. AAÜG-Änderungsgesetzes vom 27. Juli 2001 (BGBl. I S. 1939).			
636 42 -229	Erstattung an Sozialversicherungsträger für Rentenleistungen an Angehörige der ehemaligen Nationalen Volksarmee und ihre Hinterbliebenen	630 000	615 000	574 672
	Erläuterungen:			
	Es handelt sich gemäß § 15 Abs. 1 AAÜG um die Erstattung von Aufwendungen für die nach §§ 4 ff AAÜG in die gesetzliche Rentenversicherung überführten Ansprüche und Anwartschaften. Hierzu gehören auch Erstattungen von Aufwendungen für Leistungen zur Rehabilitation.			
636 43 -229	Erstattung an Sozialversicherungsträger für Rentenleistungen an Angehörige der ehemaligen Deutschen Volkspolizei, der Feuerwehr und des Strafvollzugs und ihre Hinterbliebenen	837 000	830 000	787 176
	Erläuterungen:			
	Siehe Erläuterungen zu Tit. 636 42.			
636 44 -229	Erstattung an Sozialversicherungsträger für Rentenleistungen an Angehörige der ehemaligen Zollverwaltung der DDR und ihre Hinterbliebenen	58 000	57 000	49 405
	Erläuterungen:			
	Siehe Erläuterungen zu Tit. 636 42.			
636 45 -229	Erstattung an Sozialversicherungsträger für Rentenleistungen an Angehörige des aufgelösten MfS/AfNS und ihre Hinterbliebenen	297 000	290 000	265 289
	Erläuterungen:			
	Siehe Erläuterungen zu Tit. 636 42.			

60 Übersicht 1
Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Kapitel, Titel (Titelgr.) sowie Zweckbestimmung	Ausgaben-soll 2014		a) Bis einschl. 31.12.2012 eingegangene Verpflichtungen fällig ab 2014 b) VE 2013 c) VE 2014	davon fällig 2014	2015	2016	2017	Folge-jahre	in künftigen Haushalts-jahren
	1 000 €		1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €
1	2		3	4	5	6	7	8	9
Kapitel 6002									
540 01 - Prägekosten, Metallbeschaffungskosten, Kosten für den Vertrieb von Sammlermünzen und die Unterhaltung des Münzumlaufs	325 000	a)	9 780	4 890	4 890	-	-	-	-
		b)	57 000	57 000	-	-	-	-	-
		c)	194 000		129 000	6 500	6 500	52 000	-
559 01 - Beitrag zur Beschaffung von Verteidigungssystemen für Israel	25 000	a)	40 000	25 000	15 000	-	-	-	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
687 02 - Zahlung an die Hellenische Republik	532 000	a)	2 144 000	532 000	412 000	310 000	243 000	647 000	-
		b)	-	-	-	-	-	-	-
		c)	-		-	-	-	-	-
Summe des Kapitels 6002	13 846 197	a)	2 193 780	561 890	431 890	310 000	243 000	647 000	-
		b)	57 000	57 000	-	-	-	-	-
		c)	194 000		129 000	6 500	6 500	52 000	-
Summe des Einzelplans 60	16 481 212	a)	2 193 780	561 890	431 890	310 000	243 000	647 000	-
		b)	57 000	57 000	-	-	-	-	-
		c)	194 000		129 000	6 500	6 500	52 000	-

Personalhaushalt

Einzelplan 60

Allgemeine Finanzverwaltung

Inhalt

Kapitel	B e z e i c h n u n g	Seite
	Übersichten	
	Sonstige Stellenübersichten:	
6004	Bundesimmobilienangelegenheiten	98

Sonstige Stellenübersichten
zu Kap. 6004

Titel	aus Nr. ... Erläuterung	**Bezeichnung**
1	2	3
121 01		Bundesanstalt für Immobilienaufgaben des Bundes

Zu Titel 121 01

Bundesanstalt für Immobilienaufgaben des Bundes

Stellenübersicht

Besoldungs-/ Vergütungs-/ Gehalts- gruppen	Stellen mit Dauerarbeitskräften besetzbar					Stellen für Arbeitskräfte mit befristeten Arbeitsverträgen	
	Tit. 422 .1, 425 .1 und 426 .1 sowie entsprechende Kontierung im Wirtschaftsplan			Tit. 425 .1 und 426 .1 (Projektförderung/ Aufträge Dritter)		Tit. 427 .9 (Projektförderung/ Aufträge Dritter)	
	Soll 2014	Soll 2013	besetzt am 1. Juni 2013	Soll 2014	Soll 2013	Soll 2014	Soll 2013
1	2	3	4	5	6	7	8
Beamtinnen und Beamte							
B 6	1,0	1,0	1,0				
B 4	2,0	2,0	1,0				
B 3	12,0	12,0	5,0				
B 2	21,0	21,0	16,0				
A 16	30,0	31,0	38,0				
A 15	131,0	131,0	116,0				
A 14	104,0	104,0	89,0				
A 13 h	17,0	17,0	1,0				
A 13 g+Z	4,0	4,0	-				
A 13 g	152,0	152,0	134,0				
A 12	284,0	284,0	241,0				
A 11	521,0	521,0	489,0				
A 10	243,0	293,0	235,0				
A 9 g	5,0	5,0	5,0				
A 9 m+Z	14,0	14,0	13,0				
A 9 m	44,0	44,0	37,0				
A 8	22,0	22,0	19,0				
A 7	6,0	7,0	13,0				
A 6 e	3,0	3,0	3,0				
A 5 e	1,0	-	1,0				
A 4	1,0	-	-				
Zusammen	1 618,0	1 668,0	1 457,0				
Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
AT (V)	3,0	3,0	3,0	-	-	-	-
AT B	11,0	11,0	14,0	-	-	-	-
Zusammen	14,0	14,0	17,0	-	-	-	-
Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
E 15	16,0	16,0	18,0	-	-	-	-
E 14	52,0	52,0	54,0	-	-	-	-
E 13	59,0	59,0	44,0	-	-	-	-
E 12	110,0	110,0	129,0	-	-	-	-
E 11	325,0	275,0	384,0	-	-	-	-
E 10	252,0	202,0	264,0	-	-	-	-
E 9	615,0	515,0	887,0	-	-	-	-
E 8	241,0	290,0	175,0	-	-	-	-
E 7	57,0	52,0	69,0	-	-	-	-
E 6	503,0	503,0	941,0	-	-	-	-
E 5	1 834,0	1 976,0	1 595,0	-	-	-	-
E 4	42,0	43,0	51,0	-	-	-	-
E 3	180,0	188,0	150,0	-	-	-	-
E 2	57,0	64,0	104,0	-	-	-	-
Zusammen	4 343,0	4 345,0	4 865,0	-	-	-	-
Insgesamt	5 975,0	6 027,0	6 339,0	-	-	-	-